



C/2024/637

16.1.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

15. Januar 2024

(C/2024/637)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0945	CAD	Kanadischer Dollar	1,4695
JPY	Japanischer Yen	159,67	HKD	Hongkong-Dollar	8,5599
DKK	Dänische Krone	7,4590	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7679
GBP	Pfund Sterling	0,86075	SGD	Singapur-Dollar	1,4601
SEK	Schwedische Krone	11,2780	KRW	Südkoreanischer Won	1 446,95
CHF	Schweizer Franken	0,9351	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,4310
ISK	Isländische Krone	149,70	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,8529
NOK	Norwegische Krone	11,3140	IDR	Indonesische Rupiah	17 031,62
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,1108
CZK	Tschechische Krone	24,714	PHP	Philippinischer Peso	61,073
HUF	Ungarischer Forint	379,68	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,3625	THB	Thailändischer Baht	38,272
RON	Rumänischer Leu	4,9743	BRL	Brasilianischer Real	5,3333
TRY	Türkische Lira	32,9445	MXN	Mexikanischer Peso	18,4899
AUD	Australischer Dollar	1,6449	INR	Indische Rupie	90,6980

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(C/2024/788)

1. Nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern ⁽¹⁾ gibt die Kommission bekannt, dass die unten genannten Antidumpingmaßnahmen zu dem in der nachstehenden Tabelle angegebenen Zeitpunkt außer Kraft treten, sofern keine Überprüfung nach dem folgenden Verfahren eingeleitet wird.

2. Verfahren

Die Unionshersteller können einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen. Dieser Antrag muss ausreichende Beweise dafür enthalten, dass das Dumping und die Schädigung im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würden. Sollte die Kommission eine Überprüfung der betreffenden Maßnahmen beschließen, erhalten die Einführer, die Ausführer, die Vertreter des Ausfuhrlands und die Unionshersteller Gelegenheit, die im Überprüfungsantrag dargelegten Sachverhalte zu ergänzen, zu widerlegen oder zu kommentieren.

3. Frist

Die Unionshersteller können nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung auf der genannten Grundlage einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen; dieser muss der Europäischen Kommission (Generaldirektion Handel, Referat G-1, CHAR 4/39, 1049 Brüssel, Belgien) ⁽²⁾ spätestens drei Monate vor dem in nachstehender Tabelle angegebenen Zeitpunkt vorliegen.

4. Diese Bekanntmachung wird nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 veröffentlicht.

Ware	Ursprungs- oder Ausfuhrländer	Maß-nahmen	Rechtsgrundlage	Tag des Außerkraft-tretens ⁽¹⁾
Bügelbretter und -tische	Volksrepublik China	Antidumpingzoll	Durchführungsverordnung (EU) 2019/1662 der Kommission vom 1. Oktober 2019 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Bügelbrettern und -tischen mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 252 vom 2.10.2019, S. 1)	3.10.2024

⁽¹⁾ Die Maßnahme tritt an dem in dieser Spalte angeführten Tag um Mitternacht (00.00 Uhr) außer Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 176 vom 30.6.2016, S. 21.

⁽²⁾ TRADE-Defence-Complaints@ec.europa.eu



C/2024/791

16.1.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109824

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/791)

Datum der Annahme der Entscheidung	24.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.109824
Mitgliedstaat	Frankreich
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Aides d'Etat à la production de spectacles en France, régime de la taxe fiscale sur les spectacles
Rechtsgrundlage	— articles 76 et 77 de la loi n° 2003-1312 de finances rectificative pour 2003; - décret n° 2004-117 du 4 février 2004; - Annexe I du décret n° 2015-631 du 5 juin 2015; - décret 2004-117 du 4 février 2004, modifié par le décret n° 2017-721 du 2 mai 2017; - article 244 de la loi n° 2019-1479 du 28 décembre 2019 de finances pour 2020.
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Kultur
Form der Beihilfe	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 300 000 000 EUR Jährliche Mittel: 60 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	50.0 %
Laufzeit	1.1.2024 — 31.12.2028
Wirtschaftssektoren	Darstellende Kunst
Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	Ministère de la culture 182 rue Saint-Honoré, 75001
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/792

16.1.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109500

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/792)

Datum der Annahme der Entscheidung	19.12.2023
Nummer der Beihilfe	SA.109500
Mitgliedstaat	Italien
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Riforma del regime di agevolazioni a favore delle imprese a forte consumo di energia elettrica
Rechtsgrundlage	Decree Law 131/2023, Article 3, which repeals the Decree of the Minister for Economic Development of 21 December 2017 adopted pursuant to Article 19 of Law No 167/2017
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Umweltschutz, Erneuerbare Energien
Form der Beihilfe	Sonstiges (bitte angeben)
Haushaltsmittel	Jährliche Mittel: 1 400 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2033
Wirtschaftssektoren	Steinkohlenbergbau, Gewinnung von Erdgas, Eisenerzbergbau, Sonstiger NE-Metallerzbergbau, Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer, Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale, Gewinnung von Salz, Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g., Fischverarbeitung, Kartoffelverarbeitung, Herstellung von Frucht- und Gemüsesäften, Sonstige Verarbeitung von Obst und Gemüse, Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine u. ä. Nahrungsfette), Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen, Herstellung von Zucker, Herstellung von homogenisierten und diätetischen Nahrungsmitteln, Herstellung von Wermutwein und sonstigen aromatisierten Weinen, Herstellung von Malz, Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei, Weberei, Veredlung von Textilien und Bekleidung, Herstellung von gewirktem und gestricktem Stoff, Herstellung von Teppichen, Herstellung von Seilerwaren, Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung), Herstellung von technischen Textilien, Herstellung von Lederbekleidung, Herstellung von Strumpfwaren, Herstellung von Leder und Lederfaserstoff; Zurichtung und Färben von Fellen, Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke, Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten, Herstellung von Parketttafeln, Herstellung von Holzwaren a.n.g, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel), Herstellung von Holz- und Zellstoff, Herstellung von Papier, Karton und Pappe, Herstellung von

	Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff, Papier und Pappe, Herstellung von Tapeten, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Industriegasen, Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten, Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien, Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien, Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Herstellung von Kunststoffen in Primärformen, Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen, Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen a. n. g., Herstellung von Chemiefasern, Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen, Herstellung und Runderneuerung von Bereifungen, Herstellung von sonstigen Gummiwaren, Herstellung von Platten, Folien, Schläuchen und Profilen aus Kunststoffen, Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoffen, Herstellung von sonstigen Kunststoffwaren, Herstellung von Flachglas, Veredlung und Bearbeitung von Flachglas, Herstellung von Hohlglas, Herstellung von Glasfasern und Waren daraus, Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren, Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren, Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen und -platten, Herstellung von Sanitärkeramik, Herstellung von Isolatoren und Isolierteilen aus Keramik, Herstellung von keramischen Erzeugnissen für sonstige technische Zwecke, Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen, Herstellung von Zement, Herstellung von Schleifkörpern und Schleifmitteln auf Unterlage, Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g., Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen, Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl, Herstellung von Blankstahl, Herstellung von Kaltband mit einer Breite von weniger als 600 mm, Herstellung von kaltgezogenem Draht, Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium, Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn, Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer, Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen, Aufbereitung von Kernbrennstoffen, Eisengießereien, Herstellung von Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen, Oberflächenveredlung und Wärmebehandlung, Herstellung von Schneidwaren und Bestecken aus unedlen Metallen, Herstellung von Drahtwaren, Ketten und Federn, Herstellung von Schrauben und Nieten, Herstellung von elektronischen Bauelementen, Herstellung von Batterien und Akkumulatoren, Herstellung von Glasfaserkabeln, Herstellung von sonstigen elektronischen und elektrischen Drähten und Kabeln, Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g., Herstellung von Lagern, Getrieben, Zahnrädern und Antriebselementen, Herstellung von Krafträdern, Herstellung von sonstigen Fahrzeugen a. n. g., Schlachten (ohne Schlachten von Geflügel), Schlachten von Geflügel, Herstellung von Margarine u. ä. Nahrungsfetten, Milchverarbeitung (ohne Herstellung von Speiseeis), Mahl- und Schälsmühlen, Herstellung von Dauerbackwaren, Herstellung von Teigwaren, Herstellung von Süßwaren (ohne Dauerbackwaren), Herstellung von Fertiggerichten, Herstellung von sonstigen Nahrungsmitteln a. n. g., Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere, Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere, Herstellung von Erfrischungsgetränken; Gewinnung natürlicher Mineralwässer, Herstellung von Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton und Pappe, Herstellung von sonstigen Waren aus Papier, Karton und Pappe, Herstellung von pyrotechnischen Erzeugnissen, Herstellung von Klebstoffen, Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik, Herstellung von Kalk und gebranntem Gips, Herstellung von Faserzementwaren, Stahlgießereien, Leichtmetallgießereien, Herstellung von Fässern, Trommeln, Dosen, Eimern u. ä. Behältern aus Metall, Herstellung von Verpackungen und Verschlüssen aus Eisen, Stahl und NE-Metall, Herstellung von sonstigen Teilen und sonstigem Zubehör für Kraftwagen
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministero dell'ambiente e della sicurezza energetica Via
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/795

16.1.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107914

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/795)

Datum der Annahme der Entscheidung	9.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.107914
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	BAYERN
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bayern: Vertragsnaturschutzprogramm inkl. Erschwernisausgleich (VNP) gemäß Art. 70 Verordnung (EU) 2021/2115
Rechtsgrundlage	Gemeinsame Richtlinie vom 22.12.2022, Geschäftszeichen G4-7292-1/1894 der Bayerischen Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) und für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) zur Förderung von Agrarumwelt-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen (AUKM) in Bayern
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Agrarumwelt- und Klimaverpflichtungen zugunsten von anderen Landbewirtschaftern und nicht im Agrarsektor tätigen Unternehmen in ländlichen Gebieten
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 7 500 000 EUR Jährliche Mittel: 1 500 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2027
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten
Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) siehe website
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/797

16.1.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107235

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/797)

Datum der Annahme der Entscheidung	27.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.107235
Mitgliedstaat	Slowenien
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Prolongation of an aid scheme for the promotion of rail freight transport in Slovenia
Rechtsgrundlage	The Railway Transport Act, Ordinance 3057 of 12 October 2023 on the Programme of Utilisation of the Climate Change Fund for 2023-2026, Regulation on the compensation of part of the costs of transport, research and investments to carriers that provide certain transport services in railway transport.
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Verkehrskordinierung
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 17 500 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	1.1.2024 — 31.12.2025
Wirtschaftssektoren	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr
Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	Ministry of Infrastructure Tržaška cesta 19, 1535 Ljubljana, Republic of Slovenia
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/799

16.1.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.110430

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/799)

Datum der Annahme der Entscheidung	12.12.2023
Nummer der Beihilfe	SA.110430
Mitgliedstaat	Spanien
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Modifications to State aid case SA.102771 „TCF: Umbrella Scheme“ (as amended by SA.104884 and SA.103941)
Rechtsgrundlage	Agreement of the Government's Delegate Commission for Economic Affairs 28.7.2022 (see attached DOC1). Agreement of the Government's Delegate Commission for Economic Affairs 25.4.2022 (see attached DOC2). Draft consolidated version umbrella scheme (see attached DOC3).
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats
Form der Beihilfe	Zuschuss, Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung, Kredite/rückzahlbare Vorschüsse, Bürgschaft, Eigenkapitalinstrumente
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 3 000 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 30.6.2024
Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministerio de Economía, Comercio y Empresa. Dirección General de Política Económica Paseo de la Castellana Nº160 CP-28046 Madrid (Spain)
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/800

16.1.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109540

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/800)

Datum der Annahme der Entscheidung	19.12.2023
Nummer der Beihilfe	SA.109540
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Prolongation and amendment of aid scheme for the promotion of rail freight transport via a partial funding of track access charges
Rechtsgrundlage	Guideline for the promotion of rail freight transport via a partial funding of track access charges
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Verkehrskordinierung
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 1 750 000 000 EUR Jährliche Mittel: 350 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	1.1.2024 — 30.11.2028
Wirtschaftssektoren	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr
Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	Eisenbahn-Bundesamt Heinemannstr. 6, 53175 Bonn
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/801

16.1.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109325

(C/2024/801)

Datum der Annahme der Entscheidung	14.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.109325
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	NIEDERSACHSEN, MECKLENBURG-VORPOMMERN
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bund: Richtlinie zur Förderung der Einstellung der Fangtätigkeit im Fischereisektor im Rahmen der Umsetzung der Brexit-Anpassungsreserve
Rechtsgrundlage	Richtlinie zur Förderung der Einstellung der Fangtätigkeit im Fischereisektor im Rahmen der Umsetzung der Brexit-Anpassungsreserve
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Fischerei und Aquakultur, Andere Maßnahmen (Nummer 5.7 der Fischereileitlinien)
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 32 000 000 EUR Jährliche Mittel: 32 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2023
Wirtschaftssektoren	Fischerei
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg- Vorpommern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAk) Kompetenzzentrum Förderprogramme Calenberger Str. 2, 30169 Hannover; Paulshöher Weg 1, 19061 Schwerin
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/803

16.1.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.108958

(C/2024/803)

Datum der Annahme der Entscheidung	14.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.108958
Mitgliedstaat	Litauen
Region	Litauen
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Investicijos „ŠESD absorbavimo pajėgumų didinimas“ įgyvendinimas atkuriant šlapžemės žemės ūkio paskirties žemėje (toliau — Investicija)
Rechtsgrundlage	2022–2030 metų Plėtros programos valdytojos Lietuvos Respublikos žemės ūkio ministerijos žemės ir maisto ūkio, kaimo plėtros bei žuvininkystės plėtros programos pažangos priemonės Nr. 15-001-06-02-02 „Didinti ŠESD absorbavimą pajėgumus (atkuriant pelkių (durpžemių) hidrologinį režimą)“ parengtas ir patvirtintas 2023 m. birželio 28 d. žemės ūkio ministro įsakymu Nr. 3D-427 projektų finansavimo aprašas
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Umweltschutz, Beihilfen für Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 16 000 000 EUR Jährliche Mittel: 4 600 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 30.4.2026
Wirtschaftssektoren	Anbau einjähriger Pflanzen, Anbau mehrjähriger Pflanzen, Betrieb von Baumschulen, sowie Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken, Tierhaltung, Gemischte Landwirtschaft
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Lietuvos Respublikos žemės ūkio ministerija Gedimino pr. 19, Vilnius, Lietuva
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. FEBRUAR 2016

(C/2024/809)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 1. bis 4. Februar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	3
3. Nachruf	3
4. Zusammensetzung des Parlaments	3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll	4
6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
8. Arbeitsplan	4
9. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2014 (Aussprache)	7
10. Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) (Aussprache)	27
11. Handelsbeziehungen zwischen der EU und China und Marktwirtschaftsstatus (Aussprache)	46
12. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	63

Inhalt	Seite
13. Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll	63
14. Bestimmungen über die nachhaltige Entwicklung im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU-Westafrika (Aussprache)	63
15. Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (Aussprache)	68
16. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	79
17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	85
18. Schluss der Sitzung	85

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. FEBRUAR 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 21. Januar 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

3. Nachruf

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Ich habe die traurige Pflicht, Ihnen mitzuteilen, dass der Abgeordnete Miloslav Ransdorf am 22. Januar im Alter von 62 Jahren verstorben ist. Herr Ransdorf war seit 2003 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er gehörte der Fraktion der GUE an. Herr Ransdorf war stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie sowie Mitglied der Delegation EuroNest und der Delegation im parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine. Herr Dr. phil. Ransdorf war ein bekannter Publizist, der sich unter anderem zur Geschichte der Reformation, zu Karl Marx und den Ursprüngen der politischen Kultur Amerikas öffentlich geäußert hat.

Ich darf Sie bitten, sich für eine Schweigeminute für unseren verstorbenen Kollegen zu erheben.

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

4. Zusammensetzung des Parlaments

Der Präsident. – Die zuständigen portugiesischen Behörden haben mich von der Wahl von Herrn Joao Pimenta Lopes mit Wirkung vom 31. Januar unterrichtet. Herr Pimenta Lopes tritt an die Stelle von Frau Inês Cristina Zuber. Das Parlament nimmt die Wahl von Herrn Pimenta Lopes zur Kenntnis. Ich heiße den neuen Kollegen willkommen und erinnere daran, dass er nunmehr unter den in der Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen mit vollen Rechten an den Sitzungen des Parlaments und seiner Organe teilnimmt.

Zur Geschäftsordnung hat sich Frau Sippel gemeldet.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Ich möchte aus aktuellem Anlass einiger Äußerungen in Deutschland die Frage stellen, ob Sie als Präsident dieses Hauses eine Handhabe haben gegen Abgeordnete, die sich öffentlich für den Schießbefehl an europäischen Grenzen aussprechen?

Der Präsident. – Frau Sippel! Die Geschäftsordnung gibt mir nur die Befugnis, einzuschreiten, wenn innerhalb des Parlaments hier im Hause, sei es im Sitzungssaal oder an anderen Orten, Verstöße gegen die Grundsätze unseres Hauses oder die der Europäischen Union begangen werden. Das heißt, ich habe zu Äußerungen, die Abgeordnete in der Wahrnehmung ihres Mandats oder anderweitig außerhalb des Europäischen Parlaments tun, keine Befugnis einzuschreiten. Das ist sicher eine Sache der internen Organisation der Fraktionen. Wenn Sie Verstöße dieser Art feststellen, ist das eine Angelegenheit der Fraktion. Ich kann Ihnen nur anheimstellen, mit den betroffenen Kollegen oder Kolleginnen zu reden; in diesem Fall, glaube ich, beziehen Sie sich auf eine Kollegin. Ich selbst habe dazu bedauerlicherweise keine Einwirkungsmöglichkeit.

5. Zusammensetzung der Ausschüsse: siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

8. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 28. Januar 2016, gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt.

Montag: Keine Änderungsanträge.

Dienstag: Die Fraktion Europa der Nationen hat beantragt, eine außerordentliche Aussprache über die Ausbreitung des Zika-Virus als ersten Punkt am Nachmittag auf die Tagesordnung zu setzen.

Joëlle Mélin, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, je vous remercie d'avoir fait droit, selon l'article 153, à cette demande de modification d'ordre du jour.

Notre groupe souhaiterait bien sûr une déclaration de la Commission et du Conseil concernant cette épidémie, qui apparaît brutalement dans le monde. Il souhaiterait aussi que cette déclaration soit suivie d'un débat dans notre hémicycle, non pas tant au regard des caractéristiques de cette épidémie, dont nous ne savons pas encore véritablement si elle est une simple fièvre virale – une de plus portée par le virus tigre –, qu'au regard de la gestion assez catastrophique – il faut bien le dire – du virus Ebola, où tant l'OMS que notre institution avaient pris un retard qui, rétrospectivement, a été très préjudiciable.

Nous estimons donc – et je pense, mes chers collègues, que vous l'entendrez comme nous – qu'il est important que nous en discussions dans cet hémicycle et demandons de pouvoir mener le débat nécessaire sur cette question.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, en realidad voy a presentar una propuesta alternativa.

Como acaba de señalar la señora diputada, sabemos poco sobre este virus transmitido a través de un mosquito y, de hecho, mañana la Organización Mundial de la Salud va a proporcionarnos información adicional, de manera que creo que es mucho más prudente que tengamos un debate más serio, más sostenido, en la comisión correspondiente, con la información que nos pueda proporcionar la Comisión Europea una vez que se haya puesto en contacto con la Organización Mundial de la Salud.

Insisto: creo que es un tema importante, que está afectando a varios países latinoamericanos y que afecta a la salud de mucha gente y, especialmente, de las mujeres embarazadas. Algunos casos ya se están produciendo en Europa, y creo que es bueno que la comisión correspondiente analice este tema con presencia de la Comisión Europea.

Der Präsident. – In jedem Fall sind Sie aber nicht dafür, dass wir es auf die Tagesordnung dieser Plenarsitzung nehmen.

(Das Parlament lehnt den Antrag der ENF-Fraktion ab.)

Ich gehe davon aus, meine Damen und Herren, dass Sie mehrheitlich auch damit einverstanden sind, dass wir nach Vorlage des WHO-Berichts den zuständigen Ausschuss bitten, im Lichte dieses Berichts eine Beratung aufzunehmen.

Viviane Reding (PPE). – Mr President, I ask for a point of order. I have been informed that you are considering activating Rule 175 to postpone the plenary vote on the Trade in Services Agreement (TiSA) resolution, and I would like to put to your consideration that the Chair of the Committee on International Trade (INTA), the rapporteur, the shadow rapporteurs and the major political parties all want to vote on Wednesday. That is a solid resolution, so let us put it to the vote and not play it otherwise.

Der Präsident. – Frau Reding! Ich komme gleich noch einmal auf Ihren Einwand zurück. Ich schließe erst noch den Punkt „Überweisung an den zuständigen Ausschuss bei der Zika-Epidemie“ ab.

Ich war gerade dabei, mich nochmals zu vergewissern: Die Mehrheit des Hauses ist für den Antrag des Kollegen Guerrero Salom. Ich sehe da keinen Widerspruch. Dann ist das so überwiesen.

Frau Reding, Sie beziehen sich ja jetzt auf einen Punkt, der heute auf der Tagesordnung zur Debatte steht, aber erst am Mittwoch zur Abstimmung steht. Ich muss Ihnen offen gestehen, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beabsichtige, diesen Bericht in den Ausschuss zurückzuüberweisen. Mit ist signalisiert worden, es gäbe etwa 70 Änderungsanträge, es könne aber sein, dass wir mit der Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen, die meines Wissens heute um 19.00 Uhr abläuft, unzählige weitere Anträge auf *split votes* und Einzelabstimmungen bekommen. Die Dienste haben profilaktisch schon mal signalisiert, dass mir diese Frage dann zur Entscheidung vorgelegt wird. Ich muss Ihnen sagen, ich habe mich bis zum jetzigen Zeitpunkt mit dieser Frage, weil sie rein theoretisch ist, nicht beschäftigt. Deshalb ist da auch noch keine Entscheidung gefallen.

Ihre Aussage, ich würde das beabsichtigen, stimmt nicht. Ich bin heute Nachmittag, nachdem ich hier angekommen bin, zum ersten Mal mit dieser Anzahl konfrontiert worden. Übrigens bin ich auch mit der Mitteilung, dass es profilaktisch mehr sein könnte, heute Nachmittag konfrontiert worden. Ich nehme aber Ihren weisen Ratschlag, der in Ihrer Frage beinhaltet war, mit.

Manfred Weber (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte zunächst nochmals unterstützen, was die Kollegin Reding gesagt hat. Ich bedanke mich für Ihre Ausführungen und möchte noch einmal darauf hinweisen: Dieser Antrag, über den wir reden, wurde im Ausschuss mit überwältigender Mehrheit angenommen. Diese über 50 Anträge kommen jetzt von nur zwei Fraktionen, die offensichtlich nicht die Sache verbessern wollen, sondern das Verfahren verlängern wollen und damit Destruktion betreiben. Deswegen möchte ich heute einfach den generellen Appell loswerden, dass man die Geschäftsordnung nicht missbraucht, um zu versuchen, seine politischen Interessen durch Verzögerungspolitik durchzusetzen. Die Sache ist es nicht wert.

Der Präsident. – Herr Weber! Ihren Hinweis nehme ich mit. Aber die Dienste haben mir heute Nachmittag schon gesagt, dass sie genau aus diesem Grund auch den Hinweis gegeben haben, dass wir noch damit rechnen müssen, dass solche Anträge kommen. Sie wissen, dass ich das sehr sorgfältig prüfe. Aber ich prüfe es natürlich vor allen Dingen hinsichtlich inhaltlicher und formeller Kriterien. Wenn es keine Inhalte betrifft, sondern nur formell ist, bin ich in der Regel nicht geneigt, das zurückzusenden.

Ich will allerdings darauf aufmerksam machen, dass wir als Präsidenten – ob ich das nun bin oder die Vizepräsidenten – regelmäßig, wenn wir die Berichte nicht zurückschicken und wir hier 300, 400, 500 Änderungsanträge haben, die anderthalb- bis zweistündige Abstimmungsstunden nach sich ziehen, von einer großen Anzahl von E-Mails überschüttet werden mit Protest dagegen, dass wir es nicht zurückgeschickt haben. Deshalb glaube ich, dass Ihr Hinweis, dass sich der Ausschuss für konstitutionelle Fragen in dieser Frage einmal mit der Geschäftsordnung befassen muss, sehr wichtig ist.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, yes, indeed, but this Rule 175 is not actually a referral of the matter back to a parliamentary committee. It is simply asking the committee to act as a filter when a very large number of amendments – especially amendments which have very little chance of being adopted in plenary – have been tabled.

The committee looks at them and weeds out all those that have less than one-tenth of the committee supporting them, because they have no chance of being adopted. This then should make our votes in this House much shorter because all those filibustering amendments will have been weeded out by the committee.

So if the committee can meet in time, in the course of the week, it should actually facilitate things if we made proper use of this rule.

President. – Mr Corbett, I would be happy if that could really be the line. In my experience, after sending back to the committee, it is not cleaning up, because in the Rules of Procedure it is foreseen that 10% of the members of a committee is enough to send the whole package unchanged back to plenary. That was my experience last year, and therefore my request to you and your colleagues in the Committee on Constitutional Affairs (AFCO) is also to look at that threshold in the committees.

Edouard Ferrand (ENF). – Monsieur le Président, le débat sur l'ACS est très important, autant que celui sur le PTCL. Vous ne pouvez pas outrepasser vos rôles. Vouloir nous imposer une limitation des amendements mettrait en péril la démocratie dans ce Parlement. Il y a une liberté législative et je vous demande, Monsieur le Président, qu'à ce titre-là, vous respectiez autant les textes que les députés.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Sie haben mit dem Titel unser Anliegen schon voll und ganz ausgeführt. Uns geht es darum, dass wir uns mit diesem Thema befassen, nachdem an diesem Wochenende in verschiedenen europäischen Ländern, aber insbesondere auch in Stockholm, für internationale Aufmerksamkeit sorgende Angriffe gegen Flüchtlinge, gegen nicht weiße Menschen, erfolgt sind, darunter eben auch viele Kinder.

In Schweden hat es im letzten Jahr mehr als fünfzig Brandanschläge auf Flüchtlingsheime gegeben; in Deutschland hat es im vergangenen Jahr mehr als 500 Anschläge auf Flüchtlingsheime gegeben. Wir wissen, dass an diesem Wochenende ebenfalls – in Athen und in anderen Städten – Rechtsextreme gegen den Schutz von Migranten aufgetreten sind und sie gefährdet haben. Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir hier darüber diskutieren. Aus unserer Sicht lässt es sich am besten mit der gemeinsamen Debatte am Dienstagnachmittag in Anwesenheit von Rat und Kommission verbinden. Meine Fraktion hat zu diesem Punkt ebenfalls – und das haben wir bereits mitgeteilt – eine namentliche Abstimmung gefordert.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, quería apoyar la propuesta de la señora Zimmer, porque comparto esa preocupación. Y quería añadir que, aunque no figure como un punto específico en el debate de mañana por la tarde, si es posible, también se abordara el asunto de los miles de niños que han entrado en la Unión y en estos momentos se desconoce su paradero.

Insisto, no es un punto añadido. Es simplemente una preocupación que quizá podríamos abordar en el debate conjunto que tendremos mañana por la tarde.

(Aplausos)

Olaf Stuger (ENF). – We hebben jarenlang gepleit voor debatten om het geweld van vluchtelingen tegen mensen in de landen in Europa bespreekbaar te maken. Daar is in dit Parlement altijd tegen gestemd. Het lijkt mij zeer oneerlijk tegenover al die slachtoffers, die duizenden, duizenden, duizenden slachtoffers, tegenover die meer dan duizend vrouwen in Keulen, om dat te laten rusten en nu over een paar incidenten te gaan spreken. Dus wij zijn tegen.

Der Präsident. – Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist fristgerecht eingereicht worden. Deshalb rufe ich die namentliche Abstimmung auf.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, je sais que ça ne change pas le résultat final, mais je voulais signaler que je voulais voter pour et que je n'ai pas ma carte.

Der Präsident. – Das nehmen wir zu Protokoll.

Mittwoch und Donnerstag: keine Änderungsanträge.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

9. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2014 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Notis Marias im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2014 (2015/2115(INI)) (A8-0012/2016).

Zu dieser Debatte begrüße ich herzlich in unserem Haus den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. Herzlich willkommen, Herr Präsident!

Zunächst hat das Wort der Berichterstatter, Herr Notis Marias.

Νότης Μαρίας, Εισηγητής. – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα το Κοινοβούλιό μας ασκεί μια κορυφαία λειτουργία που προβλέπεται από τη Συνθήκη λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης και η οποία συνίσταται στην άσκηση δημοκρατικού ελέγχου της δράσης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας. Διότι ανεξάρτητη Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, δεν σημαίνει και ανεξέλεγκτη Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα. Οφείλει, λοιπόν, η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα να παρέχει λογοδοσία προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, το μοναδικό ενωσιακό Όργανο που εκλέγεται απευθείας από τους λαούς της Ένωσης.

Τις προηγούμενες χρονιές, η διαδικασία συζήτησης της ετήσιας έκθεσης δράσης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου περιοριζόταν σε ευχολόγια, με απουσία κριτικής προς την ηγεσία της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας και τα πεπραγμένα της. Στην παρούσα έκθεση θέτουμε το δάκτυλο επί τον τύπον των ήλων. Παρότι έγινε ιδιαίτερη προσπάθεια από συγκεκριμένες πολιτικές ομάδες, στο πλαίσιο της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής, με κοινές συμβιβαστικές τροπολογίες, να αφαιρεθούν σημαντικά σημεία αιχμής που περιείχε η έκθεση που συνέταξε, παρότι κάποιοι επιχειρήσαν να στρογγυλέψουν τις γωνίες, παρότι οι «Ηρακλείς του Στέμματος» αποδείχθηκαν πιο «ντραγκιστές» από τον κύριο Draghi, εν τούτοις τα καίρια σημεία αιχμής της έκθεσης παραμένουν.

Η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα οφείλει να κάνει σημαντικά βήματα προκειμένου να διασφαλίσει ότι κατά την άσκηση της αποστολής της δεν θα υπάρχει σύγκρουση συμφερόντων λόγω της τετραπλής δράσης που έχει μετατρέψει την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα σε κράτος εν κράτει. Και αυτό γιατί η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα υποτίθεται ότι είναι ανεξάρτητος θεσμός άσκησης νομισματικής πολιτικής, ενώ ταυτόχρονα εποπτεύει τις 130 μεγαλύτερες συστημικές τράπεζες της Ευρώπης. Παράλληλα, η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα είναι ο μεγαλοδανειστής των χωρών της Ένωσης, αφού έχει αγοράσει στο πλαίσιο της ποσοτικής χαλάρωσης ομόλογα των κρατών της ευρωζώνης, και τέλος, είναι μέλος της Τρόικας που έχει πτωχεύσει και φτωχοποιήσει τις χώρες του μνημονίου.

Για αυτό το λόγο, η έκθεση υπενθυμίζει τη σημαντική και συνάμα πρωτοποριακή απόφαση του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης C-62/14, που προσδιορίζει τους όρους και τις προϋποθέσεις υπό τις οποίες οφείλει η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα να εκτελεί το πρόγραμμα ποσοτικής χαλάρωσης. Μια δικαστική απόφαση που στην ουσία ζητά την έξωση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας από την Τρόικα. Ταυτόχρονα, η έκθεσή μας ζητά να υπάρξει διαφάνεια και έλεγχος της Τρόικας, άρα και της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, κατά την εφαρμογή των προγραμμάτων δήθεν διάσωσης, δηλαδή των μνημονίων.

Κύριε Draghi, η ανεργία παραμένει σε εξαιρετικά υψηλά επίπεδα ιδίως όσον αφορά τους νέους και τους μακροχρόνια ανέργους με τα ποσοστά να παρουσιάζουν ιδιαίτερα απόκλιση, από 6,4% στη Γερμανία σε 26,6% στην Ελλάδα. Και όλα αυτά, ενώ η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα και τα κράτη μέλη διέθεσαν αρκετά τρισεκατομμύρια ευρώ για την αντιμετώπιση της κρίσης από το 2009 και μετά. Ταυτόχρονα, η ΕΚΤ είναι ιδιαίτερα ευμενής στη συνέχιση της άσκησης σκληρής δημοσιονομικής πολιτικής και πολιτικής λιτότητας, η οποία όμως δεν μπόρεσε να μειώσει την ανεργία, ούτε να μειώσει το δημόσιο χρέος. Η έκθεση μάλιστα καλεί τα κράτη μέλη να διενεργήσουν λογιστικό έλεγχο του χρέους, σύμφωνα με τις διατάξεις του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 472/2013.

Επιπλέον, θεωρούμε ότι χρειάζεται μια πολιτική που θα ενισχύσει στις δημόσιες και ιδιωτικές επενδύσεις και θα τροφοδοτήσει την ανάπτυξη. Αυτό απαιτεί αύξηση ρευστότητας και χρηματοδότηση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων. Παρότι η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα ξεκίνησε ένα φιλόδοξο πρόγραμμα ποσοτικής χαλάρωσης που ανήλθε στα τέλη του έτους 2015 σε 582 δισεκατομμύρια ευρώ, από τα οποία 17 δισεκατομμύρια δαπανήθηκαν από την Κεντρική Τράπεζα της φτωχοποιημένης Ελλάδας, εντούτοις κύριε Draghi, δεν αντιμετωπίστηκε επαρκώς ούτε ο αποπληθωρισμός, ούτε η ανεργία, ούτε η υπανάπτυξη. Απέναντι στις εμμένοντες της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για αποδόμηση του κοινωνικού κράτους, η έκθεση αναγνωρίζει τα όρια της νομισματικής πολιτικής και επισημαίνει ότι τα οικονομικά προβλήματα της Ένωσης μπορούν να αντιμετωπιστούν με δομικές

μεταρρυθμίσεις, οι οποίες όμως οφείλουν να είναι κοινωνικά ισόρροπες.

Από εκεί και πέρα η ποσοτική χαλάρωση και τα χαμηλά επιτόκια δεν μπόρεσαν να συμβάλουν ούτε στην αύξηση των ιδιωτικών επενδύσεων, ενώ είδαμε ταυτόχρονα να δημιουργούνται προβλήματα στα ασφαλιστικά ταμεία που είδαν τις αποδόσεις των αποθεματικών τους να είναι ιδιαίτερα χαμηλές. Η έκθεση επικουρεί το προταθέν από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή πανευρωπαϊκό σχήμα εγγύησης καταθέσεων, αλλά, επίσης, επισημαίνει και τα σημαντικά βήματα που έγιναν για την δημιουργία Ενιαίας Αρχής Εποπτείας των Τραπεζών.

Στο πλαίσιο αυτό επίσης πρέπει να εξεταστεί κατά πόσο η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, και για ποιον λόγο, επέβαλε πιστωτική ασφυξία στην Ελλάδα από τις αρχές του 2015 που τελικά οδηγήθηκε σε έλεγχο κεφαλαίων. Επομένως, χρειάζεται μεγαλύτερη διαφάνεια στον τρόπο λειτουργίας του Μηχανισμού Παροχής Έκτακτης Ρευστότητας. Κλείνοντας, κύριε Πρόεδρε, θέλω να ευχαριστήσω τους σκιώδεις εισηγητές για τη θετική τους συμβολή σε αυτή την έκθεσή μου.

Mario Draghi, *President of the European Central Bank*. – Mr President, we are undoubtedly at a point in time when the cohesion of Europe is being tested. Many of the challenges we must confront are European or even global in nature, and these challenges demand a strong European response. I am therefore grateful to be back in this assembly – a symbol of the need for European debates and European solutions.

Today we are discussing the Annual Report of the European Central Bank for 2014. In that year, the Governing Council adopted a series of measures to respond to the impairment of our monetary policy transmission channels and to the low inflation environment. These measures included two reductions in key ECB interest rates, the announcement of targeted long-term refinancing operations, and two purchase programmes for asset-backed securities and covered bonds. 2014 was also marked by the start of the activities of the Single Supervisory Mechanism and the completion of the comprehensive assessment. But rather than looking backwards, allow me to focus on the challenges that still lie ahead of us.

First, I will briefly explain our current monetary policy and why we will re-assess our stance at our March meeting. Second, I would like to discuss the economic challenges we face and what it takes to address them. I am acutely aware that the focus of policymakers lies elsewhere for the moment. But let me be quite clear: economic success is also part of the solution in other fields. Therefore, mitigating economic risks deserves to be high on the political agenda.

It was about three years ago that inflation started moving away from the ECB's medium-term inflation aim of below, but close to, 2%. Since October 2013, inflation has been below 1%. Throughout 2015, headline inflation in the euro area was very low or even negative, remaining under the influence of low commodity prices. Euro area annual HICP inflation was estimated at 0.4% in January this year.

In parallel to this trend, we had to continually revise our outlook for inflation: while at the start of 2015 our staff was forecasting inflation to reach 1.5% in 2016 and 1.8% in 2017, in December they projected a rate of only 1% for this year, and 1.6% for 2017.

Against this backdrop, the ECB decided in December to act again. Our assessment of the monetary policy stance had two parts. First, we noted that the measures put in place since the summer of 2014 had been very effective. The monetary stimulus that they introduced led to a broad-based easing of financing conditions, stimulated credit provision and has since provided substantial support to the euro area recovery. Without these measures, the euro area would have been in outright deflation last year and prices would have fallen at an even quicker pace this year. Growth would have been significantly lower.

Second, while our measures were deemed effective, they were also judged to be insufficient in view of the deteriorating outlook for price stability. There was a concrete risk that without increasing the quantitative stimulus, the date by which inflation would settle around levels below, but close to, 2% would once more be pushed back beyond any relevant definition of medium-term. Therefore, we decided to recalibrate our monetary policy stance. We cut the deposit facility rate further to -0.3%; we extended the envisaged end-date for our monthly purchases to the end of March 2017, while maintaining its conditionality on the inflation outlook; and we announced that we would reinvest the principal payments of our purchased assets once they mature, for as long as necessary. We also decided to continue conducting the main refinancing operations and the three-month longer-term refinancing operations as fixed rate tender procedures with full allotment for as long as necessary, and at least until the end of the last reserve maintenance period of 2017.

Since our meeting in early December, conditions have once more changed. A moderate recovery of the euro area economy is under way, driven mainly by domestic demand. But downside risks have increased again and there is heightened uncertainty about emerging market economies' growth prospects, volatility in financial and commodity markets, and geopolitical risks. Inflation dynamics are also tangibly weaker than we expected in December. While the most recent wave of disinflation is mainly due to the renewed sharp fall in oil prices, weaker than anticipated growth in wages together with declining inflation expectations call for careful analysis of the channels by which surprises to realised inflation may influence future price and wage-setting in our economy.

Therefore, at our last meeting in January we judged that it would be necessary to review and possibly reconsider our monetary policy stance at our next monetary policy meeting in early March, when the new staff macroeconomic projections will be made available.

Our monetary policy is working, and the ECB is willing to contribute its share to ensuring that recovery remains firmly on track. But there are risks that – if they were to materialise – could undermine its course. The policy challenges we face are fourfold. They relate to the global environment, the situation of the financial system, the economic and fiscal policies of Member States and the political uncertainty surrounding the European project.

First, as regards the global environment: growth prospects are slowly improving in advanced economies, but the outlook in emerging markets is more subdued. Overall, growth is low by historical standards. Moreover, emerging markets are facing economic and financial risks: some are suffering from structural impediments and macroeconomic imbalances, while others have to adjust to lower commodity prices. They remain vulnerable to an abrupt shift in risk sentiment that could tighten financing conditions. A key issue is how emerging markets will be impacted by tighter financing conditions and the ensuing capital outflows, and to what extent this will have repercussions for euro area foreign demand. Against this background, ensuring the continued resilience of the euro area economy is paramount.

Second, there are policy challenges related to our financial markets. The euro area financial system weathered several episodes of stress in the second half of last year. This is a sign that a lot has already been achieved with the establishment of banking union – which, however, is not complete yet. To make our financial system truly safe and sound, we need to progress in two main domains, which complement each other. On the one hand, we need to finalise and implement the work we started when establishing the Single Supervisory Mechanism and the Single Resolution Mechanism as the initial pillars of banking union. This includes further regulatory work to harmonise our rules for supervisory action and to ensure a consistent application of the Bank Recovery and Resolution Directive's (BRRD) bail-in provisions. On the other hand, we need a common public backstop for the Single Resolution Fund to strengthen its credibility, and we need to ensure that confidence in the safety of deposits is equally high in all euro area Member States by establishing a European Deposit Insurance Scheme. 'Risk-reduction' and 'risk-sharing' measures are two sides of the same coin and should be pursued in parallel: they are all essential to protecting the stability of the European banking sector.

Third, there are challenges related to the fiscal and economic policies of Member States that require decisive policy action. Fiscal policies should contribute to the economic recovery. At the same time, they should be in full compliance with the requirements of the Stability and Growth Pact. This is important to maintain confidence in the European fiscal framework and in the sustainability of public finances. Moreover, countries would benefit from a more growth-friendly composition of fiscal policies. This involves greater efficiency of public sector services and moving to a more growth-friendly tax system.

But the ongoing cyclical recovery in the euro area should also be supported by effective structural policies, particularly actions to improve the business environment, including the provision of an adequate public infrastructure. Such actions are vital to increase productive investment, boost job creation and raise productivity. If reforms are credible, carefully chosen and well designed, their positive effects can be felt quickly, particularly in the context of our supportive monetary policy stance.

Fourth and finally, there is still political uncertainty surrounding the European project. This is true in the broader context of our Union. A solution that would anchor the United Kingdom firmly within the EU while allowing the euro area to integrate further would boost confidence. The Economic and Monetary Union architecture also remains an unfinished construction. Citizens and markets are too often unsure about our capacity to act jointly in a spirit of common responsibility. We should prove them wrong.

Let me conclude and come back to the subject of our debate: your resolution on our Annual Report for 2014. Let me assure you that we are reading this document closely. It reminds us of our duty as a public institution to conduct our business in a transparent and accountable manner. The publication of the diaries of Members of the Executive Board that starts this month is only one example of this. I am looking forward to the debate and thank you for your attention.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, first let me thank the rapporteur, Mr Marias, and his colleagues on the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), for their work on this report.

This ex-post assessment of the European Central Bank (ECB) activities by the European Parliament is an important part of democratic accountability and a necessary complement to the ECB's independence. The Commission shares Parliament's view that the ECB's independence, in the conduct of its monetary policy as enshrined in the Treaties, is crucial to safeguard price stability.

The monetary policy in the euro area is the exclusive competence of the ECB. With its monetary policy measures over the past years, including interest rate cuts, a series of targeted long-term refinancing operations and an expanded assets purchase programme, the ECB has acted to address the risks of an excessively long period of very low inflation. These measures include bank lending to the euro area non-financial private sector to help reduce financial fragmentation. They should support the economy and bring inflation closer to the ECB's target of below, but close to, 2% over the medium term.

The EU economy is continuing with a moderate recovery, and it is supported by certain tailwinds, such as low oil prices, the aforementioned accommodatory monetary policy and a correspondingly lower euro exchange rate, which is favourable for European exporters.

At the same time we are also facing headwinds from geopolitical tensions in our neighbourhood – both our southern and eastern neighbourhoods – and from the slowdown in emerging markets. The global GDP growth forecast has also somewhat deteriorated. It is against this backdrop that we will be updating our economic forecast on Thursday with our winter economic forecast.

The Commission fully shares Parliament's view that Europe cannot only rely on monetary policy and a favourable external environment to lift GDP growth and to raise our economy's growth potential. Member States' governments must roll up their sleeves and implement necessary structural reforms. Structural, fiscal and monetary policies each have to play their role for a consistent, growth-friendly approach acting both on the demand and supply sides of our economies. On the fiscal side, adjustments undertaken in recent years have reduced deficits and stabilised debt levels in the euro area. But Member States continue to face different fiscal challenges which call for a differentiated path of fiscal adjustment going forward.

The Commission agrees with the European Parliament that fiscal adjustment, using the flexibility that is built into the rules of the Stability and Growth Pact, needs to go hand in hand with the implementation of structural reforms: reforms of product, services and labour markets that increase productivity, help regain competitiveness, improve the business environment and reduce inequality.

Stimulating investment remains one of the Commission's policy priorities. The investment plan for Europe will help to reverse recent downward trends in investment by supporting strategic projects and SME financing. European Parliament support for a European Fund for Strategic Investments initiative has been instrumental in laying the ground for decisive and swift Union action to address the main investment needs in Europe. With all the governance bodies in place since early January, EFSI is now up and running. The take-up so far by the market and public authorities leaves us assured that we will meet the EUR 315 billion investment target well within the three-year deadline.

The Commission also shares Parliament's view on the Capital Markets Union. It is our common objective to support diversification of funding sources, promote cross-border investments and improve access to finance SMEs in particular. Implementing the Capital Markets Union action plan is an ambitious objective. The Commission therefore counts on Parliament's strong support and commitment, in particular – but not only – for the upcoming legislative procedures.

At the same time we agree with Parliament that we must remain vigilant with regard to risks in all areas of the financial system arising in the current market situation.

Let me conclude by underlining that I see much common ground between your views and the Commission's. It is reassuring to know that we can count on your support in building the foundations for sustainable growth and job creation in Europe. I thank you for your attention and look forward to a good and fruitful debate today.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Tom Vandenkendelaere, *namens de PPE-Fractie*. – De totstandkoming van dit parlementaire verslag is niet eenvoudig gebleken. De verhitte discussies toonden alvast aan dat het monetaire beleid van u een *hot topic* is. “Super Mario”, “Magic Mario”, “Helicopter Mario”, u lijkt elke week wel een nieuwe bijnaam te krijgen.

Maar ik kan mij voorstellen dat u die aandacht liever niet krijgt, dat u een stabiele Europese economie verkiest, die geen nood heeft aan onconventionele maatregelen. Dat u ook een ECB verkiest die het vertrouwen krijgt om in alle onafhankelijkheid haar mandaat te vervullen. Daarom roept ons verslag de nationale ministers op om zich niet te mengen in dit beleid door aan stemmingmakerij te doen. Want vertrouwen blijft nog steeds het belangrijkste smeermiddel van de economie en de centrale bank verdient dit vertrouwen, samen met de gouverneurs van de nationale banken.

Uiteraard blijft een debat over het gevoerde beleid heel erg belangrijk. Er zijn duidelijke argumenten pro en contra kwantitatieve verruiming, maar de discussie moet intellectueel eerlijk blijven. Roepen dat de arme spaarder bijvoorbeeld de dupe is, terwijl roekeloze beleggers en schuldverzamelaars feestvieren, dat is de waarheid geweld aandoen. Niemand is natuurlijk enkel spaarder. Veel van mijn leeftijdsgenoten bijvoorbeeld genieten op vandaag als hypotheeknemer net van de zeer lage rentevoeten. Werknemer, werkgever, pensioenspaarder, wij hebben er allemaal belang bij dat de economie sneller aantrekt.

Wij moeten waakzaam blijven ten aanzien van de risico's van dit beleid - ik ben de eerste om het te zeggen vandaag - maar we mogen ons er niet door laten verlammen. Want niet-ingrijpen, zoals sommigen hier ook in dit Parlement schijnen te willen, houdt veel ernstige risico's in. Daarom steun ik de evenwichtige visie van dit parlementair verslag.

Κώστας Μαυρίδης, *εξ ονόματος της ομάδας S&D*. – Κύριε Πρόεδρε, κατ' αρχάς, να συγχαρούμε τον εισηγητή της έκθεσης, παρά τις όποιες διαφορές, τον κύριο Μαριά. Κύριε Draghi, καλωσορίσατε, η παρουσία σας στην Ολομέλεια είναι πάντα ευπρόσδεκτη, γιατί ενισχύει μεταξύ άλλων και τη δημοκρατική νομιμότητα. Κατ' αρχάς αναγνωρίζουμε τις προσπάθειες που καταβάλλετε και επικροτούμε την πολιτική σας, ειδικά με το πρόγραμμα ποσοτικής χαλάρωσης, σε ένα εξαιρετικά δύσκολο περιβάλλον, για τον πληθωρισμό και την επιστροφή στην ανάπτυξη.

Εν τούτοις, η ευρωζώνη είναι ακόμα μία εύθραυστη και ένα ανομοιογενές πεδίο με πολιτικές και κοινωνικές αποκλίσεις. Για αυτό και καλωσορίζουμε πρόσφατα την δήλωση του κυρίου Caeuré, ο οποίος μίλησε για την ανάγκη να αντιμετωπιστούν οι οικονομικές αποκλίσεις στην ευρωζώνη και μίλησε για τα κράτη εκείνα τα οποία θα έχουν πλεόνασμα και θα πρέπει να προβούν σε περισσότερες δημόσιες επενδύσεις. Για αυτό, λοιπόν, θα ήθελα τη δική σας δήλωση σε αυτό το θέμα.

Δεύτερον, ο χρηματοπιστωτικός κατακερματισμός είναι ένα σημαντικό πρόβλημα στην ευρωζώνη. Το κόστος δανεισμού για τις μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις παραμένει υψηλότερο από τις μεγάλες, ιδίως, σε εκείνα τα κράτη μέλη που είναι σε οικονομική κρίση και τα πράγματα γίνονται διπλά δύσκολα. Και εδώ θα ήθελα τη δική σας άποψη για τους τρόπους παροχής δανείων χαμηλού κόστους προς την πραγματική οικονομία.

Ένα άλλο θέμα είναι τα συνεργατικά πιστωτικά ιδρύματα τα οποία παίζουν σημαντικό ρόλο, λόγω και των ιδιαίτερων αρχών λειτουργίας τους και την αποστολή τους. Θα πρέπει οι εποπτικές αρχές να έχουν υπόψη τους ότι υπάρχουν ειδικές αρχές που θα πρέπει να γίνονται σεβαστές, και θα θέλαμε και το δικό σας σχόλιο.

Τέλος, με δύο σύντομα σχολεία: πρώτο, μη εξυπηρετούμενα δάνεια. Ποια είναι η δική σας θέση, θα πρέπει να υπάρξει ένας κατάλληλος μηχανισμός, όπως στην Ισπανία και στην Ιρλανδία ή κάτι άλλο; Και μια τελευταία κουβέντα, για τις καταθέσεις και την προστασία. Τι προτίθεστε να κάνετε για εκείνα τα κράτη μέλη τα οποία δεν θα ακολουθήσουν τις δικές σας υποδείξεις και θα έχουν την Τραπεζική Ένωση «à la carte».

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowny Sprawozdawco! Panie i Panowie! Koleżanki i Koledzy! Sprawozdanie jest wyważoną oceną działań EBC. Po raz pierwszy widać tu jednak, w tym sprawozdaniu, głosy krytyki.

Po pierwsze, należy podkreślić wszelkie średnio- i długofalowe instrumenty, które powinny wpływać na ożywienie gospodarcze w Europie, i które sprostająby potrzebie trwałego ożywienia gospodarki realnej we wszystkich – nie w części – dwudziestu ośmiu krajów Unii Europejskiej. Należy również podkreślić, że mimo iż EBC realizuje swoje działania w celu utrzymania korzystnych warunków finansowania, inwestycje prywatne i publiczne w strefie euro pozostają znacznie poniżej poziomu sprzed obecnego kryzysu. Więc pożądane jest zwiększenie dostępu do finansowania przede wszystkim dla małych i średnich przedsiębiorstw.

Rozważając roczne sprawozdanie na temat EBC, chciałbym jeszcze zwrócić uwagę na, moim zdaniem, bardzo ważną rzecz. Jest to po pierwsze poszanowanie dla niezależności decyzji EBC, ale również odpowiednie rozdzielenie ról nadzorczej EBC i jego funkcji decyzyjności w ramach polityki pieniężnej. Połączenie obu tych funkcji nie powinno powodować konfliktu interesów dla EBC.

Cora van Nieuwenhuizen, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik wil graag beginnen met de rapporteur, de heer Marias, en mijn collega's schaduwrapporteurs te bedanken voor de prettige samenwerking bij dit verslag. In dit verslag spreekt het Parlement sterke zorgen uit over de effecten van de kwantitatieve verruiming, waarbij elke maand 60 miljard euro aan financiële groeihormonen in de economie wordt gepompt.

Mijnheer Draghi, u hebt het vaak gezegd en vandaag ook weer herhaald: monetair beleid alleen is niet voldoende om de economie aan de praat te krijgen. Er zijn ook economische hervormingen en een gezond begrotingsbeleid voor nodig. U noemde het vandaag in uw speech als derde punt. Bent u het met mij eens dat het op deze terreinen nog bepaald niet de goede kant op gaat? In veel landen zit de arbeidsmarkt nog steeds op slot. Het lijkt wel of er op meerdere plekken de mentale omslag van een baan voor het leven naar een leven vol banen nog steeds gemaakt moet worden. Het aanpassen van de pensioenleeftijd is nog niet overal op orde en er zijn vooral grote landen die de hoogste schulden en de grootste tekorten hebben, gecombineerd met de laagste groei en ook de laagste inflatie. Die landen juist proberen het hardst om onder de begrotingsafspraken uit te komen. Geen goede ontwikkeling!

Dit alles overziend vraag ik mij af of het verstandig is in die omstandigheden de kwantitatieve verruiming verder door te zetten en uit te bouwen. Die zorg wordt versterkt door de sterk negatieve bijeffecten van dit soort monetaire stimuli voor de stabiliteit van de pensioenfondsen en financiële markten in Europa. Als we de extreem lage olieprijs niet meenemen is de inflatie helemaal niet zo dramatisch laag. Ik vraag me daarom af of het nodig is om er nog een schep kwantitatieve verruiming bovenop te doen. Nogmaals, in het licht van het feit dat de zo broodnodige structurele hervormingen en een degelijk begrotingsbeleid nog steeds achterblijven, vindt u het dan nog steeds verantwoord dat u de kar alleen moet trekken met uw kwantitatieve verruiming, die u dan toch door moet zetten?

Fabio De Masi, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Draghi hat mit „whatever it takes“ die Finanzmärkte eine Weile beruhigt. Die faulen Kredite im italienischen Bankensystem und der Versuch, den Giftmüll mit viel Lametta an die Steuerzahler abzustoßen, zeigt aber: Die Euro-Krise geht weiter! Für die Mehrheit ist jeden Tag Euro-Krise im Portemonnaie, und das hat Gründe.

Herr Draghi hat sie in Jackson Hole selbst benannt: Es fehlt an öffentlichen Investitionen zur Unterstützung der Geldpolitik. Die Banken vergeben durch die Kürzung von Löhnen, Renten und Staatsausgaben kaum Kredite, weil es an Investitionsnachfrage fehlt – trotz Nullzinsen. *Quantitative Easing* führt so nur zu Finanzblasen, statt dass das Geld in der realen Wirtschaft landet. Daher verfehlt die EZB auch ihr Inflationsziel von etwa 2 % jährlich regelmäßig.

Die „Financial Times“ spottet bereits, die deutschen Zentralbanker hätten ein Inflationsziel von 0 bis 0,2 %. Auch die EZB trägt hierfür Verantwortung. In Irland drohte die EZB, den Euro abzdrehen, wenn nicht etwa die marode *Anglo Irish* von irischen Steuerzahlern gerettet wird. Das war korrupt und keine Geldpolitik.

In Griechenland erzwang die EZB die weitere Kürzung von Löhnen und Renten. Dabei sieht ein Blinder mit Krückstock: Die Strukturreformen haben alles nur noch schlimmer gemacht. Frei nach Bill Clinton: *It's the austerity, stupid.*

Der Investitionsstreik kann nur durch öffentliche Investitionen überwunden werden. Die EZB muss das unterstützen etwa durch den Ankauf von Anleihen der Europäischen Investitionsbank. Sonst droht der Euro zu zerbrechen oder er wird abgewählt.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, señor Draghi, Comisario. Gracias, hoy, por su presencia.

Señor Draghi, este Parlamento ha acogido favorablemente muchas veces muchas de las medidas que ha tomado en los últimos años, como las medidas de política monetaria no convencionales, o su voluntad de mantener programas de compra de bonos soberanos, que —aunque sea momentáneamente— ha puesto fin a la crisis de la financiación soberana. Sin embargo, señor Draghi, tengo que decir que estos programas —y concretamente el programa de expansión cuantitativa— llegaron tarde en algunos casos y fueron mal diseñados.

Sabemos que el volumen de la expansión cuantitativa es insuficiente. Tanto es así que prácticamente no está teniendo impacto en el nivel de precios, como señalaba anteriormente mi compañero. Y también nos preocupa, señor Draghi, que este programa no sea un programa enfocado a poder llegar directamente a la economía real —algo que hemos pedido en varias ocasiones—, y que en estos momentos estemos más alimentando burbujas especulativas y generando procesos de desigualdad que haciendo un programa que pueda llegar verdaderamente a la economía real.

Y sabemos que todo no lo tiene que hacer la política monetaria; que la falta de políticas de sostenimiento de la demanda agregada es, hoy en día, un problema. Y esa no es su responsabilidad. Pero también nos parece que algunos de estos programas, al igual que las TLTRO —cuyos resultados en estos momentos, también por los datos que tenemos, son muy escasos—, no han funcionado como deberían.

Y ya para terminar, señor Draghi, tengo que decir que, ya que estamos evaluando su labor en los últimos años, tenemos que hablar de Grecia. Nos preocupa muchísimo la falta de un marco legal claro para mecanismos como la provisión de liquidez de emergencia; nos preocupa que ustedes tomaran decisiones de manera totalmente arbitraria, en función de si un Gobierno era de un color o de otro, sobre todo si lo comparamos con lo que sucedió en Chipre; nos preocupa también, y con esto termino, la independencia del Banco Central Europeo, al haber tomado decisiones su Consejo de Gobierno prácticamente en paralelo en el tiempo al Eurogrupo, poniendo en grave peligro la credibilidad de la institución.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'operato della BCE nel 2015 segue quello che è un disegno politico delineato da tempo. Ad oggi 19 paesi dell'Eurozona, più di 330 milioni di persone, hanno ceduto alla BCE la propria sovranità monetaria. Tutti i popoli europei che non controllano più la propria moneta e il proprio sistema bancario devono rendersi conto del fatto che sono popoli ai quali sono stati sottratti diritti fondamentali per autodeterminarsi democraticamente e che si trovano sotto dittatura di Bruxelles e Francoforte.

La BCE, dall'entrata in funzione del primo pilastro dell'Unione bancaria a fine 2014, sta gestendo in totale conflitto di interessi sia le politiche monetarie fallimentari, gonfiando le banche, sia la vigilanza sulle banche stesse. La BCE continua a professare indicazioni politiche che non le competono, d'austerità e riforme, spianando la strada a grandi portatori di interesse, fondi di investimento, grandi elusori fiscali, coloro i quali tirano i fili di questo progetto politico e che si stanno spartendo strategicamente le risorse pubbliche a prezzi di saldo con le privatizzazioni.

Sono attesi forti shock nel 2016, dovuti al rallentamento economico globale e alla crisi dei migranti. Non possiamo pensare che l'unico piano sul tavolo sia quello di ulteriore cessione di sovranità a nuove figure non elette democraticamente e lontane dalle necessità dei popoli, come sancito nel report dei cinque presidenti. Sarebbe un ulteriore schiaffo ai cittadini da parte dell'eurocrazia. Bisogna per questo sostenere al più presto un piano politico nuovo e democratico per l'Europa partendo da una exit strategy ordinata e concordata dall'euro.

Una cosa deve essere chiara: i nemici della democrazia non sono quelli che sollevano dei dubbi sulla moneta unica e sulla BCE, ma quelli che continuano a difenderla religiosamente non ammettendone il fallimento evidente.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Alsof zeven jaar eurocrisis nog niet genoeg waren, hebben socialisten, christen-democraten en liberalen hier het verslag van onze goede collega Marias gekaapt om Draghi een genuanceerd goed rapport te kunnen geven, zodat hij verder kan gaan zoals hij altijd bezig is geweest.

Mijnheer Marias is wel degelijk opzij gezet in weerwil van wat hij zelf daarover zegt. Een voorzichtige - volgens mij veel te voorzichtige - paragraaf waarin kritisch stond dat de ECB mogelijk haar mandaat te buiten is gegaan toen zij begonnen is soevereine schuld op te kopen. Dat moest allemaal sneuvelen. Zijn verslag is gekaapt en we zijn hier nu in een jaarverslag terechtgekomen dat de euroreligie nog maar eens bevestigt met het klassieke dogma van meneer Draghi: alles gaat goed, want als ik niet verder kan gaan zou het nog slechter gaan.

Volgens dat dogma is dus de weg geplaveid voor mijnheer Draghi om door te kunnen gaan met zijn schuldeneconomie, zijn werkloosheidseconomie, zijn eenheidseconomie en de transfertunie die daar rond gaat. En dat alles met een geldfontein die maar blijft spuiten, hoewel zij geen groei veroorzaakt en geen soelaas brengt. Wat ook niet mogelijk is, want er is geen vertrouwen in het fundamentele voortbestaan van deze munt. Mijnheer Draghi lijkt een met goud belegde oplichter die ons allemaal naar de afgrond begeleidt, naar een chaotische implosie, terwijl het verstandiger zou zijn om deze muntunie op een geordende manier te deconstrueren. Mijnheer Draghi hier vandaag stoppen zou waarschijnlijk een veel interessanter en verstandiger maatregel zijn!

Presidente. – Mi scusi onorevole Annemans, ma non è consentito offendere, tantomeno offendere i nostri ospiti.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μία και μόνο φράση της έκθεσης, απεικονίζει την ουσία της ύπαρξης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, αλλά και την οικονομική πολιτική της Γερμανίας και κατ' επέκταση της Ευρωπαϊκής Ένωσης παράγραφος 11: «επικροτεί την κατηγορηματική δέσμευση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας να καταβάλλει κάθε δυνατή προσπάθεια για την προστασία του ευρώ την οποίαν ανέλαβε τον Αύγουστο του 2012».

Τα πάντα για το χρήμα, όχι για τους πολίτες, ούτε για τα έθνη, ούτε καν για τις χώρες. Η Ελλάδα πέρυσι διαπραγματεύονταν με τους θεσμούς για την επιβίωσή της. Η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα πιστή στην πολιτική της ανεξαρτησίας, σταμάτησε την παροχή ρευστότητας προς τη χώρα μου για να επιβάλλει την εκδικητική συμπεριφορά των Ευρωπαίων στον κακό μικρό υποτιθέμενο «αδελφό» τους.

Είναι φανερό ότι η λεγόμενη σταθερότητα του ευρώ είναι απλά ένα μέσο επιβολής των οικονομικών συμφερόντων της Γερμανίας, άρα μέρος του προβλήματος. Για να γίνει μέρος της λύσης πρέπει να αλλάξει κατεύθυνση η Ευρωπαϊκή Ένωση. Και αυτό μπορεί να γίνει μόνο με εθνικιστικές κυβερνήσεις που ενεργοποιούν τον πολίτη, την οικογένεια και το έθνος έναντι στο χρήμα.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, in my opinion the monetary policy of the ECB has been properly focused on restoring price stability and on contributing to gradual economic recovery in the euro area. Unconventional measures, such as the asset purchase programme and the negative deposit rates, have been generally successful, if somewhat overdue. Had they been introduced earlier – in my opinion at least – the results would have been probably better. But this is not a critique, Mr Draghi, as I am fully aware of the political constraints within which you have to act and the especially strong opposition to those measures from some members of the Governing Council. But let me tell you that the opposition has been vindicated by the facts. These have demonstrated that you were right and your opponents were wrong.

Mr President, we are discussing the European Parliament report today, and I think this is a balanced and objective document. It is a much-improved document compared to the first draft that has been discussed at the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), which in my opinion was one-sided, biased and full of unjustified accusations against the ECB – especially for matters for which the ECB is not responsible.

Mr Draghi, I have one question. At one of our earlier meetings during the monetary dialogue meetings at the ECON Committee, you said that you would consider ‘helicopter money’: that is, the direct emission of cash money to market participants. I would like to ask you: what is your current thinking on this, on the legal grounds, and on the consequences – both bad and good – of this measure in the event that we introduce it?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Peter van Dalen (ECR), *“blauwe kaart”-vraag*. – Mijnheer Rosati, u heeft een zeer verbazingwekkende speech gehouden. U houdt mijnheer Draghi de hand boven het hoofd en u zegt: de ECB heeft zijn werk goed gedaan. Dat verbaast mij zeer, want de ECB heeft zijn werk helemaal niet goed gedaan. De ECB moet zorgen voor prijsstabiliteit en een inflatie op het niveau van ongeveer twee procent. Al sinds 2013 is die inflatie niet op dat niveau. Hoe kunt u nu zeggen dat mijnheer Draghi zijn werk goed gedaan heeft? Onbegrijpelijk!

Dariusz Rosati (PPE), *blue-card answer*. – The ECB has done whatever was possible within its competences as described in the Treaty. As I said, perhaps the quantitative easing could have been undertaken a little bit earlier, but I also said that there were political constraints. In the final analysis, Mr Draghi took the decisions that saved the euro area back in 2012 by declaring that he would do whatever it took to save the euro. I think he deserves credit for what he has done.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei ringraziare tutti i gruppi politici per il loro contributo a migliorare questo testo, che ora è un testo equilibrato, in cui si esprime con chiarezza un giudizio positivo sull'azione di politica monetaria della BCE e si riconosce l'importanza delle misure non convenzionali adottate negli ultimi mesi.

Io condivido anche la valutazione espressa dal Presidente Draghi sugli ulteriori sviluppi del quadro macroeconomico. Da un lato, osserviamo il rafforzamento dell'economia interna, trainata soprattutto dai consumi, e, dall'altro lato, assistiamo a un indebolimento dell'economia mondiale, determinato sia dal rallentamento delle economie emergenti che dall'aumentare dell'incertezza sui mercati finanziari.

La nostra capacità di influire sull'economia globale è limitata. Possiamo però incidere su quanto avviene nell'area dell'euro, innanzitutto proseguendo e adattando le misure di politica monetaria in atto. Sotto questo aspetto è molto positivo che il Consiglio direttivo della BCE si sia dichiarato unanimemente pronto a riconsiderare l'orientamento della politica monetaria se esso non dovesse rivelarsi sufficiente al perseguimento degli obiettivi annunciati. Naturalmente la politica monetaria da sola non può garantire il passaggio da una ripresa ciclica ad una strutturale. Affinché questo avvenga, è necessario proseguire il cammino di riforme strutturali socialmente equilibrate e volte ad aumentare il potenziale di crescita della nostra economia e, allo stesso tempo, è necessario che la politica di bilancio, a livello aggregato, si muova di pari passo con la politica monetaria, e non contro di essa.

I paesi che hanno spazio fiscale devono utilizzarlo e l'aggiustamento fiscale di chi ha meno spazio deve proseguire con un ritmo sostenibile, applicando tutte le regole del Patto di stabilità, inclusa la flessibilità che esso contiene. Infine, è necessario lavorare per completare l'Unione economica e monetaria, dando concretezza alla visione di lungo periodo del rapporto dei cinque presidenti: *fiscal backstop*, avviare i lavori, lavorare sulla proposta legislativa della Commissione europea sulla garanzia dei depositi. Naturalmente è lecito che il lavoro sulla riduzione dei rischi prosegua, ma deve avvenire in un quadro internazionale più ampio e tenendo conto anche delle esigenze di stabilità finanziaria.

Sander Loones (ECR). – Mijnheer Draghi, u bent inderdaad onafhankelijk, maar u moet ook rekenschap afleggen over uw beleid. Econoom Geert Noels bijvoorbeeld heeft u eind vorig jaar een zevental vragen gesteld. Het was uw hoofdeconoom Peter Praet, die zo vriendelijk was om die te beantwoorden. Wat waren zijn antwoorden? Anderhalf biljoen euro! Zo veel geld heeft u intussen bijgedrukt. De inflatie is niet navenant gestegen. Ook de economische groei valt tegen. Maar, zegt mijnheer Praet, wij gaan gewoon door. Wij blijven gewoon geld bijdrukken zonder limiet.

Mijnheer Draghi, u blaast zeepbellen in onze economie. Uw beleid is een aanslag op ons spaargeld en op onze pensioenen. Ik wil u graag aanbevelen om wat meer te kijken en te horen wat William White zegt, de econoom die de financieel-economische crisis wél heeft aangekondigd en wél had zien aankomen. Wat zegt hij? Het monetair beleid wordt minder effectief na verloop van tijd en die schadelijke neveneffecten worden juist duidelijker en duidelijker. Ik denk dat het voor ons allen tijd is om ons hierover goed te beraden.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señor Presidente, señor Draghi, señor Comisario, en un minuto cuatro ideas.

Felicitaciones como banquero técnico, señor Draghi. Sin embargo, una pregunta técnica: ¿no le ha preocupado a usted que la entrada de China en los derechos especiales de giro se hiciera casi completamente a costa del euro?

Segunda idea. Como banquero político, sepa usted que tanto yo como mi Grupo apoyaremos siempre la idea de que la política monetaria no resuelve la productividad ni la competitividad de la economía europea -ahí le apoyaremos- y, por lo tanto, las reformas estructurales pendientes es lo que usted tiene que reclamar a fondo.

Como tercera y como banquero técnico-político, le agradezco la introducción y los primeros pasos que usted ha impulsado en cuanto a la seguridad europea de los depósitos. Pero es un proceso muy lento y todavía muy tímido.

Finalmente, y felicitándole como banquero europeo, usted en 2014 ha conseguido -usted y los órganos rectores- que hubiera grandes beneficios para el Banco Central Europeo, y eso es bueno. ¿Por qué no le pone usted imaginación a cómo esos beneficios pueden ayudar a la financiación de un mayor y mejor proyecto europeo?

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Draghi και κύριε Dombrovskis, δεν αρκεί η νομισματική πολιτική, χρειάζεται και αλλαγή οικονομικής πολιτικής και για αυτά πρέπει να απαντήσει ο κύριος Dombrovskis που είναι παρών. Γιατί απαιτείται εγκατάλειψη της μονομερούς λιτότητας και στροφή στην ανάπτυξη, τόνωση των επενδύσεων και της ζήτησης, ιδιαιτέρως, στις πλεονασματικές χώρες.

Κύριε Dombrovskis, γιατί καθυστερεί η πανευρωπαϊκή εγγύηση καταθέσεων, που είναι ο τρίτος πυλώνας του σχεδίου της τραπεζικής ενοποίησης; Ως πότε θα βάζει βέτο ο κύριος Schäuble; Κύριε Draghi, σκοπεύετε να προχωρήσετε και να ενισχύσετε το πρόγραμμα ποσοτικής χαλάρωσης ή θα το μαζέψετε επειδή έχετε εσωτερική αντιπολίτευση από υπερσυντηρητικούς κύκλους που εκφράζει ο κύριος Weidmann; Και πότε επιτέλους θα μετάσχει και η χώρα μου, η Ελλάδα, στο πρόγραμμα ποσοτικής χαλάρωσης και πότε θα πάψει να δανείζεται με μεγαλύτερα επιτόκια από ό,τι άλλες χώρες; Υπάρχουν ενδείξεις σταθεροποίησης της ελληνικής οικονομίας, πρέπει και εσείς να πάρετε πρωτοβουλίες για να μη στραγγαλίζεται.

(Sõnavõtja nõustus vastama nn sinise kaardi korra kohaselt (kodukorra artikli 162 lõige 8) esitatud küsimusele).

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), question «carton bleu». – Monsieur le Président, chers collègues, pourquoi le gouvernement grec ne demande-t-il pas à la Banque centrale d'émettre de la monnaie pour investir dans les économies d'énergie et les énergies nouvelles dans l'économie grecque, car, dans ce cas-là, on ne créerait pas de la fausse monnaie, on investirait dans l'économie réelle et on aurait un véritable changement de l'économie.

Pourquoi l'assouplissement quantitatif se réduit-il aux banques ?

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), απάντηση σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα». – Η διάλυση της ζώνης του ευρώ και η επιστροφή στα εθνικά νομίσματα είναι το πρόγραμμα της Marie Le Pen, όχι της κυβέρνησης Τσίπρα. Η έξοδος της Ελλάδας από το ευρώ ήταν το σχέδιο του κυρίου Schäuble, που ευτυχώς ακυρώθηκε το καλοκαίρι. Η ελληνική οικονομία σταθεροποιείται και εκτιμούμε ότι το επόμενο διάστημα, και ήδη από το δεύτερο εξάμηνο του 2016, θα περάσουμε σε θετικούς ρυθμούς ανάπτυξης. Αυτό που χρειάζεται, και για αυτό αγωνιζόμαστε εμείς από την Αριστερά, είναι όχι η διάλυση της Ευρώπης, αλλά η αλλαγή της Ευρώπης, η κοινωνική Ευρώπη.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Mr President, Mr Draghi says his policy is working, but under-performance in the euro area is only out of the spotlight because of catastrophe in the Schengen area. The truth is that both these pillars of European integration face collapse. The Schengen breakdown currently produces more shocking pictures on the TV news, but the euro malfunction is also having devastating consequences. Youth unemployment rates of 40% or more in the southern periphery and long-term stagnation are destroying human potential. The ECB report speaks of structural reforms and, yes, these are sorely needed to improve southern productivity; but even if successfully implemented, they will only go a small way to correct imbalances created by fundamental differences in economic strength. Each country needs its own currency so that it has levers of control over interest rates and influence on exchange rates too, just as each country needs to control its own borders.

Bernard Monot (ENF). – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la BCE, chers collègues, je voudrais, avant tout, dénoncer la lourde influence des principaux groupes politiques sur le rapporteur, M. Marias, qui a malheureusement dénaturé la qualité de son rapport.

Dans ce rapport que nous examinons aujourd'hui, un mot n'est jamais prononcé: le mot pétrole. Inutile de rappeler pourtant que la chute vertigineuse des cours du pétrole, depuis un an et demi, est au cœur de l'actualité économique. Les conséquences sont une déstabilisation de l'industrie pétrolière et de l'ordre économique et financier européen. L'impact des cours du brut est central sur le niveau des prix et explique en partie le risque élevé de déflation combattu par la Banque centrale européenne. Or la baisse des prix de 50 % en quelques semaines n'est pas l'effet de l'offre et de la demande sur les marchés physiques du pétrole, mais bien le résultat de la spéculation sur les marchés des dérivés.

Chaque baril de pétrole échangé sur les marchés physiques est échangé 200 fois le même jour sur les marchés dérivés. Dans ces conditions, on peut prédire que la baisse brutale de ces derniers mois se reproduira bientôt, mais dans le sens inverse, dès que les spéculateurs parieront sur la hausse. Ces mouvements de grande amplitude compliquent directement la politique monétaire de la BCE et la réalisation de son objectif cible de 2 % d'inflation.

Cette volatilité sur les banques systémiques a des risques inattendus sur leur solvabilité également. L'encadrement de la spéculation sur les marchés dérivés des matières premières était l'une des principales priorités de la présidence française du G20, qui voulait moraliser le capitalisme, mais cinq ans plus tard, nous sommes toujours au point mort.

J'aimerais donc savoir, Monsieur Draghi, ce qu'envisage de faire la BCE contre la spéculation financière sur les prix de l'énergie afin de garantir une stabilité des prix durable dans la zone euro.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, am convingerea că fără deciziile hotărâte și profesioniștii ale Băncii Centrale Europene economia din zona euro ar fi rămas pentru o lungă perioadă de timp în stagnare și ar fi intrat și în deflație.

Ceea ce consider însă că am discutat mai puțin este impactul politicii banilor ieftini pentru o lungă perioadă de timp asupra procesului de economisire și a celui de investiții pe termen lung.

Nu putem să nu constatăm că fondurile de pensii, instituțiile de asigurări și în special investitorii instituționali pe termen lung, ca și oamenii care economisesc au avut de pierdut.

De aceea cred că este legitimă întrebarea pe care mulți o adresează Băncii Centrale Europene: cât timp credeți că această politică monetară a banilor ieftini va continua?

Elisa Ferreira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário Dombrovskis, Senhor Presidente Mario Draghi, muito obrigada Senhor Presidente Mario Draghi pelas respostas que me enviou às perguntas que lhe dirigi enquanto signatária do relatório dos cinco presidentes. Ainda estou à espera da resposta dos outros signatários, dos outros presidentes.

Na sua resposta confirma interesses, a importância de que o Mecanismo Europeu de Estabilidade pudesse capitalizar diretamente bancos viáveis e, ainda hoje o lembrou, reforçou a sua convicção de que a linha de crédito comum para o Fundo de Resolução e uma estabilização dos depósitos são elementos fundamentais da agenda. Esperemos que o Conselho e a Comissão conservem também os seus compromissos dessa mesma forma.

Mas a verdade é que hoje nós temos uma supervisão bancária única, desde novembro de 2014. Temos, desde há um mês, uma resolução única e todos estes elementos de estabilização da união bancária não estão operacionais. E embora a resolução única europeia ainda não tenha intervindo de facto, as experiências de aplicação da nova diretiva de resolução europeia ABERD têm-se revelado altamente problemáticas, sobretudo no caso das economias mais frágeis.

Hoje, quando se pede, numa economia dessas, o reforço de capital de origem privada à banca e, ao mesmo tempo, pela primeira vez se faz *bail-in*, se imputam perdas a credores sénior e a depositantes em outros processos de resolução, geram-se tensões absolutamente contraditórias no mercado.

Ao contrário do que se pretendia neste período de transição, a relação entre bancos e Estados parece-me mais complicada, intensa e perigosa do que nunca e fica apenas nas mãos do Estado, e desses Estados frágeis, a contenção dos brutais riscos sistémicos.

Isto leva-me a colocar um conjunto de questões, mas em particular as seguintes: quem está a acompanhar estes impactos? Está o BCE a acompanhá-lo no *board* de risco sistémico? Pode a união de mercado de capitais ajudar a tratar o problema dos *non-performing loans* do crédito mal parado? E quem tem a visão global - eu termino já, Senhor Presidente, muito obrigada - quem tem a visão global do sistema bancário dos países? É a política de concorrência nas mãos da Comissão ou é o SSM apoiado e coordenado pelo Banco Central Europeu? São questões que têm de ser respondidas porque um mau começo da União Bancária pode destruí-la e isso seria fatal para a estabilidade europeia. Muito obrigada pelo seu tempo e pela sua tolerância.

Beatrix von Storch (ECR). – Herr Präsident! Heute reden wir über die EZB mit der EZB, guten Tag, Herr Draghi! Sie betreiben seit Jahren eine Politik der nationalen Sonderinteressen, Sie retten Staaten, die insolvent sind, und Banken, die vor dem Kollaps stehen – das ist Fiskalpolitik, das ist keine Geldpolitik! Sie haben dafür kein Mandat.

Am 25. Juli 2012 haben Sie gesagt, Sie tun *whatever it takes*, um den Euro zusammenzuhalten. Herr Draghi, auch das ist nicht Ihre Aufgabe! Ihre Aufgabe ist es, den Wert des Euro stabil zu halten und nicht die Anzahl der Mitglieder in der Eurozone.

Jetzt sagen Sie, Sie geben nicht auf, und jetzt wollen Sie Inflation. Für Ihre Politik wird jemand bezahlen müssen, und es werden nicht die Krisengewinner sein, nicht die Krisenverursacher. Es werden die Menschen sein, die Lebensversicherungen halten, in der betrieblichen Altersvorsorge sind und Sparer sind. Die kleinen Leute also. Und Sie merken es nicht, das ist das Perfide dabei!

Ihre Politik löst die Probleme nicht und schadet den kleinen Leuten, das ist ungerecht und unsozial. Hören Sie damit auf, das wäre ein Dienst an Europa!

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr Draghi, the recently-published report on the banking inquiry in Ireland points an accusatory finger directly at the ECB and estimates that over EUR 9 billion could have been saved on applying haircuts to the unsecured, unguaranteed bond holders but for the threats and bullying of your predecessor Mr Trichet. That EUR 9 billion is gone, history. But there is an even greater injustice happening to Ireland right now under your watch, Mr Draghi. I am referring to the ongoing destruction of the EUR 31 billion promissory note bonds. Those bonds were created in 2009 and 2010 to bail out the creditors of two insolvent Irish banks, but more significantly to help protect the euro itself. The banks were non-systemic. Those banks were eventually liquidated, but the ECB now insists that the entire 31 billion must be taken out of circulation by our central bank. Already we have borrowed 6 billion, and our central bank is now going to be forced to burn 25 billion more. Please answer this question. I am asking you today directly: will you please work with us to stop this obscenity? Do not let this be your legacy to Ireland or our legacy to our children. Please answer this question. Make it a first for me in this Parliament that any damn question would be answered!

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO*Vicepresidente*

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident! Herr Vizepräsident Dombrovskis! Herr Präsident Draghi! Ein abgeschwächtes weltweites Wirtschaftswachstum, Börsenturbulenzen in China und ein rasanter Ölpreisverfall sorgen international für große Unsicherheit. Auch in der Eurozone herrscht Unsicherheit nicht nur aufgrund dieser globalen Volatilität, sondern Unsicherheit in Bezug auf die Auswirkungen der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, Unsicherheit in Bezug auf die Auswirkungen des riesigen Anleihekaufprogramms im Rahmen des *Quantitative Easing*, das weder zu einem relevanten Anstieg der Teuerungsrate noch zu einer Ankurbelung der Wirtschaft geführt hat.

Die Inflationsrate ist nach wie vor niedrig, mit 0,4 % im Jänner dieses Jahres knapp an der Nulllinie – kurzfristig gut für Verbraucher und die Kaufkraft, langfristig jedoch schwierig. Die Kreditvergabe an die Privatwirtschaft springt ebenfalls nicht an. Im Dezember vergaben die Banken nur 0,3 % Prozent mehr Unternehmenskredite und 1,4 % mehr Kredite an Privathaushalte, das ist enttäuschend!

Seit März letzten Jahres pumpt die EZB 60 Milliarden Euro pro Monat in die Wirtschaft – bis zum März 2017, bis zum Ende des Programms, werden es 1,5 Billionen sein. Durch diese massiven Anleihekäufe werden die Nationalbanken, die Notenbanken, die größten Gläubiger der Mitgliedstaaten. Die Verflechtung von Geld- und Fiskalpolitik nimmt zu, und es steigt der Druck auf die EZB, die Zinsen niedrig zu halten und weiter Staatsanleihen zu kaufen. Gleichzeitig sinkt der Druck auf die Mitgliedstaaten, Strukturreformen umzusetzen. Ohne Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und öffentliche Investitionen wird es jedoch kein Wachstum und Beschäftigung in Europa geben!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – Mr President, assessing the success or failure of the euro is simple enough because there is a control group: we can look independently at how eurozone and non-eurozone economies have developed, and the non-eurozone ones have developed faster than the eurozone ones. So do you agree with me that the euro is a failed political project, not a successful economic one? Do you agree with me that we should respect the democratic sovereign right of any country which does not want to join the eurozone, and actually we should look at countries leaving rather than joining?

(Applause)

Barbara Kappel (ENF), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass man die demokratischen Rechte eines jeden Mitgliedstaates oder generell eines jeden Staates achten sollte, und bin grundsätzlich auch der Meinung, dass es sinnvoller gewesen wäre, eine europäische Währung, eine europäische Einheitswährung nicht ohne eine weiter gehende Vereinigung einzuführen. Nachdem es die im Moment nicht geben kann und nicht geben wird, ist es wahrscheinlich sehr zweifelhaft, ob diese Währung zu einem Erfolg führen wird. So, wie es derzeit aussieht, nicht.

Eva Paunova (PPE). – Mr President, I would like to get back to an issue I raised when discussing the previous ECB report, and that is the availability of bank lending to businesses. Unfortunately, the situation is still unsatisfactory, despite the measures that have been taken lately. European businesses are largely dependent on bank lending and alternative financial sources are quite insufficient to meet the necessary demand. I do still welcome the measures taken by the ECB to address this problem. These include negative interest rates and targeted long-term refinancing operations.

I am also happy to see from the early evidence in this year's report that parallel policy initiatives were relatively effective, especially when it comes to reducing financial stability risk and giving banks funding. However, while the targeted long-term refinancing operation helped stem the decrease in bank loans, the programme did not provide a stimulus to generate loan growth as intended. A total of EUR 400 billion has been introduced into the banking system through five refinancing operations, but bank corporate lending has only experienced a very moderate growth. As the ECB Annual Report 2014 points out, credit conditions for firms remain tight, especially in some euro area countries. We can see that ECB monetary policies were transmitted only imperfectly to borrowing costs. Bank lending is still insufficient at times, and therefore I do ask the Commission to take more decisive measures to stimulate bank lending to corporations and, especially, to SMEs.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Banque centrale européenne, vous savez que ce Parlement a un bilan sur la façon dont vous intervenez, autrefois au titre de la troïka et, aujourd'hui, au titre des institutions de Bruxelles.

Plusieurs questions restent posées sur le rôle de la Banque centrale dans la mise en œuvre des mémorandums, notamment en Grèce. Une clarification est nécessaire à cet égard. Je vous demande de nous l'apporter.

Le rapporteur a indiqué que, quelle que soit la qualité de la politique monétaire que vous menez, celle-ci ne peut pas tout et qu'on observe un besoin de relance de l'investissement ici ou là.

Vous avez vous-même dit que les conditions économiques n'étaient pas si sereines et que l'Union économique et monétaire devait être complétée d'urgence, non seulement par un des piliers de l'Union bancaire, ce projet de l'Union des marchés des capitaux, mais aussi par ce qu'on appelle l'achèvement de l'Union économique et monétaire, notamment la mise en place de la capacité budgétaire.

Vous êtes l'un des auteurs du rapport des cinq présidents dans lequel cette question a été évoquée. Compte tenu de la situation économique de la zone euro, compte tenu des difficultés dans lesquelles un certain nombre de nos États se débattent, ne pensez-vous pas qu'il faut accélérer le calendrier et que la perspective d'attendre 2017 pour que, à côté de la politique monétaire, les outils de la politique économique puissent être pleinement mobilisés soit trop tardive?

Dernière question, Monsieur le Président, qui n'a pas été évoquée dans le rapport annuel de M. Marias et qui fait parfois l'objet de ce rendez-vous annuel: c'est la question de l'utilisation des billets de 500 euros. Or, vous savez que c'est une question récurrente, notamment lorsque l'on s'intéresse aux conditions de financement du terrorisme.

Pouvez-vous nous en dire un peu plus car il nous semble que votre institution devra aussi apporter sa contribution à cette thématique?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Chciałbym również przypomnieć deklaracje pana prezesa Mario Dragiego z 2012 r., który powiedział, że EBC zrobi wszystko, co będzie możliwe, aby utrzymać i obronić Euro. I rzeczywiście od tamtego czasu EBC prowadzi politykę bardzo niskich stóp procentowych – ostatnio nawet ujemnych – a od marca 2015 r., jak usłyszeliśmy, do marca 2017r. także skup obligacji rządowych na wtórnym rynku po 60 mld euro miesięcznie, a więc przynajmniej na kwotę około 1,5 bln euro.

Udało się wprawdzie dzięki temu utrzymać cenę długu dla najbardziej zadłużonych krajów strefy euro na względnie niskim poziomie, ale ciągle niska jest dynamika akcji kredytowej przedsiębiorstw, za to niestety powiększa się ryzyko powstawania kolejnych baniek spekulacyjnych. Ciągłe niższy niż przed kryzysem jest poziom inwestycji zarówno prywatnych, jak i publicznych i nawet uruchomienie tak zwanego planu Junckera nie zapewni zapewne przełomu w tym zakresie. W konsekwencji okazuje się, że kraje unijne posługujące się własnymi narodowymi walutami od kilku lat odnotowują zarówno wyższy poziom wzrostu gospodarczego, jak i niższe wskaźniki bezrobocia niż większość krajów posługujących się walutą euro.

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident! Trotz eines problematischen globalen Umfelds sind die Prognosen für das EU-Wachstum gut: 1,7 %. Dennoch: Die hohen Schuldenstände in den Mitgliedstaaten und die Arbeitslosenquoten müssen weiter sinken. Hierzu darf eine bessere finanzielle Ausstattung der Realwirtschaft beitragen, beispielsweise der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Allerdings dürfen die potenziellen Risiken der Niedrigzinspolitik, Präsident Draghi, nicht ausgeblendet werden. Ich denke an die Pensionen, ich denke an die Versicherungen. Über viele Ihrer politischen Interventionen kann man unterschiedlicher Auffassung sein; die Beleidigungen von rechtsaußen dagegen sind völlig inakzeptabel. In einem normalen ökonomischen Umfeld reicht die Festsetzung des Leitzinses aus. Angesichts der Schuldenkrise aber haben Sie viele unkonventionelle Schritte gemacht, um die Geldpolitik zu stärken. Man kann über Wege streiten, aber das Ziel ist absolut in Ordnung.

Und noch eins: Sie haben so manche der Bedenken gegenüber der EZB ausräumen können. Die Aufgabenfülle wurde kritisiert, jetzt erleben wir eine klare organisatorische und räumliche Trennung der Ressorts Aufsichts- und Geldpolitik. Das hat funktioniert. Und seit November 2014 überwacht die EZB ja 122 Banken in der Eurozone. Um weitere Zweifel aufzulösen, müssen wir mehr Transparenz schaffen. Standpunkte, die wir mit Ihnen im Rahmen des monetären Dialogs und bei uns im ECON-Ausschuss teilen und mit denen wir einverstanden sind. Bedauerlich nur, dass vor allem Politexperten diese Dinge kennen, während viele Wirtschaftsakteure das noch gar nicht kennen, und leider immer noch nicht eine breitere Öffentlichkeit. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Peter van Dalen (ECR). – Wat mij betreft is dit het laatste jaarverslag van president Mario Draghi. Mario moet *moven*. Hij heeft de doelstelling van de ECB, namelijk om de inflatie op het niveau van twee procent te brengen, niet gehaald. Sinds 2013 al niet. Sterker nog, we zitten al maanden op een inflatie die vrijwel nul is. Het deflatiespook klopt aan de deur en de olieprijs daalt verder door, én een afnemende vraag én een toenemend aanbod. Dus we komen straks ook in deflatie.

Maar wat zien we? De ECB blijft schuldpapieren opkopen en denkt zo de inflatie op te krikken. Dat gaat niet lukken, zelfs al verdubbelt u uw programma. Want wat gebeurt er? Schulden blijven stijgen, noodzakelijke hervormingen blijven uit. Stoppen dit programma! U heeft uw geloofwaardigheid verloren. Ik verzoek u uw conclusies te trekken en op te stappen. Mario moet *moven*.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, I would like to say the following to President Draghi. You have applied the right monetary policy tools towards reaching the ECB's objective on price stability in extremely challenging economic times over the past years. The euro is a trustworthy currency; the euro area has remained attractive, and new Member States have joined over the course of the past two years.

What is needed to consolidate the recovery in the eurozone and the EU are economic reforms at national level. Devaluing our currency cannot remain the only economic policy tool applied to increase demand for our goods on the global markets. The ECB's policies buy time, but there is no way around reforms. Member States should not lean backwards, even in good economic times. Those countries that are not competitive, do not reform, do not bring their public finances in order and do not stabilise their banking systems will be heading into the next crisis, and the ECB will not be able to help them.

Speaking of price stability, so far core inflation is not heading upwards. The impact of the slowdown in China and other emerging markets is not to be underestimated on the European markets, as you also rightly stated. Given the extension of quantitative easing, the ECB has to provide more information about how it will exit the programme again without having major consequences on inflation targets, on price stability and – most notably – on financial markets.

Finally, President Draghi, you said that policy-makers now have a bigger challenge to think about than the euro, as the refugee crisis is more urgent. You are right, but I would also like to add that we have to learn to tackle two major challenges at a time. The fact that the refugee crisis is a bigger and more urgent crisis should not, of course, be an excuse for us not to work on further strengthening the euro in the long term.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine Draghi, mjere koje poduzimate važne su i vrijedne, i cijenimo sve napore otvaranja izvora financiranja europskim poduzetnicima, inovatorima i istraživačima. Ali, naravno, bez mjera fiskalne politike, provedbe reformi i podizanja konkurentnosti ulaganjem u razvoj, istraživanje i inovacije, gospodarsko čudo se ne može očekivati.

Gospodarski rast od 1 % ili 2 % dugoročno znači naše zaostajanje. Zato moramo učiniti sve da otvorimo izvore financiranja rizičnijim projektima s velikim potencijalom rasta. Europska solidarnost i funkcioniranje jedinstvenog tržišta s istim uvjetima poslovanja potrebni su više nego ikad u dijelu postizanja istih kreditnih uvjeta i dostupnosti izvora financiranja poduzetnicima u svim državama članicama.

Zato, koliko god trebali biti oprezni, trebamo biti i brzi i odlučni u daljnjoj uspostavi bankovne unije i unije tržišta kapitala, a trebamo biti i inovativni u pronalaženju novih instrumenata financiranja gospodarstva.

Romana Tomc (PPE). – Evropska centralna banka seveda igra zelo pomembno vlogo pri okrevanju svetovnega in evropskega gospodarstva.

Na voljo ima mehanizme, ki spodbujajo rast. Težko je izbrati pravo kombinacijo instrumentov, vendar je v preteklosti ECB že dokazala, da to zmore in zna: pomagati gospodarstvu. Pa vendar ti vsi ukrepi zaenkrat niso bili dovolj učinkoviti. Denar ni prišel do gospodarstva. Ni tako, kot smo pričakovali.

Vendar ne glede na kritičnost do ECB-ja moramo priznati tudi to, da samo ukrepi ECB-ja ne bodo dovolj, da bi spodbudili gospodarsko rast. Potrebne so reforme, kot so že nekateri moji kolegi opozarjali. In seveda posamezne države članice niso bile enako uspešne pri izvajanju teh reform.

Pred nami je morda še ena gospodarska, finančna in socialna kriza in ECB ima pri tem s svojimi ukrepi, kako bo ravnala, veliko odgovornost, da to prepreči.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il rilancio della crescita richiede una risoluta azione politica in tre ambiti: riforme strutturali, politiche di bilancio e politica monetaria. Con queste parole il Presidente Draghi ha risposto a mie interrogazioni del settembre 2014, esponendo le misure di politica monetaria della BCE e poi adottate negli ultimi anni.

La crisi ha tuttavia dolorosamente evidenziato le difficoltà economiche che i cittadini europei affrontano allorquando le rigidità strutturali non sono corrette dagli Stati membri. Di conseguenza, l'attività della BCE, cui va riconosciuto il merito di aver, con ogni determinazione, difeso euro e stabilità dei prezzi, non può bastare.

Il rafforzamento della governance e il coordinamento delle politiche economiche è un passaggio obbligato per correggere squilibri macroeconomici e sfruttare effettività e flessibilità del Patto di stabilità. Se, quindi, vi è una ripresa dell'economia euro, la grande fragilità dei suoi fondamentali lascia ampio margine di intervento all'impegno politico di Stati e istituzioni per l'attuazione di riforme strutturali sostenibili e socialmente equilibrate.

Mi associo alla relazione e ringrazio il Presidente Draghi per il suo impegno nel preservare la credibilità dell'Unione economica e monetaria attraverso gli interventi attuati.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Europäische Union ist mit zwei gewaltigen Krisen konfrontiert: mit der Eurokrise und mit der Flüchtlingskrise. Diese beiden Krisen gleichen sich auf gespenstische Weise. Während Frau Merkel in der Flüchtlingskrise in bisher ungeahntem Ausmaß Flüchtlinge aufnimmt, um den Schengen-Raum zusammenzuhalten, druckt die Europäische Zentralbank in ungeahntem Ausmaß Geld, um die Eurozone zusammenzuhalten.

Aber beides kauft allenfalls Zeit. Es rührt nicht an die strukturellen Ursachen dieser Probleme heran. Für die Flüchtlingskrise sind diese strukturellen Ursachen – die Kriege und die Armut jenseits der Grenzen der Europäischen Union – nicht bewältigbar. Aber für die Eurozone ist das bewältigbar! Für die Eurozone ist bewältigbar, was wir an wirtschaftlichen Problemen innerhalb Europas und in der Eurozone haben.

Griechenland ist der kranke Mann, der kranke Mann, der fast am Bosphorus liegt. Griechenland muss aus der Eurozone ausscheiden, damit die Eurozone zurückfinden kann zu Wachstum und zu Wohlstand!

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o Banco Central Europeu representa hoje o maior centro de poder da União Europeia. De forma sinuosa e nas costas das populações, o BCE foi-se apropriando de funções que ultrapassam claramente o que estava consignado nos seus estatutos.

O BCE junta a política monetária à supervisão bancária, duas funções claramente conflitantes. O BCE há muito que vem alargando a sua intervenção nos domínios da governação económica recorrendo à chantagem para ditar aos governos nacionais quais devem ser as suas políticas.

Aos Estados nacionais tudo é exigido para poder ter acesso ao financiamento. Ao contrário, rega-se o sector financeiro com milhares de milhões de euros e eu pergunto: com que contrapartidas? Que garantias tem o BCE de que esses milhões distribuídos aos bancos cheguem de facto a quem precisa?

A pergunta legítima que se impõe hoje é a seguinte: dada esta promiscuidade, qual a atual missão do BCE? Promover um quadro macroeconómico estável ou garantir a sobrevivência do sector financeiro?

Peter Eriksson (Verts/ALE). – Herr talman! Jag skulle vilja säga att jag har mycket stor respekt för Mario Draghi och ECB:s uppdrag att försöka få den europeiska ekonomin på fötter. Det är en utomordentligt besvärlig uppgift, men jag tycker också att det är intressant att se frågorna kring inflation och de kvantitativa lättnaderna. Vad kan man göra i framtiden?

Vilka möjligheter finns t.ex. att effektivisera de ansträngningar och de satsningar som ECB gör? Kan man rikta insatserna, pengarna och medlen som går ut i samhället och i ekonomin bättre för att få större effektivitet och mer effekt av investeringarna genom de medel som ECB använder? Det är den typen av frågor jag tycker det vore intressant att få ett svar på.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, there are two ways that you can do things in life. One way is the independent, impartial way. It is the evidence-based way, taking decisions on the grounds of what is best for citizens. The other is to pre-decide on your conclusions and then do whatever it takes to defend them. Well in this report we are urged to do everything possible to defend the euro, so I think we know which of those two it is going to be, and the evidence really does not support that. Take one example of so, so many. I could point out that the Commission expects a 1.7% growth rate for the eurozone in 2016, whereas the World Bank predicts that the UK economy will grow by 2.6%. The report even goes so far as to suggest that officials should be chosen on the basis of gender, which seems to me to be simple, patronising tokenism.

So what do I do? Do I vote against this report because it stands for everything that is wrong with the EU, or do I abstain because, thankfully, Britain is not in the euro and so it is not for British MEPs to tell other countries what they should and should not do?

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, en 2012, avec François Drouin, le secrétaire général de l'Élysée, M. Bassanini, avec le soutien de M. Monti, ont lancé un groupe de travail avec les banques de développement pour qu'il y ait un assouplissement quantitatif axé sur l'économie réelle. L'idée était d'investir, dans les pays structurellement déficitaires, dans des projets dont la rentabilité est assurée, comme les économies d'énergie, les énergies nouvelles ou des projets d'infrastructure absolument sûrs.

Ce projet n'a pas vu le jour pour différentes raisons. Pourquoi ne relancez-vous pas un assouplissement quantitatif axé sur l'économie réelle?

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Mr President, first of all thank you for this debate. Parliament has an important role in the debate on European economic policies, and it was positive to see such an engaged and informed debate. The Commission fully supports the active role of the ECON Committee in the dialogue with the ECB, which is an important component of the ECB's transparency and democratic accountability.

The ECB has acted to address the risk of too prolonged a period of very low inflation, and it will continue to play a key role in the overall policy-setting of the euro area. It is now time for public authorities at all levels to take responsibility within their respective mandates. The impact of the crisis has not only been cyclical, it has also had a significant structural component and it has lowered the potential growth of EU economies.

Structural, fiscal and monetary policies each have a role to play in tackling this challenge. This year the Commission will give a clear priority to initiatives which, if agreed quickly, can have a direct impact on jobs and growth. We will focus on new boosts for jobs, growth and investment. We will work to make the internal market deeper and fairer and strengthen its industrial base.

Finally, we will endeavour to make economic and monetary union deeper and fairer, building on the conclusions of the Five Presidents' report.

Mario Draghi, President of the European Central Bank. – Mr President, I am very thankful for this debate and I will try to respond to most remarks, though – I have to apologise in advance – not all of them, owing to time limits. By the way, some of the statements or questions were inherently political, and so the best equipped to answer are the national governments and the national parliaments, and perhaps your own Parliament.

Let me just try to focus on the main points. I take from many of the questions that were asked that many of you have doubts about the effects of our monetary policy measures. Let me try to explain why I have said several times that our policy measures are actually working.

All the quantitative indicators show improvements in the provision of credit and financing conditions. To give you an idea, bank lending rates in the euro area have fallen by 80 basis points on average since mid-2014. We should also recall that the report you are addressing is 2014, but many things have happened since then. So let me give you an updated picture with respect to the report.

The lending rates have fallen by 80 basis points since mid-2014 and by up to 140 points in the countries that were hit hardest by the crisis.

Second, these improved conditions have translated into higher credit and investment in the euro area, supporting economic growth and inflation and strengthening the resilience of the euro area in the face of adverse global developments. To give you an account of this, in May 2014, before the announcement of the credit-easing measures, the loans to the non-financial corporations, to firms and companies, contracted at an annual rate of 2.9%, but since July 2015 the contraction stopped and loans have started to grow.

Third, actions to ensure price stability bolster confidence in the euro economy as a whole and also support the ongoing recovery. We reckon that, if we had not taken our measures, the euro area would have been in outright deflation last year and prices would have fallen at an even quicker pace this year. To give an example, our staff has calculated that, in the absence of our credit measures and QE, growth would be one percentage point lower in the years 2015-2017. Inflation would have been thoroughly negative in 2015, and certainly much lower than we are projecting now in 2016.

When some of you – several of you – asked ‘what about the SMEs: how is all of this impacting the SMEs?’, well here I can repeat what I said in a press conference: that the pass-through of our measures into the real economy has been significant, if not spectacular, and the credit-easing package in June 2014 seems to have particularly benefited the SMEs, because the lending rates for small loans declined more than for large loans.

Regarding the recent surveys, there are two types of survey. One is the bank lending survey, where we ask banks what they plan to do and what are the major factors that they consider in deciding whether to give credit or not. The response is that, basically, there is no limiting factor today. Then there is the Commission’s survey – if I can quote it – and that says the last survey on SMEs’ access to finance reported an improvement in the availability of bank loans for SMEs and also in the willingness of banks to lend in the six months from April to September 2015. However, we have to acknowledge that lending rates for very small loans remain higher than for large loans, in particular in the vulnerable euro area countries, and that of course reflects the higher lending risk to SMEs to some extent. But certainly we want to overcome this situation. So there have been improvements. Have the improvements been as much as we would like? Not yet; we have to do more. We have to make sure that the SMEs’ credit conditions improve further.

As far as monetary policy stands, I did say in my introductory statement that, in view of the increased downside risks to price stability, we stand ready – and the Governing Council stands ready – in accordance with our mandate to review, and possibly reconsider, our monetary policy stance in early March if warranted by incoming information.

Several of the questions and statements dealt with potential risks associated with low interest rates and our unconventional measures. These concerns relate, in particular, to a perception that low interest rates negatively impact on savers and that our policy may threaten financial stability, with respect especially to pension funds, insurance companies and savers in general. I have discussed these concerns on several occasions, but let me, however, stress the following.

For savers, it is true that nominal rates on many types of savings in the euro area are currently very low by historical standards. I also explained that the low-interest-rate environment is actually a reflection of the current economic and structural conditions. So when I am asked how long this will last: it will last until the economic environment improves. So the low remuneration of savings is a symptom, rather than a cause, of the sluggish recovery after many years in which the economy has operated below its potential and unutilised resources have accumulated. Imagine that we were to depart from the current accommodative monetary policy stance. What would happen? Well, it is not difficult to imagine. We would further curtail economic dynamism and ultimately contribute to prolonging the period of low interest rates through further recession.

But we should also note that deposits are not the only way in which savers invest their savings. So, if one takes a comprehensive view of the financial returns of a household, we see that other financial assets provide a buffer to counteract the low returns of bank deposits. Let me quote a recent study by the Bundesbank that showed that the real return on a typical German household portfolio since 2008 has been around 1.5%, which is certainly lower than the pre-crisis average – but it is certainly higher than many periods during the 1990s, for example. So I do not think we can talk about the expropriation of savings, as some have done – not today, but on other occasions.

Finally, the possible implications for savers have to be put in a broader context. Savings are made out of incomes that must be earned. By supporting employment and encouraging investment in the context of continued sluggish demand conditions, our accommodative monetary policy therefore supports the capacity to save.

Concerns were also expressed on financial stability and how our monetary policy could have an impact on financial stability. Of course, price stability – our objective – is the prerequisite and the basis for financial stability, and we have to stay focused on delivering price stability. At the same time, we are aware that monetary policy measures may have unintended side effects on the financial system, for instance, if low yields invite excessive risk-taking. But to address this we need macro- and micro-prudential measures as tools, not changes in our monetary policy stance.

Let me now just briefly mention comments made on the ECB's involvement in the macro-economic adjustment programmes in general, which was another point that has been raised. When the Troika was set up in early 2010, the European Monetary Union was not equipped to deal with Member States losing market access. In the run-up to the first Greek programme, Member States saw an advisory role of the ECB alongside the Commission and the IMF, and it was considered to be a useful complement to assure a strong programme. In short, the Troika was created to draw on the diverse experience of the institutions. There was not only a good reason to ask the ECB to provide its advice in the context of the programme work, but also a good case for the ECB to accept this request. Successful programmes had to repair the transmission mechanism of monetary policy and to safeguard financial stability.

Let me stress that this set-up was codified in the ESM Treaty and by the co-legislators in the Two-Pack, and the Court of Justice confirmed its legality. In line with this, the ECB has since provided its advice in programmes in five Member States. But we should not forget that the final responsibility for decisions on the programme design and financing lies with the Eurogroup and with the Eurogroup ministers in their capacity – and the ESM – and not with the institutions involved in the programme.

As I have said on other occasions, the ECB may not be part of the Troika forever, but I believe the right timing for changing the current set-up needs to be carefully considered, and this is not for me to decide upon.

A few remarks dealt with our transparency, and I can only say that this past year has been a year full of decisions that were meant to improve our transparency. Certainly what we have done has strengthened our commitment. The publication of the account of our Governing Council meetings, and the calendars of my fellow Executive Board members and myself and the Supervisory Board Chair, were two further major steps towards increased transparency.

But our readiness to provide further information on topics of interest also underlines that the ECB is a transparent institution. To give you some examples: since September 2015, national central banks can publicly communicate about the provision of ELA to the banks in their respective countries in cases where they deem such communication necessary. We also provided further information on our plans regarding the collection of granular credit and credit risk data, better known as AnaCredit. So I can assure you that the ECB monitors developments in the area of governance and access to documents with a view to further enhancing its transparency and therefore its accountability.

Let me now comment briefly on completing the European Monetary Union. As some of you have acknowledged, the Five Presidents' Report outlined a clear roadmap for moving ahead with euro area integration, and I certainly welcomed the Commission's proposals for short-term measures which should now be fully implemented.

For the ECB, of course, the completion of the banking union is of the utmost importance. On the one hand, this means that commonly-agreed rules need to be implemented. The most prominent example of where further progress should be made is the transposition of the Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) and the Deposit Guarantee Scheme Directive (DGSD) in all euro area Member States. We are still missing a common backstop for the Single Resolution Fund. We also need progress on the necessary, still-missing third pillar of the banking union, namely the common European Deposit Guarantee Scheme. Why is it important? Because only such a system will ensure that depositors' confidence is equally strong across countries and across the whole banking union, which is vital for the future of our economic and monetary union.

Implementing the short-term proposal of the Five Presidents' Report is important and may be necessary, but it is not a sufficient condition to completing the union. So I am looking forward to the proposals for developing the long-term issues.

Let me also recall, as I have done on other occasions, that for the euro area to prosper, the recovery cannot continue – and here I certainly agree with some of the statements today – to rely on monetary policy only. Our monetary policy provides the room – as I said, it is an essential condition but is not in itself sufficient – for this recovery to become structural from what it is today, namely cyclical.

There was one question about high-denomination banknotes. Let me say that the Executive Board of the ECB has been considering this issue for some time now, and technical work is under way to look at high-denomination banknotes. We have not made a decision yet. There are questions on how to best implement a decision and how to communicate this. We want to make changes, but we want to make changes in an orderly fashion. But rest assured that we are determined not to make seigniorage a comfort for criminals.

Νότης Μαριάς, Εισηγητής. – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω τους συναδέλφους για τη συμμετοχή τους στη συζήτηση. Κύριε Draghi, συμφωνώ ότι πρέπει να δούμε το μέλλον, αυτό όμως προϋποθέτει ότι η ΕΚΤ πρέπει να δει τα λάθη της που έκανε στο παρελθόν. Η ΕΚΤ υποτίμησε τους κινδύνους αποπληθωρισμού, και μόνο τον Σεπτέμβριο του 2014 ξύπνησε και κατέφυγε σε μη συμβατικά μέσα, σχεδιάζοντας ποσοτική χαλάρωση την οποία τελικά άρχισε να εφαρμόζει από τον Ιανουάριο του 2015. Επίσης, αργήσατε να μειώσετε τα επιτόκια όπως έκανε έγκαιρα η FED και δεν απαντήσατε, κύριε Draghi, γιατί ακόμη η ανεργία βρίσκεται στα ύψη. Ταυτόχρονα, συνεχίσατε να επιμένετε στη σκληρή δημοσιονομική πολιτική και στη λιτότητα. Δεν απαντήσατε, κύριε Draghi, για τα μέτρα που πρέπει να λάβετε για να σταματήσει η σύγκρουση συμφερόντων εντός της ΕΚΤ. Τελικά, τότε θα φύγετε από την Τρόικα, κύριε Draghi, όπως σας υπέδειξε το Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην απόφαση C- 62/2014, και εμμέσως, πριν λίγο, και εσείς ο ίδιος το δεχθήκατε; Τελικά πώς εξηγείται, κύριε Draghi, η δανειζόμενη Ελλάδα να δανείζει μέσα από την ποσοτική χαλάρωση - με την Τράπεζα της Ελλάδος - 17 δισεκατομμύρια ευρώ στους δανειστές της; Πού βρήκε ο κύριος Στουρνάρας 17 δισεκατομμύρια ευρώ και συμμετείχε η Τράπεζα της Ελλάδος στην ποσοτική χαλάρωση το 2015;

Δεν απαντήσατε, κύριε Draghi, για τον τρόπο εφαρμογής των μνημονίων. Νίπτετε τας χείρας σας ως Πόντιος Πιλάτος, και ρίχνετε τις ευθύνες στο Eurogroup. Όμως εσείς προσπαθήσατε και επιβάλλατε πιστωτική ασφυξία στην Ελλάδα το 2015 και επεβλήθησαν οι έλεγχοι κεφαλαίων. Η εκβιαστική σας πολιτική και η στήριξη των δανειστών προκειμένου να καμφθεί το «όχι» του ελληνικού λαού στο δημοψήφισμα του Ιουλίου το 2015 καταγράφεται ως μελανό σημείο της ΕΚΤ. Ως απαράδεκτη παράβαση της λαϊκής κυριαρχίας στην Ελλάδα, ως κατάλυση της Ευρωπαϊκής Δημοκρατίας.

Κύριε Draghi, για να υπάρξει πράγματι η λύση των αντιφάσεων στην Ευρωζώνη πρέπει η Ευρωζώνη να πάψει να είναι Ένωση δανειστών. Πρέπει να επιλυθεί το θέμα του δημοσίου χρέους και αυτό πρέπει να γίνει με διαγραφή του επονειδιστου χρέους και αμοιβαιοποίηση του χρέους. Τα παραπάνω σημεία υπήρχαν στην αρχική εισήγηση, αλλά οι Ομάδες PPE, S&D και ALDE φρόντισαν να αφαιρέσουν την κριτική προς την ΕΚΤ. Όπως είπα, ήταν «βασιλικότεροι του βασιλέως», δηλαδή ήταν πιο «ντραγκιστές» και από εσάς κύριε Draghi.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar en el próximo período parcial de sesiones.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – La Unión Europea atraviesa un momento de incertidumbre política, fruto del auge de partidos populistas en algunos Estados miembros, y económica, principalmente por factores externos, como la crisis en China. El Banco Central Europeo ha mostrado en todo momento su compromiso por garantizar la estabilidad e integridad de la zona del euro y doy la bienvenida a las medidas que ha adoptado. Los Estados miembros deben utilizar la política monetaria expansiva como una oportunidad para seguir adelante con el proceso reformista y así garantizar que nuestra recuperación económica es estructural y no cíclica.

10. Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Viviane Reding, en nombre de la Comisión de Comercio Internacional, que contiene las recomendaciones del Parlamento Europeo a la Comisión sobre las negociaciones relativas al Acuerdo sobre el Comercio de Servicios (ACS) (2015/2233(INI)) (A8-0009/2016).

Viviane Reding, *rapporteure*. Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, l'ACS reste inconnu du grand public alors qu'il est négocié depuis 2013 avec 23 pays qui représentent 70 % du commerce des services.

Nous serons bientôt assujettis à ses règles, que ce soit lorsque nous prendrons notre téléphone, notre carte de crédit, les différents moyens de transport à l'étranger, quand nous surferons sur les raisons sociales, sur les sites de commerce en ligne: aucun secteur, du numérique au transport en passant par les services financiers, n'y échappera. Nous n'avons donc pas le droit à l'erreur.

C'est pourquoi, bien que la Commission mène les négociations au nom de l'Union, le Parlement – qui contrôle la Commission – va tracer des lignes directrices très claires. Comme en témoignent le rapport sur lequel cette Assemblée se prononcera ce mercredi, l'enjeu est tel que les eurodéputés ont serré les rangs, au-delà des clivages politiques, pour changer l'orientation de la politique commerciale de l'Europe, aussi bien sur la forme que sur le fond des négociations.

Sur la forme, tout d'abord, c'est une véritable rupture. Pendant longtemps, les négociations ont été menées en vase clos. Depuis les élections de 2014, les choses ont changé, les principaux groupes politiques assurent un suivi sans relâche de chaque tour de négociations, ainsi qu'un dialogue intense à l'intérieur du Parlement, avec la consultation de pas moins de huit commissions parlementaires, et à l'extérieur des institutions, avec la société civile, notamment.

À notre demande, le mandat du Conseil et les propositions d'engagement de l'Union européenne ont déjà été rendus publics, et je voudrais remercier la Commissaire pour son aide dans ce sens. Avec ce rapport, nous voulons aller encore plus loin dans la transparence.

Sur le fond ensuite, le changement est tout aussi radical. En tant qu'élus, il est de notre responsabilité de délimiter quel ACS nous voulons et lequel nous ne voulons pas. Notre message est clair: nous voulons une meilleure réglementation internationale, une réglementation juste et solide.

Plus précisément, le présent rapport contient des lignes bleues: plus de réciprocité dans l'accès aux marchés étrangers, notamment dans les secteurs des télécoms, du transport, des marchés publics, plus de droits pour les consommateurs contre les abus tels que les frais d'itinérance ou les courriers indésirables, plus d'avantages pour nos PME, et enfin plus de participants à la table des négociations, où nous pouvons nous imaginer d'avoir aussi la Chine.

Nos lignes rouges sont tout aussi nombreuses. Nos services publics et audiovisuels doivent être explicitement exclus, notre droit à réguler pleinement préservé, nos droits fondamentaux et le droit à la protection des données sauvegardés, le mouvement des personnes limité aux déplacements temporaires de personnels qualifiés dans le cadre d'un contrat.

Finalement, on oppose souvent intérêts offensifs et défensifs à tort. Ils sont indissociables. Il ne peut y avoir un accord sans protection ni de protection sans accord. Concentrant 25 % des exportations mondiales et un excédent commercial de 160 milliards, l'Union européenne peut et doit changer la donne en instaurant des règles internationales plus justes et plus solides.

Chers collègues, vous aurez l'occasion, mercredi, d'envoyer un message fort aux négociateurs pour que ces négociations prennent la bonne direction, dans l'intérêt de nos entreprises, dans l'intérêt des citoyens européens.

Voter contre le rapport, c'est voter pour le statu quo, c'est-à-dire pour le manque de réciprocité, pour l'absence de règles. Voter pour le rapport, c'est voter pour le changement, c'est-à-dire pour la transparence, la défense de nos valeurs, de nos intérêts. Voter pour, c'est lier la Commission par un mandat parlementaire clair. Prenons donc nos responsabilités.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, the Commission would like to thank Parliament for the broad engagement – so many committees engaged in the TiSA negotiations – and, of course the rapporteur, Mrs Reding, for the work she has done on this, as well as the shadow rapporteurs. It is very important for us to make sure that we negotiate this in close cooperation with the European Parliament.

As you know, services account for about 70% of our GDP, but they represent only 25% of our external trade. So TiSA is a tool to try to redress that imbalance and open up foreign markets to EU suppliers. This week, as we speak, negotiators from 23 WTO members are meeting in Geneva for the 16th negotiation round of TiSA. We welcome the progress achieved to date, especially in the autumn: a lot of progress has been made, and we hope to continue on this positive track.

I had the possibility to meet almost all ministers whose countries are engaged in TiSA in Davos. We took stock of where we are. There was a positive atmosphere, and many countries wanted to bring these negotiations to an end this year. This is an ambitious, realistic tool, but, of course, for us the content is more important than speed.

Having a very ambitious work plan ahead of us, we appreciate the support and recommendations that the European Parliament has included in the draft resolution to be voted on Wednesday. We would certainly take your views into account, as much as possible, as the negotiations progress. As you point out in the resolution, TiSA aims to unleash the untapped potential of more integral global services markets. It could give us a unique possibility to address the existing barriers to the international trade in services that are impeding the expansion of services export.

We aim to develop strong, transparent and effective rules across the different sectors that are crucial in enabling global services trade in TiSA. This is also an important contribution to the multilateral trade agenda, in particular in a situation where plurilateral deals are meant to play an increasing role in the post-Nairobi context. So we fully agree with you – and this is important for me personally – that there should be as broad a participation as possible in TiSA so that we can work towards future multilateralisation.

As you know, today 23 countries participate in the negotiations, and that represents 70% of global services trade. But we should keep the doors open for more applicants, notably towards large, emerging economies such as China. It would bring TiSA towards the critical mass required for the multilateralisation of the deal. With this in mind the EU has been leading the efforts to design the proposal and the architecture of TiSA so it would be fully compatible with the GATS agreement and thus facilitate future multilateralisation.

I am pleased to hear that the European Parliament has appreciated the efforts of transparency. Thank you for pushing on this, and we will continuously try to enhance that. You now receive all negotiation documents, as does the Council. The chief negotiator regularly delivers extensive briefings to the INTA monitoring group led by the rapporteur Mrs Reding, and we are in regular dialogue with civil society. In addition we have ensured that all the reports from the negotiating rounds are available on the internet.

I would like to reassure you on some of the points that you raised in the resolution and some of the concerns. The draft resolution calls for horizontal carve-outs accepted by all TiSA participants on public services and an assurance that TiSA parties subscribe to the ILO Conventions. However, if we want to see TiSA multilateralised in the framework in the future, we need to base it on the scope of the GATS, and GATS does not contain such broad carve-outs or requirements to subscribe to other international conventions or law which developing and emerging countries would want to see if they joined TiSA, and they will have difficulties to subscribe to this. But that does, of course, not exclude us in other fora working with countries for them subscribing to the ILO Conventions.

Secondly, and this is very important, public services, culture, labour rights – it is my firm intention, and this is for the whole negotiating team, to ensure that we remain able to unilaterally, here in Europe, decide on the level of protection we want to have. In particular, the EU will never compromise on the essential role of the widest discretion of national, local and regional authorities in providing, commissioning and organising public services as guaranteed in the EU Treaty. This is our approach and that will remain.

Third, I note that the draft resolution recommends limited trade liberalisation commitment in cross-border trade: the so-called Mode 1. We will pursue a very cautious approach here, for instance, in some sectors such as financial services. However, in other sectors like digital services, which represent growth potential – especially for us, it is an offensive interest – the cross-border nature is so inherent to the technology that it would not be in the EU's interest to limit our commitments.

Fourth, data protection is a fundamental right of the EU. TiSA will not jeopardise it.

Finally, let me say that we have come to a compromise on the e-TiSA architecture as a result of very difficult negotiations, and any changes to ratchet and standstill clauses here would bring us back to day one. But be assured that these clauses only apply to a right to discriminate between foreign and domestic companies – what we call national treatment – and not to liberalisation, meaning market access commitment.

In addition, we also deploy broad carve-outs for sectors which we consider genuinely sensitive. So I consider this resolution as a strong signal of support by the European Parliament to continue and to conclude TiSA negotiations. You have clearly marked your red lines and your input here, so allow me to thank you for this and also for all the opinions given by the different committees and to pledge my full cooperation with the European Parliament in the future as we push for a conclusion of this agreement.

Thomas Händel, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.* – Herr Präsident! Dass sich das Europäische Parlament zu TiSA äußert, ist gut und wichtig, aber mehr als ein erhobener Zeigefinger ist in wesentlichen Fragen nicht herausgekommen.

Ich will darauf hinweisen: Seit 2007 haben wir in 64 Fällen durch den Globalisierungsfonds mit Milliarden ausgebügelt, was in der Mehrheit die negative Folge von sogenannten Liberalisierungen war. Genau deshalb hat der Beschäftigungsausschuss gefordert, die Ratifizierung, Umsetzung und Anwendung von acht Mindestarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation fest zu verankern und Verstöße einklagbar und sanktionierbar zu machen. Das enthält der Bericht nicht, er enthält die nunmehr harmlose Formulierung „sollen beachtet werden“. Da werden Länder wie USA, Pakistan oder die Türkei schwer beeindruckt sein.

Wir sollten die öffentliche Daseinsvorsorge ausnehmen und keine Verpflichtung zur Liberalisierung, die unumkehrbar ist, in diesen Bericht aufnehmen. So kann Handel mit Dienstleistungen nicht fair und sozial erfolgen.

Lola Sánchez Caldentey, *ponente de opinión de la Comisión de Desarrollo.* – Señor Presidente. Gracias a todos los que estáis trabajando para marcar unas líneas de negociación que hagan este acuerdo un poco menos nefasto. Gracias especialmente a los miembros de la sociedad civil, porque habéis sido los lectores más sagaces de los textos filtrados, encontrando y denunciando los capítulos que hacen que el ACS sea, sencillamente, inadmisibile.

Parece que quienes apoyan este Acuerdo han aprendido muy bien la lección con el informe de la ATCI de junio. No han querido partir de un texto abiertamente indignante, sino revestir el núcleo dañino de palabras muy bonitas pero, en su mayoría, superfluas.

Está por ver qué votará cada uno en las enmiendas que realmente importan: aquellas que exigen sin ambigüedades el uso de listas positivas, el cortafuegos a la expansión descontrolada de servicios financieros o el rechazo tajante de las infames cláusulas de mantenimiento del *statu quo* y de trinquete.

Confío en que nadie quiera aplazar la votación del informe alegando el número de enmiendas. Ya que no se consulta ni informa a la ciudadanía, qué menos que dejar que se presenten y que se voten las enmiendas que reflejan su voluntad.

Alessia Maria Mosca, *relatrice per parere della commissione per i problemi economici e monetari*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'obiettivo del TiSa, come quello di ogni accordo commerciale, deve essere, a nostro parere, quello di portare vantaggi ai consumatori e ai lavoratori europei attraverso l'inserimento di norme ambiziose che favoriscano la crescita di lungo termine e che siano in grado di disciplinare la prestazione dei vari servizi.

In questo senso, anche per quanto riguarda i servizi finanziari, il Parlamento europeo chiede che vadano promosse l'attuazione e l'applicazione delle norme internazionali, senza però prendere nuovi impegni suscettibili di compromettere le normative dell'Unione europea nel settore finanziario.

Il TiSa deve inoltre essere sfruttato come opportunità per una messa a sistema, a livello globale, della lotta contro la frode fiscale, l'evasione, la pianificazione fiscale aggressiva e il riciclaggio di denaro nel settore dei servizi finanziari.

Da ultimo, ma non in ordine d'importanza, chiediamo alla Commissione di proseguire sulla strada della trasparenza, elemento fondamentale per riavvicinare i cittadini europei alle decisioni che ci troviamo a prendere tutti i giorni.

Ci auguriamo che il voto favorevole della commissione possa essere confermato anche da quest'Aula.

Virginie Rozière, *rapporteuse pour avis de la commission du marché intérieur et de la protection des consommateurs*. – Monsieur le Président, avec l'accord sur le commerce et les services, c'est un nouvel accord de libre-échange qui vient sur la table, une nouvelle discussion au Parlement européen, et cette discussion pose à nouveau les mêmes questions et révèle les mêmes problèmes qu'on a pu rencontrer avec d'autres accords.

D'abord, une question sur l'objectif, parce qu'un accord de libre-échange n'est pas une fin en soi. Il a du sens uniquement s'il est favorable aux entreprises et aux citoyens européens et cela passe par des principes simples: les conditions d'une concurrence équitable, un accès réciproque aux marchés et surtout le maintien de la possibilité de légiférer dans le sens de l'intérêt général. Et puis, nous avons le même problème sur la méthode, avec toujours ce manque de transparence, tant pour les représentants du peuple européen que nous sommes que pour la société civile.

Par conséquent, nous devons adresser un message clair dans ce rapport: nous voulons justement plus de transparence, nous voulons empêcher l'évasion fiscale et le dumping social, nous voulons protéger les données personnelles des citoyens européens et nous voulons exclure de cet accord un certain nombre de services: les services publics, bien sûr, mais aussi les services culturels.

Je remercie l'ensemble des collègues et la rapporteure, qui proposent d'adresser un certain nombre de messages en ce sens. J'imagine que la rapporteure agit contre la volonté d'une partie de son groupe politique et je la remercie de cet effort.

Terry Reintke, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für regionale Entwicklung*. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! TiSA ist ein sehr weitreichendes Abkommen, welches auch und vor allem die lokale und regionale Ebene betreffen wird. Der Regionalausschuss ist deshalb in seiner Stellungnahme sehr klar: TiSA darf sich nicht gegen die Ziele der europäischen Kohäsionspolitik, des wichtigsten Investitionsinstruments der EU, richten. Wir begrüßen, dass die Ausnahme der öffentlichen Dienstleistungen, welche in unserer Stellungnahme erwähnt wurden, nun auch im Bericht von Frau Reding fest verankert ist.

Die Grundsätze der allgemeinen Zugänglichkeit, Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit und Gleichbehandlung müssen unbedingt gewahrt werden. TiSA darf die Handlungsfähigkeit und die Zuständigkeiten der Kommunen in der Europäischen Union nicht einschränken, damit diese die auf das Gemeinwohl ausgerichteten Ziele erreichen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkt vertreten können. Es ist Aufgabe dieses Parlaments, die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu schützen und deshalb auch eine gute Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen zu wahren. Das ist der Punkt der Stellungnahme des Regionalausschusses zu dem TiSA-Abkommen.

Wim van de Camp, *Rapporteur voor advies van de Commissie vervoer en toerisme*. – Europa staat op dit moment voor grote uitdagingen. We kennen de problematiek van de vluchtelingenstroom en het toenemend nationalisme. Wij van de transportsector zien echter enorme kansen in de Overeenkomst betreffende de handel in diensten, de TiSA-overeenkomst. Als je ziet wat wij doen op het gebied van spoorwegvervoer, maar zeker de zeevaart, dan heeft Europa grote kansen in de TiSA-overeenkomst, ook met zijn andere diensten.

Ik vraag wel aandacht ook voor de sociale aspecten van de werknemers in de transportsector. Die zijn een beetje benauwd voor een té grote invloed van buiten Europa. En ik vraag bijzondere aandacht voor de positie van de postdiensten en het openbaar vervoer. Maar over het algemeen genomen wens ik de commissaris, maar ook mevrouw Reding, veel succes bij het afronden van de TiSA-overeenkomst.

David Borrelli, *relatore per parere della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, come relatore del parere approvato all'unanimità in sede di commissione ITRE, dove abbiamo sostenuto sia l'impianto generale della relazione Reding – trasparenza, rendicontazione e protezione dei servizi pubblici – sia le necessità specifiche delle telecomunicazioni e dell'energia, voglio spiegare il perché di questo intervento del Parlamento.

Il Parlamento si muove, completando il mandato del Consiglio, per stabilire ulteriori vincoli che questo delicato negoziato deve rispettare. Si tratta di vincoli che riguardano la sostanza: rispetto della nostra sovranità, reciprocità, garanzia dell'effettivo vantaggio per i cittadini e delle imprese, perché è particolarmente importante preservare il nostro modello economico e sociale, riconoscendo l'importanza che nell'Unione accordiamo ai nostri servizi pubblici. E si tratta anche di vincoli per la procedura: accesso ai documenti, ampia consultazione con tutte le parti e permanente controllo del Parlamento. Dobbiamo garantire che i negoziati rispetteranno tutte le cautele giustamente richieste dai cittadini europei che rappresentiamo. Sia ben chiaro quindi ai cittadini che mercoledì il Parlamento non voterà il sì a un trattato, ma voterà un mandato più stringente e preciso per i negoziatori.

Daniel Caspary, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Frau Reding ist dieses Jahr nominiert für den MEP Award für den Ausschuss für internationalen Handel.

Ich denke, wenn man sich ihren heutigen Bericht anschaut, dann hat sie diesen Preis auf jeden Fall verdient. Sie hat einen Satz gesagt, den ich bemerkenswert fand, und allein dieser Satz verdient schon den Preis! Sie hat nämlich gesagt: keine Vereinbarung ohne Schutz, aber kein Schutz ohne Vereinbarung.

Genau darum geht es unserer Fraktion im Europäischen Parlament. Wir wollen Vereinbarungen treffen. Wir wollen Globalisierung gestalten, wir wollen verbindliche Regeln aufstellen, die einklagbar sind und auf die sich unsere Unternehmen, aber vor allem auch unsere Arbeitnehmer, unsere Verbraucher, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger verlassen können. Und dass wir, als Europäisches Parlament uns heute zum zweiten Mal ausführlich mit TiSA beschäftigen, ist, glaube ich, ein gutes Zeichen.

Wir hatten ja vor Beginn der Verhandlungen im Jahr 2013 schon einen Bericht des Europäischen Parlaments, wo wir sehr deutlich unsere Punkte dargelegt, haben und Viviane Reding und die Kolleginnen und Kollegen haben sich in den letzten Monaten nochmal ausreichend Zeit genommen, ins Detail zu gehen, nochmal besser aufzuarbeiten, was all die Dinge sind, die uns wichtig sind. Ich rufe die Kommission auf: Bitte, Frau Kommissarin, machen Sie sich das zu eigen, was das Europäische Parlament am Mittwoch beschließen wird.

Ich gehe davon aus, das wird eine sehr breite Mehrheit sein, und wenn Sie dann dieses Abkommen möglichst auch mit diesen Ergebnissen heimbringen, dann freue ich mich schon, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern wirklich etwas mit auf den Weg geben können, was Dienstleistungen voranbringt. Da geht es nicht um irgendwas. Wer ins Ausland geht zum Skifahren, der nimmt eine Dienstleistung in Kauf. Wer einen Aufzug im Ausland wartet, erbringt eine Dienstleistung. Wer seine Lebensversicherung im Ausland hat, nimmt ausländische Dienstleistungen in Kauf, also es ist an der Zeit, dieses auch international zu regeln.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübzig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Caspary, meine Frage geht in die Richtung, dass natürlich der Dienstleistungshandel auf der einen Seite höhere Löhne bringt und damit die Kaufkraft stärkt. Wenn man günstig einkauft, werden unsere Betriebe dementsprechend wettbewerbsfähiger. Meine Frage: Ist es eigentlich für die Beschäftigungswirkung in Europa auch wichtig, dass wir derartige Verträge abschließen, und können davon auch kleine und mittlere Betriebe profitieren?

Daniel Caspary (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Sehr geehrter Herr Kollege Rübzig! Genau das, was Sie ansprechen, ist der Punkt. Auf der einen Seite wird der Einkauf einfacher und günstiger. Aber was vor allem gilt, ist: Das Verkaufen wird besser.

Und gerade im Dienstleistungsbereich – das ist einer der Bereiche, wo viele Länder positive Handelsbilanzen haben –: Wenn wir es hier schaffen, verbindliche Regeln aufzustellen, an die sich vor allem auch kleine und mittelständische Unternehmen halten können und danach richten können, dann tun wir genau das, was dringend nötig ist, nämlich die Schaffung von Arbeitsplätzen, die im Schwerpunkt eben genau nicht bei den großen Unternehmen, sondern vor allem bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen entstehen.

Jude Kirton-Darling, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur and the other shadows. These TiSA negotiations are controversial. Services are crucial to our economies and their quality has a direct impact on jobs, fairness at work and social cohesion. In this House we have the power to veto any trade deal, and if we use this power wisely in the negotiations we can deliver a more democratic EU trade policy that works for people and not just for profit.

To do that, we have to set out clear mandates for the negotiators on what we are willing to accept and what we will not. We found such an agreement in the Committee on International Trade in the middle of January. We got support from six of eight political groups, and I am now calling on colleagues from all sides of this Parliament to confirm this strong mandate in plenary and, in so doing, to make it impossible for the Commission and the Member States to disregard our views and the public's concerns.

This is not a vote on whether we are for or against a TiSA deal; it is about setting out red lines. We should be clear: today's global rules reflect the analogue era, whilst we are in a digital world, and they need to be updated. We need new safeguards and protections. We want a full, unambiguous exclusion for all public services. We need rules to guarantee public authorities' right to regulate and, while we are good at exporting services in Europe, which is creating and maintaining millions of jobs in the EU, we should do what we can to create new opportunities for our economy. At the same time, we should ensure service sector workers know that we are on their side and that we will not accept an agreement which intensifies social dumping. We need to re-regulate globalisation, and TiSA could help us achieve that. But the Commission needs to get it right. EU negotiators must change the EU's priorities in the TiSA negotiations. They need to see that we are serious, and that is why we need strong support for this resolution when it is voted upon in plenary.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *“blauwe kaart”-vraag*. Ik ken mevrouw Kirton-Darling als iemand die vakbondsrechten erg belangrijk vindt, maar we hebben ook commissaris Malmström horen zeggen dat ze de ILO-rechten, de ILO-verdragen niet wil opnemen in het TiSA-verdrag. Ik ben benieuwd of zij het TiSA-verdrag accepteert als de ILO, de acht *basic conventions* niet in het TiSA-verdrag worden opgenomen.

Jude Kirton-Darling (S&D), *blue-card answer*. – In these negotiations – in the GATS agreement at international level which we are looking to revise – there is no social chapter and there is no inclusion of the ratification of ILO standards. We have tussled with this inside the Committee on International Trade (INTA), as well you know. We have worked out how to tackle ensuring that those basic fundamental labour rights are reflected, and the report and the compromise that we reached in the INTA Committee actually sets out a clear demand for all TiSA parties to ratify and to apply ILO Conventions, not in the TiSA agreement but in practice – and, in reality, practice is the thing that we need, not words on paper, and I think this report is a strong step forward.

Emma McClarkin, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I welcome the Commissioner. It is great that she is here in what is going to be a vital debate that is actually one that is going to affect tens of millions of jobs in the European Union. The Trade in Services Agreement (TiSA) has the potential to add GBP 20 billion to the annual GDP of the EU, and with services accounting for 70% of our EU economy. The UK is one of the biggest exporters of services in the world, and so my Member State has a keen interest in the advancement of talks at a plurilateral level. And we have managed to attract very broad support in the committee for this report, which shows that many of my fellow colleagues also understand the significance of this trade agreement.

On the one hand, we must ensure that TiSA is an ambitious agreement that tackles the modern-day issues of the 21st century, such as trade in digital services and recognition of and help for the inclusion of small- and medium-sized enterprises in global supply chains. But, on the other hand, we must take on board public concerns about trade deals and their perceived threat, which is why the committee has included the language on the protection of public services such as the NHS and continuing to allow Member State governments to manage the services as they see fit. I am confident that this language is secure and offers the guarantees that people need.

To conclude, I believe that this report offers a solid grounding of support from the European Parliament to the Commission for the advancement of the Trade in Services Agreement that I hope will open up market opportunities for European businesses within a rules-based system that we can then take on a multilateral level.

El Presidente. – Señora McClarkin, tiene una pregunta de «tarjeta azul» del señor Dartmouth. ¿No la acepta?

Emma McClarkin (ECR). – Mr President, I have to go.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the European Union is the world leader when it comes to the export of services. We expect the sector to become even more important. Our service providers are competitive, as the EU itself is already very open and foreign companies are treated equally on our market. There is therefore a lot to be gained by seeing more countries reciprocally opening up their markets to EU service providers and having a level playing field across a larger group of countries. In fact, we would ultimately like TiSA to become a multilateral agreement. Similarly, services are being developed in new areas, such as the digital economy, which will require the rules to be updated. Everyone with internet access could in principle offer a service in a third country.

The Trade in Services Agreement should contribute to clear rules to ensure that principles such as fair competition, but also fundamental rights, are respected. In today's report the Parliament calls on the Commission to aim for an ambitious agreement, especially in sectors such as e-commerce, telecommunication, financial services, procurement and transport. I think – and this is important to underline amidst all the concerns that also have to be addressed today – that we have every reason to be self-confident. This Parliament does confirm existing legislation and standards are not lowered and free trade should follow rules. Therefore, public services and audiovisual services are also confirmed to be excluded in our report, and TiSA cannot force national governments to break open monopolies on the provision of, for example, water or electricity. I am happy to see that we have, together with the shadow rapporteurs and all colleagues, worked on an interim report on these very important negotiations, and we hope that you will continue to represent the EU with the ambition and self-confidence that we should have here to make sure that the rules-based system is strengthened and that more countries come on board and that trade-in-services relations become more reciprocal.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *blue-card question*. – I would like to thank Mrs Schaake very much for taking this blue card and for showing a courtesy of which Ms McClarkin is clearly incapable. My question is this: do you think that labour rights should be installed, *ipso facto*, into all the EU's trade agreements, or do you think that labour rights are better determined and decided at the national level?

Marietje Schaake (ALDE), *blue-card answer*. – What we have put in this resolution that deals with the trade-in-services negotiations that are ongoing, is that we would like to see all the other partners to this agreement ultimately respect labour rights as enshrined under the ILO. But I agree with my colleague from the UK, Jude Kirton-Darling, when she says that the practice of respecting standards is more important than seeking to underline demands on paper which may not be realistic. So, indeed, strengthening the rules-based system in trade, including trade in services, is there to raise the bar when it comes to standards, including labour rights.

Στέλιος Κούλογλου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, ξεκίνησε προχθές, την Παρασκευή, προσπάθεια από τον Πρόεδρο Schultz να αναβληθεί η ψηφοφορία για την TiSA με διάφορα τεχνικά προσχήματα, όπως έγινε και πριν από λίγο καιρό με τη διδυμη αδελφή της TiSA, την TTIP. Και γιατί ο Πρόεδρος θέλει να την αναβάλλει; Γιατί δεν ξέρει αν η Ομάδα του θα ψηφίσει υπέρ της συμφωνίας ή κατά. Και γιατί δεν το ξέρει; Γιατί αυτή τη συμφωνία δεν την χρειάζεται η Ευρωπαϊκή Ένωση και δεν τη θέλουν πολλοί βουλευτές. Υπάρχει ήδη η GATS, αν χρειάζεται αλλαγές, ας την εκσυγχρονίσουμε!

Οι μόνοι που προωθούν τέτοιες συμφωνίες είναι οι πολυεθνικές εταιρείες και οι πολιτικοί τους εκπρόσωποι. Ξέρουμε το έργο: απορρύθμιση, απορρύθμιση, απορρύθμιση. Απορρύθμιση των κανόνων και των υπηρεσιών, αποδυνάμωση των κρατών να ρυθμίσουν τις υποθέσεις, περιορισμός των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων, αμφισβήτηση των κανόνων και της ποιότητας εργασίας.

Ακόμα και τώρα, προτείνουμε στο Κοινοβούλιο να ζητήσει από την Επιτροπή να αποσυρθεί από τις διαπραγματεύσεις, όπως έκανε η Ουρουγουάη. Ζητάμε εξουσία στις κυβερνήσεις ώστε να αλλάζουν πολιτική και συμφωνίες, αν αυτό το θέλουν και το ψηφίζουν οι πολίτες. Ξεκάδαρη εξαίρεση των δημόσιων υπηρεσιών από την υπό συζήτηση συμφωνία. Διαφορετικά, υπηρεσίες όπως η υγεία και η εκπαίδευση σε λίγο θα ιδιωτικοποιηθούν. Επικύρωση των συμβάσεων εργασίας της Διεθνούς Οργάνωσης Εργασίας, προστασία του περιβάλλοντος, προστασία των δεδομένων και της ιδιωτικής ζωής. Σταματήστε να ψηφίζετε συμφωνίες που υπονομεύουν τα κοινωνικά θεμέλια της Ευρώπης.

Julia Reda, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the signal coming from this report to the EU negotiators is quite clear: the EU negotiators need to go back to the drawing board. The negotiating mandate does not reflect the views of the public and indeed not the views of this Parliament. The public interest has not been sufficiently taken into account. Europeans are opposed to the liberalisation of public services through TiSA. They are opposed to ratchet and standstill clauses and other measures that may limit our democratic rights to regulate in the public interest. Challenging the Commission's negotiating strategy on TiSA is therefore an important achievement of this report.

But for this Parliament to really be taken seriously as a voice of the people in this negotiation, we have to become bolder. We have to clearly reject any agreement that is not firmly based on a positive list approach. We have to be consistent in the criticism formulated in this report and demand the EU negotiating mandate be changed to adopt Parliament's position. If that does not happen, then the Commission has to be sure that we will be prepared to reject TiSA.

There are still no convincing reasons for abandoning the multilateral approach in favour of closed-door negotiations between individual countries. These agreements put developing countries at a disadvantage because they do not have a seat at the negotiating table. Civil society has even less access to the TiSA negotiations than on TTIP, and in their analysis they have had to rely quite heavily on leaks. Leaks of the e-commerce chapter in particular have raised many red flags. We must not let TiSA undermine the fundamental rights to privacy and data protection. We must not let TiSA undermine our ability to ensure fair competition and consumer protection, for example through rigorous net neutrality provisions and the right of users to use any technical equipment they choose to access the internet. These are laws that are still being developed to some extent and where it is important that we do not let ourselves be locked into a trade agreement that will limit our ability to safeguard our digital rights.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, il trattato sul commercio di servizi, il TiSA, sembra avere una doppia personalità. Da un lato c'è il TiSA buono, che la Commissione ci presenta ogni giorno, quello che creerà lavoro, quello che aumenterà la crescita, quello in cui i lavoratori saranno sicuri e protetti. Dall'altra parte, però, i testi trafugati ci mostrano un TiSA oscuro e pericoloso, quello delle liberalizzazioni selvagge, quello che abolirà per sempre il confine tra statale e privato, quello che metterà fine ai servizi pubblici come li abbiamo conosciuti fino ad oggi: sanità, acqua, scuola, Internet libero.

Ma allora mi chiedo: qual è il TiSA? Che cos'è il TiSA? Siamo ancora lontani dalla sua approvazione. I negoziati sono segretissimi e non c'è ancora modo di sapere quale delle due personalità prevarrà sull'altra. Ma in ogni caso noi saremo qui a vigilare, perché prima o poi, signora Commissario, questo trattato arriverà in questo Parlamento.

Mercoledì prossimo voteremo un testo che metterà nero su bianco le nostre preoccupazioni e le nostre richieste. Non si tratta del testo del TiSA, ma di linee guida per i negoziatori, che dovranno attenersi strettamente, perché noi, signora Commissario, vi aspetteremo al varco.

Franz Obermayr, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident! Dieser Bericht enthält tatsächlich viele Versprechungen: besserer Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge, Verbraucherschutzstandards und Arbeitnehmerrechte. Doch angesichts von TTIP glauben das eben viele Bürger nicht mehr. Und ich bedenke, dass sich die Kommission durch diesen Bericht in ihrem Kurs bestätigt fühlt. Immerhin verspricht die Kommission ja seit Jahren, dass unsere europäischen Standards angeblich geschützt werden. Ich denke nur an unseren Datenschutz – wie der aussieht.

Der Bericht fordert weiter eine Öffnung von TiSA für noch mehr Vertragsparteien, explizit für China und für die Freizügigkeit der dortigen Fachkräfte. Wenn wir überlegen, dass China im Jahre 2013 ca. 6,4 Millionen Universitätsabgänger hat, da frage ich mich, ob die Organe der Union sich auch das ein bisschen überlegt haben. Letztlich habe ich kein Vertrauen in diese sogenannte Handelsliberalisierung, insbesondere, wenn ich daran denke, dass die Frau Berichterstatterin ein Nähverhältnis zu einschlägigen Unternehmen, wie Aqua oder Bertelsmann, unterhält. Und für diese Unternehmen wird das TiSA-Abkommen sicherlich kein Nachteil sein.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συμφωνία για τις συναλλαγές στον τομέα των υπηρεσιών ενώ θεωρητικά αποσκοπεί στο να βοηθήσει τις ευρωπαϊκές εταιρείες που παρέχουν αυτές τις υπηρεσίες παγκοσμίως, αποτελεί στην πραγματικότητα, ένα ακόμη χτύπημα στην ιδέα του εθνικού κράτους. Περιορίζεται ο δημόσιος έλεγχος σε θέματα χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών και στην ουσία καταργείται το κρατικό μονοπώλιο σε αυτούς τους τομείς. Το κράτος δεν έχει τη δυνατότητα να παρεμβαίνει για να προστατεύει τα συμφέροντα των πολιτών του και όταν συμμετέχει, συμμετέχει σε πολύ μικρό ποσοστό και δεν μπορεί να ορίσει τους κανόνες με τους οποίους ρυθμίζεται η παροχή αυτών των υπηρεσιών. Συνεπώς, έχουμε μείωση της κρατικής παρεμβάσεως και ταυτόχρονα θίγονται τα συμφέροντα τόσο των πολιτών όσο και των μικρών εταιρειών εις βάρος των μεγάλων πολυεθνικών.

Επιπλέον, το κράτος είναι υποχρεωμένο να τηρεί αρχεία αυτών των εταιρειών και να επιβαρύνεται με τα έξοδά τους. Εξ άλλου, εάν υιοθετηθούν κάποια στοιχεία τα οποία έχουν προτείνει οι ΗΠΑ, τότε το κράτος δεν θα μπορεί να δίνει συντάξεις στους πολίτες του. Κάτι τέτοιο συμβαίνει αυτή τη στιγμή στην πατρίδα μου την Ελλάδα, όπου γίνεται προσπάθεια να επιβληθεί αυτή η πρακτική. Τέλος, υπάρχει το ενδεχόμενο να έχουμε διαρροή προσωπικών δεδομένων προς χώρες οι οποίες χαρακτηρίζονται από τη μεγάλη διαφθορά τους. Άρα ...

(Ο Πρόεδρος αφαιρεί τον λόγο από τον ομιλητή.)

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, this agreement will break new ground in terms of market access, but it will also enhance international rules in the fields of transport, digital and financial services. It will also cover a large proportion of the world's trade in services. With this in mind, it is obvious that this is a great opportunity to open up new markets for companies and to consolidate the EU's position as a world leader in services. Throughout our work, we have supported a comprehensive and balanced negotiation process, and we have called for even more ambitious commitments across parties, sectors and levels of government – in particular in public procurement, telecoms, transport and financial services.

However, let us not forget about consumer rights in terms of roaming fees, transport carriers or credit card fees when used abroad. With that in mind, I fully support the exclusion of public and audio-visual services from this agreement. It is also great to see that, in the digital sector, we are pushing for comprehensive prohibition of forced data localisation and for wide-reaching data protection. With all that in mind, I can fully support this report. I would like to congratulate and thank Madam Reding for her great work and success on this balanced report.

David Martin (S&D). – Mr President, given that, as others have said, 70% of our workforce is employed in the services sector, TiSA is a major opportunity for Europe. TiSA can level the global playing field by giving EU companies the same level of market access that third countries currently enjoy in our market.

TiSA can be good for small and medium-sized enterprises, in particular, those which find non-tariff barriers more difficult to overcome than bigger enterprises do. TiSA – as we have just heard – can be good for consumers if it tackles the problems they often face with service providers based in third countries. TiSA can be good for workers if domestic labour rights are protected and Mode Four is outlawed from undermining their conditions.

I have used a conditional ‘can be’ intentionally. Whether TiSA turns out to be positive depends on protecting our public services, on protecting governments’ right to regulate and on ensuring a high quality of level for data protection. TiSA will only command the support of my Group if it represents, at the end of the day, our values and aspirations.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – Mr Martin, I respect the position that you have expressed. I would just like to go specifically into ratchet clauses. I know that Part B, subsection 4, of the recommendations to the Commission specifically opposes such clauses. They would be very damaging if they were included in the agreement. Can you confirm whether you would vote against any such agreement if it still contained a ratchet clause by the time TiSA came to a full vote?

David Martin (S&D), blue-card answer. – Our position on this issue, and in terms of all trade agreements, is that we do not support ratchet clauses. We support the right of governments to determine domestic policy. If it decides that a public service should be a public service, no matter what has happened before, it should have the right to return a public service to the public.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident! Dienstleistungen sind ein bedeutender Sektor in der EU und auch in Deutschland. Der Anteil an der Wertschöpfung nimmt ständig zu. Entsprechend groß ist auch die Bedeutung von Dienstleistungen für den internationalen Handel; das haben wir gehört. Es ist bekannt, dass internationaler Handel die Möglichkeit schafft, absolute und komparative Kostenvorteile zu heben, die den Konsumenten zugutekommen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern. Auch das ist ja hier betont worden. TiSA fügt sich nahtlos als ein Baustein in die Handelsordnung der WTO ein. Diesen Prozess begleite ich positiv und fordere ein möglichst umfassendes Freihandelsabkommen.

Der vorliegende Bericht wird dieser Forderung gerecht, ohne die öffentliche Daseinsvorsorge zu gefährden. Deshalb habe ich dem Bericht zugestimmt und hoffe auf ein zügiges Voranschreiten der Verhandlungen.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Frau Berichterstatterin Reding! Ihr Bericht schließt eine Reihe unserer Forderungen als Folge der breiten gesellschaftlichen Meinungsäußerung und Mobilisierung gegen TiSA mit ein. Das erkenne ich ausdrücklich an.

Viele wichtige Forderungen der Kommunen, der Gewerkschaften und der Verbraucherschutzverbände, die wir mit unseren Anträgen transportieren, haben in Ihren Kompromissen jedoch keinen Platz gefunden. Wir fordern hier zum Beispiel, ausschließlich mit Positivlisten zu arbeiten. Denn was nicht genannt wird, wird auch nicht dem Markt unterworfen.

Warum konnten Sie nicht die Forderungen der Fachausschüsse einfach mal so stehen lassen, anstatt sie in qualitativ schlechteren Paragraphen nur zu „berücksichtigen“, sprich zu verwässern? In der Abstimmungsliste haben Sie sich gegen fast jede Einzelempfehlung der Fachausschüsse ausgesprochen, die versuchten, die Globalisierung im Interesse von Konsumenten und Produzenten zu gestalten. Wo bleiben dann die roten Linien, zum Beispiel des EMPL-Ausschusses: rechtlich, verbindlich, einklagbar?

Frau Kommissarin! Ich glaube nicht, dass diese Entschließung eine Veränderung der Verhandlungsführung in den TiSA-Verhandlungen bewirken wird, weil das Mandat des Rates anders lautet. Deshalb werden wir auch nicht zustimmen können.

Max Andersson (Verts/ALE). – Herr talman! Ikväll debatterar vi resolutionen om TiSA-avtalet. Det är ett av flera avtal i görningen just nu och det måste ses tillsammans med TTIP-avtalet med USA och Ceta-avtalet med Kanada. Det finns en stor och huvudsakligen välgrundad oro för vad dessa avtal kan innebära för miljö, konsumenter och upphandling, och för vår möjlighet att återta misslyckade privatiseringar i offentlig regi.

Handel är bra, men det är inget självändamål och det är inte överordnat miljö och demokrati. Därför behöver vi nu sända ett tydligt budskap till kommissionen. Den text som ligger på bordet har flera bra skrivningar när det gäller att värna rätten att reglera skydd utav personuppgifter och skydd för offentlig sektor, men det kan bli bättre.

Därför hoppas jag att ni stöder de Grönas ändringsförslag som vill göra förslaget ännu skarpare och ännu bättre med förslag om en positiv lista, med mera. Det handlar om att värna möjligheten att kunna ta bra beslut även i framtiden.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Úr! Ön említette a zöld szempontoknak, ha jól értettem, egy viszonylag csekély mértékű előfordulását. De egy kereskedelmi egyezmény, és főleg szolgáltatásokról szóló kereskedelmi egyezmény esetében Ön konkrétan milyen szempontokat szeretett volna viszont látni?

Max Andersson (Verts/ALE), *svar ("blått kort")*. – Det handlar bl.a. om upphandlingsregler, men det handlar också om möjligheten att kunna fatta beslut på det klimatpolitiska området.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin! Soeben erreicht mich eine Agenturmeldung: Die WHO ruft den globalen Gesundheitsnotstand wegen des Zika-Virus aus. Ich weiß, wir haben das vorhin schon thematisiert. Aber wenn es ein globaler Notstand ist, dann halte ich es schon für sinnvoll, dass unsere Tagesordnung darauf angepasst wird, wenn wir ein Global Player sein wollen.

El Presidente. – Señor Gericke, quizá no estuvo usted al principio de la sesión, pero ya se abordó este asunto y, por lo tanto, se ha tomado una determinación. Continuamos.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir konnten heute Nachmittag Zeuge werden, wie in der Geschäftsordnungsdebatte der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Herr Weber, klarmachte, das TiSA-Abkommen in dieser Woche durchpeitschen zu wollen. Änderungsanträge besorgter Fraktionen bezeichnete er als Verzögerungstaktik. Wir sollten in diesem Haus einem Freihandel mit öffentlichen Dienstleistungen nicht zustimmen, schon gar nicht unter solchen Vorzeichen!

Öffentliche Dienste müssen eine grundlegende soziale Daseinsvorsorge leisten, die bezahlbar, für alle Bürger verfügbar und nicht gewinnorientiert ist. Ein privates Gesundheitswesen wird nie ein Interesse an gesunden Bürgern haben. Soll künftig der Müll liegen bleiben und der Strom abgeschaltet werden, weil Arbeitslose die gewinnorientierten Preise nicht mehr zahlen können? Öffentliche Dienste sind dann notwendig, wenn die Regeln des Marktes die Anforderungen nicht mehr erfüllen. Mehr noch: Öffentliche Infrastruktureinrichtungen, Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören grundsätzlich nicht in private Hand.

Die Versuchung, den eigenen Unternehmensprofit über das Gemeinwohl zu stellen, ist einfach zu groß. Ich lehne dieses Abkommen mit der gleichen tiefen Überzeugung ab, mit der ich auch dieses Europa der Banken und Spekulanten ablehne.

Santiago Fisas Aixelà (PPE). – Señor Presidente, Señora Comisaria, el informe que debatimos hoy tiene por objetivo hacer una valoración de los dos primeros años y medio de negociación del Acuerdo sobre el Comercio de Servicios, pero para establecer unas recomendaciones claras a la Comisión. Debemos otorgar a la Comisión el margen de manobra necesario para seguir con las negociaciones, sin que suponga renunciar a la mejora de la normativa de la Unión Europea. Apoyamos mantener el derecho a regular de las partes y la transparencia en las negociaciones.

Este Acuerdo es de vital importancia para la Unión Europea. Somos el mayor exportador de servicios con un 25 % de las exportaciones mundiales -en 2013 obtuvimos un excedente comercial de 170 000 millones de euros en este sector-. Además, las exportaciones de servicios a la Unión Europea se han duplicado en los últimos diez años.

Para nosotros es importante que el Acuerdo sea lo más multilateral posible y que tenga la capacidad de regular y gestionar los servicios públicos de interés general, la capacidad de regular en favor del consumidor y la garantía de que no se rebajarán los estándares sociales y de protección del consumidor.

Y enhorabuena a la señora Reding por el magnífico trabajo que ha realizado.

Bernd Lange (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den vorliegenden Text auf eine prägnante Formel bringen will, dann muss man sagen: Ja zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, Nein zum Ausverkauf von öffentlichen Dienstleistungen, Ja zu fairen Marktzugangsbedingungen und starken Arbeitnehmerrechten und Nein zu Sozialdumping. Diese knappe Formel ist genau richtig, um mit einem Handelsabkommen über Dienstleistungen umzugehen. Gerade was die Arbeitnehmerrechte betrifft, müssen wir eine faire Grundlage schaffen, sodass es eben kein Dumping durch Entsendung von Arbeitnehmern geben kann.

Ich finde es auch gut, dass in dem Bericht darauf hingewiesen wird, dass bestimmte Richtlinien in der Europäischen Union auch zu ändern sind, damit das Prinzip „gleiche Arbeit, gleiche Bezahlung, gleiche Rechte für Männer und Frauen“ sichergestellt wird. Insofern begrüße ich diesen Ansatz.

Ich hoffe auch, Frau Kommissarin, dass Zusammenarbeit nicht nur heißt, dass wir zusammenarbeiten, sondern dass das auch ein klares Ja zum Text ist und ein klares Nein zu faulen Kompromissen.

Jana Žitňanská (ECR) – V týchto dňoch Európsky parlament využíva naplno svoju úlohu pri spoluvytváraní obchodnej politiky Európskej únie. Schvaľujeme odporúčania pre rokovania pre dohodu o obchode so službami, tzv. TiSA.

Budem rada, ak sa my ako zástupcovia občanov budeme podieľať na tom, aby okolo rokovaní nevznikali zbytočné, nepravdivé mýty, ale aby sme konštruktívne rokovali o dohode, ktorá má možnosť priniesť zlepšenie služieb pre viac ako dve desiatky zúčastnených krajín. TiSA je šanca pre našich spotrebiteľov, aby sa v zahraničí dostali k lacnejším službám, a poskytne im viac možností pri cestovaní alebo nákupe na internete.

TiSA je šanca pre našich podnikateľov a podnikateľky, aby vytvárali pracovné miesta a aby sa im ľahšie prenikalo na trhy v tretích krajinách.

Služby, ktoré občania Európskej únie dnes ponúkajú, sú kvalitné. Našou úlohou je pomôcť ich dostávať do tretích krajín a modernizovať medzinárodné obchodné pravidlá tak, aby zodpovedali modernému svetu a využili sme potenciál, ktorý dnes ponúka napríklad digitálny sektor a finančné či odborné služby.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL). – TiSA, het *Trade and Services Agreement*, is het lelijke broertje van TTIP en CETA. En die verdragen kregen ook al geen schoonheidsprijs. TiSA is weer een voorbeeld van hoe de Europese Unie aan de leiband loopt van multinationals. Dit keer zijn dat de *really good friends of services*.

Er is niets op tegen om de economie aan te jagen, maar wel als dat gaat ten koste van arbeidsrechten, democratische zeggenschap en de economie van andere landen. Dat is wat TiSA gaat doen. TiSA dwingt landen om hun markt te openen, het zet publieke diensten op de helling en het maakt het onmogelijk om je terug te trekken bij voortschrijdend inzicht.

Ik wil er graag bij de leden op aandringen om te stemmen voor amendement 20, zodat we de Commissie oproepen om ons terug te trekken uit de onderhandelingen. Als je publieke diensten echt wilt beschermen dan is TiSA de verkeerde weg.

Ik wil ook pleiten voor het afschaffen van de zogeheten ratchetclause, amendement 29, en voor bescherming van het midden- en kleinbedrijf, amendement 49. En ik wil u vragen de overeenkomst ook voor te leggen aan de nationale parlementen, zoals beschreven staat in amendement 53. En speciaal voor mevrouw Kirton-Darling: amendement 36 voor de basisverdragen van de IAO als bindende voorwaarde.

José Bové (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, cela fait 30 ans maintenant qu'on essaie de nous imposer l'accord général sur le commerce des services.

En 2013, le précédent rapport disait effectivement que c'était un échec. À l'OMC, on ne sait pas le faire, parce que ça va contre l'intérêt des populations. Aujourd'hui, on essaie une fois de plus, avec un tout petit club privé de 23 pays sur 190, d'imposer un accord général sur le commerce des services. Personne dans le monde n'en veut! Quand on veut ouvrir des négociations, eh bien, par exemple, les États-Unis disent à la Chine: «On ne veut pas que la Chine fasse partie des négociations». Et maintenant l'Uruguay vient de sortir. Mais pourquoi? Peut-être simplement parce que c'est quelque chose qui va à l'encontre de l'intérêt général: c'est ce que les gens disent depuis 30 ans. Quand ils ont manifesté contre l'accord général sur le commerce des services, c'était cela qu'ils disaient. Mais l'accord qu'on est en train de vouloir imposer dans les pays est encore pire que l'accord général sur le commerce des services. C'est ce qui s'appelle, dans le jargon de l'OMC, «un accord ++». Ce qui veut dire qu'une fois de plus on va ouvrir l'ensemble des services. Car c'est faux de dire qu'on protégera les services publics, parce qu'à l'intérieur de ces services, il y a déjà des systèmes qui permettent de les ouvrir à des acteurs étrangers.

Aujourd'hui donc très clairement...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Romana Tomc (PPE). – Najprej bi se seveda rada zahvalila poročevalki, kolegici Viviane Reding za ta priporočila.

Sama sem v tej zgodbi zastopala stališče politične skupine Evropske ljudske stranke za področje odbora ECON in tako zelo dobro vem, da za tem poročilom stoji ogromno dela in usklajevanj. Zato mi je zelo žal, da želijo nekateri zaustaviti sprejetje sporazuma, ki bi lahko državam članicam Evropske unije prinesel lažjo izmenjavo storitev in več delovnih mest.

Pogosto se izkaže, da nasprotovanje izhaja iz strahu ali pa iz nevednosti, zato je zelo pomembno, da smo čimbolj transparentni in da imajo ljudje čim več informacij. Včasih pa to nasprotovanje enostavno izhaja iz želje po ohranitvi monopolov. Konkurenca seveda ni vedno zaželeno, toda če je ni, največjo škodo utrpimo prav mi, potrošniki.

Želim seveda uspešno delo, predvsem pa si želim, da bi bila ta pogajanja v naprej čimbolj transparentna.

Marita Ulvskog (S&D). – Herr talman! Dagens tjänstehandel innebär allt längre värdekedjor, ökad digitalisering, ottydliga skiljelinjer mellan vad som är varor och vad som är tjänster, och det kräver nya tydliga regler. Tisa får dock inte under några omständigheter leda till social dumpning, till ojust konkurrens, till dåliga arbetsvillkor och exploatering av människor och miljö.

Jag välkomnar därför att parlamentet i det här betänkandet så tydligt kräver respekt för ILO:s kärnkonventioner, och uppmanar samtliga parter att ratificera ILO:s grundläggande normer. Detta ser jag som helt avgörande, tillsammans med ökad transparens, stärkt skydd av offentliga tjänster och att staters rätt att reglera allmänhetens intresse garanteras — alltså avgörande för om det ska finnas ett tillräckligt brett stöd i detta parlament för Tisa-avtalet. Allt detta måste klaras annars kommer det inte att vara genomförbart.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je m'étonne de votre discours. Vous dites: cette résolution confirme mon mandat de pouvoir continuer à négocier de la manière dont je négocie aujourd'hui. À écouter l'ensemble de mes collègues, en tout cas une grande majorité, mais surtout à écouter la rapporteure, M^{me} Reding, nous entendons que la résolution demande à la Commission, clairement, de changer d'orientation et surtout de respecter un certain nombre de lignes bleues et de lignes rouges.

Faut-il rappeler ces lignes rouges? L'exclusion explicite des services publics, pas de libéralisation par défaut et sans retour, la protection des travailleurs, pas de dumping social, la protection des données comme droit fondamental. Tout cela est inclus dans la résolution et n'est donc pas prévu dans vos négociations actuellement.

Par conséquent, continuer vos négociations dans le sens où vous les menez aujourd'hui, c'est prendre le risque d'avoir dans ce Parlement une majorité cohérente qui dira non à l'accord sur le commerce des services. Je demande à l'ensemble des parlementaires qui voteront pour cette résolution d'être cohérents, c'est-à-dire que si vous ne la respectez pas, ils devront s'engager à voter contre cet accord.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor Presidente. Bienvenida, Comisaria. Nosotros creemos que es fundamental actualizar las reglas globales del comercio. No podemos estar regulando la parte más importante del comercio internacional con unas reglas de antes de la era de internet. Es fundamental actualizarlas y frenar el dumping social, garantizar la privacidad de los datos, regular el comercio en línea, el *roaming* y, desde luego, obtener reciprocidad. Porque el comercio ha de ser un instrumento al servicio de los consumidores y, por supuesto, también de nuestras empresas.

Yo apoyo esta Resolución porque creo que deja claro cuáles son las exigencias del Parlamento Europeo a la Comisión para que las negociaciones vayan por el camino que creemos que tienen que seguir. Es fundamental decir alto y claro que exigimos la exclusión total de todos los servicios públicos, el respeto de los derechos sociales y laborales de los trabajadores, la protección de los datos, la regulación de los servicios financieros y bancarios y, desde luego, también el derecho a la diversidad cultural.

Yo creo que la Comisión —y usted, como Comisaria que está aquí en este Parlamento— tiene que tener muy en cuenta la opinión recogida en esta Resolución. Porque la Comisión tiene la competencia para la negociación, pero, al final, la competencia para aprobar o rechazar un acuerdo la tiene el Parlamento, y queremos un buen Acuerdo, porque hace falta una buena negociación del ACS, progresista y respetuosa con las personas y las pequeñas empresas.

Emmanuel Maurel (S&D). – Monsieur le Président, M^{me} la rapporteure Reding a dit tout à l'heure que la question qui nous était posée était: «Quel ACS voulons-nous?» J'émettrai une petite nuance. Je pense que la vraie question est aussi: «Voulons-nous de l'ACS?»

Nous sommes un certain nombre de parlementaires, mais aussi de citoyens, évidemment, à douter du bien-fondé d'une telle négociation. Pourquoi? Parce que nous sommes instruits par l'expérience et que nous avons vu le bilan calamiteux des libéralisations passées, alors même que l'Europe, plus que jamais, a besoin de règles et de protection.

Les questions qui sont posées dans cette résolution et que nous sommes un certain nombre à poser, c'est de savoir si l'ACS sera un PTCI déguisé ou une directive Bolkestein au niveau mondial. L'ACS impliquera-t-il encore plus de dérégulation et encore plus de déréglementation financière?

Si la Commission répond oui à ces questions, nous serons évidemment contre l'ACS. De ce point de vue-là, M^{me} Arena a raison. Notre résolution ne doit pas être un soutien à la Commission, mais plutôt une invitation, un encouragement très vigoureux à procéder autrement et à être toujours soucieuse de la protection des salariés et des consommateurs de l'Union européenne.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Franc Bogovič (PPE). – Svet se na hitro spreminja. Različne storitve s področja telekomunikacij, prometa in ostale storitve predstavljajo zelo velik delež današnje ekonomije.

Svet se digitalizira. Vedno večji je delež digitalnih storitev, zato je nujno, da Evropski parlament da Evropski komisiji zelo jasna izhodišča, ki se v imenu Evropejcev pogaja okoli sporazuma TiSA. Poročilo gospe Redingove je zelo uravnoteženo, zato ga podpiram.

Poročilo daje priložnost tako evropski ekonomiji, tako velikim kot malim podjetjem, prav tako je zelo pozorno do pravic delavcev, da ne pride do socialnega dampinga. Sporazum mora zagotoviti tudi večje pravice potrošnikov storitev, kajti vedno bolj postajamo uporabniki storitev na globalni ravni.

Varovanje osebnih podatkov je tudi eno izmed področij, ki je obdelano in je nujno pomembno, da je dobro obravnavano. Prav tako pa moramo biti pozorni na javne storitve, ki morajo ostati v javnem interesu. Podpiram, da je Evropski parlament samozavesten in da jasna izhodišča Evropski komisiji.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, gospođo povjerenice, Sporazum o trgovini i uslugama o kojem pregovaraju 23 partnera, dakle 50 zemalja, danas predstavlja najosjetljiviji financijski i najsveobuhvatniji trgovinski sporazum za Uniju. Uslužne djelatnosti zapošljavaju 68 % radne snage, a samo 2013. trgovinom usluga ostvarena je dobit od 173 milijarde eura.

Tržište uslugama značajno se izmijenilo razvojem interneta. Premda su europski pružatelji usluga znanjem i kvalitetom koju pružaju konkurentni na globalnom tržištu, pristup mnogim tržištima im je onemogućen zbog pravnih barijera. U isto vrijeme, pristup europskom tržištu je liberalniji. Mala i srednja poduzeća posebno su zapostavljena ovim nerazmjerom. No, reciprocitet ne smije biti naš jedini cilj.

Trebamo snažno braniti standarde zaštite radnika, podataka i prava potrošača. Ovo je prilika da reguliramo globalizaciju. Odredbe Sporazuma trebaju biti dostupne javnosti. Drago mi je što izvješće traži isključenje svih javnih usluga iz Sporazuma, poput zdravstva i školstva, te što lokalnoj samoupravi ostavlja dovoljno prostora da regulira usluge i prema potrebi uvede zaštitne mjere.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam poziv na jačanje uloge Europskog parlamenta u postupcima pregovaranja i sklapanja međunarodnih sporazuma, jer je dosadašnja praksa pregovaranja daleko od očiju javnosti potpuno neprihvatljiva. Čak i dobri sporazumi na taj način nailaze na otpor u javnosti, jer građani stječu dojam da se od njih nešto skriva.

Ako su nam oni i njihova dobrobit na prvome mjestu, a morali bi biti, transparentnost nam mora biti visoko na listi prioriteta. Veća mogućnost demokratske kontrole, uvjetno rečeno, komplicira pregovore, ali je apsolutno vrijedna toga. S druge strane, neke ideološke teme, poput borbe za rodnu ravnopravnost, ne bi trebale opterećivati ovakve sporazume.

Moramo zadržati fokus, dakle usmjeriti se na otvaranje stranih tržišta europskim tvrtkama. Taj cilj nećemo ostvariti moraliziranjem i dijeljenjem lekcija ostatku svijeta, nego stvaranjem pravno-političkog okvira koji će našim poduzetnicima omogućiti lakši pristup do jučer zatvorenim tržištima.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, podržavam pregovore koje Komisija vrši u ime Europske unije, ali želim istaknuti činjenicu da ovaj vrijedan i značajan instrument kojega možemo usvojiti ovdje u Parlamentu teško da će dobiti podršku ako javnost do kraja ne bude upoznata, u svim detaljima, s onim što se pregovara i da čitav proces postane daleko javniji nego što jest.

Jer iznimno je bitno da i građani daju podršku onome što ćemo mi ovdje prihvaćati. Želim naglasiti problem roaminga, problem e-trgovine, želim naglasiti i potrebu zaštite radnika, i posebno želim naglasiti pravo lokalne i regionalne samouprave na tradicijske usluge i sve one specifičnosti koje nosi supsidijarnost.

Posebno je bilo bitno da javne usluge, zdravstvo i obrazovanje ne budu uključeni u ovom procesu, jer mislim da bi onda definitivno izgubili podršku javnosti. Ovako i onako je teško, ali vjerujem da će nam biti lakše ako uključimo javnost.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, el ACS, junto a la ATCI y el CETA forman una tríada de tratados. Tratados de libre comercio, los llaman. De libertad para que las multinacionales impongan sus normas; para que estén por encima de parlamentos y tribunales. Libertad para privatizar nuestros servicios públicos y esclavitud para los trabajadores y trabajadoras. El ACS va a permitir que sean las grandes corporaciones las que elijan los derechos laborales de sus trabajadores y trabajadoras y les permitirá desplazarlos libremente. El ACS traerá niveles de precariedad extremos.

Desde la izquierda europea vamos a votar «no». No a la privatización de servicios públicos. No a la precariedad. No a la dictadura de las multinacionales. Señores diputados y señoras diputadas del Partido Popular y del Partido Socialista, ¿qué van a votar?

Porque votar a favor del informe es votar «sí» a que continúen negociando, en nuestro nombre, qué servicios privatizan y qué derechos nos roban. Es votar «sí» a que la democracia esté en manos de las multinacionales.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor Presidente, Comisaria, yo creo —lo ha dicho antes mi compañero Bové— que sabemos lo que son este tipo de tratados: meter por detrás lo que no logramos en el marco de la OMC. Y, encima, reforzado. Cuando sabemos que el AGCS está bloqueado porque hay una gran oposición a este tipo de tratados porque no queremos que se comercie con los servicios públicos. Y a nosotros nos da mucho miedo y no nos creemos las reservas que nos explican desde la Comisión Europea.

Sabemos que va a afectar a los servicios públicos. Nos preocupa mucho la contratación pública. ¿Qué pasa con los procesos de remunicipalización que se están produciendo en el conjunto de la Unión Europea? ¿Cómo se verán afectados por este Tratado? Se verán afectados y lo sabemos. Nos preocupan los derechos laborales del 70 % de nuestra fuerza de trabajo que trabaja en el sector servicios y que puede verse afectada.

Por lo tanto, yo creo, señores diputados, que debemos lanzar un mensaje muy claro esta semana, y debemos ser capaces de hacerlo. Y, si no, no vamos a votar a favor de esta Resolución porque no queremos que se negocie con los servicios públicos. No vamos a aceptar que no se introduzcan listas positivas en este tipo de negociaciones y, finalmente, no estamos de acuerdo con el mandato negociador que tiene la Comisión.

No aceptamos, Comisaria Malmström, que venga aquí a decir que el Parlamento le da el visto bueno a la manera en que está negociando. Si es así, nosotros no estaremos en esta Resolución.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, in my constituency, trade and services is incredibly important to business. The UK is the largest exporter of services to the world, even bigger than the USA. That is not just a fact, that is a government statistic – for those who appreciate the irony of that. So I want to make sure that British interests and North-East interests are protected. Why? Because that sector employs over 45 000 people in my constituency and over 12 000 in Newcastle alone.

But, as ever, this report has its wrinkles. It is advisory only. If we adopt it in full it will not remove a single stroke of the pen from TiSA itself. It also recognises that TiSA will involve movement of natural persons between countries that are parties to the agreement. Does that mean even more massive migration to the UK, and if so, how much?

It correctly identifies the threat of a ratchet clause which would put the rights of investors over a democratically-elected government. Long story short: we need to protect the UK's status as a world leader and I am growing increasingly concerned that TiSA will not do that.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, tout commerce, tout échange est fondé sur la régulation, sinon c'est la loi de la jungle.

Ici, on souligne l'importance des services publics, on souligne l'importance des données, de la protection et de la réciprocité.

Néanmoins, le problème fondamental est la manière dont ces négociations sont organisées, dans le secret, avec un mandat qui n'est pas clair, qui devrait être impératif, et surtout avec cette base qui avait été celle de l'Organisation internationale du commerce après-guerre, car elle avait utilisé son expérience pour repenser le commerce, la base qui devrait être les Nations unies.

Aujourd'hui, c'est en catimini, en cachette, en dehors des peuples, avec un Parlement qui donne quelques conseils qu'on n'écoute pas, que se règle l'avenir des peuples.

Ce n'est pas comme cela que nous parviendrons à rétablir la démocratie et la confiance des peuples.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, thank you for this possibility to discuss this very important agreement that we are negotiating. TiSA is an opportunity to create a global playing field for trade in services. That has great potential for the economy globally but especially for Europe, because the European Union is quite open to other investment – but we need as well to ensure that our companies can also invest abroad. The GATS Agreement really needs to be updated in order to take into account the new global realities and create, as some of you said, the legal certainty that is so important to get this right. Because I absolutely agree, free trade is not something good *per se*; free trade is a means to create jobs, goods and investment. But of course it needs to be surrounded by certain regulations and certain rules.

The aim is to make this a multilateral agreement. I fully share your concerns on this, and that is why the EU has been so eager to try to make the architecture as open and as inclusive as possible, so that gradually more countries will join, so that we can bring it under the premises of the WTO. It is a fact that the GATS Agreement does not contain obligations to sign up to the ILO, but that does not mean that we are not pushing for this. The European Union is always pushing for countries, in all kind of relations – including trade, of course – to sign up to the key WTO conventions, and we are continuing to do this as well.

Public services – audio-visual services – are always excluded in our agreements. That is very clear in the mandate we have from the Member States. It is very clear from what you have said today, but also earlier on this. Public services such as education, health, water supplies and audio-visual services are excluded. They do not need to be privatised, and if they are privatised there is nothing in this agreement, nor in TTIP or in any other agreement, that will prevent the local, regional or national level if there is a political decision to bring it back to the public sector if that is the political decision.

Also the right to regulate in a non-discriminatory way is not affected. Authorities on all levels can legislate on, for instance, environmental and health standards as they wish, and this will not change.

On transparency, as you have seen, we have really tried to make the EU contribution to this as transparent as possible. Most of the EU proposals, and a summary after each negotiation round, are on line. You as MEPs have access to all documents. But this is a negotiation that we lead together with 22 other countries, and there is no way we can legally publish the proposals of Peru, Australia, New Zealand, Turkey, Pakistan, etc. That has to be their decision. I deplore the fact that they have not chosen to be as transparent as we have, but we cannot publish this, and that is why sometimes proposals, even draft proposals from a given country, appear on the internet, leaked. That does not mean that they are actually part of the negotiation; it is a proposal or a draft for one country. Many of these – you referred to some of them – have been immediately rejected by us and others as well. But we will continue to try to see if we can make this even more transparent and to make sure you are as included and as engaged as possible.

In the end you will, of course, like the Member States, have your say on this. We are negotiating TiSA based on the mandate given to us by 28 countries, and you also had your say on this when it started. I am very mindful of the concerns that you have expressed here – we are taking them on board and we will continue to do so – and of the concerns that that many people have outside this whole House. But I am also very mindful that we still have huge unemployment in this European Union, that millions of people are still without jobs, and TiSA and other trade agreements are a way to create jobs and investment and growth in Europe, which desperately needs it. So we need to find a balance there.

I think that with your input in the resolution, the debate we will have and the continued negotiations – as I said, there is a round as we talk this week, and we will debrief you from that immediately when it is over – jointly we can make this agreement that finds the right balance that so many of you are asking for, and I will be happy to continue to engage with you. Thank you Ms Reding for the fantastic work you have done to get such a broad majority, also all the other committees for your involvement in this, and the shadow rapporteurs.

IN THE CHAIR: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vice-President

Viviane Reding, *rapporteure*. – Monsieur le Président, comme l'ont démontré la plupart des prises de position, le Parlement forme un front commun pour exiger une transparence pleine et entière, des règles commerciales plus justes, des ouvertures de marché plus réciproques, le droit à réguler et à sauvegarder et davantage de droits pour les consommateurs plus nombreux. Les principaux groupes politiques prennent les choses en main dans ce sens.

La mondialisation et la numérisation de nos économies sont des faits. La question est donc la suivante: «Voulons-nous que l'Europe soit un continent hors taxes et le reste du monde un terrain de jeu sans foi ni loi?» La réponse du Parlement doit être très claire: «Non, nous voulons écrire les règles du jeu aujourd'hui pour ne pas avoir à les subir demain. Nous voulons un accord qui protège nos entreprises et nos citoyens, et oui, nous voulons un changement de politique.»

Depuis les élections européennes de 2014, un vent nouveau souffle sur la politique commerciale de l'Union européenne et, avec ce rapport, le Parlement s'apprête à hisser la grande voile. Si nos recommandations sont suivies, elles seront une source de croissance pour l'Europe, des gains de compétitivité pour nos entreprises, un filet de sécurité pour nos citoyens. J'appelle donc les politiques et les groupes à maintenir le fort soutien qu'ils ont démontré lors des travaux parlementaires. Seule une large majorité en plénière mènera à une prise en considération des demandes du Parlement européen.

Comme l'a dit le président de la commission du commerce international, en allemand...

Ein klares Ja zum Text, ein klares Nein zu faulen Kompromissen.

Der Präsident. – Vielen Dank, liebe Frau Reding.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 3. Februar, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne – Odporúčania k dohode o obchode so službami by mali pokrývať dôležitý segment, v ktorom je v súčasnosti v Európe zamestnaných niekoľko desiatok miliónov ľudí. Ďalší rozmach tohto odvetvia súvisí aj s opakovane zdôrazňovanou nevyhnutnosťou podpory digitálneho hospodárstva. Veľmi často počujeme o význame technologických a trhových inovácií pre udržateľný ekonomický rast. Európa si v tejto oblasti udržuje pozíciu lídra. Toto jej postavenie nemôže byť za žiadnych okolností ohrozené. Prípadné uzavretie novej obchodnej dohody by tak malo byť podmienené jednoznačným upevnením pozície Európskej únie ako najvýznamnejšieho globálneho exportéra služieb. Do rokovaní o TiSA je okrem Európskej únie zapojená ďalšia viac ako dvadsiatka krajín. Ich trhy znamenajú viac ako 2/3 súčasného globálneho obchodu so službami. Európska únia už pritom s viacerými z nich má vytvorené vzájomné väzby v tejto oblasti. Dohoda tak musí v sebe obsahovať konkrétny potenciál na ďalší posun vpred. V opačnom prípade pre nás nemá žiaden význam. Musí priniesť väčšiu zamestnanosť, viac práv a nižšie ceny pre európskych spotrebiteľov. Zároveň je nevyhnutné definovať jasné hranice, do ktorých už nemôže za žiadnych okolností zasahovať. Týka sa to najmä verejných služieb, služieb v oblasti kultúry, práva na ochranu údajov či spravodlivé pracovné podmienky.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), in writing. – TiSA must be transparent. That is the starting point. I am seriously concerned that the negotiations have been conducted so far without the required level of transparency while it appears that all negotiation documents will be officially published only five years after negotiations have been concluded.

Overall, transparency cannot consist of the mere provision of information. We need to call on the Commission to involve Parliament in real consultation and at all stages of the negotiations. Secondly, public services must not be put under pressure for further privatisation or deregulation and thus should not be part of TiSA.

In any event TiSA must not result in an opening of service sectors to foreign suppliers at the cost of high European labour, environmental and consumer standards. Wages and conditions for any posted workers must at least comply with those applying to nationals at the same workplace. They must not be treated differently under the guise of being described as 'service providers'.

Finally, there must be no further deregulation of the financial markets through TiSA. Reforms of financial markets whose necessity became apparent in the aftermath of the international financial crisis must not be treated as trade barriers.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – La posición de nuestro Grupo es clara: un servicio regulado según principios nacionales, sobre la base de los derechos laborales y sociales conquistados, no es un obstáculo al «libre comercio», sino un elemento fundamental de democratización de la economía. Partiendo de la negación de esta premisa, la Comisión insiste en liberalizar la provisión global de servicios a través del ACS con efectos parecidos a los que trajo el mercado único: inestabilidad macroeconómica, explosión del *dumping* social y sometimiento del Estado al modelo de negocio privado. Es lamentable que el Parlamento presente una Resolución cuyas líneas rojas ni siquiera contengan la

ratificación de los mínimos de la OIT o criterios claros sobre la noción misma de «servicio público» que dotaran de contenido a su petición de exclusión —tanto más cuando se aceptan cláusulas de liberalización generalizada, también en ámbitos tan sensibles como las finanzas o el mercado digital—. Por todo ello, una vez más, la posición de nuestro Grupo será de radical oposición.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. – Δεν είναι τυχαίο ότι οι μεγαλύτεροι ανερχόμενοι εταίροι της ΕΕ, δηλαδή οι BRICS, αρνούνται κατηγορηματικά να συμμετάσχουν σε οποιαδήποτε διεθνή συμφωνία για το εμπόριο στον τομέα των υπηρεσιών. Μία συμφωνία που μόνο στόχο έχει τη διατήρηση με κάθε τρόπο της ηγεμονικής θέσης που κατέχουν οι μεγάλες ευρωπαϊκές εταιρίες παροχής υπηρεσιών στον διεθνή καταμερισμό εργασίας.

Η άρση των δασμολογικών και μη δασμολογικών δασμών εξυπηρετεί πρωτίστως τα συμφέροντα των πολυεθνικών, ενώ αντίθετα πλήττει αυτά των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων καθώς και τις δημόσιες επιχειρήσεις, ιδιαίτερα των μικρότερων κρατών. Οι πολίτες της ΕΕ έχουν εκφράσει την κάθετη αντίθεσή τους στις διεθνείς συμφωνίες TiSA και TTIP και απαιτούν την προάσπιση των δημοσίων και μικρών επιχειρήσεων των κρατών μελών προκειμένου να μην καταστούν έρμαιο του διεθνούς ανταγωνισμού.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je tiens à saluer le compromis obtenu par la rapporteure, M^{me} Viviane Reding, notamment le refus de clauses de «statu quo» et «à effet de cliquet» voire encore les garde-fous proposés en matière de protection des données par les entreprises étrangères. Néanmoins, lors du vote, je m'abstiendrai. Certaines «lignes rouges» font en effet défaut. Les services publics et services au public d'intérêt général sont exclus du champ des négociations, mais il subsiste un flou quant à leur définition au niveau européen, mettant à mal la restriction. Soyons prudents face à ce type de négociations et à leur impact.

À ce jour, il n'y aucune garantie que le TiSA impose le respect des conventions collectives de l'Organisation internationale du Travail (OIT). Par ailleurs, je suis défavorable au principe de «liste négative» induit par TiSA: seuls les secteurs cités explicitement dans les accords ne seront pas libéralisables. Le Parlement a donné son «feu vert»; j'y voyais un «feu orange». Je resterai vigilant à ce que les balises essentielles qui conditionnent l'accord soient respectées.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Die Kommission muss in ihren Verhandlungen die Position des Parlaments berücksichtigen. Ich werde TiSA am Ende nur zustimmen, wenn das Abkommen keine Möglichkeit bietet, nationale Standards abzusenken. Nationale Regeln zu Arbeitnehmer- und Sozialrechten sowie Tarifverträgen dürfen unter keinen Umständen umgangen werden. Das Abkommen darf auch nicht verhindern, dass Mitgliedstaaten strengere Regeln in Bezug auf Sozial- und Umweltfragen festlegen dürfen. Und ganz wichtig: Öffentliche Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichem Interesse müssen ausgeschlossen werden. Dazu gehören: Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Abfallwirtschaft. Ich werde einem Abkommen nur zustimmen, wenn diese Bedingungen erfüllt sind.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Usługi odgrywają coraz istotniejszą rolę w gospodarce światowej. Unia jest dzisiaj największym na świecie eksporterem usług, dzięki czemu miliony Europejczyków znajdują zatrudnienie w tym sektorze. Przewiduje się, że dzięki TiSA unijnym firmom łatwiej będzie eksportować usługi, co z kolei przełoży się na wzrost gospodarczy i większe zatrudnienie. Natomiast umożliwienie firmom spoza Unii świadczenia usług w Europie przyczyni się do zwiększenia wyboru dla konsumentów oraz do obniżenia cen.

Przyjęcie przez Parlament sprawozdania w sprawie TiSA ma charakter przełomowy. Zalecenia poparły bowiem niemal wszystkie grupy polityczne. To dowód na to, że w Parlamencie panuje konsensus co do korzyści, jakie to porozumienie może przynieść przedsiębiorcom i konsumentom. To również jasny sygnał dla Komisji, co może, a co nie powinno znaleźć się w końcowym tekście. Cieszę się, że w rekomendacjach Parlamentu znalazły się zalecenia dotyczące zasady wzajemności w zakresie dostępu do rynków, ochrony europejskich sektorów wrażliwych, zapewnienia ochrony przepływu danych, jak również wytyczne dotyczące ułatwień dla MSP. Ważne bowiem, żeby TiSA była korzystna dla wszystkich negocjujących ją stron, ale jednocześnie nie stanowiła zagrożenia dla europejskich wartości i sektorów wrażliwych. W pracach jednak nad tą umową podkreślałem swoje odrębne stanowisko wobec postulatów pełnego wyłączenia z TiSA usług publicznych, bowiem nie widzę ku temu wystarczających powodów.

11. Handelsbeziehungen zwischen der EU und China und Marktwirtschaftsstatus (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China und Marktwirtschaftsstatus von Bernd Lange im Namen des Ausschusses für internationalen Handel (O-000005/2016 - B8-0102/2016) (2016/2514(RSP)).

Bernd Lange, Verfasser. – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweifelsohne ist China ein wichtiger Handelspartner, und für viele Arbeitsplätze der Europäischen Union ist dieser Handel verantwortlich. Deswegen ist die Frage, die wir jetzt diskutieren, eine sehr sensible.

Wie Sie wissen, hatte China – und das war ein Fortschritt – 2001 den Beitritt zur WTO vollzogen, mit einem Beitrittsprotokoll. Und China hat sich weitestgehend an die Regeln der WTO gehalten. In diesem Beitrittsprotokoll gab es den Artikel 15, der eine 15jährige Übergangszeit hinsichtlich der Heranziehung von Preisbildung bei Antidumping- und Antisubventionierungsfällen vorsah. Am 11. Dezember dieses Jahres wird diese Übergangszeit auslaufen. Insofern müssen wir uns jetzt in der Tat zügig Gedanken machen.

Denn keine Frage: Unsere Antidumping- und Antisubventionierungsverfahren hängen in der Regel mit China zusammen. Circa 80 % aller Verfahren haben mit China zu tun, weil eben die Preisbildung intern verzerrt ist und wir bei unseren Antidumping- und Antisubventionierungsverfahren Preisbildung aus Drittstaaten verwenden. Insofern müssen wir jetzt sehr sorgfältig überlegen, was es heißt, wenn am 11. Dezember die Übergangsfrist ausgelaufen ist und damit China – wie es im Fachchinesisch heißt – der Marktwirtschaftsstatus zuerkannt werden sollte.

Auf der anderen Seite können wir natürlich unsere Hebel für vernünftige Schutzinstrumente nicht aus der Hand geben. Ich bin ein bisschen in Sorge, ob es zeitlich alles noch klappt, weil ein Gesetzgebungsvorschlag natürlich eine ganze Zeit braucht und Rat und Parlament sich als Gesetzgeber darauf verständigen müssen. Insofern frage ich mich, wo diese fünfzehn Jahre eigentlich geblieben sind. Man hätte ja schon ein bisschen früher an die Arbeit gehen können.

Es gibt drei Optionen: Laufen lassen, also China quasi automatisch den Marktwirtschaftsstatus geben und damit die Antidumping- und Antisubventionierungsmöglichkeiten aus der Hand geben. Australien hat das gemacht, mit einem klaren negativen Effekt. Das kann man nachschauen, die haben kaum noch Möglichkeiten, sich zu wehren – also ich glaube, das scheidet aus. Die zweite Option, ein klares Nein zu sagen, würde automatisch eine Klage bei der WTO hervorrufen. Vielleicht gibt es noch eine dritte Option, denn wenn man sich das Protokoll genau ansieht, so gibt es dort auch Spielraum für alternative Methoden: Hinsichtlich der Frage der Preisbildung der Drittstaaten, die man heranzieht, aber auch hinsichtlich der Nachweispflicht. Ich glaube, das sollte man auch noch einmal sehr genau analysieren, ob wir hier vorankommen, so dass wir auch nach dem 11. Dezember ein vernünftiges Handelsschutzmechanismusverfahren haben. Und das heißt natürlich auch, dass man mit dem chinesischen Partner Gespräche führt, um hier eine vernünftige Lösung hinzubekommen.

Gespräche muss man sowieso führen, denn es kann nicht angehen, dass über staatliche Subventionierung Überproduktionen entstehen, die dann auf dem europäischen Markt abgesetzt werden, wie es zurzeit im Stahlbereich der Fall ist. Hier müssen Gespräche geführt werden, das kann nicht sein.

Am 18. Februar gibt es ja auch eine große Demonstration des Stahlsektors in Brüssel. Da sind wir beim Kern: Antidumping- und Antisubventionierung hat etwas mit Arbeitsplätzen zu tun, und da brauchen wir eine klare Impaktanalyse, welche Effekte diese drei Optionen haben und wie man sicherstellen kann, dass eben Arbeitsplätze nicht in Gefahr sind und die industrielle Entwicklung in Europa – wir wollen ja die 20 % am Bruttoinlandsprodukt sicherstellen – gestärkt und nicht geschwächt werden.

Den Rat – der ist ja heute nicht so richtig da – kann ich eigentlich nicht ganz verstehen, denn auf der einen Seite versagt er sich seit April 2014 einer Reform der Handelsschutzinstrumente und auf der anderen Seite vergießt er Krokodilstränen hinsichtlich der Frage, ob man China den Marktwirtschaftsstatus gibt oder nicht. Also, wir müssen klare Linien vorgeben, und deswegen fragen wir Sie, Frau Kommissarin: Was wollen Sie auf den Tisch legen, wann wollen Sie etwas auf den Tisch legen, und was wird der Inhalt sein?

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Mr Lange for giving me the possibility to discuss this issue in depth with the honourable Members. I am happy to update Parliament on where we are on this file.

Let me start by stressing that the question is not whether China is a market economy or not. It is not – at least not in the way we understand the term. The question is whether the EU should change the method it must follow to calculate dumping in EU anti-dumping investigations. The debate is, as Chairman Lange said, about the expiry of the 15-year transitional period following China's accession to the WTO and about the application of certain anti-dumping methodologies and the implications for our jobs and our industry.

Anti-dumping actually only affects 1.38% of all our imports from China, but it can provide essential relief to individual companies or sectors suffering from unfair trading practices, dumping or subsidies. We are, in fact, analysing the three options that Mr Lange referred to. First, not to change EU legislation. China obviously expects the EU to apply the WTO protocol and change its methodology, as of 11 December this year. Not doing so might have an impact on our trade and investment relations, in addition to potential legal challenges. This situation could have a cost for EU business, including in employment terms. These effects are, of course, very difficult, if not impossible, to estimate in advance. We can only speculate. There is a risk that this option would put the EU in breach of WTO obligations, with possible economic effects. There are, indeed, different interpretations of Section 15 of China's accession protocol, but there are solid interpretations saying that at least some of the provisions will expire.

The second alternative would be to remove China from the list of non-market-economy countries in our legislation without further conditions. This would be economically damaging to many EU industries and politically unrealistic. A preliminary estimation of the effects of this option has been circulated to you in an information note.

Third, to remove China from the list of market economy countries while, at the same time, introducing mitigating measures by strengthening the EU Trade Defence Instrument to reflect the full extent of the numerous distortions that still exist in the Chinese economy, thereby maintaining an effective anti-dumping instrument.

We are of course aware that all these options have economic and social impacts and need to be properly assessed. No matter what path we choose, the Commission remains committed to maintaining a strong anti-dumping instrument to protect our industry from unfair trade while respecting international obligations. The legal advice we have received indicates that the current method of dumping calculations need to be changed on the date of expiry of the transitional period. Even under an alternative interpretation, there is a broad understanding that this so-called analogue country approach, as provided for in our current legislation, cannot be used as such anymore.

So these are the basic options. They are all very technically complex and have effects. We are indeed carrying out a deep impact assessment. The paper you received is just a preliminary first assessment. The commitment is, of course, to keep you fully informed. We submitted this paper to you with preliminary findings, and this is part of the transparency we need to have with you.

Another issue is cooperation with other stakeholders. The Commission is in regular contact with our main stakeholders, particularly EU industry, and they have all shared opinions with the Commission. Regarding the preliminary findings on the impact on EU industry and employment, we have based the study on robust methodology and existing data from the ongoing 52 cases that we have with China for the moment. This study estimates the following potential negative employment effects of changing from the current non-market economy methodology to the normal anti-dumping. They are estimates, and with each scenario it follows that we have made no mitigating measures. So this is the worst-case scenario. In the sectors covered by anti-dumping measures now, we estimate that between 34 000 and 77 000 jobs could be lost.

In the longer run, if we look at other sectors that could also be affected, the study points at between 73 000 and 188 000 jobs. If you take into account the possible effects on downstream and upstream industries, we are talking about between 63 000 and 210 000 jobs. This is a lot, and it is important, but it is much lower than suggested by some other studies by, for instance, the Washington-based Economic Policy Institute. And, again, these estimations are made without any mitigating factors, so you should bear that in mind. We need to take these risks seriously into account, and this reminds us of the importance of the issue.

Regarding one of the other questions on coordination with other countries, we are indeed in contact with other partners on this. Yet we must bear in mind that all WTO members have to abide by their legal commitments and consider appropriate actions. Some of our main trading partners do not have to amend their laws. We have to amend our laws, and that takes some time. Some countries can make a decision in five minutes, so that makes us a little different from other partners such as the USA, for instance.

So we are in a unique situation in that we are the only country that explicitly lists China as a non-market economy for anti-dumping. So should we choose to change our anti-dumping methodology – and we are not there yet, we are assessing all the alternatives, as I said – this would then require a change of legislation. In that legislation, you would of course be full co-legislators. It would be a proposal from the Commission to the Council and to Parliament, so you would have a full say in that process.

But we are not there yet, and this is a way to update you on where we are. I am happy to continue this debate to see if there are any remaining questions. Thank you again for putting this on the agenda.

Iuliu Winkler, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, considering the matter of the commercial relationship between the EU and China, we should not stop at stating that China has not met the five EU criteria for a market economy. There are at least three important aspects to consider: the legal aspect and the much-debated automaticity. Since there is a need to amend the EU legislation, granting the MES to China is not automatic.

There are economic consequences, since there are hundreds of thousands of European jobs exposed. We expect the Commission to conduct and present a deep and comprehensive impact assessment. The geopolitical context, in both ways, and the EU-China strategic partnership are in need of more cooperation and less antagonism.

In conclusion, a legally-sound WTO-compatible solution has to be proposed by the Commission. We see a clear need to keep functioning EU trade defence systems in place. The solution delivered by the Commission has to allow anti-dumping cases against China in the future as well. The entire evaluation and decision-making process should be transparent and should involve the European business community. We need a level playing field in trade between EU and China so that market forces define the competition and not intervention by the state.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, we have known for 15 years that a decision on market economy status for China had to be made this year, yet the Commission appears to have made no decision and to have no clear strategy. Now that we have woken the Commission from its stupor, I hope that today will mark the start of a serious discussion with Parliament, with the Member States and with European industry and trade unions – as well as with the Chinese Government – on where we go from here.

We want good relations with China, and we understand that China feels that in December, market economic status should automatically be granted to it. But China should also understand that in 2001 we had a real expectation that by 2016 China itself would be a market economy. It is clear that it is not, and the Commissioner herself has made it clear that China is not a market economy. Therefore, there can be no automatic granting of market economic status to China. We cannot allow China to solve its overcapacity by dumping on the European market. Steel might be capturing the headlines at the moment, but, as the Commission again points out, we have 52 ongoing investigations on dumping, so the impact is much wider than just the steel industry. It is not – and we need to keep saying this as the European Union – protectionist to defend yourself against unfair competition. The EU desperately needs a modern, effective regime of trade defence instruments. The existence of such a scheme is a *sine qua non* for my group supporting market economic status for China.

Emma McClarkin, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, market economy status for China is probably one of the toughest issues that the European Union will deal with this year, and there are a number of aspects that we must bear in mind during this debate. Firstly, following the opinion of Parliament's Legal Service, the Commission has to be conscious of its commitments under WTO law on changing its anti-dumping regulations to take account of the expiry of Article 15a under China's accession protocol.

On the other hand, I am more than aware of the importance of this issue, given that my own Member State's steel industry is currently on its knees and may never recover. This is largely due to Chinese steel being sold on the world market. It is therefore vital, whatever action is taken about the protocol, that EU anti-dumping law retains the ability to take swift and effective action to tackle anti-competitive market practices.

Therefore I call on the Commission to include, as part of its strategy over the coming months, a detailed impact assessment on the changing of the methodology for anti-dumping duties, but also to look at the full remit of the trade defence instruments we have at our disposal.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, dumping products on the EU market under the market price is not allowed and should be met with appropriate measures. The question is how the EU can best address the inevitable expiry of the protocol on China's accession to the WTO that was signed 15 years ago.

The question before us is not whether we believe China has a market economy where prices are set by supply and demand: it does not. The question before us is how we should address illegal trade practices by a country that is also an important trading partner. My group believes we must address this complex and technical matter with a cool head. Some people have already taken very emotional positions; others wish to use this moment to enforce their wish-list of protectionist measures. But they seem to forget that there are both importers and exporters in Europe, and that the economic angle is not the only one to consider.

I believe we need a thorough impact assessment and a legal analysis, and that we must strengthen the rules-based system of trade. Particularly in relation to China, it is key that we too, on the EU side, practise what we preach and that our solutions should be WTO- proof.

It does mean that we need effective trade defence instruments to address subsidies, dumping and other illegal practices by China or any other country for that matter. I believe that we must address this issue proactively, and I do not believe in the proposals by those who think we should best leave it up to WTO arbitration to decide.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Diskussion sollte sich nicht in der Frage verzetteln, ob China eine reine Marktwirtschaft ist. Globalisierung erfordert politische Regulierung der Marktkräfte. Es ist für uns wichtig, dass in China politisch die jährliche Steigerung des Mindestlohns um 12 % beschlossen wird, und zwar zum Unmut europäischer Finanzinvestoren. Er ist in China inzwischen bereits höher als in Bulgarien, Rumänien, der Tschechischen Republik und Litauen. Das reduziert Lohndruck und stärkt Kaufkraft für Importe aus Europa.

Worum es geht, ist, wie wir auf Dumping reagieren können. Wir wollen Arbeitsplätze in Europa erhalten, aber auch in China. Dafür brauchen wir keinen Streit um Berechnungsformeln, sondern eine politische Einigung mit China. Deshalb auch unsere Frage an Sie, Frau Kommissarin.

Ich mache Ihnen darüber hinaus einen konkreten Vorschlag: Gehen wir selbst einmal aktiv über WTO-Grenzen hinaus und schlagen wir China ein bilaterales Antidumping-Abkommen vor. Wir können darin Regeln zur Preisbildung vereinbaren, aber darüber hinaus auch Regeln zur Verhinderung von Sozialdumping und Umweltdumping.

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! China ist keine Marktwirtschaft, aber – sagt die chinesische Regierung – ihr müsst uns als Marktwirtschaft anerkennen, denn erstens ist juristisch die ökonomische Realität unerheblich, und zweitens habt ihr es versprochen. Naja, versprochen haben wir es. Aber, könnte man fragen, hat China eigentlich eingehalten, was es vor 15 Jahren versprochen hat? Ich will jetzt nicht ins Aufrechnen gehen.

Ich bin bereit, eine Nichtmarktwirtschaft als Marktwirtschaft anzuerkennen, solange das nicht dazu führt, dass unsere Marktwirtschaft durch das Dumping der Nichtmarktwirtschaft schweren Schaden nimmt. Droht solcher Schaden? Der droht in der Tat! Ein Institut – das wurde schon erwähnt – hat bis zu 3,5 Millionen Arbeitsplätze in Gefahr gesehen. Es seien eher nur vielleicht 200 000, sagt nun die Kommission. Ich finde, auch das sollte uns bei weitem zu viel sein. Wir wissen es nicht genau – deswegen ist es wichtig, als ersten Schritt eine vollständige Folgenabschätzung zu haben. Allerdings möchte ich vor einem warnen: Frau Kommissarin, Sie sind wieder auf den 1,38 % des EU-China-Handels rumgeritten, die im Moment dumpingrelevant sind. Wenn man zur Kenntnis nimmt, dass in China die Überkapazitäten deutlich wachsen und auf den Exportmarkt drängen, dann können wir uns mit dieser Zahl nicht zufriedengeben, sondern müssen Vorsorge treffen.

Wir wollen im Europäischen Parlament nicht zu Lasten europäischer Arbeitsplätze blauäugig sein. Bedingungslos die chinesischen Forderungen erfüllen sollte dieses Parlament nicht; vielmehr sollten wir ein Angebot machen. Den Marktwirtschaftsstatus kann es geben, wenn gleichzeitig effektive Verteidigungsinstrumente gegen Dumping zur Hand sind. So kann's gehen, anders gibt es hier im Hause kein Ja.

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'11 dicembre di quest'anno l'Unione europea dovrà esprimere una posizione chiara, motivata e sostenibile in merito alla concessione dello status di economia di mercato alla Cina.

Al di là delle questioni giuridiche e delle ancor più rilevanti conseguenze occupazionali, quello che ora è a rischio è proprio la possibilità di una simile posizione dell'Unione europea. Io ed altri deputati ci stiamo attivando per rendere più trasparente ed efficace la modalità di affrontare questa sfida, ma serve di più, serve pretendere di più per il bene delle nostre imprese. Non possiamo ritenere affidabile un documento che si discosta in maniera così rilevante dalle stime fatte dalle stesse imprese sui posti di lavoro a rischio. Serve un'iniziativa decisa verso la Commissione per non far giungere l'Europa al momento decisivo senza il sostegno di adeguate riflessioni.

Onorevoli colleghi, dobbiamo ottenere che la Commissione negozi sul serio e faccia valere tutto il peso economico e politico dell'Europa per far arrivare alla Cina un messaggio chiaro. La minaccia di ricorsi in sede WTO non ci deve spaventare. Uno scontro con l'Europa non conviene neanche ai cinesi.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion.* – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Hochsubventionierter chinesischer Billigstahl, der direkt oder über Drittstaatenimporte den europäischen Markt überschwemmt, ist mitverantwortlich für die aktuelle Stahlkrise in Europa, die zu Produktionsverlagerungen und letztlich zum Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen führt. Seit 2014 hat die Kommission 16 Antidumping- und Antisubventionsverfahren eingeleitet, sechs davon betreffen die chinesische Stahlindustrie. Im August letzten Jahres wurden die Einfuhren von kaltgewalzten Flachstahlprodukten aus China und Taiwan mit Strafzöllen von bis zu 25 % belegt, und von allen Antidumpingverfahren, die in den letzten Jahren eingeleitet wurden, betreffen 44 %, also fast die Hälfte, China.

Trotz dieses Hintergrunds verlangt China nun per 11. Dezember dieses Jahres die automatische Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus durch die WTO. Diese automatische Zuerkennung würde bedeuten, dass es für europäische Unternehmen wesentlich schwieriger wird, auf faire Wettbewerbsbedingungen zu pochen. Die wirtschaftlichen Folgen wären massiv, nicht nur für die Schlüsselindustrien in Europa, die ohnedies schon mit hohen Arbeitskosten und Energiekosten zu kämpfen haben. 3,5 Millionen Jobs oder zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts stehen zur Disposition, das wurde heute schon erwähnt. Deshalb bedarf es einer umfassenden Folgenabschätzung und einer konzertierten Aktion aller Volkswirtschaften.

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Chciałbym się zastanowić, co się stanie, jeżeli Chiny wystąpią o uznanie nas za gospodarkę nierynkową. Bo jeśli sami narzucamy sztuczne ceny na energię, to wszystkie ceny energii są sztuczne, a więc wszystkie ceny są praktycznie sztuczne i nie jesteśmy gospodarką rynkową. Tu na tej sali słyszę, że nie należy dopuścić do powstania rurociągu Nord Stream. Bardzo dobrze, tylko to jej decyzja polityczna, a więc to nie rynek decyduje, a polityka ma decydować. Chciałbym się spytać tutaj tych hipokrytów socjalistów, którzy dbają nie o dobro biednych ludzi, którzy chcą kupować tanie towary, tylko dbać o wielkich kapitalistów, dbać o ich zyski. Wy, Socjaliści! Zadaję panu pytanie: co będzie, jeżeli Chiny oświadczą, że w tym roku na Boże Narodzenie każdemu dziecku oferują za darmo prezent wartości stu euro. Czy pan do tego dopuści, czy będzie pan bronił dzieci europejskie przed tanimi towarami z Chin?

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident! Für unsere Fraktion ist eine Sache wichtig: Wir wollen, dass unsere Arbeitnehmer und unsere Industrien auch nach Dezember dieses Jahres vor gedumpten chinesischen Produkten geschützt sind. Da sind wir offen für eine Lösung. Wir fordern die Kommission auf, uns für alle möglichen Optionen, die die Kommissarin heute genannt hat, eine eingehende Auswertung dahingehend vorzulegen, was wir zu erwarten haben. Denn wir wünschen uns, dass wir am Ende ein wirksames Instrument haben. Wir haben eine soziale Marktwirtschaft, wir haben ein Regelwerk, und alle Probleme, die wir haben – WTO-Beitrittsprotokoll hin oder her –, die haben wir doch genau deshalb, weil China bis heute in weiten Teilen eben keine Marktwirtschaft ist, weil sie ineffizient sind. Da können wir auf der einen Seite fast dankbar sein, weil sie uns sonst noch in vielen weiteren Wirtschaftsbereichen heute schon größere Schwierigkeiten machen würden. Aber diese Ineffizienz – viele Vorredner sind darauf eingegangen – führt eben dazu, dass ständig irgendwelche europäischen Industrien unter die Räder kommen. Dagegen müssen wir uns wehren können.

Und zum Zweiten: Ich wünsche mir, dass wir uns auch daran erinnern, was im Jahr 2000, als China kurz vor dem WTO-Beitritt stand, schon hier im Parlament besprochen wurde. Damals gab es auch eine Anfrage des ITRE-Ausschusses zur mündlichen Beantwortung an die Kommission, und damals sagte unsere damalige Kollegin Mann, wir sollten sehr darauf bestehen, dass die Regeln der WTO auch tatsächlich eingehalten werden. Ich rufe unsere Freunde in China auf: Bitte setzt auch diesen Teil der Beitrittsverpflichtungen um!

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anzitutto voglio sottolineare la soddisfazione mia e del mio gruppo per il dibattito in corso, dato che per parecchi mesi abbiamo tentato di avere questo confronto. La nostra opinione è netta: non vi sono le condizioni per un automatismo della concessione unilaterale dello status di economia di mercato. Le pressioni dei mesi passati, nostre e dei soggetti coinvolti, hanno portato il Collegio dei Commissari al rinvio della decisione alla seconda metà del 2016, una notizia che è positiva se le prossime settimane saranno utilizzate per effettuare la valutazione d'impatto nel pieno rispetto delle linee guida indicate dalla Commissione e per trovare soluzioni alternative, non limitandoci a minimizzare i dati di cui disponiamo oggi.

Restiamo comunque perplessi sul fatto che ci si riduca negli ultimi mesi utili per assumere una decisione così cruciale, quando ci sono stati 15 anni di tempo per costruire una strategia più efficace. Ad oggi rimaniamo convinti del fatto che la concessione dello status di economia di mercato sia molto pericolosa in assenza di una modalità che permetta il calcolo del valore normale di produzione per contrastare le discrasie di mercato che si aprirebbero con il crollo dell'attuale impianto di difesa antidumping e nel caso in cui la decisione venisse assunta unilateralmente. Non chiediamo alla Commissione una chiusura ideologica, ma che il commercio e la concorrenza siano fondati sull'equità.

Daniel Dalton (ECR). – Mr President, I represent the West Midlands, which is the only UK region with a trade surplus with China, worth GBP 3 billion last year. Free trade is vital for us and is vital for Europe as a whole. Now, do trade subsidies exist in China? Yes. Does the Government play too big a role in the economy? Yes. But how do we change this? By tying China into the global trading system and by treating them like everyone else.

If we go all protectionist and reject this status, they will not reform and they will retaliate. This will hurt our export industries and cost us jobs. China opted to join the WTO; they opted to play by our rules. This was a huge success for the West, and we need to build on it, but we also need to meet our own obligations. Market economy status does not stop us imposing anti-dumping measures; we just have to use the WTO parameters. We should approve it, and then we should move forward with the investment agreement. After that, in the long run, we should look at a Free Trade Agreement with China. This is how we deal with China: bind her into the global trading system. But in order to do that, we also need to trust in free trade and in the WTO ourselves.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Monsieur le Président, ceci n'est pas seulement une question sensible, c'est une question très importante pour notre économie, pour notre industrie, pour notre recherche, pour nos brevets. Cette décision, elle ne devra pas être prise dans des huis-clos, il faudra des débats, publics, ouverts, car les enjeux sont considérables.

Il ne saurait y avoir d'automatisme. La question est donc bien de savoir si la Chine remplit les critères d'une économie de marché. À l'évidence, ce n'est pas le cas. Nous le savons tous ici. Tant que la Chine ne conduira pas les réformes nécessaires, tant que la concurrence ne sera pas définitivement loyale, tant qu'au fond nous ne serons pas à jeu égal, il sera pour moi illégitime de lui accorder ce statut.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD). – Mr President, China aspires to market economy status, but it is worth pointing out that it is already the largest exporter of goods to the EU – and by the way, Ms McClarkin, you would learn something if you waited around. China's exports of goods to the EU are substantially more than what the UK does every year, and that is without being a Member State.

China has been dumping steel on the UK market. In consequence, thousands of steel jobs have vanished in some of the UK's most economically-challenged areas. The entire industry is at risk. If only the UK itself had the ability to impose anti-dumping tariffs on China – but it does not as we have given that power away – then things would be different. They would even be different in the West Midlands.

According to the European Policy Institute, market economy status for China would put 3.5 million jobs at risk. It is clear that China cannot, and must not, be treated as a market economy.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Martin (S&D), blue-card question. – Lord Dartmouth, do you really believe – having heard the contributions of our Conservative members tonight, and the Prime Minister's greeting of the Premier of China – that if Britain was not in the European Union, we would be imposing anti-dumping duties on China at the present time?

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), blue-card answer. – If Mr Martin, for whom I have the highest possible regard, is trying to say – or indeed is saying – that the Prime Minister is entirely pusillanimous, entirely feeble, does not stand up for British interests with the EU and would not stand up for British interests with China, then I have to say I entirely agree with him.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, Madame le Commissaire, connaissez-vous la charte de La Havane? Je ne sais pas. Toujours est-il que cette charte a été signée en 1948, après la guerre, à l'initiative de l'Organisation des Nations unies, pour penser le commerce pour la paix et fixer des règles de commerce en vue de la paix et de la poursuite de cette paix.

Les principes en sont assez clairs: l'équilibre de la balance des paiements (les excédents des uns font les déficits des autres; on ne peut pas enfermer quelqu'un dans son déficit), les normes de travail équitables, l'autorisation des aides de l'État – quand il y va de la souveraineté et de l'indépendance – l'autorisation, donc, également, des subventions dans certaines circonstances et l'interdiction du *dumping*.

Il est très clair qu'aujourd'hui, la Chine n'est pas une économie de marché. Elle se protège, elle mène une politique volontariste pour son propre développement et ne se préoccupe peut-être pas forcément des intérêts des autres. Nous devons construire avec elle un commerce équitable, et ce commerce équitable doit retrouver les fondamentaux de la charte de La Havane. La Chine est le premier déséquilibre de l'Union européenne au niveau de la balance des biens. Nous devons trouver les bases d'un nouvel équilibre de commerce durable avec la Chine et ceci doit se faire dans le cadre des Nations unies et non pas de l'OMC.

Salvatore Cicu (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi sembra che tutti condividiamo il fatto che la Cina, nonostante abbia fatto buoni progressi nell'attuazione dei suoi impegni in seno al WTO, sia ancora carente e che ci siano forti problemi in sospeso, quali la mancanza di trasparenza, l'esistenza di misure che discriminano le imprese straniere, il forte intervento del governo nell'economia, la protezione e l'applicazione inadeguate della proprietà dei diritti intellettuali, e così di seguito. Noi ci poniamo una domanda, quella cruciale: possiamo concedere oggi lo status di economia di mercato alla Cina, quindici anni dopo la data di adesione al WTO? Che cosa accadrebbe? La Cina in questo momento, se avesse questo tipo di riconoscimento, realizzerebbe la condizione di provocare una percentuale altissima di mancanza di posti di lavoro. Il nostro sistema industriale avrebbe una riduzione di protezione di garanzie totale del 30% o del 50%, che in ogni caso sarebbe devastante.

Quindi noi vogliamo e pretendiamo che ci siano delle garanzie precise, in un approfondimento di apertura e di confronto con la Cina, che è sicuramente un grande partner commerciale. Ma sicuramente la priorità e la strategia della Commissione europea sono quelle di salvaguardare i posti di lavoro e anzi, con gli accordi commerciali, di raggiungere l'obiettivo di sostenere che siano sempre più i posti di lavoro. Allora noi non possiamo permetterci automatismi, non possiamo permetterci verifiche parziali rispetto all'impatto che deriverebbe da questo tipo di riconoscimento. Noi dobbiamo oggi affrontare la dura realtà, guardando a quello che potrebbe accadere. Certo, una valutazione normativa giuridica occorre realizzarla, ma chiediamo in questo momento che ci sia una posizione responsabile...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Victor Bostinaru (S&D). – Mr President, the subject we are debating today is a very sensitive one. It is important to understand the heart of the problem and the consequences of either one or another position. Full cooperation between the Commission and Parliament is essential and imperative.

EU-China relations, politically and economically, are extremely important for both sides, but of course so too is the competitiveness of the European economy and industries. I mentioned the cooperation between the Commission and Parliament because it is only the Commission, with their expertise and the results of the impact assessment, which can put Parliament in the best position to judge the most suitable approach in this situation.

We certainly need to avoid an economic and commercial confrontation or war with China. But at the same time, it is absolutely necessary that all measures are reflected upon and put into practice to avoid any dramatic consequences on EU industries and jobs. This means new trade defence instruments.

Bas Belder (ECR). – Toekenning van de status van markteconomie aan China heeft, dat is al gezegd, grote consequenties. Er staan immers talloze banen op het spel. Van een automatische toekenning zou geen sprake moeten zijn en de Commissie doet er goed aan om de benadering van de Verenigde Staten, Canada en Australië in dit verband grondig te bestuderen en elementen hiervan te gebruiken voor een eigen benadering. Het stapsgewijs verlenen van de status van markteconomie aan bepaalde industrietakken die voldoen aan de voorwaarden, zou daarbij een optie kunnen zijn.

Daarnaast zou China concessies kunnen doen in een pakketdeal. Ik denk aan het instellen van zelfrestricties voor export en een beter speelveld voor Europese bedrijven in ruil voor de status van markteconomie. Ook moet de EU China onverkort houden aan haar WTO-toetredingsbelofte. Commissaris, stel onze bedrijven en werknemers vooral niet teleur! Ik wens u veel succes in dit complexe vraagstuk.

Dita Charanzová (ALDE). – Pane předsedající, paní komisařko, jak jistě víte, otázka možného udělení statutu tržní ekonomiky Číně se skloňuje ve všech pádech v mnoha členských státech včetně České republiky. Jak jste sama uvedla, není to jen právní otázka, je to otázka, která bude mít ekonomické dopady, a proto jsem ráda, že tomu věnujete patřičnou pozornost. Informace o některých dopadech, které jste zveřejnila v minulém týdnu a které budete prezentovat ministrům obchodu, jsou důležitým vstupem do této debaty. Ale jistě víte, že ostatní asociace pracují s jinými čísly, proto si myslím, že by bylo dobré vnést více světla do této debaty a předložit možná hlubší dopadovou studii. Obecně v tomto ohledu vidím jako naprosto stěžejní zpracovat a předložit plán, co může Evropská unie dělat v okamžiku, kdyby Čína statut tržní ekonomiky případně obdržela, a jakými efektivními nástroji bychom v takovém případě mohli chránit problematická odvětví, která budou čelit neférové konkurenci.

Roger Helmer (EFDD). – Mr President, China should not be awarded market economy status at this time. In China, resources are not allocated by the market; prices are not freely determined by the market; major industry sectors are subject to centrally-imposed five-year plans. Market economy status would make it more difficult to act against the steel dumping which has done so much damage in Britain and across Europe.

But I see parallels here with the EU's intrusive and distorting energy policy. Here in the EU, resources are not allocated by the market. Prices are distorted by subsidies and by the EU's emissions trading scheme. The whole industry is dominated by central planning from Brussels. So perhaps we should not be debating China. Perhaps we should be debating whether the EU itself deserves market economy status.

Franck Proust (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, notre problème, ce sont nos méthodes de calcul anti-dumping et pas le statut d'économie de marché.

Faut-il vraiment qu'un sujet aussi important dépende de l'interprétation d'une phrase dans une annexe à un protocole d'une autre institution. Est-ce bien sérieux? Non! La politique doit arbitrer ce flou juridique. La Chine est un partenaire, et qui plus est une amie: il faut pouvoir tout lui dire.

Or, quand on lui dit qu'elle ne respecte pas nos cinq critères pour l'octroi du statut d'économie de marché, elle ne le reconnaît pas. Quand on se défend face au dumping qu'elle pratique en masse, elle réplique par des enquêtes. Quand on lui dit que nous n'avons pas la même interprétation de l'article 15, on doit s'attendre à une guerre commerciale.

Nous avons connu malheureusement le précédent des panneaux photovoltaïques. En interdisant l'importation des vins français et en n'attribuant plus aucune licence d'importation de véhicules allemands, la Chine a divisé la première puissance commerciale du monde. La solidarité est et doit rester notre force. Préparons d'ores et déjà un pacte de solidarité pour éviter la division; ensuite, un fonds de solidarité pour nos entreprises qui seraient victimes de mesures de rétorsion et, enfin, un dialogue de solidarité avec les États-Unis et le Japon pour mettre en place une véritable méthode commune.

Tout raisonnement simpliste est à bannir. La question n'est pas de savoir s'il faut dire non, mais de savoir comment dire non sans entraver nos investissements. Sauf que je préférerais ne pas devoir parler d'une stratégie commerciale aussi importante devant nos amis chinois qui nous regardent.

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Jo Leinen (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin Malmström! Zwischen Nichtstun und Automatismus muss es doch einen dritten Weg geben, um faire Handelsbeziehungen zwischen der EU und China zu organisieren. Ich frage Sie: Was ist der dritte Weg? Die Wirtschaft in Europa stellt dieselbe Frage, weil einige Sektoren – ich kann auch den Stahl erwähnen – unter starker Bedrängnis von unfairen Handelspraktiken sind. Ihre Zahl von 1,38 % der Importe, die unter Dumping fallen, klingt etwas harmlos. Angesichts der Überkapazitäten in China kann das sehr schnell viel mehr werden. Wir brauchen also ein Instrument, um uns gegen unfairen Handel zu wehren.

Sie sagen, die Berechnungsmethode muss geändert werden. Ja, die Preise in China können es ja wohl nicht sein, weil die Preise ziemlich intransparent sind. Sie müssen uns also ein Instrument liefern, das gleichwertig ist zu dem, was wir heute haben, und das auf der Basis der WTO-Regeln auch wirken kann.

Ich glaube, die Bürger wollen, dass die EU sie schützt und dass die EU ihnen auch nützt.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, the multitude of trade defence actions across the world demonstrates that today's China is not a fully-fledged member of the market economy global community. Therefore China should not be treated like one until it completes the necessary reforms in line with the five criteria set by the EU. It is essential to maintain an effective anti-dumping tool to be able to react to the known challenges like those faced currently by steel and other industries. Thanks to gigantic state support, Chinese companies can choose to dominate also in many other areas, and the EU must be able to react adequately and effectively.

Granting market economy status to China would drastically reduce our ability to address these trade distortions. It could have a devastating effect on the European economy and consequently it would be impossible to support during the vote on the legislative proposal from the Commission. I therefore believe that the Commission should commission a formal impact assessment but also coordinate with all our strategic partners and stakeholders to explore ways to solve this issue that would ensure a fair and level playing field for European industries and sectors.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Janusz Korwin-Mikke (NI), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Jeżeli ja kupię samochód chiński za dwadzieścia tysięcy, zamiast europejskiego za czterdzieści tysięcy, to zostaje mi dwadzieścia tysięcy, które wydaję na towary najwyżej europejskie, prawda? I wprawdzie przemysł stalowy straci, ale inne przemysły zyskają. Proszę zauważyć, że jeżeli sprzedajemy coś do Chin, to znaczy kupujemy coś od Chin, to Chińczycy dostają euro. Co oni zrobią z tymi euro? Muszą od nas coś kupić, czyli my sprzedajemy coś do Chin, a Chińczycy sprzedają nam. To im taniej kupimy od nich, to tym lepiej, a nie gorzej.

President. – Mr Korwin-Mikke, you had already spoken in the debate. I gave you the floor for a blue card anyway and you did not ask a question, you made a second speech. I do not accept that, but Mr Wałęsa will have the opportunity to react to whatever you said.

Jarosław Wałęsa (PPE), blue-card answer. – Mr President, that is exactly what I was about to say: it was not a question to me personally. We all know that my colleague here is a great supporter of actually destroying the European Union. He does not join in any constructive dialogue and I hardly see a reason to answer him.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, comme l'ont dit mes collègues, nous sommes contre l'automatisme en ce qui concerne l'octroi du statut d'économie de marché à la Chine, tout simplement parce que ce pays n'est pas une économie de marché. Je pense qu'il faut le dire, même si certains affirment que la question n'est pas là. Non, la Chine n'est pas une économie de marché.

Ensuite, nous voulons des outils anti-dumping efficaces face à une concurrence déloyale. Ce que nous voulons aussi mettre en évidence, c'est que la solution qui devra être apportée ne devra pas être une solution sectorielle. Certes, on parle beaucoup du secteur de la sidérurgie, mais ce n'est pas le seul secteur qui est touché aujourd'hui par la démarche agressive de la Chine.

Nous ne voulons pas non plus d'une approche qui soit liée aux intérêts spécifiques ou particuliers de certains États membres. Nous voulons des outils performants, non pas de protectionnisme, comme l'ont dit certains, mais simplement de protection contre les pratiques agressives déloyales qui sont aujourd'hui celles de la Chine

Wim van de Camp (PPE). – Ik dank allereerst de commissaris voor de zeer zorgvuldige procedure en de informatie die wij vanavond gekregen hebben. Als lid van de delegatie voor de betrekkingen met China, als lid van de Commissie internationale handel, maar ook als Nederlander hecht ik veel waarde aan dit dossier. Ik geloof dat wij het er allemaal over eens zijn dat het voor een goede ontwikkeling van de wereldeconomie verstandig zou zijn als China zich zou ontwikkelen tot een echte markteconomie. We hebben de WTO-afspraken en we hebben de 5 aanvullende criteria van de EU. Maar als China niet meewerkt, dan kunnen wij van onze kiezers en van onze bevolking niet verlangen dat wij én de dumping van zonnepanelen én de dumping van staal op dit moment accepteren. Ik wens de commissaris veel succes met de zorgvuldige evaluaties en ik hoop dat het goed komt. Maar ik heb mijn twijfel.

Joachim Schuster (S&D). – Herr Präsident! Freihandel ist nur von Nutzen für die beteiligten Staaten, wenn faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet sind. Und genau das gewährleistet China zurzeit nicht. Das sehen wir beispielsweise in der Dumpingpraxis bei den Stahlimporten. Hier sind viele Unternehmensstandorte in Europa und damit auch viele Tausend Arbeitsplätze gefährdet, es drohen massive industriepolitische Verwerfungen. Wird China der Marktwirtschaftsstatus eingeräumt, fällt es der EU deutlich schwerer, gegen eine solche Praxis vorzugehen.

Es ist offensichtlich, dass China keine Marktwirtschaft ist, und es gibt wenig Anzeichen, dass China bereit ist, die Praxis staatlicher Stützung und Steuerung seiner Wirtschaft substanziell zu verändern, sondern es deutet alles darauf hin, dass das auch in Zukunft beibehalten wird. Es geht nicht um die Frage Protektionismus ja oder nein, es geht um faire Handelsbedingungen. Da ist China gefordert, aber da ist eben auch die EU gefordert darzulegen, wie sie auf Dumping reagieren will.

Frau Kommissarin, ich bin schon ein wenig enttäuscht, dass Sie auch heute so gut wie nichts Konkretes dazu gesagt haben, was die Kommission nun wirklich zu tun gedenkt.

Christofer Fjellner (PPE). – Herr talman! Jag vill börja med att säga att jag har då aldrig har sett en sådan uppslutning från vänstern, de gröna och socialdemokraterna kring marknadsekonomin som ideal, men när det överordnade syftet är att värna höga tullar så är tydligen alla argument tillåtna. Men nu handlar ju det här inte om huruvida Kina är en marknadsekonomi. Det handlar om något långt större; det handlar om huruvida vi ska respektera Kinas anslutningsfördrag till WTO — om världens största ekonomi ska respektera eller överge den regelstyrda världshandeln och om vi ska riskera en handelskonflikt mellan världens största och världens tredje största ekonomi, och vad det skulle innebära för förluster utav jobb.

Men det mest anmärkningsvärda här, det är att kommissionen inte berörde den här frågan över huvudtaget i sin översyn av EU:s antidumpingregelverk, som jag ansvarar för.

Och när man nu först fem i tolv reagerar, då måste man skynda sig att presentera ett förslag som respekterar WTO-regelverket, som inte skapar en handelskonflikt med Kina och som är politisk genomförbar. Jag kan bara säga, lycka till!

Emmanuel Maurel (S&D). – Monsieur le Président, comme le disait notre collègue David Martin, il y a quand même un sérieux problème d'anticipation. Cela fait que 15 ans qu'on sait que le problème va se poser, et là, nous en sommes à imaginer des solutions dans l'urgence et à devoir parer au plus pressé. En soi, c'est déjà un problème.

Deuxième chose, tout le monde est à peu près d'accord là-dessus, la Chine n'est pas une économie de marché. D'ailleurs, les Chinois, quand on parle avec eux, ne font même pas semblant d'y croire...

La vraie question au cœur de ce débat, elle nous est posée à nous: que voulons-nous pour l'Europe? Quelle Europe veut-on défendre? Voulons-nous une Europe stratège, une Europe qui se protège, une Europe imaginative, ou voulons-nous être dans la naïveté?

J'ai entendu certains collègues dire: «mais c'est bien de leur accorder le statut, aux Chinois, ça va les encourager à se réformer». Ce n'est pas notre avis, nous ne pensons pas ça. Nous pensons que l'Europe n'a pas vocation à être l'idiote du village planétaire. Pour cela, elle doit pouvoir se défendre, être capable de moderniser ses instruments de défense commerciale, être en mesure de faire une étude d'impact.

En attendant, ce qui est sûr, et je crois, Madame le Commissaire, que vous avez compris le message, pour nous, il n'est pas question d'accorder à la Chine aujourd'hui le statut d'économie de marché.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, we have known that this decision on market economy status was coming for 15 years, since China joined the WTO, but our national governments have wilfully ignored the implications for our trade defence instruments. Now I have heard no one here suggesting that China is a market economy. So what is this really about? Well, my constituents across Teesside – steel workers who have lost their jobs in recent months – know only too keenly the damage that dumping is doing. Our trade defence instruments are insufficient to deal with Chinese overcapacity, never mind the slowdown which is coming. We have been waiting for years for national governments to agree the modernisation necessary for these vital tools. Britain is leading a blocking minority in the Council, and as UK ministers cry their crocodile tears for our steel industry at home, abroad they give valuable contracts to Chinese investors and block the tools needed to allow a fair global market. Strengthening our trade defence instruments must be the priority now.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – As a fellow Member for North-East England, would you join me in praising the fact that, in the North-East, a higher percentage of our exporters export to China than in any other region in the country? However – although you do not necessarily accept my view that the EU is part of the problem, not the solution – would you also share my concern that, across the rest of the UK, metalliferous ores and scrap metal are in the top five British exports to China, especially given the recent decimation of the North-East's steel industry?

Jude Kirton-Darling (S&D), blue-card answer. – I think that the EU is part of the solution in respect to the situation in the steel industry. The proposals around the circular economy package, looking at recycling targets for metals, are actually part of the potential revival for regions like Teesside and other steel and metal regions. So, on the contrary, I think that there is a lot that the EU can do, but ultimately we need fair trade, and that means proper trade defence.

Karoline Graswander-Hainz (S&D). – Herr Präsident, wert Frau Kommissarin! Grundlegend sind wir wohl alle davon überzeugt, dass es noch zu früh ist, dass China den Marktwirtschaftsstatus erhält. Es erfüllt bislang von fünf Kriterien nur ein Kriterium für den Marktwirtschaftsstatus.

Besorgniserregend sind die unmittelbaren Auswirkungen auf die europäische Industrie in den Sektoren, die derzeit durch Antidumpingmaßnahmen geschützt werden. Es ist eine sorgfältige Untersuchung und Folgenabschätzung erforderlich, um die Tragweite der wirtschaftlichen Auswirkungen zu ermitteln. Vor allem in der Stahlindustrie, Papierproduktion, Keramik-, Glas- und Aluminiumherstellung werden Arbeitsplätze gefährdet. Es darf nicht zu einer Überschwemmung durch Billigprodukte kommen.

Wir wollen einen fairen Wettbewerb mit fairen Regeln zwischen europäischen und chinesischen Unternehmen. Sollte China den Marktwirtschaftsstatus erhalten, brauchen wir moderne Handelsschutzinstrumente gegenüber subventionierten chinesischen Waren. Hier ist der Rat gefordert, seine Blockade aufzugeben.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor Presidente, Comisaria, estamos ante una realidad incuestionable. Sabemos que en diciembre de 2016 China no será una economía de mercado y, francamente, ni creo que vaya a dejar de subvencionar su producción ni los precios, ni de practicar el dumping, ni creo que el Estado vaya a dejar de intervenir en la economía.

Es cierto que estamos ante una decisión política de gran calado. Todos estamos sufriendo las presiones de los representantes de las instituciones chinas, pero la presión no da la razón. Y la verdad es que la política comercial no se puede convertir en enemiga de nuestra industria.

Hay sectores innovadores que se ven seriamente amenazados porque China no cumple las reglas, porque practica el dumping. Estamos amenazando seriamente a muchos millones de familias y de puestos de trabajo -teniendo en cuenta no solo los directos, sino también los indirectos-. Hay sectores innovadores como el acero, como la cerámica —que emplea a más de 17 000 personas en mi región—, que se ven seriamente amenazados.

Por eso son fundamentales dos cosas: el estudio de impacto que todos hemos pedido y, por favor, una política coordinada con nuestros socios para que la Unión Europea no adopte unilateralmente una decisión.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdřová (PPE). – Pane předsedající, já myslím, že paní komisařka si mohla vyslechnout tady v té debatě, že má velkou podporu v tom, aby následující roční období Evropská komise využila a připravila opatření, která ochrání evropský trh před dumpingovým jednáním Číny. Co mě ale velmi překvapuje, je ta situace, která zde byla konstatována. Paní komisařka řekla jasně, v Číně není tržní hospodářství, a přitom se, jak se zde jeví, nedá zabránit tomu, aby do roka byla Čína uznána za zemi, která má tržní hospodářství, a to jen proto, že zde uplynulo patnáctileté období. A já se tedy ptám, k čemu bylo stanoveno toto patnáctileté období, když nemuselo být vlastně k ničemu využito. Paní komisařko, myslím, že je nutné ochránit evropský trh, myslím, že všichni vnímáme nebezpečí sociálních dopadů, ale myslím, že je třeba využít i další právní nástroje k tomu, aby tato absurdní situace nenastala, máte naši plnou podporu.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente. Comisaria, China hoy no es una economía de mercado según los criterios europeos. Y sus circunstancias laborales, energéticas y financieras, el apoyo público del que disfrutaban algunos sectores o sus condiciones sociales y ambientales de producción no son compatibles con las que la Unión exige a sus emprendedores. Esas diferencias propician el dumping que, por ejemplo, hoy y ahora amenaza, en Euskadi y otras regiones europeas, nuestra siderurgia. Sus trabajadores y la industria auxiliar, más eficientes y sostenibles, ven amenazado su futuro. Nuestras instituciones están movilizadas y esperan que Europa no prescindiera de las herramientas que tiene para proteger nuestra industria.

Denegando esta declaración obligamos a China a profundizar en las reformas que necesita y defendemos un modelo económico y social centrado en las personas, que es referencia mundial en términos de redistribución de riqueza, de cohesión social y de sostenibilidad. Las jornadas extenuantes y los salarios de miseria son tan tóxicos como el humo que denuncia todos los días que algunas formas de producir y competir no son sostenibles. Por eso, Comisaria, esperamos una respuesta urgente.

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questo dibattito è la prima vera occasione per il Parlamento europeo di confrontarsi formalmente con la Commissione europea sul MES. Ritengo che la Commissione debba procedere al più presto ad una valutazione di impatto approfondita, che evidenzi i possibili scenari settoriali e geografici per l'economia europea in seguito all'eventuale neutralizzazione degli strumenti antidumping. Sarebbe opportuno che la Commissione si impegnasse a realizzare una consultazione pubblica, come accade per tutte le iniziative legislative di rilievo, per consentire a tutti gli *stakeholder* interessati di fornire il proprio contributo.

In vista della riunione di domani del Consiglio dei ministri per il Commercio che si esprimeranno sul MES, la Commissione ha inviato agli Stati membri una nota informativa che quantifica a 210 000 i posti di lavoro a rischio qualora fosse attribuito il MES alla Cina. Sarei curioso di conoscere i parametri alla base di tale stima. Ritengo che il riconoscimento del MES alla Cina debba assolutamente restare subordinato alla verifica e alla prova della sussistenza dei requisiti tecnici previsti dall'Unione europea ed in ogni caso che vada immaginato un piano B che includa misure di difesa commerciale equivalenti a difesa del sistema europeo.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση σχετικά με το καθεστώς της κινεζικής οικονομίας συνδέεται άμεσα με το κατά πόσο θα μπορούν να συνεχίσουν να επιβάλλονται σε βάρος των κινεζικών προϊόντων δασμοί αντιντάμπινγκ για την προστασία της ευρωπαϊκής χαλυβουργίας και άλλων βιομηχανιών. Όμως, πριν να συζητηθεί αν υπάρχει ή όχι η οικονομία της αγοράς στην Κίνα θα πρέπει να συζητηθεί η σταδιακή «κινεζοποίηση» της ευρωπαϊκής οικονομίας, αφού καιρό τώρα, οι ευρωπαϊκές εταιρείες επιχειρούν να μιμηθούν τις αντίστοιχες κινεζικές στα ζητήματα διαχείρισης και εργασιακών δικαιωμάτων.

Απόδειξη της ουσιαστικής σύγκλισης συμφερόντων αποτελεί η ολοκλήρωση της ιδιωτικοποίησης του Οργανισμού Λιμένος Πειραιώς που προωθεί το ΤΑΙΠΕΔ με το ξεπούλημα της τελευταίας προβλήτας, που παρέμεινε σε δημόσιο έλεγχο, άνευ διαμαρτυριών από πλευράς Τρόικας και δανειστών. Η δήθεν αυτή επένδυση από τους Κινέζους προσφέρει 368 εκατομμύρια ευρώ στο ελληνικό δημόσιο, όταν τον περασμένο χρόνο αγορά αντίστοιχου τουρκικού τερματικού ίδιας δυναμικότητας από την ίδια κινεζική εταιρεία κόστισε 800 εκατομμύρια ευρώ.

Hannu Takkula (ALDE). – Arvoisa puhemies, niin kuin tässä keskustelussa on käynyt monta kertaa ilmi, Kiina ei ole markkinatalous, ja me keskustelemme siitä, voimmeko julistaa sen tai hyväksyä sen markkinataloudeksi. Minusta ei, sillä meidän pitäisi ensin tukea Kiinaa sen demokratiakehityksessä, ihmisoikeuksissa ja yleisissä arvoissa ja normeissa. Niihin voi myös lisätä ympäristöasiat, jotka ovat nousseet täällä esille, työntekijöiden oikeudet ja näin edespäin. Toki tuo polkumyynti, mitä terästeollisuudessa varsinkin harjoitetaan, on myös iso ongelma. Minusta lähtökohta on kuitenkin se, että Kiinan pitää tulla yhteisten arvojen kautta yhteiseen markkinatalouden pöytään, mikä ei tarkoita sitä, että kaikki on vain vapaata, vaan missä on kuitenkin olemassa yhteiset eettiset kauppaohteet ja -säännöt, reilun kaupan säännöt. Näin ollen toivon, että Kiinaa voidaan auttaa kehittymään niin, että jonakin päivänä tulevaisuudessa se voisi saada markkinatalousstatuksen, mutta valitettavasti ei vielä.

Jill Evans (Verts/ALE). – Madam President, two weeks ago it was announced that over 1 000 jobs at Tata Steel could be lost, the majority of them in Port Talbot and Trostre in my constituency in Wales. Losing these jobs would be a massive blow to the local and the national economy. My party has been putting forward constructive and positive proposals to save the steel industry in Wales, but there has to be a long-term future. That means a speedy and thorough investigation of Chinese dumping and urgent action on tariffs on Chinese steel. Thousands of tons of steel are imported into the EU every week, undercutting Welsh produce and threatening thousands of jobs. I know that other countries suffer in the same way. Market economy status would make it nigh on impossible to impose tariffs on Chinese steel, despite our problems. That is why I am strongly opposed to it.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, noi in passato abbiamo chiesto alla Commissione uno studio tecnico sull'impatto del riconoscimento dello status di economia di mercato alla Cina, ma non mi aspettavo un risultato così politicizzato come quello che voi ci avete presentato. Nel vostro studio si parla di un massimo di 230 000 posti di lavoro perduti, contro i 3 milioni annunciati dagli studi indipendenti. Perché questa grande differenza? Perché voi avete usato dei dati parziali per falsare le statistiche. Faccio un esempio: voi dite che noi dobbiamo preoccuparci perché solo l'1,38% delle esportazioni cinesi in Europa è oggetto di misure antidumping. Ma questo è falso perché prima erano molte di più e sono diminuite proprio grazie al dazio antidumping. Quindi, quando il dazio non si potrà più applicare le importazioni torneranno a crescere. Allora perché non facciamo un calcolo delle esportazioni prima delle misure antidumping?

Inoltre, nelle opzioni che avete presentato non avete considerato che è anche possibile non concedere il MES, ma consentire a cambiare certi aspetti della metodologia di calcolo del dazio antidumping. Insomma, signora Commissario, come spesso capita, mi sembra che da questo studio siano già chiare le intenzioni della Commissione e di certo non sono buone per i lavoratori.

(Fin des interventions à la demande)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, I wish to thank Parliament for this debate. We have listened very carefully and heard your messages on this. The Commission is, of course, very aware of the complexity of all the aspects of this file and the importance that it has for some sectors and jobs.

Let us not forget that the root causes for us discussing this issue today are the existing distortions in the Chinese economy. The current worsening economic situation in China and the increasing over-capacities makes any decision on this even more difficult. We are, together with colleagues in the Commission, reaching out to China to have a dialogue on this. It is imperative that China engage in this. It cannot pump out cheap steel as it is doing today on the market, and that is regardless of whatever we decide on the market economy status.

We welcome this debate and we will continue to look into all the aspects of it: legal, economic and social. We are preparing an impact assessment that will cover different sections and that goes beyond the preliminary one that Members have been discussing. The one that some of you have been referring to that talks about millions and millions of jobs is simply scientifically not sustainable because it starts from the assumption that all our trade with China would be under anti-dumping and hence affected, whereas, as I said, it is only 1.38% of our trade with China that is subject to anti-dumping duties.

We are looking at whether it is possible to strike the right balance between the objective of providing protection to our industry against unfair practices by China through a strengthened trade defence instrument, safeguarding the maximum of jobs in Europe while respecting legal international obligations and ensuring free trade and investment, which is so much in our common interests. This debate will continue. Rest assured that we will keep Parliament informed of all the steps in these discussions.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Petras Auštrevičius (ALDE), in writing. – I firmly believe that at this time China should not be granted market economy status with regard to the anti-dumping measures. While the Chinese Government has been loosening its control on the government, which I commend, China has not met the criteria set out for market economy status. As long as it does not do so, we should not create the fiction that it does. Moreover, granting the status could result in the loss of more than 200 000 jobs, which will affect the steel industry in particular. However, a plan must be drawn up in the near future, since the expiration of the current measures is approaching. In the meantime, China must carry on with reforms, with possible help of the EU.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Alla luce dell'imminente scadenza del periodo transitorio previsto dal Protocollo di accesso della Cina all'OMC, accolgo con favore il fatto che finalmente la Commissione cominci ad ascoltare le richieste del Parlamento europeo sul tema della concessione dello status di economia di mercato alla Cina. Questo risultato, ci tengo a sottolinearlo, è anche il frutto delle ripetute pressioni operate dal gruppo dei Socialisti e Democratici, che ha sempre evidenziato la delicatezza di una tematica dai risvolti così cruciali per l'economia europea.

Analizzando la situazione odierna, siamo tutti concordi sul fatto che la Cina non possa essere ancora considerata una piena economia di mercato e la prossima scadenza prevista dal Protocollo non può indurci a prendere decisioni affrettate, passibili di creare danni incalcolabili alle nostre industrie e all'occupazione. Per questo abbiamo chiesto che la Commissione si impegni ad attuare una valutazione di impatto completa e realistica in merito alle ripercussioni che avrebbe in Europa l'eventuale concessione del MES. Sosteniamo inoltre la necessità per l'UE di coordinarsi con i suoi partner internazionali, prima di prendere qualsiasi decisione definitiva, così come quella di mantenere, di fronte a ogni forma di concorrenza sleale, strumenti a protezione della propria industria.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. – El Protocolo de adhesión de China a la OMC, firmado en 2001, no reconoce a China como una economía de mercado, lo que permite a la UE y demás socios comerciales aplicar medidas antidumping y antisubvenciones para paliar la intervención estatal en los costes y precios de los productos exportados por el país asiático. La posible concesión del estatuto de economía de mercado a China en diciembre de 2016, derivado de los efectos jurídicos del Protocolo de adhesión, podría conllevar la desaparición de las medidas antidumping y anti-subsidios a los productos chinos, con consecuencias dramáticas para la industria y el empleo en Europa, especialmente en sectores como la industria siderúrgica, la química, la cerámica o la ingeniería mecánica. Antes de tomar cualquier decisión, la Comisión Europea debe realizar una profunda evaluación de impacto que analice los efectos de esta situación sobre el empleo, los consumidores, las inversiones y la competitividad de la UE y sus pymes. Es necesaria una coordinación con nuestros socios comerciales en la OMC para poder seguir aplicando a partir de diciembre de 2016 medidas que garanticen una comparación equitativa entre precios chinos y europeos, sin dar lugar a márgenes de dumping más bajos a los calculados actualmente.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – C'è una spaventosa minaccia che incombe sull'Europa, di cui i cittadini europei sanno poco o nulla: il riconoscimento dello status di economia di mercato alla Cina. Un'eventualità che sta gestendo in maniera ambigua ed oscura la Commissione europea, sulla scorta delle previsioni del Protocollo di adesione della Cina al WTO, pressata dalle potenti lobby industriali e commerciali del Nord Europa, e le cui conseguenze sarebbero potenzialmente devastanti per il sistema produttivo, per l'economia e, in definitiva, per la società europea.

Ad uscirne con le ossa rotte sarebbe soprattutto l'Italia, che subirebbe pesantissimi contraccolpi in settori e comparti produttivi in cui è leader. Le distorsioni delle condizioni di mercato causate dall'ingresso massiccio di prodotti cinesi in Europa, i cui costi sono artificialmente sgonfiati da sostanziosi aiuti di Stato, causerebbe, in mancanza di adeguate misure di difesa commerciale, la perdita di circa 3 milioni di posti di lavoro, di cui circa 400.000 solo in Italia. Non possiamo consentirlo. Non abbiamo nulla contro la Cina, ma pretendiamo che le relazioni commerciali avvengano in condizioni di parità, cosa che non avverrebbe se venisse riconosciuto alla Cina uno status di economia di mercato che in realtà non possiede.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Onze delegatie is vandaag niet overtuigd van het feit dat China effectief markteconomiestatus moet worden verleend. We stellen vast dat China, ondanks bemoedigende hervormingen, nog steeds veel staatsbedrijven telt die dankzij gratis kapitaal en toegekende subsidies eerlijke concurrentie in de weg staan. Prijsberekening van dumpingheffingen aan de hand van interne Chinese prijzen zullen geen marktprijzen opleveren. Er bestaat dus een gevaar voor de betrokken Europese (maak)sectoren als er niet op een *level playing field* geconcurrere kan worden met als potentieel gevolg een zwaar verlies van jobs en welvaart.

We realiseren ons echter eveneens dat heel wat van onze Europese ondernemingen grote belangen hebben bij de toekenning van die marktstatus en zij niet gebaat zijn bij een zwaar vertroebelde relatie met China. Daarom is het voor de N-VA-delegatie een absolute voorwaarde dat de Commissie zo snel mogelijk werk maakt van een gedegen juridische analyse van het toetredingsprotocol van China bij de WHO en een diepgaand economisch impactonderzoek uitvoert dat de toekenning van marktstatus grondig in kaart brengt, zodat dit dossier met volledige kennis van zaken kan worden opgevolgd.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El Protocolo de adhesión de China a la OMC, firmado en 2001, no reconoce a China como una economía de mercado lo que permite a la UE y demás socios comerciales aplicar medidas antidumping y antisubvenciones para paliar la intervención estatal en los costes y precios de los productos exportados por el país asiático. La posible concesión del estatuto de economía de mercado a China en diciembre de 2016, derivado de los efectos jurídicos del Protocolo de adhesión, podría conllevar la desaparición de las medidas antidumping y antisubvenciones a los productos chinos, con consecuencias dramáticas para la industria y el empleo en Europa, especialmente en sectores como la industria siderúrgica, la química, la cerámica o la ingeniería mecánica. Antes de tomar cualquier decisión, la Comisión Europea debe realizar una profunda evaluación de impacto que analice los efectos de esta situación sobre el empleo, los consumidores, las inversiones y la competitividad de la UE y sus pymes. Es necesaria una coordinación con nuestros socios comerciales en la OMC para poder seguir aplicando a partir de diciembre de 2016 medidas que garanticen una comparación equitativa entre precios chinos y europeos, sin dar lugar a márgenes de dumping más bajos a los calculados actualmente.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – La Chine a signé un protocole d'accession comprenant une série d'engagements pour devenir une économie de marché après avoir rejoint l'OMC en 2001. Cet accord autorise les autres membres de l'OMC à appliquer le statut d'économie non marchande à ce pays. Il permet ainsi la mise en place de mesures protectrices envers les importations chinoises.

Alors que la Chine n'a respecté qu'un des 5 critères définis par l'UE pour la reconnaissance de son statut d'économie de marché (SEM), la Commission européenne a récemment indiqué qu'elle étudierait cette possibilité d'ici décembre 2016. Personne n'ignore pourtant que des pans entiers de la production de biens et services chinois bénéficient de fortes aides d'État. Pourtant, le droit communautaire, encadre strictement les cas d'autorisation de telles aides.

Dans ces conditions, octroyer le SEM à la Chine aurait un impact dévastateur sur l'économie européenne. Plusieurs études démontrent que ce permis de «dumping» submergerait le marché européen de produits chinois à prix cassés, entraînant une chute importante de la production industrielle de l'UE avec des conséquences sur le PIB et l'emploi.

En définitive, il est surtout urgent d'attendre que la Chine se réforme profondément avant d'envisager de lui concéder le SEM.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Markkinatalousmaan statuksen myöntäminen Kiinalle on merkittävä juridinen ja taloudellinen kysymys. Kyse ei ole kuitenkaan vain rahasta. Kiina rikkoo ihmisoikeuksia joka päivä räikeästi ja häikäilemättömästi. Tämä on kiistämätön tosiasia, jota EU:n suosima hiljainen diplomaatia ei ole onnistunut muuttamaan. Rahaakin on kokeiltu. Vuosina 2002-2010 EU investoi liki 500 miljoona euroa hankkeisiin, joilla pyrittiin tukemaan Kiinan uudistumista kohti avointa oikeusvaltiota.

Mitä saimme vastineeksi? Saimme valtion, joka kaappaa kirjakauppiaita. Hongkongissa katosi vastikään viisi kustantajaa, jotka olivat julkaisseet presidentti Jinpingiä arvostelleen kirjan. Kun asia nousi julkisuuteen, miehet löytyivät Kiinasta pidätettyinä. Tapaus on kuitenkin vain jäävuoren huippu. Kiinassa yksipuoluejärjestelmän arvostelijoita vangitaan ja "uudelleen koulutetaan" rutiininomaisesti. Ei näitä asioita voi lakaista maton alle. Minusta ihmisoikeudet tulisi pitää mielessä myös silloin, kun keskustellaan markkinatalousmaan statuksen myöntämisestä Kiinalle.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – La question de l'octroi du statut d'économie de marché à la Chine va marquer l'année 2016. Tout d'abord, je tiens à souligner que la Chine n'est pas une économie de marché étant donné qu'elle ne remplit pas les cinq critères définis par l'Union européenne. D'ailleurs les nombreuses mesures antidumping en vigueur à l'encontre de la Chine actuellement en témoignent.

Je saisis cette occasion pour rappeler la nécessité et l'urgence de moderniser nos instruments de défense commerciale sans les affaiblir. Alors que nous cherchons sans cesse à relancer la croissance en Europe, l'octroi du statut d'économie de marché à la Chine serait catastrophique pour l'emploi et l'industrie européenne. C'est pourquoi nous devons continuer à poursuivre nos objectifs de lutte contre toute concurrence déloyale et de renforcement de nos entreprises, en particulier pour nos PME.

Nous serons attentifs à l'analyse d'impact qui sera publiée par la Commission dans quelques semaines ainsi qu'à sa proposition cet été. Nous insistons une nouvelle fois pour que l'Union européenne ne soit pas isolée et se coordonne avec les partenaires commerciaux internationaux majeurs et membres de l'OMC. Enfin, nous devons d'ores et déjà réfléchir à des solutions pour pallier les effets d'éventuelles mesures de rétorsion.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Oceliarske spoločnosti v Európe, U.S. Steel Košice nevynímajúc, v posledných mesiacoch výrazne doplácajú na nadmernú kapacitu výroby ocele vo svete, predovšetkým v Číne. Čínske štátom riadené a subvencované oceliarne produkujú obrovské straty a s cieľom neohroziť zamestnanosť neutlmujú svoju nerentabilnú výrobu. Čína neustále a čím ďalej agresívnejšie dotuje svoje výrobky, ktoré exportuje za ceny nižšie, ako sú ich výrobné náklady. Deformuje tým trh a ohrozuje výrobu v krajinách, ktoré si pravidlá medzinárodného obchodu ctia a dodržiavajú. Čína od svojho prijatia do WTO v roku 2001 za 15 rokov nedokázala urobiť legislatívne a štrukturálne kroky, ktoré by z nej robili štandardnú trhovou ekonomikou. V prípade udelenia statusu trhovej ekonomiky Číne stratí Európska únia akúkoľvek formu kontroly i možnosti chrániť sa voči neprimerane rastúcemu dovozu rôznych druhov čínskeho tovaru na európsky trh. Európska únia by mala zvoliť spoločný postup s ďalšími členskými štátmi WTO a dohodnúť s Čínou kompromis v podobe čiastočného alebo sektorového uznania statusu trhovej ekonomiky. Ruka v ruku s tým však musí byť vyvíjaný tlak na skoncovanie s nekalými praktikami a na zlepšenie environmentálnych a sociálnych štandardov v čínskej priemyselnej výrobe.

Patrizia Toia (S&D), per iscritto. – È opinione condivisa che la Cina abbia fatto buoni progressi nell'attuazione degli impegni in sede OMC, ma occorre prendere atto che esistono ancora forti lacune, che mi spingono a esprimere con forza la contrarietà all'automaticità della concessione, alla Cina, dello status di economia di mercato. Evidenti sono la mancanza di trasparenza, l'esistenza di misure che discriminano le imprese straniere, l'intervento del governo nell'economia e non da ultimo le condizioni dei lavoratori. La Cina non è un'economia di mercato e per questo diciamo alla Commissione che è necessaria una valutazione indipendente dell'impatto di questa misura sull'occupazione europea. Servono strumenti antidumping efficaci per affrontare la concorrenza sleale. Ogni soluzione settoriale potrebbe seriamente danneggiare il nostro sistema industriale. Servono strumenti specifici, non si tratta di protezionismo, ma solo di applicare regole chiare per una politica della concorrenza fondata sull'equità.

Marco Valli (EFDD), per iscritto. – Quando nel 2001 la Cina ha aderito, ad alcune condizioni, all'Organizzazione mondiale del commercio, l'UE stabilì che allo scadere di 15 anni avrebbe valutato se riconoscerle lo status di economia di mercato (MES) e di conseguenza eliminare tutte le restrizioni antidumping alle importazioni di prodotti cinesi, giustificate proprio dalla necessità di difendere l'economia europea dalla competizione sleale con un'economia che a tutti gli effetti non è di mercato.

I 15 anni scadono a dicembre, eppure ancora non conosciamo le vere intenzioni della Commissione che ha sinora evitato ogni vero confronto e dibattito pubblico. Ma il dato più inquietante è che la Commissione non ha mai escluso che una concessione del MES alla Cina possa avvenire in modo quasi automatico, tra l'altro senza un'adeguata riflessione politica o uno studio di impatto efficace.

Per il Movimento 5 Stelle non solo non esiste alcun obbligo di riconoscere la Cina tra le economie di mercato, cosa che in realtà non è, ma una decisione in tal senso sarebbe un vero suicidio per l'economia europea, che verrebbe evidentemente esposta alla concorrenza insostenibile dei prodotti cinesi, basati su prezzi artificialmente bassi o sotto costo, con enormi distorsioni sul mercato interno e ripercussioni drammatiche sull'occupazione e perfino sui nostri standard sociali e ambientali già sotto pressione.

12. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

13. Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

14. Bestimmungen über die nachhaltige Entwicklung im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU-Westafrika (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la question orale à la Commission sur l'accord de partenariat économique entre l'Union européenne et l'Afrique de l'Ouest: dispositions relatives au développement durable, de Bernd Lange et de Christofer Fjellner, au nom de la commission du commerce international (O-000011/2016-B8-0108/2016).

Bernd Lange, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja lange mit afrikanischen Staaten verhandelt, um die Partnerschaftsabkommen so auszugestalten, dass sie eben unterschriftsreif sind und auch zur Ratifizierung ins Parlament kommen. Wir wollen das, weil wir in der Tat die wirtschaftliche Entwicklung der Partnerländer in Afrika – auch gerade die regional Entwicklung – stärken wollen.

Wir wissen, gerade was Westafrika betrifft, dass viele Länder auch sehr stark vom Export abhängig sind und durchaus regionale Wertschöpfungsketten eben nicht entwickelt sind. Insofern haben wir dort viele asymmetrische Aspekte eingeführt, Safeguard-Mechanismen, wir haben bestimmte sensible Bereiche ganz aus dem Abkommen ausgenommen, und das Ziel, die regionale Wertschöpfung zu stärken ist, glaube ich, sehr klar.

Wenn man sich anschaut, dass gerade aus Westafrika etwa 80 % der Kakaobohnen kommen, die wir konsumieren, aber nur 4 % der Schokolade – dann ist klar, dass hier Wertschöpfungssteigerung notwendig ist. Wenn man sich allerdings Westafrika anschaut, tauchen natürlich auch einige Fragen der nachhaltigen Entwicklung auf. Nochmal zum Kakao – wir wissen, dass bei der Ernte der Kakaobohnen Kinderarbeit die Regel ist, und ich kann mir schlechterdings nicht vorstellen, dass wir, wenn wir Kinderschokolade konsumieren, Gefahr laufen, damit quasi Kinderarbeit zu fördern.

Und deswegen müssen wir die Frage der Nachhaltigkeit – besonders auch, was Westafrika anbelangt – in den Fokus stellen. Und da kommt dann so eine besondere Merkwürdigkeit ins Spiel. Wir haben ja schon ein Partnerschaftsabkommen abgeschlossen, das auch mehr oder minder, aber eben funktioniert, nämlich das CARIFORUM-Abkommen; David Martin ist dafür der Experte. Und dort haben wir – gerade was das Nachhaltigkeitskapitel betrifft – viele sehr positive Referenzen. Und wenn man das jetzt mit dem Westafrika-Abkommen vergleicht, Frau Kommissarin, muss man feststellen, da gibt es viele weiße Blätter.

Und deswegen auch diese vier Fragen, die wir da stellen. Also wie man eigentlich die Umsetzung der Frage der Menschenrechte und der Arbeitnehmerrechte sicherstellen will. In dem CARIFORUM-Abkommen ist ein klarer Bezug zu den ILO-Normen, insbesondere wird dort auch die erzwungene Kinderarbeit thematisiert.

Die zweite Frage bezieht sich auf das konsultative Gremium, das eingerichtet werden soll. Auch hier fehlt in dem Abkommen eine klare Aufgabenbeschreibung – auch ein großer Unterschied zu dem CARIFORUM-Abkommen. Also die Fragen: Wie werden die Aufgaben definiert? Welche Ressourcen hat eigentlich dieses Gremium? Wie sind die Prozeduren? Werden auch Dritte einbezogen? In dem CARIFORUM-Abkommen zum Beispiel wird die ILO einbezogen und auch die Frage, wie es mit einer Streitschlichtung aussieht: Welche Mechanismen wirken da?

Auch das steckt hier hinter der zweiten Frage, und in der dritten Frage geht es nochmal einmal grundsätzlich darum, wie eigentlich die Kommission insgesamt, DGTRADE aber auch der Auswärtige Dienst sicherstellen will, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre Stellungnahmen adäquat einbezogen werden. Und natürlich möchten wir wissen, wie diese drei Elemente dann auch zeitlich eingebettet werden, so dass wir, wenn wir eine Ratifizierung des EPA mit Westafrika durchführen, auch sicher sind, dass die Nachhaltigkeit adäquat gewährleistet wird.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, the ‘Trade for All’ communication that the Commission and I presented to you last year stresses our commitment to ensuring that trade agreements deliver concrete results, including on sustainable development, and that our values are always promoted in our trade relations. This is the case for the Economic Partnership Agreements. They are anchored in the principles and the provisions of the Cotonou Agreement. That means the overarching sustainable development objective, including its social, economic and environmental components. It also means the essential elements of the Cotonou Agreement, including human rights, and thirdly, it means specific provisions on trade and labour standards and environment. These objectives and principles will shape the implementation of the West Africa-EU EPA, from the entry into force and throughout its existence.

To make sure that the EPA lives up to its ambition, the Commission will pay particular attention to monitoring it – including as regards sustainable development aspects. A jointly-agreed competitiveness observatory will monitor and assess the overall impact of the EPA, including the way in which the sustainable development objectives are achieved. As for the agreed time frame for the EPA implementation, it is a long-term agreement under which a joint review will take place every five years. This will allow the parties to regularly evaluate progress and address outstanding challenges. Let me insist that, from the Commission side, we will pay particular attention to human rights, labour standards and environmental protection in those reviews.

Depending on the results of the monitoring and review, specific measures can be taken. Those measures should consist of adjudging EPA implementation or even proposing amendments to the text in close cooperation with our West African partners. In the case of issues regarding the respective commitments defined as essential elements of the partnership, including human rights and core labour rights, the Commission will use the instruments and the mechanisms that are provided for in the Cotonou Agreement. That starts with political dialogue and ends with appropriate measures, including the last-resort option of suspension of market access preferences.

The EPA stakeholders and institutions have a role here in monitoring. The Commission has already started preparations with West Africa for the early constitution of a Joint Consultative Committee, foreseen under the EPA, which shall have broad civil society representation. The EPA also foresees financial support to the institution, including the Consultative Committee. The Commission has earmarked funding possibilities in this respect under the European Development Fund and the partnership instrument.

The EPA clearly provides that the Consultative Committee will work in consultation with the EPA Council, or on its own initiative, and make recommendations on all issues falling under the scope and objectives of the EPA. Within the EPA Council and the implementation committee, the parties will carefully consider any EPA-related issue brought to their attention, be they concerns regarding a possible infringement or other issues. The Commission will take careful account of the civil society contribution within this institutional context and seek policy change when appropriate.

The objective is to promote sustainable development consideration in all relevant areas of the EPA. Achieving the outcomes we are striving for will, of course, require partnership, cooperation, effectiveness and policy coherence and a central role for domestic actors and policies in West Africa.

It would be very good if Parliament started now to engage in preparations with West Africa in order to set up the Joint Parliamentary Committee as soon as the EPA enters into force. This would be a key organ to monitor the impact and effectiveness of the EPA. It is very important to make the link with domestic reforms and to engage in a policy dialogue. It will also be a valuable tool for us in the Commission to make sure that the dialogue on the implementation is monitored.

Thank you very much. I hope this answered Mr Lange's questions.

Daniel Caspary, *im Namen der PPE-Fraktion.* — Frau Präsidentin! Wenn man sich anschaut, wo in den letzten Wochen und Monaten ein Großteil der Wirtschaftsflüchtlinge herkommt, die im Moment nach Europa kommen, dann fällt der Blick immer wieder nach Afrika, und spätestens dann wird deutlich, dass wir alles daran setzen müssen, die Lebenswirklichkeit der Menschen in Afrika zu verbessern. Und da kann Handel nicht alles tun. Da werden auch unsere Wirtschaftspartnerschaftsabkommen nicht alles lösen können, aber sie können zumindest einen kleinen bescheidenen Beitrag leisten, und in dem Sinne wünsche ich mir, dass wir dieses Abkommen möglichst schnell in möglichst vielen Ländern in Kraft setzen.

Ich möchte aber gern mehrere Dinge hervorheben, die Kollege Lange bereits angesprochen hat. Es sind vor allem die Dinge, die eben in diesem Abkommen anders sind als in einem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, das schon in Kraft ist. Ich glaube, das ist schon ein Punkt: Warum sind da manche Dinge anders? Wer hat das angeregt? Ich glaube, das ist schon die Frage: War das die europäische Verhandlungsposition, dort Dinge eher weicher und unverbindlicher reinzuschreiben – dann würde ich manche Dinge eher auch kritisch sehen – oder waren es unsere Verhandlungspartner in Afrika, die vielleicht andere Vorstellungen in diesen Ländern hatten, auf die wir dann natürlich auch Rücksicht nehmen müssen?

Denn am Ende gilt, dass solche Abkommen ja nur in Kraft treten können, wenn beide Seiten zustimmen und entsprechend nicht eine Seite über die andere dominiert. Frau Kommissarin – nutzen Sie diese Woche die Gelegenheit! Wir haben diese Woche am Mittwoch den nigerianischen Präsidenten hier im Haus; das wäre doch ein tolles Zeichen, wenn wir vielleicht diese Woche noch den nächsten Beitritt eines Landes zu diesem Abkommen oder die nächste Unterstützung eines Landes zu diesem Abkommen signalisiert bekommen könnten.

Jude Kirton-Darling, *on behalf of the S&D Group.* – Madam President, in autumn last year, Commissioner, you unveiled the EU's new trade policy: Trade for All. We were told that sustainable development and human rights would be strengthened in the EU trade deals. And yet, here we are tonight debating a trade deal with West Africa in which sustainable development has undoubtedly been sidelined. When it comes to human rights, labour and the environment, implementation is absolutely key. The systematic involvement of civil society is crucial.

In this agreement, we wholly lack the tools needed to make any of these rights a reality in practice rather than just rights on paper. This must be bolstered. This is what the EU has delivered in all of its trade deals over the last ten years. Our African partners want a balanced relationship with the EU, based on mutual respect. That entails holding them to the same standards and monitoring to which we hold the rest of the world. We need some improvements, please.

Arne Gericke, *im Namen der ECR-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Ich danke dem Handelsausschuss für die Initiative zu dieser Anfrage und kann mich als Entwicklungspolitiker, Menschenrechtspolitiker und Koordinator für die AKP-Staaten nur anschließen. Knallharte Handelspolitiker – und die gibt es wahrscheinlich in fast allen Fraktionen – hören das nicht gern, aber Fairplay ist kein Begriff, den es nur auf dem Fußballplatz gibt, auch Wirtschaft und Handel brauchen Fairplay. Wir in Europa bezeichnen uns gern als Wertegemeinschaft. Als Familienvater und Christ ist mir das sehr wichtig, und ich freue mich, dass Sie, Frau Kommissarin Malmström, darauf hingewiesen haben.

Mein Appell daher: Tun wir alles, um im Abkommen mit Westafrika und allen anderen Wirtschaftsabkommen ein Fairplay zu garantieren, schaffen wir eine neue Generation der Fair-trade-Abkommen! In Deutschland sagen wir gerne „Wir schaffen das“. Ich sage in Bezug auf *fair trade*: Bitte, wenn wir das gemeinsam wollen, dann schaffen wir das!

João Ferreira, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, vamos ser claros: as negociações em torno destes acordos, chamados de parceria económica, na verdade acordos de livre comércio, só se arrastaram durante mais de dez anos porque os países africanos resistiram quanto puderam a assiná-los. E resistiram porque estes acordos não promovem o desenvolvimento, pelo contrário, comprometem-no. E comprometem-no porque privam os países africanos de receitas fiscais fundamentais ao mesmo tempo que os obrigam a escancarar os seus mercados aos produtos e serviços europeus, a abrir portas, no fundo, a uma nova vaga colonizadora.

Fossem estes acordos bons para os países africanos e eles tê-los-iam recebido de braços abertos desde a primeira hora, o que não aconteceu. A verdade é que só perante a inominável chantagem da União Europeia e ao fim de vários anos estes países se viram na contingência de ter de ceder.

O que esta pergunta revela é, antes de mais, a má consciência de alguns. Como fica bem à vista, com este debate, os seus efeitos práticos foram poucos ou nenhuns.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to thank the Commissioner for outlining again that human rights should be at the core of the European Union trade strategy, and that is something I very much agree with. But the question is: how do we do that? I think that in this economic partnership agreement we have not managed to have a successful inclusion of human rights with teeth. The ‘essential elements’ clause that you mentioned has hardly ever been used in the past, so how are we going to make sure that this is a possibility that will really be used?

Monitoring has often not held anyone to account and has not worked towards ensuring human rights. So how are we going to make sure that we actually have a human rights clause here in this agreement that also has teeth, that can be applied, that leads to the sanctions that you are pointing out? I think there are a couple of shortcomings there still; we do not have a sustainable development chapter. I do think that this is a problem, but I am very happy to hear your suggestions about how we are really giving these human rights teeth and possibilities for sanctions.

Christofer Fjellner (PPE). – Fru talman! Vänstern och frihandelsmotståndare brukar ofta beskriva de här förhandlingarna som om Europa tvingar och pressar fattiga länder till att acceptera vår syn på handeln. Tänk om det vore så enkelt att vi kom med vår position, och så gick vi fram och sa ”signera på sista sidan”, och så blev det bara så.

Det fascinerande nu i det här rummet är att samma vänster — ofta samma frihandelsmotståndare — nu är upprörda över att de afrikanska länderna inte ville skriva under på precis de krav som de själva nu framför. Faktum är att handel nog är det viktigaste sättet att bekämpa fattigdom och få fram hållbar utveckling.

Och därför kvarstår, när debatten är färdig, bara en fråga: Tror vi att Afrika blir rikare av att förhandla med oss eller tror vi att de blir fattigare? Tror vi att de blir rikare om vi låter dem få det här avtalet, som de vill ha, eller tror vi att de blir fattigare? Jag tror på frihandelns välgörande effekt. Det hoppas jag att mina kollegor också gör.

David Martin (S&D). – Madam President, as Bernd Lange rightly says, I had the privilege of being the rapporteur for the CARIFORUM Economic Partnership Agreement, and so I hope I am forgiven for seeing that as a bit of a benchmark for other EPAs. If that is the benchmark, then – as others have said and as the Commissioner herself has said – ECOWAS fails this comparison. Instead of a detailed chapter on social and environmental standards such as we have in CARIFORUM, the West Africa Agreement makes heavy reference back to Cotonou. But as we know, the upcoming expiry of Cotonou leaves us wondering exactly how this EPA will be enforceable in the future. I would like to hear more about how the Commissioner sees the expiry of Cotonou in relation to the West African EPA.

I slightly disagree with Ska Keller on monitoring. I accept her point that monitoring has not been successful so far, but I do welcome the Commissioner’s commitment to ensuring that the monitoring groups are properly financed, that they are able to operate and that you will act on any reports that come from them. And that is true. It has not been the history so far, but if we do have active monitoring groups, this could be progress.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, j'aurai trois questions. La première a d'ailleurs déjà été posée par David Martin: elle concerne la référence à l'accord de Cotonou. Cette référence dans l'accord avec l'Afrique de l'Ouest dit: «Nous allons faire référence à des dispositions pertinentes de Cotonou». Je pense que le fait de parler de dispositions pertinentes introduit une interprétation juridique particulière. Par ailleurs, lorsque l'accord de Cotonou sera arrivé à échéance, quelle sera la base juridique pour pouvoir réaliser les dispositions sur le dialogue et les sanctions?

La deuxième question porte sur le bénéfice pour les pays africains. Parmi les pays de l'Afrique de l'Ouest, 12 sur 16 États sont des PMA, c'est-à-dire non touchés par les APE, et seuls 3 pays sont en SPG. En janvier 2012, le *South Centre* a calculé la différence entre le régime APE et le SPG, et cette étude conclut que pour la plupart des pays d'Afrique de l'Ouest, les pertes fiscales sont plus grandes que les gains. D'où vient donc l'intérêt de ces pays africains?

La troisième question concerne la situation et la position du Nigeria, farouche opposant actuellement. On comprend sa position, parce qu'il enregistre une diminution de son PIB et une diminution de 7 milliards de ses recettes budgétaires. Que répondez-vous au Nigeria?

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, θεωρούμε σημαντική τη διαπραγμάτευση της εταιρικής σχέσης Ευρωπαϊκής Ένωσης με τις χώρες της Δυτικής Αφρικής, αλλά βεβαίως πρέπει να υπάρξουν ορισμένες προϋποθέσεις. Πιστεύω ότι πρέπει να υπάρξει πρώτα απ' όλα βιώσιμη ανάπτυξη και να ενισχυθεί η συνεργασία των χωρών της περιοχής, διότι μόνο έτσι θα υπάρξει ανάπτυξη και έχοντας ανάπτυξη δεν θα έχουμε μεγάλα κύματα οικονομικών μεταναστών, οι οποίοι πλέον έρχονται στην Ευρώπη.

Ταυτόχρονα, με την περιφερειακή συνεργασία θα έχουμε και εμπέδωση της ειρήνης και έτσι θα μειωθούν οι συγκρούσεις ώστε να έχουμε ένα δεύτερο θετικό αποτέλεσμα, να περιοριστούν οι προσφυγικές ροές οι οποίες ξεκινούν και από αυτή την περιοχή και έρχονται στην Ευρώπη.

Από την άλλη πλευρά, όμως, πρέπει να αντιμετωπίσουμε σοβαρά το θέμα της παραβίασης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, διότι η παιδική εργασία, όπως αναπτύχθηκε, είναι κάτι το οποίο συμβαίνει πλέον συνεχώς και νομίζω ότι σε αυτό πρέπει να είμαστε κάθετα αντίθετοι.

(Fin des interventions à la demande)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, trade is indeed a very important tool to fight poverty. Combined with development assistance and other foreign policy tools, it can really contribute to improving living conditions, creating jobs and possibilities for people. The economic partnership agreements (EPAs) are, as you know, asymmetrical free trade agreements. We open up for them but we do not ask the African countries or the ACP countries to open up to the same extent, because we know that some sectors are very vulnerable. They are included in very long phasing-out sections in order to help them to diversify their economy.

Ms Arena, I was in Nigeria just before Christmas and I spoke to many people from Nigeria, and I think this would indeed benefit Nigeria enormously – precisely because of its economic problems – to help diversify its economy, to make sure that it can rise in the value chains, if we can help them to develop assistance so that they can have standards and qualifications on their products, for instance in agriculture, and also to support regional integration, because that is a very important part of the EPAs: regional integration and the development dimension. Together with my colleague Neven Mimica, we are working very closely to make sure that there is a lot of development assistance in the EPAs.

Sustainability and human rights are indeed key to all our trade agreements. I agree with Ms Keller that we could have done even more in this area. It is not always easy, but we are trying to find ways. You know that the way for the European Union is to start with dialogue, not with sanctions, because if you start with sanctions, those who will suffer are not the regime – the authorities; it is the ordinary people who benefit from the contacts. The EU model is to start with dialogue, try to set up different forums, engage with civil society. Then, of course, there is the sanction possibility in the end, but there are lots of steps that can be taken.

Our African partners in the West African Agreement were not ready to go as far as we would have wanted them when it comes to sustainable development formulas: this is under negotiation. That is why there is a rendez-vous clause where we have agreed to see if we can pursue that even further. But anyway we will, as I said in my introduction, pay specific attention to implementing, monitoring and making sure that we follow up on labour, environmental and human rights in the different forums that we are creating here, and the European Parliament has a very important role to play here.

Cotonou indeed expires, Mr Martin, and we are engaged to see what will come after Cotonou. But whatever happens to Cotonou, the provisions there are still valuable, and the principles will not be changed, whatever happens to Cotonou. Also in Cotonou we have monitoring possibilities with human rights dialogue, etc. We firmly believe, in the contacts we have had with the ACP countries – today we are talking about West Africa, but we have other ongoing or almost-closed negotiations – that this is something that has been done in partnership. There you take and give, but this is something that will be truly beneficial for, in this case, West Africa, but also for the other ACP countries in order to help them to develop, to create new possibilities, growth, jobs, and indeed possibilities to sustain their families in these countries, and also to promote a bigger impact on regional integration, which is something that is really lacking in this part of the world.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – Dopo dieci anni di trattative, sosteniamo con forza il raggiungimento dell'accordo di partenariato economico con la comunità degli Stati dell'Africa occidentale. Il trattato costituisce una congiunzione coerente fra la politica commerciale e quella estera dell'Unione europea. Gli EPA, se correttamente implementati, sono infatti un'ottima opportunità per promuovere crescita sostenibile e rispetto dei diritti umani attraverso gli strumenti tipici degli accordi commerciali. La fase più delicata è proprio quella di applicazione. L'esperienza in materia di aiuto allo sviluppo e implementazione di trattati commerciali ha, infatti, dimostrato che le promesse vengono troppo spesso disilluse.

Pur riconoscendo il fondamentale apporto della Convenzione di Cotonou alla cooperazione e alla promozione attiva del rispetto dei diritti fondamentali, la mancanza di previsioni specifiche nel testo desta qualche preoccupazione. Per favorire un reale sviluppo e progresso sociale in Africa Occidentale ritengo che la dimensione politica dell'accordo debba prevalere su quella commerciale. Chiedo, quindi, alla Commissione di quali meccanismi si doterà in materia di coinvolgimento della società civile e per stabilire un dialogo permanente e risolutivo con i partner dell'area. Considero, infatti, che il confronto regolare possa garantire risultati tangibili e scongiurare le condizioni che, tramite l'applicazione dell'articolo 96 della Convenzione, comporterebbero la sospensione dell'accordo.

15. Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Mark Demesmaecker, au nom de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité (2015/2137(INI)) (A8-0003/2016).

Mark Demesmaecker, Rapporteur. — Investeren in natuur en biodiversiteit moet centraal staan in een slim, in een duurzaam, in een inclusief Europa. Bovenop de overweldigende intrinsieke waarde van natuur biedt biodiversiteit immers onbetaalbare socio-economische voordelen. Eén op zes banen in de Europese Unie is afhankelijk van natuur. De meerwaarde van Natura 2000, het Europese netwerk van topnatuur, is vele malen groter dan de beheerskosten en het missen van de biodiversiteitsstrategie zal ons 50 miljard euro per jaar kosten. Biodiversiteitsverlies wordt dan ook terecht beschouwd als een van de grootste globale bedreigingen en dat is het ook.

Toch schieten we ernstig tekort bij de uitvoering van de Europese biodiversiteitsstrategie en zijn we vandaag verre van halfweg bij het bereiken van de 2020-doelen. Ondanks hoopgevend lichtpunten die aantonen dat gerichte inspanningen wel degelijk succesverhalen opleveren en dat de doelstellingen haalbaar zijn, blijft het algemene beeld enorm somber. Amper 23 % van de soorten en 16 % van de leefgebieden bevinden zich in een goede staat. Zonder forse bijkomende inspanningen kunnen we een scenario zoals in 2010 niet afwenden en missen we in 2020 opnieuw de afspraak. De centrale boodschap van mijn verslag is dan ook dat er dringend meer politieke wil nodig is om het tij te keren en dát op alle beleidsniveaus. Een betere implementatie, een striktere handhaving en een verdere integratie van biodiversiteit in andere beleidsdomeinen zijn daarbij essentieel. Bovendien moeten alle *stakeholders* worden betrokken bij dit verhaal tot en met de individuele burger.

Collega's, de vogel- en habitatrichtlijnen vormen een cruciale schakel in dit verhaal. Mijn positie tegenover de lopende *fitness check* van de natuurrichtlijnen is glashelder. De richtlijnen moeten niet worden herzien. Integendeel, ze moeten volledig worden uitgevoerd. Een herziening ervan zou de biodiversiteitsstrategie zelf op de helling plaatsen, zou een lange periode van rechtsonzekerheid met zich meebrengen en zou deze mijlpalen van het Europees natuurbeleid mogelijk verzwakken. Bovendien ben ik ervan overtuigd dat een herziening geen oplossing zou bieden. Mogelijke problemen liggen immers niet aan de wetgeving zelf, maar vooral aan de onvolledige uitvoering en handhaving van de natuurrichtlijnen.

Ik sta niet alleen met m'n standpunt. De Commissie milieubeheer steunde mijn verslag al quasi unaniem. En ik geloof sterk dat ook het voltallige Parlement morgen een duidelijk signaal zal geven aan de Europese Commissie. Bovendien spraken meer dan een half miljoen Europese burgers zich uit tegen een herziening van de natuurrichtlijnen via de *Nature Alert Campaign*. Verder betuigden de ministers tijdens de Milieuraad van 16 december hun uitdrukkelijke steun voor de natuurrichtlijnen en onderstreepten zij vooral het belang van een betere implementatie. Ten slotte bevestigden de eerste bevindingen van de *fitness check* dat de natuurrichtlijnen effectief, efficiënt en relevant zijn wanneer ze goed worden geïmplementeerd.

Ik onderbouw dat graag met een voorbeeld. Meneer de commissaris, meneer Vella, afgelopen vrijdag bracht ik samen met u een bezoek aan het havengebied van Antwerpen. We hebben daar concreet gezien hoe natuur en economische ontwikkeling hand in hand kunnen gaan dankzij een netwerk van kerngebieden, van groene corridors, worden de belangen van de tweede grootste haven van Europa verzoend met de bescherming van kwetsbare fauna en flora in en rond de haven en de Schelde. De gebiedsgerichte en proactieve Antwerpse aanpak bevestigt dat een herziening van de natuurrichtlijnen absoluut niet aan de orde is, maar dat we wel voluit moeten inzetten op het faciliteren van het proces van implementatie. De Commissie moet daarbij een cruciale rol spelen, in het bijzonder door verbeterde richtsnoeren voor te stellen waarin beste praktijken worden verankerd en door ervoor te zorgen dat deze richtsnoeren ook voluit worden erkend en voluit worden gedragen. En ik roep de Commissie op te luisteren naar al die signalen en vooral de onzekerheid over de *fitness check* te stoppen. We kunnen het ons niet veroorloven nog meer tijd te verliezen, willen we de afspraak in 2020 niet missen, dan moeten we alles op alles zetten om de natuurrichtlijnen volledig uit te voeren.

Daarnaast verwacht ik inspanningen van de Commissie voor bijkomende acties, voor bijkomende innovatieve oplossingen om het biodiversiteitsverlies in Europa een halt toe te roepen, zoals de concrete uitwerking van een trans-Europees netwerk van groene infrastructuur, zoals initiatieven voor het voorkomen van biodiversiteitsverlies buiten de beschermde gebieden en door acties om bestuivers te beschermen.

Collega's, biodiversiteitsverlies betekent verlies voor de natuur, voor de mens, voor de economie. In het belang van de gezondheid, het welzijn en de welvaart van de komende generaties reken ik op uw steun om de natuur te vrijwaren. Er rest mij alleen nog mijn collega's, mijn collega's schaduwrapporteurs uitdrukkelijk te bedanken voor de bijzonder constructieve samenwerking. Het was een voorrecht en een eer om met jullie te mogen samenwerken.

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, first and foremost, I would like to thank my colleague, the rapporteur, Mark Demesmaeker, for his report on the biodiversity mid-term review. It is an honour for me to contribute to this discussion on the EU's progress towards achieving its 2020 biodiversity targets.

The European Parliament's report, which is being put forward for adoption tomorrow, delivers a strong message about the importance of biodiversity and ecosystem services for human welfare and socio-economic development, but it also delivers a message of concern about protecting this essential natural capital. I believe that this report can help steer and accelerate progress towards the difficult task of achieving our 2020 biodiversity targets.

The Commission's biodiversity mid-term review revealed that, while we are mid-term – and here I agree completely with Mr Demesmaeker – we are not mid-way to achieving our targets. We are continuing to lose biodiversity, and this has very serious implications for our ability to ensure food security, for our quality of life and sustainable socio-economic development, and for mitigating and adapting to climate change and delivering on our international commitments, including the recently-adopted Agenda 2030 for Sustainable Development.

Without any doubt, the Commission will carefully consider Parliament's recommendation for action at EU level. I agree that, in addition to completing the EU policy framework, there needs to be much strengthened implementation on the ground. We need to mobilise the efforts of actors at all levels and across many sectors in order to deliver on our biodiversity commitments. We need, in particular, to fully implement the EU nature legislation, focusing our efforts on completing the Natura 2000 network, especially for the marine environment, and on ensuring effective management and financing of Natura 2000 sites.

The ongoing fitness check of the EU nature legislation provoked the highest ever number of responses – over half a million – to a Commission public consultation, demonstrating the level of importance of nature and biodiversity to European citizens. It has also generated a huge amount of evidence. Here I would like to stress that the fitness check is an opportunity to consider how we can better ensure that the nature directives, which are key instruments in achieving our biodiversity goals, are both effective and efficient. There are issues about implementation, resources, sharing of knowledge and experience, and also the issue about the engagement of all stakeholders. All these issues deserve our full attention.

I would like to inform this Parliament that the Commission is on track to deliver its conclusions on the fitness check exercise in the spring and to propose follow-up action later this year. Yes, the nature directives play a central and critical role in halting biodiversity loss in Europe, but they are not enough on their own. We need to do more to effectively protect and restore biodiversity and ecosystem services both within and beyond the Natura 2000 network. Focusing on the positive economic gains through recognising and accounting for biodiversity will also be key. We must deliver on the broader goals of the EU biodiversity strategy, and this will ultimately depend on society's commitment to sustainable production and consumption.

It is very clear that we need to raise awareness about the value of nature and biodiversity, not only because nature and biodiversity are valuable in themselves and important for citizens, but also because they underpin our well-being and socio-economic development. This must be better understood and integrated into planning and decision-making. Our mid-term review particularly highlighted the importance of agriculture and forestry, which together cover no less than 80% of the EU landmass. It also highlighted the importance of marine fisheries development and trade policies. These sectors must therefore be at the heart of any solution to halting biodiversity loss. There are many excellent examples of local improvements as a direct result of good practices, and these carry an important message about the achievability of the 2020 biodiversity targets.

I would like to note that the adoption of the EU Regulation on Invasive Alien Species was a very significant achievement, and its implementation will enable the launch of targeted measures on the ground. This will go a long way towards tackling one of the main causes of biodiversity loss in the European Union. As you all know, the Commission wasted no time in developing a first list of species of Union concern and is already carrying out preparatory work with a view to updating this later this year.

Finally, at global level, we need to deliver on our international financial commitments whilst addressing the underlying causes of global biodiversity loss, including the impacts of EU consumption, production and trade. I hope that we can do all of this together so that by 2020 we will have a positive result, which will be a significant stepping stone towards our 2030 sustainable development goals.

Jordi Sebastià, *ponente de opinión de la Comisión de Desarrollo*. – Señora Presidenta, señor Comisario, ante todo quiero agradecer al autor su trabajo. Estamos ante un informe muy completo y absolutamente necesario.

Desde la Comisión de Desarrollo, como autor de nuestra opinión, quiero felicitar también a los colaboradores de los diferentes grupos por el texto conseguido. Me alegra ver que nuestras demandas más importantes se han introducido en el texto. Tenían un punto básico: pedir que las estrategias de la Unión Europea de colaboración para el desarrollo nunca apoyen políticas que vayan en detrimento de la biodiversidad. Jamás debemos financiar estrategias económicas que perjudiquen la diversidad ecológica.

Sabemos que las poblaciones más desprotegidas, como los indígenas o los campesinos, son las que más sufren ese mal llamado desarrollo. No hay desarrollo si no hay sostenibilidad, y no hay sostenibilidad si no se asegura la biodiversidad. La degradación de los ecosistemas amenaza a todas las especies, sobre todo a la especie humana.

El informe es claro, denuncia las pautas de consumo insostenibles y pone en evidencia que no es la legislación, sino su falta de aplicación la que está provocando la pérdida de biodiversidad.

Hago un llamamiento a votar favorablemente, por supuesto, y a que este Parlamento convierta la defensa de la biodiversidad en una de las banderas de Europa a escala global, y también contra esos Estados miembros que no cumplen sus obligaciones y, de modo irresponsable, ahogan el futuro de los ciudadanos.

Norbert Lins, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ganz herzlich beim Berichterstatter für die offene und ertragreiche Zusammenarbeit bedanken.

Die EVP-Fraktion unterstützt eine starke und zielgerichtete parlamentarische Reaktion auf die Halbzeitbewertung der Biodiversitätsstrategie und sieht darin auch einen Verweis auf den aktuellen Fitness-Check der beiden zentralen europäischen Naturschutzrichtlinien.

Als EVP-Berichterstatter bin ich gegen die Öffnung der Richtlinien und kritisiere nicht die Gesetzesgrundlage als solche. Vielmehr fordere ich politischen Willen von allen 28 Mitgliedstaaten für eine verbesserte Umsetzung.

Unser Initiativbericht sollte sich auf die Halbzeitbewertung im engeren Sinne fokussieren und nicht das weite Feld der gesamten Biodiversität abdecken wollen. Ich vertrete eine präzise und klare Antwort in Richtung Rat und Kommission. Aus diesem Grund hat die EVP einige geteilte Abstimmungen für die morgige Abstimmung beantragt.

Für eine verbesserte biologische Vielfalt ist die breite Akzeptanz und Mitwirkung aller betroffenen Akteure grundlegend. Naturschutz darf nicht über die Köpfe der Landwirte hinweg beschlossen werden, sondern muss in enger Abstimmung mit allen Akteuren geschehen.

Ich halte es für falsch, jetzt schon die gerade erst reformierte gemeinsame Landwirtschaftspolitik zu verurteilen. Die neuen Maßnahmen müssen erst einmal Wirkung entfalten können, bevor über mögliche Anpassungen nachgedacht wird. Nicht immer sind gesetzliche Vorgaben das einzige Instrument, auch Vertragsnaturschutz könnte eine Möglichkeit sein.

Karin Kadenbach, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Einfach zwei Botschaften: Erstens: Wir müssen ernsthaft Biodiversität vorantreiben. Zweitens: Es gibt ein ganz klares Bekenntnis dieses Europäischen Parlaments – und das wird auch morgen in der Abstimmung bestätigt werden – dass wir keine Überarbeitung dieser beiden Naturschutzrichtlinien brauchen. Wir sind davon überzeugt, und die Beispiele zeigen es auch ganz deutlich, dass diese Naturschutzrichtlinien dort, wo sie ordentlich implementiert sind, wo ordentlich umgesetzt wird, Nachhaltigkeit in der Biodiversität produzieren. Das heißt: Alles aufmachen, alles verändern würde zu einer Verunsicherung und zu einem negativen Effekt führen.

Herr Kommissar, wir appellieren deutlich an Sie: Wir brauchen das Leben – Bio –, wir brauchen die Diversität und wir brauchen die Vielfalt, aber wir brauchen ganz sicher keine Überarbeitung. Wir brauchen Ihre Unterstützung, die Unterstützung der Kommission bei der Implementierung in vielen Mitgliedstaaten und vor allem bei der Überwachung der Umsetzung. Das ist nämlich das große Problem. Ein großer Teil der Mitgliedstaaten ist in vielen Bereichen säumig. Das ist das, wo wir ersuchen, wirklich mit Nachdruck zu arbeiten.

Bio – das Leben, Diversität – die Vielfalt – wir verlieren jeden Tag 150 Arten auf dieser Welt. Das ist etwas, was wir im Zusammenhang mit der Qualität unseres Bodens, mit der Qualität unseres Wassers, mit der Qualität unserer Ökoservice-Dienstleistungen erleben. Versuchen wir gemeinsam, in den Mitgliedstaaten die Notwendigkeit der Umsetzung dieser Richtlinien klar zu machen. Die Bevölkerung – das zeigen uns alle Eurobarometer-Umfragen – ist dafür, steht hinter Biodiversität. Wir müssen sie nur mit Leben erfüllen. Wir brauchen kein Herumdoktern, wir brauchen keine Simplifizierungen, denn das bringt nur Verunsicherung und in Wirklichkeit eine Verschlechterung der Situation. Gemeinsam können wir unsere Ziele bis 2020 ganz sicher umsetzen.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Nie ulega wątpliwości, że bioróżnorodność należy chronić i państwem o takiej bogatej bioróżnorodności jest Polska. Sprawozdanie przygotowane przez pana posła Demesmaekera dobrze wskazuje kwestie problematyczne w dotychczasowej strategii dotyczącej ochrony różnorodności biologicznej. Jednakże zapisy dotyczące wydobywania gazu łupkowego zgłoszone przez Zielonych idą za daleko. Ich przyjęcie spowodowałoby niemożliwość wydobycia gazu łupkowego. Polsce zależy na zwiększaniu niezależności energetycznej od Rosji. Możemy to uzyskać poprzez właśnie wydobycie gazu łupkowego. Można to zrobić bez uszczerbku dla bioróżnorodności i nie ma żadnych podstaw, aby twierdzić, że wydobycie gazu łupkowego niesie większe ryzyko niż innego rodzaju działalność przemysłowa człowieka.

Catherine Bearder, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, this mid-term review could not be clearer: unless Member States step up their efforts to better deliver and enforce legislation in the EU, we will once again fail to meet our biodiversity targets for 2020 — just like we did in 2010.

Given this worrying trend, we cannot afford to waste time by opening up our legislation, which is recognised globally to be the gold standard in environmental protection, as it protects our biodiversity – namely, the Birds and Habitats Directive. Thanks to the Natura 2000 sites across the EU, thousands of species enjoy protection. These sites generate environmental and socio-economic benefits worth around EUR 300 billion annually. Revising the directives now would lead to years of legal uncertainty and would further divert us from reaching our biodiversity targets. We know what we need: better enforcement and implementation of existing laws. Protecting biodiversity makes economic sense too. If we miss our overall biodiversity targets, it is estimated that this will cost EUR 50 billion per year in lost natural services, never mind the risks of destroying the biosphere and permanently damaging the life-sustaining forces on our continent.

We all know that we are running out of time. There are things that you could do, Commissioner, to help us reach the 2020 targets. Will you commit here today to working with the Council to ensure better delivery of the regulations which protect our biodiversity? We know that the lack of enforcement by Member States is the big elephant in the room. Countries are refusing to accept their responsibilities, so it is very sad that the Council is not here today to take part in the debate. Will you, Commissioner, propose without delay an EU legal framework of environmental inspections and access to justice for those who are working to protect our treasured biodiversity? Citizens look to us to give them better tools to ensure that they can hold their governments to account. I understand you share this Parliament's frustrations, but these are steps that Europe can and must take to ensure we meet our biodiversity targets.

La Présidente. – Je n'accepterai pas de cartons bleus, mes chers collègues, parce que nous sommes très en retard, que c'est un très long débat et qu'il nous reste encore les interventions d'une minute.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, biodiversity across Europe is in crisis and the European Commission's own mid-term review admits it. No significant progress has been made on halting the degradation of our ecosystems and biodiversity loss. Pitifully, only one out of the six headline targets has shown any progress. I have listened to Commissioner Vella tonight and I have not heard him categorically rule out a revision of the nature directives. The nature directives have been shown to have tangible benefits in the protection of wildlife and ecological habitats, and I am extremely pleased that in this report we have clearly outlined that we object to any possible revision of these directives. We know it is the implementation and enforcement that remains the problem – not the legislation itself – so the European Parliament tomorrow is due to add its voice to the half-a-million citizens who responded loud and clear to the public consultation to protect these laws. The question is, Commissioner Vella: are you listening?

Margrete Auken, for Verts/ALE-Gruppen. – Fru formand! Tak for en god betænkning og tak for et forbilledligt samarbejde.

Kære kommissær Vella: *If it ain't broken, don't try to fix it!* Det er det budskab, du får hele vejen rundt her. Alle de flotte ord om alt det, der også skal gøres, lyder i vores ører truende! For det, vi kan høre, er, at det hele med en så mægtig dagsorden ender med at blive til ingenting og usikkerhed, som det er gentaget så mange gange her i dag. Nej, lad være med at pille ved direktiverne! Lad dem blive, men sørg for at de bliver opfyldt, at de bliver implementeret, og der kommer ordentlig kontrol! Det ved vi fra alle de undersøgelser, der er foretaget. Det er den melding, vi får rundt omkring.

Og ved du hvad? Jeg ved godt, at du er udsat for et voldsomt pres fra Kommissionen, og jeg kunne også godt blive bange for Timmermans, men alle vi folkevalgte, vi står hos dig og passer på dig! Vi skal nok sørge for, at du overlever også at stå godt fast på naturens side i denne sammenhæng; sørg for, at vi får en ordentlig implementering, det er nævnt hele vejen rundt. Jeg vil hertil også nævne Århuskonventionen, som nu bør implementeres fuldt ud, således at vi også får adgang til klage og prøvelse, altså at vi kan gå til domstolene.

Vi har så gode redskaber i dette hus og i dette system, hvis vi virkelig vil bruge dem. Så lyt nu til de folkevalgte, og det er Rådet, det er Parlamentet, og det er regionerne.

Marco Affronte, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la relazione che abbiamo sotto mano è ottima e ci abbiamo lavorato come *shadow rapporteur*. È stato fatto un ottimo lavoro dal *rapporteur*; la relazione è completa e particolareggiata, c'è dentro tutto e ci sono tante proposte. La sosterremo e crediamo, da quello che abbiamo sentito, che domani avrà il voto positivo di tutta l'Aula.

Il problema è che è un voto con l'amaro in bocca perché, nonostante il sostegno a questa relazione, nonostante il voto positivo, non ce la faremo a raggiungere gli obiettivi che ci sono nella strategia sulla biodiversità per il 2020. Il rapporto di medio termine è disastroso e non siamo nemmeno vicini a nessuno dei 6 *target* a cui cerchiamo di puntare per il 2020. Quindi, nonostante il nostro impegno, la situazione rimane disastrosa ed è deprimente vedere come gli Stati membri poco facciano per proteggere la biodiversità e per implementare le norme che potrebbero tutelarla e proteggerla e dare ricchezza, anche in conseguenza di questa tutela.

Signor Commissario, noi chiediamo, come tutti gli altri membri del Parlamento, che vengano mantenute la direttiva Habitat e la direttiva Uccelli senza revisione, ma con una migliore implementazione e attuazione.

Pilar Ayuso (PPE). – Señora Presidenta, señor Comisario, la protección de la biodiversidad nos importa mucho. Y en mi país, España, nos importa muchísimo, porque no en vano somos el país que más aporta a la Red Natura 2000. En los últimos años, además, hemos realizado grandes aportaciones también a la naturaleza en el medio marino. La legislación en vigor —se lo hemos dicho todos— es muy buena. Nos ha proporcionado un marco legal muy sólido y su aplicación ha alcanzado importantes metas, pero hay que ser ambiciosos y perfeccionistas. Ahora bien, no hay que modificarla. Es necesario solamente centrarse en el fortalecimiento y la mejora de la implementación de la legislación existente, aprovechando la experiencia que hemos adquirido. Modificar la legislación solamente sería un paso atrás. La Estrategia sobre la Biodiversidad hay que mantenerla y es muy buena; se está haciendo muy bien.

La tarea más importante es que la Comisión, con la colaboración de los Estados miembros, proponga directrices claras y concisas para su aplicación y que se puedan evitar así situaciones controvertidas y agravios comparativos. Y, a título de ejemplo, quiero señalar graves problemas que ocurren en mi país, por ejemplo, con el aumento de las poblaciones de lobos, que están causando muchos problemas en las amplias zonas ganaderas del norte de España. También me podría referir a la caza de pájaros, pero se me ha acabado el tiempo.

Renata Briano (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la perdita di biodiversità è dovuta principalmente a cause umane come inquinamento, consumo di suolo e cambiamenti climatici. È qui che dobbiamo intervenire! La biodiversità ha un valore socioeconomico enorme in quanto crea posti di lavoro – quattro milioni e mezzo nella rete Natura 2000. Il valore degli insetti impollinatori è stimato a 15 miliardi di euro l'anno, mentre i danni causati dalle specie invasive costano 12 miliardi di euro. Si capisce quindi che investire nella natura ha sì dei costi, che però non sono paragonabili a quelli dovuti al mancato intervento. Basti pensare ai danni causati dalle inondazioni.

Occorre coinvolgere tutti gli attori, come facciamo nell'intergruppo biodiversità, caccia e ruralità, dove lavoriamo insieme a ricercatori, agricoltori, forestali, cacciatori e parchi per trovare soluzioni comuni. Anche la politica comune della pesca deve coinvolgere nella tutela del mare non solo i pescatori, che stanno facendo sforzi enormi, ma anche gli enti locali, le aree marine protette, i trasporti marittimi e i porti. Pensiamo al problema della plastica in mare.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Madam President, after the previous European biodiversity strategy completely failed, I became rapporteur in 2011 on biodiversity, and we agreed here that this time it would be different. In this plenary hall we all emphasised the enormous importance of biodiversity for mankind. From the far left all the way to the far right, this time would be different, and yes, the reform of the fisheries policy was successful and made it much more sustainable. But what about the common agricultural policy and cohesion policy? There we failed. We did not make it more sustainable. So here we are in 2016, half way, and one conclusion stands: the EU fails seriously in achieving its biodiversity strategy. Simply muddling through is no solution any more. So, Commissioner – and the absent Council – do not let 500 million Europeans down, and please take serious steps on biodiversity.

Julia Reid (EFDD). – Madam President, we in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and Europe. In fact, I belong to the Wiltshire Wildlife Trust, which has preserved beautiful tracts of the county. Consequently we are willing to support the improvement of existing legislation on this issue. However, we believe that this task should be a national responsibility, and we therefore oppose new EU legislation in this area.

The best people to decide on natural habitats in Britain are the British. We do not trust the unelected European Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. As for climate change, I would suggest that currently in the UK, the greatest risk to wildlife is the unprecedented demand for housing as a direct result of population growth and migration into the UK, which is seeing our beautiful green and pleasant land rapidly disappearing under tarmac and concrete.

Francesc Gambús (PPE). – Señora Presidenta, Comisario, quisiera empezar felicitando al señor Demesmaeker por el trabajo realizado. Su informe es positivo —lo han dicho muchos oradores ya esta noche—.

Creo firmemente que la elaboración de este informe debe servir para contribuir al análisis de la situación de la legislación ambiental y posicionar a esta casa de cara a futuras revisiones de la legislación. Sin embargo, no es este todavía el momento de impulsar la revisión de dichas normas. Cada cosa a su tiempo: hoy toca analizar la aplicación de las mismas. Ir más allá en este momento podría ser causa de inseguridad jurídica que pusiera en peligro la biodiversidad, precisamente en la Unión Europea. Añadir, en paralelo a las amenazas existentes, tropiezos legislativos y políticos sería una torpeza.

Entre los muchos temas concretos que toca el informe, me gustaría destacar la necesidad de que la Comisión redacte sin demora una lista precisa y exhaustiva de las especies exóticas invasoras de la Unión para defender precisamente nuestra biodiversidad. Es necesario velar por que aquellas especies invasoras localizadas y peligrosas, de acuerdo con los informes de la EFSA, sean erradicadas antes de que se expandan alrededor de la Unión, mediante la elaboración de medidas de aplicación íntegras respaldadas por medios adecuados, tal como contempla el propio informe.

Los retos que nos plantean las especies invasoras serán cada vez mayores y debemos estar preparados para poder paliar y contener los efectos negativos que puedan tener también en las economías europeas. Las amenazas a la diversidad hoy son muchas y la ciudadanía es consciente de ello y nos exige actuar. En Amposta se verá este fin de semana.

Jan Huitema (ALDE). – De wereld staat voor een enorme uitdaging om voedsel te produceren en tegelijkertijd de druk op ons ecosysteem te verminderen. Dat gaat alleen als we slim samenwerken met de natuur, iets dat boeren en tuinders als vanzelf in de vingers hebben. Juist door nieuwe technieken en toepassingen produceren we steeds meer voedsel, terwijl we tegelijkertijd de milieu-impact verlagen en de gezondheid van onze dieren verbeteren.

Daarom ben ik van mening dat het grootste gevaar voor onze biodiversiteit niet de land- en tuinbouw is. Het grootste gevaar is onbegrip en gebrek aan kennis. Er is niet één oplossing voor het behouden van biodiversiteit, maar door modern te boeren verminderen we de druk op onze natuurlijke hulpbronnen en hebben we minder land nodig per kilogram voedsel. Een starre uitleg van Europese regels, zoals bijvoorbeeld in Nederland rondom Natura 2000 zorgt ervoor dat natuurbehoud op slot komt te zitten. Alleen door samen te werken, gebruik te maken van gezond boerenverstand en alle belanghebbenden mee te laten denken creëer je de beste oplossingen om de biodiversiteitsdoelen te halen.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Frau Präsidentin! Der Verlust von Biodiversität bedeutet nicht nur Verlust von Natur, sondern eben auch von ökologischem Reichtum. Dieses Haus ist sehr selten so einig, wenn es um mehr Vielfalt geht und um mehr Ökologie auch in unserer Natur.

Die Biodiversitätsstrategie 2020 bietet mit ihren sechs Grundpfeilern mit Sicherheit den richtigen Impuls. Aber – ich glaube, auch hier sind wir uns alle einig – gerade in der Umsetzung gibt es noch einiges an effektiver Arbeit überall in Europa zu leisten, um diese Ziele im Endeffekt auch zu erreichen. Ich begrüße deshalb vor allem auch die bessere Umsetzung der bestehenden Richtlinie. Eine Revision – und auch hier bin ich sehr froh, dass die Mehrheit des Hauses das so sieht – sollte keinesfalls zur Debatte stehen, weil das langfristig einfach nichts bringt.

Ein grundsätzliches Problem – und ich glaube, hierauf müssen wir noch viel stärker den Fokus legen – ist, dass Landwirte viel zu wenig mit einbezogen werden, wenn es beispielsweise um die Ausweisung der Natura 2000-Gebiete geht. Jahrelange Monokulturen sind weniger in Gefahr, irgendwann einmal unter Naturschutz gestellt zu werden, aber jene Landwirte, die wirklich sehr verantwortungsbewusst arbeiten und wirtschaften und dies in und mit der Natur tun, bekommen sehr oft plötzlich einen Bescheid, der sie mehr oder weniger dazu zwingt, die bestehenden Einkommen, die sie haben, nicht mehr weiter einzusetzen und umzusetzen. Wir müssen unbedingt darauf schauen, jene Landwirte stärker einzubeziehen und sie vor allem auch darin mehr oder weniger zu unterstützen, dass sie mehr für Biodiversität und Vielfalt tun.

Herbert Dorfmann (PPE). – Frau Präsidentin! In diesem Bericht stellen wir uns die Frage, ob unser europäischer Ansatz zur Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt sinnvoll und ausreichend ist. Wir sollten uns aber auch die Frage stellen, ob alle unsere Regelungen angebracht und auch zielführend sind. So haben wir zum Beispiel festgelegt, dass manche Tierarten in Europa praktisch nicht bejagt und auch nicht anderweitig kontrolliert werden können. Ganz gleich, wie viele Biber, wie viele Wölfe und wie viele Bären durch unsere Gewässer und unsere Wälder streifen – sie sind auf jeden Fall schützenswert, ganz unabhängig davon, ob sie dann wirklich ein Beitrag zur biologischen Vielfalt leisten.

Ich komme aus einem Gebiet in den Alpen, wo in den letzten Jahren die Wölfe und Bären in der Tat den Bauern das Leben schwer machen und immer öfter auch unmöglich machen. Es wird immer öfter unmöglich, Tiere auf der Weide zu halten. Leider erleben wir inzwischen auch sehr ernstzunehmende Zwischenfälle mit Menschen, und das ist gerade in den touristischen Gebieten alles andere als angenehm. Wir haben da wenig Einsehen, wir halten stur an den Programmen fest und glauben, dass große Beutegreifer überall wieder anzusiedeln sind.

Ich denke, wir brauchen einfach eine politische Debatte zu diesem Thema. Wir müssen abwägen zwischen sinnvoller Erhaltung der Biodiversität, alpiner Berglandwirtschaft und der Sicherheit der Bürger, sonst kommen irgendwann der Bär und der Wolf, und der Bergbauer geht. Das wird dann für die Biodiversität, vor allem in den Alpen, kein großer Fortschritt sein.

Alojz Peterle (PPE). – Ohrnanje biotske različnosti je zadeva našega preživetja. Poročilo je jasno – s podaljševanjem preteklih praks in dinamike ne bomo dosegli postavljenih ciljev. Uspemo lahko, če se bomo problema lotili s konceptualno in strateško enotnostjo ter voljo po spremembi paradigme.

Kako je z našo učinkovitostjo v tej zvezi kaže leto za letom umiranje čebel, od katerih je odvisna pridelava več kot $\frac{3}{4}$ hrane. Čebele ne umirajo same. Z njimi so ogrožene druge vrste. Škodljivo zadolževanje pri okolju in bodočih generacijah z napačnimi praksami v kmetijstvu in drugih sektorjih je treba odpraviti s konkretnimi politikami.

Prepričan sem, da imamo potrebno znanje za spremembo smeri. Skupno kmetijsko politiko moramo usmeriti v podporo načina kmetovanja, ki bo trajno usmerjen v ohranjanje biotske raznovrstnosti. Kmetijska politika mora imeti okoljsko dušo.

Interventions à la demande

Marijana Petir (PPE). – Gospodo predsednice, prema izvješću Europske komisije o ekonomskim koristima od europske mreže zaštićenih područja Natura 2000, pokazalo se da je postignut uspjeh u očuvanju prekrasnih vrsta na rubu izumiranja. Osim toga, zahvaljujući ulaganjima u zaštićena područja osigurano je izravno zapošljavanje oko 4,5 milijuna ljudi u Europskoj uniji.

Onima koji očuvanje bioraznolikosti ne smatraju problemom, moram poručiti kako je prema istraživanjima Eurobarometra iz rujna 2015. godine preko 80 % Europljana pokazalo zabrinutost smanjivanjem bioraznolikosti. 98 % građana Europske unije živi unutar 20 km od nekog Natura 2000 područja. Građani trebaju i žele pristup očuvanoj, zdravoj prirodi i zelenilu u blizini svojih domova. No, zaštita prirode ne smije predstavljati prepreku za lokalno stanovništvo i njihove aktivnosti, već se mora postići ravnoteža.

Po pokrivenosti kopnenog područja mrežom Natura 2000 Hrvatska je u samom vrhu Europske unije i želim da tako i ostane.

Tibor Szanyi (S&D). – Köszönöm szépen Elnök asszony a lehetőséget, bár itt a tolmácsolás miatt nem kaptam direktbe a jelzést, de megköszönöm a lehetőséget még egyszer. Ez a mai vita azt hiszem, hogy valamennyiünket arról győzött meg, hogy bár a vonatkozó rendelkezéseket, törvényi háttérrel jónak gondoljuk, mégis a megvalósításban látjuk a hibákat. Én azt hiszem, hogy itt elsősorban a tagországok kormányaira kell rámutassunk. Hiszen ők azok, akik mindig találhatnak valami olyan gazdasági érdeket, ami miatt onnantól kezdve elfordulnak a természetvédelem feladatától. Én azt gondolom, hogy szemléletváltásra van szükség, jelesen legalább annyira el kell ítélnünk a természet meggyalázását, mint amennyiben elítéljük az emberi jogok meggyalázását – akár gazdasági, akár más módon értelemben.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η γεωργία διαδραματίζει αναμφισβήτητα ένα σημαντικό ρόλο στην επίτευξη των στόχων της βιοποικιλότητας. Παράλληλα, όμως, θα πρέπει να υπάρχει ισοτιμία μεταξύ των αγροτών της Ευρώπης. Δεν μπορεί ο αγροτικός πληθυσμός των περισσότερων χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης να απολαμβάνει ελάχιστους ή και μηδενικούς φόρους στο αγροτικό πετρέλαιο και την ενέργεια, ενώ την ίδια στιγμή στην Ελλάδα η Τρόικα και τα μνημόνια να επιβάλουν δυσβάσταχτη αύξηση φόρων στο αγροτικό πετρέλαιο, καθιστώντας την αγροτική παραγωγή ολοένα και λιγότερο ανταγωνιστική.

Την ώρα, λοιπόν, που οι Έλληνες αγρότες παλεύουν να σώσουν το ασφαλιστικό και τον ΟΓΑ δέχονται ακόμη μια πτώση, καθώς, κύριε Vella, μετά από απόφαση της Επιτροπής, αλλά και της Επιτροπής Διεθνούς Εμπορίου της Ευρωβουλής, δρομολογείται η ελεύθερη και αδασολόγητη εισαγωγή στην Ελλάδα 70 000 τόνων λαδιού από την Τυνησία για την επόμενη διετία και μάλιστα αναδρομικά από 1ης Ιανουαρίου 2016. Στεκόμαστε λοιπόν δίπλα στους χεμαζόμενους από το μνημόνιο αγρότες μας και θα δώσουμε τη μάχη ώστε να σταματήσει η φτωχοποίηση των Ελλήνων αγροτών.

Ulrike Müller (ALDE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kollegen! Es ist wohl unstrittig, dass Biodiversität ein schützenswertes Gut ist und es weiterer Anstrengungen bedarf, um sie zu erhalten. Wir dürfen dabei aber nicht aus den Augen verlieren, dass wir die Anforderungen in ein ausgewogenes Verhältnis mit anderen Zielen setzen. Hier geht es mir vor allem um die Land- und Forstwirtschaft, die für die Erhaltung der Biodiversität eine bedeutende Rolle spielen.

Aus wissenschaftlicher Sicht erlaubt der Zwischenbericht keine tatsächliche Beurteilung des Status quo. Gerade die Aussage, dass Waldhabitate zu 80 % in einem ungünstigen Zustand sind, ist unseriös. Wie diese Aussagen getroffen werden, ohne dass eine umfassende Datengrundlage der 28 Mitgliedstaaten vorliegt, ist mir unklar. Wenn wir wirklich vorankommen wollen, benötigen wir deutliche Verbesserungen in der Kommunikation und Abstimmung mit Flächeneigentümern und Bewirtschaftern, mehr Raum für vertragliche Grundanreize und eine genaue Datenerfassung.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a fragmentação e a alteração dos habitats, a exploração excessiva dos recursos naturais, a introdução e propagação de espécies exóticas invasoras e as alterações climáticas são alguns dos fatores-chave que têm determinado a perda da biodiversidade.

A estratégia da União Europeia para a biodiversidade está longe de responder aos desafios com que nos confrontamos. É necessário não apenas um reforço dos meios para fazer face à perda de biodiversidade, mas também uma imprescindível modificação de um conjunto de políticas setoriais que influenciam a biodiversidade, travar e inverter o abandono rural, combater a intensificação e a homogeneização da produção agrícola, uma prevenção e combate às espécies exóticas invasoras, uma maior responsabilização da União Europeia pelo financiamento da Rede Natura 2000, com a criação de um instrumento financeiro específico dedicada à sua gestão, um reforço substancial do programa Life, pelo menos 1 % do orçamento da União Europeia, eis algumas das direções e medidas que avançámos nas propostas que fizemos de alteração a este relatório.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, of course I completely support the richness of biodiversity in my constituency, in the United Kingdom and indeed across Europe. From the wonder of the Washington wetlands, home of some of the world's rarest water birds, to the grey seal colony on the Farne Islands. From the beauty of the Durham Coast to the simple need to protect our songbirds.

Much of this report I agree with. I want to protect these as much as anyone else here. But then the report goes downhill. Where we need common sense, it proposes bureaucracy. Where we need to safeguard fish, it supports the wasteful common fisheries policy; and where we need localism, it proposes centralisation. You see, this place recognises the problem, but we have the solutions all wrong.

(Fin des interventions à la demande)

Karmenu Vella, Member of the Commission. – Madam President, on behalf of the Commission, I would like to thank Parliament for the very open and very strong commitment and support for the protection of our natural capital. I believe that, once adopted, this timely solution – together with the Council conclusions delivered last December – can very much help steer the EU towards achieving its biodiversity targets.

The Commission's mid-term review, the Council conclusions and Parliament's report all send a consistent message about the critical importance of the effective integration of biodiversity objectives with, and into, all the other sectors. The European Parliament has a very important and crucial role to play in reaching EU biodiversity targets, both in raising awareness of the value of biodiversity by actually integrating biodiversity objectives into other EU policies and by actually transforming the calls for this resolution into concrete decisions on EU policies and funding.

I could not agree more with the comments that we need a broader and full support of all stakeholders. This is very important. Any legislation without enough support is probably the hardest to implement. I also agree with a number of Members who expressed their opinion that the Member States have an important and most responsible role to implement. Member States, as was said by Catherine Bearder, have to step up their implementation. Ms Boylan asked me whether I can declare my position. I have to say that any position on this will not be the prerogative of only me, Commissioner Vella, but will be a collegial decision of the Commission based on the evidence gathered in the fitness check exercise. My objective is not to undermine existing legislation but to make sure we have all the necessary tools in place to achieve the 2020 target. I took note of what Ms Auken said. We have worked together in the past and I truly know how genuine she is. I can assure her that all members of the college, including First Vice-President Timmermans, are as much in favour of nature and biodiversity as are all of us.

To the many comments from the honourable Members who pointed out that we have to involve farmers if biodiversity targets are to be achieved: yes, I agree. We have been talking about implementation, but let us not forget that the state of the environment report, the state of the nature report, and the mid-term review itself, identify and point to a number of causes, not simply implementation. One of the causes which all the reports have identified is not agriculture but some of the bad practices in agriculture. In the implementation of the current CAP, the emphasis in the next years should be on ensuring that the potential of biodiversity support measures is used fully at the national and local levels. Given their role in managing landscapes, farmland and nature, farmers should be supported and rewarded for protecting and restoring biodiversity, and for the services they deliver to the public. Achieving the EU biodiversity targets is, after all, as important for society at large as it is for the farming sector itself. I think, as Ms Köstinger said, farmers have to be part of the solution.

I would like to finish on a positive note. The conclusions of the biodiversity mid-term strategy give grounds for both concern and optimism. While it is critical to reflect and act on the causes of insufficient progress, we should keep sight of what has been achieved. We have put in place important policy frameworks to build on. We have accumulated a true wealth of positive experiences to learn from and an increasing pool of knowledge to underpin decision-making. We have a growing network of stakeholders and citizens who are very committed to protecting and enhancing biodiversity. We need to capitalise on this to put the EU back on track to reaching our biodiversity targets.

My last thought is that the directives that we have been discussing are not an end in themselves. They are a means to an end, the end being achieving our 2020 targets. Whether we review our directives or not, I believe that we have to work harder. We have to work closely together to achieve this end.

La Présidente. – Le débat est clos.

Le vote aura lieu mardi, le 2 février, à 12 h 30.

Déclarations écrites (article 162)

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Într-o economie supusă în mod constant efectelor mondializării, precum și în contextul unei concurențe acerbe și al unei presiuni enorme pentru producții eficiente de alimente pentru a hrăni populația mondială aflată în creștere rapidă, există presiuni foarte mari asupra biodiversității la nivel mondial și a sectorului agricol, în special, ceea ce determină schimbări ireversibile care sunt foarte dăunătoare pentru natură, societate și economie. La nivelul Uniunii, avem un număr considerabil de exploatații agricole mici și mijlocii și familiale care cultivă încă soiuri diverse de plante, ceea ce reprezintă un punct de reper pentru găsirea de soluții pentru diferitele nevoi și utilizări din comunitățile rurale, dar și pentru a reduce vulnerabilitatea culturilor în fața intemperiilor, a dăunătorilor și a bolilor. Cetățenii europeni și nu numai trebuie să fie conștienți de costurile economice semnificative pe care le generează declinul biodiversității, mai ales dacă ținem cont că, până acum, aceste costuri nu au fost integrate suficient în politicile economice și de altă natură, dar și de faptul că biodiversitatea are un potențial semnificativ de a crea noi competențe, locuri de muncă și oportunități de afaceri.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), schriftelijk. – Maar liefst een kwart van alle Europese diersoorten wordt met uitsterven bedreigd en vele ecosystemen lopen gevaar. Ondanks het Europese natuurbeleid, is het natuurherstel volstrekt onvolgende. De bescherming van de natuur moet daarvoor versterkt worden. Natuurherstel kan echter alleen succesvol zijn als de oorzaken van het verlies worden weggenomen.

Eén van de grootste bedreigingen voor de biodiversiteit is de intensieve veehouderij. De Nederlandse varkenssector alleen veroorzaakt al 34 miljoen dollar schade door natuurverlies. De enorme uitstoot van stikstof vervuult het oppervlaktewater, de lucht en de bodem, waardoor de biodiversiteit in de omgeving van veefabrieken afneemt. Maar de destructiviteit van de intensieve veehouderij reikt tot in de regenwouden van Latijns-Amerika, die plaats moeten maken voor gigantische maïs- en sojavelden. En dat allemaal om de miljarden dieren in de Europese bio-industrie te voeden.

Een omschakeling naar duurzame landbouw en veeteelt is noodzakelijk om het verlies van waardevolle natuur en het uitsterven van duizenden dier- en plantsoorten te stoppen. Daarom zouden Brusselse pogingen om bestaande natuurbeschermingswetten om zeep te helpen direct moeten worden gestaakt. De Europese Vogelrichtlijn en Habitatrichtlijn zijn belangrijk en zouden niet versoepeld, maar juist versterkt én beter gehandhaafd moeten worden om het dramatische verlies van de biodiversiteit in Europa te stoppen.

György Hölvényi (PPE), írásban. – A biológiai sokféleség biztosítja azoknak a forrásoknak a fennmaradását és megújítását, amelyek nélkül a talajképződés, a tápanyagok és a víz körforgása nem lenne lehetséges. A biológiai sokféleség csökkenése veszteség a természetnek és a gazdaságnak egyaránt. Nem tettünk eleget a létünk alapjait jelentő biodiverzitás megőrzéséért. Az Európai Bizottság félidei értékelése szerint az Unió fontos természetes élőhelyei több mint háromnegyedének állapota nem kielégítő, és több faj is a kihalás veszélye fenyeget. Osztrák kollégáimmal, Elisabeth Köstingerrel közösen jegyzett módosító indítványomat nagy többséggel támogatta a környezetvédelmi szakbizottság. A biológiai sokféleségre kifejtett negatív hatások elkerülése érdekében az elővigyázatosság elvét ugyanis maradéktalanul alkalmazni kell a GMO-k uniós engedélyezése során. A kártevőkkel szemben ellenálló GM növények lehetetlenné teszik az integrált növényvédelem alkalmazását, aminek a lényege, hogy csak akkor avatkozunk be, amikor azt a kártevők felszaporodása indokolta teszi. A biodiverzitás védelme érdekében sosem írhatjuk ki teljesen a kártevő állományt, csak egy bizonyos szint alá csökkentjük. Komoly aggodalomra ad okot továbbá, hogy a genetikailag módosított valamint a hagyományos növények együttermesztése a gyakorlatban teljes mértékben soha sem valósítható meg. A GM növények

beszennyezhetik az ökológiai természet alatt álló területeket. Végül kiemelném, hogy jellemzően nagyüzemű, monokultúrás természeti módjuk miatt a GMO-k élelmiszer-biztonsági kockázatot jelentenek az ilyen növényeket befogadó országokban és régiókban.

Pavel Poc (S&D), írásban. – Evropa čelí krizi. Jde o zvláštní paradox. Na rozdíl od jiných není tato krize ani mediálně známá, ani prioritou pro politiky nebo předmětem krizových zasedání členských států EU. Jde o krizi bezprecedentních rozměrů, která může ohrozit jedno z každých šesti pracovních míst v EU. Přesto není součástí vize Junckerovy Evropy, která má především zajistit růst a práci. Odborníci se shodují na negativních dopadech, kterým bude muset Evropa čelit, evropské vlády nicméně problému nepřisuzují zvláštní důležitost a implementují existující legislativu jen ve velmi omezeném rozsahu. O tom, že je krize, jsou přesvědčeni i samotní Evropané: 80 % považuje její dopady za velmi závažné a více než 500 000 z nich se vyjádřilo v rámci konzultace, která s touto krizí souvisí. Kdo nebo co je v ohrožení? Příroda, konkrétně její biologická rozmanitost. To, že Evropská unie není schopna splnit ani svoje vlastní cíle v oblasti biologické rozmanitosti, není žádné tajemství. Strategie do roku 2010 jednoznačně selhala a současné trendy jasně ukazují, že směřujeme naprosto k identické situaci i v roce 2020. Bez správné implementace existující legislativy, především směrnic o ochraně přírody a nařízení o invazních nepůvodních druzích, nelze doufat, že se situace v následujících letech zlepší. Ochrana biologické rozmanitosti se musí stát politickou prioritou.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), in writing. – Europe's biodiversity is in decline and not due to the absence of measures but due to a poor implementation of the current legislation. Therefore, better implementation and enforcement of Nature directives, together with adequate funding, would represent the best way to act today; this would be a great step to achieve the 2020 biodiversity target with a positive impact on nature, people and businesses.

Clearly, for better results, we need the involvement of all stakeholders, regional and local. We need a holistic approach of biological diversity in agriculture and the environment. The role of the common agricultural policy should not be forgotten here, together with the impact of individual farmers in preserving biodiversity.

According to Eurobarometer, over 80 % of Europeans are concerned about the loss of biodiversity in Europe and therefore, it is not the time now to revise the Nature directives, as such a measure would lead to delays and uncertainty. It is time for better actions at EU and national levels.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen, den hier vorgelegten Bericht zu dem Thema „Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt“ begrüße ich sehr. Das Thema ist nämlich eines der wichtigsten Themen für uns Menschen. Die Bezeichnung „biologische Vielfalt“ bezieht sich auf mehrere Ebenen unseres Lebens: die Artenvielfalt, die genetische Vielfalt sowie die Vielfalt der Lebensräume und Ökosysteme. Eine reiche biologische Vielfalt ist eine wichtige Grundlage für die Erhaltung von natürlichen Prozessen, die dem Menschen dienen. Beispiele sind die natürliche Schädlingsregulierung, die Bestäubung von Obstblüten durch Insekten und die Auf- und Abbauprozesse im Boden. Nicht ohne Grund sagte Albert Einstein, dass wenn die Biene einmal von der Erde verschwindet, der Mensch nur noch vier Jahre zu leben hat. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, keine Tiere mehr, kein Mensch mehr. Es ist wichtig, dass wir Maßnahmen einbringen, die den Verlust von biologischer Vielfalt mindern. Meinem Kollegen Mark Demesmaeker danke ich sehr, dass er dieses Ziel vorbildlich erreicht und dafür Mehrheiten gefunden hat. Zählen Sie auch mich zu den Unterstützern.

16. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

La Présidente. – L'ordre du jour appelle les interventions d'une minute, selon l'article 163 du règlement.

Pál Csáky (PPE). – Elnök Asszony! Napjaink egyik kulcsszava a szolidaritás. Európai szinten ezt egy elhibázott döntés korrekciójaként emlegetik többen: az Európába beözönlött migránstömeg egy részének újraelosztását a tagállamok között. Van azonban ennek a kifejezésnek egy eredetibb jelentése is: társadalmat vállalni azokkal, akik valamilyen oknál fogva nehéz helyzetbe kerültek. Szlovákiában, ahonnan származom, napok óta sztrájkolnak egészségügyi nővérek és pedagógusok. Rossz munkakörülményeik és alacsony fizetésük vitte ki őket az utcára. Kedves barátaim, ha komolyan vesszük Európa jövőjét, akkor erőteljesebben oda kell figyelniünk a Kelet-Közép-Európából jövő hangokra is. Amelyek hónapokkal ezelőtt figyelmeztettek a migránsválság következményeire, s most a sztrájkoló pedagógusok, nővérek arra figyelmeztetnek, hogy Európa gazdagabb fele ne legyen önző.

Az agyelszívás, a nővérek, orvosok elszívása megbosszulja magát. Európa keleti fele nemhogy közeledne a fejlettebb Európához, de sok kérdésben elmarad tőle. Erre a jelenségre oda kell figyelnünk addig, amíg visszafordíthatatlan problémát nem okoz.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, trebuie să schimbăm modul în care facem politică. Trebuie să schimbăm modul în care facem politică în Europa, pentru că politica nu ține de privilegii, interese partizane sau rezultate în alegeri. Politica se referă la ce facem pentru oameni.

În țara mea, România, se vorbește zilele acestea despre tururi în alegeri când, de fapt, trebuie să vorbim despre combaterea sărăciei, despre nevoia unor politici de dezvoltare, despre educație sau sănătate, despre persoane marginalizate, despre proiecte concrete pentru oameni. Și noi vorbim astăzi în plenul Parlamentului European, la ora doisprezece noaptea, în fața unei săli aproape goale, în speranța ca mâine cineva să ne audă.

De aceea, este important ca noi, aici, în Parlamentul European, să dăm tonul acestei schimbări de mentalitate și am încredere că o putem face. Iar pentru acest lucru trebuie să schimbăm și mecanismele, dar mai ales obiectivele. Oamenii nu mai au răbdare și este timpul să livrăm. Este timpul să facem lucruri concrete și, în acest sens, primul pas este Planul european de investiții strategice, care trebuie să fie mai transparente, să ajungă la oameni, trebuie să implice IMM-urile și trebuie să facă în așa fel încât să funcționeze și să aducă redresarea economică a Europei.

Marek Jurek (ECR). – W tej chwili Komisja Europejska bierze pod nadzór mój kraj, bierze Polskę. Wielokrotnie na tej sali były atakowane Węgry, za każdym razem w imię rzekomego naruszenia wartości Unii Europejskiej zdefiniowanych w artykule 2 Traktatu o Unii Europejskiej. Tylko czemu właściwie to służy, kiedy widzimy, jak po tragicznej nocy sylwestrowej w Kolonii zaczęły stopniowo wychodzić dzień po dniu na jaw fakty, które całkowicie zaprzeczają temu rzekomemu powszechnemu szacunkowi dla wartości zdefiniowanych w artykule 2? Co wspólnego z prawem społeczeństwa do prawdy, z rządami prawa, z wolnością słowa – co wspólnego ma zatajanie informacji przez policję przed społeczeństwem, bo te informacje mogłyby kompromitować oficjalną politykę migracyjną? Co wspólnego z osławionymi prawami mniejszości ma zatajanie informacji, bo mogły przyznawać by rację nonkonformistom politycznym, tym, którzy w danym momencie są w mniejszości? Czas, żebyśmy wszyscy się zastanowili, czemu służy tak naprawdę ta kampania w imię tych rzekomych wartości.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, la Acería Compacta de Sestao, en el País Vasco, ha anunciado un cese indefinido de la actividad de una planta innovadora, flexible, pionera en economía circular y que utiliza pactos constructivos para conservar el empleo en una plantilla altamente cualificada. Es el símbolo de cómo el desarrollo 2020 salvó una zona industrial. Ahora el dumping chino, pero, además, la situación de los mercados europeos de la energía y financiero amenazan la estabilidad de miles de familias que deben ser el centro de nuestra actuación y atención. Porque antes que nada hablamos de personas, de vida, de sostenibilidad y de justicia social. Hablamos del origen y el sentido último del proyecto europeo.

Por eso, exigimos una inmediata y enérgica reacción frente a productos foráneos que incumplen nuestros estándares sociales y ambientales. Por eso, hay que acabar con diferencias escandalosas en los precios de la energía y el dinero en el mercado interno. Así, la excelencia será la clave de la competitividad y de una apuesta decidida por la reindustrialización. Porque la crisis en el sector vasco del acero es el síntoma de una enfermedad profunda y general que amenaza a muchas empresas y empleos y necesita, señor Comisario, respuestas urgentes e inmediatas, respuestas europeas.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora Presidenta, quiero instar a la Unión Europea a que actúe ante la situación que se está dando con la central nuclear de Garoña en el Estado español.

Es una vergüenza que se plantee siquiera volver a ponerla en funcionamiento, alargando el plazo de explotación otros quince años más: plantean someter al riesgo de catástrofe nuclear a la Unión Europea.

El Gobierno del Partido Popular está haciendo oídos sordos a la recomendación de la Comisión Europea de revisar los reactores obsoletos de Garoña y Cofrentes, a los que se les diagnosticó un fallo de fabricación tras tener que interrumpir dos similares en Bélgica. Se está haciendo oídos sordos a miles de personas que luchan por detenerlo.

Pedimos que el Consejo de Seguridad Nuclear y la Comisión Europea, en el marco del Tratado Euratom, detengan esta situación. Por favor, recuerden este nombre, Señorías: Garoña. Y no permitan que se convierta en el nuevo Fukushima europeo.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Madam President, at the 28 October sitting, this plenary approved a resolution on the European Citizens’ Initiative. I worked on it as a shadow of the Verts/ALE Group, which had to abstain because the resolution did not officially tackle the main issue of an ECI, which is the follow-up. Indeed, in the last years only three out of nearly 50 proposed ECIs succeeded, and none led to legislative change. That is why a proper follow-up is so important. In addition to that, we now get extremely bad news, according to which the Commission labels the ECI as a threat. I firmly protest against this and wish that such a negative attitude will soon be rectified. With this opinion, the Commission backs and reinforces Euroscepticism. The Commission itself attacks the European project. Unbelievable.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Sicilia, così come in tante regioni del Mediterraneo, l’agricoltura produce delle eccellenze straordinarie. Pensate ai pomodori di Pachino, alle arance di Ribera o della Piana di Catania, oppure a questo meraviglioso olio d’oliva extravergine. Eppure l’Unione europea cosa fa? L’Unione europea, al posto di tutelare le produzioni d’eccellenza, pensa a devastarle. Così, memore dell’esperienza devastante del trattato UE-Marocco sul comparto agroalimentare, si è ben pensato di proporre l’aumento di altre 35 000 tonnellate di olio d’oliva proveniente dalla Tunisia.

Ora, la domanda che voglio fare io è molto semplice ed è rivolta ai deputati dei paesi mediterranei che sono soprattutto nei grandi gruppi di questo Parlamento, con particolare riferimento anche agli italiani e al Partito democratico. Allora voi, se non siete in grado di difendere le nostre tipicità, se non siete in grado di bloccare queste oscenità, vuol dire che qui ci venite soltanto a fare numero, solo per l’indennità.

Laurențiu Rebega (ENF). – Doamnă președinte, este clar că trebuie să fim cu toții uniți pentru a lupta eficient împotriva amenințării terorismului și a ne proteja frontierele externe. Austria a suspendat temporar acordul Schengen. Grecii riscă să fie suspendați din spațiul Schengen din cauza gestionării fluxului de refugiați, iar, recent, Suedia a decis o expulzare în masă a imigranților ilegali. Toate aceste evenimente pun în pericol spațiul Schengen, iar în următoarele luni, așa cum se arată, cred că și alte state vor lua o decizie asemănătoare Austriei. Ținând cont de această situație, România, care a îndeplinit toate condițiile pentru aderare, a fost refuzată în mod categoric, alături de Bulgaria, și este obligată să accepte cotele impuse de către Uniune.

E o situație mai mult decât contradictorie. Ce face Uniunea Europeană pentru cele două state? Ce atitudine ar trebui să adopte cele două țări acum? Ne-am luptat atâția ani să aderăm la spațiul Schengen, iar acum, când acesta este în declin total, o să continue să fie negată intrarea pe aceleași motive puerile care, în contextul actual, sunt doar niște pretexte fără sens.

Așadar, îmi poate răspunde cineva dacă România va fi sau nu primită în spațiul Schengen?

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Mamy rozmawiać o sytuacji Unii Europejskiej. Najlepszą ilustracją tej sytuacji jest to, że na tej sali kilkanaście minut temu ktoś zaproponował, żeby Unia Europejska pokazała Chińczykom, jak należy się szybko rozwijać i nikt na tej sali nie dostał ataku śmiechu, słysząc tego typu propozycję.

Proszę państwa, przecież Chińczycy znają obce języki i rasa chińska, rasa żółta ma iloraz inteligencji o kilka punktów wyższy niż my. Jeżeli oni czytają, słyszą tego typu wypowiedzi, jeżeli oglądają – jeżeli komuś się chce oglądać obrady tego Parlamentu – to przecież muszą się z nas śmiać do rozpuku. Bardzo proszę, żebyśmy wreszcie podczas obrad mówili na jakimś takim poziomie, żeby ktoś może przeczytał jakiś podręcznik ekonomii, zajął się na ten temat wypowie.

A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Esther Herranz García (PPE). – Señora Presidenta, queridos colegas, el pasado 19 de enero, sin aviso previo ni causa aparente que lo justifique, la empresa riojana Altadis anunció el cierre de su factoría del polígono El Sequero el próximo 30 de junio. Esta injustificada decisión, ya que Altadis no es deficitaria, deja en la calle a 471 personas directamente, e indirectamente a muchas más: autónomos y empresas contratistas y de servicios a la propia empresa.

Insto, desde aquí, a la Comisión Europea y a sus Señorías del Parlamento Europeo a impedir que este cierre se consume.

Desde aquí me uno al clamor de la sociedad riojana en su conjunto que, durante las últimas dos semanas, ha expresado de una forma clara y directa el rechazo unánime a este cierre absolutamente injustificado. Me uno a los esfuerzos del Gobierno de La Rioja, del Comité de Empresa y de los riojanos en general para evitar el cierre de esta factoría, para que todos juntos podamos impedir la deslocalización de una planta industrial que lleva más de cien años creando puestos de trabajo y riqueza en mi región, y cuyo cierre también supone un riesgo severo para más de 10 000 familias cultivadoras.

Tibor Szanyi (S&D). – Madam President, it appears that a few hundred terrorists have managed to paralyse the European Union by creating fear and dissension among its Member States. This fear has intensified disunity between European governments, many of which are now seriously repressing the rights and freedoms of citizens.

They are doing this on the ground as if this were the most efficient way to fight terrorism. They could not be more wrong. Disintegration is clearly not an adequate way to lower the terror threat in Europe. However, it is a great tool to concentrate too much uncontrolled power in the hands of certain governments. The Hungarian Government knows this well, as it has recently proposed a so-called constitutional amendment to introduce the notion of a state of terrorist threat. The proposal would allow Prime Minister Orbán to rule without control by decree for 60 days, or even more, but avoids giving a definition of ‘terrorist threat’, leaving it to the Government to identify.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι υπερήφανοι αγρότες της πατρίδας μου, της Ελλάδος, βρίσκονται στο πόδι, βρίσκονται στα μπλόκα και παλεύουν για την ίδια τους την επιβίωση. Η Τρόικα και οι δανειστές με την μνημονιακή τους πολιτική, την οποία εφαρμόζει η συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ/ ANEL, διαλύουν τον πρωτογενή τομέα, επιβάλλουν φορομπηχτικό ρεσάλτο στις τσέπες των αγροτών, φορολογούν άγρια τη γη που καλλιεργούν, επιβάλλουν κατασχέσεις στις κοινοτικές επιδοτήσεις, βάζουν χέρι στους τραπεζικούς λογαριασμούς των αγροτών και διαλύουν το ασφαλιστικό τους σύστημα.

Όμως οι αγρότες και οι κτηνοτρόφοι αντιστέκονται και κλιμακώνουν τον δικαιο αγώνα τους. Στο πλευρό τους βρίσκεται ολόκληρη η ελληνική κοινωνία, οι ελεύθεροι επαγγελματίες, οι συνταξιούχοι, οι εργαζόμενοι. Πρόκειται για τη συγκρότηση μιας νέας κοινωνικής, αντιμνημονιακής συμμαχίας που είναι αποφασισμένη να κλείσει το δρόμο στην Τρόικα. Μια νέα κοινωνική συμμαχία που θα εκφραστεί μαζικά, δημοκρατικά και αγωνιστικά στη γενική απεργία της 4ης Φεβρουαρίου την προσεχή Πέμπτη. Γιατί όλοι οι Έλληνες παλεύουμε ενωμένοι για να πετάξουμε την Τρόικα έξω απ την πατρίδα μας και να ξαναπάρουμε πίσω την Ελλάδα.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, one hundred years ago the Irish Republic was declared. As a nation, we should be celebrating our centenary and celebrating the brave men and women who fought for Irish freedom, but instead, the Irish Government, whose Fine Gael members sit across this Chamber, would like to see our history erased – not just figuratively, but literally. They want to demolish the site where the leaders of the 1916 Easter Rising spent their last hours before their execution. They want to demolish a site that the National Museum of Ireland has declared is the most important historic site in modern Irish history. They want to demolish the site that the Imperial War Museum in London has declared as the most intact city battlefield in the whole of Europe. They want to deny the future generations of Ireland in Europe their historical heritage and instead replace it with a shopping centre, like some sort of crass, shining beacon to their neo-liberal agenda. I want to put it on this Parliament's record that this will not be tolerated. Our heritage belongs to everyone, and tomorrow I take the fight to the Council of Europe.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Commissione europea ha accusato il governo polacco di attentare alla libertà dei media e del pluralismo. Questo perché con la nuova legge il ministro del Tesoro ha il potere di nominare e revocare i vertici delle aziende della televisione pubblica.

Allora perché la Commissione non accusa anche il governo italiano? La Commissione forse non sa che il Premier Renzi si è attribuito il potere di nominare e scegliere il super amministratore delegato della RAI, inaugurando di fatto un sistema di televisione pubblico degno di un regime fascista.

Forse la Commissione non sa che in Italia i partiti si scelgono i direttori di rete, i direttori dei telegiornali e i conduttori dei programmi televisivi, soprattutto quelli politici, e che i giornalisti che non sono graditi vengono cacciati. Potrei fare, tra gli altri, l'esempio più clamoroso, quello di Enzo Biagi che fu cacciato con l'editto bulgaro.

Onorevoli colleghi, ora sapete tutto, non potete più tacere. Noi del Movimento 5 Stelle pretendiamo che la Commissione intervenga in Italia così come in Polonia. Ve lo ripeto: non potete più tacere!

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το νομοσχέδιο για το ασφαλιστικό είναι μέρος του τρίτου μνημονίου που υπέγραψε η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ/ΑΝΕΛ με την Ευρωπαϊκή Ένωση και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο και ψήφισαν όλα τα άλλα αστικά κόμματα. Αποτελεί επιταγή του μεγάλου κεφαλαίου. Υλοποιεί στρατηγικές κατευθύνσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης που προβλέπουν την κατάργηση του κοινωνικού χαρακτήρα της ασφάλισης, την αντιμετώπισή της ως ατομική υπόθεση, φορτώνοντας στις πλάτες των εργαζομένων αβάσταχτες εισφορές, μειώνοντας συντάξεις, αυξάνοντας όρια ηλικίας συνταξιοδότησης μέχρι τα βαθιά γεράματα.

Η μετατροπή της σύνταξης σε επίδομα πτωχοκομείου, μαζί με την ενσωμάτωση της ευρωπαϊκής οδηγίας Φερεγγυότητα II (Solvency II) ανοίγει τον δρόμο για την αύξηση της πίτας των ομίλων ιδιωτικής ασφάλισης. Οι μικρομεσαίοι αγρότες επιβαρύνονται με εξοντωτικές αυξήσεις εισφορών που μαζί με τους όρους της νέας ΚΑΠ τους ξεκληρίζουν, πριμοδοτώντας τους μεγαλοαγρότες και τους ομίλους.

Η κυβέρνηση εδώ και τώρα να αποσύρει το νομοσχέδιο λαιμητόμο. Την Πέμπτη, 4 Φεβρουαρίου, στην απεργία οι εργάτες έχοντας στο πλάι τους τη μικρομεσαία αγροτιά και τα μπλόκα της, και τους αυτοαπασχολούμενους, μπορούν να δώσουν μαζική αποφασιστική απάντηση

Andor Deli (PPE). – A TEN–T közlekedési folyosók meghatározásával jelentősen javult és ésszerűsödött a transzeurópai infrastruktúra fejlesztése, tervezhetősége és pénzelhetősége. A tavaly nyári bécsi egyeztetéseknek köszönhetően immár nemcsak az EU-tagországok, hanem a nyugat-balkáni tagjelöltek vonatkozásában is lefektetésre kerültek a TEN–T folyosók útvonalai, ami három meglévő TEN–T vonal kibővítését jelentette, és aminek köszönhetően sikerült végre a teljes kontinenst átfedő térképet megrajzolni. Azonban ahhoz, hogy a folyosó teljes hosszán egységesen megvalósuljon a pozitív közlekedési és gazdasági hatások és megszülethessen az úgynevezett folyosóeffektus, a „corridor effect”, szükség van az EU által biztosított pénzelési mechanizmusok újragondolásához.

Hiszen az nagyban különbözik tagországok és tagjelöltek esetében, így minden jóakarat mellett is megmaradnak a szűk keresztmetszetek. Arra kérem a Bizottságot, hogy a TEN–T folyosók felülvizsgálata során teremtsen meg a megfelelő jogi és pénzügyi háttérrel annak érdekében, hogy a folyosóeffektus sikeresen megvalósulhasson.

Andrejs Mamikins (S&D). – *Deputāts runāja latgaliski.*

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, pakolaisvirrat eivät jakaudu tasaisesti jäsenmaiden kesken. Nyt vaaditaan reilumpaa taakanjakoa. Hyvä on, ollaan reiluja ja aloitetaan tästä: Suomi on kärsinyt muita enemmän Venäjään kohdistuvista kauppapakotteista. 400 miljoonaa euroa, näin paljon kauppasota on rokotanut suomalaisten maataloustuotteiden Venäjän vientiä. Kuka tämän korvaa?

Ei, en kannata nyt pakotteiden poistoa. Se lähettäisi väärän viestin Kremliin. Kannatan kuitenkin reilumpaa taakanjakoa. Jos pakolaisvirrat halutaan tasata, myös kauppapakotteista koituva taakka tulisi jakaa jäsenmaiden kesken. Mikä sitten voisi olla sopiva mekanismi tähän? Tästä haluaisin keskustelua.

Margot Parker (EFDD). – Madam President, we all heard about the shocking situation in Cologne and elsewhere, where women were assaulted and harassed by groups of migrant and refugee men. How have we let this happen? The EU expanding the meaning of the 1951 Geneva Convention is at the heart of it.

The Geneva Convention is the only international definition of a refugee: someone who is genuinely in fear of persecution due to race, religion, nationality, membership of a particular social group or political opinion. However, the EU has expanded this and created its own definition through the Qualification Directive. This now includes anyone fleeing situations of international or internal armed conflict and not just those in legitimate fear of persecution. So the EU has opened the door to countless millions, and in 2015 this led to over one million people arriving in Europe, the majority of them men. This open-door policy to countries and cultures that treat women as second-class citizens has put us all at very great risk.

Ivana Maletić (PPE). – Gospođa predsjednice, lokalne jedinice često imaju dobre ideje i pripremaju izvrsne inovativne projekte kojima žele osigurati kvalitetniji život građanima po pristupačnijim cijenama. Zeleni gradski prijevoz, obnovljivi izvori energije, digitalizacija i nove *smart* usluge samo su dio projekata koje pripremaju.

Veliki problem u realizaciji je nedostatak izvora financiranja i neinformiranost o programima iz kojih bi se projekti mogli financirati. Pozivam Europsku komisiju da u suradnji s državama članicama uvede nove načine komunikacije i informiranja kojima će programe Unije, novi Europski fond za strateška ulaganja, programe EIB-a, EBRD-a i drugih europskih financijskih institucija približiti lokalnim jedinicama.

Najčešće čujemo od predstavnika da sredstava ima, ali dobro strukturiranih projekata nema. Upravo zato, barem za one projekte koje imamo, trebamo boljim informiranjem olakšati put do financijskih sredstava.

Javi López (S&D). – Señora Presidenta, intervengo en el Pleno del Parlamento Europeo y ante la Comisión Europea para denunciar la reciente aprobación en España, por parte del Gobierno en funciones del Partido Popular, del Plan Hidrológico de la Cuenca del Ebro.

El Plan Hidrológico de la Cuenca del Ebro pone en serio riesgo el Delta del Ebro y su gran e importante ecosistema y además, significa un ataque socioeconómico sobre el territorio. Un plan aprobado sin diálogo ni con las administraciones catalanas ni con las locales. Un plan que no ha tenido en cuenta la participación ciudadana ni la opinión de la Plataforma en Defensa de l'Ebre y un plan que, además, también viola la legislación y normativa europea, como las Directivas en defensa de la protección del hábitat, el agua o las aves.

Hay importantes movilizaciones este fin de semana. Una delegación del Parlamento Europeo visitará el Delta el próximo lunes y continuaremos defendiendo l'Ebre allá on ens calgui.

Franc Bogovič (PPE). – Po neuspešnem dvajsetletnem obdobju, ko so koncesionarji v slovenskih državnih gozdovih poskrbeli predvsem za svoje žepe, se je levosredinska slovenska vlada odločila, da ustanovi državno podjetje, ki bo zaposlovalo gozdarje, sekače, kupovalo traktorje, gospodarsko opremo, gradilo logistične centre z državnim denarjem in na trgu prodajalo les.

Ustanovitev podjetja slovenski državni gozdovi je velika nevarnost za sistemska tveganja, ko bo poslovanje državnega podjetja pod vplivom interesnih skupin, medstrankarskih bojov in ponesrečenih kadrovskega rešitev. Hkrati pa se pojavlja nevarnost za sistemske korupcije.

Žal imamo v Sloveniji že veliko takšnih primerov. Državno podjetje bo z državnim denarjem in državnim poroštvom konkuriralo ostalim ponudnikom na trgu. Država tako vstopa na tanek led vmešavanja v prosti trg, na področje konkurenčnosti, in se tako lahko znajde pod drobnogledom Evropske komisije.

Potek koncesije v državnih gozdovih bi lahko izkoristili za boljše gospodarjenje z državnimi gozdovi, žal pa bo lahko postal ponor za davkoplačevalski denar.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Madam President, the North Sea has the potential to become a central plank of the EU's Energy Union: a real northern powerhouse. Offshore wind and other renewables, better interconnection through a meshed electricity grid, and joint research cooperation around the North Sea could help ensure low-cost, secure and clean energy, while creating and maintaining thousands of high-quality jobs – including in my constituency in the North-East of England.

The Dutch Presidency of the Council is an excellent opportunity to turn this potential into reality. Last month, colleagues from five political groupings and I presented the Dutch Minister for the Economy with an action plan for energy for the North Sea. That is ahead of a high-level meeting that is happening this Thursday, and I would like to call on them to take this opportunity to make the North Sea a clean powerhouse for Europe.

Csaba Sógor (PPE). – A gazdasági téren folytatott együttműködés idővel elvezethet az országok közötti történelmi megbékéléshez és a sérelmek meghaladásához. Ez az elv vezette az EU nyugat-európai alapító tagállamait és ez az elv segítheti az EU kelet-közép-európai tagországait ma is. Azonban az uniós csatlakozás önmagában nem írta felül azt a bizalmatlanságot, ami az elmúlt évtizedek vagy évszázadok alatt szervesen kialakult. A gazdasági partnerség fontos, a közös érdekek érvényesítése még fontosabb, ám előbb-utóbb el kell jönnie a kényes kérdésekről való őszinte beszédnek, illetve a problémák megoldásához vezető út megnevezésének is. Ilyen az egymás területén élő nemzeti kisebbségek védelme, ami ezen közösségek identitáshoz való jogát, gyarapodását, megerősödését, jogegyenlőségét, végső soron a közösség hosszú távú fennmaradását jelenti.

Sajnos még ma is vannak olyan államok a régióban – Szlovákia, Románia –, amelyek nem az őshonos kisebbségek államalkotó közösségként való elismerésében érdekeltek, hanem potenciális veszélyforrásként tekintenek rájuk és lassú asszimilációjukat tartják kívánatosnak.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, nechvalně známá norská sociální služba Barnevernet stále uplatňuje svůj bezohledný přístup vůči rodinám pocházejícím mimo jiné i z několika členských zemí Evropské unie včetně České republiky, Slovenska nebo Rumunska. Najevo vychází čím dál více případů odebraných dětí za zcela pochybných důvodů a řada lidí se ptá, jak je toto možné v civilizovaném Norsku, v této demokratické zemi. Jsem rád, že toto bezpráví není lidem lhostejné a na řadě míst v zemích Evropské unie i po celém světě se v minulých týdnech konaly demonstrace proti praktikám Barnevernetu. Občané EU musí nyní říct jasné „ne“ neoprávněnému vměšování do rodinných záležitostí tak, jako by to měla říct, pane komisaři, i Evropská komise.

La Présidente. – Ceci clôt les interventions d'une minute.

17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

18. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 23 h 45)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/810

16.1.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. FEBRUAR 2016

(C/2024/810)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 1. bis 4. Februar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (Aussprache)	4
4. Erlassener Beschluss der Kommission zum Paket zur Körperschaftssteuer (Aussprache)	25
5. Feierliche Sitzung - Estland	48
6. Abstimmungsstunde	53
6.1. Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (A8-0359/2015 - Heidi Hautala) (Abstimmung)	53
6.2. Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle (A8-0002/2016 - Giovanni La Via) (Abstimmung)	53
6.3. Annahme der Änderungen des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe (A8-0001/2016 - Giovanni La Via) (Abstimmung)	53
6.4. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Ukraine (A8-0007/2016 - Sylvia-Yvonne Kaufmann) (Abstimmung)	53
6.5. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Montenegro (A8-0008/2016 - Nathalie Griesbeck) (Abstimmung)	54
6.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0015/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)	54

Inhalt	Seite
6.7. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0016/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)	54
6.8. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Florian Philippot (A8-0014/2016 - Laura Ferrara) (Abstimmung)	54
6.9. Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (A8-0172/2015 - Georgi Pirinski) (Abstimmung)	54
6.10. Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (A8-0003/2016 - Mark Demesmaeker) (Abstimmung)	54
7. Stimmerklärungen	54
7.1. Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (A8-0359/2015 - Heidi Hautala)	54
7.2. Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle (A8-0002/2016 - Giovanni La Via)	77
7.3. Annahme der Änderungen des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe (A8-0001/2016 - Giovanni La Via)	107
7.4. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Ukraine (A8-0007/2016 - Sylvia-Yvonne Kaufmann)	132
7.5. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Montenegro (A8-0008/2016 - Nathalie Griesbeck)	158
7.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0015/2016 - Kostas Chrysogonos)	183
7.7. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0016/2016 - Kostas Chrysogonos)	194
7.8. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Florian Philippot (A8-0014/2016 - Laura Ferrara)	205
7.9. Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (A8-0172/2015 - Georgi Pirinski)	220
7.10. Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (A8-0003/2016 - Mark Demesmaeker)	273
8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll: siehe Protokoll	319
9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	319
10. Flüchtlingskrise, Kontrolle der Außengrenzen und die Zukunft von Schengen - Achtung des internationalen Grundsatzes der Nichtzurückweisung - Finanzierung der Flüchtlingsfazilität für die Türkei - Anstieg von rassistisch motiviertem Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge und Migranten in Europa (Aussprache)	319
11. Neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015 (Aussprache)	384
12. Maßnahmen der Kommission zur Einhaltung des Urteils in der Rechtssache T-521/14 Schweden gegen Kommission (Verpflichtung zur Festlegung von Kriterien für Chemikalien mit endokriner Wirkung) (Aussprache)	396
13. Transparenz und Kontrolle klinischer Tests (Aussprache)	409

Inhalt	Seite
14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	416
15. Schluss der Sitzung	416

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 2. FEBRUAR 2016

IN THE CHAIR: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vice-President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 8.30)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (Aussprache)

President. – The next item is the report by Georgi Pirinski, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs, on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on establishing a European Platform to enhance cooperation in the prevention and deterrence of undeclared work (COM(2014)0221 – C7-0144/2014 – 2014/0124(COD)) (A8-0172/2015).

Георги Пирински, докладчик. – Уважаема г-жо Президент, г-жо Комисар, уважаеми колеги, специално искам да благодаря на докладчиците в сянка, както и на партньорите от Люксембургското председателство и от Комисията, за особено конструктивния подход и приноси, които направиха възможно изработването на настоящото проекторешение.

Недекларираният труд, във все по-разнообразните му форми, днес лишава така заетите от основните им социални и трудови права, като често ги поставя в условия на фактическа експлоатация, води до сериозни деформации на пазара, караша фирмите, които спазват правилата, да преодоляват крайно нелоялната конкуренция от страна на ползващи такъв труд работодатели и лишава данъчните и осигурителните системи от дължими приходи и плащания. Точно на тези оцелявани общности и институции дължим настоящата платформа и нейното ранно и ефективно задействане.

Нуждата от създаването на тази платформа става още по-неотложна предвид ескалиращите заплахи не само за трудовата мобилност, но и за една от четирите неразделими основни свободи – тази за свободното придвижване на хората, както и за самото съществуване на Съюза. И бих желал да споделя мнението, че именно това съзнание за неотложност, което все повече се споделяше както от колегите парламентаристи, така и от Люксембургското председателство и от Комисията, стана движещата сила за постигане на градивно съгласие около заключителното проекторешение, представено днес на Парламента. Така постигнатият компромис ангажира всички държави членки да са отговорни членове на платформата.

Предназначението на платформата е да разшири способностите на държавите членки за действия по отношение на множеството болезнени проблеми, пораждани от недеклариания труд, чрез засилено сътрудничество на равнище на Съюза между съответните национални власти, заедно със социалните партньори и с участието като наблюдатели на широк кръг заинтересовани агенции и организации.

Съответно мисията на платформата бе дефинирана така, че да предотвратява, ограничава и противодейства на недеklarирания труд, и да насърчава превръщането на такъв труд в деклариран труд.

Предлаганият вариант на платформата в съответствие с принципа на субсидиарността няма да има правомощия да установява правила и норми. Вместо това, тя е призвана да предложи необходимата основа за отговорното разглеждане на информация, опит и решения като основа за споделени заключения, насочени към ефикасното справяне с предизвикателствата на недеklarирания труд.

Дейността в обхвата на платформата включва широк кръг конкретни действия в изпълнение на нейната мисия. Зависи от решенията на отделните държави членки да използват по целесъобразност заключенията в резултат на такива действия, както и от институциите на Европейския съюз да вземат под внимание онези от тях, които спадат към отговорностите на Съюза.

Вярно е, имаше съмнения – платформата въобще необходима ли е, няма ли да накърни свободата на действие на държавите членки, всъщност има ли наистина място за добавена стойност на нивото на Съюза за действия за справяне с недеklarирания труд? Бъдете уверени, че в хода на консултациите пълният обхват на такива съмнения и резерви бяха предмет на най-подробно и изчерпателно разглеждане, което позволи да се постигне широко споделен консенсус и по такъв начин – да се стигне до съгласие по взаимоприемлив и поради това работещ проект за решение.

В резултат на което в крайна сметка въпросът се свежда до следното: ангажираме ли се истински да обединим усилия за обща кауза срещу грубите нарушения на справедливостта при недеklarирания труд или възразяващите ще се окажат в положението на облагодетелстващи всички онези, които експлоатират така нает труд и съответно трупат печалби в резултат на крайно нелоялна конкуренция, като при това лишават бюджетите от дължими приходи и плащания.

Тоест, заемаме ли се да възтържествува силата на закона или в преобладаващите случаи оставяме свобода да властва така нареченият „закон на джунглата“? Очевидно избор, по отношение на който Парламентът е невъзможно да бъде на две мнения.

Marianne Thyssen, Member of the Commission. – Madam President, a deeper and a fairer internal market and the fight against social dumping are absolute priorities for me and for the Commission. Personally I do not like the term social dumping – we are talking about people here, not about goods – but when it comes to undeclared work, we should not camouflage its dramatic effects by using soft words. Undeclared work deprives workers of any protection. It deeply affects the quality of their employment; they can be made to work long hours in bad health and safety conditions without any recourse to justice. People receiving envelope wages, or cash in hand, are sometimes left with little or no pay at all after months of hard work. As a matter of fact, they might not have the right to redundancy payments or unemployment benefits or to any other benefits. They are not building up their pension rights.

Undeclared work is not only unfair to the workers involved, it is also unfair to businesses that do play by the rules. We know that small and medium-sized companies are the first to suffer from such unfair competition. Undeclared work also undermines the sustainability of public finances and social security systems, as no taxes or contributions are paid on undeclared activities. Although undeclared work is hidden – which makes it difficult to measure precisely – we know it is widespread in all Member States and difficult to eradicate. Estimates suggest that the shadow economy may reach 15% to 20% of GDP in some Member States.

That is why the establishment of a European platform to enhance cooperation in the prevention and deterrence of undeclared work and to tackle undeclared work is such an important and big step forward. It will encourage cooperation between Member States through exchanging best practices and information, developing expertise and analysis, facilitating innovative approaches to the effective tackling of undeclared work, and contributing to a horizontal understanding of matters. It foresees a multi-disciplinary approach, bringing together the expertise of different enforcement authorities such as labour inspectorates, social, tax and immigration authorities. Such a multi-disciplinary approach has already been implemented with good results in some Member States, and I am glad that the European Platform builds upon those good examples.

It is only through a holistic approach, across borders and across disciplines, that we will be able to tackle this complex phenomenon effectively. I would like to stress the importance of the inclusion of bogus self-employment in the activities of the Platform. This too is an area in which the development of expertise and exchange of best practices is needed.

Finally, I note with satisfaction that the social partners will play an important role in the platform and that close cooperation with Eurofound and the European Agency for Safety and Health at Work (EU-OSHA) is foreseen.

I would like to thank Parliament for all its efforts in making a timely agreement on the platform possible. In particular, I would like to express my thanks to the rapporteur, Mr Pirinski, and to Ms Ulvskog for chairing the trilogue so competently. I would also like to thank the entire negotiation team for their efforts and constructive approach. The Council will now adopt a decision on the platform on 24 February, allowing for the official signature, to which I look forward during the March plenary. In the meantime, we are already preparing for the first meeting of the platform to take place before the summer.

I am committed to doing everything possible from my side to make the platform a success. The platform will regularly inform you about its activities and submit its work programmes and reports to the European Parliament and the Council, as well as to the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. I count on your valuable input and support.

Dennis de Jong, *Rapporteur voor advies van de Commissie interne markt en consumentenbescherming*. – Het is mooi dat het platform tegen zwartwerken er komt. Een dergelijke vorm van uitbuiting past niet in de Europese Unie. Veel kleine zelfstandigen, de commissaris zei het al, klagen bovendien over de oneerlijke concurrentie van bedrijven die zwartwerkers in dienst hebben. Zelfs het functioneren van de interne markt als geheel wordt via zwartwerk ondermijnd.

Ik ben blij te zien dat veel voorstellen van de Commissie interne markt en consumentenbescherming zijn overgenomen. Jammer is wel dat het Parlement niet automatisch in het platform is vertegenwoordigd. Daarom hoop ik dat de Commissie jaarlijks aan het Parlement rapporteert over het platform, ook al is zij formeel slechts verplicht dit regelmatig te doen.

Ik had graag gezien dat het platform ook operationele samenwerking zou bevorderen, maar daarin is niet expliciet voorzien. Ook vind ik het mager dat lidstaten een vertegenwoordiger moeten aanwijzen, maar niet verplicht zijn aan alle activiteiten van het platform mee te doen. Desondanks feliciteer ik namens de Commissie interne markt en consumentenbescherming collega Pirinski van harte met de uitkomst van de triloog.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, *Εισηγήτρια της γνωμοδότησης της Επιτροπής Δικαιωμάτων των Γυναικών και Ισότητας των Φύλων*. – Κυρία Πρόεδρε, η επισφαλής εργασία χειροτέρεψε πολύ στην περίοδο της οικονομικής κρίσης. Οι ανεύθυνοι εργοδότες εκβιάζουν ανθρώπους που έχουν ανάγκη να δουλέψουν και ο φόβος της ανεργίας ωθεί τους εργαζόμενους να δουλεύουν σε συνθήκες παρανομίας.

Η πλατφόρμα για την καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας θα προσπαθήσει να βάλει μια τάξη στη ζούγκλα της αρρύθμιστης εργασίας. Κατ' αρχάς, είναι σημαντική η επέκταση του ρόλου της πλατφόρμας. Η αρχική πρόταση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής ορίζει ως αδήλωτη εργασία κάθε νόμιμη εργασία που δεν δηλώνεται στις επίσημες κρατικές αρχές. Η αδήλωτη εργασία, όμως, παίρνει πλέον πάρα πολλές μορφές απασχόλησης, π.χ. δηλώνεται εργασία ως πεντάωρη, αλλά στην πραγματικότητα είναι οκτάωρη, γίνονται υπερωρίες αλλά δεν πληρώνονται ποτέ, υφίσταται ψευδής αυτοαπασχόληση, περικοπή των εισφορών μέχρι και το ακραίο φαινόμενο της απλήρωτης εργασίας.

Η πλατφόρμα είναι πλέον υποχρεωμένη να τα εξετάσει όλα αυτά. Τα κράτη μέλη, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή, οι εργοδότες και οι εργαζόμενοι μαζί με τους οργανισμούς που ασχολούνται με την απασχόληση πρέπει να καθίσουν γύρω από ένα τραπέζι για να κατανοήσουν την κατάσταση της αδήλωτης εργασίας σε όλη την Ευρώπη. Σήμερα που επικρατεί η εσωστρέφεια και επανέρχεται ο εθνικισμός είναι κρίσιμο να ακούμε και να μαθαίνουμε ο ένας από τον άλλον. Επιπλέον, πρέπει να προσπαθήσουμε να αναπτύξουμε κοινές δράσεις για την καταπολέμηση της διασυννοριακής αδήλωτης εργασίας.

Είναι αυτά αρκετά; Εμείς θέλαμε αυστηρές υποχρεωτικές δράσεις που να επιβάλλονται από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Λυπάμαι, επίσης, για το γεγονός ότι δεν συμπεριλήφθηκε μια εκπρόσωπος του Ευρωπαϊκού Ινστιτούτου για την Ισότητα των Φύλων ως παρατηρητής της εργασίας της πλατφόρμας. Πιστεύουμε πως οι γυναίκοι φορείς θα πρέπει να εισακούγονται κάθε φορά που θα έχουν να συνεισφέρουν με την εμπειρία και τις προτάσεις τους. Δεν συμβιβάζομαστε, απλώς τώρα ξεκινάμε.

Θα ήθελα να πω ένα μεγάλο ευχαριστώ στον εισηγητή μας, τον κύριο Pirinski, ήταν υπόδειγμα διαπραγματευτή. Θέλω επίσης, να συγχαρώ και τη Προεδρία του Λουξεμβούργου και να πω πως όταν οι άνθρωποι πιστεύουν στον ίδιο σκοπό και δουλεύουν με αποφασιστικότητα μπορεί να μην καταφέρουν όλα όσα ήθελαν, αλλά σίγουρα δυσκολεύουν τον δρόμο των παραβατών. Καλή δύναμη σε όλους και δεν σταματάμε εδώ.

Romana Tomc, *v imenu skupine PPE*. – Spoštovana gospa komisarka Marianne Thyssen, spoštovane kolegice, spoštovani kolegi. Delo na črno je prav gotovo eden izmed najpomembnejših evropskih problemov, ki prinaša zelo resne proračunske posledice.

Vendar še bolj kot proračunske posledice so seveda pomembne posledice, ki jih ima delo na črno za ljudi, ki to delo opravljajo. Socialni damping je v današnjih časih v Evropi nedopusten.

Ampak vlade so v prvi vrsti tiste, ki so odgovorne za to, da v svoji državi preprečijo delo na črno. Ljudje, ki v različnih življenjskih okoliščinah pristanejo na takšno obliko dela, se po navadi ne zavedajo dovolj dobro, kakšne dolgoročne posledice to prinaša. In jih seveda... te dolgoročne posledice so mnogo hujše kot tiste kratkoročne, ko ljudje dobijo nekaj denarja, zato da lahko preživijo.

Vendar, kot je bilo že omenjeno, zelo različne so te oblike dela in zelo različno jih države rešujejo. Zato je prav, da tudi na evropskem nivoju vzpostavimo neke skupne usmeritve, neke smernice za preprečevanje dela na črno. In z vzpostavitvijo platforme bomo dosegli prav to.

Seveda tudi sama zagovarjam, da je vključenost socialnih partnerjev izredno pomembna, prav pa je tudi, da smo ohranili načelo subsidiarnosti. Zahvala na tem mestu še enkrat gospodu Pirinskemu. Pogajanja so bila dolga, so bila trda, vendar na koncu smo prišli do dobrega kompromisa.

Jutta Steinruck, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Auch ich möchte mich dem Dank an meinen Kollegen Georgi Pirinski und alle Beteiligten anschließen. Schließlich hat nicht angemeldete Erwerbstätigkeit immense Folgen für unsere europäischen Volkswirtschaften. Unlauterer Wettbewerb nimmt in vielen Branchen massiv zu, und das hat nicht nur Folgen für die Unternehmen, die fair anbieten wollen, sondern tatsächlich auch viele soziale Folgen für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Vor dieser Plattform hat ja die europäische Ebene fast gar keine Initiative zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und unangemeldeter Erwerbstätigkeit durchgeführt, obwohl wir tatsächlich in einem europäischen Arbeitsmarkt leben. Wenn wir uns nationale Arbeitskontrollen anschauen, dann endet deren Kompetenz an den jeweiligen Ländergrenzen. Die Plattform kann allerdings wirklich nur ein erster Schritt sein, aber sie ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich teile das, was eine meiner Vorrednerinnen gesagt hat: Wir brauchen mehr Verbindlichkeit zur Bekämpfung von Schwarzarbeit.

Bisher ungelöst sind tatsächlich immer noch die Identifizierung von Briefkastenfirmen, die Kontrollen nationaler Dienstleistungen und auch grenzüberschreitende Arbeitskontrollen. Es ist gut, dass alle Mitgliedstaaten verbindlich an der Plattform teilnehmen müssen. Es ist sehr gut, dass Gewerkschaften, die ja häufig aufdecken, wo die Probleme der Schwarzarbeit sind, wo wir tatsächlich Bedarf haben, dass etwas verändert werden muss, beteiligt sind. Aber wir brauchen europaweit verbindliche Regeln und gemeinsame grenzüberschreitende Kontrollen.

Anthea McIntyre, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, firstly I would like to thank the rapporteur, Mr Pirinski, and all the shadows for their work on this file. There has been a great deal of cooperation and I think we have all benefited from that.

Undeclared work is a very serious subject which impacts on all the Member States. It particularly affects tax evasion – which is a real problem – benefit fraud, illegal immigration, and of course it undercuts legitimate businesses and entrepreneurs and undermines workers as well. So I think that this platform is a really good example of just how the European Union should operate. It recognises the sovereignty of Member States and it adds value by sharing experience and best practice and cross-border cooperation. So this is where we can really see an enhancement through this platform – an enhancement of cooperation between the Member States – while recognising their individual sovereignty.

We need to recognise that the level of undeclared work varies from state to state; for example, in the UK, according to the OECD data, the level of the informal economy is about 1.7 %, whereas in some Member States it is as high as 30%. My group had four priorities. First, the scope of the platform would be limited and focus on enforcement, exchange of best practice, and knowledge-sharing, rather than creating and mandating standardised approaches. Second, it is important that it fully respects the principle of subsidiarity and the competences of Member States. Thirdly, although participation is compulsory and mandatory, which is fine, the activities are entirely on a voluntary case-by-case basis. And lastly, while social partners can play a valuable role, they should not be on an equal footing with Member States. So we have a really good platform here.

(The speaker agreed to take two blue-card questions under Rule 162(8)).

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Képviselő Asszony! Ha jól értettem az Ön beszédét, akkor alapvetően az együttműködésre helyezi a hangsúlyt és kevésbé a kötelező jellegű szabályokra. Azért néhányak szerint az együttműködést nagyon jól tudná segíteni egy egységes elven alapuló és minden országra kiterjedő európai minimálbér bevezetése. Ön ezt támogatná vagy pedig ellenzi?

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Good morning to my West Midlands colleague. I note that you say it must be done with sovereign countries cooperating and with no particular enforcement, as I think one of the other colleagues has just mentioned. That was in the speech. Is there any conceivable reason why any of the good things that you point out could not be done by an independent sovereign United Kingdom dealing with our friends in Europe without being under the auspices of the EU? This seems to me particularly normal, just a normal agreement. Why can we not do this on our own?

Anthea McIntyre (ECR), blue-card answer. – In response to the first question, minimum wages have absolutely nothing to do with the platform on undeclared work. I think you misunderstood what I was saying. You realise that there are different activities that the platform will undertake, and each of those will be voluntary. The Member States can pick and choose which aspects are particularly important to them, and it seems to me that enhanced cooperation is a very good way of us working together.

To Bill Etheridge: well of course, if you come from your party, you do not want anything at a European level. I beg to differ. I think that there are cases, and this is one, where the European Union can add value. Those are the cases we should be participating in and joining. It is so much better that all the Member States are agreed. We have a way of tackling undeclared work which is indeed cross-border. If you want to go and set up your own organisation in the UK, you are going to have a lot more difficulty, because here we have the means of communicating and dealing with the other countries on a level footing, with nothing compulsory in there.

Marian Harkin, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, first of all I would like to congratulate the rapporteur Mr Pirinski, and indeed the shadow rapporteurs and specifically Yana Toom, for their full commitment to ensuring that we could set up this European platform that will enhance cooperation in the prevention and deterrence of undeclared work.

The fact that membership is mandatory means that all Member States must participate, and therefore they must be involved in exchanging information and developing expertise and analysis, and that in itself will contribute to a horizontal understanding of all matters related to undeclared work. However, while participation is mandatory, any recommendations for action that are supported by the platform are voluntary for Member States to implement. This approach is much more carrot than stick, and I believe that those Member States having participated in the development of tools for sharing information, and for the enforcement of shared practices to tackle undeclared work, are much more likely to implement such action themselves.

The platform will not contradict any national legislation and will not propose harmonisation of any laws, but it will provide a strong framework for enhanced cooperation. The extent of undeclared work in the EU is up to 18% of EU GDP, and it is important to remember that undeclared work has negative outcomes both for workers themselves and for society. Many of the workers are in a vulnerable position: they often have to accept poor working conditions and there is very often no commitment to health and safety, no social protection, no pension contributions, precarious working conditions, etc., whilst society loses out because of tax and social security forgone and also unfair competition between companies.

In our next debate we look at the anti-tax-avoidance package, which recognises the importance of coordinated action. Equally, this type of coordinated action under the auspices of the European platform will operate both at national and cross-border level.

Rina Ronja Kari, for GUE/NGL-Gruppen. – Fru formand! Først og fremmest tak til både Kommissionen og til ordførerne for jeres hårde arbejde.

Med EU's indre marked har vi oplevet en voldsom social dumping. Arbejdere er blevet kastet ud i en uholdbar konkurrence om dårligere og dårligere løn og arbejdsvilkår. Det bliver kun værre, når arbejdet er sort. Det er dybt skadeligt ikke kun for den enkelte arbejder, der mister sine rettigheder, men også for vores fællesskab. Vi mister holdbare og gode arbejdspladser, og vi mister vigtig indkomstskat. I dette lys er det et rigtigt godt og positivt initiativ. Der er virkelig brug for koordinering.

Men hvorfor ikke gå endnu længere? Hvorfor sætter vi ikke medlemsstaterne rigtig fri og giver dem frie rammer til at indføre kontrol og kræve registreringer, når de synes, det passer? Lad os kigge på f.eks. Norge, hvor en velkomstkomité byder arbejdstagerne velkomne, sørger for, at de har deres papirer i orden, og fortæller dem om deres rettigheder. Vi har brug for at sætte hårdt mod hårdt mod arbejdsgivere, der udnytter systemet og bruger det indre marked til social dumping.

Terry Reintke, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, undeclared work is a very big, but very often invisible, problem in the European Union. Studies say that the informal sector amounts to 18.4% of GDP in European Union Member States. This has a lot of negative effects: it creates massive fiscal losses for our societies, it means unfair competition and, in fact, punishes those employers who are abiding by laws and employ with fair and decent conditions. Most importantly, it exploits workers, limits their access to social security and undermines their basic rights.

We need to tackle undeclared work, and if we want to be successful in this we need to fight together on a European level. With this platform we are taking a first step: to exchange best practices, to inform workers about their rights in all European Union Member States and to push the Member States to take more decisive measures in order to tackle undeclared work. If we want to safeguard fair competition, social security and workers' rights, we should take this platform only as a starting point for developing even more joint European efforts to address undeclared work, be it the coordination of labour inspectorates, the protection of whistle-blowers or the development of determined political measures against those employers who are actually exploiting undeclared workers. Let us tackle the big challenges in a big way – on a European level. Undeclared work is without doubt one of those big challenges, so let us use this platform to tackle undeclared work and to take steps in order to create a socially-sound architecture in the European Union.

Jane Collins, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, the only jobs the Employment Committee seems able to produce are pretend jobs, sitting on platforms such as this, where civil servants, national agencies and other assorted hangers-on – ably assisted by a secretariat – can gather. We hear a lot in this place about the evil and immoral practices of companies who avoid tax. Many of them, of course, come from the Luxembourg area, where our own President Juncker was prime minister for 15 years.

But we should note that tax avoidance, unlike tax evasion, is not illegal, even though many people – particularly those who have never worked in the private sector and had to keep a company in the black – struggle to know the difference. The reason companies avoid tax is that private companies can put their money to better use than the public sector ever will. The GBP 55 million a day Britain sends to this place is a prime example. But if we had an economic outlook which was conducive to business – something George Osborne does not seem to grasp at all – there would be less need for tax avoidance, undeclared work and social security payments. But this is par for the course for the European Union, as is the provision of taxpayers' money for wining and dining.

But we have found money, despite the huge public debt weighing down Europe's economies, to give nearly a quarter of a million euro a year alone for this platform to be frittered away on hotels, restaurant bills and first-class travel. Economic history shows that it is deregulation which promotes economic growth and jobs, in which case we need to scrap this ridiculous talking shop – and, while we are at it, let us scrap some jobs in Brussels, Strasbourg and Luxembourg and we might be a bit more competitive.

(Applause from certain quarters)

Dominique Martin, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, bien sûr qu'il faut prévenir et décourager le travail non déclaré. Et pourquoi pas à l'échelon européen grâce à une plate-forme réunissant l'ensemble des États membres ?

Toutefois, j'ai bien peur que vous preniez le problème à l'envers. Avant de s'attaquer aux effets, vous devriez en effet vous interroger sur les causes du travail non déclaré. Qui dit travail non déclaré dit un employeur, d'un côté, et un travailleur, de l'autre, tous deux d'accord pour ne payer aucun impôt, aucune taxe et aucune charge sociale.

Pourquoi? Parce que le travail ne permet plus à l'employeur de prospérer et aux travailleurs de vivre.

Pour soi-disant s'adapter et accompagner la mondialisation à cause de vos politiques fiscales et de vos politiques d'austérité qui détruisent les emplois par millions, quels sont les choix d'un employeur et d'un travailleur?

L'employeur peut soit déposer son bilan et disparaître, soit délocaliser et détruire des emplois dans son pays, soit faire appel à des travailleurs détachés, au détriment des travailleurs nationaux, ou encore, et c'est l'objet de notre rapport, ne pas déclarer ces travailleurs.

De l'autre côté, le travailleur, avec ou sans emploi, peut soit émigrer vers des cieux meilleurs, mais ce n'est pas simple, soit profiter de l'assurance chômage, mais cela ne suffit pas, soit faire le tour de toutes les associations d'aide pour se nourrir, s'habiller et se loger mais en famille, c'est compliqué, ou encore travailler au noir, tout simplement pour remplir son réfrigérateur.

On comprend mieux, dès lors, que votre plate-forme n'y changera rien et encore moins avec l'afflux massif des réfugiés dits « politiques » que vous souhaitez accueillir et la Chine que vous faites rentrer dans le concert de l'OMC.

L'unique solution pour réduire le travail non déclaré est de mettre en place une politique forte de relance économique qui passe obligatoirement par la préférence communautaire, un protectionnisme intelligent et l'aide à l'investissement.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, Όταν η αδήλωτη εργασία σε όλη την Ένωση οργιάζει στο 20%, ενώ στην Ελλάδα ξεπερνά το 36% και σε κερδοφόρους κλάδους όπως ο τουρισμός το 44%, χτυπώντας ιδιαίτερα γυναίκες και νέους και η βασική επιδίωξη της Ένωσης, όπως δηλώνει, είναι η μείωση του λεγόμενου μη μισθολογικού κόστους με απαλλαγή εργοδοσίας και κράτους από το κόστος της ασφάλισης, αποτελεί κυριολεκτικά σκέτη κοροϊδία η ανησυχία της για τη μείωση της αδήλωτης εργασίας. Καθώς, ούτε μέτρα «ασπρινές» δεν προτείνει η πλατφόρμα. Την αντιμετωπίζει μόνο σαν αθέμιτο ανταγωνισμό μεταξύ επιχειρήσεων, σαν όχημα για τη συμπίεση των μισθών, σαν κίνητρο για μερική μετατροπή της μαύρης εργασίας σε ευέλκκη εργασία, μερική και εκ περιτροπής απασχόληση, μπλοκάκια, εκμετάλλευση της μαθητείας, κοινωνική συνεταιριστική επιχειρηματικότητα, δουλεμπορικά γραφεία.

Βέβαια, η μαύρη εργασία θα συνεχίσει να υπάρχει γιατί συμφέρει στο σύστημά σας. Για παράδειγμα, στην Ελλάδα η αύξηση ασφαλιστικών και φορολογικών εισφορών στο 75% του συνολικού εισοδήματος σε αυτοαπασχολούμενους και αγρότες, με το νέο σχέδιο ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, θα αυξήσει την αδήλωτη εργασία, θα τους απομακρύνει από την ασφάλιση, τη σύνταξη και την περίθαλψη. Η νέα γενική μείωση μισθών και εργοδοτικών εισφορών, η αύξηση της ανεργίας είναι ταφόπλακα για το ασφαλιστικό σύστημα και τα Ταμεία.

Απάντηση σε αυτόν τον «Αρμαγεδδώνα» Ευρωπαϊκής Ένωσης και κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ δίνουν ενιαία εργαζόμενοι, αυτοαπασχολούμενοι, φτωχοί αγρότες με τη γενική τους πανελλαδική απεργία στις 4 του Φλεβάρη.

Thomas Mann (PPE). – Frau Präsidentin! Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt! Allein in Deutschland macht ihr Volumen im vergangenen Jahr 340 Milliarden Euro aus. Wer Scheinrechnungen ausstellt, wer Sozialversicherungsbeiträge bandenmäßig hinterzieht, wer damit der Gesellschaft erheblich schadet, der muss mit Haftstrafen rechnen – völlig zu Recht.

Ich begrüße die europäische Plattform, ein Paradebeispiel für einen europäischen Mehrwert, im Gegensatz zu dem, was gerade die Rechte erzählt hat. Statt separat darüber nachzudenken, wie sich Schwarzarbeit verhindern lässt, sollen sich zuständige Behörden über bewährte Praktiken aus den Mitgliedstaaten austauschen. Daten sollen gemeinsam genutzt werden, operative Maßnahmen koordiniert werden. Und all das soll von der Plattform geleistet werden – im Übrigen zu vertretbaren Kosten: 2,1 Millionen Euro pro Jahr aus den Mitteln von PROGRESS.

Mir ist wichtig, dass die Durchsetzungsleitlinien, aber auch die Handbücher mit erfolgreichen Verfahren nicht verpflichtend sind. Dadurch bleiben effektive nationale Prüfsysteme unbeeinträchtigt. Bedauerlicherweise waren der früheren EU-Kommission die präzisen Kontrollen, etwa auf deutschen Baustellen, ein Dorn im Auge. Sie schreckte nicht vor einer Klage vor dem EuGH zurück und verlor. Ich setze auf die neue Kommission von Jean-Claude Juncker und natürlich auf Marianne Thyssen.

Die Praxis hat eindeutig bewiesen, dass sich Missbrauch und Schattenwirtschaft nur durch ein hohes Kontrollniveau wirksam bekämpfen lassen. Hierdurch entsteht ein starker Binnenmarkt mit breiter Akzeptanz. Ich glaube, eine gute Basis dafür ist der jetzt im Trilog gefundene Kompromiss – ein richtig guter und wichtiger Start.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! Tack för att vi får ha den här debatten. Odeklarerat arbete leder nämligen till allvarliga förluster för de offentliga finanserna när länder går miste om skatter och sociala avgifter. Det leder också till snedvriden konkurrens där de aktörer som inte deklarerar sina varor och tjänster får en orättvis kostnadsfördel. Odeklarerade arbetstagare utsätts också oftare för otrygga arbetsvillkor och exploatering av oseriösa företag. I vissa fall kan vi t.o.m. tala om rent slavarbete.

När företagen inte betalar in sociala avgifter för den anställde går man också miste om viktiga socialförsäkringar och pension. Att minska den svarta sektorn skulle därmed också öka tryggheten på arbetsmarknaden. Jag vill därför välkomna etablerandet av denna plattform som ett första steg mot att bekämpa svartarbete, och jag välkomnar särskilt att arbetsmarknadens parter ska vara representerade i plattformens arbete. Parterna utgör de facto vår arbetsmarknad och jag är säker på att deras medverkan kommer att göra plattformen effektiv.

Jag vill dock uppmana kommissionen att inte stanna här. Vi måste samtidigt bekämpa fattigdom och arbetslöshet så att människor inte behöver acceptera vilka jobb som helst till vilket pris som helst, och vi måste även etablera och genomdriva gränsöverskridande lagar som säkerställer att löntagare inte kan utnyttjas. Att de ges rätt till lika villkor för lika arbete och att de som utsätts för brott har tillgång till domstolar och ett rättsväsende där de kan föra sin talan.

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

James Carver (EFDD), blue-card question. – Nobody supports undeclared work, but don't we have to look at the root situation of society? There will, by society's nature, always be people who fall below the threshold and who carry out undeclared work. Surely the argument should be taking the case forward for deregulation – we have got to deregulate, which is the direct opposite of what takes place in the European institutions, and actually give small businesses, small and medium enterprises – the lifeblood, certainly, of the British economy – the opportunity to move forward and actually create employment, rather than over-regulation, which is forcing more people into this area of undeclared work.

Marita Ulvskog (S&D), svar ("blått kort"). – Det var svårt att uppfatta någon fråga i detta, men jag kan bara säga det att små företag som konkurrerar med andra små företag genom att ha ojusta villkor för sina anställda, dessa små företag är nog ganska arga på att vi inte har ordentliga regler för anställdas villkor som alla kan leva efter, och att vi inte har ett rättssystem som ser till så att de åker dit om de fuskar, för fuskare är vad de är.

Czesław Hoc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Nie ulega żadnej wątpliwości, że należy przeciwdziałać, a nawet walczyć ze zjawiskiem szeroko rozumianej pracy nierejestrowanej. Jednak najlepiej byłoby, gdybyśmy stworzyli taki system, w którym podmiotom gospodarczym nie będzie się opłacało tworzenie tego rodzaju niedobrych praktyk. Zatem platforma unijna powinna także być impulsem do wypracowania konkretnej strategii i przeznaczania unijnych pieniędzy, środków dla radykalnego obniżenia kosztów pracy, a więc ulgi podatkowe, programy subsydiowania, bony usługowe dla pracodawców, ułatwienie przepisów dotyczących rynku pracy, tworzenie zachęt finansowych do przyjaznego zatrudniania oraz do ścisłego egzekwowania prawa pracy i jej kultury, łącznie z kampanią uświadamiającą społeczeństwa o wielkiej szkodliwości zjawiska pracy nierejestrowanej. I o to apeluję.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señora Presidente, señora Comisaria, yo soy de los que piensan que hoy es un buen día para Europa y para los trabajadores europeos porque, por fin, elevamos al ámbito europeo un problema que afecta a todos y que solo se podrá terminar arreglando, paso a paso, desde una perspectiva europea.

Evidentemente que la lacra -y usted lo ha dicho muy bien- de la economía sumergida es terrible y distorsiona todo: las estadísticas, la fiscalidad, la financiación de la Seguridad Social. Distorsiona hasta la propia noción de la democracia porque se acostumbran determinadas regiones, determinadas zonas, a vivir fuera de la ley. Y eso es intolerable. Única ventaja que cree aportar: la sobreexplotación de los más desesperados.

Es muy bueno que Europa haya dado el primer paso, solo el primer paso, para contemplar globalmente este problema y, con la ayuda de los Estados miembros, solucionarlo y, sobre todo, restablecer la dignidad de los trabajadores en este continente.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, as políticas de direita, seguidas em Portugal, em sintonia com as orientações e políticas da União Europeia, têm contribuído para a desregulação da legislação laboral, o ataque à contratação coletiva e o aprofundamento de mecanismos de desvalorização e precarização do trabalho.

Em Portugal é a Autoridade para as Condições de Trabalho que conclui que as políticas de austeridade impostas pela *troika* contribuíram para o aumento das situações de trabalho total ou parcialmente não declarado, a falsa prestação de serviços, os falsos estágios remunerados ou falsas situações de voluntariado. Aponta o recurso aos contratos de trabalho a termo e a utilização de trabalho temporário como um contributo para a precarização laboral. Por essa Europa fora não será diferente.

O combate à precariedade e ao trabalho não declarado só poderá passar, no quadro da soberania dos Estados-Membros, por vínculos que garantam a segurança e estabilidade, a valorização da contratação coletiva, dos salários e do trabalho com direitos, ou seja, o caminho contrário ao que a União Europeia tem vindo a impor.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej, delo na črno seveda, kot ste že mnogi povedali, ima zelo resne negativne posledice na mnoge segmente, prvo seveda na pravice delavcev, na njihove pokojninske... pokojninski status, tudi socialne pravice in tako dalje. In pa seveda tudi na proračun, proračun države, občine in na koncu tudi Evropske unije.

Vendar pa je res, da po tej platformi, ki jo vsekakor gre pozdravit, morajo slediti tudi konkretni ukrepi. In mislim, da je še veliko okvirov, kjer lahko pomagamo v boju proti delu na črno. Ena od teh je seveda ustrezna davčna politika, ki naj bo stimulatívna, ki naj potiska delodajalce in delavce v odnos dela na črno. Javna naročila so lahko odlični spodbujevalci za to, da tisti, ki želijo sodelovati z državo, z občinami, morajo, ta podjetja, izkazovati, da izpolnjujejo vse pogoje do zaposlenih.

Vzporedje dejavnosti na področju aktivne politike zaposlovanja, socialne politike in predvsem tudi ažuriranje podatkov, da bomo tukaj imeli pravočasne in pravilne podatke o resničnem številu ljudi, ki delajo na črno.

(Govornik se je strinjal, da bo sprejel vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8)).

Ivan Jakovčič (ALDE), *pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio.* – Hvala lijepo gospodine Šoltes što ste prihvatili plavu kartu. Moje pitanje je slažete li se da razlika u postotku rada na crno koja postoji između zemalja članica, gdje neke zemlje imaju 1,5 % – 2 %, a neke druge zemlje čak do 30 %, može li se to riješiti više i jače na europskom nivou, razmjenom iskustava, pa čak i stvaranjem jednog inspektorata na razini Europske unije koji bi upravo bio u funkciji rješavanja takvog problema?

Igor Šoltes (Verts/ALE), *Odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka.* – Seveda. Mislim, da zaštita pravic delavcev seveda bi morala biti vzpostavljena tudi na evropskem nivoju. Če imamo tako imenovanega ombudsmana, ki skrbi za človekove pravice, je sigurno ena od človekovih pravic tudi pravica do dela, do dostojnega življenja.

In zato ne bi bilo slabo razmisliti o tej platformi naprej, tudi za tako imenovanega na nek način generalnega inšpektorja na evropskem nivoju, tako kot se je razmišljalo z generalnega prosekjutorja na evropskem nivoju. Za nekoga, ki bi po eni strani skrbel za dosledno izmenjavo podatkov med državami članicami in spodbujal dobre prakse, da se ta razlika, o kateri govorite – od ena, treh procentov pa do štirideset procentov, ne bi povečevala, ampak zmanjševala.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, siamo ormai prossimi al voto che istituirà la piattaforma di cooperazione nella lotta al lavoro nero. La creazione di questa piattaforma è senz'altro positiva per promuovere la cooperazione e il coordinamento tra ispettorati, ma è innegabile che questa struttura avrà dei costi sul budget dell'Unione e per questo bisognerà verificare che non si tratti dell'ennesimo carrozzone europeo, ma che serva davvero allo scopo per cui è stata creata, vale a dire combattere il lavoro nero.

Come so fin troppo bene, nel mio paese chi lavora in nero è sottoposto a condizioni di lavoro precarie e a pratiche di sfruttamento estreme, come ad esempio il caporalato, che non colpisce solo i migranti, ma anche i cittadini italiani, come dimostrato dai vergognosi episodi delle morti delle lavoratrici agricole del Sud quest'estate. Esistono inoltre moltissimi abusi legati all'uso improprio dei voucher. Quindi, con questo voto speriamo di dare il nostro contributo perché la lotta al lavoro nero diventi sempre più una questione europea.

Joëlle Mélin (ENF). – Madame la Présidente, dans notre société occidentale européenne, la marchandisation des activités humaines est la règle depuis longtemps, à l'opposé des activités vivrières qui perdurent dans certaines parties du monde.

Plus la marchandisation se caricature au travers de la mondialisation des échanges, plus le critère de rentabilité et de productivité prend le pas sur les règles nécessaires du respect des individus. Cette mondialisation prend le pas sur la reconnaissance des activités professionnelles comme étant la pierre d'angle de la prospérité économique d'un pays et de la pérennisation d'une protection sociale de qualité. Cette protection sociale structurée est une des caractéristiques tout à fait remarquables de l'évolution sociale que partagent tous les pays européens depuis deux siècles. Héritée de l'humanisme chrétien d'entraide et de secours aux plus faibles, elle a été structurée avec la révolution industrielle du XIXe siècle. Mais la mondialisation balaye à grands coups de profits opaques et souterrains ces avancées sociales chèrement acquises. Le coût d'un travailleur est devenu la variable d'ajustement, associant la fraude aux cotisations et salaires indécents.

La lutte contre le travail non déclaré est une obligation urgente et d'autant plus prégnante que la nouvelle révolution industrielle du numérique est une aubaine extraordinaire pour créer toutes les conditions d'une fraude généralisée. C'est la survie même de nos économies qui est en jeu.

L'Europe apparaît comme un très mauvais échelon pour réguler et juguler le phénomène. Seuls les États peuvent espérer être efficaces. Je dis donc oui à une coopération internationale pour l'amélioration des conditions de travail des travailleurs, mais non à une hyperréglementation européenne totalement inefficace au regard de la porosité des frontières extérieures et de la libre circulation des personnes et des biens. La preuve en est les 10 000 enfants migrants qui auraient été perdus en quelques semaines.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, πρέπει σε κάθε περίπτωση να σταματήσουμε τη συνεχιζόμενη εκμετάλλευση των εργαζομένων. Αποτελεί ντροπή για την Ευρώπη του 2016 το φαινόμενο της αδήλωτης εργασίας να έχει τέτοια έκταση. Κάθε εργαζόμενος πρέπει να έχει εξασφαλισμένη κοινωνική πρόνοια, ασφάλιση, ένα δίκαιο μισθό και μία σύνταξη που θα του εξασφαλίζει άνετη ζωή μετά.

Όμως, η Ένωση μόνο στα λόγια ενδιαφέρεται για τους εργαζόμενους. Υποβαθμίζετε ακόμα και τα πιο βασικά δικαιώματα των εργαζομένων, επικαλούμενοι μία δήθεν ανταγωνιστικότητα, μετατρέπετε ολόκληρες χώρες, όπως η πατρίδα μου, σε ειδικές οικονομικές ζώνες και έχετε το θράσος να μιλάτε για εργαζόμενους και προστασία.

Να έρθετε στην Ελλάδα να τα πείτε αυτά. Στην Ελλάδα όπου με τις πολιτικές σας έχετε δημιουργήσει μια τεράστια ανθρωπιστική κρίση και ισχυρίζεστε πως αυτός είναι ο δρόμος προς το μέλλον. Σας το χαρίζουμε αυτό το μέλλον. Εμείς αγωνιζόμαστε για το δικό μας μέλλον σε μια διαφορετική Ευρωπαϊκή Ένωση. Λέμε «όχι» σε μια Ένωση προστάτη του μεγάλου διεθνούς κεφαλαίου, μία Ένωση αρχληστή, που με τις φορολογικές επιδομές που διατάσσει και εκτελούν οι εγχώριοι υποτακτικοί της, επιδιώκει να καταστρέψει κάθε ίχνος εθνικής οικονομίας, ώστε να μοιράσει τα συντρίμια στις πολυεθνικές της.

Επιπλέον, όλοι εσείς που ενδιαφέρεστε για τα δικαιώματα των εργαζομένων, επιδιώκετε σταθερά, εδώ και πολύ καιρό, την αντικατάσταση της ευρωπαϊκής εργατικής τάξης από τις ορδές των λαθρομεταναστών, γνωρίζοντας βέβαια, πόσο πιο εύκολο θα είναι να εκμεταλλευτείτε το καινούργιο αυτό εργατικό δυναμικό και να επιτύχετε μια εξομοίωση προς τα κάτω, και πάλι προς το συμφέρον των πολυεθνικών.

Άλλωστε, θυμηθείτε πως ο ίδιος ο Πρόεδρος Schultz είχε ζητήσει για την Ευρώπη 50 εκατομμύρια νέους μετανάστες. Να ξέρετε όμως πως οι λαοί ξυπνάνε και θα στείλουν εσάς και τις πολιτικές σας στα σκουπίδια της Ιστορίας, όπου και ανήκετε.

(Ο αγορητής συμφωνεί να απαντήσει σε ερώτηση «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162, παράγραφος 8 του Κανονισμού)).

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”. – Mulțumesc, doamnă președintă. Stimată coleg, ați spus, între altele, că nu doriți să fie protejat marele capital, întreprinderile mari. Dar sunteți de acord că doar prin colaborare între statele membre putem să identificăm munca nedeclarată și, tocmai, să nu protejăm încălcările drepturilor lucrătorilor în companii mari sau mici?

Λάμπρος Φουντούλης (NI), απάντηση σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα». – Αγαπητή συνάδελφε, μάλλον δεν καταλάβατε καλά, ή ήταν λάθος η διερμηνεία. Δεν είπα εγώ αυτό το πράγμα. Εγώ είπα ότι πρέπει να προστατεύουμε όλους τους εργαζόμενους, γιατί όλοι έχουν ίσα δικαιώματα, είτε δουλεύουν σε μικρές επιχειρήσεις, είτε σε μεγάλες επιχειρήσεις. Αλλά, δυστυχώς, με τις πολιτικές αυτές προστατεύονται οι πολυεθνικές και όχι τα δικαιώματα των εργαζομένων.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire européenne, chère Marianne Thyssen, Monsieur le rapporteur, chers collègues, dans une étude d'Eurobaromètre en 2013 pour la Commission européenne, le travail non déclaré représenterait entre 15 et 20 % du PIB de certains États membres de notre Union.

Nous en avons tous conscience: le travail non déclaré est une véritable menace pour nos modèles économiques et sociaux. Derrière ce terme se cachent des situations graves, telles que l'exploitation de travailleurs, la précarité, la concurrence déloyale et, bien entendu, de lourdes pertes pour les États et leurs systèmes de sécurité sociale, notamment. La progression du travail non déclaré entraîne indéniablement un sentiment d'injustice pour la grande majorité de nos concitoyens qui, eux, respectent les règles. De plus, nous avons malheureusement pu l'observer, ce phénomène peut conduire certains États ou certaines régions à la faillite.

La création de cette plateforme européenne n'est pas une législation supplémentaire, mais un lien de coopération entre les États, ce qui devrait amener nos collègues d'extrême droite, grands pourfendeurs de toute nouvelle législation européenne, à la voter (je ne comprends d'ailleurs pas leurs incohérences). Cette plateforme permettra de montrer que l'Union européenne ouvre les yeux sur ce système de concurrence déloyale et qu'elle entend y apporter une réponse concertée entre les États.

De plus, n'oublions pas que la lutte contre le travail non déclaré doit aussi se jouer en amont. Effectivement, une grande part du problème réside aussi – il faut avoir le courage de le dire – dans des législations nationales souvent inadaptées au monde du travail et à l'évolution de la société.

Comme le démontre l'enquête Eurobaromètre, 50 % des sondés considèrent que le travail non déclaré est avantageux pour les deux parties. La feuille de route est donc claire pour les États membres: lutter contre le travail non déclaré, mais donner aussi à nos entreprises et à nos salariés des règles administratives et fiscales moins lourdes afin de favoriser la croissance économique, et donc la création d'emplois.

Agnes Jongerius (S&D). – In deze tijden van een keuze tussen geen werk, zwartwerk of flexwerk bevinden veel mensen zich *between a rock and a hard place* en het is daarom des te belangrijker dat misstanden, zoals zwartwerk en schijnzelfstandigheid, aan het licht gebracht worden en werknemers gewoon gebruik kunnen maken van hun bestaande formele rechten.

Ik wil daarom collega Pirinski en zijn team bedanken voor de geweldige inzet om dit platform ter bestrijding van zwartwerk te verwezenlijken. Het is een eerste stap in de goede richting in de strijd tegen misbruik van werknemers, tegen misbruik van sociale zekerheid en het ondermijnen van een gelijk speelveld tussen bedrijven. Ook zal dit platform hopelijk het begrip tussen lidstaten vergroten en de samenwerking verbeteren. Dat zijn allemaal positieve punten.

Ook is positief dat de deelname van sociale partners als lid van dit platform zal bijdragen aan het identificeren van problemen in specifieke sectoren in specifieke landen. Daarom is het belangrijk dat alle lidstaten zich committeren aan deze aanpak. In België bijvoorbeeld heeft deze aanpak er al toe geleid dat staatssecretaris Tommelein echt hele grote bedragen extra bijdragen aan de sociale kassen heeft ontvangen.

Daarmee is het platform een deel van de puzzel en vraag ik toch aan de commissaris: waar blijft nou het pakket arbeidsmarktintegratie? Want naast dit platform en de handhavingsrichtlijn hebben we ook voorstellen nodig om de gaten in de wetgeving te dichten.

Ulrike Trebesius (ECR). – Frau Präsidentin! Der Bericht zur Einrichtung einer europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit, also Schwarzarbeit, ist das Resultat einer schwierigen Verhandlung und ein überzeugender Erfolg der Position der EKR. Hier hat sich endlich die Einsicht durchgesetzt, dass die Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten in diesem Bereich sehr unterschiedlich ist und es keinen Sinn hat, diese Fragen komplett europäisch zu lösen. Einige Länder haben das Problem hinreichend gut im Griff und es wäre dumm, diese mit zusätzlichen Regelungen und Verordnungen zu überziehen.

Für die Mitgliedstaaten gibt es einen Zwang zur Mitgliedschaft und zur Teilnahme an regelmäßigen Konsultationen, aber niemand wird zur Übernahme der einzelnen Politiken gezwungen. Das Ziel bleibt mehr oder weniger ein Erfahrungsaustausch. Die schwächeren Länder können hier von den Erfahrungen der stärkeren Länder profitieren, und der EU kommt die Rolle des Vermittlers und Organisators zu.

Angesichts der weiter fortschreitenden Zentralisierung in vielen Politikbereichen wird hier ein Zeichen der Vernunft gesetzt, weswegen ich den Bericht gern unterstütze. Es wäre schön, wenn wir solche Ansätze in Zukunft weiter sehen könnten.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhora Presidente, a prevenção e dissuasão do trabalho não declarado tem de ser um esforço que a todos compete, à União Europeia e aos Estados-Membros. O trabalho não declarado prejudica a economia da União, põe em risco a sustentabilidade financeira dos sistemas de proteção social, gera concorrência desleal, desfigurando as leis do mercado, conduz à falta de proteção social e laboral dos trabalhadores e tem, frequentemente, uma dimensão transfronteiriça. Uma grande parte dos trabalhadores não declarados são particularmente vulneráveis, nomeadamente as mulheres, os migrantes e os trabalhadores domésticos.

Um domínio particularmente preocupante nesta matéria é o recurso a jovens estagiários para substituir temporariamente profissionais ausentes. Sob a capa de uma formação profissional, algumas empresas estão na verdade a usar esses jovens para tarefas profissionais não especializadas, não lhes pagando ou pagando-lhes salários muito inferiores ao trabalho realizado.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, la progression du travail non déclaré est un révélateur des dysfonctionnements de nos sociétés et de la crise globale que nous subissons.

L'austérité, qui provoque un recul des débouchés, fait pression sur l'emploi stable et pousse au travail au noir. C'est injuste et préjudiciable pour les travailleurs concernés placés dans l'insécurité sans garanties sociales.

C'est néfaste pour toute la collectivité, car cela tire vers le bas toutes les conditions de travail et nie les droits sociaux, cela constitue un manque dans le financement de la protection sociale et dans les recettes des États, et des directives comme celle sur les travailleurs détachés permettent la fraude.

Le quitus donné par la Commission au nouveau modèle basé sur l'auto-entrepreneuriat l'entretient aussi. Ajoutons que les nouveaux modèles de type «Uber» fabriquent un salariat de type nouveau, épuré de toute obligation sociale pour les donneurs d'ordre.

La plate-forme est une bonne décision, mais nous devrions travailler plus en profondeur, en révisant la directive sur les travailleurs détachés, en réglementant le statut des travailleurs transfrontaliers, en mettant en place un corps européen d'inspecteurs du travail et en créant, face aux nouveaux modèles économiques, les conditions d'une sécurité de l'emploi et d'une protection sociale pour toutes et tous.

Verónica Lope Fontagné (PPE). – Señora Presidenta, señora Comisaria, para que la recuperación económica se refleje en todos los estratos de la sociedad es necesario continuar creando empleo que cada vez sea de mayor calidad. Y el primer paso debe ser luchar contra el trabajo no declarado y sus implicaciones negativas para la sociedad. Por un lado, afecta a los trabajadores, a sus derechos, a sus condiciones laborales y salariales y a la adquisición de derechos de pensión. Y por otro lado, repercute negativamente en los sistemas de protección social, provoca una competencia desleal en la empresa y fomenta el desarrollo de una economía sumergida.

Hace apenas unas semanas apareció en prensa un dato muy reseñable: en España, uno de los países con gran tasa de desempleo, se calcula que pueden existir más de 4 millones de trabajadores no declarados —es decir, el 18 % de la población activa—, de los que 1,3 millones son directamente achacables al fraude laboral. El papel que desempeñan los interlocutores sociales para luchar contra esta lacra es esencial y los Estados miembros solo podrán convertir el trabajo no declarado en trabajo formal si cuentan con su apoyo. Para ello hay que llevar a cabo medidas que favorezcan la contratación y el control, y la plataforma nos servirá como base de apoyo para conocer mejor la realidad a la que nos enfrentamos y luchar contra los abusos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Pirmiausia noriu padėkoti pranešėjui Georgijui Pirinskiui už tikrai profesionaliai atliktą darbą ir puikiai pravestas derybas, tačiau nerimą kelia ne tik nedeklaruojamo darbo mastas, bet ir visuomenės tolerancija šiam reiškiniui. Todėl, pirmiausia, raginu valstybės nares kaip galima daugiau dėmesio skirti prevencijai ir darbuotojų švietimui, kad nelegali veikla tiesiog būtų nepateisinama. Mes privalome šviesti visuomenę, kokias neigiamas pasekmes sukelia nedeklaruojamas darbas, nes, iš vienos pusės, tokį darbą dirbantys darbuotojai yra be jokių socialinių garantijų, gauna mažesnę darbo užmokestį, vėliau – mažesnes pensijas, iš kitos pusės, valstybės surenka mažiau mokesčių, todėl daromas neigiamas poveikis socialinės apsaugos sistemoms, šalių vidaus ekonomikai, galiausiai, iškreipiama konkurencija.

Taip pat noriu atkreipti dėmesį, kad nedeclaruojamas darbas yra paplitęs ir tuose sektoriuose, kuriuose daugiausia dirba moterys, kaip, pavyzdžiui, senelių, vaikų, ligotų, neįgalių žmonių priežiūros sektorius, namų ūkio darbai (valytojos, auklės), yra sunku sukontroliuoti šiuos sektorius ir ištraukti tuos žmones iš „šešėlio“, o juk ten dirbantys žmonės daugeliu atvejų neturi jokių socialinių garantijų. Taigi labai tikiuosi, kad Europos platforma dėl nedeclaruojamo darbo bus efektyvi, padės stiprinti valstybių narių bendradarbiavimą.

Komisijos nare M. Thyssen, kalbėdama jūs pasakėte, jog dėsime visas pastangas, kad ši platforma pradėtų veikti dar iki vasaros. Linkiu geriausios sėkmės, kad taip ir būtų.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Platforma, której powołanie przewiduje to sprawozdanie, może przyczynić się do zmniejszenia zjawiska pracy niezarejestrowanej tylko wtedy, gdy rzeczywiście pomoże, dzięki wymianie informacji i doświadczeń, zidentyfikować prawdziwe, liczne i różnorodne przyczyny tego zjawiska, nie będzie próbą narzucenia państwom członkowskim jednego sposobu widzenia i działania. Za częstą przyczynę pozostawiania w szarej strefie uznaje się zbyt wysokie podatki i inne obowiązkowe obciążenia finansowe, czasem też niższe pensje. Ale może być nią także brak legalnych miejsc pracy oraz zbyt wysoka cena pewnych usług w niektórych krajach i zbyt wysokie płace. Do rozwoju szarej strefy przyczynia się sztywne ustawodawstwo, innym powodem jest uzasadniony brak zaufania do systemu ubezpieczeń społecznych, zwłaszcza systemów emerytalnych, które przez niektóre rządy w ostatnich czasach zostały wykorzystane w celu doraźnego uzupełniania budżetu – i w ogóle niskie zainteresowanie prawem. Trzeba też zwrócić uwagę na faktyczną akceptację pracy nierejestrowanej wśród pracodawców i pracowników. Uporanie się z tymi problemami to przede wszystkim zadanie państw członkowskich.

Филиз Хюсменова (ALDE). – Г-жо Председател, засилването на сътрудничеството на европейско ниво за предотвратяване и възпиране на недеklarирания труд е изключително важно не само за европейската икономика и държавните й хазни, но и за самите граждани. Недекларираният труд и работата в сивия сектор сериозно накърняват възможностите на хората да ползват социалните придобивки, които би трябвало да са налични по подразбиране. Такива са например натрупването на осигурителен и пенсионен стаж, използването на отпуск за почивка, по болест или за майчинство, допълнителното заплащане за извънреден труд.

Много често работещите в Европа са поставени в безизходно положение и по принуда се съгласяват на подобни уговорки. Високите нива на безработица допълнително допринасят за това. Ето защо трябва да приветстваме мерките, насочени към отстраняването на това явление, и да поощрим както сътрудничеството между държавите членки, така и между националните органи на централно и на регионално ниво.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Praca nierejestrowana to zjawisko kosztowne ekonomicznie i społecznie: psuje rynek, pozbawia pracowników ich praw. Dlatego ta platforma jest bardzo potrzebna, ale źle by się stało, gdyby jej działalność skupiała się tylko i wyłącznie na kontroli. Wielu pracodawców i pracowników podejmuje się lub oferuje pracę na czarno z desperacji, z biedy, z braku dobrych przepisów czy zbyt wielkich obciążeń podatkowych.

Dlatego apeluję, aby spośród różnych narzędzi zwalczania pracy nierejestrowanej skupić się na przejrzystości przepisów, ułatwieniach w systemie podatkowym, na zmniejszaniu obciążeń dla pracodawców oraz przygotowaniu i uporządkowaniu przepisów dotyczących pracy tymczasowej, dodatkowej i sezonowej. Lepsze przepisy są szczególnie potrzebne na rynku prac domowych, który zajmują głównie kobiety i który bardzo trudno jest kontrolować, bo naruszylibyśmy mir domowy. Są dobre przykłady rozwiązania tego dylematu: mamy dobrze działający system bonów usługowych w Belgii, we Francji. I dlatego w tym kierunku należy iść.

Pani Komisarz! Rynek prac domowych będzie się intensywnie rozwijał z powodu starzenia się Europy, demografii, z powodu podwyższonego wieku emerytalnego, dłuższej obecności kobiet na rynku pracy, z powodu kapitałowego systemu emerytalnego. Dlatego bardzo jest potrzebne, żeby przygotować przepisy na ten rynek. Podsumowując – jasne przepisy, ułatwienia dla przedsiębiorców, a dopiero potem kontrola.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo di fronte a noi un testo importante che servirà a creare un organismo europeo di alto livello che si pone un obiettivo assolutamente centrale, quello di contrastare il lavoro sommerso. Sappiamo bene che questo problema non si limita a essere esclusivamente un peso per le finanze pubbliche, generando evasione fiscale e concorrenza sleale fra le imprese, ma rappresenta soprattutto una fonte di seri rischi per i lavoratori e la società in generale. È una minaccia per la salute e la sicurezza dei lavoratori che spesso sono impiegati in settori usuranti e pericolosi, quali il settore agricolo, edile e industriale. È un problema per la tenuta del tessuto sociale, anche inteso in senso geografico e di genere. Colpisce inoltre i gruppi più vulnerabili, inclusi i rifugiati. È giusto dunque che l'Unione europea si sforzi a trovare una soluzione e far sedere allo stesso tavolo rappresentanti degli Stati membri, della Commissione europea e della società civile, fra cui i sindacati e i datori di lavoro, servirà a identificare la dimensione europea del problema.

A mio parere, un obiettivo di lungo periodo che dobbiamo porci è proprio quello della regolarizzazione del lavoro nero. Sono contento dell'impegno che abbiamo messo per migliorare il testo, insieme ai colleghi, a partire dal relatore Pirinski, che ha svolto un lavoro eccezionale per il quale voglio ringraziarlo. Ora è importante, signora Commissario Thyssen, che la scelta che stiamo mettendo in campo venga messa in atto rapidamente dalla Commissione con efficienza e con concretezza.

Helga Stevens (ECR). – Ik vind dat met dit verslag een goede weg is ingeslagen en dat wil ik graag benadrukken. Zwartwerk is een groot maatschappelijk probleem en brengt de economie schade toe, omdat de concurrentie niet eerlijk verloopt. Alle lidstaten moeten daarom goed samenwerken om zwartwerk effectief en efficiënt aan te pakken.

Het is daarom een heel goed idee om een Europees platform op te zetten om het doeltreffend en snel uitwisselen van gegevens en informatie mogelijk te maken. Het is logisch en noodzakelijk dat de Europese Unie hierin een rol vervult. Ik noteer ook dat de rapporteur erop heeft gelet dat de Unie de bevoegdheden van de lidstaten respecteert en niet buiten haar ondersteunende rol treedt. Elke lidstaat moet de ruimte hebben een aanpak op maat te ontwikkelen voor de verschillende problemen waarmee hij wordt geconfronteerd. Aangezien het verslag hiermee rekening houdt, kan ik dit ten volle steunen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, regularizar el trabajo no declarado es de justicia para mejorar la situación de los trabajadores clandestinos sin derechos, precarios, víctimas de todo tipo de abusos, pero, además, es imprescindible para combatir el deterioro de los servicios públicos.

Eurostat ha demostrado que, a más economía sumergida, más recortes. Por eso, saludo la determinación por coordinar una acción multinivel europea contra esa verdadera lacra incorporando también la aportación regional.

Celebro igualmente que se haya reconocido que este problema castiga especialmente a las mujeres y que se requiere una especial sensibilidad con ellas y con algunos de los sectores y situaciones a los que tradicionalmente las condena la desigualdad.

Finalmente, apoyo que hagamos mucho hincapié en medidas fiscales y de todo orden que conviertan el empleo clandestino en un mal negocio y traten a quien lo ofrece como lo que es: un pirata que trafica con la necesidad de sus conciudadanos y ataca nuestro modelo social.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhora Presidente, o trabalho não declarado constitui um flagelo social e económico com raízes muito profundas e complexas que prejudica gravemente o trabalhador nos seus direitos sociais e laborais, que tem sérias implicações orçamentais e que conduz à diminuição da receita fiscal e das contribuições para a Segurança Social.

Saúdo, por isso, a iniciativa da Comissão de criar uma plataforma europeia para reforçar a cooperação na luta contra o trabalho não declarado, para a qual é indispensável a participação dos parceiros sociais. Mas, para além da partilha de boas práticas relativas à forma como os Estados-Membros articulam a prevenção e a penalização de tais situações abusivas, é essencial que se promova o trabalho devidamente declarado e também que se combatam abusos sobre o trabalhador. Refiro-me não apenas às atividades remuneradas que se tornam ilícitas por não serem devidamente declaradas às autoridades competentes, mas também às falsas situações de trabalho por conta própria.

Contudo, só podemos efetivamente prevenir as situações de trabalho não declarado se criarmos reais incentivos para que os trabalhadores e os empregadores percebam que só têm vantagens em declarar o trabalho realizado.

Chamo, por isso, à atenção da Comissão para a necessidade de se reduzirem a nível global os impostos sobre o trabalho e de se aumentarem os benefícios dos trabalhadores e das suas famílias ao nível da assistência social.

Apelo para que a Comissão incentive os Estados-Membros a divergirem para outras formas de obtenção de receita fiscal e a investirem na assistência na saúde, nas pensões e no apoio em situação de desemprego, o que limitará a tentação de fuga ao fisco através da relação laboral desregulada que constituiu o trabalho não declarado.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Mir ist es besonders wichtig, dass Briefkastenfirmen unter die Zuständigkeit der Plattform zur Bekämpfung von Schwarzarbeit fallen. Warum? Über Konstruktionen wie Briefkastenfirmen werden nicht nur die Sozialsysteme ausgenutzt, nein, die Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerinnen können im Falle eines Rechtsstreits schlechtergestellt sein. Ebenso ist natürlich Steuerumgehung Tür und Tor geöffnet.

Schwarzarbeit ist ein Skandal – nicht nur die traditionelle Schwarzarbeit, sondern auch die eine oder andere Form der neuen Selbständigkeit, denn hinter diesen Formen der neuen Selbständigkeit, Einpersonengesellschaften oftmals, verbergen sich nichts anderes als Formen, um die Anwendung von Arbeitsrecht, von Sozialstandards zu umgehen. Und das ist natürlich ein Skandal, der durch diese Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit bekämpft werden soll.

Mir ist es auch ein besonderes Anliegen, dass es die Plattform zur Bekämpfung von Schwarzarbeit gibt, um Vertrauen zu schaffen, Vertrauen der Arbeitsinspektorate jenseits der diversen Grenzen zu schaffen, um zu wissen, was denn in den einzelnen Ländern eigentlich alles falsch läuft. Deshalb bin ich natürlich auch schon sehr gespannt auf die ersten Berichte, die wir bekommen werden, und die Erarbeitung von Leitlinien für die Durchsetzungs- und Kontrollbehörden der Mitgliedstaaten. Und am Ende dieses langen Weges wünsche ich mir, dass es so etwas geben wird wie ein europäisches Arbeitsinspektorat.

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, le travail non déclaré est une question cruciale, notamment par la place qu'il occupe dans l'économie souterraine. Si la lutte contre cette forme de travail est une prérogative des États membres, il est indispensable de mettre en place des synergies au niveau européen.

C'est avec un enthousiasme non dissimulé que je voterai en faveur de la création de cette plateforme. Les répercussions négatives du travail non déclaré sont nombreuses, trop nombreuses pour le budget des États, pour les équilibres des systèmes de sécurité sociale, pour les entreprises car il crée une concurrence déloyale, pour les salariés qui perdent leurs droits en matière de pensions, de chômage, d'accès aux soins de santé, de protection contre les accidents du travail. En effet, un accident du travail est une catastrophe pour le travailleur, qui n'est pas protégé, et aussi une catastrophe économique pour l'entreprise, surtout si c'est une PME, qui peut se voir contrainte à fermer ses portes.

Je tiens à souligner l'importance du rôle des partenaires sociaux dans cette plateforme. Elle devra aussi s'attaquer aux sociétés boîtes aux lettres et aux faux indépendants, qu'il nous faut combattre pour lutter contre le *dumping* social au sein de l'Europe.

Cette plateforme est un premier pas, mais il faudra poursuivre cette démarche à travers la mise en place d'un service d'inspection sociale dans les États membres afin de permettre l'échange d'informations. Je suis convaincu que l'espace européen doit devenir un espace de lutte contre le *dumping* social et un espace de justice sociale.

Javi López (S&D). – Señora Presidenta, hoy debemos felicitarnos por dar un paso tan positivo y tan relevante para combatir el trabajo no declarado en Europa. Una plataforma de cooperación entre Estados en materia de buenas prácticas, pero que luchará contra uno de los fenómenos económicos y sociales más preocupantes que tenemos: un problema para la sociedad europea, un problema de enorme envergadura, que equivale al 20 % del producto interior bruto en España, y en algunos países a entre el 10 % y el 35 %; con trabajadores que son víctimas de este fenómeno, sin seguridad, sin derechos y que suelen ser los más vulnerables de nuestra sociedad; un problema para nuestra economía, porque distorsiona el mercado laboral; y un problema muy grande para las arcas públicas en muchos de nuestros países.

Esta plataforma tiene varios elementos muy positivos que queremos destacar: que se ha incluido, para combatirlo, el fraude de ley en la contratación, no solo el trabajo no declarado; que todos los Estados miembros formarán parte de la plataforma, cuestión que es muy relevante; y que los agentes sociales tendrán un papel preponderante en esta cooperación. Un paso positivo, pero creemos que solo será un paso y que habrá mucho por hacer. Podemos tomar medidas más incisivas, que también es lo que requiere un problema como este, para combatir una lacra para nuestra economía y para nuestra sociedad.

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, aujourd'hui l'économie souterraine pèse 2 100 milliards d'euros en Europe.

Cette fraude à la déclaration pose trois problèmes: une atteinte aux droits des travailleurs, un appauvrissement des caisses des États et une concurrence déloyale entre les entreprises européennes. Parmi elles, les petites et les moyennes entreprises qui représentent 99 % de leur total, sont les premières victimes.

La plate-forme que nous adoptons aujourd'hui doit être vue comme un premier pas pour lutter contre le travail non déclaré, car elle met enfin tous les États membres autour de la table. Elle permettra d'ouvrir un dialogue approfondi entre leurs différentes administrations et permettra aussi de limiter le recours au faux travail indépendant et aux sociétés boîtes aux lettres. Dans les zones frontalières, cette coopération clarifiera les responsabilités et limitera le flou juridique actuel.

Cependant, cette plate-forme ne doit pas rester une coquille vide. Elle doit devenir opérationnelle sans attendre et permettre un réel renforcement des contrôles et des sanctions. Elle devra probablement, un jour aussi, se concentrer sur les fraudes liées au détachement des travailleurs.

Mais attention, une simple plate-forme ne résoudra pas tout. Les États doivent aussi s'engager dans une véritable politique de lutte contre l'impunité, dans une adaptation de la fiscalité et dans une promotion de l'entrepreneuriat pour encourager un retour des travailleurs dans la légalité.

Siôn Simon (S&D). – Madam President, first can I just note that it is a bit odd that today's debate on this matter occurs after the negotiations have been so painstakingly – and, on behalf of Mr Pirinski, brilliantly – concluded in the trilogue. Why are we having the debate after the matter has already been agreed? Surely that of itself is undeclared work by Parliament?

Secondly, I would just like to respond to our colleagues from UKIP, although as usual they are not actually here for the debates.

(Mr Etheridge: Yes we are!)

Not the ones who spoke; neither of the ones who spoke have stayed to listen to the rest of the debate, they have done their little bit of theatre and buggered off as usual. They gave us a load of nonsense about how we must not have these measures because it is anti-competitive. They tried to give us lessons about competitiveness and economics, and as usual they do not understand competitiveness and they do not understand economics. The whole point is that, at this end of the labour market, you need regulation in order to have a level playing field. The people who suffer from this lack of regulation, as well as workers, are precisely those small and medium enterprises whose competition is not from massive multinationals, it is from people below them in the labour market not paying taxes, not paying social costs and thereby getting an unfair advantage. If you understood anything you would understand that.

(Applause)

Sven Schulze (PPE). – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin! Wir haben ja heute schon viele Beispiele gehört, warum die Bekämpfung von Schwarzarbeit sehr wichtig ist – sowohl für unsere Mitgliedstaaten, als auch für die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ein Grund sind die leeren Staatskassen und die hohe Verschuldung in vielen Mitgliedstaaten.

Wenn man sich mal die Zahlen bei der Schwarzarbeit in den Mitgliedstaaten anschaut, die sind schon sehr erschreckend: Griechenland mit 24,6 % vom Bruttoinlandsprodukt, Italien 21,6 %. Aber auch mein Heimatland Deutschland hat noch viel Aufholbedarf; wir liegen im Moment bei 13 %.

Es gibt in Europa auch positive Beispiele. Beispielsweise Österreich mit weniger als 10 % – die liegen bei 7,5 %. Die Schaffung einer Plattform mit verbindlicher Teilnahme von Experten aus allen Mitgliedstaaten ist aus meiner Sicht deshalb ein richtiger und wichtiger Schritt. Es geht dabei um den Austausch von *Best-Practice*-Beispielen.

Mir war wichtig festzuhalten, dass das neue Gremium in erster Linie bewährte und funktionierende Methoden der Schwarzarbeit auf nationaler Ebene unterstützt und ein ständiger Informationsfluss zwischen den zuständigen Behörden geschaffen wird. Erfolgreich vermieden wurde eine Harmonisierung der Bekämpfungsmethoden, was möglicherweise zu einer Aufweichung der bewährten Praktiken in den Mitgliedstaaten geführt hätte.

Richtig ist aus meiner Sicht daher der Austausch der Bekämpfungsmethoden; das sollte im Vordergrund stehen, nicht die Verabschiedung verbindlicher Vorgaben durch die Plattform. Ich denke, dass wir mit dem Rat eine gemeinsame vernünftige Lösung gefunden haben, und werde das auch weiterhin unterstützen.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, despite its crucial budgetary competition and social implications, undeclared work has not yet received as much attention as it should have on a European level. As the 2013 Eurofound report on the topic pointed out, there are no obvious explanations regarding the dynamics of undeclared work. For example, contrary to what most people would expect, undeclared work does not necessarily go up in times of austerity, and reduced taxes and increased deregulation do not automatically lead to less undeclared work.

However, what is obvious from the figures presented is that there are some Member States which are more efficient than others in dealing with this problem. The size of the undeclared economy in Austria compared to its GDP is almost five times less than the endemic proportion reached in my country, for example. If through this platform we succeed in transferring some proven practices across sectors and Member States and regularising a part of the grey economy, we would not only bolster fair competition and ensure more sustainability for public finances, we would also put an end to the exploitation of millions of undeclared workers who do not have the social protection or health and safety guarantees that others enjoy. In addition, results in dealing with undeclared work in a cross-border manner would also contribute to restoring much-needed trust in the functioning of the single market.

(Applause)

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Oneerlijke concurrentie ondergraaft het vertrouwen van de burger in het Europese project. Met de oprichting van dit platform zet Europa wat mij betreft een belangrijke bijkomende stap in de bestrijding van zwartwerk, schijnzelfstandigheid en andere fraude.

Het is de taak van de overheid om te waken over de spelregels, maar in een eengemaakte markt stopt fraude natuurlijk niet aan de landsgrenzen. Daarom vind ik het goed dat Europa ook in deze haar verantwoordelijk neemt. Verantwoordelijkheid tegenover de werknemers die door zwartwerk en fraude hun sociale rechten worden onttrokken. Wanpraktijken komen trouwens vooral voor bij gevaarlijke beroepen en bij kwetsbare groepen, zoals laaggeschoolde vrouwen of migranten. Maar ook verantwoordelijkheid tegenover de lidstaten die door fraude hun inkomsten mislopen en wier sociale zekerheid zo onder druk komt te staan.

Het vrij verkeer binnen de EU is onze grootste verwezenlijking en we mogen dit niet laten ondermijnen door oneerlijke praktijken. Samenwerking is daarom het sleutelwoord.

Daarom roep ik ertoe op deze belangrijke strijd niet te laten verzanden in tegenstellingen tussen Oost- en West-Europese lidstaten bijvoorbeeld. Iedereen moet mee in het bad. Dat is onontbeerlijk om een correcte samenwerking te garanderen van alle inspectiediensten van onze lidstaten.

Concreet wil ik nog de nadruk leggen op de noodzaak van verdergaande en dringende digitalisering van data-uitwisseling zoals het Informatiesysteem interne markt en het EESSI-systeem.

Dit platform is zeker een stap in de goede richting, daar ben ik van overtuigd. We kunnen en we moeten echter nog veel verder gaan. Daarom kijk ik, samen met u, verwachtingsvol uit naar de voorstellen over het arbeidsmobiliteitspakket van onze commissaris Thyssen.

Catch-the-eye procedure

Krzysztof Hetman (PPE). – Kwestia pracy nierejestrowanej, a także fikcyjnego zatrudnienia dotyczy wszystkich państw członkowskich, i choć to w ich gestii leży większość kompetencji w zakresie zapobiegania i zniechęcania do niej, jestem przekonany, że działania na poziomie Unii Europejskiej są równie pożądane i mogą przynieść dobre efekty.

Praca nierejestrowana ma negatywny wpływ na budżety i administracje państw członkowskich. Nie należy jednak zapominać, że jest to przede wszystkim problem społeczny, mający negatywny wpływ na życie zawodowe, społeczne i rodzinne wielu milionów naszych obywateli. Kompleksowy charakter problemu pracy nierejestrowanej sprawia, że do jego rozwiązania przyczynić się może tylko współpraca partnerów na wszystkich szczeblach. Uważam, że obowiązki Platformy zostały trafnie określone. Otrzymała ona konkretne zadania, przy jednoczesnym poszanowaniu zasady subsydiarności. Cieszę się też, że do uczestnictwa włączeni zostali także partnerzy społeczni i zostali uznani za jej członków. Mam nadzieję, że Platforma będzie miejscem rzeczywistej współpracy partnerów i będzie zdolna do wypracowania wspólnych strategii w zakresie egzekwowania prawa.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisar, apreciez în primul rând raportul și necesitatea acestei platforme. Cred că a venit târziu, dar este bine că acum ne-am aplecat asupra acestei probleme. Ca membră a comisiei IMCO și ca raportor din umbră pentru acest raport, nu mai vreau să repet efectele dezastruoase ale muncii la negru pe piața internă, atât asupra lucrătorilor, asupra IMM-urilor, așa cum și dumneavoastră, doamnă comisar, ați accentuat, dar, evident, și asupra bugetelor.

Consider că o măsură luată este nevoie să fie monitorizată, de aceea mi-am permis să fac acest amendament, ca să nu prezentați un raport în Parlamentul European o dată la patru ani, ci anual, pentru că eu cred în împărtășirea exemplelor de bună practică de la alte țări și nu cred, ca și colegii din dreapta, că, fără o cooperare, putem să diminuăm munca la negru. Mai cred că este important – și am și propus – ca partenerii de dialog social să fie consultați și să găsim metode prin care să conștientizăm și lucrătorii, și societățile că este dezastruos pe termen lung ca lucrătorii să accepte munca la negru. Este foarte important să dedicăm acestui domeniu foarte mult.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, společný evropský pracovní trh nepochybně potřebuje nastavení určitých minimálních standardů, které odpovídají evropským zásadám, jako je spravedlnost. Nehlášená práce, to je problém především členských zemí, ale je to také problém Unie jako celku. Bohužel objem nehlášené práce roste, také České republice se tento trend nevyhnul a jsme již zhruba na 19 – objemu nehlášené práce, což je samozřejmě jev, který se nám nemůže líbit, a proto se také jistě Česká republika zapojí do této společné platformy, která neznamená zvýšenou regulaci, ale velmi dobrou možnost pro sdílení příkladů dobré práce a nacházení postupů, které umožní členským státům účinně bojovat s tímto trendem, který poškozuje samozřejmě trh práce, zaměstnavatele a také zaměstnance. Důležitá je efektivita a minimální náklady, které na tuto platformu budou vynakládány.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η αδήλωτη εργασία είναι συνυφασμένη με όλη τη διαδικασία απορρύθμισης των εργασιακών σχέσεων. Είναι συνυφασμένη με την τεράστια ανεργία η οποία υπάρχει και την πίεση εκ μέρους των εργοδοτών να υπάρχει μαύρη εργασία. Ταυτόχρονα, αδήλωτη εργασία σημαίνει και τεράστια απώλεια εισφορών στα ασφαλιστικά ταμεία. Και αυτό το βλέπουμε, ειδικότερα, στην Ελλάδα που έχουμε μία τεράστια εισφοροδιαφυγή. Μια εισφοροδιαφυγή η οποία υπονομεύει την όλη λειτουργία του ασφαλιστικού συστήματος.

Κατά την άποψή μου, βεβαίως, εάν θέλει το κράτος, μπορεί να χτυπήσει την εισφοροδιαφυγή και αυτό μπορεί να το κάνει αποτελεσματικά. Επομένως, θεωρώ βέβαια σημαντική την αναγνώριση του προβλήματος σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης, θεωρώ σημαντικό το ότι πρέπει να υπάρχει αυτή η πλατφόρμα και η ανταλλαγή καλών πρακτικών, αλλά είναι μια αρμοδιότητα καθαρά του εθνικού κράτους. Και εκεί πρέπει να στοχεύσουμε για να υπάρξει πραγματικά χτύπημα της αδήλωτης εργασίας και αύξηση των ασφαλιστικών εισφορών.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η αδήλωτη εργασία αποτελεί σοβαρό πρόβλημα για ολόκληρη την Ένωση. Δεν πρέπει όμως σε καμία περίπτωση να μπερδεύουμε την αδήλωτη εργασία με τη φοροδιαφυγή. Τα μνημόνια, οι πολιτικές λιτότητας, τα υψηλά ποσοστά ανεργίας επιβαρύνουν τους πολίτες και σπρώχνουν πολλούς εργαζόμενους στην επισφάλεια, με τις επιχειρήσεις να στηρίζουν αυτή την πρακτική, να εκμεταλλεύονται στο έπακρο τους εργαζόμενους και πολλά κράτη μέλη να κλείνουν τα μάτια.

Η δημιουργία μιας πλατφόρμας για την πρόληψη και την αποτροπή της αδήλωτης εργασίας μπορεί να είναι βοηθητική, χωρίς να αντικαθιστά τις εθνικές αρχές εργασίας, και εμάς μας βρίσκει σύμφωνους ως Αριστερά. Όμως, η λύση για την καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας, αλλά και του ντάμπινγκ μισθών μπορεί να λυθεί μόνον όταν τα κράτη μέλη ορίσουν προστατευτικούς νόμους υπέρ των εργαζομένων, όταν κατοχυρώσουν τις συλλογικές διαπραγματεύσεις και τις συλλογικές συμβάσεις.

Επίσης, για μας πρέπει να ανατραπούν με τις κινητοποιήσεις των εργαζομένων οι νεοφιλελεύθερες πολιτικές της σκληρής λιτότητας και τα μνημόνια τα οποία σπρώχνουν τους εργαζόμενους στη φτώχεια και στην αβεβαιότητα της εργασίας.

(End of catch-the-eye procedure)

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, you might correct me if I am wrong, but I thought it was a standing procedure that, when there are too many speakers to be taken during 'catch-the-eye', there would be one speaker allowed from each group. I do not believe that anyone from the EFDD has been called.

President. – Mr Etheridge, as far as I know, it is up to the Chair, and it depends also on the time spent on the debate. Today I took all the blue cards from the floor, and this of course impacts a bit on the timing we have. I am not supposed to take necessarily from each political group. I was trying to be fair here and, for example, you yourself from the EFDD Group spoke, but I also took a blue card from you. So I think you should be satisfied to have participated in the debate today.

Marianne Thyssen, Lid van de Commissie. – Vandaag gaat u het besluit goedkeuren om de aanpak van zwartwerk te intensiveren en morgen stemt u, zoals een collega hier ook al onderstreepte, ook over het pakket ter bestrijding van belastingontwijking waarover u zo meteen een discussie gaat houden. Die beide dossiers versterken elkaar. Beide zijn initiatieven die duidelijk moeten maken dat Europa een ruimte is, dat Europa een gemeenschap is die op waarden gebaseerd is en waar sociale rechtvaardigheid een plaats heeft. Beide dossiers zullen ervoor zorgen, ook dit platform ter bestrijding van zwartwerk, dat er een beter *level playing field* komt voor het bedrijfsleven - zeker de kmo's snakken ernaar -, dat iedereen eerlijk zijn bijdrage betaalt, zowel aan de socialezekerheidsinstanties als aan de fiscus, en dat zwartwerk bestreden wordt en bij voorkeur omgezet wordt in reguliere arbeid, in kwalitatieve banen, hetgeen voor iedereen beter is.

Bij het platform worden alle betrokken autoriteiten, ook de sociale partners, ingeschakeld. Het is goed dat zij ook een stem hebben, want zij kennen beter dan wie ook de realiteit aan de basis. Het platform biedt een structuur, maar geen dwangbuis, om de handen grensoverschrijdend in elkaar te slaan en zo doeltreffend op te treden. Het platform vervangt de inspecties van de lidstaten niet. Het neemt ook geen bevoegdheden af van de lidstaten. Het zorgt er wel voor dat de mogelijkheden waarover de lidstaten beschikken, aangevuld worden. Het zal de lidstaten ertoe aanzetten - dat is de bedoeling - dat ze hun inspecties doeltreffender maken en, waarom ook niet, dat ze zich door elkaars beste praktijken voor hun beleid laten inspireren. Door samen te werken zal iedereen winnen, daar ben ik niet alleen van overtuigd. Ik heb gehoord dat u die mening deelt.

U kunt erop rekenen dat wij vanuit de Commissie alles zullen doen om dat platform de nodige ondersteuning te geven en het spreekt voor zich dat wij, zoals afgesproken, het Europees Parlement te gepasten tijde en regelmatig op de hoogte zullen houden en verslag uitbrengen.

Wat het mobiliteitspakket betreft, dat is niet direct het onderwerp van dit debat, maar er zijn verschillende vragen over gesteld. Wel, wat het mobiliteit pakket betreft, daar hoop ik, samen met velen van u, dat we snel de politieke omstandigheden zullen hebben waarin we dit optimaal kunnen lanceren, want ook dat mobiliteitspakket dient het *level playing field* en sociale rechtvaardigheid, uiteraard naast het faciliteren van de arbeidsmobiliteit die we op de interne markt nodig blijven hebben.

Ik wil nogmaals de rapporteur feliciteren, evenals alle onderhandelaars die meegewerkt hebben in de dialoog en ik kijk samen met u uit naar de resultaten.

Georgi Pirinski, rapporteur. – Madam President, I believe that the debate this morning has served a very important purpose. As the Commissioner began her initial intervention this morning, she highlighted the particular severity of the complex problem of undeclared work and the corresponding need for clear talking and for very definite and unequivocal conclusions, and she stated further intentions for action. I would like to highlight what I believe has been the underlying conclusion: that the various direct impacts of undeclared work on workers, tax and social security systems, and unfair competition, finally come back down to a threat to the very fabric of society in each of the Member States and throughout the European Union.

If I am not mistaken, yesterday evening President Draghi began his intervention by pointing out that, at present, the European Union is faced with increasing infringements relating to social cohesion – economic, territorial and social cohesion. It is not by chance, I believe, that he began with that point, because whatever efforts for job creation, investment and fiscal responsibility we want to implement, if the basic fabric of the society in which we are trying to implement such measures is being destroyed, then they are hopelessly forsaken. Therefore I believe, as has been pointed out, that this platform has seemingly built an acceptable balance between the concerns for individual Member States' rights and the need for Union input so that the problem is better tackled. I see that the time is over. I can only second the intention which was mentioned. We hope the platform is put into action before the summer. We very much support the statement by Commissioner Thyssen, and we support bringing this debate again and again back to this Chamber, to the committees of Parliament, since clearly we need much more discussion, sharing and vigorous action.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Ogni Stato ha una normativa autonoma in materia di lotta al lavoro sommerso e un campo di applicazione indipendente, ma la Commissione ha dato una definizione minima comune. Questa è stata riconosciuta in qualsiasi attività lecita di natura, ma non dichiarata alle autorità pubbliche. Si tratta di una piaga particolarmente sentita in Italia, dove contribuisce all'evasione ed elusione fiscale, oltre a determinare condizioni di lavoro generalmente deprecabili. L'idea di una piattaforma comune europea per lo scambio di buone pratiche e il confronto tra Stati membri e tra questi e le parti sociali è sicuramente uno strumento utile, ma la direzione deve essere quella di individuare meccanismi più incisivi ancora, tanto con riferimento alla repressione che alla prevenzione del fenomeno.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Iniciativas como esta não se livram do risco de passarem por autênticos monumentos à hipocrisia. Nos últimos anos, foram as políticas, as orientações e as imposições da União Europeia, traduzidas no plano nacional pelas políticas de direita implementadas por sucessivos governos, que levaram a uma crescente desregulação da legislação laboral, a um ataque à contratação coletiva, à precarização crescente das relações laborais, ao aumento da exploração dos trabalhadores.

Em Portugal, é a própria Autoridade para as Condições de Trabalho que confirma o aumento muito significativo das situações de trabalho total ou parcialmente não declarado, de falsa prestação de serviços, de falsos estágios remunerados e de falsas situações de voluntariado – na sequência da intervenção da troika (FMI-BCE-CE) no país. Intervenção, recorde-se, caucionada neste parlamento pelos mesmos que agora manifestam consternação pelo aumento do trabalho não declarado e apoiam com entusiasmo esta iniciativa: direita e social-democracia.

É caso para dizer que fazem o mal e a caramunha. Ou «bem prega Frei Tomás, olha para o que ele diz, não olhes para o que ele faz». É necessário, sim, atacar de frente a precariedade. Isso implica, antes de mais, reverter medidas recomendadas e impostas pela UE no plano nacional. Não chega, por si só, mas é um imprescindível primeiro passo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Concordamos em que o trabalho deve ser todo declarado e com direitos, mas a luta contra este trabalho não deve penalizar as trabalhadoras e os trabalhadores que nele estão presos. Gostaria de destacar que afeta de maneira muito importante as mulheres e as pessoas migrantes. É necessário dignificar o trabalho, que todas as trabalhadoras e trabalhadores tenham direitos sociais e laborais e salários dignos. Por isso, além de desincentivar o trabalho não declarado, é necessário eliminar essas reformas laborais que suprimem direitos, tornam precários os trabalhadores e trabalhadoras e consagram a figura do trabalhador pobre. Temos igualmente de nos opor à convergência regulamentar do TTIP. Conhecemos muitos casos de falsos trabalhadores independentes como consequência da precarização associada à prática da subcontratação. Estamos a falar muitas vezes de antigos trabalhadores de empresas que são obrigados a tornar-se independentes, a fim de continuar a trabalhar, mas em condições de enorme precariedade. Um salário mínimo europeu e um rendimento básico universal são instrumentos imprescindíveis nessa luta.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), în scris. – Salut inițiativa europeană de realizare a unei platforme pentru întărirea cooperării dintre statele membre în vederea prevenirii și descurajării muncii nedeclarate. Acest fenomen este nociv pentru forța de muncă activă nedeclarată care nu poate fi angrenată în activități de perfecționare profesională, menține un nivel scăzut al productivității, nu beneficiază de asigurări medicale și de pensii. Dar munca nedeclarată are consecințe și mai grave pentru oamenii care ajung în vârstă, nu mai au capacitatea deplină de a mai munci și nu au acces la un sistem de pensii, fiind nevoiți să apeleze la ajutoare sociale și la acțiuni de caritate. Iată de ce această platformă europeană ar trebui să devină operațională cât mai repede, iar statele membre și toți actorii sociali să îi acorde atenția cuvenită.

4. Erlassener Beschluss der Kommission zum Paket zur Körperschaftssteuer (Aussprache)

Präsident. – The next item is the debate on the Commission statement on the decision adopted on the Corporate Tax package (2015/2980(RSP)).

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, j'avais pris l'engagement devant vous, il y a quelque temps, dans un précédent débat, d'apporter rapidement les réponses que vous attendez aux défis que représentent la fraude et l'évasion fiscales.

Le paquet que nous avons adopté la semaine dernière vient matérialiser cette promesse. Ce débat est l'occasion pour moi de présenter cette réponse et cela vient aussi confirmer, dans la lignée des mesures adoptées l'an dernier – vous vous souvenez de nos deux paquets de mars et juin — qu'il est possible d'agir vite et avec netteté sur la fiscalité des entreprises.

Je tiens d'abord, en commençant ce débat, à saluer le rôle décisif du Parlement européen sur ces questions. Votre Assemblée a apporté un soutien précieux à la Commission pour redéfinir les contours d'une fiscalité plus juste, plus transparente et plus efficace en termes de contenu, mais aussi en termes d'impulsion politique. Ce sujet ne pouvait et ne pourrait progresser sans votre engagement. Nos institutions, la Commission et le Parlement – vous le savez – sont souvent en phase. Sur quoi? Sur la nécessité absolue d'adopter des mesures concrètes pour combattre réellement l'optimisation fiscale abusive et renforcer la transparence fiscale, qui est notre objectif commun.

Les mesures préconisées dans divers rapports présentés l'année dernière dans cette Assemblée par la commission des affaires économiques et monétaires (ECON) et la commission spéciale sur les rescrits fiscaux et autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet (TAXE) ont mis en lumière ces convergences et, sans surprise, de nombreuses mesures contenues dans le paquet reflètent – vous pouvez et pourrez le constater – les recommandations émises par cette Assemblée. Je suis donc très heureux d'être ici ce matin, en phase avec vous, mais venons-en maintenant au paquet lui-même.

Notre volonté de réforme part d'un constat à la fois très simple et profondément choquant: certaines entreprises ne payent aujourd'hui pas leur juste part d'impôts, voire ne payent pas d'impôts du tout. C'est une situation qui est devenue, pour beaucoup de nos concitoyens, absolument insupportable. Cette stratégie, que je qualifierais de stratégie de contournement, tire profit d'un système fiscal international et européen qui n'est clairement plus adapté à l'économie d'aujourd'hui, c'est-à-dire une économie qui est globale, mobile et complexe. Pour répondre à cet état de fait, pour combattre cette inadaptation, le paquet que je vous présente repose sur quatre piliers.

Premièrement, une imposition effective, et non pas théorique, des entreprises. C'est très simple: les entreprises doivent payer leurs impôts là où elles génèrent des profits. Deuxièmement, un saut qualitatif pour la transparence fiscale. Troisièmement, une concurrence fiscale qui soit saine et équitable, et enfin une articulation fine entre la dimension interne à l'Union européenne, que nous devons aborder, et la dimension externe, que nous devons aussi prendre en compte. Je reviens sur ces piliers, dans cet ordre.

En premier lieu: l'imposition effective. Les initiatives présentées la semaine dernière permettront de garantir cette imposition effective des entreprises. Cela veut dire qu'en réalité, il doit y avoir un lien étroit entre l'imposition et le lieu où sont générés les bénéfices. Pour cela, nous allons nous appuyer, avec votre soutien, sur deux instruments: une directive et une recommandation.

Nous avons d'abord élaboré une proposition de directive «anti-évasion fiscale». Je ne veux pas entrer ici dans le détail des dispositions, mais les initiatives proposées permettront notamment, dans un premier temps, d'éviter que les entreprises ne transfèrent leurs profits dans des filiales localisées dans des États à faible imposition, ensuite d'empêcher les entreprises de contourner certaines législations limitant la déductibilité des intérêts, en utilisant des instruments ou des entités dites «hybrides» et, enfin, de contrer les pratiques de certaines entreprises qui transfèrent leurs actifs d'un État à l'autre pour éviter de payer, précisément, l'impôt sur lesdits actifs. Ces mesures – vous le voyez – sont en phase avec les recommandations présentées l'année dernière par les commissions ECON et TAXE. En vérité, nous donnons suite à vos propres travaux.

Cette directive est complétée par une recommandation pour prévenir toute utilisation abusive des conventions fiscales. Vous connaissez ces pratiques: certaines entreprises mettent en place des structures artificielles pour avoir accès au traitement fiscal le plus avantageux, au titre de divers accords fiscaux conclus avec d'autres États membres ou avec des pays tiers. Notre recommandation indique aux États membres les moyens de rendre leurs conventions fiscales plus étanches à ces pratiques de «chalandage fiscal» (*tax treaty shopping*).

Le deuxième pilier est décisif et fondamental à mes yeux. C'est le combat que je veux mener pendant ce mandat, à savoir la transparence fiscale. Le cœur de notre action est la directive sur la publication d'informations pays par pays. Ce texte est la manifestation de notre engagement en faveur d'une vraie révolution de la transparence fiscale au sein de l'Union. Concrètement, les mesures que je vous présente ce matin permettront l'échange d'informations clés sur certaines entreprises entre les administrations fiscales des États membres.

De quoi s'agit-il? Je veux être précis. Les propositions de directives mettent en œuvre les recommandations de l'OCDE sur la publication des informations financières pays par pays. Vous en connaissez l'enjeu: il s'agit de permettre aux administrations de mieux contrôler les transferts irréguliers de profits entre entreprises. Nous vous proposons donc aujourd'hui de transposer les normes telles que recommandées par l'OCDE.

C'est une première étape. Je sais que beaucoup d'entre vous souhaitent aller plus loin en matière de transparence et rendre publics les rapports pays par pays des entreprises. Je vais vous dire les choses de la manière la plus simple – et vous le savez déjà –: c'est également mon souhait. Je l'ai exprimé à plusieurs reprises au sein de cette Assemblée et au dehors et je m'efforce dans ma pratique politique depuis longtemps de ne pas avoir de double discours. Je suis donc favorable à la publication d'informations pays par pays. Il faut ensuite tenir compte d'un certain nombre de paramètres, et la Commission soumettra une proposition, au printemps, sur ce point.

Quelle est la problématique? Nos services étudient la meilleure approche à adopter. Nous avons mené une consultation publique, nous menons une étude d'impact et la problématique doit être la suivante: y a-t-il contradiction entre cette publicité accrue que vous souhaitez – comme moi, comme beaucoup d'autres, comme d'autres membres de la Commission, vous savez que certains se sont prononcés en la matière – et la compétitivité de nos entreprises et leur capacité à investir. Si oui et s'il y a cette contradiction, il faudra attendre un peu. Sinon, il faut avancer résolument. C'est ce que cette étude d'impact doit dire. Vous connaissez mon souhait, vous connaissez ma volonté, je pense en même temps qu'il faut agir sur cette matière avec beaucoup de pragmatisme et non pas en se laissant guider par l'idéologie. Transparence et compétitivité sont deux objectifs que nous devons poursuivre ensemble.

Troisième pilier: nous voulons restaurer une concurrence fiscale saine et équitable entre les entreprises au sein du marché intérieur. Je parle, à la fois, de la concurrence entre les acteurs économiques, comme les entreprises, et entre les États membres.

Regardons d'abord ce qui se passe au niveau des entreprises. Il y a aujourd'hui un profond déséquilibre dans la charge fiscale entre les PME et les entreprises multinationales. Lorsque je parle de certaines entreprises – je vais être plus spécifique maintenant –, les multinationales ont le moyen de pratiquer une planification fiscale agressive. Cela ne signifie pas que toutes le fassent, je ne veux pas être dans un procès d'intention. Je dis simplement qu'elles ont, avec les services juridiques dont elles disposent et avec leur propre organisation interne, les moyens de le faire. Ce sont donc les PME, qui représentent le noyau dur du tissu productif européen, qui sont désavantagées. Pour le dire autrement, il y a d'importantes distorsions de concurrence en défaveur des entreprises qui payent leur juste part d'impôts. Nous estimons ainsi que la charge fiscale des PME est jusqu'à 30 % plus élevée – c'est un chiffre considérable! – que celle qui pèse sur les entreprises multinationales. Cette situation est inacceptable et ne peut plus durer. Les mesures proposées par la Commission viennent donc directement cibler les régimes fiscaux toujours plus agressifs des entreprises multinationales qui ont les moyens d'échapper à l'impôt.

Le paquet permettra de rétablir également une concurrence fiscale équitable entre les États membres en protégeant leur base imposable. C'est le principe de l'érosion de la base d'imposition et du transfert des bénéfices (EBITB), que vous connaissez. Certains États membres ont déjà pris la mesure de l'évasion fiscale et ont adopté des dispositions pour en contrer les effets, mais d'autres n'ont pas suivi ou – pour être plus qu'indulgent – pas encore suivi et cela a abouti à une situation particulièrement injuste où les mesures anti-abus prises par certains États membres sont, de fait, sapées par des législations plus permissives qui sont prises ailleurs. Le paquet que je vous soumets permettra donc aux États membres de revenir sur un pied d'égalité au sein de l'Union, et c'est une nécessité.

Enfin, le dernier pilier: nous développons une véritable stratégie externe de l'Union européenne. Nos initiatives visent à apporter une réponse globale à un problème global. Disons-le franchement: nous avons besoin d'une approche commune au niveau européen vis-à-vis de l'extérieur, en complément des mesures internes qui seront prises par les États membres.

Notre nouvelle stratégie vient donc s'attaquer au risque d'érosion fiscale venant de l'extérieur et favorise, pour cela, une plus grande coopération entre l'Union et ses partenaires internationaux. Je pense, en premier lieu, aux États tiers non coopératifs, qui constituent une réelle menace pour l'équilibre du marché intérieur. La Commission entend travailler avec ses partenaires internationaux pour promouvoir la bonne gouvernance fiscale internationale. C'est ce qui se passe à l'OCDE; c'est ce qui se déroule au sein du G20. Je le dis ici avec fermeté: nous n'hésiterons pas à durcir le ton face aux États qui persistent dans la mauvaise direction. Vous pouvez le constater aujourd'hui, le paquet qui vous est présenté frappe fort, avec une série de mesures solides et cohérentes.

Notre nouvelle stratégie européenne propose ainsi l'établissement d'une liste européenne – et j'insiste sur les deux mots: liste européenne – de pays tiers non coopératifs. Jusqu'à présent – vous le savez – j'ai pris l'initiative d'avoir une liste qui soit, je dirais une sorte de *best of*, de *medley* des listes nationales avec leurs inégalités. Certaines ne comportent aucun État non coopératif, d'autres en comportent 85. Certaines ont certains critères et d'autres en ont moins ou ont des critères différents. Ce n'était pas satisfaisant, mais, en même temps, cela a fait bouger les choses. Cela a provoqué un débat et fait évoluer un certain nombre d'États qui se sont sentis visés et qui sont déjà sortis de cette liste. Je ne veux pas citer de noms, puisque précisément, il y a eu des comportements vertueux.

Toutefois, la liste européenne que je propose reposerait, comme le Parlement européen l'a suggéré, sur des critères objectifs et justes décidés par les États membres, ainsi que sur un dialogue permanent avec ces pays: l'imposition effective des entreprises, la transparence fiscale, la concurrence fiscale saine et équitable, et la stratégie externe. Voilà donc les quatre piliers du paquet anti-évasion fiscale que nous vous soumettons.

Je voudrais à présent dire un mot peut-être un peu plus technique – mais derrière la technique, il y a souvent de la politique – concernant plus précisément la mise en œuvre. Le paquet permet une mise en œuvre globale et coordonnée des recommandations de l'OCDE. Quels sont les paramètres avec lesquels nous devons composer? Pour le dire simplement, il faut à la fois éviter les effets de géométrie variable, car tous les États membres de l'Union européenne ne sont pas membres de l'OCDE, et prendre en compte les spécificités de notre marché intérieur. Pour éviter une application partielle ou disparate des mesures EBITB, qui vouerait de facto notre paquet à l'échec, une approche commune était donc essentielle. Par ailleurs, certaines initiatives spécifiques vont plus loin que les recommandations EBITB. C'est aussi parce que nous nous sommes nourris des débats qui ont eu lieu dans cette Assemblée et des discussions au Conseil, et c'est également parce que nous sommes une Union, donc avec une intégration plus forte qu'un système comme l'OCDE.

Lors de nos précédentes discussions, certains, dans cette Assemblée, s'étaient interrogés sur la compétitivité et l'attractivité économique de l'Union. Je voudrais les rassurer et leur dire que les initiatives proposées ce matin n'y sont pas hostiles. Au contraire, je pense profondément que transparence et compétitivité vont de pair. Les dispositions que je vous suggère éviteront une mosaïque de législations nationales, qui nuirait fortement au marché intérieur et donc à l'activité économique des entreprises européennes. Tout cela façonne une fiscalité en Europe qui sera favorable aux entreprises qui jouent selon les règles et non favorable à celles qui jouent avec les règles. C'est donc clairement les premières que nous devons privilégier.

Quelques mots pour conclure, d'abord pour regarder devant nous vers ce qui attend la Commission, vers ce qui vous attend pour 2016. Ce paquet anti-évasion fiscale, qui est – comme vous le voyez – très ambitieux et très global – sans doute le plus ambitieux et le plus global qui n'ait jamais été proposé par une Commission et examiné par votre Assemblée. Pourtant, il n'est que le début d'une série d'initiatives que nous présenterons, que je vous présenterai, ces prochains mois.

Nous aurons un autre grand rendez-vous cette année: vous savez que 2016 sera l'année de la renaissance de l'ACCIS, l'assiette commune consolidée (CCCTB en anglais). L'ACCIS a le mérite d'apporter une réponse globale au problème du transfert des bénéfices au sein de l'Union, tout en offrant aux entreprises un cadre optimal pour leurs échanges économiques. Je veux donc garder ou plutôt reprendre le tempo sur ce projet. Les services de la Commission travaillent, en ce moment, sur une proposition qui doit être une proposition par étapes, car nous avons vu qu'une approche en un bloc n'avait pas convaincu au sein du Conseil et ce que je souhaite, comme toujours, en matière fiscale c'est de marier le souhaitable et le possible.

Le possible, Mesdames et Messieurs les députés, – je dois le dire – passe par l'accord entre nous, mais aussi par le consensus des États, puisque vous connaissez le processus de décision en la matière, qui requiert l'unanimité. Certains peuvent le regretter. C'est ainsi que nos institutions sont faites et nous devons bien sûr respecter cette souveraineté.

Mais une étape à la fois! Au travers du paquet qui fait l'objet de nos discussions aujourd'hui, la Commission réaffirme plus que jamais son engagement dans la lutte contre la fraude et l'évasion fiscale. Je l'ai déjà dit devant vous, je l'espère avec force, et je le redis avec encore plus de force: nous devons combattre ces formes d'inefficacité économique qui engendrent de l'injustice sociale. Les acteurs les plus honnêtes, les contribuables, doivent aujourd'hui injustement supporter les coûts de ces distorsions et ce sont des sommes considérables qui sont perdues pour la croissance, pour les services publics, pour les hôpitaux, pour la sécurité, pour les écoles, pour les transports publics et pour l'économie en général.

Nous devons réinjecter plus de justice et de transparence dans la fiscalité internationale et dans notre propre fiscalité européenne. Les mesures présentées en 2015 étaient déjà un pas en avant très significatif dans cette direction. Je rappelle notamment la directive tant attendue sur l'échange automatique d'informations sur les rescrits fiscaux, à laquelle votre Parlement a tant apporté.

Le paquet que nous venons d'adopter représente une étape majeure supplémentaire dans cette voie exigeante mais indispensable. Je souhaite ardemment que le Parlement et la Commission continuent ensemble ces prochains mois sur cette lancée pour faire enfin de la transparence fiscale et d'une fiscalité internationale plus juste ce que nous souhaitons: une réalité.

Alain Lamassoure, au nom du groupe PPE. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je voudrais saluer à la fois le contenu et le calendrier du paquet que vous venez de nous présenter et qui reprend très largement les recommandations que notre Parlement avait adopté à la fin de l'année dernière.

Je voudrais me réjouir aussi de la qualité de la coopération entre nos institutions et regretter l'absence de la présidence néerlandaise, qui aurait pu nous dire quelles sont les conséquences qu'elle entend tirer de ces propositions pendant les six mois de son mandat.

Le Parlement jouera son rôle durant cette période, en élargissant le débat à tous les parlements nationaux, ceux des 28 États membres de l'Union européenne et, au-delà, ceux de tous les pays que l'OCDE a associé à ses travaux. Nous le ferons prochainement, au mois de mai.

Nous devons bien comprendre que, sous la pression des opinions publiques après le scandale LuxLeaks, pression que nous relayons dans nos institutions, un changement d'état d'esprit est en train de s'imposer à tout le monde. L'affaire Google en est un exemple comique: pendant des années, nos pays se sont concurrencés en grand secret pour être celui qui serait le plus généreux fiscalement vis-à-vis de ce type de multinationales, et maintenant nous allons assister à une concurrence, au moins apparente, pour être celui qui fait payer le plus ce genre de multinationales.

Cela rend urgent le deuxième volet de vos propositions, Monsieur le Commissaire, c'est-à-dire l'harmonisation de l'assiette fiscale des entreprises au sein de l'Union européenne.

En ce qui concerne la publication des résultats des entreprises, nous allons constater que, face à ce changement d'état d'esprit, certaines entreprises multinationales vont rendre publics leurs résultats, pays par pays, et y verront un argument commercial. Les autres seront obligées de suivre. Il ne faudrait pas que la Commission et nos institutions arrivent après la bataille, alors proposons d'emblée cette publication.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI*Vicepresidente*

Elisa Ferreira, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, começo por cumprimentar a Comissão por ter cumprido a sua promessa, por ter apresentado uma proposta ambiciosa e por estar a seguir um caminho que constitui uma mudança histórica no modo como a União Europeia tem vindo a tratar o problema da fiscalidade direta.

De facto, a Comissão tem tido um papel liderante e tem respondido à pressão pública, que este Parlamento interpreta, para que a fiscalidade não seja um fator de injustiça relativa e um fator de incoerência no mercado interno onde tanta coisa é harmonizada e onde nós nos controlamos mutuamente no que diz respeito também aos orçamentos. E os orçamentos não são só despesa, também são receita.

Saúdo a Comissão também por ter tido a preocupação de dar uma resposta europeia à iniciativa da OCDE, mas penso que a Europa tem de deixar de ser uma seguidora da OCDE para passar a ser liderante, no quadro da OCDE, no combate à fraude e à evasão fiscal, e é nesse sentido também que eu interpreto a atual proposta. Temos de ir mais além e o caminho ficou escrito no relatório TAXE deste Parlamento. A Comissão reconhece-o e eu agradeço à Comissão esse próprio facto. De facto, há ainda elementos, como a definição do que é um paraíso fiscal, o que é um estabelecimento permanente, em que gostaríamos que as propostas fossem mais fortes, mas entendemos que neste momento ainda não é possível pedir isso.

Gostaria ainda de sublinhar que este Parlamento espera, e também refletiu isso no seu texto TAXE, que o Conselho assuma esta mudança de filosofia da política europeia. Temos de ir mais além. A CCCTB tem de se concretizar. O reporte, país por país, tem de ser público. Temos de avançar em dimensões que são as únicas compatíveis com o mercado interno e com uma moeda única e, nesse aspeto, lamentamos e estranhamos a ausência aqui da Presidência holandesa. E isto porque, e cito o Relatório TAXE, os Estados-Membros com um papel fundamental na facilitação da evasão fiscal devem assumir as suas responsabilidades e liderar os esforços com vista ao reforço da cooperação fiscal na União Europeia. Esperemos que a Presidência holandesa venha a cumprir este desígnio.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Het moet mij van het hart: de communicatie van de Commissie zit echt niet goed. Ik hoor al te veel praten over hogere belastingen en iets te weinig praten over lagere belastingen en efficiëntere ondernemingen. Ondernemingen zijn geen melkkoe. Het zijn zij die zorgen voor jobs, voor welvaart en u maakt het recht.

We moeten ervoor zorgen dat iedereen eerlijk zijn belastingen betaalt, ook multinationals. Dat zij die belastingen niet kunnen ontduiken. Dat doen we precies door informatie te delen, door samen te werken tussen belastingdiensten, door te kiezen voor meer transparantie. Maar ook door waakzaam te blijven.

En ik houd vast: we blijven waakzaam op drie punten:

1. Ook kleinere lidstaten moeten concurrerend blijven en de belastingen moeten naar beneden. Daarom hebben wij die gezonde fiscale concurrentie tussen lidstaten nodig. Daarom zou het een slecht idee zijn om belastingen Europees te harmoniseren;

2. We mogen niet blind zijn voor die internationale context. Wanneer de Commissie meer verplichtingen wil opleggen, verplichtingen die verder gaan dan wat internationaal is afgesproken, dan schieten wij in de eerste plaats onszelf in de voet; 3. Wij rekenen erop dat de Commissie woord houdt en dat er in elk geval geen bijkomende lasten worden gelegd op schouders van kleine en middelgrote ondernemingen. Dat staat in de teksten van de Commissie. Wij gaan er ook van uit dat dat blijvend hard wordt gemaakt, want dat is de enige manier om te kunnen zorgen dat wij minder belastingen moeten betalen en dat iedereen ook eerlijk zijn belastingen betaalt.

Michael Theurer, im Namen der ALDE-Fraktion. — Herr Präsident! Herr Kommissar! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag, der Europäischen Kommission für zwei Richtlinien ist ein großer Meilenstein in der Schaffung eines gerechten Steuerwettbewerbs in Europa. Das war ja auch die Quintessenz, die Schlussfolgerung, die wir als TAXE-Ausschuss gezogen haben – mit einem Bericht, der hier vom Plenum in breiter Mehrheit verabschiedet worden ist.

Deshalb zunächst einmal: Glückwunsch, Herr Kommissar Moscovici, für Ihre Vorschläge, die auch die Empfehlungen der OECD in ein verbindliches Gesetz gießen. Aus Sicht der Allianz der Liberalen und Demokraten ist es das Entscheidende, dass die 28 nationalen Steuergesetzgebungen – nicht wie bisher – Schlupflöcher kreieren, die dann von einigen wenigen – insbesondere internationalen Konzernen – genutzt werden können, um ihre Steuerlast auf praktisch null zu reduzieren.

Wenn zum Beispiel die Sunday Times berichtet, dass aktuell im Jahr 2014 sechs der zehn größten britischen Unternehmen keine Körperschaftsteuer in Großbritannien bezahlt haben, obwohl sie weltweite Gewinne von 30 Milliarden Britischen Pfund ausweisen, dann zeigt das die gesamte Dimension. Und es liegen ja auch klare Anhaltspunkte dafür auf dem Tisch, dass kleine und mittlere Unternehmen, die nicht diese Steuervermeidungsmodelle nutzen können, benachteiligt werden. Der Effekt wird auf 20 bis 25 % geschätzt.

Deshalb ist es aus Sicht einer sozialen Marktwirtschaft unbedingt erforderlich, dass wir auf europäischer Ebene eine Rahmengesetzgebung schaffen, die zu einem *level playing field*, zu einem fairen Wettbewerb führen. Wir haben bei unseren Besuchen, etwa in der Schweiz, ja gesehen, wie ein solcher Wettbewerb organisiert werden kann. Der automatische Informationsaustausch ist das eine, aber auch eine gemeinsame Körperschaftssteuerbasis. Die vermissen wir allerdings in diesen Vorschlägen. Deshalb die Frage: Wann können wir damit rechnen? Und jetzt kommt der Angriff auch aus den USA; hier will die US-Regierung Druck machen – sie sieht ihre Konzerne benachteiligt.

Wir erwarten von Ihnen, Herr Kommissar hier an dieser Stelle eine Aussage dazu, denn wir glauben, dass auch die USA sich bewegen müssten, damit wir gemeinsam – USA und die Europäer – zu einem weltweit besseren Rahmen kommen, der aggressive Steuervermeidung in Zukunft verhindert.

Fabio De Masi, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Moscovici, US-Senator Bernie Sanders – der Kandidat der Main Street, nicht der Wall Street – hat heute Nacht ein fantastisches Ergebnis bei den Vorwahlen in Iowa erzielt. Sanders empört, wie meine Fraktion, die Linksfraktion, dass die arbeitende Bevölkerung die Dummen sind, während Weltkonzerne wie Google keine Steuern zahlen. Immer mehr Menschen, ob in den USA oder Europa, empört das auch.

Nur die Juncker-Kommission macht weiter *business as usual*. Das ist ihr drittes Steuerpaket, und dennoch könnte sich LuxLeaks weiter wiederholen. Mit ihrer Zinsschranke können Konzerne weiter 30 % ihrer Gewinne in Niedrigsteuerländer verschieben. Damit kratzen sie gerade am Rand dessen, was die OECD noch als zulässig empfand. Auch bei der Besteuerung von Konzerntöchtern in Steueroasen versagen sie: Die Steuer darf 60 % unter der Steuer des Sitzlandes liegen; bei einem Steuersatz von 12,5 % wie in Irland sind dann nur 5 % Steuern fällig. Bei der OECD wären es ursprünglich zumindest 10 % gewesen. Jede Sekretärin zahlt so mehr Steuern als Google und Co.

Herr Juncker sagte, LuxLeaks müsse eigentlich EU-Leaks heißen. Da hat er Recht. Sie tun aber weiter so, als gebe es keine Steueroasen in der EU, eine sanktionsbewehrte schwarze Liste gibt es nicht. Die EU kann daher keine Führungsrolle bei der Bekämpfung des aggressiven Steuerwettbewerbs beanspruchen. Eine solche Kommission, eine solche Hasenfüßigkeit können sich die ehrlichen Steuerzahler nicht mehr leisten!

Eva Joly, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, les propositions que vous nous présentez sont une étape supplémentaire pour mettre fin à l'évitement fiscal des grandes entreprises en Europe. Je veux par exemple saluer la proposition de taxe de sortie, qui permettrait de taxer au moins une fois les bénéfices délocalisés vers des pays hors de l'Union européenne.

Cependant, quand on les regarde de près, les textes mis sur la table sont incomplets. En l'état, ils ne mettront pas fin aux pratiques fiscales les plus cyniques. Le Parlement, je l'espère, pèsera de tout son poids pour renforcer ce texte.

Ici, je ne veux rien minimiser, mais dire que si les choses n'avancent pas assez vite, la responsabilité première en revient de plus en plus clairement aux États membres qui, derrière les discours, continuent de se livrer une concurrence fiscale destructrice.

Le redressement fiscal ultra-avantageux (3 % sur dix ans) accordé par le ministre britannique Osborne à Google participe de cette dynamique qui foule aux pieds l'esprit de coopération européenne.

Monsieur Moscovici, vous devez maintenant donner les moyens au plus grand nombre, Parlement européen et société civile notamment, de mettre les gouvernements sous pression pour que dans les prochains mois, le plan d'action anti-EBITB soit complété et pour que, dans les années à venir, les règles nouvellement élaborés soient respectées dans chacun des vingt-huit États membres.

Voilà pourquoi vous devez enfin apporter un soutien clair au caractère public de la publication des informations financières, pays par pays. La bataille contre l'injustice fiscale ne se gagnera pas dans les couloirs du Conseil ou du ministère des finances, pas quand le chantage à l'emploi est devenu la norme, pas lorsque les ministres sont devenus lobbyistes en chef des intérêts des plus grands groupes.

Tim Aker, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, there is a reason why tax should be decided by nation states and not the European Union. The diversity of culture across the European continent means each country has its own strengths. For instance, the French have their wine, the Germans industry, the Spanish tourism. These have not become clichés without some truth behind them. Each of these cultures needs to be able to reflect its strength in its own tax system.

Tax is a subject for each country to address multilaterally, not via the EU, because the EU's solution to every problem is to harmonise. Competition between states in taxation also encourages them to get better value for money when they deliver public services. In this single market, Google was free to pay its corporation tax in the lowest tax bracket it could find. The EU's solution will not be to close loopholes but to hike taxes across the EU, chasing companies who pay their fair share out of the EU entirely and taking thousands of jobs with them.

If anyone thinks EU powers over corporation tax are a good thing, just look at what they have done with VAT. Under EU law, Member States have to beg permission from the Commission to reduce VAT, but there is free rein to increase this tax. Look at the UK's Green Deal: a 5% VAT rate on energy-saving materials. Obviously this is a welcome policy to keep heating bills down and make sure people are warm in the winter; but what did the EU do? It took the Green Deal to the European Court of Justice, and now the Green Deal is gone – killed off by unelected judges. The EU's record on tax kills jobs and stifles innovation. Anyone who still thinks corporation tax will be safe with the EU is, frankly, out of their minds and, with the EU's damaging policies, they may well be out of a job too.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Moscovici! Der Google-Mutterkonzern Alphabet ist aktuell mit einer Marktkapitalisierung von 550 Milliarden Dollar das wertvollste Unternehmen der Welt. Gleichzeitig wird dieses Unternehmen von den italienischen Behörden verdächtigt, im Zeitraum 2009 bis 2013 Steuern im Ausmaß von 227 Millionen Euro hinterzogen zu haben. Erst kürzlich gab es seitens Google einen Vergleich mit der britischen Regierung, wo 170 Millionen Euro Steuern nachgezahlt wurden. Google nutzt, so wie andere Konzerne auch, Steuersparmodelle in verschiedenen europäischen Ländern. Im Zuge der LuxLeaks-Affäre ist das ins öffentliche Bewusstsein gedrungen. Laut einer Studie des Europäischen Parlaments im Auftrag des TAXE-Sonderausschusses entgehen der EU jedes Jahr bis zu 190 Milliarden Euro durch Gewinnverlagerungen, steuerliche Sonderregelungen, ineffiziente Steuererhebungen und ähnliche Praktiken. Das können sich die EU und die Mitgliedstaaten nicht mehr länger leisten. Deshalb ist ein entschlossenes Vorgehen gegen aggressive Steuerplanung für einen freien Steuerwettbewerb und einen gerechten Steuerwettbewerb notwendig.

Das vorgeschlagene Konzept der Kommission in dieser Angelegenheit, nämlich des fairen Steuerwettbewerbs, beruht auf drei zentralen Säulen. Das ist zum einen die Gewährleistung einer effektiven Besteuerung in der EU. Hier war auch das Parlament schon sehr aktiv tätig mit dem TAXE-1-Bericht, ein TAXE-2 wird sicherlich folgen. Und die Kommission folgt jetzt mit der Richtlinie zur Bekämpfung der Steuervermeidung. Es geht in erster Linie darum, dass Gewinne dort auch versteuert werden sollen, wo sie anfallen.

Ein zweiter Punkt ist mehr Steuertransparenz. Auch hier war das Parlament schon tätig: Ferber-Bericht, automatischer Informationsaustausch, und die Kommission will nun die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden überarbeiten. Das ist ein wichtiger Schritt. Wichtig ist auch, dass das *country-by-country reporting* kommt, und ein erfreuliches Moment ist auch, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union innerhalb von sieben Monaten diesen automatischen Informationsaustausch implementieren werden.

Ein dritter wichtiger Punkt ist die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen, es wurde schon angesprochen. KMU zahlen in der Regel 30 % mehr Steuern als multinationale Konzerne, das muss abgeschafft werden. Und ein Zweites: Eine externe Strategie ist notwendig. Es müssen die Steueroasen aufgezeigt werden. Nur auf diese Weise kann fairer Steuerwettbewerb möglich werden, sowohl im Sinne der Unternehmen als auch der Mitgliedstaaten.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, προκειμένου να προελκυσθούν επενδυτές και να υπάρξει βιώσιμη οικονομική ανάπτυξη, πρέπει να γίνεται μία ορθή και δίκαιη κατανομή των φορολογικών βαρών στις εμπορικές επιχειρήσεις. Σήμερα, που ζούμε στην εποχή της παγκοσμιοποίησης, οι τεχνολογικές εξελίξεις επηρεάζουν άμεσα το οικονομικό περιβάλλον και δίνουν τη δυνατότητα στις πολυεθνικές εταιρείες να παρακάμπτουν τους περιορισμούς στο φορολογικό σύστημα των διαφόρων κρατών, να παρουσιάζουν μικρότερα κέρδη και να κερδοσκοπούν εις βάρος των λαών όλων των χωρών.

Για το λόγο αυτό δεν πρέπει να υιοθετήσουμε ένα κοινό σύστημα φορολόγησης το οποίο θα έχει ισοπεδωτικό χαρακτήρα και δεν θα λαμβάνει υπόψη του τις οικονομικές ιδιαιτερότητες των χωρών. Η δίκαιη κατανομή των φορολογικών βαρών μπορεί να γίνει μόνο στα πλαίσια του εθνικού κράτους, το οποίο κατά την εφαρμογή της δημοσιονομικής του πολιτικής, μπορεί να λάβει μέτρα ούτως ώστε να προστατεύσει τα συμφέροντα των μικρών και των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, που αποτελούν τη σπονδυλική στήλη όχι μόνο του εθνικού, αλλά και του ευρωπαϊκού συστήματος, ώστε να μη χάνουν τις θέσεις εργασίας τους χιλιάδες άνθρωποι, όπως δυστυχώς συμβαίνει τα τελευταία χρόνια στην πατρίδα μου την Ελλάδα.

Έτσι, θα μπορέσει το εθνικό κράτος να υιοθετήσει μία κοινωνική οικονομική πολιτική και κατόπιν να συνεργαστεί με τα υπόλοιπα κράτη για να αποτρέψει την παράνομη και παράλογη κερδοσκοπία των πολυεθνικών εταιρειών.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, el paquete presentado la semana pasada por la Comisión Europea y por el Comisario Moscovici sin duda alguna va en la línea para luchar contra esa fiscalidad agresiva de algunas multinacionales, que tanto daño ha hecho a las pymes europeas y a las arcas públicas europeas. Sin duda alguna es un buen comienzo.

En la Unión Europea se pierden miles de millones cada año por la fiscalidad de algunas empresas, dinero que podría ser usado para servicios públicos, como educación o como sanidad, o también para generar empleo y crecimiento público.

No podemos tolerar que los ciudadanos y las empresas —especialmente las pymes, como decía antes— que muestran su inequívoco compromiso y esfuerzo acaben pagando más por culpa de las grandes empresas, de algunas grandes empresas que buscan eludir impuestos. En este caso, hemos hecho mucho trabajo a través de la Comisión TAXE para sacar a la luz todo lo acontecido en los últimos años y los acuerdos entre grandes multinacionales y algunos Estados miembros, porque para nosotros la transparencia es y será una prioridad.

Ahora es el momento de mirar hacia adelante para asegurarnos y garantizar que no se repitan los errores del pasado. Debemos avanzar hacia una unión fiscal para evitar entrar en una guerra fiscal, y que tanto multinacionales como pymes estén sujetas a las mismas reglas de juego.

Señorías, yo creo que lo presentado la semana pasada —como decía al comienzo— es un buen punto de partida y creo que debemos pedir al Comisario que lo implemente, que sea una realidad lo antes posible. Y yo creo que tiene el apoyo de esta Cámara.

Peter Simon (S&D). – Herr Präsident! Es ist ja schon sehr interessant heute Morgen zu hören, was die von Herrn Kommissar Moscovici vorgeschlagenen Regeln hier im Haus auslösen. Da haben wir auf der einen Seite diejenigen, die sagen, die Unternehmen sind Milchkühe, wir müssen zu noch weniger Steuern kommen. Ich weise darauf hin, dass die durchschnittlichen multinationalen Unternehmen 1 % oder weniger bezahlen! Ja, was heißt denn da noch weniger? Überhaupt keine Steuern mehr?

Dann hören wir auf der anderen Seite, die Kommission würde ein *buisness as usual* betreiben. Damit reden wir unsere eigene Arbeit hier im Hause klein! In den letzten Monaten haben wir mit dem TAXE-Untersuchungsausschuss erst das Klima dafür geschaffen, dass die Kommission heute – und bereits im vergangenen Sommer – Vorschläge vorlegen konnte, die über all das hinausgehen, was in den letzten zehn Jahren möglich war. Wir müssen hier mit der Kommission gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir müssen sicherstellen, dass Unternehmen – gleich welcher Art –, die multinational agieren, einen fairen Steuersatz bezahlen, der von Land zu Land durchaus Unterschiedlichkeiten aufweisen kann, aber sie müssen einer fairen Besteuerung unterliegen und Steuern zahlen.

Wenn wir das wollen, dann müssen wir uns aber die Kommissionsvorschläge in aller Ruhe und sorgfältig anschauen. Dann können wir durchaus die Kommission auffordern, mutiger zu sein, und sie dabei unterstützen, über das hinauszugehen, was heute vorliegt. Dass zum Beispiel nicht nur für eine öffentliche Berichterstattung darüber, wo welches Unternehmen wie viele Steuern bezahlt, Unternehmen herangezogen werden mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen. Lassen Sie uns alle großen Unternehmen, wie wir sie anderenorts definiert haben, ab einem Jahresumsatz von 40 Millionen nehmen. Damit hätten Sie die meisten multinational agierenden Akteure einer Berichtspflicht unterworfen und Sie hätten die Transparenz, um die notwendigen Maßnahmen hieraus ableiten zu können.

Transparenz ist das Stichwort. Ein *country-by-country reporting*, was der Kommission von den Mitgliedstaaten nicht zugänglich gemacht wird, wird verhindern, dass sie die notwendige Transparenz hat, um als Hüterin der Verträge ihre Rolle ausfüllen zu können. Wir wollen diese Transparenz, wir wollen, dass Sie diese Rolle ausfüllen können. Das Parlament wird Ihnen, denke ich, in breiter Mehrheit seine Unterstützung auch in Zukunft zukommen lassen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), ερώτηση με «γαλάζια κάρτα». – Πιστεύω ότι κανένας δεν αμφιβάλλει ότι πρέπει να πατάσουμε τη φοροδιαφυγή, την φοροπάτη, και οι πολυεθνικές επιχειρήσεις να καταβάλλουν τους φόρους τους όπως τις καταβάλλουν όλες οι επιχειρήσεις. Όμως, εδώ, πρέπει να προσέξουμε κάτι. Δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να ισοπεδώσουμε τους φορολογικούς συντελεστές. Με κοινό ενιαίο εταιρικό φορολογικό συντελεστή, και μάλιστα αυξάνοντας αυτόν τον φορολογικό συντελεστή, αυτό που θα πετύχουν είναι να καταστρέψουν τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις στις χώρες τους, αλλά και να οδηγήσουν τις οποιοδήποτε ξένες επιχειρήσεις στο να φύγουν σε άλλες χώρες εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Δηλαδή, ουσιαστικά, αυτή στιγμή πάμε να χτυπήσουμε όποιες χώρες έμειναν στην Ευρωπαϊκή Ένωση και αποτελούν χρηματοπιστωτικά κέντρα, γιατί με διαφάνεια έχουν χαμηλούς φορολογικούς συντελεστές, δεν φοροδιαφεύγουν, δεν κάνουν ξέπλυμα βρώμικου χρήματος, υφίσταται πλήρης διαφάνεια, ενώ αν ξεκαθαριστεί ότι ο κοινός ενιαίος φορολογικός συντελεστής δεν θα θεσπισθεί, αλλά ότι θα συνεχίσει ο ανταγωνισμός, τότε θα προστατευθεί πιστεύω και η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Peter Simon (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. — Herr Präsident! Wenn Ihnen aufgefallen sein sollte, dass wir heute nicht über eine Vereinheitlichung der Körperschaftsteuer reden, sondern das in einem Gesamtkontext von einer Vereinheitlichung der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage geredet wird, dann ist schon viel gewonnen. Denn genau hierum geht es. Wir wollen wissen: Auf welchen Betrag werden denn überhaupt Steuern bezahlt?

Wenn Mitgliedstaaten weiterhin die Chance haben, das, worauf Unternehmen Steuern bezahlen müssen, so klein zu rechnen, dass sie beispielsweise einen Steuersatz von hundert Prozent anlegen könnten und trotzdem keine Steuern bezahlen würden, dann haben Sie nichts gewonnen.

Wir brauchen Transparenz um zu wissen, was die Steuergrundlage ist. Erst dann macht die Diskussion um irgendwelche Steuersätze Sinn; aber auch erst dann können wir abschätzen, ob überhaupt Unternehmen Steuern bezahlen oder ob, wie in der Vergangenheit, Steuersätze multinationaler Konzerne von 1 % und weniger die Regel sind.

Ashley Fox (ECR). – Mr President, I can give a cautious welcome to Commissioner Moscovici's proposals to introduce new rules on corporate disclosure. Requiring multinational companies to provide annual information on sales and assets to tax authorities is necessary to tackle aggressive tax avoidance. The United Kingdom has placed greater tax transparency at the heart of our G8 agenda and was one of the Member States that initiated the OECD/G20 base erosion and profit shifting project.

The Commission is right when it asserts that Member States cannot tackle this problem alone. But I hope, Commissioner, that you also realise that the EU cannot tackle this problem alone either. It has to be dealt with at the international, rather than the European, level. My fear is that there are those in the Commission and in this Parliament who see this problem as another excuse for more Europe.

I do not support plans for a common corporate tax base. This is unwanted interference in the rights of Member States to decide their own tax policies. By acting through the OECD, we will ensure that Member States not only fulfil their obligations but also remain competitive in the international markets. We must ensure that multinational companies pay their fair share of taxes. The best way of ensuring this is to keep tax rates low and tax codes simple.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I was interested to hear you talk in your speech about competition and free enterprise and drawing the line at an EU-wide corporation tax level. Is this something that you would consider yourself personally as a red line, where the UK just simply must always say no? And if the movement towards this continues, what would your decision be on which way you would vote in a referendum, were a common corporation tax part of the deal?

Ashley Fox (ECR), blue-card answer. – I am pleased that tax policy remains an exclusive competence of the Member States and that the Member States retain a veto, and I am certain that any Conservative government now or in the future will veto a common corporate tax base. I therefore see no prospect of it or common tax rates coming into practice.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – Er ligt hier een pakket om belastingontwijking en agressieve belastingplanning aan te pakken en dat doel onderschrijven wij zeer, want we zijn het met elkaar eens dat iedereen zijn billijke deel van belastingen moet betalen, burgers, het mkb, maar zeker ook de multinationals, die mogen de dans niet ontspringen.

Het lijkt er dus op dat hier de goede dingen worden gedaan, maar daarmee ben je er nog niet. Want je moet niet alleen de goede dingen doen, je moet die goede dingen ook goed doen. Daarom vind ik het toch wel een gemiste kans dat er geen degelijke effectbeoordeling heeft plaatsgevonden. Ik vind het jammer dat niet echt helemaal duidelijk de internationale context, waarbinnen we toch moeten opereren om concurrerend te blijven, goed is meegenomen. En dat er toch ook nog wel wat vaagheden in zitten, wat ruime definities, bijvoorbeeld van de antimisbruikbepaling, waardoor je toch onduidelijkheid en interpretatieverschillen kunt gaan krijgen, wat zal gaan leiden tot een gang naar de rechter. En dan creëren we wel werkgelegenheid, maar alleen voor juristen. En dat is toch niet wat we bedoeld hebben. Dus we gaan deze voorstellen minutieus bekijken en waar nodig zullen we proberen om ze te verbeteren.

[De spreker gaat in op een “blauwe kaart”-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Maria Grapini (S&D), Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. – Mulţumesc, domnule preşedinte. Stimată colegă, aţi vorbit despre un studiu de impact necesar. Vreau să vă întreb, referitor la afirmaţia domnului comisar potrivit căreia IMM-urile suportă o presiune de trei ori mai mare a fiscalităţii decât companiile mari: credeţi că acest pachet rezolvă problema Small Business Act, prin care trebuie să se facă testul IMM-urilor? Credeţi că se rezolvă prin acest pachet legislativ problema IMM-urilor?

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE), “blauwe kaart”-antwoord. – Dat kan ik op dit moment niet beoordelen. Maar ik vind het ook jammer. Daarom, zeker in het licht van de agenda voor betere regelgeving van vice-voorzitter Timmermans, vind ik het jammer dat niet al deze aspecten, ook voor kmo's, meegenomen zijn, want dan zouden we het toch beter op zijn waarde kunnen schatten. Nu moeten wij als parlementariërs dat met onze eigen effectbeoordelingen door onze gesprekken met het hele veld zelf weer gaan doen. Dat vind ik een gemiste kans.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, apesar das boas intenções e da boa vontade, a proposta da Comissão continua a ser uma mão cheia de nada. O escândalo do Luxleaks e os outros que se lhe seguiram mostraram um dos lados da injustiça maior do projeto europeu. Temos multinacionais que fogem aos impostos, milhares de milhões de euros que são perdidos todos os anos para as contas públicas e que obviamente se traduzem em dinheiro que falta na saúde, na escola pública, e que têm como reverso uma carga de impostos brutal em quem trabalha e nas pequenas e médias empresas.

Dito isto, eu não tenho nada contra a notificação país por país, desde que ela seja pública, e não tenho nada contra o facto de se apostar mais na transparência, mas quero perguntar-lhe, Sr. Comissário, quando é que começamos a tomar medidas concretas onde elas tocam a sério nos abusos que têm sido feitos pelas multinacionais? Quando é que se toca a sério na questão dos paraísos fiscais? Quando é que se toca a sério na definição de estabelecimento permanente? Quando é que se toca a sério na proteção dos lançadores de alerta, através dos quais nós sabemos destes escândalos? É que, para garantir a confiança dos cidadãos europeus, Sr. Comissário, para garantir essa confiança no projeto europeu, é preciso muito mais, é preciso mostrar que eles valem mais do que os negócios das multinacionais, que são sistematicamente protegidos por esta Comissão.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, I am convinced that the Commission's tax package indicates a genuine desire to challenge the power of multinational corporations to use their cosy relationship with governments to minimise their tax payments. The era of there being one rule for corporations and another for the little people must come to an end. I am less convinced about the commitment of UK Chancellor George Osborne to the fight against tax avoidance. He may be good at pretending to do something radical in London, but in Brussels he is doing everything he can to make sure these proposals do not become law. So I was pleased to see him calling for public country-by-country reporting of company profits and tax returns – but perhaps he needs to check the voting records of his own Members here in this House, who recently voted against an amendment to achieve just this.

As MEPs who represent small businesses and citizens who are bearing an unfair tax burden, we are tired of tax competition and even more tired of competition over tax rhetoric. We are tired of politicians who make the right noises when the latest scandal hits the headlines but then vote to protect corporations and their sweetheart tax deals. As Greens, we are determined to end corporate tax avoidance, and as shadow rapporteur on the country-by-country reporting part of the package, I will be watching how Osborne behaves when the Commission package reaches the Council.

It is then that his words will be tested with action, and the British people will not forgive him if he continues to protect the corporations and his words issued in the heat of the moment are seen to mean nothing.

Marco Zanni (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, per questa proposta devo dire che andrebbe benissimo l'espressione «la montagna ha partorito un topolino». È un classico del metodo comunitario che l'Unione cerchi di risolvere problemi molto gravi utilizzando rimedi inadeguati. Dalla Commissione ci aspetteremmo molto più coraggio, poiché sappiamo che poi dovremo lottare col Consiglio per ottenere accordi soddisfacenti e conosciamo bene quale sia l'impostazione di alcuni Stati membri per i quali i fatti ci dicono più di mille parole.

Mi chiedo, ad esempio, dove oggi sia la Presidenza olandese. Probabilmente sono impegnati a trovare qualche accordo e nuova misura di vantaggio fiscale per attirare imprese, a svantaggio dei partner europei, come hanno fatto in tutti questi anni, peraltro in buona compagnia, insieme a Belgio, Irlanda o al Lussemburgo del presidente Juncker.

La Commissione europea su queste vergognose pratiche non dice nulla, perché sa benissimo che non esiste una volontà comune in questo senso a livello europeo, ma anzi è una gara ad approfittarsi dei paesi vicini, agevolando solamente le grandi multinazionali a danno delle piccole e medie imprese. In proposito vorrei capire come mai nella sua proposta la Commissione non faccia riferimento ad un «country by country reporting» che sia pubblico, poiché questo è quello che chiedono i cittadini europei e rappresenta l'unica maniera per renderlo efficace.

La trasparenza deve essere la chiave di tutto poiché solamente in questa maniera avremo la consapevolezza di come agiscono realmente le multinazionali e gli Stati membri, gli stessi che a parole si dicono pronti a collaborare ma che poi si rifiutano di fornire documenti o cancellano tutte le informazioni compromettenti, come tutti noi abbiamo ampiamente verificato nel lavoro della commissione TAXE.

Bernard Monot (ENF). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la Commission européenne a présenté la semaine dernière deux textes afin de poursuivre la lutte contre l'optimisation fiscale.

L'initiative est louable, bien qu'incroyablement tardive.

L'ENF français soutient pleinement le plan ACCIS et l'interdiction des six montages d'optimisation fiscale. En ce qui concerne la publication des informations financières pays par pays, nous sommes favorables à un échange entre les administrations, mais pas à un étalage public des données économiques des entreprises.

En revanche, je regrette certaines de vos propositions faiblardes par rapport à celles de l'OCDE, comme la déduction des intérêts à hauteur de 30 % de l'EBITDA alors que 10 % seraient raisonnables.

Par ailleurs, je note qu'un certain nombre de pays, comme l'Italie, le Royaume-Uni ou la Belgique, ont conclu avec des multinationales des procédures de redressement visant à solder les impayés passés, ce que le FN réclame pour la France depuis un an en commission TAX. Ces États «Robin des Bois» ont fait entrer des centaines de millions d'euros dans leurs caisses publiques. Même si ces recettes sont en dessous du manque à gagner fiscal réel, c'est déjà un progrès.

Monsieur Moscovici, vos compatriotes auraient apprécié la même justice fiscale lorsque vous étiez ministre des finances. Aujourd'hui, j'espère que vos amis du gouvernement français obtiendront des résultats similaires pour soulager la pression fiscale des contribuables.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, the problems highlighted in LuxLeaks or disclosed by Google's tax deal with the UK will not disappear on their own. We need to act. Furthermore, fair taxation protecting those who are not avoiding taxes will not appear out of the blue.

Those who understand the agenda are well aware that we need more coordination and more cooperation, and we need to agree on mutual functional rules. There is no country-by-country solution in this case. That is why I welcome the Commission's initiative, which is based on a clear agenda highlighted by the OECD BEPS project, the Commission's Action Plan and also work by Parliament.

You are proposing the implementation of some key BEPS recommendations, and you have my support. I hope we will soon also get the support of the Finance Ministers in the Council. But this is just the beginning. We need to implement all the BEPS sections, and we need to fight for implementation, not only in the EU but also globally.

Secondly, there is a list of specific EU recommendations, such as improving the function of codes of conduct, better measurement of the tax gaps or increasing transparency. Last but not least, the CCCTB project is very important. This is not just to improve the possibility of collecting taxes but also to create a better environment for companies operating in Europe.

I believe you can count on the support of most of the Members of this Parliament. I hope we will succeed and make the tax system in Europe better.

Hugues Bayet (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, à la suite des affaires SwissLeaks et LuxLeaks et à la mise en place d'une commission spéciale au Parlement européen, vous avez présenté plusieurs paquets fiscaux pour tenter de freiner la fraude fiscale des multinationales. N'ayons pas peur des mots, je pense que vous êtes l'un des commissaires qui poursuit le plus l'ambition de remettre de l'ordre dans la maison Europe, via une fiscalité plus juste et plus solidaire.

Tout n'est évidemment pas parfait, mais toutes vos actions vont dans la bonne direction – c'est important de le souligner – et je vous encourage à aller encore plus loin dans cette problématique.

Certaines de vos propositions suivent les recommandations de notre commission spéciale, d'autres sont plus prudentes. Ainsi, nous avons proposé dans notre rapport final de mettre en place un échange automatique et exhaustif d'informations sur les rescrits fiscaux entre les États membres.

L'année dernière, une de vos propositions a repris cette mesure, mais en évitant certaines recommandations, ce qui est regrettable. Je pense évidemment à la publicité de ces échanges, mais vous venez nous annoncer que vous voulez continuer et avancer, et je m'en réjouis.

Ce nouveau paquet de propositions est évidemment un nouveau pas dans la bonne direction pour contrer l'évasion et l'évitement fiscal. Je pense notamment à deux autres mesures reprises dans le rapport de la commission spéciale TAXE, à savoir l'échange automatique d'informations dans le cadre de la publication d'informations pays par pays et le chapitre sur l'assiette fiscale consolidée.

Cependant, il manque malheureusement, à mes yeux en tout cas, certains éléments cruciaux pour éviter que les multinationales n'organisent la parade. Je pense notamment à l'établissement clair des zones de profits des multinationales, qui les obligerait à payer leurs impôts dans les pays où elles exercent une activité économique et non dans un paradis fiscal.

On sait que Google est un champion de ce genre de pratique, mais il n'est pas le seul, et nous savons tous qu'une multinationale qui ne paie pas d'impôts dans le pays où elle exerce une activité économique met évidemment à mal le modèle social de nos sociétés, à savoir un financement au profit de tous de la santé, de la sécurité sociale, de l'éducation, des aides à l'emploi et de la sécurité.

Enfin, notre regret, Monsieur le Commissaire, c'est le paquet fiscal que vous venez de présenter et qui n'a pas pour objectif d'harmoniser l'impôt sur les sociétés au sein de l'Union européenne. C'est une mesure difficile à mettre en œuvre, mais elle permettrait pourtant une concurrence plus saine et plus juste. On voit qu'il y a encore du chemin à parcourir sur le terrain de l'évasion fiscale.

J'espère que le Parlement vous suivra et pourra même aller plus loin, puisque j'ai entendu beaucoup d'échos en ce sens.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I welcome the tax avoidance package. Many multinationals, through aggressive tax planning, exploit loopholes and mismatches in national laws and, because of that, they end up paying derisory levels of tax that have absolutely no connection to the profits they make.

The OECD estimates that corporate tax evaded at local level is somewhere between EUR 100 and 240 billion annually and at EU level it is somewhere between EUR 50 and 70 billion. Those are obscene amounts of money forgone and, as you said, Commissioner, there can be no social justice or equality while this regime continues.

The Commission tells us that the OECD's Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) initiative is not sufficient. So the challenge for the EU is to drive this issue as a global leader while at the same time not damaging EU competitiveness or the potential for foreign direct investment. Our response must be proportionate and effective.

Finally, it is not just the Council, the Commission and Parliament that will drive this issue; consumers will play a hugely important role, and that is why I believe public country-by-country reporting would be a very powerful tool.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, foi dito hoje que as empresas multinacionais não pagam impostos. Em boa verdade estas empresas não pagam impostos, não hoje, mas há décadas, com total colaboração dos governos dos países da União Europeia. Esta situação decorre do processo de liberalização das economias e dos movimentos de capitais, decorre da captura cada vez mais evidente do poder político pelo poder das grandes corporações. Não podemos, portanto, desligar este quadro de iniquidade fiscal do atual processo de integração capitalista e profundamente liberal da União Europeia.

O pacote fiscal, hoje apresentado, representa um mero processo de intenções cujos resultados teremos de ir avaliando. Nada é dito, neste pacote, sobre a enorme influência da indústria de consultadoria nos governos e nas próprias instituições europeias. Seria até interessante que o Sr. Comissário nos dissesse a quem encomendou o estudo de impacto sobre a divulgação pública do reporte país por país. Será que foi à PWC, que também fez um estudo sobre os relatórios país por país das instituições financeiras?

Ainda sobre os relatórios país por país, vai manter-se o mesmo limiar que isenta 80 a 90 % das empresas multinacionais? E relativamente ao registo das entidades interessadas, vamos poder escrutinar quem são as pessoas que se escondem atrás dos instrumentos e veículos usados para drenar lucros para paraísos fiscais? Finalmente, a questão dos paraísos fiscais. Vamos novamente assistir ao mesmo filme do passado, com listas negociadas politicamente que deixavam os maiores paraísos fiscais de fora, como a City, a Holanda, a Suíça, o Luxemburgo? Será que as administrações fiscais vão ter os recursos necessários? São perguntas que colocamos e continuamos a acompanhar.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, vous nous venez de France, de moins en moins la patrie des droits de l'homme, il faut le constater, mais toujours la patrie de la romance et de l'amour, et ça il faut vous le rendre. En France, on ne se précipite pas sur l'objet de son désir: on connaît l'importance des préliminaires.

Le problème évidemment, c'est qu'en matière de justice fiscale, après SwissLeaks, après Offshore Leaks, après LuxLeaks, les préliminaires n'en finissent pas de se terminer. Mais à un moment, il faut bien passer à l'acte, au risque évidemment de voir l'objet de son désir s'en aller, déçu.

Que voudrait dire en l'occurrence «passer à l'acte»? Cela voudrait dire, et vous l'avez dit vous-même: imposer une publication des informations financières pays par pays aux entreprises, une publication publique. Vous avez dit que vous y êtes favorable et je vous crois.

Il faut donc que les entreprises multinationales déclarent non seulement combien de profits elles font, combien d'impôts elles paient, sous quel nom elles opèrent, combien de personnes elles emploient, de quels arrangements fiscaux elles bénéficient dans tous les pays, et il faut que ces informations soient disponibles pour tous nos concitoyens.

Nous devons appliquer intégralement les recommandations de l'OCDE. Or, je constate que, dans le paquet que vous nous proposez, qui cette fois-ci mérite bien le nom de paquet, vous oubliez certaines choses: l'obligation, par exemple, d'avoir des clauses anti-abus dans tous les traités bilatéraux n'est, dans votre paquet, qu'une recommandation et pas une obligation. Je vois aussi que les règles sur les entreprises sous contrôle étranger ne sont pas non plus intégralement reprises.

Il faut aller plus loin parce que l'OCDE ne s'est pas occupée de tout. Je prends l'exemple de ce nouveau moyen d'évasion fiscale qu'on appelle les «boîtes à brevets», les «Patent Boxes», que l'OCDE ignore complètement. Je crois qu'il vous appartient de combler ces vides. Je rappelle que l'OCDE est une organisation qui fait des recommandations, alors que vous êtes à l'initiative de la législation.

Enfin, nous devons imposer une assiette commune et consolidée pour l'impôt des sociétés, c'est-à-dire s'entendre sur ce qu'est le profit et répartir ce profit sur une base objective entre les États membres en y appliquant, bien sûr, un taux minimal.

Tout ça, vous l'avez mentionné plus ou moins directement dans votre discours. Vous nous dites vouloir consommer l'acte, et je vous crois. Mais alors, allez-y, ne vous retenez pas! Il est vraiment temps d'y aller!

Évidemment, la question que nous pouvons tous nous poser est de savoir si les États membres sont, comme Pierre Moscovici, épris de justice fiscale... Là, si j'en juge par la réaction, par exemple, du Grand-Duché de Luxembourg, des Pays-Bas, mais aussi de mon pays, aux décisions récentes de votre collègue, M^{me} Vestager, j'ai des raisons d'en douter...

La question est donc de savoir comment susciter le désir... J'espère en tout cas que cette institution, avec la Commission, sera capable de susciter un désir brûlant de la part des États membres, pour qu'enfin nous mettions un terme au scandale de cette guerre fiscale qui, je le rappelle, a pour victimes principales les petits contribuables, qu'ils soient des particuliers ou des PME.

Petr Mach (EFDD). – Pane komisaři, podle Vás daňová konkurence je zlo, já naopak považuji za zlo vysoké daně a daňová konkurence chrání daňové poplatníky před nekonečně vysokými daněmi. Ve Švýcarsku např. chrání daňové poplatníky ústava, která nedovoluje zvyšovat daně nad určitou mez, ale jedinou ochranou evropského daňového poplatníka je právě daňová konkurence. Vy mluvíte o agresivních daňových praktikách, ale podle mě agresivní je naopak Vaše snaha daňovou konkurenci potlačovat. Vy říkáte, pane komisaři Moscovici, že chcete přinést revoluci do zdaňování, ale k té revoluci nemáte žádné právo, Smlouvy nedávají právo Evropské unii harmonizovat přímé daně a Vy se odvoláváte na článek 115 Smlouvy, ten je ale o vnitřním trhu a ne o daních. Myslím si, že jediným Vaším cílem je různými triky přetáhnout část daní ze zemí, které mají nižší daně, do vaší státní pokladny, a já bych vám ve Francii spíše doporučil, pokud vám vadí, že od vás kvůli vysokým daním firmy odcházejí, snížit daně a začít hospodařit úsporně a nenutit nás platit vysoké daně.

Dariusz Rosati (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Szkodliwe zjawisko unikania podatków przez firmy przy wykorzystaniu agresywnych instrumentów powoduje uszczuplenie dochodów budżetowych w państwach członkowskich Unii Europejskiej i jest źródłem nieuczciwej konkurencji między firmami. Zgadzam się, że próby rozwiązania tego problemu w indywidualny sposób przez poszczególne państwa nie przynoszą rezultatów.

Dlatego z zadowoleniem witam propozycję Komisji, aby radykalnie ograniczyć skalę tego zjawiska poprzez przyjęcie pakietu legislacyjnego obejmującego projekt dyrektywy przeciwko unikaniu opodatkowania i projekt nowelizacji dyrektywy o współpracy administracyjnej. Kluczowe znaczenie ma projekt dyrektywy przeciwko unikaniu opodatkowania, w ramach którego Komisja proponuje sześć konkretnych instrumentów zmierzających do ograniczenia agresywnego planowania. Obejmują one ograniczenie możliwości odliczania od podatku kosztów finansowych, wyeliminowanie zjawiska podwójnego unikania opodatkowania, kontroli filii zagranicznych tworzonych w celu przesyłania zysków i kontroli przenoszenia aktywów za granicę, zakaz odliczania od podstawy opodatkowania niektórych przepływów w ramach korporacji. Te kierunki działania zasługują na poparcie, zwłaszcza że są one spójne z wytycznymi przygotowanymi przez grupę G 20 i OECD w ramach programu BEPS.

Chcę jednak wyraźnie zaznaczyć, że muszą być one zgodne z traktatami, a zwłaszcza z zasadami subsydiarności i proporcjonalności. W szczególności nie może być mowy o harmonizacji stawek opodatkowania. Przyjęte rozwiązania nie mogą w niczym naruszać suwerennego prawa państw członkowskich do ustalenia poziomu opodatkowania. Nie powinny też w nadmierny sposób ograniczać swobody działania przedsiębiorstw i nakładać na nie dodatkowych ciężarów administracyjnych.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, first of all I would like to thank the Commissioner so much for presenting the Corporate Tax package. This is a very important step to a fair tax system in Europe, with the four pillars you presented. There is no doubt that multinational companies' tax avoidance is a major threat to our welfare state and to fair competition in Europe: EUR 2 000 per capita per year. This is what it costs us in tax fraud and tax avoidance: EUR 1 trillion a year. It is outrageous how much it costs our societies. Imagine what this money could be used for – schools for our kids, education for our young people, investing in jobs and welfare. Furthermore, I think there is a very important principle at stake here. When citizens see that multinationals pay almost zero per cent in tax, they question the fundamental function of the state and our institutions. When citizens see that Belgium has given 35 multinational companies illegal tax deals, they see that multinationals appear more powerful than the state itself. Citizens see that the tax system is unfair. They see injustice. Countries and companies violate the law. They need, of course, to be punished.

So what can we do to fix a broken system? I think first of all we have to bring transparency and light. Why? Because multinational companies operate in the shadow of the economy. They use the loopholes they can. As rapporteur for the report on the EU-Switzerland Agreement on the automatic exchange of information, I know that transparency is the way forward. Transparency and information are the building blocks for cooperation between tax authorities in our countries. Therefore, as you rightly say, Commissioner, we need public country-by-country reporting, and we need to see that so that multinationals pay their taxes and we need to see that they all pay their taxes. I ask you, Commissioner – I hope and I beg – that you fight for public country-by-country reporting. This is to ensure tax justice; it is to ensure and protect our welfare state and also our tax base.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, yrittysverotusta koskeva toimivalta on tällä hetkellä kansallisvaltioiden käsissä. Tämä on ongelmallista, sillä aggressiivinen verosuunnittelu on luonteeltaan monikansallista. Yhdyntäkin parlamentin joulukuisen päätöslauselman suosituksiin ja toivon, että ne heijastuvat myös komission työhön. On selvää, että kansallisten veropolitiikkajen nykyistä parempi koordinointi on ainoa tapa kitkeä pois verojärjestelyt, jotka suosivat monikansallisia yrityksiä pienten ja keski suurten yritysten kustannuksella.

Ja suosittuhan on Facebookin perustaja Mark Zuckerberg, joka kohautti joulukuussa, kun hän ilmoitti luovuttavansa 99 prosenttia omaisuudestaan hyväntekeväisyyteen. Hieno teko. Toki herra Zuckerberg olisi voinut maksaa myös veronsa. Auttakaamme häntä tässä työssä.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal möchte ich schon feststellen, dass wir uns hier alle einig sind, dass der Kampf gegen Steuerbetrug und unfairen Steuerwettbewerb aufgenommen werden muss. Aber ich würde mich doch freuen, wenn der, der hier hauptsächlich gefordert ist als Institution oder als Mitgliedstaat, auch hier vertreten wäre. Es ist schon überraschend, dass die Ratsbank leer ist. Und dass einer der Hauptsünder, nämlich die amtierende Ratspräsidentschaft, heute nicht präsent ist, ist auch ein beredtes Zeichen. Insofern bin ich schon enttäuscht, dass diejenigen, die die Sünder sind, sich hier dieser Debatte entziehen, während wir als Parlament und – ich will ausdrücklich, Herr Kommissar, auch darauf hinweisen – Sie als Kommission hier Vorschläge machen, die genau in die richtige Richtung gehen, nämlich einen fairen Wettbewerb im Steuersystem zu

haben – einen fairen Wettbewerb, keinen unfairen.

Insofern begrüße ich die Vorschläge sehr, und ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten, die sich auf OECD-Ebene ja darauf verständigt haben, mindestens die BEPS-Initiative umzusetzen und zu unterstützen, dies auch wirklich tun. Ich war selber der Berichterstatter zum Thema Steuervorbescheide, und da haben die Mitgliedstaaten kein großes Engagement gezeigt, als es darum ging, auch nur ein bisschen Transparenz in Steuervorbescheide zu bringen. Also, meine Hoffnung ist hier schon, dass der Rat jetzt die Dinge etwas beherzter angeht. Ich will die Kommission ausdrücklich ermuntern, hier mit uns eng zusammenzuarbeiten, den Druck auf die Mitgliedstaaten erhöhen, dass wir im Interesse der Steuerzahler, nämlich derer, die sich der Steuerpflicht nicht entziehen können – der kleinen und mittleren Unternehmen, der normalen abhängig Beschäftigten – dass wir in deren Interesse zu einer guten Lösung kommen.

Emmanuel Maurel (S&D). – Monsieur le Président, M. le commissaire Moscovici a dit qu'il fallait agir vite et avec netteté. Je crois que nous partageons tous cet objectif et, de ce point de vue-là, les mesures qu'il a présentées ce matin sont incontestablement un signal positif.

J'entends des collègues qui disent: «Finalement, ces mesures ne sont pas à la hauteur de la révolte saine et légitime des Européens à la suite des révélations de l'affaire LuxLeaks». Enfin, chers collègues, sachons quand même aussi mesurer le chemin parcouru! Certaines des propositions qui sont aujourd'hui sur la table étaient inimaginables il y a quelques années encore. Sachons aussi identifier les résistances, Monsieur Lamberts, parce que le problème n'est pas tellement la Commission, en tout cas pas le commissaire Moscovici, c'est le Conseil qui ne veut évidemment pas que cela progresse. Et sachons reconnaître enfin que ce n'est qu'une étape. Oui, une étape seulement, car il faut engranger des progrès sur l'harmonisation de l'impôt sur les sociétés. Je pense que nous pouvons y arriver.

Il faut aussi engranger des progrès pour la publication des informations financières pays par pays, notamment pour la transparence. J'ai envie de répondre aux collègues de droite que la transparence ne va pas à l'encontre de la compétitivité, bien au contraire, surtout aujourd'hui. Il faut aller plus loin, il y a des caps à franchir, notamment parce qu'il faut étendre certaines mesures à plus de multinationales, Monsieur le Commissaire. Aujourd'hui, en effet, la publication des informations financières par pays ne concerne que 10 à 15 % des multinationales.

Chers collègues, sachons tout de même reconnaître que nous allons dans le bon sens. Il faut aller plus vite, il faut être plus net, mais je crois que nous pouvons mettre en place un partenariat fructueux avec la Commission. Ce qui compte, c'est aussi le rapport de force avec le Conseil.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Philippe Lamberts (Verts/ALE), question «carton bleu». – Monsieur le Président, Monsieur Maurel, puisque vous m'avez interpellé, je voudrais quand même qu'on ne mésinterprète pas mes propos... Lorsque je dis que les préliminaires sont importants, c'est que les préliminaires ont de la substance. Il n'y a pas que l'acte qui ait de la substance. Je ne nie donc pas que les préliminaires que la Commission a engagés depuis quelques mois aient de la substance. Je dis simplement qu'à un moment, il faut consommer l'acte...

Emmanuel Maurel (S&D), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, cher collègue Lamberts, je ne suis pas sûr de vous suivre sur votre métaphore, qui risque de nous amener à quelques dérapages, mais ce qui est sûr, et vous le reconnaîtrez comme moi, c'est que, quand on entend le commissaire Moscovici, on a le même objectif. Même M. Moscovici assume – et c'est bien, parce que la Commission est un peu plus politique qu'avant – que lui, personnellement, est en faveur de la publication des informations financières pays par pays.

Vous êtes pressé de passer à l'acte? Moi aussi, j'ai envie qu'on agisse vite, mais sachons, dans cette affaire, reconnaître nos alliés et ceux que nous allons devoir convaincre.

Peter van Dalen (ECR). – De plannen van de Commissie slaan door. Ze gaan veel verder dan in internationaal verband is afgesproken. De ruimte voor landen om gezonde onderlinge concurrentie te handhaven, ook op het gebied van belastingen, wordt te ver ingeperkt en het vestigingsklimaat in Europa krijgt door de plannen van de Commissie echt een forse tik.

De Commissie zegt in te zetten op een gelijk Europees speelveld. Dat is natuurlijk prachtig, maar dat moet dan ook wel echt gebeuren. Een verbod op vrijstelling van de vennootschapsbelasting voor havens, zoals collega Vestager onlangs aan Nederland oplegde, raakt kant noch wal zolang andere Europese landen rustig kunnen doorgaan met staatssteun te verlenen aan hun havens.

Tenslotte, de Commissie blijft herhalen dat ze met een gemeenschappelijke heffingsgrondslag voor de vennootschapsbelasting wil komen. Ik ben daar sceptisch over, want dat is de start van een Europese belastingheffing en laat gezonde belastingconcurrentie tussen landen verdwijnen. Dat maakt, net als eerdergenoemde voorstellen, van Europa een Europese eenheidsworst. Daar is geen draagvlak voor en het doet geen recht aan onze pluriformiteit. Niet doen dus!

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Die Umsetzung unserer Forderungen gegen Steuerhinterziehung, gegen Steuervermeidung, gegen Steuerungerechtigkeiten zwischen Groß und Klein gewinnt an Fahrt. Das ist gut so. Die Vorschläge mit ihren sechs verpflichtenden Maßnahmen durch die Kommission sind nicht nur die Umsetzung des OECD-Beschlusses, sondern gehen darüber hinaus und sind richtig und notwendig und daher von uns zu begrüßen.

Wir wollen, dass diese sechs Vorschläge raschest umgesetzt werden, dass Nägel mit Köpfen gemacht werden, obwohl wir wissen, dass noch vieles offen ist. Es ist offen die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage – der Vorschlag muss kommen. Es ist offen die öffentliche länderspezifische Berichterstattung für multinationale Konzerne – Vorschläge vom Parlament dazu liegen auf dem Tisch. Es ist offen die lückenlose Einhaltung der Mehrwertsteuerrichtlinie – mein Kollege Langen weist ständig darauf hin. Und es ist offen, dass die Sünder bestraft werden und nicht für ihre Sünden belohnt werden – die Strafbeiträge müssen ins EU-Budget und dürfen nicht zurück in die Kassen der Sünder.

Wir haben noch viel zu tun, aber heute wird ein richtiger Schritt gesetzt.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, le dico con tutta franchezza che le linee che sono contenute nel pacchetto che lei ci ha illustrato sono condivisibili, però i contenuti del pacchetto non lo sono. Non sono coerenti con quelle linee. Sono lontani dall'esigenza, che voi stessi avete prospettato e che volete risolvere, quella cioè di avere un comportamento fiscale rispettoso delle regole da parte dei cittadini e in particolare da parte delle imprese. Quello che manca è il cuore, non è soltanto la proposta di dettaglio che dovrà venire, ma è l'idea che non ci debba essere trasparenza su alcuni dei punti più delicati, penso principalmente al *country by country*. Le indicazioni dell'OCSE chiudono e imprigionano queste informazioni nell'ambito delle amministrazioni fiscali, non le rendono note ai cittadini e questo non va bene. La trasparenza ha un effetto di deterrenza straordinario.

Io capisco le preoccupazioni della Commissione ed è giusto che si completi il lavoro intorno alla valutazione d'impatto. Però – lei lo sa benissimo e lo ricordo per tutti – quando è stato fatto lo stesso lavoro per le banche si è arrivati alla conclusione che la trasparenza non creava problemi alla competitività, ma anzi la rendeva più forte. La stessa cosa va fatta per le imprese. Bisogna allargare l'area di applicazione e bisogna avere poi la trasparenza come fondamento. Infine, siccome lei ha detto – e son d'accordo – che il pacchetto è tempestivo, se il tema è la tempestività, quando avrete finito il lavoro sulla valutazione d'impatto, non fate una direttiva ad hoc, ma collocate le conclusioni della proposta dentro la direttiva sui diritti degli azionisti, che è già in stato avanzato di discussione, e avremo recuperato mesi e mesi. E in questo caso avremmo dato consistenza all'idea dell'intervento tempestivo.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, I would like to thank the Commission for the package. I think it is important that taxation is fair, in order to fight illegal tax avoidance, and transparent regarding the differences, but also – something which I think we tend to forget in this discussion – it needs to be competitive. Europe needs to be a competitive economy.

To be fair, the European Union is the most highly-taxed region in the global economy, and we certainly do not have the best growth and the most innovative development of companies. This is one of the problems we are discussing, and I think it is important to take this perspective into consideration in our discussions. The US is not going to go as far as the Commission now proposes for the European Union. The European Union is going beyond what the OECD is proposing. This means that there will be problems with competitiveness.

But I would also like to underline one thing, namely that in the digital economy it is not that easy to say where an activity of a company is. It is not like in the old industrial economy. I think it is extremely important to have a focus on transparency and fairness, but also competitiveness. I think there we need – in Parliament and with the Commission – to do much more work, because Europe is not the competitive economy we need it to be.

Neena Gill (S&D). – Mr President, we are facing an historic moment when it comes to our tax system. Either we take the bull by its horns, or we continue with the system established in 1928 that fails to reflect the globalised and digital world we live in. We need to have a level playing field for European tech companies to grow, to become global leaders. The EU has to lead the action on tax evasion. The absence of the Dutch Presidency is most disappointing, given that it is the Member States which hold the blame for this.

Commissioner, I welcome your proposals. They underscore the need to share tax information across EU countries, making it harder for multinationals to shift profits to low tax jurisdictions or to avoid paying tax completely anywhere in the European Union. We do have to face the fact that it is the legislative framework that allows multinationals to circumvent paying tax legally. So we have to close the loopholes and ensure that it is implemented consistently across the EU, and having an agreed list of tax havens is a significant step forward in the fight against tax avoidance. The Times yesterday reported that sweetheart deals like the one for Google are not unusual in the UK for the FTSE 100 largest companies: BP, Royal Dutch Shell and AstraZeneca all failed to pay any corporation tax in the UK in 2014. They have not broken any law, but we need to change this, and we need to do it soon for justice for all our citizens.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, you are being very generous with our speaking time this morning.

Commissioner, dear colleagues, I also welcome the decision of the Commission on the Corporate Tax package, which was of course long overdue. In this regard I also welcome the relaunch of the common consolidated corporate tax base, which was introduced in 2011, but too little has been done to enforce it across Member States. More progress has to be made here, and much faster. Until now, big multinationals had considerable tax benefits to the disadvantage of SMEs, as has already been said. The Commission has a strong role to play in paving the way for a level playing field between SMEs and big multinationals. This is a crucial factor for supporting a better business environment for every company active in the single market, be it small or large.

SMEs are a major job creator in Europe, therefore making corporate taxation fairer for all companies also safeguards employment here in Europe. Moreover, entrepreneurship and start-up creation are essential for innovation and the creation of the jobs of the future. Only then will a competitive advantage of European companies in the long term be ensured. The establishment of cross-border business is facilitated by making conditions equal for all companies and by improving coordination across Europe. Europe can catch up considerably in the areas just mentioned. So far, cross border e-commerce in Europe can still be expanded and facilitated. Only then will we create the foundations for a truly integrated single market in the coming years.

Paul Tang (S&D). – Mr President, there is indeed a promising historic opportunity to end the industry of tax avoidance. This industry does not lead to fair competition among countries, as some in this House may suggest. No, indeed: this industry makes use of the jungle of national tax laws in which the fittest survive. That means that the largest companies do not end up paying their fair share but pay hardly any taxes at all.

So I welcome this initiative by the Commission. I am, to say the least, surprised by the absence of the Dutch Presidency, and I ask myself whether this opportunity is being exploited to the maximum. I will make two critical remarks. First, there is still the incentive for each Member State under these proposals to bring into effect lower taxes. My specific question for the Commission is: what happened to the idea of a minimum effective tax rate that was put forward by a coalition of large Member States? Second, even if this proposal blocks some ways of avoiding tax, there will be new ways developed by the industry of tax avoidance. It is clear that we need public, country-by-country reporting to end this industry once and for all.

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident! Herr Kommissar! Aus Sicht der EVP ist es gut und wichtig, dass sich die Kommission eng an den OECD-Empfehlungen orientiert. Europa ist keine Insel, was die Steuerkoordinierung anbelangt.

Ein gemeinsames Voranschreiten auf internationaler Ebene ist wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu sichern. Wir müssen sicherlich darauf hinwirken, dass nicht nur Europa in vorderster Reihe voranläuft, sondern das auch Drittländer mit im Boot sind. Auf dass wir gemeinsam dem OECD-Prozess zu einem durchschlagenden Erfolg verhelfen.

Wir begrüßen, dass die Kommission nun weitere legislative Vorschläge gegen die Steuervermeidung präsentiert hat. Den Ankündigungen der vergangenen Monate, Steuerumgehung zu bekämpfen, können nun Taten folgen. Wir setzen auf Ihre Tatkraft, Herr Kommissar, dass Sie im Rat der Mitgliedstaaten helfen können, die notwendige Einstimmigkeit zu erreichen.

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss wird sich der Antisteuervermeidungsrichtlinie sicherlich mit großem Engagement annehmen. Bei der länderspezifischen Berichterstattung ist es sicherlich sinnvoll, mit einem nichtöffentlichen Austausch unter den Steuerverwaltungen zu starten. Die Informationen sind damit dort vorhanden, wo sie am effektivsten und effizientesten genutzt werden können. Und wir halten es für richtig, dass sich der Anwendungsbereich auf multinationale Konzerne konzentriert. Eine Berichterstattungsbürokratie für alle europäischen Unternehmen wäre nicht gerechtfertigt. Eine allumfassende Berichterstattung würde nicht die Prinzipien einer verbesserten Regulierung und Verhältnismäßigkeit erfüllen, die sich die Kommission selbst auferlegt hat.

Eine allumfassende Berichterstattung würde Steuer zahlende kleine und mittelständische Unternehmen dafür geradestehen lassen, was manche Großkonzerne mit ihren aggressiven Steuerpraktiken ausgelöst haben. Daher plädieren wir hier für eine klare Differenzierung. Die Steuerdeals von Google haben uns kürzlich wieder gezeigt, wie wichtig ein zügiges Vorankommen bei der europäischen Steuerkoordinierung ist.

Wir erwarten deswegen, dass die Kommission mit einem Vorschlag zur gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage den Weg bereitet, dass solche Fälle künftig der Vergangenheit angehören.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor Presidente; yo creo que la mayoría de esta Cámara, señor Moscovici, está a favor de su proyecto, a favor de combatir esta elusión fiscal, que provoca ineficiencia económica e injusticia social, como usted bien ha dicho. Pero será una larga marcha. Con toda seguridad, será largo y difícil. Hay dos obstáculos que me gustaría destacar.

El primero está en esta misma Cámara: no solo en muchos grupos de esa parte de la Cámara; también en muchos grupos políticos que reivindican la competencia fiscal entre los Estados como una competencia correcta desde el punto de vista económico. Yo no entiendo que la competencia fiscal sea buena, sea legal y sea leal. Me parece muy difícil encontrar la lealtad en la competencia fiscal en un mercado único entre Estados de una misma moneda común, como tenemos. No acabo de entender, en esa unidad, esa competencia leal.

Y, en segundo lugar, el problema estará en los Estados, porque muchos no admiten que la Comisión juegue un papel de seguimiento y de coordinación para crear una especie de agencia tributaria que persiga esta materia. Estos dos obstáculos son graves, señor Moscovici.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Das Steuerreformpaket ist zweifellos ein wichtiger Beitrag für mehr Steuergerechtigkeit. Steuervorschriften müssen für alle – für Unternehmen wie für Einzelpersonen – gleichermaßen gelten. Dazu brauchen wir ein einheitliches europäisches System zur Besteuerung und das Prinzip, dass multinationale Unternehmen wie beispielsweise McDonalds als ein Unternehmen zu betrachten sind und nicht als eine Vielzahl. Ein Zusammenschluss beispielsweise von Franchise-Unternehmen muss in der Europäischen Union verankert sein.

Allerdings fehlt mir auch einiges. Was ich vermisse und was Vorredner schon gesagt haben und ganz besonders wichtig ist, das ist mehr Mut zu mehr Transparenz durch öffentliches *country-by-country reporting*. Ich hatte soeben ein Gespräch mit dem niederländischen Botschafter, der mir zugesichert hat: Wenn die Folgenabschätzung der Kommission vorliegt, ist die niederländische Präsidentschaft bereit, dieses Thema auch aufzugreifen und nicht nur bei den OECD-Regeln zu verharren, wie sie das bisher im Präsidenschaftsprogramm stehen haben. Was ich auch vermisse, sind Vorschläge für geistiges Eigentum, also Patentboxen. Hier wünschte ich mir ebenfalls mehr Ambition der Kommission.

Tibor Szanyi (S&D). – Azt hiszem, hogy valamennyien elmondhatjuk, hogy a Bizottság által előterjesztett intézkedéscsomag összességében jó irányba mutat és én szeretnék gratulálni is ez ügyben a Bizottság illetékeseinek. Főképpen azért, mert most már egyre gyakrabban elmondhatjuk, hogy a fő törekvésünk, hogy minden vállalat Európában ott fizessen adót, ahol a nyeresége keletkezett. Ezt az alapelvet én úgy látom, hogy elég sikeresen visszük át és ez természetesen sokat segít az átláthatóság dolgában. Ugyanakkor az adóparadicsomok megfogalmazása vagy meghatározása, definíciója, illetve a szellemi tulajdon-jogokat érintő problémák most kimaradtak ebből a csomagból, én szeretném, hogyha később belekerülnének.

Végezetül pedig annyit, hogy nem beszélhetünk európai versenyképességről mindaddig, amíg multinacionális cégek harmincadannyi adót fizetnek vagy mondhatnánk úgy is, hogy a kis- és középvállalatok harmincszorannyi adót fizetnek, mint a multinacionális cégek. Én úgy gondolom, hogy azt a kitüntetett címet, hogy európai adófizető, csak az mondhatta el magáról, aki legalább annyi adót fizet, mint egy kis- és középvállalat.

Procedura «catch-the-eye»

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, svakako nam je potreban novi paket poreznih mjera, a još potrebnija je njegova provedba i volja država članica da usklade porezna pravila i ne ostavljaju prostor za interpretacije i prilagodbe u pojedinim slučajevima.

Ovaj paket ima tri ključna dijela čija je provedba neophodna ako želimo napraviti značajniji pomak u sprječavanju izbjegavanja plaćanja poreza. Prvo, koordinacija aktivnosti između država članica. Drugo, porezna transparentnost. I treće, otklanjanje dvostrukog oporezivanja. Ne želimo da multinacionalne kompanije izbjegavanjem plaćanja poreza stvaraju dodatno porezno opterećenje trgovačkim društvima koja pošteno plaćaju porez.

Na kraju imam pitanje za povjerenika Moscovicia. S obzirom na to da ste najavili uvođenje CCCTB-a, zanima me kojim dodatnim mjerama pokušavate osigurati da se ovaj put uspješno uvede i na koje prepreke pri tom nailazite?

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή στα πλαίσια της δέσμης μέτρων για φορολόγηση των εταιρειών έδωσε ιδιαίτερη έμφαση στην αυτόματη ανταλλαγή πληροφοριών μεταξύ των κρατών μελών. Στόχος αυτής της απόφασης είναι το χτύπημα της φοροδιαφυγής που πλήττει πολλά κράτη μέλη της Ένωσης καθώς και φορολογικών αποφάσεων τύπου «tax ruling». Πρωταγωνιστές, βέβαια στη φοροδιαφυγή και φοροαποφυγή είναι οι πολυεθνικές εταιρείες, με αποτέλεσμα να διαβρώνουν την εθνική φορολογική βάση.

Επιπλέον, με την πρακτική των ενδοομιλικών συναλλαγών που χρησιμοποιούν οι πολυεθνικές επηρεάζονται αρνητικά οι προϋπολογισμοί των χωρών και πλήττεται η οικονομία τους, ενώ οι πολυεθνικές γλυτώνουν δισεκατομμύρια φόρων ευρώ. Για την καταπολέμηση αυτών των πρακτικών βέβαια η υποχρεωτική ανταλλαγή πληροφοριών δεν αρκεί. Θα πρέπει όλα τα κράτη μέλη της Ένωσης να λάβουν μέτρα, ώστε οι πολυεθνικές επιχειρήσεις να φορολογούνται στη χώρα όπου πραγματοποιούνται τα κέρδη τους καθώς και να σταματήσουν να καταφεύγουν σε φορολογικούς παραδείσους, όπως στην Ολλανδία ή στο Λουξεμβούργο, όπου είχαμε και το σκάνδαλο των LuxLeaks, αγαπητέ κύριε πρόεδρε της Επιτροπής, που είστε παρών.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, putem fi critici, dar, trebuie să recunoaștem, acest pachet este un pas înainte în nevoia de echitate fiscală. Este foarte important, însă, cum îl aplicăm. Statele membre au un rol foarte important și cred în subsidiaritatea statelor în domeniul fiscalității, dar cred și în nevoia luptei împotriva nedreptății fiscale și a dominării pieței interne de către multinaționale, care strivesc pur și simplu IMM-urile, decapitalizându-le și diminuând capacitatea lor de dezvoltare, deși IMM-urile dețin ponderea ca număr și ca număr de angajați.

Domnule comisar, ați prezentat foarte bine cei patru piloni și sper că vor fi și puși în aplicare, pentru că trebuie să avem grijă să funcționeze ceea ce reglementăm teoretic. Era bine dacă domnul comisar mă și asculta.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor Presidente, señor Comisario, supongo que la Comisión es consciente del enfado que genera el hecho de que la Comisión aplique con mano de hierro las normas presupuestarias que obligan a los recortes y que todo lo que tiene que ver con la lucha con el fraude fiscal vaya tan y tan lento, con tantas dudas.

Y hay cosas que nos parecen bien de lo que ha propuesto. El hecho de que se quieran gravar por lo menos una vez los beneficios que quieren salir de la Unión Europea nos parece bien.

Pero ustedes, en este paquete, básicamente, lo que hacen es desarrollar el marco BEPS del G-20 de forma muy tímida. Además, sabemos que este marco deja algunas cosas fuera, como los *patent boxes*, que son esenciales.

Por lo tanto, nos parece, señor Comisario, que necesitamos más ambición. Necesitamos que las empresas expliquen, país por país, exactamente dónde generan sus beneficios, para evitar que trasladen beneficios de un lado a otro; una base mínima consolidada; un tipo mínimo del impuesto de sociedades.

Y sabemos de la resistencia de los Estados miembros. Por eso, es muy importante que la Comisión y el Parlamento hagamos una alianza para poder doblegar esa resistencia de los Estados miembros. Pero, para ello, señor Comisario, necesitamos mucha más ambición por su parte.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η ανακοίνωση της Επιτροπής για την καταπολέμηση της σχεδιασμένης φοροαποφυγής των μεγάλων πολυεθνικών επιχειρήσεων περιέχει εύστοχες διαπιστώσεις για το μέγεθος του προβλήματος και μεγαλόστομες εξαγγελίες για την αντιμετώπισή του στο μέλλον. Στην πράξη, όμως, δεν έχει γίνει τίποτα για να διασφαλιστεί ότι ο προβλεπόμενος φόρος θα καταβάλλεται εκεί όπου παράγεται η αξία ή υπάρχει κατανάλωση.

Στην ανακοίνωση γίνεται λόγος για δέσμη νομοθετικών προτάσεων που θα περιλαμβάνει πρόταση οδηγίας για την καταπολέμηση της φοροαποφυγής με χρονικό ορίζοντα το φθινόπωρο του 2016. Αν λάβουμε υπόψη ότι η μεταφορά της οδηγίας στα εθνικά δίκαια θα διαρκέσει άλλα δύο ή τρία χρόνια, αντιλαμβανόμαστε ότι όλα αυτά συνιστούν απαράδεκτη χρονοτριβή τη στιγμή κατά την οποία τα κοινωνικά δικαιώματα των πολιτών ισοπεδώνονται στο όνομα της δήθεν δημοσιονομικής εξυγίανσης.

Αν η Επιτροπή εννοεί σοβαρά όσα λέει πρέπει να το αποδείξει αναλαμβάνοντας δράση τώρα και όχι στο μέλλον.

(*Fine della procedura «catch-the-eye»*)

Pierre Moscovici, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et messieurs les députés, je voudrais d'abord vous saluer pour ce débat de haute tenue, près de 50 interventions qui ont permis d'aborder en profondeur un grand nombre de points, et ce que je constate, bien sûr dans le respect des sensibilités diverses, c'est un consensus sur la nécessité de continuer notre action en commun contre la fraude et l'évasion fiscales, qui est un sujet majeur.

Le paquet adopté par le collège, jeudi dernier, sous l'impulsion de Jean-Claude Juncker, que je salue, nous fournit des outils supplémentaires pour façonner un système fiscal plus juste et plus efficace au sein de l'Union et sur le plan international.

Nous devons continuer à travailler ensemble pour une fiscalité adaptée aux réalités et aux défis du XXI^e siècle qui facilite également la croissance et l'emploi.

Il y a eu tant d'interventions que je ne peux répondre à chacune, mais je veux simplement faire trois remarques: la première, pour ceux qui s'en inquiètent et que je veux rassurer, concerne l'impact de ce paquet sur la compétitivité des entreprises européennes. Non, la justice fiscale et la transparence en matière fiscale ne s'opposent pas à l'efficacité économique.

On assiste aujourd'hui à un véritable mouvement global de lutte contre l'évasion fiscale et je veux vous dire que l'Union européenne n'est pas seule dans ce combat contre la planification fiscale agressive. Plus de 100 États et territoires se sont déjà engagés à mettre en œuvre rapidement les recommandations de l'OCDE, en octobre dernier, lors du sommet du G20 à Antalya.

Je suis persuadé qu'une approche coordonnée dans la mise en œuvre de ces recommandations au niveau européen garantira, au contraire, à nos entreprises plus de sécurité juridique, moins de charges administratives et – je tiens à le souligner à nouveau – une concurrence fiscale plus équitable.

Ce paquet qui est bon pour la justice est donc aussi bon pour l'investissement.

Comme plusieurs d'entre vous l'ont dit – et c'est ma deuxième remarque –, la balle est maintenant dans le camp des États membres. Je suis pour ma part confiant dans leur bonne volonté, non pas par naïveté, mais parce que je pense qu'il y a là un sujet très consensuel avec une pression forte de l'opinion publique européenne et internationale. Cette bonne volonté a été démontrée par l'adoption rapide en sept mois de la directive sur l'échange automatique des informations sur les rescrits fiscaux.

Néanmoins, vous le savez – et je ne peux pas vous le cacher –, l'unanimité à 28 présente toujours un énorme défi.

En ce qui me concerne, vous pourrez compter sur mon engagement total et déterminé, notamment au sein du Conseil Ecofin, mais j'aurai sûrement besoin de votre soutien, je dirais même de votre pression politique constante et de votre élan réformateur pour que les belles déclarations faites par certains gouvernements nationaux soient suivies d'effet. Je compte donc sur votre soutien actif pour réaliser des progrès rapides.

Troisième réflexion: beaucoup d'interventions se sont concentrées sur la publication d'informations pays par pays et beaucoup d'entre elles ont demandé la publicité. Je vous ai dit ce qu'était mon souhait, et ce n'est pas de la rhétorique. Je vous ai dit quelle était ma position personnelle, elle est sincère. En même temps, soyons conscients que nous devons y répondre avec pragmatisme. Oui à la transparence allant jusqu'à la publicité, à condition qu'elle ne pénalise pas l'investissement et la compétitivité. Il faut donc être, encore une fois, très réaliste sur le sujet et c'est ce que fera la Commission. Dès demain, nous devons aller vers un échange entre administrations. C'est ce que suggère l'OCDE.

Nous aurons l'occasion de revenir plus tard dans cette année sur le débat, mais le Parlement est bien sûr entendu et les positions qui sont exprimées d'ailleurs sur tous les bancs le seront aussi.

Je veux terminer en faisant référence à un débat intéressant, important, qu'a soulevé avec humour M. Lamberts sur la façon qu'ont les Français d'aborder l'amour.

Je ne veux pas être scabreux et trop filer cette métaphore, mais c'est vrai que les préliminaires sont souvent une condition nécessaire à un acte réussi et j'ajouterai que les Français passent parfois à l'acte, puisque le taux de fécondité en France fait partie des plus élevés d'Europe, mais je ne veux pas pousser plus loin cette métaphore, car – je l'ai dit – il y a des risques. D'ailleurs, l'amour et la politique ne sont pas exactement la même chose. En matière politique, il faut donc aller vite et c'est bien du passage à l'acte en commun que je vous ai parlé aujourd'hui. C'est ce que nous voulons faire ensemble.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Συμφωνούμε με την καταπολέμηση της φοροδιαφυγής και της φοροαπάτης, στην επίτευξη διαφάνειας, αλλά αυτό δεν συνδέεται και δεν έχει καμία σχέση με τη δυνατότητα των χωρών να καθορίζουν ελεύθερα τη φορολογική τους πολιτική. Ο καθορισμός ελεύθερα φορολογικών συντελεστών από τις χώρες μέλη, είναι στοιχείο της ελεύθερης οικονομίας, αποτελεί βάση του υγιούς ανταγωνισμού και βοηθά τις χώρες να αναπτύξουν τις δικές τους οικονομικές πολιτικές. Τελικά, με αυτές τις πολιτικές σας θα διώξετε τις ξένες εταιρείες εκτός Ε.Ε., θα καταστρέψετε τις Μικρομεσαίες Επιχειρήσεις και θα οδηγήσετε χώρες με ανεπτυγμένες χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες στο να απολέσουν σημαντικά εισοδήματα όπως και θέσεις εργασίας.

Δεν σημαίνει ότι όποια χώρα εφαρμόζει, για δικούς της λόγους, δική της φορολογική πολιτική με ανταγωνιστικές φορολογίες, πλήττει τα θέματα διαφάνειας και δεν υπάρχει τίποτε υπολήψιμο αφού όλα γίνονται με διαφάνεια και δημόσια. Τουναντίον, ο ελεύθερος καθορισμός φορολογικών συντελεστών υποβοηθά ως εργαλείο ανάπτυξης οικονομικής και κοινωνικής πολιτικής. Καλώ, τόσο τον Επίτροπο όσο και τους συναδέλφους να μην προχωρήσουν σε λανθασμένες φορολογικές κινήσεις που στο τέλος θα πλήξουν και την ίδια την Ε.Ε. Είναι αδιανόητο να επιβληθεί από την Ε.Ε. κοινός εταιρικός φορολογικός συντελεστής.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Las medidas contra la elusión fiscal que ha propuesto el Comisario socialista Pierre Moscovici son positivas. Es encomiable que se proponga una Directiva específica en esta materia para impedir que la matriz traslade sus beneficios a paraísos fiscales. Es muy importante que el umbral para definir una jurisdicción de baja fiscalidad, determinado de manera relativa y no absoluta, no suponga incentivos para que los Estados miembros reduzcan el tipo del impuesto de sociedades.

Ahora bien, no se comprende por qué los informes país por país van a ser intercambiados solamente entre administraciones tributarias, aunque sea un avance, mientras que el público va a seguir sin conocer de manera transparente y desglosada dónde se generan los beneficios y dónde se pagan los impuestos. Asimismo, el umbral mínimo de 750 millones de euros de facturación anual parece demasiado elevado.

Por último, no hay que olvidar la necesidad de aprobar la base consolidada común del impuesto de sociedades, lo que reduciría el margen de la llamada competencia fiscal, así como el establecimiento de una Agencia Tributaria Europea que centralice la información sobre las resoluciones tributarias opacas y los elusores y evasores transfronterizos, además de mantener y actualizar la lista europea de paraísos fiscales.

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – Apoio a Comissão Europeia por finalmente adotar este Pacote de Combate à Elisão Fiscal praticada pelas multinacionais na UE - e apelo à vigilância e investigação das grandes empresas e famílias com acesso privilegiado ao poder, que continuam a beneficiar de acordos fiscais e outros esquemas opacos para se esquivarem às suas responsabilidades fiscais.

A Comissão Europeia deve, nomeadamente, tomar um papel ativo na investigação de decisões que possam implicar auxílios de Estado ilegais, em casos como o da Sonangol, que recebeu benefícios fiscais do Estado português superiores a mil milhões de euros, só em 2014! A Comissão tem igualmente que exigir aos Estados que zelem pela equidade fiscal nos Orçamentos do Estado de modo a atenuar os cortes em serviços públicos essenciais e diminuir a carga fiscal sobre os pobres e as classes médias, assegurando que mais rendimento é coletado junto daqueles que mais podem pagar - o que não acontece em Portugal, onde as famílias mais ricas do país, que deveriam contribuir com 25% das receitas do Estado em sede de IRS apenas contribuem com 0,5% graças a benefícios e isenções fiscais concedidos em total opacidade.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Situația actuală este complet inacceptabilă. Sistemul fiscal în multe dintre țările Uniunii Europene este nedrept. În fiecare an se pierd miliarde din cauza evaziunii fiscale. Președintele Juncker a promis că va elabora o agendă cuprinzătoare de combatere a evaziunii fiscale, pentru a asigura o piață unică mai echitabilă și a promoveze crearea de locuri de muncă. Raportul Parlamentului European a fost conceput pentru a schimba termenii jocului, pentru a încheia actuala evaziune fiscală inacceptabilă a multinaționalelor și, în același timp, pentru a asigura un sistem de impozitare mai echitabil.

Pachetul privind combaterea evaziunii fiscale este un pas important înainte. Are trei piloni (asigurarea unei impozitări eficace în UE, creșterea transparenței fiscale, asigurarea unor condiții de concurență echitabile) și mă bucur să văd că recomandările Comisiei TAXE au fost luate în considerare. Sper ca aceste măsuri să împiedice planificarea fiscală agresivă, să promoveze transparența și să asigure o concurență mai echitabilă pentru toate întreprinderile. Cine încalcă legea trebuie să răspundă în fața justiției.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Las medidas contra la elusión fiscal que ha propuesto el Comisario socialista Pierre Moscovici son positivas. Es encomiable que se proponga una Directiva específica en esta materia para impedir que la matriz traslade sus beneficios a paraísos fiscales. Es muy importante que el umbral para definir una jurisdicción de baja fiscalidad, determinado de manera relativa y no absoluta, no suponga incentivos para que los Estados miembros reduzcan el tipo del impuesto de sociedades.

Ahora bien, no se comprende por qué los informes país por país van a ser intercambiados solamente entre administraciones tributarias, aunque sea un avance, mientras que el público va a seguir sin conocer de manera transparente y desglosada dónde se generan los beneficios y dónde se pagan los impuestos. Asimismo, el umbral mínimo de 750 millones de euros de facturación anual parece demasiado elevado.

Por último, no hay que olvidar la necesidad de aprobar la base consolidada común del impuesto de sociedades, lo que reduciría el margen de la llamada competencia fiscal, así como el establecimiento de una Agencia Tributaria Europea que centralice la información sobre las resoluciones tributarias opacas y los elusores y evasores transfronterizos, además de mantener y actualizar la lista europea de paraísos fiscales.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – So long as it introduces better transparency in tax matters in the European Union, the Commission decision on the Corporate Tax package is welcome. However, where it serves as part of a wider programme to introduce harmonisation of taxation across Member States, the package must be critically scrutinised. Member States, especially in the Eurozone, are implementing uniform rules in financial and economic decision-making. This is working to the advantage of Members having better economic endowments. One cannot deny to those who have less endowments, especially smaller and peripheral countries, the remaining flexibility in tax policies. Current accounting systems to measure profits and expenses date from when manufacturing was the main sector of economies. As services and digital activities, accompanied with a globalised mode of production and marketing, become increasingly predominant, the task of determining profits and expenses is now much more complex. In the circumstances the easiest way by which to claim to be curbing tax evasion by MNCs is by imposing tax harmonisation, using existing accounting methods. This is unfair. Indeed, the characteristic of any corporate tax package should be flexibility, equally applicable to all, not only to the bigger economies, as has happened with SGP rules.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Pozdravljam celoten sveženj, ki ga je predstavila Evropska komisija. Zadovoljna sem z dejstvom, da predlog temelji na priporočilih OECDja, ki so jih voditelji gospodarsko najmočnejših držav podprli na vrhu G20 lanskega novembra.

Podpiram pravilo, da se davek plača tam, kjer se dobiček ustvari, katerega bi morale spoštovati vse države članice pri svoji davčni politiki. Večja preglednost poslovanja je ključni dejavnik v boju proti agresivnemu davčnemu planiranju, ki ga uporabljajo velike gospodarske družbe.

Letno zaradi davčnih utaj izgubimo 170 milijard evrov. Si predstavljate, koliko bi lahko vsaka izmed držav naredila s stotino tega denarja? Komisiji pri svojem delu v boju proti davčnim utajam želim čim več uspeha, hkrati pa upam na dober odziv držav članic. Vsi vemo, da je konkurenca zdrava. A ne tista konkurenca, ki se izogiba pravilom.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

5. Feierliche Sitzung - Estland

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine außerordentliche Freude, unseren langjährigen ehemaligen Kollegen Toomas Ilves im Europäischen Parlament zu begrüßen. Herr Ilves ist zurückgekehrt an den Ort, an dem er viele Jahre als Abgeordneter des Europäischen Parlaments gearbeitet hat. Aber er ist heute zum zweiten Mal bei uns in seiner Eigenschaft als Präsident von Estland.

Lieber Herr Kollege Ilves, sehr geehrter Herr Staatspräsident! Es ist uns eine außerordentliche Freude, Sie bei uns begrüßen zu dürfen. Ich erteile Ihnen auch sofort das Wort. Das Wort hat der Präsident von Estland.

Toomas Hendrik Ilves, *President of the Republic of Estonia*. – Ladies and gentlemen, I begin by apologising for my voice, but I brought something with me from Estonia. Ten years ago I left these chambers to take a new post in my country. There was no euro or migration crisis, no idea that European borders could be changed by force, no talk that the European project might fail. Also, there were no smart phones, no revelations of internet surveillance. There was No - Uber, or as we call it, 'Über'.

Ladies and gentlemen, for nearly three quarters of a century we have repeated the mantra of Europe as a project for peace. For the first three quarters of a century, Europe – *half* of Europe to be precise – thrived and grew, with our security in large part outsourced, even under the shadow of an aggressive, totalitarian Soviet Union. For the past quarter century, in the absence of any external threats, we have pursued the reintegration of Europe – also to bring back to the fold those nations forced against their will to live under totalitarian rule.

Today, however, we are confronted with new existential, external – and, as we were reminded in Paris last November, internal – threats. We are at a loss, we are fearful, and Europe for so many is no longer the answer. I hear ringing in my ears William Butler Yeats: *‘Turning and turning in the widening gyre/ The falcon cannot hear the falconer; /Things fall apart; the centre cannot hold;/ Mere anarchy is loosed upon the world’.*

So let us face this new reality. Europe is amidst a transformational crisis. Do we pull together or do we let others deal with it? A transformational crisis where we shall put to the test all that Europe has achieved, step by step, since Monnet and Schuman. We are approaching a tipping point where either we become stronger or we let fissiparous forces prevail.

It is crucial to admit that in this transformational crisis much was *foreseeable*. We knew there were serious problems but we put off dealing with the internal European crisis of the euro until it was almost unmanageable. We thought, at least until recently, that was the greatest threat to the European project. We were wrong.

We knew too, and for a long time, that huge income and democracy differentials between Europe and its immediate neighbourhood to the south and east were a time-bomb, ticking away, stayed more by the restraining influence of authoritarian regimes to the south, across the Mediterranean and the Middle East.

Today massive migration in the form of flight from the horrific slaughter of civil war and the systematic brutality of Daesh, mixed with economic migration from poverty and lack of economic opportunity, threatens Europe like never before. Schengen is under threat. Some countries refuse to take refugees, others are overwhelmed by the numbers flooding into their countries. Solidarity is crumbling. Some refuse to help, others justly say that solidarity is a two-way street. Structural and cohesion funds are also expensive manifestations of solidarity.

Ladies and gentlemen, we are aghast when we hear of the numbers. A million refugees and migrants to Europe this year, predictions of another two million in the next two.

Yes, these are truly large numbers. Yes, they will strain social cohesion and our budgets. And yet we have seen far worse and we have prevailed. In the Europe of 1946, Germany *alone* had 12 million internal refugees and another 12 million displaced persons of 20 different nationalities.

To resolve this, in three years UNRRA, the UN Relief and Rehabilitation Administration, spent, in today’s money, some EUR 50 billion. I mention this number, illustratively, to give us all a sense of perspective to understand what a daunting task our grandparents faced when Europe had no institutions, sometimes not even sovereign governments. And all of this *before* the Marshall Plan even started.

So, ladies and gentlemen, let us now gather our wits and strengths, leave behind the indecision, finger-pointing and ducking of responsibility. We *will* handle this migration crisis if we show the resolve of our forebears. We *must* act in solidarity with those Member States that bear the brunt of the crisis, and we *must* accept a functional form of burden-sharing.

(Applause)

We also *must* take full control over the EU’s external border; we cannot be borderless both inside and outside the Union.

(Applause)

We must also have a functioning common asylum policy, especially when it comes to rejecting spurious claims and returning illegal immigrants. Is this so difficult when we look back to what Europe faced in the years after the Second World War?

Ladies and gentlemen, after the horrors of the Paris attacks, I fear the refugee crisis will only further fuel the rise of populist and extremist politics. We will see the argument – indeed we already have – that we cannot accept refugees because they are terrorists, forgetting conveniently that the refugees streaming into Europe today have fled the same regime, the same brutality and murder witnessed in Paris, but writ large.

Political speech today sometimes adopts language that a few years ago was found only in anonymous on-line fora. Democratic, centrist leaders advocating calm and responsible policies are increasingly under pressure, if not attack.

Extremist parties and politicians exploit the current refugee crisis like they exploited the economic crisis; they exploit the dissatisfaction of voters with the often anodyne and milquetoast resolve of European leaders. Citizens expect decisive responses to crises. When traditional parties do not provide them, they look toward those whose rhetoric *sounds* decisive yet carries within it the ‘decisiveness’, so-called, of reaction: of simple, often un-European solutions the Union was created to rid Europe of forever.

I say this all, inter alia, as the son of refugees, who fled terror in their homeland in Estonia in World War II, which is why I have this American accent. My parents did not always feel welcome when they reached Sweden, but they were given a chance. My hope is that a few decades from now there will be a president of a democratic Syria speaking Arabic with a German accent.

(Applause)

Ladies and gentlemen, while we should have foreseen the euro crisis and the migration crisis, one crisis we did not foresee – indeed to this day it beggars belief – was the invasion and *Anschluss* of Crimea, followed by the invasion of the Donbas. I shall not dwell on this today, but I must state that in doing what it did two years ago this month, Russia violated *every foundational European security treaty*, beginning with the UN Charter...

(Applause)

...the 1975 Helsinki Final Act, and the 1990 Charter of Paris. And it violated as well the 1994 Budapest Memorandum that granted Ukrainians territorial integrity in return for eliminating what was then the world’s third largest nuclear weapons arsenal. In other words, we in Europe can no longer assume that the treaties that have underpinned European – I underline *European* — security since World War II still hold.

The EU has been swift and united in its response to Russian aggression, and this has had a deterring effect. The sanctions have proved to be effective. But EU relations with Russia will remain strained for some time. Strategic patience is the keyword. Some call for dialogue, yes, but dialogue itself is not a policy, at least not a policy to counter aggression. That much we should have learned from Munich in 1938.

(Applause)

Ladies and gentlemen, I have spoken of European crises: some we should have foreseen, others we could not. I would turn now and for the rest of my talk, look at our future and a long-term crisis we *can* avoid, if we take it seriously *before* we discover ourselves in its midst: Europe’s decreasing competitiveness and productivity in a rapidly-changing, interconnected digital world.

Together with Kaushik Basu, the Chief Economist of the World Bank, I have just finished co-chairing the preparation of the Bank’s first longer study of the economic potential of information technology and for improving society and governance. The report also outlines the pitfalls of falling behind. In general, Europe does well in this long, extensively-researched study, a year and a half in the making. But make no mistake, Europe stands to become a second-tier player, with not only the US but also India and China taking leading positions, if we do not keep up.

The digital revolution could be a blessing for the Single Market: today, we can see nascent pan-European markets in sectors like health care, banking and transport that only a few years ago seemed inherently local. Yet, sector-by-sector, our legislation remains fractured between Member States and unprepared for the digital age. We are losing out to the absence of a single market and losing our best and brightest to where the opportunities for them are greater.

I saw this with my own eyes when a 23-year-old who had gotten a little start-up money and I invited him to visit me, said: 'I am sorry, Mr President, I am moving to the United States'. I said: 'Why?' He said: 'That's where the opportunities are'. Six months later he had USD 4.6 million invested in his company and three years later he sold it for USD 100 million. He could have stayed in Estonia if we had had a single market and the financing.

(Applause)

And I would argue that story is repeated over and over again in every single Member State of the Union.

Sixty years ago, when the Treaty of Rome laid the basis for what we now call the four freedoms of the movement of people, goods, capital and services, there was no digital anything. Computing was in its infancy. Today we live in a completely different world.

Unless we recognise how profound a change has occurred, especially in the last 10 to 15 years, Europe will fall behind and so too will our citizens. Meeting the challenge of the digital revolution requires the ingenuity of Europe's entrepreneurs, its businesses, civil society and all levels of government. Market forces and business models will be the primary drivers of change and our response, but legislation, all European legislation, must support them.

To reflect the magnitude of this change, I propose we add to the four fundamental freedoms a fifth freedom: free movement of data. This fifth freedom could be folded into the existing four freedoms, but today it is distinct enough and all-encompassing enough that I think it should be given a separate status.

Data is neither a person, a physical good, capital nor a service, but to help all those move data, data must also be able to cross borders. The Commission's proposal for a Digital Single Market will shore up the foundations of the free movement of data, but it must become an abiding value of the internal market, not simply a target to be met by a certain date.

But from the citizen's point of view, what would that fifth freedom mean? For one thing, the free movement of data would mean that we can access services we have paid for throughout the EU. It would mean that online commerce would not be restricted by the country of our bank account, and that national boundaries would no longer determine – arbitrarily in the digital world – which European citizens can purchase digital goods and services and who cannot. Today, however, it is easier to ship a bottle of olive oil from Sicily to sell north of the Arctic Circle than to send an iTunes song across the border.

(Applause)

And personally, as I am blowing my nose, I can tell you that in my country we have digital prescriptions, which means that I can go to any pharmacy without a prescription written by my doctor and take it out. But I cannot do that as soon as I leave my country, whereas I see no reason why I could not go to a pharmacy in Strasbourg and get, when I desperately need it, a prescription that my doctor has written out for me in Estonia. It is all possible: technologically there is no problem; it is in our laws.

(Applause)

Yet the free movement of data is not just about commerce. Like every EU fundamental freedom, the free movement of data comes with rights and responsibilities, chief among these the right to and responsibility for data protection. Indeed, ownership of one's own data and the freedom to decide over its use are essential preconditions for unlocking the value of these data.

The new Data Protection Regulation – and I congratulate you on concluding negotiations – recognises this principle in title and substance. It will give individuals real ownership of their data – the right to control its use and pass it on to third parties. This should create new markets and, applied to the public sector, reduce the burdens of paperwork and reporting that now cost European citizens and businesses frustration, time and money. It should also dramatically increase transparency.

We must strive to create a data economy where the free movement of data also works for non-personal data. There is tremendous value hidden in the big data generated by our cars, our homes, our refrigerators, increasingly connected devices and industry: what in Germany is already called today *Industrie 4.0*.

Europe must invest in the underlying technologies that create confidence in the security of data flows, especially encryption and block-chain technology, which really would give us genuine security, and we must promote their use.

Finally, just as the free movement of goods needs ports and roads, we do need modern digital infrastructure to make the fifth freedom possible. 5G and fibre connections need to be truly ubiquitous in Europe. This applies especially to the last mile connection, to our homes and businesses. Our rural communities that have benefited so immensely from the common agricultural policy require in this *new world* the same access to the internet as everyone else, those in the cities.

Inclusiveness is vital. It is vital that the benefits of this digital dividend are shared by all. Estonia's experience at least makes me optimistic. Since 2005, we have allowed online voting in nine national, regional and European elections. You might think that this would benefit the young urban elite, the ones who are accustomed to using modern technology, yet extensive sociological research has shown over and over that there is no demographic or urban-rural divide. The pensioner living in a small village is just as likely to vote online, Skype with her family and stay in touch with her doctor remotely as are her grandchildren. I mention Skype, by the way, because it was invented in Estonia, but like so many other good things it now resides in Renton, Washington, in the United States.

At the same time, Ladies and Gentlemen, we must ask: where is the digital revolution taking us? What is the future of work in a digital era? What will happen to the taxi driver's and the factory worker's job? And tomorrow, with developing technologies, to the doctor and to the accountant?

Each previous industrial revolution has increased employment, replacing old jobs with new ones that are higher-skilled, better paying and more challenging. But we do not know yet if history will repeat. We are still at the beginning of the digital revolution, and I have the humility to admit that there are no certain answers.

But I do know this: the digital revolution, like the crises of the Eurozone, Crimea and refugees, call upon us to put forward the best in us at a time when politics play to the basest of our instincts. Yet let us not suppose that these challenges will be insurmountable. This is a time to step humbly in the courageous steps of our predecessors, in 1957, in 1989, in 1991, and in 2004. They faced uncertainty, and they stepped forward.

If we cede to the populists who say that Europe cannot be trusted with its citizens' interests, Ladies and Gentlemen, then no crisis, foreseeable or not, will find an adequate solution. Be they migration, the euro or even military aggression, not to mention the challenge of technological change, solutions that revert to the nation state will bring us back to a pre-World War II era. An era where short-termism, beggaring-thy-neighbour, leads inevitably to a tit-for-tat and a loss for all. Back to an era where, once again, might makes right. Where that leads we have seen too many times in Europe's history.

Let us hold no illusions of what faces us if we hesitate or stumble, if – to quote Yeats again from the same poem, *'the best lack all conviction, while the worst/ Are full of passionate intensity'*.

The choice is ours.

(Sustained applause)

Der Präsident. – Vielen Dank, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, für Ihren Beifall.

Vielen Dank, lieber Herr Kollege Ilves. Herr Staatspräsident, vielen Dank für Ihre inspirierende Rede. Ich glaube, ich brauche dem nichts hinzuzufügen. Sowohl was den Beifall als auch was den Protest angeht, glaube ich, war Ihre Rede eine sehr richtungsweisende, für die wir uns sehr bedanken möchten. Vielen Dank!

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, it is actually a legal point that happened to me in my country, that the House will want to hear. I was exonerated of any allegations that were charged against me and I would just like to explain that and to thank my colleagues for supporting me. Across this House I have had tremendous support from different individual nations and also colleagues: 'There but for the grace of God go I', is what most of you said to me.

I would like to thank certain colleagues: Stuart Agnew, who has been an absolute rock and who never doubted me. I would like to thank Paul Nuttall and Nigel Farage for keeping in touch. Also my ENF colleagues. You know what, you people believed in me. I cannot say thank you to you all, but there are two people I would like to single out: Edouard Ferrand, an outstanding politician, and Marine Le Pen, magnificent Marine. Thank you friends, it has been really supportive.

(Applause from the ENF Group)

Πρόεδρος. – Οι ευχαριστίες σας δεν είναι επί της διαδικασίας, σας παρακαλώ να μην καταχράστε της ανεκτικότητας του Προεδρείου και να μην παραβιάζετε τον Κανονισμό. Μπορούσατε να του στείλετε λουλούδια, αλλά όχι αυτή τη στιγμή.

6. Abstimmungsstunde

Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η Ώρα των ψηφοφοριών.

(Για τα αποτελέσματα και άλλες πληροφορίες σχετικά με τις ψηφοφορίες: Βλέπε Συνοπτικά Πρακτικά.)

6.1. Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (A8-0359/2015 - Heidi Hautala) (Abstimmung)

6.2. Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle (A8-0002/2016 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

6.3. Annahme der Änderungen des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe (A8-0001/2016 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

6.4. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Ukraine (A8-0007/2016 - Sylvia-Yvonne Kaufmann) (Abstimmung)

- 6.5. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Montenegro (A8-0008/2016 - Nathalie Griesbeck) (Abstimmung)**
- 6.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0015/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)**
- 6.7. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0016/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)**
- 6.8. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Florian Philippot (A8-0014/2016 - Laura Ferrara) (Abstimmung)**
- 6.9. Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (A8-0172/2015 - Georgi Pirinski) (Abstimmung)**
- 6.10. Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (A8-0003/2016 - Mark Demesmaecker) (Abstimmung)**

Πρόεδρος. – Η Ώρα των ψηφοφοριών έληξε.

7. Stimmerklärungen

7.1. Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) (A8-0359/2015 - Heidi Hautala)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'UE attribuisce grande valore alla semplificazione e alla chiara formulazione del diritto europeo, affinché lo stesso diventi sempre più comprensibile e accessibile a tutti i cittadini. Ecco perché si prevede che, qualora un atto europeo venga in più occasioni modificato, lo stesso debba essere codificato, al fine di garantirne l'immediata comprensione e chiarezza. La codificazione consiste nella mera riunione delle varie modifiche intervenute in materia, senza perciò apportare modifiche sostanziali di alcun tipo. In tal senso si inserisce la proposta di regolamento che istituisce un codice unionale concernente l'attraversamento delle frontiere da parte delle persone. Ho espresso voto positivo poiché ritengo di fondamentale importanza assicurare chiarezza e coerenza del diritto europeo, garantendo non solo una corretta applicazione dello stesso ma anche maggior chiarezza per i cittadini.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe está relacionado con el Reglamento (CE) n.º 562/2006 del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se establece un Código comunitario de normas para el cruce de personas por las fronteras.

El informe es la codificación de las diferentes versiones y enmiendas introducidas a este Reglamento desde el 15 de marzo de 2006. Puesto que es un informe de codificación que preserva íntegramente el contenido de los actos que están siendo codificados —dada la naturaleza técnica de la codificación—, he votado a favor.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil concernant un code de l'Union relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (code frontières Schengen).

En effet, ce texte a pour objectif de codifier le corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. Or, une telle codification a l'ambition d'assurer la postérité des règles de Schengen.

Profondément opposé au maintien de l'espace Schengen qui fait le jeu de l'immigration de masse et du terrorisme, je ne pouvais soutenir un tel texte.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of this text. By way of background information, codification is a bringing together of all the legal text when a Regulation or Directive (in this case Regulation (EC) No 562/2006) has been amended by other legal acts for 10 or more times. This is to clarify the text and make it easier to read. A codification exercise can only make formal modifications; no substantive changes or deletions may be made. The EP always has to check whether a codification only makes formal changes to the legal text. Moreover, codification serves to simplify complicated legal texts and, as a result, prevents unnecessary legal challenges in the future.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ στη συγκεκριμένη έκθεση καθώς αυτή συνιστά απλή κωδικοποίηση των υπαρχόντων κειμένων, χωρίς κάποια τροποποίηση επί της ουσίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapport dont il est ici question vise à codifier le corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. Alors qu'historiquement, de l'empereur romain Justinien à l'empereur français Napoléon, toute entreprise de codification s'inscrivait dans une volonté d'assurer la postérité de règles et de consacrer de grands principes juridiques, il s'agit plutôt ici d'apporter notre pierre à un édifice que nous souhaitons déconstruire en raison de ses faiblesses patentes. L'espace Schengen a en effet très largement empiré la crise migratoire que nous connaissons actuellement. J'ai donc voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This was a legislative proposal to consolidate the rules on Schengen. This provides for the absence of border control of persons crossing the internal borders between Member States of the European Union. It lays down the rules governing border control and establishes the list of persons to which the absence of internal border control applies.

I voted against this proposal because I do not believe in such harmonisation.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Europe has been paralysed with regard to the migrant crisis. While we keep discussing possible solutions to the grave problem we face, it hardly ever comes to common action. However, even when we do decide on joint measures, we do not follow through on them. The Dublin Agreement and the relocation system have failed utterly, as the Member States have not committed to apply them.

We must either effectively enforce the current measures, or introduce new ones. Either way, it is not a problem that can be solved by any Member State alone. It is a dilemma that must be dealt with by the European Union as a whole. It cannot be fixed by closing national borders, but only by guarding our common ones; those defined by Schengen. What we need to do is form a common border guard and coast guard and put a collective reception and relocation system in place. Furthermore, we must prompt Turkey to crack down on the criminals smuggling refugees to Europe under harsh circumstances and we must speak with African governments about returning economic migrants. However, what is most important is that Member States keep to it.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama tik kodifikuoti esamus tekstus nekeičiant jų esmės.

Zoltán Balczó (NI), írásban. – A javaslat célja a személyek határátlépésére irányadó szabályok közösségi kódexének (Schengeni határ-ellenőrzési kódex) létrehozásáról szóló, 2006. március 15-i 562/2006/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet kodifikációja. Az új rendelet a benne foglalt jogi aktusok helyébe lép. E javaslat teljes egészében megőrzi a kodifikált jogi aktusok tartalmát, és ennek megfelelően, kizárólag a kodifikáció elvégzéséhez szükséges alaki módosítások elvégzésével, azokat pusztán egybefoglalja. Mivel nem történik érdemi változás az eddigi schengeni szabályokban és magyar szempontból erősen érdekeltek vagyunk a belső határok átjárhatóságában (ingázó munkavállalók, belső magyar határok megszűnése Szlovákia és Szlovénia felé), illetve a belső határellenőrzés ideiglenes visszaállításának elvi lehetőségét a rendelet tartalmazza, ezért az újrakodifikált schengeni rendelet elfogadását támogattam.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Cette nouvelle codification vise à sauver l'espace Schengen: j'ai donc logiquement voté contre.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Il s'agit ici de codifier – pour plus de clarté – le règlement de 2006 établissant le «Code frontières Schengen» qui a fait l'objet de nombreuses modifications depuis son adoption.

Même s'il s'agit d'un texte d'une importance majeure (régime de franchissement des frontières extérieures) le nouveau règlement proposé se substituerait aux divers actes qui y sont incorporés en en préservant totalement la substance.

J'ai approuvé cette codification.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – In uno dei momenti di maggior crisi dell'Unione, che vede gli Stati membri divisi sul tema della gestione dei flussi migratori e dei controlli ai loro confini, appare sempre più necessario favorire un accesso diretto dei cittadini alla legislazione europea in materia di attraversamento delle frontiere. La relazione Hautala sulla proposta di regolamento che istituisce un codice unionale relativo al regime di attraversamento delle frontiere rappresenta un passo ulteriore in questa direzione. La risoluzione, dal carattere eminentemente tecnico, conferma la validità del percorso di codificazione dei testi esistenti, promuovendo l'affermazione di un sistema che renderà più semplice e chiaro l'accesso alla normativa prodotta dall'Unione. Vista l'assenza di modifiche alla legislazione vigente e condividendo l'intento della proposta ho quindi deciso di sostenere questa relazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de este cambio en el Código de fronteras, en tanto en cuanto no supone un cambio en el contenido político del Código existente y es una mera simplificación y reducción de duplicidades en codificaciones superpuestas.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Quiero agradecer a la ponente su trabajo para la aprobación del Reglamento que establece un Código de normas de la Unión para el cruce de personas por las fronteras. El grupo consultivo, tras las reuniones de los días 9 y 26 de febrero y 15 de abril de 2015 constató ciertas modificaciones mencionadas en los puntos 1 a 6. Esto ha permitido determinar de común acuerdo que la propuesta se limita a una codificación pura y simple de los textos existentes, sin modificación sustancial de estos.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – En lançant la coopération Schengen, les États membres ont accepté d'abolir les contrôles aux frontières intérieures dans l'espace Schengen, ce qui repose sur la confiance dans le fait que les États membres sécurisent leurs frontières extérieures et mettent en œuvre les mesures requises à cet égard.

Ce rapport se propose de codifier les règles de l'espace Schengen. L'Europe nous rend vulnérable et, force est de constater, que l'espace Schengen est une passoire géante aujourd'hui. Or je suis contre l'espace Schengen que cette codification tente de sauver. Il nous faut retrouver la maîtrise de nos frontières nationales pour stopper la vague migratoire et appliquer une politique migratoire stricte à l'image de celle Australienne.

Enfin, nous devons engager une véritable politique de codéveloppement avec les pays d'origine des «migrants» et conditionner les aides accordées à ces pays selon des accords en la matière.

J'ai décidé de voter contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Gli accordi di Schengen sono ormai sorpassati e si sono dimostrati del tutto inadatti per fronteggiare l'attuale situazione europea che fa i conti con una crisi migratoria senza precedenti. Questi accordi vanno del tutto rivisti. Per questo motivo ho votato contro questa relazione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, que se limita a una codificación pura y simple de los actos existentes, sin ninguna modificación sustancial del Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se establece un Código de normas de la Unión para el cruce de personas por las fronteras.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria techniniam Komisijos pasiūlymui kuo skubese procedūra kodifikuoti Šengeno sienų kodeksą sudarančius teisės aktus. Šiuo pasiūlymu siekiama tik kodifikuoti esamus tekstus nekeičiant jų esmės.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelenleg is zajló migráns- és menekültválság tükrében kiemelkedően fontosnak tartom az Európai Unió külső határai megvédésének szükségességét, az arra vonatkozó szabályok végrehajthatóságát. A jelenlegi kodifikált szöveg előremutató ezen a téren, ezért szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Čeprav se sliši kot zelo pomembna tema okoli schengenskega režima, o katerem bi se prav lahko ob trenutni migrantski situaciji lahko veliko pogovarjali, pa gre pri omenjenem predlogu uredbe zgolj za kodifikacijo besedila brez bistvenih vsebinskih sprememb. Zato tudi ni bilo zapletov pri podpori tehničnim popravkom v besedilu, ki so jih pripravile posvetovalne skupine pravnih služb Evropskega parlamenta, Sveta in Komisije. Zaradi navedenih razlogov sem predlagano uredbo podprl.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de règlement propose d'établir un code de l'Union relatif au franchissement des frontières par les personnes (Code frontière Schengen). Je m'oppose à Schengen depuis des années et, par conséquent, j'ai voté contre le texte.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che le modifiche apportate al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone rispettino lo spirito dell'accordo di Schengen e che pertanto vadano nella direzione di una maggiore integrazione.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La convenzione di Schengen rappresenta un grande traguardo nel processo d'integrazione europea, permettendo il superamento della gestione frontaliera nazionale e la libertà di circolazione delle persone all'interno dell'Unione europea. Un'Europa senza frontiere interne apporta notevoli benefici anche a livello economico, il che dimostra quanto tangibile, popolare ed efficace sia la creazione dello spazio Schengen, nonché l'importanza che esso riveste nelle nostre società. La codifica del regolamento (CE) no 562/2006 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 15 marzo 2006, che istituisce un codice comunitario relativo al regime di attraversamento delle frontiere non ha nulla a che vedere con le proposte attuali di riforma o sospensioni di Schengen. Rappresenta una procedura di natura tecnica (regolata da un accordo interistituzionale che prevede un'approvazione accelerata) su cui il servizio giuridico di Commissione, Parlamento e Consiglio hanno espresso parere favorevole e su cui poi la commissione JURI ha votato a larghissima maggioranza. La commissione LIBE non ha voluto esprimere pareri, proprio a dimostrazione che il nuovo testo non intacca in nulla il contenuto politico dell'accordo Schengen.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à la codification du corpus de règles relatives au régime de franchissement des frontières par les personnes. Cette entreprise de codification s'inscrit dans une volonté des institutions européennes d'assurer la postérité des règles qui encadrent le fonctionnement de l'espace Schengen.

En tant qu'opposant à l'Union soviétique européenne, il est de notre devoir de voter contre ce texte qui consiste à graver dans le marbre les grands principes de l'espace Schengen, incapable de protéger les États membres de la submersion migratoire actuelle ainsi que de la potentielle arrivée de djihadistes. La multiplication des attentats ainsi que les tentatives d'attentats, notamment en France, démontrent à quel point l'Union européenne n'a pas pris la mesure des risques qu'encourent les peuples européens actuellement.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Obiectivul simplificării și clarității actelor legislative ale Uniunii Europene are ca scop creșterea gradului de coerență și un acces cât mai facil al cetățenilor europeni, în același timp oferind posibilitatea de a face uz de anumite proceduri legislative.

Salut recomandările Grupului de lucru consultativ al serviciilor juridice ale Parlamentului European, Consiliului și Comisiei cu privire la Codul Uniunii privind regimul de trecere a frontierelor de către persoane (Codul Frontierelor Schengen). În contextul crizei imigranților și al trecerii frontierelor de către numeroși refugiați, este nevoie de documente bine structurate, care să ofere cadru legal corespunzător, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Mera procedura di codificazione senza modifiche sostanziali per l'approvazione del codice relativo agli accordi di Schengen. Tuttavia, sono contrario apertamente allo stesso e preferisco dare voto negativo, di natura prettamente «politica», anche al lavoro di codificazione.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Susțin poziția în primă lectură a propunerii, deoarece, conform concluziilor Grupului de lucru consultativ, prezenta propunere este o simplă codificare a textelor existente și nu aduce modificări importante textului.

Uniunea Europeană este un pionier la nivel mondial prin asigurarea liberei circulații a persoanelor pe piața internă într-un spațiu fără frontiere, conform articolului 26 alineatul (2) din TFUE. În vederea asigurării acestui spațiu fără frontiere interne, UE s-a angajat la adoptarea unor măsuri, precum politica comună în materie de trecere a frontierelor externe. Aceasta trebuie să reflecte și acquis-ul Schengen. Trebuie subliniat că acest control al frontierelor externe nu ține numai de competența statului membru în cauză, ci de întreaga Uniune.

Trebuie menționată singura situație în care un stat membru poate reintroduce controlul la frontierele sale interne pentru o perioadă de maximum zece zile, și anume în cazul unei amenințări grave la adresa ordinii publice sau a securității interne. Subliniez faptul că migrația și trecerea frontierelor externe de către un număr mare de resortisanți ai unor țări terțe nu ar trebui considerate în sine o amenințare și că orice prelungire a perioadei menționate trebuie să fie monitorizată la nivelul Uniunii.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione esprime la posizione del Parlamento europeo sulla proposta di regolamento che istituisce un codice unionale relativo al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone (cosiddetto codice frontiere Schengen). Tale opera di codificazione si profila necessaria in ragione delle numerose modifiche che sono intervenute sul regolamento CE n. 562/2006. Ho votato a favore della posizione in prima lettura del testo legislativo in quanto il gruppo consultivo dei servizi giuridici di Parlamento europeo, Consiglio e Commissione hanno rilevato come la proposta in questione si limiti ad una mera codificazione dei testi esistenti senza apportare alcuna modifica sostanziale.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Στηρίζουμε την έκθεση και πιστεύουμε πως η θέσπιση κανόνων για τη διέλευση προσώπων από τα σύνορα, δεν μπορεί να επιτευχθεί επαρκώς από τα κράτη μέλη, αλλά μπορεί να επιτευχθεί καλύτερα σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση του κώδικα της Ένωσης σχετικά με το καθεστώς διέλευσης προσώπων από τα σύνορα (κώδικας συνόρων του Σένγκεν) αποτελεί ένα ζήτημα ιδιαίτερα σημαντικό για την εποχή που διανύουμε, καθώς γινόμαστε μάρτυρες μιας πρωτοφανούς κρίσης που δοκιμάζει τις αντοχές της Ευρώπης. Θεωρώ πως είναι θετική οποιαδήποτε προσπάθεια συμβάλλει στον εκσυγχρονισμό αλλά και τη διόρθωση των κανονισμών προς όφελος των πολιτών. Γι αυτό το λόγο αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce un codice unionale relativo al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone poiché sono convinto che il controllo di frontiera sia nell'interesse non solo dello Stato membro alle cui frontiere esterne viene effettuato, ma di tutti gli Stati membri che hanno abolito il controllo di frontiera interno. Il controllo di frontiera contribuirà alla lotta contro l'immigrazione clandestina e la tratta degli esseri umani, nonché alla prevenzione di qualunque minaccia per la sicurezza interna, l'ordine pubblico, la salute pubblica e le relazioni internazionali degli Stati membri, senza i diritti in materia di libera circolazione di cui godono i cittadini dell'Unione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Questa proposta di regolamento si limita a codificare norme preesistenti, e ho votato a favore. Tuttavia, ritengo che si debba alzare la voce rispetto a quanto sta avvenendo in merito all'accordo di Schengen: il regolamento di Dublino è palesemente inadeguato ad affrontare la situazione che stiamo vivendo e in Europa in questo momento servono statisti che sappiano guardare al di là della contingenza e disegnare uno schema per il futuro, in maniera da avere nuove norme che siano in grado di resistere a qualunque evenienza. In questo Parlamento lavoriamo per un'entità che gli Stati membri sembrano essere pronti a sacrificare per le proprie necessità elettorali: noi non siamo qui a tappare un buco, ma a scrivere delle regole che i nostri cittadini ci chiedono e che semplifichino la vita nostra e di chi dovrà affrontare problemi simili nei prossimi decenni.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Este regulamento, comumente designado por «Código de Fronteiras Schengen», foi aprovado em 2006 e consolida e desenvolve a componente política legislativa de gestão integrada das fronteiras da União Europeia. Ao longo dos anos sofreu seis alterações. Dentre as de maior monta está o estabelecimento de regras comuns sobre a reintrodução temporária do controlo nas fronteiras internas em circunstâncias excecionais, no âmbito do chamado «Pacote de Governação Schengen». As alterações que ora se procedem, que apoio, vêm apenas consolidar o texto que resultou das modificações ao regulamento original, por forma a permitir a sua melhor aplicação e interpretação.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della proposta di risoluzione in quanto si tratta di una semplice procedura di codificazione del testo già esistente che istituisce un codice unionale relativo al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone (codice frontiere Schengen), senza apportarvi modifiche sostanziali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The Schengen Borders Code allows Member States to give effect to the freedom of movement principle which is of fundamental value to European citizens. The report presents a codification of the existing texts without any change in their substance. I have voted in favour as codification provides better access to legislation for the citizen.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe está relacionado con el Reglamento (CE) n.º 562/2006 del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se establece un Código comunitario de normas para el cruce de personas por las fronteras.

El informe es la codificación de las diferentes versiones y enmiendas introducidas a este Reglamento desde el 15 de marzo de 2006. Puesto que es un informe de codificación que preserva íntegramente el contenido de los actos que están siendo codificados —dada la naturaleza técnica de la codificación—, he votado a favor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Nowe zapisy rozporządzenia wydają się być kolejnym krokiem w realizacji idei powołania wspólnej straży granicznej do ochrony unijnych granic, która ma zastopować m.in. falę nielegalnej imigracji do krajów Wspólnoty. Nowa formacja ma w dalszej perspektywie zastąpić obecną agencję Frontex mającą siedzibę w Warszawie. Z uwagi na dotychczasowe doświadczenia Frontex oraz kolejne nieprzekonujące mnie propozycje działań w obszarze wstrzymałem się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it is a straightforward codification procedure of existing texts. There are no substantial changes to the text in question and therefore I voted in favour of the adoption of this position at first reading.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Sunt întru totul de acord cu ideea că, la frontierele Schengen, controlul trebuie efectuat într-un mod profesionist și respectuos și proporțional cu obiectivele urmărite, astfel încât demnitatea umană să fie respectată pe deplin.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – L'objectif de ce rapport est de consolider le régime juridique du Code de l'Union sur le régime de franchissement des frontières par les personnes (code des frontières Schengen – règlement CE n° 562/2006) sans en modifier la substance. C'est la sixième fois que le législateur propose un amendement au texte depuis l'adoption de ce règlement en 2006. Considérant que ce rapport technique ne soulève pas de problème de fond et qu'il convient de renforcer notre arsenal législatif dans ce domaine compte tenu des crises actuelles, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la codification du règlement établissant un code communautaire relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes, soit le code frontières Schengen. Tout en en préservant la substance, il est en effet important d'œuvrer pour une meilleure clarté de la législation européenne.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport visant à codifier le règlement établissant un code communautaire relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (code frontières Schengen). Vu les nombreuses modifications subies par ce Code, il me semble justifié, dans un souci de clarté et de transparence du droit, de procéder à cette codification. L'avis rendu par les services juridiques du Parlement européen, du Conseil et de la Commission confirme bien que la proposition se limite effectivement à une codification pure et simple des textes existants, sans modification du fond.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour but de codifier l'ensemble des règles relatives à l'espace Schengen, construction qui est pourtant contestable à de nombreux égards. Or, le principe même de la codification vise à pérenniser un cadre juridique par la compilation de règles de droit positif. Étant cohérente et ne souhaitant pas le renforcement de cet espace, dont on constate chaque jour les conséquences dramatiques, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Настоящият доклад се отнася до кодифицирания текст на предложението за регламент на Европейския парламент и на Съвета относно Кодекса на Съюза за режима на движение на лица през границите. Новият регламент ще замести различните актове, които са инкорпорирани в него. Той запазва напълно съдържанието на кодифицираните актове и се ограничава до тяхното обединяване, като внася единствено формални изменения, необходими за самото кодифициране.

Гласувах „въздържал се“, тъй като става дума за кодификация на законодателство, но като цяло смятам, че някои от текстовете нарушават суверенитета на държавите членки и приближават ЕС към централизирана федерална държава.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Προτείνεται η καταψήφιση της έκθεσης καθώς διά αυτής επιχειρείται μόνον η κωδικοποίηση της κείμενης νομοθεσίας και όχι η τροποποίηση αυτής. Με δεδομένη την αθρόα προσέλευση λαθρομεταναστών κρίνεται απαραίτητη η τροποποίηση των νομοθετικών κειμένων που αφορούν τη διασυνοριακή μετακίνηση προσώπων.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El objeto de la presente propuesta es la codificación del Reglamento (CE) n.º 562/2006 del Parlamento Europeo y del Consejo, de 15 de marzo de 2006, por el que se establece un Código comunitario de normas para el cruce de personas por las fronteras (Código de fronteras Schengen), con objeto de proporcionar una mayor claridad y accesibilidad al Derecho de la Unión. Las conclusiones por parte de los Servicios Jurídicos de las tres instituciones confirman que las codificaciones son correctas y que, por tanto, la presente propuesta de codificación dotará de mayor claridad y efectividad a las disposiciones recogidas.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Tendo em conta o Acordo Interinstitucional, de 20 de dezembro de 1994, sobre um método de trabalho acelerado tendo em vista a codificação oficial dos textos legislativos, o Grupo Consultivo composto pelos Serviços Jurídicos do Parlamento Europeu, do Conselho e da Comissão efetuou reuniões para examinar a proposta de que resulta este relatório. A análise efetuada permitiu, assim, ao Grupo Consultivo concluir, de comum acordo, que a proposta em apreço se cinge efetivamente a uma codificação pura e simples dos textos existentes, sem alterações substantivas. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, parce que je ne souhaite pas que de telles règles soient pérennisées.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Aquando da discussão de alterações ao Código comunitário relativo ao regime de passagem de pessoas nas fronteiras (Código das Fronteiras Schengen), em 2013, declaramos:

«Pretende-se com este relatório introduzir alterações ao Regulamento de 2006, tendo em conta desenvolvimentos legais e a experiência prática, e também devido à entrada em vigor do Tratado de Lisboa.»

«As alterações encontram-se principalmente na clarificação da definição nas condições de entrada para nacionais de países terceiros e na duração da validade de alguns documentos de viagem. Também introduzem alterações no alargamento de isenção de carimbar os documentos de viagem dos tripulantes de comboios e autocarros de ligações internacionais, tal como já acontece com os tripulantes de avião.»

«Incluem-se medidas de formação dos guardas de fronteiras de forma a detetarem situações de menores não-acompanhados e vítimas de tráfico.»

«Não acompanhamos as alterações que visam uma cada vez maior harmonização das políticas de imigração e fronteiras, que obrigam os Estados-Membros a informar sobre os acordos bilaterais que estabeleçam no âmbito do Código das Fronteiras de Schengen. Nem a obrigação de os Estados-Membros serem obrigados a informar quando cidadãos “legais” de países terceiros entram em outro Estado-Membro.»

Não obstante tratar-se de uma codificação, procedimento eminentemente técnico, votámos contra, tendo em conta a nossa posição de fundo relativamente à matéria em apreço.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Non sostengo la relazione in quanto non sussistono modifiche sostanziali al codice unionale. Schengen va rivisto completamente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Καταπιφίζω τη σχετική έκθεση καθώς δι' αυτής επιχειρείται μόνον η κωδικοποίηση της κείμενης νομοθεσίας και όχι η τροποποίηση αυτής. Με δεδομένη την αθρόα προσέλευση λαθρομεταναστών κρίνεται απαραίτητη η τροποποίηση των νομοθετικών κειμένων που αφορούν τη διασυνοριακή μετακίνηση προσώπων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The proposal in question contains a straightforward codification of the existing texts without any change in their substance. I therefore voted in favour of the report.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car elle soutient la modification du code de l'Union relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes. Cette réforme du code frontières Schengen doit permettre des contrôles obligatoires et systématiques aux frontières extérieures de l'UE, sur toutes les personnes entrant dans l'espace Schengen, y compris les ressortissants européens. Il est important toutefois que cette réforme s'accompagne d'un meilleur partage de l'information entre les États membres et d'une alimentation en temps réel des bases de données européennes.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság jogi szolgálataiból álló tanácsadó munkacsoport véleménye szerint a szóban forgó javaslat a meglévő szövegek érdemi módosítás nélküli egyszerű egy-séges szerkezetbe foglalását tartalmazza, ezért elfogadom első olvasatbeli álláspontját, egyetértve a Bizottságnak az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság jogi szolgálataiból álló tanácsadó munkacsoport ajánlásainak megfelelően módosított javaslatával. Továbbá az előadóval összhangban utasítom elnökét, hogy továbbítsa a Parlament álláspontját a Tanácsnak és a Bizottságnak, valamint a nemzeti parlamenteknek.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor, considerando que la propuesta en cuestión se limita a una codificación pura y simple de los actos existentes, sin ninguna modificación sustancial de estos. La UE debe continuar trabajando para una mayor coordinación y unidad legislativa en esta importante materia y asegurar el control de las fronteras para garantizar el buen funcionamiento de Schengen.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich heute bei der Abstimmung zum Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) enthalten, weil ich den Ansatz des Dokuments grundsätzlich unterstütze, in seinen Details aber Schwierigkeiten bei der konkreten Umsetzung sehe, die leider im Laufe der Verhandlungen nicht bereinigt werden konnten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – In Anbetracht der aktuellen Flüchtlingssituation ist es wichtig, dass wir die europäischen Außengrenzen effektiv schützen. Hier braucht es eine Lösung auf Unionsebene und deshalb unterstütze ich den heutigen Vorschlag.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – This codification report contains no new provisions, rather it is just an update of the Union code, and represents a simple, effective action by the European Parliament allowing the language in this legislation to be standardised.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este cambio en el Código de fronteras, en tanto en cuanto no supone un cambio en el contenido político del Código existente y es una mera simplificación y reducción de duplicidades en codificaciones superpuestas.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it is a straightforward codification procedure of existing texts. There are no substantial changes to the text in question and therefore I voted in favour of the adoption of this position at first reading.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the technical Commission proposal to codify legislation of the Schengen Borders Code as soon as possible. Since Europe has been struggling in regard to the migrant crisis, it is not a problem that can be solved by any Member State alone. That must be dealt with by the European Union as a whole. It cannot be fixed by closing national borders, but only by guarding our common ones – those defined by Schengen.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Αυτή η έκδοση σχετίζεται με τον κανονισμό (ΕΚ) Νο 562/2006 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που εγκαθιδρύουν ένα κοινοτικό κώδικα για τους κανόνες σχετικούς με τη διασυνοριακή διακίνηση των ατόμων. Η έκδοση είναι απλή κωδικοποίηση των διαφόρων εκδοχών και τροπολογιών του κανονισμού από τις 15 Μάρτη 2006 και μετά. Η κωδικοποίηση διατηρεί πλήρως το περιεχόμενο των νομικών πράξεων που κωδικοποιούνται και απλά συγκεντρώνει σε ένα κείμενο όλες τις τροπολογίες που ψηφίστηκαν από την τελευταία κωδικοποίηση και μετά. Για τους ανωτέρω λόγους, υπερψηφίσαμε την έκδοση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the technical codification proposed by the Commission which will not impact on the substance of the Schengen Border Code, only simplify and clarify the text, making it clearer and more accessible to citizens.

On 20 January 2015 the Commission adopted a proposal for the technical codification of the Schengen Border Code (i. e. the rules governing movement of persons across Schengen borders). The Schengen Borders Code regulation is intended to improve the legislative part of the integrated border management European Union policy by setting out the rules on the border control of persons crossing EU external borders and on the temporary reintroduction of border control at internal borders. This regulation applies to any person crossing the external borders of all EU countries, except those of the United Kingdom and Ireland, and the internal borders of the Schengen area (a border-free area comprising 22 EU countries, along with Iceland, Liechtenstein, Norway and Switzerland). Ireland is not a member of Schengen and so we do not fall under the remit of the Schengen Border Code.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Die Europäische Kommission hat dem Europäischen Parlament einen Kodifizierungsvorschlag für den Schengener Grenzkodex unterbreitet. In einer Kodifizierung dürfen keine materiell-inhaltlichen Änderungen vorgenommen werden. Der konkrete Vorgang stützt sich unter anderem auf die interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Dezember 1994 über ein beschleunigtes Arbeitsverfahren für die amtliche Kodifizierung von Rechtstexten. Dabei geht es darum, im Sinne einer Vereinfachung bestehende EU-Rechtsakte zusammenzufassen. Im vorliegenden Fall betrifft dies den Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen, kurz Schengener Grenzkodex genannt. Die neue Verordnung ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die Gegenstand der Kodifizierung sind.

Da ich mich für eine Vereinfachung des EU-Rechts und einen Abbau der Bürokratisierung bei den EU-Institutionen einsetze, habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, Шенгенското пространство е едно от най-осезаемите постижения на европейския проект. Виждаме, че ограниченията във функционирането му водят до забавяния в транспорта, до огромни загуби за европейската икономика. Те повличат отрицателни последици за цялостното състояние на единния европейски пазар, на паричния съюз, стойността на еврото.

Ето защо Европа трябва да положи всички усилия за опазването му, особено чрез укрепване на външните граници на Съюза. При това е крайно несправедливо държави като България и Румъния, натоварени с опазването на 3 349 км от външните граници на Съюза, да бъдат държани извън Шенген, въпреки изпълнените критерии за прием.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat pentru acest raport în conformitate cu recomandările Grupului de lucru consultativ al serviciilor juridice ale Parlamentului European, Consiliului și Comisiei.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o Zakoniku Unije o pravilima kojima se uređuje kretanje osoba preko granica (Zakonik o schengenskim granicama), jer se dotični prijedlog ograničava na kodifikaciju bez suštinske promjene.

U jednom vrlo važnom području poput kretanja osoba ključno je da pravo Europske unije bude jasnije i pristupačnije te da se osigura izvjesnost istoga. Europska unija mora jamčiti jednostavnije i učinkovitije pronalaženje i razumijevanje njezinih pravnih akata, a kodifikacija ide upravo ka tom smjeru. U tom kontekstu podržavam, također, međuinstitucionalni sporazum kojim se omogućuje ubrzani postupak za brzo donošenje kodificiranih akata.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le rapport dont il est ici question vise à codifier le corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. Alors qu'historiquement, de l'empereur romain Justinien à l'empereur français Napoléon, toute entreprise de codification s'inscrivait dans une volonté d'assurer la postérité de règles et de consacrer des grands principes juridiques, il s'agit ici d'apporter notre pierre à un édifice que nous souhaitons déconstruire en raison de ses faiblesses patentes. L'espace Schengen a en effet très largement empiré la crise migratoire que nous connaissons actuellement. J'ai donc voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My colleagues and I in UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the rules governing the movement of persons across borders. The Commission's proposal in question consists in a mere codification of the already existing texts without any change in their substance.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Heidi Hautala sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil concernant un code de l'Union relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes. L'objet de ce texte est d'intégrer dans un même texte juridique les divers amendements qui ont été apportés au code frontières Schengen dans un souci de clarification et de simplification.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport technique qui vise à adopter une codification pure et simple des textes existants concernant le code sur les frontières de Schengen, sans aucune modification sur le fond.

Dans un souci de consolidation et de simplification des différentes normes juridiques relatives à Schengen, il était nécessaire d'avaliser cette proposition de la Commission.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich nicht zu. Er umfasst Regelungen in Bezug auf das Schengener Abkommen, denen ich kritisch gegenüberstehe.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I support the establishment of a Community Code for the rules governing movement of persons across borders. The proposal does not involve any change in the substance of these rules; it is a simple codification that would aid interpretation and strengthen the law, and thus I agree with the rapporteur that this regulation of Parliament and Council on a Union Code should be implemented.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report, as the proposal fully preserves the content of the act being codified.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die Europäische Kommission hat dem Europäischen Parlament einen Kodifizierungsvorschlag für den Schengener Grenzkodex unterbreitet. In einer Kodifizierung dürfen keine materiell-inhaltlichen Änderungen vorgenommen werden. Der konkrete Vorgang stützt sich unter anderem auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Dezember 1994 über ein beschleunigtes Arbeitsverfahren für die amtliche Kodifizierung von Rechtstexten. Dabei geht es darum, im Sinne einer Vereinfachung bestehende EU-Rechtsakte zusammenzufassen. Im vorliegenden Fall betrifft dies den Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen, kurz Schengener Grenzkodex genannt. Die neue Verordnung ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die Gegenstand der Kodifizierung sind.

Da ich mich für eine Vereinfachung des EU-Rechts und einen Abbau der Bürokratisierung bei den EU-Institutionen einsetze, habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'istituzione di un codice comunitario relativo al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone (codice frontiere Schengen), si limita a una codificazione dei testi esistenti. Ciò non comporta alcuna modifica sostanziale e ho dunque deciso di votare a favore. Come tutti noi sappiamo, l'Unione europea sta attraversando un momento storico senza precedenti e la legislazione comunitaria, in materia d'immigrazione ha bisogno di maggiore chiarezza. Quest'ultima, unita alla certezza giuridica e all'applicazione immediata delle norme comunitarie, è strettamente connessa all'istituzione del codice di cui siamo chiamati a discutere.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de règlement du Parlement et du Conseil concernant un code de l'Union européenne relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (code frontières Schengen). La proposition en question se limite à une codification de textes existants, sans modification de leur substance. Or le système Schengen s'est avéré un échec. Il ne s'agit donc pas de le modifier ou de le codifier, il faut le supprimer et donner la possibilité aux États membres de retrouver le contrôle de leurs frontières.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il approuve la codification des règles de l'espace Schengen. Or je suis contre l'espace Schengen que cette codification tente de sauver. Il faut retrouver la maîtrise de nos frontières nationales pour stopper la vague migratoire.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande à ce que soit codifié le corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. La codification a une signification puisqu'historiquement, de l'empereur romain Justinien à l'empereur Napoléon, elle s'inscrivait dans une volonté d'assurer la postérité des règles et de consacrer de grands principes juridiques et sociétaux.

Je refuse donc que soit consacré comme principe l'édification de l'espace Schengen, qui plus est dans son volet de libre circulation des personnes sans aucune frontière ni aucun contrôle. Cette construction artificielle, instable et inepte qu'est l'espace Schengen étant à déconstruire selon moi, j'ai logiquement voté contre ce rapport.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Europäische Kommission hat dem Europäischen Parlament einen Kodifizierungsvorschlag für den Schengener Grenzkodex unterbreitet. In einer Kodifizierung dürfen keine materiell-inhaltlichen Änderungen vorgenommen werden. Der konkrete Vorgang stützt sich unter anderem auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Dezember 1994 über ein beschleunigtes Arbeitsverfahren für die amtliche Kodifizierung von Rechtstexten. Dabei geht es darum, im Sinne einer Vereinfachung bestehende EU-Rechtsakte zusammenzufassen. Im vorliegenden Fall betrifft dies den Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen, kurz Schengener Grenzkodex genannt. Die neue Verordnung ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die Gegenstand der Kodifizierung sind.

Da ich mich für eine Vereinfachung des EU-Rechts und einen Abbau der Bürokratisierung bei den EU-Institutionen einsetze, habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kodifikacija Regulacije (EZ) br. 562/2006 o Schengen zoni postavlja uvjete, kriterije i detaljna pravila o promjenama graničnih provjera uzimajući u obzir ljudska prava i dignitet. Granična kontrola će provjeravati pojedinačno osobe kao i do sada, ali će također uvesti dodatne provjere kako bi se osigurala unutarnje granice EU-a. Dodatno će se provjeravati osobe u tzv. SIS sustavu.

Budući da se jedino putem otiska prsta može zaista identificirati osoba, uvest će se konsolidacija sa tzv. VIS sustavom. Također, pri prelasku granica svaki put će biti obvezno pečatirati putovnicu. Prema prijedlogu rezolucije, mogućnost ponovnog uvođenja unutarnjih granica EU-a će biti isključivo iznimka i tretirat će se kao zadnja opcija. Također, potrebno je osigurati zajednički odgovor na prijetnje koje mogu prouzročiti zatvaranje granica. Najdulji vremenski period za zatvaranje granica je 10 dana, nakon tog vremenskog perioda, ukoliko je potrebno produljenje, nužno je dobiti odobrenje na razini EU-a.

Podržala sam prijedlog o promjenama pravila budući da je potrebno osigurati unutarnju sigurnost EU-a. Svrha promjene regulacije je bolje upravljanje prelaska granicama kako bi se pojačala sigurnost unutar EU-a gdje ne postoje državne granice. S obzirom na prethodna zbivanja i terorističke napade, javlja se potreba za dodatnom sigurnošću i iz toga razloga podržavam prijedlog.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Apmēram 10 gadus atpakaļ – 2006. gada martā — tika pieņemta Eiropas Parlamenta un Padomes Regula (EK) Nr. 562/2006, kuras mērķis bija ieviest Kopienas Kodeksu par noteikumiem, kas reglamentētu personu pārvietošanos pār robežām. Savukārt gadu atpakaļ februārī un aprīlī Eiropas Parlamenta, Padomes un Komisijas juridisko darbinieku darba grupa nonāca pie secinājuma, ka Komisijas sākotnējais priekšlikums, ar kuru tiku uzstādīts Šengenas Robežu kodekss, ir pilnībā pieņemams, jo nekādā ziņā neienes nekādus grozījumus esošajos tekstos, bet tikai juridiski tos apvieno un tādējādi kodificē.

Citiem vārdiem, šodien notika balsojums, kura mērķis bija savā ziņā paaugstināt pastāvošo normatīvo aktu juridiskā spēka līmeni caur tālāko integrējošo kodificēšanu ar jaunās regulas palīdzību. Cerams, ka tas ļaus palielināt Šengenas zonas darbības efektivitāti, kas pēdējā gada laikā esot kļuvusi par daudz principiālāku izaicinājumu, nekā jebkad iepriekš.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψήφισα την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη θέσπιση του κώδικα της Ένωσης όσον αφορά το καθεστώς διέλευσης προσώπων από τα σύνορα (κώδικας συνόρων Σένγκεν), διότι με έμμεσο τρόπο υφαρπάζει αρμοδιότητα των κρατών-μελών στον τομέα των κανόνων που αφορούν στην διέλευση προσώπων από τα σύνορα. Οι αρμοδιότητες αυτές ανήκουν στα κράτη-μέλη και ο Schengen Borders Code παραβιάζει εν προκειμένω την αρχή της επικουρικότητας και της αναλογικότητας.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Le but de ce rapport est de mettre en place un code relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes. En d'autres termes il s'agit de codifier des règles autour de Schengen pour le renforcer. Nous nous opposons à l'existence même de cet espace Schengen, il n'est donc pas question pour nous de soutenir un texte qui le renforce.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this Report. However, I do not believe the main problem with Schengen is the rules but the failure of political will in a number of Member States.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce un codice unionale relativo al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone. Il controllo alle frontiere esterne rappresenta una delle principali misure di tutela, effettuato nell'interesse di tutti gli Stati membri con l'obiettivo di prevenire qualunque minaccia per la sicurezza interna e l'ordine pubblico degli Stati membri, indipendentemente dall'origine della minaccia. È quindi di grande importanza l'esistenza di una normativa europea che sia semplice e chiara così da permettere a tutti i cittadini europei di accedere ad essa e far valere i diritti che detta normativa sancisce.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com o Grupo Consultivo dos Serviços Jurídicos do Parlamento Europeu, do Conselho e da Comissão, esta proposta cinge-se à codificação pura e simples dos textos existentes, sem alterações substantivas. Votei a favor.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Eine weitere Einzementierung der aktuellen Rechtslage, welche für die derzeitige Krisensituation nicht die richtigen Antworten bietet, ist sicherlich der falsche Weg. Die Nationalstaaten müssen frei darüber entscheiden können, ob und wie sie ihre Grenzen schützen. Daher stimme ich gegen eine Kodifizierung der Schengen-Gesetze und somit gegen diesen Bericht.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport est purement technique et vise à agréger les changements effectués sur le règlement codifiant Schengen dans l'UE. Il ouvre la porte cependant à des abus comme la dernière loi danoise de confiscation des biens des migrants. Ainsi ce règlement explique pour beaucoup les désastres de la gestion de la crise migratoire actuelle. Je vote contre sa codification.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport entend codifier le corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. La codification est une opération qui vise à affirmer de grands principes juridiques, à faire valoir dans la durée. Il s'agit ici d'apporter mon soutien à un édifice que je souhaite déconstruire en raison de ses infirmités essentielles. L'espace Schengen a contribué gravement à empirer la crise migratoire que nous connaissons actuellement. En conséquence j'ai voté contre ce texte

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This report involves the codification of texts regarding the movement of persons across European borders, as provided by the Schengen Borders Code. I voted in favour of this report as codification of the rules regulating movement of persons will help make for a safer Europe.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Vu que la proposition de règlement du PE et du Conseil concernant un code de l'Union relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes se limite à une codification pure et simple des textes existants, sans en modifier la substance, et tenant compte de l'accord interinstitutionnel du 20 décembre 1994 sur la méthode de travail accélérée pour la codification officielle des textes législatifs, j'ai marqué mon accord pour que cette position soit arrêtée en première lecture.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Európska únia dnes čelí historickým udalostiam, keď na jej územie prichádza viac utečencov ako kedykoľvek v jej dejinách. Ťažká situácia na Blízkom východe a v Afrike núti mnohých ľudí utekať zo svojich domovov a hľadať bezpečie v iných krajinách. Mnohí z nich hľadajú útočisko práve v štátoch Európskej únie. Schengenský priestor, ktorý je veľkým prínosom pre uľahčenie života bežných ľudí aj podnikateľov v Európe, musí byť dostatočne chránený presnými pravidlami a ich dodržiavaním, a to s ohľadom na bezpečnosť obyvateľov aj utečencov, ktorí prekračujú jeho hranice. Z uvedených dôvodov vítam všetky zmeny, ktoré návrh legislatívneho uznesenia prináša a ktoré pozitívnym spôsobom regulujú právnu úpravu v tejto oblasti.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the Rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code) as the proposal fully preserves the content of the act being codified.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság által benyújtott rendelettervezet az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság jogi szolgálataiból álló tanácsadó munkacsoport véleménye szerint meglévő szövegek érdemi módosítás nélküli egyszerű egységes szerkezetbe foglalását tartalmazza. A Jogi Bizottság jelentésében ezért azt javasolta a Parlamentnek, hogy a tervezetet a tanácsadó munkacsoport által javasolt módosításokkal fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Grupo Consultivo dos Serviços Jurídicos do Parlamento Europeu, do Conselho e da Comissão concluiu, no seu parecer, que a proposta em apreço se cinge à codificação pura e simples dos textos existentes, sem alterações substantivas.

Voto favoravelmente o presente relatório, que salienta o facto de o estabelecimento de normas aplicáveis à passagem de pessoas nas fronteiras não poder ser suficientemente realizado pelos Estados-Membros, podendo ser mais bem alcançado ao nível da União.

Neste sentido, a União deve tomar as medidas necessárias, em conformidade com o princípio da subsidiariedade consagrado no artigo 5.º do Tratado da União Europeia. Em conformidade com o princípio da proporcionalidade consagrado no mesmo artigo, o referido regulamento e as suas alterações sucessivas não excedem o necessário para alcançar aquele objetivo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à la codification du corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. Historiquement, de l'empereur Justinien à l'empereur Napoléon, toute entreprise de codification s'est inscrite dans une volonté d'assurer la postérité de règles, de consacrer des grands principes. Il n'est donc pas question d'apporter notre pierre à un édifice que nous souhaitons déconstruire. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes. Purement technique, ce texte de codification vise à consolider le règlement du code frontières Schengen auquel ont été apportées six modifications législatives depuis son adoption en 2006.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le règlement initial du code frontières a été amendé par six outils législatifs différents depuis son adoption en 2006. J'ai donc voté en faveur du rapport sur le Code de l'Union relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes pour permettre une consolidation du texte, qui néanmoins n'altère pas son fond.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce un codice unionale relativo al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone (codice frontiere Schengen) si limita ad una codificazione dei testi esistenti e non comporta alcuna modifica sostanziale e ho dunque deciso di votare a favore. Il controllo di frontiera contribuirà alla lotta contro l'immigrazione clandestina, la tratta degli esseri umani e al terrorismo, temi prioritari che l'Unione europea è chiamata ad affrontare.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report on the rules governing the movement of persons across borders that alters existing texts on the Schengen Borders Code, without any change in their substance.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport întrucât problema trecerii frontierelor o cunoaștem cu toții, ea fiind legiferată prin Codul Frontierelor Schengen. Raportul de astăzi nu modifică în fond acest Cod al Frontierelor Schengen, ci se referă doar la o codificare a textelor existente, încredințând Președintelui sarcina de a transmite Consiliului, Comisiei și parlamentelor naționale poziția noastră, a forului european de legiferare. În acest sens, consider că aceste schimbări sunt benefice pentru toate statele membre, în acest moment în care regulile de trecere a frontierelor în spațiul Schengen trebuie să fie extrem de clare.

Péter Niedermüller (S&D), *írásban*. – A schengeni rendszer az Európai Unió egyik legfontosabb, nagy gyakorlati hasznót hozó, és egyben jelképes értékű vívmánya. Annak érdekében, hogy a rendszer a nagy számú menedékkérő és a terrorveszély körülményei között is fenntartható legyen szükséges a rendszer szabályainak pontosítása. A Parlament álláspontja azért száll síkra, hogy a rendszer fejlesztése ne érintse Schengen legfontosabb előnyeit, ezért támogatom.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich hätte mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Schengener Grenzkodex, der die Regeln für das Schengen-Gebiet enthält, die EU-Kommission und die betroffenen Mitgliedsstaaten verpflichtet, das Europäische Parlament sowie den Rat der EU zu informieren, falls Gründe für eine befristete Wiedereinführung von Grenzkontrollen bestehen. Gerade in diesen Zeiten sind Grenzkontrollen besonders wichtig. Kurzfristige Regelungen und Grenzkontrollen sind für mich nicht akzeptabel.

Urmaz Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tegemist on kehtivate õigusaktide kodifitseerimisega ilma sisuliste muudatusteta.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il regolamento del codice frontiere Schengen si applica a chiunque attraversi le frontiere esterne di tutti i paesi dell'Unione europea, esclusi Regno Unito e Irlanda, e le frontiere interne dell'area Schengen. Tale regolamento, come è ben noto ha rilevato un ottimo risultato attuando differenti decisioni per le due frontiere. Accolgo quindi con favore una mera codificazione dei testi esistenti, senza modificazioni sostanziali. Voto positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Free movement within the Schengen area is one of the most important freedoms of the European Union. National borders undermine one of the main achievements of the EU – the internal market. Initial estimates indicate that the economic loss from reinstating some national borders is equivalent to the imposition of a 3% tax in the EU. The only solution is strengthening the security of external borders and the Commission proposal to establish a European Border and Coast Guard. Actions need to be undertaken within the shortest delay possible and I welcome the report on the proposal for a regulation on the rules governing the Schengen Borders Code.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – Different events have proved that the cross-border movement of persons could not be sufficiently achieved by the Member States but could rather be better achieved at Union level. Given the current state of play in which the Schengen area is confronted with extreme realities, a solution from the Union is what is needed.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovo izvješće kojim se uređuju pravila kretanja osoba preko granica, jer smatram kako će uređenje Zakonika o schengenskim granicama pomoći boljoj kontroli kretanja. Vjerujem kako je važno jasno odrediti parametre u kojima se mogu ponovno uvesti interni granični punktovi te kako svakoj graničnoj kontroli treba pristupiti s potpunom profesionalnošću, pritom posebno poštujući ljudsko dostojanstvo.

Važno je imati jasno uređena pravila kako bi se pri svakoj situaciji, bila ona teroristički incident, prijetnja, sumnja u organizirani kriminal ili nešto treće, imao brz i jasan odgovor na terenu. Takva reakcija je moguća jedino uz pristup koji pruža ovaj prijedlog pravila, iz kojeg se bez gubljenja vremena na tumačenje propisa odmah može vidjeti koja je reakcija prikladna u skladu s regulativama Europske unije.

Uzevši u obzir kako ovaj prijedlog pozitivno utječe na vrlo važna pitanja sigurnosti građana Europske unije, a i onih izvan nje, te jasnije određuje neke dijelove s njim povezane Regulative uz pomoć kojih će efikasnost u izvanrednim situacijama biti na višoj razini, u potpunosti ga podržavam.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à la codification du corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. Historiquement, de l'empereur Justinien à l'empereur Napoléon, toute entreprise de codification s'inscrit dans une volonté d'assurer la postérité de règles, de consacrer des grands principes. Il n'est donc pas question d'apporter ma pierre à un édifice dont je souhaite au contraire qu'il soit démantelé et renvoyé aux oubliettes de l'histoire. Je vote donc évidemment contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam izvješće o kodifikaciji, tj. prijedlog uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o Zakoniku Unije o pravilima kojima se uređuje kretanje osoba preko granica (Zakonik o schengenskim granicama), budući da je u prijedlogu u potpunosti očuvan sadržaj akta koji se kodificira, a posebice s obzirom na sporazum o ubrzanju metodi rada za službeno kodificiranje zakonodavnih tekstova.

U situacijama kada države članice ne mogu dostatno ostvariti i provoditi pravila koja se primjenjuju na kretanje osoba preko granice, pravo je i ovlast Unije da može donositi mjere u skladu s načelom supsidijarnosti utvrđenim u članku 5. Ugovora o Europskoj uniji, a da pritom, u skladu s načelom proporcionalnosti, ne prelazi ono što je potrebno za ostvarenje cilja. Ono što je bitno jest da se ovaj prijedlog ograničava na kodifikaciju postojećih tekstova i ne ulazi u suštinske promjene.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O novo regulamento substituirá os diversos atos nela integrados cingindo-se a uma codificação simples dos textos existentes, sem alterações substantivas.

As alterações centram-se essencialmente na clarificação da definição, nas condições de entrada para nacionais de países terceiros e na duração da validade de alguns documentos de viagem. São também introduzidas alterações no alargamento da isenção de carimbar os documentos de viagem dos tripulantes de comboios e autocarros de ligações internacionais, tal como já acontece com os tripulantes de avião. Incluem-se medidas de formação dos guardas de fronteiras de forma a detetarem situações de menores não-acompanhados e vítimas de tráfico.

Independentemente da avaliação feita quanto a estas alterações menores, não alteramos a reflexão anteriormente feita em relação a Schengen. Não acompanhamos a cada vez maior harmonização das políticas de imigração e fronteiras, que obriga os Estados-Membros a informar sobre os acordos bilaterais que estabeleçam no âmbito do Código das Fronteiras de Schengen. Nem a obrigação dos Estados-Membros serem obrigados a informar quando cidadãos «legais» de países terceiros entram noutro Estado-Membro.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam izvješće kolegice Heidi Hautala o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o Zakoniku Unije o pravilima kojima se uređuje kretanje osoba preko granica. Zajedničke mjere o prelasku osoba preko unutarnjih granica i pogranična kontrola na vanjskim granicama trebala bi odražavati pravnu stečevinu Europske unije inkorporiranu u okvir Europske unije, posebice relevantne provizije Konvencije o provedbi Schengenskog sporazuma iz 1985. godine.

Pogranična kontrola je u interesu ne samo država članica na čijim vanjskim granicama se provodi, već svih država članica koje su ukinule unutarnju pograničnu kontrolu. Granice bi trebale pomoći u suzbijanju ilegalne imigracije i krijumčarenja ljudima te u prevenciji bilo kakve prijetnje unutarnjoj sigurnosti, javnoj politici, javnom zdravlju i međunarodnim odnosima država članica. Isto tako, nužno je osigurati pravila o računanju autoriziranog trajanja kratkoročnih boravaka u EU-u.

Jasna, jednostavna i usklađena pravila za sve legalne radnje povezane s tim pitanjem doprinijela bi putnicima, a i pograničnim vlastima i vlastima za vize. Naposljetku, države članice bi trebale osigurati da postupci kontrole na vanjskim granicama ne stvore značajne prepreke za trgovinu i društvenu i kulturološku razmjenu. Stoga bi države članice trebale postaviti odgovarajući broj osoblja i resursa. Iz navedenih razloga, slažem se s izvješćem.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně.* – Přijímaný dokument byl pouze technické povahy, nicméně rád bych tento prostor využil k vysvětlení svého postoje a podpory udržení schengenského prostoru tak, jak to známe nebo jsme aspoň donedávna znali. Schengenský prostor představuje jeden z největších úspěchů evropské integrace, symbol spojené Evropy, výsady, kterou vnímáme jako samozřejmost. Ta je ovšem nyní ohrožena, pokud evropské státy nenajdou společné řešení a bude pokračovat uzavírání vnitřních hranic Unie, jak už se v případě několika států stalo. Čelíme naléhavým otázkám, které musíme společně řešit. Jak nastavit systém přijímání uprchlíků z válek zmítaných zemí? Jak pomoci státům, které jsou uprchlickou krizí nejvíce postiženy? Jak efektivněji ochraňovat vnější hranice schengenského prostoru, abychom nemuseli uzavírat hranice vnitřní? Zvládání migrační krize a Schengen jsou spojené nádoby. Mají hluboký společenský, ale i finanční dopad. Chceme-li financovat naši azylovou politiku, která je velmi drahá, nemůžeme si dovolit ztratit miliardy EUR, o které přijdeme omezením provozu na vnitřních hranicích. Očekávám od evropských lídrů, že svá rozhodování budou činit po důkladném zvážení všech aspektů a že komplexnímu fungování Schengenu a jeho dopadu bude věnováno více pozornosti než tomu bylo dosud.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – A seguito di diverse riunioni, svoltesi nel 2015, tra i servizi giuridici del Parlamento europeo e quelli del Consiglio e della Commissione europea si è arrivati alla conclusione di una codificazione del regolamento (CE) n. 562/2006 del Parlamento europeo e del Consiglio del 15 marzo 2006. Tale codificazione istituisce un codice comunitario relativo al regime di attraversamento delle frontiere da parte delle persone (codice frontiere Schengen) senza modificazioni sostanziali. Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che la codificazione delle diverse disposizioni sia indispensabile al fine di rendere la normativa vigente in materia di attraversamento delle frontiere più comprensibile e trasparente.

Stanislav Polčák (PPE), *pisemně.* – Návrh na kodifikované znění kodexu Evropské unie o pravidlech, která upravují přeshraniční pohyb osob, podporuji. Poradní skupina složená z právních služeb Evropského parlamentu, Rady a Komise nenavrhlá zásadní přeměnu kodexu a jak bylo zmíněno v příslušném stanovisku, poradní skupina dospěla k jednomyslnému závěru, že tento zmíněný návrh je pouhou kodifikací stávajících znění bez jakékoli změny jejich věcného obsahu.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Po analizie wniosku Komisji dotyczącego rozporządzenia nr 562/2006 należy zauważyć, że mamy tu do czynienia z ważną zmianą zmierzającą do oddania UE kolejnego uprawnienia należącego dotąd do poszczególnych krajów wspólnoty, tj. ochrony własnych granic. Można to pośrednio wywnioskować ze zmiany treści motywu 19, który otrzyma następujące brzmienie: „W związku z tym, że cel rozporządzenia (WE) nr 562/2006 oraz kolejnych aktów je zmieniających, a mianowicie ustanowienie zasad stosowanych do przepływu osób przez granice, nie mógł zostać osiągnięty w sposób wystarczający przez państwa członkowskie, natomiast możliwe było jego lepsze osiągnięcie na poziomie Unii, Unia mogła przyjąć środki zgodnie z zasadą pomocniczości określonej w art. 5 Traktatu o Unii Europejskiej. Zgodnie z zasadą proporcjonalności, określonej w tym samym artykule, to rozporządzenie oraz kolejne akty je zmieniające nie wykraczały poza to, co było konieczne do osiągnięcia tego celu”.

Nowy zapis motywu 19 rozporządzenia wydaje się być kolejnym krokiem w realizacji idei powołania wspólnej straży granicznej do ochrony unijnych granic, która ma zastępować m.in. falę nielegalnej imigracji do krajów Wspólnoty. Nowa formacja ma w dalszej perspektywie zastąpić obecną agencję Frontex mającą siedzibę w Warszawie. Za powołaniem wspólnej unijnej straży granicznej od lat opowiada się Francja, a także Niemcy. Nie zgadzam się na wprowadzoną zmianę dającą w dalszej perspektywie podstawy do oddania UE kontroli nad ochroną swoich granic, co w praktyce oznacza oddanie UE znacznego zakresu suwerenności państw członkowskich.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Schengenský prostor stále žije. Dokazuje to i fakt, že dnes zde rozhodujeme právě o této zprávě. Je samozřejmě více méně technická, ale i tak je signálem, že většina z nás si přeje udržení schengenského systému, protože je ekonomicky i politicky výhodný pro naše občany.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il simplifie la lecture de ce document juridique. Je tiens d'ailleurs à souligner que la codification est une technique connue et reconnue chez nous, et que ce type d'initiative permet aux citoyens de pouvoir se retrouver plus facilement dans les textes en application, dont la lecture est parfois compliquée.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O presente regulamento estabelece as normas aplicáveis ao controlo de pessoas na passagem das fronteiras externas dos Estados-Membros da União.

Este relatório, que votei favoravelmente, foi efetuado de modo a assegurar o pleno respeito pela dignidade humana e a garantir que o controlo fronteiriço não seja exclusivamente feito no interesse do Estado-Membro em cujas fronteiras externas se exerce, mas no interesse de todos os Estados-Membros que suprimiram o controlo nas suas fronteiras internas. Estas medidas deverão continuar a contribuir para a luta contra a imigração clandestina e o tráfico de seres humanos, bem como para a prevenção de qualquer ameaça para a segurança interna, a ordem e saúde públicas, e as relações internacionais dos Estados-Membros.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que se limita a una codificación pura y simple de los actos existentes, sin ninguna modificación sustancial del Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se establece un Código de normas de la Unión para el cruce de personas por las fronteras.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté aujourd'hui en faveur de ce rapport. En effet, vu l'accord interinstitutionnel du 20 décembre 1994 sur la méthode de travail accélérée pour la codification officielle des textes législatifs et considérant que, de l'avis du groupe consultatif des services juridiques du Parlement européen, du Conseil et de la Commission, la proposition en question se limite à une codification pure et simple des textes existants, sans modification de leur substance, l'hémicycle a fait sienne la proposition de la Commission telle qu'adaptée aux recommandations du groupe consultatif des services juridiques du Parlement européen, du Conseil et de la Commission.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią nuomonę. Nors dokumentas yra daugiau techninio pobūdžio, nes pakeitimais pirminio teksto esmė nėra keičiama, vis dėlto čia pakartojama svarbi nuostata. Ji teigia, kad valstybės narės negali deramai nustatyti asmenų judėjimo per sienas taisyklių, todėl to tikslo būtų geriau siekti Sąjungos lygmeniu. Pritariu, kad taisyklės turėtų būti visiems vienodos, tačiau svarbu ir tai, kad šalys narės turėtų pakankamai lankstumo jas įgyvendinti; esant reikalui priimti papildomas taisykles.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito a uma proposta de regulamento do Parlamento e do Conselho relativamente à compilação de um conjunto da legislação dispersa relativa ao regime de passagem das pessoas nas fronteiras, com vista a estabelecer um código comunitário (Código das Fronteiras Schengen).

Tendo em conta o crescente cenário de ameaça terrorista que assola a Europa e as medidas internacionais tomadas contra esta escalada de violência, esta proposta de codificação do regulamento vem consagrar, mediante uma análise prévia dos riscos para a segurança interna e das ameaças que possam afetar a segurança das fronteiras externas, a codificação das normas já existentes relativas à passagem de pessoas nos controlos fronteiriços.

Num espaço sem controlos nas fronteiras internas como é a UE, é necessário ter uma resposta comum às situações que possam afetar gravemente a ordem pública ou a segurança interna, permitindo por isso a introdução temporária do controlo interno das fronteiras em circunstâncias excecionais, sem pôr em causa o princípio da livre circulação de pessoas.

Tendo em conta o carácter excecional inerente a esta medida (de teor marcadamente técnico) votei favoravelmente o presente relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui soutient la proposition de la Commission de codifier le règlement établissant un code communautaire relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes.

C'est donc dans un souci de transparence et de clarté du droit que ce nouveau règlement se substituerait aux divers actes qui sont incorporés dans le code frontières de Schengen. Le contenu du code est préservé; il s'agit d'une simple opération de codification. Ainsi, les conditions d'application liées à l'absence de contrôle aux frontières intérieures de l'UE, les types de contrôles, les circonstances particulières, les modalités de réintroduction exceptionnelle des contrôles ainsi que les réponses aux menaces graves font l'objet d'une nouvelle codification.

Cette opération de codification permet une clarification juridique nécessaire à la mise en œuvre du code frontières de Schengen.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este cambio en el Código de fronteras, en tanto en cuanto no supone un cambio en el contenido político del Código existente y es una mera simplificación y reducción de duplicidades en codificaciones superpuestas.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Som aftalt i den den interinstitutionelle aftale af 20. december 1994 er det vigtigt, at vi gør EU's lovgivning lettest forståelig for de europæiske borgere. Derfor støtter jeg denne kodifikation.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe está relacionado con el Reglamento (CE) n.º 562/2006 del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se establece un Código comunitario de normas para el cruce de personas por las fronteras.

El informe es la codificación de las diferentes versiones y enmiendas introducidas a este Reglamento desde el 15 de marzo de 2006. Puesto que es un informe de codificación que preserva íntegramente el contenido de los actos que están siendo codificados —dada la naturaleza técnica de la codificación—, he votado a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report, because it creates legislation. UKIP is against the EU having any power to legislate so as to make the laws of the United Kingdom.

UKIP opposes the operation of the Schengen Agreement which is causing so much long-term harm to the peoples of the Member States. This is permitting and causing the current crisis in respect of largely economic migrants from Africa and the Middle East and thereby exacerbating the problems of migration from the EU into the United Kingdom.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – There are actually no new provisions in this codification file; just a simple update to the Union code. This is just an example of the European Parliament effectively making EU legislation simpler and allowing for the language to be standardised.

Branislav Škripek (ECR), písomne – V súčasnej kríze je nutné uskutočňovať konkrétne kroky. Veľké záchranné plány ani kvóty nefungujú v praxi. Preto podporujem konkrétne definovanie praktického spôsobu kontrol na vonkajších hraniciach. Pravidlá tohto systému by však mali byť definované jasnejšie a zrozumiteľnejšie, akceptujúce suverenitu členských štátov. Z tohto dôvodu som sa pri hlasovaní o návrhu nariadenia Európskeho parlamentu a Rady, ktorým sa ustanovuje kodifikované znenie Kódexu schengenských hraníc, zdržal.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitívno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – Schengenské hranice sú posledné mesiace pod obrovským tlakom. Na jednej strane sú to vonkajšie hranice, ktoré si vyžadujú silnejšiu ochranu. Ale popritom je treba zabezpečiť, aby v krízových situáciách bolo možné vykonávať efektívnu ochranu vnútorných hraníc členských štátov. Za týmto účelom prišla Komisia s návrhom na kodifikáciu smernice o Schengenskom kódexe. Snahu Komisie vyjasniť a racionalizovať pravidlá upravujúce podmienky zavádzania kontrol na hraniciach vítam a podporujem, aj keď je treba podotknúť, že ide najmä o zosúladenie už existujúcich predpisov.

Som presvedčená, že kontroly na vonkajších hraniciach členských štátov by mali byť zavádzané len v krajných prípadoch, aby sme dlhodobo nebránili voľnému pohybu v schengenskom priestore. Ale orgány jednotlivých krajín musia mať možnosť zabezpečiť svoju vnútornú bezpečnosť. Okrem kontroly na hraničných prechodoch je súčasťou Schengenského kódexu aj analýza rizík, hliadkovanie na hraniciach a využívanie informačného systému Schengenu. Občania tretích krajín sa musia vnútri EÚ pohybovať tak, aby bolo z informačného systému víz a z ich cestovných dokumentov jasné, kedy do EÚ vstúpili a ktoré hranice prekročili. Ak je na niektorých miestach potrebné zaviesť hraničné kontroly aj pre občanov EÚ, mali by byť vykonávané v súlade s ľudskou dôstojnosťou a tak, aby bol čo najviac znížený čas čakania na prekročenie hranice.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Kódex v plnej miere rešpektuje právo voľne sa pohybovať a zdržiavať sa na území členských štátov EÚ. Otázka problematiky azylu, pohybu cudzincov, kontroly hraníc, ochrany práv štátnych príslušníkov tretích krajín, ako i práv občanov Únie a ich rodinných príslušníkov patrí medzi primárne úlohy demokratickej spoločnosti založenej na princípoch slobody, bezpečnosti a spravodlivosti.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Uzimajući u obzir Međuinstitucionalni sporazum od 20. prosinca 1994. o ubrzanju metodi rada za službeno kodificiranje zakonodavnih tekstova, a posebno njegovu točku 4., savjetodavna skupina koju čine pravne službe Europskog parlamenta, Vijeća i Komisije sastala se 9. i 26. veljače te 15. travnja 2015. kako bi, između ostalog, razmotrila navedeni prijedlog koji je podnijela Komisija.

Budući da se, prema mišljenju savjetodavne skupine pravnih službi Europskog parlamenta, Vijeća i Komisije, dotični prijedlog ograničava samo na kodifikaciju postojećih tekstova bez suštinskih promjena podržao sam prijedlog.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I supported this report, which is a purely technical file. It merely updates the Union code on this issue.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o Zakoniku Unije o pravilih, ki urejajo gibanje oseb prek meja (Zakonik o schengenskih mejah). Podpiram, da se sprejme predlog Komisije, ki je bil prilagojen v skladu s priporočili posvetovalne skupine pravnih služb Evropskega parlamenta, Sveta in Komisije. Ne gre namreč za vsebinske popravke, ampak le za kodifikacijo obstoječega besedila.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dnešní legislativní usnesení Evropského parlamentu k návrhu nařízení Evropského parlamentu a Rady, kterým se stanoví kodex Unie o pravidlech upravujících přeshraniční pohyb osob (Schengenský hraniční kodex). Nejedná se o nová pravidla, pouze o kodifikaci stávajícího znění Schengenského hraničního kodexu, který byl vytvořen již v roce 2006 a za tu dobu byl několikrát novelizován. V poslední době došlo zejména k úpravě mechanismu hodnocení jednotlivých členských států při provádění ochrany vnější hranice nebo k úpravě pravidel pro zavádění dočasných kontrol na vnitřních hranicích.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφώς*. – Με δεδομένη την αδρόα προσέλευση λαθρομεταναστών κρίνεται απαραίτητη όχι η κωδικοποίηση της κείμενης νομοθεσίας, αλλά η τροποποίηση των νομοθετικών κειμένων που αφορούν τη διασυνοριακή μετακίνηση προσώπων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a határozat elfogadását, figyelemmel arra, hogy a Bizottság javaslata, amely az intézményközi bizottsági egyeztetések során támogatást kapott, a schengeni rendszer működőképességének fenntartását és a gyakorlati követelményekhez való igazítását szolgálja. Bár a javasolt módosítások alapvetően jogi-technikai jellegűek, az a felismerés képezi alapjukat, hogy a személyek országhatárokon keresztül mozgását szabályozó schengeni előírások végrehajtása során bebizonyosodott, hogy a külön tagállami szintű végrehajtással szemben a közösségi, uniós szabályozás és végrehajtás szerepét kell erősíteni.

A közösségi módszer erősítését célzó hasonló korrekciós törekvéseket az átjárható európai határoknak nagy jelentőséget tulajdonító képviselőként a jövőben is támogatni fogom az EP eljárásai során.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Considérant que, de l'avis du groupe consultatif des services juridiques du Parlement européen, du Conseil et de la Commission, la proposition en question se limite à une codification pure et simple des textes existants, sans modification de leur substance, le Parlement ne pouvait que voter ce texte.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution on the rules governing the movement of persons across borders: the changes proposed by the Commission were studied by the European Parliament's Legal Service; they purely consist in a codification of existing texts and do not foresee any change of the content. A new recital is inserted, based on already existing provisions, recalling the importance of managing movement of persons at EU level, in accordance with the principles of necessity and proportionality.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, déterminée à maintenir les accords et les frontières de Schengen. Sans la libre circulation des citoyens, l'union ne serait plus qu'un grand marché. Je ne transigerai pas.

Le nationalisme et la rhétorique identitaire conduisent à l'impasse. Pour résoudre la crise migratoire, comme pour combattre les risques terroristes, les pays européens doivent s'unir et renforcer leur politique frontalière commune, pas la disloquer. Le retour aux frontières nationales ne ferait qu'aggraver l'isolement et condamnerait chacun à l'impuissance.

Ceux qui avaient tenté de sortir la Grèce de la zone euro, proposent aujourd'hui de la sortir de l'espace Schengen. C'est inacceptable. La Grèce n'est pas responsable de sa situation géographique qui en fait un point d'arrivée privilégié pour les réfugiés du Moyen-Orient. Faut-il une politique de gestion des frontières? Oui. Mais celle-ci doit se faire aux frontières extérieures de l'Union et avec des gardes-frontières européens!

L'Union Européenne est aujourd'hui dans une phase cruciale: si Schengen tombe, elle tombera aussi. Ensemble nous serons plus forts, sans coopération, nous resterons impuissants.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Iako se prema mišljenju savjetodavne skupine pravnih službi Europskog parlamenta, Vijeća i Komisije prijedlog uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o Zakoniku Unije o pravilima kojima se uređuje kretanje osoba preko granica ograničava samo na kodifikaciju postojećih tekstova bez suštinskih promjena, vidljivo je da se izmjenom u uvodnoj izjavi radi o važnoj promjeni usmjerenoj na davanje ovlasti Europskoj uniji glede upravljanja na granicama.

S obzirom da podržavam poštivanje suvereniteta i integriteta svake države članice Europske unije, ne mogu podržati još jedan korak u ostvarenju ideje o osnivanju zajedničke granične policije Europske unije, odnosno korak prema federalnoj Uniji. Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o Zakoniku Unije o pravilih, ki urejajo gibanje oseb prek meja (Zakonik o schengenskih mejah) sem podprla, saj sem mnenja, da je potrebno pretehtati nujnost in sorazmernost ponovne uvedbe nadzora na notranjih mejah glede na grožnjo javnemu redu ali notranji varnosti, zaradi katere je nastala potreba za takšno uvedbo nadzora.

Pretehtati pa bi bilo treba tudi alternativne ukrepe, ki bi se lahko sprejeli na nacionalni ravni, na ravni Unije ali na obeh ravneh, ter učinek takšnega nadzora na prosto gibanje oseb na območju brez nadzora na notranjih mejah.

Ponovna uvedba nadzora na notranjih mejah bi se na območju, kjer se osebe lahko prosto gibljejo, še naprej morala uporabljati le izjemoma. V prvi vrsti si moramo prizadevati za varnost vseh državljanov Unije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este cambio en el Código de fronteras, en tanto en cuanto no supone un cambio en el contenido político del Código existente y es una mera simplificación y reducción de duplicidades en codificaciones superpuestas.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Die Europäische Kommission hat dem Europäischen Parlament einen Kodifizierungsvorschlag für den Schengener Grenzkodex unterbreitet. In einer Kodifizierung dürfen keine materiell-inhaltlichen Änderungen vorgenommen werden. Der konkrete Vorgang stützt sich unter anderem auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Dezember 1994 über ein beschleunigtes Arbeitsverfahren für die amtliche Kodifizierung von Rechtstexten. Dabei geht es darum, im Sinne einer Vereinfachung bestehende EU-Rechtsakte zusammenzufassen. Im vorliegenden Fall betrifft dies den Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen, kurz Schengener Grenzkodex genannt. Die neue Verordnung ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die Gegenstand der Kodifizierung sind.

Da ich mich für eine Vereinfachung des EU-Rechts und einen Abbau der Bürokratisierung bei den EU-Institutionen einsetze, habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this, as it is crucial that Europe and its institutions make sure the rules regarding Schengen are clear but most of all implemented.

In these difficult times with serious threats, it is crucial to secure our external borders if we want Schengen to live!

The free movement of persons is one of Europe's fundamental achievements; let us make sure it does not collapse!

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à la codification du corpus de règles rassemblées autour du statu quo Schengen. Historiquement, de l'empereur Justinien à l'empereur Napoléon, toute entreprise de codification s'est inscrite dans une volonté d'assurer la postérité de règles, de consacrer des grands principes. Il n'est donc pas question d'apporter notre pierre à un édifice que nous souhaitons déconstruire.

J'ai donc logiquement voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság jogi szolgálataiból álló tanácsadó munkacsoport véleménye szerint a szóban forgó javaslat a meglévő szövegek érdemi módosítás nélküli egyszerű egységes szerkezetbe foglalását tartalmazza, így egyetértettem az S&D-frakció álláspontjával és támogattam a jogi aktust.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este cambio en el Código de fronteras, en tanto en cuanto no supone un cambio en el contenido político del Código existente y es una mera simplificación y reducción de duplicidades en codificaciones superpuestas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is mainly a technical codification of existing rules that have been amended several times. Specifically, the purpose of this proposal is to undertake a codification of Regulation (EC) No 562/2006 of the European Parliament and of the Council of 15 March 2006 establishing a Community Code on the rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code). The new Regulation will replace the various acts incorporated in it; this proposal fully preserves the content of the acts being codified and does nothing more than bring them together with the only exception of formal amendments that are required by the codification exercise itself. The reason for such codifications is that the Commission attaches great importance to simplifying and clarifying the law of the Union so as to make it clearer and more accessible to citizens.

This aim cannot be achieved so long as numerous provisions that have been amended several times, often quite substantially, remain scattered, so that they must be sought partly in the original instrument and partly in later amending ones.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una propuesta que, según el grupo consultivo de los Servicios Jurídicos del Parlamento Europeo, del Consejo y de la Comisión, se limita a una codificación pura y simple de los actos existentes, sin ninguna modificación sustancial de estos, por lo que la Eurocámara procede a su aprobación en primera lectura. Habida cuenta de la naturaleza de dicha norma, creo conveniente votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag. In Europa zijn we er niet in geslaagd een collectief antwoord te bieden op de vluchtelingen crisis. Keer op keer voeren we discussie over mogelijke oplossingen, maar bijna nooit komt het tot een gemeenschappelijk optreden van de Europese Unie. Zelfs in de gevallen waarin we wel tot een gemeenschappelijk optreden komen, slagen we er niet in om dit tot een succesvol einde te brengen.

Nochtans spreekt het voor zich dat het probleem van de vluchtelingen crisis niet door één lidstaat alleen kan worden opgelost. Dit is een Europese crisis en dus moet er een Europees antwoord komen. Het sluiten van de binnengrenzen van de Schengenzone kan geen oplossing zijn, het bewaken van onze gemeenschappelijke buitengrenzen daarentegen wel. Ik pleit daarom enerzijds voor een gemeenschappelijke Europese grens- en kustwacht die onze buitengrenzen bewaakt en anderzijds voor een Europese reeks migratieregels die voor de gehele Unie gelden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 562/2006 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 15 de março de 2006, estabelece o código comunitário relativo ao regime de passagem de pessoas nas fronteiras (Código das Fronteiras Schengen), que já foi alterado várias vezes. O novo regulamento hoje votado substituirá os diversos atos nela integrados, cingindo-se a uma codificação pura e simples dos textos existentes, sem alterações substantivas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Eine weitere Einzementierung der aktuellen Rechtslage, welche für die derzeitige Krisensituation nicht die richtigen Antworten bietet, ist sicherlich der falsche Weg. Die Nationalstaaten müssen frei darüber entscheiden können, ob und wie sie ihre Grenzen schützen. Daher stimme ich gegen eine Kodifizierung der Schengen-Gesetze und somit gegen diesen Bericht.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) habe ich abgelehnt.

Es wird behauptet, dass sich der genannte Vorschlag auf eine reine Kodifizierung der bestehenden Rechtstexte ohne inhaltliche Änderungen beschränkt, so dass es zum vereinfachten Gesetzgebungsverfahren kommen kann.

Tatsächlich wird jedoch in Erwägungsgrund 19 nun geregelt, dass die „operative Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Mitgliedstaaten bei den Grenzkontrollen ... durch die mit der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates errichtete Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten (nachstehend ‚Frontex‘) verwaltet und koordiniert werden“ soll. Das geht über die bestehenden Befugnisse von Frontex hinaus, das den Mitgliedstaaten Hilfe geleistet hat. Es handelt sich bei dem neuen Text um eine Souveränitätsabgabe, wenn auch eine kleine. Es handelt sich also nicht um eine bloße Kodifikation bestehender Regelungen.

Ich bin der Meinung, dass das Parlament keinesfalls auf seine ohnehin geringen Kompetenzen zugunsten der Kommission verzichten sollte. Daher habe ich bereits aus formellen Gründen abgelehnt.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα το ψήφισμα για τη θέσπιση του κώδικα της Ένωσης σχετικά με το καθεστώς διέλευσης προσώπων από τα σύνορα (κώδικας συνόρων του Σένγκεν), καθώς η αρμόδια συμβουλευτική ομάδα των νομικών υπηρεσιών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής απεφάνθη, ότι εν λόγω πρόταση περιορίζεται απλώς και μόνο σε κωδικοποίηση των υπαρχόντων κειμένων.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Estamos ante una situación crítica y desconocida para la UE. Cada vez son más los refugiados que cruzan nuestras fronteras, tratando de escapar de la guerra y de encontrar un futuro mejor. Sin duda, apoyo firmemente que hay que ayudar a quien viene en busca de refugio; no hacerlo iría en contra de nuestros valores.

Lo que sí creo es que habría que llevar a cabo un control de dichas fronteras, para asegurarnos de que entre quien tenga visado y evitar a aquellas personas que no tienen razones para entrar en la UE.

Sin lugar a dudas, creo que hay que ser conscientes de que aquellos refugiados que se instalen en la UE tienen que gozar de nuestros derechos, pero también han de respetar nuestros deberes y valores; de lo contrario habría que tomar medidas.

A pesar de todo, considero que la solución al problema de los refugiados no reside tanto en la mejora de la gestión de las fronteras de la UE como en poner fin a la guerra de Siria.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, protože považuji za důležité, aby právo Evropské unie bylo přehledné a srozumitelné. Jednotlivá ustanovení týkající se schengenského prostoru se v průběhu času značně měnila a byly vytvářeny nové dokumenty. Proto velmi vítám kodifikaci, kterou vznikne ucelený dokument celistvé povahy. V právě probíhající uprchlické krizi je nanejvýš důležité, aby členské státy jasně věděly, jaké pravomoci a nástroje jim dokumenty týkající se schengenského prostoru nabízí a které mohou využít.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Popieram projekt rozporządzenia w sprawie przepływu osób przez granice w Unii Europejskiej. Trzeba jednak podkreślić, że dokument ten nie wnosi żadnych nowych rozwiązań merytorycznych, a jedynie ujednolica – zmieniane często w ostatnich latach – przepisy dotyczące tzw. strefy Schengen.

Funkcjonowanie strefy Schengen jest jednym z filarów Unii Europejskiej. Zasady te umożliwiają swobodne przemieszczanie się w Europie obywateli UE. Kontrola graniczna dokonywana przez jedno państwo unijne jest przeprowadzana w interesie wszystkich państw członkowskich. Wynika z tego szczególnie obowiązek dla państwa UE, które wydaje dokumenty podróży. Kontrola graniczna powinna być zatem zawsze przeprowadzana profesjonalnie i z zachowaniem szacunku dla kontrolowanych osób. Bez wątplenia ujednolicenie tekstu ułatwi pracę służbom granicznym państw Unii Europejskiej.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – V hlasovaní o tejto správe som sa zdržala. Správa o návrhu nariadenia, ktorým sa ustanovuje Kódex schengenských hraníc mala byť len kodifikáciou existujúcich textov bez zmeny ich podstaty. Napriek tomuto ubezpečeniu však podľa môjho názoru správa v jednom bode smeruje k väčšiemu prenosu právomocí z členských štátov na Európsku úniu, čo vymedzenie kodifikácie bez zmeny podstaty prekračuje. Správa totiž hovorí, že keďže cieľ nariadenia nie je možné uspokojivo dosiahnuť na úrovni členských štátov a bolo by ho lepšie možné dosiahnuť na úrovni Únie, má mať Európska únia možnosť prijímať opatrenia, ktorých prijímanie pred touto kodifikáciou patrilo do právomoci členských štátov. A hoci tento konkrétny článok nemusí z dlhodobého hľadiska znamenať žiadnu podstatnú zmenu, myslím si, že by nemal byť vsúvaný do nariadenia bez náležitej pozornosti.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Schengen je eden največjih dosežkov Evropske unije. Danes je na preizkušnji in z njim je na preizkušnji tudi EU. Migrantski val moramo nujno zaustaviti ali zaježiti, za kar pa je potrebno usklajeno delovanje vseh držav članic pri nadzoru zunanjih meja. Zato sem podprl predlog Uredbe, ki prinaša sklop skupnih ukrepov in pravil glede gibanja oseb prek meja.

7.2. Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle (A8-0002/2016 - Giovanni La Via)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Nel 1979, l'UE ha ratificato la convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero riguardante i metalli pesanti, costituendo il primo strumento vincolante nel settore. Disciplinando il controllo e la successiva riduzione dell'inquinamento, proveniente da fonti industriali o dall'incenerimento dei rifiuti, la convenzione è stata successivamente ampliata da otto protocolli, l'ultimo dei quali nel 1998. Il protocollo di Aarhus ha inasprito le regole in materia di emissione di taluni metalli, quali piombo, cadmio e mercurio, costringendo gli Stati membri a una forte riduzione delle relative emissioni. Ho espresso voto favorevole poiché ritengo appropriate le ultime modifiche introdotte, in grado di garantire una maggior tutela dell'ambiente, oltre che della salute umana.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de la aceptación de enmiendas procedimentales que actualizan el alcance de los convenios internacionales ya aprobados por las Partes a nivel internacional y que ahora se incorporan al marco de la legislación de la UE. He votado a favor porque considero que la ratificación de las enmiendas es un avance de cara a un nivel a más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por metales pesados.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette recommandation relative aux amendements au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux métaux lourds.

En effet, si les métaux lourds sont extrêmement nocifs, tant pour l'homme que pour la nature, et que ces amendements sont en conformité avec la législation de l'UE, les États membres sont déjà signataires de ce protocole. Je juge donc qu'il n'est pas nécessaire que l'UE signe ces amendements; cela n'apporterait pas de valeur ajoutée. De plus, il serait judicieux de faire ratifier le protocole d'Aarhus aux grandes puissances industrielles de pays tiers comme les États-Unis ou la Chine.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of this recommendation. The vote was procedural and technical. The recommendation accepted amendments to the 1998 Protocol of the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution. The protocol has been updated at international level and some of the updating amendments need to be ratified by the parties to the Convention. Therefore, we voted in favour of this dossier.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφικώς*. – Ψήφισα υπέρ στις συγκεκριμένες τροποποιήσεις του Πρωτοκόλλου για τα βαρέα μέταλλα του 1998 της Σύμβασης του 1979 για τη διαμεθοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση σε μεγάλες αποστάσεις, καθώς αυτές προβλέπουν μεταξύ άλλων αυστηρότερες οριακές τιμές για τις εκπομπές σκόνης από ορισμένες μεγάλες σταθερές πηγές, καθώς και ευέλικτες μεταβατικές ρυθμίσεις οι οποίες θα ωφελήσουν τα μέρη που θα προσχωρήσουν σε αυτό πριν από το τέλος του 2019. Η τροπολογία αυτή είναι πλήρως σύμφωνη με ισχύουσα νομοθεσία της ΕΕ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Soutenir l'amendement sur la pollution des métaux lourds serait une erreur. Je constate en effet qu'à l'exception de Malte, les États membres de l'UE sont déjà signataires du protocole Aarhus à ce sujet. La recommandation de la commission n'amène pas de valeur ajoutée, ni de portée juridique. Il serait plus judicieux que l'UE se rapproche des grandes puissances industrielles afin de les convier à adhérer aussi à ce protocole sous la direction de l'ONU. J'ai donc voté contre cet amendement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in the importance of improving the air quality not just in Europe but across the globe. However I do not believe that the Commission's proposal to expand legislation in this area is the correct way to achieve this. The European Union's policies on energy and climate have already caused irreparable damage to the United Kingdom's industry and economy.

I abstained on this proposal, as I agree with the aim to improve air quality in Europe but I believe that this legislation will not achieve this.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ces amendements car ils représentent une étape importante vers un niveau de protection plus élevé de la santé humaine et de l'environnement contre la pollution atmosphérique transfrontière. Les vents ne connaissent pas les frontières, il est alors nécessaire de s'attaquer aux problèmes engendrés par la pollution atmosphérique au niveau européen et international.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl 1979 m. Tolimų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos 1998 m. protokolo dėl sunkiųjų metalų pakeitimų. Šia konvencija siekiama apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką nuo oro taršos. 1972-1977 m. atlikti tyrimai parodė, kad oro teršalai gali keliauti kelis tūkstančius kilometrų, kol nusės, todėl šia problemą būtina spręsti tarptautiniu lygmeniu. 1979 m. pasirašyta Konvencija buvo pirma teisiškai privaloma tarptautinė priemonė šioje srityje. Jos pagalba buvo sukurta sistema, leidusi kontroliuoti ir mažinti tarpvalstybinių oro teršalų pernašų keliamą žalą žmonių sveikatai ir aplinkai. Konvenciją papildžiusiu 1998 m. Orhuso protokolu dėl sunkiųjų metalų siekiama sumažinti ir kontroliuoti dėl antropogeninės veiklos į aplinkos orą išmetamus švino, kadmio ir gyvsidabrio kiekius. Jame reikalaujama, kad Šalys bendrą metinį išmetamą šių trijų metalų kiekį sumažintų tiek, kad jis būtų mažesnis negu jų buvo išmetama 1990 m. Taip pat siekiama sumažinti teršalų išmetimą iš pramoninių šaltinių, degimo procesų ir atliekų deginimo. Pritariu siūlyme išdėstytiems pakeitimams, kuriais siekiama užtikrinti aukštesnę žmonių sveikatos ir aplinkos apsaugos nuo tarpvalstybinių oro teršalų pernašų lygį.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A nagy távolságra jutó, országhatárokon áttérjedő levegőszennyezésről szóló egyezmény célja az emberi környezet levegőszennyezéssel szembeni védelme. Több tanulmány is kimutatta, hogy a légszennyező anyagok akár több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának. Ezért a levegőszennyezés által okozott problémákkal nemzetközi szinten kell foglalkozni. Az ENSZ Európai Gazdasági bizottsága 1979-ben aláírta a nagy távolságra jutó, országhatárokon áttérjedő levegőszennyezésről szóló egyezményt, melynek célja az emberi környezet levegőszennyezéssel szembeni védelme. Ezt a szerződést több jegyzőkönyvvel egészítették ki az idők folyamán, jelenleg egy 1998-as jegyzőkönyv módosításáról van szó.

A szóban forgó javaslat a levegőbe kibocsátott nehézfémekre vonatkozó jegyzőkönyvet módosítja a határértékek szigorítása révén. Az irományhoz mellékelt indoklás alapján a meglévő EU-s előírások ezeknek a határértékeknek a nagy részét tartalmazzák. Az új előírásokat egy irányelv létrehozásával fogják az EU-s jogba beültetni. Mindezek alapján igennel szavaztam az előterjesztésre.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le protocole d'Aarhus – qui porte le nom de la deuxième ville du Danemark, où fut signée une première convention en juin 1998, cinq ans avant le protocole du même nom – concerne la pollution transfrontalière sur de longues distances. Les amendements en question visent à fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds ou des polluants organiques persistants (comme les PCB par exemple).

Le protocole d'Aarhus est placé sous l'égide de l'ONU, les parties signataires sont pour l'essentiel des États européens ainsi que l'Union européenne. Mais tous les États de l'UE ne sont pas au même stade d'engagement et Malte n'a par exemple ni signé ni donc ratifié le protocole d'Aarhus.

Les métaux lourds et les POP – polluants organiques persistants – sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. À titre d'exemple, près de la moitié des oiseaux migrateurs a déjà disparu à cause des effets des POP sur leur sens de l'orientation.

Cependant, les amendements en question sont déjà largement couverts par nos législations et l'UE ferait mieux de commencer par demander à des pays tiers comme les États-Unis ou la Chine de signer et/ou ratifier ce protocole, avant de nous imposer de nouvelles contraintes.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a été signée en 1979 et est entrée en vigueur en 1983.

Elle a depuis été étendue au moyen de huit protocoles recensant de manière spécifique les mesures à prendre par les parties pour réduire leurs émissions de polluants atmosphériques, dont le protocole d'Aarhus qui, en 1998, avait pour objectif de réduire et de maîtriser les émissions anthropiques de plomb, de mercure et de cadmium.

J'ai approuvé la présente décision qui vise à accepter les amendements à ce protocole afin de fixer un niveau de protection plus élevé de la santé humaine et de l'environnement contre la pollution atmosphérique transfrontière.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico rappresenta una delle maggiori minacce per la salute delle persone e per la salvaguardia dell'ambiente. A partire dagli anni '70, la comunità internazionale ha deciso di affrontare il problema dando vita, nel 1979, alla convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanze, ampliata poi da diversi protocolli. Nel 1998 il protocollo sui metalli pesanti, che ha visto l'adesione della Comunità nel 2001, ha specificato le misure necessarie per limitare e controllare le emissioni di piombo, cadmio e mercurio. Le modifiche apportate al protocollo nel 2012, necessitano di essere ratificate dall'UE per entrare in vigore, per questo motivo ho votato a favore della relazione La Via. Le nuove misure garantiranno non solo un utilizzo più efficiente delle migliori tecniche disponibili ma stabiliranno valori limite di emissione più rigorosi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de metales pesados aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre las enmiendas del Protocolo de 1998 al Convenio de 1979 sobre contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia en materia de metales pesados. El Convenio tiene por objeto proteger el entorno humano contra la contaminación atmosférica. Hasta la fecha, el Convenio se ha ampliado con ocho protocolos que identifican medidas específicas que han de adoptar las Partes para reducir sus emisiones de contaminación atmosférica.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cet amendement concerne le protocole d'Aarhus sur la pollution transfrontalière aux métaux lourds (les PCB par exemple). Les signataires de ce protocole sont pour la plupart des États européens ainsi que l'Union européenne.

Les amendements sont déjà largement couverts par la législation de l'Union européenne. La recommandation de la Commission n'a ni valeur ajoutée ni portée juridique surtout que les États membres sont déjà parties au protocole. Il n'est d'aucune utilité de soutenir cette recommandation. En revanche, on ne peut qu'inviter l'Union européenne à se rapprocher des grandes puissances industrielles afin de les inviter à signer et/ou à ratifier le protocole d'Aarhus comme les États-Unis (pas ratifié) ou la Chine (pas ratifié et pays non signataire).

J'ai donc décidé de voter contre cette recommandation.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione del collega La Via è ben ponderata e condivisibile. Gli emendamenti proposti al protocollo di Århus del 1998 hanno l'obiettivo di ridurre e controllare maggiormente sia le emissioni di «metalli pesanti» sia quelle di «inquinanti organici persistenti». Ritengo di fondamentale importanza il potenziamento della normativa attuale che porterà sicuramente una maggiore tutela sia per l'ambiente sia per la salute dei nostri cittadini. Per questi motivi mi sono espressa in favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a las enmiendas del Protocolo de 1998 al Convenio de 1979 sobre contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia en materia de metales pesados.

Varios estudios realizados entre 1972 y 1977 habían demostrado que los contaminantes atmosféricos podían recorrer varios miles de kilómetros antes de depositarse, por lo que es preciso abordar los problemas derivados de la contaminación atmosférica a escala internacional. El Convenio, firmado en 1979 y que entró en vigor en 1983, fue el primer instrumento internacional jurídicamente vinculante en este ámbito y se ha ampliado con ocho protocolos que establecen medidas específicas, entre ellos el relativo a los metales pesados.

Este Protocolo enmendado establece unos valores límite más estrictos para las emisiones de partículas procedentes de determinadas grandes fuentes estacionarias, así como unas disposiciones transitorias flexibles que beneficiarán a las Partes que se adhieran al Protocolo enmendado antes de finales de 2019, incluidos los países de la Europa oriental y sudoriental.

La ratificación de las enmiendas será un paso importante hacia un nivel más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria 1979 m. Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos 1998 m. protokolo dėl sunkiųjų metalų pakeitimams. Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencija siekiama apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką nuo oro taršos. 1972-1977 m. atlikti keli tyrimai parodė, kad oro teršalai gali keliauti kelis tūkstančius kilometrų, kol nusės. Taigi oro taršos problemą reikia spręsti tarptautiniu lygmeniu. 1979 m. pasirašyta ir 1983 m. įsigaliojusi Konvencija buvo pirma teisiškai privaloma tarptautinė priemonė šioje srityje. Minėta konvencija buvo sukurta sistema, leidusi kontroliuoti ir mažinti tarpvalstybinių oro teršalų pernašų keliamą žalą žmonių sveikatai ir aplinkai. Iš dalies pakeistame Protokole visų pirma nustatytos griežtesnės iš tam tikrų stambių stacionarių šaltinių išmetamų dulkių kiekio ribinės vertės ir lankstesnė pereinamojo laikotarpio tvarka. Šis Protokolo pakeitimas jau yra įgyvendintas esamais ES teisės aktais ir bus toliau perkeliamas priimant naują direktyvą, kuria bus nustatytos atnaujintos nacionalinės tam tikrų atmosferos teršalų išmetimo ribos ir numatomi metiniai nacionaliniai išmetamų teršalų (be kitų, švino, kadmio ir gyvsidabrio) kiekių sąrašai.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Podobno kot pri protokolu glede obstojnih organskih onesnaževalcev, predlog spremembe protokola o težkih kovinah h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja določa zlasti strožje mejne vrednosti za emisije prahu iz nekaterih večjih nepremičnih virov, pa tudi prožne prehodne ureditve, od katerih bodo imele koristi tiste pogodbenice, ki bodo k spremenjenemu protokolu pristopile pred koncem leta 2019, vključno z državami vzhodne in jugovzhodne Evrope.

Ti protokoli so pomembni zato, ker onesnaževanje zraka pač ne pozna državnih mej, zato je ustrezno sodelovanje in poenotenje protokolov edina možna izbira in s tem razlogom tudi moja podpora omenjenim rešitvam.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La lotta all'inquinamento atmosferico non conosce confini nazionali e pertanto va affrontata a livello globale. In questo senso, la convenzione del 1979, ampliata in seguito con otto protocolli, ha stabilito un quadro giuridicamente vincolante al fine di ridurre i rischi per l'ambiente e per la salute umana provocati dall'inquinamento dell'aria. Il protocollo di Aarhus del 1998, recepito dall'Unione europea, regola le emissioni provenienti da fonti industriali, dai processi di combustione e dall'incenerimento dei rifiuti. Il protocollo è stato recentemente riesaminato e aggiornato, ponendo limiti più stretti per le emissioni di alcune polveri e stabilendo registri nazionali annuali delle emissioni che includono sostanze come piombo, cadmio e mercurio. Approvo dunque l'inclusione delle modifiche al protocollo, dal momento in cui il suo aggiornamento risulta totalmente in linea con la strategia messa in campo dall'Unione europea.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Les amendements au protocole d'Aarhus concernant la pollution transfrontalière sur de longues distances prévoient de fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds.

Les États membres sont déjà signataires et il n'est donc pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. En revanche, cette dernière devrait se rapprocher des grandes puissances industrielles des pays tiers pour les inviter à signer et/ou ratifier le protocole comme les États-Unis ou la Chine.

Par conséquent, j'ai voté contre ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante i metalli pesanti e i relativi protocolli siano dei documenti fondamentali per la protezione dell'ambiente e della salute degli individui e che, pertanto, sia compito dell'Unione garantirne la completa applicazione.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza è volta a tutelare l'ambiente umano dall'inquinamento atmosferico. È noto dal 1972 che gli inquinanti atmosferici possono essere trasportati per migliaia di chilometri prima di depositarsi, il che aveva posto in evidenza la necessità di affrontare a livello internazionale i problemi causati dall'inquinamento atmosferico già nel 1979, con la firma della convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero entrata in vigore nel 1983. Con essa si stabilisce un quadro comune per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero alla salute umana e all'ambiente. Oggi il Parlamento europeo deve sostenere la proposta di aggiornamento del protocollo del 1998 avanzata dalla Commissione per di ridurre e controllare le emissioni antropogeniche di piombo (Pb), cadmio (Cd) e mercurio (Hg) nell'atmosfera: le parti devono essere tenute a ridurre le proprie emissioni annue totali di questi tre metalli portandole a livelli inferiori a quelli del 1990 e vengono definiti i valori limite di emissione applicabili a determinate grandi fonti fisse, oltre all'imposizione agli Stati di applicare le migliori tecniche di produzione disponibili (BAT). È importante sostenere ogni sforzo volto a contenere l'inquinamento atmosferico e a tutelare la salute dei nostri cittadini.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Placé sous l'égide des Nations Unies, le protocole d'Aarhus vise à limiter la pollution atmosphérique transfrontalière sur de longues distances. La quasi-totalité des parties signataires sont des États membres de l'Union européenne bien qu'ils ne soient pas tous au même stade d'engagement. Ces amendements ont vocation à fixer les limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds.

Sur le fond, les dangers des métaux lourds sur la santé ne sont plus à démontrer. D'un point de vue juridique, nous estimons que les objectifs de ces amendements sont en parfaite adéquation avec la législation de l'Union européenne. Néanmoins, nous ne considérons pas qu'il soit indispensable pour le Parlement européen de ratifier ces amendements dans la mesure où les États membres sont déjà signataires. Si l'objectif pour les institutions européennes, toujours parées de bonnes intentions, est bel et bien de réduire l'émission de ces poussières, alors le réel défi est de parvenir à convaincre les autorités fédérales des États-Unis ainsi que celles des pays émergents comme la Chine et l'Inde à ratifier le protocole d'Aarhus.

C'est pourquoi j'ai voté contre ces amendements.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Poluarea atmosferică dăunează sănătății umane și mediului. În Europa, emisiile multor poluanți atmosferici au scăzut substanțial în ultimele decenii, determinând o îmbunătățire a calității aerului în regiune. Cu toate acestea, concentrațiile poluanților atmosferici continuă să fie foarte mari, iar problemele legate de calitatea aerului persistă.

Cel mai important este ca problemele provocate de poluarea atmosferică să fie soluționate la nivel internațional.

În acest context, salut recomandarea referitoare la proiectul de decizie a Consiliului privind acceptarea modificărilor aduse Protocolului din 1998 la Convenția din 1979 asupra poluării atmosferice transfrontaliere pe distanțe lungi, referitor la metale grele. Acest proiect de decizie constituie una dintre măsurile benefice care contribuie la identificarea unor măsuri specifice în vederea reducerii emisiilor de poluanți atmosferici.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Il protocollo di Århus del 1998 sugli inquinanti organici persistenti ha l'obiettivo di controllare, ridurre o eliminare gli scarichi, le emissioni e le fuoriuscite di inquinanti organici persistenti (diclorodifeniltricloroetano (DDT), esaclorocicloesani (HCH), policlorobifenili (PCB), idrocarburi policiclici aromatici (IPA), diossine/furani (PCDD/PCDF) ed esaclorobenzene (HCB)).

Nel dicembre 2009 il protocollo è stato modificato dalle decisioni 2009/1, 2009/2, 2009/3 e 2009/4, le ultime due delle quali si riferiscono alle migliori tecniche disponibili (BAT). Le decisioni 2009/1 e 2009/2 comprendono sette nuove sostanze, aggiornano gli obblighi di attuazione per numerose sostanze, aggiornano le limitazioni delle emissioni di PCDD/PCDF provenienti da diverse fonti e aggiungono i PCB all'elenco di sostanze soggette alle limitazioni annuali di emissione e agli obblighi di segnalazione.

Gli emendamenti al protocollo, già in gran parte coperti dalla normativa dell'UE, saranno ulteriormente recepiti grazie alla revisione della direttiva che fissa i limiti nazionali di emissione (NEC) di alcuni inquinanti atmosferici e stabilisce inventari nazionali annuali delle emissioni, attualmente in corso. Voto positivo.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio relativo all'accettazione degli emendamenti del protocollo del 1998 della convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante i metalli pesanti. La convenzione sull'inquinamento atmosferico rappresenta il primo strumento internazionale giuridicamente vincolante in questo settore, in quanto ha fissato un quadro per il controllo e la riduzione dei danni causati all'ambiente umano dalla diffusione delle sostanze inquinanti. Nel corso degli anni, la convenzione è stata ampliata da otto protocolli, che ne hanno garantito un approccio più efficace, incentrato soprattutto sull'eliminazione graduale della benzina con piombo e sulla riduzione dei livelli di concentrazione di mercurio nelle batterie alcaline e in altri prodotti, come i dispositivi di misurazione. L'adesione della Comunità europea all'ultimo protocollo è stata approvata ad aprile 2001, ma il testo è stato riesaminato dal punto di vista dell'adeguatezza e dell'efficacia degli obblighi previsti, stabilendo, in particolare, valori limite più rigorosi per le emissioni di polveri provenienti da alcune grandi fonti fisse, nonché disposizioni transitorie flessibili a beneficio delle parti che aderiscono entro la fine del 2019. La raccomandazione accoglie tali modifiche e per questo ho votato per il suo accoglimento.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della ratifica degli emendamenti al protocollo di Aarhus sui metalli pesanti, grazie ai quali ritengo che si possa raggiungere un più elevato livello di protezione della salute e dell'ambiente. Tali modifiche hanno infatti l'obiettivo di ridurre e controllare le emissioni antropogeniche di numerosi metalli pesanti nell'atmosfera, con particolare riguardo alle emissioni provenienti da fonti industriali, processi di combustione e dell'incenerimento dei rifiuti. Peraltro, tali emendamenti prevedono che il protocollo in oggetto stabilisca valori limite più rigorosi per le emissioni di polveri provenienti da alcune grandi fonti fisse.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η σύμβαση για τη διαμεθοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση σε μεγάλες αποστάσεις αποσκοπεί στην προστασία του ανθρώπινου περιβάλλοντος από την ατμοσφαιρική ρύπανση. Στηρίζουμε την έκθεση και πιστεύουμε πως τα προβλήματα που προκαλούνται από την ατμοσφαιρική ρύπανση θα πρέπει να αντιμετωπισθούν σε διεθνές επίπεδο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου όσον αφορά την αποδοχή της τροποποίησης του πρωτοκόλλου για τα βαρέα μέταλλα του 1998 της Σύμβασης του 1979 για τη διαμεθοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση σε μεγάλες αποστάσεις εντάσσεται σε μια ευρύτερη προσπάθεια βελτίωσης των ισχυόντων κανονισμών, αλλά και συμφωνιών. Καθώς αφορά άμεσα το σύνολο των ευρωπαίων πολιτών που επηρεάζονται από την ατμοσφαιρική ρύπανση, θεωρώ πως πρέπει να τύχει θετικής αποδοχής από όλους μας και για αυτό το λόγο αποφάσισα να υπερψηφίσω.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho deciso di votare a favore del provvedimento poiché ritengo che la sua ratifica costituirà un passo decisivo per una sempre crescente tutela della salute pubblica e dell'ambiente dai possibili danni dell'inquinamento transfrontaliero. La Commissione propone che il Consiglio approvi l'emendamento al Protocollo di Aarhus della Convenzione del 1979. Tale Protocollo regola la riduzione e il controllo delle emissioni di piombo, cadmio e mercurio, metalli pesanti che si prestano agevolmente all'inquinamento atmosferico transfrontaliero. Il Protocollo richiede alle parti di ridurre l'ammontare totale annuale delle emissioni di tali metalli pesanti.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore di questa raccomandazione perché incorpora principi già sanciti e confermati da questo Parlamento in altri contesti normativi. Il presidente La Via ha svolto un ottimo lavoro nel coordinare l'iter parlamentare di questo provvedimento.

Deirdre Clune (PPE), in writing. – Amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on long-range transboundary air pollution on heavy metals.

The Convention on Long-range Transboundary Air Pollution aims to protect the environment against air pollutants. Air pollutants have the potential to travel several thousand kilometres before being deposited. Stricter limit values for dust emissions and flexible transitional arrangements will directly benefit those following the amended protocol. A new directive setting updated national emission ceilings for certain atmospheric pollutants and annual national emission inventories will deal with emissions of lead, cadmium and mercury. Ratifying this amendment aims to provide a higher level of protection of human health and preserve the environment against transboundary air pollution.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – Apoio o Relatório do colega La Via sobre o reforço do combate à poluição por metais pesados.

O Protocolo de Aarhus, de 1998, relativo aos metais pesados, pretende reduzir e controlar as emissões para a atmosfera de chumbo, cádmio e mercúrio causadas pelo homem. Pretende a redução das emissões anuais dos três metais para níveis inferiores aos registados em 1990. Como o Relator bem sublinha, o Protocolo visa reduzir as emissões provenientes de fontes industriais (indústria do ferro e do aço, dos metais não ferrosos), dos processos de combustão (indústria, produção de eletricidade, transportes rodoviários) e da incineração de resíduos.

É neste quadro que se pretende eliminar progressivamente a gasolina com chumbo, reduzir os níveis de concentração de mercúrio nas pilhas alcalinas e incluir outros produtos que contenham mercúrio como aparelhos de medição. O Protocolo alterado estabelece valores-limite mais rigorosos para as emissões de poeiras que carecem ser transpostos por meio de uma nova diretiva.

Concordo com o Relator que a ratificação da alteração será um passo importante para uma melhor proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras, sobretudo tendo em conta que se trata de metais pesados.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che il protocollo del 1998 della convenzione in questione risponde alla necessità di affrontare il problema dell'inquinamento atmosferico, ho deciso di votare favorevolmente la raccomandazione riguardante il progetto di risoluzione del Consiglio per emendare il suddetto protocollo. Gli emendamenti apportati, infatti, non solo sono stati giudicati perfettamente coerenti con le competenze giuridiche dell'Unione europea, ma vanno a creare un'evoluzione positiva della regolamentazione, in particolare in merito alla limitazione della presenza di metalli pesanti nell'atmosfera. Tale progresso gioverà a tutti i cittadini europei garantendo un livello più elevato di salute.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Air pollution is harmful to the human environment, yet pollution does not contain itself to one state and so cannot be addressed through single individual state action but only through joint international action. I have voted in favour of this report which supports the amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on Long Range Transboundary Air Pollution on Persistent Organic Pollutants. Action that deals with pollution and environmental issues needs to be kept under continuous review.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il protocollo del 1998 della convenzione 1979 ha l'obiettivo di ridurre e controllare le emissioni di sette nuove sostanze, tra le quali le emissioni di piombo (Pb), cadmio (Cd) e mercurio (Hg) nell'atmosfera. Le parti sono tenute a ridurre le proprie emissioni annue totali di questi tre metalli portandole a livelli inferiori a quelli del 1990. Già alcuni studi condotti durante gli anni settanta riguardo gli inquinanti atmosferici evidenziarono la necessità di affrontare i problemi causati dall'inquinamento atmosferico. Ritengo che la ratifica degli emendamenti del protocollo del 1998 oltre ad essere utile sia indispensabile e necessaria. L'OMS ha rivelato in uno studio del 2010 che nei grandi centri italiani, a causa dell'elevata concentrazione di particolato sottile, muoiono ogni anno oltre 8 mila persone. Per tale motivo mi esprimo con voto favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de la aceptación de enmiendas procedimentales que actualizan el alcance de los convenios internacionales ya aprobados por las partes a nivel internacional y que ahora se incorporan al marco de la legislación de la UE. He votado a favor porque considero que la ratificación de las enmiendas es un avance de cara a un nivel a más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por metales pesados.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo per la quale ho votato a favore, approva gli emendamenti al protocollo della convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante i metalli pesanti. Gli emendamenti proposti fissano dei limiti alle emissioni transfrontaliere più stringenti rispetto a quelli indicati nel protocollo della convenzione al fine di una maggiore prevenzione dell'inquinamento atmosferico e dei suoi effetti sulla salute umana.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A nagy távolságra jutó, országhatárokon áttérjedő levegőszennyezésről szóló egyezmény célja az emberi környezet levegőszennyezéssel szembeni védelme. Mivel a légszennyező anyagok nincsenek tekintettel a határookra és akár több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának, a levegőszennyezés által okozott problémákkal nemzetközi szinten kell foglalkozni. Az 1983-ban életbe lépett egyezmény, amelyet később nyolc jegyzőkönyvvel egészítettek ki, ezen a területen az első, kötelező jogi erővel bíró nemzetközi eszköz volt.

A Közösségnek a Jegyzőkönyvhöz való csatlakozását a Közösség nevében a 2001. április 4-i 2001/379/EK tanácsi határozat hagyta jóvá. A jegyzőkönyv 2003 decemberében lépett hatályba, és az uniós jogba való átültetése több különböző jogi aktus révén valósult meg. A jegyzőkönyvet 2012 decemberében módosították a 2012/5., illetve a 2012/6. és 2012/7. határozattal.

A 2012/5. határozatot a feleknek ratifikálniuk kell. A módosítás ratifikációja jelentős lépést jelent majd az emberi egészség és a környezet országhatárokon áttérjedő levegőszennyezéssel szembeni védelmének magasabb szintje felé. A Parlament ma ehhez az egyetértését adta.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Emisje metali ciężkich i trwałych zanieczyszczeń organicznych wpływają na ludzkie zdrowie i otaczające nas środowisko. Skuteczna kontrola emisji wymaga współpracy międzynarodowej. Oba protokoły wymieniają najlepsze dostępne techniki redukcji emisji i wymagania dotyczące sprawozdawczości w tej dziedzinie, narodowe limity emisji i limity emisji dla poszczególnych rodzajów przedsięwzięć.

Protokół z 1979 roku dotyczący metali ciężkich ma na celu redukcję i kontrolę antropogenicznych emisji ołowiu, kadmu i rtęci, aby ograniczyć choroby układu oddechowego i sercowo-naczyniowego, a także straty w bioróżnorodności i produkcji rolnej wynikające z działania metali ciężkich. Drugi protokół ma na celu ograniczenie i wyeliminowanie wyrzucania i emisji trwałych zanieczyszczeń organicznych, co obejmuje chemikalia takie jak DDT i zanieczyszczenia takie jak dioksyne.

Poprawki do protokołu o metalach, ustalone w 2012 r., wprowadzają ściślejsze limity dla emisji pyłu z pewnych stacjonarnych źródeł emisji, jak i elastyczne postanowienia umożliwiające wejście w życie tych zmian. Poprawki do drugiego protokołu, ustanowione w 2009 r., dodają nowe substancje i uzupełniają postanowienia dotyczące istniejących substancji. Obecne prawodawstwo UE jest zgodne z tymi poprawkami.

W związku faktem, iż ratyfikacja poprawek przez UE będzie krokiem naprzód w kierunku ich wejścia w życie i zachęci inne państwa-strony Europejskiej Komisji Gospodarczej ONZ (UNECE) do ich podpisania, oddałem głos za przyjęciem rezolucji.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I supported this amendment to the Aarhus Protocol on Heavy Metals, as the amended protocol sets out, in particular, stricter limit values for dust emissions from certain major stationary sources, as well as flexible transitional arrangements that shall benefit those parties that will accede to the amended protocol before the end of 2019. The amendment is fully consistent with existing EU legislation.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport non législatif propose le soutien du Parlement européen aux amendements pour le protocole sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance en ce qui concerne les métaux lourds. Entrée en vigueur en 1983, cette convention a créé un cadre pour contrôler et réduire les dommages à la santé humaine et à l'environnement causés par la pollution de l'air dans les zones transfrontalières.

En 2012, des amendements ont été adoptés afin de fixer des limites plus strictes sur les émissions de poussières de métaux, et afin de mettre en place un régime transitoire flexible pour les nouvelles parties à la convention, notamment les pays de l'Est et du Sud-Est de l'Europe.

Considérant que ces amendements sont déjà couverts par la législation européenne dans le cadre de la directive révisée sur les plafonds nationaux d'émission (NEC) récemment adoptée par le Parlement et en cours de négociation avec le Conseil, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – J'ai soutenu l'amendement au protocole à la convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux métaux lourds. Par la maîtrise des émissions de polluants atmosphériques comme les émissions anthropiques de plomb, de cadmium et de mercure, nous participons à améliorer la protection de la santé humaine et de l'environnement.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – La convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza ha rappresentato un importante passo in avanti nella tutela della salute e dell'ambiente umano soprattutto per quanto concerne le minacce provenienti dall'inquinamento atmosferico. Numerosi studi hanno dimostrato che gli agenti inquinanti possono raggiungere anche delle zone che sono lontane migliaia di chilometri così divenendo un problema di carattere internazionale. Ancora una volta, questo problema deve essere necessariamente affrontato a livello europeo ed è fondamentale pertanto considerare il benessere della società europea nel suo complesso evitando di cadere nella difesa di egoismi nazionali legati a particolari processi produttivi o a interessi economici in metalli pesanti. Attraverso questi emendamenti sarà possibile elevare il livello di protezione della salute umana e ridurre il rischio di incidenza di malattie pericolose. Voto pertanto a favore di questo provvedimento al fine di rilanciare ancora una volta l'impegno dell'Unione europea nei temi ambientali.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la Résolution du Parlement appelant le Conseil à accepter, au nom de l'Union européenne, l'amendement au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux métaux lourds.

Le protocole a pour objet de réduire et de maîtriser les émissions anthropiques de métaux lourds transportés dans l'atmosphère, par-delà les frontières sur de longues distances. Il dispose que les parties réduisent leurs émissions annuelles totales de plomb, de cadmium et de mercure par rapport aux niveaux de ces émissions en 1990 (ou toute autre année entre 1985 et 1995).

L' amendement proposé au protocole vise à établir des valeurs limites d'émission plus strictes pour les émissions de poussières provenant de certaines grandes sources fixes ainsi que des dispositions transitoires adaptables qui profiteront aux futures parties qui adhéreront au protocole, tel que modifié, entre le 1^{er} janvier 2014 et le 31 décembre 2019.

Cet amendement devrait être transposé, notamment par l'intermédiaire d'une directive fixant de nouveaux plafonds d'émission nationaux pour certains polluants atmosphériques et prévoyant un inventaire des émissions nationales annuelles couvrant, entre autres, les émissions de plomb, de cadmium et de mercure.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Les objectifs de ces amendements, relatifs au protocole d'Aarhus sur la pollution transfrontalière aux métaux lourds, sont louables. Néanmoins, ils n'apportent rien à la législation européenne en vigueur. Il serait davantage utile de promouvoir l'extension du protocole aux grandes puissances industrielles qui ne l'ont pas signé ou pas ratifié. Étant opposée à une inutile inflation normative, j'ai voté contre.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Ла Виа, тъй като изпаренията от тежките метали оказват силно негативен ефект върху околната среда. Протоколът от 1998 година очертава най-добрите съществуващи техники за намаляване на вредните емисии.

Целта на този протокол е да намали и да контролира антропогенните емисии във въздуха, които могат да доведат до високо съдържание на кадий и меркурий и да причинят дихателни и сърдечни проблеми и заболявания. Ратифицирането на този протокол представлява стъпка напред в борбата със замърсяването.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Convenção sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância visa proteger o ambiente humano da poluição atmosférica. A Convenção, assinada em 1979 e em vigor desde 1983, foi o primeiro instrumento internacional juridicamente vinculativo neste domínio. Até à data, o âmbito da Convenção foi alargado por oito protocolos que identificam medidas específicas a adotar pelas Partes para reduzir as respetivas emissões de poluentes atmosféricos.

Em dezembro de 2012, o Protocolo foi alterado pelas Decisões 2012/5, 2012/6 e 2012/7, as duas últimas a respeito das MTD tendo que ser ratificada pelas Partes. O Protocolo alterado estabelece, nomeadamente, valores-limite mais rigorosos para as emissões de poeiras provenientes de determinadas grandes fontes fixas, bem como disposições transitórias flexíveis que deverão beneficiar as futuras Partes no Protocolo alterado antes do final de 2019, incluindo os países do leste e do sudeste da Europa.

A ratificação da alteração será um passo importante rumo a um nível mais elevado de proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras. Por conseguinte, acolho favoravelmente o projeto de decisão do Conselho.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution parce que je considère qu'il n'est pas du rôle de l'Union européenne de ratifier des amendements à un traité international.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos metais pesados visa reduzir e controlar as emissões antropogénicas de chumbo (Pb), cádmio (Cd) e mercúrio (Hg) para a atmosfera. Exige que as Partes reduzam o total das suas emissões anuais dos três metais indicados para níveis inferiores aos registados em 1990 ou num ano alternativo entre 1985 e 1995. O Protocolo visa reduzir as emissões provenientes de fontes industriais (indústria do ferro e do aço, dos metais não ferrosos), dos processos de combustão (indústria, produção de eletricidade, transportes rodoviários) e da incineração de resíduos.

O Protocolo sugere também a inclusão de medidas de gestão para outros produtos que contenham mercúrio, nomeadamente aparelhos de medição. O Protocolo alterado estabelece, nomeadamente, valores-limite mais rigorosos para as emissões de poeiras provenientes de determinadas grandes fontes fixas, bem como disposições transitórias flexíveis que deverão beneficiar as futuras Partes no Protocolo alterado antes do final de 2019, incluindo os países do leste e do sudeste da Europa.

A alteração ao Protocolo já está abrangida pela legislação da UE, mas ainda deverá ser transposta por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos e preverá inventários nacionais de emissões anuais de chumbo, cádmio e mercúrio, entre outros.

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Problémy spôsobené znečisťovaním ovzdušia musíme riešiť globálne na medzinárodnej úrovni, nakoľko viacero štúdií poukazuje na to, že látky znečisťujúce ovzdušie dokážu prekonať aj niekoľko tisíc kilometrov pred tým, než dôjde k ich usadeniu. Dohovor o diaľkovom znečisťovaní ovzdušia prechádzajúcom hranicami štátov z roku 1979 bol prvým nástrojom v tejto oblasti. Dodnes bolo k dohovoru pripojených osem protokolov, z ktorých najvýznamnejší bol Aarhuský protokol z roku 1998 týkajúci sa najmä emisií, olova a ortuti do ovzdušia. Návrh rozhodnutia Rady je dôležitým krokom pre vyššiu úroveň ochrany ľudského zdravia a životného prostredia.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla proposta di revisione dei limiti nazionali di emissione di alcuni inquinanti atmosferici.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη σύσταση καθώς οι τροποποιήσεις του Πρωτοκόλλου για τα βαρέα μέταλλα του 1998 της Σύμβασης του 1979 για τη διαμεθωριακή ατμοσφαιρική ρύπανση σε μεγάλες αποστάσεις, είναι αναγκαίο βήμα προς την προστασία του περιβάλλοντος, ένα θέμα που μας αφορά όλους, ανεξάρτητα πολιτικής τοποθέτησης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Single consent vote. I fully support the amendment to the Aarhus Protocol on Heavy Metals. The amended Protocol sets out, in particular, stricter limit values for dust emissions from certain major stationary sources, as well as flexible transitional arrangements that will benefit those Parties that accede the amended Protocol before the end of 2019. The amendment is fully consistent with existing EU legislation.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, ugyanis a nagy távolságra jutó, országhatáron áterjedő levegőszennyezésről szóló egyezmény célja az emberi környezet levegőszennyezéssel szembeni védelme. 1972 és 1977 között több tanulmány is kimutatta, hogy a légszennyező anyagok akár több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának. Ezért a levegőszennyezés által okozott problémákkal nemzetközi szinten kell foglalkozni. Az 1979-ben aláírt és 1983-ban életbe lépett egyezmény ezen a területen az első kötelező jogi erővel bíró nemzetközi eszköz volt.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del Convenio con la voluntad de proteger el entorno humano de la contaminación atmosférica, ya que varios estudios han demostrado que los contaminantes atmosféricos pueden recorrer varios miles de kilómetros antes de su deposición. Por lo tanto, es imprescindible abordar esta problemática a escala internacional. El Protocolo enmendado establece unos valores límite más estrictos para las emisiones de partículas procedentes de determinadas grandes fuentes estacionarias, así como unas disposiciones transitorias flexibles.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für die Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle gestimmt, da ich eine Erhöhung des Umwelt- und Verbraucherschutzes in diesem Bereich ausdrücklich begrüße.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Studien zeigen, dass Luftschadstoffe über mehrere tausend Kilometer transportiert werden können. Deshalb braucht es auch hier eine europäische Lösung. Mit der heutigen Abstimmung leisten wir einen wichtigen Beitrag, um die Gesundheit der Menschen auch zukünftig zu schützen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I fully supported the ratification of this recommendation, which is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le protocole d'Aarhus est une convention internationale placée sous l'égide des Nations Unies. Son objectif est de traiter des sujets environnementaux et notamment des pollutions transfrontalières aux métaux lourds. En effet, ces polluants ont de graves effets sur la santé mais aussi sur la biodiversité. Par exemple, les oiseaux migrateurs perdent notamment leur sens de l'orientation ce qui explique la baisse rapide de leurs populations sur les continents américains et asiatiques. Les États membres de l'Union européenne sont déjà signataires de ce protocole et appliquent des normes très sévères. Ce sont quasiment les seuls et les grandes puissances polluantes n'en tiennent pas compte.

Cette recommandation du Parlement n'oblige en rien les États-membres. En revanche, elle permettra à la Commission de justifier les futures directives pour limiter les émissions polluantes, sans faire pression sur les pays tiers bien plus pollueurs que les pays européens.

Au contraire, chaque accord de libre-échange entre l'Union et les pays tiers, comme le traité transatlantique, n'a vocation qu'à augmenter les flux de transports et la pollution sans préalables environnementaux.

Les États membres sont déjà signataires de ce protocole et n'ont nul besoin de la recommandation qui nous est proposée. J'ai donc voté contre cette inutile recommandation.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Tous les États membres sont parties à la convention internationale sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance et à ses divers protocoles.

Les deux rapports qui nous sont aujourd'hui soumis concernent des amendements à ces protocoles, amendements renforçant les dispositions sur les métaux lourds et les polluants organiques persistants. Ils demandent au Conseil d'approuver ces amendements au nom de l'Union européenne.

Je ne comprends pas en quoi la participation de l'Union européenne en tant que telle à cette convention et à ses suites représente une quelconque valeur ajoutée. De plus, la législation de l'Union est très largement conforme aux nouvelles dispositions proposées: partie ou non à cette convention, l'UE doit, dans sa législation, dûment tenir compte des engagements internationaux de ses membres.

L'erreur initiale a été de permettre à l'Europe de Bruxelles, il y a quinze ans, d'adhérer à cette convention. Cela n'était ni nécessaire, ni utile. Il serait bien plus utile, dans ces matières, de pousser les deux plus gros pollueurs de la planète, États-Unis et Chine, à signer et ratifier eux aussi ces dispositions.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de metales pesados aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Zmiany do protokołu z 1998 r. do Konwencji z 1979 r. w sprawie transgranicznego zanieczyszczenia powietrza na dalekie odległości dotyczącego metali ciężkich, trwałych zanieczyszczeń organicznych.

Zanieczyszczenie środowiska metalami ciężkimi jest jednym z ważniejszych zagrożeń dla zdrowia ludzi oraz środowiska naturalnego. Choroby układu oddechowego czy układu sercowo-naczyniowego są dziś w Europie powszechne, dodatkowo aktualne badania naukowe potwierdziły istotną zależność między stężeniami metali ciężkich w spożywanych pokarmach czy wdychanym powietrzu a umieralnością na nowotwory, które stanowczo zbyt szybko stają się kolejną chorobą cywilizacyjną naszych czasów.

Te same czynniki powodują ogromne straty w produkcji rolnej i bioróżnorodności.

Dlatego jestem przekonana, że zwiększenie limitów emisji metali ciężkich oraz trwałych zanieczyszczeń organicznych do atmosfery, a także zaktualizowanie listy szkodliwych metali znacznie przyczyni się do poprawy jakości środowiska oraz pozwoli na odbudowę i rozwój rolnictwa, przez co pozytywnie wpłynie na zdrowie i życie Europejczyków.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported the ratification of the amendment, as it is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the EU's ratification of an update to the international agreement on controlling transboundary air pollution, specifically concerning heavy metal emissions, because these amendments will contribute to a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφιώς*. – Οι δύο τροποποιήσεις των Συμβάσεων του 1979 αποτελούν την αποδοχή των διαδικαστικών τροπολογιών που αναβαθμίζουν τις εν λόγω Συμβάσεις και οι οποίες έχουν ήδη εγκριθεί στο διεθνές επίπεδο και τώρα πρέπει να μεταφερθούν στο νομικό πλαίσιο της ΕΕ.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on Heavy Metals because they seek to update the sufficiency and effectiveness of transboundary air pollution. More importantly, the Protocol aims to cut emissions from industrial sources (iron and steel industry, non-ferrous metal industry), combustion processes (power generation, road transport), and waste incineration. It sets limit values for emissions from specific major stationary sources and requires the use of best available techniques (BAT). Parties must also develop and maintain emission inventories for Pb, Cd and Hg, phase out leaded petrol, and reduce Hg concentration levels in alkaline batteries, all of which will benefit the health of EU citizens and the environment.

The amended Protocol sets out, in particular, stricter limit values for dust emissions from certain major stationary sources, as well as transitional arrangements for acceding countries. The amendments are fully consistent with existing EU legislation and will be further transposed via the ongoing revision of the National Emission Ceilings Directive. The ratification of the amendments will contribute to a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The 1998 protocol on Heavy Metals, which aims to reduce and control anthropogenic emissions into the air of lead, cadmium and mercury, was amended in 2012 with stricter emission limit values for dust emissions from some major stationary sources and flexible transitional arrangements. The POPs Protocol, which aims to control, reduce or eliminate discharges, emissions and losses of persistent organic pollutants, was amended in 2009, when new substances were added to its scope and provisions for existing substances were updated. While EU legislation is already in place to cover these amendments, the ratification by the EU is important for their entry into force and to give a signal to other UNECE signatories. Given the widespread impact of these substances on human health and on biodiversity and the need for international collaboration on this particular topic, I have voted in favour of this report.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Salut acest raport, deoarece Convenția asupra poluării atmosferice transfrontaliere pe distanțe lungi protejează mediul uman împotriva poluării atmosferice. Protocolul referitor la metale grele vizează reducerea și controlarea emisiilor antropice de plumb în atmosferă.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o prihvatanju izmjena Protokola o teškim metalima iz 1998. uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka iz 1979. godine, jer se time daje suglasnost za prihvatanje izmjena Protokola. Smanjenje i kontrola antropogenih emisija olova, kadmija i žive u velikoj mjeri može pomoći u unaprjeđenju kvalitete zraka te, u skladu s tim, umanjiti štetni utjecaj koje one imaju na okoliš i ljudsko zdravlje.

U tom kontekstu, nužno je smanjiti emisije koje nastaju iz industrijskih izvora, pri spaljivanju otpada te tijekom procesa izgaranja. Stoga, smatram da je potreban koordinirani pristup na međunarodnoj razini, te držim da će dotična ratifikacija amandmana unaprijediti nivo zaštite i osnažiti EU zakonodavstvo u dotičnom području.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Soutenir l'amendement sur la pollution des métaux lourds ne me paraît pas judicieux. Je constate qu'à l'exception de Malte, les États membres de l'UE sont déjà signataires du protocole Aarhus à ce sujet. La recommandation de la commission n'amène pas de valeur ajoutée, ni de portée juridique. Il me semble plus utile que l'UE se rapproche des grandes puissances industrielles afin de les convier à adhérer aussi à ce protocole sous la direction de l'ONU. Par conséquent je vote contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la recommandation de mon collègue Giovanni La Via au sujet de la recommandation sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relative aux métaux lourds. La Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a créé un cadre pour réduire les dommages de la pollution sur la santé et l'environnement. Le protocole relatif aux métaux lourds a pour but la réduction des émissions de ces métaux dans l'atmosphère. J'ai donc approuvé la décision du Conseil de ratifier ce protocole et ses amendements.

Cette recommandation a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – The Convention on Long-range Transboundary Air Pollution (signed 1979, entering into force 1983) is intended to protect the human environment against air pollution. The Convention was the first international legally binding instrument in this area. To date, the Convention has been extended by eight protocols, which identify specific measures to reduce their air pollutant emissions. The Aarhus Protocol on Heavy Metals is one of these amending protocols. It aims to cut emissions from industrial sources (iron and steel industry, non-ferrous metal industry), combustion processes (power generation, road transport), and waste incineration.

The accession of the EU to the Protocol was approved on behalf of the Community by Council Decision 2001/379/EC of 04/04/2001. The Protocol, which entered into force on 29/12/2003, has been transposed into EU law through several instruments. The Protocol put to the vote today sets out stricter limit values for dust emissions from certain major stationary sources, as well as flexible transitional arrangements that will benefit those Parties that accede to the amended Protocol before the end of 2019.

In view of this positive amended protocol, which not only tightens up values for dust emissions but also reaffirms that waste incineration plants damage human health and the environment, EH Bildu has voted in favour of this La Via Report.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation du Parlement européen concernant la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière et plus spécifiquement des amendements à son Protocole sur les métaux lourds.

L'Adoption de ces amendements va permettre de rajouter un certain nombre de type de métaux lourds dans la liste des produits visés, renforçant ainsi la lutte contre la pollution atmosphérique.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht behandelt die Übernahme eines Ergänzungsprotokolls über ein internationales Abkommen, welchem die Mitgliedstaaten und die EU schon beigetreten sind. Ich enthalte ich mich zu dem vorliegenden Bericht.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I support the amendments proposed for the 1998 Protocol. Particularly important amendments include the more flexible arrangements to be allowed for Parties that adopt the amended Protocol before 2020, which will encourage a swifter widespread implementation of it. Stricter restrictions on dust emissions from particular dominant stationary sources would also be an important step in preventing air pollution across the borders. Transboundary air pollution significantly affects countries across Europe – in recent years Ireland has fallen below the World Health Organisation guidelines on air pollution, with airflow coming from the Sahara desert to Ireland and polluting our air with dust. I agree with the rapporteur that the proposed amendments, if ratified, would be a triumph for each EU country's environmental protection and public health levels.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the ratification of the amendment, as it is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La convenzione UNECE sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero mira a limitare e prevenire l'inquinamento atmosferico e i suoi effetti negativi sulla salute umana e sull'ambiente. Il protocollo di Aarhus (1998) e i suoi successivi emendamenti hanno ulteriormente ampliato la portata della convenzione; esso ha la funzione di ridurre e controllare le emissioni di piombo, cadmio e mercurio nell'atmosfera. Vorrei sottolineare che le decisioni del Consiglio, riguardanti la modifica del protocollo sono strettamente connesse alle BAT (*Best Available Techniques*). A tal proposito vi è un obbligo, da parte delle aziende, concernente l'applicazione delle migliori tecniche disponibili al fine di ridurre le emissioni nell'aria, nell'acqua, nel suolo, oltre alla produzione di rifiuti. La normativa UE comprende già quasi tutti gli strumenti legislativi riguardanti le materie disciplinate dal protocollo di Aarhus e le sue successive modifiche, di cui oggi siamo chiamati a discutere. Ho, quindi, invitato i colleghi a fornire il proprio consenso alla decisione del Consiglio, al fine di ufficialmente adottare gli emendamenti del protocollo a nome dell'Unione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Les métaux lourds sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. Leurs effets sur la santé ne sont plus à citer. Les objectifs des amendements sont en totale conformité avec la législation de l'Union. Cependant, les États membres étant déjà signataires, il ne me semble donc pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. On pourrait en revanche lui recommander d'inviter certaines grandes puissances industrielles, comme les États-Unis ou la Chine, à signer et/ou ratifier le protocole d'Aarhus.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il n'apporte rien de nouveau à la lutte contre la pollution transfrontalière aux métaux lourds. D'autre part, et surtout, les États membres sont déjà parties au protocole concerné.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le protocole en question concerne la pollution transfrontalière sur longues distances. Ces amendements visent à fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds ou des polluants organiques persistants (POP). Les effets de ces polluants et POP sont désastreux pour la santé humaine, mais également pour la faune et la flore. La population d'oiseaux migrateurs a d'ailleurs été drastiquement réduite du fait de ces polluants toxiques.

Néanmoins, les États européens sont déjà signataires de ce protocole placé sous l'égide de l'ONU. L'UE n'a donc pas de nécessité à ratifier ces amendements, et devrait plutôt songer à inviter les puissances industrielles hors Union européenne (États-Unis, Chine) à signer ce traité. Pour faire valoir cette piste de réflexion, et ce vote étant superflu, je me suis prononcé contre ce texte.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Jsem přesvědčen o nutnosti chránit ovzduší před emisemi jedovatých látek. Existuje ale již domluva členských států v Radě a jednotlivé země mohou stanovovat vlastní emisní limity. Není tedy nezbytné mít k tomu další směrnici.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam preporuku zastupnika Giovannija La Vie o zaštiti zdravlja ljudi i ekosustava od štetnih utjecaja onečišćenja zraka. Ti se problemi moraju rješavati na međunarodnoj razini, jer tvari koje onečišćuju zrak mogu prijeći nekoliko tisuća kilometara prije taloženja.

Konvencija o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka je prvi međunarodni pravno obvezujući instrument u tom području. Potpisana je 1979. godine, stupila na snagu 1983., a namijenjena je zaštiti okoliša od zračnog zagađenja. Konvencija je do danas proširena s osam protokola koji identificiraju konkretne mjere koje trebaju poduzeti stranke da smanje svoje emisije onečišćujućih tvari. Izmjena Protokola iz 1998. je u velikoj mjeri obuhvaćena zakonodavstvom EU-a, te će putem nove direktive postaviti nacionalne gornje granice emisije za pojedine tvari.

Izmijenjeni Protokol postavlja strože granične vrijednosti emisija određenih tvari te će se provoditi godišnja nacionalna inventura koja uključuje emisije za pojedine atmosferske onečišćujuće tvari, koja obuhvaća između ostalog emisije POP-sova, uključujući PAH, PCDD / PCDF, HCB i PCB.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – 1979. gadā parakstītā Konvencija par gaisa pārrobežu piesārņojumu lielos attālumos, kas stājās spēkā 1983. gadā, kļuva par pirmo tāda tipa starptautisko nolīgumu. 1998. gada Orhūsas Protokols īpaši atzīmēja nepieciešamību samazināt un ciešāk kontrolēt svina, kadmija un dzīvsudraba izmešanas līmeņus.

Šodienas balsojums bija orientēts uz 2012. gadā izstrādāto grozījumu pieņemšanu, kas paredz stingrākas emisiju robežvērtības attiecībā uz putekļu emisijām no konkrētiem lielajiem stacionārajiem avotiem. Tas attiecas arī uz elastīgiem pārejas pasākumiem, kas zināmā mērā palīdzēs pusēm, kuras pievienosies grozītajam Protokolam līdz 2019. gada beigām — tostarp Austrumeiropas un Dienvidaustrumeiropas valstīm.

Jaunie grozījumi, starp citu, paredz arī ikgadēju valsts emisiju pārskatu, kas ļaus efektīvāk kontrolēt izmešanas līmeņus katrā valstī. Tomēr jāatzīmē, ka, kamēr šo grozījumu pieņemšana nenoliedzami ir svarīgs solis, ir absolūti nepieciešams, lai pēc iespējas lielāks valsts skaits ne tikai pievienotos šo principu realizēšanai praksē, bet arī maksimāli taisnīgi tos piepildītu. Citādi nekāda reāli pozitīva efekta uz vidi nebūs.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Hospodársky rozvoj negatívne ovplyvňuje stav ovzdušia. Je to medzinárodný problém, ktorého účinné riešenie si vyžaduje aktívne zapojenie všetkých krajín sveta. Rozhodnutím o prijatí zmien Protokolu z roku 1998 o ťažkých kovoch, ktorý bol transponovaný do práva EÚ viacerými aktmi, sa sprísňujú limity emisií prachu z veľkých stacionárnych zdrojov, čo je v súlade s už prijatými právnymi predpismi EÚ. Verím, že ratifikácia rozhodnutia a jeho uplatňovanie prispeje k účinnej ochrane ovzdušia.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφτώως*. – Ψηφίζω υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου που αφορά την αποδοχή της τροποποίησης του Πρωτοκόλλου για τα βαρέα μέταλλα του 1998 της Σύμβασης του 1979 για τη διαμεθοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση σε μεγάλες αποστάσεις, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Il s'agit ici d'amendements visant à fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds. Ce protocole est placé sous l'égide de l'ONU, et les pays membres de l'UE, et l'UE en tant qu'organisation, en sont signataires. Les effets négatifs pour la santé des métaux lourds ne sont plus à expliquer, c'est pourquoi il est important d'y faire face. Nous nous opposons toutefois à ce texte car les États membres ont déjà signé ces amendements, il ne nous semble donc pas nécessaire que l'UE les ratifie à son tour.

David Martin (S&D), *in writing*. – The Convention on Long-range Transboundary Air Pollution is intended to protect the human environment against air pollution. Several studies performed between 1972 and 1977 had shown that air pollutants could travel several thousand kilometres before deposition. Problems caused by air pollution therefore need to be addressed on the international level. Signed in 1979 and entering into force in 1983, the Convention was the first international legally binding instrument in this area. It has created the framework for controlling and reducing the damage to human health and to the environment caused by transboundary air pollution. The Convention identifies the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) as its secretariat.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della raccomandazione sul progetto di decisione del Consiglio relativo all'accettazione degli emendamenti del protocollo del 1998 della convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante i metalli pesanti. La convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero costituisce uno dei primi strumenti internazionali giuridicamente vincolanti con l'obiettivo di limitare, ridurre gradualmente e prevenire l'inquinamento atmosferico e i suoi effetti negativi sulla salute umana e sull'ambiente. Tale convenzione sull'inquinamento atmosferico è stata ampliata da otto protocolli, compreso il protocollo di Aarhus del 1998, relativo ai metalli pesanti. Ratificando gli emendamenti di tale protocollo si potrà garantire una maggiore protezione della salute umana e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Votei a favor do relatório pois este pretende transpor para o quadro da legislação europeia a aceitação do Protocolo de 1998 à Convenção de 1979 sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância, relativo aos Metais Pesados, que já foi previamente acordada pelos partidos a nível internacional. A ratificação da alteração será um passo importante rumo a um nível mais elevado de proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de aceptar los cambios que se establecían en el último Protocolo relativo al Convenio sobre contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia en materia de metales pesados.

Como señala el ponente, se trata de establecer unos valores límite más estrictos para las emisiones de partículas procedentes de determinadas grandes fuentes estacionarias, algo totalmente coherente con la legislación existente en la UE en esta materia. Por tanto, estaremos dando un paso más hacia un nivel más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen Vorschlag zur Übernahme eines Ergänzungsprotokolls eines internationalen Abkommens, dem die Mitgliedstaaten und die EU schon beigetreten sind und bereits Rechnung tragen. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), raštu. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo yra pritariama Tolimų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos pakeitimams. Manau, jog šie pakeitimai leis kontroliuoti ir mažinti tarpvalstybinių oro teršalų pernašų keliamą žalą žmonių sveikatai ir aplinkai. Iš dalies pakeistame konvencijos Protokole visų pirma nustatytos griežtesnės iš tam tikrų stambių stacionarių šaltinių išmetamų dulkių kiekio ribinės vertės ir lankstesnė pereinamojo laikotarpio tvarka, naudinga Šalims, norinčioms iki 2019 m. pabaigos prisijungti prie Protokolo su pakeitimais, įskaitant Rytų ir Pietryčių Europos šalis. Šio pakeitimo ratifikavimas bus svarbus žingsnis siekiant užtikrinti aukštesnį žmonių sveikatos ir aplinkos apsaugos nuo tarpvalstybinių oro teršalų pernašų lygį.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Plusieurs études menées entre 1972 et 1977 ont démontré que les polluants atmosphériques pouvaient être transportés sur plusieurs milliers de kilomètres avant d'être précipités. La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique, signé en 1979 et entrée en vigueur en 1983, cette convention a été le premier instrument international juridiquement contraignant dans ce domaine.

À ce jour, la convention a été étendue au moyen de huit protocoles recensant de manière spécifique les mesures à prendre par les parties pour réduire leurs émissions de polluants atmosphériques. Le rapport propose que le Conseil approuve, au nom de l'Union européenne, un amendement au protocole d'Aarhus de 1998, relatif aux polluants organiques persistants.

Cet amendement établit des valeurs limites d'émission plus strictes pour les émissions de poussières provenant de certaines grandes sources fixes. Je vote pour ce texte et je souhaite qu'il soit rapidement opposé aux émissions criminelles de lignite en Allemagne.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – Soutenir l'amendement sur la pollution des métaux lourds ne me paraît pas judicieux. Je constate qu'à l'exception de Malte, les États membres de l'UE sont déjà signataires du protocole Aarhus à ce sujet. La recommandation de la commission n'amène pas de valeur ajoutée, ni de portée juridique. Il me semble plus utile que l'UE se rapproche des grandes puissances industrielles afin de les convier à adhérer aussi à ce protocole sous la direction de l'ONU. Par conséquent j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – Votei favoravelmente o relatório sobre o projeto de decisão do Conselho relativa à aceitação da alteração do Protocolo de 1998 à Convenção de 1979 sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância, relativo aos Metais Pesados.

Tendo em conta que vários estudos realizados demonstraram que os poluentes atmosféricos podem percorrer milhares de quilómetros antes da deposição, é importante que se abordem os problemas causados pela poluição atmosférica a nível internacional.

O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos metais pesados visa reduzir e controlar as emissões antropogénicas de chumbo, cádmio e mercúrio para a atmosfera. O referido Protocolo entrou em vigor em 29 de dezembro de 2003, e foi transposto para o direito da UE através de vários instrumentos.

É necessário que uma nova diretiva da UE possa atualizar os valores limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – I voted in favour of ratifying the amendment because I believe it is important to take a proactive role concerning the health of our environment. Specifically, this amendment aims to limit dust emissions from fixed sources, and to lower transboundary air pollution.

Louis Michel (ALDE), par écrit. – La convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux métaux lourds a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique. La dite pollution peut se caractériser par l'émission de métaux lourds tels que le plomb (Pb), le cadmium (Cd) et le mercure (Hg) dans l'atmosphère. Le protocole a donc pour but de réduire les émissions d'origine industrielle, provenant de la combustion ou encore de l'incinération des déchets.

Mais, compte tenu des problèmes que ces métaux lourds peuvent engendrer sur le plan environnemental, il convient (comme le souligne les amendements faits) de réduire d'une part le mercure contenu dans les piles alcalines et dans les dispositifs de mesure et d'autre part de tenir un inventaire national mis à jour sur les émissions de Pb, Cd et Hg.

La ratification des amendements est une étape essentielle vers un niveau de protection élevé de la santé humaine et de l'environnement contre la pollution atmosphérique transfrontière.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Znečistenie ovzdušia je nepríjemným a nebezpečným javom, pretože nie je voľným okom pozorovateľné a jeho rozsah sa nedá určiť bezodkladne po tom, čo k znečisteniu došlo. Zároveň sa znečistenie môže šíriť vzduchom stovky, ba až tisíce kilometrov, pričom môže mať negatívny vplyv na zdravie ľudí. Z týchto dôvodov je dôležité a vhodné, aby sa neustále zlepšovala právna úprava ochrany životného prostredia v oblasti znečisťovania ovzdušia. V predkladanom návrhu vítam naviazanie revidovaného Aarhuského protokolu na novú smernicu, ktorá stanovuje aktualizované emisné stropy pre konkrétne látky ohrozujúce čistotu ovzdušia. Uprednostňovanie najlepších technológií, ktoré boli dodnes vyvinuté z ekonomického a technického hľadiska, tzv. BAT, vnímam tiež ako neoddeliteľnú podmienku akejkoľvek novej právnej úpravy týkajúcej sa ochrany životného prostredia. Aj z týchto dôvodov predkladaný návrh uznesenia podporujem.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I gave my full support to the Report on amending the Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on Heavy Metals. The amended Protocol sets out, in particular, stricter limit values for dust emissions from certain major stationary sources, as well as flexible transitional arrangements that will benefit those Parties that accede to the amended Protocol before the end of 2019.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A nagy távolságra jutó, országhatárokon áterjedő levegőszennyezésről szóló, 1979-ben aláírt és 1983-ban életbe lépett egyezmény létrehozta az országhatárokon áterjedő levegőszennyezés által az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatások nyomon követésének és csökkentésének keretét. Az egyezményt kiegészítő 1998. évi két aarhusi jegyzőkönyv egyikének célja az ólom, a kadmium és a higany emberi eredetű, levegőbe történő kibocsátásának csökkentése és ellenőrzése. A Közösségnek a Jegyzőkönyvhöz való csatlakozását a 2001. április 4-i 2001/379/EK tanácsi határozat hagyta jóvá. A jegyzőkönyv 2003. december 29-én lépett hatályba.

A jegyzőkönyvet a részes felek 2012 decemberében három határozattal módosították. Ezek közül a jelentős, helyhez kötött források porkibocsátásai tekintetében a korábbiaknál szigorúbb határértékeket előíró, továbbá a módosított jegyzőkönyvhöz 2019 vége előtt csatlakozó felek számára kedvező átmeneti intézkedéseket bevezető 2012/5. határozatot a feleknek ratifikálniuk kell. A Tanács által benyújtott határozattervezet erre tesz javaslatot. A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a módosítás teljes mértékben összhangban áll a hatályos uniós jogszabályokkal, ezért azt javasolja, hogy a Parlament adja hozzá egyetértését a határozattervezethez. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose de fixer des valeurs limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds ou des polluants organiques persistants. Le protocole d'Aarhus est placé sous l'égide de l'ONU, les parties signataires sont pour l'essentiel des États européens ainsi que l'Union européenne. Ces métaux lourds sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. À titre d'exemple, près de la moitié des oiseaux migrateurs a déjà disparue à cause des effets des POP sur le sens de l'orientation. Les effets des métaux lourds sur la santé sont connus. Les objectifs des amendements sont en totale conformité avec la législation de l'Union.

Cependant, les États membres étant déjà signataires, il ne nous semble pas indispensable que l'UE les ratifie. On pourrait en revanche lui recommander de se rapprocher des grandes puissances industrielles pour les inviter à signer et/ou ratifier le protocole d'Aarhus, notamment les États-Unis ou la Chine, qui ne les ont pas ratifiés.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Convenção sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância, assinada em 1979 e em vigor desde 1983, foi o primeiro instrumento internacional juridicamente vinculativo relativo à proteção do ambiente humano da poluição atmosférica. Esta Convenção criou o quadro para controlar e reduzir os danos para a saúde humana e para o ambiente decorrentes da poluição atmosférica transfronteiras.

O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos metais pesados visa reduzir e controlar as emissões antropogénicas de chumbo, cádmio e mercúrio para a atmosfera. Este Protocolo foi alterado pelas Decisões 2012/5, 2012/6 e 2012/7. A alteração ao Protocolo já está abrangida pela legislação da União Europeia, mas ainda deverá ser transposta por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos e preverá inventários nacionais de emissões anuais de chumbo, cádmio e mercúrio, entre outros.

Defendo que a ratificação permitirá proteger cada vez mais a saúde humana e o ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Les États membres étant déjà signataires de ce texte, il ne semble pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. Il pourrait en revanche être intéressant de se rapprocher des grandes puissances industrielles pays tiers pour les inviter à signer et/ou ratifier le protocole d'Aarhus comme les États-Unis (pas ratifié) ou la Chine (ni l'un ni l'autre).

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé ce texte qui autorise la ratification par l'UE des amendements au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière relatif aux métaux lourds. Ces amendements sont en totale cohérence avec la législation européenne en vigueur. Leur ratification représentera une étape importante vers un niveau de protection plus élevé de la santé humaine et de l'environnement contre la pollution atmosphérique transfrontière.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux métaux lourds fait suite aux accords internationaux inscrits dans le respect et la cohérence de la législation de l'Union. Leur ratification se place comme une avancée importante vers une meilleure protection de la santé et de l'environnement, raison pour laquelle j'ai voté en faveur du rapport.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La convenzione UNECE sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero mira a limitare e prevenire l'inquinamento atmosferico e i suoi effetti negativi sulla salute umana e sull'ambiente. Il protocollo di Aarhus e i suoi successivi emendamenti hanno ulteriormente ampliato la portata della convenzione riducendo e controllando le emissioni di piombo, cadmio e mercurio nell'atmosfera. Ho deciso di votare a favore della decisione del Consiglio poiché la considero un passo decisivo per una crescente tutela della salute pubblica e dell'ambiente dai possibili danni dell'inquinamento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The 1979 Convention on long-range transboundary air pollution has as its purpose the protection of the human environment from air pollution. I have voted for this recommendation that will set out stricter limit values for dust emission from certain major stationary sources.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Hier handelt es sich um eine Übernahme eines Ergänzungsprotokolls eines internationalen Abkommens, dem die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union schon beigetreten sind. Ich hätte mich meiner Stimme enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Protokolli ratifitseerimine on oluline selleks, et kaitsta paremini inimeste tervist ja keskkonda piiriülese õhusaaste eest. Protokoll sätestab rangemad piirnormid teatavate suuremate paiksete saasteallikate tolmuheitele ning paindlikuma üleminekukorra.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico fu già oggetto di studio nel 1972. Diversi studi dimostrarono che gli inquinamenti atmosferici potevano essere trasportati per migliaia di chilometri prima di depositarsi, il che aveva posto in evidenza la necessità di affrontare a livello internazionale tale problema. Per i metalli pesanti fu istituito il protocollo di Aarhus con l'obiettivo di ridurre e controllare le emissioni antropogeniche. A tal proposito fu istituita una convenzione attuata per monitorare, mediante un programma di sorveglianza e uno di valutazione del trasporto. Con gli anni la convenzione è stata ampliata definendo misure specifiche che le parti devono adottare per ridurre le emissioni d'inquinamenti atmosferici. In qualità di membro della commissione parlamentare ENVI ed essendo sensibile alle tematiche ambientali, esprimo il voto favorevole alla ratifica di tale convenzione, certo che costituirà un importante passo avanti verso un livello più elevato di protezione della salute umana e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Long-range transport of air pollution has been recognized as an important factor affecting ecosystems and the human population. The heavy metals cadmium, lead and mercury are common air pollutants, being emitted mainly as a result of various industrial activities. The amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution. I therefore welcome the Recommendation on the draft Council decision on the acceptance of the amendments.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Podprl sem ratifikacijo sprememb Protokola iz leta 1998 o težkih kovinah h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja, ker ta dokument potrjuje zaveze držav članic in jim nalaga okrepljene odgovornosti v prizadevanjih za čistejši zrak.

Obravnavana konvencija je prvi sporazum mednarodne narave na temo preprečevanja negativnih učinkov težkih kovin na zrak in predstavlja okvir za nadaljnje omejevanje uporabe kadmija, živega srebra in svinca.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam predloženo izmjenju Protokola iz Aarhusa iz 1998. godine o teškim metalima uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka namijenjenu za zaštitu okoliša od onečišćenja zraka.

Europska unija u svojoj pravnoj stečevini već ima to područje uređeno Direktivom o kvaliteti okolnog zraka i čistijem zraku za Europu i Direktivom koja se odnosi na arsen, kadmij, živu, nikal i policikličke aromatske ugljikovodike u vanjskom zraku te zajedno s Direktivom o industrijskim emisijama i paketom drugih vezanih propisa čini koherentan paket kojim je onečišćenje okoliša teškim metalima u Europskoj uniji strogo nadzirano.

Drago mi je da konvencije i protokoli kao mehanizmi međunarodnog prava slijede politiku EU-a te omogućuju daljnji napredak borbe za čišći i zdraviji planet na globalnom planu. Usvajanje izmjena Protokola važan je korak prema višoj razini zaštite ljudskog zdravlja i okoliša od prekograničnog onečišćenja zraka. U tom kontekstu, još jednom pozdravljam ovu upravo usvojenu zakonodavnu rezoluciju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Les métaux lourds et les POP sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. Cela a été prouvé par de multiples études. Les objectifs des amendements sont en totale conformité avec la législation de l'Union. Cependant, les États membres sont déjà signataires du protocole et le fait que l'UE les ratifie ne présente donc aucune valeur ajoutée.

Il serait plus efficace de cesser de négocier le TTIP avec les États-Unis qui ont signé sans ratifier ce protocole et de refuser d'aller plus avant dans nos relations commerciales avec la Chine qui ne l'a même pas signé. Comme souvent, l'UE se rengorge de symboles mais continue des actions concrètes nocives. Je vote donc contre ce texte qui ne saurait avoir aucun effet réel sur quoi que ce soit.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam predložene izmjene Protokola o teškim metalima iz 1998. uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka iz 1979. godine. Konvencija i Protokol čine dobar primjer sve tješnje zajedničke suradnje država u rješavanju problema koji su po svojoj naravi prekogranični i zahtijevaju transnacionalna rješenja.

Sam amandman je uvelike već pokriven zakonodavstvom EU-a, a cilj mu je osigurati strože granične vrijednosti za određene emisije te fleksibilnije tranzicijske uvjete za one koji će prihvatiti ovu izmjenju do kraja 2019. godine. Hrvatska je ratificirala Protokol o teškim metalima još 2007. godine i od onda je donijela sve ključne propise u skladu s propisima Unije kojima se određuju granične vrijednosti emisija onečišćujućih tvari u zrak iz stacionarnih izvora, kakvoća tekućih naftnih goriva, kakvoća zraka, gospodarenje otpadnim baterijama i akumulatorima te gospodarenje kemikalijama.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos metais pesados visa reduzir e controlar as emissões antropogénicas de chumbo (Pb), cádmio (Cd) e mercúrio (Hg) para a atmosfera. Exige que as Partes reduzam o total das suas emissões anuais daqueles metais para níveis inferiores aos registados em 1990 ou num ano alternativo entre 1985 e 1995. O Protocolo visa reduzir as emissões provenientes de fontes industriais, dos processos de combustão e da incineração de resíduos. O Protocolo sugere também a inclusão de medidas de gestão para outros produtos que contenham mercúrio.

A alteração ao Protocolo, já abrangida pela legislação da UE, deverá ainda ser transposta por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos, prevendo inventários nacionais de emissões anuais de chumbo, cádmio e mercúrio, entre outros.

Votámos favoravelmente.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam preporuku kolege zastupnika Giovannija La Vie o nacrtu odluke Vijeća o prihvaćanju izmjena Protokola o teškim metalima iz 1998. uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka iz 1979. godine. Konvencija koja je prva zakonski obvezujuća u tom području, bila je potpisana 1979. godine, stupila na snagu 1983., a namijenjena je zaštitu okoliša od zračnog zagađenja.

Problemi uzrokovani zagađenjem zraka moraju se rješavati na međunarodnoj razini, jer tvari koje onečišćuju zrak mogu prijeći nekoliko tisuća kilometara prije taloženja. Izmjena protokola iz 1998. godine je već uvelike obuhvaćena zakonom EU-a i dodatno će biti transponirana kroz novu direktivu koja će postaviti ažurirane nacionalne gornje granice emisija za određene onečišćujuće stvari u atmosferi i omogućiti godišnje nacionalne popise emisija koji bi, između ostalog, trebali obuhvatiti emisije olova, kadmija i žive.

Ratifikacija izmjene Protokola biti će jako važan korak prema višem nivou zaštite ljudskog zdravlja i okoliša od prekograničnog onečišćenja atmosfere.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Rozhodl jsem se hlasovat pro změnu Protokolu o těžkých kovech z roku 1998 k Úmluvě o dálkovém znečišťování ovzduší přecházejícím hranice států z roku 1979, protože je zde závažné nebezpečí v podobě nebezpečných látek znečišťujících ovzduší, které se mohou před vlastním uložením přenést až několik tisíc kilometrů. To potvrdilo několik studií a ještě jednou to podporuje tezi, že se znečištěním musíme bojovat na celosvětové úrovni. Jestli tento problém nezačneme řešit co nejdříve, tak brzy budeme nést velmi vážné důsledky. Jelikož je změna plně v souladu se stávajícími právními předpisy EU, neshledávám důvod ji nepodpořit. Ratifikace změny bude významným krokem k vyšší úrovni ochrany lidského zdraví a životního prostředí před znečišťováním ovzduší přecházejícím hranice států.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza è nata per tutelare l'ambiente e la salute pubblica. Firmata nel 1979 ed entrata in vigore nel 1983, la convenzione è stata il primo strumento internazionale giuridicamente vincolante adottato in questo settore. Essa stabilisce un quadro per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero, per la salute umana e per l'ambiente. Nel corso degli anni, la convenzione è stata ampliata da otto protocolli, che definiscono misure specifiche che le parti devono adottare per ridurre le emissioni di inquinanti atmosferici. Il protocollo di Aarhus, del 1998, relativo ai metalli pesanti mira a ridurre le emissioni provenienti da fonti industriali, dai processi di combustione e dall'incenerimento dei rifiuti. Per tutto ciò ho votato favorevolmente. Poiché l'Unione ha già adottato strumenti legislativi riguardanti materie disciplinate dal protocollo di Aarhus, tali modifiche devono adesso essere ufficialmente adottate a nome dell'Unione. Per questo motivo ho deciso di votare a favore dell'approvazione di questa raccomandazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Emisje metali ciężkich i trwałych zanieczyszczeń organicznych wpływają na ludzkie zdrowie i środowisko. Substancje te nie przestrzegają granic narodowych i tym samym skuteczna kontrola ich emisji wymaga współpracy międzynarodowej. Dwa protokoły z 1998 roku wymieniają najlepsze dostępne techniki (BAT, best available techniques) dla redukcji emisji i wymagania dotyczące ich raportowania, narodowe limity emisji i limity emisji dla poszczególnych rodzajów przedsięwzięć. Innymi słowy, ustanawiają narzędzia do umożliwienia redukcji emisji i śledzenia postępu.

Protokół dotyczący metali ciężkich ma na celu redukcję i kontrolę antropogenicznych emisji ołowiu, kadmu i rtęci, aby ograniczyć choroby układu oddechowego i sercowo-naczyniowego, a także straty w bioróżnorodności i produkcji rolnej wynikające z oddziaływania metali ciężkich. Z uwagi na wagę zapisów dla zdrowia obywateli poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La pollution transfrontalière aux métaux lourds est un phénomène que nous devons prendre avec une grande considération. Ce rapport a l'avantage de mettre sur pied une protection beaucoup plus large et poussée pour l'environnement et de la santé de nos concitoyens en la matière. C'est pour cette raison que j'ai voté en sa faveur.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Vários estudos realizados entre 1972 e 1977 demonstraram que os poluentes atmosféricos podem percorrer muitos milhares de quilómetros antes da sua deposição. Por conseguinte, é necessário abordar os problemas causados pela poluição atmosférica a nível internacional.

Este relatório aprova a alteração do Protocolo sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância relativo a metais pesados no âmbito da Convenção assinada em 1979. Esta foi agora alargada por oito protocolos que identificam medidas específicas a adotar pelas Partes envolvidas para reduzir as respetivas emissões de poluentes atmosféricos. Estabelece, nomeadamente, valores-limite mais rigorosos para as emissões de poeiras provenientes de determinadas grandes fontes fixas, bem como disposições transitórias flexíveis que deverão beneficiar as futuras Partes no Protocolo alterado antes do final de 2019, incluindo os países do leste e do sudeste da Europa.

Por tudo isto, votei favoravelmente o presente relatório.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – En Europe, la pollution atmosphérique est responsable de près d'un demi-million de décès prématurés chaque année: c'est donc avec raison que le Parlement a mis à jour sa législation sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance inscrite dans une Convention du même nom.

Il s'agit plus particulièrement de réduire et maîtriser les émissions de métaux lourds qui représentent un danger en cas d'exposition importante ou prolongée pouvant causer des maladies et un vieillissement accéléré. Présents naturellement dans notre environnement et utilisés industriellement, les métaux lourds sont émis dans l'air sous forme de très fines particules et finissent par retomber sur le sol, contaminant ainsi les animaux et les végétaux que l'on consomme, pour finir par s'accumuler dans nos tissus.

Le cadmium, que l'on retrouve dans les pesticides et les écrans télé, et qui provoque des milliers de cancers du rein. Le plomb, émis par le secteur métallurgique et qui cause des perturbations psychologiques, dont le saturnisme. Le mercure aussi, issu de la production d'électricité et qui rentre dans la composition des plombages dentaires est considéré par l'OMS comme l'un des dix produits chimiques extrêmement préoccupants pour la santé publique.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la recommandation de réviser la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance liée aux métaux lourds, comme je l'ai fait pour ce qui concerne les polluants organiques persistants. Cette Convention est majeure puisqu'elle vise à diminuer les risques pour la santé humaine et l'environnement causés par la pollution atmosphérique transfrontière.

Depuis son adoption en 1979, ce texte a été modifié et étendu au moyen de huit protocoles. Celui que nous modifions ici concerne la réduction et la maîtrise des émissions anthropiques de plomb, de cadmium et de mercure, qui sont des métaux lourds dangereux transportés par l'atmosphère sur de très longues distances. Les changements proposés établissent des valeurs limites plus strictes pour les émissions de poussières provenant de grandes sources fixes et prévoient des dispositions transitoires pour les futures parties qui adhéreront au protocole d'ici fin 2019, dont les pays d'Europe centrale et du Sud-Est.

Les éléments proposés sont en cohérence avec la législation actuelle de l'UE ou le seront à travers la révision de la directive sur les plafonds d'émission nationaux pour certains polluants atmosphériques, et devraient permettre de franchir une nouvelle étape dans la protection de la santé humaine et de l'environnement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a las enmiendas del Protocolo de 1998 al Convenio de 1979 sobre contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia en materia de metales pesados.

Varios estudios realizados entre 1972 y 1977 habían demostrado que los contaminantes atmosféricos podían recorrer varios miles de kilómetros antes de depositarse, por lo que es preciso abordar los problemas derivados de la contaminación atmosférica a escala internacional. El Convenio, firmado en 1979 y que entró en vigor en 1983, fue el primer instrumento internacional jurídicamente vinculante en este ámbito y se ha ampliado con ocho protocolos que establecen medidas específicas, entre ellos el relativo a los metales pesados.

Este Protocolo enmendado establece unos valores límite más estrictos para las emisiones de partículas procedentes de determinadas grandes fuentes estacionarias, así como unas disposiciones transitorias flexibles que beneficiarán a las Partes que se adhieran al Protocolo enmendado antes de finales de 2019, incluidos los países de la Europa oriental y sudoriental.

La ratificación de las enmiendas será un paso importante hacia un nivel más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique. Plusieurs études menées entre 1972 et 1977 ont démontré que les polluants atmosphériques pouvaient être transportés sur plusieurs milliers de kilomètres avant d'être précipités. Il faut donc s'attaquer aux problèmes engendrés par la pollution atmosphérique au niveau international. Cette convention a mis sur pied le cadre permettant de maîtriser et de diminuer les dommages pour la santé humaine et l'environnement causés par la pollution atmosphérique transfrontière. À ce jour, la convention a été étendue au moyen de huit protocoles recensant de manière spécifique les mesures à prendre par les parties pour réduire leurs émissions de polluants atmosphériques. En décembre 2012, le protocole a été modifié par les décisions 2012/5, 2012/6 et 2012/7. La décision 2012/5 devait encore être ratifiée par les parties, car le protocole modifié établit en particulier des valeurs limites d'émission plus strictes pour les émissions de poussières provenant de certaines grandes sources fixes ainsi que des dispositions transitoires flexibles qui profiteront aux futures parties qui adhéreront au protocole, tel que modifié, avant la fin de 2019, dont les pays de l'Europe orientale et du Sud-Est. Le Parlement a approuvé cette recommandation ce jour.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas pritaria 1979 m. Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos 1998 m. protokolo dėl sunkiųjų metalų pakeitimams. Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencija siekiama apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką nuo oro taršos. Juo labiau, kad oro taršos pasekmės nėra lokalias – tarša nuolatos keliauja nešama vėjo. Iki šiol Konvencija buvo papildyta aštuoniais protokolais, kurie apima: Europoje monitoringo ir vertinimo veiksmų finansavimo schemą, sieros išmetimus, azoto oksidus, lakiuosius organinius junginius, tarpvalstybinius teršalų srautus, sunkiuosius metalus ir patvariuosius organinius teršalus, konkrečias nacionalines teršalų išmetimo ribas ir skirtingų medžiagų kiekio mažinimo tikslus. Protokolais nustatytos griežtesnės išmetamų teršalų ribinės vertės, taip pat numatytos valdymo priemonės, skatinama palaipsniui keisti gamybą, kad nebūtų naudojamos aplinkai žalingos medžiagos, pavyzdžiui, gyvsidabris.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Atribuí o meu voto favorável a esta proposta de recomendação que tem por objetivo a alteração do Protocolo de 1998 à Convenção de 1979 sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância, relativo aos metais pesados. Esta Convenção foi o primeiro instrumento internacional jurídicamente vinculativo que criou o quadro de controlo e minimização dos danos para a saúde e para o ambiente decorrentes da poluição atmosférica. Entretanto, o âmbito da Convenção foi alargado por um conjunto de oito protocolos que identificam medidas específicas a adotar pelas partes com vista à redução das emissões de poluentes atmosféricos.

O Protocolo de Aarhus, de 1998, relativo aos metais pesados foi objeto de revisão, tendo sido alterado pelas Decisões 2012/5, 2012/6 e 2012/7. A revisão, que tem por base estas decisões, estabelece, nomeadamente, valores-limite mais rigorosos para as emissões de poeiras provenientes de determinadas fontes fixas, bem como outras disposições que deverão beneficiar as futuras partes no protocolo alterado antes do final de 2019, incluindo países do leste e sudoeste da Europa. A alteração em causa é plenamente consentânea com a legislação europeia em vigor e irá constituir um passo importante rumo a um nível mais elevado de proteção da saúde humana e do ambiente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit l'approbation de l'amendement au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontalière à longue distance concernant les métaux lourds.

Entrée en vigueur en 1983, la convention sur la pollution atmosphérique transfrontalière de 1979 est le premier instrument international juridiquement contraignant qui a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique.

En 2001, l'UE adhère au protocole de 1998 qui vise à réduire et à maîtriser les émissions de plomb, de cadmium et de mercure dans l'atmosphère.

En décembre 2012, ce protocole a été modifié afin d'établir des valeurs limites d'émission plus strictes pour les émissions de poussières provenant de certaines grandes sources fixes.

Les valeurs limites fixées par cet amendement au protocole de 1998 sont déjà très largement prévues par la législation européenne actuelle.

La ratification de ces amendements par l'UE représente une avancée vers un niveau de protection plus élevé de l'environnement et de la santé des citoyens européens contre la pollution atmosphérique.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de metales pesados aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Godkendelsen af ændringerne vil være et vigtigt skridt i retning af et højere niveau af beskyttelse af menneskers sundhed og miljøet mod grænseoverskridende luftforurening. Derfor støtter jeg ændringerne.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die überarbeitete Konvention gestimmt, denn es ist wichtig, die Grenzwerte stets anzupassen. Ein höherer, grenzüberschreitender Gesundheitsschutz kann damit geschaffen werden. Entscheidend ist, dass nun auch Südosteuropa in diese Konvention mit aufgenommen wird. Als Ergänzung zur schon existierenden NEC-Richtlinie war die Überarbeitung ein logischer Schritt.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de la aceptación de enmiendas procedimentales que actualizan el alcance de los convenios internacionales ya aprobados por las partes a nivel internacional y que ahora se incorporan al marco de la legislación de la UE. He votado a favor porque considero que la ratificación de las enmiendas es un avance de cara a un nivel a más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por metales pesados.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento recepisce nella normativa dell'UE gli emendamenti al protocollo di Aarhus del 1998 della convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante il piombo, il cadmio e il mercurio. La convenzione, firmata nel 1979, stabilisce un quadro per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero alla salute umana e all'ambiente. Le modifiche al protocollo del 1998 fissano valori limite più rigorosi per le emissioni di polveri provenienti da fonti industriali, da processi di combustione e dall'incenerimento dei rifiuti. Ho votato a favore della raccomandazione perché la ratifica di questi emendamenti costituirà un importante passo avanti verso un livello più elevato di protezione della salute umana e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I supported the ratification of the amendment on heavy metals to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on Long-range Transboundary Air Pollution, because I see it as an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Dohovorom o diaľkovom znečisťovaní ovzdušia prechádzajúcim hranicami štátov sa má zabezpečiť ochrana ľudského prostredia pred znečistením ovzdušia. Podporujem vypracovanie a vedenie emisných inventárov pre Pb, Cd a Hg a zníženie úrovne koncentrácie Hg v alkalických batériách. Bolo potrebné zaviesť aj opatrenia na nakladanie s ďalšími výrobkami obsahujúcimi Hg vrátane meracích prístrojov. Preto som hlasoval za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Godine 1979. sklopljena je konvencija o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka s ciljem ograničavanja te sprječavanja onečišćenja zraka kako bi se spriječile negativne posljedice na ljude i okoliš. Već tada bilo je dokazano kako onečišćivači zraka mogu prijeći i do nekoliko tisuća kilometara prije taloženja. Godine 1998. spomenuta konvencija proširena je na Protokol o teškim metalima te Protokol o postojanim organskim onečišćujućim tvarima.

Protokol o teškim metalima obvezuje države potpisnice na praćenje emisija olova, kadmija i žive, ukidanje olovnog benzina te smanjenje razine žive u alkalnim baterijama. Protokol o postojanim organskim onečišćujućim tvarima omogućava smanjenje ili uklanjanje postojanih onečišćenih tvari i regulaciju pesticida, polikloriranih bifenila (PCB), dioksina, furana te policikličkih aromatskih ugljikovodika. Izmjenom protokola o teškim metalima izričito se nalažu strože granične vrijednosti emisija za prašinu (čestice raspršene u plinovitoj fazi) te praćenje vrijednosti emisija olova, kadmija i žive na godišnjoj razini. Podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta o izmjeni Protokola o teškim metalima.

Stoga sam podržao i izmjenu Protokola o postojanim organskim onečišćujućim tvarima, jer se njome na godišnjoj razini izvještava o emisijama polikloriranih bifenila (PCB), čime se potvrđuje kako su emisije manje u odnosu na referentnu godinu te stvaraju nove granične vrijednosti za dioksine i furane.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Cieľom Aarhuského protokolu z roku 1998 o ťažkých kovoch je znižovanie a kontrola vypúšťania antropogénnych emisií, ako sú olovo, kadmium a ortuť, do ovzdušia. Od zmluvných strán sa v ňom vyžaduje, aby znížili svoje celkové ročné emisie týchto troch kovov pod ich úrovne z roku 1990 alebo pod úroveň niektorého z rokov 1985 až 1995. Protokol sa zameriava na zníženie emisií z priemyselných zdrojov, spaľovacích procesov a spaľovania odpadov. Stanovujú sa v ňom limitné hodnoty pre emisie z určitých veľkých stacionárnych zdrojov a vyžaduje sa používanie najlepších dostupných techník. Zmluvné strany musia tiež vypracovať a viesť emisné inventáre pre olovo, kadmium a ortuť, postupne zrušiť olovnatý benzín a znížiť úrovne koncentrácie olova v alkalických batériách. V protokole sa navrhuje zavedenie opatrení na nakladanie s ďalšími výrobkami obsahujúcimi olovo vrátane meracích prístrojov.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Vzhľadom na charakter tejto témy je potreba posilniť konzistentnosť a istotu vyplývajúcu z dohovoru a nastaviť prísnejšie emisné stropy pre určité látky znečisťujúce ovzdušie, ako i ročné národné inventúry emisií.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Konvencija o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka namijenjena je za zaštitu okoliša od onečišćenja zraka. Nekoliko studija provedenih između 1972. i 1977. godine su pokazale da zagađivači zraka mogu putovati nekoliko tisuća kilometara prije taloženja. Stoga, probleme uzrokovane zagađenjem zraka treba rješavati na međunarodnoj razini. Konvencija je prvi međunarodni pravno obvezujući instrument u tom području.

Konvencija je stvorila okvir za kontrolu i smanjenje štetnog utjecaja na zdravlje i okoliš uzrokovanog prekograničnim onečišćenjem zraka. Izmjena Protokola je već uglavnom pokrivena zakonodavstvom EU-a, ali će se putem nove direktive uspostaviti ažurirane gornje granice vrijednosti za nacionalne emisije za pojedine atmosferske onečišćujuće tvari i pružiti uvjeti za godišnje nacionalne inventure emisija koje obuhvaćaju, emisiju olova, kadmija i žive.

Kao što je navedeno, amandman je u potpunosti u skladu s postojećim zakonodavstvom EU-a, a ratifikacija amandmana će biti korak prema višoj razini zaštite ljudskog zdravlja i okoliša od prekograničnog onečišćenja zraka.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – My Labour colleagues and I support the ratification of the amendment, which is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sprejetju spremembe Protokola iz leta 1998 o težkih kovinah h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja. O onesnaženosti zraka je bilo prelitega že veliko črnih, prav tako je bilo izvedenih že veliko študij.

Podpiram spremembe protokola, ki so nastale na podlagi pregleda zadostnosti in učinkovitosti s strani pogodbenih partneric. Spremenjeni protokol prinaša strožje mejne vrednosti za emisije prahu iz nekaterih večjih nepremičnih virov pa tudi prožne prehodne ureditve.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η Σύμβαση για τη διαμεθοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση σε μεγάλες αποστάσεις αποσκοπεί στην προστασία του περιβάλλοντος από την ατμοσφαιρική ρύπανση. Το πρωτόκολλο του Aarhus του 1998 για τα βαρέα μέταλλα αποσκοπεί στη μείωση και τον έλεγχο των εκπομπών στην ατμόσφαιρα. Απαιτεί από τα συμβαλλόμενα μέρη να μειώσουν τις συνολικές ετήσιες εκπομπές τους για τα εν λόγω τρία μέταλλα. Το τροποποιημένο πρωτόκολλο καθορίζει ειδικότερα, αυστηρότερες οριακές τιμές για τις εκπομπές σκόνης από ορισμένες κύριες σταθερές πηγές, καθώς και ευέλικτες μεταβατικές ρυθμίσεις που εφαρμόζονται προς όφελος των συμβαλλόμενων μερών που θα προσχωρήσουν στο τροποποιημένο πρωτόκολλο πριν από το τέλος του 2019.

Η επικύρωση της τροποποίησης θα αποτελέσει ένα σημαντικό βήμα προς ένα υψηλότερο επίπεδο προστασίας της ανθρώπινης υγείας και του περιβάλλοντος από τη διαμεθοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση. Για τους λόγους αυτούς υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Το Πρωτόκολλο του 1998, καθώς και οι μετέπειτα τροποποιήσεις και συμπληρώσεις του και συγκεκριμένα εκείνες που αναφέρονται στους έμμοιους οργανικούς ρύπους, αποτελούν αναγκαίο βήμα για την προστασία του περιβάλλοντος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az ajánlás szerinti módosítások ratifikációja jelentős lépést jelent az emberi egészség és a környezet országhatárokon áttérjedő levegőszennyezéssel szembeni védelmének magasabb szintje felé. Az indoklás több (1972 és 1977 közötti) tanulmányra hivatkozva rámutat, hogy a légszennyező anyagok akár több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának. Egyetértek azzal, hogy a levegőszennyezés által okozott problémákkal nemzetközi szinten kell foglalkozni. Egy egyezmény formájában egy kötelező jogi erővel bíró nemzetközi eszköz lépett életbe 1983-ban, létrehozva a káros hatások nyomon követésének és csökkentésének keretét. A további, nehézfémekről szóló 1998. évi jegyzőkönyv célja az ólom, a kadmium és a higany emberi eredetű, levegőbe történő kibocsátásának csökkentése és ellenőrzése.

Előírja a részes felek számára, hogy az éves összesített kibocsátásukat az 1990. évi szint alá csökkentsék. A jegyzőkönyv célja az ipari forrásokból (a vas-, acél- és színesfémiparból), az égési folyamatokból (az energiatermelésből, a közúti közlekedésből) és a hulladékégetésből eredő kibocsátások mérséklése. A jegyzőkönyv határértékeket állapít meg, és előírja az elérhető legjobb technikák alkalmazását. A részes felek kötelesek az ólom, a kadmium és a higany kibocsátásaira vonatkozó emisszió katasztert készíteni és fenntartani, kiiktatni az ólmozott benzint használatát és csökkenteni a higany mennyiségét az alkáli elemekben. A módosítások teljes mértékben összhangban állnak a hatályos uniós jogszabályokkal, éppen ezért az ajánlást támogattam.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Konwencja w sprawie transgranicznego zanieczyszczenia powietrza na dalekie odległości ma na celu ochronę środowiska i życia ludzkiego. Badania wskazują, że cząsteczki zanieczyszczające powietrze mogą przemieszczać się nawet na odległość kilku tysięcy kilometrów, zanim opadną na ziemię, dlatego też należy rozwiązywać te kwestie na szczeblu międzynarodowym.

Podpisana w 1979 r. konwencja była pierwszym prawnie wiążącym międzynarodowym instrumentem w tej dziedzinie. Stworzyła ona ramy kontrolowania i ograniczania szkód dla zdrowia ludzkiego i dla środowiska spowodowanych transgranicznym zanieczyszczaniem powietrza. Jednakże po prawie 40 latach od jej podpisania konieczne jest dostosowanie do zmian zarówno gospodarczych, jak i przede wszystkim środowiskowych.

Ostatnia zmiana do Protokołu z 1998 r., uzgodniona w 2012 r., jest pierwszą, która obejmuje jednocześnie wiele substancji zanieczyszczających, jak i ich wielorakie skutki oraz zawiera szczegółowe krajowe pułapy emisji i zobowiązania do ograniczenia emisji różnego rodzaju czynników zanieczyszczenia. Te działania powinny przyczynić się do zwiększenia ochrony zdrowia i środowiska.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato a favore dell'approvazione della decisione 2012/5, che modifica il protocollo di Aarhus del 1998 sui metalli pesanti. Riconosciamo che questo protocollo ha dato un contributo sostanziale all'eliminazione di tre metalli dannosi quali piombo, cadmio e mercurio. Ne ha fortemente limitato, infatti, le emissioni in atmosfera da parte di industria, produzione energetica, trasporti e incenerimento dei rifiuti, grazie al ricorso alle *Best Available Technologies* e alla riduzione della benzina a piombo e del mercurio presente nelle batterie alcaline e negli strumenti di misurazione. Crediamo che l'adeguamento del protocollo operato dall'emendamento possa rafforzarne l'azione e l'efficacia. In particolare, si impongono limiti più rigorosi per le emissioni di polveri provenienti da alcune grandi fonti fisse e si incoraggia l'adesione di nuove parti al protocollo emendato entro il 2019, specialmente in Europa orientale e sudorientale. Auspichiamo che le parti ratifichino al più presto la decisione 2012/5 e si impegnino a favorire il miglioramento tecnologico necessario a tutelare la salute dei cittadini e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero. Vigileremo, inoltre, che l'adeguamento al protocollo, tanto in Europa orientale quanto in Europa occidentale, sia accompagnato da misure di transizione della produzione industriale ed energetica, dei trasporti e dell'incenerimento dei rifiuti verso una maggiore sostenibilità.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte et de ses amendements. La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique. Plusieurs études menées entre 1972 et 1977 ont démontré que les polluants atmosphériques pouvaient être transportés sur plusieurs milliers de kilomètres avant d'être précipités. Il faut donc s'attaquer aux problèmes engendrés par la pollution atmosphérique au niveau international. Signée en 1979 et entrée en vigueur en 1983, la convention a été le premier instrument international juridiquement contraignant dans ce domaine. Elle a mis sur pied le cadre permettant de maîtriser et de diminuer les dommages pour la santé humaine et l'environnement causés par la pollution atmosphérique transfrontière. Elle dispose que le secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe des Nations Unies assure son secrétariat. La convention est mise en œuvre et contrôlée à travers le programme concerté de surveillance et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on long-range transboundary air pollution on heavy metals. The Convention aims at reducing air pollutant emissions and was amended by eight protocols. The 1998 Protocol on Heavy Metals has an implication for the steel and non-ferrous metal industries. The EU legislation is already fully compliant with the amendments to the 1998 Protocol which, in particular, set stricter values for dust emissions and foresee transitional arrangements.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izmjenu Protokola o teškim metalima uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka. Naime, provedene studije pokazale su da zagađivači zraka mogu putovati nekoliko tisuća kilometara prije taloženja, te smatram da problem uzrokovan zagađanjem zraka treba rješavati na međunarodnoj razini.

Povećana emisija teških metala u atmosferu štetno djeluje na zdravlje ljudi, biljni i životinjski svijet, a za neke metale dokazano je ili se sumnja da mogu biti i kancerogeni. Držim da će se izmjenom i dopunom Protokola o teškim metalima uspostaviti strože granične vrijednosti emisija prašine iz velikih stacioniranih izvora, smanjiti i kontrolirati antropogene emisije olova, kadmija i žive u zraku te smanjiti emisije iz industrijskih izvora u procesima izgaranja i spaljivanja otpada. Smatram da je ovo važan korak prema višoj razini zaštite ljudskog zdravlja od prekograničnog onečišćenja zraka.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sprejetju spremembe Protokola iz leta 1998 o težkih kovinah h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja sem podprla, saj menim, da ta predstavlja pomemben korak k večji ravni zaščite okolja in zraka na območju Unije.

Onesnaževala zraka lahko potujejo tudi več kot 1000 km preden se usedejo, zato moramo problematiko reševati usklajeno na mednarodni ravni. Z novo direktivo, ki opredeljuje posodobljene nacionalne zgornje meje emisij za nekatera onesnaževala zraka in ki omogoča uvedbo letnih nacionalnih evidenc emisij, bomo tako še nadgradili že obstoječ protokol, poenotili izpuste v vseh državah članicah in posledično vplivali na boljšo kvaliteto življenja prebivalcev EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de metales pesados aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I fully support this convention.

The Convention on Long-range Transboundary Air Pollution is intended to protect the human environment against air pollution. Several studies performed between 1972 and 1977 had shown that air pollutants could travel several thousand kilometres before deposition. Problems caused by air pollution therefore need to be addressed on the international level. Signed in 1979 and entering into force in 1983, the Convention was the first international legally binding instrument in this area. It has created the framework for controlling and reducing the damage to human health and to the environment caused by transboundary air pollution.

The EU should play its full role in this sense and I support this fully.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le protocole d'Aarhus concerne la pollution transfrontalière sur de longues distances. Il est placé sous l'égide de l'ONU, les parties signataires sont pour l'essentiel des États européens ainsi que l'Union européenne. Tous les États de l'UE ne sont pas au même stade d'engagement. Seule Malte ne l'a ni signé ni ratifié.

Les métaux lourds et les POP sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. Les objectifs des amendements sont en totale conformité avec la législation de l'Union. Cependant, les États membres étant déjà signataires, il ne nous semble pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. On pourrait en revanche lui recommander de se rapprocher des grandes puissances industrielles pays tiers pour les inviter à signer et/ou ratifier le protocole d'Aarhus comme les États-Unis (qui n'ont pas ratifié) ou la Chine (ni l'un ni l'autre).

J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A nagy távolságra jutó, országhatárokon áttérjedő levegőszennyezésről szóló egyezmény célja az emberi környezet levegőszennyezéssel szembeni védelme. 1972 és 1977 között több tanulmány is kimutatta, hogy a légszennyező anyagok akár több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának. Az 1979-ben aláírt és 1983-ban életbe lépett egyezmény ezen a területen az első, kötelező jogi erővel bíró nemzetközi eszköz volt. Az egyezményt eddig nyolc jegyzőkönyvvel egészítették ki, amelyek a részes felek által a légszennyező anyagok kibocsátásának csökkentését célzó egyedi intézkedéseket határoznak meg.

A módosított jegyzőkönyv konkrétan a korábbiaknál szigorúbb határértékeket ír elő a jelentős helyhez kötött források porkibocsátásai tekintetében, továbbá olyan átmeneti intézkedéseket vezet be, amelyek a módosított jegyzőkönyvhöz 2019 vége előtt csatlakozó feleknek kedveznek, a kelet- és délkelet-európai országokat is ideértve. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de metales pesados aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, изследванията показват, че замърсителите на въздуха могат да изменат няколко хиляди километра, преди да се отложат. Поради това проблемите трябва да бъдат решавани на международно равнище. Влязлата в сила през 1983 г. Конвенция за трансгранично замърсяване на въздуха на далечни разстояния е първият международен правно обвързващ инструмент в тази област.

Към днешна дата Конвенцията е разширена с осем протокола, определящи специфичните мерки за намаляване емисиите на замърсители на въздуха, като серни и азотни оксиди, летливи и устойчиви органични съединения, тежки метали, борба с подкиселяването, еутрофикацията и тропосферния озон, въвеждане на национални тавани и намаляване на емисиите за различни вещества под равнищата от 1990 г.

През декември 2009 г. Протоколът е изменен с цел осъвременяване на задълженията на страните и отразяване на най-добрите налични техники.

Решенията за изменение трябва да бъдат ратифицирани от страните.

Измененията на Протокола до голяма степен са обхванати от законодателството на ЕС и ще бъдат допълнително транспортирани чрез нова директива, която определя актуализирани национални тавани за емисиите на някои атмосферни замърсители.

Ратифицирането на измененията ще бъде важна стъпка към постигане на по-високо равнище на защита на здравето на човека и на околната среда от трансгранично замърсяване на въздуха. Поради това гласувах Парламентът да даде своето одобрение.

Viktor Uspaskich (ALDE), raštu. – Tolimų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencija siekiama apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką nuo oro taršos. Taigi oro taršos problemą reikia spręsti tarptautiniu lygmeniu. Siekiama sumažinti teršalų išmetimą iš pramoninių šaltinių (geležies ir plieno gamybos pramonė, spalvotųjų metalų gamybos pramonė), degimo procesų (energijos gamyba, kelių transportas) ir atliekų deginimo. Jame nustatomos iš konkrečių stambių stacionarių šaltinių išmetamų teršalų kiekio ribinės vertės ir reikalaujama, kad Šalys taikytų geriausius prieinamus gamybos būdus (GPGB). Šalys taip pat privalo sudaryti ir tvarkyti į aplinkos orą išmetamų Pb, Cd ir Hg kiekio sąrašus, palaipsniui atsisakyti etiliuoto benzino ir sumažinti gyvsidabrio koncentraciją šarminėse baterijose.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution, which contains a recommendation from the European Parliament to accept a series of amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on Heavy Metals. The objective of this Protocol is to control emissions of heavy metals caused by anthropogenic activities that are subject to long-range transboundary atmospheric transport and are likely to have significant adverse effects on human health or the environment. The parties to the protocol agreed, among other things, to reduce their total annual emissions into the atmosphere of each of the heavy metals listed in its annex, to facilitate the exchange of technologies and techniques designed to reduce emissions of heavy metals and to encourage research, development, monitoring and cooperation, primarily focusing on heavy metals.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Hablamos de una enmienda al Protocolo que presenta, en particular, unos límites más estrictos para las emisiones de polvo, así como unas disposiciones transitorias flexibles de las que se beneficiarían aquellas Partes que accedan al Protocolo enmendado antes de finales de 2019, incluidos los países del este y del sudeste de Europa. La ratificación de estas enmiendas supone un paso hacia delante al certificar un nivel más elevado de protección de la salud humana y del medio ambiente, por lo que considero necesario votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Ik stemde voor de wijziging van het Protocol van 1998 bij het verdrag van 1979 betreffende grensoverschrijdende luchtverontreiniging over lange afstand, inzake zware metalen. Deze wijziging is belangrijk met het oog op een betere bescherming van het milieu en de volksgezondheid bij grensoverschrijdende luchtverontreiniging. Deze wijziging voorziet onder andere in strengere grenswaarden en dus in een striktere regelgeving dan voorheen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos metais pesados visa reduzir e controlar as emissões antropogénicas de chumbo (Pb), cádmio (Cd) e mercúrio (Hg) para a atmosfera. Exige que as Partes reduzam o total das suas emissões anuais dos três metais indicados para níveis inferiores aos registados em 1990 ou num ano alternativo entre 1985 e 1995.

O Protocolo visa reduzir as emissões provenientes de fontes industriais (indústria do ferro e do aço, dos metais não ferrosos), dos processos de combustão (indústria, produção de eletricidade, transportes rodoviários) e da incineração de resíduos. O Protocolo estabelece valores-limite para as emissões provenientes de determinadas grandes fontes fixas e requer a utilização das melhores técnicas disponíveis (MTD).

A alteração ao Protocolo já está abrangida pela legislação da UE, mas ainda deverá ser transposta por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos e preverá inventários nacionais de emissões anuais de chumbo, cádmio e mercúrio, entre outros.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen Vorschlag zur Übernahme eines Ergänzungsprotokolls eines internationalen Abkommens, dem die Mitgliedstaaten und die EU schon beigetreten sind und bereits Rechnung tragen. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „Annahme der Änderung des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend Schwermetalle“ habe ich zugestimmt

Die Schwermetall- und Schadstoffemissionen haben einen dauerhaften schlechten Einfluss auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Diese Substanzen halten sich nicht an Grenzen – deshalb erfordert es internationale Zusammenarbeit, um wirksame Maßnahmen zum Schutz unserer Gesundheit und unseres Umfeldes einzuführen. Die 1998 festgelegten Protokolle versuchen genau das zu erreichen, etwa durch die Klarstellung von beispielsweise nationalen Emissionsgrenzen. In anderen Worten, die Protokolle stellen Werkzeuge dar, die Europa bei der Kontrolle der Emissionen helfen sollen.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτως*. – Στήριξα την εν λόγω σύσταση του συναδέλφου κ La Via σχετικά με την αποδοχή της τροποποίησης του πρωτοκόλλου για τα βαρέα μέταλλα του 1998 της Σύμβασης του 1979 για τη διαμεθοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση σε μεγάλες αποστάσεις. Η τροποποίηση αυτή θα αποτελέσει ένα σημαντικό βήμα προς ένα υψηλότερο επίπεδο προστασίας της ανθρώπινης υγείας και του περιβάλλοντος, ενώ παράλληλα είναι πλήρως σύμφωνη με την ισχύουσα νομοθεσία της ΕΕ.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El objetivo de este informe es controlar y reducir el daño que causa la contaminación atmosférica transfronteriza a la salud humana y al medio ambiente. Dicho informe hace referencia a uno de los ocho protocolos del Convenio sobre la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia.

Concretamente, se refiere al Protocolo de Aarhus de 1998 sobre metales pesados, que se centra en la reducción y control de las emisiones a la atmósfera de plomo, cadmio y mercurio. Dicho Protocolo obliga a las partes afectadas a reducir las emisiones de origen industrial, procesos de combustión e incineración de residuos. Para todo ello, establece valores límite.

Dado que defiende plenamente el bienestar social y el cuidado del medio ambiente, apoyo plenamente este informe, que tiene como objetivo establecer valores límite más estrictos para las emisiones de partículas que procedan de determinadas fuentes estacionarias de gran tamaño.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza è volta a tutelare l'ambiente umano dall'inquinamento atmosferico. Diversi studi realizzati tra il 1972 e il 1977 avevano dimostrato che gli inquinanti atmosferici potevano essere trasportati per migliaia di chilometri prima di depositarsi, il che aveva posto in evidenza la necessità di affrontare a livello internazionale i problemi causati dall'inquinamento atmosferico. Firmata nel 1979 ed entrata in vigore nel 1983, la convenzione è stata il primo strumento internazionale giuridicamente vincolante adottato in questo settore: essa stabilisce un quadro per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero alla salute umana e all'ambiente. Ad oggi, la convenzione è stata ampliata da otto protocolli. L'ottavo protocollo per la prima volta concerne vari inquinanti e molteplici effetti e prevede limiti nazionali di emissione specifici, come anche impegni di riduzione relativi a varie sostanze. Il protocollo emendato stabilisce, in particolare, valori limite più rigorosi per le emissioni di polveri provenienti da alcune grandi fonti fisse. Gli emendamenti sono pienamente coerenti con la normativa vigente in UE e la loro ratifica costituirà un importante passo avanti verso un livello più elevato di protezione della salute umana e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – V rámci tohto legislatívneho uznesenia Európsky parlament udelil súhlas so zmenou protokolu o ťažkých kovoch k Dohovoru o diaľkovom znečisťovaní ovzdušia prechádzajúcim hranicami štátov, ktorý pochádza z roku 1979. Cieľom tohto protokolu je znižovanie a kontrola vypúšťania emisií ťažkých kovov, ako sú olovo či ortuť, a to najmä v súvislosti s priemyselnými zdrojmi, spaľovacími procesmi a spaľovaním odpadov. Rovnako zaväzuje zmluvné strany na postupné zrušenie olovnateho benzínu, či zníženie úrovne ortuti v alkalických batériách a meracích prístrojoch. Samozrejme, všetky tieto zmeny a obmedzenia budú vyžadovať zavedenie príslušných opatrení na úrovni zmluvných strán, čo sa môže nemálo dotknúť aj Slovenska, ale myslím si, že vzhľadom na negatívne dopady emisií ťažkých kovov na zdravie a životné prostredie, ako aj nemožnosť kontrolovať emisie na vnútroštátnej úrovni, čo je spôsobené rýchlym a nekontrolovateľným šírením cez hranice národných štátov, je takáto medzinárodná úprava veľmi dôležitá. Preto som tento, ako aj druhý návrh pána poslanca La Via o protokole týkajúcom sa perzistentných organických látok podporila.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval som za priporičilo o osnutku sklepa Sveta o sprejetju sprememb Protokola iz leta 1998 o obstojnih organskih onesnaževalih h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja, ki bo določala posodobljene nacionalne zgornje meje emisij za nekatera onesnaževala zraka in omogočila uvedbo letnih nacionalnih evidenc emisij, ki bodo med drugim zajemale emisije svinca, kadmija in živega srebra.

Ratifikacija ukrepov in zavez bo pomembno pripomogla k zmanjševanju škode za človekovo zdravje in okolje ter omejila čezmejno onesnaževanje zraka.

7.3. Annahme der Änderungen des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe (A8-0001/2016 - Giovanni La Via)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Alcuni studi condotti negli anni '70 hanno evidenziato come gli inquinanti atmosferici possano essere trasportati per migliaia di chilometri, cagionando danni enormi alla salute umana e all'ambiente. La convenzione stipulata nel 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero ha cercato di contrastare il fenomeno, elaborando un quadro per la riduzione e il controllo dell'inquinamento. L'adozione di otto successivi protocolli ha modificato il testo originale, aggiornando il catalogo delle sostanze vietate ed inasprendo i limiti d'emissione, soprattutto per quelle sostanze, indicate come «diossine», prodotte da attività umane e naturali. Per queste ragioni ho espresso voto positivo agli emendamenti che rafforzano le politiche di prevenzione e che stabiliscono parametri e obblighi ulteriori, tali da tutelare in modo efficiente non solo l'ambiente ma la salute di tutti i cittadini.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de la aceptación de enmiendas procedimentales que actualizan el alcance de los convenios internacionales ya aprobados por las Partes a nivel internacional y que se incorporan ahora al marco de la legislación de la UE. He votado a favor porque considero que la ratificación de las enmiendas es un avance de cara a un nivel a más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por contaminantes orgánicos persistentes.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette recommandation relative aux amendements au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux polluants organiques persistants.

En effet, si les polluants organiques persistants sont extrêmement nocifs, tant pour l'homme que pour la nature, et que ces amendements sont en conformité avec la législation de l'UE, les États membres sont déjà signataires de ce protocole. Je juge donc qu'il n'est pas nécessaire que l'UE signe ces amendements; cela n'apporterait pas de valeur ajoutée. De plus, il serait judicieux de faire ratifier le protocole d'Aarhus aux grandes puissances industrielles de pays tiers comme les États-Unis ou la Chine.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ στο συγκεκριμένο τροποποιημένο πρωτόκολλο καθώς αυτό περιλαμβάνει επτά νέες ουσίες, ενημερωμένες απαιτήσεις εφαρμογής για διάφορες ουσίες, ενημερωμένους περιορισμούς για τις εκπομπές PCDD/PCDF από διάφορες πηγές, και προσθέτει τα PCB στον κατάλογο των ουσιών που επηρεάζονται από τους συνολικούς ετήσιους περιορισμούς εκπομπών και τις υποχρεώσεις υποβολής εκθέσεων. Οι τροποποιήσεις συνάδουν πλήρως με την υπάρχουσα ευρωπαϊκή νομοθεσία

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Soutenir l'amendement sur les POP n'est pas nécessaire. En effet, à l'exception de Malte, les États de l'UE sont déjà signataires du protocole d'Aarhus à ce sujet. La recommandation de la commission n'amène pas de valeur ajoutée, ni de portée juridique. Il serait plus utile que l'UE se rapproche des grandes puissances industrielles pour les convier à adhérer aussi à ce protocole sous la direction de l'ONU. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in the importance of improving air pollution not just in Europe but across the world.

However I do not believe that the Commission's proposal to expand legislation in this area is the correct way to achieve this. The European Union's policies on energy and climate have already caused irreparable damage to the United Kingdom's industry and economy.

I abstained on this proposal as I agree with the aim to improve air pollution in Europe but I believe that this legislation will not achieve this.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ces amendements car ils représentent une étape importante vers un niveau de protection plus élevé de la santé humaine et de l'environnement contre la pollution atmosphérique transfrontière. Les vents ne connaissent pas les frontières, il est alors nécessaire de s'attaquer aux problèmes engendrés par la pollution atmosphérique au niveau européen et international.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl 1979 m. Tolimų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos 1998 m. protokolo dėl sunkiųjų metalų pakeitimų. Šia konvencija siekiama apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką nuo oro taršos. 1972-1977 m. atlikti tyrimai parodė, kad oro teršalai gali keliauti kelis tūkstančius kilometrų, kol nusės, todėl šia problema būtina spręsti tarptautiniu lygmeniu. 1979 m. pasirašyta Konvencija buvo pirma teisiškai privaloma tarptautinė priemonė šioje srityje. Jos pagalba buvo sukurta sistema, leidusi kontroliuoti ir mažinti tarpvalstybinių oro teršalų pernašų keliamą žalą žmonių sveikatai ir aplinkai. Konvenciją papildžiusiu 1998 m. Orhuso protokolu dėl patvariųjų organinių teršalų siekiama riboti, mažinti arba nutraukti POT išmetimą, jų patekimą ir išsiskyrimą į aplinką. Šalys turi užtikrinti, kad stambiųjų stacionarių teršalų išmetimo šaltinių operatoriai taikytų geriausius prieinamus gamybos būdus, tam tikruose atliekų deginimo įrenginiuose būtų laikomasi nustatytų išmetamo teršalų kiekio ribinių verčių ir kt. Pritariu siūlyme išdėstytiems pakeitimams, kuriais siekiama užtikrinti aukštesnę žmonių sveikatos ir aplinkos apsaugos nuo tarpvalstybinių oro teršalų pernašų lygį.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le protocole d'Aarhus – qui porte le nom de la deuxième ville du Danemark, où fut signée une première convention en juin 1998, cinq ans avant le protocole du même nom – concerne la pollution transfrontalière sur de longues distances. Les amendements en question visent à fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds ou des polluants organiques persistants (comme les PCB par exemple).

Le protocole d'Aarhus est placé sous l'égide de l'ONU, les parties signataires sont pour l'essentiel des États européens ainsi que l'Union européenne. Mais tous les États de l'UE ne sont pas au même stade d'engagement et Malte n'a par exemple ni signé ni donc ratifié le protocole d'Aarhus.

Les métaux lourds et les POP – polluants organiques persistants – sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. À titre d'exemple, près de la moitié des oiseaux migrateurs a déjà disparu à cause des effets des POP sur leur sens de l'orientation.

Cependant, les amendements en question sont déjà largement couverts par nos législations et l'UE ferait mieux de commencer par demander à des pays tiers comme les États-Unis ou la Chine de signer et/ou ratifier ce protocole, avant de nous imposer de nouvelles contraintes.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a été signée en 1979 et est entrée en vigueur en 1983.

Elle a depuis été étendue au moyen de huit protocoles recensant de manière spécifique les mesures à prendre par les parties pour réduire leurs émissions de polluants atmosphériques, dont le protocole d'Aarhus de 1998 relatif aux polluants organiques persistants. Son objectif était de lutter contre les rejets, les émissions et les fuites de ces polluants organiques.

J'ai approuvé la présente décision qui vise à accepter les amendements à ce protocole afin de fixer un niveau de protection plus élevé de la santé humaine et de l'environnement contre la pollution atmosphérique transfrontière.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il protocollo di Aarhus del 1998 sugli inquinanti organici persistenti ha rappresentato un importante passo avanti nella tutela dell'ambiente e della salute dei cittadini. Le limitazioni imposte all'uso di diclorodifeniltricloroetano (DDT), esaclorocicloesani (HCH) e policlorobifenili (PCB) sono state collegate all'obbligo di impiego delle migliori tecniche disponibili e di un corretto smaltimento e trasporto degli inquinanti diventati rifiuti. Oggi ho votato a favore della relazione La Via sugli emendamenti al protocollo del 1998, che si collega alla ratifica da parte delle parti contraenti delle decisioni del 2009 che hanno modificato alcuni aspetti del protocollo. Gli emendamenti sono perfettamente coerenti con la normativa UE vigente e rappresentano un miglioramento degli standard internazionali in materia, per questo motivo ho deciso di sostenere la relazione

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de contaminantes orgánicos persistentes aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre las enmiendas del Protocolo de 1998 del Convenio de 1979 sobre la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por contaminantes orgánicos persistentes. El Convenio tiene por objeto proteger el entorno humano de la contaminación atmosférica. Hasta la fecha el Convenio se ha ampliado con ocho protocolos que establecen medidas específicas que han de adoptar las Partes para reducir sus emisiones de contaminantes atmosféricos. Considero positiva la nueva incorporación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cet amendement concerne le protocole d'Aarhus sur la pollution transfrontalière aux métaux lourds (les PCB par exemple). Les signataires de ce protocole sont pour la plupart des États européens ainsi que l'Union européenne.

Les amendements sont déjà largement couverts par la législation de l'Union européenne. La recommandation de la Commission n'a ni valeur ajoutée ni portée juridique surtout que les États membres sont déjà parties au protocole.

Il n'est d'aucune utilité de soutenir cette recommandation. En revanche, on ne peut qu'inviter l'Union européenne à se rapprocher des grandes puissances industrielles afin de les inviter à signer et/ou à ratifier le protocole d'Aarhus comme les États-Unis (pas ratifié) ou la Chine (pas ratifié et pays non signataire).

J'ai donc décidé de voter contre cette recommandation.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione del collega La Via è ben ponderata e condivisibile. Gli emendamenti proposti al protocollo di Århus del 1998 hanno l'obiettivo di ridurre e controllare maggiormente sia le emissioni di «metalli pesanti» sia quelle di «inquinanti organici persistenti». Ritengo di fondamentale importanza il potenziamento della normativa attuale che porterà sicuramente una maggiore tutela sia per l'ambiente sia per la salute dei nostri cittadini. Per questi motivi mi sono espressa in favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a las enmiendas del Protocolo de 1998 al Convenio de 1979 sobre contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por contaminantes orgánicos persistentes.

Varios estudios realizados entre 1972 y 1977 habían demostrado que los contaminantes atmosféricos podían recorrer varios miles de kilómetros antes de depositarse, por lo que es preciso abordar los problemas derivados de la contaminación atmosférica a escala internacional. El Convenio, firmado en 1979 y que entró en vigor en 1983, fue el primer instrumento internacional jurídicamente vinculante en este ámbito y se ha ampliado con ocho protocolos que establecen medidas específicas, entre ellos el relativo a los contaminantes orgánicos persistentes.

Este Protocolo enmendado incluye siete nuevas sustancias, actualiza los requisitos de ejecución aplicables a diversas sustancias, actualiza las restricciones aplicables a las emisiones de DDP/PCDF procedentes de diversas fuentes y añade los PCB a la lista de sustancias a las que se aplican las restricciones de las emisiones anuales totales y las obligaciones de información.

La ratificación de las enmiendas será un paso importante hacia un nivel más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria 1979 m. Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos 1998 m. Protokolo dėl patvariųjų organinių teršalų pakeitimų priėmimui. Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria 1979 m. Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos 1998 m. Protokolo dėl sunkiųjų metalų pakeitimams. Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencija siekiama apsaugoti žmonių sveikatą ir aplinką nuo oro taršos. 1972-1977 m. atlikti keli tyrimai parodė, kad oro teršalai gali keliauti kelis tūkstančius kilometrų, kol nusės. Taigi oro taršos problemą reikia spręsti tarptautiniu lygmeniu. 1979 m. pasirašyta ir 1983 m. įsigaliojusi Konvencija buvo pirma teisiškai privaloma tarptautinė priemonė šioje srityje. Minėta konvencija buvo sukurta sistema, leidusi kontroliuoti ir mažinti tarpvalstybinių oro teršalų pernašų keliamą žalą žmonių sveikatai ir aplinkai.

Franč Bogovič (PPE), pisno. – Poslanci EPP smo enotno podprli spremembo sporazuma, to je Protokola iz leta 1998 o obstojnih organskih onesnaževalih h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja.

Cilji iz leta 1998, ki sledijo nadziranju, zmanjševanju ali odpravljanju izpustov, emisij in izgub obstojnih organskih onesnaževalcev se nadgrajujejo s posodobitvami protokola, ki vključujejo sedem novih snovi, posodabljaajo se zahteve glede več snovi in omejitve za emisije dioksinov in furanov ipd.

Ratifikacije teh sprememb pomenijo pomemben napredek k večji zaščiti človeškega zdravja in okolja pred čezmejnimi onesnaževanji zraka.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Il protocollo di Aarhus del 1998 alla convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza, ha, tra gli obiettivi, quello di controllare le emissioni, le fuoriuscite e gli scarichi di inquinanti organici persistenti, con azioni previste volte a ridurre l'uso di DDT e altre sostanze nocive. Oltre all'aggiornamento degli obblighi sulle limitazioni delle emissioni e all'aggiunta di altre sostanze nocive soggette a obblighi di riduzioni, la modifica al protocollo prevede anche specifiche esenzioni e termini flessibili per le economie in transizione, in modo tale da agevolare la ratifica da parte di tutti. Ho dunque votato a favore di questa relazione che approva gli emendamenti e sostiene una più vigorosa protezione della salute umana e dell'ambiente.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Les amendements au protocole d'Aarhus concernant la pollution transfrontalière sur de longues distances prévoient de fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des polluants organiques persistants.

Les États membres sont déjà signataires, il n'est donc pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. En revanche, cette dernière devrait se rapprocher des grandes puissances industrielles des pays tiers pour les inviter à signer et/ou ratifier le protocole comme les États-Unis ou la Chine.

Par conséquent, j'ai voté contre ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante gli inquinanti organici persistenti e i relativi protocolli siano dei documenti fondamentali per la protezione dell'ambiente e della salute degli individui e che, pertanto, sia compito dell'Unione garantirne la completa applicazione.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – Dal 1972 sappiamo che gli inquinanti atmosferici vengono trasportati per migliaia di chilometri prima di depositarsi, il che aveva posto in evidenza la necessità di affrontare a livello internazionale i problemi causati dall'inquinamento atmosferico già nel 1979, con la firma della convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero entrata in vigore nel 1983. Con essa si stabilisce un quadro comune per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero alla salute umana e all'ambiente. Oggi il Parlamento europeo deve sostenere la proposta di aggiornamento del protocollo del 1998 avanzata dalla Commissione per ridurre e controllare le emissioni antropogeniche di diclorodifeniltricloroetano (DDT), esaclorocicloesani (HCH) e policlorobifenili (PCB), nonché ridurre le emissioni annue totali di idrocarburi policiclici aromatici (IPA), diossine/furani (PCDD/PCDF) e di esaclorobenzene (HCB) nell'atmosfera: le parti devono essere tenute a ridurre le proprie emissioni annue totali di questi tre metalli portandole a livelli inferiori a quelli del 1990 e vengono definiti i valori limite di emissione applicabili a determinate grandi fonti fisse, oltre all'imposizione agli Stati di applicare le migliori tecniche di produzione disponibili (BAT). È importante sostenere ogni sforzo volto a contenere l'inquinamento atmosferico e a tutelare la salute dei nostri cittadini.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Placé sous l'égide des Nations Unies, le protocole d'Aarhus vise à limiter la pollution atmosphérique transfrontalière sur de longues distances. La quasi-totalité des parties signataires sont des États membres de l'Union européenne bien qu'ils ne soient pas tous au même stade d'engagement. Ces amendements ont vocation à fixer les limites d'émission de poussières contenant des polluants organiques persistants.

Sur le fond, nous savons pertinemment que les polluants organiques persistants représentent un véritable danger pour l'Homme et pour la nature. D'un point de vue juridique, nous estimons que les objectifs de ces amendements sont en parfaite adéquation avec la législation de l'Union européenne. Néanmoins, nous ne considérons pas qu'il soit indispensable pour le Parlement européen de ratifier ces amendements dans la mesure où les États membres sont déjà signataires. Si l'objectif pour les institutions européennes, toujours parées de bonnes intentions, est bel et bien de réduire l'émission de ces poussières, alors le réel défi est de parvenir à convaincre les autorités fédérales des États-Unis ainsi que celles des pays émergents comme la Chine et l'Inde à ratifier le protocole d'Aarhus.

J'ai donc voté contre ces amendements.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Poluarea atmosferică este dăunătoare pentru sănătatea umană și pentru ecosisteme. O mare parte a populației nu locuiește într-un mediu sănătos, potrivit standardelor actuale. Acest fapt ne determină să acționăm prin mecanismele pe care le avem la îndemână. Unul dintre acestea este Convenția asupra poluării atmosferice transfrontaliere pe distanțe lungi, precum și protocoalele la această convenție.

Având în vedere schimbările care survin de la un an la altul în ceea ce privește gradul poluării, modificările aduse Protocolului din 1998 la Convenția menționată anterior reprezintă o adaptare necesară la noile realități ale mediului înconjurător.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece ratificarea modificărilor va reprezenta un pas important către un nivel mai ridicat de protecție a sănătății umane și a mediului împotriva poluării atmosferice transfrontaliere.

Gianluca Buonanno (ENF), per iscritto. – Il protocollo di Århus del 1998 sugli inquinanti organici persistenti ha l'obiettivo di controllare, ridurre o eliminare gli scarichi, le emissioni e le fuoriuscite di inquinanti organici persistenti (diclorodifeniltricloroetano (DDT), esaclorocicloesani (HCH), policlorobifenili (PCB), idrocarburi policiclici aromatici (IPA), diossine/furani (PCDD/PCDF) ed esaclorobenzene (HCB)).

Nel dicembre 2009 il protocollo è stato modificato dalle decisioni 2009/1, 2009/2, 2009/3 e 2009/4, le ultime due delle quali si riferiscono alle migliori tecniche disponibili (BAT). Le decisioni 2009/1 e 2009/2 comprendono sette nuove sostanze, aggiornano gli obblighi di attuazione per numerose sostanze, aggiornano le limitazioni delle emissioni di PCDD/PCDF provenienti da diverse fonti e aggiungono i PCB all'elenco di sostanze soggette alle limitazioni annuali di emissione e agli obblighi di segnalazione.

Gli emendamenti al protocollo, già in gran parte coperti dalla normativa dell'UE, saranno ulteriormente recepiti grazie alla revisione della direttiva che fissa i limiti nazionali di emissione (NEC) di alcuni inquinanti atmosferici e stabilisce inventari nazionali annuali delle emissioni, attualmente in corso. Voto positivo.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della raccomandazione concernente il progetto di decisione del Consiglio relativa all'accettazione degli emendamenti del protocollo del 1998 della convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante gli inquinanti organici persistenti. Il problema dell'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza è stato affrontato a livello internazionale dalla convenzione firmata nel 1979 ed entrata in vigore nel 1983. Negli anni, essa è stata ampliata da otto protocolli, come quello del 1998 sugli inquinanti organici persistenti, istituito con l'obiettivo di controllare, ridurre o eliminare gli scarichi, le emissioni e le fuoriuscite di inquinanti organici persistenti, limitando l'uso di molte sostanze rispetto al periodo anteriore al 1990. Gli emendamenti al protocollo, già in gran parte coperti dalla normativa dell'UE, saranno ulteriormente recepiti grazie a una nuova direttiva che aggiorna i limiti nazionali di emissione di alcuni inquinanti atmosferici e stabilisce inventari nazionali annuali delle emissioni.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le modifiche al protocollo alla convenzione sull'inquinamento atmosferico a grande distanza comprendono l'inclusione di ben sette nuove sostanze inquinanti persistenti, aggiornano gli obblighi di attuazione e le limitazioni delle emissioni totali annue di diossine/furani (PCDD/PCDF) provenienti da diverse fonti, e prevedono l'aggiunta dei policlorobifenili (PCB) all'elenco delle sostanze soggette alle limitazioni annuali di emissione. Si tratta quindi di un importante passo per una gestione internazionale dei problemi causati dall'inquinamento atmosferico e ho votato a favore della ratifica di tali emendamenti con grande convinzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση που τονίζει ότι οι ατμοσφαιρικοί ρύποι είναι δυνατό να διανύσουν πολλές χιλιάδες χιλιόμετρα προτού εναποτεθούν και ως εκ τούτου τα προβλήματα που προκαλούνται από την ατμοσφαιρική ρύπανση θα πρέπει να αντιμετωπίζονται σε διεθνές επίπεδο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Η Σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για την αποδοχή των τροποποιήσεων του Πρωτοκόλλου για τους έμμεσους οργανικούς ρύπους του 1998 στη Σύμβαση του 1979 για τη διασυννοική ατμοσφαιρική ρύπανση μεγάλης απόστασης εντάσσεται στο σύνολο των συζητήσεων που κάνουμε με στόχο την απομείωση των επιβαρυντικών για το περιβάλλον στοιχείων. Ως εκ τούτου θεωρώ πως είναι ιδιαίτερα σημαντικό να υποστηρίξουμε ανάλογες πρωτοβουλίες, ώστε να βελτιώσουμε τις συνθήκες ζωής των πολιτών αλλά και να προστατεύσουμε το ίδιο το περιβάλλον. Για αυτόν ακριβώς το λόγο ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore degli emendamenti in quanto credo sia doveroso affrontare a livello europeo i problemi causati dall'inquinamento atmosferico. Il protocollo di Aarhus sugli inquinanti organici persistenti ha l'obiettivo di controllare e ridurre gli scarichi e le emissioni di tali sostanze. Con questo voto si muovono importanti passi nella direzione della protezione dell'ambiente e del contrasto all'inquinamento, obiettivi fondamentali che l'Unione europea deve perseguire a livello sovranazionale e dei singoli Stati.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa raccomandazione perché, oltre a confermare dei principi su cui concordo e che sono già parte di altri provvedimenti normativi, va nella direzione del miglioramento della qualità dell'aria e della maggiore protezione della salute dei cittadini. Visti gli evidenti vantaggi, ho preso facilmente questa decisione di voto.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The Convention on Long-range Transboundary Air Pollution aims to protect the environment against air pollutants. Air pollutants have the potential to travel several thousand kilometres before being deposited. The amended Protocol updates implementation requirements for several substances, including PCDD/PCDF emissions from several sources. PCBs will be added to the list of substances affected by the total annual emission restrictions. Flexible timeframes will be provided for parties with an economy in transition regarding the application of emission limit values and for the choice of the reference year for the total annual emissions. A new directive setting updated national emission ceilings for certain atmospheric pollutants and annual national emission inventories will deal with emissions of POPs, including PAHs, PCDD/PCDF, HCB and PCBs. Ratifying this amendment aims to provide a higher level of protection of human health and preserve the environment against transboundary air pollution.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o Relatório do colega La Via sobre os poluentes orgânicos persistentes. Foi já provado cientificamente que os poluentes atmosféricos podem viajar vários milhares de quilómetros antes da deposição. Mais uma razão para uma abordagem internacional.

O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos poluentes orgânicos persistentes tem por objetivo controlar, reduzir ou eliminar as descargas, emissões e perdas de poluentes orgânicos persistentes. Em dezembro de 2009, o Protocolo foi alterado pelas Decisões 2009/1, 2009/2, 2009/3 e 2009/4, sendo as duas últimas relativas às melhores técnicas disponíveis.

As Decisões 2009/1 e 2009/2 devem ser ratificadas pelas partes. O Protocolo alterado inclui sete novas substâncias, atualizações dos requisitos de aplicação relativas a diversas substâncias, restrições às atualizações relativas a diversas emissões e alarga a lista de substâncias afetadas pelas restrições às emissões totais anuais e sujeitas à obrigação de apresentação de relatórios.

Será necessária uma nova diretiva para atualizar os valores-limite nacionais de emissão de poluentes atmosféricos e prever inventários nacionais das emissões anuais que abrangerão os poluentes orgânicos persistentes.

As derrogações específicas e os calendários de transição flexíveis para as economias em transição deverão permitir a todas as partes cumprir o Protocolo essencial para um nível mais elevado de proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Già dagli anni settanta esistono studi sulla dannosità per l'ambiente e per la salute umana provocati dalle emissioni di inquinanti organici persistenti nell'atmosfera. Da allora, la materia ha continuato a evolversi in concomitanza con l'insorgere di nuove questioni e problematiche. La ratifica degli emendamenti al protocollo su tale settore, a cui l'Unione ha aderito nel 2004, risulta importante al fine di non ostacolare il percorso intrapreso che permette un continuo miglioramento delle regolamentazioni in merito agli inquinanti organici persistenti. Gli emendamenti apportati consentiranno ai cittadini dell'UE di poter vivere in un ambiente sempre più sano e per questi motivi ho deciso di esprimere il mio voto favorevole.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The Protocol in question aims at reducing emissions from industrial sources (iron and steel industry, non-ferrous metal industry), combustion processes (power generation, road transport), and waste incineration. I have voted in favour of the EU accepting amendments to the Protocol so as to ensure continued relevance of the aims of the Protocol itself.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de la aceptación de enmiendas procedimentales que actualizan el alcance de los convenios internacionales ya aprobados por las Partes a nivel internacional y que se incorporan ahora al marco de la legislación de la UE. He votado a favor porque considero que la ratificación de las enmiendas es un avance de cara a un nivel a más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por contaminantes orgánicos persistentes.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento europeo che ho votato in favore, approva gli emendamenti al protocollo della convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante gli inquinanti organici persistenti. Gli emendamenti proposti fissano dei limiti alle emissioni transfrontaliere più stringenti rispetto a quelli indicati nel protocollo della convenzione al fine di una maggiore prevenzione dell'inquinamento atmosferico e dei suoi effetti sulla salute umana.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A nagy távolságra jutó, országhatárokon áttérjedő levegőszennyezésről szóló egyezmény célja az emberi környezet levegőszennyezéssel szembeni védelme. A légszennyező anyagok több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának, ezért a levegőszennyezés által okozott problémákkal nemzetközi szinten kell foglalkozni. Az 1983-ban életbe lépett egyezmény az első, kötelező jogi erővel bíró nemzetközi eszköz, amely létrehozta az országhatárokon áttérjedő levegőszennyezés káros hatásai nyomon követésének és csökkentésének keretét. Az egyezményt nyolc jegyzőkönyvvel egészítették ki. Az 1998. évi aarhusi jegyzőkönyv célja a környezetben tartósan megmaradó szerves szennyező anyagok kiengedésének, kibocsátásának és veszteségeinek ellenőrzése, csökkentése vagy kiküszöbölése. A Közösségnek a jegyzőkönyvhöz való csatlakozását a 2004. február 19-i 2004/259/EK tanácsi határozat hagyta jóvá.

A 2009/1. határozatot a részes feleknek ratifikálniuk kell. A módosított jegyzőkönyv hét új anyagot tartalmaz, frissíti a végrehajtási követelményeket, a korlátozásokat, és bővíti azon anyagok körét, amelyekre éves kibocsátási korlátozások és jelentéstételi kötelezettségek vonatkoznak. A jegyzőkönyv módosításaiban foglaltakat uniós jogszabály szabályozza, és további végrehajtására egy új irányelv révén kerül majd sor.

A módosítások ratifikációja jelentős lépést jelent majd az emberi egészség és a környezet országhatárokon áterjedő levegőszennyezéssel szembeni védelmének magasabb szintje eléréséhez. Szavazatommal támogattam a tanácsi határozat-tervezethez szükséges parlamenti egyetértés megadását.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I supported this amendment to the Aarhus Protocol on Persistent Organic Pollutants, as the amended protocol includes seven new substances, updates implementation requirements for several substances, updates restrictions for PCDD/PCDF emissions from several sources and adds PCBs to the list of substances affected by the total annual emission restrictions and reporting obligations. The amendments are fully consistent with existing EU legislation.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport non législatif propose le soutien du Parlement européen aux amendements pour le protocole sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance en ce qui concerne les métaux lourds.

Entrée en vigueur en 1983, cette convention a créé un cadre pour contrôler et réduire les dommages à la santé humaine et à l'environnement causés par la pollution de l'air dans les zones transfrontalières. En 2012, des amendements ont été adoptés afin de fixer des limites plus strictes sur les émissions de polluants organiques, et afin de mettre en place un régime transitoire flexible pour les nouvelles parties à la convention, notamment les pays de l'Est et du Sud-Est de l'Europe.

Considérant que ces amendements sont déjà couverts par la législation européenne dans le cadre de la directive révisée sur les plafonds nationaux d'émission (NEC) récemment adoptée par le Parlement et en cours de négociation avec le Conseil, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Par ce vote, le Parlement européen a approuvé les amendements au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux polluants organiques persistants. Je soutiens évidemment toute mesure allant vers une meilleure protection de la santé des citoyens européens, mais aussi de leur environnement.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de la Résolution du Parlement appelant le Conseil à accepter, au nom de l'Union européenne, les amendements au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux polluants organiques persistants.

Approuvée en 1981, cette convention est le principal cadre juridique international régissant la coopération et les mesures visant à limiter et à réduire progressivement la pollution atmosphérique et à éviter ses effets néfastes sur la santé humaine et l'environnement dans la région de la CEE-ONU.

Le texte des amendements proposés au protocole de 1998 comprend de nouvelles substances, une actualisation du régime d'application prévu pour certaines émissions ainsi que des valeurs limites (VLE) applicables aux émissions de dioxines/furannes (PCDD/PCDF) provenant de certains incinérateurs des déchets, l'établissement de nouvelles valeurs limites pour les émissions de PCDD/PCDF provenant des ateliers d'agglomération et des fours électriques à arc, et l'ajout des PCB à la liste de substances dont les émissions annuelles doivent rester inférieures au niveau de l'année de référence et être déclarées.

Je soutiens et me réjouis de ces nouvelles visant à mieux protéger la santé humaine et l'environnement.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – De même que sur la problématique des métaux lourds, les objectifs de ces amendements sont louables, mais ils n'apportent aucune valeur ajoutée à l'actuelle législation européenne. Étant opposée à une multiplication contreproductive des normes et des textes, je me suis opposée à ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Ла Виа относно измененията към протокола от 1998 към Конвенция за трансгранично замърсяване на въздуха на далечни разстояния от 1979 г. Протоколът от 1998 година очертава най-добрите съществуващи техники за намаляване на вредните емисии. Неговата цел е да контролира или елиминира емисии или загуби на устойчивите органични замърсители. Ратифицирането на този протокол представлява стъпка напред в борбата със замърсяването.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – La convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza è volta a tutelare l'ambiente umano dall'inquinamento atmosferico. Firmata nel 1979 ed entrata in vigore nel 1983, la convenzione è stata il primo strumento internazionale giuridicamente vincolante in questo settore. Essa stabilisce un quadro per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero alla salute umana e all'ambiente. La convenzione affida al segretariato esecutivo della Commissione economica per l'Europa delle Nazioni Unite (UNECE) le funzioni di segretariato. Ad oggi, la convenzione è stata ampliata da otto protocolli. Quello in oggetto, entrato in vigore il 23 ottobre 2003, è stato recepito nel diritto dell'UE tramite diversi strumenti ed è stato modificato dalle decisioni 2009/1, 2009/2, 2009/3 e 2009/4, le ultime due delle quali si riferiscono alle BAT. Il protocollo modificato comprende sette nuove sostanze, aggiorna gli obblighi di attuazione per numerose sostanze, aggiorna le limitazioni delle emissioni di PCDD/PCDF provenienti da diverse fonti e aggiunge i PCB all'elenco di sostanze soggette alle limitazioni annuali di emissione e agli obblighi di segnalazione, assicurando un livello più elevato di protezione della salute umana e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero. Per questi motivi, ho votato a favore della raccomandazione.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Convenção sobre a poluição atmosférica transfronteiriça a longa distância visa proteger o ambiente humano contra a poluição atmosférica. A Convenção, assinada em 1979 e em vigor desde 1983, foi o primeiro instrumento internacional juridicamente vinculativo neste domínio, tendo estabelecido o contexto para controlar e reduzir os danos para a saúde humana e para o ambiente decorrentes da poluição atmosférica transfronteiriça.

Até à data, o âmbito da Convenção foi alargado por oito protocolos que identificam medidas específicas a adotar pelas partes signatárias a fim de reduzir as respetivas emissões de poluentes atmosféricos. As presentes alterações já são, em grande medida, abrangidas pela legislação da UE e serão ulteriormente transpostas por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos. A ratificação das alterações será um passo importante no sentido de um nível mais elevado de proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération, parce que je considère que ce n'est pas le rôle de l'Union européenne de ratifier des amendements à un traité international.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os poluentes atmosféricos podem viajar vários milhares de quilómetros antes da deposição. Os problemas causados pela poluição atmosférica devem ser, por isso, abordados a nível internacional. A Convenção sobre a poluição atmosférica transfronteiriça a longa distância foi o primeiro instrumento internacional juridicamente vinculativo neste domínio, criando um quadro para controlar e reduzir os danos para a saúde humana e para o ambiente decorrentes da poluição atmosférica transfronteiras.

O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos poluentes orgânicos persistentes tem por objetivo controlar, reduzir ou eliminar as descargas, emissões e perdas de poluentes orgânicos persistentes (POP). Exige que as partes suprimam a produção e utilização de substâncias relevantes, restrinjam a utilização do diclorodifeniltricloroetano (DDT), de hexaclorociclo-hexanos (HCH) e de bifenilos policlorados (PCB), e que reduzam o total das suas emissões anuais de hidrocarbonetos aromáticos policíclicos (HAP), de dioxinas/furanos (PCDD/PCDF) e de hexaclorobenzeno (HCB) para níveis inferiores aos de 1990 ou de um ano alternativo entre 1985 e 1995. As partes devem assegurar que os operadores das principais fontes fixas de emissão utilizem as melhores técnicas disponíveis (MTD).

A adesão da Comunidade ao Protocolo foi aprovada pela Decisão 2004/259/CE do Conselho. O Protocolo foi transposto para o direito da UE através de vários instrumentos e desde então alterado sucessivas vezes.

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Dohovor o diaľkovom znečisťovaní ovzdušia prechádzajúcim hranicami štátov má za cieľ zabezpečenie ochrany ľudského zdravia a životného prostredia pred znečistením ovzdušia. Týmto dohovorom bol zavedený program spolupráce pre monitorovanie a meranie rozsiahleho prenášania znečisťujúcich látok v ovzduší. Následne bolo k dohovoru pripojených osem protokolov identifikujúcich osobitné opatrenia smerujúce k zníženiu emisných látok znečisťujúcich ovzdušie. Návrh rozhodnutia Rady zahŕňa zmeny protokolu, ktoré sú dôležitým krokom smerujúcim k vyššej úrovni ochrany ľudského zdravia a životného prostredia a týkajú sa perzistentných organických látok.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla proposta di revisione dei limiti nazionali di emissione di alcuni inquinanti organici persistenti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτός*. – Υπερψηφίζω τη σύσταση καθώς οι τροποποιήσεις του Πρωτοκόλλου για τους έμμο-
νους οργανικούς ρύπους του 1998 στη Σύμβαση του 1979 για τη διασυνοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση μεγάλης απόστασης,
είναι αναγκαίο βήμα προς την προστασία του περιβάλλοντος, ένα θέμα που μας αφορά όλους, ανεξάρτητα πολιτικής τοποθέ-
τησης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Single consent vote. I fully support the amendment to the Aarhus Protocol on Persistent Organic Pollutants. The amended protocol includes seven new substances, updates implementa-
tion requirements for several substances, updates restrictions for PCDD/PCDF emissions from several sources, and adds
PCBs to the list of substances affected by the total annual emission restrictions and reporting obligations. The amend-
ments are fully consistent with existing EU legislation.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Fontosnak tartom felhívni a figyelmet a jelentésben foglaltakra, hiszen a szóban forgó
egyezményt eddig nyolc jegyzőkönyvvel egészítették ki, amelyek a részes felek által a légszennyező anyagok kibocsátá-
sának csökkentését célzó egyedi intézkedéseket határoznak meg. Az egyezményhez csatolt első jegyzőkönyvet 1984-ben
írták alá, és az EMEP keretében folytatott tevékenységek számára biztosított finanszírozási rendszert. A kénkibocsátások-
kal foglalkozó második jegyzőkönyv volt a levegőszennyezés csökkentésére irányuló első jelentős intézkedés. A harma-
dik, negyedik és ötödik jegyzőkönyv a nitrogén-oxidokkal, az illékony szerves vegyületekkel és ismét a kénkibocsátással,
illetve ezek országhatárokon áttérjedő áramlásával foglalkozott. Az illékony szerves vegyületekről szóló 1991. évi jegy-
zőkönyv az egyes anyagok szabályozásáról a hatékonyabb, csoportos megközelítés felé mozdult el. Ez folytatódott a
nehézfémekről és a környezetben tartósan megmaradó szerves szennyező anyagokról szóló két 1998. évi jegyzőkönyv
keretében is. A savasodás, az eutrofizáció és a talajközeli ózon elleni fellépést célzó nyolcadik jegyzőkönyv az első több
szennyező anyagra és több hatásra kiterjedő jegyzőkönyv, és különböző anyagokra vonatkozóan specifikus nemzeti
kibocsátási határértékeket és kibocsátáscsökkentési kötelezettségvállalásokat foglal magában.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del proyecto de Decisión del Consejo considerando que las
enmiendas del Protocolo ya están cubiertas en gran medida por la legislación de la UE, y que su transposición proseguirá
con la adopción de una nueva Directiva sobre techos nacionales actualizados de emisión de determinados contaminantes
atmosféricos. Del mismo modo, las enmiendas son plenamente coherentes con la legislación existente de la UE. No hay
duda que la ratificación de las enmiendas será un paso importante hacia un nivel más elevado de protección de la salud
humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Annahme der Änderungen des Protokolls von 1998 zu dem Über-
einkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische
Schadstoffe gestimmt, da ich eine Erhöhung des Umwelt- und Verbraucherschutzes in diesem Bereich ausdrücklich
begrüße.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Studien zeigen, dass Luftschadstoffe über mehrere tausend Kilometer transportiert
werden können. Deshalb braucht es auch hier eine gemeinschaftliche Lösung. Mit der heutigen Abstimmung leisten
wir einen wichtigen Beitrag, um die Gesundheit der Menschen auch zukünftig zu schützen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported this recommendation, which is an important step towards a higher level of
protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le protocole d'Aarhus est une convention internationale placée sous l'égide des Nations Unies. Son objectif est de traiter des sujets environnementaux et notamment des pollutions transfrontalières aux polluants organiques persistants. En effet, ces polluants ont de graves effets sur la santé mais aussi sur la biodiversité. Par exemple, les oiseaux migrateurs perdent notamment leur sens de l'orientation ce qui explique la baisse rapide de leurs populations sur les continents américains et asiatiques. Les États membres de l'Union européenne sont déjà signataires de ce protocole et appliquent des normes très sévères. Ce sont quasiment les seuls et les grandes puissances polluantes n'en tiennent pas compte.

Cette recommandation du Parlement n'oblige en rien les États membres. En revanche, elle permettra à la Commission de justifier les futures directives pour limiter les émissions polluantes, sans faire pression sur les pays tiers bien plus pollueurs que les pays européens.

Au contraire, chaque accord de libre-échange entre l'Union et les pays tiers, comme le traité transatlantique, n'a vocation qu'à augmenter les flux de transports et la pollution sans préalables environnementaux.

Les États membres sont déjà signataires de ce protocole et n'ont nul besoin de la recommandation qui nous est proposée. J'ai donc voté contre cette inutile recommandation.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de contaminantes orgánicos persistentes aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Zmiany do protokołu z 1998 r. do Konwencji z 1979 r. w sprawie transgranicznego zanieczyszczenia powietrza na dalekie odległości dotyczącego metali ciężkich, trwałych zanieczyszczeń organicznych.

Zanieczyszczenie środowiska metalami ciężkimi jest jednym z ważniejszych zagrożeń dla zdrowia ludzi oraz środowiska naturalnego. Choroby układu oddechowego czy układu sercowo-naczyniowego są dziś w Europie powszechne, dodatkowo aktualne badania naukowe potwierdziły istotną zależność między stężeniami metali ciężkich w spożywanych pokarmach czy wdychanym powietrzu a umieralnością na nowotwory, które stanowią zbyt szybko stają się kolejną chorobą cywilizacyjną naszych czasów.

Te same czynniki powodują ogromne straty w produkcji rolnej i bioróżnorodności.

Dlatego jestem przekonana, że zwiększenie limitów emisji metali ciężkich oraz trwałych zanieczyszczeń organicznych do atmosfery, a także zaktualizowanie listy szkodliwych metali znacznie przyczyni się do poprawy jakości środowiska oraz pozwoli na odbudowę i rozwój rolnictwa przez co pozytywnie wpłynie na zdrowie i życie Europejczyków.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported the ratification of the amendment, as it is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the EU's ratification of the 1998 update to the international agreement on controlling transboundary air pollution, specifically concerning persistent organic pollutants. Thanks to the updated implementation requirements for several substances and restrictions for dioxin and furan emissions from several sources, as well as the addition of PCBs to the substances affected by emission restrictions, these amendments will contribute to a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Οι δύο τροποποιήσεις των Συμβάσεων του 1979 αποτελούν την αποδοχή των διαδικαστικών τροπολογιών που αναβαθμίζουν τις εν λόγω Συμβάσεις και οι οποίες έχουν ήδη εγκριθεί στο διεθνές επίπεδο και τώρα πρέπει να μεταφερθούν στο νομικό πλαίσιο της ΕΕ.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the of the amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on Persistent Organic Pollutants because they seek to update the list of persistent organic pollutants covered by the protocol, to make the protocol more adaptable to future developments on the best available techniques and to facilitate accession to the amended protocol by parties with an economy in transition.

In addition to that, the amendments aim to control, reduce or eliminate discharges, emissions and losses of persistent organic pollutants and require parties, of which the EU is one, to eliminate the production and use of the substances which are considered a persistent organic pollutant, to reduce the use of certain pollutants which are considered carcinogenic from the level of the emission in 1990, update the implementation requirements applicable to emissions from certain waste incinerators all of which benefit European citizens and the environment. The amendments to the Protocol are already largely covered by EU legislation, and will be further transposed via a new directive setting updated national emission ceilings for certain atmospheric pollutants. In view of this, I believe the amendments should be supported.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The 1998 Protocol on heavy metals, which aims to reduce and control anthropogenic emissions into the air of lead, cadmium and mercury, was amended in 2012 with stricter emission limit values for dust emissions from some major stationary sources and flexible transitional arrangements. The POPs Protocol, which aims to control, reduce or eliminate discharges, emissions and losses of persistent organic pollutants, was amended in 2009, when new substances were added to its scope and provisions for existing substances were updated. While EU legislation is already in place to cover these amendments, the ratification by the EU is important for their entry into force and to give a signal to other UNECE signatories. Given the widespread impact of these substances on human health and on biodiversity and the need for international collaboration on this particular topic, I have voted in favour of this report.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport deoarece, prin această Convenție asupra poluării atmosferice transfrontaliere pe distanțe lungi, s-a creat un cadru de combatere și reducere a daunelor provocate sănătății umane și mediului.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o prihvatanju izmjena Protokola o postojanim organskim onečišćujućim tvarima iz 1998. uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka iz 1979. Godine, jer se time daje suglasnost za izmjenu Protokola. Smatram da je ključno posvetiti veću pažnju na rastuće zagađenje zraka kako bi se zaštitilo ljudsko zdravlje i okoliš.

Međutim, ovaj veliki izazov je potrebno riješiti koordiniranim snagama i na međunarodnoj razini, s obzirom da je ustanovljeno kako onečišćujuće tvari mogu biti nošene zrakom više tisuća kilometara prije njihovog taloženja. U tom kontekstu, prekogranično onečišćenje zahtijeva posebne mjere i efikasno djelovanje u vidu kontroliranja i smanjenja štete za ljudsko zdravlje i okoliš. Stoga će dotična ratifikacija amandmana unaprijediti nivo zaštite i osnažiti EU zakonodavstvo u dotičnom području.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Soutenir l'amendement sur les POP ne me paraît pas nécessaire. Je constate qu'à l'exception de Malte, les États de l'UE sont déjà signataires du protocole Aarhus à ce sujet. La recommandation de la commission n'amène pas de valeur ajoutée, ni de portée juridique. Je jugerais donc plus utile que l'UE se rapproche des grandes puissances industrielles pour les convier à adhérer aussi à ce protocole sous la direction de l'ONU. Par conséquent je vote contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la recommandation de mon collègue Giovanni La Via au sujet de la recommandation sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relative aux polluants organiques persistants. La Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a créé un cadre pour réduire les dommages de la pollution sur la santé et l'environnement. Le protocole relatif aux polluants organiques persistants a été revu pour en améliorer l'efficacité et a inséré sept nouvelles substances toxiques. J'ai donc approuvé la décision du Conseil de ratifier ce protocole et ses amendements.

Cette recommandation a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation du Parlement européen concernant la Convention sur la pollution atmosphérique transfrontière et plus spécifiquement des amendements à son Protocole sur les polluants organiques persistants.

L'adoption de ces amendements va permettre d'insérer sept nouvelles substances toxiques qui seront à ce Protocole.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht behandelt die Übernahme eines Ergänzungsprotokolls über ein internationales Abkommen, welchem die Mitgliedstaaten und die EU schon beigetreten sind. Ich enthalte mich zu dem vorliegenden Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the ratification of the amendments, as they constitute an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report deals with the procedural improvement of the scope of the International Convention on Long-range Transboundary Air Pollution, already endorsed by Parties at International level and now to be transposed in the EU legislation framework through several legal instruments. The acceptance of these procedural arms is necessary, given the damage to human health and to the environment caused by transboundary air pollution. For this reason, I voted in favour of this report.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il protocollo di Aarhus del 1998 amplia ulteriormente la convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante gli inquinanti organici persistenti. Esso mira dunque a controllare, ridurre o eliminare gli scarichi, le emissioni e le fuoriuscite di inquinanti organici persistenti. Il protocollo modificato comprende sette nuove sostanze, aggiornando le limitazioni delle emissioni di PCDD/PCDF e aggiungendo i PCB all'elenco di sostanze soggette alle limitazioni annuali di emissione e agli obblighi di segnalazione. Anche in questo secondo caso, ho invitato i colleghi a fornire il proprio consenso alla decisione del Consiglio, al fine di ufficialmente adottare gli emendamenti del protocollo, in larga parte già coperti dalle normative europee.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Les polluants organiques persistants sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. À titre d'exemple, près de la moitié des oiseaux migrateurs a déjà disparu à cause des effets des POP sur le sens de l'orientation. Les objectifs des amendements sont en totale conformité avec la législation de l'Union. Cependant, les États membres étant déjà signataires, il ne me semble donc pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. On pourrait en revanche lui recommander d'inviter certaines grandes puissances industrielles, comme les États-Unis ou la Chine, à signer et/ou ratifier le protocole d'Aarhus.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il n'apporte rien de nouveau à la lutte contre les polluants organiques persistants.

D'autre part et surtout les États membres sont déjà parties au protocole concerné.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le protocole en question concerne la pollution transfrontalière sur longues distances. Ces amendements visent à fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des métaux lourds ou des polluants organiques persistants (POP). Les effets de ces polluants et POP sont désastreux pour la santé humaine, mais également pour la faune et la flore. La population d'oiseaux migrateurs a d'ailleurs été drastiquement réduite du fait de ces polluants toxiques.

Néanmoins, les États européens sont déjà signataires de ce protocole placé sous l'égide de l'ONU. L'UE n'a donc pas de nécessité à ratifier ces amendements, et devrait plutôt songer à inviter les puissances industrielles hors Union européenne (États-Unis, Chine) à signer ce traité. Pour faire valoir cette piste de réflexion, et ce vote étant superflu, je me suis prononcé contre ce texte.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam preporuku zastupnika La Vie o izmjenama Protokola o teškim metalima iz 1998. uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka koja je bila prvi međunarodni pravno obvezujući instrument u tom području kada je potpisana 1979. godine.

Od kada je 1983. stupila na snagu, Konvencija je do danas proširena s osam protokola koji identificiraju konkretne mjere koje trebaju poduzeti stranke da smanje svoje emisije onečišćujućih tvari. Izmjena Protokola iz 1998. je u velikoj mjeri obuhvaćena zakonodavstvom EU-a. Nova direktiva postavlja nacionalne gornje granice emisije za pojedine atmosferske onečišćujuće tvari i omogućava godišnje nacionalne popise emisija koji bi, između ostalog, trebali obuhvatiti emisije olova, kadmija i žive.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Kamēr iepriekšējais balsojums attiecās uz smagajiem metāliem kā vides piesārņotājiem, šeit runa gāja par noturīgajiem organiskajiem piesārņotājiem, kurus nereti joprojām pielieto lauksaimniecībā (kā pesticīdus, insekticīdus), elektrotehnikas ražošanā (kā izolatorus), autotransporta ražošanā, ķīmiskajā rūpniecībā, naftas pārstrādē un daudz kur citur. Visi šie elementi, kamēr var kalpot un arī kalpo dažāda veida nepieciešamu iznākumu panākšanai, kopumā ir ļoti piesārņojoši un veselībai kaitīgi. Tāpat kā gadījumā ar metāliem šeit ir noruna par izmešanas līmeņu samazināšanu līdz 1990. gada līmenim vai tādām atbilstoši līmenim no kāda gada no 1985.-1995. desmitgades.

Grozījumu pieņemšana ir viennozīmīgi svarīgs solis uz efektīvāku ekoloģijas jomas funkcionēšanu un, protams, sabiedriskās veselības panākšanu, it īpaši ņemot vērā pasaulē – ne tikai Eiropā – ļoti izplatītās elpošanas sistēmas slimības.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για την αποδοχή των τροποποιήσεων του Πρωτοκόλλου όσον αφορά τους έμμονους οργανικούς ρύπους του 1998 στη Σύμβαση του 1979 για τη διασυννοική ατμοσφαιρική ρύπανση μεγάλης απόστασης, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Il s'agit ici d'amendements visant à fixer les valeurs limites d'émission de poussières contenant des polluants organiques persistants. Ce protocole est placé sous l'égide de l'ONU, et les pays membres de l'UE, et l'UE en tant qu'organisation, en sont signataires. Les polluants organiques persistants sont des poisons pour l'homme et la nature, et sont notamment responsables du dérèglement du sens de l'orientation des oiseaux migratoires. Nous nous opposons à ce texte, malgré son intérêt, car les États membres ont déjà signé ces amendements, il ne nous semble donc pas nécessaire que l'UE les ratifie à son tour.

David Martin (S&D), *in writing*. – The Convention on Long-range Transboundary Air Pollution is intended to protect the human environment against air pollution. Several studies performed between 1972 and 1977 had shown that air pollutants could travel several thousand kilometres before deposition. Problems caused by air pollution therefore need to be addressed on the international level. Signed in 1979 and entering into force in 1983, the Convention was the first international legally binding instrument in this area. It has created the framework for controlling and reducing the damage to human health and to the environment caused by transboundary air pollution. The Convention identifies the Executive Secretary of the United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) as its secretariat.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Votei a favor deste relatório pois as alterações ao Protocolo já se encontram em consonância com a atual legislação da UE e serão transpostas por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos. A ratificação das alterações será um passo importante no que diz respeito a uma maior proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – De nuevo mi voto a favor de la propuesta sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la aceptación de las enmiendas del Protocolo de 1998 al Convenio de 1979 sobre contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia, en este caso provocada por contaminantes orgánicos persistentes.

Se establecen límites que ya contempla la legislación europea, por lo que se apoya, como no podía ser de otra manera, esta modificación del Protocolo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen Vorschlag zur Übernahme eines Ergänzungsprotokolls eines internationalen Abkommens, dem die Mitgliedstaaten und die EU schon beigetreten sind und bereits Rechnung tragen. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriuo yra pritariama Tolumų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos pakeitimams. Manau, jog šie pakeitimai leis kontroliuoti ir mažinti tarpvalstybinių oro teršalų pernašų keliamą žalą žmonių sveikatai ir aplinkai. Iš dalies pakeistame konvencijos Protokole visų pirma nustatytos griežtesnės iš tam tikrų stambiųjų stacionariųjų šaltinių išmetamų dulkių kiekio ribinės vertės ir lankstesnė pereina-mojo laikotarpio tvarka, naudinga Šalims, norinčioms iki 2019 m. pabaigos prisijungti prie Protokolo su pakeitimais, įskaitant Rytų ir Pietryčių Europos šalis. Šio pakeitimo ratifikavimas bus svarbus žingsnis siekiant užtikrinti aukštesnį žmonių sveikatos ir aplinkos apsaugos nuo tarpvalstybinių oro teršalų pernašų lygį.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Plusieurs études menées entre 1972 et 1977 ont démontré que les polluants atmosphériques pouvaient être transportés sur plusieurs milliers de kilomètres avant d'être précipités. La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique, signée en 1979 et entrée en vigueur en 1983, cette convention a été le premier instrument international juridiquement contraignant dans ce domaine.

À ce jour, la convention a été étendue au moyen de huit protocoles recensant de manière spécifique les mesures à prendre par les parties pour réduire leurs émissions de polluants atmosphériques. Le rapport propose que le Conseil approuve, au nom de l'Union européenne, un amendement au protocole d'Aarhus de 1998, relatif aux polluants organiques persistants. Le protocole ainsi modifié comprend sept nouvelles substances, une actualisation du régime d'application pour plusieurs substances, une actualisation des restrictions pour certaines émissions.

Je souhaite qu'il soit opposé aux criminelles pollutions des mines de lignite allemandes qui créent des pics de pollution en France, j'ai voté pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Soutenir l'amendement sur les POP ne me paraît pas nécessaire. Je constate qu'à l'exception de Malte, les États de l'UE sont déjà signataires du protocole Aarhus à ce sujet. La recommandation de la commission n'amène pas de valeur ajoutée, ni de portée juridique. Il me semble donc plus utile que l'UE se rapproche des grandes puissances industrielles pour les convier à adhérer aussi à ce protocole sous la direction de l'ONU. Par conséquent je vote contre.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the amendment because it is an important step to further curb and lower air pollution. The new amendments place new restrictions upon dioxin and furan emissions, as well as add PCBs to the list of substances affected by overall emissions limits and reporting obligations.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Luchtvervuiling stopt helaas niet aan de grens. Vaak doet deze vervuiling er vele kilometers over voordat zij ergens ver weg neerslaat. Het is dus noodzakelijk om de problemen die door luchtvervuiling worden veroorzaakt internationaal en grensoverschrijdend aan te pakken. In 1983 trad voor het eerst een verdrag met een wettelijk bindend instrument in werking dat de milieu— en gezondheidseffecten van grensoverschrijdende luchtvervuiling wilde inperken. In de voorbije jaren werd een aantal protocollen toegevoegd aan het bestaande verdrag die een efficiëntere aanpak van de milieuproblemen mogelijk maken. De laatste wijziging bevat de toevoeging van een reeks schadelijke stoffen waarop de uitvoeringsvoorschriften, de emissiegrenswaarden en de rapportageverplichtingen van toepassing zullen zijn. Ik hoop dat we met de ratificatie van deze wijzigingen opnieuw een stap zullen zetten in de richting van een betere bescherming van de luchtkwaliteit en de volksgezondheid tegen grensoverschrijdende luchtvervuiling.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Perzistentné organické látky sa bežne v prírode nenachádzajú, ale dostávajú sa do ovzdušia prostredníctvom ľudskej činnosti, a to najmä ako vedľajšie produkty v priemysle. Sú schopné pretrvávať v životnom prostredí dlhý čas a prenášajú sa na veľké vzdialenosti. Takto sa môžu dostať aj do oblastí, ktorých ovzdušie nie je negatívne ovplyvnené priemyselnou výrobou, a teda ho môžu zhoršiť nepozorovane. Lepšia a novšia regulácia právnej úpravy je preto namieste. Zmeny, ktoré prináša nové znenie protokolu, prispievajú k ochrane životného prostredia lepšou reguláciou nebezpečných emisií. Rozhodne vítam a podporujem predkladaný návrh legislatívneho uznesenia a súhlasím so spravodajcom, aby ho Európsky parlament schválil, a tak prispel k ochrane životného prostredia, k ochrane ovzdušia a zdravia miliónov ľudí.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I gave my full support to the Report on amending the Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on Persistent Organic Pollutants. The amended Protocol includes seven new substances, updates implementation requirements for several substances, updates restrictions for PCDD/PCDF emissions from several sources, and adds PCBs to the list of substances affected by the total annual emission restrictions and reporting obligations. The amendments are fully consistent with existing EU legislation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A nagy távolságra jutó, országhatárokon áterjedő levegőszennyezésről szóló, 2. pontban említett egyezményt kiegészítő 1998. évi második aarhusi jegyzőkönyv célja a környezetben tartósan megmaradó szerves szennyező anyagok kiengedésének, kibocsátásának és veszteségeinek ellenőrzése, csökkentése vagy kiküszöbölése. A Közösségnek a Jegyzőkönyvhöz való csatlakozását a 2004. február 19-i 2004/259/EK tanácsi határozat hagyta jóvá. A jegyzőkönyv 2003. október 23-án lépett hatályba. A jegyzőkönyvet a részes felek 2012 decemberében négy határozattal módosították.

Ezek közül a 2012/1. határozatot, amely hét új anyagot tartalmaz, számos anyag tekintetében a végrehajtási követelményeket, a többféle forrásból származó dioxinok/furánok tekintetében pedig a korlátozásokat frissíti, és azon anyagok körét, amelyekre éves kibocsátási korlátozások és jelentéstételi kötelezettségek vonatkoznak, a poliklórozott bifenilekkel bővíti, a feleknek ratifikálniuk kell. A Tanács által benyújtott határozattervezet erre tesz javaslatot. A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a módosítás teljes mértékben összhangban áll a hatályos uniós jogszabályokkal, ezért azt javasolja, hogy a Parlament adja hozzá egyetértését a határozattervezethez. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Convenção sobre a Poluição Atmosférica Transfronteiras a Longa Distância, assinada em 1979 e em vigor desde 1983, foi o primeiro instrumento internacional juridicamente vinculativo relativo à proteção do ambiente humano da poluição atmosférica. Esta Convenção criou o quadro para controlar e reduzir os danos para a saúde humana e para o ambiente decorrentes da poluição atmosférica transfronteiras.

O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos poluentes orgânicos persistentes tem por objetivo controlar, reduzir ou eliminar as descargas, emissões e perdas de poluentes orgânicos persistentes (POP). O Protocolo foi alterado pelas Decisões 2009/1, 2009/2, 2009/3 e 2009/4.

As alterações ao Protocolo já são, grosso modo, abrangidas pela legislação da UE e serão posteriormente transpostas por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos e preverá inventários nacionais das emissões anuais que abrangerão os POP.

Defendo que a ratificação irá permitir proteger cada vez mais a saúde humana e o ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Les États membres étant déjà signataires, il ne semble pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. Il serait pourtant en revanche utile de lui recommander de se rapprocher des grandes puissances industrielles pays tiers pour les inviter à signer et/ou ratifier le protocole d'Aarhus comme les États-Unis (pas ratifié) ou la Chine (ni l'un ni l'autre).

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé ce texte qui autorise la ratification par l'UE des amendements au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontière relatif aux polluants organiques persistants. Ces amendements sont en totale cohérence avec la législation européenne en vigueur. Leur ratification représentera une étape importante vers un niveau de protection plus élevé de la santé humaine et de l'environnement contre la pollution atmosphérique transfrontière.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance relatif aux polluants organiques persistants se place dans la même lignée que son homologue relatif aux métaux lourds. J'ai donc également voté en faveur de ce rapport.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il protocollo di Aarhus del 1998 amplia ulteriormente la convenzione del 1979 sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante gli inquinanti organici persistenti e ha l'obiettivo di controllare e ridurre gli scarichi e le emissioni di tali sostanze. Ho votato a favore affinché si possa procedere nella direzione della protezione dell'ambiente e del contrasto all'inquinamento, obiettivi fondamentali che l'Unione europea deve perseguire.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The 1979 Convention on long-range transboundary air pollution has as its purpose the protection of the human environment from air pollution. I have voted for this recommendation that updates restrictions on dioxin and furan emissions from several sources and updates implementation requirements for several substances.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die angeführte Empfehlung enthält eine Maßnahme, welche für die Gesundheit der Menschen einen besseren Schutz bieten sollte. Da es sich hier nur um eine Übernahme eines Ergänzungsprotokolls eines internationalen Abkommens handelt, dem die Mitgliedstaaten und die Europäische Union bereits beigetreten sind, habe ich mich bei dieser Empfehlung meiner Stimme enthalten.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Protokolli muudatuste ratifitseerimine on oluline selleks, et kaitsta paremini inimeste tervist ja keskkonda piiriülese õhusaaste eest. Muudetud protokoll sisaldab seitset uut ainet, selles on uuendatud mitmetele ainetele kehtivaid nõudeid ja eri allikate põhjustatud polüklorodibensodioksiini ja polüklorodibensofuraani (PCDD/PCDF) heite piiranguid ning lisatud polüklooritud bifenüülid (PCB) nende ainete loendisse, millele kehtivad aastase heitkoguse piirangud ja teatamiskohustused. Selleks et hõlbustada üleminekumajandusega osalistel protokolli ratifitseerimist, seab protokoll neile heite piirväärtuste kohaldamiseks, parima võimaliku tehnika kasutuselevõtmiseks ja igaaastase koguheitte vaatlusaasta valimiseks paindlikud tähtajad.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Nel 1983 entrò in vigore la convenzione sull'inquinamento atmosferico, primo strumento internazionale giuridicamente vincolante in quel settore. In seguito, nel 1998, fu istituito il protocollo di Aarhus sugli inquinanti organici persistenti, con l'obiettivo di controllare, ridurre o eliminare gli scarichi, le emissioni e le fuoriuscite di tali inquinanti. Tale convenzione ha rilevato i suoi risultati e pertanto esprimo il mio voto positivo, fiducioso di tale progetto.

Eva Paunova (PPE), in writing. – The objective of the Protocol on Persistent Organic Pollutants to the Convention is to control, reduce or eliminate discharges, emission and losses of persistent organic pollutants (POPs). It is recognised that POPs resist degradation under natural conditions and are associated with adverse effects on human health and the environment. The amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution. That is why I welcome the recommendation on the draft Council decision on the acceptance of the amendments.

Alojz Peterle (PPE), pisno. – Glasoval sem za ratifikacijo sprememb Protokola iz leta 1998 o obstojnih organskih onesnaževalih h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja, saj je ta dokument prvi protokol, ki upošteva več učinkov in dodatnih sedem onesnaževal.

V EZ imamo že dovolj razvito znanje in tehnologijo, da se zaveže sežigalnice odpadkov k omejevanju izpustov organskih onesnaževal na način, ki bo manj škodljiv za okolje.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Podržala sam predloženu izmjenu Protokola iz Aarhusa iz 1998. godine o postojanim organskim onečišćujućim tvarima uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka namijenjenu za zaštitu okoliša od onečišćenja zraka.

Europska unija u svojoj pravnoj stečevini već ima to područje uređeno Direktivom o kvaliteti okolnog zraka i čistijem zraku za Europu, ali i Direktivom o industrijskim emisijama te paketom drugih vezanih propisa što čini koherentan paket kojim je onečišćenje okoliša postojanim organskim onečišćujućim tvarima u Europskoj uniji strogo nadzirano.

Upravo tim je propisima osigurano da operateri velikih nepokretnih izvora emisija koriste najbolje raspoložive tehnike (BAT), spalionice otpada posluju u skladu s propisanim graničnim vrijednostima emisija te poduzimaju učinkovite mjere za kontrolu tih emisija iz mobilnih izvora, te da se postojane organske onečišćujuće tvari prevoze i zbrinjavaju na propisan način kada jednom postanu otpad. Drago mi je da konvencije i protokoli kao mehanizmi međunarodnog prava slijede politiku EU-a te omogućuju daljnji napredak borbe za čišći i zdraviji planet na globalnom planu.

Usvajanje izmjena Protokola važan je korak prema višoj razini zaštite ljudskog zdravlja i okoliša od prekograničnog onečišćenja zraka postojanim organskim onečišćujućim tvarima. U tom smislu još jednom pozdravljam ovu upravo usvojenju zakonodavnu rezoluciju.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Les POP, comme les métaux lourds, sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. Cela a été prouvé par de multiples études. Les objectifs des amendements sont en totale conformité avec la législation de l'Union. Cependant, les États membres sont déjà signataires du protocole et le fait que l'UE les ratifie ne présente donc aucune valeur ajoutée. Il serait plus efficace de cesser de négocier le TTIP avec les États-Unis qui ont signé sans ratifier ce protocole et de refuser d'aller plus avant dans nos relations commerciales avec la Chine qui ne l'a même pas signé.

Comme souvent, l'UE se rengorge de symboles mais continue des actions concrètes nocives. Comme pour le vote précédent, je me prononce donc contre ce texte qui ne saurait avoir aucun effet réel sur quoi que ce soit.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam izmjene Protokola o postojanim organskim onečišćujućim tvarima iz 1998. uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka iz 1979. godine. Riječ je o protokolu uz važnu Konvenciju koja je svojedobno bila prvi međunarodnopravno obvezujući instrument u ovom području zaštite. Izmjene Protokola uključuju sedam novih tvari, izmijenjena pravila u implementaciji te u restrikciji pojedinih emisija, kao i uključivanje polikloriranog bifenila.

Ratifikacijom ovih izmjena osigurat će se viša razina zaštite okoliša i ljudskog zdravlja od organskih onečišćujućih tvari. Zakonom o provedbi Uredbe (EZ) br. 850/2004 o postojanim organskim onečišćujućim tvarima u Hrvatskoj je omogućena direktna primjena ovih pravila. Nadam se da će se njenom primjenom osigurati i zaštita zdravlja ljudi i okoliša u hrvatskim pograničnim područjima oko Slavenskog Broda koji su izloženi prekograničnom onečišćenju.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Os poluentes atmosféricos podem ser transportados milhares de quilómetros antes da sua deposição. Por essa razão, as consequências da poluição atmosférica devem ser abordadas a nível internacional. A Convenção sobre a poluição atmosférica transfronteiriça a longa distância foi o primeiro instrumento internacional juridicamente vinculativo neste domínio, criando um quadro para controlar e reduzir os danos para a saúde humana e para o ambiente decorrentes da poluição atmosférica transfronteiras.

O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos poluentes orgânicos persistentes (POP) tem por objetivo controlar, reduzir ou eliminar as descargas, emissões e perdas daqueles poluentes. Exige que as partes suprimam a produção e a utilização de substâncias relevantes, restrinjam a utilização de DDT's, de HCH's e de PCB's, e que reduzam o total das suas emissões anuais de HAP's, de PCDD/PCDF's e de HCB para níveis inferiores aos de 1990 ou de um ano alternativo entre 1985 e 1995. As Partes devem assegurar que os operadores das principais fontes fixas de emissão utilizem as melhores técnicas disponíveis.

A adesão da Comunidade ao Protocolo foi aprovada pela Decisão 2004/259/CE do Conselho. O Protocolo foi transposto para o direito da UE através de vários instrumentos e desde então alterado sucessivas vezes.

Votámos favoravelmente.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Suglasan sam s preporukom kolege Giovannija La Vie o nacrtu odluke Vijeća o prihvaćanju izmjena Protokola o postojanim organskim onečišćujućim tvarima iz 1998. uz Konvenciju o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka iz 1979. godine. Ova Konvencija je prva zakonski obvezujuća konvencija tog tipa, a stupila je na snagu 1983. godine.

Namijenjena je zaštiti okoliša od zračnog zagađenja te se njome kreirao okvir za kontrolu i smanjenje štete ljudskom zdravlju i okolišu uzrokovane dalekosežnim prekograničnim onečišćenjem zraka. Izmijenjeni Protokol iz 1998. godine je već uvelike obuhvaćen zakonima EU-a i dodatno će biti transponiran kroz reviziju direktive o nacionalnim gornjim granicama emisije za određene onečišćujuće tvari.

Isto tako, izmijenjeni Protokol postavlja 1) strože granične vrijednosti emisija prašine iz određenih glavnih stacionarnih izvora te 2) fleksibilne prijelazne dogovore koji će biti korisni za one države članice koje će izmijenjenom Protokolu pristupiti prije kraja 2019. godine, uključujući zemlje istočne i jugoistočne Europe.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza, firmata nel 1979 ed entrata in vigore nel 1983, è volta a tutelare l'ambiente umano dall'inquinamento atmosferico ed è il primo strumento internazionale giuridicamente vincolante adottato in questo settore. Essa stabilisce un quadro per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero, per la salute umana e per l'ambiente. Nel corso degli anni, la convenzione è stata ampliata da otto protocolli, che definiscono misure specifiche che le parti devono adottare per ridurre le emissioni di inquinanti atmosferici. Il protocollo di Aarhus del 1998 sugli inquinanti organici persistenti ha l'obiettivo di controllare, ridurre o eliminare gli scarichi, le emissioni e le fuoriuscite di inquinanti organici persistenti. Il protocollo, che viene modificato, comprende sette nuove sostanze, aggiorna gli obblighi di attuazione per numerose sostanze, aggiorna le limitazioni delle emissioni di diossine/furani provenienti da diverse fonti e aggiunge i policlorobifenili all'elenco di sostanze soggette alle limitazioni annuali di emissione e agli obblighi di segnalazione. Reputo che le modifiche agli emendamenti del protocollo (08648/2015 ADD 1)

siano pienamente coerenti con la normativa vigente dell'UE e costituiscano un importante passo avanti verso un livello più elevato di protezione della salute umana e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero. Per tutto ciò ho votato a favore.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Emisje metali ciężkich i trwałych zanieczyszczeń organicznych wpływają na ludzkie zdrowie i środowisko. Substancje te nie przestrzegają granic narodowych i tym samym skuteczna kontrola ich emisji wymaga współpracy międzynarodowej. Dwa protokoły z 1998 roku wymieniają najlepsze dostępne techniki (BAT, best available techniques) dla redukcji emisji i wymagania dotyczące ich raportowania, narodowe limity emisji i limity emisji dla poszczególnych rodzajów przedsięwzięć. Innymi słowy, ustanawiają narzędzia do umożliwienia redukcji emisji i śledzenia postępu. Protokół ma na celu redukcję i wyeliminowanie wyrzucania i emisji trwałych zanieczyszczeń organicznych (POP, persistent organic pollutants), co obejmuje chemikalia, takie jak DDT i zanieczyszczenia takie jak dioksyny. Z uwagi na wagę zapisów dla zdrowia obywateli poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La pollution transfrontalière aux polluants organiques persistants est un phénomène que nous devons prendre avec une grande considération. Ce rapport a l'avantage de mettre sur pied une protection beaucoup plus large et poussée pour l'environnement et de la santé de nos concitoyens en la matière. C'est pour cette raison que j'ai voté en sa faveur.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente este relatório pois considero ser um passo importante no sentido de um nível mais elevado de proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras.

Esta ratificação ao Protocolo de 1998 sobre a poluição transfronteiriça a longa distância, relativo aos poluentes orgânicos persistentes (POP), pretende que os operadores das principais fontes fixas de emissão utilizem as melhores técnicas disponíveis; que determinadas instalações de incineração de resíduos cumpram os valores-limite de emissão; que sejam tomadas medidas eficazes para controlar as emissões de POP provenientes de fontes móveis; e que os POP sejam transportados e eliminados de uma forma que respeite o ambiente uma vez transformados em resíduos.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce mardi, le Parlement européen a approuvé un durcissement de sa législation sur la qualité de l'air. Plus précisément, il s'agit d'un amendement à la Convention de Genève sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance qui renforce la lutte contre les polluants organiques persistants comme par exemple l'aldrine, le chlordane, l'heptachlore, le mirex ou encore le toxaphène.

Sous ces intitulés barbares se cachent les tristement célèbres «POP», ces composés chimiques dangereux qui ont comme points communs la toxicité, la persistance dans l'environnement, le transport à longue distance et la bio-amplification soit le fait que la concentration augmente au sein de la chaîne alimentaire. On les retrouve dans les pesticides, dans les PCB ajoutés aux peintures et plastiques et lors de la combustion du bois et des ordures ménagères, notamment sous forme de dioxine.

Cette modification législative vise à ajouter sept nouvelles substances à la liste qui limite l'utilisation des polluants organiques persistants et à actualiser certains régimes existants. Je me réjouis de cette adaptation, d'autant que dans le même temps, un vote similaire s'est penché sur la limitation des métaux lourds.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la recommandation d'approuver la révision de la Convention sur la pollution atmosphérique à longue distance liée aux polluants organiques persistants.

Cette Convention, adoptée en 1979, entrée en vigueur en 1983, et plusieurs fois révisée et étendue au moyen de plusieurs protocoles depuis lors, constituait à l'époque le premier instrument juridiquement contraignant destiné à maîtriser et diminuer les risques pour la santé humaine et l'environnement causés par la pollution atmosphérique transfrontière.

Il s'agit d'un texte de référence et d'importance, puisqu'il vise à mieux coopérer et à limiter et réduire cette pollution, importance d'autant plus évidente lorsqu'on se souvient que les polluants atmosphériques peuvent être transportés sur plusieurs milliers de kilomètres avant d'être précipités.

Les amendements qui nous sont proposés et qui doivent à présent être ratifiés par les parties sont en cohérence avec la législation de l'Union lorsqu'ils sont déjà couverts, ou sont en passe de l'être via la nouvelle directive sur les plafonds d'émission nationaux pour certains polluants atmosphériques. Ils devraient permettre de franchir une nouvelle étape dans la protection de la santé humaine et de l'environnement, notamment par l'ajout de nouvelles substances, l'actualisation du régime d'application prévu pour d'autres, ou encore l'établissement de nouvelles valeurs limites.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de conceder la aprobación a las enmiendas del Protocolo de 1998 al Convenio de 1979 sobre contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por contaminantes orgánicos persistentes.

Varios estudios realizados entre 1972 y 1977 habían demostrado que los contaminantes atmosféricos podían recorrer varios miles de kilómetros antes de depositarse, por lo que es preciso abordar los problemas derivados de la contaminación atmosférica a escala internacional. El Convenio, firmado en 1979 y que entró en vigor en 1983, fue el primer instrumento internacional jurídicamente vinculante en este ámbito y se ha ampliado con ocho protocolos que establecen medidas específicas, entre ellos el relativo a los contaminantes orgánicos persistentes.

Este Protocolo enmendado incluye siete nuevas sustancias, actualiza los requisitos de ejecución aplicables a diversas sustancias, actualiza las restricciones aplicables a las emisiones de DDPC/PCDF procedentes de diversas fuentes y añade los PCB a la lista de sustancias a las que se aplican las restricciones de las emisiones anuales totales y las obligaciones de información.

La ratificación de las enmiendas será un paso importante hacia un nivel más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique. Plusieurs études menées entre 1972 et 1977 ont démontré que les polluants atmosphériques pouvaient être transportés sur plusieurs milliers de kilomètres avant d'être précipités. Il faut donc s'attaquer aux problèmes engendrés par la pollution atmosphérique au niveau international. Signée en 1979 et entrée en vigueur en 1983, la convention a été le premier instrument international juridiquement contraignant dans ce domaine. À ce jour, la convention a été étendue au moyen de huit protocoles recensant de manière spécifique les mesures à prendre par les parties pour réduire leurs émissions de polluants atmosphériques. Le premier protocole en vertu de la convention a été signé en 1984 et contenait un plan de financement pour les activités menées dans le cadre de l'EMEP (le programme concerté de surveillance et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe). En décembre 2009, le protocole a été modifié par les décisions 2009/1 et 2009/2 qui devaient encore être ratifiées par les parties. Le projet de décision du Conseil reprend dans ses annexes le texte des amendements apportés au protocole par les décisions 2009/1 et 2009/2. Le Parlement l'a approuvé aujourd'hui.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos parlamentas pritaria 1979 m. Toliųjų tarpvalstybinių oro teršalų pernašų konvencijos 1998 m. Protokolo dėl patvariųjų organinių teršalų pakeitimams. 1998 m. Orhuso protokolu siekta riboti, mažinti arba nutraukti patvariųjų organinių teršalų išmetimą. Protokolo šalys įpareigotos nutraukti aplinkai kenksmingų medžiagų gamybą ir naudojimą, apriboti dichlordifenilrichloreto, heksachlorcikloheksanų ir polichlorinuotų bifenilų naudojimą, sumažinti savo bendrą metinį išmetamų policiklinių aromatinių angliavandenilių, dioksinų ir heksachlorbenzeno kiekį. 2009 m. gruodžio mėn. Protokolo tekstas buvo iš dalies pakeistas, įtrauktos septynios naujos medžiagos. Dauguma šių Protokolo pakeitimų jau yra įgyvendinti esamais ES teisės aktais ir bus toliau perkeltami priimanant naują direktyvą, kuri nustatys minėtų medžiagų išmetimų ribas. Atsižvelgiant į tai, šis dokumentas yra svarbus žingsnis mažinant taršą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Todos sabemos que os poluentes atmosféricos podem percorrer milhares de quilómetros antes da sua deposição, pelo que a abordagem dos problemas atmosféricos deve ser efetuada no âmbito de um quadro internacional.

O âmbito da Convenção sobre a poluição atmosférica transfronteiriça a longa distância foi alargado por oito protocolos que identificam medidas específicas a adotar pelas partes signatárias, com o objetivo de reduzir as respetivas emissões de poluentes atmosféricos.

O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos poluentes orgánicos persistentes tem por objetivo controlar, reduzir ou eliminar as descargas, emissões e perdas de poluentes orgánicos persistentes.

Este Protocolo foi alterado pelas Decisões 2009/1, 2009/2, 2009/3 e 2009/4, sendo que as duas primeiras devem ser ratificadas pelas Partes. Sendo certo que as alterações estão plenamente de acordo com a atual legislação europeia e que a ratificação das mesmas será um passo no sentido de um nível mais elevado de proteção da saúde humana e do ambiente contra a poluição atmosférica transfronteiras, dei o meu voto favorável a esta proposta de recomendação.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit l'approbation de l'amendement au protocole de 1998 à la convention de 1979 sur la pollution atmosphérique transfrontalière à longue distance concernant les polluants organiques persistants.

Entrée en vigueur en 1983, la convention sur la pollution atmosphérique transfrontalière de 1979 est le premier instrument international juridiquement contraignant qui a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique.

Entré en vigueur en 2003, l'UE adhère au protocole de 1998 qui a pour objet de lutter contre les rejets de polluants organiques persistants, en interdisant certaines substances et en fixant des seuils d'émission pour d'autres.

En 2009, le protocole a été modifié afin d'ajouter sept nouvelles substances à la liste et d'actualiser les régimes de certaines substances. Ces amendements sont largement couverts par la législation de l'Union européenne. Cet amendement prévoit de surcroît des exemptions et des délais de transposition afin de se conformer au protocole.

La ratification de ces amendements par l'UE représente une avancée vers un niveau de protection plus élevé de l'environnement et de la santé des citoyens européens contre la pollution atmosphérique.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de contaminantes orgánicos persistentes aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Godkendelse af ændringerne vil være et vigtigt skridt i retning af et højere niveau af beskyttelse af menneskers sundhed og miljøet mod grænseoverskridende luftforurening. Derfor støtter jeg ændringerne.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die überarbeitete Konvention gestimmt, denn es ist wichtig, die Grenzwerte für die Verschmutzung durch organische Stoffe stets anzupassen. Ein höherer, grenzüberschreitender Gesundheitsschutz kann damit geschaffen werden.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe trata de la aceptación de enmiendas procedimentales que actualizan el alcance de los convenios internacionales ya aprobados por las Partes a nivel internacional y que se incorporan ahora al marco de la legislación de la UE. He votado a favor porque considero que la ratificación de las enmiendas es un avance de cara a un nivel a más elevado de protección de la salud humana y el medio ambiente frente a la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia provocada por contaminantes orgánicos persistentes.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento recepisce nella normativa dell'UE gli emendamenti al protocollo di Aarhus del 1998 della convenzione sull'inquinamento atmosferico transfrontaliero a grande distanza riguardante gli inquinanti organici persistenti. La convenzione, firmata nel 1979, stabilisce un quadro per il controllo e la riduzione dei danni causati dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero alla salute umana e all'ambiente. Le modifiche al protocollo del 1998 comprendono sette nuove sostanze inquinanti, aggiornano gli obblighi di attuazione per numerose sostanze, aggiornano le limitazioni delle emissioni di diossine/furani provenienti da diverse fonti e aggiungono i policlorobifenili all'elenco di sostanze soggette alle limitazioni annuali di emissione e agli obblighi di segnalazione. Ho votato a favore della raccomandazione perché la ratifica di questi emendamenti costituirà un importante passo avanti verso un livello più elevato di protezione della salute umana e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This vote represented the second amendment to this Protocol that we voted through today. This amendment pertaining to long-range transboundary air pollution on persistent organic pollutants represents an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Dohovorom o diaľkovom znečisťovaní ovzdušia prechádzajúcim hranicami štátov sa má zabezpečiť ochrana ľudského prostredia pred znečistením ovzdušia. Hlasoval som za pri tomto zmenenom protokole, ktorý zahŕňa sedem nových látok, aktualizuje vykonávacie požiadavky pre niekoľko látok, aktualizuje obmedzenia pre emisie PCDD/PCDF (dioxínov/furánov) z viacerých zdrojov a pridáva PCB (polychlórovaných bifenylov) do zoznamu látok, ktorých sa týka obmedzenie celkových ročných emisií a oznamovacia povinnosť.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia EP o návrhu rozhodnutia Rady o prijatí zmien Protokolu z roku 1998 o perzistentných organických látkach k Dohovoru o diaľkovom znečisťovaní ovzdušia prechádzajúcim hranicami z roku 1979. Dohovorom o diaľkovom znečisťovaní ovzdušia prechádzajúcim hranicami štátov sa má zabezpečiť ochrana ľudského prostredia pred znečistením ovzdušia. Niekoľko štúdií uskutočnených v rokoch 1972-77 ukázalo, že látky znečisťujúce ovzdušie môžu preletieť niekoľko tisíc kilometrov pred tým, než sa usadia. Problémy spôsobené znečistením ovzdušia je preto potrebné riešiť na medzinárodnej úrovni. Dohovor, ktorý bol podpísaný v roku 1979 a platnosť nadobudol v roku 1983, bol prvým právne záväzným medzinárodným nástrojom v tejto oblasti. Vytvoril sa ním rámec na kontrolu a znižovanie poškodzovania ľudského zdravia a životného prostredia spôsobeného znečisťovaním ovzdušia presahujúcim hranice štátov. Podpora EP návrhu rozhodnutia Rady je dôležitým krokom smerom k vyššej úrovni ochrany ľudského zdravia a životného prostredia v dôsledku cezhraničného znečisťovania ovzdušia.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Jednoznačne podporujem prísnejšie nastavenie obmedzenia celkovým ročným emisiám znečisťujúcich ovzdušie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Konvencija o dalekosežnom prekograničnom onečišćenju zraka namijenjena je zaštititi okoliša od onečišćenja zraka. Nekoliko studija provedenih između 1972. i 1977. godine su pokazale da zagađivači zraka mogu putovati nekoliko tisuća kilometara prije taloženja. Stoga, probleme uzrokovane zagađenjem zraka treba rješavati na međunarodnoj razini.

Konvencija je prvi međunarodni pravno obvezujući instrument u tom području. Konvencija je stvorila okvir za kontrolu i smanjenje štetnog utjecaja na zdravlje i okoliš uzrokovanog prekograničnim onečišćenjem zraka. Izmjena Protokola je već uglavnom pokrivena zakonodavstvom EU-a, ali će se putem nove direktive uspostaviti ažurirane gornje granice vrijednosti za nacionalne emisije za pojedine atmosferske onečišćujuće tvari i pružiti uvjeti za godišnje nacionalne inventure emisija koje obuhvaćaju emisiju POP-sova, uključujući PAH, PCDD / PCDF, HCB i PCB.

Kao što je navedeno, amandman je u potpunosti u skladu s postojećim zakonodavstvom EU-a, a ratifikacija amandmana će biti korak prema višoj razini zaštite ljudskog zdravlja i okoliša od prekograničnog onečišćenja zraka.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – Labour MEPs support the ratification of the amendment, which is an important step towards a higher level of protection of human health and the environment from transboundary air pollution.

Patricija Šulin (PPE), *písno.* – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sprejetju sprememb Protokola iz leta 1998 o obstojnih organskih onesnaževalih h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja.

Podpiram spremembe protokola iz leta 1998, ki od pogodbenic zahteva, da opustijo proizvodnjo in uporabo snovi, ki povzročajo izpuste, emisije in izgube obstojnih organskih onesnaževal. Predlog spremembe protokola posodablja zahteve glede več snovi, posodablja omejitve za emisije dioksinov in furanov ter širi seznam snovi, za katere veljajo omejitve skupnih letnih emisij in o katerih je treba poročati.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η Σύμβαση σχετικά με τη διασυνοριακή ρύπανση της ατμόσφαιρας σε μεγάλη απόσταση στοχεύει στην προστασία του περιβάλλοντος από την ατμοσφαιρική ρύπανση. Το Πρωτόκολλο του Aarhus του 1998 στοχεύει στον έλεγχο και τη μείωση των εκπομπών. Το τροποποιημένο Πρωτόκολλο επικαιροποιεί τις απαιτήσεις εφαρμογής για διάφορες ουσίες, επικαιροποιεί τους περιορισμούς για τις εκπομπές από διάφορες πηγές, και προσθέτει στον κατάλογο νέες ουσίες που επηρεάζονται από τους περιορισμούς των συνολικών ετήσιων εκπομπών και από τις υποχρεώσεις υποβολής εκθέσεων. Η επικύρωση των τροποποιήσεων θα αποτελέσει σημαντικό βήμα προς ένα υψηλότερο επίπεδο προστασίας της ανθρώπινης υγείας και του περιβάλλοντος από τη διασυνοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση.

Για τους λόγους αυτούς υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Το Πρωτόκολλο του 1998, καθώς και οι μετέπειτα τροποποιήσεις και συμπληρώσεις του και συγκεκριμένα εκείνες που αναφέρονται στους έμμοιους οργανικούς ρύπους, αποτελούν αναγκαίο βήμα για την προστασία του περιβάλλοντος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az ajánlást, mivel a módosítások ratifikációja jelentős lépést jelent majd az emberi egészség és a környezet országhatárokon áttekintő levegőszennyezéssel szembeni védelmének magasabb szintje felé, illetve az teljes mértékben összhangban áll a hatályos uniós jogszabályokkal. Fontos megemlíteni, hogy 1972 és 1977 között több tanulmány is kimutatta, hogy a légszennyező anyagok akár több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának. Ezért a levegőszennyezés által okozott problémákkal nemzetközi szinten kell foglalkozni. Az 1979-ben aláírt és 1983-ban életbe lépett egyezmény ezen a területen az első, kötelező jogi erővel bíró nemzetközi eszköz volt, létrehozva a káros hatások nyomon követésének és csökkentésének keretét.

Továbbá az 1998. évi jegyzőkönyv célja a környezetben tartósan megmaradó szerves szennyező anyagok (persistent organic pollutants, POP) kiengedésének, kibocsátásának és veszteségeinek ellenőrzése, csökkentése vagy kiküszöbölése. Ez utóbbi előírja a részes felek számára a diklór-difenil-triklór-etán (DDT), a hexaklór-ciklohexánok (HCH) és a poliklór-ozott bifenilek (PCB) használatának korlátozását, valamint a policiklikus aromás szénhidrogének (PAH-ok), a dioxinok/-furánok (PCDD/PCDF) és a hexaklór-benzol (HCB) teljes éves kibocsátásának csökkentését az 1990. év kibocsátási szintjéhez képest. Egyetérték az ajánláshoz tartozó indoklással, mely szerint az átalakulóban lévő gazdaságok számára biztosított speciális mentességek és rugalmas áttérési menetrendek lehetővé teszik a részes felek számára, hogy megfeleljenek a jegyzőkönyv előírásainak.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato a favore dell'approvazione delle decisioni 2009/1 e 2009/1, che modificano il protocollo di Aarhus del 1998 sugli inquinanti organici persistenti. Riconosciamo che questo protocollo è stato uno strumento importante per contrastare l'acidificazione, l'eutrofizzazione e l'ozono troposferico, prevenendo per la prima volta limiti nazionali di emissione di DDT, HCH e PCB e impegni di riduzione di IPA, PCDD/PCDF e HCP grazie alle *Best Available Technologies* (BAT). Crediamo che l'aggiornamento del protocollo e l'ampliamento della sua sfera d'azione possano rafforzarne l'efficacia. In particolare, si coprono sette nuove sostanze, si adeguano gli obblighi di attuazione e si pongono limiti di emissione e controlli più stringenti per PCB e PCDD/PCDF. Un passo in avanti tanto importante, quanto dovuto verso la tutela della salute dei cittadini e dell'ambiente dall'inquinamento atmosferico transfrontaliero. Vigileremo affinché la flessibilità sui criteri di riferimento per le emissioni e sui termini di applicazione dei valori limite di emissioni e delle BAT data a quelle economie in transizione che sono parte al protocollo non ne comprometta l'efficacia. Auspichiamo, anzi, che le parti ratifichino al più presto le decisioni 2009/1 e 2009/2 e si impegnino a favorire il miglioramento tecnologico necessario a tutelare la salute dei cittadini e l'ambiente.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte et de ses amendements. La convention sur la pollution atmosphérique transfrontière à longue distance a pour but de protéger l'environnement humain contre la pollution atmosphérique. Plusieurs études menées entre 1972 et 1977 ont démontré que les polluants atmosphériques pouvaient être transportés sur plusieurs milliers de kilomètres avant d'être précipités. Il faut donc s'attaquer aux problèmes engendrés par la pollution atmosphérique au niveau international. Signée en 1979 et entrée en vigueur en 1983, la convention a été le premier instrument international juridiquement contraignant dans ce domaine. Elle a mis sur pied le cadre permettant de maîtriser et de diminuer les dommages pour la santé humaine et l'environnement causés par la pollution atmosphérique transfrontière. Elle dispose que le secrétaire exécutif de la Commission économique pour l'Europe des Nations Unies assure son secrétariat. La convention est mise en œuvre et contrôlée à travers le programme concerté de surveillance et d'évaluation du transport à longue distance des polluants atmosphériques en Europe.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on long-range transboundary air pollution on persistent organic pollutants. The Convention aims at reducing air pollutant emissions and was amended by eight protocols. The 1998 Protocol on persistent organic pollutants (POPs) aims at reducing those emissions and collecting information on their production and sales. EU legislation already largely covers the provisions of these amendments, which provide flexibilities for countries with an economy in transition for the application of the new limit values.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Podržala sam izmjenu protokola o postojanim organskim onečišćujućim tvarima, jer su izmjene i dopune u potpunosti u skladu sa zakonodavstvom Europske unije te će ažurirane granice emisija za određene atmosferske onečišćujuće tvari pružiti alate za rješavanje i praćenje napretka u kontroli emisija.

Izmjena Protokola poboljšat će nadzor te pomoći pri smanjenju ili uklanjanju ispuštanja, emisije i rasipanja postojanih organskih onečišćujućih tvari. Smatram da će navedene izmjene u konačnici dovesti do smanjenja onečišćenja zraka i njegovih štetnih učinaka na zdravlje ljudi i okoliš s posebnim naglaskom na dalekosežno prekogranično onečišćenje zraka.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sprejetju sprememb Protokola iz leta 1998 o obstojnih organskih onesnaževalih h Konvenciji iz leta 1979 o onesnaževanju zraka na velike razdalje preko meja sem podprla, saj sem mnenja, da bo ratifikacija sprememb pomemben korak k večji ravni zaščite človekovega zdravja in okolja pred onesnaževanjem zraka.

Onesnaževanje, ki predstavlja mednarodni problem, bo tako zaradi uvedbe letnih nacionalnih evidenc emisij v državah EU, ki bodo med drugim zajemale emisije obstojnih organskih onesnaževal (vključno s PAH, PCDD in PCDF, HCB in PCB), zmanjšano in bolj nadzorovano v vsej Uniji. Kar pa bo posledično vplivalo na boljšo kvaliteto življenja prebivalcev EU. To bo prineslo tudi ugodne posledice za zdravje ljudi.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de contaminantes orgánicos persistentes aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Le protocole d'Aarhus concerne la pollution transfrontalière sur de longues distances. Il est placé sous l'égide de l'ONU, les parties signataires sont pour l'essentiel des États européens ainsi que l'Union européenne. Tous les États de l'UE ne sont pas au même stade d'engagement. Seule Malte ne l'a ni signé ni ratifié.

Les métaux lourds et les POP sont de véritables poisons pour l'homme et la nature. Les objectifs des amendements sont en totale conformité avec la législation de l'Union. Cependant, les États membres étant déjà signataires, il ne nous semble pas indispensable que l'UE ratifie ces amendements. On pourrait en revanche lui recommander de se rapprocher des grandes puissances industrielles pays tiers pour les inviter à signer et/ou ratifier le protocole d'Aarhus comme les États-Unis (qui n'ont pas ratifié) ou la Chine (ni l'un ni l'autre). J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – A nagy távolságra jutó, országhatárokon áttérjedő levegőszennyezésről szóló egyezmény célja az emberi környezet levegőszennyezéssel szembeni védelme. 1972 és 1977 között több tanulmány is kimutatta, hogy a légszennyező anyagok akár több ezer kilométert is megtesznek, mielőtt lerakódnának. Ezért a levegőszennyezés által okozott problémákkal nemzetközi szinten kell foglalkozni. A mostani módosítások teljes mértékben összhangban állnak a hatályos uniós jogszabályokkal. Az átalakulóban lévő gazdaságok számára biztosított speciális mentességek és rugalmas áttérési menetrendek lehetővé teszik a részes felek számára, hogy megfeleljenek a jegyzőkönyv előírásainak.

A módosítások ratifikációja jelentős lépést jelent majd az emberi egészség és a környezet országhatárokon áttérjedő levegőszennyezéssel szembeni védelmének magasabb szintje felé. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito.* – Hemos votado a favor de este informe dado que la inclusión de estas enmiendas supone la aceptación de una mejora en la legislación en materia de contaminantes orgánicos persistentes aprobada en los convenios internacionales y traspuesta ahora al marco de la legislación de la Unión Europea.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu.* – Oro taršos problemą reikia spręsti tarptautiniu lygmeniu. Protokolo šalys įpareigotos nutraukti atitinkamų medžiagų gamybą ir naudojimą, apriboti dichlordifeniltrichloreto, heksachlorcikloheksanų ir polichlorinuočių bifenilių naudojimą ir sumažinti savo bendrą metinį išmetamų policiklinių aromatinių angliavandenilių, dioksinų / furanų ir heksachlorbenzeno (HCB) kieki. Šalys taip pat privalo sudaryti ir tvarkyti išmetamų tam tikrų POT kiekių inventorių ir rinkti informaciją apie kitų POT, kuriems taikomas Protokolas, gamybą ir pardavimą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which contains a recommendation from the European Parliament to accept a series of amendments to the 1998 Protocol to the 1979 Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution on Persistent Organic Pollutants. The 1998 Aarhus Protocol on Persistent Organic Pollutants aims to control, reduce or eliminate discharges, emissions and losses of POPs. It requires parties to eliminate the production and use of a series of relevant substances, as well as to restrict the use of other substances such as dichlorodiphenyltrichloroethane (DDT), hexachlorocyclohexanes (HCH) and polychlorinated biphenyls (PCBs). The protocol entered into force on 23 October 2003 and was transposed into EU law through several legal instruments.

The amended protocol includes seven new substances, updates implementation requirements for several substances, updates restrictions for PCDD/PCDF emissions from several sources, and adds PCBs to the list of substances affected by the total annual emission restrictions and reporting obligations. The amendments to the Protocol are already largely covered by EU legislation, and will be further transposed via a new directive setting updated national emission ceilings for certain atmospheric pollutants.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una enmienda al Protocolo que presenta siete nuevas sustancias y actualiza los requisitos de implementación para ciertas sustancias afectadas por las restricciones anuales totales de emisión. La ratificación de estas enmiendas supone un paso hacia delante al certificar un nivel más elevado de protección de la salud humana y del medio ambiente, por lo que considero necesario votar a su favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de voorgestelde wijzigingen aan het Protocol van 1998 bij het verdrag van 1979 betreffende grensoverschrijdende luchtverontreiniging over lange afstand wat persistente organische verontreinigende stoffen betreft. De goedkeuring van deze wijzigingen zal immers een belangrijke stap vormen naar een hoger niveau van bescherming van de volksgezondheid en het milieu. Daarom steunde ik deze wijzigingen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Protocolo de Aarhus de 1998 relativo aos poluentes orgânicos persistentes tem por objetivo controlar, reduzir ou eliminar as descargas, emissões e perdas de poluentes orgânicos persistentes (POP). Exige que as partes suprimam a produção e utilização de substâncias relevantes, restrinjam a utilização do diclorodifeniltricloroetano (DDT), de hexaclorociclo-hexanos (HCH) e de bifenilos policlorados (PCB), e que reduzam o total das suas emissões anuais de hidrocarbonetos aromáticos policíclicos (HAP), de dioxinas/furanos (PCDD/PCDF) e de hexaclorobenzeno (HCB) para níveis inferiores aos de 1990 ou de um ano alternativo entre 1985 e 1995.

As presentes alterações do Protocolo já são, em grande medida, abrangidas pela legislação da UE e serão ulteriormente transpostas por meio de uma nova diretiva que atualizará os valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos e preverá inventários nacionais das emissões anuais.

O projeto de decisão do Conselho enumera os textos das alterações ao Protocolo através das Decisões 2009/1 e 2009/2 nos seus anexos. As derrogações específicas e os calendários de transição flexíveis para as economias em transição deverá permitir a todas as Partes cumprirem o Protocolo

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen Vorschlag zur Übernahme eines Ergänzungsprotokolls eines internationalen Abkommens, dem die Mitgliedstaaten und die EU schon beigetreten sind und bereits Rechnung tragen. Ich enthalte mich daher meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Thema „Annahme der Änderungen des Protokolls von 1998 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend persistente organische Schadstoffe“ habe ich zugestimmt.

Die Schwermetall- und Schadstoffemissionen haben einen dauerhaften schlechten Einfluss auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Diese Substanzen halten sich nicht an Grenzen – deshalb erfordert es internationale Zusammenarbeit, um wirksame Maßnahmen zum Schutz unserer Gesundheit und unseres Umfeldes einzuführen. Die 1998 festgelegten Protokolle versuchen genau das zu erreichen, etwa durch die Klarstellung von beispielsweise nationalen Emissionsgrenzen. In anderen Worten, die Protokolle stellen Werkzeuge dar, die Europa bei der Kontrolle der Emissionen helfen sollen.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Ομοίως, στηρίζα την σύσταση του συναδέλφου κ La Via για την αποδοχή των τροποποιήσεων του Πρωτοκόλλου για τους έμμενους οργανικούς ρύπους του 1998 στη Σύμβαση του 1979 για τη διασυνοριακή ατμοσφαιρική ρύπανση μεγάλης απόστασης. Όπως και στην περίπτωση της διαμεθοριακής ατμοσφαιρικής ρύπανσης, η τροποποίηση αυτή κινείται προς την σωστή κατεύθυνση.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El objetivo de este informe es controlar y reducir el daño que causa la contaminación atmosférica transfronteriza a la salud humana y al medio ambiente. Dicho informe hace referencia a uno de los ocho protocolos del Convenio sobre la contaminación atmosférica transfronteriza a gran distancia.

Concretamente, se refiere al Protocolo de Aarhus de 1998 en materia de contaminantes orgánicos persistentes y plantea una modificación basada principalmente en la aplicación de límites más estrictos en emisiones de partículas procedentes de las fuentes estacionarias principales y una mayor flexibilidad en las disposiciones transitorias.

Apoyo este informe, pues creo que las modificaciones del Convenio que propone sirven para defender en mayor medida el bienestar social y el medio ambiente, en tanto que su objetivo reside en reducir la contaminación provocada por contaminantes orgánicos persistentes.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram Spremembe protokola, ki bodo nadalje prenesene z novo direktivo, ki bo določala posodobljene nacionalne zgornje meje emisij za nekatera onesnaževala zraka in omogočila uvedbo letnih nacionalnih evidenc emisij, ki bodo med drugim zajemale tudi emisije nekaterih obstojnih organskih onesnaževal.

Ukrepi bodo pomembno pripomogli k zaščiti človekovega okolja in zdravja.

7.4. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Ukraine (A8-0007/2016 - Sylvia-Yvonne Kaufmann)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – In un periodo come quello che sta attraversando in questo momento l'Europa, collaborare nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo, è davvero una necessità. La sicurezza dei cittadini europei deve essere una della priorità dell'Unione europea, pertanto gli accordi fra Eurojust e paesi terzi rientrano perfettamente nel mutato assetto geopolitico odierno. Per queste motivazioni ho espresso voto favorevole sulla relazione riguardante il progetto di decisione di esecuzione del Consiglio inerente alla proposta di approvazione di un accordo fra Eurojust e l'Ucraina.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe ratificaría un acuerdo entre la agencia Eurojust, especializada en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo, y Ucrania a través de la colaboración policial y el intercambio de datos. Cabe recordar que Ucrania es un Estado donde los derechos humanos de la población se violan de manera sistemática y cuyo actual Gobierno ha aprobado medidas que violan derechos de la población rusófona, e incluso ha ilegalizado símbolos y partidos políticos de izquierdas. Nos hemos opuesto a la aprobación del mismo al estar radicalmente en contra de estrechar nuestras relaciones con Ucrania en un momento como el actual en el que existe un conflicto en el país tras el golpe de Estado de 2014 que contó con apoyo europeo y norteamericano. Este acuerdo responde a un interés geopolítico de la Unión Europea de estrechar sus lazos con las autoridades ucranianas e intentar aislar a Rusia que no vamos a apoyar.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur le projet de décision d'exécution du Conseil portant approbation de la conclusion, par Eurojust, de l'accord sur la coopération entre Eurojust et l'Ukraine.

En effet, si ce texte vise à approuver un accord de coopération judiciaire dans le cadre de la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme, il prévoit également l'échange d'informations y compris de données à caractère personnel.

Cette dernière disposition est pour moi inacceptable.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We abstained on this report. Ukraine currently possesses a poor human rights record, which includes questions over access to fair trials and other procedural rights, and now is therefore not the time to enhance judicial cooperation. If the rights of defence are absent, decent prison conditions lacking and basic rights not respected or implemented in national law, why should we then conclude agreements in the judicial sphere with this country?

Furthermore, the Commission proposed a Eurojust Regulation giving the European Parliament a bigger role in drafting cooperation agreements; however, this agreement was just presented for consultation. These factors combined made it impossible for us to support this report. We therefore abstained.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης συμφωνίας, καθώς θεωρώ ότι είναι σημαντικό να στηρίζεται το έργο της Eurojust στα πλαίσια της αντιμετώπισης του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας. Με την παρούσα συμφωνία εγκαινιάζεται η συνεργασία Ουκρανίας και Eurojust ως μέρος της δικαστικής συνεργασίας μεταξύ των ευρωπαϊκών χωρών

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Avec mes collègues du Front national, nous nous opposons à un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine qui se voudrait une coopération judiciaire accrue dans la lutte contre les formes graves de criminalité.

Nous nous opposons surtout aux dispositions de coopération entre Eurojust et l'Ukraine comprenant l'échange de données à caractère personnel. Par conséquent j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because I do not believe that the European Union should be negotiating agreements on behalf of the elected government of the United Kingdom. This report is essentially allowing the expansion of the European Union's power by beginning the accession process for Ukraine.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord de coopération, car il a pour but de renforcer la lutte contre la criminalité transnationale et la coopération judiciaire en Europe. La coopération opérationnelle d'Eurojust avec l'Ukraine est nécessaire: elle facilite la lutte contre les formes graves de criminalité et contribue à renforcer la coopération judiciaire, notamment en ce qui concerne le terrorisme.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama pritarti Eurojusto ir Ukrainos bendradarbiavimo susitarimui, kurio tikslas – gerinti teisminį bendradarbiavimą siekiant kovoti su sunkiais nusikaltimais, visų pirma organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu. Susitarimo projekte numatytos nuostatos dėl Eurojusto ir Ukrainos operatyvinio bendradarbiavimo, pavyzdžiui, Ukrainai komandiruoiant ryšių palaikymo pareigūną į Eurojustą ir keičiantis informacija, apimančia asmens duomenis. Pritariu, kad siekiant sustiprinti kovą su tarpvalstybiniu nusikalstamumu ir gerinti teisminį bendradarbiavimą Europoje, esama aiškaus operatyvinio poreikio Eurojustui bendradarbiauti su Ukraina. Pritariu šio bendradarbiavimo su Ukraina susitarimo sudarymui, kuris padėtų kovoti su sunkiais nusikaltimais, be to, prisidėtų prie teisminio bendradarbiavimo gerinimo, visų pirma kovos su organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu srityse.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le projet d'accord comprend des dispositions en matière de coopération entre Eurojust et l'Ukraine, telles que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Ce dernier point ne me paraissant pas acceptable et estimant que les conditions ne sont pas réunies pour renforcer toujours davantage notre coopération avec l'Ukraine, j'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement est ici consulté par le Conseil sur l'approbation d'un accord de coopération entre Eurojust et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité et la corruption. Cet accord comprend des dispositions détaillées en matière de coopération opérationnelle entre les partenaires, telles que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations.

J'ai approuvé cet avis positif proposé par le rapporteur car l'accord de coopération doit permettre d'intensifier la coopération judiciaire en ce qui concerne la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Ampliare l'azione dell'UE nella lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata deve essere una priorità, per questo motivo oggi ho votato a favore della relazione Kauffman sul progetto di decisione del Consiglio che approva la conclusione dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e Ucraina. Il testo dell'accordo, dal carattere tecnico, prevede un rafforzamento del processo di scambio di informazioni e diverse disposizioni di tipo operativo come il distacco di un ufficiale di collegamento ucraino. In generale il testo rappresenta un'opportunità per potenziare l'azione dell'Unione, per questo motivo ho sostenuto la relazione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el proyecto de Decisión de Ejecución del Consejo por la que se aprueba la celebración por parte de Eurojust del Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Ucrania con vistas a reforzar el crimen organizado y el terrorismo. El presente proyecto de acuerdo contiene disposiciones sobre la cooperación operativa, por ejemplo el envío por Ucrania de un funcionario de enlace en comisión de servicios a Eurojust y el intercambio de información, incluidos los datos personales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pour renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, et plus particulièrement de criminalité organisée et de terrorisme est une intention louable.

Des pistes intéressantes sont envisagées comme le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust. Cependant, l'échange d'information, y compris de données à caractère personnel me paraît inacceptable.

La protection des données à caractère personnel et le respect de la vie privée des individus sont des droits majeurs fondamentaux. Il est nécessaire de maintenir une approche équilibrée entre le renforcement de la sécurité des citoyens européens et la sauvegarde des droits de l'homme, notamment en ce qui concerne la protection des données à caractère personnel.

J'ai donc décidé de voter contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur ritenendo fondamentale la stipula di accordi fra Eurojust e paesi terzi, mirati a rafforzare la lotta alla criminalità transnazionale, non condivido le posizioni sostenute in questo testo che si rivolge all'Ucraina. Considerati la delicata situazione geopolitica in essere e il fatto che l'UE si è schierata in una disputa territoriale fra paesi terzi, arrivando addirittura a decidere per sanzioni economiche contro la Russia che hanno creato danni ingentissimi alle nostre imprese e alle produzioni dei nostri territori, non ho inteso sostenere questo testo e mi sono espressa con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har valt att lägga ned min röst.

Eurojust är ett EU-organ vars syfte är att stärka det rättsliga samarbetet i kampen mot allvarlig brottslighet, och i det här fallet handlar det om att byta persondata. Vänsterpartiet är emot Eurojust som sådant, men röstar för samarbeten när länder själva vill ingå. Situationen i Ukraina är dock spänd och landet har flera gånger kränkt de mänskliga rättigheterna, även vad gäller rätt till rättssäkra rättegångar, och därför väljer vi att avstå i den här omröstningen.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta mediante la cual se da luz verde a la celebración de un Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Ucrania para reforzar la cooperación judicial en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo. Entre otros aspectos, con este acuerdo se establece el envío por Ucrania de un funcionario de enlace en comisión de servicios a Eurojust y el intercambio de información, incluidos datos personales.

La celebración del acuerdo ha recibido además el visto bueno de la Autoridad Común de Control de Eurojust, que ha señalado que para el mismo se han tenido en cuenta todas las enmiendas de Eurojust al proyecto de acuerdo, destacando además que se han resuelto satisfactoriamente todas las cuestiones relacionadas con la independencia de la autoridad competente de control mediante la transferencia de las tareas al Defensor del Pueblo, que goza de total independencia de conformidad con la Constitución de Ucrania.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Eurojusto ir Ukrainos bendradarbiavimo susitarimo sudarymui. Šio susitarimo tikslas – gerinti teisminį bendradarbiavimą siekiant kovoti su sunkiais nusikaltimais, visų pirma organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu. Susitarimo projekte numatytos nuostatos dėl Eurojusto ir Ukrainos operatyvinio bendradarbiavimo, pavyzdžiui, Ukrainai komandiruojančią ryšių palaikymo pareigūną į Eurojustą ir keičiantis informacija, apimančia asmens duomenis. Ukraina yra prisijungusi prie Europos Tarybos 1981 m. konvencijos dėl asmenų apsaugos ryšių su asmens duomenų automatizuotu tvarkymu ir šios konvencijos protokolo dėl priežiūros institucijų ir valstybės sienas kertančių duomenų srautų. Šiuo klausimu Jungtinė priežiūros institucija nurodė, kad problema dėl kompetentingos priežiūros institucijos Ukrainoje nepriklausomumo buvo tinkamai išspręsta pavedus šias užduotis ombudsmenui, kuriam pagal Ukrainos konstituciją užtikrinamas visiškas veiklos nepriklausomumas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Ez a jelentés az Eurojust és Ukrajna közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására irányuló javaslatra vonatkozik, melynek célja az igazságügyi együttműködés fókuszára a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A megállapodás tervezete az Eurojust és Ukrajna közötti operatív együttműködésre vonatkozó rendelkezéseket tartalmaz.

A transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fókuszára érdekében gyakorlati szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust Ukrajnával való együttműködésére. Ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Poslanci smo večinsko podprli odobritev sporazuma med Eurojustom in Ukrajino. Še posebno v tej politično nestabilni državi je pomoč evropskih organov pri pregonu težjih oblik kriminala in terorizma več kot dobrodošla.

Izmenjava informacij, napotitev častnika za zvezo iz Ukrajine v Eurojust in večja neodvisnost pristojnega nadzornega organa so ključne prednosti tega sodelovanja. S tem tudi krepimo pravosodno sodelovanje v celotni Evropi na področju težje kriminalitete in terorizma.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis bien sûr toujours favorable à toute mesure destinée à renforcer la coopération judiciaire en matière de lutte contre la grande criminalité et le terrorisme, mais je suis farouchement opposée à ce qu'on procède à des échanges d'informations comprenant des données à caractère personnel. Or, c'est ce que ce rapport prévoit.

Par conséquent j'ai voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché sono convinta che l'accordo di cooperazione tra Eurojust e l'Ucraina presenti molti aspetti positivi sotto diversi punti di vista. Infatti, questo accordo, da un lato, fornisce supporto all'Ucraina avvicinandola ulteriormente all'UE e, dall'altro, rappresenta un importante strumento nella lotta al terrorismo.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Al fine di rafforzare la lotta alla criminalità internazionale e di migliorare la cooperazione giudiziaria in Europa è utile attivare l'accordo di cooperazione tra l'autorità di controllo comune Eurojust e la Repubblica Ucraina. Il Parlamento europeo deve essere favorevole alla conclusione di questo accordo di cooperazione con l'Ucraina poiché – per la serietà con cui è stato condotto il dialogo bilaterale e per le implicazioni, anche politiche, che esso comporta – è un aiuto e un sostegno alla lotta contro le forme gravi di criminalità che contraddistinguono molti territori dell'Europa orientale e contribuirebbe a rafforzare la cooperazione giudiziaria, in particolare nel campo della criminalità organizzata e del terrorismo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition concerne l'approbation d'un accord entre Europol et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les réseaux criminels ainsi que le terrorisme. Ce rapport comprend des dispositions en ce qui concerne la coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, telles que le détachement d'un officier de liaison auprès d'Eurojust mais surtout l'échange d'informations, y compris des données à caractère personnel.

Nous nous opposons fermement à la volonté de l'Union européenne de renforcer en permanence son influence auprès des pays tiers. Il est donc de notre devoir de préserver ces pays de l'ingérence des institutions européennes dans leurs affaires nationales.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Pentru a consolida lupta împotriva infracțiunilor transnaționale și a consolida cooperarea judiciară în Europa, există o necesitate operațională clară ca Eurojust să coopereze cu Ucraina. În acest context, încheierea unui acord de cooperare între Eurojust și această țară reprezintă un pas important în ceea ce privește combaterea formelor grave de criminalitate și corupție. Având în vedere necesitatea acestui acord, m-am exprimat în favoarea raportului referitor la proiectul de decizie de implementare a Consiliului de aprobare a încheierii de către Eurojust a Acordului de cooperare dintre Eurojust și Ucraina.

Acesta cuprinde dispoziții detaliate referitoare la cooperarea operațională dintre Eurojust și Ucraina, cum ar fi detașarea de către Ucraina a unui ofițer de legătură pe lângă Eurojust și schimburile de informații.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Questa serie di accordi fra Eurojust e i paesi terzi mira principalmente a rafforzare la lotta contro la criminalità transnazionale. Trattandosi però dell'Ucraina e considerando la delicata situazione geopolitica e volendo evitare strumentalizzazioni verso uno Stato non propriamente democratico né rispettoso degli accordi presi in materia di gas, mi astengo.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Ucraina este unul dintre principalii parteneri estici ai Uniunii Europene. Ceea ce leagă profund acest stat de UE este viziunea sa pro-occidentală care, de altfel, se află și la originea conflictului armat dintre Ucraina și rebelii pro-ruși. Odată cu intrarea în vigoare, la 1 ianuarie 2016, a Zonei de liber schimb aprofundate și cuprinzătoare, guvernul ucrainean își continuă parcursul european, însă raporturile cu Rusia și crearea păcii în zonă rămân în continuare complicate. În această privință, sunt convins că Ucraina își va urma calea pro-occidentală, întrucât există o voință politică în acest sens susținută de o opinie publică pro-europeană.

Semnarea Memorandumului de înțelegere dintre Parlamentul European și Rada Supremă a Ucrainei din 3 iulie 2015 creează cadrul comun de sprijin parlamentar și de consolidare a capacităților Radei.

Totuși, relația dintre UE și Ucraina nu se rezumă numai la sprijin, fiind caracterizată de o apropiată colaborare. În acest sens, acordul de cooperare dintre Eurojust și Ucraina are scopul de a consolida cooperarea judiciară în vederea combaterii formelor grave de criminalitate, în special a criminalității organizate și a terorismului. Consider că implementarea acestui acord se arată oportună ambelor părți.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione, da parte di Eurojust, dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e l'Ucraina. Il progetto in esame ha l'obiettivo di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità organizzata, in particolare le associazioni criminali e terroristiche, anche mediante il distacco da parte dell'Ucraina di un ufficiale di collegamento presso Eurojust e lo scambio automatico di informazioni, inclusi i dati personali. L'accordo di cooperazione con l'Ucraina rappresenta un aiuto e un sostegno alla lotta contro le forme gravi di criminalità e contribuisce a rafforzare la cooperazione giudiziaria, in particolare nel campo della criminalità organizzata e del terrorismo.

Per questi motivi ho deciso di votare per l'accoglimento del testo.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento è stato consultato con riferimento alla conclusione dell'accordo fra Eurojust e l'Ucraina che mira a migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Il testo dell'accordo, se verrà siglato, riguarderà, oltre allo scambio di informazioni, anche aspetti molto operativi, come ad esempio il distacco da parte dell'Ucraina di un procuratore di collegamento presso Eurojust. Ho sicuramente votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση που στοχεύει στην ενίσχυση της δικαστικής συνεργασίας στην καταπολέμηση του σοβαρού εγκλήματος και της διαφθοράς. Υφίσταται σαφής επιχειρησιακή ανάγκη συνεργασίας της Eurojust με την Ουκρανία προκειμένου να καταπολεμηθεί το διεθνικό έγκλημα και να ενισχυθεί η δικαστική συνεργασία στην Ευρώπη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Η έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έγκριση της σύναψης από την Eurojust της συμφωνίας συνεργασίας μεταξύ της Eurojust και της Ουκρανίας έχει ιδιαίτερες προεκτάσεις στη ζωή και τις ελευθερίες εκατομμυρίων πολιτών. Παρότι η διεύρυνση των συνεργασιών μεταξύ των κρατών έχει θετική φύση και μπορεί να φέρει πολύ σημαντικά αποτελέσματα στον τομέα της εγκληματικότητας, εν τούτοις δεν μπορούμε να υποστηρίξουμε οποιαδήποτε πρωτοβουλία χωρίς να έχει εξασφαλιστεί η προστασία των ατομικών δικαιωμάτων των πολιτών. Ως εκ τούτου, θεωρώ πως πρέπει να εμβαδύνουμε τη συζήτηση και για αυτό το λόγο αποφάσισα να απέχω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e l'Ucraina poiché sono convinto sussista l'esigenza operativa di migliorare la cooperazione giudiziaria nel contrasto alle gravi forme di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Il provvedimento instaura una cooperazione tra Autorità nazionale ucraina ed Eurojust che si concretizza in una serie di misure tra cui il distacca di esperti nazionali presso le istituzioni europee e lo scambio dei dati.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Se i sistemi giuridici ragionano a compartimenti stagni, c'è gente che commette dei reati, le persone danneggiate denunciano, sempre che abbiano fiducia nel sistema, gli inquirenti indagano e, nel caso in cui riescano ad accumulare prove, si passa alla punizione. Al fine di disinnescare questa catena, bisogna fare in modo da prevenire la consumazione dei reati e uno dei passaggi obbligatori è cercare di fermare l'ingresso entro i confini dello Stato di persone propense a delinquere. In altre parole, bisogna evitare di importare criminalità. Un accordo con i paesi confinanti per migliorare i loro sistemi giuridici, inserito in quest'ottica, è un buon modo per cooperare e, in base a queste considerazioni, ho votato a favore di questa relazione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – A cooperation agreement between Eurojust and Ukraine would reinforce judicial cooperation in the combat against serious crime and corruption. The agreement would see operational cooperation between Eurojust and Ukraine, such as the temporary transfer of a Ukrainian liaison officer to Eurojust. The exchange of information would also be encouraged. This cooperation mechanism would aid in the combat against serious crime whilst also enhancing judicial coordination on organised crime and terrorism.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Eurojust é uma peça essencial na cooperação judicial europeia, desenvolvendo o seu trabalho sobretudo no âmbito do crime organizado transfronteiriço e terrorismo.

O seu apoio aos Estados-Membros reside, entre outros, na capacidade de recolher e analisar informação, bem como na articulação de investigações transfronteiriças. Neste contexto, a Eurojust coopera também com países terceiros. Esta cooperação resulta, em regra, da sua proximidade geográfica com a União ou da importância para o âmbito material de atuação da Agência.

Ora, é neste contexto que foi assinado este acordo de cooperação com a Ucrânia. Garantida a proteção de dados pela Instância Comum de Controlo e a sua utilidade e legalidade pelo Colégio da Eurojust, o Parlamento dá, enquanto colegislador, o seu assentimento político à conclusão do Acordo.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn das Kooperationsabkommen fördert die grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung und die justizielle Zusammenarbeit auch in Europa. Verbrechen machen nicht an Grenzen halt, daher halte ich das Abkommen für ein wirksames Mittel zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Korruption.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il progetto riguarda la proposta di approvazione di un accordo di cooperazione fra Eurojust e l'Ucraina con l'obiettivo di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Sono presenti disposizioni riguardanti la cooperazione operativa tra Eurojust e l'Ucraina come ad esempio: lo scambio di informazioni (anche i dati personali) oppure il distacco da parte dell'Ucraina di un ufficiale di collegamento presso Eurojust. Questo tipo di cooperazione giudiziaria tra l'Unione europea e paesi terzi sostiene e aiuta la difficile lotta contro le diverse forme di criminalità transnazionali, pertanto ho ritenuto di dover votare favorevolmente.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and corruption, is important to ensure citizens' safety. I agree with the provisions concerning the operational cooperation between Eurojust and Ukraine, such as the secondment of a liaison officer by Ukraine to Eurojust.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione riguarda il progetto di decisione di esecuzione del Consiglio inerente alla proposta di approvazione di un accordo fra Eurojust e l'Ucraina, con l'obiettivo di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Il progetto di accordo contiene disposizioni riguardanti la cooperazione operativa tra Eurojust e l'Ucraina, come, ad esempio, il distacco da parte dell'Ucraina di un procuratore di collegamento presso Eurojust e lo scambio di informazioni. La Danimarca, il Regno Unito e l'Irlanda partecipano all'adozione e all'applicazione della decisione. Voto favorevole a questa relazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe ratificaría un acuerdo entre la agencia Eurojust, especializada en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo, y Ucrania a través de la colaboración policial y el intercambio de datos. Cabe recordar que Ucrania es un Estado donde los derechos humanos de la población se violan de manera sistemática y cuyo actual Gobierno ha aprobado medidas que violan derechos de la población rusa, e incluso ha ilegalizado símbolos y partidos políticos de izquierdas. Nos hemos opuesto a la aprobación del mismo al estar radicalmente en contra de estrechar nuestras relaciones con Ucrania en un momento como el actual en el que existe un conflicto en el país tras el golpe de Estado de 2014 que contó con apoyo europeo y norteamericano. Este acuerdo responde a un interés geopolítico de la Unión Europea de estrechar sus lazos con las autoridades ucranianas e intentar aislar a Rusia que no vamos a apoyar.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Eurojust és Ukrajna közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására irányuló javaslat célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A megállapodás tervezete az Eurojust és Ukrajna közötti operatív együttműködésre vonatkozó rendelkezéseket tartalmaz, például az Ukrajna által az Eurojusthoz delegált összekötő tisztviselő kirendeléséről és a személyes adatokra is kiterjedő információcseréről.

A transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust Ukrajnával való együttműködésére. Az Eurojust harmadik országokkal vagy nemzetközi szervezetekkel a Tanács minősített többséggel történő jóváhagyását követően köthet megállapodásokat, miután a Parlament ehhez jóváhagyását adta.

A Parlament ma jóváhagyta a Tanácsnak az Eurojust és Ukrajna közötti együttműködési megállapodásról szóló tervezetét, mert az segíti és megerősíti a súlyos bűnözéssel szembeni küzdelmet, és hozzájárul az igazságügyi együttműködés fokozásához, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus terén.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Celem rozpatrywanych porozumień o współpracy między Eurojustem a Ukrainą i Czarnogorą jest zacieśnienie współpracy sądowej w walce z poważną przestępczością, w szczególności przestępczością zorganizowaną i terroryzmem. Porozumienia zawierają postanowienia dotyczące współpracy operacyjnej między Eurojustem a Ukrainą i Czarnogorą, takie jak delegowanie przez Ukrainę i Czarnogorę oficera łącznikowego do Eurojustu oraz wymiana informacji, w tym danych osobowych.

Przedmiotowe porozumienia o współpracy z Ukrainą i Czarnogorą wesprą i umocnią walkę z poważnymi przestępstwami oraz przyczynią się do poprawy współpracy sądowej, w szczególności w obszarze przestępczości zorganizowanej i terroryzmu. Mając powyższe na uwadze, zagłosowałem za przyjęciem porozumień.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The proposal in question concerns the approval of an agreement of cooperation between Ukraine and Eurojust in order to improve judicial cooperation in the fight against serious crime in various aspects. Changes were made with regards to the exchange of information which could include personal data, as Ukraine is a party to the Council of Europe Convention of 28 January 1981 on the Protection of Individuals with regards to the Automatic Processing of Personal Data and additional protocols. The agreement seeks to strengthen the European Union's fight against organised and cross-border crime, specifically the fight against terrorism. For this reason I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I welcome this agreement between Eurojust and Ukraine, which allows for the mutual exchange of information and the secondment of liaison officers or liaison magistrates to Eurojust. Cooperation of this kind is vital to tackle cross-border serious crime both within and outside the European Union. I am also satisfied with Eurojust's Joint Supervisory Body's positive opinion on the data protection provisions in this agreement. In order for international cooperation in the fight against crime to be successful it is imperative that law-abiding citizens have confidence in the safety of their own personal data under these agreements.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Dans ce rapport de consultation, le Parlement européen donne son approbation sur l'accord de coopération entre Eurojust et l'Ukraine, dans le but de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre le crime organisé et le terrorisme.

L'accord prévoit des mesures opérationnelles afin de faciliter la coopération sur le terrain, telles que le détachement d'un officier de liaison ukrainien à Eurojust et le partage d'informations. L'échange de données personnelles sera autorisé après consultation de l'autorité de surveillance conjointe sur la protection des données et l'approbation du Conseil toutefois. Considérant que le renforcement des frontières extérieures de l'Union dans la lutte contre le terrorisme passe par une meilleure coopération avec les pays tiers frontaliers, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – La conclusion de l'accord sur la coopération entre Eurojust et l'Ukraine permet un renforcement des relations essentiel dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée.

C'est la raison de mon soutien à ce texte. Un tel accord permet l'échange d'informations entre Eurojust et l'Ukraine, mais également le détachement d'officiers ou de magistrats de liaison auprès d'Eurojust.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – La decisione in esame ha approvato un accordo di cooperazione tra Eurojust e l'Ucraina al fine di rafforzare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità e corruzione. Ho votato a favore di quest'accordo perché ritengo essenziale una prevenzione e una lotta attenta alle realtà criminali che solo lo scambio d'informazioni tra sistemi di sicurezza può garantire.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution visant à renforcer la coopération judiciaire entre Eurojust et l'Ukraine. Il est, en effet, nécessaire d'intensifier la lutte contre les formes graves de criminalité en particulier dans le domaine de la criminalité organisée et du terrorisme. Je soutiens en particulier le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange accru d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Dans le but de mieux lutter contre la criminalité organisée et le terrorisme, il est proposé d'approuver une coopération entre Europol et l'Ukraine se traduisant notamment par des échanges d'informations, dont certaines à caractère personnel. Il s'agit d'une régression supplémentaire pour ce qui est de la garantie des libertés publiques, c'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – В този свят, в който транснационалната престъпност вече се превръща в ежедневие, няма как да не подкрепя този доклад. Всяко едно споразумение, което е водено от желание за борба с тежката престъпност, по-специално организираната престъпност и тероризма, ще среща винаги моето одобрение. Още повече, когато се говори за държави, в които има българи, каквато е Украйна.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Η επιχειρησιακή συνεργασία σε θέματα δικαστικής φύσεως μεταξύ EUROJUST και αντίστοιχων ουκρανικών αρχών δεν μπορεί να υλοποιηθεί, λόγω της διαρκούς παρέμβασης της παράνομης ουκρανικής κυβέρνησης στη δικαστική εξουσία. Ο συνήγορος του πολίτη, στον οποίο μεταφέρθηκαν τα καθήκοντα της αρμόδιας εποπτικής αρχής, δεν αποτελεί εγγύηση για την τήρηση της νομιμότητας, την παύση των παρεμβάσεων και ειδικότερα την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O presente documento diz respeito à proposta de aprovação de um acordo de cooperação entre a Eurojust e a Ucrânia, com vista a reforçar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo.

A fim de reforçar a luta contra a criminalidade transnacional e a cooperação judiciária na Europa, existe uma clara necessidade operacional de colaboração entre a Eurojust e a Ucrânia. Sou favorável à celebração do presente acordo de cooperação com a Ucrânia, uma vez que apoia e intensifica a luta contra as formas graves de criminalidade, contribuindo ainda para reforçar a cooperação judiciária, em especial no domínio da luta contra o crime organizado e o terrorismo.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération parce que certaines dispositions concernant notamment le transfert de données à caractère personnel n'ont rien à voir avec la lutte contre le crime organisé et le terrorisme.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório visa a aprovação do Acordo de cooperação entre a Eurojust e a Ucrânia, sob o pretexto de intensificar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo. O Acordo prevê disposições em matéria de cooperação operacional entre a Eurojust e a Ucrânia, tais como o destacamento, pela Ucrânia, de um agente de ligação para a Eurojust e o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

Centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust, que escapa ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais.

Entre outros aspetos, estas iniciativas inserem-se numa deriva securitária que coloca cada vez mais em risco direitos, liberdades e garantias fundamentais. Saliente-se ainda o agravamento da situação na Ucrânia e a profunda hipocrisia e cumplicidade dos EUA, da UE e da NATO, perante a onda de provocações, de instigação à violência, de violações de liberdades e direitos e de crimes perpetrados pelas forças ultranacionalistas e fascistas neste País, de que têm sido vítimas cidadãos que se opõem às forças e ao poder golpista. Urge a denúncia e o veemente repúdio que não se coaduna com a presente proposta.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di decisione di esecuzione per un accordo di cooperazione tra Eurojust, Ucraina e Montenegro, al fine di rafforzare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità e corruzione. Ritengo che una cooperazione efficace e operativa tra agenzie europee e Stati sia la giusta direzione per affrontare la minaccia terroristica che riguarda tutti gli attori nel panorama internazionale. L'Unione europea deve far sentire la propria voce e agire concretamente in questo senso.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia prijala v minulosti niekoľko zásadných rozhodnutí v súvislosti s Ukrajinou. Tento návrh sa týka posilnenia justičnej spolupráce v oblasti boja proti závažným trestným činom, a to najmä organizovanej trestnej činnosti a terorizmu. Zároveň obsahuje ustanovenia o operačnej spolupráci medzi Ukrajinou a Eurojustom zahŕňajúce aj vyslanie styčného dôstojníka z Ukrajiny do Eurojustu či výmeny informácií vrátane osobných údajov. Cieľom spolupráce medzi Eurojustom a Ukrajinou je posilnenie boja proti nadnárodnej trestnej činnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dal voto in quanto l'UE dovrebbe rivedere la sua politica estera nell'area tra Ucraina e Russia prima di concludere nuovi accordi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Η επιχειρησιακή συνεργασία σε θέματα δικαστικής φύσεως μεταξύ EUROJUST και αντίστοιχων ουκρανικών αρχών δεν μπορεί να υλοποιηθεί, λόγω της διαρκούς παρέμβασης της παράνομης ουκρανικής κυβέρνησης στη δικαστική εξουσία. Ο συνήγορος του πολίτη, στον οποίο μεταφέρθηκαν τα καθήκοντα της αρμόδιας εποπτικής αρχής, δεν αποτελεί εγγύηση για την τήρηση της νομιμότητας, την παύση των παρεμβάσεων και ειδικότερα την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω τη συμφωνία συνεργασίας μεταξύ της Eurojust και της Ουκρανίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The draft agreement limits the transfer of personal data between the parties and includes a number of specific safeguard provisions. Onward transmission of such personal data is not possible without the written consent of the other party.

It is important that we continue to support the work of Eurojust, as it will play a key role if the EU wants to enhance its judicial cooperation to tackle organised crime and terrorism.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport afin de soutenir l'accord de coopération entre Europol et l'Ukraine, qui permettra de renforcer et d'intensifier la coopération judiciaire dans la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme. Si le travail de l'agence Eurojust repose principalement sur la coordination entre les différents États membres et les autres institutions européennes, la portée et l'ampleur des menaces actuelles rendent plus indispensable que jamais la coopération internationale avec nos partenaires, dont l'Ukraine.

Cet accord comprend des dispositions sur l'échange d'informations, y compris l'échange de données personnelles, et sur le détachement d'officiers et de magistrats de liaison auprès de l'agence, pour une réponse plus coordonnée. Enfin, cet accord s'inscrit plus largement dans le renforcement de notre partenariat avec l'Ukraine et reste un moyen supplémentaire de soutenir ce pays sur la voie des réformes.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – With today's vote we approve the conclusion of the operational cooperation agreement between Eurojust and Ukraine.

This agreement has the objective of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism, through the exchange of information, including personal data.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Ez a javaslat az Eurojust és Ukrajna közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására irányuló javaslatra vonatkozik, melynek célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A megállapodás tervezete az Eurojust és Ukrajna közötti operatív együttműködésre vonatkozó rendelkezéseket tartalmaz, például az Ukrajna által az Eurojusthoz delegált összekötő tisztviselő kirendeléséről és a személyes adatokra is kiterjedő információcseréről. Üdvözlöm a kezdeményezést, mert meglátásom szerint a transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust Ukrajnával való együttműködésére.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta con la intención de reforzar la cooperación judicial entre Eurojust y Ucrania en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo. No hay duda de que, para alcanzar el objetivo de fortalecer la lucha contra la delincuencia transnacional y reforzar la cooperación judicial en Europa, es necesario que Eurojust coopere con Ucrania.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für das Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Ukraine gestimmt, da ich eine Stärkung der justiziellen Zusammenarbeit über die Grenzen der EU hinaus für ein wichtiges und sinnvolles Instrument halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße eine stärkere justizielle Zusammenarbeit zwischen Eurojust und der Ukraine. Jetzt können schwere Kriminalität und die Gefahren des Terrorismus noch effektiver bekämpft werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which concerns the proposed approval of cooperation agreements between Eurojust and Ukraine, with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Errare humanum est, perseverare diabolicum.

Il y a un peu plus d'un an, l'UE signait avec l'Ukraine un accord d'association couvrant de très larges domaines économiques et politiques, y compris la libéralisation de visas pour les travailleurs, ou une aide financière conséquente. Moins d'ailleurs pour le bien de l'Ukraine, que la marche vers l'ultra-libéralisme à la bruxelloise achèvera de désorganiser, que pour provoquer la Russie.

Cet accord n'est toujours pas ratifié par tous les États membres, les Pays-Bas notamment, sous la pression populaire, étant obligés d'organiser un référendum sur le sujet au mois d'avril. 75 % de la population néerlandaise serait, selon les sondages, hostile à cette association.

Le FMI, principal bailleur de fonds du pays, menace de couper les vivres, tant la corruption y est endémique et la lutte contre elle anémique.

On nous propose aujourd'hui un accord de coopération judiciaire incluant des échanges de données, y compris des données à caractère personnel, avec ce pays. Sans aucune garantie, bien évidemment, que les autorités ukrainiennes sont à même d'en assurer une utilisation conforme aux critères européens.

J'ai voté contre ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – W sprawie projektu decyzji wykonawczej Rady zatwierdzającej zawarcie przez EUROJUST porozumienia o współpracy między Eurojustem a Ukrainą i Czarnogórą.

Przestępczość zorganizowana i terroryzm to tematy aktualne i ważne dla całej Europy. Nieustannie dowiadujemy się o coraz to nowszych organizacjach przestępczych i zamachach, które niszczą i zastraszają europejskie społeczeństwo.

Tym zjawiskom należy zdecydowanie się sprzeciwić.

Zacieśnienie współpracy operacyjnej pomiędzy Eurojustem a Ukrainą i Czarnogórą, a w szczególności powołanie przez oba te państwa oficera łącznikowego do Eurojustu zasługuje więc na poparcie. Jestem przekonana, że działania podjęte w ramach porozumienia umocnią Europę w walce z przestępczością zorganizowaną i terroryzmem.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – The role of Eurojust is important for the EU to enhance its judicial cooperation role and to tackle organised crime and terrorism, something which does not respect borders and something which we need to find transnational solutions to. Hence I think it is important to continue to support the work of Eurojust and this is why I voted in favour of the report today.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I support the approval of a cooperation agreement between Eurojust and the Ukraine, because it is imperative that Eurojust and the Ukraine work together in the fight against serious transnational crime, particularly organised crime and terrorism. This agreement would also enhance judicial co-operation, which is similarly necessary in this battle.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η συμφωνία για την οποία ζητείται η έγκριση του Κοινοβουλίου αφορά την δικαστική συνεργασία μεταξύ ΕΕ-Ουκρανίας. Στην Ουκρανία υπάρχει ένα καθεστώς που καταδικάζει και καθιστά παράνομα πολιτικά κόμματα, ανάμεσα τους το ΚΚ Ουκρανίας, οδηγεί ανθρώπους στη φυλακή καθαρά για τα πολιτικά τους πιστεύω, και η ΕΕ θέλει να ενδυναμώσει τις σχέσεις με αυτή στον δικαστικό τομέα.

Στη συμφωνία προνοείται ανταλλαγή πληροφοριών συμπεριλαμβανομένου και προσωπικών δεδομένων που μπορεί να χρησιμοποιηθούν από την Ουκρανία για την εξυπηρέτηση στόχων όπως καταγράφηκαν πιο πάνω. Επίσης αυτή τη περίοδο προωθείται κανονισμός από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή αναφορικά με την Eurojust, όπου προτείνονται περισσότερες εξουσίες στο ΕΚ στην σύνταξη αυτών των συμφωνιών συνεργασίας. Στη συγκεκριμένη περίπτωση, απλά ζητείται η έγκριση από μέρους του ΕΚ. Για αυτούς τους λόγους καταψηφίζουμε την εν λόγω συμφωνία και θεωρούμε ότι αυτή, δυστυχώς, εντάσσεται στο ευρύτερο γεωπολιτικό παιχνίδι που παίζεται στη περιοχή προσπαθώντας να εξυπηρετήσει αλλότριους σκοπούς.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – The passing of the draft agreement between Eurojust and Ukraine would lead to increased judicial cooperation in combatting organised crime and terrorism. The benefits of such an agreement are many as it enhances European judicial collaboration and fulfils the operational need to fight transnational crime as mentioned by Rapporteur Jiří Maštálka. Given that the cooperation would only extend as far as the secondment of a liaison officer by Ukraine to Eurojust and the exchange of information, including personal data, and, given that the Council will be required to consult Parliament when adopting implementing measures pursuant to Article 39(1) of the pre-Lisbon Treaty on European Union and in accordance with Article 9 of Protocol 36, I have decided to vote in favour of the draft implementing decision approving the conclusion by Eurojust of the Agreement on Cooperation between Eurojust and Ukraine.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), în scris. – Salut decizia de cooperare între Eurojust și Ucraina. Un astfel de acord este necesar pentru consolidarea judiciară în combaterea formelor grave de criminalitate și corupție.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Ukrajine (11592/2015 — C8-0300/2015 — 2015/0810(CNS)), s obzirom da podržavam prijedlog Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Ukrajine s ciljem osnaživanja pravosudne suradnje u borbi protiv teških kaznenih djela i korupcije, te s obzirom da postoji jasna operativna potreba za suradnjom Eurojusta s Ukrajinom u cilju borbe protiv transnacionalnog kriminala i jačanja pravosudne suradnje u Europi.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Je me refuse à l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine qui se voudrait une coopération judiciaire accrue dans la lutte contre les formes graves de criminalité. Je réproue surtout les dispositions de coopération entre Eurojust et l'Ukraine comprenant l'échange de données à caractère personnel. Par ailleurs, je n'accepte pas la possibilité d'avoir un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust. En conséquence je vote contre.

Diane James (EFDD), in writing. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Petr Ježek (ALDE), in writing. – This agreement between Eurojust, the European Union's Judicial Cooperation Unit, and Ukraine aims at strengthening their cooperation in criminal matters, especially in fighting organised crime and terrorism. Given the current terrorism threat looming over Europe, it is of great importance to me to enhance exchange of operational information with third countries. This agreement will help, for example, to accelerate or facilitate the execution of extradition and mutual legal assistance requests, to clarify legal requirements and relevant legislation. I am convinced this will enable us to fight organised crime more effectively within Europe, this is why I voted in favour of this report.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Sylvia-Yvonne Kaufmann au sujet du projet de décision d'exécution du Conseil portant approbation de la conclusion, par Eurojust, de l'accord sur la coopération entre Eurojust et l'Ukraine. Il s'agit d'une procédure d'approbation concernant la coopération opérationnelle et judiciaire entre l'agence Eurojust et les autorités ukrainiennes.

Le but est de favoriser l'échange de données, étant donné que l'indépendance de l'agence responsable du traitement de ces données en Ukraine a été validée. De plus un agent de liaison ukrainien serait dépêché auprès d'Eurojust. De nos jours la coopération judiciaire est plus que jamais primordiale. J'ai donc approuvé la mise en place effective d'une coopération plus étroite entre l'Ukraine et l'Union européenne.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à approuver la décision de coopération opérationnelle et judiciaire entre l'agence EUROJUST et les autorités ukrainiennes. Cette coopération se traduira par des échanges d'informations à caractère personnel entre l'Ukraine et l'UE pour lutter contre les formes les plus graves de criminalité et de corruption.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu dem vorliegenden Bericht, der sich mit der Bekämpfung internationaler Kriminalität befasst, da aus meiner Sicht derzeit diesbezüglich keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der ukrainischen Regierung gegeben ist.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I find the proposed cooperation agreement between Eurojust and Ukraine to be most important if we are to effectively set an example in fighting serious crime, particularly organised crime and terrorism. The agreement would also act as a catalyst for enhancement of judicial cooperation in the area of serious crime. I recognise how important such progress is for the safety of European citizens and states, and thus I support this report and its approval of a cooperation agreement.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the conclusion of the cooperation agreement, as it would aid and reinforce the fight against serious crime and would contribute to enhancing judicial co-operation in particular in the field of organised crime and terrorism.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'Unione europea è quotidianamente impegnata nel contrastare la criminalità organizzata e il terrorismo. Ho deciso di votare a favore della presente proposta di approvare l'accordo di cooperazione fra Eurojust e l'Ucraina, poiché rafforza ulteriormente la cooperazione giudiziaria nella lotta contro forme gravi di criminalità e corruzione. Accolgo con favore qualsiasi accordo bilaterale o multilaterale mirante a impedire un ulteriore rafforzamento delle attività facenti capo alla criminalità organizzata.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité. Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, telles que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour moi. Je m'oppose à l'utilisation systématique et généralisée des données à caractère personnel des citoyens français.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition d'accord car elle comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, telles que l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Or je suis hostile à ce genre d'échange.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre.

Ce rapport tendait à approuver un accord de coopération judiciaire entre Europol et l'Ukraine, notamment dans la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme. Les dispositions opérationnelles prévues dans cet accord tiennent par exemple au détachement d'un officier de liaison ukrainien auprès d'Eurojust, à l'échange d'informations, mais surtout aussi à l'échange de données à caractère personnel. Ce point crucial est inacceptable pour moi et l'ensemble des députés de notre groupe, qui nous battons au quotidien pour repousser cet objectif de l'Union européenne.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre el Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Ucrania ya que tiene como objetivo mejorar la cooperación judicial en la lucha contra la delincuencia grave, en particular la delincuencia organizada y el terrorismo con medidas como la adscripción de un oficial de enlace (fiscal) por parte de Ucrania a Eurojust o el intercambio de información, incluyendo datos.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Eurojust je úřad na zrušení, žrout daní za 32 milionů EUR ročně. Potírání mezinárodního zločinu bylo možné i před Evropskou unií a bude možné i po ní, a to bez zbytečných euroúřadů. Není třeba do této neefektivní spolupráce přibírat další státy.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sporazum o suradnji između Eurojusta i Ukrajine od iznimne je važnosti, posebice u pogledu borbe protiv kriminala i korupcije. Ovaj nacrt sporazuma sadrži odredbe koje se odnose na operativnu suradnju između Eurojusta i Ukrajine, kao što je upućivanje časnika za vezu od strane Ukrajine u Eurojust i razmjenu informacija, uključujući i osobne podatke.

Podržala sam izvješće zastupnice Kaufmann, jer je transnacionalna suradnja tijela koja brinu o sigurnosti danas, kada smo svjedoci svakodnevnog rasta kriminala i terorizma, prijeko potrebna.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Nolīgums par sadarbību starp Eurojust un Ukrainu izvirza par savu mērķi veicināt tiesu iestāžu sadarbību cīņā pret smagiem noziedzīgiem, jo īpaši organizēto noziedzību un terorismu. Nolīguma projekts satur arī operatīvās informācijas apmaiņas un ciešas kooperācijas principus, kā arī dod Ukrainai iespēju nosūtīt savu sadarbības virsnieku uz Eurojust.

Jaunais nolīgums ir tikai viens no virknes dažādu nolīgumu, kas pēdējā laikā tika pieņemti un kuru primārais uzdevums ir ES un Ukrainas sadarbības intensificēšana pēc iespējas plašākā nozaru skaitā. Līdz ar to, it īpaši ņemot vērā šajā nolīguma projektā iekļauto divpusējo kooperācijas principu būtību, tam jāklūst par vēl vienu faktoru, kas, cerams, pozitīvi ietekmēs ES un Ukrainas vispārējo kooperāciju, kā arī Ukrainas iekšējās reformas attiecīgajās sfērās, pateicoties sava veida pārliešanas efektam.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Podporujem uzavretie tejto dohody medzi Ukrajinou a Eurojustom. Dohoda pomôže pri odhaľovaní závažnej nadnárodnej trestnej činnosti, korupcii a v boji proti terorizmu.

Spolupráca ukrajinských vyšetrovacích orgánov s Eurojustom zvýši efektívnosť vnútroštátnych vyšetrovacích a súdnych orgánov a pomôže účinnejšie bojovať proti medzinárodnému zločinu.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έγκριση της σύναψης από την Eurojust της συμφωνίας συνεργασίας μεταξύ της Eurojust και της Ουκρανίας, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Επιπλέον, αναβαθμίζει τον ρόλο της Ουκρανίας και ανοίγει το δρόμο για ενδεχόμενη μελλοντική ένταξη της Ουκρανίας στην ΕΕ, προοπτική με την οποία διαφωνώ κάθετα, καθώς πέραν των άλλων μια ενδεχόμενη ένταξη της Ουκρανίας στην ΕΕ θα είναι βλαπτική για την Ελληνική αγροτική οικονομία.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté contre ce texte. Il s'agit ici d'approuver un accord de coopération entre Eurojust (l'agence de coopération en matière de justice de l'Europe) et l'Ukraine. Le but de cet accord est de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, surtout dans le cadre de la lutte contre le terrorisme. Cet accord prévoit entre autres le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et des échanges d'informations, ce qui inclut les données à caractère personnel. C'est ce dernier point qui nous empêche de soutenir ce projet: l'Europe ne devrait pas avoir accès à ces informations.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this proposal on cooperation agreement between Eurojust and Ukraine with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole al progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e Ucraina. La proposta ha l'obiettivo di migliorare e rafforzare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le gravi forme di criminalità transnazionale, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. L'accordo, inoltre, rappresenterebbe un aiuto e un sostegno alla lotta contro le forme gravi di criminalità e contribuirebbe a rafforzare la cooperazione giudiziaria in Europa, in particolare nel campo della criminalità organizzata e del terrorismo.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Sono d'accordo con la relatrice sull'intensificazione della lotta contro la criminalità organizzata e il terrorismo. La cooperazione giudiziaria tra l'UE e l'Ucraina permetterà un nuovo passo in questo senso. Al giorno d'oggi, lo scambio di informazioni tra autorità competenti è fondamentale nell'attività di contrasto al crimine organizzato e al terrorismo che, come è noto, non ha confini geografici.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Ucrania con el fin de reforzar la cooperación judicial en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo.

La UE y Ucrania han establecido en los últimos años importantes acuerdos de colaboración y es necesario fortalecer cada día estas relaciones, también, en este caso, en materia judicial.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Agentur Eurojust sehe ich kritisch. Positiv ist im Bericht jedoch die angeführte Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Leider findet keinerlei kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen ukrainischen Regierung statt. Ich enthalte mich meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes pritariu Eurojusto ir Ukrainos bendradarbiavimo susitarimui. Šis susitarimas padės atsakingiems pareigūnams kovoti su sunkiais nusikaltimais – visų pirma organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu. Be to, susitarimas palengvins ES valstybių narių ir Ukrainos teismų bendradarbiavimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cet accord autorise la coopération entre Eurojust, l'agence européenne pour la coopération judiciaire, et l'Ukraine. Il prévoit l'échange de données entre États afin notamment de lutter contre la criminalité organisée et le terrorisme et facilite la coordination des enquêtes et poursuites engagées dans les États. Quand il faut des années à certains pays tiers pour négocier des accords de coopération, pour l'Ukraine tout va bien plus vite. Tout est bon à renforcer un jeu anti-Russie inepte, y compris avec un pays dont le système judiciaire est particulièrement faillible, corrompu et au service d'une oligarchie bien installée appuyée par des néo-nazis. En outre, le Parlement est ici simplement consulté et la décision sera de toute façon appliquée, énième preuve du semblant de démocratie européenne. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Je me refuse à l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine qui se voudrait une coopération judiciaire accrue dans la lutte contre les formes graves de criminalité. Je réproouve surtout les dispositions de coopération entre Eurojust et l'Ukraine comprenant l'échange de données à caractère personnel. Par ailleurs, je n'accepte pas la possibilité d'avoir un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust. En conséquence, j'ai voté contre.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because judicial cooperation between Ukraine and Eurojust helps the fight against organised crime and terrorism. An important facet of this resolution is enhancing the operational cooperation between Eurojust and Ukraine, including the exchange of information.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Face à la criminalité organisée, au terrorisme, aux trafics et à la corruption, il est essentiel que l'Union inscrive son action dans un cadre international avec une attention particulière pour ses pays voisins. En adoptant l'accord de coopération entre Eurojust et l'Ukraine, l'Union renforce son mécanisme judiciaire. Le nouvel officier de liaison au sein d'Eurojust permettra de fluidifier l'échange d'informations et par là l'effectivité de notre coopération. L'objectif est commun: mettre fin à l'impunité et renforcer la sécurité du territoire européen. J'encourage donc l'Union et Eurojust à multiplier ce type d'accord avec les autres pays tiers.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Spolupráca s Ukrajinou v oblasti boja proti závažným trestným činom je veľmi dôležitá. Ukrajina susedí s Európskou úniou a so susednými krajinami musíme spolupracovať v mnohých oblastiach v záujme našich občanov. Najmä dnes, keď sú teroristické útoky v Európe krutou realitou, považujem dohodu medzi Eurojustom a Ukrajinou za ďalší zo zásadných krokov k zníženiu organizovanej kriminality na európskom kontinente. Vitam predložený návrh legislatívneho uznesenia a stotožňujem sa so spravodajkyňou v tvrdení, že uzavretie tejto dohody by napomohlo a posilnilo boj proti závažnej trestnej činnosti. Dohody a zmluvy podobného charakteru je potrebné uzatvárať v čo najvyššej miere.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I gave my approval to a draft Cooperation Agreement to be entered into between Eurojust and Ukraine, in particular to the draft Council decision approving the draft agreement. It is important that we continue to support the work of Eurojust, as it will play a key role if the EU wants to enhance its judicial cooperation to tackle organised crime and terrorism.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozattervezetet fogadott el az Eurojust és Ukrajna közötti együttműködési megállapodás jóváhagyásáról. A megállapodás célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. Az Eurojust közös ellenőrző szerve a megállapodás tervezetét jóváhagyta. A Tanács a tervezetről köteles a Parlamenttel konzultálni. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust és Ukrajna közötti együttműködésére, ezért azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács tervezetét. Az előterjesztést ennek megfelelően támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La proposition porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Parmi les propositions, on note le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour nous.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório versa sobre a proposta de aprovação de um acordo de cooperação entre a Eurojust e a Ucrânia, com vista a reforçar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo.

Defendo ser fundamental uma cooperação mais estreita e eficaz entre a Eurojust e a Ucrânia, com o objetivo de reforçar a luta contra a criminalidade transnacional e a cooperação judiciária na Europa.

O presente relatório tem o meu voto favorável pela luta contra as formas graves de criminalidade, contribuindo ainda para reforçar a cooperação judiciária, em especial no domínio da luta contra o crime organizado e o terrorismo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, telles que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Ce dernier aspect surtout est inacceptable, je vote donc contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'accord sur la coopération opérationnelle et judiciaire entre l'agence Eurojust et les autorités ukrainiennes. Il s'agit de mieux lutter contre la criminalité en favorisant l'échange d'informations et en autorisant le détachement d'agents de liaison ukrainiens auprès d'Eurojust. La mission d'Eurojust consiste à renforcer l'efficacité des autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans les dossiers de criminalité transfrontalière grave et de criminalité organisée et de traduire les criminels en justice de façon rapide et efficace.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décision d'exécution de l'accord de coopération entre Eurojust et l'Ukraine pour permettre un renforcement de la coopération judiciaire entre les parties. L'accord entraînera notamment l'échange d'informations, ainsi que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della proposta di approvazione, concernente l'accordo di cooperazione fra Eurojust e l'Ucraina, poiché rafforza ulteriormente la cooperazione giudiziaria nella lotta contro forme gravi di criminalità e corruzione. Il provvedimento instaura una cooperazione tra Autorità nazionale ucraina ed Eurojust che si concretizza in una serie di misure tra cui il distacco di esperti nazionali presso le istituzioni europee e lo scambio dei dati.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – This report concerns the approval of a cooperation agreement between Eurojust and Ukraine with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against organised crime and terrorism. I have voted for this report that will reinforce the fight against transnational crime and enhance judicial cooperation in Europe.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem schválení dohody o spolupráci mezi Eurojustem a Ukrajinou, jejímž cílem je prohloubení soudní spolupráce v oblasti boje proti závažné trestné činnosti a korupci. Jsem přesvědčen, že tato dohoda může zásadním způsobem přispět k řešení problému korupce, se kterým se Ukrajina dlouhodobě potýká a který představuje zátěž jak z pohledu vnitropolitického, tak z pohledu jejího přibližování k EU. Jedná se o velmi potřebnou pomocnou ruku podanou Ukrajině a doklad pevnosti vazby mezi Ukrajinou a EU.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich lehne ich die Agentur Eurojust ab, jedoch wird im Bericht die stärkere Bekämpfung internationaler Kriminalität gefordert. Zudem gibt es keinerlei kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen ukrainischen Regierung. Aus diesem Grund habe ich mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eurojusti ja Ukraina vaheline koostöö on vajalik selleks, et tugevdada võitlust rahvusvahelise kuritegevuse vastu, eelkõige terrorismi ja organiseeritud kuritegevuse vallas, ning tõhustada õiguslast koostööd Euroopas.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui. Organizuoto nusikalstamumo ir terorizmo nesustabdo išorinės ES sienos ir jis vis labiau tampa tarptautiniu.

Atsižvelgiant į tai, yra labai svarbu plėtoti bendradarbiavimo galimybes bei įgyvendinti adekvačias priemones regioniniui mastu. Reikia stiprinti valstybių narių kompetentingų institucijų veiklos efektyvumą kovojant su sunkiais tarptautinio masto ir organizuotais nusikaltimais.

Taigi yra būtinas aktyvesnis bendradarbiavimas su kitomis svarbiomis trečiosiomis šalimis, ypač turinčiomis sienas su ES, ir kitais regiono veikėjais bei tarptautinėmis organizacijomis. Būtina sudaryti sąlygas efektyviau kovoti su organizuotu nusikalstamumu ir užtikrinti tinkamą žmonių apsaugą nuo tarptautinio nusikalstamumo bei terorizmo ir užkirsti kelią galimai žalai Europos visuomenės socialiniam ir ekonominiam gyvenimui.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il tema della criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo, è un tema fondamentale per l'Unione europea. Fiducioso che l'accordo di cooperazione fra Eurojust e l'Ucraina potrà migliorare la cooperazione giuridica nella lotta contro tali forme di criminalità, esprimo il mio voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The Agreement on Ukraine-Eurojust cooperation is aimed at developing partnership in the judicial area, especially in fighting organised crime and terrorism. I firmly believe that tackling these issues is essential for building a stronger European community. That is why I voted in favour of the resolution.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – With current geostrategic trends, security and neighbourhood development is of key importance. In this way, the EU should continue its efforts to provide Ukraine with means to accelerate its reform process and convergence towards the EU. Eurojust, an agency of the European Union dealing with judicial co-operation in criminal matters, will add more stability for both Ukraine and the EU in those matters.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržala sam ovo izvješće o nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Ukrajine, jer ima za cilj povećati zakonodavnu suradnju u borbi protiv teškog kriminala, osobito onog organiziranog i terorizma. Ukrajina je ovdje zbog svog geostrateškog položaja važan partner s kojim će Europska unija preko Eurojusta ubuduće bolje koordinirati istrage i kaznene progone kada je u pitanju prekogranični i organizirani kriminal.

Smatram kako će suradnja Ukrajine i Eurojusta poboljšati djelotvornost istražnih i pravosudnih tijela i u Ukrajini i u svim zemljama članicama Europske unije u slučajevima terorizma, trgovine ljudima, nezakonite trgovine drogama, prijevара i pranja novca, kako bi se počinitelji organiziranog prekograničnog kriminala brzo i učinkovito privedi pravdi. Sigurnost ljudi, kako građana Europske unije, tako i onih izvan nje, mora biti na prvom mjestu, jednako kao i zaštita i opstojnost demokratskih načela i temeljnih sloboda i ljudskih prava koje postojanje organiziranog kriminala, a posebno terorizma, uvelike ugrožava.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, dont en particulier l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour moi. Je me prononce donc contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam sporazum o suradnji između Eurojusta i Ukrajine. Konkretno, riječ je o operativnoj pravosudnoj suradnji između ove dvije strane, prije svega u obliku razmjene tužitelja te informacija koje uključuju i osobne podatke, a čemu je zeleno svjetlo dalo i Zajedničko nadzorno tijelo.

Nadalje, problemi vezani uz nezavisnost nadležnih tijela u Ukrajini riješeni su na zadovoljavajući način prebacivanjem ovih zadaća Pravobranitelju kao potpuno nezavisnom tijelu. Ovim sporazumom osnažena je borba protiv organiziranog kriminala i terorizma, ali i općenito pravosudna suradnja u Europi, što je posebno važno u slučaju Ukrajine s obzirom na kompleksnu političku situaciju u ovoj zemlji.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Este projeto de acordo prevê disposições em matéria de cooperação operacional entre a Eurojust e a Ucrânia sob o pretexto de intensificar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo.

Centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust, que escapa ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e às liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais.

Ultrapassa-se, assim, a cooperação livre e soberana entre os Estados nacionais, e avança-se com a criação de mecanismos de controlo supranacionais, iniciativas que se inserem numa deriva securitária que coloca cada vez mais em risco direitos, liberdades e garantias fundamentais.

Um acordo celebrado quando se agrava a situação na Ucrânia, perante a onda de provocações, de instigação à violência, de violações de liberdades e direitos e de crimes perpetrados pelas forças ultranacionalistas e fascistas neste País, de que têm sido vítimas cidadãos que se opõem às forças e ao poder golpista, ante a postura de profunda hipocrisia e complacência dos EUA, da UE e da NATO. Urge a denúncia e o veemente repúdio daquela realidade, que não se coaduna com a presente proposta.

Pelo exposto voto contra.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – U potpunosti podržavam izvješće Sylvije-Yvonne Kaufmann o nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Ukrajine. Suradnja između Eurojusta i Ukrajine od značajne je važnosti, posebice u pogledu brobe protiv ozbiljnog kriminala i korupcije.

Sporazum o suradnji upravo potiče takvu vrstu suradnje i sadrži detaljne provizije o operativnoj suradnji između Eurojusta i Ukrajine, kao što je premještaj ukrajinskog časnika za vezu u Eurojust i razmjena podataka. Članak 26.a stavak 2. Odluke o Eurojustu nalaže da Vijeće mora odobriti takve sporazume s trećim državama ili međunarodnim organizacijama. Članak 39. stavak 1. (pred)Lisabonske verzije Sporazuma o Europskoj uniji kaže da Parlament mora biti savjetovan u vezi takvog odobrenja.

Operativna potreba Eurojusta da surađuje s Ukrajinom kako bi se borio protiv transnacionalnog kriminala i osnažio pravosudnu suradnju u Europi je jasna. Slijedom navedenog, slažem se sa spomenutim izvješćem.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – Sono favorevole alla conclusione dell'accordo di cooperazione fra Eurojust e l'Ucraina. Quest'accordo rappresenta un aiuto e un sostegno volto a migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Il testo comune prevede il distacco da parte dell'Ucraina di un ufficiale di collegamento presso Eurojust e lo scambio di informazioni, inclusi i dati personali.

Stanislav Polčák (PPE), písemně. – V kontextu válek a nestability přestaly události ve východní Evropě být ve středu zájmů mnohých evropských politických elit. Nicméně je to právě Ukrajina, která na jedné straně stále zápasí s ruskou agresí a separatistickými tendencemi, na straně druhé ovšem prochází velmi složitým a komplexním obdobím reforem a transformace. Je povinností Evropské unie pomoci ukrajinské vládě a lidu v demokratickém a svobodném směřování jejich země.

Jednou z možností je právě dohoda o spolupráci mezi Eurojustem a Ukrajinou, která má významný pozitivní potenciál jak pro ukrajinské soudnictví, tak pro celoevropskou spolupráci. Jedním ze základních kamenů demokracie je fungující, spravedlivý a nezávislý právní stát a soudnictví. Tudíž podporuji snahu zmíněné dohody o prohloubení soudní spolupráci v boji proti závažné trestné činnosti, a to zejména organizované trestné činnosti a terorismu, jelikož tyto hrozby se netýkají pouze Ukrajiny, nicméně mají celoevropský dopad. Jsem přesvědčen, že dohoda napomůže spolupráci mezi Eurojustem a Ukrajinou a zamezí v co možná největší míře nadnárodní trestné činnosti, které se bohužel týká i států Evropské unie. Kvituji také s povděkem vyslání ukrajinského zástupce do Eurojustu a budoucí výměnu informací. Podporuji tento návrh zpravodajky Sylvie-Yvonne Kaufmannové a připojuji se výzvě směřované Radě, aby tento návrh podpořila.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), na piśmie. – Sprawozdanie dotyczy zaproponowanego zatwierdzenia porozumienia o współpracy między Eurojustem a Ukrainą w celu zacieśnienia współpracy sądowej w walce z poważną przestępczością, w szczególności przestępczością zorganizowaną i terroryzmem. Wspomniany projekt porozumienia zawiera postanowienia dotyczące współpracy operacyjnej między Eurojustem a Ukrainą, takie jak delegowanie przez Ukrainę oficera łącznikowego do Eurojustu oraz wymiana informacji, w tym danych osobowych.

Zgodnie z art. 26a ust. 2 decyzji Rady z dnia 28 lutego 2002 r. ustanawiającej Eurojust, po raz ostatni zmienionej decyzją Rady 2009/426/WSiSW z dnia 16 grudnia 2008 r., to do Rady należy zatwierdzanie większością kwalifikowaną porozumień zawieranych przez Eurojust z krajami trzecimi lub organizacjami międzynarodowymi.

Popieram zawarcie przedmiotowego porozumienia o współpracy z Ukrainą, gdyż wesprze ono i umocni walkę z poważnymi przestępstwami oraz przyczyni się do poprawy współpracy sądowej, w szczególności w obszarze przestępczości zorganizowanej i terroryzmu.

Jiří Pospíšil (PPE), písemně. – Vítám dohodu o spolupráci mezi Ukrajinou a evropskou agenturou Eurojust. Posílení soudní spolupráce v oblasti boje proti závažné trestné činnosti je velmi prospěšné s ohledem na to, že Ukrajina je významným sousedem Evropské unie a koordinace činnosti může pomoci odhalování zločinů. Zpráva proto má moji podporu.

Franck Proust (PPE), par écrit. – Il s'agit pour nous de valider le principe de rapprochement entre l'agence Eurojust et son équivalent ukrainien. C'est un pas important vers une coopération renforcée en matière judiciaire, tant dans les relations à distance que sur le terrain.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A fim de reforçar a luta contra a criminalidade transnacional e a cooperação judiciária na Europa, existe uma clara necessidade operacional de colaboração entre a Eurojust e a Ucrânia.

O presente documento diz respeito à proposta de aprovação de um acordo de cooperação entre a Eurojust e a Ucrânia, com vista a reforçar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo. Este acordo prevê disposições detalhadas em matéria de cooperação operacional entre a Eurojust e a Ucrânia, tais como o destacamento, pela Ucrânia, de um agente de ligação para a Eurojust e o intercâmbio de informações, pelo que o votei favoravelmente.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen a soutenu aujourd'hui le rapport Kaufmann concernant l'accord sur la coopération entre Eurojust et l'Ukraine.

Au lendemain des attentats de Paris, l'UE a pointé du doigt le manque de coopération judiciaire entre États.

Le meurtre du journaliste pro-russe Oles Buzyna à Kiev en avril 2015, contribue à renforcer l'image peu reluisante de l'Ukraine en matière de criminalité. Selon l'Office des Nations Unies contre la drogue et le crime, 1 390 homicides ont été commis dans le pays en 2015, alors que la Belgique en comptait 125. Le dernier rapport de l'Observatoire du crime organisé a permis de constater que le trafic de stupéfiants et la traite des êtres humains y restaient fréquents.

De nouveaux défis comme l'augmentation de la contrefaçon et de la cybercriminalité s'internationalisent et touchent directement l'UE. La criminalité sous toutes ses formes est une attaque aux principes fondamentaux sur lesquelles l'Union repose. Il est urgent de renforcer la coopération judiciaire entre États, essentielle pour améliorer la lutte contre la criminalité et le terrorisme qui gangrènent notre société actuelle.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta mediante la cual se da luz verde a la celebración de un Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Ucrania para reforzar la cooperación judicial en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo. Entre otros aspectos, con este acuerdo se establece el envío por Ucrania de un funcionario de enlace en comisión de servicios a Eurojust y el intercambio de información, incluidos datos personales.

La celebración del acuerdo ha recibido además el visto bueno de la Autoridad Común de Control de Eurojust, que ha señalado que para el mismo se han tenido en cuenta todas las enmiendas de Eurojust al proyecto de acuerdo, destacando además que se han resuelto satisfactoriamente todas las cuestiones relacionadas con la independencia de la autoridad competente de control mediante la transferencia de las tareas al Defensor del Pueblo, que goza de total independencia de conformidad con la Constitución de Ucrania.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le vote de ce jour portait sur l'approbation d'un accord de coopération entre Eurojust et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité et la corruption. Cet accord comprend des dispositions détaillées en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, telles que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations. Conformément à l'article 26 bis, paragraphe 2, de la décision Eurojust, il appartient au Conseil d'approuver les accords conclus par Eurojust avec des pays tiers ou des organisations internationales. Conformément à l'article 39, paragraphe 1, de l'ancien traité sur l'Union européenne, le Parlement européen doit également être consulté au sujet de cette approbation. J'ai voté en faveur de ce texte car il me paraît évident que la coopération opérationnelle d'Eurojust avec l'Ukraine est nécessaire afin de lutter contre la criminalité transnationale et de renforcer la coopération judiciaire en Europe.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariau pasiūlymui dėl Eurojusto ir Ukrainos bendradarbiavimo susitarimo, nes manau, kad tai padės Ukrainai stiprėti ir geriau kovoti su organizuotu nusikalstamumu bei terorizmu. Tai dar vienas žingsnis, kuriuo Ukraina žengia link narystės Europos Sąjungoje. Šis bendradarbiavimas padės Ukrainai tobulinti savo teisinę sistemą ir keistis gerąja patirtimi. Kartu tai leis pamatyti esminius skirtumus tarp Europos Sąjungos ir Ukrainos sistemų bei padėti joms suartėti.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Considero que uma cooperação operacional entre a Eurojust e a Ucrânia é fundamental para reforçar a luta contra a criminalidade transnacional e promover uma maior cooperação judiciária na Europa.

Tendo como intuito o reforço e a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, designadamente, no domínio da luta contra o crime organizado e o terrorismo, este acordo inclui disposições detalhadas respeitantes à cooperação operacional entre a Eurojust e a Ucrânia, em particular em matéria de controlo dos fluxos fronteiriços de dados e de intercâmbio de diversos tipos de informações. Face ao teor das premissas constantes deste Acordo de Cooperação atribuí o meu voto favorável a este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui donne l'approbation du Parlement européen au projet du Conseil portant sur l'accord de coopération entre Eurojust et l'Ukraine. Cet accord a pour objectif le renfort de la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité et la corruption.

Il s'agit d'approfondir cette coopération opérationnelle avec par exemple le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations.

Cet accord facilitera et intensifiera la lutte contre les formes graves de criminalité et contribuera à renforcer la coopération judiciaire, notamment dans le domaine de la criminalité organisée et du terrorisme.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Il voto di oggi è ancora più interessante alla luce della crisi di governo che si è scatenata a Kiev mercoledì dovuta alle dimissioni del ministro dell'economia che ha accusato di non poter più continuare a lavorare a causa della corruzione e del prevalere degli interessi personali su quelli del paese. Grazie all'accordo Eurojust potrà collaborare con l'Ucraina su crimini gravi e il terrorismo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Denne samarbejdsaftale med Ukraine vil støtte og styrke bekæmpelsen af grov kriminalitet og vil bidrage til at forbedre det retlige samarbejde, navnlig i forbindelse med organiseret kriminalitet og terrorisme. Derfor støtter jeg aftalen.

Sven Schulze (PPE), *skriftlich*. – Ich habe für das Kooperationsabkommen zwischen der EU-Agentur Eurojust, die die Zusammenarbeit der Justiz in der EU koordiniert, und der Ukraine gestimmt, da alles getan werden muss, um dieses wichtige Nachbarland in seinem Kampf gegen organisierte Kriminalität zu unterstützen.

Der Daten- und Informationsaustausch ist wichtig, denn nur so kann effektiv zusammengearbeitet werden. Richtig ist auch, dass die Ukraine eine Verbindungsperson zu Eurojust entsendet.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Samarbetsavtal mellan Eurojust och Ukraina är ett välkommet steg för att effektivare föra kampen mot organiserad brottlighet. Dock försvårar den pågående ockupationen av Krim och kriget i östra Ukraina både möjligheter till samarbete och situationen. Kampen mot människohandel för slavarbete eller sexuella ändamål har försvagats och brotten har blivit värre i och med konflikten och ockupationen. Det är särskilt allvarligt eftersom Ukraina länge har varit ett av de vanligaste ursprungsländerna, där den Internationella organisationen för migration ansett att mer än 160 000 människor har fallit offer för trafficking sedan 1991. Denna situation har nu blivit värre till följd av konflikten i de östra delarna av landet och ockupationen av Krim. Jag är övertygad om att Europeiska kommissionen måste göra mer och stötta Ukraina mer just under pågående konflikt, om kampen mot gränsöverskridande brottlighet inte ska uppleva en backlash.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe ratificaría un acuerdo entre la agencia Eurojust, especializada en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo, y Ucrania a través de la colaboración policial y el intercambio de datos. Cabe recordar que Ucrania es un Estado donde los derechos humanos de la población se violan de manera sistemática y cuyo actual Gobierno ha aprobado medidas que violan derechos de la población rusófona, e incluso ha ilegalizado símbolos y partidos políticos de izquierdas. Nos hemos opuesto a la aprobación del mismo al estar radicalmente en contra de estrechar nuestras relaciones con Ucrania en un momento como el actual en el que existe un conflicto en el país tras el golpe de Estado de 2014 que contó con apoyo europeo y norteamericano. Este acuerdo responde a un interés geopolítico de la Unión Europea de estrechar sus lazos con las autoridades ucranianas e

intentar aislar a Rusia que no vamos a apoyar.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il testo votato oggi riguarda l'approvazione della proposta di un accordo di cooperazione tra Eurojust e l'Ucraina per il rafforzamento della cooperazione giudiziaria nella lotta alla criminalità e al terrorismo. Il progetto di accordo contiene disposizioni in materia di cooperazione operativa, nonché lo scambio di informazioni e di dati personali. Ho deciso di votare a favore di questa relazione al fine di aumentare l'efficacia nel prevenire e combattere le forme più gravi di criminalità internazionale presenti in Europa e in Ucraina.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Ukraine.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The role of Eurojust is important for the EU to enhance its judicial cooperation role and to tackle organised crime and terrorism, something which does not respect borders and something which we need to find transnational solutions to. Hence I think it is important to continue to support the work of Eurojust and this is why I voted in favour of the report today.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Je nutné, aby Eurojust spolupracoval s Ukrajinou v záujme boja proti nadnárodnej trestnej činnosti a posilnenia súdnej spolupráce v Európe. Podporujem preto uzavretie zmluvy o spolupráci medzi Eurojustom a Ukrajinou a hlasoval som za. Napomôže to a posilní boj proti závažným trestným činom a prispeje k zlepšeniu justičnej spolupráce, najmä v oblasti organizovanej trestnej činnosti a terorizmu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Na podporu národných vyšetrovacích orgánov pri závažných trestných činoch vznikol pred 14 rokmi Eurojust ako oddelenie Európskej rady. Pôvodne išlo len o iniciatívu niekoľkých krajín, ale zhoršenie celosvetovej situácie spojené s teroristickými útokmi v USA roku 2001 viedlo členské štáty k upevneniu pozície Eurojustu, ktorý bol postupne presunutý do Haagu. V súčasnosti je cieľom Eurojustu koordinovať spoluprácu vyšetrovateľov a prokurátorov v prípadoch nadnárodnej kriminality. Rámec jeho pôsobenia zahŕňa najmä terorizmus, pašovanie drog a ľudí, pranie špinavých peňazí, korupciu, podvody či počítačová kriminalita. Okrem členských krajín EÚ sa agentúra snaží spolupracovať aj s ostatnými krajinami v Európe.

Preto podporujem pristúpenie Ukrajiny k dohode o spolupráci s Eurojustom. Posilní sa tak justičná spolupráca v oblasti boja proti závažným trestným činom, najmä čo sa týka organizovanej trestnej činnosti a terorizmu. Súčasťou spolupráce je aj dohoda, že z Ukrajiny bude do Eurojustu vyslaný styčný prokurátor, ktorý sa bude podieľať na vzájomnej výmene informácií. Nielen EÚ, ale aj Ukrajina musia mať osobitný záujem na vyšetrovaní závažnej trestnej činnosti. Obzvlášť korupcia je v dnešnej situácii destabilizovanej Ukrajiny problémom, s ktorým bude krajina ešte dlho zápasiť. Posilnenie boja proti nadnárodnej trestnej činnosti a posilnenie súdnej spolupráce naprieč Európou je jedným z nástrojov, ako budovať vzájomnú dôveru.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *písno*. – Eurojust je organizacija, katere naloga je izboljšati učinkovitost nacionalnih organov, pristojnih za preiskavo in kazenski pregon, pri obravnavi težjih oblik čezmejnega in organiziranega kriminala ter zagotoviti hitro in učinkovito sodno obravnavo storilcev kaznivih dejanj.

Poročilo se nanaša na predlagano odobritev sporazuma o sodelovanju med Eurojustom in Ukrajinou. S sporazumom bi okrepili pravosodno sodelovanje v boju proti težjim oblikam kriminala, zlasti organiziranemu kriminalu in terorizmu. Osnutek sporazuma vsebuje določbe o operativnem sodelovanju med Eurojustom in Ukrajinou.

Sporazum tako na primer določa napotitev častnika za zvezo iz Ukrajine v Eurojust in izmenjavo informacij (npr. izmenjavo osebnih podatkov). Slednje je sicer predmet polemik, ki pa po mojem mnenju niso popolnoma upravičene. Ukrajina je podpisnica Konvencije Sveta Evrope o varstvu posameznikov glede na avtomatsko obdelavo osebnih podatkov ter njenega protokola o nadzornih organih in čezmejnem prenosu podatkov.

Menim, da bi dotični sporazum pripomogel k boju proti hudim oblikam kriminala in ga okrepil, hkrati pa bi prispeval tudi h krepitvi pravosodnega sodelovanja. Zaradi opisanega sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Cieľom dohody je podpora a zlepšenie spolupráce justičných orgánov členských štátov s Ukrajinou v boji proti závažnej teroristickej činnosti. Nakoľko je i pre nás Ukrajina strategicky významným susedom, zastávam názor, že je potrebné uskutočniť všetky kroky smerujúce k politickému pridruženiu a postupnej hospodárskej integrácii Ukrajiny.

Jaromír Štětina (PPE), *písenně*. – Schválení dohody o spolupráci mezi Eurojustem a Ukrajinou jsem velmi rád podpořil. Tato dohoda je klíčovým krokem v oblasti justiční spolupráce v trestních věcech. Jedná se o soudní spolupráci v boji proti závažné přeshraniční trestné činnosti, především pak v oblasti organizovaného zločinu a terorismu. Jakožto stínový zpravodaj této dohody považuji toto nové partnerství za velmi důležité. Ukrajina prožívá velmi těžké časy, je ve válce. Dlouhodobě se potýká s rozsáhlou korupcí. Ukrajina za této situace nepochybně potřebuje stabilního partnera, který by jí pomohl udržet se na cestě pokroku a reforem, na kterou se vydala. Spolupráce s Eurojustem jako agenturou, která zvyšuje efektivitu orgánů pověřených vyšetřováním závažné mezinárodní a organizované trestné činnosti je dle mého velmi pozitivním krokem vpřed. Jak pro Ukrajinu, tak pro EU.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Ovom se odlukom predlaže odobrenje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Ukrajine kako bi se osnažila pravosudna suradnja u borbi protiv teških kaznenih djela i korupcije. Sporazum sadrži detaljne odredbe o operativnoj suradnji između Eurojusta i Ukrajine, kao što su upućivanje ukrajinskog časnika za vezu u Eurojust i razmjena informacija. Postoji jasna operativna potreba za suradnjom Eurojusta s Ukrajinom u cilju borbe protiv transnacionalnog kriminala i jačanja pravosudne suradnje u Europi, te sam stoga podržao Sporazum o suradnji.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which concerns the proposed approval of cooperation agreements between Eurojust and Ukraine, with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime. I believe that these measures will aid in the fight against both serious organised crime and terrorism.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve Sporazuma o sodelovanju med Eurojustom in Ukrajinou s strani Eurojusta. Zaradi vse večjega mednarodnega kriminala, ki smo mu priča, moramo boj proti organiziranemu kriminalu okrepiti in zato je nujno potrebno okrepljeno pravosodno sodelovanje med državami v Evropi.

S sporazumom o sodelovanju med Eurojustom in Ukrajinou bomo okrepili pravosodno sodelovanje v boju proti hudim kaznivim dejanjem in korupciji. Potrebujemo okrepljeno sodelovanje čim več akterjev, če želimo doseči dobre rezultate.

Pavel Svoboda (PPE), *písenně*. – Hlasoval jsem pro přijetí legislativního usnesení Evropského parlamentu, kterým se vyslovuje souhlas s prováděcím rozhodnutím Rady, kterým se schvaluje uzavření dohody o spolupráci mezi Eurojustem a Ukrajinou ze strany Eurojustu, jelikož tato spolupráce dále prohloubí spolupráci mezi EU a Ukrajinou na poli boje proti organizované trestné činnosti či terorismu. Prohloubení justiční spolupráce v těchto oblastech je třeba podpořit i ve vztazích se zeměmi mimo EU. Stejně tak jsem podpořil uzavření podobné spolupráce mezi Eurojustem a Černou Horou.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε τη σχετική έκθεση καθώς προνοούσε την έγκριση του Κοινοβουλίου σε δικαστική συνεργασία μεταξύ ΕΕ-Ουκρανίας, γεγονός που μας βρίσκει αντίθετους καθώς τη δεδομένη χρονική περίοδο στην Ουκρανία επικρατεί ένα καθεστώς καταστολής και βίας. Πολιτικά κόμματα έχουν απαγορευτεί, μεταξύ αυτών και το ΚΚ, άνθρωποι φυλακίζονται και βασανίζονται καθημερινά, επιδιώκεται η ιστορική αποκατάσταση και δικαίωση των ουκρανών ναζιστών ενώ παράλληλα έχουν αναθέσει την διαπαιδαγώγηση της νεολαίας σε στελέχη των φασιστικών οργανώσεων.

Η στάση της ΕΕ στο ζήτημα της Ουκρανίας είναι μια ακόμα απόδειξη της υποκριτικής συμπεριφοράς της να εφαρμόζει τις αξίες και τα ιδανικά της κατά το δοκούν. Παράλληλα η προσπάθεια περαιτέρω σύνδεσης και συνεργασίας με την Ουκρανία αποτελεί συνέχιση της παρεμβατικής πολιτικής τους στη περιοχή προς εξυπηρέτηση των γεωπολιτικών συμφερόντων τους, η οποία εγκαινιάστηκε με την στήριξη του παράνομου πραξικοπήματος των δεξιών και ακροδεξιών κύκλων. Στη συγκεκριμένη συμφωνία προνοείται ανταλλαγή πληροφοριών, συμπεριλαμβανομένων και προσωπικών δεδομένων, γεγονός που θα οδηγήσει στη στοχοποίηση εκατοντάδων ανθρώπων που αντιτίθενται στα σχέδια της Ουκρανικής κυβέρνησης.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η επιχειρησιακή συνεργασία σε θέματα δικαστικής φύσεως μεταξύ EUROJUST και αντίστοιχων ουκρανικών αρχών δεν μπορεί να υλοποιηθεί, λόγω της διαρκούς παρέμβασης της παράνομης ουκρανικής κυβέρνησης στη δικαστική εξουσία. Ο συνήγορος του πολίτη, στον οποίο μεταφέρθηκαν τα καθήκοντα της αρμόδιας εποπτικής αρχής, δεν αποτελεί εχέγγυο για την τήρηση της νομιμότητας, την παύση των παρεμβάσεων και ειδικότερα την προστασία των πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Eurojust és az ukrán hatóságok közötti szorosabb, operatív együttműködést lehetővé tevő megállapodás parlamenti jóváhagyását, abban a meggyőződésben, hogy ez jelentős összeurópai érdeket képvisel, elsősorban a határokon átnyúló, szervezett bűnözés elleni harc szempontjából. A megállapodásban előírtanyszott intenzív információcsere, valamint ukrán összekötő tiszt telepítése az Eurojust mellé ezt jól szolgálhatja. Az EP Ukrajnával foglalkozó Társulási Bizottsága alelnökeként külön üdvözöltem, hogy a megállapodás alapját részben az igazságügy és az adatvédelem terén az ukrán kormány által éppen az Eurojust javaslatai alapján bevezetett jogszabályi és közigazgatási változások képezték.

Meggyőződésem, hogy ez a megállapodás és az annak alapján kibontakozó együttműködés fontos hozzájárulás Ukrajna demokratizálását és az EU-val való szoros együttműködését célzó közös erőfeszítéseinkhez.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Eurojust et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, telles que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement to reinforce the cooperation between Eurojust and Ukraine. The agreement aims at increasing operational cooperation between the two, for instance through the exchange of information on organised crime and terrorism. Considering the international situation there is a clear operational need to fight transnational crime jointly with Ukraine and increase our judicial cooperation.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Al fine di intensificare e migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo, è di fondamentale la conclusione dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e l'Ucraina. Di estrema importanza è il distacco da parte dell'Ucraina di un ufficiale di collegamento presso Eurojust e lo scambio di informazioni e dati.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za sklapanje sporazuma o suradnji između Eurojusta i Ukrajine budući da smatram da postoji jasna potreba za operativnom suradnjom između Ukrajine i Eurojusta u svrhu jačanja borbe protiv transnacionalnog kriminala i poboljšanja pravosudne suradnje u Europi.

Smatram da će međusobna suradnja poboljšati djelotvornost nacionalnih, istražnih i pravosudnih tijela suočenih sa slučajevima teških oblika prekograničnog i organiziranog kriminala, kao npr. terorizmom, trgovinom ljudima, nezakonitom trgovinom droga, prijevarama i pranjem novca. Osim toga, Eurojust će pružiti potporu nadležnim tijelima kako bi se poboljšala učinkovitost istrage i kaznenih progona.

Budući da držim da će se sklapanjem sporazuma o suradnji Eurojusta s Ukrajinom unaprijediti suradnja među nadležnim tijelima, posebno olakšavanjem provedbe međunarodne uzajamne pravne pomoći i izvršenja europskoga uhiđenog naloga, podržala sam sporazum.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve Sporazuma o sodelovanju med Eurojustom in Ukrajino s strani Eurojusta sem podprla. Sporazum, ki vsebuje določbe o izmenjavi osebnih informacij in opredeljuje predvsem operativno raven sodelovanja je potreben za okrepitev boja proti mednarodnemu kriminalu.

S sporazumom bomo okrepili tudi pravosodno sodelovanje med vsemi državami članicami, kar bo pomenilo učinkovitejši boj proti težjim oblikam kriminala, zlasti organiziranemu kriminalu in terorizmu, ki danes predstavlja pereč problem v vsej Uniji.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – Cooperation between Eurojust and Ukraine shall reinforce the fight against organised crime, terrorism, and transnational crime.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I will support any measure that fights against violence and crime, that is why I agree to enhance judicial cooperation between Eurojust and Ukraine in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et l'Ukraine, telles que le détachement d'un officier de liaison de l'Ukraine auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour nous.

J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Ez a javaslat az Eurojust és Ukrajna közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására irányuló javaslatra vonatkozik, melynek célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A megállapodás tervezete az Eurojust és Ukrajna közötti operatív együttműködésre vonatkozó rendelkezéseket tartalmaz, például az Ukrajna által az Eurojusthoz delegált összekötő tisztviselő kirendeléséről és a személyes adatokra is kiterjedő információcseréről. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Šis pasiūlymas susijęs su siūlymu pritarti Eurojusto ir Ukrainos bendradarbiavimo susitarimui, kurio tikslas – gerinti teisminį bendradarbiavimą siekiant kovoti su sunkiais nusikaltimais, visų pirma organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu. Susitarimo projekte numatytos nuostatos dėl Eurojusto ir Ukrainos operatyvinio bendradarbiavimo, pavyzdžiui, Ukrainai komandiruoiant ryšių palaikymo pareigūną į Eurojustą ir keičiantis informacija, apimančia asmens duomenis.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the draft Council decision to formally approve the cooperation between Eurojust and Ukraine. More specifically, this proposal concerns the approval of a cooperation agreement between Eurojust and Ukraine with the aim to enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism. This draft agreement contains provisions concerning the operational cooperation between Eurojust and Ukraine, such as the secondment of a liaison officer by Ukraine to Eurojust and the exchange of information, including personal data. I voted in favour of the conclusion of this agreement because in order to reinforce the fight against transnational crime and to enhance judicial co-operation in Europe, there is a clear operational need for Eurojust to cooperate with Ukraine.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El acuerdo en sí tiene como objetivo incrementar la cooperación judicial en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo. Hablamos por lo tanto de un asunto importante para la lucha contra las redes de tráfico de personas y las mafias que operan en la Unión Europea, por lo que considero necesario votar a favor de dicho acuerdo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze overeenkomst omdat een betere samenwerking tussen Eurojust en Oekraïne tot een efficiëntere bestrijding van grensoverschrijdende criminaliteit, terrorisme en georganiseerde misdaad zal leiden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este projeto de acordo prevê disposições em matéria de cooperação operacional entre a Eurojust e a Ucrânia, tais como o destacamento, pela Ucrânia, de um agente de ligação para a Eurojust e o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

Centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust, que escapa ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais.

Ultrapassa-se, assim, a cooperação livre e soberana entre os Estados nacionais, e avança-se com a criação de mecanismos de controlo supranacionais sobre os mesmos. Entre outros aspetos, estas iniciativas inserem-se numa deriva securitária que coloca cada vez mais em risco os direitos, as liberdades e as garantias fundamentais.

Mais ainda, quanto ao agravamento da situação na Ucrânia e à profunda hipocrisia e cumplicidade dos EUA, da UE e da NATO, perante a onda de provocações, de instigação à violência, de violações de liberdades e direitos e de crimes perpetrados pelas forças ultranacionalistas e fascistas neste País, de que têm sido vítimas cidadãos que se opõem às forças e ao poder golpista, urge a denúncia e o veemente repúdio que não se coaduna com a presente proposta.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Agentur Eurojust sehe ich kritisch. Positiv ist im Bericht jedoch die angeführte Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Leider findet keinerlei kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen ukrainischen Regierung statt. Ich enthalte mich meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Zustimmung zum Abschluss eines Kooperationsabkommens zwischen Eurojust und der Ukraine durch Eurojust habe ich nicht zugestimmt.

Ich bin zu diesem Zeitpunkt gegen die Erweiterung der EU, weil die EU erst ihre eigenen tiefen Probleme lösen muss, bevor sie weitere Mitglieder sinnvollerweise aufnehmen kann. Auch ein Kooperationsabkommen mit einem Nicht-EU-Staat ist ein Schritt hin zur Mitgliedschaft. Vorbereitungshandlungen für einen Beitritt lehne ich ebenfalls ab.

Insbesondere sollte die EU im Hinblick auf den Konflikt in der Ukraine außenpolitische Vorsicht walten lassen und auf jede weitere Einmischung verzichten.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul privitor la Acordul de cooperare dintre Eurojust și Ucraina. Acest proiect de acord își propune să consolideze cooperarea judiciară în cadrul luptei împotriva formelor grave de criminalitate, în special a criminalităților organizate și a terorismului. Acesta cuprinde dispoziții referitoare la cooperarea operațională dintre Eurojust și Ucraina. Există o necesitate operațională clară ca Eurojust să coopereze cu Ucraina pentru a consolida lupta împotriva infracțiunilor transnaționale și cooperarea judiciară în Europa.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu, která se zabývá Dohodou o spolupráci mezi Eurojustem a Ukrajinou. Zcela souhlasím s tím, že je nezbytné, aby Eurojust spolupracoval s Ukrajinou za účelem boje proti nadnárodní trestné činnosti, terorismu a zkvalitnění soudní spolupráce. Velmi vítám podrobná ustanovení týkající se například vyslání styčného státního zástupce z Ukrajiny a výměny informací. Pouze skutečně kvalitní a oboustranná výměna informací může zefektivnit boj proti organizovanému zločinu a terorismu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh týkajúci sa schválenia dohody o spolupráci medzi Eurojustom a Ukrajinou som podporila. Európsky parlament má v týchto dohodách konzultačnú právomoc a splnenie podmienok na uzavretie dohody Ukrajinou bolo podľa môjho názoru dostatočne preukázané. K týmto podmienkam patrili najmä nezávislosť príslušného dozorného orgánu, ako aj zabezpečenie ochrany jednotlivcov pri automatizovanom spracovaní osobných údajov. Po preukázaní splnenia týchto podmienok mám za to, že uzavretie dohody bude prospešné najmä pre boj proti závažnej trestnej činnosti a prispeje k zlepšeniu justičnej spolupráce.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Walka z transgraniczną przestępczością i terroryzmem wymaga ścisłej współpracy międzynarodowej. Współdziałanie z Ukrainą ma tu znaczenie szczególne, zwłaszcza w kontekście trudnej sytuacji wewnętrznej i międzynarodowej, w jakiej znalazł się nasz wschodni sąsiad.

Eurojust, jako agencja Unii Europejskiej, ma za zadanie wzmacniać współpracę między państwami członkowskimi w zakresie walki z przestępczością międzynarodową i potrzebuje skutecznych narzędzi, aby działać szerzej i patrzeć także poza terytorium UE. Musimy pamiętać, że wiele grup przestępczych ma charakter transgraniczny i operuje na terytorium kilku krajów, z których tylko niektóre są państwami członkowskimi UE.

Bez wątpienia Ukraina jest obecnie państwem o słabej strukturze, które nie radzi sobie z właściwym monitorowaniem wszystkich zagrożeń dla porządku publicznego i bezpieczeństwa. Konflikt z Rosją i faktyczny brak kontroli Kijowa nad wschodnią granicą Ukrainy stwarza niebezpieczeństwo zwiększenia aktywności zorganizowanych grup przestępczych czy przemytników. Wciąż aktualne pozostaje zagrożenie terroryzmem, który zmierza do Europy razem z kolejnymi falami nielegalnych imigrantów z Bliskiego Wschodu i Afryki.

Ta umowa jest odpowiedzią na te wyzwania i zapewnia formalizację współpracy między Eurojustem a Ukrainą. Oddelegowanie oficera łącznikowego oraz możliwość wymiany informacji, w tym danych osobowych, przyspieszy proces podejmowania decyzji i identyfikowania zagrożeń. Współpraca ta może także okazać się niezwykle cenna w kontekście europejskich ambicji Ukrainy

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram osnutek Sporazuma o sodelovanju med Eurojustom in Ukrajinu, saj bo pripomogel k operativni okrepitvi pravosodnega sodelovanja v boju proti mednarodnemu kriminalu.

7.5. Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Montenegro (A8-0008/2016 - Nathalie Griesbeck)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro la criminalità organizzata e il terrorismo è adesso più che mai una priorità per l'Unione europea. L'unico modo per contrastare queste minacce è quello di instaurare collaborazioni con chiunque possa aiutarci in questa lotta. Il progetto di accordo fra Eurojust e il Montenegro tra le altre disposizioni prevede il distacco da parte del Montenegro di un procuratore di collegamento presso Eurojust e naturalmente lo scambio di informazioni. Per queste motivazioni ho deciso di votare a favore della relazione, auspicando che tale cooperazione porti risultati sia a breve sia a lungo termine.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe ratificaría un acuerdo entre la agencia Eurojust, especializada en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo, y Montenegro a través de la colaboración policial y el intercambio de datos. Nos hemos abstenido en la votación porque, de acuerdo con organizaciones internacionales como Fair Trials International, en Montenegro se violan de manera sistemática los derechos de las personas acusadas de un delito, además de que existen numerosas denuncias de torturas y violencia policial y, por tanto, entendemos que no podemos alcanzar acuerdos judiciales con Estados que no respeten los estándares de derechos y garantías democráticas en la justicia que reivindicamos.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur le projet de décision d'exécution du Conseil portant approbation de la conclusion, par Eurojust, de l'accord sur la coopération entre Eurojust et le Monténégro.

En effet, si ce texte vise à approuver un accord de coopération judiciaire dans le cadre de la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme, il prévoit également l'échange d'informations y compris de données à caractère personnel.

Cette dernière disposition est pour moi inacceptable.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – On the Griesbeck report, we abstained.

This report is similar to the Kaufmann report except that it concerns Montenegro. While Montenegro may not as be corrupt as Ukraine (listed at place 61, the same as Italy in the corruption index), to say that it has a well-functioning legal system that has full respect for human rights would be to give it too much credit. Montenegro is an official EU membership candidate country, but it has still some way to go.

Furthermore, the Commission proposed a Eurojust Regulation giving the European Parliament a bigger role in drafting cooperation agreements; however, this agreement was just presented for consultation. These factors combined made it impossible for us to support this report. We therefore abstained.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφώς*. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης συμφωνίας, καθώς θεωρώ ότι είναι σημαντικό να στηρίζεται το έργο της Eurojust στα πλαίσια της αντιμετώπισης του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας. Με την παρούσα συμφωνία εγκαινιάζεται η συνεργασία Μαυροβουνίου και Eurojust ως μέρος της δικαστικής συνεργασίας μεταξύ των ευρωπαϊκών χωρών

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Je suis opposée à l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et le Monténégro qui se voudrait une coopération judiciaire accrue dans la lutte contre les formes graves de criminalité. En particulier, je récusé les dispositions de coopération entre Eurojust et le Monténégro comprenant l'échange de données à caractère personnel. C'est pourquoi, j'ai voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because I do not believe that the European Union should be negotiating agreements on behalf of the elected government of the United Kingdom. This report is essentially allowing the expansion of the European Union's power by beginning the accession process for Montenegro.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – La criminalité, le terrorisme n'ont pas de frontière, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de cet accord, fruit d'un long travail de ma collègue Nathalie Griesbeck, qui renforce la lutte contre le crime international ainsi que la coopération judiciaire en Europe. Il est indispensable qu'Eurojust entame une coopération avec le Monténégro pour soutenir et renforcer la lutte contre les formes graves de criminalité et qu'il contribue à améliorer la coopération judiciaire, en particulier en ce qui concerne la criminalité organisée et le terrorisme.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama pritarti Eurojusto ir Juodkalnijos bendradarbiavimo susitarimui, kurio tikslas – gerinti teisminį bendradarbiavimą siekiant kovoti su sunkiais nusikaltimais, visų pirma organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu. Susitarimo projekte numatytos nuostatos dėl Eurojusto ir Juodkalnijos operatyvinio bendradarbiavimo, pavyzdžiui, Juodkalnijai komandiruojančių ryšių palaikymo pareigūnų į Eurojustą ir keičiantis informacija, apimančia asmens duomenis. Pritariu, kad siekiant sustiprinti kovą su tarpvalstybiniu nusikalstamumu ir gerinti teisminį bendradarbiavimą Europoje, esama aiškaus operatyvinio poreikio Eurojustui bendradarbiauti su Juodkalnija. Pritariu šio bendradarbiavimo su Juodkalnija susitarimo sudarymui, kuris padėtų kovoti su sunkiais nusikaltimais, be to, prisidėtų prie teisminio bendradarbiavimo gerinimo, visų pirma kovos su organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu srityse.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés az Eurojust és Montenegró közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására vonatkozik, melynek célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A megállapodás tervezete az Eurojust és Montenegró közötti operatív együttműködésre vonatkozó rendelkezéseket tartalmaz, például a Montenegró által az Eurojusthoz delegált összekötő ügyész kirendeléséről és a személyes adatokra is kiterjedő információcseréről. Az Eurojust közreműködik a joghatósági összeütközések megoldásában, amikor több tagállam van abban a helyzetben, hogy az adott ügyben büntetőeljárást folytasson.

Megkönnyíti az olyan nemzetközi igazságügyi intézkedések végrehajtását, mint például az európai elfogatóparancs. Finanszírozást nyújt a közös nyomozócsoportok felállításához és operatív szükségleteihez. A transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükségesnek ítéli a jelentéstevő az Eurojust Montenegróval való együttműködését. Erre valóban szükség is van., mivel Montenegróban erős bázisa van a szervezett bűnözésnek.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le projet d'accord comprend des dispositions en matière de coopération entre Eurojust et le Monténégro, telles que le détachement d'un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Ce dernier point ne me paraissant pas acceptable et estimant que les conditions ne sont pas réunies pour renforcer toujours davantage notre coopération avec le Monténégro, j'ai voté contre ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement est ici consulté par le Conseil sur l'approbation d'un accord de coopération entre Eurojust et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité et la corruption. Cet accord comprend des dispositions détaillées en matière de coopération opérationnelle entre les partenaires, notamment en matière d'échange d'informations.

J'ai approuvé cet avis positif proposé par le rapporteur car l'accord de coopération doit permettre d'intensifier la coopération judiciaire en ce qui concerne la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho sostenuto la relazione sull'accordo di cooperazione tra Eurojust e Montenegro. Il testo presenta in larga parte misure di carattere operativo che puntano a potenziare la collaborazione tra l'Unione e il paese balcanico in materia giudiziaria. Particolare attenzione è riservata al tema del contrasto alla corruzione e alle forme gravi di criminalità. Considerando molto positivo l'accordo e condividendone gli obiettivi ho quindi deciso di votare a favore della relazione Griesbeck.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el proyecto de Decisión de Ejecución del Consejo por la que se aprueba la celebración por parte de Eurojust del Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Montenegro con vistas a reforzar el crimen organizado y el terrorismo. El presente proyecto de acuerdo contiene disposiciones sobre la cooperación operativa, por ejemplo el envío por Montenegro de un fiscal de enlace en comisión de servicios a Eurojust y el intercambio de información, incluidos los datos personales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pour renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, et plus particulièrement de criminalité organisée et de terrorisme, est une intention louable.

Des pistes intéressantes sont envisagées comme le détachement d'un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust. Cependant, l'échange d'information, y compris de données à caractère personnel me paraît inacceptable.

La protection des données à caractère personnel et le respect de la vie privée des individus sont des droits majeurs fondamentaux. Il est nécessaire de maintenir une approche équilibrée entre le renforcement de la sécurité des citoyens européens et la sauvegarde des droits de l'homme, notamment en ce qui concerne la protection des données à caractère personnel.

J'ai donc décidé de voter contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho appoggiato col mio voto questo testo poichè ritengo che un accordo operativo di scambio di dati e informazioni fra Eurojust e il Montenegro rafforzerà in maniera incisiva la lotta contro la criminalità transnazionale.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har valt att lägga ned min röst.

Eurojust är ett EU-organ vars syfte är att stärka det rättsliga samarbetet i kampen mot allvarlig brottslighet, och i det här fallet handlar det om att byta persondata. Vänsterpartiet är emot Eurojust som sådant, men röstar för samarbeten när länder själva vill ingå. Landet har dock flera gånger kränkt de mänskliga rättigheterna, även vad gäller rätt till rättssäkra rättegångar, och därför väljer vi att avstå i den här omröstningen.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta por la cual se da luz verde a la celebración de un Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Montenegro con vistas a reforzar la cooperación judicial en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo. Entre otros aspectos, con este acuerdo se establece el envío por Montenegro de un fiscal de enlace en comisión de servicios a Eurojust y el intercambio de información, incluidos datos personales.

La celebración del acuerdo ha recibido además el visto bueno de la Autoridad Común de Control de Eurojust, que ha destacado que se han tenido en cuenta todas las enmiendas de Eurojust al proyecto de acuerdo y que las disposiciones sobre el intercambio de datos personales incluidas en el mismo son pertinentes.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Eurojusto ir Juodkalnijos bendradarbiavimo susitarimo sudarymui. Šio susitarimo tikslas – gerinti teisminį bendradarbiavimą siekiant kovoti su sunkiais nusikaltimais, visų pirma organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu. Susitarimo projekte numatytos nuostatos dėl Eurojusto ir Juodkalnijos operatyvinio bendradarbiavimo, pavyzdžiui, Juodkalnijai komandiruojančią ryšių palaikymo prokurorą į Eurojustą ir keičiantis informacija, apimančia asmens duomenis. Juodkalnija yra prisijungusi prie Europos Tarybos 1981 m. konvencijos dėl asmenų apsaugos ryšium su asmens duomenų automatizuotu tvarkymu ir šios konvencijos protokolo dėl priežiūros institucijų ir valstybės sienas kertančių duomenų srautų. Jungtinė priežiūros institucija nurodė, kad į susitarimo projektą įtrauktos nuostatos dėl keitimosi asmens duomenimis yra tinkamos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A határokön átnyúló bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fókuszása érdekében gyakorlati szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust Montenegróval való együttműködésére. Ezért szavazatommal támogatam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Minuli teden sem na plenarnem zasedanju glasoval tudi za sklenitev Sporazuma o sodelovanju med Eurojustom in Črno goro s strani Eurojusta. Tudi Črni gori bo EU nudila več pomoči pri pregonu težjih oblik kriminala, zlasti organiziranega kriminala in terorizma.

Črna gora izpolnjuje pogoje z operativnega vidika, zato je krepitev izmenjave podatkov ter pravosodnega sodelovanja več kot dobrodošla. Črna Gora tako tudi naprej uspešno nadaljuje svojo pot k reformam in k izpolnitvi pogojev za članstvo v Evropski uniji, zato sem takšen predlog tudi z veseljem podprl.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam Ugovor o nacrtu suradnje između Eurojusta i Crne Gore.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis bien sûr toujours favorable à toute mesure destinée à renforcer la coopération judiciaire en matière de lutte contre la grande criminalité et le terrorisme, mais je suis farouchement opposée à ce qu'on procède à des échanges d'informations comprenant des données à caractère personnel. Or c'est ce que ce rapport prévoit.

Par conséquent j'ai voté contre ce projet.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché sono convinta che l'accordo di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro presenti molti aspetti positivi sotto diversi punti di vista. Infatti, questo accordo, da un lato, rappresenta un ulteriore passo nel processo di adesione del Montenegro e, dall'altro, rappresenta un importante strumento nella lotta al terrorismo.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo deve essere favorevole alla conclusione di questo accordo di cooperazione con la Repubblica del Montenegro poiché le parti contraenti hanno assolto positivamente a tutte le richieste delle commissioni competenti e per il particolare ruolo che il Montenegro può assumere nella gestione dei traffici migratori del sud-est europeo oltre che per il fattivo contributo che l'accordo può portare nella lotta contro le forme gravi di criminalità che contraddistinguono molti territori dell'Europa orientale e dei Balcani. Rafforzare la lotta alla criminalità internazionale e migliorare la cooperazione giudiziaria in Europa è importante per la sicurezza dei nostri cittadini ed è per questo che dobbiamo attivare l'accordo di cooperazione tra l'autorità di controllo comune Eurojust e la Repubblica del Montenegro.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition concerne l'approbation d'un accord entre Europol et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les réseaux criminels ainsi que le terrorisme. Ce rapport comprend des dispositions en termes de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, telles que le détachement d'un officier de liaison auprès d'Eurojust mais surtout l'échange d'informations, y compris des données à caractère personnel.

Nous nous opposons fermement à la volonté de l'Union européenne de renforcer en permanence son influence auprès des États membres comme des pays tiers. Il est donc de notre devoir de préserver ces pays de l'ingérence des institutions européennes dans leurs affaires nationales.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Pentru consolidarea luptei împotriva criminalității transnaționale și pentru intensificarea cooperării judiciare în Europa, există o necesitate operațională clară de cooperare între Eurojust și Muntenegru.

Acest acord reprezintă un element important în ceea ce privește crearea unei legături mai puternice între UE și Muntenegru, țară candidată la statutul de stat membru al UE.

Am votat în favoarea acestui raport, deoarece încheierea acordului dintre Eurojust și Muntenegru reprezintă un pas important în vederea combaterii formelor grave de criminalitate și corupție.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Questa serie di accordi fra Eurojust e i paesi terzi mira principalmente a rafforzare la lotta contro la criminalità transnazionale. Voto positivo per un accordo operativo che si traduce in uno scambio d'informazioni e dati.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione, da parte di Eurojust, dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro. Il progetto in esame ha il fine di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare le organizzazioni criminali, eversive e terroristiche, attraverso la creazione ed il rafforzamento di meccanismi atti a rendere effettivo ed automatico lo scambio di dati personali e informazioni tra le istituzioni coinvolte nel contrasto e nella repressione alle diverse associazioni malavitose. Considerando che sussiste un'evidente esigenza operativa per istituire un'efficace collaborazione tra Eurojust e il Montenegro e che l'accordo di cooperazione introduce tutte le disposizioni a sostegno di tale processo, ho deciso di votare per il suo accoglimento.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione fornisce il parere del Parlamento all'accordo di cooperazione giudiziaria penale tra Eurojust e il Montenegro. Lo stesso ha l'importante scopo di includere anche questo paese negli sforzi di lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Ho votato senza dubbi a favore della relazione che raccomanda di sottoscrivere l'accordo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Στηρίζουμε την έκθεση με σκοπό την ενίσχυση της δικαστικής συνεργασίας στον αγώνα κατά των σοβαρών μορφών εγκλήματος και ειδικότερα κατά του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου όσον αφορά την έγκριση της σύναψης από την Eurojust της συμφωνίας συνεργασίας μεταξύ της Eurojust και του Μαυροβουνίου έχει ιδιαίτερες προεκτάσεις στη ζωή και τις ελευθερίες εκατομμυρίων πολιτών. Παρότι η διεύρυνση των συνεργασιών μεταξύ των κρατών έχει θετική φύση και μπορεί να φέρει πολύ σημαντικά αποτελέσματα στον τομέα της εγκληματικότητας, εν τούτοις δεν μπορούμε να υποστηρίξουμε οποιαδήποτε πρωτοβουλία χωρίς να έχει εξασφαλιστεί η προστασία των ατομικών δικαιωμάτων των πολιτών. Ως εκ τούτου, θεωρώ πως πρέπει να εμβαδύνουμε τη συζήτηση και για αυτό το λόγο αποφάσισα να απέχω.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore del progetto di decisione di esecuzione del Consiglio in cui viene approvata la conclusione di un accordo di cooperazione tra Eurojust e Montenegro. Alla base della mia scelta vi è la ferma convinzione che ci sia un'impellente esigenza di migliorare l'efficienza della cooperazione giudiziaria fra le parti contraenti nella lotta contro le gravi forme di criminalità, in particolare quella organizzata e il terrorismo. Il provvedimento instaura una cooperazione tra Autorità nazionale montenegrina ed Eurojust che trova attuazione in una serie di provvedimenti. Una delle principali disposizioni contenute nell'accordo prevede il distacco di esperti nazionali presso le istituzioni europee e lo scambio delle informazioni tra le autorità competenti.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il Montenegro è uno Stato che per anni ha, involontariamente, servito trafficanti di armi, di sostanze illecite e di persone (tra cui ex criminali di guerra) come base logistica per raggiungere l'Italia e con essa l'Europa. Se vogliamo fermare questi traffici, è opportuno aiutare la giustizia montenegrina a essere più efficiente e questo è esattamente lo spirito di questo accordo. Pertanto, ho votato a favore di questa relazione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – A cooperation agreement between Eurojust and Montenegro would reinforce judicial cooperation in the combat against serious crime and corruption, with a particular emphasis on organised crime and terrorism. The agreement would see operational cooperation between Eurojust and Montenegro, such as the temporary transfer of a liaison prosecutor by Montenegro to Eurojust. It would also encourage the exchange of information including personal data. Article 26a(2) of the Council Decision of 28 February 2002 provides that it is for the Council to approve the agreements concluded by Eurojust with third countries. The Council is required to consult Parliament when adopting implementing measures. This cooperation mechanism is crucial to strengthen the combat against transnational crime whilst also enhancing judicial coordination in Europe.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Eurojust é uma peça essencial na cooperação judicial europeia, desenvolvendo o seu trabalho sobretudo no âmbito do crime organizado transfronteiriço e do terrorismo.

O seu apoio aos Estados-Membros reside, entre outros, na capacidade de recolher e analisar informação, bem como na articulação de investigações transfronteiriças. Neste contexto, a Eurojust coopera também com países terceiros. Esta cooperação resulta, em regra, da sua proximidade geográfica com a União ou da importância para o âmbito material de atuação da Agência.

Ora, é neste contexto que foi assinado este Acordo de cooperação com o Montenegro. Garantida a proteção de dados pela Instância Comum de Controlo e a sua utilidade e legalidade pelo Colégio da Eurojust, o Parlamento dá, enquanto colegislador, o seu assentimento político à conclusão do Acordo.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato in favore del progetto di decisione del Consiglio perché quest'ultimo permetterà di raggiungere l'obiettivo di miglioramento della cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Inoltre, l'accordo prevede disposizioni che faciliteranno lo scambio di dati tra la giustizia europea e le autorità montenegrine e organizza il distacco da parte del Montenegro di un procuratore di collegamento presso Eurojust.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime in particular organised crime and corruption is important to ensure citizens' safety. I agree with the provisions concerning the operational cooperation between Eurojust and Montenegro, such as the secondment of a liaison officer by Montenegro to Eurojust.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione riguarda il progetto di decisione di esecuzione del Consiglio inerente alla proposta di approvazione di un accordo fra Eurojust e il Montenegro, con l'obiettivo di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Il progetto di accordo contiene disposizioni riguardanti la cooperazione operativa tra Eurojust e il Montenegro, come, ad esempio, il distacco da parte del Montenegro di un procuratore di collegamento presso Eurojust e lo scambio di informazioni. La Danimarca, il Regno Unito e l'Irlanda partecipano all'adozione e all'applicazione della decisione. Voto favorevole a questa relazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe ratificaría un acuerdo entre la agencia Eurojust, especializada en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo, y Montenegro a través de la colaboración policial y el intercambio de datos. Nos hemos abstenido en la votación porque, de acuerdo con organizaciones internacionales como Fair Trials International, en Montenegro se violan de manera sistemática los derechos de las personas acusadas de un delito, además de que existen numerosas denuncias de torturas y violencia policial y, por tanto, entendemos que no podemos alcanzar acuerdos judiciales con Estados que no respeten los estándares de derechos y garantías democráticas en la justicia que reivindicamos.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Eurojust és Montenegró közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására irányuló javaslat célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A megállapodás tervezete az Eurojust és Montenegró közötti operatív együttműködésre vonatkozó rendelkezéseket tartalmaz, például a Montenegró által az Eurojusthoz delegált összekötő ügyész kirendeléséről és a személyes adatokra is kiterjedő információcseréről.

A transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust Montenegróval való együttműködésére.

Az Eurojust létrehozásáról szóló tanácsi határozat szerint az Eurojust harmadik országokkal vagy nemzetközi szervezetekkel a Tanács minősített többséggel történő jóváhagyását követően köthet megállapodásokat, miután a Parlament ehhez hozzájárul.

A Parlament ma jóváhagyta a Tanácsnak az Eurojust és Montenegró közötti együttműködési megállapodásról szóló tervezetét, mert az segíti és megerősíti a súlyos bűnözéssel szembeni küzdelmet, és hozzájárul az igazságügyi együttműködés fokozásához, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus terén.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the approval of Council draft 11592/2015 as I support the conclusion of this cooperation agreement between the European Union and Montenegro as it aims to strengthen the EU's fight against organised and cross border crime, particularly within the field of organised crime and terrorism. The agreement aims to enhance judicial cooperation between the EU and Montenegro and contains provisions concerning the operational cooperation between Eurojust and Montenegro, such as the secondment of a liaison prosecutor by Montenegro to Eurojust and the exchange of information, including personal data. Because it is essential that the EU equips itself with the necessary tools for the fight against terrorism and organised crime, I voted in favour of this

agreement.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this agreement between Eurojust and Montenegro which allows for the mutual exchange of information and the secondment of liaison officers or liaison magistrates to Eurojust. Cooperation of this kind is vital to tackle cross-border serious crime both within and outside the European Union. I am also satisfied with Eurojust's Joint Supervisory Body's positive opinion on the data protection provisions in this agreement. In order for international cooperation in the fight against crime to be successful it is imperative that law-abiding citizens have confidence in the safety of their own personal data under these agreements.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans ce rapport de consultation, le Parlement européen donne son approbation sur l'accord de coopération entre Eurojust et le Monténégro, dans le but de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre le crime organisé et le terrorisme.

L'accord prévoit des mesures opérationnelles afin de faciliter la coopération sur le terrain, telles que le détachement d'un officier de liaison du Monténégro à Eurojust et le partage d'informations. L'échange de données personnelles sera autorisé après consultation de l'Autorité de surveillance conjointe sur la protection des données et l'approbation du Conseil.

Considérant que les pays tiers autour des frontières extérieures de l'Union européenne sont des lieux de passage privilégiés pour les terroristes, j'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à améliorer la coopération des autorités du Monténégro avec l'agence européenne Eurojust.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'accord sur la coopération entre Eurojust et le Monténégro. Il est en effet important de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre la criminalité grave, en particulier le crime organisé et le terrorisme. Ceci passe notamment par l'échange d'informations et le détachement d'officiers ou de magistrats de liaison auprès d'Eurojust.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo accordo di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro in quanto, in una situazione come quella che stiamo vivendo di estrema mobilità alle frontiere europee dobbiamo porci l'obiettivo di migliorare la collaborazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità. Lo scambio d'informazioni, inclusi i dati personali, con il Montenegro permetteranno una sinergia che fino ad ora non era stata possibile per contrastare anche le forme più odiose di traffici come quello di esseri umani.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution visant à renforcer la coopération entre Eurojust et le Monténégro dans le cadre de la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme.

Ce projet d'accord contient des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, prévoyant notamment le détachement d'un procureur de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust ainsi que des échanges d'informations, y compris des données à caractère personnel.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – De même que la proposition de coopération avec l'Ukraine pour lutter contre la criminalité organisée et le terrorisme, les échanges de données personnelles ne sont pas souhaitables avec le Monténégro. Ces procédés ne sont pas le remède à tous les maux évoqués, rendus possible par la porosité voulue de nos frontières et par l'immigration massive incontrôlée.

C'est la raison pour laquelle, en cohérence avec mon positionnement politique, j'ai voté contre ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Черна гора е една от държавите в Европа, която поради една или друга причина, е може би най-близо до приемането в Съюза. Ето защо всеки един документ, подписан между нея и Съюза, е поредна крачка към постигането на тази цел.

Хубаво е, че Черна гора ще подпише този договор, защото тя многократно е обвинявана, че нейни граждани се присъединяват към Ислямска държава. С подписа им под този договор ще се позволи на Европа да се бори още по-силно с разпространението на радикалния ислямизъм в нейните предели. Това са причините, поради които аз подкрепям този доклад.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O presente documento diz respeito à proposta de aprovação de um Acordo de cooperação entre a Eurojust e o Montenegro, com vista a reforçar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo. A fim de reforçar a luta contra a criminalidade transnacional e a cooperação judiciária na Europa, existe uma clara necessidade operacional de colaboração entre a Eurojust e o Montenegro.

Sou favorável à celebração do presente acordo de cooperação com o Montenegro, uma vez que apoia e intensifica a luta contra as formas graves de criminalidade, contribuindo ainda para reforçar a cooperação judiciária, em especial no domínio da luta contra o crime organizado e o terrorismo.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération, parce que je m'oppose au transfert de données personnelles, qui n'ont rien à voir avec la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório visa a aprovação do Acordo de cooperação entre a Eurojust e o Montenegro, sob o pretexto de intensificar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo. Este projeto de acordo prevê disposições em matéria de cooperação operacional entre a Eurojust e o Montenegro, tais como o destacamento, pelo Montenegro, de um agente de ligação para a Eurojust e o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

Centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust, que escapa ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e às liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais.

Em lugar da cooperação livre e soberana entre Estados avança-se com a criação de mecanismos de controlo supranacionais. Entre outros aspetos, estas iniciativas inserem-se numa deriva securitária que coloca cada vez mais em risco os direitos, as liberdades e as garantias fundamentais.

Recorde-se a possível adesão do Montenegro à NATO – a proposta de adesão foi submetida em dezembro de 2015 — processo inseparável da militarização da UE e do alargamento da influência desta organização na região dos Balcãs.

Pelo exposto, o nosso voto contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Dohoda o spolupráci medzi Eurojustom a Čiernou Horou má za cieľ posilnenie justičnej spolupráce v oblasti boja proti závažným trestným činom, a to najmä v organizovanej trestnej činnosti a terorizme. Návrh dohody obsahuje okrem iného ustanovenia o operačnej spolupráci medzi Eurojustom a Čiernou Horou a s rešpektom k Dohovoru Rady Európy o ochrane jednotlivcov pri automatizovanom spracovaní osobných údajov dospel spoločný dozorný orgán k záveru o výmene osobných údajov v návrhu dohody.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole all'accordo che mira ad aumentare la sicurezza e lo scambio di informazioni e dati con paesi terzi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφιώς*. – Υπάρχει σαφής επιχειρησιακή ανάγκη να συνεργαστεί η EUROJUST με τις αντίστοιχες δικαστικές αρχές του Μαυροβουνίου, για την καταπολέμηση σοβαρών μορφών εγκλήματος και ειδικότερα του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας. Με τη γνωμοδότηση της αντίστοιχης Κοινής Εποπτικής Αρχής (JSB) επί του σχεδίου συμφωνίας ελήφθησαν υπόψη τα όσα ισχύουν με τη Σύμβαση του Συμβουλίου της Ευρώπης για την αυτοματοποιημένη επεξεργασία πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα, τις εποπτικές αρχές και τη διαμεθοριακή ροή δεδομένων. Για τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω τη συμφωνία συνεργασίας της Eurojust και του Μαυροβουνίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The draft agreement limits the transfer of personal data between the parties and includes a number of specific safeguard provisions. Onward transmission of such personal data is not possible without the written consent of the other party. It is important that we continue to support the work of Eurojust, as it will play a key role if the EU wants to enhance its judicial cooperation to tackle organised crime and terrorism.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport afin de soutenir l'accord de coopération entre Europol et le Monténégro, qui permettra de renforcer et d'intensifier la coopération judiciaire dans la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme. Si le travail de l'agence Eurojust repose principalement sur la coordination entre les différents États membres et les autres institutions européennes, la portée et l'ampleur des menaces actuelles rendent plus indispensable que jamais la coopération internationale avec nos partenaires, dont le Monténégro.

Cet accord comprend des dispositions sur l'échange d'informations, y compris l'échange de données personnelles, et sur le détachement d'officiers et de magistrats de liaison auprès de l'agence, pour une réponse plus coordonnée.

Enfin, cet accord s'inscrit plus largement dans le renforcement de notre partenariat avec le Monténégro, qui a depuis 2010 le statut de pays candidat, et est un moyen supplémentaire de soutenir ce pays dans ses réformes pour rester sur la voie de l'adhésion.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – With today's vote we approve the conclusion of the operational cooperation agreement between Eurojust and Montenegro.

This agreement has the objective of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism, through the exchange of information, including personal data.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust Montenegróval való együttműködésére. A jelentés az Eurojust és Montenegró közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására irányuló javaslatra vonatkozik, melynek célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A megállapodás tervezete az Eurojust és Montenegró közötti operatív együttműködésre vonatkozó rendelkezéseket tartalmaz, például a Montenegró által az Eurojusthoz delegált összekötő ügyész kirendeléséről és a személyes adatokra is kiterjedő információcseréről.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta con la intención de reforzar la cooperación judicial entre Eurojust y Montenegro en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo. En un mundo cada vez más globalizado, donde las prácticas delictivas y el terrorismo tienen alcance internacional, la UE debe cooperar con los Estados vecinos para mejorar la lucha contra estas execrables lacras hasta su total eliminación.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für das Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Montenegro gestimmt, da ich eine Stärkung der justiziellen Zusammenarbeit über die Grenzen der EU hinaus für ein wichtiges und sinnvolles Instrument halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße eine stärkere justizielle Zusammenarbeit zwischen Eurojust und Montenegro. Jetzt können schwere Kriminalität und die Gefahren des Terrorismus noch effektiver bekämpft werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which concerns the proposed approval of cooperation agreements between Eurojust and Montenegro, with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – W sprawie projektu decyzji wykonawczej Rady zatwierdzającej zawarcie przez EUROJUST porozumienia o współpracy między Eurojustem a Ukrainą i Czarnogorą.

Przestępczość zorganizowana i terroryzm to tematy aktualne i ważne dla całej Europy. Nieustannie dowiadujemy się o coraz to nowszych organizacjach przestępczych i zamachach, które niszczą i zastraszą europejskie społeczeństwo.

Tym zjawiskom należy zdecydowanie się sprzeciwić.

Zacieśnienie współpracy operacyjnej pomiędzy Eurojustem a Ukrainą i Czarnogorą, a w szczególności powołanie przez oba te państwa oficera łącznikowego do Eurojustu zasługuje więc na poparcie. Jestem przekonana, że działania podjęte w ramach porozumienia umocnią Europę w walce z przestępczością zorganizowaną i terroryzmem.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – As with the vote before this relating to the cooperation agreement between Eurojust and Ukraine, this agreement also enhances the judicial cooperation role that the EU has to tackle organised crime and terrorism.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Mardi 2 février, j'ai voté en faveur de l'accord sur la coopération entre Eurojust et le Monténégro. Fondée en 2002, Eurojust a pour mission de promouvoir et renforcer la coordination et la coopération entre les autorités nationales dans la lutte contre la criminalité transfrontalière grave engagée dans l'Union européenne.

Ce rapport vise à approuver la conclusion, par Eurojust, de l'accord sur la coopération entre Eurojust et le Monténégro dans le but de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre la criminalité grave, en particulier le crime organisé et le terrorisme. Ces accords de coopération peuvent porter sur l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel, et sur le détachement d'officiers ou de magistrats de liaison auprès d'Eurojust.

Afin de renforcer la lutte contre le crime international ainsi que la coopération judiciaire en Europe, il est clairement indispensable, d'un point de vue opérationnel, qu'Eurojust entame une coopération avec le Monténégro. .

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the approval of a cooperation agreement between Eurojust and Montenegro because it is necessary that Eurojust work with Montenegro in aiding and reinforcing the fight against serious crime, as well as enhancing judicial co-operation, particularly in the field of organised crime and terrorism.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η συμφωνία για την οποία ζητείται η έγκριση του Κοινοβουλίου αφορά την δικαστική συνεργασία μεταξύ ΕΕ-Μαυροβουνίου. Στη συμφωνία προνοείται ανταλλαγή πληροφοριών συμπεριλαμβανομένων και προσωπικών δεδομένων, η οποία δημιουργεί εύλογα ερωτηματικά. Αυτή τη περίοδο προωθείται κανονισμός από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή αναφορικά με την Eurojust όπου προτείνονται περισσότερες εξουσίες στο ΕΚ στην σύνταξη αυτών των συμφωνιών συνεργασίας. Στη συγκεκριμένη, απλά ζητείται η έγκριση από μέρους του ΕΚ. Για αυτούς τους λόγους θεωρούμε ως πιο ενδεδειγμένη τη στάση της αποχής.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The passing of the draft agreement between Eurojust and Montenegro would lead to increased judicial cooperation in combating organised crime and terrorism. This argument should enhance European judicial collaboration. Given that the cooperation would only extend as far as the secondment of a liaison officer by Montenegro to Eurojust and the exchange of information, including personal data, and given that the Council will be required to consult Parliament when adopting implementing measures pursuant to Article 39(1) of the pre-Lisbon Treaty on European Union and in accordance with Article 9 of Protocol 36, I have decided to vote in favour of this draft implementing decision.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Salut propunerea unui acord de cooperare între Eurojust și Muntenegru. Această inițiativă ar facilita și intensifica combaterea formelor grave de criminalitate și ar contribui la consolidarea cooperării judiciare, îndeosebi în domeniul criminalității organizate și al terorismului.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore (11596/2015 — C8-0299/2015 – 2015/0812(CNS)), s obzirom da podržavam prijedlog Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore s ciljem osnaživanja pravosudne suradnje u borbi protiv teških kaznenih djela i korupcije, te s obzirom da postoji jasna operativna potreba za suradnjom Eurojusta s Crnom Gorom u cilju borbe protiv transnacionalnog kriminala i jačanja pravosudne suradnje u Europi.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je me refuse à l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine qui se voudrait une coopération judiciaire accrue dans la lutte contre les formes graves de criminalité. Je réproue surtout les dispositions de coopération entre Eurojust et le Monténégro comprenant l'échange de données à caractère personnel.

Par ailleurs, je n'accepte pas la possibilité d'avoir un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust. En conséquence j'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. My colleagues and I have therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – This agreement between Eurojust, the European Union's Judicial Cooperation Unit, and Montenegro aims at strengthening their cooperation in criminal matters, especially in fighting organised crime and terrorism. Given the current terrorism threat looming over Europe, it is of great importance to me to enhance exchange of operational information with third countries. This agreement will help, for example, to accelerate or facilitate the execution of extradition and mutual legal assistance requests, to clarify legal requirements and relevant legislation. I am convinced this will enable us to fight organised crime more effectively within Europe; this is why I voted in favour of this report.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Nathalie Griesbeck au sujet de la décision d'exécution du Conseil portant approbation de la conclusion, par Eurojust, de l'accord sur la coopération entre Eurojust et le Monténégro.

L'accord vise à renforcer la coopération judiciaire entre Eurojust et le Monténégro. Il aborde ainsi les échanges d'informations et prévoit le détachement d'agents de liaison auprès d'Eurojust. J'ai soutenu la mise en place effective d'une coopération plus étroite entre le Monténégro et l'Union européenne afin d'améliorer l'efficacité de la lutte contre le terrorisme et contre le crime organisé.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui approuve la décision de coopération opérationnelle et judiciaire entre l'agence Eurojust et les autorités du Monténégro. Cette coopération se traduira par des échanges d'informations entre le Monténégro et l'Union européenne pour lutter contre la criminalité et la corruption.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu dem vorliegenden Bericht, der sich mit der Bekämpfung internationaler Kriminalität befasst, da aus meiner Sicht derzeit diesbezüglich keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der montenegrinischen Regierung gegeben ist.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the conclusion of the cooperation agreement, as it would aid and reinforce the fight against serious crime and would contribute to enhancing judicial co-operation in particular in the field of organised crime and terrorism.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The report concerns the proposed approval of a cooperation agreement between the Ukraine and Montenegro with Eurojust. Eurojust is an EU body to improve judicial cooperation in the fight against serious crime. It is important to underline the role of Eurojust in building mutual trust and bridging the EU's wide variety of legal systems. The report stresses the clear operational need for Eurojust to cooperate with Montenegro, in order to reinforce the fight against transnational crime and to enhance judicial co-operation in Europe. However, I decided to abstain. I believe that this position makes it possible to express my doubts on the necessity to conclude agreements in the judicial sphere with countries like Montenegro, given the continual infringement of defence rights and prison conditions at national level.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il progetto di cui siamo chiamati oggi a discutere riguarda la proposta di approvazione di un accordo di cooperazione fra Eurojust e il Montenegro. Lo scopo principale è quello di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Nello specifico l'ACC (l'Autorità di controllo comune di Eurojust) è soddisfatta delle disposizioni sullo scambio di dati personali previste dal progetto di accordo. Ho dunque deciso di dare il mio voto favorevole poiché l'UE ha bisogno, ora più che mai, di maggiore sostegno da parte di altri paesi, al fine di contrastare qualsiasi forma di criminalità transnazionale.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité.

Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, telles que le détachement d'un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour moi. Je m'oppose à l'utilisation systématique et généralisée des données à caractère personnel des citoyens français.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition d'accord, car elle comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, telles que l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Or, je suis hostile à ce genre d'échange.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre. Ce rapport tendait à approuver un accord de coopération judiciaire entre Europol et le Monténégro, notamment dans la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme.

Les dispositions opérationnelles prévues dans cet accord tiennent par exemple au détachement d'un officier de liaison monténégrin auprès d'Eurojust, à l'échange d'informations, mais surtout aussi à l'échange de données à caractère personnel. Ce point crucial est inacceptable pour moi et l'ensemble des députés de notre groupe, qui nous battons au quotidien pour repousser cet objectif de l'Union européenne.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre el Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Montenegro ya que tiene como objetivo mejorar la cooperación judicial en la lucha contra la delincuencia grave, en particular la delincuencia organizada y el terrorismo con medidas como la adscripción de un oficial de enlace (fiscal) por parte de Montenegro a Eurojust o el intercambio de información, incluyendo datos.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Eurojust je úřad na zrušení, žrout daní za 32 milionů EUR ročně. Potírání mezinárodního zločinu bylo možné i před Evropskou unií a bude možné i po ní, a to bez zbytečných euroúřadů. Není třeba do této neefektivní spolupráce přibírat další státy.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovaj sporazum se odnosi na suradnju između Eurojusta i Crne Gore s ciljem jačanja pravosudne suradnje u borbi protiv teškog, organiziranog kriminala i terorizma. Nacrt sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore sadrži odredbe koje se odnose na operativnu suradnju, a podrazumijeva premještaj crnogorskog tužitelja za vezu u Eurojust i razmjenu informacija uključujući i osobne podatke.

U cilju jačanja borbe protiv transnacionalnog kriminala i poboljšanja pravosudne suradnje u Europi, postoji jasna operativna potreba za ostvarivanjem suradnje. Iz navedenih razloga, podržala sam izvješće zastupnice Griesbeck o nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Tā kā šāda veida nolīgumi starp Eurojust un trešām valstīm ir tipiski, Nolīguma par sadarbību starp Eurojust un Melnkalni būtība ir ļoti tuva tādām starp Eurojust un Ukrainu, par kuru šeit arī šodien nobalsoja. Tātad, notiks ciešāka tiesu iestāžu sadarbība cīņā pret smagiem noziegumiem, jo īpaši organizēto noziedzību un terorismu. Pastāvēs regulāras operatīvās informācijas apmaiņas un ciešas kooperācijas principi, kā arī Melnkalnei radīsies iespēja nosūtīt savu sadarbības virsnieku uz Eurojust.

Ņemot vērā pēdējās desmitgades ļoti intensīvo sadarbību starp ES un Melnkalni, kā arī Melnkalnes skaidro vēlmi ciešāk integrēties ar Eiropas Savienību – pat vienpusīgi pieņemot euro kā savu nacionālu valūtu gandrīz desmitgadi atpakaļ – šī nolīguma stāšanās spēkā ļaus dot vēl vienu spēcīgu un visai pozitīvu atspērienu mūsu attiecību attīstībai.

Vladimír Maňka (S&D), *pisomne* – Dohoda posilní spoluprácu medzi Eurojustom a trestnými a vyšetrovacími orgánmi Čiernej Hory.

Pomôže zefektívniť odhaľovanie závažnej cezhraničnej trestnej činnosti a organizovaného zločinu, zlepši spoluprácu medzi príslušnými orgánmi najmä v oblasti vykonávania medzinárodnej vzájomnej právnej pomoci a uplatňovania európskych zatykačov. Dôležité je zachovanie ochrany osobných údajov v rámci a v rozsahu prijatej legislatívy.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφτώς*. – Απέχω από την έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου όσον αφορά την έγκριση της σύναψης από την Eurojust της συμφωνίας συνεργασίας μεταξύ της Eurojust και του Μαυροβουνίου, διότι δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Comme précédemment, il s'agit ici d'approuver un accord de coopération entre Eurojust (l'agence de coopération en matière de justice de l'Europe) et le Monténégro.

Le but de cet accord est de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, surtout dans le cadre de la lutte contre le terrorisme. Cet accord prévoit entre autres le détachement d'un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust et des échanges d'informations, ce qui inclut les données à caractère personnel.

C'est ce dernier point qui nous empêche de soutenir ce projet, comme précédemment: l'Europe ne devrait pas avoir accès à ces informations.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this agreement between Eurojust and Montenegro with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole al progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione, da parte di Eurojust, dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro. La decisione 2002/187/GAI del Consiglio istituisce l'Eurojust quale organo dell'Unione europea, dotato di personalità giuridica, con l'obiettivo di stimolare e migliorare il coordinamento e la cooperazione tra le autorità giudiziarie competenti degli Stati membri. L'accordo tra Eurojust e Montenegro risulta fondamentale in quanto rappresenta un aiuto e un sostegno per una cooperazione giudiziaria europea e per la lotta contro forme gravi di criminalità, quali criminalità organizzata e terrorismo.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Sostengo l'accordo tra Eurojust e il Montenegro rinnovando l'auspicio per una più efficace ed efficiente lotta al crimine organizzato e al terrorismo. Lo scambio di informazioni con i paesi vicini l'Unione diventa sempre più importante per conseguire un'Europa più sicura e libera da qualsiasi organizzazione criminale.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La Unión Europea y Montenegro están en un proceso de consolidación de las relaciones y, por esa razón, expreso mi satisfacción por la posibilidad del acuerdo entre Eurojust y las autoridades de este país con vistas a reforzar la cooperación judicial en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne Eurojust als Agentur ab. Positiv stimmt mich, dass im Bericht die Bekämpfung der internationalen Kriminalität erwähnt wird. Ich enthalte mich meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes pritariu Eurojusto ir Juodkalnijos teisminio bendradarbiavimo susitarimui. Šis susitarimas padės atsakingiems pareigūnams kovoti su sunkiais nusikaltimais – visų pirma organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu, palengvins ES valstybių narių ir Juodkalnijos teismų bendradarbiavimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cet accord autorise la coopération entre Eurojust, l'agence européenne pour la coopération judiciaire et le Monténégro. Il prévoit l'échange de données entre États afin notamment de lutter contre la criminalité organisée et le terrorisme et faciliter la coordination des enquêtes et poursuites engagées dans les États.

Je suis opposé à une telle collaboration qui sert de faire-valoir au Monténégro pour adhérer à l'Union européenne, dans un pays où le système judiciaire est encore particulièrement faillible. En outre, le Parlement est ici simplement consulté et la décision sera de toute façon appliquée, énième preuve du semblant de démocratie européenne. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Je me refuse à l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et l'Ukraine qui se voudrait une coopération judiciaire accrue dans la lutte contre les formes graves de criminalité.

Je réproouve surtout les dispositions de coopération entre Eurojust et le Monténégro comprenant l'échange de données à caractère personnel. Par ailleurs, je n'accepte pas la possibilité d'avoir un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust. En conséquence je vote contre.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it is important to further the judicial cooperation between Eurojust and Montenegro. This resolution, like the one between Eurojust and Ukraine, seeks to advance operational cooperation and the exchange of information.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement a été consulté sur le futur accord de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro. Je salue le signal positif à la conclusion de cet accord envoyé par le Parlement.

Dans le climat actuel particulièrement marqué par la lutte contre le terrorisme, les trafics et la criminalité organisée, il est impératif de tenir compte du caractère transnational de ces fléaux et de renforcer la coopération judiciaire. Celle-ci doit être effective entre États membres d'une part et entre États membres et des pays tiers d'autre part.

En effet, la criminalité se jouant de plus en plus des frontières, la coopération judiciaire est une nécessité si l'on veut pouvoir poursuivre efficacement les personnes impliquées et éviter l'impunité dont elles jouissent encore trop souvent du fait du manque de coopération transfrontière.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Po brutálnych parížskych útokoch v novembri 2015 všeobecne vzrástli nielen obavy, ale aj snahy o dosiahnutie vyššej miery bezpečnosti v Európe. Činnosti teroristických organizácií a vôbec činnosti akýchkoľvek subjektov organizovaného zločinu sú rakovinou spoločnosti a nežiaducim prvkom, proti ktorému treba bojovať všetkými príslušnými postupmi a možnosťami. Za jednu vynikajúcu možnosť, ako eliminovať terorizmus a organizovaný zločin, považujem rozšírenie spolupráce Európskej únie s tretími štátmi. Dohoda medzi Eurojustom a Čiernou Horou o ich vzájomnej spolupráci je vykročením tým najlepším smerom ku zníženiu teroristickej hrozby. Podporujem podobné návrhy, pretože prispievajú k bezpečnosti a všeobecnému zmierneniu atmosféry strachu, ktorá zachvátila Európu ku koncu roka 2015.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I gave my approval to the Cooperation Agreement to be entered into between Eurojust and Montenegro, in particular to the draft Council decision approving the draft agreement. It is important that we continue to support the work of Eurojust, as it will play a key role if the EU wants to enhance its judicial cooperation to tackle organised crime and terrorism.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozattervezetét fogadott el az Eurojust és Montenegró közötti együttműködési megállapodás jóváhagyásáról. A megállapodás célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. Az Eurojust közös ellenőrző szerve a megállapodás tervezetét jóváhagyta, megállapítva egyebek között, hogy a megállapodástervezet személyes adatok cseréjére vonatkozó rendelkezései megfelelőek. A Tanács a tervezetről köteles a Parlammal konzultálni.

Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust és Montenegró közötti együttműködésére, ezért azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács tervezetét. Az előterjesztést ennek megfelelően támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La proposition porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Parmi les propositions, on note le détachement d'un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour nous.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório versa sobre a proposta de aprovação de um acordo de cooperação entre a Eurojust e o Montenegro, com vista a reforçar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, nomeadamente o crime organizado e o terrorismo.

Defendo ser fundamental uma cooperação mais estreita e eficaz entre a Eurojust e o Montenegro, com o objetivo de reforçar a luta contra a criminalidade transnacional e a cooperação judiciária na Europa.

O presente relatório tem o meu voto favorável pela luta contra as formas graves de criminalidade, contribuindo ainda para reforçar a cooperação judiciária, em especial no domínio da luta contra o crime organizado e o terrorismo.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme.

Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, telles que le détachement d'un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel. Ce dernier aspect est inacceptable, je vote donc contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui autorise l'accord de coopération judiciaire entre Eurojust et le Monténégro. Il s'agit de renforcer la lutte contre la criminalité grave, en particulier le crime organisé et le terrorisme, en favorisant l'échange d'informations et le détachement d'officiers ou de magistrats de liaison auprès d'Eurojust.

La mission d'Eurojust consiste à renforcer l'efficacité des autorités nationales chargées des enquêtes et des poursuites dans les dossiers de criminalité transfrontalière grave et de criminalité organisée et de traduire les criminels en justice de façon rapide et efficace.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – L'accord de coopération entre Eurojust et le Monténégro prévoit des dispositions similaires à celles contenues dans l'accord de coopération entre Eurojust et Ukraine. De cet accord résultera une meilleure coopération entre les parties, notamment par le détachement d'un procureur de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust.

J'ai donc également voté en faveur de ce rapport.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di decisione di esecuzione del Consiglio in cui viene approvata la conclusione di un accordo di cooperazione tra Eurojust e Montenegro. L'obiettivo principale è quello di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata ed il terrorismo, anche attraverso il distacco di esperti nazionali presso le istituzioni europee e lo scambio delle informazioni tra le autorità competenti.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – This report concerns the approval of a cooperation agreement between Eurojust and Montenegro with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against organised crime and terrorism. I have voted for this report that will reinforce the fight against transnational crime and enhance judicial cooperation in Europe.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch bei diesem Bericht stehe ich kritisch dem Thema Eurojust als Agentur gegenüber. Jedoch handelt es sich im Bericht auch um die Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Aus diesem Grund habe ich auch bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eurojusti ja Montenegro vaheline koostöö on vajalik selleks, et tugevdada võitlust rahvusvahelise kuritegevuse vastu, eelkõige terrorismi ja organiseeritud kuritegevuse vallas, ning tõhustada õigusalast koostööd Euroopas.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu šio susitarimo sudarymui. Eurojusto ir Juodkalnijos bendradarbiavimo susitarimas yra būtina kovos su organizuotu nusikalstamumu sustiprinimo priemonė. Tik glaudus ir efektyvus tarptautinis bendradarbiavimas ir veiksmų koordinavimas gali padėti kovoti su tarpvalstybiniu nusikalstamumu ir gerinti teisminį bendradarbiavimą Europoje.

Pažymėtina, kad susitarime numatytos nuostatos dėl abiejų šalių operatyvinio bendradarbiavimo palengvins tarptautinį bendradarbiavimą bylose, susijusiose su sunkiais ir organizuotais nusikaltimais, ypač terorizmu, prekyba žmonėmis, didelio masto sukčiavimu.

Atsižvelgiant į organizuoto nusikalstamumo keliamą žalą visuomenės saugumui bei šalies ekonominiam stabilumui, reikia dėti daugiau pastangų skatinant ir tobulinant išteisminio tyrimo ir baudžiamojo persekiojimo koordinavimą, taip pat teikiant teisinę pagalbą valstybėms narėms, kad jų vykdomi tyrimai ir baudžiamasis persekiojimas taptų veiksmingesni.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Al fine di rafforzare la lotta contro la criminalità transnazionale e migliorare la cooperazione giudiziaria in Europa, sussiste un'evidente esigenza operativa di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro. Per tale ragione mi esprimo positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The Eurojust Cooperation Agreement with Montenegro is a very important step to more effectively tackle issues such as organised crime and terrorism in Montenegro and across the EU. I welcome this agreement which will deliver better cooperation and coordination between the EU Member States and Montenegro in the field of justice and law enforcement when dealing with cross-border crime and help make Europe safer.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – With current geostrategic trends, security and neighbourhood development is of key importance. Eurojust, an agency of the European Union dealing with judicial co-operation in criminal matters, will add stability in those matters to Montenegro and the EU, and increased EU convergence to the whole region of the Western Balkans.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam odluku Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore, jer ima za cilj povećati zakonodavnu suradnju u borbi protiv teškog kriminala, osobito onog organiziranog i terorizma. Ovaj nacrt sporazuma sadrži dijelove koji se tiču operative suradnje između Eurojusta i Crne Gore, kao što su razmjena časnika za vezu i razmjena informacija, uključujući i osobne podatke, što smatram vrlo bitnim u prevenciji teškog kriminala.

Vjerujem kako ovakva suradnja ima ključnu ulogu u sigurnosti, ne samo građana Europske unije, već i onih izvan nje. Gradnjom dobrosusjedskih međudržavnih odnosa, također dolazi do mogućnosti stvaranja novih vidova suradnje, bile one na sigurnosnom, gospodarskom ili nekom trećem planu. Stoga, pozdravljam ovakav oblik suradnje jer donosi samo pozitivne promjene u svakodnevnom životu građana, osobito na planu sigurnosti i slobode što smatram jednim od temeljnih prava svake osobe.

Zbog svih navedenih razloga, ovo izvješće o nacrtu provedene odluke Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore uživa moju potpunu podršku.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, en particulier l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour moi. J'ai donc voté contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U svjetlu napretka integracije i suradnje Crne Gore i Europske unije koju svojim političkim djelovanjem aktivno podržavam, ali i iz potpore odlučnijoj borbi protiv teškog kriminala i terorizma, dajem podršku sporazumu o suradnji između Eurojusta i Crne Gore. Konkretno, riječ je o operativnoj suradnji između ove dvije strane, prije svega u obliku razmjene tužitelja te informacija koje uključuju i osobne podatke, a čemu je zeleno svjetlo dalo i Zajedničko nadzorno tijelo.

Iako je naglasak na suradnji u području terorizma, treba naglasiti da Eurojust može djelovati i u nizu drugih područja kao što su trgovina drogom, pranje novca, krijumčarenje ljudi itd., zbog čega ova suradnja postati obuhvatnija te zaslužuje našu podršku.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este projeto de Acordo de cooperação entre a Eurojust e o Montenegro, sob o pretexto de intensificar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, prevê disposições em matéria de cooperação operacional tais como o destacamento, pelo Montenegro, de um agente de ligação para a Eurojust e o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

Centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust, que escapa ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e às liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais.

Entre outros aspetos, estas iniciativas inserem-se numa deriva securitária alicerçada em mecanismos de controlo supranacionais, que comprometem cada vez mais os direitos, as liberdades e as garantias fundamentais.

Sob a albarda do combate ao crime e ao terrorismo, esta proposta inscreve-se no quadro de ingerência deste processo de integração capitalista europeu nos sistemas político, económico e judicial, bem como em matéria de política externa e de segurança. Não será alheio a este processo a previsível adesão do país à NATO, que se integra na militarização da UE e o alargamento da influência na região dos Balcãs.

Pelo exposto voto contra.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Sporazumu o suradnji između Eurojusta i Crne Gore najvažniji cilj je povećanje pravosudne suradnje u borbi protiv ozbiljnog kriminala, posebice organiziranog kriminala i terorizma. Suradnja između Eurojusta i Crne Gore od značajne je važnosti, posebice u pogledu borbe protiv ozbiljnog kriminala i korupcije.

Nacrt provedbene odluke Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore sadrži detaljne provizije o operativnoj suradnji između Eurojusta i Crne Gore, uključujući i razmjenu osobnih podataka. Jasna je operativna potreba za suradnjom Eurojusta i Crne Gore kako bi se pojačala borba protiv transnacionalnog kriminala i povećala pravosudna suradnja u Europi.

Iz navedenih razloga, u potpunosti podržavam izvješće kolegice zastupnice Nathalie Griesbeck o nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se Eurojustu odobrava sklapanje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'approvazione di quest'accordo di cooperazione perché sussiste un'evidente esigenza operativa di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro al fine di rafforzare la lotta contro la criminalità transnazionale e migliorare la cooperazione giudiziaria in Europa. L'accordo prevede il distacco da parte del Montenegro di un ufficiale di collegamento presso Eurojust e lo scambio d'informazioni, inclusi i dati personali.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy zaproponowanego zatwierdzenia porozumienia o współpracy między Eurojustem a Czarnogorą w celu zacieśnienia współpracy sądowej w walce z poważną przestępczością, w szczególności przestępczością zorganizowaną i terroryzmem. Wspomniany projekt porozumienia zawiera postanowienia dotyczące współpracy operacyjnej między Eurojustem a Czarnogorą, takie jak delegowanie przez Czarnogorę oficera łącznikowego do Eurojustu oraz wymiana informacji, w tym danych osobowych.

Zgodnie z art. 26a ust. 2 decyzji Rady z dnia 28 lutego 2002 r. ustanawiającej Eurojust, po raz ostatni zmienionej decyzją Rady 2009/426/WSiSW z dnia 16 grudnia 2008 r., to do Rady należy zatwierdzanie większością kwalifikowaną porozumień zawieranych przez Eurojust z krajami trzecimi lub organizacjami międzynarodowymi.

Popieram zawarcie przedmiotowego porozumienia o współpracy z Czarnogorą, gdyż wesprze ono i umocni walkę z poważnymi przestępstwami oraz przyczyni się do poprawy współpracy sądowej, w szczególności w obszarze przestępczości zorganizowanej i terroryzmu.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Podobně jako v případě Ukrajiny považuji projednávanou dohodu o spolupráci mezi Černou Horou a evropskou agenturou Eurojust za přínosnou. Posílení soudní spolupráce v oblasti boje proti závažné trestné činnosti je zásadní s ohledem na to, že také Černá Hora patří mezi významné sousedy Evropské unie a koordinace činnosti může pomoci odhalování řady zločinů. Zpráva proto získala mou podporu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Il s'agit de valider le principe de rapprochement entre l'agence Eurojust et les autorités monténégrines, notamment en matière de criminalité et de terrorisme. Ces rapprochements sont toujours positifs tant qu'ils touchent à la sécurité de nos concitoyens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O presente documento não é mais do que a proposta de aprovação de um acordo de cooperação entre a Eurojust e o Montenegro, com vista a reforçar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, como o crime organizado e o terrorismo.

Votei favoravelmente, pois com este acordo pretende-se, entre outros aspetos positivos, assegurar a proteção das pessoas relativamente ao tratamento automatizado de dados de carácter pessoal aquando da sua recolha e do seu tratamento.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Je tiens à féliciter ma collègue Nathalie Griesbeck, pour son rapport, adopté à une large majorité par notre Assemblée. Ce texte, que j'ai soutenu, donne un avis positif sur le projet du Conseil relatif à l'accord de coopération entre l'agence européenne Eurojust et le Monténégro.

L'accord vise à renforcer la coopération judiciaire en Europe ainsi qu'à mieux lutter contre les formes graves de criminalité, parmi lesquelles figurent en premier lieu la criminalité organisée et le terrorisme. Une coopération avec le Monténégro est à cet égard nécessaire sur un plan opérationnel. Concrètement, un procureur de liaison du Monténégro sera détaché auprès d'Eurojust et des échanges d'informations auront lieu, entre autres. Les événements tragiques qui ont touché notre pays ces derniers mois rappellent combien il est impératif de renforcer la lutte contre ces fléaux que sont la criminalité organisée et le terrorisme.

Par ailleurs, nous demandons que le Conseil informe notre Assemblée s'il entend modifier l'accord, et qu'il nous consulte de nouveau s'il entend le modifier de manière substantielle.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta por la cual se da luz verde a la celebración de un Acuerdo de Cooperación entre Eurojust y Montenegro con vistas a reforzar la cooperación judicial en la lucha contra las formas graves de delincuencia, en particular el crimen organizado y el terrorismo. Entre otros aspectos, con este acuerdo se establece el envío por Montenegro de un fiscal de enlace en comisión de servicios a Eurojust y el intercambio de información, incluidos datos personales.

La celebración del acuerdo ha recibido además el visto bueno de la Autoridad Común de Control de Eurojust, que ha destacado que se han tenido en cuenta todas las enmiendas de Eurojust al proyecto de acuerdo y que las disposiciones sobre el intercambio de datos personales incluidas en el mismo son pertinentes.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le vote de ce jour portait sur l'approbation d'un accord de coopération entre Eurojust et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans le cadre de la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Ce projet d'accord contient des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, prévoyant notamment le détachement d'un procureur de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust ainsi que des échanges d'informations, y compris de données à caractère personnel. Afin de renforcer la lutte contre la criminalité internationale ainsi que la coopération judiciaire en Europe, il me semble clairement indispensable, d'un point de vue opérationnel, qu'Eurojust entame une coopération avec le Monténégro. J'ai donc voté en faveur de ce rapport puisqu'il permettra de soutenir et de renforcer la lutte contre les formes graves de criminalité et qu'il contribuera à améliorer la coopération judiciaire, en particulier en ce qui concerne la criminalité organisée et le terrorisme entre l'Union européenne et le Monténégro.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariau šiai rezoliucijai, nes per pastaruosius metus Juodkalnija padarė didžiulę pažangą stiprinant teisinę sistemą, padidinant teismų darbo profesionalumą ir nepriklausomumą. Nepaisant to, Juodkalnijoje išlieka didelė teisinės korupcijos rizika, įkalinimo sąlygos yra apgailėtinos, pranešama ir apie kitus žmogaus teisių pažeidimus. Todėl bendradarbiavimas su Juodkalnija yra būtinas siekiant užtikrinti reformas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito a um acordo de cooperação entre a Eurojust e o Montenegro, com vista a reforçar a cooperação judiciária no âmbito da luta contra as formas graves de criminalidade, tais como o crime organizado e o terrorismo.

As propostas da relatora preveem a cooperação operacional entre a Eurojust e o Montenegro, com destaque, pelo Montenegro, de um agente de ligação à Eurojust, bem como o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

O Montenegro é parte na Convenção do Conselho da Europa, datada de 28 de Janeiro de 1981, para a proteção das pessoas relativamente ao tratamento automatizado de dados de carácter pessoal aquando da recolha e do tratamento de dados e do seu protocolo respeitante às autoridades de controlo e aos fluxos transfronteiriços de dados.

A fim de reforçar a luta contra a criminalidade transnacional e a cooperação judiciária na Europa, parece-me claro que existe uma necessidade operacional de colaboração entre a Eurojust e o Montenegro.

Tendo em conta o teor do clausulado inerente à celebração do presente acordo e o seu objetivo de intensificar o apoio e a luta contra as formas graves de criminalidade, contribuindo para reforçar a cooperação judiciária, votei a favor deste relatório.

Tokia Saifi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui donne l'approbation du Parlement européen au projet d'accord du Conseil sur la coopération entre Eurojust et le Monténégro dans le but de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre la criminalité grave, en particulier le crime organisé et le terrorisme.

Il s'agit par cet accord d'approfondir cette coopération opérationnelle avec, par exemple, le détachement d'un procureur de liaison par le Monténégro à Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données personnelles.

Cet accord facilitera et intensifiera la lutte contre les formes graves de criminalité et contribuera à renforcer la coopération judiciaire, notamment dans le domaine de la criminalité organisée et du terrorisme.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta di risoluzione legislativa del collega affinché prenda il via l'accordo di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro teso a migliorare la lotta contro i gravi crimini e soprattutto il terrorismo. Tale collaborazione potrà aver luogo anche grazie alla possibilità di distaccare funzionari dal Montenegro a Eurojust per far sì che ci sia un vero scambio di informazioni tra le due realtà. Affinché tale testo possa spiegare i suoi effetti, aspettiamo fiduciosi l'approvazione anche da parte del Consiglio, colegislatore in questa relazione insieme al Parlamento europeo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Denne samarbejdsaftale med Montenegro vil støtte og styrke bekæmpelsen af grov kriminalitet og vil bidrage til at forbedre det retlige samarbejde, navnlig i forbindelse med organiseret kriminalitet og terrorisme. Derfor støtter jeg aftalen.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für das Kooperationsabkommen zwischen der EU-Agentur Eurojust, die die Zusammenarbeit der Justiz in der EU koordiniert, und Montenegro gestimmt, da Montenegro ein Anwärter auf die EU-Mitgliedschaft ist und sein Justizapparat für den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus gestärkt werden muss.

Der Daten- und Informationsaustausch und die Schaffung einer Verbindungsstelle bei Eurojust ist wichtig, denn nur so kann effektiv zusammen gearbeitet werden.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Samarbetsavtal mellan Eurojust och Montenegro är ett välkommet steg för en effektivare kamp mot organiserad brottslighet. Det är dock inte tillräckligt. Europeiska kommissionen har i sin framstegsrapport 2014 påpekat att framgången är beroende av att man lyckas minska korruptionen och förbättra brister i rättsväsendet. Montenegro har, till följd av sin medlemskapsansökan till EU, vidtagit åtgärder inom området korruptionsbekämpning. Dessa ansträngningar bör stödjas från EU:s sida. Samarbete med Eurojust kommer inte ge tillräckliga resultat om hjälpen begränsar sig till endast det. Jag väljer ändå att ställa mig bakom betänkandet eftersom samarbetet är en nödvändig, dock inte tillräcklig, åtgärd.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe ratificaría un acuerdo entre la agencia Eurojust, especializada en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo, y Montenegro a través de la colaboración policial y el intercambio de datos. Nos hemos abstenido en la votación porque, de acuerdo con organizaciones internacionales como Fair Trials International, en Montenegro se violan de manera sistemática los derechos de las personas acusadas de un delito, además de que existen numerosas denuncias de torturas y violencia policial y, por tanto, entendemos que no podemos alcanzar acuerdos judiciales con Estados que no respeten los estándares de derechos y garantías democráticas en la justicia que reivindicamos.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il testo votato oggi riguarda l'approvazione della proposta di un accordo di cooperazione tra Eurojust e il Montenegro per il rafforzamento della cooperazione giudiziaria nella lotta alla criminalità e al terrorismo. Il progetto di accordo contiene disposizioni in materia di cooperazione operativa, nonché lo scambio di informazioni e di dati personali. Ho deciso di votare a favore di questa relazione al fine di aumentare l'efficacia nel prevenire e combattere le forme più gravi di criminalità internazionale presenti in Europa e in Montenegro.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP does not support the principle of any EU judicial forces and we believe this agreement expands the power and influence of Eurojust. UKIP has therefore voted against this Eurojust agreement with Montenegro.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – As with the vote before this relating to the cooperation agreement between Eurojust and Ukraine, this agreement also enhances the judicial cooperation role that the EU has to tackle organised crime and terrorism.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem uzavretie zmluvy o spolupráci medzi Eurojustom a Čiernou Horou, nakoľko to napomôže a posilní boj proti závažným trestným činom a prispeje k zlepšeniu justičnej spolupráce, najmä v oblasti organizovanej trestnej činnosti a terorizmu. Preto som hlasoval za toto uznesenie.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Eurojust vznikol pred 14 rokmi ako oddelenie Európskej rady na podporu národných vyšetrovacích orgánov pri závažných trestných činoch. Pôvodne išlo len o iniciatívu niekoľkých krajín, ale zhoršenie celosvetovej situácie spojené s teroristickými útokmi v USA roku 2001 viedlo členské štáty k upevneniu pozície Eurojustu, ktorý bol postupne presunutý do Haagu. V súčasnosti je cieľom Eurojustu koordinovať spoluprácu vyšetrovateľov a prokurátorov v prípadoch nadnárodnej kriminality. Rámec jeho pôsobenia zahŕňa najmä terorizmus, pašovanie drog a ľudí, pranie špinavých peňazí, korupciu, podvody či počítačovú kriminalitu. Okrem členských krajín EÚ sa agentúra snaží spolupracovať aj s ostatnými krajinami v Európe.

Súhlasím preto s pristúpením Čiernej Hory k dohode o spolupráci s Eurojustom. Posilní sa tým justičná spolupráca v oblasti boja proti závažným trestným činom, najmä čo sa týka organizovanej trestnej činnosti a terorizmu. Súčasťou spolupráce je aj dohoda, že Čierna Hora vyšle do Eurojustu styčného prokurátora, ktorý sa bude podieľať na vzájomnej výmene informácií. Aby sa mohla Čierna Hora v budúcnosti plne pričleniť k EÚ, je nevyhnutné, aby sa podieľala na posilnení boja proti nadnárodnej trestnej činnosti. Posilnenie súdnej spolupráce naprieč Európou je jedným z nástrojov, ako budovať vzájomnú dôveru medzi jednotlivými krajinami.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *písomne* – Eurojust je organizácia, ki je bila ustanovljena leta 2002. Njena glavna naloga je spodbujati in okrepiti koordinacijo in sodelovanje med nacionalnimi organi v boju proti težjim oblikam čezmejného kriminala, zadevajoč države članice EU.

Te naloge se izvajajo z medsebojnim sodelovanjem pri koordinácii dela nacionalnih organov v vseh fazah preiskav in kazenskega pregona. Prav tako rešujejo vprašanja in praktične probleme, ki nastanejo zaradi razlik med pravnimi sistemi držav članic.

Poročilo se nanaša na predlagano odobritev sporazuma med Eurojustom in Črno goru, z namenom okrepitve pravosodnega sodelovanja v boju proti težjim oblikam kriminala, zlasti organiziranemu kriminalu in terorizmu. Strinjam se, da je sodelovanje Eurojusta in Črne gore nujno z operatívneho vidika.

S tem bi okrepili boj proti mednarodnem kriminalu in pravosodno sodelovanje v Evropi. Omenjeno operatívno sodelovanie med drugim vsebuje napotitev tožilca za zvezo iz Črne gore v Eurojust ter izmenjavo informacij, tudi osebnih podatkov.

V zvezi s tem je pristojen skupni nadzorni organ ugotovil, da so določbe osnutka sporazuma o izmenjavi osebnih podatkov ustrezne. Strinjam se, da bi sklenitev omenjenega sporazuma pripomogla k boju proti hudim oblikam kriminala in bi prispevala k krepitvi pravosodnega sodelovanja, zaradi česar sem glasoval za poročilo.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Za účelom úspešnej hospodárskej integrácie tejto asociačnej krajiny považujem za dôležité vytvorenie takeho politického rámca, ktorým by bolo možné dosiahnuť politické pridruženie a postupnú hospodársku integráciu krajiny do EÚ.

Jaromír Štětina (PPE), *písomně* – Podpořil jsem schválení dohody o spolupráci mezi Eurojustem a Černou Horou, kterou jsem se jako stínový zpravodaj intenzivně zabýval. Každé nové partnerství v oblasti justiční spolupráce v boji proti závažné přeshraniční trestné činnosti považuji za nesmírně významné. Pro Černou Horu jako kandidátskou zemi EU je uzavření této dohody velkým přínosem, nové a prohloubené smluvní vztahy Černé Hory s EU posilují integraci země do institucionální struktury EU a do budoucna také usnadňují přípravu země na samotné členství v EU.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan* – Ovom se odlukom predlaže odobrenje Sporazuma o suradnji između Eurojusta i Crne Gore kako bi se osnažila pravosudna suradnja u borbi protiv teškog kriminala, a posebno organiziranog kriminala i terorizma.

Ovaj nacrt sporazuma sadrži odredbe koje se odnose na operativnu suradnju između Eurojusta i Crne Gore, kao što je veza tužitelja Crne Gore i Eurojusta i razmjenu informacija, uključujući i osobne podatke. U cilju jačanja borbe protiv kriminala i poboljšanja pravosudne suradnje u Evropi, postoji jasna operativna potreba za suradnjom Eurojusta s Crnom Gorom, te sam stoga podržao izvješće.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which concerns the proposed approval of cooperation agreements between Eurojust and Montenegro, with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime. I believe that these measures will aid in the fight against both serious organised crime and terrorism.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve Sporazuma o sodelovanju med Eurojustom in Črno goro s strani Eurojusta. S sporazumom med Eurojustom in Črno goro bomo okrepili pravosodno sodelovanje v boju proti težjim oblikam kriminala, zlasti organiziranemu kriminalu in terorizmu.

Podobno kot sporazum z Ukrajino, bo tudi sporazum s Črno goro pripomogel tako k boljšemu preventivnemu delovanju kakor tudi k učinkovitejšemu odkrivanju organiziranega kriminala in terorizma.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Υποστηρίζουμε την ανάγκη καταπολέμησης του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας. Εν τούτοις δεν μπορούμε να υποστηρίξουμε την προώθηση μέτρων που θέτουν σε κίνδυνο το δικαίωμα της διασφάλισης των προσωπικών δεδομένων καθώς και άλλα ανθρώπινα δικαιώματα και ελευθερίες. Επίσης, αυτή την περίοδο προωθείται κανονισμός από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή αναφορικά με την Eurojust όπου προτείνονται περισσότερες εξουσίες στο ΕΚ στην σύνταξη αυτών των συμφωνιών συνεργασίας. Στη συγκεκριμένη απλά ζητείται η έγκριση εκ μέρους του ΕΚ.

Για αυτούς τους λόγους τηρήσαμε αποχή στην εν λόγω συμφωνία.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Υπάρχει σαφής επιχειρησιακή ανάγκη να συνεργαστεί η EUROJUST με τις αντίστοιχες δικαστικές αρχές του Μαυροβουνίου, για την καταπολέμηση σοβαρών μορφών εγκλήματος και ειδικότερα του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας. Με τη γνωμοδότηση της αντίστοιχης Κοινής Εποπτικής Αρχής (JSB) επί του σχεδίου συμφωνίας ελήφθησαν υπόψη τα όσα ισχύουν με τη Σύμβαση του Συμβουλίου της Ευρώπης για την αυτοματοποιημένη επεξεργασία πληροφοριών προσωπικού χαρακτήρα, τις εποπτικές αρχές και τη διαμεθοριακή ροή δεδομένων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Eurojust és a montenegrói hatóságok közötti szorosabb, operatív együttműködést lehetővé tevő megállapodás parlamenti jóváhagyását, abban a meggyőződésben, hogy ez jelentős összeurópai érdeket képvisel, elsősorban a határokon átnyúló, szervezett bűnözés, valamint a nemzetközi terrorizmus elleni harc szempontjából. A kérdés mérlegelésénél szem előtt tartottam azt a fontos szerepet, amely Montenegróra hárul a nyugat-balkáni térség stabilizálásában, valamint újabban az Európába irányuló migrációs hullám kezelésében. A megállapodásban előirányozott intenzív információcsere, valamint montenegrói összekötő ügyész telepítése az Eurojust mellé ezt a célt is jól szolgálhatja.

Emellett meggyőződésem, hogy ez a megállapodás és az annak alapján kibontakozó együttműködés fontos hozzájárulás Montenegró demokratizálási és EU-csatlakozási folyamatához, s ezáltal az Európai Unió bővítési politikájának keretében folytatott közös erőfeszítéseinkhez.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte et de ses amendements. La proposition à l'examen porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Eurojust et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans le cadre de la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme. Ce projet d'accord contient des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, prévoyant notamment le détachement d'un procureur de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust ainsi que des échanges d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement to reinforce the cooperation between Eurojust and Montenegro. The objective is to strengthen our operational cooperation, especially in fighting organised crime and terrorism. The international situation is such that it is of utmost importance to increase judicial cooperation with our neighbours.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Contrastare tutte le gravi forme di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo, è un interesse primario dell'Unione europea e di tutti gli Stati membri, per questo accolgo con favore la conclusione dell'accordo di cooperazione tra Eurojust e Montenegro. Ogni azione volta a migliorare la cooperazione giudiziaria e in particolare, come previsto nell'accordo, il distacco da parte del Montenegro di un procuratore di collegamento presso Eurojust, è di fondamentale importanza per la sicurezza di tutti i cittadini europei.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Ryžtingai pritariau pranešimui dėl Eurojusto ir Juodkalnijos bendradarbiavimo susitarimo. Bendradarbiavimo tikslas buvo aiškiai apibrėžtas ir siekia pagerinti ES valstybių narių teisminių institucijų bendradarbiavimą, tyrimų ir baudžiamojo persekiojimo nusikaltimų mastu atsižvelgiant į tarptautinius ir organizuotus nusikalstamumus. Šio susitarimo projekte numatytos nuostatos, susijusios su operatyviu bendradarbiavimu tarp Eurojusto ir Juodkalnijos, kuriose numatyta, tarp kitko, komandiruoti ryšių palaikymo prokurorą Juodkalnijai į Eurojustą ir keitimąsi informacija, apimančia asmens duomenis ypač tuo atveju, kai eina kalba apie kovą su terorizmu Europoje.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Glasovala sam za izvješće kojim se Eurojustu odobrava sklapanje sporazuma o suradnji s Crnom Gorom. Budući da su ciljevi Eurojusta poticanje i poboljšavanje suradnje vlasti država članica u području istrage i kaznenog progona, poboljšanje suradnje vlasti država članica u području međusobne pravne pomoći i provedbe zahtjeva za izručenju te učinkovite istrage i vođenju procesa, smatram da će ovaj sporazum biti poticaj u borbi protiv teških oblika prekograničnog organiziranog kriminala i terorizma.

S obzirom na to da Eurojust pruža logističku podršku smatram da može organizirati ili potpomoći koordinacijske sastanke među pravosudnim tijelima raznih država kako bi se riješili neki pravni ili praktični problemi. Također, podržavam poziv na brzo i učinkovito otkrivanje i procesuiranje počinitelja kaznenih djela prekograničnog organiziranog kriminala.

Romana Tomc (PPE), pismo. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve Sporazuma o sodelovanju med Eurojustom in Črno goro s strani Eurojusta sem podprla. Sporazum, ki vsebuje določbe o izmenjavi osebnih informacij in opredeljuje predvsem operativno raven sodelovanja je potreben za okrepitev boja proti mednarodnemu kriminalu.

S sporazumom bomo okrepili tudi pravosodno sodelovanje celotne unije, kar bo pomenilo učinkovitejši boj proti težjim oblikam kriminala, zlasti organiziranemu kriminalu in terorizmu, ki danes predstavlja pereč problem v vsej Uniji

Yana Toom (ALDE), in writing. – Cooperation between Eurojust and Montenegro shall reinforce the fight against organised crime, terrorism, and transnational crime.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), in writing. – I support this motion because I agree that, to reinforce the fight against transnational crime and to enhance judicial co-operation in Europe, there is a clear operational need for Eurojust to cooperate with Montenegro.

Mylène Troszczynski (ENF), par écrit. – La proposition porte sur l'approbation d'un accord de coopération entre Europol et le Monténégro en vue de renforcer la coopération judiciaire dans la lutte contre les formes graves de criminalité, en particulier la criminalité organisée et le terrorisme.

Cette proposition d'accord comprend des dispositions en matière de coopération opérationnelle entre Eurojust et le Monténégro, telles que le détachement d'un officier de liaison du Monténégro auprès d'Eurojust et l'échange d'informations, y compris de données à caractère personnel.

Ce dernier aspect surtout est inacceptable pour nous. J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Ez a javaslat az Eurojust és Montenegró közötti együttműködési megállapodás jóváhagyására irányuló javaslatra vonatkozik, melynek célja az igazságügyi együttműködés fokozása a súlyos bűnözés, különösen a szervezett bűnözés és a terrorizmus elleni küzdelem terén. A transznacionális bűnözés elleni küzdelem megerősítése és az Európán belüli igazságügyi együttműködés fokozása érdekében operatív szempontból egyértelműen szükség van az Eurojust Montenegróval való együttműködésére. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido siguiendo la recomendación de la ponente del Grupo GUE/NGL, que considera arriesgado apoyar un acuerdo de cooperación judicial con países con graves violaciones de los derechos humanos y de los derechos procesales, teniendo en cuenta, además, que el Parlamento Europeo no ha tenido opción de participar en la redacción de los acuerdos.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the draft Council decision to formally approve the cooperation between Eurojust and Montenegro. More specifically, this proposal concerns the proposed approval of a cooperation agreement between Eurojust and Montenegro with the aim of enhancing judicial cooperation in the fight against serious crime, in particular organised crime and terrorism. This draft agreement contains provisions concerning the operational cooperation between Eurojust and Montenegro, such as the secondment of a liaison Prosecutor by Montenegro to Eurojust and the exchange of information, including personal data.

I voted in favour of the conclusion of this agreement because in order to reinforce the fight against transnational crime and to enhance judicial co-operation in Europe, there is a clear operational need for Eurojust to cooperate with Montenegro.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El acuerdo en sí tiene como objetivo incrementar la cooperación judicial en la lucha contra el crimen organizado y el terrorismo. Hablamos por lo tanto de un asunto importante para la lucha contra las redes de tráfico de personas y las mafias que operan en la Unión Europea, por lo que considero necesario votar a favor de dicho acuerdo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze overeenkomst omdat een betere samenwerking tussen Eurojust en Montenegro tot een efficiëntere bestrijding van grensoverschrijdende criminaliteit, terrorisme en georganiseerde misdaad zal leiden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este projeto de acordo prevê disposições em matéria de cooperação operacional entre a Eurojust e o Montenegro, tais como o destacamento, pelo Montenegro, de um agente de ligação para a Eurojust e o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais.

Centralizam-se, estruturam-se e reforçam-se entidades como a Eurojust, que escapa ao controlo democrático e jurisdicional, ultrapassando garantias quanto aos direitos e às liberdades previstas nos quadros legislativo e constitucional nacionais.

Ultrapassa-se, assim, a cooperação livre e soberana entre os Estados nacionais, e avança-se com a criação de mecanismos de controlo supranacionais sobre estes. Entre outros aspetos, estas iniciativas inserem-se numa deriva securitária que coloca cada vez mais em risco direitos, liberdades e garantias fundamentais.

Mais ainda porque a suposto pretexto de combate ao crime e ao terrorismo, esta proposta inscreve-se num quadro de pressão, no dito «processo de integração europeia», constituindo-se, assim, como mais um ato de intromissão no sistema político, económico e judicial, assim como em matéria de política externa e de segurança.

Recorde-se, de resto, a possível adesão do país à NATO – a proposta de adesão foi submetida em Dezembro de 2015 –, integrada na militarização da UE, e o alargamento da influência na região dos Balcãs.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne Eurojust als Agentur ab. Positiv stimmt mich, dass im Bericht die Bekämpfung der internationalen Kriminalität erwähnt wird. Ich enthalte mich meiner Stimme.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Zustimmung zum Abschluss eines Kooperationsabkommens zwischen Eurojust und Montenegro durch Eurojust habe ich nicht zugestimmt. Ich bin zu diesem Zeitpunkt gegen die Erweiterung der EU, weil die EU erst ihre eigenen tiefen Probleme lösen muss, bevor sie weitere Mitglieder sinnvollerweise aufnehmen kann. Auch ein Kooperationsabkommen mit einem Nicht-EU-Staat ist ein Schritt hin zur Mitgliedschaft. Vorbereitungshandlungen für einen Beitritt lehne ich ebenfalls ab.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la Acordul de cooperare dintre Eurojust și Muntenegru, care are ca scop consolidarea cooperării judiciare în cadrul luptei împotriva formelor grave de criminalitate, în special a criminalității organizate și a terorismului. Propunerile din proiectul de acord au menirea de a facilita și intensifica combaterea formelor grave de criminalitate și ar contribui la consolidarea cooperării judiciare, îndeosebi în domeniul criminalității organizate și al terorismului.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την πρόταση για την έγκριση της συμφωνίας συνεργασίας μεταξύ της Eurojust και του Μαυροβουνίου, η οποία έχει ως στόχο την ενίσχυση της δικαστικής συνεργασίας όσον αφορά την καταπολέμηση των σοβαρών μορφών εγκλήματος και ειδικότερα του οργανωμένου εγκλήματος και της τρομοκρατίας.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La relazione che abbiamo votato oggi riguarda il progetto di decisione di esecuzione del Consiglio inerente alla proposta di approvazione di un accordo fra Eurojust e il Montenegro, con l'obiettivo di migliorare la cooperazione giudiziaria nella lotta contro le forme gravi di criminalità, in particolare la criminalità organizzata e il terrorismo. Il progetto di accordo contiene disposizioni riguardanti la cooperazione operativa tra Eurojust e il Montenegro, come, ad esempio, il distacco da parte del Montenegro di un procuratore di collegamento presso Eurojust e lo scambio di informazioni. La Commissione LIBE ha raccomandato che il Parlamento approvi il progetto di decisione del Consiglio. Spetta a quest'ultimo approvare a maggioranza qualificata gli accordi internazionali di cooperazione conclusi da Eurojust con paesi terzi. Il Consiglio è però tenuto a consultare il Parlamento in merito all'approvazione ma non è vincolato dalla posizione espressa.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, protože spolupráci Eurojustu a Černé Hory vnímám jako velmi důležitou. Dohoda umožní mnohem lepší boj s mezinárodním organizovaným zločinem a také poskytuje možnost kvalitnější soudní spolupráce. Stejně jako v případě obdobné dohody s Ukrajinou velmi vítám podrobná ustanovení týkající se například vyslání styčného státního zástupce z Černé Hory a výměny informací, včetně ustanovení o výměně osobních údajů, jež jsou přiměřená. Osobně se domnívám, že v boji proti organizovanému zločinu můžeme uspět pouze tehdy, pokud bude strategie komplexní a zapojí se do ní co největší množství evropských států.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram Sklenitev sporazuma med Eurojustom in Črno goro, ki je namenjen tesnejšemu pravosodnemu sodelovanju v boju proti težjim oblikam kriminala, kot sta organiziran kriminal in terorizem.

7.6. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0015/2016 - Kostas Chrysogonos)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Robert Jarosław Iwaszkiewicz, è accusato di aver violato il codice della strada ed il codice amministrativo della Repubblica di Polonia superando il limite di velocità in una zona abitata. Questo tipo di violazione non rientra nella copertura dell'immunità diplomatica poiché non inerente in alcun modo all'attività parlamentare del deputato. Per questo motivo ho deciso di esprimere voto positivo alla revoca della sua immunità.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para suspender la inmunidad parlamentaria del diputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz con el fin de que pueda hacer frente a la causa por la cual se le ha llevado ante la justicia, puesto que los hechos por los que ha sido acusado nada tienen que ver con su actividad como eurodiputado.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition de décision du Parlement européen sur la demande de levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Cette proposition faisait suite aux deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière qui avaient été transmises par le procureur général de la République de Pologne. Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais.

En l'espèce, il est nécessaire que l'immunité d'un député polonais soit levée pour qu'il paye ses amendes en Pologne. Par ailleurs, rien n'indique une quelconque volonté de nuire au député polonais. Par respect du droit polonais, qui demande cette levée d'immunité, je soutiens ce texte.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz has been charged with exceeding the speed limit in a built-up area. He had requested an annulment of the fine on the ground that the offence took place while he was performing parliamentary work – going to Brussels to attend a meeting of the European Parliament. Exceeding the speed limit does not constitute part of an MEPs duties, therefore I voted in favour of the waiver of the parliamentary immunity of MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Cette demande ne semble pas être mue par une volonté de nuire à l'action politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Aussi, suis-je favorable à ce que son immunité soit levée afin qu'il soit en mesure de s'acquitter de son amende. Par conséquent j'ai voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should be a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that I voted to waive the Parliamentary immunity. I do wish to note, however, my annoyance at the amount of public time spent dealing with a minor speeding offence. However, ultimately that is a matter for the people of Poland rather than the United Kingdom.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de cette délibération, comme le préconisait la commission compétente au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už Teisės reikalų komiteto rekomendacijas.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné. Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée. Voilà pourquoi je ne m'y suis pas opposé.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – À la suite du vote unanime de la commission des affaires juridiques du Parlement, j'ai voté en faveur de la demande de levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Iwaszkiewicz.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Le droit polonais requiert que son immunité soit levée afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

J'ai donc décidé de voter pour la levée de l'immunité parlementaire de Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

José Blanco López (S&D), por escrito. – Según constata el informe de la Comisión JURI, el fiscal general de la República de Polonia envió el pasado mes de agosto al Parlamento Europeo un requerimiento para suspender la inmunidad del diputado europeo Jarosław Iwaszkiewicz ante la supuesta comisión de una infracción de tráfico en septiembre de 2014. En la medida en que no existe conexión entre la infracción señalada y su actividad como diputado europeo y que no hay indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento ha votado a favor de la suspensión de la inmunidad, para lo cual ha contado con mi voto favorable.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nusprendė atšaukti Europos Parlamento nario iš Lenkijos Roberto Jarosławo Iwaszkiewiczaus imunitetą. 2015 m. rugpjūčio 13 d. Lenkijos Respublikos generalinis prokuroras perdavė Parlamento pirmininkui Vyriausiosios kelių transporto inspekcijos prašymą leisti patraukti atsakomybėn Europos Parlamento narį Robertą Jarosławą Iwaszkiewiczų už pažeidimą – greičio viršijimą 29 km/h Šklarų mieste, Lenkijoje. Faktai, kuriais kaltinamas R. J. Iwaszkiewicz, sudaro pažeidimą pagal Lenkijos Administracinių teisės pažeidimų kodeksą. Europos Parlamentas, siekdamas priimti sprendimą dėl Parlamento nario imuniteto atšaukimo ar neatšaukimo, taiko savo nusistovėjusius principus, vienas iš šių principų: imunitetas paprastai atšaukiamas, jeigu nesama *fumus persecutionis* įrodymų, t. y. pakankamai rimtų ir aiškių įtarimų, kad į teismą kreiptasi siekiant pakenkti atitinkamo Parlamento nario politinei reputacijai. Iš bylos aplinkybių matyti, kad įtarimas padarius administracinį teisės pažeidimą ir tolesnis administracinis persekiojimas niekaip nesusiję su R. J. Iwaszkiewicziaus kaip Europos Parlamento nario pareigomis ir todėl nėra *fumus persecutionis* įrodymų.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Predlagani sklep o odvzemu poslanske imunitete kolegu Robertu Jarosławu Iwaszkiewiczzu sem podprl. Ne glede na vse okoliščine, moramo poslanci tudi v cestnem prometu sprejeti odgovornost za svoja dejanja. Zato je prav, da se kolega kaznuje zaradi prehitre vožnje.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che l'infrazione commessa dall'on. Robert Jarosław Iwaszkiewicz non rientri per tipologia e modalità tra le fattispecie coperte dalla disciplina dell'immunità parlamentare e che, pertanto, l'immunità parlamentare dell'on. Iwaszkiewicz debba essere revocata.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale de la sécurité routière demandant la levée de l'immunité du député européen Robert Jarosław Iwaszkiewicz pour avoir commis deux infractions présumées. En effet, pour que ce député européen puisse s'affranchir de ses amendes, il est nécessaire de lui retirer son immunité parlementaire.

Étant donné que cette demande n'a visiblement pas été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique de ce député européen, je me suis prononcé en faveur de la levée de son immunité parlementaire.

Gianluca Buonanno (ENF), per iscritto. – Voto positivo. Infrazione al codice della strada polacco. Non esistono i presupposti per la tutela prevista dal Parlamento.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La richiesta di autorizzazione a procedere del procuratore generale della Repubblica di Polonia nei confronti dell'on. Jarosław Iwaszkiewicz riguarda un procedimento relativo a delle infrazioni per eccesso di velocità. Ho quindi ritenuto di votare a favore in quanto si tratta di questioni che esulano del tutto dall'ambito della garanzia di immunità parlamentare.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την αίτηση για άρση της βουλευτικής ασυλίας του συναδέλφου

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Ψηφίσαμε σήμερα σχετικά με την έκθεση για την αίτηση άρσης της ασυλίας του Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Καθώς το αίτημα αφορά πράξεις που δεν σχετίζονται σε καμία περίπτωση με τις πολιτικές δραστηριότητες και ελευθερίες του Ευρωβουλευτή, θεωρώ πως δεν μπορούμε και δεν πρέπει να σταθούμε εμπόδιο στη δικαιοσύνη, και ως εκ τούτου ψηφίσα θετικά ως προς την άρση της ασυλίας του βουλευτή.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta del Parlamento di revoca dell'immunità parlamentare a Robert Jarosław Iwaszkiewicz poiché ritengo che la presunta infrazione non abbia un nesso diretto ed evidente con l'esercizio dei suoi doveri di deputato al Parlamento europeo e che il Parlamento non ha riscontrato prova di *fumus persecutionis*.

Deirdre Clune (PPE), in writing. – Mr Iwaszkiewicz is accused of an offence under Article 92a of the Polish Code of Administrative Offences in conjunction with Article 20(1) of the Polish Road Traffic Act of 20 June 1997. This case falls under Article 9 of Protocol (No 7) on the Privileges and Immunities of the European Union. This provides that Members, in the territory of their own state, are protected with the same immunities accorded to Members of the Parliament of that State. It is for the European Parliament to decide whether criminal proceedings against Mr Iwaszkiewicz are authorised. Immunity will generally be waived if the offence is within the remit of Article 9 of Protocol No 7, once there is no *fumus persecutionis*. It is clear that the facts of this case and the prosecution do not interfere with the position of Mr Iwaszkiewicz as a Member of the European Parliament thus there is no *fumus persecutionis*. Pursuant to Rule 9(3) of the Rules of Procedure the parliamentary immunity of Mr Robert Jarosław Iwaszkiewicz

should be waived.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che la commissione giuridica del Parlamento europeo ha seguito correttamente le procedure per la verifica dei presupposti di invocazione dell'immunità da parte del deputato Iwaszkiewicz e che da questa verifica è emerso che l'immunità non ha una base giuridica per essere invocata in questa fattispecie concreta, concordo con quanto valutato dalla commissione giuridica e sono favorevole alla revoca dell'immunità.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Parliamentary immunity is not a Member's personal privilege but a guarantee of the independence of Parliament as a whole and of its Members. The case in question does not have a direct and obvious connection with the Member's performance of his duties as a Member of the European Parliament nor does it constitute an opinion expressed or a vote cast in the performance of his duties as a Member of the European Parliament for the purposes of Article 8 of Protocol No 7. I have thus voted in favour of the report to waive the immunity of the Member.

Javier Couso Permuý (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para suspender la inmunidad parlamentaria del diputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz con el fin de que pueda hacer frente a la causa por la cual se le ha llevado ante la justicia, puesto que los hechos por los que ha sido acusado nada tienen que ver con su actividad como eurodiputado.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report requests the removal of the parliamentary immunity for an MEP. As I have always done in these cases, I agree to the removal of immunity so that an MEP can prove his innocence or otherwise according to the judicial system of the relevant Member States.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Concernant la levée de l'immunité de ce député polonais, auteur présumé d'une infraction au code de la route, rien n'indique qu'il existe une volonté de nuire à l'activité politique de cet élu. En l'espèce, et dans le but de permettre l'application du droit polonais, j'ai voté favorablement à la levée de l'immunité parlementaire du député Iwaszkiewicz.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. – Ζητείται η άρση της ασυλίας του ευρωβουλευτή καθώς καταγράφηκε από κάμερα μέτρησης ταχύτητας να κινείται με 79km/h σε περιοχή με όριο ταχύτητας 50km/h. Προτείνεται η υπερψήφιση της άρσης ασυλίας του.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Regelbundet röstar jag i enlighet med ansvarigt utskott i immunitetsförfaranden, då det är rimligt och i enlighet med arbetsordningen att ärenden överlämnas till det nationella domstolsväsendet om inte politiska motiv föreligger.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Procurador-Geral da República da Polónia transmitiu ao Presidente do Parlamento Europeu um pedido da Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia de levantamento da imunidade do deputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz, relacionado com uma infração de trânsito, uma vez que não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas.

Das circunstâncias do caso vertente deduz-se que a alegada infração e o processo penal subsequente claramente nada têm a ver com o cargo de deputado ao Parlamento Europeu do Sr. Iwaszkiewicz e, por isso, concordo com o pedido de levantamento da imunidade formulado pelo relator.

Édouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce qu'elle ne concerne pas l'activité d'un parlementaire européen dans l'exercice de ses fonctions.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz.

Eis os factos: a Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, em 7 de setembro de 2014, ao conduzir um veículo, o deputado Iwaszkiewicz não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas – que é de 50 km/h – ao conduzir o veículo referido a uma velocidade de 79 km/h. A Inspeção-Geral afirma ainda que, em resposta a uma notificação enviada à proprietária do veículo, a Sra. M. Iwaszkiewicz, esta confirmou que o deputado era o condutor do veículo na data referida. Os factos de que é acusado constituem uma infração ao artigo 92.º, alínea a), do Código das Contraordenações da Polónia, juntamente com o artigo 20.º, n.º 1, da Lei sobre o tráfego rodoviário, de 20 de Junho de 1997.

Independentemente de outras considerações que possam ser feitas, a alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Robert Jarosław Iwaszkiewicz enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Daí o voto favorável.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω την άρση ασυλίας του Robert Jarosław Iwaszkiewicz, καθώς τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Following the unanimous adoption of the decision by the JURI Committee of the European Parliament, I voted in favour of waiving the immunity of MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

İldikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogattam a kérelmet azon oknál fogva, hogy 2015. augusztus 13-án a Lengyel Köztársaság főügyésze továbbította a Parlament elnökének a lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet annak engedélyezése iránti kérelmét, hogy Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselővel szemben eljárást indítson egy gyorsított szabálysértéssel összefüggésben. A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet állítása szerint 2014. szeptember 7-én 12 óra 34 perckor Szklary városában a DW404NA rendszámú Opel típusú személygépjármű vezetése közben Robert Jarosław Iwaszkiewicz nem tartotta be az adott lakott területre vonatkozó 50 km/h sebességhatárát, hanem az előbb említett gépjárművel 79 km/h sebességgel közlekedett és ezzel a sebességhatárt 29 km/h-val túllépte.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported the request as I agree with the reasons for the proposal to waive the immunity.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the decision to waive the immunity of Robert Jarosław Iwaszkiewicz, due to the fact that in similar cases involving Article 9 of Protocol No. 7 on the Privileges and Immunities of the European Union, parliamentary immunity is usually waived. This is especially the case when there is no evidence of political motivation behind the prosecution, which there does not seem to be here. As a result, I am in favour of the conclusion made by the Committee of Legal Affairs to waive parliamentary immunity for Mr Iwaszkiewicz, and have the criminal proceedings begin.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Ο συγκεκριμένος συνάδελφος παραβίασε δύο φορές το όριο ταχύτητας με το αυτοκίνητο του. Δεδομένου πως αυτές οι κατηγορίες καμία σχέση δεν έχουν με τις κοινοβουλευτικές δραστηριότητες του εν λόγω βουλευτή και πως δεν υπάρχει υποψία μεροληπτικού χειρισμού ή πολιτικής δίωξης (*fulmus persecutionis*), υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted for this report in accordance with the position adopted by my political group after the Legal Affairs Committee's evaluation.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Robertu Jarosławu Iwaszkiewicz, zbog toga što se radi o prekršaju prekoračenja ograničene brzine u naseljenom području koji nije povezan s obavljanjem dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu. Povrh toga, ne postoji sumnja da je zahtjev podnesen kako bi se nanijela politička šteta gospodinu Jarosławu Iwaszkiewicz, te je to u skladu s člankom 9. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Il ne me semble pas que cette demande soit mue par une volonté de nuire à l'action politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Aussi, suis-je favorable à ce que son immunité soit levée afin qu'il soit en mesure de s'acquitter de son amende. Par conséquent je vote pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la décision sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation.

Cette décision a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriflich.* – Ich folge hier der Entscheidung des Rechtsausschusses, die Immunität des Kollegen Iwaszkiewicz aufzuheben. Der beschriebene Vorfall ereignete sich vor seiner Zeit als EU-Mandatar und steht in keinem Zusammenhang mit der Mandatsausübung.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I supported the request as I agree with the reasons for the proposal to waive the immunity.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Jarosław Iwaszkiewicz, car il ne s'agit pas d'une affaire politique, mais d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité politique de M. Siekierski.

Le droit polonais requiert que son immunité soit levée afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour ce rapport, car il propose de lever l'immunité parlementaire d'un député poursuivi pour une infraction au code de la route.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Šis konkrētais pieprasījums atcelt Eiropas Parlamenta deputāta imunitāti izriet no ātruma pārsniegšanas fakta, ko esot veicis poļu deputāts Roberts Jaroslavs Ivaškevičs 2014. gada 7. septembrī, braucot pilsētā ar ātrumu 79 km/h, kamēr atļaujams iekšpilsētas ātrums Polijā apdzīvotās vietās ir tikai 50 km/h. Pats Ivaškeviča kungs apstiprināja, ka šajā datumā viņš patiešām vadīja ātrumu pārsniegušo automašīnu.

Izejot no 2015. gada 13. augustā Eiropas Parlamenta priekšsēdētājam ar Polijas Republikas ģenerālprokurora starpniecību nosūtītā Polijas Ceļu satiksmes galvenās pārvaldes pieprasījuma un Eiropas Parlamenta Juridiskās komitejas izdarītā secinājuma, tika pieņemts lēmums atcelt Ivaškeviča kunga deputāta imunitāti. Piekrītu šim lēmumam, jo ir nepieciešams, lai visi Polijas Republikas likumdošanā minētie un šāda veida situācijām atbilstošie principi tiktu ievēroti, un Ivaškeviča kungam nebūtu nekādu pretrunu ar viņa dzimtenes likumiem.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Žiadosť o zbavenie imunity sa týka dopravného priestupku spáchaného na území Poľskej republiky.

V súlade s legislatívou EÚ a právom Poľskej republiky je na vyvodenie trestnej zodpovednosti potrebné zbavenie imunity. Rešpektujem právo a dôverujem spravodlivému vyšetreniu a riešeniu priestupku, preto súhlasím so zbavením poslaneckej imunity.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας του Robert Jarosław Iwaszkiewicz, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour cette levée d'immunité. Le Procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection polonaise de la circulation routière pour deux infractions présumées de Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Il a été estimé que cette première requête n'avait pas été faite pour nuire à l'activité du député, c'est pourquoi nous estimons qu'il est nécessaire de lever son immunité pour qu'il puisse payer ses amendes en Pologne.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported the waiving of the immunity of Mr Iwaszkiewicz. In this case, the request for waiver of the immunity of Mr Iwaszkiewicz has been submitted as a result of an alleged offence consisting of exceeding the speed limit in a built-up area. It appears from the file that Mr Iwaszkiewicz admitted on 5 June 2015 that he was driving the vehicle at the relevant time, although he had requested earlier, on 8 February 2015, the annulment of the fine on the ground that the offence took place while performing parliamentary work – going to Brussels to attend a meeting of the European Parliament. From the circumstances of the case it appears that the alleged offence and the ensuing prosecution clearly have nothing to do with the position of Mr Iwaszkiewicz as a Member of the European Parliament and that there is no evidence of *fumus persecutionis*.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità dell'on. Robert Jarosław Iwaszkiewicz, in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione *super partes*. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista e di conseguenza continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es liegen keine politisch motivierten Gründe für diesen Auslieferungsantrag vor. Es handelt sich um Verkehrsdelikte. Ich stimme diesem Bericht somit zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne.

Le procureur général de la République de Pologne a transmis une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière en ce qui concerne une infraction de dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

En effet, l'Inspection générale polonaise de la circulation routière fait valoir que le 7 septembre 2014, à 12 h 34, dans la localité de Szklary, M. Iwaszkiewicz a été photographié par un radar alors qu'il était au volant d'un véhicule se déplaçant à une vitesse de 79 km/h sur une route où la vitesse autorisée est de 50 km/h. Étant donné que l'infraction n'a aucun lien avec son activité de parlementaire et que Robert Jarosław Iwaszkiewicz ne s'oppose pas à la levée de l'immunité, j'ai voté pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il ne me semble pas que cette demande soit mue par une volonté de nuire à l'action politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Aussi, suis-je favorable à ce que son immunité soit levée afin qu'il soit en mesure de s'acquitter de son amende. Par conséquent je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor do relatório sobre o pedido de levantamento da imunidade de Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz.

O pedido preenche os requisitos para aplicação do disposto no artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia: procede-se ao levantamento da imunidade do deputado sempre que o delito não esteja relacionado com o desempenho das funções de deputado e desde que não se encontre qualquer suspeita de *fumus persecutionis*, ou seja, uma suspeita grave e fundamentada de que na origem da ação penal se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz, car un excès de vitesse dans une agglomération, ne peut être justifié comme un acte commis dans le cadre des fonctions de parlementaire.

L'immunité parlementaire va de pair avec la liberté et l'indépendance du pouvoir législatif. L'immunité parlementaire est une immunité de fonction qui vise avant tout à protéger la femme ou l'homme politique de toute pression, d'où qu'elle vienne, en vue d'assurer l'indépendance de son vote. L'acte commis par M. Jaroslaw Iwaszkiewicz ne rentre pas dans ce cas de figure.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the request for the waiver of the parliamentary immunity of Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet büntetőeljárást kíván indítani Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselő ellen, mert szerintük nevezett 2014. szeptember 7-én 12 óra 34 perckor Szklary városában gépkocsijával túllépte az adott lakott területre vonatkozó sebességkorlátozást. A Lengyel Köztársaság főügyésze 2015. augusztus 13-án továbbította az Európai Parlament elnökének a főfelügyelet büntetőeljárás indításának engedélyezésére irányuló kérelmét.

A Jogi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a feltételezett szabálysértés nem kapcsolódik közvetlenül vagy nyilvánvalóan Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselői feladatainak ellátásához, és nem áll fenn komoly és megalapozott gyanú arra vonatkozóan, hogy a kérelmet a képviselőnek szánt politikai kár okozása céljából terjesztették volna elő, ezért azt javasolja, hogy a Parlament az adott ügygel összefüggésben függesse föl a képviselő mentelmi jogát. Az előterjesztést megszüavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos e pelo facto de o delito em causa não estar, de alguma forma, relacionado com o desempenho das funções de deputado e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné. Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée, je vote donc pour cette levée.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission parlementaire compétente.

J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La demande de levée d'immunité de M. Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz entrain dans le cadre d'une procédure normale pour faits d'infractions commises à la législation sur la circulation routière.

J'ai donc voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – A riguardo della proposta del Parlamento di revoca dell'immunità parlamentare a Robert Jarosław Iwaszkiewicz, ho votato a favore poiché ritengo che la presunta infrazione non abbia un nesso diretto con l'esercizio dei suoi doveri di deputato al Parlamento europeo.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report in accordance with the evaluation made by the JURI Committee.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Robert Jaroslaw wird beschuldigt, am 21. August 2014 eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des Artikels 92 a des polnischen Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 der polnischen Straßenverkehrsordnung vom 20. Juni 1997 begangen zu haben. Ich habe für die Entziehung der Freiheit zulasten von Robert Jaroslaw gestimmt und bin für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität, bis dieser Fall gelöst ist und keine Anschuldigung mehr vorliegt.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Data l'azione svolta dal deputato Robert Jarosław Iwaszkiewicz, voto positivamente alla richiesta di revoca dell'immunità parlamentare.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport demande la levée d'immunité du député afin qu'il puisse régler une amende pour infraction routière. Cela n'ayant rien à voir avec son activité politique de député, je n'ai pas de raison de m'opposer à cette levée d'immunité et je vote donc en faveur du texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Poštujem preporuku izvjestitelja o ukidanju imuniteta kolegi Robertu Jarosławu Iwaszkiewiczu jer kazneni progon nije u vezi s izraženim mišljenjem ili glasanjem pri obnašanju njegovih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije i navodno kazneno djelo očito nije ni u kakvoj vezi s obnašanjem dužnosti kolege Iwaszkiewicza u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu.

Radi se o prometnom prekršaju prekoračenja brzine u naseljenom području te ne postoji razlog za pretpostavku da je kazneni progon pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*). Radi se o poštivanju propisa zemlje članice iz koje kolega Siekierski dolazi, kao što je propisano u članku 9. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz.

A alegada infração que motiva o pedido de levantamento da imunidade parlamentar não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Pelo exposto, votámos a favor do levantamento da imunidade parlamentar.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il 13 agosto 2015 il Procuratore generale della Repubblica di Polonia ha trasmesso, al Presidente del Parlamento la richiesta presentata dal capo della polizia municipale di concedere l'autorizzazione ad avviare un procedimento giudiziario a carico dell'on. Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Il motivo di tale richiesta sarebbe un elevato eccesso di velocità alla guida di un'autovettura risalente al 7 settembre 2014. Ai sensi dell'articolo 9, paragrafo 3, del regolamento, la commissione giuridica raccomanda che il Parlamento europeo revochi l'immunità parlamentare dell'on. Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Ho votato a favore della revoca dell'immunità affinché le autorità polacche possano procedere nella verifica della sussistenza o meno dell'infrazione del codice della strada.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Odebrání imunity pana kolegy Iwaszkiewiczze jsem podpořil. Imunita nemá sloužit k ochraně před tresty za dopravní přestupky, ale k ochraně před případným postihem za politické projevy názorů. Případ kolegy Iwaszkiewiczze je v tomto ohledu jasný, a tomu odpovídá i můj postoj.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ces demandes de levée de l'immunité parlementaire car il s'agit, dans ce cas, d'une procédure commune.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Em 13 de agosto de 2015, o Procurador-Geral da República da Polónia transmitiu ao Presidente do Parlamento Europeu um pedido da Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia de levantamento da imunidade do Deputado do Parlamento Europeu Robert Jarosław Iwaszkiewicz, relacionado com uma infração de trânsito.

A Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, às 23h46 do dia 21 de agosto de 2014, na cidade de Rawicz, o Sr. Iwaszkiewicz foi registado por uma câmara de controlo do tráfego quando se deslocava a uma velocidade de 94 km/h numa zona com um limite de velocidade de 60 km/h.

Este relatório aprova a decisão de proceder ao levantamento da imunidade do deputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz e encarrega o seu Presidente a transmitir de imediato a presente decisão, bem como o relatório da sua comissão competente, às autoridades pertinentes da República da Polónia e a Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Según constata el informe de la Comisión JURI, el fiscal general de la República de Polonia envió el pasado mes de agosto al Parlamento Europeo un requerimiento para suspender la inmunidad del diputado europeo Jarosław Iwaszkiewicz ante la supuesta comisión de una infracción de tráfico en septiembre de 2014. En la medida en que no existe conexión entre la infracción señalada y su actividad como diputado europeo y que no hay indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento ha votado a favor de la suspensión de la inmunidad, para lo cual ha contado con mi voto favorable.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de M. Robert Jarosław Iwaszkiewicz, afin que la justice polonaise puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, considérant que les faits présumés – non-respect de la limitation de vitesse en agglomération – n'ont, de toute évidence, pas de lien avec la fonction de député de M. Robert Jarosław Iwaszkiewicz et ne sont pas motivés par la volonté de nuire à l'action politique du député.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório diz respeito ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar do colega Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Trata-se de um pedido efetuado pelo Procurador-Geral da República da Polónia, que diz respeito a um processo relacionado com uma infração de trânsito onde, alegadamente, no dia 7 de setembro de 2014, o deputado não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas – que é de 50 km/h – ao conduzir o veículo a uma velocidade de 79 km/h.

É, portanto, uma infração que diz respeito a uma conduta alegadamente praticada fora do seu mandato enquanto Eurodeputado. Não existindo quaisquer razões para duvidar da intenção legítima subjacente a esta ação judicial, e atento o preenchimento dos pressupostos elencados no artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, considero adequado o pedido de levantamento da imunidade parlamentar e, nesse sentido, votei favoravelmente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – For at være medlem af EU skal man have en retsstat. Derfor må vi have tillid til, at medlemsstatens retsvæsen kan bedømme, hvornår en anklage mod et medlem af Europa-Parlamentet er stærk nok til, at immunitet skal ophæves, så sagen kan prøves ved en domstol. Derfor støtter jeg ophævelsen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para suspender la inmunidad parlamentaria del diputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz con el fin de que pueda hacer frente a la causa por la cual se le ha llevado ante la justicia, puesto que los hechos por los que ha sido acusado nada tienen que ver con su actividad como eurodiputado.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of removing the immunity: the law should be allowed to run its course.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The Polish Constitution grants immunity to parliamentarians for speeding when driving, which is why a vote must be performed in order to allow Mr Iwaszkiewicz to be brought to justice over a traffic infraction that he made in September 2014. Mr Iwaszkiewicz had admitted that he was driving the vehicle in June 2015, but argued for the annulment of the fine on the ground that the offence took place while performing parliamentary work – going to Brussels to attend a meeting of the European Parliament. From the circumstances of the case it appears that the alleged offence and the ensuing prosecution clearly have nothing to do with the position of Mr Iwaszkiewicz as a Member of the European Parliament.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som žiadosť o zbavenie poslaneckej imunity Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza, pretože je dôležité, aby v Poľskej republike, kde sa menovaný poslanec dopustil priestupku, bol jeho priestupok prešetrený aj vyvodením príslušných postihov. Žiadosť o zbavenie imunity podal generálny prokurátor Poľskej republiky v súvislosti s trestným konaním, ktoré má začať hlavný dopravný inšpektorát. Poľský hlavný dopravný inšpektorát tvrdí, že ešte v septembri 2014 porušil poslanec EP dopravné predpisy tým, že v zastavenej oblasti, kde bola predpísaná maximálna rýchlosť 50 km/hodinu, túto prekročil pri svojej jazde o 29 km. Aby sa mohla celá vec prešetriť aj s vyvodením následného trestu v zmysle platných zákonov o cestnej premávke v Poľskej republike, bolo potrebné zbaviť kolegu poslanca Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza poslaneckej imunity.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Robert Jarosław Iwaszkiewicz je optužen za prekoračenje ograničenja brzine u naseljenom području. Budući da navodni prekršaj nije izravno ili očito povezan s obavljanjem dužnosti Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu, te u ovom slučaju Parlament nije pronašao dokaze o dovoljno ozbiljnoj i osnovanoj sumnji da je zahtjev podnesen s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*), podržao sam izvješće.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de ce député afin qu'il puisse avoir les coudées franches pour se défendre devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing.* – The Polish General Inspectorate of Road Traffic accuses Mr Robert Jarosław Iwaszkiewicz of failing to respect the speed limit. This accusation does not impact Mr. Iwaszkiewicz's capacity to perform his duty as an MEP nor it is with intent to cause him political damage, therefore I voted in favour of waiving the immunity of the MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Glasovala sam za ukidanje imuniteta poljskom zastupniku u Europskom parlamentu Robertu Jarsolawu Iwaszkiewiczu.

Prema tvrdnji Glavnog poljskog inspektorata cestovnog prometa navedeni zastupnik je 7. rujna 2014. godine počinio kazneno djelo prekoračenja brzine u naseljenom području. Budući da navodno kazneno djelo nije izravno ili očigledno povezano s obnašanjem dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, smatram da ne postoji razlog za pretpostavku da je postupak pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku.

S obzirom na to da je glavni državni odvjetnik Republike Poljske prosljedio predsjedniku Parlamenta zahtjev Glavnog poljskog inspektorata cestovnog prometa za ukidanje imuniteta zastupniku Robertu Jarsolawu Iwaszkiewiczu, držim ispravnim da se zastupniku ukine imunitet te da mu se omogući pravedno suđenje.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Poročilo o zahtevi za odvzem poslanske imunitete Robertu Jaroslawu Iwaszkiewiczu sem podprla, saj se strinjam, da kršitev (prevelika hitrost), ki je zakonodajno opredeljena, daje negativen zgled poslanca v državi članici in potencialno meče slabo luč na vse evropske poslane. Prav tako sklicevanje na imuniteto ni mogoče, če poslanca zalotijo pri kaznivem dejanju. To bi dejalo slab zgled evropskim državljanom.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné.

Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée. J'ai donc voté pour.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – 2015. augusztus 13-án a Lengyel Köztársaság főügyésze továbbította a Parlament elnökének a lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet annak engedélyezése iránti kérelmét, hogy Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselővel szemben eljárást indítson egy gyorsított szabálysértéssel összefüggésben. Iwaszkiewicz elismerte, hogy az adott időpontban ő vezette az autót. Az ügyben követtem az S&D-frakció álláspontját és támogattam az indítványt.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the request for waiver of the immunity of Robert Jarosław Iwaszkiewicz. On 13 August 2015 the Prosecutor-General of the Republic of Poland forwarded to the President of Parliament a request made by the Polish General Inspectorate of Road Traffic to grant authorisation to take legal action against a Member of the European Parliament, Mr Robert Jarosław Iwaszkiewicz, in connection with a speeding offence. In this case, the request for waiver of the immunity of Mr Iwaszkiewicz has been submitted as a result of an alleged offence consisting of exceeding the speed limit in a built-up area. It appears from the file that Mr Iwaszkiewicz has not admitted that he was driving the vehicle at the relevant time, nor that he accepts the fine. From the circumstances of the case it appears that the alleged offence and the ensuing prosecution clearly have nothing to do with the position of Mr Iwaszkiewicz as a Member of the European Parliament and that there is no evidence of *fumus persecutionis*. The Committee on Legal Affairs recommended that the European Parliament should waive the parliamentary immunity and this is why I voted in favour.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de opheffing van de parlementaire immuniteit zodat men zich voor de nationale rechtbanken kan verdedigen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es liegen keine politisch motivierten Gründe für diesen Auslieferungsantrag vor. Es handelt sich um Verkehrsdelikte. Ich stimme diesem Bericht somit zu.

7.7. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Robert Jarosław Iwaszkiewicz (A8-0016/2016 - Kostas Chrysogonos)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Robert Jarosław Iwaszkiewicz, è accusato di aver violato il codice della strada e il codice amministrativo della Repubblica di Polonia superando il limite di velocità in una zona abitata. Questo tipo di violazione non rientra nella copertura dell'immunità diplomatica poiché non inerente in alcun modo all'attività parlamentare del deputato. Per questo motivo ho espresso voto positivo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para suspender la inmunidad parlamentaria del diputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz con el fin de que pueda hacer frente a la causa por la cual se le ha llevado ante la justicia, puesto que los hechos por los que ha sido acusado nada tienen que ver con su actividad como eurodiputado.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz has been charged with exceeding the speed limit in a built-up area. He had requested an annulment of the fine on the ground that the offence took place while he was performing parliamentary work – going to Brussels to attend a meeting of the European Parliament. Exceeding the speed limit does not constitute part of an MEPs duties, therefore we voted in favour of the waiver of the parliamentary immunity of MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette demande ne semble pas être mue par une volonté de nuire à l'action politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Aussi, suis-je favorable à ce que son immunité soit levée afin qu'il soit en mesure de s'acquitter de son amende.

J'ai donc voté en faveur de celle-ci.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should be a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that I voted to waive the Parliamentary immunity. I do wish to note, however, my annoyance at the amount of public time spent dealing with a minor speeding offence. However, ultimately that is a matter for the people of Poland rather than the United Kingdom.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Teisės reikalų komiteto rekomendacijas.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné.

Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée. Voilà pourquoi je ne m'y suis pas opposé.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – À la suite du vote unanime de la commission des affaires juridiques du Parlement, j'ai voté en faveur de la demande de levée de l'immunité parlementaire de M. Iwaszkiewicz.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une infraction présumée au code de la route polonais. Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Le droit polonais requiert que son immunité soit levée afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

J'ai donc décidé de voter pour la levée de l'immunité parlementaire de Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Según constata el informe de la Comisión JURI, el fiscal general de la República de Polonia envió el pasado mes de agosto al Parlamento Europeo un requerimiento para suspender la inmunidad del diputado europeo Jarosław Iwaszkiewicz ante la supuesta comisión de una infracción de tráfico en agosto de 2014. En la medida en que no existe conexión entre la infracción señalada y su actividad como diputado europeo y que no hay indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento ha votado a favor de la suspensión de la inmunidad, para lo cual ha contado con mi voto favorable.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nusprendė atšaukti Europos Parlamento nario iš Lenkijos Roberto Jarosławo Iwaszkiewicziaus imunitetą. 2015 m. rugpjūčio 13 d. Lenkijos Respublikos generalinis prokuroras perdavė Parlamentui pirmininkui Vyriausiosios kelių transporto inspekcijos prašymą leisti patraukti atsakomybėn R. J. Iwaszkiewiczį už pažeidimą – greičio viršijimą 34 km/h Ravičiaus mieste, Lenkijoje. Faktai, kuriais kaltinamas R. J. Iwaszkiewicz, sudaro pažeidimą pagal Lenkijos Administracinių teisės pažeidimų kodeksą. Europos Parlamentas, siekdamas priimti sprendimą dėl Parlamento nario imuniteto atšaukimo ar neatšaukimo, taiko savo nusistovėjusius principus, vienas iš šių principų: imunitetas paprastai atšaukiamas, jeigu nesama *fumus persecutionis* įrodymų, t. y. pakankamai rimtų ir aiškių įtarimų, kad į teismą kreiptasi siekiant pakenkti atitinkamo Parlamento nario politinei reputacijai. Iš bylos aplinkybių matyti, kad įtarimas padarius administracinį teisės pažeidimą ir tolesnis administracinis persekiojimas niekaip nesusiję su R. J. Iwaszkiewicziaus kaip Europos Parlamento nario pareigomis ir todėl nėra *fumus persecutionis* įrodymų.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagani sklep o odvzemu poslanske imunitete kolegu Robertu Jarosławu Iwaszkiewiczzu sem podprl. Ne glede na vse okoliščine moramo poslanci tudi v cestnem prometu sprejeti odgovornost za svoja dejanja. Glede na to, da ima kolega v avtomobilu večkrat težko nogo, je povsem prav, da se ga ustrezno sankcionira.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che l'infrazione commessa dall'on. Robert Jarosław Iwaszkiewicz non rientri per tipologia e modalità tra le fattispecie coperte dalla disciplina dell'immunità parlamentare e che, pertanto, l'immunità parlamentare dell'on. Iwaszkiewicz debba essere revocata.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale de la sécurité routière demandant la levée de l'immunité du député européen Robert Jarosław Iwaszkiewicz pour avoir commis deux infractions présumées. En effet, pour que ce député européen puisse s'affranchir de ses amendes, il est nécessaire de lui retirer son immunité parlementaire.

Étant donné que cette demande n'a visiblement pas été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique de ce député européen, je me suis prononcé en faveur de la levée de son immunité parlementaire.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Infrazione al codice della strada polacco. Non esistono i presupposti per la tutela prevista dal Parlamento.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'immunità parlamentare costituisce un presidio alla libertà e indipendenza dei membri del Parlamento e non un beneficio personale. Le vicende per le quali il procuratore generale polacco intende procedere nei confronti del collega Jarosław Iwaszkiewicz non riguardano l'esercizio delle funzioni di deputato da parte di quest'ultimo, bensì alcune violazioni del codice della strada.

Pertanto, ho deciso di votare a favore della richiesta di revoca dell'immunità.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Στηρίζουμε την αίτηση για άρση της βουλευτικής ασυλίας του συναδέλφου

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφικώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα σχετικά με την έκθεση για την αίτηση άρσης της ασυλίας του Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Καθώς το αίτημα αφορά πράξεις που δεν σχετίζονται σε καμία περίπτωση με τις πολιτικές δραστηριότητες και ελευθερίες του Ευρωβουλευτή, θεωρώ πως δεν μπορούμε και δεν πρέπει να σταθούμε εμπόδιο στη δικαιοσύνη και ως εκ τούτου ψήφισα θετικά ως προς την άρση της ασυλίας του βουλευτή.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della proposta del Parlamento europeo circa revoca dell'immunità parlamentare a Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Come nel precedente caso, credo che l'infrazione in oggetto al provvedimento non abbia un nesso causale diretto ed evidente con l'esercizio dei suoi doveri di deputato al Parlamento europeo. Inoltre, ritengo che il Parlamento non possa riscontrare nelle circostanze del caso una prova di *fumus persecutionis*.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – Mr Iwaszkiewicz is accused of an offence under Article 92a of the Polish Code of Administrative Offences in conjunction with Article 20(1) of the Polish Road Traffic Act of 20 June 1997. This case falls under Article 9 of Protocol (No 7) on the Privileges and Immunities of the European Union. This provides that Members, in the territory of their own state, are protected with the same immunities accorded to Members of the Parliament of that state. It is for the European Parliament to decide whether criminal proceedings against Mr Iwaszkiewicz are authorised. Immunity will generally be waived if the offence is within the remit of Article 9 of Protocol No 7, once there is no *fumus persecutionis*. It is clear that the facts of this case and the prosecution do not interfere with the position of Mr Iwaszkiewicz as a Member of the European Parliament, thus there is no *fumus persecutionis*. Pursuant to Rule 9(3) of the Rules of Procedure the parliamentary immunity of Mr Robert Jarosław Iwaszkiewicz should be waived.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che la commissione giuridica del Parlamento europeo ha seguito correttamente le procedure per la verifica dei presupposti di invocazione dell'immunità da parte del deputato Iwaszkiewicz e che da questa verifica è emerso che l'immunità non ha una base giuridica per essere invocata in questa fattispecie concreta, concordo con quanto valutato dalla commissione giuridica e sono favorevole alla revoca dell'immunità.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Parliamentary immunity is not a Member's personal privilege but a guarantee of the independence of Parliament as a whole and of its Members. The case in question does not have a direct and obvious connection with the Member's performance of his duties as a Member of the European Parliament nor does it constitute an opinion expressed or a vote cast in the performance of his duties as a Member of the European Parliament for the purposes of Article 8 of Protocol No 7. I have thus voted in favour of the report to waive the immunity of the Member.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Robert Jarosław Iwaszkiewicz, deputato componente del gruppo EFDD, è accusato di aver violato in due distinte occasioni (Rif. proc. n. CAN-PST-SCW.7421.1158450.2014.5.A.0475 e n. CAN-PST-SCW.7421.1209083.2014.9.A.0475) il codice della strada ed il codice amministrativo della Repubblica Polacca superando il limite di velocità in una zona abitata.

Per il relatore tale tipo di violazione non rientra nella copertura dell'immunità diplomatica poiché non inerente in alcun modo all'attività parlamentare del deputato. D'altro canto il deputato Iwaszkiewicz non si è presentato in Commissione JURI per la propria difesa ma (come riferito dal Pres. Svoboda) ha inviato un messaggio in cui sostanzialmente rimetteva alla commissione il giudizio sulla questione.

La commissione JURI si è espressa a favore della richiesta del relatore di revocare l'immunità parlamentare per Robert Jarosław Iwaszkiewicz, per entrambe le procedure in oggetto. Il mio voto è favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para suspender la inmunidad parlamentaria del diputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz con el fin de que pueda hacer frente a la causa por la cual se le ha llevado ante la justicia, puesto que los hechos por los que ha sido acusado nada tienen que ver con su actividad como eurodiputado.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report requests the removal of the parliamentary immunity for an MEP. As I have always done in these cases, I agree to the removal of immunity so that an MEP can prove his innocence or otherwise according to the judicial system of the relevant Member States.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Concernant la levée de l'immunité de ce député polonais, auteur présumé d'une infraction au code de la route, rien n'indique qu'il existe une volonté de nuire à l'activité politique de cet élu.

En l'espèce, et dans le but de permettre l'application du droit polonais, j'ai voté favorablement à la levée de l'immunité parlementaire du député Iwaszkiewicz.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Regelbundet röstar jag i enlighet med ansvarigt utskott i immunitetsförfaranden, då det är rimligt och i enlighet med arbetsordningen att ärenden överlämnas till det nationella domstolsväsendet om inte politiska motiv föreligger.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Neste caso, o pedido de levantamento da imunidade do Sr. Iwaszkiewicz foi apresentado devido a uma alegada infração que consistiu em ultrapassar o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas, uma vez que o veículo onde seguia foi registado por uma câmara de controlo do tráfego quando se deslocava a uma velocidade de 94 km/h numa zona com um limite de velocidade de 60 km/h.

Das circunstâncias do caso vertente deduz-se que a alegada infração e o processo penal subsequente claramente nada têm a ver com o cargo de deputado ao Parlamento Europeu do Sr. Iwaszkiewicz e, por isso, concordo com o pedido de levantamento da imunidade formulado pelo relator.

Édouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce qu'elle ne concerne pas l'activité d'un parlementaire européen dans ses fonctions.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório, à semelhança de outros anteriormente votados, debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Eis os factos: a Inspeção-Geral do Tráfego Rodoviário da Polónia alega que, em 7 de setembro de 2014, ao conduzir um veículo, o deputado Iwaszkiewicz não respeitou o limite de velocidade aplicável às aglomerações urbanas – que é de 50 km/h – ao conduzir o veículo referido a uma velocidade de 79 km/h.

A Inspeção-Geral afirma ainda que, em resposta a uma notificação enviada à proprietária do veículo, a Sra. M. Iwaszkiewicz, esta confirmou que o deputado era o condutor do veículo na data referida. Os factos de que é acusado constituem uma infração ao artigo 92.º, alínea a), do Código das Contraordenações da Polónia, juntamente com o artigo 20.º, n.º 1, da Lei sobre o tráfego rodoviário, de 20 de Junho de 1997.

Independentemente de outras considerações que possam ser feitas, a alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Robert Jarosław Iwaszkiewicz enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζω την άρση ασυλίας του Robert Jarosław Iwaszkiewicz, καθώς τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Following the unanimous adoption of the decision by the JURI Committee of the European Parliament, I voted in favour of waiving the immunity of MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogattam a kérelmet azon oknál fogva, hogy 2015. augusztus 13-án a Lengyel Köztársaság főügyésze továbbította a Parlament elnökének a lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet annak engedélyezése iránti kérelmét, hogy Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselővel szemben eljárást indítson egy gyorsított szabálysértéssel összefüggésben. A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet állítása szerint 2014. szeptember 7-én 12 óra 34 perckor Szklary városában a DW404NA rendszámú Opel típusú személygépjármű vezetése közben Robert Jarosław Iwaszkiewicz nem tartotta be az adott lakott területre vonatkozó 50 km/h sebességhatárkorlátozást, hanem az előbb említett gépjárművel 79 km/h sebességgel közlekedett és ezzel a sebességhatárkorlátozást 29 km/h-val túllépte.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the decision to waive the immunity of Robert Jarosław Iwaszkiewicz, due to the fact that in similar cases involving Article 9 of Protocol No. 7 on the Privileges and Immunities of the European Union, parliamentary immunity is usually waived. This is especially the case when there is no evidence of political motivation behind the prosecution, which there does not seem to be here. As a result, I am in favour of the conclusion made by the Committee of Legal Affairs to waive parliamentary immunity for Mr Iwaszkiewicz, and have the criminal proceedings begin.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Ο συγκεκριμένος συνάδελφος παραβίασε δύο φορές το όριο ταχύτητας με το αυτοκίνητο του. Δεδομένου πως αυτές οι κατηγορίες καμία σχέση δεν έχουν με τις κοινοβουλευτικές δραστηριότητες του εν λόγω βουλευτή και πως δεν υπάρχει υποψία μεροληπτικού χειρισμού ή πολιτικής διώξης (*fulmus persecutionis*), υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted for this report in accordance with the position adopted by my political group after the Legal Affairs Committee's evaluation.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Robertu Jarosławu Iwaszkiewicz, jer je to u skladu s člankom 9. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, te radi ustanovljene činjenice da nema utemeljene sumnje da se imunitet ukida s ciljem nanošenja političke štete, već je riječ o prekršaju prekoračenja dopuštene brzine u naseljenom području. Takvo glasovanje ujedno je i stav ALDE grupe.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Il ne me semble pas que cette demande soit mue par une volonté de nuire à l'action politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Aussi, suis-je favorable à ce que son immunité soit levée afin qu'il soit en mesure de s'acquitter de son amende. Par conséquent, je vote pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la décision sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation.

Cette décision a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Ich folge hier der Entscheidung des Rechtsausschusses, die Immunität des Kollegen Iwaszkiewicz aufzuheben. Der beschriebene Vorfall ereignete sich vor seiner Zeit als EU-Mandatar und steht in keinem Zusammenhang mit der Mandatsausübung.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I supported the request as I agree with the reasons for the proposal to waive the immunity.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de M. Jarosław Iwaszkiewicz, car il ne s'agit pas d'une affaire politique, mais d'une infraction présumée au code de la route polonais, pour excès de vitesse.

Rien n'indique qu'il y ait une quelconque intention de nuire à l'activité politique de M. Siekierski. Le droit polonais requiert que son immunité soit levée afin qu'il puisse s'acquitter de son amende.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour ce rapport car il propose de lever l'immunité parlementaire d'un député poursuivi pour une infraction au code de la route.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – U kolovozu 2015., glavno tužiteljstvo Poljske uputilo je zahtjev za autorizaciju pravnih akata protiv zastupnika Europskog parlamenta, Roberta Jarosława Iwaszkiewicza, za prometni prekršaj zbog prekoračenja dopuštene brzine vožnje.

Konkretno, zastupnik Iwaszkiewicz je vozio 29 km/h brže od dopuštene brzine u naseljenom području gdje je dozvoljena brzina 50 km/h. Budući da je zastupnik priznao kako je bio vozač automobila u trenutku prekršaja, smatra se odgovornim za počinjeno djelo.

Zastupnik se pozvao na imunitet te je glavni tužitelj Poljske prosljedio upit Europskom parlamentu da mu se ukine imunitet. Podržala sam zahtjev za ukidanjem imuniteta s obzirom da zastupnik nije u trenutku prekršaja obavljao službene parlamentarne dužnosti.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Līdzīgi iepriekšējam balsojumam par Eiropas Parlamenta deputāta Roberta Jaroslava Ivaškeviča imunitātes atcelšanu, šis gadījums arī attiecas uz ātruma pārsniegšanu. Atšķirībā no pirmā gadījuma tomēr Ivaškeviča kungs nekādā veidā neapstiprināja, ka viņš vadīja automašīnu ar ātrumu 94 km/h teritorijā ar 60 km/h ierobežojumu, kaut gan viņa seja ir skaidri redzama ātruma pārsniegšanas laikā uzņemtajā fotogrāfijā.

Izejot no tā paša kā pirmajā gadījumā, proti, 2015. gada 13. augustā Eiropas Parlamenta priekšsēdētājam ar Polijas Republikas ģenerālprokurora starpniecību nosūtītā Polijas Ceļu satiksmes galvenās pārvaldes pieprasījuma un Eiropas Parlamenta Juridiskās komitejas izdarītā secinājuma, tika pieņemts lēmums atcelt Ivaškeviča kunga deputāta imunitāti. Lēmumam piekritu, jo nevienam Eiropas Parlamenta deputātam nevar būt nekādu nenoregulētu pretrunu ar jebkuras valsts tiesu sistēmu.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας του Robert Jarosław Iwaszkiewicz, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté pour cette levée d'immunité. Le Procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection polonaise de la circulation routière pour deux infractions présumées de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Il a été estimé que cette seconde requête n'avait pas été faite pour nuire à l'activité du député, c'est pourquoi nous estimons qu'il est nécessaire de lever son immunité pour qu'il puisse payer ses amendes en Pologne.

David Martin (S&D), *in writing*. – I support the waiving of Mr Iwaszkiewicz's immunity. In this case, the request for waiver of the immunity of Mr Iwaszkiewicz has been submitted as a result of an alleged offence consisting of exceeding the speed limit in a built-up area. It appears from the file that Mr Iwaszkiewicz has not admitted that he was driving the vehicle at the relevant time, nor that he accepts the fine. From the circumstances of the case it appears that the alleged offence and the ensuing prosecution clearly have nothing to do with the position of Mr Iwaszkiewicz as a Member of the European Parliament and that there is no evidence of *fumus persecutionis*.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità dell'on. Robert Jarosław Iwaszkiewicz, in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione *super partes*. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista e di conseguenza continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es liegen keine politisch motivierten Gründe für diesen Auslieferungsantrag vor. Es handelt sich um Verkehrsdelikte. Ich stimme diesem Bericht somit zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne. Le procureur général de la République de Pologne a transmis une requête de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière en ce qui concerne une infraction de dépassement de la vitesse autorisée dans une agglomération.

En effet l'Inspection générale polonaise de la circulation routière fait valoir que le 21 août 2014, à 23 h 46, dans la localité de Rawicz, M. Iwaszkiewicz a été photographié par un radar alors qu'il était au volant d'un véhicule se déplaçant à une vitesse de 94 km/h sur une route où la vitesse autorisée est de 60 km/h.

Étant donné que l'infraction n'a aucun lien avec son activité de parlementaire et que Robert Jarosław Iwaszkiewicz ne s'oppose pas à la levée de l'immunité, je vote Pour et j'enjoins M. Iwaszkiewicz de faire preuve de prudence au volant.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il ne me semble pas que cette demande soit mue par une volonté de nuire à l'action politique de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Aussi je suis favorable à ce que son immunité soit levée afin qu'il soit en mesure de s'acquitter de son amende. Par conséquent je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor do relatório sobre o pedido de levantamento da imunidade de Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

O pedido preenche os requisitos para aplicação do disposto no artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia: procede-se ao levantamento da imunidade do deputado sempre que o delito não esteja relacionado com o desempenho das funções de deputado e desde que não se encontre qualquer suspeita de *fumus persecutionis*, ou seja, uma suspeita grave e fundamentada de que na origem da ação penal se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Request for the waiver of the parliamentary immunity of Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet büntetőeljárást kíván indítani Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselő ellen, mert szerintük nevezett 2014. augusztus 21-én 23.46-kor Rawicz városában gépkocsijával túllépte az adott lakott területre vonatkozó sebességkorlátozást. A Lengyel Köztársaság főügyésze 2015. augusztus 13-án továbbította az Európai Parlament elnökének a főfelügyelet büntetőeljárás indításának engedélyezésére irányuló kérelmét. A Jogi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy a feltételezett szabálysértés nem kapcsolódik közvetlenül vagy nyilvánvalóan Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselői feladatainak ellátásához, és az Európai Unió kiváltságairól és mentességeiről szóló 7. jegyzőkönyv 8. cikke értelmében európai parlamenti képviselői feladatainak gyakorlása során leadott szavazatnak, illetve kifejtett véleménynek sem minősül.

Nem áll fenn továbbá komoly és megalapozott gyanú arra vonatkozóan, hogy a kérelmet a képviselőnek szánt politikai kár okozása céljából terjesztették volna elő, ezért azt javasolja, hogy a Parlament az adott ügygel összefüggésben függessze föl a képviselő mentelmi jogát. Az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos e pelo facto de o delito em causa não estar, de alguma forma, relacionado com o desempenho das funções de deputado e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné. Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée, je vote donc pour cette levée.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission parlementaire compétente. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – A proposito della proposta del Parlamento di revoca dell'immunità parlamentare a Robert Jarosław Iwaszkiewicz, ho votato a favore poiché ritengo che la presunta infrazione non ha un nesso evidente con l'esercizio dei suoi doveri di deputato al Parlamento europeo.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report in accordance with the evaluation made by the JURI Committee.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Robert Jaroslaw wird beschuldigt, am 21. August 2014 eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des Artikels 92 a des polnischen Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 der polnischen Straßenverkehrsordnung vom 20. Juni 1997 begangen zu haben. Ich habe für die Entziehung der Freiheit zulasten von Robert Jaroslaw gestimmt und bin für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität, bis dieser Fall gelöst ist und keine Anschuldigung mehr vorliegt.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Data l'azione svolta dal deputato Robert Jarosław Iwaszkiewicz, voto positivamente alla richiesta di revoca dell'immunità parlamentare.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport demande la levée d'immunité du député afin qu'il puisse régler une amende pour infraction routière. Cela n'ayant rien à voir avec son activité politique de député, je n'ai pas de raison de m'opposer à cette levée d'immunité et je vote donc en faveur du texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Poštujem preporuku izvijestitelja o ukidanju imuniteta kolegi Robertu Jarosławu Iwaszkiewiczu jer kazneni progon nije u vezi s izraženim mišljenjem ili glasanjem pri obnašanju njegovih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije i navodno kazneno djelo očito nije ni u kakvoj vezi s obnašanjem dužnosti kolege Iwaszkiewicza u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu.

Radi se o prometnom prekršaju prekoračenja brzine u naseljenom području te ne postoji razlog za pretpostavku da je kazneni progon pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*). Radi se o poštivanju propisa zemlje članice iz koje kolega Iwaszkiewicz dolazi, kao što je propisano u članku 9. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar ao deputado Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz.

A alegada infração que motiva o pedido de levantamento da imunidade parlamentar não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Pelo expreso, votámos a favor do levantamento da imunidade parlamentar.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Ai sensi dell'articolo 9, paragrafo 3, del regolamento, la commissione giuridica raccomanda che il Parlamento europeo revochi l'immunità parlamentare dell'on. Robert Jarosław Iwaszkiewicz. Ho votato a favore della revoca dell'immunità del deputato al Parlamento europeo Robert Jarosław Iwaszkiewicz, perché ritengo che sia opportuno permettere al Procuratore generale polacco di effettuare le indagini appropriate.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz è accusato di eccesso di velocità nel suo paese. L'accusa si riferisce al 21 Agosto 2014. Ad ogni modo, vorrei sottolineare che il mio voto a favore di tale revoca non comporta un giudizio in merito alla colpevolezza o all'innocenza del deputato.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour ces demandes de levée de l'immunité parlementaire car il s'agit, dans ce cas, d'une procédure commune.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito.* – Ainda sobre o caso do Deputado do Parlamento Europeu Robert Jarosław Iwaszkiewicz, aprovei o relatório que, além de afirmar que a alegada infração não tem uma ligação direta ou óbvia com o exercício das funções de deputado, não diz também respeito a opiniões ou votos expressos no exercício das suas funções, na aceção do artigo 8.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia.

Este relatório aprova, portanto, a decisão de proceder ao levantamento da imunidade do deputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – Según constata el informe de la Comisión JURI, el fiscal general de la República de Polonia envió el pasado mes de agosto al Parlamento Europeo un requerimiento para suspender la inmunidad del diputado europeo Jarosław Iwaszkiewicz ante la supuesta comisión de una infracción de tráfico en agosto de 2014. En la medida en que no existe conexión entre la infracción señalada y su actividad como diputado europeo y que no hay indicios de *fumus persecutionis*, el Parlamento ha votado a favor de la suspensión de la inmunidad, para lo cual ha contado con mi voto favorable.

Claude Rolin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de M. Robert Jarosław Iwaszkiewicz, afin que la justice polonaise puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, considérant que les faits présumés – non-respect de la limitation de vitesse en agglomération – n'ont, de toute évidence, pas de lien avec la fonction de député de M. Robert Jarosław Iwaszkiewicz, et ne sont pas motivés par la volonté de nuire à l'action politique du député.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – À semelhança do pedido anterior, também aqui estamos perante um pedido do Procurador-Geral da Polónia a requerer o levantamento da imunidade parlamentar do Deputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz, relativamente a uma alegada infração rodoviária praticada no dia 21 de agosto de 2014, por circular a uma velocidade excessiva de 94km/h quando o limite na zona era de 60km/h.

Ora, sendo que se trata de uma conduta alegadamente praticada fora do seu mandato enquanto Eurodeputado e não existindo quaisquer razões para duvidar da intenção legítima subjacente a este processo de infração rodoviária, votei a favor deste pedido de levantamento da imunidade parlamentar, atenta a verificação dos pressupostos elencados no artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – For at være medlem af EU skal man have en retsstat. Derfor må vi have tillid til, at medlemsstatens retsvæsen kan bedømme, hvornår en anklage mod et medlem af Europa-Parlamentet er stærk nok til, at immunitet skal ophæves, så sagen kan prøves ved en domstol. Derfor støtter jeg ophævelsen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para suspender la inmunidad parlamentaria del diputado Robert Jarosław Iwaszkiewicz con el fin de que pueda hacer frente a la causa por la cual se le ha llevado ante la justicia, puesto que los hechos por los que ha sido acusado nada tienen que ver con su actividad como eurodiputado.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of removing the immunity: the law should be allowed to run its course.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – As with the previous vote, the Polish Constitution grants immunity to parliamentarians for traffic offences, such as speeding, when performing their parliamentary duties. Similarly, I do not wish to stand in the way of the course of justice and I supported the vote to have Mr. Iwaszkiewicz tried for this offence. This case has a slight difference from the previous one, as Mr. Iwaszkiewicz does not accept that he was driving the vehicle at the time of the allegation and does not accept the fine; if the Member desires to clear his name of this accusation, I believe that it should be taken through the judicial system.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Poľský hlavný dopravný inšpektorát zaznamenal dopravný priestupok poslanca EP Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza, keď v auguste 2014 v zóne s obmedzením rýchlosti na 60 km/hod mu zaznamenali rýchlosť 94 km/hod. Keďže na poslanca EP sa vzťahuje poľský zákon o poslaneckej imunite, nemôže voči poslancom a senátorom byť vyvodená trestná zodpovednosť bez súhlasu Sejmu alebo Senátu. V tomto prípade zbavenie imunity prináleží EP, preto žiadosť generálneho prokurátora Poľskej republiky bola predložená predsedovi EP. Po prerokovaní v príslušnom výbore bola žiadosť postúpená na hlasovanie EP. V záujme spravodlivosti sme v hlasovaní zbavili poslaneckej imunity kolegu poslanca Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza, aby sa mohol zodpovedať za priestupok, ktorého sa dopustil v svojej krajine, aj keď ho chránila poslanecká imunita.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Robert Jarosław Iwaszkiewicz je optužen za prekoračenje ograničenja brzine u naseljenom području. Budući da navodni prekršaj nije izravno ili očito povezan s obavljanjem dužnosti Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu, te u ovom slučaju Parlament nije pronašao dokaze o dovoljno ozbiljnoj i osnovanoj sumnji da je zahtjev podnesen s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*), podržao sam izvješće.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως*. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de ce député afin qu'il puisse avoir les coudées franches pour se défendre devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Polish General Inspectorate of Road Traffic accuses Mr Robert Jarosław Iwaszkiewicz of failing to respect the speed limit. This accusation does not intend to cause political damage to Mr Iwaszkiewicz. Without prejudging on his guilt, I voted in favour of waiving the immunity of the MEP Robert Jarosław Iwaszkiewicz.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam zahtjev za ukidanje imuniteta poljskom zastupniku u Europskom parlamentu Robertu Jarosławu Iwaszkiewiczu koji je optužen da je 21. kolovoza 2014. godine počinio kazneno djelo prekorčenja brzine u naseljenom području. Isto kao i u prošlom izvješću smatram da ne postoji dovoljno ozbiljna i osnovana sumnja da je postupak pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku budući da navodno kazneno djelo nije izravno ili očigledno povezano s obnašanjem dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu.

Budući da je glavni državni odvjetnik Republike Poljske proslijedio zahtjev poljskog Glavnog inspektorata cestovnog prometa da odobri poduzimanje pravnih radnji protiv zastupnika Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza, kao i u prethodnom slučaju, smatram ispravnim da se zastupniku oduzme imunitet te da mu se omogući pravedno i nepristrano suđenje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o zahtevi za odvzem poslanske imunitete Robertu Jarosławu Iwaszkiewiczu sem podprla, saj se strinjam, da kršitev, ki je zakonodajno opredeljena, daje negativen zgled poslanca v državi članici in potencialno meče slabo luč na vse evropske poslanece.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le procureur général de la République de Pologne a transmis deux requêtes de l'Inspection générale polonaise de la circulation routière demandant la levée de l'immunité de Robert Jarosław Iwaszkiewicz, député au Parlement européen élu pour la Pologne, en ce qui concerne deux infractions présumées.

En l'espèce, le Parlement n'a pas pu établir qu'il y avait *fumus persecutionis*, c'est-à-dire une présomption suffisamment sérieuse et précise que la demande a été soumise dans l'intention de nuire à l'activité politique du député concerné. Pour qu'un député polonais paye ses amendes en Pologne, il est nécessaire que son immunité soit levée.

J'ai donc voté pour.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2015. augusztus 13-án a Lengyel Köztársaság főügyésze továbbította a Parlament elnökének a lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet annak engedélyezése iránti kérelmét, hogy Robert Jarosław Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselővel szemben eljárást indítson egy gyorshajtásos szabálysértéssel összefüggésben. A lengyel közlekedésrendészeti főfelügyelet szerint a trafipax fényképén egyértelműen látszik a szabálysértés elkövetése időpontjában a gépjárművet vezető személy, Robert Iwaszkiewicz európai parlamenti képviselő arca. Az ügyben követtem az S&D-frakció álláspontját és támogattam az indítványt.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad en sus dos versiones tal y como han sido propuestas por la Comisión JURI. Entendemos que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the request for waiver of the immunity of Robert Jarosław Iwaszkiewicz. On 13 August 2015 the Prosecutor-General of the Republic of Poland forwarded to the President of Parliament a request made by the Polish General Inspectorate of Road Traffic to grant authorisation to take legal action against a Member of the European Parliament, Mr Robert Jarosław Iwaszkiewicz, in connection with a speeding offence. In this case, the request for waiver of the immunity of Mr Iwaszkiewicz has been submitted as a result of an alleged offence consisting of exceeding the speed limit in a built-up area. It appears from the file that Mr Iwaszkiewicz has not admitted that he was driving the vehicle at the relevant time, nor that he accepts the fine. From the circumstances of the case it appears that the alleged offence and the ensuing prosecution clearly have nothing to do with the position of Mr Iwaszkiewicz as a Member of the European Parliament and that there is no evidence of *fumus persecutionis*. The Committee on Legal Affairs recommended that the European Parliament should waive the parliamentary immunity and this is why I voted in favour.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor de opheffing van de parlementaire immuniteit zodat men zich voor de nationale rechtbanken kan verdedigen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A alegada infração não tem uma ligação direta e óbvia com o exercício das funções de Czesław Adam Siekierski enquanto deputado ao Parlamento Europeu, e o Parlamento também não encontrou qualquer prova fundamentada de que o pedido tem o objetivo de prejudicar a atividade política do deputado.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es liegen keine politisch motivierten Gründe für diesen Auslieferungsantrag vor. Es handelt sich um Verkehrsdelikte. Ich stimme diesem Bericht somit zu.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram predlog sklepa Evropskega parlamenta o zahtevi za odvzem imunitete Robertu Jarosławu Iwaszkiewicz, ker je bilo v poročilu ugotovljeno, da domnevni prekršek in posledični kazenski pregon očitno nista povezana s položajem Roberta Jaroslawa Iwaszkiewicza kot poslanca Evropskega parlamenta ter da ni dokazov o obstoju resnega in utemeljenega suma, da je bil primer sprožen z namenom politično škodovati poslancu.

7.8. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Florian Philippot (A8-0014/2016 - Laura Ferrara)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'eurodeputato Florian Philippot è stato accusato di diffamazione da parte dello stato del Qatar. Il collega Philippot, durante un programma radiofonico andato in onda il 9 gennaio 2015 e in un programma televisivo andato in onda il 9 gennaio 2015, ha insinuato che il Qatar finanziasse il terrorismo.

Ho deciso di esprimere voto positivo poiché ritengo che tali affermazioni rientrino nella libertà di espressione coperte dall'immunità parlamentare, che viene garantita per quanto detto durante le riunioni ufficiali del Parlamento ma anche in altre sedi, per esempio durante interviste con i media.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe que aboga por no retirarle la inmunidad parlamentaria al diputado Florian Philippot puesto que los hechos por los que ha sido demandado están directamente relacionados con su labor como eurodiputado. La inmunidad parlamentaria en ningún caso puede ser utilizada como arma política. Por ese motivo he votado a favor del presente informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte visant à soutenir l'avis défavorable à la levée d'immunité de Florian Philippot de la commission des Affaires juridiques.

Ce texte faisait suite à la procédure en diffamation intentée par l'État du Qatar à son encontre. À l'instar de la commission des affaires juridiques, je considère que le respect de la liberté d'expression et d'opinion est une valeur sacrée.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted against the waiver of the immunity of Florian Philippot on the grounds of the fundamental right to freedom of expression and, moreover, on the right to express opinion in the course of an elected representative's parliamentary duties.

It would be a serious limitation of one's functioning as a Member of the European Parliament if one could not express matters of concern for fear of being sued for defamation.

It is important to remember that according to Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities of the European Union it is prohibited to bring any form of civil or criminal proceedings against Members of Parliament in respect of opinions expressed in the performance of their duties. Moreover, in the Judgment of the Court of Justice in the Patriciello case (C-163/10), it was found that this absolute immunity implies that opinions cannot be challenged, whether they are expressed during official meetings of Parliament or elsewhere, for example in the media, when there is a link between the opinion expressed and parliamentary duties.

To allow for the waiver of parliamentary immunity in this case would set in place a dangerous precedent and would ultimately undermine fundamental freedoms for all, regardless of political persuasion.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Dans la procédure en diffamation du Qatar à l'encontre de Florian Philippot, je me suis prononcée contre la levée de son immunité parlementaire ainsi que le proposait le rapport de la commission au nom de la liberté d'expression. J'ai par conséquent voté en faveur de ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe in democracy and transparency, and therefore I believe that my vote on this matter should be a matter of public record. In that spirit, I wish to confirm that I voted for the Committee of Legal Affairs' recommendation not to lift Mr Philippot's immunity as he was carrying out his mandate as an MEP.

I believe that defamation should be a case for the civil courts not the criminal.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už Teisės reikalų komiteto rekomendacijas.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le 28 janvier 2016, les députés de la commission des Affaires juridiques ont donné – à l'unanimité – un avis défavorable à la levée de son immunité parlementaire dans le cadre de la scandaleuse procédure en diffamation intentée par le Qatar contre mon collègue Florian Philippot.

Cependant, il convient notamment de rappeler les propos ahurissants que cette procédure a suscités de la part notamment d'Anne Hidalgo. Interrogée en juin sur la plainte déposée par le Qatar, Madame le maire de Paris a osé affirmer que l'émirat avait «raison» d'aller en justice s'il se sentait «insulté». Et c'est toute honte bue qu'elle alla jusqu'à féliciter l'émirat de sa «lutte contre l'homophobie, le racisme dans les stades». Voilà qui en dit long sur la compromission de nos prétendues «élites dirigeantes».

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – À la suite du vote unanime de la commission des affaires juridiques du Parlement, j'ai voté en faveur du rejet de la demande de levée de l'immunité parlementaire de M. Philippot.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad de Florian Philippot, considerando que la finalidad de la inmunidad es, como citaba el informe propuesto por la Comisión JURI, «permitir que el poder legislativo lleve a cabo sus tareas constitucionales sin injerencias indebidas del exterior, en particular del poder ejecutivo». En este caso no hay persecución política ni nada que subyazca al procedimiento penal con tal de perjudicar la actividad política del diputado. Por ello, no hay problema en emitir un voto a favor del suplicatorio para que las investigaciones sigan su curso en los espacios competentes para ello.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Je tiens à rappeler ici que la plainte en diffamation du Qatar contre un député européen, en l'espèce Florian Philippot, a été déposée avec constitution de partie civile et qu'à ce titre la France, par le truchement de son garde des Sceaux, était dans l'obligation légale de demander la levée de son immunité parlementaire afin de donner suite aux poursuites pénales engagées contre celui-ci. Il ne s'agit en rien, comme j'ai pu l'entendre ici ou là, d'une volonté partielle du gouvernement français de poursuivre cet élu. Le gouvernement français était tout simplement tenu à ce type de procédure.

Par ailleurs, rappelons et félicitons-nous que le Parlement européen se soit doté de ce système de protection de ses membres pour leurs propos ou opinions émis dans l'exercice de leurs fonctions.

Cette liberté d'opinion doit en effet faire l'objet d'une immunité absolue quand les conditions de l'article 8 du protocole n° 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne sont réunies.

Tel a été le cas ici et je m'en félicite.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Conformément à l'article 26 de la Constitution de la République française qui dispose qu'«aucun membre du Parlement ne peut être poursuivi, recherché, arrêté, détenu ou jugé à l'occasion des opinions ou votes émis par lui dans l'exercice de ses fonctions», et qu'«aucun membre du Parlement ne peut faire l'objet, en matière criminelle ou correctionnelle, d'une arrestation ou de toute autre mesure privative ou restrictive de liberté» sans autorisation parlementaire, le Parlement européen a refusé de lever l'immunité parlementaire dans l'affaire opposant Florian Philippot au Qatar.

Cette affaire aura permis de mettre en lumière la compromission du gouvernement français et plus particulièrement de l'ancienne garde des Sceaux, Madame Taubira, qui a signé de sa main la demande de levée d'immunité.

Je me félicite de la non-levée de l'immunité parlementaire de Florian Philippot. Il est regrettable qu'un pays étranger puisse saisir la justice française pour attaquer un parlementaire français dans le seul but de l'intimider à la suite de propos relevant de sa liberté d'expression.

J'ai donc décidé de voter contre la levée de l'immunité parlementaire de Florian Philippot.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo a la propuesta de la Comisión JURI, cuyo informe constata que las autoridades judiciales francesas han solicitado la suspensión de la inmunidad de Florian Philippot en relación con una acción penal incoada por un tercer Estado, Qatar, quien le acusa de haber difamado a este Estado en el transcurso de un programa radiofónico el 9 de enero de 2015 y de un programa televisivo el 19 de enero de 2015, insinuando que dicho Estado habría financiado el terrorismo. La Comisión JURI ha estimado, sin embargo, que la inmunidad parlamentaria no solo cubre las opiniones expresadas por el diputado en reuniones oficiales del Parlamento, sino también las expresadas en otros foros, como por ejemplo los medios de comunicación, cuando existe «una relación entre la opinión expresada y las funciones parlamentarias», por lo que ha decidido no suspender la inmunidad parlamentaria de Florian Philippot.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nusprendė neatšaukti Europos Parlamento nario iš Prancūzijos Florianio Philippot imuniteto. Florian Philippot ES nepriklausančios valstybės, t. y. Kataro, yra kaltinamas šios šalies šmeižimu vykstant 2015 m. sausio 9 d. radijo laidai ir 2015 m. sausio 19 d. televizijos laidai, nes jų metu teigė, kad minėta valstybė finansuoja terorizmą. Protokolo Nr. 7 dėl Europos Sąjungos privilegijų ir imunitetų 8 straipsnyje ir Prancūzijos Respublikos Konstitucijos 26 straipsnyje numatoma, kad parlamento nariai negali būti traukiami civilinėn ar baudžiamojon atsakomybėn dėl einant pareigas pareikštos nuomonės. Prancūzijos sistemos nuostatos, kurios saugo žmonių atstovus einant savo pareigas, galioja nuo 1789 m. ir jos kilo iš pagarbos žmonių valios išreiškimui bei poreikio, kad demokratinėje valstybėje išrinkti atstovai galėtų laisvai ir nebijodami, kad jiems bus iškelta byla ar kad jiems sukliudys vykdomoji ar teisminė valdžia, vykdyti savo įgaliojimus. Šis Europos Parlamento nario absoliutus imunitetas apima ne tik nario išreikštą nuomonę oficialiuose Parlamento posėdžiuose, bet ir kitur, pavyzdžiui, žiniasklaidoje išreikštą nuomonę, kai esama ryšio tarp pareikštos nuomonės ir Parlamento nario pareigų, o nuomonės apie ES ir jai nepriklausančių valstybių užsienio politiką viešojoje erdvėje reiškimas yra viena iš Europos Parlamento nario pareigų. Taigi, Parlamentas nusprendė, kad dėl šios priežasties nėra patenkinamos sąlygos atšaukti Florianio Philippot imunitetą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Izražanje političnih stališč je ena temeljnih pravic poslanca kateregakoli parlamenta, ne glede na to, ali se z njimi strinjamo ali ne. Zato podpiram, da se kolegu Philippotu ne odvzame imunitete za njegove izrečene besede v zvezi s financiranjem terorizma.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che i fatti attribuiti all'On. Philippot siano coperti dalla disciplina dell'immunità parlamentare e che, pertanto, essa non sia revocabile in queste circostanze.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Pour rappel, en mars 2015, l'État du Qatar porte plainte pour diffamation contre l'eurodéputé Florian Philippot, pour des propos qu'il a tenus deux mois auparavant.

La demande de levée de son immunité parlementaire a incontestablement été soumise dans l'intention de nuire à son activité politique. Il serait absolument scandaleux et terrifiant qu'un parlementaire européen soit poursuivi et condamné pour une opinion qu'il a émise dans l'exercice de ses fonctions dans la mesure où la liberté d'expression constitue une des valeurs essentielles de la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne. Cette plainte est d'autant plus scandaleuse qu'elle vient d'une dictature islamiste dans laquelle les droits de l'Homme sont régulièrement violés et la dignité de la femme bafouée.

C'est pourquoi j'ai voté pour ce rapport qui s'oppose à la levée de l'immunité parlementaire de Florian Philippot.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – L'on. Philippot è accusato, dal governo di uno Stato terzo, per la precisione il Qatar, di aver diffamato codesto Stato nel corso di una trasmissione radiofonica del 9 gennaio 2015 e di una trasmissione televisiva del 19 gennaio 2015, insinuando che detto Stato finanzierebbe il terrorismo. In base al regolamento anche la stessa commissione giuridica ha riconosciuto che esistono gli estremi per mantenere le prerogative d'immunità. Voto a favore della concessione dell'immunità.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del nostro relatore in commissione giuridica di non revocare l'immunità parlamentare del deputato Florian Philippot. Le dichiarazioni con le quali il collega europarlamentare avrebbe insinuato che lo Stato del Qatar finanzia il terrorismo rientrano infatti a pieno titolo nella libertà di espressione coperte dall'immunità parlamentare, la quale deve considerarsi garantita non soltanto nel corso delle riunioni ufficiali del Parlamento, ma in qualsiasi altra occasione pubblica ivi incluse le interviste con i media.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την αίτηση για άρση της βουλευτικής ασυλίας του συναδέλφου

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα σχετικά με την έκθεση για την αίτηση άρσης της ασυλίας του Florian Philippot. Η αίτηση αυτή προέκυψε από πολιτικές δραστηριότητες του βουλευτή και συγκεκριμένα λόγω της τοποθέτησής του σχετικά με συγκεκριμένα πολιτικά και οικονομικά ζητήματα τρίτου κράτους. Παρότι μας χωρίζει ιδεολογική άβυσσος και δεν ενστερνίζομαι ουδεμία από τις απόψεις του συγκεκριμένου βουλευτή και του χώρου από τον οποίο προέρχεται, αποφάσισα να ψηφίσω κατά της άρσης ασυλίας, καθώς το αντίθετο θα αποτελούσε μέγιστο πλήγμα στο δικαίωμα ελεύθερης έκφρασης, όχι μόνο των Ευρωβουλευτών, αλλά και του συνόλου της κοινωνίας. Ως εκ τούτου θεωρώ πως πράγματι η ασυλία του βουλευτή δεν πρέπει να αρθεί.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente il provvedimento poiché non ritengo sussistenti i presupposti legali e sostanziali necessari per procedere alla revoca dell'immunità parlamentare al MEP Florian Philippot.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – Qatar, a non-Member State, accuses Mr Philippot of defaming the country during both radio and television broadcasts. Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities provides that legal proceedings against Members of the European Parliament for expressing their opinion in the performance of their duties is not permitted. Article 26 of the French Constitution also stipulates laws to the same effect. Consequently, this absolute immunity for Members of the European Parliament provides that there is a link between the expression of opinions and parliamentary duties. Accordingly the public expression of opinions on foreign policy of both the European Union or non-Member States is within the scope of Members' official duties. There is no need to consider the matter of *fumus persecutionis*. As a result, the immunity of Florian Philippot should not be waived.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Concordo con la collega relatrice, Laura Ferrara, a proposito della richiesta di revoca dell'immunità dell'onorevole Philippot in quanto le dichiarazioni in ambito politico sulla politica estera dell'Unione europea e di paesi terzi espresse da quest'ultimo rientrano nelle funzioni di un deputato europeo.

Dato che i presupposti per la revoca non sussistono, sono a favore della decisione di non revocare l'immunità parlamentare dell'onorevole.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Members of the European Parliament are acting within the scope of their official duties whilst expressing opinions publicly on the foreign policy of the EU or of non-Member States. Parliamentary immunity is an absolute immunity which implies that opinions cannot be challenged, whether they are expressed during official meetings of Parliament or elsewhere, for example in the media. I agree that the conditions for the waiver of Mr Philippot's immunity are not met, thus I voted in favour of the report.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Florian Philippot è stato accusato di diffamazione da parte dello stato del Qatar poiché avrebbe insinuato, durante un programma radiofonico andato in onda il 9 gennaio 2015 ed in un programma televisivo andato in onda il 9 gennaio 2015, che il Qatar finanziasse il terrorismo.

Durante la seduta in commissione JURI, con una brevissima discussione, è stato deciso che le esternazioni dell'eurodeputato Florian rientrassero nella libertà di espressione coperte dall'immunità parlamentare, che viene garantita per quanto detto durante le riunioni ufficiali del Parlamento ma anche in altre sedi, per esempio durante interviste con i media. [Corte di giustizia del 6/9/2011, Patriciello, C-163/10, ECLI: EU:C:2011:543]

Non risultando neanche alcun fumus persecutionis, la commissione JURI ha votato A FAVORE della proposta del relatore di NON REVOCARE l'immunità parlamentare del deputato Florian Philippot. Il mio voto è favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe que aboga por no retirar la inmunidad parlamentaria al diputado Florian Philippot puesto que los hechos por los que ha sido demandado están directamente relacionados con su labor como eurodiputado. La inmunidad parlamentaria en ningún caso puede ser utilizada como arma política. Por ese motivo he votado a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report not to waive the Parliamentary immunity of Florian Philippot because I believe that an MEP can publicly express an opinion on the foreign policy of the European Union or of non-Member States as this is within the scope of their official duties.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Florian Philippot, député européen, est actuellement visé par une procédure en diffamation intentée par l'État du Qatar qui n'accepte pas les critiques à son endroit. Le rôle des parlementaires européens est naturellement de soutenir cet élu et de défendre sa liberté d'expression et d'opinion. De même que les députés de la commission des Affaires juridiques, qui ont voté unanimement en faveur du rapport qui s'oppose à la levée de son immunité parlementaire, je me suis opposée à la levée de cette immunité.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο ευρωβουλευτής κατηγορείται για συκοφαντική δυσφήμιση από το κράτος του Κατάρ, καθώς σε ραδιοφωνική εκπομπή υποστήριξε ότι το Κατάρ χρηματοδοτεί την τρομοκρατία. Προτείνεται η υπερψήφιση της πρότασης του ΕΚ να μην αρθεί η ασυλία του με αφορμή την εν λόγω κατηγορία.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Regelbundet röstar jag i enlighet med ansvarigt utskott i immunitetsförfaranden, då det är rimligt och i enlighet med arbetsordningen att ärenden överlämnas till det nationella domstolsväsendet om inte politiska motiv föreligger.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O deputado Florian Philippot é acusado pelo governo de um país terceiro, designadamente o Catar, de ter difamado este país durante uma emissão radiofónica, ao insinuar que o Catar financiava o terrorismo.

Para um deputado ao Parlamento Europeu, a imunidade cobre não só as opiniões expressas pelo Deputado em reuniões oficiais do Parlamento, mas também a manifestação dos seus pontos de vista em qualquer outra parte, por exemplo, nos meios de comunicação social.

Ora, a expressão na esfera pública de opiniões sobre a política externa da União Europeia e de países terceiros insere-se no âmbito das funções de um deputado ao Parlamento Europeu, e concordo que não se verificam os pressupostos para o levantamento da imunidade do deputado Philippot.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, parce qu'il s'oppose à la levée de l'immunité parlementaire d'un député européen qui a défendu une opinion politique dans le cadre de son mandat.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar de Florian Philippot, deputado da Frente Nacional.

Eis os factos: o deputado é acusado pelo governo do Catar de ter difamado este país ao sugerir, num programa de rádio e num programa de televisão (ambos em janeiro de 2015), que o Catar financia o terrorismo.

As autoridades francesas pediram o levantamento da imunidade, na sequência da ação penal instaurada por um país terceiro.

De acordo com o artigo 8.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia e o artigo 26.º da Constituição da República Francesa, é proibido instaurar qualquer processo civil ou criminal contra um membro do parlamento decorrente de opiniões expressas no exercício das suas funções.

O artigo 8.º do protocolo n.º 7 dispõe que «os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções».

Ora, é evidente que este princípio é também aplicável no caso da instauração por um país terceiro de um processo penal por difamação contra um deputado.

Entende-se que a intenção subjacente à ação penal é prejudicar a atividade política deste deputado.

Votámos a favor do relatório que recusa o pedido de levantamento da imunidade.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Ο ευρωβουλευτής κατηγορείται για συκοφαντική δυσφήμιση από το κράτος του Κατάρ, καθώς σε ραδιοφωνική εκπομπή υποστήριξε ότι το Κατάρ χρηματοδοτεί την τρομοκρατία. Υπερψηφίζω την πρόταση του ΕΚ να μην αρθεί η ασυλία του με αφορμή την εν λόγω κατηγορία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Following the unanimous adoption of the decision by the JURI Committee of the European Parliament, I voted in favour of waiving the immunity of Mr Florian Philippot.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Egy európai parlamenti képviselő esetében a felelősségre vonás alóli mentesség nemcsak a képviselőnek a Parlament hivatalos ülésein kifejtett véleményére vonatkozik, hanem a máshol, például a médiában kifejtett véleményére is, amennyiben kapcsolat áll fenn a kifejtett vélemény és a parlamenti feladatok között. Így amikor az európai parlamenti képviselők az Európai Unió és harmadik államok külpolitikájáról a nyilvánosság előtt véleményt nyilvánítanak, az a feladatkörükbe tartozik. Ezen okoknál fogva úgy határoz, hogy nem függeszti fel Florian Philippot mentelmi jogát.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Je me réjouis que pour une fois, le Parlement européen décide de maintenir l'immunité parlementaire d'un membre du Front National.

Je crains hélas que ce ne soit pas au nom de la stricte liberté d'expression des parlementaires, ni au nom de la justice et de l'équité. Je crois surtout que les Parlementaires européens ont voulu se protéger eux-mêmes, eux qui passent leur temps, à l'intérieur et à l'extérieur de l'hémicycle, à juger tous les pays du monde.

En effet, fait inouï, Florian Philippot est poursuivi en diffamation par un État, le Qatar. Florian Philippot a laissé entendre que le Qatar finançait les groupes islamistes les plus radicaux. Il n'est pas le seul, en France et en Europe, à s'interroger sur les relations troubles de certains pays du Golfe avec le terrorisme.

Le Parlement invoque pour défendre l'immunité la séparation des pouvoirs contre l'ingérence du pouvoir exécutif dans l'exercice du mandat parlementaire, et le fait que le député, commentant la politique étrangère de l'Union, était dans l'exercice de son mandat. J'espère que par analogie et logiquement, tout commentaire des conséquences désastreuses de l'arrivée et de la présence massive d'une immigration encouragée par Schengen, sera désormais également jugé à cette aune, ce qui n'a jamais été le cas.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio de suspensión de la inmunidad de Florian Philippot, considerando que la finalidad de la inmunidad es, como citaba el informe propuesto por la Comisión JURI, «permitir que el poder legislativo lleve a cabo sus tareas constitucionales sin injerencias indebidas del exterior, en particular del poder ejecutivo». En este caso no hay persecución política ni nada que subyazca al procedimiento penal con tal de perjudicar la actividad política del diputado. Por ello, no hay problema en emitir un voto a favor del suplicatorio para que las investigaciones sigan su curso en los espacios competentes para ello.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities of the European Union stipulates that Members of the European Parliament may not be subject to any form of inquiry, detention or legal proceedings in respect of opinions expressed or votes cast by them in the performance of their duties. I therefore voted not to waive Mr Philippot's immunity.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the Committee's decision to uphold Mr. Philippot's parliamentary immunity. This is because his alleged offence is an opinion he stated regarding a non-member state, and according to both the European Parliament and French law, opinions and expressions cannot be challenged or face the threat of legal action.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Παρόλο που η έκθεση αφορά ευρωβουλευτή της ENF, υπερψηφίσαμε ούτως ώστε να μην αρθεί η ασυλία του, καθώς οι καταγγελίες από το Κατάρ δεν στοιχειοθετούνται και αφορούν ένα βασικό πολιτικό δικαίωμα, αυτό της ελευθερίας της έκφρασης. Η έκθεση υποστηρίζει ότι η υπόθεση που ανοίγει το Κατάρ ενάντια στον ευρωβουλευτή θα δημιουργήσει κακό προηγούμενο ενάντια στο βασικό δικαίωμα της ελευθερίας της έκφρασης.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted for this report in accordance with the position adopted by my political group after the Legal Affairs Committee's evaluation.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Florianu Philippotu kojim se odlučuje ne ukinuti imunitet, jer je jedna od dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu izražavanje mišljenja o vanjskoj politici EU-a i trećih zemalja.

Imunitet zastupnika odnosi se i na mišljenja koja zastupnik iznosi, npr. u medijima, a koja su povezana s njegovim parlamentarnim aktivnostima. Stoga, držim da je ova odluka primjerena i u skladu s Protokolom o povlasticama i imunitetima Europske unije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Dans la procédure en diffamation du Qatar à l'encontre de Florian Philippot, je me suis prononcé contre la levée de son immunité parlementaire, ainsi que le proposait le rapport de la commission au nom de la liberté d'expression. Par conséquent je vote en faveur de ce rapport.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la décision sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Florian Philippot. Les faits qui sont reprochés à Monsieur Philippot concernent des propos tenus dans le cadre d'un débat radiodiffusé et télévisuel qui rentrait dans le cadre de ses fonctions d'élu au Parlement européen. Par conséquent, j'ai estimé que la levée de l'immunité parlementaire n'était pas justifiée.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Rechtsausschuss hat keinen Grund festgestellt, der eine Immunitätsaufhebung des Kollegen Philippot rechtfertigen würde. Ich schließe mich deshalb der Entscheidung des Ausschusses an.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the request as I agree with the reasons for the proposal to waive the immunity.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la levée éventuelle de l'immunité parlementaire de mon collègue Florian Philippot. Cette demande intervient dans le cadre d'une procédure en diffamation intentée par l'État du Qatar.

J'ai constaté avec satisfaction que le 28 janvier, au nom de la défense de la liberté d'expression et d'opinion, les députés de la commission des affaires juridiques ont donné un avis défavorable à la levée de son immunité parlementaire. Ils ont donc, à juste titre, voté unanimement en faveur du rapport, hostile à la levée de son immunité parlementaire.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il refuse de lever l'immunité parlementaire de Florian Philippot, poursuivi par l'État du Qatar pour avoir osé le critiquer publiquement.

Je suis fier d'avoir défendu avec succès Florian Philippot au sein de la commission des affaires juridiques.

L'assemblée plénière du Parlement européen a sauvé l'honneur de la civilisation européenne en refusant à l'unanimité de lever son immunité.

Elle a ainsi infligé une gifle au Qatar et à la justice française qui a relayé sa plainte en diffamation.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Francuski je sud zatražio ukidanje zastupničkog imuniteta Philippotu za potrebe kaznenog postupka pokrenutom u zemlji izvan Europske unije. Zastupnik Philippot je optužen od strane vlade Katara da je oklevetao zemlju sugerirajući da oni financiraju terorizam.

Članak 8. Protokola broj 7. o povlasticama i imunitetu Europske unije propisuje da članovi Europskog parlamenta ne mogu biti predmet bilo kojeg oblika istrage, pritvora ili pravnih postupaka u odnosu na izražena mišljenja u obavljanju njihovih dužnosti.

Nisam podržala ukidanje zastupničkog imuniteta zastupnika Philippota, zbog toga što kod javnog izražavanja mišljenja o vanjskoj politici Europske unije ili država nečlanica, članovi Europskog parlamenta djeluju u okviru svojih službenih dužnosti.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Pieprasījums atcelt Eiropas Parlamenta deputāta Floriana Filippo imunitāti izriet no Francijas pilsētas Nanteres Augstās tiesas vēlmes iesākt pret viņu tiesas lietu, kuras pamats ir attiecīga Kataras pretenzija par apmelojumu no deputāta puses, kas notika 2015. gada 9. janvārī radio ēterā – Filippo kungs apvainoja Katara terorisma sponsorēšanā. Ņemot vērā vismaz pašas lietas būtību, vārda brīvības principu un to faktu, ka pieprasījums nāca no trešās – ES nepiederošas – valsts puses, EP Juridiskā komiteja pieņēma lēmumu Filippo kunga deputāta imunitāti neatcelt.

Pilnīgi piekrītu Juridiskajā komitejā pieņemtajam lēmumam un nobalsoju par. Paralēli ļoti gribētos, lai pati Katara darītu visu, lai pret to jau sākotnēji netiktu izvirzīti šāda veida apvainojumi, kuru pamatā, diemžēl, atrodas liels labi pierādīts finansēšanas gadījumu saraksts un kuru ģeogrāfiskie virzieni ietver gan Tuvos Austrumus, gan Ziemeļkaukāzu, gan arī citus pasaules reģionus.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας του Florian Philippot, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire de Florian Philippot intervient dans le cadre d'une procédure en diffamation intentée par le Qatar.

L'immunité parlementaire garantit aux députés la «défense de la liberté d'expression et d'opinion», c'est pourquoi tous les membres de la commission parlementaire des affaires juridiques se sont unanimement opposés à la levée de cette immunité. La rapporteure elle-même demande ici de ne pas lever l'immunité de Florian Philippot, position que nous soutenons.

David Martin (S&D), *in writing*. – Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities of the European Union stipulates that Members of the European Parliament may not be subject to any form of inquiry, detention or legal proceedings in respect of opinions expressed or votes cast by them in the performance of their duties. I therefore voted not to waive Mr Philippot's immunity.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità dell'on. Florian Philippot, in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione *super partes*. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista e di conseguenza continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Aufhebungsantrag bezieht sich auf eine politische Meinungsäußerung des Abgeordneten im Rahmen seines Mandats. Der Sinn der parlamentarischen Immunität besteht generell darin, dafür zu sorgen, dass die Legislative ihren Verfassungsauftrag ohne unbotmäßige Einmischung Dritter und insbesondere der Exekutive wahrnehmen kann. Daher stimme ich diesem Antrag zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport défend l'immunité de M. Florian Philippot. En effet, Florian Philippot est poursuivi en diffamation par l'État qatari pour avoir déclaré à plusieurs reprises, et notamment sur le plateau de RTL, que le Qatar soutenait le terrorisme.

Jusqu'alors aucun État n'avait jamais demandé la levée de l'immunité parlementaire d'un élu du Parlement européen. Certes le Qatar a versé 10 000 euros à monsieur Plantu comme prix de la liberté de la presse. Pour autant il n'a donné aucune preuve de respect de la liberté d'expression. C'est un comble qu'il poursuive un parlementaire en comptant intimider le Parlement qui garantit son immunité.

Certes M. Philippot était député au moment des faits, mais accepter une telle levée nuirait aux libertés essentielles des députés européens. Je vote pour ce rapport qui s'oppose à la levée de l'immunité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Dans la procédure en diffamation du Qatar à l'encontre de Florian Philippot, je me suis prononcée contre la levée de son immunité parlementaire, ainsi que le proposait le rapport de la commission au nom de la liberté d'expression. Par conséquent je vote en faveur de ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor do relatório sobre o pedido de levantamento da imunidade de Florian Philippot, que decide não proceder ao levantamento da imunidade.

O pedido não preenche os requisitos para aplicação do disposto no artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia: os factos estão relacionados com o desempenho das funções de deputado, uma vez que existe um nexo entre as declarações proferidas e as funções parlamentares.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – La liberté d'expression est un des fondements de toute société démocratique. Garantie, notamment par la convention européenne des droits de l'homme, elle témoigne de la maturité d'une démocratie. M. Philippot a le droit d'exprimer ses sensibilités, ses opinions.

En tant que ferme défenseur de la liberté d'expression, je ne peux que m'opposer à la demande de levée de l'immunité parlementaire. De plus, je soulignerai que selon l'article 26 de la constitution française, «aucun membre du Parlement ne peut être poursuivi, recherché, arrêté ou jugé à l'occasion des opinions ou votes émis par celui-ci dans l'exercice de ses fonctions».

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Request for the waiver of the parliamentary immunity of Florian Philippot.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Katar kormánya a nanterre-i bíróságon eljárást indított Florian Philippot francia európai parlamenti képviselő ellen azzal vádolva őt, hogy egy 2015. január 9-i rádióközvetítés és egy 2015. január 19-i televíziós közvetítés során megrágalmazta fent nevezett államot azt sugallva, hogy ez az állam finanszírozza a terrorizmust. A Francia Köztársaság igazságügyminisztere 2015. szeptember 2-án kérelmet juttatott el az Európai Parlamenthez Philippot úr mentelmi jogának a folyamatban levő eljárással összefüggésben történő fölfüggesztésére.

A Jogi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy mind az Európai Unió kiváltságairól és mentességeiről szóló 7. jegyzőkönyv 8. cikke, mind a francia alkotmány 26. cikke tiltja, hogy egy képviselő ellen feladatai ellátása során kifejtett véleménye miatt polgári peres eljárást vagy büntetőeljárást indítsanak, továbbá, hogy amikor az európai parlamenti képviselők az Európai Unió és harmadik államok külpolitikájáról a nyilvánosság előtt véleményt nyilvánítanak, az a feladatkörükbe tartozik. Ugyancsak megállapítja, hogy az európai parlamenti képviselő említett mentessége nemcsak a képviselőnek a Parlament hivatalos ülésein kifejtett véleményére vonatkozik, hanem a máshol, például a médiában kifejtett véleményére is, amennyiben kapcsolat áll fenn a kifejtett vélemény és a parlamenti feladatok között. Mindezekre tekintettel azt javasolja, hogy a Parlament ne függesse föl Florian Philippot mentelmi jogát. Az előterjesztést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport tend au refus de la levée d'immunité de Florian Philippot, qui n'a fait qu'utiliser sa liberté d'expression dans le cadre de son mandat de député européen en formulant une critique contre la politique de l'État du Qatar. Nous suivons donc l'avis de la commission JURI.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo ao preceituado no artigo 8.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, bem como no artigo 26.º da Constituição francesa, que proíbe qualquer ação cível ou penal contra um deputado por opiniões expressas no exercício das suas funções, e considerando que a imunidade de um Deputado do Parlamento Europeu cobre não só as opiniões expressas pelo Deputado em reuniões oficiais do Parlamento, mas também a manifestação dos seus pontos de vista em qualquer outra parte – por exemplo, nos meios de comunicação social, quando existe «um nexo entre a opinião expressa e as funções parlamentares» – e que a relatora considera que não se verificam os pressupostos para o levantamento da imunidade do deputado Philippot, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il est tout à fait inédit qu'un parlementaire soit poursuivi par un État pour des propos qu'il a tenu contre lui. Il y va du respect de la démocratie parlementaire que de pouvoir assurer la libre expression des représentants des citoyens.

En outre et en l'espèce, le Qatar a, de façon tout ce qu'il y a de plus avéré, participé au financement de groupes terroristes. Le Front national étant un parti dont on ne peut acheter le silence, soucieux de porter une vision de la diplomatie équilibrée dans un monde multipolaire, soutient tout entier les propos justes de Florian Philippot.

J'ai voté pour ce rapport concluant à la non-levée de l'immunité de M. Philippot.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la levée de l'immunité parlementaire de Florian Philippot. Toute demande adressée au Président du Parlement européen par les autorités d'un État membre en vue de lever l'immunité d'un député est instruite par la commission parlementaire compétente.

Cette commission a considéré à l'unanimité que la plainte pour diffamation déposée par l'État du Qatar à l'encontre de M. Philippot ne pouvait justifier une levée de son immunité. J'ai voté conformément à l'avis rendu par cette commission.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du refus de la levée de l'immunité de M. Florian Philippot. La commission des affaires juridiques (JURI), compétente au fond, considère à l'unanimité que les propos tenus par le député entraient dans le cadre de l'exercice de ses fonctions parlementaires. J'ai donc suivi la proposition de la commission JURI afin de défendre l'idée qu'elle se fait de la liberté d'expression d'un parlementaire quel qu'il soit.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report in accordance with the evaluation made by the JURI Committee.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Antrag gestimmt. Der Aufhebungsantrag bezieht sich auf eine politische Meinungsäußerung des Abgeordneten im Rahmen seines Mandats. Der Sinn der parlamentarischen Immunität besteht generell darin, dafür zu sorgen, dass die Legislative ihren Verfassungsauftrag ohne unbotmäßige Einmischung Dritter und insbesondere der Exekutive wahrnehmen kann.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Data l'azione svolta dal deputato Florian Philippot, voto positivamente alla richiesta di revoca dell'immunità parlamentare.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne ma propre immunité parlementaire. Madame la députée Ferrara y rappelle en quoi la plainte du Qatar à mon endroit était l'archétype de la poursuite pour laquelle l'immunité a été prévue.

En effet, dans le cadre de son mandat, tout parlementaire doit pouvoir bénéficier d'une totale liberté d'expression pour défendre ses compatriotes, entre autres contre les manœuvres de dictatures étrangères comme le Qatar. Il est scandaleux que la justice française ait accepté de recevoir cette plainte, qui va manifestement à l'encontre des grands principes fondant le statut de parlementaire depuis au moins 1789 en France, comme les membres de la commission des affaires juridiques l'ont reconnu à l'unanimité.

Je me félicite que le droit et la justice les plus élémentaires aient pour une fois triomphé du sectarisme et de l'aveuglement et j'ai donc voté en faveur de ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam preporuku o neukidanju imuniteta kolegi zastupniku Florianu Philippotu zbog izjave na televiziji.

Javno izražavanje mišljenja o vanjskoj politici Europske unije i trećih zemalja ubraja se u službene dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu. Uz to, u presudi Europskog suda za ljudska prava navode se odredbe kojima se u francuskom sustavu štiti predstavnike naroda pri obnašanju njihovih dužnosti koje sežu iz 1789. i potječu od poštovanja izražavanja volje naroda i potrebe da izabrani predstavnici u demokratskoj državi obnašaju slobodno mandat bez straha od pravnih mjera ili uplitanja izvršnih ili pravosudnih vlasti, a takav se apsolutni imunitet zastupnika u Europskom parlamentu ne odnosi samo na mišljenja koja je zastupnik izrazio na službenim sjednicama Parlamenta nego i na ona koja je izrazio drugdje, primjerice u medijima. Stoga ne postoji pravna osnova za ukidanje imuniteta kolegi Philippotu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório debruça-se sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Florian Philippot.

O deputado é acusado pelo governo do Catar de ter difamado este país ao sugerir, num programa de rádio transmitido em 9 de janeiro de 2015 e num programa de televisão transmitido em 19 de janeiro de 2015, que o Catar financia o terrorismo.

As autoridades francesas pediram o levantamento da imunidade, na sequência da ação penal instaurada por um país terceiro.

De acordo com o artigo 8.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia e o artigo 26.º da Constituição da República Francesa, é proibido instaurar qualquer processo civil ou criminal contra um membro do parlamento decorrente de opiniões expressas no exercício das suas funções.

Em termos gerais, o objetivo da imunidade parlamentar é permitir que o poder legislativo possa exercer as suas funções constitucionais, sem interferências externas indevidas, especialmente por parte do poder executivo.

Face ao exposto, o pedido de levantamento da imunidade parlamentar não deve ser concedido.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'on. Philippot è accusato dal governo di un Paese terzo, per la precisione il Qatar, di aver diffamato questo Stato nel corso di una trasmissione radiofonica del 9 gennaio 2015 e di una trasmissione televisiva del 19 gennaio 2015, insinuando che detto Stato finanzierebbe il terrorismo.

L'articolo 8 del protocollo n. 7 sui privilegi e sulle immunità dell'Unione europea e l'articolo 26 della Costituzione della Repubblica francese vietano ogni procedimento civile o penale contro un deputato riguardante opinioni espresse nell'esercizio delle sue funzioni.

Inoltre, per un deputato europeo, questa insindacabilità copre non soltanto le opinioni espresse dal deputato in riunioni ufficiali del Parlamento, ma anche opinioni espresse altrove, ad esempio nei media, quando esiste un nesso tra l'opinione formulata e le funzioni parlamentari. Pertanto ritengo che non sussistono i presupposti per la revoca dell'immunità dell'on. Philippot e per questo motivo il mio voto di oggi è favorevole a tale decisione.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Odebrání imunity pana kolegy Phillipota jsem nepodpořil, a to v souladu s jednomyslným návrhem příslušného výboru. Imunita má sloužit k ochraně před případným postihem za politické projevy názorů. Pokud byl pan kolega Philippot obviněn ve Francii Ktarem za to, že veřejně prohlásil, že tato arabská země financuje terorismus, má na takový politický názor právo, ať už s ním v tomto bodě souhlasíme či nikoliv. Málokdy se setkáváme v imunitních otázkách s případem, který je v tomto ohledu tak jasný, a tomu odpovídá i můj postoj.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – As autoridades judiciárias francesas pediram o levantamento da imunidade de Florian Philippot, deputado ao Parlamento Europeu, na sequência de uma ação penal instaurada por um país terceiro.

Florian Philippot é acusado pelo governo do Catar de ter difamado este país durante uma emissão radiofónica de 9 de janeiro de 2015 e uma transmissão televisiva de 19 de janeiro de 2015, ao insinuar que o Catar financiava o terrorismo.

A imunidade de um deputado ao Parlamento Europeu cobre não só as opiniões expressas pelo Deputado em reuniões oficiais do Parlamento, mas também a manifestação dos seus pontos de vista, por exemplo, nos meios de comunicação social, quando existe «um nexo entre a opinião expressa e as funções parlamentares».

Por esse facto, este relatório, no qual votei favoravelmente, decide não levantar a imunidade de Florian Philippot.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo a la propuesta de la Comisión JURI, cuyo informe constata que las autoridades judiciales francesas han solicitado la suspensión de la inmunidad de Florian Philippot en relación con una acción penal incoada por un tercer Estado, Qatar, quien le acusa de haber difamado a este Estado en el transcurso de un programa radiofónico el 9 de enero de 2015 y de un programa televisivo el 19 de enero de 2015, insinuando que dicho Estado habría financiado el terrorismo. La Comisión JURI ha estimado, sin embargo, que la inmunidad parlamentaria no solo cubre las opiniones expresadas por el diputado en reuniones oficiales del Parlamento, sino también las expresadas en otros foros, como por ejemplo los medios de comunicación, cuando existe «una relación entre la opinión expresada y las funciones parlamentarias», por lo que ha decidido no suspender la inmunidad parlamentaria de Florian Philippot.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de M. Florian Philippot, afin que la justice française puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, considérant que les faits présumés – Florian Philippot est accusé par le gouvernement du Qatar d'avoir diffamé ledit État lors d'une émission radio et d'une émission télé, au cours desquelles il a laissé entendre que le Qatar financerait le terrorisme – n'ont pas de lien avec la fonction de député de M. Philippot, et ne sont pas motivés par la volonté de nuire à l'action politique du député.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Ministério da Justiça da República Francesa solicitou um pedido de levantamento da imunidade parlamentar do Deputado Florian Philippot, a 2 de setembro de 2015, no âmbito de um processo por difamação pendente no Tribunal de Grande Instância de Nanterre.

O pedido surge na sequência de uma ação penal instaurada por um Estado terceiro – o Catar –, que acusa o Deputado de ter difamado este país durante uma emissão radiofónica a 9 de janeiro de 2015, ao referir que este país financiava o terrorismo.

No entanto, a Lei Fundamental francesa refere que «nenhum membro do Parlamento pode ser processado, investigado, preso, detido ou julgado pelas opiniões ou votos por ele emitidos no cumprimento das suas funções». E o artigo 8.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia proíbe qualquer ação cível ou penal contra um deputado por opiniões expressas no exercício das suas funções.

Face ao supraexposto, verifica-se estarem reunidas as condições para manter o estatuto de imunidade parlamentar do Deputado Florian Philippot, razão pela qual votei em sentido favorável.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad de Florian Philippot, considerando que la finalidad de la inmunidad es, como citaba el informe propuesto por la Comisión JURI, «permitir que el poder legislativo lleve a cabo sus tareas constitucionales sin injerencias indebidas del exterior, en particular del poder ejecutivo». En este caso no hay persecución política ni nada que subyazca al procedimiento penal con tal de perjudicar la actividad política del diputado. Por ello, no hay problema en emitir un voto a favor del suplicatorio para que las investigaciones sigan su curso en los espacios competentes para ello.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – For at være medlem af EU skal man have en retsstat. Derfor må vi have tillid til, at medlemsstatens retsvæsen kan bedømme, hvornår en anklage mod et medlem af Europa-Parlamentet er stærk nok til, at immunitet skal ophæves, så sagen kan prøves ved en domstol. Derfor støtter jeg ophævelsen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe que aboga por no retirarle la inmunidad parlamentaria al diputado Florian Philippot puesto que los hechos por los que ha sido demandado están directamente relacionados con su labor como eurodiputado. La inmunidad parlamentaria en ningún caso puede ser utilizada como arma política. Por ese motivo he votado a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of keeping the immunity of Florian Philppot as he was acting within his work as an MEP.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – As far as I understand, a French court has asked for the immunity of Florian Philippot MEP to be waived for the purposes of criminal proceedings instituted by a country outside the EU, namely Qatar, which accuses the politician of having defamed the country, claiming that Qatar finances terrorism. While I may not agree with a lot of what Mr Philippot and his party believe, it is important that MEPs be allowed to express their opinions. Both from a moral and legal stand point, the conditions for the waiver are not met.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Pri návrhu rozhodnutia Európskeho parlamentu o žiadosti na zbavenie imunity pána Floriana Philippota, poslanca Európskeho parlamentu, som hlasoval v súlade s pozíciou mojej frakcie EKR za prijatie tohto uznesenia, ktorým sa Európsky parlament rozhodol nezbaviť pána Philippota imunity. Poslanec Philippot bol vládou Kataru obvinený z toho, že tento štát očiernil, keď v priebehu televízneho vysielania naznačil, že Katar financuje terorizmus. Súhlasím s postojom Výboru pre právne veci Európskeho parlamentu, ktorý považoval požiadavku francúzskych súdnych orgánov na zbavenie imunity v súvislosti s trestným konaním, ktoré bolo iniciované v tretej krajine, za neopodstatnenú, keďže v prípade poslanca Európskeho parlamentu sa imunita týka nielen názorov vyjadrených poslancom na oficiálnych schôdzach Parlamentu, ale aj jeho názorov vyjadrených na iných miestach, napríklad v médiách, ak existuje súvislosť medzi vyjadreným názorom a jeho parlamentnými funkciami. Cieľom imunity je vo všeobecnosti umožniť legislatívnym orgánom vykonávať ich ústavnú funkciu bez akýchkoľvek nežiaducich vonkajších zásahov a zásada sa vzťahuje aj na súdne konania, ktoré iniciuje tretia krajina.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Ministerstvo spravodlivosti Francúzskej republiky predložilo žiadosť, aby bol poslanec EP Florian Philippot zbavený imunity v súvislosti so súdnym konaním vo veci ohovárania prebiehajúcim na súde prvého stupňa v Nanterre, keďže v článku 8 Protokolu o výsadách a imunitách Európskej únie sa stanovuje, že poslanci EP požívajú na území svojho vlastného štátu imunity priznané členom parlamentu daného štátu. Poslanec Philippot bol vládou tretej krajiny, konkrétne Kataru, obvinený z toho, že tento štát očiernil v priebehu rozhlasového vysielania 9. januára 2015 a televízneho vysielania 19. januára 2015, keď naznačil, že Katar financuje terorizmus. Vzhľadom na to, že vyjadrovanie názorov na zahraničnú politiku EÚ a tretích krajín na verejnosti patrí k výkonu funkcie poslanca EP, rozhodli sme sa nezbaviť poslanca Floriana Philippota poslaneckej imunity.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Vlada treće zemlje, točnije Katar, optužila je zastupnika Floriana Philippota da je u radijskom prijenosu 9. siječnja 2015. i u televizijskom prijenosu 19. siječnja 2015. oklevetao Katar insinacijom da Katar financira terorizam. Francuske pravosudne vlasti su zatražile ukidanje imuniteta zastupniku u Europskom parlamentu Florianu Philippotu u vezi s tim kaznenim postupkom. Budući da se javno izražavanje mišljenja o vanjskoj politici Europske unije i trećih zemalja ubraja u službene dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, podržao sam izvješće.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Τα κοινοβουλευτικά προνόμια δεν πρέπει σε καμία περίπτωση να οδηγούν σε άνιση και προνομιακή μεταχείριση των βουλευτών έναντι του νόμου και της δικαιοσύνης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il est normal de voter pour la levée de l'immunité d'un député pour qu'il puisse s'expliquer devant la justice de son pays. Cependant, dans ce cas précis, nous, parlementaires européens, sommes contraints de participer à une mascarade qui n'a pour but que de faire un peu plus de publicité non seulement au FN dans ses sorties sensationnalistes, mais aussi au Qatar, qui a besoin de redorer son image: un cirque dont le Parlement européen et la justice française doivent être malgré eux les acteurs dans ce dossier.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – A French court has asked for the immunity of Florian Philippot to be waived for the purposes of criminal proceedings instituted by a country outside the European Union. Indeed Florian Philippot is accused by the government of a non-member state, namely Qatar, of having defamed that country by suggesting, in a radio programme broadcast on 9 January 2015 and in a television programme broadcast on 19 January 2015 that Qatar finances terrorism. While I oppose Mr Philippot's political views and ideology, it is prohibited, under Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities of the European Union and under Article 26 of the French Constitution, to bring any form of civil or criminal proceedings against members of parliament in respect of opinions expressed in the performance of their duties. This is the reason why I decided to vote in favour of this report and thus not to waive the immunity of Florian Philippot.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Nadležna francuska tijela proslijedila su Europskom parlamentu zahtjev za ukidanje zastupničkog imuniteta Florianu Philippotu kojega država Katar optužuje za javnu klevetu tijekom prijena radio emisije 9. siječnja 2015. godine i televizijskog programa 19. siječnja 2015. godine, kada je insinuirao da navedena zemlja financira terorizam.

S obzirom na to da je zastupnik Philippot optužen zbog izražavanja svoga mišljenja, smatram da postoji razlog za pretpostavku, odnosno dovoljno osnovanu i ozbiljnu sumnju, da je postupak pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku. Naime, budući se apsolutni imunitet zastupnika u Europskom parlamentu ne odnosi samo na mišljenja koja je zastupnik izrazio na službenim sjednicama Parlamenta nego i na ona koja je izrazio drugdje, primjerice u medijima, kada postoji poveznica između izraženog mišljenja i parlamentarne dužnosti, podržala sam izvješće kojim se Philippotu ne ukida imunitet.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o zahtevi za odvzem poslanske imunitete Florianu Philippotu sem podprla, saj menim, da je bila domnevna kršitev storjena v sklopu poslanskega dela. Izražanje osebnega stališča pri svojem delu je dejanje, ki zakonodajno ni predmet pridržanja, zaslišanja ali sodnega postopka. Le z zaščito lahko poslanci svobodno izvršujemo svoj mandat brez strahu pred tožbami zato podpiram, da se g. Philippotu imuniteta ne odvzame.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad de Florian Philippot, considerando que la finalidad de la inmunidad es, como citaba el informe propuesto por la Comisión JURI, «permitir que el poder legislativo lleve a cabo sus tareas constitucionales sin injerencias indebidas del exterior, en particular del poder ejecutivo». En este caso no hay persecución política ni nada que subyazca al procedimiento penal con tal de perjudicar la actividad política del diputado. Por ello, no hay problema en emitir un voto a favor del suplicatorio para que las investigaciones sigan su curso en los espacios competentes para ello.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'audition de Florian Philippot a eu lieu le 11 janvier dernier en commission des affaires juridiques. Elle intervient dans le cadre d'une procédure en diffamation intentée par l'État du Qatar.

Le 28 janvier 2016, au nom de «la défense de la liberté d'expression et d'opinion», les députés de la commission des affaires juridiques ont donné un avis défavorable à la levée de son immunité parlementaire (ils ont voté unanimement en faveur du rapport, hostile à la levée de son immunité parlementaire).

J'ai voté donc pour ce texte.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Florian Philippot-t egy harmadik állam, nevezetesen Katar kormánya azzal vádolja, hogy egy 2015. január 9-i rádióközvetítés és egy 2015. január 19-i televízió-közvetítés során megrágalmazta a fent nevezett államot azt sugallva, hogy ez az állam finanszírozza a terrorizmust. Az ügyben követtem az S&D-frakció álláspontját és támogattam az indítványt.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad de Florian Philippot, considerando que la finalidad de la inmunidad es, como citaba el informe propuesto por la Comisión JURI, «permitir que el poder legislativo lleve a cabo sus tareas constitucionales sin injerencias indebidas del exterior, en particular del poder ejecutivo». En este caso no hay persecución política ni nada que subyazca al procedimiento penal con tal de perjudicar la actividad política del diputado. Por ello, no hay problema en emitir un voto a favor del suplicatorio para que las investigaciones sigan su curso en los espacios competentes para ello.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted against the request for waiver of the immunity of Florian Philippot. In this specific case, a French court has asked for the immunity of Mr Philippot to be waived for the purposes of criminal proceedings instituted by a country outside the European Union; more specifically, Mr Philippot is accused by the government of a non-member State, namely Qatar, of having defamed that country by suggesting, in a radio programme broadcast on 9 January 2015 and in a television programme broadcast on 19 January 2015, that Qatar finances terrorism. Considering that when they publicly express opinions on the foreign policy of the European Union or of non-Member States, Members of the European Parliament are acting within the scope of their official duties, in this particular case the conditions for the waiver of Mr Philippot's immunity are not met. The Legal Affairs Committee thus decided not to waive the immunity of Mr Philippot and this is why I voted against.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Ik stemde voor de opheffing van de parlementaire immuniteit zodat men zich voor de nationale rechtbanken kan verdedigen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. – Une demande de levée de l'immunité parlementaire de Florian Philippot a été soumise au vote du Parlement européen le 2 février.

Celle-ci a été adressée au Parlement européen par les autorités françaises à la suite de la plainte pour diffamation déposée par le Qatar contre des déclarations de Florian Philippot, alors qu'il était déjà député européen, alléguant que le Qatar soutenait le terrorisme.

Cette demande de levée d'immunité parlementaire repose sur une spécificité du code pénal français permettant à des personnes morales de poursuivre une personne pour des propos diffamatoires; les autorités françaises devaient donc juridiquement transmettre au Parlement européen la demande de levée de l'immunité puisqu'une plainte pour diffamation avait été déposée contre un député européen.

La question posée au Parlement européen était donc elle aussi purement juridique. Une personne morale, et en l'espèce un État étranger peut-il poursuivre au plan pénal un parlementaire européen pour des propos tenus dans l'exercice de son mandat.

En toute logique, le Parlement européen a rejeté cette demande de levée d'immunité au nom de la protection de la liberté d'expression de tout député européen dans le cadre de son mandat.

J'ai voté en faveur de ce rapport rejetant cette demande de levée d'immunité pour des raisons de principe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Florian Philippot é acusado pelo governo de um país terceiro, designadamente o Catar, de ter difamado este país durante uma emissão radiofónica de 9 de janeiro de 2015 e uma transmissão televisiva de 19 de janeiro de 2015, ao insinuar que o Catar financiava o terrorismo.

Para um deputado ao Parlamento Europeu, a imunidade cobre não só as opiniões expressas pelo Deputado em reuniões oficiais do Parlamento, mas também a manifestação dos seus pontos de vista em qualquer outra parte, por exemplo, nos meios de comunicação social, quando existe «um nexo entre a opinião expressa e as funções parlamentares».

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Aufhebungsantrag bezieht sich auf eine politische Meinungsäußerung des Abgeordneten im Rahmen seines Mandats. Der Sinn der parlamentarischen Immunität besteht generell darin, dafür zu sorgen, dass die Legislative ihren Verfassungsauftrag ohne unbotmäßige Einmischung Dritter und insbesondere der Exekutive wahrnehmen kann. Daher stimme ich diesem Antrag zu.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Evropskega parlamenta o zahtevi za odvzem imunitete Florianu Philippotu sem zavrnil, ker se strinjam z ugotovitvami poročila, da ni utemeljenega razloga, da bi omenjenemu poslancu odvzeli imuniteto v zvezi s kazenskim postopkom zaradi domnevnega obrekovanja, ki se je začelo pred nacionalnim sodiščem v Franciji na zahtevo Katarja zaradi mnenj, saj jih je izrazil pri opravljanju svojih poslanskih dolžnosti.

7.9. Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit (A8-0172/2015 - Georgi Pirinski)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Michela Giuffrida (S&D). – Da un'indagine dell'Eurobarometro del 2014 risulta che almeno un cittadino europeo su dieci ha acquistato beni o servizi ottenuti dal lavoro sommerso. Ma il dato che voglio sottolineare oggi è che nessun paese può dare lezioni di moralità e di equilibrio. Se il paese europeo nel quale la percentuale di lavoro nero più alta è la Grecia, subito dopo nella classifica ci sono paesi insospettabili come l'Olanda, la Danimarca, il Lussemburgo e la Svezia. A rischio è la vita stessa dei lavoratori, considerato che il settore in cui è più alta l'incidenza del lavoro nero è proprio l'edilizia.

La nuova piattaforma europea per scoraggiare il lavoro sommerso è un ottimo primo passo avanti verso un'Europa dei cittadini e dei lavoratori. Tuttavia, i dati ci dicono che il 60% di chi accetta di pagare in nero lo fa perché spende di meno. Allora la piattaforma dovrà essere necessariamente accompagnata da misure concrete con un reale impatto sul mercato del lavoro. Ne cito due in particolare: una forte semplificazione delle regole, senza che questo però comprometta le garanzie, e soprattutto una significativa riduzione del cuneo fiscale, che poi è la prima vera causa del lavoro sommerso.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, es difícil cuantificar el trabajo no declarado, pero se estima que en algunos Estados miembros, como en España, ronda el 20 % del producto interior bruto. Es una lacra con importantes efectos negativos sobre los trabajadores, el Estado y el conjunto de la sociedad.

Sin embargo, el incremento del trabajo no declarado no se ha producido por casualidad, sino que ha ido en aumento con la crisis económica y las políticas de austeridad que han aumentado la precariedad en el empleo. Una precariedad que golpea sobre todo a trabajadores y trabajadoras más vulnerables, como las mujeres, los migrantes, los jóvenes y los llamados «falsos autónomos».

La plataforma es un primer paso positivo y, por eso, hemos votado a favor. Es importante para conocer el fenómeno, abordarlo de manera coordinada, y contiene aspectos muy interesantes. Sin embargo, las raíces del problema siguen intactas y la amenaza de nuevas reformas laborales a países como España van en el sentido contrario a su solución.

Nuestro compromiso es seguir trabajando para acabar con las políticas económicas que han contribuido a desregular el mercado laboral y precarizar las condiciones laborales de las trabajadoras y los trabajadores europeos.

István Ujhelyi (S&D). – Azért emelkedtem szólásra, mert szeretném megerősíteni, hogy amiről most szavaztunk, kifejezetten fontos kérdés. Több millió munkavállalót érint Európában és több országban, így pl. sajnos hazámban, Magyarországon is egy jellemző helyzet. Hogyha körbenézzünk, szinte minden szektorban tízezerrel találunk olyan munkavállalókat, akiket nem jelentenek be korrekt módon. Ezért a saját szociális biztonságuk, az állami költségvetés bevétele, a társadalombiztosítás bevétele, ezekben a szektorokban a versenysemlegesség mind-mind sérül. De valójában azért emelkedek szólásra, hogy jelezzem, hogy kell, hogy legyen a tagállami felelősségvállalásnak – az ilyen adózáselkerülési magatartásokat támogató tagállami kormányzati politikákon túl – egy közös platformja Európában, ahol a tagállamok egyeztetnek az uniós intézményekkel és a szociális párbeszédet képviselő szervezetekkel. Ezért támogattam a mai javaslatot.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, yet again we are attacking the symptom rather than the underlying disease. Why it is that people are pushed into the black economy? Because the regulated economy is over-regulated: taxes are too high, working conditions are uncongenial, and it therefore pays people to take their work elsewhere. The solution is not yet more of the medicine that caused the disease in the first place. If we have a problem caused by excessive state intervention, we are not going to solve it with yet more state intervention. We could have more and more inspectors and licensors and clerks trying to police a system with dwindling tax revenue caused by the black economy, but we are simply going to be exacerbating the problem.

What is the real answer? Lower, flatter, simpler taxes so that people are not driven into the black economy in the first place.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Podczas głosowania poparałam utworzenie Europejskiej Platformy na rzecz usprawnienia współpracy w zakresie zapobiegania pracy nierejestrowanej. Jak pokazują dostępne dane, średnio 8%, a w niektórych państwach nawet 20% Europejczyków, otrzymuje za swoją pracę niezadeklarowane wynagrodzenie. Kolejne 10% i więcej pracuje bez wymaganych do tego umów. Pokazuje to, iż praca w szarej strefie w Europie jest nadal zbyt częstym zjawiskiem. Wiele osób nie ma świadomości długofalowych konsekwencji takiej praktyki. Niskie oficjalne wynagrodzenie oraz nielegalne zatrudnienie oznacza nie tylko niższe wpływy do budżetu państwa i jednostek samorządu terytorialnego, ale przede wszystkim zmniejsza w radykalny sposób wysokość emerytury na starość oraz powoduje brak opieki zdrowotnej. Powszechność tego zjawiska może sprawić, iż w przyszłości Unia będzie zmagala się z większą liczbą osób starszych żyjących w ubóstwie. Nie możemy zapominać o tym, że problemy związane z nielegalnym zatrudnieniem lub wynagrodzeniem mają zróżnicowany charakter, bardzo często zależny od lokalnej specyfiki. Konkretnie działania mające na celu walkę z szarą strefą muszą być więc podjęte na jak najniższym poziomie i dostosowane do lokalnych wymogów.

Morten Messerschmidt (ECR). – Hr. Formand! Danmark har et af de bedst fungerende arbejdsmarkeder, en høj grad af arbejdsmarkedsdeltagelse, en meget lav grad af sort arbejde. Ja, jeg vil faktisk gå så vidt som til at sige, at havde det ikke været for de problemer, som EU med den fri bevægelighed og arbejdskraft og den fri mulighed for at bevæge sig som serviceyder på tværs af grænserne har skabt, ja, så ville vores problemer med den sorte økonomi være minimale.

Men desværre, på grund af det, der er sket de seneste 10 år, hvor man har insisteret på, at flere og flere regler skal reguleres af EU, ja, så er dette problem blevet stadigt større, fordi det bliver stadigt vanskeligere for de nationale myndigheder at forfølge dem, der overtræder reglerne.

Det, vi har brug for, er derfor ikke mere regulering her fra EU's institutioner. Nej, det, vi har brug for, er, at vores medlemslande får mulighed for at forfølge de folk, der arbejder i den sorte økonomi. Vi har brug for at styrke fagbevægelsen, ikke som EU svigte og svække fagbevægelsen. Vi har brug for, at det er medlemslandene selv, der styrer velfærdsudbetalingerne osv. Derfor er dette grundlæggende at gå i den helt forkerte retning.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Viens no principiālākajiem tiesiskās valsts un sabiedrības celšanas priekšnoteikumiem, protams, ir iedzīvotāju piekrišana īstenot un arī aktīva sekošana pastāvošās likumu sistēmas noteikumiem, kas it īpaši attiecas uz nodokļu maksāšanu un kopumā vispār legāla darba izpildi.

Līdz ar to kopējas Eiropas Savienības mēroga platformas izveide, kuras funkcionēšana būtu orientēta uz nedeklarēta darba novēršanu, ir ļoti svarīga, nepieciešama, jo perspektīvā ļaus arvien efektīvāk cīnīties ar ēnu ekonomiku, nelegālu finanšu legalizāciju un citām nacionālām ekonomikām un arī pašiem iedzīvotājiem kopumā nelabvēlīgām sekām.

Šī platforma apvienos gan katras Eiropas Savienības dalībvalsts izpildstrukturā pārstāvjus, gan speciālistus no iesaistītām nozarēm; gan valsts, gan uzņēmēju, gan darbinieku intereses tiks ievērotas. Kamēr platformai nebūs īpašu lēmumu pieņemšanas tiesību, tai būs iespēja aktīvi informēt attiecīgās struktūras un sniegt tām specializētus padomus un rekomendācijas.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I voted for this report because I believe that cooperation between Member States, in relation to sharing information and best practice, is vital. We can develop tools which will allow us to share this information and to enforce shared practices; we can develop databases and establish rapid reaction exchange. I think all of these actions can contribute significantly to tackling undeclared work, both at national level and cross-border.

It is important because Member States themselves lose revenue; but equally, and crucially, it is very important for workers themselves. Many workers find themselves without social security contributions, without any kind of protection, and they are open to exploitation. The truth is, the more marginalised the worker, the more likely they are to be exploited.

I did not support Amendment 63, which asked for a Member State opt-out, because it is very clear that participation is mandatory but that any recommendations for action are purely voluntary. Finally, I did not support the amendment which asked that Members would not be reimbursed for their travel; they give their time free, their work is free, but it would be unreasonable to suggest that their airfares would not be paid.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem toho názoru, že náklady na práci představují jednu z konkurenčních výhod, jak se státy mohou mezi sebou lišit. Ty výhody plynou v daňových otázkách, v sociálních otázkách, a i proto se zastávám práva členských států Evropské unie tuto věc posuzovat především ve své samotné legislativě. Nicméně práce načerno, práce nedeklarovaná je skutečným zlem a přináší řadu problémů nejen v daňové, důchodové části ve státním rozpočtu, ale přináší i řadu problémů sociálních, o tom zde již hovořili i moji kolegové. Z tohoto důvodu jsem podpořil navrhovanou zprávu a myslím si, že je důležité, aby členské státy EU spolu spolupracovaly a sdílely informace k tomu, aby trh práce skutečně odpovídal i minimálním požadavkům a standardům platným v Unii.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, d'fhreastail mé ar an díospóireacht anseo ar maidin ach níor éirigh liom labhairt ann agus dá bhrí sin, buíochas as ucht an seans a thabhairt dom cúpla focal a rá anois.

I was amazed this morning to see the extent of the black economy – or undeclared work as we call it here – right across Europe, varying from 1% to 30% in different Member States. We obviously have a major problem and, while my good friend Daniel Hannan referred to people being driven into the black economy in the first place, that is only part of the problem – or a small part of it maybe – because the emphasis has to be particularly on employers exploiting workers, as my colleague Marian Harkin said. I think there is a need for an exchange of best practice and incentives for people to pay their taxes and to declare their work.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, we have just had a debate on undeclared work, better known as the black economy. The irony of the debate was rich. We had the EU discussing why people choose to work outside of the normal rules and regulations when many of the rules and regulations, the anti-competitive things that cause problems, have come from the EU. We have the British Conservatives, and one of my local colleagues from the British Conservatives, saying: 'what a great thing this is, this shows how good the EU is, because it is not enforceable.' So you might as well not be in it anyway.

We have got the British Labour Party, another one from the West Midlands where I am from, saying: 'this is what we should be talking about: competitiveness. We will teach you all a lesson in competitiveness.' The British Labour Party that virtually destroyed our country's economy, discussing competitiveness. The irony of it is so rich; just as with so many other things in this place, you just could not make it up.

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer-funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to EUR 224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practices and deal with this issue. However only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayer's money on such vanity projects.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Circa un cittadino europeo su dieci ammette di aver acquistato nell'anno precedente beni o servizi ottenuti da lavoro sommerso, mentre il 4% ammette di aver ricevuto personalmente pagamenti in nero come corrispettivo per lavori svolti. La Commissione europea ha definito il lavoro sommerso una qualsiasi attività lecita di natura ma non dichiarata alle autorità pubbliche.

La proposta del Parlamento in merito alla creazione di una piattaforma europea è volta a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso, tramite la condivisione di buone pratiche e valutazioni degli Stati membri.

Instaurare una cooperazione tra i governi nazionali, incentivando forme di dialogo alternative tra istituzioni, lavoratori e datori di lavoro, potrà sicuramente giocare un ruolo fondamentale nella lotta a tali pratiche illecite.

Ecco perché ho espresso voto positivo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer-funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to EUR 224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practices and deal with this issue. However only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayer's money on such vanity projects.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de una plataforma para reforzar la cooperación en materia de prevención y desincentivación del trabajo no declarado parte de la Comisión con el fin de ofrecer un marco estable para la cooperación y el intercambio de buenas prácticas entre Estados, abierta a la participación de los agentes sociales. Valoro positivamente que, a través de la negociación con el Parlamento, la definición de «trabajo no declarado» se haya ampliado para incluir el trabajo falsamente declarado y los falsos autónomos, y se haya reforzado la participación de los sindicatos, las agencias europeas competentes (Eurofound y OSHA) y la OIT. Aunque la propuesta queda muy lejos de establecer un marco coordinado y vinculante para la lucha contra los abusos de los empleadores (un problema de indudable magnitud europea tras la integración en el mercado único), supone un primer paso importante,

por lo que he votado a favor.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis prononcé contre cette proposition de décision du Parlement européen et du Conseil établissant une plateforme européenne dont l'objectif est de renforcer la coopération visant à prévenir et à décourager le travail non déclaré.

En effet, s'il est évident que le travail non déclaré doit faire l'objet de nouvelles mesures, il est démontré que celles-ci seraient pertinentes au niveau national et non européen comme le propose ce texte. De plus, cette coopération représente une nouvelle immixtion de l'UE dans les affaires internes des pays membres.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of this report, which improved a Commission proposal to establish a European Platform to fight against undeclared work by ensuring that bogus self-employment is included.

Undeclared work deprives workers of social protection; it lowers labour standards and increases health and safety risks. It undermines public finances and social security systems, and it creates a race to the bottom based on unfair competition.

This Platform aims to bring together the various enforcement bodies in each Member State involved in the fight against undeclared work such as labour and social security inspectorates, and tax and migration authorities.

It is an important step forward. Until now, undeclared work, falsely declared work and bogus self-employment have been dealt with sporadically and in an uncoordinated way. The Platform will provide a framework for more effective cooperation.

We particularly welcome the inclusion of bogus self-employment in the Platform, as this is a major problem across Ireland, especially in the construction industry. Big contractors deliberately label workers as being self-employed rather than direct labour to cut costs on social insurance payments. The workers miss out on their entitlements and the state misses out on tax revenue.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Η συγκεκριμένη έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου έχει ως στόχο τη δημιουργία μίας ευρωπαϊκής πλατφόρμας για την ενίσχυση της συνεργασίας στον τομέα της πρόληψης της αδήλωτης εργασίας. Η αδήλωτη εργασία αντιστοιχεί στο 18% του ΑΕΠ της Ε.Ε. και κυμαίνεται από 8% μέχρι και 30% ανάλογα το κάθε κράτος.

Η αδήλωτη εργασία είναι ένα φαινόμενο που συναντάται σε πολλούς τομείς απασχόλησης και συνδέεται με αρνητικές συνέπειες για τους εργαζόμενους (χαμηλότερος μισθός, αθέμιτος ανταγωνισμός, κοινωνικό ντάμπινγκ, χαμηλότερα φορολογικά έσοδα και εισφορές κοινωνικής ασφάλισης, παραβιάσεις των εργασιακών δικαιωμάτων τους).

Θεωρώ ότι η δημιουργία αυτής της πλατφόρμας θα είναι ένα χρήσιμο πρώτο βήμα προς τα εμπρός για να υπάρξει καλύτερη συνεργασία μεταξύ των κρατών-μελών και των κοινωνικών εταίρων της Ένωσης, έτσι ώστε να καταπολεμηθεί το φαινόμενο της αδήλωτης εργασίας και για αυτό το λόγο υπερψήφισα την παρούσα έκθεση.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Durch unangemeldete Beschäftigung entsteht nicht nur ein finanzieller Schaden für die öffentlichen Haushalte und Sozialsysteme, auch führt diese für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen oftmals zu höchst fragwürdigen Beschäftigungsverhältnissen.

Deshalb begrüße ich die heute vom EU-Parlament angenommene Einführung einer EU-weiten Plattform zur Bekämpfung von Schattenwirtschaft, die nationale Behörden wie Finanzämter, Arbeitsagenturen oder auch Sozialpartner vernetzen soll, um Informationen und erfolgreiche Maßnahmen zur Bekämpfung von Schattenwirtschaft besser auszutauschen.

Dies ist ein nächster richtiger Schritt, doch damit Schattenwirtschaft effektiv bekämpft werden kann, braucht es mehr als diese Plattform. Die EU-Mitgliedsländer müssen auf nationaler Ebene Gesetze erlassen oder Initiativen verabschieden, die Schwarzunternehmertum unattraktiv machen. Belgien hat etwa mit der Einführung von sogenannten Dienstleistungsschecks gute Erfahrungen gesammelt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Ce rapport se donne pour objectif de lutter contre le travail non déclaré sous toutes ses formes en établissant une meilleure coopération entre les États membres. Ce rapport comporte des intentions louables. Mais il est clair qu'elles n'auront qu'un effet restreint et qu'elles représentent une nouvelle entorse à la souveraineté des États. En matière de lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales, l'échelle nationale reste la plus appropriée. L'amendement 63 présenté par l'EFDD n'étant pas voté — celui-ci aurait laissé les États membres libres de ne pas y participer — j'ai voté contre ce texte.

Par conséquent j'ai voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – The report proposed the creation of a 'Platform' in Brussels to produce analysis on tackling undeclared work. Undeclared work is defined as 'any paid activities that are lawful as regards their nature but not declared to public authorities, taking into account the difference in regulatory systems of the Member States'.

It proposes that EUR 244 000 be used to reimburse the costs of the Platform meetings. The report would allow for an all-expenses-paid junket for civil servants and national agencies in Brussels. I do not believe that British taxpayers' money should be used to fund junkets for bureaucrats. I believe that this issue would be best handled by Member States and not the European Parliament.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – Le travail non déclaré est l'un des problèmes les plus complexes et les plus préoccupants auxquels est confrontée l'Europe. J'ai voté en faveur de l'établissement de cette plateforme car elle permettra la mise en place d'une coopération renforcée pour lutter contre les infractions au droit du travail, l'évasion fiscale et le non-respect des obligations en matière de sécurité sociale. Cette plateforme est la première étape vers l'élaboration d'un programme de travail qui répondra à l'urgence de la situation que nous connaissons aujourd'hui en matière d'activités non déclarées, tout en contribuant à une concurrence équitable sur le marché et à une stabilisation budgétaire durable.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama spręsti nedeklaruojamo darbo problemą. Šis siūlymas leistų ES šalių ministerijoms, profsąjungoms ir darbdavių asociacijoms glaudžiau bendradarbiauti kovojant su nedeklaruojamu darbu. Nedeklaruojamas darbas – tai bet kokia apmokama veikla, kuri savo pobūdžiu yra teisėta, tačiau nedeklaruojama atitinkamoms valstybės institucijoms. Jis sudaro net 18 proc. ES bendrojo vidaus produkto. Tokia veikla sukuria labai neigiamas pasekmes: milijonų darbuotojų visoje Sąjungoje išnaudojimą, mažų garantijų darbą, nesąžiningą konkurenciją, taip pat valstybių narių biudžeto ir socialinės apsaugos sistemų nuostolius. Pritariu, kad siekiant sėkmingai spręsti daugialypę nedeklaruojamo darbo problemą, pirmiausia reikia objektyviai apsvarstyti tikrą jos pobūdį. Pritariu įpareigojimui ES mastu sukurti bendradarbiavimo platformą, kuri leis dukart per metus susitikti visų Sąjungos valstybių, Europos Komisijos ir socialinių partnerių – profsąjungų bei darbdavių – atstovams. Jie galės dalytis informacija ir siūlys būdus įveikti nedeklaruotą darbą. Taip pat bus sukurtos darbo grupės konkrečioms su tokiu darbu susijusioms problemoms spręsti.

Zoltán Balczó (NI), írásban. – Jelenlegi mandátuma kezdetén az Európai Parlament vállalta, hogy felveszi a harcot az egyik legnyugtalanítóbb és legösszetettebb gazdasági-társadalmi problémával, a be nem jelentett munkavégzéssel szemben. A kihívás összetettsége a probléma jellegéből adódik, vagyis abból, hogy olyan fizetett tevékenységekről van szó, melyek természetükkel fogva törvényesek, a megfelelő közigazgatási hatóságok elől azonban rejtve maradnak. Ezáltal adóelkerülés valósul meg, ami a feketegazdaság méretét növeli, ellentétes a közös teherviselés elvével, aránytalan terhet telepít a tisztességes, bejelentett munkát végzőkre és ezáltal adózókra.

A végrehajtást olyan proaktív, ösztönző jellegű szakpolitikákkal és intézkedésekkel kell párosítani, amelyek célja a továbbra is be nem jelentett munkahelyek szabályossá tétele. Ilyen intézkedés lehet a nyereségadó-kedvezmény, az adócsökkentés és a támogatási rendszerek bevezetése. Az a tény, hogy a tagállamokban nem csökken a be nem jelentett munkavégzés gyakorlata, azt mutatja, hogy a szóban forgó munkahelyekre van kereslet, ahogyan kínálat is. Egy erős, nemzeti érdekeket érvényesítő, munka- és rendalapú társadalomban nem tolerálható a be nem jelentett munkavégzés és annak különböző formái. Az EP javaslata erősíti és hatékonyabbá teszi a be nem jelentett munkavégzéssel kapcsolatos platform működését, ezért a jelentés elfogadását támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer-funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for Members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to €224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However, only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Malgré les bonnes raisons avancées, à savoir la lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales, cette forme de coopération imposée représente une nouvelle ingérence dans les affaires intérieures des États. En outre, il est admis que c'est au niveau national que les actions à mener sont les plus pertinentes, si bien qu'une coopération au niveau européen n'aura qu'une incidence très marginale sur ce phénomène, en constante augmentation dans un contexte de crise, et à l'ampleur très variable d'un État membre à l'autre.

J'aurais été prêt à voter pour ce texte si l'amendement déposé par le groupe EFDD avait été adopté: il était demandé l'ajout d'une clause dérogatoire permettant aux États membres de ne pas participer à cette plateforme. Les eurocrates n'en ont pas voulu et j'ai donc voté contre ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – L'objectif primordial de la plateforme est d'apporter une valeur ajoutée au niveau de l'Union aux efforts déployés par les États membres et les institutions de l'Union pour lutter efficacement contre le problème complexe du travail non déclaré et faire face à ses multiples implications et conséquences, y compris en encourageant et en favorisant le travail déclaré via des politiques idoines.

Ces politiques deviennent d'autant plus nécessaires au vu des récentes conclusions de l'étude menée par Eurofound, qui mettent en évidence une forte corrélation entre, d'une part, la taille et la croissance de l'économie souterraine et, d'autre part, les politiques d'austérité qui ont pour conséquences des coupes budgétaires draconiennes, une déréglementation accrue et une réduction importante du rôle de l'État.

L'urgence des mesures à prendre ne saurait être sous-estimée, compte tenu des conséquences multiples et très négatives du travail non déclaré: situations graves d'exploitation, précarité des conditions de vie et de travail de millions de travailleurs dans toute l'Union, concurrence déloyale manifeste qui perturbe fortement le marché unique et lourdes pertes pour les budgets et les systèmes de sécurité sociale des États membres.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que una plataforma europea para luchar contra el trabajo no declarado puede ser un buen instrumento para ayudar a reducir las cifras actuales: El trabajo no declarado supone, de media, un 18 % del PIB en la UE. España se encuentra cerca de la media, con un 18,6 %, lo que se traduce en más de 190 000 millones de euros.

El trabajo no declarado merma el progreso social y económico de los países y supone un problema para todos los ciudadanos, no solo para los gobiernos y las empresas. Combatir el trabajo no declarado es mejorar el acceso a la asistencia sanitaria, garantizar los derechos laborales o las pensiones.

Esta plataforma aportaría valor añadido al trabajo que ya realizan los diferentes Estados miembros, que necesitan de una estructura supranacional como esta para facilitar la coordinación y el intercambio de información entre todos los países.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il lavoro sommerso rappresenta uno dei problemi più gravi della realtà occupazionale europea, una condizione che colpisce in tutti gli stati membri milioni di lavoratori e che sembra subire, a seguito della crisi, un preoccupante incremento.

Recenti ricerche hanno mostrato una forte correlazione tra crescita dell'economia sommersa e politiche dell'austerità, aprendo scenari complessi sulla valutazione generale dell'impatto delle politiche di rigore. Questi dati obbligano l'Unione ad individuare una risposta rapida ed efficace al problema. La relazione Pirinski si muove in questa direzione, individuando nella lotta al lavoro sommerso, all'evasione fiscale e alle violazioni delle norme in materia di sicurezza sul lavoro le priorità per il prossimo futuro.

La definizione di una piattaforma europea rappresenta il primo fattore di una strategia più generale che, coinvolgendo Stati membri, Unioni e società civile, non può limitarsi a richiedere l'applicazione delle norme ma deve impegnarsi nello sviluppo di politiche proattive. Solo attraverso un sistema di incentivi si potrà far rientrare nell'ambito del lavoro formale i milioni di posti di lavoro oggi nascosti nell'economia sommersa.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – En lo relativo a la creación de una plataforma para luchar contra el trabajo no declarado, hemos votado a favor del informe presentado por la Comisión EMPL con el objetivo de que salga adelante como enmienda al documento de la Comisión.

Como aspectos positivos del informe destacamos los siguientes:

— la plataforma no solo debe prevenir e impedir el trabajo no declarado, sino también hacer frente a las políticas y medidas proactivas destinadas a la regularización de los puestos de trabajo no declarados;

— se quieren explorar las herramientas nacionales y de la UE para hacer frente a los problemas comunes, tales como el fenómeno del falso autónomo y el trabajo no declarado en las cadenas de subcontratación;

— se busca incluir entre las tareas la identificación de lagunas y/o deficiencias de la legislación de la Unión;

— se busca fortalecer los aspectos operativos de la plataforma: reforzar la cooperación operativa con sesiones conjuntas de formación, intercambio de personal e inspecciones conjuntas, así como mejorar el intercambio de datos entre las administraciones nacionales;

— se quieren elaborar principios y directrices comunes para las inspecciones que abordan el trabajo no declarado;

— se quieren llevar a cabo campañas europeas y estrategias amplias regionales o europeas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette proposition avance bien entendu de bonnes raisons que ce soit en matière de fraude ou de fiscalité. Toutefois, ne nous trompons pas. Ce problème varie énormément d'un État à un autre puisque chaque pays doit gérer ce fléau en fonction du contexte à l'intérieur de son propre territoire.

Si l'amendement comprenant la clause de dérogation permettant aux États membres de ne pas participer à cette plateforme européenne était passé, j'aurais voté pour cette résolution, bien que l'incidence sur ce phénomène à l'échelle européenne reste marginale de par les divergences des problématiques rencontrées dans les différents pays.

L'amendement ayant été refusé, privant une nouvelle fois les États membres de leur liberté et de leur souveraineté au nom du grand diktat européiste, j'ai décidé de voter contre cette proposition.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Condivido la formazione di una piattaforma europea volta al un rafforzamento della cooperazione per prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso. Considerato che il principio della libera circolazione dei lavoratori e dei servizi e il fenomeno del «distacco dei lavoratori» hanno creato il problema del lavoro nero transfrontaliero, con danni enormi per i nostri territori, ritengo sia compito dell'UE trovare una soluzione efficace e condivisa, per questo motivo ho inteso sostenere col mio voto questa relazione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už ši pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos platformos kovai su nedarbu sukūrimui. Ši Platforma sustiprins valstybių narių darbo ministerijų, profsąjungų ir darbdavių organizacijų bendradarbiavimą nustatant geriausią praktiką kovojant su nedeklaruojamu darbu ES. Nedeklaruojamas darbas žaloja visos ES ekonomiką, iškraipo darbo rinką ir sudaro net 18 proc. visos ES BVP. Atsižvelgiant į naujausias „Eurofound“ tyrimų išvadas matyti, kad, pirma, nedeklaruojamos ekonomikos mastas ir augimas ir, antra, griežto taupymo politika, kai drastiškai mažinamas biudžetas, vis labiau mažinamas reguliavimas ir valstybės vaidmuo, yra glaudžiai susiję. Iš tų pačių tyrimų matyti, kad alternatyvus metodas, kai skatinamos valstybės išlaidos darbo rinkai ir socialinės paramos priemonėms, glaudžiai susijęs su gerojai mažesnio masto nedeklaruojama ekonomika. Platforma bus ta vieta, kurioje renkama patikima informacija apie geriausią praktiką ir užsitęsusias problemas ir ja dalijamasi, taip pat bendradarbiaujama apibūrinant ir įgyvendinant veiksmingas vykdyimo užtikrinimo ir galimybių suteikiančias priemones.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament a korábbi viták során már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, hanem az állami adóbevételben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslatára alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és a gazdaságpolitikai terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatakor az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges csak elvégezni, ezért támogatam szavazatommal az előterjesztést.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Poslanci smo s podpora osnutku zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi evropske platforme za okrepitev sodelovanja pri preprečevanju in odvrčanju od dela na črno Evropski komisiji poslali kar 61 predlogov sprememb k njihovemu besedilu, z namenom izboljšanja predvsem teksta na področju proaktivnih politik omogočanja in usmerjanja ukrepov za ureditev del, ki se še vedno opravljajo na črno, na primer z davčnimi olajšavami, znižanjem davkov in subvencijskimi shemami. Kajti samo strožji nadzor ne bo dovolj, treba je dati tudi spodbude za njegovo odpravo na način, da se bodo zaposlovalci na črno redkeje odločali za nelegalno rešitev, še posebej v sektorjih, kjer so takšne prakse najpogostejše.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il testo votato oggi si pone in linea con gli obiettivi dell'Unione in materia di politica sociale e del lavoro, allo scopo di rendere più efficace la cooperazione fra Stati membri nella lotta al lavoro sommerso.

Il lavoro non dichiarato, oltre a comportare condizioni lavorative peggiori e a privare i lavoratori delle fondamentali tutele che spetterebbero loro di diritto, sia in termini di prestazioni socio-sanitarie che di diritti pensionistici, ha effetti distorsivi sulla concorrenza e conseguenze estremamente dannose sul piano fiscale, che si ripercuotono sull'intera società e su tutto il sistema economico e sociale.

Poiché tale forma di lavoro corrisponde a una parte significativa dell'economia dell'Unione, sebbene in misura variabile da Stato a Stato, accolgo con soddisfazione l'istituzione di una piattaforma volta a scoraggiare questa pratica tramite una migliore cooperazione fra le autorità di vigilanza degli Stati membri, lo scambio costante di informazioni e delle migliori prassi, nella consapevolezza e nel rispetto del principio di sussidiarietà e dunque delle competenze degli Stati membri.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam izvješće o uspostavi europske platforme u području sprečavanja i odvrćanja od neprijavljenog rada. Ova europska platforma je prvi korak u suradnji među zemljama članicama u borbi protiv rada na crno. Neprijavljeni rad je često sinonim za nelojalnu konkurenciju, dok neprijavljeni radnici često rade u opasnim uvjetima i rade za nižu plaću. Stoga, smatram kako je naša obveza da se uhvatimo u koštac s ovim problemom, jer je rad na crno jedan od najvećih problema u ekonomiji i gospodarstvu zemalja članica.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit.* – Je condamne très fermement le travail non déclaré sous toutes ses formes. Il n'en reste pas moins que ceci relève de la politique de chaque État dans sa conception et son application. Le rapport Pirinski souligne d'ailleurs ce point. Dans ces conditions je ne vois pas ce qu'une plateforme européenne d'échange de bonnes pratiques apporterait à la solution de ce problème.

Par conséquent, j'ai voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questo documento perché sono fermamente convinta che il lavoro sommerso rappresenti un problema estremamente pressante ed attuale che affligge il nostro sistema economico e che l'istituzione di una piattaforma europea per il rafforzamento della cooperazione volta a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso sia un primo importante passo nella lotta a questo fenomeno che limita la crescita delle nostre economie.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – Il lavoro sommerso è un lavoro precario, senza tutele. Un lavoro che sfugge al controllo delle istituzioni e che spesso pone in posizioni di grave precarietà, subalternità e pericolo il lavoratore, determinando anche un significativo ammanco all'erario pubblico con conseguente ricaduta negativa sui servizi pubblici e sulla tassazione della popolazione.

È necessario che l'Unione e gli Stati membri cooperino maggiormente nella lotta alle violazioni del diritto del lavoro, all'elusione fiscale e alle violazioni delle disposizioni in materia di sicurezza sociale, che hanno raggiunto in taluni settori dimensioni preoccupanti. Contrastare il lavoro sommerso significa tutelare la salute e la sicurezza dei lavoratori e tutelare la giustizia fiscale e i servizi pubblici: impegniamoci per questo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – L'objectif est de ce rapport est de lutter contre le travail non déclaré qui prospère en période de crise économique au détriment des États membres de l'Union européenne. L'outil requis dans ce texte est la création d'une plateforme européenne qui permettrait de renforcer la coopération entre les États membres, les organismes nationaux et les institutions européennes. Financée par le volet «Progress» du programme EaSI, cette plateforme est censée favoriser les échanges d'informations et de bonnes pratiques, mais doit également permettre d'améliorer la formation du personnel concerné.

Quelles que soient les raisons avancées, nous considérons que la lutte contre la fraude sociale et fiscale reste du ressort des États membres et nous estimons que ces échanges de données n'auront qu'une incidence marginale pour la réalisation de cet objectif. Par ailleurs, nous nous opposons à la volonté de la Commission européenne de s'ingérer dans les affaires nationales par des biais souvent détournés.

Je me suis donc opposé à ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Munca nedeclarată are implicații bugetare extrem de grave prin venituri fiscale și asigurări sociale reduse. Aceasta are un impact negativ asupra ocupării forței de muncă, dar și asupra productivității. Ea subminează sustenabilitatea financiară a sistemelor de protecție socială, privează lucrătorii de beneficii sociale adecvate și generează drepturi de pensie mai reduse și acces limitat la asistență medicală.

Având în vedere efectele negative pe care le presupune acest tip de activitate, precum și lipsa cooperării suficiente la nivelul UE, neexistând un mecanism formal de cooperare transfrontalieră între autoritățile competente ale statelor membre, consider că platforma europeană pentru intensificarea cooperării în materie de prevenire și descurajare a muncii nedeclarate va reprezenta un sprijin real la nivelul Uniunii Europene.

Mă declar în favoarea acestui raport, deoarece prin intermediul platformei va exista un cadru la nivelul UE pentru a dezvolta expertiza și analiza și se va îmbunătăți coordonarea operațională a acțiunilor între diferitele autorități naționale responsabile cu aplicarea legii în statele membre.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Questa piattaforma funziona sulla falsa riga di un comitato. Se da una parte vi è il rischio che proponga «più Europa» in una materia di competenza concorrente tra UE e Stati membri, dall'altro va riconosciuto che, poiché il principio di libera circolazione dei lavoratori e dei servizi (ad esempio il «distacco dei lavoratori») ha creato il problema del lavoro nero transfrontaliero, è sopraggiunta la necessità di trovarvi soluzioni a livello unionale. Sarebbe ideale se l'adesione degli Stati membri fosse resa facoltativa.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – În statele membre se recurge în mod constant la muncă nedeclarată, fapt care demonstrează atât existența unei cereri, cât și a unei oferte pentru respectivele locuri de muncă, fiind astfel necesară integrarea acestora în setul oficial de norme și reglementări ale economiei sociale de piață, și nu eliminarea lor.

Susțin Proiectul de rezoluție a PE referitoare la propunerea de decizie a PE și a Consiliului privind instituirea unei platforme europene pentru intensificarea cooperării în materie de prevenire și descurajare a muncii nedeclarate, cu scopul de a furniza o valoare adăugată clară la nivelul UE atât eforturilor de prevenire și de descurajare a muncii nedeclarate, cât și eforturilor de regularizare a locurilor de muncă în cauză. Consider necesară elaborarea unei politici proactive clare și precise, care să încurajeze producția cu scopul de a contracara nivelul redus de creștere economică și deflația.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la mise en place d'une plateforme européenne pour lutter contre le travail non déclaré. Le travail non déclaré est un fléau qui prive les travailleurs de protection, entretient une concurrence déloyale entre les entreprises et constitue un manque à gagner pour les États en matière de recettes fiscales. Cette plateforme sera composée de représentants des États membres, de la Commission et des partenaires sociaux. Le financement sera assuré par le programme de l'Union européenne pour l'emploi et l'innovation sociale et par le Fonds social européen. Une telle mesure facilitera l'échange d'informations et de bonnes pratiques dans le domaine du travail, ce qui renforcera le marché unique.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione della Commissione europea relativa all'istituzione di una piattaforma europea per il rafforzamento della cooperazione volta a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso.

Il lavoro sommerso ha molteplici conseguenze negative: grave sfruttamento e precarie condizioni di vita e di lavoro per milioni di lavoratori, concorrenza sleale con effetti distorsivi per il mercato unico e gravi perdite per i bilanci e i sistemi di sicurezza sociale degli Stati membri.

Ben venga dunque la nuova piattaforma europea, che dovrebbe garantire un valore aggiunto per prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso ma anche, e forse ancora di più, a regolarizzare i posti di lavoro interessati.

Nella sua proposta, la Commissione prevede un approccio basato sull'applicazione delle norme. Questo approccio va sicuramente nella direzione giusta. Tuttavia, in linea con quanto espresso dalla relazione, ritengo che l'applicazione delle norme dovrebbe essere associata a misure e politiche proattive basate sugli incentivi, finalizzate a promuovere la regolarizzazione dei posti di lavoro che non vengono dichiarati. Parliamo ad esempio di sgravi fiscali sull'imposta sul reddito, agevolazioni fiscali e regimi di sovvenzione.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer-funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for Members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to €224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However, only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione concerne la piattaforma europea volta a combattere il lavoro sommerso. Si tratta di un'iniziativa che ha come obiettivo principale quello di rafforzare la cooperazione tra gli organismi competenti negli Stati membri portando alla condivisione delle migliori pratiche. La piattaforma sarà composta da un rappresentante per Stato membro, un massimo di quattro rappresentanti al livello UE dei partner sociali «cross-industry» – ripartiti equamente tra i lavoratori e le organizzazioni dei datori di lavoro – e la Commissione. L'obiettivo generale è quello di contribuire a migliorare le condizioni di lavoro e l'inclusione sociale, ed ho quindi votato sicuramente a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il lavoro sommerso rappresenta oggi una grande sfida per l'Unione europea. Si tratta di una questione molto complessa, legata alla natura stessa del fenomeno e alle gravi ripercussioni che esso ha sulle condizioni di lavoro, sulla concorrenza leale, sugli investimenti da parte delle imprese e sui bilanci pubblici.

È necessario in proposito mettere in luce lo stretto legame che intercorre tra il lavoro sommerso e la criminalità organizzata che in diverse regioni dell'Unione gestisce una fitta rete di attività – molte delle quali di natura transnazionale – lesive degli interessi finanziari dell'Unione, attentando al corretto ed efficace utilizzo dei fondi pubblici e, più in generale, danneggiando l'intero sistema economico nel suo complesso.

L'istituzione di una piattaforma europea, attraverso lo scambio di informazioni e la condivisione di buone pratiche, potrà contribuire a scoraggiare il verificarsi del fenomeno del lavoro sommerso, a regolarizzare la situazione di milioni di lavoratori europei, garantendo a costoro l'accesso ai servizi necessari, e a definire una stabilizzazione fiscale sostenibile. Solo dove ci sono legalità e rispetto delle regole ci sono correttezza e trasparenza e si creano opportunità di lavoro per tutti.

Per questi motivi ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την έκθεση και χαιρετίζουμε τη δημιουργία αυτής της πλατφόρμας. Ωστόσο, τονίζουμε πως το μέτρο αυτό από μόνο του δεν αρκεί για να παρακολουθεί τις διάφορες προτάσεις, συμπεριλαμβανομένων των νομοθετικών προτάσεων, που περιλαμβάνονται στο ψήφισμα του Ευρωκοινοβουλίου τον Ιανουάριο του 2014 σχετικά με τις «αποτελεσματικές επιθεωρήσεις εργασίας». Οι τροπολογίες του Ευρωκοινοβουλίου στοχεύουν στο να καταστεί η πλατφόρμα πιο αποτελεσματική στην εκτέλεση των καθηκόντων και των στόχων της.

Ειδικότερα, θεωρείται απαραίτητο να συμπεριληφθεί στο πεδίο εφαρμογής της απόφασης η ψευδώς δηλωμένη εργασία. Η υποβολή ψευδών στοιχείων σχετικά με τις ώρες εργασίας ή την αμοιβή είναι μια μορφή ψευδώς δηλωμένης εργασίας που δεν μπορεί να μείνει έξω από την αποστολή της πλατφόρμας. Επίσης, υποστηρίζουμε τη στενή συμμετοχή των κοινωνικών εταίρων στις δραστηριότητες της πλατφόρμας, καθώς και των εθνικών ενιαίων σημείων επαφής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Συζητήσαμε σήμερα την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη δημιουργία ευρωπαϊκής πλατφόρμας με σκοπό την ενίσχυση της συνεργασίας για την πρόληψη και την αποτροπή της αδήλωτης εργασίας.

Η αδήλωτη εργασία είναι προφανώς ένα από τα μεγαλύτερα αγκάθια στην οικονομία της Ευρώπης και οποιαδήποτε πρωτοβουλία καταπολέμησής της θεωρώ πως είναι προς όφελος των πολιτών, καθώς η επίσημη και νόμιμη καταχώρηση των εργαζομένων διασφαλίζει μια σειρά δικαιωμάτων που τους προστατεύουν και τους υποστηρίζουν. Θα πρέπει, μάλιστα, να τονίσουμε πως η δημιουργία πλατφόρμας αποτελεί μια μάλλον πρωτοποριακή κίνηση που θα μας επιτρέψει να αφουγκραστούμε καλύτερα τα υπάρχοντα προβλήματα και τις ανάγκες της ευρωπαϊκής οικονομίας. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto doveroso votare a favore del provvedimento poiché sono convinto dell'importanza di fornire un chiaro valore aggiunto a livello di Unione agli sforzi intesi non solo a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso ma anche a regolarizzare i posti di lavoro interessati. Tali politiche risultano ancora più necessarie alla luce delle recenti ricerche della Fondazione europea per il miglioramento delle condizioni di vita e di lavoro (Eurofound), i cui risultati indicano una forte correlazione tra l'entità e la crescita dell'economia sommersa, da un lato, e le politiche di austerità caratterizzate da drastici tagli di bilancio, un aumento della deregolamentazione e un ruolo dello Stato ridotto al minimo, dall'altro.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione, perché ritengo opportuno che il lavoro sommerso non diventi uno strumento aggiuntivo di politica commerciale per gli Stati meno inclini al rispetto delle regole, mentre noi, che già non brilliamo, continuiamo a farci del male sia da soli che attraverso le infrazioni che ci vengono sollevate.

In particolare, mi auguro che la piattaforma definisca dei criteri di tolleranza comuni, perché sono fermamente convinto che il lavoro sommerso, in una certa misura, debba essere tollerato: a fronte, ad esempio, di un picco improvviso di lavoro, vista la normativa sul lavoro che c'è almeno in Italia, non dobbiamo pretendere che le imprese assumano subito a tempo indeterminato perché a quel punto il gioco potrebbe non valere la candela e si creerebbe un disincentivo ad accettare ordini. Tuttavia, non bisogna abusare di questa tolleranza e sarei lieto di vedere questa considerazione applicata uniformemente in tutta Europa.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – With regard to the proposal for a decision of the European Parliament and the Council on establishing a European Platform to enhance cooperation in the prevention and deterrence of undeclared work, European citizens, most often migrants, frequently find themselves trapped in situations of undeclared work. They are particularly vulnerable to the effects of unemployment, without access to any form of social protection. Many of these employees may have worked under the pretext of legal employment only to find that they are not entitled to the benefits generally available to citizens in such situations. The consequences of undeclared work can lead to financial hardship and in some cases, homelessness. The European Platform for prevention and deterrence of undeclared work is necessary to aid Member States in understanding and reducing practices which contribute to homelessness. The Platform will help to reduce the exploitation of such workers. It also enables national and local authorities to provide information to workers who have been negatively affected by such practices. Easily accessible information and advice can help endangered families avoid homelessness.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer-funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for Members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to €224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However, only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Trabalho não declarado é um fenómeno que prejudica gravemente as condições de trabalho, a concorrência leal e os orçamentos públicos dos Estados-Membros.

A Comissão propôs estabelecer uma Plataforma Europeia que deverá melhorar a cooperação em matéria de prevenção e dissuasão do trabalho não declarado a nível da UE, reunindo vários organismos nacionais responsáveis pela aplicação da lei envolvidos na luta contra o trabalho não declarado.

Não obstante a principal responsabilidade pela resolução deste problema caber aos Estados-Membros, verificam-se, contudo, casos em que a cooperação entre as diferentes entidades ao nível nacional não está suficientemente estruturada ou não revela a eficácia necessária, devendo esta nova Plataforma ser uma mais-valia não só para prevenir e dissuadir o trabalho não declarado, mas também para regularizá-lo.

Apoio o Relatório Pirinski, por considerar que uma ação à escala da UE pode ajudar os Estados-Membros a combater com maior eficácia o trabalho não declarado, contribuindo também para atacar de uma forma positiva e construtiva, a nível da UE, os desafios associados à mobilidade profissional, preservando, ao mesmo tempo, a livre circulação dos trabalhadores enquanto uma das liberdades fundamentais da UE.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for Members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to €224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However, only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il lavoro sommerso è uno dei problemi più complessi e preoccupanti su cui è chiamato ad occuparsi il Parlamento europeo. Nella proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa all'istituzione di una piattaforma europea, la Commissione ha accordato la priorità all'approccio basato sull'applicazione delle norme e finalizzato a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso.

In tale modo, la strategia è basata su una cooperazione rafforzata nella lotta alle violazioni del diritto del lavoro, all'elusione fiscale e alle violazioni delle disposizioni in materia di sicurezza sociale ma anche su misure e politiche proattive basate sugli incentivi, a fine di promuovere la regolarizzazione dei posti di lavoro che non vengono dichiarati, ad esempio sgravi fiscali sull'imposta sul reddito, agevolazioni fiscali e regimi di sovvenzione.

Premesso ciò, ho votato a favore dell'istituzione di una piattaforma europea che permetterà di fornire un chiaro valore aggiunto a livello di Unione europea agli sforzi intesi non solo a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso ma anche a regolarizzare i posti di lavoro interessati.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Workers who are in undeclared work often face hazardous working conditions, much lower wages, severe infringements of labour rights, and find greatly reduced protection under labour and social protection law. As legislators it is of concern that people are forced to choose undeclared work as this deprives them of adequate social benefits, pension rights and access to healthcare, as well as skills development and life-long learning opportunities.

From a cross-border element point of view this Platform should contribute to the strengthening of the cooperation between Member States, including adopting innovative approaches of cross-border cooperation and enforcement as well as by evaluating experiences of such cooperation to draw conclusions for future policy action.

Finally, by voting in favour I am expressing my concern about the lack of targeted policies for workers in the informal sector who are young, elderly or female, and, in particular women with disabilities and female immigrants. We need to integrate these realities into the formal range of rules and regulations of the social market economy.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo principale della piattaforma è di incoraggiare una più stretta cooperazione tra gli organismi competenti negli Stati membri che si occupano del problema del lavoro sommerso.

L'ambito di applicazione e le normative variano tra Stati membri. La piattaforma si riunirà almeno due volte all'anno, in sessione plenaria e ci saranno gruppi di lavoro al fine di affrontare questioni specifiche relative al lavoro sommerso. L'obiettivo è di incoraggiare la cooperazione (essenzialmente attraverso la condivisione delle migliori pratiche e lo sviluppo di valutazioni) tra gli Stati membri, senza avere nessun potere operativo.

Gli Stati membri decideranno il livello della loro partecipazione a questa piattaforma. Ogni Stato membro potrà nominare un solo rappresentante (e un sostituto); è prevista anche la partecipazione degli attori sociali (4 rappresentanti permanenti e 14 osservatori).

Più rappresentanti di alto livello nominati da tutti gli Stati membri, un massimo di quattro rappresentanti al livello UE dei partner sociali «cross-industry». L'obiettivo generale è quello di contribuire a migliorare le condizioni di lavoro, promuovere l'integrazione nel mercato del lavoro e promuovere l'inclusione sociale. La piattaforma comprende tutte le forme di lavoro nero, tra cui il lavoro autonomo fittizio (*bogus self-employment*). La considero una buona proposta quindi non posso che votare favorevolmente.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de una plataforma para reforzar la cooperación en materia de prevención y desincentivación del trabajo no declarado parte de la Comisión con el fin de ofrecer un marco estable para la cooperación y el intercambio de buenas prácticas entre Estados, abierta a la participación de los agentes sociales. Valoro positivamente que, a través de la negociación con el Parlamento, la definición de «trabajo no declarado» se haya ampliado para incluir el trabajo falsamente declarado y los falsos autónomos, y se haya reforzado la participación de los sindicatos, las agencias europeas competentes (Eurofound y OSHA) y la OIT. Aunque la propuesta queda muy lejos de establecer un marco coordinado y vinculante para la lucha contra los abusos de los empleadores (un problema de indudable magnitud europea tras la integración en el mercado único), supone un primer paso importante, por lo que he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto l'iniziativa in materia di lavoro sommerso e sono convinto della necessità di una forte cooperazione tra gli Stati europei, per combatterne le cause e limitarne la portata. Secondo recenti rilevazioni l'impatto del «sommerso» sull'economia europea è stimato intorno al 18% del PIL, con un *range* che varia molto tra i diversi stati membri (da un minimo dell'8% a un massimo del 30%). Fino a oggi, il contrasto di questo fenomeno è stato demandato a organismi nazionali, che poco possono rispetto a un fenomeno fortemente transfrontaliero.

Per questo bisogna implementare velocemente la piattaforma di cooperazione tra Commissione e Stati membri che, avvalendosi della collaborazione delle parti sociali, in grado di meglio prevenire il fenomeno, verificarne l'entità e diffondere le migliori pratiche che ne consentano l'emersione. Evasione fiscale e concorrenza sleale, comportano costi per le finanze pubbliche; condizioni di lavoro inadeguate, standard di sicurezza ridotti al minimo, sfruttamento dei gruppi sociali più vulnerabili sono costi sociali che non possiamo più consentire.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Mandátuma legelején a 8. Európai Parlament megbízást kapott arra, hogy vegye fel a harcot a be nem jelentett munkavégzéssel szemben. A kihívás összetettsége a probléma jellegéből adódik, vagyis abból, hogy olyan fizetett tevékenységekről van szó, melyek természetüknél fogva törvényesek, a megfelelő közigazgatási hatóságok előtt azonban rejtve maradnak, vagy színlelt önfoglalkoztatás esetén megtévesztő módon jelentik be őket.

Az európai platform létrehozásáról szóló európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslatban megfogalmazódott a kihívás, mely szerint a platformnak olyan fórumnak kell lennie, ahol a bevált gyakorlatokkal és a fennálló problémákkal kapcsolatos megbízható információk összegyűjtése és megosztása zajlik, valamint ahol együttműködést lehet folytatni a hatékony végrehajtási és ösztönző intézkedések kidolgozása és alkalmazása terén.

Cél többek között egy olyan munkaprogram létrehozása is, amely teljes mértékben figyelembe veszi, hogy olyan célirányos fellépésre van szükség, amely a be nem jelentett munkavégzés terjedésének jelenlegi tendenciáját megfordítja, és növeli az olyan, szabályossá tett munkahelyek számát, amelyek tisztességes megélhetést biztosítanak, és hasznos szolgáltatásokat nyújtanak az ügyfeleknek, miközben hozzájárulnak a tisztességes piaci versenyhez és a fenntartható pénzügyi stabilitáshoz. Az intézményközi tárgyalás eredménye elfogadható volt az Európai Néppárt számára, ezért a jelentést szavazatommal támogattam.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Wniosek Komisji Europejskiej ma na celu stworzenie platformy, która ułatwi wymianę najlepszych praktyk i informacji oraz opracowanie wspólnego podejścia do pracy nierejestrowanej. Popieram utworzenie tego typu platformy, którą uważam za ułatwienie transgranicznej współpracy i wymiany wiedzy między organami ścigania. Głosowałem za przyjęciem.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of the first reading of this agreement as I believe that the EU must make greater efforts in combatting undeclared work and precarious employment throughout the EU. Undeclared work detracts from the wellbeing of workers and subjects them to a black market with no financial, or social safeguards. The proposal seeks to establish a platform that helps, not only by preventing undeclared work but also by transforming undeclared work into declared work. Furthermore, I supported the proposal as it gives Member States the necessary tools to combat undeclared work within their Member States and through cross border collaboration and helps the EU give one unified response to the phenomenon.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Având în vedere că munca nedeclarată la nivel național și la nivel transfrontalier reprezintă două forme distincte de muncă nedeclarată și că aceasta poate contribui la apariția fenomenului cunoscut sub denumirea de „dumping social”, inclusiv prin reduceri salariale în statele membre în care sunt furnizate serviciile, consider că este necesară cooperarea strânsă și eficace atât la nivel transfrontalier, cât și la nivelul Uniunii, deoarece identificarea, analizarea și soluționarea problemelor practice legate de punerea în aplicare a dreptului Uniunii în ceea ce privește condițiile de muncă nedeclarată și protecția socială la locul de muncă intră în sfera de competență a statelor membre și a sistemelor lor naționale de protecție a muncii.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – Il lavoro sommerso è una piaga che affligge il mercato europeo e costituisce una parte rilevante di esso, stimata in oltre il 18% del PIL dell'Unione europea. Un fenomeno che continua ad essere ampiamente diffuso e che pregiudica i nostri sistemi di protezione sociale, priva i nostri governi di gettito fiscale ed espone i lavoratori a condizioni di lavoro di debolezza contrattuale, con conseguenze negative sulla competitività di tutto il mercato europeo.

Ho espresso un voto favorevole alla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio perché ha il merito di istituire una piattaforma europea volta a prevenire e scoraggiare questa pratica. Un nuovo strumento che costituirà il quadro giuridico per contrastare più efficacemente il fenomeno del lavoro non dichiarato, attraverso il rafforzamento e il miglioramento della cooperazione operativa tra gli stati membri e la più facile condivisione di informazioni e buone pratiche.

A questo primo passo, che considero positivo, dovranno nei prossimi mesi far seguito azioni mirate a livello europeo che siano rivolte in particolare alle fasce più deboli, quali gli immigrati o i lavoratori più giovani, che spesso sono costretti ad accettare condizioni di lavoro precarie, con guadagni inferiori, senza alcuna tutela dei loro diritti fondamentali.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif vise à mettre en place une plateforme européenne pour favoriser la lutte contre le travail non déclaré. Cette plateforme permettra d'améliorer la coopération entre les autorités nationales de prévention et de détection du travail non déclaré et de renforcer leurs capacités techniques. Un des objectifs principaux de ce dispositif sera d'accroître la sensibilisation du public grâce au partage des bonnes pratiques et des analyses.

De surcroît, en vue de s'assurer de la valeur ajoutée de cette plateforme européenne, la Commission européenne devra soumettre une évaluation de ce dispositif quatre ans après son introduction. Considérant que ce projet respecte le principe de subsidiarité d'une part, et que le travail non déclaré qui représente 18,4% du PIB de l'UE a des effets négatifs à la fois sur les travailleurs qui ne jouissent pas des droits idoines et sur les entreprises, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'établissement d'une plateforme européenne pour renforcer la coopération visant à prévenir et à décourager le travail non déclaré. Il est en effet indispensable que l'Union européenne s'engage encore davantage aux côtés des États membres pour lutter contre le travail non déclaré et favoriser l'emploi et la croissance. Il est alors notamment pertinent d'améliorer la coopération entre les différentes autorités nationales responsables en la matière.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because undeclared work can lay a heavy burden on tax incomes and social security revenues. It creates unfair competition between those that abide by the rules and those that do not. I believe that for a free and single European market to function we need to ensure that workers have an adequate level of protection wherever they are employed. A European Platform can be a good instrument for this problem since undeclared work has become a cross-border problem with undeclared workers moving back and forth between Member States, ultimately even undermining the fundamental right of free movement.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Il lavoro nero, il lavoro sommerso, il lavoro subordinato falsamente dichiarato come autonomo sono delle realtà pesantissime nelle vite dei lavoratori; lavoratori che spesso hanno salari più bassi e sono privi dei loro diritti e della sicurezza sul lavoro.

Per questo motivo ho votato a favore della realizzazione di questa piattaforma che si propone di combattere tali fenomeni, non solo attraverso la lotta a comportamenti scorretti, ma anche diffondendo le migliori pratiche e politiche preventive e proattive per promuovere la regolarizzazione di posti di lavoro e per evitare il lavoro nero.

La piattaforma colmerà un vuoto a livello europeo e consentirà una cooperazione più efficace tra coloro che nel quotidiano si trovano ad affrontare il lavoro sommerso. Un passo importante verso l'Europa di solidarietà e di crescita che vogliamo costruire

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'économie non déclarée représente en moyenne 18 % du PIB de l'Union européenne, et atteint 30 % du PIB pour la Bulgarie, État membre le plus exposé. Il représente ainsi un manque à gagner important pour les pouvoirs publics, mais expose aussi les travailleurs «au noir» à des conditions de travail précaires et dangereuses.

L'Union européenne doit donc œuvrer pour endiguer ce phénomène et chercher à réintégrer ces travailleurs dans le marché légal du travail. La création d'une plateforme permettant l'échange d'informations entre les États et des actions transfrontalières est un premier pas vers une lutte plus efficace contre le travail au noir.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Les conséquences du travail non déclaré sont très négatives: situations graves d'exploitation, précarité des conditions de vie et de travail de millions de travailleurs dans toute l'Union, concurrence déloyale manifeste perturbant le marché unique, lourdes pertes pour les budgets et les systèmes de sécurité sociale des États membres...

C'est pourquoi j'ai voté en faveur du rapport PIRINSKI sur l'établissement d'une plateforme européenne dans l'objectif d'une coopération visant à prévenir et à décourager le travail non déclaré. Je me félicite de la mise en place prochaine de cette plateforme qui va apporter une valeur ajoutée aux efforts visant à prévenir et à décourager le travail non déclaré ainsi qu'aux efforts visant à régulariser les emplois concernés.

La plateforme européenne est définie comme un lieu permettant de recueillir et de partager des informations fiables sur les bonnes pratiques et les problèmes persistants et de coopérer à la définition et à la mise en œuvre de l'application effective de la législation et des mesures incitatives.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitikai terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatakor az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehéritése érdekében pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett többszáz ezer személyt érintő munkahelyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges csak elvégezni, ezért is támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution établissant une «plateforme européenne» visant à renforcer la coopération entre les ministères du travail, les syndicats et les associations d'employeurs des États membres en vue de lutter contre le travail non déclaré.

À l'heure actuelle, le travail non déclaré représente en moyenne 18 % du PIB de l'UE. Pour les travailleurs, le travail au noir signifie trop souvent des conditions de travail dangereuses et des salaires de misère, ce qui favorise le dumping social en particulier dans les cas de travail transfrontalier.

Cette plateforme devrait ainsi, dans un premier temps, avoir pour but d'empêcher, de décourager et de combattre le travail non déclaré, mais aussi de promouvoir la transformation de telles activités en travail déclaré, dans un second temps, d'encourager des actions transfrontières pratiques, efficaces et efficientes, et de mettre au point un système fiable et efficace d'échange rapide d'informations entre les organes nationaux.

Cela ne devrait toutefois pas interférer avec les mesures propres des États membres ni chercher à harmoniser les systèmes réglementaires des différents pays de l'UE.

Martina Dlabajová (ALDE), *in writing*. – The shadow economy can have a serious impact on tax and social security systems in the Member States. Furthermore, it can affect, inter alia, citizens' access to health care, parental leave or pension rights.

I am supportive of and voted for the newly adopted proposal to create a platform for the EU Member States and EU institutions to share best practices and to enhance cooperation to prevent and deter undeclared work.

Member States should fully participate in the platform which will help us to unite forces in Europe to fight against undeclared work, create more formal jobs and secure higher tax revenues.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La lutte contre toutes les formes de travail non déclaré doit être menée par les États, qui sont les mieux à même d'apporter des réponses pertinentes et efficaces sur ce sujet, avec l'aide des partenaires sociaux. Il s'agit d'un domaine dans lequel les pays européens doivent rester souverains. Je ne suis pas favorable à la création d'une plateforme dont le secrétariat serait confié à la Commission. Étant opposée à toute ingérence forcée dans les affaires intérieures des États, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на този доклад, въпреки че имам някои опасения, защото вярвам че улесняването на обмена на най-добри практики и информация е важно.

Въпреки това бих искал да изразя притесненията си, когато става въпрос за гъвкавостта, която държавите членки трябва да имат при участие в предложената платформа. Подкрепям задължителното участие в самата платформа, но съм против всякакви предложения според които държавите членки следва да бъдат задължени да участват в дейностите.

Това би трябвало да остане на доброволна основа, като се има предвид, че не всички държави членки са годни и способни да участват трайно. По-важното от подкопавашите задълженията е доброволното участие, което ще стимулира по-качествена и положителна ангажираност.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζουμε, η αδήλωτη εργασία και γενικότερα η εκμετάλλευση της εργατικής τάξης δεν αντιμετωπίζεται με «πλατφόρμες» ειδικά δε όταν αυτές δημιουργούνται από ενεργούμενα του μεγάλου κεφαλαίου, που εξαρχής εκμεταλλεύονται τις λαϊκές μάζες. Επιπλέον, η έκθεση περιλαμβάνει πρόνοιες για τους λαθρομετανάστες, καθώς επίσης και διάφορες παροχές στους ήδη εν εμπειρογνώμονες που θα στελεχώσουν την εν λόγω πλατφόρμα.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitikai terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatakor az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett több százezer személyt érintő munkahelyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges csak elvégezni, ezért is támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), por escrito. – Con la creación de esta plataforma europea se pretende mejorar la cooperación en la prevención y la desincentivación del trabajo no declarado en la UE. Mediante el intercambio de buenas prácticas y la cooperación entre las autoridades policiales de los Estados miembros se pretende prevenir y desalentar el trabajo no declarado y aumentar la conciencia pública respecto a este tema. El objetivo es lograr una mejora de la capacidad técnica de los Estados miembros para poder hacer frente de una manera transfronteriza al trabajo no declarado, y conseguir un intercambio a nivel europeo de análisis, opiniones y buenas prácticas.

Es un gran acuerdo de la UE en materia de empleo, que repercutirá en futuros beneficios y que respeta plenamente el principio de subsidiariedad y las competencias de los Estados miembros.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – O trabalho não declarado representa um grave problema na Europa. Em 2012, terá representado 18,4% do PIB da UE e os efeitos negativos são sentidos nos trabalhadores, nas empresas e nos governos. Trabalho não declarado «é um trabalho legal que não é declarado de forma adequada perante as autoridades competentes».

Da concorrência desleal à perda receitas fiscais e contribuições para a segurança social, são várias as consequências negativas do trabalho não declarado, e os trabalhadores ficam com os seus direitos sociais e laborais fundamentais reduzidos.

Por isso, concordo que a plataforma é uma oportunidade para analisar os dados e partilhar boas práticas, especialmente num contexto de trabalho não declarado transfronteiriço.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cette délibération, parce que je considère que la lutte contre le travail clandestin doit demeurer du ressort des États.

Laura Ferrara (EFDD), per iscritto. – Il lavoro non ha soltanto una finalità economica e di profitto ma è il principale strumento con cui una persona realizza se stessa e si assicura il più ampio diritto alla dignità. Il contrasto al lavoro sommerso è innanzitutto una battaglia di civiltà per migliorare le condizioni di vita sociali ed individuali. Significa anche lotta a fenomeni criminali quali l'intermediazione illecita, l'evasione contributiva e fiscale, il mercato delle «braccia straniere» e ogni forma di sfruttamento del lavoro.

Una piattaforma diretta a migliorare la cooperazione europea per contrastare il lavoro sommerso deve avere come obiettivo non solo quello di prevenirlo e scoraggiarlo, ma anche di regolarizzare le posizioni che determinano mancanza di protezione sociale e occupazionale dei lavoratori.

Con essa si renderebbe più agevole il miglioramento della conoscenza e della comprensione reciproca dei diversi sistemi nazionali di ispezioni sul lavoro, la conoscenza di tutte le forme e le cause del lavoro sommerso, lo scambio di esperienze e di buone pratiche nonché di informazioni aggiornate, affidabili e comparate che contribuiranno anche a migliorare la normativa del settore.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório debruça-se sobre a criação de uma Plataforma ao nível da UE para o combate ao trabalho não declarado, enquanto qualquer atividade remunerada de carácter lícito, mas não declarada aos poderes públicos.

Esta Plataforma visa uma maior cooperação entre os Estados-Membros – das suas estruturas e autoridades de fiscalização laboral, de condições de higiene e segurança, de fiscalidade financeira, de serviços de estrangeiros, etc. –, partilhando informação e melhores práticas, desenvolvendo uma base de dados e princípios e metodologias comuns, bem como ações de formação.

O trabalho não declarado (a que se associa o falso auto-trabalho e outras formas de precarização das relações laborais) tem repercussões para a estrutura financeira e ética dos Estados, correspondendo, em média, a 18% do PIB na UE.

Os trabalhadores envolvidos nestes esquemas estão mais fragilizados nos seus direitos – como proteção contra acidentes, desemprego ou garantia de reforma –, pelo que o estabelecimento de estratégias para lutar contra o fenómeno é essencial e entende-se como positivo.

No entanto, há na arquitetura desta Plataforma aspetos que merecem a nossa discordância, nomeadamente envolvendo a utilização de dados e que poderão pôr em causa as liberdades dos indivíduos. Questiona-se, ainda, a relevância de uma estrutura formal com estes objetivos, não obstante a importância da cooperação neste como noutros contextos.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della suddetta relazione, che porterà alla creazione di una piattaforma europea finalizzata a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso, che comprende attività retribuite non dichiarate alle pertinenti autorità pubbliche. Ritengo fondamentale specificare che l'istituzione di questa piattaforma lascerà impregiudicati gli obblighi e le competenze degli Stati membri in materia di lotta al lavoro sommerso. Questo sarà assicurato in due modi: ogni Stato avrà flessibilità nel decidere se partecipare o no a ciascuna attività della piattaforma; le parti sociali facenti parte della piattaforma non avranno lo stesso peso degli Stati membri in termini di voto e gestione dell'agenda.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európsky parlament dlhodobo upozorňuje na jeden z najhorších a najkomplexnejších problémov Európskej únie, ktorým je nelegálna práca. Vyplýva to aj z toho, že správne orgány verejnej moci častokrát nekonajú. Hlavnou príčinou mnohých negatívnych dôsledkov súvisiacich s nelegálnou prácou je vyhýbanie sa registrácii. Práve zriadenie európskej platformy umožní vznik posilnenej spolupráce pre boj proti porušovaniu pracovného práva, daňovým únikom či porušovanie požiadaviek sociálneho zabezpečenia. Musí byť však spojené s podpornými politikami zameranými na legalizáciu v súčasnosti nelegálnych pracovných miest. Cieľom novej európskej platformy preto musí byť poskytovanie pridanej hodnoty na úrovni Európskej únie, a to podporou cieľových proaktívnych politických opatrení zvyšovaním výroby s cieľom bojovať proti nízkemu rastu a defláci.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole all'istituzione della piattaforma europea per trovare nuove risposte a livello unionale volte a scoraggiare il lavoro nero transfrontaliero.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση που αφορά τη δημιουργία ευρωπαϊκής πλατφόρμας με σκοπό την ενίσχυση της συνεργασίας για την πρόληψη και την αποτροπή της αδήλωτης εργασίας. Η αδήλωτη εργασία και γενικότερα η εκμετάλλευση της εργατικής τάξης δεν αντιμετωπίζεται με «πλατφόρμες» ειδικά δε όταν αυτές δημιουργούνται από ενεργούμενα του μεγάλου κεφαλαίου, που εξαρχής εκμεταλλεύονται τις λαϊκές μάζες. Επιπλέον, η έκθεση περιλαμβάνει πρόνοιες για τους λαθρομετανάστες, καθώς επίσης και διάφορες παροχές στους ήδη εν εμπεριρογνώμονες που θα στελεχώσουν την εν λόγω πλατφόρμα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Considering the fact that the undeclared economy is equivalent to over 18% of the European Union's GDP, ranging from below 8% to over 30% of GDP in the different Member States, I believe we need to ensure the adoption of the agreement reached with Council and Commission by a large majority.

The construction sector is over-proportionately affected by undeclared work; the phenomenon is also wide-spread with regard to household and care services, private security, industrial cleaning, and agriculture as well as in the hotel, restaurant and catering sector. Undeclared work is often associated with unfair competition and social dumping as well as lower tax revenues and social security contributions. Undeclared workers are often subject to hazardous working conditions, lower wages, lacking social security and violations of their labour rights.

I strongly support the call for the involvement of European Social Partners as members of the Platform, and the mandatory participation of all Member States in the Platform.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitikai terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatakor az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett több százezer személyt érintő munkahelyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges csak elvégezni, ezért is támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Meggyőződésem, hogy a be nem jelentett munkavégzés sokrétű problémájának sikeres kezeléséhez első lépésként objektív módon meg kell vizsgálni annak természetét. Ez a vizsgálat rámutat arra, hogy tulajdonképpen a megfelelő bejelentés elkerülése tekinthető a problémakörrel összefüggő rengeteg és rendkívül hátrányos következmény és hatás közvetlen okának.

A be nem jelentett munkavégzés valódi természetével, valamint a platform javasolt feladatköreivel kapcsolatos egyetértés révén lehetővé válik, hogy megállapodásra jussunk a tagságot, a részvételt, az eljárásokat és a döntéshozatalt érintő számos kérdésben. Alapjául szolgál ezenkívül egy olyan munkaprogram létrehozásának is, amely teljes mértékben figyelembe veszi, hogy olyan célirányos fellépésre van szükség, amely a be nem jelentett munkavégzés terjedésének jelenlegi tendenciát megfordítja, és növeli az olyan, szabályossá tett munkahelyek számát, amelyek tisztességes megélhetést biztosítanak, és hasznos szolgáltatásokat nyújtanak az ügyfeleknek, miközben hozzájárulnak a tisztességes piaci versenyhez és a fenntartható pénzügyi stabilitáshoz.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que es imprescindible una cooperación más estrecha y un aumento de las inspecciones laborales para luchar contra el trabajo no declarado a nivel de la UE. Por lo tanto, considero un paso importante en esta dirección la decisión de la Comisión de crear una plataforma europea que mejore la cooperación en el plano de la UE en esta materia, máxime teniendo en cuenta que el trabajo no declarado causa un grave perjuicio a las condiciones laborales, la competencia leal y las haciendas públicas, por lo que debemos ser taxativos en su erradicación.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La geopolitica mondiale sta attraversando un momento di grande fragilità e le ripercussioni della crisi economica non risparmiano nessuno, dalla Cina, all'America, ai principali paesi e mercati europei.

In questo clima, in cui il settore del mercato del lavoro ne risente probabilmente più di ogni altro, i dati ci parlano di un'economia del lavoro sommerso in Europa al di sopra del 18%, che spesso è associato ad altri preoccupanti fenomeni che rendono ancora più preoccupante la situazione dei nostri lavoratori, quali il dumping sociale, la completa assenza di garanzie e diritti, nonché condizioni lavorative improbabili.

Contrastare tutto questo è nostro dovere e nostra responsabilità. Per questo voto e sostengo la proposta della Commissione in merito all'istituzione di una piattaforma europea per promuovere la regolarizzazione dei posti di lavoro non dichiarati e per favorire la condivisione di informazioni e buone pratiche tra amministrazioni nazionali in modo tale da prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso, nonché per la tutela della dignità e dei diritti dei lavoratori.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit gestimmt, da ich diese für ein Instrument halte, das Schwarzarbeit grenzübergreifend begegnen kann. Gleichzeitig ist mir klar, dass das keine Wunderwaffe sein wird, auch wenn manche es gerne so verkaufen. Für mich wird wichtig sein, die Arbeit im Jahresrhythmus zu analysieren und gemeinsam zu überlegen, ob die Plattform in dieser Art Sinn macht.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Würdige Arbeitsbedingungen sollten für jeden Arbeitnehmer selbstverständlich sein. Leider ist dies nicht der Fall. Besonders die Problematik der Schwarzarbeit hat in letzter Zeit zunehmend an Brisanz gewonnen. Dieses Problem können wir nur gemeinsam beheben. Deshalb habe ich mich heute für eine besser koordinierte Zusammenarbeit auf EU-Ebene eingesetzt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I welcome the EU's decision to establish a Platform to tackle the problem of undeclared work in the EU. Given the freedom of movement in the EU, it is pertinent that Member States are encouraged to cooperate in this area and tackle employers who impose undeclared work and yet hide behind borders. There are many negative consequences of undeclared work, which in the UK is estimated to be 10 % of GDP.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet la lutte contre le travail non déclaré sous toutes ses formes: travail clandestin, fausses déclarations, faux indépendants. Pour cela, le rapport préconise d'établir une plateforme européenne qui regrouperait, sous l'égide de la Commission européenne, les États membres et leurs organismes nationaux chargés de lutter contre le travail non déclaré.

Point de convergence des informations émises par les États et leurs organismes, cette plateforme aurait une fonction de coordination et d'échange des bonnes pratiques entre ses membres.

Le problème de cette plateforme est qu'elle aura aussi une fonction de surveillance de l'action des États membres, sans que rien ne garantisse une véritable lutte contre le travail non déclaré.

On sait par exemple que l'Europe a encouragé le travail détaché, qui est lui-même une manière de contourner les législations sociales. On sait également que le travail dissimulé, dès lors qu'il concerne des immigrés clandestins, est toléré tant par les dirigeants européens que par certains dirigeants nationaux qui sont en faveur de l'immigration illégale, comme le démontre d'ailleurs la crise des migrants.

Dès lors, la création de cette plateforme permettra tout au plus de créer une nouvelle agence européenne budgétivore.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Bruxelles a décidé de s'intéresser au problème du travail non déclaré. Et pour cela, elle crée une «plateforme», bidule à mi-chemin entre le comité Théodule et l'officine chargée de proposer des normes.

Si la plateforme tourne au comité Théodule, elle se contentera de pondre à grands frais des rapports inutiles. Elle servira d'alibi à la Commission pour montrer que celle-ci se préoccupe des travailleurs que ses lois ne cessent pourtant de mettre au chômage ou de précariser, comme la directive «détachement».

Si elle tourne à l'officine, elle deviendra le lieu de naissance de réformes ultra-libérales de nos codes du travail – jugés trop contraignants –, de nos systèmes de protection sociale – jugés trop chers –, de nos politiques salariales – jugées trop généreuses. Réformes d'autant plus illégitimes que tous ces domaines ne sont en rien de la compétence de Bruxelles.

Alors oui, il faut lutter contre le travail au noir, il faut recréer les conditions pour que personne ne soit obligé d'être un faux indépendant pour trouver du travail et que les entreprises ne jugent pas d'une embauche comme d'un piège potentiel qui peut les mettre en danger. Mais les solutions ne peuvent pas venir de cette Europe-là.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport ce combate încălcările dreptului muncii și evaziunea fiscală, cu scopul creșterii numărului de locuri de muncă în cadrul unei piețe caracterizate de concurență echitabilă, securitate socială și stabilitate fiscală sustenabilă. Munca nedeclarată distorsionează piața, afectând în mod special IMM-urile, dar și lucrătorii. Cred că doar printr-o colaborare între statele membre și o platformă care să funcționeze după reguli bine stabilite se poate ajunge la diminuarea muncii nedeclarate.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Undeclared work has serious implications for the economy and deprives workers of their basic rights and often puts them in hazardous working conditions. I welcome this decision of the EU to establish a Platform to tackle the problems of undeclared work in the EU. It is right that Member States work with each other to tackle those employers who perpetrate undeclared work and attempt to hide behind borders. In the context of the UK, undeclared work is estimated to be equivalent to 10% of the GDP.

Hence, I believe that this package provides a much needed format for such cooperation and addresses the new challenges that the EU faces, such as the labour market integrating the recent influx of refugees.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Mardi 9 février, j'ai voté en faveur d'un rapport qui vise l'établissement d'une plateforme européenne pour lutter contre le travail non déclaré. Celle-ci renforcerait la coopération entre les ministères du travail, les syndicats et les associations d'employeurs des États membres sur la manière de gérer au mieux un fléau qui nuit à l'économie de l'UE et perturbe le marché de l'emploi.

Derrière ces termes de «travail non déclaré» se cachent des situations graves telles que l'exploitation de travailleurs, la précarité, la concurrence déloyale et de lourdes pertes pour les États et leurs systèmes de sécurité sociale. L'objectif à long terme est de contribuer à améliorer les conditions de travail et d'intégrer les travailleurs non déclarés dans le marché de l'emploi.

J'attends des États membres qu'ils appliquent les législations sur le travail, procèdent à des inspections et sanctionnent les abus constatés. Trop de législations européennes échouent dans leur transposition, leur application ou leur contrôle par les États, notamment la directive relative au détachement des travailleurs qui souffre des lacunes des systèmes nationaux.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidia con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias, aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – 18% du PIB de l'UE. Selon les chiffres d'Eurofund c'est ce que représente le travail non déclaré au sein de l'Union européenne. C'est une menace réelle, pour les travailleurs, les gouvernements mais aussi pour l'économie européenne.

Ce phénomène cause une distorsion sur le marché de l'emploi, nuisant à l'économie de l'Union européenne. Il exacerbe les phénomènes de dumping social. Le travail non déclaré menace également les travailleurs qui sont souvent dans des situations précaires, voire d'exploitation. Les travailleurs non déclarés sont souvent contraints d'accepter des conditions de travail dangereuses et des salaires bas. Ils manquent de couverture sociale, leurs droits à la retraite sont inexistantes et ils ont un accès moindre aux soins.

Afin de décourager ce phénomène, je me suis donc prononcée pour la création d'une plateforme de coopération européenne qui permettra de faciliter les échanges d'informations et de bonnes pratiques en proposant de nouvelles solutions pour la lutte contre le travail non déclaré. L'Union européenne vient de franchir une première étape majeure pour la lutte contre le travail non déclaré mais elle a encore beaucoup à faire.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the trilogue agreement because EU action on the issue of tackling undeclared work can help create jobs by legalising them, securing workers' access to social security and pensions and saving Member States' tax revenues, among other things. In addition, the trilogue agreement will get the Platform operational as soon as possible, will not conflict with national legislation, and will harmonize cooperation between Member States.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias, aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitikai terén.

Mint ismeretes, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatok az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett többszázezer személyt érintő munkahelyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges elvégezni, ezért is támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Τον Γενάρη του 2014 το ΕΚ υιοθέτησε ένα ψήφισμα για περισσότερη συνεργασία και ενδυνάμωση των εθνικών υπηρεσιών εργατικής επιθεώρησης με στόχο την καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας. Τον Απρίλη του 2014 η Επιτροπή παρουσίασε μια πρόταση για τη δημιουργία μιας Ευρωπαϊκής Πλατφόρμας με στόχο την ενδυνάμωση της συνεργασίας στο επίπεδο της ΕΕ. Η έκθεση Πιρίνσκι χαιρετίζει τη δημιουργία της Πλατφόρμας και προτείνει μια σειρά από τροπολογίες. Η ομάδα μας πρότεινε 26 τροπολογίες στην επιτροπή. Η πλειοψηφία αυτών ενσωματώθηκαν στην έκθεση, και παρά κάποιες αδυναμίες, θεωρούμε πως πρόκειται για ένα καλό πρώτο βήμα, εξ ου και υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The platform put forward by the Commission, composed of enforcement agencies nominated by each Member State, would simplify the exchange of best practices and information and develop a common understanding of undeclared work. The final trilogue agreement, which was reached in December, ensured flexibility to Member States in regards to participation in the activities of the platform and limited the number of social partners while ensuring they would have no voting rights or influence over the agenda of the platform. My Group and I believe this initiative would be useful, and since it has been ensured that national competence will not be infringed upon I have voted in favour of this proposal.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma. Ez nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem. Ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz. Ez nagymértékben elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitika terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatok az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében, pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett többszázezer személyt érintő munkahelyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell elvégeznie. Ez leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges. Ezért is támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – Along with other Labour MEPs, I welcome the decision to establish a Platform to tackle the problem of undeclared work in the EU. Member States should be working together to take on those employers who utilise undeclared, cash-in-hand work. Many workers are being forced to sign contracts that class them as self-employed purely to circumvent the employers' obligations. This means many are missing out on sick pay, holiday pay and are denied access to employment tribunals. We also need to tackle this problem at source, reducing levels of poverty and inequality.

Richard Howitt (S&D), in writing. – Undeclared work leaves workers vulnerable to exploitation, tax payers short changed and responsible employers undermined. 600 000 undeclared workers in Britain need today's recommendations for European action to bring them in to the formal economy, to prevent and deter undeclared work, now and in the future.

A British Government study described the difference between the average 'value added' in national statistics and the local calculation as one measure of the 'shadow economy' and thus the incidence of undeclared work. In my own constituency it estimates this to be 15% in Lowestoft, 17% in Clacton, 20% in Southend and 23% in Great Yarmouth. People here are left unprotected, can be fired without warning, do not receive holiday or sick pay, and have reduced benefit entitlements.

The root causes of this undeclared work derive from economic failure, low social protection and higher poverty levels. The communities I represent in the East of England deserve better. European action to promote worker protection will mean fewer undeclared workers. But it also means better protection for all those who suffer low pay and job insecurity. Let's provide a hand-up to protect those forced to rely on cash-in-hand.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – I have voted for this report, which should establish a European Platform with the goal of reducing undeclared work. In addition, the aim is to take action and reduce labour law infringements, tax avoidance and breaches of social security requirements.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Parlamenta i Vijeća o uspostavi Europske platforme za poboljšanje suradnje u području sprečavanja i odvracanja od neprijavljenog rada, jer se time ublažavaju negativne posljedice neprijavljenog rada kao što su iskorištavanje te loši radni i životni uvjeti za milijune radnika diljem Europske unije.

U skladu s tim, nelojalna konkurencija koja iz toga potječe znatno šteti jedinstvenom tržištu te oslabljuje proračune i sustave socijalne zaštite država članica. U tom kontekstu, potrebno je koordinirano djelovanje socijalnih partnera, država članica, EU institucija i dionika kako bi se na učinkovit način prevladali izazovi i nedostaci.

Povrh činjenice da je potrebno spriječiti i odvratiti neprijavljeni rad, nužno je takvu vrstu rada regulirati. Stoga, dotična platforma treba postati mjesto prikupljanja i dijeljenja informacija i dobrih praksi te alat za provedbu i pokretanje konkretnih mjera u ovom sektoru.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La coopération proposée, bien que ses intentions soient louables, n'aura qu'un effet restreint. Elle représente une nouvelle entorse à la souveraineté des États. Je crois que les actions à conduire en matière de lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales qu'elle engendre sont plus pertinentes au niveau national. Si l'amendement 63 d'EFDD était passé j'aurais pu soutenir le texte, car celui-ci eût laissé libres les États membres de ne pas y participer. Par conséquent, j'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow UKIP MEP's voted against this legislation because it will create a taxpayer funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to EUR 224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Celebro que la UE haya avanzado en su lucha contra el trabajo no declarado, que perjudica gravemente la economía europea ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias, aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Georgi Pirinski sur la proposition de décision établissant une plateforme européenne dans l'objectif de renforcer la coopération visant à prévenir et à décourager le travail non déclaré.

Les conséquences du travail non déclaré sont en effet très néfastes et conduisent à des situations d'exploitation et de précarité pour des millions de travailleurs dans toute l'Union. À cela s'ajoutent les pertes très importantes pour les budgets et les systèmes de sécurité sociale dans les États membres, ce qui pénalise tous les citoyens qui respectent les règles. Cela représenterait entre 15 % et 20% du PIB de l'UE. C'est pourquoi je soutiens l'établissement de cette plateforme européenne qui doit permettre de mieux lutter contre le travail non déclaré.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – La lutte contre le travail non déclaré est une bataille importante pour les comptes publics des États membres. L'objectif de ce rapport important sur la lutte contre le travail non déclaré est de créer une plateforme au niveau européen pour échanger les bonnes pratiques entre États membres, améliorer la coopération transfrontalière et tenir un registre des entreprises qui profitent des failles du système. Celle-ci renforcera la coopération entre les ministères du travail, les syndicats et les associations d'employeurs des États membres.

J'ai bien évidemment voté en faveur de cette très bonne initiative qui va contribuer à améliorer les conditions de travail en Europe et favoriser l'intégration des travailleurs non déclarés dans le marché de l'emploi.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Problem pracy nierejestrowanej jest problemem niezwykle złożonym. Samo zdefiniowanie tego zagadnienia stwarza pewne trudności, gdyż może ono dotyczyć zarówno działalności przynoszącej zysk, która nie została zgłoszona właściwym organom, jak i samozatrudnienia, które zgłoszone zostało, ale w rzeczywistości nie funkcjonuje (tzn. zadeklarowana działalność nie jest prowadzona). Unikanie prawidłowej rejestracji zwykle wynika z chęci uniknięcia opodatkowania.

Aby przeciwdziałać temu zjawisku, instytucje ustawodawcze UE proponują utworzenie europejskiej platformy, która ma ułatwić współpracę na rzecz zapobiegania pracy nierejestrowanej. Platforma ta ma służyć przede wszystkim zbieraniu i wymianie rzetelnych informacji, wspólnemu planowaniu i wdrażaniu procedur. Aktywne działanie jest niezbędne, zwłaszcza biorąc pod uwagę fakt, że poziom pracy nierejestrowanej w państwach członkowskich nie maleje – a zatem wielu obywateli wciąż jest mocno zmotywowanych, by taki proceder praktykować i rozpowszechniać.

Proaktywna polityka, o której wspomina sprawozdawca, wydaje się być właściwym podejściem, ukierunkowanym na dotarcie do tych Europejczyków, którzy poruszają się w tzw. szarej strefie i zachęcenie ich do rejestrowania swej działalności, bądź zmiany branży. Prawidłowe zrozumienie problemu, poznanie przyczyn i motywacji obywateli unikających rejestracji, a następnie proponowanie rozwiązań i zachęcanie do uczciwości, to najlepszy sposób na poradzenie sobie z tym procederem.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die Gründung einer solchen Europäischen Plattform wird zweifelsohne dazu führen, dass Arbeitnehmer ohne jeglichen Grund einer permanenten Kontrolle unterzogen werden müssten. Auch aus datenschutzrechtlichen Gründen weist der vorliegende Bericht grobe Mängel auf. Ich stimme aus diesem Grund dem Bericht nicht zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I welcome the EU's decision to establish a Platform to tackle the problem of undeclared work in the EU. With the freedom of movement across the EU, it is right that Member States work with one another to tackle those employers perpetrating undeclared work who attempt to hide behind borders. Undeclared work has multiple highly negative consequences: severe exploitation and precarious working and living conditions for millions of workers throughout the Union, grossly unfair competition that is deeply disruptive to the single market, as well as serious losses to the budgets and social security systems of the Member States.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitikai terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatakor az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehéritése érdekében pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett többszáz ezer személyt érintő munka-helyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges csak elvégezni, ezért is támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report deals with the efforts of the EU in order to tackle one of the most complex problems, that of undeclared work. The consequences of undeclared work are highly negative: deprivation of workers of social protection, several health and safety risks, weakening of labour standards. It is important also to underline that the problem of undeclared economy has grown during the economic crisis. The report welcomes the establishment of a European Platform in order to prevent and deter undeclared work more effectively. However, the rapporteur stresses the need to further improve the functioning of the Platform by making wider its scope, by reinforcing its legal instruments and enhancing a better cooperation with all Member States. This is why I voted in favour of this report

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Popieram ideę powołania Platformy ds. pracy nierejestrowanej, jak i zawarte w sprawozdaniu metody działania. Choć w czasie debaty o sprawozdaniu dominowały głosy dotyczące skuteczniejszej kontroli, wierzę, że nie kontrola, a zapobieganie pracy nierejestrowanej będzie osią działania Platformy. Ma to szczególne znaczenie dla intensywnie rozwijającego się sektora prac domowych, w którym pracują przede wszystkim kobiety, często migrantki, i który trudno jest kontrolować, gdyż praca odbywa się na terenie prywatnej posesji, a zatrudniającym jest także osoba prywatna.

Doświadczenia Belgii i Francji pokazują, że skutecznym rozwiązaniem mogłoby być upowszechnienie i zuniwersalizowanie systemów czekowych, tak by obejmowały także usługi pielęgnacyjne, edukacyjne i opiekuńcze. Szczególnie ważne są usługi opiekuńcze, gdyż nie da się ich odłożyć na później ani z nich zrezygnować. Jest to kluczowa bariera w dostępie kobiet do rynku pracy i pierwsza przyczyna wpędzania ich w szarą strefę, w roli pracowników jak i pracodawców.

Znalezienie właściwych rozwiązań w postaci jasnych przepisów, ułatwień podatkowych i zachęt nie tylko wyprowadzi tysiące kobiet z szarej strefy, dając im ochronę socjalną i wkład do emerytury, ale też pomoże w godzeniu ról zawodowych i rodzinnych. Takie rozwiązanie wzmocni instytucję rodziny oraz niezależność ekonomiczną kobiet.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'istituzione di una piattaforma europea mira a rafforzare la cooperazione tra Paesi UE, riunendo tutti gli organi di polizia, gli ispettorati del lavoro e della previdenza sociale coinvolti nella lotta al lavoro non dichiarato. La piattaforma costituirà il quadro giuridico all'interno del quale cooperare attraverso l'elaborazione di misure efficaci basate sull'applicazione delle norme. Un altro aspetto di primaria importanza concerne la promozione della produzione così da contrastare i bassi livelli di crescita nonché la deflazione.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La plateforme européenne qui nous a été proposée par la Commission se donne comme objectif de renforcer la coopération pour prévenir et décourager le travail non déclaré.

Concrètement elle doit permettre de partager des informations et pratiques, de lutte contre le travail au noir et d'avoir une meilleure emprise sur ses aspects transfrontaliers en facilitant la coopération entre administrations de pays différents.

En commission emploi, nous avons amendé ce texte de manière à ce qu'il aborde les problèmes des faux indépendants, des textes de lois européens et également des administrations nationales non-coopératives, mais aussi qu'il travaille aux moyens de régulariser les emplois non déclarés.

J'ai donc soutenu ce texte.

Le travail au noir est non seulement une perte de revenu pour les États, mais il représente aussi une absence de protection pour les travailleurs non déclarés. À la hausse de ces pratiques, s'ajoutent de nouveaux modèles légaux d'exploitation des travailleurs qui organisent l'évitement du droit du travail et de sa fiscalité. Autant de problèmes contre lesquels il nous faut des mesures fortes et l'établissement de nouveaux droits sociaux européens. J'ai donc soutenu ce texte.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le travail non déclaré. Quelles que soient les bonnes raisons avancées, à savoir la lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales, la forme de coopération imposée par le biais d'une «plateforme européenne» représente une nouvelle ingérence dans les affaires intérieures des États.

En outre, il est admis que c'est au niveau national que les actions à mener sont les plus pertinentes, si bien qu'une coopération au niveau européen n'aura qu'une incidence très marginale sur ce phénomène, en constante augmentation dans un contexte de crise, et d'ampleur très variable d'un État membre à l'autre.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car j'estime que la lutte contre le travail au noir relève des États membres et non de l'Union européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est pavé de bonnes intentions, à savoir la prévention et la dissuasion du travail non déclaré, la lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales. Néanmoins, il marque une fois encore une ingérence certaine dans les affaires intérieures des États.

En période de fort chômage, il est évident que les actions pertinentes à mener pour l'emploi s'effectuent au niveau national, alors qu'une action coordonnée au niveau européen n'aura qu'une incidence marginale sur ce phénomène. Pour des raisons politiques (refus de l'ingérence de l'UE dans la politique intérieure des États) et pragmatiques (manque d'incidence notable de telles mesures), j'ai voté contre ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Considero que la propuesta de la Comisión de crear una plataforma europea contra el trabajo no declarado es un paso positivo en la lucha contra esta problemática social y económica, que contribuirá a combatir uno de los fenómenos económicos de nuestra sociedad que, en el caso de España, supone el 20 % del PIB, pero que en otros Estados puede alcanzar el 35 %. Las principales víctimas de este fenómeno son los propios trabajadores y trabajadoras, sin seguridad ni derechos. Pero también es un problema para nuestra economía porque distorsiona el mercado laboral, y un problema muy grande para las arcas públicas en muchos de nuestros países. Entre los elementos más relevantes de esta plataforma, que reunirá a la Comisión, a los interlocutores sociales y a las autoridades nacionales de la UE encargadas de luchar contra el trabajo no declarado, como las inspecciones de trabajo y las autoridades de seguridad social, destaca la inclusión del fraude de ley en la contratación, el hecho de que todos los Estados formarán parte de ella y que todos los agentes sociales tendrán un papel preponderante en esta cooperación. Por estas razones he votado a favor.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias, aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Státy by měly proti práci načerno bojovat snížením daní a liberalizací trhu práce, nikoliv zřizováním dalších úřadů placených z kapes daňových poplatníků.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski parlament je u svojoj rezoluciji od 14. siječnja 2014. o Učinkovitoj inspekciji rada kao strategiji za poboljšanje radnih uvjeta u Europi podržao inicijativu Komisije za uspostavu platforme te je pozvao na poboljšanu suradnju na razini Unije u cilju rješavanja pitanja neprijavljenog rada.

Siva ekonomija je u velikoj mjeri prisutna, odnosno predstavlja više od 18 % BDP-a Unije, a njezina prisutnost među državama članicama se znatno razlikuje, i to u rasponu od manje od 8 % do više od 30 % BDP-a. Glavni cilj platforme je pružanje doprinosa naporima država članica i institucija Unije u uspješnom rješavanju složenog problema neprijavljenog rada i regulacije radnih mjesta i njihovih mnogobrojnih učinaka i posljedica te poticanje i promicanje prijavljenog rada.

Podržala sam izvješće zastupnika Pirinskog zbog toga što neprijavljeni rad ima ozbiljne posljedice za radnike koji moraju prihvatiti nesigurne, a ponekad i opasne radne uvjete, puno niže plaće i znatno smanjenu zaštitu predviđenu zakonodavstvom o radu i socijalnoj zaštiti, čime se tim radnicima uskraćuju odgovarajuće socijalne naknade, mirovinska prava i pristup zdravstvenoj skrbi.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – Чрез приетата днес с 619 гласа „за“ резолюция, Европейският парламент даде подкрепата си за създаване на европейска платформа с цел да се засили сътрудничеството за предотвратяване и възпиране на недекларирания труд.

Оценките сочат, че недекларираният труд нанася огромни щети на икономиката на Съюза, като лишава данъчните и осигурителните системи от дължими приходи и плащания. Като резултат от недекларирания труд е налице сив сектор на нелоялна конкуренция, който оставя работниците без права и закрила.

Предназначението на платформата е чрез засилено сътрудничество да се разширят мерките за противодействие на недекларирания труд. Предлаганият вариант на платформата е в съответствие с принципа на субсидиарност и не засяга компетентността на държавите членки за установяване на национални правила. Сред предвидените мерки са: подобряване на техническия капацитет на държавите членки, обмен на добри практики и повишаване на обществената информираност.

Убеден съм, че новата европейска платформа ще подобри сътрудничеството между държавните органи за борба срещу недекларирания труд.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Nelegálna práca poškodzuje nielen ekonomiku a hospodárstvo krajín EÚ, ale v podobe neistých a nevýhodných pracovných podmienok aj samotné osoby, ktoré nelegálnu prácu vykonávajú.

Podporujem návrh uznesenia a súhlasím s tým, že vzhľadom na voľný pohyb osôb a kapitálu je potrebné riešiť tento problém spoločnými silami všetkých členských krajín.

Spoločná európska platforma a koordinovaná kontrola nelegálnej práce môžu účinnejšie prispieť k jej odhaľovaniu. Zároveň pomôžu hľadať a zaviesť cieľové proaktívne opatrenia, ktoré eliminujú, resp. odstraňujú záujem o takýto spôsob zamestnávania.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη δημιουργία ευρωπαϊκής πλατφόρμας με σκοπό την ενίσχυση της συνεργασίας για την πρόληψη και την αποτροπή της αδήλωτης εργασίας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 2/2/2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Nous apprécions de retrouver quelques bonnes idées dans ce texte, comme le soutien à l'apprentissage, à la formation en alternance, et au tutorat, que nous soutenons depuis toujours. Mais, comme d'habitude, l'UE ne répond pas correctement au problème.

S'il est évident que des politiques d'insertion des jeunes sur le marché du travail doivent être menées, c'est sur le niveau régional et local que nous devons parler! Les réseaux des services publics sont capables d'accompagner les jeunes dans la transition vers l'emploi, en partenariat avec des associations ou des organismes privés, et surtout en lien avec les entreprises, les PMI/PME.

Quant à l'entrepreneuriat des jeunes, c'est une idée récurrente à la portée limitée dans un contexte économique particulièrement difficile, et ce n'est souvent qu'un instrument utilisé pour «occuper» les jeunes et les sortir des chiffres du chômage.

C'est la preuve de l'échec total des systèmes d'éducation et de formation européens, et plutôt que d'admettre ses limites, l'Europe demande toujours plus à des États déjà fragilisés par la crise.

David Martin (S&D), *in writing*. – In its proposal for a Decision of the European Parliament and of the Council on establishing a European Platform, the Commission has given precedence to the enforcement approach aimed at preventing and deterring undeclared work. This envisages enhanced cooperation for 'combating' labour law infringements, tax avoidance and breaches of social security requirements – doubtless issues of grave concern in themselves.

However, there is growing realisation that enforcement must be coupled with pro-active enabling policies and measures targeted towards the regularization of jobs that remain undeclared, such as income tax relief, tax reduction and subsidy schemes. The undiminishing practices of undeclared work throughout Member States demonstrate that there is both demand and supply for the jobs involved – hence the need not to suppress, but rather to integrate them into the formal range of rules and regulations of the social market economy.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – A favore della relazione sull'istituzione di una piattaforma europea per il rafforzamento della cooperazione volta a prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso. Il fenomeno del lavoro sommerso rappresenta ancora oggi un freno all'occupazione e alla crescita europea, compromettendo il finanziamento della sicurezza sociale, riducendo gli introiti fiscali, costituendo inoltre causa di dumping sociale. Risulta quindi prioritario lavorare al meglio per ridurre questo fenomeno deleterio e impegnarsi ad esercitare un controllo diffuso e costante per combatterlo.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – O trabalho não declarado ou o falso trabalho por conta própria têm, até agora, sido tratados de forma esporádica e descoordenada.

Neste sentido, a criação de uma Plataforma Europeia vai providenciar os meios necessários para uma cooperação reforçada e mais efetiva entre Estados no que diz respeito ao combate às infrações ao direito laboral, à evasão fiscal e às violações das exigências em matéria de segurança social.

Por estes motivos, votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La economía no declarada supone el 18 % del PIB de la UE. Debemos, por tanto, tomar cartas inmediatas en el asunto y adoptar medidas para mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo.

Mi apoyo a la propuesta de crear una plataforma europea para impulsar la lucha contra el empleo no declarado, con el fin de cooperar con instituciones y agentes sociales y económicos de cara a afrontar un problema que perjudica a la economía de todos y distorsiona el mercado laboral.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Bei der geplanten Plattform handelt es sich um eine weitere EU-Agentur, welche die europäischen Arbeitnehmer noch weiter kontrollieren möchte. Weitere Schikanen in Form von verstärkten Inspektionen lehne ich ab. Daher stimme ich gegen diesen Bericht.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už ši pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė Europos platformos kovai su nedeklaruojamu darbu sukūrimui. Ši Platforma sustiprins valstybių narių atsakingų institucijų, profesinių sąjungų ir darbdavių organizacijų bendradarbiavimą kovojant su nedeklaruojamu darbu ES. Nedeklaruojamas darbas yra opi problema, nes iškraipo darbo rinką, skatina mokesčių vengimą bei pastato darbuotoją į ypač rizikingą situaciją, kurioje jis neturi socialinių garantijų. Dar didesnį nerimą kelia tai, jog darbuotojai dažnai pritaria šiam reiškiniui, kadangi nedeklaruojamas darbas yra vienintelė jų galimybė gauti didesnį – tačiau nebūtinai pakankamą – atlyginimą. ES lygmens suderintas požiūris siekiant suprasti neoficialaus darbo priežastis ir su juo kovoti galėtų padėti užtikrinti tvirtesnes darbuotojų teises ir jų apsaugą, paskatinti socialinės apsaugos finansavimą ir stiprinti darbo standartus.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le travail non déclaré est défini au niveau de l'Union, depuis 1998, comme «toute activité rémunérée de nature légale, mais non déclarée aux pouvoirs publics, [...] tenant compte des différences existant entre les systèmes réglementaires des États membres», ce qui exclut donc toutes les activités illégales. Le rapport dénonce le travail non déclaré comme facteur de dumping social. Il ajoute évidemment que cela «nuît à l'économie de l'Union, engendre une concurrence déloyale et fausse le marché, met en danger la viabilité financière des modèles sociaux de l'Union».

Les amendements du Parlement européen proposent d'ajouter le travail «faussement» déclaré, qui désigne toute activité rémunérée de nature légale qui n'est pas déclarée correctement aux pouvoirs publics.

Ils proposent également de s'attarder sur une forme particulière de travail non déclaré: l'abus du statut de travailleur indépendant, à l'échelon national ou dans des situations transfrontières. Ainsi il y a faux «travail indépendant» lorsqu'une personne, bien que remplissant les conditions caractéristiques d'une relation de travail, est déclarée en tant que travailleur indépendant en vue d'éviter certaines obligations juridiques ou fiscales.

Je vote pour ce texte qui s'attaque, bien que timidement, à l'arnaque du statut des «autoentrepreneurs».

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – La coopération proposée, bien que ses intentions soient louables, n'aura qu'un effet restreint. Elle représente une nouvelle entorse à la souveraineté des États. Je crois que les actions à conduire en matière de lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales qu'elle engendre sont plus pertinentes au niveau national.

Si l'amendement 63 d'EFDD était passé j'aurais pu soutenir le texte, car celui-ci eût laissé libres les États membres de ne pas y participer. Par conséquent j'ai voté contre.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – I supported this resolution because I believe that all Member States should work together to crack down on undeclared work, which exposes workers to exploitation and undermines the financing of social services.

Louis Michel (ALDE), par écrit. – Le travail non déclaré peut se définir comme des activités rémunérées de nature légale mais qui ne sont pas déclarées aux pouvoirs publics. Celui-ci constitue toujours à l'heure actuelle, un fléau pour les économies européennes. En effet, l'économie souterraine au sein de l'Union est très présente et peut atteindre jusqu'à 18 % du PIB de l'Union. Au vu de la concurrence déloyale qu'elle génère, il me paraît essentiel de pointer les conséquences néfastes qui peuvent se résumer par des pertes d'emplois, de productivité, de revenus pour les États.

De plus, elle entrave le respect des normes en matière de conditions de travail et je constate que bien souvent les femmes sont les plus touchées par le travail non déclaré. Ce qui creuse une fois de plus le fossé entre hommes-femmes. La création d'une plateforme en vue de lutter contre le travail non déclaré est un premier pas dans la bonne direction. Il faut renforcer la coopération entre les États membres, fournir des informations fiables et à jour. Ce travail de coopération contribuerait à des conditions de concurrence égaies et bénéficierait aux acteurs économiques.

Miroslav Mikolášik (PPE), písomne – Nelegálna práca prináša so sebou mnohé riziká. Za najnebezpečnejšie považujem nevyhovujúce pracovné podmienky, príliš nízke zárobky a zlé sociálne postavenie nelegálne zamestnaných ľudí. V neposlednom rade sa rozšírená nelegálna práca podpisuje pod zníženie očakávaných príjmov do štátnej pokladnice. V predloženom návrhu uznesenia oceňujem presne vymedzené pojmy, napr. „nelegálna práca“, „nepravdivo oznámená práca“, „nepravá samostatná zárobková činnosť“ atď., pretože bez jasného určenia významu pojmov právne predpisy ostávajú bezzubé a nie je možné naplno vykonávať vopred zaumienené zmeny. Za pozitívne považujem aj to, že táto oblasť bola ponechaná v pôsobnosti jednotlivých členských štátov. V záujme zlepšenia postavenia tisícov ľudí, ktorí sú nelegálne zamestnaní, a aj v záujme európskeho hospodárstva podporujem znenie návrhu.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. – I gave my support to the establishment of a European Platform to enhance cooperation at EU level for both prevention and deterrence of undeclared work as well as encouraging its transformation into declared work. This report is an important first step towards dealing with the multiple challenges of undeclared work in Europe. The European Platform will operate on the basis of experience and best practice exchange, bringing together a wide range of stakeholders, including representatives of Member States and cross-industry social partners.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Az Európai Bizottság a címben említett tárggyú európai parlamenti és tanácsi határozatra irányuló javaslatot nyújtott be. Javaslatában a Bizottság a végrehajtáson alapuló megközelítés mellett tette le a voksát, fokozott együttműködést javasolva a munkajogi jogsértések, az adókikerülés és a szociális biztonsági előírások megsértése elleni harc terén.

A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság azonban jelentésében amellezt érvel, hogy a végrehajtást olyan proaktív, ösztönző jellegű szakpolitikákkal és intézkedésekkel kell párosítani, amelyek célja a továbbra is be nem jelentett munkahelyek szabályossá tétele. Ilyen intézkedés lehet a nyereségadó-kedvezmény, az adócsökkentés és a támogatási rendszerek bevezetése. Az a tény ugyanis, hogy a tagállamokban nem gyengül a be nem jelentett munkavégzés gyakorlata, azt mutatja, hogy a szóban forgó munkahelyekre van kereslet, ahogyan kínálat is. Ezért e munkák betöltése helyett inkább be kellene őket vezetni a szociális piacgazdaság hivatalos szabályai és szabályozási keretei közé, annál is inkább, mivel a jelenleg is tapasztalható lassú ütemű növekedéssel és deflációval való szembeszálláshoz fel kell lendíteni a termelést. A jelentés ennek megfelelően az javasolja, hogy a Parlament több mint hatvan módosító indítvány elfogadása mellett támogassa a Bizottság javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), par écrit. – Ce texte propose le renforcement de la collaboration entre les États membres afin de favoriser le passage du travail non déclaré vers l'emploi régularisé.

Quelles que soient les bonnes raisons avancées par ce rapport, à savoir la lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales, cette forme de coopération imposée représente une nouvelle ingérence dans les affaires intérieures des États.

En outre, il est admis que c'est au niveau national que les actions à mener sont les plus pertinentes, si bien qu'une coopération au niveau européen n'aura qu'une incidence très marginale sur ce phénomène, en constante augmentation dans un contexte de crise.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo a criação da Plataforma Europeia para reforçar a cooperação na luta contra o trabalho não declarado, tendo em conta que este é adverso para a economia da União, cria concorrência desleal, prejudica a sustentabilidade financeira dos modelos sociais da União e resulta numa crescente falta de proteção social e laboral dos trabalhadores.

A «Plataforma», além de combater o trabalho não declarado, também versará sobre o trabalho falsamente declarado, incluindo o falso trabalho independente.

Subscrevo que o trabalho não declarado tem implicações graves para os trabalhadores afetados, que se veem obrigados a aceitar condições de trabalho precárias e perigosas, salários muito baixos, graves violações dos seus direitos laborais e proteção consideravelmente reduzida no âmbito do direito do trabalho e da proteção social, o que os priva de benefícios sociais adequados, de direitos à pensão e do acesso aos cuidados de saúde, bem como de oportunidades de desenvolvimento de competências e de aprendizagem ao longo da vida.

Defendo que a «Plataforma» proporcionará melhores condições de trabalho, promoverá a integração no mercado de trabalho e fomentará a inclusão social. É fundamental uma cooperação estreita e eficaz entre os Estados-Membros para executar o combate ao trabalho não declarado.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Quelles que soient les bonnes raisons avancées, à savoir la lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales, cette forme de coopération imposée représente une nouvelle ingérence dans les affaires intérieures des États.

En outre, il est admis que c'est au niveau national que les actions à mener sont les plus pertinentes, si bien qu'une coopération au niveau européen n'aura qu'une incidence très marginale sur ce phénomène, en constante augmentation dans un contexte de crise, et d'ampleur très variable d'un État membre à l'autre. Je vote contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I welcome the EU's decision to establish a Platform to tackle the problem of undeclared work in the EU. With the freedom of movement across the EU, it is right that Member States work with one another to tackle employers who perpetrate undeclared work and attempt to hide behind borders. Undeclared work has multiple highly negative consequences: severe exploitation and precarious working and living conditions for millions of workers throughout the Union, grossly unfair competition that is deeply disruptive to the single market, as well as serious losses to the budgets and social security systems of Member States. In the UK, undeclared work is estimated to be equivalent to 10 % of GDP.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la lutte contre le travail non déclaré. Il s'agissait d'approuver le renforcement des moyens de la coopération entre les autorités nationales contre ce fléau qui nuit gravement aux économies et aux travailleurs de l'UE. Derrière ce terme de travail non déclaré se cachent des situations graves telles que l'exploitation de travailleurs, la précarité, la concurrence déloyale et de lourdes pertes pour les États et leur système de sécurité sociale.

Je suis particulièrement sensible au sentiment d'injustice exprimé face à la progression de ce type de travail par l'immense majorité des citoyens européens qui respectent les règles. Selon une étude d'Eurobaromètre en 2013 pour la Commission européenne, le travail non déclaré représenterait entre 15 et 20% du P.I.B. des États membres. 50 % des sondés considèrent que le travail non déclaré est avantageux pour les deux parties, 40 % invoquent la lourdeur de la charge fiscale et près de 50 % évoquent la difficulté de trouver un emploi stable. Il m'apparaît essentiel d'agir également en amont: les États membres doivent assouplir les règles administratives et réduire les charges qui touchent les entreprises pour favoriser l'emploi déclaré.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Prevenzione e contrasto al lavoro non dichiarato sono una questione prioritaria: il lavoro «sommerso» ha ricadute negative non solo su concorrenza e bilanci pubblici, sull'occupazione, la produttività, le condizioni di lavoro, ma anche sulla lotta all'esclusione sociale, sull'integrazione delle persone escluse dal mercato del lavoro e sullo sviluppo delle competenze lungo tutto l'arco della vita. Per questo ho sostenuto la proposta di istituire una piattaforma europea finalizzata a prevenire e scoraggiare efficacemente il lavoro sommerso e tutti i casi correlati, quali il falso lavoro autonomo e il lavoro sommerso nell'ambito del subappalto.

Data la dimensione transfrontaliera della sfida che ci troviamo ad affrontare, è dunque fondamentale riconoscere la necessità di lavorare a una più stretta cooperazione tra i paesi UE che riunisca tutti gli organi di polizia, gli ispettori del lavoro e della previdenza sociale, le autorità fiscali e quelle impegnate nel settore della migrazione, nonché i rappresentanti dei datori di lavoro e dei lavoratori a livello europeo. Il passaggio a un meccanismo formale è un passo importante, quanto necessario, a costruire il quadro giuridico per la condivisione d'informazioni e buone pratiche, così com'è importante promuovere iniziative che aumentino la consapevolezza del problema a livello europeo e nazionale.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Il lavoro sommerso è un problema che affligge le economie europee con delle ripercussioni negative sul sistema produttivo e sulla sostenibilità dei sistemi di previdenza sociale dei paesi membri. L'impiego di lavoratori subordinati senza preventiva comunicazione di instaurazione del rapporto di lavoro da parte del datore di lavoro alimenta la concorrenza sleale tra le imprese non favorendo un clima di libera ed eguale competizione. Per questo motivo, gli Stati europei devono proseguire sulla strada della legalizzazione del lavoro sommerso, che oggi rappresenta oltre il 18% del PIL europeo.

Accogliamo dunque con favore la relazione, che mira alla creazione di una piattaforma europea per la lotta al lavoro sommerso. La piattaforma dimostra l'impegno europeo a favore dei diritti del cittadino, incoraggiando forme contrattuali che tutelino la salute, la sicurezza e il rispetto di adeguati standard lavorativi. Il progetto prevede una cooperazione più efficace tra gli organismi per la lotta all'economia sommersa e i rappresentanti dei datori di lavoro e dei lavoratori a livello europeo, colmando un vuoto che persiste a livello di cooperazione e coordinamento, al fine di assicurare l'uniformità di applicazione delle norme in tutti i paesi dell'Unione.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le travail non déclaré doit être découragé et combattu. La mise en place d'une plateforme européenne pour la coopération des autorités compétentes des États membres constitue une avancée importante dans ce domaine. À ce titre, j'ai voté en faveur d'un rapport important et respectueux des compétences des États et du principe de subsidiarité.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – L'istituzione di una piattaforma europea mira a rafforzare la cooperazione tra Stati membri dell'UE, riunendo tutti gli organi coinvolti nella lotta al lavoro non dichiarato, all'elusione fiscale e alle violazioni delle disposizioni in materia di sicurezza sociale. Ritengo che si debba prevenire e scoraggiare il lavoro sommerso e pertanto ho espresso favorevolmente il mio voto al provvedimento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In order to successfully tackle the complex issue of undeclared work, we need first to objectively consider its true nature. This consideration reveals that the avoidance of proper registration constitutes the direct cause of a broad range of extremely negative implications and consequences. I have voted for this report that will set out the establishment of a European Platform that will gather and share trustworthy information on best practices and persisting problems and will cooperate in outlining and implementing effective enforcement and enabling measures.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru intensificarea cooperării în materie de prevenire și descurajare a muncii nedeclareate. Decizia adoptată în plenul Parlamentului European are drept obiectiv instituirea unei platforme europene pentru încurajarea cooperării dintre statele membre la nivelul Uniunii. Deoarece situația muncii nedeclareate diferă foarte mult de la un stat membru la altul, și nevoile autorităților relevante și ale altor actori ai statelor membre în materie de cooperare diferă, la rândul lor.

La nivelul UE ar trebui să se încurajeze o cooperare strânsă și eficace între statele membre, astfel încât acestea să își poată sprijini reciproc și completa activitățile legate de combaterea muncii nedeclarate. Măsurile adoptate la nivel național depind de contextul specific existent în fiecare stat membru individual, iar activitățile desfășurate în cadrul platformei nu se pot substitui unei evaluări naționale a măsurilor corespunzătoare care urmează a fi adoptate.

Statele membre și autoritățile lor relevante își păstrează competența în ceea ce privește identificarea, analiza și soluționarea problemelor practice legate de asigurarea respectării legislației aplicabile a Uniunii privind condițiile de muncă și protecția socială la locul de muncă și în ceea ce privește stabilirea măsurilor care trebuie adoptate la nivel național pentru a transpune în practică rezultatele activităților desfășurate în cadrul platformei.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour for establishing a European Platform to directly tackle the multiplex problem of undeclared work by strict prevention and deterrence. Avoiding proper registration comprises the direct cause of the various exceedingly negative implications as well as the consequences associated with it. There must be enforcement accompanied by pro-active enabling policies and certain measures directed towards the regularisation of jobs that remain undeclared. This undeclared work highlights that there is both supply and demand for the jobs involved, which further demonstrates the need to integrate them into the formal range of rules and regulations of the social market economy.

Overall, the new European Platform should provide value-added at the Union level to efforts to prevent and deter undeclared work as well as regularize the jobs involved. These pro-active policies come at a time when it is necessary to increase production to counter low growth and deflation. Increased regularisation, as a result, will provide for decent livelihoods and the needed services to customers, all while fairly contributing to market competition and sustainable fiscal stabilisation.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o zřízení evropské platformy pro posílení spolupráce při předcházení nehlášené práci a odrazování od ní. Návrh rozhodnutí Rady a EP je založen na donucovacím přístupu předpokládajícím posílenou spolupráci pro boj proti porušování pracovněprávních předpisů, vyhýbání se daňovým povinnostem a porušování požadavků na sociální ochranu. Účelem platformy je zejména vypracování spolehlivého a účinného systému pro rychlou výměnu informací v rámci řešení problematiky nehlášené práce a zlepšení schopnosti vnitrostátních systémů inspekce práce provádět kontroly a řešit přeshraniční aspekty nehlášené práce prostřednictvím opatření, např. společnými operacemi, příslušnou databází a výměnou pracovníků. Jedná se tedy o podpůrný nástroj doplňující existující vnitrostátní nástroje, neboť boj proti nelegálnímu zaměstnávání a podnikání je primární odpovědností členských států.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da die Europäische Union eine zusätzliche Plattform bzw. Institution beauftragen möchte, um einen Informationsaustausch zwischen nationalen Behörden effizienter zu kontrollieren. So sollte jeder so schnell wie möglich eingreifen können, wenn die Gefahr einer Schwarzarbeit besteht. Da nicht klar definiert wird, wie effizient dieses Projekt sein wird, spreche ich mich klar gegen eine Verschwendung von weiteren Geldern aus.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Deklareerimata töö on mitmeid negatiivseid tagajärgi, muu hulgas vähenevad maksud, ebapiisav konkurents ettevõtete vahel, halvemad töötingimused, madalamad pensioniõigused ja halvem ligipääs tervishoiuteenustele. Kuigi deklareerimata tööst tulenevate probleemidega peavad liikmesriigid peamiselt ise toime tulema, on sellel siiski ka piiriulene mõju. Selleks et tõhustada selle küsimusega tegelevate asutuste omavahelist koostööd liikmesriikides, kuid ka ELi tasandil, peetakse vajalikuks luua ELi tasandil platvorm ehk mehhanism, mis selle probleemiga tegelema hakkab. Muu hulgas pean oluliseks, et lahenduste otsimisel peetakse silmas ka seda, et naistel on Euroopa tööturul endiselt alahõivatud ning tuleb püüda vähendada naiste ja meeste vahel valitsevat erinevusi tööhõives osalemise osas.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El trabajo no declarado constituye uno de los principales frenos al crecimiento y al empleo en Europa, tiene repercusiones negativas en la financiación de la seguridad social y es un factor de dumping social que desprotege a los trabajadores de seguridad y derechos. La creación de esta plataforma europea constituye un arma fundamental para avanzar en el fin de todo lo anterior y luchar contra las prácticas ilegales que, como he dicho, perjudican a nuestras arcas públicas y, sobre todo, al eslabón más débil de la cadena, los trabajadores.

He votado a favor de este informe con la esperanza de que, a través de esta plataforma y con la colaboración de este Parlamento Europeo, podamos ayudar a prevenir y desincentivar el trabajo no declarado.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Pritariu pateiktam pranešimui. Pažymėtina, kad nedeklaruojamas darbas yra dažnai tarpvalstybinio pobūdžio ir nuolat plintantis reiškiny, darantis didelį neigiamą poveikį biudžetui, užimtumui, taip pat iškreipiantis socialinės apsaugos sistemas.

Todėl siekiant veiksmingiau ir efektyviau kovoti su nedeklaruojamu darbu ir atgrasyti nuo jo, reikalingas bendras požiūris į šios problemos sprendimą. Visos ES mastu reikia įgyvendinti kryptingas aktyvios politikos priemonės, kurios užkirstų kelią šio reiškinio plitimui bei padidintų nelegalaus darbo kontrolės efektyvumą.

Visų pirma, bendrais koordinuotais ES lygmens veiksmais reikia gerinti valstybių narių bendradarbiavimą bei keitimąsi geriausia patirtimi. Reikia nustatyti priemones, kurios padėtų atitinkamoms valstybių narių valdžios institucijoms spręsti su tarpvalstybiniais nedeklaruojamo darbo aspektais susijusias problemas. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas atitinkamų darbo vietų įteisinimui vykdant atsakingą ekonominę ir socialinę politiką, kuri sumažintų paskatas darbdaviams ir darbuotojams užsiimti nelegaliu darbu.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), γραπτώς. – Στήριξα την πρόταση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με την καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας. Η αδήλωτη εργασία τείνει να αποτελέσει μείζον πρόβλημα για τη κοινωνική συνοχή της Ευρωπαϊκής Ένωσης και κάθε νομοθετική πρωτοβουλία που στόχο έχει την εναρμόνιση των ελέγχων μεταξύ των κρατών μελών και της Ένωσης δε μπορεί παρά να τύχει στήριξης.

Σύμφωνα με στοιχεία του Eurofound, η αδήλωτη εργασία ανέρχεται σε ποσοστό άνω του 18% του Ακαθάριστου Εγχώριου Προϊόντος της Ένωσης. Η έκτασή της ποικίλλει σημαντικά μεταξύ των κρατών μελών και κυμαίνεται από λιγότερο από 8% έως πάνω από 30% του ΑΕΠ, ενώ υπάρχει σαφές χάσμα εντός της Ένωσης μεταξύ Βορρά και Νότου και μεταξύ Ανατολής και Δύσης.

Έχω ασφαλώς επίγνωση και των σοβαρότατων συνεπειών που μια τέτοια πρακτική μπορεί να προκαλέσει στους πολίτες της Ένωσης, αφού συνδέεται τις πλείστες φορές με ανυπαξία συμφωνιών και όρων εργασίας.

Όλα τα πιο πάνω υποδηλούν ότι η στήριξη νομοθετικών πρωτοβουλιών που στόχο έχουν την καταπολέμηση του φαινομένου της αδήλωτης εργασίας είναι επιβεβλημένη.

Margot Parker (EFDD), in writing. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for Members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to €224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However, only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Oggi purtroppo il lavoro sommerso sfugge all'osservazione e alla registrazione e viene definito in modo diverso negli ordinamenti nazionali. È difficile pertanto ottenere stime affidabili della diffusione del fenomeno negli Stati membri. Considerando l'ultima indagine, dove soltanto il 4% dei rispondenti ha ammesso di aver svolto lavoro sommerso, esprimo un giudizio favorevole per l'istituzione di una piattaforma europea.

Eva Paunova (PPE), in writing. – Undeclared work lead to countries missing out on taxes and social security contributions and to distortions in the labour market as it gives people who do not declare their services and goods an unfair advantage. Far from being a minor issue, undeclared work amounted to 18.4 % of the EU's GDP in 2012. I believe the European platform will improve cooperation and technical capacity between Member States' enforcement authorities to prevent and deter undeclared work and increase public awareness. Hence, I voted in favour of the report.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – Undeclared work is a major problem in all EU Member States that affects at least 10 % of employment capital. Members of the EPP Group, as a solution, support cooperation between Member States and the exchange of best practices in the fight against undeclared work, but not the granting of executive power at EU level to this platform, on a domain which I believe should be kept at Member State level.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o uspostavi europske platforme za poboljšanje suradnje u području sprečavanja i odvrćanja od neprijavljenog rada važan je korak u konačnom obračunu s neprijavljenim radom u Europskoj uniji. U Hrvatskoj je siva ekonomija 2014. godine uzela danak od 13 milijardi eura ili oko 28 posto ukupnog BDP-a (30.4 % u 2015. godini), što je otprilike na razini prosjeka zemalja istočne Europe i znatno više od 18,5 posto koliki je taj prosjek u Europi.

Okolo dvije trećine tih iznosa odnosi se na neprijavljeni rad. Dakle, problem je ozbiljan i sretna sam što se o njegovu rješavanju počinje ozbiljnije razmišljati. Uspostavom platforme koju će sačinjavati najvažniji dionici koji su uključeni u rješavanje pitanja neprijavljenog rada ili regulaciju radnih mjesta svakako će se pridonijeti boljoj provedbi prava Unije i nacionalnog prava. Vjerujem da će se kroz platformu poboljšati razmjena iskustava i dobrih praksi u sprečavanju nezakonitosti.

Pri tome će trebati voditi računa o nacionalnim posebnostima i specifičnim situacijama i posvetiti se poboljšanju međusobnog razumijevanja različitih nacionalnih sustava inspekcije rada. Pozdravljam donošenje ovog izvješća o prijedlogu odluke o uspostavi europske platforme i rado sam ga podržala.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Quelles que soient les bonnes raisons avancées pour la création de cette plateforme, à savoir la lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales, cette forme de coopération imposée représente une nouvelle ingérence dans les affaires intérieures des États. En outre, il est admis que c'est au niveau national que les actions à mener sont les plus pertinentes, si bien qu'une coopération au niveau européen n'aura qu'une incidence très marginale sur ce phénomène, en constante augmentation dans un contexte de crise, et d'ampleur très variable d'un État membre à l'autre.

Une plate-forme européenne serait au mieux une énième structure inutile financée par l'argent des contribuables, qui serait plus utile ailleurs, au pire une bureaucratie nuisible de plus. Je vote donc contre cette proposition.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che il lavoro sommerso, se non adeguatamente combattuto, ostacoli profondamente la capacità dell'Unione di raggiungere i suoi obiettivi di occupazione, crescita e di pari opportunità nel mercato del lavoro. Inoltre, una piattaforma comune può favorire la transizione dal lavoro informale a quello formale, condizione indispensabile per ristabilire posti di lavoro dignitosi.

Il lavoro sommerso in Europa è una realtà preoccupante e intrinsecamente difficile da misurare. È importante quindi affrontare questo fenomeno come una sfida comune perché si potenzino le ispezioni sul lavoro ed esorti la condivisione di buone prassi. Inoltre, è prioritario ridefinire il concetto di lavoro sommerso a livello europeo. Molti stati membri non hanno una definizione formale di lavoro sommerso nel proprio ordinamento, altri la prevedono nel proprio codice del lavoro, in altri ancora il significato di lavoro sommerso assume varie declinazioni a seconda delle diverse agenzie cui si fa riferimento.

Nell'ottica di creare una piattaforma europea, la cui ragion d'essere è la cooperazione tra stati, diventa pertanto cruciale riformulare tale concetto e preoccuparsi di integrarvi altresì le sfide lanciate dai gruppi vulnerabili, in particolar modo le donne.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog uspostave europske platforme protiv neprijavljenog rada kao prvi korak u sprječavanju neprijavljenog rada koji je uzrok višestrukih gubitaka. Za radnike neprijavljeni rad podrazumijeva: manja mirovinska prava, ograničeni pristup zdravstvenoj skrbi, loše radne uvjete i moguće kršenje prava iz radnog odnosa. Kod poduzeća dovodi do nepoštenog tržišnog natjecanja jer kompanije koje ne prijavljuju svoje radnike imaju nepoštenu prednost. Za vlade predstavlja izgubljeni prihod od poreza i socijalnih doprinosa. Procjenjuje se da na neprijavljeni rad otpada gotovo 20% BDP-a na razini EU-a, dok je taj broj u Hrvatskoj i viši.

Iako je borba protiv neprijavljenog rada u nadležnosti zemalja članica, ova će platforma pomoći u razmjeni informacija, osobito u prekograničnim slučajevima kada je teško utvrditi i sankcionirati neprijavljeni rad. Budući da trenutačno ne postoji suradnja na razini EU-a između nacionalnih tijela koja se bore protiv prekograničnog neprijavljenog rada, platformom će se ispuniti ta praznina.

Jednako tako, nadam se da će se ispraviti sustav ostvarenja prava prijavljenih radnika u drugoj zemlji članici što do sada nije uvijek slučaj. Primjerice, hrvatski radnici dnevni migranti koji rade u Sloveniji već godinama se susreću s poteškoćama u ostvarenju svojih prava. Nadam se da će se i ovo pitanje što prije naći na dnevnom redu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), por escrito. – O trabalho não declarado tem repercussões para a estrutura financeira e ética dos Estados e os trabalhadores envolvidos nestes esquemas estão mais fragilizados nos seus direitos. O estabelecimento de estratégias para lutar contra o fenómeno é essencial e positivo.

O relatório negligencia serem as políticas de direita, implementadas no plano nacional sob orientação das políticas da UE, que têm contribuído para a desregulação da legislação laboral, o ataque à contratação coletiva e o aprofundamento de mecanismos de desvalorização e precarização do trabalho. Omite que as políticas de austeridade têm contribuído para o aumento das situações de trabalho total ou parcialmente não declarado, da falsa prestação de serviços, dos falsos estágios remunerados ou das falsas situações de voluntariado.

Há na arquitetura desta Plataforma uma tendência de uniformização de metodologias e legislação, que faz antecipar maior prevalência da decisão ao nível supranacional, comprometendo a soberania nacional.

O combate à precariedade e ao trabalho não declarado só poderá passar, no quadro da soberania dos Estados-Membros, por vínculos que garantam segurança e estabilidade, a valorização da contratação coletiva, dos salários e do trabalho com direitos, ou seja, o caminho contrário ao que a União Europeia tem vindo a impor.

Pelas razões expostas, abstivemo-nos.

Pavel Poc (S&D), písemně. – Nehlášená práce tvoří v některých členských státech Evropské unie až 30 % hrubého domácího produktu. Důsledky pro státní rozpočty, ze kterých jsou následně financovány potřebné politiky zahrnující kupříkladu vzdělávání, budování infrastruktury či zaměstnanost, tedy rozhodně nelze bagatelizovat. Stejně tak nelze bagatelizovat důsledky, které nehlášená práce má pro jejich samotné vykonavatele. Ti jsou totiž častokrát vystaveni nepřiměřeným podmínkám, menším mzdám a totální absenci sociálního zabezpečení. Hlasoval jsem pro zprávu o zřízení evropské platformy pro posílení spolupráce při předcházení nehlášené práci a odrazování od ní, jelikož jsou tyto aktivity stínové a šedé ekonomiky pro obě strany neakceptovatelné. Podpořil jsem také, aby se v rámci platformy evropské sociální partneři stali rovnocennými partnery a aby se jí účastnily všechny členské země Evropské unie, protože se tento problém netýká jen několika vybraných zemí. Týká se všech, a proto si vyžaduje koordinovaný přístup na evropské, národní i regionální úrovni. Platforma by v tomto ohledu měla fungovat jako optimální místo, kde bude docházet k výměně informací a sdílení vhodných praktik jednotlivých států. Nejen k navýšení dosavadního poměrně nízkého hospodářského růstu, ale i k boji proti deflaci je potřeba, aby se co nejdříve nehlášená práce stala hlášená, a to nejlépe zavedením jak restriktivních, tak zároveň i proaktivních opatření.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – Quando si parla di lavoro sommerso si parla, in genere, di attività retribuite che in sé sarebbero lecite, ma che non vengono dichiarate alle pertinenti autorità pubbliche oppure, nel caso del lavoro autonomo fittizio, sono dichiarate falsamente. Per tanto l'istituzione di una piattaforma europea che preveda una cooperazione rafforzata nella lotta alle violazioni del diritto del lavoro, all'elusione fiscale e alle violazioni delle disposizioni in materia di sicurezza sociale, è senza dubbio il primo passo per riuscire a risolvere le molteplici implicazioni riguardanti il lavoro sommerso.

Sono favorevole all'istituzione di tale piattaforma e auspico che quest'ultima sia associata a misure e politiche proattive basate sugli incentivi, finalizzate a promuovere la regolarizzazione dei posti di lavoro che non vengono dichiarati, come ad esempio sgravi fiscali sull'imposta sul reddito, agevolazioni fiscali e regimi di sovvenzione. Per tutte queste ragioni ho votato a favore.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la création d'une plateforme européenne pour renforcer la coopération en vue de prévenir et décourager le travail non déclaré. Au-delà d'être illégal, le travail non déclaré nuit au bon fonctionnement de notre société, car il ne contribue pas à nos systèmes de santé et de redistribution sociale.

On évoque souvent le montant des charges ou la complexité administrative pour justifier le passage au travail non déclaré. Je lutte moi-même contre l'imposition excessive du travail et contre la surcharge administrative dont notre pays souffre malheureusement, pour relancer la croissance. Mais il s'agit d'un autre débat, qui ne doit pas nous faire oublier les chiffres: le travail non déclaré représente environ 20 % du PIB européen, parfois même plus dans certains pays qui ne sont pas connus pour battre des records d'imposition.

Aussi, il nous faut lutter contre le travail non déclaré pour le bien de nos entreprises et de leurs employés qui respectent la loi, pour le bien de notre vivre-ensemble.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for Members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to €224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However, only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias, aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le travail non déclaré est une question cruciale. Cruciale car on parle d'une économie souterraine qui représente 18 % du PIB européen. Si la lutte contre cette forme de travail reste une prérogative des États membres, il est indispensable de mettre en place des synergies au niveau européen. C'est donc avec enthousiasme que j'ai voté en faveur de la création d'une plateforme visant à contribuer à la lutte contre le travail non déclaré. Cette plateforme devra également s'attaquer aux sociétés boîtes aux lettres et aux faux indépendants, qu'il nous faut combattre activement pour contrer le dumping social en Europe. Elle est un premier pas. Il faudra poursuivre ensuite par la mise en place d'un véritable Europol social qui mette en réseau les services d'inspection sociale des États membres pour échanger leurs informations.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes Europos platforma, skirta bendradarbiauti nedeclaruojamo darbo prevencijai ir atgrasymo nuo jo srityje, taps įrankiu, padėsiančiu kovoti su nedeclaruotu darbu. Būtina pabrėžti, kad šios platformos sėkmė gali priklausyti tik nuo ES šalių narių. Jų noras dalytis gerąja patirtimi ir pasiryžimas imtis konkrečių veiksmų kartu lems, ar šis įrankis bus naudingas Europai, ar taps dar viena neveikiančia sistema.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Le travail non déclaré et le travail indépendant factice ont de lourdes incidences budgétaires ainsi que des conséquences graves sur l'emploi, la productivité, le développement des compétences, le droit à pension et à des prestations sociales adéquates ainsi que sur la stabilité des systèmes de sécurité sociale.

L'existence d'une dimension transfrontalière de ce type de fraude exige une action de l'Union européenne, alors qu'aucune structure formelle n'existe pour permettre aux États membres, en charge de la lutte contre le travail non déclaré, de coopérer au niveau européen.

Ainsi, par cette résolution le Parlement soutient et renforce la proposition de la Commission d'établir d'une plateforme européenne de coopération visant à prévenir et à décourager le travail non déclaré. Cet outil, en mettant en commun des moyens et des ressources, permettra de lutter plus efficacement contre ce problème, tout en favorisant la régularisation des emplois concernés. C'est pourquoi, j'ai soutenu le rapport de Georgi Pirinski.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à decisão do Parlamento Europeu e do Conselho relativamente à criação de uma plataforma europeia para reforçar a cooperação na prevenção e dissuasão do trabalho não declarado.

O trabalho não declarado é um dos mais preocupantes e complexos problemas que a UE enfrenta atualmente, pelo que importa adotar ações urgentes, tendentes a minorar as consequências extremamente negativas decorrentes deste facto, bem como as graves perdas para os orçamentos e os sistemas de segurança social dos Estados-Membros.

Esta plataforma prevê melhorar a cooperação entre as autoridades dos Estados-Membros para prevenir e impedir o trabalho não declarado e alertar os cidadãos, através do intercâmbio de melhores práticas, análises e pareceres.

Por considerar fundamental e imprescindível uma atuação conjunta dos Estados-Membros e dos parceiros sociais, juntamente com outras partes interessadas (inclusivamente a nível regional), em interação com as instituições e as capacidades da UE, votei a favor deste relatório, já que só através de uma posição conjunta e concertada se poderá ultrapassar de forma bem-sucedida todo um denso conjunto de desafios com que a UE se depara neste âmbito.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui demande l'établissement d'une plateforme européenne pour lutter contre le travail non déclaré, c'est à dire les activités rémunérées qui ne sont pas déclarées aux pouvoirs publics. Ce type de travail a des conséquences néfastes comme de graves situations d'exploitation, une concurrence déloyale perturbant le marché intérieur ou encore des pertes importantes pour les systèmes de sécurité sociale des États membres.

Une plateforme européenne permettrait de recueillir et de partager des informations fiables sur les bonnes pratiques et les problèmes persistants; elle développerait également une coopération dans la définition et la mise en œuvre de l'application effective de la législation.

Il est fondamental que des actions aient lieu également en amont avec notamment la diminution des règles administratives et fiscales pour nos entreprises afin de relancer l'emploi et la croissance.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – L'Unione europea vive da diversi anni in una situazione di grave crisi economica: la mancanza di soldi, investimenti e lungimiranza da parte dei principali attori europei, ha condotto migliaia di persone a rimanere senza lavoro e a molte altre persone a doversi accontentare di lavorare in nero, pur di poter guadagnare qualcosa. Con la relazione che abbiamo approvato oggi, il Parlamento europeo ha lanciato un chiaro messaggio a tutti quelli che sfruttano il lavoro e la disperazione altrui: abbiamo dato il via all'istituzione di una piattaforma che aiuta le diverse realtà interessate a poter collaborare fra di loro affinché si possa eliminare la piaga del lavoro nero.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – En lo relativo a la creación de una plataforma para luchar contra el trabajo no declarado, hemos votado a favor del informe presentado por la Comisión EMPL con el objetivo de que salga adelante como enmienda al documento de la Comisión.

Como aspectos positivos del informe destacamos los siguientes:

- la plataforma no solo debe prevenir e impedir el trabajo no declarado, sino también hacer frente a las políticas y medidas proactivas destinadas a la regularización de los puestos de trabajo no declarados;
- se quieren explorar las herramientas nacionales y de la UE para hacer frente a los problemas comunes, tales como el fenómeno del falso autónomo y el trabajo no declarado en las cadenas de subcontratación;
- se busca incluir entre las tareas la identificación de lagunas y/o deficiencias de la legislación de la Unión;
- se busca fortalecer los aspectos operativos de la plataforma: reforzar la cooperación operativa con sesiones conjuntas de formación, intercambio de personal e inspecciones conjuntas, así como mejorar el intercambio de datos entre las administraciones nacionales;
- se quieren elaborar principios y directrices comunes para las inspecciones que aborden el trabajo no declarado;
- se quieren llevar a cabo campañas europeas y estrategias amplias regionales o europeas.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – I dag har EU taget et vigtigt første skridt med hensyn til håndteringen af de mange udfordringer med sort arbejde. Med loven i dag skaber vi en europæisk platform, der vil fungere på baggrund af erfaring og udveksling af bedste praksis. Den vil samle en lang række interessenter, herunder repræsentanter for medlemsstaterne og tværfaglige arbejdsmarkedsparter.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Einführung einer europäischen Plattform zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gestimmt, da es wichtig ist, ein Gremium zu haben, in dem über bewährte und funktionierende Bekämpfungsmethoden der Schwarzarbeit diskutiert und so ein ständiger Informationsfluss zwischen den zuständigen Behörden geschaffen wird.

Wichtig für mich ist, dass wir keine Harmonisierung von Bekämpfungsmethoden verabredet haben, was möglicherweise zu einer Aufweichung bewährter Praktiken geführt hätte. Der Austausch der Bekämpfungsmethoden steht im Vordergrund und nicht die Verabschiedung verbindlicher Vorgaben durch die Plattform.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem návrh rozhodnutí, kterým se zřizuje evropská platforma pro posílení spolupráce při předcházení nehlášené práci a odrazování od ní, protože se jedná o důležitý krok k řešení celé řady problémů v oblasti nehlášené práce, které postihují v EU miliony pracovníků – nedůstojné, až nebezpečné pracovní podmínky, nižší mzdy, ztráta sociálního pojištění či sociálních práv obecně. Za silnou stránku platformy považuji skutečnost, že zapojí široký okruh zúčastněných stran, zejména zástupců členských států a sociálních partnerů, a bude fungovat na základě výměny zkušeností a osvědčených postupů. Očekávám, že se platforma také stane místem posílení spolupráce za účelem přípravy a provádění efektivních donucovacích i podpůrných opatření v oblasti nehlášené práce.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta de una plataforma para reforzar la cooperación en materia de prevención y desincentivación del trabajo no declarado parte de la Comisión con el fin de ofrecer un marco estable para la cooperación y el intercambio de buenas prácticas entre Estados, abierta a la participación de los agentes sociales. Apoyamos que el trabajo debe ser todo declarado y con derechos, pero la lucha contra el trabajo no declarado no debe penalizar a los trabajadores y trabajadoras. Creemos que un salario mínimo europeo o la renta básica universal son instrumentos imprescindibles en esta lucha. Pero dado que la propuesta queda muy lejos de establecer un marco coordinado y vinculante para la lucha contra los abusos de los empleadores (un problema de indudable magnitud europea tras la integración en el mercado único), me he abstenido.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sull'istituzione di una piattaforma europea contro il lavoro sommerso destinata a prevenire, scoraggiare e contrastare questo fenomeno con gravi ripercussioni sulle condizioni di lavoro, sulla concorrenza leale, sui bilanci pubblici e sui sistemi previdenziali. Questo nuovo strumento mira a riunire tutti gli organi di polizia, gli ispettorati del lavoro e della previdenza sociale e le autorità fiscali coinvolte.

Mi auguro quindi che possa migliorare la conoscenza e lo scambio di informazioni e pratiche sul contrasto al lavoro sommerso, nonché favorire la sua trasformazione in lavoro legale promuovendo la regolarizzazione dei posti di lavoro non dichiarati e integrando le persone escluse dal mercato del lavoro.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this legislation because it will create a taxpayer funded junket for civil servants, national agencies and social partners to wine and dine in Brussels. The platform will produce advice and non-binding guidelines on how to tackle undeclared work. An article in the legislation specifically says that the Commission will reimburse travel and, where appropriate, subsistence expenses for Members, alternates, observers and invited experts. In the original Commission proposal it states: 'Up to €224 000 per year will be used to reimburse the costs related to participation in the Platform meetings.' UKIP has no problem with individual countries working together to share best practises and deal with this issue. However, only the elected and accountable national governments should be able to take such decisions – unelected EU bureaucrats have no right to waste taxpayers' money on such vanity projects.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Undeclared work has serious implications for the economy of the West Midlands and deprives workers of their basic rights and often puts them in hazardous working conditions. I welcome this decision of the EU to establish a Platform to tackle the problems of undeclared work in the EU. It is right that Member States work with each other to tackle those employers who perpetrate undeclared work and attempt to hide behind borders. In the context of the UK, undeclared work is estimated to be equivalent to 10% of the GDP.

Hence, I believe that this package provides a much needed format for such cooperation and addresses the new challenges that the EU faces, such as the labour market integrating the recent influx of refugees.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – V prípade uznesenia Európskeho parlamentu o zriadení európskej platformy na posilnenie spolupráce v oblasti prevencie a odrádzania od nelegálnej práce som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. Víтам tento návrh, nakoľko nelegálna ekonomika a práca, žiaľ, predstavuje značne rozšírený problém EÚ, ktorému vo veľkej miere čelíme aj u nás na Slovensku. Nelegálna práca poškodzuje hospodárstvo Únie, vedie k nespravodlivej hospodárskej súťaži a v konečnom dôsledku poškodzuje samotných ľudí, ktorí sú takouto formou „zamestnaní“. Cieľom platformy bude nielen zápas s nelegálnou prácou, ale aj jej boj proti zakladaniu schránkových spoločností, čo pokladám za kľúčovú súčasť riešení v problematike daňových podvodov a v boji s korupciou.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Nelegálna práca a nelegálne zamestnávanie z môjho pohľadu predstavuje pre EÚ a jej členské štáty už dlhší čas závažný ekonomický a spoločenský problém, preto som podporila uznesenie pre zriadenie európskej platformy na posilnenie spolupráce v oblasti prevencie a odrádzania od nelegálnej práce. Som rada, že Komisia prichádza s opatreniami, ktoré vzhľadom na negatívne dôsledky nelegálnej práce môžu pomôcť zlepšiť neisté pracovné a životné podmienky miliónom pracovníkov v rámci Únie, nekalú hospodársku súťaž a závažné straty pre rozpočty a systémy sociálneho zabezpečenia členských štátov. Som však presvedčená, že bez spoločného úsilia členských štátov a sociálnych partnerov, ako aj iných zainteresovaných strán, a to aj na regionálnej úrovni, spolu s inštitúciami a možnosťami EÚ nebudeme schopní prekonať tieto závažné problémy a nedostatky. Očakávam, že na základe prijatej platformy sa medzi členskými štátmilepší výmena skúseností z osvedčených postupov, posilní sa možnosť poskytovania aktuálnych, objektívnych, spoľahlivých a porovnávacích údajov alepší sa aj cezhraničná spolupráca.

Michaela Šojdrová (PPE), písemně. – Podpořila jsem zprávu o zřízení evropské platformy pro posílení spolupráce při předcházení nehlášené práci. Tímto usnesením navrhuje Evropský parlament změnu návrhu Komise v prvním čtení. Jedná se o vznik koordinační platformy složené ze zástupců vnitrostátních orgánů členských států, zástupců Komise a i za řad sociálních partnerů. Podílet se na ní bude i Evropská nadace pro zlepšení životních a pracovních podmínek (Eurofound), Evropská agentury pro bezpečnost a ochranu zdraví při práci (EU-OSHA) a zástupce Mezinárodní organizace práce (MOP).

Posílení spolupráce mezi členskými státy na úrovni EU považují za nezbytné k tomu, aby členské státy mohly účinněji předcházet nehlášené práci. K tomu by měla sloužit výměna osvědčených postupů a informací a poskytování odborných znalostí a analýz na úrovni EU mezi odpovědnými osobami a institucemi. Aby činnost platformy byla účinná, je navržena povinná účast pro členské státy. Za důležité považují efektivitu a minimální náklady, které na tuto platformu budou vynakládány. Nehlášená práce je narůstající fenomén, který má mnohé příčiny a souvislosti a má negativní účinky na trh práce a příjmy státního rozpočtu. V konečném důsledku poškozuje jak zaměstnavatele, tak zaměstnance.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Poročilo se nanaša na predlog sklepa o vzpostaviti evropske platforme za okrepitev sodelovanja pri preprečevanju in odvrčanju od dela na črno. Gre za enega najbolj zaskrbljujočih in zapletenih problemov, saj se nanaša na dejavnosti, ki so sicer po naravi zakonite, niso pa prijavljene pri javnih organih oziroma so v primeru navidezne samozaposlenosti nepravilno prijavljene.

Delo na črno ima zelo resne negativne posledice na mnoge segmente. Vpliva tako na pravice delavcev in njihove socialne pravice, kot tudi na proračun občine, države, na koncu pa tudi na proračun EU. Pozdravljam predlagano vzpostavitev platforme, vendar pa ji morajo slediti še konkretni ukrepi.

Menim, da obstaja še veliko okvirov, v katerih se lahko ustrezno borimo proti delu na črno. Kot takega lahko omenim ustrezno davčno politiko, ki naj bo stimulativna ter ki naj ne potiska delavcev in delodajalcev v odnos dela na črno.

Prav tako menim, da je potrebno podpreti dejavnosti na področju aktivne politike zaposlovanja, socialne politike in predvsem ažuriranja podatkov, kar bo omogočilo dostop do točnega podatka o številu ljudi, ki delajo na črno. Strinjam se, da bi predlagana platforma lahko predstavljala nekakšno osnovo za oblikovanje delovnega programa, ki bi popolnoma ustrezal nujni potrebi po usmerjenem ukrepanju, zaradi česar sem poročilo podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk. – Vandaag stemde het Europees Parlement over de oprichting van een Europees platform voor een betere samenwerking bij het voorkomen en tegengaan van zwartwerk. Zwartwerk is een wijdverspreid fenomeen in Europa en leidt tot uitbuiting van werknemers en ondermijning van de economie. Het ontnemt nationale overheden inkomsten. Men schat dat het gaat om 18 % van de economische activiteiten. Het werd dan ook tijd dat de EU-lidstaten samenwerken om een coherent antwoord te bieden voor het probleem.

Het platform dient om informatie en goede voorbeelden uit te wisselen tussen nationale autoriteiten die werkzaam zijn op het gebied van werkgelegenheid, belastingen en migratie, maar ook met de sociale partners. Het belang van arbeidsinspectiediensten en financiële ondersteuning wordt benadrukt. Ook schijnzelfstandigheid valt onder de noemer zwartwerk. Daarnaast werd ook de link gelegd met de EU-werkgelegenheidsdoelstellingen en het Europees semester.

Aangezien zwartwerk geen grenzen kent, is Europese samenwerking heel belangrijk. Het platform mag geen praatclub worden en moet ook concrete acties voorstellen. Op aandringen van de Groenen komt er een specifieke focus op huishoudelijk werk en vrouwen, die in het bijzonder benadeeld worden door "in het zwart" te werken. Het staat buiten kijf dat dit een belangrijk onderwerp is en daarom stemde ik voor.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Všetci sme súčasťou trhu práce, z tohto dôvodu vítam posilnenie spolupráce v oblasti prevencie a odrádzania od nelegálnej práce. Je dôležité správne bojovať proti nezamestnanosti, ide tu o prežitie ekonomiky ako takej, nakoľko nelegálna práca je spojená s veľmi negatívnymi dopadmi, pokiaľ ide napríklad o práva zamestnancov, ich sociálne práva, daňové otázky, taktiež negatívne vplyva na dôchodkové zabezpečenie a podobne, čo má následne dopad na rozpočet členských štátov Európskej únie. Toto je cesta k podpore zamestnanosti a k lepším životným podmienkam.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Neprijavljeni rad ima ozbiljne posljedice na proračun zbog smanjenih prihoda od poreza i socijalnih doprinosa. Jačanje suradnje među državama članicama na razini EU-a nužno je kako bi se pomoglo državama članicama da spriječe neprijavljeni rad i odvrte od njega na djelotvoran i učinkovit način. Ciljevi platforme će olakšati razmjenu najboljih praksi i informacija, pružiti okvir na razini EU-a za razvoj stručnog znanja i analiza, poboljšati operativnu koordinaciju djelovanja između provedbenih tijela država članica.

Platforma bi trebala iskoristiti sve relevantne izvore informacija, posebice studije, bilateralne sporazume između država članica i projekte multilateralne suradnje i stvoriti sinergiju između postojećih instrumenata i struktura na razini EU-a kako bi u najvećoj mogućoj mjeri ostvarila cilj odvrćanja od neprijavljenog rada i sprečavanja istog, te sam stoga podržao izvješće.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I welcome the EU's decision to establish a Platform to tackle the problem of undeclared work in the EU. With the freedom of movement across the EU, it is right that Member States work with one another to tackle employers who perpetrate undeclared work and attempt to hide behind borders. Undeclared work has multiple highly negative consequences: severe exploitation and precarious working and living conditions for millions of workers throughout the Union, grossly unfair competition that is deeply disruptive to the single market, as well as serious losses to the budgets and social security systems of Member States. In the UK, undeclared work is estimated to be equivalent to 10 % of GDP.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sam za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi evropske platforme za okrepitev sodelovanja pri preprečevanju in odvrćanju od dela na črno. Delo na črno predstavlja velik problem za celotno Evropsko unijo: ogroža gospodarstvo, povzroča nelojalno konkurenco, izkrivlja trg ter nenazadnje ogroža finančno stabilnost in socialno varnost Evropske unije.

Med državami članicami je veliko razlik v zvezi z opredelitvijo dela na črno, količine, vzorcev, dela in narave dela na črno, zato potrebujemo ukrepe, ki bodo vse te razlike upoštevali. Potrebujemo okrepljeno sodelovanje pri ukrepih proti delu na črno, ki morajo koristiti tistim gospodarskim subjektom, ki poslujejo pošteno in se ne poslužujejo dela na črno.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αυτή αφορά τη δημιουργία ευρωπαϊκής πλατφόρμας ανταλλαγής πληροφοριών και ενίσχυση της συνεργασίας μεταξύ των κρατών μελών για την πρόληψη και αποτροπή της αδήλωτης εργασίας.

Είναι το αποτέλεσμα τριλόγου μεταξύ του Κοινοβουλίου της Επιτροπής και του Συμβουλίου, στον οποίο φαίνεται πως ακόμα και η Επιτροπή προσπάθησε να παίξει έναν εποικοδομητικό ρόλο. Υπερηφίσασα την έκθεση γιατί αφενός, τονίζει πως τα κράτη μέλη έχουν τον πρώτο λόγο στην μεταξύ τους συνεργασία, και, αφετέρου, η έκθεση είναι ευαίσθητη για τα κοινωνικά ζητήματα της επισφαλούς εργασίας και του κοινωνικού ντάμπινγκ. Επίσης γίνονται αναφορές για καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας ιδιαίτερα για τις οικιακές βοηθούς, για πρακτικές που προωθούνται από επιχειρήσεις «ταχυδρομικής θυρίδας» και στήριξη για κοινωνική ασφάλιση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η αδήλωτη εργασία και γενικότερα η εκμετάλλευση της εργατικής τάξης δεν αντιμετωπίζεται με «πλατφόρμες» ειδικά δε όταν αυτές δημιουργούνται από ενεργούμενα του μεγάλου κεφαλαίου, που εξαρχής εκμεταλλεύονται τις λαϊκές μάζες. Επιπλέον, η έκθεση περιλαμβάνει πρόνοιες για τους λαθρομετανάστες, καθώς επίσης και διάφορες παροχές στους ήδη εν εμπειρογνώμονες οι οποίοι προβλέπεται να στελεχώσουν την εν λόγω πλατφόρμα.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitikai terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatakor az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett több százezer személyt érintő munkahelyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges csak elvégezni, ezért is

támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Fontos és alaposan kimunkált anyagnak tartom a jelentést, éppen ezért támogattam azt. Úgy vélem, hogy a be nem jelentett munkavégzés gyakorlata hatalmas károkat okoz a tagállamok, és végső soron az egész EU-nak. Ez nemcsak adóelkerülési károkat jelent, hanem személyes és rendszerszintű szociális biztonsági kérdéseket is felvet. Sajnos Magyarországon magas a be nem jelentett munkavállalók száma, illetve az a gyakorlat, hogy papíron alacsonyabb bérre jelentik be a munkavállalót. Úgy vélem, hogy ebben a folyamatban leginkább a munkavállalók kiszolgáltatottak, mivel az esetek többségében a munkáltatók visszaéléséről van szó, melyet a jogszabályi kiskapuk tesznek lehetővé.

Az európai parlamenti vita során elmondtam, hogy a munkajogi csalások megelőzése, felszámolása érdekében hatékony eszköz lehet az egységes, EU-szintű minimálbérrendszer! A jelentés kitér az Európai Bizottság által kezdeményezett, a „be nem jelentett munkaadással kapcsolatos Európai Platformra”, melyben a részvétel mértékét a tagállamok önállóan határozzák meg. Véleményem szerint, eredményeket csakis a tagállamok aktív szerepvállalása és a közös európai összefogás kombinációjával érhetünk el. Úgy gondolom továbbá, hogy a be nem jelentett vagy a papíron minimálbérrel bejelentett foglalkoztatás elleni küzdelemben természetesen növelni szükséges a szakszervezetek szerepét is.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Praca nierejestrowana jest bardzo powszechnym zjawiskiem w Europie, które prowadzi do wyzyskiwania pracowników, pozbawienia budżetów krajowych znacznych przychodów, trwałych zakłóceń na rynku i zasad uczciwej konkurencji, osłabiając tym samym gospodarkę całej UE.

Ze względu na to, iż praca nierejestrowana nie ogranicza się do granic jednego kraju, współpraca w ramach Unii Europejskiej jest tym bardziej istotna. Ustanowienie platformy, w której uczestniczyć będą wszystkie państwa członkowskie UE może przyczynić do zwalczania pracy nierejestrowanej i wypracowania spójnego podejścia do kwestii zwalczania prac nierejestrowanych. Tworzona platforma powinna zatem prowadzić do wymiany informacji i najlepszych praktyk między instytucjami krajowymi takimi, jak agencje wspierające zatrudnienie, organy podatkowe czy imigracyjne, przy jednoczesnym włączeniu partnerów gospodarczych i społecznych.

Nie ulega jednak żadnej wątpliwości, iż konieczne będzie dokonanie dogłębnej oceny, w jakim stopniu taka forma współpracy między Komisją Europejską a organami państw członkowskich służy celom określonym w decyzji Parlamentu Europejskiego i Rady, a także czy korzyści z takiej formy współpracy uzasadniają koszty związane z funkcjonowaniem platformy.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – Il lavoro sommerso è fenomeno che sta minacciando l'economia europea e che sfrutta una buona parte della forza lavoro.

Circa un cittadino europeo su dieci ammette di aver acquistato beni o servizi ottenuti da lavoro sommerso, mentre il 4% ammette di aver ricevuto personalmente pagamenti in nero come corrispettivo per lavori svolti.

Per i governi, il lavoro sommerso minaccia i ricavi dalle tasse mettendo a dura prova la sostenibilità dei sistemi di protezione sociale.

Anche l'impatto sui lavoratori è profondo. Il lavoro nero priva i lavoratori di protezione sociale, mette a rischio la loro salute e la sicurezza e abbassa gli standard di lavoro.

La piattaforma europea ha l'obiettivo di intensificare la collaborazione tra gli Stati membri e quindi di riuscire a contrastare il lavoro nero in modo più efficiente. Per questo motivo abbiamo votato a favore.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Fenomenul muncii nedeclarate sau așa-numita „muncă la negru” afectează în mod semnificativ economia UE și a statelor membre. Peste 18 % din PIB-ul Uniunii și între 8 și 30 % din PIB-ul statelor membre sunt deturnate de acest fenomen negativ, care poate fi întâlnit cu precădere în sectorul construcțiilor, dar și în domeniile serviciilor de îngrijire și curățenie, serviciilor private de securitate, agricultură și turism. Principalul efect este competiția neloială prin intermediul evaziunii fiscale și văduvirea bugetelor publice de taxele pentru asigurările sociale. De asemenea, lucrătorii implicați sunt lipsiți de protecție socială și la locul de muncă, fiind vulnerabili la condiții de salarizare precare.

În vederea remedierii situației, Comisia a decis înființarea unei platforme europene care să potențeze cooperarea între statele membre și actorii principali implicați în combaterea acestui fenomen. Platforma, având un rol consultativ, urmează să fie un forum pentru dezbateră soluțiilor la adresa acestei probleme, soluții propuse apoi statelor membre. Scopul major al acestei inițiative este motivarea suplimentară pentru a declara forța de muncă „la negru” și pentru prevenirea fenomenului. Cooperarea transfrontalieră este esențială în vederea realizării acestui deziderat. În consecință, susțin această inițiativă și consider că documentul de față este un element important pentru asigurarea echității muncii.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J’ai voté pour ce texte. Dès le début de sa huitième législature, le Parlement européen est appelé à se pencher sur l’un des problèmes les plus complexes et les plus préoccupants, à savoir le travail non déclaré. La complexité du problème découle de sa nature même: il s’agit d’activités rémunérées de nature légale, qui ne sont toutefois pas déclarées aux pouvoirs publics ou qui, dans le cas du travail indépendant factice, font l’objet de fausses déclarations.

Je tiens à souligner que c’est un problème européen et pas seulement grec, comme certains semblent le croire au sein de nos institutions.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on establishing a European Platform to enhance cooperation in the prevention and deterrence of undeclared work. This report recommended the establishment of a European Platform to enhance the cooperation at Union level in tackling undeclared work. This means the prevention, deterrence and combating of undeclared work as well as encouraging and promoting declared work. If properly implemented, the overriding objective of the Platform shall be to provide value-added input at Union level to the efforts of Member States and Union institutions to successfully tackle the complex problem of undeclared work and its manifold implications and consequences including encouraging and promoting declared work.

The Platform shall, to that end, contribute to an improvement in Union and national law, help to achieve the Union’s employment targets providing a more effective Union framework for employment and workplace health and safety.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le travail non-déclaré est équivalent à 18 % du PIB de l’Union Européenne et concerne 8 % à 30 % de l’activité économique en fonction des États Membres. Grevant le financement de nos sécurités sociales, c’est un véritable fléau qui prive nos salariés de droits et les pousse à exercer leur métier dans des conditions de plus en plus précaires et dégradées.

Pour construire l’Union européenne, il nous faut au contraire converger vers des normes sociales élevées et la garantie des droits de tous les travailleurs européens. Ainsi, la lutte contre le travail non déclaré constitue une priorité.

Je félicite mon collègue socialiste Pirinski pour son rapport qui préfigure la création de cette plateforme européenne. Visant à prévenir et décourager ce type de pratiques, elle inclura largement les partenaires sociaux. Cette plateforme à laquelle participeront tous les États Membres devra «prévenir, détecter et combattre le travail non déclaré». Son objectif sera également incitatif, et non uniquement répressif, puisqu’elle se fixe pour ambition de régulariser les travailleurs non déclarés.

Il s’agit d’une avancée notable qui mérite d’être saluée, continuons en ce sens avec un véritable agenda social européen. L’Europe sociale dans les actes, voilà ce que nos concitoyens attendent.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Ho appoggiato con convinzione la proposta di istituire una piattaforma europea di alto livello che si ponga come obiettivo primario, quello di contrastare il lavoro sommerso. Regularizzare il lavoro sommerso significa migliorare la situazione di migliaia di lavoratori in Europa, che sono senza diritti, precari, vittime di ogni tipo di abuso.

Si tratta inoltre di evitare di mettere in pericolo i sistemi di sicurezza sociale creando una concorrenza sleale tra lavoratori, una chiara minaccia al nostro sistema di welfare, oltre che la causa di una diminuzione delle tutele minime cui ogni cittadino ha diritto. Il contrasto al lavoro sommerso deve essere una priorità ed è positivo che l'UE riconosca una dimensione europea del problema e intenda proseguire con un dialogo aperto con la società civile, favorendo gli incontri fra sindacati e datori di lavoro.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament korábbi vitáiban már elismerte, hogy a „feketemunka” Európában általános probléma, amely nemcsak a munkavállalókra gyakorol negatív hatást, de az állami adóbevételekben és szociális hozzájárulásban is súlyos hiányokat, egyensúlytalanságokat okoz. A tagállamokban nem ritka a 15-20%-os feketefoglalkoztatás sem, ezért az Európai Bizottság javaslata alapján egy ún. platform felállítására kerülhet sor, amelynek feladata a tagállami jó gyakorlatok cseréje és a szakmai és érdekvédelmi munka erősítése lesz, mivel az elősegítheti a bejelentett munkavállalást, a foglalkoztatottak biztonságát és a döntéshozók munkáját a foglalkoztatáspolitikai és gazdaságpolitikai terén.

Mint ismert, a bejelentés nélküli foglalkoztatás vizsgálatakor az egyik legnehezebb feladat a feketemunka megállapítása, mert a legtöbb esetben rejtve marad. Az eddigi jó gyakorlatok alapján Magyarország az elmúlt években sokat tett a gazdaság kifehérítése érdekében pl. az online pénztárgépek bevezetésével. Emellett több százezer személyt érintő munkahelyvédelmi programok, illetve foglalkoztatást ösztönző adókedvezmények és újabb, atipikus foglalkoztatási formák (egyszerűsített foglalkoztatás, több munkáltató által létesített munkaviszony stb.) bevezetése is jelentősen hozzájárult a feketefoglalkoztatás hazai csökkentéséhez. A feketemunka elleni küzdelem közös ügyünk, de a házi feladatát mindenkinek otthon kell megcsinálnia és ezt a leghatékonyabban a szubszidiaritás elve alapján lehetséges csak elvégezni, ezért is támogattam szavazatommal az előterjesztést.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Tarp Europos Sąjungos tikslų socialinės politikos srityje pranešime buvo paminėtas užimtumo skatinimas ir gyvenimo ir darbo sąlygų tobulinimas. Tai labai svarbus pareiškimas.

Todėl, siekdamos visapusiško ir veiksmingo problemos sprendimo, ypač kalbant apie nedeklaruojamą darbą, valstybės narės turėtų įvesti specialiai paruoštą veiksmų rinkinį, paremtą bendradarbiavimu tarp visų atitinkamų institucijų. Šis bendradarbiavimas turėtų apimti visas nacionalines valdžios institucijas bei socialinių partnerių atstovus.

Būtina pradėti glaudesnę bendradarbiavimą ES lygmeniu norint užkirti kelią nedeklaruojamam darbui, kuris kenkia ES ekonomikai, veda nesąžiningos konkurencijos ir rinkos iškreipimo link, kelia grėsmę ES socialinio modelio finansiniam stabilumui ir sukelia didėjančias darbuotojų socialinės apsaugos ir užimtumo apsaugos spragas. Turint tai omenyje, Europos platformos užduotys turėtų apimti patirties ir geros praktikos mainų didinimą, savalaikės, objektyvios, patikimos ir palyginamos informacijos teikimą, kas neabejotinai prisidės prie tarpvalstybinio bendradarbiavimo gilinimo siekiant geriau apsaugoti darbuotojus. Balsavau už pranešimą dėl šių svarbių priežasčių.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam uspostavu Europske platforme za poboljšanje suradnje u području sprječavanja i odvrćanja od neprijavljenog rada budući da smatram da je to snažna politička poruka jer pokazuje našu predanost borbi protiv neprijavljenog rada koji šteti radnicima, podriva vladavinu prava i narušava tržišne odnose.

No držim da sama uspostava platforme neće ništa riješiti. Moramo razumjeti uzroke neprijavljivanja rada kako bismo ovom problemu mogli konstruktivno pristupiti.

Vjerujem da postoje oni koji ne prijavljuju rad jer vole poslovati s one strane zakona i varati ljude i državu, ali hrvatska iskustva govore kako većina poslodavaca koji ne prijavljuju radnike čini to zbog nepodnošljivog poreznog opterećenja na plaće.

Sivu ekonomiju možemo drastično smanjiti samo ako postignemo da se varanje više ne isplati. Dok god su porezi toliko visoki da će poslodavci umjesto njih radije platiti kaznu, naša će borba za potpuno legalno poslovanje u cijeloj Uniji bit neuspješna.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o vzpostavitvi evropske platforme za okrepitev sodelovanja pri preprečevanju in odvracanju od dela na črno sem podprla, saj je delo na črno problem, s katerim se spopadajo države članice vsaka v svojih okvirih.

Delo na črno ne pomeni le posledice za proračune držav članic, še bolj kot to je pomemben negativen vpliv na socialno varnost posameznikov. Cilji ustanovitve platforme so izboljšanje sodelovanja med organi pregona držav članic za preprečevanje in odvracanje od dela na črno, izboljšanje tehničnih zmogljivosti držav članic v boju proti čezmejnemu delu na črno in povečanje ozaveščenosti javnosti z izmenjavo najboljših praks, analiz in mnenj.

Za boj proti delu na črno, so primarno odgovorne države članice. Tako tudi ostaja, kljub ustanovitvi platforme. Vlade so tiste, ki lahko z ustrežnejšo politiko omilijo negativne učinke, tako na strani delodajalcev, kot na strani delojemalcev. Zavzemanje za zmanjšanje obsega le-tega bi prineslo pozitivne učinke, tako za gospodarstvo, kot za socialno varnost ljudi.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – According to reliable estimates, in 2015 the average size of the shadow economy of the 28 EU countries was about 18% of GDP. It was much higher in some Eastern and Southern-European countries. For instance, in my native Estonia it was equal to 26%. Importantly, No EU economy is absolutely or almost free from this phenomenon. In the EU undeclared work may have an important cross-border component and therefore it may even compromise the fundamental right to free movement. I believe that the new European Platform is capable to address these complex problems. However, efficiency of the Platform will depend on the Member States, on their ability to be proactively engaged. Participation in the work of the Platform should not depend on decision of national authorities. Therefore, this participation was made obligatory.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – En lo relativo a la creación de una plataforma para luchar contra el trabajo no declarado, hemos votado a favor del informe presentado por la Comisión EMPL con el objetivo de que salga adelante como enmienda al documento de la Comisión.

Como aspectos positivos del informe destacamos los siguientes:

— la plataforma no solo debe prevenir e impedir el trabajo no declarado, sino también hacer frente a las políticas y medidas proactivas destinadas a la regularización de los puestos de trabajo no declarados;

— se quieren explorar las herramientas nacionales y de la UE para hacer frente a los problemas comunes, tales como el fenómeno del falso autónomo y el trabajo no declarado en las cadenas de subcontratación;

— se busca incluir entre las tareas la identificación de lagunas y/o deficiencias de la legislación de la Unión;

— se busca fortalecer los aspectos operativos de la plataforma: reforzar la cooperación operativa con sesiones conjuntas de formación, intercambio de personal e inspecciones conjuntas, así como mejorar el intercambio de datos entre las administraciones nacionales;

— se quieren elaborar principios y directrices comunes para las inspecciones que aborden el trabajo no declarado;

— se quieren llevar a cabo campañas europeas y estrategias amplias regionales o europeas.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Taking into account Europe's fiscal situation, it is clear that one of our challenges for the coming years is to prevent informal or undeclared work from growing, as its existence weakens our welfare systems.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – En principe, la lutte contre le travail illégal reste du ressort des États, et son efficacité dépend beaucoup de la participation des partenaires sociaux. Les principales actions de la plateforme consisteront à permettre l'échange d'informations et de bonnes pratiques, surveiller les actions au niveau national, et encourager la formation du personnel concerné.

Quelles que soient les bonnes raisons avancées, à savoir la lutte contre la fraude sociale et la baisse des recettes fiscales, cette forme de coopération imposée représente une nouvelle ingérence dans les affaires intérieures des États. En outre, il est admis que c'est au niveau national que les actions à mener sont les plus pertinentes, si bien qu'une coopération au niveau européen n'aura qu'une incidence très marginale sur ce phénomène, en constante augmentation dans un contexte de crise, et d'ampleur très variable d'un État membre à l'autre.

J'ai donc voté CONTRE.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – En lo relativo a la creación de una plataforma para luchar contra el trabajo no declarado, hemos votado a favor del informe presentado por la Comisión EMPL con el objetivo de que salga adelante como enmienda al documento de la Comisión.

Como aspectos positivos del informe destacamos los siguientes:

— la plataforma no solo debe prevenir e impedir el trabajo no declarado, sino también hacer frente a las políticas y medidas proactivas destinadas a la regularización de los puestos de trabajo no declarados;

— se quieren explorar las herramientas nacionales y de la UE para hacer frente a los problemas comunes, tales como el fenómeno del falso autónomo y el trabajo no declarado en las cadenas de subcontratación;

— se busca incluir entre las tareas la identificación de lagunas y/o deficiencias de la legislación de la Unión;

— se busca fortalecer los aspectos operativos de la plataforma: reforzar la cooperación operativa con sesiones conjuntas de formación, intercambio de personal e inspecciones conjuntas, así como mejorar el intercambio de datos entre las administraciones nacionales;

— se quieren elaborar principios y directrices comunes para las inspecciones que aborden el trabajo no declarado;

— se quieren llevar a cabo campañas europeas y estrategias amplias regionales o europeas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I believe that undeclared work is a major problem in Europe which needs to be tackled effectively. Undeclared work, which accounted for 18.4 % of the EU's GDP in 2012, is a problem not only because governments miss out on revenue, but also because workers are also less protected. It is conducive to unfair competition and makes countries miss out on taxes and social security contributions, and at the same time puts workers at a disadvantage. This is why I supported the report's idea to create a European platform to address the issue: this platform could serve to share best practices and examine information, especially when it involves companies operating in more than one EU country.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Me congratula el establecimiento de una plataforma europea que favorezca el fortalecimiento de la cooperación para prevenir e impedir el trabajo no declarado. Toda iniciativa de este tipo encaminada a favorecer la cooperación para que las autoridades nacionales puedan luchar contra el trabajo no declarado entre sus fronteras, así como incrementar la concienciación y la necesidad de luchar contra este tipo de prácticas, es positivo y necesario para Europa. Por todo ello, creo conveniente votar a favor de este informe.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Hoy, la UE ha dado un paso muy importante para hacer frente a los múltiples desafíos que entraña el trabajo no declarado. Este perjudica gravemente la economía europea, ya que representa en torno al 18 % del PIB, aunque en algunos Estados puede llegar a alcanzar el 35 % (20 % en el caso de España).

Pero no solo afecta a la economía, sino que supone un grave riesgo para los trabajadores afectados puesto que, en muchas ocasiones, son explotados, sufren condiciones más peligrosas y peores salarios y ven violados sus derechos laborales.

Los socialistas hemos liderado la creación de esta plataforma que tiene el objetivo de mejorar las condiciones laborales, reducir el fraude a la Seguridad Social e integrar a los trabajadores de la economía sumergida en el mercado de trabajo. La plataforma lidiará con todo tipo de empleo no declarado, desde los falsos autónomos a las empresas ficticias, aunando los esfuerzos de una amplia gama de actores interesados, incluyendo a los Estados miembros y a los agentes sociales.

Por todas estas razones he votado a favor de esta iniciativa que espero sea el primer paso en la creación de medidas más incisivas para combatir esta lacra de nuestra economía y nuestra sociedad.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I was happy to vote in favour of this report on the negotiations between the Council, Commission and Parliament on the issue of undeclared work. While freedom of movement has brought many great benefits, in employment, opportunities to travel and link with people all over Europe, one of those benefits should not be the ability to avoid the taxman through undeclared work in other Member States. We need to work at an EU level to tackle this problem. Undeclared work has multiple and highly negative consequences: severe exploitation and precarious working and living conditions for millions of workers throughout the Union, grossly unfair competition that is deeply disruptive to the single market, as well as serious losses to the budgets and social security systems of Member States. In the UK, undeclared work is estimated to be equivalent to 10% of GDP.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Zwartwerk in Europa is een probleem omdat werknemers minder beschermd zijn dan in het legale circuit. Daarom heb ik voor de oprichting van een Europees platform voor de intensivering van de samenwerking bij het voorkomen en tegengaan van zwartwerk gestemd. Lidstaten moeten ten volle meewerken aan dit platform en zo optimale praktijken en informatie met elkaar uitdelen, zeker wanneer het informatie over bedrijven betreft die tegelijkertijd in meerdere lidstaten actief zijn.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite de l'adoption en janvier 2014 d'une résolution du Parlement européen demandant le renforcement de la coopération des inspections du travail nationales contre le travail non déclaré, la Commission a proposé en avril 2014 la création d'une plateforme européenne en ce domaine.

Après plusieurs mois de négociations, le Parlement européen et le Conseil se sont mis d'accord pour la création de cette plateforme.

Au-delà de mesures de renforcement de la coopération et de mesures opérationnelles entre les inspections nationales du travail comme des enquêtes conjointes, la plateforme couvrira aussi le travail indépendant fictif.

Toutefois, après les négociations entre Conseil et Parlement, les États ne seront plus obligés, contrairement à la proposition initiale de la Commission, de participer à toutes les activités de la plateforme et pourront choisir de mettre en œuvre ses recommandations.

Une fois de plus, les États membres ont refusé la construction d'une réelle Europe sociale.

J'ai cependant voté pour ce rapport considérant que c'était une première étape dans la lutte, au niveau européen, contre le travail non déclaré qui prive nombre de travailleurs des droits sociaux les plus élémentaires en matière de protection sociale et de sécurité.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta Plataforma visa uma maior cooperação entre os Estados-Membros – das suas estruturas e autoridades de fiscalização laboral, de condições de higiene e segurança, de fiscalidade financeira, de serviços de estrangeiros, etc. –, partilhando informação e melhores práticas, desenvolvendo uma base de dados, princípios e metodologias comuns, bem como ações de formação. Esta Plataforma será coordenada pela Comissão. Prevê, ainda, a participação de parceiros, nomeadamente representantes de empregadores e trabalhadores.

No entanto, há na arquitetura desta Plataforma uma tendência de uniformização de metodologias e legislação, de utilização de dados que poderão pôr em causa as liberdades dos indivíduos, ou de prevalência da importância da decisão de nível supranacional sobre as soberanias nacionais. Questionamos, ainda, a relevância de uma estrutura formal com estes objetivos, não obstante a importância da cooperação neste como noutros contextos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Bei der geplanten Plattform handelt es sich um eine weitere EU-Agentur, welche die europäischen Arbeitnehmer noch weiter kontrollieren möchte. Weitere Schikanen in Form von verstärkten Inspektionen lehne ich ab. Daher stimme ich gegen diesen Bericht.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché i dati i dati europei sul lavoro sommerso sono preoccupanti, con una media del 18% a livello UE. Questo ha delle conseguenze negative in molti settori, dalla sicurezza sul lavoro (in particolare il settore delle costruzioni, dove sono molti i lavoratori in nero) all'impossibilità, per questi lavoratori, di accedere agli ammortizzatori sociali. La piattaforma sarà un passo in avanti verso una migliore cooperazione tra gli Stati membri e i partner sociali nella lotta al lavoro sommerso.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung einer Europäischen Plattform zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Prävention und Abschreckung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit habe ich nicht zugestimmt. Ich bin dagegen, weitere europäische Behörden und Plattformen zu errichten. Schwarzarbeit bekämpft man am besten durch niedrigere Steuern und Abgaben. Eine europäische Zusammenarbeit für das Senken von Steuern und Abgaben wird nicht benötigt. Die Plattform hat den Zweck, eine lückenlosere Überwachung der Bürger und Finanzströme zu ermöglichen und fügt sich so als Klecks in das große Bild einer EU ein, die auf dem Weg ist, zu einem Big Brother zu werden, der die Romanvorlage weit übertrifft. Ich will an keinen Maßnahmen mitwirken, deren vorrangiges Ziel die Überwachung und Kontrolle der Bürger ist, und habe deswegen gegen den Gesetzesvorschlag gestimmt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – La nivelul UE, munca nedeclarată este una dintre cele mai îngrijorătoare și mai complexe probleme. Am votat raportul referitor la instituirea unei platforme europene pentru intensificarea cooperării în materie de prevenire și descurajare a muncii nedeclarate. În propunerea sa de decizie, Comisia a acordat prioritate unei abordări de constrângere care vizează prevenirea și descurajarea muncii nedeclarate. Aceasta presupune o cooperare consolidată pentru „a combate” încălcările dreptului muncii, evaziunea fiscală și nerespectarea cerințelor de securitate socială. Salut viziunea raportorului, care a subliniat și nevoia eforturilor de regularizare a locurilor de muncă în cauză.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υποστήριξα τη νομοθετική απόφαση για τη δημιουργία μιας ευρωπαϊκής πλατφόρμας με σκοπό την ενίσχυση της συνεργασίας για την πρόληψη και την καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας. Η αδήλωτη εργασία, δυστυχώς, αποτελεί πραγματικότητα για εκατομμύρια πολίτες στην Ευρώπη. Μακροπρόθεσμος στόχος της νέας αυτής πλατφόρμας είναι η βελτίωση των συνθηκών εργασίας και η ενσωμάτωση των αδήλων εργαζομένων στην αγορά εργασίας. Θα πρέπει όλοι μας να στηρίξουμε με όλες μας τις δυνάμεις τις προσπάθειες που γίνονται για την καταπολέμηση της αδήλωτης εργασίας μέσω της ενισχυμένης συνεργασίας.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – La plataforma europea para reforzar la cooperación en materia de prevención y desincentivación del trabajo no declarado tiene como objetivos principales mejorar la cooperación entre Estados miembros para solucionar el problema, mejorando la capacidad técnica para abordar el trabajo transfronterizo no declarado y aumentando la conciencia pública a través de intercambios de buenas prácticas, análisis y opiniones.

Apoyo este informe, ya que estoy en contra de los empleos pantalla y de los falsos autónomos, que perjudican a la economía y a la sociedad, lo que podría reducirse mediante la creación de incentivos para que las personas declaren su trabajo. Además, comparto la posición de la Comisión en tanto en cuanto respeta el principio de subsidiariedad y las competencias de los Estados miembros.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della creazione di una piattaforma europea per prevenire e combattere il lavoro sommerso nonché per incoraggiare la regolarizzazione dei lavoratori. Trovo sia importante rafforzare la cooperazione a livello di Unione per affrontare globalmente le molteplici sfide generate dal lavoro nero.

Non è superfluo rilevare come il fenomeno sia diffuso in molti settori e colpisca milioni di lavoratori: persone che sopportano condizioni di lavoro pericolose e salari più bassi, spesso prive di assicurazione e dei più elementari diritti sociali. Ricordo che tale lavoro porta a gravi perturbazioni del mercato, con le aziende che rispettano le regole tenute a fronteggiare una pericolosa concorrenza sleale.

Concludo rimarcando l'importanza della creazione di una piattaforma che favorisca lo scambio di esperienze e buone pratiche. Mi auguro che in questo processo sia coinvolta una vasta gamma di soggetti, compresi i rappresentanti degli stati membri e parti sociali multisettoriali.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Nehlášená práce v současné době patří k velmi znepokojujícím problémům, z tohoto důvodu jsem se rozhodl podpořit zprávu o vzniku evropské platformy pro posílení spolupráce při předcházení tohoto fenoménu. Nehlášená práce poškozuje hospodářství Evropské unie, vede k nekalé hospodářské soutěži a narušení trhu. Považuji za důležité, aby za účelem boje proti nehlášené práci docházelo k předávání zkušeností a osvědčených postupů mezi členskými státy. Naprosto souhlasím s nutností zapojení představitelů různých úrovní do vzniklé platformy a také s nutností zavedení proaktivních opatření doprovázejících donucovací opatření.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Zriadenie európskej platformy na posilnenie spolupráce v oblasti prevencie a odrádzania od nelegálnej práce som podporila. Myslím si, že založenie takejto platformy uľahčí výmenu najlepších postupov, informácií a názorov na boj proti nelegálnej práci. Nelegálna práca má závažné dôsledky na rozpočty členských štátov, ako aj negatívny vplyv na zamestnanosť, produktivitu a najmä pracovné podmienky osôb, ktoré sú zamestnávané nelegálne. Tieto osoby majú následne aj menšie dôchodky a bohužiaľ často aj problémy so zdravotným poistením a zdravotnou starostlivosťou. Vzhľadom na to, že fenomén nelegálnej práce sa objavuje nielen v súvislosti s jednotlivými členskými štátmi, ale má aj cezhraničný vplyv, platforma, ktorá by združovala príslušné orgány členských štátov v rámci Európskej únie, by mohla významne prispieť k identifikácii problémov a nachádzaniu riešení.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Funkcjonowanie szarej strefy w obszarze zatrudnienia jest zjawiskiem niekorzystnym dla wzrostu gospodarczego, bezpieczeństwa pracowników i stabilności systemu świadczeń społecznych. Wysoki poziom mobilności w Unii Europejskiej sprzyja pogłębianiu tego zjawiska, zwłaszcza w kontekście transgranicznym. Zacieśnianie współpracy między organami i inspekcjami krajowymi odpowiedzialnymi za monitorowanie rynku pracy w różnych państwach członkowskich jest krokiem potrzebnym i zasługującym na poparcie.

Utworzenie platformy na rzecz usprawnienia współpracy w zakresie zapobiegania pracy nierejestrowanej i zniechęcania do niej ma służyć wypracowywaniu najlepszych praktyk i wspólnych inicjatyw mających na celu skuteczniejszą walkę z tym zjawiskiem. Taka forma działania będzie gwarantować niezależność organów krajowych, których kompetencje nie zostaną uszczuplone, i pozwoli połączyć wysiłki państw członkowskich oraz partnerów społecznych (w tym organizacji zrzeszających pracowników i pracodawców) i instytucji międzynarodowych.

Do najważniejszych zadań tej platformy będzie należało stworzenie definicji wielu zjawisk, które są różnie postrzegane w różnych państwach członkowskich, zapewnienie szybkiej wymiany informacji o przypadkach łamania prawa i stworzenie systemu zachęt do rejestracji pracowników dla pracodawców, którzy korzystają z pracy nierejestrowanej.

Musimy pamiętać, że największą ofiarą szarej strefy padają sami niezarejestrowani pracownicy, których prawo do limitowanego czasu pracy, świadczeń społecznych czy ubezpieczenia od następstw wypadków w miejscu pracy nie mogą być egzekwowane. To ich przede wszystkim musimy chronić.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho que estabelece uma Plataforma Europeia para reforçar a cooperação na prevenção e dissuasão do trabalho não declarado por também considerar este fenómeno, acentuado pela atual crise, particularmente prejudicial, pois as medidas de austeridade levam ao recrudescimento de economias paralelas, e ainda por acreditar que uma abordagem coordenada a nível da UE para compreender as causas e combater o trabalho informal poderia contribuir para fortalecer os direitos e a proteção dos trabalhadores, aumentar o financiamento da segurança social e reforçar as normas laborais.

Por outro lado, tendo presente que o subemprego continua a caracterizar a situação das mulheres nos mercados de trabalho europeus, toda a proposta que vise contribuir para alcançar o grande objetivo de 75% de emprego até 2020 e, mais ainda, para a meta do pleno emprego, conta naturalmente com o meu apoio.

Apesar de a Plataforma da UE se destinar às autoridades encarregadas da aplicação da lei, considero que as necessidades e as consequências para o próprio trabalhador não declarado, seja homem seja mulher, não podem ser ignoradas, e as autoridades devem dedicar uma atenção especial às suas condições de trabalho e à inclusão laboral para todos.

Milan Zver (PPE), pismo. – Podpiram predlog sklepa o vzpostaviti evropske platforme za okrepitev sodelovanja pri preprečevanju in odvrčanju od dela na črno. Strinjam se, da so potrebni ukrepi za okrepljeno sodelovanje na ravni Unije za boj proti delu na črno, ki ogroža gospodarstvo Unije ter povzroča nelegalno konkurenco in izkrivljanje trga ter zmanjšuje socialno varstvo in varstvo zaposlitve pri delavcih.

7.10. Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (A8-0003/2016 - Mark Demesmaeker)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel 2015 l'attenzione per i temi dell'ambiente è stata veramente alta. Il 2015 è stato l'anno della COP21, con il mondo che si è confrontato sulla necessità di una maggiore tutela dell'ambiente e della natura. Alla discussione deve ora seguire un impegno concreto, perché sembra che purtroppo ad oggi la strategia per la tutela della biodiversità abbia proprio fallito.

Apprezzo la relazione del collega, che parte dalla profonda consapevolezza che la biodiversità è una risorsa, una risorsa che – aggiungo io – è anche ricchezza economica, ma soprattutto sociale. Sottolineo in particolare la necessità di tutelare la biodiversità marina e di integrare gli obiettivi di salvaguardia naturale in tutte le politiche dell'Unione europea. Non ci può essere crescita blu senza tutela della biodiversità dei nostri mari. Raggiungere questi obiettivi significa anche stimolare la crescita attraverso il sostegno alle università e allo studio della conservazione degli ecosistemi, senza i quali il mondo sarà più povero e la nostra salute sarà conseguentemente più compromessa.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, as a Labour MEP I am committed to protecting the EU Nature Directives and will work to ensure that the fitness check is not used as an excuse to water down or weaken legislation. It is imperative that the idea of reducing red tape is not used to mask the cutting of vital environmental protection. The Birds Directive and the Habitat Directive are pieces of legislation which EU citizens care deeply about. As part of the fitness check, a public consultation on the benefits of the directives was launched and over 100 000 citizens from the UK alone spoke up in favour of environmental laws stemming from European cooperation.

In Scotland the effect of these laws can be seen clearly by the designation of Natura sites, and these sites help to conserve and protect Scotland's native wildlife, as well as migratory birds which visit from other Member States. There are an incredible 293 Special Areas of Conservation, and with regard to birds there are 153 Special Areas of Protection. The Habitats and Birds Directives have a large and visible impact in securing biodiversity in Scotland. I therefore support proposals to ensure that the legislation is being implemented correctly and as effectively as possible.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Kāda ir jebkura normāla un atbildīga saimnieka rīcība savā dzīvoklī? Regulāra tīrīšana, periodisks remonts, visādu tarakānu, žurku nepieļaušana, jau nerunājot par nepieciešamību pēc ēdienu apēšanas uzreiz mazgāt traukus. Kamēr uzskatīt cilvēku par Zemes saimnieku būtu pārāk antropocentriski, tas tomēr ir savā veidā taisnība, līdz ar to tieši no mums lielā mērā ir atkarīgs, kas šeit notiek un turpmāk notiks, pirmkārt, ar vidi, dabu un ekoloģiju.

Citiem vārdiem sakot, nedrīkst uzvesties kā ienaidniekiem pašiem pret sevi, jo mums nav citas mājas. Esošās tendences diemžēl nozīmē, ka līdz divdesmitajam gadam nebūs iespējams efektīvi panākt izvirzītos mērķus attiecībā uz ES bioloģiskās daudzveidības stratēģiju, reālo periodiskumu un starpposmu uzdevumu izvirzīšanu un panākšanu, finansējuma racionālāku sniegšanu un izmantošanu, pēc iespējas aktīvāku starpvalstu un attiecību struktūru sadarbību, kā arī efektīvāku un racionālāku kopējās zvejsaimniecības politikas īstenošanu.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I am delighted today that the European Parliament urged Member States not to authorise any new fracking operations in the EU. This call was made on the basis of the precautionary principle and also on the gaps that are identified in EU legislation. We said that we need to take account of the risks and of the negative climate and environmental and biodiversity impacts involved in hydraulic fracturing. Fifty-five percent of the Members of Parliament support that view. And indeed, I have to say I was a little bit surprised to find myself somewhat in conflict with my colleagues in Sligo County Council, which is my own local authority, because yesterday they voted not to ban fracking in their draft development plan, unlike my colleagues in Leitrim County Council. I know it is just a draft plan and perhaps it can be changed. Maybe today's vote in the European Parliament might have some influence on that outcome.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand! Jeg har i dag støttet betænkningen, som der var stor opbakning til. Jeg har hæftet mig ved, at der i punkt 68 er opbakning til, at vi får en grundig undersøgelse af store rovdyrs rolle og af en eventuel indførelse af regulerende foranstaltninger. Naturen er ikke statisk, og det bør vores regler heller ikke være på området. Ulven var et truet rovdyr for årtier siden, men det er den ikke længere. Der er et behov for, at vi også her giver mulighed for en national regulering af ulven.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem rovněž podpořil tento návrh zprávy, protože rozmanitost je nejen jedním z ústředních hesel Evropské unie, ale nepochybně biodiverzita je základní hodnotou našeho území, našeho kontinentu. Je jasné, že strategie doposud nebyla příliš úspěšná, a my si musíme uvědomit, že biodiverzita je zdrojem nejen ekonomickým, nepochybně ekologickým, ale že ochrana životního prostředí a krajiny je základní a zásadní hodnotou. Biodiverzita plní nepochybnitelně i svojí sociální funkci. Já nejsem příznivcem toho, aby právní řád ovládala přehrášle předpisů, aby jich bylo příliš moc, mluvíme dokonce až o jisté atrofii práva. Nicméně životní prostředí je jednou z těch oblastí, která si nepochybně zaslouží dobrou právní úpravu, protože to, co přenecháme budoucím generacím, to je ten odkaz a klidně přitom můžeme bojovat i se šváby a s krysami, ale důležité je, aby ten odkaz budoucí generace ocenily.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I commend the rapporteur for highlighting that there is an increasing depletion of biodiversity, and this needs to be tackled as a matter of urgency, especially if we are to reach the 2020 targets and also, of course, as a result of the successful COP21 in Paris. It goes without saying that the better our environment is, the better it is for human beings; nevertheless this depletion takes place, some of it unwittingly, unfortunately more of it done perhaps even purposely. So there is a need to bring the public on board to help them to see what can be done and to see the benefits. I know in my own country that wildlife and nature are very important for attracting tourists, so there is an economic benefit. This is very important.

I just want to finish by complimenting the Estonian President on his wonderful address here today. Normally such addresses are rather general. His was very specific and therefore very relevant to us.

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om ett inspel i översynen av EU:s strategi för biodiversitet. I betänkandet finns flera viktiga delar; markering om fortsatt förbud av en del giftiga besprutningsmedel exempelvis. Men i betänkandet avfärdas också en översyn av habitat- och fågeldirektivet och krävs gemensamma hållbarhetskriterier för skogsbruk. Habitatdirektivet behöver ses över, inte minst eftersom det i allt för hög grad styr viltvården (bland annat vargjakt). En hållning vi tryckte hårt på under valrörelsen. Fågeldirektivet är från 1979 och habitatdirektivet är från 1992, och vilka arter som behöver skydd måste uppdateras med jämna mellanrum. Vissa arter som behöver skydd får inget, och en del arter som får skydd behöver det inte längre. Europaparlamentet kräver dessutom i betänkandet gemensamma kriterier för hållbart skogsbruk. Men förutsättningarna för skogsbruket i Sverige och exempelvis Grekland är vitt skilda. Det gynnar varken den biologiska mångfalden i grekiska eller svenska skogar att föra över mer makt över skogspolitiken till EU. Jag valde därför att rösta nej till betänkandet.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La salvaguardia della biodiversità è una strategia fondamentale dell'Unione europea, ma ancora prima è un dovere che noi abbiamo verso le generazioni future che prenderanno il nostro posto. Gli ecosistemi dell'Unione sono in pericolo, e a tal fine occorre una più efficace integrazione della biodiversità nelle altre politiche settoriali, accompagnata da un uso più mirato degli strumenti finanziari esistenti. Per queste motivazioni il mio voto è stato positivo.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque insta a una mejor aplicación de la legislación pertinente para detener la pérdida de biodiversidad, principalmente las Directivas de Hábitats y de Aves, al tiempo que exige una mejora en la implementación de estas políticas y otorga gran atención a los sectores agrícola y forestal. El informe señala también que los Estados miembros y la Comisión han de centrarse en frenar la pérdida de biodiversidad en Europa, advirtiendo que los objetivos estipulados para 2020 en este ámbito no podrán alcanzarse salvo que realmente los Estados miembros y la UE realicen una apuesta seria en este sentido.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité.

Ce texte consensuel est en effet allégé et n'impose pas de contraintes lourdes aux États membres. De plus, il incite à concilier respect de l'environnement et développement économique.

Ce rapport est donc louable même si je regrette que la défense de l'aspect vital de l'environnement pour l'homme enraciné dans son espace en est absente.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of this report on the mid-term review of the 2020 biodiversity strategy.

Given the very sorry state of biodiversity in Europe we were extremely pleased to see cross-party support for strong demands to protect nature. It is extremely important that the European Parliament has added its voice (with a very large majority) to support the half a million citizens who have called on the European Commission to protect the Nature Directives – i.e. the Birds and Habitats Directives.

It is disappointing that the Commission continues to allow doubt to surround the future of these effective and valuable pieces of legislation which do not need re-opened but require a stronger effort to better implement them.

We were particularly pleased to see a call for no new authorisations for hydraulic fracturing operations across Europe given the risks and negative climate, environmental and biodiversity impacts involved in the fracking process.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Υπερήφισα τη συγκεκριμένη έκθεση, σχετικά με την στρατηγική της Ε.Ε. για τη βιοποικιλότητα, γιατί στρατηγική της αποτελεί ο έλεγχος της καταλληλότητας της νομοθεσίας σχετικά με την Φύση (πιτνά και οικοτόπους). Οι συμβιβαστικές τροπολογίες καλύπτουν πολλά βασικά θέματα, συμπεριλαμβανομένης της σημασίας της παροχής επείγουσας πολιτικής προτεραιότητας για την επίτευξη των στόχων του 2020, καθώς και περισσότερες πληροφορίες για το ευρύ κοινό για την αύξηση της ευαισθητοποίησης, υιοθετώντας μια προσέγγιση πολλών ενδιαφερομένων ώστε να διασφαλιστεί η ενεργός συμμετοχή όλων των ενδιαφερομένων, συμπεριλαμβανομένων περιφερειακών και τοπικών φορέων.

Επίσης, συμφωνήσαμε, ότι οι αγρότες πρέπει να διαδραματίσουν σημαντικό ρόλο στη διατήρηση της βιοποικιλότητας και θεωρούμε ότι τα μέσα της Κοινής Γεωργικής Πολιτικής θα πρέπει να ενθαρρύνουν τους αγρότες να αντιμετωπίσουν αυτό το ζήτημα. Οι συμβιβασμοί καλύπτουν επίσης την αλεία και το θαλάσσιο περιβάλλον, χωροκατακτητικά ξένα είδη, επικοινωνιστές, την παράνομη διακίνηση άγριας ζωής και την αποψίλωση των δασών, καθώς και τη σημασία της έρευνας και της καινοτομίας στον τομέα αυτό.

Καταληκτικά, η ομάδα Σοσιαλιστών και Δημοκρατών στηρίζει τις καρποφόρες διαπραγματεύσεις σε επίπεδο Επιτροπής, που κατάφερε να ενσωματώσει σημαντικά σημεία των προτάσεων της πολιτικής μας ομάδας ώστε να έχουμε μια ολική προσέγγιση της βιολογικής ποικιλότητας στη γεωργία και το περιβάλλον, καθώς και διατήρηση της γενετικής ποικιλότητας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Je soutiens ce texte en faveur de la biodiversité. Celui-ci indique que les efforts ont été modestes et exprime des regrets quant aux flexibilités accordées aux États membres, lesquelles ont empêché une bonne application des directives relatives au thème de la biodiversité. Pour ma part je regrette l'argument développé dans le texte consistant à identifier la perte de la biodiversité à un coût financier alors qu'il faudrait avant tout insister sur l'importance de l'enracinement de l'homme et, donc, sur la nécessité de préserver son habitat et son environnement.

Toutefois, l'ensemble du texte est consensuel sans imposer aux États membres des exigences trop lourdes et rappelle l'importance de concilier respect de l'environnement et développement économique, démarche louable... J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe that it is important to protect our wildlife and its habitats. The United Kingdom and my own constituency in the North East is full of beautiful landscapes, unique wildlife and vegetation. I want to preserve it for future generations.

However, the EU environmental policies have caused irreparable damage to our fish stocks, caused great damage to our agriculture industry and caused widespread deforestation. This report uses the 'precautionary principle' to block progress and innovative technology that could possibly help maintain our environment.

I voted against this report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Au sein de l'Union européenne, la biodiversité a décliné à un rythme alarmant. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de cet examen. Nos protections environnementales sont les plus élevées au monde, nous devons défendre la législation de l'UE et veiller à ce qu'elle soit dûment mise en œuvre.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Biologinė įvairovė, t. y. unikali daugybė skirtingų žemės ekosistemų, buveinių, rūšių ir šeimų, nuo kurių žmogus taip pat yra neatsiejamas, suteikia nepaprastai didelę grynąją vertę. Biologinei įvairovei daromas didelis spaudimas tiek Europoje, tiek visame pasaulyje, beprotišku greičiu išmiršta rūšys. Buveinių pokyčiai, tarša, pereikvojimas, invazinės svetimos rūšys ir klimato kaita yra svarbiausios biologinės įvairovės nykimo priežastys. 2011 m. ES parengė naują strategiją, kurią sudaro šeši uždaviniai – visiškas Paukščių ir Buveinių direktyvų įgyvendinimas; ekosistemų ir jų funkcijų išlaikymas bei atkūrimas; žemės ūkio ir miškininkystės indėlio į biologinės įvairovės išlaikymą ir gerinimą didinimas; tausaus žuvų išteklį naudojimo užtikrinimas; kova su invazinėmis svetimomis rūšimis ir didesnis ES indėlis į pasaulinės biologinės įvairovės nykimo tendencijos keitimą. Tačiau rezultatai nedžiugina. 28 ES šalių ekologinis poveikis yra du kartus didesnis nei biologinis potencialas. Vos 23 proc. rūšių ir 16 proc. buveinių yra geros būklės. Tam, kad būtų pasiektas pagrindinis tikslas, pažanga per maža. Pritariu, kad būtina rodyti didesnę politinę valią, kad biologinės įvairovės nykimo problema iš tikrųjų taptų politikos prioritetu. Geresnis dabartinių teisės aktų įgyvendinimas ir priežiūra taip pat yra būtinos pažangos sąlygos, taip pat, kaip ir investavimas į gamtą ir biologinę įvairovę.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A biológiai sokféleséggel kapcsolatos közösségi szintű stratégia félidei értékelése több érdekességre és problémára hívja fel a figyelmet, amely a stratégia alkalmazásával és céljainak megvalósításával kapcsolatos. A jelentéstevő megemlíti, hogy a stratégia célkitűzéseit legkésőbb 2020-ig kellene a tagállamoknak teljesíteniük, de még számos tagállamban el sem kezdték ezeknek a céloknak a különböző nemzeti szakpolitikákba való beépítését, nemhogy a valós célokat elérték volna. A jelentés egyik legnagyobb pozitívuma a kritikus hangvétel nemcsak a tagállamokkal és a Bizottsággal szemben a tétlenség és következtelenség miatt, hanem a stratégiával szemben is, amit néhol a túlzó elvárások és célok miatt kritizál, néhol az egyoldalúság miatt.

Fontos elem, hogy az elővigyázatosság elvének fokozott figyelembevételét várja el a tagállamoktól és elsősorban a Bizottságtól a különböző genetikailag módosított szervezetek köztermesztésbe vagy forgalmazásának engedélyezése ügyében. Ugyanakkor vannak olyan részek a jelentésben, amelyek egyes részterületeken a nemzeti hatáskör elvonását eredményezik, például egy egységes EU-s szintű környezetvédelmi ellenőrzési rendszert alkotna meg, amely az egységes EU-s szintű környezetvédelmi bírság bevezetésének az előszobáját is jelentheti. Mindezeket mérlegre téve összességében a jelentést támogathatónak ítélem meg.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'approche pragmatique tranche avec le dogmatisme auquel nous ont habitués les eurocrates. En effet, ce texte rappelle à plusieurs reprises l'importance de concilier respect de l'environnement et développement économique.

Je regrette toutefois que les amendements déposés par mon groupe n'aient pas été adoptés: ils rappelaient pourtant quelques évidences dont il est grand temps que les eurocrates tiennent compte, notamment les effets désastreux qu'a sur la biodiversité le libre-échange sans limites.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La rapport à mi-parcours du programme biodiversité démontre que si elle ne redouble pas d'efforts, l'Union européenne manquera aussi son rendez-vous de 2020. Les chiffres sont éloquent: l'empreinte écologique des vingt-huit est deux fois plus importante que la biocapacité de l'Union. À peine 23 % des espèces et 16 % des habitats peuvent être considérés en bon état.

Il est toutefois à noter que les données scientifiques ont démontré que la nature en Europe serait en bien plus mauvais état sans les incidences positives des directives «Oiseaux» et «Habitats» de l'Union européenne. La mise en œuvre de ces directives par les États membres est toutefois souvent trop lente.

C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport, qui demande à la Commission et aux États membres d'accorder d'urgence la priorité de l'action à la réalisation des objectifs de la stratégie Europe 2020. Le rapporteur demande l'adoption d'une approche multilatérale et souligne le rôle essentiel des acteurs nationaux, régionaux et locaux. Il souligne également que le financement et une sensibilisation accrue du public à la protection de la biodiversité, ainsi qu'un soutien plus important dans ce domaine, sont également essentiels.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe porque da un paso más hacia la consecución de los objetivos de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad 2010-2020. La revisión intermedia muestra que difícilmente se van a poder alcanzar los compromisos en materia de biodiversidad si continuamos por la actual senda.

En este informe proponemos una serie de mejoras para poder alcanzar los compromisos mediante la implementación de ambiciosas propuestas legislativas en lugar de continuar con el inmovilismo y la decadencia de la legislación existente.

Al mismo tiempo, debemos mantener los altos estándares de biodiversidad y cuidado de la naturaleza y el medio ambiente sin caer en la demagogia y anteponiendo criterios científicos y técnicos a las arbitrariedades ideológicas.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La tutela della diversità biologica rappresenta un fattore chiave per il mantenimento del benessere individuale. La distruzione degli habitat, i cambiamenti nei consumi e nell'impatto delle attività umane sull'ambiente rappresentano gravi minacce sia per la vita sia per l'economia del pianeta.

L'Unione europea ha adottato nel 2011 una strategia per la biodiversità che ad oggi non ha raggiunto i risultati previsti. Il mancato raggiungimento degli obiettivi, con una perdita stimata in 50 miliardi di euro l'anno, ha portato la commissione a proporre una revisione. La relazione Demesmaeker, che ho sostenuto con il mio voto, ha evidenziato efficacemente come l'implementazione completa ed un efficace finanziamento siano i prerequisiti fondamentali per il successo della strategia dell'Unione sulla biodiversità.

Lo sviluppo di una rete transeuropea per le infrastrutture verdi, l'adozione di soluzioni sostenibili per l'agricoltura e l'impegno per la riduzione dell'inquinamento marino sono alcune prime misure che devono essere messe in pratica assieme ad un impegno per bloccare la perdita di biodiversità anche al di fuori delle aree naturali protette.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe sobre la revisión intermedia de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad porque su contenido repasa todos y cada uno de los seis objetivos de la Estrategia, destacando la necesidad de mejorar la implementación de toda la legislación orientada a detener la pérdida de biodiversidad, en particular la Directiva de Hábitats y la Directiva de Aves. Además, subraya la necesidad de que los Estados miembros hagan un esfuerzo por integrar mejor la legislación medioambiental en otras áreas, tales como agricultura y silvicultura.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al señor Demesmaeker su trabajo para que hoy pudiéramos aprobar este informe sobre la revisión intermedia de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad. He apoyado dicho informe ya que hace hincapié, entre otras cosas, en la importancia estratégica que revisten los informes «Estado de la naturaleza» y SOER 2015 para el cumplimiento de los objetivos de la UE en materia de biodiversidad.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union en faveur de la biodiversité relève que les efforts ont été modestes en la matière. Cela traduit de fait l'échec de la bonne application des directives que recourent ce thème («Habitats», «Oiseaux»...).

Les questions concernant la biodiversité sont argumentées par une intégration socioéconomique de l'enjeu, la perte de biodiversité est alors identifiée à un coût financier.

Je regrette le fait que l'aspect vital de l'environnement pour l'homme dans son espace ne soit pas défendu dans ce texte.

Par contre, l'ensemble du texte est consensuel et ne s'inscrit pas dans une démarche visant à imposer aux États membres des exigences trop lourdes.

J'ai donc décidé de voter pour ce rapport

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Per quanto la relazione Demesmaeker proponga delle soluzioni che a prima vista sembrano concrete in tema di tutela delle biodiversità, non condivido l'approccio di fondo del quale è pervasa. Chiedere «più Europa» anche in questo ambito è un controsenso, poiché le stesse politiche dell'UE favoriscono la perdita di biodiversità, visto che sono fondate sulla standardizzazione e sulla «libera circolazione» sulla più ampia scala, a misura di multinazionale piuttosto che di tutela dei territori e delle biodiversità locali. Per questo motivo mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que expresa la preocupación del Parlamento por la pérdida continuada de biodiversidad y que constata que los objetivos establecidos para 2020 no se alcanzarán si no se realizan esfuerzos adicionales.

La Estrategia 2011-2020 fija seis grandes objetivos: la plena aplicación de las Directivas de Aves y de Hábitats; el mantenimiento y restauración de los ecosistemas y sus servicios; el aumento de la contribución de la agricultura y la silvicultura al mantenimiento y mejora de la biodiversidad; el uso sostenible de los recursos pesqueros; la lucha contra las especies exóticas invasoras, y el refuerzo de la contribución de la UE para evitar la pérdida de biodiversidad a escala mundial.

El informe estima que solo se han constatado progresos considerables con respecto a los objetivos relativos a la pesca y a las especies exóticas invasoras, mientras que en los demás son insuficientes.

Por ello, reclama a la Comisión que presente al Parlamento dos informes anuales en los que Consejo y Comisión expliquen la situación, los motivos del incumplimiento y la estrategia para garantizar su futuro cumplimiento, y exige a ambos que den urgentemente una mayor prioridad al cumplimiento de los objetivos para 2020 y un mayor apoyo financiero a la protección de la biodiversidad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl ES biologinės įvairovės strategijos laikotarpio vidurio peržiūros. Biologinė įvairovė, t. y. unikali daugybė skirtingų žemės ekosistemų, buveinių, rūšių ir šeimų, nuo kurių žmogus taip pat yra neatsiejamas, suteikia nepaprastai didelę grynąją vertę. Žmonių gyvenimas labai priklauso nuo biologinės įvairovės dėl daugybės vertingų ekosistemų funkcijų: švarus oras, grynas vanduo, žaliavos, augalų apdulkintojai ir apsauga nuo potvynių yra tik keletas jų. Biologinei įvairovei daromas didelis spaudimas ir visame pasaulyje, ir Europoje. Beprotišku greičiu išmiršta rūšys. Visa tai dėl žmogaus veiklos. Buveinių pokyčiai, tarša, pereikvojimas, invazinės svetimos rūšys ir klimato kaita yra svarbiausios biologinės įvairovės nykimo priežastys. 2011 m. ES parengė naują strategiją, kurios pagrindinis tikslas – sustabdyti biologinės įvairovės ir ekosistemų funkcijų nykimą, kuo labiau atkurti jį iki 2020 m. ir pakeisti pasaulinę biologinės įvairovės nykimo tendenciją. Šiandien galime konstatuoti – jeigu nebus dedama ypatingų papildomų pastangų, ES ir vėl nepavyks iki 2020 m. įgyvendinti susitarimo. Skaičiai labai akivaizdūs. 28 ES šalių ekologinis poveikis yra du kartus didesnis nei biologinis potencialas. Vos 23 proc. rūšių ir 16 proc. buveinių yra geros būklės. Todėl didesnė politinė valia, geresnis dabartinių teisės aktų įgyvendinimas ir priežiūra yra būtinos pažangos sąlygos.

Franz Bogovič (PPE), pisno. – Kolega Demesmaeker je pripravil obsežno in zelo kvalitetno resolucijo glede pregleda izvajanja strategije EU za ohranjanje biotske raznovrstnosti.

Opozarja, da smo pred velikim izzivom in da obstaja možnost, da ciljev do leta 2020 ne bomo dosegli. Enkrat nam je že spodletelo in sicer s strategijo do leta 2010, zato je Komisija pripravila novo strategijo, ki naj bi bila bolj učinkovita.

Biotska raznovrstnost je žal pod hudim pritiskom po vsem svetu, tudi v Evropi. Zaradi človeškega vpliva živalske vrste izumirajo z vratomolno hitrostjo, sprememba habitatov, onesnaževanje, prekomerno izkoriščanje, invazivne tujerodne vrste in podnebne spremembe so glavni vzroki za izgubo biotske raznovrstnosti, zato je treba podpirati tovrstne ambiciozne cilje, če tudi v bodoče želimo zagotoviti vzdržno delovanje ključnih zemeljskih ekosistemov.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – La vasta partecipazione registrata in occasione della consultazione pubblica lanciata dalla Commissione sull'adeguatezza delle direttive sulla tutela della natura dimostra la consapevolezza dei cittadini europei circa l'importanza della biodiversità.

Dalla protezione della biodiversità dipende, del resto, il benessere dell'intera umanità ed essa incarna un importante valore anche dal punto di vista socioeconomico. La sua tutela fornisce opportunità reali di sviluppo e occupazione, orientandoci al contempo verso una crescita sostenibile, in sintonia con i nostri obiettivi e con gli impegni presi sul piano internazionale, nell'interesse delle generazioni presenti e future.

In linea con ciò, sostengo questa relazione che, oltre a porre in luce il ruolo fondamentale della biodiversità e la necessità di una sua più ampia integrazione nelle altre politiche settoriali. Come evidenziato dagli esempi ricavabili da alcune *best practices*, laddove realizzata, la piena attuazione delle direttive sugli Habitat e sugli Uccelli ha consentito di ottenere importanti risultati, dimostrando che un'efficace implementazione delle direttive esistenti può condurci al raggiungimento degli obiettivi previsti per il 2020.

Dobbiamo dunque continuare sulla strada delineata dalle direttive esistenti e impegnarci affinché gli strumenti che abbiamo oggi a disposizione siano effettivamente dispiegati.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Biološka raznolikost, koja je jedinstven spoj ekosustava, staništa, vrsta i gena na Zemlji, sama po sebi ima golemu vrijednost koju je potrebno zaštititi za dobrobit budućih generacija. Upravo zato moramo biti zabrinuti zbog neprestanog gubitka biološke raznolikosti u Europi. Ipak, znanstveni dokazi ukazuju da bi europska priroda bila u puno gore stanju da nije bilo pozitivnih utjecaja direktiva EU-a o pticama i staništima. Zaključno, podržavam ovo izvješće i reviziju strategije o biološkoj raznolikosti.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit.* – Je regrette que ce rapport impute partiellement la modestie des résultats obtenus en matière de biodiversité aux flexibilités accordées aux États membres et qu'il tente de réduire la question de la biodiversité à une affaire financière.

Néanmoins, je me félicite qu'il souligne la nécessité de concilier respect de l'environnement et besoin de développement, point très important à mes yeux.

J'ai donc voté pour ce rapport.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la difesa delle biodiversità sia una delle priorità dell'Unione e che sia compito delle istituzioni europee adoperarsi affinché gli obiettivi fissati dalla strategia dell'UE sulla biodiversità per il 2020 siano raggiunti. Il costo economico e sociale della perdita di biodiversità sono troppo alti perché l'Unione e gli Stati membri ne trascurino gli effetti.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – Ce rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité constate que les efforts réalisés par les États membres sont relativement modestes principalement à cause des flexibilités qui leur ont été accordées. Celles-ci ont, en effet, limité la bonne application des directives européennes.

Même s'il est regrettable que la question de la biodiversité soit traitée sous une approche financière, nous apprécions l'importance accordée par le rapporteur à la conciliation entre le respect de l'environnement et le développement économique. Il est en effet primordial de ne pas imposer aux États membres des exigences trop lourdes dans la mesure où ils subissent d'ores et déjà le dumping environnemental que pratiquent les pays émergents et les États-Unis.

C'est pourquoi j'ai voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – În prezent biodiversitatea este supusă unor presiuni enorme, atât pe plan mondial, cât și în Europa. Speciile dispar într-un ritm alarmant, fapt cauzat de numeroase activități umane. Schimbarea habitatelor, poluarea, exploatarea excesivă, speciile alogene invazive și schimbările climatice sunt principalele cauze ale declinului biodiversității. Din păcate, doar 23 % dintre specii și 16 % dintre habitate sunt într-o stare bună; astfel, într-un interval de timp nu prea îndepărtat, putem fi în prezența unei situații imposibil de gestionat.

În aceste condiții, consider că este nevoie de o mai mare voință politică pentru a aborda efectiv starea actuală a biodiversității ca o prioritate politică. Avem nevoie de o implicare multilaterală, în cadrul căreia actorii locali și regionali să joace un rol special.

Totodată, situația îngrijorătoare în care se află biodiversitatea generează costuri economice devastatoare pentru societate, care, până în prezent, nu au fost integrate suficient în politicile economice și de altă natură.

Într-o Europă inteligentă, sustenabilă și favorabilă incluziunii, natura trebuie să ocupe o poziție centrală, motiv pentru care am votat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione. Alcune tra queste proposte appaiono, più che «concrete», dettate da un approccio ideologico o all'insegna dell'allarmismo ecologista che spesso e volentieri risuona nelle discussioni da salotto politicamente corretto. È contraddittorio chiedere «più Europa» anche in questo ambito, quando le stesse politiche dell'UE favoriscono la perdita di biodiversità, poiché fondate sulla standardizzazione e sulla «libera circolazione» sulla più ampia scala, a misura di multinazionale. Peraltro, in regime di austerità, nemmeno volendo gli Stati membri sono in grado di stanziare risorse finanziarie sufficienti a porre in atto le azioni necessarie.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Din cauză că eforturile UE de a stopa declinul biodiversității în 2010 au eșuat, a fost elaborată o nouă strategie în 2011, dezvoltată în jurul a șase obiective, fiecare cu acțiunile ei specifice: (1) punerea în aplicare integrală a directivelor privind habitatele și păsările (directivele privind natura); (2) menținerea și refacerea ecosistemelor și a serviciilor ecosistemice; (3) creșterea contribuției agriculturii și a silviculturii la menținerea și îmbunătățirea biodiversității; (4) asigurarea utilizării sustenabile a stocurilor de pește; (5) combaterea speciilor alogene invazive și (6) sporirea contribuției UE la evitarea declinului biodiversității la nivel mondial.

Evaluarea la jumătatea perioadei (2015) arată clar faptul că încă suntem departe de a fi parcurs jumătate din traseul stabilit și că, fără eforturi suplimentare semnificative, UE va rata și în 2020 obiectivele convenite.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la evaluarea la jumătatea perioadei a Strategiei UE în domeniul biodiversității, având convingerea că biodiversitatea și natura trebuie să ocupe o poziție centrală într-o Europă inovativă, sustenabilă și favorabilă incluziunii. Totodată, consider necesară o voință puternică a elitelor de a aborda declinul biodiversității ca o prioritate politică, fiind importantă implicarea mai multor părți interesate și acordarea unui rol special actorilor locali și regionali.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen s'est exprimé à la suite de la révision à mi-parcours de la stratégie de l'UE en faveur de la biodiversité.

J'ai voté en faveur de ce rapport équilibré dont l'objectif est la mise en œuvre intégrale des directives sur la nature et le soutien de la stratégie européenne pour la biodiversité à l'horizon 2020.

Il est important de rappeler que la préservation de la nature et le développement économique ne s'excluent pas mutuellement: la perte de la biodiversité est préjudiciable à la nature, à l'homme et à l'économie. Pour lutter contre la perte de la biodiversité, l'Union européenne doit pouvoir mesurer l'état de la biodiversité avec des indicateurs scientifiques.

C'est l'un des prérequis pour la réalisation des objectifs de la stratégie à l'horizon 2020. Il est important que le secteur agricole et le secteur forestier participent à la réalisation des objectifs, c'est pourquoi ce rapport propose une approche multilatérale et participative.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in aula ho dato il mio voto positivo alla relazione sulla revisione intermedia della strategia dell'UE sulla biodiversità, sulla scorta delle seguenti considerazioni:

— la biodiversità è risorsa umana minacciata ed in equilibrio precario, al punto tale che la sua compromissione è stimata tra i dieci rischi globali più gravi per gli ecosistemi e per la resilienza della terra, risorsa «di sistema» ineliminabile per affrontare le doverose sfide di sostenibilità ambientale;

— la prevista strategia dei sei obiettivi è complessa ed ancora lontana dalla sua realizzazione. Bisogna constatare, con rammarico, che solo per due obiettivi vi sono aspetti positivi visibili (per pesca e specie esotiche invasive) e di questo passo purtroppo entro il 2020 non si raggiungeranno risultati soddisfacenti, neppure di minima, ed in particolare per due settori chiave, agricoltura e silvicoltura.

Segue che, in definitiva, è necessaria maggiore volontà politica ed un approccio multipartecipativo, con lo sviluppo di una coscienza ecologica superiore da parte degli attori regionali e locali, i quali complessivamente concorrono a sviluppare una impronta ecologica doppia rispetto a quella sostenibile.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione esprime la posizione del Parlamento sull'intenzione espressa da Commissione e Consiglio di migliorare l'attuazione delle direttive in materia di biodiversità e di procedere a una più efficace integrazione della biodiversità nelle altre politiche settoriali. Ho votato a favore della relazione in oggetto in quanto ribadisce la necessità di non modificare le direttive relative alla protezione per la biodiversità, ma piuttosto di migliorarne l'attuazione. Difatti, sono dell'opinione che gli strumenti legislativi attualmente vigenti, se ben implementati, possano portare a risultati ben più positivi rispetto a quelli raggiunti a partire dal 2011.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – We need stronger, not weaker, Nature Directives and these should be better implemented, not revised. This is especially important as the European Commission are undertaking a 'fitness test' of the Birds and Habitats Directive. The assumption being that these directives are too restrictive.

The European Parliament's mid-term review of the EU Biodiversity strategy stated that the 2020 biodiversity targets will not be achieved without additional efforts, while existing EU Nature Directives should be better implemented instead of being revised; and that missing its biodiversity goals would cost the EU an estimated 50 billion a year.

Food production and tourism are two major contributors to Ireland's economy, and these are linked to nature and our clean green image. It would be unthinkable that we do not protect the very thing that makes our country so attractive.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Inquinamento, sfruttamento eccessivo delle risorse naturali, cambiamenti climatici, modifiche nella destinazione dell'utilizzo del territorio e deforestazione sono tra i principali fattori che determinano in Europa la perdita della biodiversità con ripercussioni nefaste per la sopravvivenza delle specie.

Già nel 2010 l'Europa ha mancato il raggiungimento degli obiettivi concordati. Pertanto, entro il 2020 occorreranno nuovi e sostanziali sforzi per ripristinare gli ecosistemi. Oggi nell'UE solo il 17% degli habitat e delle specie e l'11% degli ecosistemi principali protetti dalla legislazione europea godono di uno stato di conservazione soddisfacente. Questo significa che la rete Natura 2000 e le direttive Habitat e Uccelli, laddove applicate, hanno portato i risultati sperati ma è ancora troppo poco rispetto alla velocità con cui assistiamo alla perdita della biodiversità.

Sono necessari un cambio di passo e un maggiore impegno degli Stati volto soprattutto ad applicare la legislazione esistente. Se questi sforzi non saranno però accompagnati da un'economia più efficiente sotto il profilo delle risorse, più adattabile ai cambiamenti climatici e a basse emissioni di carbonio, l'UE rischia di fallire l'obiettivo tracciato per il 2020. Condivido il contenuto della relazione e l'invito a tutti gli attori pubblici e privati a svolgere un ruolo attivo per la salvaguardia del nostro pianeta.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την έκθεση και πιστεύουμε ότι η απώλεια βιοποικιλότητας είναι απώλεια για τη φύση, για τους ανθρώπους και για την οικονομία. Συμφωνούμε με την θέση του εισηγητή, ο οποίος ζητεί μια ισχυρότερη πολιτική βούληση για την αντιμετώπιση της απώλειας βιοποικιλότητας ως προτεραιότητα και κρίνει αναγκαία μια πλειονομερή προσέγγιση όπου οι περιφερειακοί και τοπικοί φορείς θα διαδραματίζουν ιδιαίτερο ρόλο. Η βελτιωμένη εφαρμογή και ο βελτιωμένος έλεγχος εφαρμογής της ισχύουσας νομοθεσίας, αποτελούν λέξεις κλειδιά σε ό,τι αφορά την επίτευξη προόδου.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση σχετικά με την ενδιάμεση αναθεώρηση της Στρατηγικής της ΕΕ για τη Βιοποικιλότητα εντάσσεται στη συζήτηση και τις δραστηριότητές μας σχετικά με το περιβάλλον. Είναι κοινό μυστικό πως χρειάζεται να προβούμε άμεσα σε ενέργειες και πρωτοβουλίες με στόχο την προστασία του περιβάλλοντος. Επομένως, οποιαδήποτε σχετική πρόταση είναι σημαντική και οφείλουμε να την υποδεχόμαστε θετικά. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να ψηφίσω θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione sulla Revisione intermedia della strategia sulla biodiversità in quanto ritengo che l'enorme valore intrinseco della biodiversità debba essere protetto a vantaggio delle generazioni future. La biodiversità offre vantaggi per la salute umana e apporta un contributo di grande valore sociale ed economico. Nella votazione degli emendamenti ho però deciso di discostarmi dalla posizione del mio Gruppo: in particolare ho votato a favore dell'emendamento 81, 2ª parte, al fine di mantenere il divieto di utilizzo dei neonicotinoidi; ho votato a favore dell'emendamento 82 al fine di applicare integralmente il principio di precauzione al momento dell'autorizzazione dell'utilizzo e dell'emissione nell'ambiente di OGM; infine ho votato a favore dell'emendamento 88 in quanto contrario all'utilizzo della pratica del «fracking», lesiva delle risorse naturali.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Tutti concordiamo sul fatto che la biodiversità sia un valore. Tuttavia, essendo un valore per tutti rischia, come tutto ciò che è pubblico, di non risultare come un valore per nessuno: l'agricoltore che deve coltivare una determinata specie e non un'altra in una determinata zona per tutelare la biodiversità deve averne una convenienza o, molto probabilmente, solo per il principio potrebbe decidere di non farlo. È un classico caso di bene pubblico che il pubblico deve perseguire, anche mettendo in campo strumenti finanziari adeguati, che incentivino ad andare nella direzione conveniente per tutti invece che in quella conveniente solo per pochi. Mi congratulo con l'estensore della relazione che ha saputo sottolineare questi aspetti, per i quali ho votato a favore.

David Coburn (EFDD), in writing. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – O objetivo europeu de pôr termo à perda de biodiversidade não foi cumprido em 2010.

A UE respondeu elaborando uma nova estratégia em 2011, tendo os Chefes de Estado e de Governo definido como objetivo central acabar com a perda de biodiversidade e com a deterioração dos serviços ecossistémicos, restabelecê-los, na medida do possível, até 2020 e aumentar os esforços da UE para evitar a degradação da biodiversidade global.

De acordo com os números de 2015, estamos longe de alcançar os objetivos propostos, sendo necessária vontade política para colocar a biodiversidade como prioridade de agenda.

Apoio o Relatório Demesmaeker, por considerar serem necessárias mais medidas para proteger a biodiversidade, construindo uma Europa inteligente, sustentável e com preocupações ambientais, devendo os Estados-Membros ser mais eficazes na aplicação da legislação ambiental europeia.

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn die Halbzeitbewertung zeigt leider, dass wir von den gesetzten 2020-Zielen noch weit entfernt sind. Wir müssen weiter gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um unsere Ökosysteme wiederherzustellen und auch die biologische Vielfalt in den Gebieten in äußerster Randlage und in den überseeischen Ländern und Gebieten zu schützen. Ich bin davon überzeugt, dass wir nur mit starkem Engagement und anhaltenden Bemühungen unserer Verantwortung gerecht werden. Es gilt, Worte in Taten umzusetzen. Die rechtlichen Grundlagen bestehen und bedürfen keiner Nachbesserung, stattdessen müssen alle wir alle an einem Strang ziehen.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – In merito alla relazione sulla revisione intermedia della strategia UE sulla biodiversità, ho espresso voto favorevole in quanto ritengo sia utile porre l'attenzione su questa materia e fermarsi un momento per constatare da una parte i progressi fatti, dall'altra gli obiettivi ancora da raggiungere.

La protezione della biodiversità è importante per il mantenimento degli ecosistemi, i quali sono sempre più a rischio, senza contare che i progetti già messi in atto per garantire tale protezione, hanno contribuito a creare ritorni economici notevoli nelle aree designate.

Mi preme tuttavia sottolineare come sia necessario mantenere il divieto di utilizzo dei pesticidi neonicotinoidi poiché il loro uso risulta sempre più frequente, nonostante un numero sempre più ampio di studi scientifici riveli il loro possibile effetto negativo sulla biodiversità, a partire dalla condizione essenziale per la prosperità degli habitat naturali, come ad esempio attraverso l'impollinazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Biodiversity has an overwhelming intrinsic value that ensures a safe and healthy environment for future generations, benefiting also human health. When we read scientific research which indicates the woes caused to our health because we have not cared enough for biodiversity and our environment, this in itself is sufficient reason to fully support this report.

For those who are somewhat reluctant to accept the benefits of having strong environmental laws, it is good to point out that the economic opportunity cost of missing the biodiversity headline target is estimated to be EUR 50 billion a year!

Everyone is a stakeholder in environmental and biodiversity protection, be it private individuals, private enterprise or governments. I have thus voted in favour of the report.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Biologisk mångfald är viktig. Men i dag röstade vi emot Europaparlamentets inspel i översynen av EU:s strategi för biodiversitet. Skälet är att man avfärdar en översyn av habitat- och fågeldirektivet och kräver gemensamma hållbarhetskriterier för skogsbruk. Naturen är föränderlig och därför måste vi vara beredda att revidera vår lagstiftning för att bättre spegla den verklighet som råder i dag. Bara så kan vi säkerställa biologisk mångfald och en hållbar förvaltning av viltstammen. Fågeldirektivet är från 1979 och habitatdirektivet är från 1992, och vilka arter som behöver skydd måste uppdateras med jämna mellanrum. Vissa arter som behöver skydd får inget, och en del arter som får skydd behöver det inte längre. Europaparlamentet kräver dessutom gemensamma kriterier för hållbart skogsbruk. Men förutsättningarna för skogsbruket i Sverige och exempelvis Grekland är vitt skilda. Det gynnar varken den biologiska mångfalden i grekiska eller svenska skogar att föra över mer makt över skogspolitiken till EU.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea ha pubblicato (10/2015) una relazione su «La revisione intermedia della strategia UE per la biodiversità fino al 2020», in cui si valutano i risultati raggiunti a partire dal 2011, data di adozione della Strategia, nell'attuazione delle azioni e nella realizzazione dei target previsti. Secondo la relazione, complessivamente, non si registrano, significativi progressi rispetto all'obiettivo chiave di «arrestare la perdita di biodiversità e il degrado degli ecosistemi nell'Unione europea (UE) entro il 2020».

Il Consiglio a Dicembre scorso si è detto d'accordo a voler una migliore attuazione delle direttive di settore (direttiva «Habitat» e direttiva «Uccelli»); una più efficace integrazione della biodiversità nelle altre politiche settoriali, in particolare la politica agricola comune (PAC), un uso più mirato degli strumenti finanziari esistenti; una più accentuata attenzione alle strategie internazionali; l'urgenza di sensibilizzare e coinvolgere maggiormente tutti i settori della società e tutti i livelli di governo; una maggiore valorizzazione, anche economica, dei servizi ecosistemici.

Il relatore ha ribadito fortemente la necessità di non modificare le direttive Habitat e le altre relative alla protezione per la biodiversità, in quanto queste dove ben implementate danno risultati positivi. La considero una buona relazione, quindi voto favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque insta a una mejor aplicación de la legislación pertinente para detener la pérdida de biodiversidad, principalmente las Directivas de Hábitats y de Aves, al tiempo que exige una mejora en la implementación de estas políticas y otorga gran atención a los sectores agrícola y forestal. El informe señala también que los Estados miembros y la Comisión han de centrarse en frenar la pérdida de biodiversidad en Europa, advirtiendo que los objetivos estipulados para 2020 en este ámbito no podrán alcanzarse salvo que realmente los Estados miembros y la UE realicen una apuesta seria en este sentido.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La biodiversità è un valore assoluto per il nostro pianeta, tuttavia essa è costantemente a rischio a causa delle attività dell'uomo e dello scarso impatto delle iniziative assunte. Un valore sicuramente ambientale, ma anche economico, se si calcola che il mancato conseguimento degli obiettivi, costa all'Europa circa 50 miliardi di euro annui, mentre un posto di lavoro su sei dipende, a vario titolo, dall'ambiente.

L'implementazione della strategia sulla biodiversità (elaborata nel 2011) si sta rivelando un fallimento: secondo la Commissione europea, non sono stati compiuti concreti passi in avanti e la degradazione del sistema sembra un processo inarrestabile. In particolare, mentre si ottengono risultati nella lotta alle specie esotiche invasive, è stato praticamente nullo, fino ad oggi, il contributo dell'agricoltura e della silvicoltura alla protezione e al ripristino della biodiversità.

Occorre rimediare alla svelta; non sono necessarie revisioni delle direttive in materia di ambiente e natura, ma vanno sostenuti gli sforzi per realizzarle. In particolare, bisogna rafforzare le sinergie con le politiche di sviluppo dell'Unione, in particolare in materia di agricoltura, rimuovendo le barriere che hanno impedito alla PAC e alle altre iniziative di andare meglio incontro alle esigenze ambientali.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A biológiai sokféleség csökkenése negatív hatással van a természetre és az emberre, aláássa a Föld természetes ellenálló képességét. A csökkenés legfőbb okai az élőhely megváltozása, a környezetszennyezés, az erőforrások túlzott kiaknázása, az idegenhonos inváziós fajok és az éghajlatváltozás.

A biológiai sokféleség csökkenésének megállítására tett erőfeszítések 2010-ben kudarcot vallottak. Az EU 2011-ben kidolgozott egy új stratégiát. 2020-ban az EU ismét nem fogja tudni teljesíteni az általa kitűzött célokat. Az EU 28 tagállamának ökológiai lábnyoma kétszer akkora, mint Európa biológiai kapacitása. Egyetértek a jelentéssel, hogy konkrét eredmények elérése érdekében több politikai akaratra és a biológiai sokféleség megőrzésének politikai prioritásként történő kezelésére lenne szükség. Ez a téma mindnyájunkat és a jövő generációkat még inkább érinti, ezért is fontos minél több érdekelt fél bevonása, beleértve a regionális és helyi szereplőket.

A meglévő természetvédelmi irányelvek, a madár- és az élőhelyvédelmi irányelv teljes körű végrehajtása elengedhetetlen a biológiai sokféleséggel kapcsolatos egész stratégia végrehajtásához. Az irányelveknek köszönhető, hogy az Uniónak olyan egyedülálló hálózata van, mint a Natura 2000. Az irányelv biológiai sokféleséget veszélyeztető módosítása elkerülendő, inkább további innovatív megoldásokra van szükség. A tudatos európai polgárok egyre nagyobb része látja és tartja fontosnak a sokféleség megőrzése érdekében tett lépéseket.

A jelentést szavazatommal támogattam.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie zauważa z niepokojem ogólną tendencję do utraty różnorodności biologicznej i wzywa Komisję i państwa członkowskie, by nadały tej sprawie priorytetowe znaczenie polityczne w celu osiągnięcia wyznaczonych na 2020 r. celów. Proponowane środki powinny objąć włączenie różnorodności biologicznej do innych obszarów polityki, takich jak rolnictwo i leśnictwo, zwiększenie liczby obszarów Natura 2000 posiadających plany zagospodarowania oraz unijny plan działania dotyczący handlu dzikimi zwierzętami.

W tym miejscu należy nadmienić, iż polityka dotycząca środowiska naturalnego i rozwój gospodarczy nie wykluczają się wzajemnie, przy czym alternatywny społeczno-gospodarczy koszt niezrealizowania celów wyznaczonych na rok 2020 oszacowano na 50 mld EUR rocznie, a jedno na sześć miejsc pracy w UE jest w pewnym stopniu zależne od przyrody i różnorodności biologicznej. Mając powyższe na uwadze, poparłem w głosowaniu stosowny dokument.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Biological diversity is key to our well-being and economy, but indicators show that it is under threat, mainly as a result of human activity. Parliament's report, which I supported, expresses concern about the continuing loss of biodiversity and underlines that the full implementation of the Nature Directives and adequate financing are vital prerequisites for the success of the strategy. It highlights the need for policy coherence, in particular between biodiversity protection and agriculture and forestry, and urges the Commission and Member States to redirect financial resources under the common agricultural policy from environmentally harmful activities to sustainable agricultural practices.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I support the push to halt the loss of biodiversity by 2020, especially the efforts to restore ecosystems in so far as is feasible, which both benefits the landscape and helps protect endangered species. I welcome the opposition in this report to any revision of the Nature Directives and its focus instead on better enforcement and improved guidelines. There were a number of elements introduced into this report at committee stage which I think are unwise, particularly on the budget and CAP policy, and my group has roll-called these to show our opposition to them, but overall I welcome the direction of this report.

Seb Dance (S&D), *in writing*. – Labour MEPs are committed to protecting the EU nature directives and will work to ensure that the Commission's fitness check is not used as an excuse to water down or weaken the legislation, and we call on the Commission not to reopen or revise the Birds and Habitats Directives, but to step up efforts to help Member States' implementation. For this reason, Labour MEPs voted in favour of the Environment Committee's report on the Mid-term Review of the EU's Biodiversity Strategy.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Sunt întru totul de acord cu argumentul susținut de raportor, și anume că biodiversitatea trebuie protejată pentru valoarea sa intrinsecă enormă și pentru a ne păstra planeta cât mai intactă pentru generațiile viitoare. Consider că investițiile în natură și biodiversitate oferă oportunități care sunt utile și necesare și din punct de vedere socioeconomic și de aceea cred că este necesar să ne schimbăm mentalitatea cu privire la biodiversitate.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative stratégique apporte la contribution du Parlement à l'examen de mi-parcours de la Commission européenne sur la stratégie de l'UE en faveur de la biodiversité (directives habitat et oiseaux). Le rapport fait état d'une perte générale de biodiversité.

À l'unisson, nous nous sommes opposés à une réouverture des textes qui entraînerait un affaiblissement de la législation et une instabilité juridique dommageable. Les États membres doivent accorder davantage d'attention à la mise en œuvre des règles existantes pour atteindre les objectifs 2020.

Je me suis particulièrement engagé dans ce dossier pour que la Commission européenne prenne des mesures d'adaptation vis-à-vis des grands carnassiers (ex. le loup) afin de préserver l'élevage dans les zones montagneuses. Il m'a également semblé essentiel de demander une meilleure intégration des acteurs locaux et régionaux, dont les agriculteurs, pour définir une politique de biodiversité cohérente, qui prenne en compte les activités des acteurs socio-économiques et les particularités des territoires. Considérant que ce rapport envoie un message clair à la Commission européenne avec des recommandations qui vont dans le bon sens, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, le Parlement européen a souhaité rappeler son engagement et son soutien en faveur d'une stratégie forte de l'Union européenne en faveur de la biodiversité.

Alors que notre biodiversité est fortement menacée par la pollution et le changement climatique, l'Union européenne et ses États membres doivent faire preuve de volonté politique en fixant des objectifs ambitieux. Il est ainsi notamment pertinent de souligner l'importance de l'innovation, de la recherche et développement pour la réalisation de ces objectifs.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – The EU Birds and Habitats Directives have contributed significantly to protecting nature in Europe. However, the mid-term review shows that the Union is about to seriously fail in achieving its biodiversity targets if no improvements are made. This resolution calls for a stepping up of efforts for the protection of biodiversity in the upcoming mid-term review, and for these reasons I support the general aim of this resolution.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Secondo l'indagine Eurobarometro sulla biodiversità, almeno otto cittadini su dieci nell'UE giudicano gravi gli effetti della perdita di biodiversità. La relazione sulla Revisione intermedia della strategia dell'Unione europea sulla biodiversità dimostra come ancora molto rimanga da fare per raggiungere gli obiettivi intermedi in questo campo. Il mio voto favorevole vuole essere soprattutto uno sprone perché questo percorso venga accelerato e perché la Commissione e le autorità competenti degli Stati membri collaborino anche attraverso lo scambio delle migliori pratiche alla salvaguardia di un bene che è fondamentale.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – La biodiversité est essentielle non seulement au fonctionnement des écosystèmes mais également pour préserver la qualité de l'air et de l'eau et favoriser la pollinisation. L'Union européenne s'est fixé comme objectif d'enrayer la perte de biodiversité et de restaurer les services liés aux écosystèmes d'ici à l'horizon 2020.

C'est pourquoi il est important que les États membres mettent mieux en œuvre les directives européennes «habitats» et «oiseaux» et que l'Union accroisse les financements en faveur de la biodiversité et qu'elle mène une action qui renforce la cohérence entre ses politiques agricole, énergétique ainsi que celle en faveur de l'environnement. Enfin, des sanctions efficaces et proportionnées doivent être mises en place en cas de non-respect des directives européennes de protection de la nature.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport DEMESMAEKER sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité. Ce rapport lance un appel d'urgence à la Commission européenne et aux États membres afin qu'ils définissent des priorités afin de ralentir la disparition de la biodiversité européenne.

À travers ce vote je soutiens l'intégration des acteurs locaux et régionaux dans la définition des politiques de protection de la biodiversité. Je pense également qu'il est important de prendre en compte les particularités des territoires afin de respecter les activités locales. J'ai d'ailleurs soulevé la question de la protection des grands carnassiers qui menacent l'élevage dans les zones montagneuses.

Concernant les pesticides néonicotinoïdes, le Rapport expose un constat juste: ce type de pesticide est problématique et il existe un moratoire sur trois pesticides de ce type. Cependant une interdiction générale d'utilisation des néonicotinoïdes est problématique surtout en l'absence d'une solution de remplacement pour nos agriculteurs. De plus, j'ai voté contre le paragraphe traitant des OGM qui n'est pas cohérent avec les positions françaises. En effet si nous interdisons la culture des OGM, nous en importons.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Ce rapport apporte un éclairage important sur le chemin parcouru en matière de protection de la biodiversité et les chantiers qu'il reste à engager pour enrayer la disparition des espèces végétales et animales. Dans cette feuille de route, l'agriculture et la sylviculture ont un rôle important à jouer.

Alors que la biodiversité fait l'objet d'une forte pression au niveau mondial, il faut préserver une agriculture de type extensif. La diversité des espèces et des variétés de plantes traditionnellement cultivées par la petite et moyenne agriculture et par l'agriculture familiale revêt une importance cruciale tant pour satisfaire différents besoins et usages des communautés rurales, que pour réduire la vulnérabilité des cultures face aux conditions climatiques défavorables, aux parasites et aux maladies.

Sur le plan global, ce rapport souligne que les objectifs fixés pour 2020 ne seront pas remplis sans un effort soutenu et supplémentaire de la part des États membres tout en relevant l'incidence positive des directives «oiseaux» et «habitats» sur la dégradation de la nature.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu les recommandations visant à atteindre les objectifs figurant dans la stratégie de la biodiversité de l'UE 2010-2020. L'UE dispose de la législation de protection environnementale la plus stricte au monde. Lorsqu'elle a été correctement mise en œuvre, cette législation a permis d'obtenir d'excellents résultats, mais l'examen à mi-parcours démontre malgré tout que l'UE est sur le point d'échouer dans la réalisation de ses objectifs concernant la biodiversité si aucune amélioration n'est apportée.

Les pertes en biodiversité ont augmenté à un rythme alarmant: plus de trois-quarts des habitats naturels importants sont dans un état critique et un quart de toutes les espèces est menacée d'extinction. Il est de notre devoir d'œuvrer pour protéger notre biodiversité en Europe pour les générations futures. J'ai donc soutenu le dispositif exigeant un redoublement des efforts dans la protection de notre biodiversité.

Jørn Dohrmann (ECR), *skriftlig*. – Tak til min gode kollega, hr. Demesmaeker, for hans arbejde med betænkningen om sikring af biodiversitet i EU, som jeg stemmer for. Kommissionens egen vurdering af tilstanden for biodiversiteten i EU er nedslående, og derfor er det vigtigt, at der bliver sat yderligere fokus på denne problematik.

Det er dog også vigtigt, at dette sker på balanceret vis. Jeg er glad for ordførerens betragtninger om, at landbruget bidrager til biodiversiteten, hvilket er en enorm vigtig pointe at få med. Ligeledes er jeg tilfreds med betænkningens insisteren på, at Kommissionen skal lægge sig i selen for at udarbejde en udførlig liste over invasive arter. På nuværende tidspunkt indeholder listen eksempelvis ikke mårhunden, som er en art, vi kæmper meget med i Danmark, og som udretter stor skade på naturen der. Når vi taler om biodiversitet, bør diversiteten i de nationale udfordringer også afspejles i sådan en liste.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La protection de la biodiversité fait naturellement appel à des considérations vitales, humaines et éthiques. Il est regrettable que ce texte reflète davantage une approche économique et financière du sujet. Néanmoins, il est consensuel et repose sur une vision pragmatique.

Cet examen révèle que les efforts en faveur de la biodiversité ont été modestes, mais il est souhaitable de prendre en compte le développement économique dans toutes les questions relatives à l'environnement. J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Ясно е, че винаги си поставяме по-високи цели от тези, които наистина сме способни да постигнем. Надявам се и в този важен аспект, а именно опазването на биологичното разнообразие, нещата да са такива.

За съжаление ЕС отново е един от водачите в тази посока в целия свят. Ето защо ние трябва да покажем на останалия свят един добър пример как трябва да се правят нещата.

Подкрепям този доклад, въпреки че напредването по поставените цели върви слабо, като съм наясно, че това до голяма степен се дължи на местните правителства, но ние трябва да използваме лостовете, които ни дава Съюзът, за да ги накараме да изпълнят заложените мерки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Υπερψηφίζουμε, η προστασία του περιβάλλοντος αποτελεί για εμάς πρωταρχικό στόχο, οι θέσεις μας και η ιδεολογία μας δεν μας επιτρέπουν να κάνουμε τίποτα άλλο από το να συνεπικουρούμε κάθε προσπάθεια για την προστασία της Φύσης.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione su «La Revisione intermedia della strategia UE per la biodiversità fino al 2020», poiché in essa si valutano i risultati raggiunti a partire dal 2011, data di adozione della Strategia, nell'attuazione delle azioni e nella realizzazione dei target previsti. Mi auspico che tutti gli obiettivi della strategia vengano raggiunti.

Sono, però, ben conscia che il rapporto di medio termine è lungi dall'avvicinarsi ai 6 target ai quali si punta nel 2020, soprattutto nei confronti dell'obiettivo chiave di «arrestare la perdita di biodiversità e il degrado degli ecosistemi nell'UE entro il 2020».

Questo a causa della mancata implementazione della direttiva Habitat e della direttiva Uccelli, le quali non vengono attuate a dovere dagli Stati membri. Gli Stati membri devono capire l'importanza della tutela della biodiversità e devono proteggerla, non rivedendo ma semplicemente implementando le norme che già esistono a tutela della stessa.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Överlag ett bra betänkande som behandlar ekosystemtjänster och dess roll i naturen, ekonomin och samhället. Exempelvis nämns antibiotikaresistens som en framtida utmaning.

Art- och habitatdirektivet reglerar till viss del vargstammen, och det är djupt olyckligt att detta betänkande motsätter sig en översyn av lagstiftningen. Dock finns skrivningar om att kommissionen måste se över vad som ska gälla när art- och habitatdirektivet ska anpassas till exempelvis ekonomiska och regionala förutsättningar. Vi ser att behovet av att kunna kontrollera vår vargstam är en del av våra speciella förutsättningar. Jag hade föredragit andra skrivningar i punkterna 65 och 66 som skulle vara mer öppna för en översyn så att regionala hänsyn kan säkras.

Betänkandet innehåller skrivningar om hållbarhetskriterier för biomassa och skogsskötsel. Dess betydelse kommer att bero helt på dess utformning och det är viktigt att dessa inte missgynnar hållbar produktion från Skandinavien och respekterar att skogspolitik är medlemsstatskompetens.

Jag röstade mot skrivningar om att öppna upp reglerna för miljöinspektioner rörande problematik med bekämpningsmedelsresistens, eftersom jag inte anser det vara motiverat att ändra ramverket av den anledningen.

Sammantaget innehåller betänkandet viktiga kommentarer om hänsyn som bör tas vid översynen av EU:s biodiversitetsstrategi. Jag har mot bakgrund av ovanstående därför valt att rösta för förslaget.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A biodiversidade está sob uma pressão enorme, a nível mundial e na Europa.

As espécies estão a extinguir-se a um ritmo alucinante, por culpa da atividade humana. As alterações dos *habitats*, a poluição, a sobre-exploração, as espécies exóticas invasoras e as alterações climáticas são as principais causas de perda de biodiversidade.

A perda de biodiversidade é particularmente nociva e implica perdas para a natureza, para a humanidade e para a economia: ameaça serviços ecossistémicos necessários e compromete a capacidade natural da Terra para dar resposta a novos desafios.

A biodiversidade e a natureza devem ser centrais numa Europa inteligente, sustentável e inclusiva, e concordo com o apelo a uma maior vontade política para acabar genuinamente com a perda de biodiversidade.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, parce que je défends tout texte en faveur de la biodiversité, en dépit des insuffisances dont souffre celui-ci.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo de travar a perda da biodiversidade fracassou em 2010.

A estratégia elaborada em 2011 definiu uma nova meta global: travar a perda de biodiversidade e a degradação dos «serviços dos ecossistemas», para os restaurar «[na] medida do possível até 2020».

Em 2015, ficou claro que, sem esforços adicionais significativos, a UE, em 2020, mais uma vez não conseguirá atingir os seus objetivos.

Este relatório pede uma melhor aplicação da legislação pertinente, de modo a travar a perda de biodiversidade – principalmente as diretivas Habitats e Aves (rejeitando a sua revisão, enfraquecendo-as). Um grande de enfoque é dado aos setores agrícola e florestal.

São propostas medidas adicionais à Comissão e aos Estados-Membros para travar a perda de biodiversidade.

Fizemos mais de vinte propostas de alteração ao relatório. Algumas foram aceites.

Mas falta uma outra abordagem e uma visão de fundo ao relatório. Falta assumir que só com a mudança do modelo de produção, com o uso responsável dos recursos naturais e com a transformação da sociedade, que respeite todos os seres vivos como parte de um todo, teremos uma estratégia que cumpra com os objetivos a que se propõe.

Não basta pintar de verde o capitalismo, para que o mundo se torne melhor e habitável para todos os seres vivos.

Christofer Fjellner (PPE), skriftlig. – Biologisk mångfald är viktig. Men i dag röstade vi emot Europaparlamentets inspel i översynen av EU:s strategi för biodiversitet. Skälet är att man avfärdar en översyn av habitat- och fågeldirektivet och kräver gemensamma hållbarhetskriterier för skogsbruk. Naturen är föränderlig och därför måste vi vara beredda att revidera vår lagstiftning för att bättre spegla den verklighet som råder i dag. Bara så kan vi säkerställa biologisk mångfald och en hållbar förvaltning av viltstammen. Fågeldirektivet är från 1979 och habitatdirektivet är från 1992, och vilka arter som behöver skydd måste uppdateras med jämna mellanrum. Vissa arter som behöver skydd får inget, och en del arter som får skydd behöver det inte längre. Europaparlamentet kräver dessutom gemensamma kriterier för hållbart skogsbruk. Men förutsättningarna för skogsbruket i Sverige och exempelvis Grekland är vitt skilda. Det gynnar varken den biologiska mångfalden i grekiska eller svenska skogar att föra över mer makt över skogspolitiken till EU.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne – Podľa prieskumu Eurobarometra o biodiverzite považuje vplyv straty biodiverzity najmenej 80 % občanov Európskej únie za závažný. Európska snaha o zastavenie poklesu biodiverzity však v roku 2010 skončila neúspešne a v roku 2011 sa stanovila nová stratégia, ktorá obsahovala šesť cieľov, ktoré mali napomôcť zastavenie celosvetovej úrovne straty biodiverzity. V minulom roku však podľa oficiálnej správy boli potvrdené alarmujúce zistenia, ktoré naznačujú, že bez dodatočného úsilia Európskej únie ciele navrhnuté Radou do roku 2020 nespĺňame. Ochrana biodiverzity a investície do prírody sú však nevyhnutné nielen zo spoločenského, ale aj z hospodárskeho hľadiska, a tak biodiverzitu a jej veľkú vnútornú hodnotu treba chrániť aj preto, aby sme planétu zachovali pre budúce generácie v čo najlepšom stave.

Lorenzo Fontana (ENF), per iscritto. – Mi astengo dall'approvare la revisione intermedia in quanto alcune politiche dell'UE favoriscono la perdita di biodiversità e gli Stati membri non sarebbero in grado di sostenere economicamente tali azioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την ενδιάμεση αναθεώρηση της Στρατηγικής της ΕΕ για τη Βιοποικιλότητα, εφόσον η προστασία του περιβάλλοντος αποτελεί για εμένα πρωταρχικό στόχο. Η θέση μου και η ιδεολογία μου δεν μου επιτρέπουν να κάνω τίποτα άλλο από το να καταστώ αρωγός σε κάθε προσπάθεια για την προστασία της Φύσης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – The main aim of the strategic own-initiative report on 'The Mid-term review of the EU's Biodiversity Strategy' is to respond to the State of Nature in Europe report, and the mid-term review of the EU's Biodiversity Strategy. This strategic report will also be Parliament's contribution to the on-going fitness check of the Nature legislation (Birds and Habitats Directives).

In the fruitful negotiations at committee level, the S&D colleagues managed to integrate our important point to have a holistic approach to biological diversity in agriculture and the environment as well as the conservation of genetic diversity. Another important point for us was the awareness of citizens and the educational work of the Member State at local and regional level.

The full implementation of the Nature directives is a necessary precondition to achieve the 2020 biodiversity target.

Мария Габриел (PPE), в писмена форма. – Гласувах за приемането на този доклад, защото представлява оценката на Европейския парламент на средносрочния преглед на стратегията за биологично разнообразие, представен от Комисията в края на 2015 г. и има стратегическо значение за постигането на целите на ЕС по отношение на биологичното разнообразие.

Подкрепям дадените в него насоки за използването на най-добрите практики като катализатор за промени. Постигнатите до момента успехи, макар и да не надделяват общата отрицателна тенденция, показват, че действащото законодателство работи. В тази връзка в доклада са представени препоръки за неговото по-добро прилагане и интегрирането му в други области на политика с цел постигането на напредък.

От ключово значение е изготвянето на европейска инициатива за опрашители, в рамките на която ще бъде взета под внимание устойчивостта на растенията към вредители, засягащи пчелите и другите опрашители.

В допълнение приветствам заложения многостранен подход с участието на всички заинтересовани страни. Инвестициите в биологичното разнообразие са необходими от социална и икономическа гледна точка и носят голяма добавена стойност. С приемането на доклада се подчертава централното място на биологичното разнообразие в интелигентна, устойчива и приобщаваща Европа.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Rendkívül fontos, hogy a biológiai sokféleség, a Föld ökoszisztémáinak, élőhelyeinek, fajainak és génállományainak páratlan változatossága, amelynek az ember is része, önmagában felbecsülhetetlen értékkel bír. Az emberek mellett számos értékes ökoszisztéma-szolgáltatás – például tiszta levegő, tiszta víz, nyersanyagok, beporzók és az áradással szembeni védelem, hogy csak néhányat említsünk – miatt rendkívüli mértékben függnek a biológiai sokféleségtől. A biológiai sokféleség tehát létfontosságú alapját képezi egészségünknek, jólétünknek és gazdasági jólétünknek is.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que contribuye al análisis de la situación de la legislación ambiental. Asimismo, es de especial importancia la aprobación de la enmienda por la que se aprueba la lista de especies invasoras localizadas y peligrosas, de acuerdo con los informes de la EFSA, para conseguir que sean erradicadas antes de que se expandan alrededor de la UE. Nos encontramos ante un reto de gran importancia y debemos estar preparados para poder paliar y contener los efectos negativos que pueda tener también en las economías europeas. No hay duda de que las amenazas a la biodiversidad hoy son muchas y preocupantes, como por ejemplo la amenaza siempre latente al río Ebro, por lo que debemos exigir el cumplimiento de la ley para proteger más de 500 especies y la economía de 60 000 personas.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La tutela della natura e il rispetto dell'ecosistema del nostro pianeta sono alla base della salute e del benessere delle persone che lo abitano. Per questo condivido la necessità di intervenire con un monitoraggio intermedio della Strategia dell'UE per la biodiversità 2020, per sollecitare il raggiungimento di risultati ancora lenti ad acquisirsi, ma necessari per il nostro futuro, per poter contare su nuove e maggiori risorse che il nostro ecosistema ci offre e per affrontare le sfide che più ci minacciano, dalla crisi economica ai cambiamenti climatici, promuovendo politiche agricole che preservino la biodiversità e strategie a supporto di una maggiore consapevolezza, grazie anche a un più netto coinvolgimento dei principali attori locali e regionali. Tutelare la terra per investire sulla crescita e sul futuro.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über die Halbzeitbewertung der Strategie der EU zur Erhaltung der biologischen Vielfalt gestimmt, da ich die Biodiversität für ein wichtiges, grenzübergreifendes Thema halte. Gleichzeitig muss ich betonen, dass ich mir ein stärkeres Engagement der EU in der Vernetzung und dem Ausbau sogenannter „ex situ“-Maßnahmen wünsche.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es ist unsere Aufgabe, Ökosysteme zu schützen. Nicht zuletzt sind wir auf die Leistungen funktionierender Ökosysteme angewiesen. Sie sind Garant für sauberes Trinkwasser und klare Luft. Der hierfür wichtige Artenreichtum muss auch weiterhin geschützt werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I welcome this report, which calls on Member States to show more ambition in fully implementing the EU biodiversity strategy. Along with my Labour colleagues, I am committed to protecting the EU nature directives, and will ensure that this is not used as a subtext to weaken or dilute existing regulation in this area.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – The UK Conservative Delegation supports EU aims to halt the loss of biodiversity by 2020 and fully supports the report's calls for greater ambition and effort in the implementation and enforcement of the Nature Directives. However, the delegation believes that the report's position on GMOs, the use of neonicotinoids and the practice of hydraulic fracking does not adequately reflect the science, and could result in restrictions on certain practices and products without adequate evidence of risk to the environment. In light of this, UK Conservative MEPs requested a series of roll call, separate and split votes on paragraphs 81, 82 and 88 of the report.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe sobre la revisión intermedia de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad porque su contenido repasa todos y cada uno de los seis objetivos de la Estrategia, destacando la necesidad de mejorar la implementación de toda la legislación orientada a detener la pérdida de biodiversidad, en particular la Directiva de Hábitats y la Directiva de Aves. Además, subraya la necesidad de que los Estados miembros hagan un esfuerzo por integrar mejor la legislación medioambiental en otras áreas, tales como agricultura y silvicultura.

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – Opublikowany przez Komisję wyżej wymieniony przegląd może w zdecydowanym stopniu przyczynić się do powstrzymania utraty różnorodności biologicznej, a przede wszystkim do większego zaangażowania Unii Europejskiej w problematykę różnorodności biologicznej na świecie.

Podzielam niepokój sprawozdawcy dotyczący narastającej tendencji do utraty różnorodności biologicznej. Dodatkowo pragnę zaznaczyć, że według statystyk jedno na sześć miejsc pracy w Unii Europejskiej zależy od różnorodności biologicznej i przyrody.

Niestety nie mogę w pełni poprzeć śródkresowego przeglądu unijnej strategii ochrony różnorodności biologicznej oraz wszystkich proponowanych w nim rozwiązań, gdyż mój zdecydowany sprzeciw budzi próba wprowadzenia zakazu wydobycia gazu łupkowego, dlatego właśnie byłam zmuszona wstrzymać się od głosowania nad niniejszym tekstem.

Theresa Griffin (S&D), in writing. – I voted for this resolution, which 'Emphasises that biodiversity loss has devastating economic costs for society, which until now have not been integrated sufficiently into economic and other policies; considers it vital to recognise that investing in biodiversity is essential from a socio-economic point of view; notes that one in six jobs in the EU depends to some extent on nature and biodiversity; stresses that biodiversity has significant potential to create new skills, jobs and business opportunities; welcomes methods for measuring the economic value of biodiversity; considers that these instruments can raise awareness, improve the use of available resources and result in better decision-making'.

Françoise Grossetête (PPE), par écrit. – Mardi 2 février, j'ai voté en faveur du rapport à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité. Les résultats font état de progrès dans de nombreux domaines, mais mettent en évidence le fait que la législation de l'Union sur la nature doit être mieux appliquée par les États membres pour atteindre les objectifs européens pour 2020.

En effet, plus des trois-quarts des habitats naturels importants dans l'Union sont actuellement dans un état non satisfaisant, et de nombreuses espèces sont menacées d'extinction.

Il est nécessaire également d'intégrer l'ensemble des acteurs locaux et régionaux afin de définir une politique de biodiversité cohérente, qui prenne en compte les activités des acteurs socio-économiques et les particularités des territoires. Plus précisément, il m'a semblé essentiel d'ouvrir le débat sur les grands carnassiers pour que la Commission européenne prenne des mesures d'adaptation, afin de préserver nos élevages dans les zones montagneuses.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – The EU Birds and Habitats Directives have contributed significantly to protecting nature in Europe. The mid-term review of the EU biodiversity strategy nevertheless shows that biodiversity loss continues: more than three quarters of the important natural habitats in the EU are now in an unfavourable state, and a quarter of all species are threatened with extinction. Efforts must be stepped up, and EU legislation must be implemented in a more effective, equal and smart way across the EU. As a result, I support this Committee on the Environment's report, and have voted in favour of it.

Jytte Guteland (S&D), skriftlig. – Initiativbetänkandet är inte lagstiftning och handlar främst om att agera mot den allvarliga utarmningen av Europas biologiska mångfald.

Självklart står vi upp för den svenska skogen och rätten för Sverige att själv fatta beslut om jakten på varg. EU har ingen kompetens i jaktfrågor – det är en nationell angelägenhet. När EU:s jurister använder naturvårdsdirektiven som argument för att stoppa svensk jakt på varg är man fel ute. En översyn av direktiven i den delen är därför välkommen.

Men betänkandet är därutöver bra och EU måste göra mer för att åtgärda utarmningen av biologisk mångfald i många EU-länder. Sverige ligger långt framme – inte minst genom vår skogspolitik där biologisk mångfald och användning av skogsråvaran förenas.

Skyddet av biologisk mångfald är vitalt för Europas framtid, men nuvarande ansträngningar är otillräckliga. Ekosystemens utarmning får även sociala konsekvenser, inte minst på landsbygden. Otaliga arbetstillfällen är beroende av biologisk mångfald och naturen. Vi tar ansvar för att EU ska verka för en hållbar, miljövänlig och social utveckling. Därför stödjer vi betänkandet, även om vi inte delar alla dess positioner.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Ο στόχος της ΕΕ να σταματήσει την απώλεια της βιοποικιλότητας απέτυχε το 2010. Η ΕΕ απάντησε με τον καθορισμό μιας νέας στρατηγικής το 2011. Το 2015 ήταν ξεκάθαρο πως χωρίς περισσότερες προσπάθειες, η ΕΕ θα αποτύχει και πάλι το 2020 να πετύχει τους στόχους της.

Η έκθεση καταπιάνεται με την στρατηγική για την βιοποικιλότητα ως στόχο και προτείνει την καλύτερη εφαρμογή όλων των σχετικών νομοθεσιών. Η έκθεση εμπεριέχει επίσης επιπλέον μέτρα στα οποία η Επιτροπή και τα κράτη μέλη πρέπει να εστιάσουν τις προσπάθειες τους. Υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Hans-Olaf Henkel (ECR), in writing. – This report is the Parliament's response to the Commission's EU Biodiversity Strategy mid-term review and its input to the ongoing fitness check of the Birds and Habitats Directives. The rapporteur calls for the Commission and the Member States to make achieving the 2020 targets an urgent political priority, noting the alarming trend in biodiversity loss. He suggests measures such as deeper integration of biodiversity in policy areas like agriculture and insists on the fact that nature policies can go hand in hand with economic development, while also stating that a full implementation of the Directive is necessary to achieve the 2020 targets. The rapporteur also points out that one in six EU jobs is dependent to some extent on nature and biodiversity and that the socio-economic opportunity costs of missing the targets amounts to EUR 50 billion per year. This repercussion of biodiversity loss are therefore numerous and widespread, and that is why I have voted in favour of this report.

Richard Howitt (S&D), in writing. – I am proud to be one of the massive 592 MEPs today to tell the European Commission you are wrong to threaten to re-open and potentially weaken the EU Birds and Habitats Directives.

As the local Member of the European Parliament for Sandy, Bedfordshire, where the Royal Society for the Protection of Birds is based, I am proud to have joined their 'Nature Alert' campaign to protect these Nature Directives.

The RSPB rightly insists the existing framework is absolutely vital for Europe to meet biodiversity targets and, rather than being weakened, should be fully enforced and implemented.

Over half a million people – a record – backed the laws during the public consultation which ended last July — more even than the number which responded to the 'TTIP' consultation. 7 149 were in my own East of England constituency, and 100 000 from the United Kingdom overall.

I am disappointed that the three UKIP MEPs from my region were amongst just 52 who opposed this resolution, and that one of our three Conservative MEPs also failed to support it. For those who accuse Europe of a 'democratic deficit', today is a victory for democracy. But above all, it is a victory for nature conservation.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – I have voted for this report, which reiterates the need for additional, innovative solutions in order to halt biodiversity loss. Biodiversity and nature must be central in a smart, sustainable and inclusive Europe.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), kirjallinen. – Luonnon monimuotoisuus heikkenee erittäin huolestuttavaa tahtia. Eliölajien sukupuuttoon kuoleminen ja ekosysteemien romahtaminen ovat ihmiskunnan vakavimpia uhkia ilmastonmuutoksen ja resurssien kestäättömän käytön ohella. Eurooppalaisen luonnon tila on heikentyvä. Olemme jättämässä tuleville sukupolville entistä huonommat elinmahdollisuudet.

EU:n vuoteen 2020 ulottuvan biodiversiteettistrategian tavoitteita ei tulla saavuttamaan. EU ei voi pelkästään omilla toimillaan pysäyttää kehitystä. Siihen tarvitaan kulutustottumusten kokonaisvaltaista muutosta.

Suomen osalta maa- ja metsätaloudella on erittäin suuri merkitys. Niiden vaikutus luonnon monimuotoisuuteen on aivan keskeinen. Kaikki toimijat ovat jo tiedostaneet tämän ja ottavat monimuotoisuuden yhä paremmin huomioon. Paljon enemmän voidaan vielä tehdä. Erilaiset taloudelliset kannustimet on suunnattava tukemaan kestävä kehitystä. Luonnontilaiset ja riittävän laaja-alaiset yhtenäiset alueet ovat parhaita luonnon monimuotoisuuden ylläpitäjiä. Niitä on oltava riittävästi.

Suomi elää edelleen metsästä. Suomi on metsä. Meidän kohtalonkysymyksemme on se, miten hoidamme metsävarojamme. Joudumme tasapainoilemaan erilaisten ristikkäisten paineiden välissä: kansantalouteen pitää saada rahaa, metsiä pitää käyttää ja hoitaa. Samalla niihin pitää maltaa olla koskematta luonnon monimuotoisuuden turvaamiseksi.

Suomen vanhin tunnettu puu on 800 vuotta vanha. Kun se aloitti kasvunsa, Euroopassa lähdettiin neljännelle ristiretkelle, Cambridgen yliopisto perustettiin ja Tšingis-kaani aloitti valloituksensa. Haluan, että jossain nyt kasvunsa alussa oleva mänty näkee seuraavat kahdeksansataa vuotta ja toivon, että ne ovat hyviä sekä suomalaisille että metsillemme.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao samo za izvješće o reviziji na sredini razdoblja provedbe strategije EU-a o biološkoj raznolikosti, jer smatram da je taj jedinstven spoj ekosustava, staništa, vrsta i gena, nazvan biološka raznolikost, a o kojem je čovjek izuzetno ovisan, potrebno zaštititi za dobrobit budućih generacija. Poljoprivreda ima veliku ulogu u tome te velike ciljeve koje treba ostvariti kako bi bila učinkovita u proizvodnji količine hrane za rastuće svjetsko stanovništvo.

Održivo i odgovorno obrađivanje zemlje, uzgoj stoke, raznolikost biljnih vrsta i sorti, povećana upotreba biomase kao izvora energije, prijelaz na zeleno gospodarstvo samo su neki od ključnih doprinosa očuvanja biološke raznolikosti. Činjenica je da je u Europi približno četvrtina divljih vrsta u opasnosti od izumiranja te da su mnogi ekosustavi narušeni, što EU-u nanosi ozbiljnu društvenu i gospodarsku štetu. Stoga, europsko zakonodavstvo u tom području mora se implementirati na efikasniji, jednak i pametan način diljem cijele Unije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Je soutiens ce texte en faveur de la biodiversité qui ne contraint pas trop lourdement les États membres. J'approuve aussi le fréquent rappel qui y est fait d'associer respect de l'environnement et développement économique.

Je note seulement la faute de la démarche de faire reposer l'enjeu de la biodiversité sur une intégration économique au lieu de la considérer comme un bien nécessaire à l'homme. En conséquence je vote pour.

Diane James (EFDD), *in writing.* – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Mark Demesmaeker sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité. La biodiversité est une richesse et une ressource qu'il nous faut protéger. Le Parlement européen a reconnu aux secteurs agricole et forestier leur contribution importante dans la préservation de cette biodiversité. Cependant la mise en œuvre des objectifs pour 2020 pris dans ce domaine par l'Union européenne accuse du retard. Les États membres doivent donc faire plus d'efforts tout en intégrant les particularités des acteurs socio-économiques locaux et régionaux et des territoires.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Różnorodność biologiczna w Europie jest zagrożona. Ponad trzy czwarte ważnych siedlisk naturalnych w Unii jest w bardzo złym stanie, a wiele gatunków zwierząt i roślin jest zagrożonych wyginięciem. Dlatego w 2011 r. UE zaadaptowała strategię, której głównym celem jest powstrzymanie utraty różnorodności biologicznej do 2020 r. Przywrócenie naturalnych ekosystemów oraz ochrona środowiska naturalnego to jedno z ważniejszych wyznań, przed jakimi stoi dziś UE.

Dziś, dokonując śródkresowego przeglądu przyjętego i wdrażanego planu, należy podkreślić konieczność zastosowania w praktyce tego, co zostało ustalone i zaakceptowane przez państwa członkowskie. Przede wszystkim należy dążyć do lepszego aplikowania praw dotyczących ochrony środowiska na poszczególnych obszarach. Nadzór i ocenę skuteczności krajów w osiąganiu celów strategii pełni Komisja Europejska, i, jak sama twierdzi, pomimo, że obecne wyniki wdrażania procedur wskazują na polepszenie sytuacji w wielu dziedzinach, państwa Unii muszą kontynuować swe starania, aby w pełni zrealizować podjęte zobowiązania.

Jak pokazują sondaże, kwestie ochrony środowiska są bliskie naszym obywatelom, a Unia Europejska pozostaje światowym liderem dbania o ochronę różnorodności biologicznej.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Es erfolgt eine Halbzeitbewertung der Strategie aus dem Jahr 2011, welche den Verlust an biologischer Vielfalt und den Rückgang der Ökosystemdienstleistungen stoppen und bis 2020 so gut wie möglich wiederherstellen soll. Der Bericht zeigt auf, dass ohne zusätzliche Bemühungen das angestrebte Ziel im Jahr 2020 verfehlt würde, wenn es nicht zu einer besseren Um- und Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften kommt. Ich stimme dem vorliegenden Bericht zu.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es atbalstīju ziņojumu par Eiropas Savienības bioloģiskās daudzveidības stratēģijas starpposma pārskatīšanu. Uzskatu, ka ir svarīgi pieturēties pie izstrādātās vides saglabāšanas stratēģijas, jo tas atbilst mūsu pilsoņu interesēm ilgtermiņā. Turklāt vides saglabāšana un bioloģiskā daudzveidība arvien tiek iekļauta citās politikas jomās. Svarīgi, lai likumi tiktu īstenoti ne tikai uz papīra, bet arī praksē, jo sistemātiska likumu īstenošana un nosprausto mērķu sasniegšana sniegs labumu cilvēkiem, dabai un uzņēmējdarbībai.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Ensuring the sustainability of the European biodiversity is a promise we have to make for the future generations.

Preserving biodiversity in tensely populated area such as the EU requires efforts from all sides, from politicians on all levels, to companies, to agricultural and forestry sectors to individuals.

Current existing legislation, the Birds and Habitats directives, need to be better implemented. Achieving the 2020 targets of the EU biodiversity strategy should be one of the political priorities.

It is important to underline that restoring, preserving and enhancing ecosystems related to agriculture and forestry, including in Natura 2000 areas, is highlighted as one of the six key priorities for rural development.

In order to generate synergies and engage all sectors in achieving those targets, one of the crucial issues is to boost innovation and especially invest into ecological engineering.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. Labour MEPs are committed to protecting the EU nature directives and will work to ensure that the fitness check is not used as an excuse to water down or weaken the legislation.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report deals with the Biodiversity strategy of the EU. Biodiversity is therefore essential for people's health and well-being, as well as for their economic prosperity. It is important to underline that nowadays biodiversity is under severe pressure due to human activity. Deplorably, the European aim to halt biodiversity loss failed in 2010 and the EU undertook a new strategy in 2011. It is clear that without additional reforms, the EU will in 2020 again fail to achieve its targets. For this reason, the report calls on a better implementation and enforcement of the existing legislation. Additionally, it considers that innovative nature-based solutions can significantly contribute to tackle those challenges. Consequently, I voted in favour of this report.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La perdita di biodiversità è da annoverare tra i dieci rischi globali più gravi. Le risorse biologiche sono le basi su cui noi costruiamo le civiltà. I prodotti della natura sono alla base di numerose attività industriali quali l'agricoltura, la cosmesi, la farmaceutica, l'industria cartaria, l'orticoltura, la costruzione ed il trattamento residuo.

La perdita di biodiversità ha ripercussioni negative sui nostri approvvigionamenti di generi alimentari, sulle opportunità di ricreazione e turismo, sulle fonti di legname, medicine ed energia. Inoltre interferisce con le funzioni ecologiche essenziali.

Purtroppo, le misure adottate dall'Ue, per arrestare tale fenomeno entro il 2020, non hanno sortito gli effetti sperati. Per affrontare tale sfida è certamente necessaria una revisione intermedia della strategia dell'Ue accompagnata da una maggiore volontà politica. Pertanto, ho deciso di sostenere la relazione del collega Demesmaeker in quanto, proteggere la biodiversità, è nell'interesse di tutta l'Europa per l'impatto che potrà avere, anche, per le generazioni future.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la stratégie en faveur de la biodiversité. L'ensemble du texte demeure assez consensuel et n'impose pas aux États membres des exigences trop lourdes. L'importance de concilier respect de l'environnement et développement économique est souvent rappelée, approche pragmatique louable.

Il est cependant regrettable que la question de la biodiversité soit argumentée par une intégration socioéconomique de l'enjeu. La perte de biodiversité est alors identifiée à un coût financier.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il s'efforce de protéger la biodiversité, notamment contre les pesticides, les OGM et la fracturation hydraulique. Il a en outre le mérite de laisser une large marge de manœuvre aux États membres.

Il est toutefois regrettable que les trois amendements du groupe ENL aient été rejetés par idéologie anti-FN alors qu'ils visaient à restreindre encore davantage l'utilisation de certains produits nuisibles à la biodiversité.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Směrnice o ochraně přírody, jako je třeba program NATURA 2000, jdou proti principu subsidiarity. Ochrana přírody by měla být věcí členských států, nepodporuji vznik nové směrnice EU o půdě.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U Europi je približno četvrtina divljih vrsta u opasnosti od izumiranja, a mnogi su ekosustavi uništeni čime se nanosi ozbiljna društvena i gospodarska šteta Europskoj uniji. Gubitak biološke raznolikosti predstavlja ogroman trošak za društvo pa je stoga ulaganje u biološku raznolikost bitno za očuvanje povoljne društveno-gospodarske situacije. EU mora pružiti potporu državama u razvoju u njihovim naporima za očuvanje biološke raznolikosti.

Potrebno je potaknuti svijest stanovništva EU-a o važnosti bioraznolikosti jer su ljudi ovisni o svim dobrima ekosustava kao što je pitka voda, čisti zrak i ostala prirodna dobra. Komisija i države članice moraju dati veći prioritet ostvarenju ciljeva o biološkoj raznolikosti do 2020. jer se postavljeni ciljevi neće ostvariti bez dodatnih i trajnih napora.

Podržala sam izvješće zastupnika Demesmaekera jer jedinstvena raznolikost ekosustava, staništa i vrsta ima veliku vrijednost za EU. Smatram da je potreban kvalitetniji pristup financiranju biološke raznolikosti koji bi obuhvaćao više fondova, a vrlo je bitno povezati i različite instrumente financiranja. Potrebno je uspostaviti održivo upravljanje svjetskim šumama jačanjem ekoloških procesa, biološke raznolikosti i produktivnosti šuma te imati na umu prava autohtonog stanovništva na tim područjima.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Zachovanie biodiverzity pre ďalšie generácie je náročný a citlivý proces. Jej pokles je a vždy bude ovplyvňovaný ľudskou činnosťou, priamou aj nepriamou. Strata biodiverzity negatívne ovplyvní celý budúci život na Zemi, postihne celé generácie ľudstva. Preto je nutné priebežne prijímať efektívne opatrenia, ktoré v maximálne možnej miere udržia prírodu v rovnováhe s hospodárskou činnosťou človeka. Podporím všetky návrhy, ktoré budú v záujme zachovania biodiverzity, začlenia ochranu prírody a krajiny do všetkých politík a povedú k vytváraniu súladu medzi hospodárskym rozvojom a ochranou biodiverzity.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Les citoyens européens dans leur grande majorité ont récemment exprimé leur préoccupation face à la perte de biodiversité en Europe. C'est ainsi qu'en 2015, plus d'un demi-million d'Européens ont demandé à la Commission européenne de protéger la nature et de veiller à la mise en œuvre des directives existantes.

Partant de ce constat, ce rapport établit un diagnostic clair pour parvenir à endiguer la perte de biodiversité, en soulignant que, pour atteindre les objectifs de la stratégie biodiversité de l'Union, le cadre législatif actuel devra être complètement mis en œuvre par les États membres, avec un suivi et des moyens financiers dédiés supplémentaires.

Ce texte déplore le fait que les RUP soient exclues de la législation communautaire actuelle alors qu'elles renferment des réserves uniques d'espèces et d'écosystèmes et une part conséquente de la biodiversité mondiale et européenne.

Il appelle la Commission à la définition d'un cadre législatif adapté aux spécificités de ces régions, ainsi qu'à la création d'un mécanisme durable de financement de la protection de la biodiversité dans les RUP et les PTOM.

Les politiques en faveur de la nature ont besoin d'un soutien politique fort. C'est pourquoi je vote en faveur de ce rapport.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απέχω από την έκθεση σχετικά με την ενδιάμεση αναθεώρηση της Στρατηγικής της ΕΕ για τη Βιοποικιλότητα, διότι δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Cet examen à mi-parcours, comme son nom l'indique, fait le bilan de la stratégie de l'Union en faveur de la biodiversité. Il constate que les efforts ont été modestes et regrette que les flexibilités accordées aux États membres aient finalement limité la bonne application des directives.

Nous regrettons, par ailleurs, que l'enjeu de la biodiversité ne soit vu que dans l'optique financière d'une intégration socioéconomique. Malgré tout, ce texte reste consensuel et a l'immense avantage de ne pas imposer aux États membres des exigences trop lourdes, ce que nous soutenons.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution, which 'Emphasises that biodiversity loss has devastating economic costs for society, which until now have not been integrated sufficiently into economic and other policies; considers it vital to recognise that investing in biodiversity is essential from a socio-economic point of view; notes that one in six jobs in the EU depends to some extent on nature and biodiversity; stresses that biodiversity has significant potential to create new skills, jobs and business opportunities; welcomes methods for measuring the economic value of biodiversity; considers that these instruments can raise awareness, improve the use of available resources and result in better decision-making'.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La revisione intermedia della strategia dell'UE sulla biodiversità evidenzia la necessità di un maggiore impegno da parte degli Stati membri in materia di attuazione per arrestare la perdita di biodiversità e la prevenzione del degrado dei servizi ecosistemici. L'UE ha adottato i primi provvedimenti per ridurre le cause indirette della perdita di biodiversità, in particolare in materia di commercio della fauna selvatica e della pesca illegale, e per integrare la questione della biodiversità nei suoi accordi commerciali. Scopo della revisione intermedia della strategia dell'UE sulla biodiversità è raggiungere l'obiettivo di arrestare la perdita di biodiversità entro il 2020.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – As Diretivas da Natureza constituem marcos importantes no que diz respeito à política no domínio da natureza, não só da UE, como a nível internacional.

Esta revisão intercalar da Estratégia da Biodiversidade pretende não só que as medidas e os programas aplicados, nomeadamente no que diz respeito à Diretiva das Aves e do *Habitat*, sejam reforçados, como também sejam extensíveis a outras áreas estratégicas do ambiente.

Votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Desde el Parlamento Europeo estamos comprometidos con la preservación de la biodiversidad en Europa y en todo el mundo y por esa razón pedimos a las instituciones comunitarias que sean perseverantes y actúen con diligencia para evitar pérdidas irreversibles de un valor biológico incalculable.

Mi apoyo a la propuesta de Resolución del Parlamento Europeo sobre la revisión intermedia de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad que, además, hace una particular defensa de la biodiversidad en las regiones ultraperiféricas y los territorios de ultramar de la UE, alertando de que es preciso tomar medidas para asegurar que se conserva este tesoro biológico.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Da der Naturschutz ein Paradebeispiel jener Materie ist, die besser auf Gemeinschaftsebene behandelt werden muss, und aufgrund der Tatsache, dass Umweltschutz auch Heimatschutz ist, unterstütze ich diesen Bericht.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl ES biologinės įvairovės strategijos laikotarpio vidurio peržiūros. 2010 m. nepavyko įgyvendinti Europos siekio sustabdyti biologinės įvairovės nykimo. Todėl 2011 m. ES parengė naują strategiją. Šioje strategijoje ES valstybių ir vyriausybių vadovai apibrėžė pagrindinį tikslą – sustabdyti biologinės įvairovės ir ekosistemų funkcijų nykimą, kuo labiau atkurti jį iki 2020 m. EP pranešime numatomi svarbiausi uždaviniai šiems tikslams pasiekti. Pabrėžiama, jog gamtos direktyvų įgyvendinimas, jų vykdymo užtikrinimas ir finansavimas yra būtinos sąlygos siekiant užtikrinti visos strategijos sėkmę. Todėl Pranešime Europos Komisija ir valstybės narės yra raginamos sąžiningai laikytis ES teisės aktų, gerinti jų vykdymo užtikrinimą ir, esant būtinybei, taikyti proporcingas, veiksmingas ir atgrasomas sankcijas. Tik tokiu būdu bus užtikrintas sėkmingas strategijos įgyvendinimas bei pasiekti joje numatyti tikslai.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution a pour objectif la mise en œuvre pleine et entière des directives «Oiseaux» et «Habitats» ainsi que la préservation et la restauration des écosystèmes et des services écosystémiques. Pour cela, elle propose de promouvoir les contributions de l'agriculture et de la sylviculture à la préservation et à l'approfondissement de la biodiversité.

La résolution met également l'accent sur l'exploitation durable des stocks halieutiques et la lutte contre les espèces exotiques invasives. Tout cela dans le but d'enrayer la perte de biodiversité à l'échelle mondiale.

Nous sommes encore loin des objectifs annoncés et à ce titre le rapport déplore «la lenteur des progrès réalisés par les États membres dans la mise en œuvre de la législation environnementale européenne». De fait il note qu'«aucune donnée détaillée concernant le véritable financement de la conservation de la nature par État membre» n'est disponible. Je vote pour cette résolution sans illusion quant à ses effets.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Je soutiens ce texte en faveur de la biodiversité qui ne contraint pas trop lourdement les États membres. J'approuve aussi le fréquent rappel qui y est fait de mettre en adéquation respect de l'environnement et développement économique.

Je note seulement la faute de la démarche de faire reposer l'enjeu de la biodiversité sur une intégration économique au lieu de la considérer comme un bien nécessaire à l'homme. En conséquence je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da revisão intercalar da estratégia de biodiversidade da UE.

Desenvolvida em torno de seis objetivos específicos, é assumida a perda da biodiversidade como uma prioridade política.

É fundamental o papel que têm neste processo os diferentes intervenientes nacionais, locais e regionais, de modo a que as metas propostas sejam cumpridas através de ações concretas.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this report on the EU biodiversity strategy. We need to do more to protect our natural environment. This will deliver a strong political signal on the need to act urgently to protect Europe's ecosystems.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – De natuur in Europa, zijn ecosystemen en zijn biodiversiteit staan onder zware druk. Tot die vaststelling zijn we al herhaaldelijk gekomen en even legio zijn de nobele pogingen, actieplannen en strategieën geweest om het risico op uitsterven van een groeiend aantal bedreigde diersoorten en plantensoorten te voorkomen. Om het biodiversiteitsverlies in Europa te stoppen werd in 2011 een nieuwe strategie uitgerold. De ambitie luidde om tegen 2020 én het verlies te stoppen én zo veel mogelijk habitats en ecosystemen opnieuw te herstellen.

In het verslag van het Parlement is nu de tussentijdse evaluatie opgemaakt van die EU-biodiversiteitsstrategie. Anno 2015 blijkt het verdict opnieuw bikkelhard: zonder forse inspanningen zal de EU in 2020 opnieuw niet op schema liggen en zal de rijke diversiteit aan dieren en planten alweer een stuk schraler zijn. Menselijke activiteiten liggen aan de basis van het feit dat soorten uitsterven en biotopen verdwijnen. Dus ligt de sleutel tot herstel van de natuur en de biodiversiteit bij diezelfde mens. Het verslag roept terecht alle betrokkenen, iedereen dus, op om bijkomende inspanningen te leveren en de bestaande wetgeving en de natuurrichtlijnen versneld uit te voeren en toe te passen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Biodiverzita je neoddeliteľnou súčasťou prirodzeného životného prostredia. Aj mierne výkyvy rôznorodosti v prírode môžu zapríčiniť problémy rôzneho druhu, ktoré sa skôr či neskôr dotknú človeka. Musíme pristupovať zodpovedne k životnému prostrediu, ktoré sa nás bezprostredne týka. Stav životného prostredia má priamy dosah na ľudské fyzické aj psychické zdravie. Stratégia Európskej únie v oblasti biologickej diverzity má preto svoje opodstatnenie a o to viac aj jej preskúmanie v polovici jej trvania. Práve teraz, keď je ešte čas na optimalizáciu a na dosiahnutie čo najlepších výsledkov v oblasti biodiverzity, je vhodné obdobie na konkrétne úpravy a zmeny v stratégii. Verím, že výsledok dnešného hlasovania prispeje k ochrane životného prostredia.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The main aim of the strategic own-initiative report on 'The Mid-term review of the EU's Biodiversity Strategy' is to respond to the Commission proposal for the mid-term review of the EU's Biodiversity Strategy. I gave my full support to the EP report which includes the importance of providing urgent political priority to the achievement of the 2020 targets, more information to the general public to increase awareness, adopting a multi-stakeholder approach to ensure the active participation of all stakeholders including regional and local actors. The report supports strong protection for the restoration of our natural environment and it sends out a strong political signal on the need to act urgently to protect Europe's nature for the benefit of our citizens.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentést terjesztett elő a biológiai sokféleséggel kapcsolatos uniós stratégia felülvizsgálata érdekében. A jelentés leszögezi, hogy a biológiai sokféleség létfontosságú alapját képezi egészségünknek, jólétünknek és gazdasági jólétünknek is, ugyanakkor komoly terhelés nehezíti rá világszerte és Európában egyaránt. A biológiai sokféleség csökkenésének megállítására tett európai erőfeszítések azonban 2010-ben kudarcot vallottak, ezért az EU 2011-ben új stratégiát dolgozott ki, amelynek értelmében meg kell állítani a biológiai sokféleség csökkenését és az ökoszisztéma-szolgáltatások romlását, a lehetőségekhez mérten 2020-ig helyre kell állítani állapotukat és világszerte segíteni kell a biológiai sokféleség csökkenésének visszafordítását. A jelentés megállapítja, hogy további jelentős erőfeszítések nélkül 2020-ban az EU ismét nem fogja tudni teljesíteni az általa kitűzött célokat. Statisztikai adatok sokaságával bizonyítva, hogy a természetre és a biológiai sokféleségre fordított befektetés társadalmilag és gazdaságilag is szükséges, erősebb politikai akaratot szorgalmaz a biológiai sokféleség csökkenésének tényleges megállítására. A jelentést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union en faveur de la biodiversité estime que les efforts ont été modestes et regrette que les flexibilités accordées aux États membres aient pu limiter la bonne application des directives portant sur ce thème.

La question de la biodiversité est plus argumentée par son aspect économique, la perte de biodiversité est alors identifiée à un coût financier. L'aspect vital de l'environnement pour l'homme enraciné dans son espace n'est évidemment pas défendu dans ce texte.

L'ensemble du texte demeure toutefois consensuel et n'impose pas aux États membres des exigences trop lourdes. Enfin, l'importance de concilier respect de l'environnement et développement économique est souvent rappelée, approche pragmatique louable. Nous sommes donc en faveur de ce texte.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A perda da biodiversidade tornou-se alarmante. As espécies estão a extinguir-se a um ritmo vertiginoso; as alterações dos habitats, a poluição, a sobre-exploração, as espécies exóticas invasoras e as alterações climáticas são os principais fundamentos de perda de biodiversidade. Defendo que a biodiversidade é primordial para a nossa saúde e bem-estar, assim como para a prosperidade económica.

Concordo com o relator na defesa de uma maior vontade política para abordar genuinamente a perda de biodiversidade como uma prioridade política e na necessidade de uma abordagem multilateral em que os intervenientes regionais e locais têm um papel especial. Defendo uma melhor execução e controlo do cumprimento da legislação em vigor para pôr termo à perda de biodiversidade, que tem de ser encarado como um objetivo europeu efetivo.

Subscrovo igualmente a posição do relator ao considerar que a biodiversidade e a natureza devem ser centrais numa Europa inteligente, sustentável e inclusiva, e no apelo a uma maior vontade política para acabar genuinamente com a perda de biodiversidade.

Destaco a importância desta temática para os cidadãos da UE, manifestada na campanha «Nature Alert», em que meio milhão de cidadãos apelaram para a observância e melhor execução da legislação de proteção da natureza.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs are committed to protecting the EU nature directives and will work to ensure that the fitness check is not used as an excuse to water down or weaken the legislation. For this reason, Labour MEPs voted in favour of the Environment Committee's report on the Mid-term Review of the EU's Biodiversity Strategy.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union en faveur de la biodiversité en Europe. En dépit des propositions intéressantes qui y figurent, je ne pouvais pas soutenir un texte demandant aux États membres d'interdire l'exploitation des hydrocarbures non conventionnels comme le gaz de schiste, au mépris des principes de subsidiarité et de souveraineté des autorités nationales dans le choix de leur bouquet énergétique.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La biodiversità è un elemento fondamentale per la nostra salute, il nostro benessere e la prosperità economica. Purtroppo i cambiamenti climatici degli ultimi anni, l'inquinamento e lo sfruttamento eccessivo del territorio rappresentano una pericolosa minaccia in Europa e nel mondo. L'impegno europeo per fermare la perdita di biodiversità è miseramente fallito nel 2010, con la mancata trasposizione di importanti direttive. Nel 2011 l'UE ha elaborato una nuova strategia, i cui progressi sono ad oggi ancora troppo scarsi.

Con l'approvazione di questa relazione, chiediamo maggiore volontà politica affinché si consideri la perdita di biodiversità una reale priorità strategica, bisognosa di un approccio multipartecipativo, nel quale gli attori europei, ma anche quelli regionali e locali, svolgano un ruolo particolare. Occorre sì accrescere il sostegno pubblico agli investimenti, ma riteniamo essenziale utilizzare le risorse a disposizione in modo più efficiente e mirato. Chiediamo alla Commissione di elaborare criteri specifici capaci di garantire che i progetti producano effetti adeguati, positivi e tangibili sul piano scientifico. La biodiversità e la natura devono continuare ad essere considerati centrali in un'Europa intelligente, sostenibile e inclusiva. Ciò risulta essenziale per la natura stessa nonché per la salute, il benessere e la prosperità dei nostri figli.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité présente des solutions et objectifs encourageants, raison pour laquelle j'ai voté en sa faveur.

Toutefois, il fait aussi état d'une dégradation continue de l'environnement, et se montre pessimiste quant au succès des objectifs de 2020 en la matière. L'Union et les États membres se doivent de faire de la protection de la biodiversité une priorité politique.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La biodiversità è gravemente minacciata in Europa e in tutto il mondo. Le specie si estinguono a un ritmo elevatissimo e ciò è dovuto alle attività umane, cambiamenti degli habitat, inquinamento e mutamenti climatici. Proteggere la biodiversità è nell'interesse di tutti soprattutto per le generazioni future ed è per questo che ho sostenuto la relazione del collega Demesmaeker.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Biodiversity represents the unique variety of ecosystems, habitats, species and genes on Earth, and its loss is a loss to nature, humanity and the economy. I have voted in favour of this report on the EU Biodiversity Strategy, which is essential for nature itself as well as for health, wellbeing and welfare of the generations to come.

James Nicholson (ECR), *in writing*. – I welcome the Commission's target to halt loss of biodiversity by 2020. Biodiversity is critical to both our environmental and economic well-being. With only one out of the six specific targets on track to be achieved, the disappointing reality is that we are a long way off from achieving the Commission's goals.

The report calls for more ambitious means to achieve such vital targets. It calls for better implementation and further enforcement of existing policies such as the Nature Directives. Strengthening the existing mechanism will enable a more cohesive measurement of the economic value biodiversity can offer.

I acknowledge agriculture has an inherent role to play in conserving biodiversity. Yet we must be cautious to ensure that the targets set out establish a complementary relationship between biodiversity and agriculture rather than a conflicting one.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I support the position of like-minded colleagues in the European Parliament and voted in favour of the report. Taking into consideration that the loss of biodiversity and the disintegration of the ecosystem have been found by the World Economic Forum, in a 2014 'Global risk perception survey', to be among one of the 10 biggest risks facing the global community, and that our existence is so closely intertwined with the sustainability of natural resources, it is paramount that we adopt an ambitious and consistent approach to secure a reversal of former bad trends.

We need to focus more attention towards meeting the targets as set out in the EU Biodiversity Strategy to 2020 to avoid repeating the failure of 2010 where the targets were not met. The prevention of biodiversity loss therefore should be a top priority.

To arrive at the 2020 targets it is vital to implement and enforce already established EU legislation. Indeed, we know that not only does investing in biodiversity carry positive results for the natural environment it is also connected to socio-economic development. With great scope for improvement the EU therefore has an important task ahead if it is to meet the 2020 deadline.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Výsledkem přezkumu strategie EU v oblasti biologické rozmanitosti je zjištění, že splnění dohodnutých cílů v roce 2020 je značně vzdáleno. V dobrém stavu je pouze 23 % přírodních druhů a 16 % přírodních stanovišť. Ekologická stopa EU je v porovnání s její biologickou kapacitou dvojnásobná. Je proto třeba vyvinout značné dodatečné úsilí. Podpořil jsem ty body zprávy, které k tomuto úsilí vybízejí, a předkládají konkrétní kroky, které je třeba podniknout. Klíčové je nalezení politické vůle k provádění cílených investic do přírody a biologické rozmanitosti.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da es sich im Bericht um eine tatsächliche Förderung und Finanzierung des Naturschutzes handelt. Des Weiteren wird im Bericht auch mehr Transparenz bei Ökologisierungsmaßnahmen gefordert. Naturschutz ist ein Paradebeispiel, welches besser auf der Gemeinschaftsebene behandelt werden muss, und aufgrund der Tatsache, dass Umweltschutz auch Heimatschutz ist, unterstütze ich diesen Bericht auch.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Bioloogiline mitmekesisus on inimeste tervise, heaolu ja majanduse jaoks eluliselt tähtis ning see on surve all kogu maailmas ja ka Euroopas. Inimtegevuse tõttu surevad erinevad liigid välja liiga kiiresti. Bioloogilise mitmekesisuse säilitamiseks on EL välja pakkunud mitmeid strateegiaid. 2010. aastaks ette nähtud eesmärgid ei täidetud ning ka praegune vaheraport näitab, et 2020. aasta eesmärkidega ei olda isegi poolel teel. Seega tuleb teha tõsisel jõupingutusi, et kokkulepitud eesmärgid siiski saavutada. Vaja on tugevamat poliitilist tahet, õigusaktide paremat rakendamist ja järelevalvet ning uusi innovaatilisi lahendusi. Loodus tuleb tihedamalt siduda ühiskonnaga, luua säästev majanduskasv ning integreerida bioloogilise mitmekesisuse kaitse ka teistesse poliitikavaldkondadesse.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Son muchas las ocasiones en las que he pedido la protección de nuestra biodiversidad, especialmente para aquellas especies en peligro de extinción, como el lince ibérico, o denunciando malas políticas medioambientales o el mal estado de nuestros hábitats.

Este informe es muy crítico con los resultados que estamos obteniendo con la actual Estrategia. La revisión intermedia nos brinda una oportunidad para conocer nuestros errores, cuáles son las especies o sectores más vulnerables, y tratar así de poner remedio a una situación preocupante que, sin duda, requiere de mayores esfuerzos.

Es por todo lo anterior por lo que he decidido votar a favor de este informe.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui dėl ES biologinės įvairovės strategijos laikotarpio vidurio peržiūros.

Sveikintina, kad daugelyje sričių pavyko padaryti pažangą įgyvendinant tikslą iki 2020 m. sustabdyti biologinės įvairovės nykimą, tačiau to nepakanka ir būtina dėti daugiau pastangų. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas biologinės įvairovės politikai, kadangi biologinės įvairovės nykimas didina negrįžtamų pokyčių riziką ir kenkia ekonominiam vystymuisi bei visuomenės atsparumui.

Visų pirma, reikalingas geresnis dabartinių teisės aktų įgyvendinimas ir priežiūra. Be to, reikia ieškoti papildomų naujų sprendimų ir įgyvendinimo priemonių. Manau, kad Komisija turėtų kuo skubiau pateikti konkretų pasiūlymą dėl transeuropinio žaliosios infrastruktūros tinklo.

Labai svarbu, kad ir toliau būtų taikomas draudimas naudoti neonikotinoidus atsižvelgiant į galimą jų neigiamą poveikį. Be to, būtina visapusiškai taikyti atsargumo principą suteikiant leidimus naudoti ir išleisti į aplinką gyvus modifikuotus organizmus. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas naujoms hidraulinio ardymo operacijoms Europos Sąjungoje. Atsižvelgiant į neigiamą šios veiklos poveikį klimatui, aplinkai ir biologinei įvairovei, manau kad valstybės narės neturėtų išduoti leidimų tokiai veiklai.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση αναγνωρίζοντας την ανάγκη ανάληψης επείγουσας δράσης για την προστασία της βιοποικιλότητας στην Ευρώπη, η οποία είναι ουσιαστικής σημασίας για την υγεία και την ευημερία μας και για την οικονομική μας ευρωστία. Η έκθεση προτείνει ευρωπαϊκές και εθνικές δράσεις για να επιτευχθούν οι στόχοι της Ευρωπαϊκής Στρατηγικής για την Βιοποικιλότητα μέχρι το 2020 και προτείνει την πλήρη εφαρμογή, την επιβολή του νόμου και την χρηματοδότηση των Οδηγιών για τα Πτηνά και τους Οικοτόπους.

Με το φαινόμενο των κλιματικών αλλαγών βλέπουμε μια αναδιαμόρφωση της πανίδας και της χλωρίδας που επηρεάζει άμεσα και την βιοποικιλότητα του πλανήτη. Τέλος, αν λάβουμε υπόψη ότι η αναλογία ευρωπαϊκών οικοπεριοχών με τουλάχιστον το 17% του εδάφους τους σε προστατευόμενες περιοχές, μειώνεται σημαντικά όταν αποκλείονται περιοχές που προστατεύονται αποκλειστικά από το δίκτυο Natura 2000, είναι σημαντικό να τονίσουμε τον ρόλο και την εμπλοκή των τόπων στο δίκτυο αυτό, όπου είναι εγγεγραμμένες και περιοχές της Κύπρου.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Come ben noto, nel 2010 l'impegno europeo per fermare la perdita di biodiversità è fallito e l'anno successivo l'UE ha elaborato una nuova strategia definendo come obiettivo principale tale perdita e il degrado dei servizi ecosistemici entro il 2020. Poiché siamo ancora lontani dal raggiungimento di tali obiettivi, voto positivamente per questa revisione intermedia.

Eva Paunova (PPE), in writing. – The overall trend in biodiversity loss is alarming and urgent political measures need to be undertaken in order for the 2020 targets to be attained. Of the total number of species assessed in Bulgaria, around 6 % are considered threatened and at least 7 % are near-threatened at the European level. Many of these species are endemic to Europe and are found nowhere else in the world. That is why I vote in favour of the report.

Alojz Peterle (PPE), pisno. – Prizadevanja za ohranjanje biotske raznovrstnosti morajo biti med prioritetai EZ. Kar četrtnina vrst je resneje ogroženih, kar vpliva ne le neposredno na okolje, temveč škoduje tudi gospodarstvu.

Zato sem glasoval za poročilo o vmesnem pregledu strategije EZ za biotsko raznovrstnost, saj dodatno spodbuja države članice k ukrepom, ki bi zaustavili znatno zmanjšanje raznovrstnosti in se tega loteva v več segmentih: v okviru skupne kmetijske politike, skladov za podporo podeželja, stalnega nadzora izvajanja direktiv.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Dosadašnja europska politika zaščite prirode pokazala se uspešnom, kako s aspekta ostvarjanja ciljeva očuvanja vrsta i staništa, tako i s aspekta koristi za društvo putem mjerljivih i nemjerljivih koristi. Europski sustav zaštite prirode može se pohvaliti očuvanjem mnogih vrsta na rubu izumiranja poput iberskog risa, orla štekavca ili mrkog medvjeda. Također, zahvaljujući ulaganjima u zaštićena područja osigurani su i uvjeti za gospodarski napredak, prvenstveno ruralnih krajeva uz zaštićena područja što dokazuje visoku komplementarnost različitih politika ukoliko se ostvarivanju željenih ciljeva pristupa uravnoteženo.

Zaštita prirode ne smije biti teret i prepreka za lokalno stanovništvo i poljoprivrednike, već mora postati dodana vrijednost. Potrošači također više cijene poljoprivredne proizvode koji potječu iz prepoznatljivih područja očuvanog okoliša. Upravo zato smatram da takav pristup, poput označavanja podrijetla proizvoda, predstavlja ono što želimo: sinergiju i koherentnost različitih europskih politika.

Zbog svega rečenog podržala sam danas usvojenu rezoluciju te smatram kako postojeći zakonodavni okvir ne bi bilo dobro mijenjati, ali istovremeno očekujem njegovo dosljednije provođenje na razini država članica kako bi se ostvarili željeni ciljevi do 2020. godine.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Le rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union en faveur de la biodiversité estime que les efforts ont été modestes. Il est par ailleurs regrettable que la question de la biodiversité soit uniquement argumentée par une intégration socioéconomique de l'enjeu, la perte de biodiversité n'est alors identifiée qu'à un coût financier. L'aspect vital de l'environnement pour l'homme ou le respect de la nature et des animaux pour eux-mêmes ne sont pas défendus dans ce texte.

L'ensemble du texte demeure toutefois consensuel et, surtout, n'impose pas aux États membres des exigences trop lourdes. Enfin, l'importance de concilier respect de l'environnement et développement économique est souvent rappelée, approche pragmatique louable. Je vote donc en faveur de ce rapport.

Pina Picierno (S&D), per iscritto. – In Europa, come nel resto del mondo, si costata quotidianamente un'inesorabile e costante degradazione della biodiversità, legata per lo più ad attività umane. Malgrado un utilizzo più efficace delle materie prime, lo stile di vita europeo resta tra quelli maggiormente inclini alla consumazione di risorse naturali.

La strategia che l'Unione europea ha adottato nel 2011 si proponeva di identificare azioni da condurre per integrare le sfide della biodiversità nel quadro delle diverse politiche europee come la politica agricola comune o la politica comune della pesca. Tale strategia ha l'obiettivo di fermare questo processo di degrado entro il 2020 eppure, la relazione dell'Agenzia europea per l'ambiente del 3 marzo 2015 restituisce una realtà molto preoccupante suggerendo che l'obiettivo europeo di arrestare la perdita globale della biodiversità rischia di fallire.

Ho votato a favore di questa risoluzione perché sono convinta che la strategia adottata dall'Unione dimostri innanzitutto grande consapevolezza politica, ma anche che un maggiore impegno, in particolare da parte degli Stati membri, sia necessario affinché gli obiettivi vengano raggiunti nei termini stabiliti.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam izvješće Odbora za okoliš, javno zdravlje i sigurnost o reviziji na sredini razdoblja provedbe strategije EU-a o biološkoj raznolikosti koje jasno prikazuje trenutno stanje stvari s primjenom strategije i ispravno ukazuje na područja u kojima već postaje jasno da se strategija neće moći ispuniti. Trenutno se nalazimo na pola puta od kada je strategija donesena, a brojke su sljedeće: Ekološki otisak EU-a je duplo veći od biokapaciteta EU-a. Tek se 23% vrsta i 16% staništa nalaze u povoljnom položaju. Značajan napredak napravljen je u područjima ribarstva i invazivnih stranih vrsta, međutim ostali su ciljevi nedostatni, napose su problematični poljoprivreda i šumarstvo.

Najrelevantnije zakonodavstvo se sastoji od direktiva o okolišu. Implementacija direktiva o pticama i staništima je apsolutni preduvjet za postizanje strategije biodiverziteta u cjelini. Te su direktive prekretnice europske politike o zaštiti okoliša, zahvaljujući njima osnovana je jedinstvena mreža Natura 2000 kojom je preko 26 000 područja zaštićeno.

Međutim, puni potencijal Nature 2000 još uvijek nije postignut, nego se tek očekuje. Potrebna je bolja suradnja Komisije i zemalja članica oko provedbe postojeće direktive (Nature Directive) te poboljšane smjernice, stroga provedba i razmjena najboljih praksi ključne su za uspješnu implementaciju.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – O objetivo de travar a perda da biodiversidade falhou em 2010. A estratégia elaborada em 2011 definiu uma nova meta global: travar a perda de biodiversidade e a degradação dos «serviços dos ecossistemas», para os restaurar «[na] medida do possível até 2020». Em 2015, ficou bem evidente que a UE, em 2020, não conseguirá atingir os seus objetivos sem esforços adicionais significativos.

Este relatório pede uma melhor aplicação da legislação relevante – nomeadamente as diretivas Habitats e Aves (rejeitando a sua revisão, enfraquecendo-as) - propondo medidas suplementares à Comissão e aos Estados-Membros de modo a travar a perda de biodiversidade. Um grande enfoque é dado aos sectores agrícola e florestal.

Muitas foram as propostas de alteração ao relatório, algumas consideradas. Permanece, contudo, uma outra abordagem e uma visão de fundo ao relatório que assuma que só com a mudança do modelo de produção, com o uso responsável dos recursos naturais e com a transformação da sociedade, que respeite todos os seres vivos como parte de um todo, teremos uma estratégia que cumpra com os objetivos a que se propõe.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Ztráta biologické rozmanitosti je jedním ze zásadních problémů, se kterými se jako lidstvo v současné době potýkáme. Zánik různorodosti ekosystémů má přitom na člověka nedozírné dopady, které dnes nemusí být ještě tak zřejmé, nicméně mohou být fatální. Mluvíme například o čistotě ovzduší, čistotě vody, dostupnosti surovin, tedy potažmo i o zdraví, blahobytu a hospodářské prosperitě. Evropská unie je světovým lídrem v boji s nepřiznivou změnou klimatu, je lídrem v prosazování zelené energetiky a ekonomiky, a přesto systematicky selhává v plnění vlastních cílů v ochraně a obnově biodiverzity. V roce 2011 schválila EU novou strategii k zachování biologické rozmanitosti. V rámci přezkumu strategie bylo prokázáno, že bez zásadní změny přístupu na všech úrovních vlády, bez větší politické vůle nejen na národní úrovni, ale zvláště na regionální a místní úrovni, se cílů 2020 nepodaří dosáhnout.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La biodiversità, elemento fondamentale per la nostra salute, per il nostro benessere e per la prosperità economica, è gravemente minacciata in Europa e in tutto il mondo. La perdita di biodiversità è particolarmente dannosa e comporta perdite per la natura, l'umanità e l'economia. Il Forum economico mondiale ha collocato la perdita di biodiversità e il collasso degli ecosistemi tra i dieci rischi globali più gravi. Tale perdita è legata alle problematiche relative ai cambiamenti climatici e alla scarsità di materie prime.

Nel 2011, l'Unione europea ha elaborato una nuova strategia con obiettivo principale quello di arrestare la perdita di biodiversità e il degrado dei servizi ecosistemici nell'UE entro il 2020. Nella revisione intermedia del 2015 si parla di progressi troppo scarsi per consentire il conseguimento dell'obiettivo principale e senza ulteriori e sostanziali sforzi l'UE, nel 2020, mancherà di nuovo l'obiettivo concordato.

Per questo motivo sono del parere che, con una maggiore volontà politica, una migliore attuazione e applicazione della legislazione vigente e nuovi impegni finanziari si possa fermare la perdita di biodiversità. Ho votato a favore di questa relazione.

Maurice Ponga (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité.

Ce rapport souligne la nécessité de continuer les efforts pour enrayer les pertes de biodiversité mais souligne également à plusieurs reprises la nécessité de reconnaître les spécificités des territoires ultramarins en matière de biodiversité et de prévoir des financements adéquats.

Ainsi, le rapport appelle la Commission à mettre en place un mécanisme durable de financement de la protection de la biodiversité dans les régions ultrapériphériques et les pays et territoires d'outre-mer, dans la foulée de l'action préparatoire BEST. C'est un point très important et c'est une idée que je défends depuis plusieurs années au Parlement européen: il nous faut un instrument spécifique pour l'outre-mer européen pour protéger notre biodiversité.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W październiku 2015 r. Komisja opublikowała śródkresowy przegląd unijnej strategii ochrony różnorodności biologicznej, w którym przeanalizowała postępy w kierunku powstrzymania utraty różnorodności biologicznej i usług ekosystemowych do 2020 r., odbudowy, w miarę możliwości, ekosystemów i większego zaangażowania UE na rzecz zapobiegania utracie różnorodności biologicznej na świecie. W przeglądzie śródkresowym stwierdzono, że cel ten można osiągnąć wyłącznie wtedy, gdy wysiłki na rzecz realizacji i egzekwowania będą znacznie śmielsze i ambitniejsze. Parlament zauważa z niepokojem ogólną tendencję do utraty różnorodności biologicznej i wzywa Komisję i państwa członkowskie, by nadały tej sprawie priorytetowe znaczenie polityczne w celu osiągnięcia wyznaczonych na 2020 r. celów. Proponowane środki obejmują włączenie różnorodności biologicznej do innych obszarów polityki, takich jak rolnictwo i leśnictwo, zwiększenie liczby obszarów Natura 2000 posiadających plany zagospodarowania oraz unijny plan działania dotyczący handlu dzikimi zwierzętami. Parlament podkreśla także, iż polityka dotycząca środowiska naturalnego i rozwój gospodarczy nie wykluczają się wzajemnie, przy czym alternatywny społeczno-gospodarczy koszt niezrealizowania celów wyznaczonych na rok 2020 oszacowano na 50 mld EUR rocznie, a jedno na sześć miejsc pracy w UE jest w pewnym stopniu zależne od przyrody i różnorodności biologicznej. Ponieważ przyjęto par. 88 wzywający do zaprzestania wydobywania gazu łupkowego, wstrzymałem się od głosu

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Ce rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité nous permet de faire le point sur nos recommandations. Elles s'adressent à la fois à la Commission et aux États membres.

Il nous permet plus précisément de contribuer à l'évaluation qui est faite en ce moment de la législation environnementale, notamment la directive «Habitats».

Pour toutes ces raisons, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A biodiversidade, a variedade única de ecossistemas, habitats, espécies e genes da Terra, da qual a humanidade também faz parte, tem um valor intrínseco imensurável, estando sob uma pressão enorme, a nível mundial e na Europa, pois as espécies estão a extinguir-se a um ritmo alucinante e muito por culpa da atividade humana.

As alterações dos habitats, a poluição, a sobre-exploração, as espécies exóticas invasoras e as alterações climáticas são as principais causas de perda de biodiversidade que é particularmente nociva e implica perdas para a natureza, para a humanidade e para a economia. Os limites e a capacidade do planeta estão a ser excedidos e isso está necessariamente a desencadear mudanças irreversíveis.

O objetivo europeu de pôr termo à perda de biodiversidade não foi cumprido em 2010 e, por este facto, a UE respondeu elaborando uma nova estratégia em 2011. Os Chefes de Estado e de Governo definiram como objetivo central acabar com a perda de biodiversidade e com a deterioração dos serviços ecossistémicos, restabelecê-los na medida do possível até 2020 e aumentar os esforços da UE para evitar a degradação da biodiversidade global, pelo que votei favoravelmente esta revisão intercalar.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce midi, le Parlement européen a adopté à une large majorité des recommandations en vue d'atteindre les objectifs figurant dans la stratégie de la biodiversité de l'Union pour la période 2010-2020.

C'est peu dire que la biodiversité est en danger presque partout en Europe. En mai 2015, la Commission européenne publiait d'ailleurs un rapport alarmant sur l'état de la conservation de la nature en Europe. Près de la moitié des espèces d'oiseaux sont en danger sur le continent (48 %), et plus de la moitié des autres espèces sont dans des états de conservation défavorable (60 %). Il est regrettable de constater que la Belgique, et la région wallonne en particulier, fait moins bien encore en matière de conservation des habitats.

Je suis favorable à un redoublement drastique des efforts dans la protection de notre biodiversité en mettant davantage en œuvre les législations ambitieuses de l'Union au lieu de les édulcorer. Je pense en premier lieu aux directives «Oiseaux» et «Habitats». D'un autre côté, il faudra renforcer le réseau Natura 2000, le plus vaste réseau de zones protégées au monde, soit 18 % du territoire de l'Union. Et miser sur les résultats encourageants obtenus pour mieux préserver la nature et les écosystèmes.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Ce rapport vient rappeler l'importance d'une protection par l'Union européenne de la biodiversité face aux menaces multiples qui pèsent sur celle-ci. N'oublions pas que c'est le vivant qui nous a permis de développer de nombreux médicaments et que le biomimétisme est une source d'innovation aussi originale qu'indispensable.

Pourtant, la législation n'est pas mise en œuvre de façon égale à travers l'Europe. Dans certains États, la tentation est grande de sacrifier les politiques environnementales au profit de considérations économiques ou par manque de courage. La France, qui a tant retardé l'adoption d'une loi sur la protection de la biodiversité, fait partie des mauvais élèves européens. Le projet d'aéroport de Notre-Dame-des-Landes est un exemple criant d'un aménagement du territoire pensé au détriment de la richesse biologique du site et de ses espèces menacées d'extinction. En avril 2014, grâce au travail des écologistes, la Commission européenne n'avait d'ailleurs pas manqué de mettre en demeure l'État français, inquiète du non-respect de la législation européenne sur le sujet.

Avec ce rapport, les parlementaires européens rappellent donc leur vigilance: toute nouvelle stratégie européenne de l'UE ne pourra être que plus ambitieuse et cohérente. Nous n'accepterons pas que la Commission propose une révision à la baisse de la législation européenne.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité. Les progrès réalisés pour bloquer la dégradation de la biodiversité dans le monde ont jusqu'ici été insuffisants; seuls 23 % des espèces et 16 % des habitats peuvent être considérés en bon état. Des résultats positifs ont été enregistrés pour la politique commune de la pêche et pour la lutte contre les espèces exotiques invasives, mais la situation reste préoccupante notamment dans les domaines de l'agriculture et de la sylviculture.

Le constat est clair: la dynamique actuelle ne permettra pas d'atteindre les objectifs de 2020. C'est pourquoi il nous faut redoubler d'efforts. Il faut une volonté politique plus forte pour faire de la biodiversité une priorité, en y associant un maximum d'acteurs et en donnant un rôle important aux acteurs locaux et régionaux. Nous demandons notamment d'améliorer l'application de la législation en place, d'intégrer la biodiversité dans la politique agricole commune, de prendre les mesures nécessaires pour protéger les agents pollinisateurs ou encore de développer un réseau transeuropéen de l'infrastructure verte (RTE-G). Enfin, un financement adéquat et une cohérence politique sont indispensables au succès de ces objectifs.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que expresa la preocupación del Parlamento por la pérdida continuada de biodiversidad y que constata que los objetivos establecidos para 2020 no se alcanzarán si no se realizan esfuerzos adicionales.

La Estrategia 2011-2020 fija seis grandes objetivos: la plena aplicación de las Directivas de Aves y de Hábitats; el mantenimiento y restauración de los ecosistemas y sus servicios; el aumento de la contribución de la agricultura y la silvicultura al mantenimiento y mejora de la biodiversidad; el uso sostenible de los recursos pesqueros; la lucha contra las especies exóticas invasoras, y el refuerzo de la contribución de la UE para evitar la pérdida de biodiversidad a escala mundial.

El informe estima que solo se han constatado progresos considerables con respecto a los objetivos relativos a la pesca y a las especies exóticas invasoras, mientras que en los demás son insuficientes.

Por ello, reclama a la Comisión que presente al Parlamento dos informes anuales en los que Consejo y Comisión expliquen la situación, los motivos del incumplimiento y la estrategia para garantizar su futuro cumplimiento, y exige a ambos que den urgentemente una mayor prioridad al cumplimiento de los objetivos para 2020 y un mayor apoyo financiero a la protección de la biodiversidad.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui invite la Commission et les États membres à supprimer progressivement les subventions dommageables pour l'environnement d'ici 2020. Le texte demande en outre à la Commission et aux États membres d'approuver sans réserve et de faciliter la transition vers une économie circulaire. J'ai aussi voté en faveur des dispositions qui attirent l'attention sur les effets négatifs que les pesticides néonicotinoïdes peuvent avoir sur la pollinisation et qui invite par conséquent l'exécutif européen à maintenir son interdiction d'utilisation de ces substances. En ce qui concerne le gaz de schiste, dont il fut également question, j'ai soutenu le paragraphe qui prie les États membres de ne pas autoriser de nouvelles activités de fracturation hydraulique dans l'Union en vertu du principe de précaution et du principe exigeant de prendre des mesures préventives, compte tenu des risques et des répercussions négatives sur le climat, l'environnement et la biodiversité et des lacunes observées dans le cadre réglementaire européen en la matière.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes jis yra vienas geriausių dokumentų, atspindinčių šių dienų realijas. Europoje beveik ketvirtadalis laukinių rūšių yra nykstančios ir daugelio ekosistemų būklė yra apgailėtina. Atsižvelgiant į tai, rezoliucija raginama daugiau dėmesio skirti dirvožemio išsaugojimui, valstybės narės skatinamos neišduoti leidimų jokioms naujoms hidraulinio ardymo operacijoms Europos Sąjungoje, bei pabrėžiama, kad BŽŪP finansiniai ištekliai neturi būti skiriami aplinkai kenksmingai veiklai subsidijuoti, o lėšos nukreipiamos tvarių žemės ūkio praktikų finansavimui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A biodiversidade tem por si só um valor intrínseco incalculável e, por isso, deve ser protegida em prol das gerações atuais e futuras. A tendência progressiva de perda de biodiversidade é alarmante, pelo que é necessário atribuir prioridade política urgente às matérias ambientais, sem descurar o papel crucial dos atores regionais e locais no processo, tendo em vista o cumprimento das metas da UE em matéria de biodiversidade.

Na Europa, perto de um quarto das espécies selvagens encontram-se em vias de extinção e muitos dos nossos ecossistemas encontram-se profundamente degradados, acarretando enormes prejuízos ambientais, territoriais, sociais e económicos para a UE.

Considero, por isso, essencial promover uma maior sensibilização junto do público, assim como um maior fomento do investimento nestas áreas, muito em especial, em termos de preservação e de conservação da biodiversidade.

Por ser uma matéria que merece uma redobrada atenção e cuidado particular e por concordar com as medidas apresentadas pelo relator, votei favoravelmente neste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la biodiversité à l'horizon 2020. Ce texte dresse un bilan appelant à la mise en place d'efforts supplémentaires, substantiels et continus afin de pouvoir atteindre les objectifs fixés en 2020.

Il est vrai que l'UE accuse un retard conséquent dans la mise en œuvre de ses objectifs, d'autant plus que la dégradation et la destruction des habitats, en raison notamment du changement climatique et des modes de consommation non durables, sont les principales causes de la perte de la biodiversité en Europe. Pour mieux répondre à ces enjeux, il s'agit tout d'abord de mieux intégrer l'ensemble des acteurs locaux et régionaux pour élaborer une politique de biodiversité cohérente qui prenne en considération les territoires et les activités socio-économiques. Les objectifs sont donc de poursuivre la mise en œuvre intégrale et l'exécution des directives sur la nature, de développer un réseau transeuropéen de l'infrastructure verte et surtout d'engager la transition vers une économie circulaire.

Enfin, je tiens à souligner, comme le fait ce rapport, la contribution du secteur agricole et forestier à l'amélioration de la biodiversité.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe sobre la revisión intermedia de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad porque su contenido repasa todos y cada uno de los seis objetivos de la Estrategia, destacando la necesidad de mejorar la implementación de toda la legislación orientada a detener la pérdida de biodiversidad, en particular la Directiva de Hábitats y la Directiva de Aves. Además, subraya la necesidad de que los Estados miembros hagan un esfuerzo por integrar mejor la legislación medioambiental en otras áreas, tales como agricultura y silvicultura.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Midtvejsevalueringen viser desværre, at der er lang vej endnu, før EU har nået de mål, man i 2011 fastsatte i biodiversitetsstrategien for 2020.

Det er derfor vigtigt, at Kommissionen hæver niveauet i forhold til implementering og tværgående koordinering. Problemet er hverken finansiering eller manglende lovgivning, men kontrol med medlemsstaternes håndhævelse. Kommissionen må påtage sig sin opgave og sikre, at vi når målene for 2020.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht zugestimmt, da auch die Land- und Forstwirtschaft als wichtige Hüterinnen der biologischen Vielfalt hinreichend gewürdigt werden. Beide Sektoren spielen in Deutschland im Allgemeinen und in meinem Bundesland Sachsen-Anhalt im Besonderen eine wichtige Rolle und tragen zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft bei.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – En modern naturvård bygger på principen om adaptiv förvaltning. De naturvärden vi ser idag är produkten av en förvaltning av de naturresurser vi haft. Det är oerhört viktigt att förvaltningen anpassas till faktiska förändringar och till verkligheten. Den flexibiliteten saknas i dag. Vi har en stel lagstiftning som i praktiken innebär att vi måste satsa tid och resurser på arter som inte behöver ett utökat skydd, medan det finns arter som idag jagas men som ur ett vetenskapligt perspektiv inte borde jagas. Det är allvarligt. Det måste införas en möjlighet att ändra i direktivens bilagor över hotade arter någorlunda snabbt och utan att behöva ändra hela direktivet. Skrivningar om att EU-kommissionen måste se över vad som ska gälla när art- och habitatdirektivet ska anpassas till exempelvis ekonomiska och regionala förutsättningar är enligt min mening otillräckliga. Dock är det här överlag ett bra betänkande, och även om jag hade föredragit andra skrivningar i punkterna 65 och 66, som skulle vara mer öppna för en översyn så att regionala hänsyn kan säkras, väljer jag att rösta för förslaget.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque insta a una mejor aplicación de la legislación pertinente para detener la pérdida de biodiversidad, principalmente las Directivas de Hábitats y de Aves, al tiempo que exige una mejora en la implementación de estas políticas y otorga gran atención a los sectores agrícola y forestal. El informe señala también que los Estados miembros y la Comisión han de centrarse en frenar la pérdida de biodiversidad en Europa, advirtiendo que los objetivos estipulados para 2020 en este ámbito no podrán alcanzarse salvo que realmente los Estados miembros y la UE realicen una apuesta seria en este sentido.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La relazione votata oggi riguarda la revisione intermedia della strategia europea sulla biodiversità, adottata dall'UE nel 2011 al fine di arrestare la perdita di biodiversità e il degrado degli ecosistemi entro il 2020. La diversità biologica costituisce un pilastro della nostra economia e del nostro benessere, perciò ho sostenuto la risoluzione del Parlamento in cui si esprime preoccupazione per la mancanza di progressi compiuti verso il conseguimento degli obiettivi prefissati, e si richiede una migliore attuazione della legge in vigore. Ritengo, infatti, che non sia necessaria una revisione delle direttive in materia di tutela e conservazione della natura, bensì un'applicazione più efficiente di tale normativa, e un utilizzo più produttivo dei fondi esistenti.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A preservação da biodiversidade é uma preocupação que deve estar presente em todas as políticas da União com impacto direto ou indireto no meio ambiente terrestre e marinho. Para atingir este objetivo, devemos garantir uma abordagem que inclua todos os atores relevantes e definir metas claras.

A preservação dos habitats ou a conservação genética são exemplos de objetivos que exigem uma forte colaboração entre a ciência, a indústria e os cidadãos, sendo necessário promover as condições ideais para que esta possa ocorrer eficazmente. A avaliação da estratégia europeia para a biodiversidade é uma oportunidade para corrigirmos a marcha onde é necessário e para fazermos um levantamento das necessidades em relação ao que ainda está por fazer.

Apesar de alguma evolução positiva, os dados de que dispomos revelam também que é preciso fazer mais e mais rapidamente para evitar perdas para a natureza que podem vir a ser irreversíveis. É necessário reforçar os meios de que dispomos para uma melhor implementação, garantir que todas as políticas setoriais incorporem os objetivos de biodiversidade e repensar novas áreas de atuação para evitar fragmentação e potenciar a prossecução desses objetivos.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – We in UKIP believe in the importance of preserving nature reserves and natural habitats for wildlife in Britain and in Europe. However, we believe that this task should be a national, not European, responsibility, and we will therefore oppose new EU legislation in this area. Nevertheless, we will support all amendments aimed at improving the existing legislation on this issue. We believe that the best people to decide on natural habitats in Britain are the British people. We do not trust the unelected EU Commission to decide on the protection of the environment and animal welfare. The EU has caused irreparable damage with its environmental policy. It has destroyed our fish stocks and caused widespread deforestation with its policy on bio-fuels.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Dbanie o bioróżnorodność oraz jej promocja znajduje odzwierciedlenie w ustawodawstwie UE, która w sposób ciągły angażuje się na rzecz dalszego wzmocnienia Konwencji o różnorodności biologicznej oraz jej wdrażania. W tym kontekście szczególnie istotne jest niesłabnące zaangażowanie polityczne nie tylko na szczeblu ustawodawstwa UE, ale również regionalnym i lokalnym państw członkowskich, gdyż to one mają największy potencjał oraz możliwości informowania i zwiększania wiedzy społeczeństwa na temat różnorodności biologicznej.

Zachowanie bioróżnorodności, poza oczywistymi korzyściami środowiskowymi, ma również bardzo wyraźne znaczenie gospodarcze, szczególnie jeśli weźmiemy pod uwagę, że 1 na 6 miejsc pracy w UE jest w pewnym stopniu zależne od przyrody i różnorodności biologicznej, o czym informuje niniejsze sprawozdanie. Warto zwrócić uwagę na to, iż rolnictwo odgrywa w tym kontekście bardzo istotną rolę, która może być zarówno niezwykle korzystna, jak i szkodliwa, przy braku przestrzegania pewnych standardów. Właściwe, zrównoważone praktyki w rolnictwie mogą w ogromnym stopniu przyczynić się do zachowania i ochrony siedlisk, powstrzymywania degradacji gruntów, racjonalnego zagospodarowania zasobów wodnych, co prowadzić może do skutecznego przeciwstawiania się zmianom klimatycznym oraz kształtowania korzystnych wzorców konsumpcji przy jednoczesnym pełnieniu ważnych funkcji edukacyjnych w stosunku do tej części społeczeństwa, która na co dzień nie ma styczności z naturą oraz rolnictwem czy leśnictwem.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because I believe that the full implementation of the Nature Directives is a necessary precondition to achieve the 2020 biodiversity target. The protection of the Nature Directives should ensure that the fitness check is not used as an excuse to water down or weaken the legislation, something which I am committed to and which will safeguard the biodiversity of the greenspaces and rural areas of the West Midlands.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Príroda je životne dôležitá pre človeka, ktorý je od nej bytostne závislý a s ňou spojený. Ochrana prírody a biodiverzity musia byť súčasťou politik EÚ. Je povzbudivé a motivujúce, že ciele snahy a investície do prírody a biodiverzity skutočne prinášajú úspech. Na druhej strane sa celkovo situácia naďalej vyvíja obzvlášť pesimisticky a znepokojivo. Sú nevyhnutné ďalšie opatrenia. Hlasoval som za toto uznesenie.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Biološka raznolikost omogučava održavanje biološke ravnoteže svih živih bića na Zemlji. Važno je naglasiti činjenicu kako upravo biološka raznolikost ima i veliku gospodarsku te društvenu vrijednost.

Posljedice klimatskih promjena pozivaju nas na oprez i veliku dozu zabrinutosti jer se nepovratno narušava ravnoteža u tom području.

Kao zastupnik Zelenih/ESS-a podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta kojom se poziva na odlučnije djelovanje te sprečavanje mogućih težih posljedica po biološku raznolikost. Smatram kako naglasak treba biti na rješenjima usko vezanima uz očuvanje prirode s ciljem promoviranja važnosti šumarskog i poljoprivrednog sektora kojim bi se omogućilo ne samo jamstvo sigurnosti opskrbe kvalitetnom i raznolikom hranom, već bi se obnovom ekosustava pozitivno utjecalo i na ublažavanje klimatskih promjena te sprečavanje porasta globalne temperature za 2 Celzijeva stupnja.

Gubitak biološke raznolikosti označava i gospodarski trošak za društvo budući da 1/6 radnih mjesta u Europskoj uniji izravno ovisi o stanju biološke raznolikosti. Države članice trebale bi više ulagati i pojačati napore kako bi potaknule inovativnost stvaranjem zelenih radnih mjesta što bi doprinijelo smanjenju nezaposlenosti, povećanju biološke raznolikosti te sprečavanju velikih klimatskih promjena.

Monika Smolková (S&D), *pisomne* – Počas ostatných 25 rokov EÚ na svojom území vybudovala sieť 26 000 chránených oblastí, ktoré pokrývajú viac ako 850 000 km² (Natura 2000). Oceňujem, že EÚ má prirodzený záujem riešiť tieto chránené oblasti a zabrániť pokračujúcej strate biodiverzity. Oblasť biodiverzity považujem za kľúčovú nielen preto, že je dôležitá pre ľudské zdravie, ale aj preto, že poskytuje nesmierne dôležitú spoločenskú a hospodársku hodnotu. Verím, že cieľové a primerané financovanie do oblasti biodiverzity nám pomôže nielen zastaviť proces straty biodiverzity, ale významne prispeje aj k vytvoreniu nových zručností, pracovných miest a podnikateľských príležitostí. Som presvedčená o tom, že aj prijatým uznesením sa nám podarí vytvoriť nové možnosti a príležitosti, ktoré účinnejšie a efektívnejšie posilnia tento významný program o ďalšie dlhodobé opatrenia. Podporila som uznesenie, no očakávam, že Komisia a členské štáty EÚ budú v nasledujúcom období oveľa dôslednejšie preverovať opatrenia, ktoré by sa v oblasti rozvojovej spolupráce v záujme minimalizovania prípadných nepriaznivých vplyvov na biodiverzitu mali priebežne realizovať, a v prípade ich neplnenia budú voči porušovateľom vyvodzovať aj sankcie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo se nanaša na vmesni pregled strategije EU za biotsko raznovrstnost, ki ga je izdala Komisija oktobra 2015. Poročilo ta vmesni pregled pozdravlja in poudarja njegov strateški pomen za doseganje ciljev EU na področju biotske raznovrstnosti.

Znanstveniki so do zdaj že dokazali, da je bila evropska narava v veliko slabšem stanju brez pozitivnega učinka direktiv EU o pticah in habitatih ter da načrtna in ustrezno financirana prizadevanja resnično prinašajo pozitivne rezultate. Vseeno pa menim, da obstaja še veliko možnosti za izboljšave ter da cilji za leto 2020 ne bodo doseženi brez znatnih dodatnih in trajnih prizadevanj.

Poročilo poziva Komisijo in države članice, naj nujno dajo večjo prednost doseganju ciljev za leto 2020. Strinjam se, da so v tem okviru bistveni tudi financiranje, večja ozaveščenost in večje razumevanje javnosti glede varstva biotske raznovrstnosti ter podpora zanj.

Poročilo prav tako poziva EU, naj v skladu z načelom usklajenosti politik za razvoj zmanjša svoj odtis na biotsko raznovrstnost po vsem svetu, tako da bo ta v okviru ekoloških omejitev ekosistemov. Menim, da poročilo dobro izraža trenutno stanje na področju biotske raznovrstnosti v EU ter da vsebuje potrebna opozorila in predloge, zaradi česar sem ga na plenarnem zasedanju podprl.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Biološka raznolikost sama po sebi ima golemu vrijednost koju je potrebno zaštititi za dobrobit budućih generacija te je biološka raznolikost također korisna za zdravlje ljudi i podrazumijeva društvenu i gospodarsku vrijednost.

Društvenogospodarski oportunitetni trošak neispunjavanja glavnog cilja u pogledu biološke raznolikosti procjenjuje se na 50 milijardi EUR godišnje. Politike u području biološke raznolikosti trebaju u potpunosti biti u skladu s načelom supsidijarnosti kako bi se regionalne razlike u krajolicima i staništima u potpunosti poštovala.

Stoga pozdravljam reviziju na sredini razdoblja provedbe strategije o biološkoj raznolikosti te izvješća „Stanje prirode” i „SOER 2015” te bih istaknuo stratešku važnost tih izvješća za postizanje ciljeva EU-a u pogledu biološke raznolikosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o vmesnem pregledu strategije EU za biotsko raznovrstnost. Pridružujem se zaskrbljenosti iz poročila glede stalne izgube biotske raznovrstnosti ter ugotovitvi, da cilji za leto 2020 ne bodo doseženi brez znatnih dodatnih in trajnih prizadevanj.

Mislim, da smo lahko vsi skupaj zaskrbljeni nad podatkom, da v Evropi približno četrtini prostoživečih vrst grozi izumrtje, številni ekosistemi pa so poškodovani, kar povzroča resno škodo za družbo in gospodarstvo EU. Ker se moramo problema resno lotiti čim prej, pozdravljam poziv Evropski komisiji k pristopu z več deležniki z bistveno vlogo in polno udeležbo nacionalnih, regionalnih in lokalnih akterjev pri tem procesu.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η προστασία του περιβάλλοντος αποτελεί για εμάς πρωταρχικό στόχο, οι θέσεις μας και η ιδεολογία μας δεν μας επιτρέπουν να κάνουμε τίποτα άλλο από το να συνεπικουρούμε κάθε προσπάθεια για την προστασία της Φύσης.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel úgy vélem, hogy a biológiai diverzitás kulcsfontosságú nemcsak a szűken értelmezett környezet, hanem annak jóléti, egészségügyi, munkahelyteremtő és gazdasági hatásai miatt is. Fontos alapnak tekinthető a 2015-ös félidei felülvizsgálat, melyben az Európai Bizottság megállapítja, hogy a területet érintő lépések elégtelenek. A jelentés plenáris vitája során kifejtettem, hogy míg a vonatkozó jogi hátteret jónak gondoljuk, a megvalósításban hibák vannak. Elmondtam, hogy a hiányosság felszámolásakor elsősorban a kormányokra kell figyelnünk, hiszen azok mindig találnak olyan gazdasági, politikai indokokat, amelyek révén mentesítve érzik magukat a kötelezettségek alól.

Ebben az esetben viszont sajnós a biológiai sokféleség megőrzés érdekében elköltött források kidobott pénznek tekinthetők. Úgy vélem, hogy a természet meggyalázását hasonló tettek kell tekintenünk, mint az emberi méltóság meggyalázását. Vélem, hogy az ilyen ügyek kivizsgálását EU-s szinten kell lefolytatni, még akkor is, ha ezek az érintett területek támogatási felfüggesztéssel járnak. Fontosnak tartom az EU madár- és élőhelyvédelmi irányelveinek azonnali érvényre juttatását, azzal kapcsolatban nem lehet tovább késlekedni! Továbbá úgy gondolom, hogy a környezetbarát vagy organikus gazdálkodási módok ésszerű támogatása, ösztönzése javasolt, amennyiben biztosítani tudjuk a megfelelő élelmiszerellátást.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Tänään äänestetyssä biologisen monimuotoisuuspaketin väliarvioinnissa oli helppo allekirjoittaa ne huolet ja uhat, joita arvioinnissa esitettiin. Luonnontieteellisesti asia on melko yksiselitteinen. Luonnon monimuotoisuuden tila on erittäin huolestuttava sekä EU-alueella että koko maailmassa. EU:ssa kolme neljäsosaa elinympäristöistä on huonossa tilassa ja lajikato jatkuu. Joitakin positiivisia poikkeuksia lukuun ottamatta yleiskuva on synkkä ja suunta huononeva.

Mielestämme ei kuitenkaan tarvita uusia puitteita tai lainsäädäntöä, vaan tärkeintä on nyt valvoa nykyisten, jo olemassa olevien puitteiden ja lainsäädännön toteuttamista ja niiden täytäntöönpanoa. Tämä edistää parhaiten biologisen monimuotoisuuden periaatteiden toteutumista myös tulevaisuudessa. Näistä syistä emme voineet tätä arviointia loppuäänestyksessä hyväksyä.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato a favore alla Revisione intermedia della strategia dell'UE sulla biodiversità. La relazione valuta gli obiettivi raggiunti dal 2011, purtroppo non positivi. I risultati, infatti, non sono rassicuranti: stiamo continuamente perdendo biodiversità e degradando i nostri ecosistemi. La relazione non implica nessuna modifica delle direttive Habitat e Uccelli poiché sono direttive che portano a risultati positivi dove ben implementate. A fronte dei risultati negativi, la relazione chiede agli Stati membri di far rispettare maggiormente le normative vigenti.

Due punti importanti sono passati grazie a questa relazione. Il primo è la richiesta agli Stati membri di non autorizzare nuove operazioni di fratturazione idraulica nell'UE, in base al principio di precauzione e dell'azione preventiva visti i rischi e gli impatti negativi sul clima, sull'ambiente e sulla biodiversità. Il secondo punto chiede alla Commissione di mantenere il divieto di utilizzare i neonicotinoidi grazie alle continue prove scientifiche che dimostrano come questi pesticidi siano dannosi per le attività essenziali come l'impollinazione e il controllo fitosanitario naturale.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Prezervarea biodiversității reprezintă unul din obiectivele strategice ale Uniunii Europene în domeniul protecției mediului. Parlamentul European prezintă un raport din proprie inițiativă la jumătatea mandatului pentru a evalua situația în domeniu și a trage semnalele necesare asupra diverselor probleme care persistă. Printre prioritățile identificate de raportul din acest an se numără prioritizarea atingerii obiectivelor menționate în strategia Europa 2020, dar și oferirea mai multor informații opiniei publice în vederea creșterii gradului de conștientizare a problemelor și includerea tuturor factorilor decizionali de la nivel european, național, regional și local. Măsurile semnificative în acest domeniu includ încurajarea fermierilor prin intermediul politicii agricole comune pentru a respecta biodiversitatea, precum și protejarea mediului marin, evitarea introducerii speciilor invazive, protecția polenizatorilor, combaterea despăduririi și sprijinirea cercetării și inovării.

Principala problemă rămâne, însă, implementarea reglementărilor existente. De aceea, este nevoie de o mai bună coordonare a politicilor naționale și de o mai bună aplicare a legislației europene, prin utilizarea unor penalități proporționale. E nevoie de o abordare integrată a tuturor acestor probleme, prin reglementarea adecvată în toate domeniile conexe. Pentru conservarea diversității genetice este importantă și introducerea noțiunilor de bază în sistemele educaționale ale statelor membre. Strategia actuală este doar primul pas în direcția bună.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Triste constat. La perte constante de biodiversité est très préoccupante. Les objectifs fixés pour 2020 ne seront pas atteints sans efforts supplémentaires, substantiels et continus.

Certes, les données scientifiques ont démontré que la nature en Europe serait en bien plus mauvais état sans les incidences positives des directives «Oiseaux» et «Habitats» de l'Union européenne, et que, par conséquent, les efforts déployés qui bénéficient d'un financement suffisant produisent des résultats concrets. Cependant, cela reste nettement insuffisant et de nombreuses améliorations sont possibles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the own-initiative on the midterm review of the EU's biodiversity strategy. By doing so, I underlined together with my colleagues that unless it significantly steps up its efforts, the EU will not attain the objective it set itself to halt the loss of biodiversity and restore it as much as its services working on ecosystems can by 2020.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il degrado e la distruzione degli habitat naturali a causa del cambiamento della destinazione dei terreni, dell'accaparramento delle terre, dei cambiamenti climatici, di modelli di consumo insostenibili e dello sfruttamento delle risorse marine sono tra i più importanti fattori che causano la perdita di biodiversità nell'Unione europea e nel mondo.

Occorre individuare elementi certi che definiscano lo stato della biodiversità in una determinata zona o regione e di sostenere un uso razionale e sostenibile delle risorse. Sarebbe bene legare gli impegni internazionali sulla biodiversità alle strategie in materia di cambiamenti climatici.

Dobbiamo rendere la nostra economia più efficiente e favorire la riduzione dei consumi per consentirci di diminuire la nostra dipendenza dalle risorse naturali, in particolare quelle che provengono dai paesi terzi.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pritariau Europarlamentaro Demesmaeker pranešimui, kadangi jis atkreipia dėmesį į svarbius reikalus, susijusius su gamta. Jo teigimu, svarbiausi veiksniai ir priežastys, lemiantys biologinės įvairovės nykimą ES ir už jos ribų, yra žemės naudojimo paskirties keitimas, kuris susijęs su gyvūnų buveinių išsklaidymu, degradacija ir niokojimu, o taip pat jūrų naudojimo įpročiai, kurie yra nesuderinami su jūrų vystymosi ir naudojimosi principu. Atsižvelgiant į tai reikia atskirti ir nustatyti rodiklius, kurie vienareikšmiškai ir moksliskai įvertina biologinės įvairovės statusą tam tikroje zonoje ar tam tikrame plote bei išlaiko išmintingą ir tvarų išteklių naudojimą kaip ir ES, taip ir pasauliniame lygmenyje. Tvaresnės ekonomikos ir perdėto vartojimo sumažinimas ateityje gali leisti sumažinti ES priklausomybę nuo gamtinių išteklių, ypač tų, kurie yra iš už Europos ribų. Tai yra svarbus klausimas, nes turime prisiminti, kad beveik ketvirtadaliui laukinių gyvūnų Europoje gresia išnykimas, o daugelis ekosistemų patyrė degradacijos poveikį, o tai gresia ES rimtais socialiniais ir ekonominiais nuostoliais.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam reviziju strategije o biološkoj raznolikosti na sredini razdoblja provedbe. Budući da biološka raznolikost čini jedinstven spoj ekosustava, staništa, vrsta i genetske raznolikosti na Zemlji o kojoj je čovjek izuzetno ovisan i s obzirom da sama po sebi ima golemu vrijednost koju je potrebno zaštititi za dobrobit budućih generacija, izražavam ozbiljnu zabrinutost zbog neprestanog gubitka biološke raznolikosti.

Također, priroda i gospodarski razvoj se međusobno ne isključuju te smatram da se treba potaknuti održivi gospodarski rast i poduzeti proaktivne mjere za zaštitu i bolje upravljanje okolišem. Smatram da se kroz predložene inicijative urbanističkog planiranja može osigurati pomno osmišljena upotreba prostora i odgovarajuća zaštita mreže Natura 2000, kao i očuvanje otvorenih prostora, osobito odabirom stočarstva kao alternative napuštanju poljoprivrednih zemljišta.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o vmesnem pregledu strategije EU za biotsko raznovrstnost sem podprla, saj je dejstvo, da sta izguba biotske raznovrstnosti in razpad ekosistema med desetimi največjimi tveganji, s katerimi se bomo soočili v prihodnosti, zelo zaskrbljujoče.

Glede na to, da dosedanja strategija še ni pokazala učinka, se strinjam, da je potrebo okrepiti prizadevanja EU pri preprečevanju izgube biotske raznovrstnosti. Le z boljšim izvajanjem in izvrševanjem obstoječe zakonodaje, večjim vključevanjem, prenosom dobrih praks in inovativnimi rešitvami bomo pripomogli in zaščitili posege v naravo. Posledično pa poskrbeli za dediščino, dobro počutje in blaginjo otrok in vnukov.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe sobre la revisión intermedia de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad porque su contenido repasa todos y cada uno de los seis objetivos de la Estrategia, destacando la necesidad de mejorar la implementación de toda la legislación orientada a detener la pérdida de biodiversidad, en particular la Directiva de Hábitats y la Directiva de Aves. Además, subraya la necesidad de que los Estados miembros hagan un esfuerzo por integrar mejor la legislación medioambiental en otras áreas, tales como agricultura y silvicultura.

Evžen Tošenovský (ECR), *písemně*. – Zprávu kolegy Demesmaekera jsem bohužel v konečném hlasování podpořit nemohl, protože do ní byla uměle implantována pasáž zakazující průzkum těžby břidlicového plynu. S neustále opakovaným principem předběžné opatrnosti v této oblasti se absolutně neztotožňuji. Jen budoucnost, výzkum a poptávka mají rozhodovat, zda, co a za jakých podmínek těžit. Co se týče ochrany včelstev – zde jsem velmi rád podpořil udržitelný rozvoj tohoto zemědělského oboru. Pokud se prokázalo poškození nervové soustavy včel pocházející z používání pesticidů, je nutné tyto látky co možná nejvíce omezit. Kdyby se podařilo zamítnout bod týkající se hydraulického štěpení, rád bych celou zprávu podpořil, bohužel byl bod 88 přijat, a tak jsem se hlasování zdržel.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – 65 % of EU citizens live within 5 kilometres of a Natura 2000 site, and 98 % live within 20 kilometres. These numbers show the sheer importance of biodiversity for the lives of European citizens. There is no doubt that the protection of our natural habitats and species has to be a top priority both for national and regional governments and the European institutions.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport sur l'examen à mi-parcours de la stratégie de l'Union en faveur de la biodiversité estime que les efforts ont été modestes et in fine, regrette que les flexibilités accordées aux États-membres aient pu limiter la bonne application des directives que recoupent ce thème («habitats», «Oiseaux», ...).

Il est par ailleurs regrettable que la question de la biodiversité soit argumentée par une intégration socioéconomique de l'enjeu, la perte de biodiversité est alors identifiée à un coût financier. L'aspect vital de l'environnement pour l'homme enraciné dans son espace n'est évidemment pas défendu dans ce texte. L'ensemble du texte demeure toutefois consensuel et n'impose pas aux États-membres des exigences trop lourdes.

Enfin, l'importance de concilier respect de l'environnement et développement économique est souvent rappelée, approche pragmatique louable.

J'ai donc voté pour ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A biológiai sokféleség, a Föld ökoszisztémáinak, élőhelyeinek, fajainak és génállományainak páratlan változatossága, amelynek az ember is része, önmagában felbecsülhetetlen értékkel bír. A biológiai sokféleség csökkenése különösen ártalmas, és veszteség a természet, az emberek és a gazdaság számára: veszélybe sodorja a szükséges ökoszisztéma-szolgáltatásokat és aláássa a Föld természetes ellenálló képességét, amely lehetővé teszi, hogy megoldást találjunk az újonnan felmerülő problémákra. A Világgazdasági Fórum a globális kockázatok megítélésének 2014. évi felmérésében a 10 legjelentősebb kockázat között említette a biológiai sokféleség csökkenését és az ökoszisztémák összeomlását. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor del informe sobre la revisión intermedia de la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad porque su contenido repasa todos y cada uno de los seis objetivos de la Estrategia, destacando la necesidad de mejorar la implementación de toda la legislación orientada a detener la pérdida de biodiversidad, en particular la Directiva de Hábitats y la Directiva de Aves. Además, subraya la necesidad de que los Estados miembros hagan un esfuerzo por integrar mejor la legislación medioambiental en otras áreas, tales como agricultura y silvicultura.

Viktor Uspaskich (ALDE), raštu. – Pabrėžiu, kad biologinės įvairovės nykimas lemia itin dideles ekonomines visuomenės išlaidas, kurios iki šiol nepakankamai įtrauktos į ekonomikos ir kitų sričių politiką. Pabrėžiu, kad siekiant išsaugoti biologinę įvairovę ir sustabdyti jos nykimą nepaprastai svarbi politinė valia aukščiausiuoju lygiu; manau, kad nepaprastai svarbu esamų teisės aktų įgyvendinimas, jų vykdymo užtikrinimas ir tolesnė biologinės įvairovės apsaugos klausimo integracija į kitas politikos sritis; ypač raginu valstybių narių regionines ir vietos valdžios institucijas teikti informaciją apie biologinę įvairovę ir didinti informuotumą apie ją.

Inese Vaidere (PPE), rakstiski. – Biologiskā daudzveidība ir nopietni apdraudēta gan pasaulē, gan Eiropā. To aizvien spēcīgāk ietekmē klimata pārmaiņas, patērīga pieaugums, arvien intensīvāka transporta un energoresursu izmantošana. Cilvēka darbības rezultātā palielinās vides piesārņojums, paaugstinās CO₂ līmenis un izzūd sugas. Aptaujas liecina, ka vairāk nekā 80 % Eiropas iedzīvotāju uztrauc biologiskās daudzveidības samazināšanās, tādēļ nepieciešama atbildīga politika vides aizsardzībā.

Bioloģiskās daudzveidības saglabāšana ir svarīga gan mūsu, gan mūsu bērnu un mazbērnu veselībai, labsajūtai un arī labklājībai. Bieži vien ikdienā mēs neaizdomājamies, cik ļoti esam atkarīgi no tādiem vērtīgiem ekosistēmu pakalpojumiem kā svaigs gaiss, tīrs ūdens, izejvielas, ko izmantojam, piemēram, savu mājokļu būvniecībā.

Uzskatu, ka nākotnē jānodrošina ilgtspējīgi finansēšanas mehānismi bioloģiskās daudzveidības aizsardzībai. Protams, ieguldījumam dabas un bioloģiskās daudzveidības jomā ir vajadzīga nauda, taču, ja nerīkosimies atbildīgi - zaudējumi, kas radīsies nākotnē būs stipri vien lielāki. Tādēļ mums jādara viss, lai novērstu primāros bioloģiskās daudzveidības izzušanas iemeslus un, lai bioloģisko daudzveidību integrētu nozaru politikās, tostarp lauksaimniecības, mežsaimniecības, zivsaimniecības, enerģētikas un transporta jomā.

Manuprāt, šodien pieņemtais ziņojums palīdzēs sasniegt ES Bioloģiskās daudzveidības stratēģijas mērķus, un pasargās no bioloģiskās daudzveidības izzušanas, tādējādi saglabājot planētu pēc iespējas neskartāku arī nākamajām paaudzēm.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution, which contains recommendations in order to meet the objectives included in the EU's biodiversity strategy 2010-2020. I voted in favour because the mid-term review of this strategy shows that the Union is about to seriously fail in achieving its biodiversity targets if no improvements are made. Biodiversity losses have been increasing at an alarming pace, with more than three quarters of the important natural habitats being in an unfavourable state and a quarter of all species threatened with extinction. I think it is important to step up efforts in the protection of our biodiversity by strengthening and better implementing the ambitious EU legislations instead of watering them down. I am positive because in cases where these laws have been enforced they have had tremendous results: the EU Birds and Habitats Directives, for example, has brought back threatened birds and wildlife from the brink of extinction.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – El informe recoge la propuesta del Parlamento Europeo para la revisión intermedia de la Estrategia de Biodiversidad de la UE para 2020. El informe viene a destacar la necesidad de detener en 2020 la pérdida de biodiversidad y la degradación de los servicios ecosistémicos de la Unión Europea, y de restaurarlos en la medida de lo posible, para lo que la participación de los actores locales y regionales se antoja esencial. Por ello creo necesario votar a su favor.

Derek Vaughan (S&D), in writing. – I am absolutely committed to protecting the biodiversity of Wales. To achieve this, I am also committed to protecting the EU Nature Directives and I will work to ensure that the fitness check is not used as an excuse to water down or weaken the legislation. Therefore I was happy to vote in favour of the Environment Committee's report on the Mid-term Review of the EU's Biodiversity Strategy. I believe this report upholds the integrity of the EU Nature Directives. The biodiversity of Wales is far too precious to the people of Wales to be risked.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Ik onthield me op dit verslag van stemming, niet omdat ik tegen biodiversiteit ben, maar omdat dit verslag niet de minste aandacht aan de landbouwers besteedt. Hoewel het verslag ertoe oproept alle actoren rond de tafel te brengen om de biodiversiteit te promoten heb ik het gevoel dat men hier de landbouwer volledig links liet liggen. Het Europese programma Natura 2000 is nog maar deels uitgevoerd in de lidstaten of men wil al tegen 2017 een nieuw Europees programma ten uitvoer laten brengen, het trans-Europees netwerk voor groene infrastructuur (TEN-G).

Paavo Väyrynen (ALDE), kirjallinen. – Tänäään äänestetyssä biologisen monimuotoisuuspaketin väliarvioinnissa oli helppo allekirjoittaa ne huolet ja uhat, joita arvioinnissa esitettiin. Luonnontieteellisesti asia on melko yksiselitteinen. Luonnon monimuotoisuuden tila on erittäin huolestuttava sekä EU-alueella että koko maailmassa. EU:ssa kolme neljäsosa elinympäristöistä on huonossa tilassa ja lajikato jatkuu. Joitakin positiivisia poikkeuksia lukuun ottamatta yleiskuva on synkkä ja suunta huononeva.

Mielestämme ei kuitenkaan tarvita uusia puitteita tai lainsäädäntöä, vaan tärkeintä on nyt valvoa nykyisten, jo olemassa olevien puitteiden ja lainsäädännön toteuttamista ja niiden täytäntöönpanoa. Tämä edistää parhaiten biologisen monimuotoisuuden periaatteiden toteutumista myös tulevaisuudessa. Näistä syistä emme voineet tätä arviointia loppuäänestyksessä hyväksyä.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. – Après l'échec de la précédente stratégie de l'UE contre la perte de biodiversité d'ici à 2010, la Commission a adopté une nouvelle stratégie en 2012 dont le Parlement européen évalue la mise en œuvre à mi-parcours.

Nous savons toutes et tous que des espèces continuent de disparaître à un rythme élevé laissant craindre une extinction massive d'espèces partout dans le monde y compris dans l'UE.

La biodiversité est toujours partout fortement menacée notamment par les activités humaines.

Le rapport soumis au vote du Parlement européen préconise de s'opposer au réexamen des différentes directives «Nature», demande l'intégration complète de cette stratégie en faveur de la biodiversité dans la PAC, l'évaluation du «verdissement» de ladite PAC et le renforcement du réseau Natura 2000.

Je suis plus que réservée sur d'autres mesures comme le «mécanisme de financement du capital naturel», censé garantir des projets sur la biodiversité et qui s'apparente surtout à du green washing par lesquelles des entreprises redorer leur blason en finançant quels projets écologiques rentables.

J'ai néanmoins voté pour ce rapport qui, certes manque d'ambition mais qui fait néanmoins des propositions intéressantes et importantes dont la moindre n'est pas la réaffirmation de l'application par la Commission et les États membres du principe de précaution pour les OGM.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – O objetivo europeu de travar a perda da biodiversidade fracassou em 2010. Então, os Chefes de Estado ou de Governo, através da elaboração de uma nova estratégia em 2011, definiram uma nova meta global como sendo a de travar a perda de biodiversidade e a degradação dos «serviços dos ecossistemas», para os restaurar «dentro da medida do possível até 2020», e de intensificar os esforços da UE para evitar a degradação da biodiversidade global.

Em 2015, ficou claro que, sem esforços adicionais significativos, a UE, em 2020, mais uma vez não conseguirá atingir os seus objetivos de biodiversidade acordados. O relatório incide, por isso, sobre a estratégia de biodiversidade alvo a alvo, pedindo uma melhor aplicação de toda a legislação pertinente de modo a travar a perda de biodiversidade, principalmente através das diretivas Habitat e das Aves.

O relatório opõe-se à eventual revisão das diretivas Natureza pela possibilidade de isso pôr em causa a implementação da Estratégia para a Biodiversidade e afirma que a verificação REFIT em curso das diretivas Natureza deve concentrar-se na melhoria da sua implementação e execução, propondo medidas adicionais que a Comissão e os Estados-Membros devem ter em conta para travar a perda de biodiversidade.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Da der Naturschutz ein Paradebeispiel jener Materie ist, die besser auf Gemeinschaftsebene behandelt werden muss, und aufgrund der Tatsache, dass Umweltschutz auch Heimatschutz ist, unterstütze ich diesen Bericht.

Daniele Viotti (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore del rapporto di iniziativa sulla revisione di medio termine della Strategia UE per la biodiversità perché sottolinea l'importanza di un approccio olistico per la tutela della biodiversità nei campi dell'agricoltura e dell'ambiente. Inoltre, condivido l'orientamento per cui sia fondamentale accrescere la consapevolezza dei cittadini europei a livello locale a regionale grazie a iniziative di sensibilizzazione.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za projektem rezolucji Parlamentu Europejskiego w sprawie unijnej strategii ochrony różnorodności biologicznej. Przedmiotowa strategia stanowi istotny element całościowej strategii Unii Europejskiej na rzecz środowiska, społeczeństwa i gospodarki. Aby strategia mogła wejść w życie, w tym celu szefowie państw i rządów ustanowili cel podstawowy, jakim stało się zatrzymanie utraty różnorodności biologicznej i degradacji usług ekosystemowych. Zgadzam się z zaproponowaną formułą strategii, która oparta jest na sześciu filarach, stanowiących poszczególne cele: pełne wdrożenie dyrektywy ptasiej i siedliskowej, utrzymanie i odbudowa ekosystemów i ich funkcji, zwiększenie wkładu rolnictwa i leśnictwa w utrzymanie i wzmocnienie różnorodności biologicznej, zapewnienie zrównoważonego wykorzystania zasobów rybnych, zwalczanie inwazyjnych gatunków obcych i zwiększenie zaangażowania UE na rzecz zapobiegania utracie różnorodności biologicznej na świecie. Przyjęte sprawozdanie zakłada również wdrożenie dodatkowych rozwiązań innowacyjnych np. transeuropejskiej sieci zielonej infrastruktury TEN-G, która może przynieść obopólne korzyści dla społeczeństwa, środowiska i gospodarki.

Według Eurobarometru na temat różnorodności biologicznej co najmniej 8 na 10 obywateli podkreśla, że skutki dla utraty różnorodności są poważne. Z badań wynika również, iż obywatele pragną systematycznie otrzymywać informacje na ten temat.

Jak słusznie zauważono natura i różnorodność biologiczna mają duże znaczenie dla obywateli. Zgadzam się z postawioną tezą, iż różnorodność biologiczna i środowisko naturalne muszą znajdować się w centrum zainteresowania inteligentnej, zrównoważonej i zintegrowanej Europy.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EU has always promoted higher levels of environmental protections across Europe that Member States would have been unable to provide on their own. Part of the drive towards sustainability must run through guaranteeing the protection of our natural habitats both within Member States and across borders. The natural environment is part of our rich cultural heritage which is of concern to me as a member of the Committee on Culture.

As a representative for the north west of England I represent vast areas of national parks, Sites of Special Scientific Interest (SSSI) and Areas of Outstanding Natural Beauty (AONBs). I also work very closely with environmental organisations who I know will be pleased with our work on the strategy.

Labour MEPs are committed to protecting the EU Nature Directives and will work to ensure that the fitness check is not used as an excuse to open up the Birds and Habitats Directives in order to water down or weaken the legislation. This is why I voted in favour of the Environment Committee's report on the mid-term Review of the EU's Biodiversity Strategy.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la evaluarea la jumătatea perioadei a Strategiei UE în domeniul biodiversității. Biodiversitatea, astăzi supusă unor presiuni enorme, atât pe plan mondial, cât și în Europa, este esențială pentru sănătatea noastră și starea noastră de bine, dar și pentru prosperitatea noastră economică. Eforturile europene de a pune capăt declinului biodiversității în 2010 au eșuat. Din acest motiv, UE a elaborat o nouă strategie în 2011. Raportorul pledează pentru o mai mare voință politică de a aborda efectiv declinul biodiversității ca o prioritate politică și consideră că este necesară o abordare care să implice mai multe părți interesate, în cadrul căreia actorii locali și regionali să joace un rol special.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W dniu 2 lutego 2016 r. odbyło się głosowanie odnośnie do sprawozdania Marka Demesmaekera na temat „Śródkresowego przeglądu unijnej strategii ochrony różnorodności biologicznej”, czyli sprawozdania Komisji Europejskiej z realizacji założeń strategii UE do 2020 roku odnośnie do różnorodności biologicznej.

Celem europejskiej strategii ochrony bioróżnorodności w perspektywie roku 2020 jest powstrzymanie utraty bioróżnorodności i degradacji usług ekosystemowych oraz przywrócenie ich w możliwie największym stopniu do 2020 r. i przyczynienie się do zapobieżenia globalnej utracie bioróżnorodności. Nie ulega wątpliwości, że bioróżnorodność należy chronić, gdyż wpływa ona na trwałość ekosystemów, których człowiek jest nieodłącznym elementem.

Projekt rezolucji autorstwa Marka Demesmaekera był odpowiednio zrównoważony i właściwie wskazywał na kwestie problematyczne w unijnej strategii ochrony różnorodności biologicznej. Niestety w finalnym kształcie znalazł się w nim zapis o zakazie wydobywania gazu łupkowego. Uważam, że nie ma podstaw, aby twierdzić, że wydobywanie gazu łupkowego niesie większe ryzyko niż pozostałe rodzaje działalności przemysłowej. W głosowaniu nad całym sprawozdaniem nie poparłam jego treści przez wzgląd na wspomniany zapis.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με την ενδιαμέση αναθεώρηση της Στρατηγικής της ΕΕ για τη Βιοποικιλότητα, η οποία περιγράφει ρεαλιστικά την κατάσταση που επικρατεί σε ευρωπαϊκό επίπεδο, ενώ παράλληλα κάνει ουσιαστικές συστάσεις προς την Ευρωπαϊκή Επιτροπή και το Συμβούλιο. Είτε το θέλουμε, είτε όχι, πρέπει να αναγνωρίσουμε ότι οι ευρωπαϊκές δεσμεύσεις για την προστασία της βιοποικιλότητας έχουν αποτύχει επανειλημμένως. Χωρίς σημαντικές προσπάθειες, αλλά και πολιτική βούληση, η ΕΕ θα χάσει για ακόμη μια φορά το στόχο για το 2020. Οι αριθμοί, δυστυχώς, μιλούν από μόνοι τους. Η εφαρμογή της ισχύουσας νομοθεσίας και κυρίως, ο έλεγχος εφαρμογής, αποτελούν απαραίτητες προϋποθέσεις για την επίτευξη ουσιαστικής προόδου.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – Para España, la protección de la biodiversidad es una cuestión de gran importancia y se han realizado importantes esfuerzos; es por ello que somos el país que contribuye en mayor medida a la Red Natura 2000 de la UE. Además, los esfuerzos de España en materia de protección del medio marino son ampliamente reconocidos y también colaboramos en la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad con la declaración de las ZEC (zonas especiales de conservación) y en la política de protección de recursos genéticos (Protocolo de Nagoya).

Considero que la aplicación del marco legal en materia de biodiversidad ha sido muy positiva en España y no necesita ninguna modificación, pues esto supondría un retroceso de la estrategia de la UE para España. Creo, por tanto, que la solución podría ser llevar a cabo mejoras en su implementación, pues defiendo que la Estrategia de la UE sobre la Biodiversidad es muy buena.

Marco Zanni (EFDD), per iscritto. – La Commissione europea ha pubblicato una relazione su «La revisione intermedia della strategia UE per la biodiversità fino al 2020», in cui si valutano i risultati raggiunti a partire dal 2011, nell'attuazione delle azioni e nella realizzazione dei target previsti. Secondo la relazione, complessivamente, non si registrano, significativi progressi rispetto all'obiettivo chiave di «arrestare la perdita di biodiversità e il degrado degli ecosistemi nell'Unione europea entro il 2020».

Il Consiglio lo scorso dicembre si è detto d'accordo a voler una migliore attuazione delle direttive di settore (direttiva «Habitat» e direttiva «Uccelli») e nella fattispecie: una più efficace integrazione della biodiversità nelle altre politiche settoriali, in particolare la politica agricola comune (PAC), un uso più mirato degli strumenti finanziari esistenti, una più accentuata attenzione alle strategie internazionali, l'urgenza di sensibilizzare e coinvolgere maggiormente tutti i settori della società e tutti i livelli di governo e infine una maggiore valorizzazione, anche economica, dei servizi ecosistemici.

Questa relazione ribadisce fortemente la necessità di non modificare le direttive Habitat e le altre relative alla protezione della biodiversità e appoggia invece l'idea di una migliore attuazione delle normative vigenti.

Tomáš Zdechovský (PPE), písemně. – Biologická rozmanitost, tedy pestrost ekosystémů, druhů a přírodních stanovišť, je pro člověka nesmírně důležitá. Poskytuje množství ekosystémových služeb, mezi které patří například čisté ovzduší či voda a bez nichž se neobejdeme. Právě proto jsem se rozhodl podpořit tuto zprávu. Souhlasím s výzvami, které jsou v dokumentu obsaženy. Biologická rozmanitost je v dnešním globalizovaném a technickém světě pod značným tlakem. Domnívám se, že je více než nutné, aby členské státy vyvinuly dodatečné úsilí pro splnění cílů, k jejichž uskutečnění se EU zavázala v roce 2020.

Jana Žitňanská (ECR), písomne – Biodiverzita, alebo rozmanitosť života na zemi, je všeobecne uznaná hodnota, ktorá je kľúčovou pre zabezpečenie kvalitného života. Zároveň aj prieskumy Eurobarometra ukazujú, že obyvateľom Európskej únie nie je zhoršujúci sa stav biodiverzity ľahostajný. Práve preto parlament pristúpil k zhodnoteniu situácie v oblasti biodiverzity v polovici trvania európskej stratégie. Myslím si, že išlo o správny krok, ktorý bude dúfajme dostatočnou pripomienkou faktu, že to, čo sa doteraz spravilo a dosiahlo, rozhodne nepostačí. Správa preto hovorí o omnoho väčšej snahe, aby sme zastavili celkový trend strát v oblasti biodiverzity, ako aj o lepšej implementácii existujúcej legislatívy a začlenení biodiverzity medzi hlavné priority. Spravodajca zároveň správne podotkol, že hospodársky rozvoj a ochrana prírody sa navzájom nevylučujú, naopak, práve na dobrom stave biodiverzity závisí množstvo pracovných miest, zatiaľ čo na naprávaní škôd vzniknutých na prírodnom prostredí musia štáty ročne vynakladať obrovské sumy. Keďže si myslím, že prírodu by sme sa pre budúce generácie mali snažiť zachovávať a zlepšovať, správu som v záverečnom hlasovaní podporila.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu nad tym sprawozdaniem, będącym odpowiedzią Parlamentu Europejskiego na śródkresowy przegląd unijnej strategii ochrony różnorodności biologicznej przygotowany przez KE w 2015 roku, wstrzymałem się od głosu. O ile ogólny kierunek tego sprawozdania jest słuszny i w wielu punktach się z nim zgadzam, o tyle treść artykułu 88, wzywającego do całkowitego zakazu wykorzystywania przez państwa członkowskie metody szczelinowania hydraulicznego jest nie do przyjęcia. Bioróżnorodność i równowaga ekosystemu jest nie tylko zagrożeniem ekologicznym, ale ma także swój wymiar ekonomiczny, gdyż istnienie jednego na sześć miejsc pracy w UE jest zależne od przyrody i czystego środowiska. Chodzi zwłaszcza o takie branże jak rolnictwo czy turystyka, które z polskiego punktu widzenia są kluczowymi sektorami gospodarki. Jednak tak daleko idące propozycje jak uniemożliwienie wydobywania gazu łupkowego może zagrozić w przyszłości bezpieczeństwu energetycznemu Polski i wielu państw naszego regionu. Jest to tym bardziej nie do przyjęcia, gdyż nie ma przekonujących dowodów naukowych na szkodliwość metody szczelinowania hydraulicznego dla środowiska naturalnego. Rozwój gospodarczy jest w znacznej mierze uzależniony od własnej i taniej energii. Polska dysponuje dużym potencjałem w zakresie wydobycia gazu łupkowego i musi mieć możliwość wykorzystania tych możliwości. W obliczu polityki dekarbonizacji forsowanej przez UE nie możemy godzić się na kolejne ograniczenie naszej niezależności energetycznej.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório relativo à revisão intercalar da Estratégia de Biodiversidade por esta concordar que a biodiversidade e a natureza devem ser centrais numa Europa inteligente, sustentável e inclusiva, e pelo facto de o documento apelar a uma maior vontade política para acabar genuinamente com a perda de biodiversidade enquanto medida essencial para a própria natureza e para a saúde e o bem-estar dos nossos filhos e netos. Também por concordar com o relator, quando ele aponta para o desenvolvimento de uma rede transeuropeia de infraestrutura verde (RTE-V), a qual poderia criar uma situação vantajosa para a natureza e para a economia; por defender um quadro europeu para a prevenção da perda de biodiversidade e de serviços ecossistémicos; por preconizar a elaboração pela Comissão de critérios específicos para o «Mecanismo de Financiamento do Capital Natural», que devem garantir que os projetos produzam resultados positivos e tangíveis para a biodiversidade; por, ao estabelecer a ligação entre saúde e biodiversidade, defender que o declínio do número de abelhas requer mais investigação e ação; por também acreditar, finalmente, que as soluções baseadas na própria natureza podem contribuir significativamente para dar resposta a desafios como as alterações climáticas.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea, dopo aver valutato attentamente i risultati ottenuti dal 2011 ad oggi in tema di biodiversità, ha pubblicato una relazione in cui rivede le azioni necessarie al raggiungimento degli obiettivi fissati con l'adozione della strategia UE per la biodiversità, in vigore fino al 2020.

Stando ai dati del documento, non si riscontrano significativi progressi rispetto all'obiettivo chiave di arrestare la perdita di biodiversità e il degrado degli ecosistemi nell'Unione europea entro il 2020.

La relazione spinge affinché non vengano modificate le direttive che si preoccupano di proteggere la biodiversità, confermando che tali norme, laddove ben implementate e attuate, potranno portare risultati significativamente positivi. Inoltre si concorda sull'urgenza di sensibilizzare e coinvolgere maggiormente tutti i settori della società civile e tutti i livelli di governo, in modo da favorire e valorizzare un'economia attenta all'ecosistema.

Nel documento, a cui ho dato il mio voto favorevole, il Parlamento si è espresso, in accordo con una recente pronuncia del Consiglio, promuovendo una migliore attuazione delle direttive di settore (con la direttiva «Habitat» e direttiva «Uccelli») e auspicando una più efficace integrazione del tema della biodiversità con quello delle altre politiche settoriali, in particolare con quello della politica agricola comune (PAC).

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Ohranjanje biotske raznovrstnosti ima pomembno vlogo pri ciljih trajnostnega razvoja. Trenutni kazalci pa opozarjajo na izgubljanje biotske raznovrstnosti.

Zato sem podprl poročilo, ki utemeljeno ugotavlja, da sta boljše izvajanje in izvrševanje obstoječe zakonodaje bistvenega pomena za napredek na tem področju. Pri tem morajo konstruktivno sodelovati oblikovalci politik na vseh ravneh.

Potrebno je opozoriti na socialno-ekonomsko vrednost biotske raznovrstnosti ter na posledice njene izgube za zdravje, dobro počutje in blaginjo.

Πρόεδρος. – Οι αιτιολογήσεις ψήφου περατώνονται.

8. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll: siehe Protokoll

(Η συνεδρίαση διακόπτεται στις 13.15 και επαναλαμβάνεται στις 15.05.)

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

La Présidente. – Le procès-verbal de la séance précédente est approuvé.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, θα ήθελα να μιλήσω επί προσωπικού, γιατί εδώ ακούστηκαν κάποια πράγματα τα οποία δεν είναι αλήθεια. Η κυρία Zimmer προκειμένου να στηρίξει την πρόταση να προστεθεί στην ημερήσια διάταξη το θέμα της αύξησης του ρατσιστικού μίσους και της βίας, χρησιμοποίησε σαν αιτιολογία ότι στην Αθήνα την προηγούμενη εβδομάδα έγινε αντιρατσιστική πορεία από το Λαϊκό Σύνδεσμο Χρυσή Αυγή. Ή δεν της μετέφεραν σωστά το τι έγινε στην Αθήνα, ή είπε ψέματα. Γιατί στην Αθήνα ήταν μία επέτειος τιμής και μνήμης για τρεις Έλληνες ήρωες αξιωματικούς, οι οποίοι έχασαν τη ζωή τους το 1996 στα Ίμια, και αυτή την εκδήλωση φυσικά η κυβέρνηση του ΣΥΡΙΖΑ την απαγόρευσε.

La Présidente. – Monsieur, nous enregistrons ces informations.

10. Flüchtlingskrise, Kontrolle der Außengrenzen und die Zukunft von Schengen - Achtung des internationalen Grundsatzes der Nichtzurückweisung - Finanzierung der Flüchtlingsfazilität für die Türkei - Anstieg von rassistisch motiviertem Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge und Migranten in Europa (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la discussion commune sur:

— les déclarations du Conseil et de la Commission sur l'urgence des réfugiés, contrôle aux frontières extérieures et avenir de Schengen (2016/2259(RSP)),

— les déclarations du Conseil et de la Commission sur le respect du principe international de non-refoulement (2016/2535(RSP)),

— les déclarations du Conseil et de la Commission sur le financement du mécanisme d'aide aux réfugiés en Turquie (2016/2525(RSP)), et

— les déclarations du Conseil et de la Commission sur la recrudescence de la haine et de la violence racistes à l'égard des réfugiés et des migrants en Europe (2016/2563(RSP)).

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Madam President, I would like to thank you for the possibility to discuss with you this afternoon what is I think the most pressing problem the European Union is faced with, namely to find effective operational and common answers and to build trust within and between our societies regarding the refugee crisis in the world, and the consequences for the European Union more specifically.

2015 saw the arrival of more than 1.8 million irregular migrants to the European Union, and more than 1.25 million applications for asylum were registered. The flow of refugees, the loss of life and the abuse by smugglers are a human tragedy which took the European Union and the Member States aback. We should continue to provide a safe haven for those in genuine need of international protection, and at the same time it cannot be denied that the large numbers of migrants place considerable strain on our societies and on European cooperation. I think this is specifically true of the sense among many in our populations that this issue is not under control and that it is not managed sufficiently.

Frontline Member States – those along the Western Balkan route and the destination Member States – have been particularly affected by these events. It is clear that no single Member State is able to tackle this crisis on its own. Only with a combination of actions, executed in a coordinated way, can we manage the situation. We need common European solutions to tackle this crisis, and all Member States need to take their responsibility. We have said this before, and we know that time to address this crisis is running out. We have to manage the situation better before spring, when large numbers of migrants are expected to take to the seas to reach Europe and possibly be killed en route.

The influx of migrants must be reduced, and our measures should not only aim at the short term but also at the longer term. The Council therefore insists that we continue our joint efforts aimed at reducing the influx, better managing the situation in our Member States, and implementing the decisions taken at the highest level. Yes, we need to strengthen our external borders work, work with Turkey to make sure the agreements we made with them are implemented, ensure that the hotspots function properly, including registration and return, and make credible progress in our cooperation with third countries on readmission and return.

Some irregular migrants have no right to international protection and are unlawfully abusing our asylum systems. We should, furthermore, start implementing the relocation decisions properly and do further work on tackling the root causes of migration.

There are some positive signs. At the moment, four hotspots are operational. Italy has declared two additional locations as operational, while a third one is ready for operations. Moreover, Italy has reported that all disembarkations are now running via hotspot locations, and registration and fingerprinting is at 100%. In Greece, despite continued high arrivals, work has been able to progress significantly on two additional locations. However, concerns remain on the timeline of the other locations. We commend the actions taken by Italy and Greece, yet efforts must continue unabated, not only by those frontline states but also by all the other Member States in supporting them, notably by responding swiftly and positively to the requests for assistance by the EU Civil Protection Mechanism and the calls for experts by agencies such as Frontex and EASO supporting these states, and by swiftly implementing the relocation decisions.

On relocation: certain Member States are successfully relocating groups of migrants and experiencing growth and new spreads among the migrants. However, only 400 applications have been relocated, and the number of Member States which have not yet pledged any places is high. It is not acceptable that decisions adopted by the Council and Parliament are not implemented by all Member States. More should be done to relieve the pressure on Italy and Greece. All Member States must participate in the relocation. The Presidency started this week to have bilateral consultations with all Member States that have been lagging behind with pledges on relocation, resettlement and personnel towards EU agencies.

As a final note on this topic, I would like to highlight the threat to the humanitarian situation along the Western Balkan route. As arrivals remain high and temperatures have dropped, efforts and coordination must increase further in order to prevent further loss of life, specifically the commitments to provide fully winterised reception. Capacity should be fulfilled as soon as possible, especially taking into account the increased controls along the different borders on the route and the partial or potentially complete closure for migrants wanting to continue north. At present we are discussing intensively with all these countries to avoid further humanitarian disasters.

In line with the conclusions of the December European Council, the Presidency is fully committed to contributing to the implementation of all the necessary measures to safeguard and maintain control over the Schengen external borders. The Presidency is striving to address in particular the implementation of rules aimed at managing migration effectively and ensure European integrated border management of the EU's external borders.

Following up on the Council's request to rapidly examine the recent Commission Border Package proposal, the Presidency immediately scheduled a series of meetings of the relevant Council preparatory bodies to carefully examine these proposals. Particular focus is put on the European Border and Coast Guard proposal and the amendments to the Schengen Border Code providing for systematic checks on persons enjoying the right of free movement at external borders.

Given the scope of the proposals and their critical importance, work has been divided between several Council bodies in order to accelerate the examination. The Presidency can already confirm that the Member States are committed to a productive debate on the text of the proposals and a clear focus on achieving results. Substantial progress has already been made. EU Interior Ministers discussed these issues at their informal gathering in Amsterdam last week and the Council will come back to this issue at its forthcoming meetings on 25 February and 10 and 11 March. The Presidency is committed to ensuring the best and closest-possible cooperation with Parliament on these proposals, since it is convinced that these proposals must lead to tangible results as soon as possible in the light of the current crisis.

On the future of Schengen, the scale of the migratory flows which have crossed the European external borders over the past months has seen several countries temporarily re-impose border controls: Germany, Austria, Denmark, Norway, France and Sweden. This temporary re-introduction of border controls is in line with the Schengen *acquis*, subject to conditions involving a serious threat to public policy or internal security and limited in time. The migration pressure has not decreased and the Presidency considers that the Schengen area without internal borders is only sustainable if the external borders are effectively controlled. A series of measures are being put in place to address the issues identified by the European Council in December. The Presidency is strongly committed to securing the integrity of the Schengen system, a system which is at the heart of the European project and one of the greatest achievements of European integration.

The principle of non-refoulement is a cornerstone of international refugee law, and I appreciate your wish to raise this important issue. On this matter, particular reference should be made to Article 33 of the Geneva Convention of 28 July 1951: 'No Contracting state shall expel or return a refugee in any manner whatsoever to the frontiers of territories where his life or freedom would be threatened on account of his race, religion, nationality, membership of a particular social group or political opinion'. The same principle was fully integrated in the EU *acquis*. Let me recall in particular that the EU Charter of Fundamental Rights guarantees the right to asylum in Article 18 and the prohibition of refoulement in Article 19(2). Furthermore, Article 78 of the Treaty on the functioning of the European Union provides for the creation of a Common European Asylum System in accordance with the Geneva Convention and in compliance with the principle of non-refoulement. A number of legislative instruments adopted to implement that provision reflect the same concern.

Therefore, EU Member States need to abide by the provisions of the asylum *acquis* and to respect the principle of non-refoulement in accordance with their international obligations. As far as the definition of a safe country of origin is concerned, it can only apply where the competent authorities are sure that the person seeking international protection will be treated in accordance with the principle of non-refoulement in the third country concerned. This principle should guide us when examining and negotiating the Commission proposals for a regulation on an EU common list of safe countries of origin. It should also be recalled that the Schengen Borders Code stipulates that the rights of refugees and persons requesting international protection, in particular as regards non-refoulement, should be respected when applying the code at the EU's internal and external borders.

One last word to mention is that an effective return policy is also an important feature in a balanced migration and asylum policy. The Council has recalled the importance of effective return and readmission policies, which should be implemented with the utmost urgency by all Member States and enforced in a manner consistent with the *acquis*.

The Presidency will be very proactive, very concrete and very operational in taking this forward in full respect of the fundamental rights and dignity of the persons concerned and the principle of non-refoulement. With the above principles in mind, we will do everything necessary in order to improve the functioning of the Common European Asylum System. We look forward to starting the examination of new Commission proposals such as the revision of the Dublin Regulation, which should be presented shortly. We believe that such proposals, taking fully into account the cornerstone principles of our asylum policy such as the principle of non-refoulement and the current reality of migratory flows, should contribute to making Member States' asylum systems more efficient.

All EU Member States share the same fundamental values and have a shared responsibility to welcome asylum seekers in a dignified manner, ensuring that border surveillance is carried out without prejudice to the rights of persons requesting international protection. In that sense, we have a stress test, so to speak, when we talk about our European values. In particular the Council emphasised the importance of complying with these fundamental rights in EU asylum and migration policy at all stages, from the arrival of migrants and asylum seekers in the EU to migrant and refugee integration and the return of those with no right to remain. It stressed the need to ensure humane and dignified treatment and to reinforce the protection of fundamental rights.

The fundamental rights of migrants and notably their protection from racist and other hate crime is very much our concern, and we strongly condemn all manifestations of hatred and violence against refugees and other migrants. However, we should also realise that small groups of individuals are responsible for these attacks. They do not represent the general European populace or European values – there are enough examples throughout Europe of refugees being welcomed and supported. We understand that the high influx of migrants raises concerns among parts of the European population. These concerns need to be taken seriously. However, violence is never the answer.

The Ministers of Justice discussed this at a meeting last October and last December and agreed on a number of actions to improve the fight against hate crime, in particular hate crime against migrants. This includes specific attention for the reporting and recording of hate crime, as well as cooperation between civil society, law enforcement, the judiciary and assistance to victims. Action is generally needed in all these areas, but special attention should be given to migrants, as they might not so easily find the right bodies to help them if they are victims of racist or hate crime.

This is also a topic of substance for the Dutch Presidency, and we have therefore today decided to organise a conference, together with the Council of Europe, on 'EU fundamental values, immigration and integration: a shared responsibility'. It will also be the focus of the Council's annual debate on the rule of law, and I would like to say here that when I listened to the debate this morning, that is a debate where everybody has their obligations – asylum seekers, migrants, populations of countries where people move to – in the same way. We have a stress test, as I said, at the moment on this issue because there are so many concerns raised in our societies.

Finally, the Council concluded in October that one of the priority actions for the judicial authorities with regard to the migration crisis would be to ensure that, throughout the migration and asylum chain, including any administrative and judicial proceedings, the rights and best interests of children are protected. With you, I would like to express my concern about the reports by Europol's Chief of Staff that at least 10 000 unaccompanied children have disappeared after arriving in Europe. The media indicated that many of them might have fallen into the hands of organised crime syndicates. This is shameful and we should be outraged and do something about it. It needs to be further investigated, obviously, and we need to get the facts and figures straight. This has not yet been discussed in the Council. However, if it is true, the thought obviously sickens us all. Unaccompanied children are among the most vulnerable groups, and it is deeply troubling that professional gangs might exploit them. In general it is important that EU Member States cooperate to prevent children falling into the hands of thugs.

Finally, a word on the state of play regarding the Refugee Facility for Turkey and its financing. You will recall that European Union leaders in October and November 2015 committed to providing an initial EUR 3 billion of additional resources to support Syrians under temporary protection and host communities in Turkey. Following that commitment, the Commission adopted, at the end of November 2015, a decision setting up an instrument, the Refugee Facility for Turkey, in order to coordinate the provision of humanitarian development and other assistance to refugees and host communities. This facility would require a total amount of EUR 3 billion in 2016 and 2017. The annual amount foreseen in the EU budget for all external action programmes is around EUR 9 billion. Therefore, the full financing of the facility from the EU budget would put a strain on all other programmes and actions. In order to fulfill the Union's commitments, and pending final agreement, Member States envisage contributing to the financing of the facility for up to two thirds of the required amount. Member States' contributions would be calculated through a distribution formula based on their gross national income.

The Commission has already identified the split between the years 2016 and 2017 for the remaining part from the EU budget and the sources for 2016. Member States are currently examining various aspects linked to the setting-up of the facility, including the governance of the facility and the conditionality framework to be respected. These aspects are of paramount importance in order to ensure that the financial efforts to be assumed by the EU and the Member States lead to really effective support for the refugees in host communities.

The Presidency is committed to facilitating swift approval of the facility and will keep the European Parliament informed on the progress. You can count on us to make sure that on all these issues we are at the stage of making things happen. I think that is the most important task for the Presidency, with the Council and with the Commission. Decisions have been taken. It is now most important to make sure that they are put into practice.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Madam President, I must start by thanking you for giving the Commission the opportunity once again to discuss the migration challenge with you in plenary. The sooner we deal with the situation on the basis of the twin principles of shared responsibility and solidarity, the better we, as the European Union, will do. As long as everyone is waiting for the others to move first, and as long as some continue to act as if it will all go away if they just close their eyes long enough, then things will only get worse.

A consistent and coordinated European approach put into practice urgently is the only way ahead. Next week, ahead of the February European Council, the Commission will report on the implementation of the priority actions under the European Agenda on Migration. We will be frank and objective about the poor progress we see on the ground today and about what needs to be done in the next days or weeks.

This concerns both the Member States on the front line and all the others, and both the external and internal policy dimension. On the external policy level, we need to gear up our cooperation with third countries on addressing root causes and on fighting smugglers, to establish safe passage for those in need, and to make sure return and readmission are the reality for those who have no right to stay in Europe. On the internal policy dimension, the to-do list is even longer: relocation, resettlement, hot spots, returns, joint operational measures taken by Frontex and the European Asylum Support Office (EASO).

We continue to provide substantial financial and operational support to our frontline Member States to that end, but the scale of the problem of irregular migrants flows reaching Greece and entering the Western Balkans continues unabated. The Commission is putting every effort into achieving normalisation of the Schengen functioning and, in parallel, is preparing for all options.

But let me repeat clearly: this is not about the end of Schengen or cutting off a Member State. Today the International Organisation for Migration (IOM) has issued a press release. The numbers are dramatic. Thirteen times more people crossed the Mediterranean in January 2016 in comparison to January 2015. 368 people died during the first month alone, although many more were saved through our joint operations. But every life lost is one too many.

The European humanitarian tradition, of which we should be proud, must be maintained even in times of crisis. Saving lives and the principle of non-refoulement are not negotiable. Today the Commission adopted a Schengen evaluation report on Greece, after receiving a positive opinion from the Schengen Evaluation Committee. The report, which is a classified document and will be shared with this House according to the usual rules, is based on unannounced site visits conducted in November 2015. Serious deficiencies were identified in this report in external border management by Greece. We are, however, taking note that Greece has already started undertaking efforts to remedy the deficiencies, and the Commission will continue its support for Greece. Greece will not be left alone to address the challenges that are related to the migratory pressure. In parallel, we are working closely with Turkey to bring order into migratory flows and help to stem irregular migration in the Aegean by implementing the EU-Turkey joint action plan.

Recently the First Vice-President, Mr Timmermans, discussed with our Turkish counterparts how we can step up our cooperation to fight smugglers and address the growing numbers of non-Syrians irregularly crossing to the European Union. Our Turkish counterparts also informed us about opening up segments of the Turkish labour market to allow Syrian refugees to work. The Commission is working closely with both the Greek and Turkish authorities to scale up the returns to Turkey under the existing bilateral agreement, awaiting the full entry into force of the EU-Turkey agreement. We are exploring with Greece what further support it needs to be able to systematically return those migrants who do not have a right to stay in the European Union.

Let me recall, as Commissioner Hahn will stress, that Turkey is making commendable efforts to host more than 2.75 million refugees at a cost of EUR 7 billion to date. To support Syrians in Turkey, the European Union has committed to providing financial assistance for an amount of EUR 3 billion over 2016 and 2017 to provide humanitarian, development and other assistance to refugees and host communities. Further down the stream, we have the Western Balkans route. This has been a key priority for the Commission and we are chairing weekly coordination meetings.

Migrants should always be given the opportunity to apply for international protection, but if they choose not to do so or if it emerges that they are not in need of protection, they should be returned swiftly to their countries of origin or to transit countries. This will always be done subject to a prior non-refoulement and proportionate check in accordance with international law. Non-refoulement is an essential, basic safeguard and a legal obligation that we owe to each and every refugee. However, this principle is not incompatible with our efforts to ensure the much more effective return of illegal migrants throughout the European Union.

We need to systematically and rapidly return those who are not in need of international protection if we are to build public trust and focus resources on the reception of genuine refugees. But we must also do more to promote legal channels of protection for those in need, such as resettlement measures. The more we can provide credible and effective support to those in need of international protection, the less they will feel the need to take the route of irregular migration.

Let me conclude with a brief comment about the surge of racism and xenophobia towards migrants and refugees. It is my main worry and it did not come as a surprise to me. The Commission condemns without reservation what appear to have been mass sexual assaults on women in Cologne on New Year's Eve, but it is too simplistic to conclude that all refugees and migrants are threats to our public order. They are not. And those fleeing from horror and war deserve our respect even more than anyone else. We therefore strongly condemn all forms and manifestations of intolerance, including public incitement to racist or xenophobic violence or hatred. It is clear that we will need to step up our efforts here too.

The European Union is facing a crisis like no other before. Either we stand firm and find solutions in line with our values or we will see ourselves and our Europe change beyond recognition back to a past that no one wants to experience again.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Ratsvorsitzender, meine Herren Kommissare! Zunächst möchte ich der Kommission danken, weil die Themen, die auf dem Tisch liegen, die Gesetzesvorschläge, die auf dem Tisch liegen, von der Kommission in einer sehr schnellen Geschwindigkeit präsentiert worden sind. Die Vereinbarungen mit der Türkei, die Überlegungen hinsichtlich sicherer Drittstaaten, die Quote, die Überarbeitung von Frontex, Kontingentlösungen – all die Texte liegen vor, und die Kommission hat dabei in sehr, sehr guter Geschwindigkeit gearbeitet.

Wir haben kein Problem mit Ideen, wir haben eine Blockade vor allem im Europäischen Rat und auch ein Stück weit hier im Parlament. Das haben wir heute Mittag erlebt, als nämlich der estnische Staatspräsident gesprochen und zunächst darauf hingewiesen hat, wie wichtig Solidarität in Europa ist – dass jeder seine Lasten tragen muss. Da gab es Applaus, hauptsächlich, muss ich feststellen, von der linken Seite. Als er dann gesagt hat, dass wir den Grenzschutz aktivieren müssen, dass wir Europa schützen müssen, dann gab es hier von der rechten Seite Applaus. Und das ist genau unser Problem: Wir haben eine Blockade. Es muss jetzt gelingen, dass wir zum Europäischen Rat hin genau diese Blockade überwinden, dass wir einfach alle einen Schritt aufeinander zugehen.

Wenn in Syrien in diesem Krieg mittlerweile 250 000 Menschen gestorben sind, davon 40 000 Kinder, dann muss dieser Kontinent – egal ob Ost oder West oder Nord oder Süd – sagen: Wir müssen helfen. Wenn insgesamt 60 Millionen Menschen auf dieser Welt auf der Flucht sind – 60 Millionen Menschen –, dann leuchtet jedem ein, dass eine einfache Türen-auf-Politik – wir heißen alle willkommen – auch nicht funktionieren kann. Beide Seiten gehören zusammen. Wir müssen endlich diese Blockade überwinden, wir müssen uns bei dieser Frage zusammenraufen. Der Weg ist doch eigentlich so kurz, diese beiden Sachen zu verstehen und zusammenzubringen.

Was steht auf dem Spiel? Auf dem Spiel steht viel, nämlich die Schengen-Frage. Natürlich, wenn sich Europa bei dieser Frage nicht einigt, wird es zu mehr schwedischen und dänischen Beispielen kommen, es wird zu mehr Grenzkontrollen kommen, es wird zur Abriegelung kommen in diesem Kontinent. Und deswegen geht es um verdammt viel, deswegen muss dieser Schritt des Blockadeüberwindens jetzt endlich gemacht werden.

Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, was in den letzten Jahrzehnten alles für Aufgaben gelöst worden sind: Unser Kontinent wurde aus der Konfrontation zwischen Ost und West hingeführt zu einer Wiedervereinigung. Wir leben heute in einem offenen Europa, wir haben die Eurokrise einigermaßen überwunden mit zwei Prozent Wachstum, und wir waren beim Klimawandel in Paris Vorbild für die Welt. Wir können viel erreichen! Und wenn man sich anhand dieser historischen Vergleiche auch ein Stück weit vergegenwärtigt, was frühere Generationen von Politikern geleistet haben, dann muss man den Staats- und Regierungschefs für die Beratungen in zwei Wochen sagen: Es wäre für diese Gruppe der heutigen Staats- und Regierungschefs ein historisches Versagen, wenn es ihnen jetzt nicht gelingt, diesen gemeinsamen Schritt miteinander zu gehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns als EVP gehören noch drei ehrliche Antworten mit zu der Beantwortung dieser Fragen. Nämlich zum einen – ich habe es bereits erwähnt – die Grenzsicherung. Das ist eine unserer Erwartungen, die wir an den Europäischen Rat haben, dass eben Grenzen bewacht werden müssen und dass auch zur Ehrlichkeit dazugehört, dass an Grenzen auch Nein gesagt wird, wenn Menschen ohne Visum und ohne Flüchtlingshintergrund kommen. Das Zweite: Wir müssen unsere Behörden stärken. Wenn der Frontex-Chef sagt, er kann, wenn er dort in Griechenland Frontex-Beamte im Einsatz hat, derzeit das Schengen-Informationssystem nicht abfragen, weil wir als Gesetzgeber festgelegt haben, dass Frontex das Schengen-Informationssystem nicht nutzen darf, dann haben wir es mit dem Datenschutz übertrieben. Das muss man klipp und klar sagen. Wir brauchen Vertrauen in unsere Behörden. Datenschutz ist dazu da, Bürger zu schützen, aber nicht, um Verbrecher zu schützen.

Und zu guter Letzt zu Köln: Jede Gewalt ist abzulehnen. Das gilt auch für Gewalt gegen Flüchtlinge – sonnenklar. Aber wenn Menschen, die als Gäste hier sind, die Gaststatus haben, weil sie während einer Bürgerkriegsphase in ihrem Heimatland Schutz in Anspruch nehmen, dann ist die Erwartung, dass diese Menschen das Gastrecht nicht missbrauchen, dass sie Kultur und Gesetze eines Landes akzeptieren, nicht zu viel verlangt. Deswegen muss auch klar sein: Wenn jemand die Kultur und auch die Gesetze eines Landes, des Gastlandes, nicht beachtet, muss er dieses Land dann auch wieder verlassen. Das sind Prinzipien, die unsere Bürger von uns erwarten und die wir auch in den Diskussionen klarstellen müssen.

(Beifall)

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dovremmo dire, con grande realismo e preoccupazione, che in Europa tira un vento cattivo. I raid neonazisti in Svezia e in Germania negli ultimi giorni, i vergognosi inviti di responsabili politici a sparare ai rifugiati e perfino ai bambini, tutto ciò ci dice che un virus sta infettando l'Europa, il virus della paura.

Io non condivido nemmeno la teoria del bastone e della carota nei confronti di profughi. Né bastone né carota! Nei confronti dei profughi c'è solo una parola e un dovere: l'accoglienza! Perché non sono persone che vogliono venire a stravolgere la nostra vita. Sono persone che fuggono dallo stesso pericolo che attacca noi, sono persone che fuggono dalla guerra. Troppi tabù sono stati infranti in questi mesi: Schengen, il dovere dell'assistenza umanitaria, il rispetto per la vita umana. E in quest'Aula, quindi, non possiamo più discutere soltanto di dossier legislativi, ma dobbiamo ridiscutere di valori, perché noi siamo qui perché apparteniamo innanzitutto ad una comunità di valori. Se quei valori non ci sono più, non c'è più questa comunità e non ha senso nemmeno tenere in vita le istituzioni europee, perché quelle istituzioni hanno un senso se si tengono su i valori dell'Unione europea. Ecco perché io faccio questo discorso.

Il ministro Koenders e anche il Commissario Avramopoulos hanno menzionato la storia dei 10 000 bambini. Ma è possibile che nessuno parli di questo, che nessuno pensi a questo? Pensiamo al pericolo, ma di cosa? Di cosa sono pericolo i rifugiati, i profughi? Di cosa? Questo dobbiamo vincere, questa paura maledetta che sta tenendo le mani legate a chi deve decidere, perché i problemi sono sul tavolo, li ha messi la Commissione europea. Noi siamo d'accordo, collega Weber, sul potenziamento del controllo alle frontiere esterne. Siamo d'accordo sull'identificazione, siamo d'accordo sulla ricollocazione. Cosa impedisce di far funzionare questo sistema? Lo dico io cosa lo impedisce, lo impedisce la paura, la paura che è stata ingigantita, che è stata fomentata, che è stata alimentata in questi mesi!

Questo è il nostro pericolo maggiore, che sta liquefacendo l'Unione europea come comunità di valori. Ecco perché il mio discorso si ferma qui. Si ferma alla teoria dei valori, perché questo tema è fondamentale, altrimenti non funzionerà mai, collega Weber. Se non torniamo qui, se non diciamo ai nostri capi di governo, ai nostri capi di Stato: non abbiate paura, non perderete voti, non perderete consensi se dimostrerete che il sistema funziona e il sistema può funzionare. E attenzione, non è un fenomeno che si governa in pochi mesi. Già ci sono flussi che interessano l'Est europeo, che interessano la Finlandia e altri paesi dell'Est. Ci saranno altri flussi in primavera. Quindi, o noi mettiamo in piedi questo sistema oppure noi falliremo. Ecco perché il mio appello è un appello non tanto a questo dossier o quest'altro dossier. Tutto questo è conseguente di una condivisione che o c'è o non c'è. La condivisione dei valori per i quali noi siamo europei e siamo membri dell'Unione europea.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, another Strasbourg, another debate about the migration and refugee crisis, another season beckons. As we look forward to spring, usually a season for optimism, it now becomes a season for concern.

As the snow melts, as the Mediterranean becomes passable and as the crisis reaches an epic scale, are we really ready to find solutions that work? Some suggest letting everyone in from every country; others suggest the EU take over all border management; others again suggest sealing all borders and turning Europe into a fortress. We need to get away from this debate of polarisation and get to work on tackling the problems. I know that Mr Verhofstadt has warned the media that he is about to bring up comments made by a Member of my group. Let me be quite clear: we will look into those comments and we will discuss it with my group with due process this afternoon. But I am disappointed at this trying to put politics above trying to solve this crisis.

My group has been consistent in our approach to this crisis since it began. We do not have months or years to rewrite the rule book; we have only a few weeks to help those in need and to regain the confidence of our citizens. Compassion can only be delivered when our rules are firm, fair and clear. Schengen rules say that the external border of the EU should be protected. If Member States cannot manage their borders, then we should offer them help through Frontex, but we should not force help on democratically-elected governments. Let us be clear: if you cannot play by the rules that you sign up to under Dublin and Schengen, do not be surprised if others want you out of the game. The rules only work if non-EU countries live up to their agreements too.

What can we do to make sure that Turkey, already struggling to cope with refugees from Syria, is not merely seen as a transit country? What about countries such as Pakistan that have signed readmission agreements but are slow to take back their citizens? It is time to get tough with these countries to live up to their responsibilities. The Dublin Regulation is clear that, in most cases, the first safe country is where people apply for asylum, but Dublin has failed, because one leader opened her country to everyone, regardless of whether they were fleeing persecution or simply seeking a better life. It has failed because the first countries that refugees and migrants arrive at are unable to cope. Dublin does not need to be completely rewritten; it needs changes to make it work better and to make sure refugees remain in the countries offering them asylum.

In order to stabilise the situation in the short term and focus help on genuine refugees, let us agree which countries can take refugees and how many, not impose it upon them. Let those countries that cannot take refugees help with money, equipment, boats and personnel to assist in border protection, processing and returns. But they should not simply wash their hands of the problem and expect others to pick up the bill.

As the Mediterranean becomes a route for traffickers again this summer, let us not abandon Italy and Malta to fend for themselves. In the EU we are never short of grand plans and great schemes, but now we need pragmatism and action: action to deliver resources; action to implement legislation; action to generate political will. So let us not seek to completely rewrite the rules. Let us implement the rules we already have. Let us cooperate to stabilise the crisis and let us focus on helping those genuinely in need, genuinely fleeing persecution or war, in the short, the medium and the long term.

(Applause)

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, first of all I want to thank Mr Koenders, because you have rectified what the leader of your party, Mr Samsom has said. He has proposed a plan, and I have to tell you, you have contradicted it, and I am pleased that you have contradicted it. Not by mentioning it, but by saying and defending the principle of non-refoulement and also by defending the fact that every refugee who comes has to have individual treatment, and there cannot be a collective push-out of these people. So thank you very much for that.

Mr Kamall, you attacked me before I said anything – OK, fine. But you disappoint me, because what the chairwoman of AfD has said is outrageous and a disgrace for the European Union. She said that it is acceptable to shoot at people to stop refugees. And then you are saying: ‘Oh, we are going to look into this statement’. No, you have to condemn this statement of the AfD! That you have to do, I believe.

(Applause)

And then my third point, Mr Avramopoulos, and to Mr Koenders, is about the content. I think we are on the wrong track. We are not going to solve the problem in the way we are dealing with it, because it does not work. Commissioner, you are saying: ‘Yes, the Greeks are making improvements’, but you should look at the Commission’s own assessment. Two days ago, three days ago, last week, the Commission presented an analysis of the border controls between Greece and Turkey, and it does not work! People are not registered – that is one of the reasons that there are thousands of young refugees, and that is the reason for the Europol analysis and document. People are not kept in the right conditions. There is no distinction made on this border between economic migrants and refugees. It does not work.

So our proposal is very simple: you have to use Article 78 of the Treaty, which gives you the possibility to take emergency measures and to take over the border, and to create a rapid response force – that is in fact what you want with the European Border and Coast Guard – and to send people there. It is Europe which has to do the task. It is a little bit too easy to say: ‘Yes, yes, they are going to make improvements. We are going to make recommendations to the Greek Government and within three months we are going to see’. Within three months there will again be 300 000 refugees coming to Greece. It is not working! You have to take your responsibility: use Article 78. Mr Koenders, that is a decision that can be taken by a qualified majority in the Council immediately, on 18 February. Instead of talking about all the requests by Mr Cameron, maybe take that decision. That is more important for the European Union than all the requests of the British Government.

(Applause)

And so you have to do it. If you do not do it, the mess is going to continue. It is Europe which has to organise these reception centres on the border with Greece, together with the Greek authorities. Greece cannot say: ‘Oh, it is a loss of sovereignty’. No, the outside borders are our common sovereignty, it not only Greek sovereignty.

And the second thing to do – and that is also what do you need to do on 18 February, Commission and Council – is to decide to improve the conditions in these refugee camps. People are living there on USD 7 a month. How do you give food to your children, how do you pay your for housing, your clothing, with USD 7 a month! Instead of giving EUR 3 billion to Erdoğan, use that money to give direct assistance in the refugee camps. Organise it and help the United Nations to organise it, and I am pretty sure that if they receive not USD 7 a month but USD 70, 80, 200 a month for a family, they can organise themselves in an appropriate way. It is because the people do not have even the means, the money to buy food, housing and clothing that they are coming to Europe.

That is the second thing to do. Use the EUR 3 billion, not to give to the Turkish Government, but to help inside the refugee camps in Turkey, and also in Lebanon and in Jordan if possible. Those are the two decisions, the game-changers. It is not by waiting months now, waiting for a new Council in March, that things are going to change. It is now on the 18th, now or never to make a change in this fundamental crisis and to show that Europe can manage it. Because do not look to the Member States – they will start a race to the bottom. Tomorrow they will close the borders, and the day after they will say: 'OK, we are going to change this legislation on asylum seekers'. It is not the Member States, it is Europe which has to show that they can manage it, and you have to do it.

(Applause)

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, η αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης, κύριε Koenders και κύριε Αβραμόπουλε, απαιτεί ισχυρότερη και αποτελεσματικότερη ευρωπαϊκή συνεργασία, όχι μια Ευρώπη *à la carte* που θέλει τις αγροτικές επιδοτήσεις ή τα Διαρθρωτικά Ταμεία για υποδομές για την Πολωνία, την Ουγγαρία, τη Σλοβακία, αλλά δεν θέλει την εφαρμογή των κοινών ευρωπαϊκών αποφάσεων για την αντιμετώπιση του προσφυγικού. Και φυσικά μια τέτοια Ευρώπη, που σέβεται την υπογραφή της στη Σύμβαση της Γενεύης των Ηνωμένων Εθνών, δεν μπορεί να έχει καμία σχέση με την επιστροφή στους εθνικισμούς, την ξενοφοβία, τον ρατσισμό και τη διάλυση της Ευρώπης που επιδιώκουν οι εξτρεμιστές της άκρας δεξιάς.

Η Ελλάδα και η Ιταλία χρειάζονται περισσότερη αλληλεγγύη και ευρωπαϊκή βοήθεια για τον έλεγχο των ευρωπαϊκών εξωτερικών συνόρων και όχι να μετατρέπονται σε εύκολους αποδιοπομπαίους τράγους. Πριν δύο μέρες διάβασα την εξής φράση: «Όποια χώρα της Ευρωπαϊκής Ένωσης βρίσκεται στη θέση της Ελλάδας θα είχε τα ίδια προβλήματα. Η Ελλάδα έχει αιτηθεί βοήθεια και πρέπει να την υποστηρίξουμε» την είπε ο Fabrice Leggeri, γενικός διευθυντής της Frontex. Πριν τέσσερις μήνες σε αυτή την αίθουσα κάποιος είπε «Ευρώπη είναι ο φούρναρης στην Κω που μοιράζει ψωμί στους προσφυγές και οι Ευρωπαίοι πολίτες που υποδέχονται τους πρόσφυγες στο σταθμό του Μονάχου», ήταν ο Jean-Claude Juncker. Αυτό πρέπει να είναι Ευρώπη κι όχι η πρόεδρος του AFD, κύριε Kamall, που ζητά να πυροβολούνται στα σύνορα οι πρόσφυγες, και όχι οι φασίστες ακροδεξιοί που κυνηγούν μελαμψούς στον σταθμό της Κοπεγχάγης.

Και επειδή διάφοροι ανακάλυψαν ότι το πρόβλημα είναι η Σένγκεν και ζητούν κατάργηση της Σένγκεν ή μικρότερη Σένγκεν. Μικρότερη Σένγκεν σημαίνει καθόλου Σένγκεν, και μια κατάρρευση της Σένγκεν θα είναι τεράστια ζημιά και για τη Δημοκρατία και για τους πρόσφυγες και για την οικονομία. Η επαναφορά των συνοριακών ελέγχων θα είναι μια καταστροφή για την Ευρώπη και επειδή πολλοί μιλούν για εφαρμογή – «It's the implementation, stupid» – αποφάσισαν Συμβούλιο και Επιτροπή τον Σεπτέμβριο μετεγκατάσταση 160 000 προσφύγων, αναλογικά. Ποια είναι η εφαρμογή; Τετρακόσιοι, μας το είπατε και σήμερα. Μπορεί να προχωρήσει έτσι η Ευρώπη;

Βεβαίως, η Ελλάδα έχει κάνει ήδη σημαντική πρόοδο – τώρα που μιλάμε – σε σχέση με την έκθεση των αρχών του Νοεμβρίου και είμαστε βέβαιοι ότι τον Μάρτιο, όταν θα αξιολογήσετε, θα έχουμε ολοκληρώσει τις δεσμεύσεις που έχει αναλάβει η χώρα. Αλλά πρέπει και εσείς να τηρήσετε τις δεσμεύσεις, κύριοι του Συμβουλίου και κύριοι της Επιτροπής, για να έχουμε περισσότερη αποτελεσματική και δημοκρατική Ευρώπη που να λύνει το πρόβλημα το προσφυγικό το οποίο δεν είναι ελληνικό ή ιταλικό πρόβλημα, είναι ευρωπαϊκό πρόβλημα. Αλλιώς, θα νικήσει η ξενοφοβία, ο ρατσισμός, η άκρα δεξιά, η επιστροφή στους εθνικισμούς και η διάλυση της Ευρώπης.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich will mal eine positive Sache gegen das setzen, was jetzt hier beschworen worden ist. Nicht nur bei mir zu Hause in Deutschland und in meiner engeren Heimatregion, sondern auch auf griechischen Inseln, in Ungarn, in Stockholm oder in Großbritannien und in Frankreich arbeiten zigtausende Bürger freiwillig daran, diese sogenannte Flüchtlingskrise zu bewältigen.

Das, was mit der Entscheidung von Angela Merkel im letzten September angefangen hat, hat meiner Meinung nach zu dem Erstarken der bisher immer nur beschworenen europäischen Bürgergesellschaft geführt. Und die tun ihre Arbeit im Wissen – ja, Herr Kollege Weber – aller Probleme, aller Widersprüche, die da angefasst werden müssen. Aber sie tun sie, weil sie diese Herausforderung lösen wollen. Die drücken sich nicht, sondern versetzen Berge!

Und das Phänomen, das ich von Debatte zu Debatte als immer schwerwiegender empfinde, ist, dass diese Bürgergesellschaft ohne jedes Pathos so viel leistet und das politische Debatten von Pathos nur so triefen, dass aber insbesondere der Europäische Rat – und das finden gerade diese Bürger, die sich so engagieren, so erschreckend – mehr und mehr als ein Gremium erscheint, in dem viele eigentlich nur die Flucht aus der Verantwortung suchen. Darüber sollten Sie vor dem nächsten Gipfel unbedingt reden. Denn dieser Verrat an der Bürgergesellschaft, der wiegt von Tag zu Tag schwerer.

Dass wir diese Entscheidung von Angela Merkel im letzten September alle überraschend fanden, ist das eine, aber das andere ist, dass mit dieser Entscheidung eine Phase für die Europäische Union begonnen hat, in der wir aufgehört haben, uns vor den Problemen, die um uns herum gewachsen sind, einfach nur wegzudrücken. Die Krise außerhalb der EU im Osten und im Süden wird nicht schnell vorbeigehen. Die Erfahrungen mit dem Minsker Abkommen sind ein Vorgeschmack darauf, was uns in diesen Syrien-Verhandlungen blüht und wie lange es dauern wird.

Deswegen müssen wir uns als Europäer darauf einrichten, dass wir diese Probleme, die wir immer nur als akute Probleme diskutieren, langfristig bewältigen müssen. Meine Fraktion plädiert vor dem Europäischen Rat dafür, dass der Rat sich auf vier große Schritte konzentriert und dazu dann auch mal liefert. Worte und Taten müssen in Einklang gebracht werden, denn wir müssen überzeugen – einerseits die europäischen Bürger und andererseits Menschen, die in der Krise außerhalb der Europäischen Union auf der Flucht sind.

Wir glauben, dass großzügige *Resettlement*-Verabredungen mit der UNO europäisch die wichtigste Maßnahme sind, über die nicht länger nur geredet werden darf, sondern die wirklich erfolgen müssen. Wir sind davon überzeugt, dass Investitionen wie die, die bezüglich der Türkei jetzt in der Diskussion sind, noch großzügiger erfolgen müssen und dass das, was Herr Verhofstadt sagt, in die richtige Richtung geht. Wir können nicht die Flüchtlinge einfach nur am Überleben halten, sondern wir müssen ihnen ein Leben da ermöglichen, wohin sie sich zuerst in ihren Heimatregionen flüchten. Wer das nicht ernsthaft verfolgt, der scheitert schon im Ansatz bei der besseren Bewältigung.

Wir sind sicher davon überzeugt, dass die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU endlich solidarisch erfolgen muss, und wir erwarten vom Rat, dass da etwas bewegt wird, weil wir sonst nicht weiterkommen können. Mein vierter Punkt betrifft die Grenzen: Auch wir sind dafür, dass die Grenzen besser gemanagt werden. Auch wir sind dafür, dass in Griechenland jetzt zusammen mit den Griechen europäische Verantwortung übernommen wird. Aber wir wissen: Diese Grenzen, diese Außengrenzen, die können nicht hermetisch sein.

Wir sind entsetzt darüber, dass Debatten über Schießmöglichkeiten, Schießbefehle – gerade in Deutschland – geführt werden! An der Stelle suchen wir ganz sicher die Herausforderung mit denen, die auf dem rechten Spektrum der Europadebatte doch die Flüchtlingsdiskussion, die Schengen-Debatte nur nutzen, um tatsächlich die Grundlagen der europäischen Integration zu zerstören. Denn die Überwindung der Grenzen ist die Überwindung von Krieg und Verheerung gewesen. Wer Grenzen einfach nur aufrüsten will – auch innerhalb der EU –, der wird zurückkehren in die Verheerungen des letzten Jahrhunderts, und dagegen sollte die Europäische Union stark sein.

Laura Ferrara, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la governance europea dei flussi migratori è un completo fallimento. Di fronte ad una sfida vitale per la sua sopravvivenza, l'Unione europea mostra il suo vero volto. La sua risposta inadeguata è fatta di anti solidarietà ed egoismi nazionali. Continuiamo ad affrontare la crisi migratoria ciecamente, partendo dagli effetti senza mai occuparci delle cause. Non parliamo mai delle cause. Quali sono le cause? I grandi paesi europei, da un lato, contribuiscono a creare i problemi, con vendita di armi, sostegno a fazioni in guerra, sfruttamento delle risorse dei paesi di origine dei flussi, e poi, dall'altro lato, cercano di bloccare i flussi migratori proteggendosi e alzando barriere di ogni sorta per bloccare i flussi migratori.

Allora è bene, come diceva Pittella, ripartire dai valori. Allora perché non rivolgersi al PD, che è al governo in Italia, e proporgli di fermarsi, di mettere uno stop alla vendita delle armi all'Arabia Saudita, che poi le usa nelle fazioni in guerra in Siria, che causa i flussi migratori, e poi propone di risolvere il problema che essa stessa causa, insieme agli altri paesi che pure vendono le armi, e propone quindi delle soluzioni improbabili.

È un gioco perverso in cui si uniscono incapacità e mancanza di volontà. La tutela degli interessi economici delle multinazionali, purtroppo, prevale sulla tutela della vita e dei diritti fondamentali. Poi bisogna dare una parvenza di umanità, bisogna mostrare ai cittadini quanto i governi abbiano a cuore le sorti dei propri cittadini. E allora che cosa si fa? Via Schengen, così tuteliamo la sicurezza pubblica. Però poi bisogna correre ai ripari, perché ne deriverebbero dei danni al mercato unico, alla moneta unica e allora si paventa un fortino mini Schengen tra i paesi del Nord Europa. Oppure che cosa facciamo? Diamo 3 miliardi alla Turchia, pur essendo consapevoli delle violazioni dei diritti fondamentali che avvengono sul territorio turco, in modo tale che scarichiamo la responsabilità al di fuori dei confini europei.

Le proposte del Movimento 5 Stelle continuano ad essere quelle che presentiamo sin dall'inizio: stop alla vendita delle armi, revisione delle politiche energetiche ed economiche, modifica del regolamento di Dublino, ricollocamento obbligatorio dei migranti tra tutti i 28 Stati membri dell'Unione europea. Partiamo dalle cause e poi guardiamo agli effetti.

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – Europa wordt overspoeld door asielzoekers die een gevaar vormen voor onze samenleving, onze veiligheid, onze cultuur en onze vrijheid. De Europese elite wil koste wat kost vasthouden aan de droom van een Europese Unie zonder grenzen waar plek is voor iedereen. Een regelrechte nachtmerrie, omdat anno 2016 vrij verkeer van personen en goederen verworpen is tot vrij verkeer van terroristen, asielzoekers en kalasjnikovs. Een nachtmerrie, omdat miljoenen gelukzoekers de oversteek wagen richting gratis huis, gratis zorg en gratis geld.

U maakt zich hier druk over de ondergang van Schengen en andere verdragen uit de politieke prehistorie, terwijl u zich druk zou moeten maken over de ondergang van Europa. Ik zou zeggen, wordt wakker! Schengen is failliet! De Europese Unie is een fiasco! Luister naar ons volk dat genoeg heeft van uw beleid van open grenzen. Mijn oproep aan het Nederlands voorzitterschap, aan de heer Koenders die hier vandaag zit: sluit de Nederlandse grenzen! Bescherm de Nederlanders! Bescherm onze vrijheid, onze veiligheid en onze toekomst!

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, les causes de l'afflux de migrants sont bien connues. C'est tout d'abord la désorganisation, avec le concours de l'Occident et des États-Unis d'Amérique, de pays comme l'Iraq, la Syrie et la Libye. C'est ensuite l'appel d'air que constitue la rhétorique de l'Union européenne et de certains États membres ou de certaines forces politiques qui ne cessent, précisément, d'appeler, pour des raisons idéologiques ou politiques, à davantage de migrations en Europe, et l'appel de M^{me} Merkel a été entendu. Mais tout à l'heure encore M. Pittella et M^{me} Harms nous ont délivré des discours extrêmement émouvants, sauf que si M. Pittella et M^{me} Harms rentrent chez eux et qu'ils trouvent des migrants qui sont entrés à leur insu dans leur domicile, je pense qu'ils vont appeler la police et qu'ils fermeront les serrures de leurs portes à double tour, ainsi d'ailleurs que les volets de leurs fenêtres.

C'est également le laxisme de l'Union européenne, car on dit toujours – c'est une incantation purement verbale – que ceux qui n'ont pas le droit d'être considérés comme des réfugiés politiques – et c'est l'immense majorité des migrants, mes chers collègues, vous le savez bien – doivent rentrer dans leur pays d'origine. Ah, comme c'est intéressant! Dans mon pays, par exemple, la France, il a été prouvé par l'une de nos plus hautes institutions financières et judiciaires, la Cour des comptes, que 95 % des déboutés du droit d'asile, dont la demande a été soigneusement examinée pendant des mois, des années, avec toutes sortes de niveaux de recours, restaient en France ou, quand ils étaient reconduits à la frontière, par exemple à la frontière franco-belge, ils rentraient le lendemain dans le pays d'où ils avaient été prétendument expulsés.

Le principe de non-refoulement est une absurdité quand il s'applique à des pays qui sont sûrs. Par conséquent, ni l'article 33 de la Convention de Genève, ni l'article 19 de la charte européenne ne s'opposent à ce que l'on renvoie des gens qui viennent de pays sûrs et qui ne viennent chez nous que pour des raisons économiques.

Esteban González Pons (PPE). – Señora Presidenta, hoy podría repetir el mismo discurso que dije en diciembre, o en noviembre, o en octubre, o en septiembre. Somos un Parlamento atrapado en el tiempo. Solo habría algo que sería distinto. Hoy hay más muertos que en diciembre, más muertos que en noviembre, más que en octubre, más que en septiembre. Y otra cosa es diferente: también han conseguido cruzar más personas, treinta mil solo en el mes de enero. Lo peor, que creo que este debate de hoy tampoco va a servir para nada, que hoy tampoco vamos a solucionar nada. Los ciudadanos empiezan a pensar que solo sabemos hablar. Y ni siquiera eso es cierto, porque nos repetimos; no hablamos. Y repetirse no es hablar.

Aún nos quedan muchas cosas por hacer, demasiada tarea que no hemos terminado. Todavía no hemos puesto en marcha la nueva Agencia Europea de Fronteras. Todavía no sabemos cómo financiar el dinero con el que queremos ayudar a Turquía, y sin Turquía no podemos resolver el problema. Todavía no tenemos una política de inmigración común. Eliminamos las fronteras entre nuestras naciones, pero tenemos todavía veinticuatro políticas de inmigración diferentes. Todavía no hemos convenido que quienes vienen a compartir nuestros derechos deben compartir también nuestros deberes, deben compartir también nuestros valores, deben compartir nuestra tolerancia y deben compartir la importancia que le damos a la igualdad entre géneros. Tenemos muchas cosas por hacer. Atender a las consecuencias del problema no sirve de nada si no atacamos las causas.

Miren, no es verdad que Alemania, Francia y Bélgica ya no tengan fronteras. Tienen fronteras. Están en Grecia. Las fronteras de Alemania las vigila la policía griega. O somos capaces de entender que la política de todos tenemos que resolverla entre todos o, al final, las naciones volverán a esconderse tras sus fronteras privadas. Miren, no es verdad que quienes cruzan el mar lo hacen buscando nuestro estilo de vida. Lo hacen huyendo de la guerra y de la muerte. O somos capaces de parar la guerra o millones de personas encontrarán la muerte buscando la salvación. Miren, no es verdad que Europa esté fracasando con la crisis de los refugiados. Están fracasando algunos políticos, que creen que se es europeo para recibir ayudas pero no para ayudar. O somos capaces, al final, de afrontar el problema tal como es o se nos irá Europa de las manos por culpa de los políticos populistas.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Do you not think that European citizens are waiting for the European Union institutions to finally take decisions– not only talking, talking, talking – considering this migrant crisis? And do you not also think that our institutions should have to address the Arab countries, the Muslim countries, the Gulf countries, that should also have to take migrants because they belong to their world as well?

Esteban González Pons (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Creo, estimado colega, que las instituciones europeas están tomando decisiones. Son los Estados miembros los que no las están aplicando.

Ser refugiado no es una elección; es la salvación de quien ya no tiene elección posible. Esto deberían entenderlo algunos Gobiernos de algunos Estados miembros. Creo que la Comisión lo entendió desde el principio de su mandato.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani. Vedno več Evropejcev je strah zaradi migrantske krize. Do 2000 iskalcev azila vsak dan vstopa v Unijo. Kaj bo, ko pride pomlad? Kakšen pristop želimo imeti do tranzitne poti po državah politično nestabilnega in gospodarsko zelo ohromljenega Zahodnega Balkana, preko Slovenije in naprej?

Od petih *hotspotov* v Grčiji trenutno deluje le eden. Delujejo premeščanje in vračanje ljudi, akcijski načrt s Turčijo. Skrajni čas je, da te politike začnejo delovati. Tudi če konferenca v Ženevi prinese rešitev za Sirijo, ne moremo pričakovati, da bo jutri mir.

Zadnje šokantno poročilo Europolu ugotavlja, da ni jasno, kam je izginilo deset tisoč otrok brez spremstva. Sled za polovico izmed njih se je izgubila v Italiji, vsaj za deset tisočimi na Švedskem. Ugibanja, kje in kako bi lahko mnogi končali, so grozljiva. Gre za otroke in potrebno je nemudoma ukrepati.

Unija migrantske krize ne obvladuje. Niso številke problem. Govorimo o poldrugem milijonu beguncev v Uniji, ki ima 500 milijonov ljudi. Ni res, da tega ni mogoče obvladati, ampak nekdo v institucijah mora končno prevzeti politično vodstvo.

Ko je Slovenija, moja država, vstopala v Schengen, je tako kot vrsta drugih držav videla nov obraz Evrope – Evrope, ki se je odpirala na najbolj viden možen način. In zdaj ta Evropa se zapira na najbolj sramoten, nizkoten način z nacionalnimi egoizmi.

Timothy Kirkhope (ECR). – Madam President, my message is a simple one in a very complex situation: rules must be applied and implementation of those rules must be a priority. Current systems have been paralysed through inaction, unwillingness and ad hoc decision-making, and it is time for the EU to show our voters, and those seeking to come to the EU, that ours is a fair, but firm, system.

We can only gain control if we start applying the rules on the basic principles we have long advocated. If we look for magic solutions which take years to implement, the situation will only further spiral out of control. We must fingerprint all those arriving; this cannot be optional, as it appears at the moment, but a compulsory requirement for anyone seeking to stay in Europe.

Member States must come together to guard their external borders, and if a Member State cannot, or is unwilling to do this, then it must accept help from Frontex. Then we must return those who do not qualify for asylum. We must remove the administrative and practical obstacles which currently produce a pitifully low rate of returns. Member States need to stop pushing off the problem and understand that their contributions as well as assets are needed.

Even though it needs review, Dublin must maintain its core principles and relocation should be the second-stage process. If countries cannot control the external border or its internal border or provide humane facilities and decent treatment, then participation in Schengen must be reviewed, and I believe that we have most of the tools we need. All we need now is for them to be used and enforced with courage and determination.

May I just refer to the remarks of Mr Verhofstadt a few minutes ago? Mr Verhofstadt, really, you know, you must not be hypocritical. You can condemn another group and its leadership in relation to the remarks or behaviour of a Member, but you should not do so until you also condemn the behaviour of one of your own Members in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE), when the EPP Vice-Chair was not only abused but also insulted at a meeting recently. Mr Verhofstadt, put your own house in order before you start lecturing others about theirs.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind mit einer großen Krise konfrontiert, die große Anstrengungen erfordert. Die Bürgerinnen und Bürger wollen Lösungen, sie wollen ein Ende der Flucht Europas aus der Verantwortung. Und wie diese Flucht aus der Verantwortung aussieht, hat der Rat hier brillant dargelegt. Ich zitiere mal das, was der Ratsvorsitzende hier gesagt hat: „Es sind Entscheidungen getroffen worden; es kommt jetzt darauf an, sie umzusetzen“, haben Sie gesagt. Eine Entscheidung hieß bei Ihnen wie folgt: Der Rat hat sich entschieden, einige Treffen der zuständigen vorbereitenden Organe anzusetzen, um vorsichtig zu prüfen, was in einigen Dokumenten steht, die die Kommission vorgelegt hat. In diesem Tempo, mit dieser Haltung, werden wir dieser Krise nicht Herr!

Es ist höchste Zeit für die Mitgliedstaaten, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Der Rat muss die Mitgliedstaaten treiben. Das, was wir in den Mitgliedstaaten sehen, ist doch ein Skandal! Griechenland – Kollege Papadimoulis hat ja Recht, es sind erst 400 Flüchtlinge von den 160 000 verteilt, da hat er Recht. Aber es gibt Griechenland auch eine Entschuldigung, so zu tun, als ob es keine größeren Anstrengungen machen müsste. Wir haben in Berlin eine große Koalition, die sich im Streit verliert; die Bürgerinnen und Bürger fangen das Staatsversagen in Deutschland auf. Das kann so nicht weitergehen! Es gibt eine Angstsituation in der Bevölkerung. Die Angst macht die Bürgerinnen und Bürger verrückt, diese Angst muss endlich aufhören durch Lösungen dieser Krise.

Die Lösungen liegen auf der Hand: Wir brauchen eine gemeinsame Küstenwache, wir brauchen einen gemeinsamen Grenzschutz, wir brauchen eine schnelle Hilfstruppe auf Grundlage von Artikel 78, wir brauchen ein gemeinsames Asyl- und Migrationsrecht, wir brauchen eine Finanzierung von UNHCR und World Food Programme, wir brauchen Shuttle-Diplomatie von Frau Mogherini. Es gibt viele Dinge, die wir tun können. Tun wir sie bitte endlich!

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Griechenland müsse seine Außengrenzen besser schützen. Also abgesehen davon, dass Griechenland 13 676 Kilometer Seegrenze hat und 1200 größere Inseln – von den kleineren spreche ich gar nicht – frage ich Sie, was Sie eigentlich damit wollen und was Sie sich vorstellen, was Griechenland tun soll. Denn zu Griechenland wäre meine Frage folgende: Sollen die Griechen, die gegenwärtig dazu beitragen, Tausende Flüchtlinge zu retten, und dafür überhaupt keine Solidarität von der Mehrheit der Mitgliedstaaten erfahren, die Flüchtlinge, in ihren Booten wieder zurückschicken oder vielleicht Rückfahrtscheine nach Aleppo verlosen?

Was Sie unter dem Slogan „Grenzen sichern“ verstehen, das macht mir ehrlich gesagt Angst. Weil damit noch mehr Menschen in den Tod getrieben werden, und das ist keinen Wimpernschlag entfernt vom Vorschlag der rechtspopulistischen AfD in Deutschland, den Schießbefehl an der Grenze einzuführen, oder besser gesagt, wieder einzuführen – um mal ehrlich zu sein. Auf Flüchtlinge schießen, ihnen den Krieg erklären und nicht ihren Verfolgern – das ist ein Verbrechen, das will ich ganz klar sagen!

Und wir müssen auch eines wohl sagen: Der Aufstieg der Rechten in Europa und die Gewalt an Flüchtlingen, die sich wie ein Virus verbreitet, das hat auch seine Ursachen. Nämlich, dass hier in diesem Hause nicht gesagt wird: Gewalt an Flüchtlingen ist ein Verbrechen. Das ist es, und das muss auch so geahndet werden! Deswegen dürfen wir eben nicht dulden, dass in Bulgarien Flüchtlinge gefoltert werden, dass Hassreden tatsächlich überall in den verschiedenen Ländern grassieren und auch das Flüchtlingsheime in Deutschland abgeackelt werden.

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort)

Judith Sargentini (Verts/ALE). – Dit is de gelegenheid voor opheldering over een uitspraak van de eerste vice-voorzitter van de Europese Commissie, Frans Timmermans. Vorige week zei Frans Timmermans in een stevig aangezet interview in de Nederlandse media dat 60 procent van de migranten die in de Europese Unie aankomen geen vluchtelingen zijn, maar economische migranten.

Ondertussen hebben Eurostat, Frontex, de IOM, de UNHCR, EASO en uw eigen voorlichting dit weersproken. Maar Frans Timmermans houdt zich al een week stil en terwijl hij zich stil houdt wordt hij gequoteerd, wordt hij herhaald, wordt hij misbruikt en keldert het draagvlak voor de opvang van vluchtelingen verder in mijn eigen land en in de hele Europese Unie. Dus dit is het moment voor duidelijkheid. Zijn de uitspraken van Frans Timmermans over deze percentages het officiële standpunt van de Europese Commissie of niet?

Paul Nuttall (EFDD). – Madam President, I think we can all agree that the migration crisis last year was probably the single biggest catastrophe to hit the European Union in its history. In fact, I would go as far as to say that it has put the very existence of this project in jeopardy.

What is amazing is that the EU's own actions helped cause the problem in the first place. When Chancellor Merkel and the Swedish Government committed the equivalent of cultural suicide and invited everyone who had a Syrian passport to come to the continent, it was obvious to all of us what was going to happen. People would attempt to come in their droves, people would die in the seas, there would be migrant camps overflowing, Member State would be pitted against Member State, the Schengen Agreement would collapse, and it would be a golden opportunity for the Islamic fundamentalists to bring carnage to our continent. It was also obvious that there would need to be U-turns, as we have seen performed in the past couple of months by both the German and the Swedish Governments. Now we are facing an even bigger crisis. The numbers coming this year to Europe will no doubt dwarf those of last year. We are facing a summer where the movement of people from the Middle East and North Africa will no doubt reach biblical proportions.

What is the European Union offering to solve this problem? The answer is more of the same: more concessions, more EU, more money, more misery, not only for the migrants but for many of its own citizens. We have to put a stop to this madness, and the answer is not making the same mistakes over and over again: it is restoring proper border controls, just as the Australians have done for the past five years. However, for the UK to achieve this goal, we must vote to leave this organisation in the up-and-coming referendum.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jean-Paul Denanot (S&D), *question «carton bleu»*. – Madame la Présidente, croyez-vous que les migrants ont attendu l'autorisation de M^{me} Merkel pour quitter le lieu dans lequel ils ne pouvaient plus vivre, soumis à la terreur, aux bombes et à la privation de liberté? Croyez-vous qu'ils ont attendu cette autorisation?

Paul Nuttall (EFDD), *blue-card answer*. – Yes, I think that when Angela Merkel said that Germany would accept everyone who could prove that they were Syrian, a huge number of people came, and that is why fake Syrian passports are now on sale on the Turkish black market for EUR 500 a go. That is why one in three people who turn up and say they are Syrian in Germany turn out to have fake passports. What you are doing is putting European citizens' lives at risk. In fact, you saw what happened in Cologne recently and I am telling you now that is a taster of what is to come across our continent.

Lorenzo Fontana (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, c'è da chiedersi se, dopo due anni, perché è da due anni che ormai questo problema affligge l'Europa, ci sia veramente la volontà politica da parte della Commissione, da parte dell'Unione europea in tutte le sue forme di affrontare effettivamente il problema. Perché, da quello che posso capire anche dal dibattito di oggi, mi pare che ci siano due visioni. C'è un po' la visione di chi ha l'ideologia e quindi dice che tutti i rifugiati sono brave persone, hanno tutti necessità, accogliamo tutti, magari gli diamo anche le nostre case. Proprio l'altro giorno, nella mia città, 22 rifugiati sono stati messi in un hotel e gli verranno offerti anche dei corsi di formazione e lavoro, cosa che tanti italiani, miei concittadini, non hanno. Bisogna stare attenti a fare queste cose, perché poi magari qualcuno si arrabbia, ma tanto voi avete la soluzione dicendo che sono populistici. Evidentemente basta risolvere tutto con questo.

Dall'altra parte, però, la cosa che mi sorprende è che non ci sia magari un interesse. Quando scompaiono diecimila bambini, quando magari vedo che alcune di queste persone vengono arruolate dalle mafie, quando vedo che alcune persone, come è successo la settimana scorsa in Italia, sono arrestate per spaccio di droga – e sono richiedenti asilo –, quando vedo i fatti di Colonia, mi viene da pensare che forse ci sia qualcosa di oscuro in questa Unione europea. Che qualcuno magari non abbia l'interesse a fare in modo che tutte queste persone entrino? Perché mi sembra quasi che qualcuno voglia creare il caos. Creare il caos, non so per quale motivo, ma evidentemente ci sono interessi importanti che qualcuno non vuole debellare.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Gdy życie ludzi jest zagrożone, należy się im oczywiście azyl, ale w pierwszym kraju, do którego przybędą. Tam już ich życie nie jest zagrożone. I dlaczego oni jadą dalej? Bo pewna blondynka z Berlina obiecała im wysokie zasiłki. Czy zrobiła to z głupoty? Trudno powiedzieć, ale obawiam się, że pan Bruno Gollnisch może mieć rację, że komuś zależy na tym, żeby pozbyć się z Europy Europejczyków, a na ich miejsce sprowadzić bardziej potulnych niewolników z innych kontynentów.

Natomiast kiedy umarł Mao Tse-tung i skończył się system przydziału ryżu na kartki, liczba Chińczyków zmalała o 100 milionów. Tak samo tutaj, proszę Państwa, te 10 tysięcy zginęło, bo uchodźcy rejestrowali jedno dziecko w kilku rodzinach, a kiedy wprowadzono odciski palców, to 10 tysięcy dzieci gdzieś tajemniczo zniknęło.

A poza tym sądzę, że Unia Europejska powinna być zniszczona!

Monika Hohlmeier (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich grüße den Kommissar und auch die Ratspräsidentschaft, Herr Minister! Zunächst einmal: Frau Ernst, Sie haben die Frage gestellt: Was soll Griechenland eigentlich tun? Endlich voll kooperieren, endlich mit Frontex, mit EASO komplett zusammenarbeiten, endlich volle Transparenz im Bereich der Registrierung bieten, endlich bereit sein zu einer Art Flüchtlingspolitik gemeinsam mit den Mitgliedstaaten und sich nicht als reiner Transitstaat betrachten, durch den alles durchgeleitet wird, sondern wirklich volle Kooperation. Dann erwarte ich umgekehrt von den Mitgliedstaaten aber auch, dass sie bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen und Griechenland nicht als das Land zu betrachten, das allein die Flüchtlinge aufnimmt, als alleinige Verantwortung Griechenlands. Das wäre europäische Gemeinsamkeit, das wäre europäische Kooperation.

Des Weiteren erwarte ich aber auch darüber hinausgehend, dass wir die Bereitschaft haben, auch ein bisschen weiter zu denken, zum Beispiel auch Schutzzonen zu errichten, Neuansiedlungsgebiete zu machen außerhalb der Europäischen Union. Denn nur, wenn auch andere Staaten auf dem afrikanischen Kontinent oder im Nahen Osten eine Bereitschaft haben, auch mitzumachen, dann können wir vielleicht etwas mehr lösen als nur einige wenige, die vielleicht über das Mittelmeer bis hierher zu uns kommen. Wenn wir aber ein größeres Konzept möchten, das dazu beiträgt und zu weniger Flüchtlingen führt, dann müssen wir auch daran denken, auf dem afrikanischen Kontinent zu arbeiten, und nicht ausschließlich immer an die Europäische Union denken.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”*. – Stimată colegă, am ascultat ce ne-au spus reprezentanţii Consiliului şi Comisiei, care au afirmat că sunt imigranţi care nu au drept la azil. Nu credeţi că ar trebui, după atâta timp, să avem o regulă foarte clară, pe care să o spunem guvernelor noastre să se aplice uniform în Uniunea Europeană, pentru a şti foarte limpede ce facem cu aceşti oameni care vin, de nevoie, evident, unii din lipsă de bani, alţii din cauza războiului?

Preşedinte: IOAN MIRCEA PAŞCU

Vicepreşedinte

Monika Hohlmeier (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”*. – Es gibt klare Unterschiede: Und zwar erstens diejenigen, die Flüchtlinge sind, die man aus humanitären Gründen aufnehmen muss, weil sie um Leib und Leben fürchten, und zweitens diejenigen, die eine bessere Zukunft suchen – das sind Wirtschaftsmigranten, die sich allerdings an die Gesetze halten müssen, die für die jeweiligen Länder gelten, und nicht das humanitäre Recht für sich in Anspruch nehmen können. Das bedeutet, Wirtschaftsmigranten müssen zunächst einmal zurückgeführt werden, denn sie können nicht auf der Basis von Asyl Eintritt begehren, sondern sie müssen sich an das Recht des jeweiligen Landes halten.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Cornelia Ernst (GUE/NGL), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”*. – Vielen Dank, Frau Hohlmeier! Sie haben ja zu Griechenland erschöpfende Dinge gesagt. Da wäre meine spannende Frage, inwieweit Sie mit mir der Meinung und der Auffassung sind, dass möglicherweise auch die Mitgliedstaaten – und zwar in erheblicher Weise – einen Beitrag leisten müssen zur Unterstützung von Griechenland, indem beispielsweise mehr Flüchtlinge aufgenommen werden. Wo ist da eigentlich Ihr Protest? Ich wüsste das ganz gerne.

Monika Hohlmeier (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”*. – Manchmal, liebe Frau Kollegin Ernst, wäre es klug, mir auch zuzuhören. Genau das habe ich gerade eben vorhin beantwortet in meiner Rede. Ich habe gesagt: Auf der einen Seite erwarte ich volle Kooperation von Griechenland in den Fragen der Registrierung, in der Verfolgung von Menschenhändlern bis hin zur ordnungsgemäßen Erstankunft von Asylbewerbern. Auf der anderen Seite, habe ich gesagt, erwarte ich von den Mitgliedstaaten, dass sie, wenn Griechenland dazu bereit ist, einen ernsthaften Beitrag leisten, damit Griechenland auch weiß, es kann sich verlassen auf die Umverteilung und auf die Möglichkeiten, die entsprechend über die Umverteilung dann in den anderen Mitgliedstaaten bestehen. Kooperation geht nur gemeinsam.

Victor Boştinaru (S&D). – Domnule preşedinte, domnilor comisari, în ultimul timp nu auzim decât declaraţii alarmiste despre viitorul Schengen-ului şi al Uniunii Europene din partea liderilor noştri. Într-adevăr, riscăm să pierdem o mare realizare europeană, Schengen-ul, la care România, pe bună dreptate, aspiră să adere. Acest lucru ar trebui să fie înlocuit printr-o acţiune fermă şi ar trebui să lăsăm la o parte „blame games” şi retorica naţională. Atâta timp cât continuăm astfel, nu vom putea să găsim niciun fel de soluţie.

Avem nevoie de o acţiune europeană comună, de o revizuire a sistemului Dublin, care este depăşit, şi de punerea în aplicare a unui mecanism european de monitorizare şi control efectiv al frontierelor noastre externe, cu o capacitate de reacţie rapidă, aşa cum a fost anunţat de Consiliu, dar care este încă în stare embrionară.

Și, bineînțeles, trebuie să sporim cooperarea cu Turcia, care este un partener esențial pentru a face față acestei provocări. De aceea trebuie să ne asigurăm că planul de acțiune comună cu Turcia, decis la sfârșitul anului trecut, este implementat integral de ambele părți: de noi, UE, și de către Turcia. UE trebuie să susțină Turcia în mod concret, iar Turcia să își sporească eforturile în gestionarea fluxului migrator. Ambele părți trebuie să acționeze coerent.

Bernd Kölmel (ECR). – Herr Präsident! Wir sehen in der Migrationskrise keine rechtliche, sondern eine politische Krise. Das Recht ist da, wir müssten es nur anwenden. Die deutsche Regierung hat mit ihrer Willkommenskultur eine Sogwirkung entfaltet. Damit setzt sie die Mitgliedsländer insgesamt gehörig unter Druck. Wir haben nicht mehr fünf vor zwölf, es ist genau zwölf Uhr. Das heißt, die EU muss jetzt beweisen, dass sie in der Lage ist, zu handeln.

Dabei müssen wir zunächst einmal eine ehrliche Analyse machen. Wir reden hier von Hilfe. Hilfe ist freiwillig und Hilfe muss auch möglich sein, sie muss dauerhaft leistbar sein. Wir können doch von niemandem erwarten, dass er so lange hilft, bis er selbst hilfsbedürftig wird. Und deshalb kann es überhaupt nicht sein, dass ein einzelnes Land den Maßstab für andere Länder setzt. Wir müssen stattdessen endlich hergehen und feststellen, was denn überhaupt die Aufnahmekapazitäten sind, die wir in der EU haben. Dazu muss in den einzelnen Ländern ermittelt werden, was man dort leisten kann. Und man muss auch ermitteln, unter Einbeziehung der Bürger, was man dort leisten will.

Ich halte es nicht für in Ordnung, dass man von fernen Orten her gesehen irgendwo den Maßstab setzt, ohne die Bürger mit einzubeziehen. Ansonsten kann die Hilfe nicht gelingen. Und es darf natürlich auch nicht sein, dass Migrationspolitik unmenschlich wird. Eine Partei oder gar deren Repräsentanten, die einen Schießbefehl gegen wehrlose Flüchtlinge propagieren, gehören politisch bekämpft. Das müssen wir gemeinsam machen, und das Bekämpfen wird uns leicht fallen, denn diese Partei wird wenig sinnvolle Argumente haben.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys.* – Te sanoitte, että kansalaiset pitää saada mukaan. Minusta kansalaiset ovat olleet poikkeuksellisen hyvin mukana. Punainen Risti ympäri Euroopan maita on organisoinut turvapaikanhakijoiden elämää. On ollut suorastaan fantastista toimintaa. Miten Te kehtaatte sanoa, että kansalaiset eivät ole olleet mukana. Kyllähän tässä ongelma on jäsenvaltioiden ja Euroopan unionin päätöksenteossa.

Bernd Kölmel (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Vielen Dank für diese Frage. In der Tat ist es absolut bemerkenswert im positivsten Sinne, wie stark viele Mitglieder unserer EU, unsere Bürger, sich engagieren und arbeiten. Aber entscheidend ist doch: Wir müssen die Bürger mit einbeziehen in diese Grundfrage, die beantwortet werden muss: Wie viele Menschen wollen wir aufnehmen hier in unserer EU, wie viele können wir aufnehmen? Das ist eine entscheidende Frage, da müssen die Bürger gefragt werden.

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! Häromdagen gav sig en lynchmobb ut för att misshandla flyktingbarn i Stockholms innerstad och samtidigt dog 39 personer, varav många barn, i Medelhavets mörka vågor.

Det som sker runt om i Europa just nu är förfärligt, och det provoceras av en olöst flyktingsituation. Den är olöst såtillvida att det är några länder som har tagit ett stort ansvar medan väldigt många länder inte har gjort någonting alls.

Vi måste komma ihåg att det bara är tillsammans som vi kan utmana den här krisen. Det är bara tillsammans vi kan få kontroll över den yttre gränsen, och tillsammans som vi rättvist kan fördela ansvaret för de människor som flyr sina länder för att söka skydd i Europa. Inte genom ländernas kapplöpning mot botten när det gäller mottagande. Inte genom stängda gränser. Inte genom att låta hatet vinna. Inte genom att sitta med armarna i kors och vänta på att någon annan ska ta ansvar, så som man gör i många länder.

Vi måste besinna oss just nu. Det är hög tid för det. Europa har faktiskt mött större kriser än detta genom historien. Våra föräldrars och farföräldrars generationer lyckades ena den här kontinenten efter två blodiga krig. Vi är skyldiga att leva upp till vårt moraliska ansvar och ta det här och nu, och inget land kan smita undan från det.

President. – Ms Wikström, do you accept the blue-card question?

Cecilia Wikström (ALDE). – Of course, Mr President, I am happy to receive any question from any colleague.

Zdzisław Krasnodębski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – W Polsce respektujemy decyzję Szwecji, narodu szwedzkiego. Powtórzę, respektujemy decyzje zarówno te o otwarciu, o kulturze gościnności – podobnie jak i w Niemczech – jak i potem tę, jak rozumiem, bolesną dla państwa decyzję o zamknięciu granic i przywróceniu kontroli. Ale to jest decyzja podjęta przez Szwecję i przez naród szwedzki. Moje pytanie: czy jest Pani w stanie zaakceptować też suwerenną decyzję Polaków czy Czechów w tej sprawie?

Cecilia Wikström (ALDE), svar ("blått kort"). – Frågan är berättigad. Jag är beredd att ta ansvar för europeiska lösningar och för europeiska beslut. Det betyder att Sveriges yttre gräns är samma sak som Greklands gräns mot Medelhavet. Tillsammans bör vi ta ansvar för att bevaka den här gränsen och när det gäller ansvaret för flyktingar då är det så att vi alla måste minnas den egna historien i Europa, vår egen moderna historia.

Vi har sett Ungern, vi har sett Tjeckoslovakien där människor har tvingats fly. De har tagits emot. Vi vet att Polen har tagit emot ett stort antal från Ukraina t.ex. och det måste vi erkänna, men tillsammans kan vi också ta ansvar för dem som tvingas fly från Syrien, från Eritrea och från andra ställen i världen där livet är satt under stort hot.

Malin Björk (GUE/NGL). – Herr talman! Våldet mot flyktingar, migranter och icke-vita människor ökar i Sverige, Tyskland, Frankrike, Grekland, Bulgarien, och listan kan göras längre. Det är många av våra vänner bland våra grannar som är rädda nu. De vågar inte gå ut. När de går ut så tittar de sig omkring och de tar inte sina barn med sig. Det är verklig terror.

Vi vet att rasister och nazister är kapabla till att begå våldsbrott. Men frågan är, vad gör vi andra? Vilket språk använder vi, vilken politik lägger vi på plats? Gör vi saker som legitimerar deras polariserade världsbild, när extremhögern här misstänkliggör flyktingar som terrorister, när Danmark stiftar vidriga lagar som gör det lagligt att plundra flyktingar, när Sverige stänger sina gränser, när nationella politiker och EU-politiker ställer flyktingar mot välfärd i stället för att se till att bygga ut våra åldrande samhällen, ja, då bidrar vi, då krattar vi, eller ni, gången här.

Rasisterna blir en svans av hatare i sociala medier och på gator och torg. Det krävs en annan politik. En politik som välkomnar flyktingar, som räddar liv i Medelhavet och som styr resurser till de länder som tar emot flyktingar så att vi får igång en koalition av flyktingvänliga, europeiska länder som solidariskt samarbetar för ett värdigt mottagnade. Det krävs en ny politik, mina vänner, det krävs inte en EU-supergränspolitik som är arg på Grekland för att de inte stoppar flyktingar — det är *refoulement* – det krävs en annan politik.

(Talaren avböjde en fråga ("blått kort") från Marek Jurek.)

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, I am also speaking in the context of the Syria donors' conference going on this week. The 2015 appeal for the Syria crisis was less than 60% funded by January of this year, and that has had real repercussions both for the amount of food available in the camps and in the societies and countries surrounding Syria in the region where less than 50% of the children are currently receiving education. So do the Council and the Commission believe that all Member States are making adequate contributions to support the work of the UN in the region?

People have referred to people coming without documentation. Well, in countries in conflict, documentation disappears, and one of the other issues arising is statelessness – not least for those children born en route. Can we please hear what the proposals are from the Commission and the Council to actually deal with the issues of statelessness and prevention of it for vulnerable children in particular?

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Trots era vackra ord här i kammaren måste naiviteten i den här frågan få ett slut. Det finns så klart en gräns när problemen med en alltför stor invandring till slut blir övermäktiga för ett land. Ensamkommande barn som helt tydligt är betydligt äldre än den ålder de uppgett rapporteras det dagligen om i medierna i mitt hemland.

Flickor trakasseras dagligen i badhus och utsätts för sexuella övergrepp på offentliga platser. Alldeles nyligen mördades en 22-årig flicka brutalt av ett så kallat ensamkommande barn som påstår sig vara 15 år gammalt. Det är en stor skam att ni här i kammaren inte på något vis vill ta upp dessa problem.

Vi har i Sverige nått gränsen nu. Vi har varken jobb, bostäder eller pengar för att hantera den massinvandring som vi upplevde förra året. Schengenavtalet faller, och jag är glad för det. EU är ett misslyckande som blir allt mer uppenbart för det europeiska folket.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, le mécanisme européen d'aide aux réfugiés en Turquie est un marché de dupes. L'Union européenne va verser 3 milliards d'euros à la Turquie dans l'espoir d'y fixer les 2 millions de réfugiés syriens qui s'y trouvent.

La Turquie n'a toutefois pas l'intention de respecter cet accord. La preuve: le président Erdogan est venu en 2015 à Strasbourg défier l'Union en critiquant la civilisation européenne et en appelant les Turcs de France à refuser de s'intégrer. La vérité est qu'Erdogan laisse volontairement les migrants syriens quitter les ports turcs pour l'Europe. Il se réjouit de ce qui nous arrive, il alimente la vague migratoire qui nous submerge. L'Union est faible par nature parce qu'elle est une bureaucratie hors-sol coupée de l'âme des peuples européens. Elle perdra ses 3 milliards sans obtenir quoi que ce soit en contrepartie.

La solution est de supprimer l'accord de Schengen. Chaque État doit retrouver la maîtrise de ses frontières pour stopper le flux migratoire et traiter d'égal à égal avec la Turquie. Si je prends l'exemple de mon pays, j'affirme que la France défendra beaucoup mieux ses intérêts quand elle sera hors de l'espace Schengen, et même hors de l'Union européenne.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για τη Σένγκεν και την Ελλάδα αποτελεί μοχλό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για πιο αποφασιστική εφαρμογή μέτρων καταστολής από την κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, με ξεδιάλεγμα των αναγκών για τα μονοπώλια προσφύγων. Δεν αποφασίζετε να επιστρέφουν, όπως λέτε, τους απελαύνετε πίσω στην κόλαση των πολέμων, που η ίδια η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι σύμμαχοί της δημιούργησαν και οξύνουν. Τα ευρωπαϊκά σας σύνορα σημαίνουν γκριζάρισμα συνόρων στο Αιγαίο. Τα τείχη ορθώνονται με τη Σένγκεν σε ισχύ και έτσι φουντώνουν τα κυκλώματα διακινητών, ενώ κατάσχονται οι τελευταίες οικονομίες των προσφύγων αποδρασύνοντας τις φασιστικές ορδές.

Η Σένγκεν δεν καταργεί τους ελέγχους, αλλά τους επεκτείνει ηλεκτρονικά με βιομετρικά στοιχεία και φακέλωμα. Είναι η εφαρμογή των διατάξεων 19 και 26 της Σένγκεν που επιβάλλει συνοριακούς ελέγχους με τον ορατό κίνδυνο να εγκλωβιστούν μαζικά χιλιάδες απελπισμένοι πρόσφυγες στην Ελλάδα. Είναι άμεση ανάγκη η απευθείας μεταφορά των προσφύγων στις χώρες τελικού προορισμού τους, και οι λαοί να εντείνουν την πάλη τους για ένα κόσμο χωρίς εκμετάλλευση, ιμπεριαλιστικούς πολέμους και προσφυγιά

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, granițele externe trebuie securizate și apărute. Statele membre trebuie să îndeplinească cerințele codului Schengen. Cine întâmpină probleme trebuie sprijinit, cu voie sau fără voie, de către entitățile europene: Frontex, de exemplu și, sper, foarte curând, corpul european de pază de frontieră. Cer Comisiei să elaboreze urgent standarde comune de evaluare a nivelului de securizare a frontierelor, așa cum este cerut de Regulamentul privind Fondul de securitate internă. Spațiul Schengen trebuie apărut cu orice preț.

Evitarea pierderilor de vieți omenești și reducerea fluxului de refugiați nu se pot realiza fără stoparea conflictelor în țările de origine și oprirea persoanelor în zonele de plecare. Turcia și statele din nordul Africii au nevoie de sprijin. Sumele decise trebuie să aducă rezultate concrete. Modalitatea de bugetare a acestor sume trebuie să fie clară și transparentă. Cea mai simplă soluție este de a transfera în anul următor toate sumele neutilizate în anul curent. Actualul CFM prevede deja un total scăzut. Utilizarea 100 % a sumelor angajate deja de statele membre rezolvă nevoia de a finanța situații neprevăzute.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonașului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură)).

Costas Mavrides (S&D), blue-card question. — You made the point at the very beginning that external frontiers must be protected. My question is very simple. When it comes to the Greek border with Turkey, you make that point very clearly, and so do many other people here in this Chamber. Would you say the same thing about Turkey violating Greece's airspace and waters, or would you have a double standard? We have to be clear on that point. Is it a European border or not?

Marian-Jean Marinescu (PPE), răspuns la o întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. — Graniţele externe ale Europei trebuie protejate, securizate şi, bineînţeles, apărate, indiferent cine este pe partea cealaltă a graniţei. Deci, şi în cazul Grecia-Turcia, este acelaşi lucru. Grecia are frontieră externă a Europei, trebuie să îndeplinească tot ceea ce este cerut de codul Schengen.

Isabelle Thomas (S&D). — Monsieur le Vice-Président, Monsieur le Ministre, nous partageons l'engagement de la Commission face à la crise des réfugiés, que ce soit pour avancer vers un accueil digne et partagé des demandeurs d'asile, pour améliorer la gestion de nos frontières ou pour renforcer nos instruments de coopération avec nos partenaires. Tous ces dispositifs sont bienvenus.

Il reste le financement de ces mesures et donc leur sincérité. L'accord sur le budget 2016 signé il y a deux mois a épuisé l'essentiel des marges budgétaires. De l'aveu même de la Commission, nous sommes désormais condamnés à des montages financiers, je cite: «créatifs». Ces créations ne répondent à aucune procédure ordinaire, et la facilité pour la Turquie en est un exemple. On renforce le budget de l'Union, mais sans toucher au plafond du cadre financier pluriannuel.

Les chefs de gouvernement peuvent ainsi laisser croire, avec un message assez hypocrite, qu'on ne renforce pas l'Union. Les europhobes de cette Assemblée se nourrissent de ces demi-vérités, de ces faux-semblants.

Monsieur le représentant du Conseil, dites à vos collègues de cesser d'avoir l'Europe honteuse. À chaque conseil sont déléguées plus de responsabilités pour l'Union, mais quid des moyens pour les mettre en œuvre?

Nous avons cette année une occasion à saisir avec l'obligation de réviser le cadre financier pluriannuel. Nous pouvons hisser le budget de l'Union à la hauteur de ses responsabilités. Puisque, ce matin, nous avons parlé avec le commissaire Moscovici d'avancées importantes sur la fiscalité des multinationales, pourquoi ne pas envisager cette taxe au niveau de l'Union? Nous cesserions ainsi la concurrence stérile qui détruit nos fiscalités nationales et nous réduirions sensiblement les contributions nationales au budget de l'Union.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). — Zagrożenia dla bezpieczeństwa Unii to destabilizacja na południu i rosyjska polityka na wschodzie. Migracja jest jednym ze skutków w obydwa przypadkach. W odniesieniu do południa akceptuję mechanizm wsparcia dla Turcji, popieram działania pokojowe w naszym południowym sąsiedztwie, popieram działania i pomoc Frontex i dobrowolne wsparcie naszych południowych członków we wzmocnieniu granic, popieram wsparcie Francji po wywołaniu artykułu 42(7).

W odniesieniu do wschodniego sąsiedztwa – Polska przyjęła niemal milion migrantów, 99, a nawet więcej procent z nich to emigranci ekonomiczni. Nikt ich nie deportuje, staramy się im dawać pracę i godziwe warunki życia. Jedyne, czego byśmy wymagali to, żeby Polska w kontekście polityki imigracyjnej nie była stygmatyzowana w tej Izbie i w mediach.

Sophia in 't Veld (ALDE). — Mr President, a lot has been said about what should be done, but maybe we should ask ourselves the question: how will history judge us? What will the history books write about these debates, let's say 100 years from now? I think they will say that the year 2016 started on a very positive note with a real miracle on New Year's Day, because we found that in Europe, there are 507 million feminist, humanist, civilised, enlightened people, who have respect for women overnight. So that is fantastic. But no, seriously colleagues, testosterone has no religion, and I would like to point that out to my Swedish colleague, who apparently has forgotten about the Vikings, who went around Europe raiding, raping and pillaging.

But the history books will also write about the complete inability, the complete paralysis of the biggest economy in the world in trying to solve a manageable problem – because this is a big challenge, yes, but it is entirely a question of managing. The history books will write about the biggest economy in the world just looking the other way when children are drowning, when children are being abducted by criminal gangs in order to be abused, when women have to give birth in fields. The biggest economy in the world, sitting on its hands and not acting, and in the meantime wasting time talking about things like national sovereignty. Well national sovereignty does not pay the rent. We do not need more red cards. We do not need more paralysis. Do we want to go down in history as a black period, a period of paralysis, or do we want to be the architects of a big leap forward and a new period?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Tisztelt Képviselő Asszony! Bár osztom részben az Ön által felsorolt problémákat, azonban egy nagyon egyszerű kérdésem lenne: és akkor Ön szerint mi a megoldás? Ugyanis én azt látom, hogy amíg az Európai Unió bővüléséről volt szó, mindenki borzasztó lelkes volt. Ellenben amikor most már a mélyülésről van szó, akkor minden tagországnak van valami nagyon-nagyon eltérő véleménye a dolgokról: Németország mindenkit beenged, Magyarország senkit se, és akkor még folytathatnám. Mi a megoldás az Ön véleménye szerint?

Sophia in 't Veld (ALDE), blue-card answer. – It is not rocket science really. I think there is a massive pile of solutions on the table. This Parliament has proposed solutions. The Commission has proposed solutions. The Council has even decided on a couple of solutions, but it would be really nice if they would actually execute what they have decided, if we could speed up the decision-making process. We do not have years, we do not have decades; we have to take decisions now. It is not about new proposals, new ideas; it is about action. It is about decisions. It is about carrying out what has actually been agreed. That is what I propose, dear colleague.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, the disturbing revelation that more than 10 000 refugee children are missing across the EU is proof, if proof were needed, that Europe is failing appallingly in this humanitarian crisis.

The institutions of the EU have displayed nothing but continuous inhumanity by maintaining the 'fortress Europe' approach to this crisis. After fleeing wars, battling the winter elements and making crossings via land or sea, refugees are faced with enforced detention. It is abundantly clear that the kneejerk reaction and policies adopted by several Member States are failing miserably. The refugees that are fleeing barrel bombs and drone strikes should be met with open arms; instead they are detained, or pushed into the criminal claws of human traffickers and abusers.

Families are torn apart and childhood innocence is destroyed for ever. Little children are trafficked for sex work or slave labour. Organised criminal infrastructure is exploiting the refugee crisis and European policy is making its job easier. The provision of safe and legal routes for refugees and asylum seekers is the only way to prevent this dreadfulness.

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, the Minister has said that non-refoulement is a key principle of European policy, and I agree. I hope that was your statement in response to the policy proposal that Greece should return refugees back to Turkey, where they cannot find refugee protection and would even possibly be returned to Syria. I hope that you are also being as clear to Heads of State and Government who have been proposing – again to Greece – that Greece should close its borders, because you cannot close the border unless you violate the Geneva Convention and let people drown.

I think we have to be absolutely clear on that because, if that ever happens, then Europe really loses its reason for being. The challenge that we are facing is certainly great, but we can tackle it together. This is a moment when we see, once again, that we absolutely need Europe, now more than ever. Then we can also address this challenge.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, we have seen arson attacks against migrants and refugee centres in some European countries, and we have seen attacks by migrants in Cologne and other cities as well. Why is it that the right is so quick to condemn brutal attacks by migrants, whilst the left condemns attacks on migrants, but neither side seems willing to recognise or even acknowledge both? Should we not rather condemn all criminal violence, whoever the perpetrators, unequivocally and without question? In other words we should condemn the violence that we have seen from fascist protesters and condemn just as strongly the same violence done by so-called anti-fascists. And when we pause to reflect, let us remember that European Union principles have spectacularly failed in what needed to be an incredible humanitarian response, but one done in the right way, when there are 2.5 million in Turkish refugee camps and millions more in countries like Lebanon and Jordan too. Every problem we see today was predictable, was predicted by us, and has been ignored by the Commission.

Laurențiu Rebega (ENL). – Domnule președinte, criza refugiaților a demonstrat clar două lucruri: neglijența Uniunii în ceea ce privește siguranța frontierelor externe și lipsa unei decizii comune în ceea ce privește soluționarea crizei refugiaților în statele membre. Alegerile greșite ale autorităților europene de acum câteva luni au astăzi consecințe sociale negative pe care le resimt, în primul rând, femeile și copiii noștri, iar situația din prezent se agravează în fiecare zi.

În primul rând, cum pot fi sigure frontierele Schengen, dacă frontierele externe sunt slabe? Aceasta este o întrebare pe care Uniunea Europeană a pierdut-o din vedere, în timp ce încerca să impună statelor membre cote de imigranți. Faptul că Greciei îi este imposibil să își protejeze și să își securizeze frontierele sau că a existat imposibilitatea în implementarea măsurilor de securitate nu ne poate duce decât la concluzia că Uniunea Europeană ar fi trebuit să adopte preventiv niște măsuri mai clare de suport pentru statele membre.

Nu putem fi părtași la crimele produse de către unii așa-zii refugiați împotriva propriilor noastre popoare. Să nu uităm că anul trecut am ales să primim refugiați în spațiul Schengen, dar am ținut în afara spațiului Schengen state care împărtășesc aceleași valori europene ca, de exemplu, România și Bulgaria. Mai putem vorbi de solidaritate, domnilor colegi?

Oare chiar nu ne putem da seama că această situație va conduce la o ciocnire a civilizațiilor, fie că vrem sau nu? Încet-încet se va agrava lupta între cetățenii europeni și refugiații susținuți chiar de noi, de către Uniunea Europeană. Cetățenii europeni nu trebuie să ajungă să se simtă jigniți pentru că sunt o majoritate creștină. Femeile europene au dreptul de a merge pe stradă și să se simtă în siguranță.

Gândiți-vă de zece ori înainte de a lua alte decizii greșite!

Aymeric Chauprade (NI). – Monsieur le Président, chers collègues, après l'euphorie de la politique suicidaire des portes ouvertes vient le temps cruel des désillusions.

Désillusions économiques d'abord: ceux qui pensaient que les hommes ne sont que des acteurs économiques interchangeables, déliés de leur culture, commencent à réaliser leur erreur. Ces patrons allemands qui voyaient dans les migrants illégaux le nouveau miracle économique savent maintenant que la majorité de ces hommes jeunes n'intégrera pas le marché allemand et que 80 % d'entre eux n'ont ni le niveau, ni la formation d'un ouvrier allemand.

Désillusions culturelles aussi: les chantres du multiculturalisme prennent la réalité dans la figure comme un boomerang. Explosion des viols en Europe, agressions dans les piscines publiques, délinquance en tout genre, sans parler de l'infiltration terroriste.

Remercions les nations d'Europe centrale et orientale pour leur courage à affronter la réalité, elles qui défendent nos frontières européennes, et cessons de penser que tourner la page Schengen, c'est tuer l'idée européenne. La vraie Europe ne peut être que réaliste, elle ne peut être qu'une coopération approfondie entre des nations souveraines.

Мария Габриел (PPE). – Г-н Председател, някои казват „Пореден дебат за Шенген, за бежанците ...“ Да, защото днес един от фундаментите на Европейския съюз, а именно пространството на свобода, сигурност и правосъдие без вътрешни граници, е поставен на изпитание. Наша историческа отговорност е да го защитим и да докажем устойчивостта на европейските ценности дори в условия на криза. А когато говорим за европейски ценности, много бързо идва място за действията, не само за думите.

Аз ще поставя два акцента: най-напред Шенген. За всички нас е ясно, че залогът в момента е и Шенген. Много важно е да продължим да говорим за неговото съхранение, като не забравяме какви ще бъдат последиците в икономически аспект, последиците за европейската интеграция.

Гарантирането на сигурността по външните граници на Европейския съюз е условието за неговото съхранение и затова няма да се уморим да го повтаряме: изпълнени ангажименти от страна на страните членки за отстраняване на пропуските при управлението на границите и спазване на процедурите за регистрация, преместване и връщане.

И тук много би ми се искало добрите примери на страни като България да бъдат по-често цитирани. Положителните резултати, постигнати при борбата с контрабандата и трафика на хора и защита на границите, показват готовността на България да бъде надежден член на Шенгенското пространство. „Да“ на координирания подход, „да“ на сътрудничеството с трети страни. Нека обаче не забравяме – концентрираме се върху краткосрочното и не губим от поглед дългосрочното!

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Seit hier Jean-Claude Juncker am 9. September seine denkwürdige *State-of-the-Union*-Rede gehalten hat, wissen wir, was zu tun ist. In der darauffolgenden Plenarwoche haben wir uns immer wieder damit beschäftigt. Die Probleme sind größer geworden, mittlerweile gefährden sie die gesamte Union, weil sich substantiell nichts ändert, weil ideologische Nebelschwaden uns orientierungslos machen und weil die Mitgliedstaaten sich im Schwarzer-Peter-Spiel üben und ein unionsweites *blame game* im Gange ist.

Es ist genug! Es muss sich etwas ändern! Ich hoffe auf den sprichwörtlichen Pragmatismus der Niederländer, auf Sie in der niederländischen Präsidentschaft, diese Blockade zu überwinden. Wir brauchen endlich ausreichende Mittel für die Herkunftsländer, wir müssen endlich unser Verhältnis zur Türkei auf eine nachbarschaftliche Grundlage stellen, wir müssen endlich ein funktionierendes europäisches Grenzmanagement garantieren und wir brauchen eine solidarische Verteilung innerhalb der Union. Das funktioniert aber nur dann, wenn wir diese immer wieder versprochenen Hotspots endlich einrichten, Herr Kommissar! Wir müssen endlich die Leute, die einreisen, auch wirklich registrieren. Dann passiert das nicht, was jetzt wieder mit diesen 10 000 jugendlichen Menschen passiert ist, was Europol dieser Tage aufgedeckt hat – dass sie einfach verschwunden sind. Wir brauchen Normalität, wir brauchen mehr Realpolitik, und diese muss menschenrechtskonform und effizient sein.

Helga Stevens (ECR). – Wie denkt dat de massale instroom van asielzoekers en gelukzoekers gecombineerd kan worden met de principes van onze sociale welvaartsstaat die heeft het mis. Blijven aanmodderen is geen optie. Dat beseft ook het Nederlands voorzitterschap, dat asielzoekers van op de Griekse eilanden met een ferry wil terugbrengen naar transitland Turkije in ruil voor een beperkt aantal overplaatsingen naar ons continent. Mijn partij, de NVA, is allang voorstander van een systematisch terugzendbeleid. Hoe kun je anders grenzen bewaken? Het laten registreren en beheren van migratiestromen volstaat niet. We zien dus meerdere goede elementen in het Nederlandse voorstel dat sterke gelijkenissen vertoont met onze voorstellen om de vluchtelingen crisis aan te pakken.

Dat niet alle collega's het hiermee eens zijn, bleek uit uitspraken van vandaag en de afgelopen dagen. Sommigen stellen voor om geld te geven aan asielzoekers in de vluchtelingenkampen. Dit zou de prijzen in die kampen weleens kunnen doen stijgen waardoor de EU indirect mensensmokkelaars zou beginnen te sponsoren. Ook zijn er collega's die pleiten voor onbeperkte immigratie naar Europa door het uitreiken van toeristische visa aan asielzoekers. Dit zijn onrealistische voorstellen met perverse neveneffecten. Collega's, laat ons constructief meedenken met de Raad van ministers. Dat is het minste wat wij de Europese burger zijn verschuldigd.

[De spreker gaat in op een „blauwe kaart“-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Vielen Dank, Frau Stevens. Ich bin einverstanden damit, einen systematischen Ansatz zu verfolgen. Es ist richtig, die Außengrenzen zu kontrollieren, damit wir die Schengen-Grenzen im Inneren freihalten können. Aber wie finden Sie es, dass in Ihrer Fraktion Mitglieder sind, die allen Ernstes sagen, dass wir an den Schengen-Grenzen im Inneren Schusswaffen gegen unbewaffnete Flüchtlinge einsetzen sollen? Gegen Frauen und Kinder! Das wurde schriftlich bestätigt und mehrfach gesagt. Das ist keine zufällige, schnelle Äußerung.

Helga Stevens (ECR), „blauwe kaart“-antwoord. – Ik wil zeer duidelijk zeggen vanuit onze fractie - en ik mag wel vanuit onze fractie spreken - dat wij ons volledig distantiëren van die uitspraak. Mensen neerschieten is onaanvaardbaar! Ik denk dat ik duidelijk ben.

[De spreker gaat in op een „blauwe kaart“-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Sophia in 't Veld (ALDE), *"blauwe kaart"-vraag*. – Ik was een beetje getriggerd toen ik u hoorde zeggen: er zijn hier mensen die pleiten voor onbeperkte immigratie en toeristische visa voor vluchtelingen of asielzoekers. Ik zou graag willen weten wie u daarvoor heeft horen pleiten, want ik heb zoiets niet gehoord. Ik denk dat het toch goed is om de discussie zuiver te houden.

Helga Stevens (ECR), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Er zijn toch bepaalde collega's van bepaalde fracties die pleiten voor humanitaire visa als een soort legaal migratiekanaal? Dat kunt u toch niet ontkennen?

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, if today we put a videotape of the last debate on the screen, many people would perhaps not notice the difference. It is that similar to the previous debate. And, unfortunately, we do not see the results.

The Minister speaks of hot spots. Yes, maybe there has been a certain improvement, but I have spoken to people from the hot spots, and the current situation is still very much unacceptable. The Commissioner was closer to the real situation in speaking of poor implementation. I could not agree more. Poor implementation is a reality. We have made mistakes, and we have also maybe introduced certain measures at an inopportune time. Maybe some of the measures were not the right ones, but it is also true that we are not implementing the decision of the Council.

But the same should also apply to the fact that if we want a united EU we should make sure that nobody can break ranks and speak out about any related issue without consulting their partners in the European Council. So the two things have to apply. What do we need? We definitely need a united EU; we need to stop accusing one another, and we need a certain shift in policy. The ALDE paper refers to issues of border control – Frontex – but we need rapid deployment and temporary protection. Why has the directive never been used? We need a return control, and when this bears fruit, burden-sharing and shared responsibility have to apply as well.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, dentro de setenta años la humanidad entera se preguntará cómo se pudieron cometer en Europa este tipo de atrocidades contra personas que huyen de las guerras. Se avergonzarán de pertenecer a la misma raza humana que quienes hoy confiscan a los refugiados y las refugiadas sus objetos de valor o quienes marcan a estas personas con números en los brazos. La extrema derecha ya no está sola en sus posiciones racistas y xenófobas. La acompañan instituciones europeas y buena parte de los Gobiernos de los Estados. Unos lo hacen desde los escaparates y otros en la calle, pero es la misma violencia.

El miércoles pasado escuchamos en este Parlamento a una ministra danesa decir que hay que parar la invasión de refugiados. El viernes, un grupo de nazis marchó por las calles de Estocolmo apaleando a inmigrantes. El cierre de fronteras, las deportaciones, el hacinamiento en los campos son tan fascistas como pasearse por las calles con una esvástica en la solapa.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Herr talman! Kommissionär Avramopoulos avslutade med något väldigt viktigt. Han sa att vi måste hitta lösningar som stämmer med våra egna grundvärderingar, och jag håller fullständigt med om det. Problemet är att våra lösningar inte alltid gör det. Det är t.ex. inte i linje med våra grundvärderingar att införa inre gränskontroller, eftersom de äventyrar hela Schengensamarbetet.

Det är inte heller i linje med våra värderingar att stoppa människor som flyr för sina liv med bättre yttre gränskontroller och med hänvisning till att de inte har korrekta passhandlingar, för det äventyrar asylrätten och den är vi bundna av. Om vi verkligen vill leva upp till våra grundvärderingar så måste vi börja prioritera grundorsakerna till att människor kommer hit, och inte minst måste vi vara solidariska EU-länderna emellan.

Det är inte okej att några enstaka länder ska ta emot hundratusentals asylsökande när andra tar några hundratal. Det är den här bristande solidariteten som tvingar några av våra EU-länder, bl.a. mitt eget Sverige, att vidta åtgärder som vi helst inte vill se i Europa och som faktiskt äventyrar hela vår sammanhållning.

Marco Zanni (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'emergenza immigrazione ha mostrato il vero volto di quest'Europa, che non è certo basato su principi e ideali di solidarietà ma su egoismi e meschinità. Egoismi degli Stati membri, dove ognuno pensa ai propri confini e lascia i problemi agli altri, e meschinità dell'Unione, che si vorrebbe liberare della questione affidandosi, a carissimo prezzo, all'aiuto e al ricatto di Erdogan. L'Europa è sempre in prima linea per la difesa dei diritti in ogni parte del mondo, ma sulla Turchia e su tutti i suoi problemi interni si tace in un vergognoso e complice silenzio.

Secondo le intenzioni di Bruxelles i soldi dovrebbero finire ai rifugiati. Vorrei sapere su che base si poggia questa sicurezza, dato che non credo sarà affatto semplice verificare come effettivamente verrà utilizzato il denaro. In questi mesi molti disperati sono partiti verso l'Europa, anche con la complicità delle autorità turche. Mi chiedo quindi chi garantisce che tutto questo non possa continuare. La prossima settimana sarò proprio in Turchia per avere maggiori informazioni e cercare di far luce su questa situazione che è ancora ben lontana dall'essere chiara.

Louis Aliot (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, votre fonctionnement européen est marqué du sceau de l'échec. D'abord l'échec de Schengen et le grand retour des frontières nationales, puisqu'au moindre problème, beaucoup de pays ont rétabli les frontières, ce qui prouve que la frontière est un élément central de la politique des États.

Ensuite, un drame humain: un million de migrants arrivés, trois millions de prévus, 3 800 décès en Méditerranée, 10 000 mineurs disparus, des situations explosives, comme à Calais, en France, ou à Cologne. On constate en outre que 62 % de ces migrants sont des migrants économiques et non pas des réfugiés.

Puis, la faiblesse de l'Europe par rapport à la Turquie, pays qui maltraite les droits de l'homme, qui joue avec l'Union européenne, d'un côté, et le groupe «État islamique», de l'autre, et qui bénéficie de 3 milliards d'euros d'aide sans aucun contrôle.

Enfin, la cacophonie européenne. Les bons sentiments ne remplacent pas la gravité des actes et l'échec de la politique, même la Cour des comptes a mis en cause les programmes coûteux et totalement inefficaces de vos politiques d'immigration. Il faut donc redonner la parole au peuple. La démocratie, c'est le gouvernement du peuple par le peuple et pour le peuple.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η αρχαία ελληνική λέξη «πανικός» είναι ο πλέον ακριβής χαρακτηρισμός του τρόπου με τον οποίον η Ευρωπαϊκή Ένωση αντιμετωπίζει και εξακολουθεί να αντιμετωπίζει το σοβαρό πρόβλημα των προσφύγων και των μεταναστών. Στην αρχή αδιαφόρησε και στη συνέχεια, όταν το θέμα πήρε ανεξέλεγκτες διαστάσεις, άρχισε τα ανατολίτικα παζάρια με την Τουρκία για το πόσα χρήματα θα πρέπει να της δώσει ώστε να απαγορεύσει στα κυκλώματα της διαφθοράς της χώρας στα οποία συμμετέχουν και κρατικοί λειτουργοί να μην προωθούν στην Ελλάδα παράνομους μετανάστες.

Η Τουρκία, όπως ήταν αναμενόμενο, εκμεταλλεύτηκε αυτή την ευκαιρία και άρχισε να εκβιάζει την Ευρωπαϊκή Ένωση και να ζητά περισσότερα χρήματα από τα τρία δισεκατομμύρια που έχουν εγκριθεί να λάβει. Οφείλετε να αντιληφθείτε ότι η Τουρκία δεν είναι ένας αξιοπιστος συνομιλητής, δεν εκπληρώνει τις υποχρεώσεις της και εκμεταλλεύεται κάθε ευκαιρία για να προωθήσει τα εθνικά της συμφέροντα.

Εάν θέλουμε να πιέσουμε οικονομικά την Τουρκία θα πρέπει, για κάθε παράνομο μετανάστη που έρχεται από την Τουρκία στην Ελλάδα, να επιβάλουμε ένα βαρύ πρόστιμο το οποίο να αφαιρείται από τα χρήματα που πρέπει να λάβει η Τουρκία. Θα της δώσουμε έτσι να καταλάβει ότι ξέρουμε να κάνουμε και εμείς οικονομικά ανατολίτικα παζάρια.

Kinga Gál (PPE). – Napi 2–3000 bevándorló érkezik ma is az Unió területére menedzselhetetlenül. Ekkora tömeg miatt az érkezők kis töredéke regisztrál, ha egyáltalán regisztrál a megfelelő módon, a hotspot-ok nem működnek. Mondjuk ki végre őszintén, hogy nem a tagállami szolidaritás hiányával van a baj. Ekkora leterheltségnél a rendszer nem képes kezelni a helyzetet. Feszültséget kelt tagállamok, kormányok és társadalmi csoportok között. Jelenleg is naponta érkezők több ezres nagyságrendű száma láthatóan destabilizálja Európát. Ezért minden európai döntéshozónak az európai polgárok biztonsága és Európa stabilitása elsődleges feladata és felelőssége kell legyen. Mára az uniós döntéshozatal szintjén is nyilvánvalóvá vált, amit nyár óta látnak azok, akik szembesültek a migránsáradattal: túlnyomó részt nem menedékgóra jogosulttal van dolga Európának.

A legtöbb érkező gazdasági migráns, fiatal vagy középkorú férfi, a kíséret nélkül érkező kiskorúak nagy része pedig 14–18 év közötti fiatal fiú. Európa napokon belül úrrá kell legyen a külső határokon uralkodó kaotikus helyzeten – ez nem lehet más, mint egy technikai kérdés. Csak egy stabil Európa tud segíteni, tud szolidáris lenni a leginkább rászorulókon, a menekültstátuszra jogosultakon.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident! Ich will Sie gar nicht lange aufhalten bei dieser spannenden Debatte vor knapp 10 % meiner Kollegen und einer gänzlich unbesetzten ersten Reihe. Ich sage das nicht als Vorwurf, weil ich verstehe, dass die anderen 90 % arbeiten wollen, statt zum sechsten Mal das zu hören, was Sie hier heute hören. Ich weigere mich, meine Rede überhaupt abzulesen, weil ich Ihnen auch nichts Neues zu sagen habe, weil ich auch keine Lust mehr habe, dem Rat zu sagen, er soll doch noch mal sehen, dass die Mitgliedstaaten endlich in die Hufe kommen. Und ich – es tut mir leid, Herr Kommissar –, ich kann Sie auch kaum noch hören, wenn Sie immer wieder zu Recht darauf hinweisen, wie gut Sie gearbeitet haben, wie gut wir gearbeitet haben und dass die da nicht so gut arbeiten.

Das Ganze ist unerträglich für die Menschen, die sich das angucken, falls es jemanden gibt, der das im Netz sieht, und es ist unerträglich für die Abgeordneten. Wir sollten gemeinsam überlegen, wie wir mit den Maßnahmen, die Herr Verhofstadt zum Teil genannt hat, ein bisschen mehr Dampf machen, wenn aus den Mitgliedstaaten selbst nichts kommt. Nehmen Sie es nicht persönlich, aber das hat alles so keinen Sinn für mich mehr, deswegen schenke ich Ihnen jetzt 22 Sekunden.

Jussi Halla-aho (ECR). – Mr President, last year the migration pressure shifted from the central Mediterranean to the eastern Mediterranean route. Greece does not register the migrants as it should, which is understandable from the Greek point of view, as the relocation mechanism does not and will not work.

The development is not sustainable. Germany, for example, expects to spend EUR 50 billion on migrants this year and next. There are hundreds of thousands of frustrated young migrant men in Germany, Sweden, Finland and other countries with no realistic chance of finding employment or even decent accommodation. The social and political consequences of migration will be severe.

We must have the courage to admit that we cannot solve this crisis by taking people in. No matter how many we accept, there will be millions more coming from Africa and the Middle East. We should consider starting systematic pushbacks, at least in the eastern Mediterranean and the Balkans, sending applicants back to camps and processing all applications there. If those people make it to Europe, they will stay here, whether or not they are granted international protection. We must stop asylum-shopping. Each Member State should be obliged to refuse to accept asylum applications from people who are arriving from, and via, another Member State.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Monsieur le Président, je veux dire aux institutions européennes, au Conseil et à la Commission, que le message qu'elles ont fait entendre il y a quelques jours, message de défiance à l'égard de la Grèce et d'une hypothétique mise en quarantaine de ce pays, n'était pas un message de bonne politique, ni un message bien inspiré.

Bien évidemment, puisque vous voulez conserver Schengen – nous le voulons tous –, considérons la frontière de la Grèce comme la frontière européenne. N'essayons pas de jouer et de désolidariser les uns des autres. J'étais à Lesbos, samedi et dimanche. J'ai vu le travail des gardes-côtes et des gardes-frontières grecs. J'ai vu les bateaux grecs, plus de bateaux grecs d'ailleurs que de bateaux de Frontex sur place. J'ai vu le travail qu'ils faisaient en allant recueillir les réfugiés en mer. J'ai visité le centre d'accueil et d'enregistrement de Lesbos, qui est une des îles d'accès principal à l'Union européenne. Il y a eu, en janvier de l'année dernière, 700 arrivées, contre 33 000 arrivées en janvier de cette année. Ces arrivées ont été gérées par les Grecs, peu aidés par Frontex, dont le soutien devrait bien évidemment être renforcé. Les migrants sont contrôlés, enregistrés et photographiés. Le travail est fait. Soyons donc vraiment solidaires entre nous et puis prenons des décisions.

La première des décisions que je vous demande de prendre est d'exiger de la Turquie qu'elle fasse cesser le trafic des criminels et des passeurs criminels. 3 000 euros par adulte, 1 000 euros par enfant et moitié tarif en cas de tempête, à quoi s'ajoutent des gilets de sauvetage qui sont en général de faux gilets de sauvetage. Ce serait déjà là une action concrète, nécessaire et vitale de l'Union européenne.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Diane James (EFDD), blue-card question. – I have just heard a plea, almost a demand, that Turkey do a lot more. Is the MEP who made those statements now advocating that we fast-track Turkey's EU membership, with all of the problems that Turkish membership would bring to the Economic Union and European Member States? That is a very bizarre statement to make, may I add.

Marielle de Sarnez (ALDE), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, merci de cette question, chère collègue.

Je suis depuis toujours opposée à l'entrée de la Turquie dans l'Union européenne. Je considère que ce serait une erreur pour nous, qu'on peut réfléchir à une Union européenne de plusieurs cercles, mais en aucun cas, je ne souhaite que la Turquie fasse partie de notre Union européenne.

Je considère ensuite que nous devrions avoir avec la Turquie des relations un peu plus musclées, un peu plus de volonté politique et de courage politique chez nous et oser leur dire que oui, nous exigeons qu'ils fassent cesser les activités des trafiquants et des criminels avant même de discuter avec eux.

Je doute que nous puissions donner demain 3 milliards – que d'ailleurs nous n'avons pas – à la Turquie et que ce montant suffise pour empêcher l'arrivée de migrants et de réfugiés. J'ai un gros doute sur cette question.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Monsieur le Président, énième débat, énième constat d'échec. Pire, les choses s'aggravent.

Non, la réponse européenne n'est pas à la hauteur de la crise humanitaire qui se joue à nos frontières. Moins de 0,5 % des réfugiés du monde menace la zone la plus riche du monde.

Quatre cents personnes accueillies sur les 160 000 annoncées. Oui, l'attitude des États membres est une honte! On attaque la Grèce, mais où est la solidarité à son égard? Ce pays huit fois moins peuplé que l'Allemagne, un des pays les plus pauvres de l'Union européenne – et on sait pourquoi – doit faire le gendarme pour toute l'Union européenne, ou alors on l'exclut.

Cependant, nul ne semble s'interroger sur l'évolution brutale du flux des réfugiés en Europe orientale au début 2015.

Oui, la Turquie a une responsabilité en la matière, et oui, il serait temps de s'interroger.

Oui, il est temps de s'interroger sur l'utilisation des fonds de l'Union européenne. La Cour des comptes a publié un rapport: nous devons pouvoir l'examiner.

Enfin, quelles sont les suites du rapport d'Europol sur la disparition des 10 000 enfants du sol de l'Union européenne?

Eva Joly (Verts/ALE). – Monsieur le Président, les quatre thèmes de ce débat sont un fidèle résumé de la faillite morale que connaît l'Union européenne, qui ne trouve rien à redire quand ses États membres violent les droits fondamentaux, ignorent les textes européens. Une Union, où l'on feint de débattre avec le Danemark, qui légifère honteusement sur la confiscation des biens des migrants, où l'on reçoit Orban, qui construit des murs et donne tous les droits à l'armée, où la présidence néerlandaise projette de faire des échanges de réfugiés avec un pays dont on sait qu'il ne respecte pas les droits fondamentaux des réfugiés, où on laisse les partis d'extrême droite faire les propositions les plus criminelles, où l'on s'apprête à criminaliser les citoyens et les humanitaires lorsqu'ils sauvent des réfugiés d'une mort certaine. Une Union européenne où, parallèlement, on menace la Grèce et les Grecs qui, avec le peu de moyens qui sont les leurs, tentent de faire honneur aux valeurs européennes, où l'on vilipende l'Allemagne, qui fait preuve de solidarité, où l'on ignore chacune des propositions de solution commune présentées par la Commission, où l'on reste sourd aux appels du Parlement européen.

Faillite morale, il n'y a décidément pas d'autre expression pour décrire ce qui se déroule actuellement en Europe.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Gianluca Buonanno (ENF), domanda «cartellino blu». – Dopo aver sentito la collega, mi viene da fare una domanda alla collega che trova da dire a tanti: ma lei quanti clandestini o profughi tiene a casa sua, visto che è così tanto furba e brava?

Eva Joly (Verts/ALE), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, la France, qui doit prendre sa part de réfugiés, n'a accueilli jusqu'aujourd'hui, je crois, que 62 sur les 160 000 personnes qui devaient être réparties dans toute l'Union européenne.

La Norvège, qui a pris sa part, avait promis d'accueillir 10 000 réfugiés. Elle a réduit ce quota à 7 000 et elle vient de reconduire, par -28 °C, 29 Syriens qu'elle a laissés à Mourmansk alors qu'il faisait -38 °C.

Gerolf Annemans (ENF). – Ik ben getroffen door alweer de ongelofelijke, indrukwekkende wereldvreemdheid van dit debat hier in dat stevig beveiligde halfgrond van het Europees Parlement. Wereldvreemdheid! *Face it*, collega's, Schengen is dood! Er is geen steun meer voor in de publieke opinie, net zomin als voor uw dwaze plan om van Turkije een lid van de Europese Unie te maken.

Turkije, dat een land was dat met een goede ordening tussen kerk en staat begonnen is en dat nu langzaam afglijdt naar een islamitisch regime met een dubieuze rol in de zaak van Isis, een zeer dubieuze rol inzake mensenrechten en inzake de Koerden. Turkije, tot slot, een land dat ons nu chanteert met die stroom van illegalen in Europa. Genoeg redenen dus om dat dwaze plan van deze Europese Unie meteen in de vuilbak te kieperen, want een steeds islamitischer land van die omvang opnemen in de Europese Unie is wel het allerdwaze wat u zou kunnen doen.

Kristina Winberg (EFDD). – Herr talman! 3 miljard euro till vill Turkiet ha för att finansiera flyktingmottagandet och stärka kustbevakningen. Förlåt, men det senaste jag hörde var 5 miljard euro. För det första; hur har man tänkt att EU och medlemsstaterna ska få fram dessa enorma summor? Jo just det, EU ska ju stå för 500 miljard euro och medlemsstaterna för resten, baserat på BNP.

Det skulle i princip innebära att mitt land Sverige, som tagit emot nästan 200 000 asylsökande förra året och fått låna pengar för att kunna finansiera denna massinvandring, nu ska betala ca 900 miljoner svenska kronor till ett korrupt land som Turkiet. Turkiet ses som ett transitland där väldigt få migranter vill stanna någon längre tid. Varför tror man att man med hjälp av EU medel ska få stopp på trycket eller minska trycket så att färre beger sig över Medelhavet?

Tittar bara på januari månad: man kan konstatera att det kommit tretton gånger fler från Turkiet än samma månad året innan. Jag frågar mig, vart tog gränsbevakningen vägen egentligen?

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Olaf Stuger (ENF), "blauwe kaart"-vraag. – Ik wil mevrouw Winberg vragen na dit betoog of het voor haar niet surrealistisch is om in een debat te staan waarin het gaat om geweld tegen vluchtelingen, tegen asielzoekers, terwijl in haar land na honderden, misschien wel duizenden incidenten in asielzoekerscentra waarbij hulpverleners zijn aangevallen, nu voor het eerst een dodelijk slachtoffer is gevallen onder die hulpverleners. Een Zweedse vrouw is, zoals u weet, doodgestoken door een jonge asielzoeker.

Mijn vraag aan mevrouw Winberg is dus: is het niet heel vreemd om hier in zo'n discussie te staan, terwijl dit in uw land is gebeurd?

Kristina Winberg (EFDD), svar ("blått kort"). – Jo, det är väldigt märkligt, och jag vill börja med att säga att jag fördömer all form av rasism, våld och mord. Som vi hörde här så mördades en ung kvinna på ett hem för ensamkommande barn så sent som för två veckor sedan. Härom dagen hörde jag om ett hem där personalen fick gömma sig för att det var aggressivitet och våld på hemmet. Ni ser ju vad som händer, rädslan vi pratar om, ett rädlans virus. Våra flickor vågar inte gå till badhus, man är rädd för att vara ute på stan och husera. Så varför lyfter man inte fram detta i debatten? Det är helt klart korrekt.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Warum lügen wir uns eigentlich hier einen in die Tasche? Wir müssen doch zugeben: Die Hotspots funktionieren nicht, die Rückführung funktioniert nicht, der Schutz der Außengrenzen – Schengen – funktioniert nicht, Dublin funktioniert nicht, die Zurückhaltung der Flüchtlinge in der Türkei funktioniert nicht, die Beibringung der Geldgeschenke für die Türkei funktioniert nicht, die Umsiedlungspläne funktionieren nicht, die gemeinsame Asylpolitik funktioniert nicht.

Hier wird dann immer gerade aus der linken Ecke die Beibehaltung der Wertegemeinschaft von nationalen Politikern gefordert. Wo sind denn die Forderungen gegenüber den Flüchtlingen und Asylanträgen in unserem Land? Dürfen die alles? Wir haben es doch in Köln gesehen, wir kennen alle die Beispiele: Sie begrapschen Frauen, sie bedrohen, sie plündern, sie vergewaltigen. Und wenn sie diese Dinge unserer Wertegemeinschaft nicht einhalten, dann gehören sie nicht in einen Integrationskurs, sondern dann gehören sie raus aus Europa, am besten auf dem gleichen Wege, auf dem sie gekommen sind.

Jan Olbrycht (PPE). – Sposób radzenia sobie Unii Europejskiej w sytuacji kryzysowej będzie miał ogromny wpływ na jej dalsze funkcjonowanie i generalnie na jej *raison d'être*. Jednym z elementów skuteczności Unii Europejskiej jest umiejętne posługiwanie się środkami, w tym również środkami finansowymi. Z bardzo dużą uwagą Parlament Europejski śledzi kwestie dotyczące mechanizmu dla Turcji. Chciałbym w związku z tym zwrócić się do prezydencji z zapytaniem: jak na dzisiaj wygląda konsekwencja tej decyzji? Jak wygląda wywiązanie się państw członkowskich z zobowiązania? Jak wpłynie mechanizm na rzecz Turcji na to, co dzisiaj nazywamy jednością budżetu, a więc stworzeniem mechanizmów wokół budżetu? Ostatnio byliśmy w Amsterdamie na konferencji na temat budżetu i w związku z tym myślę, że w świetle tych poważnych dyskusji musimy zastanowić się nad nowymi instrumentami, które zmieniają sposób funkcjonowania budżetu europejskiego. Musimy to rozwiązać teraz, bo trudne sytuacje będą się powtarzać, i w związku z tym musimy być przygotowani na bardzo ciężkie i bardzo skomplikowane czasy. Stąd moje pytanie: co z mechanizmem dla Turcji?

(Mówca zgadza się odpowiedzieć na pytanie zadane zgodnie z procedurą niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu)).

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Would you not agree with me that the situation with Turkey is purely a sign of the weakness of the EU and its inability to deal with this migrant crisis? It is actually being played with – made a fool of – by Turkey and having to resort to bribes to ask Turkey to do what really should be the right thing to do anyway.

Jan Olbrycht (PPE), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – W Pana pytaniu jest oczywiście zawarte oskarżenie, w związku z czym trudno jest na dzisiaj odpowiedzieć, jakie są motywacje. Jedno jest pewne, że oczywiście Turcja wykorzystuje tę sytuację dla swoich własnych interesów. Tu się absolutnie zgadzam. Natomiast dla nas najważniejsze są interesy Unii Europejskiej, interesy naszych obywateli. W związku z czym jest pytanie, czy wytworzymy mechanizm, który będzie uczciwy, transparentny i skuteczny. Ale zgadzam się, że rzeczywiście sytuacja jest bardzo trudna i dotyczy interesów tureckich.

Péter Niedermüller (S&D). – A Schengeni Egyezmény talán a legfontosabb kifejeződése a nyitott, szabad és nemzeti egoizmust elutasító Európának. Annak az Európának, amit nem a határok szabdalnak szét, hanem a liberális demokrácia szabadsága tart össze. Ma Schengent komoly veszély fenyegeti. Az ürügyet a menekültek jelentik, valójában azonban másról van szó. Arról, hogy Európában ismét terjed a nacionalizmus, a bezárkózás, a kirekesztés politikája. Aki nemzeti zászlókkal tűzdeli tele az Európai Parlament padsorait, az vissza akarja forgatni a történelem kerekét. És ezt nem fogadhatjuk el! Nem hagyhatjuk, hogy Európa-ellenes és populisták ránk kényszerítsék az akaratukat. Nem hagyhatjuk, hogy a szélsőjobboldali pártok és ideológiák foglyává váljon az európai menekültügyi politika.

Tudjuk, hogy a határok és kerítések nem segítenek. Nem állítják meg a menekülteket és nem védenek meg a terroristáktól. Ahhoz más eszközök kellenek, európai összefogás, közös akarat szükséges! A polgárok biztonsága elsődleges és a biztonság oltárán nem áldozhatjuk fel szabadságunkat, európaiságunkat. A határok visszaállítása, Schengen felfüggesztése vagy felmondása az európai eszme végét jelentené. Persze lennének Európában pártok és kormányok, amelyek örülnének ennek, de nem fogjuk ezt az örömet megszerezni nekik. Európa nem a nemzetek egymással vetélkedő konglomerátuma, hanem mindenkinek otthont, boldogulást és biztonságot kívánó közös haza, és Schengen ennek a legfőbb intézménye.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Turcia are aproximativ două milioane de refugiați în această perioadă și trebuie sprijinită în gestionarea fluxului de refugiați. Cele trei miliarde de euro destinate asistenței pentru refugiați includ și contribuția statelor membre ale Uniunii. Consider oportună votarea acestui mecanism, deoarece Uniunea este în momentul de față principalul donator în abordarea consecințelor acestei crize.

Avem însă nevoie și de alte soluții decât cele financiare (să tot dăm bani), pentru că această criză se va înrăutăți în perioada care urmează. Efectele acestor conflicte – printre altele, și fluxul de refugiați continuu – trebuie combătute printr-o acțiune colectivă. De aceea este nevoie de o colaborare eficientă cu Turcia, dar și de transparență în cheltuirea banilor pe care Turcia îi primește.

În final, aș vrea să amintesc de „paradoxul toleranței”, care spune că, atunci când o societate tolerantă tolerează o idee sau o cultură intolerantă, riscă să fie distrusă toleranța.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru” (articolul 162 alineatul (8) din Regulamentul de procedură))

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Hvala Vam gospođo Macovei što ste prihvatili ovu plavu kartu. Pažljivo sam Vas slušao kad ste govorili o potrebi donacije i pomoći Turskoj. Međutim, činjenica je da je kralj Abdulah danas izjavio da Jordan više neće moći primati izbjeglice. Činjenica je da se u Libanonu također nalazi preko milijun izbjeglica, u Jordanu njih 1 270 000. Mislite li da je potrebno, kada je riječ o tim zemljama, kao i o Turskoj, u potpunosti uključiti Ujedinjene narode kako bismo zaista imali sve pod kontrolom?

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Ich habe eine technische Frage zu Ihrer Vorsitzführung, die ich wirklich sehr ordentlich finde. Allerdings habe ich ein Problem, wenn ich mich wiederholt mit einer blauen Karte melde und Ihre Mitarbeiter und Sie in eine andere Richtung schauen. Wie soll ich es denn künftig machen? Solch ich am Tisch rufen, auf den Tisch hauen, soll ich laut schreien? Bitte helfen Sie mir: Wie soll ich es anstellen, damit Sie mich auch sehen, wenn ich eine blaue Karte zeige?

Preşedintele. – Sunt şi colegii mei aici. Poate nu s-au uitat în momentul acela la dumneavoastră, dar, dacă ne-aţi atras atenţia că aveţi asemenea intervenţii, de acum încolo ne vom uita şi ne cerem scuze dacă nu v-am văzut până acum.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, δεν θέλω να κάνω ερώτηση με γαλάζια κάρτα, αλλά θέλω να επισημάνω κάτι που ίσως διέφυγε της προσοχής σας. Προηγουμένως, η συνάδελφος Guzman μίλησε στο Κοινοβούλιο και φορούσε μία μπλούζα η οποία έγραφε επάνω «Anti-fascist Action» και έχει μπει στο Twitter και σε όλα τα μέσα κοινωνικής δικτύωσης. Αυτό νομίζω απαγορεύεται από το Κοινοβούλιο, γιατί μπορούσα και εγώ να φορέσω μία μπλούζα του Λαϊκού Συνδέσμου Χρυσή Αυγή και να είμαι εδώ. Όμως βλέπετε ότι δεν το κάνω. Πρέπει να επισημανθεί και να της γίνει παρατήρηση.

Preşedintele. – Am reţinut problema ridicată de dumneavoastră, dar noi trebuie să dăm cuvântul doamnei Macovei, să răspundă la întrebarea respectivă şi după aceea ar fi trebuit să discutăm lucrul ăsta. Am reţinut.

Monica Macovei (ECR), răspuns la întrebarea adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru” de către Ivan Jakovčić. – Răspunsul este simplu: trebuie să colaborăm cu toate statele care au refugiaţi şi trebuie să stabilim interesul nostru comun. Acesta nu este să primim pe toată lumea, la grămadă, în Uniunea Europeană, ci să fim capabili să triem şi să trimitem în state arabe în care oamenii sunt în siguranţă.

Филиз Хюсменова (ALDE). – Г-н Председател, уважаеми Комисари, и Европейската система на убежището, и Женевската конвенция за статута на бежанците от 1951 г. изискват - след незаконно преминаване на границата, търсещите убежище да се представят незабавно на властите.

За съжаление често бежанците се укриват, избират обходни пътища и рискуват живота си, защото знаят, че регистрирането и предоставянето на бежански статут трябва да бъде направено в първата държава на пристигане, което те биха желали да избегнат, имайки предвид натовареността на системите на прием на тези държави.

В същото време на граничните служители в държавите на първа линия е поверена отговорната задача да гарантират сигурността и да контролират потока на преминаващите. Затова, когато търсещите убежище целенасочено избират труднодостъпни, опасни маршрути в тъмната част на денонощието, вместо обозначените места за преминаване, е трудно да се говори за правилното прилагане на принципа за забрана на връщане.

Явно дъблинските правила за прием и системата на релокация не са адекватни на реалността. Опасявам се, че докато не установим единна система за прием на базата на централизирано и справедливо разпределение на молбите за убежище, инцидентите ще продължават да се случват.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Αγαπητοί συνάδελφοι, νομίζω ότι είμαστε τραγικοί. Είμαστε τραγικοί γιατί επαναλαμβάνουμε μια συζήτηση κάθε μήνα χωρίς ουσιαστικά να υπάρχουν προτάσεις από πουθενά. Δεν υπάρχουν προτάσεις από το Κοινοβούλιο, από την Επιτροπή, δεν υπάρχουν προτάσεις από τα Ηνωμένα Έθνη. Υπάρχει όμως μια βασική διαφορά αυτής της συζήτησης από τις προηγούμενες. Στις προηγούμενες λέγαμε έρχεται χειμώνας, τώρα λέμε ότι έρχεται άνοιξη. Υπάρχει ακόμα μια βασική διαφορά. Έχουν προστεθεί μερικές εκατοντάδες νεκροί.

Η Τουρκία έχει δεχτεί μεγάλο βάρος, αλλά ποιος ελέγχει τα χρήματα αν πηγαίνουν πράγματι για τον λόγο που δίνονται; Δέστε τον Λίβανο. Το 20% του πληθυσμού του είναι πρόσφυγες. Αυτοί οι αριθμοί για τους οποίους εμείς αναφερόμαστε είναι το 0,1% του πληθυσμού της Ευρώπης. Οι φράχτες, αγαπητοί συνάδελφοι, τι ρόλο παίζουν, οπουδήποτε και αν βρίσκονται; Ποιοι δίνουν τα όπλα στους εμπόλεμους στη Συρία; Γιατί δεν το καταγγέλλει κανείς αυτό;

Στην προηγούμενη συζήτηση είχα πει ότι αν ήμουν πρόσφυγας και άκουγα αυτή τη συζήτηση θα έβρισκα τρόπο να πάω να πνιγώ. Νομίζω ότι μας έχουν ακούσει οι άνθρωποι και αυτό ακριβώς είναι που κάνουν. Κλείνω με μια διατύπωση. Δεν έχω ακούσει πρόταση, ούτε από την Επιτροπή και διερωτώμαι τι πραγματικά σκέπτονται σήμερα μετά από δεκάδες χιλιάδες νεκρούς και μετά από ...

(Ο Πρόεδρος αφαιρεί τον λόγο από τον ομιλητή.)

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor Presidente, representantes del Consejo y de la Comisión, no puedo dejar de expresar una cierta sensación de bochorno por lo que acontece en Europa y, además, hoy, nos hacen un poco -tengo que decirles- de notarios de la realidad: el representante del Consejo nos dice que está muy preocupado por las cifras que ha dado Europol sobre los menores no acompañados; el representante de la Comisión nos recuerda los muertos habidos hasta ahora en el Mediterráneo.

Y me parece una foto muy evidente de lo que está sucediendo en Europa: unas instituciones europeas paralizadas y unos Estados miembros que no cumplen sus compromisos y han empezado a no respetar el Derecho europeo.

Y a mí me parece que estamos, en estos momentos, ante una situación gravísima.

Yo, lo único que les exijo desde aquí es que, por lo menos, hagan lo que está en su mano. Y lo que está en su mano es, de entrada, que se haga respetar la Carta de los Derechos Fundamentales; que se haga respetar el Derecho europeo en todas partes, no solo en Polonia, sino también en Dinamarca y en cualquier otro país de la Unión Europea; y que hagan cumplir los compromisos de los Estados miembros, porque, a día de hoy, del mecanismo de reubicación de emergencia, nadie ha cumplido sus metas. En fin, España ha acogido hasta la fecha a dieciocho refugiados. Es una auténtica vergüenza.

Por favor, hagan respetar, por lo menos, los compromisos a los cuales llegaron los Estados miembros hace pocos meses.

Diane James (EFDD). – Mr President, a European EU passport and access to the European lifestyle are now an aspiration for millions worldwide who are proving daily that they will go to enormous lengths to secure those objectives.

Now, this cannot and should not continue. Chancellor Merkel and Germany have unleashed a migrant onslaught that is threatening Member States' and citizens' security, social cohesion and economic prosperity. Schengen and Frontex are clearly unable to withstand or cope with this enormous migrant pressure. Reactive European Union policy-making is just not working: we are seeing that every time we are here and at our mini-plenaries.

A radical rethink is now required, and it will be necessary to make some really hard choices. The immediate priority has got to be to remove the carrot. No stick is then required. Stop the flow and the problems that come with it. 27 Member States should not have to shoulder the consequences of another Member State's – in this case Germany's – ill-conceived and ill-thought-through ideology.

Auke Zijlstra (ENF). – Minister Koenders zei bij het begin van het debat dat hoe wij omgaan met migranten weerspiegelt wie wij zijn. Maar realiseert de minister zich dat de manier waarop deze gelukzoekers omgaan met onze vrouwen en onze kinderen net zo goed laat zien wie zij zijn? Er is net weer een steekpartij geweest in het asielzoekerscentrum in Almere! Meneer Koenders, hoe kan het dat de aanranders en de geweldplegers nog steeds in aanmerking komen voor verblijf? Waarom worden zij niet direct uitgezet?

Voorzitter, Turkije belegert ons met miljoenen van deze gelukzoekers en de Unie biedt Turkije nu drie miljard om deze invasie te stoppen. Maar de Turken zien onze zwakte en ze eisen steeds meer: nu al vijf miljard! En de EU laat zich chanteren. Met geld weggeven en met kruiperigheid koop je geen veiligheid. Turkije moet geen 5 miljard, geen 3 miljard, helemaal geen cent krijgen! We krijgen er immers niet anders voor terug dan ellende. Voorzitter, de grenzen moeten dicht, want het chanteren door Turkije is geen oplossing, maar een onderdeel van het probleem.

Jeroen Lenaers (PPE). – De situatie op dit moment is afschuwelijk en, commissaris Avramopoulos, u gebruikte vandaag cijfers van het IOM om dat nogmaals te benadrukken. Dat is terecht. Uw collega, mijnheer Timmermans, - ik vind het spijtig dat hij hier vandaag niet is - mag ook graag een beetje goochelen met cijfers. Zo claimde hij vorige week dat 60 procent van de vluchtelingen die Europa binnenkomen, uit gebieden komen waarvan je niet kunt aannemen dat ze recht geven op een vluchtelingenstatus. Het zou gaan om met name mensen uit Noord-Afrika, terwijl uit de cijfers van Frontex blijkt dat tussen de 89 en 97 procent van de mensen die in december zijn binnengekomen, uit Syrië, Irak of Afghanistan komen.

Dus óf Frontex zit ernaast óf de eerste vice-voorzitter van de Europese Commissie kent het verschil niet tussen een Afghaan en een Marokkaan. Maar in beide gevallen staat de Europese Commissie mooi voor gek. Ik zou graag aan u willen vragen om daar in ieder geval vandaag duidelijkheid over te verschaffen. Want duidelijkheid is cruciaal in dit geval.

Daarom ook een vraag aan minister Koenders over het plan van zijn partijleider Diederik Samsom in Den Haag. Het werd hier al door een collega zojuist “het Nederlandse plan” genoemd en ik wil ook graag dat daarover geen enkel misverstand bestaat. Gaat het Nederlands voorzitterschap daadwerkelijk met dit plan aan de slag? Of moeten we hier met zijn allen vaststellen dat het slechts om een proefballonnetje ging voor de krantenkoppen?

Claude Moraes (S&D). – Mr President, many Members have referred to the Europol report, which indicates that 10 000 unaccompanied minors now in the European Union are being exploited. Europol is probably the most respected agency in this House, and I know, having spoken to the colleagues involved, that its figure is just a snapshot. There has never been a refugee crisis in which the managed trafficking of minors has been so brutal and so systematic. And in the coming weeks and months you will see more horror stories of the kind that we are witnessing.

I am not saying this for good effect, but for the benefit of all those who believe that we have the luxury of giving up: giving up on the Commission's plans; giving up for not having done anything; giving up on the Member States which are doing less than other Member States doing more. If we have that luxury, and if you think that we can do that, then just understand that in the coming weeks, minors will be coming from Syria as genuine asylum-seekers. There is no ambiguity to their status under the Geneva Convention, whether the European Union exists or not. Therefore, we have work to do in Parliament, on the Borders Agency, on Dublin. So in our comfortable offices, let us get on with that work; let us work with the Commission. Yes, make that repeated boring speech.

Now to the Dutch Presidency. There are those Member States which are not doing their work. They are not protecting the external borders or relocating. We know that, and so let us repeat the message to Member States which are not doing their work or taking responsibility: do it now – take responsibility.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 149(8))

Alessandra Mussolini (PPE), domanda «cartellino blu». – Ha ragione il presidente Moraes. Pensate che già ben tre anni fa in Italia noi approvammo all'unanimità in Parlamento il conferimento ai minori di uno status giuridico, senza farli entrare nella procedura dei richiedenti asilo. Solo così, non facendoli più diventare un numero, loro possono essere salvati dalle maglie della criminalità. Vorrei sapere cosa pensa il presidente su questo.

Claude Moraes (S&D), blue-card answer. – Thank you, Mr President: I never get a blue card – my speeches are always so boring – so thank you very much. I was in fact indicating, Ms Mussolini, that Italy is one of those countries on the front line. Italy and Greece are on the front line; there are countries like Sweden and Germany taking more than anyone else; and then there are those Member States not doing enough.

But this is not a blame game. It is about Italy having been on the front line and therefore maturing its policies. I agree with what you are saying, but I say to those colleagues who do not want to take more refugees for the European Union that, had the European Union not existed, these people would have come to what is called the continent of Europe. People heard King Abdullah this morning talking about how his country is now unable to cope. Italy would have had mature policies because it was on the front line.

So I agree that this is happening and that those Member States which are not taking responsibility should work towards an organised solution.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, the current migration crisis has illustrated that the 1951 Geneva Convention and the subsequent 67 Protocols are ill-suited to the modern world of mass communication and global travel. Mechanisms that were devised in the wake of the Second World War were based on the premise that those facing genuine state persecution would be allowed refuge in a neighbouring safe country. They were not designed for people crossing the globe across countless safe states in order to reach countries offering the most generous welfare systems and asylum policies. Neither was the Convention designed with the idea that individuals could transfer their refugee status from one state to another, as we are seeing now in the case of many who have left safe refugee camps in Turkey in order to reach Europe and then claim asylum again.

2016 will see a new UN Secretary-General elected, probably from an eastern European state. Speaking personally, I believe that the EU should take this opportunity to press for reform of the 1951 Geneva Convention to address these very valid concerns or else the Convention will no longer be respected or applied.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor Presidente, muchas gracias a los miembros de la Comisión, que resisten en este debate de miles de palabras que estamos pronunciando.

Todo lo que ha dicho el Consejo está bien, pero no hace lo que dice. Y, hoy, hemos hablado de valores -ha hablado la señora Ferrara; ha hablado el Consejo; ha hablado el señor Pittella-, pero es que los valores se fomentan con actos y con ejemplo, no con palabras. Y lo que realmente están fomentando el Consejo y los Estados -muchos de ellos- es la insolidaridad y la deshumanización. Y es así, y así hay que decirlo.

La suerte de los que escapan de Siria, Afganistán o Eritrea nos afecta -nos guste o no-, y escapan de los mismos totalitarios asesinos que quieren acabar con nuestra libertad.

Más de un millón de refugiados han llegado a Europa porque, en el año 2014, el Programa Mundial de Alimentos vio reducido su fondo en un 40 % y sintieron pánico. Una cuarta parte son menores y, de ellos, un 10 % son menores no acompañados y, de ellos, 10 000 están extraviados o fuera de la debida protección. Y es un escándalo.

Y es posible esto por una larga cadena de errores y negligencias, en gran parte buscados, porque muchos de los Gobiernos europeos no quieren saber nada de la responsabilidad conjunta, no quieren saber que es preciso atender humanitariamente a los que nos necesitan.

Y la razón del desastre es la falta de una política comunitaria de asilo. Es un desastre el arraigo de la insensibilidad colectiva y la perversión de estigmatizar a quienes deberíamos estar protegiendo. Y es cruel.

Estamos sufriendo -y se ha hablado también hoy, aquí, de los virus- el peor de los virus posibles, el que afecta al sistema nervioso de la Unión Europea, a nuestro corazón.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io voglio augurarmi che per questo Parlamento non sia un problema il fatto che alcuni colleghi avevano indossato una maglia con la scritta «Azione Antifascista» quanto il dilagare di nuovi fascismi in tutta Europa, quanto quello che autorevolmente Moni Ovadia ha definito il nuovo olocausto che si sta consumando nel Mar Mediterraneo.

Io credo che oggi occorran parole di verità su questi tre miliardi dati alla Turchia, ovvero al governo Erdogan, ovvero a un governo che quotidianamente continua a fare stragi ai danni della vita del popolo curdo. Io credo che noi abbiamo dato questi tre miliardi per esternalizzare le frontiere, per bloccare i profughi in fuga ed evitare che essi arrivino in Europa. Abbiamo dato tre miliardi alla Turchia di Erdogan, ovvero a un governo che ha rapporti fortemente ambigui anche con il Daesh, esattamente per esternalizzare il problema dell'accoglienza.

Noi proponiamo che questi tre miliardi vengano dati all'UNHCR, che vengano dati a quelle ONG che quotidianamente lavorano materialmente per la costruzione di un corridoio umanitario, che è l'unica cosa civile che quest'Europa potrebbe fare.

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta, no me satisface saber que este Parlamento haya dicho y repetido, una y otra vez, lo que debería hacerse y no se hace. Y aún menos me satisface que Consejo y Comisión, con sus palabras, nos den la razón. Inútil. Seguimos dejando en manos de cada Estado el cumplimiento de nuestras obligaciones europeas e internacionales, pero hoy Europa es sinónimo de silencio, ocultación, omisión, inacción e irresponsabilidad. Trescientos sesenta y ocho muertos, nos decía el señor Avramopoulos. Todos somos cómplices de estas muertes, como lo somos de los diez mil menores evaporados.

El acuerdo con Turquía es aún más inquietante: tres meses para confirmarlo —Italia lo hizo ayer, por fin—, pero aún no hemos empezado a aplicar efectivamente ese acuerdo para la acogida. Y no somos capaces de impedir que sigan saliendo de Turquía en pequeños botes, para morir a la vista de los voluntarios que los esperan en las playas europeas, en las playas de las islas griegas.

La respuesta no es Frontex. La respuesta está en la acción conjunta y responsable. Menos muros aquí; más actuación en los lugares de origen, más acogida efectiva, distribuida entre todos los Estados miembros, contando con la voluntad y el compromiso de tantas ciudades que han dicho bien claro que están dispuestas a asumir su responsabilidad.

Europa está empezando a pagar un precio altísimo por no existir, por no ser, por no actuar como Europa. Dejemos de pasarnos las culpas y trabajemos juntos: Consejo, Comisión, Parlamento, todo el mundo, juntos. En Grecia, en Turquía, en Dinamarca, en Barcelona, en Estocolmo. Liderazgo, compromiso y autoridad moral.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» που απευθύνεται στην κυρία Eleonora Forenza. – Κυρία Πρόεδρε, όμως η ερώτησή μου δεν είναι για τον κύριο Maragall, είναι για την προηγούμενη ομιλήτρια, την κυρία Forenza, η οποία είπε ότι πρέπει να δίνουμε τα τρία δισεκατομμύρια στις ΜΚΟ. Γνωρίζει ότι οι ΜΚΟ εμπλέκονται σε παράνομες ενέργειες; Πρόσφατα στην Ελλάδα συνελήφθησαν μέλη των ΜΚΟ, τα οποία ήταν μέλη κυκλώματος προωθήσεως παράνομων μεταναστών από την Τουρκία προς την Ελλάδα. Σε αυτούς τους ανθρώπους θέλει να δώσουμε τα χρήματα; Αυτές τις ενέργειες θέλει να επιβραβεύσουμε;

Eleonora Forenza (GUE/NGL), risposta a una domanda «cartellino blu» di Georgios Epitideios. – Io penso che non si possa ulteriormente continuare con l'olocausto di migliaia di donne e di uomini. Io credo che noi ci dobbiamo assumere fino in fondo la responsabilità politica come Unione europea e come Stati membri. Credo che quello che sta accadendo ai danni della Grecia, che viene sostanzialmente costretta a schedare i migranti pena un ulteriore sigillo, sia un'ulteriore prova della inciviltà in cui quest'Europa sta velocemente scivolando.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Madame le Président, l'incapacité de l'Union européenne à faire face à la grande crise migratoire qui secoue l'Europe est patente.

Vous nous parlez d'urgence des réfugiés, de contrôles aux frontières extérieures et de l'avenir de Schengen, mais l'urgence, aujourd'hui, est de mettre fin à l'arrivée massive de clandestins dont la grande majorité rejoint l'Europe pour des motifs économiques, de rétablir le contrôle aux frontières des États afin d'appréhender et d'expulser les étrangers dont la demande d'asile a été rejetée. L'urgence est de se libérer des jurisprudences européennes qui empêchent de renvoyer les étrangers refusant de respecter nos us et coutumes. L'urgence n'est pas de faire des concessions illusoires, ni de donner des milliards d'euros à la Turquie pour qu'elle retienne les immigrés, mais de revoir nos relations avec ce pays, qui soutient les djihadistes en Syrie et en Libye.

Vous évoquez une recrudescence des actes de violence et d'incitation à la haine à l'égard des réfugiés et des migrants en Europe, alors que des femmes viennent d'être violées et agressées sexuellement par des demandeurs d'asile dans plusieurs villes européennes, alors que des réfugiés chrétiens sont victimes de violences, voire assassinés par d'autres réfugiés en raison de leur religion.

Je ne puis qu'être atterrée que vous persistiez dans cet aveuglement idéologique.

Frank Engel (PPE). – Madam President, I am relatively content that the Council seems to have resurfaced, because I was going to start by saying that on this sixth, seventh or eighth occasion that we are having this debate – and we will probably have 10 more – this House and the Commission are in relative harmony of views about what should be done, how we should do it and the fact that we should act. It is the Council, it is the Member States, that simply do not manage to give themselves a line to follow and to act: be it in terms of joint protection of our external borders – because all our external borders are our joint external borders, they belong to all of us, and it is the Member States that have to control them; be it in terms of resettlement of migrants all across the continent, where a number of our governments believe that they are just not concerned, and the others are therefore unable to take real action; be it in terms of the Turkey Fund or of the other funds, where we cannot permanently act as if the Union budget gave us enough leeway to mobilise all the funds necessary. Half of it depends on the Member States, and the Member States are simply not paying. They are paying in single euros, just as they are willing to resettle individual refugees, whereas we would need tens of thousands or hundreds of thousands, or in the case of the euros, billions. This is one of our problems today.

In the framework of this problem today, populism is on the rise. I will conclude by saying that one of our groups, the Conservative Group – it happens to be them right now, but this goes for a very particular part of them – harbours Members of Parliament, one of them at least, who have tried to advocate that there should be a shoot-to-kill order on European borders. If this continues, we are in serious trouble, because some of their voters might try to take a gun in hand and act.

Elena Valenciano (S&D). – Señora Presidenta; ¿saben qué sucede? Que esto no es un teatro. No es un teatro en el que cada mes exponemos aquí, los diputados, nuestra desesperación porque no se toman medidas. Y la Comisión y el Consejo —sobre todo el Consejo, que va cambiando de Presidencia— escuchan pacientemente a ver si ya se acaba el turno de palabra de los diputados. Verán, es que estamos haciendo historia: historia. Está siendo la historia de la ineficacia más cruel a la que se ha enfrentado nunca la Unión Europea.

Esto no es un teatro; esto es una reunión de representantes políticos que estamos exigiendo a nuestros Gobiernos, al Consejo y a la Comisión que cesen ya en su ineficacia cruel. Porque se puede ser ineficaz en muchas áreas, pero aquí estamos hablando de vidas humanas.

Y, ahora, todos miramos a Grecia: este ha sido el mes más mortífero en Grecia en los últimos años. Centenares de personas están muriendo en el Mediterráneo. Ya se ha convertido en una frase hecha: «el Mediterráneo, nuestro cementerio».

Pero eso tiene responsables, señores del Consejo, señores de la Comisión, Señorías, tiene responsables: todos aquellos que tenemos la obligación de empujar, de exigir a los Gobiernos nacionales que se hagan cargo de una solución que es posible. Es posible salvar vidas humanas y es necesario aplicar las leyes que nos hemos dado unos a otros.

Esto no es un teatro: es un Parlamento y exigimos que actúen.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Λάμπρος Φουντούλης (NI), ερώτηση με «γαλάζια κάρτα». – Κυρία Valenciano, είπατε προηγουμένως ότι έχει κατακτήσει το Αιγαίο και η Μεσόγειος ένα απέραντο νεκροταφείο. Σας ερωτώ λοιπόν: ποιος σπρώχνει αυτούς τους ανθρώπους να μπουκωθούν σε σαπιοκάραβα και να περάσουν τα νερά του Αιγαίου; Απαντώ εγώ για εσάς: η Τουρκία. Από εκεί ξεκινάει το πρόβλημα και πρέπει να το παραδεχτείτε.

Elena Valenciano (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Bueno, no es una pregunta, ¿no? Es una afirmación lo que usted hace.

En todo caso, no estoy hablando de responsables. Verá, la Unión Europea no facilita ninguna vía legal para acceder a nuestras fronteras a personas que huyen de la guerra y que están protegidas por las convenciones internacionales. No ofrecemos vías legales. ¿Sabe lo que les ofrecemos? Ponerlos en manos de traficantes o en el fondo del mar. Esa es la propuesta de la Unión Europea. Y, además, ¿sabe qué hacemos? No les atendemos. No les damos ayuda humanitaria.

Tres errores. Tres ineficacias crueles de las que somos responsables todos los europeos.

Jan Zahradil (ECR). – Paní předsedající, všichni se shodneme na tom, že nekontrolovatelný příliv uprchlíků do Evropy musí skončit, že ho musíme zastavit, a zároveň všichni víme, že ochrana hranic je primárně v rukou národních států, nikoliv Evropské unie. Některé to zvládají, jiné to nezvládají. Pokud by Evropská komise chtěla něco zásadního udělat, musela by překopat rozpočtová pravidla, musela by změnit celý rozpočet, musela by krátit prostředky jinde a musela by daleko větší část těch finančních prostředků směřovat na ochranu vnějších hranic. Všichni víme, že se to nestane, takže jediná další cesta je ponechat tu ochranu v rukou národních států. Snažit se jim být ku pomoci, neblokovat jejich aktivitu, nekritizovat ty, které se rozhodly vnější hranice EU chránit, a těm, které to nezvládají, říci jasně, že prostě nemohou být součástí schengenského prostoru, protože žádná jiná cesta není. Čili Evropská komise by mimo jiné také měla připravit nějaká snazší pravidla pro obnovování dočasných vnitřních hranic uvnitř EU.

Gérard Deprez (ALDE). – Madame la Présidente, le président en exercice du Conseil a dit tout à l'heure que face à la crise des réfugiés, nous devons trouver des réponses communes et efficaces. Il a parfaitement raison, et je partage sa position, mais nous devons regarder la réalité en face, Madame la Présidente.

À la vérité, il n'y a pas de gestion commune des frontières extérieures communes. Il faut changer cela. À la vérité, la suppression des contrôles aux frontières intérieures est suspendue dans un nombre croissant de pays. Il faut arrêter ce mécanisme. À la vérité, le plan de répartition des réfugiés est aujourd'hui une triste farce. Il faut mettre fin à ce plan ou le rendre efficace. À la vérité, et malgré la promesse d'un chèque, d'un premier chèque, de 3 milliards, la Turquie ne contrôle toujours pas ses frontières maritimes et laisse une mafia de passeurs développer une véritable industrie. Il faut, Madame la Présidente, cesser de faire la danse du ventre devant Erdogan et lui parler sur un autre ton.

À la vérité, et malgré le lancement des centres d'enregistrement, les migrants dits économiques sont laissés dans la nature, d'où ils iront grossir demain les rangs des illégaux dans l'un ou l'autre pays. Les centres d'enregistrement doivent aussi être des centres d'accueil.

À la vérité, la politique de retour est un mirage. Il faut l'organiser. Madame la Présidente, il y a urgence. Nous avons besoin d'un sursaut européen, et la balle est dans vos mains.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Ελισάβετ Βοζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» . – Ήθελα να σας ρωτήσω, εκτός από την αναγκαιότητα των «hot spots» που αναφέρατε – και συμφωνούμε – συμφωνείτε ή όχι ότι θα έπρεπε να αποφασίσουμε και την σύσταση «hot spots» εκτός των κρατών μελών όπως καταγράφει στο ψήφισμά του το Συμβούλιο της Ευρώπης;

Gérard Deprez (ALDE), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, chère collègue, je vous remercie pour votre question, mais je pense d'abord que si nous installons des centres d'enregistrement sur notre territoire, c'est pour qu'ils servent à quelque chose et pas seulement pour un enregistrement bureaucratique.

Une fois que les gens ont été enregistrés, si nous les laissons partir dans toutes les directions, nous ne pourrions pas mettre en œuvre un élément essentiel du programme de la Commission, à savoir une relocalisation. Cela ne sert donc à rien d'enregistrer les réfugiés si, après, il ne se passe rien.

La première exigence est donc de faire correctement ce que nous nous sommes engagés à faire.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Αγαπητοί συνάδελφοι, αντιλαμβάνεστε φυσικά ότι συζητάμε επί πτωμάτων, που ο αριθμός τους μεγαλώνει καθημερινά, και μιλάτε για καλύτερη φύλαξη των εξωτερικών συνόρων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, και προτείνετε κιόλας συνεργασία με την Τουρκία η οποία αμφισβητεί ακριβώς αυτά τα σύνορα. Ξεκαθαρίστε, λοιπόν, τι εννοείτε; Δεχόμαστε επίθεση από στρατό; Απελπισμένους και πεινασμένους, γυναίκες και παιδιά, έχουμε απέναντί μας. Τι προτείνετε; Ναρκοπέδια, τάφρους, ελεύθερους σκοπευτές; Και μην ακούσω πάλι για επαναπροωθήσεις, για αναστολή της Σένγκεν και λοιπές μεγαλοστομίες.

Και επιτέλους, σταματήστε να κρύβεστε πίσω από την Ελλάδα. Της φορτώνετε ευθύνες για άλλοθι, επειδή αρνείστε εσείς να αναλάβετε έστω και τις ελάχιστες δικές σας ευθύνες για πρόβλημα που δημιούργησε και η δική σας πολιτική και σήμερα δεν ακούσα καμία αυτοκριτική σε αυτή την αίθουσα. Τι θέλετε λοιπόν; Τι επεξεργάζεστε; Τι έχετε αποφασίσει; Να ξαναφτιάξετε στρατόπεδα συγκέντρωσης; Να γίνει η Ελλάδα ο Λίβανος της Ευρώπης; Να ξαναγίνει η Ευρώπη το εκκολαπτήριο του ναζισμού και του φασισμού;

Η λύση είναι μία, κύριοι συνάδελφοι, την έχω ξαναπεί πολλές φορές σε αυτή την αίθουσα και πρέπει να εφαρμοστεί άμεσα. Ασφαλείς δρόμοι για τους πρόσφυγες, και κατ' αναλογία φιλοξενία τους σε όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! In den Flüchtlingsdebatten der letzten Jahre hörten wir immer – vor allem von der Linken – das Mantra von der bösen Festung Europa. Und ich warnte damals bereits vor dieser frechen Lüge. Denn Europa ist bis heute keine Festung. Unsere Grenzen waren und sind bis heute offen wie ein Scheunentor, wie ein Schweizerkäse, wenn Sie so wollen.

Wir haben keinen Schutz unserer Außengrenzen, und über eine Million Einwanderer beweisen dies ja ganz deutlich. Nun soll mit der Türkei dieser Völkerwanderung Einhalt geboten werden. Die Türkei fordert fünf Milliarden, und das zusätzlich zu den ohnehin jedes Jahr überwiesenen 750 Millionen einer sogenannten Heranführungshilfe.

Das ist Basar, das ist Erpressung pur, und ich befürchte, dass die Türkei weiterhin die Grundrechte mit Füßen treten wird, weiterhin Journalisten verhaften wird, weiterhin einen Feldzug gegen die Kurden führen wird und Europa auf der Nase herumtanzen wird. Auf jeden Fall ist die Türkei keine Option, unsere fehlende Entschlossenheit bei der Grenzsicherung zu ersetzen.

Nadine Morano (PPE). – Madame la Présidente, arrêtez la politique des quotas de migrants, qui envoie un message désastreux d'incitation à l'immigration illégale.

Je me suis rendue dans les camps de réfugiés au Liban et en Jordanie. J'ai pris la mesure de leur situation. Suivant l'actualité sur de vieux téléviseurs, ils croient qu'ils vont être accueillis, nourris, logés, soignés en Europe.

Je me suis entretenue avec des hommes et des femmes désespérés de voir l'inertie de la communauté internationale face à la crise en Syrie et en Libye.

Là est la source des problèmes. Contraints à des conditions de vie difficiles, certains préfèrent tenter la traversée de la Méditerranée au péril de leur vie.

La réalité n'est pas le rêve que vous leur laissez espérer. La photo du petit Aylan a ému le monde. Combien d'enfants ont-ils perdu la vie, la semaine dernière en mer, dans l'indifférence générale?

L'Europe est débordée, incapable de faire face à la vague massive de migrants qu'elle a elle-même encouragée et elle est menacée par l'infiltration de terroristes parmi les migrants.

Certains invoquent les grands principes de l'Europe, alors que nous sommes incapables d'assurer une véritable sécurité à nos peuples, incapables d'assurer l'accueil et l'intégration des migrants si nombreux, incapables de renvoyer les clandestins qui dévoient les filières de l'asile. Nous en payons le prix fort.

Schengen est menacé, nos frontières extérieures sont submergées, la jungle de Calais est devenue le plus grand bidonville d'Europe et la honte de la France.

L'idéal européen n'est pas d'encourager au déracinement des populations.

Notre aide financière doit être judicieusement orientée pour être efficace, vers le Liban, la Jordanie, les organisations humanitaires, pour maintenir les migrants dans leur creuset culturel.

Si vous ne voulez pas que nos peuples européens se tournent vers le populisme, arrêtez de favoriser une politique qui les déstabilise et qui les inquiète.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich bin fast sprachlos, ich bin erschüttert, ich bin beschämt, frustriert, und ich bin entsetzt, welche Debatten ich mir heute hier in diesem Hause anhören muss. Wir sagen: „Ach, es ist doch toll, die Türkei kann sich um zwei Millionen Flüchtlinge kümmern, da geben wir mal ein bisschen Geld.“ Wollen wir allen Ernstes behaupten, dass wir als europäischer Kontinent mit 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern nicht in der Lage sind, uns um zwei oder auch drei Millionen Flüchtlinge zu kümmern? Ist das die Botschaft, dass wir damit überfordert sind? Ich finde es erschreckend, wie wir über Menschen reden, die vor Krieg, vor politischer Verfolgung oder Armut fliehen und die einige – auch hier im Hause – behandeln wie lästiges Treibgut, das man irgendwo in der Welt stapeln kann. Vielleicht ist es irgendwann von alleine weg. Hauptsache, wir müssen uns nicht kümmern.

Die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist nicht die große Herausforderung. Das Problem ist, dass wir seit Jahren keine europäische Strategie zum Umgang mit Flüchtlingen haben. Sie kommen zufällig in Italien an, in Griechenland und Bulgarien, und die Erwartung ist: Da müssen sie bleiben. Deutschland beschwert sich gerade und sagt: Eine Million Flüchtlinge, jetzt ist aber gut. In Griechenland sind im letzten Jahr 800 000 Flüchtlinge angekommen. Nach den geltenden Regeln hätten die alle in Griechenland bleiben müssen. Wie soll das funktionieren?

Wir haben keine Flüchtlingskrise – wir haben eine europäische Krise der Verantwortungslosigkeit! Ich finde es erschreckend, wie leichtfertig wir uns um unserer eigenen Bequemlichkeit willen auf den Weg begeben, dieses Europa zu zerstören!

(Die Rednerin lehnt es ab, eine Frage von Frau Hohlmeier nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Richard Ashworth (ECR). – Madam President, listening to this debate, can I suggest, colleagues, to us all: we have got a problem. We need to be more precise in the language that we use. I hear the word ‘migrant’ used to describe people fleeing war and persecution. These are not migrants; these are genuine refugees, people to whom we can and must offer refuge.

I have heard the word ‘migrant’ used to describe people from all parts of the world coming to Europe in search of a better life. These are not migrants; these are economic migrants, and they are people who invariably have no lawful claim to residence here.

Finally, I have heard the word migrant applied to Europeans who live or work in a European country not of their birth. These are not migrants; they are European citizens exercising the right of free movement, something they are perfectly entitled to do. Colleagues, if we are not more precise in our language, not only are we confusing the public, but I suspect at times we confuse ourselves as well.

Ivo Vajgl (ALDE). – Mislim, da ni treba podcenjevati informiranosti ljudi, ki kot begunci, migranti, iskalci azila prihajajo v Evropo. Oni vedo, da tukaj niso več dobrodošli. Da tukaj, tudi danes v Evropskem parlamentu, več razpravljamo o tem, kako jih odvrniti, zaježiti, ograditi in zavrtniti.

Preprosto rečeno – preveč jih je, da bi jih lahko sprejeli širokogrudno, v skladu z etiko in vrednotami, na katere se sklicujemo v takšnih govorih. O tem, kaj se nam bo v Evropi zgodilo, nismo razmišljali, ko smo odobraval in sodelovali v vojnah, ki so te ljudi pognale iz njihovih domov in jih pripravile do tega, da se danes s svojimi družinami ponižujejo po naših cestah in mejah, da umirajo na prevrnjenih barkah.

O tem nismo razmišljali, ko smo nasilnim intervencijam dali prednost pred političnimi in diplomatskimi rešitvami. Danes smo tukaj slišali veliko čustvenih govorov, veliko jeze nad našo nemočjo. Sam pri tem ne bom sodeloval.

Poudaril bi le to, da moramo v tem trenutku vsi – visoka predstavnica Mogherini in vse evropske vlade – že zaradi lastne krivde in napačnih odločitev nujno odločno in iskreno podpreti pogovore o miru v Siriji, ki edini lahko povrne zaupanje, da se bodo begunci imeli kam vrniti, ko pride čas za to. In nato bomo morali najti politične rešitve tudi za druge države, iz katerih bežijo ljudje k nam v Evropo.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, en estos días, en estos tiempos, deberíamos recordar el caso de Ana Frank y cómo Estados Unidos podría haber salvado su vida y la de su familia si no les hubieran denegado el visado para emigrar. Los lentos trámites y el temor a que entre los refugiados se infiltrasen espías nazis -no sé si esto les suena de algo- frustraron peticiones de asilo que habrían salvado miles de vidas.

Medidas como las aprobadas en Dinamarca o las recientes amenazas de la Comisión contra Grecia son indignantes en un continente con una historia reciente tan traumática como la nuestra. La Unión Europea debe actuar ya, propiciar una salida diplomática a la guerra civil siria, cortar el suministro de armas a la zona y realizar una política eficaz de acogida a los refugiados, tanto en los países de la región, como Turquía, Líbano, Jordania, como en Europa.

Y debe la Unión Europea asumir su responsabilidad de garantizar el derecho al asilo. Garantizar el derecho al asilo y la adecuada integración de los refugiados exige movilizar recursos y cambiar nuestras prioridades políticas.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Frau Vorsitzende, aufgrund der Wiederholungsfälle ersuche ich Sie, etwas zur Mäßigung der Diktionen aufzurufen. Ich höre von der Linken jetzt zum dritten Mal Diktionen, die, bei aller Traurigkeit der Situation an Europas Außengrenzen, in keinem Maß, in keiner Verhältnismäßigkeit zu den Gräueln der Nazizeit stehen.

Ich höre hier, dass Vergleiche zur Nazizeit angebracht werden. Ich hörte zweimal, dass die Vorrednerin den Umgang mit den Flüchtlingen mit dem Holocaust verglich. Holocaust ist ein einmaliges Verbrechen unter den Nazis, und ich ersuche Sie hier, dass Sie einschreiten und erklären, dass diese Vergleiche unangebracht sind und nicht weiter verwendet werden dürfen.

Mara Bizzotto (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nel 2015 un milione di migranti ha travolto l'Europa e l'invasione continua e continuerà. Gli Stati di confine, come l'Italia e la Grecia, si sono trovati da soli ad affrontare un'emergenza sociale senza precedenti e i nostri cittadini hanno dovuto fare i conti con le tragiche conseguenze sociali dell'immigrazione di massa, con l'aumento incontrollabile della violenza, della criminalità nelle nostre città, con la follia terrorista islamica. I confini esterni dell'Unione sono un colabrodo. La situazione è insostenibile e può solo peggiorare. Senza i giusti controlli su chi arriva per mare o per terra, senza una seria politica comune sull'immigrazione e senza rimpatri obbligatori per le migliaia di clandestini che vivono sulle spalle della nostra gente, l'Unione europea non sopravvivrà alle pressioni sociali di questa emergenza immigrazione. L'Unione europea ha dormito profondamente in questi anni, sognando un'Europa unita e forte. È ora di svegliarci perché il sogno dell'Unione europea unita si è trasformato in un incubo per la nostra gente.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord saluer ce que le dernier intervenant du groupe conservateur vient de dire, c'est-à-dire que nous devons être nuancés quand il s'agit de tous ces mots, «réfugiés», «migrants», etc., mais je me permettrais d'attirer son attention sur le fait que le premier à cultiver ces confusions, c'est le Premier ministre britannique, David Cameron.

C'est pour cela d'ailleurs, que nous avons maintenant d'immenses problèmes pour négocier la proposition britannique, qui est un non-sens, autant que cette crise. Mais je suis content qu'il y ait des conservateurs qui comprennent le nœud du problème.

Ceci dit, je voudrais insister sur la question des réfugiés dans sa dimension «affaires extérieures», notamment sur le fait que, dès la reprise des négociations à Genève, l'Union européenne s'efforce de peser de tout son poids sur ces négociations.

Nous sommes affaiblis dans ce contexte, parce que, il faut le dire, nous n'avons pas entendu le cri des Turcs, des Jordaniens, des Libanais, qui nous alertaient depuis des années sur la crise des réfugiés et sur les efforts qu'ils ont faits. Nous leur avons répondu très très tard. C'est une leçon que nous devons tirer.

Je voudrais aussi dire un mot aussi sur l'importance de notre partenariat avec la Turquie, parce que je sais qu'il y a ici, dans cette assemblée, beaucoup de gens qui sont tout à fait irresponsables quand il s'agit de la Turquie. Pour des raisons qui tiennent à leurs affaires partisans, ils sont prêts à bafouer la Turquie, à la mettre dans des situations impossibles, sans comprendre que nous avons besoin de ce partenaire pour résoudre la crise des réfugiés.

Richard Howitt (S&D). – Madam President, when at the end of last year the EU pledged to provide a facility of EUR 3 billion to Turkey to help them assist with the 2.75 million refugees that they have received from Syria, it was hailed as a key tenet of the EU's response to the refugee crisis. This facility was meant to start to provide grants and other financial support as of 1 January 2016, and it is appalling that here we are, more than a month later, and still EU Member States are fighting over how much they will contribute to the facility. My country might have been quickly prepared to pay its share, but I remain deeply disappointed that the United Kingdom has opted out from taking its share of refugees in the joint relocation scheme.

Initially it was said that only EUR 0.5 billion would be provided from the EU's own budget. The rest would be genuine new money from the EU Member States. And yet to date, that figure has risen to EUR 1 billion from the EU budget. We must make sure that it rises no more. President Juncker was right when he said that these EUR 3 billion are a question of credibility for the EU. And on a day when there are those in my own Member State, sadly, who want the European Union to fail that test of credibility, we have to make sure that it succeeds. As my political group has emphasised, whatever the crisis, our shared values must remain the same. And I call on all Members here to go back to your governments and to get them to commit the money so the facility can offer the humanitarian development support that is so desperately needed.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Bardzo szanuję moich przedmówców, ale gdybym zadał teraz pytanie, ilu z państwa było w obozie dla uchodźców, ile rąk by się teraz podniosło? Nie wiem, nie zadaję tego pytania. Ja sam byłem w obozie uchodźców w tym roku. Poświęciłem na to część swego urlopu, gdyż było to w Kurdystanie. I proszę państwa, bardzo wielu z nich wcale nie chce jechać do Europy, chcą wracać do siebie, tam, gdzie teraz rządzi państwo islamskie. Myślę, że trzeba i warto dawać pieniądze nie tylko Turcji, ale i także Kurdystanowi, żeby jego mieszkańcy tam pozostali, bo mają blisko do swoich domów.

I na koniec, nie bądźmy hipokrytami! Dzisiaj mówimy o solidarności europejskiej. Pamiętam, kiedy prezydent Francji – zwracam się teraz do moich francuskich przyjaciół – zabrał tutaj głos w grudniu w 2007 roku, mówiąc o tym, że pakiet klimatyczny jest świetny dla starej Unii, ale już nie dla nowej. Czy wtedy mówiliście o solidarności europejskiej? A czy moi niemieccy przyjaciele mówili o solidarności europejskiej, kiedy budowali Nord Stream z Rosjanami? A więc mówić należy o solidarności europejskiej we wszystkich wymiarach, a nie tylko w tym jednym.

Morten Helveg Petersen (ALDE). – Fru formand! Vi har en solidaritetskrise i EU, en krise, der viser sig i form af et handlingslammet EU. For første gang er den fri bevægelighed, der jo er en af grundstenene i EU, ikke noget, vi kan tage for givet. Europa har fejlet, vi har fejlet. Hverken institutioner eller vi politikere har haft de svar, som borgerne med rette kan forvente. Det skyldes alt sammen, at den politiske vilje ikke er til stede.

Selvfølgelig er EU den helt afgørende ramme, hvis vi skal løse problemerne i fællesskab. Men EU er ikke en knap, som man bare kan trykke på, og så løser alting sig selv. Hvis ikke medlemslandene bringer noget med til fællesskabet, vil noget med fællesskabet, ja, så er der ikke noget fællesskab. Og det, vi oplever i øjeblikket, er, at over hele Europa taler regeringerne om fælles løsninger, men handler nationalt.

Da er det vigtigt at sige, at der påhviler os alle sammen et ansvar for at løse problemerne. De løsninger skal vi finde i fællesskab! Det skal medlemslandene også forstå og levere. Det haster, og det kan passende finde sted på det europæiske topmøde her i midten af februar. Så det er hermed en opfordring til Rådet om at se at få handlet. Jeg tror, at vi deler analysen mange af os, at hvis vi skal have fælles løsninger, så kræver det vilje, og den vilje skal man mobilisere her i midten af februar.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta, demasiados años después, el Consejo anuncia que ha adoptado las decisiones oportunas y que ahora toca pasar a la acción. La Comisión insinúa que cuantos más refugiados expulsemos, más confiará la gente en la política de asilo europea. El Partido Popular Europeo remacha que no permitirá que se abuse del derecho de asilo. ALDE dice que el día D es el 18 de febrero. Señorías, hace miles de muertos que el día D pasó.

Y algunos diputados alardean de corazón y solidaridad cuando sus partidos demuestran y hacen todo lo contrario allí donde gobiernan. Una colega italiana hablaba de juego perverso que reúne incapacidad y falta de voluntad. E hipocresía, añadiría yo. Solo puedo agregar que Samuel Beckett podría haber situado aquí su teatro del absurdo.

Señorías, a quienes no lo hayan hecho, les animo a viajar a Lesbos, Ceuta, Presevo o Calais. Así, sabrían mejor lo que pasa y este debate sería muy distinto.

Nicolas Bay (ENF). – Madame la Présidente, tout à l'heure, nous avons entendu le président du groupe socialiste nous dire, l'écume aux lèvres, que le problème de l'Europe, en ces temps de catastrophe migratoire, était le virus de la peur, qui s'installerait chez les Européens. Un discours applaudi par le président du PPE, porte-parole de M^{me} Merkel. Que M. Pittella épargne donc sa salive abondante, qu'il ménage ses petits nerfs fragiles et qu'il accueille donc chez lui, à son domicile, quelques-uns de ces soi-disant réfugiés!

Au détriment des intérêts vitaux de nos peuples, vous prétendez défendre une communauté de valeurs, mais vos valeurs sont abstraites et désincarnées, au service d'idéologies dangereuses et utopiques. Non, vos valeurs ne sont pas les nôtres, vos priorités ne sont pas les nôtres, car charité bien ordonnée commence par soi-même, c'est-à-dire par les siens. Or, vous voulez aider à tout prix les clandestins avant nos citoyens, toujours les autres avant les nôtres et bien sûr vous-même avant tout le monde! Car ce n'est pas vous qui payez les conséquences de vos folles décisions, mais nos compatriotes les plus modestes et les plus fragiles.

Quand j'ai vu que ce débat portait sur les violences à l'encontre des migrants et non sur les violences commises par eux, de Cologne à Calais, j'ai d'abord cru à un lapsus. Mais non, vous osez vraiment tout, et c'est à cela qu'on vous reconnaît!

Ελισσάβετ Βοζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, σε ένα περιβάλλον απειλής κατά της ζώνης Σένγκεν οφείλουμε να είμαστε ειλικρινείς απέναντι στους εαυτούς μας και τους πολίτες μας. Το κλείσιμο των συνόρων είναι πολιτική επιλογή, όχι αναγκαιότητα. Επιλογή συγκεκριμένων κρατών που δεν θέλουν τους πρόσφυγες στο έδαφός τους, αδιαφορούν για τις ευρωπαϊκές αξίες και τους διεθνείς κανόνες και πρωταγωνιστούν σε παιχνίδια μετάθεσης ευθυνών. Η Ελλάδα αγωνίζεται να ελέγξει – κατά το δυνατόν – μια απέραντη θαλάσσια έκταση στο Αιγαίο, εκεί όπου και οι ειδικοί της Frontex κρίνουν ότι ο αποτελεσματικός έλεγχος είναι αδύνατος, σέβεται το διεθνές δίκαιο, συνεργάζεται με τις ευρωπαϊκές υπηρεσίες και κυρίως σώζει ανθρώπινες ζωές.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση γνωρίζει πολύ καλά ότι στα παράλια της Τουρκίας δρουν τα μεγαλύτερα δίκτυα διακίνησης ανθρώπων με τεράστιο τζίρο, διαπράττοντας το πιο απεχθές σύγχρονο οργανωμένο έγκλημα, αλλά δεν ασκεί τις αναγκαίες πιέσεις για τη δημιουργία «hot spots» και εκτός ευρωπαϊκού εδάφους, σύμφωνα με το ψήφισμα του Συμβουλίου της Ευρώπης. Εμείς εμμένουμε σε αυτό για να μη χαθούν άλλοι άνθρωποι και ζητούμε να υποχρεωθεί η Τουρκία να σεβαστεί τις συμφωνίες που έχει υπογράψει και να τηρήσει τις δεσμεύσεις της.

Δεν ωφελεί να απειλούμε την Ελλάδα που λόγω της γεωγραφικής της θέσης έχει επωμιστεί το βάρος της μεγαλύτερης προσφυγικής κρίσης από τον Δεύτερο Παγκόσμιο Πόλεμο. Ας αναλάβουμε όλοι τις ευθύνες μας. Τυχόν κατάρρευση της ζώνης Σένγκεν θα είναι αποκλειστικά δική μας ευθύνη και δεν θα οφείλεται στη μεταναστευτική κρίση. Ο μεγάλος χαμένος θα είναι η ίδια η Ευρώπη και οι αξίες της.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señora Presidenta, hoy es el «Día de la Marmota» y, como en esa magnífica película de Bill Murray, nuestros días y nuestros debates se repiten sin apenas cambios. Solo que no estamos viviendo una comedia, sino que estamos viviendo uno de los mayores dramas de los últimos años.

El invierno ha llegado, los refugiados siguen huyendo de la guerra, muchos de ellos no consiguen llegar a nuestros países porque mueren en el camino y, por si fuera poco, Europol nos lanza el otro día que hay 10 000 menores desaparecidos en nuestras fronteras. La palabra «urgencia» se ha quedado corta.

Desde octubre que estamos hablando del programa de ayuda a los refugiados en Turquía se ha avanzado poco, por no decir nada. El vicepresidente Timmermans definía la creación de este instrumento como la traducción de nuestras intenciones en acciones concretas. Veinticuatro horas después de su presentación, este Parlamento ya tenía una propuesta de financiación concreta, lista para entrar en vigor el 1 de enero, y el Consejo, dos meses después, todavía no lo tiene claro: ni cómo financiar ni qué hay que hacer. Dicen que lo están estudiando y que nos mantendrán informados. ¿En serio? ¿A qué están esperando? ¿Qué es lo que tiene que ocurrir para que los Veintiocho desbloqueen las negociaciones?

No podemos seguir con discusiones eternas y estériles ni sobre la financiación, ni sobre la política de asilo, ni sobre cómo afrontar la llegada de refugiados. Por favor, pónganse las pilas, cierren los acuerdos necesarios, hagan lo que tengan que hacer, porque la gente se nos está muriendo a las puertas de nuestra casa.

Amjad Bashir (ECR). – Madam President, the more things change, the more they stay the same. We continue to waffle on the migration issue, and while there is great frustration over the lack of progress, not enough of us are willing to admit that close cooperation with our neighbours is essential if we are ever going to bring the situation under control. Turkey is, whether some like it or not, a key partner in the overall management of the migration crisis that is hitting us much closer to home, and Turkey's overall political relationship with the EU is simply not part of this debate. Let us not forget that Turkey has shown goodwill by providing care for over two million refugees who have already poured into the country. Obviously, any funds given to Turkey must be carefully monitored, but processing centres, shelter, food and education over there will go a long way to stemming the problem over here.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, são as políticas de ingerência e agressão dos EUA, da NATO e da União Europeia que estão na origem dos conflitos no Médio Oriente e no Norte de África. Políticas que não hesitam em financiar e promover forças extremistas, em realizar contratos milionários de venda de armas a ditaduras como a Arábia Saudita, com vista ao domínio económico e geopolítico daquelas regiões.

Essa é a razão de fundo do êxodo em massa de milhões de pessoas que chegam ao continente europeu fugindo da fome, da miséria, da guerra e da morte. Pugnasse este Parlamento pela defesa dos direitos humanos e condenaria sem tibiezas a resposta a esta realidade.

Os muros, as legislações fascistas de humilhação dos refugiados, o conceito da Europa fortaleza, o financiamento a Estados vizinhos para conterem a vaga de refugiados em autênticos campos de concentração, são a marca de brutalidade e desumanidade da União Europeia. Aqueles que conseguem sobreviver a tanta solidariedade, restam-lhes condições miseráveis de acolhimento que precedem um repatriamento compulsivo.

A História condenará aqueles que agora calam ou o apoiam estas políticas.

Sophie Montel (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, comme le réveil est difficile! Partout en Europe, l'idéologie immigrationniste, que vous avez promue, a volé en éclats. Partout, la réalité a repris ses droits: attentats, viols de masse, agressions antisémites et autres passages à tabac de chrétiens sont la conséquence de votre aveuglement. Mais plutôt que d'écouter les mouvements patriotes d'Europe, qui avaient prédit la débâcle, vous refusez encore de reconnaître vos torts et cherchez désespérément des palliatifs.

Cependant, vos remèdes vont aggraver le mal, car financer la Turquie, qui joue à un jeu trouble avec le groupe «État islamique», est irresponsable, car il est criminel de se refuser à renvoyer massivement chez eux les migrants, car ne pas assumer votre responsabilité dans la montée des tensions entre les migrants et des populations locales poussées à bout par des actes de barbarie est lâche et méprisable.

Au nom des peuples européens, M. Juncker, arrêtez les dégâts et écoutez-nous.

Barbara Kudrycka (PPE). – Zaginięcie ogromnej liczby emigrujących dzieci w Unii Europejskiej rodzi pytanie o poziom bezpieczeństwa w obozach dla uchodźców. Pokazuje też słabość informatycznych baz danych o osobach przybywających do Europy. Wiemy, że część tych dzieci nie posiadała żadnych dokumentów, ale przecież przeszła wstępną rejestrację na terenie Unii. Teraz obawiamy się, że zmuszane są przez gangi do niewolniczej pracy czy nawet prostytucji.

Jak można odnaleźć te dzieci, jeśli w Unii Europejskiej nadal nie mamy zintegrowanego systemu wszystkich baz danych takich jak Eurodag, System Informacyjny Schengen i innych, a instytucje europejskie, takie jak EASO, Frontex czy nawet Europol nie mają pełnego do nich dostępu? Jak można skutecznie prowadzić śledztwo przeciw gangom przemytniczym, jeśli odpowiednie służby w krajach członkowskich nie zawsze chcą się w pełni wymieniać niezbędnymi informacjami? Jak wreszcie Frontex ma koordynować ochronę granic zewnętrznych, jeśli nie może skorzystać z Systemu Informacyjnego Schengen na terenie kraju objętego największą falą migracji? Jak to się wreszcie stało, że powołaliśmy w Unii Frontex, potem stworzyliśmy System Informacyjny Schengen, a potem zablokowaliśmy możliwość współdziałania tych instytucji nie tylko w czasach spokoju, ale też w czasach kryzysu.

Илияна Йотова (S&D). – Г-жо Председател, трябва да си отговорим днес на един въпрос – иска ли ЕС да управлява кризата с миграцията или да се справя само с последствията? Ако отговорът е „управление“, то не се справяме. Древната легенда за Сизиф и камъка продължава да бъде емблема на тази политика. Не сме решили нито един проблем на бягащите от войните и смъртта хора, не сме спрели икономическите мигранти, не сме успокоили собствениците на граждани. Вместо солидарни решения – сепаратистки съюзи на държави членки без адекватна реакция на Съвета, нови стени и огради и опити за разрушаване на Шенген.

Кризата постави Европа в извънредна ситуация, изискват се извънредни мерки за извънредно кратки срокове. Необходимо е засилване на службите за сигурност и граничните органи при стриктно спазване на човешките права и международните договори. Това искат нашите граждани, но Комисията бави приемането на регламента за охрана на границите. Прилага двоен стандарт, защо изключва България, Румъния и Хърватия от обхвата на новата агенция. Има опити за буферни зони между шенгенска Европа и транзитните държави.

Дъблин трябва да се промени, но не се премахва клаузата за първа държава на прием. Как ще действа постоянен механизъм за релокация, като временният още не е задействан? Каква е рекапитулацията от Ла Валета и Западните Балкани?

И още нещо г-н Комисар, Балканите са сложен регион – там конфликтите се раждат бързо и никога не затихват, нека да не си играем с огъня! Изолирането на Гърция е несправедливо. Тя ли е виновна, че споразумението с Турция не работи? Това е европейски, а не гръцки проблем. Крайно време е Съветът през февруари да направи пълен преглед на всички политики досега и да излезе с програма, с конкретни действия и срокове.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Комисар, дами и господа представители на PPE, S&D, ALDE, GUE, този дебат е абсолютно безусловно доказателство за пълния провал на политиката, която вие, вашата Комисия и вашите правителства водите в последните години по отношение на нелегалната имиграция, на безумната политика на откупи за Турция въпреки нейната подкрепа за Ислямска държава и салафитския тероризъм.

Всичко, за което ние от ECR ви предупреждавахме, се случи. Четири часа вашите лидери театрално и, прощавайте, лицемерно се опитват да се оправдават за чутовния провал на така наречената интеграция на събрания мултикултурализъм, на квотите за нелегални имигранти и прочие провалени безумия. Потресаващото лицемерие, насилието в Кюлн и други европейски градове, милионите нелегални имигранти, нападенията, извършени от тях из цяла Европа, безредицата по европейските граници, хилядите изчезнали деца, жертвите на всякаква експлоатация, са само ваша отговорност и ваша вина и това не може да бъде отречено.

Прекратете лицемерието и оправданията, признайте вината си и поражението, спестете празните приказки!

Reimer Böge (PPE). – Frau Präsidentin! In der Tat! Die Systeme, die wir geschaffen haben, waren für normale Zeiten und waren nicht krisenfest. Es fehlt auch an der Umsetzung bestehender Vereinbarungen. Ich sage hier auch: Der Schutz der Außengrenzen muss gemeinsame Angelegenheit werden, und dies gilt auch für die gerechte Lastenverteilung – einschließlich der Finanzen – bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, wie Artikel 80 des Vertrags es ausführt. Sichere Herkunftsländer zu definieren war und ist überfällig. Aber ohne Entwicklung und Stabilisierung im Nahen und Mittleren Osten und Afrika werden wir langfristig von gescheiterten Staaten umgeben sein, und der Zustrom wird kein Ende finden. Ich denke, auch unsere Nachbarschaftspolitik bedarf einer generellen Überprüfung und Neuausrichtung.

Nun reden wir über eine Türkei-Fazilität – ursprünglicher Kommissionsvorschlag: 500 Millionen aus dem Haushalt, 2,5 Milliarden durch die Mitgliedstaaten. Ohne Beteiligung des Parlaments heißt es auf einmal, meine Herren Kommissare: Eine Milliarde aus dem europäischen Haushalt. So gehen wir in Zukunft als Partner nicht miteinander um, um das sehr deutlich zu sagen!

Jetzt höre ich im Hinblick auf die Geberkonferenz, die am Donnerstag in London stattfindet: Die Europäische Union wird eine Zusage von 2,2 Milliarden machen und bittet alle, die Engagements zu verdoppeln. Ist das jetzt frisches Geld, oder stammt das aus dem Paket vom Oktober 2015/2016 von 9,2 Milliarden? Und dann, Frau Präsidentin, sagt man: Mazedonien und Serbien sollen Hilfen aus dem Syrien-Mandatsfonds bekommen. Auch richtig, aber vergessen wir denn, dass wir vorher 500 Millionen aus dem europäischen Haushalt genommen haben und unseren Nachbarschafts- und Beitrittskandidatenländern entzogen haben? Das ist Haushaltsjongliererei. Taschenspielertricks gehören in den Zirkus und nicht in eine ernsthafte Haushaltspolitik zur Beendigung der Flüchtlingskrise.

Kati Piri (S&D). – Terwijl de Europese Commissie hard haar best doet om een gezamenlijk antwoord te formuleren op de vluchtelingencrisis zien we daar in de realiteit weinig van terecht komen. Het gebrek aan solidariteit binnen de EU ligt daaraan ten grondslag. Het Europa van Viktor Orbán, het oude Europa van de hekken komt elke dag dichterbij.

Afgelopen week hoorde ik eindelijk een ander geluid uit een Europees land. De Nederlandse regering lanceerde een alternatief plan om op grote schaal vluchtelingen een veilige legale route naar Europa te bieden. Er werd gesproken van 250 000 hervestigingen per jaar. Wat de PvdA betreft mag dat zelfs wat ambitieuzer.

Ook hoorde ik een regering die stelt dat we ons niet moeten laten verlammen door een aantal dwarsliggers binnen de EU, maar nu het voortouw moeten nemen met welwillende landen. De illegale route die door de mensensmokkelaars beheerd wordt, moet dus een onaantrekkelijk alternatief worden. Hoe, daarover kunnen we twisten. Helaas had Commissie snel een antwoord klaar en werd het plan bij voorbaat afgeschoten. Hoeveel alternatieven denkt u dat er zullen zijn voor het Europa van de hekken? Commissaris Avramopoulos, kunt u hier uitleggen waarom de Europese Commissie de denkrichting van dit plan afwijst en kan minister Koenders uitleggen op welke manier er binnen de Raad steun wordt geworven voor dit plan?

Peter van Dalen (ECR). – Goed de heer Koenders en zijn team hier te zien. Welkom! Er liggen stapels plannen op tafel over de wijze waarop de Europese Unie het vluchtelingenvraagstuk moet aanpakken. En ik zou zeggen: laten we stoppen nog meer plannen te maken. Het is tijd voor daden!

Raadsvoorzitter Nederland moet nog deze maand een topconferentie houden en - zeg ik als protestant - volgens het model van een pausverkiezing in Vaticaanstad. Je komt pas naar buiten als er een besluit is genomen en witte rook te zien is. De begrippen warmhartigheid en controle moeten uitgangspunten zijn bij die conferentie. Europa vangt warmhartig mensen op van wie het leven op het spel staat vanwege oorlog of geloofsvervolgung. Maar voor asielzoekers uit bijvoorbeeld Marokko, Algerije en Albanië is geen plaats. Die kunnen best in hun eigen land hun brood verdienen. En laat Europa dan de ontwikkelingshulp zo inrichten dat dat daar ook goed gaat.

Ten slotte, we moeten voorkomen dat Turkije juist nu de EU wordt ingerommeld. Zowel voor hen als de EU is een goed nabuurschapsprogramma verreweg de beste optie.

Carlos Coelho (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Presidente do Conselho, Senhor Comissário, desde o início desta crise de refugiados tenho dito que se exija à União agir em dois níveis distintos: um mais imediato, outro de longo prazo, um para fazer face à emergência, outro para ir à raiz dos problemas.

Não é anunciando medidas legislativas de impacto longínquo que fazemos face às emergências. Foi assim com as operações de busca e salvamento. Os Estados não quiseram responder no início e só confrontados com as tragédias no Mediterrâneo concederam mais apoios.

O mesmo acontece agora com Schengen. O mecanismo de urgência de recolocação continua fraco, os *hot spots* na Grécia e em Itália continuam sem os meios necessários, as operações de retorno continuam sem acontecer e, se tal não bastasse, proliferam ainda as medidas nacionais, isoladas e egoístas. Sem dar uma resposta imediata à urgência, os Estados, e não os refugiados, estão a colocar Schengen em perigo.

É claro que a reintrodução de controlos nas fronteiras internas é uma possibilidade à disposição dos Estados-Membros, mas são medidas temporárias, não resolvem problema nenhum. A livre circulação no Espaço Schengen sempre teve como contraponto fronteiras externas comuns reforçadas.

O novo mecanismo de avaliação de Schengen, que aprovámos em 2013 e que foi usado recentemente na Grécia, demonstrou que a União tem capacidade de identificar os problemas, mas como resulta claro desta crise, a União necessita de instrumentos para responder a esses problemas quando os Estados-Membros não o consigam fazer. A FRONTEX deve, por isso, ser reforçada.

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den aktuellen Haushalt 2016 hat die Europäische Union alles mobilisiert, was der mittelfristige Finanzrahmen möglich macht. Milliarden sind bereitgestellt worden, um Fluchtursachen zu beseitigen und die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise zu unterstützen. Dazu gehört, dass die Haushaltsbehörde der EU die Beiträge aus dem EU-Haushalt für die verabredeten *Trust Funds* bereitgestellt hat.

Davon sind die Mitgliedstaaten leider noch weit entfernt. Meine Frage an die Mitgliedstaaten ist: Warum verständigen sie sich auf diese Instrumente, wenn sie sie offensichtlich nicht zu nutzen bereit sind? Das Europäische Parlament hat bewiesen, dass es bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eine konstruktive Rolle spielt. Daher finde ich es als Mitglied des Haushaltsausschusses auch befremdlich, dass dieses Haus von der Finanzierung der Türkei-Fazilität immer nur aus der Zeitung erfährt.

Meines Wissens hat weder die Ratspräsidentschaft noch die Kommission bisher das EP dazu konsultiert. Ich finde, das sollten Sie dringend nachholen.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ορισμένοι κατηγορούν, εντελώς άδικα βεβαίως, την Ελλάδα ότι δήθεν δεν περιορίζει τις προσφυγικές ροές στο Αιγαίο. Μάλιστα, απειλούν την Ελλάδα με αποβολή από την Σένγκεν παρότι βέβαια γνωρίζουν ότι αυτό δεν προβλέπεται. Νομίζετε, συνάδελφοι, ότι το θέμα της ανάσχεσης των χιλιάδων προσφύγων, που φέρνουν τα τουρκικά δουλεμπορικά κυκλώματα στο Αιγαίο, θα το λύσει η νέα Frontex; Που θα κάνει τι; Θα βυθίζει βάρκες γεμάτες πρόσφυγες;

Δεν έχετε άρα διερωτηθεί γιατί χιλιάδες πρόσφυγες διακινδυνεύουν να πνιγούν στο Αιγαίο για να έρθουν στην Ελλάδα και δεν επιλέγουν να πάνε από την Τουρκία στη Βουλγαρία; Γιατί άραγε η Ελλάδα έχει μετατραπεί σε μαγνήτη για τους πρόσφυγες; Μα γιατί είναι η μοναδική χώρα Σένγκεν που γειτνιάζει με την Τουρκία και ως χώρα Σένγκεν χορηγεί ταξιδιωτικά έγγραφα που τα παίρνουν οι πρόσφυγες για να πάνε στη Γερμανία.

Εάν η Ελλάδα αποχωρήσει από τη Σένγκεν, τότε το 90% των προσφύγων δεν θα έρχεται στην Ελλάδα. Για αυτό έχω προτείνει ήδη από τις 11 Δεκεμβρίου η Ελλάδα να κλείσει τα σύνορα και να αποχωρήσει από τη Συνθήκη Σένγκεν. Οι αρνητικές συνέπειες για την πατρίδα μου θα είναι ελάχιστες και τα οφέλη τεράστια. Αφήστε λοιπόν τη διγλωσσία. Άλλωστε η Σένγκεν έχει ανασταλεί στη Γερμανία, τη Γαλλία, τη Σουηδία, την Αυστρία και τη Δανία. Εφαρμόστε τη μετεγκατάσταση των προσφύγων. Σταματήστε να θωπεύετε την Αγκυρα, δημιουργήστε «hot spots» στην Τουρκία.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία πρόεδρε, παρά τις δικαιολογημένες επιφυλάξεις πρέπει να προωθήσουμε στην Τουρκία τα χρήματα που έχουν εγκριθεί για να καλυφθούν οι ανάγκες των δύομις έως τριών εκατομμυρίων προσφύγων που έχουν καταφύγει σε αυτήν. Όσο καθυστερούμε, τόσο πιο γρήγορα θα ξεφύγει το προσφυγικό από κάθε έλεγχο. Έχουμε μπροστά μας δύο μήνες δύσκολου καιρού στο Αιγαίο, που σημαίνει ότι οι ροές θα είναι πενήντα έως εξήντα χιλιάδες άτομα το μήνα. Από τον Απρίλιο όμως, και με τη βοήθεια του καλού καιρού, οι ροές μπορεί να φτάσουν τις εκατόν πενήντα χιλιάδες άτομα το μήνα αποσταθεροποιώντας την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Μόνο εάν αλλάξει η πολιτική της Άγκυρας και γίνει πιο περιοριστική θα μειωθούν δραστικά οι προσφυγικές ροές. Για να δούμε όμως αν η κυβέρνηση της Τουρκίας είναι συνεργάσιμη, θα πρέπει πρώτοι εμείς να καλύψουμε τις βασικές οικονομικές ανάγκες των προσφύγων που βρίσκονται στην Τουρκία. Άλλωστε, εμείς επειγόμαστε για γρήγορη μείωση των προσφυγικών ροών. Εάν στηρίξουμε οικονομικά τους πρόσφυγες στην Τουρκία και αυτή δεν ανταποκριθεί, τότε θα ακολουθήσουμε αυστηρή πολιτική απέναντί της. Πρέπει, όμως, πρώτα να στείλουμε τα χρήματα για να αξιολογήσουμε την αντίδραση της Άγκυρας και να πάρουμε οριστικές αποφάσεις.

Πολλοί από τους συναδέλφους πιστεύουν ότι καθυστερώντας ή ματαιώνοντας την αποστολή των χρημάτων θα τιμωρήσουμε το καθεστώς της Τουρκίας για το οποίο εγώ δεν έχω ιδιαίτερα θετική άποψη. Πιστεύω, όμως, ότι καθυστερώντας την αποστολή των χρημάτων τιμωρούμε δύομisi ως τρία εκατομμύρια πρόσφυγες και τους εαυτούς μας.

Daniele Viotti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, accanto alla discussione che stiamo facendo in queste ore e in queste settimane e mesi in Parlamento, una discussione alta, che ha a che fare con i valori dell'Europa, c'è una discussione parallela – e non è una discussione – che conduce da solo il presidente Weber contro il governo italiano. Noi invece avremo bisogno di politica e non di questioni e ragionamenti ragionieristici come vengono sempre prodotti dal presidente Weber.

Mi chiedo, per esempio, perché in questa giornata non sia stata spesa una sola parola sul suo collega di partito, il Presidente dell'Ungheria Orbán, che costruisce dei fili spinati nella nostra Europa. Questa, per esempio, sarebbe stata una discussione in tema. È una questione molto complessa. Noi avremmo bisogno appunto di parlare di politica. Avremmo bisogno di rifarci ai valori dell'Europa, di ragionare su Schengen e su come viene attaccato Shengen, su come si accolgono i profughi nel nostro continente, su come si aiutano l'Italia e la Grecia e su come si aiutano i campi profughi in Turchia. E invece stiamo ragionando di questo.

Forse, ed è una domanda che mi faccio e che lascio all'Aula, il vero attacco che sta facendo Weber non è al Presidente Renzi, ma forse è un attacco alla Commissione e al Presidente Juncker.

Николай Барекков (ECR). – Аз съм европейец, но на първо място българин. В този вид Европейският съюз е обречен, а Шенген е напълно мъртъв – един спукан балон. Нови берлински стени разделят Европа. Европа на няколко скорости превърна бедните европейци в гето. Г-жа Меркел покани бежанците, за да си осигури евтина работна ръка за немската икономика. Европейските лидери са безпомощни – те не могат да вземат елементарни решения. Правим прекалени отстъпки пред режима на Ердоган, който търгува петрол с ДАИШ. Не подкрепям даването на 3 милиарда евро за Турция, за да пази нашите общи граници.

Превръщането на бедни европейски държави като България и Гърция в буферни зони, е безумно престъпление спрямо европейски граждани. Изнудвате бедняци за трохи. Нека Германия сама плати тези 3 милиарда, а Европа да подкрепи България за опазването на европейската граница. Тези 3 милиарда трябва да отидат в българската и в гръцката гранична полиция, а не в Турция.

Milan Zver (PPE). – Spoštovani, dovolite mi štiri kratke pripombe. Prvič – vprašanje o nasilju nad begunci je relevantno. Predvsem so ranljivi otroci. Slišali smo, da je na evropskih tleh izginilo kar 10 000 otrok. Europol predvideva, da jih organizirani kriminal, ki jih ugrabi ali kupi, zlorablja za spolno suženjstvo ali za izkoriščevalska dela.

Na drugi strani bi nas morala skrbeti vsaj še ena ranljiva skupina, to so evropska dekleta, vemo zakaj. Torej države članice so pred pomembnim vprašanjem, kako zapolniti varnostni vakuum, v katerem lebdi že dve desetletji.

Drugič – Turčija. EU mora verodostojno in oprezno sodelovati s Turčijo pri zaježitvi migrantskih valov, toda ne smemo se stoodstotno zanesti na njih ali na druge. Predvsem se moramo zanesti nase, predvsem na skupne ukrepe.

Tretjič – Schengen. To je eden od največjih dosežkov Evropske unije. Danes je na preizkušnji in z njim Evropska unija. Hvala bogu, da je Evropska unija ponudila vsaj del rešitve z mejno in obalno stražo, s katero dobiva nova pooblastila za zaščito naših zunanjih meja.

In četrtič – ne glede na prihodnji status Grčije je treba Evropsko unijo rešiti za vsako ceno. Zato bi morali urgentno zaustaviti ali zaježiti migrantski val. V tem smislu bi morala sprejeti alternativne ukrepe. Če to ne gre v Grčiji, pa dajmo pomoč Albaniji, Makedoniji in Bolgariji.

In končno – nemudoma moramo začeti vračati ekonomske migrante.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta; señor Comisario, aquí estamos otra vez en un debate largo y entristecedor que no es sobre refugiados, es sobre una Europa malherida por la indiferencia ante la multiplicación de niños que, como Aylan, no son una imagen en los informativos, sino un ser humano, muchos seres humanos que se ahogan en nuestras playas. Y ante el desmoronamiento de Schengen, desaparecido en combate. Y ante decisiones que marcan una hora de infamia en el Consejo, abandonado a la prolongación de la suspensión de la libre circulación de personas por dos años, o a la confiscación de bienes para financiar la estancia de personas que buscan refugio entre nosotros. Y lo peor de todo, esta revelación que hemos conocido de Europol, por la que diez mil niños, nada menos que diez mil niños, han desaparecido en manos de redes de tráfico ilícito, abandonados en manos de alimañas.

Es imprescindible tomar decisiones para que eso que Jacques Delors definió una vez como una bicicleta que, si no se pedalea, se cae, no se convierta en esta Europa en su hora más oscura, en la que se retrocede, en la desunión y en la insolidaridad, en un estado de alarma permanente, en la que se abandona a su suerte no solamente a su frontera más vulnerable, que es Grecia, sino a millones de seres humanos desesperados.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Usłyszeliśmy długą listę wzruszających deklaracji na temat imigracji. Na tej długiej liście brakuje najbardziej jednego: wiarygodności. Dlaczego właściwie milczymy wtedy, kiedy ktoś konkretnie woła o pomoc, albo kiedy słyszymy niewygodne prawdy? Na przykład, kiedy słyszymy prawdę o przemocy wobec uchodźców, wobec chrześcijańskich uchodźców ze strony imigrantów, nie gdzieś daleko, tylko w ośrodkach dla uchodźców w naszych miastach. W tej sprawie konkretne fakty, o których informowany jest Parlament Europejski, zawarte są np. w tej rezolucji i czekają od wielu tygodni na rozpatrzenie. Dlatego że niewygodnie jest usłyszeć, że uchodźstwo i imigracja to nie tylko pojęcia różne, ale czasami wręcz przeciwstawne. W tym wszystkim nie chodzi o solidarność, ale o narzucenie multikulturalizmu tym państwom, które do tej pory miały szczęście tego uniknąć.

Barbara Matera (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione europea sta fronteggiando un'enorme pressione migratoria alle sue frontiere esterne, che sta mettendo a dura prova la tenuta di diversi trattati, tra cui Schengen. Nonostante la difficile situazione, dobbiamo essere in grado di trovare un giusto bilanciamento tra le esigenze di protezione dei richiedenti asilo, rispettando così i nostri obblighi internazionali e l'impossibilità di accogliere migranti economici. Secondo gli ultimi dati ricevuti, e purtroppo non molto precisi, tra i 500 e i 5 000 migranti varcano ogni giorno il confine turco-greco.

Siamo grati alla Commissione europea per le proposte legislative che ha presentato negli ultimi mesi, ma dobbiamo lavorare affinché si trovi una soluzione sul brevissimo periodo. Sono convinta che l'Unione europea disponga già di un acquis legislativo utile e che queste norme vadano applicate fino in fondo, così come sono convinta che Schengen vada difeso, ma non bisogna superare un limite prestabilito.

La creazione degli *hotspot* e il meccanismo delle quote, che così com'è appare comunque lacunoso, sono sicuramente due delle priorità che l'Unione europea deve mettere in campo per questo fenomeno. L'Unione europea deve raggiungere un'intesa definitiva anche sul finanziamento di 3 miliardi di euro alla Turchia perché controlli il flusso di rifugiati nel periodo 2016-2017. La Turchia può essere un partner geograficamente importante per raggiungere l'obiettivo del controllo dei flussi. Ecco, in questo momento storico, l'Europa non può permettersi di accogliere tutti.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, effectivement, 2 millions et demi de réfugiés, essentiellement des Syriens, sont accueillis officiellement sur le sol turc. Cela ne peut pas nous laisser indifférents, d'autant plus que ces migrants ont vocation, tôt ou tard, à retourner dans leur pays ou à aller dans un pays de l'Union.

La Turquie occupe en effet une situation géostratégique d'importance majeure et nous devons en avoir conscience. Cette situation crée des obligations pour la Turquie elle-même, mais aussi pour l'Union européenne.

L'idée que l'Union apporte son aide à la Turquie est une idée parfaitement intelligente, que je soutiens, mais elle doit se concrétiser dans la transparence. Qui paye ces aides? Les États, le budget de l'Union ou les deux? Qui reçoit effectivement ces aides? Le gouvernement turc ou des ONG? Et qui contrôle l'utilisation de ces fonds?

Voilà autant de questions auxquelles il faut absolument répondre. Tout doit être fait pour que la Turquie puisse accueillir dignement les réfugiés sur son sol.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, πιστεύω ότι το προσφυγικό μας αγγίζει όλους και πρωτίτως οφείλω να πω ότι άγγιξε την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση. Όσο και αν ασκούμε κριτική ή αυτοκριτική πρέπει να λέμε ναι, μπορεί να μην έγιναν όσα έπρεπε να γίνουν, όμως εάν όλοι έκαναν ό,τι έκανε η Ευρωπαϊκή Ένωση, σήμερα πιθανόν να μη συζητούσαμε για προσφυγικό.

Τι έκαναν οι άλλοι όταν η Ευρωπαϊκή Ένωση, μόνο μέσα στο 2015, έδωσε οικονομική βοήθεια για το ευρύτερο θέμα περίπου δεκαοκτώ δισεκατομμύρια; Πόσες συζητήσεις, πόσες προσπάθειες, πόσες ενέργειες και πόσες δράσεις ανέλαβε η Ευρωπαϊκή Ένωση, όταν ο Αραβικός Σύνδεσμος, οι Ηνωμένες Πολιτείες της Αμερικής, η Ρωσία, και άλλες ευρωπαϊκές χώρες που δεν ανήκουν στην Ευρωπαϊκή Ένωση, ουσιαστικά, δεν έκαναν τίποτε και παρατηρούσαν με απάθεια ή πολλές φορές ασκούσαν και κριτική στην Ευρωπαϊκή Ένωση;

Όμως, πρέπει να πούμε κάτι πολύ σημαντικό. Τους πρόσφυγες δεν τους δημιουργεί η Ελλάδα. Η Ελλάδα υποδέχεται τους πρόσφυγες. Την ίδια στιγμή που κάποιες άλλες χώρες υψώνουν τείχη και φράγματα, η Ελλάδα υψώνει τον πήχη της αλληλεγγύης, και ο δοκιμασμένος ελληνικός λαός με δοκιμασμένη την οικονομία του, με λιγοστά μέσα στη διάθεσή του, αποδείχτηκε πρότυπο και παράδειγμα. Πιστεύω ότι αυτοί που συνεχίζουν να πυροβολούν την Ελλάδα δεν αγαπούν την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση και αυτοί που θεωρούν ότι η Ελλάδα πρέπει να μείνει εκτός Σένγκεν είναι γιατί θέλουν να υποσκάψουν και να τινάξουν την Ευρωπαϊκή Ένωση στον αέρα.

Πιστεύω, ότι αν θέλουμε να αναζητήσουμε ευθύνες πρέπει να κοιτάξουμε στην Τουρκία, η οποία αφήνει ουσιαστικά τους πρόσφυγες και τους στέλνει στην Ελλάδα. Τι θέλουν κάποιοι, η Ελλάδα να ξαναστείλει πίσω στην Τουρκία τους πρόσφυγες; Και ένα τελευταίο, κυρία Πρόεδρε, θέλω να πω ότι αξίζει ο ελληνικός λαός και οι Έλληνες των νησιών, και πρέπει να στηριχθεί η πρωτοβουλία και από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή, κύριε Επίτροπε, ώστε να πάρουν το Νόμπελ ειρήνης για την προσπάθεια και τον ηρωισμό που επέδειξαν απέναντι στους πρόσφυγες.

Soraya Post (S&D). – Fru talman! Jag har suttit sedan klockan tre och lyssnat, och jag måste bekräfta en stor besvikelse över denna debatt och nivån på debatten överhuvudtaget. Jag känner mig skamfylld och förskräckt över vad man behöver lyssna till, och jag skäms inför våra 500 medborgare i Europa.

Jag tycker att vi riskerar vansinnigt mycket just nu. Vi riskerar vår värdighet, vi riskerar hela EU projektet och vi riskerar hela förtroendet gentemot EU som projekt från det internationella samfundet. Om inte vi kan stå upp för de mänskliga rättigheterna, om inte vi kan värna humanismen, vem ska då göra det?

Vi pratar om IS, vi pratar om rasism: de bygger på samma ideologi. Vi har det i Europa och vi har det att kämpa mot i Mellanöstern. Vi måste vara ståndaktiga och vi måste arbeta gemensamt. Den brist på respekt som rådet visar gentemot parlamentet och kommissionen är inte värdig ett samarbete.

Enligt Amnestys senaste rapport så kränker EU:s tjänstemän barn och kvinnor. Kommissionen, vad ska ni göra? Vi måste ta itu med de här frågorna. Det ligger på vårt ansvar, det har vi sagt när vi blev valda: vi måste stå upp för alla människors lika värde. Klarar vi inte av det så riskerar vi hela EU och Europas framtid.

Емил Радев (PPE). – Г-жо Председател, крайно време е да се даде ясна визия за насоката на развитие на миграционната политика на ЕС – дали да се запази политиката на отворени врати за всички или да бъде намалена пропускливостта и гарантирана сигурността на европейските граждани, без това да е в разрез с международното право.

Неколкократно съм настоявал за засилване на контрола и сигурността по европейските външни граници – нещо, което моята страна България отдавна прави. Споделената отговорност за тяхната охрана ще доведе до повече доверие между държавите членки и ще гарантира запазването на едно от най-големите постижения на Европейския съюз – свободата на движение. Поради това е изключително важно новата Европейска гранична служба да има мандат да охранява не само шенгенските граници, но и всички външни граници на ЕС.

Гарантирането на сигурността на европейските граждани обаче изисква обществена и политическа подкрепа за действията на европейските гранични служители. За съжаление българските гранични полици, които вършат трудната задача да охраняват изключително насечения терен на границата с Турция, са често критикувани от чуждестранните неправителствени организации. Считаю това за неприемливо, особено имайки предвид, че многократните проверки за спазването на европейското законодателство и ефективната работа на граничната полиция са опровергали тези твърдения.

Не на последно място, искам да обърна внимание на необходимостта от сътрудничество със съседните на ЕС държави, особено тези, които приютяват най-много бежанци или се намират по пътя на миграцията към Европа. Осъществяването на продуктивно партньорство с тях неминуемо ще доведе до по-ефективна борба срещу трафика на хора и намаляване на миграционния поток.

Miriam Dalli (S&D). – Sfortunatament qeghdin f'sitwazzjoni fejn minflok tindirizza l-problema tal-immigrazzjoni fil-qalba tagħha, l-Unjoni Ewropea qed tispicċa d'dur madwar il-problema, b'policies li jindirizzaw biss il-konsegwenzi.

Din hija issue li tmur lil hinn mill-fruntieri tagħna, u li tirrikjedi azzjoni kongunta ma' bosta pajjiżi internazzjonali. L-isfidi li għandna quddiemna, qeghdin jimminaw ukoll il-fruntieri u l-ligijiet Ewropej, li qatt ma kienu ppjanati għall-kriżi li għandna llum. Case in point, il-ftehim ta' Schengen u anki r-regolamenti ta' Dublin.

Il-proposta li l-immigranti jiġu rilokati, għada m'hijiex qed taħdem, u l-piż qed jibqa' jingarr l-aktar minn dawk li qeghdin fuq il-fruntieri. Hu inutli, li nippuntaw subgħajna lejn pajjiż wieħed. Ir-realtà hi li l-pajjiżi li qeghdin fuq il-fruntiera ma jistgħux jithallew aktar għal rihhom mingħajr għajnun.

Hemm b'żonn policies Ewropej li juru bis-serjetà li l-problema qed tiġi managed mill-pajjiżi kollha. Inkella se nibqgħu induru madwar il-problemi mingħajr qatt ma nindirizzaw il-problema kif suppost, u nhallu l-problema tikber ferm akbar milli hi bħal'issa.

Renate Sommer (PPE). – Frau Präsidentin! Ich muss sagen, ich ärgere mich in den letzten Wochen immer über die Sprüche „Wir brauchen eine europäische Lösung in der Flüchtlingskrise.“ Eigentlich haben wir die ja. Wir haben nämlich eigentlich ganz gute Gesetze – natürlich muss hier und da noch eine Stellschraube nachgedreht werden. Wir sind in einer außergewöhnlichen Situation, aber eigentlich sind die Gesetze, die wir zu Asyl und Einwanderung haben, nicht schlecht.

Nur, viele Mitgliedstaaten halten sich ganz einfach nicht daran. Das sollte mal der Bürger zu Hause tun, einfach Gesetze und Regeln, die beschlossen sind, ignorieren! Es kann doch wohl nicht sein, dass Mitgliedstaaten sich weder an Gesetze halten noch ihre Zusagen einhalten. Der UNHCR bekommt das zugesagte Geld nicht und kann entsprechend die Flüchtlinge nicht versorgen. Frontex erhält die längst zugesagte Aufstockung an Personal und Finanzen nicht und natürlich auch keine weiteren Befugnisse. Die Türkei bekommt die zugesagten drei Milliarden Euro nicht.

Was sind eigentlich drei Milliarden Euro? Das klingt viel, aber überlegen wir mal, wie viel schon nach Griechenland geflossen ist, und überlegen wir mal, wie viel „günstiger“ es für die Mitgliedstaaten wäre, diese drei Millionen Euro zu bezahlen, anstatt die Flüchtlinge alle aufzunehmen. Tatsächlich gehe auch ich davon aus, dass längst nicht alle nach Europa wollen, sondern nahe der Heimat abwarten wollen, bis sie wieder zurückkönnen.

Wo ist denn die viel besungene europäische Solidarität geblieben? Die scheint es ja offensichtlich für einige Mitgliedstaaten nur dann zu geben, wenn es darum geht, Gelder aus dem europäischen Haushalt zu bekommen. Dann ist diese Solidarität gefragt. Aber das darf natürlich nicht sein! Es kann doch nicht sein, dass sich Mitgliedstaaten einfach verweigern und die anderen die ganze Last alleine tragen sollen.

Ich finde, solche Mitgliedstaaten müssen zur Rechenschaft gezogen werden, und ich finde, die Kommission sollte in dieser Richtung tätig werden. Da gibt es auch Mechanismen – ich plädiere für Vertragsverletzungsverfahren. Im Übrigen sollte man überlegen, ob solche Mitgliedstaaten wirklich noch immer die Subventionen aus dem europäischen Haushalt bekommen müssen.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, Mr Commissioner, Mr Foreign Minister Bert Koenders, good to see you again. I think we all know that the Dublin system has collapsed, and now Schengen is next in line if we do not act. This situation is a direct result of the lack of solidarity and of a common European approach to the refugee crisis. It is due to the lack of efficient control of our European external borders and the fact that too many Member States are failing to take their share of refugees. While some count their asylum applications in tens of thousands, others are counting them only in hundreds or even less. Member States who are bearing the brunt of the current influx of refugees, such as Germany, Sweden, Denmark, or Austria, are being forced, unfortunately, to adopt the extraordinarily harsh asylum laws that we are seeing today.

It takes effort to keep up with the huge number of refugees, unfortunately. The reason for all of the problems is that Europe is failing to address, first of all, the root causes of the refugee crisis, as well as, of course, failing to cooperate in solidarity. Only four Member States meet the UN target of giving 0.7% in ODA. Money is desperately needed for the UNHCR and other agencies. I appeal to the Commission and Council to act on this and to encourage Member States to take their responsibility both for refugees and for tackling the root causes that have led people to flee.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señora Presidenta, Schengen está en peligro y debe ser protegido. Ninguna situación, por complicada que sea, puede poner en riesgo nuestra libertad de tránsito. Sí, y además hay que salvar vidas y mantener el principio de no devolución.

Nuestros esfuerzos deben ir en dos direcciones: primero, parar la guerra en Siria; y, segundo, asumir las responsabilidades y los compromisos contraídos en materia de reasentamiento, reubicación, infraestructuras, personal o ayudas financieras -hablo de solidaridad-.

Insto a la Comisión y al Consejo a que adopten un acuerdo definitivo para la financiación de los 3 000 millones de euros comprometidos con Turquía; definiendo, y con claridad, su gobernanza y su condicionalidad. Que termine ya el bloqueo del Consejo.

Es necesario el pleno y urgente funcionamiento de los *hotspots*, piezas clave para ordenar las llegadas en nuestro territorio. Todos los Estados deben asumir sus responsabilidades, tanto aquellos que deben proceder al registro y la identificación, como los otros que deben proceder al reasentamiento y la integración social y económica, garantizando, hasta el momento en que acabe el conflicto, la integración que puedan prestar, porque los refugiados quieren regresar a sus hogares, que es donde realmente quieren estar. Hablo de emergencia transitoria.

Mientras tanto, hay que proteger más y mejor nuestras fronteras exteriores y devolver a aquellos que no sean sujetos de protección internacional. Todo ello envuelto y protegido por la Carta de Derechos Humanos.

Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, condivido pienamente quanto detto dalla Commissione e dal Consiglio. Tuttavia, siamo ancora lontani dall'aver trovato delle risposte comuni e temo che non ne troveremo, almeno fino a quando a queste discussioni congiunte non seguiranno decisioni politiche ambiziose e condivise nonché misure attuative delle decisioni prese dal Consiglio e dal Parlamento. È scandaloso che ad oggi solo 400 richieste di ricollocamento siano state accettate dagli Stati membri.

I flussi migratori sono inarrestabili se non si mettono in atto congiuntamente misure emergenziali e politiche di lungo respiro, il tutto all'interno di un quadro giuridico di rispetto dei diritti umani e delle libertà fondamentali. È vero, signor Commissario, il salvataggio di vite umane e il principio di non respingimento non sono valori negoziabili. Senza una visione lungimirante da parte dell'Europa ci troveremo vittime di un fallimento politico senza precedenti, nonché in mano a forze estremiste, xenofobe e populiste, oltre che privati della principale conquista dell'Unione europea, vale a dire la libera circolazione delle persone, la cui fine segnerebbe il declino del progetto di integrazione europea.

Ingeborg Gräßle (PPE). – Herr Präsident! Herr Kommissar, ich finde Sie extrem tapfer heute Mittag. Was hätten Sie in der Zeit alles arbeiten können! Sie hätten sich mit der Frage beschäftigen können, warum es bei den bisherigen Mittelmeerprogrammen der EU gerade auch zur Stärkung der Demokratie, etwa das DCI, zu so starken Verzögerungen kommt. Die betreffen immerhin fast 80 % der Projekte und der Gelder, und zwar in einer Gegend, in der wir dringend investieren müssen. Sie hätten sich auch mit der Frage befassen können, wie viel Geld für die Flüchtlinge tatsächlich bei den Flüchtlingen ankommt. Sie könnten auch die Frage beantworten, warum neues Geld, etwa für *trust funds*, bewirken soll, was das bisherige nicht kann. Ich möchte hier mit vielen Kolleginnen und Kollegen daran arbeiten, gemeinsame Lösungen zu finden. Ich unterstütze die Vorschläge, die Sie gemacht haben. Ich unterstütze die Vorschläge der Kommission und möchte weitere einfordern, etwa für alle Mitgliedstaaten, die selbst umfangreich von der Solidarität der EU-Partner profitieren, aber selbst nicht solidarisch sind. Frau Sommer hat das ja auch schon erwähnt.

Ich glaube, dass das Vorzeigen von Folterinstrumenten immer schon gewirkt hat in der EU, und deswegen glaube ich, dass es auch in dem Fall helfen würde. Geld einzubehalten ist ja eine Sprache, die man auch ohne Dolmetscher versteht.

Es geht um uns alle. Es geht nicht um Deutschland, um die Türkei, Italien oder Griechenland – es geht um uns alle. Deswegen sollten sich auch die schwer schizophrenen Kolleginnen und Kollegen hier sagen lassen: All jenen, die Gemeinsamkeiten einfordern, aber zu Parteien gehören, deren Regierungen zu Hause genau diese Gemeinsamkeit verweigern, möchte ich sagen: Wenn Sie geschwiegen hätten und sich geschämt hätten, dann wäre die Debatte nicht so verlogen gewesen. Diese Debatte ist notwendig, aber es wäre auch wichtig, dass diejenigen, die das Problem sind, auch mal benannt werden.

Roberta Metsola (PPE). – Madam President, having sat here for the past four and a half hours, I still think it right that we are having this debate. But, as I think we can all agree, our citizens are demanding concrete action from Member States. They have heard enough talk. We all have.

If states cannot come together on the pressing issues of our time, then it is no wonder that people lose faith in the political process. It is useless agreeing on legislation when there is no expression of political will. When it comes to Schengen, we must understand that we do not have internal borders because we promised that our external borders would be more secure. One is dependent on the other. We trusted Member States to fulfill their obligations and in some cases we have been let down. So it is clear that we need more, and stronger, measures, but that alone will not be enough. We need a holistic global approach that looks at every single aspect. On returns, yes, people must be returned strictly in accordance with non-refoulement, and yes, we must give those who seek protection the chance to ask for it, but when you are found not to be eligible for protection, you must be sent back safely and swiftly. Those who are genuinely in need of protection should be able to find it in our Europe and other safe countries. Of course there are challenges, but the way forward is to have a two-way approach. People fleeing war must be given the rights they are entitled to, but it is also fair to expect respect for the values upon which the EU is built.

Finally, the recent attacks in European cities and the rise in populist xenophobia in Europe are disturbing. The events in Cologne and the recent racist attacks expose underlying issues that must be addressed. We need to come down harder on hate, and as politicians we have a particular responsibility here that we should not ignore.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, Senhor representante do Conselho, para resolver a questão dos refugiados deixo aqui uma receita muito simples, um apelo: respeitem os valores da União Europeia, pratiquem a solidariedade de facto realizada com ações concretas de que falava Robert Schuman na famosa declaração de 9 de maio de 1950.

Perante problemas comuns só com uma ação comum e com ações concretas é que podemos resolver, e só desta forma teremos paz, venceremos os desafios e, nomeadamente, este desafio da crise dos refugiados.

Mas uma solidariedade que não significa só receber, uma solidariedade que significa também dar e é inaceitável que Estados-Membros que recebem milhares de milhões do orçamento da União Europeia, centenas de milhões, não sejam capazes depois de dar um cêntimo para resolver esta questão.

Face a este problema que temos, deixo aqui algumas perguntas: há algum Estado-Membro que se recusa a contribuir? Estão definidos os montantes para cada Estado-Membro? Estes apoios podem ser estendidos à Jordânia e ao Líbano? Quem é que vai monitorizar e acompanhar a execução no terreno? É importante agir, com transparência, com credibilidade e antes que seja tarde, agir sem populismos, radicalismos e egoísmos nacionais.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, while Member States display divisions, children are dying at sea. We have to save all, and treat all coming to Europe with dignity. It is the refugees who are in crisis, not us. For children, Europe must mean safety and protection. You know what needs to be done; there are no national solutions – we have common rules on reception, registration, resettlement, relocation and return. What is missing is the political will from the Member States.

To the Council: time to act together, share responsibility. At least give funding to improve conditions for refugees and give protection in Jordan, Lebanon and Turkey, and step up the fight against smugglers by all means possible. Strengthen the Asylum Support Office and Frontex. It is smugglers who should be afraid, not refugees. Let's face it: Turkey is part of the solution – short term and long term – but not all coming to Europe have the right to stay. That is why it is so important to take fingerprints and to differentiate between those who have the right to international protection and economic migrants. Effective external border control is a precondition for freedom of movement in Europe. Internal border checks must be temporary and a last resort and must respect the rules. It is time for the Member States to be serious about the cost of non-Schengen, and the Council is playing with fire.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Pytania z sali.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, pane komisaři, pane ministře, myslím, že Evropská unie musí jednat rychleji, protože situace v migrační krizi se nezlepšuje. Chci říci tři poznámky, ale velmi vážné. Myslím si, že jestli se EU musí o někoho postarat, tak to jsou děti, které jsou nejvíce ohroženou skupinou, a myslím, že je třeba vytvořit nástroj, vytvořit bezpečné prostředí proto, aby děti, které nejsou doprovázené, byly umístěny do bezpečných center, kde o ně bude postaráno a nebudou bezprizorně na ulici. Myslím, že to je úkol, na který se může Frontex a další složky zaměřit okamžitě. Druhá věc je jednání Rady a zřízení pohraniční a pobřežní stráže. Byli jste zde vyzváni k tomu, aby Rada ministrů již 18. února v této věci jednala, a já vyzývám znovu, byl by to konkrétní krok k bezpečnosti, která je podmínkou další solidarity, o které zde bylo jednáno.

Anna Hedh (S&D). – Herr talman! Tusentals människor flyr idag från krig och förtryck till vår kontinent Europa. Vår plikt som medmänniskor att ge skydd är glasklar. Även EU:s fördrag och regler betonar med rätta mänskliga rättigheter. Även EU:s fördrag betonar mänskliga rättigheter inklusive asylrätten. Men när människor nu söker skydd i Europa i större skala än så, darrar det europeiska bygget.

Vissa, t.o.m. medlemmar i mitt eget europeiska parti såsom Robert Fico i Slovakien, vägrar att ta sitt ansvar. Än värre så staplar han dessutom rasistiska uttalanden på hög. Kommissionens ordförande Juncker har vid ett flertal tillfällen lovat att kommissionen under januari ska ta ett beslut om omfördelning från mitt hemland Sverige till de länder som tagit ett mindre ansvar. Kan kommissionären bekräfta när det kommer att ske?

Hilde Vautmans (ALDE). – Ik wil heel kort reageren op de woorden van collega Kirkhope. Het is wel straf dat hij de uitval van Louis Michel, een collega die rood en boos werd omdat hij het woord niet kreeg, vergelijkt met iemand die oproept om vluchtelingen dood te schieten.

Vierenhalf uur hebben we nu gedebatteerd! Er zijn geen duizend manieren om deze crisis op te lossen. We weten wat er moet gebeuren. Ik doe een oproep. Ik zou willen vragen: ga niet meer slapen. Neem geen vakantie meer. Raad en Commissie, ga aan de slag. Elke dag sterven mensen op weg naar hier. We weten wat de oplossingen zijn.

Tot slot wil ik twee korte punten aanhalen: 1. Tienduizend kinderen zijn vermist. Ik verneem graag van u welk actieplan in gang is gezet om hen op te sporen en uit de handen van criminelen te halen; 2. Mijn man heeft een andere huidskleur. Mijn kinderen hebben een andere huidskleur. Ik voel het racisme stijgen, ook in mijn land. Wat gaat u doen om het racisme een halt toe te roepen? Daar is maar één antwoord op: zorg dat die vluchtelingencrisis aangepakt wordt. Zorg dat mensen met een andere huidskleur ook een menswaardige toekomst hebben, hier in ons Europa.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, ακούσαμε επικρίσεις κατά της Ελλάδας για την καθυστέρηση λειτουργίας των κέντρων καταγραφής προσφύγων και μεταναστών στα νησιά του Αιγαίου. Πρέπει να αντιληφθούν όλοι ότι μια χώρα που αντιμετωπίζει μια χωρίς προηγούμενο οικονομική κρίση έχει αντικειμενικές δυσχέρειες να υποδεχθεί και να ελέγξει ένα κύμα προσφύγων και μεταναστών που υπερδεκαπλασιάστηκε το 2015 σε σχέση με το 2014.

Αντί να κατηγορείτε την Ελλάδα παραγνωρίζοντας τις προσπάθειες που καταβάλλει με τα πενιχρά της μέσα, ασχοληθείτε με το καθεστώς Ερντογάν, το οποίο παραβιάζει συστηματικά όσα συμφώνησε με την Ευρωπαϊκή Ένωση και διοχετεύει κατά βούληση τους ανθρώπους στο ελληνικό έδαφος εκβιάζοντας για ακόμη περισσότερα χρήματα από την Ευρώπη Ταυτόχρονα, η Τουρκία επωφελείται από το δουλεμπόριο, αφού τα κέρδη των διακινητών εισρέουν στην οικονομία της και τα ενθυλακώνουν και στελέχη του καθεστώτος

Η Ευρώπη οφείλει να επιδείξει πραγματική αλληλεγγύη προς την Ελλάδα και να μιλήσει στη γλώσσα των κυρώσεων προς τον κύριο Ερντογάν

Zoltán Balczó (NI). – Ebben az összevont vitában a migrációról lenne szó. Valójában a címben következetesen menekültéről, menekültügyről van szó – ez is jelzi, hogy nem néznek szembe a valósággal. Idézem egy katolikus érseknek sajtóban megjelent véleményét: „A bevándorlók túlnyomó többsége nem menekült, nem szír és nem család. A muszlimok nem tudnak és nem is akarnak alkalmazkodni. Ők harci területre jöttek, nem alkalmazkodni, hanem hódítani.” Nos, ezzel kéne szembenézni, ehelyett milyen témákkal foglalkozunk itt: a visszaküldés tilalmával és a migránsok elleni, úgynevezett gyűlöletcselekményekkel. Nekem ez alatt a 3-4 óra alatt az a véleményem alakult ki, hogy a Parlament többsége egy hamis toleranciaeszmény bűvöletében akarva-akaratlanul az új honfoglalók szálláscsinálóiává válik. Nem hiszem, hogy a választók ezt kívánták Önöktől, hanem az ő biztonságuk megvédését és az európai kultúra megvédését.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Laisvo judėjimo sistema, kitaip vadinama Šengeno erdvė, yra didžiulis Europos Sąjungos pasiekimas. Esu įsitikinęs, kad ją būtina išlaikyti. Man sunku suprasti kai kurių politikų pareiškimus, kurie atkreipė dėmesį, jog pabėgėlių krizėi sutvarkyti mes neturime skirti lėšų, tačiau tuo pačiu metu šie politikai vis atviriau svarsto apie Šengeno panaikinimą ar sustabdymą keliems metams. Neva tai nieko nekainuos.

Noriu aiškiai pasakyti, kad pabėgėlių krizė negali būti išspręsta be finansinių injekcijų, o Šengeno erdvės panaikinimas lemtų, kad mes visi turėtume sumokėti dar daugiau. Svarbu nepamiršti, jog dar ją kuriant buvo galimybė numatyti esant reikalui kiekvienai valstybei narei laikinai atkurti sienų kontrolę. Nežinau, ar Šengeno autoriai turėjo omenyje tokią krizę, kokia yra dabartinė, tačiau suprantu dėl ko kai kurios šalys imasi įvesti sugriežtintą kontrolę, tačiau, mano nuomone, čia labai svarbus žodis yra „laikiniai“.

Krzysztof Hetman (PPE). – Chciałbym odnieść się w kilku słowach do strefy Schengen, która jest naszym wspólnym dorobkiem i z którego powinniśmy być dumni i którego powinniśmy bronić. To odważny, unikalny i innowacyjny projekt, który przez wiele lat stanowił jedną z wizytówek Unii Europejskiej. Stanowił on podwaliny dla praktycznego realizowania zasady swobodnego przepływu towarów usług i osób. Trwałe zawieszenie funkcjonowania strefy niosłoby ze sobą zbyt duży koszt nie tylko polityczny, ale także gospodarczy i społeczny. Na to po prostu nas nie stać. Dlatego uważam, że w sytuacji kryzysowej nasze działania powinny iść w kierunku wzmocnienia tego systemu. Należy skupić wszelkie wysiłki na umocnieniu granic zewnętrznych strefy Schengen i podjąć w tym celu niezwłoczne, skuteczne kroki, a także uruchomić odpowiednie środki.

Ponadto szczególną uwagę trzeba obecnie zwrócić na partnerstwo w zakresie rozwiązania kryzysu migracyjnego z Turcją. W tym obszarze Unia podjęła już konkretne działania. W chwili obecnej musimy dopilnować, aby porozumienie było wdrażane w sposób sprawny i efektywny przez obydwie strony.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, na quinta-feira passada senti orgulho em ser portuguesa. O Parlamento nacional, por unanimidade da direita à esquerda, rejeitou a nova lei dinamarquesa para confiscar valores a refugiados e demorar a reunificação familiar.

Políticas destas não só nos lembram um passado ominoso, mas fazem diretamente o jogo dos terroristas de quem fogem os refugiados. Portugal está há meses pronto e à espera de receber refugiados, mas eles não estão a chegar, porque o sistema de recolocação não está a funcionar.

Os *hotspots* na Grécia e em Itália não estão devidamente equipados meses depois de terem sido anunciados. Não nos enganemos, só se agirmos em conjunto a nível europeu podemos enfrentar a crise. Destruir Schengen não vai trazer mais controlo às nossas fronteiras nem menos refugiados, só mais confusão e miséria e aproveitará ainda mais aos traficantes.

Agir europeu implica não tolerar os ministros que nos cobrem de vergonha ao sugerir a outros que empurrem ou afundem os refugiados que chegam às nossas praias, ministros que preparam leis para criminalizar ONG e voluntários que assistem os refugiados, ministros que fecham os ouvidos às alarmantes notícias de milhares de crianças refugiadas, desaparecidas nas mãos dos traficantes.

Não podemos, finalmente, permitir que os nossos governos continuem a alimentar o negócio dos traficantes e o afluxo clandestino de refugiados, recusando abrir vias legais e seguras para processar os pedidos de asilo e proteger os refugiados que pudermos acolher.

(Koniec pytań z sali)

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Herr Minister, meine Damen und Herren! Zunächst, Frau Gräßle: Ich kann intellektuell durchaus Ihre Reflexionen nachvollziehen, dass wir alternativ vielleicht etwas anders hätten machen können. Dennoch möchte ich allen fast 150 Rednerinnen und Rednern ganz herzlich für diese doch hochstehende Debatte danken und insbesondere jenen Respekt zollen, die von Anbeginn hier anwesend waren.

Ich denke, wir sind uns einig darin, dass es sehr viel Sinn hat, jenen Ländern, die unmittelbar in der Nachbarschaft Syriens sind und den Großteil der Flüchtlingslast tragen, zu helfen. Dies auch aus der Überlegung heraus – und zwar nicht aus einem zynischen Aspekt heraus, sondern aus einem zutiefst menschlichen –, dass dafür Sorge zu tragen ist, dass jene, die als Flüchtlinge in der Region geblieben sind, inklusive jener, die in Syrien Flüchtlinge sind – und da reden wir ja auch von sieben bis acht Millionen –, dass wir hier finanziell helfen, damit diese Menschen in der Region bleiben können, um bei einem hoffentlich bald eintretenden Frieden in das Land gehen zu können und mitzuhelfen, das Land wieder aufzubauen.

Denn auch das ist Stabilität, die wir in der Region brauchen, nämlich ein zerstörtes Land mit 23 Millionen Einwohnern wieder aufzubauen und dafür Sorge zu tragen, dass wenigstens in einem Teil dieser Region Frieden einkehrt.

Daher ist jeder Euro, den wir hier investieren – nicht nur in der Türkei, sondern auch im Libanon, in Jordanien, letztlich auch in Teilen Syriens und in Teilen des Iraks – gut angelegtes Geld, auch aus der Sicht der Europäischen Union. Das sage ich insbesondere an die Adresse mancher Finanzminister, die hier die Dinge möglicherweise etwas anders sehen.

Zu der Türkei-Fazilität, den berühmten drei Milliarden: Hier ist es so, dass die Kommission, nachdem es Schwierigkeiten unter den Mitgliedstaaten gegeben hat, wie unterschiedliche Überlegungen, dass wir uns letztlich imstande gesehen haben – und, Herr Böge, ich werde zu Ihrer Kritik noch kurz kommen –, für zwei Jahre eine Milliarde aufzustellen und es damit den Mitgliedstaaten vielleicht leichter zu machen, die restlichen zwei Milliarden aufzustellen.

Es handelt sich hierbei um einen Vorratsbeschluss. Es ist nicht so, dass diese drei Milliarden der Türkei *up front* zur Verfügung gestellt werden; diese drei Milliarden sind ein Maximum für zwei Jahre und sollen dazu dienen, dass wir angesichts der von allen unbestrittenen Belastungen der Türkei, dem Flüchtlingsansturm Herr zu werden, entsprechende Unterstützung bereitstellen.

Dieses Geld soll ausschließlich in syrischen Flüchtlingslagern in der Türkei zum Einsatz kommen, für Maßnahmen der Ausbildung, der Gesundheitsversorgung, der Bereitstellung von Unterkünften. Ganz wichtig: Dieses Geld wird von uns verwaltet, von meinen Mitarbeitern in der GD NEAR. Die Türkei hat sozusagen einen Konsultationsstatus. Natürlich hat es Sinn, sie zu fragen, wo und wie das Geld effektiv einzusetzen ist. Aber die Verwaltung, das Management, liegt bei uns, und die Verwendung basiert auf einer *needs assessment*.

Mitte Februar wird das abgeschlossen. Es wird auch herausgefunden, wo und wie und in welchem Ausmaß diese Bedürfnisse tatsächlich gegeben sind. Diese drei Milliarden, *by the way*, sind ja auch nur ein Element in einem Aktionsplan, der dazu dient, die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Basis zu stellen. Ich sage das deswegen, weil es zwar nicht heute in der Debatte, aber in der öffentlichen Diskussion immer wieder Kritik gibt – gerade in den letzten Tagen –, dass wir auf die Menschenrechtsverletzungen oder auf die Nichtrespektierung von *Fundamentals* als Europäische Union quasi nicht reagieren oder nicht eingehen.

Ich kann Ihnen versichern: Gerade in den anlaufenden Verhandlungen, in der Vorbereitung der Kapitel 23 und 24, wird es keinen Millimeter Abstriche geben von den *Fundamentals*, von der Rechtsstaatlichkeit; die sind nicht verhandelbar. Hier gibt es Standards, die zu respektieren sind. Und, Herr Böge, Sie haben Recht, auch ich hätte mir gewünscht und wünsche mir, dass wir hier einfachere und überschaubare Finanzierungsmechanismen haben.

Aber, ehrlich gesagt, wir stehen vor der Herausforderung: Helfen wir oder verlieren wir uns in institutionellen Diskussionen, das Geld irgendwie aufzustellen, Zusatzbudgets et cetera. Ich meine, das ist wie die Frage, ob die Feuerwehr zum Löschen gehen soll, oder ob wir uns erst einmal einem umfassenden *public procurement* widmen, welche Löschmittel wir einkaufen und wann und bis wann. Also hier geht es wirklich darum zu sagen: Okay, wir müssen das Geld aufstellen, wir mussten es aufstellen. Ich danke bei dieser Gelegenheit Kristalina Georgewa und ihrem Team, dass sie hier entsprechend Tolles geleistet hat.

Ein Punkt, auf den vielleicht auch mein Freund Dimitris Avramopoulos eingehen wird: Die Zusammensetzung des Flüchtlingsstroms gerade am Westbalkan hat sich in den letzten Wochen und Monaten schon sehr signifikant geändert, und heute können wir davon reden, dass 40 % oder weniger der Flüchtlinge tatsächlich Syrer sind. Die anderen kommen aus anderen Ländern. Der UN-Flüchtlingshochkommissar hat mir erst letzten Mittwoch gesagt, dass 45 % der afghanischen Flüchtlinge, die in Griechenland ankommen, im Iran geboren sind. Man kann ja wohl nicht davon ausgehen, dass es sich hier ausschließlich um Babys handelt. Also hier hat die Komplexität des Flüchtlingsstroms schon eine Dimension angenommen, die auch politisch anzusprechen ist.

Letzter Punkt: In allen unseren Verhandlungen werden wir nur dann aus einer Position der Stärke agieren können, wenn wir instande sind, unsere eigenen Grenzen zu sichern. Das muss die oberste Priorität sein, denn nur so können wir auch Schengen aufrechterhalten, ein Schengen, von dem unsere Menschen mittlerweile profitieren, und die daran gewöhnt sind, gerade in Zentraleuropa eine grenzenlose Mobilität vorzufinden, die Eingang in die tägliche Praxis gefunden hat. Oberste Priorität muss also sein, die externe Grenzsicherung sicherzustellen. Ich hoffe, dass die auf den Kommissionsvorschlag beruhenden Verhandlungen im Rat tatsächlich zu einem klaren Ergebnis führen und dass wir hier relativ bald zu einem klaren Ergebnis und zu einem klaren Auftrag kommen, um die Dinge auch umzusetzen.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by expressing our thanks for this fruitful and – in terms of length and endurance – marathon-like debate. It really has been very useful. I very much welcome the fact that we all share the same objectives of honouring the values of Europe by respecting the rights of refugees and making sure that we preserve the Schengen area – one of the most tangible achievements, if not the most tangible achievement, of European integration. You can rest assured that the Commission will not hesitate to use all the means that it has in order to do so; that point has again been made very clearly today. And now some words in Greek.

Είναι αυτονόητο ότι όλες οι χώρες μέλη της ζώνης Σένγκεν οφείλουν να εφαρμόζουν τα προβλεπόμενα από τον συνοριακό κώδικα. Είναι μια βασική αρχή που όλα τα κράτη μέλη οφείλουν να σέβονται. Όμως, θέλω να είμαι σαφής για μία ακόμα φορά. Ποτέ δεν τέθηκε, ούτε τίθεται θέμα αποκλεισμού χώρας μέλους της Σένγκεν από τη ζώνη Σένγκεν. Αυτό ούτε καν προβλέπεται. Πολλές δε από τις ελλείψεις που παρατηρούνται, που σημειώνονται, σχετίζονται αναπόφευκτα και με τις μεταναστευτικές ροές. Αυτό αναγνωρίζεται από όλους, και αυτές καλύπτονται και από τη συνδρομή των κρατών μελών, αλλά και της ίδιας της Επιτροπής.

Η Επιτροπή άμεσα και έμμεσα στέκεται στο πλευρό της Ελλάδας και όλων των κρατών μελών που είναι αυτό τον καιρό υπό πίεση, και θα μου επιτρέψετε τώρα αφού έκανα αυτή την επισήμανση, την τόσο ξεκάθαρη, να συνεχίσω και πάλι στα αγγλικά.

Mr President, I would also like to say a few words and give an answer to what Guy Verhofstadt said at the beginning.

What we are trying to achieve with the establishment of hotspots presents many common features with the concept of the European Rapid Refugee Emergency Force (ERREF) that Mr Verhofstadt has proposed to establish. In operational hotspots, the European Asylum Support Office (EASO), Frontex, Europol and – where necessary – Eurojust are all already working on the ground and with international organisations to swiftly identify, register and fingerprint incoming migrants.

The Commission has deployed teams on the ground to improve coordination. None can – or will – take over the borders of any Member State. We want to be very clear on that. But all Member States, according to the principle of solidarity, have to – and do – offer support to the frontline Member States to deal with this unprecedented pressure. The sovereignty of Member States is ensured by the Treaties.

Yes, delays exist, but it is the wrong strategy to change strategy only because of panic. On this point, I very much agree with the intervention of the Chairman of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE), Claude Moraes: we will succeed, and we can only succeed, together.

Greece is accelerating this implementation, and debates like the one here today are once again sending the right messages to all governments to do their part of the commitments. The Commission will certainly keep playing its part and much more. We will not stop the implementation of the comprehensive approach of the European Union's migration agenda.

In March we will issue a communication on migration management, announcing further steps to be taken. Also in March, we intend to table a modified smart borders proposal. We also intend to present an ambitious migration management package, including a proposal to reform the Dublin system. A structural EU resettlement scheme, as well as legal migration and integration initiatives such as the revision of the blue card, will also be part of the package.

I count on the full support of Parliament in the preparation of these proposals. As I said before, we all have to do our share and not hide our heads in the sand or just look for simple solutions – which, I am afraid, do not exist. I look forward to working with you on the pending proposals. There is a lot of work ahead of us. Let us do it together.

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Mr President, let me first say that I appreciate the many comments made during this debate. I also understand some of the frustrations that were expressed by many Members of different political persuasions. It is clear that the management of the flow of asylum seekers into Europe is a stress test for all of us, for our countries and for the confidence within and between our societies. It makes no sense to use the asylum seeker debate for narrow political agendas or narratives. That is a luxury we simply cannot afford. Blame games are easily played, and simplistic solutions are easily found, for what is in reality a very complex humanitarian problem.

In my view, European cooperation and solidarity remain key. I agree with the many colleagues here who have said it is very good to have a lot on paper, but the question is how we put it into action. The Presidency is extremely active with the Member States in putting conclusions into action with Turkey and Greece on screening and border controls. Concerning the Western Balkan road, we are working in partnership with Lebanon and Jordan to – as, I think, Ms Piri said – come up with a model which ends the cynical business model of smugglers, the reason why people are killed on the seas. That is what we have to stop, and it turns out to be a little bit more complex than we thought. I share all the frustrations that people have expressed here tonight – people are still dying on the seas every day. Maybe there is no white smoke yet, but pessimistic panic does not help. There is no reason for complacency.

Let me say a few words about values, a few words about hot spots, about questions that were raised as to the future of Schengen on the principle of non-refoulement and on the issue of Turkey. First, on values. The point made here by most Members, although others will not agree, is that we are faced with a stress test of our European values. We all have to realise that we cannot be comforted by the reactions on this issue in our societies from all sides right now.

The Council is perfectly aware of the difficult situation of refugees massively fleeing conflict regions or migrants who, for other reasons, are trying to reach to Europe. We will do everything possible to improve the situation. I think Mr Pittella spoke about that. These are our values that are at stake, but the values are not so easy to put into practice, because it leads to confrontations in our societies, to fear and then to reactions to this fear. We will, therefore, have to balance the different identities that we have in our societies in a manner consistent with our democratic values. We could talk about it for much longer but it is key that we realise that together we must try to build a consensus around this. I have heard a lot of opposing views on this, and this is very legitimate; it is a common problem. We will have to search for solutions in our societies to deal with this.

On external policy and external values, I can mention some measures that have already been adopted, such as the support given by the EU budget and by Member States in particular to help the UNHCR to respond to the needs of refugees in camps established close to their places of origin, in particular in Iraq, Jordan, Lebanon and Turkey. Just yesterday I came back from Addis Ababa where I discussed this with the African Union. Discussions, and more, are also taking place about how we can conduct very practical follow-up to the Valletta Agreement.

The Commission is also providing additional support to its partners operating in origin or transit countries outside the European Union. In parallel to these measures, the European Union is contributing to the development of safe and sustainable reception capacities in the affected regions and the provision of lasting prospects and adequate procedures for refugees and their families until they can be returned to their country of origin, if possible. If necessary, we will examine and adopt measures aimed at improving their situation. A lot more can be said about the origins of this crisis as well, but we can leave that for another debate when we will discuss issues around Syria and conflict resolution there.

On hot spots, yes, it is true that progress has been too slow. We can all agree on this. A network of hot spots in Italy and Greece is a cornerstone of the EU's efforts to ease the migratory pressure, ensure the identification of those third-country nationals in real need of international protection and facilitate return operations. Well-functioning hot spots are crucial to stemming the migration flows and ultimately safeguard the Schengen area. The European Council expects a Commission report assessing the progress in the set-up of the hot spot areas which will update the information presented in December 2015, and the Council itself is also monitoring the situation on the ground, through integrated political crisis response (IPCR) reports. We are very proactive at the moment because that is a challenge right now. If you want to translate the declarations into actions you have to be very hands-on.

In the European Union we are used to more long-term issues of development and of development cooperation. Here we have to react immediately, and our systems are not necessarily used to that, so we have to change that. With that hands-on way of working we can also counter some of the legitimate criticisms on things that are going too slowly.

Without prejudice to the Commission's upcoming report, we can say that since December progress has been achieved. We should also recognise this. In Italy, two new additional locations were declared operational, in Pozzallo in Sicily and in Trapani, and in Greece work is under way to ensure that two hot spot areas, in Theos and Leros, are made operational soon. Furthermore, the reception capacities in both Italy and Greece have increased, including through the support of Member States and the specialised EU and UN agencies.

We are not there yet, but we must pursue this effort with renewed commitment, and we expect the European Council to deliver a strong message to all relevant actors to make quick progress on the reception and identification of migrants. Italy, for instance, reportedly now has a rate of 100% for registration and fingerprinting. This is important progress. It has also ensured that disembarkation is done via the hot spots. Greece has informed us that migrants can only leave the hot spot areas by ferry if they can present registration papers. Greece has put in place a number of measures to increase the security of documents and to check if the migrant is indeed registered. Greece should also receive additional Eurodac machines in the coming days.

A lot of questions were raised around Schengen, and correctly so. It is one of the cornerstones and success stories of European cooperation, if not European integration. The continuing flow of migrants over the past months has seen several countries temporarily re-imposing border controls – Germany, followed by Austria, Denmark, Finland, the Netherlands, Norway, Slovakia and Sweden.

This temporary reintroduction of border controls is in line with the Schengen acquis, subject to strict conditions involving a serious threat to public policy or internal security and time limitations. That is an issue. The migration pressure has not decreased, and time is running out. The only way to go beyond the maximum time limit during which internal border controls may be carried out is to adopt a Council recommendation based on a Commission proposal under Article 26 of the Schengen Borders Code. This is a scenario that involves an elaborate procedure under the Schengen evaluation mechanism. This scenario should result in a series of measures protecting the overall functioning of the Schengen system, a system which is at the heart of the European project and one of its greatest achievements, as I mentioned. On this basis, the EU Interior Ministers discussed the matter informally in Amsterdam on 25 and 26 January 2015. There was broad support for inviting the Commission to make a proposal for a recommendation under Article 26 of the Schengen Borders Code.

We are committed. The Presidency is committed to maintaining the Schengen system. It will do all it can to find, in cooperation with the Commission, Parliament and the Member States concerned, a solution to the current problems.

Coming back to the principle of non-refoulement, there were quite a few remarks on this issue. This remains a key principle of our politics. In order to ease the migratory pressure on front-line Member States and to ensure the identification of those third-country nationals in real need of international protection, the Council is working hard to operationalise the network of hot spots and to speed up the implementation of the relocation and resettlement mechanisms adopted in 2015. In that context, the issue of non-refoulement remains extremely important and a principle.

On Turkey, the establishment of the EU common list of safe countries of origin is, as many have stated here this afternoon, a very complex issue and one that the Council preparatory bodies are currently discussing. The final decision will have to be reached later on the basis of a very precise assessment on the EU-Turkey joint action plan, as welcomed by the European Council at its meeting in October. This is, as you know, part of a comprehensive cooperation agenda based on shared responsibility, mutual commitment and delivery.

I just wanted to answer a question from Mr Verhofstadt. This does not mean that money is automatically sent to the Turkish Government. That is not the case. We are in the process of working with the Turkish Government on assurances that this is not a blank cheque to the Turkish Government but funding for programmes that have to alleviate the conditions of refugees in Turkey.

I think Mr Olbrycht also mentioned the MFF in this context. We had a conference in Amsterdam last week where many speakers argued that the migration crisis demonstrates the need for more flexibility in the EU budget to allow us to have the resources available to meet unexpected challenges. We will try to move that forward within the time that we have in our Presidency to see how much more flexibility we can bring to our budget, something which is so badly needed in this crisis.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Francisco Assis (S&D), por escrito. – A solidez das nossas convicções é testada nos momentos de maior dificuldade. Infelizmente, a atuação de alguns Estados-Membros perante a crise dos refugiados tem revelado a grande erosão a que os valores humanistas e democráticos estão neste momento sujeitos

Uma crise de dimensão global como esta não se resolve através da adoção de estratégias nacionais individualmente delineadas. A Europa não pode encarar a questão dos refugiados como um problema que começa e termina nas fronteiras gregas, italianas, cipriotas ou maltesas. Estamos perante uma crise que afeta a Europa como um todo, o que exige pôr em prática uma resposta una, concertada e de responsabilidade partilhada.

A retórica nacionalista, o isolamento e a repressão não são a resposta. A crise dos refugiados necessita de soluções a duas dimensões: por um lado, a Europa tem de garantir condições para acolher condignamente as pessoas que fogem da guerra e da violência, sem tibiezas e sem preconceitos; por outro lado, deve empenhar-se na resolução dos conflitos, colaborando com os países e regiões de onde vêm estas pessoas. Só uma solução conjunta que ao mesmo tempo atue nas causas e ampare as consequências será acertada, eficaz e condizente com os princípios europeus.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Europa niekaip nesugeba rasti sprendimo, kaip įveikti didžiausią nuo Antrojo pasaulinio karo migracijos krizę. Tenka pripažinti, kad situacija tampa nebekontroliuojama, nes delsiama priimti esminius politinius sprendimus. Jei ir toliau nebus surasti būdai migracijos krizei suvaldyti, už poros mėnesių Šengeno sistema turės būti sustabdyta, kaip įspėjo Donaldas Tuskas. Tai nebūtų geras sprendimas; bet visų pirma Europos Sąjungoje turi būti sukurti mechanizmai, užtikrinantys veiksmingą ES išorės sienų apsaugą, atvykstančių asmenų detalią patikrą, atskiriant tikruosius pabėgėlius iš konflikto zonų nuo asmenų, bandančių patekti į ES dėl visiškai skirtingų motyvų. Valstybės narės privalo susitarti, nelaukdamos kovo mėn. ES viršūnių susitikimo, dėl aiškios migracijos valdymo sistemos sukūrimo, nes, kitu atveju, ši masinė ir nekontroliuojama imigracija gali sukelti neigiamas politines ir ekonomines pasekmes visoje ES.

Ivo Belet (PPE), schriftelijk. – We moeten nu orde scheppen in de chaos en het nationale paniekvoetbal stoppen. Sommigen vinden dat we vluchtelingen maar moeten terughuven op open zee, anderen dat we het vuur moeten openen aan de grens. Zo zien wij dat absoluut niet. Onze prioriteit blijft ervoor te zorgen dat mensen niet verdrinken op zee en dat we greep krijgen op de vluchtelingenstroom. Daarvoor is er maar één goede aanpak: de uitrol van een EU grens- en kustwacht om de buitengrenzen te bewaken en aanvragen beoordelen in *hot spots* aan de buitengrenzen. Dat moeten we combineren met een nauwere samenwerking met Turkije en investeringen in de opvangkampen in de buurlanden van Syrië, zodat de levensomstandigheden er drastisch verbeteren en het aantal mensen dat naar hier komt sterk afneemt. Die plannen liggen op tafel.

Het is hoog tijd dat op de komende Europese top, over 2 weken, grote stappen vooruit worden gezet. We moeten stoppen met elkaar de zwarte piet toe te schuiven en de Griekse regering moet eindelijk akkoord gaan met Europese steun bij de grensbewaking. Als we dat niet doen, zal dat ten koste gaan van de meest kwetsbaren, de oorlogsvluchtelingen, die onze hulp het meest nodig hebben.

José Blanco López (S&D), por escrito. – Estamos, otra vez, ante un debate largo y entristecedor que no es, en realidad, sobre los refugiados, sino acerca de una Europa malherida por la indiferencia ante la multiplicación de niños que, como Aylan, no son una imagen en los informativos, sino un ser humano, muchos seres humanos que se ahogan en nuestras playas.

Y ante el desmoronamiento de Schengen, desaparecido en combate. Y ante decisiones que marcan una hora de infamia en el Consejo, abandonado a la prolongación de la suspensión de la libre circulación de personas por dos años, o a la confiscación de bienes para financiar la estancia de personas que buscan refugio entre nosotros. Y lo peor de todo, esta revelación que hemos conocido de Europol, por la que diez mil niños han desaparecido en manos de redes de tráfico ilícito, abandonados en manos de alimañas.

Es imprescindible tomar decisiones para que esta UE en su hora más oscura, en la que se retrocede, en la desunión y en la insolidaridad, en un estado de alarma permanente, en la que se abandona a su suerte no solamente a su frontera más vulnerable, que es Grecia, sino a millones de seres humanos desesperados, cambie de una vez su rumbo.

Mario Borghezio (ENF), per iscritto. – Da questo dibattito emergono solo due cose certe, ossia il ruolo da 'crocerossina' che l'Europa, e in particolare alcuni Stati di confine, come l'Italia e la Grecia, sta avendo nella questione dell'immigrazione accogliendo tutti indistintamente e quello dei suoi cittadini-finanziatori a loro insaputa che pagheranno 3 miliardi di euro alla Turchia per trattenere in quel Paese i moltissimi rifugiati provenienti dalla Siria. Peccato però che sarà concessa la liberalizzazione dei visti...quindi saremo comunque invasi.

E in quest'Aula, grazie alla solita ipocrisia, questo non viene detto! Poche cose sono da fare: sospendere Schengen senza ulteriori indugi, controlli veri e seri ai confini esterni dell'UE, rimpatri obbligatori per i clandestini. Solo così, forse, si riuscirà a stabilizzare quella che oramai è una situazione totalmente fuori controllo, nonostante i buoni propositi che abbiamo sentito anche oggi. È ora che l'Europa si svegli...e forse è già tardi

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană a trecut printr-o serie de polemici privind criza refugiaților. Statele membre trebuie să depășească această etapă de polarizare în raport cu redistribuția cotelor de refugiați din UE și să conlucreze într-o acțiune comună, pentru o mai bună gestionare a situației acestor oameni care fug de teroarea războiului.

Desigur, situația migranților economici este diferită și trebuie expusă limpede: dacă, în urma analizei cererii resortisan-tului unei țări terțe, se consideră că acesta nu se încadrează în statutul de azilant, se recurge la repatriere.

În ultimii ani, foarte mulți analiști politici au constatat o derivă a conceptului care a stat la baza Uniunii Europene: solidaritatea. Nu este vorba numai de solidaritatea dintre statele membre (principiul statului bunăstării sociale care redistribuie veniturile), dar și a solidarității acestora cu țări terțe sau cu persoane a căror integritate se află sub amenin-țare, cum e cazul refugiaților sirieni care fug de război. Nu trebuie să uităm în niciun moment că Uniunea Europeană este un tărâm al valorilor și, prin urmare, acestea trebuie să se regăsească fără îndoială în acțiunile noastre.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – La sospensione di Schengen aleggia ormai sulla nostra Europa già da tempo, minacciando le quattro libertà fondamentali e i principi di democrazia. Un'eventuale chiusura di Schengen avrebbe conseguenze devastanti per Unione europea, per i singoli Stati membri e per il mercato unico. In momenti come questi sembra prevalere la voce di chi inneggia contro il progetto europeo, di chi erge muri di respingimento, di chi individua in rifugiati e profughi nemici da combattere, da scovare, da punire.

La risposta risiede invece, nel porsi nei confronti di queste sfide (l'emergenza dei rifugiati, la sicurezza dei cittadini) con la consapevole aspettativa che il raggiunto nostro grado di civiltà ci impone la logica dell'accoglienza. Non è praticabile tornare indietro in una dimensione nazionale, ormai poco più che provinciale? Gli Stati membri abbiamo il coraggio politico di organizzare un vero controllo coordinato alle frontiere esterne. Schengen non può morire! Con la sospen-sione di Schengen morirebbe l'Europa!

Jørn Dohrmann (ECR), *skriftlig*. – At betale Tyrkiet for at håndtere nogle flygtningefaciliteter er af nogle blevet udlagt som et columbusæg, der med et slag løser problemerne omkring de flygtninge- og immigrationsstrømme, der over-svømmer Europa. Men hvordan kan vi være sikre på, at det gavner EU? Det kan måske være fornuftigt nok, at vi hjælper Tyrkiet økonomisk, så det bliver bedre i stand til at håndtere flygtningene og migranterne. Men at Tyrkiet som mod-ydelse for at hjælpe mennesker med en religion, en kultur og et værdigrundlag, der ligner deres egne, bliver stillet lettere adgang til Europa i udsigt, giver i mine øjne ingen mening.

Vi skal heller ikke ligge under for Tyrkiets afpresning og love mere dynamik i optagelsesforhandlingerne, for Tyrkiet skal aldrig med i EU. Tyrkiet har cirka 80 millioner indbyggere, der i givet fald ville have fri adgang til Europa. Altså fri adgang for mennesker med netop anderledes religion, kultur og værdigrundlag. Aftalen mellem EU og Tyrkiet vil derfor blot skabe endnu flere problemer og ikke løse nogen.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Offene Grenzen innerhalb der EU sind nicht verhandelbar. Die Entwicklungen im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise und die Reaktion auf den Terror von Paris dürfen nicht zur Aufgabe von Schengen führen. Mit Österreich, Deutschland, Schweden, Dänemark und Frankreich haben bereits fünf EU-Staaten temporäre Grenzkontrollen eingeführt. In praktischer Hinsicht beinhalten die Grenzkontrollen schon jetzt erhebliche Einschränkungen für den freien Güterverkehr in der EU und die Reisefreiheit der Europäerinnen und Europäer. Staus mit Wartezeiten von über einer Stunde, wie sie zum Beispiel am Kontrollpunkt auf der A8 Salzburg–München zu Spitzenzeiten auftreten, könnten bei einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Zukunft zur Tagesordnung werden. Damit verbunden sind negative wirtschaftliche Auswirkungen auf den EU-Binnenmarkt und erhebliche Belastungen für Reisende. Schon jetzt ist dies spürbar und in Zahlen bezifferbar. Doch lassen Sie mich festhalten: Trotz derzeit vermehrter Grenzkontrollen ist Schengen weiterhin in Kraft. Schwerpunktkontrollen im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus können auch mit Schengen abgedeckt werden. Wir müssen in Europa alles dafür tun, dass die derzeitige Ausnahmesituation nicht zum regelmäßigen Zustand wird. Dazu gehört ein europäischer Aktionsplan, der Solidarität der EU-Mitgliedstaaten in der Flüchtlingskrise fordert, eine Alternative zu Dublin III und vor allem ein klares Bekenntnis des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten zum Prinzip offener Binnengrenzen.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Estamos, otra vez, ante un debate largo y entristecedor que no es, en realidad, sobre los refugiados, sino acerca de una Europa malherida por la indiferencia ante la multiplicación de niños que, como Aylan, no son una imagen en los informativos, sino un ser humano, muchos seres humanos que se ahogan en nuestras playas.

Y ante el desmoronamiento de Schengen, desaparecido en combate. Y ante decisiones que marcan una hora de infamia en el Consejo, abandonado a la prolongación de la suspensión de la libre circulación de personas por dos años, o a la confiscación de bienes para financiar la estancia de personas que buscan refugio entre nosotros. Y lo peor de todo, esta revelación que hemos conocido de Europol, por la que diez mil niños han desaparecido en manos de redes de tráfico ilícito, abandonados en manos de alimañas.

Es imprescindible tomar decisiones para que esta UE en su hora más oscura, en la que se retrocede, en la desunión y en la insolidaridad, en un estado de alarma permanente, en la que se abandona a su suerte no solamente a su frontera más vulnerable, que es Grecia, sino a millones de seres humanos desesperados, cambie de una vez su rumbo.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – In Europa c'è chi si illude che alzando muri si possa fermare il flusso dei migranti. Ma il fenomeno dell'immigrazione non si può fermare, è un fenomeno epocale che deve essere governato e gestito. E se si chiudono le frontiere e si mette in discussione Schengen siamo su un crinale pericolosissimo: Schengen è un pilastro dell'Europa, e se crolla Schengen crolla l'Europa.

Condivido le proposte della Commissione, ma sottolineo prima, modificare Dublino, poi valutare Schengen. Fare il contrario sarebbe ingiusto oltre che sbagliato. Prima bisogna correggere i meccanismi distorti sull'accoglienza dei migranti, solo dopo si potrà valutare Schengen. Non è certo dando ultimatum o fissando scadenze che si costruisce una politica migratoria europea. La posizione dei paesi che vogliono chiudere Schengen è gravissima.

Significa voltare le spalle alle migliaia di disperati che arrivano, ma vuol dire anche e soprattutto volare le spalle agli altri Paesi membri dell'unione europea in prima linea nella gestione della crisi. Paesi che questa Unione l'hanno fondata e l'hanno costruita. Troppo facile chiudere le porte quando la situazione è difficile. Senza Schengen non potremo più chiamarla nemmeno Unione.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Consiliul ne-a prezentat, prin ministrul de Externe, date statistice care arată că au fost primiți milioane de refugiați necontrolat, fără a distinge dacă sunt refugiați de război sau economici. Acest lucru a creat presiune asupra cetățenilor europeni și a indus și teroare. Suntem oameni și trebuie să dovedim solidaritate. Dar avem nevoie de o solidaritate organizată, nu de haos. Consiliul și Comisia trebuie să stabilească reguli clare privind controlul tranzitului la intrare în Europa, indiferent de frontieră și condițiile de azil și de returnare.

Nu putem avea mai multe Europe în cadrul Uniunii. Există consfințit dreptul de azil, dar și dreptul la siguranță este statuat la noi acasă. Refugiații trebuie ajutați, dar trebuie să respecte cultura noastră, obiceiurile noastre, tradițiile noastre, și nu invers. Sper, domnule președinte Juncker și domnule ministru, că veți urgenta rezolvarea cauzei și nu tratarea efectelor.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Estamos, otra vez, ante un debate largo y entristecedor que no es, en realidad, sobre los refugiados, sino acerca de una Europa malherida por la indiferencia ante la multiplicación de niños que, como Aylan, no son una imagen en los informativos, sino un ser humano, muchos seres humanos que se ahogan en nuestras playas.

Y ante el desmoronamiento de Schengen, desaparecido en combate. Y ante decisiones que marcan una hora de infamia en el Consejo, abandonado a la prolongación de la suspensión de la libre circulación de personas por dos años, o a la confiscación de bienes para financiar la estancia de personas que buscan refugio entre nosotros. Y lo peor de todo, esta revelación que hemos conocido de Europol, por la que diez mil niños han desaparecido en manos de redes de tráfico ilícito, abandonados en manos de alimañas.

Es imprescindible tomar decisiones para que esta UE en su hora más oscura, en la que se retrocede, en la desunión y en la insolidaridad, en un estado de alarma permanente, en la que se abandona a su suerte no solamente a su frontera más vulnerable, que es Grecia, sino a millones de seres humanos desesperados, cambie de una vez su rumbo.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), na piśmie. — Jednym z najważniejszych obowiązków Unii Europejskiej jest działalność humanitarna oraz pomoc potrzebującym. Jednak wspólnym zadaniem jest również troska o europejskie wartości, naszą tożsamość kulturową oraz bezpieczeństwo obywateli. Niestety w obecnej sytuacji wywiązanie się z takich ról jest trudniejsze niż jeszcze 10 czy 15 lat temu, gdyż Europa nie jest w stanie przyjąć wszystkich, którzy wymagają pomocy, a obawy związane z ich przyjmowaniem są coraz bardziej widoczne wśród Europejczyków. Chcąc się wywiązać z międzynarodowych zobowiązań, musimy poszukiwać wielu równoległych dróg postępowania. Jedną z nich jest bez wątpienia pomoc dla uchodźców przebywających obecnie na terytorium Turcji. Jednak państwo tureckie nie może pozostać osamotnione w tym działaniu. Potrzebna jest pomoc, w tym także finansowa. Nie jest to jednak wykupienie sobie możliwości bierności w kryzysie uchodźczym. Najważniejszym celem, jaki stoi przed Unią Europejską, jest prowadzenie polityki na rzecz zakończenia wszelkich działań zbrojnych w tym rejonie. Bez tego cierpienie oraz nędza tych ludzi nie zostanie szybko pokonana. Stworzenie do tego czasu jak najlepszych oraz niewłaczających ludzkiej godności warunków między innymi w obozach jest tym, co Unia może zrobić teraz, z szybko zauważalnym skutkiem. Reasumując, obok wielu działań, jakie musimy podjąć w kontekście kryzysu migracyjnego, rozważna pomoc finansowa stronie tureckiej jest jednym z możliwych rozwiązań.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. – Schengen is now under fire and has become the subject of many debates. 26 European countries have reintroduced border controls. People take Schengen and the right to freely move within the Union for granted, without giving a second thought that 30 years ago a whole list of cross-border activities were not possible for many European citizens and businesses. The opening of EU borders proved to be highly beneficial for cross-border commuters, tourism, trade, investments, labour and financial markets and has an enormous effect on the European economy. The cost of restoring the EU's borders would simply be enormous and I do not think that anyone at this stage could even estimate the consequences that this would have on the European integration project. Europe's problem is not Schengen or lack of internal borders, it is the lack of mutual trust and solidarity among the Member States. The EU should focus on how to stem the flood of migrants at its origin, and not on building walls and fences. Only then will the security and wellbeing of its citizens be safeguarded.

Luigi Morgano (S&D), per iscritto. – Il trattato di Schengen va difeso per ciò che è e rappresenta: l'Europa, uno spazio comune di libertà e sicurezza, uno spazio di valori fondamentali. Ben venga dunque il senso di responsabilità condivisa che muove la proposta della Commissione di istituire una guardia costiera europea per il controllo delle frontiere esterne. Ovviamente, è importante che siano fornite tutte le garanzie del rispetto dei diritti fondamentali di cui l'Europa si fa portatrice.

Dati recenti, forniti, tra gli altri, dall'Agenzia UE per i diritti fondamentali, segnalano come persistano ancora numerosi ostacoli all'accesso all'assistenza legale e un'insufficienza d'informazioni fornite ai richiedenti asilo negli *hot spot*. Le nostre priorità, come deputati e cittadini europei, sono l'instaurazione di un soccorso attivo che permetta di salvare vite umane, la necessità di aprire vie di accesso sicure e legali, la facilitazione dei ricongiungimenti familiari e un'adeguata formazione del personale di frontiera per meglio individuare le persone bisognose di protezione.

Il rispetto dei diritti fondamentali deve essere parte integrante e irrinunciabile delle nostre politiche di sicurezza.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – За пореден път в пленарна зала обсъждаме извънредното положение с бежанците. Днес това се случва в контекста на съобщението на Европейската комисия от 27 януари, което гласи, че паспортните проверки по границите могат да бъдат въведени за период от две години. В момента цялото внимание е насочено към Гърция след обвиненията за лошо управление на външната ѝ граница.

Тя обаче далеч не е единствената страна, която търпи натиск от бежански вълни. България, откъдето идвам и аз, също е външна граница на Европейския съюз. Отстоявам тезата, че контролът на външните граници на ЕС трябва да се засили. Извънредните ситуации изискват и извънредни мерки. Поставянето под въпрос на Шенгенското пространство обаче за мен е немислимо. Свободното движение на хора е един от фундаменталните принципи на обединена Европа.

Затварянето на границите, за което настояват националистите, няма да разреши с магическа пръчка бежанската криза. Нужна е единна европейска политика, която обаче да не бъде перманентно блокирана в Съвета.

Ioan Mircea Pașcu (S&D), in writing. – The Schengen arrangement is a critical component of the single market, allowing for free travel of people and goods between Member States. So it is a major facility designed primarily for the Member States. This arrangement has been 'saturated' by the waves of refugees arriving in Europe last year. Consequently we are now in a less enviable position to have to suspend it, in order to control that refugee flux, thus depriving the citizens of the Member States of its clear advantages. It is, therefore, a big step backwards, both in terms of upholding our own values – free travel – and in providing our citizens with a facility we, the older generations, have grown accustomed with and the new generations have grown up with. We have arrived here not because the Schengen arrangement is not good, but because it was abused and its functioning conditions – proper screening at entrance – have not been applied properly. So, instead of suspending Schengen, with all the consequences, it is advisable to review the rules for its proper implementation. I agree that that is easier said than done, given the internal implications of the refugee crisis upon some of the Member States, especially Germany, in front of crucial regional elections.

Algirdas Saudargas (PPE), raštu. – Pastaraisiais metais ES susiduria su didžiausia šio dešimtmečio migracijos krize. Pastebima, kad vis didesnis skaičius atvykėlių yra ne karo pabėgėliai, o atvykėliai iš saugiomis laikomų valstybių, kitaip tariant – ekonominiai migrantai. Taip pat dalis į ES atvykstančių asmenų atkeliauja iš Turkijoje esančių pabėgėlių stovyklų, argumentuodami itin prastomis gyvenimo sąlygomis jose. Vis dar nerandame, o gal neturime pakankamos politinės valios rasti sprendimą sustabdyti migrantų srautus. Tačiau laiko lieka vis mažiau, nes laisvas asmenų judėjimas ES viduje – viena pagrindinių Europos integracijos vertybių ir pasiekimų – jau braška. Ką daryti? Atskiros ES narės turi turėti galimybę pasinaudoti teise mažinti savo patrauklumą ekonominiais migrantams – Europa turi atsikratyti lengvos ekonominės gerovės garanto įvaizdžio migrantų, pasiryžusių nelegaliai kirsti ES sieną, tarpe. Kartu Bendrija turi imtis realių veiksmų bendromis pastangomis stiprinti išorines sienas. Tačiau svarbiausia, jog įvairūs skaičiavimai rodo, kad pabėgėliams suteikti būtinają pagalbą su ES besiribojančiose valstybėse yra daugiau nei penkis kartus pigiau nei ES viduje. Tai turėtų būti paskata valstybėms narėms skirti lėšas tokių pabėgėlių centrų išlaikymui ES kaimynystėje, konkrečiai – Turkijoje. Mainais į skiriamą paramą ES turi reikalauti Turkijos skirti daugiau dėmesio užtikrinant sienos su ES apsaugą, taip pat skaidraus šių lėšų panaudojimo bei glaudesnio migracijos politikos tarp ES ir Turkijos derinimo.

Elly Schlein (S&D), per iscritto. – Nei giorni scorsi sono stata a Lampedusa. E basta andarci, per capire l'assurdità delle affermazioni del Ministro della Difesa francese, che spero vorrà andarci a guardare negli occhi le persone che arrivano. Che di terroristi non se ne vedono, ma di disperazione tanta. Basta andarci per arrivare ad una semplice conclusione: a Lampedusa non ci può essere un *hot spot*. L'isola non è luogo adeguato, e nemmeno lo è la struttura oggi utilizzata come *hot spot*, che peraltro doveva essere solo un progetto pilota e non rimanere tale a lungo termine.

Lampedusa è sempre stata campionessa nel primissimo soccorso e accoglienza, ma entro 48 ore le persone dovrebbero essere trasferite altrove, per poter poi essere ricollocate in altri Paesi UE. E invece restano bloccate lì anche settimane, senza nemmeno delle scarpe ai piedi o una mensa in cui mangiare. Bloccate sull'isola, a pagare per l'incapacità dei governi europei di attuare le decisioni del Consiglio in cui siedono, e di far partire i ricollocamenti promessi. I ricollocamenti sono in ritardo inaccettabile e ingiustificabile.

C'è poco da stupirsi che le persone abbiano paura a farsi registrare, se non viene prima data loro una prospettiva certa sul proprio futuro. Cari governi, prendetevi le vostre responsabilità.

Monika Smolková (S&D), písomne – Opäť sme pomenovali problémy, ktoré máme, aj ich riešenia, ale samotná ich aplikácia v praxi je veľmi ťažká. Nemáme mechanizmy, ako po rozhodnutí, že migranti musia opustiť EÚ, pretože nespĺňajú požiadavky na azyl a ochranu, ako ich v skutočnosti vrátiť do krajiny pôvodu alebo do tranzitnej krajiny. S napätím očakávame, čo bude, až sa oteplí a budú priaznivejšie klimatické podmienky pre migrantov, ale iba spolupráca všetkých 28 členských štátov a zjednotenie azylovej a migračnej politiky v rámci EÚ môže zastaviť nekontrolovaný prílev migrantov a súčasne poskytnúť ochranu tým, ktorí o ňu požiadajú a majú na ňu v zmysle medzinárodného práva aj nárok. Za rok 2015 ešte nemáme k dispozícii štatistické údaje, ale v roku 2014 orgány členských štátov vydali 470-tisíc rozhodnutí, v ktorých štátnym príslušníkom tretích krajín nariadili opustiť EÚ na základe správneho alebo súdneho rozhodnutia, ale vykonali iba 192 445 účinných návratov. V EÚ ostalo 280-tisíc, ktorí sa mali vrátiť, ale sa nevrátili. Preto je namieste otázka – ako nám funguje v praxi návratová politika? Máme informácie o tých, čo ostali v EÚ, čo v skutočnosti robia a kde sa nachádzajú?

Сергей Станишев (S&D), в писмена форма. – Призивите шенгенските граници да бъдат затворени за 2 години показва, че ЕС, волен от десните и подвеждан от крайно десните, се намира в абсолютна безпътница. Това би било огромен удар върху идеята за обединена Европа – не само заради неизбежните икономически щети, а защото свободното движение е най-ярък символ на всички постижения на ЕС.

Предложението да се затворим вкъщи, да залостим вратата и да чакаме бурята да отмине е опасна илюзия – нито една държава не може да се справи сама с такива проблеми. Нашият отговор е повече, а не по-малко Европа – там, където е необходимо. Вместо стени, имаме нужда от ефективно работещи външни граници. От повече Европа в сферата на сигурността, обмяната на информация, борбата с тероризма, външната политика. От по-силен европейски ангажимент, включително финансов, за да подпомогнем агенциите на ООН, както и страните, които приютяват най-много бежанци.

Въпреки че са изпълнили всички критерии за членство, България и Румъния несправедливо остават извън Шенгенското пространство, а това би допринесло много за сигурността и би укрепило външните граници на Съюза. Решително се противопоставям на всякакви идеи за създаване на „буферни зони“ вътре в ЕС, които да се превърнат в големи бежански лагери. Дъблинският механизъм не отговаря на новите условия и спешно трябва да бъде преразгледан.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η ΕΕ απέτυχε να ανταποκριθεί στην επείγουσα ανάγκη για προστασία και ανθρωπιστική βοήθεια στους πρόσφυγες. Ως αποτέλεσμα το 2015 σχεδόν 4,000 πρόσφυγες πέθαναν στις ακτές της Ένωσης. Η Μεσόγειος έγινε νεκροταφείο. Και η λίστα των νεκρών το 2016 συνεχίζει να αυξάνεται επικίνδυνα. 10.000 ασυνόδευτα παιδιά προσφύγων έχουν χαθεί στην ΕΕ. Στην Τουρκία, την χώρα που έχει πάρει τον τίτλο ασφαλούς προορισμού και σήμερα συζητάμε για την οικονομική της ενίσχυση, γνωρίζουμε πως χιλιάδες προσφυγόπουλα εργάζονται παράνομα στην βιομηχανία και εκατομμύρια πρόσφυγες παλεύουν να επιβιώσουν χωρίς καμία στήριξη από το τουρκικό κράτος.

Δεν γίνεται να συνεχίσει η ΕΕ να παίζει με την αξιοπρέπεια και τις ζωές των προσφύγων. Πρέπει να σταματήσει το έγκλημα τώρα! Τα ποσά που διατίθενται για την περιφράξη των συνόρων και τη μετατροπή της Ευρώπης σε φονικό φρούριο να αξιοποιηθούν για την υποδοχή των προσφύγων και τη μεταφορά τους στις χώρες προορισμού τους. Εξίσου σημαντική είναι να ενισχυθεί άμεσα η έμπρακτη αλληλεγγύη προς τις χώρες υποδοχής, όπως η Ελλάδα, που δέχεται τα μεγαλύτερα κύματα προσφύγων.

Indrek Tarand (Verts/ALE), in writing. – As all well know, it is crucial that we tackle the refugee crisis at its origins in order to manage this inflow in the long term. And to do this we must look beyond our unpredictable neighbour, Turkey. The Kurdish forces, particularly the Peshmerga in Iraq, have been central to the struggle against Islamic State, meanwhile they have conceived and sustained a stable territory which has yet to be recognised as a nation in its own right. It is impossible for us to ignore the legitimacy and importance of the Kurds as pro-Western political actors in this conflict-ridden region. Therefore it is essential that we, the European Union, vigorously support them in their efforts to extinguish Islamic State and defend democracy.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – As atuais políticas da UE e da NATO não hesitam em financiar e promover forças extremistas, em realizar contractos milionários de venda de armas a ditaduras como a da Arábia Saudita com vista ao domínio económico e geopolítico daquelas regiões. Por isso, são as políticas de ingerência e agressão dos EUA, NATO e União Europeia que estão na origem dos conflitos no Médio Oriente e Norte de África.

Essa é a razão de fundo do êxodo em massa de milhões de pessoas que chegam ao continente europeu, fugindo da fome, da miséria, da guerra e da morte. Pugnasse este Parlamento pela defesa dos direitos humanos e condenaria sem tibiezas a resposta a esta realidade.

Os muros, as legislações fascistas de humilhação dos refugiados, o conceito da Europa Fortaleza, o financiamento a Estados vizinhos para conterem as vagas de refugiados em autênticos campos de concentração são a marca da brutalidade e desumanidade da UE. Àqueles que conseguem sobreviver a tanta «solidariedade» restam-lhes condições miseráveis de acolhimento que precedem um repatriamento compulsivo.

Iuliu Winkler (PPE), in writing. – EU asylum and migration policies have lamentably failed in 2015. We have to turn this failure into a functioning European response to the migration crisis. In order to do so we must understand what went wrong. We did not respect our own rules: neither the Dublin Regulation nor the Schengen Regulation was respected. We did not respect our own decisions: out of 5 hotspots in Greece we have one; out of 6 in Italy only 2. We did not secure the EU's external borders, the European Border and Coast Guard is still in its making. The European Council made majority decisions when unanimity is the way to go in highly sensitive issues. It was decided by majority to relocate 160 000 refugees but not more than 300 have been effectively relocated since. Relocation will not fly. Finally we mixed up things that should not be mixed. There is confusion between refugees and migrants since we lack the

criteria to distinguish between them. We also confuse migrants coming outside of the EU and 'internal migrants' who in fact are European citizens who benefit of the fundamental right to free movement. There is no more time. European crises needs European solutions, worked out in genuine solidarity.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Již dříve jsem upozorňoval, že ochrana našich společných vnějších hranic je nedostatečná, a vítám tedy, že je nyní prověřováno Řecko a jeho plnění povinností při ochraně našich vnějších hranic. Stejně tak musí být i prověřováno, jak je s uprchlíky, kteří přijdou do Řecka, zacházeno, zda jsou dodržovány všechny procedury, uplatňována politika navrácení či kam jsou tito lidé dále transportováni. Nejen do Řecka, ale také do Itálie investovala EU v posledních letech velké množství peněz a oprávněně se tedy ptám, k čemu tyto peníze sloužily a jak přispěly právě k řešení situace s přívalem uprchlíků. Jsem jednoznačně proto, aby Řecko ihned provedlo nápravu jakýchkoliv pochybení, které Komise shledá jako problematické. Pokud by však i toto mělo být nedostatečné, chci, aby byly zváženy jiné kroky k ochraně hranic ze strany samotné EU, které by toto selhání Řecka napravily. Vyloučení Řecka ze schengenského prostoru považuji za krajní řešení, ale zároveň nevylučuji, že nebude nutné se k němu v případě závažných pochybení při nápravě uchýlit.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Dyskutując o fali uchodźców napływających do Unii Europejskiej, musimy łączyć to z dyskusją o wsparciu dla Turcji. Do Unii Europejskiej napłynęło w 2015 roku 1,1 miliona uchodźców. W Turcji, w różnych obozach znajduje się obecnie prawie 3 miliony uchodźców, głównie z Syrii. Europa nie radzi sobie z przyjęciem obecnej fali uchodźców i niestety trudno przewidzieć, co by się stało, gdyby fala ta została spotęgowana przez uchodźców przebywających obecnie w Turcji. Państwo to powinno zatem otrzymać silne wsparcie ze strony UE, zwłaszcza środki na zapewnienie uchodźcom cywilizowanych warunków życia. Podobnie należałoby traktować Jordanię i Liban, które borykają się ze skutkami wojny syryjskiej i napływem na swoje terytorium jej ofiar. To oczywiście działanie ważne, ale przecież o charakterze doraźnym. Najważniejsze byłoby mocne zaangażowanie wspólnoty międzynarodowej w ograniczenie wojny w Syrii. Unia Europejska powinna być w tym obszarze maksymalnie aktywna. Fala uchodźców to bowiem głównie efekt wojny w Syrii. Tak długo, jak będzie ta wojna trwała, jej ofiary będą poszukiwały lepszego życia.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Debater a crise dos refugiados é debater a crise de propósito e de valores que assola a União Europeia. Os três pontos-chave do debate realizado sobre refugiados, fronteiras e Schengen ilustram de forma dramática esta realidade. Por um lado, evidenciam a difícil coexistência entre crise económica e acolhimento de refugiados, como tem sido o caso da Grécia. Por outro lado, sublinham as fragilidades da política de segurança e defesa comum (PESC) num momento em que o reforço da fronteira externa da União se afirma como a forma mais robusta de salvaguardar a livre circulação no espaço interno. Finalmente, com a questão da prática da retenção de bens de refugiados na Dinamarca, é o choque de valores que fica exposto. É urgente combater a crise dos refugiados com um novo impulso ao crescimento e ao emprego na Europa. A recuperação económica e social é o melhor antídoto para ultrapassar e vencer as dinâmicas autodestrutivas que, de forma espontânea ou manipulada pelas correntes populistas, ameaçam enfraquecer e mesmo destruir o projeto europeu. Apelo, por isso, ao lançamento urgente de um plano consistente de reforço da fronteira externa da União, lançado em simultâneo com um plano de retoma das prioridades de desenvolvimento sustentável do espaço europeu.

11. Neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015 (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Iratxe Garcíę Pérez w imieniu Komisji Praw Kobiet i Równouprawnieni w sprawie nowej Strategii w sprawie równouprawnienia płci i praw kobiet po 2015 r. (O-000006/2016 - B8-0103/2016) (2016/2526(RSP)).

Iratxe García Pérez, *Autora*. – Señor Presidente, volvemos, una vez más, a hablar de igualdad en este Parlamento Europeo. Seguro que a muchos de los que han estado presentes en este debate les vendría muy bien poder sentarse y escuchar lo que tenemos que decir. Porque la igualdad es una prioridad, también, en nuestro trabajo y en nuestro compromiso político. Porque las mujeres somos el 50 % de la población de la Unión Europea y no se puede hacer la política a nuestras espaldas. Por lo tanto, lo primero que pedimos es que se nos escuche y que se conozca bien cuál es el planteamiento de esta Cámara al respecto de la pregunta que hoy trasladamos a la Comisión.

El artículo 2 del Tratado de la Unión Europea y la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea obligan a la Comisión a poner en marcha políticas de igualdad entre hombres y mujeres, porque hablamos de un principio y de un valor fundamental del proyecto europeo. La estrategia vigente en estos momentos concluyó en 2015. En junio de 2015, esta Cámara ya se posicionó al respecto, con un debate sobre cuál debía ser el contenido y cuáles debían ser las líneas directrices que la Comisión Europea debía plantear en la nueva estrategia de género, en la nueva estrategia de igualdad entre hombres y mujeres. Asimismo, se abrió una consulta pública, donde más del 90 % de las personas que participaron en la misma establecieron que era imprescindible, que era fundamental y que era urgente que esta prioridad política se convirtiera en un compromiso por parte de las instituciones europeas y, por lo tanto, que se lanzara una nueva estrategia de igualdad de género.

Desde junio de 2015, cuando esta Cámara se posicionó mayoritariamente e instó a la Comisión Europea a desarrollar esta labor, hemos estado esperando la respuesta de la Comisión. Y la respuesta de la Comisión ha sido que, en diciembre del año 2015, ha adoptado un documento de trabajo elaborado por los servicios de la Comisión, que nos parece muy respetable. Nos parece que tiene un contenido que debe tenerse en cuenta, pero consideramos que pierde por completo el compromiso que debería asumirse con carácter político. Porque un documento de trabajo no tiene presupuesto. Porque en un documento de trabajo no se puede ver cómo va a ser la aplicación de las medidas puestas en marcha. Porque un documento de trabajo no se puede evaluar. Y para que las políticas salgan adelante, es necesario tener presupuesto y es necesario tener mecanismos de evaluación.

Por eso, insistimos en la necesidad de que se adopte una estrategia de igualdad entre hombres y mujeres por parte del Colegio de Comisarios, porque esto tiene que ser un compromiso de todo el Colegio en su conjunto y debe ser debatido y aprobado por la Comisión Europea, que, en estos momentos, tiene la responsabilidad de lanzar las políticas de igualdad entre hombres y mujeres. Porque hablamos de lucha contra la violencia de género. Hablamos de brecha salarial. Hablamos de conciliación entre vida personal y laboral. Hablamos de cuestiones fundamentales en la agenda política de la Unión Europea, y que tenemos la obligación de ser capaces, junto con los Estados miembros, de poner en marcha.

Porque estos últimos años hemos podido ver cómo, junto a todas las crisis que ocurrían dentro del territorio europeo — la crisis económica, la crisis de refugiados, la crisis social—, finalmente, las grandes perjudicadas de todas ellas seguimos siendo las mujeres. Y, por lo tanto, perder la perspectiva de género en todas las políticas y ser capaces de entender que la transversalidad es fundamental es una cuestión indispensable y que vamos a seguir reivindicando por parte de este Parlamento.

Por ello, aprovechamos también este debate para preguntarle a la Comisión por qué motivo no ha adoptado, de manera pública y transparente, una comunicación nueva de estrategia para la igualdad de género. Queremos saber cuáles son las causas por las que este documento no se ha adoptado, no se ha debatido, no se ha aprobado por el Colegio de Comisarios. Y queremos saber a qué está esperando la Comisión para que esto sea así, para que ustedes discutan también cómo, a través de las distintas políticas, a través de la labor de los distintos comisarios, se puede avanzar en el principio de igualdad entre hombres y mujeres. Y queremos saber también de qué manera la Comisión Europea va a colaborar con la Presidencia y con el trío de presidencias para poder presentar, a lo largo de 2016, una estrategia de igualdad entre hombres y mujeres.

Termino. Es fundamental. Es exigible. Nos habría gustado tener hoy aquí a la señora Jourová, la responsable de esta materia en el Colegio de Comisarios. Pero sigo insistiendo, esto no es una política de compartimentos, esto es una política transversal y el compromiso político debe estar en la base de toda la Comisión Europea.

Vytėnė Povilaitė Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for the opportunity to clarify the Commission's intention for gender equality policy during its mandate.

The Commission published its 'Strategic Engagement for Gender Equality 2016-2019' on 3 December 2015 as its framework plan for future actions to improve gender equality. The strategic engagement is a follow-up and continuation of the Commission's 2010-2015 strategy for equality between women and men.

The priorities in the 2010-2015 strategy for equality between women and men remain valid. The wide consultations and the evaluation that we carried out to prepare the strategic engagement clearly confirms this. While progress has been achieved, further action is needed to secure the necessary changes.

Gender and gender equality is an important part of the Juncker Commission's agenda. As you know, this Commission also embarked on a better regulation programme, refocusing its activities and instruments. As a representative of the Commission and a member of the College, I can confirm to you that the new strategic engagement is the official Commission position, which has the political support of the entire Commission. It is set out in its 2016 Work Programme: the Commission is engaged in practical work to promote gender equality.

As was explained at the constructive exchange of views with the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) on 14 December, we should focus on the delivery of change on the ground. The strategic engagement describes how gender equality actions will be focused on five priority areas during this Commission mandate: increasing female labour-market participation and equal economic independence; reducing the gender pay, earnings and pension gaps and thus fighting poverty among women; promoting equality between women and men in decision-making; combating gender-based violence and protecting and supporting victims; promoting gender equality and women's rights across the world. It also confirms the integration of the consideration of gender equality into every aspect of European Union interventions.

There are more than 30 key actions to be implemented in each of the five priority areas identified, as well as objectives and timelines for these actions, responsibilities in the Commission's services and funding available to support progress. Together with timelines and indicators, the strategic engagement defines a baseline against which future progress will be measured on a regular basis.

The strategic engagement builds on the targets agreed at EU level. In particular it supports reaching the European Union's 2020 target of a 75% employment rate for both men and women. It is a concrete planning instrument for the Commission which other stakeholders are welcome to join.

On 15 January 2016 the Commission participated in the Council's Working Party on Social Questions, which held a first exchange on the draft Council Conclusions on the strategic engagement for gender equality. The Dutch Presidency expressed its intention to have the Council Conclusions adopted at the March meeting of the Employment, Social Policy, Health and Consumer Affairs Council (EPSCO).

The strategic engagement for gender equality provides a basis for gender equality actions in the coming years and in particular covers the key issues Parliament identified in its June 2015 resolution. It represents the Commission's work programme for gender equality policy for 2016-2019.

Constance Le Grip, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, nous sommes réunis ce soir, dans cet hémicycle du Parlement de Strasbourg, pour débattre à nouveau de la question cruciale de l'égalité entre hommes et femmes, à la faveur d'une question orale qu'un certain nombre de groupes politiques ont souhaité adresser à la Commission européenne et qui pointait du doigt et stigmatisait le fait que la Commission n'ait pas publié un document sur un certain type de statut, une communication sur un engagement stratégique mais uniquement un document de travail qui précise sa feuille de route et énumère ses engagements et ses lignes d'action pour la période 2015-2019.

Très franchement, à titre personnel et au nom du groupe PPE, les querelles sémantiques et les débats, un petit peu anecdotiques – pardonnez-moi, je ne veux blesser personne – sur la question du statut et de la forme de tel ou tel document, peu me chaut. Ce qui compte, c'est la volonté politique, l'engagement, l'intensité avec lesquels sont identifiés un certain nombre de domaines d'action ainsi que des processus, des méthodes, de la méthodologie. Dans cette perspective, la méthodologie, les domaines d'action, les engagements publiés par la Commission européenne, par la commissaire Jourová, dans le document de travail correspondent exactement aux priorités et aux préoccupations du groupe PPE.

Nous souhaitons une approche concrète, pragmatique, efficace, opérationnelle, à travers des objectifs quantifiables, mesurables, des procédures d'évaluation, nous voulons mettre l'accent sur la nécessité de bien transposer, de bien mettre en œuvre la législation existante avant que d'envisager d'éventuelles nouvelles propositions législatives. Bref, nous voulons être utiles, concrets, pragmatiques et nous centrer sur ce que nous pouvons faire d'utile en tant que Parlement européen, en tant que membres de la commission des droits de la femme, en tant qu'institution européenne, pour stimuler les États membres et faire pression sur eux pour qu'ils assument leurs responsabilités. Encore une fois, c'est cette intensité-là et cette volonté politique-là que le groupe PPE a clairement soulignées dans sa proposition de résolution.

Maria Noichl, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sind die Vertreterinnen und Vertreter des europäischen Volkes. Wir – das Europäische Parlament, wir – die Mehrheit der Parlamentarierinnen und der Parlamentarier fordern heute erneut unser Recht ein. Wir haben ein moralisches Recht darauf, dass die Gleichstellungsstrategie in Europa fortgeschrieben wird. Und wir fordern dieses Recht mit einem großen Selbstbewusstsein ein. Wir haben nämlich einen mehrheitlichen Beschluss des Parlaments, und das Parlament fordert die Kommission auf, eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter auf den Weg zu bringen. Wir haben auch einstimmig den Rückenwind der Mitgliedstaaten, die uneingeschränkt hinter der Strategie stehen. Und wir haben die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger der EU, die sich im Rahmen einer Befragung klar und deutlich mehrheitlich für das Ja zu Gleichstellungsthemen ausgesprochen haben.

Ständig beteuert die Kommissarin Jurova, dass ein internes Arbeitspapier doch ungefähr das gleiche sei wie eine Strategie oder eine Mitteilung. Und Frau Jurova weiß, dass das nicht der Wahrheit entspricht. Es ist ein schwächeres Papier, das sie uns vorlegt. Es ist ein lauwarmes Papier, das sie uns vorlegt, und es ist dadurch eine Abwertung des Themas der Gleichstellung und eine Abwertung der Menschen in Europa.

Ich hatte heute persönlich ein Gespräch mit Martin Schulz, dem Parlamentspräsidenten, und ich habe ihn auf den Missstand persönlich hingewiesen. Er wird mit Herrn Juncker in der nächsten Zeit noch einmal reden und er wird um Fairness für das Parlament bitten, denn das Parlament hat Fairness verdient. Wer gegen Frauenrechte agiert, der schwächt Europa. Wer gegen Gleichstellung agiert, ist ein Sexist. Wer eine Strategie verhindert, lässt demokratische Grundwerte vermissen. Wir wollen eine Strategie, und wir wollen sie jetzt.

Ich denke, zu dem Thema ist alles gesagt. Meine verbleibenden 30 Sekunden, die ich noch habe, möchte ich Frau Jurova zum Nachdenken geben.

(Der Präsident beginnt, in der Tagesordnung fortzufahren.)

Nein, Herr Präsident, ich habe noch zehn Sekunden Redezeit, und in dieser Zeit soll Frau Jurova nachdenken. Ich hoffe auch, dass Sie als Kommissar nachdenken, und ich hoffe, dass wir eine Strategie bekommen.

(Beifall von der Fraktion der Rednerin.)

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Środowiska lewicowe domagają się promowania ideologicznych, genderowych postulatów: seksualizacji dzieci, promowania LGBTI, parytetów płci, zmiany zarówno definicji płci, jak i rodziny. Doprowadziliście państwo do takiej sytuacji, że tradycyjne rodziny mogą czuć się dyskryminowane, bo ciągle słyszą, że są nienowoczesne, zacofane, nieeuropejskie.

Liczba przyjętych do tej pory przez Parlament Europejski regulacji tzw. antydyskryminacyjnych jest ogromna. Nie ma zatem powodu, aby przyjmować kolejne. Moja grupa opowiada się przeciwko rezolucji lewicy, proponując zupełnie inne, racjonalne podejście. Szanowni Państwo! Czas wrócić do korzeni. Trzeba oprzeć się na wartościach, na których Unia Europejska została ufundowana. Nie wstydźcie się chrześcijańskiego dziedzictwa, z niego możemy czerpać mądrość i siłę.

Angelika Mlinar, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like to thank Commissioner Jourová for her efforts to make gender equality a reality in the European Union. She demonstrated that she is really and sincerely committed. I am referring in particular to the mediation efforts in the Women on Boards Directive negotiations with the Council and to the fact that she is trying by all means to relaunch the maternity leave file by proposing a roadmap towards a broader approach to a work and private life balance.

However, I cannot hide my disappointment while being confronted with a staff working document instead of a proper comprehensive strategy for gender equality. I am not criticising the measures adopted in the document, but I do denounce, in the name of my group, the downgrading of the strategy, especially because it happened against the clear position of this Parliament, since the Noichl report was adopted with a large majority, and against the clear statements of 22 Member States.

Moreover, the evaluation of the past strategy resulted in a specific call to further strengthen the strategic approach adopted in 2010 and not to weaken it. In light of those signals sent by the Commission, by the entire college, my question is: should we consider the inequality affecting more than half of the population of Europe as red tape? Is this the message?

My last comment concerns the behaviour of some groups in the House. They have once again demonstrated, as the previous speaker showed, that they do not take gender equality seriously.

Malin Björk, för GUE/NGL-gruppen. – Herr talman! Europaparlamentet gör ett viktigt och systematiskt arbete för ökad jämställdhet och vårt betänkande om en ny jämställdhetsstrategi är ett gott exempel. Tyvärr konstaterar vi att jämställdhetsarbetet i EU som helhet och kommissionen i synnerhet har stagnerat. Det är oerhört allvarligt eftersom bristande jämställdhet är ett trampande på kvinnors rättighet, och det är ett demokratiskt och samhällsligt problem.

Jag ska inte tråka ut er med statistik, men det är så oerhört tydligt att vi lever i ett samhälle där kvinnor inte har samma tillgång till makt och resurser som män. Det är någonting som vi måste ändra på. Vi har mycket arbete framför oss, och för att komma någon vart i jämställdhetsarbetet behöver vi politiska visioner och konkreta åtaganden. Det är därför rådet vill ha en jämställdhetsstrategi. Det är därför vi i parlamentet vill ha en jämställdhetsstrategi. Det är politiskt ledarskap.

Att som kommissionen nu gör, blockera framtagandet av en jämställdhetsstrategi, är faktiskt maktfullkomligt och en uppvisning i en viss grad av patriarkal arrogans. Nej, vi vill inte ha tillbaka våra hundraåriga traditioner av kvinnoförtryck och av förtryck av hbtq-personer.

Nej tack, det är dags att gå framåt, det är dags för omtag i kommissionen. Ni kan fortfarande ta fram en jämställdhetsstrategi. Det är dags att kasta de patriarkala oken och skapa ett mer feministiskt Europa. Det är det som kvinnor och män ute i Europa förväntar sig, och en ny jämställdhetsstrategi är ett första steg.

Terry Reintke, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, equality between women and men must be ensured in all areas. This is a very short and clear message from Article 23 of the European Charter on Fundamental Rights, and this is a very clear task for us as legislators, including the Commission, the Council and Parliament.

How do we reach a society with sound protection for working mothers and fathers? How do we reach a society with abundant female voices in top positions in the economy? How do we finally end violence against women in the EU? For all of this we need confidence, we need political will, but most of all we need a very clear strategy.

I have been elected to a legislative body to do a lot of things, that is true, but especially to fix legislative shortcomings and, more specifically, to fix legislative shortcomings on women's and girls' rights. Historically the European Union has delivered on this, but from my mandate so far I can say that the track record is really weak. The withdrawal of the Maternity Leave Directive and the postponement of the Women on Boards Directive are just two of the very many frustrating and alarming developments that we have seen.

Let us now take the chance to turn this around and to make this Commission and this mandate a success for girls' and women's rights. Because girls' and women's rights are the unfinished business of the 21st century.

Daniela Aiuto, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, siamo nuovamente alla fiera della falsità e dell'ipocrisia. Parliamo di grandi manifesti, slogan e obiettivi, che hanno un carattere puramente ideologico ma che sono lontani anni luce dalla vera realtà che noi donne viviamo e da tutti i problemi che siamo costrette a fronteggiare giornalmente. Auspichiamo un'uguaglianza di diritti che rimane sempre e solo formale e che non trova riscontro in nessuna politica sostanziale. Scriviamo risoluzioni che inneggiano all'uguaglianza tra i sessi e alla parità di opportunità. Sono tante, davvero tante, belle parole, ma ciò che abbiamo fatto e scritto finora è servito a qualcosa? La vita delle donne europee è migliore di anno in anno o peggiore? Purtroppo, dobbiamo constatare che i gravi fenomeni di discriminazione e di disparità, che tanto fortemente condanniamo, continuano ad accadere, nonostante tutte le azioni intraprese. Ce lo dicono le cronache, i dati raccolti e le analisi economiche condotte. Abbiamo assistito, inoltre, in questi mesi all'arenarsi della direttiva sul congedo di maternità, abbiamo subito lo stallò di quella sulle donne nei consigli di amministrazione, mentre in Europa le donne sono sempre più sole, sempre più disoccupate, sempre più povere e sempre più violate. È tempo di dire basta! Vogliamo dalla Commissione azioni mirate e concrete subito!

Anna Záborská (PPE) – Keď hovoríme o rovnosti medzi mužmi a ženami, hovoríme vlastne nepriamo o materstve.

Rozdielna výška platu na rovnakej pracovnej pozícii, „pay gap“, rovnako ako rozdielna výška dôchodku, „pension gap“, sú symptómami pokrytectva našej spoločnosti. Materstvo ani starostlivosť o deti totiž nepovažujeme za hodnotnú prácu. Žena je za ňu dokonca finančne pokutovaná, či už formou platových rozdielov, nízkej materskej dávky alebo neuznania dôležitosti starostlivosti o domácnosť a deti pre spoločenský blahobyť. Veľa hovoríme o právach žien na slobodnú voľbu, ale zároveň ich konkrétnymi politikami tlačíme do formálnej ekonomiky. Bola by som preto veľmi rada, ak by sa úsilie Komisie aj tohto Parlamentu sústredilo na príčinu problému. Prvým krokom by bolo vyjasnenie pojmov, pretože rodová rovnosť nie je to isté ako rovnosť medzi ženami a mužmi. A druhým, náročnejším krokom je uznanie ekonomickej aj spoločenskej hodnoty materstva a starostlivosti, ktorú vykonávajú ženy v rodinách. Aj potom sa stane diskusia o politikách na podporu postavenia žien v spoločnosti zmysluplnou.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, chers collègues, cher commissaire, pourquoi l'égalité entre les femmes et les hommes, principe fondateur de l'Union européenne, ne mérite-t-elle plus, je dis bien «plus» parce que jusqu'à présent, cela avait été le cas, une communication de la Commission, un vrai programme d'action avec un budget, une évaluation, voire des mesures législatives si elles s'avèrent nécessaires?

Aurions-nous atteint nos objectifs? Si c'était le cas, je m'excuse, mais je pense qu'il subsiste encore des difficultés concernant le taux d'emploi des femmes, qu'il y a encore des discriminations, qu'il y a encore de la violence et qu'il y a encore et surtout des stéréotypes sexistes.

Je repose donc la question: pourquoi pas une communication?

Ces deux dernières années, il y en a pourtant eu, des communications de la Commission. J'en cite quelques-unes: une communication sur le niveau sonore des moteurs, une communication sur l'utilisation civile des systèmes d'aéronef piloté, une communication sur les voyages à forfait, et je pourrais encore continuer.

Mais quand il s'agit des femmes, on nous dit «ah non non non non non non», surtout pas, il faut de la simplification administrative, il faut le programme REFIT, il faut que le congé de maternité tombe à la trappe. C'est ça, la position de la Commission, et je regrette d'entendre M^{me} Le Grip dire que c'est de la sémantique. Ce n'est pas de la sémantique, c'est de la politique, c'est de la politique qui définit des priorités. Aujourd'hui, la Commission européenne n'a pas défini l'égalité des femmes comme étant sa priorité.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Grundlage des Begriffs „Gender Mainstreaming“ ist Artikel 8 des EU-Vertrags, in dem es heißt: „Bei allen ihren Tätigkeiten wirkt die Union darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“ Dieser Satz stammt nicht von mir, es ist die Antwort der EU-Kommission auf meine parlamentarische Anfrage zur Klärung des Gender-Begriffs im europäischen Kontext. Definition von Gender frei nach Estrela, Rodrigues, Noichl und Kollegen – da geht es nicht mehr um die eigentliche Gleichberechtigung, die leidet an einer falschen und komplett verzerrten Definition.

Gender heißt nicht Sexualekunde an Grundschulen, Gender heißt nicht ein abartiges Menschenrecht auf Abtreibung. Frau Noichl wirbt sogar mit Geschäften mit der Tötung von Kleinkindern. Gender heißt auch nicht: heute Mann, morgen Frau, übermorgen ganz etwas anderes. Nein, wer Gender sagt, meint die Gleichberechtigung von Frauen und Männern – Punkt, und nichts weiter. Ich möchte hier noch weitergehen: Wenn wir von Gleichberechtigung reden, dann müssen wir von Zukunftsplanung reden, und dann ist Gleichberechtigung dort zu sehen, wo Eltern und Kinderlose gleichberechtigt sind.

Louise Bours (EFDD). – Mr President, for once I am in agreement with some of you and happy to point towards the failure of the EU Commission in its gender equality strategy. After all, the only thing it has produced is a staff working document; very useful indeed if you are caught short in a public convenience without toilet paper. But I have to ask, what have the numerous EU strategies, funding initiatives and quangos actually achieved? Do I feel more empowered and safer than ever before? No, in fact I would argue the reverse is true. I am sure many of those women in Cologne, Sweden and elsewhere feel exactly the same. What did you think was going to happen when the EU opened the door to millions of people from countries and cultures where women are treated as second class citizens and LGBTI people are treated even worse?

The wilful cover-up at the facts surrounding Cologne and elsewhere by politicians, the authorities and the press shows you that European politicians care more about political correctness than actually protecting the safety and rights of women. The EU is clearly trying to deny that this kind of violence even exists.

What about trafficking? A UK Government report says that free movement within the EU is extensively exploited by organised criminals to bring human trafficking victims to the UK. Europol says free movement makes it more difficult to detect these operations. It is the perfect environment for the criminal gangs to act with impunity. The current EU gender strategy is, and will continue to be, an absolute failure. Whilst the UK remains in the EU, women, LGBTI people and the rest of society are less safe and less secure.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor Presidente, existe un refrán que dice que a veces los árboles no nos dejan ver el bosque, y esto es lo que no debe ocurrirnos en este debate, donde lo fundamental es la igualdad de derechos entre hombres y mujeres, concretamente a partir de 2015. Lo importante es el objetivo y no podemos permitir que la manera de alcanzarlo nos enfrente.

Está probado que las sociedades más avanzadas son aquellas en las que los derechos de la mujer están más consolidados. Mucho han batallado tantas mujeres en el pasado siglo, que han dado incluso sus vidas para que hoy nosotras podamos estar aquí sentadas escribiendo leyes que creemos favorables para una sociedad más justa.

Pero aún quedan muchas pruebas que superar en materia de igualdad como, por ejemplo, la igualdad de salarios. ¿Dónde está escrito que una mujer tenga que ganar menos que un hombre por un trabajo de igual valor? Por no hablar, por supuesto, de la mayor de las desigualdades, la violencia de género, sobre la que tanto se legisla, pero con tan poco resultado.

Es nuestra responsabilidad hacer leyes necesarias y es obligación de la Comisión vigilar para que se cumplan en todos los Estados y, por ello, apoyamos el enfoque práctico que la Comisaria está dando a esta estrategia.

Lo importante es reducir la desigualdad: es esa la que debe ser nuestra prioridad. A las mujeres no les importa qué nombre demos a las estrategias, sino que sean efectivas, y en ningún caso, en ningún caso, hay que rebajar los objetivos ni los medios para conseguirlo.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, dos dados de que dispomos sobre a igualdade dos géneros, deveríamos ter como preocupação uma estratégia concertada no que diz respeito a uma forma eficaz de combate ao problema da desigualdade e da discriminação. Se os dados de que dispomos já nos indicam a franca necessidade de ação, mais me preocupam aqueles dados que ficam por apurar, por incapacidade da Comissão de garantir mecanismos de recolha de informações fidedignas. Aliás, isso foi aqui reconhecido pela própria Comissão: o caso, por exemplo, da mutilação genital feminina. O Parlamento deu orientações claras, mas a Comissão não age nem quer agir e o que nos oferece é um documento de consulta e de trabalho sem valor interinstitucional.

O Parlamento Europeu cumpriu com o seu trabalho. A Comissão, nem por isso. Temo que nem compreendeu o porquê das prioridades indicadas por esta Casa. Só assim se pode desculpar este documento que, parece-me a mim, envergonha a ideia de ação estratégica política e, já agora, de bem comum. Há consequências na ação política, o mesmo serve à sua inação. Na prática, o que se faz é adiar o problema e durante este adiamento vão morrendo mais mulheres. Tratamos os direitos fundamentais de 50 % da população como direitos de segunda categoria.

Este documento, apresentado da Comissão, é incipiente. Reflete apenas uma coisa: o desrespeito para com todas as mulheres. A ausência da Sra. Comissária Jourová, aqui nesta Casa, é sintoma disso.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane komisaři, chci Vám poděkovat a také chci omluvit paní komisařku, která je právě na jednání o ochraně dat a mrzí ji možná více než nás to, že si nemůže vyslechnout tuto důležitou diskusi. Já bych chtěla ocenit pracovní návrh dokumentu, který je skutečně praktický, bez zbytečných ideologických proklamací. Oceňuji důraz na implementaci, na monitoring a vyhodnocování stávajících dopadů spíše než sliby na produkci nové a nové legislativy a regulací. Líbí se mi to, že Komise chce jít příkladem, že chce prosadit, aby 40 % žen bylo zastoupeno ve vrcholných a středních pozicích řídicích orgánů, myslím si, že to bychom měli zaznamenat. Oceňuji zaměření na konkrétní cíle, opatření na ženy, respektive rodiče, kteří mají děti, o tyto děti chtějí pečovat, ale také chtějí pracovat a chtějí dále rozvíjet svoji profesní kariéru. Proto Komise navrhuje a bude podporovat a prosazovat i v členských státech flexibilitu rodičovské dovolené, flexibilitu forem práce pro posílení šancí žen pro uplatnění na trhu práce. A myslím, že je také na nás, na Evropském parlamentu, abychom třeba dodali to, co tam alespoň pro mě chybí, a to je právě větší ocenění žen,

které se starají a chtějí starat o své děti, protože tam vidí své nezastupitelné místo, a to je jejich mateřství a péče o rodinu. A myslím, že nejvíce diskriminovanou skupinou jsou právě ženy a rodiče, kteří se starají o své děti a investují do budoucnosti Evropy i členských států místo toho, aby spořili na své penzijní účty. Těmto bychom měli věnovat svoji podporu a pozornost.

Viorica Dăncilă (S&D). – Domnule předsední, elaborarea strategiei privind egalitatea între femei și bărbați post-2015 reprezintă o urgență, dar și o preocupare la nivel european. Ca atare, consider că este esențială pentru Europa îmbunătățirea nivelului de conștientizare a opiniei publice din Uniune asupra problematicei privind drepturi egale pe piața muncii în domeniul legislației muncii și în depășirea stereotipurilor culturale.

Pe de altă parte, este nevoie de îmbunătățirea competențelor și abilităților în domeniul egalității de șanse și de gen a managerilor și personalului angajat în structurile autorităților publice locale și centrale, a partenerilor sociali, dar și în rândul organizațiilor societății civile și mass-media.

Pentru a putea determina o valorificare optimă a potențialului femeilor, este nevoie de promovarea antreprenoriatului feminin și activităților independente desfășurate de femei, indiferent de domeniul de activitate, mai ales că, în Europa, femeile câștigă în medie mai puțin cu 17,8 % decât bărbații. Asemenea diferențe de remunerare între femei și bărbați au un impact semnificativ asupra câștigurilor femeilor de-a lungul vieții, precum și asupra pensiilor acestora.

Totodată, avem nevoie de implicare și în ceea ce înseamnă agricultura. Comisia Europeană trebuie să își coordoneze eforturile pentru a include în viitoarea strategie soluții adecvate pentru femeile din agricultură. Dar pentru toate acestea trebuie să existe voință politică și abordare pragmatică din partea Comisiei.

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, smatram kako se nalazimo u dvojbi u kojoj bismo si mogli postaviti pitanje: je li nam važna kvaliteta ili kvantiteta? Ako mislimo da ćemo pitanje ravnopravnosti spolova riješiti stvaranjem što većeg broja zakonodavnih okvira i stalnim produciranjem novih strategija, onda ih možemo predlagati svaki dan. No, ako nam je doista stalo do uklanjanja nejednakosti između žena i muškaraca, onda moramo brinuti o kvaliteti tih prijedloga.

Prioritet nam mora biti implementacija i evaluacija postojećih instrumenata, ponajprije onih koji promiču prava žena na obrazovanje, dostojanstveno radno vrijeme i jednaku plaću, zdravstveno osiguranje, kao i smanjenje nasilja nad ženama.

Ne mislim kako nedostatak nove strategije ili radni dokument koji je Komisija izdala narušava napore koje Komisija čini u području jednakosti spolova. Drago mi je da je Komisija poduzela potrebne korake u pogledu stvaranja ravnoteže između poslovnog i privatnog života koji trenutno predstavlja najveću prepreku ženama da se odluče učiniti pomake u karijeri dok istovremeno brinu za obitelj. Moram podsjetiti kako je Direktiva o ženama u upravnim odborima još uvijek na čekanju, a ona o roditeljskom dopustu povučena je na štetu majki radnica.

Nismo usuglasili osnovne stvari, a već želimo stvarati neke nove strategije. Moramo ići korak po korak, rješavati prioritete, analizirati postojeće zakonodavstvo, a tek onda stvarati novu regulativu.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Komisare, miela Jus čia matyti, bet kartu noriu pasakyti, kad, iš tiesų, aš esu nusivylusi dėl to, kad Komisija pateikė tik darbinį dokumentą, o ne strategiją. Ir mes tą išsakėme Komisarei V. Jourovai dar gruodžio mėnesį, kai ji pristatė šį darbinį dokumentą mūsų FEMM komitete. Žinoma, galima pritarti tiems strateginiams tikslams, jie yra geri, tačiau priemonės, konkretūs veiksmai, kurie išdėstyti šiose darbinėse dokumente, vargu ar sudarys galimybę pasiekti tuos tikslus, nes jie yra tikrai nepakankami. Iš tikrųjų norėčiau, kad Komisija išnagrinėtų štai tokią galimybę: ar Komisija nemano, kad Europos lyčių lygybės institute kuo greičiau turėtų būti įkurta Europos smurto prieš moteris observatorija, nes tai yra labai svarbus dalykas. Jai vadovauti turėtų smurto prieš moteris ir mergaites prevencijos srities Europos koordinatorius.

Taip pat noriu paprašyti Komisarės, kad pasiteirautų, kaip Komisija apsisprendė dėl mūsų parlamentarų inicijuoto rašytinio pareiškimo dėl Europos kovos su smurtu prieš moteris metų paskelbimo, nes dar praeitais metais daugiau nei 400 parlamentarų pasirašė ir pritarė tokiam rašytiniam pareiškimui, tačiau kol kas tokių metų nėra, o to labai reikėtų. Ir dar: ar Komisija neplanuoja konkrečiai peržiūrėti jau tikrai neįgyvendinamą ir nepakankamai vykdomą 2006 m. Direktyvą dėl vienodo moterų ir vyrų galimybių darbo rinkoje, ypač tada, kai kalbame apie vyrų ir moterų darbo užmokestį. Ir pabaigai, aš tikrai norėčiau normalaus bendradarbiavimo tarp Komisijos ir Europos Parlamento ir manau, kad šiuo atveju Komisija turi pripažinti, kad suklupo dėl lyčių lygybės politikos, pasielgė neišmintingai, tačiau tai galima ištaisyti. To labai tikiuosi.

Barbara Matera (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono membro della commissione per i diritti della donna e l'uguaglianza di genere da sette anni ed è da sette anni che sostengo con vigore le strategie presentate dalla Commissione europea sull'uguaglianza, i diritti della donna e l'uguaglianza di genere.

Quest'anno la Commissione ci ha presentato un documento di lavoro contenente le sue priorità. La sinistra di questo Parlamento ha criticato in maniera molto decisa il metodo della Commissione e afferma la mancanza di forza giuridica di questo documento. Non condivido questo approccio per due chiari e distinti motivi: il primo è che sono una donna pragmatica che guarda ai risultati promessi e alle concrete soluzioni per problemi reali; in secondo luogo, avere un'altra strategia dove si promette nuova legislazione in ambito di uguaglianza di genere, quando ci sono già direttive non ancora implementate negli Stati membri, non ha molto senso.

Il documento di lavoro, così come esposto dal Commissario Jourová, contiene molti riferimenti positivi come la volontà di rafforzare la creatività e l'innovazione, incentivare l'imprenditorialità femminile a tutti i livelli di istruzione e formazione. Vi è una tabella di marcia sull'equilibrio tra vita privata e vita lavorativa, nella quale si riscontra una forte motivazione economica per sostenere la partecipazione attiva delle donne al mercato del lavoro.

Insomma, invece di stare qui a litigare sul livello del documento, rimbocchiamoci le maniche e lavoriamo affinché le donne ricoprano un ruolo da protagoniste in Europa.

Anna Hedh (S&D). – Herr talman! I december 2015 offentliggjorde kommissionen att den tilltänkta strategin för jämställdhet efter 2015 skulle få rättslig status av ett internt arbetsdokument i stället för ett offentligt meddelande. Det interna arbetsdokumentet fick namnet "Strategiskt åtagande för jämställdhet mellan 2016–2019".

De 341 ledamöterna som röstade igenom strategin för jämställdhet efter 2015 är inte bara besvikna och upprörda över den rättsliga nedgraderingen utan även över det faktum att kommissionen nu har döpt om det interna arbetsdokumentet till något som påminner om en officiell strategi. Det är luredrejeri.

Som så många gånger förr kräver jag nu ett svar av kommissionen. Varför misslyckas ni med det som tidigare kommissioner lyckats med, nämligen att leverera ett offentligt meddelande om en strategi för jämställdhet? Om kommissionen vill att EU ska vara en ledande aktör inom t.ex. agenda 2030 och de hållbara utvecklingsmålen så uppmanar jag kommissionen: svälj stoltheten, gör om, gör rätt – det finns fortfarande tid för det.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ asszony

Alelnök

Csaba Sógor (PPE). – Bár az elmúlt években javult a helyzet, ami a nők munkaerő-piaci elhelyezkedését illeti, az oktatás és a képzések ellenére sem lettek aktívabbak gazdaságilag a fiatal nők. Ugyanakkor kisebb bérért dolgoznak, mint a férfiak. Ennek a jövőre nézve is komoly hatása van, hiszen a mai bérezés a holnapi nyugdíj mértékét is mutatja. Ma is nagy a különbség a nők és a férfiak nyugdíja között, ez pedig növeli az idősebb nők kiszolgáltatottságát. A szükséges szabályozások és azok betartása mellett különösen fontos, hogy hozzájáruljunk a nők társadalmi szerepéről alkotott képünk megváltoztatásához. Az előző stratégia jó irányba terelte a nemek közti egyensúly megteremtését, éppen ezért fontos a következő évekre készülő iránymutatás is. Milyen lépéseket terveznek tenni a nők képzésének további előmozdítása érdekében?

Hogyan kívánnak eljárni annak érdekében, hogy a gyermekvállalás ne hozza hátrányos helyzetbe a nőket sem a fizetések közti rés tekintetében, sem a nyugdíjas korra nézve? Azért sem mellékesek ezek a kérdések, mivel a jelenlegi európai demográfiai trendek nem sok bizakodásra adnak okot. A gyermekvállalás egyre későbbi időpontra tolódik, ugyanakkor egyre kevesebb gyermeket vállalnak a párok. Éppen ezért a tagállamoknak bátorítaniuk és ösztönözniük kellene a gyermekvállalást. Ennek egyik módja pedig éppen a különböző rugalmas munkaerő-piaci lehetőségek igénybevételének lehetővé tétele. Így nem kényszerülnek választásra a családra vágyó, ám eközben karrierjük iránt is elkötelezett nők.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I would like to thank my colleagues for their unstinting work trying to persuade the Commission to do the right thing: to publish a comprehensive and ambitious communication on a gender equality strategy, which is so urgently needed.

We need a plan that is holistic and brave, a plan that tackles the many faces of gender inequality, and this plan must ensure that gender is mainstreamed into all aspects of European policy. For example, in recent months I have been working on anti-poverty policy, and the truth is that we will never be able to meet the EU's anti-poverty targets by 2020 without striving for true gender equality.

The economic crisis and austerity policies have disproportionately affected women. Single women are much more likely to be in precarious employment and to struggle to heat their homes and put food on the table. So what we need is policy coherence from the European Commission, revolving around one ambitious strategy to address the gender perspectives in all areas, including a much more social and gender-sensitive European semester. I look forward to seeing the Commission take this action that we so urgently need.

Biljana Borzan (S&D). – Gospođo predsjedavajuća, iskustvo je pokazalo da čak i kada imamo strategiju o ravnopravnosti spolova, pomaci na tom polju su u Europskoj uniji vrlo mali. Zato je posebno zabrinjavajuća činjenica da sada uopće nemamo strategiju o ravnopravnosti spolova, a kamoli druge važne dokumente poput strategije o borbi protiv nasilja nad ženama.

Čak 90 % građana Europske unije smatra ovu strategiju nužnom. Komisija je njihove želje svela na radni dokument. To je pljuska svim ženama u Europskoj uniji. U državama članicama dolazi do velikih promjena. U mojoj zemlji, Hrvatskoj, u ovom trenutku traje rasprava o medicinski potpomognutoj oplodnji, o zakonu o životnom partnerstvu, pravu žene na pobačaj. Jučer su mnogi građani izašli na ulice tražeći društvo solidarnosti, tolerancije i jednakosti. Europska unija mora biti primjer čuvanja vrijednosti tolerancije i jednakosti, posebice u ovim turbulentnim vremenima.

Zato pozivam Komisiju da što prije donese novu strategiju o ravnopravnosti spolova i to prema smjernicama koje je usvojio Europski parlament. Očekivali bismo da se u 2016. godini neke stvari podrazumijevaju. No, nažalost, po pitanjima rodne ravnopravnosti ispada da uvijek idemo jedan korak naprijed, dva koraka nazad. Strategija o ravnopravnosti spolova ne bi trebala biti nešto o čemu se treba razvijati diskusija, već naša obveza.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Wenn ich in Österreich unterwegs bin, werde ich oft gefragt: Ja, was bringt mir denn die EU? Und dann kann ich loslegen: Für Frauen ist in all den Jahren so vieles erreicht worden, was das Leben von Frauen wirklich substanziell verbessert hat: Richtlinien, Maßnahmen. Wunderbar, nur das Tempo hat gewaltig nachgelassen, und jetzt scheint offensichtlich Stillstand einzukehren, insbesondere bei der Kommission. Ich weiß, die Mitgliedstaaten sagen oft: Huch, da gibt es die Subsidiarität, und dann bremsen sie, was nur geht. Das ist mir absolut bewusst.

Allerdings sollte die Kommission trotzdem nicht mutlos sein. Denn Frauen werden geschlagen, sie werden sexuell belästigt. Frauen haben andere Gesundheitsprobleme als Männer. In den Aufsichtsräten schaut es nach wie vor traurig aus: fast keine Frauen, viel mehr Männer. Frauen sind anders arbeitslos als Männer, geringfügig beschäftigt, teilzeitbeschäftigt. Frauen und Digitalisierung, das ist auch so ein Thema, und Frauen und Gender Budgeting.

Sie sehen also, Herr Kommissar, es gibt so vieles zu tun, unendlich viel zu tun. Und das, was derzeit von der Kommission auf dem Tisch liegt, würde ich als Gleichstellungsstrategie bezeichnen, als etwas Kleines, Niedliches, aber nichts, wo wir uns wirklich auch substanziell durchsetzen können. Wir brauchen also eine echte Gleichstellungsstrategie!

Siôn Simon (S&D). – Madam President, just picking up from Comrade Regner's beginning, she said people often ask: 'what does the EU do for me?' Well, when I go home and I tell people that we were having a debate on a new Commission strategy, you can often see that they are not immediately convinced that that is necessarily going to make a very big difference to their lives. When you go home and tell them that you are having a debate about the fact that actually the Commission has not got a strategy, you can hardly blame them for looking a bit sceptical about whether we are all wasting our time here.

That is a real shame, because women where I live and represent need help from us here and from you there, because they are not going to get it from our own government. The pay gap between men and women in my region under the Tory Government has now increased to GBP 5 500 a year. That is a very big gap, and the Tories are not going to do anything about it.

Their recent changes to the tax and benefit systems have affected women three times worse than they have affected men, and the Tories are not going to do anything about that. They are looking to us and to you to do something about that. So this non-strategy, which is weak on disability, pay and domestic violence, is really not good enough for us to do our jobs, and so I have to say to the Commissioner: man up.

(The speaker declined to take a blue-card question from Arne Gericke under Rule 162(8))

„Catch the eye” eljárás.

Patricija Šulin (PPE). – Ženske v Evropski uniji imamo v povprečju nižjo plačo kot moški. Izpostavljene smo večjemu tveganju revščine v starosti. Bistveno bolj smo obremenjene z gospodinjskimi opravili.

Na trgu dela smo pogosto priče temu, da se ženskam postavlja kot pogoj, da sklene delovno razmerje, to, da ne bo še nekaj let imela otrok. Ženske, ki imajo več majhnih otrok, težje dobijo delo zaradi morebitne večje odsotnosti z dela zaradi bolezni otrok.

V izraziti manjšini smo v vodstvenih položajih, tako v gospodarstvu kot v politiki. Nobena ženska še ni predsedovala Evropski komisiji, v Evropskemu parlamentu sta bili med petindvajsetimi dosedanjimi predsedniki le dve ženski.

Da bi to spremenili, potrebujemo politično zavezo na najvišji ravni, a namesto da bi dočakali sporočilo Komisije o strategiji za enakost spolov in pravice žensk po letu 2015, je pred nami delovni dokument služb Komisije. S tem je predsednik Komisije poslal sporočilo, da je vprašanje enakosti spolov manjše vprašanje, glede na njegovo izjavo, da bo Komisija ambicioznejša pri večjih vprašanjih ter skromnejša in bolj zadržana pri manjših vprašanjih.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'uguaglianza di genere sarà difficilmente realizzabile senza una strategia che elimini, o almeno mitighi, il carattere strutturale delle disuguaglianze ancora presenti nella nostra società. È infatti necessario che la politica pubblica si traduca in concreto in una effettiva parità di accesso e di controllo su risorse e mezzi disponibili. Va data effettività al principio di uguaglianza sostanziale insito in ogni carta costituzionale e riconosciuto dall'Unione europea come diritto fondamentale. È noto l'approccio duplice che la Commissione dedica al tema, con l'integrazione di tutte le politiche di una prospettiva di genere, coadiuvata da misure specifiche poste a rimedio delle disuguaglianze.

Mi sono già espresso in questa sede sull'obbligo morale non oltremodo rinviabile di lavorare ad un radicale cambiamento di mentalità. Il ritardo comporta, ferma la compressione dei diritti della persona, una riduzione del potenziale economico europeo, laddove una crescita in innovazione, ricerca, formazione non è accompagnata da una sufficiente partecipazione attiva delle donne. Concordo quindi sulla necessità e l'urgenza che la Commissione presenti una nuova strategia per l'uguaglianza di genere.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε, η νέα στρατηγική της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για τα δικαιώματα των γυναικών έχει σαν στόχο την ισότητα των δύο φύλων στα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπου συχνά παρατηρούνται παραβιάσεις των δικαιωμάτων των γυναικών, αλλά και διακρίσεις εις βάρος τους.

Συγκεκριμένα, στον εργασιακό τομέα διαπιστώνεται ένα μισθολογικό χάσμα ανάμεσα στα δύο φύλα, που ανέρχεται σήμερα στο 16,4%, και ένα αντίστοιχο συνταξιοδοτικό χάσμα που ανέρχεται στο 39%. Επιπλέον, συχνά οι γυναίκες εργάζονται σε θέσεις μερικής απασχόλησης. Οι γυναίκες αποτελούν την ομάδα του πληθυσμού που έχει πληγεί περισσότερο, τόσο απ τη λιτότητα όσο και από τα μνημόνια.

Στην Ελλάδα, που έχει φτωχοποιηθεί από τα μνημόνια, το νέο αντιασφαλιστικό νομοσχέδιο οδηγεί τις γυναίκες ελεύθερες επαγγελματίες και τους αγρότες, αλλά κυρίως τις αγρότισσες, να διαθέτουν πλέον πάνω από το 80% του ετήσιου εισοδήματός τους για ασφαλιστικές εισφορές και φόρους. Γι αυτό παλεύουν όλες αυτές οι γυναίκες, μαζί με τον υπόλοιπο ελληνικό λαό, ενάντια στην τρόικα και θα συμμετάσχουν μεθαύριο στη μαζική γενική απεργία.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta; no es por desmerecer su presencia, que agradezco, pero merecíamos, creo, por la importancia, hacer este debate con la Comisaria Jourová. Uno demuestra, también, si se toma en serio las cuestiones estando presente en los debates.

Pero dicho eso, yo también quiero decir que no nos vale que quieran degradar una estrategia de igualdad de género a un simple documento de trabajo. Entre otras cosas, porque tenemos datos muy alarmantes sobre el aumento de la desigualdad en Europa. Eurostat nos dice que, en más de nueve países de la Unión Europea, ha aumentado la brecha salarial. Nos dice también, por ejemplo, el Instituto de Igualdad de Género, que solo hay una mujer por cada veinticinco hombres en los primeros puestos de responsabilidad en la Unión Europea.

Si ustedes no creen que esto merece una estrategia de género... Además, permítanme que se lo diga, ustedes tienen estrategia en cuestiones como la seguridad marítima, la energía. ¿La igualdad de género no merece una estrategia? Yo creo que sí. El Parlamento se lo va a pedir mañana. El Consejo se lo ha pedido. Por favor, rectifiquen y presenten una estrategia.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, děkuji Vám za udělení slova, myslím, že tým realizujete v tom dobrém příkladu rovnost šancí nás poslanců zde zastoupených v tomto sále. Nejprve k paní Jourové, já si myslím, že ona s námi vždycky trávila dlouhé večery, právě i v této problematice a to, že zde chybí, je dáno tím, že vyjednávala dohodu o ochraně dat, takže mému předřečníkovi chci říci, že to vnímám jako legitimní omluvenku. Ale pokud jde o samotné téma, já si myslím, že samozřejmě ten poměr, který v přírodě platí a který určuje příroda – 52 % ve prospěch žen a 48 % v neprospěch mužů – samozřejmě v mnoha pozicích není dodržován, není dodržován na úrovni Evropské unie. Na druhou stranu my bychom nikdy neměli připustit, že ženy budou znevýhodňovány. To, co jsem slyšel od kolegyně Šulinové, je pro mě velmi zarážející. Ale genderová rovnost by neměla být politickým fetišem, já mám někdy pocit, že se tomu tak děje.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, žalosno je što smo 2016. još uvijek prisiljeni raspravljati o ovoj temi. Unatoč stoljetnoj borbi žene su i danas svakodnevno žrtve diskriminacije i raznih oblika nasilja. Drago mi je da postoji svijest o ovom problemu, a vjerujem da ima i volje za njegovo rješavanje. No, bojim se da već neko vrijeme tapkamo na mjestu jer naše metode nisu učinkovite.

Zakonodavac i izvršna vlast na razini država članica još nisu pronašli načina za drastično kažnjavanje otvorene diskriminacije žena, a na europskoj se razini nažalost nameće pravila i rodne kvote privatnim tvrtkama umjesto da se provodi kvalitetne kampanje za promjenu svijesti. Došli smo do toga da političari uzimaju za pravo regulirati čak i odnose unutar obitelji, a takvi će nezreli i štetni pokušaji opravdano stvoriti otpor među ljudima. Moramo uvijek imati na umu, ova se bitka dobiva u glavama i srcima, a ne na papiru. Djelujmo u skladu s tim i bit ćemo uspješni.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for their contributions. It was really important to hear their opinions, proposals and suggestions. I would like to reiterate once again that the priorities of the strategy for equality between women and men for 2010-2015 remain valid.

We need enforcement and implementation and we need a real action plan and actions on the ground. We know that all Member States must have their own national action plans and programmes. They must have their instruments, because we all agree that gender equality needs to be implemented in all political sectors. We as Commissioners – myself, Tibor Navracsics and Maria Javorova, for instance – must understand gender equality in our portfolios, move in this direction and to see how to implement our priorities.

Why are we proposing the Strategic engagement for gender equality 2016-2019? Because it is a reference framework for increasing efforts to promote gender equality at all levels – at European, national, regional and local level. We need a coordination mechanism and better cooperation between Member States so as to encourage Member States to improve their instruments.

We repeat once again that we have 30 key actions to be implemented in each of the five priority areas identified, as well as objectives and timelines for these actions together with the responsibilities of the Commission services. We need target benchmarks, timelines and the possibility to improve gender equality policies in a real way.

There must be a little more governance to see how to implement those budgets. We have seen a great many strategies expire, but looking at implementation enforcement reveals a big gap between kind words and the real-life implementation of these strategies.

I would like to thank you very much indeed. We are ready to cooperate and exchange our views and we are ready to continue in our debates. From the Commission side we need to be very active in improving gender equality.

elnök asszony. – Négy állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám a vita lezárásaként.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2016. február 3-án, szerdán 12.30-kor kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Ελισάβετ Βοζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), γραπτώς. – Δυστυχώς εν έτει 2016 μιλάμε ακόμα για ανισότητα ανάμεσα στα δύο φύλα και την ανάγκη κατοχύρωσης των δικαιωμάτων των γυναικών. Γυναίκες κάθε ηλικίας υφίστανται καταπάτηση των δικαιωμάτων τους με ποικίλους τρόπους, όπως βία - λεκτική ή σωματική - σεξιστικά σχόλια, ανισότητα στο χώρο εργασίας ή και δυσκολία πρόσβασης στην εκπαίδευση.

Γι' αυτό το λόγο, δεν αρκούν καταγγελίες, ψηφίσματα και καταδίκες, αλλά ένα πλήρες νομοθετικό πλαίσιο, προκειμένου να αντιμετωπιστεί ριζικά αυτή η επείγουσα παραβίαση των δικαιωμάτων των γυναικών. Σε αυτή την κατεύθυνση κινείται η νέα Στρατηγική της ΕΕ για τα δικαιώματα των γυναικών και την ισότητα των φύλων.

Κύριο μέλημά μας είναι να εφαρμοστεί πλήρως η υπάρχουσα ευρωπαϊκή νομοθεσία, αλλά και να εισαχθούν νέες προτάσεις για το ζήτημα αυτό. Μόνον, εφόσον τα κράτη μέλη τηρήσουν αυτή την υποχρέωσή τους θα μπορούμε να μιλάμε για μία Ένωση, που διαπνέεται από ισότητα μεταξύ ανδρών και γυναικών.

Πέραν όμως της πολιτικής οδού, είναι απαραίτητη η ριζική αλλαγή της νοοτροπίας των πολιτών. Δύο είναι τα φυτώρια ανάπτυξης και διαμόρφωσης χαρακτήρων καθώς και αντιλήψεων, ιδίως στους νέους ανθρώπους. Η οικογένεια και το σχολείο. Μόνο μέσω αυτών θα μπορέσει να πραγματοποιηθεί η αλλαγή που όλοι θέλουμε για την Ευρώπη μας.

12. Maßnahmen der Kommission zur Einhaltung des Urteils in der Rechtssache T-521/14 Schweden gegen Kommission (Verpflichtung zur Festlegung von Kriterien für Chemikalien mit endokriner Wirkung) (Aussprache)

elnök asszony. – A következő pont a Matthias Groote, Gerben-Jan Gerbrandy, Bas Eickhout, Merja Kyllönen és Piernicola Pedicini által a Bizottsághoz intézett szóbeli választ igénylő kérdés, amelynek tárgya: a Bizottság intézkedései a T-521/14 sz. Svédország kontra Bizottság ügyben hozott ítélet teljesítése érdekében (hormonháztartást zavaró anyagokra vonatkozó kritériumok meghatározásának kötelezettsége) (O-000003/2016 – B8-0107/2016) (2016/2536(RSP)).

Jytte Guteland, författare. – Fru talman! Hormonstörande ämnen finns överallt i vår vardag och påverkar människor. De förekommer i matförpackningar, i våra barns leksaker, i våra kläder och i vårt dricksvatten. Forskarna kopplar samman dessa ämnen med en lång rad sjukdomar: diabetes, cancer och risk för problem med fertilitet.

Det är särskilt illavarslande att just bebisar, småbarn och foster är extra utsatta och att effekter för dessa kan pågå senare i livet. Vi är många som oroas över hur det ser ut i vår vardag och Europaparlamentet har varit mycket aktivt i att driva på frågan för en ordentlig lagstiftning. S&D-gruppen har också länge varit pådrivande.

Jag är nu stolt över att Sverige har drivit på för att kommissionen ska respektera sina skyldigheter och sätta igång det viktiga arbetet med att utforma vetenskapliga kriterier för hormonstörande ämnen. Men här verkar vi ha en kommission som lägger det här i långbänk och ger sig själv rätten att vägra följa EU-lag.

Beslutet i EU-domstolen i slutet av förra året är tydligt. Genom att underlåta att vidta åtgärder för att anta vetenskapliga kriterier för hormonstörande ämnen har kommissionen brutit mot EU-lagen, och det är fullständigt oacceptabelt.

Jag vill därför här idag höra från kommissionen att man kommer att vidta åtgärder och rätta till sin lagöverträdelse. Jag vill också höra att man kommer att sluta att förhala processen med att ta fram vetenskapliga kriterier för hormonstörande ämnen, och jag vill höra att man ska ta sitt ansvar och verka för att skydda Europas befolknings hälsa såsom man är skyldig enligt EU:s grundlag. Jag förväntar mig att den här debatten blir tydlig från kommissionens sida.

Gerben-Jan Gerbrandy, author. – Madam President, if you were to ask someone to make a list of top priorities of what is important in his or her life, there is a big chance that one's health tops the list, and that is what this debate is about. It is about health, and that is why it is so important. The issue we are discussing here is very clear and straightforward. We have a legal text, called the Regulation, and in this legal text there is a legally-binding mandate for the European Commission to adopt scientific criteria for endocrine disruptors by December 2013. It is not written in Chinese. We have many official languages in the EU, but Chinese is not one of them. So it is very clear and straightforward: by December 2013, the European Commission had to adopt scientific criteria for endocrine disruptors.

I must say I can be extremely flexible if there are technical reasons for not being on time, but I am very inflexible when there are political reasons behind not meeting a deadline, and of course that is the case here. The Court ruling is extremely clear: the Commission should have adopted the scientific criteria in December 2013. To quote from the Court ruling: 'There is no provision of the Regulation which requires an impact assessment'. So I am not against an impact assessment; I think it is a very valuable tool in this case too. But before starting an impact assessment, the Commission should have adopted the scientific criteria. I understood that already in July 2013 they were ready, there somewhere on a big dust pile somewhere in the Berlaymont Building. I would say: get rid of the dust and table them as soon as possible – that is, within a few weeks.

Michèle Rivasi, auteure. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, dès votre intronisation, je dirais votre investiture, en tant que commissaire de la santé, le groupe des Verts vous avait informé qu'un des sujets prioritaires serait le problème des perturbateurs endocriniens. C'était en 2014, nous sommes en 2016 et vous n'avez rien fait.

Il a fallu l'intervention de la ministre suédoise de la santé, du Parlement européen et des États membres pour saisir la Cour de justice de l'Union européenne, qui vous a condamné pour inaction, sans aucune réserve.

Cette condamnation du 16 septembre dit explicitement que la Commission ne respecte pas la loi et qu'elle a même enfreint le droit de l'Union européenne.

En plus, lorsqu'on vous interpelle encore là-dessus, vous vous retranchez derrière une étude d'impact économique, alors que le jugement de la Cour est clair, à savoir que cette étude d'impact n'est pas nécessaire, et en plus vous outrepassiez votre droit. Malgré ce jugement, vous persévérez pour continuer cette étude.

Monsieur le Commissaire, comment peut-on fonctionner ensemble si la Commission ne respecte pas les droits, le droit, les traités européens? Quelle confiance peut-on avoir entre nous? Nous vous demandons donc d'agir dans les mois qui viennent, même très rapidement, pour définir ces critères scientifiques des perturbateurs endocriniens. Vous les avez déjà dans vos tiroirs, comme disait mon collègue M. Gerbrandy, puisque la direction générale de l'environnement les avait actés.

Par conséquent, dès demain, vous pouvez sortir ces critères scientifiques. Agissez, Monsieur le Commissaire, et agissez très vite.

Merja Kyllönen, laatija. – Arvoisa puhemies, biosidiasetuksen mukaan komission oli määrä hyväksyä 13 päivään joulukuuta 2013 mennessä delegoituja säädöksiä, joilla täsmennetään tieteellisiä kriteerejä hormonitoimintaa häiritsevien ominaisuuksien määrittämiseksi. Näin ei tapahtunut. Komissio on jättäessään delegoidut säädökset hyväksymättä laiminlyönyt selkeästi velvollisuutensa ryhtyä toimenpiteisiin, joiden toteuttamiseen sillä on oikeudellinen vastuu.

Ruotsi vei komission unionin yleiseen tuomioistuimeen heinäkuussa 2014 muutaman jäsenvaltion tukemana, mukana myös kotimaani Suomi, velvollisuuksien laiminlyömisestä. Kanne voitettiin joulukuussa 2015. Unionin yleisen tuomioistuimen päätöksestä huolimatta komissio on suhtautunut erittäin nihkeästi kriteerit määrittävien delegoitujen säädösten antamiseen. Miksi komissiossa on toimittu näin hitaasti kriteerien määrittämiseksi?

On nimittäin olemassa useita esimerkkejä komission vallanhalusta antaa delegoituja säädöksiä asioista, jotka eivät kuulu delegoitujen säädösten piiriin. Ja sen kerran, kun delegoituja säädöksiä kaivattaisiin oikein tuomioistuimen voimin, niitä saadaan kiskoa teistä lähinnä hohtimilla.

Hormonihäiritäjät ovat todella vakava asia. Suurimman uhan alla ovat sikiöt, jotka altistuessaan voivat saada muutoksia elimiinsä ja aineenvaihduntaansa. Siis delegoidut säädökset on tuotava pöytään välittömästi, jotta saadaan tieteelliset kriteerit hormonitoimintaa häiritsevien ominaisuuksien määrittämiseksi ja pian! Vai, arvoisa komissaari, pitääkö ne tulla omakätisesti komissiosta hakemaan?

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, I am very pleased to have this opportunity to clarify the position of the Commission following the General Court's judgment in the case of Sweden versus the Commission concerning the criteria to identify endocrine disruptors. Today I want to dispel all doubts – once again, dispel all doubts – regarding the Commission's intentions. It seems that there has been some misunderstanding, so let me be very clear. The Commission has a firm intention to comply. This is a judgment of the Court – and we will do this.

In the judgment of 16 December 2015, the General Court ruled that the European Commission had breached European Union law by failing to set criteria – constant criteria – to identify endocrine disruptors. And it is true. The Court stated that according to the Biocides Regulation the Commission had a clear, precise and unconditional obligation to adopt delegated acts to set the criteria by December 2013. That was three years ago. In addition, the Court ruled that there is no provision in this regulation requiring the carrying out of an impact assessment. This is also, from the Court's side, a crystal clear position. But let me continue.

I know that the reaction of the Commission to this judgment has been subject to some criticism, and this is okay; in a democracy, this is normal. In particular, the decision to finalise a nearly-completed impact assessment was called into question, notably by some honourable Members, and I have read with attention the many letters addressed to President Juncker or myself, including those from Members of this House. I have read them very carefully. I have all the papers on my table.

However, the Commission would like to clarify that the impact assessment acts as a useful and even essential tool to guide its future decision on the criteria. And I fully agree with you when you mention that, yes, the impact assessment is really interesting too, especially when we debated criteria, because we need the criteria. The World Health Organization (WHO) definition on endocrine disruptors is not enough. Ms Rivasi was with me in conference debating different positions and how it is not easy to describe criteria. This is about criteria.

The Commission decided in 2013 to undertake an impact assessment in view not only of the scientific complexity of the issue but also of the fact that this will be a pioneering work. There is indeed no legislation setting a precedent in this area; we all know that very well. First, science is not unanimous on how scientific criteria should be defined, and we heard those debates together. Diverging views still exist – still exist – within the scientific community on critical points, on how endocrine disruptors should be identified, because we must speak about regulatory issues.

Second, we are defining the scientific criteria in a regulatory context, and views diverge among regulators worldwide – second options. In fact there are no legally-binding criteria in third countries for identifying endocrine-disrupting chemicals. The European Union is a pioneer in this aspect. Moreover, within the EU some Member States support a hazard-based approach and others a risk-based approach. Those differences exist today. We are facing those differences all together.

The evidence gathered during the impact assessment will enable us – and here I also include the Members of this Parliament – to have a say in all the measures, to take a duly informed decision. Let me be very clear once again. The Commission is fully aware that the deadline has passed and has every intention to comply with the judgment of the Court. Have no doubts about that.

The preparation of the impact assessment is well advanced and, in response to the judgment of the Court, the Commission will present, before summer this year – 2016 — new scientific criteria for endocrine disruptors. As you know, two separate axes need to be presented. First, an implementing regulation containing the criteria which will be applied to the chemical substances falling under the Plant Protection Product Regulation and under the so-called PRAC procedure. Second, a delegated act containing criteria applicable under the Biocidal Products Regulation.

Once again I can reassure Parliament that the Commission is committed to complying with the judgment. We will therefore present, before this summer, criteria which will be specified in an objective manner based on scientific evidence. I am not the judge when science has different opinions, but we need to understand that today we are ready to see more and more convergent views from different schools and different debates.

Our legislation in these two areas is considered to be among the strictest in the world and I will ensure that a high level of protection for human health and the environment, including from endocrine disruptors, is fully maintained. The interim criteria for defining endocrine disruptors set in the plant protection and biocidal products legislation are legally binding till those days and applicable. Of course it is not enough; of course we must move immediately to seeing possibilities of, by this summer, having some constant endocrine disruptors criteria.

I hope you have found helpful and positive the transparency provided throughout the whole of our preparatory work last year. I was personally very attentive to communicating regularly and openly with you on this complex issue and I intend to continue to do so. We should aim together to adopt the best decision on this very important matter and I count on your constructive support for the next steps that will now come in the very near future.

Jens Gieseke, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Kommissar Andriukaitis, liebe Kollegen und Kollegen! Die freie Definition für Kriterien für hormonaktive Substanzen, die sogenannten endokrinen Disruptoren, ist äußerst wichtig unter dem Gesichtspunkt des Gesundheitsschutzes für die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Allerdings ist die Frage sehr kompliziert und sehr technisch und demzufolge auch seriös nur von Wissenschaftlern und Experten zu beantworten. Diese Frage eignet sich nicht für politische Spielchen oder ideologische Debatten.

Wir haben seit dem 16.12.2015 ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das belegt, dass die EU-Kommission eine Frist versäumt hat. Für diese Erkenntnis hätten wir kein Gerichtsverfahren benötigt. Es gilt noch immer das, was wir als EVP vor Monaten deutlich gemacht haben: Die Kommission muss schnellstmöglich die Folgenabschätzung abschließen und die Kriterien zügig aufstellen. Herr Kommissar, hier nehme ich Sie beim Wort: Wenn Sie es bis zum Sommer 2016 schaffen, ist das ja ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Falsch wäre, nun anzunehmen, dass das Urteil des Europäischen Gerichtshofs dazu führt, dass die Kommission die Folgenabschätzung abbrechen sollte und auf die Kriterien ganz verzichten soll. Es ist wichtig, das hat der Kommissar gerade deutlich gemacht, wie umstritten diese Frage der Definition der endokrinen Disruptoren ist. Die oft sehr emotional geführte Debatte der vergangenen Monate zeigt: Wir hatten allein bei der Konsultation über 27 000 Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, aber mehr als 25 000 kamen von einigen wenigen NGOs. Wir müssen jetzt Fakten sammeln und die Kriterien wissenschaftlich aufstellen. Ich habe den Kommissar gerade so verstanden, dass die Kommission da jetzt auf einem guten Weg ist. Insofern: Für meine Fraktion, die EVP-Fraktion: Unterstützung in diese Richtung!

Pavel Poc, za skupinu S&D. – Paní předsedající, kolik let už to tady řešíme, pět, více? A celou tu dobu jsou Evropani vystaveni vlivu chemikálií, které způsobují rakovinu, ovlivňují psychiku, způsobují potraty, teratogenezi, neplodnost, cukrovku, to zdaleka není všechno. Pane komisaři, Vy to víte lépe než já, protože jste lékař. Co si pamatuju, tak jsem o tom problému mluvil s irským předsednictvím, litevským, řeckým, italským, lotyšským, lucemburským. Dneska Nizozemsko tvrdí, že je to prioritou jeho předsednictví a ani tu nejsou, takže to je tragédie.

Pane komisaři, není to tak dlouho, co jsme tady v tom hemicyklu spolu o tom mluvili, a tehdy jsem řekl, že za tu situaci nemůžete. Dneska už to není pravda. Vy jste slíbil, že to vyřešíte, nedodržel jste to. Dneska slibujete rychlé řešení a dá se tomu věřit, když si tady troufnete tvrdit, že věda není v této záležitosti jednotná? No to je přece naprostý nesmysl. Zatím Komise Tribunál nerespektovala, nepředložila okamžitě kritéria, která má dávno hotová, a to už je taky Vaše zodpovědnost. Takže zbývá pár otázek. Co je ten pravý důvod, že Komise po léta nerespektuje Parlament, nerespektuje evropské občany, vědeckou veřejnost a teď dokonce nerespektuje ani Tribunál? Je to vyjednávání o TTIP? Podle dopisu americké strany by tato legislativa narušila vyjednávání. My jsme ten dopis samozřejmě viděli. Nebo je to průmyslová lobby, která si vynutila tu ostudnou, zbytečnou, nesmyslnou dopadovou studii, která má mentorovat vědecké poznatky? Ať je to, co je to, selhala Komise, selhal jste Vy osobně, a to je mi líto, protože jsem Vám věřil. My teď místo kritérií dostaneme autorizaci glyfosátu na dalších 15 let, no díky. A jestli se ptáme, jestli se ptáte Vy, co ve všech ohledech ničí důvěru evropské společnosti v EU, tak jsou to případy jako tento. Napravte to a napravte to hned.

Stefan Eck, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Andriukaitis! Seit Jahren mahnt die WHO, dass in Pestiziden, in Plastik und in vielen anderen Produkten Chemikalien enthalten sind, die bereits in kleinsten Dosen der menschlichen Gesundheit Schaden verursachen, bei Mensch und bei Tier. Die steigende Zahl der Krebserkrankungen und anderer Krankheiten steht doch nachweislich im Zusammenhang mit der Verwendung dieser Chemikalien. Die Risiken von endokrinen schädlichen Stoffen sind doch nicht neu.

Aber was macht die Kommission? Sie initiierte lediglich Folgenabschätzungen, sie lässt eine Frist verstreichen und hat dabei offenbar vergessen, dass wir Tag für Tag mit Substanzen belastet werden, die einen negativen Einfluss auf unser Hormonsystem haben. Wieso hat die Kommission diese Frist verstreichen lassen und nimmt dieses Risiko in Kauf? Es ist doch höchste Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas vor diesen Substanzen geschützt werden. Denn genau das erwarten sie von uns. Dafür wurden wir in dieses Haus gewählt und nicht dafür, dass wir die Interessen der Chemie- und Pharmaindustrie vertreten.

Bas Eickhout, namens de Verts/ALE-Fractie. – U begon goed door te zeggen dat u de wet en de uitspraak van het Hof van Justitie gaat volgen. Maar vervolgens werd u toch weer heel onduidelijk over wat er nu gaande is met de effectbeoordeling. Ik zal het nog één keer heel duidelijk zeggen: het Hof van Justitie heeft gezegd dat er alleen wetenschappelijke criteria mogen gelden. Die waren klaar in 2013, dus die kunnen nu gepubliceerd worden. Waarom hebt u nog tot de zomer van 2016 nodig? Is dat omdat u toch nog de effectbeoordeling wilt afwachten? Als dat het geval is, gaat u rechtstreeks in tegen de uitspraak van het Hof van Justitie, want dat heeft gezegd dat de effectbeoordeling niet mag meespelen bij het bepalen van de wetenschappelijke criteria. Als u dat toch doet, gaat u tegen de uitspraak van het Hof van Justitie in en dat is voor de Commissie een schande.

Eleonora Evi, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la sentenza della Corte ha riconosciuto che la Commissione è in ritardo nel definire i criteri scientifici per individuare i perturbatori endocrini. Il ritardo è stato giustificato con la necessità di svolgere una valutazione costi-benefici, un esercizio discutibile dato che i criteri di valutazione scientifica non possono essere adattati alle esigenze commerciali.

Un recente lavoro pubblicato su *The Journal of Clinical Endocrinology & Metabolism* del marzo 2015 ha stimato un costo sanitario annuale nell'Unione europea dovuto all'esposizione agli alteratori endocrini compreso tra i 165 e i 256 milioni di euro. Queste cifre si riferiscono ad appena il 5% delle sostanze riconosciute. Ciò che rende più indifendibile il ritardo della Commissione è il costo sociale dell'inquinamento da alteratori endocrini pagato ogni anno, tra gli altri, da circa 60 000 neonati che vengono al mondo con importanti ritardi cognitivi dovuti all'esposizione in utero a questi composti, bambini a cui abbiamo rubato il futuro.

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, c'est c'est quand même un comble que la Commission européenne se fasse condamner sur une question aussi grave que celle des perturbateurs endocriniens, alors que le Parlement européen a tiré la sonnette d'alarme depuis très longtemps.

Nous sommes bien sûr favorables à des études d'impact, mais celle-ci aurait dû intervenir beaucoup plus tôt et nous devrions déjà l'avoir. Nous demandons effectivement que les critères des perturbateurs endocriniens soient définis sur la base d'études véritablement scientifiques. Nous avons à nous poser la question suivante: à partir de quand y a-t-il un danger pour la santé humaine? Nous avons besoin de répondre à toutes ces questions-là.

L'industrie va, bien sûr, devoir trouver d'autres solutions, et on peut imaginer que le retard qui a été pris vient de la pression de quelques lobbyistes, et c'est regrettable. La Commission européenne, qui parle de mieux légiférer, a aujourd'hui un véritable sujet sur lequel elle devrait apporter une réelle valeur ajoutée en matière de santé publique et nous proposer une législation européenne.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, nous sommes ici en présence d'un scandale politique. L'arrêt de la Cour de justice nous intime de réagir vite, car il ne s'agit pas d'un problème technique, mais d'un problème de santé publique.

Aujourd'hui, des Européennes et des Européens meurent de cancer à cause des pesticides, par exemple, qui sont un des perturbateurs endocriniens. Il y a aussi des emballages, des jouets pour enfants, des tickets de caisse qui contiennent ces substances. Il s'agit donc de défendre la santé des Européennes et des Européens et de faire en sorte que cancers, malformations, mais aussi d'autres conséquences pour notre santé puissent être évités.

Il s'agit bien évidemment aussi d'un grave problème financier. Cela a été dit: les perturbateurs endocriniens représentent un coût équivalent à près de 1,3 % de notre produit intérieur brut européen. Maintenant que la Cour européenne de justice a rendu son arrêt, ce n'est plus le moment, Monsieur le Commissaire, de nous dire qu'il va y avoir une procédure avec une étude d'impact. Non, comme plusieurs intervenants l'ont rappelé, vous devez maintenant définir des critères qui permettent de nous protéger effectivement.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Fru formand! Til kommissæren: Dette er, som sagt mange gange, en skandale! Og det er ikke rigtigt, at der er så meget uenighed om de videnskabelige beviser. Vi har bare i Danmark et meget, meget grundigt studie, som er blevet publiceret i hele Europa, og som dels viser, at indflydelsen på børns, på det ufødte barns hjerne er ganske dramatisk, dels viser, at der er alvorlige følger for drengenes/mændenes fertilitet.

Det, der kan være uklarhed om, er, hvor meget industrien vil lide økonomisk, hvis den ikke tager sig sammen og finder alternativer og udfaser. Det er ikke vores opgave at hjælpe industrien med det på anden måde end ved at stille nogle klare krav. Så kan de fleste industrier godt finde ud af at fase ud og finde brugbare alternativer. Desuden har vi foreslået, at der kan være undtagelser, noget, som man holder udenfor. Det er fuldstændigt irrelevant at bruge så mange kræfter på at behage en gammeldags uopfindsom industri i stedet for at tage hensyn til borgernes sundhed.

Ivo Belet (PPE). – Ik denk niet dat wij nog moeten herhalen dat hormoonverstorende stoffen uiteraard veel ongerustheid veroorzaken, niet alleen hier in dit Parlement, maar bij de bevolking in haar totaliteit. Het gaat over producten die we dagelijks gebruiken in kleding, meubels, elektronica, lijm, cosmetica, noem maar op, en die dus dagelijks aanwezig zijn. Het is daarom hoognodig dat we die onrust wegnemen en eindelijk met duidelijke wetenschappelijk onderbouwde criteria komen.

Het is bijzonder goed dat u hier aankondigt dat u op korte termijn vóór de zomer, maar liefst zo snel mogelijk, met die criteria op de proppen zult komen en het is ook heel goed dat we hier heel breed en heel duidelijk over zullen communiceren.

Het lijkt erop dat nu alles slecht is en dat er nog niks gebeurd is, maar misschien is het nuttig erop te wijzen dat we al strenge regels hebben - u hebt daar al naar verwezen, mijnheer de commissaris - voor het gebruik van chemische stoffen in speelgoed en in plastic. En uiteraard hebben we ook de *Reach*-regels in het kader waarvan de impact van hormoonverstorende stoffen systematisch wordt onderzocht. Maar het is inderdaad nu tijd om die stappen vooruit te zetten. De uitspraak van de rechters - u hebt het zelf gezegd - laat niets aan twijfel over. In het kader van een maximale bescherming van de consumenten moeten we die stappen nu zetten zodat niet alleen de consumenten maar ook de producenten weten waar ze op korte termijn aan toe zijn en zodat ze weten met welke alternatieven zij voor de dag moeten komen.

Daciana Octavia Sârbu (S&D). – Doamnă președinte, perturbatorii endocrini sunt substanțe potențial periculoase. Aceste substanțe se găsesc peste tot în jurul nostru: în ambalaje, detergenți, jucării, produse de igienă personală și reprezintă multiple riscuri la adresa sănătății. De aceea trebuie identificate, clasificate și reglementate.

Criteriile de clasificare a acestor substanțe trebuie să se bazeze pe dovezi științifice și nu pe motivații economice. Când a trebuit să stabilească aceste criterii, Comisia s-a grăbit și a evaluat doar costurile și beneficiile socioeconomice, în loc să se preocupe în primul rând de impactul asupra sănătății.

Nu discutăm despre o problemă minoră, cu impact neglijabil. Vorbim despre o problemă majoră de sănătate publică, pe care trebuie să o soluționăm urgent. Nu văd din partea Comisiei semnalul că înțelege această nevoie de a acționa rapid. Dimpotrivă, mai întâi a amânat timp de un an luarea unei decizii, apoi și-a stabilit prioritățile în mod de greșit.

Bart Staes (Verts/ALE). – De heisa rond de criteria, het uitstel en de veroordeling, die heeft natuurlijk alles te maken met het gelobby van de chemische industrie. Een deel van de controverse in deze discussie is het argument van de industrie om potentie in te brengen als een van de criteria. Dat is een perfide politiek trucje om eigenlijk te zeggen: alleen die hormoonverstoorders die het meest potent zijn, die het sterkst zijn, die kunnen we in aanmerking nemen.

Commissaris, ik heb hier twee flesjes, een flesje Poire Williams *eau de vie* uit Frankrijk, 43 graden. Ik heb hier een flesje Belgisch bier, een Duvel, 8,5 graad alcohol. Zou u durven zeggen, mijnheer de commissaris, dat de Poire Williams alcohol is en het flesje Duvel niet? Welnu, dat is precies wat de industrie probeert te doen rond hormoonverstoorders. De hormoonverstoorders met de meeste potentie, de sterkste, die zullen hormoonverstoorders worden en de andere niet. Commissaris, u weet dat wij vetorecht hebben op de criteria die u zult brengen. Ik waarschuw u, onze fractie zal het veto uitspreken over de criteria als daar potentie genoemd wordt.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Madam President, the presence of endocrine disruptors in our environment raised concerns in recent years because harmful effects have been observed on reproduction, growth, the development of human life and the environment. Endocrine disruptors represent a challenge, as their effects depend on both the level and timing of exposure, being especially critical when exposure occurs during development.

Some of my colleagues – and I am profoundly convinced that they have the sincere goal of protecting citizens' health against possible endocrine disruptors in the best way – were harsh with the Commission. However, I believe that – despite the Court of Justice decision – the original intention of the European Commission to have an impact assessment first was the best way of arriving at criteria that are scientific and proportionate.

The process is under way, and I welcome the determination, expressed here, of Commissioner Andriukaitis to speed up the process. There is no legal vacuum now; people are being protected by legislation that is in place: by the REACH Regulation, which applies for industrial chemicals. This EU regulatory framework is enforced and regularly updated with the latest science. The goal, in the end, is to define the criteria that can best identify substances that can actually cause harm under realistic conditions. This allows us to regulate: that is, to ban or severely restrict their use, as appropriate.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

Michèle Rivasi (Verts/ALE), question «carton bleu». – Madame la Présidente, Monsieur Bușoi, vous dites: «Il faut éliminer le plus possible les perturbateurs endocriniens, car ils posent problème». Pourtant, le problème des perturbateurs endocriniens est qu'il n'y a pas de dose, il n'y a pas de seuil. À un très faible niveau, il peut y avoir un effet plus important qu'à un niveau élevé. C'est pour cette raison qu'il faut vraiment bien les définir pour qu'ils soient enlevés.

Il ne s'agit pas d'essayer de les éliminer le plus possible. C'est dès qu'il y en a qu'il faut pouvoir les enlever ou, si on n'a pas de molécules de substitution, il faut dire à l'industrie qu'elle a deux ans pour trouver une solution.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Madame la Présidente, Madame Rivasi, je suis entièrement d'accord avec vous, j'avais dit la même chose. J'avais aussi compris l'intention initiale de la Commission européenne de faire une étude afin de voir exactement quels sont les critères les plus clairs. Si la communauté scientifique ne soutient pas ces critères, il sera très difficile de les définir convenablement.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, astenendosi dall'adottare atti delegati volti alla definizione dei criteri scientifici per l'identificazione delle sostanze con proprietà di interferenti endocrini, la Commissione europea è venuta meno ai propri obblighi di cui al regolamento sull'emissione sul mercato e l'uso di biocidi. Dopo numerosi appelli del Parlamento europeo, anche il Tribunale dell'Unione europea, in seguito al ricorso presentato dalla Svezia, ha riconosciuto la violazione del diritto dell'Unione da parte della Commissione europea. Con questo ritardo, che si protrae dal settembre 2013, l'esecutivo europeo sta dimostrando di non essere in grado di rispondere alle esigenze reali dei cittadini europei e di non riuscire a tutelare la loro salute.

Basta con ritardi giustificati dalle possibili conseguenze sul funzionamento del mercato interno e basta anche con le lunghe attese per la definizione delle analisi di impatto. In seguito alla sentenza del Tribunale ci aspettiamo l'adozione rapida di misure che portino alla definizione dei criteri scientifici per l'identificazione delle sostanze con proprietà di interferenti endocrini, elemento assolutamente necessario per assicurare la salute dei cittadini europei.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, Sie sind gerade dabei, das Vertrauen der Verbraucher in unsere Verbraucherschutzpolitik mächtig zu untergraben. Dass die Kommission selber Regeln bricht, die sie ja kontrollieren und einhalten sollte, das ist schon ein Skandal. Ich bin selber Landwirt und habe kein Verständnis dafür, dass man bis heute die Wirkung von hormonverändernden Stoffen bei Pestiziden nicht bewertet.

Wie viele Stoffe sind denn zugelassen worden, die die Kriterien der Zulassung eigentlich gar nicht mehr erfüllen, die aber im Umlauf sind und Anwender, Verbraucher aber auch die Umwelt gefährden? Sie sprachen eben von einem Missverständnis. Ich glaube nicht, dass das ein Missverständnis war. Ich glaube eher, Sie sind da wirklich vor der Agrarlobby eingeknickt, die den Verlust vieler Mittel fürchtet, aber auch vor der chemischen Industrie, die natürlich befürchtet, dass ihr Geschäftsmodell einbricht.

Sie müssen die Verbraucherschutzinteressen wirklich ernster nehmen. Da appelliere ich an Sie, und das gleiche gilt auch für die Kriterien für Kosmetika – auch da müssen Sie handeln. Wir können nicht Kosmetika in Umlauf bringen, wo endokrine Disruptoren keine Rolle spielen.

Pascal Arimont (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr viele Gegenstände des Alltags beinhalten die sogenannten endokrinen Disruptoren. Denken Sie an die Pfanne, die wir zum Braten brauchen, denken Sie an den lackierten Holzboden, auf dem wir barfuß laufen, an die Butterbrotdose aus Plastik, die wir unseren Kindern mit in die Schule geben, oder an Pflanzenschutzmittel. Die Folgen des Kontakts mit diesen Stoffen können – es ist mehrfach gesagt worden – zum Beispiel Unfruchtbarkeit, Brustkrebs oder Diabetes sein. Hier besteht also ein sehr dringender Handlungsbedarf, Herr Kommissar.

Im Dezember hat der EuGH das eben besprochene Urteil gefällt; bis spätestens Ende 2013 hätten also wissenschaftliche Kriterien für diese Stoffe festgelegt werden müssen. Ich habe in einer Anfrage zur schriftlichen Beantwortung letztes Jahr darauf hingewiesen. Grundsätzlich geht es also darum, dass man diese gefährlichen Stoffe strikt reguliert, denn es gibt wirklich starke Indizien dafür, dass diese Stoffe schädlich sind und auch gravierende gesellschaftliche Folgen haben. So haben einschlägige Wirtschaftsstudien zum Beispiel ergeben, dass die hervorgerufenen Krankheiten unsere Gesundheitskassen jährlich fast 160 Milliarden Euro kosten.

Ein strenger und geeigneter Rechtsrahmen kann daher dazu beitragen, die Gesundheit der Menschen wesentlich besser zu schützen. Und genau das ist das Vorsorgeprinzip. Wenn nur der geringste Zweifel besteht, dass ein Wirkstoff gesundheitsgefährdend ist, darf dieser Wirkstoff in Europa nicht zugelassen werden. So einfach sollte und muss es sein. Deshalb appelliere ich an die Kommission: Seien Sie der Anwalt der Konsumenten und nicht der Anwalt der chemischen Großkonzerne! Ich bin mir sicher, dass die Letztgenannten Alternativen finden werden.

Biljana Borzan (S&D). – Gospođa predsjedavajuća, pozdravljam ovu odluku Suda Europske unije, jer Komisija je propustila ispoštovati svoje obveze po pitanju koje je izuzetno bitno za javno zdravlje i dobrobit naših građana. S endokrinim disruptorima imamo 2 velika problema.

Jedan je u tome što oni vrlo negativno djeluju na naše zdravlje, djelujući na hormonski sustav čovjeka, a drugi što smo njima okruženi u svakodnevnom životu, u odjeći, u ambalaži za hranu i piće, u plastici koju koristimo u svakodnevnom životu.

Oko endokrinih disruptora i nedjelovanja Europske komisije pletu se različite teorije, od kojih su neke potpuno nerealne. No, ukoliko Komisija ignorira ovu presudu Suda, njena vjerodostojnost doživjet će snažan udarac. Zato pozivam Europsku komisiju da poštuje vlastite propise, da poštuje odluku Suda Europske unije i konačno donese kriterije za postupanje s endokrinim disruptorima. Oni moraju biti znanstveno utemeljeni, provedivi i, najvažnije, služiti javnom zdravlju.

Max Andersson (Verts/ALE). – Fru talman! Hormonstörande ämnen kan orsaka cancer och påverka ämnesomsättningen och förmågan att få barn. Foster och småbarn är särskilt känsliga för påverkan. Om ett foster utsätts för ett hormonstörande ämne kan det innebära effekter på hjärnans utveckling.

EU-kommissionen fick i uppdrag att skydda människor mot hormonstörande ämnen. I stället valde man att dra frågan i långbänk och skydda kemiindustrin. Nu har kommissionen blivit dömd av domstolen för detta. Jag tycker det är dags att kommissionen tar sitt uppdrag på allvar och börjar skydda människor, miljö och hälsa istället för industriintressen.

Alojz Peterle (PPE). – Spoštovani gospod komisar in kolegi, v Evropski zvezi v zadnjih letih opazamo povečano pojavnost kroničnih bolezni, vključno z raki, povezanimi s hormoni, rak na dojki pri ženskah in rak prostate in na modih pri moških, debelosti, sladkorne bolezni in srčno-žilnih bolezni kot tudi reproduktivne težave: spontane splave, zmanjšano plodnost in neplodnost.

Da igrajo pri tem kemikalije kot na primer BPA in PBDE in pesticidi, zlasti če se med seboj kombinirajo, pomembno vlogo, ugotavlja vedno več znanstvenih raziskav.

Endokrini motilci imajo velik potencial za škodljive ali nepopravljive učinke, strošek bolezni na letni ravni se ocenjuje na okrog 150 milijard evrov. Zato je nujna potreba po sprejetju ukrepov za zaščito zdravja, še zlasti za ranljive skupine, kot so nosečnice, dojenčki, otroci in mladostniki. Vemo dovolj, da lahko ukrepamo. Če ni volje za ukrepanje, je zadaj interes, četudi zavit v enotnost znanosti.

Varovanje državljanov pred nevarnostmi za zdravje je eden od treh strateških ciljev zdravstvene politike Evropske zveze. Zato je na področju zdravja, kjer bi se morali bolj približati državljanom, nujno in dopustno samo dosledno ravnanje Komisije.

Hormonske motilce je treba postaviti v center preventive.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Kræft, misdannelser, spontane aborter, hjerneskader osv. Listen over de skader, som de hormonforstyrrende stoffer er skyld i, er lang. Det mener langt de fleste af de forskere, som sidder og arbejder med det. Og derfor skal vi også rette en tak til Sverige for at have fået EU-Domstolen til at få afklaret, at EU-Kommissionen har nemlig nølet i denne sag, og det er altså uacceptabelt!

Jeg ved godt, at det er et komplekst emne, men det er ikke nogen undskyldning for at ikke at reagere for at beskytte borgernes sundhed. Der er mange mennesker, der spørger mig, hvorfor EU ikke har reageret. Jamen, svaret er: Jeg ved det ikke! Jeg synes, det er pinligt. Og det øger ikke borgernes tillid til EU.

Lad os nu ikke trække sagen i langdrag. Jo mere vi gør det her, jo mere bliver EU-Kommissionen ansvarlig for borgernes sundhedsproblemer. Kom nu med den definition! Sæt nu nogle lavere grænseværdier for eksponering og lav en handlingsplan! Ikke i morgen, ikke næste år, ikke til efteråret, men nu!

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, hormonihäiritsijät vaikuttavat paitsi ihmisten terveyteen myös tulevien sukupolvien, koko Euroopan, älykkyystasoon. Me kaikki tiedämme, että ne ovat vaikutuksiltaan pitkäkestoisia, pitkäaikaisia ja peruuttamattomia. Usein seuraukset näkyvät vasta seuraavalla sukupolvella. Näillä kriteereillä on siis kiire ja tieteellistä näyttöä ei myöskään tällä hetkellä puutu.

Myös tieteellinen alan asiantuntijoiden konsensus on hyvin laaja siitä, miten hormonihäiritsijät määritellään ja myös siitä, miten vaikuttavuutta mitataan. Kyse siis ei ole kriteerien puutteesta vaan siitä, että komissio ei ole niitä tälle parlamentille esittänyt. Me emme pääse eteenpäin torjunta-ainelainsäädännön, biosidilainsäädännön, ruokapakkausten tai REACH-asetuksen vaatteiden kemikaalipitoisuuksien ja palontorjuntakemikaalipitoisuuksien osalta.

Nyt viimeksi oikeus on todennut, että vaikutustenarviointia ei tarvita. Kysymys on henkiinjäämisestä ja ihmisten terveydestä. Ei siitä, mikä on esimerkiksi taloudellinen vaikutus. Komissio aivan itseoikeutetusti vaatii myös oikeusperiaatteen noudattamista jäsenmailta, vaikkapa Puolan ja Unkarin tapauksessa. Vähin mitä voidaan komissiolta itseltään odottaa on, että se noudattaa itse oikeusperiaatetta ja korjaa tämän laiminlyönnin ja tuo kriteerit erittäin pikaisesti ilman erityistä vaikutustenarviointia parlamentin käsiteltäväksi. Muuten itse epäilen, että tahto ja halu puolustaa kansalaisten terveyttä ja uskottavuus ovat vakavasti vaakalaudalla.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora Presidenta, señor Comisario, es insostenible e incomprensible la postura de la Comisión.

¿Cinco años? Podríamos decir que llevamos más de veinte años conociendo y hablando de los efectos nocivos para la salud de los disruptores endocrinos; hablando al fin y al cabo, de inseguridad para la salud pública.

No es de recibo que sea la justicia la que haya tenido que intervenir para decirle que no hay motivos para prolongar esta dejación de funciones; que no hay motivos para inventarse consultas ni estudios de impacto socioeconómico para definir unos criterios científicos en torno a los disruptores endocrinos. Le ha dicho el Tribunal de Justicia que la salud y la ciencia están por encima de los intereses económicos.

Hoy anuncia, por fin, que para el verano probablemente tendremos esos criterios científicos. Yo espero que finalmente eso sea así pero, sobre todo, que impere el criterio de la salud pública por encima de los intereses económicos, que parecen estar torciendo o influyendo de forma muy clara en esta trayectoria y este recorrido en torno a los disruptores endocrinos.

„Catch the eye” eljárás.

Anna Záborská (PPE) – Vo všeobecnosti považujem za správne, keď sa Komisia vopred snaží odhadnúť ekonomické a sociálne náklady prijatia nových právnych noriem. Ale v tomto prípade by som očakávala, že Komisia bude mať na zreteli predovšetkým otázku ľudského zdravia. Ak sa definitívne potvrdí podozrenie, že endokrinné disruptory spôsobujú zníženie plodnosti nielen rýb, ale aj ľudí, bude už neskoro.

Som však presvedčená, že spolu s investíciami do filtrovacích systémov by členské štáty mali riešiť aj zdroje znečistenia. To, čo potrebujeme viac ako uhlíkové filtre, je zmena ľahkovážneho prístupu k používaniu týchto látok, či už ide o poľnohospodárstvo a chov dobytka alebo napríklad o masovú spotrebu hormonálnej antikoncepcie.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, συζητούμε για την αύξηση των ενδοκρινικών διαταραχών και ασθενειών που παρατηρούνται τα τελευταία χρόνια σε μεγάλο μέρος του πληθυσμού. Οι ενδοκρινικοί διαταράκτες είναι χημικές ουσίες οι οποίες μιμούνται τις ορμόνες και παρεμβαίνουν στο ορμονικό σύστημα με αποτέλεσμα να προκαλούν διαταραχές στη γονιμότητα, νεοπλασίες και διάφορες μορφές καρκίνου.

Οι συγκεκριμένες ουσίες βρίσκονται όπως ειπώθηκε σε πολλά προϊόντα καθημερινής χρήσης και ο μεμονωμένος καταναλωτής είναι αδύνατον να γνωρίζει την ύπαρξή τους, αφού μάλιστα συχνά τα είδη αυτά δεν φέρουν δήλωση περιεχομένου. Επομένως, είναι αναγκαίο η Ευρωπαϊκή Ένωση να επανεξετάσει την υπάρχουσα σχετική νομοθεσία και να υπάρξουν περισσότερες απαιτήσεις σχετικά με τις χημικές ουσίες που περιλαμβάνονται σε προϊόντα, όπως τα τρόφιμα. Επιπλέον, θα πρέπει να γίνουν αλλαγές όσον αφορά την αξιολόγηση, την αδειοδότηση και τους περιορισμούς των ουσιών αυτών στα παραπάνω προϊόντα, καθώς και να υπάρχει μεγαλύτερη διαφάνεια στον καθορισμό του κατά πόσο μια ουσία, εν προκειμένω, έχει τις ιδιότητες που πρέπει να απαγορευθούν.

Frédérique Ries (ALDE). – Madame la Présidente, le 16 décembre 2015 restera une date gravée, je l'imagine, sur les tablettes de la Commission. C'est la première fois, en effet, qu'elle est condamnée par la justice européenne pour avoir manqué à ses obligations sur ce dossier des perturbateurs endocriniens. Un comble tout de même, vous l'avouerez, pour la gardienne des traités...

Cela fait longtemps, pourtant, que la communauté scientifique et le Parlement européen mettent en garde contre les effets néfastes de ces substances sur la santé. Si je me suis abstenue, il y a dix ans – en 2006 – sur le règlement REACH, c'est justement parce que ces perturbateurs endocriniens n'étaient pas définis par des critères objectifs. Cela fait dix ans, Monsieur le Commissaire, dix longues années et, singulièrement, trois ans maintenant, que la Commission est dans l'obligation de fournir ces critères. Je vous ai écouté très attentivement, vous avez dit...

«we have the firm intention to comply with the judgment of the Court before summer»

Nous en prenons bonne note, Monsieur le Commissaire, mais nous resterons vigilants, d'une vigilance de Sioux. Vous ne nous avez pas donné jusqu'ici de raisons de vous faire confiance.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, a Comissão Europeia escuda-se em desculpas esfarrapadas para não ter feito aquilo a que estava legalmente obrigada: apresentar até dezembro de 2013 critérios para a identificação de desreguladores endócrinos, substâncias que interferem com o sistema hormonal humano, causadores potenciais de doenças graves. Invocar uma alegada incerteza científica para nada fazer não passa de um conhecido expediente para pôr à frente da salvaguarda do interesse público, à frente da salvaguarda da saúde pública, outros interesses bem diversos, interesses económicos, nomeadamente do *lobby* da indústria química.

As intermináveis e enviesadas avaliações de impacto só vêm corroborar este facto. A verdade é que esta falta grave da Comissão Europeia, e a inaceitável postura de atirar para a frente o que devia ser feito desde já, acaba por ser muito conveniente num contexto em que, como sabemos, está a ser negociado o TTIP com os Estados Unidos e em que, como sabemos, os desreguladores endócrinos são um ponto quente deste TTIP e onde, como sabemos, os Estados Unidos têm uma legislação bem permissiva a este respeito. É inaceitável e merece denúncia a postura da Comissão Europeia.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il Commissario per la disponibilità al confronto su un tema fondamentale per la salute dei cittadini. La Commissione intende far realizzare una valutazione d'impatto per definire i criteri che, a loro volta, serviranno a individuare i perturbatori endocrini. Ma il regolamento sui biocidi stabiliva la *deadline* per le definizioni a dicembre 2013. Lo studio non era richiesto da alcuna disposizione e comunque ciò non vi esonerava dal rispetto delle scadenze.

La Commissione, che dovrebbe difendere i trattati comunitari, è andata avanti per la sua strada, sebbene diversi deputati avessero scritto a Juncker ricordandogli gli obblighi previsti dai trattati. Pertanto, le chiedo di garantire che la definizione operativa dei perturbatori endocrini sia pronta al più presto. Non possiamo attendere giugno per i criteri e dicembre 2016 per la classificazione.

Le chiedo inoltre di impegnarsi per la massima trasparenza e il dialogo con la comunità scientifica e il Parlamento. Proteggere i cittadini e l'ambiente e applicare il principio di precauzione sono la priorità, prima di ogni tipo di interesse commerciale ed economico. La Commissione ha un'enorme responsabilità nei confronti dei cittadini affetti da infertilità, malformazioni ed endometriosi, una responsabilità a cui non può assolutamente sottrarsi.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já obecně podporuji postup Komise, nicméně v této své jedné minutě bych chtěl být poměrně přísný. Podle poznámek, které jsem si udělal, 20. března 2013 vydal Evropský úřad pro bezpečnost potravin stanovisko vyžádané Komisí, právě pokud jde o vědecká kritéria, 20. března 2013. Lhůta byla do prosince 2013, nic se nestalo. A v únoru 2014 teprve Komise vyhláší, že provede hodnocení posouzení dopadů. No to si myslím, že je jednoznačné usvědčení z toho, jak Komise postupovala neopatrně, jak porušila všechny lhůty. Nevím, co tedy dělala celý rok od vydání stanoviska Evropského úřadu pro bezpečnost potravin. A myslím si, že úředníci a i vysocí představitelé Komise jsou placeni evropskými občany za službu, myslím, že i docela slušně. Bylo by tedy vhodné, aby i pan komisař přestal s vyprávěním pohádek, protože tento rozsudek byl sice vydán před Vánoci, ale není možné vyprávět pohádky i v únoru.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, first I would like to say very openly that I am a medical doctor. I practised as a medical doctor for 27 years, and I know very well what cancer and other diseases mean. I am still a medical doctor today. I say to those who mentioned that I have an interest in the debate on these industries: be open about it. That would be very nice, because I am very honest and I like honest debates and fair games.

Some Members said that I represent the industry; I am sorry, but that is a very unfair argument. I met several times with endocrinologists, toxicologists and biochemists. A few weeks ago I debated together with our senior advisers and organised meetings between different groups of scientists. I would like to invite you to debate very openly because we must speak about scientific evidence and about real arguments. It is very important for all of us, because I have never agreed to be on the side of industry. My first responsibility is to public health.

I am very proud that I have very many allies here. I am very happy that we are maybe ready to fight against alcohol, tobacco, sugar and salt, because they are extremely damaging, especially tobacco. When we really speak about people's health I will be very happy to have so many allies here in this House.

Speaking of this difficult issue, as you will remember, last year I said that the impact assessment was not about economic and social aspects. It is about scientific criteria and how to define potency, exposure, qualification and so on. I am not a biochemical scientist, and this is not such an easy debate. Last year we organised three round tables and organised conferences together and held debates. If you think I am on the side of the industry, please show me how this can be.

I am very honest. My diploma is as a medical doctor. I am responsible and I am ready to work. In our reduced assessment time we started with methodology and debated with GFC. There are 600 chemical materials to be evaluated on this. I cannot see how we could deal with it any quicker. Please show me. Please help me. I am also green like you, but I will not play a game I consider to be dishonest.

I am ready to say very clearly that we are ready to move forward as soon as possible and to do our job. It would be nice to have a result by the end of 2016 maybe. Today we decided to give ourselves until the summer to decide. Please do better.

I wish to be very open and very transparent, but I ask you also to work together and to be transparent in all questions. Speaking of all questions related to health, I will be very happy to speak about electronic cigarettes and tobacco and about all the bad things we currently face. These are very difficult conditions for the European Union to speak about public health issues and how the cost of public health could be reduced in the European Union. The figures are terrible.

I am ready to do my job but, believe me, first of all we need manageable regulatory criteria. I do not think this is so easy because these issues are very complex. But when I hear such populist arguments, I am sorry but I must respond that I am very open and transparent. I will never be in a lobby on any given side. But it is a very difficult job.

We all must debate very seriously and deeply about how to assess, how to regulate, how to understand and how to move forward. I am doing my job. I have been in office only for one year and four months. I have lost one year and four months. I would like to know how to be more effective, but we must all be effective together. We are ready to do our job and to move forward as much as possible to come up with some criteria by the summer and to set a very good example for the wider world, because we are pioneers.

Thank you dear colleagues, we are ready to do our job based on scientific evidence and present criteria, perhaps by the summer if possible.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Nessa Childers (S&D), in writing. – Since the December court ruling, we have been awaiting a signal from the Commission in recognition of its failure to put a system in place to protect our citizens' health by identifying and banning or limiting, to the fullest extent possible, substances that disturb our endocrine systems. Chemicals found in pesticides and everyday items such as food containers, cosmetics or items of clothing can contain endocrine disrupting components that harm human health and the environment. Because these are hazardous at very low levels of exposure, we cannot simply draw safe levels of exposure, as we do with other kinds of chemicals.

The Commission had a proposal ready almost three years ago, based on independent expert input, which would have seen light within the deadlines we mandated. Instead, the chemical lobby's version about costs and risks to crop yields caught the then Secretary-General Catherine Day, based on impact assessments from the UK and Teagasc, the Irish agriculture and food development authority. Her decisions have brought action to a screeching bureaucratic halt, and it is time for President Junker to act upon the court's decisions and remedy this hazardous legacy of Ms Day's.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A hormonháztartást zavaró anyagokat tartalmazó növényvédőszeres esetleges betiltására vonatkozó feltételrendszer megfogalmazó jogszabály előzetes hatásvizsgálatát mind a gyártók, mind a felhasználók már 3 éve várják az Európai Bizottságtól. Úgy tűnik, hogy a Svédország kontra Európai Bizottság ügyben született európai bírósági ítélet hatására a Bizottság kapkodni kezd a hatásvizsgálat elkészítése terén, esetleg mellőzi a hatásvizsgálatot. A megfelelő egészségügyi, gazdasági és társadalmi hatások felmérése érdekében a Bizottságnak alapos munkát kell végeznie, amelyet nem lehet néhány hónap alatt véghez vinni, főleg nem kihagyni. Emlékeztetném a Bizottságot a hatásvizsgálatokról szóló iránymutatás rendelkezéseinek a betartására.

Különösen arra, hogy előzetes hatásvizsgálatot mind jogalkotási, mind nem jogalkotási aktusok, valamint felhatalmazáson alapuló és végrehajtási jogi aktusok esetén is készíteni kell.

Andrzej Grzyb (PPE), na piśmie. – Potencjalne wycofanie niektórych substancji czynnych wchodzących w skład środków ochrony roślin jest realizacją rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady. Zaburzacze hormonalne (endocrine disruptors), bo o nich mowa, są substancjami mającymi potencjalnie duże oddziaływanie na środowisko. Z jednej strony niektóre z nich stanowią potencjalne zagrożenie dla zdrowia ludzkiego, niektóre z nich są np. rakotwórcze. Mogą także stanowić zagrożenie dla fauny: mogą wpływać na rozrodczość (dostając się do wód ograniczają płodność ryb) czy nawet na giniecie niektórych gatunków (badane są związki ED z masowym ginięciem pszczół). Z drugiej strony, są bardzo skuteczne, a ich stosowanie redukuje zużycie środków ochrony roślin w ogóle. Całkowity zakaz ich stosowania może oznaczać duże straty plonów, ze względu na brak skutecznych alternatywnych środków. Istnieje również zagrożenie, że niektórzy rolnicy zaczną nieoficjalnie sprowadzać środki np. z Ukrainy, których skład i szkodliwość nie będzie znana. Aby skutecznie chronić środowisko a zarazem nie nakładać na rolników nieproporcjonalnych obciążeń, należy w taki sposób zrewidować kryteria oceny, aby do kategorii tzw. zaburzaczy hormonalnych nie zaliczano wszystkich substancji czynnych, a tylko te, które mają negatywny wpływ na środowisko i zdrowie ludzkie.

Jarosław Kalinowski (PPE), na piśmie. – Jeżeli źle zdefiniujemy kryteria dla zaburzaczy hormonalnych, uniemożliwiając tym samym stosowanie niezwykle przydatnych i bezpiecznych środków ochrony roślin, wyrządzimy ogromną krzywdę naszym rolnikom. Pozbawienie ich – a właściwie nas, bo sam jestem rolnikiem – niezbędnych narzędzi pracy, poważnie obniży wydajność produkcji rolnej, obniży konkurencyjność europejskiego rolnictwa i doprowadzi do spadku dochodów. Co więcej, zmniejszenie inwestycji w przemyśle ochrony roślin spowoduje utratę miejsc pracy, a także, w pewnym stopniu, zahamowanie badań naukowych, które przedstawiciele przemysłu prowadzą wraz z niezależnymi organizacjami. Zdecydowanie jestem zdania, że powinniśmy ustalić kryteria definiujące substancje faktycznie niebezpieczne. Jednak najpierw musimy przeprowadzić kompleksowe, dokładne badania, pozwalające uzyskać pełną ocenę ryzyka stosowania substancji hormonalnie czynnych w produktach ochronnych i biobójczych. Innowacyjność w rolnictwie jest niezwykle potrzebna, lecz rozwój musi następować rozsądnie, po dokładnym przemyśleniu możliwych skutków,

jakie niesie ze sobą podejmowanie decyzji ustawodawczych. Propozycja Komisji Europejskiej, by, biorąc pod uwagę częściowe wyniki prowadzonych analiz, wprowadzać w ustawodawstwie poprawki, zdaje się być pomysłem chybionym, który może skomplikować procedury i zakłócić funkcjonowanie europejskiego rynku. Zaczekajmy, aż przeprowadzenie pełnej oceny oddziaływania zaburzaczy hormonalnych zostanie zakończone, i dopiero wtedy zastanówmy się nad właściwymi regulacjami prawnymi.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Europos piliečių sveikatos apsauga iki šiol nėra užtikrinama. Puikus pavyzdys - Europos Komisijos delsimas priimti mokslinius endokrininę sistemą ardančių savybių nustatymo kriterijus. Tai buvo privaloma padaryti iki 2013 m. gruodžio mėnesio. Parlamento nariai turi informacijos, kad šie kriterijai jau buvo paruošti, tačiau prisidengiant įvairiomis procedūromis nenorima jų paskelbti. Kol tai vyksta, žmonių hormoninės sistemos sutrikimų ir ligų, įskaitant ankstyvą lytinį brendimą, lytinių organų deformaciją, tam tikras vėžio formas ir medžiagų apykaitos sutrikimus, tik gausėja. Ir toliau sukeliamos anomalijos laukinės gyvūnijos rūšims, sutrikdomas jų dauginimasis, elgsena, imuniteto veikla. Šiandien mums ne tik reikia kriterijų, tačiau ir daugiau tyrimų. Priskaičiuojama apie 800 cheminių medžiagų, kurios žinoma arba įtariama, kad gali turėti poveikį hormonų sintezei, tačiau tik nedidelė dalis iš jų ištirta, todėl labai svarbūs tyrimai turėtų būti atliekami ateity, o juos turėtų remti Europos Sąjunga.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Je tiens ici à dénoncer la Commission européenne pour son inertie dans le dossier des perturbateurs endocriniens. Ceux-ci provoquent cancer, dérèglements hormonaux, altération de la qualité du sperme, apparition précoce de la puberté. La Commission, en ne publiant pas les critères scientifiques pour définir ces perturbateurs et en ne proposant pas de mise à jour de la législation, s'est rendue hors la loi aux yeux du droit européen. Pire encore, la Commission européenne, par son inefficacité dans ce dossier, a une part de responsabilité auprès de chaque nouvelle victime causée par ce fléau qui touche la santé de millions d'Européens. Déclarée coupable par la Cour de justice de l'Union européenne, la Commission se justifie en invoquant sa volonté de faire une analyse d'impact. Quelle mauvaise blague! La Commission voudrait gagner du temps et faire le jeu des méga groupes industriels qu'elle ne s'y prendrait pas autrement. C'est inacceptable de traiter la santé des Européens avec aussi peu de respect! La science doit continuer ses travaux de recherche, mais le citoyen ne doit pas être un cobaye! Nous devons réglementer ces substances!

13. Transparenz und Kontrolle klinischer Tests (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság nyilatkozata a klinikai vizsgálatok átláthatóságáról és ellenőrzéséről (2016/2534(RSP)).

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, first of all I would like to express my deepest sympathies to the victims of the tragic incident that occurred recently during a clinical trial in France and to their families.

I fully trust that the French authorities have taken all the necessary measures to address this situation and are doing their utmost to clarify exactly what happened. I am personally in close contact with the French Minister of Health to monitor the situation and any new developments related to the investigations. It is important that we all wait for the outcome of this investigation before drawing any conclusions. Clinical trials are essential for the development of new medicines and to improve, compare and refine treatments using already-authorised medicines. Clinical trials are often the last hope for patients suffering from rare or serious conditions.

In areas such as paediatric oncology, for example, there are clearly established links between participation in clinical trials and the life expectancy of patients. It should not be forgotten that a certain risk is associated with any clinical trial.

Clinical research is a sector in which Europe is a world leader. Offering Europeans patients the best, most innovative treatments under the highest standards of patient protection remains the main objective of regulation in this area. We can all agree that transparency is an essential component of clinical research. It should be possible to know which clinical trials are ongoing, where, by whom, what their purpose is and what are the recruitment criteria. Some of this information is already available via the existing EU Clinical Trials Register managed by the European Medicines Agency, with which I am in constant contact. Furthermore, once a trial has been completed, its outcome – whether positive or negative – should be made publicly available.

Additionally, the European Medicines Agency (EMA) has pro-actively engaged in a policy to release clinical study reports submitted to the agency as part of the application for marketing authorisation of human medicines before this summer. This will make Europe a true frontrunner as regards the release of data concerning clinical trials. This transparency initiative creates a bridge from now until when the new clinical trial regulations become applicable. This will trigger real improvement as regards transparency.

All information on clinical trials authorised by Member States will be stored in a new European Union database managed by EMA, with some exceptions which were defined during the legislative process. The whole content of the European Union database will be publicly available. Furthermore, in cases of overriding public interest, all information concerning specific trials will immediately be made publicly available. The European Union database is being developed by the European Medicines Agency. This IT tool is crucial for the correct functioning of the new regulation. It will have to handle the flow of information concerning the thousands of clinical trials ongoing every day in Europe. It certainly constitutes a complex and challenging IT project.

While understanding all the difficult technical challenges, I regret to say that this project is running behind schedule. All concerned parties – EMA, Member States and the Commission – will have to step up efforts to make the EU database operational as soon as possible, in order to enable the full implementation of the new regulation. To date, there are no elements indicating that the application of the new regulation would have prevented this incident in France. I am sure that EMA has, and will deploy, the necessary technical resources. The Commission will monitor this closely. I also call on all Member States, because cooperation between EMA and the Member States is sometimes very difficult. I call on them to scale up their constructive collaboration on this project.

Madam President, honourable Members, let me conclude by underlining once again the importance of increased transparency of clinical trials in Europe. This will be achieved under the new regulation on clinical trials. I appeal again to all interested parties to work constructively together in order for the regulation to become applicable as early as possible.

Matthias Groote, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Die klinischen Studien und der Unfall, der sich in Frankreich ereignet hat, muss man sagen, sind eine riesige Katastrophe. Den Opfern, die verletzt worden sind, möchte ich noch einmal mein Mitgefühl aussprechen. Es gab auch ein Todesopfer. Nichtsdestotrotz hat die EMA nach der Katastrophe im Northwick-Park-Krankenhaus im Vereinigten Königreich 2006 *guidelines* erlassen, wie man klinische Studien durchzuführen hat.

Ich glaube, das war sehr richtig. Wir haben eine sehr große Sicherheit gehabt und es haben zigtausend freiwillige Personen an klinischen Studien teilgenommen. Die Frage ist jetzt aber erstmal: Wie ist die Aufklärung? Wie ist der Sachstand der Ermittlungen? Vielleicht können Sie da nochmal ein bisschen präziser werden, Herr Kommissar. Und welche Auswirkungen hat eigentlich dieser Vorfall auf die Umsetzung der aktuellen Gesetzgebung, die wir im Parlament und mit dem Rat bezüglich *clinical trials* beschlossen haben? Und was können wir eigentlich erwarten, was die Datenbank angeht, die Sie angesprochen haben? Das Ganze wird ja sehr transparent und offen behandelt. Wann können wir damit rechnen, dass die Datenbank, die im Zuge der Gesetzgebung mit beschlossen worden ist, umgesetzt wird und online ist?

Was sicherlich noch einmal zu beachten ist, ist, dass wir gerade für die Patienten in dieser Phase 1, die ja in diesem Fall betroffen waren, Lösungen finden. Gibt es da Vorschläge der Kommission, dass wir dahingehend vielleicht noch einmal nachbessern müssen? Müssen wir im Zuge der Ermittlungen und auch der Erkenntnisse aus den Ermittlungen vielleicht unsere Gesetzgebung an dieser Stelle überdenken? Oder wie ist der Sachstand bei den Ermittlungen? Das würde meine Fraktion interessieren, und ich bedanke mich nochmal recht herzlich bei Ihnen, Herr Kommissar, dass wir so schnell dann auch die Aussprache zu diesem wichtigen Thema haben, das natürlich auch die Öffentlichkeit beschäftigt und sehr bewegt hat.

Frédérique Ries, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, je vais d'emblée faire écho aux propos de Monsieur Groote.

Jusqu'à présent, en effet, les essais cliniques ont toujours eu bonne presse. Ceux qui participent, le personnel médical, souvent, ou des étudiants en médecine, se réjouissent d'apporter leur contribution à la recherche biomédicale. Puis, il y a eu cet accident à Rennes, le dimanche 10 janvier: un mort et cinq personnes hospitalisées lors du test d'un produit antalgique réalisé en phase 1, c'est-à-dire sur un petit groupe de volontaires sains. Un accident extrêmement rare, mais grave, qui justifie que nous en débattions ce soir. Je tiens aussi à transmettre à mon tour toutes mes pensées aux familles des victimes et à ceux qui luttent toujours pour leur santé.

C'est l'occasion ce soir de rappeler que ces essais cliniques sont plus que jamais une étape indispensable avant toute mise sur le marché de médicaments et que l'Europe doit rester une place forte dans cette recherche. J'espère bien d'ailleurs que le pays d'où je viens, la Belgique, qui fabrique 15 % des médicaments européens, continuera à être reconnue pour son savoir-faire pointu en la matière.

Je voudrais poser à mon tour deux questions à notre commissaire, sur la transparence.

Est-il vrai, Monsieur le Commissaire, que la publication de tous les résultats des tests de médicaments, l'une des mesures phares du nouveau règlement européen que le Parlement a durement négocié, est repoussée de mai 2016 à 2018?

Est-il vrai également que la tendance actuelle des laboratoires en Europe est de constituer en phase 1 des groupes parallèles, soit des groupes où les patients reçoivent d'emblée une dose plus forte sans tests préalables? C'est en tous les cas ce qui s'est passé à Rennes, les six victimes étant justement celles qui avaient reçu ces fameuses doses supérieures.

On sait que l'Europe fait face à une concurrence de plus en plus forte venue d'ailleurs dans ce secteur, mais vous serez bien évidemment d'accord avec nous que la course à la validation de ses essais cliniques ne doit jamais se faire au détriment de la santé et de la sécurité des citoyens européens.

Anja Hazekamp, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voordat een geneesmiddel op de markt komt en zelfs voordat de klinische testen plaatsvinden, worden ze routinematig op dieren getest. En voor elk middel worden duizenden dieren zoals ratten, konijnen en honden gebruikt.

Het gebruik van mensapen is in Europa al verboden. Dierproeven zijn onethisch, ze veroorzaken veel pijn en stress bij de dieren, maar zijn bovenal volstrekt onbetrouwbaar. De voorspellende waarde van diermodellen is extreem laag en er is geen enkele garantie dat medicijnen veilig zijn omdat ze op dieren zijn getest. Door gebruik te maken van deze onbetrouwbare proeven worden mensenlevens in gevaar gebracht, zoals ook vorige maand bleek in Frankrijk. Volgens de Franse minister was dit middel uitvoerig getest op dieren, zelfs op chimpansees.

Daarom twee vragen aan de commissaris: is het waar dat deze middelen op chimpansees zijn getest hoewel dat in Europa verboden is? Gaat u de ontwikkeling van betrouwbare modellen die gebaseerd zijn op het menselijk lichaam stimuleren? Dan kunnen we immers stoppen met onzinnige dierproeven en tegelijkertijd voorkomen dat er nog meer slachtoffers vallen.

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, juste un mot pour dire que, concernant le débat de tout à l'heure, nous ne remettons pas en question votre honnêteté. Nous remettons seulement en question le fait qu'il faut bien séparer l'étude d'impact des critères.

Ce que je voudrais dire par rapport aux essais cliniques, c'est qu'effectivement, le 17 janvier dernier, une personne est morte au cours d'un essai clinique organisé par le laboratoire Biotrial, à Rennes, et cinq autres personnes ont des problèmes neurologiques importants. Je tiens également à envoyer toutes mes pensées à ces familles qui sont touchées.

Le problème posé par ce décès est que nous nous heurtons à la non-transparence et à l'opacité des laboratoires qui testent leurs molécules, en l'occurrence un laboratoire portugais nommé Bial. Nous avons obtenu le protocole de l'essai clinique en question, qui a été publié par l'Agence nationale de sécurité du médicament et des produits de santé en France le 22 janvier. Nous n'avons toutefois pas pu obtenir deux dossiers: celui du médicament expérimental, qui indique les effets pharmacologiques du médicament testé, et celui des essais précliniques sur les animaux, notamment sur des chimpanzés. L'Agence ne les a pas publiés, faute d'avoir pu les obtenir. Le laboratoire portugais se retranche derrière le secret commercial.

Or, la Commission et vous, Monsieur le Commissaire, avez le pouvoir de mettre la pression sur l'Agence européenne des médicaments, que j'ai contactée et qui m'a informée qu'elle retarderait jusqu'en 2018 la publication de cette base de données, ce qui répond à la question de M^{me} Ries. C'est donc très important. Vous avez le pouvoir de pousser l'EMA à vite mettre en place cette base de données pour que nous ayons accès à ces études cliniques.

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, durante uno studio di fase 1 si valuta la sicurezza, la tolleranza e il profilo farmacologico delle nuove molecole, per cui normalmente non sono coinvolte molte persone. Tuttavia bisogna tener presente che ogni anno sono migliaia i volontari, spesso giovani studenti che, non potendosi permettere gli studi, partecipano abitualmente alle sperimentazioni cliniche rischiando, spesso inconsapevolmente, la propria vita.

Il centro che ha effettuato la ricerca – e con questo concordo pienamente con quanto ha detto la collega Rivasi – si difende sostenendo di aver proceduto in totale applicazione dei regolamenti internazionali e di aver seguito fedelmente tutte le procedure. Ma noi in particolare vogliamo sapere cosa è stato fatto prima di arrivare alla sperimentazione umana. Che tipo di sperimentazione animale è stata effettuata? Quali altri test sono stati condotti prima di mettere a rischio vite umane?

Noi vogliamo sapere se tutto questo poteva essere evitato, perché una morte clinica e cinque ricoveri gravi su novanta pazienti sono numeri pesanti ed è evidente che, come spesso accade quando ci sono eventi avversi in sanità, troppe persone stanno tacendo.

Françoise Grossetête (PPE). – Madame la Présidente, c'est vrai que le décès d'un volontaire sain, lors d'un essai clinique de phase 1, est évidemment un accident dramatique et nous adressons toutes nos pensées, non seulement à sa famille mais aussi aux familles des personnes hospitalisées.

J'attends beaucoup des différents rapports que le ministère français de la santé a commandités. J'espère qu'ils permettront d'éclairer les circonstances de ce drame.

Je me suis interrogée sur l'opportunité d'avoir ce débat déjà maintenant, alors que nous n'avons encore que des éléments très partiels sur cette affaire et que les enquêtes sont en cours. Nous devons surtout éviter de nous livrer au jeu des conjectures qui circulent déjà allègrement dans les médias.

On ne sait pas où se trouve l'erreur. Dans le protocole? Sur le site de l'essai clinique? Dans le contenu de l'échantillon? La dose de la substance chimique? On peut tout imaginer, et là, nous avons besoin de transparence.

Ce qu'il faut rappeler, c'est que les essais cliniques sont absolument nécessaires pour espérer mettre sur le marché des médicaments innovants utiles aux patients et que les accidents de ce genre, heureusement, restent rarissimes.

Fort heureusement aussi, Monsieur le Commissaire nous l'a rappelé, nous avons un nouveau règlement qui doit prévoir des obligations de transparence très fortes, notamment en ce qui concerne les informations sur les essais de phase 1 et la publicité de ces derniers.

Ce règlement doit être appliqué au plus vite. C'est une priorité absolue, c'est important, et c'est pour ça que j'en appelle à la responsabilité de la Commission et de l'Agence européenne des médicaments pour suivre l'évolution de ce dossier.

Gilles Pargneaux (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le drame, la tragédie de Rennes nous interroge sur plusieurs points.

On peut tout d'abord s'alarmer du fait que les autorités sanitaires françaises n'aient été prévenues que quatre jours après l'arrêt de l'essai par la société qui l'effectuait au nom du laboratoire portugais.

Les informations relatives aux protocoles d'expérimentation doivent, je crois, pouvoir être accessibles au public, qui a le droit de connaître tous les effets des médicaments qu'il se voit prescrire.

En 2014, lors de l'adoption du règlement sur les données cliniques, nous étions parvenus à faire progresser la transparence en faisant en sorte que les rapports d'études cliniques ne soient pas considérés comme commercialement confidentiels une fois l'autorisation de mise sur le marché accordée au médicament.

Cependant, les déclarations des firmes pharmaceutiques, mais aussi de l'Agence européenne des médicaments, convergent pour réduire la portée de ce règlement, qui sera mis en vigueur au mois de mai 2016, en vue de renforcer un certain protectionnisme industriel.

L'Agence européenne des médicaments a ainsi prévu une procédure qui permet aux firmes de censurer leurs rapports d'études cliniques avant leur mise en ligne et qui impose diverses restrictions qui rendent ces rapports inexploitable à des fins d'analyse ou de recherche.

La publicité totale des données relatives aux essais cliniques est la condition pour rassurer les citoyens européens.

Enfin, à la suite de ce drame de Rennes et dans le cadre de ce règlement, qui je le rappelle, sera en application fin mai 2016, nous devons être particulièrement attentifs à certains essais cliniques portant sur des médicaments utilisés hors indications, puisqu'ils pourront être considérés comme des essais à faible niveau d'intervention, c'est-à-dire moins bien encadrés. Il y a un risque d'abus et de nouveaux scandales sanitaires.

Je demande à la Commission et à l'Agence européenne des médicaments d'être attentives à ces pratiques. N'oublions pas que le scandale du *Mediator* était imputable à un usage hors autorisation de mise sur le marché.

Julia Reid (EFDD). – Madam President, speaking as a pharmacologist who has been involved in clinical trials, both commercial and academic, I know how important clinical trials are in pharmaceutical development. However, the whole process is fraught with difficulty, and some of the drugs we use today, such as aspirin, would be unlikely to get approval. Regarding the track record of EU clinical trials legislation, in my experience the results to date have not been great. In the UK, the Clinical Trials Directive of 2001 made life very difficult for those of us involved in clinical trials, so much so that in my own field of small-scale phase IV trials, research was virtually curtailed. The Directive has since been replaced by the European Clinical Trial Regulation, which will be fully implemented this year.

Will it be an improvement? I doubt it. Regarding transparency, UKIP strongly supports transparency in clinical trials. However, we believe that the UK Parliament and not the EU should be exclusively in charge of regulating this process.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, em primeiro lugar queria expressar o meu pesar, vincar as condolências sentidas à família da vítima e desejar também rápidas melhoras àquelas outras pessoas, cinco pessoas, que foram internadas.

Os voluntários que participam num ensaio clínico sabem que correm riscos, mas estes riscos têm de ser minimizados, controlados e compatibilizados com a necessidade e a importância destes ensaios. Neste acidente que estamos aqui a discutir, ocorrido em França, um dos oito voluntários faleceu, os outros cinco tiveram efeitos secundários. É necessária uma investigação totalmente transparente, é preciso apurar as causas e, nesse sentido, para procurarmos as causas, é desde logo crucial dar a conhecer, pelo menos aos interessados, o relatório da autópsia e também os relatórios médicos. Conhecidos estes relatórios, poderemos ter alguma luz, poderemos saber as causas deste acidente.

Exige-se ainda celeridade em toda a investigação e, obviamente, insisto, nada pode ser escondido, tudo tem de ser disponibilizado, as causas têm de ser conhecidas e perguntava ao Sr. Comissário se os relatórios médicos, se o relatório da autópsia já é conhecido e se, ao menos, os interessados vão ter a ele acesso.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señora Presidenta, señor Comisario, los ensayos clínicos son esenciales para determinar la seguridad y la eficacia de los medicamentos. Y, para ello, es crucial y esencial la participación de los pacientes, que tienen que tener la confianza de que se les garantiza su seguridad. Para eso, la transparencia es inexcusable. Es cierto que los hechos que han ocurrido en Francia no son habituales, pero no se entiende que no conozcamos, en estos momentos, los datos ni qué es lo que ha acontecido para que se produzca esto. Esto no puede estar, como aquí se ha denunciado, bajo secreto comercial.

Este no es el único conflicto de intereses que hay entre la falta de transparencia por parte de la industria y los intereses de la salud pública, como demuestra el debate sobre los precios de los medicamentos. Esto pone de manifiesto la necesidad de ese nuevo Reglamento, pero también creo que es necesario que estudiemos nuevas medidas para mejorar la necesaria transparencia en pro de la seguridad de los pacientes y, también, para impulsar y mejorar la investigación, tan necesaria para atajar todas estas enfermedades.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, como aumentar os ganhos em saúde desenvolvendo novos medicamentos e ao mesmo tempo reduzir o risco e aumentar a atratividade dos processos de inovação é a questão-chave para os sistemas de saúde e para os cidadãos que aqui nos faz discutir neste momento.

O progresso científico em saúde tem permitido salvar milhões de vidas e curar ou mitigar cada vez mais doenças. Esta aceleração positiva exige uma regulação forte e transparente. A resposta não é uma regulamentação pesada, aplicada com prazos e critérios diferenciados, Estado a Estado. A resposta é mais transparência e mais partilha de conhecimento.

O exemplo recente, sucedido com o ensaio clínico em Rennes, França, deve incentivar-nos ainda mais no caminho que tem vindo a ser traçado. Nós temos a obrigação de concretizar em cooperação uma plataforma científica e legal que potencie a inovação e saúde e minimize, ao mesmo tempo, os riscos associados aos ensaios clínicos. E é por isso, Sr. Comissário, que eu o felicito pela decisão de criar uma base de dados que suporte este processo.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nel corso delle sperimentazioni cliniche la sicurezza e il benessere dei pazienti vanno tutelati con ogni sforzo. La recente tragedia avvenuta in Francia dimostra però che non è sempre così: i cinque ricoveri e un decesso di volontari a seguito dell'assunzione di una molecola sperimentale prevista dal programma di sviluppo di un nuovo farmaco rappresentano un fatto gravissimo. Per fortuna quanto è accaduto in Francia è un fatto raro, ma è chiaro che in tema di sicurezza delle sperimentazioni si può fare molto di più.

Il regolamento (UE) n. 536/2014 sulla sperimentazione clinica entrerà in vigore integralmente solo nel 2018. Nel frattempo non possiamo permettere che avvengano altre tragedie. Il regolamento prevede la necessità di studi approfonditi per raccogliere più informazioni possibili prima di somministrare un farmaco agli esseri umani e obbliga gli Stati membri a condividere la totalità delle informazioni disponibili, anche attraverso la condivisione del database europeo sugli studi clinici e rendendo di pubblico accesso i risultati della fase 1 delle sperimentazioni. Dalla Commissione mi aspetto chiarimenti per quanto riguarda i progressi nell'implementazione del regolamento ed eventuali misure per velocizzare l'entrata in vigore.

Marju Lauristin (S&D). – Madam President, I also join with all those who expressed condolences to the victims of this very tragic case. We all understand that this tragic case shows that the regulation, which was adopted as far back as April 2014, should be implemented as soon as possible. It should maybe also be amended because, as I understand it, the regulation makes no provision for these first phase trials.

Now we talk about the database and expect that it will help. When we look at the archives we see that in September 2014 the Commission said that all the preparations would be ready and work on the database would start in December 2014. So why is it taking so long? I ask you to give us a bit more information about the database: what it will contain, accessibility, but also the reasons why it is all taking so long.

„Catch the eye” eljárás.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem přesvědčen, že samozřejmě žádný klinický test by neměl skončit tak tragickou bilancí mrtvých a zraněných lidí, kteří jsou hospitalizováni a chci jim tedy vyjádřit svoji upřímnou soustrast. Na druhou stranu si myslím, že skutečně ty závěry jsou poměrně předčasné a i ta debata mi přišla poněkud předcházející tomu, co má přinést objektivní zjištění, proto jsem se také přihlásil k tomu svému vystoupení. Já chci podpořit snahu pana komisaře získat co nejvíce objektivních informací k této věci a teprve následně případně hodnotit i na politické úrovni to, k čemu došlo. Nechci se zapojovat do zápasu nebo do sprintu silných výroků právě o tomto tématu, kdy objektivní informace ještě chybí. Tím bych chtěl pana komisaře podpořit na rozdíl od svého předešlého příspěvku v tom předešlém bodě.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία πρόεδρε συζητούμε για τη διαφάνεια και τον έλεγχο στη διαδικασία των κλινικών δοκιμών με αφορμή το πρόσφατο τραγικό περιστατικό στη Γαλλία, όπου είχαμε ένα νεκρό και πέντε άτομα τα οποία ακόμη κινδυνεύουν και βρίσκονται στο νοσοκομείο.

Οι κλινικές δοκιμές έχουν σαν στόχο την ανάπτυξη των φαρμάκων και τη βελτίωση των φαρμακευτικών αγωγών που εφαρμόζονται, ενώ εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης οι επενδύσεις στην κλινική έρευνα υπερβαίνουν τα είκοσι δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως. Ωστόσο, συχνά παρατηρούνται περιπτώσεις έλλειψης διαφάνειας και ελέγχου στις κλινικές δοκιμές. Επιπλέον, συχνά παρατηρούνται επίσης περιπτώσεις απόκρυψης τυχόν αρνητικών αποτελεσμάτων στις προκαταρκτικές κλινικές δοκιμές, και δημοσίευση μόνο των επιθυμητων αποτελεσμάτων.

Επομένως, προκειμένου να διασφαλιστεί η διαφάνεια στις κλινικές δοκιμές θα πρέπει όλες οι φαρμακευτικές εταιρείες να δηλώνουν και να δημοσιοποιούν τα αποτελέσματα από τα πρώτα στάδια των κλινικών δοκιμών, όπως άλλωστε ορίζει και ο Παγκόσμιος Οργανισμός Υγείας.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, os cidadãos devem poder confiar nas autoridades de saúde, nas comissões de ética, nas entidades públicas ou privadas que investigam o desenvolvimento de novos fármacos. Mas, para que isso aconteça, é necessário que lhes seja assegurado, antes de mais, o direito à verdade e a transparência.

É necessário que os dados, todos os dados, relativos aos novos medicamentos em fase de ensaios, aos estudos e testes realizados, sejam do domínio público e possam ser devidamente escrutinados. É necessário que estejam disponíveis ao público os relatórios e os pareceres de entidades como as agências de medicamentos, as comissões de ética competentes, as empresas envolvidas, nomeadamente as que realizam ensaios clínicos, permitindo o escrutínio dos preceitos de boas práticas, das linhas de orientação internacionais, as chamadas *guidelines*, e da eticidade dos estudos, é necessária uma informação isenta sobre o andamento das investigações e sobre eventuais erros cometidos e suas consequências. Nenhum segredo comercial pode negar ou sobrepor-se a este direito à verdade e a transparência.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, first of all I would like to say that true transparency of clinical trials is essential, absolutely. It should be possible to know which clinical trials are ongoing, where and by whom, and what the purposes and outcomes are. Absolutely. We are working in very close cooperation with EMA. I would like to answer in more concrete detail because there were very big problems with standards and technical issues relating to data at the moment.

With regard to such a tragic event in France, as you know, investigations by both the French authorities and by the police are ongoing and the causes of the incident are not yet known. Several clinical hypotheses are being worked on, but as you know, for legal reasons I cannot comment on the investigation. Sorry, but now is not the time to comment, because it is a very sensitive situation. I trust that we will soon know all the details, but we must check, wait and see when the investigation will be finished, and then we will be ready to ask all questions about transparency and other issues. But this investigation is currently ongoing and we have no possibility to intervene at the moment.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito.* – O setor do medicamento tem tido um papel essencial no combate à doença e às novas ameaças à saúde pública, proporcionando mais e melhores terapias aos cidadãos Europeus. Há, contudo, um longo caminho a percorrer, seja na luta contra o cancro e contra as novas epidemias, seja no combate aos organismos resistentes aos antibióticos e às doenças ligadas ao envelhecimento. O processo de inovação no sector do medicamento reveste-se, por isso, de fundamental importância para todos nós. Sem questionar esta realidade, cumpre, no entanto, referir que não há inovação tecnológica isenta de risco e que, por isso, devemos estar bem cientes de que os ensaios clínicos lidam com vidas humanas. Só no meu país, estão atualmente envolvidas cerca de 10 000 pessoas em ensaios clínicos. O incidente absolutamente trágico do mês passado em França, de que resultou uma morte, não pode voltar a acontecer! Entendo que os interesses comerciais das empresas não podem prevalecer face à segurança dos cidadãos e à transparência dos ensaios. Há que reportar precocemente reações adversas graves e garantir o cumprimento dos processos de controlo e monitorização, para uma maior segurança.

14. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

15. Schluss der Sitzung

(Az ülést 23.00-kor rekesztik be.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. FEBRUAR 2016

(C/2024/811)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 1. bis 4. Februar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	4
3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	4
4. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	4
5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
6. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (18./19. Februar 2016) (Aussprache)	4
7. Feierliche Sitzung - Nigeria	43
8. Abstimmungsstunde	47
8.1. Assoziierungsabkommen EU/Republik Moldau: Schutzklausel und Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktike (A8-0364/2015 - Helmut Scholz) (Abstimmung)	47
8.2. Assoziierungsabkommen EU/Georgien: Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (A8-0365/2015 - Gabrielius Landsbergis) (Abstimmung)	48
8.3. Ratifizierung des Vertrags von Marrakesch aufgrund der eingegangenen Petitionen, insbesondere der Petition Nr. 0924/2011 (B8-0168/2016) (Abstimmung)	48
8.4. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte FG72 (B8-0133/2016) (Abstimmung)	48

Inhalt	Seite
8.5. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 (B8-0134/2016) (Abstimmung)	48
8.6. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 89788 (B8-0135/2016) (Abstimmung)	48
8.7. Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (B8-0040/2016) (Abstimmung)	48
8.8. Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) (A8-0009/2016 - Viviane Reding) (Abstimmung)	49
8.9. Neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015 (B8-0148/2016, B8-0150/2016, B8-0163/2016, B8-0164/2016) (Abstimmung)	49
9. Stimmerklärungen	49
9.1. Assoziierungsabkommen EU/Republik Moldau: Schutzklausel und Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (A8-0364/2015 Helmut Scholz)	49
9.2. Assoziierungsabkommen EU/Georgien: Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (A8-0365/2015 - Gabrielius Landsbergis)	82
9.3. Ratifizierung des Vertrags von Marrakesch aufgrund der eingegangenen Petitionen, insbesondere der Petition Nr. 0924/2011 (B8-0168/2016)	112
9.4. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte FG72 (B8-0133/2016)	141
9.5. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 (B8-0134/2016)	170
9.6. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 89788 (B8-0135/2016)	199
9.7. Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (B8-0040/2016)	226
9.8. Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) (A8-0009/2016 - Viviane Reding)	272
9.9. Neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015 (B8-0148/2016, B8-0150/2016, B8-0163/2016, B8-0164/2016)	324
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	357
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	357
12. Fortschrittsbericht 2015 über Serbien (Aussprache)	357
13. Prozess der europäischen Integration des Kosovo (Aussprache)	374
14. Ablauf der Wahl in Haiti (Aussprache)	387
15. Lage in Libyen (Aussprache)	392

Inhalt	Seite
16. Lage in Venezuela (Aussprache)	407
17. Übereinkommen der Vereinten Nationen über Transparenz in Investor-Staat-Schiedsverfahren auf der Grundlage von Verträgen (Aussprache)	418
18. Der sexuellen Belästigung und der Gewalt gegen Frauen auf öffentlichen Plätzen ein Ende setzen (Aussprache)	426
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	443
20. Schluss der Sitzung	443

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 3. FEBRUAR 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet.)

2. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

4. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

6. Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (18./19. Februar 2016) (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (18./19. Februar 2016) (2015/3022(RSP)).

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Mr President, I am glad to address you today on the forthcoming meeting of the European Council. After the proposal made by President Tusk yesterday, the European Council will discuss and agree a set of arrangements to address the concerns of the United Kingdom as set out by Prime Minister Cameron. However, given the urgency of the refugee crisis, EU leaders will also assess progress in implementation of earlier decisions and address any immediate issues ahead.

The meeting will also take a new step forward in the European Semester 2016 with the examination of the recommendation for the euro area, so a recommendation for the euro area as a whole.

First, the United Kingdom. I think we all agree that the upcoming EU referendum in the United Kingdom is a political event of the first order for both United Kingdom citizens and the rest of Europe. It will be up to the British people to make their choice. In this light, the current negotiations mark an important step in securing the UK's long-term relationship with the European Union, and although there may be difficult issues at the table it is of paramount importance that we continue our constructive dialogue to make the European Union work better for both the United Kingdom and all other Member States.

Building on the fruitful discussion held at the December 2015 meeting, EU leaders will explore solutions to address the concerns raised by the UK Prime Minister in November. All involved have shown a readiness to work hard towards a mutually-satisfactory solution. I believe it is in our common interest to adequately respond to the United Kingdom's concerns in a way that benefits all of the EU Member States and institutions, and of course with full respect for the European Union's fundamental principles.

As you know, yesterday the President of the European Council put forward a proposal for a new settlement of the United Kingdom within the European Union. It covers all four areas of economic governance, competitiveness, sovereignty, and social benefits and free movement. This proposal will be discussed later this week and next week by EU 'sherpas' and permanent representatives. Your Parliament will be represented at these meetings.

Obviously it is first and foremost for the heads of state of the European Council to decide on the President's proposal. Therefore, I cannot comment on this in detail today. All governments will now study the proposals; yet I do believe that it paves the way, this discussion, for an agreement in the European Council. Further discussions are of course needed and some of the issues are particularly complex, but I am sure a solution can be found if there is ample political will.

The Council looks forward to working with Parliament as a partner in the follow-up of what we hope will be a good outcome of the discussions at the European Council for the European Union as a whole. Ultimately though, the final decision will not be in our hands. It will be for the British people to decide whether the United Kingdom should remain in the Union.

You had a long and comprehensive debate on migration yesterday. I think it was a good debate. It is indeed essential to make progress on this key issue which is mobilising all our institutions. The Presidency, the Commission and the EEAS will report on progress before the European Council meeting. You showed the urgency of this matter yesterday. You took a number of important decisions last year. Implementation of these decisions is now our priority and many of you have repeatedly made that point as well and again yesterday.

Further developing a policy to secure the borders is of crucial importance. We should also make full use of the tools at our disposal to ensure humanitarian assistance where needed.

The Presidency is fully committed to ensuring that we improve on the results achieved so far. The central issues remain well-functioning hotspots which are crucial in our efforts to address the migration flows; progress in relocation and resettlement; coordinated efforts between institutions and Member States – this is crucial, in particular to engage with key countries of origin and transit on all aspects of migration, including return and readmissions. We are engaged with Turkey to implement on both sides joint action plan commitments. Agreement should now be carried out fast.

As President Tusk and Prime Minister Rutte stated at the last plenary, it is also crucial that we get Europe's borders under control. Work in the Council has therefore started rapidly on the Commission border package proposals presented in December. The Presidency is committed to ensuring the best and closest possible cooperation with Parliament on these proposals. We are convinced that they must lead to tangible results as soon as possible. The February European Council will be an opportunity to take stock of the situation in all areas and to address immediate issues ahead of the upcoming European Councils.

Finally, the February European Council will examine the recommendation on the economic policy of the euro area as part of the European Semester 2016. You have discussed the matter several times, notably last December in the presence of Eurogroup President Dijsselbloem. As you know, for the first time, this examination will take place in February rather than in June. We welcome this innovation proposed by the Commission as part of efforts to improve and streamline the European Semester. The new timing means the discussions on individual Member States will be informed by challenges common to the euro area. The European Council in March will, as usual, discuss priorities for the 2016 exercise and provide guidance to Member States.

I thank you very much for your attention and look forward to our debate.

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président du Conseil, Mesdames et Messieurs les députés, le prochain Conseil européen sera consacré à deux questions qui cristallisent de nombreuses inquiétudes sur l'avenir de l'Europe: la question des réfugiés et celle du Royaume-Uni.

Nos conclusions seront scrutées de près, alors que beaucoup d'observateurs abondent chaque jour en commentaires qui se sous-catégorisent, grosso-modo, entre ceux qui clament que, de psychodrame en psychodrame, l'Europe se disloque peu à peu et ceux qui attendent des dirigeants européens un sursaut d'énergie, de clairvoyance et de vision à le long terme. Il nous appartiendra de donner tort aux premiers et de donner de l'espérance aux seconds, en commençant par notre gestion de la crise des réfugiés, à propos de laquelle tout a déjà été dit, mais où beaucoup reste encore à faire.

Pour cela, il faut se ressaisir, parce que, pour l'instant, nous n'avons pas de quoi être fiers de notre performance collective. La crise des réfugiés se transforme un peu plus chaque jour en une crise de solidarité européenne là où il faudrait plus de coordination, de coopération et d'union.

Si j'ai décidé, l'année dernière, de réunir autour d'une même table les dirigeants des pays concernés par les flux migratoires sur la route des Balkans occidentaux, c'était pour qu'ils se parlent enfin, qu'ils comprennent mieux que les problèmes des uns sont aussi les problèmes des autres. Depuis lors, un processus de coopération vertueuse et d'échanges réguliers s'est mis en place. S'accuser mutuellement de ne pas en faire assez ou de le faire mal ne mène à rien et ne mène nulle part. Nous avons une responsabilité conjointe face à ces défis et c'est cette responsabilité partagée qui doit être mise en action par tous. Il faut que chacun respecte les règles communes, en particulier les règles qui concernent Schengen. Il y a une seule façon de sauver Schengen: il faut appliquer toutes ces règles. Nous sauverons Schengen en appliquant Schengen.

(Laughter from the British EFDD members)

I am happy to contribute to your good humour.

C'est pourquoi, le bon fonctionnement du mécanisme d'évaluation de Schengen est une priorité pour la Commission: non pas pour punir là où des déficiences sont constatées, mais pour définir rapidement des mesures correctives.

C'est ce qui se passe avec la Grèce, où des visites effectuées, en novembre dernier, aux frontières maritimes et terrestres entre la Grèce et la Turquie ont fait apparaître de sérieuses lacunes, auxquelles la Grèce doit absolument remédier. Il ne s'agit pas d'isoler la Grèce – comme certains le disent –. Cela n'a pas de sens. Si je n'ai jamais envisagé un Grexit de la zone euro, ce n'est pas pour envisager un Grexit de Schengen. Il ne s'agit pas non plus de stigmatiser les Grecs, qui sont soumis à une très forte pression migratoire et dont nous oublions trop vite les nombreux gestes de solidarité individuelle à l'égard des réfugiés ainsi que les vies qui ont été sauvées de la noyade, encore ces derniers jours, grâce aux sauveteurs grecs. Il ne s'agit non pas d'isoler ou de stigmatiser les Grecs mais d'aider la Grèce à respecter ses obligations en l'aidant à corriger les défaillances qui peuvent exister. C'est ce que la Commission a déjà fait, notamment à travers une aide financière importante et un soutien logistique sur place.

Depuis décembre dernier et en réponse à la demande de la Grèce, Frontex a déployé une équipe d'intervention rapide à la frontière extérieure des îles de la mer Égée. Frontex aide, par ailleurs, la Grèce à identifier et à enregistrer les migrants à la frontière avec l'ancienne République yougoslave de Macédoine.

Si des efforts supplémentaires de la part de la Grèce sont clairement indispensables, leur portée restera limitée tant que les autres États membres n'appliqueront pas les décisions qui ont d'ores et déjà été prises, notamment en ce qui concerne le renfort en personnel pour le bon fonctionnement des centres d'accueil et d'enregistrement et l'accélération de la relocalisation. La portée de ces efforts restera limitée tant que nous n'aurons pas créé un corps européen de gardes-frontières et de gardes-côtes. Il est de notre responsabilité à tous de contribuer à protéger de façon plus optimale nos frontières extérieures communes si nous voulons éviter de voir les frontières intérieures réintroduites durablement en Europe.

Il est évident que le contrôle des flux de réfugiés et l'avenir de l'espace Schengen ne se jouent pas qu'en Europe, entre Européens, mais également au-delà de nos frontières communes avec nos partenaires des pays tiers. Sur la question des réadmissions, il doit être clair, pour tous, que nous allons intensifier nos efforts afin que tous ceux qui ne remplissent pas les conditions pour bénéficier d'une protection internationale soient renvoyés rapidement.

En ce qui concerne, plus particulièrement, le retour de migrants irréguliers de la Grèce vers la Turquie, jusqu'à ce que l'accord de réadmission entre l'Union européenne et la Turquie entre en vigueur, la Commission se tient prête à travailler étroitement avec les autorités grecques et turques, afin d'accélérer ces retours dans le cadre de l'accord bilatéral existant entre ces deux pays. Il est indispensable de renforcer, à travers toute l'Europe, notre politique de retour: c'est un élément essentiel pour rétablir la confiance de nos citoyens dans notre gestion des flux de réfugiés et pour consacrer notre énergie et nos ressources à ceux qui ont droit à une protection internationale.

Herr Präsident, es kommt selbstverständlich in erheblichem Maße darauf an, dass wir den Aktionsplan mit der Türkei mit Leben erfüllen. Die türkischen Behörden haben jüngst der Kommission versichert, dass sie alles tun werden, um die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten und gegen Schlepperbanden zu kämpfen und um die illegale Einwanderung zu kontrollieren.

Aber auch wir müssen unsere Verpflichtungen, die wir gegenüber der Türkei eingegangen sind, erfüllen. Die Türkei beherbergt auf ihrem Staatsgebiet nahezu drei Millionen Flüchtlinge, und es ist deshalb eine ausgemachte Sache, dass die drei Milliarden Hilfe für die syrischen Flüchtlinge in der Türkei von der Europäischen Union und von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die italienische Regierung sich inzwischen auch zu dieser notwendigen Solidarleistung bekannt hat.

Es ist ein wichtiges Anliegen der Europäischen Kommission, alles zu tun, damit die Flüchtlinge möglichst nahe an ihren Herkunftsländern leben können. Deshalb müssen wir die Länder, die den Flüchtlingen zur Seite stehen, nicht nur unter die Arme greifen, sondern ihnen tätige Solidarität zuteil werden lassen. Dies gilt nicht nur für die Türkei, dies gilt auch für Jordanien und für den Libanon, die sich in einem sehr erheblichen Maße und viel stärker als wir mit den Folgen der syrischen Kriegausinandersetzungen auseinandersetzen müssen.

Diese Länder, Jordanien und Libanon, haben die höchste Flüchtlingsdichte, die es zurzeit weltweit zu beobachten gibt. Und es ist so, dass sich diese Länder gefährlich dem Sättigungsgrad nähern; das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Das gesamte Problem – Flüchtlinge hier und dort, auch Flüchtlinge in Griechenland – hat natürlich mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien zu tun. Solange es uns und der internationalen Völkergemeinschaft nicht gelingt, den Krieg in Syrien zu beenden, solange werden wir mit den Folgen dieses Krieges leben müssen.

Deshalb hat die Kommission auch ab Januar die humanitären Konvois nach Madaja kofinanziert. Aber es gibt viele Madajas und es gibt hunderte Orte in Syrien, in denen Menschen sterben, weil Hilfe sie nicht erreicht. Dies können wir so nicht hinnehmen. Wir haben einen Treuhandfonds für Syrien aufgelegt. Die Kommission hat 500 Millionen Euro Finanzmittel zur Verfügung gestellt, und die Mitgliedstaaten sollten das Gleiche tun, haben es aber bis jetzt nicht getan. Es fehlen auf der Seite der Mitgliedstaaten immer noch 448 von 500 Millionen Euro. Dies kann so nicht bleiben. Ähnliches gilt für den Dringlichkeitsfonds, den wir für Afrika aufgelegt haben. Die Kommission hat hier geliefert, in gemeinsamer Anstrengung mit dem Europäischen Parlament. Die Mitgliedstaaten haben das bislang nicht getan. Dies muss schnellstens nachgeholt werden.

Symptombekämpfung ist wichtig, weil es um die Erleichterung für das Leben der betroffenen Menschen geht. Aber Ursachenbekämpfung ist wichtiger. Wir müssen beides tun: Hilfe vor Ort aber auch Ursachenbekämpfung.

Yesterday, President Tusk presented his proposed new settlement for the United Kingdom in the European Union. Let me be clear from the start: the European Commission has been fully associated with the work on this settlement. The Commission's best experts have worked over many months to find creative solutions. I have worked closely with President Tusk and Prime Minister Cameron to shape the proposal presented yesterday. Therefore, the Commission supports this text.

I have always said that I want the UK to remain a member of the European Union on the basis of a fair deal. The settlement that has been proposed is fair for the UK and fair for the other 27 Member States. It is also fair for the European Parliament. The European Parliament has a key say in the process and a crucial role to play. Many of your Members have been involved already. I salute the contributions of President Schulz, Manfred Weber, Gianni Pittella, Syed Kamall and Guy Verhofstadt, amongst others.

As of Friday, your «sherpas» will take part in discussions leading to the decisive European Council of 18 February. President Schulz will be sitting at the table in the European Council. All understand that the European Parliament must be fully signed up to the new settlement. If the citizens of the UK deliver a positive verdict, you will be called upon to deliver crucial legislative elements on the settlement.

I will not take you through the main elements of the settlement. That is, by the way, a duty for the President of the European Council and not so much for the President of the European Commission. However, like Prime Minister Cameron, we all want the European Union to become more competitive and to create more jobs. We must not stifle innovation and competitiveness with regulations that are too prescriptive and too detailed, notably when it comes to small and medium-sized enterprises. That is why the Commission has shortened and streamlined its Annual Work Programmes, withdrawing a greater number of legislative acts than it proposes. That is why it is so important, as the Commission and the Dutch Presidency are saying, to complete the single market, to build our Energy Union, to complete the Digital Single Market and to establish a Capital Markets Union. This is the programme of the European Commission, and I appreciate the support of the United Kingdom in this respect.

The settlement proposed by President Tusk recognises that not all Member States participate in all areas of EU policy. The UK benefits from more protocols and opt-outs than any other Member State. This is why, as a matter of law and as a matter of fact, the concept of ever closer union has already assumed a different meaning in its case. The settlement recognises that if the United Kingdom considered that it is now at the limits of its level of integration, then that is fine. At the same time, it makes clear that other Member States can move towards a deeper degree of integration as they see fit. In this way, we have addressed the prime ministers concerned while respecting the Treaties.

I advocated, from the start of my election campaign, that national parliaments should play a greater role in our democratic system. I included this pledge in the political guidelines, on the basis of which you elected this Commission. The settlement presented yesterday provides for this.

Monsieur le Président, je souhaite préserver l'intégrité du marché intérieur tout en approfondissant notre Union économique et monétaire. L'accord proposé par le président Tusk respecte ces deux impératifs.

Les propositions du président Tusk visent à protéger les intérêts légitimes des États membres qui participent au marché intérieur sans être membres de la zone euro. Il est légitime de donner à ces États membres la possibilité de saisir le Conseil européen s'ils estiment que le principe de non-discrimination pourrait être violé. Il est légitime d'éloigner ces États membres d'une responsabilité financière liée à des mesures prises pour assurer la stabilité de la zone euro. En parallèle, la ligne rouge – la possibilité d'avoir plus d'Europe au sein de la zone euro, afin de renforcer la monnaie unique – a été respectée.

L'euro demeure la monnaie unique de l'Union et le Parlement européen demeure le Parlement de la zone euro et de l'Union dans son ensemble.

As you know, the most difficult discussions we had with our British colleagues related to free movement. The settlement addresses situations in which large-scale movements of EU nationals are related not to the attractiveness of labour markets but to the structure and the generosity of social security systems. We propose to create a safeguard mechanism, tailor-made to the concerns of the United Kingdom, that would allow it to restrict the access of EU workers newly entering its labour market to in-work benefits in a graduated manner for a period of up to four years. The duration of the mechanism will be limited in time. That is a crucial characteristic of a safeguard mechanism, necessary in order to make it compatible with the Treaties. It will apply in exceptional cases, as all derogations from the Four Freedoms should.

In 2004, the UK did not use the transitional periods that would have allowed it to phase in the right to free movement of the citizens of eight new Member States. As a result, over the past decade the UK has attracted a record number of mobile EU citizens. In effect, we will enable the United Kingdom to use the safeguard mechanism to address the consequences of that decision.

In einem Wort wie in tausend: Die Tagesordnung des Europäischen Rates für die übernächste Woche ist dicht gefüllt. Ich weiß, dass ich wie immer auf die tatkräftige Unterstützung des Europäischen Parlaments zählen kann, wenn es darum geht, als Kommission, aber nicht nur als Kommission, europäische Interessen vorrangig zu behandeln.

(Beifall)

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Meine Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel ist klar, auch für meine Fraktion, die Europäische Volkspartei: Wir wollen, dass Großbritannien an Bord bleibt, wir wollen die Menschen in Großbritannien überzeugen, dass es besser ist, in der Familie zusammenzustehen. Deswegen danke ich Jean-Claude Juncker, Donald Tusk und auch David Cameron für die Bemühungen des letzten Wochenendes. Respekt an David Cameron! Er hat hart gekämpft für die britischen Interessen.

Wir wollen als EVP-Fraktion kein britisches Europa, wir wollen einen Vorschlag, der dann Europa für alle besser macht. Das muss im Mittelpunkt der Beratungen stehen, die in den nächsten Wochen durchgeführt werden. Da gibt es von unserer Fraktion volle Unterstützung für die Fragen bessere Rechtsetzung, weniger Bürokratie, mehr Wettbewerbsfähigkeit, auch die Fragestellungen des Euros. Ich bedanke mich, dass wir klarstellen, dass der Euro die Währung Europas ist, aber dass wir die Koexistenz der Währungen verbessern, und dass Großbritannien auch bereit ist, die Vertiefung der Währungsunion mitzutragen, auch wenn es sie selbst nicht betrifft und sich nicht in den Weg zu stellen. Das sind positive Aspekte.

Ehrlich gesagt, gibt es einen Punkt, auf den der Kommissionspräsident hingewiesen hat und bei dem wir wussten, dass es am schwierigsten wird, nämlich bei der Frage der Freizügigkeit, beim Kampf gegen den Missbrauch von Sozialsystemen. Die Balance ist schwierig. Dass Bürgern, die in Großbritannien arbeiten, EU-Bürgern, die dort arbeiten, die dort Steuern zahlen, die dort Beiträge zu den Versicherungen leisten wie jeder Brite, der dort arbeitet, der Zugang zu bestimmten Sozialsystemen verweigert werden soll, ist schwer erklärbar. Andererseits verstehen wir, dass es auch Missbrauchselemente gibt, die wir in allen Ländern der Europäischen Union feststellen und haben. Und diese Balance zu finden, ist eines der schwierigsten Themenfelder. Ich kann für die EVP-Fraktion zusagen, dass wir die nächsten Gespräche konstruktiv begleiten werden und dass wir am Ende eine Lösung wollen. Wir wollen ein Ergebnis bei diesen Verhandlungen. Aber das ist zugegebenermaßen der schwierigste Bereich.

Cameron hat jetzt hart gekämpft. Aber ich glaube, dass jetzt auch *leadership* gefragt ist, einen Schritt weiter zu gehen. Um was geht es denn eigentlich bei der britischen Frage? Geht es wirklich ums Kindergeld, geht es wirklich um die Fragestellungen der Arbeitszeitrichtlinie, Bürokratiefragen? Für die Briten, glaube ich, geht es um ganz etwas anderes, nämlich ob es in Zeiten der Globalisierung besser ist, alleine zu stehen, oder in der europäischen Familie zusammenzustehen. Wenn wir den Putin-Imperialismus sehen – ist es für Großbritannien besser, alleine zu stehen oder Teil der Familie zu sein? Wenn wir die TTIP-Verhandlungen mit Amerika sehen – ist es besser, alleine zu verhandeln oder als großer Wirtschaftsraum Europa zu verhandeln? Wenn wir die Fragen der City of London sehen, Zugang zu den Euro-Gesetzen – ist es besser, draußen zu sein aus Europa oder besser, drin zu sein, um mitzureden? Das sind doch die Fragen, die die Bürger zu beantworten haben. Und ich glaube, dass die Menschen überzeugt werden können: Wenn man ein guter Patriot ist, wenn man sein Land liebt, dann ist es in einer globalisierten Welt besser, als Patriot in Europa zu stehen.

Das zweite große Thema ist die generelle Stimmungslage im Europäischen Rat. Ich möchte da heute einen generellen Zuruf machen, denn vielleicht sollte der Europäische Rat einen neuen Tagesordnungspunkt einführen, nämlich „Die Zukunft des Europäischen Rates“, wie man denn die Institution überhaupt sieht. Es ist nämlich ein Treffen der Ängstlichen geworden, es ist ein Treffen der Verzagten geworden, es ist ein Treffen von Politikern geworden, die leider im Kleinklein steckenbleiben, im nationalen Egoismus, in der Frage „Werde ich wiedergewählt oder nicht wiedergewählt?“, mit der klammheimlichen Stimmungslage, dass man sich vielleicht sogar freut, wenn ein anderer Regierungschef manchmal Probleme hat und vielleicht zu Hause scheitert. Das ist die Stimmungslage, die wir dort haben. Deswegen sollte sich der Rat mal mit sich selbst beschäftigen und damit, was denn eigentlich seine Aufgabe ist.

Wenn man frühere Generationen von Politikern im Europäischen Rat sieht, dann hatten die den Mut, Beschlüsse zu fassen zum Binnenmarkt – viele Widerstände überwunden, aber Millionen Jobs geschaffen –, sie hatten den Mut, den Schengen-Raum zu schaffen – viele, viele Sorgen und Widerstände überwunden und Zukunft für Europa geschaffen –, sie hatten den Mut, den Euro auf den Weg zu bringen – eine historische Entscheidung mit der Fragestellung, dass wir heute eine der Leitwährungen dieser Welt auf diesem Kontinent haben –, und sie hatten den Mut, die Spaltung dieses Kontinents zu überwinden, die Wiedervereinigung Europas in den letzten Jahrzehnten zu managen. Das alles hat Mut gebraucht. Das hat bedeutet, dass man sich auch mal gegen Populisten hinstellt und Führung zeigt. Deswegen steht für diese Politikergeneration, die sich in zwei Wochen in Brüssel wieder treffen wird, wirklich die Frage im Raum, ob sie anknüpfen kann an diese historischen Entscheidungen des Europäischen Rates. Ich sehe eher ein historisches Versagen in vielen Bereichen, das wir leider Gottes attestieren müssen. Und deswegen ist meine Bitte, meine große Bitte an den Rat, Führung zu übernehmen und voranzumarschieren, in den Zeiten, in denen wir heute Verantwortung tragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu guter Letzt möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der uns intern bewegt, nämlich die Frage des Reformkurses in der Wirtschaftspolitik. Ich mache mir um eines Sorgen, dass wir nämlich auf nationaler Ebene immer mehr Regierungen bekommen, die mit extremen Kräften gemeinsame Sache machen, dass nicht Demokraten gemeinsam zusammenwirken, sondern Extremisten. In Portugal haben wir erlebt, dass leider Gottes Parteien, die die NATO und die EU komplett ablehnen, jetzt in Verantwortung sind. In Spanien gibt es leider Gottes auch Tendenzen, dass Separatisten, nationale Separatisten, die die Spaltung Spaniens wollen, in Verantwortung kommen können. Deswegen ist mein Appell an alle: Wir müssen auf allen Ebenen – in Europa und auf nationaler Ebene – Verantwortung übernehmen. Demokraten müssen zusammenhalten, damit Europa eine gute Zukunft hat!

(Beifall)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Maria Grapini (S&D), întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. – Este prima dată, domnule Weber, când vă felicit pentru discursul avut. Sper să vă felicit şi după răspunsul pe care mi-l daţi la întrebarea pe care o pun.

Concret: conduceţi un grup foarte mare în Parlament. Sunteţi de acord cu ce propune domnul Juncker, cu un mecanism pentru Marea Britanie, special pentru Marea Britanie, pentru limitarea libertăţii de circulaţie a lucrătorilor?

Manfred Weber (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Ich habe das ja ausgeführt, ich weiß nicht genau, ob es bei der Übersetzung ordentlich rübergekommen ist. Die EVP-Fraktion will eine Einigung. Wir wollen, dass Großbritannien sich für Europa entscheidet. Dafür sind Zugeständnisse notwendig, das wissen wir – ein Deal wird gemacht, in dem beide Seiten einen Schritt aufeinander zugehen. Die Grundlage, die uns Donald Tusk und Jean-Claude Juncker und David Cameron vorgelegt haben, ist eine solide Grundlage.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio ribadire anche oggi le nostre forti preoccupazioni. Oggi in Europa, purtroppo, tira un vento non buono. I raid neonazisti in Svezia e in Germania degli ultimi giorni, i vergognosi inviti di responsabili politici a sparare ai rifugiati, persino ai bambini: tutto ciò ci dice che un virus ha infettato l'Europa, il virus della paura. Jean-Claude Juncker parlava di psicodramma.

Nessun paese, nessuna parte politica è immune da questo virus. Troppi tabù sono stati infranti in questi mesi: Schengen, il dovere di assistenza umanitaria, il rispetto per la vita umana. E allora oggi quest'Aula non ha più solo il dovere di discutere di soluzioni tecniche per rispondere alla crisi dei migranti. Le soluzioni ci sono, le ha messe correttamente sul tavolo la Commissione europea. Abbiamo già provvedimenti per il rafforzamento dei controlli alle frontiere esterne, l'identificazione con gli *hotspot*, la redistribuzione in tutti i paesi europei. Però questo sistema non funziona e non funziona perché è bloccato da egoismi, da paure, da calcoli elettorali. Quindi il problema è politico e culturale. Egoismo, paura e calcoli nazionalistici non avrebbero mai portato alla costruzione dell'Unione europea.

Quindi, se vogliamo dare risposte efficaci, dobbiamo cambiare la direzione del vento e ripartire dai valori. È il ricatto dei populisti che impedisce a troppi governi di assumersi le loro responsabilità. Invece di parlare di questioni che francamente hanno poco a che fare con questo dibattito – il riferimento alla Spagna e al Portogallo francamente mi sembra pretestuoso visto che in Spagna e in Portogallo le leadership politiche marciano sempre in direzione del rafforzamento dell'integrazione europea, su questo non ci sono dubbi – concentriamoci invece sui veri pericoli, non sviamo, non sbagliamo obiettivo, altrimenti ci dividiamo tra di noi e facciamo il gioco degli altri.

Abbiamo il dovere di dire con chiarezza ai nostri cittadini che è un dovere morale accogliere chi scappa dalle barbarie dell'ISIS e che faremo di tutto perché chi arriva qui possa integrarsi, parlare la nostra lingua e trovare un lavoro, perché questa è la sola risposta che funziona. E dobbiamo dire con chiarezza che Schengen è la soluzione a questa crisi e non il problema. Vada avanti, quindi, la Commissione europea sul pacchetto immigrazione e anche sulla revisione di Dublino.

Per quanto riguarda il Regno Unito, la lettera di Tusk può fornire i chiarimenti utili sul ruolo del Regno Unito nell'Unione. Nel corso del negoziato potremo chiedere alcune chiarificazioni ulteriori soprattutto sul tema dei diritti dei lavoratori, su cui la nostra preoccupazione è grande, ma deve essere chiaro che il nostro impegno di socialisti e di democratici del Parlamento europeo è perché il Regno Unito rimanga nell'Unione europea. È essenziale per l'Unione europea e, come diceva Jean-Claude Juncker, è essenziale per il Regno Unito. Il Regno Unito fuori dall'Unione europea è più debole. È nell'interesse dei cittadini britannici, soprattutto per i cittadini più deboli del Regno Unito, rimanere nell'Unione europea. Noi dovremo saper parlare il linguaggio della chiarezza rispetto ai vantaggi e ai benefici che i cittadini britannici hanno dalla loro permanenza nell'Unione europea. Solo se riscopriremo i nostri valori, i valori che ci hanno portato qui come rappresentanti del più grande consesso democratico dell'Unione europea, potremo risolvere la nostra crisi. Ecco questo è il mio appello.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Raymond Finch (EFDD), blue-card question. – Mr Pittella, you mentioned earlier that the Portuguese and Spanish Governments were working towards European values, and yet youth unemployment there is closing up on 50%. Is it not true that the EU policy of supporting bankers, rather than the ordinary working people and the youth of these countries, is the problem and not the solution?

Gianni Pittella (S&D), *risposta a una domanda «cartellino blu»*. – A fare generalizzazioni, accuse qualunquistiche e riflessioni qualunquistiche ognuno di noi è bravissimo. Parlare di disoccupazione e di disoccupazione giovanile merita e reclama molta serietà. Certamente ci sono alcune cose da correggere nella politica economica europea: sono necessari meno austerità e meno rigorismo e più sostegno alla ripresa, all'occupazione e alla creazione di lavoro.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, when I first became an MEP in 2005, it was around the time that the French and Dutch had voted 'No' in their referenda on the European Constitution. As we stood here in this Parliament and considered the implications of those 'No' votes, I was shocked by the number of MEPs who simply wanted to ignore the results and push on with further European integration.

But perhaps the most shocking moment for me was when the then leader of the PPE Group stood up and said: 'nothing must be allowed to get in the way of the European project. Nothing must be allowed to get in the way of European political integration. Nothing must be allowed to get in the way of European economic integration.'

As a British MEP, the belief in the European project, where the eventual goal was to build a United States of Europe or a Federal Republic of Europe, was news to me. There and then, I realised that there was a massive gap in the perception between many in EU institutions who believe in this European project, and the people of Britain, many of whom tell me that they believe that they voted to stay in a common market.

Reading more about the history of the EU, I realised that the political dimension of the EU has been played down by politicians of all parties in the UK for the last 40 years. It is still being played down. In my first few weeks here in Parliament I was approached by a British MEP who asked me to join a cross-party group – a cross-party federal group – to support the European project. When I asked him: have you told your voters this? I found out he was saying one thing here and a different thing in his constituency.

So unless this gap in perceptions is resolved, the UK will continue to have an ambiguous relationship with the EU. This is why David Cameron was absolutely right to call this referendum to give the British people a say, because we should never be afraid to ask the people what they want and then to stick by the outcome.

A large number of voters I speak to say that they do not yet know how to vote and that they will wait to see the details of the deal. Rather like going to a shop and someone promising you a great deal in a couple of weeks and asking you to commit now: they want to read the small print.

Donald Tusk's letter to the European Council and his draft proposals are a good place to start on the four areas set out by the British Prime Minister: mutual respect between euro area and non-euro area countries; the EU becoming more competitive by opening the single market, cutting red tape and increasing global trade; ever closer union not applying to all countries, with national parliaments playing a larger role; and freedom of movement to work, and not to claim, and those people who move should only get something out of the system once they have put something in.

It is hard to see how these are just British questions. These are matters that should benefit all European Union countries. For the next few weeks we will see a lot of travel, a lot of papers being read, a lot of persuading being done. And as the Council seeks a final deal, and once a deal is done, the real debate begins.

Because for this referendum to be meaningful, it needs a full, frank and honest debate, with both sides being clear what remaining in the EU means and what leaving the EU could mean for Britain and for the EU. Those of you who want to build your project of a United States of Europe, come to Britain and tell the British people if that is what you believe. Do not hide your views until after the referendum. Mr Verhofstadt is an example, as you say.

But at the end of the day it does not matter what we say, it does not matter what Donald Tusk or David Cameron says, it does not matter what politicians on both sides of this debate may say, it does not matter what we say in the European Parliament or what they say in the Westminster Parliament. At the end of the day, it is the British people who will have their say. It is time for the British people to have their say for the first time in 40 years. Please, on all sides of this House, respect that.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Der Präsident. – Herr Kamall, ich habe eine Frage an Sie: Kollege Coburn hat seine blaue Karte hochgehalten, noch bevor Sie angefangen hatten zu sprechen. Ich frage mich jetzt: Wie kann man eine Zwischenfrage stellen zu einer noch nicht gehaltenen Rede? Das werden wir jetzt bestimmt hören. Bitte sehr!

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Mr Kamall, thank you for taking my question. You are always a good sport. Mr Kamall, if you want a fair British immigration policy, can you have that within the EU?

Syed Kamall (ECR), blue-card answer. – Well, Mr Coburn, thank you very much. I must say I admire your abilities to predict my speech. In future I might actually ask you to write some of the speech. Or when I am struggling for words I can ring you up and say: what do you think will be in my speech tomorrow?

But in this case, you asked a very fair question, and it is something that has to be put to the British people. If you want immigration policy – what you call a fair immigration policy – whereby everyone outside the UK is treated equally, whether they are from Austria or Australia, Croatia or the Caribbean, Italy or India, you cannot achieve that by remaining in the EU. You have to be honest, but you have to make that clear to the British people. What I do not like, when your party talks about immigration, is trying to imitate the BNP and be anti-immigration.

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I will start today where I ended yesterday, because we had a whole debate yesterday with Mr Koenders about the refugee crisis. Mr Koenders, I am pleased that now – at the request of the Commission – the refugee crisis will be the main topic on the agenda of the summit on 18 and 19 February 2016 because, despite the importance of the British issue, let us be honest, the refugee crisis we are facing is far more important. We have to show our citizens that we are capable of solving this.

Mr Koenders and Mr Juncker, my request to you is to put two proposals on the table on 18 February. First of all, regarding the rapid response force: why not, using Article 78(3) of the Treaty, advance the European Border and Coastguard? We can do that without a change of legislation. We can also immediately start to send the 2 000 civil servants from the national border agencies. Mr Juncker, the Commission's latest report said that there was a disaster on the border between Greece and Turkey. Four of the five hotspots are not there. There is no fingerprinting control and there is no appropriate registration. Those are not my findings but the findings of the Commission. So my proposal is to do that, to propose Article 78 as the basis to launch this rapid response force immediately.

Secondly, let us also consider the idea that the EUR 3 billion will now be directed as financial assistance to the people in the refugee camps instead of giving it to the Turkish Government. I completely agree with Mr Weber when he says that if the Council is not capable now of taking such decisions in such a situation, then we have to ask ourselves: why have we created the European Council? In the Treaty, it says that all strategic options are a competence of the European Council. You are not capable of taking strategic options. You demonstrate and illustrate that every time. I hope I am wrong; I hope that Mr Weber is wrong and that the European Council will surprise us this time by taking decisions that really make a difference.

That brings me to the official topic of the summit: the request of the United Kingdom to renegotiate its position. Let me be very clear: it would be a huge mistake for Britain to leave the European Union. Not so much economically, Mr Kamall, but most of all geopolitically. I think Britain without Europe will be a dwarf. Let us be honest, we Belgians know that we are dwarves, but maybe they will know it too. On the other hand, Europe without Great Britain does not count and is not a counterweight against China, against Russia and against the United States. In fact, Mr Kamall, it is Putin who will win in this game in the end, because Putin likes a divided Europe. Mr Farage and Mr Putin: they are the ones who want a divided Europe.

I am very sympathetic to David Cameron's request with the aim of reforming Europe. The question is only whether the paper we received yesterday from Mr Tusk is really what we need. In any case, I do not have so much of a problem with the four points, but only with one of the four points. That is the point, Mr Koenders, that, in my opinion, you have to completely rewrite – in the days to come in the 'sherpa' meetings, and in the European Council – the part where Mr Tusk says that an ever closer union is not an ever closer union. That is in the text. It has nothing to do with sharing values; it has nothing to do with more political integration. I think I should tell you that Magritte and surrealism were not only part of Belgian culture, but I can now see that it is also a part of Polish culture and of Mr Tusk's culture. You know that painting of Magritte's where we show a pipe and then we put in French 'Ceci n'est pas une pipe'? It is little like that in this proposal of Mr Tusk's. An ever closer union is not an ever closer union. In one page, he explained what the difference is. I have to tell you that, not only is it in contradiction with Article 352 of the Treaty, but I think that it is perhaps better to have another option.

Instead of really destroying our project of political integration in one page, why is it not better to give a new opt-out to Britain? They have an opt-out on Schengen; they have an opt-out on the euro; they have opt-out on police coordination. They have an opt-out on at least seven different elements today. Well, create another opt-out. The reality is that we have a two-tier Europe today. Okay, if they want another opt-out, I think that is better than to do the opposite and to destroy the idea of an ever-closer union, because Britain has to stay. No, I think it is better to be honest with the people and to create an additional opt-out.

Finally, on the emergency brake: this will be discussed in the normal legislative procedure. However, let us be honest, Mr Juncker, I hope that this is the last time. We got an emergency brake from Mr Sarkozy on Schengen. Maybe tomorrow, Mr Renzi will ask for one for the Stability Pact, and maybe the day after tomorrow Mr François Hollande will ask for one for the internal market. I think that is enough. Okay, give Mr Cameron his emergency brake, but then stop destroying the Union with emergency brakes in all directions.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Richard Sulík (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Herr Verhofstadt, Sie sagten, Griechenland bewacht seine Grenzen nicht richtig. Die Kommission hat ja auch festgestellt, dass da große Mängel sind. Warum wollen Sie Griechenland nicht aus dem Schengen-Raum ausschließen?

Es kommt wieder dazu, dass die eigenen Regeln nicht eingehalten werden. Europa hat die größten Probleme nur deswegen, weil es die eigenen Regeln nicht einhält. Bei der Eurozone, bei Schengen, bei Dublin – überall verletzt Europa die eigenen Regeln! Wäre es nicht an der Zeit, und das ist meine Frage, endlich mal den Mut aufzubringen, die eigenen Regeln einzuhalten?

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. — I see, Mr Sulík, why we are not in the same group; I am a positive person and you are a negative one. Instead of pushing Greece out immediately, I think: let us take all responsibility with the European Union. We have a common border, the common border of Schengen; let us protect it and manage it together with a European border and coastguard. That seems to me to be a better, a positive European result than to exclude members of the Union. That is the difference between you and us.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Der kommende Gipfel hat die zwei Aufgaben, die heute schon benannt worden sind, nämlich einmal darüber zu reden, wie sich die Mitgliedstaaten insgesamt zu dem Verhandlungspaket stellen, das mit Blick auf das Referendum in Großbritannien erarbeitet worden ist, und zweitens die Flüchtlingsfrage. Und ich denke, in beiden ist der zentrale Kernpunkt eigentlich die Frage nach der Zukunft der Europäischen Union. Wie stellen wir uns diese vor? Und wie beantworten wir sie? Werden die Entscheidungen, die dort getroffen worden sind, praktisch schon einseitige Vorentscheidungen sein, die den künftigen Weg der Europäischen Union prägen werden? Nämlich die Frage, inwieweit sich die Bürger und Bürgerinnen der Europäischen

Union weiter mit diesem Projekt identifizieren können.

Und dann möchte ich zunächst mit dem Vorschlag anfangen, der auf den Tisch gelegt worden ist und uns gestern erreicht hat. Ich denke, eine Grundkritik muss sein: Wenn wir mehr Demokratie in der Europäischen Union wollen, dann kann es nicht sein, dass wesentliche Entscheidungen praktisch außerhalb der formalen Rahmensetzung, die die Europäische Union dafür bietet, getroffen werden.

Es ist vorhin von Ihnen, Herr Juncker, und auch vom Vertreter der niederländischen Präsidentschaft gesagt worden: Das Europäische Parlament ist beteiligt. Ich finde das toll! Ich finde bloß kein einziges Wort über das Europäische Parlament in den vorgelegten Unterlagen von Herrn Tusk – nicht ein Wort! Das Europäische Parlament spielt keine Rolle! Und es ist vorhin gesagt worden, das Europäische Parlament wird im *Follow-up*-Prozess einbezogen – toll! Wenn die Entscheidungen gefallen sind, dann dürfen wir uns beteiligen und, Herr Juncker, das Europäische Parlament besteht nicht nur aus einzelnen Herren, die Sie vorhin ja aufgezählt haben, und aus einigen wenigen Fraktionen. Das Europäische Parlament und die Positionsbildung des Parlamentes kommen aus einer gemeinsamen Diskussion hervor,

und daran mangelt es.

Wenn das aber der Türöffner sein soll, wie künftig über die Union entschieden wird, dann werden wir weiter an Glaubwürdigkeit verlieren. Das hat eben nichts damit zu tun, dass die Bürger und Bürgerinnen das Gefühl haben, wir sind hier gefragt und wir haben hier die Interessen der Europäischen Union mit zu vertreten.

Und der zweite Punkt, den ich benennen muss: Die Idee der sozialen Union wird begraben. Das ist für mich eindeutig, nachdem, was ich hier gelesen habe. Das ist kein Kompromiss, der angeboten worden ist, sondern das ist der Kniefall vor der City of London, den wir hier bekommen. Und ich weiß nicht, ob sich wirklich alle darüber im Klaren sind, was es denn bedeutet, wenn ich eine der vier Grundfreiheiten nur noch zu einer halben mache.

Wenn ich im Prinzip deutlich mache: Liebe Leute, gerade bei der Frage der Mobilität, der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ machen wir mal künftig einen Unterschied – was bedeutet denn das für die künftige soziale Entwicklung, für den Beschäftigungsschutz in Großbritannien, aber eben auch in den anderen Mitgliedstaaten?

Wir machen hier ein Opt-out auf einen Weg auf, wo sich künftig jeder aussuchen kann, was er will. Und wir legen jetzt schon fest, dass diese Änderungen – und zwar auch sehr demokratisch – in die nächste Vertragsänderung reingenommen werden. Und wenn es darum geht, dass wir Einfluss nehmen wollen und deutlich machen wollen, dass es ein Mehrwert ist, auch für die Bürger Großbritanniens, in der Europäischen Union zu verbleiben, dann ist es ein grandioser Fehler, wenn wir genau an der sozialen Frage die große Demontage beginnen. Denn da werden auch einige draufgucken. Schauen Sie nicht nur auf die, die die City of London vertreten!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – You referred to bending the knee to the City of London when it comes to concessions to the UK negotiations. Would you, in your opinion, rather see the EU and the UK go separate ways than for the EU to acknowledge the concerns of the UK in any way? The UK, by the way, is not just the City of London; it is the whole country, as shown by the fact that UKIP won the European elections.

Gabriele Zimmer (GUE/NGL), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Wenn Sie mir jetzt erklären, dass die UKIP die gesamte Bevölkerung Großbritanniens vertritt, dann haben Sie ein eigenartiges Rechtsverständnis und Demokratieverständnis. Ich sage ganz klar: Auch in Großbritannien gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Und nicht nur die Interessen der Finanzmärkte, nicht nur die Interessen der großen Banken sollten bei der Zukunft der Europäischen Union eine Rolle spielen, sondern eben auch die Vertreter der Bürger und Bürgerinnen – jener, die beschäftigt sind, und jener, die nicht beschäftigt sind – sollten wir mit im Blick haben. Und ich glaube, da gibt es durchaus auch unterschiedliche Auffassungen in Ihrem Land.

Rebecca Harms, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, I say to the dear citizens of the United Kingdom, I do not know how often in recent years we have discussed this vote, which will probably soon take place, and which nobody doubts is the vote of the citizens of the United Kingdom. But since it is about the European Union it matters for all of us, and I sometimes do not know whether everybody in the United Kingdom is aware of the fact that the result of the vote will matter for millions of citizens across the European Union.

So you decide in the United Kingdom, but it is very important that you know that the majority of citizens across the European Union – not only the Germans – want the UK to stay in the European Union. So how can we have an honest exchange on this issue between the citizens in the UK and in the European Union? We recently held discussions on Poland, before that we discussed Hungary, and before that we had years of discussions on the values of the European Union in the context of Greece and the euro crisis. For me it is again one of those moments where we have really to talk about Europe: where we came from, for example. And the answer is very simple: we really came from war, and we achieved peace. And so looking to the east, looking to the south, looking to our neighbourhoods, do not forget what we achieved, where we are.

So looking to the Minsk Agreement, looking to the Iran deal and looking to the climate deal achieved in Paris recently, European strength is visible again and again. And let us look to challenges still ahead: Syria, growing terrorism, soon probably hundreds of millions of refugees globally. So what are you really saying in the UK? Do you think you will deal with all those challenges better outside of the European Union? Some Members shout but, I am sorry, shouting is not at all about arguments. Yesterday my colleague, Mr Smith, from the UK, from Scotland, said let us look at the wood and not only the trees. So let us become serious about what keeps us together.

I have an idea; I do not know whether it is too small an idea – it is maybe not convincing. When I go home to my region – and I cannot go often – I sit together with my neighbours, I have a cup of tea and we talk about our gardens and about Europe. So let us be honest: there must be more exchange between the citizens of the UK and us. So invite us for this famous cup of tea. Let us create possibilities before the vote to talk about lilies and about roses. I like to do it as a gardener, and I really appreciate the British as a nation of gardeners. Let us create situations to talk about us, about the British and about Europe.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), blue-card question. – Thank you very much for taking the question. What Donald Tusk, the President of the Council, has described as the UK's emergency brake on benefits requires a majority in the European Parliament.

Will you and your Group be voting for the emergency brake on benefits?

Rebecca Harms (Verts/ALE), blue-card answer. – You can be sure that my colleague Jean Lambert especially will, as she always does, try to achieve at its best social responsibility at the European level. The idea of social Europe has its cradle in my Group, and you can trust Jean Lambert – well known also in the UK context – to take care of all the social issues.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Harms.

(Zwischenrufe)

Beruhigt euch doch! Jetzt kommt Herr Farage, da müsst ihr euch in Form bringen.

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, thank you. They are slightly over enthusiastic. It was not supposed to be like this, was it? Mr Cameron's renegotiation began with really big intentions: Treaty change – blue cards going up already, this is going to be fun! – he was going to control the free movement of people, he was going to achieve a fundamental change, not just in Britain's relationship with the European Union, but he was going to reform the EU itself. What we got was a letter from Mr Tusk in which there is No Treaty change, no powers returned to the United Kingdom and no control over our borders at all. In fact, it was hardly worth the wait. It is really rather pathetic.

But there is one more chance for the Prime Minister, because he goes to the European summit in a couple of weeks' time. Like Oliver Twist, he will parade in front of the other leaders and say, 'please can we have some more concessions?' I find it rather humiliating that a British prime minister has to do this, but I am certain of one thing: he will not get another thing. Just look at the substance of this: we have an emergency brake on migrant benefits. Wow! It was supposed to be a total ban on migrant benefits for up to four years, so it is hardly an emergency brake. It is more of a handbrake turn. Also, the Prime Minister is saying we have got a red card. Isn't that wonderful! Well, what that means is that a majority of parliaments in the European Union can say to Mr Juncker that they do not want one of his directives. Is that a cause for celebration? If 15 parliaments could not stop a piece of law, we would be living in a communist dictatorship.

What I have gone through here are the good bits, but the most bizarre thing is that Mr Cameron said that with this deal, he would now vote for Britain to join the European Union. So let us have a little think about that. If the question in June is: 'should we join the European Union?' we would have to tell the British people: 'you must surrender the control and sovereignty of your parliament and have 75% of your laws made somewhere else. Your Supreme Court will not be supreme. You will be overruled by a Court in Luxembourg made up of people who are not even judges. You will have to give up your fishing grounds, including in some places 200 miles of the North Sea, and you must cut your links with the Commonwealth and the wider world because you are no longer fit to negotiate your own global trade deals. Oh, and by the way, for all of this you will be paying GBP 55 million a day as a membership fee.' Would the British people vote for that? Not a snowball's chance in Hades.

All we have to do is recognise that, whilst the politicians and the big banks and the big businesses will in this referendum defend their own vested self-interests, it is people power that will win this referendum. After we have won this referendum, I hope that it will win in many other countries in Europe too.

(Applause from certain quarters)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – I wanted to have the opportunity to say that as a British Member here I am embarrassed and ashamed by the rude and disrespectful behaviour by the UKIP Members here. I would like to ask Mr Farage if, during the forthcoming campaign, he will do anything to control the behaviour of his Members.

(The President interrupted the speaker)

I hope I can have a few more seconds. I want to say that I am embarrassed and ashamed by the behaviour of UKIP Members here today and their disrespect for other Members, which ironically I find to be extremely un-British. I would like to ask Mr Farage whether he is going to attempt to control his Members and prevent them from this sort of intimidation both inside the Chamber and, more widely, on social media during this campaign.

(Applause)

Nigel Farage (EFDD), *blue-card answer*. – I do not know if you have a television in your house or not, but if you do, you might have watched Prime Minister's questions and you might have seen that actually in elected assemblies all over the world there is vigorous, lively debate, or sometimes even humour too. How about that?

The most vociferous Members I have known in this Parliament since I have been here are our President, when he led the Socialist Group for many years, and indeed Mr Verhofstadt, who leads the Liberal Group. They have very often shouted or mocked things that I have said. Frankly, as an elected representative, I am big enough and ugly enough to take it, and so should you be.

(Applause from the EFDD Group)

Marine Le Pen, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, les Anglais en ont assez de l'Union européenne et ont majoritairement, semble-t-il, envie de sortir de cette camisole. Ils ont la nostalgie de leur souveraineté, c'est-à-dire de leur capacité à traiter les problèmes, des problèmes qui se posent à eux dans un cadre national, avec leurs objectifs particuliers, leurs pensées propres et leur culture, que ce soit pour l'immigration, l'économie ou toute autre question.

M. Verhofstadt, dont on n'a pas noté le départ – je vois que moi, quand je quitte l'hémicycle, ça fait un communiqué, mais cela ne semble ne pas être le cas pour M. Verhofstadt –, a dit que la Grande-Bretagne, si elle sortait, serait un nain géopolitique. Il faut qu'il arrête de se regarder dans un miroir déformant, car c'est l'Union européenne, qui est un nain géopolitique, qui n'a pas son mot à dire et qui n'est respectée dans aucun des grands problèmes de ce monde, aucun grand équilibre et aucun grand conflit. Elle n'a joué strictement aucun rôle, au point que nous sommes d'ailleurs humiliés régulièrement par M. Obama, qui appelle M. Cameron pour lui intimer l'ordre de rester dans l'Union européenne ou qui prend la parole après les attentats de novembre avant le président de la République française pour intimer à l'Union européenne l'obligation de conserver la politique folle d'accueil des migrants.

On peut comprendre la volonté des Anglais de se diriger vers la porte de sortie, puisque des crises répétées de plus en plus graves secouent l'Union européenne: la crise de la monnaie unique créée par les élites européennes, l'euro qui a muté en crise économique et sociale générale dans toute l'Union européenne, la crise de l'immigration, avec des millions de personnes qui marchent pour rejoindre une Union européenne sans frontières, ouverte à tous les vents et disloquée.

L'Union européenne s'effondre sous le poids de ses propres contradictions. La pseudo-négociation qui s'est ouverte est une pièce de théâtre et je pense que personne n'est dupe. Nonobstant cette mascarade visant à faire croire aux Britanniques qu'une amélioration de l'Union européenne pourrait être obtenue et donc à les conserver dans la structure, vous devez admettre que, depuis des années, vous êtes dans un coin du ring.

Voilà, c'est ça la réalité, vous êtes contraint de rafistoler jour après jour un paquebot à la dérive qui prend l'eau de toutes parts. Vous êtes sur la défensive, vos démarches sont fondées sur le mensonge, les pressions, le chantage, la menace, la violation de la volonté des peuples exprimée par référendum. C'est la preuve éclatante de votre faiblesse.

Aujourd'hui, vous faites un premier pas en arrière et rien que de cela, on peut tout de même se réjouir. Vous n'arriverez pas indéfiniment à gagner du temps. Un jour proche arrivera où ce gros paquebot vermoulu coulera et enfin les canots de sauvetage que sont les nations pourront ramener les peuples à bon port.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Der Präsident. – Frau Le Pen! Ich weiß nicht, warum Herr Verhofstadt kurz vor Ihrer Rede den Saal verlassen hat. Ich weiß nicht, ob das Gründe hat. Aber ich werde ihm mitteilen, dass Sie traurig waren, dass er gegangen ist.

David Coburn (EFDD), blue-card question. – Ms Le Pen, do you think that the people sitting in Calais trying to get to Great Britain are speaking with their feet about what they think of the European economy and that if they want a brighter future – and I do not blame them – they want to get to Britain, where the future is brighter, against the European Union, which is falling to bits?

Marine Le Pen (ENF), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, je crains hélas, Monsieur, qu'un certain nombre de migrants s'entassent à Calais précisément parce que la Grande-Bretagne a une frontière et que nous n'en avons pas. Si nous avions chacun nos frontières intérieures, si nous n'étions pas dans cette folie qu'est Schengen, les gens qui s'entassent dans les bidonvilles autour de nos villes ou autour des points de départ pour rejoindre la Grande-Bretagne seraient très probablement aujourd'hui chez eux.

Cela veut dire que chaque pays doit retrouver ses frontières et que la Grande-Bretagne ne doit pas abandonner la sienne; ceci est, à mon avis, une fausse bonne idée.

Diane Dodds (NI). – Mr President, after the flurry of activity yesterday over the Prime Minister's deal, many in my constituency are asking: what was it all about? Having read the draft agreement, we see that the renegotiation of our relationship with the EU amounts to little more than a choreographed talks process, a faux battle, a smoke-and-mirrors charade that has resulted in little more than the status quo: I am saddened to say, a failure of our Prime Minister to stand up for our United Kingdom.

Treaty change and retaking control over our laws has disappeared, and a promise to return control over our borders has been watered down to a benefit curb that has to be agreed by Brussels. The ever-present issue of the cost of membership has not even been addressed – a cost estimated by the Office for Budget Responsibility to rise by a further EUR 3 billion in 2020. I am delighted that the democratic process will now take control. I look forward to a frank and honest debate over our relationship with the European Union.

(Applause)

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man in diesen Tagen mit normalen Bürgern spricht, dann spürt man, dass sie in großer Sorge und Unruhe sind, ob das alles gutgeht mit ihrer Zukunft. Wenn man aber ein bisschen länger mit ihnen redet, bestätigt einem jeder, dass es richtig und notwendig ist in dieser immer globaler werdenden Welt, dass wir große Fragen nur noch gemeinsam lösen können, europäisch lösen können. Das sagen alle! Das Problem ist nur, dass die Zuversicht schwindet, weil keine Handlungen folgen, weil nicht gehandelt wird, weil nicht realisiert wird. Und die mangelnde Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene hat einen Namen – Manfred Weber hat es richtig beschrieben: Der Name heißt Rat, Europäischer Rat. Es ist eine Katastrophe, dass wir in diesen unruhigen Zeiten keine Handlungen liefern können, weil im Rat nur noch Egoisten sitzen, weil die Mitgliedstaaten sich nur noch darauf verständigen oder meistens darauf verständigen, nur noch die eigenen Interessen im Kopf zu haben. Mangelnde Solidarität – jeden Tag darüber schwätzen, dass man solidarisch sein muss, und dann, wenn es darauf ankommt, nicht bereit sein, das auch zu zeigen. Jeden interessiert nur der eigene Vorteil, der eigene Nutzen. So kann das nicht klappen!

Wenn es stimmt, dass wir die großen Herausforderungen in der Wirtschaftspolitik, in der Terrorismusbekämpfung, in der Flüchtlingsfrage nicht mehr alleine, sondern nur zusammen lösen können, verdammt noch mal, da muss es doch noch ein paar politische Führungskräfte in Europa geben, die jetzt sagen: Wir raufen uns zusammen und wir schlagen den Knoten durch, wir stecken auch mal ein Stück zurück. Da kann nicht jeder alleine seinen dicken Kopf durchsetzen, das ist doch vollkommen klar! In der Frage Stabilitätspolitik, in der Frage Flüchtlingspolitik, in der Frage Terrorbekämpfung gibt es nur eine Antwort, die heißt Gemeinsamkeit. Und der Rat ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, señor Weber, en primer lugar, un mensaje: pudiendo preocuparse por el Gobierno húngaro, que avergüenza a su Grupo político, se ha preocupado usted por el Partido Socialista español, que ha recibido el encargo de formar Gobierno.

Quiero recordarle que fue bajo la presidencia de un Gobierno socialista cuando España entró en la Unión Europea; un Gobierno liderado por Felipe González, uno de esos líderes que usted mismo, esta mañana, ha reclamado como necesarios para que la Unión Europea asuma con ambición su próximo futuro.

Quiero ahora señalar que un tema importante de esta reunión, desde luego, es el tema de la inmigración. Hace quince días, tanto el Consejo como la Comisión señalaron que solo teníamos dos meses para resolver este problema. Han pasado dos semanas, la cuarta parte del tiempo de la cuenta atrás a la que tenemos que enfrentarnos. ¿Ha habido cambios? ¿Ha habido avances? ¿Se han aplicado las medidas antes adoptadas? La respuesta es no.

Ayer tuvimos aquí al Comisario Avramopoulos, que nos señaló que en el mes de enero ha habido más ingresos, ha habido más muertes. Y se ha puesto en marcha un nuevo *hotspot* -con él son cuatro, del total de treinta que tenemos que poner en marcha-.

Por tanto, creo que, como han señalado algunos otros intervinientes, es una buena noticia que la Comisión haya presionado para que un asunto relevante de este Consejo sea el asunto de la inmigración. Espero que en la próxima ocasión que nos reunamos no tengamos que afrontar este tema de nuevo como si fuera el *Bolero* de Ravel: la misma sintonía, pero con un tono cada vez más alto.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident! Präsident Schulz hatte gestern gesagt: Keine Extrawürste für Großbritannien! Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor! Wenn Großbritannien die Europäische Union verlässt, dann ist die Europäische Union langsam, aber sicher am Ende. Andere Länder würden nachziehen. Und übrigens, Herr Reul und Herr Weber, ich darf Ihnen auch klar sagen: Raten Sie mal, wer dann den zweitgrößten Nettobeitrag, der dann ausfällt, übernehmen darf! Und schließlich: Das letzte Land mit gesundem Menschenverstand würde dieses Parlament hier verlassen. Also: Die Vorschläge von Premierminister Cameron sind ja nicht nur gut für Großbritannien, sie sind auch gut für Europa, denn Subsidiarität ist immer besser als Zentralismus, und Eigenverantwortung ist immer besser als die Verantwortung aller für Staats- und Bankschulden aller. Natürlich ist Wettbewerb auch besser als Harmonisierung.

Meine Damen und Herren! Die Währung muss den ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten entsprechen. Wir müssen aufhören, diese Gegebenheiten den Bedürfnissen einer Einheitswährung unterzuordnen. Ein Zuviel an Europa hat Großbritannien in diese Situation gebracht, und nicht etwa ein Zuwenig.

Leider ist Herr Verhofstadt nicht da, der sich in seiner einmaligen Bescheidenheit als positive Person dargestellt hat und einen meiner Kollegen als negative Person verunglimpft hat. Ich kann ihm nur eins sagen: Wir brauchen ein Opt-out auch von Leuten und Politikern und Politiken wie der von Herrn Verhofstadt.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Gilles Lebreton (ENF), question «carton bleu». – Monsieur le Président, Monsieur Henkel, vous avez évoqué la perspective de la sortie de la Grande-Bretagne, qui signifierait, selon vous, la fin de l'Union européenne, et vous vous êtes fait le chantre de la subsidiarité.

Ne pensez-vous pas qu'une Europe subsidiaire est impossible tant que nous conserverons la Commission de Bruxelles? Êtes-vous oui ou non pour une Europe des nations?

Hans-Olaf Henkel (ECR), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Das Beste, was die Europäische Union uns bisher geboten hat, ist der Binnenmarkt. Und den müssen wir erhalten – egal, ob nun Großbritannien aussteigt oder nicht. Ich bin in der Tat nicht für die Vereinigten Staaten von Europa, sondern ich bin für ein Europa souveräner Staaten.

Catherine Bearder (ALDE). – Mr President, so the proposals for British changes are on the table. The negotiations can start and in the UK the referendum campaign begins in earnest. The anti-Europeans and nationalists in Britain depict the UK as isolated in Europe, constantly bossed around by Brussels. They say Britain is too small to take a leading role in the EU and that we are constantly pushed around, and then they claim that outside the EU we would be a world leader, taking on the rest of the world. This is a complete contradiction. We know that Britain can only play a bigger role in the world by playing a bigger role in the EU. Britain has always been an influential member of the European Union. In the 1980s the UK led the creation of the single market, which has increased competitiveness across the EU and increased British-EU trade by 55%. Only in the EU can we get the best deal for British consumers, driving down prices and allowing British businesses to grow and prosper with our neighbours. Being part of the EU is better for Britain under all circumstances: better for our prosperity, our security and our environment.

But the renegotiation should not be only about getting a better deal for the UK but for all the countries in the EU. Together we will all be stronger, creating opportunity, peace and prosperity for the future generations of this great continent. The people I meet up and down my country want to know that the future for their children and grandchildren will be bright, prosperous and stable. They want Europe to be the engine of science and technology and innovation, driving the world to a cleaner and more sustainable future. Only together with the EU can we secure this future. The best deal for the British public is a strong Britain in a strong European Union. As the most internationalist and outward-facing party, the Lib Dems are committed to keeping Britain a full member of the EU because we are focused on the bigger issues at stake: the reason why Britain and Europe are stronger, safer and more prosperous together.

President. – Your intervention has yielded five demands for blue cards. I am going to admit one and that is from Bill Etheridge. Are you prepared to answer it?

Catherine Bearder (ALDE). – No, I think we have had enough blue cards already today.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, Sinn Féin wants to see the creation of a social Europe, a Europe with democracy at its core and a Europe that is closer to citizens. It is clear that the right-wing agenda of these institutions, and of several EU leaders, is being put before the needs of citizens.

The failed policies of deregulation, austerity, discrimination and scapegoating are at the heart of the EU reform agenda heading into February's Council. Mr Cameron and Mr Tusk's vision for Europe is that of a race to the bottom and of disregard for the concept of human rights and equality. Along with the attacks on workers' rights and migrant rights contained in these proposals, the agenda of the British Government is to undermine human rights, as evident in its proposed repeal of the Human Rights Act which gives effect to the European Convention of Human Rights.

Brexit and the repeal of the Human Rights Act have implications for Ireland and for the Good Friday Agreement, and there is no mention of that. So whilst the EU is in need of radical reform, it is clear that these proposals are pushing the EU reform in the wrong direction.

In most international agreements, disputes or otherwise, it is 'all about the economy, stupid'. In the case of Brexit, it is 'all about human rights, stupid'.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Alyn Smith (Verts/ALE), blue-card question. – I am grateful to my Irish colleague for giving way. Coming from Scotland, the diversity of the United Kingdom is of course very important, and we have very different domestic politics. We have elections in the North of Ireland, Scotland and Wales in May. Would you agree with me that it is a democratic outrage for the vote to be held in June? That would be disrespectful to Northern Irish, Scottish and Welsh democracy. Further, given that we have different attitudes to the European Union within Scotland, the North of Ireland and Wales, would you agree with me that it would be a democratic outrage for those countries to be taken out of the EU against our democratic will?

Martina Anderson (GUE/NGL), blue-card answer. – Thank you for that question. I think I would absolutely concur with what you are saying with regard to Ireland's place being in Europe, just as you are saying that Scotland's place is in Europe. We hope that an English vote on this does not result in the North of Ireland being taken out of the EU. Therefore we would argue that for the North of Ireland – and perhaps you are saying the same for Scotland – there should be a separate referendum. It should be calculated and counted separately and that should be respected.

Jill Evans (Verts/ALE). – Mr President, I represent Wales, and EU membership has brought positive economic, social and cultural benefits. I also believe that the EU has benefited from having Wales as a member. There is a great deal about the EU that I would like to change, but we can only do that by working with our European partners to improve policy and make the EU more effective.

We are far better off working for change within than shouting from the sidelines. The UK Government wants more subsidiarity; well, so do I. And that is why the proposed changes to be discussed in Council must be fully considered too in terms of their impact on the devolved governments of the UK. There must be a proper debate involving those governments, and I regret that the UK Government has not done that to date. It is a matter of democracy and fairness.

My party, Plaid Cymru, is committed to remaining in the EU, and I believe that the majority of the people of Wales want that too. And if Wales votes to remain in, we should not be dragged out against our democratic will. That is why we have called for a mandate to leave only if the four constituent parts of the UK agree to leave. I want to engage people in an open, honest, fact-based and mature debate about this, because it is a decision that will affect many generations to come.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”*. – Domnule preşedinte, voiam o intervenţie şi pe procedură. Am şi o întrebare. Lămuriţi-ne dacă ridicăm cartonaşul când nici nu a început să vorbească colegul nostru sau după. Eu am aşteptat disciplinat să termine colega noastră şi am ridicat cartonaşul. Asta este o problemă.

Întrebarea mea către colega care a vorbit acum este următoarea: pledaţi pentru o Uniune Europeană. Şi eu vreau o Uniune Europeană şi vreau să nu avem o ieşire a Marii Britanii din Uniunea Europeană. Dar ce părere aveţi despre ceea ce ne spun Comisia şi Consiliul? Avem două Europe: state în Schengen, state fără Schengen, mecanism de restricţie la libera circulaţie. Totuşi, avem o Europă unită sau nu, după părerea dumneavoastră?

Jill Evans (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Thank you for the question. I believe in making a much more democratic Europe. That is why I think that there are other regional and national levels of government and small nations that are currently excluded from the decision-making process, and if we had a stronger voice for that level of government it would encourage more democratic participation and build a much better and stronger Europe for the future.

Rolandas Paksas (EFDD). – Šiandien matyt ir vėl pakalbėsime apie tai, kokia kritiška yra situacija, kokia ji yra sudėtinga Europos Sąjungoje, o rytoj jau Viduržemio jūra atplukdys naują partiją Europos užėivių. Aš prisimenu ne vieną ankstesnę posėdį, kuriame panašiai kalbėjome apie tai, kaip reikia stiprinti Sąjungos išorės sienas, gaudyti ir teisti žmonių perkėlimo kontrabandininkus. Mielieji, kodėl viskas baigėsi tik kalbomis? Kodėl ir šiandien, praėjus mėnesių mėnesiams nuo problemos pradžios, Sąjungos pietinės išorės sienos tebėra labiau skylėtos nei rėtis. Kur tie sugauti ir visu griežtumu nuteisti kontrabandininkai, kuriame Europos uoste stovi jų konfiskuoti laivai?

Išlygos dėl Šengeno sutarties ir laikinas sienų kontrolės atnaujinimas šiandien problemos neišspręs. Jeigu būtų tinkamai imtasi išorinės Sąjungos sienos kontrolės, tai niekam nebūtų reikėję tverti nei tvorų, nei imtis kitokių priemonių. Parodykime Europos Sąjungos valstybių vienybę būtent saugant jos išorines sienas. Visoms padedant vienai ar kelioms. Ir tai būtų geras žingsnis į tautų ir valstybių Europą ir nebijokime jo. Nebijokime ir Didžiosios Britanijos pasiūlymų, stiprinančių valstybių, o ne federacinę Europą. Tai bene du vieninteliai šansai išlikti Europos Sąjungai ir Europos politikams nebus atleidimo, jeigu mes jais nesugebėsime pasinaudoti.

(Kalbėtojas sutinka atsakyti į asmens, pakėlusio mėlynąją kortelę, klausimą (Darbo tvarkos taisyklių 162 straipsnio 8 dalis)).

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – A kérdés tulajdonképpen folytatja azt a felsorolást, amit Ön tett a problémák-ról, elsősorban a mediterrán vidékről. Nemrég olvashattunk egy német gyermekmentő szolgálatról egy adatot, hogy csak az elmúlt esztendőben 60 000 kísérő nélküli kiskorú gyerek lépte át a német határokat. Ezt Ön például hogyan látja? Mivel magyarázza?

Rolandas Paksas (EFDD), *atsakymas į pakėlus mėlynąją kortelę pateiktą klausimą*. – Šiam faktui paaiškinti matyt yra daug versijų ir aš manau, kad viena iš versijų – tai gali būti požiūris į Europos ateitį ir federalinės globalistinės Europos kūrimas motyvuojant tuo, kad dvidešimt aštuonios valstybės ir nacionaliniai parlamentai – tai yra sudėtinga sistema ir ji negali užtikrinti efektyvaus valdymo. Aš manau, kad tiesa yra ne tokia. Aš manau, kad kiekviena valstybė turi būti lygi ir mes stojom į Europos lygių valstybių sąjungą. Ir aš manau, kad mes tokioje sąjungoje ir turėtume gyventi.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident! Ich verstehe die Aufgeregtheit nicht, die hier herrscht. Wir debattieren über nicht mehr und nicht weniger als darüber, ob ein Land – eines von achtundzwanzig – hier über einen demokratischen Volksentscheid den Weg gehen möchte, innerhalb dieser Europäischen Union zu verbleiben oder diese Union zu verlassen. Man muss sagen, die Europäische Union ist ja nichts Gottgegebenes, die Europäische Union ist doch kein heiliges Gebot und sie ist schon gar kein Naturgesetz. Die Europäische Union ist ein Verein. Aus jedem Verein kann man ganz normal austreten, und jeder Verein kann auch die Regeln ändern, die diesen Verein zusammenhalten.

Ich verstehe vor diesem Hintergrund sehr gut, dass aus Großbritannien Wünsche kommen – Wünsche, den eigenen Arbeitsmarkt zu schützen in einer Zeit der Rekordarbeitslosigkeit, wo der eigene Arbeitsmarkt nicht offen stehen kann für ein ganzes Europa mit all den Problemen. Ich verstehe die Briten, wenn sie sagen, dass sie ihr eigenes Sozialsystem stabilisieren wollen, weil es eben nicht möglich ist, als ein Land hier alle Sozialprobleme einer Gemeinschaft lösen zu können. Ich verstehe die Briten, wenn sie sagen, sie wollen Sicherheit im eigenen Land, sie wollen die Kontrolle über ihre Grenzen zurück und wissen, ob hier Personen mit terroristischem oder dschihadistischem Hintergrund ins Land kommen.

Wie immer diese Entscheidung ausgeht, werden wir sehen. Ich kann den Briten nur alles Gute wünschen für diesen Prozess und hoffen, dass in Richtung Europäische Union Reformdruck kommt. Eines möchte ich Ihnen sagen: In einer Demokratie hat immer einer Recht. Das sind nicht Sie, das ist nicht die Kommission, das sind nicht wir. Das ist die Bevölkerung. Respektieren Sie das bitte!

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, για το προσφυγικό, κεντρικό θέμα στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο στη χθεσινή συζήτηση, επιβεβαιώθηκε η θέση της Ένωσης για καταστολή των προσφύγων. Ας προβληματιστούν οι λαοί.

Πώς λέγονται άραγε αυτοί που εξόπλισαν το ισλαμικό κράτος, σπέρνουν πολέμους με εκατομμύρια θύματα και προσφυγές, για να ελέγξουν τις περιοχές των πετρελαίων; Που κλείνουν σύνορα με περισσότερους νεκρούς, χαμένα προσφυγόπουλα, ενισχύοντας κυκλώματα διακινητών. Τα ανοίγουν μόνο για πάμφθινους εργάτες, συμπιέζοντας μισθούς για κέρδη, πνίγοντας και φυλακίζοντας τους υπόλοιπους. Που μετατρέπουν την Ελλάδα σε στρατόπεδο συγκέντρωσης προσφύγων, τροφοδοτώντας την προπαγάνδα άθλιων ρατσιστών και ναζιστών. Που χωρίζουν οικογένειες προσφύγων, κλέβουν τα υπάρχοντά τους στα σύνορα. Που θέλουν να ελέγξουν, να παζαρέψουν ή να αλλάξουν σύνορα χωρών με την Ευρωσυνοριοφυλακή για επιχειρηματικά συμφέροντα.

Όλους αυτούς εσείς τους λέτε Ευρωπαϊκή Ένωση, αστικές κυβερνήσεις. Το Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας τους λέει καπιταλιστές, στυγνούς εκμεταλλευτές, δολοφόνους προσφύγων και λαών. Απαλλαγή από αυτούς σημαίνει απαλλαγή από την ανεργία, τη φτώχεια, τους πολέμους και το προσφυγικό δράμα.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! W przypadku spraw tak trudnych jak te, które przewidziano w agendzie najbliższej Rady, najbardziej potrzebne jest zaufanie. Z tym mamy problem, bo jak można rozwiązać sprawy emigracyjne, jak można rozwiązać sprawy uszczelnienia granic, jeżeli wzajemnie sobie nie będziemy jako kraje członkowskie ufać. A przecież zarządzanie granicami, rozwiązanie tego problemu to warunek konieczny do utrzymania swobody przepływu osób, swobody przepływu towarów, ale również i całego rynku. Również jest to warunek funkcjonowania Schengen. Tu kiedyś powiedziano na podstawie wyliczeń, że jedna godzina postoju samochodu ciężarowego z towarem na granicy to koszt 55 euro – to mówił bodajże pan przewodniczący Juncker.

Po drugie, swoboda przepływu osób i towarów wiąże się również z drugim tematem szczytu. To jest kwestia Wielkiej Brytanii, jej ewentualnego wyjścia. Wszystkie rozwiązania – a właściwie ich większość – które zostaną przyjęte w tej sprawie, będą dotyczyły całej Unii, a nie tylko Wielkiej Brytanii. Chcę podkreślić, że propozycja przedstawiona przez Radę zakłada utrzymanie filarów Unii: swobody przemieszczania się i niedyskryminacji. Uważam, że nie ma miejsca dla dyskryminacji jej obywateli bez względu na to, w jakim kraju przebywają, i to powinno być podtrzymane. Oczywiście tam, gdzie prawa te są nadużywane, należy reagować.

I po trzecie, również bardzo ważna jest deklaracja o wzmocnieniu zasady subsydiarności parlamentów narodowych. Dotychczasowy mechanizm wymaga poprawy i chyba z tym się zgadzamy.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la partecipazione del Regno Unito all'Unione europea è un interesse strategico dei cittadini britannici e di tutti i cittadini europei ed quindi è una buona notizia che sia sul tavolo una bozza di accordo che, da un lato, sottolinea la necessità di ulteriore integrazione per completare l'Unione economica e monetaria e, dall'altro, riconosce i diritti di chi ha scelto di non adottare l'euro. Il sistema giuridico europeo consente non solo diverse velocità, ma anche diversi livelli di integrazione, ed è positivo che ciò sia riconosciuto in quello che appare un buon accordo. Naturalmente, la bozza può essere migliorata e resa giuridicamente più solida e

coerente con questo impianto, in primo luogo chiarendo bene la differenza tra chi ha una deroga temporanea e chi ha un opt-out verso l'euro, e il Parlamento europeo intende contribuire in modo costruttivo e responsabile al negoziato dei prossimi giorni.

Il Consiglio europeo è anche chiamato ad adottare la raccomandazione sull'area dell'euro ed è bene che ciò avvenga riconoscendo l'importanza delle regole del Patto di stabilità inclusa...

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Chcę afirmować Konwencję wiedeńską o prawie traktatów. Polska jest nią związana podobnie jak inne państwa członkowskie Unii Europejskiej. Szanuję wolę polityczną Brytyjczyków, jednocześnie stwierdzam, że pilna decyzja Rady i w konsekwencji zmiany w traktatach powinny być negocjowane w zgodzie z postanowieniami konwencji wiedeńskiej.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, it is for the British people to decide whether this so-called deal is good enough for either an 'in' or an 'out' vote; but I personally think that there are actually much better reasons for the British to vote for 'in', because in these times of globalisation and the internet age, it would be better for Britain to be in the European Union for reasons of the economy and trade, but also security, police and justice cooperation, and the geopolitical position.

I would like to say, in particular to all the self-proclaimed defenders of democracy on that side of the House – who have disappeared by now, incidentally – that this is not only for the British people. This affects all EU citizens and they, actually, do not have a say, and I do note that this deal contains a lot of, you know, red cards, emergency brakes, and I would say Europe has got plenty of paralysis. We do not need more paralysis; we do not need more breaks. We actually need a stronger ability to act and face all the big challenges, and I hope that we will have the British on board for that purpose.

President. – There was a request for a blue card. Colleagues, I cannot admit any more blue cards though, because otherwise the debate will run way into the votes. I hope you are with me on this. The blue card, incidentally, came from Luke Flanagan, who now has the floor anyway for a minute and a half.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr Juncker, I would appreciate it if you would listen to my question. It is now generally accepted that when the euro was launched, it lacked even the most basic structures to deal with a crisis situation. Ireland was one that was hit with a crisis situation. On Monday, ECB President Mario Draghi was in this Chamber. I pointed out that the report of the banking inquiry in Ireland stated that over EUR 9 billion could have been saved but for the threats and bullying of his predecessor, Mr Trichet. The EUR 9 billion is gone, but there is an even greater injustice happening in Ireland just now. In 2009 and 2010, in the absence of any official structures to deal with troubled banks, the ECB, the Central Bank of Ireland and the then Irish Government colluded to create EUR 31 billion to bail out the failed creditors of two insolvent European banks. This was done not to save the banks – they were non-systemic – but to protect the euro itself – to protect the entire eurozone banking system. It worked, but now the ECB insists that the entire EUR 31 billion must be taken out of circulation by our Central Bank. Already we borrowed and destroyed EUR 6 billion; our Central Bank still holds EUR 25 billion awaiting the same fate. On Monday in this Chamber, I asked Mr Draghi if he would work with us, the Irish MEPs, to help end this obscenity. I got no reply, Mr Juncker. Today I ask you: will you work with us to help end this obscenity? You talk about what is important...

(The President cut off the speaker)

President. – Mr Flanagan, you are overrunning your time and you are not speaking about the point on the agenda. I am sorry.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, I wanted to start by talking a little about subsidiarity. We are going to hear a lot about that over the next few weeks in the UK, and of course it is about making decisions at the lowest appropriate level. That can be a parish, it can be global and it can be the European Union.

In terms of the refugee situation, there we have a clear need for cooperation and coordination beyond an intergovernmental approach and for that cooperation to be based on a clear commitment to fundamental rights and international obligations. It is a duty of this Parliament to remind the Council of those values.

That clear need for international cooperation on this and many other issues is one of the reasons why my party will support a 'remain' position in the referendum, despite the desire for change that we have about the European Union. I wanted to make that clear to the House.

Piernicola Pedicini (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, negli ultimi mesi il Consiglio ha messo a punto una strategia piena di buone intenzioni che, a prima vista, sembrano davvero poter essere utili per contenere l'emergenza dei flussi migratori nella dimensione enorme con cui si presenta oggi alle nostre frontiere.

Tuttavia, dal nostro punto di vista, l'attuazione di questa strategia è ancora molto lontana da un livello che può ritenersi sufficiente. Non è possibile provare ad attuare un programma di reinsediamento concordato senza la vera cooperazione con i paesi africani. Ma questo è possibile solo se l'Unione europea è capace di adottare una strategia per combattere questa emergenza, che ormai è diventata cronica, liberandosi dalla schiavitù degli interessi dei singoli Stati europei. Singoli Stati europei che stanno facendo affari con il traffico delle armi, singoli Stati europei che stanno facendo affari con lo sfruttamento delle risorse e singoli Stati europei che chiudono le loro frontiere nazionali.

Ciò che sta accadendo con la gestione dei flussi migratori in Europa è emblematico del fallimento di questo progetto di Europa stessa. I paesi del Nord Europa stanno scaricando un problema internazionale sui paesi del Mediterraneo e stanno creando un fortino di sicurezza sospendendo Schengen e pensando ad un accordo che, come al solito, li metta al sicuro da tutto il resto del mondo, e se ne fregano poi se i problemi sono per i paesi del Mediterraneo dove avvengono gli sbarchi! Perciò non ci venite a dire che siamo noi gli antieuropeisti e voi siete gli europeisti. La causa del fallimento di questa Europa è proprio in quei paesi che curano soltanto i propri interessi nazionali.

Olaf Stuger (ENF). – We hebben het vandaag over een mogelijke Brexit, maar het gaat natuurlijk eigenlijk om de ontmanteling van de EU en die ontmanteling is begonnen. Ik kan me voorstellen dat dat voor velen van u heel moeilijk is om te accepteren. U hebt daar jarenlang, decennialang in geloofd. Daarom help ik u met een *reality rehab*. Mijn tip is: ga voor de spiegel staan bij u thuis als het even rustig is en zeg dan langzaam tegen uzelf: "Schengen is dood", langzaam maar duidelijk: "Schengen is dood". Doet u dat tien keer per dag, dat is mijn recept. Dan went het brein aan de nieuwe werkelijkheid want er zijn dingen veranderd. Dan komt de schok ook niet zo zwaar aan als over een paar weken of een paar maanden Schengen wordt afgeschaft.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, le référendum sur l'appartenance du Royaume-Uni à l'Europe devrait être l'occasion de dire ouvertement ce qu'est le projet européen, notre idéal européen. Reprendre confiance dans les capacités de notre continent, c'est l'occasion de rappeler qu'il n'existe qu'une Europe, avec son histoire, ses valeurs, ses exigences, sa libre circulation, sa monnaie unique, son marché intérieur et Schengen.

Devons-nous accepter qu'un seul pays impose son rythme et ses exigences au reste du continent? Il est important, oui, que le Royaume-Uni demeure dans l'Union européenne. Dans un monde aussi instable, la division est un affaiblissement, et c'est bien là l'objectif que poursuivent ceux qui veulent détricoter l'Europe.

Je rappelle que tout citoyen qui travaille, qui paye ses impôts, a droit à une protection sociale, quelle que soit son origine, car il contribue à la richesse de ce pays.

Enfin, il n'est pas concevable d'affaiblir le rôle du Parlement européen, qui n'a sûrement pas à rougir face aux parlements nationaux. Le contraire serait sans doute plus vrai. Dans une Europe traumatisée par les événements de Paris, Cologne et Calais, nous devons répondre aux frustrations et aux craintes de l'opinion publique, à celles et ceux qui sont tentés de voir dans le combat contre l'Europe et dans le populisme une issue à leurs malheurs.

La crise migratoire est, à ce titre, symptomatique de la situation que traverse l'Europe aujourd'hui. La Commission européenne et le Parlement ont réagi rapidement, mais les États membres traînent des pieds pour mettre en œuvre les décisions prises il y a déjà plusieurs mois, pour renforcer les frontières extérieures. Il faut agir, agir, voilà l'urgence!

Tanja Fajon (S&D). – Želim, da Velika Britanija ostane v Uniji, a moram biti kritična. Predsednik Evropskega sveta gospod Tusk izrecno poudarja, da predlogi v veliki meri naslavlajo britanske zahteve, a da v njih ni prestopil principov, na katerih je utemeljena Unija.

Po mojem razumevanju pa se dogaja ravno to. S spremembo zakonodaje, ki bo državi omogočila, da lahko uporabi zavarne mehanizme in delavcem iz drugih držav prepreči dostop do socialnih transferjev, bo uzakonil diskriminacijo in prižgal zeleno luč za različne koncesije različnim državam.

Kajti, če bomo to storili v primeru Britanije in tujih delavcev, bomo jutri primorani dati popust denimo Bolgariji pri uveljavljanju ukrepov okoljske politike ali Nemčiji pri standardih varne hrane.

Kaj bo v primeru Velike Britanije meja pri povečanem številu migrantov? Kako hitro bo ogrožen notranji trg in kako hitro bodo kršene temeljne človekove pravice? Na teh principih pa Unija deluje.

Iskreno želim, da Britanija ostane v Uniji, a ne, da na vsak način ustrezemo britanskim izbirčnim apetitom. Velika Britanija ima že tako ali tako kar nekaj izjemnih odpustkov – od Schengena do rabata pri proračunskemu plačilu. Samo zaradi slednjega moja država v proračun vsako leto dodatno plača najmanj 30 milijonov evrov, ki bi jih lahko porabila denimo za reševanje migrantske krize.

Kaj pa če Cameronovim željam s tem ne ustrezemo? Do kod smo pripravljeni popuščati kapricam, samo zato, da bo država ostala v Uniji? Smo res pripravljeni plačati vsakršno ceno?

Vsi vemo, da lahko zakon ali odnose v družini zakrumpamo le, če temeljijo na odnosu enakopravnosti, ne pa uklanjanja. Popuščanje zaradi ljubeča miru dolgoročno ne more imeti drugačnih posledic kot popoln razpad zveze.

Timothy Kirkhope (ECR). – Mr President, it is my view that the UK proposals, which we now have, form the basis of a good deal, and a deal which includes all four of my Prime Minister's major issues of concern.

We can confidently put that in due course to the British people. This is never going to please those who have always wanted to leave the EU regardless, nor will it be music to the ears of Euro-federalists. Some of the details still need to be worked out and there are still matters that require further discussion. But if we can finalise this work in the upcoming European Council, then we will have a deal that I would welcome. We must emphasise that any good deal must also just be the start of the wider long-term reforms for the whole continent. The reforms must not just be for the benefit of the UK but for the prosperity and the security of the whole EU, and indeed for future generations as well.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I made my points on migration yesterday so I have just one single sentence on this for the Minister. Minister, you referred to the fact that measures have to be taken as soon as possible, so just let me underline that it is possible: it is badly needed and needed now. I think that if we do not arrive at a conclusion at the European Council, we will fail.

On the UK deal, I think that it is up to the British to assess whether it is sufficient. I must say that I very much welcome and appreciate the words of my colleague, Mr Kirkhope, because I think that he was the loudest and the clearest on the position. But I must say that I am not that happy with the deal. I think there is a certain consequence for the EU and there are consequences for our citizens and for us, but if this is the price to be paid for the UK to stay in the EU, I am ready to go along.

I have two remarks. One is that I would have expected to have gone further on the reforms. Second, I greatly appreciate that we have achieved a deal on better regulation, something that I and a few other colleagues have worked very hard on in the past months or year and a half.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a Comissão Europeia está a levar a cabo uma inqualificável operação de pressão e de chantagem que visa condicionar o orçamento de Estado português para 2016. Com uma arrogância de recorte colonial, querem perpetuar o caminho que os portugueses rejeitaram nas últimas eleições, o mesmo caminho de empobrecimento, de exploração, de esbulho. Sabe de uma coisa, Sr. Juncker, a Constituição da República Portuguesa diz que é da exclusiva responsabilidade da Assembleia da República organizar, elaborar e aprovar os orçamentos de Estado. Acalme, lá, por isso, os seus burocratas.

O que está em causa neste orçamento é cumprir com compromissos assumidos com o povo português, é devolver aos portugueses uma parte daquilo que lhes foi roubado nos últimos anos, é parar o caminho de afundamento nacional. Quando estes objetivos, que são justos, apesar de modestos e limitados, entram em contradição com as regras e os constrangimentos da União Europeia, isso diz muito daquilo em que tudo isto se tornou: um projeto condenado e sem futuro que não deixará saudades.

Der Präsident. – Danke, Herr Ferreira. Auch hier ist mir nicht ganz klar, warum das eine Rede zu einem Punkt war, der anders auf der Tagesordnung aussieht.

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, it is a time of crisis for our continent. Britain must be seen to be strongly committed to the European Union and working in partnership with our European neighbours to achieve the best for our continent as a whole, not seeking to negotiate a special deal based on self-interest.

Yesterday we saw what the European Union is really about when Members of this Parliament voted overwhelmingly against fracking operations and to apply the precautionary principle to GMO approvals. We also voted to oppose any revision of the Nature Directives, which protect some of the UK's best-loved sites and areas of natural beauty. The environment knows no borders and EU cooperation is essential to protecting our shared heritage.

The European Union is a beacon to the rest of the world on standards of environmental protection, animal welfare and employment rights. These things are not red tape, challenging competitiveness, but symbols of living in a civilised society. This is what makes me proud to be a European, and this is what convinces me and my party that we will campaign wholeheartedly for the UK to remain a member of the European Union.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Problemet med er här inne, det är att ni inte lyssnar på folket längre. Ni har blivit som krokodiler: stor käft och inga öron. Gianni Pittella säger att ett virus sprider sig, och det har han rätt i. De allra flesta här inne lider av det viruset, viruset kallas arrogans. Arrogans mot den europeiska befolkningens oro.

Oro för vad som händer i deras länder, oro för sina döttrar som inte kan gå trygga på gatorna, oro för det brutala våldet som bara ökar, oro för terrorhot, oro för sin ålderdom, oro för hur de ska klara sig, helt enkelt. Men lyssnar ni på deras oro? Nej! Ni lyser i er arrogans och försöker uppfostra folket i vad de ska tycka eller inte.

Det är er åsikt som gäller och allt annat stämplas med fula epiteter. Ni har tappat folkets förtroende p.g.a. er oförmåga att lyssna till deras oro. Jag hoppas att Storbritannien lämnar EU och att det blir början till slutet för detta misslyckande som EU är.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, um ponto de ordem relativamente à condução dos trabalhos e ao comentário que há pouco fez na sequência da minha intervenção. Como deve saber, um dos pontos da agenda do Conselho Europeu é precisamente as recomendações para a área do euro. Nesse sentido, creio que foi extemporânea a sua intervenção, dado que a minha intervenção se incluiu perfeitamente dentro dessa ordem de trabalhos não poderia deixar de lhe fazer este reparo.

Janice Atkinson (ENF). – Mr President, well it is 'Camsham', and Labour, along with the Greens and the remaining Lib Dems, will keep the white flag flying. The British public knows that this was a Chamberlain moment, and so do the British newspapers. Let me read to you what the British media are saying. The Sun: 'Who do you think you are kidding, Mr. Cameron?'; the Daily Mail: 'footling, pedantic and almost ineffective'; the Express: 'a joke'; the Mirror: 'sophistry and spin'.

Voters are very well informed and they read newspapers; the media matters. There is nothing on agriculture, fishing, trade and environmental policies. Now it is very clear: there is no change, no treaty change and no repatriation of British sovereignty. Britain will keep paying the billions into the EU and, crucially, our borders remain open to migrants and terrorists. The truth is Cameron got pretty much what he asked for: absolutely nothing. It means nothing, and this is what the British people will do (*tears up a piece of paper*) and go for Brexit.

Der Präsident. – Vielen Dank. Ich muss dem Kollegen Ferreira Recht geben: Der Punkt steht tatsächlich auf der Tagesordnung.

Esteban González Pons (PPE). – Señor Presidente, la próxima reunión del Consejo será una de las más importantes de los últimos años por la crisis de los refugiados, pero también por la posible salida del Reino Unido. Para nosotros, el Reino Unido es parte fundamental de Europa. Sin el Reino Unido, Europa no está completa.

Ayer, el Presidente Tusk nos dio a conocer la oferta con la que iremos a negociar a esas reuniones que tendrán lugar ahora, y habrá que hablar. Habrá que hablar, y mucho, porque en eso consiste Europa. En hablar y en hacerlo con la obligación de llegar a acuerdos, porque nuestro pasado nos obliga a que el futuro sea siempre pacífico, sea siempre acordado.

Habrà líneas que no se podrán sobrepasar, sobre todo aquellas que tienen que ver con principios básicos, fundacionales de la Unión Europea, como es la libre circulación de personas, la libre circulación de bienes y la libre circulación de capitales y, sobre todo, la no discriminación. Porque esta Unión Europea se funda en que todos los europeos somos libres y en que todos los europeos somos iguales. Nadie quiere la salida de Gran Bretaña. La salida de Gran Bretaña perjudicaría a todos: perjudicaría a Europa, perjudicaría a Inglaterra, perjudicaría a Gales, perjudicaría a Irlanda del Norte, perjudicaría a Escocia.

Yo pregunto qué ocurriría si, en el referéndum, Inglaterra decidiera salir de la Unión Europea, pero Escocia, no. O si Gales decidiera que no. O si Irlanda del Norte decidiera que no. Estamos creando problemas donde no los teníamos. Todos los países de la Unión Europea tienen derecho a celebrar un referéndum, pero como decía un británico, como decía Oscar Wilde: «Cuando los dioses quieren castigarnos, nos conceden nuestros deseos».

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein paar Sätze zum Thema Brexit. Ich habe das sorgsam gelesen, was wir vorgelegt bekommen haben, und ich bin tief besorgt. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, das Recht, an der Vertiefung der Union nicht teilnehmen zu müssen, mehr Wirtschaftsliberalismus – das ist das, was die Freunde von Herrn Cameron mehr Wettbewerbsfähigkeit nennen –

und sich am Euro nicht beteiligen zu müssen, aber mitbestimmen zu dürfen, plus aller bisherigen *Opt-out*-Optionen – das nenne ich Europa á la carte.

Ich warne vor dem Vorbildcharakter. Ich bitte den Rat wirklich, sich Zeit zu lassen, die Details sorgsam zu diskutieren. Keiner hat zeitlichen Druck auf uns auszuüben. Wir wollen die Briten gerne überzeugen, in der EU zu bleiben, aber die Ideen und die Möglichkeiten der EU und die EU immer weiter zu verwässern, bis uns Herr Cameron endlich sexy findet – so geht es auch nicht. Das Ergebnis muss auch den Menschen noch schmecken, die in den siebenundzwanzig Mitgliedstaaten nicht über das Ergebnis abstimmen dürfen.

Zweitens: Ich bin Herrn Juncker sehr dankbar dafür, was er über die Flüchtlingskrise gesagt hat. Er hat, in Bezug auf Jordanien und den Libanon, die Worte „dem Sättigungsgrad nähern“ benutzt. Genau das ist der Punkt: Eins zu drei im Libanon und zwei Millionen zu 500 Millionen auf dem reichsten Kontinent, den wir auf der Erde haben. Unsere Probleme sind nicht die zwei Millionen Flüchtlinge, sondern die Tatsache, dass der Reichtum dieses reichen Kontinents auf diesem Kontinent eben nicht gerecht verteilt ist und dass daraus Probleme entstehen.

Ich möchte gerne, ganz konkret, dass wir Griechenland nicht immer wieder anklagen, sondern ihnen helfen; sie müssen sich allerdings auch helfen lassen. Wir brauchen möglichst schnell den Aktionsplan mit der Türkei, wir müssen hier Geschwindigkeit aufnehmen, und die Mitgliedstaaten müssen endlich einzahlen, damit es überhaupt eine sinnvolle Grundlage ist und wir vorankommen.

Richard Sulík (ECR). – Herr Präsident! Ich wollte ursprünglich etwas zum britischen Referendum sagen. Aber da ich sehe, dass Herr Juncker noch im Saal ist, was ich sehr schätze, würde ich Ihnen gerne direkt etwas zum Euro sagen. Herr Juncker, im Jahre 1970 kostete eine Deutsche Mark 8 Drachmen. 30 Jahre später, im Jahre 2000, kostete eine Deutsche Mark 170 Drachmen. Hätte es den Euro nicht gegeben, würde heute eine Deutsche Mark 250 Drachmen kosten. Aber nein, man hat gesagt, ein für alle Zeiten wird eine Deutsche Mark 174 Drachmen kosten.

Das ist eine völlige Missachtung der Realität. Und die Folge ist: Der Euro ist für Deutschland viel zu billig, und deswegen ist Deutschland der künstliche Exportweltmeister. Für Griechenland ist der Euro viel zu teuer, deswegen importiert Griechenland sogar noch Tomaten. Egal was Sie machen, Sie können gegen den Markt nicht ankämpfen! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Herr Juncker!

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Sulík! Hier ist einem Fotografen etwas heruntergefallen, in den Präsidiums Bereich. Das hat für einen Schreck gesorgt. Wir haben aber trotzdem zugehört, lieber Kollege Sulík.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Monsieur le Président, je voudrais faire deux propositions concrètes.

La première concerne les réfugiés. Vous avez annoncé, il y a plusieurs semaines, que nous allions donner de l'argent à la Turquie – argent que je crois que nous n'avons d'ailleurs pas. Je vous demande une chose: avant de verser la moindre somme, exigez de la Turquie qu'elle fasse cesser les trafics criminels, je dis bien criminels, qui sont en place pour acheminer les réfugiés syriens vers l'Europe, en particulier vers les îles grecques. C'est la première des choses à faire et, en même temps – et cela sera de notre responsabilité – augmentons notre capacité à prendre en compte les demandes d'asile là où sont les réfugiés, c'est-à-dire dans les camps en Jordanie, au Liban ou en Turquie. Voilà ma première proposition.

Ma deuxième proposition porte sur la Grande-Bretagne. Je ne crois pas – mais c'est personnel – aux petits arrangements entre amis. Je ne crois pas qu'ils seront profitables à David Cameron, mais ça c'est une autre histoire. Plutôt que de remettre en cause les droits sociaux des travailleurs, pas étrangers mais européens, qui travaillent en Grande-Bretagne, je vous demande de revoir la question du détachement des travailleurs étrangers. Cette démarche serait profitable pour toute l'Union européenne.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, για να αντιμετωπίσουμε την προσφυγική κρίση απαιτείται αλληλεγγύη και ανθρωπιστική προσέγγιση. Δεν μπορεί να συνεχισθεί η ενίσχυση της ξενοφοβικής, ρατσιστικής Ευρώπης ως φονικό φρούριο με κλειστά σύνορα που βλέπει τους προσφυγές ως απειλή για τους πολίτες.

Πέραν των ακροδεξιών κομμάτων βλέπουμε, δυστυχώς, το τελευταίο διάστημα ξενοφοβικές προσεγγίσεις ορισμένων κυβερνήσεων της Ανατολικής Ευρώπης, ρατσιστικές φωνές κομμάτων που συμμετέχουν στην Ομάδα του ECR, αλλά και επικίνδυνες δηλώσεις αξιωματούχων κομμάτων οι οποίοι συμμετέχουν στην Ομάδα του PPE, που καλλιεργούν ένα κλίμα ξενοφοβίας και ρατσισμού και πρέπει να αντιμετωπιστούν αποτελεσματικά.

Δυστυχώς, η ανοχή και η αποτυχία διαχείρισης του προσφυγικού από το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο οδήγησε στην ενίσχυση της ξενοφοβίας, του ρατσισμού και της βίας. Οι προοδευτικές και δημοκρατικές δυνάμεις πρέπει να δράσουν αποφασιστικά για να σταματήσει το έγκλημα τώρα, για να μην αναβιώσει ξανά η ιδεολογία του ρατσισμού και του φασισμού στην Ευρώπη. Και επιτέλους, αντί να εκβιάζεται και να στοχοποιείται η Ελλάδα πρέπει να στηριχτεί έμπρακτα ο ελληνικός λαός που με αυτοθυσία διασώζει

(Ο Πρόεδρος αφαιρεί τον λόγο από τον εισηγητή.)

Peter Eriksson (Verts/ALE). – Mr President, I should say in this debate that the European Union is not working as it should. Decisions are not being taken, although this is necessary and urgent.

But the biggest problem is not in the European institutions but in the Member States and their governments. In country after country the discussion revolves around 'me' and 'we' against 'them', against the refugees and against the other countries. We are asking the wrong questions. In Sweden, in Great Britain and in Poland we should instead be asking ourselves what our own responsibilities are, what leadership we can take and how we can contribute to making our part of the world a little better. Great Britain is a good example. It has a proud, honourable people and it should not be the hit-and-run driver. It should be the leader in Europe and, instead, take that role for the future.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, visto che c'è il Commissario Juncker gli volevo fare una domanda immediata. Qualche tempo fa dicevano che il petrolio a 130 dollari al barile era un disastro per l'economia e il popolo ha perso un sacco di soldi. Adesso il petrolio è a meno di 30 dollari al barile e dicono che crollano le borse, che è un disastro totale, che il prezzo del petrolio è troppo basso! Ma ci prendete per il culo? Cos'è questa storia che una volta che vi fa comodo il petrolio è troppo alto e poi è troppo basso e chi paga è sempre il popolo? Ma questa è un'Europa di rincoglioni? Ma che razza di paese, di continente è? Ma lo vogliamo difendere il popolo oppure no?

Parla della Gran Bretagna, benissimo. Loro scelgono se stare in Europa o no. Qual è il problema? Non sono i popoli che devono decidere? Allora tutti i paesi, anche l'Italia, viene da lei e le dice: noi usciamo dall'Europa. Lei cosa fa, ci viene a dare un sacco di soldi? Tutti farebbero così! Ma che razza di ragionamenti sono? Poi viene Weber, quello che ha in testa una cosa che piace a tanti maschietti, viene e dice: qua c'è solo egoismo. Ma se è la Germania che tra un po' ci dice quando dobbiamo andare al gabinetto, quando dobbiamo andare a far l'amore, quando dobbiamo fare tutto! Svegliatevi siete degli zombi!

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo riconoscere, che ci piaccia o no, che il consenso delle istituzioni europee è un po' in calo ultimamente e che, in alcuni casi, purtroppo crolla. Ho visto sondaggi che lo portano al di sotto del 30%. Io sono convinta che, più della burocrazia e dell'emergenza normativa di cui lei ha parlato – e ben venga quindi la semplificazione che sta attuando la Commissione –, sulla disaffezione dei cittadini oggi pesi sicuramente la debolezza politica dell'Europa, che è emersa anche nel nostro dibattito oggi. Per questo però serve coraggio, lasciatemelo dire. Prima di tutto il coraggio di uscire dalla retorica europeista, da un lato, e dal facile antieuropeismo, dall'altro, di cui abbiamo avuto un esempio perfetto poco fa. Dobbiamo parlare con chiarezza, chiamare le cose con il loro nome. Non possiamo più permetterci di nascondere le diverse posizioni e le divisioni anche al nostro interno, usando trucchi linguistici, e ancor meno possiamo permetterci gli equilibrismi di quelli che, e ce ne sono tanti, a Bruxelles dicono una cosa e poi tornano a casa e dicono magari l'esatto contrario.

Noi ci troviamo di fronte a sfide gigantesche, è inutile ricordarle. Ma pensiamo davvero che la soluzione sia tornare alle piccole patrie? Mi vogliono dire quali sono gli strumenti e le politiche che i singoli Stati hanno per affrontare e dare risposte concrete a queste sfide gigantesche ed epocali? Invece noi dobbiamo cogliere l'occasione perché il negoziato tra Unione europea e Regno Unito diventi un dibattito più ampio sul ruolo dell'Unione europea. Non perdiamo questa occasione e allora avremo davvero un'Europa migliore per tutti.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, what is at stake at the next European Council is to say, once and for all, if European leaders can think and decide about the European Union as an entity in political, economic and geostrategic terms. Of course, the Brexit issue will be a big test, and we believe that the deal on the table is indeed a fair deal. But the refugee crisis is a much bigger challenge, and what is at stake is to build up a real European border – and a real European border is not a wall. It is an infrastructure that is able to provide the relevant services: first of all, managing refugee flows with European standards; secondly, to provide security for European citizens; and third, to protect the Schengen area as a big undertaking to foster the single market agenda.

At the same time that we cope with these external challenges, we need to address the internal ones. That is why the discussion on the euro area recommendation is also so relevant: because we need to have a much better policy mix in the euro area to ensure recovery, which is still not there, and most of all to ensure upward economic and social convergence. We cannot have a situation where some members of the eurozone are pushed into recession again just to address major macro-imbalances and flaws in our monetary zone. Of course we need to see national efforts put into investment and reform, but these efforts need to be supported by banking union and fiscal capacity. Most of all, we cannot ask pro-European governments, such as the Portuguese and the upcoming Spanish one, to go down this negative road. They are pro-European governments.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, jedním z témat jednání Rady má být i nastavení nových pravidel pro Británii. Jsem přesvědčen, že diskuse o nových pravidlech není důležitá jen pro Británii, ale má zásadní význam pro celou Evropskou unii, a to zdaleka ne z důvodu hrozby odchodu Británie z Evropské unie. Pro mne je probíhající jednání hlavně tématem o novém pohledu na fungování Evropské unie. Je skutečně nejvyšší čas se vážně zabývat tím, jak by měla Unie fungovat. Tak, jak se svět dramaticky mění, nesmí Unie zkrátka trvat na svém administrativně složitém, často až nefunkčním modelu. Neschopnost rychle jednat v krizových situacích, jako byla Ukrajina, nebo současné tápání v uprchlické krizi jen zvyšuje nezbytnost změny vnitřních pravidel fungování. Přijetí nových pravidel pro Británii je pro mne skutečnou šancí potřebných změn pro celou Evropu.

György Schöpflin (PPE). – Mr President, whatever the nature of the final package, the strategy of the United Kingdom has turned out to be a high-risk one. The decision to call a referendum on UK membership of the European Union is primarily about the United Kingdom's domestic politics satisfying the Eurosceptics. Let us hope that the package that emerges from the February summit will assuage the dissatisfaction of the Eurosceptics, though I rather doubt it frankly – their campaign will certainly continue.

What hardly anybody seems to be saying, however, is that there is a two-way relationship between the United Kingdom and the rest of the European Union. The European Union, therefore, is a stakeholder – indeed, a major stakeholder – in the outcome of the referendum. Even if the vote is for staying, much will change. The relationship between the EU and the 27 and the United Kingdom will be conditioned by the sense that the European Union went up to the wire for the United Kingdom, so the United Kingdom had better be more constructive in future. If, of course, the eventual vote is for leaving, then years of upheaval will follow. For Central Europe, the key question is the free movement of labour: one of the Four Freedoms. Any derogation from this immediately raises the question of the free movement of the other three, the free movement of capital being a key issue for the United Kingdom. No-one wants to see these freedoms endangered.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Seit Ausbruch der Flüchtlingskrise haben wir eine Inflation von Ratsgipfeln erlebt, ohne relevante Ergebnisse. Entscheidungen werden vertagt, aufgeschoben und nicht weiter verfolgt. Die Gipfel verkommen zur Showbühne für nationale Egozentriker. Der letzte Gipfel war eine Enttäuschung. Eine Koalition der Willigen wollte eine europäische Lösung. Sie sind nicht durchgedrungen – die Folge: ein Reigen von Grenzschließungen, der den gesamten Bestand von Schengen gefährdet.

Wir brauchen endlich Taten, wir brauchen Hilfe vor Ort, wir brauchen funktionierende Außengrenzen, wir brauchen endlich die versprochenen Hotspots, wir brauchen eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge. Die Bürgerinnen und Bürger Europas erwarten sich zumindest, dass die Beschlüsse, die wir immer wieder gefasst haben, endlich auch umgesetzt werden.

Sander Loones (ECR). – *To be or not to be together*, dat is inderdaad de vraag, samen verder gaan of niet. Dit is de vraag die de Britse kiezers zullen moeten beantwoorden. Of de referendumdeal voor hen zal volstaan, dat moet u aan hun vragen. Zij moeten beslissen, zij alleen. Maar één ding staat wel vast: Europa heeft dringend nood aan die echte hervormingen. Wat op tafel ligt, is ook een sterke stap in de richting van een Europese Unie die competitiever is, efficiënter is, meer gedragen ook. Wat mij opvalt is dat sommigen intussen hun dromen voor werkelijkheid nemen. Ze dromen ervan dat de Britten de Unie verlaten of dat zij een B-statuuut krijgen in de Europese marge, want dan zou de rest van de Europese Unie volledig kunnen integreren naar die Europese superstaat. Ik zeg zeer duidelijk: neen, neen, neen. De kern van Europa zal altijd blijven die eenheid en verscheidenheid.

Mariya Gabriel (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Monsieur le Président, d'un Conseil européen, nous attendons toujours qu'il dresse un état de la situation et donne des perspectives.

Sur la question de la migration, j'ai deux observations. Il faut d'abord remédier aux défaillances constatées dans le fonctionnement des centres d'accueil et d'enregistrement: trois sont opérationnels pour le moment et il faut accélérer la mise en place des huit autres.

Ensuite, en ce qui concerne les accords de réadmission et leur mise en œuvre effective, il faut relancer les négociations là où elles sont bloquées depuis des années, vérifier et sanctionner la mise en œuvre des accords là où ils existent.

Concernant les discussions avec le Royaume-Uni, je salue la volonté d'avancer rapidement pour parvenir à un accord. C'est important pour ne pas créer davantage d'incompréhension chez une partie des citoyens européens quant à cette situation. J'aimerais, à ce titre, Monsieur le Président, attirer votre attention sur plusieurs questions.

Premièrement, sur la question du renforcement du principe de subsidiarité, peut-on réellement aller plus loin en donnant un pouvoir de blocage aux parlements nationaux sans renforcer parallèlement le rôle du Parlement européen?

Deuxièmement, dans ce processus avec le Royaume-Uni, on va permettre officiellement à un État membre d'écarter une des libertés fondamentales de l'Union européenne. Comment ne pas ainsi ouvrir la boîte de Pandore et encourager d'autres États membres à remettre en cause d'autres de nos principes fondateurs dans les années à venir? Ma pensée profonde est celle de ne pas aller vers une dynamique complètement opposée à celle du traité de Lisbonne.

Je vous souhaite la meilleure réussite dans ces pourparlers et j'espère qu'à la suite de cet accord, la cohésion et le consensus seront sauvegardés dans l'Union.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Der Schengenraum schafft ein grenzenloses Europa, und unsere Außengrenzen sind gemeinsame europäische Grenzen. Aber solange eine gesamteuropäische Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen fehlt, bleiben Staaten an den Außengrenzen überfordert. Reden wir wirklich über Grenzkontrolle? Wir diskutieren darüber, dass die Türkei sich prima um drei Millionen Flüchtlinge kümmern kann. Weil wir kleiner Kontinent, mit 500 Millionen Einwohnern, mit solchen Zahlen überfordert sind. Eine erbärmliche Debatte!

Bevor wir Verantwortung an Erdoğan übergeben, sollten wir zunächst unsere Verantwortung klären. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass Europa endgültig in nationale Egoismen zerfällt. Das will ich nicht erleben. Und einen Satz zum Brexit: Ständige Extras für das Vereinigte Königreich sind nicht hilfreich – rein oder raus, die Entscheidung sollte jetzt endgültig getroffen werden.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, let me start on migration. For almost a year we have been testing solutions that do not work. By this I mean so-called national solutions. During that time things have just got worse. We have more debates; we have more blame and shaming; we have no improvement. So I clearly support what Mr Juncker has said. We have on the table a portfolio of solutions and measures – measures that are linked. We must deliver them. If we do so, we will gradually get the situation under control. So let me refer to what Manfred Weber said at the beginning: there is no excuse for the Council not to act, so I call on the Council to really act. We must finally do it, otherwise the cost will be huge.

Let me say now three points on the Brexit. First, I appreciate the great effort of President Tusk, the Council and all the others involved in addressing the requests of Prime Minister Cameron. They have made a great effort. Similarly, I hope they were not only considering how to accommodate his request, but how to make sure that the functionality of the European Union – which is not great, as we know – will not be harmed after the deal is agreed. Let me also express one thing. As I said, there was great effort on the side of the Council and European politicians. We need no less effort from Mr Cameron himself. He should not hesitate to say to the British people how important it is for Britain to stay. I hope he knows it.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un tema che lega i due punti all'ordine del giorno del prossimo Consiglio ed è ancora una volta il tema dell'immigrazione, sia sotto il profilo esterno, questa marea umana di profughi, sia sotto il profilo interno, le richieste inglesi di ridurre il numero e le concessioni e le prestazioni agli immigrati, anche intraeuropei, visto che anche i cittadini europei possono assumere le sembianze degli stranieri di questi tempi.

Tutto ciò è segno di una chiusura, di un'impotenza dell'Europa di fronte ai tempi nuovi, direi di uno smarrimento, e se l'Europa smarrisce se stessa, i suoi valori e la sua visione è l'inizio di una decadenza. Presidente Juncker, lei ha detto – ascoltarla è sempre utile perché tocca i problemi veri e dice le cose sinceramente – che non vuole stare dalla parte di chi, giorno dopo giorno, sta distruggendo l'Europa e la fa arretrare – perché questo è un destino che tutti noi sappiamo essere la fine per tutti, non solo per l'Europa, ma per tutti gli Stati che nell'Europa possono prosperare – ma dalla parte di chi vuole lungimiranza e speranza. Ecco io le dico questo: anche noi, il mio gruppo e il mio paese siamo dalla parte di chi vuole avere lungimiranza e speranza e agire in questa direzione.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident! Herr Präsident Juncker, meine Damen und Herren! Ich fordere den Rat auf, den nächsten Gipfel mit dem Verlesen des Zitats von Robert Schuman zu beginnen. Die Europäische Union entsteht nicht auf einen Schlag. Sie ist keine einfache Zusammenfassung, sondern sie wird durch Ereignisse entstehen, die eine Tat der Solidarität schaffen. Diese Taten der Solidarität, diese Übernahme an Verantwortung für die Gemeinschaft – für alle 508 Millionen Bürgerinnen und Bürger – lassen Sie derzeit sträflich missen.

Wo sind die nächsten Integrationsschritte zu einer gemeinsamen Außenpolitik, damit wir die Ursachen der Flüchtlingskrise bekämpfen? Wo sind die Aktionen für eine gemeinsame Sicherheitspolitik, damit wir einen Schutz der Außengrenze bekommen? Wo ist die gemeinsame Verteidigungspolitik, damit wir den Kampf gegen ISIS gemeinsam beginnen können? Und wo sind die Anstrengungen in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik und in einer gemeinsamen Sozialpolitik, die ein Binnenmarkt benötigt, ein Kontinent, der sich zur ökosozialen Marktwirtschaft bekennt?

Es wird ständig gefragt: Wo ist die EU? Ich frage: Wo sind die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der sieben Vorschläge, Beschlüsse der Kommission und des Parlaments? Wo ist der Rat bei der Umsetzung der sieben Vorschläge der Kommission, die noch nicht verabschiedet sind? Und wo wird der Rat sein, wenn die Kommission im März vier neue Vorschläge macht? Gehen Sie an die Arbeit, gefährden Sie nicht das Projekt Europa!

Péter Niedermüller (S&D). – Kritikus időszakban van ez Európai Unió. Napjaink kihívásai, a menekültválság, Schengen, gazdasági válság, euróválság, brit referendum, a demokrácia és az EU alapvető értékei elleni törekvések egyes tagállamokban, mind megoldásra váró kérdések. Közös és európai megoldásra. A mi válaszaink ezekre a kihívásokra évtizedekre előre meghatározzák az Unió jövőjét, gyermekeink, unokáink sorsát. Azt is mondhatnám, válaszúton vagyunk. Vagy lesz erőnk és merszünk valódi, bátor, közös és előremutató megoldásokat találni vagy össze fog dőlni mindaz, amit eddig felépítettünk. Nem fogadhatunk el olyan látszátmegoldásokat, amelyek nincsenek összhangban az EU alapértékeivel, az emberi jogokkal, a demokráciával és a tagállami szolidaritással. A tagállami önzés és nacionalizmus nem előre, hanem visszavisz minket az időben. Éppen ezért ki kell terjeszteni és el kell mélyíteni az Európai Unión belüli együttműködést. Közös Európára, közös európai politikára van szükség.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, solidarnost i odgovornost su dvije glavne riječi. Slažem se s mojim kolegom, bez toga ne možemo naprijed. Bila bi povijesna pogreška ako Europska unija ne bi uspjela upravljati ovim procesom, odnosno upravljati ovom krizom. Dakle, moramo imati solidarnost, ali prije svega odgovornost.

Slažem se s postavljenim pitanjem bi li nam bilo bolje da živimo pojedinačno u svojim nacionalnim državama ili zajedno u Europskoj uniji. Mi smo se odlučili za Europsku uniju, želimo živjeti u Uniji i moramo rješavati probleme zajedno. U tome leži ključ, zajedno. Mi smo propise donijeli, sve propise imamo, međutim, propisi se nažalost ne primjenjuju.

Dakle, potrebno je primijeniti sve ono što smo već donijeli, prije svega ovdje mislim na Grčku, treba osnažiti Grčku, treba osnažiti europsku obalnu stražu o kojoj smo govorili, treba osnažiti Agenciju i to je ključ problema. Trebamo se dogovoriti kako napuniti fond za Tursku. To je nešto o čemu govorimo već mjesecima, ali nikako da postanemo učinkoviti. I stoga, apeliram na sve nas da o tome vodimo računa.

Ne bismo mi danas uopće govorili o Brexitu ovdje. Brexit uopće ne bi postojao da se nisu dogodile migracije, da se nije dogodilo ono što je u svijetu. Znači, engleski *to be or not to be!* Ja se nadam da smo sve bliže odgovoru na to pitanje, nakon ovih pregovora između gospodina Camerona, Komisije i Vijeća i očekujemo da Vijeće preuzme *leadership* i da donesu odluku, a da ne ostanu zatvoreni u svojim uskim nacionalnim egoizmima.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, the proposed solution to the British question contains elements which are significant concessions by the other Member States, and also some that are symbolic or trivial.

Labour would not have gone down the route chosen by Mr Cameron, but we recognise its significance. We also share the concerns that many colleagues have expressed about these significant concessions that have been given, especially perhaps those that affect the welfare rights of employed, tax-paying European citizens working in Britain. But we also note that Mr Cameron has not managed – or even, I think, attempted, perhaps thanks to our pressure – to weaken the social chapter of the Treaty that enshrines workplace rights. There are other things that he has not managed to do, and we are glad of that.

But whatever one's view of the package that is there, we have to bear in mind that there is a much bigger question at stake: the very membership of Britain in the European Union and the threat of the break-up of the European Union. That has to be our overriding consideration. Whether or not Mr Cameron's package helps secure the result necessary in this referendum in all our interests: that has to be our overriding consideration. If the concessions help – and they will help – win that battle, then that is something we all have to take into account. It is of an overriding importance. There is far too much at stake for us to quibble or to try to oppose this package. Even if many colleagues are understandably not entirely happy with it, I would urge you nonetheless to accept it.

(Applause)

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η πολυπλοκότητα του προσφυγικού ζητήματος είναι προφανής και ευρίσκεται πολύ ψηλά στην ατζέντα του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου. Υπάρχουν ευθύνες σε διεθνές επίπεδο. Αργήσαμε. Το πρόβλημα των προσφύγων δεν μπορεί να λυθεί, αν δεν λυθεί το πρόβλημα στη Συρία. Και το πρόβλημα στη Συρία δεν μπορεί να λυθεί, αν δεν ηττηθεί ο ISIS στο έδαφος.

Υπάρχουν ευθύνες και από την Ευρωπαϊκή Ένωση: ατελείς μηχανισμοί αντιμετώπισης ενός τόσο μεγάλου προβλήματος. Να γιατί χρειάζεται περισσότερη και όχι λιγότερη Ευρώπη. Βεβαίως, να προστατεύσουμε τα σύνορα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που είναι σύνορα της Ελλάδας και της Ιταλίας που βρίσκονται στο μάτι του κυκλώνα. Βεβαίως, να εκπληρώσουμε τις δεσμεύσεις των κρατών μελών και πρώτα η Ελλάδα. Χρειάζεται όμως και αλληλεγγύη για ένα τόσο πολύ μεγάλο πρόβλημα.

Ευθύνες υπάρχουν και στην Τουρκία. Δεν υπάρχει καταπολέμηση των παράνομων δικτύων διακίνησης των μεταναστών. Δεν υπάρχουν βίζες για χώρες, όπως οι χώρες του Μαγκρέμπ, και εκατοντάδες χιλιάδες προσφύγων από τη Βόρεια Αφρική και τις αραβικές χώρες προσπαθούν να περάσουν παράνομα, μέσω του Αιγαίου, στη Ευρωπαϊκή Ένωση. Τα Hot Spots χρειάζονται στα παράλια της Μικράς Ασίας, με ταυτοποίηση προσφύγων σε πλοία και στα δυο μέρη του Αιγαίου, και επαναπρώθηση των παράνομων μεταναστών.

Το προσφυγικό είναι μια πρόκληση που πρέπει να αντιμετωπίσουμε με επιτυχία. Εμπιστευόμαστε την Επιτροπή και τον κύριο Juncker και πιστεύουμε ότι η Ευρώπη θα βρει την λύση για το μεγάλο αυτό πρόβλημα.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, in the Tusk letter there are some useful things, some trivial things, and some things we do not particularly like. But the referendum is not a 'yes' or 'no' to Cameron's deal, but the much bigger question of whether the UK should leave or remain in the EU.

I believe, and my party believes, that remaining in the EU is in the best interest of Britain's economy and security: it is good for jobs, workplace rights and the environment. We have to face our future challenges not through isolation but through cooperation. The alternative, which the Eurosceptics pedal, is for the UK to walk away, have no say but still have to pay. To the Scottish nationalists: this is not about when the referendum will be, but about the future of Scotland, being part of the EU through the UK, and the benefits we gain for jobs and working people in Scotland.

I want the UK to remain part of the EU family for our long-term future as a country and our long-term prosperity as a nation.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, antes de ir ao assunto que considero principal, que é justamente a questão do Reino Unido, não queria deixar de dizer à Sra. Deputada Maria João Rodrigues que eu não sei se o Governo português é assim tão europeísta, porque ele depende do Partido Comunista, que aqui hoje fez uma declaração totalmente antieuropeia, e depende do Bloco de Esquerda, que também está contra uma visão da economia social de mercado, e portanto o seu europeísmo é duvidoso. Aliás, quando o principal conselheiro do Primeiro-Ministro ontem comparou a União Europeia à União Soviética, está tudo dito sobre as convicções europeias deste Governo. Foi Porfírio Silva, deputado do PS, principal conselheiro de António Costa, que comparou a União Europeia à União Soviética. É lamentável que não se tenha isto em conta. Quando depende da esquerda radical, que é totalmente antieuropeia, é evidente que depois, o Governo, mesmo que tenha boa vontade, não vai conseguir cumprir os compromissos europeus e, portanto, isto é uma evidência, e, portanto, «diz-me com quem andas, dir-te-ei quem és». Esta seria sem dúvida a resposta que tinha para lhe dar.

Dito isto, queria dizer que estou muito satisfeito com a proposta apresentada pelo presidente Tusk. Eu penso que é essencial que nós mantenhamos o Reino Unido na Europa. O Reino Unido garante um equilíbrio atlântico da Europa. Para países como Portugal, como a Irlanda, como a Holanda, como a Dinamarca, como a Suécia, que são países com uma vocação mais marítima e não tão continental, a presença do Reino Unido é essencial para que a União Europeia esteja equilibrada entre o centro, o leste, o norte e o sul, e, por isso, considero que demos um passo muito grande com a declaração de ontem do Presidente do Conselho Tusk.

Der Präsident. – Frau Rodrigues ist persönlich angesprochen worden. Deshalb nicht als blaue Karte, sondern Sie haben gemäß Artikel 164 für eine Minute das Wort, um zu erwidern.

Maria João Rodrigues (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Deputado Paulo Rangel, a sua alegação em relação ao Governo português não podia evidentemente ficar sem resposta do meu lado. Toda a gente sabe que este Governo português é um Governo com o qual se pode contar para as grandes causas que estão em cima da mesa, no que respeita a responder à questão britânica, defender o espaço Schengen, responder à crise dos refugiados. É um Governo dos mais solidamente pró-europeus. Agora, não se pode contar com este Governo para aplicar em Portugal uma receita que leva de novo os portugueses para uma situação bloqueada de recessão e sem nenhuma esperança. Para isso, não se pode contar com este Governo.

President. – No, Mr Rangel, I have just said that it is not a blue card. I am not admitting blue cards. This was an intervention under Article 164 of the Rules of Procedure answering a personal statement.

Jeppe Kofod (S&D). – Hr. formand! Nogle her i salen vil gerne tale om mere eller mindre EU, som om man kunne rulle EU ud på en linje og så gå det hele efter med en tommestok en gang om året for at se, om der nu var lidt mere eller lidt mindre EU. Det er åbenlyst noget vads. Derfor skal vi hverken have mere eller mindre EU, vi skal have et bedre EU, et mere fokuseret og effektivt EU, et EU der tager udgangspunkt i vores borgere og de fælles problemer.

Derfor vil jeg gerne rose Donald Tusk for hans katalog over ændringsforslag, som blev fremlagt i går. At lade nationale parlamenter give et rødt kort til EU-forslag, der går for vidt, vil styrke samarbejdet mellem dette hus og vores nationale kolleger, og det er der behov for. Det giver en klar og tydelig arbejdsdeling, som vil sikre, at EU vitterligt bliver stort på store ting og småt på små ting. Der skal også være ret og rimelighed i adgangen til sociale ydelser og systemer, og det må være et fast princip, at det land man bor/virker og betaler skat i, også er det land, der skal drage omsorg for en, og derfor skal man selvfølgelig sikre ligebehandling af EU's borgere.

Milan Zver (PPE). – Britanec Winston Churchill je med prvimi izpostavil vizijo združenih držav Evrope. Sicer nisem nikoli dvomil v britansko zdravo pamet, zato vem, da bo referendumsko odločitev razumna in samo njihova.

Slabo bi bilo, če bi Britance silili v neko odločitev ali jim solili pamet. Verjamem, da se bodo odločili na podlagi celovite informiranosti in da bodo videli, da bi izstop bil slab za njih in za nas.

V tem primeru bi imeli koristi le tretji – tisti, ki ne želijo dobro ne Evropski uniji ne Združenemu kraljestvu. Kljub temu pa mora Unija jasno predstaviti svoje stališče. To je včeraj storil predsednik Tusk. Dogovor mora biti pravičen. Ne zaradi EU struktur kot takih, ampak zaradi osemindvajsetih držav članic.

Meni se zdi pametno, da je EU močna... pomembno, da je EU močna, imuna na strese in še bolj fleksibilna. V to smer gre tudi instrument zasilne zavore, če grozi razpad sistema, na primer socialnega. Skratka, Evropska unija potrebuje inovativne rešitve za boljše delovanje, četudi to zahteva spremembo pogodbe.

Toda megadogovor z Združenim kraljestvom mora ostati enkraten. Ne bi smel sprožiti efekt domin in morebitna nadaljnja izsiljevanja s strani držav članic.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor Presidente, se suceden las crisis que atacan al corazón del proyecto europeo: el euro, el *brexít*, los refugiados. Y no solo necesitamos una Comisión Europea con capacidad de hacer propuestas; también un Consejo que esté a la altura de las circunstancias y que sea capaz de hacer del diálogo y del entendimiento una salida a todos estos problemas. Porque es necesario que no pongamos piedras en el camino hacia la búsqueda de las soluciones que hoy son fundamentales en el proyecto de la Unión Europea.

Y quería responder al señor Weber con respecto a sus preocupaciones al respecto del futuro Gobierno en España. Decirle que, en primer lugar, no adelante acontecimientos y, en segundo lugar, que tenga respeto a los procesos democráticos. Hoy, el Partido Socialista tiene el encargo del Rey de formar Gobierno porque el Partido Popular ha renunciado a ello, y ha renunciado porque, tras cuatro años de mayoría absoluta, han sido incapaces de tener una capacidad de diálogo con el resto de fuerzas políticas. Estoy de acuerdo con lo que usted dice, señor Weber: la gente no quiere un Gobierno de radicales, pero seguro que usted está de acuerdo conmigo en que la gente quiere un Gobierno limpio y libre de corrupción.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, εμείς βρισκόμαστε μέσα στην Ευρώπη και θέλουμε μια ισχυρή Ευρωπαϊκή Ένωση. Φανταστείτε την Ευρώπη χωρίς την Ευρωπαϊκή Ένωση. Είναι εύκολο να ασκούμε με πάσα ευκολία κριτική, ισοπεδωτική μάλιστα, για την Ευρωπαϊκή Ένωση και το έργο που επιτελεί, ιδιαίτερα η σημερινή Ευρωπαϊκή Επιτροπή. Την αδικούμε τη σημερινή Ευρωπαϊκή Επιτροπή όταν δεν αναφέρουμε ότι είναι η Επιτροπή που είχε να αντιμετωπίσει τα πιο σοβαρά προβλήματα που είχε η Ευρωπαϊκή Ένωση από την ίδρυσή της. Είχε το ουκρανικό, είχε την Ελλάδα, είχε το προσφυγικό, είχε την τρομοκρατία και είχε και το επενδυτικό.

Αναβαθμίζουμε διαρκώς την κριτική μας στην Ευρωπαϊκή Ένωση και στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή και υποβαθμίζουμε τις μεγάλες επιτυχίες. Ναι, σε αυτή την Επιτροπή, και είμαστε ευτυχείς που βρίσκεται αυτή η Επιτροπή και ο Πρόεδρος της επικεφαλής σε αυτές τις δύσκολες στιγμές της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διαφορετικά η Ευρωπαϊκή Ένωση θα μπορούσε να διαλυθεί στα εξ ων συνετέθη. Όμως, με την ευκαιρία αυτή θέλω να ξεκαθαρίσει από την Ευρωπαϊκή Επιτροπή για το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, μισό λεπτό κύριε πρόεδρε και ολοκληρώνω ότι

(Ο Πρόεδρος αφαιρεί τον λόγο από τον ομιλητή.)

Clare Moody (S&D). – Mr President, I would like to thank colleagues here for their support for my country remaining in the EU. I hope an agreement is reached in February. Only through reaching that agreement can we finally get on to the referendum campaign and fight for Britain to remain in the EU.

Citizens in the UK already benefit from our membership of the EU. They benefit from jobs, from rights in those jobs – like the right to paid holiday – from protection of our environment, tackling tax avoidance, dealing with climate change and protecting our security. Our future also lies in our membership of the EU: a future in innovation, in development and in research, and a future economy. So please get that agreement at the Council in February and let us take the campaign on to keep Britain at the heart of, and stronger in, the EU.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, verehrter Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem Land steht Fasching, steht Karneval vor der Türe, doch den Menschen ist nicht nach Feiern, nach Lachen zumute. Die Menschen sind in Sorge, haben Angst und verzweifeln, weil sie nicht erkennen können, wie die Europäische Union die Flüchtlingskrise meistern will.

Herr Ratsvorsitzender, bitte nutzen Sie den Gipfel und üben Sie Druck aus auf die Mitgliedstaaten, die ihre Hausaufgaben nicht machen, die Mitgliedstaaten, die Verpflichtungen bei den Ratsgipfeln eingehen und dann nicht liefern, nicht das leisten, was sie versprochen haben.

Wenn die griechische Regierung die Außengrenze nicht sichert, muss sie Hilfe annehmen. Die Hotspots müssen eingerichtet werden, damit beim Betreten des Schengen-Raums wieder registriert wird. Wir müssen wissen in der Europäischen Union, wer zu uns kommt.

Und ich möchte meinen Fraktionsvorsitzenden, Manfred Weber, unterstützen, der sagte, der Rat sollte sich mal mit sich selbst befassen. Die Staats- und Regierungschefs sollten Mut zeigen, Verantwortung übernehmen und die Europäische Union, die uns schon seit 70 Jahren Frieden und Freiheit bringt, zusammenhalten.

Elisa Ferreira (S&D). – Senhor Presidente, estamos a assistir neste momento a ataques partidários no contexto dos nossos trabalhos como raramente tem sido visto na história deste Parlamento e é muito importante, neste momento, e faço um apelo a Jean-Claude Juncker, aqui presente, que a Comissão Europeia se mantenha isenta e que seja como a mulher de César, que não pareça apenas isenta, que o seja, e não se deixa capturar pela agenda partidária, violenta, a que estamos a assistir.

Quanto à proposta de Tusk, ela é uma boa base de trabalho. É absolutamente essencial que o Reino Unido se mantenha na União Europeia, mas importa também garantir que os avanços que é necessário neste momento construir no quadro da moeda única sejam possíveis de concretizar. Daí que esta clarificação seja bem-vinda e que a nossa esperança seja que, analisando os detalhes da proposta que está neste momento em cima da mesa, seja possível o Reino Unido ter uma relação mais estável com o resto da União Europeia, mas também todos os países da União Europeia terem condições para vingar a progredir.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, three points. Firstly, the efficient protection of the EU external border is first of all dependent on the responsibility of the Member States coming forward with the financing they have committed themselves to. We also need to be prepared to defend our eastern border.

Secondly, on the UK: Europe should concentrate on positive complementarity, trying to separate crucial issues from domestic policy debates. I fully agree with our British friends that the EU should become truly competitive to finally complete the single market and conduct radical deregulation.

Thirdly, my special message to the Dutch Presidency is to see the data protection package as a matter of urgency and to decide about it by March, so that it can be adopted by Parliament in April. In fact, any delay means postponing the chances of developing the Single Digital Market as well as providing our citizens with reliable protection.

(The President cut off the speaker)

President. – We now come to the catch-the-eye procedure, but as we have Council and Commission coming back in, we will have a shortened catch-the-eye, with two speakers only.

Catch-the-eye-Verfahren

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, tuleva EU:n huippukokous on erittäin tärkeä koko EU:n tulevaisuudelle. Turvapaikanhakijakriisi on ratkaistava. Me tarvitsemme yhteistä maahanmuuttopolitiikkaa. On tehtävä uusia päätöksiä, mutta vieläkin tärkeämpää on toimeenpanna ne päätökset, joita on jo tehty. Järjestelykeskusten perustaminen, ulkorajavalvonta, maahanmuuttajien ja turvapaikanhakijoiden tasaisempi jakaminen EU:n alueelle, kaikki nämä ovat jääneet puolitehien tai jopa toteuttamatta. Nyt jäsenmaiden on todella otettava tämä vakavasti ja toteutettava ne päätökset, joita on jo tehty. Kyse on koko EU:n uskottavuudesta.

Toinen kysymys koskee Britannian EU-jäsenyyttä. Tuskin eilen esittelemä malli antaa mahdollisuuden päästä sopimukseen. EU tarvitsee Isoa-Britanniaa ja Iso-Britannia tarvitsee EU:ta. On kuitenkin muistettava, että jo tällä hetkellä Isolla-Britannialla on paljon enemmän poikkeuksia omissa ehdoissaan kuin yhdelläkään muulla jäsenmaalla.

Ana Gomes (S&D). – Mr President, shame on Mr Weber and Mr Rangel for attacking the clearly pro-European Portuguese Government as extremist. Extremists are those who stick to stupid, self-defeating, anti-growth, anti-job-creation policies in Europe, fostering inequality, injustice and the distrust of the citizens in the EU. That said...

(the speaker continued in Portuguese)

Senhor Presidente, queremos o Reino Unido na União Europeia, mas não podemos continuar a tolerar que boicote o desenvolvimento das capacidades europeias no quadro da política comum de segurança e de defesa, assim, no fundo, debilitando o pilar europeu da NATO, quando prementes desafios e ameaças à nossa segurança e à segurança global exigem resposta europeia e o *pooling* e o *sharing* de recursos entre Estados-Membros.

O Sr. Juncker disse aqui que a crise de refugiados não terá fim enquanto não acabar a guerra na Síria. É exatamente o exemplo onde a Europa falhou, onde faltou a Europa, como faltou na Líbia. Ninguém falou na Líbia. O Conselho Europeu não se preocupa com a Líbia? É exatamente também um outro caso onde a Europa falhou e temos perigos iminentes em precisamos que o Conselho se ocupe.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Jean-Claude Juncker, *Präsident der Kommission*. – Herr Präsident! Ich gebe mir immer Mühe, treu und brav, der ganzen Debatte hier beizuwohnen. Das tun nicht alle Abgeordneten, aber ich gebe mir Mühe, dies zu tun.

Mir fällt auf, dass jeder sich darüber beklagt, dass Europa immer nationaler wird, dass die Regierungen sich mit ihren eigenen Problemen beschäftigen statt mit den Problemen Europas. Es werden hier dauernd feierliche Appelle an die Adressen der Regierungen gerichtet, sich endlich wieder auf das Europäische zu besinnen. Alle die, die das sagen, haben Recht. Aber glaubwürdiger wäre es, wenn die Abgeordneten dies auch täten.

Ich stelle fest, dass hier fast nur noch innenpolitische Debatten stattfinden. Diejenigen, die zu Hause die Opposition stellen, nutzen das Europäische Parlament, um ihrer Regierung am Zeug zu flicken, und diejenigen, die Regierungspartei in ihren Ländern sind und diese hier vertreten, beschäftigen sich mit den Vorschlägen der Opposition in ihren Nationalstaaten.

Dies ist nicht das Europäische Parlament, von dem ich mir gewünscht hätte, dass es seine Rolle in Europa spielen würde! Ich werde auch diese Fragen nicht mehr beantworten, denn das sind keine Fragen, die Sie an Rat oder Kommission richten, das sind Scharmützel zwischen Fraktionen, primitive Parteipolitik! Ich bin nicht der Meinung, dass man dies so weiterführen sollte, wie es inzwischen hier eingerissen ist.

(Beifall)

Pour le reste, et comme je dois m'occuper des seuls grands principes et non pas des joutes oratoires des uns et des autres, j'insisterai sur deux ou trois éléments.

Certains de nos collègues ont affirmé que la Commission ne devrait pas s'occuper des budgets nationaux. Ce n'est pas vrai! Il y a un traité, il y a un pacte de croissance et de stabilité, il y a des recommandations pays par pays, il y a des débats au sein de l'Eurogroupe et du Conseil, et la Commission doit y jouer tout son rôle. C'est vrai pour les budgets que la Commission est en train d'examiner et, d'une façon générale, pour tous les budgets à suivre. La Commission jouera son rôle, sans verser dans une politique de stricte et stupide austérité.

Elle a d'ailleurs introduit quelques éléments de flexibilité pour ce qui est de l'interprétation du pacte de stabilité et de croissance. Ces éléments sont largement suffisants pour permettre aux différents États membres, même ceux qui sont aux prises avec les pires difficultés, de proposer des budgets qui correspondent à toutes les règles et à toutes les exigences.

Je ne dirai plus rien sur le Brexit, parce que tout a été dit. Je me permettrai de faire seulement une remarque: à part les représentants de l'UKIP et d'autres partis politiques – situés plutôt aux extrêmes de cette Assemblée –, tous les députés, tous les groupes parlementaires n'ont cessé de plaider pour le maintien du Royaume-Uni dans l'Union européenne. Si on veut vraiment ce maintien, il ne faut tout de même pas s'étonner que le président Tusk, le président de la Commission et quelques autres aient négocié avec le Premier ministre britannique.

L'idée qu'il suffirait de dire que le Royaume-Uni doit rester membre de l'Union européenne et de refuser en même temps le dialogue avec les représentants du gouvernement britannique est une idée saugrenue. Il faudra bien que nous discussions et que nous parlions avec les représentants du Royaume-Uni, si nous voulons que ce dernier reste dans l'Union.

Pour le reste, pour que les choses soient claires, je voudrais ajouter que le fait que le Royaume-Uni organisera un débat référendaire, qui sera important et de taille, ne devrait pas nous conduire à cesser toutes les autres activités de l'Union européenne. Pendant la crise grecque, nous étions déjà très souvent invités à ne pas faire ceci ou cela, à renoncer à telle initiative, à ne pas proposer telle autre initiative.

Le Royaume-Uni aura un débat démocratique – qui lui fait honneur –, mais la Commission continuera son travail, raison pour laquelle, en matière de politique sociale, nous allons, au cours des semaines et des mois à venir, développer un certain nombre d'initiatives.

Nous proposerons un paquet sur la mobilité, et ne nous dites pas qu'il ne faut pas le faire, parce que nos amis britanniques sont en train d'en débattre entre eux. Nous allons proposer un socle, un pilier de droits sociaux, lancer une large consultation au mois de mars et nous allons proposer des amendements à apporter à la directive sur le détachement des travailleurs. C'est une nécessité absolue et nous le ferons.

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, I would like to thank the Members for this debate and for the many questions that were raised. It is true that the next European Council will be crucial for very important aspects of the definition of our Union. It will deal with the two elements that determine our collective will to confront common challenges. One is obviously the debate on the United Kingdom, and I will come back to that in a second.

It is true, as Mr Weber said, that it requires a certain amount of courage and leadership to deal with these two issues without any cost to discussing the many other challenges in the European Union. The position of the United Kingdom in the European Union, as well as the improved management of the refugee crisis – we talked about that for many hours yesterday – is obviously crucial for the decisions that we will have to make in February.

First of all, I think it is important to say that I am encouraged by the level of support that I hear about the type of package that has been proposed by President Tusk. Of course, the devil is in the detail and everything has to be weighed up, but nevertheless I feel a large majority of Parliament here feels that it is in our interest to keep the United Kingdom in the European Union – not at the highest price. But in a reasonable constructive debate, these are important views. You are partners in this; you will be consulted; you have your 'sherpas', and you will be part of the Council meetings. Of course, it might involve changes to secondary legislation. Therefore, your role is also essential and your concerns need to be addressed.

This package has to be fair not only to the United Kingdom, but also to all citizens in Europe. It is vitally important to underline that in all aspects, including the most complex part, which deals with social benefits. We have to talk about a deeper and a fairer internal market and we will have to see what the conclusions are in the Council discussions in February. Many elements in the package benefit us all – such as more competitiveness and a deeper internal market – but, as I said, fairness is also an important point in this.

I would also like to say that it gratifies me to hear Mr Kamall speak. He qualifies this package as at least being a good starting point, and that gives me hope that the negotiations will be constructive. On the issue of ever-closer union, which was mentioned by Mr Verhofstadt, it would not be a good idea for there to be an opt-out for the United Kingdom. I would like to remind you that, in Article 1 of the Treaty, it states very clearly 'an ever closer union between the peoples of the European Union'. That is what is written in the Treaty. For some it might mean a federal Europe and for others there might be another connotation, but what we do in the draft European Council decision is to clarify that, in itself, it does not offer a legal basis to transfer competences to the European Union. That is a statement of fact, nothing more and nothing less. At the same time, the draft European Council decision states that the Treaties allow for a deeper degree of integration. I think that is your point. So the Treaties do not represent an obstacle to your vision of Europe, but neither do they oblige us to transfer competences. Therefore I do not think that it would be wise to look at an opt-out.

On the refugee crisis, I will not take up your time. We discussed it at length yesterday. Regarding Article 78(3), I would say that this is a possibility, but do not forget that at the moment we have a borders package which is being discussed every month in detail to make sure that we come to the quickest agreement on this. The EU Interior Ministers discussed these issues at their informal gathering held in Amsterdam on 25–26 January 2016, and this will continue to be done consecutively. So we do not need the Article to do it more quickly. What you need is the reality on the ground so that we have the right people from the European Asylum Support Office (EASO) and Frontex in the hotspots.

In conclusion, let me stress the importance of Schengen. The continuing flow of migrants over the past months has seen several countries temporarily re-impose border controls. I would like to say here that the Presidency is committed to securing the preservation of Schengen – a system which is at the heart of the European project and one of the greatest achievements of European integration. We will do all we can to find a solution to the current problems on the basis of the expected Commission proposal and in cooperation with the Commission, Parliament and the Member States concerned.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Minister.

Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η επιστολή του προέδρου του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου προς τους αρχηγούς κρατών και κυβερνήσεων της Ένωσης σχετικά με το βρετανικό ζήτημα δημιουργεί πολλά ερωτηματικά. Γίνεται λόγος για έκδοση μιας νομικά δεσμευτικής απόφασης του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, προκειμένου να ικανοποιηθούν οι απαιτήσεις της βρετανικής κυβέρνησης, χωρίς να διευκρινίζεται τι θα συμβεί αν παρ' όλα αυτά το δημοψήφισμα που θα επακολουθήσει αποβεί υπέρ του Brexit. Γίνεται ακόμη λόγος για «ενίσχυση της ανταγωνιστικότητας», η οποία υποτίθεται ότι θα επιτευχθεί με την απλοποίηση της νομοθεσίας και τη μείωση του φόρτου για τις επιχειρήσεις.

Φοβάμαι ότι αυτά μπορεί να μεταφρασθούν στην πράξη σε παραπέρα απορρύθμιση της αγοράς εργασίας και χειρότερη αποδόμηση των εργασιακών και άλλων κοινωνικών δικαιωμάτων. Ίσως μάλιστα οι «ανησυχίες» του κυρίου Cameron να αποτελούν στην πραγματικότητα απλώς το πρόσχημα, ώστε οι κυρίαρχες στην Ένωση πολιτικές δυνάμεις να προωθήσουν ευκολότερα την υλοποίηση παρόμοιων δικών τους σχεδιασμών.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί να ανταποκριθεί στις τεράστιες προκλήσεις που αντιμετωπίζει μόνο με περισσότερη αλληλεγγύη, τόσο μεταξύ των κρατών-μελών της όσο και στο εσωτερικό καθενός από αυτά, με αναδιανομή από τους έχοντες προς τους μη-έχοντες. Η ικανοποίηση των αξιώσεων του Βρετανού πρωθυπουργού όμως οδηγεί μάλλον στην αντίθετη κατεύθυνση, χωρίς καν να εξασφαλίζει την παραμονή του Ηνωμένου Βασιλείου στην Ένωση.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – Il Consiglio europeo del 18 e 19 febbraio dovrà affrontare il delicato tema della proposta di accordo tra l'Unione europea e il governo inglese, in preparazione del referendum che si terrà nel giugno prossimo. In questo momento di crisi dell'Unione, in cui sembrano prevalere gli interessi nazionali rispetto alla volontà di trovare soluzioni comuni e coese, le istituzioni europee dovranno fare il possibile affinché venga scongiurata la possibilità di uscita del Regno Unito, un'ipotesi che minerebbe le fondamenta dell'Unione stessa.

Allo stesso tempo, l'Unione europea non potrà accettare *tout court* le quattro condizioni richieste dal governo Cameron. Difatti, mentre ritengo sia necessario affrontare la discussione della riforma delle istituzioni europee, come propone il governo inglese, sono anche convinto che ciò dovrà avvenire in maniera condivisa e coordinata a livello europeo, e non sulla base della richiesta di un solo Stato membro, per quanto «speciale» esso sia. Per questo, la proposta di accordo presentata da Tusk rischia oggi di condurci in una direzione pericolosa per il futuro dell'integrazione europea. La prima risposta al governo inglese immagina un'Europa minimalista, bloccata da veti ed orfana della prospettiva federalista, l'esatto contrario di quell'Europa forte ed ambiziosa di cui abbiamo oggi bisogno.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Il aura fallu la menace d'une sortie du Royaume-Uni de l'Union pour faire enfin des propositions concrètes sur une nouvelle manière d'appréhender la place des États membres dans l'architecture institutionnelle européenne. Mais on le sait, rien n'est encore joué et le parcours s'annonce complexe et incertain, qu'il s'agisse de l'aval des 27 partenaires comme du résultat du référendum. Il est évident que l'Union sans nos amis britanniques serait déséquilibrée et privée d'une partie de son identité. Ce serait une tache indélébile infligée à sa crédibilité et à l'avenir du projet européen. Je suis satisfaite que des propositions de compromis soient mises sur la table et suscitent un débat d'idées pour une Union plus politique, davantage respectueuse des intérêts de ses membres et mieux adaptée aux défis de notre temps. C'est un premier pas vers la modernisation de l'édifice européen, mais c'est aussi une prise de conscience sur l'exigence de rendre l'Union plus efficace, plus flexible et résolument concentrée sur les solutions à apporter aux problèmes qui inquiètent nos concitoyens. Je formule le vœu que nos amis britanniques renouvellent leur attachement à une Union européenne réformée, responsable et opérationnelle. Je vous remercie.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – Se suceden las crisis que atacan el corazón del proyecto europeo: el euro, el *brexit*, los refugiados. Como respuesta a estos desafíos, no solo necesitamos una Comisión Europea con capacidad de hacer propuestas, sino también un Consejo que esté a la altura de las circunstancias y que sea capaz de encontrar una salida mediante el diálogo y el entendimiento. La futura reunión del Consejo Europeo no aborda solo el tema del referéndum en el Reino Unido; también quiere afrontar el tema fundamental de la migración. Hace quince días, tanto el Consejo como la Comisión señalaron que solo teníamos dos meses para resolver este problema. Han pasado dos semanas, la cuarta parte del tiempo de la cuenta atrás a la que tenemos que enfrentarnos. ¿Ha habido cambios? ¿Ha habido avances? ¿Se han aplicado las medidas antes adoptadas? La respuesta es no. Espero que en la próxima ocasión que nos reunamos no tengamos que afrontar este tema de nuevo como si fuera el *Bolero* de Ravel: la misma sintonía, pero con un tono cada vez más alto.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Na skorašnjoj sjednici će se raspravljati o migrantskoj krizi i Brexitu. Jasno je da obje ove teme u mnogočemu dovode u pitanje budućnost Europske unije. Dok je, s jedne strane, demokratska odluka u rukama građana Ujedinjenog Kraljevstva, migrantsku krizu moraju hitno riješiti zemlje članice zajedno s Europskom komisijom.

Želim vjerovati da će većina građana Ujedinjenog Kraljevstva odlučiti ostati u Europskoj uniji, za što je jučerašnji prijedlog predsjednika Vijeća Tuska dobra osnova za kompromis. Europska unija treba Ujedinjeno Kraljevstvo i obrnuto. U današnjem isprepletenom svijetu najrazličitijih odnosa zajedništvo zemalja na europskom kontinentu je zaista jedini pravi odgovor.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – Se suceden las crisis que atacan el corazón del proyecto europeo: el euro, el brexit, los refugiados. Como respuesta a estos desafíos, no solo necesitamos una Comisión Europea con capacidad de hacer propuestas, sino también un Consejo que esté a la altura de las circunstancias y que sea capaz de encontrar una salida mediante el diálogo y el entendimiento. La futura reunión del Consejo Europeo no aborda solo el tema del referéndum en el Reino Unido; también quiere afrontar el tema fundamental de la migración. Hace quince días, tanto el Consejo como la Comisión señalaron que solo teníamos dos meses para resolver este problema. Han pasado dos semanas, la cuarta parte del tiempo de la cuenta atrás a la que tenemos que enfrentarnos. ¿Ha habido cambios? ¿Ha habido avances? ¿Se han aplicado las medidas antes adoptadas? La respuesta es no. Espero que en la próxima ocasión que nos reunamos no tengamos que afrontar este tema de nuevo como si fuera el Bolero de Ravel: la misma sintonía, pero con un tono cada vez más alto.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Láttunk már arra példát az Európai Unió történelmében, hogy néhány tagállam a politikai integráció lassítását, sőt visszafordítását akarta elérni. A hatvanas években meghozott Luxembourg-i kompromisszum, a tagállami vétő újbóli bevezetése akkor két évtizedre vetette vissza az Unió fejlődését. Fél évszázaddal később nem engedhetjük meg, hogy ez megismétlődjön. Az Európai Tanács elnöke nemrégiben nyilvánosságra hozta azt a javaslatot, amely a brit reformkövetelések kielégítését szolgálná. A tanácsi javaslat többek között lehetővé tenné, hogy Nagy-Britannia korlátozhassa a területén dolgozó uniós állampolgárok jogait, illetve visszafordítaná az európai közösséget a nemzetállami lét rögzös útjára. Senki nem állítja, hogy az Európai Unió tökéletes, vagy csálhatatlan. A szabad munkavállalás és a nemzetiségtől független jogegyenlőség azonban az Európai Unió alapértékei, amelyek nem lehetnek politikai alku tárgyai. Az Unió előtt álló kihívásokra, a görög válságra, a menekültkrízisre, az orosz agresszióra nem lehet az a válasz, hogy „majd egyedül megoldjuk”. El kellene végre felejtelnünk a 19. században nagyon divatos, de mára elavult nemzeti szuverenitás eszményét. A legnehezebb pillanatokban az Egyesült Államok szorosabb együttműködést, föderációt választott, most pedig a világ legerősebb állama. Miért gondolják azt egyes tagállami vezetők, ha mi ennek az ellenkezőjét tesszük, azzal Európa érdekét szolgáljuk?

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Eurooppa-neuvoston puheenjohtaja Donald Tusk teki tällä viikolla ehdotuksen, jolla vastataan Britannian vaatimuksiin erityiskohtelusta. EU ei voi edetä päätöksenteossa, ellei se löydä yksimielisiä ratkaisuja. Tämän periaatteen mukaan ei ole automaattista mekanismia, joka vetäisi Britannian syvemmälle eurointegraatioon. Se ei kuitenkaan tarkoita sitä, että Britannia voisi käyttää veto-oikeutta, jos euroalue haluaa edetä. Euroopan unioni on aina edennyt eri tahtisten kehien kautta siten, että yhteistyö - myös EMU - pysyy kaikille avoimena. Tämän tulee olla jatkossakin integraation perusajatuksena.

Hankalampi ehdotus periaatteellisesti koskee sosiaalietuuksia ja jäsenvaltioiden oikeutta pidättää muista EU-maista tulleiden työntekijöiden etuja. Sosiaalisen Euroopan kehittäminen on jäänyt talouden ja sisämarkkinoiden jalkoihin ja siksi on valitettavaa, että sen sektorin sisällöistä ollaan ensimmäisenä tinkimässä. Olisi valitettavaa - ennen kaikkea Britannialle itselleen, mutta myös koko EU:lle - jos neuvottelut erosta alkaisivat.

Czesław Adam Siekierski (PPE), na piśmie. – Najbliższy szczyt europejski zajmie się dwiema najbardziej palącymi obecnie kwestiami w UE, tj. negocjacjami z Wielką Brytanią oraz kryzysem migracyjnym. To, jak i czy poradzimy sobie z tymi wyzwaniami, będzie miało kluczowe znaczenie dla przyszłości projektu europejskiego. Na początku tego tygodnia przewodniczący Tusk przedstawił swoją propozycję zmian mających zmienić nastawienie Wielkiej Brytanii wobec Unii. Jest to z pewnością dobra podstawa do kompromisu, lecz wiele będzie zależało od tego czy uda nam się uniknąć sytuacji, w której zbyt wielkie uprzywilejowanie Wielkiej Brytanii posunie za sobą lawinę roszczeń ze strony innych państw członkowskich. W takiej sytuacji w najlepszym razie integracja może zostać zniwelowania do poziomu „menu”, a w najgorszym wypadku może nas czekać jej rozpad. Istotne będzie również stanowisko tzw. nowych krajów członkowskich, które mają poważne zastrzeżenia do postulowanych przez Londyn ograniczeń świadczeń socjalnych dla imigrantów. Jeszcze większym zagrożeniem dla Wspólnoty jest z pewnością kryzys migracyjny, który obecnie, ze względu na zimę, nieco przygasł, lecz z pewnością powróci ze wzmożoną mocą na wiosnę. W ostatnim czasie można zauważyć nowe podejście do uchodźców wśród krajów Europy Zachodniej, np. Szwecja rozpoczęła odsyłanie osób,

które nie spełniają warunków uzyskania azylu. Jeśli ten proces zostanie nasilony, a może także połączony z pewną formą wsparcia finansowego dla odsyłanych uchodźców, to można przypuszczać, że osłabi on falę napływu kolejnych.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Aucune des institutions de l'Union européenne n'aurait dû accepter le chantage de David Cameron. Car quelle que soit l'issue du référendum, son objectif consiste à briser notre destin communautaire. Et si une sortie des Britanniques aurait des conséquences graves pour l'Union, elle en aurait tout autant pour le Royaume Uni. Pointant un pistolet sur la tempe du Conseil, David Cameron a obtenu un accord. Outre le fait qu'il ne garantit pas le maintien du Royaume-Uni dans l'Union puisque le Premier ministre a autorisé son gouvernement à faire campagne pour le «out», celui-ci cherche à fracasser la construction communautaire. D'une part, le gouvernement britannique a obtenu l'assurance que le marché primera sur les Européens. D'autre part, avec le mécanisme de «carton rouge», Cameron nous signifie qu'il veut en finir avec l'intégration européenne. Par ailleurs, les Européens pourront être dépouillés de leurs droits sociaux. Enfin, «last but not least», tout ceci devrait s'inscrire dans les traités. Je m'y opposerai. Il nous faut tracer un véritable chemin: celui du fédéralisme contre l'inter-gouvernementalisme, celui des droits sociaux contre le marché et, surtout, celui de la solidarité face aux égoïsmes nationaux.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A következő EiT egyik legfontosabb napirendi pontja az EU és a brit kormány közötti kompromisszumos megállapodástervezet. A Cameron-kormány által kritizált kérdéskörök (gazdasági kormányzás, versenyképesség, szuverenitás) mellett kiemelten fontos követelésként szerepel a szabad munkaerőáramlás és a több százezer nyi magyar munkavállalónak is járó szociális juttatások lehetséges korlátozása. Ez utóbbiak kapcsán a dokumentum egyes pontjai – így például a munkakeresési támogatás megvonása – magyar szempontból teljességgel vállalhatatlanok. Az európai munkavállalóknak biztosított juttatások rendszere részben felülvizsgálható és korrigálható, de annak alapvetései és vívmányai semmiképpen sem módosíthatóak. Cameron konzervatív, jobboldali kormánya „töltölte a biciklit” a populista futamon és most kiszolgálva az Unió-ellenes, a külső- és belső migrációval szemben felheccelt választói tömegeket megpróbál valamit felmutatni és teljesíteni a választási ígéreteiből. Az Európai Unió közösségének kompromisszumokra és megegyezésre kell törekednie; nem hagyhatja azonban, hogy a populista zsarolás bármikor érdemi teret nyerjen és példát adjon másoknak. Félő ugyanis, hogy további európai országok is beállhatnak a sorba, amely az ott élő magyarok életét is negatívan befolyásolhatja majd. Az Európai Tanács soron következő ülésén Orbán Viktornek is kötelessége minden lehetséges eszközzel megvédeni az európai munkavállalók, így a több százezer Nagy-Britanniában dolgozó magyar jogait és józan alapon álló érdekeit.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Se suceden las crisis que atacan el corazón del proyecto europeo: el euro, el *brexit*, los refugiados. Como respuesta a estos desafíos, no solo necesitamos una Comisión Europea con capacidad de hacer propuestas, sino también un Consejo que esté a la altura de las circunstancias y que sea capaz de encontrar una salida mediante el diálogo y el entendimiento. La futura reunión del Consejo Europeo no aborda solo el tema del referéndum en el Reino Unido; también quiere afrontar el tema fundamental de la migración. Hace quince días, tanto el Consejo como la Comisión señalaron que solo teníamos dos meses para resolver este problema. Han pasado dos semanas, la cuarta parte del tiempo de la cuenta atrás a la que tenemos que enfrentarnos y lamentablemente seguimos sin ver los avances y cambios necesarios para afrontar de forma eficaz y digna esta crisis.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – W kontekście zbliżającego się szczytu Rady Europejskiej poświęconego w znacznej części migracji chciałbym zwrócić szczególną uwagę na zastosowanie satelitarnych systemów obserwacji Ziemi rozwijanych w UE w dziedzinie bezpieczeństwa wewnętrznego państw członkowskich. Aby skutecznie radzić sobie z problemem milionów osób szukających azylu w Europie, kluczowe jest posiadanie rzetelnych informacji na temat chociażby liczby osób przemieszczających się w obszarze zewnętrznych granic UE. System, który może tych informacji dostarczyć, jest już w posiadaniu UE. To system satelitarnej obserwacji Ziemi – Copernicus. Jednym z pięciu priorytetowych działań Copernicusa jest działanie w zakresie obserwacji granic, ruchu granicznego, ruchu na morzach, oraz wsparcie działań zewnętrznych UE. Satelity zbierają dane radarowe i optyczne zarówno dotyczące sytuacji na morzach, jak i lądzie. Obejmują one swym zasięgiem granice państw, wybrzeża, czy drogi transportowe kluczowe dla bezpieczeństwa. Tym sposobem system Copernicus jest w stanie dostarczyć pełnych informacji dotyczących ruchów migracyjnych. Kluczowe jest odpowiednie wykorzystanie otrzymywanych informacji, koordynacja działań, a co za tym idzie – efektywniejsza współpraca państw członkowskich, a także wsparcie dla dalszego rozwoju programu, który w przyszłości pozwoli nam szybciej reagować na potencjalne kryzysy.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ*Präsident***7. Feierliche Sitzung - Nigeria**

Der Präsident. – Sehr geehrter Herr Präsident Buhari, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße den Präsidenten von Nigeria herzlich im Europäischen Parlament willkommen!

Herr Buhari wurde vor knapp einem Jahr, im März 2015, in sein Amt als Präsident gewählt. Nach einer friedlichen und demokratischen Machtübergabe hat er eine sehr umfangreiche Reformagenda vorgeschlagen. Er hat sich in seiner Regierungserklärung verpflichtet, die Korruption in seinem Land zu bekämpfen und in die Wirtschaft zu investieren. Aber vor allem ist er dazu entschlossen, den Terrorismus zu bekämpfen. In Nigeria, das wissen wir alle, sind die grausamen Taten von Boko Haram uns allen im Bewusstsein. Angesichts des unvorstellbar grausamen Anschlags an diesem Wochenende, bei dem nach jetzigem Kenntnisstand 85 Menschen ihr Leben verloren haben, spreche ich Ihnen, Herr Präsident, unser tief empfundenes Mitgefühl und auch unsere Solidarität aus.

Ich habe Herrn Präsidenten Buhari auch versichert, dass wir als Europäische Union und insbesondere als Europäisches Parlament ihn bei seinem Kampf gegen den Terror unterstützen werden. Gleichzeitig wollen wir natürlich auch die Reformen im Lande unterstützen. Und wir sind bereit, gerade hier im Europäischen Parlament, Herr Präsident, dabei zu helfen, dass in die nigerianische Wirtschaft investiert wird und dass wir unseren gemeinsamen Handel ausbauen können.

Ich heiße Sie noch einmal im Namen der Mitglieder des Europäischen Parlaments herzlich willkommen, Herr Präsident, und bitte Sie nun, zu uns zu sprechen.

(Beifall)

Muhammadu Buhari, *President of the Federal Republic of Nigeria*. – Mr President, I wish to express my utmost appreciation to the President of the European Parliament, Mr Martin Schulz, for inviting me to address the plenary session of this legislative arm of the European Union. I am honoured and humbled at having been selected to make an address on this occasion.

Let me also bring to the European leaders, parliamentarians and the good people of Europe, a goodwill message from my fellow countrymen and women. The Nigerian people acknowledge with deep appreciation the material and financial sacrifices the European Union, and individual friendly European nations, made towards the conduct of elections and institutionalisation of democratic norms in Nigeria.

As it had done before, the European Union has supported the Independent National Electoral Commission (INEC) in the smooth conduct of the last general elections in Nigeria, the outcome of which received worldwide acclamation.

Nigerians noted the huge contributions that Europe has made towards the realisation of acceptable, free and fair elections in our country. Today I will tell this august gathering that European investments are beginning to bear fruit. I am one of the returns on the European investments in the democratisation of Nigeria. Indeed, the present regime is the product of a democratic choice consciously made by the people of Nigeria through the ballot box.

Democracy has come to Nigeria to stay – sooner than many of us would have imagined. Nigeria will be counted among the most stable, strongest and most virile democracies in Africa. There may be strife and stresses, but these can be contained by the safety mechanisms of an electoral democracy.

The events leading to the general elections in Nigeria in the early part of the year 2015 gave strong indications that the country was in trouble. Seeming anger, expressions of vituperation and open animosity, as well as threats and violence unleashed against the electorate, aimed at forcing them to vote for the status quo, were unpalatable developments that brought the stability of Nigeria into question.

The drama that took place at the National Collation Centre was a momentarily frightening situation, unleashed by desperate agents of the status quo with the purpose of maintaining their grip on the national resources for their selfish interests.

The maturity and patience with which the officials of the Independent National Electoral Commission under Professor Attahiru Jega handled the matter saved the struggle for democracy and the huge European contributions. We must thank God that Nigeria survived this drama.

As I have stated in other fora, the actions of Nigeria's former President, Goodluck Ebele Jonathan, are commendable. For the first time in the history of Nigeria, a presidential candidate and sitting President conceded electoral defeat in defiance of calls by strong forces, including agents and benefactors of the regime, not to do so.

I do appreciate the special relationship that exists between Nigeria and the European Union. The European Union is Nigeria's main development partner and the pillar of support for the consolidation of democracy and the economic development of our country.

We in Africa appreciate that your problems are mainly managing prosperity and competition. However, our problems are poverty, disease and technological backwardness. It is not too difficult to appreciate the kind of challenges these problems pose: internal strife, refugees, boat people, drug and human trafficking, etc. Chaos is not a neighbour anybody would wish to have. It is therefore in our collective interest to cooperate and tackle these serious problems in Africa.

I am pleased that we already have the Nigeria-European Union Annual Political Dialogue, which has continued to strengthen our cooperation based on shared values and interests, especially in the areas of peace, security, democracy and good governance. Through this forum we have been able to continue, on a regular basis, to share perspectives on important regional, continental and global issues, with a view to forging common positions.

We are committed to intensifying political dialogue and cooperation in the context of the Nigeria-European Union Joint Way Forward. Both of us believe in peace and security, respect for human rights, democracy and good governance, equality and tolerance, as ways of developing prosperous and strong societies.

Furthermore, in the context of these European Union-Nigeria relations, I wish to acknowledge that the European Union had, severally, condemned the activities of extremist groups, including Boko Haram in Nigeria and in the entire Economic Community of West African States (ECOWAS).

The European Union had noted and commended Nigeria's development of a National Counter-Terrorism Strategy and the amendment of the country's Counter-Terrorism Act in demonstration of the Government's commitment to finding a lasting solution to the threats posed by Boko Haram terror elements. Nigeria appreciates the EU's collaboration, especially in the area of technical support, capacity-building for security services and provision of development assistance.

For our part, we have updated our rules of engagement in fighting terrorism, and we pay very close attention during operations to the treatment of captured terrorists, to civilians caught up in the conflict and, in general, to safeguarding property. Our aim is to use the minimum force necessary in our fight against terrorists.

In light of this, I wish to seize this opportunity to thank individual European Member States for their assistance towards the success of the Nigerian military onslaught against the Boko Haram terror elements. Many European Union Member States have pledged to support our efforts in the rescue of the kidnapped Chibok schoolgirls. It may interest you to know that in a recent meeting I had with the parents of the Chibok girls, I assured them that the Government would not rest until all the girls are rescued alive and reunited with their families. I remain fully committed to this pledge.

(Applause)

Since my assumption of office in May last year, we have reorganised the Nigerian Armed Forces and repositioned them to deal decisively with the Boko Haram terrorists. Indeed, all the Local Government Areas that were hitherto under the control of the Boko Haram terrorists in Adamawa, Borno and Yobe States in the north-eastern flank of Nigeria, have been recaptured.

Internally displaced persons (IDPs) are gradually returning to their communities. The Federal Government is committed to rebuilding schools, hospitals and other vital infrastructure destroyed by the fleeing terrorists. Currently, the activities of Boko Haram have been reduced to the Sambisa Forest, and their capacity to launch major offensives has been degraded. Boko Haram has now resorted to attacking soft targets, such as markets, mosques and churches, using innocent, under-age, hapless children to detonate locally-made improvised explosive devices (IEDs).

I must express our serious concerns about the alarming situation in southern Libya, which is becoming a strategic time bomb for Africa and indeed Europe. The ungoverned swathe of land of southern Libya has become a thriving arms bazaar which threatens the security of the Sahel region, as well as the West Africa region and beyond. We must therefore intensify our efforts to find a lasting solution to the Libyan crisis.

Nigeria is a peace-loving nation and has played a critical role in conflict management and resolution within and outside Africa. Peace-keeping and peace-building have been part of Nigeria's foreign policy since independence. Nigerian troops have participated in almost all United Nations sub-regional and regional peace-keeping and peace-building operations. In spite of our current security challenges, Nigeria is among the 10 top troop-contributing countries to the United Nations peacekeeping operations around the world, with huge financial and human commitment.

Nigeria's first outing on peacekeeping operations was to the Congo, as part of the 20 000-strong United Nations Operations in the Congo (ONUC) in July 1960, of which I was privileged to be a member of the contingent in 1963 — barely three months before Nigeria's independence. Nigeria participated in United Nations operations in the Congo for only three-and-a-half years. It contributed the third largest national force in the Congo, after India and Ethiopia. Since then, Nigeria has maintained a presence in global peacekeeping efforts.

Nigeria has indeed participated in the maintenance of law and order following a mutiny in Tanganyika in 1964. In 1979 and 1982, soldiers of Nigeria's 21st Infantry Battalion and the 202 Reconnaissance Regiment were deployed to Chad as a peacekeeping force to monitor a ceasefire and inspire confidence in the ongoing peace process.

In addition, it contributed to the largest contingent when the Economic Community of West African States Monitoring Group (ECOMOG) was moved to Sierra Leone on a peacekeeping-cum-peace-enforcement mission. The Economic Community of West African States Monitoring Group recovered most parts of the country from the rebels and returned the ousted President, Tejan Kabbah, to office on 10 March 1998.

Under the mandate of the African Union, Nigeria embarked on a peacekeeping mission in São Tomé and Príncipe, where it succeeded in persuading dissident soldiers to subject themselves to constitutional authorities. Besides this, Nigeria has also deployed its personnel in Rwanda and in the Darfur Region of Sudan in order to maintain the peace in these two countries.

Nigeria has additionally deployed its contingent to the following African countries: Angola (United Nations Angola Verification Mission); Namibia (United Nations Transition Assistance Group); Mozambique (United Nations Operations in Mozambique); Western Sahara (United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara); Somalia (United Nations Operation in Somalia); and the Aouzou Strip (United Nations Aouzou Strip Observer Group).

On migration from Africa to Europe: Nigeria wishes to acknowledge and share the concerns expressed by the European Union with respect to the influx of migrants from Africa through the Mediterranean Sea, with its attendant loss of lives. In this regard, Nigeria will collaborate with the European Union to address illegal immigration to Europe.

The Federal Government of Nigeria is making concerted efforts to address the push factors that propel migration, especially from Nigeria, as both a destination and a transit country. In this year's budget, the Government has provided for over 500 000 graduate employment positions in the teaching profession alone. We are also collaborating with the states and local governments to strengthen Skills Acquisition Centres, in order to train the teeming youth in various vocational skills so that they can be self-employed and eventually become employers of labour.

We are also making efforts to diversify the economy, giving impetus to agriculture and solid minerals exploitation, to create wealth and employment.

Nigeria welcomes the outcome of the Valletta EU-Africa Summit on Migration, including the launching of the EUR 1.8 billion Emergency Fund to address the root causes of migration from Africa to Europe. Nigeria will work with the countries of the Sahel and Central Africa to submit to the Board of the Emergency Trust Fund the projects that we have identified for funding in due course.

The Common Agenda on Migration and Mobility (CAMM), which Nigeria signed on 12 March 2015 and was indeed the first country to sign from sub-Saharan Africa, is a demonstration of the positive spirit of our cooperation with the European Union in the field of migration and development. It is in the light of this understanding that I wish to propose the reciprocal visa waiver for holders of Nigerian diplomatic and official passports attending official meetings and conferences in Europe.

Economic Partnership Agreements (EPAs): the Economic Partnership Agreement between the European Union and the African, Caribbean and Pacific Group of States, collectively endorsed by the Economic Community of West African States, is yet to be signed by Nigeria and a few others. During Economic Partnership Agreement negotiations, Nigeria raised some pertinent technical issues that are yet to be addressed.

Giving due consideration to the mismatch of the two regions, Europe and ECOWAS, in terms of technology and manufacturing experience, the Manufacturers Association of Nigeria (MAN) and Associated Trade Unions raised concerns over the negative impact of EPAs on Nigeria's industrialisation programme. Nigeria is working towards addressing its own side of the issues. I am therefore urging our European Union partners to also address our own concerns to allow for Economic Partnership Agreements that are mutually beneficial and contribute to the prosperity of our people, in the context of our shared values and interests in promoting cordial bilateral trade relations.

On oil theft and illegal bunkering: Nigeria is facing the challenges of oil theft and illegal bunkering in the Niger Delta, as well as the recovery of illicit funds. It is therefore expedient to raise these issues with you, distinguished parliamentarians. In this regard, Nigeria solicits the cooperation of the European Parliament to support the efforts aimed at stemming these vices.

Our attempts to restore security, curb corruption and fight crime will result not only in improving social stability in Nigeria but will re-open the doors for full economic relations with Europe and the outside world. Those who wish to invest in our country have vast opportunities, and we intend to guarantee the security of people and investments brought to Nigeria.

The whole world recently converged in Paris, France, for the Climate Change Conference (COP21). A positive approach to the issue resulted in mutually-acceptable decisions. The world leaders have forged a common platform in addressing the devastating effects of climate change, particularly in the underprivileged countries across the entire length and breadth of the globe.

During this all-important global event, I declared my country's position on climate change. I reiterate here that it portends serious threats to Nigeria's security and development. Nigeria is watching helplessly as Lake Chad dries up. This has monumental consequences for the people living in the Lake Chad basin, whose livelihood has, for generations, been dependent on the resources of the lake. These resources are fast dissipating, throwing communities out of jobs.

It is pertinent to mention that all the states contiguous to Lake Chad are facing the effects of climate change. Collectively, we are under an obligation to face these common challenges. Our collective efforts may not be enough, as we are constrained by the dearth of funds, technology and manpower to initiate the right solutions. We are therefore calling for quick global action to address the issues. Indeed, these will serve in part as panaceas to the issues facing the countries sharing Lake Chad's resources.

In an effort to find a lasting solution to this problem, Nigeria has contributed the sum of USD 5 million, which has already been used in the conduct of a holistic study on the inter-basin water transfer from the Congo basin to Lake Chad. The study has revealed that the project will require the sum of USD 15 billion to reach completion.

I wish to state that this study has indicated that the proposed Lake Chad project would be able to pay back this huge investment if it is private-sector driven. Against this background, let me invite Parliament to use its good offices by lending its support to the realisation of this laudable project.

I wish once again to express, with all sense of humility, my profound appreciation to the President of the European Parliament, Members of the European Parliament, European leaders and the people of this continent for the honour personally extended to me, and by and large the people of Nigeria, to address the plenary session of one of the largest groups of democracies in the world. I thank you all for this rare honour. Thank you very much.

(Loud and sustained applause)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Präsident Buhari, für Ihre Rede! Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihren Beifall, der auch eine Unterstützung ist für die anstrengende Arbeit, die Präsident Buhari in seinem Land zu erledigen hat.

Ich möchte Ihnen, Herr Präsident, noch einmal herzlich danken, sicher auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen, für das große Engagement Ihres Landes im Rahmen der internationalen Verpflichtungen der Vereinten Nationen.

Herzlichen Dank für Ihren Besuch!

(Beifall)

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

8. Abstimmungsstunde

La Présidente. – L'ordre du jour appelle l'Heure des votes.

(Pour les résultats des votes et autres détails les concernant: voir procès-verbal)

8.1. Assoziierungsabkommen EU/Republik Moldau: Schutzklausel und Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktike (A8-0364/2015 - Helmut Scholz) (Abstimmung)

8.2. Assoziierungsabkommen EU/Georgien: Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (A8-0365/2015 - Gabrielius Landsbergis) (Abstimmung)

— *Avant le vote:*

Gabrielius Landsbergis (PPE). – Madam President, Georgia is probably the most advanced in implementing reforms related to the Association Agreement and visa liberalisation. The Georgian population remains strongly supportive of the European course, with 68% willing to join the EU and support the democratic development of the country.

The deep and comprehensive free trade area (DCFTA) is already bringing positive effects to Georgia and, with continuous reforms and standardisation, its exports to the EU will grow. But due to asymmetry in trade, the effects on the EU market will remain minimal. Georgia will gain in terms of job creation, encouraging growth and investment and creating a predictable and liberal business environment.

Such a mechanism has never been used so far, but it provides a safety net – if needed – for EU producers of sensitive agricultural products and for Georgian producers against the fraudulent circumvention of origin requirements by third parties not covered by this Association Agreement.

I thank the shadow-rapporteurs, all the interlocutors and advisers for their work and constructive approach, and I ask your support for this report.

8.3. Ratifizierung des Vertrags von Marrakesch aufgrund der eingegangenen Petitionen, insbesondere der Petition Nr. 0924/2011 (B8-0168/2016) (Abstimmung)

8.4. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte FG72 (B8-0133/2016) (Abstimmung)

8.5. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 (B8-0134/2016) (Abstimmung)

8.6. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 89788 (B8-0135/2016) (Abstimmung)

8.7. Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (B8-0040/2016) (Abstimmung)

— *Avant le vote:*

Elżbieta Bieńkowska, Member of the Commission. – Madam President, I will read the official statement of the Commission, but firstly let me underline that the Commission and Parliament have a very common interest. We were able, during the last week, to present a very robust and stronger type of approval system in Europe. The Commission will get supervisory powers, and we will make sure that Member States enforce the rules. So there will be no new Volkswagen cases in the future. Now let me go onto the official Commission statement.

COMMISSION STATEMENT

The Commission is fully committed to putting very robust emission-testing procedures in place, as of September 2017, to measure real driving emissions (RDE). The Commission counts on the European Parliament's support in this respect.

On 28 October 2015, the Technical Committee for Motor Vehicles (TCMV) voted on a draft Commission Regulation introducing RDE limits for light duty vehicles.

The Commission is aware that the final result of the vote at the TCMV raised criticism from the European Parliament as to the level of conformity factors. The Commission considers the review mechanism of the draft regulations to be a very appropriate tool to address this criticism.

The annual review of the second conformity factor is explicitly included in the enacting terms of the draft Commission regulation. The objectives of this revision clause are to bring the conformity factor to 1, as soon as possible and at the latest by 2023. The Commission is committed to making use of this revision clause to reduce the second conformity factor by 2017 already, and on an annual basis. Due to this revision clause and the technical improvements which can be expected, manufacturers will, as of today, have to design vehicles that will comply with a conformity factor of 1.

The Commission welcomes the report on the reduction of pollutant emissions from road vehicles (DESS report) and agrees with the European Parliament on the need to ensure that the Commission is empowered to adopt measures and requirements on RDE test procedures, including conformity factors, through delegated acts following the revision of the Euro 5/6 legislation.

The Commission is committed to working closely with the European Parliament and with the Council to reach a compromise to this end without delay. The Commission will, in any case, ensure that the European Parliament is duly and closely involved in the setting-out of the RDE conformity factors.

The Commission believes that the joint work by both co-legislators will allow the establishment of a new, efficient and reliable approval framework for motor vehicle products.

Giovanni La Via, *chair of the ENVI committee*. – Madam President, I would like to thank Commissioner Bieńkowska for her presence today in the Plenary, and also Vice-President Šefčovič, for their important work. This statement is proof of positive interinstitutional cooperation and represents a clear commitment for the future. I would like to invite all Members of the European Parliament to take this commitment into account during the vote – important for our European citizens.

8.8. Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) (A8-0009/2016 - Viviane Reding) (Abstimmung)

8.9. Neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015 (B8-0148/2016, B8-0150/2016, B8-0163/2016, B8-0164/2016) (Abstimmung)

La Présidente. – Ceci clôt l'Heure des votes.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

9. Stimmerklärungen

9.1. Assoziierungsabkommen EU/Republik Moldau: Schutzklausel und Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (A8-0364/2015 Helmut Scholz)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova, to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, UKIP voted to abstain.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il 13 novembre 2014 il Parlamento ha approvato un accordo di associazione UE-Moldova che instaura una zona di libero scambio globale e approfondito. L'accordo contiene però una clausola bilaterale di salvaguardia in virtù della quale si sospendono temporaneamente le preferenze commerciali instaurate, qualora il regime d'importazione dei prodotti dal paese associato dovesse danneggiare il mercato europeo. Alla clausola di salvaguardia si accompagna poi il meccanismo antielusione, che permette di ripristinare l'originaria aliquota dei dazi doganali qualora i prodotti importati superino una certa soglia. Ho espresso voto positivo alla proposta di attuazione di tali clausole poiché ritengo prioritario tutelare il mercato europeo e i suoi equilibri.

Tim Aker and Diane James (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, we voted to abstain.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque la aplicación del mecanismo antielusión en este tipo de acuerdos comerciales supone una garantía para asegurar la protección de la industria europea frente a los productos agrícolas importados a la UE, cuando proceda. Este informe versa sobre la aplicación de las cláusulas de salvaguardia y antielusión incluidas en el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Moldavia, así como sobre la obligación de informar por parte de la Comisión Europea. La Comisión deberá presentar un informe al Parlamento Europeo en caso de que se trate de activar los mecanismos necesarios para proteger a la industria y a los consumidores europeos de malas prácticas comerciales que puedan dañar sus intereses. Este informe busca adaptar el Reglamento al nuevo acuerdo comercial de cara a poder reinstaurar las aduanas con el objetivo de proteger la economía europea. Por dichos motivos he decidido votar a favor del presente informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l'application de la clause de sauvegarde et anti-contournement destinée aux produits agricoles de l'accord d'association UE-Moldavie.

En effet, ces clauses s'appliquent quand la branche européenne est touchée et non les branches nationales des États membres qui ne sont, elles, pas protégées.

De plus, les modifications apportées à travers ce texte sont mineures; cet amendement n'apporterait aucune valeur ajoutée. Enfin, l'ajustement prévu des droits de douanes pour pallier au problème d'importations importantes est trop faible pour être efficace.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. This was a technical file that amends a Commission proposal to harmonise the wording of a regulation with the EU-Moldova Association Agreement.

The EU-Moldova Association Agreement includes an anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility of reintroducing the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Moldova exceed a given threshold without due justification of their exact origin.

A regulation of the Parliament and Council is necessary to put in place in the EU's internal legislation the necessary instrument to be able to apply the anti-circumvention mechanism.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης καθώς εκείνη εφαρμόζει τις αναγκαίες ρήτρες διασφάλισης και τον μηχανισμό κατά της καταστρατήγησης που μπορεί να χρειαστεί να ενεργοποιηθούν σε περίπτωση που κάποιο προϊόν, προερχόμενο από τη Μολδαβία, εισάγεται σε τόσο μεγάλες ποσότητες στην Ευρώπη που αυτές να δημιουργούν πρόβλημα στην παραγωγή της Ένωσης.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'accord d'association UE-Moldavie est doté d'un «mécanisme anti-contournement» et d'une «clause de sauvegarde». Aussi, s'il y a une hausse imprévue et significative des importations avec préjudice grave pour la branche de production européenne, la clause permet-elle d'activer une suspension de toute nouvelle baisse des tarifs douaniers du produit concerné ou leur remplacement par le droit de douane de la nation la plus favorisée. On ne peut que se réjouir d'une telle réserve à l'endroit du libre-échange. Malheureusement, la clause de la «nation la plus favorisée» reste bien insuffisante. En outre, force est de constater que cette disposition, plus cosmétique que pratique, n'est jamais utilisée. Voter en faveur de ce texte serait donc accréditer une politique de protection trop minimaliste.

C'est pourquoi, avec mes collègues du Front national, j'ai choisi de m'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – If the situation were the UK signing or updating such an Agreement with Moldova to bring British trade into line with World Trade Organisation rules, then I would vote in favour. However, I do not believe that the European Union should be the place for such matters to be decided as a consequence of my view that the United Kingdom should not be a part of it.

Consequently, I felt that it was appropriate to abstain on this vote.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord car il facilitera le contrôle de la mise en œuvre d'une politique commerciale commune entre l'Union et la Moldavie dans un souci de transparence et un objectif de réduction de la corruption.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl ES ir Moldovos asociacijos susitarimo. Jame numatyta dvišalė apsaugos sąlyga, kuri leistų laikinai sustabdyti lengvatų taikymą tuo atveju, kai jas toliau taikant importas netikėtai smarkiai išaugtų ir dėl to būtų padaryta ekonominė žala importuojančios šalies vidaus pramonei. Susitarime taip pat nustatyta vadinamoji kovos su priemonių vengimu tvarka, kuria numatoma galimybė, tam tikrų žemės ūkio produktų importui iš Moldovos viršijus nustatytą ribą ir nesant tinkamo jų tikslios kilmės pagrindimo, vėl nustatyti didžiausio palankumo režimo muito normą. Siūlomu reglamentu siekiama užtikrinti pagal susitarimą atsirandančių Moldovos įsipareigojimų vykdymą, kad prireikus galima būtų apsaugoti ES gamintojus. Pritariu siūlymui nustatyti prievolę teikti ataskaitas, pagal kurią Komisija teisėkūros institucijoms turi pateikti metinę reglamento taikymo ir įgyvendinimo ataskaitą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, we voted to abstain.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les produits agricoles importés de Moldavie sont principalement les oléagineux, les noix fraîches, le jus de pomme, les vins et les céréales.

L'accord d'association avec la Moldavie contient une clause de sauvegarde: s'il y a une hausse imprévue et significative des importations avec préjudice grave pour la branche de «production européenne», la clause permet d'activer une suspension de toute nouvelle baisse des tarifs douaniers du produit concerné ou leur remplacement par le droit de douane de la nation la plus favorisée. Il y a aussi une clause anticourtage: lorsque le volume des importations de certains produits agricoles dépasse un plafond avec un doute sur leurs origines, la clause permet de remplacer le droit de douane préférentiel par le droit de douane de la nation la plus favorisée (NPF).

Ces clauses sont comparables à celles déjà mises en place dans de nombreux accords de libre-échange.

Or ces clauses ne peuvent s'appliquer que lorsque la «branche européenne» est touchée dans son ensemble: les branches de production de chaque État ne sont donc pas protégées.

Voilà pourquoi je me suis abstenu.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – L'Unione europea rappresenta il partner commerciale principale della Moldova, con un ammontare degli scambi pari al 46,4% del totale del paese. Il mio voto a favore della relazione Scholz muove dalla convinzione che l'Accordo di associazione tra UE e Moldova rappresenti un passo avanti importante nelle relazioni con questo paese, un passo che deve però tenere in debita considerazione i rischi per i produttori e consumatori europei. Ritengo per questo motivo molto positiva l'implementazione, all'interno della legislazione comunitaria, delle clausole di salvaguardia volte a tutelare l'industria e la produzione del continente, minacciate dal pericolo di importazioni eccessive. L'arrivo di prodotti non moldovi sul mercato europeo, attraverso un primo passaggio nel paese, può rappresentare un problema la cui risoluzione può essere efficacemente individuata nell'introduzione dei meccanismi antielusione già previsti dall'accordo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo. En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Moldavia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Quiero agradecer al ponente su labor en este informe, que he apoyado. Las cláusulas de salvaguardia y el mecanismo antielusión del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia son importantes. Mediante este instrumento pueden suspenderse temporalmente las preferencias si su aplicación puede causar un aumento significativo o inesperado de las importaciones que provoque perjuicios económicos a la industria nacional de la Parte importadora, es decir, es posible suspender una mayor liberalización arancelaria o restablecer el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Ce rapport concerne la clause de sauvegarde et le mécanisme anticourtage pour l'accord d'association UE-Moldavie. Les clauses de cet accord s'appliquent quand il s'agit de la branche européenne et non d'une branche nationale, ce qui signifie la non-protection des productions de chaque État.

Les objectifs de mettre à plat des droits de douane sur le taux NPF est à l'évidence trop faible pour une réelle résolution concernant les importations. En réalité, cet accord n'a pour but que de faciliter l'ajustement et non de l'empêcher.

Au fond, le texte amendé n'enrichi en rien la clause de sauvegarde et le mécanisme anticourtage de l'accord d'association UE-Moldavie.

Au vu de leur réaction, les clauses de cet accord n'ont aucune ambition de protection. Les changements sont très minimes et n'améliorent en rien le texte, ce qui m'amène donc à m'abstenir sur ce vote.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur non risultando problematico, mi sono espressa su questo provvedimento con un'astensione, poiché, sebbene non generi un reale rischio per il sistema produttivo agricolo italiano, non condivido i presupposti di questo accordo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo a esta Resolución legislativa del Parlamento que hace posible que se lleven a la práctica las disposiciones correspondientes del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia al que el Parlamento Europeo dio su aprobación el 13 de noviembre de 2014. Es necesario aprobar el Reglamento propuesto para permitir el cumplimiento de las obligaciones de Moldavia derivadas del Acuerdo con miras a proteger a los productores de la UE, cuando proceda. El Acuerdo incluye una cláusula bilateral de salvaguardia mediante la cual pueden suspenderse temporalmente las preferencias si su aplicación puede causar un aumento significativo e inesperado de las importaciones que provoque perjuicios económicos a la UE. Además, incluye también un mecanismo antielusión, por el que se ofrece la posibilidad de volver a introducir los tipos de derechos de aduana si las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superan un determinado umbral sin que su origen exacto esté debidamente justificado.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas priėmė savo poziciją dėl reglamento, kuriuo įgyvendinama apsaugos sąlyga ir kovos su priemonių vengimu tvarka, kuria numatomas laikinas asociacijos susitarime numatytų muitų tarifų lengvatų taikymo Moldovai sustabdymas. Asociacijos susitarime su Moldova, kaip ir daugumoje mūsų prekybos susitarimų, numatyta dvišalė apsaugos sąlyga. Ši priemonė leidžia laikinai sustabdyti lengvatų taikymą tuo atveju, kai jas toliau taikant importas netikėtai smarkiai išaugtų ir dėl to būtų padaryta ekonominė žala importuojančios šalies vidaus pramonei. Be to, susitarime taip pat nustatyta vadinamoji kovos su priemonių vengimu tvarka, kuria numatoma galimybė, tam tikrų žemės ūkio produktų importui iš Moldovos viršijus nustatytą ribą ir nesant tinkamo jų tikslios kilmės pagrindimo, vėl nustatyti didžiausio palankumo režimo muito normą. Siekiant ES vidaus teisės aktuose įtvirtinti priemonę, sudarysiančią sąlygas taikyti dvišalę apsaugos sąlygą ir kovos su priemonių vengimu tvarką, reikia priimti Europos Parlamento ir Tarybos reglamentą. Siūlomą reglamentą būtina priimti siekiant užtikrinti pagal susitarimą atsirandančių Moldovos įsipareigojimų vykdymą, kad prireikus galima būtų apsaugoti ES gamintojus.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A javasolt szabályozás lehetővé teszi, hogy az EU–Moldova társulási megállapodásban meghatározott kedvezmények átmenetileg felfüggesztésre kerüljenek abban az esetben, ha a Moldovából származó import jelentős növekedése veszélyeztetné, károsíthatná az EU belső piacát. A mostani rendelet elfogadására azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tudi pri Republiki Moldaviji smo poslanci s podpora uredbi na seji Evropskega parlamenta omogočili uvedbo instrumenta, potrebnega za uporabo dvostranske zaščitne klavzule in mehanizma za preprečevanje izogibanja in ga vnesli v notranjo zakonodajo EU.

S par popravki želi Evropski parlament harmonizirati besedilo uredbe s tistim iz pridružitvenega sporazuma med EU in Moldavijo. Pred vsemi morebitnimi posegi pa je predvideno aktivno posvetovanje z moldavskimi oblastmi.

Glede na to da gre bolj za tehnične in pojasnjevalne spremembe, moja podpora ni bila vprašljiva.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće o zaštitnim mjerama kojim se nastoji zaštititi zemlje članice Europske unije u situaciji kada se iz Moldove uvozi proizvod, na način da to može nanijeti štetu industriji zemalja EU-a (npr. smanjenje ili ukidanje carina koje dovode do uvoza velikih količina proizvoda). Do sada nije postojala nikakva zaštitna mjera na temelju ugovora o slobodnoj trgovini EU-a, te smatram kako se zemlje članice u takvim okolnostima moraju zaštititi.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Le vote porte sur un texte amendé par le Parlement européen sur la clause de sauvegarde et le mécanisme anticourtournement destinés aux produits agricoles de l'accord d'association UE-Moldavie, texte qui n'apporte quasiment rien sur le fond. Ces clauses sont très peu protectrices telles qu'elles sont formulées. Les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte.

Je me suis donc abstenue.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che l'accordo di associazione UE-Repubblica di Moldova rappresenti un'opportunità per entrambe le parti contraenti sia dal punto di vista economico che da quello geopolitico. Ritengo altresì che sia importante che l'accordo in parola contenga clausole di salvaguardia e meccanismi antielusione adeguati e che essi vengano applicati in maniera efficace.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le clausole di salvaguardia contenute nel meccanismo antielusione dell'accordo di associazione commerciale fra Unione europea e Repubblica di Moldova non vanno intese come un'anacronistica misura protezionistica che non appartiene alla volontà politica né della Commissione né del Parlamento, bensì ad una forma di tutela dei produttori e dei consumatori tramite la possibilità di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della NPF qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Moldova (elencati nell'allegato XV-C) superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta.

Le clausole antielusione sono importanti per evitare l'importazione nell'Unione di prodotti non moldovi attraverso la Moldova, utilizzando i vantaggi dell'accordo per eludere i requisiti di «norme di origine». Il capo II della proposta (articolo 13) stabilisce le procedure per l'applicazione di questo meccanismo, che non pregiudica l'applicazione delle misure definite al capo I (misure di salvaguardia). È importante promuovere gli accordi di associazione commerciale e il libero commercio internazionale, ma esso deve avvenire su una base di trasparenza e di mutuo rispetto delle regole.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à apporter des précisions et des modifications à l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticontournement permettant la suspension des préférences tarifaires accordées à la Moldavie. Ces différentes clauses prévoient, en effet, qu'en cas de dépassement d'un certain volume d'importations, notamment de produits agricoles, qui menacerait ou occasionnerait de graves préjudices pour une branche de production européenne, l'Union peut suspendre toute nouvelle baisse des tarifs douaniers et remplacer les droits de douane préférentiels par les droits de douane de la nation la plus favorisée.

Bien qu'elles partent d'une bonne intention, ces clauses demeurent inefficaces dans la mesure où les branches de production nationales restent vulnérables tant qu'il n'y a pas de danger majeur pour la branche européenne. De plus, les mesures citées ci-dessus sont incontestablement dérisoires. Enfin, les modifications apportées au texte sont absolument négligeables.

Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Dreptul Uniunii are nevoie de existența unor instrumente pentru protecție temporară în cazul unei creșteri a importurilor. Mai ales când această creștere ar produce daune economice pe piața europeană și când apare nevoia de a-și proteja producătorii săi, Uniunea trebuie să se folosească de măsurile de supraveghere regională și de măsurile de salvagardare din acorduri.

Acesta este cazul în desfășurarea regimului comercial preferențial cu Republica Moldova, care este, din noiembrie 2014, în zona de liber schimb aprofundată și cuprinzătoare (DCFTA). UE este cel mai mare partener comercial al Moldovei, cu 46,4 % din schimburile comerciale, iar comerțul cu Moldova reprezintă 0,1 % din schimburile comerciale totale ale Uniunii.

Apreciez și faptul că mecanismul antieludare ce se va aplica prevede posibilitatea de a reintroduce taxa vamală aplicabilă națiunii celei mai favorizate, dat fiind că importul anumitor produse agricole provenite din Moldova a depășit un anumit prag, fără o justificare cu privire la originea lor exactă.

Am votat favorabil acest raport, salutând și susținând propunerea Comisiei de a proteja piața Uniunii și producătorii ei prin suspendarea temporară a preferințelor tarifare din Acordul de asociere dintre CEEA și Republica Moldova.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Mi sono astenuto. L'accordo di associazione UE-Moldova è stato siglato nel giugno 2014 ed è entrato in provvisoria applicazione dal settembre dello stesso anno. Questo regolamento non è altro che un provvedimento accessorio che prevede la possibilità di sospendere i dazi preferenziali accordati alla Moldova per un periodo massimo di sei mesi in caso di ingresso eccessivo di prodotti nell'UE. Il provvedimento, di per sé, non è assolutamente problematico. Anzi, si tratta, in concreto, di clausole di salvaguardia a protezione del nostro sistema produttivo.

Il mio voto di astensione, però, è giustificato da diverse ragioni: la nostra delegazione non condivide e si esprime contro l'accordo di associazione con un paese, la Moldova, di tradizionale influenza russa; questa indebita ingerenza in un'area geopolitica a noi poco affine è, peraltro, priva di interesse di tipo commerciale per le nostre aziende; non esiste, in concreto, un rischio per il sistema produttivo e agricolo italiano e padano dato dalla Moldova; qualora il problema esista, la nostra delegazione non crede nel funzionamento di procedure di salvaguardia che, alla prova dei fatti, si rivelano quasi sempre lente e poco funzionali agli scopi che si prefiggono.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento recante attuazione delle clausole di salvaguardia e del meccanismo antielusione, che prevede la sospensione temporanea delle preferenze tariffarie contenute nell'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Repubblica di Moldova.

La clausola bilaterale di salvaguardia consente di sospendere temporaneamente le preferenze accordate alla Repubblica di Moldova qualora si verifichi un inatteso e significativo incremento delle importazioni che arrecano un ingente danno economico all'industria interna dell'Unione europea. Ciò avviene soltanto previo obbligo, da parte dell'Unione, di tenere consultazioni con le autorità della Moldova prima dell'imposizione di una misura di salvaguardia definitiva.

In linea con quanto espresso dalla relazione, ritengo che la proposta della Commissione vada accolta con favore, in quanto è necessario integrare nel diritto dell'Unione gli strumenti necessari per l'applicazione di misure di salvaguardia temporanee in caso di un aumento delle importazioni che causa danni economici al mercato dell'Unione e ai suoi produttori.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, we voted to abstain.

David Casa (PPE), *in writing*. – The Association Agreement, like most agreements, includes a bilateral safeguard clause, which triggers the suspension of the Agreement in the case of an unexpected and significant increase of imports and causing damage to the EU domestic industry. I voted in favour of this report as it provides reasonable amendments to the Commission proposal, namely the safeguard clause and anti-circumvention mechanism so that they can be easily implemented should such a need arise. The two mechanisms themselves are a good way of protecting the interests of our domestic industry.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo di associazione con la Moldova, come la maggior parte degli accordi commerciali dell'UE, contiene una clausola bilaterale di salvaguardia. Ovvero, mediante questo strumento, le preferenze possono essere temporaneamente sospese nel caso in cui la loro applicazione dovesse comportare un inatteso e significativo incremento delle importazioni arrecante un danno economico all'industria interna della parte importatrice. Ho votato a favore della relazione anche alla luce di alcuni elementi positivi contenuti nel testo, quali l'obbligo per la Commissione di presentare una relazione annuale sull'applicazione, sull'attuazione e sul rispetto del regolamento e l'obbligo dell'Unione di tenere consultazioni con le autorità della Moldova prima dell'imposizione di una misura di salvaguardia definitiva.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε τη συμφωνία σύνδεσης με τη Μολδαβία, η οποία περιλαμβάνει μια διμερή ρήτρα διασφάλισης. Έτσι, οι προτιμήσεις μπορούν να ανασταλούν προσωρινά σε περίπτωση που η εφαρμογή τους ενδέχεται να οδηγήσει σε απρόσμενη και σημαντική αύξηση των εισαγωγών προκαλώντας οικονομική ζημία στην εγχώρια βιομηχανία του συμβαλλόμενου μέρους εισαγωγής (δηλαδή είναι δυνατόν είτε να ανασταλεί η περαιτέρω ελευθέρωση των δασμών είτε να επανέλθει ο δασμολογικός συντελεστής του μάλλον ευνοούμενου κράτους - ΜΕΚ). Επιπλέον, η συμφωνία αυτή περιλαμβάνει επίσης ένα λεγόμενο μηχανισμό κατά της καταστρατήγησης, που προβλέπει τη δυνατότητα επαναφοράς του δασμολογικού συντελεστή του «πλέον ευνοούμενου κράτους» όταν οι εισαγωγές ορισμένων γεωργικών προϊόντων από τη Μολδαβία υπερβαίνουν ένα συγκεκριμένο όριο, χωρίς τη δέουσα αιτιολόγηση της ακριβούς καταγωγής τους.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Συζητήσαμε σήμερα την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την εφαρμογή των ρητρών διασφάλισης και του μηχανισμού κατά της καταστρατήγησης που προβλέπει την προσωρινή αναστολή των δασμολογικών προτιμήσεων της Συμφωνίας Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Δημοκρατίας της Μολδαβίας, αφετέρου. Θεωρώ πως οι κινήσεις που αφορούν την ενίσχυση των υπαρχόντων κανόνων, με στόχο τη διασφάλιση και των δυο μερών είναι θετικές και έχουν ανάλογο αντίκτυπο στους πολίτες της ΕΕ, αλλά και της Μολδαβίας, ιδιαίτερα στον οικονομικό τομέα. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante attuazione delle clausole di salvaguardia e del meccanismo antielusione che prevede la sospensione temporanea delle preferenze tariffarie contenute nell'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Comunità europea dell'energia atomica e i loro Stati membri, da una parte, e la Repubblica di Moldova, dall'altra. Tali strumenti di protezione commerciale risultano indispensabili per prevenire le infrazioni dell'accordo. Nello specifico, mediante la clausola bilaterale di salvaguardia le preferenze tariffarie possono essere temporaneamente sospese nel caso in cui la loro applicazione dovesse comportare un inatteso e significativo incremento delle importazioni arrecante un danno economico all'industria interna della parte importatrice. Inoltre, l'accordo comprende altresì un meccanismo detto «antielusione», che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Moldova superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Un'accorta politica di vicinato è quella che promuove la crescita dei paesi limitrofi senza danneggiare il proprio potenziale di sviluppo. Le clausole di salvaguardia a cui si riferisce questa relazione sono esattamente questo: una corretta valvola che permetta di evitare squilibri. È da questo punto di vista che ho valutato questa proposta e ho dunque votato a favore.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The Agreement introduces a preferential trade regime – the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA). The European Union is Moldova's largest trading partner, while imports from Moldova increased by 20% following the entry into force of the DCFTA. The agreement includes a bilateral safeguard clause in Articles 165 to 169. This clause protects the Union's industry against an excess of imported goods which could cause 'serious injury' to industry. This may result in the suspension of a further reduction in the rate of customs duty on the concerned product. Article 148 of the agreement allows for an 'anti-circumvention mechanism'. This enables the re-introduction of the 'most-favoured-nation' customs duty rate when imports from Moldova are in excess of a certain threshold without justification of their origin. This clause is crucial to avoid the Union importing non-Moldovan products via Moldova. Safeguard measures and anti-circumvention mechanism cannot be applied in unison to the same product.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, we voted to abstain.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a União Europeia e a República da Moldávia introduz um regime de preferências comerciais, a Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada.

O Acordo inclui o denominado «mecanismo antievasão», que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro Nação Mais Favorecida sempre que as importações de determinados produtos agrícolas e produtos agrícolas transformados provenientes da Moldávia excederem um determinado limite sem a devida justificação da sua origem exata.

O estabelecimento de um regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho é indispensável para instituir, na legislação interna da UE, o instrumento necessário para poder aplicar esta cláusula bilateral de salvaguarda e o mecanismo anti-evasão.

Apoio o Relatório Scholz que vem precisamente pôr em prática as disposições do Acordo de Associação entre a UE e Moldávia, protegendo os produtores da UE se necessário.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, we voted to abstain.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della proposta di regolamento perché quest'ultimo è in grado di fornire gli strumenti necessari per intervenire a tutela dei produttori europei nel momento in cui si dovessero verificare tentativi di elusione e permetterà inoltre di applicare la clausola bilaterale di salvaguardia. Questi elementi sono necessari poiché, quando si creano zone di libero scambio approfondito come nel caso in questione tra UE e Moldova, bisogna tenere in considerazione possibili problematiche che potrebbero emergere a svantaggio dei produttori europei, a cui si potrà rispondere con la garanzia dell'utilizzo di strumenti commerciali assodati come le citate clausole di salvaguardia e il meccanismo antielusione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – In November 2013 Parliament voted in favour of an EU-Moldova Association Agreement. The current report seeks the suspension of a previously-contracted agreement with Moldova so as to align both agreements. It is important that the EU's relationship with Moldova is founded on clear rules and structures. I have thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Così come la maggior parte dei nostri accordi commerciali, l'accordo di associazione con la Moldova contiene una clausola bilaterale di salvaguardia. Mediante questo strumento le preferenze possono essere temporaneamente sospese nel caso in cui la loro applicazione dovesse comportare un inatteso e significativo incremento delle importazioni arrecando un danno economico all'industria interna della parte importatrice. Inoltre, l'accordo comprende altresì un meccanismo detto «antielusione», che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della NPF qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Moldova superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta. La proposta applica le disposizioni dell'accordo di associazione UE-Moldova che il Parlamento ha dato approvato il 13 novembre 2014. Tra gli elementi positivi: l'obbligo per la Commissione di presentare una relazione annuale sull'applicazione, sull'attuazione e sul rispetto del regolamento e l'obbligo dell'Unione di tenere consultazioni con le autorità della Moldova prima dell'imposizione di una misura di salvaguardia definitiva. Questo aspetto è stato oggetto di negoziazione e di accordo tra l'UE e la Moldova e trova espressione nell'articolo 160 dell'accordo di associazione. Il mio voto è favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque la aplicación del mecanismo antielusión en este tipo de acuerdos comerciales supone una garantía para asegurar la protección de la industria europea frente a los productos agrícolas importados a la UE, cuando proceda. Este informe versa sobre la aplicación de las cláusulas de salvaguardia y antielusión incluidas en el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Moldavia, así como sobre la obligación de informar por parte de la Comisión Europea. La Comisión deberá presentar un informe al Parlamento Europeo en caso de que se trate de activar los mecanismos necesarios para proteger a la industria y a los consumidores europeos de malas prácticas comerciales que puedan dañar sus intereses. Este informe busca adaptar el Reglamento al nuevo acuerdo comercial de cara a poder reinstaurar las aduanas con el objetivo de proteger la economía europea. Por dichos motivos he decidido votar a favor del presente informe.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Ahhoz, hogy az EU belső jogszabályaiba bevezessék a kétoldalú védzáradék és a kijátszásellenes mechanizmus alkalmazásához szükséges eszközt, szükség van egy európai parlamenti és tanácsi rendeletre. A Moldovával való társulási megállapodás kétoldalú védzáradékot tartalmaz. Ezzel az eszközzel ideiglenesen fel lehet függeszteni a kereskedelmi kedvezményeket abban az esetben, ha alkalmazásuk a behozatal váratlan és jelentős növekedését eredményezné, amivel az importáló fél hazai iparának jelentős gazdasági kárt okozna. Továbbá e megállapodás ún. kijátszásellenes mechanizmust is tartalmaz, amely arról rendelkezik, hogy lehetőség van a legnagyobb kedvezményes vámtétel visszaállítására, amennyiben a Moldovából származó egyes mezőgazdasági termékek behozatala meghalad egy bizonyos határt, és ezek pontos származására nem adnak megfelelő indoklást. Azaz a javasolt rendelet szükséges, hogy adott esetben meg lehessen védeni az uniós termelőket. Szavazatommal ezért támogattam a Bizottság javaslatának elfogadását.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Układ o stowarzyszeniu z Mołdawią z czerwca 2014 r. obejmuje dwustronną klauzulę ochronną. Układ uwzględnia m.in. tzw. mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu ceł, który umożliwia ponowne wprowadzenie stawki należności celnej stosowanej względem kraju najbardziej uprzywilejowanego w przypadku, gdy przywóz niektórych produktów rolnych, warzyw i napojów z Mołdawii przekroczy określony próg, bez należytego uzasadnienia ich dokładnego pochodzenia. Aby wprowadzić do wewnętrznego porządku prawnego UE niezbędny instrument, tak aby można było stosować wymienioną dwustronną klauzulę ochronną oraz mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu ceł, potrzebne jest rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady. Mając na uwadze wartość relacji UE z Mołdawią – głosowałem za jego przyjęciem.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report that establishes safeguard measures for European trade with the Republic of Moldova. Specifically, this report spells out safeguard measures in the case that a product originating in the Republic of Moldova is, as a result of the reduction or the elimination of the customs duties on that product, imported into the Union in such increased quantities that it could threaten to cause serious harm to the Union's industry. Furthermore, anti-circumvention clauses are important to avoid imports into the Union of non-Moldovan products via Moldova using the advantages of the Agreement to circumvent 'rules of origin' requirements.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I support this temporary suspension of tariff preferences under the EU-Moldova Association Agreement. It is important that tariff preferences under an association agreement only benefit the country with which the EU signed the deal. The Association Agreement with Moldova signed in June 2014 includes an anti-circumvention mechanism designed to be used when necessary, and I welcome its implementation in this case to ensure Moldovan farmers continue to benefit from the free trade agreement signed with the EU.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – Da settembre 2014, dopo la conclusione dell'accordo di associazione, l'Unione europea è diventata il maggiore partner commerciale della Repubblica di Moldova: l'intensificazione notevole degli scambi ha visto raddoppiare o addirittura triplicare per alcuni prodotti le esportazioni verso l'Unione europea. Sono convinto che il commercio debba continuare a costituire uno strumento efficace per sostenere il profondo processo di riforme strutturali in Moldova, favorendo sempre più la stabilizzazione del paese, soprattutto alla luce dei recenti sviluppi politici.

La proposta in questione è largamente basata su regolamenti già adottati per gli accordi di libero scambio con Corea del Sud, America centrale e Colombia/Perù e crea una valida rete di sicurezza per l'industria e i produttori europei, tutelandoli nel caso in cui si presentassero condizioni particolarmente critiche per il mercato europeo. Inoltre, ha il merito di introdurre l'obbligo per la Commissione di presentare a Parlamento e Consiglio una relazione annuale, garantendo un adeguato controllo democratico sull'applicazione di tale regolamento.

Per questo ho espresso voto favorevole alla relazione sulla proposta di regolamento recante attuazione delle clausole di salvaguardia e del meccanismo antielusione che prevede la sospensione temporanea delle preferenze tariffarie contenute nell'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Repubblica di Moldova.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif vise à mettre en œuvre la clause de sauvegarde dans le cadre de l'accord d'association UE-Moldavie, permettant de suspendre temporairement les préférences tarifaires accordées à la Moldavie. Cet instrument, prévu dans les accords d'association de l'Union avec des pays tiers, vise à garantir les intérêts des entreprises européennes lorsque les préférences accordées aux pays tiers entraînent une hausse importante et inattendue des importations, au détriment de la production européenne. La suspension est prévue pour une durée maximale de six mois. Considérant que la politique d'aide au développement des pays tiers de l'Union européenne ne doit pas se faire au détriment des intérêts de notre économie, notamment agricole, je me suis prononcé en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'intégration dans le droit de l'Union européenne de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticoncontournement prévu dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Moldavie. Il est en effet important de pouvoir suspendre temporairement l'application des préférences au cas où celles-ci génèreraient un dommage économique grave pour les producteurs européens.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di associazione con la Moldova contiene una clausola bilaterale di salvaguardia. Mediante questo strumento le preferenze commerciali possono essere temporaneamente sospese nel caso in cui la loro applicazione dovesse comportare un inatteso e significativo incremento delle importazioni arrecante un danno economico all'industria interna della parte importatrice. L'accordo comprende altresì un meccanismo detto «anti-elusione», che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della «nazione più favorita» (NPF) qualora le importazioni di taluni prodotti agricoli dalla Moldova superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta. Per introdurre nella legislazione interna dell'UE lo strumento necessario a rendere possibile l'applicazione della clausola bilaterale di salvaguardia e del meccanismo antielusione occorre un regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio. Per tale ragione ho votato a favore di questo provvedimento.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'accord d'association entre l'Union européenne et la Moldavie est un instrument important pour renforcer les liens commerciaux, promouvoir le respect des droits de l'homme et la bonne gouvernance en Moldavie. À ce titre, il doit être vu comme une opportunité pour les Moldaves et les Européens. Le volet commercial de cet accord doit être bénéfique pour les économies des deux parties mais aussi comporter des filets de sécurité pour les produits jugés comme étant sensibles. C'est pourquoi la mise en place du mécanisme «anticoncontournement» permettra de suspendre autant que de besoin les préférences tarifaires sur certains produits agricoles en cas d'augmentation non justifiée des importations en provenance de la Moldavie. Il permet notamment d'éviter la fraude aux règles d'origine comme le transit de produits des pays voisins par la Moldavie pour bénéficier de préférences européennes.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de règlement relatif à l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticoncontournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la République de Moldavie, d'autre part.

Cette proposition de règlement vise à créer l'instrument juridique permettant l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticoncontournement prévu dans l'accord déjà conclu avec la Moldavie. Concernant les mesures de sauvegarde, celles-ci ne pourraient être adoptées que si le produit en cause est importé dans l'Union dans des quantités tellement accrues et à des conditions telles qu'elles causent ou menacent de causer un dommage grave aux producteurs de l'Union fabriquant des produits similaires ou directement concurrents. Pour le mécanisme anticoncontournement, le règlement proposé prévoit la possibilité de suspendre les droits de douane préférentiels pendant une période maximale de six mois lorsque les importations de certains produits agricoles et produits agricoles transformés atteignent les volumes d'importation annuels définis dans l'accord. Des compétences d'exécution sont conférées à la Commission afin de pouvoir garantir l'uniformité des conditions d'adoption de mesures de sauvegarde.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le texte amendé n'améliore pas le fonctionnement de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticoncontournement de l'accord d'association UE-Moldavie. Ces dispositifs ne s'appliquent pas lorsqu'une branche nationale est touchée, mais uniquement pour protéger la branche européenne. L'alignement des droits de douane sur le pays le plus favorisé ne résoudra pas le problème des importations trop importantes. De même, le droit de douane prévu par la clause anticoncontournement n'est pas une solution suffisante. C'est pourquoi je me suis abstenue sur ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на предложението за регламент на Европейския парламент и на Съвета за прилагане на защитната клауза и механизма за недопускане на заобикалянето на мерки, с които се предвижда временно преустановяване на прилагането на тарифните преференции по Споразумението за асоцииране между Европейския съюз и Европейската общност за атомна енергия и техните държави членки, от една страна, и Република Молдова, от друга страна. Споразумението въвежда преференциален търговски режим – задълбочена и всеобхватна зона за свободна търговия (ЗВЗСТ).

През 2014 г., след влизането в сила на задълбоченото и всеобхватно споразумение за свободна търговия, вносът на Съюза от Молдова се увеличи с 20%, докато вносът на селскостопански стоки нарасна особено значително, с покачване от 30%. Селскостопанските продукти представляват значителен дял от общия внос на Съюза от Молдова. Основният износ на Съюза към Молдова са спиртните напитки, хранителните продукти и цигарите.

Причината да подкрепя предложението е, че защитната мярка се налага, когато в резултат от намаляването или премахването на митата по отношение на продукт с произход от Република Молдова, вносът на този продукт в Съюза се осъществява в такива увеличени количества като абсолютна стойност или в сравнение с производството на Съюза, че причинява или съществува опасност да причини „сериозна вреда“ на промишлеността на Съюза.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτίως*. – Η πρόταση κανονισμού αφορά την εφαρμογή του μηχανισμού κατά της καταστροφής-ησης ο οποίος προβλέπει την προσωρινή αναστολή των δασμολογικών προτιμήσεων της Συμφωνίας Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Μολδαβίας, αφετέρου.

Протеїветай η υπερψήφιση της πρότασης καθώς με την εφαρμογή του ως άνω μηχανισμού επιτυγχάνεται η προστασία των οικονομικών συμφερόντων των παραγωγών γεωργικών προϊόντων των κρατών μελών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A javasolt szabályozás lehetővé teszi, hogy az EU–Moldova társulási megállapodásban meghatározott kedvezmények átmenetileg felfüggesztésre kerüljenek abban az esetben, ha a Moldovából származó import jelentős növekedése veszélyeztetné, károsíthatná az EU belső piacát. A javaslat elfogadása szükséges annak érdekében, hogy a társulási megállapodásban meghatározott úgynevezett kijátszás elleni eljárás gyakorlati alkalmazását.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação com a Moldávia, tal como a maioria dos nossos acordos de comércio, inclui uma cláusula bilateral de salvaguarda. Além disso, este acordo inclui o chamado mecanismo antievasão, que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro de «Nação Mais Favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas provenientes da Moldávia excederem um determinado limiar sem a devida justificação da sua origem exata.

A presente proposta da Comissão baseia-se, em grande medida, em regulamentos de execução comparáveis, que foram discutidos entre os legisladores e por eles aprovados no âmbito de vários acordos recentes de comércio livre da UE atualmente em vigor.

A aprovação da proposta de regulamento é necessária para fazer a Moldávia cumprir as obrigações decorrentes do Acordo e, consequentemente, para proteger os produtores da UE, se necessário. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport, parce que ces mesures de contournement sont sans portée réelle et inefficaces.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo de Associação com a Moldávia inclui uma cláusula bilateral de salvaguarda. Através desse instrumento, as preferências podem ser temporariamente suspensas, caso a sua aplicação resulte num aumento inesperado e significativo de importações causadoras de prejuízos económicos. Além disso, este acordo inclui também o chamado mecanismo «antievasão», que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro de «nação mais favorecida», sempre que as importações de certos produtos agrícolas provenientes da Moldávia excederem um determinado limiar sem a devida justificação da sua origem exacta.

O Acordo – que condenamos e contra o qual estivemos – introduz um regime de preferências comerciais, a Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA).

As principais exportações da Moldávia para a União Europeia são oleaginosas, nozes frescas e secas, sumo de maçã, vinhos e cereais. As principais exportações da UE para a Moldávia são bebidas espirituosas, preparações alimentares, cigarros, algumas frutas e produtos hortícolas, incluindo citrinos, carne de suíno e alimentos para animais.

Esta cláusula e este mecanismo em nada alteram a natureza deste acordo, que rejeitamos. Apenas podem, em determinadas circunstâncias, mitigar algumas das suas consequências mais nefastas.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it would be good for citizens.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – V tejto predmetnej správe ide o zakomponovanie ochrannej klauzuly a klauzuly proti obchádzaniu mechanizmu, tak ako bola stanovená v asociačnej dohode medzi Európskou úniou a Moldavskom. To znamená, že nemôžu byť zavedené žiadne nové zásadné podmienky v priebehu legislatívneho procesu, ktorý nebol počas rokovaní o dohode o pridružení s Moldavskom schválený. Ochranné opatrenie sa môže uložiť, ak výrobok s pôvodom z Moldavska je v dôsledku zníženia alebo odstránenia cla dovážaný do Európskej únie v tak zvýšenom množstve, že by mohol zásadne poškodiť výrobné odvetvie. Dohoda o pridružení zahŕňa aj tzv. klauzulu proti obchádzaniu mechanizmu, ktorá poskytuje možnosť zaviesť colné sadzby, ak dovoz niektorých poľnohospodárskych výrobkov z Moldavska prekročí určitú povolenú hranicu, bez riadneho zdôvodnenia ich presného pôvodu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo perchè lo ritengo un accordo privo di alcun interesse di tipo commerciale per le nostre imprese.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Υπερψηφίζω την παρούσα πρόταση καθώς με την εφαρμογή του ως άνω μηχανισμού επιτυγχάνεται η προστασία των οικονομικών συμφερόντων των παραγωγών γεωργικών προϊόντων των κρατών μελών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This file concerns the incorporation in EU law of the safeguard clause and the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Moldova Association Agreement. The legislation can lay down the rules to be followed during the procedure and how decisions under the mechanism are to be taken. A safeguard measure may be imposed where a product originating in Moldova is, as a result of the reduction or the elimination of customs duties, imported into the Union in such increased quantities as to cause harm to the Union industry.

So far, no bilateral safeguard measure has been taken under the EU's trade agreements. A safeguard measure may take the form of a suspension of a further reduction of the tariff rate, an increase in the rate of the customs duty (following the 'lesser duty rule'). A safeguard measure must be limited for such a period of time as is necessary to prevent or remedy the serious injury to Union industry.

The Association Agreement also includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility to introduce the MFN customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Moldova exceed a given threshold without due justification of their exact origin.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A javasolt szabályozás lehetővé teszi, hogy az EU–Moldova társulási megállapodásban meghatározott kedvezmények átmenetileg felfüggesztésre kerüljenek abban az esetben, ha a Moldovából származó import jelentős növekedése veszélyeztetné, károsíthatná az EU belső piacát. A javaslat elfogadása szükséges annak érdekében, hogy a társulási megállapodásban meghatározott úgynevezett kijátszás elleni eljárás gyakorlati alkalmazását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A Moldovával való társulási megállapodás – kereskedelmi megállapodásaink nagy részéhez hasonlóan – kétoldalú védzáradékot tartalmaz. Ezzel az eszközzel ideiglenesen fel lehet függeszteni a kereskedelmi kedvezményeket abban az esetben, ha alkalmazásuk a behozatal váratlan és jelentős növekedését eredményezné, amivel az importáló fél hazai iparának jelentős gazdasági kárt okozna (vagyis lehetőség van arra, hogy vagy felfüggeszék a további vámliberalizációt, vagy visszaállítsák a legnagyobb kedvezményes vámtételt). Továbbá e megállapodás ún. kijátszásellenes mechanizmust is tartalmaz, amely arról rendelkezik, hogy lehetőség van a legnagyobb kedvezményes vámtétel visszaállítására, amennyiben a Moldovából származó egyes mezőgazdasági termékek behozatala meghalad egy bizonyos határt, és ezek pontos származására nem adnak megfelelő indoklást. Meggyőződésem, hogy szükség van egy európai parlamenti és tanácsi rendeletre ahhoz, hogy az EU belső jogszabályaiba bevezessék a kétoldalú védzáradék és a kijátszásellenes mechanizmus alkalmazásához szükséges eszközt.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor del informe, que tiene como objetivo fundamental establecer medidas de salvaguardia y mecanismos antielusión en el marco del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia, que se aplica provisionalmente desde el 1 de septiembre de 2014. Mediante este instrumento, pueden suspenderse temporalmente las preferencias si su aplicación puede causar un aumento significativo e inesperado de las importaciones que provoque perjuicios económicos a la industria nacional de la Parte importadora. Además, este Acuerdo incluye también un mecanismo denominado mecanismo antielusión, por el que se ofrece la posibilidad de volver a introducir los tipos de derechos de aduana de NMF si las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superan un determinado umbral sin que su origen exacto esté debidamente justificado.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della posizione del Parlamento europeo relativa a un regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante attuazione delle clausole di salvaguardia e del meccanismo anti-elusione che prevede la sospensione temporanea delle preferenze tariffarie contenute nell'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Comunità europea dell'energia atomica e i loro Stati membri, da una parte, e la Repubblica di Moldova, dall'altra, perché ritengo che sia importante avere in campo delle misure che possano salvaguardare l'economia europea in caso di circostanze straordinarie.

Condivido, infatti, la necessità di dotarsi di una clausola di salvaguardia che permetta di sospendere le preferenze commerciali in caso di inatteso e significativo incremento delle importazioni arrecante un danno economico all'industria europea. Ritengo opportuno anche la previsione di un meccanismo antielusione che possa scattare in caso d'importazioni oltre soglia non validamente giustificata, misure peraltro già discusse nell'accordo commerciale, di cui è necessaria la semplice trasposizione in regolamento.

Bene anche la previsione di periodiche relazioni da parte della Commissione europea rispetto agli effetti di tale regolamento, che permette al Parlamento di esercitare il necessario controllo democratico in rappresentanza dei cittadini europei. Infine, il sostanziale accordo con il Consiglio darà un'accelerazione all'entrata in vigore del regolamento.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Ich habe heute für den Bericht zum „Assoziierungsabkommen EU/Republik Moldau: Schutzklausel und Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken“ gestimmt, da ich eine weitere Annäherung und intensive Partnerschaft zu diesem Nachbarstaat der EU für geopolitisch sinnvoll und wichtig erachte.

Jens Gieseke (PPE), schriftlich. – Von einem Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen werden beide Seiten profitieren. Hiermit schaffen wir Anreize für Unternehmen, weitere Investitionen zu tätigen. Die Bekämpfung von undurchsichtigen Umgehungspraktiken ist dabei ein wichtiger Bestandteil.

Neena Gill (S&D), in writing. – I voted in favour of this report, which includes a bilateral safeguard clause to accompany the Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA) embedded in the Association Agreement with Moldova. Safeguard clauses are legal instruments to protect European industry by providing a mechanism to take action against a surge in imports which distort the EU market due to the reduction or elimination of tariffs under a preferential trade agreement.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Moldavia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Wniosek w sprawie stosowania klauzuli ochronnej i mechanizmu przeciwdziałającego obchodzeniu celi względem Republiki Mołdawii pełni bardzo ważną rolę w polityce handlowej Komisji.

Układ o stowarzyszeniu z Mołdawią chroni przemysł Unii Europejskiej bez narażania go na straty ekonomiczne. Republika Mołdawii, nie będąca członkiem Unii Europejskiej, powinna dostarczać produkty rolne, warzywa i napoje bez przekraczania określonych progów, jak również z należytytym uzasadnieniem dokładnego pochodzenia wspomnianych produktów.

W pełni popieram wyżej wymieniony wniosek Parlamentu Europejskiego i Rady, jak również wyrażam poparcie dla obowiązku składania sprawozdań przez Komisję w sprawie stosowania i wdrożenia rozporządzenia.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – The Association Agreement with Moldova, like the majority of our trade agreements, includes a bilateral safeguard clause. By this instrument preferences can be temporarily suspended in case their application would result in an unexpected and significant increase of imports causing economic damage to the domestic industry of the importing party (i.e. it is possible to either suspend the further tariff liberalization or reintroduce the 'most favoured nation' customs duty rate). Furthermore, this agreement also includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility to reintroduce the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Moldova exceed a given threshold without due justification of their exact origin.

A regulation of the European Parliament and of the Council is needed to put in place in the EU's internal legislation the necessary instrument to be able to apply the bilateral safeguard clause and the anti-circumvention mechanism.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A javasolt szabályozás lehetővé teszi, hogy az EU–Moldova társulási megállapodásban meghatározott kedvezmények átmenetileg felfüggesztésre kerüljenek abban az esetben, ha a Moldovából származó import jelentős növekedése veszélyeztetné vagy károsíthatná az EU belső piacát. A javaslat elfogadása szükséges annak érdekében, hogy a társulási megállapodásban meghatározott úgynevezett kijátszás elleni eljárás gyakorlatban alkalmazhatóvá váljék.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η έκθεση αυτή θέτει σε εφαρμογή διατάξεις που είχαν ψηφιστεί στα πλαίσια της συμφωνίας σύνδεσης ΕΕ- Μολδαβίας. Αφορά ουσιαστικά ρήτρες διασφάλισης για εισαγωγή μέτρων όταν η εισαγωγή κάποιων προϊόντων φτάσει ένα επίπεδο στο οποίο κρίνεται ότι μπορεί να επηρεάζονται οι παραγωγοί στην ΕΕ ή όταν δεν υπάρχει η δέουσα αιτιολόγηση της ακριβής καταγωγής τους (μηχανισμός καταστρατήγησης). Παρά τη διαφωνία μας με το περιεχόμενο της συμφωνίας σύνδεσης ΕΕ-Μολδαβίας υπερψηφίσαμε την έκθεση αφού οι ρήτρες διασφάλισης και ο μηχανισμός καταστρατήγησης αποτελούν σημαντικά εργαλεία.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – De associatieovereenkomst die de EU en de Republiek Moldavië in november 2014 hebben afgesloten, heeft geleid tot nog meer spanningen in de regio. Rusland heeft als reactie hierop een invoerstop voor producten uit Moldavië afgekondigd. Door de invoering van autonome handelspreferenties en de invoering van de vrijwaringsclausule en het anti-ontwijkingsmechanisme in de associatieovereenkomst voor de Republiek Moldavië wil Europa de gevolgen voor de agrarische sector beperken.

Er is hier echter geen sprake van hulpverlening, maar eerder van een vergeldingsactie tegen Rusland. De intensivering van de handelsbetrekkingen met Moldavië en daarmee de vergroting van Europese invloed op de regio heeft grote geopolitieke consequenties. Het zal de spanning tussen de Europese Unie en Rusland verder vergroten. Internationale veiligheid, mensenrechten en democratie zijn te allen tijde belangrijker dan kortzichtige handelspolitiek. Daarom heb ik in november 2014 tegen het associatieverdrag, in december 2014 tegen de invoering van autonome handelspreferenties en nu tegen de vrijwaringsclausule en het anti-ontwijkingsmechanisme in de associatieovereenkomst voor de Republiek Moldavië gestemd.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. I support the rapporteur's approach and the aim to reach a quick first-reading agreement with the Council.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera, kojim se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana iz Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Republike Moldove, s druge strane (COM(2015)0154 – C8-0092/2015 – 2015/0079(COD)) - u redovnom zakonodavnom postupku, prvo čitanje.

Naime, Sporazumom je uključen „mehanizam za sprečavanje izbjegavanja mjera” kojim se omogućuje ponovno uvođenje stope carine, u slučajevima kad uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda i prerađenih poljoprivrednih proizvoda iz Republike Moldove premaši utvrđeni prag bez valjanog obrazloženja odnosno bez valjanog točnog podrijetla. Uključenje klauzule o izbjegavanju je važno radi sprečavanja uvoza u EU-u nemoldavskih proizvoda preko Republike Moldove, koristeći se prednostima odredbi Sporazuma.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'accord d'association UE-Moldavie se dote d'un mécanisme anti-contournement et d'une clause de sauvegarde. Ainsi, s'il y a une hausse imprévue et significative des importations avec préjudice grave pour la branche de production européenne, la clause permet d'activer une suspension de toute nouvelle baisse des tarifs douaniers du produit concerné ou leur remplacement par le droit de douane de la nation la plus favorisée. Il est tout à fait positif qu'une telle réserve existe à l'endroit du libre-échange. Pour autant, la clause de la nation la plus favorisée n'est pas une protection importante. De plus, on constate que cette disposition, plus cosmétique que pratique, n'est jamais utilisée. Voter en faveur de ce texte serait accrédi ter une politique de protection trop minimaliste.

Je me suis donc abstenu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Helmut Scholz sur la proposition de règlement relatif à l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticontournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union et la Moldavie. La clause de sauvegarde permet de suspendre temporairement des préférences commerciales si une augmentation importante des importations causait des dommages pour l'industrie européenne. Ce texte est nécessaire à l'application des clauses contenues dans l'accord d'association de l'Union avec la Moldavie, que j'ai soutenu.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui valide la proposition de créer deux mécanismes de protection dans le cadre de l'accord d'association signé entre l'Union et la Moldavie.

Ces mécanismes vont permettre de stopper les clauses préférentielles signées avec la Moldavie dans les cas où l'importation de produits moldaves mettrait en danger une filière de production européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Schutz der österreichischen Landwirtschaft hat für mich höchste Priorität. Gleichzeitig sehe ich hinsichtlich Lebensmittelstandards und Anbaumethoden große Probleme bei einem Abkommen mit der Republik Moldau. Allerdings bedeutet Moldaus geringer Industrialisierungsgrad, dass es derzeit in erster Linie in der Landwirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Aufgrund dieser Überlegungen enthalte ich mich zu diesem Bericht.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I support this report and the two amendments adopted in the INTA Committee, which aim to bring the wording of the Regulation into line with the wording of the EU-Moldova Association Agreement. I believe that the adoption of the proposed regulation is necessary to enforce the obligations of Moldova stemming from the Agreement in order to protect EU producers. This instrument ensures that preferences can be temporarily suspended in a case where their application would result in an unexpected and significant increase of imports causing economic damage to EU domestic industry. I believe that this implementing regulation is required to put the necessary instrument in place in the EU's internal legislation in order to apply the bilateral safeguard clause and the anti-circumvention mechanism present in the Moldova Association Agreement in order to ensure the protection of EU producers.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as it is simply incorporation in EU law of the safeguard clause and the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Moldova Association Agreement.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Jelentés az egyrészről az Európai Unió, az Európai Atomenergia-közösség és tagállamai, másrészről a Moldovai Köztársaság közötti társulási megállapodásban szereplő védzáradék és a vámkedvezmények ideiglenes felfüggesztésére irányuló kijátszásellenes mechanizmus végrehajtásáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre irányuló javaslatról.

A javasolt szabályozás lehetővé teszi, hogy az EU–Moldova társulási megállapodásban meghatározott kedvezmények átmenetileg felfüggesztésre kerüljenek abban az esetben, ha a Moldovából származó import jelentős növekedése veszélyeztetné, károsíthatná az EU belső piacát. A javaslat elfogadása szükséges annak érdekében, hogy a társulási megállapodásban meghatározott úgynevezett kijátszás elleni eljárás gyakorlati alkalmazását.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The European Union is Moldova's biggest trade partner. It is then essential, to have a European trade agreement with this country. I voted in favour of this resolution, in order to safeguard our mutual clauses and harmonise this process. For example, to consult the Moldovan authorities before each definitive imposition of the safeguard clause.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Oltre all'accordo di associazione con la Georgia, abbiamo oggi votato quello con la Moldova. Esso contiene sia un meccanismo antielusione, come per il precedente, sia una clausola bilaterale di salvaguardia. Inoltre, la proposta prevede l'obbligo, da parte della Commissione, di rendere pubblica una relazione annuale sull'applicazione e il rispetto del regolamento, permettendo un controllo parlamentare della messa in atto della politica commerciale comune da parte della Commissione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la clause de sauvegarde et le mécanisme anticontournement dans le cadre de l'accord d'association UE-Moldavie. Le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond à la clause de sauvegarde et au mécanisme anticontournement de l'accord d'association UE-Moldavie. Ces clauses sont très peu protectrices telles qu'elles sont rédigées. Ces clauses s'appliquent quand la branche européenne est touchée et non une branche nationale quelconque. Les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport car il n'apporte rien d'intéressant à l'accord d'association.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En 2014 el Parlamento Europeo dio su apoyo al Acuerdo de Asociación UE-Moldavia, por el que se establecía una zona de libre comercio de carácter amplio entre ambos territorios.

Este acuerdo incluye una cláusula bilateral de salvaguardia, por la que se pueden suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación genere un aumento significativo de las importaciones y estas, a su vez, generen perjuicios económicos a la industria nacional de la parte importadora.

Por otro lado, en el caso de que determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superen un umbral determinado sin que su origen esté debidamente justificado, el mecanismo antielusión ofrece la posibilidad de reintroducir los tipos de derechos de aduana de NMF (nación más favorecida) para que no se dé lugar a un abuso.

Considero relevante la aprobación de este informe, ya que es necesaria la existencia de un Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo que sirva como instrumento legislativo interno de la UE para poder llevar a cabo la aplicación de la cláusula de salvaguardia y del mecanismo antielusión.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Sporazum o pridruživanju EU-a i Moldove, kao i u većini trgovinskih sporazuma EU-a, utvrđen je i bilateralnom zaštitnom klauzulom. Zaštitna mjera može se uvesti ako se proizvod podrijetlom iz Republike Moldove, zbog smanjenja ili ukidanja carina na taj proizvod, uvozi u Uniju u toliko povećanim količinama da to uzrokuje ili bi moglo prouzročiti znatnu štetu industriji Unije.

U Sporazum je uključen i takozvani „mehanizam za sprečavanje izbjegavanja mjera” kojim se omogućuje ponovno uvođenje carinske stope koja je utvrđena prema načelu najpovoljnije nacije. Podržala sam izvješće zastupnika Helmuta Scholza o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi zaštitne klauzule i mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera kojima se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana.

Potrebno je uvrstiti instrumente neophodne za primjenu privremenih zaštitnih mjera u slučaju povećanja uvoza kako bi se na taj način spriječila gospodarska šteta tržištu Unije i njezinim proizvođačima.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Šis balsojums nekādā ziņā neattiecas uz kādu konkrētu tarifu preferenču pagaidu apturēšanu attiecībā uz Moldovas Republiku – tā ir vienkārša konkretizācijas pievienošana ES un Moldovas asociācijas nolīguma ietvaros, kas jau kļuvusi par standarta papildinājumu šāda tipa dokumentos.

Komisijas priekšlikums, starp citu, tika papildināts ar nepieciešamību pirms jebkuras apturēšanas organizēt konsultācijas ar Moldovas pārstāvjiem, kurām jānotiek 30 dienu laikā. Ja šajā periodā kompromiss netiks sasniegts, tikai tad Komisijai parādīsies iespēja īstenot jebkādu tarifu preferenču pagaidu apturēšanu.

Tā kā šis balsojums attiecas uz pilnīgi loģiskiem konkretizējošiem grozījumiem, nevis pagaidām atceļ Moldovas tirdzniecības preferences, nebija neviena iemesla balsot pret.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Súhlasím so zavedením ochranných prvkov v bilaterálnej dohode s Moldavskom, ktorého cieľom je chrániť poľnohospodársky trh Únie pri nadmernom alebo nedovolenom dovoze poľnohospodárskych výrobkov z Moldavska. Opatrenia v podobe ochrannej doložky a mechanizmu proti obchádzaniu by mali zabrániť poškodzovaniu záujmov poľnohospodárskeho trhu v Únii.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Απείχα κατά την ψηφοφορία για την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την εφαρμογή των ρητρών διασφάλισης και του μηχανισμού κατά της καταστρατήγησης που προβλέπει την προσωρινή αναστολή των δασμολογικών προτιμήσεων της Συμφωνίας Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Δημοκρατίας της Μολδαβίας, αφετέρου, διότι δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Je me suis abstenu sur ce texte. Cette clause de sauvegarde et ce mécanisme anticcontournement font partie intégrante de l'accord d'association UE-Moldavie actuellement en place. Cette clause permet d'activer une suspension de toute nouvelle baisse des tarifs douaniers d'un produit en cas de hausse imprévue et significative des importations avec préjudice grave pour la branche de production européennes. Quant au mécanisme anticcontournement, il permet, lorsque le volume des importations de certains produits agricoles dépasse un certain stade avec un doute sur leurs origines, de remplacer le droit de douane préférentiel par le droit de douane de la nation la plus favorisée.

Ce texte amendé n'apporte absolument rien sur le fond à cette clause de sauvegarde ou au mécanisme anticcontournement. Ce texte n'a donc aucun intérêt et c'est pourquoi nous préférons l'abstention.

David Martin (S&D), *in writing.* – The Association Agreement with Moldova, like the majority of our trade agreements, includes a bilateral safeguard clause. By this instrument preferences can be temporarily suspended in case their application would result in an unexpected and significant increase of imports causing economic damage to the domestic industry of the importing party (i.e. it is possible to either suspend the further tariff liberalization or reintroduce the 'most favoured nation' customs duty rate). Furthermore, this agreement also includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility to reintroduce the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Moldova exceed a given threshold without due justification of their exact origin.

A regulation of the European Parliament and of the Council is needed to put in place in the EU's internal legislation the necessary instrument to be able to apply the bilateral safeguard clause and the anti-circumvention mechanism.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – A favore dell'accordo di associazione UE-Repubblica di Moldova concernente le clausole di salvaguardia e il meccanismo antielusione. Il presente accordo comprende un meccanismo detto «anti-elusione», che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della «nazione più favorita» (NPF) qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Moldova superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – È importante che l'UE stringa relazioni commerciali con i paesi vicini, ma non possiamo mettere a rischio la nostra economia. Liberalizzare le tariffe, mantenendo però delle salvaguardie bilaterali, insieme con un meccanismo antielusione è la via più sicura. Ho espresso il mio sostegno a questo accordo perché credo che possa essere un veicolo di sviluppo per tutte e due le parti.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Le 27 juin 2014, à l'issue d'un processus de négociation de cinq années, l'Union européenne et la République de Moldavie ont signé un accord d'association. Ce dernier est, depuis cette date, appliqué de manière provisoire mais demeure incomplet sur deux points essentiels: le mécanisme anticontournement et la clause de sauvegarde. Les instruments anticontournement permettent la suspension temporaire des droits préférentiels pour certains produits prévus dans l'accord lorsque les volumes maximaux d'importation sont atteints. Plus protectrices, les clauses de sauvegarde permettent de suspendre les préférences commerciales accordées à un produit si celui-ci est importé dans l'Union dans des quantités tellement accrues qu'elles causent ou menacent de causer un dommage grave aux producteurs de l'Union fabriquant des produits similaires.

C'est pour entériner l'introduction de ces deux dispositifs que le Parlement européen a été consulté. Sans me prononcer sur le bien-fondé politique et stratégique d'un accord d'association avec la Moldavie – dont le paysage politique est déchiré –, j'ai soutenu l'introduction de tels instruments, déjà présents dans un certain nombre d'accords conclus par l'Union, afin de préserver l'équilibre du marché européen. Plus largement, je regrette toutefois que la Commission n'ait recours aux mesures de sauvegarde prévues dans les accords commerciaux que de manière très parcimonieuse.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Kommissionsvorschlag soll dem Schutz der einheimischen Wirtschaft dienen, jedoch sind solche Assoziierungsabkommen kritisch zu sehen, da oftmals eine weitere Zentralisierung nach Brüssel und eine Entmachtung der Nationalstaaten zu befürchten ist. Ich enthalte mich deshalb meiner Stimme

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl reglamento, kuriuo numatomos priemonės bei sąlygos lengvatinių muitų tarifo laikinam sustabdymui, įgyvendinant ES ir Moldovos asociacijos susitarimą.

Įtraukti į ES teisę nuostatas dėl lengvatinių muitų tarifų taikymo laikino sustabdymo yra svarbu tam, kad būtų galima apsaugoti ES rinką ir gamintojus, kai importas tiek išauga, kad jis tampa žalingas Europos ekonomikai. Kovos su priemonių vengimu sąlygos taip pat yra svarbios siekiant, kad importuojant į ES šalis ne Moldovos kilmės produktus per Moldovą, nebūtų naudojamos šio Susitarimo lengvatomis norint išvengti kilmės taisyklių reikalavimų.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Union dispose d'un accord d'association avec la Moldavie depuis près de deux ans. Pour quels résultats? Une déstabilisation économique du pays, notamment dans ses relations commerciales avec la Russie et son Union douanière, confortées par des mesures néolibérales demandées par l'Union et le FMI. Le 21 janvier dernier, la population moldave manifestait contre l'énième gouvernement pro-européen, une oligarchie qui parvient à faire mystérieusement disparaître 15 % du PIB sans que l'Union, soi-disant préoccupée par la lutte contre la corruption, y trouve quelque chose à dire. Le règlement soumis au vote est censé protéger l'industrie de l'Union (ou de la Moldavie) dans le cas d'une augmentation importante et non-attendue des importations provoquant des «dommages graves». Un moyen de pallier à l'accord de libre-échange qui, dans les faits, ne peut jamais être invoqué, outre par sa complexité, parce que les deux parties doivent être d'accord pour toute réintroduction des droits de douanes. Politiques néolibérales, élargissement de l'Union et annexion économique de son voisinage, soutien à des élites corrompues, escalade de tensions contre la Russie: autant de raisons pour voter contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'accord d'association UE-Moldavie se dote d'un mécanisme anticontournement et d'une clause de sauvegarde. S'il se produit une hausse imprévue et significative des importations avec préjudice grave pour la branche de production européenne, la clause permet ainsi d'activer une suspension de toute nouvelle baisse des tarifs douaniers du produit concerné ou leur remplacement par le droit de douane de la nation la plus favorisée. Je trouve bon qu'une telle réserve existe envers le libre-échange. La clause de la nation la plus favorisée n'est pas pour autant une protection importante. De plus, je constate que cette disposition n'est en définitive jamais utilisée. Je ne voudrais pas me porter caution d'une politique de protection trop minimaliste en votant ce texte.

Je me suis donc abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que executa a cláusula de salvaguarda e o mecanismo antievasão que preveem a suspensão temporária de preferências pautais do Acordo de Associação entre a União Europeia e a Comunidade Europeia da Energia Atómica e os seus Estados-Membros, por um lado, e a República da Moldávia, por outro.

A cláusula de salvaguarda e o mecanismo antievasão são comuns na maioria dos acordos de comércio e as alterações introduzidas à proposta da Comissão visam apenas clarificar os termos do processo, designadamente no que se refere às relações entre as instituições europeias e as autoridades nacionais.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement which is important to protect the Union's market and its producers. In case of an increase in imports, the amendments outline the instruments necessary to place temporary safeguards to protect the economy of the Union.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L'instauration de mesures de sauvegarde est une démarche obligatoire en vue de protéger nos entreprises de possibles abus et de prévenir toute répercussion négative sur le marché européen. La clause de sauvegarde prévue dans ce rapport permet de suspendre temporairement l'application des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union et la Moldavie dans le cas où, suite à l'élimination des barrières tarifaires les concernant, certains produits en provenance de la Moldavie sont importés vers l'Union dans des quantités trop élevées, causant ainsi un préjudice économique aux producteurs européens. D'autre part, le mécanisme anticontournement est important pour éviter que les importations au sein de l'Union de produits non-moldaves via la Moldavie, profitant ainsi des avantages dérivant de l'accord, ne contournent les obligations en matière de règles d'origine. Ce mécanisme permet la réintroduction du taux NPF lorsque le volume des importations de certains produits agricoles en provenance de la Moldavie dépasse un plafond déterminé sans que leur origine exacte soit valablement justifiée. Ce mécanisme induit donc une obligation de transparence en matière de règles d'origine lorsque le volume des importations est élevé, ceci préservant ainsi les entreprises européennes de possibles abus.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Moldavská republika a Európska únia sa počas spoločných rokovaní dohodli o ochranných opatreniach, ktoré sú uvádzané v článku 9 uznesenia, preto bolo logickým krokom prijatie ich legislatívneho znenia. Prijatie pozmeňujúcich návrhov dotknutého uznesenia je dôležité aj preto, lebo sa nimi zosúladuje nariadenie so znením dohody o pridružení s Moldavskom. Okrem toho sa ním prispieva aj k ujasneniu a zjednoteniu terminológie, čo je v právnych aktoch základný predpoklad pre možnosť dodržiavania dohôd takým spôsobom, ako bolo vopred zamýšľané. Mechanizmus proti obchádzaniu, ktorý je zahrnutý do dohody, slúži na ochranu európskeho hospodárstva. Všetky uvedené opatrenia považujem za logické a vhodné, preto návrh legislatívneho uznesenia podporujem.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the EU-Moldova Association Agreement: temporary suspension of tariff preferences, as this report concerns the incorporation into EU law of the safeguard clause and the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Moldova Association Agreement. This means that no fundamentally new conditions can be introduced during the legislative procedure which have not already been agreed during the negotiations on the Association Agreement with Moldova.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – The EU-Moldova Association Agreement signed in June 2014 and provisionally applied as of September 2014 includes a Bilateral Safeguard Clause, as is the case for the majority of EU trade agreements. The clause allows both Parties (therefore also Moldova) to temporarily suspend preferences in case their application would result in an unexpected and significant increase of imports causing economic damage to the domestic industry of the importing party.

The Agreement also foresees an Anti-Circumvention Mechanism which provides for the possibility to reintroduce the MFN customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Moldova exceed a given threshold without due justification of their exact origin.

We voted today on the implementing regulation which simply incorporates the two mechanisms into EU law in order to make them applicable in the EU. Therefore the provisions related to the two instruments as agreed by the parties in the agreement have not been modified.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Moldovával való társulási megállapodás kétoldalú védzáradéket tartalmaz, amelynek értelmében ideiglenesen fel lehet függeszteni a kereskedelmi kedvezményeket, ha alkalmazásuk a behozatal váratlan és jelentős növekedését eredményezné, amiből az importáló fél hazai iparának jelentős gazdasági kára származik. Tartalmaz továbbá a megállapodás ún. kijátszásellenes mechanizmust is, amely szerint lehetőség van a legnagyobb kedvezményes vámtétel visszaállítására, amennyiben a Moldovából származó egyes mezőgazdasági termékek behozatala meghalad egy bizonyos határt, és ezek pontos származására nem adnak megfelelő indoklást. Ahhoz azonban, hogy az EU belső jogszabályaiba bevezessék a kétoldalú védzáradék és a kijátszásellenes mechanizmus alkalmazásához szükséges eszközt, szükség van egy európai parlamenti és tanácsi rendeletre. Erre tett javaslatot a Bizottság.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében rámutat, hogy a javasolt rendelet azokat az EU–Moldova társulási megállapodásban szereplő rendelkezéseket ülteti át a gyakorlatba, amelyekhez az Európai Parlament 2014. november 13-én egyetértését adta. Elfogadása Moldova megállapodásból származó kötelezettségeinek érvényesítése végett szükséges, hogy adott esetben meg lehessen védeni az uniós termelőket. Az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação com a Moldávia inclui uma cláusula bilateral de salvaguarda, segundo a qual as preferências podem ser temporariamente suspensas, caso a sua aplicação resulte num aumento inesperado e significativo de importações causadoras de prejuízos económicos para a indústria nacional da parte de importação, e o denominado mecanismo antievasão, que estatui a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro de «Nação Mais Favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas provenientes da Moldávia excederem um determinado limiar sem a devida justificação da sua origem exata.

De forma a poder aplicar esta cláusula bilateral de salvaguarda e o mecanismo antievasão, é necessário instituir na legislação da União Europeia o estabelecimento de um regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho.

Subscrevo a posição do relator segundo a qual a aprovação da proposta de regulamento é necessária para fazer a Moldávia cumprir as obrigações decorrentes do Acordo e, consequentemente, para proteger os produtores da UE, se necessário.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticonournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la République de Moldavie, d'autre part. Ce texte contient une clause de sauvegarde qui permet d'activer une suspension de toute nouvelle baisse des tarifs douaniers du produit concerné ou leur remplacement par le droit de douane de la nation la plus favorisée s'il y a une hausse imprévue et significative des importations avec préjudice grave pour la branche de production européenne. Cependant, ces clauses, telles qu'elles sont rédigées, sont très peu protectrices et les modifications apportées ne changent guère le fond. J'ai donc décidé de m'abstenir.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la clause de sauvegarde et du mécanisme anticonournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Moldavie. Cet accord prévoit en effet des mesures restrictives en cas d'importation de produits dans des quantités telles qu'elles causent ou menacent de causer des dommages aux producteurs de l'Union fabriquant des produits similaires ou directement concurrents. J'ai approuvé ce texte qui vise à protéger l'économie et les emplois européens.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La clause de sauvegarde et le mécanisme anticonournement dans le cadre de la coopération UE-Moldavie visent à protéger l'industrie européenne en cas d'augmentation massive des importations vers la Moldavie. Cette mesure, nécessaire pour garantir la sécurité des producteurs européens, se devait d'être soutenue. J'ai donc voté en faveur du rapport.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo di associazione UE-Repubblica di Moldova. Il regolamento contiene sia un meccanismo antielusione che una clausola bilaterale di salvaguardia. Inoltre, la proposta prevede l'obbligo, da parte della Commissione, di rendere pubblica una relazione annuale sull'applicazione ed il rispetto del regolamento, permettendo un controllo parlamentare della messa in atto della politica commerciale comune da parte della Commissione.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – This agreement is largely based on comparable implementing regulations like EU/Korea, EU/Central America, EU/ Colombia and Peru. I have voted for this report that spells-out the obligation of the EU to consult with the Moldovan authorities before implementing such a definitive safeguard measure, and that will harmonise the terminology of the Commission proposal with the Association Agreement.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Статистиката показва, че през 2014 г., след влизането в сила на задълбоченото и всеобхватно споразумение за свободна търговия, вносите в Съюза от Молдова се е увеличил с 20%, докато вносите на селскостопански стоки е нараснал значително, с покачване от 30%. Селскостопанските продукти представляват основен дял от общия внос на Съюза от Молдова.

Продуктите на молдовското земеделие, което е традиционен поминък, също така и в регионите на републиката, населявани от етнически българи и граждани с българско самосъзнание, са известни със своето добро качество.

Поради тези причини аз подкрепих настоящото предложение относно прилагането на защитна клауза в рамките на Споразумението за асоцииране на Молдова към ЕС. Вярвам също така, че подобни механизми дават защита както за европейските производители в случай на злоупотреба с преференциалния режим, така и за местните производители. С подобен механизъм те също биват защитени в случай на изкуствено създадена конкуренция чрез регламентирано допуснат внос от трети страни.

Подкрепям политиката на добри търговски отношения между Европейския съюз и неговите директни съседи, но също така смятам, че това трябва да се прави, без да се излага на риск поминъкът на европейките земеделци.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I vote to support the two proposed amendments to the Commission's proposal of introducing a new regulation in the EU's trade Agreement with the Republic of Moldova.

The European Parliament's proposed amendments should ensure that the safeguard clause and an anti-circumvention mechanism proposed by the Commission are in line with the Association Agreement between the EU and Moldova signed on 24 June 2014. More precisely, this implies that prior to any introduction of the safeguard clause it is required of the EU to deliberate the matter with the appropriate Moldovan authorities.

Further, the amendments address the need for the Commission to draft the regulation in a language corresponding to the Association Agreement and to include, in the regulation, a paragraph explicitly concerning the anti-circumvention mechanism.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Ich habe mich bei der Abstimmung zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Republik Moldau meiner Stimme enthalten. Zwar würde das Abkommen durch das Erreichen bestimmter Einfuhrmengen auch die heimische Landwirtschaft bis zu einem gewissen Punkt schützen, generell lehne ich solche Assoziierungsabkommen aber ab.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Kavandatava määruse vastuvõtmine on vajalik, et jõustada Moldova lepingust tulenevaid kohustusi ja kaitsta vajaduse korral Euroopa Liidu tootjaid.

Margot Parker (EFDD), in writing. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, we voted to abstain.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Pur considerando positivi gli accordi commerciali tra l'Unione e terze parti, ritengo che la clausola di salvaguardia inserita nell'accordo con la Moldova, così com'è consuetudine negli accordi commerciali stipulati dall'UE, sia necessaria affinché le preferenze rispettivamente concesse non alterino le regole di concorrenza a discapito dell'industria interna. Allo stesso modo mi pare fondamentale il meccanismo di antielusione volto a evitare l'importazione nell'Unione di prodotti non moldovi attraverso la Moldova. Affermo quindi di votare positivamente.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Podržavam izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi zaštitne klauzule i mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera, kojima se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana iz Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Republike Moldove, s druge strane.

Smatram kako Europska unija mora voditi brigu prije svega o vlastitim proizvođačima te o njihovim interesima. Provedba zaštitne klauzule i mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera osigurat će položaj europskih, a među njima i hrvatskih proizvođača, u slučaju da Moldova počne neočekivano isporučivati proizvode u količinama većim nego što je dogovoreno. Osobitu pozornost moramo pridati poljoprivrednicima koji su izloženi najvećem riziku što se tiče proizvoda iz Moldove. Naime, upravo izvoz poljoprivrednih proizvoda čini veliki dio izvoza Moldove u EU-u, zbog čega je nužno poduzeti odgovarajuće mjere kako ne bi došlo do preplave tržišta s proizvodima upitne kvalitete.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Pozdravljam i podupirem prijedlog Komisije s obzirom na to da je u pravo Unije potrebno uvrstiti instrumente neophodne za primjenu privremenih zaštitnih mjera u slučaju povećanja uvoza kojim bi se prouzročila gospodarska šteta tržištu Unije i njezinim proizvođačima.

Potrebno je u pravo EU-a inkorporirati zaštitnu klauzulu i mehanizam za sprečavanje izbjegavanja mjera predviđenih u Sporazumu o pridruživanju Moldove. Slažem se da zaštitna mjera mora biti vremenski limitirana za period koji je potreban da se spriječi znatna šteta za industriju Unije. Nadam se da će pozitivno utjecati na trgovinu EU-a i Moldove, s obzirom da je EU najveći trgovinski partner Moldove s kojim on ostvaruje 46,4 % svoje trgovine.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), por escrito. – O Acordo de Associação com a Moldávia inclui uma cláusula bilateral de salvaguarda através da qual as preferências podem ser temporariamente suspensas, caso a sua aplicação resulte num aumento inesperado e significativo de importações causadoras de prejuízos económicos. Inclui igualmente o chamado mecanismo «antievassão», que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro de «nação mais favorecida».

O Acordo – que condenamos e contra o qual estivemos – introduz um regime de preferências comerciais, a Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA).

Esta cláusula e este mecanismo em nada alteram a natureza deste acordo, que rejeitamos, podendo apenas, em limitadas circunstâncias, mitigar algumas das suas consequências mais nefastas.

Andrej Plenковиć (PPE), napisan. – Podržavam izvješće kolege Helmuta Scholza o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi zaštitne klauzule i mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera, kojima se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana iz Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Republike Moldove, s druge strane. Sporazum je potpisan 24. lipnja 2014. i privremeno se primjenjuje od 1. rujna 2014.

Europski parlament je dao svoju suglasnost za sklapanje tog Sporazuma 13. studenoga 2014. Sporazumom se uvodi povlašteni trgovinski režim – detaljno i sveobuhvatno područje slobodne trgovine (DCFTA). Trgovina s Moldovom čini 0,1 % ukupne trgovine Unije, a nakon stupanja na snagu Sporazuma o detaljnom i sveobuhvatnom području slobodne trgovine 2014., uvoz iz Moldove u Uniju porastao je za 20 %, posebno uvoz poljoprivrednih proizvoda (30 %).

Pomoću postojećeg instrumenta povlašteni carinski tretman može privremeno biti suspendiran u slučaju da bi primjena takvog tretmana rezultirala neočekivanim i značajnim porastom uvoza, uzrokujući tako štetu domaćoj industriji EU-a. Usvajanje prijedloga je nužno kako bi se obveze Moldove koje proizlaze iz Sporazuma mogle provoditi u svrhu zaštite EU proizvođača, ukoliko to bude potrebno.

Miroslav Poche (S&D), písemně. – Přijetí dvoustranné ochranné doložky k dohodě o přidružení mezi Evropskou unií a Moldavskou republikou dovolí oběma stranám dočasně pozastavit celní preference v případě výrazného nárůstu dovozu způsobujícího domácímu odvětví dovážející strany hospodářskou škodu. Tato doložka například pomůže uchránit evropský trh od vysokého nárůstu dovozu některých zemědělských produktů bez jasného zdůvodnění jeho původu. Součástí dohody je i tzv. mechanismus proti obcházení, který je určitou zárukou pro ochranu trhu EU, nicméně je dobré si připomenout, že v praxi EU dosud tento druh doložky nikdy použit nemusela.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – Nel 2014, a seguito dell'entrata in vigore dell'accordo di libero scambio, le importazioni dell'Unione dalla Moldova sono aumentate del 20%, mentre le importazioni di prodotti agricoli sono aumentate in modo particolarmente significativo, con un aumento del 30%. Visto l'aumento ingiustificato delle importazioni dalla Moldova, che potrebbero causare danni economici al mercato dell'Unione e ai suoi produttori, ho votato a favore di questa relazione. Quest'ultima prevede la sospensione temporanea, per due anni, prorogabili di altri due in casi eccezionali, delle preferenze tariffarie contenute nell'accordo di associazione tra l'Unione europea, da una parte, e la Repubblica di Moldova, dall'altra. La proposta da parte della Commissione prevede, inoltre, un meccanismo antielusione, che ripristina l'aliquota del dazio doganale della nazione più favorita qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Moldova superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), na piśmie. – Układ o stowarzyszeniu z Mołdawią – podpisany w czerwcu 2014 r. – obejmuje dwustronną klauzulę ochronną. Dzięki temu instrumentowi preferencje mogą zostać tymczasowo zawieszone w razie, gdy ich stosowanie prowadzi do nieoczekiwanego i znaczącego wzrostu przywozu, powodując straty ekonomiczne dla przemysłu UE. Ponadto omawiany układ uwzględnia także tzw. mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu ceł, który umożliwia ponowne wprowadzenie stawki należności celnej stosowanej względem kraju najbardziej uprzywilejowanego, w przypadku gdy przywóz niektórych produktów rolnych, warzyw i napojów z Mołdawii przekroczy określony próg, bez należytego uzasadnienia ich dokładnego pochodzenia. Aby wprowadzić do wewnętrznego porządku prawnego UE niezbędny instrument, tak aby można było stosować wymienioną dwustronną klauzulę ochronną oraz mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu ceł, potrzebne jest rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady.

Sprawozdanie podkreśla w szczególności obowiązek składania sprawozdań przez Komisję, zgodnie z którym Komisja przedkłada współprawodawcom, a następnie publikuje, roczne sprawozdanie w sprawie stosowania i wdrożenia rozporządzenia. Sprawozdawczość jest istotna dla kontroli parlamentarnej nad realizacją wspólnej polityki handlowej przez Komisję, a także dla zwiększenia jej przejrzystości. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Podporuji Dohodu o přidružení Moldavska k EU, protože se jedná o jasný signál, že Moldavsko chce směřovat do Evropy a EU je naopak ochotná mu na této cestě pomoci. Vzestup moldavského exportu do Unie o 20 % a v oblasti zemědělských produktů dokonce o 30 % je dokladem, že vytvořená zóna volného obchodu mezi EU a Moldavskem funguje a plní svůj cíl. Dnešní legislativní úpravu ovšem podporuji, protože potřebujeme v unijním právu bránit případným excesům. Tím celou konstrukci přidružení jen posílíme.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution législative du Parlement européen du 3 février 2016 sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticcontournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la République de Moldavie, d'autre part.

Le présent règlement devrait prévoir la possibilité de suspendre les droits préférentiels pendant une période maximale de six mois lorsque les importations de certains produits agricoles et produits agricoles transformés atteignent les volumes d'importation annuels définis.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a UE e a Moldávia - assinado em 24 de Junho de 2014 e objeto de aprovação parlamentar em 13 de Novembro de 2014 — inclui, à semelhança da maioria dos demais acordos de comércio, uma cláusula bilateral de salvaguarda. Nos termos desta cláusula, admite-se que possam ser temporariamente suspensas as preferências, sempre que, em resultado da redução ou eliminação dos direitos aduaneiros, as importações de produtos originários da Moldávia aumentem significativamente, em termos que provoquem ou ameacem provocar um prejuízo grave para a indústria da União.

O Acordo inclui igualmente o denominado mecanismo antievasão, nos termos do qual poderá ser reintroduzida a taxa do direito aduaneiro de Nação Mais Favorecida sempre que as importações de determinados produtos agrícolas provenientes da Moldávia excedam um determinado limite, sem a devida justificação quanto à sua origem exata.

A proposta de regulamento da Comissão aqui em causa destina-se justamente a pôr em prática as referidas disposições do Acordo de Associação, afigurando-se, nesta medida, necessária para assegurar o cumprimento por parte da Moldávia das obrigações decorrentes do Acordo e a consequente proteção dos produtores da UE. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

The vote was for a technical matter confirming a power of the Commission under an agreement that has been approved by the European Parliament. Because the Commission's power in that regard would reapply WTO rules, we voted to abstain.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a União Europeia (UE) e a República da Moldávia, assinado em 24 de junho de 2014, introduz um regime de preferências comerciais - a Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA).

O Regulamento foi recentemente alterado, a fim de alargar a isenção de direitos para o vinho moldavo e conceder contingentes pautais isentos de direitos para maçãs, ameixas e uvas de mesa. Estas alterações visam harmonizar o teor do Regulamento com o do Acordo de Associação UE-Moldávia, pelo que dei o meu voto favorável.

A UE é o principal parceiro comercial da Moldávia, representando 46,4 % das suas trocas comerciais, seguida da Rússia (21,9 %) e da Ucrânia (11,8 %). O comércio com a Moldávia representa 0,1 % das trocas comerciais globais da União. Os produtos agrícolas representam uma parte significativa do total das importações da União provenientes da Moldávia.

As principais exportações da Moldávia para a União são oleaginosas, nozes frescas e secas, sumo de maçã, vinhos e cereais. Por outro lado, as principais exportações da União Europeia para a Moldávia são bebidas espirituosas, preparações alimentares, cigarros, algumas frutas e produtos hortícolas, incluindo citrinos, carne de suíno e alimentos para animais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo a esta Resolución legislativa del Parlamento que hace posible que se lleven a la práctica las disposiciones correspondientes del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia al que el Parlamento Europeo dio su aprobación el 13 de noviembre de 2014. Es necesario aprobar el Reglamento propuesto para permitir el cumplimiento de las obligaciones de Moldavia derivadas del Acuerdo con miras a proteger a los productores de la UE, cuando proceda. El Acuerdo incluye una cláusula bilateral de salvaguardia mediante la cual pueden suspenderse temporalmente las preferencias si su aplicación puede causar un aumento significativo e inesperado de las importaciones que provoque perjuicios económicos a la UE. Además, incluye también un mecanismo antielusión, por el que se ofrece la posibilidad de volver a introducir los tipos de derechos de aduana si las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superan un determinado umbral sin que su origen exacto esté debidamente justificado.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – L'accord d'association entre l'Union européenne et la République de Moldavie a été signé le 24 juin 2014 et est appliqué à titre provisoire depuis le 1^{er} septembre 2014. Il instaure un régime préférentiel pour les échanges de marchandises, en créant une zone de libre-échange approfondie. Le règlement (CE) n° 55/2008 du Conseil met en place des préférences commerciales autonomes pour la République de Moldavie et continuera de s'appliquer en parallèle jusqu'au 31 décembre 2015. Pour rappel, la Moldavie a pour premier partenaire commercial l'Union, avec laquelle ont lieu 46,4 % de ses échanges commerciaux, suivie de la Russie (21,9 %) et de l'Ukraine (11,8 %). Les échanges avec la Moldavie représentent 0,1 % de l'ensemble des échanges commerciaux de l'Union. En 2014, les importations de l'Union en provenance de ce pays ont augmenté de 20 %, les importations de produits agricoles connaissant une hausse particulièrement significative de 30 %. Ces derniers représentent une part importante de l'ensemble des importations de l'Union en provenance de Moldavie. Les principales exportations moldaves vers l'Union sont les oléagineux, les noix, le jus de pomme et les céréales, tandis que l'Union exporte principalement des spiritueux, certains fruits et légumes, tels que les agrumes, ainsi que de la viande de porc et des aliments pour animaux.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo, kaip ir dauguma ES prekybos susitarimų, numatyta dvišalė apsaugos sąlyga. Ši priemonė leidžia laikinai sustabdyti lengvatų taikymą tuo atveju, kai jas toliau taikant importas netikėtai smarkiai išaugtų ir dėl to būtų padaryta ekonominė žala importuojančios šalies vidaus pramonei. Nepaisant to, kad tai daugiau techninis pakeitimas ir ES yra didžiausia Moldovos prekybos partnerė, kuriai tenka 46,4 proc. Moldovos prekybos, naudojimasis abipuse apsaugos sąlyga yra gana problemiškas, nes sunku įrodyti ir taikyti tiek esminius, tiek procedūrinius reikalavimus.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a União Europeia (UE) e a República da Moldávia foi assinado em junho de 2014 e passou a aplicar-se (provisoriamente) a partir de setembro de 2014.

Sendo a UE o principal parceiro comercial da Moldávia, representando cerca de 46,4 % das suas trocas comerciais, o estabelecimento de um regulamento sólido e justo para ambos os cossignatários é fundamental para o desenvolvimento das boas relações comerciais entre as partes.

No entanto, a fim de garantir um funcionamento célere, justo e eficaz, bem como a correta disseminação dos benefícios mútuos inerentes a este acordo, é importante introduzir uma cláusula bilateral de salvaguarda, que deverá ser aplicada sempre que estas trocas provoquem ou ameacem provocar «prejuízo grave» à indústria interna da União.

Por considerar que este relatório inclui medidas necessárias e de salvaguarda dos interesses comerciais europeus, votei-o favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – L'accord d'association avec la Moldavie, signé le 24 juin 2014, est appliqué à titre provisoire depuis le 1^{er} septembre 2014. Cet accord contient notamment une clause de sauvegarde bilatérale qui permet de suspendre temporairement l'application des préférences au cas où celles-ci aboutiraient à une hausse imprévue et significative des importations causant un préjudice économique à la branche de production intérieure de la partie importatrice.

Il prévoit également un «mécanisme anti-contournement», qui permet la réintroduction du taux de droit de douane accordé à la nation la plus favorisée (NPF) lorsque le volume des importations de certains produits agricoles en provenance de Moldavie dépasse un plafond déterminé sans que leur origine exacte soit valablement justifiée.

J'ai soutenu ce rapport, qui porte sur la proposition de règlement de la Commission visant à créer l'instrument juridique permettant l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticontournement prévu dans l'accord déjà conclu avec la Moldavie. Le rapport ajoute notamment qu'il incombe à l'Union européenne de tenir des consultations avec les autorités moldaves avant l'imposition d'une mesure de sauvegarde définitive et demande également à la Commission de donner des informations sur la clause de sauvegarde dans son rapport annuel.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Tra i diversi accordi commerciali che l'Unione europea mantiene con gli altri paesi, vi è anche quello con la Moldavia. Come la maggior parte degli accordi europei, anche questo contiene una clausola di salvaguardia che serve a proteggere i nostri produttori. Difatti, con l'adozione della proposta di regolamento si darà attuazione agli obblighi che incombono alla Moldavia in virtù dell'accordo stesso. Per tali motivi abbiamo approvato il testo della Commissione, nel quale è inserita anche la possibilità per l'organo legislativo europeo di partecipare attivamente alla decisione sull'andamento degli accordi con il paese in questione, e quindi di potersi esprimere sull'applicazione o meno della clausola di salvaguardia, e di invitare l'Unione a chiedere consultazioni con le autorità della Moldavia prima di applicare definitivamente la clausola. È un accordo che mira alla trasparenza senza tralasciare gli interessi europei.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho scelto di astenermi in quanto, al di là del merito della questione, nutro alcune perplessità sull'attuale linea politica dell'Unione europea sottostante a questo tipo di accordi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Moldavia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg glæder mig over og støtter Kommissionens forslag, idet det er nødvendigt at indarbejde de instrumenter i EU-retten, der er nødvendige for anvendelsen af de midlertidige beskyttelsesforanstaltninger i tilfælde af en stigning i importen, som forårsager økonomisk skade på EU's marked og dets producenter.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Klauseländerung zum bevorzugten Zugang zum EU-Binnenmarkt im Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau gestimmt, weil wir hiermit das Assoziierungsabkommen, dem wir bereits im November 2014 als Parlament zugestimmt haben, konkretisieren. Bevorzugter Zugang für arme Nachbarstaaten ist wichtig, aber er darf nicht zu Lasten unserer eigenen Hersteller in der EU gehen. Ich denke, wir haben einen guten Kompromiss getroffen, der uns erlaubt, den bevorzugten Marktzugang wieder einzuschränken, sollten die Importe aus Moldau zu stark ansteigen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque la aplicación del mecanismo antielusión en este tipo de acuerdos comerciales supone una garantía para asegurar la protección de la industria europea frente a los productos agrícolas importados a la UE, cuando proceda. Este informe versa sobre la aplicación de las cláusulas de salvaguardia y antielusión incluidas en el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Moldavia, así como sobre la obligación de informar por parte de la Comisión Europea. La Comisión deberá presentar un informe al Parlamento Europeo en caso de que se trate de activar los mecanismos necesarios para proteger a la industria y a los consumidores europeos de malas prácticas comerciales que puedan dañar sus intereses. Este informe busca adaptar el Reglamento al nuevo acuerdo comercial de cara a poder reinstaurar las aduanas con el objetivo de proteger la economía europea. Por dichos motivos he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Repubblica di Moldova firmato nel 2014 ha introdotto un regime commerciale preferenziale che garantisce il reciproco libero accesso al mercato. A seguito dell'entrata in vigore dell'accordo, le importazioni dell'Unione dalla Moldova sono aumentate del 20%, mentre le importazioni di prodotti agricoli sono aumentate addirittura del 30%. Per questo motivo, la relazione votata oggi chiede l'attuazione delle clausole di salvaguardia e del meccanismo di antielusione previsti dall'accordo. Queste misure vengono istituite qualora un prodotto originario della Moldova sia importato dall'Unione in quantitativi così accresciuti da arrecare un grave pregiudizio all'industria dell'Unione, e prevedono la sospensione o il ripristino del dazio doganale sul prodotto interessato. Il meccanismo antielusione, inoltre, evita l'importazione nell'Unione di prodotti non moldovi attraverso la Moldova utilizzando i vantaggi dell'accordo per eludere i requisiti di origine. Ho votato a favore della relazione perché permette di tutelare i produttori agricoli europei dall'importazione eccessiva di prodotti moldovi.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – Volumes of imported agricultural products from Moldova have increased significantly in the past several years. The Commission wants to impose the safeguard clause and anti-circumvention mechanism as part of the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with Moldova, to protect the market share of EU agricultural producers from Moldovan products. These measures would reapply the World Trade Organisation's Most Favoured Nation (MFN) tariffs on Moldovan products entering the EU that cause or threaten to cause 'serious injury' to EU industry, or that breach 'rules of origin' requirements. The proposal is in accordance with the EU's Association Agreement with Moldova to which the European Parliament gave its consent in 2014.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This file means that the safeguard clause, as well as the anti-circumvention mechanism which was foreseen in the EU-Moldova Association Agreement, is incorporated into EU Law. It will mean that no fundamentally new conditions which were not already in the agreement can be introduced during the legislative procedure.

Although I do not suspect that it would be very likely to be exploited, safeguards are always important and should be applied to all trade agreements in order to protect European industries. Hence I am glad to see that the association agreement also includes an anti-circumvention mechanism.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – Podporila som vzájomnú ochrannú doložku, ktorá bude môcť byť uplatnená v medziach voľného obchodu s Moldavskou republikou. Už dnes je EÚ najväčším obchodným partnerom Moldavska, pričom poľnohospodárske produkty predstavujú výrazný podiel celkového dovozu. Aby sme mohli ochrániť vnútorný trh Únie, je potrebné ponechať možnosť obmedziť dovoz určitého produktu, ak by v dôsledku zníženia alebo odstránenia cla mohol jeho dovoz spôsobiť vážnu ujmu výrobe v krajinách EÚ. Takéto opatrenie by bolo možné použiť na dva roky. Doložka k dohode zahŕňa aj tzv. mechanizmus proti obchádzaniu, ktorý umožňuje opätovne zaviesť colnú sadzbu, ak by objem dovozu určitých produktov z Moldavska prekročil stanovenú hranicu bez odôvodnenia ich presného pôvodu. Týmto spôsobom chce Únia zabrániť tomu, aby boli z Moldavska do EÚ dovážané nemoldavské produkty. Z týchto dôvodov súhlasím s názorom, že tieto dočasné ochranné opatrenia sú nevyhnutné nato, aby bolo v prípade zvýšeného dovozu možné predísť hospodárskym škodám na trhu Únie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Večina trgovinskih sporazumov z EU vključuje dvostransko zaščitno klavzulo, ki omogočačasno opustitev preferencialov v primeru, da bi njihova uporaba privedla do nepričakovanega in bistvenega povečanja uvoza, ki bi lahko povzročil gospodarsko škodo domači industriji pogodbenice uvoznice (op. Moldaviji).

Poenostavljeno to pomeni, da se lahkočasno ustavi nadaljnja liberalizacija tarif ali ponovno uvede carinska stopnja za države z največjimi ugodnostmi. Omenjen instrument vsebuje tudi sporazum med EU in Evropsko skupnostjo za atomsko energijo in njunimi državami članicami na eni strani ter Republiko Moldavijo na drugi strani.

Poleg omenjenega pa ta sporazum vsebuje še mehanizem za preprečevanje izogibanja, ki omogoča ponovno uvedbo carinske stopnje za države z največjimi ugodnostmi, če bi uvoz nekaterih kmetijskih proizvodov iz Moldavije presegel določen prag brez ustrezne utemeljitve njihovega točnega porekla. Za dejansko uvedbo teh instrumentov je potrebno v notranjo zakonodajo EU sprejeti uredbo EP in Sveta.

Predlog Komisije, ki je trenutno v obravnavi, omogoča, da se tudi v praksi izvajajo ustrezne določbe pridružitvenega sporazuma med EU in Moldavijo, ki ga je EP odobril novembra 2015. Menim, da je sprejetje predlagane uredbe potrebno za izvrševanje obveznosti Moldavije, ki izhajajo iz sporazuma, in da bi se, po potrebi, ustrezno zaščitili proizvajalci EU. Zaradi opisanega sem glasoval za poročilo.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Dohodou sa výrazne prehľbilo politické pridruženie Moldavska k hospodárskej integrácii v Európskej únii, ktoré podporujem. Doložka je však potrebná, aby chránila výrobcov z EÚ.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Sporazumom se uvodi povlaštení trgovinski režim – detaljno i sveobuhvatno područje slobodne trgovine (DCFTA). Uredba Vijeća (EZ) br. 55/2008 o uvođenju autonomnih trgovinskih povlastica za Moldovu je nedavno izmijenjena kako bi se bescarinskim tretmanom obuhvatilo i moldovsko vino te odobrile bescarinske kvote za jabuke, šljive i stolno grožđe.

Kao i u većini trgovinskih sporazuma EU-a, u Sporazum je uvrštena bilateralna zaštitna klauzula, utvrđena u člancima 165. do 169. Zaštitna mjera se može uvesti ako je proizvod podrijetlom iz Republike Moldove, zbog smanjenja ili ukidanja carina na taj proizvod uvezen u Uniju u toliko povećanim količinama, u apsolutnom smislu ili u odnosu na proizvodnju Unije, da to prouzroči ili bi moglo prouzročiti štetu industriji Unije.

Stoga, podupirem prijedlog Komisije da se u pravo Unije uvrste i upotrijebe instrumenti neophodni za primjenu privremenih zaštitnih mjera u slučaju povećanja uvoza kojim bi se prouzročila gospodarska šteta tržištu Unije i njezinim proizvođačima.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I supported this report. Safeguard clauses are standard mechanisms in FTAs. They are an essential means of protecting European industry by providing a mechanism to take action against a surge of imports which distort the EU market due to the reduction or elimination of tariffs under a preferential trade agreement.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Izvješće, na prijedloga odbora INTA, sadrži dvije manje tehničke izmjene bilateralnog sporazuma između Europske unije i Moldove. Moldova već ima sporazum o povlaštenom trgovinskom odnosu s EU-om, kojoj je EU najveći trgovinski partner s kojim ostvaruje 46,4 % svoje trgovine. Glavni proizvodi koji se iz Moldove uvoze u Uniju su uljarice, svježi i sušeni orasi, sok od jabuke, vino i žitarice. Glavni proizvodi koje Unija izvozi u Moldovu su žestoka pića, prehrambeni proizvodi, cigarete, određene vrste voća i povrća, uključujući agrume, svinjetinu i hranu za životinje.

Unija teži biti dobar partner, ali pri tome brine i o interesima vlastitog gospodarstva. Podržavam izvješće jer zahtijeva samo manje izmjene kojima je svrha usklađivanje tekstova. Moldova ima otvoren put prema provođenju reformi i približavanju Europskoj uniji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sam za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o izvajanju zaščitne klavzule in mehanizma za preprečevanje izogibanja, ki zagotavljata začasno opustitev tarifnih preferencialov iz Pridružitvenega sporazuma med Evropsko unijo in Evropsko skupnostjo za atomsko energijo in njunimi državami članicami na eni strani ter Republiko Moldavijo na drugi strani.

Podobno kot ostali trgovinski sporazumi, ki jih sklepa EU, tudi v pridružitvenem sporazumu z Moldavijo potrebujemo dvostransko zaščitno klavzulo. S tem bomo namreč zmanjšali morebitno gospodarsko škodo domači industriji ob nepričakovanem in bistvenem povečanju uvoza.

Prav tako pozdravljam, da predlog poročila predvideva, da se mora EU pred dokončno uvedbo zaščitnega ukrepa posvetovati z moldavskimi oblastmi.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem zprávu Evropského parlamentu, která vyslovuje souhlas s návrhem nařízení EP a Rady, jímž se de facto provádí ta ustanovení již v loňském roce uzavřené asociační dohody s Moldavskem, která umožňují dočasně pozastavit celní preference zavedené asociační dohodou v případě, že nečekané a nadměrné dodávky zboží z Moldavska ohrožují zájmy producentů v EU. Možnost této „záchranné brzdy“ je tedy zanesena již v asociační dohodě a aktuální nařízení pouze umožňuje tento nástroj za popsané výjimečné situace použít. Stejně jsem podpořil zprávu v obdobné záležitosti týkající se Gruzie.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* – I voted in favour of this proposed Regulation, which will help to ensure that products that enter the EU benefit only the country concerned by the relevant trade agreement.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς.* – Διαφωνούμε με το περιεχόμενο της συμφωνίας σύνδεσης της ΕΕ με τη Μολδαβία επειδή εξυπηρετεί πλήρως τα επιδιωκόμενα οφέλη των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ. Δημιουργεί σχέσεις αλληλεξάρτησης - οικονομικές αλλά και πολιτικές - με τους εταίρους και προωθεί τον άκρατο ανταγωνισμό προς όφελος του μεγάλου κεφαλαίου και εις βάρος των συμφερόντων της κοινωνίας και των λαών.

Ωστόσο υπερψηφίσαμε την εν λόγω έκθεση καθώς αναφέρεται συγκεκριμένα στην ρήτρα διασφάλισης, η οποία μπορεί να επιβληθεί όταν ένα προϊόν που προέρχεται από την Μολδαβία εισάγεται στην Ένωση σε τόσο αυξημένες ποσότητες, ώστε να προκαλέσει οικονομική ζημία στην εγχώρια βιομηχανία της ΕΕ.

Η έκθεση αναφέρεται επίσης στον μηχανισμό κατά της καταστρατήγησης, ο οποίος προβλέπει τη δυνατότητα επαναφοράς του δασμολογικού συντελεστή ΠΕΚ όταν οι εισαγωγές γεωργικών προϊόντων από την Μολδαβία υπερβούν ένα συγκεκριμένο όριο χωρίς τη δέουσα αιτιολόγηση της ακριβούς καταγωγής τους. Οι ρήτρες καταστρατήγησης είναι σημαντικές για να αποφευχθούν οι εισαγωγές μη μολδαβικών προϊόντων στην Ένωση δια μέσου της Μολδαβίας που θα επωφελούνται από την συμφωνία και θα παρακάμπτουν τις απαιτήσεις περί κανόνων καταγωγής.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς.* – Με την εφαρμογή του εν λόγω μηχανισμού επιτυγχάνεται η προστασία των οικονομικών συμφερόντων των παραγωγών γεωργικών προϊόντων των κρατών μελών.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A javasolt szabályozás lehetővé teszi, hogy az EU–Moldova társulási megállapodásban meghatározott kedvezmények átmenetileg felfüggesztésre kerüljenek abban az esetben, ha a Moldovából származó import jelentős növekedése veszélyeztetné, károsíthatná az EU belső piacát. A javaslat elfogadása szükséges annak érdekében, hogy a társulási megállapodásban meghatározott úgynevezett kijátszás elleni eljárás gyakorlati alkalmazását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozat elfogadását, tekintettel arra, hogy az abban foglalt kiegészítő rendelkezések elengedhetetlenek a társulási megállapodás gyakorlatba való átültetéséhez, és azok lényegében azonosak az EU más partnereivel kötött kereskedelmi megállapodásokban alkalmazott védekező mechanizmusokkal. A kereskedelempolitikai biztosítékok és az azok megkerülését megakadályozó megoldások alkalmasak arra is, hogy a Moldáviának biztosított kedvezményekkel más, harmadik fél ne élhessen vissza. Egyúttal mérlegeltem azt a tényt is, hogy Moldávia kiemelt kereskedelmi kedvezményt élvező partnere az EU-nak, ugyanakkor kivitele jelentős részét agrártermékek teszik ki, ezért el kell kerülni az uniós termelőknek a társulási megállapodás miatti esetleges érdeksérelmét.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Un règlement du Parlement européen et du Conseil est nécessaire pour intégrer ces instruments dans la législation de l'Union et permettre l'application de la clause de sauvegarde bilatérale et du mécanisme anticontournement.

L'accord d'association avec la Moldavie, comme la majorité de nos accords commerciaux, contient une clause de sauvegarde bilatérale. Cet instrument permet de suspendre temporairement l'application des préférences au cas où celles-ci aboutiraient à une hausse imprévue et significative des importations et causeraient un préjudice économique à la branche de production intérieure de la partie importatrice (en d'autres termes, il rend possible soit la suspension de la poursuite de la libéralisation tarifaire, soit la réintroduction du taux du droit de douane accordé à la nation la plus favorisée). En outre, cet accord prévoit un «mécanisme anticontournement», qui permet la réintroduction du taux du droit de douane accordé à la nation la plus favorisée lorsque le volume des importations de certains produits agricoles en provenance de Moldavie dépasse un plafond déterminé sans que leur origine exacte soit valablement justifiée.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which implements the safeguard clause and the anti-circumvention mechanism providing for the temporary suspension of tariff preferences of the Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the one part, and the Republic of Moldova, of the other part.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A javasolt szabályozás lehetővé teszi, hogy az EU–Moldova társulási megállapodásban meghatározott kedvezmények átmenetileg felfüggesztésre kerüljenek abban az esetben, ha a Moldovából származó import jelentős növekedése veszélyeztetné, károsíthatná az EU belső piacát. A javaslat elfogadása szükséges annak érdekében, hogy a társulási megállapodásban meghatározott úgynevezett kijátszás elleni eljárás gyakorlati alkalmazását.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pone Pirmininke, parėmiau pranešimą dėl kelių reikšmingų priežasčių. Prekyba su ES sudaro 46,4% Moldovos prekybos apimtį, kas daro ES didžiausia šios šalies prekybos partnerė. Kaip ir dauguma Sąjungos prekybos sutarčių, šis susitarimas apima abipusę apsaugos klauzulę. Apsaugos priemonė gali būti įvesta tuo atveju, jeigu iš Moldavijos Respublikos kils produktas, po muito mokesčio sumažinimo ar panaikinimo, bus pargabamas tokiais kiekiais, jog tai sukels rimtų nuostolių ar pavojų Sąjungos pramonei. Sutartis taip pat turi atoveiksmio mechanizmą muito išvengimui, kuris leidžia pakartotinai įvesti muito tarifą tuo atveju, jeigu kai kurių žemės ūkio produktų pargabenimas peržengia sutartyje nustatytą ribą. Priimtas pranešimas padeda apsaugoti Sąjungos gamintojus, ypač žemdirbius. Tokius įrašus reikia remti.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prijedlog kojim se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana iz Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Republike Moldove, s druge strane. S obzirom na to da je u pravo Unije potrebno uvrstiti instrumente neophodne za primjenu zaštitnih mjera u slučaju povećanja uvoza kojima bi se prouzročila gospodarska šteta tržištu Europske unije i njezinim proizvođačima, podržavam uvrštenje bilateralne zaštitne klauzule u sporazum.

Također, držim da su klauzule o mehanizmu za sprečavanje izbjegavanja mjera važne kako bi se spriječio uvoz proizvoda koji nisu iz Moldove preko te države iskorištavanjem prednosti Sporazuma za izbjegavanje zahtjeva koji se odnose na pravila o podrijetlu. Isto tako, iznimno pozitivnim smatram ponovno uvođenje stope carine ako uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda premaši utvrđeni prag bez valjanog obrazloženja njihovog točnog podrijetla.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o izvajanju zaščitne klavzule in mehanizma za preprečevanje izogibanja, ki zagotavljata začasno opustitev tarifnih preferencialov iz Pridružitvenega sporazuma med Evropsko unijo in Evropsko skupnostjo za atomsko energijo in njenimi državami članicami na eni strani ter Republiko Moldavijo na drugi strani, sem podprla, saj menim, da sta to potrebna instrumenta, s katerima je mogoče regulirati morebitne presežke uvoza ali izvoza, ki bi lahko negativno vplivali na gospodarstvo države članice ali držav, ki z njo poslujejo.

Predlog, ki je bolj tehnične narave, bo tako omogočil, da Moldavija prične z izvrševanjem obveznosti, ki izhajajo iz že sprejetega sporazuma za zaščito.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Moldavia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond à la clause de sauvegarde et anticontournement de l'accord d'association UE-Moldavie.

Ces clauses sont très peu protectrices et les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte.

Je choisis l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Moldovával való társulási megállapodás – kereskedelmi megállapodásaink nagy részéhez hasonlóan – kétoldalú védzáradékot tartalmaz. Ezzel az eszközzel ideiglenesen fel lehet függesztteni a kereskedelmi kedvezményeket abban az esetben, ha alkalmazásuk a behozatal váratlan és jelentős növekedését eredményezné, amivel az importáló fél hazai iparának jelentős gazdasági kárt okozna. A javasolt rendelet elfogadása Moldova megállapodásból származó kötelezettségeinek érvényesítése végett szükséges, hogy adott esetben meg lehessen védeni az uniós termelőket. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Moldavia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Moldavia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Moldavia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu Komisijos pasiūlyme nustatytą prievolę teikti ataskaitas, pagal kurią Komisija teisėkūros institucijoms turi pateikti metinę reglamento taikymo ir įgyvendinimo ataskaitą ir paskelbti ją viešai.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council, which concerns the incorporation in the European Union law of the safeguard clause and the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Moldova Association Agreement. The Association Agreement with Moldova, like the majority of EU trade agreements with third countries, includes a bilateral safeguard clause. By this instrument preferences can be temporarily suspended in case their application would result in an unexpected and significant increase of imports causing economic damage to the domestic industry of the importing party (i.e. it is possible to either suspend the further tariff liberalization or reintroduce the MFN customs duty rate).

Furthermore, this agreement also includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility to reintroduce the MFN customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Moldova exceed a given threshold without due justification of their exact origin. An implementing regulation of the European Parliament and of the Council is in this case necessary, in order to put in place in the EU's internal legislation the necessary instrument to be able to apply the bilateral safeguard clause and the anti-circumvention mechanism.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La cláusula bilateral de salvaguardia de este Acuerdo establece que las preferencias arancelarias pueden ser suspendidas en caso de que su aplicación supusiera un incremento inesperado de importaciones que causen daño económico a la industria europea. Este Reglamento ha de ser adoptado para la protección de los productores europeos en caso de que fuere necesario. Por ello creo necesario votar a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – De goedkeuring van de vrijwaringsclausule en het anti-ontwijkingsmechanisme is noodzakelijk in het kader van de associatieovereenkomst met Moldavië om bepaalde verplichtingen af te dwingen en, indien nodig, de Europese producenten of rechtstreeks concurrerende bedrijven te beschermen tegen een plotse verhoging van de import van een bepaald product dat hun ernstige schade zou kunnen berokkenen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo de Associação com a Moldávia inclui uma cláusula bilateral de salvaguarda. Através desse instrumento, as preferências podem ser temporariamente suspensas, caso a sua aplicação resulte num aumento inesperado e significativo de importações causadoras de prejuízos económicos para a indústria nacional da parte de importação.

Além disso, este acordo inclui também o chamado mecanismo «antievasão» que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro de «nação mais favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas provenientes da Moldávia excederem um determinado limiar sem a devida justificação da sua origem exata. Está em causa criar os mecanismos de acionamento destas duas cláusulas por parte da Comissão Europeia.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Kommissionsvorschlag soll dem Schutz der einheimischen Wirtschaft dienen, jedoch sind solche Assoziierungsabkommen kritisch zu sehen, da oftmals eine weitere Zentralisierung nach Brüssel und eine Entmachtung der Nationalstaaten zu befürchten ist. Ich enthalte mich deshalb meiner Stimme.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la Acordul de asociere UE-Moldova: clauza de salvagardare și mecanismul de prevenire a eludării. Prin clauza de salvagardare bilaterală, preferințele pot fi suspendate temporar în cazul în care aplicarea lor ar determina o creștere neprevăzută și semnificativă a importurilor, cauzând prejudicii economice industriei naționale a țării importatoare. Acest acord include și un așa-numit mecanism de prevenire a eludării, care prevede posibilitatea de a reintroduce nivelul taxelor vamale aplicabile națiunii celei mai favorizate atunci când importurile de anumite produse agricole depășesc un anumit prag. Acordul de asociere UE- Moldova a fost semnat la 24 iunie 2014, iar PE a aprobat încheierea acestui acord la 13 noiembrie 2014. Acordul introduce un regim comercial preferențial - zona de liber schimb complex și cuprinzător, introducând preferințe comerciale autonome pentru Republica Moldova. UE este cel mai mare partener comercial al Moldovei, cu 46,4 % dintre schimburile comerciale. În 2014, importurile în Uniune provenite din Moldova au crescut cu 20 %, iar importurile de bunuri agricole au crescut în mod deosebit, înregistrând o creștere de 30 %. Cu toate acestea, contingentele de exporturi scutite de taxe vamale au fost folosite într-o măsură modestă de către producătorii din Moldova.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υποστήριξα με την θετική μου ψήφο, την πρόταση του συναδέλφου Scholz, που ενέκριναν με μεγάλη πλειοψηφία τα μέλη της επιτροπής Διεθνούς Εμπορίου.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Così come la maggior parte degli accordi commerciali, questo accordo di associazione con la Moldova contiene una clausola bilaterale di salvaguardia. Mediante questo strumento le preferenze possono essere temporaneamente sospese nel caso in cui la loro applicazione dovesse comportare un inatteso e significativo incremento delle importazioni arrecante un danno economico all'industria interna della parte importatrice. Inoltre, l'accordo comprende altresì un meccanismo detto «antielusione», che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della NPF qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Moldova superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta.

La proposta applica le disposizioni dell'accordo di associazione UE-Moldova che il Parlamento ha approvato il 13 novembre 2014. L'adozione della proposta di regolamento è necessaria per dare attuazione agli obblighi che incombono alla Moldova in virtù dell'accordo, al fine di tutelare, se del caso, i produttori dell'UE. Gli elementi positivi da segnalare sono l'obbligo per la Commissione di presentare una relazione annuale sull'applicazione, sull'attuazione e sul rispetto del regolamento e l'obbligo dell'Unione di tenere consultazioni con le autorità della Moldova prima dell'imposizione di una misura di salvaguardia definitiva.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Dohoda o přidružení s Moldavskem obsahuje stejně jako většina obchodních dohod Evropské unie dvoustrannou ochranou doložku a také mechanismus obcházení opatření. Podporuji tuto zprávu, protože aby bylo možné zmíněná opatření obsažená v dohodě uplatnit, je nutné zavést do vnitřního právního řádu EU potřebný nástroj ve formě nařízení Evropského parlamentu a Rady. Je nutné v případě potřeby chránit producenty EU, a proto je nezbytné nařízení přijmout. Souhlasím s návrhem o povinnosti Komise předkládat zprávy, které přispějí k parlamentní kontrole obchodní politiky prováděné Evropskou komisí.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem poročilo o Uredbi Evropskega parlamenta in Sveta o pridružitvenem trgovinskem sporazumu z Moldavijo, ki vključuje dvostransko zaščitno klavzulo, ki se lahko uvede, kadar se izdelek s poreklom iz Republike Moldavije zaradi znižanja ali odprave carin za ta izdelek, uvaža v Unijo v tako povečanih količinah, v absolutnem smislu ali glede na proizvodnjo Unije, da povzroča resno škodo ali pomeni tveganje za nastanek resne škode za industrijo Unije.

Podpiram omenjen ukrep, saj je treba v zakonodajo Unije vključiti instrumente, s katerimi se po potrebi zaščiti trg Unije in proizvajalce na njem.

9.2. Assoziierungsabkommen EU/Georgien: Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken (A8-0365/2015 - Gabrieli Landsbergis)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate ‘rules of origin’ requirements, in accordance with the EU’s Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, UKIP abstained.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L’accordo di associazione UE-Georgia, siglato il 27 giugno 2014, prevede l’eliminazione delle barriere non tariffarie, l’allineamento normativo e norme vincolanti in materia d’investimenti e servizi. Come già previsto in altri accordi conclusi col Partenariato orientale, alla creazione di una zona di libero scambio globale ed approfondita si accompagna la predisposizione di una clausola di salvaguardia e di un meccanismo antielusione. Entrambi gli strumenti vengono generalmente richiesti quando, in virtù del superamento della soglia d’importazioni concesse, si ritiene che il mercato interno possa essere danneggiato. Ho espresso voto positivo poiché, pur ritenendo importante procedere alla progressiva integrazione economica degli Stati associati, la tutela del mercato interno e dei suoi consumatori è prioritaria.

Tim Aker and Diane James (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate ‘rules of origin’ requirements, in accordance with the EU’s Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque la aplicación del mecanismo de antielusión en este tipo de acuerdo comerciales suponer propone una garantía para asegurar la protección de la industria europea frente a los productos agrícolas importados a la UE cuando proceda. Este informe introduce la obligación de informar sobre la aplicación de la cláusula de antielusión para su aplicación en el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Georgia. La Comisión deberá presentar un informe que incluya la información relativa a la aplicación de la citada cláusula de cara a proteger a la industria y a los consumidores europeos de malas prácticas comerciales que pueda dañar sus intereses. Este informe busca adaptar el Reglamento al nuevo acuerdo comercial de cara a poder reinstaurar las aduanas con el objetivo de proteger la economía europea. Por dichos motivos he decidido votar a favor del presente informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l’application de la clause anticcontournement destinée aux produits agricoles de l’accord d’association UE-Géorgie.

En effet, ces clauses s’appliquent quand la branche européenne est touchée et non les branches nationales des États membres qui ne sont, elles, pas protégées. De plus, les modifications apportées à travers ce texte sont mineures et ne permettent pas de protéger l’agriculture européenne en cas de problème avec l’accord. En outre, l’ajustement prévu des droits de douanes pour pallier au problème d’importations importantes de produits avec un doute sur leurs origines est trop faible pour être efficace.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of this report. This was a technical file that amends a Commission proposal to harmonise the wording of a regulation with the EU-Georgia Association Agreement.

The EU-Georgia Association Agreement includes an anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility of reintroducing the ‘most favoured nation’ customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin.

A regulation of the Parliament and Council is necessary to put in place in the EU’s internal legislation the necessary instrument to be able to apply the anti-circumvention mechanism.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte sur le mécanisme anticourtage de l'accord d'association UE-Géorgie. Il dispose qu'en cas de préjudice commercial grave contre l'Union européenne, cette dernière pourrait suspendre le libre-échange défini par l'accord d'association et revenir à la clause de la nation la plus favorisée (NPF). Mais le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond aux clauses pour protéger l'agriculture européenne en cas de problèmes suite à l'accord d'association UE-Géorgie. Cette clause est très peu protectrice telle qu'elle est rédigée. Voter en faveur de ce texte reviendrait à cautionner une politique de protection bien trop minimaliste par rapport à ce que nous préconisons.

D'où mon choix de m'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – If the situation were the UK signing or updating such an Agreement with Georgia to bring British trade into line with World Trade Organisation rules, then I would vote in favour. However, I do not believe that the European Union should be the place for such matters to be decided as a consequence of my view that the United Kingdom should not be a part of it.

Consequently, I felt that it was appropriate to abstain on this vote.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord car il contribuera à améliorer le contrôle parlementaire de la mise en œuvre de la politique commerciale commune par la Commission et à en améliorer la transparence.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl ES ir Gruzijos asociacijos susitarimo. Jame numatyta vadinamoji kovos su priemonių vengimu tvarka, kuria nustatoma galimybė, tam tikrų žemės ūkio prekių importui iš Gruzijos viršijus nustatytą ribą ir nesant tinkamo jų tikslios kilmės pagrindimo, iš naujo taikyti didžiausio palankumo statuso muito mokesčio normą. Pagal siūlomą reglamentą praktiškai taikomos atitinkamos ES ir Gruzijos asociacijos susitarimo nuostatos. Siūlomą reglamentu siekiama užtikrinti Gruzijos išpareigojimų, atsirandančių dėl Susitarimo nuostatų dėl kovos su priemonių vengimu tvarkos, vykdymą siekiant prirėkus apsaugoti ES gamintojus. Pritariu siūlymui nustatyti prievolę teikti ataskaitas, pagal kurią Komisija turi pateikti teisėkūros institucijoms metinę reglamento taikymo ir įgyvendinimo ataskaitą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate 'rules of origin' requirements, in accordance with the EU's Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les produits concernés par la clause anticourtage sont les viandes bovine, porcine et ovine, la viande de volaille, les produits laitiers, les œufs, les champignons, les céréales, le sucre, le maïs, les cigarettes.

L'accord d'association avec la Géorgie contient une clause anticourtage: lorsque le volume des importations de certains produits agricoles dépasse un plafond avec un doute sur leurs origines, la clause permet de remplacer le droit de douane préférentiel par le droit de douane de la nation la plus favorisée (NPF).

La clause anticourtage est appliquée après enquête pour une durée respective de six mois sur les produits listés. Or, outre le fait que la Commission européenne est la seule à pouvoir décider de l'activation ou non de la clause de sauvegarde, c'est «la branche européenne» dans son ensemble qui est concernée et non telle ou telle branche d'un Etat en particulier.

Et l'alignement au maximum des droits de douane sur le taux de la NPF est à l'évidence insuffisant pour pallier un problème d'importations trop importantes.

Voilà pourquoi je me suis abstenu.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Con un importo totale di 2,6 miliardi di euro, l'UE rappresenta il più importante partner commerciale della Georgia. Oggi con il mio voto ho sostenuto la relazione Landsbergis sulla proposta di regolamento recante l'attuazione del meccanismo antielusione presente all'interno dell'accordo di associazione commerciale tra UE e Georgia. Lo scopo del regolamento è quello di ripristinare i dazi doganali nel caso in cui le importazioni di determinati prodotti agricoli superino una determinata soglia, in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta. Nonostante nel 2015 il tasso dei prodotti agricoli soggetti al meccanismo antielusione fosse sotto l'1%, l'inclusione della clausola si è resa necessaria per impedire che paesi terzi possano usufruire indebitamente dei vantaggi offerti dall'accordo, tutelando allo stesso tempo i prodotti georgiani da abusi e concorrenza sleale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo. En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Georgia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su labor en este informe, que he apoyado. Este acuerdo incluye un mecanismo, denominado «mecanismo antielusión», por el que se ofrece la posibilidad de volver a introducir los tipos de derechos de aduana de nación más favorecida si las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superan un determinado umbral sin que su origen exacto esté debidamente justificado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, qui appelle à une clause anticourtage concernant le commerce entre l'Union et la Géorgie, prévoit la possibilité de réintroduire le taux de droit de douane de la nation la plus favorisée dans les cas où les importations de certains produits agricoles (les viandes bovine, porcine et ovine, les céréales, le sucre...) en provenance de la Géorgie dépassent un certain seuil sans la moindre justification de leurs origines. Ces clauses sont comparables à celles déjà mises en œuvre dans de nombreux accords de libre-échange.

Il est regrettable de constater que ces clauses ne s'appliquent que lorsque la branche européenne est touchée et non dans le cas d'une branche nationale.

Les objectifs d'aligner au maximum les droits de douane sur le taux de la nation la plus favorisée sont à l'évidence trop faibles pour pallier les problèmes relatifs à des importations trop importantes.

En l'espèce, ce texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond aux clauses pour protéger l'agriculture européenne en cas de problèmes suite à l'accord d'association UE-Géorgie. Dans sa rédaction actuelle, cette clause est très peu protectrice. Enfin, les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte.

J'ai donc décidé de m'abstenir sur ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non ho condiviso l'accordo di associazione UE-Georgia in quanto ho ritenuto tale provvedimento un'ingerenza dell'Europa nell'area di influenza russa, per di più con un paese privo di interessi commerciali per le nostre aziende. Proprio per questi motivi ora non ho supportato col mio voto questo testo e mi sono astenuta.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo a esta Resolución legislativa del Parlamento que permite que se lleven a la práctica las disposiciones respectivas del Acuerdo de Asociación UE-Georgia que el Parlamento Europeo aprobó el 18 de diciembre de 2014. Es necesario aprobar el Reglamento propuesto a fin de que se cumplan las obligaciones de Georgia derivadas de las disposiciones antielusión del Acuerdo con miras a proteger a los productores de la UE, cuando proceda. El mecanismo antielusión incluido en el acuerdo ofrece la posibilidad de volver a introducir los tipos de derechos de aduana si las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superan un determinado umbral sin que su origen exacto esté debidamente justificado.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas priėmė savo poziciją dėl reglamento, kuriuo įgyvendinama apsaugos sąlyga ir kovos su priemonių vengimu tvarka, kuria numatomas laikinas asociacijos susitarime numatytų muitų tarifų lengvatų taikymo Gruzijai sustabdymas. Asociacijos susitarime su Gruzija, kaip ir daugumoje mūsų prekybos susitarimų, numatyta dvišalė apsaugos sąlyga. Ši priemonė leidžia laikinai sustabdyti lengvatų taikymą tuo atveju, kai jas toliau taikant importas netikėtai smarkiai išaugtų ir dėl to būtų padaryta ekonominė žala importuojančios šalies vidaus pramonei. Be to, susitarime taip pat nustatyta vadinamoji kovos su priemonių vengimu tvarka, kuria numatoma galimybė, tam tikrų žemės ūkio produktų importui iš Gruzijos viršijus nustatytą ribą ir nesant tinkamo jų tikslios kilmės pagrindimo, vėl nustatyti didžiausio palankumo režimo muito normą. Siekiant ES vidaus teisės aktuose įtvirtinti priemonę, sudarysiančią sąlygas taikyti dvišalę apsaugos sąlygą ir kovos su priemonių vengimu

tvarką, reikia priimti Europos Parlamento ir Tarybos reglamentą. Siūlomą reglamentą būtina priimti siekiant užtikrinti pagal susitarimą atsirandančių Gruzijos išpareigojimų vykdymą, kad prireikus galima būtų apsaugoti ES gamintojus.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzet”-re (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja a megállapodásban meghatározott küszöböt. A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – S podpora predlagani uredbi smo poslanci omogočili izvajanje ustreznih določb pridružitvenega sporazuma med EU in Gruzijo, ki ga je Evropski parlament sprejel v lanskem letu, tudi v praksi.

Sprejetje predlagane uredbe je potrebno za izvrševanje obveznosti Gruzije, ki izhajajo iz določb sporazuma, namenjenih za preprečevanje izogibanja, da bi se po potrebi zaščitili proizvajalci EU.

Namreč sporazum preko t.i. mehanizma za preprečevanje izogibanja omogoča ponovno uvedbo carinske stopnje za države z največ ugodnostmi, kadar uvoz nekaterih kmetijskih proizvodov iz Gruzije preseže določen prag brez ustrezne utemeljitve njihovega točnega porekla.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam ovo izvješće o zaštitnim mjerama kojima se nastoji zaštititi zemlje članice Europske unije u situaciji kada uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda iz Gruzije prelazi određenu kvotu bez jasno utvrđenog podrijetla proizvoda. U tim slučajevima podržavam zaštitne mjere, poput uvođenja carinske stope, kako bi se zaštitile zemlje članice EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond aux clauses pour protéger l'agriculture européenne en cas de problèmes suite à l'accord d'association UE-Géorgie. Cette clause est très peu protectrice telle qu'elle est rédigée. Les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte. Je me suis donc abstenue.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che l'accordo di associazione UE-Georgia rappresenti un'opportunità per entrambe le parti contraenti sia dal punto di vista economico che da quello geopolitico. Ritengo altresì che sia importante che l'accordo in parola contenga un meccanismo antielusione adeguato e che esso venga applicato in maniera efficace.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – L'accordo concluso con la Georgia ha introdotto un ambizioso regime commerciale preferenziale fra entrambe le parti noto come Zona di libero scambio globale e approfondita (DCFTA). È importante promuovere gli accordi di associazione commerciale e il libero commercio internazionale, ma esso deve avvenire su una base di trasparenza e di mutuo rispetto delle regole. Per questo, nel meccanismo antielusione dell'accordo di associazione commerciale fra Unione europea e Repubblica di Georgia, sono state inserite delle clausole di salvaguardia: esse non rappresentano una anacronistica misura protezionistica, che non appartiene alla volontà politica né della Commissione né del Parlamento, bensì ad una forma di tutela dei produttori e dei consumatori tramite la possibilità di ripristinare l'aliquota del dazio doganale qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Georgia (elencati nell'allegato II-C) superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta. Le clausole antielusione sono importanti per evitare l'importazione nell'Unione di prodotti non georgiani attraverso la Georgia utilizzando i vantaggi dell'accordo per eludere i requisiti di «norme di origine».

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Ce rapport vise à apporter des précisions et des modifications à l'application de la clause de sauvegarde et du mécanisme anticcontournement permettant la suspension des préférences tarifaires accordées à la Géorgie. Ces différentes clauses prévoient en effet qu'en cas de dépassement d'un certain volume d'importations, notamment de produits agricoles, qui menacerait ou occasionnerait de graves préjudices pour une branche de production européenne, l'Union peut suspendre toute nouvelle baisse des tarifs douaniers et remplacer les droits de douane préférentiels par les droits de douane de la nation la plus favorisée. Ces clauses sont par ailleurs censées permettre d'éviter l'importation massive de produits qui ne sont pas d'origine géorgienne mais qui transitent par ce pays du Caucase afin de bénéficier de ces tarifs préférentiels.

Bien qu'elles partent d'une bonne intention, ces clauses demeurent inefficaces dans la mesure où les branches de production nationales restent vulnérables tant qu'il n'y a pas de danger majeur pour la branche européenne. De plus, les mesures citées ci-dessus sont incontestablement dérisoires. Enfin les modifications apportées au texte sont absolument négligeables.

Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Între Uniunea Europeană și Georgia se aplică din septembrie 2014 un regim comercial preferențial ambițios, cunoscut ca zona de liber schimb aprofundată și cuprinzătoare (DCFTA), acord care a fost negociat urmând aceeași abordare ca în cadrul negocierilor desfășurate simultan cu alte țări din regiune.

În prezent, UE este principalul partener comercial al Georgiei. 27,2% din schimburile comerciale ale Georgiei se desfășoară cu UE, schimburile comerciale cu Turcia și Azerbaidjan fiind pe locurile 2 și, respectiv, 3. Pe de altă parte, comerțul cu Georgia reprezintă 0,1% din schimburile comerciale totale ale UE, cu o valoare totală de 2,6 miliarde EUR în 2014.

Remarc faptul că mecanismul antieludare prevede posibilitatea de a reintroduce taxa vamală aplicabilă NCMF (adică aplicabilă națiunii celei mai favorizate), atunci când importurile de anumite produse agricole și produse agricole prelucrate originare din Georgia depășesc un prag dat (media anuală a volumului de importuri) fără o justificare corespunzătoare cu privire la originea exactă a acestora, susținând o astfel de abordare.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece acesta stabilește procedurile pentru a garanta aplicarea efectivă a acordului, astfel încât să se prevină un posibil impact negativ asupra pieței Uniunii.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione. L'accordo di associazione UE-Georgia è stato siglato nel giugno 2014 ed è entrato in provvisoria applicazione dal settembre dello stesso anno. Questo regolamento non è altro che un provvedimento accessorio che prevede la possibilità di sospendere i dazi preferenziali accordati alla Georgia per un periodo massimo di sei mesi in caso di ingresso eccessivo di prodotti nell'UE. Il provvedimento, di per sé, non è assolutamente problematico. Anzi, si tratta, in concreto, di clausole di salvaguardia a protezione del nostro sistema produttivo.

Il nostro voto di astensione, però, è giustificato da diverse ragioni: la nostra delegazione non condivide e si esprime contro l'accordo di associazione con un paese, la Georgia, tradizionalmente di influenza Russa; questa indebita ingerenza in un'area di influenza politica a noi poco affine è, peraltro, priva di interesse di tipo commerciale per le nostre aziende; non esiste, in concreto, un rischio per il sistema agricolo e produttivo italiano e padano dato dalla Georgia; qualora il problema esista, la nostra delegazione non crede nel funzionamento di procedure di salvaguardia che, alla prova dei fatti, si rivelano quasi sempre lente e poco funzionali agli scopi che si prefiggono.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione sulla proposta di regolamento recante attuazione del meccanismo antielusione che prevede la sospensione temporanea delle preferenze tariffarie contenute nell'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Georgia.

Il meccanismo antielusione consente di interrompere l'applicazione di un dazio doganale più favorevole alle importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Georgia per ripristinare l'aliquota originaria ogni qualvolta vi sia il superamento di una determinata soglia senza alcuna giustificazione.

Inoltre, il progetto di risoluzione prevede l'applicazione di un'altra clausola di elusione, la quale consente di impedire le importazioni nell'UE di prodotti non georgiani che, attraverso la Georgia, riuscirebbero a entrare nel mercato europeo grazie ai vantaggi previsti dall'accordo di associazione anzidetto. In particolare, si vuole evitare che altri paesi possano eludere i requisiti in materia di «norme d'origine», riuscendo comunque a far arrivare la propria merce in Europa.

Il regolamento proposto applica le disposizioni dell'accordo di associazione UE-Georgia cui il Parlamento ha dato la sua approvazione il 18 dicembre 2014 e per questo ho deciso di votare per il suo accoglimento.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate ‘rules of origin’ requirements, in accordance with the EU’s Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report so a regulation can be adopted, which will allow for an effective application of the anti-circumvention mechanism in the future in order to protect the EU producers if necessary.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Non riscontrando problemi particolari ho votato a favore dell’accordo di associazione UE-Georgia. In particolare, questo accordo prevede un meccanismo detto «antielusione» che consente di ripristinare l’aliquota del dazio doganale della «nazione più favorita» (NPF) qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Georgia superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Η συμφωνία σύνδεσης ΕΕ-Γεωργίας περιλαμβάνει τον αποκαλούμενο μηχανισμό κατά της καταστρατήγησης, που προβλέπει τη δυνατότητα επαναφοράς του δασμολογικού συντελεστή του «πλέον ευνοουμένου κράτους» όταν οι εισαγωγές ορισμένων γεωργικών προϊόντων από τη Γεωργία υπερβαίνουν ένα συγκεκριμένο όριο χωρίς τη δέουσα αιτιολόγηση της ακριβούς καταγωγής τους. Ως εκ τούτου, στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως απαιτείται η έκδοση ενός κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου προκειμένου να ενσωματωθεί στην νομοθεσία της ΕΕ το απαραίτητο μέσο με το οποίο να καταστεί δυνατή η εφαρμογή του μηχανισμού κατά της καταστρατήγησης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Συζητήσαμε σήμερα την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την εφαρμογή του μηχανισμού κατά της καταστρατήγησης ο οποίος προβλέπει την προσωρινή αναστολή των δασμολογικών προτιμήσεων της Συμφωνίας Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Γεωργίας, αφετέρου. Η εφαρμογή αντίστοιχων αποφάσεων με στόχο την ενίσχυση των κανονισμών αλλά και της συνεργασίας μεταξύ της ΕΕ και τρίτων κρατών, αποτελεί μια θετική κίνηση η οποία μπορεί να διασφαλίσει την ομαλή συνεργασία των πολιτών και των δύο μερών. Ως εκ τούτου αποφάσισα να στηρίξω και για αυτό το λόγο υπερψήφισα.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante attuazione del meccanismo antielusione che prevede la sospensione temporanea delle preferenze tariffarie contenute nell’accordo di associazione tra l’Unione europea e la Comunità europea dell’energia atomica e i loro Stati membri, da una parte, e la Georgia, dall’altra affinché venga inserito nella legislazione interna dell’UE lo strumento necessario a rendere possibile l’applicazione del meccanismo antielusione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il diritto del commercio internazionale attribuisce molta importanza alle regole di origine, perché norme troppo blande rischiano di dare luogo a vere e proprie truffe a scapito dei consumatori, danneggiando anche la fiducia nei confronti dei produttori ed esportatori di un intero paese. Il meccanismo antielusione a cui fa riferimento questa proposta è, a mio avviso, ben calibrato per continuare la felice collaborazione commerciale con la Georgia: patti chiari, amicizia lunga!

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The agreement introduces an ambitious preferential trade regime between both parties, known as the Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA). Currently the EU is Georgia’s main trading partner. Trade with Georgia amounts for 0.1% of the EU’s total trade. Article 27 of the agreement allows for an ‘anti-circumvention mechanism’. This enables the reintroduction of the ‘most-favoured-nation’ customs duty rate when imports from Georgia are in excess of a certain threshold without justification of their origin. This clause is crucial to avoid the Union importing non-Georgian products via Georgia. The measure must be used to stop countries with bilateral free-trade agreements with Georgia, like Turkey and EUROMED countries using the Agreement to avoid ‘rules of origin’ requirement. This clause also works to protect Georgian producers from unprecedented competition from non-Georgian producers.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate ‘rules of origin’ requirements, in accordance with the EU’s Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a União Europeia e a Geórgia introduz um regime ambicioso de preferências comerciais entre ambas as partes, conhecido como Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada.

O Acordo inclui, no artigo 27.º-A, o denominado «mecanismo antievasão», que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro Nação Mais Favorecida sempre que as importações de determinados produtos agrícolas e produtos agrícolas transformados provenientes da Geórgia excederem um determinado limite sem a devida justificação da sua origem exata.

Apoio o Relatório do colega Lansbergis que vem incluir uma «cláusula antievasão» para evitar a importação para a União de produtos não georgianos através da Geórgia, recorrendo às vantagens das disposições do Acordo evitando que os países com acordos bilaterais de comércio livre com a Geórgia se sirvam do acordo com a União para contornar os requisitos de regras de origem.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate ‘rules of origin’ requirements, in accordance with the EU’s Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole in merito alla proposta di regolamento per l’applicazione del meccanismo antielusione perché esso prevede la possibilità di reintrodurre l’aliquota del dazio doganale quando le importazioni agricole dalla Georgia eccedono una soglia senza giustificazione. La proposta si inserisce nel panorama dell’accordo di associazione con il suddetto paese, datato 18 dicembre 2014, con lo scopo di impedire la possibile emersione di situazioni di svantaggio commerciale nei confronti dei produttori europei.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Like in the case of Moldova, I welcome the inclusion in the agreement of the anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility of reintroducing the ‘most favoured nation’ customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold. To this effect, a law needs to be put in place laying down the necessary instrument to be able to apply the bilateral safeguard clause and the anti-circumvention mechanism. I have thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L’accordo di associazione UE-Georgia prevede un meccanismo detto «antielusione», che consente di ripristinare l’aliquota del dazio doganale della «nazione più favorita» (NPF) qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Georgia superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta. È necessario un regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio per istituire, nella legislazione interna dell’UE, lo strumento necessario all’applicazione di tale meccanismo.

Per le importazioni dei prodotti elencati nell’allegato II-C dell’accordo, soggetti al meccanismo antielusione, nel caso la soglia venisse superata, la Commissione può decidere di sospendere temporaneamente il dazio preferenziale applicato ai prodotti interessati per un periodo massimo di sei mesi a decorrere dalla data di pubblicazione della decisione. La proposta prevede l’obbligo per la Commissione di presentare ai legislatori, e successivamente di rendere pubblica, una relazione annuale sull’applicazione e l’attuazione del regolamento. Il Parlamento europeo può invitare la Commissione a una riunione ad hoc della propria commissione competente per presentare e illustrare le questioni connesse all’applicazione del regolamento. Il mio voto a questa relazione è favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque la aplicación del mecanismo de antielusión en este tipo de acuerdo comerciales suponer propone una garantía para asegurar la protección de la industria europea frente a los productos agrícolas importados a la UE cuando proceda. Este informe introduce la obligación de informar sobre la aplicación de la cláusula de antielusión para su aplicación en el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Georgia. La Comisión deberá presentar un informe que incluya la información relativa a la aplicación de la citada cláusula de cara a proteger a la industria y a los consumidores europeos de malas prácticas comerciales que pueda dañar sus intereses. Este informe busca adaptar el Reglamento al nuevo acuerdo comercial de cara a poder reinstaurar las aduanas con el objetivo de proteger la economía europea. Por dichos motivos he decidido votar a favor del presente informe.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az EU ma Grúzia fő kereskedelmi partnere, kereskedelmi forgalmának 27,2%-át az EU-val bonyolítja le, ugyanakkor az Európai Unió kereskedelmi volumenében a Grúziával folytatott kereskedelem 0,1%. A Grúziából az EU-ba exportált fő mezőgazdasági termékek a friss és szárítottogyorók, ásványvíz és bor.

Az Európai Bizottság által javasolt rendelet átülteti a gyakorlatba a Parlament által 2015 decemberében jóváhagyott EU–Grúzia társulási megállapodás rendelkezéseit. A rendelet elfogadása szükséges ahhoz, hogy érvényesíteni lehessen Grúziának a megállapodás ún. kijátszásellenes mechanizmusra vonatkozó kötelezettségeit.

A kijátszásellenes mechanizmus lehetőséget ad a legnagyobb kedvezményes vámtétel visszaállítására, ha a Grúziából származó mezőgazdasági termékek behozatala meghalad egy bizonyos határt, pontos származásmeghatározás nélkül. A „kijátszásellenes záradékra” elsősorban azért van szükség, hogy elkerülhető legyen a nem Grúziából származó termékek Grúzián keresztül – a megállapodás szerinti kedvezményeket élvezve – történő bejutása az Európai Unióba. A záradék védelmi mechanizmusként is szolgál a grúz termelők számára a lehetséges visszaélésekkel szemben. A megállapodás II-C. mellékletében felsorolt termékekre átlagos éves behozatali mennyiséget határoztak meg. A megállapodás egy preferenciális kereskedelmi rendszert vezet be.

A Bizottság továbbá a javaslatban megfogalmaz egy jelentési kötelezettséget, miszerint a rendelet alkalmazásáról és végrehajtásáról éves jelentést nyújt be a társjogalkotóknak. Ez növeli a közös kereskedelempolitika feletti parlamenti felügyeletet és átláthatóságot. A jelentést támogattam.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Układ o stowarzyszeniu z Gruzją z czerwca 2014 r. zawiera tzw. mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu cel, który umożliwia ponowne wprowadzenie stawki należności celnej stosowanej względem kraju najbardziej uprzywilejowanego, w przypadku gdy przywóz pewnych produktów rolnych z Gruzji –wymienionych w załączniku II-C do układu – przekroczy określony próg, bez należytego uzasadnienia ich dokładnego pochodzenia. Komisja może postanowić o tymczasowym zawieszeniu cel preferencyjnych stosowanych wobec danych produktów lub zdecydować, że takie zawieszenie nie jest odpowiednie. Tymczasowe zawieszenie cel preferencyjnych ma zastosowanie przez maksymalny okres sześciu miesięcy od daty publikacji decyzji w sprawie zawieszenia cel preferencyjnych. Aby wprowadzić do wewnętrznego porządku prawnego UE niezbędny instrument, tak aby można było stosować wymieniony mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu cel, potrzebne jest rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady – głosowałem za przyjęciem omawianego dokumentu.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report that calls for an ‘anti-circumvention’ clause regarding trade between the European Union and Georgia. This mechanism provides for the possibility of reintroducing the ‘most favoured nation’ customs duty rate in the event that imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. Ultimately such a safeguard measure would be dually beneficial: it would result in greater transparency and more security for domestic, European firms and it would serve as a mechanism to protect Georgian producers from this potential misuse and unprecedented competition from non-Georgian producers.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I support this temporary suspension of tariff preferences under the EU-Georgia Association Agreement. It is important that tariff preferences under an association agreement only benefit the country with which the EU signed the deal. The Association Agreement with Georgia signed in June 2014 includes an anti-circumvention mechanism designed to be used when necessary, and I welcome its implementation in this case to ensure Georgian farmers continue to benefit from the free trade agreement signed with the EU.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif vise à mettre en œuvre la clause de sauvegarde dans le cadre de l'accord d'association UE-Géorgie, permettant de suspendre temporairement les préférences tarifaires accordées à la Géorgie. Cet instrument, prévu dans chacun des accords d'association de l'Union avec des pays tiers, vise à garantir les intérêts des entreprises européennes lorsque les préférences accordées aux pays tiers entraînent une hausse importante et inattendue des importations, au détriment de la production européenne. La suspension est prévue pour une durée maximale de six mois. Considérant que la politique d'aide au développement des pays tiers de l'Union européenne ne doit pas se faire au détriment des intérêts de notre économie, notamment agricole, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Ce texte vise l'intégration dans le droit européen du mécanisme anticontournement prévu dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Géorgie. Je suis favorable à la possibilité de suspendre les droits de douane préférentiels lorsque le volume des importations de certains produits agricoles et produits agricoles transformés en provenance de Géorgie dépasse un plafond déterminé sans que leur origine exacte soit valablement justifiée.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di associazione UE-Georgia prevede un meccanismo detto «antielusione», che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della «nazione più favorita» (NPF) qualora le importazioni di taluni prodotti agricoli dalla Georgia superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta. Ho votato a favore di questo provvedimento perché è necessario un regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio per istituire, nella legislazione interna dell'UE, lo strumento necessario all'applicazione del meccanismo antielusione con la Georgia.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'accord d'association entre l'Union européenne et la Géorgie est un instrument important pour renforcer les liens commerciaux, promouvoir le respect des droits de l'homme et la bonne gouvernance en Géorgie. À ce titre, il doit être vu comme une opportunité pour les Géorgiens et les Européens. Le volet commercial de cet accord doit être bénéfique pour les économies des deux parties mais aussi comporter des filets de sécurité pour les produits jugés sensibles. C'est pourquoi la mise en place du mécanisme «anticontournement» permettra de suspendre autant que de besoin les préférences tarifaires sur certains produits tels que les viandes, les produits laitiers et les céréales en cas d'augmentation non justifiée des importations en provenance de Géorgie. Il permettra notamment d'éviter la fraude aux règles d'origine comme le transit de produits des pays voisins par la Géorgie pour bénéficier des préférences européennes.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzet”-re (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja megállapodásban meghatározott küszöböt. A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il est louable de vouloir lutter contre l'utilisation des tarifs préférentiels de la Géorgie par des exportateurs de produits extérieurs à ce pays. Néanmoins, le texte amendé n'améliore pas les dispositifs visant à protéger l'agriculture européenne. La clause anticontournement s'applique après six mois d'enquête, via la Commission européenne. En outre, elle vise à protéger uniquement la branche de l'Union concernée et non la branche d'un des États membres. Ainsi, j'ai décidé de m'abstenir sur ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на предложението за регламент на Европейския парламент и на Съвета за прилагане на механизма за недопускане на заобикалянето на мерки, с който се предвижда временно преустановяване на прилагането на тарифните преференции по Споразумението за асоцииране между Европейския съюз и Европейската общност за атомна енергия и техните държави членки, от една страна, и Грузия, от друга страна.

Причината за това е, че предложеният регламент прилага на практика съответните разпоредби на Споразумението за асоцииране ЕС-Грузия, за което Европейският парламент даде своето съгласие на 18 декември 2014 г. Приемането на предложения регламент е необходимо за изпълнението на задълженията на Грузия, произтичащи от разпоредбите за недопускане на заобикаляне, предвидени в споразумението, за да се защитят при необходимост производителите от ЕС.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzet”-re (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja megállapodásban meghatározott küszöböt. A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação UE-Geórgia inclui um mecanismo designado «mecanismo antievasão» que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro «nação mais favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas da Geórgia excederem um determinado limiar sem a devida justificação sobre a sua origem exata.

A alteração proposta ao texto da Comissão visa harmonizar a redação do Regulamento com a do Acordo de Associação UE-Geórgia. Enuncia a obrigação da Comissão de elaborar um relatório de forma mais pormenorizada, de modo a mencionar expressamente a aplicação de um mecanismo antievasão. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution, parce que je considère que ces mesures anticontournement sont sans portée réelle et sans efficacité.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo de Associação UE-Geórgia inclui um mecanismo designado «mecanismo antievasão», que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro «nação mais favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas da Geórgia excederem um determinado limiar sem a devida justificação sobre a sua origem exata.

O Acordo – que condenamos e contra o qual estivemos – introduz um regime de preferências comerciais entre ambas as partes, conhecido como Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA).

Atualmente, a UE é o principal parceiro comercial da Geórgia, representando 27,2% das suas trocas comerciais. Por outro lado, as trocas comerciais com a Geórgia representam 0,1 % das trocas comerciais globais da UE, num montante total de 2,6 mil milhões de euros em 2014. Em termos de produtos agrícolas, as principais importações da UE provenientes da Geórgia são avelãs frescas e secas, água mineral e vinho. As principais exportações da UE para a Geórgia são produtos agrícolas transformados (como bebidas espirituosas e preparações alimentares) e produtos lácteos.

Este mecanismo em nada altera a natureza deste acordo, que rejeitamos, apenas pode, em determinadas circunstâncias, mitigar algumas das suas consequências mais nefastas.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di attuazione di un «meccanismo antielusione» tra Unione europea e Georgia. Tale meccanismo fornisce la possibilità di reintrodurre il dazio doganale della nazione più favorita quando le importazioni di determinati prodotti agricoli e prodotti agricoli trasformati provenienti dalla Georgia superano una determinata soglia senza debita motivazione della loro esatta origine. L'Unione europea è il principale partner commerciale della Georgia e ritengo dunque basilare un accordo che favorisca trasparenza nel commercio. Sono convinto che quest'accordo porti vantaggi reciproci, migliorando complessivamente la qualità degli scambi commerciali.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – V tejto predmetnej správe ide o zakomponovanie klauzuly proti obchádzaniu mechanizmu, tak ako bola stanovená v asociačnej dohode medzi Európskou úniou a Gruzínskom. Asociačná dohoda sa provizórne uplatňuje od 1. septembra 2015. To znamená, že nemôžu byť zavedené žiadne nové zásadné podmienky v priebehu legislatívneho procesu, ktorý nebol počas rokovaní o dohode o pridružení s Gruzínskom schválený. Dohoda o pridružení zahŕňa aj tzv. klauzulu proti obchádzaniu mechanizmu, ktorá poskytuje možnosť zaviesť colné sadzby, ak dovoz niektorých poľnohospodárskych výrobkov z Gruzínska prekročí určitú povolenú hranicu, bez riadneho zdôvodnenia ich presného pôvodu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo perché lo ritengo un accordo privo di alcun interesse di tipo commerciale per le nostre aziende.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Υπερψηφίζω την παρούσα πρόταση καθώς με την εφαρμογή του ως άνω μηχανισμού επιτυγχάνεται η προστασία των οικονομικών συμφερόντων των παραγωγών γεωργικών προϊόντων των κρατών μελών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – This legislative report concerns the incorporation in the EU law of the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Georgia Association Agreement. The agreement has been provisionally applied since 1 September 2014. No fundamentally new conditions can be introduced during the legislative procedure which have not already been agreed during the negotiations with Georgia. However, the legislation can lay down the rules to be followed during the procedure and how decisions under the mechanism are to be taken.

The anti-circumvention mechanism provides for the possibility to introduce the MFN customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. An implementing regulation of the European Parliament and of the Council is necessary to put the instrument in place in the EU's internal legislation to be able to apply the anti-circumvention mechanism. In the report the Committee adopted one amendment relating to the reports which the Commission has to supply to Parliament and Council on the application of the anti-circumvention mechanism. Measures adopted under the anti-circumvention mechanism are limited to a maximum of six months.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzet”-re (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja megállapodásban meghatározott küszöböt. A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Hangsúlyozom, hogy a javasolt rendelet átülteti a gyakorlatba az Európai Parlament által 2015. december 18-án jóváhagyott EU–Grúzia társulási megállapodás vonatkozó rendelkezéseit. A javasolt rendelet elfogadása szükséges ahhoz, hogy érvényesíteni lehessen Grúziának a megállapodás kijátszásellenes mechanizmusra vonatkozó rendelkezéseiben meghatározott kötelezéseit, ezáltal szükség esetén védve az európai termelőket.

Üdvözlöm továbbá a Bizottságnak a javaslatban megfogalmazott jelentési kötelezettségét, amely szerint a Bizottság a rendelet alkalmazásáról és végrehajtásáról szóló éves jelentést nyújt be a társjogalkotóknak, amelyet ezt követően nyilvánosságra hoznak. Az Európai Parlament meghívhatja a Bizottságot illetékes bizottságának eseti ülésére, hogy ismertessen és magyarázzon meg a megállapodás végrehajtásával kapcsolatosan felmerülő bármely kérdést. Az előadó szerint ez a jelentéstétel növeli a közös kereskedelempolitika Bizottság általi végrehajtása feletti parlamenti felügyeletet, valamint annak átláthatóságát. A fenti megfontolások fényében az előadóval egyetértésben javaslom, hogy az Európai Parlament módosítások nélkül fogadja el a Bizottság javaslatát.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor del informe que incluye un mecanismo antielusión por el que se ofrece la posibilidad de volver a introducir los tipos de derechos de aduana de nación más favorecida (NMF) si las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superan un determinado umbral sin que su origen exacto esté debidamente justificado. La Comisión podrá decidir, o bien suspender temporalmente el derecho preferencial aplicado al producto o productos de que se trate, o bien que no procede dicha suspensión. La suspensión temporal del derecho preferencial se aplicará durante un periodo máximo de seis meses a partir de la fecha en que se publique la decisión de suspender dicho derecho.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della posizione del Parlamento europeo relativa alla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante l'attuazione del meccanismo antielusione che prevede la sospensione temporanea delle preferenze tariffarie contenute nell'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Comunità europea dell'energia atomica e i loro Stati membri, da una parte, e la Georgia, dall'altra. Il gruppo S&D ha condiviso sin dall'inizio l'approccio del relatore, basato su un coordinamento stretto con il Consiglio che consentirà di arrivare a un accordo in tempi stretti tra i due colegislatori.

Per il paese caucasico, l'UE rappresenta il principale partner commerciale e l'introduzione di una clausola antielusione, allo scopo di impedire che prodotti non georgiani arrivino sul mercato europeo, è dunque fondamentale per proteggere non soltanto i produttori georgiani da eventuali frodi ma soprattutto i cittadini europei.

È importante che tale proposta di regolamento, implementato sulla base dell'accordo di associazione tra l'UE e la Georgia, imponga l'obbligo per la Commissione di presentare una relazione annuale sull'applicazione e l'attuazione del suddetto regolamento in modo che i legislatori possano esercitare la funzione di controllo circa l'attuazione della politica commerciale europea e per dare un forte segnale di trasparenza da parte delle istituzioni.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht zum „Assoziierungsabkommen EU/Georgien: Verfahren zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken“ gestimmt, da ich eine weitere Annäherung und intensive Partnerschaft der EU mit Georgien für geopolitisch sinnvoll und wichtig erachte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Von einem Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen werden beide Seiten profitieren. Hiermit schaffen wir Anreize für Unternehmen, weitere Investitionen zu tätigen. Die Bekämpfung von undurchsichtigen Umgehungspraktiken ist dabei ein wichtiger Bestandteil.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which introduces an anti-circumvention mechanism to accompany the Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA) which is embedded in the Association Agreement with Georgia. This is for cases where the Union suspects imports (particularly agricultural imports) are being circumvented through Georgia to enter the EU market under the preferential agreement, but in fact originate in other countries.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Georgia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Podobnie jak w przypadku Republiki Mołdawii, zagłosowałam za wnioskiem dotyczącym rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady wprowadzającym mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu ceł wobec Gruzji.

Dzięki niemu możliwe będzie ponowne wprowadzenie należności celnej w przypadku naruszenia określonych progów przez Gruzję oraz braku należytego uzasadnienia o dokładnym pochodzeniu produktów rolnych przewożonych przez granice państw członkowskich Unii Europejskiej. Sprawozdawczość Komisji na temat stosowania i wdrożenia rozporządzenia odegra również kluczową rolę w zwiększeniu przejrzystości polityki handlowej prowadzonej przez Komisję.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for this proposal. The EU-Georgia Association Agreement includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility of reintroducing the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. A regulation of the European Parliament and of the Council is necessary to put in place in the EU's internal legislation the necessary instrument to be able to apply the anti-circumvention mechanism.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the implementation of an anti-circumvention mechanism, because being able to temporarily suspend preferential tariffs as a result of excess imports will limit negative effects on the Union market, and will protect Georgian businesses from threat and competition by non-Georgian businesses.

András Gyürk (PPE), írásban. – Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzet”-re (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja megállapodásban meghatározott küszöböt. A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση αυτή θέτει σε εφαρμογή διατάξεις που είχαν ψηφιστεί στα πλαίσια της συμφωνίας σύνδεσης ΕΕ- Γεωργίας. Αφορά ουσιαστικά την εισαγωγή μέτρων όταν δεν υπάρχει η δέουσα αιτιολόγηση της ακριβής καταγωγής τους (μηχανισμός καταστρατήγησης). Παρά τη διαφωνία μας με το περιεχόμενο της συμφωνίας σύνδεσης ΕΕ-Γεωργίας, υπερψηφίσαμε την έκθεση επειδή ο μηχανισμός καταστρατήγησης αποτελεί σημαντικό εργαλείο για να αποφευχθούν οι εισαγωγές μη γεωργικών προϊόντων στην Ένωση δια μέσου της χώρας.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I voted in favour of this anti-circumvention mechanism between the EU and Georgia. This allows for the possibility of reintroducing the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. The reason this mechanism is important as it will help to avoid imports into the Union of non-Georgian products via Georgia using the advantages of the Agreement provisions and in particular to avoid that countries with bilateral free trade agreements with Georgia, for example Turkey and EUROMED countries, use the agreement with the Union to circumvent 'rules of origin' requirements. This will benefit European consumers while it will also serve as a mechanism to protect Georgian producers from this potential misuse and from unprecedented competition from non-Georgian producers.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – I support the rapporteur's approach and the aim to reach a quick first-reading agreement with Council.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera, kojim se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana iz Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Gruzije, s druge strane (COM(2015)0155 – C8-0091/2015 – 2015/0080(COD)) - u redovnom zakonodavnom postupku, prvo čitanje.

Naime, Sporazumom je uključen „mehanizam za sprečavanje izbjegavanja mjera” kojim se omogućuje ponovno uvođenje stope carine, u slučajevima kad uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda i prerađenih poljoprivrednih proizvoda iz Gruzije premaši utvrđeni prag bez valjanog obrazloženja, odnosno bez valjanog točnog podrijetla. Uključenje klauzule o izbjegavanju je važno radi sprečavanja uvoza u EU-u negruzijjskih proizvoda preko Gruzije koristeći se prednostima odredbi Sporazuma.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Ce vote concerne le mécanisme anticourtournement de l'accord d'association UE-Géorgie. Il dispose qu'en cas de préjudice commercial grave contre l'Union européenne, cette dernière pourrait suspendre le libre-échange défini par l'accord d'association et revenir à la clause de la nation la plus favorisée (NPF). Mais le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond aux clauses pour protéger l'agriculture européenne en cas de problèmes suite à l'accord d'association UE-Géorgie. Cette clause est très peu protectrice telle qu'elle est rédigée. Les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte. Voter en faveur de ce texte reviendrait à accréditer une politique de protection trop minimaliste.

Je me suis donc abstenu.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Gabrielius Landsbergis sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l'application du mécanisme anticourtournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union et la Géorgie. Il s'agit pour l'Union d'avoir la possibilité de réintroduire des droits de douanes lorsque les importations agricoles aux origines non clarifiées de la Géorgie dépassent un certain seuil. Le but est de pouvoir protéger les producteurs européens. Ce texte est nécessaire à la mise en place de l'accord d'association avec la Géorgie, que j'ai approuvé avec mes collègues députés en 2014.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui valide la proposition de créer deux mécanismes de protection dans le cadre de l'accord d'association signé entre l'Union et la Géorgie.

Ces mécanismes vont permettre de stopper les clauses préférentielles signées avec la Géorgie dans les cas où l'importation de produits agricoles géorgiens mettrait en danger la production européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Schutz der österreichischen Landwirtschaft für mich höchste Priorität. Gleichzeitig sehe ich hinsichtlich Lebensmittelstandards und Anbaumethoden große Probleme bei einem Abkommen mit Georgien. Allerdings bedeutet Georgiens geringer Industrialisierungsgrad, dass es derzeit in erster Linie in der Landwirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Aufgrund dieser Überlegungen enthalte ich mich zu diesem Bericht.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I support this report, which concerns the incorporation into European Union law of the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Georgia Association Agreement. I agree with the rapporteur that the adoption of the proposed regulation is necessary to enforce the obligations of Georgia stemming from the anti-circumvention provisions of the Agreement in order to protect EU producers if necessary. The EU-Georgia Association Agreement includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility of reintroducing the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. Therefore, I believe a regulation is required to put in place the necessary instrument in the EU's internal legislation to be able to apply the anti-circumvention mechanism and ensure the protection of the EU's producers.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as it is simply incorporation into EU law of the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Georgia Association Agreement.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Jelentés az egyrészt az Európai Unió, az Európai Atomenergia-közösség és tagállamai, másrészt Grúzia közötti társulási megállapodásban szereplő vámkedvezmények ideiglenes felfüggesztésére vonatkozó kijátszásellenes mechanizmus végrehajtásáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre irányuló javaslatról

Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzet”-re (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja megállapodásban meghatározott küszöböt. A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di associazione UE-Georgia prevede il meccanismo di «antielusione». Alla luce di ciò, ho deciso di dare parere positivo poiché l'antielusione permette di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della «nazione più favorita» (NPF) nel caso in cui le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Georgia superino una determinata soglia. Tale meccanismo è atto anche ad evitare che i paesi, con accordi bilaterali di libero scambio con la Georgia, utilizzino l'accordo con l'Unione per eludere i requisiti in materia di «norme d'origine».

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la clause de sauvegarde et le mécanisme anticournement dans le cadre de l'accord d'association UE-Géorgie. Le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond à la clause de sauvegarde et anticournement de l'accord d'association UE-Géorgie. Ces clauses sont très peu protectrices telles qu'elles sont rédigées. Ces clauses s'appliquent quand la branche européenne est touchée et non une branche nationale quelconque. Les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport car il n'apporte rien d'intéressant à l'accord d'association.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En 2014 el Parlamento Europeo dio su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia, con el fin de estrechar los lazos políticos y económicos entre ambas partes.

A través del presente informe se incluye, al igual que en el Acuerdo de Asociación UE-Moldavia, un mecanismo antielusión para evitar malas prácticas y proteger, cuando proceda, a los productores de la UE.

En este contexto, se ofrece la posibilidad de volver a introducir los derechos de aduana de nación más favorecida (NMF) si se da el caso de que las importaciones de ciertos productos agrícolas procedentes de Georgia superan un determinado umbral sin que su origen esté debidamente justificado.

Es competencia de la Comisión decidir o bien suspender temporalmente el derecho preferencial aplicado al producto o bien considerar que no procede dicha suspensión.

A mi parecer, este informe debe ser aprobado ya que contribuirá a un mayor control parlamentario de la aplicación de la política comercial común por parte de la Comisión y a una mayor transparencia de la misma.

Peter Lundgren (EFDD), *in writing*. – Back in 2014, Sweden Democrats opposed the Association Agreement between the EU and Georgia due to concerns over Georgia's future accession to the EU. When this Agreement was signed both parties (the EU and Georgia) agreed on a preferential trade regime.

However the Agreement contains a clause (Article 27) called the 'anti-circumvention mechanism' which establishes an average annual volume of imports from Georgia into the EU of certain agricultural products. When the volume of imports exceeds the annual volume Georgia must provide the EU with justification that Georgia has the capacity to produce the products concerned in excess, otherwise the EU may temporarily suspend preferential treatment for the products concerned for a period of six months.

The anti-circumvention mechanism would therefore limit the amount of imports of certain agricultural products from Georgia to the EU and would also avoid imports of non-Georgian products via Georgia using the advantages of the Agreement's provisions.

To prevent a possible negative impact on the Swedish market and more importantly to protect our Swedish farmers' best interests, Sweden Democrats supports this proposal for a regulation providing for the temporary suspension of tariff preferences of the Association Agreement between the EU and Georgia.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam izvješće zastupnika Gabrieliusa Landbergia o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera. Prema tom prijedlogu omogućuje se privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane i Gruzije, s druge strane.

Sporazum o pridruživanju između Europske unije (EU-a) i Gruzije privremeno se primjenjuje od 1. rujna 2014. Sporazumom se uvodi ambiciozni povlašteni trgovinski režim između objiju strana, poznat kao detaljno i sveobuhvatno područje slobodne trgovine.

U sporazum je uključen i takozvani „mehanizam za sprečavanje izbjegavanja mjera” kojim se omogućuje ponovno uvođenje carinske stope koja je utvrđena prema načelu najpovlaštenije nacije, u slučajevima kad uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda i prerađenih poljoprivrednih proizvoda iz Gruzije premaši utvrđeni prag bez valjanog obrazloženja njihova točna podrijetla.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – ES un Gruzijas asociācijas nolīgumā kopš paša sākuma tika ietverts t. s. noteikumu apiešanas novēršanas mehānisms, kas paredz iespēju attiecībā uz Gruziju atkārtoti ieviest vislielākās labvēlības režīma muitas nodokļa likmi, ja konkrētu lauksaimniecības preču imports no turienes bez pienācīga pamatojuma par to precīzu izcelsmi pārsniegtu noteiktu importa apjomu. Līdz ar to šī regula nekādā ziņā neievieš jebkādas jaunas pagaidām nepastāvošus principus, tikai konkretizē to, kas jau tika iekļauts ES un Gruzijas asociācijas nolīgumā kopš 2014. gada decembra.

Komisijas priekšlikums paredz arī, ka tā ik gadu iesniegs publisku gada ziņojumu par regulas piemērošanu un īstenošanu. Balsojuma laikā tika nobalsots arī par vienu grozījumu, proti, to, ka Komisijas ziņojumā tiks iekļauta arī informācija par noteikumu apiešanas novēršanas mehānisma piemērošanu. Citiem vārdiem, šī balsojuma mērķis nebija ieviest jebkāda veida ierobežojumus ES un Gruzijas tirdzniecībai – tikai konkretizēt pastāvošos principus un noteikumus, līdz ar ko nebija neviena iemesla balsot pret šo priekšlikumu un iekļauto grozījumu.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Obchod Gruzínska s EÚ predstavuje 27,2 % z jeho celkového obchodu, čím je EÚ pre Gruzínsko najväčší obchodný partner. Dohoda o pridružení sa uplatňuje od roku 2014 a predstavuje ochranu pred nedovoleným alebo nadmerným dovozom poľnohospodárskych výrobkov z Gruzínska a rovnako chráni gruzínskych výrobcov pred prípadným zneužívaním inými negruzínskymi výrobcami.

Preto podporujem zavedenie mechanizmu proti obchádzaniu ako kontrolného a sankčného opatrenia. Umožňuje opätovne zaviesť colnú sadzbu podľa doložky najvyšších výhod v prípade, že objem dovozu určitých produktov pôvodom z Gruzínska prekročí danú hranicu bez náležitého odôvodnenia ich skutočného pôvodu.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία για την έκδοση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την εφαρμογή του μηχανισμού κατά της καταστρατήγησης ο οποίος προβλέπει την προσωρινή αναστολή των δασμολογικών προτιμήσεων της Συμφωνίας Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας και των κρατών μελών τους αφενός, και της Γεωργίας, αφετέρου, διότι δεν είναι πλήρης.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte. Comme pour le texte précédent, sur l'accord avec la Moldavie, le mécanisme anticcontournement permet, lorsque le volume des importations de certains produits agricoles dépasse un certain stade avec un doute sur leurs origines, de remplacer le droit de douane préférentiel par le droit de douane de la nation la plus favorisée. Là encore, ce texte n'apporte rien sur le fond à ce mécanisme. Face à son inutilité, nous préférons nous abstenir.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this proposal. The EU-Georgia Association Agreement includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility of reintroducing the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. A regulation of the European Parliament and of the Council is necessary to put in place in the EU's internal legislation the necessary instrument to be able to apply the anti-circumvention mechanism.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Georgia introduce un regime commerciale preferenziale fra entrambe le parti, noto come Zona di libero scambio globale. L'accordo comprende un cosiddetto «meccanismo antielusione», che fornisce la possibilità di reintrodurre il dazio doganale della nazione più favorita quando le importazioni di determinati prodotti agricoli provenienti dalla Georgia superino una determinata soglia senza appropriata motivazione della loro esatta origine. L'inclusione di detta «clausola di elusione» è tuttavia necessaria per impedire le importazioni nell'UE di prodotti non georgiani attraverso la Georgia e per evitare che i paesi con accordi bilaterali di libero scambio con la Georgia.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Come evidenziato dai dati, le relazioni commerciali tra l'UE e la Georgia presentano un potenziale di crescita molto importante. È anche chiaro, però, che una crescita incontrollata può essere molto pericolosa. Ciò detto, sono soddisfatta delle clausole di tutela e dei meccanismi antielusione previsti, e per queste ragioni ho votato a favore.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Après quatre années de négociations, l'Union européenne a signé un accord d'association avec la Géorgie en juin 2014, qui est depuis appliqué à titre provisoire. Encore incomplet, cet accord accorde une série de préférences commerciales à la Géorgie mais ne comprenait pas, jusqu'à aujourd'hui, de mécanisme anticcontournement – un instrument qui permet la suspension temporaires des droits préférentiels pour certains produits prévus dans l'accord lorsque les volumes maximaux d'importation sont atteints.

C'est dans ce contexte que le Parlement européen – sans préjuger de l'opportunité politique ou stratégique d'un accord d'association avec la Géorgie – a été amené à valider l'inclusion d'un mécanisme anticcontournement. J'ai voté en faveur de l'introduction d'un tel instrument, qui existe déjà dans tous les accords d'association conclus par l'Union européenne avec les pays de son voisinage oriental ou méditerranéen, car il est nécessaire pour pallier à tout déséquilibre potentiel sur le marché européen, malgré les faibles volumes dont il est question.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Kommissionsvorschlag soll dem Schutz der einheimischen Wirtschaft dienen, jedoch sind solche Assoziierungsabkommen kritisch zu sehen, da oftmals eine weitere Zentralisierung nach Brüssel und eine Entmachtung der Nationalstaaten zu befürchten ist. Ich enthalte mich deshalb meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl reglamento, kuriuo įgyvendinama ES ir Gruzijos asociacijos susitarime nustatyta kovos su priemonių vengimu tvarka, kuria numatomas laikinas muitų tarifų lengvatų taikymo sustabdymas. Įtraukti kovos su priemonių vengimu sąlygą į ES teisę buvo būtina tam, kad per Gruziją į ES nebūtų importuojami ne Gruzijos kilmės produktai naudojantis Susitarimo nuostatų lengvatomis. Tuo pačiu siekiama, kad valstybės, pasirašiusios su Gruzija dvišalius laisvosios prekybos susitarimus, nesinaudotų šiuo Susitarimu tam, kad išvengtų „kilmės taisyklių“ reikalavimų. Ši sąlyga taip pat yra priemonė, skirta apsaugoti Gruzijos gamintojus nuo tokio galimo piktnaudžiavimo ir konkurencijos.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'accord d'association entre l'Union et la Géorgie prévoit la mise en place d'un «mécanisme anticcontournement» permettant de suspendre les droits de douane préférentiels accordés au pays lorsque les quotas d'importations de certains produits agricoles définis dans l'accord sont dépassés. Il vise surtout à minimiser les effets dévastateurs de l'accord de libre-échange par une mesurette anti-dumping très difficile à mettre en œuvre et d'ailleurs jamais invoquée dans les accords où il existe déjà. C'est un pansement sur une jambe de bois, dans un contexte de guerre économique et politique contre la Russie et son Union eurasiennne. Je suis opposé à ces accords de libre-échange, véritable danger pour nos agriculteurs et ne cautionnerai donc pas cette mesurette. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne le mécanisme anti-contournement de l'accord d'association UE-Géorgie. Il prévoit qu'en cas de préjudice commercial grave contre l'Union européenne, cette dernière pourrait suspendre le libre-échange défini par l'accord d'association et revenir à la clause de la nation la plus favorisée (NPF). Dans les faits, le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond aux clauses devant protéger l'agriculture européenne en cas de problèmes faisant suite à l'accord d'association UE-Géorgie. Le ton de cette clause dévoile son caractère très peu protecteur. Les changements apportés sont très mineurs et ne rendent pas le texte meilleur. Je cautionnerais une politique de protection trop minimaliste en me montrant favorable à ce texte.

Je me suis donc abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que executa a cláusula de salvaguarda e o mecanismo antievasão que preveem a suspensão temporária de preferências pautais do Acordo de Associação entre a União Europeia e a Comunidade Europeia da Energia Atómica e os seus Estados-Membros, por um lado, e a Geórgia, por outro.

A cláusula de salvaguarda e o mecanismo de evasão são comuns na maioria dos acordos de comércio e as alterações introduzidas à proposta da Comissão visam apenas clarificar os termos do processo, designadamente no que se refere às relações entre as instituições europeias e as autoridades nacionais.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the proposed regulation because it is essential to protect EU producers and economy. This amendment aims at clarifying the wording of the agreement and expanding upon the application of the anti-circumvention process.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je félicite l'adoption par le Parlement européen du rapport relatif à l'instauration d'un mécanisme anti-contournement en ce qui concerne la Géorgie. Tout comme pour la Moldavie, il est important de préserver les entreprises européennes de possibles abus des avantages découlant des préférences tarifaires accordées dans le cadre de l'accord d'association avec la Géorgie. En effet, ce mécanisme, visant à limiter les risques de contournement de droits de douane via un transit par la Géorgie, fixe des seuils au-delà desquels les préférences tarifaires prévues par l'accord peuvent être suspendues. Ceci est essentiel afin de préserver nos entreprises. Le «mécanisme anticcontournement» pour les produits agricoles sensibles permet ainsi la réintroduction du taux du droit de douane accordé à la nation la plus favorisée lorsque le volume des importations de certains produits agricoles en provenance de Géorgie dépasse un plafond déterminé sans que leur origine exacte soit valablement justifiée.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Návrh legislatívneho uznesenia obsahuje nové ustanovenie, ktorým sa zavádza do Dohody o pridružení medzi Európskou úniou a Gruzínskom tzv. mechanizmus proti obchádzaniu. Ide o rovnaký mechanizmus, ktorý je použitý napríklad aj v Dohode o pridružení medzi Európskou úniou a Moldavskom. Tento nástroj slúži na ochranu európskeho hospodárstva, preto sa plne stotožňujem s jeho zapracovaním do textu a celým uvedeným znením návrhu. Zároveň plní pozmeňujúci návrh svoju úlohu zosúladiť nariadenia so znením Dohody o pridružení medzi EÚ a Gruzínskom, čo takisto vítam ako vhodný a potrebný krok.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I gave my approval to the EU-Georgia Association Agreement: temporary suspension of tariff preferences, which concerns the incorporation in the EU law of the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Georgia Association Agreement. The Agreement has been provisionally applied since 1 September 2014. No fundamentally new conditions can be introduced during the legislative procedure which have not already been agreed during the negotiations with Georgia. However, the legislation can lay out the rules to be followed during the procedure and how decisions under the mechanism are to be taken.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – The Association Agreement between the EU and Georgia was signed in June 2014 and has been provisionally applied as of September 2014. The agreement includes an Anti-Circumvention Mechanism which provides for the possibility to reintroduce the MFN customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. This implementing regulation incorporates the mechanism into EU law in order to make it applicable in the EU if necessary. Being an implementing regulation, the provisions related to the mechanism as negotiated by the parties in the agreement have not been modified.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Grúziával megkötött társulási megállapodás ún. kijátszásellenes mechanizmust foglal magába, amelynek értelmében lehetőség van a legnagyobb kedvezményes vámtétel visszaállítására, amennyiben a Grúziából származó egyes mezőgazdasági termékek behozatala meghalad egy bizonyos határt, és ezek pontos származására nem adnak megfelelő indoklást. Ahhoz azonban, hogy az EU belső jogszabályaiba bevezessék a kijátszásellenes mechanizmus alkalmazásához szükséges eszközt, az Európai Parlament és a Tanács rendeletére van szükség. Ennek elfogadására tett javaslatot a Bizottság.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében rámutat, hogy a javasolt rendelet azokat az EU–Grúzia társulási megállapodásban szereplő rendelkezéseket ülteti át a gyakorlatba, amelyeket az Európai Parlament 2015. december 18-án jóváhagyott. A javasolt rendelet elfogadása szükséges ahhoz, hogy érvényesíteni lehessen Grúziának a megállapodás kijátszásellenes mechanizmusra vonatkozó rendelkezéseiben meghatározott kötelezettségeit, ezáltal szükség esetén védve az európai termelőket.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a União Europeia e a Geórgia inclui um mecanismo denominado «mecanismo antievasão», segundo o qual é possível reintroduzir a taxa do direito aduaneiro «nação mais favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas da Geórgia excederem um determinado limiar sem a devida justificação sobre a sua origem exata.

De forma a poder aplicar este mecanismo antievasão, é necessário instituir na legislação da União Europeia o estabelecimento de um regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho.

Subscrevo a posição do relator segundo a qual a aprovação da proposta de regulamento é necessária para fazer a Geórgia cumprir as obrigações decorrentes do Acordo e, consequentemente, para proteger os produtores da UE, se necessário.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l'application du mécanisme anticircumvention permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la Géorgie, d'autre part. Ce texte contient une clause anticircumvention, qui permet de remplacer le droit de douane préférentiel par le droit de douane de la nation la plus favorisée. En réalité, ce texte n'apporte rien de plus que le droit existant, qui ne permet pas de protéger nos agriculteurs en cas de problèmes. J'ai donc décidé de m'abstenir.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la clause de sauvegarde et du mécanisme anticonournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Géorgie. Cet accord prévoit en effet des mesures restrictives en cas d'importation de produits dans des quantités telles qu'elles causent ou menacent de causer des dommages aux producteurs de l'Union fabriquant des produits similaires ou directement concurrents. J'ai approuvé ce texte, qui vise à protéger l'économie et les emplois européens.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre de l'accord d'association UE-Euratom-Géorgie, j'ai voté en faveur du rapport sur le mécanisme anticonournement qui permet la suspension temporaire des préférences tarifaires, et met en avant l'importance pour le Parlement européen d'accéder à l'information.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di associazione UE-Georgia prevede il meccanismo di antielusione che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della «nazione più favorita» (NPF) qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Georgia superino una determinata soglia in assenza di una giustificazione valida circa la loro origine esatta. Ho scelto di votare a favore della relazione.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – This agreement is largely based on comparable implementing regulations like EU/Korea, EU/Central America, EU/ Colombia and Peru. I have voted for this report that will harmonise the terminology of the Commission proposal with the Association Agreement between the EU and Georgia.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейският съюз е най-големият търговски партньор на Грузия, като 27% от търговията на кавказката република е с ЕС. От друга страна, търговията с Грузия съставлява 0.1% от търговията на ЕС.

Споразумението за асоцииране между Европейския съюз и Грузия беше подписано през май 2014 г. и влезе в сила провизорно на 1-ви септември същата година. То съдържа клауза, с която се предвижда временно преустановяване на прилагането на тарифните преференции за грузинския внос в Европейския съюз на стоки, посочени в „Приложение II - В(е)“ на споразумението, в случай че вносът на тези стоки и продукти достигне прекалено високи нива, несъразмерни със сегашните производствени мощности на грузинското селско стопанство.

Имайки предвид, че според статистката грузинският внос не застрашава европейските земеделци и производители, в това число и тези от моята страна България, дори в тези трудни за редица сектори времена, днес аз дадох своята подкрепа за предложението на Европейската комисия.

С тази стъпка Европа показва солидарност и подпомага развитието на своите съседи и партньори. Това е основа за стабилност и модел, който трябва да бъде приложен към всички съседи, защото стабилността в нашето съседство е предпоставка за просперитет на всички европейци.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – An important element of the EU-Georgia Association Agreement, the anti-circumvention mechanism, enables the possibility of reintroducing the 'most favoured nation' customs duty rate when imports of particular agricultural goods and processed agricultural products from Georgia exceed an established threshold without the needed justification of their exact origin. In order to properly apply this anti-circumvention mechanism, a regulation of the European Parliament and of the Council to put in place the required instrument in the EU's internal legislation is essential.

The rapporteur highlights that the suggested regulation utilises the provisions of the EU-Georgia Association Agreement, to which the European Parliament gave its consent on 14 December 2014. Adopting the proposed legislation proves necessary to implement certain obligations of Georgia deriving from the anti-circumvention provisions of the EU-Georgia Association Agreement to protect the EU producers if needed. In addition, the rapporteur embraces the reporting obligation of the Commission, under which the Commission shall submit an annual report on the application and implementation of the regulation to the co-legislators as well as making it accessible to the public. For the reasons stated above, I have voted in favour of a regulation of the European Parliament and of the Council implementing the anti-circumvention mechanism.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch hier habe ich mich meiner Stimme enthalten. Denn auch dieses Abkommen würde durch das Erreichen bestimmter Einfuhrmengen zwar die heimische Landwirtschaft bis zu einem gewissen Punkt schützen, aber insgesamt sind solche Assoziierungsabkommen abzulehnen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Kavandatava määruse vastuvõtmine on vajalik, et jõustada lepingu dumpinguvastastest meetmetest kõrvalehoidmise vältimise sätestest tulenevad Gruusia kohustused ja kaitsta vajaduse korral Euroopa Liidu tootjaid.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate ‘rules of origin’ requirements, in accordance with the EU’s Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L’accordo di associazione tra l’UE e la Georgia contiene un cosiddetto «meccanismo antielusione», che prevede l’eventualità di reintrodurre il dazio doganale della nazione più favorita quando le importazioni di determinati prodotti agricoli e prodotti agricoli trasformati provenienti dalla Georgia superino una determinata soglia senza che vi sia una motivazione soddisfacente della loro esatta origine. Così come nel caso della Moldova, ritengo di fondamentale importanza l’introduzione di tale meccanismo. Pertanto voto favorevolmente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera kojima se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana iz Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Gruzije, s druge strane.

Smatram kako Europska unija treba čvrsto stajati iza europskih proizvođača te voditi brigu o njihovim interesima, osobito u sklapanju trgovinskih sporazuma s državama nečlanicama EU-a. Iako EU i Gruzija ostvaruju vrlo uspješnu trgovinsku razmjenu, držim da je potrebno poduzeti određene mjere poput implementacije mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera, kako bi se europski proizvođači dodatno zaštitili od proizvoda uvezenih iz Gruzije.

Vjerujem kako će postojanje ovog mehanizma biti osobito korisno za europske poljoprivrednike koji su osobito osjetljivi na uvoz jeftinijih poljoprivrednih proizvoda. Na ovaj način će EU moći puno bolje kontrolirati količinu proizvoda koja se uvozi, balansirajući između interesa svojih proizvođača te naših partnera izvan EU-a.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam prijedlog u vezi s uključivanjem u zakonodavstvo Unije relevantnih dijelova dogovorenog teksta iz Sporazuma i postupke kojima se jamči njegova učinkovita primjena, kako bi se spriječio mogući negativni utjecaj na tržište.

Također, podržavam inkorporaciju u pravo EU-a „mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera” predviđenih u sporazumu o pridruživanju s Gruzijom. Sporazumom se uvodi ambiciozni povlašteni trgovinski režim između obiju strana koji će predstavljati detaljno i sveobuhvatno područje slobodne trgovine kao i dodatnu povezanost i potporu Europske unije Gruziji.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Atualmente, a UE é o principal parceiro comercial da Geórgia. O presente Acordo – que condenamos e contra o qual estivemos – introduz um regime de preferências comerciais entre ambas as partes, conhecido como Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA).

Inclui o chamado «mecanismo antievasão», que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro «nação mais favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas daquele país excederem um determinado limiar.

Este mecanismo apenas permite, em determinadas circunstâncias, mitigar algumas das suas consequências mais nefastas, em nada alterando a natureza deste acordo, que rejeitamos.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće kolege Gabrieliusa Landbergia o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o provedbi mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera, kojim se omogućuje privremena suspenzija povlaštenog carinskog tretmana iz Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Gruzije, s druge strane. Sporazum o pridruživanju između Europske unije i Gruzije, koji je potpisan 27. lipnja 2014., odobren je u Europskom parlamentu 18. prosinca 2014. i privremeno se primjenjuje od 1. rujna 2014.

Sporazumom se uvodi ambiciozni povlaštenci trgovinski režim između obiju strana, poznat kao detaljno i sveobuhvatno područje slobodne trgovine. Pregovaralo se na jednak način kao istovremeno s drugim zemljama regije, poput Republike Moldove i Armenije (Armenija je odustala od potpisivanja sporazuma s EU-om i umjesto njega potpisala trgovinski sporazum s Rusijom). EU je trenutno glavni trgovinski partner Gruzije.

Sporazum, točnije članak 27., uključuje takozvani „mehanizam za sprečavanje izbjegavanja mjera”, kojim se omogućuje ponovno uvođenje stope carine utvrđene prema načelu najpovoljnije nacije u slučajevima kad uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda i prerađenih poljoprivrednih proizvoda iz Gruzije premaši utvrđeni prag (prosječni godišnji volumen uvoza) bez valjanog obrazloženja njihova točna podrijetla.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Prijetí dvoustranné ochranné doložky k dohodě o přidružení mezi Evropskou unií a Gruzii dovolí oběma stranám dočasně pozastavit celní preference v případě výrazného nárůstu dovozu způsobujícího domácímu odvětví dovážející strany hospodářskou škodu. Dohoda obsahuje v článku 27 tzv. mechanismus proti obcházení, který poskytuje možnost znovu zavést celní sazbu podle doložky nejvyšších výhod, pokud dovozy některých zpracovaných zemědělských produktů pocházejících z Gruzie překročí určitou hranici (průměrný roční objem dovozů) bez řádného odůvodnění jejich přesného původu. Začlenění doložky o obcházení je nutné, aby se zabránilo dovozům negruzínských produktů do Unie přes Gruzii, jež by využívaly výhod ustanovení dohody, a zejména, aby se zabránilo tomu, aby země, které mají uzavřenou dvoustrannou dohodu o volném obchodu s Gruzii, například Turecko a země seskupení EUROMED, používaly dohodu s Unií za účelem obcházení „pravidel původu“. Toto ustanovení rovněž slouží jako mechanismus na ochranu gruzínských výrobců proti možnému zneužití a bezprecedentní konkurenci ze strany negruzínských výrobců.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'Accordo di associazione tra l'Unione europea e la Georgia, firmato il 27 giugno 2014, introduce un ambizioso regime commerciale preferenziale fra entrambe le parti. Tale accordo prevede, tra l'altro, un meccanismo detto «antielusione», che consente di ripristinare l'aliquota del dazio doganale della nazione più favorita (NPF) qualora le importazioni di determinati prodotti agricoli dalla Georgia superino una determinata soglia. La Commissione europea può decidere di sospendere temporaneamente il dazio preferenziale applicato a determinati prodotti oppure di stabilire che tale sospensione non è appropriata.

Ho votato a favore di tale meccanismo per impedire le importazioni nell'UE di prodotti non georgiani attraverso la Georgia, ricorrendo ai vantaggi delle disposizioni dell'accordo e, in particolare, per evitare che i paesi con accordi bilaterali di libero scambio con la Georgia, ad esempio la Turchia, utilizzino l'accordo con l'Unione per eludere i requisiti in materia di «norme d'origine».

Stanislav Polčák (PPE), *písemně*. – Dohoda, která byla mezi Evropskou unií a Gruzii podepsána v červnu roku 2014 a Evropský parlament k ní vydal souhlasné stanovisko 18. prosince téhož roku, je významným prostředkem pro gruzínské exportéry, jak se dostat na evropské trhy a uvolnit se tak z tlaku ruského souseda. Dohoda o přidružení, které byla mimochodem nabídnuta i Arménii i Moldavsku, zavádí důležitý preferenční režim mezi EU a Gruzii a umožňuje gruzínským vývozcům přístup na evropský jednotný trh s lepšími podmínkami. Je nutné podotknout, že pro Gruzii je trh EU nejdůležitějším vývozním místem.

Změna, o které zde debatujeme, je důležitou součástí podepsané dohody, konkrétně článek 27, který obsahuje tzv. mechanismus proti obcházení. Zastávám kladné stanovisko v otázce začlenění doložky o obcházení, které má zabránit nedodržování znění zmíněné dohody a zabránit falšování pravidel původu. Toto ustanovení má chránit jak gruzínské výrobce, tak i evropské výrobce a zamezit využívání výhodných pravidel a dovozu negruzínských výrobků v rámci zmíněné dohody. Je naší povinností dodržovat podepsané dohody a zasadit se o to, aby obě zainteresované strany dodržovaly pravidla hry. Zároveň bych rád podpořil návrh na povinnost podávání zpráv, kterou tento návrh stanovuje Komisi a podle níž Komise předkládá spoluzákodárcům výroční zprávu o provádění uvedeného nařízení, kterou následně zveřejní.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Układ o stowarzyszeniu z Gruzją – podpisany w czerwcu 2014 r. – zawiera tzw. mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu celi, który umożliwi ponowne wprowadzenie stawki należności celnej stosowanej względem kraju najbardziej uprzywilejowanego, w przypadku gdy przywóz pewnych produktów rolnych z Gruzji – wymienionych w załączniku II-C do układu – przekroczy określony próg, bez należytego uzasadnienia ich dokładnego pochodzenia. Komisja może postanowić o tymczasowym zawieszeniu celi preferencyjnych stosowanych wobec danych produktów lub zdecydować, że takie zawieszenie nie jest odpowiednie. Tymczasowe zawieszenie celi preferencyjnych ma zastosowanie przez maksymalny okres sześciu miesięcy od daty publikacji decyzji w sprawie zawieszenia celi preferencyjnych. Aby wprowadzić do wewnętrznego porządku prawnego UE niezbędny instrument, tak aby można było stosować wymieniony mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu celi, potrzebne jest rozporządzenie

Parlamentu Europejskiego i Rady. Sprawozdanie podkreśla w szczególności obowiązek składania sprawozdań przez Komisję, zgodnie z którym Komisja ma przedkładać współprawodawcom, a następnie publikować, roczne sprawozdanie w sprawie stosowania i wdrożenia rozporządzenia. Sprawozdawczość jest istotna dla kontroli parlamentarnej nad realizacją wspólnej polityki handlowej przez Komisję, a także dla zwiększenia jej przejrzystości. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Podporuji Dohodu o přidružení Gruzie k EU. Jedná se podle mého názoru o jasný signál, že Gruzie chce směřovat do Evropy a EU je ochotná jí na této cestě reálně pomoci. Vzestup gruzínského exportu do Unie je dokladem, že vytvořená zóna volného obchodu mezi Gruzii a Unie skutečně funguje a plní svůj cíl. Dnešní legislativní úprava má moji podporu, protože potřebujeme v unijním právu bránit případným excesům. Takovým institutem ovšem celou konstrukci přidružení jen posílíme.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la résolution législative du Parlement européen du 3 février 2016 sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil relatif à l'application du mécanisme anticontournement permettant la suspension temporaire des préférences tarifaires prévues dans l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la Géorgie. Nous appelons notamment à ce que le présent règlement prévoit la possibilité de suspendre les droits préférentiels pendant une période maximale de six mois lorsque les importations de certains produits agricoles et produits agricoles transformés atteignent les volumes d'importation annuels définis.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a UE e a Geórgia - assinado em 27 de Junho de 2014 e objeto de aprovação parlamentar em 18 de Dezembro de 2014 — inclui o denominado mecanismo antievasão, nos termos do qual poderá ser reintroduzida a taxa do direito aduaneiro de Nação Mais Favorecida sempre que as importações de determinados produtos agrícolas e produtos agrícolas transformados provenientes da Geórgia excedam um determinado limite, sem a devida justificação quanto à sua origem exata.

Pretende-se, no essencial, evitar que países com acordos de comércio livre com a Geórgia, como, por exemplo, a Turquia e os países pertencentes à Europmed, se sirvam deste Acordo para contornar os requisitos de «regras de origem».

A proposta de regulamento da Comissão aqui em causa destina-se justamente a definir os procedimentos necessários para garantir a aplicação deste mecanismo, assegurando, por um lado, o cumprimento por parte da Geórgia das obrigações decorrentes do Acordo e evitando, por outro lado, potenciais impactos negativos sobre o mercado da UE. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate 'rules of origin' requirements, in accordance with the EU's Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a União Europeia (UE) e a Geórgia, assinado em 27 de junho de 2014, garante um regime ambicioso de preferências comerciais entre ambas as partes, conhecido como Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA). Foi negociado segundo a mesma abordagem que foi adotada nas negociações realizadas em simultâneo com outros países da região, como a Moldávia e a Arménia, tendo esta última abandonado a ideia de assinar um acordo com a UE, preferindo assinar um acordo comercial com a Rússia.

Atualmente, a UE é o principal parceiro comercial da Geórgia, representando 27,2 % das suas trocas comerciais. Em termos de produtos agrícolas, as principais importações da UE provenientes da Geórgia são avelãs frescas e secas, água mineral e vinho. As principais exportações da UE para a Geórgia são produtos agrícolas transformados (como bebidas espirituosas e preparações alimentares) e produtos lácteos.

A alteração proposta ao texto da Comissão visa harmonizar a redação do Regulamento com a do Acordo de Associação UE-Geórgia e enuncia a obrigação da Comissão de elaborar um relatório de forma mais pormenorizada, de modo a mencionar expressamente a aplicação de um mecanismo antievasão, pelo que votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He dado mi apoyo a esta Resolución legislativa del Parlamento mediante la cual se llevan a la práctica las disposiciones respectivas del Acuerdo de Asociación UE-Georgia que el Parlamento Europeo aprobó el 18 de diciembre de 2014. Es necesario aprobar el Reglamento propuesto a fin de que se cumplan las obligaciones de Georgia derivadas de las disposiciones antielusión del Acuerdo con miras a proteger a los productores de la UE, cuando proceda. El mecanismo antielusión incluido en el Acuerdo ofrece la posibilidad de volver a introducir los tipos de derechos de aduana si las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superan un determinado umbral sin que su origen exacto esté debidamente justificado.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – L'accord d'association entre l'Union européenne et la Géorgie a été signé le 27 juin 2014. L'accord introduit un ambitieux régime préférentiel pour les échanges de marchandises entre les deux parties, en instaurant une zone de libre-échange approfondie. L'Union est aujourd'hui le premier partenaire commercial de la Géorgie, dont 27,2 % des échanges commerciaux ont lieu avec l'Union (la Turquie et l'Azerbaïdjan voisins occupent respectivement les deuxième et troisième places). Parallèlement, les échanges avec la Géorgie représentent 0,1 % de l'ensemble des échanges commerciaux de l'Union. L'accord d'association UE-Géorgie dont il était question ce midi prévoit un «mécanisme anticournement» qui permet la réintroduction du taux du droit de douane accordé à la nation la plus favorisée lorsque le volume des importations de certains produits agricoles en provenance de Géorgie dépasse un plafond déterminé sans que leur origine exacte soit valablement justifiée. Il est nécessaire qu'un règlement du Parlement européen et du Conseil crée, dans le cadre de la législation de l'Union, l'instrument permettant d'appliquer le mécanisme anticournement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ES yra pagrįdinė Gruzijos prekybos partnerė. 27,2 proc. jos dabartinės prekybos sudaro prekybą su ES. Tuo tarpu šis pakeitimas susijęs su Europos Sąjungos teisės įtraukimu į ES ir Gruzijos asociacijos susitarimą, pagal kurį užtikrinamas veiksmingas šios teisės taikymas, siekiant galimo neigiamo poveikio Sąjungos rinkai prevencijos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Acordo de Associação entre a UE e a Geórgia foi assinado a 27 de Junho de 2014, estando em vigor desde o dia 1 de Setembro.

É um Acordo que estabelece uma Zona de Comércio Livre abrangente e aprofundada e introduz um regime ambicioso de preferências comerciais entre ambas as partes.

Do Acordo faz parte a inclusão do mecanismo antievasão, o qual prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro «nação mais favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas da Geórgia excederem um determinado limiar sem haver justificação sobre a sua origem exata.

Por considerar que se trata de um instrumento que irá permitir reforçar as obrigações da Geórgia relativas às disposições antievasão do Acordo, com o objetivo também de conferir um maior grau de proteção aos produtores da União Europeia, decidi apoiar este relatório, votando-o favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – L'accord d'association avec la Géorgie, signé le 27 juin 2014, est appliqué à titre provisoire depuis le 1^{er} septembre 2014. Cet accord comprend un «mécanisme anticournement», qui permet la réintroduction du taux de droit de douane accordé à la nation la plus favorisée (NPF) lorsque le volume des importations de certains produits agricoles en provenance de Géorgie dépasse un plafond déterminé sans que leur origine exacte soit valablement justifiée.

J'ai voté en faveur de ce rapport, qui porte sur la proposition de règlement de la Commission qui vise à créer l'instrument juridique permettant l'application du mécanisme anticournement prévu dans l'accord déjà conclu avec la Géorgie. De plus, le texte du Parlement demande que le rapport présenté annuellement par la Commission comprenne, entre autres, des informations sur l'application du mécanisme anticournement.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho scelto l'astensione in quanto non sono convinto che il provvedimento possa portare dei benefici concreti per le aziende e, più in generale, per l'economia dei paesi europei.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Georgia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg støtter Kommissionens forslag, da det vedrører indarbejdelse i EU-retten af de relevante dele af aftalens forhandlede tekst og fastsætter procedurer for at sikre dens effektive anvendelse for at forhindre en eventuel negativ indvirkning på EU-markedet.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque la aplicación del mecanismo de antielusión en este tipo de acuerdo comerciales suponer propone una garantía para asegurar la protección de la industria europea frente a los productos agrícolas importados a la UE cuando proceda. Este informe introduce la obligación de informar sobre la aplicación de la cláusula de antielusión para su aplicación en el Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Georgia. La Comisión deberá presentar un informe que incluya la información relativa a la aplicación de la citada cláusula de cara a proteger a la industria y a los consumidores europeos de malas prácticas comerciales que pueda dañar sus intereses. Este informe busca adaptar el Reglamento al nuevo acuerdo comercial de cara a poder reinstaurar las aduanas con el objetivo de proteger la economía europea. Por dichos motivos he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Georgia firmato nel 2014 ha introdotto un regime commerciale preferenziale che garantisce il reciproco libero accesso al mercato. Per tutelare i produttori di entrambe le parti, l'accordo comprende un meccanismo antielusione che fornisce la possibilità di reintrodurre il dazio doganale della nazione più favorita quando le importazioni di determinati prodotti agricoli provenienti dalla Georgia superano una determinata soglia senza debita motivazione della loro esatta origine. Inoltre, la «clausola di elusione» è necessaria per impedire le importazioni nell'UE di prodotti non georgiani attraverso la Georgia ricorrendo ai vantaggi dell'accordo e per evitare che i paesi con accordi bilaterali di libero scambio con la Georgia, ad esempio la Turchia, utilizzino l'accordo con l'Unione per eludere i requisiti di origine. Grazie al meccanismo antielusione saranno quindi sospese temporaneamente le preferenze tariffarie contenute nell'accordo, a tutela dei produttori e dei cittadini europei. Per questo motivo, ho votato a favore della relazione.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – The anti-circumvention mechanism would reapply WTO rules to products exported from Georgia to the EU that are believed to violate 'rules of origin' requirements, in accordance with the EU's Association Agreement with Georgia to which the European Parliament gave its consent in 2014. Using the same justification as for the Moldova vote, we abstained.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Just as with the mechanism concerning anti-circumvention in the EU-Moldova Association agreement, this mechanism seeks to do a similar thing: to introduce MFN customs duty rate when imports of certain goods – primarily agricultural goods – from Georgia out-strip the threshold that is in place without due justification of their exact origin. While this file is relatively uncontroversial, I feel it is always important to protect EU industry through trade mechanisms such as these.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Hlasoval som za toto legislatívne uznesenie. Dohoda o pridružení medzi EÚ a Gruzínskom zahŕňa tzv. mechanizmus proti obchádzaniu, ktorým sa stanovuje možnosť opätovne zaviesť colnú sadzbu podľa doložky najvyšších výhod, keď dovoz určitých poľnohospodárskych výrobkov z Gruzínska prekročí danú hranicu bez náležitého odôvodnenia ich presného pôvodu. Do právnych predpisov EÚ bolo potrebné zaviesť nariadenie Európskeho parlamentu a Rady ako nevyhnutný nástroj umožňujúci uplatňovanie mechanizmov proti obchádzaniu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – Pozitívno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), písomne – Európska únia a Gruzínsko dospeli k dohode o zóne voľného obchodu, ktorá zavádza ambiciózny preferenčný obchodný režim. Súčasťou tejto dohody je aj tzv. mechanizmus proti obchádzaniu, ktorý umožňuje opätovne zaviesť colnú sadzbu na niektoré poľnohospodárske produkty, ak ich dovoz z Gruzínska do EÚ prekročí stanovenú hranicu a ich presný pôvod nebude náležite odôvodnený. Dohoda určuje priemerný ročný objem dovozu špecifického zoznamu výrobkov. Ak by tento objem Gruzínsko prekročilo a nedokázalo by tento stav odôvodniť, Komisia môže pristúpiť k dočasnému pozastaveniu preferenčného cla uplatňovaného na príslušný výrobok. Toto dočasné opatrenie by bolo možné uplatňovať najviac šesť mesiacov. Navrhovaným nariadením sa dosiahne presadzovanie povinností Gruzínska vyplávajúcich z dohody, ako aj ochrana výrobcov EÚ v prípade potreby. Tento návrh som podporila aj preto, že vyžaduje od Komisie povinnosť podávať správy o uplatňovaní a vykonávaní dohody s Gruzínskom, čo prispieje aj k väčšej transparentnosti a parlamentnej kontrole spoločnej obchodnej politiky EÚ.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – Imanentnou súčasťou dohody je účinným spôsobom vykonávať hospodárske a inštitucionálne reformy a záväzok vyznávať spoločné hodnoty. Dohodou sa výrazne prehĺbilo politické pridruženie Gruzínska k hospodárskej integrácii v Európskej únii, z čoho vyplynula potreba prijať mechanizmus, ktorým sa stanovuje dočasné pozastavenie colných preferencií obsiahnutých v Dohode o pridružení medzi Európskou úniou a Európskym spoločenstvom pre atómovú energiu a ich členskými štátmi na jednej strane a Gruzínskom na strane druhej.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Sporazum o pridruživanju između Europske unije (EU-a) i Gruzije potpisan je 27. lipnja 2014. i privremeno se primjenjuje od 1. rujna 2014. Sporazumom se uvodi ambiciozni povlaštení trgovinski režim između obiju strana, poznat kao detaljno i sveobuhvatno područje slobodne trgovine. EU je trenutno glavni trgovinski partner Gruzije.

27,2 % trgovine Gruzije odvija se s EU-om . S druge strane, trgovina s Gruzijom iznosi 0,1 % ukupne trgovine EU-a, uz ukupnu vrijednost od 2,6 milijarde eura 2014. U pogledu poljoprivrednih proizvoda, glavni proizvodi koji se iz Gruzije uvoze u EU-u su svježi ili sušeni lješnjaci, mineralna voda i vino. EU u Gruziju uglavnom izvozi prerađene poljoprivredne proizvode (poput jakih alkoholnih pića i prehrambenih proizvoda) i mlječne proizvode.

Uključenje klauzule o izbjegavanju potrebno je radi sprečavanja uvoza u Uniju negruzijjskih proizvoda preko Gruzije koristeći se prednostima odredbi Sporazuma i posebno kako bi se izbjeglo da se zemlje koje su s Gruzijom sklopile bilateralne trgovinske sporazume, poput npr. Turske ili zemalja EUROMED-a, koriste Sporazumom s Unijom kako bi izbjegle zahtjeve „pravila o podrijetlu”. Klauzula predstavlja mehanizam zaštite za gruzijske proizvode od te potencijalne zlouporabe i konkurencije bez presedana negruzijjskih proizvoda.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I supported this report. Safeguard clauses are standard mechanisms in FTAs. They are an essential means of protecting European industry in cases where the Union suspects imports are being circumvented through Georgia to enter the EU market under the preferential agreement, but in fact originate in other countries.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Sporazum o pridruživanju sadrži nekoliko ključnih točaka čije se ispunjavanje očekuje od strane Gruzije. Liberalizacija trgovine je jedna od njih. Europska unija je trenutno glavni trgovinski partner Gruzije i u članku 27. Sporazuma s Gruzijom uključen je takozvani „mehanizam za sprečavanje izbjegavanja mjera” kojim se omogućuje ponovno uvođenje stope carine, utvrđene u slučajevima kad uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda i prerađenih poljoprivrednih proizvoda iz Gruzije premaši utvrđeni prag, bez valjanog obrazloženja njihovog točnog podrijetla.

Uključenje klauzule o izbjegavanju je potrebno radi sprečavanja uvoza u Uniju negruzjskih proizvoda preko Gruzije kako bi se izbjeglo da zemlje koje su s Gruzijom sklopile bilateralne trgovinske sporazume izbjegavaju zahtjeve „pravila o podrijetlu”. Stoga, podržavam ovaj prijedlog Komisije o uključivanju u zakonodavstvo Unije relevantnih dijelova dogovorenog teksta iz Sporazuma, kako bi se spriječio mogući negativni utjecaj na tržište.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sam za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o izvajanju mehanizma za preprečevanje izogibanja, ki omogoča začasno opustitev tarifnih preferencialov iz Pridružitvenega sporazuma med Evropsko unijo in Evropsko skupnostjo za atomsko energijo in njunimi državami članicami na eni strani ter Gruzijo na drugi strani.

Pozdravljam predlog spremembe, ki harmonizira besedilo uredbe z besedilom iz pridružitvenega sporazuma med EU in Gruzijo. In sicer nalaga Komisiji, da v poročanju izrecno navede uporabo mehanizma za preprečevanje izogibanja, ki omogoča ponovno uvedbo carinske stopnje za države z največ ugodnostmi, kadar uvoz nekaterih kmetijskih proizvodov iz Gruzije preseže določen prag brez ustrezne utemeljitve njihovega točnega porekla.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* – I voted in favour of this proposed Regulation, which will help to ensure that products that enter the EU benefit only the country concerned by the relevant trade agreement.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Διαφωνούμε με το περιεχόμενο της συμφωνίας σύνδεσης της ΕΕ με τη Γεωργία επειδή εξυπηρετεί πλήρως τα επιδιωκόμενα οφέλη των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ. Δημιουργεί σχέσεις αλληλεξάρτησης - οικονομικές αλλά και πολιτικές - με τους εταίρους και προωθεί τον άκρατο ανταγωνισμό προς όφελος του μεγάλου κεφαλαίου και εις βάρος των συμφερόντων της κοινωνίας και των λαών.

Ωστόσο υπερψηφίσαμε την εν λόγω έκδοση καθώς αναφέρεται στον μηχανισμό κατά της καταστρατήγησης ο οποίος προβλέπει τη δυνατότητα επαναφοράς του δασμολογικού συντελεστή ΠΕΚ όταν οι εισαγωγές γεωργικών προϊόντων από την Γεωργία υπερβούν ένα συγκεκριμένο όριο χωρίς τη δέουσα αιτιολόγηση της ακριβούς καταγωγής τους. Οι ρήτρες καταστρατήγησης είναι σημαντικές για να αποφευχθούν οι εισαγωγές μη γεωργικών προϊόντων στην Ένωση δια μέσου της Γεωργίας που θα επωφελούνται από την Συμφωνία και θα παρακάμπτουν της απαιτήσεις περί κανόνων καταγωγής.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Με την εφαρμογή του εν λόγω μηχανισμού επιτυγχάνεται η προστασία των οικονομικών συμφερόντων των παραγωγών γεωργικών προϊόντων των κρατών μελών.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzetre” (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja megállapodásban meghatározott küszöböt.

A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a határozat elfogadását, tekintettel arra, hogy az abban foglalt kiegészítő rendelkezések elengedhetetlenek a társulási megállapodás gyakorlatba való átültetéséhez, és azok lényegében azonosak az EU más partnereivel kötött kereskedelmi megállapodásokban alkalmazott védekező mechanizmusokkal. A kereskedelempolitikai biztosítékok és az azok megkerülését megakadályozó megoldások alkalmasak arra is, hogy a Grúziának biztosított kedvezményekkel más, harmadik fél ne élhessen vissza. Egyúttal mérlegeltem azt a tényt is, hogy Grúzia kiemelt kereskedelmi kedvezményt élvező partnere az EU-nak, ugyanakkor kivitele jelentős részét agrártermékek teszik ki, ezért el kell kerülni az uniós termelőknek a társulási megállapodás miatti esetleges érdeksérelmét.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Układ o stowarzyszeniu między Unią a Gruzją zawiera mechanizm przeciwdziałający obchodzeniu cel, który umożliwia ponowne wprowadzenie stawki należności, w przypadku gdy przywóz niektórych produktów rolnych przekracza określony próg, bez należytego uzasadnienia ich dokładnego pochodzenia. Jednakże, aby instrument ten mógł zostać wprowadzony w życie, potrzebne jest rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady UE.

Wprowadzenie przez Unię tymczasowego zawieszenia cel preferencyjnych jest konieczne ze względów prawnych, jednak powinno być utrzymane możliwie jak najkrócej tak, aby Gruzja, jedno z najbiedniejszych państw w Europie, jak najszybciej ponownie mogła w pełni korzystać z możliwości, jakie niesie umowa stowarzyszeniowa z Unią.

Sprawozdanie Parlamentu we właściwy sposób kładzie również nacisk na konieczność składania przez Komisję Europejską bardziej szczegółowych sprawozdań ze stosowania tego mechanizmu. W związku z tym zdecydowałam się zagłosować za dokumentem PE.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană a dezvoltat în ultimul deceniu o relație solidă și consistentă cu statul georgian. La aceasta au contribuit atât interesul guvernului de la Tbilisi de a avea un partener strategic predictibil și influent la nivel mondial, cât și interesul Uniunii pentru stabilitate în zona Caucazului de Sud. Semnarea Acordului de asociere dintre cele două părți în 2014 a contribuit la consolidarea bunelor relații și la adâncirea cooperării în toate domeniile de interes comun.

Cu toate acestea, legislația europeană prevede o serie de limite în relația cu țările cu care UE a semnat acorduri de asociere, care privesc importurile de produse agricole care nu au o justificare a originii lor exacte. Este vorba despre mecanismul de prevenire a eludării, care permite suspendarea temporară a anumitor importuri de produse (cu precădere agricole, în cazul Georgiei). Pentru a evita apariția unor probleme nedorite pe piața europeană, este nevoie de adoptarea acestui mecanism, care permite o abordare flexibilă, la nevoie. Aplicarea sa ține mai degrabă de condiții excepționale și nu lezează ambițiile europene pe termen lung ale statului georgian. Mai degrabă este vorba de protejarea economiilor celor două părți, până în momentul în care ele vor fi compatibile pentru o integrare mai mare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Ce rapport contribuera à améliorer le contrôle parlementaire de la mise en œuvre de la politique commerciale commune par la Commission ainsi que la transparence de celle-ci. La proposition de règlement prévoit l'obligation pour la Commission de présenter aux colégislateurs, avant de le rendre public ensuite, un rapport annuel sur l'application et la mise en œuvre du règlement. Le Parlement européen peut inviter la Commission à participer à une réunion ad hoc de sa commission compétente pour qu'elle y expose ou explicite tout point lié à la mise en œuvre du règlement.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which implements the anti-circumvention mechanism providing for the temporary suspension of tariff preferences of the Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the one part, and Georgia, of the other part.

László Tóké (PPE), *írásban*. – Az EU–Grúzia társulási megállapodás tartalmaz egy úgynevezett kijátszás elleni eljárást, mely lehetőséget biztosít a „legnagyobb kedvezményt élvező nemzet”-re (most favoured nation) alkalmazandó vámok újbóli bevezetésére abban az esetben, ha a Grúziából érkező bizonyos agrártermékek importja megfelelő indokolás nélkül meghaladja megállapodásban meghatározott küszöböt. A mostani rendeletre azért van szükség, hogy az EU belső jogi szabályozásába megfelelően beépítésre kerüljön és így alkalmazhatóvá váljon a kijátszás elleni eljárás.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – U sporazum o pridruživanju s Gruzijom, koji je potpisan 2014. godine, uključen je takozvani mehanizam koji za cilj ima spriječiti izbjegavanje mjera, a kojim se omogućuje ponovno uvođenje stope carine utvrđene prema načelu najpovlaštenije nacije u slučajevima kad uvoz određenih poljoprivrednih proizvoda iz Gruzije premaši utvrđeni prag bez valjanog obrazloženja njihovog točnog podrijetla.

Privremenom suspenzijom povlaštenog carinskog tretmana unutarnje zakonodavstvo EU-a dobiva instrument kojim će se omogućiti provedba mehanizma za sprečavanje izbjegavanja mjera iz sporazuma, čijim se sklapanjem Gruzija obavezala ispoštovati sva pravila.

On za cilj ima stvaranje upravo transparentnog poslovnog i investicijskog okružja te odgovarajuće regulatorne reforme, a pravila moraju biti ista za sve. Zato je ovo izvješće izuzetno bitno zbog učinkovitijeg nadzora provedbe zajedničke trgovinske politike i za veću transparentnost samog sporazuma, stoga sam glasovala pozitivno.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o izvajanju mehanizma za preprečevanje izogibanja, ki omogoča začasno opustitev tarifnih preferencialov iz Pridružitvenega sporazuma med Evropsko unijo in Evropsko skupnostjo za atomsko energijo in njunimi državami članicami na eni strani ter Gruzijo na drugi strani sem podprla, saj sem mnenja, da je to instrument s katerim je mogoče regulirati in zaščititi države članice, ki z njo sodelujejo na področju uvoza kmetijskih produktov.

Predlog, ki je bolj tehnične narave, bo tako omogočil, da Gruzija prične z izvrševanjem obveznosti, ki izhajajo iz že sprejetega sporazuma za zaščito. Hkrati pa podpiram predlog, saj bo prispeval k večji preglednosti in parlamentarnemu nadzoru nad izvajanjem skupne trgovinske politike.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Georgia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le texte amendé n'apporte quasiment rien sur le fond à la clause de sauvegarde et anticontournement de l'accord d'association UE Géorgie.

Ces clauses sont très peu protectrices et les changements apportés sont très mineurs et n'améliorent pas le texte.

Je choisis l'ABSTENTION.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az EU–Grúzia társulási megállapodás úgynevezett „kijátszásellenes” mechanizmust foglal magában, amely arról rendelkezik, hogy lehetőség van a legnagyobb kedvezményes vámtétel visszaállítására, amennyiben a Grúziából származó egyes mezőgazdasági termékek behozatala meghalad egy bizonyos határt, és ezek pontos származására nem adnak megfelelő indoklást. Az Európai Parlament és a Tanács rendeletére van szükség ahhoz, hogy az EU belső jogszabályaiba bevezessék a kijátszásellenes mechanizmus alkalmazásához szükséges eszközt. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor. Se trata de un trámite que permite cerrar el procedimiento y aprobar el Reglamento con la inclusión de las dos enmiendas del Parlamento Europeo.

En este caso, se trata de un Reglamento interno de la UE, aplicable al Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia, que es el instrumento necesario para poder aplicar la cláusula de salvaguardia bilateral y el mecanismo antielusión. Estas enmiendas tienen por objeto armonizar el texto del Reglamento con el del Acuerdo de Asociación UE-Georgia.

— La cláusula de salvaguardia permite a las partes suspender temporalmente las preferencias en caso de que su aplicación haga aumentar inesperada y significativamente las importaciones, causando daños económicos a la industria nacional.

— El mecanismo antielusión prevé la posibilidad de reintroducir el tipo de derecho de aduana de nación más favorecida cuando las importaciones de determinados productos agrícolas procedentes de Georgia superen un determinado umbral sin la debida justificación.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Siūlomą reglamentą reikia priimti tam, kad būtų užtikrintas Gruzijos išipareigojimų, atsirandančių dėl Susitarimo nuostatų dėl kovos su priemonių vengimu tvarkos, vykdymas siekiant prireikus apsaugoti ES gamintojus.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council, which concerns the incorporation in the European Union law of the anti-circumvention mechanism foreseen in the EU-Georgia Association Agreement. The Association Agreement with Georgia includes a so-called anti-circumvention mechanism, which provides for the possibility to reintroduce the MFN customs duty rate when imports of certain agricultural goods from Georgia exceed a given threshold without due justification of their exact origin. An implementing regulation of the European Parliament and of the Council is in this case necessary, in order to put in place in the EU's internal legislation the necessary instrument to be able to apply the anti-circumvention mechanism. It is also worthwhile to note that this proposal for an implementing Regulation is directly derived from the text of the agreement negotiated with Georgia, which means that neither a separate consultation with interested parties nor any impact assessment are necessary.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Acuerdo de Asociación UE-Georgia incluye un mecanismo antielusión en caso de que las importaciones de algunos bienes agrícolas de Georgia excedan un cierto umbral sin una debida justificación de su origen exacto. La adopción de este mecanismo es un requisito necesario para proteger a los productores europeos en caso de que fuere necesario. Por ello creo necesario votar a favor.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit anti-ontwikkelingsmechanisme omdat het in de eventuele herinvoering van douanerechten voorziet, wanneer de invoer van landbouwproducten uit Georgië bepaalde drempels overschrijdt zonder dat men afdoende verduidelijkt wat de exacte herkomst van deze producten is.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo de Associação UE-Geórgia inclui um mecanismo designado «mecanismo antievasão», que prevê a possibilidade de reintroduzir a taxa do direito aduaneiro «nação mais favorecida» sempre que as importações de certos produtos agrícolas da Geórgia excederem um determinado limiar sem a devida justificação sobre a sua origem exata. Está em causa criar os mecanismos de acionamento destas duas cláusulas por parte da Comissão Europeia.

O Acordo introduz um regime de preferências comerciais entre ambas as partes, conhecido como Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA). Foi negociado segundo a mesma abordagem que foi adotada nas negociações realizadas em simultâneo com outros países da região, como a Moldávia e a Arménia (esta última abandonou a ideia de assinar um acordo deste tipo com a UE, preferindo assinar um acordo comercial com a Rússia).

Atualmente, a UE é o principal parceiro comercial da Geórgia, representando 27,2 % das suas trocas comerciais (com os vizinhos Turquia e Azerbaijão em 2.º e 3.º lugar, respetivamente). Por outro lado, as trocas comerciais com a Geórgia representam 0,1 % das trocas comerciais globais da UE, num montante total de 2,6 mil milhões de euros em 2014.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Kommissionsvorschlag soll dem Schutz der einheimischen Wirtschaft dienen, jedoch sind solche Assoziierungsabkommen kritisch zu sehen, da oftmals eine weitere Zentralisierung nach Brüssel und eine Entmachtung der Nationalstaaten zu befürchten ist. Ich enthalte mich deshalb meiner Stimme.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat Acordul de asociere UE-Georgia: mecanismul de prevenire a eludării. Acest acord include un așa-numit „mecanism anti-eludare”, care prevede posibilitatea de a reintroduce taxa vamală aplicabilă națiunii celei mai favorizate atunci când importurile de anumite produse agricole și produse agricole prelucrate originare din Georgia depășesc un prag dat, fără o justificare corespunzătoare cu privire la originea exactă a acestora. Includerea „clauzei de eludare” este necesară pentru a se evita importul în UE al produselor din afara Georgiei prin Georgia utilizând avantajele dispozițiilor Acordului de asociere UE-Georgia. Acordul de asociere dintre UE și Georgia a fost semnat la 27 iunie 2014 și a fost aprobat de Parlamentul European la 18 decembrie 2014. În prezent, UE este principalul partener comercial al Georgiei, 27,2 % dintre schimburile comerciale ale acestei țări desfășurându-se cu UE, schimburile comerciale cu vecinii Turcia și Azerbaidjan fiind pe locurile 2 și, respectiv, 3.

Kristina Winberg (EFDD), *in writing*. – Back in 2014, the Sweden Democrats opposed the Association Agreement between the EU and Georgia due to concerns of Georgia's future accession to the EU. When this Agreement was signed both parties (the EU and Georgia) agreed on preferential trade regime.

However the agreement contains a clause (article 27) that is called an 'anti-circumvention mechanism' which establishes an average annual volume of imports from Georgia into the EU of certain agricultural products. When the volume of imports exceeds the annual volume, Georgia shall provide the EU with a justification that Georgia has the capacity to produce the products concerned in excess.

By an absence of a duly justification the EU may temporarily suspend the preferential treatment for the products concerned for a period of 6 months. The anti-circumvention mechanism would therefore limit the amount of imports of certain agricultural products from Georgia to the EU and would also avoid imports of non-Georgian products via Georgia using the advantages of the Agreement's provisions.

In order to prevent a possible negative impact on the Swedish market and more importantly to protect our Swedish farmers' best interests the Sweden Democrats are supporting this proposal for regulation providing the temporary suspension of tariff preferences of the Association Agreement between the EU and Georgia.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, protože přijetí navrhovaného nařízení je nutné k posílení povinností Gruzie, které vyplývají z ustanovení dohody o mechanismu proti obcházení. Tento mechanismus má v případě potřeby chránit producenty z Unie. Stejně jako v případě obdobné zprávy týkající se Dohody o přidružení s Moldavskem vítám návrh o povinnosti Evropské komise předkládat zprávy, podle níž následně Komise předloží spolu-zákonodárcům výroční zprávu o provádění uvedeného nařízení.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram poročilo o predlogu Uredbe o izvajanju mehanizma za preprečevanje izogibanja, saj je potrebna za izvajanje ustreznih določb pridružitvenega sporazuma med EU in Gruzijo, mehanizem pa bo po potrebi zaščitil proizvajalce EU.

9.3. Ratifizierung des Vertrags von Marrakesch aufgrund der eingegangenen Petitionen, insbesondere der Petition Nr. 0924/2011 (B8-0168/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución al considerar necesario el llamamiento que hace a que se desbloquee la ratificación del Tratado de Marrakech para que los Estados miembros implementen una serie de medidas destinadas a facilitar el acceso a obras impresas a las personas ciegas, con discapacidad visual o con otras dificultades para acceder a textos impresos.

A pesar de que la UE y los Estados miembros firmaron el Tratado en abril de 2014, una minoría formada por siete Estados miembros (entre ellos, el Reino Unido, Alemania e Italia) está bloqueando en el Consejo Europeo su entrada en vigor.

Considero que esta Resolución es positiva como un mecanismo más de presión para conseguir que se desbloquee la ratificación definitiva y se implementen lo antes posible estas medidas —entre ellas la aprobación de excepciones a las leyes de *copyright* estatales encaminadas a facilitar la distribución y reproducción de las obras en braille— que afectarían positivamente a casi veinticinco millones de ciudadanas europeas.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution visant à faciliter la ratification du traité de Marrakech.

En effet, ce texte vise à mettre en place des exceptions au droit d'auteur dans le but de faciliter l'accès aux ouvrages des personnes aveugles ou malvoyantes.

Si ce traité dévoile l'échec de l'Union quant à la protection des personnes handicapées, il est nécessaire de soutenir sa mise en place.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την επικύρωση της Συνθήκης για το Μαρακές, γιατί η Επιτροπή Αναφορών κάνει χρήση του άρθρου 216, παρ 2, σύμφωνα με το οποίο είναι σε θέση να υποβάλει μια σύντομη πρόταση ψηφίσματος. Θα υπάρξει μια απλή ψηφοφορία, χωρίς τροποποιήσεις ή συζήτηση. Το σύντομο ψήφισμα καλεί το Συμβούλιο να επιταχύνει τη διαδικασία επικύρωσης της Συνθήκης του Μαρακές που υπεγράφη από την ΕΕ τον Ιούνιο του 2014. Η Συνθήκη εστιάζεται σε εξαιρέσεις του δικαιώματος να επιτρέπει την μεγαλύτερη διανομή των βιβλίων, σε μορφές προσβάσιμες σε άτομα με προβλήματα όρασης, αποτρέποντας έτσι τις διακρίσεις, αφού όλοι πολίτες θα πρέπει να έχουν πρόσβαση στα ίδια βιβλία. Όλα, τα κράτη μέλη, εκτός από επτά έχουν επικυρώσει τη Συνθήκη και αυτό το σύντομο ψήφισμα ελπίζει να ασκήσει πίεση στις υπόλοιπες χώρες να απεμπλακούν. Υπάρχουν περισσότερα από 26 εκατομμύρια άτομα με προβλήματα όρασης σε όλη την Ευρώπη και μόνο το 5% όλων των δημοσιευμένων βιβλίων είναι σε προσβασιμότητα (λιγότερο από 1% σε αναπτυσσόμενες χώρες).

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – En vue de faciliter la ratification de ce traité je me suis prononcée en faveur de cette résolution. J'approuve en effet son contenu en faveur des personnes handicapées, qui permettra des exceptions aux droits d'auteur pour ces personnes, ce qui faciliterait la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats qui leurs sont appropriés. J'ai donc voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This is not on my voting list as being a roll-call vote. I wish to clarify for the record that I abstained, for similar reasons to the previous vote, because although I do not believe that such matters should be dealt with at EU level, I would support the accession of the UK to this Treaty if it were in the British Parliament.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Pasaulio sveikatos organizacija 2010 m. apskaičiavo, jog Europoje yra 2 550 000 aklųjų ir 23 800 000 silpnaregių, taigi iš viso yra 26 350 000 regos sutrikimų turinčių asmenų. Tik 5 % visų išleistų knygų išsivysčiusiose šalyse ir mažiau nei 1 % besivystančiose šalyse būna prieinamos formos sutrikimų turintiems asmenims. Marakešo sutartis yra susijusi su geresnių sąlygų susipažinti su paskelbtais kūriniais sudarymu akliems, regos sutrikimų ar kitą spausdinto teksto skaitymo negalią turintiems asmenims. Septynios ES valstybės narės sudarė mažumos bloką, kuris trukdo sutarties ratifikavimo procesui. Pritariu raginimams Tarybai ir valstybėms narėms pagreitininti ratifikavimo procesą. Būtina užtikrinti neigaliųjų teisę į švietimą, nediskriminuojant bei remiantis lygiomis galimybėmis ir tuo pat metu užtikrinti, kad teisės aktai dėl intelektinės nuosavybės teisių apsaugos netaptų nepagrįsta ar diskriminuojama kliūtimi neigaliesiems pasinaudoti kultūriniu medžiaga.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le traité de Marrakech vise à créer des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats conçus pour être accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes. Cela concerne aussi les personnes dont le handicap physique les empêche de tenir ou de manipuler un livre.

Adopté le 27 juin 2013, il fait partie des traités internationaux sur le droit d'auteur administrés par l'OMPI (Organisation mondiale de la propriété intellectuelle). L'Union européenne et les États membres ont signé le traité en avril 2014.

Cependant, ce traité n'entrera en vigueur que lorsque vingt ratifications auront été effectuées et il semblerait que sept États membres de l'Union s'y refusent.

En attendant, j'ai soutenu ce rapport, qui me paraît juste.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución porque es indispensable que todos los Estados miembros de la Unión Europea ratifiquen cuanto antes el Tratado de Marrakech.

Únicamente un 5 % de la literatura publicada en Europa se hace teniendo en cuenta la accesibilidad del formato para los ciegos, débiles visuales o sordos. Tenemos que garantizar el acceso a libros auditivos, en braille y a aplicaciones que permitan avanzar hacia una verdadera igualdad de oportunidades.

Debido al bloqueo de algunos Estados miembros, este Tratado no ha entrado en vigor en la UE, algo que condenamos firmemente en la Resolución, al mismo tiempo que instamos a la Comisión y los Estados miembros a que tomen todas las medidas oportunas para garantizar la igualdad de acceso a todas las personas.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'OMS ha stimato nel 2010 in circa 2,5 milioni le persone non vedenti e in quasi 24 milioni le persone ipovedenti presenti in Europa. La firma da parte dell'UE del trattato di Marrakech, volto a facilitare l'accesso ai testi pubblicati alle persone cieche, con incapacità visive o altre difficoltà, ha rappresentato un momento importante nel percorso di rafforzamento dell'impegno delle istituzioni europee nella difesa del diritto all'istruzione delle persone con disabilità.

L'eccezione apportata al diritto d'autore dal trattato è di fondamentale importanza poiché introduce la possibilità di scambi di libri a livello transnazionale, favorendo la diffusione e la condivisione dei testi. La ratifica del trattato deve quindi essere una priorità e per questo motivo ho votato a favore della relazione proposta dalla commissione per le petizioni. Sette Stati membri non hanno ancora proceduto alla ratifica e occorre quindi che l'UE si impegni al fine di rendere la cultura davvero accessibile a tutti i cittadini.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de la ratificación del Tratado de Marrakech, puesto que el Tratado ya fue firmado por los Estados miembros de la UE, para facilitar el acceso a las obras publicadas a personas ciegas o con discapacidades visuales, y vemos positiva la ratificación de dicho Tratado por la UE. Pensamos que todos los Estados miembros deben respetar los derechos de acceso a la cultura de todas las personas en igualdad de condiciones y facilitar el acceso a esta a quienes tienen alguna discapacidad, en este caso visual, y que los derechos de propiedad intelectual no pueden ser una barrera para discriminar a este colectivo. Por lo tanto, dentro también del marco de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad, y de la firma de este Tratado de Marrakech, apoyamos la ratificación de este Tratado por la UE.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre el Tratado de Marrakech que recuerda que los artículos 24 y 30 de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad destacan el derecho de las personas con discapacidad a acceder a la educación sin discriminaciones, de acuerdo con el principio de la igualdad de oportunidades, al tiempo que aseguran que las leyes de protección de los derechos de propiedad intelectual no constituyan una barrera excesiva o discriminatoria para el acceso de las personas con discapacidad a materiales culturales. Además, hay siete Estados miembros de la UE que forman una minoría de bloqueo que está impidiendo el proceso de ratificación del Tratado, lo que me genera una profunda indignación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce traité envisage des pistes intéressantes afin de faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats conçus pour être accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes. On ne peut que se féliciter d'un tel traité.

Cependant, ce traité voulu par les citoyens de l'Union européenne illustre l'échec patent de l'Europe en matière de défense des personnes handicapées. La volonté de sept États membres de l'Union de faire obstacle à la ratification du traité est regrettable.

L'idée de favoriser la reproduction d'œuvres accessibles aux personnes porteuses d'un handicap est louable.

J'ai donc décidé de voter pour ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Secondo le stime dell'Organizzazione mondiale della sanità, nel mondo 285 milioni di persone sono colpite da disabilità visive e tra queste 39 milioni sono non vedenti e 246 milioni sono ipovedenti. In Europa però solo il 5% dei libri pubblicati è disponibile in formati accessibili per le persone con disabilità visive. Ritenendo che sia inaccettabile questo stato di fatto, chiedo con forza all'UE di ratificare al più presto il trattato di Marrakech.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución mediante la cual el Parlamento insta al Consejo y a los Estados miembros a que aceleren el proceso de ratificación del Tratado de Marrakech, toda vez que la UE y los Estados miembros firmaron el Tratado en 2014, pero que siete Estados miembros aún no lo han ratificado, lo cual mantiene bloqueada su entrada en vigor.

Tal y como ha hecho en ocasiones previas, el Parlamento reclama una rápida ratificación del Tratado, al objeto de facilitar una mayor distribución y un más fácil acceso a libros en formatos accesibles a las personas invidentes o con deficiencias visuales, más de 26 millones en la Unión Europea, que ven limitado su derecho de acceso a la cultura dado que solo el 5 % de los libros publicados en los países desarrollados se presentan en formatos accesibles para ellos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes ja Parlamentas, atsižvelgdamas į piliečių pateiktas peticijas, išreiškė pasipiktinimą valstybių narių vengimu ratifikuoti Marakešo sutartį, kuria įsipareigojama sudaryti geresnes sąlygas susipažinti su paskelbtais kūriniais akliems, regos sutrikimų ar kitą spausdinto teksto skaitymo negali turintiems asmenims. Pasaulio sveikatos organizacija 2010 m. apskaičiavo, jog Europoje yra 2 550 000 aklųjų ir 23 800 000 silpnaregių, taigi iš viso yra 26 350 000 regos sutrikimų turinčių asmenų. Tačiau tik 5 % visų išleistų knygų išsivysčiusiose šalyse ir mažiau nei 1 % besivystančiose šalyse būna prieinamos formos. ES ir valstybės narės 2014 m. balandžio mėn. pasirašė Marakešo sutartį ir taip prisiėmė politinį įsipareigojimą ją ratifikuoti. Todėl Parlamentas su giliu pasipiktinimu pabrėžė, kad septynios ES valstybės narės sudarė mažumos bloką, kuris trukdo sutarties ratifikavimo procesui. Parlamentas paragino Tarybą ir valstybes nares pagreitinti ratifikavimo procesą, kad ratifikavimas netaptų priklausomas nuo ES teisės aktų peržiūros ar Europos Sąjungos Teisingumo Teismo sprendimo.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai unió ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot.

Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatáskör és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígértet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslatokkal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve most tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Franc Bogovič (PPE), *pismo*. – V Evropi je okrog 26 milijonov slepih in slabovidnih oseb, ki v veliko pogledih ne morejo živeti normalnega življenja. Normalnega v tem pomenu, kakor ga poznamo vsi ostali, ki se s tovrstnimi težavami ne soočamo.

Marakeška pogodba, ki so jo države članice EU podpisale l. 2014, predstavlja enega izmed pomembnih korakov k povečanju dostopnosti do knjižnih del slepim in slabovidnim. Žal je še preveliko držav, ki pogodbe še niso ratificirale, zaradi česar ta ne more stopiti v veljavo.

To pa pomeni, da so slepim in slabovidnim še naprej kršene pravice, ki se nam zdijo samoumevne. Ena izmed temeljnih je pravica do izobraževanja. Dejstvo, da je le 5 % tiskanih knjig na voljo v oblikah, razumljivih slepim in slabovidnim, nam mora biti v opomin, da vršimo večji pritisk na države članice, ki te pogodbe še niso ratificirale.

Iz vseh navedenih razlogov sem predlagano resolucijo tudi podprl.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog kojim se poziva Vijeće da ubrza proces ratifikacije Ugovora iz Marakeša. Ugovor se fokusira na iznimke kod zaštite autorskih prava kako bi se omogućila veća distribucija knjiga u formatima dostupnim građanima oštećenog vida. U Europi postoji više od 26 milijuna slabovidnih osoba, te samo 5 % objavljenih knjiga pristupačnih u ovim formatima!

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il s'agit, par ce traité, de faciliter la reproduction, la distribution, et la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes ou encore handicapées au point de ne pas pouvoir manipuler un livre.

Ce traité signé par tous les États membres tarde à être ratifié dans certains d'entre eux, suite probablement à l'intervention de lobbys liés à l'édition, et donc à entrer en vigueur.

Je suis favorable à cette résolution visant à la ratification de ce traité.

J'ai donc voté pour.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché sono fermamente convinta che sia un dovere dell'Unione e degli Stati membri ratificare quanto prima il trattato di Marrakech per porre fine alla terribile discriminazione nei confronti dei cittadini non vedenti o ipovedenti.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Secondo l'OMS (Organizzazione Mondiale della Sanità) in Europa vivono 26.350.000 persone con disabilità visive (di cui 2.550.000 persone non vedenti e 23.800.000 persone ipovedenti). Nonostante questo dato considerevole, solo il 5% di tutti i libri pubblicati nei paesi sviluppati e meno dell'1% dei libri pubblicati nei paesi in via di sviluppo è disponibile in formati accessibili. L'Unione europea e i suoi Stati membri sono parte della convenzione delle Nazioni Unite sui diritti delle persone con disabilità e, nell'aprile 2014, hanno firmato il trattato di Marrakech che afferma il principio per cui il diritto d'autore trova una importante deroga di fronte alla necessità di permettere ai non vedenti o ipovedenti di accedere su un piano di parità al sapere: i libri per ipovedenti e non vedenti possono essere scambiati, a livello transnazionale, fra organizzazione e organizzazione. L'Unione europea e i suoi Stati membri hanno il dovere politico e morale di ratificare e attuare concretamente il trattato che hanno firmato, in modo da cessare l'ingiusta discriminazione dei cittadini con disabilità visiva e di agevolare l'accesso alla conoscenza e agli studi in una posizione di equità fra le persone.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le traité de Marrakech vise à faciliter la reproduction et la distribution d'œuvres publiées dans des formats adaptés aux aveugles ou aux handicapés en créant notamment des exceptions aux droits d'auteur. En juin 2013, il a été adopté et fait désormais partie des traités internationaux sur les droits d'auteur dont s'occupe l'Organisation mondiale de la propriété intellectuelle.

Or, même si le traité a été signé par l'Union européenne et ses États membres en avril 2014, il n'entrera en vigueur que lorsque l'Union disposera de vingt ratifications. À ce jour, sept États membres semblent ne pas désirer ratifier ce traité. C'est la raison pour laquelle le Conseil souhaite inclure les dispositions de ce traité dans une nouvelle directive sur les droits d'auteur.

J'ai voté pour cette résolution, qui vise à faciliter la ratification du traité de Marrakech, bien qu'elle illustre l'échec de l'Union européenne en matière de défense des handicapés.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană respectă dreptul persoanelor cu dizabilități la educație și, în acest sens, trebuie să ajungă să garanteze și că legile care protejează drepturile de proprietate intelectuală nu constituie o barieră nerezonabilă sau discriminatorie pentru accesul persoanelor cu dizabilități la materiale culturale.

Știind că Organizația Mondială a Sănătății a estimat în 2010 că în Europa se înregistrează în total un număr de 2 550 000 de persoane nevăzătoare și 23 800 000 de persoane cu vedere parțială, consider că Uniunea trebuie să se preocupe de drepturile tuturor cetățenilor săi, inclusiv ale acestor persoane. Ori aceasta presupune să avem în vedere inclusiv Petiția nr. 924/2011, adresată de Dan Pescod, de cetățenie britanică, în numele Uniunii Europene a Nevăzătorilor (EBU)/Institutul Național Regal pentru Nevăzători (RNIB), privind accesul nevăzătorilor la cărți și alte produse tipărite și să asigurăm egalitatea de șanse.

În concluzie, consider că instituțiile europene și statele membre trebuie să accelereze procesul de ratificare, fără a condiționa ratificarea de revizuirea cadrului juridic al UE sau de hotărârea Curții de Justiție a Uniunii Europene; tocmai din acest motiv, am votat în favoarea acestei rezoluții.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. A seguito della segnalazione da parte di alcune petizioni, con la risoluzione si esorta il Consiglio e gli Stati membri ad accelerare il processo di ratifica del trattato di Marrakech, senza subordinare tale ratifica a una revisione del quadro giuridico dell'Unione europea. L'Unione italiana ciechi sottolinea l'importanza dell'accordo di Marrakech volto a facilitare l'accesso alle opere pubblicate per le persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le traité de Marrakech visant à faciliter l'accès des déficients visuels et des personnes ayant des difficultés de lecture des textes imprimés aux œuvres publiées a été signé par l'Union européenne et ses États membres. Ce traité permettra de rendre l'accès au livre plus égalitaire et constituera un premier pas dans la lutte contre la pénurie de livres. La mise en pratique du traité sera rendue possible au sein de l'Union lors de la prochaine révision de la législation européenne relative aux droits d'auteur. J'ai voté en faveur de cette résolution qui fait écho à une pétition sur le même sujet. La résolution appelle à la ratification du traité par tous les États membres.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione, presentata a norma dell'articolo 216, paragrafo 2, del regolamento, sulla ratifica del trattato di Marrakech, sulla base delle petizioni ricevute, segnatamente la petizione n. 924/2011.

Si stima che in Europa vivano oltre ventisei milioni di persone con disabilità visive, ma soltanto una piccola percentuale dei libri viene pubblicata in formati a loro accessibili. In tal modo, viene leso il diritto delle persone ipovedenti all'istruzione. Ritengo che invece l'accesso ai materiali culturali dovrebbe essere garantito a tutti, eliminando ogni possibile barriera irragionevole o discriminatoria.

Ad aprile 2014, l'Unione europea ed i suoi Stati membri hanno firmato il trattato di Marrakech, che invita i paesi sottoscrittori a fare il possibile per facilitare la lettura di testi a stampa per le persone non vedenti o con gravi disabilità visive. La proposta di risoluzione esorta il Consiglio e gli Stati membri dell'Unione ad accelerare il processo di ratifica del trattato di Marrakech e per questo ho deciso di votare per il suo accoglimento.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution as I believe that the Marrakesh Treaty should be ratified by all Member States as soon as possible to ease the access to suitable versions of books, among others, for those who are blind, visually impaired or otherwise print disabled. At the moment, production of such versions of published works is restricted due to domestic copyright laws.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In Europa vivono 2.550.000 persone non vedenti e 23.800.000 persone ipovedenti (dati OMS del 2010). Il trattato di Marrakech mira a facilitare l'accesso alle opere pubblicate per le persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa. Sette Stati membri dell'UE hanno costituito un blocco di minoranza che impedisce il processo di ratifica del trattato dall'UE. La relazione della collega Wikström esorta perciò il Consiglio e gli Stati membri ad accelerare il processo di ratifica, senza subordinare tale ratifica a una revisione del quadro giuridico dell'UE o alla decisione della Corte di giustizia dell'Unione europea. Non potevo fare diversamente che votare a favore.

Λεωντέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Στηρίζουμε την επικύρωση της Συνθήκης και καλούμε το Συμβούλιο και τα κράτη μέλη να επισπεύσουν τη διαδικασία κύρωσης.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché ritengo che facilitare l'accesso alle opere pubblicate per le persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa, sia fondamentale per garantire il diritto delle persone non vedenti all'istruzione, senza discriminazioni e sulla base di pari opportunità. Nel 2010 l'Organizzazione mondiale della sanità ha stimato che in Europa vivono oltre 26 milioni di persone con disabilità visive e solo il 5% di tutti i libri pubblicati nei paesi sviluppati e meno dell'1% dei libri pubblicati nei paesi in via di sviluppo è disponibile in formati accessibili. Auspico che la ratifica del trattato di Marrakech sia il primo passo per affrontare con decisione questa problematica.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Nella mia esperienza di politico ho a che fare con tantissime persone e mi occupo di molti temi, e quindi ho la fortuna di poter sempre imparare qualcosa. Un grande insegnamento che mi ritrovo spesso ripetuto lungo il mio cammino è che «disabilità» è un termine che evoca un mondo e che quindi non può essere generalizzato per inferire nulla su chi ne soffre. Infatti i problemi che ricadono sotto il nome di «disabilità» sono così tanti che il mondo dei disabili è estremamente eterogeneo. Ad Asti c'è un albergo in cui lavorano solo ragazzi disabili e posso assicurare che è un esempio di efficienza. Posso dunque testimoniare che non vi è nessuna valida ragione per impedire ai disabili l'accesso all'istruzione e a tanti altri servizi che di solito si danno per scontati per i cosiddetti «abili». Con molto sdegno ho votato a favore di questa risoluzione, nella speranza che questo messaggio arrivi forte e chiaro a chi di dovere.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – Numerous petitions from EU citizens with print disabilities have been received, calling for blind people to have access to books and other print products. The World Health Organisation estimates that in 2010 there were a total of 26 350 000 European citizens suffering from visual impairments. In contrast only 5% of all books published in developed countries and fewer than 1% of those in developing countries are made in accessible formats.

Both the EU and its Member States are parties to the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities. The UN CRPD Committee encourages the European Union to ratify and implement the Marrakesh Treaty without delay. Article 24 and 30 of the UN CRPD recall the rights of persons with disabilities to education on the basis of equal opportunity. Despite seven EU Member States attempting to impede the process of ratification the Council and the Member States should ratify the treaty as soon as possible. Ratification should be possible without the revision of the EU legal framework of a decision of the Court of Justice of the European Union.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu orgulha-se de promover a abertura das instituições e a aproximação dos cidadãos aos centros de decisão europeus. Dando seguimento a uma petição submetida pela Associação Europeia de Cegos, o Parlamento decidiu pronunciar-se sobre o Tratado de Marraquexe que visa facilitar o acesso a obras publicadas por parte das pessoas cegas, com deficiência visual ou com outras dificuldades de leitura de material impresso.

Este Parlamento orgulha-se também de defender, por todo o continente, os direitos fundamentais de todos. E neste caso também, não podia deixar impune a tentativa de sete Estados-Membros de bloquearem a ratificação deste tratado, assinado pela União e pelos seus Membros individualmente.

O acesso à educação e o princípio da igualdade são valores inalienáveis da União Europeia. Não é, pois, aceitável que, apesar do compromisso político assumido através da assinatura do tratado, seja agora bloqueada a sua entrada em vigor e com isso desrespeitados os Direitos Fundamentais de milhões de pessoas. Não é aceitável que, no chamado «mundo desenvolvido», apenas 5% dos livros publicados sejam acessíveis a cegos e pessoas com deficiência visual.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della mozione presentata dalla Commissione per le petizioni in quanto un'accelerazione della procedura di ratifica del trattato di Marrakech porterebbe grandi benefici alle persone con difficoltà visive, le quali in Europa superano i 26 milioni, considerando in questo numero sia coloro che sono affetti da cecità, sia coloro che hanno una percezione visiva soltanto parziale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Only 5 per cent of all published books in the developed countries and less than 1 per cent in the developing countries are ever produced in accessible formats. This shows how developments in technologies have not been incorporated in making culture more accessible to persons with disabilities. Today different technologies make it possible for persons with disabilities to have greater and more effective access to cultural goods and services such as books. Member States have been somewhat hesitant to ratify this treaty to the detriment of persons with disability and of the cultural sector itself. The motion for resolution calls on the Commission to facilitate the process of ratification of the Treaty by the EU. I have thus voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución al considerar necesario el llamamiento que hace a que se desbloquee la ratificación del Tratado de Marrakech para que los Estados miembros implementen una serie de medidas destinadas a facilitar el acceso a obras impresas a las personas ciegas, con discapacidad visual o con otras dificultades para acceder al textos impresos.

A pesar de que la UE y los Estados miembros firmaron el Tratado en abril de 2014, una minoría formada por siete Estados miembros (entre ellos, el Reino Unido, Alemania e Italia) está bloqueando en el Consejo Europeo su entrada en vigor.

Considero que esta Resolución es positiva como un mecanismo más de presión para conseguir que se desbloquee la ratificación definitiva y se implementen lo antes posible estas medidas —entre ellas la aprobación de excepciones a las leyes de copyright estatales encaminadas a facilitar la distribución y reproducción de las obras en braille— que afectarían positivamente a casi veinticinco millones de ciudadanas europeas.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Petíciós Bizottságot több petícióval keresték meg a közelmúltban olyan polgárok, akik a vakok és gyengénlátók és látási képességeikben egyéb okból korlátozott személyek szervezeteinek képviselői, a marrakeshi szerződés ratifikálásának elősegítését kérve a Parlamenttől. A szerződés ratifikálása megkönnyítené az érintett uniós polgárok nyomtatott művekhez való hozzáférését. Ezen petíciók alapján került megfogalmazásra a szakbizottságban egy állásfoglalási indítvány a plénum számára. Az állásfoglalási indítvány nemtetszését feje ki annak, hogy néhány uniós tagállam a Tanácson belül lassítja a ratifikáció folyamatát. Úgy vélem, hogy a ratifikáció mielőbbi megvalósulását támogatni kell, ugyanakkor az ehhez szükséges uniós jogi garanciákat sem szabad figyelmen kívül hagyni. Reményem fejezem ki, hogy a mostani helyzetre mielőbb megoldás születik, hogy a vakok és gyengénlátók jogait érvényesíteni tudják, mindezt határon átnyúló viszonylatban is, beleértve a nemzeti kisebbségeket.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Według WHO na świecie żyje dziś 314 milionów osób niewidomych i niedowidzących. Polski Związek Niewidomych zrzesza ok. 60 tys. osób. Jednocześnie szacuje się, że osób niemogących czytać czarnego druku jest w Polsce 300 tys. To bardzo ważna kwestia nie tylko dla naszego społeczeństwa, ale również problem globalny. Procedowana rezolucja opracowana przez Komisję PETI wzywa i apeluje o szybszą ratyfikację traktatu, bez konieczności oczekiwania na orzeczenie Trybunału Sprawiedliwości UE ze względu na znaczenie traktatu w sprawie osób niewidomych i słabowidzących oraz osób z niepełnosprawnościami uniemożliwiającymi zapoznanie się z drukiem, a także ze względu na fakt, iż oczekiwanie na orzeczenie Trybunału Sprawiedliwości znacznie opóźniłoby ratyfikację. W pełni popieram przedłożoną rezolucję – głosowałem ZA.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that calls on the Council to accelerate the ratification process of the Marrakech Treaty. Essentially the Treaty concentrates on copyright exceptions to allow for greater distributions of books in formats accessible to visually impaired citizens in an effort to prevent discrimination of visually impaired and print disabled persons. They should have access to the same books as other persons. This short resolution hopes to put pressure on the remaining seven Members which as yet have not ratified the Treaty. This is important because there are over 26 million visually impaired individuals across Europe with only 5% of all published books produced in accessible formats.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I am pleased we brought forward this motion for a resolution in Parliament; the delay in ratifying the Marrakesh Treaty has gone on too long. In the UK we have consistently supported the ratification of the Marrakech Treaty as a vital enabler of access to works by visually impaired persons and persons with print disabilities. The sooner we can ratify this Treaty across the EU the better.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution, les députés au Parlement européen, réagissant à un certain nombre de pétitions, adressent une critique ferme aux sept États membres de l'Union européenne qui ont constitué une minorité de blocage au processus de ratification du traité de Marrakech. Ce traité vise à faciliter l'accès des aveugles, des déficients visuels et des personnes ayant d'autres difficultés de lecture des textes imprimés aux œuvres publiées. Le Parlement européen demande au Conseil et aux États membres d'accélérer le processus de ratification. Considérant qu'il est nécessaire d'accroître l'accessibilité des produits culturels aux personnes handicapées, j'ai soutenu cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, le Parlement européen demande au Conseil et aux États membres d'accélérer le processus de ratification du traité de Marrakech visant à faciliter l'accès des aveugles, des déficients visuels et des personnes ayant d'autres difficultés de lecture des textes imprimés aux œuvres publiées. Il est en effet nécessaire de promouvoir les droits des personnes handicapées, ainsi que leurs accès aux biens culturels sans discrimination.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Rendere accessibili a tutte le persone non vedenti o con disabilità visive le opere pubblicate è un atto di civiltà. Se la civiltà di una società si riconosce anche dall'accessibilità dei luoghi, l'accessibilità dei libri per 26.350.000 persone con disabilità visive è un fatto di non secondaria importanza: infatti solo il 5% dei libri sono disponibili in formati accessibili. Per questo motivo ho votato a favore della risoluzione sulla ratifica del trattato di Marrakech.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai uniós ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot.

Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatáskör és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígértet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslattal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve most tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le traité de Marrakech, du 27 juin 2013, permet des exceptions aux droits d'auteurs dans le but de faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres accessibles pour les personnes malvoyantes ou handicapées physiques. Son application nécessite vingt ratifications, or sept États de l'Union semblent s'y opposer. Dans le but d'avancer sur ce sujet, le Conseil de l'Union européenne souhaiterait reprendre les dispositions du traité dans la nouvelle directive sur le droit d'auteur, plutôt que d'attendre la ratification du traité. Bien que la refonte de la directive puisse, elle aussi, prendre du temps, j'ai soutenu ce texte qui va dans le bon sens, celui de l'action envers les plus fragiles d'entre nous.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Присъединявам се към многото жалби, внесени в комисията по петиции на Европейския парламент, които осъждат факта, че Съветът и Европейският парламент все още не са успели да ратифицират Договора от Маракеш за улесняване на достъпа до публикувани произведения за слепи хора, лица с нарушено зрение или с други увреждания, които не позволяват четенето на печатни материали.

Все още 7 държави от Европейския съюз не са ратифицирали договора. Аз използвам всяка възможност да подчертавам този факт, обосновавайки се с необходимостта от бързо ратифициране на този договор за благо на всички европейски граждани. Достъпът до публикувани материали е важен за слепите хора и е част от техните права в нашето общество. Затова и подкрепих тази резолюция и смятам, че са необходими бързи действия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Το δικαίωμα των ατόμων με ειδικές ανάγκες να επωφελούνται μέτρων που θα τους εξασφαλίζουν την αυτονομία, την κοινωνική και επαγγελματική ένταξη καθώς και τη συμμετοχή τους στον κοινωνικό βίο είναι αναμφισβήτητο.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai uniós ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot.

Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatáskör és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígértet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslattal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve most tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Como Vicepresidenta de la Comisión de Peticiones del Parlamento Europeo, he sido una de las impulsoras en mi Grupo político de esta Resolución. El Tratado de Marrakech exige a todas las partes firmantes que introduzcan excepciones a la normativa de derechos de autor para satisfacer las necesidades de las personas con discapacidad visual, por medio de la creación de autoridades nacionales especiales, responsables de proveer, en colaboración con las ONG, contenidos accesibles. La ratificación facilitará el acceso de las personas con deficiencia visual o que no pueden leer formatos impresos a trabajos protegidos por derechos de autor.

El Parlamento Europeo ha contribuido enormemente al desarrollo y éxito de este Tratado, el cual, basado en convenciones internacionales de derechos de autor, ha sido diseñado para también respetar los derechos de autor

Tras su ratificación y entrada en vigor, las personas con discapacidad visual podrán tener acceso a los mismos libros que puede leer el público general. Millones de personas ciegas gozarán de acceso a trabajos con derechos de autor en el futuro, lo cual, a su vez, favorecerá y ampliará sus opciones educativas y de formación y, por consiguiente, les permitirá optar a mejores oportunidades de trabajo en el mercado laboral.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il trattato di Marrakech mira a facilitare l'accesso alle opere pubblicate per le persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa. Ho votato a favore di questa risoluzione, che nasce dalle petizioni ricevute dalla commissione per le petizioni, per chiedere ai sette Stati membri che non hanno ancora ratificato il trattato, tra cui l'Italia, di procedere senza ulteriore ritardo e dare ascolto alle richieste dei tanti cittadini europei che hanno difficoltà visive.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Organização Mundial de Saúde estimou que, em 2010, existiam na Europa 2 550 000 pessoas cegas e 23 800 000 pessoas amblíopes, num total de 26 350 000 de pessoas com deficiência visual. No entanto, apenas 5 % dos livros publicados em países desenvolvidos e menos de 1 % dos publicados em países em desenvolvimento são produzidos em formatos acessíveis.

Há sete Estados-Membros da UE que formaram uma minoria de bloqueio impedindo o processo de ratificação do Tratado, o que se lamenta. Os Estados-Membros devem acelerar este processo, sem tornarem a ratificação dependente da revisão do quadro jurídico da UE ou da decisão do Tribunal de Justiça da União Europeia.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, parce que le traité de Marrakech crée des exceptions aux droits d'auteur en faveur des personnes aveugles.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Apenas 5% dos livros publicados em países desenvolvidos e menos de 1% em países em desenvolvimento estão publicados em formatos acessíveis.

O objetivo do Tratado de Marraquexe é facilitar, por meio de exceções de *copyright*, a elaboração de versões acessíveis a pessoas com dificuldades visuais de livros originalmente protegidos por leis de propriedade intelectual (*copyright*).

A UE e a maioria dos seus Estados-Membros assinaram o Tratado de Marraquexe e assumiram o compromisso político de o ratificarem.

A resolução manifesta indignação pelo facto de 7 Estados-Membros formarem uma minoria de bloqueio que impede a ratificação do Tratado.

Relembra os artigos 24º e 30º da CDPD das Nações Unidas: o direito à educação das pessoas com deficiência, sem discriminações e numa base de igualdade de oportunidades e o acesso aos bens culturais.

Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour because it benefits people with disabilities.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne – V tomto konkrétnom prípade využíva Výbor pre petície svoje právo predložiť krátky návrh uznesenia, ktorého cieľom je vyzvať Radu, aby urýchlila ratifikačný proces Marrákešskej dohody, ktorá bola prijatá v júni 2014 a sústreďuje sa na výnimky z autorského práva, aby zabezpečila a umožnila distribúciu kníh vo väčšom objeme, vo formátoch prístupných zrakovo postihnutým občanom, čím sa zabráni diskriminácii zrakovo postihnutých a osôb so zdravotným postihnutím, pretože by mali mať prístup k rovnakým knihám rovnako ako ostatní občania. Zostáva, aby zmluvu ratifikovalo 7 členských štátov, a toto uznesenie na predmetné štáty vytvorí tlak, nakoľko v Európe žije viac ako 26 miliónov zrakovo postihnutých občanov a iba 5 % všetkých kníh je vydávaných v prístupných formátoch.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Το δικαίωμα των ατόμων με ειδικές ανάγκες να επωφελούνται μέτρων που θα τους εξασφαλίζουν την αυτονομία, την κοινωνική και επαγγελματική ένταξη καθώς και τη συμμετοχή τους στον κοινωνικό βίο είναι αναμφισβήτητο, για αυτό και υπερψηφίζω την επικύρωση της Συνθήκης του Μαρακές, βάσει των αναφορών που ελήφθησαν, ιδίως της αναφοράς 924/2011.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – Here the Petitions Committee is making use of Rule 216, para 2 which enables it to submit a short motion for a resolution. There will be a simple vote, without amendments or debate. The short resolution is calling on the Council to accelerate the ratification process of the Marrakesh Treaty. Signed by the EU in June 2014, the treaty focuses on copyright exceptions to allow greater distribution of books, in formats accessible to visually impaired citizens, thereby preventing discrimination of visually impaired and print disabled persons, who should have access to the same books as other persons. All except seven Member States have ratified the treaty and this short resolution hopes to put pressure on these remaining countries to unblock. There are more than 26 million visually impaired individuals across Europe with only 5% of all published books ever produced in accessible formats (less than 1% in developing countries).

Kinga Gál (PPE), írásban. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai uniós ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot. Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatáskör és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígértet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslattal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve most tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A fogyatékossgal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény 24. és 30. cikke hangsúlyozza a fogyatékossgal élők megkülönböztetés nélküli és egyenlő esélyeken alapuló oktatáshoz való jogát, biztosítva egyúttal, hogy a szellemi tulajdonjogokat védő törvények ne jelentsenek indokolatlan vagy megkülönböztetést okozó akadályt a fogyatékossgal élők számára a kulturális termékekhez való hozzáférésben.

Mélységesen felháborítónak tartom, hogy hét uniós tagállam kisebbségi csoportot alakított, amely akadályozza a szerződés ratifikálásának folyamatát. Felszólítja a Tanácsot és a tagállamokat, hogy gyorsítsák fel a ratifikációs folyamatot, és ne kössék azt az uniós jogi keret felülvizsgálatához vagy az Európai Unió Bíróságának határozatához.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor de la propuesta de Resolución teniendo en cuenta que la Organización Mundial de la Salud calcula que en 2010 vivían en Europa 2 550 000 invidentes y 23 800 000 personas con visión parcial, lo que representa un total de 26 350 000 personas con discapacidad visual. Solo el 5 % de los libros publicados en los países desarrollados y menos del 1 % de los libros publicados en los países en desarrollo se presentan en formatos accesibles, por lo que debemos trabajar para hacer más accesible los libros y la cultura en general a este importante colectivo, aún más considerando que la UE y los Estados miembros firmaron el Tratado de Marrakech en abril de 2014 y, por lo tanto, han contraído el compromiso político de ratificarlo.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Sostengo da tempo la campagna per la pronta entrata in vigore del trattato di Marrakech, con il quale finalmente si riconosce il diritto dei non vedenti ad un più largo accesso alla cultura. La commissione per le petizioni svolge un lavoro meritorio nel continuare a tenere viva l'attenzione su questa campagna. Il Parlamento europeo è a livello internazionale l'istituzione che più si è spesa per la difesa di questo diritto. Il Consiglio continua a tenere migliaia e migliaia di cittadini ostaggio di regole arcaiche e che discriminano su un diritto fondamentale, quello alla conoscenza e alla cultura. Faccio quindi anche io appello al Consiglio per trovare un accordo che sblocchi le resistenze ancora esistenti e invito la Commissione europea a giocare un ruolo più attivo in questo senso.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho sostenuto con convinzione la risoluzione del Parlamento europeo sulla ratifica del trattato di Marrakech sulla base delle petizioni ricevute, segnatamente la petizione n. 924/2011, perché ritengo fondamentale che il Consiglio acceleri e approvi rapidamente il trattato di Marrakech volto a facilitare l'accesso alle opere pubblicate per le persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa.

Ritengo, infatti, gravissimo il deplorabile ritardo nell'approvazione del trattato da parte di sei Stati membri, che bloccano di fatto la realizzazione di un sacrosanto diritto dei circa 2 550 000 cittadini europei non vedenti e dei 23 800 000 cittadini ipovedenti: 26 milioni di cittadini che chiedono il rispetto del loro diritto alla lettura, all'accesso alla cultura e all'informazione e a formati accessibili.

Le normative nazionali relative al diritto d'autore non possono e non devono rappresentare un freno a questo diritto e sono fermamente convinta che i cittadini con problemi di visibilità abbiano diritto agli stessi testi e letture rispetto agli altri cittadini. Chiedo quindi agli Stati membri di fare di più per approvare rapidamente il trattato e sviluppare un mercato di testi accessibili che superi l'attuale bassissima percentuale del 5%.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Traktat z Marrakeszu został przyjęty 28 czerwca 2013 r. podczas Konferencji Dyplomatycznej Światowej Organizacji Własności Intelektualnej (WIPO). Jego celem było ustanowienie międzynarodowego standardu korzystania przez osoby niewidome i niedowidzące z utworów przeznaczonych do druku oraz objętych ochroną prawną. W Europie jest 2 550 000 osób niewidomych i 23 800 000 słabowidzących, to ponad 26 milionów zainteresowanych tymi zmianami obywateli. Pomimo tego państwa członkowskie UE ociągają się z ratyfikacją traktatu, a na poziomie Rady siedem krajów wręcz utrudnia ten proces.

W wielu państwach, w tym w Polsce, istnieje prawo przewidujące ułatwiony dostęp do twórczości niewidomym i niedowidzącym (w dostosowanych do ich wymagań formatach), ale obejmuje on obecnie zaledwie 5% publikacji w krajach rozwiniętych i mniej niż 1% w krajach rozwijających się.

UE i jej państwa członkowskie podpisały Traktat z Marrakeszu w kwietniu 2014 roku i tym samym zobowiązały się do jego ratyfikacji. Ponadto art 24 i 30 Konwencji ONZ podkreślają prawo osób niepełnosprawnych do edukacji bez dyskryminacji i na zasadach równych szans, przy jednoczesnym zapewnieniu, że przepisy chroniące prawa autorskiego nie stanowią nieuzasadnionej bariery w dostępie do materiałów kulturalnych. Dzisiejsze głosowanie jest wezwaniem Parlamentu Europejskiego do bezzwłocznej ratyfikacji Traktatu przez wszystkie państwa członkowskie Unii Europejskiej oraz do szybkiego wejścia w życie zawartych w nim przepisów.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution, qui vise à faire ratifier le plus rapidement possible le traité de Marrakech.

Ce traité permet de créer des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres pour les personnes aveugles ou malvoyantes. Cela concerne également les personnes dont le handicap physique les empêche de tenir ou de manipuler un livre.

Il semblerait que certains États membres de l'Union aient fait obstacle à la ratification du traité. La résolution demande au Conseil et aux États membres d'accélérer le processus de ratification, sans subordonner celle-ci à la révision du cadre juridique de l'Union ni à la décision de la Cour de justice de l'Union européenne.

En tout état de cause, la non-ratification du traité de Marrakech illustre l'échec de l'Europe en matière de défense des handicapés. Si ce texte n'est pas encore ratifié, c'est sans doute parce qu'il limite (un peu) les droits d'auteur. Il va donc à l'encontre d'intérêts importants: ceux des auteurs, des éditeurs, des traducteurs...

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de la ratificación del Tratado de Marrakech, puesto que el Tratado ya fue firmado por los Estados miembros de la UE, para facilitar el acceso a las obras publicadas a personas ciegas o con discapacidades visuales, y vemos positiva la ratificación de dicho Tratado por la UE. Pensamos que todos los Estados miembros deben respetar los derechos de acceso a la cultura de todas las personas en igualdad de condiciones y facilitar el acceso a esta a quienes tienen alguna discapacidad, en este caso visual, y que los derechos de propiedad intelectual no pueden ser una barrera para discriminar a este colectivo.

Por lo tanto, dentro también del marco de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad, y de la firma de este Tratado de Marrakech, apoyamos la ratificación de este Tratado por la UE.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I warmly welcome the ratification of the Treaty of Marrakesh. The World Health Organisation estimated in 2010 that across Europe there are 2 550 000 blind people and 23 800 000 partially sighted people, giving a total of 26 350 000 visually impaired individuals, yet only 5% of all published books in the developed countries and less than 1% in the developing countries are ever produced in accessible formats.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Alors que l'OMS évalue à plus de 314 millions le nombre d'aveugles et de déficients visuels dans le monde, dont 90% dans les pays en développement, et que sur le million d'ouvrages qui sortent chaque année dans le monde, moins de 5 % sont publiés dans des formats accessibles aux déficients visuels, il est urgent d'agir! Avec mes collègues députés, nous devons toutefois constater avec amertume que ce n'est pas la direction dans laquelle l'Union européenne s'engage actuellement. Sept États membres de l'Union européenne (l'Allemagne, Chypre, la Hongrie, l'Italie, la Pologne, le Royaume-Uni et la Slovaquie) ont en effet constitué une minorité de blocage faisant obstacle au processus de ratification du traité de Marrakech de 2013, qui vise à faciliter l'accès au patrimoine culturel pour les personnes aveugles et malvoyantes. En signant le traité de Marrakech, l'Union et les États membres ont pourtant pris l'engagement politique de ratifier le traité. Le manque de volonté réelle des États membres pour parvenir à un accord constructif constitue une violation flagrante du droit à l'information facilement accessible, pourtant inscrit dans la convention des Nations unies sur les droits des personnes handicapées.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the resolution to call on the Council and Member States to accelerate ratification of the Marrakesh Treaty, because there are over 26 million visually impaired individuals who are being negatively affected and deprived of the opportunity to learn from published books and cultural materials, mainly due to a lack of commitment and communication from EU governments, specifically seven Member States. This is slowing the process of ratifying a bill that has already been signed, and should be quickly dealt with thanks to a quick ratification.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai uniós ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot. Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatásköri és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejét múlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígéretet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslattal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφπτώς*. – Στηρίζαμε το ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με την κύρωση της συνθήκης του Μαρακές, βάσει των αναφορών που υποβλήθηκαν, και ιδίως της αναφοράς αριθ. 924/2011 για τον λόγο ότι θεσπίζει το δικαίωμα των ατόμων με αναπηρία σε εκπαίδευση χωρίς διακρίσεις και υπό καθεστώς ισότητας, ενώ ταυτόχρονα διασφαλίζει ότι οι διατάξεις περί προστασίας των δικαιωμάτων διανοητικής ιδιοκτησίας δεν δημιουργούν φραγμούς στην πρόσβαση των ατόμων με αναπηρία σε πολιτιστικά αγαθά. Επιπλέον καταδικάζει το γεγονός ότι επτά κράτη μέλη της ΕΕ δεν έχουν ακόμη επικυρώσει την Συνθήκη.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – With regard to the petitions received from EU citizens on behalf of people with disabilities and given the fact that the EU and its Member States are parties to the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities, the rights of persons with disabilities should be emphasised, especially in relation to the right to education, to be free from discrimination, and their rights to intellectual property. The Marrakesh Treaty to facilitate access to published works for persons who are blind, visually impaired, or otherwise print disabled should be ratified by all Member States of the EU. The ratification process for the Marrakesh Treaty should be accelerated and should be done without revision of EU law or the decision of the CJEU. It is past time to find a political solution for those who are blind or visually impaired. Like the rest of us they have the right to accessible literature.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai parlament határozata a marrakeshi szerződés európai uniós joganyagga tétele tekintetében a Petíciós Bizottság előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot. Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás miatt.

A határozat azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt. Európai Bizottság már 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígéretet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslattal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Čtělín Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Visually impaired and print disabled persons should have access to the same books as other persons. This resolution is calling on the Council to accelerate the ratification process of the Marrakesh Treaty, which focuses on copyright exceptions in order to allow greater distribution of books, in formats accessible to visually impaired citizens.

Ivan Jakovčič (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o ratifikaciji Ugovora iz Marakeša, na temelju primljenih predstavi, posebice Predstavke br. 924/2011, jer u potpunosti podržavam napore i mjere usmjerene ka slijepim i slabovidnim osobama kojih u Europi ima preko 26 350 000.

Ugovor iz Marakeša predstavlja također političku poruku kojom se Europska unija u potpunosti zalaže za prava osoba s invaliditetom, odnosno primjenjivati prava jednakih mogućnosti, obrazovanja bez diskriminacije, te pristup kulturalnim materijalima. Stoga, podržavam ovaj prijedlog rezolucije u cijelosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – En vue de faciliter la ratification de ce traité je me suis prononcée pour cette résolution. J'approuve son contenu en faveur des personnes handicapées. Il permettrait en effet des exceptions aux droits d'auteur pour ces personnes, ce qui faciliterait la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats qui leurs sont appropriés. En conséquence je vote pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la ratification du traité de Marrakech, fondée sur les pétitions reçues par le Parlement européen. Le traité de Marrakech, dont l'Union européenne est signataire, a pour objectif l'accès facilité à des œuvres publiées pour les aveugles et malvoyants. Je soutiens complètement la ratification de ce traité puisque, aujourd'hui, moins de 10 % des œuvres dans le monde sont mises à disposition sous des formes accessibles pour les déficients visuels. La ratification de ce traité par les États membres permettra de pallier ce manque et sera effective une fois la révision du cadre européen sur le droit d'auteur effectuée, comme la Commission européenne prévoit de le faire en 2016.

Cette résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Entschließungsantrag betreffend die Ratifizierung des Marrakesch-Abkommens stimme ich zu. Der Ratifizierung dieses Abkommens ist prinzipiell nichts entgegenzusetzen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – There are more than 26 million visually impaired individuals across Europe with only 5% of all published books ever produced in accessible formats. Therefore, I voted in favour of the resolution as it calls on Member States to accelerate the ratification process of the Marrakech Treaty to allow greater distribution of books in formats accessible to visually impaired citizens. All except seven Member States have ratified the Treaty and this resolution hopes to put pressure on these remaining countries to unblock.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai uniós ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot. Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatáskör és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígértet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslatokkal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve most tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Gli articoli 24 e 30 della Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti delle persone con disabilità sottolineano il diritto delle persone con disabilità all'istruzione. Le petizioni presentate dai cittadini europei, concernenti le difficoltà d'accesso ai testi stampati, dimostrano che l'UE non ha prestato la dovuta attenzione a tale tematica. È imperativo garantire l'accesso alle opere pubblicate per le persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa. Per tale motivo ho dunque deciso di votare a favore della proposta di risoluzione e sottolineo l'importanza delle sollecitazioni ad opera dei cittadini, in questo caso attraverso lo strumento della petizione, segno tangibile di democrazia e partecipazione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la ratification du traité de Marrakech. Celui-ci vise à créer des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats conçus pour être accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes. Cela concerne aussi les personnes dont le handicap physique les empêche de tenir ou de manipuler un livre. L'Union européenne et les États membres ont signé le traité en avril 2014, mais le traité n'entrera en vigueur que lorsque vingt ratifications auront été effectuées. Il semblerait que sept États membres de l'Union aient fait obstacle à la ratification du traité. Pour le moment, le Conseil de l'Union européenne souhaiterait inclure les dispositions du traité dans la nouvelle directive sur le droit d'auteur, plutôt que de ratifier le traité. Mais la révision de cette directive pourrait prendre du temps...

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il vise à encourager la ratification du traité de Marrakech.

Or il s'agit d'un traité intéressant car il a pour but de créer des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction d'œuvres dans des formats accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El Parlamento Europeo es una institución que se encuentra al servicio de los ciudadanos y esta propuesta de Resolución es un claro ejemplo de ello, ya que nace debido a la numerosa cantidad de peticiones presentadas por ciudadanos europeos que tienen dificultad para acceder a los textos y libros impresos debido a una discapacidad visual.

Según datos de la Organización Mundial de la Salud, en 2010 se calcula que habrá 2 550 000 invidentes y 23 800 000 personas con visión parcial, es decir, 26 350 000 personas con discapacidad visual. Sin embargo, a día de hoy, tan solo el 5 % de los libros publicados en países desarrollados tienen formatos accesibles para todos los públicos.

La finalidad principal del Tratado de Marrakech es poner fin a la escasa oferta de libros a la que se enfrentan las personas ciegas o con algún tipo de discapacidad visual. La propiedad intelectual no debe constituirse como una barrera al acceso a materiales culturales que discrimine a las personas con discapacidad.

Bajo mi punto de vista, es necesaria la aprobación de esta propuesta para garantizar el principio de igualdad de oportunidades recogido en la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Poparłam rezolucję w sprawie ratyfikacji traktatu z Marrakeszu o ułatwieniu dostępu do opublikowanych utworów osobom niewidomym, niedowidzącym i cierpiącym na inne zaburzenia odczytu druku. Wejście w życie tego Traktatu stanowi szansę dla 30 milionów Europejczyków na łatwiejszy dostęp do publikacji dostępnych w formacie dostosowanym dla osób niedowidzących, a tym samym na zwiększenie ich udziału w edukacji, życiu kulturalnym, społecznym oraz ogólnie na poprawę jakości ich życia.

Zgodnie m.in. z art. 14 Karty praw podstawowych Unii Europejskiej: „Każdy ma prawo do nauki i dostępu do kształcenia zawodowego i ustawicznego”. Dlatego naszym zadaniem powinno być podjęcie pilnych działań, aby osoby niepełnosprawne mogły w pełni korzystać ze swoich praw w tym zakresie. Podkreślam, że w tym przypadku chodzi o podstawowe prawa tych osób, a nie jakieś dodatkowe uprawnienia. Biorąc pod uwagę, iż zaledwie niewielki odsetek książek w skali światowej dostosowany jest do potrzeb osób niepełnosprawnych, konieczne jest ułatwienie dostępu do obecnych zbiorów oraz jego powiększenie. Traktat z Marrakeszu daje nam taką szansę, dlatego jeszcze raz gorąco apeluję o jego jak najszybszą ratyfikację i wejście w życie.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Podporuji, aby nevidomí měli snadný přístup k literatuře a aby extenzivní výklad autorského práva nebránil šíření literatury. Ovšem vzhledem k tomu, že řada členských států má jiný pohled na ochranu autorských práv a nechce smlouvu ratifikovat, nemůže EU tuto smlouvu vnucovat státům proti jejich vůli. Při hlasování jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ratifikacija Ugovora iz Marakeša omogućuje slijepim i slabovidnim i ostalim osobama s poteškoćama u čitanju da u potpunosti ostvare svoje pravo na slobodu izražavanja. Bitno je olakšati pristup objavljenoj djelim slijepim i slabovidnim osobama te osobama koje se iz nekog drugog razloga ne mogu služiti standardnim tiskom.

Podržala sam prijedlog rezolucije o ratifikaciji Ugovora iz Marakeša jer se osobama s invaliditetom treba omogućiti pravo na obrazovanje bez diskriminacije. Potrebno je osigurati da zakoni kojima se štite autorska prava intelektualnog vlasništva ne predstavljaju prepreku osobama s invaliditetom u njihovom pristupu kulturnim i drugim tiskanim materijalima.

Poražavajuća je činjenica da je manje od 5 % objavljenih knjiga u svijetu dostupno u alternativnim formatima za slijepe i slabovidne osobe te općenito osobe s invaliditetom, i takva situacija se mora hitno promijeniti.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – Конвенцията на ООН за правата на хората с увреждания признава правото на образование (чл. 24) и правото на участие в културния живот (чл. 30), без дискриминация и при равни възможности. Същевременно едва 5% от всички публикувани книги в развитите държави и по-малко от 1% в развиващите се държави са в достъпни формати за четене, при над 26 милиона души с увредено зрение само в Европа.

На 27 юни 2013 г. бе подписан Маракешкият договор, определящ международна правна рамка, която гарантира прилагането на ограничения или изключения от авторското право в полза на незрящите. Подписването му предизвика съмнения, че проблемът на незрящите се използва за цялостно отслабване на защитата на авторските права, което се отрази негативно на процеса по ратификация.

С колегите ми от Европейския парламент приехме резолюция относно възможно най-скоро ратифициране на Маракешкия договор. Седем са държавите – членки на ЕС, които образуват блокиращо малцинство и възпрепятстват процеса на ратифициране. Присъединявам се към призива на Европейския парламент законите, защитаващи правото на интелектуална собственост, да не служат като необоснована пречка пред достъпа на хора с нарушено зрение до културни материали.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Marrākešas līguma, kurš tika parakstīts 2013. gada 28. jūnijā, pilnais nosaukums ir Marrākešas līgums, kas atvieglo piekļuvi iespieddarbiem personām, kuras ir neredzīgas, ar redzes traucējumiem vai drukas lasītspēju citu iemeslu dēļ. Ideja bija atvieglot autortiesību turētāju atļaujas saņemšanu, lai būtu iespējams drukāt tekstus specializētos formātos, kurus varētu lasīt arī personas ar redzes traucējumiem un drukas invaliditāti.

Konkrēti ES gadījumā problēma ir tāda, ka, kamēr ES un tās dalībvalstis parakstīja līgumu 2014. gada aprīlī, joprojām pastāv veselās septiņas valstis, kas faktiski bloķē līguma pilnvērtīgu ratifikāciju.

Pašlaik tikai 5 % no visām publicētajām grāmatām attīstītajās valstīs un mazāk par 1 % attīstības valstīs ir pieejamas cilvēkiem ar redzes traucējumiem. Eiropā 2010. gadā bija 2,55 miljoni neredzīgo un 23,8 miljoni personu ar redzes traucējumiem – kopumā 26,35 miljoni. Citiem vārdiem, tas fakts, ka mēs joprojām pilnībā neratificējam Marrākešas līgumu un nesākam intensīvi īstenot tā principus, ir vienkārši pretīgs un absolūti neloģisks, ņemot vērā esošos ilglaicīgus ES un to dalībvalstu centienus maksimāli garantēt visu savu iedzīvotāju tiesības.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Marrākešská zmluva z roku 2013 ukládá zmluvným stranám povinnost zaviesť vo svojich právnych poriadkoch úpravu, ktorá umožní cezhraničné šírenie sprístupnených tlačených, literárnych umeleckých diel vo formátoch (Braillovo písmo, zvukové záznamy, zväčšené písmo) dostupných pre oprávnené osoby. Ide o osoby, ktoré majú problémy s čítaním, nevidiace, slabozraké osoby a osoby s poruchami čítania. Ratifikácia zmluvy prispeje k uľahčeniu a skvalitneniu života týchto ľudí.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κύρωση της Συνθήκης του Μαράκες, βάσει των αναφορών που υποβλήθηκαν, και ιδίως της αναφοράς 924/2011, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette ratification. Le Traité de Marrakech permet de créer des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition des œuvres publiées dans un format conçu pour être accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes, et aux personnes dont le handicap physique les empêche de tenir ou de manipuler un livre.

Ce traité ne pourra de toute façon entrer en vigueur que lorsqu'il aura été ratifié par vingt États membres, mais pour l'instant sept États membres semblent faire obstacle à la ratification.

David Martin (S&D), *in writing*. – I warmly welcome the ratification of the Treaty of Marrakesh. The World Health Organization estimated in 2010 that across Europe there are 2 550 000 blind people and 23 800 000 partially sighted people, giving a total of 26 350 000 visually impaired individuals yet only 5% of all published books in the developed countries and less than 1% in the developing countries are ever produced in accessible formats.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Sono soddisfatta che il Parlamento stia finalmente lavorando sul trattato di Marrakech, il quale dà l'accessibilità basica a milioni di persone con disabilità visive nell'UE. Dobbiamo fare tutto ciò in nostro potere per rendere accessibile il mondo a tutti i soggetti con disabilità visive. Questo è un passo decisivo in questo senso e per questo ho votato a favore.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Mit der Ratifizierung des Vertrages von Marrakesch soll zugesichert werden, dass die Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums keine unverhältnismäßigen oder diskriminierenden Hindernisse für den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kulturgütern darstellen. Zudem wird gefordert, diesbezüglich den Ratifizierungsprozess zu beschleunigen. Ich stimme somit diesem Antrag zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Je vote pour cette résolution qui invite le Conseil à ratifier au plus vite le traité de Marrakech visant à faciliter l'accès des aveugles et malvoyants aux textes imprimés. Seuls 5 % de l'ensemble des livres publiés existent en braille. Des associations militent depuis maintenant plusieurs années pour mettre fin à cette «famine de livres» qui introduit une inégalité profonde dès l'école. Mais, le véritable fond de cette histoire, c'est que sept États membres, au premier rang desquels l'Allemagne, freinent des quatre fers et préfèrent attendre la révision de la directive sur les droits d'auteurs. Du coup, la machine européenne se bloque puisqu'il faudrait que la Commission ratifie ce traité au nom des tous les États membres. C'est un bel exemple de ce que je dénonce. La France doit désobéir et ratifier ce traité pour son peuple sans attendre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – En vue de faciliter la ratification de ce traité je me suis prononcée pour cette résolution. J'approuve son contenu en faveur des personnes handicapées. Il permettrait en effet des exceptions aux droits d'auteur pour ces personnes, ce qui faciliterait la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats qui leur sont appropriés. En conséquence, je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a ratificação do Tratado de Marraquexe, com base nas petições recebidas, nomeadamente a petição nº 924/2011.

As pessoas cegas ou com deficiência visual devem ter acesso a obras publicadas e a outros produtos impressos.

É lamentável que só 5% dos livros publicados em países desenvolvidos e menos de 1% dos publicados em países em desenvolvimento sejam produzidos em formatos acessíveis.

A UE e os Estados-Membros fazem parte da Convenção das Nações Unidas sobre os Direitos das Pessoas com Deficiência. Por essa razão, a UE deverá ratificar e aplicar o quanto antes o Tratado de Marraquexe.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because people with disabilities should have access to equal access to education and opportunity and I will continue to work to this end.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L'Union européenne et les États membres ont signé le traité de Marrakech en avril 2014 et se sont politiquement engagés à le ratifier. Ce traité vise à faciliter l'accès des aveugles, des déficients visuels et des personnes ayant d'autres difficultés de lecture des textes imprimés aux œuvres publiées. L'Organisation mondiale de la santé a estimé en 2010 qu'il existait dans toute l'Europe 2 550 000 personnes aveugles et 23 800 000 personnes malvoyantes. De plus, seuls 5 % de l'ensemble des livres publiés dans les pays développés et moins de 1 % dans les pays en développement sont produits dans des formats accessibles. Il convient donc d'encourager l'Union européenne à prendre toutes les mesures appropriées pour ratifier et mettre en œuvre ce traité dès que possible et de demander également au Conseil et aux États membres d'accélérer le processus de ratification. J'apporte mon soutien à ce projet, car il est important que le droit des personnes handicapées à l'éducation sans discrimination et sur la base de l'égalité des chances soit respecté.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Ľudia so zrakovým postihnutím denne prekonávajú množstvo prekážok, ktoré im sťažujú ich životy. Neľahké to majú aj v prístupe k zverejneným dielam, ktorých dostupnosť zdraví ľudia považujú za samozrejmosť. Vo väčšine krajín síce existujú právne predpisy, ktoré umožňujú prístup k dielam v zodpovedajúcich formátoch, problém spočíva v sprístupnení diel zo zahraničia. Marrákešská zmluva je veľkým prínosom pre všetkých ľudí so zrakovým alebo iným postihnutím, ktoré im bráni v prístupe k informáciám, pretože práve ona rieši uvoľnenie medzinárodného pohybu diel a umožňuje aj prístup k cudzojazyčnej literatúre. Zbytočné prieťahy v ratifikácii zmluvy považujem vyslovene za kruté voči každému, kto túto pomoc potrebuje. Predložený návrh uznesenia preto podporujem v snahe, že uľahčí život miliónom ľudí.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Worldwide 285 million people are visually impaired and yet only 5% of published books in Europe are available in an accessible format for them. The Marrakesh Treaty will help improve access to books, education and cultural content in formats such as Braille, large print, e-books and audio books with special navigation tools. This will create equal opportunities for millions of visually impaired people around the world. It will improve their lives by helping them become independent and self-reliant through education and empowerment. The Marrakesh Treaty is the instrument visually impaired people have been waiting for to facilitate delivery of accessible format books that people with disabilities need for education, employment and full social inclusion. Therefore, I voted in favour of Parliament's resolution calling for widespread ratification and implementation of the Marrakesh Treaty which will have a huge impact and improve the lives of people with print disabilities.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A vakok, látássérültek és nyomtatott szöveget használni képtelen személyek megjelent művekhez való hozzáféréseinek megkönnyítéséről szóló marrakesh-i szerződést 2013. június 27-én fogadták el. A szerződést az Unió és tagállamai 2014 áprilisában aláírták, és így politikai kötelezettségvállalást tettek annak ratifikálásra. Hét uniós tagállam azonban kisebbségi csoportot alakított, amely akadályozza a szerződés ratifikálásának folyamatát, annak ellenére, hogy Egészségügyi Világszervezet 2010-es becslése szerint Európában mintegy 26 350 000 látássérült él, akiknek nevében számos, a könyvekhez és más nyomtatott termékekhez való hozzáférésre irányuló petíciót nyújtottak be.

A Petíciós Bizottság jelentése azt javasolja, hogy az Európai Parlament állásfoglalásban adjon hangot előlötti mélységes felháborodásának, és szólítsa föl a Tanácsot és a tagállamokat, hogy gyorsítsák fel a ratifikációs folyamatot, ne kössék azt az uniós jogi keret felülvizsgálatához vagy az Európai Unió Bíróságának határozatához. Az állásfoglalás-tervezetet támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne et les États membres ont signé le traité de Marrakech en avril 2014 afin de créer des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats conçus pour être accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes. Cela concerne aussi les personnes dont le handicap physique les empêche de tenir ou de manipuler un livre. Pour le moment, le Conseil de l'Union européenne souhaiterait inclure les dispositions du traité dans la nouvelle directive sur le droit d'auteur, plutôt que de ratifier le traité. Mais la révision de cette directive pourrait prendre du temps. Le traité de Marrakech illustre l'échec de l'Europe en matière de défense des handicapés. Il n'est pas encore ratifié, sans doute parce qu'il limite les droits d'auteur. Il va donc à l'encontre d'intérêts importants: ceux des auteurs, des éditeurs, des traducteurs. Il est donc proposé de voter en faveur de la ratification.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Os artigos 24.º e 30.º da Convenção das Nações Unidas sobre os Direitos das Pessoas com Deficiência destacam o direito das pessoas com deficiência à educação, sem discriminação e com base na igualdade de oportunidades, garantindo simultaneamente que a legislação que protege os direitos de propriedade intelectual não represente um obstáculo excessivo ou discriminatório ao acesso por parte das pessoas com deficiência a materiais culturais.

Segundo estimativas da Organização Mundial de Saúde, existiam na Europa, em 2010, 2 550 000 pessoas cegas e 23 800 000 pessoas amblíopes, num total de 26 350 000 de pessoas com deficiência visual. E apenas 5 % dos livros publicados em países desenvolvidos e menos de 1 % dos publicados em países em desenvolvimento são produzidos em formatos acessíveis.

A UE e os Estados-Membros assinaram o Tratado de Marraquexe em abril de 2014 e, por conseguinte, assumiram o compromisso político de o ratificar; no entanto existe uma força de bloqueio formada por sete Estados-Membros que impede o processo de ratificação.

Defendo que o Conselho e os Estados-Membros devem acelerar o processo de ratificação, tendo em vista uma maior integração e possibilitar que todos os cidadãos sejam tratados de igual forma.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce vote vise à ratifier le traité de Marrakech adopté en 2013. Ce dernier met en place des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats conçus pour être accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes. Cela concerne aussi les personnes dont le handicap physique les empêche de tenir ou de manipuler un livre.

J'ai décidé de voter pour ce texte, qui limite légèrement l'expansion excessive des droits d'auteur.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande au Conseil et aux États membres d'accélérer le processus de ratification du traité de Marrakech visant à faciliter l'accès des aveugles, des déficients visuels et des personnes ayant d'autres difficultés de lecture des textes imprimés aux œuvres publiées. Il s'agit de permettre l'échange transfrontalier, au sein de l'Union et entre l'Union et les pays tiers, de livres en braille ou en gros caractères, de livres numériques ou audionumériques dotés d'outils de navigation spéciaux, produits en vertu d'exceptions au droit d'auteur. L'Union européenne a signé en 2014 ce traité, qui doit être signé et ratifié par chaque pays membre pour être appliqué. Le gouvernement français actuel conditionne cette ratification à la modification de la directive européenne de 2001 sur l'exception handicap et bloque ainsi ce processus, ce que je déplore. L'Organisation mondiale de la santé a estimé en 2010 qu'il existait dans toute l'Europe plus de 26 millions de personnes aveugles ou malvoyantes. Or, seuls 5 % de l'ensemble des livres publiés dans les pays développés et moins de 1 % dans les pays en développement sont produits dans des formats accessibles aux personnes présentant ce type de handicap.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la petizione per la ratifica del trattato di Marrakech, che va nella direzione di una maggiore tutela del diritto alla lettura dei cittadini disabili.

L'eccezione sul copyright apportata dal trattato è di fondamentale importanza, permettendo una maggiore diffusione di libri in formati accessibili a disabili visivi e a persone che non possono leggere su carta. È importante rimarcare come il trattato introduca la possibilità di scambi di libri anche a livello transnazionale, per favorire la diffusione e la condivisione di libri, i quali concorrono all'arricchimento del patrimonio culturale delle persone con disabilità visiva. La ratifica di questo trattato è significativa perché è la giusta risposta alla troppa esigua quantità di libri pubblicati in versione accessibile a non vedenti e ipovedenti.

Fortunatamente questo trattato è già stato ratificato da numerosi Stati membri, seppur persistano ritardi in alcuni Stati chiave, che oggi invitiamo ad adoperarsi per accelerare le procedure di ratifica. L'Unione europea vuole essere all'avanguardia, soprattutto in materia di tutela dei diritti, e il trattato di Marrakech va in questa direzione.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la ratification du traité de Marrakech, demandant au Conseil et aux États membres d'accélérer le processus pour assurer le respect du droit des personnes handicapées à accéder à l'éducation et la culture, ainsi que la protection des droits de propriété intellectuelle.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Antrag gestimmt, da durch die Ratifizierung des Vertrages von Marrakesch die Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums gesichert werden sollen. Zudem soll der Zugang für Menschen mit Behinderungen zu Kulturgütern gesichert werden. Insgesamt wird gefordert, dass der diesbezügliche Ratifizierungsprozess beschleunigt werden soll.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Marrakechi leping käsitleb avaldatud teostele juurdepääsu lihtsustamist nägemispuudega ja trükkikirja lugemist takistava puudega inimestele. On kahetsusväärne, et seitse Euroopa Liidu liikmesriiki ei ole siiani lepingut ratifitseerinud. Arvestades tõsiasja, et ainult 5% arenenud riikides avaldatud raamatutest ja vähem kui 1% arenguriikides avaldatud raamatutest toodetakse nägemispuudega inimestele sobivas vormingus, on oluline, et need liikmesriigid võimalikult kiiresti siiski Marrakechi lepingu ratifitseeriks, et leping saaks jõustuda.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che dal 2011 l'UE è vincolata dalla Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti delle persone con disabilità e che attualmente le persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa non hanno ancora un pieno accesso a libri e materiale stampato, ritengo quindi inevitabile la ratifica del trattato di Marrakech, così come completato dalle petizioni. Il mio voto, dunque, non può che essere positivo.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Podprl sem resolucijo za ratifikacijo Marakeške pogodbe glede na prejete peticije, zlasti peticijo št. 924/2011, ker si želim EZ enakih možnosti za slepe in slabovidne.

Konvencija pomeni korak naprej v povečevanju enakopravnosti slepih in slabovidnih in si prizadeva za dvig odstotka prilagojenih izdanih knjig nad 5 %.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Osobe s invaliditetom teže punom ostvarenju građanskog statusa, aktivnom sudjelovanju u društvu, izjednačivanju mogućnosti i nezavisnom životu usmjerenom na poboljšanje njegove kvalitete. To podrazumijeva uključivanje u sve segmente života i društva. Pravo na obrazovanje bez diskriminacije i na osnovi jednakih mogućnosti za sve slijepce i slabovidne osobe, smatram jedno od osnovnih prava koja se moraju omogućiti, ne samo za dobrobit slijepih i slabovidnih osoba, već cjelokupne zajednice.

Vjerujem kako svaka država mora poduzeti sve moguće mjere kako bi pružila adekvatni edukativni program, koji bi bio praćen isto tako adekvatnim edukativnim materijalima, svim osobama koje žele raditi na svom obrazovanju, naročito osobama s invaliditetom. Ratifikacijom Ugovora iz Marakeša ostvarili bi se određeni uvjeti koji bi pomogli u svladavanju problema na koje slijepce i slabovidne osobe svakodnevno nailaze, a uskraćivanje tiskanih materija na jeziku slijepih imalo bi iznimno štetne posljedice za cjelokupnu zajednicu.

Stoga, u potpunosti podržavam rezoluciju o ratifikaciji Ugovora iz Marakeša i pozivam države članice EU-a koje to još nisu učinile da ratificiraju ugovor i odblokiraju postupak ratifikacije.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Svjetska zdravstvena organizacija 2010. procijenila je da je u Europi 2 550 000 slijepih osoba i 23 800 000 slabovidnih osoba, što ukupno čini 26 350 000 slijepih i slabovidnih osoba. U isto vrijeme, u razvijenim zemljama u dostupnom obliku proizvodi se samo 5 % knjiga, a u zemljama u razvoju čak manje od 1 %. Stoga se slažem s činjenicom da se proces ratifikacije Ugovora iz Marakeša, potpisan od strane EU-a u lipnju 2014., mora ubrzati.

S nezadovoljstvom ističem da sedam država članica EU-a tvori blokirajuću manjinu koja onemogućuje postupak ratifikacije Ugovora. Slijepce, slabovidne i osobe koje se iz nekog drugog razloga ne mogu koristiti tiskom moraju imati jednak pristup knjigama i tiskanom materijalu radi potpunog i učinkovitog sudjelovanja u društvu. Ugovor iz Marakeša je pitanje ljudskih prava, nadam se skoroj ratifikaciji radi pravedne zaštite tih prava.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo do Tratado de Marraquexe é facilitar, por meio de exceções de copyright, a elaboração de versões acessíveis a pessoas com dificuldades visuais de livros originalmente protegidos por leis de propriedade intelectual (copyright), num contexto em que apenas uma fração pouco significativa de livros são publicados dando resposta àquela necessidade.

A UE e a maioria dos seus Estados-Membros assinaram o Tratado de Marraquexe e assumiram o compromisso político de o ratificarem.

A resolução manifesta indignação pelo facto de 7 Estados-Membros formarem uma minoria de bloqueio que impede a ratificação do Tratado e relembra os artigos 24.º e 30.º da CDPD das Nações Unidas: o direito à educação das pessoas com deficiência, sem discriminações e numa base de igualdade de oportunidades e o acesso aos bens culturais.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Nel 2010 l'Organizzazione mondiale della sanità ha stimato che in Europa vivono 2.550.000 persone non vedenti e 23.800.000 persone ipovedenti, per un totale di 26.350.000 persone con disabilità visive. Solo il 5% di tutti i libri pubblicati nei paesi sviluppati, e meno dell'1% dei libri pubblicati nei paesi in via di sviluppo, è disponibile in formati accessibili per le persone con disabilità visive. Sono favorevole a questa proposta di risoluzione, al fine di accelerare il processo di ratifica del trattato di Marrakech volto a facilitare l'accesso alla lettura dei testi stampati delle persone non vedenti.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Na posiedzeniu w dniu 17 września 2015 r. komisja PETI wysłuchała petycji nr 924/2011, którą złożył Dan Pescod (Wielka Brytania) w imieniu Europejskiej Unii Niewidomych (EBU) i Królewskiego Narodowego Instytutu Niewidomych (RNIB), w sprawie dostępu osób niewidomych do książek i innych materiałów drukowanych. Z uwagi na liczne petycje na ten temat członkowie komisji PETI wyrazili swoje zaniepokojenie brakiem zatwierdzenia przez Radę Unii Europejskiej ratyfikacji Traktatu z Marrakeszu w sprawie ułatwienia dostępu do opublikowanych utworów drukowanych osobom niewidomym i słabowidzącym oraz osobom z niepełnosprawnościami uniemożliwiającymi zapoznanie się z drukiem (Traktat z Marrakeszu). Mimo że wiele państw członkowskich UE wdrożyło już ten traktat, siedem z nich wciąż tego nie uczyniło. Rezolucja zawiera apel o szybszą ratyfikację traktatu, bez konieczności oczekiwania na orzeczenie Trybunału Sprawiedliwości UE, ze względu na znaczenie traktatu w sprawie osób niewidomych i słabowidzących oraz osób z niepełnosprawnościami uniemożliwiającymi zapoznanie się z drukiem, a także ze względu na fakt, iż oczekiwanie na orzeczenie Trybunału Sprawiedliwości znacznie opóźniłoby ratyfikację. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la demande de ratification du traité de Marrakech. À ce jour, 79 pays sont signataires du traité de Marrakech visant à faciliter l'accès des aveugles, des déficients visuels et des personnes ayant d'autres difficultés de lecture des textes imprimés aux œuvres publiées, mais celui-ci doit être ratifié pour que ses dispositions entrent en vigueur. Des citoyens européens ont eu raison de nous interpeller, au moyen d'une pétition auprès du Parlement européen, pour demander une accélération du processus. Nous nous sommes donc chargés de faire pression pour que la ratification s'accélère. Cela montre l'efficacité et le rôle de relais que donne la pétition aux citoyens européens.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A Organização Mundial de Saúde estimou que, em 2010, existiam na Europa mais de dois milhões e meio de pessoas cegas e cerca de 23 milhões de pessoas amblíopes – representando um total de 26 milhões e 350 mil pessoas com deficiência visual. Para além disso, apenas 5% dos livros publicados em países desenvolvidos e menos de 1 % dos publicados em países em desenvolvimento são produzidos em formatos acessíveis a essas mesmas pessoas.

Este relatório, que aprovei favoravelmente, reforça e destaca o direito à educação das pessoas com deficiência, sem discriminação e com base na igualdade de oportunidades, garantindo simultaneamente que a legislação que protege os direitos de propriedade intelectual não represente um obstáculo excessivo ou discriminatório ao acesso por parte das pessoas com deficiência a materiais culturais.

Mais ainda, o relatório observa com profunda indignação que sete Estados-Membros da UE formaram uma minoria de bloqueio que impede o processo de ratificação do Tratado; insta o Conselho e os Estados-Membros a acelerarem o processo de ratificação, sem tornarem a ratificação dependente da revisão do quadro jurídico da UE ou da decisão do Tribunal de Justiça da União Europeia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución mediante la cual el Parlamento insta al Consejo y a los Estados miembros a que aceleren el proceso de ratificación del Tratado de Marrakech, toda vez que la UE y los Estados miembros firmaron el Tratado en 2014, pero que siete Estados miembros aún no lo han ratificado, lo cual mantiene bloqueada su entrada en vigor.

Tal y como ha hecho en ocasiones previas, el Parlamento reclama una rápida ratificación del Tratado, al objeto de facilitar una mayor distribución y un más fácil acceso a libros en formatos accesibles a las personas invidentes o con deficiencias visuales, más de 26 millones en la Unión Europea, que ven limitado su derecho de acceso a la cultura dado que solo el 5 % de los libros publicados en los países desarrollados se presentan en formatos accesibles para ellos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le traité de Marrakech vise à faciliter l'accès des personnes aveugles ou ayant des déficiences visuelles aux livres et autres ouvrages imprimés. En Europe, il y a plus de 26 350 000 citoyens malvoyants ou aveugles. Or, seuls 5 % de l'ensemble des livres publiés dans les États membres (et... moins de 1 % dans les pays en voie de développement) sont produits dans des formats accessibles. Le texte que j'ai voté déplore que sept États membres de l'Union aient constitué une minorité de blocage pour faire obstacle au processus de ratification du traité et demande au Conseil d'accélérer cette ratification.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ji atkreipia dėmesį, kad ES ir valstybės narės 2014 m. balandžio mėn. pasirašė Marakešo sutartį ir taip prisidėmė politinį įsipareigojimą ją ratifikuoti. Tačiau septynios ES valstybės narės sudarė mažumos bloką, kuris trukdo sutarties ratifikavimo procesui. Ši rezoliucija ragina pagaliau rasti išeitį ir sutartį ratifikuoti.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Dei o meu apoio à presente proposta de resolução, que diz respeito à ratificação do Tratado de Marraquexe, tendo em conta as petições recebidas por parte de cidadãos europeus, designadamente, por parte daqueles com incapacidade de leitura.

Com efeito, o Tratado de Marraquexe visa facilitar o acesso a obras publicadas junto daqueles que possuem deficiência visual e que, estima-se, sejam mais de 26 000 000 na Europa.

Atualmente, apenas 5 % dos livros publicados em países desenvolvidos e menos de 1% dos publicados em países em desenvolvimento são produzidos em formatos acessíveis, pelo que, em nome da igualdade, da não discriminação e do direito à educação, não podemos aceitar o atraso na ratificação do Tratado de Marraquexe, que a UE e os Estados-Membros já assinaram em Abril de 2014, nem fazê-la depender da revisão do quadro jurídico da UE. Por essa razão, votei favoravelmente esta proposta de resolução.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution portant sur le traité de Marrakech visant à faciliter l'accès des aveugles, des déficients visuels et des personnes ayant d'autres difficultés de lecture des textes imprimés aux œuvres publiées.

Ce traité compte actuellement 79 signataires et l'Union européenne a signé ce texte le 30 avril 2014. Néanmoins, chaque État membre doit désormais également ratifier le traité et le processus est long.

Alors que seules 1 % à 7 % des œuvres publiées dans le monde sont mises à disposition sous des formats accessibles, il est urgent que l'ensemble des parties ratifient ce traité au plus vite afin de garantir un accès sans discrimination aux produits culturels.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de la ratificación del Tratado de Marrakech, puesto que el Tratado ya fue firmado por los Estados miembros de la UE, para facilitar el acceso a las obras publicadas a personas ciegas o con discapacidades visuales, y vemos positiva la ratificación de dicho Tratado por la UE. Pensamos que todos los Estados miembros deben respetar los derechos de acceso a la cultura de todas las personas en igualdad de condiciones y facilitar el acceso a esta a quienes tienen alguna discapacidad, en este caso visual, y que los derechos de propiedad intelectual no pueden ser una barrera para discriminar a este colectivo.

Por lo tanto, dentro también del marco de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad, y de la firma de este Tratado de Marrakech, apoyamos la ratificación de este Tratado por la UE.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg bakker op om denne beslutning, da det er vigtigt at beskytte handicappede i EU.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Ve formátech dostupných osobám se zrakovým postižením je dnes vydáváno pouze 5 % všech knih, v mnoha zemích jsou rozšířeny ještě mnohem méně. Pro osoby se zrakovým postižením je to přitom základní překážka z hlediska přístupnosti ke vzdělání a plnohodnotnému zapojení do společnosti. Podpořila jsem proto výzvu Evropského parlamentu, aby členské státy EU, ke kterým patří i Česká republika, smlouvu urychleně ratifikovaly.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución al considerar necesario el llamamiento que hace a que se desbloquee la ratificación del Tratado de Marrakech para que los Estados miembros implementen una serie de medidas destinadas a facilitar el acceso a obras impresas a las personas ciegas, con discapacidad visual o con otras dificultades para acceder al textos impresos.

A pesar de que la UE y los Estados miembros firmaron el Tratado en abril de 2014, una minoría formada por siete Estados miembros (entre ellos, el Reino Unido, Alemania e Italia) está bloqueando en el Consejo Europeo su entrada en vigor.

Considero que esta Resolución es positiva como un mecanismo más de presión para conseguir que se desbloquee la ratificación definitiva y se implementen lo antes posible estas medidas —entre ellas la aprobación de excepciones a las leyes de copyright estatales encaminadas a facilitar la distribución y reproducción de las obras en braille— que afectarían positivamente a casi veinticinco millones de ciudadanas europeas.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The Petitions Committee has tabled this short motion for a resolution on the ratification of the Marrakesh Treaty. In particular, it calls for the Council to accelerate the ratification process, as it was signed two and a half years ago, and I want to put pressure on the Member States who have not yet ratified the Treaty, hence I voted in favour of this short motion for a resolution.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – The Marrakesh Treaty is a treaty to facilitate access to published works for persons who are blind, visually impaired, or otherwise print disabled. In my opinion all people, disabled or not, have the same rights to access published works. However, we have to wait for the decision of the court to see where the competences are. Therefore I abstained.

Monika Smolková (S&D), *písemne*. – Svetová zdravotnícka organizácia odhaduje, že v Európe máme okolo 2,5 milióna nevidiacich a takmer 24 miliónov slabozrakých osôb. Popritom máme v rozvinutých krajinách len 5 % kníh a menej ako 1 % v rozvojových krajinách vyrobených v dostupných formátoch aj pre zrakovo postihnutých. Keďže sú členské krajiny EÚ zmluvnými stranami Dohovoru OSN o právach osôb so zdravotným postihnutím a keďže Marrákešskú zmluvu podpísali členské štáty už v apríli 2014, súhlasím s výzvou, aby jednotlivé krajiny túto zmluvu ratifikovali čo najskôr. Marrákešská zmluva vznikla ako iniciatíva, ktorou sa má zabezpečiť nediskriminačný prístup osôb so zdravotným postihnutím ku vzdelaniu. Jej cieľom je uľahčiť prístup k zverejneným dielam pre osoby nevidiace, zrakovo postihnuté alebo postihnuté inou poruchou čítania. Vyzývame preto členské krajiny, aby neblokovali ratifikovanie tejto zmluvy, ale naopak urychlili tento proces bez toho, aby ho podmieňovali revíziou právneho rámca EÚ a zbytočne ho zdržovali. Na vzdelanie a prístup ku kultúrnym statkom má právo každý bez ohľadu na jeho zdravotné obmedzenia.

Csaba Sógor (PPE), *írásban*. – A marrakesh-i szerződés az első olyan, a szellemi termékek tulajdonjogának területén született nemzetközi megállapodás, amely nem a jogtulajdonosok érdekeit, hanem a közérdeket tekinti elsődlegesnek. Hiszen semmiféle kereskedelmi előnyszerzés nem akadályozhatja meg, hogy a vakok és gyengénlátók, valamint egyéb olvasási nehézségekkel küzdők szabadon hozzáférhessenek a számukra akadálymentesített könyvekhez és nemzetközi szinten is megoszthassák egymás között ezeket a kiadványokat. Jelenleg a fejlett országokban is csak a kiadott könyvek 5 százaléka érhető el számukra hozzáférhető formátumban, miközben csak Európában több mint 26 millió vak és gyengénlátó él. A tényleges esélyegyenlőség biztosítása nem hangzatos kijelentésekkel, hanem ilyen konkrét cselekedeteken keresztül történhet meg, ezért megdöbbenő egyes tagállamok viszonyulása a kérdéshez.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pismo*. – Po ocenah Svetovne zdravstvene organizacije iz leta 2010 je v Evropi 2.550.000 slepih in 23.800.000 slabovidnih oseb, kar pomeni skupno 26.350.000 slepih in slabovidnih državljanov EU. Kljub tako velikem številu je slepih in slabovidnih v razvitih državah dostopnih samo 5 % vseh objavljenih knjig, v državah v razvoju pa manj kot 1 %.

EU in njene države članice so aprila 2014 podpisale Marakeško pogodbo, s čimer so se politično zavezale k njeni ratifikaciji. Predlog resolucije izraža globoko ogorčenje nad tem, da je sedem držav članic EU oblikovalo manjšinski blok, ki onemogoča postopek ratifikacije Marakeške pogodbe. Zatorej poziva

Svet in države članice, naj pospešijo postopek ratifikacije brez zahteve po predhodnem pregledu pravnega okvira EU ali odločitvi Sodišča EU. Menim, da obravnavan predlog resolucije predstavlja pomemben opomnik, da Konvencija OZN o pravicah invalidov, katere podpisnice so EU in države članice, določa pravico invalidov do izobraževanja brez diskriminacije in na podlagi enakih možnosti.

Omenjena Konvencija pa prav tako zagotavlja, da zakoni o varstvu intelektualne lastnine ne bodo nerazumno ali diskriminacijsko ovirali dostopa invalidov do kulturnega gradiva. Strinjam se, da morajo države članice v najkrajšem možnem času ratificirati Marakeško pogodbo, zaradi česar sem predlog resolucije na plenarnem zasedanju tudi podprl.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Svjetska zdravstvena organizacija 2010. godine je procijenila da je u Europi 2 550 000 slijepih osoba i 23 800 000 slabovidnih osoba, što ukupno čini 26 350 000 slijepih i slabovidnih osoba. U razvijenim zemljama u dostupnom obliku proizvodi se samo 5 % knjiga, a u zemljama u razvoju čak manje od 1 % knjiga.

Konvencije UN-a o pravima osoba s invaliditetom (UNCPRD) ističu prava osoba s invaliditetom na obrazovanje bez diskriminacije i na temelju jednakih mogućnosti te istodobno osiguravaju da zakoni kojima se štite prava na intelektualno vlasništvo ne tvore nerazumno ili diskriminirajuću prepreku osobama s invaliditetom pri pristupu kulturnim materijalima, te sam stoga podržao rezoluciju.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Ugovor iz Marakeša predviđa olakšavanje pristupa knjigama i drugim tradicionalno tiskanim materijalima slabovidnim i slijepim osobama. Manje od 5 % svih materijala u svijetu je dostupno za ovu brojnu i ranjivu skupinu, dok je situacija u nerazvijenim zemljama i zemljama u razvoju daleko lošija od globalnog prosjeka.

Sporazum je baziran na autorskim iznimkama kako bi se olakšalo stvaranje dostupnih i pristupačnih verzija knjiga i drugih autorskih djela. Međunarodna zajednica je uložila velik napor da postigne ovaj sporazum, a određene zemlje članice u Vijeću odugovlače ratifikaciju. Ugovor je u skladu s UN-ovom Konvencijom o pravima osoba s invaliditetom i treba pokazati više političke volje za njegovu primjenu.

Podržavam ratifikaciju ugovora iz Marakeša jer je jednakost šansi nešto čemu moramo težiti, a odgodom ratifikacije ovog ugovora EU, kao veteran ljudskih prava, odugovlači s primjenom istog.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za resolucijo o ratifikaciji Marakeške pogodbe na podlagi prejetih peticij, zlasti peticije 924/2011.

Po več kot dveh letih po podpisu Marakeške pogodbe je nekatere države članice še niso ratificirale. Menim, da je treba pospešiti postopek ratifikacije Marakeške pogodbe, ki prinaša olajšan dostop do književnih del za osebe s težavami z branjem. Tudi konvencija OZN o pravicah invalidov določa pravico invalidov do izobraževanja brez diskriminacije in na podlagi enakih možnosti.

Ker je po podatkih slepim in slabovidnim v razvitih državah v dostopnih oblikah na voljo samo 5 % vseh objavljenih knjig, v državah v razvoju pa le 1 %. V Sloveniji je denimo delež tiskanih knjig, ki so dostopne slepim in slabovidnim komaj eno- do dvoodstoten, kar je zelo zaskrbljujoč podatek.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το δικαίωμα των ατόμων με ειδικές ανάγκες να επωφελούνται μέτρων που θα τους εξασφαλίζουν την αυτονομία, την κοινωνική και επαγγελματική ένταξη καθώς και τη συμμετοχή τους στον κοινωνικό βίο είναι αναμφισβήτητο.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai unió ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot. Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatáskör és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígértet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslattal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve most tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este un proiect politic multidimensional care pune un accent special asupra asigurării egalității de drepturi între cetățenii săi. O categorie dezavantajată în mod clar în societățile noastre este cea care include persoanele nevăzătoare, cu deficiențe parțiale de vedere sau care au dificultăți de citire. În prezent, conform estimărilor Organizației Mondiale a Sănătății, în Europa există un număr total de 2 550 000 de persoane nevăzătoare și 23 800 000 de persoane cu vedere parțială. În același timp, însă, doar 5 % din totalul cărților publicate în țările dezvoltate sunt accesibile în prezent persoanelor cu deficiențe de vedere (alfabetul Braille).

Petițiile cetățenilor UE și, în special, Petiția nr. 924/2011, adresată în numele Uniunii Europene a Nevăzătorilor, scot în evidență problemele care există în acest domeniu. Tratatul de la Marrakesh, semnat în aprilie 2014, inclusiv de către UE și statele membre, urmărește facilitarea accesului la opere publicate al tuturor persoanelor cu deficiențe de vedere. Implementarea prevederilor acestui tratat în cadrul Uniunii nu se poate face în condițiile în care documentul nu este ratificat de toate statele membre ale UE. În aceste condiții, este nevoie de coordonarea eforturilor tuturor factorilor de decizie europeni pentru a sprijini eliminarea acestei discriminări evidente a persoanelor cu deficiențe de vedere.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui, d'une part, rappelle que les articles 24 et 30 de la convention des Nations unies soulignent le droit des personnes handicapées à l'éducation, sans discrimination et sur la base de l'égalité des chances, ainsi que la nécessité de faire en sorte que les lois protégeant les droits de propriété intellectuelle ne constituent pas un obstacle déraisonnable ou discriminatoire à l'accès des personnes handicapées aux produits culturels, et, d'autre part, relève avec une profonde indignation que sept États membres de l'Union européenne ont constitué un bloc minoritaire faisant obstacle au processus de ratification du traité.

Nous demandons au Conseil et aux États membres d'accélérer le processus de ratification, sans subordonner la ratification à la révision du cadre juridique de l'Union ni à la décision de la Cour de justice de l'Union européenne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution urging EU Member States to accelerate the ratification of the Marrakesh Treaty. Indeed, only five per cent of the literature published in Europe is published in accessible formats, adapted for blind and visually impaired persons, such as Braille, large print and audio books. The Marrakech Treaty adopted in summer 2013 allows for literature adapted for visually impaired persons to be freely used across borders without having to take copyright rules or other trade restrictions into consideration. However, ratification of the Treaty is still blocked by a minority of EU Member States and, therefore, the agreement has not yet entered into force in the EU.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Consiglio e Stati membri devono accelerare il processo di ratifica del trattato di Marrakech per assicurare il diritto all'istruzione alle persone con disabilità, senza discriminazioni, assicurando anche che le leggi a tutela della proprietà intellettuale non costituiscano una barriera irragionevole o discriminatoria all'accesso ai materiali culturali da parte di persone non vedenti, con disabilità visive o con altre difficoltà nella lettura di testi a stampa. Si tratta di un passo necessario per garantire a milioni di persone cieche e ipovedenti in tutto il mondo, l'accesso all'educazione, alla cultura e allo svago.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A határozattervezet a marrakeshi szerződés (Marrakesh Treaty to Facilitate Access to Published Works by Visually Impaired Persons and Persons with Print Disabilities) európai uniós ratifikációja tekintetében a PETI Bizottság (Petition 924/2011) előterjesztése alapján sürgeti az Európai Tanácsban blokkoló kisebbséget alkotó tagállamokat, hogy ne akadályozzák tovább a ratifikációs folyamatot. Annak ellenére, hogy a szerződést 2013 júniusában fogadták el, az Európai Unió még mindig nem ratifikálta, elsősorban az Európai Bizottság és a Tanács között lévő vitás kérdések (pl. hatáskör és egyes végrehajtási-eljárási kérdések) miatt.

A határozattervezet azonban a Luxemburgi Elnökség formális tájékoztatása miatt már idejétmúlt, hiszen egyrészt az Európai Bizottság 2015. július 14-én az Európai Unió Bíróságához fordult, hogy a szerződés hatályát és természetét illetően iránymutatást adjon. Másrészt az Európai Bizottság 2015 októberében ígértet tett arra, hogy konkrét jogalkotási javaslattal áll elő, rendezve a vitás kérdéseket, ami az egyezmény későbbi, megfelelő végrehajtása tekintetében garanciális jelentőséggel bír. Ettől a pillanattól fogva nem politikai, hanem jogi kérdéssel állunk szemben, aminek rendezése feltétele a ratifikációnak is. Mindezeket figyelembe véve most tartózkodtam a szavazás során, továbbra is támogatva a gyors, hatékony ratifikációt, garantálva az egyértelmű végrehajtást.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Dvije godine nakon potpisivanja, Ugovor iz Marakeša još uvijek nije ratificiran. Unatoč potpori Europskog parlamenta, Komisije i velike većine zemalja članica, nekoliko velikih država članica EU-a protivi se ratifikaciji i blokira kompromis Vijeća.

To kašnjenje u ratifikaciji znači da danas 250 milijuna slijepih i slabovidnih osoba, kao i drugih osobe koje nisu u mogućnosti koristiti standardni tisak, još uvijek nije u mogućnosti imati jednak pristup knjigama, informacijama i objavljenim radovima kao što to imaju drugi ljudi. To potkopava gotovo svako pravo zajamčeno Konvencijom UN-a o pravima osoba s invaliditetom, od obrazovanja, informacija do političke participacije.

Pristup kulturi i informacijama je temeljno ljudsko pravo, a Ugovor iz Marakeša prva je etapa u ostvarivanju tih prava. Međutim, bez ratifikacije sve ostaje samo na riječima. Odgoda je uzrokovana nedostatkom političke volje, a ne pravne prepreke. Vrijeme je da EU premosti jaz između riječi i djela te ispuni svoje obaveze prema osobama s invaliditetom.

Europska unija i sve države članice trebale bi biti primjer svojim državljanima kako osobe s invaliditetom integrirati u društvo i olakšati im svakodnevnicu, a ne je dodatno komplicirati. Stoga, u potpunosti podržavam ratifikaciju ugovora iz Marakeša te apeliram na sve institucije da to čim prije i učine.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Predlog resolucije u skladu s členom 216(2) Poslovnika o ratifikaciji Marakeške pogodbe na podlagi prejetih peticij, zlasti peticije 924/2011, sem podprla, saj sem mnenja, da je v današnjem času, polnem tehnološkega napredka, potrebno osebam s pomanjkljivostmi, kot sta slabovidnost in slepota (katerih je po podatkih Svetovne zdravstvene organizacije v Evropi okoli 26 350 000), omogočiti enak dostop do izobraževanja kot ostalim.

Dejstvo, da je v razvitih državah danes v dostopnih oblikah na voljo samo 5 % vseh objavljenih knjig, v nerazvitih državah pa še manj, je resnično zaskrbljujoče. Prav zato podpiram poziv sedmim državam članicam, naj pospešijo postopek ratifikacije Marakeške pogodbe, s katerim odlašajo.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Votamos a favor de la ratificación del Tratado de Marrakech, puesto que el Tratado ya fue firmado por los Estados miembros de la UE, para facilitar el acceso a las obras publicadas a personas ciegas o con discapacidades visuales, y vemos positiva la ratificación de dicho Tratado por la UE. Pensamos que todos los Estados miembros deben respetar los derechos de acceso a la cultura de todas las personas en igualdad de condiciones y facilitar el acceso a esta a quienes tienen alguna discapacidad, en este caso visual, y que los derechos de propiedad intelectual no pueden ser una barrera para discriminar a este colectivo.

Por lo tanto, dentro también del marco de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad, y de la firma de este Tratado de Marrakech, apoyamos la ratificación de este Tratado por la UE.

Mylène Troszczynski (ENF), par écrit. – Le traité de Marrakech vise à créer des exceptions au droit d'auteur pour faciliter la reproduction, la distribution et la mise à disposition d'œuvres publiées dans des formats conçus pour être accessibles aux personnes aveugles ou malvoyantes. Cela concerne aussi les personnes dont le handicap physique les empêche de tenir ou de manipuler un livre.

Le traité n'entrera en vigueur que lorsque vingt ratifications auront été effectuées. Il semblerait que sept États membres de l'Union aient fait obstacle à la ratification du traité.

Le traité de Marrakech illustre l'échec de l'Europe en matière de défense des handicapés. Il n'est pas encore ratifié, sans doute parce qu'il limite les droits d'auteur.

La résolution proposée au vote vise à faciliter la ratification du traité.

Je vote pour.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Az Egészségügyi Világszervezet 2010-es becslése szerint 2 550 000 vak és 23 800 000 gyengén látó él Európában, ami összesen 26 350 000 látássérültet jelent. A vakok, látássérültek és nyomtatott szöveget használni képtelen személyek megjelent művekhez való hozzáféréseinek megkönnyítéséről szól az úgynevezett marrakesh-i szerződés, amelyet az Unió és a tagállamok 2014 áprilisában írtak alá. Ennek ratifikálására tettek kötelezettségvállalást. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Votamos a favor de la ratificación del Tratado de Marrakech, puesto que el Tratado ya fue firmado por los Estados miembros de la UE, para facilitar el acceso a las obras publicadas a personas ciegas o con discapacidades visuales, y vemos positiva la ratificación de dicho Tratado por la UE. Pensamos que todos los Estados miembros deben respetar los derechos de acceso a la cultura de todas las personas en igualdad de condiciones y facilitar el acceso a esta a quienes tienen alguna discapacidad, en este caso visual, y que los derechos de propiedad intelectual no pueden ser una barrera para discriminar a este colectivo.

Por lo tanto, dentro también del marco de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad, y de la firma de este Tratado de Marrakech, apoyamos la ratificación de este Tratado por la UE.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution urging EU Member States to accelerate the ratification of the Marrakesh Treaty. The Marrakesh Treaty adopted in summer 2013 allows for literature adapted for visually impaired persons to be freely used across borders without having to take copyright rules or other trade restrictions into consideration. The problem is that ratification of the Treaty is still blocked by a minority of EU Member States and, therefore, the agreement has not yet entered into force in the EU. The lack of commitment by EU governments to reach an agreement on the Treaty is a clear violation of the right to easily accessible information, which is an important part of the UN Convention on Rights for Persons with Disabilities. I believe that after four years it is time to find a political solution in support of blind and visually impaired persons' right to accessible literature.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Mediante este acto el Parlamento pretende confirmar su voluntad de que se avance en el proceso de ratificación, por parte tanto del Consejo como de los Estados miembros, de un Tratado cuyo principal objetivo no es otro que el de facilitar la lectura a las personas ciegas de todo el mundo. Es, por lo tanto, necesario votar a favor de esta ratificación.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – In deze resolutie wordt de Raad gevraagd het ratificatieproces van het Verdrag van Marrakesh dringend te versnellen aangezien het reeds 2,5 jaar geleden werd ondertekend. Tezelfdertijd roepen we hiermee ook de lidstaten, die het verdrag nog niet geratificeerd hebben, op dit dringend te doen. Daarom stemde ik voor deze resolutie.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Segundo dados de 2010 da OMS, estima-se que na Europa há 2 550 000 pessoas invisuais e 23 800 000 parcialmente invisuais, totalizando 26 350 000 pessoas. Por outro lado, apenas 5% dos livros publicados em países desenvolvidos e menos de 1% em países em desenvolvimento estão publicados em formatos acessíveis.

A UE e os Estados-Membros assinaram o Tratado de Marraquexe em Abril de 2014 e assumiram o compromisso político de o ratificarem. É lamentável que 7 Estados-Membros formem uma minoria de bloqueio que impede a ratificação do Tratado.

O Tratado de Marraquexe vem sendo considerado um marco de mudança positiva de paradigma tanto no que tange à regulamentação internacional do sistema de copyrights e de direitos de propriedade intelectual quanto no que tange à preocupação com a acessibilidade e com os direitos de pessoas com deficiência.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Mit der Ratifizierung des Vertrages von Marrakesch soll zugesichert werden, dass die Rechte zum Schutz des geistigen Eigentums keine unverhältnismäßigen oder diskriminierenden Hindernisse für den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Kulturgütern darstellen. Zudem wird gefordert, diesbezüglich den Ratifizierungsprozess zu beschleunigen. Ich stimme somit diesem Antrag zu.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat rezoluția Parlamentului European referitoare la ratificarea Tratatului de la Marrakesh, care prevede dreptul persoanelor nevăzătoare și cu deficiențe de vedere la educație, fără discriminare și pe baza egalității de șanse. Prin această rezoluție, Parlamentul European ia act cu profundă indignare de faptul că șapte state membre ale UE au format un bloc minoritar care împiedică procesul de ratificare a acestui tratat.

Conform OMS, în 2010, în Europa se înregistrau în total un număr de 2 550 000 de persoane nevăzătoare și 23 800 000 de persoane cu vedere parțială, în total 26 350 000 de persoane cu deficiențe de vedere. Doar 5 % din totalul cărților publicate în țările dezvoltate și mai puțin de 1 % din cărțile publicate în țările în curs de dezvoltare sunt produse la un moment dat în formate accesibile pentru persoanele nevăzătoare sau cu deficiențe de vedere.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτως*. – Πρωταρχικό μας μέλημα είναι η ομαλή διαβίωση των συμπολιτών μας, ιδιαίτερα όσων μας έχουν περισσότερη ανάγκη. Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος της Επιτροπής Αναφορών.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Uczestnictwo w życiu kulturalnym pozostaje jednym z kluczowych elementów życia w społeczności. Traktat Światowej Organizacji Własności Intelektualnej w sprawie ułatwienia dostępu do opublikowanych utworów drukowanych osobom niewidomym i słabowidzącym oraz osobom z niepełnosprawnościami uniemożliwiającymi zapoznanie się z drukiem w centrum swojego zainteresowania stawia właśnie prawo do uczestnictwa w życiu kulturalnym i prawa użytkowników, jako takie, a za cel wyznacza ustanowienie międzynarodowego standardu korzystania przez osoby z niepełnosprawnością wzroku z utworów opublikowanych drukiem i chronionych przepisami prawa autorskiego.

Według WHO na świecie żyje dziś 285 mln osób z niepełnosprawnością wzroku. Pomimo obowiązywania w wielu państwach prawa przewidującego ułatwiony dostęp do twórczości niewidomym i niedowidzącym, nie więcej niż 5% publikacji drukowanych na świecie jest dostępnych w formatach umożliwiających tym osobom zapoznanie się z treścią. Potrzeba przyjęcia traktatu z Marrakeszu jawi się tym samym jako paląca.

Procedura ratyfikacji traktatu jest konieczna zarówno na poziomie Unii Europejskiej, jak i krajów sygnatariuszy i będzie wymagała wprowadzenia lub dostosowania szeregu przepisów. Należy jednak również podkreślić, że potrzeba zapewnienia satysfakcjonującego, pełniejszego dostępu do materiałów drukowanych osobom z niepełnosprawnością wzroku powinna iść w parze z ochroną interesów wydawców w zakresie wytwarzania i dystrybucji drukowanych formatów utworów.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh uznesenia o ratifikácii Marrákešskej zmluvy na základe prijatých petícií som podporila. Myslím si, že vzhľadom na zdĺhavý proces ratifikácie tejto dohody, ako aj na fakt, že výbor PETI v tejto veci prijal množstvo petícií, je vhodné, aby sme v pléne Európskeho parlamentu prijali k tejto otázke stanovisko. Marrákešská zmluva sa zaoberá prístupom nevidiacich ľudí ku knihám a iným tlačným dokumentom a predloženie procesu ratifikácie rozhodne nie je v záujme dodržiavania ich práv. Rada a členské štáty by v tejto veci mali prijať opatrenia, ktoré by ratifikáciu zmluvy odblokovali, ako aj povzbudzovať členské štáty, ktoré Marrákešskú zmluvu ešte neratifikovali, aby tak spravili v najkratšej možnej dobe.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram Resolucijo Evropskega Parlamenta o ratifikaciji Marakeške pogodbe o olajšanem dostopu do objavljenih del za slepe in slabovidne osebe ter osebe z drugimi motnjami branja.

EU in njene države članice so tudi podpisnice Konvencije OZN o pravicah invalidov, ki jih med drugim zavezuje, da omogočajo pravico invalidov do izobraževanja brez diskriminacije in na podlagi enakih možnosti ter da zakoni o varstvu intelektualne lastnine ne bodo nerazumno ali diskriminacijsko ovirali dostopa invalidov do kulturnega gradiva.

Slepim in slabovidnim je v razvitih državah v dostopnih oblikah na voljo samo 5 % vseh objavljenih knjig, v državah v razvoju pa manj kot 1 %. Zato je treba čim prej sprejeti vse ustrezne ukrepe za ratifikacijo in izvajanje Marakeške pogodbe.

9.4. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte FG72 (B8-0133/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of the objection pursuant to Rule 106: authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La sicurezza alimentare deve essere una priorità dell'Unione europea. L'immissione nel mercato europeo di prodotti alimentari e mangimi a base di o contenenti soia geneticamente modificata è un argomento molto delicato che tocca quotidianamente la vita di milioni di cittadini. Ho votato a favore della procedura di obiezione per l'immissione nel mercato di tali prodotti poiché la domanda di autorizzazione presentata dalla Bayer rischia di mettere in pericolo la salute dei cittadini europei.

Tim Aker and Diane James (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Bayer CropScience AG a la autoridad competente en Bélgica. Se trata de un tipo de soja transgénica tolerante a los herbicidas a base de glifosato e isoxaflutol. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection du Parlement européen sur la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié FG72.

En effet, je suis profondément opposé à l'introduction de nouveaux OGM sur le marché. De plus, l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante qui met notamment en avant des observations pertinentes des États membres allant dans ce sens.

Même si je regrette que ce texte n'ait qu'une portée symbolique du fait qu'il est peu contraignant pour la Commission, je soutiens cette objection.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this objection resolution. Since the entry into force of Regulation (EC) No 1829/2003 the Commission has made authorisation decisions on new GMOs without the support of the Member State committees.

This situation was intended to be an exception in the legislation, which has unfortunately become the norm. Commission President Juncker has failed to fulfil the promise he made as a candidate for the Presidency of the Commission to fix this democratic deficit in decision-making for GMOs in the European Union. The Commission is therefore authorising the placing on the market of products with a system which it itself has recognised is flawed. It is essential that the Commission now comes up with a real proposal on GMOs to correct this democratic deficit.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Υπερψήφισα τη διατύπωση αντιρρήσεων σύμφωνα με το άρθρο 106, που αναφέρεται στα γενετικώς τροποποιημένα τρόφιμα και ζωοτροφές και ζητάει από την Επιτροπή να καταλήξουμε σε ένα νέο. Εν τω μεταξύ, οποιαδήποτε νέα διάταξη για τα ΓΤ τρόφιμα/ζωοτροφές θα πρέπει, συνεπώς, να εγκριθεί σύμφωνα με το ισχύον νομικό πλαίσιο, το οποίο αναγνωρίζει η Επιτροπή ότι δεν λειτουργεί με ικανοποιητικό τρόπο. Η σόγια που έχει εγκριθεί είναι ανθεκτική σε ορισμένα ζιζανιοκτόνα, ως εκ τούτου η καλλιέργειά της θα μπορούσε να ενθαρρύνει σε περισσότερο φιλελεύθερη χρήση ζιζανιοκτόνων, τα οποία θα μπορούσαν να είναι επιβλαβή για το περιβάλλον ή και για την ανθρώπινη υγεία.

Σύμφωνα με το άρθρο 11 του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 182/2011 για τις εκτελεστικές πράξεις, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο μπορεί να υποδείξει στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή, ανά πάσα στιγμή, ένα σχέδιο εκτελεστικής πράξης που υπερβαίνει τις εκτελεστικές αρμοδιότητες της. Στη συνέχεια, η Επιτροπή θα πρέπει να επανεξετάσει το σχέδιο εκτελεστικής πράξης, λαμβάνοντας υπόψη τη θέση που εξέφρασε, και μπορεί να το διατηρήσει, να το τροποποιήσει ή να το αποσύρει.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – Mit dieser Resolution lehnt das Europäische Parlament einen Kommissionsbeschluss ab, mit dem glyphosat-tolerante GVO-Sojabohnen EU-weit zugelassen werden sollten. Vor dem Hintergrund, dass im Besonderen das Pflanzenschutzmittel Glyphosat von der Weltgesundheitsorganisation als möglicherweise krebserregend eingestuft wurde, und ich im Allgemeinen GVO-Lebensmittel aufgrund der unbekannten Langzeitfolgen ablehne, findet diese Entschließung meine vollste Unterstützung.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – La culture des sojas de la société Monsanto relève de la colonisation de l'Europe par des intérêts étrangers: les propriétés de ce soja ne servent que les intérêts de Monsanto et, à court terme, ceux des éleveurs industriels. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate. L'EFSA a fait fi de l'opposition motivée de plusieurs États membres, alors que son évaluation sur les OGM est largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, dans l'objectif de débusquer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

Aussi ai-je très logiquement voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja génétiquement modifié FG72.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106; I am concerned by the increasing usage of delegated acts and am therefore minded to support any objections as a matter of course. In this instance, I note specifically that the World Health Organization has described these specific varieties as being potentially carcinogenic to humans.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – En ce qui concerne ma position générale sur les OGM, je suis contre le principe de précaution qui empêche la recherche en Europe. De plus, je m'étonne de l'hypocrisie qui consiste à interdire la commercialisation de ces produits que l'Europe se permet d'importer ensuite. Néanmoins, j'ai voté contre la mise sur le marché de cette variété résistante aux pesticides, car elle est considérée par de nombreux centres de recherches, notamment celui de Lyon, comme une variété qui pourrait être dangereuse.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo Komisijos prašoma atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą dėl leidimo pateikti rinkai genetiškai modifikuotas sojos pupeles FG72. Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su reglamento Nr. 1829/2003 ir reglamento Nr. 396/2005 tikslu, pagal kurį siekiama parengti bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų atžvilgiu, tuo pačiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos veikimą.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – La Commission propose d'autoriser trois nouveaux sojas OGM des sociétés Bayer CropScience et Monsanto. Tous trois sont tolérants au glyphosate, avec une autre caractéristique pour les deux OGM de Monsanto: composition différente en acide gras pour l'OGM MON 87705 × MON 89788 et tolérance au dicamba (un pesticide) pour l'OGM MON 87708 × MON 89788. Ces propriétés ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels (et encore, ce n'est pas démontré).

Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'évaluation fournie par l'EFSA reste manifestement insatisfaisante.

Hélas, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission et les amendements que mon groupe a déposés – pour rendre les objections contraignantes et pour rappeler que la Commission n'attend même pas la fin des procédures d'objections pour publier les autorisations d'OGM – ont été malheureusement rejetés.

Leur rejet, consigné par vote par appel nominal, montre ainsi l'hypocrisie d'élus qui sont en réalité contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM. Il faudrait pourtant que les autorisations d'OGM puissent être délivrées par acte délégué et non par acte d'exécution.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – L'introduzione di organismi geneticamente modificati resistenti agli erbicidi può rappresentare una seria minaccia per la salute dei cittadini europei e per l'ambiente. Oggi ho votato a favore delle obiezioni all'autorizzazione di tre tipi di soia geneticamente modificata, tra cui FG72, perché ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM.

Per quanto riguarda la soia FG72, in particolare, la preoccupazione riguarda la presenza delle proteine 2mEPSPS e HPPD W336 che conferiscono tolleranza agli erbicidi a base di glifosfato e isoxaflutolo. Nel marzo 2015 l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro, organismo specializzato dell'OMS, ha classificato il glifosfato come probabilmente cancerogeno per l'uomo. Dato il potenziale pericolo per la salute ho deciso di votare a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM e sui mangimi originati da OGM, al fine di valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente FG72 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación. En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Quiero explicar que he votado en contra de la línea de mi Grupo en este informe sobre la objeción presentada sobre la autorización de la soja modificada genéticamente FG72. Euskadi es una región libre de OGM y, tal y como hice en 2015, he votado a favor de la propuesta de Resolución de la Comisión ENVI en la que se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión no es coherente con la legislación de la Unión al ser incompatible con el propósito de varios Reglamentos. Por ello, apoyo la petición de retirada del proyecto de Decisión de Ejecución.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – J'ai voté pour cette objection du Parlement à l'adresse de la Commission concernant une autorisation de mise sur le marché de produits concernant du soja génétiquement modifié FG72.

En effet, malgré les mises en garde répétées des États membres et l'inquiétude des associations de protection de consommateurs, l'Autorité européenne de sécurité des aliments – qui porte bien mal son nom – s'entête à vouloir commercialiser ce soja modifié, aux seuls bénéfices et dans le seul intérêt de Monsanto.

À noter que ce soja génétiquement modifié FG72 est bien évidemment tolérant au glyphosate, herbicide total que Monsanto commercialise sous la marque «Roundup», qui reste l'herbicide le plus utilisé dans le monde et qui, selon de récentes études, aurait des effets tumorigènes et toxiques.

Une nouvelle fois, la Commission montre sa volonté de se soumettre aux grands groupes industriels, au détriment des intérêts économiques européens mais également de la sécurité et de la santé alimentaire en Europe.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione della soia geneticamente modificata FG72.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción a este acto de ejecución mediante el cual la Comisión Europea autoriza a la empresa Bayer CropScience AG la introducción de la variedad de soja modificada genéticamente FG72 en Bélgica. Con esta objeción, solicitamos a la Comisión que se abstenga de autorizar la comercialización de ningún OMG hasta que se presente un nuevo reglamento, tal y como ha solicitado este Parlamento.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas sukritikavo Komisijos įgyvendinimo sprendimą, jo nepatvirtino ir paprašė pateikti naują sprendimo projektą dėl leidimo pateikti į rinką produktus, kurių sudėtyje yra, jie susideda arba pagaminti iš genetiškai modifikuotų sojų. 2011 m. „Bayer CropScience AG“ kompetentingai Belgijos institucijai pateikė prašymą dėl maisto produktų, maisto ingredientų ir pašarų, kurių sudėtyje yra, jie susideda arba yra pagaminti iš sojų FG72, pateikimo rinkai. Prašyme nurodytos genetiškai modifikuotos sojos sintetina baltymą, kuris sojas padaro atsparias gliufosinato herbicidams ir izoksafutolo herbicidams. Tarptautinė vėžio mokslinių tyrimų agentūra (specializuota Pasaulio sveikatos organizacijos vėžio agentūra) 2015 m. kovo 20 d. klasifikavo glifosatą kaip galbūt kancerogeninį poveikį žmonėms darančią medžiagą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagani ugovor k odobritvi GS soje MST-FGØ72-2 sem podprl, saj sem sam zelo zadržan do gojenja gensko spremenjenih organizmov, dokler obstaja najmanjše tveganje za zdravje ljudi.

Sam sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO-jih, spoštovati moramo tudi večinsko voljo evropskih državljanov, ki so proti uporabi GSO-jev v Evropi. Zavedam se, da je soja ena izmed surovin, ki je v Evropi proizvedemo najmanj. Skoraj vso namreč uvozimo iz tretjih držav, kjer proizvajajo večinoma GSO sojo.

A morda bi lahko Evropa postala bolj zanimiva s proizvodnjo soje brez GSO organizmov, s tem povečala lastno proizvodnjo te kulture in zmanjšala svojo odvisnost od zunanjih trgov. Poleg tega bi s tem upoštevali tudi želje in pričakovanja naših državljank in državljanov.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – In linea con le nostre priorità in materia di tutela della salute e della sicurezza alimentare, condivido la reiezione della proposta della Commissione votata oggi. Torno inoltre a ribadire la necessità che la Commissione formuli una nuova proposta per gli OGM contenuti in alimenti e mangimi, che valuti in maniera più approfondita il loro impatto ambientale e sulla salute umana.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Glasala sam za ovaj prigovor jer smatram da trenutni sustav odobrenja GMO hrane u EU-u treba mijenjati. Radi se o političkoj poruci Komisiji koja je odobrenje za prodaju i uvoz dala prema direktivi o GMO hrani za koju Parlament smatra da je nedemokratska.

Države članice se pet godina nisu mogle dogovoriti oko davanja ili odbijanja dozvole za soju FG72. U takvoj situaciji Komisija prema postojećim propisima ima pravo sama postupiti kako smatra potrebnim. Iako je odluka zakonita, nije demokratska.

Problem koji Europska unija ima s GMO-om se neće riješiti sam od sebe niti je *status quo* održiv. Treba prihvatiti činjenicu da je većina država članica protiv GMO-a, ali ga neke države žele.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Les trois OGM de soja dont la Commission propose d'autoriser l'importation ont des propriétés qui ne servent que les intérêts de la firme Monsanto et éventuellement des éleveurs industriels.

Je considère qu'une fois de plus, l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante des risques encourus et que les objections proposées par la commission ENVI sont fondées.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté POUR ces objections.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa obiezione perché ritengo che il progetto di decisione di esecuzione della Commissione riguardante la soia geneticamente modificata FG72 non sia conforme al diritto dell'Unione in quanto non è compatibile con l'obiettivo del regolamento (CE) n. 1829/2003 e del regolamento (CE) n. 396/2005 del Parlamento europeo e del Consiglio che consiste, in conformità dei principi generali stabiliti dal regolamento (CE) n. 178/2002 del Parlamento europeo e del Consiglio, nel fornire la base per garantire un elevato livello di tutela della vita e della salute umana, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, garantendo nel contempo l'efficace funzionamento del mercato interno. Ritengo pertanto che la Commissione debba ritirare il suo progetto di decisione di esecuzione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne a proposé d'autoriser la commercialisation de trois nouveaux types de sojas génétiquement modifiés qui proviennent de la société américaine Monsanto. C'est dans ce contexte que cette objection vise à signaler l'opposition du Parlement à la mise sur le marché de ces trois organismes génétiquement modifiés (OGM), tolérants au glyphosate. L'un d'entre eux présente également une tolérance au pesticide dicamba.

Si cette objection ne contraindra pas la Commission à abandonner la commercialisation de ces OGM, nous considérons qu'il est essentiel de la soutenir pour montrer la désapprobation du Parlement à l'égard de la Commission et de l'EFSA dont les évaluations sont insatisfaisantes et ne tiennent pas compte des remarques des autorités des États membres.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour cette objection.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Sănătatea cetățenilor săi și protecția mediului au constituit pentru Uniunea Europeană dintotdeauna obiective importante. Pentru a le garanta, este nevoie de o atenție sporită la alimentele care ajung să fie produse, comercializate și consumate în granițele ei. În stadiul producției, riscurile care trebuie monitorizate sunt legate de organismele modificate genetic. Dintre acestea, soia modificată genetic MST-FGØ72-2 conține o proteină care conferă toleranță la erbicidele pe bază de glifosat, ori această substanță e clasificată ca probabil cancerigenă pentru oameni.

Cu toate acestea, niciun studiu nu confirmă acest lucru, neexistând argumente științifice care să facă legătura între glifosat și apariția cancerului.

Susțin un nivel ridicat de protecție a vieții și sănătății umane, a sănătății și bunăstării animale, a intereselor ecologice și ale consumatorilor în ceea ce privește produsele alimentare și furajele modificate genetic și cred că acesta se poate atinge asigurând, în același timp, și funcționarea eficientă a pieței interne.

Am votat împotriva obiecției la proiectul de decizie de punere în aplicare a Comisiei de autorizare a introducerii pe piață a produselor care conțin, constau în sau sunt fabricate din soia modificată genetic FG72 (MST-FGØ72-2).

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Da quando è stata approvata la direttiva (UE) 2015/412, che consente agli Stati membri di vietare al proprio interno la coltivazione degli OGM autorizzati, la Commissione, pur in permanenza dell'impasse in seno al comitato competente a causa dei veti incrociati, sta sbloccando tutte le procedure di autorizzazione di OGM che erano in sospenso. Perciò, la commissione ENVI sta proponendo sistematicamente obiezioni contro ogni nuovo OGM autorizzato. Purtroppo, in questi casi le obiezioni del Parlamento non sono vincolanti per la Commissione, poiché trattasi di atti di esecuzione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sull'obiezione riguardante l'autorizzazione della soia geneticamente modificata FG72.

Nel giugno 2011 la Bayer CropScience AG ha presentato all'autorità competente del Belgio una domanda per l'immissione in commercio di alimenti, ingredienti alimentari e mangimi contenenti, costituiti od ottenuti da soia geneticamente modificata. Questo tipo di soia esprime una proteina che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato, sostanza che l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro ha classificato come probabilmente cancerogena per l'uomo.

Il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non appare quindi conforme al diritto dell'Unione, in quanto non garantisce un elevato livello di tutela della vita e della salute umana, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, e nemmeno l'efficace funzionamento del mercato interno.

Di conseguenza, ho deciso di votare a favore dell'obiezione a questo progetto di decisione di esecuzione chiedendo alla Commissione, come indicato dalla proposta di risoluzione, di presentare una nuova proposta legislativa che tenga conto delle preoccupazioni frequentemente espresse a livello nazionale riguardo alla sicurezza degli OGM per la salute e l'ambiente ed al corretto funzionamento del mercato interno.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution for the Commission to withdraw its draft implementing decision as amongst other matters it does not aim to sufficiently protect human health. Genetically modified foods still raise concerns and it is questionable whether they are safe for human consumption.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione si oppone alla proposta della Commissione di autorizzare l'immissione sul mercato di prodotti alimentari e mangimi contenenti una soia transgenica resistente al glifosato. Tale opposizione si fonda principalmente sul dato per il quale la soia transgenica resistente all'azione del glifosato è stata recentemente classificata come probabilmente cancerogena. Alla luce dei gravi rischi che possono derivare dall'utilizzo di tale prodotto, ho votato a sostegno della risoluzione che si oppone all'iniziativa della Commissione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Καταψηφίζουμε την πρόταση, λαμβάνοντας υπόψη τις συχνά εκφραζόμενες σε εθνικό επίπεδο ανησυχίες που αφορούν θέματα συνδεδεμένα με την ασφάλεια των γενετικά τροποποιημένων οργανισμών για την υγεία ή το περιβάλλον.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα ως προς τις ενστάσεις που διατυπώθηκαν για την έγκριση της διάθεσης στην αγορά γενετικώς τροποποιημένης σόγιας. Όπως γίνεται εύκολα αντιληπτό, το ζήτημα αυτό αφορά το σύνολο του πληθυσμού της Ευρώπης, καθώς επηρεάζει άμεσα τον τομέα της δημόσιας υγείας και οποιαδήποτε έγκριση πρέπει να δίνεται έπειτα από ενδελεχή συζήτηση και έρευνα, ώστε να διασφαλίσουμε την υγεία των πολιτών.

Είναι μάλιστα ιδιαίτερης σημασίας οι αποφάσεις που θα πάρουμε, καθώς ο τομέας των γενετικά τροποποιημένων τροφίμων μπορεί δυνητικά να προκαλέσει μεγάλες αναταράξεις και στην οικονομία της Ευρώπης. Υπό αυτό το πρίσμα, θεωρώ πως οι ενστάσεις που διατυπώθηκαν είναι σωστές και για αυτό το λόγο ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché ritengo che il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non sia conforme al diritto dell'Unione in quanto non è compatibile con l'obiettivo dei regolamenti (CE) n. 1829/2003 e n. 396/2005 del Parlamento europeo e del Consiglio che consistono nel fornire la base per garantire un elevato livello di tutela della vita e della salute umana, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, garantendo nel contempo l'efficace funzionamento del mercato interno.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Non è stato facile decidere cosa votare su questa obiezione, perché c'è sempre il dilemma fra scienza e credenza, modernità e tradizione, sperimentazione e tranquillità. In questo caso specifico ho votato a favore dell'obiezione, affinché l'autorizzazione non fosse rilasciata, perché ho dei seri dubbi sul modo in cui questo prodotto entri nella catena alimentare e mi piacerebbe avere avuto il tempo di informarmi meglio, cosa non permessa dai tempi delle procedure per l'approvazione degli atti delegati della Commissione europea.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I did not support this objection as individual GMOs and the GMO combinations in question have been authorised by the Commission and deemed safe for human consumption by the European Food Safety Agency (EFSA). This objection is an attempt to change the system of authorisation by those who are opposed to GM. Member States can decide whether to cultivate GM crops or not. There is no commercial cultivation of GMO products in Ireland, nor is there any expected in the short to mid-term given the lack of relevant GMO products on the market.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The resolution seeks to place on the market products containing genetically modified soybean. The production of goods containing genetically modified ingredients is not limited to consumption or use in one State as this facilitates the development of GMO trade across borders. This will make it impossible for those Member States who ban the sales and use of genetically modified products to effectively take such health-related decisions.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione si propone di bloccare la proposta della Commissione di immettere sul mercato mangimi ed alimenti derivanti, costituiti o ottenuti dalla soia FG72. Il 24 giugno 2011, infatti, la Bayer CropScience AG ha presentato una domanda per l'immissione in commercio di alimenti, ingredienti alimentari e mangimi contenenti, costituiti o ottenuti dalla soia FG72, resistente al glifosato. La proposta della Commissione di concedere l'autorizzazione è stata discussa nel Comitato permanente nel 2015, ma non si è ottenuta una maggioranza né favorevole né contraria. Poiché l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro, istituto specializzato dell'OMS, ha classificato il glifosato come probabilmente cancerogeno, mi esprimo con voto favorevole alla risoluzione e mi oppongo quindi all'immissione sul mercato della soia FG72.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Bayer CropScience AG a la autoridad competente en Bélgica. Se trata de un tipo de soja transgénica tolerante a los herbicidas a base de glifosato e isoxaflutol. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Last October Parliament rejected the new Commission proposal on genetically modified food and feed, and asked the Commission to come up with a new proposal. In the meantime, no new GM food/feed should therefore be authorised under the current legal framework, which the Commission acknowledges is not working well. The soybeans in these three authorisation processes in question are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. I voted in favour of the objection, because I believe that the Commission should review the draft implementing act, taking account of the position expressed.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I oppose the objection resolution to the authorisation of soybean FG72. I believe that it is absolutely vital for public confidence that in Europe we have a GM regulation system that is underpinned by science. This means that products passing a robust, independent safety assessment should have fair market access. The European Food safety agency has declared this GM trait safe for food and feed use, and we should respect that decision made by experts, otherwise we risk undermining not only our own credibility but also the principle of science-based decision-making.

The use of GM material in animal feed is significant across the EU, and our livestock sector is heavily dependent on imported GM feed materials, so it is important that EU GM authorisations proceed as rapidly as possible to keep pace with authorisations in other parts of the world and avoid significant disruption in the international trade of agricultural commodities, which could have a negative impact on food prices.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition d'objection d'un député du groupe des socialistes et démocrates concerne le projet de décision de la Commission en faveur de l'autorisation du soja OGM FG72 tolérant le glyphosate dans les produits d'alimentation humaine et animale. La rapporteure soutient que le glyphosate est un herbicide classé «cancérogène probable» par le Centre international de recherche sur le cancer (CIRC). Toutefois, cette justification est contestable. D'une part, le projet de décision de la Commission européenne fait suite à l'avis positif de l'autorité européenne pour la sécurité alimentaire (EFSA). Ses conclusions reposent sur un grand nombre d'études, dont celles du CIRC, et de données scientifiques comme l'ont expliqué les auteurs lors d'un échange de vues avec les députés européens en décembre dernier. D'autre part, la Commission a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution qui découle de la législation européenne, approuvée par le Parlement européen. Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en la matière. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I believe in science-based policy; to this extent I believe that it is the task of the European Food Safety Authority (EFSA) to decide whether a genetically modified organism is safe and fit for consumption. The EFSA advice should be the basis for the final decision. Since the EFSA advice was positive, I voted against this objection.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Actuellement, les organismes génétiquement modifiés (OGM) peuvent être cultivés sur le territoire de l'Union européenne après que les semenciers détenteurs de l'OGM aient obtenu une autorisation de mise sur le marché conformément à la réglementation européenne.

Le Parlement européen a choisi d'user de son pouvoir d'objection pour demander à la Commission européenne de retirer ses autorisations sur l'utilisation de trois sojas génétiquement modifiés tolérant le glyphosate, herbicide classé «cancérogène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS).

Il conviendra à l'avenir de réviser le processus d'autorisation des OGM qui ne devrait pas être possible sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et avec l'avis du Parlement.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az FG72 génmódosított szója 2mEPSPS és HPPD W336 fehérjéket termel, melyek segítségével az isoxaflutole, illetve a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Az elvégzett kockázatelemzés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a szabadföldi kísérletek során az FG72 szója kontrollja nem izogenikus vonala, hanem egy kiválasztott nem módosított hagyományos vonal volt;
- a beltartalmi összetevőket, fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva az FG72 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

Termesztése során az ilyen hatóanyagú növényvédő szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. A glyphosate gyomirtószert 2015-ben a WHO „valószínűsíthetően humán karcinogén” csoportba sorolta. Nagyfokú alkalmazása a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – Deze resolutie tekent niet alleen verzet aan tegen de toelating van een specifieke ggo op de EU-markt, maar bepleit een *de facto* moratorium voor ggo's in afwachting van een nieuwe goedkeuring-sprocedure en een wijzing van Verordening (EG) nr. 1829/2003. De N-VA steunde het bezwaar niet.

De goedkeuringsprocedure voor ggo's is strikt. De EFSA-risicobeoordeling speelt hierin een cruciale rol. De N-VA gelooft sterk in wetenschappelijk onderbouwd en op wetenschappelijk bewijs gebaseerd beleid. Voorliggende tekst goedkeuren zou de geloofwaardigheid van EFSA ondermijnen.

Bovendien heeft de Europese Commissie haar mandaat bij deze uitvoerende handeling niet overschreden: wanneer de lidstaten geen gekwalificeerde meerderheid bereiken, dan is de Europese Commissie gemachtigd ggo's goed te keuren op basis van een positief advies van EFSA.

Inzake glyfosaat wordt vastgesteld dat er geen wetenschappelijke consensus is. Ik erken de bezorgdheden inzake glyfosaat en pleit ervoor de discussie over deze controversiële stof verder en ten gronde te voeren.

Het blijft belangrijk een onderscheid te maken tussen ggo-techniek en toepassing. Het is ook duidelijk dat het (eventuele) gebruik van ggo's altijd moet kaderen in een landbouwbeleid waarin de bescherming van volksgezondheid, milieu en biodiversiteit is geïntegreerd, waarbij een geïntegreerd systeem voor plaagbestrijding (*integrated pest management*) essentieel is voor een duurzaam gebruik van pesticiden en niet-chemische alternatieven.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire (ENVI) du Parlement européen contre trois décisions de la Commission européenne autorisant la commercialisation d'aliments pour animaux contenant du soja transgénique produit par les firmes Monsanto et Bayer. Ces trois sojas génétiquement modifiés ont la particularité de développer une tolérance aux herbicides contenant du glyphosate, dont le Roundup de Monsanto, substance classée comme probablement cancérigène par l'Organisation mondiale de la santé. J'estime que les trois décisions d'autorisation ne sont pas compatibles avec les objectifs de l'Union européenne en matière de santé humaine et animale, tels qu'ils sont définis dans des textes législatifs. C'est pourquoi je me réjouis du vote intervenu aujourd'hui et de la majorité claire qui s'est dégagée pour mettre le veto du Parlement européen à la commercialisation de produits à base de soja génétiquement modifiés.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne souhaite autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto, tolérants au glyphosate. L'OGM B a une composition différente en acide gras et l'OGM C une tolérance au pesticide «dicamba». Dans la mesure où ces propriétés n'ont pour but que de servir les intérêts de Monsanto, et que l'EFSA n'a pas tenu compte de l'avis pertinent des États, j'ai naturellement voté pour ces objections. Enfin, nos trois amendements visaient à ce que les autorisations prennent la forme d'actes délégués, afin d'assurer un contrôle démocratique de la mise sur le marché des OGM.

Ангел Джамбазки (ЕСР), *в писмена форма*. – Аз и партията, която представлявам – ВМРО, сме против каквито и да било генетично модифицирани храни и фуражи. В проект за решение Комисията се обявява за разрешаването на пускането на пазара на продукти, съдържащи генетично модифицирана соя FG72 (MST-FGØ72-2). ГМО-то не е решение нито за онова, което ядем, нито за онова, с което храним животните, които консумираме, и затова се обявявам против него винаги и навсякъде.

За мен здравето на гражданите е по-важно от търговията и конкурентоспособността. Наскоро (през октомври 2015 г.) отхвърлих предложението на ЕК всяка страна да може да решава сама дали да разреши или забрани ГМО. До известна степен предложението беше много привлекателно, но на практика неприложимо, поради единния пазар на ЕС.

Винаги съм бил привърженик на цялостната забрана на ГМО на целия европейски пазар, за да знаят нашите граждани, че техните управници поставят здравето им на първо място и смятам, че това е единствената политика, която можем да водим по този въпрос. В конкретния случай гласувах „за“ възражението, което да доведе до забрана на пускането на пазара на ГМО соя.

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ), *γραφώς*. – Προτείνεται στην Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης σχετικά με την διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικώς τροποποιημένη σόγια FG72 (MST-FGØ72-2) το οποίο δεν είναι σύμφωνο προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az FG72 génmódosított szója 2mEPSPS és HPPD W336 fehérjét termel, melyek segítségével az isoxaflutole, illetve a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Az elvégzett kockázatértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a szabadföldi kísérletek során az FG72 szója kontrollja nem izogenikus vonala, hanem egy kiválasztott nem módosított hagyományos vonal volt.
- a beltartalmi összetevőket, fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva az FG72 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

Termesztése során az ilyen hatóanyagú növényvédő szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. A glyphosate gyomirtószert 2015-ben a WHO „valószínűsíthetően humán karcinogén” csoportba sorolta. Nagyfokú alkalmazása a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il processo di autorizzazione degli OGM in Europa non è democratico. In questo, come in tutti i precedenti casi di autorizzazione, la Commissione ha agito unilateralmente nonostante la proposta non fosse stata adottata dal comitato tecnico di riferimento. Pertanto ho sostenuto l'obiezione all'autorizzazione della soia GM FG72, anche per i dubbi scientifici che gli OGM comportano. Infatti, la soia in questione esprime la proteina 2mEPSPS che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato e la proteina HPPD W336 che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di isoxaflutolo. Il 20 marzo 2015 l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro – l'organismo specializzato dell'Organizzazione mondiale della sanità – ha classificato il glifosato come probabilmente cancerogeno per l'uomo.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce que je m'oppose à la mise sur le marché des OGM.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de autorização do FG72 foi apresentado pela Bayer à autoridade competente na Bélgica em 24/6/2011.

Este pedido foi avaliado pela Autoridade de Segurança Alimentar Europeia (EFSA), que emitiu um parecer favorável. Foi então considerado pelo Comité Permanente de 18/11/2015 tendo sido avaliado com «sem opinião», como tem acontecido desde que este procedimento foi acordado.

Esta resolução objeta a adoção do projeto de implementação de decisão, com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem e solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados.

Votámos favoravelmente, tendo em conta a nossa posição de objeção à autorização de OGM.

A Comissão deve apresentar, sem demora, uma proposta legislativa que respeite o direito dos Estados-Membros – e a vontade dos consumidores – de se oporem à introdução de OGM para alimentos e cultivo no seu território, tendo em conta os riscos para a soberania alimentar, o ambiente, a biodiversidade e a saúde pública, uma vez que não é possível garantir de forma cientificamente credível a inocuidade dos produtos transgénicos na alimentação humana e animal.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the objection as I feel the technology is being used to help multinationals dominate the food market.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla mozione in cui si obietta contro ogni nuovo OGM autorizzato.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζω την σχετικά έκθεση καθώς προτείνει στην Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης σχετικά με την διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικώς τροποποιημένη σόγια FG72 (MST-FGØ72-2) το οποίο δεν είναι σύμφωνο προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In October Parliament rejected the new Commission proposal on genetically modified (GM) food and feed and asked the Commission to come up with a new one. In the meantime, no new GM food/feed should therefore be authorised under the current legal framework which the Commission acknowledges is not working in a satisfactory way. The soybeans which have been authorised are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health.

The Commission must come forward with a new proposal for GMO food and feed, which more thoroughly assesses the environmental impacts of GMOs.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az FG72 génmódosított szója 2mEPSPS és HPPD W336 fehérjéket termel, melyek segítségével az isoxaflutole, illetve a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállónak vált. Az elvégzett kockázatelemzés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a szabadföldi kísérletek során az FG72 szója kontrollja nem izogenikus vonala, hanem egy kiválasztott nem módosított hagyományos vonal volt.
- a beltartalmi összetevőket, fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva az FG72 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiaiailag nem releváns különbségek.

Termesztése során az ilyen hatóanyagú növényvédők szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. A glyphosate gyomirtószer 2015-ben a WHO „valószínűsíthetően humán karcinogén” csoportba sorolta. Nagyfokú alkalmazása a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A géntechnológiával módosított szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított termékek forgalomba hozatalának az 1829/2003/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet szerinti engedélyezéséről szóló bizottsági végrehajtási határozat tervezete alapján úgy vélem, hogy a bizottsági végrehajtási határozat nem felel meg az uniós jognak, mivel az nem egyeztethető össze az 1829/2003/EK rendelet és a 396/2005/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet céljával, ami a 178/2002/EK európai parlamenti és tanácsi rendeletben meghatározott általános alapelvekkel összhangban az, hogy alapul szolgáljon az emberi élet és egészség, az állati egészség és jólét, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelméhez, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését. A fentiek alapján felkérem a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozata tervezetét.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción al considerar que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión establece la base para poder asegurar un elevado nivel de protección de la vida y la salud humanas, de la salud y el bienestar de los animales, del medio ambiente y de los intereses de los consumidores en relación con los alimentos y piensos modificados genéticamente, garantizando al mismo tiempo el eficaz funcionamiento del mercado interior.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto convintamente la proposta di respingere l'adozione dell'atto delegato sull'immissione in commercio di prodotti contenenti soia geneticamente modificata relativo ai tre brevetti presentati oggi. Condivido in particolare quanto affermato nel testo in materia di principio di cautela sugli OGM, come d'altronde già votato da noi parlamentari europei poche settimane fa in occasione dell'esame della proposta di modifica del regolamento 2003 sugli OGM.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione, che autorizza l'immissione in commercio di prodotti contenenti, costituiti o ottenuti a partire da soia geneticamente modificata FG72, perché ritengo che la Commissione europea debba presentare una nuova proposta completa sugli OGM e sui mangimi originati da OGM e valutarne attentamente l'impatto ambientale e sanitario.

Penso, infatti, che il Parlamento europeo abbia espresso con chiarezza con il voto dello scorso ottobre la propria contrarietà alla proposta della Commissione in materia di OGM. Permangono infatti molti dubbi e interrogativi, anche in relazione alla conclamata prassi di adottare atti delegati in materia di OGM in assenza di un parere tecnico da parte del Comitato scientifico rappresentante gli Stati membri.

L'introduzione di OGM resistenti ai pesticidi, come la soia geneticamente modificata FG72, pone problemi ambientali e sanitari, inducendo all'aumento del ricorso ai pesticidi. Ritengo che tali preoccupazioni debbano essere affrontate dall'EFSA e dalla Commissione con adeguate valutazioni d'impatto e soprattutto richiedano una normativa completa, chiara e che tenga debitamente in conto le preoccupazioni dei nostri cittadini. Nell'attesa di tale normativa, quindi, ritengo necessario rigettare la decisione d'esecuzione proposta dalla Commissione.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte FG72 gestimmt. Die Familien-Partei Deutschlands ist gegen den Einsatz gentechnisch manipulierten Saatgutes in der Landwirtschaft.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Regarding GMOs, I support the existing, science-based decision-making process, judged independently by the European Food Safety Authority. The Commission needs to make a proposal which includes a greater assessment of the environmental impact of GMOs.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne veut autoriser l'importation de trois nouveaux sojas OGM, tous tolérants au glyphosate.

L'un d'entre eux est un soja de la société Bayer Cropscience. J'ai soutenu cette objection en commission et en plénière, notamment parce que les désherbants au glyphosate sont cancérigènes selon l'Organisation mondiale de la santé. Il faut aussi souligner que l'évaluation de l'EFSA est insatisfaisante et ne tient pas compte des observations des agences compétentes des États membres.

Néanmoins, la Commission européenne peut passer outre ces objections, car les autorisations d'OGM relèvent de son seul pouvoir. Elle l'a d'ailleurs démontré en décembre dernier, en autorisant un nouveau maïs OGM, le NK603xT25, malgré l'opposition du Parlement européen.

C'est pourquoi il est nécessaire que ces autorisations soient désormais sous le contrôle démocratique du Parlement, ce que j'ai proposé par voie d'amendements pour modifier le règlement d'autorisation des OGM et remplacer les actes d'exécution par des actes délégués. En effet, les objections votées par le Parlement peuvent opposer un véritable veto aux décisions de la Commission.

Mais quand il s'agit de demander de vraies mesures démocratiques, surtout quand il s'agit des OGM, ce Parlement est décidément aux abonnés absents.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente FG72 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for this objection because I do not believe the Commission should authorise the use of glyphosate-tolerant GM soybeans in food and feed.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted against the Commission's proposal on authorisation of genetically modified soybean FG72 as well as placing products that consist of or were produced from genetically modified soya. The main reasoning behind this comes from the possible threat of cancer for humans because of the chemical composition of genetically modified soya.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az FG72 génmódosított szója 2mEPSPS és HPPD W336 fehérjéket termel, melyek segítségével az isoxaflutole, illetve a glifozát hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Az elvégzett kockázátértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható.

Termesztése során az ilyen hatóanyagú növényvédő szerek fokozott használata következhet be, mely később a termény szermaradék szintjét is növelheti. A glifozát gyomirtószert 2015-ben a WHO „valószínűsíthetően humán karcinogén” csoportba sorolta. Nagyfokú alkalmazása a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Álláspontom szerint nem szabad olyan génmódosított terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogattam a génmódosított termékek engedélyezését, és támogattam a kifogást.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Δεδομένης της αντίθεσης μας στους ΓΤΟ υποστηρίξαμε τις τρεις σχετικές αντιρρήσεις. Πέρυσι τον Οκτώβρη, η πρόταση της Επιτροπής για τους ΓΤΟ απερρίφθη από το ΕΚ. Μέσω αυτών των αντιρρήσεων θέλουμε να ασκήσουμε πίεση στην Επιτροπή για να κάνει μια πρόταση που θα σέβεται το δικαίωμα των κρατών μελών να μην επιτρέπουν την διακίνηση ΓΤΟ στην επικράτεια τους.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az FG72 génmódosított szója 2mEPSPS és HPPD W336 fehérjéket termel, melyek segítségével az isoxaflutole, illetve a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Az elvégzett kockázátértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a szabadföldi kísérletek során az FG72 szója kontrollja nem izogenikus vonala, hanem egy kiválasztott nem módosított hagyományos vonal volt;

- a beltartalmi összetevőket, fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva az FG72 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiaiailag nem releváns különbségek.

Termesztése során az ilyen hatóanyagú növényvédő szerek fokozott használata következhet be, mely később a termény szermaradék szintjét is növelheti. A glyphosate gyomirtószert 2015-ben a WHO „valószínűsíthetően humán karcinogén” csoportba sorolta. Nagyfokú alkalmazása a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogattam a GM-termékek engedélyezését.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The environmental impacts of GMOs must be assessed through a new proposal from the Commission for GMO food and fodder.

Peter Jahr (PPE), *schriftlich*. – Meine Stimme geht ganz klar gegen den Einwand der Genehmigung von drei Sorten Gen-Soja mit der Begründung, dass nicht alle Chancen auf Fortschritt durch Ablehnungen verbaut werden dürfen. Grundsätzlich ist zu bemerken, dass eine neue Technologie immer von einer Risikobewertung begleitet werden muss. Was mich allerdings nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass die Gentechnikgegner selbst Freilandversuche für eine wissenschaftlich begründete Risikobewertung ablehnen. Schon allein aus diesem Grund halte ich einen Teil der Ablehnungsgründe für ideologisch vorgeschoben.

Natürlich vertrete ich die Auffassung, dass der Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität hat. Untermauert wird meine Entscheidung auch wissenschaftlich, wenn sich sogar die Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA wie im letzten November für die Zulassung der drei Sojabohnensorten ausgesprochen hat.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Komisije o odobravanju stavljanja na tržište proizvoda koji sadržavaju genetski modificiranu soju FG72 (MST-FGO72-2), sastoji se od nje ili su proizvedeni od nje na temelju Uredbe (EZ) br. 1829/2003 Parlamenta i Vijeća, jer se time od Komisije traži da povuče svoj nacrt odluke.

Genetski modificirana soja o kojoj je riječ sadrži pojedine tvari koje su vrlo vjerojatno kancerogene za čovjeka. U tom kontekstu, predložena nacionalna zabrana prodaje i uporabe iste bila bi neprovediva, bez obzira na to što se uzgoj odvija isključivo na teritoriju jedne države članice, jer se trgovina proizvoda odvija i izvan nacionalnih granica.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La culture des sojas de la société Monsanto relève de la colonisation de l'Europe par des intérêts étrangers: les propriétés de ce soja ne servent que les intérêts de Monsanto, et à court terme ceux des éleveurs industriels. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate. L'EFSA a fait fi de l'opposition motivée de plusieurs États membres, alors que son évaluation sur les OGM est largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, dans l'objectif de déboucher les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

J'ai bien sûr voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja génétiquement modifié FG72.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de mes collègues Bart Staes, Sirpa Pietikäinen, Guillaume Balas, Lynn Boylan et Eleonora Evi sur l'objection conformément à l'article 106 au sujet de l'autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié FG72. En effet, certains groupes politiques emmenés par les Verts accusent la Commission de ne pas avoir respecté la procédure d'autorisation pour les organismes génétiquement modifiés. L'Autorité européenne de sécurité des aliments a pourtant conduit une étude qui a conclu à l'innocuité de ce produit pour les humains, les animaux et l'environnement. Surtout, l'autorisation de mise sur le marché relève actuellement des États membres.

Cette résolution a été adoptée, ce que je regrette.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – Even though as this vote is an objection to an implementing act, and this objection might be more of a political move made by different groups in the chamber, EH Bildu has maintained a coherent position on matters related to GMOs and always votes against those, or, as in cases such as last December with maize NK603*T25, vote in favour of objections to allowing the authorisation of GMOs.

The genetically modified MST-FGØ72-2 soybean, as described in the application for authorisation, expresses the 2mEPSPS protein which confers tolerance to glyphosate herbicides and HPPD W336 protein which confers tolerance to isoxaflutole herbicides; whereas the International Agency for Research on Cancer – the specialised cancer agency of the World Health Organisation – classified glyphosate as probably carcinogenic to humans on 20 March 2015.

Therefore, EH Bildu has voted in favour of this objection, and will keep voting in the same way to any future objection concerning authorisation of GMOs, as we would like to put pressure to the Commission to come up with a legislative proposal that is more satisfactory than the one rejected by Parliament last October.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Cette objection a été introduite par certains groupes politiques qui estiment que la Commission européenne aurait excédé ses pouvoirs en autorisant la mise sur le marché du soja génétiquement modifié - FG72.

Or, l'Autorité européenne de sécurité des aliments a conduit une étude complète et dans les règles pour autoriser ce soja. De plus, si l'autorisation de cultiver des OGM est accordée à l'échelle européenne, ce sont les États qui gardent cependant la main sur l'autorisation de mise sur le marché.

J'ai donc voté contre cette objection, qui n'était que purement déclaratoire, sans fondement et qui n'a aucun effet juridique.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Głosowaliśmy dziś nad projektami rezolucji, w których Parlament Europejski sprzeciwia się decyzjom wykonawczym Komisji Europejskiej umożliwiającym wprowadzenie do obrotu produktów zawierających odmiany genetycznie zmodyfikowanej soi. Jak wiemy, podstawowym składnikiem pasz jest białko, głównie to zawarte w śrucie sojowej. Jednak pomimo wzrastającej produkcji soi w Unii Europejskiej nie jesteśmy w stanie pokryć zapotrzebowania na wysokobiałkowe komponenty paszowe niezbędne do produkcji zwierzęcej. Dlatego UE importuje ogromne ilości soi (14 mln ton w sezonie 2015-2016), będąc drugim importerem na świecie. Niemalże cała importowana soja to soja zmodyfikowana genetycznie, tańsza o blisko 30 % od soi niemodyfikowanej.

Wniosek jest zatem niezwykle prosty: jeżeli uniemożliwimy import tańszej soi, nie będąc w stanie wyprodukować odpowiednio dużych ilości, by pokryć własne zapotrzebowanie, Unia Europejska będzie zmuszona importować soję znacznie droższą lub zwiększyć import mięsa, które przecież zostało wyprodukowane z wykorzystaniem soi zmodyfikowanej genetycznie. Europejska gospodarka poniesie dotkliwie straty, rolnicy stracą dochody, a konsumenci, koniec końców, i tak będą spożywać produkty zawierające organizmy genetycznie zmodyfikowane.

Nie popieram zatem sprzeciwu przygotowanego przez parlamentarną komisję ds. środowiska, zdrowia publicznego i bezpieczeństwa żywności, gdyż jestem zdania, że Europa powinna korzystać z najnowszych zdobyczy nauki, by móc rozwijać swoje rolnictwo i konkurować na arenie międzynarodowej, jednocześnie zapewniając bezpieczeństwo żywnościowe swym obywatelom.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Entschließungsantrag betreffend die Problematik genetisch manipulierter Organismen (GMO) stimme ich zu. Die österreichweite Ablehnung von GMO muss von der Kommission wahrgenommen werden. Die Europäische Kommission wird mit diesem Entschließungsantrag aufgefordert, den Durchführungsbeschluss, mit welchem sie die genetisch modifizierte Maissorte NK603xT25 zugelassen hat, umgehend zurückzuziehen. Stattdessen soll ein neuer Legislativvorschlag vorgelegt werden, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen äußern.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Līdzīgi kā atbalstīju rezolūcijas B8-0135/2016 un B8-0134/2016 es atbalstīju un arī balsoju par Eiropas Parlamenta rezolūciju, kas aicina atsaukt Komisijas Īstenošanas lēmumu, ar kuru tiek atļauts laist tirgū produktus, kas satur ģenētiski modificētas sojas pupas FG72 (MST-FGØ72-2), sastāv vai ir ražoti no tām. Eiropas Komisijai ir jānāk klajā ar labāku priekšlikumu par atļauju izsniegšanas procedūrām. Pašreizējais priekšlikums neievēro bieži vien paustās bažas par ĢMO iespējamo kaitīgumu veselībai un videi. Sekas, kādas ĢMO saturoši produkti var atstāt uz cilvēkiem un vidi, nav vēl pietiekami apzinātas un ir pārāk daudz neskaidrības attiecībā uz ģenētiski modificētiem produktiem.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the objection in order to express my opposition to authorisation of these varieties of GM soybean.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az FG72 génmódosított szója 2mEPSPS és HPPD W336 fehérjékét termel, melyek segítségével az isoxaflutole, illetve a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Az elvégzett kockázatelemelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a szabadföldi kísérletek során az FG72 szója kontrollja nem izogenikus vonala, hanem egy kiválasztott nem módosított hagyományos vonal volt;

- a beltartalmi összetevőket, fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva az FG72 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

Termesztése során az ilyen hatóanyagú növényvédő szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. A glyphosate gyomirtószert 2015-ben a WHO „valószínűsíthetően humán karcinogén” csoportba sorolta. Nagyfokú alkalmazása a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi- és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – This Motion for a Resolution deals with the draft Commission decision that authorises the placement on the market of products containing or produced from genetically modified FG72 soybean. According to the International Agency for Research on Cancer, soybean contains a protein that confers tolerance to glyphosate, which is probably carcinogenic to humans. Given that fact, this Motion underlines the non-conformity of this draft decision with the general European principles for ensuring a high level of protection of human and animal health, environment and consumer interests in relation to genetically modified food and calls on the Commission to withdraw it. This is the reason why I voted in favour.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), na piśmie. – Głosowałam przeciwko rezolucji sprzeciwiającej się możliwości handlu produktami zawierającymi zmodyfikowaną soję FG72, gdyż treść tej rezolucji jest zagrożeniem dla interesów polskich rolników. Soja modyfikowana genetycznie jest bogatym źródłem białka i istotnym komponentem pasz używanych w hodowli drobiu. Polska, jako największy producent drobiu w regionie, ma szansę utrzymać swoją pozycję tylko pod warunkiem utrzymania konkurencyjnych warunków funkcjonowania producentów. Panel naukowy GMO Europejskiej Agencji ds. Bezpieczeństwa Żywności (EFSA) opublikował trzy opinie naukowe nt. oceny bezpieczeństwa m.in. genetycznie modyfikowanej soi FG72 i soi MON 87705 × MON 89788, w których potwierdzono bezpieczeństwo obu ziaren dla zdrowia i środowiska w porównaniu z niemodyfikowanymi odpowiednikami. Jednak soja modyfikowana jest tańsza, tym samym jej dostępność wpływa na konkurencyjność produkcji rolniczej.

Giovanni La Via (PPE), per iscritto. – Ho votato contro la presente obiezione. La soia geneticamente modificata MST-FGØ72-2esprime la proteina 2mEPSPS che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato. A tal riguardo, ho il dovere di specificare che, il 12 novembre 2015, l'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) ha aggiornato il profilo tossicologico del glifosato. Il gruppo incaricato della revisione paritetica è arrivato alla conclusione che è improbabile che il glifosato sia genotossico (cioè che danneggi il DNA). Infine, vorrei sottolineare che l'EFSA ha stabilito una dose acuta di riferimento (DAR) per il glifosato pari a 0,5 mg per kg di peso corporeo. Ciò è da ritenere significativo in quanto è la prima volta che si applica ad una sostanza una tale soglia di esposizione.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), par écrit. – La Commission nous demandait d'autoriser l'importation de trois sojas transgéniques résistants au glyphosate.

Le glyphosate est un herbicide reconnu comme cancérigène par l'Organisation mondiale de la santé. Malgré ces recommandations, l'Autorité européenne de la santé (EFSA), dont les relations avec les industries des OGM ont trop souvent été démontrées, continue de le considérer comme non nocif.

J'ai donc voté contre ces autorisations. Elles sont dangereuses, ne respectent pas le principe de précaution et sapent la position européenne contre les OGM pour favoriser les échanges commerciaux au dépend de notre santé.

Ces positions de l'EFSA en faveur des OGM posent de plus en plus problème. L'EFSA doit prendre en compte les inquiétudes des citoyens et surtout revoir de fond en comble ses procédures d'appréciation qui font le jeu des grandes multinationales des semences.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection formulée en vertu de l'article 106 sur autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié FG72. La Commission propose d'autoriser le soja génétiquement modifié FG72. Cet OGM est tolérant au glyphosate, qui est probablement cancérigène pour l'homme. Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'EFSA (*European Food Safety Authority*) a fourni une évaluation insatisfaisante, faisant notamment fi des observations pertinentes des États membres. Malheureusement, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission. C'est l'objet de l'amendement du groupe ENL, qui attire l'attention sur ce fait et demande que les autorisations soient désormais délivrées sous forme d'actes délégués.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Dopad geneticky modifikovaných potravin na lidské zdraví je sporný. Podporuji proto, aby měl spotřebitel informace, zda je produkt přirozený nebo geneticky modifikovaný. Podporuji myšlenku, aby bylo na jednotlivých členských státech, zda dovoz geneticky modifikovaných produktů povolí nebo nepovolí. Nepřipojuji se k námitce, která by plošně zakázala dovoz těchto potravin v celé EU. Při hlasování jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Bayer CropScience AG je u lipnju 2011. tražio odobrenje za stavljanje na tržište hrane, sastojaka hrane i hrane za životinje koji sadržavaju soju FG72. Soja FG72 u sebi sadrži protein koji u sebi ima i glifosat. Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak, glifosat je smjestila u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka.

Parlament je u listopadu 2015. ustanovio da iako se uzgoj odvija na teritoriju jedne države članice, zabrana od strane Komisije o uporabi i prodaji je neprovediva iz razloga što bi to zahtijevalo ponovno uvođenje graničnih kontrola pri uvozu. Traži se od Komisije da povuče svoj nacrt odluke te da predstavi novi zakonodavni prijedlog o izmjeni, uzimajući u obzir nacionalna pitanja koja se ne odnose samo na probleme u vezi sa sigurnošću genetski modificiranih organizama za zdravlje i okoliš.

Nisam podržala prijedlog prigovora u skladu s člankom 106., jer smatram kako je bitno osigurati zaštitu zdravlja svih građana EU-a i Hrvatske.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Šis iebildums attiecas uz Komisijas vēlmi atļaut Bayer CropScience AG izstrādāto ģenētiski modificēto sojas pupu MST-FGØ72-2 laišanu tirgū pārtikas produktu, pārtikas sastāvdaļu un barības sastāvā. Viens no iemesliem, kāpēc Eiropas Parlaments nobalsoja pret, bija tas, ka šīs pupas sintezē proteīnu 2mEPSPS, kas piešķir noturību pret glifosāta herbicīdiem, savukārt 2015. gada 20. martā Starptautiskā Vēža izpētes aģentūra klasificēja glifosātu kā cilvēkam iespējami kancerogēnu vielu.

Ņemot vērā augstāk teikto, kā arī to, ka Komisijas priekšlikums neatbilst Savienības tiesību aktiem, piemēram, Eiropas Parlamenta un Padomes Regulai (EK) Nr. 1829/2003, kuras grozījumus pēc Komisijas attiecīga priekšlikuma Eiropas Parlaments atteicās apstiprināt 2015. gada oktobrī, nebija iespējams arī šoreiz nobalsot par Komisijas priekšlikumu, tāpēc balsoju par EP noraidošo lēmumu.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Špecializovaná agentúra Svetovej zdravotníckej organizácie pre výskum rakoviny zaradila v roku 2015 geneticky modifikovanú sóju FG72 medzi látky s pravdepodobným rakovinotvorným účinkom na ľudí. Belgická spoločnosť požiadala o súhlas s uvedením tejto sóje a výrobkov z nej na trh.

Podporujem návrh, aby Komisia bezpodmienečne stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia, ktorým povoľuje uvedenie a používanie tohto produktu na trhu. Vnútroštátne zákazy uvedenia takýchto produktov na trh sú v čase voľného obchodovania neúčinné a nekontrolovateľné, preto je takéto rozhodnutie potrebné prijať na úrovni EÚ.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτως*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος που βασίζεται στη διατύπωση αντιρρήσεων σύμφωνα με το άρθρο 106 σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης της Επιτροπής για την έγκριση της διάθεσης στην αγορά προϊόντων που περιέχουν, αποτελούνται ή παράγονται από γενετικώς τροποποιημένη σόγια FG72 (MST-FGØ72-2) σύμφωνα με τον κανονισμό (ΕΚ) αριθ. 1829/2003 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette objection. La Commission européenne propose d'autoriser trois nouveaux soja OGM de la société Monsanto. Ces trois OGM, qui incluent notamment le FG72, ont la caractéristique d'être tolérants au glyphosate, une propriété qui ne sert que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels. De plus l'EFSA (l'Autorité européenne pour la sécurité alimentaire) a fourni une évaluation insatisfaisante, en écartant notamment des observations pertinentes des États membres. Nous soutenons donc cette objection.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this objection because I do not believe the Commission should authorise the use of glyphosate-tolerant GM soybeans in food and feed.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – A favore della proposta di risoluzione presentata a norma dell'articolo 106: autorizzazione della soia geneticamente modificata. Affrontando un tema simile appare chiaro come la necessità primaria sia, oltre alla conformità al diritto dell'Unione, la garanzia di alti livelli di tutela della vita e della salute umana, tenendo conto inoltre del benessere e della salute degli animali, arrivando a tenere in debita considerazione gli interessi dei consumatori.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission wird aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen. Stattdessen sollte sie einen neuen Legislativvorschlag vorlegen, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen aussprechen. Es gibt eine österreichweite Ablehnung von GMO. Ich stimme diesem Antrag zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau prieš Komisijos sprendimą, kuriuo leidžiama importuoti į ES šalis trijų rūšių genetiškai modifikuotas sojų pupelės FG72. EK išduoti leidimai prekiauti maisto produktais bei pašarais, kuriuose yra bendrovės „Monsanto Europe S.A.“ genetiškai modifikuotų pupelių FG72 neatitinka ES teisės aktuose įtvirtintų principų, kuriais siekiama užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį.

Sojų pupelės FG72 yra genetiškai modifikuotos taip, kad taptų atsparios herbicidams, kurių sudėtyje yra glifosato – medžiagos, kurią Pasaulio sveikatos organizacijos Tarptautinė vėžio mokslinių tyrimų agentūra klasifikavo kaip galimai kancerogeninį poveikį žmonėms darančią medžiagą. Remiantis mokslininkų išvadomis dėl neigiamo GMO poveikio bei atsižvelgiant į neigiamą žmonių nuomonę GMO produktų atžvilgiu, Europos Komisija privalo peržiūrėti leidimų išdavimo tvarką bei pateikti naują pasiūlymą, kuriuo vadovaujantis sprendimus dėl GMO galėtų priimti pačios valstybės narės. Kol nėra sutarta dėl naujos tvarkos, Komisija neturėtų išdavinėti naujų leidimų, ir niekada nepritarsiu bandymams tai daryti.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution s'oppose à la décision d'exécution de la Commission autorisant la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié FG72 (MST-FGØ72-2). En effet, ce soja OGM, tel qu'il est décrit dans la demande, exprime la protéine 2mEPSPS, qui confère une tolérance aux herbicides contenant du glyphosate. Or le Centre international de recherche sur le cancer (CIRC), l'agence spécialisée de l'Organisation mondiale de la santé en matière de recherche sur le cancer, a classé le glyphosate comme étant probablement cancérigène pour l'homme, le 20 mars 2015. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à l'exploitation de l'Europe par des intérêts étrangers. Les propriétés de ce soja OGM ne servent que les intérêts de Monsanto et, à court terme, ceux des éleveurs industriels. Ces OGM sont tolérants au glyphosate. L'EFSA a ignoré l'opposition motivée de plusieurs États membres, bien que son évaluation sur les OGM soit largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, avec pour objectif de repérer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

J'ai bien sûr voté pour l'objection à la mise sur le marché du soja FG72.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei negativamente a autorização de colocação no mercado de produtos que contêm, sejam constituídos por, ou produzidos a partir de soja geneticamente modificada FG72 (MST-FGØ72-2) nos termos do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 do Parlamento Europeu e do Conselho.

A proposta de resolução consiste em requerer à Comissão que retire o projeto de decisão de execução, apresentando uma nova proposta que possa refletir todas as preocupações expressas em diversos regulamentos comunitários.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Lorsque le Centre international de recherche contre le cancer (IARC) a publié son étude complète fin juillet 2015, la Commission européenne a demandé à l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA), de prendre celle-ci en considération dans le cadre de son évaluation sur le renouvellement du glyphosate au niveau européen. Un expert belge en toxicologie a d'ailleurs collaboré à l'analyse de cette étude par l'EFSA. Celle-ci a finalement publié son avis sur le glyphosate le 12 novembre 2015 et conclu qu'il est improbable que le glyphosate présente un danger cancérigène pour l'homme. L'EFSA s'est basée sur le rapport de l'État membre rapporteur, l'Allemagne, mais également sur les études pertinentes publiées au cours de ces dix dernières années et avec la collaboration de représentants des organes d'évaluation des risques des États membres. Cette conclusion, bien que contredisant l'avis de l'IARC, confirme les conclusions de la majorité des instances toxicologiques internationales.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Poslanci Európskeho parlamentu, ktorí sú zároveň členmi výboru ENVI a medzi ktorých patrím aj ja, už skôr vyjadrili vážne obavy v súvislosti s vplyvom, ktorý má návrh Komisie na fungovanie vnútorného trhu s potravinami a krmivami. Zastávam názor, že návrh Komisie má negatívny vplyv na dovoz produktov, čo môže nepriaznivo zasiahnuť ekonomiku Európskej únie. Návrh by v praxi musel nevyhnutne viesť k obnoveniu hraničných kontrol, čo je vzhľadom na európsku colnú úniu nemožné. Členské štáty často vyjadrujú svoje pripomienky v tejto oblasti, ale dotknutý návrh Komisie sa nimi v dostatočnej miere nezaobrá. Považujem za nevyhnutné, aby Komisia predkladala návrhy, ktoré by zohľadňovali právo Únie a zároveň by prihliadali na požiadavky členských štátov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I rejected the authorisation of genetically modified soybean FG72. The soybeans which have been authorised are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. The Commission must come forward with a new proposal for GMO food and feed, which more thoroughly assesses the environmental impacts of GMOs.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A empresa Bayer CropScience apresentou à autoridade competente da Bélgica um pedido, nos termos dos artigos 5.º e 17.º do Regulamento (CE) n.º 1829/2003, para colocar no mercado géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contenham, sejam constituídos por, ou produzidos a partir de soja FG72.

Esta soja geneticamente modificada MST-FGØ72-2, tal como descrita no pedido, exprime a proteína GAT, que confere tolerância ao herbicida glifosato, que, segundo a classificação do Centro Internacional de Investigação do Cancro, é provavelmente cancerígeno para o ser humano.

Defendo que a União Europeia deve garantir a proteção da vida e da saúde humanas, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores, principalmente no que diz respeito aos géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados.

Faço votos para que a Comissão apresente uma nova proposta de alteração legislativa do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e tenha em consideração as preocupações da Organização Mundial de Saúde.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ces votes ont pour but de signaler l'opposition du Parlement européen à la mise sur le marché de trois nouveaux OGM, par voie d'importation. Il s'agit ici de l'OGM FG72. En effet, la Commission propose d'autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto qui ne servent que les intérêts de cette multinationale.

Comme d'habitude, l'EFSA a fourni des explications lacunaires ne prenant pas en compte les remarques pertinentes des États membres. C'est donc tout le processus d'attribution des autorisations qui est en cause, puisqu'une étude visant à remettre en cause l'action de l'EFSA va être produite en vue de rejeter la décharge budgétaire de cette agence peu objective. Seulement, ces objections du Parlement resteront probablement lettre morte étant donné qu'elles ne sont pas contraignantes. C'est pourquoi le groupe ENF a déposé trois amendements demandant que les autorisations soient désormais accordées sous la forme d'actes délégués et non plus sous la forme d'actes d'exécution.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection déposée par les socialistes, les Verts, l'extrême gauche et soutenue par l'extrême droite, concernant le soja génétiquement modifié FG72. Ces groupes ont basé leur objection sur le fait que la Commission européenne aurait excédé ses pouvoirs en autorisant la mise sur le marché de produits contenant cette variété de soja génétiquement modifié, consistant en ce soja génétiquement modifié ou fabriqués à partir de celui-ci. Cette objection a malheureusement été adoptée, au mépris du principe de subsidiarité et alors que la Commission a respecté, avant d'émettre sa proposition d'autorisation, la procédure en place en matière d'OGM en s'appuyant notamment sur une analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments sur l'innocuité de la plante sur la santé humaine et animale, ainsi que sur l'environnement. Cette proposition a été transmise au Conseil, qui ne l'a, lui, pas rejetée.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection relative à la mise sur le marché des produits contenant du soja génétiquement modifié FG72, celle-ci étant portée par une accusation à tort sur un soi-disant non-respect des pouvoirs de la Commission. L'autorisation de la mise sur le marché de ces produits s'est faite dans le cadre des pouvoirs de la Commission. De plus, l'objection n'a pour moi pas lieu d'être dans la mesure où les États membres déterminent eux-mêmes l'application ou non de l'autorisation. J'ai donc voté contre une objection symbolique sans fondement pour soutenir le travail de la Commission européenne.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this Motion for a Resolution with regard to the authorisation of placing on the market products containing, consisting of, or produced from genetically modified soybean FG72. The report states that the implementing decision is not consistent with Parliament's and the Council's Regulation on ensuring a high level of protection of human life and health, animal health and welfare, environment and consumer interests in relation to genetically modified food and feed, whilst ensuring effective operation of the internal market.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Аз подкрепих резолюцията на комисията по околна среда и общество здраве за оттегляне на проекта за решение за изпълнение на Европейската комисията относно пускането на пазара на храни, хранителни съставки и фуражи, съдържащи, състоящи се или произведени от соя MST-FGØ72-2.

Според научната информация, този вид соя спомага за експресирането на протеина 2mEPSPS, който придава устойчивост към хербицида глифозат, и протеина HPPD W336, който придава устойчивост към хербициди на основата на изоксафлутол. Международната агенция за изследване на рака класифицира глифозата като вероятно канцерогенен за хората. Вярвам, че дори само това е достатъчен аргумент да отхвърлим подобно предложение.

В допълнение към научната обосновка, голяма част от общественото мнение изразява все по-твърдо неодобрение към използването на ГМО техники и технологии. В навечерието на преговорите по Трансатлантическото партньорство за търговия и инвестиции това стана достатъчно ясно.

Смятам, че е социално безотговорно в името на общественото здраве да се позволява такава култура на територията на ЕС или на която и да е държава членка.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei propuneri întrucât consider că Uniunea Europeană trebuie să aibă un singur punct de vedere în cazul problemelor cu care se confruntă toate statele ei. Există valori spre care tindem cu toți, ca popoare, și mă refer aici la nevoia asigurării unui nivel ridicat de protecție a vieții și sănătății umane, a sănătății și bunăstării animale, a intereselor ecologice și ale consumatorilor, atunci când avem în vedere produse alimentare și furaje modificate genetic. Este un domeniu în care consider că nu trebuie să ne hazardăm fără a avea date concrete asupra implicațiilor pe termen lung. Astfel, solicitarea către Comisia Europeană de a-și retrage proiectul de decizie care dă dreptul utilizării plantei soia modificate genetic este, după părerea mea, una benefică pentru viitorul UE.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem proti návrhům na vyslovení námítky týkající se povolení geneticky modifikované sóji. Všechny tři druhy, o jejichž povolení se jedná, se vyznačují odolností vůči herbicidům, a mají tedy dobré předpoklady pro to, aby jejich pěstování bylo efektivní. Žádosti rovněž prošly vědeckým posouzením rizik jak na evropské úrovni (GMO panel Evropského úřadu pro bezpečnost potravin (EFSA)), tak i na národní úrovni a tato posouzení vyzněla v jejich prospěch. Odhlasování námítek proto považuji za postoj motivovaný politickými, a nikoliv věcnými a odbornými důvody.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – In diesem Antrag wird die Kommission aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen und stattdessen einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, welcher auch die Bedenken der Mitgliedsstaaten beinhaltet, die sich konkret gegen genetisch veränderte Organismen aussprechen. Folglich habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud, sest ei pea vajalikuks eraldi iga GMO toote turule laskmise üle otsustamist. Vaja oleks terviklikku lähenemist ja läbi tuleks vaadata kogu GMO toodete õiguslik regulatsioon.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Labai svarbu, kad visoje ES būtų užtikrintas aukštas žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygis. Todėl būtina užkirsti kelią lengvinančių sąlygų bei išimčių taikymui priimti palankius sprendimus dėl GMO.

Esant vieningai ES rinkai, konkurencijos sąlygos gamintojams turi būti vienodos, atsižvelgiant ne tik į ekonominius, bet ir į socialinius, ekologinius principus.

Negalima leisti, kad į rinką būtų teikiamos genetiškai modifikuotos sojos pupelės. Visų pirma, yra per mažai informacijos bei patikimų mokslinių įrodymų, kurie mums leistų teigti, kad GMO ir iš jų gaminamas maistas yra visiškai nepavojingas nei supančiai aplinkai, nei mums. Be to, nėra aišku, kokių pasekmių GMO turės netolimoje ateityje, ir tuo labiau negalime nuspėti, kokią ateitį kuriame savo palikuonims. Atsižvelgiant į tai, pritariu pasiūlymui, kuriuo Komisija raginama atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando il progetto di decisione di esecuzione della Commissione che autorizza l'immissione in commercio di prodotti contenenti, costituiti o ottenuti a partire da soia geneticamente modificata FG72 (MST-FGØ72-2), reputo la scelta confacente alle disposizioni normative dell'Unione europea. Pertanto, non mi sento di appoggiare l'obiezione e voto negativamente.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Komisija z dovoljenjem uvoza in uporabe treh tipov GS soje v prehrabene namene ne zagotavlja zadostne zaščite za zdravje evropskih državljanov, ki večinoma nasprotujejo GSO, zato sem podprl ugovor zoper izvršitev dovoljenja.

GS soja tipa FG72 je namreč imuna na herbicid glifozat, ki se ga uporablja pri gojenju, in je po ugotovitvah specializirane agencije SZO najverjetneje rakotvoren za živali in tudi za človeka.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Komisije o odobravanju stavljanja na tržište proizvoda koji sadržavaju genetski modificiranu soju FG72 (MST-FGØ72-2), sastoji se od nje ili su proizvedeni od nje. Kod genetski modificirane soje MST-FGØ72-2, a kako je opisano u zahtjevu, eksprimiran je protein 2mEPSPS koji uzrokuje toleranciju na herbicide koji sadrže glifosat.

Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak je 20. ožujka 2015. godine glifosat smjestila u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka, a 4. rujna 2015. kalifornijski Ured za procjenu ekološke opasnosti za zdravlje (OEHHA) također je izdao obavijest o namjeri dodavanja glifosata na popis kemikalija te savezne države za koje je poznato da uzrokuju rak. Korištenje potencijalno kancerogenih tvari u okolišu smatram rizikom koji nije opravdan.

Jednako tako, smatram da je odbijanjem prijedloga izmjene Uredbe (EZ) br. 1829/2003 nastala situacija u kojoj se do usvajanja novoga prijedloga ne jamči pravo državama članicama da samostalno odlučuju o uporabi GMO hrane i hrane za životinje na svom teritoriju te da svoje odluke učinkovito nadziru. S obzirom na navedeno, podržala sam ovaj prigovor.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da je kod genetski modificirane soje MST-FGØ72-2 eksprimiran protein 2mEPSPS, koji uzrokuje toleranciju na herbicide koji sadrže glifosat, i protein HPPD W336, koji uzrokuje toleranciju na herbicide koji sadrže izoksaflofural, te da je Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak, glifosat smjestila u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka, smatram da nacrt provedbene odluke Komisije nije u skladu sa zakonodavstvom Unije, što podrazumijeva osiguranje temelja za jamstvo visoke razine zaštite ljudskog života i zdravlja, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje, uz istodobno jamstvo učinkovitog funkcioniranja unutarnjeg tržišta.

U Hrvatskoj postoji nekoliko zakona koji reguliraju GMO, ovi novi zakoni koji su u nekim aspektima restriktivniji od prava EU-a. U zemljama u kojima je na snazi ovakav tip zakonodavstva tim i više su potrebni javna rasprava i javni konsenzus za autoriziranje spomenute vrste, kojeg nije bilo, zbog čega se slažem s predloženim prigovorom.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de autorização do FG72 foi apresentado pela Bayer à autoridade competente na Bélgica em 24/6/2011. Este pedido foi avaliado pela Autoridade de Segurança Alimentar Europeia (EFSA), que emitiu um parecer favorável. Foi então considerado pelo Comité Permanente de 18/11/2015, tendo sido avaliado com «sem opinião», como tem acontecido desde que este procedimento foi acordado.

Esta resolução opõe-se à adoção do projeto de implementação de decisão, com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem e solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas, até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados. Votámos favoravelmente, tendo em conta a nossa posição de objeção à autorização de OGM.

A Comissão deve apresentar, sem demora, uma proposta legislativa que respeite o direito dos Estados-Membros – e a vontade dos consumidores – de se oporem à introdução de OGM para alimentos e cultivo no seu território, tendo em conta os riscos para a soberania alimentar, o ambiente, a biodiversidade e a saúde pública, uma vez que não é possível garantir de forma cientificamente credível a inocuidade dos produtos transgénicos na alimentação humana e animal.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Námitku jsem podpořil, protože mám pochyby o používání geneticky modifikovaných potravin, a to se týká i sojových bobů FG72. Uvědomuji si i některé výhody GMO, ale osobně u mne převažují některá možná negativa.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis opposé à cette objection car les arguments développés par la gauche européenne, qui en est largement à l'origine, sont faux. La Commission n'a en aucun cas outrepassé ces pouvoirs pour autoriser la mise sur le marché de ces produits. Je rappelle d'ailleurs qu'il ne s'agit que d'une autorisation. La mise sur le marché effective dépend encore des États, donc des gouvernements.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Por considerar que o projeto de decisão de execução da Comissão, que autoriza a colocação no mercado de produtos que contenham, sejam constituídos por, ou produzidos a partir de soja geneticamente modificada FG72 (MST-FGØ72-2) se afigura consentâneo com o direito da União, adequando-se, em particular, à finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 22 de Setembro de 2003, relativo a géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados, votei contra a presente resolução que, nos termos do artigo 106.º do Regimento, solicita à Comissão que retire o seu projeto de decisão de execução.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of 'Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties.' Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans to be imported into the EU and processed into feed and food.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a presente resolução por concordar que o projeto de decisão de execução da Comissão não é consentâneo com o direito da União, visto que não é compatível com a finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e do Regulamento (CE) n.º 396/2005 do Parlamento Europeu e do Conselho.

Desta forma, e tendo em consideração a necessidade de garantir um elevado nível de proteção da vida e da saúde humanas, assegurando simultaneamente o funcionamento eficaz do mercado interno, apoio que a Comissão retire o seu projeto de decisão de execução que autoriza a colocação no mercado de produtos que contenham, sejam constituídos por ou produzidos a partir de soja geneticamente modificada FG72 (MST-FGØ72-2), nos termos do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 do Parlamento Europeu e do Conselho. Assim, votei favoravelmente a presente resolução por concordar que seja solicitada à Comissão a apresentação de uma nova proposta legislativa que altere o Regulamento (CE) n.º 1829/2003, com base no Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce midi, et par trois fois, les députés au Parlement européen ont dit non à l'autorisation de mise sur le marché de trois sortes de soja OGM. La première objection concerne le soja génétiquement modifié FG72 adopté par 427 voix pour et 237 contre. Il a été autorisé unilatéralement par la Commission le 18 novembre 2015. Il est vrai que la demande de commercialisation d'ingrédients alimentaires et d'aliments pour animaux contenant du soja FG72 a été faite en juin 2011 par l'entreprise Bayer CropScience aux autorités belges et que ce dossier ne pouvait rester éternellement bloqué.

Mais si le Parlement européen s'est opposé à la Commission, c'est moins pour relayer le rejet d'une majorité des citoyens européens à l'égard des OGM que pour souligner les caractéristiques propres du soja FG72, qui est tolérant aux herbicides contenant du glyphosate. Or cette substance active, que l'on retrouve dans le commerce par exemple dans le désherbant Roundup, a été classifiée comme «cancérigène probable» pour les humains le 20 mars 2015 par l'Organisation mondiale de la Santé. Raison suffisante qui se double d'une méfiance à l'égard de la Commission qui use et abuse de cette procédure d'autorisation d'OGM à l'importation sans aucune légitimité démocratique.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – La Commission européenne se moque du monde. Elle a été condamnée par la Cour de Justice de l'Union européenne pour ne pas avoir défini des critères encadrant les perturbateurs endocriniens et elle voudrait qu'on accepte trois sojas OGM tolérants au glyphosate. Cette substance active que l'on retrouve dans l'herbicide de Monsanto, le RoundUp, est elle-même un perturbateur endocrinien qui a des effets nocifs, notamment sur les fonctions reproductives de l'être humain. De plus, deux de ces sojas sont commercialisés par Monsanto qui serait définitivement gagnant sur tous les plans. Nous n'avons pas été élus pour servir les intérêts de cette multinationale délinquante.

Tant que la législation européenne qui encadre l'autorisation des OGM demeure aussi laxiste et que la Commission est hors-la-loi, nous refuserons en bloc les OGM, d'autant plus quand ils sont tolérants à des substances chimiques mal encadrées par le droit européen. Nous avons déjà acté cette position au Parlement européen en octobre 2015.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – De la même manière que sur l'objection au maïs génétiquement modifié votée en décembre dernier, j'ai soutenu l'objection à la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié FG72.

Rejeter les nouvelles autorisations de mise sur le marché d'OGM est une manière pour notre Parlement d'envoyer un message clair à la Commission européenne afin qu'elle révisé le processus d'autorisation actuel des OGM. Ce processus n'est en effet ni satisfaisant, ni démocratique, chaque décision d'autorisation ayant été adoptée par la Commission sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et en passant outre l'avis du Parlement. Je rappelle par ailleurs que les opinions publiques demeurent négatives vis-à-vis des OGM, que l'évaluation de risque est jugée insuffisante et l'absence d'étude de toxicité sur 90 jours.

Enfin, je pense que le principe de précaution est ici justifié étant donné la tolérance du soja en question aux herbicides contenant du glyphosate, substance en cours d'évaluation qui pourrait être nocive pour la santé.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción a este acto de ejecución mediante el cual la Comisión Europea autoriza a la empresa Bayer CropScience AG la introducción de la variedad de soja modificada genéticamente FG72 en Bélgica. Con esta objeción, solicitamos a la Comisión que se abstenga de autorizar la comercialización de ningún OMG hasta que se presente un nuevo reglamento, tal y como ha solicitado este Parlamento.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Ce midi, j'ai voté pour que la Commission européenne n'autorise pas l'utilisation de trois sojas génétiquement modifiés qui tolèrent le glyphosate dans les produits d'alimentation humaine et animale. Le glyphosate est un herbicide classé depuis le 20 mars 2015 comme «cancérigène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS). Ces trois sojas génétiquement modifiés qui ont déjà été autorisés par l'exécutif européen dans des produits d'alimentation humaine et animale sont le FG72, le MON 87708 x MON 89788 et le MON 87705 x MON 89788. Lors du vote de ce jour, j'ai bien entendu soutenu chacune des trois objections qui demandent leur rejet.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes nesuprantu, kodėl Europos Komisija nenori užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų atžvilgiu. EK patvirtino soją, kuri „praturtinta“ ne vienu, o dviem naujais baltymais – vienas nulemia sojos atsparumą gliufosinatu, kitas – dar vienam herbicidui izoksaflutolui. Gliufosinatas dar 2009 metais įtrauktas į 22 labiausiai pavojingų cheminių medžiagų sąrašą ir Europos Parlamentas jau buvo balsavęs, kad šioms medžiagoms nebūtų pratęstas galiojimas, kuomet jis pasibaigs. Tikiuosi, kad EK išgirs Parlamento poziciją ir neeis šiai sojai patekti į ES.

Fernando Ruas (PPE), por escrito. – Esta objecção diz respeito à colocação no mercado de produtos que contenham, sejam constituídos por ou produzidos a partir de soja geneticamente modificada.

Sendo este tipo de soja resistente ao glifosato (herbicida), é natural que os produtos que o contêm possam vestígios do mesmo. Em 18/11 último, a Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (EFSA) concluiu que é improvável que o glifosato seja genotóxico (i.e. prejudicial para o ADN) ou que represente uma ameaça cancerígena para os seres humanos – apenas com um voto contra.

Contudo, existe um parecer divergente no que diz respeito à eventual perigosidade/efeito cancerígeno do glifosato, por parte do Centro Internacional de Investigação do Cancro (Agência da OMS) que o classificou como provavelmente cancerígeno para o ser humano (20/03/2015).

Importa ainda referir que estamos perante um ato de execução – cuja competência para aplicação pertence à Comissão Europeia. Nessa medida, pesados ambos os argumentos, o facto de estar a ser preparada nova legislação sobre OGM e a circunstância do grupo PPE não ter objetado ao aato delegado, com base no parecer da EFSA, decidi abster-me.

Parece-me ainda evidente que a EFSA e a OMS deveriam imediatamente encetar contactos para harmonizar a sua posição sobre esta matéria.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), kirjallinen. – Geenimanipulointuihin elintarvikkeisiin liittyy edelleen paljon kartoittamattomia riskejä. Kyse ei ole ainoastaan siitä, miten nämä tuotteet vaikuttavat ihmisten terveyteen, vaan miten ne vaikuttavat koko ympäristöön. On syytä muistaa, että muuntogeeniset lajikkeet ovat uusi asia. Pitkän aikavälin tutkimustietoa ei ole saatavilla. Me emme yksinkertaisesti tiedä, miten altistuminen vaikuttaa vuosikymmenien saatossa ihmisiin tai luontoon.

Päätettäessä uusien muuntogeenisten tuotteiden pääsystä markkinoille onkin syytä olla erittäin varovainen. Tiedonpuute ja tehtyjen päätösten peruuttamattomuus ovat isoja riskitekijöitä. Oleellista on, että kaikki ratkaisut tehdään turvallisuus edellä. Näistä syistä päätin äänestää kehittämisohdotusten ja samalla perinteisen sekä turvallisen elintarviketuotannon puolesta.

Matteo Salvini (ENF), per iscritto. – A tutela della salute dei cittadini ho ritenuto opportuno sostenere l'obiezione all'autorizzazione di questa tipologia di soia geneticamente modificata.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente FG72 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Christel Schaldemose (S&D), skriftlig. – Udkastet til Kommissionens gennemførelsesafgørelse er ikke i overensstemmelse med EU-lovgivningen, idet

det ikke er foreneligt med formålet med forordning (EF) nr. 1829/2003 og med Europa-Parlamentets og Rådets forordning (EF) nr. 396/2005, som i overensstemmelse med de generelle principper, der er fastlagt i Europa-Parlamentets og Rådets forordning (EF) nr. 178/2002, er at sikre et højt niveau for beskyttelse af menneskers liv og sundhed, af dyrs sundhed og velfærd, af miljøet og af forbrugerinteresser i relation til genetisk modificerede fødevarer og foderstoffer, samtidig med at det sikres, at det indre marked fungerer effektivt.

Jasenko Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Jag röstade emot invändningen att godkänna den genmodifierad sojabönan, framförallt för att vi måste lita på vetenskapen, dvs. om den Europeiska myndigheten för livsmedelssäkerhet (EFSA) efter utvärdering anser att en gröda är säker så är det detta vi ska utgå ifrån och inget annat. Med en växande befolkning och ökade klimathot behövs en modern växtförädling i Europa. Detta inkluderar moderna tekniker för att förädla fram jordbruksgrödor och andra växter som dels kan mätta jordens befolkning, dels kan bidra till ett bättre klimat.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Bayer CropScience AG a la autoridad competente en Bélgica. Se trata de un tipo de soja transgénica tolerante a los herbicidas a base de glifosato e isoxaflutol. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this objection, because I believe - like my other Socialist colleagues in the chamber today - that the Commission needs to come forward with a new proposal for Genetically Modified Organisms used in food and feed, one which more thoroughly assesses the environmental impacts of the GMOs. Fully informed and scientifically guided decision making process with regards to GMOs that responds to public expectations is required and that is what my Labour colleagues and I are supporting today.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Uznesením Európskeho parlamentu sme požiadali Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia a predložila nový legislatívny návrh na zmenu nariadenia (ES) č. 1829/2003, ktorý zohľadní často vyjadrované pripomienky členských štátov, ktoré sa netýkajú len otázok bezpečnosti GMO pre zdravie či životné prostredie. Geneticky modifikovaná sója FG72 exprimuje proteín umožňujúci toleranciu voči herbicídum obsahujúcim glyfozát a proteín HPPD W336 umožňujúci toleranciu voči herbicídum obsahujúcim izoxaflutol. Medzinárodná agentúra pre výskum rakoviny – špecializovaná agentúra Svetovej zdravotníckej organizácie pre výskum rakoviny – zaradila 20. marca 2015 glyfozát medzi látky s pravdepodobným rakovinotvorným účinkom na ľudí.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Téma geneticky modifikovaných plodin je velmi odborné, a tudíž by dle mého názoru mělo být především na expertech v oblasti biologie a genetiky, aby posoudili, zda je daná geneticky modifikovaná potravina nebezpečná či nikoliv. V těchto třech případech, o kterých dnes hlasoval Evropský parlament – konkrétně u sóji MON 87708, 89788, 87705, 89788 a FG72 – máme k dispozici závěry Evropského úřadu pro bezpečnost potravin, v České republice potom zmíněné plodiny zkoumal Vědecký výbor pro GM potraviny a krmiva. Ani jedna z těchto odborných institucí u nich nevidí žádná zdravotní rizika. Přestože jsem přesvědčena, že při zavádění geneticky modifikovaných potravin na trh je potřeba zdrženlivost a opatrnost, protože oblast genetiky se stále teprve vyvíjí, byť velmi rychle, jsem také přesvědčena, že evropská legislativa je v tomto směru dostatečně obezřetná a normy pro uvádění geneticky modifikovaných potravin na evropské trhy jsou dostatečně přísné. Jestliže Evropský úřad pro bezpečnost potravin v souladu s legislativním postupem na základě výzkumů uznal, že dané plodiny nejsou závadné, nevidím důvod ke stažení návrhů prováděcích rozhodnutí Komise.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi contro le proposte avanzate dalla Commissione europea per autorizzare tre nuovi tipi di soia geneticamente modificata resistente agli erbicidi in alimenti e mangimi. Un'eventuale autorizzazione di questi tipi di soia incoraggerebbe infatti l'uso di erbicidi che potrebbero essere causa di tumori e altre gravi conseguenze sulla salute umana, come il glifosato. Questa sostanza in particolare è infatti classificata come «probabilmente cancerogena» dall'Organizzazione mondiale della Sanità (OMS) in una valutazione emessa nel 2015. Con questo voto chiediamo inoltre alla Commissione di proporre un nuovo sistema più chiaro e coerente di autorizzazione per gli alimenti e i mangimi geneticamente modificati, a protezione della salute umana ma anche dell'ambiente.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Berúc do úvahy ochranu ľudského života, zdravia a dobrých životných podmienok zvierat, životného prostredia a záujmov spotrebiteľov v súvislosti s povolením geneticky modifikovaných potravín a krmív by takýto legislatívny návrh mala riešiť a rozhodovať o ňom každá krajina samostatne.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the motion to object to the Commission's authorising decisions in order to express opposition to authorisation of these particular varieties of GM soybean and to call on the Commission to live up to its obligation to update the Annexes to Directive 2001/18/EC by 3 April 2017 as regards the environmental risk assessment of GMOs, in line with Parliament's vote of 13 January 2015. With this decision I, along with other Labour MEPs, voted for a fully informed and scientifically guided decision-making process with regards to GMOs that responds to public expectations.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – 24. lipnja 2011. godine Bayer CropScience AG predao je nadležnim institucijama u Belgiji prijavu, u skladu s člancima 5. i 17. Propisa Komisije i Parlamenta br. 1829/2003, za smještanje na tržište hranu koja se sastoji ili proizvodi od soje FG72. Ne podržavam ovaj prigovor.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti resoluciji o osnutku izvedbenega sklepa Komisije o odobritvi dajanja v promet proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjeno sojo FG72. Ne strinjam se s predlogom iz resolucije, da naj Komisija izvedbeni sklep umakne, ker naj bi bil v neskladju s pravom Unije.

Tega, ali je sklep v skladu s pravom Unije, zagotovo ne moremo ugotavljati v resoluciji, saj za to nimamo nobene podlage. Raziskav na področju gensko spremenjenih organizmov je bilo v preteklosti že ogromno in rezultati mnogih so si bili zelo različni, kar vzpostavlja dvom v pravilnost raziskav.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την σχετική έκθεση για να ασκηθεί βέτο στην έγκριση της διάθεσης της γενετικής τροποποιημένης σόγιας στην αγορά, αφού για μας σκοπός παραμένει η εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ανθρώπινης ζωής και υγείας, του περιβάλλοντος και των συμφερόντων των καταναλωτών. Παράλληλα λάβαμε υπόψη τα συμπεράσματα της υπηρεσίας ερευνών για την αντιμετώπιση του καρκίνου που υπόκειται στον Παγκόσμιο Οργανισμό Υγείας, τα οποία αναφέρουν ότι τα τρία είδη γενετικής τροποποιημένης σόγιας διαθέτουν διάφορους τύπους ζιζανιοκτόνων τα οποία έχουν χαρακτηριστεί ως πιθανώς καρκινογόνα για τον άνθρωπο.

Επιπρόσθετα εναντιωνόμαστε στη πρακτική της ΕΕ να αποφασίζει και να επιβάλλει τη διάθεση και χρήση γενετικά τροποποιημένων προϊόντων στις αγορές των κρατών μελών καθώς σε καμία περίπτωση δεν πρέπει να θυσιάζεται στο βωμό του κέρδους και του ανταγωνισμού η κυριαρχία των κρατών να αποφασίζουν για καίρια ζητήματα όπως η υγεία και η ευημερία των πολιτών τους.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Προτείνει στην Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης σχετικά με την διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικής τροποποιημένη σόγια FG72 (MST-FGØ72-2) το οποίο δεν είναι σύμφωνο προς το δικαίο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított FG72 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított termékek forgalomba hozatalával kapcsolatos állásfoglalást. Az állásfoglalás apropóját az adja, hogy 2011. június 24-én a Bayer CropScience forgalomba hozatali kérelmet nyújtott be Belgium illetékes hatóságához. Az említett szójabab expresszája a 2mEPSPS fehérjét, amely ellenállást biztosít a glifozáttartalmú gyomirtó szerekkel szemben, valamint a HPPD W336 fehérjét is, amely ellenállást biztosít az izoxaflutol hatóanyagú gyomirtó szerekkel szemben.

A WHO Nemzetközi Rákkutatási Ügynöksége a glifozátot az „emberre valószínűleg rákkeltő hatású” anyagként sorolta be 2015-ben. Az 1829/2003/EK rendelet hatálybalépése óta az engedélyező határozatokat a Bizottság a tagállami bizottságok véleményei nélkül fogadta el, illetve a GM-élelmiszerek és -takarmányok esetében általánossá vált az az egyébiránt kivételes döntéshozatali gyakorlat, hogy a dossziét végleges jóváhagyásra visszaküldi a Bizottsághoz. Egyetérték azzal, hogy még ha az előállítás szükségszerűen egy tagállam területén történik is, a GMO-k kereskedelme átlépi a határokat, ami azt jelenti, hogy a Bizottság által javasolt nemzeti „értékesítésre és felhasználásra” vonatkozó tilalmat az egységes belső piacon nem lehetne érvényesíteni.

Éppen ezért támogattam a végrehajtási rendelet visszavonását, és hogy a Bizottság nyújtson be új jogalkotási javaslatot, figyelembe véve azokat a gyakran hangoztatott tagállami aggályokat, amelyek nem csupán a GMO-k által az egészségre vagy a környezetre jelentett veszélyekkel kapcsolatosak.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho contribuito col mio sì all'approvazione di questa risoluzione. Sono contrario agli OGM e sono – se possibile – ancor più contrario agli OGM che, come la soia FG72, esprimono resistenza ai diserbanti: in questo caso il famigerato glifosato e l'isoxaflutolo, la cui scheda di sicurezza dice: «Altamente tossico per gli organismi acquatici».

Ovviamente se una coltura non risente dell'impiego dell'isoxaflutolo, si tenderà ad usarne di più. La pioggia trasferisce i diserbanti verso i corsi d'acqua – proprio l'ambiente nel quale il diserbante isoxaflutolo risulta altamente tossico – e verso le falde idriche.

Secondo il dodicesimo rapporto nazionale sui pesticidi e sulle acque redatto dall'Ispra (Istituto superiore per la protezione e la ricerca che fa capo al ministero dell'Ambiente), nelle acque italiane c'è di tutto, a cominciare dagli erbicidi: fino a 60 sostanze diverse nello stesso campione. Le sostanze di questo cocktail possono produrre un effetto additivo o, peggio ancora, un effetto sinergico. In ogni caso, un danno superiore alla semplice somma dei fattori che lo compongono. Il no agli OGM resistenti ai diserbanti è doveroso non solo per l'ambiente, ma anche per la salute delle persone che vivono delle zone da cui proviene la soia importata nell'UE.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Progresele realizate de științele agricole în ultimele decenii au permis societăților contemporane identificarea unor soluții pentru combaterea dăunătorilor și bolilor diverselor plante, care afectează randamentul acestora în producerea hranei necesare. În același timp, experimentele realizate asupra anumitor plante au dus la apariția unor soiuri modificate genetic mai rezistente la dăunători, dar și la anumite erbicide.

Folosirea organismelor modificate genetic (OMG) a stârnit multe controverse la nivel european, fiind vizate presupuse efecte pe care le-ar putea avea asupra organismului uman. Pentru a nu lua decizii pripite până în momentul realizării unor studii științifice aprofundate în domeniu, Comisia Europeană a evitat adoptarea unei poziții tranșante, lăsând la latitudinea statelor membre luarea măsurilor considerate ca fiind necesare.

În privința culturilor de soia modificată genetic (FG72, MON 87708 × MON 89788, MON 87705 × MON 89788), rezistența la erbicide poate fi dăunătoare la adresa mediului sau sănătății consumatorilor. Din acest motiv, Parlamentul European a formulat această obiecție, care este justificată și care este, de fapt, o solicitare pentru o evaluare mai aprofundată a efectelor OMG, în vederea evitării oricăror riscuri la adresa mediului și consumatorilor europeni.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Non! Le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union.

Notre objectif est d'assurer un niveau élevé de protection de la vie et de la santé humaines, de la santé animale et du bien-être des animaux, de l'environnement et des intérêts des consommateurs.

Le consommateur européen ne doit pas être le cobaye des multinationales!!!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Contrary to the result of the final vote, I opposed the objection to authorise the placing on the market of products containing genetically modified soybean FG72. The application to put the soybean concerned on the market was fully compliant with EU legislation; the technical decision to authorise it or not is then left to the Commission, which assesses the application based on scientific evidence. The Commission agreed to validate the placing on the market and I see no reason for denying the scientific assessment.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije glede ugovora v skladu s členom 106 Poslovnika: odobritev gensko spremenjene soje FG72 sem podprla, saj menim, da je naša prioriteta na področju gensko spremenjenih živil in krme zagotavljanje visoke ravni varstva življenja in zdravja ljudi, zdravja in zaščite živali in okolja.

Glede na to, da je ta snov uvrščena med snovi, ki so rakotvorne za ljudi, je pomembno, da to izpostavimo in tako zaščitimo interese potrošnikov, prebivalce Unije ter krepimo njihovo zaupanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente FG72 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Commission proposait d'autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate. Deux d'entre eux ont une autre caractéristique: composition différente en acide gras pour l'OGM B et tolérance au dicamba (un pesticide) pour l'OGM C. Ces propriétés ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels (et encore, ce n'est pas démontré).

Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante, faisant notamment fi des observations pertinentes des États membres.

Par ailleurs, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission.

Je vote donc pour l'objection, même symbolique.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bayer CropScience AG kérelmet nyújtott be Belgium illetékes hatóságához az FG72 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatalára vonatkozóan. A kérelemben leírtak szerint a genetikailag módosított MST-FGØ72-2 szójabab expresszálja a 2mEPSPS fehérjét, amely ellenállást biztosít a glifozáttartalmú gyomirtó szerekkel szemben, valamint a HPPD W336 fehérjét is, amely ellenállást biztosít az izoxaflutol hatóanyagú gyomirtó szerekkel szemben. Az előterjesztő felkéri a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozata tervezetét az ügyben. Szavazatommal támogattam az S&D-frakció álláspontját a kérdésben.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente FG72 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Inese Vaidere (PPE), rakstiski. – Allaž esmu iestājusies par to, lai Latvija un Eiropas Savienība kopumā būtu brīva no ģenētiski modificētiem organismiem (ĢMO). Mēs nedrīkstam pieļaut, ka kāda ekonomisko interešu vārdā apdraudēta tiek mūsu iedzīvotāju veselība.

Ar nožēlu jāatzīst, ka šī ir kārtējā reize, kad Eiropas Komisija, pretēji dalībvalstu nostājai, izmantojot savas tiesību aktos piešķirtās pilnvaras, vēlas dot zaļo gaismu jaunu ĢMO produktu laišanai tirgū. ĢMO sojas pupiņas ir noturīgas pret glifosātu, ko Starptautiskā Vēža izpētes aģentūra klasificējusi kā cilvēkam iespējami kancerogēnu vielu.

Šoreiz EK ne tikai nav ņēmusi vērā valstu izteiktās bažas par ĢMO kaitīgumu, bet arī ignorējusi Pasaules Veselības organizācijas aģentūras veiktos pētījumus par glifosātu kā iespējami kancerogēnu vielu.

Ņemot vērā Pasaules Veselības organizācijas aģentūras veiktos pētījumus par glifosātu un Latvijas sabiedrības negatīvo nostāju pret ĢMO, balsoju pret šo trīs ĢMO sojas pupiņu laišanu tirgū.

Turklāt, uzskatu, ka būtu jāmaina esošā likumdošanas procedūra, lai, izsniedzot atļaujas jaunu ĢMO pārtikas un barības produktu laišanai tirgū, gan Eiropas Parlamentam, gan valstīm tiktu piešķirtas lielākas lemtiesības, tādējādi nodrošinot efektīvāku demokrātisko kontroli un sabiedrības interešu ievērošanu.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this objection concerning the genetically modified soybean FG72 because I believe that the Commission should not authorise the use of glyphosate-tolerant GM soybeans in food and feed, specifically for two reasons: the first reason is that glyphosate, a herbicide, was classified as 'probably carcinogenic' to humans on 20 March 2015 by the World Health Organization's cancer agency. The second reason is that currently, GMOs are being authorised in the EU without the support of Member States: in fact, every GM authorisation decision has so far been taken by the Commission without the support of a qualified majority of Member States.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Ik stemde tegen het bezwaar om de genetisch gemodificeerde sojaboon te accepteren. We moeten vertrouwen op de wetenschap en onze Europese Autoriteit voor voedselveiligheid. Zij zijn van mening dat dit gewas veilig is. Met een groeiende bevolking en steeds meer bedreigingen voor het klimaat hebben we behoefte aan een moderne plantenveredeling in Europa. Onder meer deze moderne technieken voor het kweken van landbouwgewassen en andere planten kunnen bijdragen tot een betere voeding voor de wereldbevolking en een beter klimaat.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Esta resolução objeta à adoção do projeto de implementação de decisão com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem. Solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados.

Considerando que todos estes produtos de soja conferem tolerância acrescida a diferentes tipos de herbicidas (especialmente ao glifosato), que foi classificado como provavelmente cancerígeno para seres humanos pela IARC, em 15 de março de 2015, este projeto de Decisão de Execução não é compatível com os objetivos do Regulamento (CE) n.º 1829/2003, relativo a alimentos geneticamente modificados para alimentação humana e animal, bem como o Regulamento (CE) n.º 396/2005 relativo aos resíduos de pesticidas na alimentação humana e animal.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Die Kommission wird aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen. Stattdessen sollte sie einen neuen Legislativvorschlag vorlegen, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen aussprechen. Es gibt eine österreichweite Ablehnung von GMO. Ich stimme diesem Antrag zu.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Die Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte FG72 (MST-FGØ72-2) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates trage ich mit.

Mit der Entschließung wird die Kommission aufgefordert, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen und einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, bei dem nationale Interessen und Bedenken besser berücksichtigt werden.

Dieses Ziel trage ich mit. Ich wende mich gegen eine pauschale Zulässigkeit genetisch modifizierter Organismen und trete für mehr Rücksichtnahme auf nationale Belange auf der Ebene der EU ein, vorzugsweise durch mehr Subsidiarität.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Υποστήριξα την συγκεκριμένη ένσταση, δίνοντας την θετική μου ψήφο. Η παρούσα πρωτοβουλία ενισχύει την ασφάλεια των τροφίμων και των ζωοτροφών προς όφελος των παραγωγών και των πολιτών, αλλά και υποστηρίζει την σωστή λειτουργία της εσωτερικής αγοράς στα πλαίσια της Ένωσης.

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione che chiede con forza alla Commissione europea di non autorizzare l'immissione sul mercato della soia geneticamente modificata FG72 (MST-FG072-2) progettata da Monsanto per tollerare l'irrorazione del glifosato. Ancora una volta le grandi multinazionali del biotech hanno provato a rifilare prodotti OGM a 500 milioni di cittadini europei.

La soia resistente al glifosato e il glifosato costituiscono l'ennesimo pacchetto commerciale progettato dalla Monsanto, multinazionale che, pur di aumentare i propri profitti, è pronta a passare sopra alla salute delle persone senza alcuno scrupolo, come dimostra il caso Argentina.

Il glifosato, il diserbante più usato al mondo, è stato classificato dall'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro (IARC) e dall'Organizzazione mondiale della sanità (OMS) come «probabilmente cancerogeno» per l'uomo e noi del Movimento 5 Stelle da sempre ci battiamo perché venga messo al bando in Europa. Non intendiamo perciò consentire in alcun modo la coltivazione sul territorio europeo di organismi modificati appositamente per tollerare questo pesticida. Sin dall'inizio del mio mandato mi sono battuto per fare dell'Europa un territorio libero da OGM e con questo voto ribadisco un secco no all'ingresso di prodotti transgenici nel territorio europeo.

Milan Zver (PPE), pisno. – Glasoval sem proti resoluciji o osnutku izvedbenega sklepa Komisije o odobritvi dajanja proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjeno sojo FG72.

Strinjam se, da moramo zagotavljati visoke ravni varstva življenja in zdravja ljudi, zdravja in zaščite živali, okolja ter interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjenimi živali in krmo. Dejstvo pa je, da vsak gensko spremenjen organizem ni škodljiv, zato je potrebno odločitve o morebitni odobritvi dajanja proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjene encime na trg, sprejeti na podlagi neodvisnih in verodostojnih raziskav o potencialnih negativnih učinkih.

9.5. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 (B8-0134/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Da sempre il Movimento 5 Stelle tutela gli interessi dei cittadini, sia in Italia sia in Europa, e si batte contro l'immissione nel mercato di prodotti alimentari e mangimi contenenti soia geneticamente modificata. La domanda di autorizzazione presentata dalla Monsanto richiede un consenso unanime da parte della comunità scientifica e questo consenso, ad oggi, manca. Per questi motivi ho votato a favore della procedura di obiezione.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Monsanto a la autoridad competente en los Países Bajos. Se trata de un tipo de soja transgénica tolerante a los herbicidas a base de glifosato y dicamba. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection du Parlement européen sur la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié OGM MON 87708 × MON 89788.

En effet, je suis profondément opposé à l'introduction de nouveaux OGM sur le marché. De plus, l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante qui met notamment en avant des observations pertinentes des États membres allant dans ce sens.

Même si je regrette que ce texte n'ait qu'une portée symbolique, car étant peu contraignant pour la Commission, je soutiens cette objection.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this objection resolution. Since the entry into force of Regulation (EC) No 1829/2003 the Commission has made authorisation decisions on new GMOs without the support of the Member State committees.

This situation was intended to be an exception in the legislation which has unfortunately become the norm. Commission President Juncker has failed to fulfil the promise he made as a candidate for the Presidency of the Commission to fix this democratic deficit in decision-making for GMOs in the European Union. The Commission is therefore authorising the placing on the market of products with a system which it itself has recognised is flawed. It is essential that the Commission now comes up with a real proposal on GMOs to correct this democratic deficit.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Με τη συγκεκριμένη πρόταση ψηφίσματος το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο επιθυμεί να διατυπώσει τις αντιρρήσεις του σύμφωνα με το άρθρο 106 σχετικά με την έγκριση της διάθεσης γενετικώς τροποποιημένης σόγιας MON87708 × MON89788 στην αγορά. Τον Οκτώβριο το Κοινοβούλιο απέρριψε την νέα πρόταση της Επιτροπής σχετικά με τις γενετικώς τροποποιημένες τροφές και ζωοτροφές και της ζήτησε να επανέλθει με νέα πρόταση.

Στο μεταξύ λοιπόν δε θα έπρεπε να δοθεί άδεια να διατεθούν στην αγορά νέες γενετικώς τροποποιημένες τροφές και ζωοτροφές στο πλαίσιο του υπάρχοντος νομικού πλαισίου. Το συγκεκριμένο είδος σόγιας, του οποίου η διάθεση εγκρίθηκε, είναι ανθεκτικό σε ορισμένα ζιζανιοκτόνα και ως εκ τούτου η καλλιέργειά του ενδέχεται να ενθαρρύνει μία πιο ελεύθερη χρήση των ζιζανιοκτόνων, γεγονός που μπορεί να έχει ζημιολογικές επιπτώσεις για την ανθρώπινη υγεία.

Για όλους τους παραπάνω λόγους υπερψήφισα τη διατύπωση αντιρρήσεων καθώς θεωρούμε ότι η Επιτροπή πρέπει να υποβάλει νέα πρόταση για τα γενετικώς τροποποιημένα τρόφιμα και τις ζωοτροφές, η οποία θα αξιολογεί με μεγαλύτερη ακρίβεια τις περιβαλλοντικές επιπτώσεις των ΓΤΟ.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit dieser Resolution lehnt das Europäische Parlament einen Kommissionsbeschluss ab, mit dem glyphosat-tolerante GVO-Sojabohnen EU-weit zugelassen werden sollten. Vor dem Hintergrund, dass im Besonderen das Pflanzenschutzmittel Glyphosat von der Weltgesundheitsorganisation als möglicherweise krebserregend eingestuft wurde, und ich im Allgemeinen GVO-Lebensmittel aufgrund der unbekannten Langzeitfolgen ablehne, findet diese Entschließung meine vollste Unterstützung.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La culture des sojas de la société Monsanto relève de la colonisation de l'Europe par des intérêts étrangers: les propriétés de ce soja ne servent que les intérêts de Monsanto, et à court terme ceux des éleveurs industriels. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate. L'EFSA a fait fi de l'opposition motivée de plusieurs États membres, alors que son évaluation sur les OGM est largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, avec, pour objectif, de débusquer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

Aussi, ai-je, en toute logique, voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106; I am concerned by the increasing usage of delegated acts and am therefore minded to support any objections as a matter of course. In this instance, I note specifically that the World Health Organization has described these specific varieties as being potentially carcinogenic to humans.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – En ce qui concerne ma position générale sur les OGM, je suis contre le principe de précaution qui empêche la recherche en Europe. De plus, je m'étonne de l'hypocrisie qui consiste à interdire la commercialisation de ces produits que l'Europe se permet d'importer ensuite.

Néanmoins, j'ai voté contre la mise sur le marché de cette variété résistante aux pesticides, car elle est considérée par de nombreux centres de recherche, notamment celui de Lyon, comme une variété qui pourrait être dangereuse.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo Komisijos prašoma atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą dėl leidimo pateikti rinkai genetiškai modifikuotas sojos pupeles MON 87708 × MON 89788. Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su reglamento Nr. 1829/2003 ir reglamento Nr. 396/2005 tikslu, pagal kurį siekiama parengti bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų atžvilgiu, tuo pačiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos veikimą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La Commission propose d'autoriser trois nouveaux sojas OGM des sociétés Bayer CropScience et Monsanto. Tous trois sont tolérants au glyphosate, avec une autre caractéristique pour les deux OGM de Monsanto: composition différente en acide gras pour l'OGM MON 87705 × MON 89788 et tolérance au dicamba (un pesticide) pour l'OGM MON 87708 × MON 89788. Ces propriétés ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels (et encore, ce n'est pas démontré).

Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'évaluation fournie par l'EFSA reste manifestement insatisfaisante.

Hélas, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission, et les amendements que mon groupe a déposés – pour rendre les objections contraignantes et pour rappeler que la Commission n'attend même pas la fin des procédures d'objection pour publier les autorisations d'OGM – ont été malheureusement rejetés.

Leur rejet, consigné par RCV, montre ainsi l'hypocrisie d'élus qui sont en réalité contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM. Il faudrait pourtant que les autorisations d'OGM puissent être délivrées par acte délégué et non par acte d'exécution.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'introduzione di organismi geneticamente modificati resistenti agli erbicidi può rappresentare una seria minaccia per la salute dei cittadini europei e per l'ambiente. Oggi ho votato a favore delle obiezioni all'autorizzazione di tre tipi di soia geneticamente modificata, tra cui MON 87708 x MON 89788, perché ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM.

Per quanto riguarda la soia MON 87708 x MON 89788, in particolare, la preoccupazione riguarda la presenza della proteina DMO che conferiscono tolleranza agli erbicidi a base di dicamba e della proteina EPSPS che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato. Nel marzo del 2015 l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro, organismo specializzato dell'OMS, ha classificato il glifosato come probabilmente cancerogeno per l'uomo. Dato il potenziale pericolo per la salute, ho deciso di votare a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM e sui mangimi originati da OGM, al fine di valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87708 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación. En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero explicar que he votado en contra de la línea de mi Grupo en este informe sobre la objeción presentada sobre la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87708 x MON 89788. Euskadi es una región libre de OMG y, tal y como hice en 2015, he votado a favor de la propuesta de Resolución de la Comisión ENVI en la que se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión no es coherente con la legislación de la Unión al ser incompatible con el propósito de varios Reglamentos. Por ello, apoyo la petición de retirada del proyecto de Decisión de Ejecución.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai souhaité soutenir cette objection du Parlement à une autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

Outre mon opposition de principe aux OGM, potentiellement dangereux pour la santé et menaçants pour l'écosystème, je tiens à souligner que, dans ce cas précis, l'EFSA a une nouvelle fois fait montre de dogmatisme en délivrant une évaluation plus que bancal et en faisant fi des observations pertinentes des États membres sur le sujet.

Apparemment, la santé et la sécurité alimentaire des citoyens des États-Membres de l'UE ne pèsent que peu dans la balance face aux intérêts des industriels américains, et notamment de Monsanto qui n'a pas peur de commercialiser ce soja ayant une composition différente en acide gras.

Un nouveau signal d'alarme qui laisse envisager le pire dans le cas où l'accord sur le TTIP entrerait en vigueur, laissant les citoyens européens à la merci de l'hybris des multinationales.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione della soia geneticamente modificata MON 87708 × MON 89788.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción a este acto de ejecución mediante el cual la Comisión Europea autoriza a la empresa Monsanto la introducción de la variedad de soja modificada genéticamente MON 87708 × MON 89788 en los Países Bajos. Con esta objeción, solicitamos a la Comisión que se abstenga de autorizar la comercialización de ningún OMG hasta que se presente un nuevo reglamento, tal y como ha solicitado este Parlamento.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas sukritikavo Komisijos įgyvendinimo sprendimą, jo nepatvirtino ir paprašė pateikti naują sprendimo projektą dėl leidimo pateikti į rinką produktus, kurių sudėtyje yra, jie susideda arba pagaminti iš genetiškai modifikuotų sojų. 2012 m. bendrovė „Monsanto Europe S. A.“ pateikė Nyderlandų kompetentingai institucijai prašymą dėl maisto produktų, maisto sudedamųjų dalių ir pašarų, kuriuose yra sojų, kurie iš jų sudaryti ar pagaminti, pateikimo rinkai. Genetiškai modifikuotų sojų sudėtyje yra baltymo, kuris suteikia atsparumą dikambos herbicidams ir glifosato herbicidams. Tarptautinė vėžio mokslinių tyrimų agentūra – specializuota Pasaulio sveikatos organizacijos vėžio agentūra – 2015 m. kovo 20 d. klasifikavo glifosatą kaip turbūt kancerogeninį poveikį žmonėms darančią medžiagą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tako kot pri prejšnji točki, sem podprl tudi ta ugovor, ki se nanaša zavrnitev sklepa Evropske komisije o odobritvi dajanja proizvodov, ki vsebujejo GSO, na trg. Navedeni ugovor se nanaša na gensko spremenjeno sojo MON-877Ø8-9 × MON-89788-1, ki jo je družba Monsanto Europe predložila v odobritev za dajanje na trg.

Ker sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO, sem prepričan, da je treba biti pri dajanju tovrstnih proizvodov na trg izjemno konzervativen, saj trenutno še ne poznamo vseh posledic za zdravje ljudi, ki lahko izhajajo iz uživanja proizvodov, proizvedenih iz GSO. Upoštevati moramo tudi voljo ljudi, ki si večinoma ne želijo gojenja GSO v Evropi. Ker EU uvozi veliko večino soje, ki vsebuje GSO, bi se bilo primerneje usmeriti v podporo proizvodnji soje brez GSO.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Glasala sam za ovaj prigovor jer smatram da trenutni sustav odobrenja GMO hrane u EU-u treba mijenjati. Radi se o političkoj poruci Komisiji koja je odobrenje za prodaju i uvoz dala prema direktivi o GMO hrani za koju Parlament smatra da je nedemokratska.

Države članice se pet godina nisu mogle dogovoriti oko davanja ili odbijanja dozvole za soju MON 87708xMON 89788. U takvoj situaciji Komisija prema postojećim propisima ima pravo sama postupiti kako smatra potrebnim. Iako je odluka zakonita, nije demokratska.

Problem koji Europska unija ima s GMO-om se neće riješiti sam od sebe niti je *status quo* održiv. Treba prihvatiti činjenicu da je većina država članica protiv GMO-a, ali ga neke države žele.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit.* – Les 3 OGM de soja dont la Commission propose d'autoriser l'importation ont des propriétés qui ne servent que les intérêts de la firme Monsanto et éventuellement des éleveurs industriels.

Je considère qu'une fois de plus l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante des risques encourus et que les objections proposées par la commission ENVI sont fondées.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté pour ces objections.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questa obiezione perché ritengo che il progetto di decisione di esecuzione della Commissione riguardante la soia geneticamente modificata MON 87708 x MON 89788 non sia conforme al diritto dell'Unione, in quanto non è compatibile con l'obiettivo del regolamento (CE) n. 1829/2003 e del regolamento (CE) n. 396/2005 del Parlamento europeo e del Consiglio che consiste, in conformità dei principi generali stabiliti dal regolamento (CE) n. 178/2002 del Parlamento europeo e del Consiglio, nel fornire la base per garantire un elevato livello di tutela della vita e della salute umana, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, garantendo nel contempo l'efficace funzionamento del mercato interno. Ritengo pertanto che la Commissione debba ritirare il suo progetto di decisione di esecuzione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – La Commission européenne a proposé d'autoriser la commercialisation de trois nouveaux types de sojas génétiquement modifiés qui proviennent de la société américaine Monsanto. C'est dans ce contexte que cette objection vise à signaler l'opposition du Parlement à la mise sur le marché de ces trois organismes génétiquement modifiés (OGM), tolérants au glyphosate. L'un d'entre eux présente également une tolérance au pesticide dicamba.

Bien que cette objection ne contraindra pas la Commission à abandonner la commercialisation de ces OGM, nous considérons qu'il est essentiel de la voter pour montrer la désapprobation du Parlement à l'égard de la Commission et de l'EFSA dont les évaluations sont insatisfaisantes et ne tiennent pas compte des remarques des autorités des États membres.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour cette objection.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Mediul și siguranța alimentară trebuie să fie cadrul de manevră limită al dezvoltării pieței interne, fără de care orice progres economic ar însemna de fapt un atac la sănătatea tuturor consumatorilor, consumatori ce sunt protejați de tratatele europene. Ori această protecție trebuie să devină una efectivă și nu putem vorbi de efectivitate, când dorim să aprobăm produse cu potențial risc cancerigen.

Pe de altă parte, introducerea pe piață a unor produse alimentare, ingrediente alimentare și furaje care conțin, constau în sau sunt fabricate din soia MON 87708 x MON 89788 nu trebuie să fie respinsă, în condițiile în care nu există studii științifice concrete care să confirme pericolul acestei substanțe pentru consumatori. În acest context, m-am exprimat împotriva Obiecției prezentate în temeiul articolului 106 din Regulamentul de procedură: autorizația pentru soia modificată genetic MON 87708 x MON 89788.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Da quando è stata approvata la direttiva (UE) 2015/412, che consente agli Stati membri di vietare al proprio interno la coltivazione degli OGM autorizzati, la Commissione, pur in permanenza dell'impasse in seno al comitato competente a causa dei veti incrociati, sta sbloccando tutte le procedure di autorizzazione di OGM che erano in sospeso. Perciò, la commissione ENVI sta proponendo sistematicamente obiezioni contro ogni nuovo OGM autorizzato. Purtroppo, in questi casi le obiezioni del Parlamento non sono vincolanti per la Commissione, poiché trattasi di atti di esecuzione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sull'obiezione riguardante l'autorizzazione della soia geneticamente modificata MON 87705 x MON 89788.

Nell'agosto 2011 la Monsanto Europe S.A. ha presentato all'autorità competente dei Paesi Bassi una domanda per l'immissione in commercio di alimenti, ingredienti alimentari e mangimi contenenti, costituiti od ottenuti da soia geneticamente modificata. Questo tipo di soia esprime una proteina che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato, sostanza che l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro ha classificato come probabilmente cancerogena per l'uomo.

Il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non appare quindi conforme al diritto dell'Unione, non garantendo un elevato livello di tutela della vita e della salute umana ed animale, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, e nemmeno l'efficace funzionamento del mercato interno.

Di conseguenza, ho deciso di votare a favore dell'obiezione a questo progetto di decisione di esecuzione chiedendo alla Commissione, come indicato dalla proposta di risoluzione, di presentare una nuova proposta legislativa che tenga conto delle preoccupazioni frequentemente espresse a livello nazionale riguardo alla sicurezza degli OGM per la salute e l'ambiente ed al corretto funzionamento del mercato interno.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because the genetically modified MON-877Ø8-9 × MON-89788-1 soybean through various chemical processes was qualified by the World Health Organization as probably carcinogenic. This means that we cannot take the risk of authorising such a product in times when we are already exposed to many carcinogens over which we have no influence.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione che si oppone all'iniziativa della Commissione di autorizzare l'immissione sul mercato di prodotti alimentari e mangimi a base di soia transgenica resistente al glifosato ed al Dicamba. Nonostante i mangimi a base di soia transgenica possano rappresentare una soluzione interessante per gli allevatori, in quanto l'evento transgenico li rende resistenti a diversi erbicidi, si tratta comunque di sostanze che sono state classificate come probabilmente cancerogene e quindi altamente nocive sia per gli animali che per l'uomo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Καταψηφίζουμε την πρόταση ψηφίσματος και τονίζουμε πως στόχος μας είναι η εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων, του περιβάλλοντος και των συμφερόντων των καταναλωτών σε σχέση με τα γενετικά τροποποιημένα τρόφιμα και τις γενετικώς τροποποιημένες ζωοτροφές, εξασφαλίζοντας παράλληλα την αποτελεσματική λειτουργία της εσωτερικής αγοράς.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα ως προς τις ενστάσεις που διατυπώθηκαν για την έγκριση της διάθεσης στην αγορά γενετικώς τροποποιημένης σόγιας. Όπως γίνεται εύκολα αντιληπτό, το ζήτημα αυτό αφορά το σύνολο του πληθυσμού της Ευρώπης, καθώς επηρεάζει άμεσα τον τομέα της δημόσιας υγείας και οποιαδήποτε έγκριση πρέπει να δίνεται έπειτα από ενδελεχή συζήτηση και έρευνα, ώστε να διασφαλίσουμε την υγεία των πολιτών. Είναι μάλιστα ιδιαίτερης σημασίας οι αποφάσεις που θα πάρουμε, καθώς ο τομέας των γενετικά τροποποιημένων τροφίμων μπορεί δυνητικά να προκαλέσει μεγάλες αναταράξεις και στην οικονομία της Ευρώπης. Υπό αυτό το πρίσμα, θεωρώ πως οι ενστάσεις που διατυπώθηκαν είναι σωστές και για αυτό το λόγο ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché ritengo che il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non sia conforme al diritto dell'Unione, in quanto non è compatibile con l'obiettivo dei regolamenti (CE) n. 1829/2003 e n. 396/2005 del Parlamento europeo e del Consiglio che consistono nel fornire la base per garantire un elevato livello di tutela della vita e della salute umana, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, garantendo nel contempo l'efficace funzionamento del mercato interno.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Nonostante la mia consueta apertura alle novità, in questo caso ho preferito votare a favore dell'obiezione (e quindi contro l'autorizzazione) di questo prodotto perché ritengo che in campo alimentare si debba andare con i piedi di piombo e fare mille verifiche aggiuntive, cosa che non sono sicuro sia avvenuta per questo prodotto.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I did not support this objection as individual GMOs and the GMO combinations in question have been authorised by the Commission and deemed safe for human consumption by the European Food Safety Agency (EFSA). This objection is an attempt to change the system of authorisation by those who are opposed to GM. Member States can decide whether to cultivate GM crops or not. There is no commercial cultivation of GMO products in Ireland, nor is there any expected in the short to mid-term given the lack of relevant GMO products on the market.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The resolution seeks to place on the market products containing genetically modified soybean. The production of goods containing genetically modified ingredients is not limited to consumption or use in one State as this facilitates the development of GMO trade across borders. This will make it impossible for those Member States who ban the sales and use of genetically modified products to effectively take such health-related decisions.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Monsanto a la autoridad competente en los Países Bajos. Se trata de un tipo de soja transgénica tolerante a los herbicidas a base de glifosato y dicamba. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Last October Parliament rejected the new Commission proposal on genetically modified food and feed and asked the Commission to come up with a new proposal. In the meantime, no new GM food/feed should therefore be authorised under the current legal framework, which the Commission acknowledges is not working well. The soybeans in these three authorisation processes in question are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. I voted in favour of the objection, because I believe that the Commission should review the draft implementing act, taking account of the position expressed.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I oppose the objection resolution to the authorisation of soybean MON 87708 x MON 89788. I believe that it is absolutely vital for public confidence that in Europe we have a GM regulation system that is underpinned by science. This means that products passing a robust, independent safety assessment should have fair market access. The European Food safety agency has declared this GM trait safe for food and feed use, and we should respect that decision made by experts, otherwise we risk undermining not only our own credibility but also the principle of science-based decision-making.

The use of GM material in animal feed is significant across the EU, and our livestock sector is heavily dependent on imported GM feed materials, so it is important that EU GM authorisations proceed as rapidly as possible to keep pace with authorisations in other parts of the world and avoid significant disruption in the international trade of agricultural commodities, which could have a negative impact on food prices.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition d'objection d'un député du groupe des socialistes et démocrates concerne le projet de décision de la Commission européenne en faveur de l'autorisation du soja OGM MON 87708 × MON 89788 tolérant le glyphosate dans les produits d'alimentation humaine et animale.

La rapporteure soutient que le glyphosate est un herbicide classé «cancérogène probable» par le Centre international de recherche sur le cancer (CIRC). Toutefois, cette justification est contestable. D'une part, le projet de décision de la Commission européenne fait suite à l'avis positif de l'autorité européenne pour la sécurité alimentaire (EFSA). Ses conclusions reposent sur un grand nombre d'études, dont celles du CIRC, et de données scientifiques comme l'ont expliqué les auteurs lors d'un échange de vues avec les députés européens en décembre dernier. D'autre part, la Commission européenne a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution qui découle de la législation européenne, approuvée par le Parlement européen.

Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en la matière. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I believe in science-based policy; to this extent I believe that it is the task of the European Food Safety Authority (EFSA) to decide whether a genetically modified organism is safe and fit for consumption. The EFSA advice should be the basis for the final decision. Since the EFSA advice was positive, I voted against this objection.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Actuellement, les Organismes Génétiquement Modifiés (OGM) peuvent être cultivés sur le territoire de l'Union européenne après que les semenciers détenteurs de l'OGM ont obtenu une autorisation de mise sur le marché conformément à la réglementation européenne.

Le Parlement européen a choisi d'user de son pouvoir d'objection pour demander à la Commission européenne de retirer ses autorisations sur l'utilisation de trois sojas génétiquement modifiés tolérant le glyphosate, herbicide classé «cancérogène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS).

Il conviendra à l'avenir de réviser le processus d'autorisation des OGM qui ne devrait pas être possible sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et avec l'avis du Parlement.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A MON 87708 (dicamba monooxigenáz fehérjét termel) és a MON 89788 (CP4 EPSPS fehérjét termel) egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87708 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója a dicamba és a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Termesztése során az dicamba és glyphosate hatóanyagú gyomirtó szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. Nagyfokú alkalmazásuk a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Az elvégzett kockázateértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- nem végeztek 90-napos patkány etetési vizsgálatot a termékkel;
- a CP4 EPSPS fehérjével nem végeztek ismételt dózis vizsgálatot.

A GM-szójában keletkező formaldehid mennyisége nem kizárólag természetes folyamat következménye, hiszen a dicamba hatóanyag semlegesítése is formaldehid keletkezése mellett megy végbe. Ez az anyag humán karcinogénnek minősül. Új kutatási eredmények alapján a herbicidtoleráns GM-növényekben a formaldehid a detoxifikációs enzimek metabolizmusának zavara miatt akkumulálódhat.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection de la commission de l'environnement du Parlement européen contre trois décisions de la Commission européenne autorisant la commercialisation d'aliments pour animaux contenant du soja transgénique produit par les firmes Monsanto et Bayer.

Ces trois sojas OGM ont la particularité de développer une tolérance aux herbicides contenant du glyphosate, dont le Roundup de Monsanto, une substance classée comme probablement cancérigène par l'Organisation mondiale de la santé.

J'estime que les trois décisions d'autorisation ne sont pas compatibles avec les objectifs de l'Union européenne en matière de santé humaine et animale, tels qu'ils sont définis dans des textes législatifs. C'est pourquoi, je me réjouis du vote intervenu aujourd'hui et de la majorité claire qui s'est dégagée pour mettre le veto du Parlement européen à la commercialisation de produits à base de soja OGM.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne souhaite autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto, tolérants au glyphosate. L'OGM B a une composition différente en acide gras et l'OGM C une tolérance au pesticide «dicamba». Dans la mesure où ces propriétés n'ont pour but que de servir les intérêts de Monsanto, et que l'EFSA n'a pas tenu compte de l'avis pertinent des États, j'ai naturellement voté pour ces objections.

Enfin, nos trois amendements visaient à ce que les autorisations aient lieu sous forme d'actes délégués, afin d'assurer un contrôle démocratique de la mise sur le marché des OGM.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз и партията, която представлявам – ВМРО, сме против каквито и да било генетично модифицирани храни и фуражи. В проект за решение Комисията се обявява за разрешаването на пускането на пазара на продукти, съдържащи генетично модифицирана соя MON 87708 × MON 89788 (MON-87708-9 × MON-89788-1). ГМО-то не е решение нито за онова, което ядем, нито за онова, с което храним животните, които консумираме, и затова се обявявам против него винаги и навсякъде.

За мен здравето на гражданите е по-важно от търговията и конкурентоспособността. Наскоро (през октомври 2015 г.) отхвърлих предложението на ЕК всяка страна да може да решава сама дали да разреши или забрани ГМО. До известна степен предложението беше много привлекателно, но на практика неприложимо поради единния пазар на ЕС.

Винаги съм бил привърженик на цялостната забрана на ГМО на целия европейски пазар, за да знаят нашите граждани, че техните управници поставят здравето им на първо място и смятам, че това е единствената политика, която можем да водим по този въпрос. В конкретния случай гласувах „за“ възражението, което да доведе до забрана на пускането на пазара на ГМО соя.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Προτείνει στην Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης σχετικά με την διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικώς τροποποιημένη σόγια της σειράς MON 87708 × MON 89788 (MON-87708-9 × MON-89788-1) το οποίο δεν είναι σύμφωνο προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A MON 87708 (dicamba monooxigenáz fehérjét termel) és a MON 89788 (CP4 EPSPS fehérjét termel) egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87708 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója a dicamba és a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóná vált. Termesztése során az dicamba és glyphosate hatóanyagú gyomirtó szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. Nagyfokú alkalmazásuk a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Az elvégzett kockázatértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- nem végeztek 90-napos patkány etetési vizsgálatot a termékkel;
- a CP4 EPSPS fehérjével nem végeztek ismételt dózis vizsgálatot.

A GM-szójában keletkező formaldehid mennyisége nem kizárólag természetes folyamat következménye, hiszen a dicamba hatóanyag semlegesítése is formaldehid keletkezése mellett megy végbe. Ez az anyag humán karcinogénnek minősül. Új kutatási eredmények alapján a herbicidtoleráns GM-növényekben a formaldehid a detoxifikációs enzimek metabolizmusának zavara miatt akkumulálódhat.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il processo di autorizzazione degli OGM in Europa non è democratico. In questo, come in tutti i precedenti casi di autorizzazione, la Commissione ha agito unilateralmente, nonostante la proposta non fosse stata adottata dal comitato tecnico di riferimento. Pertanto, ho sostenuto l'obiezione all'autorizzazione della soia GM MON 87708 x MON 89788, anche per i dubbi scientifici che gli OGM comportano. Infatti, la soia in questione esprime le proteine DMO che conferiscono tolleranza agli erbicidi a base di dicamba e la proteina EPSPS che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato. Il 20 marzo 2015 l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro – l'organismo specializzato dell'Organizzazione mondiale della sanità – ha classificato il glifosato come probabilmente cancerogeno per l'uomo.

Édouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce que je m'oppose à la mise des OGM sur le marché.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de autorização do MON87708xMON89788 foi apresentado pela Monsanto à autoridade competente na Holanda em 23/3/2012.

Este pedido foi avaliado pela Autoridade de Segurança Alimentar Europeia (EFSA), que emitiu um parecer favorável. Foi então considerado pelo Comité Permanente de 18/11/2015 tendo sido avaliado com «sem opinião», como tem acontecido desde que este procedimento foi acordado.

Esta resolução objeta a adoção do projeto de implementação de decisão, com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem e solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados.

Votámos favoravelmente tendo em conta a nossa posição de objeção à autorização de OGM.

A Comissão deve apresentar, sem demora, uma proposta legislativa que respeite o direito dos Estados-Membros – e a vontade dos consumidores – de se oporem à introdução de OGM para alimentos e cultivo no seu território, tendo em conta os riscos para a soberania alimentar, o ambiente, a biodiversidade e a saúde pública, uma vez que não é possível garantir de forma cientificamente credível a inocuidade dos produtos transgénicos na alimentação humana e animal.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the objection as I feel the technology is being used to help multinationals dominate the food market.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla risoluzione in cui si obietta contro ogni nuovo OGM autorizzato.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω την σχετική έκθεση καθώς προτείνει στην Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης σχετικά με την διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικά τροποποιημένη σόγια της σειράς MON 87708 × MON 89788 (MON-87708-9 × MON-89788-1) το οποίο δεν είναι σύμφωνο προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In October Parliament rejected the new Commission proposal on GM food and feed and asked the Commission to come up with a new one. In the meantime, no new GM food/feed should therefore be authorised under the current legal framework which the Commission acknowledges is not working in a satisfactory way. The soybeans which have been authorised are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. The Commission must come forward with a new proposal for GMO food and feed, which more thoroughly assesses the environmental impacts of GMOs.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A MON 87708 (dicamba monooxigenáz fehérjét termel) és a MON 89788 (CP4 EPSPS fehérjét termel) egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87708 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója a dicamba és a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Termesztése során az dicamba és glyphosate hatóanyagú gyomirtó szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. Nagyfokú alkalmazásuk a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Az elvégzett kockázateértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- nem végeztek 90-napos patkány etetési vizsgálatot a termékkel;
- a CP4 EPSPS fehérjével nem végeztek ismételt dózis vizsgálatot.

A GM-szójában keletkező formaldehid mennyisége nem kizárólag természetes folyamat következménye, hiszen a dicamba hatóanyag semlegesítése is formaldehid keletkezése mellett megy végbe. Ez az anyag humán karcinogénnek minősül. Új kutatási eredmények alapján a herbicidtoleráns GM-növényekben a formaldehid a detoxifikációs enzimek metabolizmusának zavara miatt akkumulálódhat.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A kérelemben leírt, géntechnológiával módosított szójabab expresszája a dikamba-monooxigenáz fehérjét, amelyek toleranciát biztosítanak a dikambatartalmú gyomirtókkal szemben, valamint egy fajta proteint, amely toleranciát biztosít a glifozáttartalmú gyomirtó szerekkel szemben. Mivel a Nemzetközi Rákkutatási Ügynökség – a WHO rákbetegségekkel foglalkozó szakosított ügynöksége – 2015. március 20-án a glifozátot az „emberre valószínűleg rákkeltő hatású” anyagként sorolta be, így helyénvalónak tartom felhívni a Bizottságot, hogy az Európai Unió működéséről szóló szerződés alapján nyújtson be új jogalkotási javaslatot az 1829/2003/EK rendelet módosítására, figyelembe véve azokat a gyakran hangoztatott tagállami aggályokat, amelyek nem csupán a GMO-k által az egészségre vagy a környezetre jelentett veszélyekkel kapcsolatosak.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción al considerar que la Decisión de Ejecución de la Comisión garantiza un elevado nivel de protección de la vida y la salud humanas, de la salud y el bienestar de los animales, del medio ambiente y de los intereses de los consumidores en relación con los alimentos y piensos modificados genéticamente, garantizando al mismo tiempo el eficaz funcionamiento del mercado interior.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto convintamente la proposta di respingere l'adozione dell'atto delegato sull'immissione in commercio di prodotti contenenti soia geneticamente modificata. Condivido in particolare quanto affermato nel testo in materia di principio di cautela sugli OGM, come d'altronde già votato da noi parlamentari europei poche settimane fa in occasione dell'esame della proposta di modifica del regolamento 2003 sugli OGM.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione che autorizza l'immissione in commercio di prodotti contenenti, costituiti o ottenuti a partire da soia geneticamente modificata MON 87705 × MON 89788 (MON-87705-6 × MON-89788-1), perché ritengo che la Commissione europea debba presentare una nuova proposta completa sugli OGM e valutarne attentamente l'impatto ambientale e sanitario.

Penso, infatti, che il Parlamento europeo abbia espresso con chiarezza con il voto dello scorso ottobre la propria contrarietà alla proposta della Commissione in materia di OGM, chiedendo adeguate garanzie e una nuova proposta legislativa. Permangono molti dubbi e interrogativi, considerata la conclamata prassi di adottare decisioni in materia di OGM senza un parere tecnico da parte del Comitato permanente degli Stati membri.

L'introduzione della soia geneticamente modificata MON 87708 × MON 89788, ad alto contenuto di acido oleico e basso contenuto di acido linoleico e contenente proteine resistenti al glifosato, pone problemi ambientali e sanitari, inducendo all'aumento del ricorso a tali pesticidi. Ritengo che tali preoccupazioni debbano essere adeguatamente affrontate dall'EFSA e dalla Commissione europea tramite valutazioni d'impatto e richiedano una normativa completa, chiara e che tenga debitamente in conto le preoccupazioni dei nostri cittadini.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 gestimmt. Die Familien-Partei Deutschlands ist gegen den Einsatz gentechnisch manipulierten Saatgutes in der Landwirtschaft.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Regarding GMOs, I support the existing, science-based decision-making process, judged independently by the European Food Safety Authority. The Commission needs to make a proposal which includes a greater assessment of the environmental impact of GMOs.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne veut autoriser l'importation de trois nouveaux sojas OGM, tous tolérants au glyphosate.

L'un d'entre eux est un soja de la société Monsanto. J'ai soutenu cette objection en commission et en plénière, notamment parce que les désherbants au glyphosate sont cancérigènes, selon l'Organisation mondiale de la santé. Il faut aussi souligner que l'évaluation de l'EFSA est insatisfaisante et ne tient pas compte des observations des agences compétentes des États membres.

Néanmoins, la Commission européenne peut passer outre ces objections, car les autorisations d'OGM relèvent de son seul pouvoir. Elle l'a d'ailleurs démontré en décembre dernier, en autorisant un nouveau maïs OGM, le NK603xT25, malgré l'opposition du Parlement européen.

C'est pourquoi il est nécessaire que ces autorisations soient désormais sous le contrôle démocratique du Parlement, ce que j'ai proposé par voie d'amendements pour modifier le règlement d'autorisation des OGM et remplacer les actes d'exécution par des actes délégués. En effet, les objections votées par le Parlement peuvent opposer un véritable veto aux décisions de la Commission.

Mais quand il s'agit de demander de vraies mesures démocratiques, surtout quand il s'agit des OGM, ce Parlement est décidément aux abonnés absents.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87708 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for this objection based on the fact that the herbicide glyphosate, which the three GM soybeans tolerate (along with other herbicides in the case of FG72 and MON 87708 x MON 89788), was classified as 'probably carcinogenic' to humans on 20 March 2015 by the World Health Organization's cancer agency.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted against the Commission's proposal on the authorisation of genetically modified soybean MON 87708 × MON 89788 due to the same reasoning as for soybean FG72.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A MON 87708 (dicamba monooxigenáz fehérjét termel) és a MON 89788 (CP4 EPSPS fehérjét termel) egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87708 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója a dicamba és a glifozát hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Termesztése során a dicamba és glifozát hatóanyagú gyomirtó szerek fokozott használata következhet be, mely később a termény szermaradék szintjét is növelheti. Nagyfokú alkalmazásuk a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza. Az elvégzett kockázatértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható.

A génmódosított szójában keletkező formaldehid mennyisége nem kizárólag természetes folyamat következménye, ugyanis a dicamba hatóanyag semlegesítése is formaldehid keletkezése mellett megy végbe. Ez az anyag humán karcinogénnek minősül. Új kutatási eredmények alapján a herbicidtoleráns génmódosított növényekben a formaldehid a detoxifikációs enzimek metabolizmusának zavara miatt akkumulálódhat. Álláspontom szerint nem szabad olyan génmódosított terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogattam a génmódosított termékek engedélyezését, és támogattam a kifogást.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Δεδομένης της αντίθεσης μας στους ΓΤΟ υποστηρίξαμε τις τρεις σχετικές αντιρρήσεις. Πέρυσι τον Οκτώβρη, η πρόταση της Επιτροπής για τους ΓΤΟ απερρίφθη από το ΕΚ. Μέσω αυτών των αντιρρήσεων θέλουμε να ασκήσουμε πίεση στην Επιτροπή για να κάνει μια πρόταση που θα σέβεται το δικαίωμα των κρατών μελών να μην επιτρέπουν την διακίνηση ΓΤΟ στην επικράτεια τους.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A MON 87708 (dicamba monooxigenáz fehérjét termel) és a MON 89788 (CP4 EPSPS fehérjét termel) egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87708 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója a dicamba és a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Termesztése során az dicamba és glyphosate hatóanyagú gyomirtó szerek fokozott használata következhet be, mely később a termény szermaradék szintjét is növelheti. Nagyfokú alkalmazásuk a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Az elvégzett kockázatértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- nem végeztek 90-napos patkányetetéses vizsgálatot a termékkel;
- a CP4 EPSPS fehérjével nem végeztek ismételt dózis vizsgálatot.

A GM-szójában keletkező formaldehid mennyisége nem kizárólag természetes folyamat következménye, hiszen a dicamba hatóanyag semlegesítése is formaldehid keletkezése mellett megy végbe. Ez az anyag humán karcinogénnek minősül. Új kutatási eredmények alapján a herbicidtoleráns GM-növényekben a formaldehid a detoxifikációs enzimek metabolizmusának zavara miatt akkumulálódhat.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Čatálin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The environmental impacts of GMOs must be rigorously assessed through a new proposal from the Commission for GMO food and fodder.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasam sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Komisije o odobravanju stavljanja na tržište proizvoda koji sadržavaju genetski modificiranu soju MON 87708 x MON 89788 (MON-87708-9 x MON-89788-1), sastoji se od nje ili su proizvedeni od nje na temelju Uredbe (EZ) br. 1829/2003 Parlamenta i Vijeća zbog toga što je tumačenje o glifosatu, koji je sadržan u dotičnoj soji, od strane Međunarodne agencije za istraživanje raka i Svjetske zdravstvene organizacije takvo da ukazuje na to da je spomenuta tvar vjerojatno kancerogena za čovjeka.

Povrh toga, usprkos tome što se uzgoj odvija isključivo na teritoriju jedne države članice, trgovina proizvoda se odvija i izvan nacionalnih granica te bi stoga predložena nacionalna zabrana prodaje i uporabe bila neprovediva. U skladu s tim, glasao sam ZA ovaj prijedlog koji traži od Komisije da povuče svoj nacrt odluke.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La culture des sojas de la société Monsanto relève de la colonisation de l'Europe par des intérêts étrangers: les propriétés de ce soja ne servent que les intérêts de Monsanto, et à court terme ceux des éleveurs industriels. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate.

L'EFSA a fait fi de l'opposition motivée de plusieurs États membres, alors que son évaluation sur les OGM est largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, avec pour objectif de débusquer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

J'ai bien sûr voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de mes collègues Bart Staes, Sirpa Pietikäinen, Guillaume Balas, Lynn Boylan et Eleonora Evi sur l'objection conformément à l'article 106 au sujet de l'autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

En effet, certains groupes politiques emmenés par les Verts accusent la Commission de ne pas avoir respecté la procédure d'autorisation pour les organismes génétiquement modifiés. L'Autorité européenne de sécurité des aliments a pourtant conduit une étude qui a conclu à l'innocuité de ce produit pour les humains, les animaux et l'environnement. Surtout, l'autorisation de mise sur le marché relève actuellement des États membres.

Cette résolution a été adoptée, ce que je regrette.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – Even though as this vote is an objection to an implementing act, and this objection might be more of a political move made by different groups in the chamber, EH Bildu has maintained a coherent position on matters related to GMOs and always vote against those, or, as in cases such as last December with maize NK603*^T25, vote in favour of objections to allowing the authorisation of GMOs.

The genetically modified MON-87708-9 × MON-89788-1 soybean, as described in the application, expresses the DMO proteins which confer tolerance to dicamba-based herbicides and the CP4 EPSPS protein which confers tolerance to glyphosate-based herbicides; whereas the International Agency for Research on Cancer – the specialised cancer agency of the World Health Organisation – classified glyphosate as probably carcinogenic to humans on 20 March 2015.

Therefore, EH Bildu has voted in favour of this objection, and will keep voting in the same way to any future objection concerning authorisation of GMOs, as we would like to put pressure on the Commission to come up with a legislative proposal that is more satisfactory than the one rejected by Parliament last October.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Cette objection a été introduite par un certain nombre de groupes politiques se basant sur le fait que la Commission européenne aurait excédé ses pouvoirs en autorisant la mise sur le marché du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

Or, l'Autorité européenne de sécurité des aliments a conduit une étude complète et dans les règles pour autoriser ce soja. De plus, si l'autorisation de cultiver des OGM est accordée à l'échelle européenne, ce sont les États qui gardent cependant la main sur l'autorisation de mise sur le marché.

J'ai donc voté contre cette objection, qui n'était que purement déclaratoire, sans fondement et sans aucun effet juridique.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Entschließungsantrag betreffend die Problematik genetisch manipulierter Organismen (GMO) stimme ich zu. Die österreichweite Ablehnung von GMO muss von der Kommission wahrgenommen werden. Die Europäische Kommission wird mit diesem Entschließungsantrag aufgefordert, den Durchführungsbeschluss, mit welchem sie die genetisch modifizierte Maissorte NK603xT25 zugelassen hat, umgehend zurückzuziehen. Stattdessen soll ein neuer Legislativvorschlag vorlegt werden, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen äußern.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Līdzīgi kā atbalstīju rezolūcijas B8-0133/2016 un B8-0135/2016 es atbalstīju un arī balsoju par Eiropas Parlamenta rezolūciju, kas aicina atsaukt Komisijas Īstenošanas lēmumu, ar kuru tiek atļauts laist tirgū produktus, kas satur ģenētiski modificētas sojas pupas MON 87708 × MON 89788 (MON-87708-9 × MON-89788-1), sastāv vai ir ražoti no tām. Eiropas Komisijai ir jānāk klajā ar labāku priekšlikumu par atļauju izsniegšanas procedūram. Pašreizējais priekšlikums neievēro bieži vien paustās bažas par ĢMO iespējamo kaitīgumu veselībai un videi. Sekas, kādas ĢMO saturoši produkti var atstāt uz cilvēkiem un vidi, nav vēl pietiekami apzinātas un ir pārāk daudz neskaidrības attiecībā uz ģenētiski modificētiem produktiem.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the objection in order to express my opposition to authorisation of these varieties of GM soybean.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A MON 87708 (dicamba monooxigenáz fehérjét termel) és a MON 89788 (CP4 EPSPS fehérjét termel) egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87708 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója a dicamba és a glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált. Termesztése során az dicamba és glyphosate hatóanyagú gyomirtó szerek fokozott használata következhet be, mely később a termés szermaradék szintjét is növelheti. Nagyfokú alkalmazásuk a rezisztens gyompopuláció megjelenését is fokozza.

Az elvégzett kockázateértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- nem végeztek 90-napos patkány etetési vizsgálatot a termékkel;
- a CP4 EPSPS fehérjével nem végeztek ismételt dózis vizsgálatot.

A GM-szójában keletkező formaldehid mennyisége nem kizárólag természetes folyamat következménye, hiszen a dicamba hatóanyag semlegesítése is formaldehid keletkezése mellett megy végbe. Ez az anyag humán karcinogénnek minősül. Új kutatási eredmények alapján a herbicidtoleráns GM-növényekben a formaldehid a detoxifikációs enzimek metabolizmusának zavara miatt akumulálódhat.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Głosowałam przeciwko rezolucji sprzeciwiającej się możliwości handlu produktami zawierającymi zmodyfikowaną soję MON 87708 x MON 89788, gdyż zachowanie możliwości zakupu sojowych komponentów pasz jest w interesie polskich rolników. Tylko ok 10% wykorzystywanych pasz to droższe pasze ekologiczne. Zakaz zakupu tańszych pasz i ich komponentów wyprodukowanych z wykorzystaniem inżynierii genetycznej uderzyłby przede wszystkim w polskich producentów drobiu i negatywnie wpłynął na eksport drobiu, w którym Polska jest liderem.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario a questa obiezione. La soia geneticamente modificata MON-87708-9 × MON-89788-1 esprime la proteina EPSPS che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato. Con riferimento a quest'ultimo, sono stati condotti studi approfonditi concernenti i suoi effetti sull'uomo e sugli animali. Tali studi sono stati condotti dall'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA), la quale ha concluso che né i dati epidemiologici (cioè sull'uomo) né le risultanze di studi su animali hanno dimostrato nessi causali tra esposizione al glifosato e insorgenza di cancro nell'uomo. Ciò è il risultato di uno studio minuzioso condotto da scienziati EFSA e dai rappresentanti di organismi di valutazione del rischio degli Stati membri dell'UE.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La Commission nous demandait d'autoriser l'importation de trois sojas transgéniques résistants au glyphosate.

Le glyphosate est un herbicide reconnu comme cancérigène par l'Organisation mondiale de la santé. Malgré ces recommandations, l'Autorité européenne de la santé l'EFSA, dont les relations avec les industries des OGM ont trop souvent été démontrées, continue de le considérer comme non nocif.

J'ai donc voter contre ces autorisations. Elles sont dangereuses, ne respectent pas le principe de précaution et sapent la position européenne contre les OGM pour favoriser les échanges commerciaux aux dépens de notre santé.

Ces positions de l'EFSA en faveur des OGM posent de plus en plus problème. L'EFSA doit prendre en compte les inquiétudes des citoyens et surtout revoir de fond en comble ses procédures d'appréciation qui font le jeu des grandes multinationales des semences.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection formulée en vertu de l'article 106 sur l'autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

La Commission propose d'autoriser le soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788. Cet OGM est tolérant au glyphosate, qui est probablement cancérigène pour l'homme. Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'EFSA (European Food Safety Authority) a fourni une évaluation insatisfaisante, faisant notamment fi des observations pertinentes des États membres.

Malheureusement, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission. C'est l'objet de l'amendement du groupe ENL, qui pointe ce fait et demande que les autorisations soient désormais délivrées sous forme d'actes délégués.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Dopad geneticky modifikovaných potravin na lidské zdraví je sporný. Podporuji proto, aby měl spotřebitel informace, zda je produkt přirozený nebo geneticky modifikovaný. Podporuji myšlenku, aby bylo na jednotlivých členských státech, zda dovoz geneticky modifikovaných produktů povolí nebo nepovolí. Nepřipojuji se k námitce, která by plošně zakázala dovoz těchto potravin v celé EU. Při hlasování jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Monsanto Europe S.A. je u ožujku 2012. nadležnom tijelu u Nizozemskoj podnio zahtjev za odobrenje stavljanja na tržište hrane, sastojaka hrane i hrane za životinje koji sadržavaju soju MON 87708 × MON 89788. Soja MON 87708 × MON 89788 u sebi sadrži protein koji u sebi ima i glifosat. Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak, glifosat je smjestila u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka.

Parlament je u listopadu 2015. ustanovio da iako se uzgoj odvija na teritoriju jedne države članice, zabrana od strane Komisije o uporabi i prodaji je neprovediva iz razloga što bi to zahtijevalo ponovno uvođenje graničnih kontrola pri uvozu. Traži se od Komisije da povuče svoj nacrt odluke te da predstavi novi zakonodavni prijedlog o izmjeni, uzimajući u obzir nacionalna pitanja koja se ne odnose samo na probleme u vezi sa sigurnošću genetski modificiranih organizama za zdravlje i okoliš.

Nisam podržala prigovor u skladu s člankom 106., jer smatram kako je bitno osigurati zaštitu zdravlja svih građana EU-a.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Tāpat kā iepriekšējais balsojums par ģenētiski modificēto sojas pupu MST-FGØ72-2 laišanu tirgū, šis attiecas uz *Monsanto Europe S.A.* izstrādātām ģenētiski modificētām sojas pupām MON-877Ø8-9 × MON-89788-1. Tās sintezē proteīnu CP4 EPSPS, kas piešķir noturību pret glifosāta herbicīdiem. Kā jau iepriekš tika minēts, 2015. gada 20. martā Starptautiskā Vēža izpētes aģentūra klasificēja glifosātu kā cilvēkam iespējami kancerogēnu vielu.

Standarta procedūra atbilstoši ES legālajai praksei jaunū ģenētiski modificētu produktu tirgū laišanas gadījumos paredz ciešu Komisijas sadarbību ar nacionālajiem dienestiem, kas jau diezgan sen netika regulāri vai vispār darīti. Rezultātā Komisija bieži vien neņem vērā Savienībā pastāvošās bažas attiecībā uz ģenētiski modificētu produktu laišanu tirgū.

Tā kā Komisijas priekšlikums atkal neatbilsta Savienības tiesību aktiem, tika pieņemts lēmums to noraidīt, ko es atbalstu, tādejādi nobalsojot par EP noraidošo lēmumu.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Keďže špecializovaná agentúra Svetovej zdravotníckej organizácie pre výskum rakoviny zaradila v marci 2015 geneticky modifikovanú sóju MON 87708 × MON 89788 medzi látky s pravdepodobným rakovinotvorným účinkom na ľudí, podporujem návrh na stiahnutie vykonávacieho rozhodnutia Komisie, ktorým sa povoľuje uvádzať na trh produkty, ktoré obsahujú túto geneticky modifikovanú sóju, sú

z nej zložené alebo vyrobené.

Nότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος που βασίζεται στη διατύπωση αντιρρήσεων σύμφωνα με το άρθρο 106 σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης της Επιτροπής για την έγκριση της διάθεσης στην αγορά προϊόντων που περιέχουν, αποτελούνται ή παράγονται από γενετικώς τροποποιημένη σόγια της σειράς MON 87708 × MON 89788 (MON-87708-9 × MON-89788-1) σύμφωνα με τον κανονισμό (ΕΚ) αριθ. 1829/2003 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette objection. Comme pour la précédente, la Commission européenne propose d'autoriser trois nouveaux soja OGM de la société Monsanto, parmi lesquels le MON 87708 x MON 89788 qui, comme le précédent, est tolérant au glyphosate, et est en plus d'une composition différente en acide gras, deux propriétés qui ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels.

De plus, l'EFSA (l'Autorité européenne pour la sécurité alimentaire) a fourni une évaluation insatisfaisante, en écartant notamment des observations pertinentes des États membres. Nous soutenons donc cette objection.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this objection based on the fact that the herbicide glyphosate, which the three GM soybeans tolerate (along with other herbicides in the case of FG72 and MON 87708 x MON 89788) was classified as 'probably carcinogenic' to humans on 20 March 2015 by the World Health Organization's cancer agency.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Non mi trova favorevole l'obiezione a norma dell'articolo 106: autorizzazione della soia geneticamente modificata. Sottolineando l'importanza di tutelare la salute umana, l'importanza della salute dei consumatori e l'elevato livello di controllo necessario per proteggere la salute da prodotti potenzialmente dannosi per l'organismo e la salute, si capisce il motivo della posizione manifestata con il voto.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de resolução pretende que o projeto de decisão de execução da Comissão sobre géneros alimentícios e alimentos para animais constituídos ou produzidos a partir de milho geneticamente modificado seja reformulado e melhorado, pois a forma como foi apresentado não assegura um elevado nível de proteção da vida e da saúde humana, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores.

Os OGM e, em particular, estes produtos possuem grande intolerância a diversos tipos de herbicidas, como o glifosato, que foi considerado como provavelmente cancerígeno para o ser humano pelo Centro Internacional de Investigação do Cancro, a agência especializada da OMS nesta doença.

A saúde e a segurança alimentar e ambiental não podem ser deixadas de parte em assuntos desta matéria. Votei a favor.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission wird aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen. Stattdessen sollte sie einen neuen Legislativvorschlag vorlegen, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen aussprechen. Es gibt eine österreichweite Ablehnung von GMO. Ich stimme diesem Antrag zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau prieš Komisijos sprendimą, kuriuo leidžiama importuoti į ES šalis trijų rūšių genetiškai modifikuotas sojų pupeles 87708 × MON 89788. EK išduoti leidimai prekiauti maisto produktais bei pašarais, kuriuose yra bendrovės „Monsanto Europe S.A.“ genetiškai modifikuotų pupelių 87708 × MON 89788 neatitinka ES teisės aktuose įtvirtintų principų, kuriais siekiama užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį.

Sojų pupelės 87708 × MON 89788 yra genetiškai modifikuotos taip, kad taptų atsparios herbicidams, kurių sudėtyje yra glifosato – medžiagos, kurią Pasaulio sveikatos organizacijos Tarptautinė vėžio mokslinių tyrimų agentūra klasifikavo kaip galimai kancerogeninį poveikį žmonėms darančią medžiagą. Remiantis mokslininkų išvadomis dėl neigiamo GMO poveikio bei atsižvelgiant į neigiamą žmonių nuomonę GMO produktų atžvilgiu, Europos Komisija privalo peržiūrėti leidimų išdavimo tvarką bei pateikti naują pasiūlymą, kuriuo vadovaujantis sprendimus dėl GMO galėtų priimti pačios valstybės narės. Kol nėra sutarta dėl naujos tvarkos, Komisija neturėtų išdavinėti naujų leidimų, ir niekada nepritarsiu bandymams tai daryti.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Cette résolution s'oppose à la décision d'exécution de la Commission autorisant la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

En effet, ce soja génétiquement modifié exprime les protéines DMO, qui confèrent une résistance aux herbicides contenant du dicamba et la protéine CP4 EPSPS, qui confère une tolérance aux herbicides contenant du glyphosate.

Or, le Centre international de recherche sur le cancer, l'agence spécialisée de l'OMS en matière de recherche sur le cancer, a classé le glyphosate comme étant probablement cancérogène pour l'homme le 20 mars 2015. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – Je m'oppose à l'exploitation de l'Europe par des intérêts étrangers. Les propriétés de ce soja OGM ne servent que les intérêts de Monsanto, et à court terme ceux des éleveurs industriels. Ces OGM sont tolérants au glyphosate.

L'EFSA a ignoré l'opposition motivée de plusieurs États membres, bien que son évaluation sur les OGM soit largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, avec pour objectif de repérer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

J'ai bien sûr voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja MON 87708 × MON 89788.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – Votei favoravelmente a autorização de colocação no mercado de produtos que contenham, sejam constituídos por, ou produzidos a partir de milho geneticamente modificado MON 87708 x MON 89788 (MON-88Ø17-9 x MON-ØØ81Ø-1) nos termos do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 do Parlamento Europeu e do Conselho.

A proposta de resolução consiste em requerer à Comissão que retire o projeto de decisão de execução, apresentando uma nova proposta que possa refletir todas as preocupações expressas em diversos Regulamentos comunitários.

Louis Michel (ALDE), par écrit. – L'Autorité européenne de sécurité des aliments (l'EFSA) et les États membres de l'Union ont finalisé la réévaluation du glyphosate, un produit chimique largement utilisé dans les pesticides, sur la base d'une étude menée par l'EFSA dans le cadre du processus légal de renouvellement de l'autorisation du glyphosate dans l'Union.

Elle arrive à la conclusion qu'il est improbable que la substance soit génotoxique (c'est-à-dire qu'elle endommage l'ADN) ou qu'elle constitue une menace cancérogène pour l'homme. Les experts n'ont pas proposé que le glyphosate soit catégorisé comme cancérogène dans la réglementation de l'Union sur la classification, l'étiquetage et l'emballage des substances chimiques. En particulier, tous les experts des États membres, à une exception près, ont convenu que ni les données épidémiologiques (portant sur l'homme), ni les éléments issus d'études animales, n'ont démontré de causalité entre l'exposition au glyphosate et le développement de cancer chez les humains.

Miroslav Mikolášik (PPE), písomne – Európsky parlament zamietol návrh Komisie, ktorý umožňuje vnútroštátny zákaz predaja a používania GMO, pretože nepriamo vedie k uzavretiu hraníc medzi členskými štátmi Európskej únie. Takýto návrh je v rozpore s právom Únie, pretože nerešpektuje zásadu ochrany ľudského zdravia so súčasným zabezpečením fungovania vnútorného trhu. Opakovane vyzývam Komisiu, aby predkladala návrhy v súlade s právom Únie, pričom by prihliadala aj na požiadavky členských štátov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I rejected the authorisation of genetically modified soybean MON 87708 × MON 89788. The soybeans which have been authorised are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. The Commission must come forward with a new proposal for GMO food and feed, which more thoroughly assesses the environmental impacts of GMOs.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A géntechnológiával módosított élelmiszerekről és takarmányokról szóló 2003. szeptember 22-i 1829/2003/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet rögzíti az ilyen termékek forgalomba hozatala engedélyezésének menetét.

A Monsanto Europe S. A. 2012. március 23-án kérelmet nyújtott be Hollandia illetékes hatóságához a MON 87708 × MON 89788 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatalára vonatkozóan. A Bizottság a fenti rendelet szerinti engedélyezésről bizottsági végrehajtási határozattervezetet fogadott el.

A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében – hivatkozva a Parlamentnek a géntechnológiával módosított NK603 × T25 kukoricát tartalmazó, abból álló vagy abból előállított termékek forgalomba hozatalának engedélyezéséről szóló 2015. december 4-i (EU) 2015/2279 bizottsági végrehajtási határozatról szóló 2015. december 16-i állásfoglalására – azt javasolja, a Parlament adjon hangot annak a véleményének, hogy a génmódosított szervezetek alapvetően károsak az emberi egészségre. Meggyőződésem, hogy nem a politika, hanem a tudomány feladata annak eldöntése, hogy a GMO-élelmiszerek milyen hatással járnak az emberi egészségre, ezért a határozat megszavazásánál tartózkodtam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A empresa Monsanto Europe S.A apresentou à autoridade competente dos Países Baixos um pedido, nos termos dos artigos 5.º e 17.º do Regulamento (CE) n.º 1829/2003, para colocar no mercado géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contivessem, fossem constituídos por, ou produzidos a partir de soja MON 87708 × MON 89788.

Esta soja geneticamente modificada MON-87708-9 × MON-89788-1, tal como descrita no pedido, exprime a proteína DMO, que confere tolerância aos herbicidas à base de dicamba, a proteína Cry1Ac, que confere resistência a pragas de lepidópteros, e a proteína CP4 EPSPS, que confere tolerância aos herbicidas que contêm glifosato que, segundo a classificação do Centro Internacional de Investigação do Cancro, é provavelmente cancerígeno para o ser humano.

Defendo que a União Europeia deve garantir a proteção da vida e da saúde humanas, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores, principalmente no que diz respeito aos géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados.

Faço votos para que a Comissão apresente uma nova proposta de alteração legislativa do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e tenha em consideração as preocupações da Organização Mundial de Saúde.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ces votes ont pour but de signaler l'opposition du Parlement européen à la mise sur le marché de trois nouveaux OGM, par voie d'importation. Il s'agit ici des OGM MON 87708 et MON89788. En effet, la Commission propose d'autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto qui ne servent que les intérêts de cette multinationale.

Comme d'habitude, l'EFSA a fourni des explications lacunaires ne prenant pas en compte les remarques pertinentes des États membres. C'est donc tout le processus d'attribution des autorisations qui est en cause, puisqu'une étude visant à remettre en cause l'action de l'EFSA va être produite en vue de rejeter la décharge budgétaire de cette agence peu objective. Seulement, ces objections du Parlement resteront probablement lettre morte étant donné qu'elles ne sont pas contraignantes.

C'est pourquoi le groupe ENF a déposé 3 amendements demandant que les autorisations soient désormais sous forme d'actes délégués et non plus sous actes d'exécution.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection déposée par les socialistes, les Verts, l'extrême-gauche et soutenue par l'extrême-droite, concernant le soja génétiquement modifié MON 87708 x MON 89788.

Ces groupes ont basé leur objection sur le fait que la Commission européenne aurait excédé ses pouvoirs en autorisant la mise sur le marché de produits contenant cette variété de soja génétiquement modifié, consistant en ce soja génétiquement modifié ou fabriqués à partir de celui-ci. Cette objection a malheureusement été adoptée, au mépris du principe de subsidiarité et alors que la Commission a respecté, avant d'émettre sa proposition d'autorisation, la procédure en place en matière d'OGM en s'appuyant notamment sur une analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments sur l'innocuité de la plante sur la santé humaine et animale, ainsi que sur l'environnement.

Cette proposition a été transmise au Conseil, qui ne l'a, lui, pas rejetée.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection relative à la mise sur le marché des produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788, celle-ci étant portée par une accusation à tort sur un soi-disant non-respect des pouvoirs de la Commission. L'autorisation de la mise sur le marché de ces produits s'est faite dans le cadre des pouvoirs de la Commission. De plus, l'objection n'a pour moi pas lieu d'être dans la mesure où les États membres déterminent eux-mêmes l'application ou non de l'autorisation.

J'ai donc voté contre une objection symbolique sans fondement pour soutenir le travail de la Commission européenne.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this motion for a resolution with regard to the authorisation of placing on the market products containing, consisting of, or produced from genetically modified soybean MON 87708 x MON 89788. The report states that the implementing decision is not consistent with Parliament's and the Council's Regulation on ensuring a high level of protection of human life and health, animal health and welfare, environment and consumer interests in relation to genetically modified food and feed, whilst ensuring effective operation of the internal market.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Аз подкрепих резолюцията на комисията по околна среда и общество здраве за оттегляне на проекта за решение за изпълнение на Европейската комисията относно пускането на пазара на храни, хранителни съставки и фуражи, съдържащи, състоящи се или произведени от соя MON-87708-9 × MON-89788-1.

Според научната информация, този вид соя спомага за експресирането на протеините DMO, които придават устойчивост към хербициди на основата на дикамба, и протеина CP4 EPSPS, който придава устойчивост към хербициди на основата на глифозата. Международната агенция за изследване на рака класифицира глифозата като вероятно канцерогенен за хората. Вярвам, че дори само това е достатъчен аргумент да отхвърлим подобно предложение.

В допълнение към научната обосновка, голяма част от общественото мнение изразява все по-твърдо неодобрение към използването на ГМО техники и технологии. В навечерието на преговорите по Трансатлантическото партньорство за търговия и инвестиции това стана достатъчно ясно.

Смятам, че е социално безотговорно в името на общественото здраве да се позволява такава култура на територията на ЕС или на която и да е държава членка.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – In diesem Antrag wird die Kommission aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen und stattdessen einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, welcher auch die Bedenken der Mitgliedsstaaten beinhaltet, die sich konkret gegen genetisch veränderte Organismen aussprechen. Folglich habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud, sest ei pea vajalikuks eraldi iga GMO toote turule laskmise üle otsustamist. Vaja oleks terviklikku lähenemist ja läbi tuleks vaadata kogu GMO toodete õiguslik regulatsioon.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Komisija z dovoljenjem uvoza in uporabe treh tipov GS soje v prehrabene namene ne zagotavlja zadostne zaščite za zdravje evropskih državljanov, ki večinoma nasprotujejo GSO, zato sem podprl ugovor zoper izvršitev dovoljenja.

GS soja tipa MON 87708 × MON 89788 je namreč imuna na herbicid glifozat, ki se ga uporablja pri gojenju, in je po ugotovitvah specializirane agencije SZO najverjetneje rakotvoren za živali in tudi za človeka.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Rezoluciju Evropskega parlamenta o nacrtu provedbene odluke Komisije o odobravanju stavljanja na tržište proizvoda koji sadržavaju genetski modificiranu soju MON-877Ø8-9 × MON-89788-1, sastoje se od nje ili su proizvedeni od nje. Kod genetski modificirane soje MON-877Ø8-9 × MON-89788-1, kako je opisano u zahtjevu, eksprimiran je uz druge i protein CP4 EPSPS koji uzrokuje toleranciju na herbicide koji sadržavaju glifosat.

Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak je 20. ožujka 2015. godine glifosat smjestila u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka, a 4. rujna 2015. kalifornijski Ured za procjenu ekološke opasnosti za zdravlje (OEHHA) također je izdao obavijest o namjeri dodavanja glifosata na popis kemikalija te savezne države za koje je poznato da uzrokuju rak. Korištenje potencijalno kancerogene tvari u okolišu smatram rizikom koji nije opravdan.

Jednako tako, smatram da je odbijanjem prijedloga izmjene Uredbe (EZ) br. 1829/2003 nastala situacija u kojoj se do usvajanja novoga prijedloga ne jamči pravo državama članicama da samostalno odlučuju o uporabi GMO hrane i hrane za životinje na svom teritoriju te mogućnost da svoje odluke učinkovito nadziru. S obzirom na navedeno, podržala sam ovaj prigovor.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Kod genetski modificirane soje MON-877Ø8-9 × MON-89788-1 su eksprimirani proteini DMO, koji uzrokuju toleranciju na herbicide čija je osnova aktivna tvar dikamba, i protein CP4 EPSPS, koji uzrokuje toleranciju na herbicide koji sadržavaju glifosat. Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak je glifosat uvrstila u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka.

Na temelju navedenog, smatram da nacrt provedbene odluke Komisije o odobravanju stavljanja na tržište proizvoda koji sadržavaju genetski modificiranu soju MON 87708 × MON 89788 nije u skladu sa zakonodavstvom Unije, jer nije usklađen s ciljevima i načelima koji podrazumijevaju osiguranje temelja za jamstvo visoke razine zaštite ljudskog života i zdravlja, zdravlja i dobrobiti životinja, okoliša i interesa potrošača u pogledu genetski modificirane hrane i hrane za životinje, uz istodobno jamstvo učinkovitog funkcioniranja unutarnjeg tržišta.

Odobrenje Komisije se temelji isključivo na procjeni rizika GMO-a na zdravlje i okoliš, a isključuje društveno-ekonomski utjecaj GMO-a i posljedice onečišćenja koje proizlaze iz GMO-a, što smatram nedovoljno obuhvatnim i zbog toga se slažem s prijedlogom prigovora.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de autorização do MON87708xMON89788 foi apresentado pela Monsanto à autoridade competente na Holanda em 23.3.2012.

Este pedido foi avaliado pela Autoridade de Segurança Alimentar Europeia (EFSA), que emitiu um parecer favorável. Foi então considerado pelo Comité Permanente de 18/11/2015 tendo sido avaliado com «sem opinião», como tem acontecido desde que este procedimento foi acordado.

Esta resolução opõe-se à adoção do projeto de implementação de decisão, com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem e solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas, até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados. Votámos favoravelmente tendo em conta a nossa posição de objeção à autorização de OGM.

A Comissão deve apresentar, sem demora, uma proposta legislativa que respeite o direito dos Estados-Membros – e a vontade dos consumidores – de se oporem à introdução de OGM para alimentos e cultivo no seu território, tendo em conta os riscos para a soberania alimentar, o ambiente, a biodiversidade e a saúde pública, uma vez que não é possível garantir de forma cientificamente credível a inocuidade dos produtos transgénicos na alimentação humana e animal.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Také tuto námitku proti rozhodnutí Komise jsem podpořil, protože u mne přetrvávají pochyby o používání geneticky modifikovaných potravin, a to i v případě sojových bobů MON87708xMON89788. Uvědomuji si samozřejmě i některé výhody využívání GMO, ale osobně u mne převažují některá možná negativa a to rozhoduje o mém stanovisku v této věci.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis opposé à cette objection, car les arguments développés par la gauche européenne, qui en est largement à l'origine, sont faux. La Commission n'a en aucun cas outrepassé ses pouvoirs pour autoriser la mise sur le marché de ces produits. Je rappelle d'ailleurs qu'il ne s'agit que d'une autorisation. La mise sur le marché effective dépend encore des États, donc des gouvernements.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Por considerar que o projeto de decisão de execução da Comissão, que autoriza a colocação no mercado de produtos que contenham, sejam constituídos por, ou produzidos a partir de soja geneticamente modificada MON 87708 x MON 89788 (MON-87708-9 x MON-89788-1), se afigura consentâneo com o direito da União, adequando-se, em particular, à finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 22 de Setembro de 2003, relativo a géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados, votei contra a presente resolução que, nos termos do artigo 106.º do Regimento, solicita à Comissão que retire o seu projeto de decisão de execução.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of 'Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties.' Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans to be imported into the EU and processed into feed and food.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a presente resolução por concordar que o projeto de decisão de execução da Comissão não é consentâneo com o direito da União, na medida em que não é compatível com a finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e do Regulamento (CE) n.º 396/2005 do Parlamento Europeu e do Conselho.

O projeto de decisão de execução da Comissão aprova a colocação no mercado de géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contenham, sejam constituídos por ou produzidos a partir de soja MON 87708 x MON 89788, a qual exprime a proteína CP4 EPSPS, que revela tolerância aos herbicidas que contêm glifosato. Consequentemente, e tendo por base que o glifosato foi considerado pelo Centro Internacional de Investigação do Cancro – a agência especializada da OMS nesta doença – como provavelmente cancerígeno para o ser humano, apoio que a Comissão retire o seu projeto de decisão de execução, devendo, assim, apresentar uma nova proposta legislativa que altere o Regulamento (CE) n.º 1829/2003 com base no Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le signal politique envoyé ce midi par les députés européens est limpide. En approuvant l'objection contre l'autorisation de commercialisation du soja génétiquement modifié MON 87708 x MON 89788, par 433 voix pour et 234 contre, ils ont exprimé leur ras-le-bol face à ce qu'il convient bien d'appeler un passage en force de la Commission européenne sur ce dossier. Comment qualifier autrement la décision prise unilatéralement le 18 novembre 2015 en l'absence du soutien d'une majorité qualifiée d'États membres et maintenant sans l'approbation du Parlement représentant les citoyens européens!

Certes, en l'absence d'un droit de véto, l'objection votée par 433 députés européens de tous les groupes politiques est sans effet sur le droit discrétionnaire de la Commission d'autoriser au cas par cas, aujourd'hui soja, et demain maïs, coton, colza ou betterave à sucre génétiquement modifiés.

Mais cette pression politique n'est pas vaine. Elle montre que le Parlement européen attend plus que jamais une modification de la procédure d'autorisation des OGM comme le Président désigné Jean-Claude Juncker s'y était engagé il y a 18 mois. Et qu'il reste encore un joker dans le jeu des députés européens: actionner l'article 225 du traité qui lui donne un droit d'initiative législative.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – La Commission européenne se moque du monde. Elle a été condamnée par la Cour de Justice de l'Union européenne pour ne pas avoir défini des critères encadrant les perturbateurs endocriniens et elle voudrait qu'on accepte trois sojas OGM tolérants au glyphosate. Cette substance active que l'on retrouve dans l'herbicide de Monsanto, le RoundUp, est elle-même un perturbateur endocrinien qui a des effets nocifs, notamment sur les fonctions reproductives de l'être humain. De plus, deux de ces sojas sont commercialisés par Monsanto, qui serait définitivement gagnant sur tous les plans. Nous n'avons pas été élus pour servir les intérêts de cette multinationale délinquante.

Tant que la législation européenne qui encadre l'autorisation des OGM demeure aussi laxiste et que la Commission est hors-la-loi, nous refuserons en bloc les OGM d'autant plus quand ils sont tolérants à des substances chimiques mal encadrées par le droit européen. Nous avons déjà acté cette position au Parlement européen en octobre 2015.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – De la même manière que sur l'objection au maïs génétiquement modifié votée en décembre dernier, j'ai soutenu l'objection à la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87708 × MON 89788.

Rejeter les nouvelles autorisations de mise sur le marché d'OGM est une manière pour notre Parlement d'envoyer un message clair à la Commission européenne afin qu'elle révisé le processus d'autorisation actuel des OGM. Ce processus n'est en effet ni satisfaisant, ni démocratique, chaque décision d'autorisation ayant été adoptée par la Commission sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et en passant outre l'avis du Parlement. Je rappelle par ailleurs que les opinions publiques demeurent négatives vis-à-vis des OGM, que l'évaluation de risque est jugée insuffisante et qu'il n'y a pas d'étude de toxicité sur 90 jours.

Enfin, je pense que le principe de précaution est ici justifié étant donné la tolérance du soja en question aux herbicides contenant du glyphosate, substance en cours d'évaluation qui pourrait être nocive pour la santé.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción a este acto de ejecución mediante el cual la Comisión Europea autoriza a la empresa Monsanto la introducción de la variedad de soja modificada genéticamente MON 87708 × MON 89788 en los Países Bajos. Con este objeción, solicitamos a la Comisión que se abstenga de autorizar la comercialización de ningún OMG hasta que se presente un nuevo reglamento, tal y como ha solicitado este Parlamento.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Ce midi, j'ai voté pour que la Commission européenne n'autorise pas l'utilisation de trois sojas génétiquement modifiés qui tolèrent le glyphosate dans les produits d'alimentation humaine et animale. Le glyphosate est un herbicide classé depuis le 20 mars 2015 comme «cancérigène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS). Ces trois sojas génétiquement modifiés qui ont déjà été autorisés par l'exécutif européen dans des produits d'alimentation humaine et animale sont le FG72, le MON 87708 x MON 89788 et le MON 87705 x MON 89788. Lors du vote de ce jour, j'ai bien entendu soutenu chacune des trois objections qui demandent leur rejet.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes ja prašoma Komisijos atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą dėl naujo GMO patvirtinimo. Minėta soja sukurta būti atspari glifosatui. Pasaulinės sveikatos organizacijos Tarptautinis vėžio institutas neseniai paskelbė, kad glifosatas, kurio GM sojos sukaupia vidutiniškai 10 mg/kg, labiausiai tikėtina yra žmonių kancerogenas. Nesuprantu, kodėl EK atsisako išgirsti šiuos argumentus, todėl sveikinu, kad EP dauguma nusprendė Komisijai priminti, jog ji privalo rūpintis piliečių sveikata.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Na sequência de um pedido apresentado em 2012 pela empresa *Monsanto Europe S.* A para colocar no mercado géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contenham, sejam constituídos por ou produzidos a partir de uma variedade de soja geneticamente modificada, foi detetado que a mesma contém glifosato, pelo que, e pelas mesmas razões aduzidas para a declaração de voto ao relatório B8-0133/2016 sobre uma objecção a um ato delegado equivalente, decidi abster-me.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – A tutela della salute dei cittadini anche in questo caso ho ritenuto opportuno sostenere l'obiezione all'autorizzazione di una soia geneticamente modificata.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87708 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg anmoder Kommissionen om at fremsætte et nyt lovgivningsmæssigt forslag på grundlag af traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde om ændring af forordning (EF) nr. 1829/2003 og under hensyntagen til de ofte udtrykte nationale bekymringer, som ikke alene vedrører spørgsmål i forbindelse med GMO'ers sikkerhed for sundheden eller miljøet.

Jasenکو Selimovic (ALDE), *skriftlig*. – Jag röstade emot invändningen att godkänna den genmodifierade sojabönan, framförallt för att vi måste lita på vetenskapen, dvs. om den Europeiska myndigheten för livsmedelssäkerhet (EFSA) efter utvärdering anser att en gröda är säker så är det detta vi ska utgå ifrån och inget annat. Med en växande befolkning och ökade klimathot behövs en modern växtföreläggning i Europa. Detta inkluderar moderna tekniker för att förelägg fram jordbruksgrödor och andra växter som dels kan mätta jordens befolkning, dels kan bidra till ett bättre klimat.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Monsanto a la autoridad competente en los Países Bajos. Se trata de un tipo de soja transgénica tolerante a los herbicidas a base de glifosato y dicamba. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this objection, because I believe – like my other Socialist colleagues in the chamber today – that the Commission needs to come forward with a new proposal for genetically modified organisms used in food and feed, one which more thoroughly assesses the environmental impacts of the GMOs. Fully-informed and scientifically-guided decision-making process with regards to GMOs that responds to public expectations is required, and that is what my Labour colleagues and I are supporting today.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia o námietke voči povoleniu geneticky modifikovanej sóje, pretože aj napriek tomu, že pestovanie GMO nutne prebieha na území členského štátu, obchodovanie s nimi má cezhraničný charakter, čo znamená, že vnútroštátny zákaz predaja a použitia, ako ho navrhuje Komisia, by nebolo možné presadiť bez znovuzavedenia hraničných kontrol dovážaného tovaru. Z tohto dôvodu sme uznesením vyzvali Komisiu, aby na základe Zmluvy o fungovaní Európskej únie predložila nový legislatívny návrh na zmenu nariadenia (ES) č. 1289/2003, ktorý zohľadní často vyjadrované pripomienky členských štátov, ktoré sa netýkajú len otázok bezpečnosti GMO pre zdravie či životné prostredie.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Podporujem princíp subsidiarity, aby rozhodovanie o tejto téme bolo v kompetencii každého členského štátu.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the motion to object to the Commission's authorising decisions in order to express opposition to authorisation of these particular varieties of GM soybean and to call on the Commission to live up to its obligation to update the Annexes to Directive 2001/18/EC by 3 April 2017 as regards the environmental risk assessment of GMOs, in line with Parliament's vote of 13 January 2015. With this decision I, along with other Labour MEPs, voted for a fully informed and scientifically guided decision-making process with regards to GMOs that responds to public expectations.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – 23. ožujka 2012. godine Monsanto Europe S.A. predao je nadležnim institucijama u Nizozemskoj prijavu, u skladu s člancima 5. i 17. Propisa Komisije i Parlamenta br. 1829/2003, za smještanje na tržište hranu koja se sastoji ili proizvodi od soje MON 87708 x MON 89788. Ne podržavam ovaj prigovor.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti resoluciji o osnutku izvedbenega sklepa Komisije o odobritvi dajanja v promet proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjeno sojo MON 87708 × MON 89788. Ne morem podpreti predloga, da naj Komisija izvedbeni sklep umakne.

To, da stalni odbor ni podal mnenja o tem sklepu, ne more biti argument za umik izvedbenega sklepa Komisije. Prav tako sem prepričana, da na področju gensko spremenjenih organizmov potrebujemo razpravo na podlagi znanstvenih podatkov in dokazov, le tako bomo pokazali verodostojnost v argumentiranju.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτως*. – Υπερψηφίσαμε τη σχετική έκθεση για να ασκηθεί βέτο στην έγκριση της διάθεσης της γενετικώς τροποποιημένης σόγιας στην αγορά, αφού για μας σκοπός παραμένει η εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ανθρώπινης ζωής και υγείας, του περιβάλλοντος και των συμφερόντων των καταναλωτών.

Παράλληλα λάβαμε υπόψη τα συμπεράσματα της υπηρεσίας ερευνών για την αντιμετώπιση του καρκίνου που υπόκειται στον Παγκόσμιο Οργανισμό Υγείας, τα οποία αναφέρουν ότι τα τρία είδη γενετικώς τροποποιημένης σόγιας διαθέτουν διάφορους τύπους ζιανιοκτόνων τα οποία έχουν χαρακτηριστεί ως πιθανώς καρκινογόνα για τον άνθρωπο.

Επιπρόσθετα, εναντιωνόμαστε στη πρακτική της ΕΕ να αποφασίζει και να επιβάλλει τη διάθεση και χρήση γενετικά τροποποιημένων προϊόντων στις αγορές των κρατών-μελών καθώς σε καμία περίπτωση δεν πρέπει να θυσιάζεται στο βωμό του κέρδους και του ανταγωνισμού η κυριαρχία των κρατών να αποφασίζουν για καίρια ζητήματα όπως η υγεία και η ευημερία των πολιτών τους.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως*. – Η διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικώς τροποποιημένη σόγια δεν είναι σύμφωνη προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított MON 87708 x MON 89788 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított termékek forgalomba hozatalával kapcsolatos állásfoglalást. 2012. március 23-án a Monsanto Europe S. A. forgalomba hozatali kérelmet nyújtott be Hollandia illetékes hatóságához. A szóban forgó géntechnológiával módosított szójabab expresszája a dikamba-monooxigenáz fehérjét, amelyek toleranciát biztosítanak a dikambatartalmú gyomirtókkal szemben, valamint CP 4 EPSPS proteint, amely toleranciát biztosít a glifozáttartalmú gyomirtó szerekkel szemben.

A WHO Nemzetközi Rákkutatási Ügynöksége a glifozátot az „emberre valószínűleg rákkeltő hatású” anyagként sorolta be 2015-ben. Az 1829/2003/EK rendelet hatálybalépése óta az engedélyező határozatokat a Bizottság a tagállami bizottságok véleményei nélkül fogadta el, illetve a GM-élelmiszerek és -takarmányok esetében általánossá vált az a gyakorlat, hogy a dossziét végleges jóváhagyásra visszaküldik a Bizottsághoz. Egyetértek azzal, hogy még ha az előállítás szükségességén egy tagállam területén történik, a GMO-k kereskedelme átlépi a határokat. Így a Bizottság által javasolt nemzeti „értékesítésre és felhasználásra” vonatkozó tilalmat az egységes belső piacon nem lehetne érvényesíteni.

Támogattam a rendelet visszavonását, és hogy a Bizottság nyújtson be új jogalkotási javaslatot, amely alapja az emberi és állati egészség, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelmének, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho contribuito con il mio sì all'approvazione di questa risoluzione. La soia MON 87708 × MON 89788 è tollerante al famigerato glifosato e al dicamba. Ovviamente chi la coltiva tenderà ad usare una maggior quantità delle due sostanze, nella certezza che il raccolto non ne risentirà. Sono decisamente contrario agli OGM e ancor più contrario, se possibile, a quelli che esprimono resistenza ai diserbanti.

Lo studio professionale tedesco ForCare, che si occupa di tossicologia, ha pubblicato nel novembre scorso un rapporto nel quale sottolinea come l'EFSA, valutando la sicurezza della soia MON 87708 × MON 89788, non ha preso in considerazione gli effetti combinati dei residui di questi due diserbanti contenuti nella soia stessa. Peraltro, non esiste letteratura scientifica al riguardo, ma sembra ragionevole una considerazione: i residui di glifosato e al dicamba, combinati insieme, possono produrre un effetto additivo o, ancor peggio, un effetto sinergico.

All'effetto additivo e/o sinergico sono esposti gli animali nutriti con questa soia ed i cittadini che si cibano di prodotti ottenuti da questi animali. Non bisogna avventurarsi in territori che la scienza non è ancora riuscita ad esplorare. Davanti alla soia OGM resistente a due diserbanti deve valere il principio di precauzione.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Non! Le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union.

Notre objectif est d'assurer un niveau élevé de protection de la vie et de la santé humaines, de la santé animale et du bien-être des animaux, de l'environnement et des intérêts des consommateurs.

Le consommateur européen ne doit pas être le cobaye des multinationales!!!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Contrary to the result of the final vote, I opposed the objection to authorise the placing on the market of products containing genetically modified soybean MON 87708 × MON 89788. The application to put the soybean concerned on the market was fully compliant with EU legislation; the technical decision to authorise it or not is then left to the Commission, which assesses the application based on scientific evidence. The Commission agreed to validate the placing on the market and I see no reason for denying the scientific assessment.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije glede ugovora v skladu s členom 106 Poslovnika: odobritev gensko spremenjene soje MON 87708 × MON 89788 sem podprla, saj sem mnenja, da je naša prioriteta na področju gensko spremenjenih živil in krme zagotavljanje visoke ravni varstva življenja in zdravja ljudi, zdravja in zaščite živali in okolja.

Glede na to, da je ta snov uvrščena med snovi, ki so rakotvorne za ljudi, je pomembno, da smo tukaj še posebej previdni, da to izpostavimo in tako zaščitimo interese potrošnikov, prebivalce Unije ter krepimo njihovo zaupanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87708 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Commission proposait d'autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate. Deux d'entre eux ont une autre caractéristique: composition différente en acide gras pour l'OGM B et tolérance au dicamba (un pesticide) pour l'OGM C. Ces propriétés ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels (et encore, ce n'est pas démontré).

Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante, faisant notamment fi des observations pertinentes des États membres.

Par ailleurs, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission. Je vote donc pour l'objection, même symbolique.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Monsanto Europe S. A. kérelmet nyújtott be Hollandia illetékes hatóságához a MON 87708 × MON 89788 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatalára vonatkozóan. Szavazatommal támogattam az S&D-frakció álláspontját a kérdésben.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87708 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – На днешния вот подкрепих възражението срещу разрешаването на вноса на три вида генетично модифицирана соя за употреба като храна и фураж. Тези видове соя са инженерно създадени за устойчивост при пръскане с хербицида глифозат и комбинации с други хербициди.

От друга страна през 2015 г. Международната агенция за изследване на рака (специализирана агенция към СЗО) вече класифицира глифозата като вероятно канцерогенен за хората. Европейската Агенция по безопасност на храните не е извършила нужната оценка на риска от този хербицид и ефектите от комбинирането му с други хербициди.

С крайното гласуване срещу допускането на тези три ГМО, макар и с малко мнозинство, за трети пореден път ЕП показва последователно несъгласие с процедурите за разрешаване на ГМО в ЕС. Въпреки факта, че приетите възражения не са задължителни за Комисията, последователно изразяваната позиция на ЕП изисква да се пристъпи към преосмисляне на обобщевропейската система за одобряване на ГМО и докато това не се случи, нови разрешения за ГМО не трябва да има.

Затова призовавам за преразглеждане на Регламент (ЕО) № 1829/2003, с което разрешенията за ГМО да бъдат приемани чрез делегирани актове, а не чрез актове за изпълнение, като по този начин Парламентът ще може да упражнява по-ефективен демократичен контрол.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Nepalaikau nes: neprognozuojama rizika sveikatai, galimas naujų alergenų arba toksinių medžiagų atsiradimas maisto produktuose. Galimos grėsmės aplinkai: genetinis užteršimas, nekontroliuojamas genų išplitimas aplinkoje. Pavojus bioįvairovei. Atsparių kenkėjų ir piktžolių formų plėtra.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Allaž esmu iestājusies par to, lai Latvija un Eiropas Savienība kopumā būtu brīva no ģenētiski modificētiem organismiem (ĢMO). Mēs nedrīkstam pieļaut, ka kāda ekonomisko interešu vārdā apdraudēta tiek mūsu iedzīvotāju veselība.

Ar nožēlu jāatzīst, ka šī ir kārtējā reize, kad Eiropas Komisija, pretēji dalībvalstu nostājai, izmantojot savas tiesību aktos piešķirtās pilnvaras, vēlas dot zaļo gaismu jaunu ĢMO produktu laišanai tirgū. ĢMO sojas pupiņas ir noturīgas pret glifosātu, ko Starptautiskā Vēža izpētes aģentūra klasificējusi kā cilvēkam iespējami kancerogēnu vielu.

Šoreiz EK ne tikai nav ņēmusi vērā valstu izteiktās bažas par ĢMO kaitīgumu, bet arī ignorējusi Pasaules Veselības organizācijas aģentūras veiktos pētījumus par glifosātu kā iespējami kancerogēnu vielu.

Ņemot vērā Pasaules Veselības organizācijas aģentūras veiktos pētījumus par glifosātu un Latvijas sabiedrības negatīvo nostāju pret ĢMO, balsoju pret šo trīs ĢMO sojas pupiņu laišanu tirgū.

Turklāt, uzskatu, ka būtu jāmaina esošā likumdošanas procedūra, lai, izsniedzot atļaujas jaunu ĢMO pārtikas un barības produktu laišanai tirgū, gan Eiropas Parlamentam, gan valstīm tiktu piešķirtas lielākas lemtiešanas tiesības, tādējādi nodrošinot efektīvāku demokrātisko kontroli un sabiedrības interešu ievērošanu.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this objection concerning the genetically modified soybean MON 87708 x MON 89788 because I believe that the Commission should not authorise the use of glyphosate-tolerant GM soybeans in food and feed, specifically for two reasons: the first reason is that glyphosate, a herbicide, was classified as 'probably carcinogenic' to humans on 20 March 2015 by the World Health Organization's cancer agency. The second reason is that currently GMOs are being authorised in the EU without the support of Member States: in fact, every GM authorisation decision has so far been taken by the Commission without the support of a qualified majority of Member States.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde tegen het bezwaar om de genetisch gemodificeerde sojaboon te accepteren. We moeten vertrouwen op de wetenschap en onze Europese Autoriteit voor voedselveiligheid. Zij zijn van mening dat dit gewas veilig is. Met een groeiende bevolking en steeds meer bedreigingen van het klimaat hebben we behoefte aan een moderne plantenveredeling in Europa. Onder meer deze moderne technieken voor het kweken van landbouwgewassen en andere planten kunnen bijdragen tot een betere voeding voor de wereldbevolking en een beter klimaat.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite de l'autorisation de la Commission d'importer trois OGM, les sojas FG 72, MON 87708 et le MON 87705, à des fins d'alimentation humaine, le Parlement européen a usé, sur propositions de mon Groupe politique GUE/NGL et de celui des Verts, de son droit de s'opposer à ces autorisations.

En donnant son feu vert à ces autorisations, la Commission a, une nouvelle fois, fait peu de cas du positionnement du Parlement européen en matière d'OGM. Elle a toujours autorisé les demandes déposées suivant les avis positifs de l'Autorité européenne de sécurité des aliments.

De telles décisions sont contraires au rejet de la proposition de révision législative faite en avril 2015 permettant des interdictions nationales par le Parlement européen en octobre 2014, le Parlement européen ayant considéré qu'un tel assouplissement ne répondait pas à la nécessité de protéger les citoyens européens contre les risques environnementaux et sanitaires des OGM.

J'ai voté pour le rejet de ces autorisations. Le Parlement européen envoie ainsi un nouveau signal politique pour que la Commission révise les législations européennes relatives aux OGM et qu'elle entende la voix des citoyens européens massivement opposés aux OGM.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução objeta a adoção do projeto de implementação de decisão com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem. Solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas, até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados.

Considerando que todos estes produtos de soja conferem tolerância acrescida a diferentes tipos de herbicidas (especialmente ao glifosato, que foi classificado como provavelmente cancerígeno para seres humanos pela IARC em 15 de março de 2015), este projeto de decisão de execução não é compatível com os objetivos do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 relativo a alimentos geneticamente modificados para alimentação humana e animal e do Regulamento (CE) n.º 396/2005 relativo aos resíduos de pesticidas na alimentação humana e animal.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission wird aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen. Stattdessen sollte sie einen neuen Legislativvorschlag vorlegen, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen aussprechen. Es gibt eine österreichweite Ablehnung von GMO. Ich stimme diesem Antrag zu.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Mi sono opposto alla proposta della Commissione di autorizzare due nuovi OGM. Nessun OGM dovrà essere autorizzato finché non verrà adeguatamente rafforzato il controllo democratico sulle autorizzazioni, in modo che le posizioni dei cittadini e degli Stati membri siano prese in considerazione. A questo proposito, il Parlamento ha già chiesto alla Commissione di presentare una nuova proposta legislativa. Inoltre, l'importazione di questi specifici OGM potrebbe esporre consumatori e animali a effetti negativi degli erbicidi con cui sono stati trattati. Non possiamo permettere che alcun OGM tollerante agli erbicidi venga autorizzato, finché i suoi effetti non saranno assolutamente chiari.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 × MON 89788 (MON-877Ø8-9 × MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates trage ich mit.

Mit der Entschließung wird die Kommission aufgefordert, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen und einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, bei dem nationale Interessen und Bedenken besser berücksichtigt werden.

Dieses Ziel trage ich mit. Ich wende mich gegen eine pauschale Zulässigkeit genetisch modifizierter Organismen und trete für mehr Rücksichtnahme auf nationale Belange auf der Ebene der EU ein, vorzugsweise durch mehr Subsidiarität.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Υπερψήφισα την πρόταση του συναδέλφου La Via, εκ μέρους της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Προστασίας των Καταναλωτών. Το ψήφισμα θέτει τις προϋποθέσεις για την ενίσχυση της ασφάλειας των τροφίμων, την προστασία του περιβάλλοντος και του καταναλωτικού κοινού.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Všetky tri námietky týkajúce sa geneticky modifikovanej sóje som podporila. V nich sme Komisiu vyzvali, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho nariadenia, v ktorom povoľuje umiestnenie geneticky modifikovanej sóje na trh a predložila návrh nový, ktorý zohľadňuje možné rakovinotvorné účinky látok nachádzajúcich sa v takto upravenej sóji. Môj názor na geneticky modifikované organizmy je dlhodobो nezmenený. Myslím si, že ochrana zdravia je v tejto otázke najdôležitejšou hodnotou, ktorú nesmieme za žiadnych okolností podceňiť a keďže geneticky modifikované organizmy a ich vplyvy na ľudské zdravie z dlhodobého hľadiska nie sú dostatočne preskúmané a vyhodnotené, mali by sme byť v tejto otázke mimoriadne opatrní.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione del Parlamento chiede alla Commissione europea di non immettere sul mercato prodotti alimentari e mangimi contenenti la soia transgenica MON 87708 × MON 89788 (MON-877Ø8-9 × MON-89788-1) resistente oltre che al glifosato anche ad un altro erbicida, il Dicamba.

La soia transgenica ha la caratteristica di essere stata progettata in laboratorio per resistere all'azione del glifosato, pesticida che è stato recentemente classificato dallo IARC, l'Agenzia Internazionale per la Ricerca sul Cancro (IARC) di Lione, come «probabilmente cancerogeno» per l'uomo. In particolare, questa soia geneticamente modificata, risulta essere resistente anche al Dicamba, un composto organico a base di cloro altamente persistente nell'ambiente una volta utilizzato e che presenta una tossicità superiore a quella del glifosato stesso. È stato necessario ricorrere ad un'ulteriore modificazione genetica, dal momento che le piante infestanti stavano iniziando a sviluppare una resistenza al glifosato.

Mi sono sempre battuto affinché alimenti e mangimi transgenici non entrassero nel territorio europeo e lo ribadisco ancora una volta votando favorevolmente a questa relazione, promossa insieme ai miei colleghi del Movimento 5 Stelle. Credo in un'Europa libera da OGM che tuteli la salute delle persone e non gli interessi delle multinazionali del biotech.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem proti resoluciji o osnutku izvedbenega sklepa Komisije o odobritvi dajanja proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjeno sojo MON 87708 × MON 89788 (MON-877Ø8-9 × MON-89788-1) ali so iz nje sestavljeni ali proizvedeni.

Vsekakor moramo zagotavljati visoke ravni varstva življenja in zdravja ljudi, zdravja in zaščite živali, okolja ter interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjenimi živali in krmo. Toda v znanstvenih študijah ni konsistentnih dokazov o potencialni toksičnosti in alergenosti gensko spremenjenih encimov.

9.6. Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87705 × MON 89788 (B8-0135/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'obiezione si fonda sulla caratteristica della soia transgenica di resistere all'azione del glifosato recentemente classificato dallo IARC di Lione come probabile cancerogeno per l'uomo, nonostante sia in corso una diatriba tra i ricercatori dell'istituto afferente all'OMS e l'EFSA.

Nell'interesse della salute dei cittadini europei ho ritenuto opportuno votare a favore della risoluzione che si oppone alla proposta di decisione di esecuzione (UE) della Commissione per l'immissione sul mercato di prodotti alimentari e mangimi a base di o contenenti una soia transgenica resistente al glifosato.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Monsanto a la autoridad competente en los Países Bajos. Se trata de un tipo de soja transgénica con una expresión reducida de dos enzimas, que resulta en un perfil rico en ácido oleico y pobre en ácido linoleico y es tolerante a los herbicidas a base de glifosato. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection du Parlement européen sur la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié OGM MON 87705 × MON 89788.

En effet, je suis profondément opposé à l'introduction de nouveaux OGM sur le marché. De plus, l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante qui met notamment en avant des observations pertinentes des États membres allant dans ce sens.

Même si je regrette que ce texte n'ait qu'une portée symbolique, car étant peu contraignant pour la Commission, je soutiens cette objection.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this objection resolution. Since the entry into force of Regulation (EC) No 1829/2003 the Commission has made authorisation decisions on new GMOs without the support of the Member State committees.

This situation was intended to be an exception in the legislation which has unfortunately become the norm. Commission President Juncker has failed to fulfil the promise he made as a candidate for the Presidency of the Commission to fix this democratic deficit in decision-making for GMOs in the European Union. The Commission is therefore authorising the placing on the market of products with a system which it itself has recognised is flawed. It is essential that the Commission now comes up with a real proposal on GMOs to correct this democratic deficit.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Με τη συγκεκριμένη πρόταση ψηφίσματος το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο επιθυμεί να διατυπώσει τις αντιρρήσεις του σύμφωνα με το άρθρο 106 σχετικά με την έγκριση της διάθεσης γενετικώς τροποποιημένης σόγιας MON87705 × MON89788 στην αγορά.

Τον Οκτώβριο το Κοινοβούλιο απέρριψε την νέα πρόταση της Επιτροπής σχετικά με τις γενετικώς τροποποιημένες τροφές και ζωοτροφές και της ζήτησε να επανέλθει με νέα πρόταση. Στο μεταξύ δεν θα έπρεπε να δοθεί άδεια να διατεθούν στην αγορά νέες γενετικώς τροποποιημένες τροφές και ζωοτροφές στο πλαίσιο του υπάρχοντος νομικού πλαισίου. Το συγκεκριμένο είδος σόγιας του οποίου η διάθεση εγκρίθηκε είναι ανθεκτικό σε ορισμένα ζιζανιοκτόνα και ως εκ τούτου η καλλιέργειά του ενδέχεται να ενθαρρύνει μία πιο ελεύθερη χρήση των ζιζανιοκτόνων, γεγονός που μπορεί να έχει ζημιογόνες επιπτώσεις για την ανθρώπινη υγεία.

Για όλους τους παραπάνω λόγους υπερήφισα τη διατύπωση αντιρρήσεων καθώς θεωρούμε ότι η Επιτροπή πρέπει να υποβάλει νέα πρόταση για τα γενετικά τροποποιημένα τρόφιμα και τις ζωοτροφές, η οποία θα αξιολογεί με μεγαλύτερη ακρίβεια τις περιβαλλοντικές επιπτώσεις των ΓΤΟ.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit dieser Resolution lehnt das Europäische Parlament einen Kommissionsbeschluss ab, mit dem glyphosat-tolerante GVO-Sojabohnen EU-weit zugelassen werden sollten. Vor dem Hintergrund, dass im Besonderen das Pflanzenschutzmittel Glyphosat von der Weltgesundheitsorganisation als möglicherweise krebserregend eingestuft wurde, und ich im Allgemeinen GVO-Lebensmittel aufgrund der unbekannten Langzeitfolgen ablehne, findet diese EntschlieÙung meine vollste Unterstützung.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La culture des sojas de la société Monsanto relève de la colonisation de l'Europe par des intérêts étrangers: les propriétés de ce soja ne servent que les intérêts de Monsanto, et à court terme ceux des éleveurs industriels. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate.

L'EFSA a fait fi de l'opposition motivée de plusieurs États membres, alors que son évaluation sur les OGM est largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, avec pour objectif de débusquer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

Aussi ai-je, en toute logique, voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja génétiquement modifié MON 87705 × MON 89788.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106; I am concerned by the increasing usage of delegated acts and am therefore minded to support any objections as a matter of course. In this instance, I note specifically that the World Health Organization has described these specific varieties as being potentially carcinogenic to humans.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – En ce qui concerne ma position générale sur les OGM, je suis contre le principe de précaution qui empêche la recherche en Europe. De plus, je m'étonne de l'hypocrisie qui consiste à interdire la commercialisation de ces produits que l'Europe se permet d'importer ensuite.

Néanmoins, j'ai voté contre la mise sur le marché de cette variété résistante aux pesticides, car elle considérée par de nombreux centres de recherche, notamment celui de Lyon, comme une variété qui pourrait être dangereuse.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo Komisijos prašoma atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą dėl leidimo pateikti rinkai genetiškai modifikuotas sojos pupeles MON 87705 × MON 89788. Komisijos įgyvendinimo sprendimo projektas neatitinka Sąjungos teisės, nes jis nesuderinamas su reglamento Nr. 1829/2003 ir reglamento Nr. 396/2005 tikslu, pagal kurį siekiama parengti bazę, leidžiančią užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį genetiškai modifikuoto maisto ir pašarų atžvilgiu, tuo pačiu užtikrinant veiksmingą vidaus rinkos veikimą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La Commission propose d'autoriser trois nouveaux sojas OGM des sociétés Bayer CropScience et Monsanto. Tous trois sont tolérants au glyphosate, avec une autre caractéristique pour les deux OGM de Monsanto: composition différente en acide gras pour l'OGM MON 87705 × MON 89788 et tolérance au dicamba (un pesticide) pour l'OGM MON 87708 × MON 89788. Ces propriétés ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels (et encore, ce n'est pas démontré).

Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'évaluation fournie par l'EFSA reste manifestement insatisfaisante.

Hélas, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission, et les amendements que mon groupe a déposés – pour rendre les objections contraignantes et pour rappeler que la Commission n'attend même pas la fin des procédures d'objections pour publier les autorisations d'OGM – ont été malheureusement rejetés.

Leur rejet, consigné par RCV, montre ainsi l'hypocrisie d'élus qui sont en réalité contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM. Il faudrait pourtant que les autorisations d'OGM puissent être délivrées par acte délégué et non par acte d'exécution.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'introduzione di organismi geneticamente modificati resistenti agli erbicidi può rappresentare una seria minaccia per la salute dei cittadini europei e per l'ambiente.

Oggi ho votato a favore delle obiezioni all'autorizzazione di tre tipi di soia geneticamente modificata, tra cui MON 87705 x MON 89788, perché ritengo che l'attuale quadro normativo non consenta alla Commissione e all'EFSA di fornire adeguate valutazioni sull'impatto degli OGM.

Per quanto riguarda la soia MON 87705 x MON 89788, in particolare, la preoccupazione riguarda la presenza della proteina CP4 EPSPS che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato. Nel marzo del 2015 l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro, organismo specializzato dell'OMS, ha classificato il glifosato come probabilmente cancerogeno per l'uomo. Dato il potenziale pericolo per la salute ho deciso di votare a favore dell'obiezione, riaffermando la necessità che la Commissione elabori al più presto una proposta completa sugli OGM e sui mangimi originati da OGM per valutare attentamente l'impatto ambientale e sanitario di queste tecnologie.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87705 x MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación. En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero explicar que he votado en contra de la línea de mi Grupo en este informe sobre la objeción presentada sobre la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87705 x MON 89788. Euskadi es una región libre de OMG y, tal y como hice en 2015, he votado a favor de la propuesta de Resolución de la Comisión ENVI en la que se considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión no es coherente con la legislación de la Unión al ser incompatible con el propósito de varios Reglamentos. Por ello, apoyo la petición de retirada del proyecto de Decisión de Ejecución.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai appuyé cette objection du Parlement européen sur l'autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788.

Son autorisation par l'EFSA démontre l'abandon progressif du principe de précaution en matière de sécurité alimentaire et la soumission de la Commission à la pression des grands groupes industriels comme Monsanto.

Ce soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788 présente d'ailleurs une tolérance au dicamba, un pesticide réputé pour être tératogène et plus largement toxique pour l'homme, notamment pour la femme enceinte.

Une telle mise en danger des consommateurs, et ce, en dépit des réserves émises par les États-Membres, relève de l'irresponsabilité de la part de l'EFSA.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione all'autorizzazione della soia geneticamente modificata MON MON 87705 x MON 89788.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la objeción a este acto de ejecución mediante el cual la Comisión Europea autoriza a la empresa Monsanto la introducción de la variedad de soja modificada genéticamente MON 87705 × MON 897888 en los Países Bajos. Con esta objeción, solicitamos a la Comisión que se abstenga de autorizar la comercialización de ningún OMG hasta que se presente un nuevo reglamento, tal y como ha solicitado este Parlamento.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas sukritikavo Komisijos įgyvendinimo sprendimą, jo nepatvirtino ir paprašė pateikti naują sprendimo projektą dėl leidimo pateikti į rinką produktus, kurių sudėtyje yra, jie susideda arba pagaminti iš genetiškai modifikuotų sojų. 2011 m. bendrovė „Monsanto Europe S. A.“ pateikė Nyderlandų kompetentingai institucijai prašymą dėl maisto produktų, maisto sudedamųjų dalių ir pašarų, kuriuose yra sojų kurie iš jų sudaryti ar pagaminti, pateikimo rinkai. Genetiškai modifikuotose sojose gaminama mažiau riebalų rūgšties desaturazės ir palmitoilacilo baltymo nešiklio tioesterazės fermentų, todėl yra daugiau oleino rūgšties ir mažiau linolo rūgšties, taip pat gaminamas baltymas, dėl kurio sojos tampa atsparios glifosato herbicidams. Tarptautinė vėžio mokslinių tyrimų agentūra – specializuota Pasaulio sveikatos organizacijos vėžio agentūra – 2015 m. kovo 20 d. klasifikavo glifosatą kaip turbūt kancerogeninį poveikį žmonėms darančią medžiagą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tudi ta ugovor sem podprl iz enakih razlogov kot prejŕnja dva.

Sam sem zagovornik previdnostnega načela pri GSO-jih, zato se mi zdi povsem nepotrebno, da se s takšno ihto skozi postopek spravlja tako občutljivo vsebino, kot je registracija GSO soje.

Tudi obtoževanje institucij in prelaganje odgovornosti ene na drugo je neproduktivno. Nahajamo se v občutljivem trenutku, ko bi morale imeti institucije med sabo večje spoštovanje, predvsem pa moramo spoštovati voljo ljudi, ki so večinsko proti uporabi GSO-jev v Evropi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Glasala sam za ovaj prigovor jer smatram da trenutni sustav odobrenja GMO hrane u EU-u treba mijenjati. Radi se o političkoj poruci Komisiji koja je odobrenje za prodaju i uvoz dala prema direktivi o GMO hrani za koju Parlament smatra da je nedemokratska.

Države članice se pet godina nisu mogle dogovoriti oko davanja ili odbijanja dozvole za soju MON 87705xMON 89788. U takvoj situaciji Komisija prema postojećim propisima ima pravo sama postupiti kako smatra potrebnim. Iako je odluka zakonita, nije demokratska.

Problem koji Europska unija ima s GMO-om se neće riješiti sam od sebe niti je *status quo* održiv. Treba prihvatiti činjenicu da je većina država članica protiv GMO-a, ali ga neke države žele.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Les 3 OGM de soja dont la Commission propose d'autoriser l'importation ont des propriétés qui ne servent que les intérêts de la firme Monsanto et éventuellement des éleveurs industriels.

Je considère qu'une fois de plus l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante des risques encourus et que les objections proposées par la commission ENVI sont fondées.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté POUR ces objections.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa obiezione perché ritengo che il progetto di decisione di esecuzione della Commissione riguardante la soia geneticamente modificata MON 87705 x MON 89788 non sia conforme al diritto dell'Unione in quanto non è compatibile con l'obiettivo del regolamento (CE) n. 1829/2003 e del regolamento (CE) n. 396/2005 del Parlamento europeo e del Consiglio che consiste, in conformità dei principi generali stabiliti dal regolamento (CE) n. 178/2002 del Parlamento europeo e del Consiglio, nel fornire la base per garantire un elevato livello di tutela della vita e della salute umana, della salute e del benessere degli animali, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, garantendo nel contempo l'efficace funzionamento del mercato interno. Ritengo pertanto che la Commissione debba ritirare il suo progetto di decisione di esecuzione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne a proposé d'autoriser la commercialisation de trois nouveaux types de sojas génétiquement modifiés qui proviennent de la société américaine Monsanto. C'est dans ce contexte que cette objection vise à signaler l'opposition du Parlement à la mise sur le marché de ces trois organismes génétiquement modifiés (OGM), tolérants au glyphosate. L'un d'entre eux présente également une tolérance au pesticide dicamba.

Bien que cette objection ne contraindra pas la Commission à abandonner la commercialisation de ces OGM, nous considérons qu'il est essentiel de la voter pour montrer la désapprobation du Parlement à l'égard de la Commission et de l'EFSA dont les évaluations sont insatisfaisantes et ne tiennent pas compte des remarques des autorités des États membres.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour cette objection.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În acest secol, dezvoltarea agriculturii se produce pe un palier microcelular, iar riscurile care trebuie supravegheate de către Uniune, în calitate de garant al siguranței alimentare a cetățenilor săi, dar și al protecției mediului, planează în jurul siguranței organismelor modificate genetic.

Mai mult, reamintim că, în prezent, alimentația necorespunzătoare este, de departe, principala cauză de boală și de mortalitate la nivel mondial - mai importantă decât tutunul, alcoolul și lipsa activității fizice laolaltă. Devine clar că garantarea securității unionale și globale a hranei este nu numai un obiectiv important asumat de Uniune, ci și o situație ce necesită atenție din partea factorilor implicați.

Totuși, în condițiile în care nu există studii științifice care să confirme efectele negative pe care anumite substanțe le au asupra celor care le consumă, consider că nu trebuie să avem o poziție radicală în a le retrage de pe piață.

Având în vedere necesitatea unor dovezi concrete, am votat împotriva rezoluției cu privire la Obiecția formulată în temeiul articolului 106 din Regulamentul de procedură: autorizația pentru soia modificată genetic MON 87705 x MON 89788.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Da quando è stata approvata la direttiva (UE) 2015/412, che consente agli Stati membri di vietare al proprio interno la coltivazione degli OGM autorizzati, la Commissione, pur in permanenza dell'impasse in seno al comitato competente a causa dei veti incrociati, sta sbloccando tutte le procedure di autorizzazione di OGM che erano in sospenso. Perciò, la commissione ENVI sta proponendo sistematicamente obiezioni contro ogni nuovo OGM autorizzato. Purtroppo, in questi casi le obiezioni del Parlamento non sono vincolanti per la Commissione, poiché trattasi di atti di esecuzione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sull'obiezione riguardante l'autorizzazione della soia geneticamente modificata MON 87705 x MON 89788.

Nell'agosto 2011 la Monsanto Europe S.A. ha presentato all'autorità competente dei Paesi Bassi una domanda per l'immissione in commercio di alimenti, ingredienti alimentari e mangimi contenenti, costituiti od ottenuti da soia geneticamente modificata. Questo tipo di soia esprime una proteina che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato, sostanza che l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro ha classificato come probabilmente cancerogena per l'uomo.

Il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non appare quindi conforme al diritto dell'Unione, non garantendo un elevato livello di tutela della vita e della salute umana ed animale, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, e nemmeno l'efficace funzionamento del mercato interno.

Di conseguenza, ho deciso di votare a favore dell'obiezione a questo progetto di decisione di esecuzione chiedendo alla Commissione, come indicato dalla proposta di risoluzione, di presentare una nuova proposta legislativa che tenga conto delle preoccupazioni frequentemente espresse a livello nazionale riguardo alla sicurezza degli OGM per la salute e l'ambiente ed al corretto funzionamento del mercato interno.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because authorisation of this specific genetically modified soybean would be against the interests of consumers. Studies of genetically modified foods have shown that they bring no benefits to human health, but on the other hand may have negative consequences.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione si oppone all'immissione nel mercato di prodotti alimentari e mangimi a base di soia transgenica ibrida resistente al glifosato e con accresciuto contenuto di acoro oleico.

Ho deciso di appoggiare tale risoluzione e di dare il mio voto favorevole. Si tratta di prodotti classificati come potenzialmente cancerogeni e che pertanto mettono a rischio la salute dei cittadini.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφπτώς*. – Καταψηφίζουμε την πρόταση ψηφίσματος και τονίζουμε πως στόχος μας είναι η εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων, του περιβάλλοντος και των συμφερόντων των καταναλωτών σε σχέση με τα γενετικώς τροποποιημένα τρόφιμα και τις γενετικώς τροποποιημένες ζωοτροφές, εξασφαλίζοντας παράλληλα την αποτελεσματική λειτουργία της εσωτερικής αγοράς.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφπτώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα ως προς τις ενστάσεις που διατυπώθηκαν για την έγκριση της διάθεσης στην αγορά γενετικώς τροποποιημένης σόγιας. Όπως γίνεται εύκολα αντιληπτό, το ζήτημα αυτό αφορά το σύνολο του πληθυσμού της Ευρώπης, καθώς επηρεάζει άμεσα τον τομέα της δημόσιας υγείας και οποιαδήποτε έγκριση πρέπει να δίνεται έπειτα από ενδελεχή συζήτηση και έρευνα, ώστε να διασφαλίσουμε την υγεία των πολιτών. Είναι μάλιστα ιδιαίτερης σημασίας οι αποφάσεις που θα πάρουμε, καθώς ο τομέας των γενετικά τροποποιημένων τροφίμων μπορεί δυνητικά να προκαλέσει μεγάλες αναταράξεις και στην οικονομία της Ευρώπης. Υπό αυτό το πρίσμα, θεωρώ πως οι ενστάσεις που διατυπώθηκαν είναι σωστές και για αυτό το λόγο ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento poiché ritengo che il progetto di decisione di esecuzione della Commissione non sia conforme al diritto dell'Unione in quanto non è compatibile con l'obiettivo dei regolamenti (CE) n. 1829/2003 e n. 396/2005 del Parlamento europeo e del Consiglio, che consiste nel fornire la base per garantire un elevato livello di tutela della vita e della salute umana, dell'ambiente e degli interessi dei consumatori in relazione agli alimenti e ai mangimi geneticamente modificati, garantendo nel contempo l'efficace funzionamento del mercato interno.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Provenendo da una terra agricola, sono ben consapevole che il ruolo della tecnologia permette di evitare fatica fisica ma non è di solito sostitutivo di quelle procedure sperimentate nel corso dei millenni e affinate dalla pratica, e che ci consegnano quelle eccellenze agro-alimentari di cui è ricchissima la nostra Italia. Per questo motivo, con grande perplessità, mi sono espresso contro l'autorizzazione di questo prodotto (votando dunque a favore dell'obiezione).

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I did not support this objection as individual GMOs and the GMO combinations in question have been authorised by the Commission and deemed safe for human consumption by the European Food Safety Agency (EFSA). This objection is an attempt to change the system of authorisation by those who are opposed to GM. Member States can decide whether to cultivate GM crops or not. There is no commercial cultivation of GMO products in Ireland, nor is there any expected in the short to mid-term given the lack of relevant GMO products on the market.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The resolution seeks to place on the market products containing genetically modified soybean. The production of goods containing genetically modified ingredients is not limited to consumption or use in one State as this facilitates the development of GMO trade across borders. This will make it impossible for those Member States who ban the sales and use of genetically modified products to effectively take such health-related decisions.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este OMG fue presentado por Monsanto a la autoridad competente en los Países Bajos. Se trata de un tipo de soja transgénica con una expresión reducida de dos enzimas, que resulta en un perfil rico en ácido oleico y pobre en ácido linoleico y es tolerante a los herbicidas a base de glifosato. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Last October Parliament rejected the new Commission proposal on genetically modified food and feed and asked the Commission to come up with a new proposal. In the meantime, no new GM food/feed should therefore be authorised under the current legal framework, which the Commission acknowledges is not working well. The soybeans in these three authorisation processes in question are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. I voted in favour of the objection, because I believe that the Commission should review the draft implementing act, taking account of the position expressed.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I oppose the objection resolution to the authorisation of soybean MON 87705 x MON 89788. I believe that it is absolutely vital for public confidence that in Europe we have a GM regulation system that is underpinned by science. This means that products passing a robust, independent safety assessment should have fair market access. The European Food safety agency has declared this GM trait safe for food and feed use, and we should respect that decision made by experts, otherwise we risk undermining not only our own credibility but also the principle of science-based decision-making.

The use of GM material in animal feed is significant across the EU, and our livestock sector is heavily dependent on imported GM feed materials, so it is important that EU GM authorisations proceed as rapidly as possible to keep pace with authorisations in other parts of the world and avoid significant disruption in the international trade of agricultural commodities, which could have a negative impact on food prices.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition d'objection d'un député du groupe des socialistes et démocrates concerne le projet de décision de la Commission européenne en faveur de l'autorisation du soja OGM MON 87705 x MON 89788 tolérant le glyphosate dans les produits d'alimentation humaine et animale.

La rapporteure soutient que le glyphosate est un herbicide classé «cancérogène probable» par le Centre international de recherche sur le cancer (CIRC). Toutefois, cette justification est contestable. D'une part, le projet de décision de la Commission européenne fait suite à l'avis positif de l'autorité européenne pour la sécurité alimentaire (EFSA). Ses conclusions reposent sur un grand nombre d'études, dont celles du CIRC, et de données scientifiques comme l'ont expliqué les auteurs lors d'un échange de vues avec les députés européens en décembre dernier.

D'autre part, la Commission européenne a respecté son mandat dans le cadre de son pouvoir d'exécution qui découle de la législation européenne, approuvée par le Parlement européen. Je regrette que cette résolution motivée par des considérations idéologiques ne prenne pas en compte les nombreuses mesures de précaution votées par le législateur européen en la matière. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette objection.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I believe in science-based policy; to this extent I believe that it is the task of the European Food Safety Authority (EFSA) to decide whether a genetically modified organism is safe and fit for consumption. The EFSA advice should be the basis for the final decision. Since the EFSA advice was positive, I voted against this objection.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Actuellement, les Organismes Génétiquement Modifiés (OGM) peuvent être cultivés sur le territoire de l'Union européenne après que les semenciers détenteurs de l'OGM ont obtenu une autorisation de mise sur le marché conformément à la réglementation européenne.

Le Parlement européen a choisi d'user de son pouvoir d'objection pour demander à la Commission européenne de retirer ses autorisations sur l'utilisation de trois sojas génétiquement modifiés tolérant le glyphosate, herbicide classé «cancérogène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS).

Il conviendra à l'avenir de réviser le processus d'autorisation des OGM qui ne devrait pas être possible sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et avec l'avis du Parlement.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A MON 87705 és a MON 89788 egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87705 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált, valamint eltérő zsírsav profillal rendelkezik. Annak ellenére, hogy a fent említett hatóanyag nem számít kiugró toxicitásúnak, számos tudományos szakirodalmi adat van humán- és állati egészségre kifejtett negatív hatásaival kapcsolatban.

Az elvégzett kockázateértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a beltartalmi összetevőket (kivéve a megváltozott zsírsav profilt), fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva a MON 87705 x MON 89788 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

- In vivo etetéses vizsgálatok helyett mindössze in vitro emésztési tesztet végeztek, amely nem mindig alkalmas az etetéses kísérlet kiváltására.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection de la commission de l'environnement du Parlement européen contre trois décisions de la Commission européenne autorisant la commercialisation d'aliments pour animaux contenant du soja transgénique produit par les firmes Monsanto et Bayer.

Ces trois sojas OGM ont la particularité de développer une tolérance aux herbicides contenant du glyphosate, dont le Roundup de Monsanto, une substance classée comme probablement cancérogène par l'Organisation mondiale de la santé. J'estime que les trois décisions d'autorisation ne sont pas compatibles avec les objectifs de l'Union européenne en matière de santé humaine et animale, tels qu'ils sont définis dans des textes législatifs.

C'est pourquoi, je me réjouis du vote intervenu aujourd'hui et de la majorité claire qui s'est dégagée pour mettre le veto du Parlement européen à la commercialisation de produits à base de soja OGM.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La Commission européenne souhaite autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto, tolérants au glyphosate.

L'OGM B a une composition différente en acide gras et l'OGM C une tolérance au pesticide «dicamba». Dans la mesure où ces propriétés n'ont pour but que de servir les intérêts de Monsanto, et que l'EFSA n'a pas tenu compte de l'avis pertinent des États, j'ai naturellement voté pour ces objections.

Enfin, nos trois amendements visaient à ce que les autorisations aient lieu sous forme d'actes délégués, afin d'assurer un contrôle démocratique de la mise sur le marché des OGM.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Аз и партията, която представлявам – ВМРО, сме против каквито и да било генетично модифицирани храни и фуражи. В проект за решение Комисията се обявява за разрешаването на пускането на пазара на продукти, съдържащи генетично модифицирана соя MON 87705 × MON 89788 (MON-87705-6 × MON-89788-1). ГМО-то не е решение нито за онова, което ядем, нито за онова, с което храним животните, които консумираме, и затова се обявявам против него винаги и навсякъде.

За мен здравето на гражданите е по-важно от търговията и конкурентоспособността. Наскоро (през октомври 2015 г.) отхвърлих предложението на ЕК всяка страна да може да решава сама дали да разреши или забрани ГМО. До известна степен предложението беше много привлекателно, но на практика неприложимо поради единния пазар на ЕС.

Винаги съм бил привърженик на цялостната забрана на ГМО на целия европейски пазар, за да знаят нашите граждани, че техните управници поставят здравето им на първо място и смятам, че това е единствената политика, която можем да водим по този въпрос. В конкретния случай гласувах „за“ възражението, което да доведе до забрана на пускането на пазара на ГМО соя.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Προτείνει στην Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης σχετικά με την διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικώς τροποποιημένη σόγια της σειράς MON 87705 × MON 89788 (MON-87705-6 × MON-89788-1) το οποίο δεν είναι σύμφωνο προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A MON 87705 és a MON 89788 egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87705 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóná vált, valamint eltérő zsírsav profillal rendelkezik. Annak ellenére, hogy a fent említett hatóanyag nem számít kiugró toxicitásúnak, számos tudományos szakirodalmi adat van humán- és állati egészségre kifejtett negatív hatásaival kapcsolatban.

Az elvégzett kockázateértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a beltartalmi összetevőket (kivéve a megváltozott zsírsav profilt), fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva a MON 87705 x MON 89788 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

- In vivo etetéses vizsgálatok helyett mindössze in vitro emésztési tesztet végeztek, amely nem mindig alkalmas az etetéses kísérlet kiváltására.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Eleonora Evi (EFDD), per iscritto. – Il processo di autorizzazione degli OGM in Europa non è democratico.

In questo, come in tutti i precedenti casi di autorizzazione, la Commissione ha agito unilateralmente nonostante la proposta non fosse stata adottata dal comitato tecnico di riferimento.

Pertanto ho sostenuto l'obiezione all'autorizzazione della soia GM MON 87705 x MON 89788, anche per i dubbi scientifici che gli OGM comportano. Infatti la soia in questione esprime gli enzimi FAD2 (acido grasso Δ12-desaturasi) e FATB (palmitoil ACP tioesterasi), il che si traduce in un profilo ad alto contenuto di acido oleico e a basso contenuto di acido linoleico, ed esprime la proteina CP4 EPSPS che conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato.

Il 20 marzo 2015 l'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro – l'organismo specializzato dell'Organizzazione mondiale della sanità – ha classificato il glifosato come probabilmente cancerogeno per l'uomo.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A empresa Monsanto Europe S.A. apresentou à autoridade competente dos Países Baixos um pedido para colocar no mercado géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contivessem, fossem constituídos por ou produzidos a partir de soja MON 87705 × MON 89788, que contém glifosato, considerado pelo Centro Internacional de Investigação do Cancro como provavelmente cancerígeno para o ser humano.

Édouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce que je m'oppose à la mise des OGM sur le marché.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de autorização do MON87705xMON89788 foi apresentado pela Monsanto à autoridade competente na Holanda em 11/08/2011.

Este pedido foi avaliado pela Autoridade de Segurança Alimentar Europeia (EFSA), que emitiu um parecer favorável. Foi então considerado pelo Comité Permanente de 18/11/2015 tendo sido avaliado com «sem opinião», como tem acontecido desde que este procedimento foi acordado.

Esta resolução objeta a adoção do projeto de implementação de decisão, com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem e solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados.

Votámos favoravelmente, tendo em conta a nossa posição de objeção à autorização de OGM.

A Comissão deve apresentar, sem demora, uma proposta legislativa que respeite o direito dos Estados-Membros – e a vontade dos consumidores – de se oporem à introdução de OGM para alimentos e cultivo no seu território, tendo em conta os riscos para a soberania alimentar, o ambiente, a biodiversidade e a saúde pública, uma vez que não é possível garantir de forma cientificamente credível a inocuidade dos produtos transgénicos na alimentação humana e animal.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the objection as I feel the technology is being used to help multinationals dominate the food market.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla risoluzione in cui si obietta contro ogni nuovo OGM autorizzato.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζω την σχετική έκθεση καθώς προτείνει στην Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης σχετικά με την διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικώς τροποποιημένη σόγια της σειράς MON 87705 × MON 89788 (MON-87705-6 × MON-89788-1) το οποίο δεν είναι σύμφωνο προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In October Parliament rejected the new Commission proposal on GM food and feed and asked the Commission to come up with a new one. In the meantime, no new GM food/feed should therefore be authorised under the current legal framework which the Commission acknowledges is not working in a satisfactory way. The soybeans which have been authorised are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. The Commission must come forward with a new proposal for GMO food and feed, which more thoroughly assesses the environmental impacts of GMOs.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A MON 87705 és a MON 89788 egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87705 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált, valamint eltérő zsírsav profilal rendelkezik. Annak ellenére, hogy a fent említett hatóanyag nem számít kiugró toxicitásúnak, számos tudományos szakirodalmi adat van humán- és állati egészségre kifejtett negatív hatásaival kapcsolatban.

Az elvégzett kockázatértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a beltartalmi összetevőket (kivéve a megváltozott zsírsav profilt), fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva a MON 87705 x MON 89788 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

- In vivo etetéses vizsgálatok helyett mindössze in vitro emésztési tesztet végeztek, amely nem mindig alkalmas az etetéses kísérlet kiváltására.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A kérelemben leírt, géntechnológiával módosított szójabab expresszálja a dikamba-monooxygenáz fehérjét, amelyek toleranciát biztosítanak a dikambatartalmú gyomirtókkal szemben, valamint egy fajta proteint, amely toleranciát biztosít a glifozáttartalmú gyomirtó szerekkel szemben. Mivel a Nemzetközi Rákkutatási Ügynökség – a WHO rákbetegségekkel foglalkozó szakosított ügynöksége – 2015. március 20-án a glifozátot az „emberre valószínűleg rákkeltő hatású” anyagként sorolta be, így helyénvalónak tartom felhívni a Bizottságot, hogy az Európai Unió működéséről szóló szerződés alapján nyújtson be új jogalkotási javaslatot az 1829/2003/EK rendelet módosítására, figyelembe véve azokat a gyakran hangoztatott tagállami aggályokat, amelyek nem csupán a GMO-k által az egészségre vagy a környezetre jelentett veszélyekkel kapcsolatosak.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado en contra de la objeción al considerar que la Decisión de Ejecución de la Comisión garantiza un elevado nivel de protección de la vida y la salud humanas, de la salud y el bienestar de los animales, del medio ambiente y de los intereses de los consumidores en relación con los alimentos y piensos modificados genéticamente, garantizando al mismo tiempo el eficaz funcionamiento del mercado interior.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione che autorizza l'immissione in commercio di prodotti contenenti, costituiti o ottenuti a partire da soia geneticamente modificata MON 87705 x MON 89788 (MON-87705-6 x MON-89788-1), perché ritengo che la Commissione europea debba presentare una nuova proposta completa sugli OGM e valutarne attentamente l'impatto ambientale e sanitario.

Penso, infatti, che il Parlamento europeo abbia espresso con chiarezza, con il voto dello scorso ottobre, la propria contrarietà alla proposta della Commissione in materia di OGM, chiedendo adeguate garanzie e una nuova proposta legislativa: permangono molti dubbi e interrogativi, considerata la conclamata prassi di adottare decisioni in materia di OGM senza un parere tecnico da parte del Comitato permanente degli Stati membri.

L'introduzione della soia geneticamente modificata MON 87708 x MON 89788, ad alto contenuto di acido oleico e basso contenuto di acido linoleico e contenente proteine resistenti al glifosato, pone problemi ambientali e sanitari, inducendo all'aumento del ricorso a tali pesticidi. Ritengo che tali preoccupazioni debbano essere adeguatamente affrontate dall'EFSA e dalla Commissione europea tramite valutazioni d'impatto e richiedano una normativa completa, chiara e che tenga debitamente in conto le preoccupazioni dei nostri cittadini.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Ich habe heute für den Einwand gemäß Artikel 106: Genehmigung genetisch veränderter Sojabohnen der Sorte MON 87708 x MON 89788 gestimmt. Die Familien-Partei Deutschlands ist gegen den Einsatz gentechnisch manipulierten Saatgutes in der Landwirtschaft.

Neena Gill (S&D), in writing. – Regarding GMOs, I support the existing, science-based decision-making process, judged independently by the European Food Safety Authority. The Commission needs to make a proposal which includes a greater assessment of the environmental impact of GMOs.

Sylvie Goddyn (ENF), par écrit. – La Commission européenne veut autoriser l'importation de trois nouveaux sojas OGM, tous tolérants au glyphosate.

L'un d'entre eux est un soja de la société américaine Monsanto. J'ai soutenu cette objection en commission et en plénière, notamment parce que les désherbants au glyphosate sont cancérigènes, selon l'Organisation mondiale de la santé. Il faut aussi souligner que l'évaluation de l'EFSA est insatisfaisante et ne tient pas compte des observations des agences compétentes des États membres.

Néanmoins, la Commission européenne peut passer outre ces objections, car les autorisations d'OGM relèvent de son seul pouvoir. Elle l'a d'ailleurs démontré en décembre dernier, en autorisant un nouveau maïs OGM, le NK603xT25, malgré l'opposition du Parlement européen.

C'est pourquoi il est nécessaire que ces autorisations soient désormais sous le contrôle démocratique du Parlement, ce que j'ai proposé par voie d'amendements pour modifier le règlement d'autorisation des OGM et remplacer les actes d'exécution par des actes délégués. En effet, les objections votées par le Parlement peuvent opposer un véritable veto aux décisions de la Commission.

Mais quand il s'agit de demander de vraies mesures démocratiques, surtout quand il s'agit des OGM, ce Parlement est décidément aux abonnés absents.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87705 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported this proposal noting that GMOs are being authorised in the EU without the support of Member States.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted against the Commission's proposal on the authorisation of genetically modified soybean MON 87705 × MON 89788 due to the same reasoning as for soybean FG72.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A MON 87705 és a MON 89788 egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87705 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója glifozát hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált, valamint eltérő zsírsav profillal rendelkezik. Annak ellenére, hogy a fent említett hatóanyag nem számít kiugró toxicitásúnak, számos tudományos szakirodalmi adat van humán- és állati egészségre kifejtett negatív hatásaival kapcsolatban.

Az elvégzett kockázateértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható.

Álláspontom szerint nem szabad olyan génmódosított terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposítással. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogattam a génmódosított termékek engedélyezését.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Δεδομένης της αντίθεσης μας στους ΓΤΟ υποστηρίξαμε τις τρεις σχετικές αντιρρήσεις. Πέρυσι τον Οκτώβρη, η πρόταση της Επιτροπής για τους ΓΤΟ απερρίφθη από το ΕΚ. Μέσω αυτών των αντιρρήσεων θέλουμε να ασκήσουμε πίεση στην Επιτροπή για να κάνει μια πρόταση που θα σέβεται το δικαίωμα των κρατών μελών να μην επιτρέπουν την διακίνηση ΓΤΟ στην επικράτεια τους.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A MON 87705 és a MON 89788 egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87705 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált, valamint eltérő zsírsav profillal rendelkezik. Annak ellenére, hogy a fent említett hatóanyag nem számít kiugró toxicitásúnak, számos tudományos szakirodalmi adat van humán- és állati egészségre kifejtett negatív hatásaival kapcsolatban.

Az elvégzett kockázatértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a beltartalmi összetevőket (kivéve a megváltozott zsírsav profilt), fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva a MON 87705 x MON 89788 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

- In vivo etetéses vizsgálatok helyett mindössze in vitro emésztési tesztet végeztek, amely nem mindig alkalmas az etetéses kísérlet kiváltására.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The environmental impacts of GMOs must be rigorously assessed through a new proposal from the Commission for GMO food and fodder.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasam sam za prijedlog rezolucije o nacrtu provedbene odluke Komisije o odobranju stavljanja na tržište proizvoda koji sadrže genetski modificiranu soju MON 87705 x MON 89788 (MON-87705-6 x MON-89788-1), sastoji se od nje ili su proizvedeni od nje na temelju Uredbe (EZ) br. 1829/2003 Parlamenta i Vijeća, jer se time traži od Komisije da povuče svoj nacrt odluke.

Dotična genetski modificirana soja sadrži pojedine tvari koje su, slijedom istraživanja Međunarodne agencije za istraživanje raka i Svjetske zdravstvene organizacije, vrlo vjerojatno kancerogene za čovjeka. Bez obzira na to što se uzgoj odvija isključivo na teritoriju jedne države članice, trgovina proizvoda odvija se i izvan nacionalnih granica te bi stoga predložena nacionalna zabrana prodaje i uporabe bila neprovediva.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La culture des sojas de la société Monsanto relève de la colonisation de l'Europe par des intérêts étrangers: les propriétés de ce soja ne servent que les intérêts de Monsanto, et à court terme ceux des éleveurs industriels.

Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate. L'EFSA a fait fi de l'opposition motivée de plusieurs États membres, alors que son évaluation sur les OGM est largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, avec pour objectif de débusquer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

J'ai bien sûr voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de mes collègues Bart Staes, Sirpa Pietikäinen, Guillaume Balas, Lynn Boylan et Eleonora Evi sur l'objection conformément à l'article 106 au sujet de l'autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788.

En effet, certains groupes politiques emmenés par les Verts accusent la Commission de ne pas avoir respecté la procédure d'autorisation pour les organismes génétiquement modifiés. L'Autorité européenne de sécurité des aliments a pourtant conduit une étude qui a conclu à l'innocuité de ce produit pour les humains, les animaux et l'environnement. Surtout, l'autorisation de mise sur le marché relève actuellement des États membres.

Cette résolution a été adoptée, ce que je regrette.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – Even though as this vote is an objection to an implementing act, and this objection might be more of a political move made by different groups in the chamber, EH Bildu has maintained a coherent position on matters related to GMOs and always vote against those, or, in cases such as last December with maize NK603*T25, vote in favour of objections to allowing the authorisation of GMOs.

The genetically modified MON-877Ø5-6 × MON-89788-1 soybean, as described in the application, has a reduced expression of fatty acid Δ12-desaturase (FAD2) and palmitoyl acyl carrier protein thioesterase (FATB) enzymes, which results in increased oleic acid and reduced linoleic acid profile and expresses the CP4 EPSPS protein which confers tolerance to glyphosate herbicides; whereas the International Agency for Research on Cancer – the specialised cancer agency of the World Health Organisation – classified glyphosate as probably carcinogenic to humans on 20 March 2015.

Therefore, EH Bildu has voted in favour of this objection, and will keep voting in the same way to any future objection concerning authorisation of GMOs, as we would like to put pressure to the Commission to come up with a legislative proposal that is more satisfactory than the one rejected by Parliament last October.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Cette objection a été introduite par un certain nombre de groupes politiques qui estiment que la Commission européenne aurait excédé ses pouvoirs en autorisant la mise sur le marché du soja génétiquement modifié MON 87705 × MON 89788.

Or, l'Autorité européenne de sécurité des aliments a conduit une étude complète et dans les règles pour autoriser ce soja. De plus, si l'autorisation de cultiver des OGM est accordée à l'échelle européenne, ce sont les États qui gardent cependant la main sur l'autorisation de mise sur le marché.

J'ai donc voté contre cette objection qui n'était que purement déclaratoire, sans fondements et sans aucun effet juridique.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Entschließungsantrag betreffend die Problematik genetisch manipulierter Organismen (GMO) stimme ich zu. Die österreichweite Ablehnung von GMO muss von der Kommission wahrgenommen werden. Die Europäische Kommission wird mit diesem Entschließungsantrag aufgefordert, den Durchführungsbeschluss, mit welchem sie die genetisch modifizierte Maissorte NK603xT25 zugelassen hat, umgehend zurückzuziehen. Stattdessen soll ein neuer Legislativvorschlag vorlegt werden, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen äußern.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Līdzīgi kā atbalstīju rezolūcijas B8-0133/2016 un B8-0134/2016 es atbalstīju un arī balsoju par Eiropas Parlamenta rezolūciju, kas aicina atsaukt Komisijas Īstenošanas lēmumu, ar kuru tiek atļauts laist tirgū produktus, kas satur ģenētiski modificētas sojas pupas MON 87705 × MON 89788 (MON-877Ø5-6 × MON-89788-1), sastāv vai ir ražoti no tām. Eiropas Komisijai būtu jānāk klajā ar labāku priekšlikumu par atļauju izsniegšanas procedūrām. Pašreizējais priekšlikums neievēro bieži vien paustās bažas par GMO iespējamo kaitīgumu veselībai un vidi. Sekas, kādas GMO saturoši produkti var atstāt uz cilvēkiem un vidi, nav vēl pietiekami apzinātas un ir pārāk daudz neskaidrības attiecībā uz ģenētiski modificētiem produktiem.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the objection in order to express my opposition to authorisation of these varieties of GM soybean.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A MON 87705 és a MON 89788 egyszeres módosítású szójavonalakat kombinálták azzal a céllal, hogy létrehozzák a kétszeres módosítással rendelkező MON 87705 x MON 89788 génmódosított szóját. Ezáltal a szója glyphosate hatóanyagú herbicidekkel szemben ellenállóvá vált, valamint eltérő zsírsav profillal rendelkezik. Annak ellenére, hogy a fent említett hatóanyag nem számít kiugró toxicitásúnak, számos tudományos szakirodalmi adat van humán- és állati egészségre kifejtett negatív hatásaival kapcsolatban.

Az elvégzett kockázateértékelés kapcsán számos hiányosság tapasztalható, többek között:

- a beltartalmi összetevőket (kivéve a megváltozott zsírsav profilt), fenotipikus és agronómiai jellemzőket vizsgálva a MON 87705 x MON 89788 génmódosított szója szignifikánsan különbözött a kontrolltól. Azonban az EFSA a szignifikáns különbségek egyikét sem ítélte olyan fokúnak, hogy további vizsgálatok szükségességét írja elő, véleménye szerint ezek biológiailag nem releváns különbségek.

- In vivo etetéses vizsgálatok helyett mindössze in vitro emésztési tesztet végeztek, amely nem mindig alkalmas az etetéses kísérlet kiváltására.

Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alapossággal. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Głosowałam przeciwko rezolucji sprzeciwiającej się możliwości handlu produktami zawierającymi zmodyfikowaną soję MON 87708 x MON 89788, gdyż zachowanie możliwości zakupu sojowych komponentów pasz jest w interesie polskich rolników. Tylko ok. 10% wykorzystywanych pasz to droższe pasze ekologiczne. Zakaz zakupu tańszych pasz i ich komponentów wyprodukowanych z wykorzystaniem inżynierii genetycznej uderzyłby przede wszystkim w polskich producentów drobiu i negatywnie wpłynął na eksport drobiu, w którym Polska jest liderem.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la presente obiezione. La soia geneticamente modificata MON-87705-6 x MON-89788-1 esprime la proteina CP4 EPSPS, e pertanto conferisce tolleranza agli erbicidi a base di glifosato. Quest'ultimo è stato oggetto di studio da parte dell'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA). Il 12 novembre 2015 ha infatti pubblicato le proprie conclusioni alle quali è giunta attraverso minuziosi studi ad opera di un gruppo di esperti incaricato della revisione paritetica. Quest'ultimo ha concluso che il glifosato non rappresenta una minaccia per l'uomo. Oltre a introdurre una dose acuta di riferimento (DAR), la disamina ha proposto ulteriori soglie di sicurezza tossicologica come guida per i valutatori del rischio: il livello ammissibile di esposizione dell'operatore (LAEO) è stato fissato a 0,1 mg/kg di peso corporeo al giorno e la dose quotidiana ammissibile (DGA) per i consumatori è stata fissata a 0,5 mg/kg di peso corporeo, in linea con la dose acuta di riferimento.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La Commission nous demandait d'autoriser l'importation de trois sojas transgéniques résistants au glyphosate.

Le glyphosate est un herbicide reconnu comme cancérigène par l'Organisation mondiale de la santé. Malgré ces recommandations, l'Autorité européenne de la santé l'EFSA, dont les relations avec les industries des OGM ont trop souvent été démontrées, continue de le considérer comme non nocif.

J'ai donc voté contre ces autorisations. Elles sont dangereuses, ne respectent pas le principe de précaution et sapent la position européenne contre les OGM pour favoriser les échanges commerciaux au dépend de notre santé.

Ces positions de l'EFSA en faveur des OGM posent de plus en plus problème. L'EFSA doit prendre en compte les inquiétudes des citoyens et surtout revoir de fond en comble ses procédures d'appréciation qui font le jeu des grandes multinationales des semences.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'objection formulée en vertu de l'article 106 sur l'autorisation de mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788.

La Commission propose d'autoriser le soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788. Cet OGM est tolérant au glyphosate, qui est probablement cancérigène pour l'homme.

Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'EFSA (Européan Food Safety Authority) a fourni une évaluation insatisfaisante, faisant notamment fi des observations pertinentes des États membres. Malheureusement, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission.

C'est l'objet de l'amendement du groupe ENL, qui pointe ce fait et demande que les autorisations soient désormais délivrées sous forme d'actes délégués.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Dopad geneticky modifikovaných potravin na lidské zdraví je sporný. Podporuji proto, aby měl spotřebitel informace, zda je produkt přirozený nebo geneticky modifikovaný. Podporuji myšlenku, aby bylo na jednotlivých členských státech, zda dovoz geneticky modifikovaných produktů povolí nebo nepovolí. Nepřipojuji se k námitce, která by plošně zakázala dovoz těchto potravin v celé EU. Při hlasování jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Monsanto Europe S.A. je u kolovozu 2011. nadležnom tijelu u Nizozemskoj podnio zahtjev za odobrenje stavljanja na tržište hrane, sastojaka hrane i hrane za životinje koji sadržavaju soju MON 87705 x MON 89788. Soja MON 87705 x MON 89788 u sebi sadrži protein koji u sebi ima i glifosat. Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak, glifosat je smjestila u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka.

Parlament je u listopadu 2015. ustanovio da iako se uzgoj odvija na teritoriju jedne države članice, zabrana od strane Komisije o uporabi i prodaji je neprovediva jer bi to zahtijevalo ponovno uvođenje graničnih kontrola pri uvozu. Traži se od Komisije da povuče svoj nacrt odluke te da predstavi novi zakonodavni prijedlog o izmjeni, uzimajući u obzir nacionalna pitanja koja se ne odnose samo na probleme u vezi sa sigurnošću genetski modificiranih organizama za zdravlje i okoliš.

Nisam podržala prijedlog prigovora u skladu s člankom 106., jer smatram kako je bitno osigurati zaštitu zdravlja svih građana EU-a i Hrvatske.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма.* – На днешното пленарно заседание подкрепих и трите възражения срещу проектите на Европейската комисия да разреши пускането на пазара на три вида генетично модифицирана соя.

Въпросът за ГМО винаги е разделял гласуванията в Европейския парламент не по партиен принцип, а на база принципна национална позиция „за“ или „против“ отглеждането и пускането на пазара на генетично модифицирани организми. България води последователна консервативна и рестриктивна национална политика по тези въпроси и се стреми да постави като приоритет развитието на биологичното земеделие в страната. Ето защо не последвах линията на ЕНП и гласувах „за“ предложените възражения от парламентарната комисия по околна среда, обществено здраве и безопасност на храните.

Съмненията за здравни рискове относно глифозата, като вероятно канцерогенен за хората, и липсата на становище от държавите членки наложиха мнозинството от евродепутатите официално да поискаме от Комисията да оттегли своя проект и да не одобрява пускането на пазара на ГМО соя.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Apmēram 4,5 gadus atpakaļ *Monsanto Europe S.A.* iesniedza attiecīgajām Nīderlandes oficiālajām iestādēm pieteikumu atļaut ģenētiski modificētu sojas pupu MON-87705-6 × MON-89788-1 laišanu tirgū. Ņemot vērā vienotā tirgus esamību, šo iesniegumu nosūtīja Komisijai, kuru tā, savukārt, vēlētos apstiprināt.

Līdzīgi iepriekšējam šodienas balsojumam, šīs pupas sintezē proteīnu CP4 EPSPS, kas piešķir noturību pret glifosāta herbicīdiem, kamēr Starptautiskā Vēža izpētes aģentūra klasificēja glifosātu kā cilvēkam iespējami kancerogēnu vielu.

Fakts, ka dažādu ģenētiski modificētu preču un to elementu esamība mūsu vienotajā tirgū jau esot kļuvusi par ikdienas realitāti, kategoriski nav pieļaujams laist tirgū preces, kuru laišana nav izgājusi visas likumiski nepieciešamās apspriešanas instances — ko Komisija kārtējo reizi neīstenoja. Lielā mērā tieši tāpēc Eiropas Parlaments nobalsoja pret esošo priekšlikumu. Mana balss tādejādi tika atdota par EP noraidošo lēmumu.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς.* – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος που βασίζεται στη διατύπωση αντιρρήσεων σύμφωνα με το άρθρο 106 σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης της Επιτροπής για την έγκριση της διάθεσης στην αγορά προϊόντων που περιέχουν, αποτελούνται ή παράγονται από γενετικώς τροποποιημένη σόγια της σειράς MON 87705 × MON 89788 (MON-87705-6 × MON-89788-1) σύμφωνα με τον κανονισμό (ΕΚ) αριθ. 1829/2003 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté pour cette objection. Comme pour les précédentes, la Commission européenne propose d'autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto, parmi lesquels le MON 87705 x MON 89788 qui, comme les précédents, est tolérant au glyphosate, et est en plus tolérant au pesticide 'dicamba', deux propriétés qui ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels. De plus l'EFSA (l'Autorité européenne pour la sécurité alimentaire) a fourni une évaluation insatisfaisante, en écartant notamment des observations pertinentes des États membres. Nous soutenons donc cette objection.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this proposal noting that GMOs are being authorised in the EU without the support of Member States.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'obiezione a norma dell'articolo 106 «autorizzazione della soia geneticamente modificata MON 87705 x MON 89788» non trova il mio voto favorevole.

Sottolineando l'importanza di tutelare la salute umana, l'importanza della salute dei consumatori e l'elevato livello di controllo necessario per proteggere la salute da prodotti potenzialmente dannosi per l'organismo e la salute, si capisce il motivo della posizione manifestata con il voto.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de resolução pretende que o projeto de decisão de execução da Comissão sobre géneros alimentícios e alimentos para animais, constituídos ou produzidos a partir de soja geneticamente modificada seja reformulado e melhorado, pois a forma como foi apresentado não assegura um elevado nível de proteção da vida e da saúde humana, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores.

Os OGM e, em particular, estes produtos a partir de soja possuem grande intolerância a diversos tipos de herbicidas, como o glifosato, que foi considerado como provavelmente cancerígeno para o ser humano pelo Centro Internacional de Investigação do Cancro, a agência da OMS especializada nesta doença.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission wird aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen. Stattdessen sollte sie einen neuen Legislativvorschlag vorlegen, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen aussprechen. Es gibt eine österreichweite Ablehnung von GMO. Ich stimme diesem Antrag zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau prieš Komisijos sprendimą, kuriuo leidžiama importuoti į ES šalis trijų rūšių genetiškai modifikuotas sojų pupelės 87705 × MON 89788. EK išduoti leidimai prekiauti maisto produktais bei pašarais, kuriuose yra bendrovės „Monsanto Europe S.A.“ genetiškai modifikuotų pupelių 87705 × MON 89788 neatitinka ES teisės aktuose įtvirtintų principų, kuriais siekiama užtikrinti aukštą žmonių gyvenimo ir sveikatos, gyvūnų sveikatos ir gerovės, aplinkos ir vartotojų interesų apsaugos lygį. Sojų pupelės 87705 × MON 89788 yra genetiškai modifikuotos taip, kad taptų atsparios herbicidams, kurių sudėtyje yra glifosato – medžiagos, kurią Pasaulio sveikatos organizacijos Tarptautinė vėžio mokslinių tyrimų agentūra klasifikavo kaip galimai kancerogeninį poveikį žmonėms darančią medžiagą. Remiantis mokslininkų išvadomis dėl neigiamo GMO poveikio bei atsižvelgiant į neigiamą žmonių nuomonę GMO produktų atžvilgiu, Europos Komisija privalo peržiūrėti leidimų išdavimo tvarką bei pateikti naują pasiūlymą, kuriuo vadovaujantis sprendimus dėl GMO galėtų priimti pačios valstybės narės. Kol nėra sutarta dėl naujos tvarkos, Komisija neturėtų išdavinėti naujų leidimų, ir niekada nepritarsiu bandymams tai daryti.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution s'oppose à la décision d'exécution de la Commission autorisant la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87705 × MON 89788.

En effet, ce soja génétiquement modifié exprime la protéine CP4 EPSPS, qui confère une tolérance aux herbicides contenant du glyphosate.

Or, le 20 mars 2015, le Centre international de recherche sur le cancer, l'agence spécialisée de l'Organisation mondiale de la santé en matière de recherche sur le cancer, a classé le glyphosate comme étant probablement cancérigène pour l'homme. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à l'exploitation de l'Europe par des intérêts étrangers. Les propriétés de ce soja OGM ne servent que les intérêts de Monsanto, et à court terme ceux des éleveurs industriels. Ces OGM sont tolérants au glyphosate.

L'EFSA a ignoré l'opposition motivée de plusieurs États membres, bien que son évaluation sur les OGM soit largement critiquée. Nous avons d'ailleurs déposé des amendements en plénière pour demander que les autorisations soient désormais accordées sous forme d'actes délégués, avec pour objectif de repérer les élus qui sont contre «le contrôle démocratique» de la mise sur le marché des OGM.

J'ai bien sûr voté en faveur de l'objection à la mise sur le marché du soja MON 87705 × MON 89788.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei negativamente a autorização de colocação no mercado de produtos que contenham, sejam constituídos por ou produzidos a partir de soja geneticamente modificado MON 87705 × MON 89788 (MON-87705-6 × MON-89788-1), nos termos do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 do Parlamento Europeu e do Conselho. A proposta de resolução consiste em requerer à Comissão que retire o projeto de decisão de execução, apresentando uma nova proposta que possa refletir todas as preocupações expressas em diversos regulamentos comunitários.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – On peut s'interroger sur les causes qui conduisent l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) à ne pas s'aligner sur l'avis du Centre international de Recherche sur le cancer (CIRC), qui a déclaré que le glyphosate était génotoxique et pourrait être une cause «probable» de cancer chez l'homme.

Cela s'explique par le fait que ces deux organismes ont une approche différente de la classification des produits chimiques. Le système de l'UE évalue chaque substance chimique individuelle et chaque mélange commercialisé, de manière séparée. Le CIRC évalue des agents génériques, y compris des groupes de produits chimiques connexes, ainsi que l'exposition professionnelle ou environnementale, et les pratiques culturelles ou comportementales.

Dans le cadre des OGMs, une approche à la fois précautionneuse et fondée sur la science s'impose.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Zákaz predaja a používania GMO, ktorý navrhuje Komisia, nepriamo vedie k uzavretiu hraníc medzi členskými štátmi Európskej únie, čo je v rozpore s právom Únie, nakoľko nerešpektuje zásadu ochrany ľudského zdravia so súčasným zabezpečením fungovania vnútorného trhu. Členské štáty často vyjadrujú svoje pripomienky v tejto oblasti, ale dotknutý návrh Komisie sa nimi v dostatočnej miere nezaobrá. Považujem za nevyhnutné, aby Komisia predkladala návrhy, ktoré by zohľadňovali právo Únie a zároveň by prihliadali na požiadavky členských štátov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I rejected the authorisation of genetically modified soybean MON 87708 × MON 89788. The soybeans which have been authorised are resistant to certain herbicides, therefore their cultivation could encourage more liberal use of herbicides, which could be harmful to the environment and/or human health. The Commission must come forward with a new proposal for GMO food and feed, which more thoroughly assesses the environmental impacts of GMOs.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A géntechnológiával módosított élelmiszerekről és takarmányokról szóló 2003. szeptember 22-i 1829/2003/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet rögzíti az ilyen termékek forgalomba hozatala engedélyezésének menetét.

A Monsanto Europe S. A. 2011. augusztus 11-én kérelmet nyújtott be Hollandia illetékes hatóságához a MON 87705 × MON 89788 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatalára vonatkozóan. A Bizottság a fenti rendelet szerinti engedélyezésről bizottsági végrehajtási határozat-tervezetet fogadott el.

A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében – hivatkozva a Parlamentnek a géntechnológiával módosított NK603 × T25 kukoricát tartalmazó, abból álló vagy abból előállított termékek forgalomba hozatalának engedélyezéséről szóló 2015. december 4-i (EU) 2015/2279 bizottsági végrehajtási határozatról szóló 2015. december 16-i állásfoglalására – azt javasolja, a Parlament adjon hangot annak a véleményének, hogy a génmódosított szervezetek alapvetően károsak az emberi egészségre. Meggyőződésem, hogy nem a politika, hanem a tudomány feladata annak eldöntése, hogy a GMO-élelmiszerek milyen hatással járnak az emberi egészségre, ezért a határozat megszavazásánál tartózkodtam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A empresa Monsanto Europe S.A apresentou à autoridade competente dos Países Baixos um pedido, nos termos dos artigos 5.º e 17.º do Regulamento (CE) n.º 1829/2003, um pedido para colocar no mercado géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contivessem, fossem constituídos por ou produzidos a partir de soja MON 87705 × MON 89788. Esta soja geneticamente modificada MON-87705-6× MON-89788-1 tem uma expressão reduzida das enzimas Δ12, dessaturase de ácidos gordos (FAD2) e tioesterase proteína transportadora de plamitoíl acilo (FATB), que resulta num perfil de ácido oleico elevado e de ácido linoleico reduzido, e exprime a proteína CP4 EPSPS, que confere tolerância aos herbicidas à base de glifosato que, segundo a classificação do Centro Internacional de Investigação do Cancro, é provavelmente cancerígeno para o ser humano.

Defendo que a UE deve garantir a proteção da vida e da saúde humanas, da saúde e do bem-estar dos animais, do ambiente e dos interesses dos consumidores, principalmente no que diz respeito aos géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados.

Faço votos para que a Comissão apresente uma nova proposta de alteração legislativa do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e tenha em consideração as preocupações da Organização Mundial de Saúde.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ces votes ont pour but de signaler l'opposition du Parlement européen à la mise sur le marché de trois nouveaux OGM, par voie d'importation. Il s'agit ici des OGM MON 87705 et MON 89788. En effet, la Commission propose d'autoriser trois nouveaux soja OGM de la société Monsanto qui ne servent que les intérêts de cette multinationale.

Comme d'habitude, l'EFSA a fourni des explications lacunaires ne prenant pas en compte les remarques pertinentes des États membres. C'est donc tout le processus d'attribution des autorisations qui est en cause, puisqu'une étude visant à remettre en cause l'action de l'EFSA va être produite en vue de rejeter la décharge budgétaire de cette agence peu objective. Mais ces objections du Parlement resteront probablement lettre morte étant donné qu'elles ne sont pas contraignantes.

C'est pourquoi le groupe ENF a déposé 3 amendements demandant que les autorisations soient désormais sous forme d'actes délégués et non plus sous actes d'exécution.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection déposée par les socialistes, les Verts, l'extrême gauche et soutenue par l'extrême droite, concernant le soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788.

Ces groupes ont basé leur objection sur le fait que la Commission européenne aurait excédé ses pouvoirs en autorisant la mise sur le marché de produits contenant cette variété de soja génétiquement modifié, consistant en ce soja génétiquement modifié ou fabriqués à partir de celui-ci. Cette objection a malheureusement été adoptée, au mépris du principe de subsidiarité et alors que la Commission a respecté, avant d'émettre sa proposition d'autorisation, la procédure en place en matière d'OGM en s'appuyant notamment sur une analyse de l'Autorité européenne de sécurité des aliments sur l'innocuité de la plante sur la santé humaine et animale, ainsi que sur l'environnement.

Cette proposition a été transmise au Conseil, qui ne l'a, lui, pas rejetée.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection relative à la mise sur le marché des produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87705 x MON 89788, celle-ci étant portée par une accusation à tort sur un soi-disant non-respect des pouvoirs de la Commission. L'autorisation de la mise sur le marché de ces produits s'est faite dans le cadre des pouvoirs de la Commission.

De plus, l'objection n'a pour moi pas lieu d'être dans la mesure où les États membres déterminent eux-mêmes l'application ou non de l'autorisation. J'ai donc voté contre une objection symbolique sans fondement pour soutenir le travail de la Commission européenne.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this motion for a resolution with regard to the authorisation of placing on the market products containing, consisting of, or produced from genetically modified soybean MON 87705 x MON 89788. The report states that the implementing decision is not consistent with Parliament's and the Council's Regulation on ensuring a high level of protection of human life and health, animal health and welfare, environment and consumer interests in relation to genetically modified food and feed, whilst ensuring effective operation of the internal market.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Аз подкрепих резолюцията на комисията по околна среда и общество здраве за оттегляне на проекта за решение за изпълнение на Европейската комисията относно пускането на пазара на храни, хранителни съставки и фуражи, съдържащи, състоящи се или произведени от соя MON-87708-9 x MON-89788-1.

Според научната информация, при този вид соя е намалена експресията на ензимите Δ12 мастна киселина-десатураза (FAD2) и палмитоил-[ацил-пренасящ белтък]-тиоестераза (FATB), което води до профил с увеличено съдържание на олеинова киселина и намалено съдържание на линолова киселина, и се експресира протеин CP4 EPSPS, който придава устойчивост към хербициди на основата на глифозат.

Международната агенция за изследване на рака класифицира глифозата като вероятно канцерогенен за хората. Вярвам, че дори само това е достатъчен аргумент да отхвърлим подобно предложение.

В допълнение към научната обосновка, голяма част от общественото мнение изразява все по-твърдо неодобрение към използването на ГМО техники и технологии. В навечерието на преговорите по Трансатлантическото партньорство за търговия и инвестиции това стана достатъчно ясно.

Смятам, че е социално безотговорно в името на общественото здраве да се позволява такава култура на територията на ЕС или на която и да е държава членка.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – In diesem Antrag wird die Kommission aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen und stattdessen einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, welcher auch die Bedenken der Mitgliedsstaaten beinhaltet, die sich konkret gegen genetisch veränderte Organismen aussprechen. Folglich habe ich für diesen Antrag gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud, sest ei pea vajalikuks eraldi iga GMO toote turule laskmise üle otsustamist. Vaja oleks terviklikku lähenemist ja läbi tuleks vaadata kogu GMO toodete õiguslik regulatsioon.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Komisija z dovoljenjem uvoza in uporabe treh tipov GS soje v prehrabene namene ne zagotavlja zadostne zaščite za zdravje evropskih državljanov, ki večinoma nasprotujejo GSO, zato sem podprl ugovor zoper izvršitev dovoljenja.

GS soja tipa MON 87705 × MON 89788 je namreč imuna na herbicid glifozat, ki se ga uporablja pri gojenju, in je po ugotovitvah specializirane agencije SZO najverjetneje rakotvoren za živali in tudi za človeka.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Rezoluciju Evropskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Komisije o odobravanju stavljanja na tržište proizvoda koji sadržavaju genetski modificiranu soju MON-87705 × MON-89788, sastoje se od nje ili su proizvedeni od nje. Kod genetski modificirane soje MON-87705-6 × MON-89788-1, kako je opisano u zahtjevu, a među ostalim izmjenama eksprimiran je i protein CP4 EPSPS koji uzrokuje toleranciju na herbicide koji sadržavaju glifosat.

Međunarodna agencija za istraživanje raka, agencija Svjetske zdravstvene organizacije specijalizirana za rak je 20. ožujka 2015. godine smjestila glifosat u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka, a 4. rujna 2015. kalifornijski Ured za procjenu ekološke opasnosti za zdravlje (OEHH) također je izdao obavijest o namjeri dodavanja glifosata na popis kemikalija te savezne države za koje je poznato da uzrokuju rak. Korištenje potencijalno kancerogene tvari u okolišu smatram rizikom koji nije opravdan.

Jednako tako, smatram da je odbijanjem prijedloga izmjene Uredbe (EZ) br. 1829/2003 nastala situacija u kojoj se do usvajanja novoga prijedloga ne jamči pravo državama članicama da samostalno odlučuju o uporabi GMO hrane i hrane za životinje na svom teritoriju te mogućnost da svoje odluke učinkovito nadziru. S obzirom na navedeno, podržala sam ovaj prigovor.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Genetski modificirana soja MON-87705-6 × MON-89788-1 ima smanjenu ekspresiju enzima Δ12-desaturaze masne kiseline (FAD2) i tioesteraze palmitoil proteina nosača acila (FATB), što ima za posljedicu povećanje udjela oleinske kiseline i smanjenje udjela linolne kiseline, te je kod nje eksprimiran protein CP4 EPSPS koji uzrokuje tolerantnost na herbicide koji sadržavaju glifosat koji prema mišljenju Međunarodne agencije za istraživanje raka spada u kategoriju tvari koje su vjerojatno kancerogene za čovjeka.

Prema tome, smatram da nacrt provedbene odluke Komisije nije usklađen s pravom Unije koje se temelji na principima očuvanja zdravlja ljudi i okoliša. Svaka od 21 županije u RH-u je donijela odluku da su GMO free. Do danas, u RH-u nije odobrena ni jedna dozvola za namjerno uvođenje GMO-a, bilo za pokuse, komercijalni uzgoj ili za hranu ili hranu za životinje koja sadrži GMO. Kao zastupnik iz Hrvatske, stoga podržavam prijedlog prigovora na odluku o autoriziranju spomenute vrste soje.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de autorização do MON87705xMON89788 foi apresentado pela Monsanto à autoridade competente na Holanda em 11/08/2011.

Este pedido foi avaliado pela Autoridade de Segurança Alimentar Europeia (EFSA), que emitiu um parecer favorável. Foi então considerado pelo Comité Permanente de 18/11/2015, tendo sido avaliado com «sem opinião», como tem acontecido desde que este procedimento foi acordado.

Esta resolução objeta à adoção do projeto de implementação de decisão, com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem e solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados.

Votámos favoravelmente, tendo em conta a nossa posição de objeção à autorização de OGM.

A Comissão deve apresentar, sem demora, uma proposta legislativa que respeite o direito dos Estados-Membros – e a vontade dos consumidores – de se oporem à introdução de OGM para alimentos e cultivo no seu território, tendo em conta os riscos para a soberania alimentar, o ambiente, a biodiversidade e a saúde pública, uma vez que não é possível garantir de forma cientificamente credível a inocuidade dos produtos transgénicos na alimentação humana e animal.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – V případě této konkrétní námitky proti rozhodnutí, které učinila Evropská komise, jsem hlasoval pro, protože u mne přetrvávají pochyby o používání geneticky modifikovaných potravin, a to i v případě sojových bobů MON87705xMON8978. Uznávám některé výhody využívání GMO, ale osobně u mne převažují některá možná negativa, a to rozhoduje o mém stanovisku.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis opposé à cette objection, car les arguments développés par la gauche européenne, qui en est largement à l'origine, sont faux. La Commission n'a en aucun cas outrepassé ses pouvoirs pour autoriser la mise sur le marché de ces produits. Je rappelle d'ailleurs qu'il ne s'agit que d'une autorisation. La mise sur le marché effective dépend encore des États, donc des gouvernements.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Por considerar que o projeto de decisão de execução da Comissão, que autoriza a colocação no mercado de produtos que contenham, sejam constituídos por ou produzidos a partir de soja geneticamente modificada MON 87705 x MON 89788 (MON-87705-6 x MON-89788-1) se afigura consentâneo com o direito da União, adequando-se, em particular, à finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 22 de setembro de 2003, relativo a géneros alimentícios e alimentos para animais geneticamente modificados, votei contra a presente resolução que, nos termos do artigo 106.º do Regimento, solicita à Comissão que retire o seu projeto de decisão de execução.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted in favour of 'Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties.' Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans to be imported into the EU and processed into feed and food.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Congratulo-me com a apresentação desta proposta de resolução por concordar que o projeto de decisão de execução da Comissão que autoriza a colocação no mercado de géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contivessem, fossem constituídos por ou produzidos a partir de soja MON 87705 x MON 89788 não é consentâneo com o direito da União, dado que não é compatível com a finalidade do Regulamento (CE) n.º 1829/2003 e do Regulamento (CE) n.º 396/2005 do Parlamento Europeu e do Conselho.

Concordo que a Comissão retire o seu projeto de decisão de execução, visto que a soja geneticamente modificada MON-87705-6x MON-89788-1 exprime a proteína CP4 EPSPS, que revela tolerância aos herbicidas que contêm glifosato, o qual foi considerado pelo Centro Internacional de Investigação do Cancro como provavelmente cancerígeno para o ser humano. Assim, votei favoravelmente o presente documento por este solicitar que a Comissão apresente uma nova proposta legislativa que altere o Regulamento (CE) n.º 1829/2003, baseada no Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Par 201 voix d'écart, le Parlement européen a clairement dit non à la mise sur le marché du soja MON 87705 x MON 89788. Derrière cette série de chiffres se cache un OGM tolérant le glyphosate.

Or, cette substance active, que l'on retrouve dans le commerce, par exemple dans le désherbant Roundup, a été classifiée comme «cancérigène probable» pour les humains le 20 mars 2015 par l'Organisation mondiale de la Santé. Et plus précisément par son Centre International de Recherche Contre le Cancer. La bataille scientifique est pourtant toujours aussi vive, puisque l'Autorité européenne de sécurité des aliments a considéré récemment que le risque posé par le glyphosate était improbable.

Les députés européens sont manifestement en désaccord avec l'EFSA sur le sujet. Ils ont par le vote de ce midi confirmé leur inquiétude de voir une partie du cheptel européen, principalement bovins, porcs et volailles, prochainement nourrie avec du soja MON 87705.

Le signal politique des députés européens est clair, mais en l'absence d'un droit de veto, il est sans effet sur le droit discrétionnaire de la Commission d'autoriser au cas par cas soja, colza ou maïs génétiquement modifié. Le Parlement européen doit nécessairement penser à changer de stratégie.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), par écrit. – La Commission européenne se moque du monde. Elle a été condamnée par la Cour de Justice de l'Union européenne pour ne pas avoir défini des critères encadrant les perturbateurs endocriniens et elle voudrait qu'on accepte trois sojas OGM tolérants au glyphosate. Cette substance active que l'on retrouve dans l'herbicide de Monsanto, le RoundUp, est elle-même un perturbateur endocrinien qui a des effets nocifs, notamment sur les fonctions reproductives de l'être humain. De plus, deux de ces sojas sont commercialisés par Monsanto, qui serait définitivement gagnant sur tous les plans. Nous n'avons pas été élus pour servir les intérêts de cette multinationale délinquante.

Tant que la législation européenne qui encadre l'autorisation des OGM demeure aussi laxiste et que la Commission est hors-la-loi, nous refuserons en bloc les OGM d'autant plus quand ils sont tolérants à des substances chimiques mal encadrées par le droit européen. Nous avons déjà acté cette position au Parlement européen en octobre 2015.

Robert Rochefort (ALDE), par écrit. – De la même manière que sur l'objection au maïs génétiquement modifié votée en décembre dernier, j'ai soutenu l'objection à la mise sur le marché de produits contenant du soja génétiquement modifié MON 87705 × MON 89788.

Rejeter les nouvelles autorisations de mise sur le marché d'OGM est une manière pour notre Parlement d'envoyer un message clair à la Commission européenne afin qu'elle révise le processus d'autorisation actuel des OGM. Ce processus n'est en effet ni satisfaisant, ni démocratique, chaque décision d'autorisation ayant été adoptée par la Commission sans le soutien d'une majorité qualifiée des États membres et en passant outre l'avis du Parlement. Je rappelle par ailleurs que les opinions publiques demeurent négatives vis-à-vis des OGM, que l'évaluation de risque est jugée insuffisante et qu'il n'y a pas d'étude de toxicité sur 90 jours.

Enfin, je pense que le principe de précaution est ici justifié étant donné la tolérance du soja en question aux herbicides contenant du glyphosate, substance en cours d'évaluation qui pourrait être nocive pour la santé.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – He votado a favor de la objeción a este acto de ejecución mediante el cual la Comisión Europea autoriza a la empresa Monsanto la introducción de la variedad de soja modificada genéticamente MON 87705 × MON 897885 en los Países Bajos. Con esta objeción, solicitamos a la Comisión que se abstenga de autorizar la comercialización de ningún OMG hasta que se presente un nuevo reglamento, tal y como ha solicitado este Parlamento.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Ce midi, j'ai voté pour que la Commission européenne n'autorise pas l'utilisation de trois sojas génétiquement modifiés qui tolèrent le glyphosate dans les produits d'alimentation humaine et animale. Le glyphosate est un herbicide classé depuis le 20 mars 2015 comme «cancérigène probable» par l'Organisation mondiale de la santé (OMS). Ces trois sojas génétiquement modifiés qui ont déjà été autorisés par l'exécutif européen dans des produits d'alimentation humaine et animale sont le FG72, le MON 87708 x MON 89788 et le MON 87705 x MON 89788. Lors du vote de ce jour, j'ai bien entendu soutenu chacune des trois objections qui demandent leur rejet.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes ja prašoma Komisijos atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą dėl naujo GMO patvirtinimo. Minėta soja sukurta būti atspari glifosatui, kuris mokslininkų yra pripažintas konkerogenu. Kadangi Komisijai pavaldi Europos maisto saugos agentūra suskubo ši faktą neigti, pasipiktinimo laišką V. Andriukaičiui pasirašė 90 Europos mokslininkų, dirbančių GMO srityje. Sausio 28 dieną šiuos mokslininkus parėmė 65 europarlamentarai iš įvairių frakcijų, į eurokomisarą V. Andriukaitį kreipdamiesi atviru laišku. Tikiuosi, kad tai, jog už šią rezoliuciją balsavo didžioji dalis parlamentarų, paskatins Europos Komisiją pakeisti savo elgseną GMO atžvilgiu.

Fernando Ruas (PPE), por escrito. – Tendo por base um pedido apresentado em 2011 pela empresa Monsanto Europe S. A para colocar no mercado géneros alimentícios, ingredientes alimentares e alimentos para animais que contivessem, fossem constituídos por ou produzidos a partir da variedade de soja geneticamente modificado MON 87705 × MON 89788 (MON-87705-6 × MON-89788-1, foi detetado que a mesma continha glifosato, pelo que e pelas mesmas razões aduzidas para as Declarações de Voto aos Relatórios B8-0133/2016 e B8-0134/2016 sobre uma objeção a um acto delegado equivalente, decidi abster-me.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87705 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Christel Schaldemose (S&D), skriftlig. – Jeg anmoder Kommissionen om at fremsætte et nyt lovgivningsmæssigt forslag på grundlag af traktaten om Den Europæiske Unions funktionsmåde om ændring af forordning (EF) nr. 1829/2003 under hensyntagen til de ofte udtrykte nationale bekymringer, som ikke alene vedrører spørgsmål i forbindelse med de sikkerhedsmæssige aspekter af GMO'er i forhold til sundheden eller miljøet.

Jasenکو Selimovic (ALDE), skriftlig. – Jag röstade emot invändningen att godkänna den genmodifierade sojabönan, framförallt för att vi måste lita på vetenskapen, dvs. om den Europeiska myndigheten för livsmedelssäkerhet (EFSA) efter utvärdering anser att en gröda är säker så är det detta vi ska utgå ifrån och inget annat. Med en växande befolkning och ökade klimathot behövs en modern växtförädling i Europa. Detta inkluderar moderna tekniker för att förädla fram jordbruksgrödor och andra växter som dels kan mätta jordens befolkning, dels kan bidra till ett bättre klimat.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – Este OMG fue presentado por Monsanto a la autoridad competente en los Países Bajos. Se trata de un tipo de soja transgénica con una expresión reducida de dos enzimas, que resulta en un perfil rico en ácido oleico y pobre en ácido linoleico y es tolerante a los herbicidas a base de glifosato. El 20 de marzo de 2015, el Centro Internacional de Investigaciones sobre el Cáncer, organismo especializado de la Organización Mundial de la Salud, clasificó el glifosato como agente probablemente cancerígeno para los seres humanos. A pesar de esto, la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA) emitió un dictamen positivo. En el Comité Permanente se pronunció sobre esto de la siguiente forma: «sin opinión», como viene siendo habitual en relación con los OMG. Es evidente que el procedimiento actual de autorización de alimentos y piensos modificados genéticamente no está funcionando correctamente, y que el papel del PE en estos temas debería estar vinculado a actos delegados y no a actos de ejecución. Por todo ello estoy a favor de esta y cualquier objeción que se proponga en relación con la autorización de OMG, y he votado en consecuencia.

Jill Seymour (EFDD), in writing. – Today UKIP voted in favour of Objection pursuant to Rule 106: Authorisation of genetically modified soybean varieties. Our vote in favour will stop three genetically modified soybeans being imported into the EU and processed into feed and food.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This is the third and final objection relating to GMO Soybeans. The objection states that in October we rejected the new Commission proposal on GM food and feed and called on the Commission to devise a new one, and as such no new GM food/feed should be authorised under the current legal framework, which even the Commission acknowledges is not working in a satisfactory way. I will reiterate that the Commission must come forward with a new proposal on this matter and for GMO food and feed in general and develop a fully-informed and decision-making process that is grounded in science when it comes to GMOs and one that responds to the public concerns and expectations.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia, v ktorom sme vyzvali Komisiu, aby na základe Zmluvy o fungovaní Európskej únie predložila nový legislatívny návrh na zmenu nariadenia (ES) č. 1829/2003, ktorý zohľadní často vyjadrované pripomienky členských štátov, ktoré sa netýkajú len otázok bezpečnosti GMO pre zdravie či životné prostredie. Požiadali sme Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia, pretože sa domnievame, že návrh vykonávacieho rozhodnutia Komisie nie je v súlade s právom Únie, pretože nie je zlučiteľný s cieľom nariadenia EP a Rady č. 1829/2003 a č. 396/2005, ktorý podľa všeobecných zásad uvedených v nariadení EP a Rady č. 178/2002 spočíva v tom, že poskytne základ pre zabezpečenie vysokej miery záujmov spotrebiteľov v súvislosti s geneticky modifikovanými potravinami a krmivami a súčasne zabezpečí efektívne fungovanie vnútorného trhu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Počet geneticky modifikovaných výrobkov ponúkaných na trhu Európskej únie nie je vysoký. Zastávam názor, že by sa o ich umiestňovaní malo rozhodovať na národnej úrovni.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the motion to object to the Commission's authorising decisions in order to express opposition to authorisation of these particular varieties of GM soybean and to call on the Commission to live up to its obligation to update the Annexes to Directive 2001/18/EC by 3 April 2017 as regards the environmental risk assessment of GMOs, in line with Parliament's vote of 13 January 2015. With this decision I, along with other Labour MEPs, voted for a fully informed and scientifically guided decision-making process with regards to GMOs that responds to public expectations.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – 11. kolovoza 2011. godine Monsanto Europe S.A. predao je nadležnim institucijama u Nizozemskoj prijavu, u skladu s člancima 5. i 17. Propisa Komisije i Parlamenta br. 1829/2003, za smještanje na tržište hranu koja se sastoji ili proizvodi od soje MON 87705 x MON 89788. Ne podržavam ovaj prigovor.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti resoluciji o osnutku izvedbenega sklepa Komisije o odobritvi davanja v promet proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjeno sojo MON 87705 x MON 89788. Razumem pomisleke iz resolucije, a vendarle menim, da ni potrebe, da Komisija osnutek izvedbenega sklepa, ki naj bi bil v neskladju s pravom Unije, umakne.

Menim, da je raziskav na področju gensko spremenjenih organizmov ter njihovega vpliva na zdravje in okolje premalo ter da tiste, ki so, so nezanesljive in nekonsistentne. Potrebujemo jasne in nedvoumne rezultate, ki bodo temeljili izključno na znanosti.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραφώς*. – Υπερψηφίσαμε τη σχετική έκθεση για να ασκηθεί βέτο στην έγκριση της διάθεσης της γενετικώς τροποποιημένης σόγιας στην αγορά, αφού για μας σκοπός παραμένει η εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ανθρώπινης ζωής και υγείας, του περιβάλλοντος και των συμφερόντων των καταναλωτών.

Παράλληλα λάβαμε υπόψη τα συμπεράσματα της υπηρεσίας ερευνών για την αντιμετώπιση του καρκίνου που υπόκειται στον Παγκόσμιο Οργανισμό Υγείας, τα οποία αναφέρουν ότι τα τρία είδη γενετικώς τροποποιημένης σόγιας διαθέτουν διάφορους τύπους ζιζανιοκτόνων που έχουν χαρακτηριστεί ως πιθανώς καρκινογόνα για τον άνθρωπο.

Επιπρόσθετα εναντιωνόμαστε στη πρακτική της ΕΕ να αποφασίζει και να επιβάλλει τη διάθεση και χρήση γενετικά τροποποιημένων προϊόντων στις αγορές των κρατών-μελών καθώς σε καμία περίπτωση δεν πρέπει να θυσιάζεται στο βωμό του κέρδους και του ανταγωνισμού η κυριαρχία των κρατών να αποφασίζουν για καίρια ζητήματα όπως η υγεία και η ευημερία των πολιτών τους.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η διάθεση στην αγορά προϊόντων από γενετικώς τροποποιημένη σόγια δεν είναι σύμφωνη προς το δίκαιο της Ένωσης και δεν μπορεί να αποτελέσει τη βάση για την εξασφάλιση υψηλού επιπέδου προστασίας της ζωής και της υγείας του ανθρώπου, καθώς και της υγείας και της καλής διαβίωσης των ζώων και του περιβάλλοντος.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Álláspontom szerint nem szabad olyan GM-terméket engedélyezni az Európai Unióban, amelyet egészségügyi és környezetbiztonsági szempontból nem vizsgáltak ki kellő alaposan. Nem megfelelőek a kockázatok feltárására irányuló tudományos vizsgálatok, ezért – a magyar Alaptörvénnyel, valamint az elővigyázatosság elvével összhangban – nem támogatom a GM-termékek engedélyezését.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a géntechnológiával módosított MON 87705 x MON 89788 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított termékek forgalomba hozatalával kapcsolatos állásfoglalást. A Monsanto Europe S. A. cég 2011. augusztus 11-én forgalomba hozatali kérelmet nyújtott be Hollandia illetékes hatóságához. Ez a szójabab csökkent mértékben expresszája a Δ12 zsírsav-deszaturáz és a palmitoil-ACP tioészteráz enzimet, ami megnövekedett olajsavtartalmat és csökkent linolsavtartalmat eredményez, emellett CP4 EPSPS fehérjét expresszál, toleranciát biztosítva a glifozáttartalmú gyomirtó szerekkel szemben.

A WHO Nemzetközi Rákkutatási Ügynöksége a glifozátot az „emberre valószínűleg rákkeltő hatású” anyagként sorolta be 2015-ben. Az 1829/2003/EK rendelet hatálybalépése óta az engedélyező határozatokat a Bizottság a tagállami bizottságok véleményei nélkül fogadta el, illetve a GM-élelmiszerek és -takarmányok esetében általánossá vált az a gyakorlat, hogy a dossziét végleges jóváhagyásra visszaküldik a Bizottsághoz. Egyetértek azzal, hogy még ha az előállítás egy tagállam területén történik is, a GMO-k kereskedelme átlépi a határokat. Így a Bizottság által javasolt nemzeti „értékesítésre és felhasználásra” vonatkozó tilalmat az egységes belső piacon nem lehetne érvényesíteni.

Támogattam a rendelet visszavonását, és hogy a Bizottság nyújtson be új jogalkotási javaslatot, amely alapja az emberi és állati egészség, a környezet és a géntechnológiával módosított élelmiszerekre és takarmányokra vonatkozó fogyasztói érdekek magas szintű védelmének, miközben biztosítja a belső piac hatékony működését.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho contribuito col mio sì all'approvazione di questa risoluzione. Sono contrario agli OGM e sono - se possibile - ancor più contrario agli OGM che, come la soia MON-87705-6 x MON-89788-1, esprimono tolleranza ai diserbanti, in questo caso il famigerato glifosato.

Le colture ingegnerizzate per resistere al glifosato sono particolarmente diffuse negli Stati Uniti. La loro presenza ha portato ad un crescente impiego di glifosato - senza peraltro che siano aumentate le rese - e alla comparsa di erbe infestanti in grado esse stesse di resistere ai glifosati: il massiccio uso di glifosato innesca una sorta di selezione darwiniana accelerata (che altro potevamo aspettarci?) che induce gli agricoltori ad usare diserbanti ancor più potenti. E avanti così, in un circolo vizioso di veleni e resistenza ai veleni.

Non voglio vedere gli ulteriori «effetti darwiniani» di questa *escalation* chimica sulle erbe infestanti.

Sottolineo che la tossicità e cancerogenicità del glifosato indicano la necessità di rigorose misure di protezione e prevenzione. È ovvio aspettarsi la presenza di residui di glifosato nelle colture ingegnerizzate per resistervi. Tutti i cittadini hanno diritto ad accedere a prodotti alimentari di qualità ed esenti da contaminanti.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Non! Le projet de décision d'exécution de la Commission n'est pas conforme au droit de l'Union.

Notre objectif est d'assurer un niveau élevé de protection de la vie et de la santé humaines, de la santé animale et du bien-être des animaux, de l'environnement et des intérêts des consommateurs.

Le consommateur européen ne doit pas être le cobaye des multinationales!!!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Contrary to the result of the final vote, I opposed the objection to authorise the placing on the market of products containing genetically modified soybean MON 87705 × MON 89788. The application to put the soybean concerned on the market was fully compliant with EU legislation; the technical decision to authorise it or not is then left to the Commission, which assesses the application based on scientific evidence. The Commission agreed to validate the placing on the market and I see no reason for denying the scientific assessment.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije glede ugovora v skladu s členom 106 Poslovnika: odobritev gensko spremenjene soje MON 87705 × MON 89788 sem podprla saj je naša prioriteta na področju gensko spremenjenih živil in krme zagotavljanje visoke ravni varstva življenja in zdravja ljudi, zdravja in zaščite živali in okolja.

Glede na to, da je ta snov uvrščena med snovi, ki so rakotvorne za ljudi, je pomembno, da namenimo temu posebno pozornost, da Komisija predloži nov zakonodajni predlog, saj le tako lahko zaščitimo interese potrošnikov, prebivalce Unije ter krepimo njihovo zaupanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87705 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Commission proposait d'autoriser trois nouveaux sojas OGM de la société Monsanto. Ces trois OGM sont tolérants au glyphosate. Deux d'entre eux ont une autre caractéristique: composition différente en acide gras pour l'OGM B et tolérance au dicamba (un pesticide) pour l'OGM C. Ces propriétés ne servent que les intérêts de Monsanto et des éleveurs industriels (et encore, ce n'est pas démontré).

Comme sur les cas précédents d'autorisation d'OGM, l'EFSA a fourni une évaluation insatisfaisante, faisant notamment fi des observations pertinentes des Etats membres.

Par ailleurs, les objections aux actes d'exécution ne sont que symboliques et ne contraignent pas la Commission.

Je vote donc POUR l'objection, même symbolique.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Monsanto Europe S. A. kérelmet nyújtott be Hollandia illetékes hatóságához a MON 87705 × MON 89788 szójababot tartalmazó, abból álló vagy abból előállított élelmiszerek, élelmiszer-összetevők és takarmányok forgalomba hozatalára vonatkozóan. Szavazatommal támogattam az S&D-frakció álláspontját a kérdésben.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción a la autorización de la soja modificada genéticamente MON 87705 × MON 89788 porque consideramos que, dada la naturaleza de los actos implementados, esta medida responde más a un acto de carácter meramente político y, por lo tanto, el Parlamento Europeo debe poder ser partícipe de la legislación.

En octubre de 2015 la propuesta de la Comisión Europea sobre transgénicos para alimentos y alimentación fue rechazada por diferentes Grupos políticos del Parlamento Europeo que entendían que se debe respetar la decisión de cada Estado miembro de autorizar o no el uso de transgénicos en su territorio, pero que no existe una reglamentación que garantice la correcta implementación de esta medida.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Allaž esmu iestājusies par to, lai Latvija un Eiropas Savienība kopumā būtu brīva no ģenētiski modificētiem organismiem (ĢMO). Mēs nedrīkstam pieļaut, ka kādu ekonomisko interešu vārdā apdraudēta tiek mūsu iedzīvotāju veselība.

Ar nožēlu jāatzīst, ka šī ir kārtējā reize, kad Eiropas Komisija pretēji dalībvalstu nostājai, izmantojot savas tiesību aktos piešķirtās pilnvaras, vēlas dot zaļo gaismu jaunu ĢMO produktu laišanai tirgū. ĢMO sojas pupiņas ir noturīgas pret glifosātu, ko Starptautiskā Vēža izpētes aģentūra klasificējusi kā cilvēkam iespējami kancerogēnu vielu.

Šoreiz EK ne tikai nav ņēmusi vērā valstu izteiktās bažas par ĢMO kaitīgumu, bet arī ignorējusi Pasaules Veselības organizācijas aģentūras veiktos pētījumus par glifosātu kā iespējami kancerogēnu vielu.

Ņemot vērā Pasaules Veselības organizācijas aģentūras veiktos pētījumus par glifosātu un Latvijas sabiedrības negatīvo nostāju pret ĢMO, balsoju pret šo trīs ĢMO sojas pupiņu laišanu tirgū.

Turklāt, uzskatu, ka būtu jāmaina esošā likumdošanas procedūra, lai, izsniedzot atļaujas jaunu ĢMO pārtikas un barības produktu laišanai tirgū, gan Eiropas Parlamentam, gan valstīm tiktu piešķirtas lielākas lemtiesības, tādējādi nodrošinot efektīvāku demokrātisko kontroli un sabiedrības interešu ievērošanu.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this objection concerning the genetically modified soybean MON 87705 x MON 89788 because I believe that the Commission should not authorise the use of glyphosate-tolerant GM soybeans in food and feed, specifically for two reasons: the first reason is that glyphosate, a herbicide, was classified as 'probably carcinogenic' to humans on 20 March 2015 by the World Health Organization's cancer agency. The second reason is that currently GMOs are being authorised in the EU without the support of Member States: in fact, every GM authorisation decision has so far been taken by the Commission without the support of a qualified majority of Member States.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde tegen het bezwaar om de genetisch gemodificeerde sojaboon te accepteren. We moeten vertrouwen op de wetenschap en onze Europese Autoriteit voor voedselveiligheid. Zij zijn van mening dat dit gewas veilig is. Met een groeiende bevolking en steeds meer bedreigingen van het klimaat hebben we behoefte aan een moderne plantenveredeling in Europa. Onder meer deze moderne technieken voor het kweken van landbouwgewassen en andere planten kunnen bijdragen tot een betere voeding voor de wereldbevolking en een beter klimaat.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução objeta à adoção do projeto de implementação de decisão com base na alegação de que o atual procedimento de autorização para alimentos e rações geneticamente modificados não está a funcionar bem. Solicita que não seja autorizada nenhuma nova variedade de OGM, nem renovadas as autorizações antigas até que os métodos usados para a avaliação dos riscos tenham sido consideravelmente melhorados.

Considerando que todos estes produtos de soja conferem tolerância acrescida a diferentes tipos de herbicidas (especialmente ao glifosato) que foi classificado como provavelmente cancerígeno para seres humanos pela IARC, em 15 de março de 2015, este projeto de Decisão de Execução não é compatível com os objetivos do Regulamento (CE) 1829/2003, relativo a alimentos geneticamente modificados para alimentação humana e animal, bem como o Regulamento (CE) n.º 396/2005 relativo aos resíduos de pesticidas na alimentação humana e animal.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission wird aufgefordert, ihren Durchführungsbeschluss zurückzuziehen. Stattdessen sollte sie einen neuen Legislativvorschlag vorlegen, der auf die Bedenken der unzähligen Mitgliedstaaten eingeht, die sich konkret gegen genetisch modifizierte Organismen aussprechen. Es gibt eine österreichweite Ablehnung von GMO. Ich stimme diesem Antrag zu.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87705 x MON 89788 (MON-87705-6 x MON-89788-1) enthalten, aus ihnen bestehen oder aus ihnen gewonnen werden, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates trage ich mit.

Mit der Entschließung wird die Kommission aufgefordert, ihren Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zurückzuziehen und einen neuen Legislativvorschlag vorzulegen, bei dem nationale Interessen und Bedenken besser berücksichtigt werden.

Dieses Ziel trage ich mit. Ich wende mich gegen eine pauschale Zulässigkeit genetisch modifizierter Organismen und trete für mehr Rücksichtnahme auf nationale Belange auf der Ebene der EU ein, vorzugsweise durch mehr Subsidiarität.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Ενέκρινα με την θετική μου ψήφο το προτεινόμενο κείμενο. Βασική μας προτεραιότητα αποτελεί η διασφάλιση της δημόσια υγείας και της ποιότητας των αγαθών που διατίθενται στην ευρωπαϊκή αγορά.

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. – La Commissione europea per l'ennesima volta ha provato a forzare il suo modo di prendere decisioni in materia di agroalimentare e mangimi, scavalcando qualsiasi indicazione del Parlamento europeo. Ma il Movimento 5 Stelle è riuscito a muoversi tempestivamente e assieme alla maggioranza del Parlamento europeo ha votato per non dare il consenso all'immissione sul mercato di questo nuovo prodotto geneticamente modificato.

Questa soia è stata appositamente creata in laboratorio per resistere al glifosato, considerato dall'Organizzazione mondiale della sanità (OMS) e dall'Agenzia internazionale per la ricerca sul cancro (IARC) come probabilmente cancerogeno per l'uomo. Autorizzare l'immissione sul mercato di questo prodotto avrebbe significato minacciare la salute di milioni di cittadini.

Come portavoce del M5S mi sono sempre battuto per la messa al bando di alimenti e mangimi transgenici. Gli OGM non devono entrare in Europa, senza «se» e senza «ma». Purtroppo, l'UE importa ogni anno 32 milioni di tonnellate di soia per i mangimi dei propri allevamenti. Mirare ad obiettivi ambiziosi quando si tratta di tutelare l'ambiente e la salute di milioni di cittadini è doveroso. Per questo motivo ho votato a favore di questa risoluzione.

Milan Zver (PPE), pisno. – Glasoval sem proti resoluciji o osnutku izvedbenega sklepa Komisije o odobritvi dajanja proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjeno sojo MON 87705 x MON 89788.

Strinjam se, da moramo zagotavljati visoke ravni varstva življenja in zdravja ljudi, zdravja in zaščite živali, okolja ter interesov potrošnikov v zvezi z gensko spremenjenimi živali in krmo.

Toda za učinkovito in konkurenčno delovanje notranjega trga je odločitve o morebitni odobritvi dajanja proizvodov, ki vsebujejo gensko spremenjene encime, na trg treba sprejeti na podlagi neodvisnih in konsistentnih raziskav o potencialnih negativnih učinkih gensko spremenjenih organizmov.

9.7. Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) (B8-0040/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Bendt Bendtsen (PPE). – Fru formand! Jeg har i dag valgt at sige nej til at blokere de nye regler for udledning fra lette personbiler og erhvervskøretøjer, som Kommissionen og medlemslandene er blevet enige om. Jeg synes, det er vigtigt, at vi hurtigst muligt får indført, at bilers udledninger skal testes på vej og ikke i laboratorier. Det er trods alt for at køre på vejene, forbrugerne køber en bil.

Hvis vi i dag havde blokeret de nye regler, som Kommissionen og medlemslandene allerede er blevet enige om, skulle vi i flere år stå i et juridisk tomrum uden at vide, hvornår vi ville få testen ud på vejene. Det havde været utilfredsstillende, og det havde faktisk været som at køre bil med en pose over hovedet.

Det er vigtigt for mig at understrege, at de nye regler ikke er et frikort til bilindustrien til at forurene. Jeg havde gerne set strengere regler, men det er så det resultat, man kunne opnå enighed om i Rådet og Kommissionen. Det er klart, at nye testmetoder kræver tilpasning i industrien, men her må vi i Europa-Parlamentet fastholde en ambitiøs linje for at begrænse udledningerne. Vi må bruge alle de redskaber, vi har til rådighed. Jeg har noteret mig, at Kommissionen har forpligtet sig til et årligt eftersyn af grænseværdierne og allerede har lagt op til at sænke grænseværdierne i 2017.

Mark Demesmaeker (ECR). – De uitstoot van auto's, vooral van fijnstof en stikstof, is bijzonder nefast voor de volksgezondheid. De recente *Environmental Performance Index* van de Amerikaanse universiteiten Yale en Columbia toont aan dat België bijzonder slecht scoort inzake luchtvervuiling. Jaarlijks sterven 12 000 mensen voortijdig, voornamelijk ten gevolge van fijnstof. In Vlaanderen levert de Vlaamse regering inspanningen om die problematiek aan te pakken door een vergroening van de autofiscaliteit. In de stad Antwerpen wordt een lage-emissiezone uitgerold.

Toch is er meer Europese actie nodig, want de strikte EU-wetgeving om de schadelijke uitstoot te beperken, levert nog te weinig verbetering op in de praktijk, vooral omwille van het ontbreken van praktijktesten waarmee de werkelijke uitstoot op de weg wordt gemeten. Die praktijktesten moeten er zo snel mogelijk komen. Deze koppelen aan een versoepeling van de Euro6-norm is echter onaanvaardbaar. Een beter akkoord is nodig en ook technisch haalbaar. Er zijn Europese motoren die de Euro6-norm van 80 mg stikstof per kilometer halen. Die innovatie aanmoedigen is essentieel en om die redenen heb ik het bezwaar gesteund.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, everyone knows that the Volkswagen emissions scandal was a disaster for the car industry, but I think we underestimate the extent to which it was also a disaster for the European Union. Thousands of people died needlessly because of a policy driven, uniquely in the European Union, as a result of corporate lobbying. Why did the EU – uniquely in the world – go down the road of promoting diesel, which had always been regarded up until then as the dirtier option?

American and Japanese regulators were pushing for hybrid or electric cars but the EU, uniquely, following lobbying from certain car firms which had invented the new engine, decided to push the use of a fuel that emits 40 times as much nitrogen oxide as petrol and 22 times as many pollutants and particulates. We do not know how many people died because the cause of death will have been recorded as heart failure or cancer, not as breathing in a kind of fuel, but they are victims of the corporate lobbying nexus that has grown up in Brussels, and we are all complicit in that tragedy.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Ich habe selten so eine Alarmstimmung gehört wie eben von meinem Vordr. Ich habe gegen die Zurückweisung des Kommissionsvorschlags gestimmt. Die Kommission hat beim Thema Pkw-Emissionen sehr schnell geliefert. Ein Vorschlag, den die Automobilindustrie und ihre Zulieferer stemmen können, der ihnen weh tut, den man aber umsetzen kann. Ich habe deshalb gegen den Ablehnungsantrag des Umweltausschusses gestimmt, nach dem Motto „Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach“ – das sagt ein deutsches Sprichwort. Mit den überzogenen Vorstellungen des linken Lagers hätten wir Planungsunsicherheit geschaffen und für die Umwelt letztlich das Gegenteil erreicht. Heute hat die Mehrheit des Parlaments Verantwortung für Industrie, für Arbeitnehmer und für die Umwelt bewiesen.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señora Presidenta, hemos votado a favor de impedir que se rebajen los estándares de emisiones para los vehículos ligeros sencillamente porque las directivas y las leyes son para beneficio de la gente, y no para beneficio de las empresas.

Tras el escándalo Volkswagen, conocido como «*dieselgate*» y que afecta a gran parte de la industria europea del automóvil, la propuesta de la Comisión solo representa los deseos de las mismas personas que durante años han estado engañando con las emisiones; las mismas que han puesto en riesgo la sostenibilidad de este sector, millones de puestos de trabajo y, sobre todo, la salud de los ciudadanos europeos. La contaminación del aire por el óxido de nitrógeno y las partículas dañinas provoca casi medio millón de muertes prematuras en Europa cada año.

A la Comisión le decimos que la manera de evitar el cierre de empresas y la deslocalización es promoviendo una industria a la vez innovadora y sostenible ecológicamente que mire al futuro y al largo plazo. No cedan a las presiones de quienes anteponen sus intereses al interés común de la gente.

José Blanco López (S&D). – Señora Presidenta, en la actualidad las emisiones de nitrógeno superan en cinco veces los límites permitidos. Hay que poner coto ya. Me gustaría constatar más ambición por parte de la Comisión y del Consejo. Pero si la objeción se aprobara, no reduciríamos la contaminación: aumentaríamos la inseguridad jurídica y se prorrogaría el incumplimiento de la normativa, con el consiguiente riesgo para la salud.

Con esta Decisión, las emisiones se reducirán a menos de la mitad y Europa será la única región del mundo con test en condiciones reales de circulación. Solo implementando esos test estaremos en condiciones de hacer cumplir los reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores y usuarios, e impulsar las inversiones y el empleo en el sector automovilístico, un sector muy importante para países como el mío, España.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem hlasoval proti vyslovení námitky. Jsem přesvědčen, že pravidla, která Komise připravila a která mají platit od roku 2017, dávají solidní základ pro testovací systém v reálných podmínkách. Stejná pozice je i pozice mojí země, České republiky. Pro nás, pro Českou republiku, je automobilový průmysl mimořádně důležitý, zaměstnává tisíce, desettisíce Čechů a chceme, aby tedy zde byla jasná pravidla, která pro automobilový průmysl budou platit, a ten tak bude mít stabilní a jasná pravidla pro to, jak mají jednotlivé typy automobilů vypadat. Tedy hlasoval jsem pro Komisi a doufám, že Komise udělá vše pro to, aby od roku 2017 celý systém začal bez problémů fungovat.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL). – Señora Presidenta, hemos votado a favor de esta objeción porque lo más intolerable de todo es que la Comisión pretenda decidir sin consultar con el Parlamento, de nuevo poniendo en riesgo nuestra salud y la del planeta. Doblar el límite de emisiones de dióxido de nitrógeno es una concesión absolutamente intolerable a las grandes multinacionales del sector automovilístico.

Nosotros no nos olvidamos del caso Volkswagen, en el que la Comisión sabía más de los trucajes de los automóviles de lo que decía y con cuyo silencio y complicidad contribuyó a hacer aún más grande una estafa sin precedentes. Debemos evitar que casos así vuelvan a suceder, y para ello es necesario fomentar el control democrático y la transparencia. Esta no es una cuestión baladí porque, Señorías, nos va la vida -la nuestra y la de las generaciones venideras- en cuidar de este planeta.

Hannu Takkula (ALDE). – Arvoisa puhemies, minusta on erittäin tärkeätä, että tähän asiaan kiinnitetään nyt huomiota sillä tavalla, että myös Euroopassa ja Euroopan autoteollisuudessa päästään oikeille päästötasoille. Kuitenkin meidän täytyy muistaa myös se, että ympäristöasioiden lisäksi on huolehdittava siitä, että autovalmistajat tulevat myös globaalisti samoihin päästötasoihin.

Sen vuoksi itse näen, että komission esitys voidaan hyväksyä sellaisenaan ja se voidaan viedä eteenpäin. Lähtökohtaisesti kuitenkin olen sitä mieltä, että meidän Euroopassa täytyy huolehtia omasta kilpailukyvyystämme, omasta teollisuudestamme ja yrityksistämme, ja pyrkiä haastamaan asiaa niin, että koko globaali teollisuus on samojen sääntöjen piirissä. Kun kauppa on globaalia, maailmanlaajuista, tällä tavalla voidaan myös huolehtia siitä, että säännöt ovat yhteneväiset ja sitä kautta suojellaan koko maapalloa, koko elinympäristöä.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore dell'obiezione sull'accordo sui nuovi limiti di emissione per i veicoli Euro 6. Il Parlamento però non l'ha accolta, perdendo così un'altra occasione per essere dalla parte dei cittadini. Dopo lo scandalo Volkswagen e l'ambizioso accordo di Parigi, il Parlamento europeo aveva l'obbligo di lanciare un messaggio forte e chiaro sulla necessità di creare da subito le condizioni per favorire produzioni sempre più sostenibili. Non sono accettabili limiti di emissioni più alti di quelli votati nel 2007, così come quando votiamo non possiamo considerare solo le istanze dell'industria, ignorando quelle dei cittadini. Siamo qui innanzitutto per lavorare e per tutelare la loro salute. Le nostre città sono assediato dallo smog e le elevate concentrazioni di polveri sottili, ozono, biossido di azoto, che causano danni alla salute dei cittadini, generando costi sanitari altissimi, ne sono la testimonianza.

Zoltán Balczó (NI). – Az elmúlt évtizedekben végbement pozitív változás ellenére a légszennyezés mértéke aggodalmat keltő kérdés. Az idő előtti elhalálozások száma akár 400 000-re is tehető. A 2015 őszén napvilágra került problémák azt mutatták, hogy a gépjárműiparban nem tartják be a jogszabályt. A Volkswagen-botrány bizonyította, hogy valós körülmények közötti tesztelésre van szükség. A Bizottság végrehajtási rendelete nem alkalmas a kitűzött környezetvédelmi cél elérésére. A javaslat elfogadása azt eredményezte, hogy akár 2020-ig az előírt, kívánatos kibocsátási értéket akár kétszeresen is túlléphetik. Mindezért az Európai Bizottság javaslatát elutasító parlamenti határozatot támogattam.

Michaela Šojdřová (PPE). – Paní předsedající, já jsem hlasovala proti námitce a jsem také ráda, že tato námitka nakonec byla Evropským parlamentem odmítnuta. To znamená, že bude platit nařízení Evropské komise, které myslím, že je nakonec dobrým východiskem. Platí limit, který je přísný, znamená 680 mg oxidu dusíku, které jsou přísným limitem. Co je důležité, je, že měření bude prováděno za provozu, což si myslím, že odpovídá reálným možnostem a je rovněž příznivým řešením jak pro výrobce, tak především pro nás, kteří užíváme automobily, dieselové motory atd. Čili tuto změnu v měření, kterou Evropská komise navrhla, já považuji za krok správným směrem, rovněž faktory konformity, které jsou navrženy, jsou, myslím, dobrým řešením.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, cosúil le mo chomhghleacaithe i bhFine Gael agus i mo ghrúpa EPP, vótáil mé i gcoinne na tuarascála seo. Ceapaimid go bhfuil a dhóthain déanta ag an gCoimisiún. Táimid sásta leis na moltaí atá curtha ar aghaidh acu maidir leis an bhfadhb seo. Agus má leanfaimid an bóthar atá leagtha amach ag an gCoimisiún, is féidir linn toradh níos fearr a fháil.

In that Commission proposal published last week, a framework on market surveillance for motor vehicles was outlined. The proposal aimed to tighten the car authorisation process in Member States and to create a more independent procedure. This proposal will also allow Member States – and the Commission – to take action against the technical services that are underpinning, or too lax in applying, approval requirements.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La tutela della salute è una priorità dell'Unione europea, purtroppo le continue pressioni delle *lobby* hanno spinto la Commissione a fare grossi passi indietro.

Con il progetto di regolamento presentato si introduce tra l'altro un fattore di conformità troppo alto, che si traduce in una deroga generalizzata ai limiti di emissione applicabili.

Per ridurre le emissioni servono misure ambiziose ed è sicuramente inaccettabile ridimensionare gli obiettivi e i contenuti del precedente regolamento (CE) n. 715/2007.

Per queste motivazioni ho espresso voto positivo alla risoluzione presentata dalla commissione Ambiente, che si oppone alle suddette modifiche, poiché la tutela dell'ambiente e dei cittadini non può e non deve essere minacciata da meri interessi economici.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que este Reglamento desarrollado por la Comisión excede el mandato de la delegación de poderes otorgada en el acto base. La Comisión, una vez más, utiliza la delegación de poderes en favor de los intereses de las multinacionales, en este caso en clara connivencia con las multinacionales del sector del automóvil, que se ha visto afectado por el escándalo de Volkswagen. En esta Resolución se rechaza dicho Reglamento porque trata de circunvalar al Parlamento, legislando en contra de la opinión de las instituciones democráticamente elegidas y, por tanto, en contra de los intereses de los ciudadanos europeos. Precisamente tras el escándalo de Volkswagen son los pueblos europeos los que deben dar su parecer sobre este tipo de requisitos a la industria. Por todo ello he votado a favor de la presente Resolución.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution les émissions des véhicules particuliers et utilitaires légers.

Cette proposition fait en effet suite au scandale Volkswagen, lequel a permis de déceler les écarts considérables entre l'émission de polluant en laboratoire et celles en condition réelles de conduite. Il faut cependant rappeler que les voitures concernées ont, d'un autre côté, émises moins de monoxyde de carbone, gaz beaucoup plus nocif.

La résolution se trompe de stratégie puisqu'elle veut imposer des normes supplémentaires, contraignantes et coûteuses pour un secteur déjà en crise. Je me suis donc opposé à ce texte.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – Het Vlaams Belang veroordeelt krachtig de fraude door automobielfabrikanten. Miljoenen consumenten zijn bedrogen door valse informatie over de emissies van hun voertuigen. De bedrijven moeten de volledige verantwoordelijkheid voor hun handelingen nemen en ten volle medewerking verlenen aan onderzoeken van de autoriteiten. De consument moet zijn volledige verhaalbaarheid kunnen uitoefenen. Tegelijk moet werk gemaakt worden van betrouwbare en onafhankelijke testen.

Mijn partij is zoals iedereen voorstander van het verder opleggen van de afgesproken normen. Het Commissievoorstel versoepelt de normen niet. Die blijven wat ze zijn. Er wordt enkel een ander tijdsplan uitgerold, met een zeer tijdelijk toegelaten overschrijding van de normen, voor de sector om zich volledig in regel te stellen.

Nu met het Parlementsvoorstel doen alsof de industrie van vandaag op morgen zich volledig in regel kan stellen, zou voor de fel belaagde Europese auto-industrie een ernstige bedreiging kunnen betekenen op de wereldmarkt. De hoogtechnologische en duurzame voertuigindustrie zorgt met vele tienduizenden werknemers in honderden bedrijven voor zo'n 10% van de tewerkstelling in de industrie in Vlaanderen. Onze partij is niet bereid deze sector zomaar te slachtofferen in de links-ecologische chantagefeer van het Europees Parlement.

Overigens is het Vlaams Belang steeds voorloper in de strijd tegen fijnstof geweest met de bevordering van CNG (gecomprimeerd aardgas) in ons land.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der vorliegende Einspruch richtet sich gegen eine Entscheidung der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten, die vorsieht, dass künftig nicht mehr nur die PKW-Abgaswerte im Labor gemessen werden, sondern auch im Fahrbetrieb auf der Straße. Anstatt die ursprünglich festgelegte Überschreitung der gültigen Grenzwerte von 50 % zuzulassen, wurden nun Abweichungen von über doppelt so hohen Werten (sog. Korrekturfaktor von 2,1) bis 2020 vereinbart. Sodann hielt die Mehrheit des Umweltausschusses im Europäischen Parlament diesen Korrekturfaktor auch für zu großzügig und legte diesen Einspruch dem Plenum nun zur Abstimmung vor. Weil ich strenge und klare Abgasnormen sowie entsprechende Kontrollen zum Schutz von Verbrauchergesundheit und Umwelt befürworte, habe ich diesem Einspruch zugestimmt. Darüber hinaus sollte die Automobilindustrie lernen, dass auch sie beschlossene Regeln einzuhalten hat, wodurch wiederum ein Innovationsschub entstehen kann, der unsere Wirtschaft voranbringt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La question des émissions de polluants des véhicules est revenue sur le devant de la scène politique européenne à l'occasion de l'affaire Volkswagen. Les normes exigeantes de la Commission en fait d'émissions de polluants n'imposent pas encore de tests en condition réelle de conduite (RDE). Les valeurs limites établies dans un règlement en 2007 sont revues par des procédures internes à la Commission: l'exigence de cette proposition de résolution était donc de demander un nouveau règlement, à présenter au plus tard le 1^{er} avril 2016, pour imposer des tests en condition réelle au plus tôt.

Cette course à la norme est contestable pour deux raisons: d'abord, l'Europe devient la région du monde la moins propice à l'industrie. Ensuite, les normes techniques sont un cataplasme sur une jambe de bois en fait de lutte contre la pollution de l'air, car l'UE encourage par ailleurs toujours plus les flux qui génèrent ces émissions. Ce texte relève donc d'une exigence unilatérale de l'écologie politique à la seule charge de l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur en crise.

C'est pourquoi je me suis opposé à cette objection.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I would normally vote in favour of an objection to a delegated act, I have some concerns over the proposed alternatives and their viability. I therefore abstained.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio siūlymo, kuriuo Komisija raginama atsiimti reglamento projektą ir ne vėliau kaip 2016 m. balandžio 1 d. pateikti naują reglamento projektą, siekiant visoms transporto priemonėms nustatyti realiomis važiavimo sąlygomis išmetamų teršalų kiekio matavimą. Siūlymu siekiama vetuoti sprendimą leisti lankstesnes dyzelinių automobilių taršos ribas. Europos Komisija pasiūlė nuo 2017 m. rugsėjo automobilių taršą matuoti ne laboratorijose, o realiomis kelio sąlygomis. Kadangi tokiomis sąlygomis tarša bus didesnė, atsižvelgusi į galimas naujos matavimo sistemos paklaidas ir ES valstybių siūlymus, Komisija nutarė iki 2020 m. pradžios leisti viršyti nustatytas azoto oksidų taršos ribas (80 mg/km) iki 110 proc., o vėliau – 50 proc.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette objection fait suite à la révélation d'écarts considérables entre les émissions de polluants en laboratoire et celles mesurées en condition réelle de conduite (RDE en anglais) pour les moteurs diesel Volkswagen. Or les normes exigeantes de la Commission en matière d'émissions de polluants n'imposent pas encore de tels tests: ce texte demande donc un nouveau règlement – à présenter au plus tard le 1^{er} avril 2016 — afin d'imposer des tests en condition réelle au plus tôt.

Le premier considérant rappelle comme un dogme le coût chiffré de la pollution de l'air (estimé à 940 milliards d'euros par an), et justifie par cette assertion l'exigence de normes techniques sans cesse plus contraignantes et coûteuses. Ces exigences sont contestables pour deux raisons: l'Europe devient la région du monde la moins propice à l'industrie; les normes techniques sont un cataplasme sur une jambe de bois en matière de lutte contre la pollution de l'air, car l'UE encourage par ailleurs toujours plus les flux qui génèrent ces émissions.

Ce texte relève donc d'une exigence unilatérale de l'écologie politique à la seule charge de l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur déjà en crise.

Voilà pourquoi je m'y suis opposé.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il settore dei trasporti ha generato nel 2013 il 46% delle emissioni di ossidi di azoto (NOX) e circa il 14% delle emissioni di particolato nell'UE; si tratta di due tipi di inquinanti legati ad effetti negativi sulla salute, sull'ambiente e sul clima.

Lo scoppio dello scandalo VW ha portato la Commissione europea a prendere prima atto della discrepanza tra i valori delle emissioni ottenuti tramite test in laboratorio e i valori ottenuti con test su strada e quindi a presentare una proposta di regolamento volta ad aumentare temporaneamente i limiti consentiti per le emissioni di ossido di azoto delle autovetture.

Ho sostenuto l'obiezione della commissione Ambiente nella convinzione che la proposta della Commissione possa costituire una deroga generalizzata capace di causare un impatto enorme sulla emissione di inquinanti nell'ambiente.

Nonostante il ruolo di *leadership* ricoperto dall'industria europea – ed al suo interno dall'industria italiana – nel settore delle tecnologie di riduzione delle emissioni, sono convinto che la strada da percorrere resti ancora lunga. Serve uno sforzo condiviso per garantire che la protezione dell'ambiente e la tutela della salute pubblica si concilino con le esigenze dell'industria e la difesa dei posti di lavoro.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción sobre las medidas implementadas por la Comisión Europea en el informe de RDE (*real driving emissions*) para objetar sobre el factor de conformidad de 2,1 y no sobre el procedimiento RDE en sí. La legislación básica fue adoptada en 2007 y publicada como el Reglamento n.º 692/2008 para fijar el límite de emisiones en 80 mg/km. Ahora, con la nueva propuesta, que introduce un factor de conformidad de 2,1, se permite una excedencia del 110 %. Esto es inadmisiblemente independientemente del escándalo reciente acerca de los fallos en los controles de emisiones de CO₂ en el sector automotor (caso Volkswagen). Lo que la objeción pretende es que se retire esta propuesta preliminar de aumento de los niveles de emisiones y se presente una nueva hacia el 1 de abril de 2016 que respete los límites de emisiones.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Il n'est pas toujours facile de s'y retrouver dans les méandres législatifs et procéduraux existants entre la Commission et le Parlement européen. Ce dossier est un exemple très symptomatique des méthodes d'enfumage qui peuvent se pratiquer dans les coursives de ces deux institutions européennes.

En effet, après m'être prononcée en faveur de cette résolution condamnant la Commission exécutive au motif qu'elle aurait outrepassé ses droits et ses compétences d'exécution au détriment notamment de la commission juridique, j'ai pu me rendre compte qu'il n'en était rien et qu'au contraire ne pas soutenir la proposition de règlement de la Commission signifiait un résultat tardif et incertain en matière de politique de réduction des émissions polluantes.

En réalité, la question essentielle est de savoir quels sont les intérêts que nous devons protéger. Il s'agit bien entendu de ceux des citoyens européens, de leur droit à une bonne santé et à un environnement sain, mais je n'oublie pas que l'industrie automobile fait aussi vivre des dizaines de milliers de personnes dans l'Union européenne et qu'il ne faut pas tout liquider au seul nom de la protection absolue de l'environnement érigée ici en dogme impératif.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero expresar que en este informe he votado de manera diferente a mi Grupo, ya que he votado en contra de la Resolución de la Comisión ENVI que considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede de las competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) n.º 715/2007. Por lo tanto, he apoyado la propuesta inicial de la Comisión Europea.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai souhaité voter contre cette proposition de résolution, une nouvelle fois née d'un scandale politico-médiatique et sans aucune vision à long terme des intérêts de l'industrie automobile européenne.

Cette proposition fait en effet suite au scandale Volkswagen, lequel, certes, a permis de révéler les écarts considérables entre l'émission de polluant en laboratoire et celles en condition réelles de conduite. Il faut cependant rappeler que les voitures concernées ont, d'un autre côté, émises moins de monoxyde de carbone, gaz beaucoup plus nocif.

La résolution se trompe de stratégie puisqu'elle veut imposer des normes supplémentaires, réagissant ainsi dans l'émotion sans prendre le temps de la concertation avec les représentants du secteur automobile et sans réelle étude d'impact sur les effets sanitaires et environnementaux du dioxyde d'azote, en comparaison avec les effets du monoxyde de carbone.

Une résolution de précipitation donc, ce qui a motivé mon rejet.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas ragina Komisiją atsiimti reglamento projektą dėl išmetamųjų teršalų kiekio iš lengvųjų keleivinių ir komercinių transporto priemonių (Euro 6) ir nedelsiant pateikti naują reglamento projektą, siekiant visoms transporto priemonėms nustatyti realiomis važiavimo sąlygomis išmetamųjų teršalų kiekio matavimą, kad būtų užtikrintas išmetamųjų teršalų kiekio kontrolės efektyvumas. Parlamentas konstatavo, kad dėl pateikto Komisijos reglamento projekto būtų *de facto* leidžiama bendrai nukrypti nuo taikomųjų išmetamųjų teršalų kiekio ribinių verčių, todėl jis neatitinka Sąjungos teisės.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Nisem podprl ugovora odbora ENVI, ki bi novi paket zakonodaje o emisijskih izpustih vrnila na začetek. Res je, meritvena metodologija je bila v preteklosti neprimerna in avtomobilska industrija se je temu prilagodila, še več nekateri celo z goljufijo, kar močno obsojam.

Vendar sedaj smo kjer smo in iz napak se moramo nekaj naučiti. Predlog Komisije tako predvideva novo metodologijo meritev, s katero lahko dejansko pričakujemo realne rezultate in zmanjšanje izpustov v okolje v naslednjih letih. Vendar na žalost to ne gre čez noč, tega ne moremo narediti jutri in je treba nekaj razumevanja pokazati tudi za tiste, ki v EU zaposlujejo 12 milijonov državljanov skozi avtomobilsko industrijo.

Pričakujem pa od Komisije še bolj natančno časovnico, kako bomo omejitve zmanjševali po letih, in podpiram, da izpusti ne bodo več manjši samo na papirju ampak tudi dejansko v okolju. Okoljski vidik je zelo pomemben, toda pomembni so tudi ljudje in njihove zaposlitve, zato moramo tovrstno zakonodajo spreminjati z razumevanjem in upoštevanjem obeh vidikov.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Cette proposition fait suite au scandale Volkswagen. Les exigences posées dans ce texte sont contestables pour deux raisons: l'Europe devient la région du monde la moins propice à l'industrie; les normes techniques sont un cataplasme sur une jambe de bois en fait de lutte contre la pollution de l'air car l'UE encourage par ailleurs toujours plus de flux qui génèrent ces émissions. Ce texte relève donc d'une exigence unilatérale de l'écologie politique à la seule charge de l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur en crise. J'ai donc voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore di questa obiezione a norma dell'articolo 106 del regolamento sulle emissioni dai veicoli passeggeri e commerciali leggeri perché ritengo che, alla luce dello scandalo *dieselgate* che ha colpito la casa automobilistica Volkswagen e degli impegni presi nel quadro dei negoziati per il COP 21, sia controproducente e sbagliato aumentare i limiti delle emissioni dei veicoli in parola. Sono, pertanto, estremamente delusa dal fatto che l'obiezione sia stata respinta per pochi voti.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – Non è possibile accettare limiti di emissioni più alti di quelli votati nel 2007 (168 mg/km dal 2019, 120 mg/km dal 2021 per gli ossidi azoto, che poi generano il particolato fine, anziché 80 mg/km).

Dopo lo scandalo Volkswagen i governi europei e la Commissione devono assicurarsi che le case automobilistiche rispettino i limiti di emissioni e non, invece, indebolire la normativa per permettere alle case automobilistiche di inquinare di più. La tutela della salute dei cittadini deve essere prioritaria per tutte le istituzioni europee. Se l'Unione europea cedesse alle pressioni della *lobby* dell'auto cedrebbe sia in termini di tutela della salute pubblica che di concorrenza: perché se le case automobilistiche rinviavano oggi la ricerca e l'applicazione delle nuove tecnologie di efficienza energetica e anti-inquinamento accumulerebbero un ritardo tecnologico sul lungo periodo che – come ogni carenza di innovazione e di efficientamento – si ripercuoterebbe con una maggiore esposizione alla concorrenza internazionale.

Per questo voto sì all'obiezione.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Le scandale Volkswagen a révélé que l'entreprise allemande avait volontairement réduit les émissions de polluants de ses moteurs diesel en ayant recours à des méthodes frauduleuses. Cette proposition de résolution a pour objectif de demander un nouveau règlement qui imposera des tests en condition réelle au plus tôt.

Sous prétexte que le coût de la pollution de l'air est exorbitant, notre industrie et nos entreprises devraient subir des contraintes écologiques et des exigences environnementales bien plus importantes que celles présentes aux États-Unis et dans les pays émergents. Les États membres de l'Union sont déjà confrontés à une concurrence internationale déloyale notamment à cause du dumping environnemental que pratiquent ces pays. Le respect de l'environnement ne doit pas se faire au détriment du développement économique.

J'ai donc voté contre cette proposition de résolution.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Poluarea atmosferică produsă de emisiile de oxizi de azot (NO₂) provoacă anual 75 000 de decese premature în Europa, 93 % dintre cazurile de depășire a concentrațiilor normale apărând în apropierea drumurilor, ori această situație e îngrijorătoare și necesită măsuri specifice.

În același timp, abordarea problemei emisiilor de NO_x provenite de la motoarele diesel ar trebui să contribuie la scăderea nivelurilor actuale ridicate ale concentrațiilor de NO₂ în aerul înconjurător.

Am votat împotriva acestei obiecții, deoarece retragerea proiectului de regulament al Comisiei va face ca măsurile în ceea ce privește emisiile generate în condiții reale de conducere să fie aplicate cu o întârziere mult prea mare, având în vedere că actualele teste privind emisiile produse de mașini sunt neschimbate de aproximativ 30 de ani. În acest context, consider că este nevoie de aplicarea imediată a proiectului de regulament propus de către Comisie.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. Il provvedimento contiene una tabella di marcia che condurrà in tempi rapidi all'eliminazione, nella legislazione esistente, di lacune che permettono attualmente di fatto ingenti superamenti dei limiti di emissione stabiliti. Nel contempo va incontro, almeno in parte, alle esigenze dell'industria. L'obiezione è stata adottata dalla commissione ENVI sull'ondata emotiva provocata dallo scandalo Volkswagen, benché questa vicenda non abbia alcun nesso causale con il provvedimento oggetto di obiezione. L'adozione dell'obiezione da parte della plenaria impedirebbe l'entrata in vigore dei nuovi test su strada e di fatto un loro rinvio (almeno di 2 anni), con conseguenze negative sui livelli occupazionali e sull'ambiente.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – À la suite du scandale de l'affaire Volkswagen, la Commission a réagi en proposant de rendre les tests d'émission de gaz polluant par les voitures diesels en conduite réelle plus contraignants en réduisant la différence entre la limite d'émission réglementaire qui est testée en laboratoire et la valeur des émissions produites en condition réelle de conduite. Cette mesure assortie au nouveau paquet législatif ambitieux de la Commission européenne montre la volonté de cette dernière de mettre tout en œuvre pour augmenter la fiabilité du secteur automobile européen en termes de respect des normes environnementales. Si cette objection avait été votée par le Parlement européen, le processus de mise en place de nouveaux tests en situation de conduite réelle aurait été retardé de deux ans. Nous devons pourtant agir rapidement. Notre objectif est de réduire les émissions de gaz polluants tout en donnant le temps à l'industrie européenne de l'automobile de s'adapter à ces nouvelles conditions et à rester compétitive sur le marché international.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted against this motion for a resolution because the alternative was vetoing the agreement, which would have led to creating a legal vacuum for at least two years combined with uncertainty for car owners and the industry and absolutely no progress for the environment. On the contrary, now the EU can rapidly implement the on-road tests, which together with the planned Commission proposals for a major overhaul of the EU type approval framework will make it very difficult for the car industry to circumvent the emissions requirements. Road emissions test are more effective than laboratory tests which had been the norm until now. My vote helped to significantly cut pollution emissions by diesel cars in the short term.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si oppone alla proposta della Commissione europea relativa alla modifica del proprio regolamento esecutivo del regolamento (CE) n. 715/2007 recante disposizioni sull'omologazione dei veicoli a motore. La proposta di modifica ha ad oggetto una revisione della procedura di omologazione e l'introduzione di test di verifica di conformità mediante l'utilizzo di misuratori portatili a partire dal 2017.

Le opposizioni sono del tutto condivisibili: le modifiche proposte non solo eccedono la delega conferita alla Commissione ai sensi dell'articolo 5 del regolamento (CE) n. 715/2007, ma rappresentano anche un grave *escamotage* per consentire una deroga generalizzata ai limiti di emissione applicabili in base al regolamento (CE) n. 715/2007 in favore degli interessi delle case automobilistiche.

Pertanto ho votato con grande convinzione a favore della relazione che, di fatto, chiede alla Commissione di ritirare il proprio progetto di modifica.

Nessa Childers (S&D), in writing. – I find it incredible that, despite the worldwide uproar after the ‘Dieselgate’ scandal brought auto industry cheating on emissions to light, the Member States governments further weakened these overdue standards from the Commission, and now a narrow majority of my colleagues have waived them through.

We had known, even before car-manufacturer cheating was revealed, that emissions standards in driving conditions were lacking, but I had hoped we would not let this powerful industry dictate the stringency and the pace of these standards in the present context.

The legal limits were set by Parliament and the Council of Member States in law, yet these technical measures allow for error margins of up to twice as much, to be tightened over the years.

These are not measures to implement the law, but rather to flout it.

Nitrogen oxide alone claims the life of almost 100 000 citizens in Europe a year.

We are sending a disturbing signal by allowing corporate giants to avoid the consequences of their actions for as long as possible, with their bottom lines running over health and the environment.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η συγκεκριμένη πρόταση περιλαμβάνει σημαντικά θετικά στοιχεία, όμως περιλαμβάνει και αρκετά αρνητικά σημεία. Ως εκ τούτου, θεωρείται σκόπιμο να απέχουμε από την ψηφοφορία.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η σημερινή συζήτηση σχετικά με τις ενστάσεις όσον αφορά τις εκπομπές από ελαφρά επιβατηγά και εμπορικά οχήματα εντάσσεται στο ευρύτερο πλαίσιο των προσπαθειών που κάνουμε για τη διασφάλιση καλύτερων συνθηκών ζωής για την ευρωπαϊκή κοινωνία και τους πολίτες. Είναι, επομένως, προφανές πως οφείλουμε να επιδιώκουμε όχι μόνο την τήρηση των κανονισμών, αλλά και την εφαρμογή νέων που θα οδηγούν σε καλύτερες συνθήκες. Οι λογικές ενστάσεις που εκφράζονται αφορούν τη βελτίωση της υπάρχουσας κατάστασης και επομένως πρέπει να τις υποδεχούμε θετικά. Για αυτό το λόγο και υπερψήφισα.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato contro il provvedimento poiché non condivido la correttezza dei presupposti formali e sostanziali alla base del provvedimento.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – È molto importante chiarire il motivo per cui ho votato contro questa obiezione, e quindi a favore di questo atto delegato, soprattutto dal momento che alcuni gruppi politici hanno speculato demagogicamente su questo voto mostrando di non aver letto le carte.

Qui la questione è: vogliamo misurare le emissioni dei veicoli in condizioni reali o in condizioni fasulle? Io preferisco le prime alle seconde (che sono state create finora apposta per fare dei test con valori truccati), e quindi ho apprezzato la volontà della Commissione di adeguare i limiti alle condizioni reali, rivedendoli comunque al ribasso rispetto a ciò che accadeva prima nella pratica. In altre parole, il veicolo che nei test inquinava x, in realtà inquinava y volte x. Ora si è preso come riferimento il parametro reale (y volte x) e lo si è abbassato in maniera tale da migliorare la qualità dell'ambiente. Peccato che molti colleghi non l'abbiano capito.

Deirdre Clune (PPE), in writing. – The PPE supported the Commission and the decision taken by the Technical Committee for Motor Vehicles and rejected the Objection tabled.

It is necessary to examine this implementing act in light of the overall steps taken by the Commission to reduce NO_x emission and to improve air quality and protect the environment.

Last week the Commission published its proposal establishing a Framework on Market Surveillance for motor vehicles. This proposal aims to tighten the car authorisation process in Member States and will create a more independent procedure. This proposal will also allow Member States and the Commission to take action against the technical services that are underperforming or too lax in applying approval requirements.

The Dess Report on the reduction of pollutant emissions from road vehicles is currently being negotiated in trilogues. This proposal focuses on areas where market and regulatory failures hinder efforts to address the overarching challenges of improving the EU's air quality and addressing the Better Regulation Agenda.

One political issue in this trilogue is whether Parliament should be involved through delegated acts in setting the limits for emissions. The Council feels this should only be done through implementing acts.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Tenho bem presente que a poluição atmosférica provoca anualmente mais de 430 000 mortes prematuras na União e tem um custo avaliado em 940 mil milhões de euros devido aos seus efeitos na saúde e que as emissões de escape dos veículos a gasóleo são uma importante fonte de NO_x nas zonas urbanas da Europa e que, segundo a Agência Europeia do Ambiente, as emissões de NO_x são a causa de 75 000 mortes prematuras na Europa.

Para atingir os objetivos da UE em matéria de qualidade do ar, é necessário um esforço contínuo de redução das emissões dos veículos, incluindo uma redução considerável das emissões de óxido de azoto dos veículos equipados com motor diesel.

Sou sensível ao argumento da Comissão de Ambiente que o projeto de decisão de execução da Comissão excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 715/2007 e que pode ser contrário ao Direito da União, uma vez que não é compatível com o objetivo e o conteúdo desse Regulamento.

Por outro lado, admito que adiar o problema e esperar por nova iniciativa da Comissão pode representar um tempo de vácuo legal excessivamente longo sem ganhos evidentes em termos de saúde pública.

Por isso, absteve-me na votação final.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto di dover votare contro questo provvedimento il quale induceva ad equiparare i dati derivati dai test sui veicoli effettuati in laboratorio a quelli in condizioni reali di guida su strada. Nella realtà, ci si è accorti che le automobili immesse sul mercato con test in laboratorio non rispettavano i limiti delle emissioni di gas, su strada, superando in media di 4/5 volte il limite.

Qualora l'obiezione fosse stata adottata ci saremmo trovati di fronte ad una situazione in cui le macchine che circolano in questo momento su strada avrebbero continuato ad emettere emissioni secondo i limiti approvati con i test in laboratorio. Pertanto, l'obiettivo attuale è quello di indurre la Commissione a presentare rapidamente un pacchetto RDE per arrivare in tempi brevi, ma sostenibili e con un calendario preciso, al fattore di conformità 1 (80 mg/kg) il più presto possibile e al massimo entro il 2023, ristabilendo la fiducia dei consumatori, salvaguardando la qualità dell'aria e dando modo alle aziende del settore automobilistico di investire in tecnologie più rispettose dell'ambiente senza dover ridurre i posti di lavoro.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Vehicle emissions are one of the major causes of air pollution for which we need concrete measures to not only counteract its effects but also to prevent it. The proposal to introduce a real driving emissions test for all vehicles so as to ensure the effectiveness of emission control systems has already been the subject of a resolution which was voted in by the European Parliament on 27 October 2015. Today's resolution asks the Commission to withdraw a draft regulation and submit a new one introducing the driving emissions test in the manner proposed.

While I fully support the need to ensure effective implementation of measures that prevent pollution even from vehicle emissions, I do not believe it will bring better protection to seek the withdrawal of a draft regulation.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que este Reglamento desarrollado por la Comisión excede el mandato de la delegación de poderes otorgada en el acto base. La Comisión, una vez más, utiliza la delegación de poderes en favor de los intereses de las multinacionales, en este caso en clara connivencia con las multinacionales del sector del automóvil, que se ha visto afectado por el escándalo de Volkswagen. En esta Resolución se rechaza dicho Reglamento porque trata de circunvalar al Parlamento, legislando en contra de la opinión de las instituciones democráticamente elegidas y, por tanto, en contra de los intereses de los ciudadanos europeos. Precisamente tras el escándalo de Volkswagen son los pueblos europeos los que deben dar su parecer sobre este tipo de requisitos a la industria. Por todo ello he votado a favor de la presente Resolución.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'obiezione e contro la revisione degli indici di emissioni che la Commissione intende applicare al nuovo test per il collaudo delle auto immesse sul mercato europeo. Con il mio voto ho inteso difendere, fino all'ultimo, il diritto alla salute dei nostri cittadini. Ci siamo fatti interpreti delle richieste di associazioni e sindaci, che hanno chiesto il nostro sostegno nella loro lotta quotidiana contro gli effetti delle polveri sottili e gli elevati livelli di smog.

La decisione è stata tutt'altro che unanime e impone un ripensamento della tabella di marcia imposta dalla Commissione su un argomento così delicato. Parliamo di un tema caro all'opinione pubblica, anche alla luce dei recenti scandali sulla falsificazione dei dati sulle emissioni delle auto da parte di note case automobilistiche. Un tema che richiede la massima attenzione oltre che profonda sensibilità. Per questo auspichiamo che si condivida quanto prima una nuova proposta di regolamentazione che, senza penalizzare i settori produttivi, sia rispettosa dell'ambiente e del benessere dei nostri cittadini.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Testowanie realnych warunków jazdy (Real Driving Emissions, RDE) ma zostać wprowadzone jako nowe wymaganie w zakresie homologacji nowych samochodów i wanów będące dodatkowym badaniem laboratoryjnym. RDE ma zapewnić kontrolę nad emisjami pojazdów w warunkach realnych i tym samym rozwiązać problem wysokich emisji tlenków azotu (NO_x) z pojazdów diesla, a także wykluczyć stosowanie urządzeń oszukujących (defeat devices), co miało miejsce w przypadku VW.

Głównym powodem niesprostania przez państwa wyznaczonym dla nich limitom koncentracji NO_x w powietrzu jest to, że pojazdy diesla w realnych warunkach emitują znacznie więcej tej substancji niż w warunkach laboratoryjnych. Wprowadzenie testów RDE zmniejszy średnią emisję NO_x z tych silników i pomoże państwom sprostać wymogom, jakie im postawiono, np. w ramach dyrektywy NEC.

Pochylając się nad rozpatrywanym dokumentem, podzielam obawy polityków z innych grup, szczególnie te dotyczące ścieżki dochodzenia do poziomu RDE przez współczynnik zgodności 2,1. Obecnie wymagane przez Komisję testy pozostały niezmienione od prawie trzydziestu lat. Mając powyższe na uwadze, poparłem sprzeciw wyrażony w dokumencie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Technical Committee on Motor Vehicles – chaired by the European Commission and consisting of national experts – agreed on the second package of RDE test procedure on 28 October 2015. In spite of the recent emission measurement scandal and the widespread exceedances of NO_x limits throughout Europe, the committee agreed to allow Euro 6 diesel cars to emit over double the Euro 6 limit from 2017 to 2020, and 50% after 2020, de facto increasing the standard to 120 mg/km forever. For these reasons we cannot accept the political decision made in the technical committee. For these reasons, I voted in favour of this objection and request a new proposal from the Commission by 1 April 2016.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Whilst I do understand some of the concerns of the proposers of this objection resolution I do not think that opposing the Real Driving Emissions (RDE) testing proposal is the right answer at this time. The introduction of RDE tests for new cars as proposed by the Technical Committee on Motor Vehicles will bring clear reductions in NO_x emissions and improve air quality. I do not think we should delay the introduction of RDE testing by months or possibly even years. Current European car emissions tests remain unchanged in almost thirty years and it is critical that we in the European Parliament endorse this latest step towards improving the testing regime. Rejection of this measure does not guarantee a quick revision on more ambitious lines from Member States; more likely it risks prolonged inaction and regulatory uncertainty. So for those reasons I am opposed to this objection.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il progetto di regolamento della Commissione va in direzione totalmente opposta ai recenti impegni assunti in occasione della COP 21 di Parigi e ai principi decantati dalla stessa istituzione nei 10 punti prioritari del Presidente Juncker. Per quanto riguarda l'«Unione dell'energia e il clima», uno degli aspetti fondamentali, inserito anche negli obiettivi della pianificazione 2014-2020, è proprio il contrasto al cambiamento climatico e la riduzione delle emissioni. Belle parole, ma i fatti di oggi sono di tutt'altro segno.

La Commissione cerca di favorire la *lobby* dei produttori automobilistici, adducendo motivazioni tecniche relative a presunti errori di misurazione, che di fatto permettono ai veicoli di inquinare oltre il doppio di quanto già non avvenga ora. Quindi, anziché prevedere norme più severe che limitino effettivamente le emissioni, si chiudono entrambi gli occhi (e si ostruiscono i polmoni), permettendo di riversare ancora più sostanze dannose nell'ambiente.

La proposta di risoluzione incontra il mio favore perché non lascia margini a dubbi e chiede alla Commissione l'immediato ritiro della sua proposta, esigendo la presentazione di un nuovo testo, coerente con gli impegni assunti verso la tutela dell'ambiente e la salute dei cittadini.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à s'opposer au projet de décision de la Commission européenne sur les limites d'émissions des véhicules, dans le cadre de la législation européenne Euro 6. L'introduction de tests en situation réelle de conduite, prévue dans ce projet, est un pas de géant unique au monde. Nulle part ailleurs, pas même aux États-Unis, les normes sur les émissions des véhicules sont aussi ambitieuses. Demain, nos citoyens respireront un air plus propre et vivront dans un environnement moins carboné. Je m'oppose donc à cette objection qui reviendrait à repousser de deux ans supplémentaires l'application des normes, ce que je considère contre-productif. Certes, ces règles peuvent être améliorées mais la protection des citoyens ne peut pas attendre. Les constructeurs automobiles se livrent une bataille industrielle au niveau mondial dans laquelle l'Europe a ses champions. N'oublions pas que le secteur automobile européen représente à lui seul 12,1 millions d'emplois directs et indirects sur le continent. Considérant que le rôle du Parlement européen est de garantir le respect des règles, tout en assurant une période de transition qui permette à nos entreprises de s'adapter sans perdre leur compétitivité, je me félicite du rejet de cette objection.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai rejeté cette objection à une décision de la Commission européenne concernant la mise en place de seuils pour les tests en situation de conduite réelle visant à limiter les émissions des véhicules particuliers et utilitaires légers. Certes, on peut regretter que les seuils d'émissions proposés par la Commission ne soient pas assez ambitieux. Toutefois, il aurait été irresponsable de rejeter et de retarder la mise en place d'une législation européenne qui vise à limiter ces émissions, allant dans le sens d'une meilleure protection de l'environnement. Je compte néanmoins sur la Commission européenne pour s'assurer que les valeurs limites d'émissions seront renforcées de manière adéquate dans les prochaines années. Ces mesures sont indispensables tant pour la protection de l'environnement par la réduction de la pollution, que pour la santé des citoyens européens.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – When legislation is passed, it also has to be implemented and enforced. Car companies have already had seven years to make the necessary adjustments to comply with regulations regarding emissions. I deplore the loose rules that are adopted now, which enables cars to pollute even more. I agree that a certain margin of error in the testing methods could be considered, but the proposed conformity factors are excessive. In many European cities European citizens suffer from bad air quality due to the exhaust from diesel cars. That is why I voted in favour of this objection.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió évek óta keresi a megoldást arra a problémára, miszerint a gépjárművek károsanyag-kibocsátása jóval magasabb valós vezetési körülmények között, mint a laboratóriumi teszteljárás során. Az Európai Bizottság legutóbbi számításai szerint a fájdalmas igazság az, hogy a jelenleg gyártott Euro 6-os dieselmotorok kibocsátása az utakon átlagosan 400%-kal haladja meg a tesztpadon mért eredményeket!

Az Európai Bizottság végrehajtási rendelettervezete a probléma megoldásának egyik fontos eleme, amelynek célja a kibocsátások valós körülmények közötti, mielőbbi csökkentése. Az új gépjárművek valós vezetési körülmények között 2017-től a 2007-es alapjogszabályban rögzített 80 g/km-es alapértéket maximum 110%-kal, 2020-tól pedig 50%-kal haladhatják meg. A valósághoz képet jelentős előrelépést jelent a rendelet.

A realitásnak és a technikai lehetőségeknek megfelelő határidők és célszámok kiszámíthatóságot biztosítanak az autóipar számára. Az új határértékek mindemellett valódi kibocsátáscsökkentést irányoznak elő, jelentősen mérsékelve az egészségügyi-környezeti kockázatokat.

Véleményem szerint a jogszabálytervezet megfelelő egyensúlyt teremt a környezetvédelmi és közegészségügyi célok, valamint a hazai munkahelyek és az ipar versenyképességének megőrzése között. Meggyőződésem, hogy felelős döntéshozó nem állapít meg olyan szabályokat, amelyek álomszerű elvárásokon alapulnak. Felelőtlenség lenne ragaszkodni ahhoz, amelyről az idők során már egyszer bebizonyosodott, hogy technikailag kivitelezhetetlen. Senkit sem téveszthetünk meg irreálisztikus szabályok elfogadásával.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – Je regrette que le Parlement européen ait décidé aujourd'hui de ne pas opposer son veto à l'augmentation des plafonds d'émission d'oxyde d'azote proposée par la Commission. Personnellement, j'ai voté pour l'objection déposée par la commission de l'environnement. Je dois malheureusement constater que cette objection a été rejetée par une majorité de députés (323 voix contre 317). Quelques semaines après le scandale VW, j'estime que ce vote est profondément déplorable car il permet non seulement à l'industrie automobile de dépasser les normes européennes anti-pollution (Euro 6) de 110% jusqu'en 2019 et de 50% à partir de janvier 2020, mais qu'il donne en plus une base légale à cet assouplissement difficilement compréhensible.

Martina Dlabajová (ALDE), in writing. – I voted together with the majority of the Parliament to reject the objection on emissions from passenger and commercial vehicles. This vote enabled us to clear the way to the second Real Driving Emissions package, to avoid any uncertainties and will now oblige the industry to meet the strict deadlines foreseen by legislation.

Furthermore, it will help us to prevent that jobs are lost in the sector and that measures are taken immediately to safeguard air quality. The outcome of the vote means that the manufacturers will need to bring down the discrepancy to a 'conformity factor' of a maximum of 2.1 (110%) for new vehicle models by September 2017, and as a second step, lower the discrepancy to a factor of 1.5 (50%) by January 2020 for all new vehicle models.

Commissioner Bienkowska has made a further commitment today to bring down the conformity factor to 1 by 2023.

Jørn Dohrmann (ECR), skriftlig. – Volkswagen-skandalen har afsløret et tvingende behov for bedre kontrol med bilindustrien – og ikke mindst for, at kontrollen rent faktisk udføres på ordentlig vis. Fra flere sider lyder der modstand og opfordring om at nedlægge veto. Det sker med henvisning til, at grænseværdierne for NO_x-udledninger hæves.

Det er dog en kompleks politisk situation, vi befinder os i. På den ene side kan jeg til dels godt følge protesterne fra de øvrige grupper, men på den anden side mener jeg også, at vi samtidig befinder os i en situation, hvor der skal handles.

Mange af dagens dieslbiler udleder allerede langt mere, end de må. Grænseværdierne brydes allerede. Derfor betyder en snarlig indførsel af de nye test, at vi vil kunne nedbringe emissionerne betragteligt. At udskyde og forhale introduktionen vil betyde, at miljøet og det menneskelige helbred vil fortsætte med at lide. Det drejer sig om realpolitik, hvor vi skal finde et fælles ståsted med Kommissionen og Rådet.

At introducere testene i den nuværende, foreslåede form bør ikke betragtes som en tjeneste for bilindustrien, sådan som kritikere udlægger det. Lige nu er der behov for at etablere en politisk platform, som vi kan bygge videre på fremover, og det til gavn for helbred og miljø.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – À la suite du scandale Volkswagen, cette proposition de résolution vise à exiger un nouveau règlement, avant le 1^{er} avril 2016, qui imposerait des tests relatifs aux émissions de polluants, en conditions réelles. Or l'estimation du coût de la pollution de l'air à 940 milliards d'euros par an révèle le caractère dogmatique de l'écologie politique. Ce texte, qui fait peser sur l'industrie européenne en crise la responsabilité des émissions, est caractéristique d'une inflation normative contreproductive visant à occulter l'ensemble des responsabilités sur ce sujet. Refusant que l'industrie européenne ne pâtisse aujourd'hui des échecs européens et mondiaux à limiter la pollution, j'ai voté contre cette résolution.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Гласувах против възражението в съответствие с член 106 относно емисиите от леки превозни средства за превоз на пътници и товари. Причина за това е, че според мен това би забавило процеса на намаляване на вредните емисии. Смятам, че наша отговорност е с напредването на технологиите да намаляваме и вредите, които налагаме на природата.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Λαμβάνοντας υπόψη τις καταστροφικές συνέπειες που προκαλεί η ατμοσφαιρική ρύπανση ετησίως, καλεί την Επιτροπή να αποσύρει το σχέδιο κανονισμού και να υποβάλει νέο σχέδιο χωρίς καθυστέρηση το αργότερο έως την 1η Απριλίου 2016, προκειμένου να θεσπιστεί δοκιμή εκπομπών σε πραγματικές συνθήκες οδήγησης για όλα τα οχήματα ώστε να διασφαλιστεί η αποτελεσματικότητα των συστημάτων ελέγχου.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió évek óta keresi a megoldást arra a problémára, miszerint a gépjárművek károsanyag-kibocsátása jóval magasabb valós vezetési körülmények között, mint a laboratóriumi teszteljárás során. Az Európai Bizottság legutóbbi számításai szerint a fájdalmas igazság az, hogy a jelenleg gyártott Euro 6-os dieselmotorok kibocsátása az utakon átlagosan 400%-kal haladja meg a tesztpadon mért eredményeket.

Az Európai Bizottság végrehajtási rendelettervezete a probléma megoldásának egyik fontos eleme, amelynek célja a kibocsátások valós körülmények közötti, mielőbbi csökkentése. Az új gépjárművek valós vezetési körülmények között 2017-től a 2007-es alapjogszabályban rögzített 80 g/km-es alapértéket maximum 110%-kal (2,1-es CF szorzó), 2020-tól pedig 50%-kal (1,5-ös CF szorzó) haladhatják meg. A valósághoz képet jelentős előrelépést jelent a rendelet.

A realitásnak és a technikai lehetőségeknek megfelelő határidők és célszámok kiszámíthatóságot biztosítanak az autóipar számára. Az új határértékek mindemellett valódi kibocsátáscsökkentést irányoznak elő, jelentősen mérsékelve az egészségügyi-környezeti kockázatokat.

Véleményem szerint a jogszabálytervezet megfelelő egyensúlyt teremt a környezetvédelmi és közegészségügyi célok valamint a hazai munkahelyek és az ipar versenyképességének megőrzése között. Meggyőződésem, hogy felelős döntéshozó nem állapít meg olyan szabályokat, amelyek álomszerű elvárásokon alapulnak. Felelőtlenség lenne ragaszkodni ahhoz, amelyről az idők során már egyszer bebizonyosodott, hogy technikailag kivitelezhetetlen. Senkit sem téveszthetünk meg irreálisztikus szabályok elfogadásával.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Prima il rinvio del voto, poi gli incontri serrati con i gruppi politici ed infine un documento dell'ultim'ora della Commissione europea: con questa strategia la potente lobby dei costruttori di auto europei è riuscita a capovolgere il voto della commissione Ambiente con cui in dicembre si era posto il veto alla proposta della Commissione europea con cui si consentiva di raddoppiare i limiti di emissione delle autovetture fino al 2020. All'indomani dello scandalo della VW, la Commissione aveva avanzato una proposta al Comitato tecnico veicoli a motore (CTVM) per introdurre un nuovo metodo di misurazione e controllo delle emissioni di ossidi di azoto delle autovetture in condizioni reali di guida mediante rilevatori portatili (PEMS, *portable emission measurement system*).

Nonostante la Commissione europea, sulla base delle valutazioni scientifiche del JRC (Centro comune di ricerca) di Ispra, avesse inizialmente proposto un CF temporaneo di 1,6 ed uno successivo di 1,2, la lobby del settore automobilistico è riuscita a far votare un immotivato CF di 2,1 fino al 2020 e di 1,5 per gli anni successivi, senza limite di tempo, di fatto consentendo alle auto di inquinare di più e in modo legale.

Il mio voto dunque è stato favorevole all'obiezione.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Det beslut som kommissionen och medlemsländerna i den tekniska kommittén för motorfordon har tagit angående flexibilitet för utsläppsgränser för bilar urholkar den nuvarande lagstiftningen som beslutades redan 2007 rejält. Detta utan att det presenterats någon som helst vetenskaplig grund för beslutet, och trots att tekniken för att uppfylla de nuvarande gränsvärdena redan finns, inte är särskilt dyr och redan tillämpas av flera biltillverkare. Beslutet kan därför inte tolkas som något annat än en eftergift till den del av bilindustrin som valt att investera i att lura de bristfälliga testerna i stället för att investera i att göra sina bilar mer miljövänliga för att uppnå de lagstadgade kraven och konsumenternas förväntningar. Därigenom är beslutet en käftsmäll mot den ansvarsfulla miljömedvetna delen av bilindustrin genom att snuva den på belöningen av sina investeringar genom att med detta beslut i praktiken höja utsläppsgränserna till över det dubbla fram till 2020. Av dessa anledningar har jag röstat för ett veto mot beslutet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A medida proposta pela Comissão Europeia insere-se no segundo pacote sobre os ensaios de emissões em condições reais de condução, que fixa os limites de emissões a não ultrapassar e as datas para a sua aplicação aos novos modelos e aos novos veículos.

No atual quadro jurídico, as emissões dos veículos são determinadas tendo por base ciclos de testes realizados em laboratórios, o que não reflete as emissões dos veículos em condições normais de condução. A Comissão tem vindo a desenvolver procedimentos para determinar as emissões dos veículos em condições reais de circulação, que incluem a utilização de sistemas portáteis de medição de emissões. Com a decisão tomada será possível seguir em frente com o procedimento RDE.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, parce qu'elle s'attache exclusivement à des considérations idéologiques et ne soutient pas l'industrie automobile des pays européens.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Come M5S ci opponiamo decisamente a qualsiasi metodo di calcolo delle emissioni inquinanti che, invece di contrastare l'azione di chi vorrebbe aggirare regole e limiti esistenti, mira ad ottenere l'obiettivo opposto. Non anteporremo la tutela degli interessi delle potenti lobby dei costruttori d'auto europei alla promozione della ricerca, dell'innovazione e delle tecnologie dedicate ad abbattere la produzione di agenti inquinanti. Ci rifiutiamo di credere che la tutela della salute e dell'ambiente possa rappresentare un pregiudizio sistematico per l'occupazione ed il lavoro.

Riteniamo invece che le idee in difesa dell'ambiente possano rappresentare una grande occasione per creare posti di lavoro, come sta avvenendo nella gestione integrata del ciclo dei rifiuti e nel campo delle energie rinnovabili. Se l'Unione europea vuole ridurre le sostanze inquinanti presenti nell'aria non può continuare ad essere schiava di logiche che tutelano solo profitti e interessi particolari di pochi a danno di molti.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Após uma reunião com o comité técnico sobre veículos a motor em 28/10/2015, a Comissão Europeia apresentou uma proposta de regulamento que altera o Regulamento (CE) n.º 692/2008 no que diz respeito às emissões de poluentes provenientes de veículos ligeiros de passageiros e comerciais. O limite de emissões Euro 6 para óxidos de azoto (NO_x), para veículos equipados com motor diesel l é de 80 mg/km no referido regulamento, aplicável a todos os novos veículos desde 1/9/2014 e a todos os vendidos desde 1/9/2015.

Esta nova proposta introduz um fator temporário de conformidade de 2,1 que resulta em emissões de NO_x de 168 mg/km no teste em condições reais de condução aplicável a todos os novos veículos de passageiros a partir de 9/2019 (novos tipos e veículos 09/2017) e um fator de conformidade final de 1.5 que seria aplicável a todos os novos veículos a partir de 2021, permitindo que estes veículos emitam cerca de 120 mg/km de NO_x no teste RED. Ou seja, estamos, na prática, perante um aumento considerável relativamente aos valores antes previstos.

Esta resolução opõe-se à adoção do projeto de resolução da Comissão, já que o que a Comissão propõe resultaria na derrogação dos valores limite de emissão de NO_x previstos na Euro 6. Votámos favoravelmente.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario in quanto l'adozione dell'obiezione impedirebbe l'entrata in vigore di nuovi test su strada con conseguenze negative sui livelli occupazionali e ambientali.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Λαμβάνοντας υπόψη τις καταστροφικές συνέπειες που προκαλεί η ατμοσφαιρική ρύπανση ετησίως υπερψηφίζω την σχετική έκθεση και συμφωνώ πως πρέπει να αποσυρθεί το σχέδιο κανονισμού και η Επιτροπή να υποβάλει νέο σχέδιο χωρίς καθυστέρηση το αργότερο έως την 1η Απριλίου 2016, προκειμένου να θεσπιστεί δοκιμή εκπομπών σε πραγματικές συνθήκες οδήγησης για όλα τα οχήματα ώστε να διασφαλιστεί η αποτελεσματικότητα των συστημάτων ελέγχου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I supported the objection as the draft Commission Regulation would result in a de facto blanket derogation from applicable emissions limits, and is therefore not consistent with Union law, in that it is not compatible with the aim and content of Regulation (EC) No 715/2007. The Commission should withdraw the draft regulation and submit a new one without delay and no later than 1 April 2016, in order to introduce a real driving emissions test for all vehicles with a view to ensuring the effectiveness of emission control systems and enabling vehicles to comply with Regulation (EC) No 715/2007 and its implementing measures.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió évek óta keresi a megoldást arra a problémára, miszerint a gépjárművek károsanyag-kibocsátása jóval magasabb valós vezetési körülmények között, mint a laboratóriumi teszteljárás során. Az Európai Bizottság legutóbbi számításai szerint a fájdalmas igazság az, hogy a jelenleg gyártott Euro 6-os dieselmotorok kibocsátása az utakon átlagosan 400%-kal haladja meg a tesztpadon mért eredményeket!

Az Európai Bizottság végrehajtási rendelettervezete a probléma megoldásának egyik fontos eleme, amelynek célja a kibocsátások valós körülmények közötti, mielőbbi csökkentése. Az új gépjárművek valós vezetési körülmények között 2017-től a 2007-es alapjogszabályban rögzített 80 g/km-es alapértéket maximum 110%-kal (2,1-es CF szorzó), 2020-tól pedig 50%-kal (1,5-ös CF szorzó) haladhatják meg. A valósághoz képest jelentős előrelépést jelent a rendelet.

A realitásnak és a technikai lehetőségeknek megfelelő határidők és célszámok kiszámíthatóságot biztosítanak az autóipar számára. Az új határértékek mindemellett valódi kibocsátáscsökkentést irányoznak elő, jelentősen mérsékelve az egészségügyi-környezeti kockázatokat.

Véleményem szerint a jogszabálytervezet megfelelő egyensúlyt teremt a környezetvédelmi és közegészségügyi célok valamint a hazai munkahelyek és az ipar versenyképességének megőrzése között. Meggyőződésem, hogy felelős döntéshozó nem állapít meg olyan szabályokat, amelyek álomszerű elvárásokon alapulnak. Felelőtlenség lenne ragaszkodni ahhoz, amelyről az idők során már egyszer bebizonyosodott, hogy technikailag kivitelezhetetlen. Senkit sem téveszthetünk meg irreálisztikus szabályok elfogadásával.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, ugyanis nem lehet figyelmen kívül hagyni, hogy a légszennyezés évente több mint 430 000 idő előtti halálesetet okoz az Unióban, és az egészségre gyakorolt hatásaiból fakadó becsült költségek évi 940 milliárd euróra rúgnak és mivel a nitrogén-oxidok (NO_x) a legfőbb szennyező anyagok közé tartoznak, és többek között tüdőrákot, asztmát és számos légúti betegséget okoznak.

Aggasztó továbbá, hogy az Európai Környezetvédelmi Ügynökségnek a közelmúltbeli levegőszennyezésről készített elemzése 75 000 korai halálesetet az európai nitrogén-dioxid-kibocsátásnak tulajdonítanak, és a határértékek túllépésének 93%-a az utak közelében történik.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción sobre Euro 6 porque, efectivamente, debemos ser exigentes con la industria, pero no podemos olvidar que la letra de la ley no puede ir por delante de la tecnología, ya que en ese caso, al final, el resultado nunca es el éxito, sino el fracaso. Debemos ser garantes de la seguridad jurídica en Europa para poder, a la vez, ser exigentes —reitero— con la industria y garantizar miles y miles de puestos de trabajo. Desde el realismo debemos construir una Europa que sea líder y referente mundial en crecimiento verde y que sea competitiva en la creación de puestos de trabajo de alto valor añadido. Una Europa que cumpla a su vez los acuerdos a los que llegamos hace unas semanas en París. Esta es la Europa que queremos.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Oggi il Parlamento si è espresso in termini concreti a favore dell'ambiente riducendo le emissioni che le macchine produrranno, con un processo di revisione che si avvierà all'inizio del 2017 e avrà un monitoraggio annuale. Se lo «stop» proposto fosse stato adottato, ci saremmo trovati di fronte ad una situazione in cui gli autoveicoli avrebbero continuato ad inquinare, con valori di gran lunga superiori a quelli votati in questo testo.

Dobbiamo difendere la qualità dell'aria, ma anche rilanciare la crescita europea. Invece di un vuoto legislativo, in attesa di una nuova proposta e di un nuovo iter (che avrebbe richiesto tra 1 e 2 anni), le nostre aziende avranno ora un quadro certo, che consentirà investimenti in tecnologie più rispettose dell'ambiente e la protezione di centinaia di migliaia di posti di lavoro, che sono una nostra priorità, insieme alla lotta contro i livelli di inquinamento.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen die Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) gestimmt, da ich den darin geforderten Ansatz neuer Durchführungsbestimmungen in Teilen für nicht sinnvoll und gewinnbringend halte.

Adam Gierke (S&D), *na piśmie*. – Głosowałem za odrzuceniem rezolucji parlamentarnej komisji ENVI, która żąda wycofania projektu rozporządzenia KE w sprawie urealnienia emisji podczas jazdy (RDE). Pojawienie się zwiększonej liczby NO_x przy poważnym ograniczeniu emisji CO₂ narzuconej przez PE, większym aniżeli w przypadku silników benzynowych, było nieoczekiwane i miało charakter skokowy, nie zaś linearny, co wynikało z przekroczenia pewnego progu temperaturowego w komorach spalania silników Diesla. Obecnie usunięcie tego niewątpliwego defektu wymaga czasu, o co słusznie zabiega KE. Tak więc – jak sądzę – do 2019 roku emisja ta winna odpowiadać tej, która dotyczyła silników Diesla wg standardu Euro 5. Projekt KE daje bowiem firmom motoryzacyjnym czas na stosowne rozwiązania techniczne. Jest to realistyczne rozwiązanie, które pozwoli uratować ciągłość produkcji napędów dieselskich o wielkim, perspektywicznym potencjale.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Wir brauchen ein zügiges Verfahren. Die neuen Grenzwerte sind ambitioniert, aber sie sind machbar. Es muss endlich losgehen. Einen weiteren Aufschub können wir nicht gebrauchen. Der vorliegende Entwurf der Kommission ist eine Verbesserung des Status quo. Eine Zurückweisung hätte erst einmal bedeutet, dass die dringend notwendigen RDE-Tests verzögert würden. Und es ist ungewiss, ob ein neuer Vorschlag der Kommission dann tatsächlich striktere Übereinstimmungsfaktoren gebracht hätte. Rechtssicherheit und damit Planungssicherheit sind besonders wichtig für unsere Industrie, und damit auch für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Along with my Labour colleagues, I strongly support the swift introduction of Real Driving Emissions (RDE) testing so that emission tests for cars reflect pollution emitted on the road and not just in laboratories. The proposed draft Regulation will allow manufacturers to bring to the market vehicles emitting more than double the amount of nitrogen oxides (NO_x) set by the Euro 6 emission standards agreed by the co-legislators in 2007. Furthermore, the figure of 1.5 contradicts the Commission's own assessment of average PEMS error of measurement, which calculated a maximum conformity factor of 1.2. By changing the emission limit values enshrined in the Basic EU Regulation, the draft Regulation exceeds implementing powers provided for in the basic Euro 6 Regulation.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – Julie Girling MEP on behalf of UK Conservative delegation. I voted against the comitology objection today. RDE is a crucial issue that must be introduced as soon as possible.

Whilst not perfect, we must ensure that we get the principle of RDE into regulations without delay. The agreement struck at the TCMV allows us to move forward to the next stage of delivering on RDE. The Commission has shown its commitment with the recent formal statement and we must hold Member States to their commitment to deliver a review of conformity factors and a clear path to a factor of one.

This is not about allowing car manufacturer to breach Euro 6 standards, but rather about recognising the type approval mechanism is not perfect and ensuring the shift to RDE. The conformity factors included are not as low as technologically feasible, but they are transitional and the mechanism of annual review will allow the consideration of technological improvement moving forward. We have to get these key reforms going, and give some necessary legal and investment certainty.

This measure is a major step forward in addressing Europe's air quality issues.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción sobre las medidas implementadas por la Comisión Europea en el informe de RDE (real driving emissions) para objetar sobre el factor de conformidad de 2,1 y no sobre el procedimiento RDE en sí.

La legislación básica fue adoptada en 2007 y publicada como el Reglamento n.º 692/2008 para fijar el límite de emisiones en 80 mg/km. Ahora, con la nueva propuesta, que introduce un factor de conformidad de 2,1, se permite una excedencia del 110 %.

Esto es inadmisiblemente independientemente del escándalo reciente acerca de los fallos en los controles de emisiones de CO₂ en el sector automotor (caso Volkswagen).

Lo que la objeción pretende es que se retire esta propuesta preliminar de aumento de los niveles de emisiones y se presente una nueva hacia el 1 de abril de 2016 que respete los límites de emisiones.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Susțin propunerea Comisiei din mai multe motive. În primul rând, propunerea Comisiei Europene prevede un mecanism prin care se diminuează emisiile de aproximativ cinci ori și permite industriei constructoare de mașini să-și schimbe tehnologia de fabricație pentru pasul următor de reducere a emisiilor. Așa cum am mai arătat, trebuie să realizăm un echilibru între reglementările privind protecția mediului în Europa și susținerea industriei, atâta timp cât nu Europa este cel mai mare poluator din lume și atâta timp cât nu avem reglementări de apărare comercială pentru industria europeană în raport cu cea non-europeană.

Suștin politicile privind protecția mediului, dar trebuie să le implementăm cu rațiune. Potrivit angajamentului Comisiei, prin comisarul Elżbieta Bieńkowska, aceasta va urmări atât graficul de scădere a emisiilor impuse, cât și conformarea industriei constructoare de mașini într-un timp rezonabil.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – The Technical Committee on Motor Vehicles – chaired by the European Commission and consisting of national experts – agreed on the second package of RDE test procedure on 28 October 2015. In spite of the recent emission measurement scandal and the widespread exceedances of NO_x limits throughout Europe, the committee agreed to allow Euro 6 diesel cars to emit over double the Euro 6 limit from 2017 to 2020, and 50% after 2020, de facto increasing the standard to 120 mg/km forever. For these reasons we cannot accept the political decision made in the technical committee. For these reasons, I voted in favour of this objection and request a new proposal from the Commission by 1 April 2016.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection.

Cela permet d'éviter le statu quo. Un statu quo qui aurait pu arranger les industriels afin de continuer à réaliser des tests peu scrupuleux. L'enjeu était en effet de mettre fin aux anciens tests menés en laboratoire, peu fiables et qui ne représentaient pas la réalité des émissions rejetées dans l'atmosphère, et de mettre en place des nouveaux tests réalisés en conditions de conduite réelle. Cela ne pouvait pas se faire sans transition avec des limites aussi strictes pour des tests aussi différents !

Les valeurs limites seront révisées au fur et à mesure, en 2018 puis en 2020. La Commission européenne a d'ailleurs présenté des propositions ambitieuses en la matière.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Le scandale Volkswagen a révélé la fraude aux émissions de polluants automobiles. Lors de cette session plénière de février, j'ai soutenu une objection du Parlement européen qui s'opposait à une décision de la Commission européenne à ce sujet. La Commission souhaite autoriser les entreprises automobiles et les véhicules à dépasser jusqu'à 110% les seuils d'émission d'oxydes d'azote autorisés par les normes actuelles, ce qui est inadmissible. Rappelons que ces particules sont cancérogènes. L'objection du Parlement invitait également la Commission à effectuer les tests d'émission de polluants des véhicules dans des conditions de conduite réelles- les tests actuels permettant des fraudes ou n'étant pas toujours représentatifs. J'ai voté pour cette objection car la pollution automobile représente un risque sanitaire et environnemental crucial qui doit être contrôlé efficacement et dont les normes doivent être respectées. Or, cette objection a été rejetée, massivement par des députés de droite et d'extrême droite, ce que je déplore fortement.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of Parliament's objection pursuant to Rule 106 on emissions from light passenger and commercial vehicles (Euro 6). There should be set a more efficient emission measurement while driving identified vehicles (Euro6) in actual driving conditions in order to ensure control efficiency regarding emissions.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió évek óta keresi a megoldást arra a problémára, miszerint a gépjárművek károsanyag-kibocsátása jóval magasabb valós vezetési körülmények között, mint a laboratóriumi teszteljárás során. Az Európai Bizottság legutóbbi számításai szerint a jelenleg gyártott Euro 6-os dieselmotorok kibocsátása az utakon átlagosan 400%-kal haladja meg a tesztpadon mért eredményeket.

Az Európai Bizottság végrehajtási rendelettervezete a probléma megoldásának egyik fontos eleme, amelynek célja a kibocsátások valós körülmények közötti, mielőbbi csökkentése. Az új gépjárművek valós vezetési körülmények között 2017-től a 2007-es alapjogszabályban rögzített 80 g/km-es alapértéket maximum 110%-kal (2,1-es CF szorzó), 2020-tól pedig 50%-kal (1,5-ös CF szorzó) haladhatják meg. A valósághoz képet jelentős előrelépést jelent a rendelet.

A realitásnak és a technikai lehetőségeknek megfelelő határidők és célszámok kiszámíthatóságot biztosítanak az autóipar számára. Az új határértékek mindemellett valódi kibocsátás-csökkentést irányoznak elő, jelentősen mérsékelve az egészségügyi-környezeti kockázatokat.

Véleményem szerint a jogszabálytervezet megfelelő egyensúlyt teremt a környezetvédelmi és közegészségügyi célok valamint a hazai munkahelyek és az ipar versenyképességének megőrzése között. Meggyőződésem, hogy felelős döntéshozó nem állapít meg olyan szabályokat, amelyek álomszerű elvárásokon alapulnak. Felelőtlenség lenne ragaszkodni ahhoz, amelyről az idők során már egyszer bebizonyosodott, hogy technikailag kivitelezhetetlen.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η Επιτροπή έχει προτείνει κανονισμό ο οποίος τροποποιεί τον κανονισμό (EC) No 692/2008 σχετικά με τις εκπομπές από ελαφρά επιβατηγά και εμπορικά οχήματα (Euro 6). Το ψήφισμα αυτό εναντιώνεται στον κανονισμό της Επιτροπής επειδή αυτός θα είχε σαν αποτέλεσμα την εξαίρεση από τα όρια εκπομπών Euro 6 του NO_x. Επιπλέον, ο κανονισμός υπερβαίνει τις εφαρμοστικές εξουσίες του προηγούμενου κανονισμού. Υπερψηφίσαμε το ψήφισμα.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – New road tests measuring real emissions are urgently needed and the import here is real. Under the present proposal which was agreed behind closed doors by the Commission and Member States there will be a dilution of agreed EU emission norms. In fact we could end up awarding manufacturers who did not comply in the first place. Therefore, I voted in favour of this objection. We need better outcomes for our citizens.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Ein Hauptgrund, weshalb Mitgliedstaaten die Grenzwerte für NO_x-Konzentrationen in der Luft nicht einhalten können, liegt an der Diskrepanz zwischen den realen Fahrbedingungen von Dieselfahrzeugen, wo weit größere Emissionen zu erwarten sind, und den künstlichen Fahrbedingungen im Labor. Die Einführung der „Real Driving Emission“-Tests wird helfen, NO_x-Emissionen von Dieselmotoren zu reduzieren. Gleichzeitig wird sie Ländern dabei helfen, sich an Richtlinien und Grenzwerte zu halten.

Die Parteien, die Einspruch erheben, argumentieren, dass die neuen Emissionsgrenzwerte für NO_x übertrieben sind und nicht im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 stehen. Einige andere betrachten die Maßnahme als eine Hinauszögerung zugunsten der Automobilbranche und zur schwächeren Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung.

Ich habe gegen den Einspruch gestimmt, weil ich Innovationen im Bereich der Emissionsprüfungen als wichtig erachte. Eine Verbesserung des Prüfsystems, welches fast dreißig Jahre alt ist, ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió évek óta keresi a megoldást arra a problémára, miszerint a gépjárművek károsanyag-kibocsátása jóval magasabb valós vezetési körülmények között, mint a laboratóriumi teszteljárás során. Az Európai Bizottság legutóbbi számításai szerint a fájdalmas igazság az, hogy a jelenleg gyártott Euro 6-os dieselmotorok kibocsátása az utakon átlagosan 400%-kal haladja meg a tesztpadon mért eredményeket!

Az Európai Bizottság végrehajtási rendelettervezete a probléma megoldásának egyik fontos eleme, amelynek célja a kibocsátások valós körülmények közötti, mielőbbi csökkentése. Az új gépjárművek valós vezetési körülmények között 2017-től a 2007-es alapjogszabályban rögzített 80 g/km-es alapértéket maximum 110%-kal (2,1-es CF szorzó), 2020-tól pedig 50%-kal (1,5-ös CF szorzó) haladhatják meg. A mostani valós kibocsátáshoz képest jelentős előrelépést jelent a rendelet.

A realitásnak és a technikai lehetőségeknek megfelelő határidők és célszámok kiszámíthatóságot biztosítanak az autóipar számára. Az új határértékek mindemellett valódi kibocsátás-csökkentést irányoznak elő, jelentősen mérsékelve az egészségügyi-környezeti kockázatokat.

Véleményem szerint a jogszabálytervezet megfelelő egyensúlyt teremt a környezetvédelmi és közegészségügyi célok valamint a hazai munkahelyek és az ipar versenyképességének megőrzése között. Meggyőződésem, hogy felelős döntéshozó nem állapít meg olyan szabályokat, amelyek álomszerű elvárásokon alapulnak. Felelőtlenség lenne ragaszkodni ahhoz, amelyről az idők során már egyszer bebizonyosodott, hogy technikailag kivitelezhetetlen. Senkit sem téveszthetünk meg irreálisztikus szabályok elfogadásával.

Peter Jahr (PPE), *schriftlich*. – Insgesamt ist der Beschluss als positiv zu betrachten. Ich begrüße es, dass die doch sehr anspruchsvollen Werte auf den Weg gebracht werden. Mit dieser Abstimmung ist es gelungen, einen wichtigen Schritt für eine vernünftige und praxisbezogene Umweltgesetzgebung zu gehen: Durch die Reduktion des Schadstoffausstoßes im Straßenverkehr wird die Gesundheit und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich verbessert. Auch aus technisch-wirtschaftlicher Sicht können die RDE-Werte nur Fortschritt bedeuten Fortschritt, der mit vielerlei Anstrengung verbunden ist, aber auch die Technologieführerschaft bei sauberen Dieselfahrzeugen sichern kann.

Die Vorfälle zeigen auch, dass es bei der Gesetzgebung wichtig ist, nie den Realitätsbezug zu verlieren. Denn es kommt nicht darauf an, die Statistik zu verbessern, sondern die Realität.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu uredbe Komisije o izmjeni Uredbe (EZ) br. 692/2008 u pogledu emisija iz lakih osobnih i gospodarskih vozila (Euro 6), jer je onečišćenje zraka jedan od najvećih problema današnjeg vremena te uzročnika mnogih bolesti i preuranjene smrti. Prema nedavnoj analizi onečišćenja zraka, koju je provela Europska agencija za okoliš, 75 000 slučajeva preuranjene smrti u Europi pripisuje se emisijama dušikovih oksida, u ovom slučaju konkretno NO₂.

Potrebno je znatno smanjenje emisija dušikovog oksida iz dizelskih vozila za poboljšanje kakvoće zraka i zadovoljavanje graničnih vrijednosti za onečišćujuće tvari, stoga Komisija mora nastaviti s redovitim preispitivanjem pojedinih postupaka i procesa. Slažem se da Komisija treba podnijeti novi nacrt uredbe, kako nalaže i sam prijedlog rezolucije, da bi se ispitalo stvarne emisije tijekom vožnje za sva vozila i zajamčila učinkovitost sustava za kontrolu emisija.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La question des émissions de polluants des véhicules est revenue sur le devant de la scène politique européenne à l'occasion de l'affaire Volkswagen. Les normes exigeantes de la Commission en fait d'émissions de polluants n'imposent pas encore de tests en condition réelle de conduite (RDE). Les valeurs limites établies dans un règlement en 2007 sont revues par des procédures internes à la Commission: l'exigence de cette proposition de résolution était donc de demander un nouveau règlement, à présenter au plus tard le 1^{er} avril 2016, pour imposer des tests en condition réelle au plus tôt.

Cette course à la norme est contestable pour deux raisons: d'abord, l'Europe devient la région du monde la moins propice à l'industrie. Ensuite, les normes techniques sont un cataplasme sur une jambe de bois en fait de lutte contre la pollution de l'air, car l'UE encourage par ailleurs toujours plus les flux qui génèrent ces émissions. Ce texte relève donc d'une exigence unilatérale de l'écologie politique à la seule charge de l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur en crise.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – Although the majority of the European Parliament's Members did not object, the compromise proposed by EU Member States stating that, following the entry into force of a more accurate testing method of car emission next year, new models would be allowed to emit nitrogen oxide at a rate of 168 milligrams per kilometre, despite an EU limit of 80mg/km, I decided to refuse this compromise. By endorsing this proposal, the European Parliament basically allowed diesel cars to emit double the legal emission limit of nitrogen oxide until 2020. The result of the vote is, I think, a blanket derogation from our emission limits. I believe it is urgent that stricter rules for car emissions testing apply in Europe.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection conformément à l'article 106 sur les émissions des véhicules particuliers et utilitaires légers (Euro 6). Ce rejet va permettre de mettre en place rapidement des tests d'émission en situation de conduite réelle, ce qui va vraiment avoir un impact sur la qualité de l'air européen. Les tests en laboratoire n'étaient en effet pas assez fiables. Les valeurs limites d'émission seront révisées au fil du temps en parallèle de l'amélioration des tests. La Commission a d'ores et déjà présenté des mesures ambitieuses sur le processus d'homologation des véhicules et sur l'indépendance des tests, notamment de leurs financements.

Cette résolution n'a été pas adoptée, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection qui visait à remettre en cause le nouveau cadre de test sur les automobiles proposé par la Commission pour vérifier les émissions des véhicules particuliers suite au scandale Volkswagen. En effet, l'ancien cadre de test était très peu fiable. Les limites réglementaires d'émissions à ne pas dépasser dans le cadre des essais en situation de conduite réelle doivent être rapidement mises en place, cette procédure de test se révélant beaucoup plus fiable que les précédentes.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Entschließungsantrag stimme ich zu, da der Verfasser den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission kritisiert, welcher über die Kommissionsbefugnisse (VO 715/2007) hinausgeht. Die Kommission schafft mit ihrem Entwurf eine allgemeine „De-facto-Ausnahme“ von geltenden Emissionsgrenzwerten. Dies widerspricht der oben genannten Verordnung. Die Kommission wird daher aufgefordert, diesen Entwurf zurückzuziehen und bis April 2016 entsprechende Anpassungen vorzunehmen, sodass für sämtliche Fahrzeuge Tests zur Ermittlung der Emissionen unter realen Fahrbedingungen vorzunehmen sind.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Saistībā ar neseno auto emisiju skandālu Eiropas Komisija nāca klajā ar likumdošanu, kā pārbaudīt jauno auto modeļu atbilstību Eiropas Savienības vides standartiem. Šī likumdošana ir liels solis pretim tam, lai atgrieztu patērētāju uzticību, jo pārbaudes notiks īstos braukšanas apstākļos uz ceļa nevis tikai laboratorijā, kā līdz šim. Ja Eiropas Komisijas piedāvājums tiktu noraidīts, tad mēs zaudētu daudzus mēnešus vai pat gadus, līdz tiktu izstrādāts jauns regulējums. Pašreizējais piedāvājums dod skaidru signālu un noteikumus arī auto industrijai.

Augstāk minēto apsvērumu dēļ balsoju pret Eiropas Parlamenta prasību atsaukt Eiropas Komisijas piedāvāto likumdošanu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs strongly support the swift introduction of Real Driving Emissions (RDE) testing so that emission tests for cars reflect pollution emitted on the road and not just in laboratories. The proposed draft Regulation will allow manufacturers to bring to the market vehicles emitting more than double the amount of nitrogen oxides (NO_x) set by the Euro 6 emission standards agreed by the co-legislators in 2007. Furthermore the figure of 1.5 contradicts the Commission's own assessment of average PEMS error of measurement, which calculated a maximum conformity factor of 1.2. By changing the emission limit values enshrined in the Basic EU Regulation, the draft

Regulation exceeds implementing powers provided for in the basic Euro 6 Regulation.

Bernd Kölmel (ECR), schriftlich. – Ein Hauptgrund, weshalb Mitgliedstaaten die Grenzwerte für Stickoxid-Konzentrationen in der Luft nicht einhalten können, liegt an der Diskrepanz zwischen den realen Fahrbedingungen von Dieselfahrzeugen, wo weit größere Emissionen zu erwarten sind, und den künstlichen Fahrbedingungen im Labor. Die Einführung der „Real Driving Emission“-Tests wird helfen, Stickoxid-Emissionen von Dieselmotoren zu reduzieren. Gleichzeitig wird sie Ländern dabei helfen, sich an Richtlinien und Grenzwerte zu halten.

Die Einspruch erhebenden Parteien argumentieren, dass die neuen Emissionsgrenzwerte für Stickoxide (NO_x) übertrieben sind und nicht im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 stehen. Einige andere betrachten die Maßnahme als eine Hinauszögerung zugunsten der Automobilbranche und zur schwächeren Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung.

Ich habe gegen den Einspruch gestimmt, weil ich Innovationen im Bereich der Emissionsprüfungen als wichtig erachte. Eine Verbesserung des Prüfsystems, welches fast dreißig Jahre alt ist, ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – Az Európai Unió évek óta keresi a megoldást arra a problémára, miszerint a gépjárművek károsanyag-kibocsátása jóval magasabb valós vezetési körülmények között, mint a laboratóriumi tesztelés során. Az Európai Bizottság legutóbbi számításai szerint a fájdalmas igazság az, hogy a jelenleg gyártott Euro 6-os dieselmotorok kibocsátása az utakon átlagosan 400%-kal haladja meg a tesztpadon mért eredményeket!

Az Európai Bizottság végrehajtási rendelettervezete a probléma megoldásának egyik fontos eleme, amelynek célja a kibocsátások valós körülmények közötti, mielőbbi csökkentése. Az új gépjárművek valós vezetési körülmények között 2017-től a 2007-es alapjogszabályban rögzített 80 g/km-es alapértéket maximum 110%-kal (2,1-es CF szorzó), 2020-tól pedig 50%-kal (1,5-ös CF szorzó) haladhatják meg. A valósághoz képest jelentős előrelépést jelent a rendelet.

A realitásnak és a technikai lehetőségeknek megfelelő határidők és célszámok kiszámíthatóságot biztosítanak az autóipar számára. Az új határértékek mindemellett valódi kibocsátás-csökkentést irányoznak elő, jelentősen mérsékelve az egészségügyi-környezeti kockázatokat.

Véleményem szerint a jogszabálytervezet megfelelő egyensúlyt teremt a környezetvédelmi és közegészségügyi célok valamint a hazai munkahelyek és az ipar versenyképességének megőrzése között. Meggyőződésem, hogy felelős döntéshozó nem állapít meg olyan szabályokat, amelyek álomszerű elvárásokon alapulnak. Felelőtlenség lenne ragaszkodni ahhoz, amelyről az idők során már egyszer bebizonyosodott, hogy technikailag kivitelezhetetlen. Senkit sem téveszthetünk meg irreális szabályok elfogadásával.

Elisabeth Köstinger (PPE), schriftlich. – Die Euro-6-Norm sieht Emissionsgrenzwerte von 80 mg/km NO_x vor. Hierbei handelt es sich um Prüfstandwerte, die nur in Labors geprüft werden können.

Es ist mittlerweile klar, dass diese Prüfstandwerte aus 1996 stark von den tatsächlichen Abgaswerten auf der Straße abweichen:

Das Fahrverhalten beeinflusst die Emissionen massiv. Im realen Fahrbetrieb kommt es zu einem tatsächlichen Stickoxidausstoß von bis zu 320mg/km.

Die Einführung von Emissionstests unter realen Bedingungen (real driving emissions test - RDE) ist daher unbedingt erforderlich. In weiterer Folge müssen auch die Grenzwerte dem neuen Testverfahren entsprechen:

Die Anpassung der NO_x-Grenzwerte an das reale Testverfahren geschieht mittels Konformitätsfaktoren laut Komitologie-vorschlag: Neue Dieselmotoren dürfen ab 1. September 2017 168 mg NO_x/km emittieren, ab 1. Jänner 2020 nur 120 mg NO_x/km.

In Anbetracht der bis zu viermal höheren realen Emissionen ist das ein ambitioniertes Ziel.

Die Automobilindustrie Österreichs beschäftigt mittelbar 370 000 Personen. Besonders kleine und mittelständische Betriebe sind darauf angewiesen, zeitgerecht und klar die regulatorischen Vorgaben zu kennen.

Die Ablehnung des Vorschlages würde eine starke Verzögerung der Einführung von RDE-Tests bedeuten.

RDE-Tests ermöglichen die Nachweisbarkeit der Grenzwerte und schaffen Klarheit und Transparenz im Sinne des Kundenvertrauens und des Umweltschutzes.

Ich habe daher gegen den Einspruch gestimmt, um die Einführung verlässlicher Tests zu gewährleisten. Es muss Rechtssicherheit für Konsumenten und Produzenten geschaffen werden.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – A seguito dell'introduzione dei nuovi test di omologazione dei veicoli, in cui le emissioni di gas di scarico sono misurate nella guida su strada e non più in laboratorio, si sono rese necessarie delle modifiche tecniche atte a convertire i valori nel passaggio da una all'altra modalità di misurazione.

Il risultato del nostro voto è un risultato per l'ambiente perché riduce di fatto le emissioni che le macchine produrranno, con un processo di revisione che si avvierà all'inizio del 2017 e avrà un monitoraggio annuale. Le automobili che circolano oggi emettono circa 360 mg/km. Grazie a questo provvedimento, i produttori dovranno immettere sul mercato, dal 2017, automobili che emettono 168 mg/km, valore che arriverà a 80 mg/km entro il 2023.

Oggi dobbiamo difendere la qualità dell'aria, ma anche rilanciare la crescita europea. Invece di un vuoto legislativo, in attesa di una nuova proposta e di un nuovo iter (che avrebbe richiesto tra 1 e 2 anni), le nostre aziende avranno un quadro certo, che consentirà investimenti in tecnologie più rispettose dell'ambiente e la protezione di centinaia di migliaia di posti di lavoro, e tuteleremo i nostri cittadini migliorando notevolmente la qualità dell'aria che respiriamo.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté, avec mes collègues du Groupe PPE, contre l'objection sur les émissions des véhicules invitant la Commission à retirer son projet de règlement fixant des limites pour les émissions des moteurs diesel, celles-ci étant mesurées en conditions de conduite réelles. Je me réjouis du rejet par le Parlement européen de cette objection, considérant en effet que la révision au fur et à mesure des années des limites d'émissions favorisera l'amélioration de la qualité de l'air en Europe et la performance de ces tests. En outre, cette révision progressive permettra à notre industrie automobile européenne de s'adapter progressivement aux normes établies en matière de respect de l'environnement.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Après le scandale Volkswagen, la Commission, qui était au courant des fraudes bien avant l'irruption de cette affaire, s'est vue obligée de changer les méthodes d'homologation des véhicules et les conditions des tests d'émissions de polluants.

Mais, la Commission est revenue sur ses propres normes, pressée par le lobby des industries automobiles inquiet de devoir jouer cartes sur table sur leurs émissions. Elle l'a fait en reniant ses propres seuils de pollution, notamment pour le diesel et en adoptant des «lignes directrices» qui autorisent des dépassements allant jusqu'au-delà du double (plus de 110%) des seuils prévus.

La manière dont ces tolérances ont été adoptées est un scandale puisque la Commission a utilisé une procédure législative interne, qui ne permet au Parlement que de s'opposer à ce cadeau fait aux constructeurs-fraudeurs.

Je me suis donc opposé à ce double tour de passe-passe législatif qui s'est fait au dépend des normes antipollution déjà adoptées, de la démocratie européenne et de la santé des citoyens européens.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection conformément à l'article 106 sur les émissions des véhicules particuliers et utilitaires légers. Le scandale Volkswagen a révélé des écarts considérables entre les émissions de polluant en laboratoire et en condition réelle de conduite pour les moteurs diesel. Les normes exigeantes de la Commission en fait d'émissions de polluants n'imposent pas encore de tels tests. L'exigence de cette résolution est de demander un nouveau règlement, à présenter au plus tard le 1^{er} avril 2016, pour imposer des tests en condition réelle au plus tôt. Le premier considérant rappelle le coût chiffré de la pollution de l'air, et justifie par cette assertion l'exigence de normes techniques sans cesse plus contraignantes et couteuses. Ces exigences sont contestables pour deux raisons: l'Europe devient la région du monde la moins propice à l'industrie; les normes techniques sont un cataplasme sur une jambe de bois en fait de lutte contre la pollution de l'air, car l'UE encourage par ailleurs toujours plus les flux qui génèrent ces émissions. Ce texte relève donc d'une exigence unilatérale de l'écologie politique à la seule charge de l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur en difficulté.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle exige, de façon trop précipitée, qu'un nouveau règlement soit prêt au plus tard le 1^{er} avril 2016 pour imposer aux moteurs diesel des contrôles de pollution en condition réelle de conduite et non en laboratoire.

Or si je suis d'accord pour agir de telle sorte qu'un scandale du type Volkswagen ne se reproduise pas, j'estime qu'il faut le faire sans précipitation excessive, pour ne pas nuire à l'industrie automobile européenne qui est pourvoyeuse de nombreux emplois, et qui aurait besoin d'un peu plus de temps pour s'adapter aux nouvelles normes.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Głosowałem przeciw rezolucji z kilku ważnych powodów, a mianowicie:

— uważam za błędne naukowo założenie linearnego wzrostu redukcji CO₂ oraz NO_x równoległe, opinie naukowe przekonująco udowadniając brak takiej reguły;

— przekonująco brzmią deklaracje Komisji dotyczące nowelizacji sposobu dokonywania pomiarów emisji oraz nowego harmonogramu.

Oświadczenie Komisji przedstawione przez Komisarz E. Bieńkowską przyjmuję z dużą nadzieją i oczekiwaniem.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Ein Hauptgrund, weshalb Mitgliedstaaten die Grenzwerte für NO_x-Konzentrationen in der Luft nicht einhalten können, liegt an der Diskrepanz zwischen den realen Fahrbedingungen von Dieselfahrzeugen, wo weit größere Emissionen zu erwarten sind, und den künstlichen Fahrbedingungen im Labor. Die Einführung der „Real Driving Emission“-Tests wird helfen, NO_x-Emissionen von Dieselmotoren zu reduzieren. Gleichzeitig wird sie Ländern dabei helfen, sich an Richtlinien und Grenzwerte zu halten.

Die Parteien, die Einspruch erheben argumentieren, dass die neuen Emissionsgrenzwerte für NO_x übertrieben sind und nicht im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 stehen. Einige andere betrachten die Maßnahme als eine Hinauszögerung zugunsten der Automobilbranche und zur schwächeren Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung.

Ich habe gegen den Einspruch gestimmt, weil ich Innovationen im Bereich der Emissionsprüfungen als wichtig erachte. Eine Verbesserung des Prüfsystems, welches fast dreißig Jahre alt ist, ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Je pochopitelné, že když se mění postup měření emisí (měření v běžném provozu), budou motory vykazovat jiné (vyšší) emise. Proto je pochopitelné i přechodné opatření navrhované Komisí, které umožní projít testem autům s emisemi nad 80 mg NO_x na km. Přijetí námítky by znamenalo faktické zpřísnění normy, provedené ale bez řádného projednání. Hlasoval jsem proti.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Svake godine u Uniji se zabilježi 430 000 slučajeva preuranjene smrti prouzročenih onečišćenjem zraka. Za postizanje ciljeva EU-a u pogledu kakvoće zraka potrebni su trajni naponi za smanjenjem emisije iz vozila. Mjerenje emisija u automobilskom sektoru je bitan element kako bi se održala kvaliteta zraka te je potrebno uvesti nacionalne gornje granice emisije za određene onečišćujuće tvari.

Automobilska industrija bi trebala biti informirana o budućim graničnim vrijednostima emisija, uključujući vrijednosti emisija za stupnjeve Euro 5 i Euro 6. Postavljanje takvih mjera za smanjenje emisija dušikovog oksida u ranoj fazi omogućit će dugoročno sigurnost planiranja proizvođačima vozila u cijeloj Europi.

Nacrt Komisije rezultirao je *de facto* općim odstupanjem od primjenjivih graničnih vrijednosti emisija te stoga nije u skladu s pravom Unije. Od Komisije se traži da bez odgode i najkasnije do 1. travnja 2016. povuče nacrt uredbe te podnese novi, kako bi se uvelo ispitivanje stvarnih emisija tijekom vožnje za sva vozila i zajamčila učinkovitost sustava za kontrolu emisija.

Nisam podržala prigovor u skladu s člankom 106., jer smatram da je potrebno imati sustavan i usklađen način praćenja emisije zraka, a da se pritom ne škodi automobilskoj industriji. Ukoliko se navedene mjere uvedu prebrzo, moglo bi imati velike negativne posljedice u automobilskoj industriji.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Viegļie pasažieru un komerciālie transportlīdzekļi, pat ja abstrahēties no kravas transportlīdzekļiem un pārējiem, procentuāli sastāda vienu no nozīmīgākajām emisijas veicošajām grupām paralēli rūpniecībai, lauksaimniecībai un dažādām citām jomām. Līdz ar to maksimāli stingra sekošana uzstādītajiem emisiju līmeņiem (mg/km) un to nepārkāpšana ir principiāli svarīga, it īpaši Eiropas Savienībā, ņemot vērā mūsu visaptverošo ekoloģijas un vides aizsardzības politiku, jau nerunājot par emisiju kvotām.

Šajā balsojumā tika skarts nesens Komisijas īstenošanas lēmuma projekts, par ko 2015. gada 28. oktobra Tehniskā komiteja mehānisko transportlīdzekļu jautājumos (TCMV) publicēja savu atzinumu. Stājoties spēkā, tas faktiski novestu pie situācijas, ka visiem jaunajiem transportlīdzekļiem no 2019. gada septembra (jauniem transportlīdzekļu tipiem no 2017. gada septembra) potenciālās emisijas sastādītu 168 mg/km NO_x, kamēr pieļaujams maksimums attiecīgi "Euro 6" standartam uz to periodu būtu tikai 80 mg/km.

Rezultātā Eiropas Parlaments nonāca pie secinājuma, ka Komisijas atbalstīts īstenošanas lēmuma projekts neatbilst Regulai (ES) Nr. 715/2007, jau nerunājot par to, ka Komisija faktiski nolēma iet pret tiem vairākiem principiem, par kuriem lielā mērā cīnījās visu šo gadu garumā. Tāpēc viennozīmīgi nobalsoju par EP lēmumu noraidīt Komisijas priekšlikumu.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Podľa odhadov zomiera približne 430-tisíc Európanov predčasne pre zlú kvalitu ovzdušia; veľkou príčinou sú hlavne oxidy dusíka a emisie tuhých častí. Zároveň sa proti 17 členským štátom vedie konanie vo veci porušenia predpisov z dôvodu nedodržania smernice o kvalite okolitého ovzdušia.

Zistenia ukázali, že v automobilovom sektore je značný rozdiel medzi úrovňou emisií, ak ich meriame v laboratórnych podmienkach, alebo pri reálnej jazde. Potrebujeme preto čo najskôr dosiahnuť stav, keď dnešné laboratórne limity budú limitami aj v reálnych podmienkach.

Bez kompromisu, ktorý vyrokovala Komisia a odsúhlasila Rada, hrozilo zablokovanie riešení, strata času na ceste k meraniu emisií v reálnych podmienkach, a tým aj zabrzdenie znižovania emisií v automobilovom priemysle.

Na Slovensku až 44 % HDP tvorí automobilový priemysel s viac ako 200-tisíc pracovnými miestami, ktoré závisia na tomto sektore. Na ceste k našim cieľom musíme prijať všetky opatrenia na ochranu životného prostredia, na druhej strane musíme brať do úvahy aj sociálny aspekt a zamestnanosť v tomto sektore.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς.* – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος που βασίζεται στη διατύπωση αντιρρήσεων σύμφωνα με το άρθρο 106 σχετικά με το σχέδιο κανονισμού (ΕΕ) της Επιτροπής για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 692/2008 όσον αφορά τις εκπομπές από ελαφρά επιβατικά και εμπορικά οχήματα (ευρώ 6), διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Am votat pentru un set de reguli referitoare la vehiculele ușoare pentru pasageri și la vehiculele ușoare comerciale (Euro 6), care să permită implementarea rapidă a testelor de emisii de CO₂ în condiții reale, astfel încât toate cerințele din legislația UE să fie respectate. Avem nevoie de reguli europene consecutive, care să se aplice uniform în toate statele membre. Comisia a venit cu o propunere fezabilă, care obligă sectorul construcțiilor de mașini să se conformeze.

Comisia s-a angajat să monitorizeze pe viitor îndeaproape testele emisiilor de CO₂ în condiții reale de trafic pentru toate vehiculele, pentru a asigura eficacitatea sistemelor de control al emisiilor. Este un lucru binevenit. Trebuie să promovăm o industrie europeană inovativă și durabilă, care să pună pe primul loc interesul consumatorilor. Cer Comisiei să vină în viitoarele propuneri legislative referitoare la industria automobilelor cu noi soluții, care să fie bune atât pentru consumatori, cât și pentru producători.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté contre ce texte. Il fait suite au scandale Volkswagen qui a révélé les écarts qui existent entre les émissions de polluant des tests en laboratoire et celles en condition réelle de conduite. Les exigences irréalisables et irréalistes en matière d'émissions sont fixées par la Commission qui exige, de façon unilatérale, une écologie politique néfaste pour l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur déjà en crise.

David Martin (S&D), *in writing*. – I decided not to support this objection after the EU Commission promised a review clause and tabled a long-term legislative proposal to revamp the EU car approval regime.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'obiezione a norma dell'articolo 106 del regolamento sulle emissioni dei veicoli passeggeri e commerciali leggeri (Euro6) non incontra il mio voto favorevole.

Il voto vuole sostenere l'importanza netta di poter fornire un quadro certo delle norme rendendo così possibile ai produttori un investimento, consapevole delle scadenze, che possa effettivamente portare a una riduzione delle emissioni. Questo è un altro punto fondamentale che giustifica il voto dal momento che in questo modo avverrà una reale diminuzione progressiva delle emissioni degli autoveicoli.

Da sottolineare infine che è necessario che i parametri che devono essere rispettati siano quelli con test su strada reali e non test in laboratorio che non sono fedeli a situazioni di utilizzo concreto del veicolo e pertanto non utili ai fini di una informazione effettiva.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Les révélations sur les émissions polluantes des véhicules Volkswagen et les soupçons qui pèsent sur d'autres constructeurs ont soulevé une indignation légitime. Un secteur majeur de l'économie européenne, largement soutenu par les pouvoirs publics pendant la crise, a organisé sciemment des fraudes massives pour contourner les normes anti-pollution.

La Commission européenne a pris une décision cruciale à ce sujet, sans en référer ni aux Etats membres, ni au Parlement européen: celle de céder face à la fraude du secteur automobile. Plutôt que de sanctionner ceux qui ne se conforment pas aux normes prescrites, elle préfère relever le niveau maximal de gaz polluants autorisés (y compris l'oxyde d'azote).

Dans le sillage de la COP 21, la Commission, dont l'un des trois piliers de sa stratégie Europe 2020 est une croissance durable, cède sans concertation au lobby automobile. Maigre consolation, les tests devront être effectués en conduite réelle. Cependant l'autorisation arbitraire donnée aux constructeurs de dépasser de 110% les plafonds autorisés, est inacceptable. J'ai donc voté en faveur de cette résolution d'objection.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission schafft mit ihrem vorgelegten Entwurf Rechtsunsicherheit bei den Fahrzeugherstellern, da die derzeitige Berechnung einen Messunsicherheitspielraum von bis zu 30% zulässt. Dies geht auch zu Lasten der Verbraucher. Ich stimme dem Antrag somit zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution s'oppose à l'adoption du projet de règlement de la Commission concernant les émissions des véhicules dans le cadre du paquet «real driving emission» (RDE). En effet ce règlement permet des dérogations aux limites d'émissions Euro 6 de NO_x (oxyde d'azote) ce qui conduit à un abaissement des normes anti-pollution. Le fait d'augmenter les limites d'émission en NO_x des véhicules diesel aura de graves conséquences sur la santé des citoyens européens. En effet la pollution de l'air cause plus de 400 000 morts prématurées par an au sein de l'Union européenne, et occasionne d'importants coûts sanitaires qui sont de l'ordre de 330 à 940 milliards d'euros par an. En France, la qualité de l'air cause plus de 42 000 décès prématurés et coûte entre 34 999 à 103 497 millions d'euros par an. Les émissions de NO₂ (majoritairement émis par les véhicules diesel) sont responsables de plus de 7700 décès par an en France. Je vote pour ce texte qui s'oppose aux projets néfastes de la commission.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – A l'occasion de l'affaire Volkswagen, la question des émissions de polluants par les véhicules est revenue sur le devant de la scène politique européenne. Les normes exigeantes de la Commission en fait d'émissions de polluants n'imposent pas encore de tests en condition réelle de conduite (RDE). Des procédures internes à la Commission revoient les valeurs limites établies dans un règlement en 2007: Cette proposition de résolution exigeait de demander un nouveau règlement, à présenter au plus tard le 1^{er} avril 2016, pour imposer des tests en condition réelle au plus tôt.

Je conteste pour deux raisons cette course à la norme: d'abord, l'Europe devient la région du monde la moins propice à l'industrie. Par ailleurs les normes techniques montrent une contradiction concernant la lutte contre la pollution de l'air, car l'UE encourage toujours plus d'autre part les flux qui génèrent ces émissions. Je constate que ce texte relève d'une exigence unilatérale de l'écologie politique, et ce à la seule charge de l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur en crise.

Je me suis donc opposée à cette objection.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei contra a objeção nos termos do artigo 106º: emissões dos veículos ligeiros de passageiros e comerciais (Euro 6)

É importante que se exija que os fabricantes garantam, no momento da homologação e ao longo da vida útil do veículo, que as emissões produzidas durante um ensaio ECR não excedem os valores-limite.

Os ensaios devem ser reais, ou seja, ensaios de condução em estrada.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted against this objection. Vetoing the agreement would have led to creating a legal vacuum for the next two years combined with uncertainty for car owners and the industry and absolutely no progress for the environment. Now the EU can rapidly implement the on-road tests, which together with the planned Commission proposals for a major overhaul of the EU type approval framework will make it very difficult for the car industry to circumvent the emissions requirements.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Het is zeer jammer dat het Parlement het voorstel van de Commissie betreffende de afgezwakte uitstootnormen voor dieselloertuigen niet heeft verworpen. De Commissie heeft met haar voorstel een slechte beurt gemaakt. Dieselwagens krijgen het fiat van de Commissie om de volgende jaren twee keer zoveel NO_x uit te stoten als wettelijk toegestaan. Dat is een verkeerd signaal. Het dieselschandaal heeft het consumentenvertrouwen in Europa en de VS onderuitgehaald. Autobezitters stellen vast dat constructeurs bewust een loopje nemen met de milieuwetten en auto's op de markt brengen die veel vervuilerder zijn dan ze de klant en de wetgever willen laten geloven. Net daarom had ik van de Commissie een duidelijk en ambitieus voorstel verwacht.

De luchtkwaliteit in veel van onze Europese steden is nog steeds van inferieure kwaliteit. Een correcte toepassing van de norm van 80 mg/km zou pure winst hebben opgeleverd. Motoren worden minder vervuilerend, de luchtkwaliteit in onze steden verbeterd en de gezondheid van de mensen gaat erop vooruit. In de VS – nog altijd een enorme potentiële groeimarkt voor de Europese automobielsector – geldt een uitstootnorm van 43 mg/km. Wat belet de Commissie en de automobielsector om ambitieuze normen na te streven?

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – V Európskej únii zomrie ročne viac ako 400 000 ľudí v dôsledku znečistenia ovzdušia. Únia je povinná tieto čísla radikálne znížiť. Predkladaný návrh Komisie však nedostatočným spôsobom chráni zdravie ľudí. Uvedené číslo je skutočne nezmyselne vysoké, preto je potrebné, aby sa škodlivé vplyvy odstraňovali už v začiatkoch. Považujem za dôležité, aby sa sprísnila kontroly pri schvaľovaní typov vozidiel, ktoré budú uvoľnené na predaj, a rovnako považujem za podstatné, aby prebiehali kontroly tých áut, ktoré sú už používané. Kontroly treba robiť tak, aby prinášali konkrétne výsledky a aby sa tak znížila hladina znečistenia ovzdušia.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted to reject and veto the Commission's plan to temporarily raise NO_x emission limits for diesel cars. For the sake of our own health and following the recent emissions scandal and the fact that numerous devastating lung diseases and more than 600 000 premature deaths are linked annually in Europe to air pollution, I believe that we have the obligation to protect consumers and provide a better air quality for our citizens. That is why I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106 on emissions from light passenger and commercial vehicles (Euro 6).

Angelika Mlinar (ALDE), *schriftlich*. – Ich habe mich heute für eine strengere Regelung bei Abgastests für Dieselfahrzeugen ausgesprochen. Leider hat die Mehrheit des Plenums für den ursprünglichen Kommissionsvorschlag gestimmt, der von den EU-Mitgliedstaaten stark abgeschwächt wurde. Durch diese großzügige Regelung darf nun der gemessene Wert auf der Straße bis 2020 mehr als doppelt so hoch sein wie der offizielle, für die Labormessung geltende Grenzwert. Danach dürfen die Emissionen auf der Straße immer noch um bis zu 50 Prozent über dem Laborwert liegen. Gerade in Zeiten, in denen europäische Städte vermehrt mit erhöhter Feinstaubbelastung und Luftverschmutzung zu kämpfen haben und teilweise Autos komplett von der Straße verbannen müssen, hätten wir als europäische Abgeordnete ein Zeichen für die Gesundheit unserer BürgerInnen setzen müssen.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság rendelettervezetet fogadott el a 692/2008/EK rendeletnek a könnyű személy- és haszongépjárművek kibocsátásai tekintetében történő módosításáról. A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság azt javasolja, a Parlament úgy foglалjon állást, hogy a bizottsági rendelettervezet ténylegesen általános eltérést eredményezne az alkalmazandó kibocsátási határértékektől, és ezért nem áll összhangban az uniós joggal, mivel nem egyeztethető össze a 715/2007/EK rendelet céljával és tartalmával. Javasolja továbbá, hogy a Parlament hívja fel a Bizottságot, hogy vonja vissza a rendelettervezetet és késedelem nélkül, legkésőbb 2016. április 1-jéig nyújtson be újat azzal a céllal, hogy valós vezetési feltételek mellett kibocsátásmérést vezessen be a kibocsátás-ellenőrző rendszer hatékonyságának biztosítása, illetve annak érdekében, hogy a jármű megfeleljen a 715/2007/EK rendeletnek és a rendelet végrehajtási intézkedéseinek. Az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Comissão elaborou um projeto de decisão com o apoio dos Estados-Membros. Este projeto tem por base uma análise do Centro Comum de Investigação (CCI) onde se concluiu que o procedimento de ensaios reais (e não em laboratório) pode introduzir uma margem de incerteza das medições de 30 %, no máximo, ou seja, uma «margem mais pessimista» de 25 mg NO_x/km no caso do limite previsto pela norma Euro 6.

Votei contra a Proposta de Resolução do Parlamento pois a Comissão elaborou assim um novo projeto de medidas de execução com o objetivo de alterar o Regulamento, através da adaptação dos procedimentos de ensaio, para que estes reflitam adequadamente as emissões geradas em condições reais de condução em estrada.

Entendo ainda como sendo extremamente positivo que seja exigido aos fabricantes, no momento da homologação e ao longo da vida útil do veículo, que as emissões produzidas durante um ensaio ECR não excedam determinados valores-limite.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution sur les émissions des véhicules particuliers et utilitaires légers fait suite au scandale Volkswagen. Les révélations avaient mis en cause l'entreprise pour avoir falsifié ses tests sur les émissions de polluant en laboratoire et en condition réelle de conduite. Le texte rappelle le coût de la pollution (estimé à 940 milliards d'euros par an) ce qui justifierait l'instauration de normes toujours plus contraignantes. Cependant, ce texte fait peser sur les seules industries européennes, déjà bien dégradées, le coût de cette charge écologique. J'ai donc décidé de voter contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection au projet de règlement concernant les émissions des véhicules particuliers et utilitaires légers. Déposée par l'extrême gauche, les socialistes, les Verts et les centristes, cette objection aurait retardé de façon déraisonnable le processus engagé par la Commission pour remplacer les tests conduits en laboratoire par des tests menés en conduite réelle... Avec ce texte, l'Europe va devenir le premier continent à se doter de tests d'émissions en conduite réelle, bien plus fidèles à la réalité que les tests en laboratoire, dont les valeurs théoriques sont toujours et de loin dépassées. Ces nouveaux tests apporteront davantage de visibilité et de sécurité juridique aux constructeurs automobiles qui ont besoin de prévoir à long terme leurs investissements dans le domaine de la réduction des émissions et de la protection de l'environnement. Ils apporteront aussi une information plus fiable aux consommateurs sur le caractère polluant des véhicules qu'ils acquièrent. Le règlement prévoit de nouveaux seuils adaptés à la conduite réelle. Ces seuils seront progressivement resserrés.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Soppesata la gravità del fenomeno dell'inquinamento atmosferico, che ogni anno provoca in Europa 430 000 morti premature e pesa sulle casse pubbliche per 940 miliardi di euro, accolgo favorevolmente l'obiezione alla proposta della Commissione europea. Le misure indicate appaiono, infatti, inadeguate per un'effettiva tutela della salute dei cittadini e troppo deboli perché diano un segnale al comparto industriale e guidino gli investimenti nei settori dell'innovazione ambientale. La risposta politica allo scandalo delle misurazioni, inoltre, rischierebbe di apparire indebolita.

Considerati, poi, il nostro impegno nell'inserimento di rigide clausole a tutela dell'ambiente e la promozione degli standard ambientali europei negli accordi commerciali internazionali, non possiamo in nessun modo approvare una proposta che, potenzialmente, potrebbe indebolire la posizione dei negoziatori europei nelle diverse iniziative commerciali e, in particolare, nelle trattative con la controparte americana.

La proposta della Commissione appare inoltre poco coerente e scarsamente compatibile con gli ambiziosi obiettivi posti dall'accordo di Parigi sui cambiamenti climatici. Una vittoria diplomatica europea che ha confermato il ruolo dell'Unione come principale sostenitrice della lotta al riscaldamento globale. L'Unione europea è stata infatti capace di dimostrare il parallelismo fra crescita e protezione ambientale. Chiediamo quindi che la Commissione elabori una nuova proposta all'altezza del risultato storico europeo.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Profitant des révélations sur les tests truqués de l'entreprise Volkswagen, une objection à une modification des règles pour la mesure des émissions polluantes des voitures a été déposée. J'ai voté contre cette objection qui ne tient nullement compte du nouveau texte contraignant, qui est déjà pour chacun une grande avancée vers de tests plus performants et le respect de l'environnement.

Javier Nart (ALDE), *por escrito*. – La delegación de Ciudadanos Europeos apoya la mayor exigencia y ambición respecto de las emisiones procedentes de turismos y vehículos comerciales ligeros. Sin embargo, consideramos también que una nueva directiva, que acortaría los plazos de ajuste de emisiones a dichos vehículos, afectaría de manera directa al empleo y economía de los países europeos donde la fabricación de turismos y vehículos comerciales ligeros tiene lugar. En el caso concreto de España, alrededor del 60 % de los vehículos fabricados son turismos y vehículos comerciales ligeros (según cifras de ANFAC, Asociación Española de Fabricantes de Automóviles y Camiones).

Por lo tanto, en defensa de los puestos de trabajo y considerando que los plazos definidos por la Directiva propuesta por la Comisión son coherentes con los tiempos que la industria necesita para adaptar sus procesos de fabricación hacia la producción de vehículos menos contaminantes, Ciudadanos Europeos votará en contra de revisar la propuesta de modificación del Reglamento (CE) n.º 692/2008 en lo que concierne a las emisiones procedentes de turismos y vehículos comerciales ligeros.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this motion for a resolution that should introduce a new real driving emissions test for all vehicles. The draft Commission implementing decision exceeds the implementing power provided in the European Commission's Regulation number 715/2007. A new regulation should be drafted by the Commission and submitted by the 1 April 2016.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – M-am abținut de la a vota pentru sau împotriva acestei propuneri de rezoluție deoarece consider că, în acest moment, avem nevoie de mai multe date cu privire la emisiile reale ale vehiculelor ușoare pentru pasageri și ale celor comerciale. În ceea ce privește noua propunere a Comisiei, la care această rezoluție face referire, consider că aceasta trebuie analizată după ce vom putea evalua aplicarea ei, pentru a vedea în ce măsură aceasta este adecvată găsirii unui balans între reducerea emisiilor, dorită de toată lumea, și afectarea industriei auto a UE.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Po důkladné úvaze jsem se rozhodl zdržet se hlasování, i když z rozhodnutí Komise zavádějícího testy emisí v běžném provozu nejsem nadšen a povolené odchylky v měření emisí považuji je za neodůvodněně benevolentní. Spoléhám na příslib Komise uplatnit revizní klauzuli s cílem dostat úrovně emisí co nejdříve na schválená čísla s minimálními odchylkami. S tím souvisí nutnost co nejrychlejšího odstranění technických nesrovnalostí v měřicím softwaru PEMS, které mohou být v určité míře odpovědné za odchylky v měření emisí.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах против възражението на резолюцията, което призовава Комисията да оттегли проекта на регламент и да представи нов до 1 април 2016 г., за да бъде въведено истинско изпитване за емисии при шофиране за всички превозни средства.

Не подкрепям възражението, тъй като това би оставило ЕС без никакви нови правила. Предложеният доклад предоставя ефективен начин за значително намаляване на замърсяването на въздуха от дизеловите автомобили в краткосрочен план.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag kritisiert den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses der Kommission, welcher eine deutliche Rechtsunsicherheit bei den Fahrzeugherstellern schaffen würde. Da dies auch zu Lasten der Verbraucher gehen würde, habe ich mich für die Kritik und für den Antrag ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Autotööstus on väga suur keskkonnasaaste allikas, seega peab sektor võtma vastutuse inimeste tervise eest. Komisjoni ettepanek näeb ette autotööstuse tekitatud heitgaaside piirmäära mõõtmise kriteeriumite paindlikumaks muutmist. Eelnevalt on aastal 2007 nendes kokku lepitud ning komisjon soovib kriteeriume lõdvendada, see aga on ebaaus nende ettevõtete suhtes, kes aastal 2017 jõustuvatele reeglitele juba vastavad. Samuti ei tohi jätkuda järeleandmised heitgaasikoguste piirmäärast kõrvale hiilimiste näol.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – El texto que acabamos de votar se opone al proyecto de medidas de la Comisión Europea, que define cómo los nuevos ensayos de emisiones para contaminantes se implementarán en circunstancias reales de uso de los vehículos. El proyecto de Reglamento introduce los llamados factores de la conformidad, que añaden un margen de flexibilidad entre los resultados de las pruebas y los límites de emisión. La razón por la que he votado a favor de la objeción es que dichos factores han fijado unos niveles que permiten que los fabricantes sigan superando significativamente el límite de emisión de NO_x definido por el Parlamento y el Consejo en la legislación básica.

El reciente escándalo de Volkswagen debe servir para tomar las medidas necesarias ante un asunto que no solo tiene relevancia técnica o económica. Como he dicho en reiteradas ocasiones, a través de este tipo de fraudes todos resultamos afectados: los compradores engañados, las administraciones, pero sobre todo los ciudadanos en general, que vemos cómo se juega por dinero con nuestro aire, nuestro oxígeno, nuestra vida y nuestro futuro. Por todo lo anterior no puedo más que votar a favor de la objeción.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rezoliucijai, kuria Komisija raginama atsiimti reglamento projektą ir nedelsiant ir ne vėliau kaip 2016 m. balandžio 1 d. pateikti naują reglamento projektą.

Minėtas sprendimas, kuriuo daugiau nei 100 proc. padidintos leistinos dyzelinių variklių azoto oksido išmetimų ribos, pažeidžia piliečių interesus ir saugumo bei aplinkos politikos tikslus.

Negalime leisti, kad automobilių pramonės interesai būtų svarbesni nei visuomenės saugumas ir jos teisėti lūkesčiai.

Turime sumažinti leistinas taršos ribas ir užtikrinti, kad transporto priemonės būtų daug švaresnės atmosferos teršalų, žalingai veikiančių žmogaus sveikatą, atžvilgiu.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In merito al potenziale danno causato dagli ossidi di azoto (NOX) sono state sollevate numerose critiche. Al fine di eliminare tali criticità, nel testo si affida un compito di continua vigilanza alla Commissione; si prevede dunque, nel caso in cui le proporzioni previste non siano più considerate adeguate, che si proceda ad una revisione.

Ritenendo che le misure adottate dal regolamento sulle emissioni dai veicoli passeggeri e commerciali leggeri (Euro 6) si pongano nell'alveo delle disposizioni dell'Unione europea, non credo sia opportuno appoggiare l'obiezione e dunque voto negativamente.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Glasoval sem proti ugovoru glede emisij iz lahkih potniških in gospodarskih vozil (Euro 6), ki bi pomenil zavlačevanje procesa iskanja rešitve za zmanjšanje emisij.

Z glasom proti se bomo lahko nemudoma lotili potrebnega ukrepanja in s tem prispevali k zmanjševanju vrednosti emisije vozil merjenih v normalnih okoliščinah uporabe.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prigovor na nacrt uredbe Komisije o izmjeni Uredbe (EZ) br. 692/2008 u pogledu emisija iz lakih osobnih i gospodarskih vozila (Euro 6) nije dobio dovoljan broj glasova. Povlačenje prijedloga ovog akta, a kako se to tražilo u prijedlogu rezolucije kojom se želio uložiti prigovor sukladno članku 106. Poslovnika EP-a, ne bi donio nikakve pomake u odnosu na postojeće stanje te bi nastalu situaciju dodatno zakomplicirao te odgodio donošenje odgovarajućih pravnih akata za najmanje dvije godine, koliko prosječno traje propisana procedura.

Predloženo bi također značilo zadržavanje statusa quo do donošenja novog prijedloga, bez stvarnog smanjenja emisija, a što nikome nije od interesa. Predloženo „prijelazno rješenje“ možda nije najbolje, pogotovo nakon otkrivanja skandala s namještanjem rezultata laboratorijskih ispitivanja, ali je svakako na tragu ostvarivanja željenih ciljeva. Taj je pristup poduprijeti i izjavom Elżbiete Bieńkowske, povjerenice za unutarnje tržište, industriju, poduzetništvo i male i srednje poduzetnike, koja govori o opsežnim izmjenama postojeće regulative o homologaciji vozila.

U tom je pogledu nužno uspostaviti provjerenu i pouzdanu metodologiju ispitivanja emisija u stvarnim uvjetima vožnje, što će kao posljedicu imati stvarno smanjenje emisija onečišćujućih tvari u zrak (posebice dušikovih oksida) iz lakih osobnih i gospodarskih vozila.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La proposta di regolamento che la Commissione ha presentato in merito ai limiti delle emissioni dei veicoli passeggeri e commerciali leggeri (euro 6) comporterebbe non solo una modifica, ma un vero stravolgimento delle regole stabilite fin ad oggi. L'innalzamento proposto dei valori massimi di emissione degli ossidi di azoto, infatti, è ingiustificabile dal punto di vista tecnico e inaccettabile da quello politico, perché contraddice il programma della strategia europea per un'aria più pulita e perché la Commissione, con la sua proposta, prova ad appropriarsi di competenze che non sono sue, come chiaramente stabilito dall'articolo 5, paragrafo 3, del regolamento (CE) n. 715/2007.

È comprensibile che la nuova procedura di test delle emissioni in guida reale (RDE), basate sul sistema portatile di monitoraggio delle emissioni (PEMS), richieda un aggiornamento che tenga conto del margine di errore dei sistemi PEMS. La proposta della Commissione, però, si spinge troppo oltre, innalzando ingiustificatamente, de facto e per sempre, i limiti.

Ho votato quindi contro questo innalzamento proposto dalla Commissione perché in piena contraddizione con le politiche a favore dell'ambiente che da anni l'Europa cerca di portare avanti, senza inoltre dimenticare l'altissimo costo di vite umane che, secondo recenti studi sull'inquinamento atmosferico, è attribuito alle emissioni di NO_x.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U Uniji se svake godine zabilježi više od 430 000 slučajeva preuranjene smrti prouzročenih onečišćenjem zraka te se troškovi povezani s utjecajem onečišćenja zraka na zdravlje procjenjuju na 940 milijardi eura godišnje. Prema nedavnoj analizi onečišćenja zraka koju je provela Europska agencija za okoliš, 75 000 slučajeva preuranjene smrti se pripisuje emisijama NO₂ u Europi, pri čemu se 93 % svih slučajeva prekoračenja odnosi na područja u blizini prometnica.

Šokantni su ovo podaci koji ukazuju na hitnu potrebu djelovanja kako bi se smanjile emisije i ublažile posljedice koje uzrokuju. Parlament je u stavku 14. svoje Rezolucije od 27. listopada 2015. o mjerenjima emisija u automobilskom sektoru potvrdio odredbu iz izvješća u kojem se od Komisije traži da uvede ispitivanje emisija u stvarnim uvjetima vožnje za sva vozila koja su prošla homologaciju tipa ili su registrirana od 2015., kako bi se zajamčila učinkovitost sustava kontrole emisija te omogućilo da vozila budu u skladu s ovom Uredbom i njezinim provedbenim mjerama.

Uzimajući to u obzir, te nacrt uredbe Komisije (D042120/03), slažem se sa stajalištem da nacrt provedbene odluke Komisije prekoračuje provedbene ovlasti predviđene Uredbom (EZ) br. 715/2007, da je nacrt uredbe Komisije rezultirao *de facto* općim odstupanjem od primjenjivih graničnih vrijednosti emisija, zbog čega nije u skladu s pravom Unije.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), por escrito. – Após uma reunião com o comité técnico sobre veículos a motor em 28/10/2015, a Comissão Europeia apresentou uma proposta de regulamento que altera o Regulamento (CE) n.º 692/2008 no que diz respeito às emissões de poluentes provenientes de veículos ligeiros de passageiros e comerciais. O limite de emissões Euro 6 para óxidos de azoto (NO_x), para veículos equipados com motor diesel I é de 80 mg/km no referido regulamento, aplicável a todos os novos veículos desde 1/9/2014 e a todos os vendidos desde 1/9/2015.

Esta nova proposta introduz um fator temporário de conformidade de 2,1 que resulta em emissões de NO_x de 168 mg/km no teste em condições reais de condução aplicável a todos os novos veículos de passageiros a partir de 9/2019 (novos tipos e veículos 09/2017) e um fator de conformidade final de 1,5 que seria aplicável a todos os novos veículos a partir de 2021, permitindo que estes veículos emitam cerca de 120 mg/km de NO_x no teste RED. Ou seja, estamos, na prática, perante um aumento considerável relativamente aos valores antes previstos.

Esta resolução opõe-se à adoção do projeto de resolução da Comissão, já que o que a Comissão propõe resultaria na derrogação dos valores limite de emissão de NO_x previstos na Euro 6.

Votámos favoravelmente.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – Podržavam prijedlog rezolucije o prigovoru u skladu s člankom 106. Poslovnika o emisijama iz lakih osobnih i gospodarskih vozila (Euro 6). Svake godine u Europskoj uniji je zabilježeno preko 430 000 slučajeva preuranjene smrti prouzročenih onečišćenjem zraka te se troškovi povezani s utjecajem onečišćenja zraka na zdravlje procjenjuju na 940 milijardi eura godišnje.

Dušikovi oksidi su jedan od najvećih uzročnika onečišćenja zraka koji među ostalim uzrokuje rak pluća, astmu i brojne druge bolesti dišnog sustava, isto kao i propadanje okoliša koje uključuje procese kao što su eutrofikacija i zakiseljavanje. Prema nedavnoj analizi onečišćenja zraka koju je provela Europska agencija za okoliš, 75 000 slučajeva preuranjene smrti pripisuje se emisijama NO₂ u Europi, pri čemu se 93 % svih slučajeva prekoračenja odnosi na područja u blizini prometnica.

Za postizanje ciljeva Europske unije u pogledu kakvoće zraka, nužni su trajni naponi za smanjenje emisija iz vozila i stoga industrija mora biti jasno informirana o budućim graničnim vrijednostima emisija. Vrlo je važno postaviti jasne mjere za smanjenje emisija dušikovog oksida u ranoj fazi, jer će to omogućiti dugoročnu sigurnost planiranja proizvođačima vozila u cijeloj Europi.

Miroslav Poche (S&D), písemně. – Evropský parlament ve své námitce kritizuje Komisi za to, Komise učinila změny nad rámec své pravomoci při návrhu prováděcího rozhodnutí týkajícího se především zavedení nového systému měření emisí v reálném provozu (RDE) a zvýšila limit emisí dusíku pro roky 2019 a 2020 nad cílovou hodnotu 80 mg/km, konkrétně 168, resp. 120 mg/km. Současná hodnota se pohybuje kolem 600 mg. EU by měla usilovat o maximální možné snížení emisí, o reálné hodnotě vypouštěných emisí (kde na jedné straně je naše přání zkvalitňovat životní prostředí, na straně druhé technologické možnosti výrobců a délka „životního cyklu“ inovací v automobilovém průmyslu) se vedly a povedou diskuze. Pro nás je ale především důležité, aby byl co nejdříve zaveden systém testování RDE, který nám bude poskytovat důležité a daleko přesnější informace. Ačkoliv jsem velmi nespokojen s formou, jakou Komise navrhla změny, a v tomto je námitka zcela opodstatněná, jsem si zároveň vědom toho, že přijetím námítky by se dramaticky zpozdilo zavedení RDE a mělo by to negativní dopad jak na životní prostředí, tak na výrobce.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il secondo pacchetto RDE (*Real Drive Emissions* – emissioni reali su strada), proposto dalla Commissione europea e approvato il 28 ottobre 2015 dalla Commissione tecnica per i veicoli, mira a stabilire alcuni criteri quantitativi, tra cui il c.d. fattore di conformità, al fine di equiparare i dati derivanti dai test sui veicoli effettuati in laboratorio a quelli in condizioni reali di guida su strada e di limitare le emissioni dei veicoli (Euro 6). Tale necessità tecnica deriva dall'introduzione dei nuovi test, in cui le emissioni di gas di scarico sono misurate nella guida su strada, e non modifica il limite legislativo di omologazione imposto dal regolamento (CE) n. 715/2007, che resta, nel caso del NO_x, di 80 mg/km per la fase Euro 6.

Se l'obiezione in oggetto fosse stata adottata ci saremmo trovati di fronte ad una situazione in cui le macchine che circolano in questo momento per strada nelle nostre città e nelle nostre regioni avrebbero continuato a emettere emissioni secondo i limiti approvati con i test in laboratorio, che in termini reali, cioè in condizioni di guida su strada, arrivano a essere più elevate di circa il 400-500%.

Per questo motivo ho votato contro la sua approvazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La Commission a décidé de revoir à la hausse les seuils d'émissions tolérées pour les voitures neuves, notamment le diesel. C'était fin octobre, juste après le scandale Volkswagen. Ceci a fait grincer des dents bon nombre d'ONG écologistes. Dans leur volonté d'anéantir le savoir-faire européen en matière de diesel, les Verts se sont faits une mission divine de s'opposer à ce texte et ont soumis au vote une objection. Mais ce qu'ils ont oublié de dire, c'est que le scandale Volkswagen et la révision des seuils sont deux affaires totalement déconnectées. La vérité, c'est que nous avons fait le choix d'aller vers des tests en condition réelle de conduite dès 2017, et non plus en laboratoire là où les émissions et la consommation étaient d'office plus faibles. Je l'ai même demandé dans mon rapport CARS2020, dès 2013. C'est à la fois une manière de retrouver la confiance des automobilistes, comme de respecter nos engagements pour réduire la pollution des véhicules. Mais pour y arriver, les industriels ont besoin de lisibilité et de stabilité dans la législation pour justement investir dans des technologies moins polluantes. Cette objection a été rejetée, preuve de bon sens.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Tendo em conta o Regulamento (CE) n.º 715/2007 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 20 de junho de 2007, relativo à homologação dos veículos a motor no que respeita às emissões dos veículos ligeiros de passageiros e comerciais (Euro 5 e Euro 6) e ao acesso à informação relativa à reparação e manutenção de veículos, a Comissão elaborou um novo projeto de medidas de execução, com o objetivo de alterar o Regulamento (CE) n.º 692/2008, através da adaptação dos procedimentos de ensaio, por forma a que estes reflitam adequadamente as emissões geradas pelas condições reais de condução em estrada.

Ora, por considerar que a Comissão não excede as suas competências de execução, afigurando-se a respetiva proposta de regulamento consentânea com o objetivo e o conteúdo do referido Regulamento (CE) n.º 715/2007, na medida em que não são postos em causa os limites de emissões aí previstos, votei contra a presente resolução que, nos termos do artigo 106.º do Regimento, solicita à Comissão que retire o seu projeto de regulamento e apresente uma nova proposta até 1 de abril de 2016.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – J'ai voté aujourd'hui en faveur de l'objection contre l'acte délégué de la Commission européenne qui visait à augmenter la tolérance en matière d'émissions polluantes des automobiles. En effet, le Parlement aurait pu mettre son veto à cette proposition de la Commission d'instaurer une marge de tolérance de 2,1 pour les seuils d'émission d'oxydes d'azote.

Cette objection n'a hélas pas été votée par la majorité requise, ce que je déplore, et la proposition initiale de la Commission sera donc mise en œuvre. Mais il nous faut à présent nous tourner vers l'avenir et tout faire pour que cette marge soit abaissée au plus vite pour arriver, à terme, à 1, si possible dès 2020. Il en va non seulement du respect de la démocratie et du législateur européen, mais aussi de la qualité de l'air en Europe, enjeu sanitaire et environnemental majeur.

Le travail est également loin d'être fini en ce qui concerne les tests en conditions réelles des émissions (dits RDE): maintenant que l'acte délégué de la Commission est adopté, je serai particulièrement vigilante à la bonne application des tests RDE, condition sine qua non de l'entrée en vigueur effective des normes antipollution.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce mercredi, le Parlement européen a rejeté une objection qui s'opposait à une hausse des limites maximales d'oxydes d'azote (NO_x) émis par les voitures diesel. J'ai personnellement soutenu cette objection, comme je l'avais déjà fait lors du vote en commission de l'environnement en décembre dernier.

On peut véritablement parler de démission de la Commission face à la pression intense de certains États membres qui, plus sensibles aux intérêts des constructeurs automobiles qu'à la santé de millions d'Européens, ont proposé lors d'un comité technique en octobre dernier, un dépassement de 110% en 2017 et puis 50 % à partir de 2020 des seuils de la norme Euro 6 sur les émissions polluantes qu'ils avaient pourtant eux-mêmes négociée avec le Parlement en 2007. C'est précisément pour rejeter cette initiative absurde que le Parlement devait se prononcer: il aura finalement manqué 59 voix pour rejeter cette décision éminemment politique, difficile à comprendre d'autant qu'elle s'inscrit dans la foulée du scandale des moteurs VW truqués.

Finalement, c'est l'existence de la norme Euro 6 elle-même qui est remise en cause: à quoi bon une norme dont le dépassement est autorisé, pire, coulé dans le bronze ?

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Je suis choquée par ce vote du parlement européen. Les constructeurs européens ont déjà eu presque 10 ans pour s'adapter aux nouvelles normes en matière d'émission d'oxydes d'azote (NO_x) puisque le Parlement les avait votées en 2007. Ils n'ont donc plus d'excuse et le parlement aurait dû être intraitable vis-à-vis des constructeurs qui, contrairement à d'autres, n'ont pas investi dans des technologies performantes et pour des emplois durables. La décision de la Commission en comitologie violait clairement la loi européenne en autorisant les constructeurs à dépasser jusqu'en 2020 de plus de deux fois les seuils fixés par la législation pour le NO_x. Nous les écologistes voulons éviter à nos concitoyens et concitoyennes des problèmes respiratoires plutôt que de chouchouter les actionnaires des constructeurs automobiles comme vient de le décider la majorité du parlement.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition de la Commission introduisant un facteur de conformité pour les nouveaux tests d'émissions en situation de conduite réelle. La proposition autorise un dépassement temporaire des limites d'émissions légales – de 2,1 (dépassement de 110%) jusqu'en 2020 et de 1,5 (50%) après cette date — afin de prendre en compte les éventuelles défaillances initiales du nouveau dispositif de mesure. Cela représente déjà une nette amélioration par rapport à la situation actuelle qui est un dépassement d'environ 400%. Par ailleurs, la Commission prévoit une clause de révision annuelle visant à réduire le second facteur de conformité à 1 au plus tard en 2023 et s'est engagé à l'activer systématiquement. Je rappelle également que le système d'homologation des véhicules est actuellement en cours de révision. Nous aurons à cet égard notre mot à dire et veillerons à ce que la surveillance et l'indépendance des contrôles soient renforcées.

Enfin, j'ai souhaité éviter le rejet de ce texte pour assurer une réduction rapide et réaliste des niveaux d'émissions d'oxyde d'azote actuellement émis en conditions réelles.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Tal y como han puesto de manifiesto estudios recientes realizados por organismos independientes y ha reconocido la Comisión, en la actualidad las emisiones de NO_x superan hasta en cinco veces los límites establecidos. Esta situación no puede continuar, pues se atribuyen 75 000 muertes prematuras a estas emisiones en Europa.

Los socialistas lamentamos la falta de ambición de la propuesta elaborada por la Comisión y el Consejo, y hemos sido beligerantes exigiendo a ambos un compromiso inequívoco para fijar una fecha para el cumplimiento del límite de 80 mg/km. Esa exigencia ha tenido resultados: los límites se cumplirán a más tardar en 2023.

No obstante, la medida propuesta permitirá ya reducir las emisiones a menos de la mitad y convertir a Europa en la única región del mundo con ensayos en condiciones reales de circulación. Solo implementando estos ensayos podremos hacer cumplir los Reglamentos, proteger el medio ambiente, proteger la salud, dar garantías a los consumidores, impulsar las inversiones y el empleo en el sector y evitar cualquier fraude con las emisiones en el futuro.

Un voto a favor de la objeción, por tanto, habría sido un voto a favor de que todo siguiera igual, de ahí nuestra abstención.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Cette objection du Parlement européen visant à faire barrage à une décision de la Commission européenne d'accepter des normes d'oxyde d'azote jusqu'à 110 % plus élevées que ce que la législation européenne (norme Euro 6) le permet a malheureusement été rejetée ce midi. Je déplore son rejet car elle faisait notamment suite à la pression exercée par le Parlement européen après le scandale Volkswagen. L'objection, formulée par la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire du Parlement européen, considérait la décision de la Commission comme illégale, un point de vue qui plus est confirmé par les services juridiques du Parlement européen puis par la commission des affaires juridiques du Parlement. Cette décision avait été élaborée par des experts de la Commission et des États membres. Constatant que les constructeurs automobiles ne semblaient pas pouvoir atteindre les normes d'émission d'oxydes d'azote fixées dans la norme Euro 6, elle leur permettait de dépasser ces normes d'émission d'oxydes d'azote de 110 % jusqu'en 2019 et de 50 % à partir de janvier 2020.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes manau, kad buvo būtina vetuoti skandalingą Europos Komisijos ir šalių narių atstovų sprendimą, kuriuo daugiau nei 100 proc. padidintos leistinos dyzelinių variklių azoto oksido išmetimų ribos. Iš esmės techninio lygio ekspertai, o ne šalyse narėse išrinkti politikai nusprendė perrašyti Europos Sąjungos teisės aktus. Todėl daugelis ši veiksmą vertina kaip demokratinio sprendimo priėmimo proceso sulaužymą. Apmaudu, kad nemaža dalis EP narių balsuodami ir sprenddami, kas svarbiau – visuomenės sveikata ar automobilių pramonės interesai, vis dėlto pasirinko minėtos pramonės interesus.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui appelle à rejeter le projet de règlement de la Commission relatif aux émissions des véhicules particuliers et utilitaires. En effet, ce projet de règlement vise à relever la limite de tolérance d'émissions d'oxydes d'azote (NO_x) par les voitures diesel jusqu'à 110 %. Dans le contexte des fraudes aux émissions de polluants par Volkswagen, une telle réévaluation, à la hausse, des seuils de polluants cancérogènes émis n'est pas acceptable. La majorité des députés a cependant choisi de rejeter cette résolution, au motif que le règlement de la Commission prévoit des tests en conditions réelles sur les véhicules. Une décision paradoxale qui ne garantit pas une protection adéquate de la santé des Européens.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A poluição atmosférica provoca anualmente mais de 430 000 mortes prematuras na União Europeia e tem um custo avaliado em cerca de 940 mil milhões de euros devido aos seus efeitos nefastos na saúde pública. Para travar a realidade que estes números espelham, e de acordo com os objetivos da UE em matéria de qualidade do ar, é necessário um esforço contínuo de redução das emissões dos veículos. Para tal, e atendendo à necessidade de garantir, por parte das marcas, no momento da homologação e ao longo da vida útil do veículo, que as emissões produzidas não excedam determinados valores-limite, há necessidade de adotar medidas que garantam a eficácia dos sistemas de controlo de emissões dos veículos. Nesse sentido, a Comissão Europeia propôs novas medidas de execução com o objetivo de alterar o Regulamento, através da adaptação dos procedimentos de ensaio, para que estes reflitam adequadamente as emissões geradas em condições reais. Porque é indispensável e urgente a regulamentação adequada nesta matéria, votei contra esta proposta de objeção por considerar que a proposta da Comissão da adaptação dos procedimentos de ensaio permite que estes reflitam adequadamente as emissões geradas em condições reais de condução em estrada.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro l'obiezione per premiare il risultato raggiunto dopo un lungo e difficile lavoro di mediazione, dove tutti gli interlocutori hanno fatto un passo in direzione del compromesso. Il Parlamento è così riuscito a non rigettare la proposta della Commissione europea sul regolamento di trasposizione dei test delle emissioni dei veicoli dal laboratorio alla strada, che oltretutto avrebbe bloccato i lavori per altri due anni.

I test devono essere veritieri ed essere adattati alle reali condizioni di guida. È per questo impensabile che diano gli stessi risultati e che le emissioni possano avere gli stessi limiti. È per questo che bisogna lasciare tempo alle industrie di migliorare la loro tecnologia, senza imporre limiti irraggiungibili. L'ultima proposta della CE introduce una revisione dei fattori di conformità a tappe più stringenti, in modo da incalzare i produttori di autoveicoli a migliorarsi costantemente, e stabilisce sistemi di controllo più trasparenti e indipendenti.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción sobre las medidas implementadas por la Comisión Europea en el informe de RDE (*real driving emissions*) para objetar sobre el factor de conformidad de 2,1 y no sobre el procedimiento RDE en sí.

La legislación básica fue adoptada en 2007 y publicada como el Reglamento n.º 692/2008 para fijar el límite de emisiones en 80 mg/km. Ahora, con la nueva propuesta, que introduce un factor de conformidad de 2,1, se permite una excedencia del 110 %.

Esto es inadmisibile independientemente del escándalo reciente acerca de los fallos en los controles de emisiones de CO₂ en el sector automotor (caso Volkswagen).

Lo que la objeción pretende es que se retire esta propuesta preliminar de aumento de los niveles de emisiones y se presente una nueva hacia el 1 de abril de 2016 que respete los límites de emisiones.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg mener, at udkastet til Kommissionens gennemførelsesafgørelse indebærer en overskridelse af de gennemførelsesbeføjelser, der er fastsat i forordning (EF) nr. 715/2007.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Resolution gestimmt, denn sie verzögert die schnellere Abbildung von tatsächlichen Autoemissionen im Fahrbetrieb. Die EVP setzt sich für die rasche und realistische Abbildung von im Fahrbetrieb tatsächlich verursachten Emissionen ein und will die Messungen auf dem Prüfstand abschaffen.

Dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission ist daher zu folgen, denn er bringt uns schneller zu einer besseren Regulierung der tatsächlich im Fahrbetrieb verursachten Emissionen.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la presente Resolución debido a que este Reglamento desarrollado por la Comisión excede el mandato de la delegación de poderes otorgada en el acto base. La Comisión, una vez más, utiliza la delegación de poderes en favor de los intereses de las multinacionales, en este caso en clara connivencia con las multinacionales del sector del automóvil, que se ha visto afectado por el escándalo de Volkswagen. En esta Resolución se rechaza dicho Reglamento porque trata de circunvalar al Parlamento, legislando en contra de la opinión de las instituciones democráticamente elegidas y, por tanto, en contra de los intereses de los ciudadanos europeos. Precisamente tras el escándalo de Volkswagen son los pueblos europeos los que deben dar su parecer sobre este tipo de requisitos a la industria. Por todo ello he votado a favor de la presente Resolución.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Grazie all'introduzione di nuovi test secondo reali condizioni di guida (RDE), le emissioni degli autoveicoli su strada saranno il più coerente possibile con quelle registrate fino ad ora durante i test di laboratorio, con lo scopo di garantire un'applicazione maggiormente rigorosa delle normative esistenti e porre un freno al pericoloso aumento delle emissioni di sostanze inquinanti e del particolato. È di fondamentale importanza, quindi, che il processo legislativo sui test RCE non subisca ritardi o addirittura battute d'arresto.

Per questo motivo, ho votato contro la proposta di obiezione che avrebbe impedito l'entrata in vigore della nuova procedura causando ritardi nell'attuazione delle misure di controllo sulle emissioni e ottenendo di fatto un risultato opposto a quello sperato in termini di miglioramento della qualità dell'aria nell'Unione europea.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Automobilový priemysel považujem za kľúčový pre slovenskú ekonomiku. Musíme však dbať aj na ochranu životného prostredia. Preto schvaľujem návrh RDE, ktorý bol dlhodobo pripravovaný a s ktorým sa stotožňujú aj zástupcovia slovenského automobilového priemyslu. Považujem teda za zbytočné vytvárať ďalší dokument, ktorý by zavádzal nezmyselné normy, ktoré nedokážu splniť ani najnovšie technológie. V praxi by tak tieto nové normy mohli viesť až k zastaveniu výroby dieselových automobilov. Z tohto dôvodu som pri hlasovaní o námietke podľa článku 106, pokiaľ ide o emisie ľahkých osobných a úžitkových vozidiel, hlasoval proti tomuto uzneseniu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Ispušni plinovi dizelskih goriva među glavnim su izvorima dušikovih oksida koji su jedni od najvećih onečišćivača zraka. Uz to što djeluju nepovoljno po čovjekovo zdravlje uzrokujući rak, astmu te brojne bolesti dišnog sustava, izuzetno su pogubni i za okoliš jer dovode do eutrofikacije te zakiseljavanja.

Uredbom (EZ) br. 715/2007 dogovoreno je određivanje granične vrijednosti stupnja EURO 6 te postizanje ograničenja koja se ne odnose samo na smanjenje emisije ugljikovog dioksida, već i na emisije dušikovih oksida te PM (sitne krute čestice čađe koje nastaju u procesu izgaranja). Uredbom (EZ) br. 692/2008 zahtijeva se od proizvođača da se pri homologaciji nikako ne premašuju dogovorene vrijednosti emisija ispušnih plinova.

S obzirom kako se nacrtom mjere Tehničkog odbora - motorna vozila (TCMV) uveo „privremeni faktor sukladnosti” od 2,1, odnosno dopustilo emitiranje 168 mg/km umjesto dosadašnjih 80 mg/km (primjenjivo na sva vozila od rujna 2019.), a konačni zahtjev za ispitivanje stvarnih emisija tijekom vožnje s „konačnim faktorom sukladnosti” od 1,5 primjenjivao bi se na sva nova vozila od 2021., to bi značilo odstupanje od temeljnih graničnih vrijednosti.

Iz tih sam razloga podržao izmjenu Uredbe (EZ) 692/2008, smatrajući nacrt provedbene odluke Komisije prekoračenjem provedbene ovlasti predviđene Uredbom (EZ) br. 715/2007.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – V minulom roku sa odhalil podvod niektorých automobiliek pri uvádzaní hodnôt emisií, a preto je veľmi dôležité, aby ste tento škandál s emisiami CO₂ riadne vyšetrili a predovšetkým aby sa prijali opatrenia, ktoré by zabránili automobilkám podvádzať, a aby sme chránili spotrebiteľov a životné prostredie. Stratégia EÚ 2020 má jeden z merateľných cieľov znížovanie emisií CO₂, preto vítam kompromisný návrh Komisie vzťahujúci sa na meranie emisií z motorových vozidiel v reálnej prevádzke. Na Slovensku tvorí automobilový priemysel v súčasnosti 44 % HDP a od výroby áut je závislý viac ako 200-tisíc pracovných miest, preto som nepodporila námietku výboru ENVI, pretože jej schválenie by mohlo vážne poškodiť európsky automobilový priemysel aj s dopadom na ekonomiku Slovenska. Návrh Komisie považujem za dostatočný nato, aby sa znížovali emisie CO₂ v automobilovom priemysle a aby sme chránili životné prostredie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Onesnaženje zraka v EU vsako leto povzroči več kot 430.000 prezgodnjih smrti. Ocenjena vrednost stroškov zaradi učinkov onesnaženja na zdravje je 940 milijard EUR letno.

Izpusti dizelskih vozil na urbanih območjih v Evropi so eden glavnih virov dušikovih oksidov. Ti pa predstavljajo enega izmed glavnih onesnaževalcev zraka, ki med drugimi povzročajo pljučnega raka, astmo in mnoge druge bolezni dihal, kot tudi degradacijo okolja.

Predlog resolucije se nanaša na osnutek Uredbe Komisije o spremembi Uredbe (ES) št. 692/2008 glede emisij iz lahkih potniških in gospodarskih vozil (Euro 6). Proizvajalci bi morali v skladu z osnutkom ukrepa zagotoviti, da emisije, ki nastanejo pri homologaciji in skozi vso življenjsko dobo vozila, pri preskušanju emisij pri dejanski vožnji ne bodo presegle mejnih vrednosti.

Predlog resolucije navaja, da bi omenjeni osnutek uredbe Komisije dejansko pomenil splošno odstopanje od veljavnih mejnih vrednosti emisij in tako ni v skladu s pravom EU. Strinjam se, da je osnutek uredbe neprimeren in da bi moral biti umaknjen. Nov osnutek uredbe, ki bi moral biti predložen do 1. 4. 2016, pa bi moral vsebovati preizkus pri dejanski vožnji, ki bi zagotovil učinkovitost sistemov za uravnavanje emisij in omogočil skladnost vozil z Uredbo (ES) št. 715/2007. Zaradi opisanega sem predlog resolucije podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto.* – Nonostante non sia stata raggiunta per pochi voti la maggioranza, ho votato a favore della risoluzione che raccomanda al Parlamento europeo di porre il veto al progetto di atto delegato della Commissione che istituisce la procedura per i test sulle emissioni degli autoveicoli in condizioni reali di guida (RDE). Di conseguenza, il testo è stato purtroppo respinto autorizzando l'aumento temporaneo dei limiti sulle emissioni dei veicoli in condizioni di guida reale.

Secondo la Commissione europea, la misura sarebbe giustificata dalla necessità di considerare i dubbi tecnici relativi all'uso dei nuovi dispositivi portatili di misurazione delle emissioni così come i limiti tecnici per il miglioramento della performance, in condizioni reali di guida, del rilevamento delle emissioni per i veicoli a diesel attualmente prodotti. Tuttavia, a fronte dell'aumento dell'inquinamento atmosferico e delle malattie respiratorie derivanti, considero un errore e una mancanza di rispetto verso i cittadini venir meno agli impegni assunti in materia di protezione dell'ambiente e della salute umana. Il voto di oggi dimostra che una larga parte del Parlamento vuole il rispetto degli impegni presi e continuerà a seguire attentamente gli sviluppi futuri sui test sulle emissioni e le risposte date da Commissione e Parlamento.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Ochrana životného prostredia je pre mňa veľmi dôležitá. Ako jediný zástupca Slovenska vo vyšetrovacom výbore Európskeho parlamentu sa budem zasadzovať za to, aby výrobcovia dôsledne dodržiavali legislatívu a otvorene komunikovali svoje pripomienky. Na prvom mieste musí byť istota, že spotrebiteľ za svoje peniaze dostane výrobok deklarovanými vlastnosťami.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Komisija predlaže veliku reformu europskog pravnog okvira za homologaciju. Prema sadašnjim pravilima za nadzor usklađenosti proizvođača s odgovarajućim propisima EU-a i za potvrđivanje da vozilo ispunjava sve zahtjeve za stavljanje na tržište, isključivo su odgovorna nacionalna tijela. Novim prijedlogom Komisije ostvarit će se neovisnije ispitivanje vozila i veći nadzor vozila koja su već u prometu. Pojačani nadzor na europskoj razini osnažit će sustav u cjelini.

Komisija je već i prije otkrića o Volkswagenu počela preispitivati EU-ov pravni okvir za homologaciju motornih vozila. U međuvremenu je zaključila da je nužna znatno dalekosežnija reforma kako bi se spriječili ponovni slučajevi nepoštovanja propisa. Novi prijedlog uredbe o homologaciji i nadzoru tržišta motornih vozila dopunjava rad na uvođenju pouzdanijih ispitivanja emisija. Prigovor sam odbacio, jer u vremenu do stupanja na snagu nove regulative tržište treba bit regulirano te trebamo postojeću regulativu.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – Labour MEPs strongly support the swift introduction of Real Driving Emissions (RDE) testing so that emission tests for cars reflect pollution emitted on the road and not just in laboratories. The proposed draft Regulation will allow manufacturers to bring to the market vehicles emitting more than double the amount of nitrogen oxides (NO_x) set by the Euro 6 emission standards agreed by the co-legislators in 2007. Furthermore, the figure of 1.5 contradicts the Commission's own assessment of average PEMS error of measurement, which calculated a maximum conformity factor of 1.2. By changing the emission limit values enshrined in the Basic EU Regulation, the draft Regulation exceeds implementing powers provided for in the basic Euro 6 Regulation.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Činjenica je da u Uniji svake godine bude više od 430 000 slučajeva preuranjene smrti prouzročenih onečišćenjem zraka te da se troškovi povezani s utjecajem onečišćenja zraka na zdravlje procjenjuju na 940 milijardi eura godišnje. Prema nedavnoj analizi onečišćenja zraka koju je provela Europska agencija za okoliš, 75 000 slučajeva preuranjene smrti pripisuje se emisijama NO₂ u Europi, pri čemu se 93 % svih slučajeva prekoračenja odnosi na područja u blizini prometnica.

Osobito je potrebno znatno smanjenje emisija dušikovog oksida iz dizelskih vozila za poboljšanje kakvoće zraka i zadovoljavanje graničnih vrijednosti za onečišćujuće tvari. Postavljanje takvih mjera za smanjenje emisija dušikovog oksida u ranoj fazi omogućit će dugoročno sigurnost planiranja automobilske industrije u cijeloj Europi. Ne podržavam prigovor, jer je Komisijin prijedlog u skladu s navedenim.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem proti resoluciji o osnutku uredbe Komisije o spremembi Uredbe glede emisij iz lahkih potniških in gospodarskih vozil.

Na leto umre približno 400.000 ljudi zaradi onesnaženega zraka. V mnogih občinah in mestih imajo ustrezni organi težave pri uresničevanju ukrepov za čist zrak. Čist zrak je vrednota Evropske unije. Zato je treba začeti pri viru škodljivih snovi in med te zagotovo spadajo vozila.

Glasovanje v korist ugovoru zoper akt, ki ga je sprejela Komisija, bi bistveno odložilo izvajanje testov, zato bi bilo neodgovorno, tako za okolje in za avtomobilski sektor, da bi za nedoločen čas odložili izvajanje teh preizkusov.

Želimo najti ravnovesje med zaščito zdravja naših državljanov in ohranitvijo prihodnosti evropske avtomobilske industrije.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro odmítnutí námítky vůči kompromisní dohodě o nových pravidlech pro testování. Odkládáním tohoto rozhodnutí zvýšit emisní limity pro vozidla s naftovým motorem pro oxidy dusíku by se pouze zvyšovala právní nejistota pro výrobce i schvalovací orgány. Každé zpoždění v zavedení této legislativy by ponechávalo jen velmi málo času pro nezbytné změny a v konečném důsledku by zpozdilo žádoucí pozitivní vlivy pro životní prostředí.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – I did not support this Parliament objection. Whilst I share some of the concerns it expresses, particularly the flexibility provided by a 2.1 conformity factor, I believe that these concerns must be dealt with in parallel to the approval of the RDE testing regime. I believe that the introduction of RDE tests for new cars as proposed here will bring clear reductions in NO_x emissions and improve air quality; therefore it would not be the right response to delay the introduction of RDE testing by months or possibly even years.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Υπερψηφίσαμε την κοινή έκθεση για να ασκηθεί βέτο στην έγκριση του σχεδίου κανονισμού της Επιτροπής που θα έχει ως αποτέλεσμα την παρέκκλιση από τα όρια εκπομπών ρύπων Euro 6 NO_x, όπως αυτά καθορίστηκαν από τον Κανονισμό της Επιτροπής (ΕΚ) αριθ 692/2008).

Η σημερινή ψηφοφορία δίνει την άδεια στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή να εγκρίνει το δεύτερο πακέτο για τη διαδικασία δοκιμών των εκπομπών σε συνθήκες πραγματικής οδήγησης και να υπερβεί τις εκτελεστικές αρμοδιότητες που όριζε ο κανονισμός. Αυτό που ίσχυε μέχρι σήμερα είναι ότι η οριακή τιμή Euro 6 για τις εκπομπές NO_x από τα πετρελαιοκίνητα οχήματα είναι 80 mg / km. Σύμφωνα με το νέο σχέδιο οι κατασκευαστές αυτοκινήτων θα πρέπει να φτάσουν την απόκλιση σε ένα «προσωρινό συντελεστή συμμόρφωσης» ο οποίος ανεβάζει ουσιαστικά τις εκπομπές ρύπων στα 168 mg/km.

Η απόφαση αυτή της Κομισιόν, επαληθεύει τις ανησυχίες μας για την υποκριτική στάση της στο ζήτημα της μείωσης των εκπομπών ρύπων και την κλιματική αλλαγή, όπως αυτή διαφάνηκε έπειτα και από το σκάνδαλο της Volkswagene.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Λαμβάνοντας υπόψη τις καταστροφικές συνέπειες που προκαλεί η ατμοσφαιρική ρύπανση ετησίως καλεί την Επιτροπή να αποσύρει το παρόν σχέδιο κανονισμού και να υποβάλει νέο σχέδιο χωρίς καθυστέρηση, προκειμένου να θεσπιστεί δοκιμή εκπομπών σε πραγματικές συνθήκες οδήγησης για όλα τα οχήματα ώστε να διασφαλιστεί η αποτελεσματικότητα των συστημάτων ελέγχου.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió évek óta keresi a megoldást arra a problémára, miszerint a gépjárművek károsanyag-kibocsátása jóval magasabb valós vezetési körülmények között, mint a laboratóriumi teszteljárás során. Az Európai Bizottság legutóbbi számításai szerint a fájdalmas igazság az, hogy a jelenleg gyártott Euro 6-os dieselmotorok kibocsátása az utakon átlagosan 400%-kal haladja meg a tesztpadon mért eredményeket!

Az Európai Bizottság végrehajtási rendelettervezete a probléma megoldásának egyik fontos eleme, amelynek célja a kibocsátások valós körülmények közötti, mielőbbi csökkentése. Az új gépjárművek valós vezetési körülmények között 2017-től a 2007-es alapjogszabályban rögzített 80 g/km-es alapértéket maximum 110%-kal (2,1-es CF szorzó), 2020-tól pedig 50%-kal (1,5-ös CF szorzó) haladhatják meg. A valósághoz képet jelentős előrelépést jelent a rendelet.

A realitásnak és a technikai lehetőségeknek megfelelő határidők és célszámok kiszámíthatóságot biztosítanak az autóipar számára. Az új határértékek mindemellett valódi kibocsátás-csökkentést irányoznak elő, jelentősen mérsékelve az egészségügyi-környezeti kockázatokat.

Véleményem szerint a jogszabálytervezet megfelelő egyensúlyt teremt a környezetvédelmi és közegészségügyi célok valamint a hazai munkahelyek és az ipar versenyképességének megőrzése között. Meggyőződésem, hogy felelős döntéshozó nem állapít meg olyan szabályokat, amelyek álomszerű elvárásokon alapulnak. Felelőtlenség lenne ragaszkodni ahhoz, amelyről az idők során már egyszer bebizonyosodott, hogy technikailag kivitelezhetetlen. Senkit sem téveszthetünk meg irreális szabályok elfogadásával.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Fontos napirendi pontnak tartom a dízelautók kibocsátásaira vonatkozó új szabályok elleni kifogást és az arról történt szavazást. Az új szabályokat tartalmazó tervezet mellett, hogy az általam is jónak tartott, valós körülmények közötti kibocsátásvizsgálatot (RDE) bevezeti, megnöveli a dízelautók nitrogén-oxidok kibocsátási, 2007-es határértékét akár 110%-al is. Ezt a csomagot az EU tagállamai a „Műszaki Bizottság – Gépjárművek” elnevezésű bizottság október 28-i döntésével hagyták jóvá, amelyben az Európai Bizottság a gépjárművekre vonatkozó nitrogén-oxid kibocsátási határérték 110%-os növelését javasolta az új modellek esetében 2017 szeptemberétől, és minden új gépjármű esetében 2019 szeptemberétől.

Szavazatommal a döntéstervezet elleni kifogást támogattam. Véleményem szerint a kifogás többség általi nem támogatása visszalépést jelent és nem helyes. Fontosnak tartom megjegyezni, hogy az Európai Parlament környezetvédelmi szakbizottsága már korábban döntést hozott, hogy a Parlamentnek meg kellene vétőznia a határértékek enyhítését, mert az aláássa a meglévő uniós normák betartását. Biztos vagyok benne, hogy a kérdéskör negatív környezetvédelmi és egészségügyi aspektusa mellett egyéb technikai problémákat is felvet, melyeket a dízelbotránnal kapcsolatos vizsgálóbizottsági munkámban is figyelembe fogok venni.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Noi del M5S abbiamo votato a favore alla risoluzione che favoriva l'indebolimento dei limiti di emissione, così mettendo il veto alle misure di raddoppiamento delle emissioni.

Invece in Parlamento è stato capovolto il voto della commissione Ambiente con cui a dicembre si era posto il veto al documento della Commissione che consentiva di raddoppiare i limiti di emissione delle autovetture fino al 2020. In precedenza le automobili Euro 6 potevano emettere ossidi di azoto (NO_x) per un limite di 80 mg/km. Ora invece, grazie al documento della Commissione, le auto Euro 6 potranno emettere 168 mg/km di NO_x fino al 2020 rimanendo sempre in regola.

Le lobby delle auto sono riuscite a vincere questa battaglia facendo credere al Parlamento che, se il rigetto fosse passato, avrebbe significato la fine delle case automobilistiche e quindi la perdita di numerosi posti di lavoro. Evidentemente è una truffa: le vetture esportate in USA riescono a rispettare limiti pari alla metà di quelli in vigore nell'UE. Questo perché sono gli stessi limiti che sono stati introdotti nel 2007 per lasciare tempo alle case automobilistiche di conformarsi.

È chiaro che le multinazionali hanno voluto aggirare le regole, piuttosto che investire in innovazione per abbattere le emissioni inquinanti.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour l'objection en ce qui concerne les émissions des véhicules particuliers et utilitaires légers. On ne peut accepter la proposition de la Commission qui permettait finalement de polluer allègrement jusqu'en 2021 et qui déforçait les positions du Parlement européen en la matière.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The European Parliament rejected a resolution objecting to a compromise on testing of car emissions and demanding a greater say in the EU's decision-making process on this issue. The resolution was motivated mainly by efforts to limit air pollution from car emissions, namely by introducing a narrower margin for testing emissions on the road.

While I believe that stricter rules for car emissions testing should apply, I am however convinced that approval of the resolution would put the entire process into question, create uncertainty for car-making industry and citizens by prolong the process of introducing stricter norms in real driving conditions with very uncertain outcome. Therefore, I decided to vote against this resolution.

Now I however expect the car industry to embrace the new rules and work with us to improve car emissions testing. Car producers had a long time to do something about this situation, and it is now time they start taking this issue very seriously. I expect the revision clause to be used in 2017 in order to introduce an even stricter conformity factor within just a very limited period of time.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Alors qu'éclatait il y a quelques mois le «scandale Volkswagen», le Parlement Européen réagissait avec fermeté par une commission d'enquête et une condamnation sans ambiguïté des fraudes orchestrées par le constructeur allemand, dissimulant les émissions réelles de ses véhicules. Pourtant, lors de cette session, la droite par son vote, a cédé au lobby des constructeurs automobiles au détriment de la santé des concitoyens.

En votant contre l'objection que portaient la gauche et les écologistes, ces députés ont approuvé la proposition de la Commission Européenne de créer un droit à polluer davantage. Les émissions d'oxydes d'azote -particules fines démontrées cancérigènes-, pourront dépasser de 110% en conditions réelles, les émissions légales en laboratoire.

La santé publique justifie que nous refusions la création d'un droit à polluer toujours plus. Même si l'activité industrielle reste déterminante, elle doit s'adapter pour respecter tant la santé que l'environnement. Vous pourrez compter sur moi afin de continuer à me battre pour préserver la qualité de l'air.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Glasovala sam protiv prigovora o emisijama iz lakih osobnih i gospodarskih vozila (Euro 6) budući da smatram da se problemi emisija moraju rješavati sukladno ispitivanjima stvarnih emisija tijekom vožnje (RDE). Naime, s obzirom na manipulaciju podacima i nedavna događanja koja su potresla njemačkog proizvođača automobila, držim da će RDE testiranje osigurati kontrolu stvarnih emisija tijekom vožnje te time doprinijeti jasnom smanjenju štetnih plinova i poboljšanju kvalitete zraka.

Budući da smatram da će se provođenjem ovakvih ispitivanja smanjiti emisije te ujedno i poboljšati kvaliteta zraka, držim da ne smijemo ovakvim prigovorima riskirati daljnje odgađanje postizanja cilja smanjenja emisija iz vozila.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije glede ugovora v skladu s členom 106 glede emisij iz lahkih potniških in gospodarskih vozil (Euro 6) sem zavrnila. Močno podpiram dejstvo, da je potrebno doseči cilje EU glede kakovosti zraka. Prav zato si je potrebno trajno prizadevati za zmanjšanje emisij iz vozil, vzpostaviti standarde ter bolj nadzirati to področje.

Podpiram napredek in merjenje emisij med vožnjo, saj bo le to pokazalo dejansko realne rezultate. Trenutno pa so rezultati pridobljeni glede na meritve v laboratoriju, ki prav zato niso realni. Predlog resolucije je površen, menim, da bi ga lahko še bolj dodelali in tako dejansko pripomogli k izboljšanju zraka.

Evžen Tošenovský (ECR), *pisemně.* – Hlasoval jsem proti námitce. Považuji rozhodnutí kolegů za zbytečné a velmi špatné. Nejméně ze všeho teď automobilový průmysl potřebuje nejistotu a odkládání rozhodnutí. Již původní dohoda členských států byla dostatečně tvrdá. Přehnaná agresivita Parlamentu nic neřeší a situaci spíše ublíží. Bude to znamenat průtahy a nakonec zřejmě ještě tvrdší nároky na automobilový průmysl. Evropská komise přitom již částečně vyšla požadavkům uvedeným v námitce vstříc, když minulý týden představila revidovanou legislativu zpřísňující dohled nad zkušebnami.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Cette proposition de résolution fait suite au scandale Volkswagen. Ce dernier a consisté en la révélation d'écarts considérables entre les émissions de polluant en laboratoire et en condition réelle de conduite pour les moteurs diesel Volkswagen.

Les normes exigeantes de la Commission en fait d'émissions de polluants n'imposent pas encore de tels tests. Les valeurs limites établies dans un règlement en 2007 sont revues par des procédures internes à la Commission: l'exigence de cette proposition de résolution est donc de demander un nouveau règlement, à présenter au plus tard le 1^{er} avril 2016, pour imposer des tests en condition réelle au plus tôt.

Ces exigences sont contestables pour deux raisons: l'Europe devient la région du monde la moins propice à l'industrie; les normes techniques sont un cataplasme sur une jambe de bois en fait de lutte contre la pollution de l'air, car l'UE encourage par ailleurs toujours plus les flux qui génèrent ces émissions.

Ce texte relève donc d'une exigence unilatérale de l'écologie politique à la seule charge de l'industrie européenne, avec de lourdes conséquences pour un secteur en crise.

Je vote donc contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – A légszennyezés évente több mint 430 000 idő előtti halálesetet okoz az Unióban, és az egészségre gyakorolt hatásaiból fakadó becsült költségek évi 940 milliárd euróra rúgnak. Mivel a nitrogén-oxidok (NO_x) a legfőbb szennyező anyagok közé tartoznak, és többek között tüdőrákot, asztmát és számos légúti betegséget okoznak, valamint a környezetkárosodás olyan eseteiért is felelősek. Az intézkedéstervezet szerint a gyártóknak gondoskodniuk kell arról, hogy a típusjóváhagyáskor és a jármű teljes életciklusa során valós vezetési feltételek melletti kibocsátási teszt során történő kibocsátások nem haladnak meg bizonyos „nem túlléphető (NTE) kibocsátási határértékeket”. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la objeción sobre las medidas implementadas por la Comisión Europea en el informe de RDE (*real driving emissions*) para objetar sobre el factor de conformidad de 2,1 y no sobre el procedimiento RDE en sí.

La legislación básica fue adoptada en 2007 y publicada como el Reglamento n.º 692/2008 para fijar el límite de emisiones en 80 mg/km. Ahora, con la nueva propuesta, que introduce un factor de conformidad de 2,1, se permite una excedencia del 110 %.

Esto es inadmisiblemente independientemente del escándalo reciente acerca de los fallos en los controles de emisiones de CO₂ en el sector automotor (caso Volkswagen).

Lo que la objeción pretende es que se retire esta propuesta preliminar de aumento de los niveles de emisiones y se presente una nueva hacia el 1 de abril de 2016 que respete los límites de emisiones.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах за отхвърляне на възражението срещу новите тестове за емисиите от леките автомобили в реални условия, което, ако беше прието, би довело до няколкогодишно забавяне на решението за намаляване на емисиите от автомобилите, предвид скандалът с дизеловите коли на Фолксваген.

Сега имаме ясен ангажимент от ЕК за преразглеждане на изискванията с конкретна времева рамка за намаляване на максималните допустими стойности на емисиите до одобрените нива. Комисията допълнително се ангажира и със законодателно предложение за дългосрочно решение по обновяване на режима за одобряване на автомобили.

Приветствам постигнатото отговорно решение на пленарното заседание за продължаване на процедурата за оценка на емисиите при реални условия и за намаляване емисиите на азотни оксиди, които в момента са 4-5 пъти над официалните граници.

Днешният вот отвори пътя за въвеждане на одобрения от техническия комитет по МПС пакет на тестове за количествените изисквания за емисиите на автомобилите при реални условия, които ще бъдат въведени на два етапа: първо, намаляване разликата в емисиите до „коэффициент на съответствие“ от 2,1 (110%) за новите модели от септември 2017 г. (и за новите автомобили от септември 2019 г.); второ, постигане коефициент на съответствие от 1,5 (50%) от 2020 г. за всички нови модели (и до 2021 г. за всички нови автомобили).

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this objection because I am against the plan to temporarily raise the NO_x emissions limits for diesel cars. The recent Volkswagen scandal has shown how car manufacturers produce vehicles which pollute way more than they declare, and I believe that this practice has to be put to an end as quickly as possible. This is why I think that temporarily raising the emissions limits does not follow a clear, reasonable logic. Nevertheless, this objection was rejected as the EU Commission has promised a review clause and tabled a long-term legislative proposal to revamp the EU car approval regime. I sincerely hope that the Commission will effectively tackle this issue in a reasonable timeframe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik betreur ten eerste dat het Europees Parlement deze week deze afzwakking van de regels rond de uitstoot van wagens goedgekeurde. Dit is op de eerste plaats slecht nieuws voor onze volksgezondheid en onze steden. Daarnaast is het ook een slag in het gezicht van de Europese consument. De Europese auto-industrie heeft te lang gedacht dat alles mocht, en op de koop toe legaliseren we nu ook nog eens haar gesjoemel. Ik vind dit compleet onaantvaardbaar. Als democraat moet ik me helaas neerleggen bij de uitslag van de stemming over dit bezwaar, ook al ben ik het daar grondig mee oneens.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite du scandale des fraudes aux tests anti-pollution dans le secteur automobile, qui concerne au premier rang le constructeur allemand Volkswagen, la Commission européenne a proposé un projet de règlement pour relever les normes existantes d'émissions de gaz à effet de serre des véhicules légers.

Les constructeurs ont jusqu'en 2020 pour se conformer aux nouvelles normes légales en matière d'émission d'oxydes d'azote, adoptées en 2007, et pendant ce délai, pour être homologuées, les automobiles sont autorisées à émettre jusqu'à 2 fois plus d'oxyde d'azote (NO_x) que la future norme légale.

Non contents de ne pas sanctionner les constructeurs automobiles, qui ont eu près de 10 ans pour se mettre aux normes, la Commission européenne entend même les récompenser de leurs mauvaises pratiques en la matière.

Cette résolution dite d'objection déposée par mon groupe, aux côtés des Verts et des groupes S&D, ALDE et EFDD entendait s'opposer à cette proposition de règlement et demandait à la Commission de bien vouloir revoir sa copie d'ici au 1^{er} avril 2016, j'ai bien évidemment voté pour.

Je regrette qu'une majorité à la droite du Parlement européen, députés FN en tête, ait voté contre cette résolution, qui a été rejetée, privilégiant ainsi les intérêts de l'industrie automobile.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Após uma reunião com o comité técnico sobre veículos a motor em 28/10/2015, a Comissão elaborou uma proposta de regulamento que altera o Regulamento (CE) n.º 692/2008 no que diz respeito às emissões de poluentes provenientes de veículos ligeiros de passageiros e comerciais.

Esta resolução opõe-se à adoção do projeto de resolução da comissão, já que o que a comissão propõe resultaria na derrogação dos valores limite de emissão de NO_x previstos na Euro 6. Além disso excede os poderes de implementação previstos no regulamento. A resolução pede, por isso, que a proposta de regulamento seja retirada e seja apresentada uma nova sem demora que preveja a realização de testes em condições reais das emissões e que esteja de acordo com o Regulamento (CE) n.º 715/2007.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Kommission schafft mit ihrem vorgelegten Entwurf Rechtsunsicherheit bei den Fahrzeugherstellern, da die derzeitige Berechnung einen Messunsicherheitsspielraum von bis zu 30% zulässt. Dies geht auch zu Lasten der Verbraucher. Ich stimme dem Antrag somit zu.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes über Einwände gemäß Artikel 106 GO hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6) habe ich zugestimmt.

Deutschland ist führend bei der Dieselschlechte und soll es bleiben. Mit den neuen Testbestimmungen wird das Testverfahren besser mit der Realität in Einklang gebracht. Ich habe dennoch Einwände gegen den vorgelegten Entwurf einer Verordnung. Dabei geht es mir nicht um die Frage, ob der Entwurf Umweltbelange ausreichend berücksichtigt oder zu sehr den Interessen der Industrie dient.

Vielmehr geht es um das Verfahren als solches, das intransparent und von Eigeninteressen gelenkt ist. Es zeigt sich, dass es nur schwerlich gelingt, eine objektive Gesetzgebung zu machen, wenn nationale industriepolitische Interessen betroffen sind. Die EU sollte hier keinerlei Kompetenz haben, weil diese – besser als an diesem Fall kann man es kaum erkennen – als Vehikel dazu benutzt wird, Deutschlands Automobilindustrie zu schaden.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Ψήφισα υπέρ του συγκεκριμένου ψηφίσματος που ενισχύει το ενωσιακό θεσμικό πλαίσιο και που έχει τεθεί για την ομαλή λειτουργία της βιομηχανίας σε συμφωνία με τις αποφάσεις μας και την στρατηγική 2020 για το περιβάλλον.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Estoy completamente a favor de que el sector de la automoción reduzca sus emisiones de gases contaminantes a la atmósfera y soy consciente de la urgente necesidad de que esto suceda.

Sin embargo, rechazo la objeción, ya que creo que es la única forma de que los nuevos controles en condiciones reales sean establecidos y, por tanto, la única manera de que las emisiones a la atmósfera comiencen a reducirse cuanto antes.

Además, estas reducciones se tienen que hacer compatibles con el mantenimiento de nuestra industria en Europa.

Así pues, creo firmemente que mi posición defiende un equilibrio entre la protección de la salud humana y la prosperidad de la industria automovilística.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Námietku výboru ENVI, ktorá volala po predložení nového, prísnejšieho návrhu na vykonávanie rozhodnutie Komisie v súvislosti so zavedením tzv. real driving emission testing, som nepodporila. Zavedenie tzv. real driving emission testing je významným krokom ako v znižovaní znečistenia životného prostredia, tak aj preventívnym opatrením voči opakovaniu sa škandálu spoločnosti Volkswagen. Myslím si, že zavedenie dodatočného testu k pôvodným laboratórnym testom, pomocou ktorého sa zmerajú emisie za reálnych podmienok, je na to ideálnym a ambicióznym prostriedkom. Na druhej strane si však myslím, že tieto opatrenia by nemali byť až príliš ambiciózne. Nereálnymi požiadavkami by sme totiž docielili iba situáciu, keď by sa automobilový priemysel, ktorý

rovnako považuje zavedenie testu za prospešné, nedokázal novým prísnyim požiadavkám včas prispôbiť a vyvinúť nové technológie, čo by v konečnom dôsledku pôsobilo kontraproduktívne. Rovnako si myslím, že požiadavka na stiahnutie návrhu a predloženie nového tak, ako bola obsiahnutá v tejto námietke, by mohla nakoniec spôsobiť, že zavedenie testu by sa neprimerane odložilo, keďže sa nedá predpokladať, že nový návrh by bol predložený v krátkom čase.

Kosma Złotowski (ECR), na písmie. – Problem rozbieżności w wynikach testów emisji spalin samochodów osobowych z silnikami diesla w warunkach laboratoryjnych i podczas codziennego użytkowania wywołał ogromną burzę zarówno w Europie, jak też w USA. Brak adekwatnych narzędzi do wychwytywania nadużyć i oszustw w procesie homologacji nowych modeli samochodów spowodował skandal, którego wyjaśnieniem będzie zajmował się Parlament Europejski.

Przyjęcie tego sprzeciwu doprowadzi jedynie do opóźnienia we wprowadzeniu obowiązku testowania samochodów w realnych warunkach jazdy. Ta zwłoka nie tylko nie musi przynieść lepszych rozwiązań, ale może powodować kolejne nadużycia koncernów motoryzacyjnych. Proponowana norma zezwalająca na przekraczanie przez samochody z silnikami diesla laboratoryjnych wyników emisji tlenków azotu o 2,1 razy w normalnej eksploatacji do 2017 roku i doprowadzenie w 2020 roku do pełnej zgodności emisji mierzonej zarówno w laboratorium, jak też w warunkach realnych wydaje się być propozycją rozsądną.

Regulacja ta zakłada również pewną elastyczność i coroczny przegląd zaproponowanych norm tak, aby lepiej dopasować istniejące prawo do działań i wysiłków podejmowanych przez przemysł motoryzacyjny. Decydując się na przyjęcie zaproponowanych norm, musimy mieć jednak na uwadze, że troska o środowisko naturalne nie może oznaczać ignorowania czynników ekonomicznych, w tym funkcjonowania tak ważnej branży dla europejskiej gospodarki i rynku pracy, jaką jest przemysł motoryzacyjny.

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito – Votei a favor da resolução que configura uma objeção nos termos do artigo 106.º do Regimento ao projeto de resolução que altera o Regulamento (CE) n.º 692/2008 no que respeita às emissões dos veículos ligeiros de passageiros e comerciais, por considerar que a Comissão excedeu as suas competências no processo e como sinal de discordância com o comportamento recente do Conselho nesta matéria. Sublinho, contudo, a evolução da posição da Comissão Europeia quanto à realização de testes em condições reais de condução e quanto à aplicação do fator 1 de conformidade até 2023, e espero se possa continuar a trabalhar num caminho que garanta a confiança e a competitividade da indústria automóvel europeia e salvede a saúde dos cidadãos e a preservação do ambiente.

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. – Con l'introduzione dei nuovi strumenti di misurazione dei gas di scarico, quasi tutti i veicoli avrebbero rischiato di risultare fuori legge. Gli Stati membri hanno avviato al problema, stabilendo delle modifiche che parificassero i limiti di emissione con quelli misurati in maniera tradizionale dal tubo di scarico. Avere limiti più bassi sarebbe stato un danno economico irrimediabile per le lobby delle case automobilistiche.

La risoluzione raccomandava al Parlamento europeo di porre il veto sul progetto della Commissione europea che istituisce, a partire dal 2017, nuove procedure di omologazione e controllo delle emissioni su strada mediante rilevatori portatili. Ciò avrebbe consentito all'industria dell'auto di adeguarsi ai parametri in un congruo periodo di tempo.

Nel frattempo le vetture sarebbero state libere di inquinare il doppio dei limiti oggi consentiti. Ma chi ci assicura che tra un anno verranno adottate misure più restrittive?

Ho votato a favore della risoluzione perché la tecnologia atta a inquinare meno esiste già ed è presente da tempo sul mercato automobilistico. Manca il coraggio di prendere decisioni politiche ambiziose che vadano contro le lobby delle case automobilistiche.

Milan Zver (PPE), pisno. – Resolucije Evropskega parlamenta nisem podprl, ker menim, da predlog uredbe še ni dovršen in ne bi pripomogel k bistvenemu zmanjšanju onesnaženja zraka. Potrebujemo konkretne ukrepe, kot je boljša implementacija trenutne zakonodaje in učinkovit nadzor nad izvajanjem le-te in ne še eno politično gesto.

9.8. Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) (A8-0009/2016 - Viviane Reding)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jude Kirton-Darling (S&D). – Madam President, with today's resolution on the TiSA negotiations we are calling on the Commission to change course in these negotiations. This was not an endorsement of a TiSA agreement. Any TiSA agreement must help, rather than weaken, the re-regulation of global trade in services.

Citizens have a voice in the European Union and that voice is in this House, the democratically-elected European Parliament. Rather than exercise their powers with responsibility to get results for citizens, some MEPs have chosen to act irresponsibly just to get their press release. The public should not be fooled by this appalling attitude. We have to stand for fair trade and take our responsibilities in acting for it in this House.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io, così come tutto il mio gruppo, ho votato contro questa risoluzione per una ragione fondamentale. Quello che si intende fare attraverso l'accordo TiSA è la trasformazione in mercato, la trasformazione in oggetto di profitto, di quelli che sono servizi pubblici fondamentali come l'istruzione e come la sanità. Noi pensiamo che il tema dei beni comuni, della cogestione dei beni comuni, di una gestione democratica dei beni comuni debba essere invece al centro del futuro dell'Europa. Crediamo che l'insieme dei trattati – TTIP, TiSA, CETA – stia portando a un processo di deregolamentazione, a un esproprio di sovranità dei cittadini e delle cittadine che non sono informati e si vedono progressivamente sottratti spazi di decisione sul loro futuro. Abbiamo votato contro il TTIP, abbiamo votato contro il TiSA e chiediamo che sia ascoltata la voce di milioni di cittadini che hanno già espresso la loro contrarietà.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, we are often told during the British referendum debate that EU membership is necessary for our service sector. Yet here we are in this Chamber discussing a free-trade deal on services that, as well as the European Union, brings together 22 other members of the WTO, from Australia and Israel to Korea and Peru.

The difference is that, while Norway and Switzerland will be represented separately in those talks at the WTO, the United Kingdom, like every other Member State of the EU, will be represented by one 28th of a European Commissioner. For a country that is so dependent on the service sector, that seems to me a disadvantaged position. We could do far better in the world if we were to rediscover our place as a maritime trading nation with a global vocation.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, am votat astăzi recomandările Parlamentului European adresate Comisiei Europene privind negocierile pentru Acordul privind comerțul cu servicii. Este vorba de un acord unic în istorie prin mărirea sa, prin profunzimea sa și prin cadrul larg de țări pe care îl include, țări din toată lumea, inclusiv Uniunea Europeană.

Această rezoluție recomandă Comisiei să deschidă uși pentru întreprinderile din Uniunea Europeană, de asemenea, să ajute aceste întreprinderi să intre pe piața achizițiilor publice, a telecomunicațiilor, pe piețe financiare și profesionale și, de asemenea, să se asigure că cei mai buni profesioniști cu înaltă calificare sunt capabili să lucreze în afara Uniunii Europene. Reducerea birocrăției face și ea parte din aceste recomandări.

Problema este însă că, în afară de asta, fiecare țară în parte trebuie să își asigure intrarea proprie pe piața serviciilor și nu să ne bazăm toți numai pe ce face Comisia Europeană.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il trattato sui servizi, il TiSA, è una bomba che va disinnescata. Fino ad ora, grazie a Wikileaks, abbiamo visto solo pochi dei documenti segreti, ma quel poco che abbiamo visto già dipinge la fine della sanità pubblica e la scomparsa della neutralità della rete e molte altre brutte sorprese. Per questo non potevamo rimanere indifferenti e abbiamo lavorato duramente al testo che abbiamo votato oggi. È importante capire una cosa: la firma del TiSA è lontana e oggi il Movimento 5 Stelle non ha detto sì al TiSA, ma ha detto sì a un certo tipo di mandato per i negoziatori del TiSA. Un mandato che dice forte e chiaro che non si toccano i servizi pubblici, che non devono esserci privatizzazioni irreversibili e che i diritti dei cittadini vengono prima del libero scambio. Il testo è un compromesso e di certo non è perfetto, ma è importante non lasciare carta bianca ai negoziatori, perché faremmo solo il gioco delle lobby e dei poteri forti. Noi seguiremo attentamente i negoziati e staremo in guardia perché nessun trattato viene prima dei cittadini.

Hannu Takkula (ALDE). – Arvoisa puhemies, ensinnäkin täytyy muistaa, että TiSA-sopimuksella uudistetaan eli päivitetään GATT-sopimusta. Maailma on muuttunut ja kauppa on muuttunut ja sähköinen kauppa on tullut mukaan. Täytyy myös muistaa, jos olette tämän tekstin lukeneet, että julkiset palvelut ovat ulkopuolella. Jäsenvaltioilla on edelleenkin oikeus säätää siitä, mitkä palvelut ovat julkisia palveluja, ja mitä tulee koulutukseen tai terveydenhuoltoon. Ne ovat tämän sopimuksen ulkopuolella.

Nyt kun EU neuvottelee kahdenkymmenen kahden muun WTO:n jäsenmaan kanssa, jotkut ovat nostaneet tiettyjä maita esiin. Olisi varmaan paikallaan ei vain nostaa Chileä ja Costa Ricaa esiin, vaan sanoa, että siellä on Australia, siellä on Kanada, siellä on Uusi-Seelanti, siellä on Norja, siellä on Sveitsi. Kaikki maita, jotka ovat meille erittäin tärkeitä kauppakumppaneita. Erittäin hyvä myös, että palvelukauppaa tätä kautta laajennetaan noihin maihin, jotka ovat meidän luonnollisia kumppaneitamme, ja toki muuallekin.

On hyvä muistaa se, että Euroopan unioni on suurin palvelujen tuottaja maailmassa. Tässä suhteessa uskon, että nyt päivitetynä sopimus tulee lisäämään meidän työllisyyttämme ja meidän taloudellista kasvuamme. Mikäli olen ymmärtänyt oikein, tämä parlamentti haluaa taloudellista kasvua Euroopalle. Halutaan lisää työtä ja työpaikkoja. Tämä on yksi mahdollisuus siihen, kun se oikein käytetään. Näillä rajauksilla, mitä tässä on, uskon, että tätä kautta voidaan mennä turvallisesti eteenpäin.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della relazione perché credo che il TiSA rappresenti un'opportunità per consolidare la posizione europea di maggior esportatore mondiale di servizi, posto che questi ultimi impiegano il 70% della forza lavoro dell'Unione europea e sono pari al 40% del valore dei beni esportati dall'Europa. L'accordo potrebbe stimolare la creazione dell'occupazione dell'Unione europea, facilitando l'internazionalizzazione delle PMI con l'eliminazione degli ostacoli non tariffari che ancora colpiscono il settore. Pur rappresentando un accordo quadro di strategica importanza riguardo i temi di accesso al mercato, di economia digitale, mobilità, servizi finanziari e logistica, il TiSA soffre della sua stessa natura di atto plurilaterale e quindi parziale. Di conseguenza, per mezzo della corretta applicazione dei principi generali di politica commerciale va stimolata la sua vocazione a divenire accordo multilaterale nel quadro dell'OMC. Ritengo infine fondamentale che l'esito del negoziato, oltre a realizzare il potenziale non ancora sviluppato di un mercato dei servizi più integrato a livello mondiale, sia in grado di evitare il dumping sociale, ambientale ed economico e di garantire il pieno rispetto dell'acquis dell'Unione europea.

Andrejs Mamikins (S&D). – Kolēģi! Pakalpojumu tirdzniecības nolīgums ir globāla mēroga potenciāla vienošanās par liberalizāciju starptautiskajā pakalpojumu tirdzniecībā — banku jomā, veselībā, transportā, vairākās citās. Eiropas Savienība un ASV ir galvenie šī nolīguma proponentāji, un vairāk par to jāsaprot, ka G7 valstis ir atbalstītāju loka. Eiropas Parlaments īpaši atzīmēja nepieciešamību, lai nolīguma efekts aptvertu maksimāli lielu cilvēku skaitu un pozitīvi ietekmētu jaunu darba vietu radīšanu un integrējošu izaugsmi.

Īpaši vēlos atzīmēt, kolēģi, rekomendāciju par starptautiskās viesabonēšanas caurredzamību, kā arī par nepieciešamību izslēgt no TiSA sarunām sabiedriskos pakalpojumus — kultūras un audiovizuālos pakalpojumus — ar mērķi, piemēram, maksimāli garantēt kultūras mantojuma saglabāšanu, it īpaši jaunajās valstīs, un ļoti pozitīvi visumā vērtēju šo lēmumu.

Zoltán Balczó (NI). – A jelentés a szolgáltatások nemzetközi kereskedelmével kapcsolatos többoldalú megállapodásról szól. Ez a megállapodás veszélyezteti a szolgáltatásokra vonatkozó uniós normákat és munkahelyeket, az uniós polgároknak nyújtott közszolgáltatásokat és a tagállamoknak a szabályozáshoz való jogát. Ezért ezt a globalizáció irányába tett újabb lépést egyértelműen elutasítottam. Az Unió vezetésének nem az a feladata, hogy a multinacionális vállalatoknak újabb piacokat nyisson, részben a fejlődő országok, részben a gyengébb uniós tagországok kárára, hanem éppen az, hogy megvédje az Unió állampolgárait és munkahelyeit, a fejlődőket pedig abban segítse, hogy maguk termeljék meg szükségleteiket és szolgáltatásaikat, és ne özönljék el Európát. Emiatt elutasítottam a javaslatot.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem poměrně fascinován tím, jak někteří mí kolegové řeknou svoji minutu a potom odkráčí a vůbec neznají fakta. Já neznám žádný příklad státu, který pokud se oplotí, tak zvýší svoji zaměstnanost, zvýší svoji produktivitu HDP. Při vši úctě k mým předřečníkům, právě Evropa je skutečně významným poskytovatelem služeb, je to snad 40 % našeho HDP, které poskytujeme, a je to naše konkurenční výhoda. Liberalizace tohoto prostoru je v našem životním zájmu. Nepochybně bude zvyšovat zaměstnanost. Naším cílem by mělo být právě liberalizovat i toto prostředí a chránit samozřejmě i to, co je důležité. Ty veřejné služby jsou vyloučeny zatím podle mezinárodních dohod z této liberalizace a můžeme je chránit i nadále. Pro mě bylo například podstatné, že obce a jejich příslušnost nebudou touto dohodou jakkoli diskriminovány. Jsme na začátku, měli bychom toto jednání dokončit, toto je pouze mandát k tomuto jednání.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, tá áthas orm a rá gur vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo mar a rinne mo chomhghleacaithe chomh maith, agus a rinne 531 Feisire eile. Is mór an móramh é sin agus dá bhrí sin tá moladh mór tuille ag an rapóirtéir, mo chomharsa anseo, Viviane Reding, as an dea-jab a rinne sí. Deireann sí go caithfidh rialacha náisiúnta a threisiú, agus aontaím leis seo.

We can now push towards liberalising trade and services between parties and, furthermore, look to eventually making the agreement part of the World Trade Organisation rule book. That would be good. As the world's largest importer and exporter of services, the EU can benefit immeasurably from supporting and constructing a solid regulatory foundation from international trade in services.

Dá bhrí sin, tá sé soiléir go gcabhróidh na moltaí seo chun an aidhm seo a bhaint amach agus chun níos mó jabanna a chothú san Aontas.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for Amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Noi del Movimento 5 Stelle siamo fortemente contrari al TiSa. Premesso ciò, è importante sottolineare che il M5S non ha detto sì al TiSA, ma ha detto sì a un certo tipo di mandato per i negozianti del TiSA.

In particolare, con gli emendamenti approvati, è stato espresso in maniera inequivocabile che i servizi pubblici essenziali, che garantiscono i diritti fondamentali dei cittadini europei, quali salute, ambiente, istruzioni e servizi culturali, sono intoccabili. La Commissione europea sarà obbligata a negoziare con gli altri paesi in maniera trasparente e attraverso liste positive, cioè dichiarando pubblicamente quali servizi liberalizzare. Inoltre non potranno esserci privatizzazioni irreversibili. Il testo così approvato rende di fatto difficile una futura approvazione.

Ho votato a favore poiché ritengo estremamente pericoloso lasciare carta bianca ai negoziatori.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

Tim Aker and Diane James (EFDD), in writing. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for Amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato, and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – En Izquierda Plural nos hemos posicionado desde el principio contra los diferentes acuerdos comerciales, como la ATCI o el AECG, con los que se está minando el poder democrático para entregárselo a las grandes corporaciones. Este informe avala las negociaciones del ACS, un acuerdo de comercio de servicios que están negociando veintitrés países, incluidos paraísos fiscales, como Suiza, y países no firmantes de los acuerdos de la OIT, como los Estados Unidos. Además, se promueve que los servicios queden en manos de grandes corporaciones internacionales, fomentando la privatización y completa liberalización de los servicios. El informe da su visto bueno a la privatización de los servicios postales, hasta ahora públicos en el Estado español. En el informe también se avala que se quite a los ayuntamientos la capacidad de remunicipalizar, o que se tengan en cuenta criterios como la igualdad de género o la creación de empleo durante la negociación del Acuerdo. También cabe destacar que votamos un aval a las negociaciones cuando no conocemos el contenido de estas, ya que tienen lugar en absoluto secreto y solo hemos tenido conocimiento de su existencia gracias a las revelaciones de Wikileaks. Por todo esto, nos resulta imposible apoyar el informe.

Louis Aliot (ENF), par écrit. – Ce texte porte sur les négociations de l'accord sur le commerce services (TISA ou ACS). Cet accord a pour but de favoriser le commerce international des services et de créer une réglementation internationale de ces services.

Or, l'objectif de ce texte, entre autre, est de faire croire que ces normes internationales peuvent être créées tout en gardant le droit de réglementer ou encore que laisser circuler les données à caractère personnel des européens est possible tout en les protégeant. De plus, au nom du marché sans frontières, ce traité aurait des conséquences lourdes sur la souveraineté des États.

Profondément opposé à la mise en place de ce traité, qui est un véritable danger pour les services publics français et les entreprises françaises, j'ai voté contre ce texte.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – We voted against this report, which essentially endorses the EU's trade and liberalisation strategy.

Sinn Féin believes the negotiations for the Trade in Services Agreement – currently being negotiated between the EU, the US and 23 other countries – should be suspended. The TiSA will create an international legal regime which aims to deregulate and privatise the supply of services.

Our concerns about TiSA include: the lack of transparency; workers' rights; and the accelerated privatisation of public services.

Of particular concern is the impact that TiSA may have on the financial services sector. From what we have seen in leaked negotiation texts published by Wikileaks last year, TiSA may require states to stop and reverse the financial regulation measures put in place in the wake of the 2008 financial crisis. It is clear from the leaked TiSA Annex on Financial Services that TiSA's extreme deregulation agenda would apply to virtually the entire financial sector.

Governments would be forced to deregulate banking, derivatives, insurance, stocks and bonds, foreign exchange, credit cards, financial data processing, credit-rating and other financial services. If a state refuses to conform to TiSA rules it would face trade sanctions. That is a recipe for disaster.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Υπερψήφισα τη συγκεκριμένη έκδοση σχετικά με τις συστάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου προς την Επιτροπή για τις διαπραγματεύσεις επί της συμφωνίας για τις συναλλαγές στον τομέα των υπηρεσιών καθώς θεωρώ πως οι κανόνες που διέπουν το παγκόσμιο εμπόριο είναι απαραίτητο να εκσυγχρονιστούν και να ενημερωθούν, όχι όμως με κάθε τίμημα. Η διαφάνεια των διαπραγματεύσεων, το δικαίωμα της διατήρησης της ιδιωτικότητας εντός της ροής δεδομένων, η πρόληψη του κοινωνικού ντάμπινγκ είναι κάποια μόνο από τα θέματα τα οποία προστατεύονται με την παρούσα έκθεση

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – Ich habe gegen die TiSA-Resolution gestimmt, da – trotz der darin enthaltenen positiven Absichtserklärungen – Klauseln festgehalten werden, die es unseren Kindern in Zukunft erschweren würden, Korrekturmaßnahmen bei möglich eintretenden Befürchtungen vorzunehmen (sog. Sperrklinken- u. Stillhaltekláuseln).

Generell sollten bei den Freihandelsabkommen (ähnlich wie bei CETA und TTIP) die Für- und Gegenargumente mehr in Relation zueinander gesetzt werden: Einerseits die zu gewinnenden möglichen Arbeitsplätze (Pro) und andererseits die möglicherweise eintretenden Qualitätsverluste, Preissteigerungen und ausgebliebenen Investitionen (Contra), die in den Debatten nicht gleichgesetzt werden dürfen. Der Europäische Gesetzgeber sollte vergangene Liberalisierungen und Privatisierungen auf ursprünglich Versprochenes und im Nachhinein tatsächlich Eingetretenes genauestens analysieren, um den politischen Entscheidungsträgern eine optimale Entscheidungsfindung im Sinne der Bürger zu ermöglichen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Voulant instituer un accord de libre-échange, à l'instar du TAFTA (traité de libre-échange transatlantique) et du TPP (Traité de libre-échange transpacifique), le TiSA concerne plus spécifiquement les services. Pour le moment, il est au stade des négociations et comprend l'UE, les États-Unis, la Norvège, la Suisse, le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande, Israël et la Turquie, le Chili, la Colombie, le Costa Rica, le Mexique, Panama, le Paraguay, le Pérou, Taïwan, Hongkong et la Corée du Sud et le Pakistan. L'objectif affiché est d'établir des normes mondiales sur le commerce des services et une vaste zone de libre-échange. En réalité, il s'agit surtout de démanteler une partie des services publics nationaux en les mettant en concurrence avec des industries de services privées. Etant, avec mes collègues du Front national, absolument opposée à ce monde sans frontières économiques qui permet à des entreprises multinationales de dicter leur loi aux Etats, et en définitive aux peuples, j'ai naturellement voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I supported the EFDD amendments to TISA which aimed, inter alia, to protect public services from the agreement. I do not feel that the report went far enough in some areas to protect public services and consumers, but I do support the overall tone of the report which highlights concerns that need to be addressed.

I felt that to vote in favour might signify acceptance that certain amendments had not passed, and might be perceived as supporting a common position.

I therefore abstained on the final vote.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – En cours de négociations, l'ACS (TiSA en anglais) est un traité de libre-échange et de «normes mondiales» sur le commerce des services, comprenant rien de moins que l'UE, les USA, la Norvège, la Suisse, le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande, Israël, la Turquie, le Chili, la Colombie, le Costa Rica, le Mexique, Panama, le Paraguay, le Pérou, Taïwan, Hongkong et la Corée du Sud, le Pakistan.

L'objectif est de démanteler les barrières aux échanges concernant tous les services. L'accord vise donc à empêcher les gouvernements de mettre en place des réglementations si celles-ci entravent les activités et les profits des grandes industries des services. Les services publics seront ainsi mis en concurrence avec les services privés à l'exception des pouvoirs régaliens que sont: la justice, l'armée, la police, la diplomatie. Des services fondamentaux comme la santé, l'éducation ou l'eau sont considérés comme des services économiques, et risquent ainsi d'être ouverts au marché.

Les services publics seront mis en concurrence avec les services fournis par des entreprises privées sur le même créneau et seront donc peu à peu «démantelés» comme l'est aujourd'hui le service public du rail avec la SNCF. Pour ne rien dire de l'absence de protections des données privées.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de las recomendaciones del Parlamento Europeo a la Comisión Europea para las negociaciones restantes del Acuerdo sobre el Comercio de Servicios (ACS) porque los diputados al Parlamento Europeo hemos conseguido establecer unos niveles de exigencia, limitaciones y transparencia lo suficientemente ambiciosos y coherentes.

Es fundamental dejar los servicios públicos fuera de este acuerdo y garantizar que no se ven comprometidas las leyes europeas de protección de datos.

Este informe recoge las líneas maestras que el Parlamento recomienda a la Comisión. No son vinculantes pero sí esenciales para que el fruto final de este Acuerdo, una vez concluida la negociación, tenga posibilidades de ser aprobado por este Parlamento.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Reding sulle raccomandazioni del Parlamento europeo alla Commissione sui negoziati relativi all'accordo sugli scambi di servizi (TiSA). L'accordo, attualmente in fase di negoziazione a Ginevra, coinvolge 23 paesi dell'OMC più l'UE, comprendendo il 70% del settore mondiale dei servizi. Si tratta di un processo fondamentale perché l'Unione rappresenta il maggior importatore ed esportatore di servizi al mondo e mostra un interesse particolare per la creazione di una normativa internazionale solida per il commercio internazionale dei servizi.

Ritengo che la relazione presentata in Parlamento sottolinei efficacemente la necessità di garantire una maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati, assicurare una parità di condizioni a livello globale e offrire vantaggi concreti ai consumatori. La futura multilateralizzazione del trattato dovrà quindi essere facilitata mantenendo al contempo fuori dai negoziati i servizi pubblici e culturali, il diritto di regolamentare, i diritti fondamentali alla riservatezza dei dati e quelli legati alle condizioni di lavoro.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque, a pesar de los considerables progresos con respecto al informe original y a las condiciones actuales de la negociación, sigue siendo contrario a los intereses de la ciudadanía de los países firmantes y, más aún, de los países en desarrollo que quedan excluidos del Acuerdo. No estamos dispuestos a votar a favor de un Acuerdo que favorece el la liberalización de servicios y el libre comercio en ámbitos que incluyen sectores muy delicados para el bienestar y el desarrollo. Se trataría de un movimiento contrario al sentido común en un contexto en que aún atravesamos las consecuencias de una crisis causada en buena medida por la liberalización.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis évidemment fermement opposée à voter ce rapport qui donne des recommandations à la Commission sur les négociations concernant l'accord sur le commerce des services (TISA).

Pour rappel, cet accord concernant principalement les États-Unis et l'UE négociant au nom des États-membres visent à réduire les barrières sur le marché des services — «barrières» étant le terme choisi volontairement car péjoratif, mais qui désigne en réalité de véritables normes protectrices.

Encore une fois, au nom du marché sans frontière et des intérêts des multinationales toutes puissantes, le rapport prône ainsi, par exemple, la concurrence sauvage dans le secteur des télécoms, ce qui, on le sait, se ferait au détriment des industries et des consommateurs européens, et notamment français.

Le TISA est par ailleurs un véritable danger pour les services publics français et les entreprises françaises et c'est pourquoi il est scandaleux que les États n'aient aucune latitude dans ces négociations qui risquent de précariser au détriment de tous des secteurs comme l'éducation ou la santé.

Une nouvelle fois, la logique du marché semble primer sur le bien-être des citoyens et c'est pourquoi le groupe ENF a demandé lors de ce vote l'arrêt immédiat des négociations autour du TISA.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che il TiSA, il negoziato sul commercio nel settore dei servizi, potrebbe danneggiare fortemente il sistema produttivo europeo, causando la perdita di autonomia normativa da parte degli Stati membri e dell'UE, oltre a una liberalizzazione e privatizzazione senza limiti e vincoli dei servizi, con inaccettabili conseguenze per consumatori e lavoratori. Per questo non ho supportato col mio voto il testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas, atsižvelgdamas į vykstančias derybas dėl prekybos paslaugomis susitarimo (TiSA), pateikė Komisijai rekomendacijų sąrašą dėl to, kas šiame susitarime turėtų būti numatyta. Parlamento nuomone, bet kokių prekybos susitarimu Europos vartotojams turi būti suteikiama daugiau teisių ir užtikrinamos mažesnės kainos, kuriama daugiau darbo vietų ir užtikrinama darbuotojų apauga. Bet kokių ES prekybos susitarimu mūsų įmonėms turi būti atveriamos užsienio rinkos, o ES piliečiams sukuriama apsaugos tinklas. TiSA susitarimu taip turi būti padidintas užsienio rinkų prieinamumas, skatinama geriausia patirtis ir formuojama globalizacija, siekiant užtikrinti, kad tai atspindėtų ES vertybes, principus ir interesus ir padėtų ES įmonėms klestėti pasaulinės vertės grandinėse. Parlamento nuomone, vartotojų teisės ir socialiniai ir aplinkos apsaugos standartai yra ne

kliūtys prekybos, o nediskutuotinas Europos 2020 m. pažangaus, darnaus ir įtraukaus augimo strategijos pagrindas, todėl ES prekybos politikoje visada privalu laikytis ekonominės, socialinės ir teritorinės sanglaudos tikslų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A szolgáltatáskereskedelmi megállapodásra (TiSA) irányuló tárgyalásokra vonatkozó, most elfogadott jelentés ügynevezett saját kezdeményezésű jelentés (INI). Ennek megfelelően jogilag kötelező erővel nem bír, jogalkotásra nem kötelez. A FIDESZ–KDNP néppárti delegációjának helyzetértékelésével összhangban a teljes szöveg ismeretében alakítom majd ki saját álláspontomat.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Poročevalka Redingova je na občutljivem področju, kot ga predstavlja sporazum TISA, pripravila dobro in uravnoteženo poročilo. Z njim je Parlament poslal jasno sporočilo pogajalcem na kaj naj bodo pozorni, zahtevali pa smo vso transparentnost pogajanj.

Storitve s področja telekomunikacij, prometa, infrastrukture, predstavljajo dobršen del svetovnega gospodarstva, svet pa se tudi pospešeno digitalizira. Pri pogajanjih sodeluje 23 članic WTO. EU, kot ena izmed njih, lahko s sporazumom veliko pridobi, seveda če bodo pogajalci dovolj pozorni na najbolj občutljiva področja.

Sam sem opozoril predvsem na pravice delavcev in preprečevanje socialnega dampinga, ohranitev visoke ravni pravic potrošnikov, varovanje osebnih podatkov ter seveda najbolj pomembno – javne storitve. Slednje morajo ostati „javne“ za vse in ne morajo biti popolnoma prepuščene tržnim okoliščinam, saj se hitro lahko zgodi, da bo kratko potegnil ravno najšibkejši sloj prebivalstva.

Dandanes slišim veliko splošnega nasprotovanja sporazumu, predvsem z ideološkega vidika, čeprav pogajanja še aktivno potekajo. Toda svet se premika naprej, lahko smo na tem vlaklu napredka in pri tem sodelujemo s svojimi predlogi in praksami, ali pa ostanemo zadaj. EU si tega kot gospodarska velesila ne more privoščiti, zato sem tudi podprl priporočila pogajalcem. Bom pa nadaljnje dogajanje budno spremljal, predno se odločim kakšna bo moja končna podpora sporazumu.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che l'Accordo sugli scambi di servizi (TiSA) rappresenti un'importante opportunità di crescita per l'economia europea e che l'UE debba sfruttare questa opportunità per ottenere delle condizioni di reciprocità favorevoli alle imprese europee.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – L'accord sur le commerce des services (ACS) est un traité de libre-échange qui a vocation à réduire considérablement les droits de douane sur les services ainsi qu'à harmoniser les normes mondiales. Le principal danger de cet accord est la mise en concurrence des services publics, réalisés dans l'intérêt général, avec les services privés qui répondent à un devoir de rentabilité. À l'exception des pouvoirs régaliens, à savoir la justice, la police et l'armée, seront concernés l'éducation, la santé ou l'eau par exemple. Même si les États membres de l'Union bénéficieront d'une harmonisation des droits de douane dans la mesure où ceux que nous fixons sont très en deçà des autres pays signataires, la déréglementation des services publics sera extrêmement néfaste aux plus vulnérables d'entre nous qui n'auront pas suffisamment d'argent pour financer l'école de leurs enfants ou pour se payer une sécurité sociale. Nous ne sommes absolument pas dupes des prétendues lignes rouges que la Commission n'est pas censée franchir car l'Union soviétique européenne, destructrice des identités nationales et des emplois, ne recule devant rien pour satisfaire les exigences et les besoins des grandes multinationales.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – TiSA reprezintă pentru UE o oportunitate de a-și consolida poziția dobândită, aceea de principal exportator mondial de servicii, iar cadrul în care se potrec negocierile, pentru a beneficia de succes, trebuie să fie la un nivel înalt de transparență, dialog și responsabilizare.

Orice acord comercial trebuie să ofere mai multe drepturi și prețuri mai scăzute pentru consumatorii europeni, mai multe locuri de muncă și un nivel mai ridicat de protecție pentru lucrători și multe alte avantaje ce sunt mai ușor de urmărit atunci când sunt mai mulți actori implicați, ce urmăresc aceleași obiective benefice pentru Uniune.

Pentru a obține un acord echilibrat și a respecta tratatele fundamentale ale Uniunii, Comisia trebuie să țină cont de poziția Parlamentului European, ce are un rol decisiv în politica comercială a UE și de aceea apreciez ca fiind întemeiată solicitarea de a obține informații actualizate și complete asupra negocierilor. Mai mult, consider că ar trebui să fie încurajate statele membre să se implice și să consulte parlamentele naționale, precum și autoritățile locale și regionale, informându-le permanent asupra derulării negocierilor.

Susțin recomandările Parlamentului și avizele comisiilor implicate și, prin urmare, am votat favorabil această rezoluție.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. Il TiSA è un progetto di accordo in corso di negoziato tra 23 soggetti nell'ambito dell'OMC. A mio avviso, la risoluzione della commissione INTA è negativa. Si tratta di un testo che, pur contenendo riferimenti positivi circa i rischi derivanti da questo negoziato, mantiene però un atteggiamento di favore nei confronti di un possibile accordo. Per questa ragione la Lega Nord non potrà che confermare, in Plenaria, il voto negativo espresso in commissione parlamentare.

Il TiSA è – insieme a TTIP (USA) e CETA (Canada) – uno dei grandi dossier che, in materia di commercio internazionale, potrebbero nei prossimi anni causare enormi danni al nostro sistema produttivo. A mio avviso, comunque, un accordo multilaterale in una materia così sensibile come quella dei servizi è un rischio che non vale assolutamente la pena di assumere. Entrano in campo molti dei temi noti anche per il TTIP: gli Stati Membri (e la stessa UE) perderebbero autonomia normativa e un processo di liberalizzazione e privatizzazione indiscriminato (e soprattutto non gestito da Parlamenti nazionali e regionali) potrebbe causare seri rischi sia ai consumatori che agli stessi lavoratori.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté sa position sur l'accord international sur le commerce des services. Cet accord est négocié par 24 parties dont le Canada, les États-Unis, le Japon et l'Union européenne. Ensemble, ils représentent 70% du commerce mondial des services. L'Union est le premier exportateur mondial de services. Cet accord sera bénéfique aux entreprises qui pourront exporter plus facilement des services. Ceci génèrera de la croissance et des emplois. Le Parlement a rappelé l'importance de préserver les normes économiques, sociales et environnementales européennes dans ces négociations. Certains services comme l'audio-visuel, la santé et l'eau doivent être exclus de cet accord. Nous devons également être certains d'une totale réciprocité de nos partenaires. On doit être dans le gagnant-gagnant. Si nous ouvrons nos frontières au commerce des services, il faut être certain que chacune des parties respecte les mêmes règles dans le cadre d'une concurrence loyale. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. – He votado contra la Resolución que contiene las recomendaciones del Parlamento Europeo sobre las negociaciones relativas al Acuerdo sobre el Comercio de Servicios (ACS) por varias razones pero, sobre todo, porque creo que el Parlamento tiene que enviar un mensaje claro y fundamentado sobre la importancia del comercio internacional y la necesidad de acabar con las barreras al comercio y con el proteccionismo para alcanzar una Europa más integrada, con mayor crecimiento y progreso.

La importancia del comercio de servicios es cada vez mayor, al ser este un motor crucial para la creación de empleo. Este Acuerdo debe aumentar el acceso a los mercados exteriores, pero Europa no puede imponer sus reglas y valores a países, ni introducir factores proteccionistas, destructivos y muy poco solidarios. Los apartados como el apartado 1, letra d), inciso i., atentan contra la libre circulación, que considero fundamental.

No estoy de acuerdo, entre otras cosas, con que se permita a una de las partes abandonar el Acuerdo.

La exclusión automática de los servicios públicos debería ser revisada: nadie garantiza que un servicio sea mejor, más eficiente y seguro para los consumidores por el mero hecho de ser proporcionado por el Estado.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report because it contains many excellent suggestions for the Commission regarding the Trade in Services Agreement (TiSA) negotiations. The agreement in itself provides many new opportunities in terms of access to foreign markets and reduction of obstacles to trade on the international arena which is bound to result in growth and creation of jobs. This agreement is to cover a large proportion of world trade services and therefore contributes to the setting of new world standards.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La politica commerciale dell'Unione europea è competenza esclusivamente dell'UE. Se la Commissione europea negozia gli accordi per conto dell'UE nell'ambito delle regole dell'OMC, il Parlamento europeo deve essere pienamente informato in tutte le fasi della procedura e ha comunque l'ultima parola. Se la delegazione M5S ha votato a favore della relazione Reding è perché devono essere elaborate delle nette e chiare raccomandazioni alla Commissione europea.

Oggi non abbiamo votato a favore del TiSA – siamo ancora a metà percorso in riferimento alla procedura – ma di un mandato ben chiaro alla Commissione europea, che mira tra l'altro a proteggere gli interessi dei cittadini e ad evitare lo smantellamento dei servizi pubblici.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – The interests of our citizens and consumers, especially the most vulnerable, must be brought to negotiating table.

We cannot allow public services to be further exposed to trade and competition rules and push the limits of the markets because international players are missing out on profits.

Health, education or social security are not just intangible commodities. Their provision is essential for the fulfilment of our people's fundamental rights as citizens and social cohesion.

This cannot become a backdoor for social dumping either. Services provided in Europe must be performed by workers who enjoy the standards of protection afforded by European law.

I would have liked to see a new Council mandate that constrains the freedom of the Commission trade teams. But Parliament made it clear that we cannot just give free reign to the Commission's free market Midas touch.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – I servizi rappresentano un settore di punta per l'economia dell'Unione. L'Europa è infatti il principale esportatore mondiale di servizi, detenendo il 25% del mercato globale. Restano però ancora molte le barriere, soprattutto quelle non tariffarie, che rallentano l'internazionalizzazione delle PMI e che ne impediscono l'accesso a nuovi mercati.

Dal 1995, con la diffusione di Internet, l'economia è cambiata e i servizi continuano ad acquisire un'importanza crescente nelle economie internazionali; questo è un motivo in più per regolare e garantire una maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati, assicurando a livello globale parità ed equità nelle condizioni di lavoro.

Il TiSA dovrà portare a un livello ambizioso di apertura del mercato dei servizi alle PMI. Opportunamente, però, il Parlamento chiede che rimangano esclusi i servizi pubblici e culturali e anche i diritti fondamentali alla riservatezza dei dati. Il voto di oggi, che ha visto il mio pieno consenso, non è un giudizio sull'accordo o sulla firma dell'accordo stesso bensì sull'insieme delle raccomandazioni chiare che il Parlamento europeo ha espresso e di cui la Commissione dovrà tenere conto in fase negoziale. Il rispetto delle condizioni di lavoro e dell'ambiente è tra i principali criteri che dovranno guidare la definizione del TiSA.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τη θέση της εισηγήτριας, η οποία τονίζει πως στο πλαίσιο των διαπραγματεύσεων για την TiSA πρέπει να εξασφαλιστεί μεγαλύτερη αμοιβαιότητα όσον αφορά την πρόσβαση στην αγορά, να δημιουργηθούν ίσοι όροι ανταγωνισμού, να προσφερθούν απτά οφέλη στους καταναλωτές και να παρασχεθεί στα ενδιαφερόμενα μέρη πρόσβαση στις συνομιλίες, ώστε να διευκολυνθεί η μελλοντική εξασφάλιση πολυμερούς χαρακτήρα.

Τονίζουμε πως οι δημόσιες και πολιτιστικές υπηρεσίες, τα θεμελιώδη δικαιώματα της προστασίας των δεδομένων και των δικαιων συνθηκών εργασίας καθώς και το δικαίωμα έκδοσης κανονιστικών ρυθμίσεων, είναι αδιαπραγμάτευτα και πρέπει να εξαιρούνται ρητά από το πεδίο εφαρμογής της συμφωνίας.

Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πρέπει να εργαστεί με εποικοδομητικό και ρεαλιστικό τρόπο προκειμένου να προσδώσει θετικό χαρακτήρα, να αποσαφηνίσει και να θέσει σε προτεραιότητα τις διαπραγματεύσεις της TiSA ώστε να διασφαλιστεί η σύναψη μιας καλής συμφωνίας προς το συμφέρον των ευρωπαϊκών επιχειρήσεων και των καταναλωτών.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Συζητήσαμε σήμερα την έκθεση που περιέχει τις συστάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου προς την Επιτροπή σχετικά με τις διαπραγματεύσεις επί της συμφωνίας για τις συναλλαγές στον τομέα των υπηρεσιών, καθώς αποτελεί ένα σημαντικό ζήτημα στο οποίο πρέπει να στρέψουμε τη προσοχή μας.

Ήδη από τις προπαρασκευαστικές διαδικασίες μέχρι και τη σημερινή ψηφοφορία, εκφράσαμε την αντίθεσή μας στις διαπραγματεύσεις στον τομέα των υπηρεσιών και βεβαίως η αρνητική μας ψήφος δεν θα μπορούσε παρά να αποτελεί ένα δείγμα συνέπειας στις θέσεις μας.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché credo nell'importanza del ruolo decisivo del Parlamento nell'ambito della politica commerciale dell'UE. Il relatore intende valutare i primi due anni e mezzo e i tredici cicli di negoziati relativi all'accordo sugli scambi di servizi (TiSA) ed elaborare raccomandazioni chiare e solide destinate alla Commissione.

I negoziati sul TiSA sono finalizzati a garantire una maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati, assicurare una parità di condizioni a livello globale, offrire vantaggi concreti ai consumatori e permettere alle parti interessate di avere accesso ai colloqui. Tuttavia, i servizi pubblici e culturali, i diritti fondamentali alla riservatezza dei dati e a condizioni di lavoro eque, come anche il diritto di regolamentare, non sono negoziabili e dovrebbero essere inequivocabilmente esclusi dall'ambito di applicazione dell'accordo.

Occorre che il Parlamento europeo lavori in modo costruttivo e pragmatico per dare un'immagine positiva dei negoziati sul TiSA onde garantire che si concluda un buon accordo, nell'interesse tanto delle imprese quanto dei consumatori europei.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché sono a favore dell'armonizzazione delle condizioni commerciali, soprattutto quando questa può portare a dei vantaggi per i consumatori e le imprese del mio paese.

In questo caso, trovo che l'Italia abbia un vantaggio dalla facilitazione dello scambio di servizi, perché, ad esempio, con la regola di reciprocità negli appalti la bravura delle nostre imprese può più facilmente trionfare sulla mediocrità altrui, mentre i consumatori sono più tutelati, ad esempio, grazie alle maggiori regole sul commercio elettronico. Mi auguro di cuore che anche gli altri paesi dell'OMC che al momento non hanno firmato questo accordo si accodino presto.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – 23 members of the World Trade Organisation (including the EU) are currently negotiating the Trade in Services Agreement. The services sector accounts for the world's largest employer, and produces 70% of global gross domestic product. The agreement aspires to open up markets and improve rules in areas such as financial services, maritime transport, telecoms and licensing. The EU is the world's largest exporter of services, therefore opening the market for services will encourage growth and create jobs. Consumer rights, along with social and environmental standards should not be seen as trade barriers but non-negotiable building blocks of the Europe 2020 strategy for growth. The TiSA has the potential to address fundamental barriers to trade in services across the globe. The agreement can improve issues such as limited movement of data across borders, unfair competition from state-owned enterprises and lack of transparency.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Acordo Sobre o Comércio de Serviços (TISA) é um acordo comercial que está a ser negociado entre 23 membros da Organização Mundial de Comércio com o objetivo de liberalizar o comércio de serviços entre os participantes.

À luz dos Tratados, o Parlamento Europeu não tem o poder de negociação, mas tem o poder de manifestar a sua opinião durante o processo de negociação com vista a influenciar o seu desenvolvimento, o que resulta no presente relatório não podendo o acordo final entrar em vigor sem a aprovação do Parlamento Europeu e dos Estados-Membros.

Apoio o Relatório da colega Reding por considerar que o TISA constitui uma oportunidade para a UE consolidar a sua posição de maior exportador de serviços a nível mundial proporcionando, ao mesmo tempo, aos consumidores europeus mais direitos e preços mais baixos, mais postos de trabalho e crescimento económico na UE, reduzindo um conjunto de obstáculos não pautais que existem hoje em dia nos serviços transfronteiriços e que afetam de forma desproporcionada as pequenas e médias empresas.

Congratulo-me com a exclusão dos serviços públicos e audiovisuais do Acordo e ressalvo a importância das exigências em matéria de proteção de dados e respeito pela vida privada.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn mithilfe dieses Dienstleistungsabkommens erleichtern wir unseren Unternehmen den Zugang zu den internationalen Märkten. Wie für jedes andere Abkommen gilt dabei, dass wir am Ende dem Abkommen nur zustimmen werden, wenn es keine Eingriffe in unsere hohen Schutzstandards, sei es im Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz oder im Datenschutz mit sich bringt. Dies gilt auch für die öffentliche Daseinsfürsorge.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'accordo TiSA assume particolare importanza nell'attuale strategia dell'Unione che si sta mostrando abile negoziatrice di accordi commerciali su più tavoli contemporaneamente.

Tale accordo è un'evoluzione del TRIPS, infatti esso riguarda il tema della liberalizzazione dei servizi, con lo scopo di migliorare a livello multilaterale il commercio in questo settore per implementare il livello degli scambi. I partner designati sono stati selezionati dalla Commissione secondo il criterio di trarre il massimo vantaggio da questo accordo da parte di tutti gli attori coinvolti.

Ho deciso di votare a favore di questa relazione recante raccomandazioni dirette alla Commissione affinché quest'ultima possa ulteriormente avanzare, con lo svolgimento dei negoziati, positivamente.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The EU's role in trade policy is very important as it streamlines issues related to trade policies from a holistic angle. However Member States retain a final say on trade agreements. The current report assesses the work so far carried out on the Trade in Services Agreements and makes recommendations to the European Commission on how to steer these negotiations towards common goals and targets.

Amongst these proposals is that to create a global level playing field and ensuring more reciprocity in market access. It is very important to ensure that SMEs and consumers are provided with the best opportunities that safeguard their opportunities to access the market by seeking measures to do away with obstacles.

I have voted in favour of this report as it contains proposals which take into account both the interests of European companies and of consumers.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione mira a valutare i primi due anni e mezzo e i tredici *round* di negoziati sul commercio dei servizi (TiSA) e a elaborare chiare e nette raccomandazioni alla Commissione europea. I negoziati TiSA devono garantire maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati dei servizi (telecomunicazione, trasporti, servizi finanziari, energia), creare condizioni di parità globale (anche sul mercato degli appalti), offrire vantaggi tangibili per i consumatori e garantire una futura multilateralizzazione dell'accordo.

La relazione non è perfetta ma dice forte e chiaro che non si toccano i servizi pubblici, che non devono esserci privatizzazioni irreversibili e che i diritti dei cittadini vengono prima del libero scambio.

È necessario che vengano negoziati i servizi attraverso liste positive (ovvero dichiarando quali sono quei servizi che saranno liberalizzati) e che venga data la libertà alle amministrazioni locali di poter, in futuro, decidere di sospendere la liberalizzazione in alcuni settori.

La firma del TiSA è lontana e oggi il M5S non ha detto sì al TiSA, ha detto sì a un certo tipo di mandato per i negoziatori del TiSA. Il mio voto è quindi favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), por escrito. – En Izquierda Plural nos hemos posicionado desde el principio contra los diferentes acuerdos comerciales, como la ATCI o el AECG, con los que se está minando el poder democrático para entregárselo a las grandes corporaciones. Este informe avala las negociaciones del ACS, un acuerdo de comercio de servicios que están negociando veintitrés países, incluidos paraísos fiscales, como Suiza, y países no firmantes de los acuerdos de la OIT, como los Estados Unidos. Además, se promueve que los servicios queden en manos de grandes corporaciones internacionales, fomentando la privatización y completa liberalización de los servicios. El informe da su visto bueno a la privatización de los servicios postales, hasta ahora públicos en el Estado español. En el informe también se avala que se quite a los ayuntamientos la capacidad de remunicipalizar, o que se tengan en cuenta criterios como la igualdad de género o la creación de empleo durante la negociación del Acuerdo. También cabe destacar que votamos un aval a las negociaciones cuando no conocemos el contenido de estas, ya que tienen lugar en absoluto secreto y solo hemos tenido conocimiento de su existencia gracias a las revelaciones de Wikileaks. Por todo esto, nos resulta imposible apoyar el informe.

Andrea Cozzolino (S&D), per iscritto. – Gli scambi di servizi costituiscono un motore per l'occupazione e la crescita nell'UE e considero l'accordo multilaterale sugli scambi di servizi che la Commissione sta negoziando una opportunità per aggiornare le regole esistenti che risalgono al 1995 e per chiudere i vuoti normativi che sono attualmente utilizzati a danno dei lavoratori e cittadini.

L'approvazione della risoluzione del Parlamento europeo dà un chiaro mandato alla Commissione per negoziare un accordo che consolidi la posizione dell'UE come maggiore esportatore di servizi e al tempo stesso favorisca le imprese europee, garantisca maggiori diritti e prezzi più bassi per i consumatori europei, più posti di lavoro e maggiori tutele per i lavoratori e promuova lo sviluppo sostenibile.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az Európai Unió működéséről szóló szerződés 218. cikke értelmében nemcsak a kereskedelmi megállapodások elfogadásában játszik meghatározó szerepet a Parlament, hanem a kereskedelmi megállapodásokról folytatott tárgyalásokkal kapcsolatos eljárás minden szakaszában haladéktalanul és teljes körűen tájékoztatni is kell a Parlamentet.

A jelentésben megfogalmazott vélemény szerint a TiSA-tárgyalások során a piaci hozzáférés tekintetében fokozott viszonosságot, globális szinten azonos versenyfeltételeket, a fogyasztók számára kézzelfogható előnyöket kell biztosítani. Továbbá, az érdekelt felek számára lehetővé kell tenni a tárgyalásokhoz való hozzáférést. A köz- és kulturális szolgáltatások, az adatvédelemhez és a tisztességes munkakörülményekhez fűződő alapvető jogok és a szabályozáshoz fűződő jog nem képezhetik a tárgyalások tárgyát, ezeket egyértelműen ki kell zárni a megállapodás hatálya alól.

Fontos elem a LIBE szakszövetség javaslata, miszerint a megállapodás garantálja az alapvető uniós jogi normák maradéktalan tiszteletben tartását egy jogilag kötelező erővel és halasztó hatállyal bíró emberi jogi klauzula beiktatása révén, ami az EU harmadik országokkal kötött megállapodásainak állandó része. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – With this report the European Parliament is laying down its position on the essential elements that it feels should be included in the upcoming Trade in Services Agreement. I voted in favour of this report as it called for the exemption of public services from the agreement, workers' rights safeguards, high data protection standards and the right to regulate to be included as key principles of the agreement. By ensuring that these key issues are highlighted before the negotiations start, Parliament is giving a clear message about the level of standards it expects from such an agreement – and for this reason I supported the rapporteur's position.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I welcome this report and many of the recommendations contained within it. If successfully concluded, the Trade in Services Agreement, covering as it does partners accounting for 70% of global trade in services, will be a fantastic tool for reform, and bring the trade in services rules into the digital age. We need to ensure that in negotiations the Commission seeks ambitious market access openings for EU companies in public procurement, telecoms, transport, and financial and professional services, while ensuring that any movement of people to provide services remains without prejudice to the right of Member States to manage and legislate concerning access to their labour markets and determine their rules concerning the immigration of natural persons. This will create many

more trading opportunities for SMEs as well as boosting access for consumers.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha cercato di definire confini ben netti per l'azione dei negozianti impegnati a trattare il TiSA, un nuovo accordo che secondo uno studio pubblicato sullo stesso sito del Parlamento dovrebbe essere «un veicolo più efficace per liberalizzazioni di più ampia portata». Il TiSA viene definito addirittura ancor più liberalizzatore del TTIP. Ma noi sappiamo che dietro la parola «liberalizzazioni» si nascondono privatizzazioni che in genere coincidono con un vero e proprio assalto alle eccellenze e agli asset pubblici.

Le liberalizzazioni nei servizi attraverso il TiSA possono nascondere insidie e pericoli per i cittadini, per l'occupazione, per la salute. Basti pensare a quanto accaduto con le creazioni di *multiutilities* nei primi anni Duemila in Italia: il privato ha fagocitato il pubblico e ha rincorso il profitto fine a se stesso, con conseguente calo nella qualità dei servizi erogati e con un'impennata dei prezzi e delle tariffe.

Il voto alla relazione è quindi un voto per non lasciare briglia sciolta ai negozianti, indicando chiaramente i limiti entro cui dovranno operare, per salvaguardare i servizi pubblici e perché siano contemplati eventuali passi indietro rispetto alle privatizzazioni. In altre parole è un voto necessario per tutelare i cittadini.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Come avvenuto per il trattato transatlantico per il commercio e gli investimenti con gli USA, oggi il Parlamento europeo si è espresso dando chiare raccomandazioni alla Commissione sui negoziati in corso relativi all'accordo sugli scambi di servizi (TiSA).

Nella relazione si afferma a chiare lettere che l'obiettivo del TiSA deve essere quello di regolamentare il commercio internazionale dei servizi, tenendo in debita considerazione gli effetti della rivoluzione digitale su questo settore, con particolare attenzione alle implicazioni per consumatori e lavoratori.

Abbiamo voluto quindi che la relazione esprimesse chiaramente il nostro «no» ad un accordo senza tutele, ma che allo stesso tempo riconoscesse che senza una regolamentazione chiara ed efficace non vi potrà essere alcuna tutela per i cittadini.

Vogliamo inoltre che questo trattato, i cui negoziati stanno andando avanti tra 23 paesi, venga concluso in piena ottemperanza e coerenza con le regole stabilite a livello multilaterale, affinché possa in futuro includere il maggior numero di Stati: è infatti nei fora multilaterali come l'OMC che possiamo raggiungere accordi ambiziosi, che abbiano il merito di portare a scambi sempre più equi e a regole uguali per tutti.

Ho espresso quindi voto favorevole alla relazione sui negoziati relativi all'accordo sugli scambi di servizi.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose les recommandations du Parlement européen dans le cadre des négociations pour l'accord international sur le commerce des services (ACS ou TiSa en Anglais). Cet accord rassemble 24 parties (dont l'UE) et représente un tiers des membres de l'OMC, ainsi que 70 % du commerce mondial des services. Alors que la révision de l'accord général sur le commerce des services (AGCS) de l'OMC est au point mort, en raison notamment du blocage des BRIC (Brésil, Russie, Inde, Chine), les États favorables au renforcement des échanges de services ont entamé des négociations en 2013 sur un ACS. C'est la Commission européenne qui se charge des négociations pour le compte de l'Union et de ses 28 membres. Nous demandons à la Commission européenne d'exclure les services publics et audiovisuels de la libéralisation et des garanties sur les droits des consommateurs et les normes du travail. Nous estimons enfin que plus de transparence et un meilleur accès des entreprises européennes aux marchés publics des pays tiers est nécessaire. Considérant que cet accord peut ouvrir de nouveaux marchés visant à stimuler notre économie et nos PME et doit préserver nos services publics et audiovisuels, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, le Parlement européen a défini des lignes directrices fortes à l'attention de la Commission européenne pour la poursuite des négociations concernant l'accord sur le commerce des services (ACS). L'accord sur le commerce des services consiste à renforcer les règles internationales et à accroître l'ouverture des marchés dans le domaine des services tels que les services numériques, financiers ou encore les services de transport. J'ai considéré qu'il était particulièrement nécessaire de s'assurer que la conclusion de cet accord commercial favorise effectivement la croissance et l'emploi en Europe et participe à la compétitivité de nos entreprises. Dans ce contexte, il est bien sûr essentiel d'accorder une attention particulière aux PME.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. – I voted in favour because I believe we need an ambitious agreement on Trade in Services. Services are an ever-growing part of our economy, and using the potential of more easily providing services in these third countries can considerably strengthen the various European services sectors. I also want to stress the importance of fair market access and rules for the digital economy stressing the openness of internet governance.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – In un processo di globalizzazione discontinuo e frammentato è necessario che l'Unione europea abbia una visione di lungo termine non soltanto riguardo ai mercati internazionali di cui è attore fondamentale ma soprattutto nella comprensione degli scenari sociali e politici ad essi interconnessi.

Oggi, la catena del valore ha assunto una scala globale e ha permesso una forte riduzione dei costi per molte imprese europee, ma dai dati sembra che solo una parte dell'eterogeneo scenario imprenditoriale europeo sia riuscito a vincere questa sfida globale, ci sono numerosi casi invece di imprese che non sono riuscite a ricollocarsi in maniera vantaggiosa rispetto a questi nuovi scenari.

L'Unione europea dovrebbe munirsi di un insieme adeguato di misure per far vincere la sfida di questi negoziati con un apporto positivo per l'Europa nel suo insieme. È inoltre importante ricordare il prezzo di questi negoziati per quanto riguarda la negoziazione e spesso la negazione dei diritti sia all'interno dell'UE sia nelle imprese che fuori dai suoi confini ne compongono la catena del valore.

È necessario che il Parlamento sia portavoce pragmatico di tutte le istanze sociali, ambientali e politiche per far vincere all'Europa nel suo insieme e nella sua eterogeneità questa sfida.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Cette résolution du Parlement européen est un message clair adressé à la Commission en charge de négocier l'accord sur le pour l'Union européenne.

Le principal objectif de cet accord est de lever certaines barrières aux échanges, en moyenne pour 50% de coût supplémentaire sur les produits des entreprises exportatrices européennes. L'accord sur le commerce des services doit contribuer à défendre et mieux protéger les entreprises européennes à l'étranger et soutenir l'internationalisation des PME.

Il doit permettre également une plus grande réciprocité dans l'accès aux marchés, certains de nos partenaires commerciaux et Etats-membres de l'OMC, disposant de législations très protectrices et exclusives. En ce sens, il est important que l'Union européenne se dote d'un «European Business Act», sur le modèle de l'«American Business Act», pour privilégier les entreprises de l'Union sur le marché communautaire, lorsque cela est nécessaire.

Dans le même temps, il est important que les Etats puissent continuer à protéger les services publics de santé, d'éducation ou audiovisuels. C'est pourquoi la Commission n'est pas autorisée à prendre des engagements sur ces dossiers.

C'est en fonction du respect de l'ensemble des recommandations posées dans cette résolution que notre Parlement ratifiera, ou non, l'accord TiSA.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A TiSA-ra vonatkozó, most elfogadott jelentés úgynevezett saját kezdeményezésű jelentés (INI). Ennek megfelelően jogi kötéssel nem bír, jogalkotásra nem kötelez. A FIDESZ-KDNP néppárti delegációja a teljes szöveg ismeretében alakítja majd ki saját álláspontját.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Le TISA moins connu que le TTIP — qui prévoit une plus grande libéralisation du commerce des services en actualisant le cadre multilatéral existant et en l'adaptant au contexte de révolution numérique — n'en est pas moins dangereux. Son contenu est négocié dans la plus grande opacité. Le rapport adopté au Parlement européen le mercredi 3 février fixe un certain nombre de lignes rouges et de barrières de protection. Le TISA ne peut pas encourager l'évasion fiscale, le dumping social ou l'affaiblissement des normes de travail. Les données personnelles doivent être protégées, tandis que les services publics et culturels doivent, eux, être exclus de cet accord. Sur la question des services publics, j'avais poussé cette position d'exclusion stricte par l'intermédiaire de l'intergroupe «services publics». Je regrette cependant que nous n'ayons pas pu nous retrouver sur la nécessité de listes positives, plus protectrices que des listes négatives. La Commission doit maintenant entendre ce vote des élus européens. Si tel n'était pas le cas, le Parlement dispose d'un droit de veto et pourra s'opposer en dernier recours à l'adoption par cette assemblée de l'accord final qui lui sera soumis.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai apporté mon soutien aux recommandations formulées par le Parlement européen dans le cadre de l'accord actuellement négocié entre 23 membres de l'OMC. En principe et d'une manière générale, je suis en faveur d'une libéralisation du commerce des services. Il est dans notre intérêt de chercher à augmenter les opportunités pour les entreprises européennes de fournir des services tels que le transport et les télécommunications dans les pays tiers. Les négociations autour de cet accord ne me posent donc pas de problème. A ce stade de la procédure, j'estime cependant qu'il est essentiel de rappeler la nécessité s'assurer que cet accord n'empêchera pas l'UE et les autorités des États membres de légiférer dans l'intérêt public, notamment en ce qui concerne les droits du travail et la protection des données. Je ne souhaite pas que le TISA mette en péril nos services publics, notre culture, notre législation du travail, nos normes en matière d'environnement, la protection de nos consommateurs et de nos données. Pour moi, ni le TISA, ni le TTIP, ni aucun accord commercial ne doit porter atteinte à notre droit souverain de définir nos propres normes. Si tel devait être le cas, je n'approuverai pas cet accord.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le Traité TISA consiste, au nom du principe de libre-échange et du commerce international des services, à faire disparaître ce qu'il reste de la régulation par les États. Par ses dispositions, les services publics seront mis en concurrence avec les services privés, à l'exception des pouvoirs régaliens (justice, armée, police, diplomatie). Alors que la protection des données personnelles risque d'être mise à mal par les échanges croissants d'informations, les services publics pourraient être démantelés, à l'image de celui du rail en France. Refusant la multiplication des bonnes intentions, derrière lesquelles se cachent des conséquences désastreuses, comme sur le dossier du traité transatlantique, j'ai choisi de protéger les services publics et les entreprises françaises, en m'opposant à ce texte.

Ангел Джамбазки (ЕКР), *в писмена форма*. – Силно подкрепям този доклад, защото той не само призова ЕК да търси по-активно решение за възможности за по-добър достъп до пазари за компании и специалисти от ЕС, но също така призовава ЕК да гарантира, че вече не са позволени други пречки пред търговията, основани върху националността.

Изключително важно е, че ЕК не изпуска ключовите приоритети, а се грижи фирмите и специалистите от ЕС да не изостават от потенциалните възможности, като например търговски сделки. Ние трябва да повишим достъпа на потребителите до пазарите като публично възлагане на обществени поръчки, телекомуникациите, транспорта, финансови и професионални услуги, както и да гарантираме, че нашите високо квалифицирани специалисти ще могат да работят извън ЕС, без неоправдани пречки. Още повече, че когато става дума за законодателство или управление на движението на хората като цяло, това е в компетенциите на държавите членки и също така този доклад изрично призовава за това.

Подкрепям и факта, че както ясно се посочва в доклада, обществените услуги от ЕС няма да бъдат част от преговорите, както и това, че правилата за защита на данните на ЕС нямат да бъдат засегнати, особено като се имат предвид важните търговски преговори и въпросите на вътрешния пазар.

Γεώργιος Επιτήδειος (ΝΙ), *γραφώς*. – Προτείνεται η καταψήφιση της έκθεσης για τη συμφωνία TiSA, δεδομένου ότι με τη συμφωνία αυτή διακυβεύονται τα πρότυπα υπηρεσιών της ΕΕ, η απασχόληση (συμπεριλαμβανομένων των ποιοτικών θέσεων απασχόλησης), οι δημόσιες υπηρεσίες για τους πολίτες της ΕΕ και το δικαίωμα των κρατών μελών να προβαίνουν σε κανονιστικές ρυθμίσεις.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A TiSA-ra vonatkozó, most elfogadott jelentés úgynevezett saját kezdeményezésű jelentés (INI). Ennek megfelelően jogi kötőerővel nem bír, jogalkotásra nem kötelez. A FIDESZ–KDNP néppárti delegációja a teljes szöveg ismeretében alakítja majd ki saját álláspontját.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the resolution on the Trade in Services Agreement because it does not deal with the major concerns about the negotiations. The resolution does contain some positive points – namely the demand to exclude all public services and services of general interest (for example, healthcare and water) from the negotiations. It is very important to my constituents in Wales that protection of public services is guaranteed. I will continue to work for this.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Il trattato TISA tende ad una deregolamentazione ed una spartizione del mercato a favore delle grandi aziende e delle multinazionali.

La conclusione dell'accordo condurrebbe alla liberalizzazione di circa il 90% del mercato dei servizi, quali banche e finanza, mercato del lavoro, sanità, istruzione, ricerca scientifica, servizi postali, trasporto aereo e marittimo, raccolta dei rifiuti, costruzioni, telecomunicazioni. L'accordo potrebbe avere un impatto enorme su servizi essenziali.

Con questa relazione, sebbene non sia perfetta, il Parlamento europeo ha posto delle condizioni stringenti al trattato. Ha indicato in modo forte e chiaro che i servizi pubblici non si toccano, che non devono esserci privatizzazioni irreversibili e che i diritti dei cittadini vengono prima del libero scambio. È necessario che vengano negoziati i servizi attraverso liste positive (ovvero dichiarando quali sono quei servizi che saranno liberalizzati) e che venga data la libertà alle amministrazioni locali di poter decidere di sospendere la liberalizzazione in alcuni settori.

La firma del TiSA è lontana e oggi il M5S non ha detto sì al TiSA, ha detto sì a un certo tipo di mandato per i negoziatori del TiSA. Il mio voto è quindi favorevole.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – É necessário garantir mais oportunidades para as empresas europeias em mercados estrangeiros, a exclusão dos serviços públicos, a proteção dos direitos laborais e o direito de legislar no interesse público.

Se as recomendações do Parlamento Europeu forem respeitadas, o TiSA vai garantir mais direitos aos cidadãos cá dentro e remover obstáculos às empresas lá fora. Portanto, é necessário que a Comissão Europeia assegure que o acordo crie condições de concorrência equitativas no setor dos serviços e abra novos mercados aos prestadores de serviços da UE, em áreas como as telecomunicações, os transportes e os contratos públicos.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, parce que je m'oppose à la conclusion de l'Accord sur le Commerce et les Services.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – È molto importante che il Parlamento europeo tenga gli occhi ben aperti su quello che sta avvenendo nell'ambito dei negoziati sul commercio dei servizi (TISA), attualmente in corso a Ginevra.

Da sempre denunciemo i rischi che si celano dietro questi negoziati, che non sono meno pericolosi del TTIP. Non possiamo cedere su alcuni principi fondamentali a tutela dei cittadini e del sistema produttivo europeo: i servizi pubblici e culturali, i diritti fondamentali alla *privacy*, condizioni di lavoro eque, tra gli altri, sono questioni non negoziabili che vanno escluse da un futuro eventuale accordo.

Condividiamo le raccomandazioni formulate dal Parlamento europeo, ed in particolare il riconoscimento agli Stati membri ed alle amministrazioni locali del diritto di regolamentare l'apertura o meno dei propri servizi. Riteniamo, d'altro canto, che i negoziati debbano essere regolamentati attraverso liste positive, ovvero dichiarando chiaramente quali sono i servizi che verranno liberalizzati.

È infine di estrema importanza che le amministrazioni locali possano liberamente decidere di sospendere talune liberalizzazioni, per far fronte a possibili congiunture economiche o a scelte strategiche nazionali. Per queste ragioni, apprezzando il contenuto equilibrato della risoluzione, dichiaro di votare a favore della stessa.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Acordo sobre o Comércio de Serviços (TiSA), bem como o Acordo de Parceria Transatlântica de Comércio e Investimento (TTIP) e o Acordo Económico e Comercial Global Canadá-União Europeia (CETA), enquadram-se numa estratégia com um alcance sem precedentes de desregulação e liberalização do comércio ao nível mundial e de mercantilização de serviços públicos essenciais.

O TiSA abrange sectores tão diversos como as telecomunicações e o comércio eletrónico, os serviços financeiros e os seguros, os transportes e mesmo até os serviços de saúde. À margem de qualquer escrutínio democrático e do envolvimento dos governos neste processo, pretende impor-se um complexo emaranhado de normas e regras, desenhadas para ultrapassar constrangimentos estatais e desapossar qualquer controle parlamentar nacional.

À semelhança do que sucede com outros acordos, como o TTIP, todo o processo de negociações tem vindo a desenvolver-se no maior secretismo.

No fundo, este acordo representa mais um violento ataque às soberanias nacionais, aos serviços públicos e a uma política de desenvolvimento e bem-estar das populações.

Este relatório, negociado entre a direita e a social-democracia, cauciona o TiSA e as negociações que têm vindo a decorrer, mesmo se, como habitualmente sucede, procura enganar incautos e aliviar algumas más consciências, propondo medidas mitigadoras de efeitos negativos que desde já se anteveem.

Obviamente, votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the resolution because I believe it is bad for Irish Citizens.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Další rozmach tohto odvetvia súvisí aj s opakovane zdôrazňovanou nevyhnutnosťou podpory digitálneho hospodárstva. Veľmi často počúvame o význame technologických a trhových inovácií pre udržateľný ekonomický rast. Európa si v tejto oblasti udržuje pozíciu lídra. Toto jej postavenie nemôže byť za žiadnych okolností ohrozené. Prípadné uzavretie novej obchodnej dohody by malo byť podmienené jednoznačným upevnením pozície Európskej únie, ako najvýznamnejšieho globálneho exportéra služieb. Do rokovaní o TiSA je okrem EÚ zapojená ďalšia viac ako dvadsiatka krajín. Ich trhy znamenajú viac ako 2/3 súčasného globálneho obchodu so službami. Európska únia už pritom s viacerými z nich má vytvorené vzájomné väzby v tejto oblasti. Dohoda tak musí v sebe obsahovať konkrétny potenciál na ďalší posun vpred. V opačnom prípade nemá pre Európsku úniu žiaden význam. Musí priniesť väčšiu zamestnanosť, viac práv a nižšie ceny pre európskych spotrebiteľov. Zároveň je nevyhnutné definovať jasné hranice, do ktorých už nemôže za žiadnych okolností zasahovať. Týka sa to najmä verejných služieb, služieb v oblasti kultúry, práva na ochranu údajov či spravodlivé pracovné podmienky.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario perché questo accordo potrebbe causare nei prossimi anni enormi danni al nostro sistema produttivo, facendo perdere anche autonomia normativa agli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση που περιέχει τις συστάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου προς την Επιτροπή σχετικά με τις διαπραγματεύσεις επί της συμφωνίας για τις συναλλαγές στον τομέα των υπηρεσιών (TiSA), δεδομένου ότι με τη συμφωνία αυτή διακυβεύονται τα πρότυπα υπηρεσιών της ΕΕ, η απασχόληση (συμπεριλαμβανομένων των ποιοτικών θέσεων απασχόλησης), οι δημόσιες υπηρεσίες για τους πολίτες της ΕΕ και το δικαίωμα των κρατών μελών να προβαίνουν σε κανονιστικές ρυθμίσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I have been working as shadow rapporteur for the DEVE opinion on TiSA and I believe our opinion sent a strong message to our colleagues in the INTA Committee, clarifying the fact that the impact of the trade and services agreements on developing countries has to be taken into account and, consequently, calling for impact assessments on developing countries by the Commission. This is fundamental in order to ensure that the principle of policy coherence is respected.

We urged the Commission to continue to increase transparency and democratic accountability, and to increase accessibility to all public consolidated negotiation documents, as this is the way by which concerned civil society and citizens, including of developing countries, can be informed and involved in the process.

The possibility that developing countries join the agreement cannot be excluded, and, in such cases, the approach has to be flexible, in order to ensure that their access to the global service market is fair. In a multilateral framework, the criteria for admission of developing countries cannot be the same as the ones for developed countries.

Kinga Gál (PPE), írásban. – A TiSA-ra vonatkozó, most elfogadott jelentés úgynevezett saját kezdeményezésű jelentés (INI). Ennek megfelelően jogi kötőerővel nem bír, jogalkotásra nem kötelez. A FIDESZ–KDNP néppárti delegációja a teljes szöveg ismeretében alakítja majd ki saját álláspontját.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Bármely kereskedelmi megállapodásnak az európai fogyasztók számára több jogot és alacsonyabb árakat, a munkavállalók számára pedig több munkahelyet és nagyobb védelmet kell biztosítania, emellett globális szinten hozzá kell járulnia a fenntartható fejlődés és a globális vállalati társadalmi felelősségvállalás elősegítéséhez, továbbá egyenlő versenyfeltételeket kell biztosítania az európai vállalatok számára.

A fentiek alapján meggyőződésem, hogy a kereskedelempolitikának teljes mértékben összhangban kell állnia az ILO tisztességes munkára vonatkozó menetrendjével és az ENSZ 2030-ig tartó időszakra vonatkozó fenntartható fejlesztési programjával, továbbá hozzá kell járulnia azok megvalósításához.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor convencido de que las negociaciones sobre el ACS pueden garantizar una mayor reciprocidad en el acceso a los mercados, crear condiciones de competencia equitativas a escala mundial y aportar ventajas tangibles a los consumidores. No obstante, los servicios públicos y culturales, los derechos fundamentales a la privacidad de los datos y a unas condiciones laborales justas, así como el derecho a legislar son innegociables y deben quedar excluidos inequívocamente del alcance del Acuerdo. Desde el Parlamento Europeo debemos trabajar de manera constructiva con la finalidad de lograr un buen Acuerdo en interés de las empresas y los consumidores europeos.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – L'accordo commerciale sugli scambi di servizi, attualmente in corso di negoziazione tra 23 paesi più sviluppati e conosciuto sotto l'acronimo «TiSA», potrebbe costituire un'ottima opportunità per le imprese europee per la fornitura di servizi soprattutto nel trasporto e nelle telecomunicazioni. Al pari del trattato di libero scambio con gli Stati Uniti (TTIP) credo sia fondamentale avere come punto di riferimento l'interesse pubblico anche al fine di evitare strumentalizzazioni e false paure. In Europa abbiamo leggi sul lavoro così come norme ambientali e fitosanitarie all'avanguardia ed è giusto quindi non diluirle per ragioni commerciali; è tuttavia altrettanto importante che opportunità di crescita economica e sviluppo delle imprese non vengano penalizzate per falsi pretesti o timori infondati.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Trovo che favorire la liberalizzazione degli scambi di servizi attraverso un aggiornamento delle norme della direttiva esistente sia non solo un'operazione necessaria, ma un obiettivo assolutamente urgente e prioritario dell'agenda europea. Per questo ritengo con convinzione che la proposta di approvazione del TiSA, che, coinvolgendo ben 23 paesi, rappresenta circa il 70% del commercio mondiale di servizi, vada sostenuta e promossa. In ballo ci sono l'apertura del nostro mercato al futuro, il rafforzamento della leadership europea nel settore, un forte slancio alla crescita, nuove possibilità lavorative e un accesso ai mercati esteri più ampio e agevolato.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulle raccomandazioni alla Commissione europea, che negozia per conto dell'UE gli accordi sulla liberalizzazione degli scambi in materia di servizi (TiSA) in corso a Ginevra riguardanti un accordo plurilaterale che coinvolge 50 membri dell'Organizzazione mondiale del commercio (OMC), perché ritengo che l'UE sia oggi uno dei più importanti esportatori e importatori ad un tempo di servizi.

Consequentemente, sostengo la necessità di aggiornare e migliorare le regole in vigore sui servizi nell'ambito del commercio internazionale, poiché hanno un importante impatto sull'occupazione.

Condivido pienamente la posizione del gruppo secondo cui c'è bisogno di regole adeguate alla realtà in cambiamento; confido, pertanto, nell'impegno della CE di condurre questi negoziati in porto, tenendo però conto delle raccomandazioni a essa rivolte e che il PE non accetterà un qualsiasi accordo. Ho condiviso pienamente la necessità di escludere i servizi pubblici e i servizi audiovisivi dall'accordo, l'esigenza di andare oltre le regole GATS per quanto concerne i servizi finanziari e l'inserimento della clausola di revisione.

Tuttavia, il testo votato oggi deve essere considerato uno strumento per influenzare la CE, e in nessun modo può essere considerato la posizione finale del PE e neppure quella del gruppo S&D.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei den Abstimmungen zum Bericht über die Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) enthalten, da ich das Abkommen in dieser Form nicht komplett unterstützte.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Porozumienie TiSA stanowi dla Wspólnoty sposobność do umocnienia jej pozycji jako największego na świecie eksportera usług o udziale w światowym rynku usług na poziomie 25% i dodatnim bilansie handlowym w wysokości 170 mld EUR w 2013 r.

Przyjęte dziś sprawozdanie miało za zadanie ocenić pierwsze dwa i pół roku oraz trzynaste rund negocjacji dotyczących porozumienia w sprawie handlu usługami (TiSA). Z początkowych 16 zainteresowanych stron porozumienie zostało rozszerzone na 24 strony, w tym UE, która z kolei reprezentuje 28 krajów. Łącznie w porozumieniu weźmie udział 51 krajów: 32 w Europie, 7 w Azji, 10 w obu Amerykach oraz 2 w Oceanii.

Celem porozumienia jest liberalizacja międzynarodowego handlu usługami, takimi jak bankowość, służba zdrowia czy transport. Usługi stanowią 75% wartości gospodarki w USA, w Unii Europejskiej – podobnie. Wartość eksportu usług z UE podwoiła się w ciągu ostatnich dziesięciu lat i osiągnęła w 2014 r. poziom 728 mld EUR. Ponadto w sektorze usług pracuje 70% unijnej siły roboczej, która wytwarza 40% wartości towarów eksportowanych z Europy. Porozumienie jest w stanie dodatkowo pobudzić tworzenie miejsc pracy w UE. Szacuje się, że 90% nowych stanowisk, które powstaną w UE do 2025 r., zostanie utworzonych właśnie w sektorze usług.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Dienstleistungssektor weist global die meisten Beschäftigten auf. Von einer weiteren Liberalisierung bestehender Restriktionen würden die Staaten der EU, als global größter Exporteur von Dienstleistungen, profitieren. Gleichzeitig jedoch auch viele andere Staaten. Gerade im Bereich des fairen, grenzübergreifenden Wettbewerbs kann hier Pionierarbeit geleistet werden. Dennoch sind bestehende Schutzstandards nicht verhandelbar.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which covers key aspects on trade in services, including extensive safeguards for workers. It is clear that global rules on the trade in services are in need of an update, and I believe this report goes some way to addressing that.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport contenant les recommandations du Parlement européen à la Commission sur les négociations de l'accord sur le commerce des services (ACS).

Cet accord vise à amplifier la libéralisation des services dans tous les secteurs.

Conçu en principe pour permettre de gagner des marchés dans les pays tiers, il a surtout pour but de niveler les normes internationales vers le bas, en s'inspirant notamment des normes américaines.

De fait, la Commission européenne, afin de libéraliser le marché, ne cesse de précipiter l'ouverture des frontières et la privatisation des services publics, en affaiblissant les normes sociales environnementales. Cet impératif efface tous les autres et conduit l'Europe à ouvrir toujours plus ses frontières sans véritable réciprocité.

Même si le rapport se veut rassurant et protecteur, la Commission européenne n'est pas tenue de suivre les recommandations qu'il préconise. De fait, pour protéger nos emplois et nos services publics, le groupe ENF demande l'arrêt des négociations sur l'ACS.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de M^{me} Reding.

M^{me} Reding a affirmé dans une interview récente que le traité TiSA ne servirait pas à ouvrir les marchés européens, mais à rendre les autres moins fermés. Mais, M^{me} Reding, nos marchés sont déjà les plus ouverts du monde, les moins protégés contre la concurrence déloyale, notamment nos marchés publics. Et contrairement à vous, je ne reproche pas aux autres pays d'imposer des contraintes pour protéger leurs intérêts, je reproche à l'Union européenne de ne jamais le faire, au nom de la croyance aveugle dans la «mondialisation heureuse». Mais la mondialisation n'est pas heureuse, sauf pour une poignée d'ultra-privilegiés.

Vous proposez des «lignes rouges» intéressantes. Mais obligé d'être conforme à l'Accord général sur le commerce des services de l'OMC (AGCS), TiSA ne pourra être plus restrictif. Au contraire, face à l'enlisement des négociations à Genève, TiSA vise à contourner la difficulté pour aller encore plus loin, d'abord à 23 puis au niveau planétaire. Or, dans l'AGCS, il y a entre autres le mode 4, c'est-à-dire une directive Bolkenstein mondiale ! De plus, je m'interroge sur l'articulation entre TiSA et l'accord transatlantique. J'ai l'impression qu'on y parle largement des mêmes choses, mais pas tout à fait dans les mêmes termes.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque, a pesar de los considerables progresos con respecto al informe original y a las condiciones actuales de la negociación, sigue siendo contrario a los intereses de la ciudadanía de los países firmantes y, más aún, de los países en desarrollo que quedan excluidos del Acuerdo.

No estamos dispuestos a votar a favor de un Acuerdo que favorece el la liberalización de servicios y el libre comercio en ámbitos que incluyen sectores muy delicados para el bienestar y el desarrollo. Se trataría de un movimiento contrario al sentido común en un contexto en que aún atravesamos las consecuencias de una crisis causada en buena medida por la liberalización.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport întrucât este necesară o abordare proactivă în ceea ce privește creșterea transparenței politicilor comerciale ale Uniunii Europene. Consolidarea Acordului TiSA impune o cooperare eficientă între UE și organismele internaționale democratice, având în vedere nevoile societății civile. Eforturile susținute pentru îmbunătățirea transparenței în acordurile comerciale ale UE sunt imperative pentru realizarea obiectivelor de dezvoltare sustenabilă, pentru interesul societăților din Europa și cel al consumatorilor europeni, dar și pentru menținerea stabilității piețelor financiare.

Importanța acordului TiSA pentru statele membre este reprezentată de facilitarea creării de locuri de muncă, întrucât Uniunea Europeană este principalul furnizor de servicii, cu zeci de milioane de locuri de muncă în domeniul serviciilor, în spațiul european. Înlesnirea exportării acestor servicii către alte țări va ajuta extinderea pieței de muncă, ceea ce va avea un impact pozitiv asupra dezvoltării Uniunii Europene.

Totodată, permiterea accesului companiilor din afara Europei pe piața de servicii din UE va lărgi paleta de opțiuni și va reduce prețurile pentru companii și clienți, în egală măsură.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in favour of the TiSA report which includes the full exclusion of all public services; strong safeguards for workers; a new binding clause to guarantee data privacy; and greater transparency. Trade in services is vital for the UK and the current rules are grossly outdated, as there was virtually no internet trade back in 1995. So the status quo is not an option: we absolutely need reform, but not at the cost of workers' rights, and not at the expense of our public services, especially the NHS. The trade in services is a significant and growing part of the EU economy. Creating a level playing field and opening global markets to European service providers is long overdue and crucial to the protection and promotion of jobs in the European Union.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – L'Union européenne est le premier exportateur de services au monde. Les services emploient 70% de la population active et représentent 40% de la valeur des marchandises exportées à partir de l'Europe. L'ouverture des marchés pourrait donc représenter de nouvelles opportunités, en termes de croissance et d'emploi. L'Union européenne semble donc avoir besoin du TISA. Ce traité pourrait être l'occasion de mettre en place une meilleure régulation internationale. Toutefois, le TISA pourrait être à l'origine de multiples menaces. C'est pourquoi je me suis prononcée pour ce rapport en insistant sur le besoin de dessiner des lignes rouges que la Commission ne devra pas franchir. Elle doit faire part d'une plus grande transparence dans les négociations. En outre j'estime que les services publics et audiovisuels doivent être totalement exclus de l'accord. Les données personnelles doivent être protégées et il est nécessaire que des mesures luttant contre le dumping social soient prévues. Le TISA, laissé aux libres mains de la Commission, pourrait prendre une tournure ultra-libérale. Il ne doit pas imposer une plus grande dérégulation ni une déréglementation financière qui menaceraient le droit des travailleurs et des consommateurs. À la Commission maintenant de prendre en compte ces recommandations.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support an ambitious TiSA because it will help ensure reciprocity for European companies, large and small, in other markets and benefitting European consumers and workers. However, safeguards are necessary for TiSA, and I support the following recommendations: TiSA must strengthen the global rules-based trading system and encourage reciprocal market access, thereby opening new markets for EU companies, large and small; TiSA must contain safeguards for sensitive areas (audio-visual and public services, data protection and Mode 4); wherever possible, new countries should be motivated to join the negotiations, to work towards multilateralisation of TiSA; and in TiSA, as in all trade negotiations, there needs to be transparency, as well as stakeholder and citizen engagement.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A szolgáltatáskereskedelmi megállapodásra vonatkozó, most elfogadott jelentés úgynevezett saját kezdeményezésű jelentés (INI). Ennek megfelelően jogi kötőerővel nem bír, jogalkotásra nem kötelez. A FIDESZ–KDNP néppárti delegációja a teljes jogi szöveg ismeretében alakítja majd ki végső, saját álláspontját.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφπώς*. – Η στάση της Αριστεράς τόσο μέσα στο Κοινοβούλιο, όσο και εκτός, αλλά και η στάση των συνδικάτων, κοινωνικών κινημάτων και άλλων κοινωνικών φορέων είναι ξεκάθαρα εναντίον της TiSA, όπως ήταν και ενάντια στην TTIP. Οι λόγοι, όπως και στην TTIP είναι πως με την φιλελευθεροποίηση των υπηρεσιών θα αρχίσει η διαδικασία ανακατανομής του κεφαλαίου και των εργασιών στην παροχή υπηρεσιών προς όφελος όλο και πιο μεγάλων εταιριών, οι μισθοί θα πιεστούν προς τα κάτω, και οι συλλογικές συμβάσεις θα διαλυθούν με αρνητικές επιπτώσεις στην ασφάλιση των εργαζομένων. Γι' αυτό και καταψηφίσαμε την έκθεση.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dienstleistungen sind ein großer Sektor in der EU und in Deutschland, der einen immer größeren Anteil an der Wertschöpfung einnimmt. Entsprechend groß ist auch die Bedeutung von Dienstleistungen für den internationalen Handel. Internationaler Handel schafft die Möglichkeit, absolute und komparative Kostenvorteile zu heben, die dem Konsumenten zugutekommen.

TiSA ist ein multilaterales Freihandelsabkommen für Dienstleistungen, das sich als „Baustein“ in die Handelsordnung der WTO einfügt. Diesen Prozess möchte ich positiv begleiten, und ein möglichst umfassendes Freihandelsabkommen einfordern.

Dieser Bericht stellt diese Forderung, ohne die öffentliche Daseinsvorsorge in Gefahr zu bringen.

Entsprechend habe ich diesem Bericht zugestimmt und hoffe auf ein zügiges Voranschreiten der Verhandlungen.

Mary Honeyball (S&D), *in writing*. – Labour MEPs supported this report. The trade in services is a significant and growing part of the EU economy. We need to create a level playing field for this and opening global markets to European service providers is crucial for the protection and promotion of jobs in the European Union. The Trade in Services Agreement is an opportunity not only to boost our economy but to update trade rules for the benefit of all and to close loopholes which allow workers to be exploited. Preventing social dumping and ensuring strict data protection is vital as e-commerce grows. Labour MEPs are also very clear about the need for transparency in all trade agreements.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), *kirjallinen*. – Kansainvälisen palvelukaupan vapauttamiseen tähtäävä kauppasopimus on tärkeä Euroopan unionille. Kiitän komissaari Malmströmiä siitä, että EU:n neuvottelukannat ovat julkisia. Silti avoimuus ei ole TiSA-neuvotteluissa samalla tasolla kuin TTIP-neuvotteluissa. Euroopan parlamentin jäsenistä vain INTA-valiokunnan jäsenet voivat nähdä kaikkien maiden neuvottelukannat.

Kaikissa kauppasopimusneuvotteluissa pitää noudattaa vähintään samaa avoimuutta kuin TTIP-neuvotteluissa. Kaikilla parlamentin jäsenillä tulisi olla oikeudet saada tietoa neuvottelujen etenemisestä samaan tapaan kuin TTIP-neuvotteluissa.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta s preporukama Europskog parlamenta Komisiji za pregovore o trgovini uslugama (TiSA) zbog toga što TiSA mora osnažiti globalni trgovinski sustav temeljen na pravilima i poticati uzajamni pristup tržištu te stoga otvoriti nova tržišta za mala i velika europska poduzeća i tvrtke. TiSA mora također osigurati zaštitne mjere za osjetljiva područja kao što su audiovizualne i javne usluge, zaštita podataka i Mode 4.

Dobro je, s druge strane, poticati nove zemlje da se pridruže pregovorima kako bi se doprinijelo multilateralizaciji TiSA-e. Kao i u ostalim trgovinskim pregovorima, pa tako i u TiSA-i, načelo transparentnosti i građanski angažman ključni su za dosljedan razvoj pregovora.

Podržavam ovo izvješće i smatram da TiSA može znatno doprinijeti europskim potrošačima i radnicima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Voulant instituer un accord de libre-échange, à l'instar du TAFTA (traité de libre-échange transatlantique) et du TPP (Traité de libre-échange transpacifique), le TiSA concerne plus spécifiquement les services. Pour le moment, il est au stade des négociations et comprend l'UE, les États-Unis, la Norvège, la Suisse, le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande, Israël et la Turquie, le Chili, la Colombie, le Costa Rica, le Mexique, Panama, le Paraguay, le Pérou, Taïwan, Hongkong et la Corée du Sud et le Pakistan. L'objectif affiché est d'établir des normes mondiales sur le commerce des services et une vaste zone de libre-échange. En réalité, il s'agit surtout de démanteler une partie des services publics nationaux en les mettant en concurrence avec des industries de services privées. Etant, avec mes collègues du Front national, absolument opposée à ce monde sans frontières économiques qui permet à des entreprises multinationales de dicter leur loi aux Etats, et en définitive aux peuples, j'ai naturellement voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – Negotiations for a Trade in Services Agreement (TiSA), under way since April 2013, aim at establishing international minimum rules for trade in sectors such as financial, digital and transport services between 23 WTO members – EU included, accounting for 70% of global trade in services. These rules will facilitate and liberalise their trade in services. This report defines the European Parliament priorities for the European Commission's mandate for negotiation. Through this report, we made it clear to that these negotiations should deliver a deal that TiSA should afford more rights to our citizens at home and remove some obstacles to our companies abroad. If the final agreement does not reflect the European Parliament's priorities, we have the right to veto the text.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Viviane Reding contenant les recommandations du Parlement européen à la Commission concernant les négociations de l'accord sur le commerce des services (ACS). Ce nouvel accord sur le commerce des services (ACS) rassemble 24 parties qui représentent 70% du commerce mondial des services. Les objectifs généraux de cet accord sont: faciliter l'accès au marché et renforcer les règles internationales dans plusieurs domaines, comme les services financiers et numériques ainsi que les services de transport. Cet accord entend pallier les difficultés qui s'enlissent à l'OMC et améliorer l'accord actuel qui date de 1995. Néanmoins nous avons adopté des lignes bleues et rouges pour nous assurer que le futur accord soit une source de croissance pour l'Union européenne. Sinon je rejeterai le résultat des négociations.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Le Parlement Européen a formulé un certain nombre de recommandations à la Commission concernant les négociations qu'elle mène avec les USA sur l'Accord sur le commerce des services (ACS).

Ce rapport préconise notamment de nombreuses avancées en matière d'accès au marché pour le commerce des services, de protection de la régulation financière et des données personnelles. Des lignes rouges ayant été clairement définies dans Ce rapport de ma collègue Viviane Reding, notamment concernant les intérêts des consommateurs ou encore la transparence des négociations, j'ai voté en faveur de ce texte adopté à une large majorité.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Większość ludzi nigdy nie słyszała o skrócie TiSA (Trade in Services Agreement). Oznacza on porozumienie w sprawie handlu usługami, którego stronami jest 50 państw będących członkami WTO (Światowej Organizacji Handlu), w tym 28 państw UE. Zaangażowane w porozumienie państwa odpowiadają łącznie za 70% światowego rynku usług. Oficjalne negocjacje, prowadzone w Genewie, rozpoczęto wiosną 2013 r. i pozostały one utajone dla ogółu społeczeństwa, pomimo że część dokumentów pojawiła się na stronie internetowej „WikiLeaks” w kwietniu 2014 r. Jak można się było spodziewać, ten incydent natychmiast wywołał falę krytyki porozumienia.

Głównym celem porozumienia jest liberalizacja w sektorze usług: otwarcie rynków i ulepszenie reguł w dziedzinach takich jak usługi finansowe, telekomunikacja, handel internetowy, transport morski, a także przepływ pracowników w celu świadczenia usług za granicą. Każda ze stron podaje swoje propozycje i czynnie uczestniczy w negocjacjach.

Unia Europejska jest liderem w eksporcie i imporcie usług na rynku światowym, dlatego też dążymy do tego, aby jak najlepiej uregulować prawodawstwo dotyczące międzynarodowego handlu usługami. Analizując dotychczasowe negocjacje, autorka sprawozdania domaga się w porozumieniu większych praw dla konsumentów, licząc również na to, że w ostatecznej formie porozumienie to będzie gwarantowało przestrzeganie wspólnotowych norm i przywilejów przysługujących pracownikom.

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – Dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) kann nicht zugestimmt werden. Es handelt sich hierbei um eine Sammlung von Vereinbarungen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen 23 Parteien einschließlich der USA und der Europäischen Union. Das TiSA-Abkommen soll weltweit Dienstleistungen liberalisieren, dazu gehört auch freier Datenfluss. Demnach soll generell kein Staat eine Firma daran hindern können, Informationen aller Art außer Landes zu schaffen, darunter auch persönliche Daten, welche ungehindert ausgetauscht, verarbeitet und gespeichert werden können.

Jan Keller (S&D), písemně. – Hlasoval jsem pro předloženou zprávu, neboť podle mého názoru vytváří velice dobrou platformu pro samotná jednání o připravované dohodě o obchodu se službami (TiSA). Dokument stanoví jasné mantinely, jejichž dodržování by mělo zabránit rizikům, která jsou v dohodě TiSA obsažena (privatizace služeb zajišťovaných veřejným sektorem, zneužití dat z oblasti služeb informačních, deregulace služeb finančních aj.). I podle řady kritiků připravovaných dohod se v případě dnes hlasovaného dokumentu jedná o nejprogresivnější zprávu, která za posledních několik let vyšla z Výboru pro mezinárodní obchod. Lze si jen přát, aby bylo podobným způsobem ošetřeno též projednávání dalších dohod o volném obchodu, jako je TTIP či CETA.

Afzal Khan (S&D), in writing. – I voted in favour of the report. Trade in services is vital for the UK and the current rules are grossly outdated, as there was virtually no internet trade back in 1995. So the status quo is not an option: we absolutely need reform, but not at the cost of workers' rights, and not at the expense of our public services, especially the NHS. We also need more transparency in trade agreements, secrecy is not an option. TiSA can help close loopholes that are currently used to abuse workers and consumers, but the Commission needs to get it right. With this vote, we are giving a new mandate to the Commission. If it fails to respect it, the European Parliament will not accept the outcome of the negotiations.

Bernd Kölmel (ECR), schriftlich. – Dienstleistungen sind in der EU und damit auch in Deutschland ein wichtiger Sektor, der einen immer größeren Anteil an der Wertschöpfung einnimmt. Entsprechend groß ist auch die Bedeutung von Dienstleistungen für den internationalen Handel. Internationaler Handel schafft die Möglichkeit, absolute und komparative Kostenvorteile zu heben, die dem Konsumenten zugutekommen.

TiSA ist ein multilaterales Freihandelsabkommen für Dienstleistungen, das sich als „Baustein“ in die Handelsordnung der Welthandelsorganisation (WTO) einfügt. Diesen Prozess möchte ich positiv begleiten und ein möglichst umfassendes Freihandelsabkommen einfordern.

Dieser Bericht stellt diese Forderung, ohne die öffentliche Daseinsvorsorge in Gefahr zu bringen.

Entsprechend habe ich diesem Bericht zugestimmt und hoffe auf ein zügiges Voranschreiten der Verhandlungen.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A TiSA-ra vonatkozó, most elfogadott jelentés úgynevezett saját kezdeményezésű jelentés (INI). Ennek megfelelően jogi kötőerővel nem bír, jogalkotásra nem kötelez. A FIDESZ-KDNP néppárti delegációja a teljes szöveg ismeretében alakítja majd ki saját álláspontját.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – I voted against Reding's report. If GATS needs to be modernised, let's evaluate it and reform it with all parties. But TiSA instead is a new plurilateral agreement negotiated by a club of rich countries, which remains in favour of multinational companies, at the expense of quality jobs, the environment and data protection. It needs to be noted that as a shadow rapporteur on behalf of GUE/NGL, I am glad to see that some of our red lines were adopted by the majority of the EP, such as the exclusion of ratchet and standstill clauses, or the ratification of ILO conventions.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Viviane REDING sur la négociation de l'accord sur le commerce de services (ACS ou TiSa) qui constitue un signal fort envoyé à la Commission européenne et vise à renforcer les règles internationales et à accroître l'ouverture des marchés dans le domaine des services numériques, financiers et de transport. Nous, parlementaires européens, demandons à une très large majorité davantage de transparence, de justice dans les règles commerciales, de réciprocité dans l'ouverture des marchés et d'avantages pour les consommateurs plus nombreux. En saisissant ces opportunités, nous offrirons à nos entreprises européennes des leviers pour relancer la croissance et l'emploi en Europe.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport sur l'accord sur les services de Vivian Reding reconnaît les dangers de l'ACS pour les services publics, ainsi que pour la capacité des États à légiférer.

Ce faisant, il propose une suite de garde-fous pour éviter que: les négociations ne s'attaquent davantage à nos services publics ; qu'elles n'interdisent les réappropriations publiques ; qu'elles ne minent les droits du travail existant, les protections de l'environnement ou de la vie privée ; et, d'une façon générale, que les États puissent encore légiférer et que les collectivités gèrent leurs services et marchés publics.

Le constat est le bon et ces protections supplémentaires bienvenues. Mais l'ambition de poursuivre les négociations prouve que malgré ces doutes graves ce sont les «intérêts offensifs européens», ceux des grandes entreprises qui priment.

Quant aux garde-fous proposés, ils s'inscrivent dans une conception européenne du droit, où la règle est la concurrence, et le reste n'est qu'exception. Ce modèle n'est guère un succès pour les services publics européens et encore moins un cadeau pour nos partenaires commerciaux.

Aussi, j'ai voté contre ce rapport qui nous vend une mondialisation heureuse là où c'est une directive Bolkestein à l'échelle mondiale qu'on nous prépare.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le TISA, le traité de libre-échange et de «normes mondiales» sur le commerce des services. Ce rapport est totalement hypocrite: le but du Parlement européen semble être de faire croire qu'on peut créer des normes mondiales tout en gardant le droit de réglementer, laisser les données privées des européens se balader sur toute la planète tout en les protégeant, vider les gouvernements de toute souveraineté dans la réglementation tout en promouvant la démocratie, déréglementer les services publics, les mettre en concurrence frontale avec des entreprises privées tout en les sauvegardant, jurer la main sur le cœur qu'il faut informer le public tout en ne parlant jamais de ce traité dans les médias. En règle générale, ce document semble reprendre la même stratégie que celle sur le Traité transatlantique: le Parlement européen écrit un catalogue de bonnes intentions, lignes théoriques jaunes ou rouges qui seront certainement allégrement débordées par la Commission Européenne.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle préconise de négocier l'accord TISA. Or c'est un accord qui va procéder à la privatisation de la plupart des services publics français, notamment en matière de santé et d'éducation. En outre, le Parlement a rejeté l'amendement n° 60 déposé par l'ENL, qui proposait de protéger les entreprises européennes. C'est donc un texte très inquiétant, qui brade notre avenir au profit des intérêts des États-Unis et des lobbies internationaux.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De EU is momenteel de grootste exporteur van diensten in de wereld. In de wereldeconomie kent de dienstensector een alsmaar belangrijker rol. TiSA moet de gedateerde GATS-regels moderniseren en een nieuwe impuls geven aan de liberalisering van de wereldwijde dienstensector in het nieuwe digitale tijdperk. Het totaalverslag voorziet in voldoende evenwichtige aanbevelingen met een oproep om te komen tot een ambitieus akkoord.

TiSA moet voor Europese bedrijven leiden tot verbeterde regelgeving, betere toegang tot buitenlandse markten voor verschillende sectoren (bijvoorbeeld telecom, e-commerce, transport, financiële sector) en meer kansen voor hooggekwalificeerde dienstverleners. Voor kmo's moet het de (financiële) drempels wegwerken die hen momenteel eraan hinderen buitenlandse markten te verkennen.

Onze N-VA-delegatie sluit zich bovendien aan bij de aanbevelingen om tijdens de TiSA-onderhandelingen niet te raken aan gevoelige sectoren zoals de publieke dienstverlening, audiovisuele diensten of persoonlijke gegevensbescherming en onderschrijft 'het recht om te reguleren' van overheden. Ze ijvert ook voor voldoende transparantie om een degelijk maatschappelijk draagvlak te vinden voor deze overeenkomst.

Wij geloven dat TiSA voor de toekomst van cruciaal belang zal zijn voor de creatie van groei en jobs in de Europese economie.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En primer lugar, cabe destacar que el Acuerdo sobre el Comercio de Servicios es un acuerdo comercial cuyo fin principal es abrir los mercados, mejorar las normas en materia de concesión de licencias, servicios financieros, telecomunicaciones, etc.

Este informe supone un paso hacia delante en el camino hacia la reciprocidad en el acceso a los mercados y a la creación de condiciones de competencia equitativas a escala mundial. De igual manera, supone aportar ventajas tangibles para los consumidores.

El Parlamento Europeo está trabajando de forma constructiva y pragmática para lograr que las negociaciones que se están llevando a cabo lleguen a buen puerto.

De hecho, el presente informe realiza una evaluación de los dos años y medio y las trece rondas de negociaciones de los Acuerdos sobre el Comercio de Servicios para transmitir a la Comisión una serie de recomendaciones.

Finalmente, considero necesaria la aprobación de este informe para poder conseguir un acuerdo sólido que beneficie por igual tanto a consumidores como a empresas europeas.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dienstleistungen sind ein großer Sektor in der EU und in Deutschland, der einen immer größeren Anteil an der Wertschöpfung einnimmt. Entsprechend groß ist auch die Bedeutung von Dienstleistungen für den internationalen Handel. Internationaler Handel schafft die Möglichkeit, absolute und komparative Kostenvorteile zu heben, die dem Konsumenten zugutekommen.

TiSA ist ein multilaterales Freihandelsabkommen für Dienstleistungen, das sich als „Baustein“ in die Handelsordnung der WTO einfügt. Diesen Prozess möchte ich positiv begleiten, und ein möglichst umfassendes Freihandelsabkommen einfordern.

Dieser Bericht stellt diese Forderung, ohne die öffentliche Daseinsvorsorge in Gefahr zu bringen.

Entsprechend habe ich diesem Bericht zugestimmt und hoffe auf ein zügiges Voranschreiten der Verhandlungen.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Obecně jsem pro liberalizaci obchodu se službami v co nejširší míře. Hlasoval jsem však proti, jelikož byl přidán dodatek norem Mezinárodní organizace práce, kde nemohu souhlasit například s nařizováním zaměstnavatelům, koho smějí a nesmějí zaměstnat nebo jako smějí ohodnotit pracovníka. Má-li dojít ke skutečné liberalizaci trhu, nelze tedy diskriminovat například řidiče a silniční dopravce a omezovat jejich možnosti vstupu na trh. Hlasoval jsem proti.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sporazum TiSA usmjeren je na liberalizaciju svjetske trgovine u svim djelatnostima i uslugama. TiSA je plurilateralan trgovinski sporazum koji je trenutno u fazi pregovaranja između Unije i 22 države članice WTO-a, a bazira se na GATS-u (General Agreement on Trade in Services) iz 1995. godine.

TiSA bi trebala omogućiti otvaranje europske industrije prema van i istovremeno pružati sigurnost građanima EU-a. Integritet i vrijednosti EU-a bit će zaštićeni, ali istovremeno se omogućuje industriji EU-a uspješnost na globalnoj razini. Ovaj trgovinski sporazum podigao bi razinu zaposlenosti i rast gospodarstva u EU-u te otvorio pristup stranim tržištima, javnim nabavama, transportu, telekomunikacijskom sektoru i ostalim financijskim uslugama. Nadalje, pomoću TiSA-e bi se izgubile tarife i dodatna plaćanja tijekom transporta dobara izvan granica EU-a.

Podržala sam preporuke Komisije za pregovore o TiSA-i jer će ovaj sporazum omogućiti pristup stranim tržištima i hrvatskim poduzetnicima. Unutar EU-a postojat će mjere opreza kako bi se zaštitili građani EU-a, tako da su i hrvatski poduzetnici i građani zaštićeni od negativnih vanjskih utjecaja, a istovremeno imaju pristup stranom tržištu.

Светослав Христов Малинов (PPE), в писмена форма. – На 3 февруари Европейският парламент прие с мнозинство от 532 гласа „за“ препоръки към Европейската комисия във връзка с преговорите по Споразумението за търговия с услуги (TiSA). Страните по това споразумение представляват 70% от световната търговия с услуги, като ЕС преговоря от името на своите 28 държави членки.

Споразумението трябва да облекчи достъпа на европейските предприятия до чужди пазари и да създаде нови възможности за растеж в области като финансовите, цифровите и транспортните услуги. Смятам, че е от изключително значение да се търси реципрочност при отварянето на пазарите. Безспорно от голяма полза ще са и облекчените нормативни актове за малките и средните предприятия.

Европейският парламент играе решаваща роля в търговската политика на ЕС, като има последната дума при ратифицирането на договорените споразумения. Ето защо Европейската комисия е длъжна да информира евродепутатите за напредъка по преговорите.

В приетите препоръки сме подчертали и нашите червени линии, а именно защита на личните данни, услугите в областта на културата, трудовото законодателство, образованието и здравеопазването.

Vladimír Maňka (S&D), písomne – Podporujem uzavretie dohody o obchode so službami, ktorá nastaví transparentné podmienky všetkým partnerom. Cieľom Komisie by malo byť posilnenie súčasného postavenia Európy ako lídra v obchode so službami a zabezpečenie reciprocity v prístupe na trh. Dohoda môže byť cestou k ďalšej liberalizácii a väčšej dynamike obchodu so službami, ktorá môže pomôcť európskym firmám, zamestnancom a spotrebiteľom, a to najmä v oblasti digitalizácie trhu, finančných služieb a logistiky.

Louis-Joseph Manscour (S&D), par écrit. – Les négociations portant sur l'accord sur le commerce des services (ACS), qui concernent les échanges de services entre une cinquantaine de pays dont les 28 États membres de l'Union, ont débuté en mars 2013. Elles sont conduites au nom de l'Union par la Commission européenne à un rythme soutenu et dans des conditions malheureusement opaques.

Durant ces négociations, le Parlement, qui ne dispose pas de pouvoir d'amendement du texte, peut en revanche fournir des recommandations aux négociateurs. Le rapport que nous avons voté aujourd'hui est donc crucial pour faire entendre la voix du Parlement.

Ce dernier préconise de nombreuses avancées en matière de transparence des négociations, de protection de la régulation financière et des données personnelles, et appelle à l'exclusion des services publics du champ d'application de l'accord. Le chemin à parcourir pour obtenir un accord protégeant pleinement les salariés et les consommateurs européens est encore long. Néanmoins, ce texte formule des recommandations en conformité avec nos priorités pour les négociations sur l'ACS. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de celui-ci.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την έκθεση που περιέχει τις συστάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου προς την Επιτροπή σχετικά με τις διαπραγματεύσεις επί της συμφωνίας για τις συναλλαγές στον τομέα των υπηρεσιών (TiSA), για τους λόγους που αναφέρω αναλυτικά στη γραπτή παρέμβασή μου επί τους ως άνω θέματος την οποία κατέθεσα σύμφωνα με το άρθρο 162 παρ. 12, του Κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cet accord. Le TISA, ou ACS (Accord sur le Commerce des Services), est une suite logique du tristement célèbres TTIP. Il prévoit de mettre en place un libre-échange et des «normes mondiales» sur le commerce des services entre l'UE, les USA et de très nombreux autres pays (Norvège, Suisse, Canada, Australie, Nouvelle-Zélande, Israël et Turquie, Chili, Colombie, Costa Rica, Mexique, Panama, Paraguay, Pérou, Taiwan, Hongkong et Corée du Sud, Pakistan). L'objectif de cet accord est de supprimer les barrières aux échanges de services, ce qui empêchera les gouvernements de mettre en place des réglementations. Tous les services publics seront ainsi mis en concurrence, y compris des services fondamentaux comme la santé, l'éducation ou l'eau. Les seuls services épargnés, pour l'instant, sont les pouvoirs régaliens: justice, armée, police et diplomatie. Le Parlement européen se voile la face et pense que l'on peut créer des normes mondiales tout en gardant le droit de réglementer, que l'on peut laisser les données privées des européens s'échanger sur toute la planète tout en les protégeant. Il semble croire que l'on peut vider les gouvernements de toute souveraineté dans la réglementation tout en promouvant la démocratie !

David Martin (S&D), *in writing*. – The ongoing talks on a Trade in Services Agreement (TiSA), among countries representing 70% of world trade in services, should deliver a deal that eases EU firms' access to international markets but does not force EU, national and local authorities to open up public services to competition, or otherwise restrict their right to regulate in the public interest.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione recante le raccomandazioni del Parlamento europeo alla Commissione sui negoziati relativi all'accordo sugli scambi di servizi (TiSA). Tali servizi stanno acquistando sempre più importanza per l'economia mondiale e costituiscono un elemento centrale dell'economia di ciascun paese dell'UE. Il TiSA rappresenta uno strumento di apertura dei mercati e una rete di sicurezza interna per i cittadini, capace di dar vita ad una corretta ed efficace regolamentazione internazionale. Considerando, inoltre, che l'Unione europea è il principale esportatore mondiale di servizi, un settore che conta decine di milioni di posti di lavoro in tutta Europa, il TiSA potrebbe rappresentare un grande strumento per rafforzare settori quali l'occupazione e la crescita dell'UE, attraverso una politica commerciale che assicuri il massimo livello di trasparenza, impegno e responsabilità.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Abbiamo bisogno di assicurare alle nostre aziende il giusto livello di competitività in un'economia sempre più globalizzata. Considerando il fatto che siamo uno dei maggiori esportatori di servizi nel mondo, il trattato TiSA porterà ulteriori vantaggi. Dobbiamo raggiungere questi obiettivi rimanendo fermi sulla tutela della *privacy* e sul diritto degli Stati membri alla loro sovranità. Ho votato questa proposta perché sono convinta che l'Europa possa ulteriormente crescere con il TiSA.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – As negociações relativas ao Acordo sobre o Comércio de Serviços (TiSA), juntamente com o TTIP e o CETA, transformam-se num dos maiores instrumentos para fazer valer as políticas neoliberais da Comissão que atribuem privilégios às grandes companhias do sector privado, privando os cidadãos dos seus direitos.

Este acordo não pretende acautelar os serviços públicos, o cumprimento das Convenções da Organização Internacional do Trabalho, a proteção ambiental, nem a proteção de dados e o direito à privacidade. Por estes motivos, votei contra.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – La Commission européenne, au nom des Vingt-Huit États membres de l'Union, négocie depuis 2013 — dans une opacité encore supérieure aux négociations du TTIP/TAFTA — un grand accord sur le commerce des services (ACS/TiSA), avec une vingtaine d'autres parties. Les rares documents auxquels ont accès les parlementaires européens émanent de fuites organisées par Wikileaks et ne sont guère rassurants. Ils soulignent les visées profondément dérégulatoires de la Commission européenne. Alors que la négociation est loin d'être achevée, le Parlement était appelé à se prononcer, via un rapport d'étape, sur le contenu des discussions.

J'ai soutenu le rapport soumis au vote car, malgré le passif de la rapporteure, il trace des lignes rouges très claires et appelle les négociateurs à changer radicalement d'approche. Il ne s'agit nullement de soutenir le TiSA – dont je doute du bien-fondé même – mais d'encourager vivement la Commission à procéder différemment. Et je n'hésiterai pas à m'opposer à l'accord final s'il ne contient pas les injonctions des parlementaires: accroissement de la transparence des négociations, sauvegarde des services publics, renforcement du droit des États à légiférer, protection de la réglementation financière, prévention du dumping social, préservation des acquis en matière de protection des données, etc.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Reding ist von einem klaren Nein zu TiSA, zu einem Bericht mit „klaren roten Linien“ zu einem Loblied auf das Freihandelsabkommen übergeschwenkt, dem wir nicht folgen können. Der vorgelegte Bericht sagt rein gar nichts darüber aus, wie das Abkommen letztlich aussehen wird. Nur durch eine Ablehnung des Abkommens werden Gefahren für Bürger und Gesellschaft verhindert, daher lehne ich diesen Antrag ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'accord sur le commerce des services (ACS ou TISA, Trade in Services Agreement) vise à réduire au maximum les barrières empêchant les entreprises de mener leurs activités de service dans un autre pays. Il s'agit de la prolongation de l'accord général sur le commerce des services (AGCS) mis en place en 1995. La droite et les socio-démocrates ont autorisé l'ouverture de ces négociations secrètes par un vote au Parlement européen en 2013. Outre les États-Unis et l'Union européenne (au nom de ses 28 États), 22 pays sont associés à ce jour aux négociations. Selon la définition de l'OMC, les services concernés sont «tous les services de tous les secteurs». Le rapport propose cependant la mise en place de certains garde-fou sur les services publics et audiovisuels, les services non-existants (c'est à dire les futurs services environnementaux), les systèmes de sécurité sociale, de l'eau, de la santé. Mais

ces garde-fous sont tout à fait hypocrites puisque basés sur la conception européenne des services publics qui prône l'ouverture à la concurrence systématique. Je maintien mon opposition à cet accord et vote contre

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Voulant instituer un accord de libre-échange, le TiSA, du même acabit que le TAFTA et le TPP concerne plus spécifiquement les services. Pour le moment, il est au stade des négociations et comprend l'UE, les États-Unis, la Norvège, la Suisse, le Canada, l'Australie, la Nouvelle-Zélande, Israël et la Turquie, le Chili, la Colombie, le Costa Rica, le Mexique, Panama, le Paraguay, le Pérou, Taïwan, Hongkong et la Corée du Sud et le Pakistan. L'objectif affiché est d'établir des normes mondiales sur le commerce des services et une vaste zone de libre-échange. Il vise surtout dans les faits à démanteler une partie des services publics nationaux en les mettant en concurrence avec des industries de services privées. Étant, absolument opposée à ce monde sans frontières économiques qui permet à des entreprises multinationales de dicter leur loi aux États, et en définitive aux peuples, j'ai par conséquent voté contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório que contém as recomendações do Parlamento Europeu à Comissão referentes às negociações relativas ao Acordo sobre o Comércio de Serviços (TiSA)

O Parlamento Europeu desempenha um papel decisivo na política comercial da UE. É ao Parlamento Europeu que compete a última palavra em matéria de acordos comerciais. Neste sentido, o Acordo sobre o Comércio de Serviços (TiSA) deverá espelhar o empenho do Parlamento no sentido de projetar uma imagem positiva das negociações relativas ao referido Acordo.

A UE deve continuar a implementar medidas para aumentar a transparência nos seus acordos comerciais.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this agreement because it is important for the European Parliament to continually play an active role in trade negotiations. The Trade in Services Agreement (TiSA) ensures that all signatories have a level playing field and more reciprocity in market access. The rapporteur also highlights the importance of data protection and privacy in the agreement.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'avis positif du PE sur le Rapport contenant nos recommandations aux négociateurs de l'Accord sur le commerce de services. Cet accord négocié entre partenaires de l'OMC qui représente 70% du commerce mondial des services est porteur d'opportunités et de gains pour nos entreprises. Mais il doit prendre en compte les préoccupations des citoyens européens, notamment en ce qui concerne le respect des droits fondamentaux et notre modèle social et culturel. C'est pourquoi nos recommandations contiennent à la fois des lignes bleues soulignant notamment l'importance de la réciprocité de l'accès au marché; mais également des lignes rouges telles que l'exclusion des négociations des services publics et des services audiovisuels ainsi que la protection des données et des droits du travail. Par l'adoption de ce rapport, nous appelons la Commission à suivre nos lignes — rouges et bleues — dans la suite des négociations de l'Accord, ceci permettant d'en recueillir tous les bénéfices tout en protégeant nos citoyens.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Európa stojí na prvom mieste v rebríčku obchodu so službami. Európska únia má v tejto oblasti obrovský potenciál a TiSA je pre ňu príležitosťou, ako získať väčší prístup na zahraničné trhy. Na druhej strane je stále veľmi dôležité, aby kultúra, pracovné právo, ochrana spotrebiteľov a najmä ochrana údajov, jednoducho celý náš európsky spôsob života, ostali nedotknuteľné. Podporujem návrh, ktorý žiada zabezpečiť najvyššiu úroveň transparentnosti a informovanosti. Do diskusie sa musia zapájať aj národné parlamenty a iné miestne orgány, aby boli rokovania a výsledky z nich prehľadné pre širokú verejnosť. Pri uzatváraní dohôd takého významu, ako je TiSA, považujem dôslednosť za najdôležitejší prvok, pretože jej konečné znenie bude mať dosah nielen na súčasnú Európu, ale aj na ďalšie generácie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the recommendations to the European Commission on the negotiations for the Trade in Services Agreement TiSA. It is very important to stress that this report does not determine the final position of the European Parliament or the S&D Group on TiSA. Instead the report adopts various recommendations – red lines and blue lines – for the ongoing negotiations over the Trade in Services Agreement (TiSA). The aim is to ensure that main priorities are taken into account during the negotiations and in the finalised deal by the Commission.

The report addresses all key concerns such as transparency of the negotiations, preserving the right to privacy amidst data flows across borders, a full carve-out for public services and audiovisual services while reserving policy space for cultural issues and preventing social dumping and preserving labour rights.

The report also calls for more information for EU consumers travelling and using services abroad, e.g. on roaming fees, commission payments on credit cards and safeguards against spam and geoblocking. If the Commission must respect these recommendations, then TiSA should afford more rights to our citizens at home and remove some obstacles to our companies abroad.

Angelika Mlinar (ALDE), *schriftlich*. – Ich habe heute den Empfehlungen des Europäischen Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) zugestimmt. Gerade für die EU ist TiSA von großer Bedeutung – wir sind der weltweit größte Importeur und Exporteur von Dienstleistungen und haben daher ein grundlegendes Interesse daran, eine solide Rechtsgrundlage für den internationalen Handel mit Dienstleistungen sowohl aufzubauen als auch selbst mitzubestimmen. Der Bericht betont, dass der Handel mit Dienstleistungen nicht zu Regulierungsarbitrage und Sozialdumping führen soll. Außerdem sieht er vor, einen „goldenen Standard“ in das Abkommen aufzunehmen, um die Ausnahmeregelungen hinsichtlich öffentlicher Versorgungseinrichtungen unter allen Umständen unangreifbar zu machen. Die ALDE-Fraktion setzte sich vor allem für hohe Standards in sensiblen Bereichen wie Datenschutz und Mode 4 ein.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – Trade in services represents the new engine of the world economy. In the EU it is estimated that the services sector accounts for more than 70% of its GDP. TiSA is therefore a crucial opportunity for EU service providers to have access to other markets and benefit from a level playing field. This would create new jobs in the EU and would therefore substantially contribute to our growth. However this trade agreement should not undermine our public services which should therefore be excluded from the scope of the agreement and governments' right to regulate in the interest of their citizens from consumer protection to data privacy. I voted for a resolution that finds the right balance between these two sets of priorities.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament meghatározó szerepet játszik az Unió kereskelempolitikájában. A képviselők nemcsak a végső szót mondják ki a kereskedelmi megállapodásokról, hanem a kereskedelmi megállapodásokról folytatott tárgyalással és annak megkötésével kapcsolatos eljárás minden szakaszában haladéktalanul és teljes körűen tájékoztatni is kell őket annak érdekében, hogy folyamatosan felügyelhessék a kereskedelmi tárgyalásokat. A tárgyalás menetének alakítása céljából a Parlament a tárgyalási folyamat során bármikor kifejtheti álláspontját.

A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében értékeli a szolgáltatáskereskedelmi megállapodásra (TiSA) irányuló tárgyalások első két és fél évét és tizenhárom fordulóját, és azt javasolja, hogy a Parlament foglalmazzon meg egyértelmű és határozott ajánlásokat az Európai Bizottság számára. Azt javasolja, hogy a Parlament úgy foglaljon állást, hogy a TiSA-tárgyalások során a piaci hozzáférés tekintetében fokozott viszonyosságot, globális szinten azonos versenyszempontokat, a fogyasztók számára kézzelfogható előnyöket kell biztosítani, továbbá az érdekelt felek számára lehetővé kell tenni a tárgyalásokhoz való hozzáférést a jövőbeli multilaterális keret elősegítése érdekében. Ugyanakkor kimondani javasolja, hogy a köz- és kulturális szolgáltatások, az adatvédelemhez és a tisztességes munkakörülményekhez fűződő alapvető jogok és a szabályozáshoz fűződő jog nem képezhetik a tárgyalások tárgyát, ezeket egyértelműen ki kell zárni a megállapodás hatálya alól. Az előterjesztést támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Este relatório referente às negociações sobre o Acordo para o Comércio e Serviços representa a posição do Parlamento para as negociações que agora decorrem entre a Comissão, representante da União, e 23 países membros da Organização Mundial do Comércio.

Este documento apresenta as prioridades do Parlamento num acordo que, acima de tudo, deve garantir mais direitos aos nossos cidadãos e, simultaneamente, remover barreiras às nossas empresas nos mercados fora da União. As condições devem, assim, ser equitativas no sector dos serviços, desde os transportes, passando pelo turismo, contratos públicos e telecomunicações. Este acordo permitirá a abertura de novos mercados aos prestadores de serviços da União. O acordo deve ainda respeitar o acervo da União em matéria de protecção de dados e de direito e respeito pela vida privada.

Pelas razões expostas, votei a favor do relatório.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – L'adoption du TISA constituerait un véritable tchernobyl juridique pour nos services publics. En effet, il s'agit de négocier, dans le plus grand secret, la libéralisation totale des services. Le but affiché est clairement de dépouiller l'Etat de toute compétence économique. Ainsi, certains services, comme l'eau, l'éducation ou la santé pourraient subir les lois du marché, et être ouverts à la concurrence. Ce rapport Redding valide évidemment ce processus sans sourciller (est-ce bien étonnant quand on connaît le pedigree de son rapporteur ?).

Cet accord, s'il est adopté, viderait les gouvernements et les peuples de toute leur souveraineté budgétaire et normative, au profit des multinationales. Il s'agit donc du pendant «secteur tertiaire» du traité transatlantique.

J'ai évidemment voté contre ce rapport.

Claude Moraes (S&D), in writing. – Labour MEPs voted in favour of the TiSA report which includes the full exclusion of all public services; strong safeguards for workers; a new binding clause to guarantee data privacy; and greater transparency. Trade in services is vital for the UK and the current rules are grossly outdated, as there was virtually no internet trade back in 1995. So the status quo is not an option: we absolutely need reform, but not at the cost of workers' rights, and not at the expense of our public services, especially the NHS. The trade in services is a significant and growing part of the EU economy. Creating a level playing field and opening global markets to European service providers is long overdue and crucial to the protection and promotion of jobs in the European Union.

Nadine Morano (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif aux négociations sur l'accord sur les services en discussion entre la Commission européenne et 23 pays membres de l'OMC. Ce texte rappelle les lignes directrices et les lignes rouges du parlement européen en la matière, notamment l'indispensable maintien de la qualité de nos normes et de nos services publics, qu'il convient de sauvegarder. L'UE est actuellement le leader mondial du commerce des services mais également un marché déjà très ouvert. Les négociations en cours devront permettre à nos entreprises, et notamment aux PME, de pouvoir se développer davantage sur les marchés internationaux et de protéger certains secteurs particulièrement vulnérables de nos économies européennes.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. – Considerata l'importanza dei servizi come interesse offensivo per l'Unione europea, accogliamo la relazione Reding con grande sostegno. I servizi sono infatti la spina dorsale dell'economia europea sia in termini di prodotto interno lordo sia in materia occupazionale. L'Unione europea, con un disavanzo della bilancia commerciale di 173,2 miliardi di euro nel 2013, è leader mondiale del mercato dei servizi. Nonostante il notevole livello di liberalizzazione del mercato interno, le barriere al commercio internazionale per le aziende europee permangono. Appoggiamo quindi la richiesta di una maggiore reciprocità commerciale.

Le trattative, inoltre, dovranno disciplinare il commercio dei servizi digitali garantendo però la massima conformità alle previsioni GATS, fondamentale per l'auspicata multilateralizzazione dell'accordo. Il nostro auspicio è che l'accordo doti gli attori globali di una cornice comune di regole e valori, in particolare in materia di lavoro, privacy e tutela del consumatore.

Grazie al grande lavoro della relatrice ombra, siamo infine riusciti a delineare nella relazione le nostre indicazioni e preoccupazioni più importanti, inviando così un forte messaggio ai negoziatori. In particolare, le negoziazioni dovranno garantire la massima trasparenza, salvaguardare il diritto alla regolamentazione, tutelare la stabilità e l'irreprevedibilità del settore finanziario ed escludere tutti i servizi a carattere pubblico.

Renaud Muselier (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur des recommandations à la Commission européenne concernant les négociations pour l'accord sur le commerce des services, celles-ci visant à améliorer la réglementation internationale. L'intérêt d'une telle régulation est d'autant plus mis en valeur par la très large majorité ayant soutenu les recommandations.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – I negoziati sul TiSA sono finalizzati a garantire una maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati, assicurare una parità di condizioni a livello globale, offrire vantaggi concreti ai consumatori e permettere alle parti interessate di avere accesso ai colloqui. Tuttavia, i servizi pubblici e culturali, i diritti fondamentali alla riservatezza dei dati e a condizioni di lavoro eque, come anche il diritto di regolamentare, non sono negoziabili e dovrebbero essere inequivocabilmente esclusi dall'ambito di applicazione dell'accordo.

Ho votato a favore della relazione poiché credo nell'importanza del ruolo decisivo del Parlamento nell'ambito della politica commerciale dell'UE.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – A decisive role is played by the European Parliament in the EU's trade policy, thus the European Parliament must work to ensure a good agreement is reached that should benefit European companies and consumers. I have voted for this report on the TiSA negotiations that must ensure more reciprocity in market access, create a global level playing field and provide tangible benefits for consumers.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru propunerea de rezoluție a Parlamentului European privind negocierile pe marginea Acordului privind comerțul cu servicii (TiSA). Acest acord reprezintă pentru UE o oportunitate de a-și consolida poziția dobândită de principal exportator mondial de servicii, în condițiile în care cota sa se ridică la 25 % din exporturile mondiale de servicii, ceea ce i-a permis să realizeze un excedent comercial de 170 de miliarde EUR în 2013. Domeniul serviciilor folosește aproape 70 % din forța de muncă a UE și reprezintă 40 % din valoarea bunurilor exportate din Europa. Subliniez potențialul TiSA de a stimula crearea de locuri de muncă în UE.

Încrederea cetățenilor în politica comercială a UE trebuie consolidată nu numai prin garantarea unor rezultate benefice în ceea ce privește ocuparea forței de muncă și crearea de bunăstare pentru cetățeni și societăți, ci și prin asigurarea celui mai înalt nivel de transparență, angajament și responsabilitate, prin menținerea unui dialog constant cu partenerii sociali, societatea civilă, autoritățile locale și regionale și orice altă parte interesată relevantă, precum și prin stabilirea unor orientări clare în cadrul negocierilor.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat astăzi în favoarea acestui raport deoarece consider că este esențial ca, în urma negocierilor și a Acordului TiSA, cetățenii europeni să obțină produse de calitate la prețuri mai mici, iar companiile europene competitive să poată accesa mai ușor piețele țărilor partenere. În acest moment, este clar că UE este una dintre cele mai atractive piețe pentru companiile provenite din alte state și este cazul ca, prin intermediul acestui acord, companiile europene să beneficieze de același tratament din partea partenerilor săi, ceea ce va aduce beneficii tuturor cetățenilor din UE prin crearea de noi locuri de muncă. În același timp, trebuie avută în vedere protejarea intereselor și a domeniilor de interes pentru statele și societățile europene de tipul celor specializate pe audio-vizual, servicii publice și protecția datelor.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o dohodě se službami (TiSA), protože jsem zastáncem úsilí o liberalizaci služeb. Jsem rád, že EP ve vyjednávacím procesu hraje aktivní roli a viditelně podporuje evropské vyjednávání. V našem zájmu je sjednání ambiciózní dohody, k níž se připojí i rychle se rozvíjející ekonomiky včetně Číny. Z tohoto důvodu by se měla jednání soustředit i na plnou slučitelnost dohody TiSA s dohodou GATS, aby neexistovaly překážky jejího začlenění do rámce WTO. Cílem by mělo být co nejširší uplatnění pokročilých pravidel pro obchod se službami, včetně pravidel pro oblast digitálního obchodu či pro usnadnění přeshraničního pohybu osob za účelem obchodu.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Търговското споразумение TiSA се стреми към укрепване на международните правила и увеличаване на отвореността на пазарите в областта на цифровите, финансовите и транспортните услуги, наред с другото. TiSA представлява възможност за ЕС да консолидира своята позиция като най-големия износител на услуги.

Преговорите по TiSA трябва да гарантират повече реципрочност по отношение на достъпа до пазара, да създадат в световен мащаб еднакви условия на конкуренция, както и да осигурят осезаеми ползи за потребителите. TiSA е възможност за осигуряване на конкуренция по правилата и аз подкрепям този доклад.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der vorgelegte Bericht sagt rein gar nichts darüber aus, wie das Abkommen letztlich aussehen wird und führt viel zu wenig Kritik an TiSA auf. Zudem ist man in dem Bericht von einer kritischen Haltung fast schon zu einer befürwortenden Haltung gewechselt. Aber nur durch eine Ablehnung des Abkommens können die Gefahren für Bürger und Gesellschaft verhindert werden. Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Teenusekaubanduse lepingu läbirääkimise protsessis on Euroopa Parlament teinud komisjonile ettepanekuid lepingu täiendamiseks. Eesmärk on jõuda lepinguni, mis vastaks nii Euroopa ettevõtjate kui ka tarbijate huvidele.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Las recomendaciones que hoy hemos votado son importantes en tanto en cuanto establecen cuáles son las líneas rojas que este Parlamento fija a la hora de dar un mandato negociador a la Comisión en nombre de la Unión sobre el Acuerdo sobre el Comercio de Servicios.

Son muchas las sombras que rodean las negociaciones, no solo en materia de transparencia e información, sino también desde el punto de vista del contenido político. Este texto es, precisamente, contundente en todo lo anterior. La transparencia y la información son un requisito básico en cualquier proceso negociador, ya sea en relación con el AECG o la ATCI, y exigimos por ello a la Comisión rigor en sus informaciones. Además, exigimos que el Acuerdo que se negocie evite el dumping social, medioambiental y económico y que garantice el respeto del acervo de la UE. Pedimos que se vele por el derecho de los Estados miembros a regular y excluir sectores sensibles, tales como los mercados de servicios públicos, lo que supone respetar los modelos políticos, sociales y culturales de la UE y sus Estados.

En definitiva, he votado a favor de un texto equilibrado y exigente en la defensa de los intereses europeos.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Η TiSA συνδέεται στενά με την TTIP και με άλλες διεθνείς συμφωνίες, όπως η CETA και η TTP. Το ΚΚΕ καταψήφισε το κείμενο των συστάσεων του Ευρωκοινοβουλίου και δεν μίλησε στη συζήτηση τροπολογιών δίδον για τη βελτίωση άλλης μιας διακρατικής συμφωνίας - έκτρωμα για τους λαούς. Η TiSA, όπως και οι άλλες ομοειδείς συμφωνίες, σαρώνει κάθε εργασιακό δικαίωμα, κάθε μέτρο προστασίας της δημόσιας υγείας, της ασφάλειας, του περιβάλλοντος, που υποτάσσονται στην επιδίωξη της μέγιστης κερδοφορίας. Υπηρετεί την ανάγκη των μεγάλων μονοπωλιακών ομίλων και στις δύο πλευρές του Ατλαντικού για έλεγχο των πλήρως απελευθερωμένων αγορών και διείσδυση σε νέες αγορές, παραμερίζοντας κάθε εμπόδιο και παραδίδοντας βασικές δημόσιες υπηρεσίες, όπως εκπαίδευση, υγεία, ύδρευση κλπ στα χέρια των επιχειρηματικών ομίλων.

Ούτε η TiSA, ούτε καμία από τις άλλες συμφωνίες απελευθέρωσης των αγορών μπορούν να διορθωθούν με όρους και τροπολογίες. Όσοι επιχειρούν να πείσουν ότι μπορούν να μετατραπούν σε φιλολαϊκές, εξαπατούν τους λαούς. Στην πραγματικότητα στηρίζουν την ανταγωνιστικότητα των ευρωενωσιακών στην αντιπαράθεσή τους με τα αντίπαλα μονοπώλια, γιατί πάνω από όλα υπερασπίζονται την καπιταλιστική βαρβαρότητα. Το ΚΚΕ απορρίπτει την TiSA και τις συμφωνίες «δίδυμες αδελφές», καλεί το λαό να εντείνει την πάλη του για να ανατραπούν, μαζί με τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È pacifico che gli scambi di servizi donano una forte spinta all'occupazione e alla crescita e sono fermamente convinto che il TiSA rappresenti un'opportunità per consolidare la posizione dell'Unione europea quale maggiore esportatore mondiale di servizi, in quanto migliorando l'accesso ai mercati esteri e promuovendo le migliori pratiche si aiuteranno di certo le imprese dell'Unione a fiorire nell'era della globalizzazione.

Considero i negoziati TiSA come un primo passo per superare lo stallo di Doha al fine di rilanciare i negoziati sui servizi in ambito GATS e pertanto, alla luce del ruolo preponderante rivestito dal Parlamento europeo in materia di politiche commerciali, mi sento di approvare l'operato fin qui svolto e pertanto voto positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Services are increasingly important in the global economy and a central part of the economy of every EU country. The EU is the world's largest exporter of services with tens of millions of jobs throughout Europe in the services sector. Moreover, opening up markets for services will mean more growth and jobs. The TiSA agreement aims at liberalising the worldwide trade of services such as banking, health care and transport. That is why I vote in favour of the report containing the European Parliament's recommendations to the Commission on the negotiations.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – TISA will create fairer trade rules in the service sector and the EP is committed to giving clear understanding to negotiators on how to apply the mandate. It is clear that the EU has the biggest service sector and that TISA is necessary to upgrade previous agreements multilaterally and propel job creation in this sector, also adapting to the new opportunities technology has brought to the sector. However, I want to clearly state that TISA should contain no lazy compromises regarding the protection of our European public services, education and culture. Otherwise, I will vote against, once the agreement is on the table for approval and ratification.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam Izvješće o preporukama Europskog parlamenta Komisiji za pregovore o Sporazumu o trgovini uslugama jer smatram kako se donošenjem novih regulatornih okvira u tom području može postići bolje i konkurentnije tržište. Neke od mjera koje podržavam i za koje smatram kako će imati pozitivne posljedice na području trgovine uslugama su postavljanje zajedničkih pravila i postavljanje standarda za prekograničnu suradnju u specifičnim sektorima u trgovini uslugama. Također, mjere pokrivaju pitanja poput izdavanja dozvola i kvalifikacijskih postupaka, nezavisnosti inspekcija, poštenog natjecanja u dobivanju marketinškog prostora, poštivanja natječajnih pravila i ne diskriminirajućeg pristupa mrežama.

Ono što smatram od iznimne važnosti i što bi se kroz ovaj sporazum i ostvarilo jest otvaranje prijeko nam potrebnih radnih mjesta. Vjerujem kako bi se proširenjem tržišta izvan granica Europske unije, ostvarile razne pogodnosti kako na gospodarskom i kulturološkom planu tako i na planu razmjena ideja, što je vrlo bitno u daljnjem razvoju te praćenju inovacija. Poštenijim načinom poslovanja ostvarila bi se tzv. zdrava konkurencija između tvrtki, bile one male, srednje ili velike jer sve bi imale jednaka prava, što smatram iznimno bitnim za ovaj tržišni sektor. Stoga u potpunosti podržavam ovo izvješće.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione recante le raccomandazioni del Parlamento alla Commissione sui negoziati relativi all'accordo sugli scambi dei servizi (TiSA), perché in essa si trovano tutti gli elementi che il Parlamento ritiene indispensabili in vista dell'approvazione finale del trattato. I negoziati, infatti, dovranno offrire vantaggi concreti tanto alle imprese quanto ai consumatori, garantendo maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati, parità di condizioni a livello globale e coinvolgendo tutte le parti interessate, così da facilitare la futura multilateralizzazione dell'accordo.

Contemporaneamente, si chiarisce in maniera inequivocabile che i servizi pubblici e culturali e i diritti fondamentali della riservatezza dei dati e di condizioni eque di lavoro non sono negoziabili per il Parlamento.

Un aggiornamento delle norme esistenti è urgente e indispensabile, considerato l'impatto positivo che determinerebbe per l'occupazione. Nel settore del commercio dei servizi, infatti, l'Europa possiede un vantaggio competitivo che, con l'abbattimento delle barriere internazionali, determinerebbe una nuova espansione, incrementando un surplus che, nel solo 2013, già ammontava a 173,2 miliardi di euro.

Le raccomandazioni assicurano che quest'obiettivo sia raggiunto senza dover sacrificare nessun diritto fondamentale, così da garantire un ampio sostegno al testo, tanto in Parlamento quanto tra i cittadini.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Tržište uslugama se značajno izmijenilo od vremena kada je posljednji sporazum dogovoren, ponajviše razvojem interneta. Iako su europski pružatelji usluga vrlo konkurentni na globalnom tržištu znanjem i kvalitetom koje pružaju, pristup mnogim tržištima je onemogućen zbog pravnih barijera dok je u isto vrijeme pristup europskom tržištu liberalniji. Posebno zapostavljena ovim neregiprocitetom su mala i srednja poduzeća. No reciprocitet ne smije biti naš jedini cilj. On treba biti popraćen snažnim standardima zaštite radnika, podataka, prava potrošača i njegove odredbe trebaju biti dostupne javnosti.

S obzirom na to da sam sudjelovao u izradi mišljenja Odbora za regionalni razvoj, drago mi je da ovo izvješće traži isključenje svih javnih usluga iz sporazuma poput zdravstva i školstva te da lokalnim i regionalnim jedinicama samouprave ostavlja pravo da reguliraju usluge i uvedu zaštitne mjere prema potrebi.

Želio bih zahvaliti kolegicama na sjajno obavljenom poslu jer ovo izvješće je postiglo cilj, jasno označava prioritete i očekivanja Parlamenta od nastavka pregovora. Ono nikako ne prejudicira finalni sadržaj niti znači automatsko prihvatanje. Ovaj sporazum je naša prilika da reguliramo globalizaciju, ali prihvatljiv je jedino ukoliko omogućiti zadržavanje naših principa i standarda.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A generalização de acordos de livre comércio, de que se destacam o presente acordo (TiSA), mas também o TTIP ou o CETA, enquadram-se numa estratégia com um alcance sem precedentes de desregulação e liberalização do comércio ao nível mundial e de mercantilização de serviços públicos essenciais.

O amplo espectro de sectores abrangidos pelo TiSA (telecomunicações e comércio eletrónico, serviços financeiros e seguros, transportes e até serviços de saúde) pretende impor-se como uma complexa rede de normas e regras, desenhadas para ultrapassar constrangimentos estatais e qualquer controle parlamentar nacional, num claro ataque à soberania dos países, aos serviços públicos e a uma política de desenvolvimento e bem-estar das populações. Tudo à margem de qualquer escrutínio democrático.

À semelhança de outros acordos, como os referidos, todo o processo de negociações tem vindo a desenvolver-se no maior secretismo.

O texto demonstra bem o acordo entre a direita e a social-democracia para facilitar o andamento das negociações do TiSA e fazê-lo aprovar, revestindo-se de ardilosas manhas que procuram enganar os mais distraídos.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Trh se službami tvoří páteř evropské ekonomiky. Jako sociální demokrat sleduji a usiluji zejména o zlepšení podmínek pracujících a zkvalitnění veřejných služeb. Současná pravidla trhu se službami jsou zastaralá a nepřilíží funkční, nepochybně tak potřebujeme pravidla nová, jasná a účinná. Nová a smysluplná dohoda o obchodu se službami měla vzniknout co nejdříve. Budeme ale dohlížet na to, aby nebyla omezena práva zaměstnanců nebo úroveň veřejných a kulturních služeb. Dohoda nesmí ohrozit schopnost EU nebo členských států zajišťovat a chránit pracovní standardy a funkční regulace. Komise od Parlamentu dostává nový mandát, který mimo jiné akcentuje požadavky na celosvětově rovné podmínky a reciprocitu v oblasti přístupu na trh. Pokud tento mandát nebude dodržen, může Evropský parlament využít práva veto. Jako člen výboru ITRE budu monitorovat především oblast telekomunikace a služeb v oblasti energetiky, které mají pro občany zásadní význam a přispívají ke vzniku kvalitních pracovních míst.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il TiSA è in corso di negoziazione tra 23 membri dell'OMC, tra cui l'Unione europea, che vogliono liberalizzare ulteriormente il commercio dei servizi tra di loro. I negoziati in corso sul TiSA dovranno offrire maggiori opportunità per le imprese europee per la fornitura di servizi come il trasporto e le telecomunicazioni negli altri paesi, ma dovranno garantire che l'accordo non impedisca alle autorità dell'Unione europea e degli Stati membri di legiferare nell'interesse pubblico, in particolare in materia di occupazione e protezione dei dati.

Ho votato a favore e auspico che il Parlamento europeo lavori in modo costruttivo e pragmatico al fine di garantire che si concluda un buon accordo, nell'interesse tanto delle imprese quanto dei consumatori europei.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Pro Unii jako celek i pro mou domovskou Českou republiku, z které mne sem voliči vyslali, je volný obchod prospěšný. Z tohoto důvodu má mou podporu i vyjednávání o dohodě TiSA, protože může rozšířit volný obchod v oblasti služeb.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu le rapport de ma collègue Viviane Reding, ancienne Commissaire, sur l'accord sur le commerce des services (ACS) dit TiSA.

Cet accord est négocié actuellement par 23 membres de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), dont l'Union européenne.

Dans une économie mondialisée, les services sont de plus en plus importants et constituent un élément fondamental de l'économie des pays de l'UE. L'UE est le premier exportateur de services au monde (24% du marché mondial et un excédent commercial de 170 milliards d'euros), des dizaines de millions de personnes travaillant dans ce secteur en Europe.

Ce rapport est parfaitement équilibré et souligne surtout le besoin de réciprocité et le fait que l'Europe est un marché assez ouvert en matière de services et que désormais, ce sont les autres pays qui doivent s'ouvrir et utiliser les mêmes règles que nous.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for Amendment 3-25, which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for Amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Congratulo-me com o presente relatório, em que o relator pretende avaliar os primeiros dois anos e meio e as primeiras treze rondas de negociações relativas ao Acordo sobre o Comércio de Serviços (TiSA), assim como elaborar recomendações claras e sólidas à Comissão Europeia.

Considero que as negociações relativas ao TiSA devem assegurar uma maior reciprocidade no acesso aos mercados, criar condições equitativas a nível global, proporcionar benefícios concretos aos consumidores e, ainda, permitir às partes interessadas o acesso às negociações, de modo a facilitar a futura multilateralização. Neste sentido, votei favoravelmente o presente relatório por considerar que o Parlamento Europeu deverá trabalhar, de modo construtivo e pragmático, no sentido de projetar uma imagem positiva das negociações relativas ao TiSA e de lhe dar prioridade de modo a que se alcance um bom acordo, compatível com o interesse tanto das empresas europeias como dos cidadãos europeus.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – J'ai finalement voté en faveur du rapport de Viviane Reding sur le TISA qui devra à l'évidence faire l'objet d'un remodelage avant que le Parlement européen ne donne dans les mois à venir son approbation sur le texte final. A ce stade, les députés européens ont simplement fixé leurs priorités sur l'accord négocié actuellement sur le commerce des services. 23 membres de l'OMC, dont l'UE, sont concernés et représentent ensemble 70% du commerce mondial des services.

Point positif: les membres de la commission INTA ont su se rassembler autour de larges compromis et éviter les écueils de la directive Bolkestein. Un texte sur les services dans l'UE qui, avant son adoption en 2006, avait été diabolisé par une majorité de la gauche européenne.

Point négatif: la recommandation adoptée ce midi est un texte «fourre-tout». En tant que libérale, je suis également opposée à certains paragraphes visant au § 1. c) v. à s'opposer aux propositions américaines relatives à la circulation des informations. Et au § 1. d) i. visant à insérer une clause de sécurité destinée à empêcher les entreprises d'entraver le droit de mener une action syndicale. Le droit au travail est aussi important que le droit de grève!

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je tiens à saluer le compromis obtenu par la rapporteur, Madame Viviane Reding, notamment le refus de clauses de «statu quo» et «à effet de cliquet» voire encore les garde-fous proposés en matière de protection des données par les entreprises étrangères. Néanmoins, lors du vote, je me suis abstenu. Certaines «lignes rouges» font défaut. Les services publics et services au public d'intérêt général sont exclus du champ des négociations, mais il subsiste un flou quant à leur définition au niveau européen, mettant à mal la restriction. Soyons prudents face à ce type de négociations et à leur impact. À ce jour, il n'y aucune garantie que le TISA impose le respect des conventions collectives de l'Organisation internationale du Travail (OIT). Par ailleurs, je suis défavorable au principe de «liste négative» induit par TISA: seuls les secteurs cités explicitement dans les accords ne seront pas libéralisables. Le Parlement a donné son «feu vert» ; j'y voyais un «feu orange». Je resterai vigilant à ce que les balises essentielles qui conditionnent l'accord soient respectées.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Nepalaikiau šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas praleido progą tapti stipriu žaidėju derybose dėl prekybos paslaugomis susitarimo. Nepaisant kelių teigiamų elementų, kuriais parodoma, kad visos viešosios ir visuotinės svarbos paslaugos negali tapti derybų objektu, Europos Parlamentas nepaliekė žaliųjų registravimų esminėms pataisoms. Jomis norėta sustiprinti pranešimą, pasakant, kad minėto dokumento nuostatų laikymasis lems, ar Europos Parlamentas pritars derybų dėl TISA rezultatams. Nepritarus šiai pataisai, pranešimas buvo susilpnintas, nes Komisijai paliekama teisė į jį neatsižvelgti.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Dans son rapport, Viviane Reding adresse à la Commission des recommandations pour la négociation de ce traité, qui sont autant de lignes rouges qu'elle ne devra pas franchir. Comme pour l'ensemble des négociations commerciales menées par la Commission, celles du TISA se caractérisent par leur manque de transparence. Cet accord portant sur la libéralisation des services entre l'Union européenne et 22 partenaires comporte pourtant de nombreux risques pour les services européens. Cette résolution du Parlement européen ne constitue pas à un blanc-seing à la démarche de la Commission européenne. Bien au contraire, elle appelle à plus de transparence ainsi qu'à contrer l'évasion fiscale et le dumping social. Les données personnelles des Européens doivent également être efficacement protégées. Le Parlement européen demande une exclusion des services publics et des services audiovisuels du champ de l'accord. Quant aux services culturels, il préconise qu'une «approche prudente» soit adoptée. Enfin, le rapport va dans le sens d'une préservation de la capacité de légiférer des Etats, en rejetant le principe des clauses de statu quo

(standstill) et de cliquet (ratchet). J'ai donc voté pour ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório da colega Reding pretende fazer uma avaliação aos primeiros dois anos e meio e às primeiras treze rondas negociais relativas ao Acordo sobre o Comércio de Serviços, que se encontra a ser negociado entre 23 membros da OMC, com o objetivo de liberalizar o comércio de serviços.

Do conjunto de recomendações objetivas à Comissão, destaco uma maior reciprocidade no acesso aos mercados, condições equitativas a nível global, uma garantia de atribuição de benefícios concretos aos consumidores e de acesso das partes interessadas às negociações, como forma de facilitar a futura multilateralização.

Fora do acordo deverão ficar os serviços inegociáveis, tais como serviços públicos e culturais, direitos fundamentais à privacidade dos dados, condições de trabalho justas e o direito a legislar.

O TISA deve ter por base o Acordo Geral da OMC sobre o Comércio de Serviços e por objetivo a promoção de equilíbrios nas relações comerciais internacionais. Estou certo que este acordo irá conferir mais oportunidades às empresas europeias de fornecer serviços a/em países terceiros, sem colocar em causa os serviços públicos, a proteção de dados e dos consumidores, bem como os elevados padrões laborais e ambientais, pelo que votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui ne se prononce pas pour ou contre l'accord sur le commerce des services (ACS ou TiSA, en anglais), mais qui adresse à la Commission européenne les lignes rouges qu'elle devra respecter durant les négociations.

Ainsi, les services publics et les services audiovisuels doivent être clairement exclus du futur accord et notre diversité culturelle doit être protégée.

Il s'agit également de préserver le droit à réglementer des États et notre législation en matière de protection des données.

Mais nous devons aussi garder pour objectif d'aboutir à un accord ambitieux et rester offensifs en matière d'accès aux marchés. L'Union européenne est leader en matière de commerce des services et le marché européen est déjà très ouvert. Nous devons donc, à travers ces négociations, non pas libéraliser davantage mais gagner en réciprocité car il est essentiel que nos entreprises accèdent aux marchés de nos partenaires.

Nous continuerons à suivre de près ces négociations afin de défendre les intérêts des entreprises et des citoyens européens.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Il voto di oggi è solo un'altra tappa raggiunta in un processo cominciato già nel 2013, che trasmette alla Commissione europea il parere del Parlamento europeo, in modo da poter continuare le negoziazioni nel modo più proficuo possibile.

Ho votato a favore perché è fondamentale per l'Unione europea essere un attore principale nel commercio internazionale. Non solo, il nostro compito è anche quello di lavorare per avere delle regole comuni in modo che le nostre aziende possano competere a livello globale con regole chiare e uguali per tutti e i nostri cittadini-consumatori possano trarre maggiori vantaggi da un mercato più ampio ma vedendo salvaguardata la loro sicurezza.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato contro in quanto considero il TiSA potenzialmente molto nocivo per il sistema produttivo europeo, nonché per i diritti dei cittadini e dei consumatori. Il testo inoltre va nella direzione di un'ulteriore pericolosa erosione della sovranità nazionale degli Stati membri.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de este informe porque, a pesar de los considerables progresos con respecto al informe original y a las condiciones actuales de la negociación, sigue siendo contrario a los intereses de la ciudadanía de los países firmantes y, más aún, de los países en desarrollo que quedan excluidos del Acuerdo.

No estamos dispuestos a votar a favor de un Acuerdo que favorece el la liberalización de servicios y el libre comercio en ámbitos que incluyen sectores muy delicados para el bienestar y el desarrollo. Se trataría de un movimiento contrario al sentido común en un contexto en que aún atravesamos las consecuencias de una crisis causada en buena medida por la liberalización.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – TISA-forhandlingerne skal sikre en større grad af gensidighed ved markedsadgangen, skabe ensartede spilleregler på globalt plan, sikre konkrete fordele for forbrugerne og give interesserede parter adgang til samtalerne med henblik på at lette en fremtidig multilateralisering. Men offentlige og kulturelle tjenesteydelser, grundlæggende rettigheder til databeskyttelse og rimelige arbejdsvilkår samt retten til at regulere står ikke til diskussion og bør utvetydigt holdes uden for aftalens anvendelsesområde.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht heute zugestimmt, da TiSA mit seinen 24 Vertragsparteien 70 % des Welthandels mit Dienstleistungen umfasst und die EU in hohem Maße davon profitieren wird.

Denn TiSA schafft allgemeine Grundsätze für diejenigen, die am Handel mit Dienstleistungen teilnehmen wollen, und stellt hierfür verbindliche Regelungen auf.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – En Izquierda Plural nos hemos posicionado desde el principio contra los diferentes acuerdos comerciales, como la ATCI o el AECG, con los que se está minando el poder democrático para entregárselo a las grandes corporaciones. Este informe avala las negociaciones del ACS, un acuerdo de comercio de servicios que están negociando veintitrés países, incluidos paraísos fiscales, como Suiza, y países no firmantes de los acuerdos de la OIT, como los Estados Unidos. Además, se promueve que los servicios queden en manos de grandes corporaciones internacionales, fomentando la privatización y completa liberalización de los servicios. El informe da su visto bueno a la privatización de los servicios postales, hasta ahora públicos en el Estado español. En el informe también se avala que se quite a los ayuntamientos la capacidad de remunicipalizar, o que se tengan en cuenta criterios como la igualdad de género o la creación de empleo durante la negociación del Acuerdo. También cabe destacar que votamos un aval a las negociaciones cuando no conocemos el contenido de estas, ya que tienen lugar en absoluto secreto y solo hemos tenido conocimiento de su existencia gracias a las revelaciones de Wikileaks. Por todo esto, nos resulta imposible apoyar el informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'accordo sugli scambi di servizi TiSA è un accordo attualmente in fase di negoziato tra 23 membri dell'Organizzazione mondiale del commercio, tra i quali l'Unione europea e i suoi 28 Stati membri.

Ho espresso il mio voto favorevole alla relazione in quanto definisce le priorità del Parlamento europeo per il proseguimento dei negoziati TiSA, il cui scopo è liberalizzare gli scambi di servizi. Ricordo che l'UE è la più grande importatrice ed esportatrice di servizi al mondo, oltre ad avere una forza lavoro occupata per il 70% nel settore terziario. Tuttavia, gli ostacoli all'accesso al mercato dei fornitori di servizi europei, se tradotto in cifre corrispondenti, equivalgono al 15% in Canada, al 25% in Sud Corea, al 44% in Turchia e al 68% in Cina, mentre nell'UE la tariffa corrispondente alle restrizioni per la fornitura di servizi per gli operatori stranieri è solo del 6%.

L'Unione europea ha quindi un particolare interesse affinché sia creata una base normativa solida che garantisca una maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati, assicuri parità di condizioni a livello globale e offra vantaggi concreti ai consumatori.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – The report largely transposes the framework of the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organisation (WTO). EFDD amendments 2-7 strengthen the report in order to allow for the full exclusion of public services from TiSA, the right to reverse commitments, and the right to withdraw from the agreement. Since these amendments did not pass as a bloc, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution as a whole. The resolution passed as amended.

However, UKIP MEPs voted for Amendment 3 (25), which calls for a clause allowing withdrawal from the agreement and reversal of commitments by each signatory – and this amendment passed, with those voting against including the entire British delegation from the ECR Group, as well as the entire EPP Group.

We voted for amendment 22, calling for a positive-list approach in TiSA (mirroring the existing WTO rules on services and trade). We voted in favour of this, along with other British MEPs Janice Atkinson (ENF), Martina Anderson (GUE), Jill Evans, Jean Lambert, Molly Scott Cato and Alyn Smith (all Greens). All British ECR Group members voted against the amendment, while all British S&D Group members abstained.

Pedro Silva Pereira (S&D), por escrito. – Votei a favor do relatório referente às negociações plurilaterais para um Acordo sobre o Comércio de Serviços (TiSA) porque contém as recomendações e exigências do Parlamento Europeu à Comissão Europeia com vista a um acordo final justo e equilibrado. Estas negociações são importantes para a União Europeia, que é o líder mundial no comércio de serviços. O que se pretende é uma regulação ambiciosa do comércio de serviços que abranja as principais questões do século XXI, incluindo o comércio eletrónico. Apoio o relatório porque este insiste no combate ao «dumping» social, preconiza a exclusão dos serviços públicos do acordo, assegura o direito de legislar no interesse público, afasta novos compromissos no domínio dos serviços financeiros suscetíveis de comprometer a regulamentação financeira da UE, promove a proteção dos dados e da vida privada no contexto de uma economia digital e defende o reforço da transparência das negociações TiSA. Em suma, apoiei este relatório em defesa de uma melhor regulação do comércio de serviços e contra o «dumping» social.

Siôn Simon (S&D), in writing. – The Trade in Services Agreement is a massively controversial negotiation process and international agreement. The rules on global trade in services are in great need of an update, but we cannot just accept any deal and the Commission must take these recommendations into account when securing a final TiSA agreement if there is any hope of the Commission getting the European Parliament's approval. It is great to see the amount of participation in the agreement of this report setting out the Parliament's position on the TiSA negotiations and that the Parliament has come to such an agreement in the end.

Branislav Škripek (ECR), písomne – Cieľom dohody o obchode so službami – TiSA – je liberalizovať sektor služieb. Dohoda však bude mať dopad na naše inštitúty, na ktoré sme roky zvyknutí. Ide napríklad o ochranu spotrebiteľa, zdravotníctvo, vzdelávanie, sociálnu oblasť, odpadové hospodárstvo, aj o ochranu osobných údajov. Je potrebné viac apelovať na transparentnosť vyjednávania konečnej podoby dokumentu a hlbšie zhodnotiť možné negatívne dopady tejto dohody. Z tohto dôvodu som sa pri hlasovaní o odporúčaní Európskeho parlamentu Komisii k rokovaniu o tejto dohode zdržal.

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. – TiSA je plurilateralni sporazum koji okuplja 24 članice WTO-a, među kojima je i Europska unija, a koje čine 70% ukupne svjetske trgovine. Njime se želi omogućiti otvaranje tržišta kojim bi se građanima tog područja omogućio veći izbor u područjima financijskih i telekomunikacijskih usluga, e-trgovine, razvijanja novih pomorskih trgovinskih mreža itd. S bitnim naglaskom na zaštitu osobnih podataka korisnika interneta pri korištenju tih usluga.

Budući da je Europska unija istovremeno najveći svjetski i uvoznik i izvoznik, proširenjem tržišta omogućava joj se veća konkurentnost. Načela rodne jednakosti, unapređenje radnog i socijalnog prava, pružanje pomoći zemljama u razvoju, jamstvo korištenja domaćih zdravstvenih osiguranja, odgovorno državno kreditiranje i zaduživanje svakako treba podržati.

Međutim, državama je potrebno omogućiti poduzimanje određenih mjera u svrhu zaštite njihovih građana kao i nacionalne sigurnosti te podpirati dogovore s ciljem zaštite okoliša.

Monika Smolková (S&D), písomne – Dohoda o obchode so službami (Trade in Services Agreement – TiSA) je obchodná dohoda, o ktorej od začiatku roka 2013 v súčasnosti rokuje 52 členov Svetovej obchodnej organizácie (WTO) vrátane EÚ. Podporila som uznesenie, lebo verím, že dohoda o obchode so službami (TiSA), odstráni prekážky pre poskytovateľov služieb a zabezpečí rovnaké podmienky prostredníctvom recipročného prístupu na trh a spravodlivej hospodárskej súťaže. Teší má, že služby už dnes zamestnávajú približne 70 % pracovnej sily EÚ a predstavujú 40 % hodnoty tovaru vyváženého z Európy. Myslím si, že TiSA je pre EÚ príležitosťou nielen na upevnenie pozície celosvetovo najväčšieho vývozcu služieb, ale za určitých podmienok môže byť aj vhodným spúšťačím mechanizmom pre inkluzívny rast, udržateľný rozvoj, znižovanie chudoby a nerovnosti a vytváranie nových pracovných miest. Verím, že dohodou o obchode so službami zabezpečíme dôslednejšiu ochranu malých a stredných poskytovateľov služieb v EÚ pred nekalými praktikami poskytovateľov služieb z krajín mimo EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – EP ima ključno vlogo v trgovinski politiki EU. Ima pravico izraziti svoje stališče med celotnim postopkom, kar mu omogoča vplivanje na njegov potek. Z dotičnim poročilom želi EP vplivati na pogajanja o sporazumu TiSA, ki bi, tako kot vsak trgovinski sporazum, moral zagotoviti več vzajemnosti pri dostopu do trga, ustaviti enake konkurenčne pogoje na svetovni ravni, zagotoviti oprijemljive koristi za potrošnike, itd.

Veliki pomisleki v okviru tega sporazuma se pojavljajo glede določenih področij predmeta pogajanj o trgovini s storitvami. Strinjam se, da javne in kulturne storitve, temeljne pravice do varstva podatkov in pravični delovni pogoji ter pravica do regulacije, ne morejo biti predmet pogajanja in jih je potrebno nujno izključiti iz področja uporabe sporazuma.

Menim, da bi pogajanja o sporazumu o trgovini s storitvami (TiSA) morala doseči učinkovite mednarodne predpise, ne pa slabše notranje predpise. Poročilo se neposredno ne nanaša na (ne)podprtje sporazuma TiSA, ampak je namenjeno predvsem podajanju predlogov Komisiji glede nadaljnjega postopanja v okviru pogajanj o oblikovanju samega sporazuma.

Na plenarnem zasedanju ni bil sprejet amandma, ki bi zagotovil upoštevanje predlogov, ki jih je podal EP, in amandma, s katerim bi pridobili pravico do pregleda nad izpolnjevanjem nalog iz mandata Sveta, zato sem glasoval proti poročilu.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Ho votato oggi a favore della risoluzione che contiene le raccomandazioni del Parlamento europeo per la negoziazione dell'accordo sugli scambi di servizi (TiSA), un accordo commerciale multilaterale in corso di negoziazione tra 23 membri dell'OMC, tra cui l'Unione europea.

Le regole globali vigenti in materia di scambio di servizi sono definite dal GATS, accordo siglato nel 1995 che appare oggi obsoleto per via dell'emergere dei servizi online che 20 anni fa non esistevano o non erano disponibili. Lo scopo del TiSA è appunto quello di aggiornare le norme GATS per continuare a facilitare lo scambio di servizio a livello multilaterale, considerando lo stallo in ambito OMC da questo punto di vista.

Come gruppo social-democratico, siamo riusciti a indicare una serie di paletti precisi per le negoziazioni dell'accordo, quali la completa esclusione dei servizi pubblici dal mandato di negoziazione, la salvaguardia dei diritti sociali e dei diritti dei lavoratori, l'affermazione del pieno diritto degli Stati a regolare e legiferare nel pubblico interesse, una maggiore trasparenza e coinvolgimento del Parlamento nel processo negoziale. La Commissione dovrebbe quindi negoziare l'accordo seguendo queste indicazioni, per evitare che il Parlamento si opponga al testo finale di un trattato che non tuteli i nostri standard.

Ivan Štefanec (PPE), písomne – TiSA je pre európske spoločnosti významnou príležitosťou poskytovať svoje služby v tretích krajinách a chrániť tak európske spoločnosti za hranicami EÚ a verejné služby v jej vnútri. Podporujem tento nástroj, ktorého výsledkom má byť liberalizovanie obchodu so službami v oblastiach ako financie, e-commerce, dopravné služby, licencovanie, telekomunikácie, lodná doprava a mobilita pracovnej sily na dočasný úväzok a má sa týkať asi 70 % svetového obchodu so službami.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Svakim bi se trgovinskim sporazumom trebala pružiti veća prava i niže cijene europskim potrošačima te više radnih mjesta i bolja zaštita radnika. Trgovinskim se sporazumima također treba doprinijeti održivom razvoju, promicati društveno odgovorno poslovanje na globalnoj razini i izjednačiti uvjete za europska poduzeća.

U kontekstu globalizacije, digitalizacije te trenda prelaska na trgovinu uslugama koji se odvijaju u našim gospodarstvima i međunarodnoj trgovini potrebno je politički djelovati radi poboljšanja međunarodnih propisa. Treba naglasiti da je multilateralni trgovinski sustav i dalje najučinkovitiji okvir za postizanje otvorene i pravedne trgovine diljem svijeta. TiSA je prilika da EU, čiji udio u globalnom izvozu usluga iznosi 25 %, a trgovinski višak za 2013. godinu 170 milijardi EUR, učvrsti svoj položaj najvećeg svjetskog izvoznika usluga.

Vrijednost izvoza usluga EU-a se tijekom posljednjih deset godina udvostručila i 2014. godine dosegla vrijednost od 728 milijardi EUR. U uslužnim sektorima zaposleno je blizu 70 % radne snage EU-a te usluge čine 40 % vrijednosti robe izvezen iz Europe. Sektori usluga bit će zaslužni za 90 % novih radnih mjesta koja će se u EU-u otvoriti između 2013. i 2025. godine te stoga ovaj sporazum ima potencijal da potakne rast i otvaranje radnih mjesta u EU-u i ja sam ga podržao.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I supported this report, which is in alignment with a number of my priorities and a number of the priorities of my Labour MEP colleagues. It supports a full carve-out for public services, increased transparency and involvement of civil society and extensive safeguards for workers, including equal pay for equal work. I therefore welcome this report.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Sporazum o trgovini uslugama, kao i svaki trgovinski sporazum mora pružiti veća prava i niže cijene europskim potrošačima, kao i bolju zaštitu radnika te stvoriti nova radna mjesta. Iako je sporazum u svojem sadašnjem obliku plurilateralan, treba težiti k tome da sklopljeni sporazum dosegne kritičnu masu kako bi mogao poprimiti multilateralnu dimenziju u okviru Svjetske trgovinske organizacije. Također, sporazum ima veliki potencijal za otvaranje novih radnih mjesta jer se predviđa da će uslužni sektori biti zaslužni za 90% novih radnih mjesta koja će se otvoriti u Europskoj uniji do 2025. godine. Sporazumom se treba povećati pristup stranim tržištima kao i pomoć poduzećima iz Europske unije da napreduju u doba globalnih lanaca.

Podržavam preporuke navedene u ovoj raspravi jer smatram kako Sporazum o trgovini uslugama mora osigurati više reciprociteta u pristupu tržištu, stvoriti uvjete za globalnu primjenu, pružiti opipljive olakšice krajnjim potrošačima i dozvoliti pristup razgovorima ostalim zainteresiranim stranama kako bi se olakšala buduća multilateralizacija sporazuma. Slažem se kako Europski parlament mora raditi konstruktivno i pragmatično kako bi se kroz pregovore o sporazumu postiglo dobro sporazumijevanje zainteresiranih strana.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sam za poročilo s priporočili Evropskega parlamenta Komisiji za pogajanja o sporazumu o trgovini s storitvami (TiSA).

Podpiram jasne usmeritve, ki jih je Evropski parlament dal pogajalcem glede sporazuma TiSA, ki je po mojem mnenju uravnotežen. Veliko prednosti prinaša velikim ter malim in srednjim podjetjem, prav tako je poskrbljeno tudi za pravice delavcev.

S strani nasprotnikov sporazuma je veliko zavajanj glede javnih storitev, kot so javno zdravje, varnost in okolje, zato podpiram, kar je tudi zelo jasno opredeljeno v priporočilih Evropskega parlamenta Komisiji.

Pavel Svoboda (PPE), písemně. – Podpořil jsem návrh usnesení Evropského parlamentu obsahující doporučení Evropského parlamentu určené Komisi ohledně jednání o dohodě o obchodu se službami (TISA), který by měl posílit význam služeb pro světovou ekonomiku. Dohoda by měla přispět k většímu pokroku ve finančních službách, vnitrostátní regulaci, telekomunikačních a dalších službách. Dohoda TISA bude mít díky usnadnění přístupu na trh služeb třetích zemí a posílení transparentnosti pozitivní dopad na sektor služeb a přispěje k zintenzivnění spolupráce s mimoevropskými zeměmi v této oblasti. Dohoda TISA může spotřebitelům přinést více práv a nižší ceny, více pracovních příležitostí a ochranu pracovníků. V oblasti služeb přinese mimo jiné i lepší kvalitu, bezpečnost, cenovou dostupnost a rovné zacházení.

Kay Swinburne (ECR), in writing. – I voted in favour of this resolution and I will continue to support calls for an ambitious trade agreement, which will give world class UK firms market access to 70% of world trade in services markets.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η στάση της Αριστεράς τόσο μέσα στο Κοινοβούλιο, όσο και εκτός, αλλά και η στάση των συνδικάτων, κοινωνικών κινημάτων και άλλων κοινωνικών φορέων είναι ξεκάθαρα κατά της TiSA, όπως ήταν και ενάντια στην TTIP. Μάλιστα στην Ουρουγουάη τα συνδικάτα κατάφεραν μέσω της πίεσης που άσκησαν στην κυβέρνηση, η δεύτερη να αποσυρθεί από τις διαπραγματεύσεις.

Οι λόγοι, όπως και στην TTIP είναι πως με την φιλελευθεροποίηση των υπηρεσιών θα αρχίσει η διαδικασία ανακατανομής του κεφαλαίου και των εργασιών στην παροχή υπηρεσιών προς όφελος όλο και πιο μεγάλων εταιριών, οι μισθοί θα πιεστούν προς τα κάτω, και οι συλλογικές συμβάσεις θα διαλυθούν με αρνητικές επιπτώσεις στην ασφάλιση των εργαζομένων. Όπως και όλη η Ομάδα της ΕΕΑ/ΒΠΑ στο Κοινοβούλιο καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Με τη συμφωνία αυτή διακυβεύονται τα πρότυπα υπηρεσιών της ΕΕ, η απασχόληση (συμπεριλαμβανομένων των ποιοτικών θέσεων απασχόλησης), οι δημόσιες υπηρεσίες για τους πολίτες της ΕΕ και το δικαίωμα των κρατών μελών να προβαίνουν σε κανονιστικές ρυθμίσεις

József Szájer (PPE), írásban. – A TiSA-ra vonatkozó, most elfogadott jelentés úgynevezett saját kezdeményezésű jelentés (INI). Ennek megfelelően jogi kötődéssel nem bír, jogalkotásra nem kötelez.

A FIDESZ–KDNP néppárti delegációja a teljes szöveg ismeretében alakítja majd ki saját álláspontját.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a szolgáltatáskereskedelmi megállapodásra (TiSA) irányuló tárgyalásokról szóló jelentést. Egyetértettem a jelentés azon felhívásával, hogy bármely kereskedelmi megállapodásnak, így a TiSA-nak is az európai fogyasztók és munkavállalók érdekeit kell szolgálnia valamint, hogy a tárgyalás során figyelembe kell venni a fenntarthatóság kritériumait.

Helyesnek tartom továbbá, hogy a jelentés kiemeli, hogy a kereskedelempolitikának teljes mértékben összhangban kell lennie a Nemzetközi Munkaügyi Szervezet (ILO) tisztességes munkára vonatkozó ajánlásaival. A TiSA új lehetőségeket nyithat meg az európai vállalatok számára. Ugyanakkor el kell érniünk, hogy a kkv-k is részesüljenek ebből a lehetőségből és ne kerüljenek hátrányos helyzetbe például a közbeszerzési piacon.

Mindemellett viszont sajnálatosnak tartom, hogy a többség nem támogatta a pozitív lista kizárólagos alkalmazását. Magam emellett foglaltam állást, mert úgy vélem, hogy ez teremtett volna átláthatóbb és az elfogadott javaslatban szereplőnél sokkal egyértelműbb helyzetet.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. – Non sono favorevole al trattato TiSA ma ho votato a favore di queste raccomandazioni poiché esse tracciano importanti linee rosse che la Commissione europea non dovrà oltrepassare durante i negoziati: i servizi pubblici non si toccano, non devono avvenire privatizzazioni irreversibili, i diritti dei cittadini hanno la precedenza sul libero scambio.

Questo testo non è certo perfetto. Ha il mio sostegno nella misura in cui non lascia carta bianca ai negoziatori e alle lobby dei grandi interessi economici. È un primo passo – solo un primo passo – nella direzione giusta: per il resto, lavorerò con tutte le mie forze affinché l'UE ed i suoi cittadini non cadano nella trappola costituita dai trattati internazionali TISA e TTIP, che si sommano ad un terzo trattato, il TPP per i paesi che si affacciano sul Pacifico, ed in sinergia con quest'ultimo formano una tenaglia economica impennata sugli USA.

Sarebbe riduttivo chiamare il TiSA «trattato di libero scambio». Piuttosto, esso (esattamente come il TTIP ed il TPP), se mai verrà approvato, costituirà una parte della ragnatela di regole che mira a ridisegnare l'assetto della parte più ricca dell'economia mondiale. Una ragnatela tessuta nell'interesse delle consorterie affaristiche e a scapito dei cittadini.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Consider că o negociere mai atentă a Acordului privind comerțul cu servicii poate să reducă din obstacolele pe care IMM-urile europene le întâmpină în drumul lor către internaționalizarea serviciilor prestate.

UE este unul dintre principalii exportatori de servicii la nivel global. Din totalul serviciilor, o treime sunt asigurate de IMM-uri. Cu toate acestea, costurile serviciilor transfrontaliere sunt crescute de obstacole netarifare, stare care afectează funcționarea corectă a sectorului IMM din domeniu.

Se observă încă un potențial imens, neexploatat la justa valoare de UE, în piața mondială de servicii. Comisia trebuie să aibă o poziție corectă și fermă în negocierea TiSA în favoarea mediului economic al tuturor statelor membre și, în special, în favoarea economiilor emergente care pot determina o creștere sustenabilă și solidă, pe termen lung, a economiei UE.

În același timp, este foarte important ca Acordul privind comerțul cu servicii să nu prevină în niciun fel buna funcționare a UE și a statelor membre în aplicarea normelor sociale, dar și în domeniul muncii.

Comisia Europeană trebuie să țină cont în egală măsură de recomandările Parlamentului European și ale statelor membre pentru dezvoltarea unui acord în beneficiul tuturor părților implicate, dar, mai ales, în beneficiul cetățenilor europeni.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce vote sur l'ACS. Certes, les politiques commerciales et d'investissement de l'Union européenne sont étroitement liées aux politiques de développement de l'Union et ont une incidence sur les pays en développement mais dès qu'on aborde l'idée d'une libéralisation des services, on ouvre une boîte de Pandore préjudiciable aux citoyens et aux travailleurs.

Je tiens toutefois à souligner l'excellent travail des socialistes européens dans cette résolution; ils l'ont largement améliorée qualitativement et humainement.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – It voted in favour of the report on TiSA (Trade in Services Agreement) negotiations today, which started in spring 2013. The Trade in Services Agreement is a multilateral trade agreement currently being negotiated by 23 members of the World Trade Organisation (WTO), including the EU – with the aim to liberalise trade in services among those parties. With this report, the European Parliament aims to provide the Commission with guidelines on the Parliament's priorities for the remainder of the TiSA negotiations.

Indeed, TiSA represents an opportunity for the European market to ensure reciprocity for European companies and will thus benefit European consumers and workers.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le TISA est, avec le TAFTA et le CETA, le troisième accord de libre-échange actuellement négocié par la Commission européenne. Le Parlement a décidé, par cette résolution, de fixer les lignes rouges de la négociation.

Ce texte constitue une base solide pour défendre le juste échange. La Commission a désormais mandat du Parlement pour protéger les salariés et les consommateurs.

La transparence est exigée et les citoyens devront avoir accès à toutes les informations. Le TiSA ne pourra en aucun cas faciliter le dumping social, l'évasion fiscale ou affaiblir nos standards sociaux et environnementaux. Il devra également exclure les services publics et culturels, tout en garantissant la protection des données personnelles de nos concitoyens. Enfin, cet accord ne pourra restreindre le droit des États à légiférer, que ce soit au moyen de la coopération normative ou de clauses standstill et ratchet.

Cette résolution accroît la pression sur les négociateurs. Le Parlement Européen votera pour décider de ratifier ou non l'accord. Si une seule de nos lignes rouges est franchie, le TiSA n'aura pas ma voix!

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – È fondamentale che i negoziati in corso sull'accordo sugli scambi di servizi (TiSA) si concludano con un accordo che faciliti l'accesso delle imprese UE ai mercati internazionali, ma occorre garantire che i servizi pubblici, cruciali per le nostre economie, non siano inclusi nei termini della trattativa. Questo voto del Parlamento europeo non è un voto a favore o contro l'accordo: intendiamo definire i limiti, le linee rosse che ci consentano di tutelare e proteggere i consumatori e di rispondere alle sfide della globalizzazione e della digitalizzazione, serve un mandato chiaro.

Occorre reciprocità nell'accesso al mercato, per questo tutti sono chiamati a rispettare le regole stabilite a livello multilaterale, perché gli scambi siano più equi. È importante arginare le pratiche restrittive dei paesi terzi nei confronti delle società europee, come la localizzazione forzata dei dati o le limitazioni alla presenza di capitali stranieri. Servono infine procedure meno burocratiche per le PMI, che sono prive delle risorse umane e finanziarie necessarie per destreggiarsi tra le complicate norme del commercio internazionale.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – 90 % naujų darbo vietų Europos Sąjungoje sukuriama paslaugų sektoriuje, o ypač paslaugų, reikalaujančių aukštos kvalifikacijos, sektoriuje, tokių kaip specializuotos ir susijusios su informacinėmis technologijomis paslaugos. Be to, paslaugos sudaro apie 70% ES ekonomikos. Būtent dėl šių priežasčių šio reikalo aptarimas yra pagrįstas. Aš balsavau už šį pranešimą, kadangi dokumente yra svarbios nuostatos, kurios primena, jog paslaugų teikimas Europos Sąjungoje turi būti atliekamas remiantis visuotinio priėjimo, aukštos kokybės, saugos, kainų prieinamumo bei lygios prieigos principais. Šios taisyklės turi būti užtikrintos visose šalyse narėse, siekiant skaidrumo darbo rinkoje. Tik tokiu būdu galima veiksmingai apsaugoti darbuotojų teises.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo s priporočili Evropskega parlamenta Komisiji za pogajanja o sporazumu o trgovini s storitvami (TiSA) sem podprla, saj menim, da je takšno sodelovanje pomembno, nujno in koristno. Sporazum TiSA, ki poteka med 52 državami, katere skupaj predstavljajo tretjino članic Svetovne trgovinske organizacije, bo prinesel lažjo izmenjavo storitev in več delovnih mest.

S sporazumom bomo pridobili koristi za potrošnike, več priložnosti za mala in srednja podjetja ter spodbudili celotno evropsko gospodarstvo. S priključitvijo drugih velikih držav v prihodnosti pa bi lahko na nek način dosegli ne samo prednosti in nižje cene produktov za potrošnike, ampak tudi višje standarde. To ne bo sporazum, ki bi postavljal nove ovire, temveč sporazum, ki jih bo podiral.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado en contra de este informe porque, a pesar de los considerables progresos con respecto al informe original y a las condiciones actuales de la negociación, sigue siendo contrario a los intereses de la ciudadanía de los países firmantes y, más aún, de los países en desarrollo que quedan excluidos del Acuerdo.

No estamos dispuestos a votar a favor de un Acuerdo que favorece el la liberalización de servicios y el libre comercio en ámbitos que incluyen sectores muy delicados para el bienestar y el desarrollo. Se trataría de un movimiento contrario al sentido común en un contexto en que aún atravesamos las consecuencias de una crisis causada en buena medida por la liberalización.

Mylène Troszczynski (ENF), par écrit. – Le traité TISA est stratégique. Il s'agit de déréguler le marché des services.

Les services publics seront mis en concurrence avec les services offerts par des entreprises privés sur le même créneau et seront donc peu à peu «démantelés».

Les flux de données internationaux feront voyager les données privées des européens partout dans le monde (comme c'est d'ailleurs déjà le cas). La protection des données n'est donc pas une de leurs priorités.

Les services audiovisuels, les médias, l'édition sont à priori exclus de l'accord.

Concernant les services, l'UE est déjà très ouverte, il s'agirait en fait d'ouvrir les autres marchés. Les droits de douanes étant de 6% dans l'UE contre 15% au Canada et au Japon, 25% en Corée du Sud donc nous aurions pour la rapporteur tout à gagner, optimisme non partagé.

Ce document reprend la même stratégie que celle du traité Transatlantique (TTIP) pour des résultats qui n'en seront pas différents.

Je vote contre.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A globalizáció összefüggésében mind gazdaságaink, mind a nemzetközi kereskedelem szolgáltatásközpontúvá válása és digitalizációja mielőbbi politikai fellépést tesz szükségessé a nemzetközi szabályok erősítése érdekében. A TiSA alkalmat biztosít az EU számára arra, hogy a globális szolgáltatáskivitel terén elért huszonöt százalékos részaránnyal és a 2013. évi 170 milliárd eurós kereskedelmi többlettel megszilárdítsa szerepét mint a világ legnagyobb szolgáltatásexportőre. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado en contra de este informe porque, a pesar de los considerables progresos con respecto al informe original y a las condiciones actuales de la negociación, sigue siendo contrario a los intereses de la ciudadanía de los países firmantes y, más aún, de los países en desarrollo que quedan excluidos del Acuerdo.

No estamos dispuestos a votar a favor de un Acuerdo que favorece el la liberalización de servicios y el libre comercio en ámbitos que incluyen sectores muy delicados para el bienestar y el desarrollo. Se trataría de un movimiento contrario al sentido común en un contexto en que aún atravesamos las consecuencias de una crisis causada en buena medida por la liberalización.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I fully share the recommendations to the Commission contained in the text as regards the negotiations for the Trade in Services Agreement (TiSA). One of the main issues is ensuring the protection of EU firms from unfair competition abroad, in relation to which we are recommending EU negotiators ensure: 1) reciprocity in market opening, as services in the EU are already more open to foreign competition than those of its partners; 2) curbs on third countries' restrictive practices against EU firms, such as forced data localisation or foreign equity caps; and 3) less red tape for SMEs, which lack the financial and human resources needed to navigate international trade rules. Likewise, I agree with the 'red lines' that are being set out in our recommendations, specifically the areas that should be excluded from negotiations, such as: 1) EU public services, like education, health, social services, social security systems and audiovisual services; and 2) EU citizens' data protection, which must be up to current and future standards. Also, the EU should agree to accept only highly-skilled foreign workers, on contracts and for a strictly limited period of time.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El informe no legislativo de la señora Reding viene a establecer una serie de directrices a los negociadores a mi juicio beneficiosas para Europa, como son la reciprocidad de los servicios europeos ante la apertura del mercado, los límites a las prácticas restrictivas que terceros países aplican a las compañías europeas o una menor carga burocrática para las pymes. Del mismo modo, se señalan líneas rojas para la negociación, como la exclusión de servicios públicos como la educación, la salud, los servicios sociales, los sistemas de seguridad social o los servicios audiovisuales, el respeto a los estándares actuales y futuros de la protección de datos europeos o la inclusión de una cláusula de revisión que permita a un firmante del acuerdo abandonarlo si se vulneran los estándares laborales y sociales.

Hablamos pues de un informe que contribuye de una forma constructiva a las negociaciones, por lo que creo necesario votar a su favor.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Los socialistas hemos votado en favor de esta Resolución que exige un cambio de rumbo en las negociaciones del ACS. El ACS puede ser una oportunidad para regular la globalización pero debe ceñirse a una serie de condiciones recogidas en esta Resolución. Una mayor transparencia en las negociaciones, la exclusión sin ambigüedades de los servicios públicos del ámbito de aplicación del Acuerdo y el pleno respeto de los derechos laborales y sociales de los trabajadores europeos son condiciones ineludibles para los socialistas europeos. Además, el ACS tampoco podrá comprometer el acervo de la UE en ámbitos como la protección de datos, el derecho a la privacidad o la regulación de los servicios financieros y bancarios, en los que la Unión debe conservar plena capacidad regulatoria.

Esta Resolución no determina una posición final del Parlamento Europeo o del Grupo socialista sobre el ACS. Con esta Resolución, el Parlamento pone sobre la mesa exigencias claras a los negociadores de la Comisión Europea para que un futuro acuerdo sobre el comercio de servicios pueda contar con el apoyo mayoritario de esta Cámara, que tendrá la última palabra sobre su entrada en vigor en la UE.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – The Trade in Services Agreement is an important part of modernising our trade rules to reflect the globalised world that we live in today. However, workers' rights remain the same and should be protected. I have voted to protect these rights and to exempt public services. I have also voted to ensure data privacy is respected by asking for an exemption from the agreement for European data protection regulations. This report also demanded a detailed response from the Commission on all of the points that have been raised, a measure I am happy to back to promote transparency in these negotiations.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag dat de aanbevelingen aan de onderhandelaars van de Overeenkomst betreffende de handel in diensten bevat. Over de overeenkomst wordt onderhandeld tussen de WTO-partners die gezamenlijk 70% van de handel in diensten vertegenwoordigen. Het Europees Parlement is er in geslaagd om aanbevelingen te doen die zowel de zakelijke belangen als de belangen van de consument met elkaar verzoenen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution porte sur les recommandations du Parlement européen quant aux négociations de l'«Accord sur le commerce des services», plus connu sous son acronyme anglais, le fameux TiSA.

Cet accord, comme le TTIP et le CETA, vise à accroître la libéralisation des échanges, ici en matière de services. Il est négocié par 50 Etats dont l'Union européenne depuis mars 2013 et 14 rounds de négociations ont déjà eu lieu dans la plus grande opacité.

Signe que la mobilisation citoyenne contre ces accords commence à porter ses fruits, plusieurs amendements de la GUE-NGL ont été adoptés: obligation pour les parties de ratifier les conventions de l'OIT, sauvegarde des services universels notamment pour les régions insulaires ou encore mécanisme de suspension de l'accord en cas de violations du droit du travail.

Pourtant, outre le manque de transparence dans les négociations, de nombreux problèmes demeurent: garde-fous en matière de services publics insuffisants, absence d'encadrement des services financiers, impact de la libéralisation de l'économie numérique sur la protection des données trop peu pris en compte...

A la GUE NGL, nous avons livré la bataille contre cet accord qui poursuit la libéralisation tous azimuts au bénéfice des multinationales et au mépris de l'intérêt des peuples.

J'ai voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Está em discussão mais um tratado altamente lesivo para os Estados nacionais e para os interesses dos povos e dos trabalhadores.

Trata-se, como o acrónimo TISA indica, da completa liberalização à escala internacional do chamado mercado de serviços que abrange setores altamente sensíveis das nossas economias. Para além dos serviços financeiros, cabem aqui a saúde, a educação, os transportes ou ainda o audiovisual e a cultura.

As negociações decorrem na Suíça debaixo do maior secretismo. Ou seja, são os grandes países capitalistas que procuram aquilo que não foram capazes de obter nos grandes fóruns internacionais onde todos os países falam em pé de igualdade.

O que este acordo pretende, na prática e de forma resumida, é fazer a vontade aos grandes lóbis das empresas multinacionais, abrindo um conjunto de mercados que até aqui estavam protegidos de acordo com a vontade dos governos nacionais. Em pé de igualdade na prestação destes serviços, mas igualmente na captação de subsídios públicos como é o caso do audiovisual.

Ou seja, o que este tratado pretende é acabar com a noção de serviço público tal como foi criado, ou seja, como um instrumento político ao serviço do desenvolvimento soberano e do bem-estar das populações.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Reding ist von einem klaren Nein zu TiSA, zu einem Bericht mit „klaren roten Linien“ zu einem Loblied auf das Freihandelsabkommen übergeschwenkt, dem wir nicht folgen können. Der vorgelegte Bericht sagt rein gar nichts darüber aus, wie das Abkommen letztlich aussehen wird. Nur durch eine Ablehnung des Abkommens werden Gefahren für Bürger und Gesellschaft verhindert, daher lehne ich diesen Antrag ab.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione, che contiene le raccomandazioni del Parlamento europeo alla Commissione per i negoziati dell'accordo TiSa, un accordo che mira ad aggiornare le regole esistenti negli scambi commerciali di servizi, bloccati in sede di OMC.

L'accordo TiSA è un'importante opportunità per regolamentare la globalizzazione, ma abbiamo espresso anche alcune perplessità, come i rischi per i servizi pubblici o l'abbassamento del livello di tutela dei diritti dei lavoratori. Le regole alla base del commercio internazionale hanno chiaramente bisogno di essere aggiornate, ma non ad ogni costo. La Commissione dovrà tenere in conto queste raccomandazioni per assicurarsi un voto favorevole del Parlamento.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Antrag gestimmt, weil er aus nationaler Sicht eine Zerstörung der Arbeitsplätze und Lohn-/Gehaltsminderung für inländische Arbeitskräfte mit sich bringt.

Man muss die eigenen Arbeitskräfte auf dem nationalen Arbeitsmarkt stabilisieren und fördern, anstatt diese immer noch weiter durch billige Arbeitskräfte aus der ganzen Welt zu destabilisieren!

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlamentes mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen über das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) habe ich mich enthalten.

Anders als bei TTIP geht es bei TiSA nicht um ein bilaterales Abkommen, sondern dem Ziel nach um ein Abkommen nach den hergebrachten Regeln des Welthandels. Ich bedauere, dass es nicht zu einer Vereinbarung im Rahmen der WHO gekommen ist. Die Ziele einer Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes teile ich.

Mit echter Marktöffnung hat das Abkommen indes nicht wirklich zu tun. Dies zeigt sich, pars pro toto, an den Regeln zur Finanzmarktregulierung. Das Parlament fordert, das Abkommen möge die TiSA-Parteien „zur Umsetzung und Anwendung internationaler Regulierungs- und Aufsichtsstandards für den Finanzsektor, wie beispielsweise derjenigen, die von der G20, dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, dem Rat für Finanzstabilität, der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden und der Internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden gebilligt wurden“, verpflichten.

Mittels TiSA soll also der Wettbewerb zwischen nationalen Regulierungsansätzen unterbunden werden. Im Hinblick auf das gescheiterte Basel-Regime ist es freilich absurd, Länder mit zwar unterentwickelten, aber wenigstens funktionierenden Finanzmärkten zur Regelbefolgung zu verpflichten. Besser wäre es, souveräne Nationalstaaten würden eigenständig und unilateral über die Öffnung ihrer Märkte entscheiden.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – International agreements like TiSA will shape globalisation in the 21st century. It is our responsibility to ensure that international trade puts people and planet before profit, and that it raises standards globally, leading to real growth which is sustainable and inclusive, and trade that is fair for all. At the same time, trade agreements must be negotiated transparently, and must not compromise governments' abilities to govern, or affect our public services.

I voted in favour of this report as it sets out a strong Parliament position, demanding high standards, protecting public services and workers' rights. This is a clear signal to the Commission as to the kind of TiSA we would be willing to accept.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la negocierile pe marginea Acordului privind comerțul cu servicii (TiSA). Potrivit opiniei raportoarei, negocierile privind TiSA trebuie să asigure mai multă reciprocitate în privința accesului pe piață, să creeze condiții de concurență echitabile la nivel mondial, să ofere consumatorilor beneficii concrete și să asigure accesul părților interesate la discuții, pentru a facilita o viitoare multilateralizare.

Salut atenția pe care raportoarea a acordat-o sectorului IMM în cadrul Acordului TiSA. De asemenea, este de subliniat faptul că în acest raport se specifică faptul că serviciile publice și culturale, drepturile fundamentale la confidențialitatea datelor și la condiții de muncă echitabile, precum și dreptul de a reglementa nu sunt negociabile și trebuie excluse fără echivoc din domeniul de aplicare a acestui acord.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El Acuerdo sobre el Comercio de Servicios (TiSA, por sus siglas en inglés) es de vital importancia para la UE, el mayor exportador mundial de servicios.

Dado el creciente papel del sector servicios en la economía comunitaria, un acuerdo con el resto de veintitrés miembros tiene un interés claramente prioritario para la UE.

Cabe destacar además la labor de la ponente, la señora Reding, que ha sabido equilibrar el texto logrando recabar el apoyo de los diferentes grupos políticos.

Este Acuerdo plurilateral, con vistas a multilateralizarse, está plenamente alineado con los objetivos de la OMC y puede servir como palanca de desarrollo para los países que están negociando el TiSA —o para los que se adhieran *a posteriori*—.

No me cabe la menor duda de que si este Acuerdo sigue adelante, su implementación podrá reportar grandes beneficios para la economía y el empleo en la Unión Europea.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il TiSA potrebbe avere un impatto pesantissimo per i cittadini, visto che le sue conseguenze potrebbero toccare servizi fondamentali come la sanità, le *utilities*, l'istruzione e i trasporti, il tutto nell'ottica di una liberalizzazione spinta su pressione di multinazionali e *lobby*.

La relazione che abbiamo votato oggi si limita però a valutare i primi negoziati nonché ad elaborare chiare e nette raccomandazioni alla Commissione. Esprimendo il mio voto favorevole, non ho dato il consenso all'accordo, bensì al tipo di mandato negoziale. Esso deve infatti garantire maggiore reciprocità nell'accesso ai mercati dei servizi, creare condizioni di parità globale, offrire vantaggi tangibili per i consumatori e garantire una futura multilateralizzazione. I servizi pubblici e culturali, i diritti fondamentali alla riservatezza dei dati e alla *privacy*, le condizioni di lavoro eque non devono essere negoziabili, ma escluse categoricamente dal campo di applicazione dell'accordo. L'obiettivo principale deve essere quello di dare un mandato negoziale che non tocchi i servizi pubblici, che si opponga alle privatizzazioni irreversibili e che metta i diritti dei cittadini davanti al libero scambio.

Il testo non è sicuramente perfetto, ma deve servire a non lasciare carta bianca ai negoziatori che potrebbero fare il gioco delle *lobby* e dei poteri forti.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφτώς*. – Η TiSA συνδέεται στενά με την TTIP και με άλλες διεθνείς συμφωνίες, όπως η CETA και η TTP. Το ΚΚΕ καταψήφισε το κείμενο των συστάσεων του Ευρωκοινοβουλίου και δεν μίληκε στη συζήτηση τροπολογιών δήθεν για τη βελτίωση άλλης μιας διακρατικής συμφωνίας - έκτρωμα για τους λαούς. Η TiSA, όπως και οι άλλες ομοειδείς συμφωνίες, σαρώνει κάθε εργασιακό δικαίωμα, κάθε μέτρο προστασίας της δημόσιας υγείας, της ασφάλειας, του περιβάλλοντος, που υποτάσσονται στην επιδίωξη της μέγιστης κερδοφορίας.

Υπηρετεί την ανάγκη των μεγάλων μονοπωλιακών ομίλων και στις δύο πλευρές του Ατλαντικού για έλεγχο των πλήρως απελευθερωμένων αγορών και διείσδυση σε νέες αγορές, παραμερίζοντας κάθε εμπόδιο και παραδίδοντας βασικές δημόσιες υπηρεσίες, όπως εκπαίδευση, υγεία, ύδρευση κλπ στα χέρια των επιχειρηματικών ομίλων.

Ούτε η TiSA, ούτε καμία από τις άλλες συμφωνίες απελευθέρωσης των αγορών μπορούν να διορθωθούν με όρους και τροπολογίες. Όσοι επιχειρούν να πείσουν ότι μπορούν να μετατραπούν σε φιλολαϊκές, εξαπατούν τους λαούς. Στην πραγματικότητα στηρίζουν την ανταγωνιστικότητα των ευρωενωσιακών στην αντιπαράθεσή τους με τα αντίπαλα μονοπώλια, γιατί πάνω από όλα υπερασπίζονται την καπιταλιστική βαρβαρότητα. Το ΚΚΕ απορρίπτει την TiSA και τις συμφωνίες «δίδυμες αδελφές», καλεί το λαό να εντείνει την πάλη του για να ανατραπούν, μαζί με τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu, která obsahuje velmi podrobná doporučení Evropského parlamentu určená Evropské komisi, a domnívám se, že by Komise tyto návrhy měla do dohody TiSA určitě zařadit. Jako velmi podstatné vnímám doporučení o ochraně osobních údajů, protože Komise je povinná zajistit, aby bylo možné předávat osobní údaje mimo Unii pouze tehdy, budou-li dodržena ustanovení právních předpisů EU na ochranu osobních údajů o předávání do třetích zemí. Dále aby jednala o ustanoveních týkajících se toku osobních údajů pouze tehdy, bude-li v plné míře zaručeno a respektováno uplatňování právních předpisů EU na ochranu údajů. Souhlasím i s nutností vyloučení ze závazků EU stávající a budoucí služby obecného zájmu, také služby všeobecného hospodářského zájmu (mimo jiné včetně zdravotnictví, sociálních služeb atd.).

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu obsahujúcu odporúčania Európskej komisii týkajúce sa dohody TiSA som podporila. Myslím si, že je potrebné, aby sa zaktualizovali pravidlá upravujúce obchod v oblasti služieb, keďže pôvodná dohoda GATS pochádza ešte z roku 1995 a nedokáže sa v mnohých bodoch vyrovnáť s nástupom digitálnych technológií. Myslím si, že TiSA predstavuje veľké príležitosti pre naše podniky, ktoré s jej pomocou budú môcť preniknúť na trhy tretích krajín, a tak nielen predstaviť svoje kvalitné služby svetu, ale aj napomôcť vytváranie nových pracovných miest a hospodárskeho rastu. Okrem pozitívnych vplyvov na zamestnanosť sa výhody tejto dohody dotknú aj spotrebiteľov, ktorí budú požívať ochranu, ale aj jednoduchší a lacnejší prístup k službám v zahraničí. Ale ako správa správne podotýka, za účelom úspešných rokovaní bude potrebné nielen vymedziť dostatočné pravidlá ochrany osobných údajov, ale aj ďalšie výnimky, napríklad týkajúce sa služieb všeobecného záujmu. A v neposlednom rade je potrebné získať dôveru verejnosti, ktorá sa dá dosiahnuť jedine transparentnými rokovaniami o tejto dohode a udržiavaním konštruktívneho dialógu.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Światowa gospodarka jest obecnie systemem naczyń połączonych. O ile w przypadku międzynarodowego handlu towarami porozumienia w ramach WTO zapewniają bardzo niski poziom ceł i przyczyniają się tym samym do zwiększania wolumenu wymiany, o tyle w sektorze usług wciąż mamy do czynienia z wieloma barierami taryfowymi.

Trwające od 2012 r. negocjacje nad porozumieniem TiSA mają na celu zmianę tego stanu rzeczy i liberalizację handlu usługami w dziedzinach takich jak bankowość, medycyna czy transport. Szerokie porozumienie w tej sprawie jest niezbędne, ponieważ kraje wysokorozwinięte spoza Europy utrudniają dostęp usługodawcom z UE, w tym firmom z Polski, do swoich rynków, natomiast same mają znacznie łatwiejszy dostęp do unijnego rynku usług.

Parlament Europejski przygotował dla Komisji Europejskiej tę rezolucję, aby nakreślić wytyczne i ramy, w jakich powinna się ona poruszać podczas negocjacji. Najważniejszą kwestią, którą musimy podnieść, jest konieczność zapewnienia naszym firmom i przedstawicielom wolnych zawodów równego dostępu do rynków państw biorących udział w negocjacjach. Godząc się na liberalizację handlu usługami, musimy mieć pewność, że obowiązujące zasady będą korzystne dla nas w takim samym stopniu, jak dla naszych partnerów. Sprawozdanie to dobrze precyzuje nasze interesy, w tym specyfikę usług publicznych, które powinny być wyłączone z zakresu tej umowy. Głosowałem za jego przyjęciem.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório que contém as recomendações do Parlamento Europeu à Comissão referentes às negociações relativas ao Acordo sobre o Comércio de Serviços (TiSA) porque faz uma avaliação pormenorizada dos primeiros dois anos e meio e das primeiras treze rondas de negociações relativas ao Acordo TiSA e avança com recomendações claras e consistentes à Comissão Europeia.

Concordo com a relatora quando ela defende que as negociações relativas ao TiSA devem assegurar uma maior reciprocidade no acesso aos mercados, criar condições equitativas a nível global, proporcionar benefícios concretos aos consumidores e permitir às partes interessadas o acesso às negociações, de modo a facilitar a futura multilateralização, e exclui do âmbito de aplicação do acordo os serviços públicos e culturais, os direitos fundamentais à privacidade dos dados e as condições de trabalho justas, assim como o direito de legislar, por não serem negociáveis.

O Parlamento Europeu deve continuar construtivamente o seu trabalho, no sentido de transmitir uma imagem positiva das negociações relativas ao TiSA, de as desmistificar e de lhes dar prioridade, de modo a que se alcance um bom acordo, compatível com o interesse tanto das empresas europeias como dos cidadãos europeus. Defendo também, consequentemente, que o TiSA terá de ser equilibrado, caso contrário não poderá existir.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione in questione intende valutare lo svolgimento di questa prima fase di negoziati del trattato sul commercio dei servizi (TiSA) ed elaborare chiare raccomandazioni da indirizzare alla Commissione europea.

Il testo finale dell'accordo dovrà garantire maggiore reciprocità per quanto riguarda l'accesso ai mercati dei servizi (nei settori delle telecomunicazioni, dei trasporti, dei servizi finanziari e dell'energia), creando condizioni di parità a livello globale (anche sul mercato degli appalti) e offrendo, allo stesso tempo, vantaggi tangibili per i consumatori.

Dopo i primi dei tredici *round* di negoziati durati due anni e mezzo, grazie al Movimento 5 Stelle, la Commissione europea non avrà più carta bianca, poiché le raccomandazioni approvate dal Parlamento contengono principi fondamentali per la tutela dei servizi pubblici che non possono più essere ignorati. I servizi legati alla cultura, ai diritti alla riservatezza dei dati e alle condizioni di lavoro eque devono rigorosamente essere esclusi dal campo di applicazione dell'accordo, perché li considero non negoziabili.

Sono convinto che consumatori e fornitori di servizi locali debbano essere protetti attraverso un'adeguata regolamentazione, in modo da riuscire a sfruttare al meglio tutte le opportunità a livello europeo. Questi i motivi del mio voto favorevole.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podpiram priporočila glede pogajanj za sporazum o trgovini s storitvami (TiSA), saj odražajo vrednote, načela in interese EU. V bistvenem interesu EU je, da zaščiti pravice potrošnikov, varstvo podatkov in pravico do zasebnosti ter izboljšuje socialne in okoljske standarde tudi na nivoju mednarodnega sporazuma.

9.9. Neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015 (B8-0148/2016, B8-0150/2016, B8-0163/2016, B8-0164/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il mio gruppo ed io personalmente abbiamo sostenuto questa risoluzione, richiamandoci a quanto anche precedentemente questo Parlamento aveva sollecitato. Il 9 giugno 2015 ci siamo chiaramente pronunciati e abbiamo chiaramente richiamato l'attenzione sulla necessità di formulare una nuova strategia per l'uguaglianza di genere post 2015. Io credo che noi dobbiamo procedere come Parlamento europeo a un'implementazione sempre maggiore delle politiche di genere anche permeando ogni aspetto delle politiche per i diritti umani. Lo dico perché questo Parlamento lavora moltissimo sul nodo dei diritti umani. Io credo che se riusciremo a permeare della prospettiva dei diritti e dell'autodeterminazione delle donne tutte le nostre politiche sul nodo dei diritti umani probabilmente incominceremo a intraprendere la direzione giusta.

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la strategia per la parità tra uomini e donne è giunta a scadenza nel 2015 e tutto quello che la Commissione ha prodotto per il 2016 è in pratica un documento di lavoro sull'uguaglianza di genere per il 2016-2019. Ora, chi vuole pensare male può dire che dietro l'emanazione di un atto così debole, ancora meno efficace di una comunicazione ci sarebbe la specifica volontà politica della Commissione di non occuparsi proprio della parità tra uomini e donne. Sarebbe davvero grave, considerate la situazione di comprovata disparità e le difficoltà che le donne incontrano ogni giorno come professioniste e come madri e madri lavoratrici. Eppure sarebbero molti i punti da affrontare, molte le barriere ancora da battere. Non è ideologia, questa è vita reale: congedo parentale, gap salariale, divario pensionistico, occupazione, salute. Credo che sia un obiettivo di civiltà, come l'uguaglianza di genere meriti sforzi maggiori che un documento di lavoro. Sono certa che sin d'ora la Commissione farà del suo meglio e me lo auguro.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, la Comisión nos ha presentado un documento de trabajo, no una estrategia para la igualdad de género. No cuenta con objetivos; no cuenta con presupuesto; no cuenta con indicadores de medición ni con evaluación posterior.

Esta propuesta de la Comisión no solo ignora la Resolución de junio de 2015 del Parlamento Europeo y los resultados de la consulta ciudadana de octubre del mismo año, sino que puede suponer un lamentable retroceso en el camino hacia la igualdad.

Ayer, la Comisión nos decía que la igualdad de género cuenta con todo su apoyo político, pero los hechos están demostrando que no tiene voluntad política y que se enroca en su sordera patriarcal.

No aceptamos la indolencia de la Comisión. La lucha por los derechos de las mujeres, por la igualdad entre hombres y mujeres tiene que estar en el centro de nuestras políticas, en el centro de las políticas de la Unión Europea. Por eso hemos votado a favor de la propuesta de Resolución conjunta.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președinte, am sprijinit strategia Comisiei Europene 2010-2015 pentru egalitatea între femei și bărbați. De asemenea, am sprijinit rezoluția Parlamentului European privind egalitatea între femei și bărbați în Uniunea Europeană, cea votată în 2015. Astăzi am votat împotriva acestei rezoluții, nu pentru că sunt împotriva egalității între bărbați și femei și oportunităților egale, ci pentru că nu îmi place și este ineficient să adoptăm rezoluții după rezoluții, documente după documente, hârtii după hârtii care nu se pun în practică.

Ne ducem acasă, la electorat, și ce spunem: am mai votat o rezoluție privind egalitatea de gen? Dar nu spunem că, de fapt, noi nu urmărim punerea în practică a strategiei Comisiei și a rezoluțiilor anterioare. Haideți să urmărim aplicarea acestor rezoluții anterioare care prevăd egalitatea de gen și să nu continuăm cu adoptarea unor noi rezoluții care devin inutile!

Marlene Mizzi (S&D). – Ninsab hafna ddiżappuntata għall-fatt li l-Kummissjoni ddecidiet li tinjora t-talbiet tal-Parlament Ewropew u tagħzel li tniżżel l-istrategija, issa skaduta, għall-ugwaljanza tan-nisa għal-livell ta' Staff Working Document. Dan huwa dokument ferm 'il bogħod mill-impenn leali biex issehh bidla għan-nisa u t-tfaliet fl-Ewropa. Dan id-dokument mhux ser jiġi ppreżentat lill-istituzzjonijiet l-oħra tal-Unjoni Ewropea, se jkun anqas trasparenti, mhux se jkun soġġett għall-approvazzjoni demokratika, u mhux se jkollu l-profil politiku misthoqq.

Fir-rwol tiegħi bħala deputata ta' din il-Kamra se nkompli ninsisti mal-Kummissjoni Ewropea biex tippreżenta strategija ġdida, li ttipprovdi viżjoni fit-tul, li tikkonsisti f'qafas ta' politika ġenerali b'mekkaniżmu ta' monitoraġġ u ta' responsabilità. Għalhekk jiena ivvutajt favur il-mozzjoni għal riżoluzzjoni dwar l-istrategija l-ġdida għad-drittijiet tan-nisa u l-ugwaljanza bejn is-sessi fl-Ewropa.

Insejjah għall-adozzjoni immedjata ta' din l-istrategija biex kwistjonijiet ta' ugwaljanza fl-oqsma ta' vjolenza kontra n-nisa, fil-hinijiet tax-xogħol, fit-tehid tad-deċizzjonijiet, fl-edukazzjoni, fil-midja u fir-relazzjonijiet esterni, fost l-oħrajn, ikunu indirizzati.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem nepodpořil usnesení, o kterém jsme dnes hlasovali a které bylo navrženo kolegy z levice. Vystupuji proto, protože tímto hlasováním nechci říci, že bych byl proti rovnosti mužů a žen, v žádném případě. Já samozřejmě podporuji absolutně rovnost mužů a žen, ale otázka je, jakými prostředky tohoto máme docílit. A zda prostředky, které zvláště levicoví kolegové jaksi debatovali a navrhovali, jsou vůbec realizovatelné, a zda například jednotlivé členské státy na Evropské radě je potom budou ochotny akceptovat a podpořit. A tam já se domnívám, že se liší reálná politika, co jsme schopni prosadit a realizovat, od hezkých deklarací ve vznosných slovech, od věcí, které skončí jenom na papíře. A mě zajímá jako reálného politika, co jsme schopni reálně prosadit. Podívejme se třeba na problémy se směrnicí o kvótách pro ženy ve správních orgánech jednotlivých firem. Tento materiál narazil na Radě ministrů a já se obávám, že to může být i u jiných nápadů.

Andrejs Mamikins (S&D). – Kolēģi! Es pievienojos Eiropas Parlamenta deputātu vairākuma vēlmei pēc iespējas ātrāk redzēt kvalitatīvi izstrādātu jaunu stratēģiju. Pēc 2015. gada es tiešām arī aicinu Komisiju izstrādāt pilnvērtīgu projektu, nevis darba dokumentu, kā saka, dienesta vajadzībām. Un galvenais, lai šis dokuments ietvertu principus, kas būtu balstīti uz iepriekšējās stratēģijas līdz 2015. gada panākumiem un reāliem rezultātiem. Tas varētu uzsākt aktīvas sarunas ne tikai starp Komisiju, Parlamentu un Padomi, bet arī iesaistīt maksimāli lielu skaitu citu institūciju, Eiropas Savienības aģentūru un tā tālāk. Un tas pats arī attiecas uz pašu stratēģiju – būtu labāk, lai termiņš nākamai stratēģijai būtu līdz 2020. gadam, neskatoties uz to, ka 2019. gadā mums būs jāpārvēl jaunais Eiropas Parlaments un attiecīgi Komisija, bet būtu labi, lai nākamie pieci gadi būtu nākamās stratēģijas termiņš.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Po dyskusji otrzymaliśmy dokument na temat nowej strategii równościowej, który oparty jest na charakterystycznym dla Unii Europejskiej egotycznym samozachwycie. Dokument opiera się na przekonaniu, że od 20 lat prawa kobiet i społeczny status kobiety w Europie mają się coraz lepiej. Tylko jaki tak naprawdę jest tego kontekst? – Podważanie znaczenia małżeństwa i jego trwałości, osłabienie autorytetu matki i ojca w rodzinie, aborcjonizm, którego największymi entuzjastami są z reguły dobrze zarabiający, względnie młodzi mężczyźni. Czy to wszystko buduje społeczny status kobiety?

Myślę, że my powinniśmy nie tyle zastanawiać się jak dalej iść w tę stronę, ale raczej jak zawrócić z tej drogi, bo żeby zapewnić Europie życie, musimy naprawdę zawrócić z tej drogi do zatracenia.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, Evropský parlament dnes přijal rezoluci, ve které se vyjádřil ke strategickému dokumentu Komise v oblasti rovnosti žen a mužů. Mně je líto, že byla přijata verze usnesení Evropského parlamentu, které požaduje novou strategii, které požaduje evropský summit o rovnosti žen a mužů místo toho, aby se soustředilo na konkrétní kroky, kterými můžeme skutečně postavení žen v Evropské unii zlepšit. A tyto kroky právě strategie, kterou předložila Evropská komise prostřednictvím komisařky paní Jourové, obsahuje, protože jsou tam cíle, které se týkají i zlepšení postavení žen na trhu práce, zlepšení jejich zaměstnanosti, zlepšení situace v odměňování, v penzích, zlepšení jejich zastoupení ve vedoucích orgánech veřejné správy, ale také soukromých firem. Čili jsou to konkrétní prvky, které jsou tam obsaženy, a bohužel místo toho je zde deklarace, která nic neřeší.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, je pro mě trochu složité vystupovat po mé předřečnici, protože já jsem se docela dost dlouho rozmýšlel, jak hlasovat tady u této konkrétní věci, a přiznám se, že jsem nenašel žádný důvod proto, abych tuto rezoluci nepodpořil. Za prvé chci zmínit, že já opravdu vyznávám zásadu rovnosti osob. O rovnosti pohlaví: to je, myslím, poněkud posunutě vnímaná genderová rovnost, je z toho trochu politický fetiš. Pro mě je podstatné, že rovnost osob je základní zásadou všech ústavních dokumentů a základních dokumentů Evropské unie. Pokud jde o zmíněné cíle, pokud jsem si četl přímo v té rezoluci, je napsáno, že se požaduje, aby došlo k pokroku v oblastech, jako jsou násilí páchané na ženách, pracovní doba, rozhodování, zdraví, vzdělávání, sdělovací prostředky, vnější vztahy. Čili tyto požadavky podle mého názoru jsou legitimní a z toho důvodu já jsem nenašel jediný důvod proto, abych tuto rezoluci nepodpořil, a svým hlasem jsem ji podpořil.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, last but, hopefully, not least. Equality between men and women is a core value of the European Union and, while the Member States, including Ireland, have taken important steps to promote equality between women and men, there has been a slowdown in political action and reform at EU level over the last decade.

In Ireland, despite some progress in this area, today's statistical overview underlines considerable differences in the sectors in which men and women participate and the under-representation of women at senior levels – even in sectors which employ significantly higher numbers of women. This is not good enough. Therefore I welcome this new strategy, which calls on the Member States to take further steps to address equality issues and ensure equal opportunity in the fields of employment, health and education, and in both the public and private sectors.

Finally, we are calling an election in Ireland right now; thankfully, 30% of the candidates from the political parties have to be females: a step in the right direction.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer-funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidence of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lars Adaktusson (PPE), skriftlig. – Idag röstade Europaparlamentet om strategin för kvinnors rättigheter och jämställdhet i Europa efter 2015. En gemensam resolution från bland annat den socialdemokratiska gruppen och den liberala gruppen lades fram och röstades igenom. Det är en resolution som är mycket kritisk till kommissionen och vill att kommissionen initierar nya lagstiftningsprocesser. Jag delar inte den uppfattningen. Tvärtom har Kristidemokraterna varit starkt kritiska mot många av de lagförslag som kommissionen tidigare lagt fram inom detta område. Detta rör inte minst en EU-reglering av föräldraförskringen. Lagstiftningsarbete för att främja jämställdhet hör hemma på nationell nivå i enlighet med subsidiaritetsprincipen.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Garantire la parità dei sessi è stato negli ultimi anni uno degli obiettivi fondamentali delle politiche europee.

La strategia europea 2010-2015 si focalizzava su pochi punti fondamentali, quali il diritto ad una pari retribuzione, un'equa possibilità di accedere a cariche manageriali e la lotta ad ogni forma di violenza e discriminazione.

Il raggiungimento, però, di un'uguaglianza effettiva e reale è ancora lontano, richiedendo senza dubbio sforzi ulteriori.

La nuova strategia per l'uguaglianza di genere e i diritti delle donne elaborata per il post 2015 apporta senz'altro delle migliorie alla formulazione precedente, mantenendo al contempo una trattazione della problematica ancora troppo generica e poco incisiva.

Ecco perché ho deciso di astenermi, auspicando la predisposizione di politiche più chiare e dirette ad un'uguaglianza effettiva tra donne e uomini in grado di porre fine alle disparità di genere.

Tim Aker and Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución porque recoge un mandato expreso del Parlamento y, con anterioridad, de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género, para que la Comisión Europea dé continuidad, mediante una nueva estrategia que la suceda, a la llamada Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015, cuyo alcance ya fue claramente limitado al no lograr íntegramente ninguna de sus cinco principales líneas de trabajo.

De este modo, se solicita a la Comisión que tome más en serio uno de los principios fundamentales de los Tratados, el de la igualdad entre mujeres y hombres, instándola a que adopte una estrategia con carácter de comunicación oficial y no de mero documento de trabajo.

Desde mi punto de vista, estas son algunas de las evidencias que muestran que la Comisión Europea actual no tiene ningún interés en poner de relieve realidades tan injustas como la lacra de la violencia de género, la persistente desigualdad salarial o la falta de políticas que permitan conciliar la vida personal con la laboral (como se mostró con la retirada de la propuesta de ampliación de la Directiva de maternidad).

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ces résolutions concernant la stratégie sur l'égalité entre les femmes et les hommes et sur les droits des femmes pour l'après 2015.

En effet, si je soutiens les actions visant à assurer l'égalité salariale, je m'oppose en revanche aux mesures visant à instaurer des quotas, notamment dans les conseils d'administration dans les entreprises qui sont de réelles contraintes et ne reflètent pas systématiquement les aspirations personnelles des femmes. De plus, se sont glissées dans ce texte des demandes de nouvelles propositions pour l'égalité hommes/femmes alors que les textes actuels ne sont pas encore mis en application.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφπτώς*. – Η παρούσα προφορική ερώτηση προς την Ευρωπαϊκή Επιτροπή αφορά τη δημιουργία νέας στρατηγικής για την ισότητα των φύλων και τα δικαιώματα των γυναικών για την περίοδο μετά το 2015. Η ισότητα των φύλων είναι μια θεμελιώδης αξία της ΕΕ, αναγνωρισμένη από τις Συνθήκες και τον Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων.

Η τρέχουσα στρατηγική για την ισότητα των φύλων έληξε το 2015 για αυτό και το Κοινοβούλιο στο ψήφισμά του της 9ης Ιουνίου 2015 υπογράμμισε την ανάγκη να παρουσιάσει η Επιτροπή μια νέα ειδική στρατηγική. Στις 3 Δεκεμβρίου 2015, η Επιτροπή παρουσίασε τη «Στρατηγική Συνεργασίας για την ισότητα των φύλων 2016-2019». Ωστόσο, αυτό είναι μόνο ένα έγγραφο εργασίας και ως εκ τούτου δεν έχει εγκριθεί από την Επιτροπή, ούτε έχει διοργανική ισχύ. Επιπλέον, και το Συμβούλιο έχει καλέσει την Επιτροπή να θέσει συγκεκριμένα κριτήρια αναφοράς και να διαθέσει προϋπολογισμό για το στόχο αυτό.

Η ισότητα των φύλων είναι ένας από τους στόχους της Συνθήκης, ενώ τα δικαιώματα των γυναικών και η ισότητα των φύλων είναι δύο εκ των βασικότερων αξιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, για αυτό και υπερψήφισα την παρούσα πρόταση.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette résolution appelle la Commission à revoir sa stratégie en matière «d'égalité entre les hommes et les femmes». Il y est question d'«égalité de genre», de féminisation des conseils d'administration, de «droits de la femme», etc. Toutefois, à noter quelques aspects positifs: la nécessité par exemple de prendre en compte les contextes culturels différents d'un pays à l'autre, d'une région à l'autre ainsi que le respect de la souveraineté des États dans le choix des législations relatives aux salaires... Néanmoins, il est clair que l'orientation générale du document contient une visée très idéologique à savoir la féminisation de tous les pans de la société sans égard à la complémentarité des deux sexes. C'est pourquoi, j'ai voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against the motion for resolution from other political groups, having preferred the wording of the EFDD resolution, and feeling that the final resolution requested Commission action in areas where it should not.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kuria raginama netoleruoti smurto prieš moteris. Remianti ES Pagrindinių teisių agentūros duomenimis trečdalis moterų ES yra patyrusios fizinį arba seksualinį smurtą. Europos Komisija raginama pateikti naują lyčių lygybės ir moterų teisių apsaugos strategiją. Būtina kuo skubiau pateikti kovos su smurtu prieš moteris taisykles ir paraginti Europos Sąjungos valstybes nedelsiant ratifikuoti Stambulo konvenciją. To nėra padariusios daugiau nei pusė ES valstybių.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je soutiens les actions qui ont vocation à assurer l'égalité salariale notamment, sous réserve qu'il s'agisse bien d'aligner les salaires des femmes sur ceux des hommes et non l'inverse.

Je m'oppose en revanche à toutes les dispositions de quotas, notamment dans les conseils d'administration dans les entreprises. Ces politiques de quotas obligatoires transforment les femmes en variables d'ajustement pour satisfaire des contraintes administratives et elles nient leurs compétences et leurs aspirations personnelles.

J'ai finalement soutenu la proposition de résolution qui était la plus respectueuse du principe de subsidiarité et de la diversité culturelle des Etats membres, tout en aspirant à une juste rémunération des femmes: la proposition du groupe des Conservateurs et Réformistes Européens.

J'ai voté contre les autres propositions qui demandent à la Commission de proposer de nouvelles mesures contre l'égalité hommes-femmes alors qu'on ne cesse d'en voter dans tous les domaines jusqu'à l'absurde. Les promoteurs de la funeste idéologie genre ne sont jamais loin.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Carta dei diritti fondamentali definisce l'uguaglianza di genere come un valore essenziale dell'Unione, portato avanti attraverso una serie di importanti iniziative volte a tutelare i diritti delle donne.

Gli scarsi risultati ottenuti dalla strategia della Commissione tra il 2010 e il 2015 rendono però necessaria una nuova iniziativa per affrontare gli ostacoli alla piena realizzazione degli obiettivi già individuati. Ho sostenuto la risoluzione per una nuova strategia sul tema dell'uguaglianza di genere perché sono convinto che sia necessario chiedere un vertice dell'UE sul tema per individuare i progressi compiuti e rinnovare gli impegni nel quadro del consiglio EPSCO previsto per il prossimo marzo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – La UE contaba con una Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015 que llegó a su fin el pasado diciembre. Previamente, en junio, el Parlamento aprobó una Resolución en la que emplazaba a la Comisión a que elaborase otra estrategia para el periodo 2016-2019. Por otra parte, una consulta abierta a la ciudadanía puso de manifiesto la opinión popular de los europeos, que están a favor de esta nueva estrategia. Sin embargo, lamentablemente, el 3 de diciembre de 2015 la Comisión publicó un mero documento de trabajo de sus servicios titulado «Strategic engagement for gender equality 2016-2019» que no solo es un documento interno de menor categoría, sino que también es limitado en su alcance y refleja un menor compromiso institucional. Por eso, hemos votado a favor de la propuesta de Resolución conjunta para hacer un llamamiento a la Comisión para que, además del documento de trabajo, a todas luces insuficiente, elabore urgentemente una estrategia con objetivos, medidas, indicadores de medición, presupuesto y evaluación, que permita implementar acciones para la igualdad de género y demuestre el verdadero compromiso de la Comisión con esta igualdad de manera transversal.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado totalmente, incluso firmado la Resolución sobre la nueva Estrategia para la igualdad de género y los derechos de las mujeres en Europa después de 2015 consensuada entre cuatro Grupos parlamentarios. Es necesario que tengamos una propuesta legislativa por parte de la Comisión Europea que marque una estrategia clara y del siglo XXI para la igualdad de género que sea pionera. Lo reclama la sociedad.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui fait fi du bon sens en demandant à la Commission de nouvelles propositions de la Commission en matière d'égalité hommes-femmes, alors même que les textes actuels en la matière ne sont pas appliqués. La surenchère législative ne permettra pas de s'assurer de l'égalité de traitement en matière de salaire notamment.

En la matière, c'est, de plus aux États-Membres de proposer des solutions, d'autant que les conjonctures socio-culturelles en ce domaine diffèrent beaucoup d'une nation à l'autre.

Je suis par ailleurs opposée au principe des quotas de femmes dans les conseils d'administration parce que je crois que c'est une insulte faite à la capacité des femmes à se hisser aux plus hauts postes du seul fait de leurs mérites et de leurs talents.

La femme ne devrait jamais être réduite au statut de victime, comme c'est malheureusement le cas dans certains passages de la Déclaration de Pékin. Cependant, je me félicite que soit rappelée l'importance de respecter l'égalité entre hommes et femmes, en prenant en compte leurs différences et leur complémentarité.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur contenendo taluni spunti condivisibili, sono stati sviluppati in maniera eccessivamente generica e pertanto questa relazione risulta priva di proposte nuove o concrete. Per questo mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015 concluyó en diciembre. El Parlamento, en su Resolución de 9 de junio de 2015, hizo hincapié en la necesidad y urgencia de que la Comisión presentara una nueva estrategia específica para la igualdad de género y los derechos de las mujeres en la UE. Sin embargo, el 3 de diciembre de 2015, la Comisión presentó un mero documento de trabajo que no tiene valor interinstitucional alguno.

Se reclama por tanto una auténtica estrategia frente a la pretensión de la Comisión de rebajar su nivel de acción en este ámbito, dado que ni establece puntos de referencia concretos, ni asigna un presupuesto, y que, por lo tanto, no será posible evaluar los progresos realizados respecto a los objetivos.

Por estos motivos apoyo la Resolución aprobada por el Parlamento Europeo a fin de corregir estas deficiencias.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, kurioje Europos Parlamentas primygtinai prašo Komisijos pateikti naują Strategiją dėl moterų teisių ir lyčių lygybės Europoje. Ankstesnė Komisijos moterų ir vyrų lygybės strategija nustojo galioti 2015 m., todėl Parlamentas savo 2015 m. birželio 9 d. rezoliucijoje aiškiai paragino priimti naują, atskirą lyčių lygybės ir moterų teisių strategiją po 2015 m. Be to, viešųjų konsultacijų rezultatai parodė, jog 90 % apklausos dalyvių naująją strategiją vertino palankiai. Deja, Komisija neatliko savo darbo ir 2015 m. gruodžio 3 d. Komisija paskelbė tik tarnybų darbinį dokumentą „Strateginė veikla siekiant lyčių lygybės 2016-2019 m.“. Taigi Komisija ne tik pateikė supaprastintą vidinį dokumentą, bet ir apribojo jo galiojimo laikotarpį. Europos Parlamentas pritaria Komisijos požiūriui, nustatytam minėtame tarnybų darbiname dokumente dėl strateginės veiklos siekiant lyčių lygybės, bet apgailestauja dėl to, kad nėra konkrečių rodiklių ir specialaus biudžeto, be kurių pažanga siekiant tikslų ir rodiklių negali būti išmatuojama ar pasiekama. Taigi, todėl Europos Parlamentas ragina Komisiją imtis tolesnių veiksmų, atsižvelgiant į minėtus viešųjų konsultacijų rezultatus ir Parlamento bei Tarybos poziciją, ir nedelsiant priimti komunikatą dėl naujos lyčių lygybės ir moterų teisių strategijos 2016-2020 m., kurioje lyčių lygybės klausimai būtų aptariami smurto prieš moteris, darbo laiko, sprendimų priėmimo, sveikatos, švietimo, žiniasklaidos ir išorės santykių srityse.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagane resolucije nisem podprl, ker je po mojem mnenju Evropska komisija dovolj aktivna na področju zagotavljanja enakosti spolov in pravic žensk. Predlagatelj resolucije so namreč v ospredje postavili formo, ne vsebine.

Predlog resolucije, ki smo jo pripravili v Evropski ljudski stranki in je bila zavrnjena, se je namreč nanašal na implementacijo delovnega dokumenta Komisije o krepitvi pravic žensk in je tudi priznaval Komisiji napredek, ki je bil dosežen na tem področju.

Menim, da je treba k zadevi pristopiti operativno. Strategija kot mrtva črka na papirju namreč lahko pomeni veliko manj kot konkreten delovni dokument z jasno opredeljenimi operativnimi cilji.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La parità di genere è un principio cardine dell'Unione europea, valore riconosciuto dai trattati e necessario al fine di raggiungere gli obiettivi di inclusione sociale, crescita ed occupazione che sono centrali nella strategia Europa 2020.

L'impegno della Commissione europea in merito fa ben sperare, ma si è rivelato non sufficientemente ampio per raggiungere gli obiettivi previsti. Grazie anche alla pressione del Parlamento europeo nel 2015, la Commissione ha fatto alcuni passi avanti con l'elaborazione di una nuova tabella di marcia sull'equilibrio tra vita privata e lavorativa nell'Unione e con un documento di lavoro presentato a dicembre, manchevole però di parametri di riferimento precisi e di un bilancio chiaro, senza i quali è difficile poter stimare gli eventuali sviluppi e l'efficacia delle politiche adottate.

Sostengo dunque la risoluzione, invitando la Commissione a imprimere nuovo slancio alla questione e prendendo misure più concrete e ambiziose dal 2016.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Čak 90 posto građana smatra potrebnom novu strategiju o ravnopravnosti spolova, a Komisija je svela njihove želje na radni dokument. To je pljuska svim ženama u EU-u. EU mora biti primjer čuvanja vrijednosti tolerancije i jednakosti, posebice u ovako turbulentnim vremenima. Očekivali bi da se u 2016. godini neke stvari podrazumijevaju, ali po pitanjima rodne jednakosti često idemo jedan korak naprijed, a dva nazad. Strategija o ravnopravnosti ne bi trebala biti pitanje za diskusiju, već naša obaveza.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che l'uguaglianza di genere e i diritti della donna debbano essere una priorità per l'Unione europea e le sue istituzioni e che, pertanto, la Commissione debba fare degli sforzi maggiori per concepire ed implementare una nuova e più efficace strategia per l'uguaglianza di genere e i diritti della donna per il periodo successivo al 2015.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'uguaglianza e la lotta alla discriminazione, in particolare delle donne, sono sempre state riconosciute come prioritarie dall'Unione europea che, nel corso degli anni, ha promosso l'adozione di strategie volte a tutelare i diritti delle donne.

Le discriminazioni sessuali, nonostante l'impegno e gli sforzi volti al riconoscimento e all'affermazione dei diritti della donna, continuano ancora oggi ad essere presenti nelle società europee e le disparità legate al genere hanno conseguenze dirette sulla coesione economica e sociale, sulla crescita sostenibile e la competitività, nonché sulle sfide demografiche. L'Europa considerata come civiltà di progresso deve saper tradurre nella realtà i suoi principi e i suoi valori.

Per questo motivo l'Unione europea deve oggi adoperarsi per rimuovere gli ostacoli, sia sul piano culturale che su quello materiale, adottando una nuova strategia per l'uguaglianza di genere e dei diritti della donna dopo il 2015.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Confondant égalité avec égalitarisme, cette proposition de résolution reprend des données absolument ridicules pour mettre en lumière les inégalités dont sont victimes les femmes: le temps partiel sans même savoir s'il est désiré ou s'il est subi; le taux d'emploi, plus faible chez les femmes que chez les hommes sans savoir s'il s'explique par la volonté de certaines d'entre-elles de rester inactive afin de s'occuper notamment de l'éducation de leurs enfants.

Bien que nous soyons intégralement favorables à l'égalité de traitement en termes de rémunération par exemple et qu'il soit primordial de lutter contre toutes les formes de discrimination et de violences que subissent les femmes, j'ai voté contre cette proposition de résolution qui n'apporte aucune solution au problème évoqué.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Dreptul la tratament egal reprezintă un drept definitoriu care stă la baza societății europene, fiind crucial pentru dezvoltarea viitoare a acesteia și implementarea lui trebuie să se facă cu respectarea diferitelor contexte și practici culturale din statele membre.

Acest drept, pentru a nu rămâne la nivel declarativ, ar trebui aplicat din legislație, în practică, apoi în jurisprudență și cu impact în viața cotidiană. Ori aceasta se poate face doar printr-o comunicare clară, transparentă, legitimă și publică, susținută de toate instituțiile UE la cel mai înalt nivel politic. Doar astfel vom putea înregistra progrese în punerea în aplicare a principiilor egalității de tratament și de șanse între femei și bărbați la nivel european.

Cu toate acestea, dat fiind faptul că în interiorul Noii strategiei pentru egalitatea de gen și drepturile femeilor post-2015 nu se regăsesc suficiente elemente care să garanteze că într-adevăr vorbim de o egalitate de gen între bărbați și femei, am votat împotriva acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. Molto generica, solita retorica, non propone niente di nuovo. Voto consigliato meno. Rimarca che nel programma di lavoro della Commissione per il 2016, pubblicato nel novembre 2015, non figura alcun riferimento specifico alla strategia dell'UE per l'uguaglianza di genere post 2015. Chiede che, attraverso l'adozione immediata di una comunicazione su una nuova strategia per l'uguaglianza di genere e i diritti della donna 2016-2020, si affrontino le questioni legate all'uguaglianza di genere per quanto riguarda la violenza contro le donne, gli orari di lavoro, il processo decisionale, la salute, l'istruzione, i mezzi di comunicazione e le relazioni esterne.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'égalité entre les hommes et les femmes doit devenir une réalité au sein de l'Union européenne. Nous devons mettre en place une stratégie de l'Union européenne en faveur de l'égalité entre les hommes et les femmes après 2015 qui soit conforme au principe de subsidiarité. Nous ne pouvons pas continuer à observer des cas de discrimination envers les femmes. L'Union européenne doit être un modèle dans ce domaine pour être en mesure d'exporter ces valeurs dans le monde entier. J'ai voté en faveur de cette résolution.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted against the motion for a resolution because while the concept is noble, we should perhaps first focus on relevant legislation that already exists but has not yet been implemented by the Member States.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione è volta a chiedere alla Commissione europea di produrre urgentemente una nuova strategia per l'uguaglianza di genere e i diritti della donna 2015. Il piano presentato dalla Commissione il 3 dicembre 2015 risulta infatti del tutto insoddisfacente in quanto consiste in un semplice documento di lavoro dei servizi della Commissione che non ha alcun valore interistituzionale.

Pur ritenendo che il testo della risoluzione sia senz'altro condivisibile, ho deciso di astenermi in quanto ritengo che la stessa risulti comunque troppo generica e snella nelle richieste rivolte alla Commissione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Θυμίζουμε πως η ισότητα μεταξύ γυναικών και ανδρών είναι ένας από τους στόχους της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Δυστυχώς, οφείλουμε να καταψηφίσουμε την πρόταση ψηφίσματος, καθώς σημαντικές τροπολογίες που στηρίζαμε και θεωρούσαμε εκ των ων ουκ άνευ, δεν υπερψηφίστηκαν από την Ολομέλεια.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Ψηφίσαμε σήμερα σχετικά με τη νέα στρατηγική για την ισότητα των φύλων και τα δικαιώματα των γυναικών για την περίοδο μετά το 2015. Το ζήτημα αυτό αφορά το σύνολο της κοινωνίας μας και η ανάδειξη του αποτελεί μια ξεκάθαρη ένδειξη προόδου για την Ευρώπη. Οι προσπάθειες που καταβάλλονται για την εξάλειψη των ανισοτήτων και των διακρίσεων σε όλους τους τομείς της ευρωπαϊκής κοινωνίας είναι ιδιαίτερα σημαντικές και αποτελεί υποχρέωσή μας να τις υποδεχόμαστε θετικά και να τις χρησιμοποιούμε με στόχο τη βελτίωση των συνθηκών για τους πολίτες. Ως εκ τούτου ψήφισα θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta di risoluzione in quanto non condivido i presupposti formali e sostanziali alla base del provvedimento.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro questa risoluzione. Un po' a malincuore, lo devo ammettere, perché ho apprezzato gli sforzi fatti dal *team* di negoziatori nel suo insieme. Tuttavia, a causa degli estremismi di alcuni gruppi politici, ho dovuto bocciare tutto il testo quando invece c'era molto che poteva andare bene.

Qui stiamo parlando di un tema che, soprattutto a livello culturale, non dovrebbe nemmeno più essere di attualità, mentre nel 2016 ci ritroviamo ancora a parlarne. Ebbene, su questo tema non si riescono a superare gli steccati ideologici e quindi non ci si rende conto che ci muoviamo in un quadro normativo in cui le competenze di ciascuno sono ben definite e vanno rispettate, in cui di norme ne sono state scritte fin troppe ed è inutile ingolfare il lavoro dei legislatori e di chi poi deve applicarle quotidianamente scrivendo ulteriori testi legislativi, in cui l'uguaglianza fra uomini e donne dovrebbe essere scontata e invece non lo è ancora. Peccato.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The current strategy for equality amongst women and men ended in 2015. On 9 June 2015 the Parliament made a resolution urging the Commission to present a new Strategy for Gender Equality and Women's Rights within the EU. Gender equality is a core value of the Member States and is crucial to achieving the overall aims of employment, growth and social inclusion. The employment rate in the Member States is still higher for men (70.1%) than among women (59.6%). The Commission's previous strategy for equality 2010-2015 did not adequately advance equality at European and international level. The post-2015 strategy is necessary to deliver new momentum and concrete action to further women's rights and achieve gender equality.

While useful, the staff working document since produced by the Commission for gender equality policy post-2015 does not have interinstitutional value. Member States must mobilise themselves to address equality issues and take action against gender-related violence. Equal opportunities in employment, education and health should be made a priority in Member States. Member States are encouraged to take responsibility in transposing, implementing and evaluating existing legislation and policy tools for equal opportunities at national level. The Commission should adopt an official strategy on gender equality without delay.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A igualdade de género e os direitos das mulheres permanecem uma prioridade do Parlamento Europeu. Infelizmente, e apesar dos imensos progressos alcançados, tanto o continente europeu como o mundo permanecem desiguais.

É, pois, necessário permanecer intransigente na defesa dos Direitos Fundamentais. Alcançar resultados neste domínio só é possível através de um esforço conjunto que envolva cada cidadão e os vários níveis de governação, desde a junta de freguesia até às Nações Unidas. A nível europeu justifica-se também, por isso, uma estratégia concertada, com objetivos bem claros e instrumentos bem definidos.

Sou, como é claro, defensor de uma estratégia ativa e que ultrapasse o mero decreto da igualdade. No entanto, não posso compactuar com a instrumentalização, com fins meramente políticos, de valores nucleares da União. Absteve-me, por isso, nesta resolução.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht gestimmt, denn auch wenn ich die Resolution der Sache nach unterstütze, kann ich die Forderung nach neuen Gesetzgebungsvorschlägen nicht teilen. Es gilt die bestehenden Regeln richtig umzusetzen und in ganzer Breite anzuwenden. Hier ist die Kommission gefragt, denn ihre Aufgabe ist es, die Umsetzung der Grundsätze der Gleichbehandlung und der Chancengleichheit von Männern und Frauen auf nationaler Ebene zu forcieren.

Jane Collins and Mike Hookem (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'uguaglianza di genere è un obiettivo importante da raggiungere, soprattutto perché i diritti umani e in particolare quelli delle donne sono consacrati all'interno della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione. Ciò significa che si tratta di valori radicati nella nostra società civile e che devono essere tutelati adeguatamente anche nel quadro delle normative e dei regolamenti UE.

La Commissione ha elaborato un piano per il periodo 2016-2019 per aumentare l'implementazione dei diritti della donna e della parità di genere che si rivela molto concreto e auspico che esso possa contribuire in breve tempo alla riduzione delle disparità ancora persistenti all'interno dell'UE. Tali sono i motivi per cui ho deciso di votare favorevolmente.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Targets set for gender equality in leadership positions, at work and in other social and economic sectors are not being met. Yet despite the fact that all the political groups work towards attaining gender equality, they fail to obtain consensus on the drafting of a motion for a resolution. Politics with a small 'p' should be set aside and common aims and language ought to be sought. Only a joint force reflecting the support of all the political groups can truly lead to significant development in gender equality. I have voted against the proposal voted on in today's plenary because I believe a different proposal contained a more effective approach to gender equality. However, I remain in favour of gender equality.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución porque recoge un mandato expreso del Parlamento y, con anterioridad, de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género, para que la Comisión Europea dé continuidad, mediante una nueva estrategia que la suceda, a la llamada Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015, cuyo alcance ya fue claramente limitado al no lograr íntegramente ninguna de sus cinco principales líneas de trabajo.

De este modo, se solicita a la Comisión que tome más en serio uno de los principios fundamentales de los Tratados, el de la igualdad entre mujeres y hombres, instándola a que adopte una estrategia con carácter de comunicación oficial y no de mero documento de trabajo.

Desde mi punto de vista, estas son algunas de las evidencias que muestran que la Comisión Europea actual no tiene ningún interés en poner de relieve realidades tan injustas como la lacra de la violencia de género, la persistente desigualdad salarial o la falta de políticas que permitan conciliar la vida personal con la laboral (como se mostró con la retirada de la propuesta de ampliación de la Directiva de maternidad).

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il diritto alla parità di trattamento è un diritto profondamente radicato nella nostra società ed è fondamentale per il suo ulteriore sviluppo. La strategia europea su questo tema si è conclusa nel 2015 e non è stata seguita da una nuova strategia. La risoluzione del Parlamento europeo, che ho sostenuto con voto favorevole, chiede alla Commissione di presentare una nuova strategia specifica per i diritti delle donne e l'uguaglianza di genere 2016-2020 e di avviare le discussioni con il Consiglio e il Parlamento.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, as I believe that the Commission must present its post-2015 strategy on gender equality in the form of a strong legislative proposal with concrete benchmarks and a precise budget dedicated to progress in this field. In order to ensure real gender equality within the Union, the Commission must present a full strategy in line with Article 2 of the TFEU, which goes above and beyond the already created staff working document.

Furthermore, I believe in enhancing and supporting the 7 December declaration by the current EU Presidency trio – the Netherlands, Slovakia and Malta – on gender equality which calls for a new strategy for 2015-2020 in order to ensure the full utilisation of the available workforce, and empowerment of women and young girls throughout Europe.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este un actor major angajat în promovarea egalității de gen și în combaterea discriminării. Cu toate că Uniunea și-a asumat sarcina specifică de a integra egalitatea de gen în toate activitățile sale, în pofida progreselor treptate din acest domeniu, numeroase inegalități mai persistă încă între femei și bărbați.

În UE, aproximativ 42% dintre actorii implicați în mod regulat în agricultură sunt femei, iar trei din zece exploatații din UE sunt gestionate de femei. Promovarea principiului egalității de șanse între bărbați și femei, alături de asigurarea unei participări sporite a femeilor în viața economică și socială ca protagoniste cu drepturi depline trebuie să constituie preocupări constante la nivel european.

Consider că Comisia Europeană, împreună cu statele membre, trebuie să contribuie la promovarea unei strategii care să ducă la crearea de locuri de muncă și pentru femeile din zonele rurale și, implicit, la asigurarea unor pensii decente pentru femeile pensionare din UE care trăiesc în condiții precare, multe lucrând sau care au lucrat în agricultură și care nu au pensii sau ale căror pensii sunt foarte mici.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette proposition de résolution commune de la gauche, les députés demandent à la Commission européenne de formuler une proposition législative sur une «nouvelle stratégie en matière d'égalité entre les femmes et les hommes et de droits des femmes pour l'après-2015». Défendant l'égalité entre les femmes et les hommes dans la société, le groupe PPE a déposé un certain nombre d'amendements face à ce projet de résolution qui ne respecte pas la compétence des États membres en la matière. Le groupe PPE a défendu ses propositions dans une résolution propre. Ayant perdu nos amendements et notre résolution lors du vote en session plénière, j'ai décidé de voter contre ce projet de résolution.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Perché la violenza e le discriminazioni di genere contro le donne siano solo un ricordo del passato e non, come purtroppo siamo costrette a vedere ogni giorno, una tragica realtà quotidiana, c'è bisogno di un impegno cogente delle Istituzioni contro la disuguaglianza uomo-donna.

Per questo ho votato convintamente a favore della risoluzione su una nuova strategia per l'uguaglianza di genere e i diritti della donna in Europa dopo il 2015, per un maggiore e più concreto impegno della Commissione e affinché vi sia la convocazione di un vertice dell'Unione europea sull'uguaglianza di genere e i diritti delle donne.

Infatti, solo da una forte volontà politica, da un'analisi dei progressi e dei fallimenti e da iniziative legislative mirate si potrà raggiungere un risultato reale in termini di parità, risultato che diviene ogni giorno una necessità più urgente.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu le rapport visant à exhorter la Commission européenne à présenter une nouvelle stratégie pour l'égalité des sexes et les droits des femmes. L'UE a longtemps joué un rôle majeur dans l'amélioration de l'égalité de tous ses citoyens, mais il reste beaucoup à faire. Je constate que la commissaire Jourová s'est engagée à plusieurs reprises à livrer une nouvelle stratégie, et qu'elle n'a pas ménagé ses efforts de médiation avec le Conseil dans les négociations sur la directive relative à la présence des femmes dans les conseils d'administration. Je prends acte de ses efforts pour remettre sur la table le dossier relatif au congé de maternité en adoptant une approche plus large sur l'équilibre entre la vie professionnelle et privée. Malheureusement, je dois constater que jusqu'à présent, la Commission ne prend pas cette question très au sérieux. Or, ce sujet mérite mieux qu'un simple document de travail interne. En votant ce rapport, j'encourage donc tous les groupes politiques du Parlement européen à unir leurs forces dans la lutte pour une stratégie ferme et clairement nécessaire pour les droits et l'égalité des femmes au sein de l'UE.

Martina Dlabajová (ALDE), *in writing*. – I abstained on the resolution on the 'New Strategy for Gender Equality and Women's Rights post- 2015'. Equal treatment of men and women is a fundamental principle of EU law and needs to be implemented.

However, like on previous occasions, the measures, such as the Women on Boards Directive, outlined in the resolution aimed to attain equal treatment, go beyond my views on how to achieve such goal.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il est louable de rappeler que le principe d'égalité homme-femme fait partie des valeurs fondamentales de l'Union européenne. Néanmoins, ce texte prévoit de demander de nouvelles propositions à la Commission en la matière, avant même que les textes actuellement en vigueur ne soient convenablement mis en œuvre. En outre, je suis opposée à l'obligation d'appliquer des quotas de femmes, en l'occurrence dans les conseils d'administration. Outre le fait qu'ils soient à double tranchant, ce n'est pas rendre service aux femmes que de les marquer, à toutes les étapes de la vie socio-professionnelle, du sceau de la discrimination prétendument positive. Pour ces raisons, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Реших да не подкрепя това предложение, защото въпреки факта, че подкрепям принципа за равенство между всички граждани, не съм съгласен, че ЕС трябва да бъде контрапродуктивен и да започне да създава законодателство по въпроси, за които съществуват инструменти.

Пределно ясно е, че петте ключови области за действие остават непроменени и че са били приети в работната програма на ЕС за 2016 г. Освен това, ЕП вече прие резолюцията на 9 юни 2015 г. Приемането на нова резолюция относно една и съща тема, със съществуващите споразумения и работни програми, които все още не са напълно завършени, не е в съответствие с понятието „ясно и ефективно законодателство“.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε, η προσέγγιση που έχει η έκθεση δεν είναι συμβατή με την ιδεατή για εμάς οικογένεια, αντίθετα προωθεί μια εικόνα ατομικισμού, η γιγάντωση του οποίου οδήγησε τις δυτικές κοινωνίες στην σημερινή κατάρπωση.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La igualdad de género es un valor fundamental de la Unión Europea y así se recoge en los Tratados y en la Carta de los Derechos Fundamentales. La importancia de la igualdad entre mujeres y hombres nos lleva a seguir trabajando en nuevas estrategias de cara a los próximos cinco años con el objetivo de conseguir eliminar todas aquellas barreras que supongan un impedimento para el desarrollo de la mujer, tanto a nivel laboral como profesión dentro de la sociedad. Poner fin a todas las formas de discriminación y violencia que sufren las mujeres debe ser nuestro objetivo principal a la hora de elaborar nuevas estrategias. Las mujeres, al igual que los hombres, deben tener la seguridad de que no van a sufrir ningún perjuicio por razón de su procedencia étnica, su orientación sexual, su identidad sexual, una discapacidad, su región, su nacionalidad o su edad.

Debemos concebir la igualdad de género como un objetivo estratégico y universal que nos ayudará a conseguir los objetivos económicos, sociales y de empleo de Europa.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. – Mi sono astenuta dal votare questa risoluzione poiché, sebbene essa ricordi che la parità di trattamento e di opportunità tra donne e uomini è un obiettivo chiave per tutti gli Stati membri e deplori che nel programma di lavoro della Commissione per il 2016 non figurì alcun riferimento specifico alla strategia dell'UE per l'uguaglianza di genere dopo il 2015, essa non esprime una critica esplicita dei contenuti del documento di lavoro della CE.

Inoltre, in merito a determinati impegni assunti dalle istituzioni europee, nella risoluzione comune si esula dal rispetto del principio di sussidiarietà.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A igualdade entre mulheres e homens é um valor fundamental dos Estados-Membros e é decisiva, como objetivo estratégico, para atingir as metas gerais de crescimento, emprego e inclusão social. Os Estados-Membros têm vindo a dar alguns passos importantes para reforçar os direitos das mulheres e a igualdade entre as mulheres e os homens, mas, actualmente, tem-se verificado um abrandamento das ações e reformas políticas durante a última década ao nível da UE.

A taxa de emprego nos Estados-Membros para os homens (70,1 %) continuava a ser mais elevada do que no caso das mulheres (59,6 %), a que se junta o facto de quase um terço das mulheres (32,2 %) trabalhar a tempo parcial.

Concordo, por isso, que os Estados-Membros devem tomar mais medidas para abordar as questões da igualdade, combater a violência contra as mulheres e garantir a igualdade de acesso e de oportunidades nos domínios do emprego, da saúde e da educação, tanto no setor público como no privado.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo desta resolução é apelar à Comissão Europeia para que adote de imediato uma Comunicação sobre uma nova Estratégia para a Igualdade dos Géneros e os Direitos das Mulheres 2016-2020, que aborde as questões da igualdade de género nos domínios da violência contra as mulheres, tempo de trabalho, tomada de decisões, saúde, educação, meios de comunicação social e relações externas, e que esteja em consonância com a agenda internacional, a saber, o documento final «Pequim +20» de 2015 e o novo quadro para a «Igualdade de género e a emancipação das mulheres: transformar a vida das raparigas e mulheres através das relações externas da UE (2016-2020)». Solicita à Comissão que proponha iniciativas legislativas no seu Programa de Trabalho, tendo em vista a eliminação das desigualdades remanescentes entre as mulheres e os homens na UE.

A Resolução comporta alguma crítica ao Programa de Trabalho da Comissão para 2016, por não fazer qualquer referência específica à Estratégia da UE para a igualdade dos géneros pós-2015. Lamenta a falta de objetivos concretos e de um orçamento específico, sem os quais o progresso em matéria de metas e indicadores não é mensurável nem exequível.

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Je nevyhnutné, aby sme prijali novú stratégiu pre rodovú rovnosť a práva žien na obdobie po roku 2015, pretože predchádzajúcej stratégii vypršala platnosť minulý rok. Nová stratégia by sa mala vzťahovať na dôležité oblasti, akými je potreba efektívneho boja proti násiliu páchanom na ženách či zlepšovanie ich postavenia na trhu práce. V tejto oblasti máme síce stanovené určité ciele, no blížime sa k nim skutočne len pomalým tempom. Bez jasného, spoločného záväzku, ako sa k nim v ďalších rokoch dopracovať, ktorý by mala priniesť nová stratégia, to pritom pôjde len veľmi ťažko. Pred niekoľkými rokmi bolo prisľúbené vypracovanie nového záväzného legislatívneho aktu, ktorý by osobitne riešil napríklad práve problematiku rodovo motivovaného násillia. Keď sa to nepodarilo presadiť, prišla Európska komisia so stratégiou, ktorú však stále nie je vidieť v realite každodenného života obyvateľov členských štátov. Namiesto toho predstavila Európska komisia dokument s názvom Strategický záväzok ohľadom rovnosti žien a mužov v rokoch 2016-2020, ktorý však paradoxne vôbec nikoho k ničomu nezaväzuje. To ukazuje, že Európska komisia absolútne odmieta reflektovať realitu, ktorá jednoznačne hovorí o presnom opaku.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla risoluzione in quanto è molto generica e non propone niente di nuovo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολο τις εκθέσεις για τη νέα στρατηγική για την ισότητα των φύλων και τα δικαιώματα των γυναικών για την περίοδο μετά το 2015. Η προσέγγιση που έχει η έκθεση δεν είναι συμβατή με την ιδεατή για εμένα οικογένεια, αντίθετα προωθεί μια εικόνα ατομικισμού, η γιγάντωση του οποίου οδήγησε τις δυτικές κοινωνίες στην σημερινή κατάπτωση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Gender equality is one objective of the Treaty, and it is essential as a strategic objective to achieve the overall EU objectives, such as the employment rate target within the Europe 2020 strategy. Women's rights and gender equality is a core value of the EU.

It seems that the Commission shows willingness to downgrade its action in the field, with a lack of concrete benchmarks and dedicated budget, without which progress made on the targets and indicators is neither measurable nor achievable.

The Commission should instead adopt a transparent and public communication for a 'New Strategy for Gender Equality and Women's Rights post-2015', in line with its European and international objectives and agenda, and inform us as to when it will present its official strategy on gender equality.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de la Resolución, considerando que la igualdad de género es un valor central de la UE y que, como objetivo estratégico, es fundamental para alcanzar los objetivos generales de la UE. Queda mucho trabajo por hacer para consolidar los derechos de la mujer y la igualdad de género, tenemos mucha legislación aprobada, y debemos velar para que los Estados transpongan a sus normativas internas aquello que en Europa ya es norma. Por ello, creo que será mucho mejor facilitar la simplificación legislativa y que la legislación sea aplicada en los Estados miembros que desarrollar nuevas directivas que puedan ser utilizadas como medidas de bloqueo de la aplicación de las medidas para la igualdad de género y los derechos de las mujeres ya aprobadas.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Supporto con piacere l'interrogazione orale presentata dalla collega Iratxe García Pérez, in cui si ribadisce alla Commissione la necessità di presentare al più presto una nuova strategia per i diritti della donna e l'uguaglianza di genere nell'UE. Ritengo che l'Europa debba continuare a dare segnali forti in questo senso e a dimostrare un impegno solido nella sua battaglia per il contrasto delle discriminazioni sociali e sessuali e a favore della tutela dei diritti della persona.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sull'interrogazione con richiesta di risposta orale, presentata dalla commissione FEMM alla Commissione europea, su una nuova strategia per l'uguaglianza di genere e i diritti della donna in Europa dopo il 2015, perché condivido l'urgenza e l'opportunità di una tale iniziativa.

La parità di trattamento tra uomo e donna, oltre a essere considerato un diritto fondamentale, rappresenta uno dei valori cardini dell'impianto ideologico dell'UE e il presupposto imprescindibile per una società più giusta ed equa. Da sempre l'UE ha rappresentato un esempio nelle politiche di pari opportunità e ha ispirato iniziative volte a rafforzare i diritti delle donne. Tuttavia, negli ultimi anni stiamo assistendo a un preoccupante rallentamento dell'attività politica in materia e a un conseguente mancato raggiungimento degli obiettivi previsti nelle strategie precedenti.

È in tal senso deludente che la Commissione nel suo programma di lavoro 2016 non abbia incluso alcun tipo di riferimento alla strategia UE per l'uguaglianza di genere post 2015, limitandosi a presentare un documento di lavoro di scarso valore legislativo e contenutistico. Condivido perciò l'invito alla Commissione a collaborare con il Parlamento al fine di rinnovare gli impegni assunti e a rinviare la sua azione sulla parità di genere.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen die Resolution über die „Neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015“ gestimmt, da dieser Text wiederholt den Gender-Begriff im europäischen Kontext missinterpretiert. Grundlage des Begriffs „Gender Mainstreaming“ ist Artikel 8 AEUV, in dem es heißt: „Bei allen ihren Tätigkeiten wirkt die Union darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“. Wie die EU-Kommission in ihrer Antwort auf eine meiner Anfragen darlegt, ist dies die Folge von Entwicklungen auf internationaler Ebene, denen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten verschrieben haben. „Gender Mainstreaming“ ist fester Bestandteil der Arbeiten der Kommission zur Gleichstellung der Geschlechter und dient als Richtschnur für diese Arbeiten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundpfeiler der Europäischen Union. Diesen gilt es auch weiterhin zu stärken. Die Forderung nach immer neuen Gesetzgebungsvorschlägen ist jedoch das falsche Mittel. Als erstes gilt es, dass bestehende Regelungen in allen Mitgliedsstaaten besser umgesetzt werden. Erst danach lässt sich evaluieren, ob weitere Maßnahmen wirklich notwendig sind. Hier ist die Kommission gefordert.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The EU has played a key role in promoting gender equality. Yet, we should not be complacent. Across Europe, progress on gender equality has ground to a halt in recent years and in many areas we have gone backwards.

Gender equality is not only an end in itself but an essential component in promoting fair and sustainable economic growth. In order to be effective, and to avoid fragmentation, our approach must take the form of a comprehensive and official action plan which addresses every dimension of inequality and proposes clear outputs. The Staff Working Document published by the Commission at the end of last year simply will not cut it.

My Labour colleagues and I made our position clear in a resolution adopted by this parliament last year: we need a clear, comprehensive and achievable strategy for women's rights and gender equality. The December EPSCO Council agreed that this should take the form of a Commission Communication and the Commission's own consultation showed overwhelming public support for a new strategy. The Commission should now adopt an official 2016-2020 strategy and focus on delivering concrete action.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – The UK Delegation is fully committed to the principle of equality between men and women and we recognise that gender equality is a core value of the EU. Accordingly, we have voted in favour of those paragraphs and amendments that reaffirm the fundamental right of all men and women to equal treatment and equality in opportunity.

The UK Delegation was unable to support the text as a whole due to some notable elements which were of concern to us. First, we believe a budget should be allocated to where the need is greatest. A dedicated gender budget runs the risk of diverting funds away from other groups. Secondly, we were unable to support the call for a package of legislative proposals, initiated by the Commission. We are consistent in our firm belief that national governments are responsible for social policy and consequently cannot support the attempted 'Europeanisation' of this policy field.

The UK Delegation was unable to support this resolution but felt it was more appropriate to abstain in this instance. We were happy to support alternative texts tabled by the EPP political group and our own group, the ECR.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Les députés européens se sont prononcés sur plusieurs résolutions concernant la stratégie à mettre en œuvre pour parvenir à l'égalité entre les hommes et les femmes.

Je soutiens les actions qui ont vocation à assurer l'égalité salariale notamment, sous réserve qu'il s'agisse bien d'aligner les salaires des femmes sur ceux des hommes et non l'inverse.

Je m'oppose en revanche à toutes les obligations de quotas, notamment dans les conseils d'administration des entreprises. Ces quotas obligatoires transforment les femmes en variables d'ajustement pour satisfaire des contraintes légales niant ainsi leurs compétences et leurs aspirations personnelles.

Parmi les quatre propositions de résolution présentées, j'ai finalement soutenu la plus respectueuse du principe de subsidiarité et des cultures des États membres, tout en encourageant une meilleure rémunération des femmes.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Raportul privind egalitatea de gen subliniază această valoare fundamentală a Uniunii Europene și arată că aceasta reprezintă un factor determinant în realizarea obiectivelor europene, precum îmbunătățirea ratei de ocupare a forței de muncă. În scopul dezvoltării durabile, Uniunea Europeană trebuie să integreze egalitatea de gen și capacitatea femeilor în cadrul politicii sale comerciale, iar principiile de incluziune și echitate trebuie aplicate în legislație și jurisprudență, la nivel procedural, structural și politic, dar și în viața cotidiană. Propunerile legislative ce corespund nevoilor curente ale potențialelor femei antreprenori, precum menținerea echilibrului dintre viața profesională și cea personală, pot influența într-un mod pozitiv implicarea acestora pe piața muncii. Așadar, prin intermediul reglementărilor și al unei legislații adaptate la cerințele societății europene, se poate reduce drastic segregarea orizontală și verticală de gen în ceea ce privește accesul și participarea femeilor pe piața europeană de muncă, prin facilitarea antreprenoriatului pentru crearea unei economii cu creștere sustenabilă și incluzivă. Este momentul să nu mai apară diferențieri între femei și bărbați nici în ceea ce privește ocuparea unui loc de muncă, funcție sau salariu.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs made our position clear in a resolution adopted by this parliament last year: we need a clear, comprehensive and achievable strategy for women's rights and gender equality. This must take the form of Commission Communication, not a Staff Working Document. The Commission's own consultation showed overwhelming public support for a new strategy, and the December EPSCO Council supported this position too. The Commission should now adopt an official 2016-2020 strategy and focus on making gender equality – a core value of the EU – a reality.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – La lutte contre la violence à l'égard des femmes reste une tâche quotidienne. Au moins une Européenne sur trois est victime de violences. Cela n'est pas acceptable et c'est pourquoi les questions d'égalité hommes-femmes méritent mieux qu'un simple document de travail interne à la Commission. J'ai voté en faveur de cette résolution car j'estime qu'une communication en bonne et due forme, qui couvre un vaste éventail de sujets comme l'écart salarial entre hommes et femmes, l'équilibre travail-vie privée et la place des femmes dans les prises de décision politiques et économiques. En outre, en tant que Socialiste j'appelle à la tolérance zéro envers toute forme de violence à l'égard des femmes. C'est en ce sens que les États membres de l'UE doivent ratifier la convention d'Istanbul, seul instrument légal de prévention et de lutte contre la violence à l'égard des femmes dans le monde. La Commission européenne devrait également présenter une législation européenne cohérente, qui s'attaque à toutes les formes de violence à l'égard des femmes. Le Traité de l'UE fait obligation à la Commission d'agir en faveur de l'égalité des sexes. C'est à elle d'agir avec la plus grande diligence sur cette question fondamentale.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the new strategy for gender equality and women's rights post-2015. Gender equality is a core value of the EU – as recognised in the Treaties and the Charter of Fundamental Rights – which the EU has committed to integrating into all its activities, and whereas gender equality is essential, as a strategic objective, to achieving the overall Europe 2020 objectives of growth, employment and social inclusion.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Το ψήφισμα ζητεί εξηγήσεις από την Επιτροπή για το γεγονός πως παρουσίασε μόνο ένα έγγραφο εργασίας και όχι μια πραγματική δημόσια επικοινωνία για μια 'Νέα στρατηγική για την ισότητα των φύλων και τα δικαιώματα των γυναικών μετά το 2015'. Οι ομάδες που προτείνουν το ψήφισμα αυτό θεωρούν πως αυτή η προσέγγιση της Επιτροπής είναι μια υποβαθμισμένη δράση σε σχέση με αυτά τα ζητήματα.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Given that gender equality is a core value of the EU and considering the strides the European Union has taken on the matter, the Commission's strategy for gender equality in 2015 was not comprehensive enough to affect justice in gender equality on a European level. The Commission is bound by Article 2 of the Treaty of the European Union and by the Charter of Fundamental Rights to act in favour of gender equality. The Commission must now adopt a new Strategy for Gender Equality and Women's Rights 2016-2020 which is in line with the international gender equality agenda and deals with issues such as violence against women, health, education, working time, etc. The Commission should also cooperate with the Parliament and the Council in order to establish an EU summit on gender equality and women's rights which would identify progress and renew commitments to gender equality and women's rights within the EU.

Mary Honeyball (S&D), *in writing*. – Labour MEPs made our position clear in a resolution adopted by this parliament last year: we need a clear, comprehensive and achievable strategy for women's rights and gender equality. This must take the form of Commission Communication, not a Staff Working Document. The Commission's own consultation showed overwhelming public support for a new strategy and the December EPSCO Council supported this position too. The Commission should now adopt an official 2016-2020 strategy and focus on making gender equality – a core value of the EU – a reality.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, трябва да признаем, че прилагането на политиката за равенство между половете във всички други политики търпи много бавен напредък общо за Европейския съюз. Редица трудности срещат и усилията на неправителствените организации в тази посока.

Заклученията на Съвета от 2015 г. относно равенството между жените и мъжете в областта на вземането на решения и при сътрудничеството за развитие, до които се стига след направени консултации между страните членки, отчитат че овластяването на жените и момичетата трябва да бъде съпроводено и от адекватни финансови средства за изпълнението на желаните цели.

Нерешените въпроси на равенството биха били по-лесно преодолені, а политиката по-силно стимулирана, от действието на специална програма за равенство между половете на ниво ЕС. Намирам, че в новата стратегия за равенство между половете до 2020 г. следва да бъде заложена такава европейска програма, която ще гарантира резултатност на ангажиментите на всички бенефициенти по нея.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Gender equality is a core value of the European Union. It is very important to achieve the overall EU objectives, such as the employment rate target within the Europe 2020 strategy.

The current Strategy ended in 2015. The European Parliament in June 2015 urged the Commission to present a new dedicated Strategy. The Commission presented in December its 'Strategic engagement for gender equality 2016-2019' staff working document which does not have interinstitutional value.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za prijedlog rezolucije o novoj strategiji za prava žena i jednakost spolova u Europi nakon 2015. jer prošla strategija Komisije za jednakost žena i muškaraca za razdoblje 2010. – 2015. nije bila dovoljno sveobuhvatna da bi se njome u dovoljnoj mjeri pridonijelo jednakosti spolova na europskoj i međunarodnoj razini. Ciljevi, planirani u okviru te strategije, nisu bili učinkovito ostvareni, a novom se strategijom daje poticaj kako bi se provele konkretne mjere usmjerene na jačanje prava žena i promicanje jednakosti spolova u područjima: nasilje nad ženama, naknada za rad, radno vrijeme, proces donošenja odluka, zdravlje, obrazovanje, mediji te mnoga druga.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette résolution appelle la Commission à revoir sa stratégie en matière «d'égalité entre les hommes et les femmes». Il y est question d'«égalité de genre», de féminisation des conseils d'administration, de «droits de la femme», etc. Toutefois, à noter quelques aspects positifs: la nécessité de prendre en compte les contextes culturels différents d'un pays à l'autre, d'une région à l'autre ; le respect de la souveraineté des États dans le choix des législations relatives aux salaires... Néanmoins, il est clair que l'orientation générale du document contient une visée très idéologique à savoir la féminisation de tous les pans de la société sans égard à la complémentarité des deux sexes. C'est pourquoi, j'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur la résolution à propos de la nouvelle stratégie sur l'égalité entre les femmes et les hommes et sur les droits des femmes pour l'après-2015. Je suis largement en accord avec le fond du texte et je considère l'égalité hommes-femmes comme un enjeu majeur qui mérite d'être traité sérieusement. Cependant cette résolution se met en confrontation avec la commissaire Vera Jourova car elle a publié sa stratégie sous la forme d'un document interne et non d'une communication publique. Cette raison de forme ne justifie pas à mon sens la critique de la Commission que fait cette résolution, car j'estime que c'est le fond qui doit primer.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – La stratégie sur l'égalité entre les femmes et les hommes pour l'après 2015 est un objectif très important pour l'UE. Je considère l'égalité entre les femmes et les hommes comme une question majeure de notre société.

Néanmoins les différents groupes politiques ont voulu politiser le sujet en attaquant la Commissaire Jourova chargée de cette stratégie.

J'ai donc voté contre cette résolution qui ne s'attachait absolument pas au fond de cet enjeu pourtant si important.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme dem vorliegenden Bericht nicht zu. Es wird versucht, in den Mitgliedstaaten eine Strategie der Gleichstellung der Geschlechter im Alltag und in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen, die weit umfassendere und präventive Maßnahmen vorsieht, um einer Ungleichbehandlung präventiv entgegenzuwirken, statt der bestehenden Gleichstellungspolitik zwischen Männern und Frauen Aufmerksamkeit zu widmen. Dies ist keinesfalls Regelungsgegenstand der Union.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report. The EU has been instrumental in promoting gender equality. Unfortunately, across Europe, progress on gender equality has stalled in recent years and in many areas we have gone backwards. Labour MEPs made their position clear in a resolution adopted by this parliament last year: we need a clear, comprehensive and achievable strategy for women's rights and gender equality. The December EPSCO Council agreed that this should take the form of a Commission Communication and the Commission's own consultation showed overwhelming public support for a new strategy. The Commission should now adopt an official 2016-2020 strategy and focus on delivering concrete action.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The aim of this resolution is that the European Commission adopts a transparent and public communication for a new strategy in gender equality for 2015 and after. I voted in favour of this resolution, to oblige the European Commission to fulfil its duties.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Nowa strategia w sprawie równouprawnienia kobiet i mężczyzn na okres po 2015 roku przedstawiona przez Komisję Europejską to przykład nowoczesnego myślenia o wdrażaniu ambitnych polityk, skupionego na jasnych, osiągalnych celach oraz skonkretyzowanych metodach, wolnego od abstrakcyjnych postulatów. Strategia słusznie rozpoznaje, że równość kobiet i mężczyzn wymaga dalszego włączenia kobiet na rynek pracy poprzez zapewnienie usług opiekuńczych dla dorosłych i dzieci oraz promocję bardziej zrównoważonego podziału obowiązków. Większe uczestnictwo kobiet na rynku pracy oparte na zasadach tej samej płacy za tę samą pracę oraz sprawiedliwych awansach to najlepsza recepta przeciwko biedzie kobiet, luce emerytalnej oraz szansa na pełne wykorzystanie talentów w gospodarce. Droga do pełnego osiągnięcia równości kobiet i mężczyzn nie prowadzi jednak tylko przez rynek pracy, ale przede wszystkim opiera się na zapewnieniu kobietom poszanowania podstawowych praw człowieka. Polityka antyprzemocowa przedstawiona w dokumencie Komisji słusznie opiera się na metodach zaproponowanych w Konwencji Stambulskiej i zobowiązaniu do ratyfikacji tego dokumentu przez Unię Europejską. Apeluję do Komisji o systematyczne i skuteczne wdrażanie zaproponowanych w strategii działań oraz o sumienną ewaluację postępującej zmiany, która przybliży nas do zrealizowania postulatu równości kobiet i mężczyzn.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because we should completely condemn violence against women and all kinds of gender inequality. It is totally unacceptable in the 21st century that gender stereotypes and discrimination exist in our societies in one form or another. We should call on the EU and the Member States as soon as possible to sign and ratify the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women. The ratification of the Istanbul Convention will provide foundations for the launch of a new strategy to fight gender inequality in our societies.

In this regard, it is vital to note that the new strategy should aim to make society more aware of the problem of violence against women through awareness campaigns and facilitate prevention measures such as access to justice, support for victims, etc. Last but not least, we should call on the Commission to encourage cooperation between Member States, women's rights organizations and the social partners in order to successfully develop and implement a new strategy for gender equality and women's rights in a post-2015 world.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de résolution sur la «nouvelle stratégie sur l'égalité entre les femmes et les hommes, et sur les droits des femmes pour l'après-2015». Bien entendu, je suis favorable au principe de l'égalité entre hommes et femmes. Cependant, c'est aux États membres de prendre les mesures nécessaires pour que ce principe soit appliqué, et non pas à la Commission européenne. Or, ce rapport demande de nouvelles propositions de la Commission en matière d'égalité entre hommes et femmes, sans que les textes actuels ne soient déjà mis en œuvre.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle demande de nouvelles mesures d'égalité hommes/femmes alors qu'il serait plus utile d'obtenir la mise en œuvre des mesures déjà votées.

Je suis en outre hostile à l'amendement n° 16, déposé par le PPE et voté, qui demande des quotas de femmes dans les conseils d'administration.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Przyjęcie nowej strategii dotyczącej równouprawnienia płci i praw kobiet po 2015 r. jest konieczne dla realizacji celów unijnych w tym zakresie. Strategia ta wymaga bardzo kompleksowego podejścia i priorytetowego potraktowania zjawiska przemocy wobec kobiet oraz wszystkich kwestii związanych z dyskryminacją różnych grup kobiet w sferze zawodowej, ekonomicznej, społecznej i politycznej.

Równy dostęp do dobrej jakości edukacji bez względu na płeć, pochodzenie narodowe, społeczne, kulturowe czy religiję jest niezbędny dla zapewnienia pełnego udziału w życiu społeczno-gospodarczym, poprawy jego jakości oraz zapobiegania tworzeniu się nierówności. W tym kontekście należy także zapobiegać zjawisku przedwczesnego kończenia nauki, które może prowadzić do wykluczenia społecznego i marginalizacji.

Kolejna kwestia to dostęp do kształcenia i szkolenia zawodowego dla kobiet przez całe życie. Kobiety z różnych względów są bardziej narażone na przerwy w życiu zawodowym. Dlatego należy im umożliwić i zachęcić je do udziału w dostosowanym do ich potrzeb kształceniu i szkoleniu zawodowym, tak aby mogły zdobywać nowe kwalifikacje, które umożliwią im łatwiejszy powrót do pracy.

Edukacja na rzecz równości płci to edukacja pozbawiona dyskryminacji, która dąży do rozwoju osobistego, społecznego i ekonomicznego w duchu tolerancji, partnerstwa, dialogu i odpowiedzialności za życie w społeczeństwie.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nesouhlasím s tím, aby EU vytvářela nové strategie rovnosti mužů a žen, ani aby pořádala konferenci o rovnosti mužů a žen, proto jsem hlasoval proti.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Jednakost žena i muškaraca je jedna od temeljnih vrijednosti država članica, od iznimne važnosti za ostvarivanje općih ciljeva EU-a. Prošla strategija Komisije za jednakost žena i muškaraca 2010. – 2015. nije osigurala jednakost spolova na europskoj i međunarodnoj razini.

Nova strategija je potrebna i ona mora rezultirati pravim ciljevima i realnim rezultatima, budući da je prema nedavnim statističkim podacima Eurostata stopa zaposlenosti muškaraca 2014. u državama članicama i dalje bila viša od stope zaposlenosti žena (70,1 % među muškarcima u odnosu na 59,6 % među ženama). Nadalje, razlike u zaposlenosti žena i muškaraca kada je riječ o poduzetništvu i dalje su velike - 2012. godine žene su činile samo 31 % samozaposlenih građana, odnosno, samo je 10 % žena u radnom odnosu bilo samozaposleno.

U rezoluciji iz lipnja 2015., Parlament je Komisiji istaknuo potrebu da se uvede nova strategija. Kako i dalje postoji potreba za strategijom, potrebno je prezentirati novu, decidiranu Strategiju za jednakost među spolovima unutar EU-a. Budući da se isti problemi i dalje javljaju, potrebna je rezolucija koja će strateški pomoći u rješavanju ovih problema, a nažalost ova rezolucija nije odgovarajuća, stoga je nisam podržala.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Právo na rovnaké zaobchádzanie, rovnaký prístup k pracovným možnostiam, vzdelaniu, zdravotnej starostlivosti a budovanie stratégie rovnosti medzi mužom a ženou, zohľadňujúc jedinečné osobitné materské poslanie ženy, pokladám za samozrejmú súčasť každej politiky Európskej únie.

Pokladám za nutné, aby Komisia čo najskôr predložila stratégiu pre rodovú rovnosť a práva žien, ktorá zdefiniuje podmienky na prirodzené a samozrejmé zrovnoprávňovanie žien vo všetkých oblastiach života.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφτως*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τη νέα στρατηγική για τα δικαιώματα των γυναικών και την ισότητα των φύλων στην Ευρώπη μετά το 2015, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 2/2/2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Nous nous sommes prononcés sur plusieurs propositions de résolutions sur la stratégie pour l'égalité entre les femmes et les hommes. Ces résolutions étaient diverses, c'est pourquoi j'ai soutenu tout ce qui pouvait assurer l'égalité salariale, sous réserve que cela se fasse en adaptant le salaire des femmes à celui des hommes, et non l'inverse.

En revanche je me suis opposé à toutes les mises en place de quotas, notamment au sein des conseils d'administrations. Ces mesures sont une atteinte à la dignité des femmes, qui ne sont plus reconnues pour leur mérite ou leurs capacités, mais simplement pour leur sexe, comme une simple variable d'ajustement !

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this Resolution which ‘Considers it regrettable that the 2016 Commission Work Programme, published in November 2015, made no specific mention of the EU Strategy for Gender Equality post-2015; deplores the fact that on 3 December 2015 the Commission published only a staff working document entitled “Strategic engagement for gender equality 2016-2019”, thereby not only presenting a downgraded internal document but also restricting the duration of its action’.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Nel momento in cui si parla di uguaglianza di genere, l’UE non può rimanere bloccata nelle distinzioni legali tra «working papers» e «strategie». Quello di cui abbiamo bisogno in questo momento è una corretta applicazione di tutti gli strumenti legislativi fin qui approvati.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – A igualdade de género constitui um valor fundamental da UE, consagrado nos Tratados e na Carta dos Direitos Fundamentais, sendo um passo fundamental para que se atinjam as metas gerais da Estratégia 2020 de crescimento, emprego e inclusão social.

Por estes motivos, a Comissão Europeia não deve descurar estes pressupostos, sendo lamentável que, no seu Programa de Trabalho para 2016, não faça qualquer referência específica à Estratégia da UE para a igualdade de Géneros pós-2015 e que no documento de trabalho «Compromisso Estratégico para a Igualdade de Género, 2016-2019» não sejam apresentados objetivos concretos nem um orçamento específicos, que permitam a exequibilidade e a mensurabilidade das metas propostas pela estratégia.

Neste sentido, apoio a posição da Resolução, que insta a Comissão a apresentar uma Comunicação sobre uma nova Estratégia para a Igualdade dos Géneros e os Direitos das Mulheres 2016-2020, que tenha em conta as questões da igualdade de género nos domínios da violência contra as mulheres, tempo de trabalho, saúde, educação e que adote novas iniciativas legislativas, nesta matéria, no seu Programa de Trabalho.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den Antrag, da er zur Folge hätte, dass Gender-Mainstreaming in die nationalen Rechtslagen übernommen werden soll. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein wichtiges Ziel, welches ehrgeizig verfolgt werden muss. Es sollte aber den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben, welche Wege sie zur Erreichung dieses Ziels verfolgen. Genderverordnungen auf EU-Ebene sind sicherlich der falsche Weg. Zudem sollte immer die individuelle Leistung und nicht das Geschlecht für den beruflichen Erfolg entscheidend sein.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette résolution appelle la Commission à revoir sa stratégie en matière d’égalité entre les hommes et les femmes». On retrouve les thèmes récurrents en question, ceux d’«égalité de genre», de féminisation des conseils d’administration, de «droits de la femme», etc. La nécessité de prendre en compte les contextes culturels différents d’un pays à l’autre, d’une région à l’autre et le respect de la souveraineté des États dans le choix des législations relatives aux salaires sont cependant des aspects intéressants à noter. Il est évident toutefois que l’orientation générale du document contient une visée très idéologique à savoir la féminisation de tous les pans de la société sans égard à la complémentarité des deux sexes. En conséquence j’ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto contra a proposta de resolução sobre a nova estratégia para a igualdade de género e os direitos das mulheres pós-2015. Discordo do texto que foi apresentado que em nada contribui para o enaltecimento e o reforço da igualdade de género.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L’égalité hommes-femmes est une des valeurs fondamentales de l’Union Européenne, profondément ancrée dans notre société. Le programme quinquennal touchant à sa fin, il me paraît essentiel de promouvoir une nouvelle stratégie en faveur de l’égalité des genres pour l’après-2015. La Commission doit s’atteler sans tarder à spécifier les objectifs concrets des mesures qui seront prises dans le futur ainsi qu’à établir le budget qui y sera alloué en vue de combler les inégalités subsistantes entre les femmes et les hommes au sein de l’Union. Comme vous le savez, mon combat pour la lutte contre les violences faites aux femmes plaide en faveur d’une communication sur une nouvelle stratégie pour l’horizon 2016-2020 qui puisse répondre inclusivement aux enjeux de demain. Je suis d’avis d’organiser un sommet consacré à l’égalité hommes-femmes.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Hoci sa nielen Európska únia, ale vôbec celá európska spoločnosť hrdí vyrovnaným postavením mužov a žien, vieme, že skutočná rovnosť medzi mužmi a ženami nie je stále dosiahnutá. Osobne nepovažujem predloženú stratégiu za nástroj, ktorý by odstránil tieto nerovnosti. Naopak, pripomenula mi obrázok, ktorý sa šíri na sociálnych sieťach. Je na ňom pekne znázornený rozdiel medzi spravodlivosťou a rovnosťou. Tri deti, od najvyššieho po najnižšie, sa chcú pozeráť cez plot, ale ani jedno nedosiahne. Každé z nich teda dostane rovnako vysoký stupienok, ktorý je však vhodný len pre najvyššie dieťa, druhé musí stáť na špičkách a to tretie, najmenšie dieťa, napriek tomu alebo práve preto, že dostalo „spravodlivú“ pomoc, cez plot stále nevidí. Problém vidím v neustálom

prekrúcaní slova rovnosť. Ženy stále nemajú rovnaké ohodnotenie v práci ako muži a tie, ktoré porodila a vychovávajú viacero detí, nemajú takmer žiadne ústupky. Sociálna pomoc pre matky s deťmi je stále nedostačujúca, rodičovské príspevky sú minimálne. Tieto a iné oblasti vidím ako skutočné problémy súčasných žien, a teda aj celej spoločnosti a ich riešenie by prispelo ku skutočnej rovnosti mužov a žien. Dokumenty a stratégie, ktoré ich obchádzajú, považujem za vedomú ignoráciu a nezáujem zaoberať sa nimi.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A nők jogaira és a nemek közötti egyenlőségre irányuló, a 2015 utáni időszakot érintő új európai stratégiára vonatkozóan négy állásfoglalás-tervezetet nyújtottak be: az EFDD, a PPE, az ECR képviselőcsoportok indítványát, továbbá az S&D, az ALDE, a GUE/NGL és a Verts/ALE képviselőcsoportok közös javaslatát. Szavazatommal az utóbbit támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A igualdade de género é uma política que, pela importância que tem, deve estar integrada horizontalmente em todas as políticas dos Estados-Membros. A União, por seu lado, através da Estratégia UE2020 e da sua Estratégia para a Igualdade de Género, tem também dado passos decisivos para garantir o reforço da igualdade entre homens e mulheres ao nível dos Estados-Membros.

Considero, por isso, crucial que se continue o trabalho nesta área, sempre respeitando o princípio da subsidiariedade.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'un ensemble de propositions de résolutions relatives à la stratégie à mettre en œuvre pour parvenir à l'égalité homme/femme. Si je soutiens les actions ayant pour but d'aligner le salaire des femmes sur celui des hommes, (et non l'inverse...), je m'oppose en revanche à l'instauration de quotas contraignants, notamment dans les conseils d'administration des entreprises. Les femmes ne sont pas des variables d'ajustement, et ne devraient pas avoir besoin de quotas pour accéder à ces instances, puisqu'ils nient leurs compétences et leurs aspirations personnelles. J'ai donc soutenu la résolution qui respectait le plus le principe de subsidiarité des Etats membres, ainsi que cette aspiration à l'égalité salariale.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue lors du vote final de cette résolution sur la nouvelle stratégie européenne pour l'égalité entre les hommes et les femmes. La gauche européenne reproche dans ce texte à la Commission d'avoir publié un document de travail interne sur cette question importante, plutôt qu'une communication comme c'était auparavant le cas. Sur le fond, je soutiens pour ma part les propositions faites par la Commission pour une nouvelle stratégie en faveur de l'égalité hommes-femmes et notamment celles visant à améliorer la conciliation des vies professionnelle et familiale.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la proposta di risoluzione con la quale si chiede alla CE di produrre una nuova strategia per l'uguaglianza di genere e i diritti della donna dopo il 2015. Condividiamo pienamente, infatti, la necessità di avere una comunicazione, di pari livello ma di maggiore ambizione rispetto alla strategia 2010-2015, diversa dal semplice documento di lavoro presentato dalla Commissione lo scorso 3 dicembre. Ricordiamo che questo non ha alcun valore inter-istituzionale ed è considerato di importanza politica inferiore, in quanto non ha bisogno di essere approvato dal collegio dei commissari e non prevede né un *budget* dedicato né concreti parametri di riferimento, rendendo impossibile valutare i progressi realizzati sugli obiettivi preposti.

Riguardo a questo documento, inoltre, ci rammarichiamo non solo del «declassamento» ma anche della ristretta prospettiva temporale (qui limitata al 2019), che dovrebbe, invece, estendersi al 2020 per impegnare su questo tema anche il futuro collegio dei commissari. Sottolineiamo, infine, il giusto richiamo, contenuto nel testo della risoluzione, a una maggiore collaborazione tra le istituzioni sul tema della parità di genere: siamo ancora in attesa, infatti, di una soluzione in Consiglio sulla proposta di direttiva sulle donne nei CdA e di una nuova proposta di direttiva sul congedo di maternità.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La nouvelle stratégie pour l'égalité entre les hommes et les femmes post-2015 de la Commissaire Jourova présentait des engagements de qualité méritant d'être soutenus. La gauche européenne s'y est néanmoins opposée, pour manifester un désaccord de forme au détriment d'une résolution importante. J'ai donc voté en défaveur de la résolution avancée par les partis de gauche, bien loin des avancées nécessaires en matière d'égalité homme-femme, dans le respect de la subsidiarité.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution that calls on Member States to take further steps to address equality issues, tackle violence against women and ensure equal access and equal opportunity in health, employment and education.

Péter Niedermüller (S&D), *írásban*. – A nemek közötti egyenlőség az Európai Unió egyik alapértéke. Ez nem csak a nők gazdaságban, társadalomban betöltött szerepe miatt fontos, hanem az EU szélesebb körű gazdasági céljai elérése érdekében is.

Ezzel szemben azt látjuk, hogy még a 2010-15-ös stratégia céljait sem értük el, az elmúlt évtizedben lelassult a politikai momentum, a Bizottság pedig habozik elfogadni a következő időszakra vonatkozó dokumentumot. Mindezt úgy, hogy Magyarországon kormány szintű a nők elleni diszkrimináció, egyes tagállamokban az átlagos óránkénti nemek közti bérkülönbség a 25-30%-ot is eléri, 16 tagállam pedig érthetetlen módon nem hajlandó ratifikálni a nők elleni erőszak ellen szóló Isztambuli Egyezményt, köztük Magyarország, de Németország is. Hogy támogathatjuk hitelesen a fejlesztési politikánkban a nemek közti egyenlőség ügyét harmadik országokban, ha a saját tagállamainkban is ennyi tennivaló akad?

Egyértelmű, hogy további erőfeszítésekre van szükség, egy koherens jogi keretrendszerre. Elfogadhatatlan, hogy amikor mind az Európai Parlament, mind a tagállamok képviselőjeként a Tanács konkrét stratégiát sürget a 2015-ben lejáró program folytatásaként, mindezt az európai polgárok elsöprő egyetértésével, az Európai Bizottság nem teljesíti a kötelességét, és nem fogad el konkrét dokumentumot. Konkrét vállalásokra van szükség, irányszámokkal és erre szánt büdzsével. Ezek nélkül nem lehet mérni az előrehaladást és nincs is miféle mozogni.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen den vorliegenden Bericht ausgesprochen. Wir brauchen keine weitere Implementierung von „Gender-Mainstreaming“ in unser tägliches Leben und auch keine weiteren Quoten, um vermeintliche oder tatsächliche Ungleichbehandlungen anzugehen. Gleichberechtigung der Geschlechter meint in meinem Verständnis keine von oben aufoktroierte Gleichstellung.

Urmás Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Komisjon peab formuleerima strateegilise ja täiendatud plaani, mis aitab lahendada liikmesriikide erinevusi soolise võrdõiguslikkuse küsimustes. Ettepaneku strateegias käsitletakse muu hulgas ka naistevastase vägivalla taunimist ning soolise palgalõhe vähendamist.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. – Este Parlamento ya hizo hincapié en su Resolución de 9 de junio de 2015 en la necesidad y urgencia de que la Comisión Europea presentase una nueva estrategia específica para la igualdad de género y los derechos de las mujeres en la UE. La anterior estrategia ha sido insuficiente para ayudar a avanzar en la igualdad de género a escala europea e internacional al tiempo que no ha cumplido de manera efectiva los objetivos que tenía previstos.

Lamento que la Comisión Europea, a día de hoy, todavía no haya presentado dicha estrategia, y por ello voto a favor de un texto que exige e insiste en que es urgente que lo haga.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραφτώς*. – Η ισότητα μεταξύ ανδρών και γυναικών αποτελεί δείκτη πραγματικής προόδου μιας κοινωνίας. Για να μπορεί όμως να εφαρμόζεται σε απόλυτο βαθμό θα πρέπει να βρίσκει εφαρμογή μέσα από τη νομοθεσία, τη νομολογία και την καθημερινή ζωή. Για αυτό κρίνεται απαραίτητη μια νέα συνεκτική στρατηγική για τα δικαιώματα των γυναικών η οποία, μεταξύ άλλων, θα πρέπει να καταπιαστεί με θέματα όπως οι μισθολογικές διαφορές μεταξύ ανδρών και γυναικών, η εναρμόνιση της οικογενειακής με την επαγγελματική ζωή και η θέση της γυναίκας στη διαδικασία λήψης πολιτικών και οικονομικών αποφάσεων.

Πρέπει επίσης να περιλαμβάνει συγκεκριμένα κριτήρια αξιολόγησης και ένα ειδικό προϋπολογισμό για να μπορεί να υπάρξει ανάπτυξη και πρόοδος με δείκτες οι οποίοι να είναι μετρήσιμοι. Τα πιο πάνω είναι απαραίτητα αν θέλουμε να μιλάμε για αληθινά ανεπτυγμένες κοινωνίες μέσα στις οποίες τα θεμελιώδη ανθρώπινα δικαιώματα μπορούν να εφαρμόζονται ανεμπόδια και να μπορούν έτσι να ξεπεραστούν οι υπάρχουσες ανισότητες μεταξύ ανδρών και γυναικών. Για αυτούς τους λόγους υπερψήφισα το ψήφισμα για μια νέα στρατηγική για τα δικαιώματα των γυναικών και την ισότητα των φύλων στην Ευρώπη μετά το 2015.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kako bismo stvorili zakonodavne okvire koji će biti dovoljno kvalitetni i efikasni da na pravi način zaštite prava žena i omoguće stvaranje jednakih uvjeta i pristupa te jednakih mogućnosti za ostvarivanje njihovih prava i ženama i muškarcima, moramo se usredotočiti na konkretne probleme s kojima se žene suočavaju, kao i na one u implementaciji postojećih instrumenata koji su u zaštiti prava žena zakazali.

Žene trebaju naš aktivan angažman u borbi za ostvarenje svojih prava, ali on mora biti pravilno usmjeren. Ženama trebamo osigurati jednak pristup obrazovanju i radnim mjestima i to na svim pozicijama. Ženama trebamo osigurati jednake plaće za jednak rad. Žene zaslužuju da se cijeni njihova uloga majke i stvori pravilna ravnoteža privatnog i poslovnog života kako bi mogle uspješno balansirati svoju ulogu majke i radnice.

Po pitanju zaštite prava žena smo u dosta toga zakazali. Donošenjem ishitrenih strategija, bez jasne analize i jasnih i mjerljivih pokazatelja promjena, ne možemo postići značajan napredak, već ćemo se samo vrtjeti u krug.

Nisam podržala ovu Rezoluciju o novoj strategiji za prava žena i jednakost spolova u Europi nakon 2015. jer smatram kako naglasak moramo staviti na rješavanje prioriteta i analizu postojećeg stanja i zakonodavstva. Tek potom možemo stvarati nove regulative.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La strategia per la parità di genere 2010-2015, per quanto abbia avuto il merito di portare all'attenzione nell'agenda europea questo tema, non ha ottenuto i risultati che si prefiggeva e che noi speravamo. La Commissione avrebbe dovuto proporre una nuova strategia per il post-2015, ma ad oggi non è stata presentata alcuna comunicazione. Lo scorso dicembre la Commissione ha sì pubblicato un documento, ma si tratta di un semplice documento interno declassato, poco incisivo e con orizzonti temporali troppo brevi, in cui mancano parametri di riferimento concreti ed obiettivi misurabili oggettivamente.

La condizione della donna nell'Unione europea vede ancora troppe disparità per quanto riguarda il mondo del lavoro, dell'istruzione e della pensione; c'è bisogno di un intervento risoluto contro la violenza sulle donne, sia nei luoghi pubblici sia per quella domestica, vera piaga sociale che fatica ad emergere e quindi essere eliminata.

Con la mia firma e il mio voto positivo a questa risoluzione spero che si possa dare un nuovo impulso alla lotta per la parità di genere, che deve rimanere uno dei principali obiettivi politici di questa Commissione europea.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Jednakost spolova je jedna od temeljnih vrijednosti EU-a, kao što je ustanovljeno ugovorima i Poveljom o temeljnim pravima te se EU obvezao integrirati je u sve svoje aktivnosti. Također, jednakost spolova je kao strateški cilj ključna za postizanje ukupnih ciljeva strategije Europa 2020. u području rasta, zapošljavanja i socijalne uključenosti.

Europski parlament je u svojoj rezoluciji od 9. lipnja 2015. jasno pozvao na donošenje nove, zasebne strategije za jednakost spolova i prava žena za razdoblje nakon 2015. O potrebi donošenja nove strategije najbolje svjedoče rezultati javnog savjetovanja koji su pokazali da se 90 % ispitanika zalaže za novu strategiju.

Podržavam, stoga, pozive Komisiji da kao odgovor na rezultate javnog savjetovanja i stajališta Parlamenta i Vijeća odmah usvoji komunikaciju o novoj strategiji za jednakost spolova i prava žena za razdoblje 2016. – 2020. u kojoj će se pozabaviti pitanjima jednakosti spolova u području nasilja nad ženama, radnog vremena, donošenja odluka, zdravlja, obrazovanja, medija i vanjskih odnosa te koja će biti u skladu s međunarodnim programom.

Također, slažem se s pozivom Komisiji da predloži zakonodavne inicijative u svojem programu rada u cilju uklanjanja preostalih nejednakosti između žena i muškaraca u EU-u, zbog čega sam podržao ovu rezoluciju.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução aprovada apela à adoção imediata de uma comunicação sobre uma nova Estratégia para a Igualdade dos Géneros e os Direitos das Mulheres 2016-2020, que aborde as questões da igualdade de género nos domínios da violência contra as mulheres, tempo de trabalho, saúde, educação, entre outros. Solicita que o Programa de Trabalho da Comissão para 2016 se alinhe pela agenda internacional, a saber, o documento «Pequim +20» e o novo quadro para a «Igualdade de género e a emancipação das mulheres: transformar a vida das raparigas e mulheres através das relações externas da UE (2016-2020)».

Se, por um lado, a Comissão assume o compromisso estratégico para a igualdade de género, este é desprovido de objetivos concretos e de um orçamento específico.

Reforçou o apelo do PE para a adoção de uma nova estratégia específica para os direitos da mulher e a igualdade dos géneros pós-2015 (ausente do seu Programa de Trabalho, o que diz bem da posição da Comissão quanto à igualdade de género e direitos das mulheres) e de propor iniciativas legislativas no seu Programa de Trabalho com vista à eliminação das desigualdades remanescentes entre as mulheres e os homens na UE.

Pelo exposto, votámos a favor.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jako sociální demokrat odmítám současný stav nerovnosti žen a mužů, a proto budu neustále bojovat za práva žen, abychom docílili sociální spravedlnosti. Navíc jsou rovné zacházení a rovné příležitosti pro ženy a muže klíčovým cílem pro všechny členské státy. Proto je politováníhodné, že pracovní program Komise na rok 2016 neobsahuje žádný konkrétní odkaz na strategii EU pro rovnost žen a mužů po roce 2015. Že Komise nevěnuje dané problematice dostatečnou pozornost ukazuje fakt, že v prosinci minulého roku zveřejnila jen méně významný interní dokument a rovněž omezila dobu trvání opatření. Proto se připojuji k výzvě k členským státům, aby učinily další opatření cílená na otázky rovnosti, řešily násilí páchané na ženách a zajistily rovný přístup a příležitosti v oblasti zaměstnanosti, péče o zdraví a vzdělávání, a to ve veřejném i soukromém sektoru.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le format, et non le fond, semble être la cause de ces nombreuses résolutions de plénière. Encore une fois, je vois que certains de nos collègues eurodéputés de gauche passent le plus clair de leur temps à s'opposer par principe, au lieu de parler du fond des sujets. L'égalité entre les hommes et les femmes est pourtant un sujet déterminant pour nos sociétés. Et l'Union doit s'y intéresser pour prévenir toute dérive, notamment à travers une stratégie. Mais je le répète: la plupart des mesures pour lutter contre l'inégalité hommes/femmes sont prises au niveau des gouvernements nationaux. C'est une question de subsidiarité. Nous devons la vérité à nos concitoyens, sinon on continuera à penser que l'Europe s'occupe de tout, alors qu'il faudrait à la concentrer sur les compétences pour lesquelles elle est la plus efficace.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente esta proposta de resolução porque apoio a criação de uma nova estratégia pós-2015 que dê um novo impulso e permita tomar medidas concretas para o reforço dos direitos das mulheres e a promoção da igualdade de género, visto que se tem verificado um abrandamento das ações políticas e da reforma nesta área durante a última década ao nível da UE.

Congratulo-me com o presente documento que insta a Comissão a adotar uma comunicação sobre uma nova Estratégia para a Igualdade dos Géneros e os Direitos das Mulheres 2016-2020, que contemple as questões da igualdade de género nos domínios da violência contra as mulheres, tempo de trabalho, tomada de decisões, saúde, educação, meios de comunicação social e relações externas.

Apoio, por isso, a realização de uma cimeira da UE sobre a igualdade dos géneros e os direitos da mulher, para que seja possível identificar os progressos alcançados e renovar compromissos. Saliento, ainda, a importância de a Comissão cooperar com o Parlamento e o Conselho durante este processo.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai apporté mon soutien à cette résolution, dans laquelle notre Assemblée plaide en faveur d'une nouvelle stratégie pour les droits des femmes et l'égalité entre les femmes et les hommes en Europe.

Le constat est amer. Les actions au niveau européen n'ont pas été suffisantes et la stratégie précédente de la Commission pour la période 2010-2015 n'était pas assez exhaustive. Nous devons insuffler un élan décisif afin de nous assurer que les prochaines années verront des progrès significatifs. C'est pourquoi, il faut lancer de nouvelles politiques en faveur de l'égalité hommes-femmes et des droits des femmes pour la période 2016-2020, qui soient à la hauteur des enjeux qui nous font face. Il est regrettable pour le moment que seul un document interne à la Commission ait été publié sur le sujet pour la période 2016-2019. Allons de l'avant ! Faut-il rappeler que l'égalité hommes-femmes est une valeur fondamentale de l'Union européenne, qu'elle doit être aux fondements mêmes de nos sociétés et que dès lors les actions politiques nécessaires doivent être engagées afin de l'atteindre ?

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015 concluyó en diciembre. El Parlamento, en su Resolución de 9 de junio de 2015, hizo hincapié en la necesidad y urgencia de que la Comisión presentara una nueva estrategia específica para la igualdad de género y los derechos de las mujeres en la UE. Sin embargo, el 3 de diciembre de 2015, la Comisión presentó un mero documento de trabajo que no tiene valor institucional alguno.

Se reclama por tanto una auténtica estrategia frente a la pretensión de la Comisión de rebajar su nivel de acción en este ámbito, dado que ni establece puntos de referencia concretos ni asigna un presupuesto y, por lo tanto, no será posible evaluar los progresos realizados respecto a los objetivos.

Por estos motivos apoyo la Resolución aprobada por el Parlamento Europeo a fin de corregir estas deficiencias.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La Commission européenne doit présenter sans tarder une communication sur une nouvelle stratégie en faveur de l'égalité des genres et des droits des femmes pour la période 2016-2020 et respecter ses engagements. Telle est la teneur de la résolution que j'ai soutenue aujourd'hui. Cette nouvelle communication de l'exécutif européen devra répondre aux enjeux en matière d'égalité hommes-femmes, tout en étant conforme au programme fixé au niveau international, ajoute le texte. À mes yeux, l'ancienne stratégie de la Commission (2010-2015) n'était en effet pas suffisamment exhaustive pour contribuer à l'égalité des genres aux niveaux européen et international.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ji ragina Europos Komisiją parengti naują lyčių lygybės strategiją. Senoji strategija baigė galioti 2015 m. Tuo tarpu iki šiol Komisija paskelbė tik tarnybų darbinį dokumentą „Strateginė veikla siekiant lyčių lygybės 2016-2019 m.“, kuris nėra privalomas įgyvendinti ir neturi politinio „svorio“.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution portée par les socialistes et démocrates, les verts, la gauche unitaire européenne et les libéraux. Alors que l'Union européenne a pris d'importantes mesures par le passé pour garantir l'égalité entre les femmes et les hommes, cette résolution constate que ces mesures n'ont pas toujours été suivies d'effets suffisants. En effet, la stratégie pour l'égalité entre les hommes et les femmes n'a pas donné lieu à suffisamment de résultats dans la pratique pour arriver à une telle égalité. Dans son programme de travail pour 2016, la Commission n'a cependant fait aucune mention d'une stratégie dans ce domaine pour l'après-2015, alors qu'en vertu de l'article 2 du traité UE, elle est tenue de prendre des mesures favorisant l'égalité des sexes. Cette résolution appelle donc clairement la Commission à adopter une nouvelle stratégie pour la période 2016-2020, intégrant les résultats de la consultation publique menée ainsi que les positions du Parlement et du Conseil.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A igualdade de género é um dos princípios fundadores da União Europeia.

Desde 1957 que o princípio de «salário igual para trabalho igual» integra o Tratado de Roma.

Sendo o direito à igualdade de tratamento um direito simbólico na cultura europeia, deve ser objeto de uma harmonização legislativa que não seja dissonante das decisões judiciais e daquilo que constitui a realidade prática.

A proposta da Comissão Europeia para a estratégia 2015-2020 contempla um conjunto de medidas bastante satisfatórias, pelo que não considero haver necessidade de tomada de medidas extra, como a criação de nova legislação respeitante a esta matéria, atendendo ao já volumoso número de legislação existente.

Considero, sim, importante que a mesma seja aplicada eficazmente para que a UE caminhe a passos largos para uma Europa cada vez mais justa, mais unida e igualitária.

Por não comungar na íntegra do teor da proposta apresentada pela relatora, sobretudo tendo em conta o que enuncie no terceiro parágrafo, resolvi abster-me, pese embora considere esta matéria de extrema importância e grande sensibilidade, julgando mesmo que os direitos das mulheres devem assumir um papel basilar na arquitetura legislativa da União e dos Estados-Membros.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Mi sono astenuto in quanto trovo il testo, sebbene parzialmente condivisibile, eccessivamente vago e poco incisivo nel suo complesso.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – La UE contaba con una Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015 que llegó a su fin el pasado diciembre. Previamente, en junio, el Parlamento aprobó una Resolución en la que emplazaba a la Comisión a que elaborase otra estrategia para el periodo 2016-2019. Por otra parte, una consulta abierta a la ciudadanía puso de manifiesto la opinión popular de los europeos, que están a favor de esta nueva estrategia. Sin embargo, lamentablemente, el 3 de diciembre de 2015 la Comisión publicó un mero documento de trabajo de sus servicios titulado «Strategic engagement for gender equality 2016-2019» que no solo es un documento interno de menor categoría, sino que también es limitado en su alcance y refleja un menor compromiso institucional. Por eso, hemos votado a favor de la propuesta de Resolución conjunta para hacer un llamamiento a la Comisión para que, además del documento de trabajo, a todas luces insuficiente, elabore urgentemente una estrategia con objetivos, medidas, indicadores de medición, presupuesto y evaluación, que permita implementar acciones para la igualdad de género y demuestre el verdadero compromiso de la Comisión con esta igualdad de manera transversal.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg mener, at dette er vigtigt, da ligestilling i EU stadig er en vigtig kamp at kæmpe.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Práva žen nejsou jen abstraktní problémy – ženy v Evropské unii se každý den setkávají s platovou diskriminací, s problémy při sladování pracovního a osobního života či s vyšším rizikem chudoby. Připojila jsem se proto k výzvě Evropského parlamentu a k požadavku, aby Komise co nejdříve předložila závaznou strategii, jak chce v letech 2016 až 2020 rovnost žen a mužů podporovat.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución porque recoge un mandato expreso del Parlamento y, con anterioridad, de la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género, para que la Comisión Europea dé continuidad, mediante una nueva estrategia que la suceda, a la llamada Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015, cuyo alcance ya fue claramente limitado al no lograr íntegramente ninguna de sus cinco principales líneas de trabajo.

De este modo, se solicita a la Comisión que tome más en serio uno de los principios fundamentales de los Tratados, el de la igualdad entre mujeres y hombres, instándola a que adopte una estrategia con carácter de comunicación oficial y no de mero documento de trabajo.

Desde mi punto de vista, estas son algunas de las evidencias que muestran que la Comisión Europea actual no tiene ningún interés en poner de relieve realidades tan injustas como la lacra de la violencia de género, la persistente desigualdad salarial o la falta de políticas que permitan conciliar la vida personal con la laboral (como se mostró con la retirada de la propuesta de ampliación de la Directiva de maternidad).

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. It contained calls for more EU interference, initiatives and taxpayer funding. Current EU policies have completely failed women, as witnessed by the attacks and rising incidents of assault and harassment in public places. UKIP believes the only people who should decide such strategies are our own elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The EU has been instrumental in promoting gender equality. However, we cannot afford to be complacent. Across Europe, progress on gender equality has stalled in recent years and in many areas we have gone backwards. Gender equality is not only an end in itself but a key component in promoting fair and sustainable economic growth. In order to be effective, and to avoid fragmentation, our approach must take the form of a comprehensive and official action plan which addresses every dimension of inequality and proposes clear outputs. The Staff Working Document published by the Commission at the end of last year simply will not cut it.

I, alongside my Labour colleagues, have made our position clear in a resolution adopted by this Parliament last year: we need a clear, comprehensive and achievable strategy for women's rights and gender equality. The December EPSCO Council agreed that this should take the form of a Commission Communication, and the Commission's own consultation showed overwhelming public support for a new strategy. The Commission should now adopt an official 2016-2020 strategy and focus on delivering concrete action.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – It is clear that men and women should be treated equally in terms of pay, human rights and many other areas. The joint motion did recognise that equality is a matter for Member States to act on, respecting the principle of subsidiarity, which I always point out.

However it went too far in proposing that a quota be applied as to how many women should be on company boards. Instead of focusing on the successful implementation of existing legislation it called for additional legislation and unjustified investment in new strategies. For these reasons I voted against this resolution, and note that it was adopted by just a small majority.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Jednakost spolova predstavlja jednu od temeljenih vrijednosti Europske unije. Nažalost, mnogo se puta pokazao nedostatak ustrajnosti u borbi za jednaka prava žena i muškaraca. Žene se i danas susreću s tradicionalnim predrasudama koje utječu na podjelu rada u domaćinstvu, stupanj obrazovanja, poslovno okruženje te društvo u cjelini.

Izloženost diskriminaciji predstavlja najveći problem. Uvriježeno mišljenje u društvu je kako žene teško mogu konkurirati muškarcima u određenim tipovima poslova, prije svega u znanstvenim i tehnološkim područjima zbog čega se unaprijed odlučuju za posve druga zanimanja te jako rijetko za ulazak u poduzetničke vode. K tome, suočene su s teškim usklađivanjem poslovnog i obiteljskog života, problemima u pogledu neravnopravne plaće, nedovoljnom zastupljenosti u politici i gospodarstvu kojima bi mogle utjecati na kolektivno odlučivanje.

Zbog svega navedenog, svjestan veličine ovog problema, podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta s ciljem iskorjenjivanja diskriminacije, poštivanja dostojanstva žena, prava jednakosti na tržištu rada te podizanja svijesti o predrasudama te tradicionalno uvjetovanim podjelama uloga.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Rodová rovnosť je základnou hodnotou EÚ. Právo na rovnaké zaobchádzanie je dôležité právo, ktoré je uznané v zmluvách EÚ a pre ďalší rozvoj spoločnosti je nevyhnutné, aby sa uplatňovalo v právnych predpisoch, v praxi, judikatúre a v každodennom živote. Preto sme v uznesení EP vyzvali Komisiu, aby prijala opatrenia v nadväznosti na výsledky verejnej konzultácie a na pozície Parlamentu a Rady tým, že okamžite prijme oznámenie o novej stratégii pre rodovú rovnosť a práva žien na roky 2016-2020, v ktorej sa bude venovať problematike rodovej rovnosti v oblasti násilia páchaného na ženách, pracovného času, rozhodovania, zdravia, vzdelávania, médií a vonkajších vzťahoch a ktorá bude v súlade s medzinárodnou agendou, konkrétne so záverečným dokumentom konferencie Peking+20 z roku 2015 a s novým rámcom týkajúcim sa dokumentu Rodová rovnosť a posilnenie postavenia žien: Ako môžu vonkajšie vzťahy EÚ v období 2016-2020 zmeniť život dievčat a žien. Na základe toho by mala Komisia vo svojom pracovnom programe navrhnuť legislatívne iniciatívy s cieľom odstrániť pretrvávajúce nerovnosti medzi ženami a mužmi v EÚ.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della risoluzione su una nuova strategia per l'uguaglianza di genere nel periodo dopo il 2015, perché ritengo che tale strumento possa essere cruciale per il raggiungimento degli obiettivi generali di crescita, di occupazione e d'inclusione sociale nell'Unione europea.

Sebbene la Commissione abbia presentato alcuni orientamenti sul tema in un documento di lavoro («Impegno strategico per l'uguaglianza di genere 2016-2019»), con questa risoluzione esortiamo l'esecutivo, così come fatto in una precedente risoluzione approvata lo scorso anno e così come chiesto anche dal Consiglio, ad esercitare il suo potere d'iniziativa per adottare una vera e propria strategia che possa affrontare più concretamente le tematiche legate alla parità di genere, tra le quali la violenza contro le donne, il divario salariale e l'equilibrio tra vita professionale e vita privata.

Un documento di lavoro ad uso interno non può essere sufficiente ad esprimere la visione della Commissione su questo punto, mentre è necessario un intervento più articolato per definire una chiara strategia per rafforzare i diritti delle donne e promuovere attivamente l'uguaglianza di genere.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Navrhujem zvýšenie účasti žien na trhu práce, nie však prostredníctvom zavedenia kvót pre zamestnávateľov, čo by mohlo zasiahnuť do slobody podnikania. Ďalej podporujem zrušenie rozdielov v platoch a dôchodkoch, presadzovanie rovnosti medzi mužmi a ženami v rozhodovacom procese.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europski parlament je u svojoj rezoluciji od 9. lipnja 2015. godine jasno pozvao na donošenje nove strategije za prava žena i jednakost spolova za razdoblje nakon 2015. godine s obzirom na to da utvrđeni ciljevi iz prošle strategije (2010. – 2015.) nisu ispunjeni i ona nije bila dovoljno sveobuhvatna da bi se njome pridonijelo većoj jednakosti spolova.

U 2014. godini gotovo trećina žena (32,2%) radila je na nepuno radno vrijeme, a prema podacima Eurostata stopa zaposlenosti muškaraca 2014. godine u zemljama članicama Europske unije i dalje je viša u odnosu na stopu zaposlenosti žena (70,1% u odnosu na 59,6%). U prošlom desetljeću došlo je do usporavanja u političkom djelovanju i reformama na razini Europske unije po pitanju jačanja prava žena i veće jednakosti između spolova. Pravo na jednako postupanje jedno je od temeljnih prava europskog društva.

Ne podržavam prijedlog rezolucije jer smatram kako se postojeće zakonodavstvo mora bolje iskoristiti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti rezoluciji o novi strategiji za enakost spolov in pravice žensk po letu 2015.

Ženske v EU imamo v povprečju nižjo plačo kot moški, izpostavljene smo večjemu tveganju revščine v starosti, bistveno bolj smo obremenjene z gospodinjstskimi opravili. Na trgu dela smo še vedno pogosto priča temu, da se ženskam postavlja pogoj pred sklenitvijo delovnega razmerja, da ne bodo še nekaj let imele otrok. Da bi to spremenili, potrebujemo politično zavezo na najvišji ravni.

A namesto, da bi dočakali sporočilo Komisije o strategiji za enakost spolov in pravice žensk po letu 2015, je pred nami delovni dokument služb Komisije. S tem je predsednik Komisije poslal sporočilo, da je vprašanje enakosti spolov manjše vprašanje, glede na njegovo izjavo, da bo Komisija ambicioznejša pri večjih vprašanjih ter skromnejša in bolj zadržana pri manjših vprašanjih.

V strategiji za enakost spolov in pravicah žensk po letu 2015 bo treba še veliko postoriti.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε το κοινό ψήφισμα καθώς ασκούσε κριτική στην ΕΕ, η οποία παρά τις δεσμεύσεις της, δεν έχει προχωρήσει στην σύσταση στρατηγικής και αντ' αυτού αρκέστηκε στην παρουσίαση ενός κειμένου εργασίας με γενικό πλαίσιο εφαρμογής, το οποίο ονόμασε «Στρατηγική Δέσμευση για την ισότητα των φύλων 2016-2019», και το οποίο δεν έχει νομοθετική ισχύ.

Η καθυστέρηση της σύστασης μιας νέας ευρωπαϊκής στρατηγικής για την ισότητα μεταξύ ανδρών και γυναικών αντικατοπτρίζει τη γενικότερη τάση της ΕΕ προς το ζήτημα το οποίο θεωρεί δευτερεύουσας σημασίας. Ως ΑΚΕΛ, θέτουμε την ισότιμη μεταχείριση μεταξύ ανδρών και γυναικών στις κυριότερες δράσεις και προτεραιότητές μας και θεωρούμε ότι οι βασικές πολιτικές της ΕΕ στο ζήτημα είναι δυστυχώς αναποτελεσματικές και δεν ανταποκρίνονται στις πραγματικές ανάγκες των κοινωνιών καθώς στόχος τους παραμένει η θωράκιση της ανταγωνιστικότητας του μεγάλου κεφαλαίου.

Ο στόχος αυτός επιδιώκεται μέσω της διασφάλισης φθηνότερης εργατικής δύναμης και των ευέλικτων μορφών εργασίας, πράγμα που αποδεικνύεται και από τα στατιστικά στοιχεία του 2014 όπου το 32,2% των γυναικών που εργοδοτήθηκαν ανέλαβαν θέσεις ημιαπασχόλησης, ενώ το ποσοστό των αντρών βρισκόταν στο 8,8%, την ίδια ώρα που η ΕΕ πανηγυρίζει για αυξήσεις στα ποσοστά απασχόλησης των γυναικών.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η προσέγγιση που έχει η έκθεση προωθεί μια εικόνα ατομικισμού, η οποία δεν είναι συμβατή με την ιδεατή για εμάς οικογένεια, και η οποία ευθύνεται κατά ένα μεγάλο ποσοστό για την τωρινή κατάρπτωση που υφίστανται οι δυτικές κοινωνίες.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – A 2015 utáni időszakot érintő új, a nők jogaira és a nemek közötti egyenlőségre vonatkozó stratégiával kapcsolatos állásfoglalást támogattam. Úgy vélem, hogy a nemek közötti egyensúly biztosítására törekvő fontos cél. A nemek közötti egyenlőség az EU egyik alapértéke, amely a Szerződésekben és az Európai Unió Alapjogi Chartájában is elismerésre kerül. Az Európai Unió kötelezettséget vállalt arra, hogy valamennyi tevékenységébe beépíti e célt, hiszen a nemek közötti egyenlőség – stratégiai célkitűzésként – alapvető fontosságú a növekedés, foglalkoztatás és társadalmi befogadás 2020-as összeurópai célkitűzéseinek eléréséhez.

Az állásfoglalással egyetemben magam is sajnálatosnak tartom, hogy a 2015 novemberében közzétett 2016-os bizottsági munkaprogram konkrétan nem tesz említést a nemek közötti egyenlőségre vonatkozó, a 2015 utáni időszakot érintő uniós stratégiáról. Az Európai Bizottság mindössze egy „Stratégiai szerepvállalás a nemek közötti egyenlőségért (2016-2019)” című bizottsági szolgálati munkadokumentumot tett közzé. Ezáltal nemcsak visszaminősített belső dokumentumot terjesztett elő, hanem a fellépés időtartamát is korlátozta.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Kwestia równości ludzi wobec prawa i wobec siebie to jedno z najważniejszych wyzwań cywilizacyjnych, przed jakim stoi ludzkość. Wiodącą rolę w osiągnięciu tego celu ma również Unia Europejska. Faktyczne wdrożenie tej zasady jest konieczne dla dalszego rozwoju społeczeństwa i powinna być ona stosowana nie tylko w ustawodawstwie, ale przede wszystkim w życiu codziennym.

Niestety poprzednia strategia Komisji na rzecz równości kobiet i mężczyzn na lata 2010-2015 nie osiągnęła zamierzonego celu, ponieważ w niewystarczającym stopniu przyczyniła się do zapewnienia równouprawnienia płci w UE. W związku z tym w czerwcu 2015 r. Parlament Europejski wezwał do przyjęcia w tym zakresie nowej strategii, która powinna nadać świeżą dynamikę kwestii równouprawnienia oraz zaowocować konkretnymi działaniami.

Przed wszystkim jednak niezbędne jest zidentyfikowanie przyczyn braku wdrożenia obowiązującego prawodawstwa w państwach członkowskich, aby nowe wnioski ustawodawcze w dziedzinie równouprawnienia płci były faktycznie wprowadzane w życie.

Z uwagi na niezwykle znaczenie kwestii równouprawnienia płci zdecydowałem się poprzeć proponowaną rezolucję.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Egalitatea de șanse și de gen stă la baza proiectului european, ca o valoare fundamentală care ne definește ca o alianță politică și administrativă model pentru întreaga lume.

Având în vedere că în Parlamentul European s-a născut inclusiv ideea de a propune o femeie pentru funcția de Secretar General al ONU, sunt încrezătoare în forța noastră de a produce schimbarea de mentalitate necesară pentru a ajunge la un sistem echitabil și echilibrat între femei și bărbați.

Cu toate acestea, Comisia nu este suficient de implicată în comunicarea transparentă a obiectivelor din strategia pentru egalitatea de gen și drepturile femeilor 2015-2020.

Această comunicare din partea Parlamentului European este un apel către Comisie și Consiliu pentru asumarea angajamentelor europene față de instituirea unor obiective clare și strategice pentru protejarea principiului fundamental al egalității de șanse și de gen în UE, împotriva discriminării de orice fel.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je rejoins les différents points soulevés par cette résolution en ma qualité de membre de la commission des droits de la femme et de l'égalité des genres.

Il est regrettable que le programme de travail de la Commission pour 2016, publié en novembre 2015, ne fasse aucune mention spécifique de la stratégie de l'Union pour l'égalité entre les femmes et les hommes pour l'après-2015.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Gender equality is a core value of the EU and the right to equal treatment is deeply rooted in European society. Gender equality is also essential, as a strategic objective, to achieving the overall Europe 2020 objectives of growth, employment and social inclusion. I nevertheless abstained on the final vote as I am opposed to any binding quotas for women on a board. I believe that this is for subsidiarity and that Member States should decide.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije k vprašanju za ustni odgovor B8-0103/2016 v skladu s členom 128(5) Poslovnika o novi strategiji za pravice žensk in enakost spolov v Evropi po letu 2015 sem zavrnila, saj je bilo za politično skupino EPP kar nekaj točk ključnih, ki pa na žalost niso bile izglasovane.

Med drugim tudi točke glede pristojnosti držav članic in predlogov nove zakonodaje. Menim, da moramo sprva uresničiti vse, kar je v že obstoječih smernicah in zavezah. Z novimi predlogi in obljubami ne bomo dosegli bistvenega premika. Sprva moramo uresničiti vse, kar smo si do sedaj že zadali, pa se na žalost ne izvaja.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – La UE contaba con una Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015 que llegó a su fin el pasado diciembre. Previamente, en junio, el Parlamento aprobó una Resolución en la que emplazaba a la Comisión a que elaborase otra estrategia para el periodo 2016-2019. Por otra parte, una consulta abierta a la ciudadanía puso de manifiesto la opinión popular de los europeos, que están a favor de esta nueva estrategia. Sin embargo, lamentablemente, el 3 de diciembre de 2015 la Comisión publicó un mero documento de trabajo de sus servicios titulado «Strategic engagement for gender equality 2016-2019» que no solo es un documento interno de menor categoría, sino que también es limitado en su alcance y refleja un menor compromiso institucional. Por eso, hemos votado a favor de la propuesta de Resolución conjunta para hacer un llamamiento a la Comisión para que, además del documento de trabajo, a todas luces insuficiente, elabore urgentemente una estrategia con objetivos, medidas, indicadores de medición, presupuesto y evaluación, que permita implementar acciones para la igualdad de género y demuestre el verdadero compromiso de la Comisión con esta igualdad de manera transversal.

Evžen Tošenovský (ECR), *písemně*. – U tohoto návrhu usnesení kolegyně von Storch jsem hlasoval proti jeho přijetí. Podle mého názoru tyto iniciativy posouvají genderové téma do nepříjemné roviny i pro samotné ženy.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les députés européens se sont prononcés sur plusieurs résolutions concernant la stratégie à mettre en œuvre pour parvenir à l'égalité entre les hommes et les femmes.

Je soutiens les actions qui ont vocation à assurer l'égalité salariale notamment, sous réserve qu'il s'agisse bien d'aligner les salaires des femmes sur ceux des hommes et non l'inverse.

Je m'oppose en revanche à toutes les dispositions de quotas, notamment dans les conseils d'administration dans les entreprises. Ces politiques de quotas obligatoires transforment les femmes en variables d'ajustement pour satisfaire des contraintes administratives et elles nient leurs compétences et leurs aspirations personnelles.

J'ai finalement voté en faveur de la proposition de résolution qui était la plus respectueuse du principe de subsidiarité et de la diversité culturelle des Etats membres, tout en aspirant à une juste rémunération des femmes.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A nemek közötti egyenlőség az EU egyik – a Szerződésekben és az Európai Unió Alapjogi Chartájában elismert – alapértéke, melyre vonatkozóan az EU kötelezettséget vállalt arra, hogy valamennyi tevékenységébe beépíti, és mivel a nemek közötti egyenlőség – stratégiai célkitűzésként – alapvető fontosságú a növekedés, a foglalkoztatás és a társadalmi befogadás 2020-as összeurópai célkitűzéseinek eléréséhez. Az egyenlő bánásmódhoz való jog az Európai Unió alapszerződéseiben elismert és az európai társadalomban mélyen gyökerező, meghatározó alapvető jog, amely nélkülözhetetlen a társadalom további fejlődéséhez, és mivel e jognak a jogalkotásban, a gyakorlatban, az ítélkezési gyakorlatban és a mindennapi életben egyaránt érvényesülnie kell. Szavazatommal támogattam az S&D-frakció álláspontját.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – La UE contaba con una Estrategia para la igualdad entre mujeres y hombres 2010-2015 que llegó a su fin el pasado diciembre. Previamente, en junio, el Parlamento aprobó una Resolución en la que emplazaba a la Comisión a que elaborase otra estrategia para el periodo 2016-2019. Por otra parte, una consulta abierta a la ciudadanía puso de manifiesto la opinión popular de los europeos, que están a favor de esta nueva estrategia. Sin embargo, lamentablemente, el 3 de diciembre de 2015 la Comisión publicó un mero documento de trabajo de sus servicios titulado «Strategic engagement for gender equality 2016-2019» que no solo es un documento interno de menor categoría, sino que también es limitado en su alcance y refleja un menor compromiso institucional. Por eso, hemos votado a favor de la propuesta de Resolución conjunta para hacer un llamamiento a la Comisión para que, además del documento de trabajo, a todas luces insuficiente, elabore urgentemente una estrategia con objetivos, medidas, indicadores de medición, presupuesto y evaluación, que permita implementar acciones para la igualdad de género y demuestre el verdadero compromiso de la Comisión con esta igualdad de manera transversal.

Viktor Uspaskich (ALDE), raštu. – Raginu valstybes nares imtis tolesnių veiksmų, siekiant išspręsti lygybės klausimus, kovoti su smurtu prieš moteris ir užtikrinti vienodas sąlygas bei galimybes užimtumo, sveikatos ir švietimo srityse viešajame ir privačiame sektoriuose.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution because with this text we urge the Commission to table a communication on a new strategy for gender equality and women's rights 2016-2020 as soon as possible, which should address gender equality issues in line with the international agenda and deliver on its political commitments.

While I, along other MEPs, believe that the Commission has a clear responsibility to launch policies on equality between women and men and to address important issues such as violence against women, the gender pay gap, and the balance between personal and working life, so far it has only presented a staff working document, which has no interinstitutional value, on a 'Strategic engagement for gender equality 2016-2019'.

What we need is a proper Commission communication that includes concrete benchmarks and a dedicated budget, in the framework of a new strategy which should provide new impetus and deliver concrete action to strengthen women's rights and promote gender equality.

Derek Vaughan (S&D), in writing. – The Labour Party in the European Parliament has always been very serious on the issue of gender equality. However, no complacency can be afforded. Across Europe, progress in improving the rights and the economic status of women has stalled and in some areas is being reversed. We cannot create fair and sustainable economic growth without gender equality at all levels of our society. In order to be effective our strategy must take the form of a comprehensive and official action plan which addresses every dimension of inequality and proposes clear outputs. The Staff Working Document published by the Commission at the end of last year is simply inadequate. We need a clear, comprehensive and achievable strategy for women's rights and gender equality. The December EPSCO Council agreed that this should take the form of a Commission Communication and the Commission's own consultation showed overwhelming public support for a new strategy. The Commission should now adopt an official 2016-2020 strategy and focus on delivering concrete action.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik roep de Commissie op om met een nieuwe strategie voor gendergelijkheid en vrouwenrechten post-2015 te komen. Ik betreur het feit dat de Commissie deze kwestie niet serieus neemt. Gendergelijkheid is een van de kernwaarden van de Europese Unie en er moet nog veel gebeuren om de rechten van vrouwen te versterken. Het is dan ook bijzonder teleurstellend om vast te stellen dat gendergelijkheid volgens de Europese Commissie enkel een werkdocument en geen alomvattende strategie verdient. Daarom heb ik mij op dit punt van stemming onthouden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo desta resolução é o apelo à Comissão para que adote de imediato uma comunicação sobre uma nova Estratégia para a Igualdade dos Géneros e os Direitos das Mulheres 2016-2020, que aborde as questões da igualdade de género nos domínios da violência contra as mulheres, tempo de trabalho, tomada de decisões, saúde, educação, meios de comunicação social e relações externas, e que esteja em consonância com a agenda internacional, a saber, o documento final «Pequim +20» de 2015 e o novo quadro para a «Igualdade de género e a emancipação das mulheres: transformar a vida das raparigas e mulheres através das relações externas da UE (2016-2020)».

A resolução comporta alguma crítica ao Programa de Trabalho da Comissão para 2016, publicado em novembro de 2015, por não fazer qualquer referência específica à Estratégia da UE para a igualdade dos géneros pós-2015.

Defende a realização de uma cimeira da UE sobre a igualdade dos géneros e os direitos da mulher para identificar os progressos alcançados e renovar compromissos no quadro da próxima reunião do Conselho EPSCO, que se realizará em março de 2016 e exige à Comissão que coopere com o Parlamento Europeu e o Conselho.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den Antrag, da er zur Folge hätte, dass Gender-Mainstreaming in die nationalen Rechtslagen übernommen werden soll. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein wichtiges Ziel, welches ehrgeizig verfolgt werden muss. Es sollte aber den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben, welche Wege sie zur Erreichung dieses Ziels verfolgen. Genderverordnungen auf EU-Ebene sind sicherlich der falsche Weg. Zudem sollte immer die individuelle Leistung und nicht das Geschlecht für den beruflichen Erfolg entscheidend sein.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Entschließungsantrag zur neuen Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau nach 2015 gestimmt, da ich der festen Überzeugung bin, dass wir als Europäer keinen Transgender- und Gendermainstream-Unterricht brauchen. Jedes Volk hat das Recht, selbstbestimmt zu entscheiden, wie sich Frauen und Männer in der Gesellschaft verhalten.

Da braucht es keine gesetzlich festgeschriebenen EU-Richtlinien und Gesetze, die auch in diesem hochsensiblen Gesellschaftsbereich herumfuschen und traditionell gewachsene Regeln zerstören.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entschließung gestimmt, weil sie unnötig ist. Das finden auch 286 Mitglieder, denn es stimmten nur 337 von 750 Mitgliedern dafür. Schließlich haben wir erst vor 6 Monaten eine diesbezügliche Entschließung angenommen. Die EU-Kommission hat sehr wohl zugesagt, die 5 bestehenden Prioritäten weiterzuverfolgen. Es gibt einfach keinen Grund für eine weitere Entschließung. Außerdem hat die Aussprache im Plenum bewiesen, dass kein Interesse daran besteht. Nicht einmal die Vorsitzende des Ausschusses verfolgte die Debatte bis zum Schluss.

Sehr zufrieden bin ich mit Paragraph 10 der Entschließung, der auf meinen Änderungsanträgen beruht. Es heißt nun: „weist darauf hin, dass die Umsetzung der Rechtsvorschriften und der politischen Instrumente der EU mit den Grundsätzen der Subsidiarität und des Mehrwerts vereinbar sein müssen, dass nicht immer einheitliche Regelungen für die praktische Funktionsweise und den Wettbewerb des Binnenmarkts erforderlich sind und dass die Kommission den Verwaltungsaufwand, der sich aus ihren Legislativvorschlägen und den unterschiedlichen kulturellen Kontexten und Praktiken in den verschiedenen Mitgliedstaaten ergibt, berücksichtigen muss“. Ich freue mich, dass das Parlament – was nicht immer der Fall ist – sich der Meinung der Europäischen Verträge anschließt, nämlich dass die Befugnisse der EU hier wirklich sehr beschränkt sind.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EU has been instrumental in promoting gender equality. However, we cannot afford to be complacent. Across Europe, progress on gender equality has stalled in recent years and in many areas we have gone backwards.

Gender equality is not only an end in itself but a key component in promoting fair and sustainable economic growth. In order to be effective, and to avoid fragmentation, our approach must take the form of a comprehensive and official action plan which addresses every dimension of inequality and proposes clear outputs. The Staff Working Document published by the Commission at the end of last year is disappointing and ineffectual.

Labour MEPs made their position clear in a resolution adopted by this parliament last year: we need a clear, comprehensive and achievable strategy for women's rights and gender equality. The December EPSCO Council agreed that this should take the form of a Commission Communication and the Commission's own consultation showed overwhelming public support for a new strategy. The Commission should now adopt an official 2016-2020 strategy and focus on delivering concrete action.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W dniu 3 grudnia 2015 r. Komisja opublikowała dokument roboczy służb Komisji pt. „Strategiczne zaangażowanie na rzecz równouprawnienia płci w latach 2016-2019” (Strategia na okres po 2015 r.). W strategii ujęto prawa kobiet w perspektywie feministycznej, m.in. poprzez promowanie dostępu do praw reprodukcyjnych i seksualnych (aborcja), rekomendowany 40% parytet w zarządach spółek oraz wezwanie do ratyfikacji konwencji stambulskiej.

Opublikowanie strategii w formie dokumentu roboczego, a nie komunikatu, oraz skrócenie jego perspektywy czasowej spotkało się w komisji FEMM ze sprzeciwem posłów z grup PPE, S&D, ALDE, Verts/ALE i GUE/NGL. Uważają, że sytuacja ta umniejsza wagę strategii politycznych UE związanych z tym aspektem. Na tym tle przedłożono projekt rezolucji, w którym wyrażono ubolewanie nad brakiem postępu w zwiększaniu praw kobiet na przestrzeni ostatnich 10 lat i wezwano Komisję do przyjęcia w formie komunikatu nowej strategii na lata 2016-2020.

Uważam, że taki postulat jest nieracjonalny. Decyzje prawne i polityczne Unii muszą uwzględniać różne konteksty kulturowe i być zgodne z zasadą pomocniczości. Należy skupić się na wprowadzeniu w życie i ocenie już obowiązującego prawa w dziedzinie równouprawnienia płci, zanim zostaną wprowadzone nowe narzędzia polityczne. Proponowany kierunek działań zmierza do utrwalenia w unijnym prawie rozwiązań ideologicznych. Wobec powyższego głosowałam przeciw.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζω κάθε προσπάθεια για την ενίσχυση του ρόλου της γυναίκας σε όλους τους τομείς της κοινωνίας μας. Ασφαλώς και υποστηρίζω την παρούσα έκθεση που προβλέπει τα βασικότερα σημεία για τη νέα στρατηγική και την ισότητα των δύο φύλων, στην απασχόληση, την υγεία, την δημόσια και ιδιωτική ζωή.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Creo plenamente que es crucial conseguir alcanzar una igualdad entre mujeres y hombres, pues sería un paso que beneficiaría a la UE en todos los aspectos, sobre todo en el social y el económico.

Por ello, estoy de acuerdo con las ideas que se presentan en esta Resolución. Sin embargo, creo que antes de comenzar a tratar de aplicar nuevas medidas, es necesario que las medidas de la estrategia para la igualdad de género y los derechos de la mujer previa a esta se apliquen de forma óptima, mediante un control de la legislación y la implementación que sea de calidad.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh spoločného uznesenia štyroch politických skupín som nepodporila. Vo svojom návrhu sa dožadovali najmä toho, aby Komisia prijala kroky k povinnej, po roku 2015 platnej stratégii rodovej rovnosti. Týmto politickým skupinám totiž nestačí potvrdenie, že rovnosť medzi mužmi a ženami zostáva prioritou novej Komisie. Podľa nich tiež 40-stranový pracovný dokument nie je dostatočným nástrojom a považujú ho za oslabenie rodových politík. S týmto názorom nesúhlasím. Nemyslím si, že je potrebné za každú cenu vytvárať nové záväzné stratégie a nové nástroje, najmä pokiaľ pozícia rovnosti ako jednej z priorit bola Komisiou potvrdená, a nástroje, ktoré máme v súčasnosti k dispozícii, neboli ešte plne implementované a následne zhodnotené. Samozrejme, že stratégia v tejto oblasti je potrebná, ale keďže platné nástroje považujem za dostačujúce a ešte nevyčerpané, hlasovala som proti tomuto uzneseniu.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – La strategia europea per la parità tra donne e uomini è giunta a scadenza nel 2015 e, attraverso una risoluzione, il Parlamento ha spinto affinché la Commissione europea presentasse con urgenza una nuova strategia ad hoc in difesa dei diritti della donna e dell'uguaglianza di genere nell'UE.

In commissione FEMM è stato espresso disappunto per il lavoro portato avanti dal commissario europeo ed è stata presentata una nuova risoluzione, che nonostante consideri condivisibile, ritengo che non approfondisca il tema nella sua complessità. A mio avviso, il messaggio politico sarebbe dovuto essere più chiaro per non prestarsi a discussioni etiche, facilmente strumentalizzabili e che poco aiutano il raggiungimento di risultati tangibili.

Auspico un'uguaglianza di diritti che non sia solo un grande manifesto ideologico, ma che si traduca in azioni concrete che superino antichi retaggi socio-culturali e che porti i cittadini ad una piena consapevolezza dell'importanza delle pari opportunità.

Fatte queste valutazioni, ho scelto di votare per l'astensione.

Milan Zver (PPE), pisno. – Enakost spolov kot strateški cilj je bistvenega pomena pri doseganju splošnih ciljev strategije Evropa 2020 za rast, zaposlovanje in socialno vključenost.

Nove strategije za pravice žensk in enakost spolov po letu 2015 nisem podprl, ker menim da so smernice zastavljene premalo ambiciozno in ne bodo vodile do konkretnih ukrepov za okrepitev pravic žensk in spodbujanje enakosti spolov. To vprašanje si zasluži skrbnejšo pozornost in obravnavo, kot jim jo namenja omenjeni politični akt.

Die Präsidentin. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.00 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök asszony

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Fortschrittsbericht 2015 über Serbien (Aussprache)

elnök - A következő pont a Tanács és a Bizottság nyilatkozata a Szerbiáról szóló 2015. évi eredményjelentésről (2015/2892(RSP)).

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Madam President, I think we witnessed significant steps in our relations with Serbia last year, which have culminated in the opening of our first two negotiating chapters. This now puts concrete substance on the accession process and clearly marks the way forward. I think this progress is the result of our common efforts and commitment, so it is positive news. In particular, the Council has taken positive note of Serbia's submission of its action plan on the rule of law. We are now looking forward to their solid implementation and a clear track record in these areas.

Let me also underline that, in line with our new approach, the Rule of Law Chapters 23 and 24 will be addressed early in the negotiations. Progress under these chapters would need to be made in parallel with progress in negotiations overall. Among the chapters that we opened in December, Chapter 35, dealing with the normalisation of relations between Belgrade and Pristina, is key. The landmark agreements that were reached in the EU-facilitated dialogue in August are an important achievement. We know that it has not always been easy politically and we have encouraged Serbia to keep up its constructive engagement by swiftly implementing its part.

The Council will closely follow these developments. Progress in the process of the normalisation of relations with Kosovo needs to be made in parallel with progress in Serbia's accession negotiations. Serbia is playing a very positive and constructive role in handling the refugee and migration crisis, which it is seriously affected by. It will be important for us to continue and to increase our close cooperation on this critical challenge for the European Union. We will, equally, continue supporting Serbia technically and financially in this field.

The Council notes with satisfaction Serbia's increasingly constructive engagement in regional cooperation and strengthening good neighbourly relations. Serbia's role remains central for stability in the region. Serbia is an important foreign policy partner for the European Union. We commend Serbia for its successful OSCE chairmanship in 2015.

It now remains essential that, as a Union and together with Serbia, we address the numerous challenges we are facing, in particular in our neighbourhood. The Council therefore calls on Serbia to progressively align with the European Union Common Foreign and Security Policy. A European Serbia is part of our common vision.

Overall, we can conclude that our enlargement policy with Serbia bore fruit last year. We have made clear from our side what we now expect from Serbia, namely for legislative reforms to be intensified and effectively implemented, in particular in the key areas of judicial reform and the fight against corruption and organised crime, as well as freedom of expression and the media.

Moreover, we look forward to seeing further progress in the implementation of the agreement with Kosovo. In this context, we hope that the announced early parliamentary elections will not slow down this process. It will also be essential for these elections to be held in accordance with international standards. Provided that the conditions are met, we look forward to opening further negotiation chapters with Serbia under our Presidency.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to extend, in particular, a very warm welcome to Minister Joksimović and her team, and also to the Ambassador of Kosovo. I would also like to congratulate David McAllister for his resolution on the 2015 Report on Serbia. This is a balanced and comprehensive assessment of service progress on its path to the European Union and is overall in line with the findings of our own 2015 report.

Serbia has taken major steps on its EU path. I share your view that Serbia has indeed achieved a lot towards this strategic objective of EU membership. It has made concrete progress in implementing an ambitious economic and structural reform programme.

Serbia remains committed to improving regional and bilateral ties in the spirit of reconciliation and good neighbourly relations. Serbia is also making progress in the reform of its public administration and strengthening the rule of law by adopting comprehensive action plans and further normalised its relations with Kosovo with key agreements reached in August last year.

I am also impressed by the very positive and human manner in which Serbia and Serbian citizens are handling their unprecedented numbers of refugee and migrant flows, under very difficult circumstances and in full respect of EU core values. All these efforts required courage and commitment, and the opening of the first two negotiating chapters – namely 32 and 35 – in December last year is a well-deserved acknowledgement.

Serbia should now build on this progress with a renewed commitment to moving decisively forward with reforms, in particular in the areas of the judiciary, the fight against corruption and organised crime, freedom of expression, public administration, anti-discrimination, the protection of the most vulnerable groups and minorities and the economy.

Of equal importance for Serbia is to continue its constructive approach and to continue making further progress in normalising its relations with Kosovo. This should run in parallel with the accession process, with a view to reaching the comprehensive normalisation of the relations targeted as the ultimate goal in our negotiating framework.

I also look forward to the next step, namely the opening of the Rule of Law Chapters 23 and 24. I hope, together with the rapporteur, Mr McAllister, that this can happen in the first half of 2016. This will, of course, depend on Serbia's ability to deliver on its commitments. In this regard, I welcome the presentation of Serbia's dedicated action plan on minorities today in Brussels. But this will also depend on the Member States moving quickly to agree about the next steps on this. We should be careful not to add requirements not provided for under the EU acquis or the negotiating framework. It is important that bilateral disputes do not hamper the overall accession process.

Finally, we have taken note of the Serbian Government's announcement to hold national elections. We are confident that, during the run-up to the elections and after the establishment of a new government, Serbia will remain committed to its reform agenda and the dialogue with Kosovo. The European Commission remains firmly committed to supporting and guiding Serbia on its European path. I appreciate that the European Parliament is on the same page.

David McAllister, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, just before Christmas, Serbia made a huge step forward towards European Union accession. Two years after the start of the accession talks with the European Union and only a few months after new agreements with Kosovo, the first negotiation chapters were opened. The Serbian Government, like the Minister for European Affairs, Ms Jadranka Joksimović, who is with us here today, shows commitment to the EU integration process.

I would like to stress four main points of this year's resolution on Serbia. First, the rule of law. The European Union is based on the rule of law. When a country respects the rule of law it is beneficial for its citizens, its businesses, its state institutions and the economy as a whole. Serbia should fight organised crime and corruption with determination. An independent judiciary must be guaranteed.

Second, democracy. This resolution stresses the importance of an active role for the Parliament and the participation of constructive opposition forces that are so vital for a democratic society.

Third, media freedom. The freedom of the media is a constituent element of democracy that cannot only be achieved by adopting laws. It is also about creating a friendly environment for an independent media.

Fourth, regional cooperation. Regional cooperation and good neighbourly relations form an essential part of the Western Balkan countries' process of moving towards our European Union. Serbia's engagement and role to promote regional cooperation and reconciliation in the Western Balkans is most welcome. The latest agreements in the framework of the Brussels dialogue marked a significant step forward to further normalising relations between Serbia and Kosovo. Both sides must now fully implement the agreements which have already been reached.

A final remark – and I would like to address the Dutch Presidency of the Council: I firmly believe that the Rule of Law Chapters 23 and 24 should be opened as soon as possible in order to help Serbia to continue on its path towards the European Union.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Napredek, ki ga je Srbija naredila v preteklem letu, okronan z odprtjem prvih dveh poglavij o finančni kontroli in normalizaciji odnosov med Beogradom in Prištino, govori o odločnosti države, da se z izvajanjem reform spopade pogumno in ostro.

V resoluciji to pozdravljamo, še več, pozivamo, da se poglavji 23 in 24 – ključni za reformo srbske družbe – odpreta čim prej. Na podlagi izkušenj iz moje države, Slovenije, lahko rečem, da je pomembno obdržati dinamiko in ritem pogajanj. Zato tudi močno upam, da predčasne parlamentarne volitve ne bodo vplivale na hitrost izvajanja nujno potrebnih reform.

Srbija ta hip potrebuje enotno in jasno stališče glede Evropske unije, smeri, v katero gre, odlične strokovnjake, motivirane uradnike v javni upravi in voljo vseh državljanov, da dosežejo skupni cilj – moderno in gospodarsko uspešno državo, ki igra pomembno vlogo v zahodnobalkanski regiji.

Srbija ta hip ne potrebuje politiziranja političnih različnih področij in postavljanja sebičnih političnih interesov pred interesi družbe. Odgovornost do državljanov bodo nosili voditelji sami. Kdo pa nosi odgovornost do stanja, v katerem se nahajajo srbski mediji? Kot nekdaj novinarka ne morem mimo dogodkov, ki so v Srbiji zaznamovali konec preteklega leta.

Neprimerna izjava ministra o novinarkah, ki „z lahkoto pokleknejo“, je bila le dolivanje ognja na... olja na ogenj. Povzročila je protest novinarjev, ki zahtevajo bolj dostojne pogoje za delo. Skrbi me stanje medijev v Srbiji. In to tudi ni prihodnost, ki jo privoščim Srbiji.

Ravno mladim moramo omogočiti čim bolj obetavno prihodnost in preprečiti množično zapuščanje države. V Sloveniji bomo znotraj zunanjepolitičnih aktivnosti temu namenili posebno pozornost. Kajti če mladi izgubijo upanje, je Srbija izgubila prihodnost. In tega si nihče ne želi.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, as rapporteur for neighbouring Montenegro I worked closely with David McAllister and congratulate him on this year's report on Serbia. Serbia is still in the relatively early stages of EU accession, having only just completed the screening process in March of last year. The report shows, nevertheless, that there has been progress in a number of areas of the acquis and that there is reason to be optimistic about Serbia's ability to continue along this trajectory, in spite of the stresses coming about from the refugee crisis but aided by the fact that there are better relations in terms of dialogue with Kosovo.

Serbia-Montenegro relations continue to be strong and are developing. The Joint Centre for Police Cooperation continues to develop and is an institution that has the potential to be further utilised in the fight against cross-border crime and corruption. I agree with David that Chapters 23 and 24 must be opened soon.

An agreement regarding the exchange of social security data is also a welcome step, whilst the implementation of the existing 2015 agreement aimed at reducing mobile roaming charges across the region will also help sell the practical benefits of better cooperation.

I also take the opportunity to call on the Belgrade Government to try to more closely align itself – particularly on Chapter 31 – with the EU Common Foreign and Security Policy (CFSP), particularly over sanctions with Russia. Serbia is a key player in the Western Balkans and its EU accession process is very much part of the process of stabilising the entire region.

Ivo Vajgl, *v imenu skupine ALDE*. – Z zadovoljstvom ugotavljam, da v skupini ALDE podpiramo Srbijo in uspešno zastavljeno delo pri izpolnjevanju pogojev in usklajevanju standardov, ki države kandidatke vodijo proti Evropski uniji.

Zahvaljujem se poročevalcu Davidu McAllisterju za odlično pripravljen dokument in sodelovanje s poročevalci v senci.

Imejmo pred očmi, da ocenjujemo vsako od držav Zahodnega Balkana, ki želijo v Evropsko unijo, na osnovi njenih konkretnih dosežkov, ob tem pa je njihov napredek tudi prispevek k skupni evropski perspektivi.

Izhajajoč iz načela, da je vladavina prava temelj politike širjenja Evropske unije in ko ugotavljamo, da je Srbija na področju reform pravosodja napredovala, ne moremo mimo dejstva, da je na tem področju preveč vpletanja politike.

Politično vmešavanje beležimo tudi na področju medijev. Izhajajoč iz bogatih tradicij srbskega novinarstva in kulture bi bilo pričakovati, da bodo vsi političnih dejavniki v državi zainteresirani za medijsko svobodo, za raznovrstnost in da medijska scena ne bo v funkciji promocije vsakokratne oblasti.

Civilna družba mora biti, bolj kot je to sedaj, priznana in sprejeta kot kreativni del demokratičnih procesov in ne nekaj, nad čemer lahko oblast stresa svoje nezadovoljstvo in željo po dominaciji.

Od Srbije pričakujemo, da bo uskladila svoje zunanje-politične in varnostne prioritete z Evropsko unijo, saj za integracijo v Evropsko unijo in za skupno varnostno politiko Srbija nima alternative s katero bi se bilo vredno spogledovati.

Pozdravljam stalni napredek v procesu normalizacije odnosov s Kosovom, pri čemer je uspeh tega procesa nedvomno odvisen od obeh strani.

Pomembno je, da Srbija pogloblja svojo demokracijo, to pa izključuje željo po koncentraciji politične moči, ki – tako nas učijo izkušnje v Srbiji in drugod – ne vodi v pravo smer.

(Govornik se je strinjal, da bo sprejel vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8)).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Madam President, I am speaking as a friend of Serbia, but I would like to ask whether you think that Serbia needs a lot of improvement in terms of the rights, freedoms and security of national minorities.

Secondly, what do think about the fact that the Serbian Government sometimes engages in anti-EU rhetoric? Do you not feel that this Government should refrain from this? Also they sometimes try to manipulate the public on this issue.

Ivo Vajgl (ALDE), *blue-card answer*. – I indicated in my speech that Serbia has to be very clear in its option for our common security and foreign policy, and that I do not think that it is very productive and useful for Serbia itself but also for the integration process if they are kind of coquette, with the alternative in Moscow.

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, οι χώρες των δυτικών Βαλκανίων έχουν περάσει μέσα από πολύ σημαντικές δυσκολίες, ιδιαίτερα τη δεκαετία του 1990, μέσα από πολλούς πολέμους και πάρα πολύ αίμα. Σήμερα, όμως, βρισκόμαστε σε μια νέα φάση στην οποία καταβάλλεται έντονη προσπάθεια προκειμένου να επιλυθούν ζητήματα, όχι με τα όπλα αυτή τη φορά, αλλά μέσα από τον διάλογο και τη θέληση για συνεργασία.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πρέπει να σταθεί συμπαράστατης σε αυτήν την προσπάθεια και, ειδικά, στη συγκεκριμένη περίπτωση, στον διάλογο που διεξάγεται μεταξύ Βελιγραδίου και Πρίστινας για εξεύρεση πολιτικής λύσης στο ζήτημα του Κοσσυφοπέδιου. Δεν επιτρέπεται, κατά την άποψή μας, η Ευρωπαϊκή Ένωση στη συγκεκριμένη περίπτωση, και ιδιαίτερα αυτό το Κοινοβούλιο, να υποδαυλίζει αυτή την προσπάθεια και αυτόν τον διάλογο. Η οποιαδήποτε διευθέτηση θα πρέπει να είναι αποτέλεσμα του διαλόγου μεταξύ Πρίστινας και Σερβίας.

Υποστηρίζουμε ως Ομάδα την ενταξιακή πορεία της Σερβίας. Ωστόσο, διαφωνούμε με τη στάση της Ένωσης που εκφράζεται μέσα στην έκθεση και παρεμβαίνει στην άσκηση της εξωτερικής πολιτικής της Σερβίας. Αλλά, και στην επιβολή οικονομικών μοντέλων που αποδεδειγμένα έχουν επηρεάσει σε τόσο αρνητικό βαθμό τους λαούς της Ευρώπης. Ας εμβαθύνουμε τις σχέσεις μας, ώστε να στηρίξουμε τη χώρα στις προσπάθειες που κάνει για αντιμετώπιση πολύ σοβαρών προβλημάτων που έχει, για εμβάθυνση του κράτους δικαίου, αντιμετώπιση της διαφθοράς, του οργανωμένου εγκλήματος, αλλά και των προσφυγικών ροών που τον τελευταίο καιρό φτάνουν στη χώρα.

Igor Šoltes, *v imenu skupine Verts/ALE*. – Najprej bi se seveda rad prisrčno zahvalil gospodu McAllisterju za odlično opravljeno delo in vsem kolegom poročevalcem v senci za dobro in uspešno sodelovanje. Mislim, da nam je vsem skupaj uspelo pripraviti zelo dobro besedilo za resolucijo o napredku Srbije za leto 2015, kjer so vključeni vsi pomembni vidiki.

Tako kot moji predhodniki tudi sam menim, da je Srbija tudi v lanskem letu naredila velik napredek, kar je jasno vidno z odprtjem prvih dveh poglavij, in iskreno upam, da bo vlada nadaljevala s takšnim zagonom in motivacijo tudi kot... doslej.

Mislim, da je pomembno, da Srbija še naprej ostane vodilen in močan igralec pri vzpostavitvi dobrega sodelovanja in odnosov v državah regije Zahodnega Balkana. Ti dobri sosedski odnosi pravzaprav koristijo vsem, seveda Srbiji, okolju in pa seveda tudi samemu gospodarskemu razvoju.

McAllister je poudaril tudi pomen pravne države. Sam bi dodal, da seveda pravna država pravzaprav vpliva na vse. Vpliva na družbo, gospodarstvo, stanje demokracije, človekove pravice, razumne roke sojenja, neodvisno sodstvo in vse to so stvari, na katere seveda moramo paziti ves čas in kjer so vedno možne še izboljšave.

In tudi odnosi med srbsko vlado in nevladnim sektorjem se sicer izboljšujejo, vendarle še vedno obstaja prostor za izboljšave, predvsem na področju komunikacije in upoštevanja mnenj, pri stanju civilne družbe pri procesih odločanja. In seveda pridružil bi se tistim, ki opozarjajo tudi na stanje v medijih, na tako imenovano samocenzuro, na položaj novinarjev in pravzaprav na to, da pravzaprav ni strahu, če poveš tudi nekaj, kar ni povšeči seveda vladi ali oblastem.

Na koncu pa samo še to, da Srbija je igrala pomembno vlogo tudi v migracijski krizi, kar ne gre spregledati in želim Srbiji srečno in hrabro naprej tudi po volitvah.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, this progress report perfectly highlights a key aspect of the upcoming UK referendum on our EU membership, when the British people will not just be voting on our current relationship with the European Union but also on the prospect that a 'stay' vote grants de facto permission for the EU to move, full steam ahead, with their neo-colonialist ambitions.

In the midst of the current migration crisis, the promise of reaching the UK, Sweden and Germany and the rest of the EU has – as we have witnessed – placed a great burden on Serbia. This situation will become further compounded by eventual Serbian EU membership. I cannot fathom how the EU's proposed solution to the current migration crisis – bringing its borders closer to the Middle East and thus further facilitating this mass transit of people – can be seen as doing anything other than compounding this crisis further.

The increasing public concern over the issue of the free movement of people perfectly underlines the failure of Mr Cameron's farcical renegotiation and supports the case for Britain to see the EU for what it is and, accordingly, to vote to leave for a brighter and bigger future. The world is our oyster, but inside the European Union, Britain's future is as a clam.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, la Serbie a sans doute vocation à intégrer l'Union à venir, rénovée par les peuples, même si des efforts sont encore à faire en matière de lutte contre la criminalité.

Mais pourquoi, si ce rapport prétend à l'équilibre, taire les actes contre les Serbes et la culture chrétienne orthodoxe commis au Kosovo, État mafieux? Pourquoi taire notre devoir de repentance, notre honte pour nos crimes commis contre le peuple serbe: propagande de l'OTAN, fausses preuves d'épuration ethnique inventées par l'Allemagne pour justifier les bombardements, tous les faux de propagande pour justifier l'injustifiable, la destruction économique d'un pays et de sa population civile?

Pourquoi taire la justice internationale, partielle, idéologique, qui supprime même les personnes pour qu'elles ne parlent pas? Pourquoi taire notre mensonge sur le Kosovo, État mafieux que nous, l'Europe, avons construit sur la base de réseaux criminels, en le démembrant de la Serbie?

Plus généralement, notre politique d'élargissement est une honte pour un Alsacien européen. Au lieu de faire de tous ces pays de l'Europe orientale des ponts entre l'Est et l'Ouest, vous en faites des pays d'un camp contre l'autre, des fractures, des ruptures, au bénéfice de la domination occidentale, au service des États-Unis.

Votre politique d'élargissement est anti-européenne.

elnök asszony. – Ugye képviselőtársaim is tudják, hogy a Szerbiáról szóló jelentés van napirenden?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Σερβία έχει σημειώσει σημαντική πρόοδο στην προσπάθεια που καταβάλλει να γίνει πλήρες μέλος Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η προσπάθεια αυτή έχει ιδιαίτερη αξία διότι από την Σερβία ζητάτε να λάβει σκληρές και σοβαρές αποφάσεις, όπως παραδείγματος χάριν, να εναρμονίσει την εξωτερική πολιτική της με εκείνη της Ευρωπαϊκής Ένωσης συμπεριλαμβανομένης και της Ρωσίας, να μην αποδυναμώσει την αυτονομία της Βοϊβοντίνα, να χειριστεί εκείνους που έχουν χαρακτηριστεί ως εγκληματίες πολέμου και να αντιμετωπίσει τη διαφορετική αντίληψη περί της Ιστορίας στην περιοχή.

Επιπλέον, η ενταξιακή πορεία της έχει συνυφανθεί με την πρόοδο στις σχέσεις με το Κοσσυφοπέδιο και την αναγνώριση του Κοσσυφοπεδίου, που, ως γνωστό, αποτελεί το ιστορικό λίκνο του σερβικού έθνους. Ενώ, όμως, από τη Σερβία η Ευρωπαϊκή Ένωση ζητά να είναι συνεπής σε όλες αυτές τις υποχρεώσεις, δεν κάνει το ίδιο και με το Κοσσυφοπέδιο. Εκεί ανέχεται να παραβιάζεται μια βασική αρχή της Δημοκρατίας, η διάκριση των εξουσιών και η Βουλή της χώρας να καταστρατηγεί και να μην αποδέχεται αποφάσεις του Συνταγματικού Δικαστηρίου.

Δύο μέτρα λοιπόν και δύο σταθμά, οπότε τίθεται το εξής ερώτημα: θέλουμε τη Σερβία στην Ευρωπαϊκή Ένωση ή απλώς την εμπαίζουμε για να ικανοποιήσουμε τις πολιτικές επιδιώξεις κάποιων κρατών, κυρίως της Γερμανίας που είναι υπεύθυνη για όλα όσα συμβαίνουν σήμερα στην Ευρωπαϊκή Ένωση;

Cristian Dan Preda (PPE). – Doamnă președintă, vreau să-l felicit pe colegul meu, David McAllister, pentru raportul în care subliniază progresele înregistrate de Serbia pe calea integrării europene. Desigur, aceste progrese i-au permis Serbiei să deschidă primele capitole de negociere cu Uniunea pe 14 decembrie. Sunt foarte bucuros că acest lucru s-a întâmplat. E vorba de un punct important în parcursul european al acestei țări.

Vreau să menționez în acest context situația minorității românești din Serbia. Raportul McAllister conține un paragraf substanțial privind tematica protecției minorităților, un paragraf la care am contribuit prin amendamente. Nu e prima dată când vorbim despre drepturile minorității române, care trebuie să devină o realitate, că e vorba de reprezentare, de acces la educație, de servicii religioase sau presă.

În fine, pentru că sunt raportor al acestui parlament pentru Bosnia și Herțegovina, aș vrea să spun că există la Belgrad câteva ambiguități care trebuie eliminate. În particular, cred că premierul Vučić trebuie să aleagă foarte clar între poziția Rusiei, care susține referendumul planificat în Republica Srpska, și alinierea cu poziția europeană, care vede în acest referendum un factor de blocaj al integrării europene a Bosniei și Herțegovina. Mă bucur să salut aici președinția Consiliului care, peste câteva zile, pe 15 februarie, va primi cererea Bosniei și sunt convins că va fi un moment important.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr McAllister, wenn Sie es noch vertragen können, noch einen Glückwunsch dazu auch von mir!

Natürlich sehen wir deutlich, dass noch sehr viel zu tun ist in Serbien. Aber die Fortschritte, die erreicht worden sind, sind eben auch nicht zu übersehen. Hinzu kommt, dass wir allen Grund haben, der Regierung und der Bevölkerung für den europäischen Geist, den sie bei ihrer Hilfe in der Flüchtlingsfrage gezeigt haben, zu danken.

Im Dezember 2015 wurden die ersten beiden Verhandlungskapitel eröffnet. Bei Kapitel 35 geht es unter anderem eben auch um die Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Es ist richtig, dass dieses Kapitel als eines der ersten geöffnet wird, denn für eine erfolgreiche EU-Mitgliedschaft Serbiens und auch Kosovos ist es unerlässlich, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern es erlauben, konstruktiv sowohl in allen Fragen der nachbarschaftlichen Kooperation als auch innerhalb der EU-Institutionen zusammenzuarbeiten.

Ich halte es für mindestens genauso dringend erforderlich – und es ist ja auch schon mehrfach erwähnt worden –, dass nun rasch die Beitrittsverhandlungen zu den Kapiteln 23 und 24 eröffnet werden. Zu Recht hat die Kommission seit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro dafür argumentiert, dass diese Kapitel zuerst eröffnet werden und zuletzt geschlossen werden. Die Reformen zur Stärkung des Rechtsstaates bringen am meisten positive Veränderungen für das Alltagsleben der Menschen; sie stärken die Demokratie und erlauben es, raschere Fortschritte in anderen Bereichen zu machen. Allerdings lassen sie sich nicht von einem Tag auf den anderen umsetzen.

Erfolgreiche Reformen beruhen darauf, dass die rechtsstaatlichen Prinzipien wie die Begrenzung der staatlichen Macht durch Gesetze, die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewährung der Grund- und Freiheitsrechte langfristig verankert werden. Deshalb sollte die Kommission in diesem Bereich eine fordernde und fördernde Erweiterungspolitik führen – vielleicht noch ein bisschen mehr, als es bisher der Fall war.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, otvorena su prva poglavlja u pregovorima sa Srbijom i to je napredak, ali ne bismo se smjeli zavaravati da je došlo do nekih posebnih zaokreta u srpskoj politici. Napori koje Srbija ulaže u normalizaciju odnosa s Hrvatskom su minimalni.

Još uvijek su otvorena pitanja nestalih osoba i priznanja postojanja logora za Hrvate na tlu Srbije u Domovinskom ratu, kao i povratka hrvatske imovine i kulturnog blaga. Iz Komisije i ovoga doma sve češće dolaze inicijative o zajedničkoj europskoj obrani i vojsci. Države članice i njihovi građani trebali bi neizmjereno vjerovati svojim partnerima i susjedima, toliko da stave svoju sigurnost u njihove ruke.

Kako očekujete da građani Hrvatske povjeruju u zajedničku obranu u nekim budućim ratovima ako Komisija dosad nije bila u stanju obraniti dostojanstvo žrtava iz posljednjeg velikog rata na europskom tlu, već zbog partikularnih interesa nastavlja popuštati Srbiji?

Gospodine izaslanice, ne možete tražiti da se ovdje ne miješaju bilateralni interesi ako je ovo jedini način da se ti interesi i problemi riješe.

(Govornik prihvata odgovoriti na pitanje koje je postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika)).

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt képviselő asszony! Nyugodtan persze lehet mindent kritika alá venni, magam is elégedetlen vagyok sokszor bizonyos reformfolyamatokkal a társult országok vonatkozásában, de az a tény, hogy ez a mostani Bizottság 5 évre tulajdonképpen fölfüggesztette a csatlakozási folyamatokat. Ön szerint ez nem volt-e bátorlalanító hatással a szerb folyamatokra, és lehet, hogy esetleg erre kéne visszavezetni a problémákat. Nem tudom. Önnek mi a véleménye erről?

Ruža Tomašić (ECR), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice.* – Kolega Szanyi, nije Hrvatska napala Srbiju, nego Srbija Hrvatsku. Dakle, kada napadnete jednu državu morate priznati da ste izvršili agresiju i morate napraviti sve ono što se od vas traži.

Srbija bi najradije zatvorila oči i pravila se kao da se ništa nije dogodilo. Što ćete s onim izbjeglicama? Što ćete s onim pokrađenim oteim blagom koji se još nalazi na tlu Srbije? Zar Hrvatska nema pravo tražiti nekakvu zadovoljštinu?

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, dugogodišnja su očekivanja građana Srbije da se otpočne s pregovorima i da otpočne proces ulaska Srbije u Europsku uniju. Zato je dobro, gospodine povjereniče Hahn, što smo otvorili pregovore i što smo pokrenuli proces ulaska Srbije u Europsku uniju. Niz pozitivnih koraka koje Srbija čini u regionalnoj stabilnosti treba cijeniti. Treba cijeniti i ulogu Srbije koju ima u migrantskoj krizi. To definitivno treba naznačiti i treba dalje pomagati jer znamo da će se migrantska kriza nastaviti.

Ono što je također bitno u svemu tome je da Srbija poštuje prava manjina. Ne samo naravno hrvatske manjine nego i svih ostalih manjina, rumunjske, bošnjačke na Sandžaku, da govorimo otvoreno o pravu na autonomiju Vojvodine, to se ne smije dovesti u pitanje. Također naravno ne smijemo izostaviti ni pitanje pravosuđa, ni pitanje slobode medija.

Ukupno mislim da treba nastaviti i otvarati daljnja poglavlja jer će to omogućiti daljnju demokratizaciju Srbije.

elnök asszony. – Látom Mr Carver, hogy Ön jelentkezik catch the eye kékkártyás eljárásba, az előbb viszont hozzászólt másfél percben. Sok képviselőtársam catch the eye eljárásra vár. Nem tudok Önnek szót adni. Volt lehetősége, hogy elmondja, amit szeretett volna. Kérem, értse meg, hosszú a lista.

Tamás Meszerics (Verts/ALE). – Madam President, I believe that we in this Chamber have many and very strong reasons to support the accession process of Serbia. I agree with my colleagues that Serbia has already made considerable progress on this road. I would also like to congratulate the rapporteur on a very strong and balanced report and I urge everybody to vote 'yes' in the vote next time.

As a friend of Serbia, however, I would like to raise one point that has already been underlined by my esteemed friend Charles Tannock, and that is that, sooner or later, Chapters 30 and especially 31 of the acquis will be opened. As a historian I fully understand that nations have traditional friends among the great powers, but this is going to raise issues because the acquis requires an accession state to contribute to the common foreign and security policy. There may be political powers which Serbia might be looking for which are trying to undermine the common foreign and security policy, but I am just warning that these are exactly the same political forces that are against enlargement.

Edouard Ferrand (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, je rentre d'une mission en Croatie, en Bosnie et en Serbie et je voudrais dire que la Serbie est une grande nation, une nation non soumise, une nation européenne.

Les dirigeants serbes aiment l'Europe mais pas l'Union européenne. Les dirigeants serbes veulent l'Europe, mais pas l'Europe de l'islamisme radical tel qu'il se pratique en Bosnie ou dans le Sanjak. Les dirigeants serbes souhaitent l'Europe, mais l'Europe qui respecte les peuples et les identités contre les volontés de séparation, comme en Voïvodine. Les dirigeants serbes souhaitent la paix, mais sans la tutelle de l'OTAN. Les dirigeants serbes souhaitent une intégration européenne, mais les Serbes ne souhaitent pas devenir le nouveau Kosovo.

Aidons ce peuple ami, ce peuple serbe pour qu'il devienne une vraie nation européenne.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, I congratulate David McAllister on the report, which is both balanced and objective. My congratulations also go to Commissioner Hahn for guiding Serbia to open the accession negotiations and my encouragement to the Dutch Presidency to carry on actively along this path.

Serbia first opened negotiating chapters last year. Expectations towards the country have thus been raised. This also sends an important message to the whole region of the Western Balkans that the integration process is going on. Serbia has made good progress in many policy areas and we should appreciate that. Yet, at the same time, it is clear that the country needs to strengthen its democratic institutions, the rule of law and the independence of the judiciary, and also its activities in regional cooperation, including the dialogue with Kosovo.

Despite the dramatic situation in the whole region, as a country negotiating EU accession, Serbia needs a free, plural and independent media landscape free from political pressure. No doubt Serbia is an important partner in the region and one which we should be able to rely on. The migration crisis has shown that Serbia is, in many respects, on the same board as the EU. I have no doubt that this attitude will also prevail in other areas of our foreign policies in the future.

Richard Howitt (S&D). – Madam President, I join others in this Chamber in welcoming the opening of the first EU negotiating chapters, including Chapter 35 on normalisation of relations with Kosovo. I also want Chapters 23 and 24 on justice and fundamental rights open for this and all accession countries, and I support Commissioner Hahn's efforts in this respect.

In Serbia, as in some other Balkan countries, this is the correct way to address concerns about deteriorating human rights. Early elections in April will be a test of the quality of the country's democracy, especially for the rights of opposition parties, and Human Rights Watch says that freedom of the press in Serbia is under threat. The OSCE reported 34 attacks on journalists in 2015, and the Balkan Investigative Reporting Network has published accounts of independent media being smeared as foreign spies by the tabloids.

I ask the Commissioner to comment in his reply on one further difficult issue, but one which we should not dodge: what we should read into the joint military exercises between Serbia and Russia. I join colleagues in appealing for European solidarity with all in Serbia, including in relation to security issues, but I am pleased that the EU is showing that same solidarity back by devoting some of the Trust Fund for Refugees to assisting the country, recognising Serbia's commitment to engage in the EU quota system. We want Serbia to be part of European integration and to be part of European solutions.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, și eu vreau integrarea Serbiei, dar pentru binele oamenilor, nu pentru politicieni. De aceea voi spune câteva lucruri critice (trei):

1. presa: în Serbia, ziariștii sunt supuși la intimidări de către politicieni, sunt amenințați, sunt chiar agresați fizic. Asta trebuie să înceteze, pentru că nu există democrație fără libertatea presei;
2. sistemul judiciar: mă bucur că Serbia a adoptat un plan de acțiune privind reforma sistemului judiciar, dar lucrul cel mai important este punerea în aplicare. Dacă nu vedem anchete, condamnări finale pentru oameni politici, oligarhi, oameni de afaceri care și-au făcut averile în ceața tranziției, atunci nimic nu este credibil. Rămâne pe hârtie un plan;
3. pentru a face progrese, de asemenea, pe drumul aderării, Serbia trebuie să își revizuiască politica externă față de Rusia și să meargă decisiv spre vest.

Andor Deli (PPE). – David McAllister képviselőtársam idén is sikeresen összefoglalta azokat a témákat, amelyek meghatározták a tavalyi évet a szerb eurointegrációs folyamatban. Fontos lépések történtek, amelyek eredményeként megnyíltak az első tárgyalási fejezetek Szerbiával. Fontos az is, hogy az EU partneri viszonya Szerbiával tovább mélyüljön például a migránsválság kezelése kapcsán, ahol sajnos ki kell mondanunk, hogy az EU sok esetben adós maradt Szerbia irányában a pontos elvárások megfogalmazása terén. Ugyanakkor ezen túlmenően még számos témakörben várnak Szerbiára fontos feladatok annak érdekében, hogy felzárkózzon. A prioritások között a jogállamiság és az emberi és kisebbségi jogok biztosítását említeném, elsősorban azért, mert a Bizottság és a Tanács az elkövetkezendő hónapokban fogja megvizsgálni az ezen a területen megtett lépéseket annak érdekében, hogy zöld fényt adjanak a 23-as, illetve 24-es tárgyalási fejezetek megnyitásához.

Szerbiában sok ígéretes törvény-akcióterv készült az elmúlt hónapokban, de jól tudjuk, hogy az implementáció a lényeg, és ez nem csak a tárgyalási fejezetnyitások miatt fontos, hanem elsősorban azért, hogy Szerbia polgárai mielőbb egy európai szintű jogállamiságot élvezzenek. Ez pedig különösen fontos a nemzeti kisebbségeknek, köztük a vajdasági magyar közösségnek, amelyhez én is tartozom. Úgy vélem, hogy ez a parlamenti jelentés igyekszik további ösztönzést és útmutatót adni a szerb kormányzásnak az EU felé vezető úton.

Paul Tang (S&D). – Madam President, it is good to stand here to see the commitment of Serbia to European integration. Indeed, the Commission concludes that Serbia is building a track record on implementing the obligations in the Stabilisation and Association Agreement (SAA). The commitment to European integration is bearing fruit; in fact, negotiations opened in December. That is a good sign, and Serbia has taken steps ranging from normalisation with its relations with Kosovo to reducing the government budget, and it is good to see that.

At the same time, opening negotiations and opening chapters is not the same as closing them or closing the negotiations. There is still a lot of work that needs to be done. Let me highlight two of the points.

Last September I was at the Gay Pride parade in Belgrade, and there was a cordon of policemen. I do not think they were there to protect the participants in the Gay Pride; they were there rather to protect the population of Belgrade against the LGBTs. This only shows that the position of LGBTs is still very poor in Serbia.

Secondly, freedom of the media, which is essential for any democracy, is still shaky. I have read the Human Rights Watch report and there were many molestations of journalists and media workers reported in Serbia. So a lot of work needs to be done. I thank David McAllister for a very balanced, good report, and I would like to underline that I would very much like to see the opening of Chapters 23 and 24 as a good sign of faith, but also as a sign that a lot of work needs to be done.

Andrej Plenković (PPE). – Gospodo potpredsjednice, ministre Koenders, poštovani povjereniče Hahn, ministrice Joksimović, prije svega zahvaljujem našem kolegi Davidu McAllisteru na još jednom kvalitetno pripremljenom izvješću o napretku Srbije i cijenim da je u njega ugradio niz konstruktivnih amandmana koje smo kao hrvatski zastupnici podnijeli.

Pozdravljam otvaranje poglavlja 32. o financijskom nadzoru i poglavlje o ostalim pitanjima koje uključuje glavno pitanje normalizacije odnosa s Kosovom. Bitno je da Srbija nastavi reforme u području dva ključna systemska poglavlja - *Pravosuđe i temeljna prava* i *Pravda, sloboda i sigurnost*. Drago mi je da je u izvješću jasno naglašena potreba neovisnosti pravosuđa te osiguravanje slobode medija, kao ključnih europskih vrijednosti i preduvjeta daljnjeg puta Srbije na putu za Europsku uniju.

Stoga je bitno da se u izvješću ispravno upozorava i na potrebu depolitizacije javne uprave te zaštitu manjinskih prava u skladu s međunarodnim ugovorima te bilateralnim sporazumima. Potrebno je ostvariti adekvatnu zastupljenost manjina u lokalnim, regionalnim i nacionalnim predstavničkim tijelima te osigurati mogućnost korištenja manjinskih jezika u medijima i obrazovanju. Stoga je zabrinjavajuće gašenje manjinskih medijskih programa uslijed privatizacije te neriješeno pitanje udžbenika.

Važno je da Srbija omogući i pronalazak nestalih osoba iz devedesetih godina te nastavi suradnju u procesuiranju ratnih zločina s Međunarodnim kaznenim sudom za bivšu Jugoslaviju. Očekujem da se riješi i problem spornog zakona o širenju jurisdikcije na području drugih država te se nadam da će i to pitanje u dijalogu sa susjedima i uz pomoć Europske komisije biti riješeno.

Emilian Pavel (S&D). – Doamnă președinte, în primul rând salut raportul domnului McAllister privind Serbia. Ca președinte al grupului informal „Prietenii Serbiei” și ca eurodeputat român, mă bucur enorm pentru deschiderea capitolelor 32 și 35, ultimul referindu-se la procesul de normalizare a relațiilor cu Kosovo. Acest lucru demonstrează seriozitatea și angajamentul Serbiei față de procesul de integrare europeană. Cu acest prilej felicit Serbia pentru abordarea sa constructivă în ceea ce privește criza migrației, comparativ cu alte state membre ale Uniunii Europene.

Totodată, cred că Serbia trebuie să își intensifice eforturile în ceea ce privește protecția minorităților și tratamentul nediscriminatoriu al acestora, cu accent pe educație, accesul la mass-media și la serviciile religioase în limba minorităților naționale. În procesul de integrare europeană este nevoie de o permanentă voință politică, este nevoie de efort și de sacrificiu. De aceea cred că este imperativ ca toate instituțiile europene să își arate suportul pentru Serbia. Trebuie să asigurăm poporul sârb proeuropean că eforturile lor și ale autorităților dau rezultate și că locul lor este în Uniunea Europeană.

Alojz Peterle (PPE). – Z veseljem pozdravljam napredek Srbije, ki ga pošteno ugotavlja poročilo kolega McAllisterja. Začetek pogajanj pomeni bistven premik v pristopnem procesu, ki dokazuje, da je Srbija v tej fazi v zadostni meri izpolnila dogovorjene zaveze.

Srbiji želim, da ne glede na volitve vzdržuje stabilno, reformno in proevropsko linijo v duhu predpristopnih zavez. Enako velja za dinamiko pragmatičnega razvijanja dobrih odnosov s Kosovom.

Ne bom tekmoval s tistimi, ki naštevajo, kaj vse je v Srbiji še problem, se pa pridružujem številnim kolegom, ki se zavzemajo za skorajšnje odprtje poglavij 23 in 24. Ne zato, ker bi bil neučakan, ampak ker gre za področja, kjer je napredek najbolj potreben in zaželen.

Tonino Picula (S&D). – Gospodo predsednice, čestitam kolegi McAllisteru na doista dobrom izvješću o stanju stvari i napretku Srbije u prošloj godini. Poboljšan zakonodavni okvir koji treba slijediti učinkovita implementacija, sudjelovanje u mirovnim misijama, napredak na eurolintegracijskom putu, samo su neki od pozitivnih momenata.

U isto vrijeme, ovo izvješće obuhvaća velik dio sadržaja prošlogodišnjih izvješća, što znači da je pred Srbijom još puno posla. Ugrožena sloboda medija, nedovoljno učinkovita borba protiv korupcije, napredak u vladavini prava, sudjelovanje u demokratskim procesima, poštivanje ljudskih prava i prava manjina, usklađivanje s vanjskom politikom Europske unije dio su *to-do* liste kojima Srbija mora pristupiti bez odgode.

Otvaranje pregovora sa Srbijom označava početak pozitivnog pritiska s ciljem ozbiljne transformacije velikog broja sektora u Srbiji. Kao što je naglašeno i u izvješću, od iznimne važnosti u tom procesu je i poboljšanje odnosa sa susjedima i rješavanje preostalih bilateralnih pitanja, poput granične demarkacije, utvrđivanja sudbine nestalih, sukcesije, prava manjina u Vojvodini i zakona o procesuiranju ratnih zločina.

László Tóké (PPE). – Csak üdvözlöni lehet, hogy egy nehéz év után, tavaly decemberben végre elkezdődtek a csatlakozási tárgyalások Szerbiával. Az érdemi előrelépéshez viszont az szükséges, hogy a jelképes nyitás nyomán ebben az esztendőben a 23. és a 24. tárgyalási fejezetekre is sor kerüljön, vagyis Szerbia tényleges eredményeket mutasson fel a demokratikus jogállamiság, a törvényhozás és az igazságszolgáltatás, valamint az alapvető emberi és kisebbségi közöségi jogok terén.

Jellemző, hogy a McAllister-jelentéshez beérkezett módosító indítványok legnagyobb része a kisebbségi jogok körébe tartozik. A múltban többször is előfordult, hogy egyes országok csatlakozásakor az Unió túlzott engedékenységet tanúsított a kisebbségi ügyek tekintetében. Ne essünk ugyanebbe a hibába Szerbia esetében. Romániai magyarként a szerbiai magyarok és románok, vlachok érdekeit védve maximális elvárásokat támasztok a kisebbségi cselekvési terv, illetve Szerbia kisebbség politikája iránt. Ezek teljesítése megkerülhetetlen előfeltétele legyen az ország uniós felvételének.

Olle Ludvigsson (S&D). – Fru talman! EU har mycket att vinna på att ett öppet och välfungerande Serbien så småningom kommer med som ny medlemsstat. Därför är det viktigt att EU talar med en röst och förmedlar ett enhetligt budskap, så att Serbien har en stabil motpart att förhålla sig till inför de fortsatta anslutningsförhandlingarna.

Jag välkomnar därför Europaparlamentets resolution som erkänner den ambitiösa reformagenda som Serbien har påbörjat, och som uppmanar landet att fortsätta med de reformer som krävs för ett framtida EU-medlemskap. Särskilt viktigt är det att driva på Serbien i arbetet med att garantera rättsstatsprincipen, mediefriheten, demokratin och mänskliga rättigheter.

Detta är kanske det kriterium som landet är längst ifrån att uppfylla, men som är avgörande för europeisk integration. I detta arbete måste EU se till att Serbien får tillräckligt med stöd för att kunna leva upp till kraven, för lika mycket som vi har att vinna på att Serbien närmar sig EU har vi att förlora på att landet skulle välja en annan väg.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-жо Председател, европейската интеграция на Сърбия гарантира мир и икономически просперитет не само за сръбските граждани, но за целия регион. Този процес обаче задължително минава през преодоляване на комунистическите и националистически практики от всички страни, които са разделяли региона в миналото, но имат рецидиви в настоящето.

Съдбата е определила различни етноси – сърби, българи, унгарци, хървати и други да живеят на едно и също място. Целта ни днес е не просто да живеем един до друг, а да живеем заедно в добросъседство. Национализмът никога не е водил до нищо добро за хората.

В присъствието тук на сръбския министър по европейските въпроси искам да призова властите в Белград да удовлетворят волята на гражданите на Цариград и да върнат историческото име на града вместо сегашното разделящо име на комунистическия диктатор Димитров. Също така призовавам най-накрая да се финализира многогодишната сага с преводите и издаването на учебници на езиките на националните малцинства, за да могат младите граждани от различни етноси да изучават предметите на техния майчин език.

Тези стъпки в правилната посока ще докажат, че Сърбия се променя и заема полагащото ѝ се място сред семейството на европейските народи.

(Ораторът прие да отговори на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта (член 162, параграф 8 от Правилника за дейността)).

Ангел Джамбазки (ЕСР), въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта. – Уважаеми колега Ковачев съгласен съм с Вас по отношение на името на Цариград – разбира се, то трябва да се върне. Но бих искал да Ви попитам не смятате ли, че сръбската държава трябва преди всичко да гарантира всички права и законни интереси на признатото от мирните договори българско национално малцинство и да престане да тормози представителите на това малцинство, например случая с Иван Николов, случая с Димитър Димитров и да гарантира правата на българската общност в Сърбия – това би било едно условие за интеграция, нали така?

Андрей Ковачев (РРЕ), отговор на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта. – Г-н Джамбазки, наистина от една страна Сърбия има може би едно от най-добрите законодателства по отношение на националните малцинства, но въпросът с прилагането или с практиката на това законодателство е под голяма критика. На много места от миналото се злоупотребява с тези практики в местната власт, съдилищата, прокуратурата и полицията, и хората от националните малцинства имат проблеми.

Това, което казахте, е точно. Българското национално малцинство в Босилеград и Цариград многократно е изпитвало лошо или отрицателно третиране от страна на сръбските власти.

Soraya Post (S&D). – Fru talman! I förhandlingarna mellan EU och Serbien är de mänskliga rättigheterna det absolut viktigaste området som också kommer att avgöra hur väl man lyckas med att nå målen inom övriga områden.

Det finns fortfarande stora utmaningar kvar vad det gäller implementeringen av antidiskrimineringslagstiftning, särskilt vad det gäller hbtqi-personers rättigheter. Det civila samhället i Serbien idag gör ett gott och oerhört viktigt arbete och det är väldigt viktigt att det får stöd för sina verksamheter och involveras i allt policyarbete som rör mänskliga rättigheter utifrån demokratins principer.

Under en AFET/DROI-delegationsresa till Serbien i september förra året tog jag upp frågan om mäns ökande våld mot kvinnor med premiärminister Buzek, där han då sade att de behöver och kommer att förbättra lagstiftningen till skydd för våld utsatta kvinnor så att den håller EU-standard. Jag vill att vi följer upp det här, och ser det som en väldigt viktig säkerhetsfråga.

Vad det gäller romernas situation är den väldigt oroande i Serbien. Jag är glad att betänkandet har tagit upp detta, det är en väldigt viktig del i betänkandet. Men för att få framgång i detta så behövs....

(Talaren avböjde en fråga ("blått kort") från Buonanno.)

Miroslav Poche (S&D). – Paní předsedající, pane komisaři, vztahy mezi Srbskem a Kosovem musí být nedílnou součástí vyjednávacího procesu o vstupu Srbska do Evropské unie. Já jsem velmi rád, že ta jednání byla zahájena právě kapitolou 35, která se věnuje těmto vztahům. Ale mám dotaz k minulému týdnu, kdy probíhalo v Bruselu velmi zdoluhavé jednání mezi vysokou představitelkou Mogheriniovou a předsedy vlád Srbska a Kosova, a my jsme se nedozvěděli příliš mnoho informací o tom jednání. Mělo se týkat především implementace dohody o posílení statusu municipalit na severu Kosova, to je ta dohoda, jejíž platnost pozastavil kosovský ústavní soud a která je velmi nepopulární mezi kosovskými obyvateli. Mohl byste nám, pane komisaři, sdělit, zda jsou nějaké závěry z toho jednání o odblokování implementace této dohody v Kosovu a jakou roli bude hrát Evropská unie dál při implementaci této dohody?

(Řečník odmítl otázku, kterou zvednutím modré karty položil Gianluca Buonanno).

„Catch the eye”

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, nastavak europskog puta Srbije važan je za normalizaciju odnosa u jugoistočnoj Europi, što je interes svih susjeda, ali i Europske unije. Međutim, moram izraziti nezadovoljstvo napretkom koji Srbija ostvaruje u pogledu poštivanja prava nacionalnih manjina. To se konkretno odnosi na gašenje medija koji emitiraju program na hrvatskom jeziku kao i jezicima drugih nacionalnih manjina.

Izostanak financijske potpore za tiskanje udžbenika na hrvatskom jeziku te izostanak političke zastupljenosti Hrvata predstavlja grubo kršenje međudržavnog ugovora i pravne stečevine Europske unije. Tražim da Srbija promijeni Zakon kojim si je uzela ulogu malog Haaga i koji je prijetnja hrvatskim braniteljima iz 18 država članica Europske unije.

Pozivam srbijanske vlasti da preispitaju odluku o rehabilitaciji režima Draže Mihajlovića iz 2015. godine, a srbijanske političare da se suzdrže od radikalizacije javnog prostora. Rješavanjem ovih otvorenih pitanja Srbija će odaslati jasnu poruku da je spremna poštivati pravnu stečevinu Europske unije, nastaviti proces integracije s Unijom i graditi dobro-susjedske odnose s državama u svom okruženju, što je zajednički cilj.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση και ιδιαίτερα η Γερμανία και η Αυστρία με την εξωτερική πολιτική που ακολούθησαν κατά τη δεκαετία του 1990 φέρουν σημαντική ευθύνη για τον διαμελισμό της Γιουγκοσλαβίας. Μετά από μία δεκαετία πολέμων και νατοϊκών βομβαρδισμών που στόχευαν τη Σερβία, η χώρα αυτή βρέθηκε να έχει απολέσει σημαντικά εδάφη στα οποία κατοικούσαν σερβικοί πληθυσμοί. Απώλεσε την πρόσβαση της στη θάλασσα, αλλά και το λίκνο του σερβικού πολιτισμού, δηλαδή το Κόσσοβο, ενώ σημαντικές υποδομές της καταστράφηκαν.

Σε μια κοινωνία που βρίσκεται έκτοτε σε καθεστώς οικονομικής ανασφάλειας, έρχεται η Ευρωπαϊκή Ένωση και με τον πλέον υποκριτικό τρόπο της ζητά, εδώ και τώρα, την απόλυτη προσαρμογή στα δυτικοευρωπαϊκά πρότυπα οργάνωσης του κράτους. Και σα να μην έφτανε αυτό, η Ευρωπαϊκή Ένωση ζητά την ντε φάκτο αναγνώριση του Κοσόβου εκ μέρους του Βελιγραδίου, γεγονός που πέραν των άλλων ενισχύει τον αλβανικό εθνικισμό.

Επισημαίνουμε τον θετικό ρόλο της Σερβίας στο προσφυγικό και δηλώνουμε ότι η θέση της Ορθόδοξης Σερβίας είναι στην Ευρώπη και ο ελληνικός λαός στηρίζει την ευρωπαϊκή πορεία της Σερβίας.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospođo predsjednice, gospodine povjereniče, gospodine ministre, i ja bih podržao sve one koji su ovdje govorili o važnosti europskog puta Srbije jer će to dovesti do demokratizacije države i društva i važno je za cijeli prostor zapadnog Balkana, ali bih htio ukazati na jedan kontroverzan proces koji se događa u Srbiji, a to je proces privatizacije medija koji dovodi do koncentracije medija koja može biti opasna po slobodu medija, a doveo je u međuvremenu i do gašenja niza medija na manjinskim jezicima.

Zaštita slobode medija i zaštita prava manjina, pogotovo prava na informiranje manjina na svojim jezicima je jedno od temeljnih demokratskih prava i zato pozivam Europsku komisiju i jednako tako Europski parlament da vrlo pažljivo prate proces privatizacije medija, pogotovo pravo manjina na informiranje na vlastitom jeziku.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Madam President, I just wanted to take the floor as rapporteur for Kosovo – and I will speak straight afterwards – but I would like to express my appreciation for the work done and the good cooperation with the rapporteur, Mr McAllister. I would also like to express my appreciation for the progress made in Serbia in recent months and years on many grounds – in the dialogue with Kosovo, but also on other grounds, for example, the fight against corruption – I find that extremely important. I also support the opening of two chapters with the European Union in negotiations there because I want Serbia to become a member of the European Union, as I want Kosovo to become a member of the European Union.

I would nevertheless like to raise two issues which are of huge concern to me as a European citizen. One is that, in the dialogue between Serbia and Kosovo, there is the principle of good neighbourly relations, as in the European Union. This means that Serbia should support Kosovo's bids to join the United Nations or to join organisations like FIFA or UEFA or others and not block them, because that is being part of a cooperative international community. I would also like to call on the authorities not to go against certain critical journalists and media, because that is also part of democracy.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la relazione presentata dal collega McAllister cita molte questioni importanti e tocca temi assolutamente condivisibili: il problema del sistema giudiziario, che è ancor aggravato di cause arretrate ed è anche sottomesso a pressioni politiche; la corruzione, che è una piaga assolutamente persistente, per non parlare della discriminazione delle categorie deboli come gli LGBTI e le minoranze linguistiche; la necessaria partecipazione della società civile e dell'opposizione al processo politico e anche all'integrazione, per non parlare anche di una retorica ancora troppo militarista.

Purtroppo, però, la relazione è affetta da un grande male: tocca il tema delle relazioni con la Russia. Io non capisco perché ci si ostini a vedere queste come un ostacolo e non come uno strumento per rilanciare noi un dialogo politico serio e franco e mettere sul tavolo le questioni che ci hanno diviso nel corso di questi anni, tanto più che in realtà anche la nostra è una politica molto ambigua e molto diversa e variegata. Basti pensare che, mentre da un lato si chiede l'intransigenza, dall'altro si negozia il raddoppiamento del *North Stream*. Allora decidiamo finalmente una linea e cominciamo a utilizzare il buon senso. Approfittiamo di quest'occasione che potrebbe non ripetersi.

Zoltán Balczó (NI). – A Szerbiáról szóló uniós eredményjelentés kapcsán a nemzeti kisebbségek helyzetével kívánok foglalkozni. Még mindig nem történt meg a nemzeti tanácsokról szóló törvény módosítása. Az alkotmánybíróságnak megfelelően a határidő 2014 vége volt. Az EP sürgeti a törvény mihamarabbi elfogadását. Ez azonban semmire nem kötelezi Szerbiát. Közben a nemzeti tanácsok hatáskörük megnyirbálása miatt képtelenek rendesen működni. A média-privatizációt követően megszűnik műsoroknak a kisebbségi nyelven való közvetítése. Ez a szerzett jogok semmibevételét jelenti. A jelentésben az EP kéri a szerb kormányt a kisebbségek jogaira vonatkozó nemzetközi egyezmények végrehajtására. Ez a kérem szó ez nagyon kevés. Nemzetközi kötelezettségek végrehajtásáról van szó. Itt világosan fel kellene szólítani Szerbiát ennek teljesítésére.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, na početku želim čestitati gospodinu McAllisteru na izvanrednom izvješću koje je obuhvatilo sve ono o čemu smo razgovarali kroz ovih par godina, ali i puno amandmana koje smo dali, posebno mi iz Hrvatske.

Međutim, puno se ponavlja istih detalja iz prošlih izvješća, što znači da je duga lista poslova koje Srbija još mora napraviti. U svakom slučaju, ono na što bih stavila akcent to je usklađivanje vanjske politike Srbije s politikom Europske unije. Tu posebno mislim na odnose s Rusijom, ali i na onaj dio koji se odnosi na Bosnu i Hercegovinu gdje premijer Vučić podržava referendum o Republici Srpskoj što je po mom mišljenju neprihvatljivo.

Naravno, tu su i prava manjina, posebno hrvatske manjine i njihova participacija u Skupštini Srbije, zatim autonomija Vojvodine i priznavanje njezine kulturne različitosti, ali i povratak kulturnih dobara te sudbina nestalih osoba. Na tome ćemo inzistirati i ja bih zahvalila što je uvršteno to i u ovo izvješće. Vjerujem da ćemo tijekom ovog procesa to pitanje bilateralno riješiti.

Csaba Sógor (PPE). – Azt gondolom, hogy az utóbbi időben mind Szerbia, mind az Európai Unió részéről az ország európai integrációjának felgyorsítása irányába mutató lépések történtek. Ez mindenképpen biztató, ugyanakkor szeretném felhívni a figyelmet a nemzeti kisebbségek helyzetére. A csatlakozási tárgyalások során egy olyan tartós mechanizmus kialakítása a cél, amely visszavonhatatlan jogköröket és lehetőségeket biztosít Vajdaság tartománynak, megerősíti a nemzeti tanácsok hatásköreit, továbbá minden olyan részterületet szabályoz, amelyet a kisebbségek legitim szervezetei fontosnak tartanak a közösségek jövője szempontjából. Azért fontos az elkövetkező időszak, mivel a tapasztalatok azt mutatják: a tagállammá válás után visszafejlődés indulhat el a többség-kisebbség viszonyrendszerben, mint ahogyan ez

történt Romániában és Szlovákiában is. Fontos ugyanakkor, hogy a vállalások meg is valósuljanak még a csatlakozás előtt, hiszen Romániában a 2005-ben – két évvel a csatlakozás előtt – a kormány által elfogadott kisebbségi törvényt a mai napig nem fogadta el a törvényhozás, az EU pedig már nem képes kikényszeríteni azt.

Franc Bogovič (PPE). – Čestítam kolegu Davidu McAllisterju za uravnoreženo poročilo o Srbiji, ki je zelo spodbudno. Srbija je naredila velik napredek na številnih področjih, zato je Srbija povsem upravičeno 14. decembra lani odprla poglavji 33 in 35.

Srbija se je pokazala kot zelo odgovoren in stabilen partner pri reševanju migrantske krize. Verjamem, da bo tako tudi v prihodnje, ko se bo migrantski tok še vedno odvijal po balkanski poti.

Stabilna, demokratična in gospodarsko uspešna Srbija je garant za to, da bodo mladi Srbi videli svetlo prihodnost doma v Srbiji, prav tako pa je takšna Srbija pogoj za stabilen celoten Zahodni Balkan.

Srbiji mora EU pomagati na poti nujnih gospodarskih reform, z dovolj velikimi predpristopnimi pomočmi pa izboljšati prometno in okoljsko infrastrukturo. S pomočjo IPARD-a sredstev pa tudi ustvariti nova delovna mesta.

Odprtje poglavij 23, 24, ki govorita o pravosodju, temeljnih pravicah, svobodi, varnosti, pričakujem v začetku tega leta. V poročilu so omenjene težave na teh področjih, odprtje teh poglavij in demokratizacija srbske družbe pa je pogoj za to, da bodo šle stvari v pravo smer.

Srbiji želim vse dobro tudi po volitvah in uspešno na evropski poti.

„Catch the eye vége”

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, thank you for this interesting debate, which reflects the importance of the enlargement process. As a key stabilising factor in and for the region, I fully appreciate the sensitivity of bilateral issues where further efforts will be needed to overcome the legacy of the past. At the same time, as I mentioned in my introduction, we should ensure that bilateral issues do not hamper the accession process. Part of the negotiation process, by the way, is also a gradual alignment with European foreign policy. In that respect, a joint military exercise with Russia does not send the right signal.

The effective and impartial handling of war crimes in line with international standards features high in our negotiations with Serbia. We will carefully monitor the implementation of the measures Serbia has undertaken in its Action Plan on Chapter 23 to address our recommendations on the need for efficient and impartial treatment of war crimes, equal treatment of suspects, proportionality of sentences and protection of victims.

I also take note of your concerns regarding the protection of national minorities. This is also a key requirement for Serbia. The legal framework is broadly in place and we are closely monitoring its consistent implementation across Serbia, particularly in education, the use of languages and access to religious services and media in minority languages. In the end, Serbia needs to guarantee all these rights in practice. Here again, we will monitor Serbia's progress in implementing the measures it undertook under its Rule of Law action plans and the dedicated action plan on national minorities. Once again, thank you for this valuable report, to all of you who contributed to it.

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Madam President, from my side I would also like to express my sincere gratitude for the report and the commitment of the rapporteur, Mr McAllister.

I have the impression that this has been a very useful debate. Serbia now has a clear path for moving ahead in the accession process and, most notably, in the area of the rule of law and the normalisation of relations with Kosovo.

Mr McAllister mentioned the need to open Chapters 23 and 24. Let me also underline from my side that, in line with this new approach, the rules in Chapter 23 and 24 will be addressed early on. Of course we have to discuss this in the Council, but I think it is important that we are already working hard in the COELA working groups to get agreement on this. Some Member States would like to see additional progress on minorities. I think the National Action Plan on minorities that is being presented today in Brussels by the Serbian Government will help in this respect.

From my side, I would also like to underline the importance of continuing to solve bilateral issues. As stated in the last Council Conclusions on Serbia, the Council encourages Serbia to further intensify its reform process. I think these issues were also mentioned by many Members here today – an independent judiciary, building up a track record in the fight against corruption and organised crime.

Moreover – some Members have mentioned this and I think it is important – particular attention needs to be paid to full respect for fundamental rights, including protection of the most vulnerable groups – in particular the Roma – as well as to the effective implementation of legislation on the protection of minorities, tackling discrimination on the basis of sexual orientation or gender identity, and further improving the business environment and the investment climate.

Some concerns were mentioned about deteriorating conditions for the full exercise of freedom of expression. It is important, of course, that, within the context of reform, progress continues to be made on this issue, as well as – as Commissioner Hahn mentioned – to deal proactively with the issue of war crimes.

Serbia needs to maintain an active and constructive engagement in the normalisation process with Kosovo, which has made significant progress. I think there has also been a productive approach from Serbia towards the issue in Kosovo. We will come to that later on this afternoon in the debate on Kosovo.

On the issue of foreign policy, which some Members have mentioned, the European Union closely follows the alignment of candidate countries with European Union external policies and actions, including the EU's relationship with Russia. According to the Commission's last progress report, Serbia's alignment rate was 65%. In line with the negotiating framework, Serbia needs to progressively align its policies and positions with those of the European Union in the foreign and security policy area, which will be assessed within the screening of Chapter 31.

As we know, Serbia did not align itself with the European Union sanctions towards Russia. That was also rationalised, if you like, during their chairmanship of the OSCE in 2015. We hope that we will see alignment on this file as well in the foreseeable future.

Let me underline again that, in line with our new approach, Rule of Law Chapters 23 and 24 will be addressed early in the negotiations. I think that was also the main message from the rapporteur.

elnök asszony. – 1 állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám, melyet az eljárási szabályzat 123. cikkének (2) bekezdésével összhangban nyújtottak be.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2016. február 4-én, csütörtökön kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Lucy Anderson (S&D), in writing. – The 2015 progress report rightly reflects the fact that Serbia has made significant strides on reforms to fight corruption and strengthen the rule of law. These efforts should be recognised and welcomed. However, there is still more work to be done to protect the independence and integrity of the judicial system and access to justice, and exercise of freedom of expression. And, as the report highlights, Serbia also needs to focus on other concerns and sectors, for example the education system, promoting work and training for young people, respecting the rights of workers, development of the public transport system, and respecting its environmental and energy commitments.

As a Socialist member of our Serbia Committee, I would have preferred that the report emphasise further that the social dimension of EU accession must be addressed. Employment, labour and trade union rights still remain limited. It is also clear that social dialogue in Serbia remains weak and the consultation of social partners irregular. Agency and other less secure workers are not adequately protected. Furthermore, restructuring and privatisation should not be regarded as goals for their own sake. Many Serbians rely on public sector jobs and negative employment effects must be avoided where possible.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Szerbiáról szóló 2015. évi országjelentés kiegyensúlyozott, reális, objektív dokumentum. Szerbia fontos lépéseket tett az elmúlt évben, amelyek eredményeként megnyíltak az első tárgyalási fejezetek. A jelentés kiemeli az eddig elért eredményeket a regionális együttműködés, illetve a migráns- és menekültválság kezelése terén, de rámutat a hiányosságokra is, elsősorban a szólás- és médiaszabadság, a jogállamiság, a korrupció és a szervezett bűnözés elleni harc területén. Szerbiában az elmúlt egy évben sok ígéretes törvény, akcióterv készült, amelyek végrehajtása kulcsfontosságú nemcsak a tárgyalási fejezetek megnyitása miatt, hanem azért is, hogy Szerbia polgárai mielőbb európai szintű jogállamiságot kapjanak. Ez pedig különösen fontos a nemzeti kisebbségi közösségeknek, köztük a vajdasági magyar közösségnek is. Ez a jelentés ebben igyekszik további ösztönzést és útmutatót adni a szerb kormánynak.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Ezúton gratulálok McAllister kollegámnak a kiegyensúlyozott, minden fontos területet lefedő éves Szerbia-jelentéshez. Üdvözlöm, hogy módosítóinkat elfogadva, idén külön fejezet foglalkozik a kisebbségben élő nemzeti közösségek tiszteletben tartásával és védelmével. Ezek a közösségek sajátos helyzetben vannak, fontos számukra nem csak a jog, de az esélyegyenlőség biztosítása is. Fontos az egyenlő bánásmód biztosítása, hogy egyenjogú állampolgárokként kezeljék e közösségek tagjait, legyen szó az élet bármely területéről. Elengedhetetlen biztosítani az anyanyelvhasználatot, az anyanyelvű oktatáshoz való hozzáférést, a megfelelő tankönyveket. Üdvözlöm, hogy a jelentés kiemeli, hogy Vajdaság kulturális sokszínűsége hozzájárul Szerbia identitásához, és hangsúlyozza, hogy nem szabad gyengíteni önállóságát. A Vajdaság erőforrásairól szóló törvényt az alkotmány által előírt módon, további késedelem nélkül el kell fogadni. A Vajdaságban jól működik a nemzeti kisebbségi tanácsok rendszere, szerepük kiemelkedő a nemzeti kisebbségek jogainak előmozdítása terén, ezért biztosítani kell finanszírozásukat. A jelentés üdvözli Szerbia kötelezettségvállalását egy nemzeti kisebbségekre vonatkozó célzott cselekvési terv összeállítására, ugyanakkor azt is kiemeli, hogy a már megszerzett jogokat nem szabad visszavonni, megcsonkítani. A kisebbségi jogok ily módon való megfelelő biztosításával elkerülhető lenne a korábbi csatlakozási tapasztalat, miszerint a tagjelöltek csak a csatlakozásig, átmenetileg tartják szem előtt a nemzeti közösségek érdekeit. Ezért fontosnak ítélem, hogy a létező jogszabályok alkalmazását és azok betartását a Bizottság kísérje figyelemmel.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Serbien ist ein strategisch bedeutsamer Partner der EU auf dem Balkan. Vor allem in der Flüchtlingskrise kommt dem Land aktuell eine große Bedeutung und Verantwortung zu. Die Indikatoren sprechen dafür, dass Serbien den zukünftigen Herausforderungen einer EU-Mitgliedschaft gewachsen sein wird. Die serbische Regierung treibt den Integrationsprozess voran und zeigt sich bereit, die Acquis-Gesetzgebung planvoll und koordiniert umzusetzen. Das Bewusstsein für den Rechtsstaat setzt sich immer stärker durch, was zu einer Entspannung der Beziehungen zu den Nachbarländern führt. Mehr Rechtsstaatlichkeit ist auch wichtig für das Investitionsklima und stellt die Grundlage für eine Liberalisierung der Wirtschaftsstruktur dar. Die Einbindung von Sozialpartnern in die Gesetzgebung schreitet voran, ebenso Bestrebungen, die Justiz unabhängiger zu machen. Angesichts des Drucks aus Medien und politischen Parteien in Bezug auf Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen und des hohen Ausmaßes an organisierter Kriminalität, die die demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Serbiens behindert, hat das Land noch viel Aufholbedarf. Gleiches gilt auch, wie der Berichtstatter richtig erwähnt, für die Redefreiheit: Immer wieder kommt es zu Fällen von Drohungen gegen Journalisten oder Selbstzensur. Trotz allem scheint Serbien auf einem guten Weg zu sein. Die Reform der öffentlichen Verwaltung hat begonnen, regionale Selbstbestimmung ist weitgehend umgesetzt und die Regierung beschränkt Eingriffe auf Koordinierung.

Josef Weidenholzer (S&D), *schriftlich*. – Der Fortschrittsbericht über den Beitritt Serbiens stellt eindrucksvoll unter Beweis, dass es auch unter schwierigen Umständen möglich ist, die Kopenhagen-Kriterien umzusetzen. Dies ist auch auf die dezidierte Bejahung der europäischen Perspektive durch die gegenwärtige serbische Führung zurückzuführen. Besonders positiv ist dabei auch die selbstkritische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit zu vermerken, die in einer positiven Bejahung der Multikulturalität des Westbalkans mündet. Das wird auch im Entschließungsantrag gewürdigt. Etwa in Bezug auf die autonome Provinz Vojvodina: „Die kulturelle Vielfalt der Vojvodina trägt zur Identität Serbiens bei.“ Serbien ist bei diesem Selbstfindungsprozess zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sind auch jene Bestrebungen zu erwähnen, die sich der Aufarbeitung der Vertreibung der Donauschwaben nach dem Zweiten Weltkrieg widmen. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer europäischen Perspektive, die nicht in der wechselseiti-

gen Aufrechnung der Vergangenheit, vielmehr in der Versöhnung und wechselseitigem Verständnis liegt.

13. Prozess der europäischen Integration des Kosovo (Aussprache)

elnök asszony. – A következő pont a Tanács és a Bizottság nyilatkozata Koszovó európai integrációs folyamatáról (2015/2893(RSP)).

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Madam President, firstly, let me welcome Parliament's recent consent to the Stabilisation and Association Agreement (SAA) with Kosovo. It was an important decision. We are now working in the Council to conclude the Agreement and have it enter into force as soon as possible.

The Stabilisation and Association Agreement – the first comprehensive agreement between the European Union and Kosovo – sends, in my view, an important political signal of support and it is of critical importance for the future of Kosovo. A lot will now depend on how the Agreement will be implemented. The people in Kosovo will feel the concrete benefits from the Agreement if comprehensive reforms are undertaken. It is, therefore, now essential for Kosovo to focus on the implementation of the Agreement. I think, in particular, attention should be made to improving the rule of law, including judicial independence. Kosovo also needs to intensify the fight against organised crime and corruption, which remains a serious problem, and to build a track record in high-profile cases.

The Council is concerned about the current political standoff in Kosovo which, in our view, needs to be urgently resolved. We condemn all use of violence and we have clearly called on all sides concerned to address the challenges through political dialogue and to engage on the implementation of Kosovo's European reform agenda. Strong political will is required from all political actors now to overcome this difficult internal situation and move Kosovo far forward.

Political stability is an essential ingredient to consolidate the European process launched with the SAA. Association and stabilisation go, in the end, hand in hand. Stabilisation in this context also includes moving forward on the normalisation of relations with Serbia, as we just discussed in our previous debate. Unless stabilisation is clearly visible, it will be difficult to move forward on association.

We have seen very encouraging developments in the Belgrade-Pristina dialogue over the last year. The key agreements that were reached in August are an important achievement, and we know that this has not always been easy politically. It continues to remain a very politically-sensitive issue and a divisive issue, and I think it will now be important for Kosovo to swiftly implement its part of these agreements, despite the internal difficulties it is facing. In this sense, I am encouraged by the meeting last week between Prime Ministers Mustafa and Vučić, by which they reaffirmed the importance of the dialogue for both countries.

The Council will closely follow these developments and we will continue to support Kosovo. We will put particular emphasis on furthering Kosovo's socio-economic reform agenda, including through financial and technical assistance. Economic growth, and specifically, I think, creating employment, is a main concern of the Kosovo people.

Let me add just a few comments on the visa liberalisation process, which is a top political priority for Kosovo. The Commission's recent report considers that Kosovo has been steadily and effectively progressing in all areas covered by the visa liberalisation roadmap. At the same time, it also notes eight outstanding requirements which will need to be fulfilled, of which four important areas remain key priorities. I think it will now be central for Kosovo to work on these areas. Once all these criteria have been fulfilled, the Council will revert to this issue.

Let me finally underline the important role EULEX continues to play to support reforms and further the rule of law in Kosovo.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, only two weeks ago I addressed this House to thank it for its support in the continuing development of EU-Kosovo relations and its support for the Stabilisation and Association Agreement (SAA) we negotiated with Kosovo. I would like again to thank the Committee on Foreign Affairs and in particular rapporteur Ulrike Lunacek for their support.

This House's overwhelming vote in support of the SAA on 21 January was welcomed in both Brussels and Pristina. In Brussels it should allow the Council to adopt the agreement later this month, and in Pristina it reminded everyone of the support Kosovo has in this House. I look forward to the SAA entering into force in April or May. Implementation of the Agreement will not only deepen our political relations, it will also ensure a more predictable business environment, leading to much-needed jobs and growth.

I hope that political leaders in Kosovo take the opportunity of the adoption of the Stabilisation and Association Agreement to sit around the table to discuss their differences and find a way out of the political stalemate. The political paralysis in Pristina has lasted far too long and has caused a great deal of damage. It is high time that the opposition renounced violence and obstruction and got down to business.

Our 2015 report on Kosovo confirms that Kosovo needs to address structural reforms to tackle key economic reform challenges. Unemployment is unacceptably high and economic development is not sufficient. More focus is needed on delivery of results in the fight against organised crime and corruption. The same goes for the independence and capacity of the judiciary. Improvements in these areas should provide the people of Kosovo with a perspective for a better future.

As reflected in the SAA, we attach great importance to the normalisation of Kosovo's relations with Serbia. Kosovo needs to implement the agreements it has reached and continue to work towards further agreements. Kosovo also needs to ensure that the specialist chambers become fully operational quickly. Kosovo's cooperation with the chambers will be of critical importance to the country's image and international standing and therefore to its European future. Similarly, Kosovo needs to continue to work with our European Union Rule of Law Mission (EULEX) in the execution of its mandate. This is a legal obligation under the SAA.

We fully understand that visa liberalisation is a key issue for Kosovo and that Kosovo's progress in this area is important to this House. The Commission's third and final report on Kosovo's visa progress last December noted substantial progress but also concluded that eight requirements still had to be fulfilled before it could proceed with the proposal.

Kosovo is working hard to fulfil the remaining recommendations and therefore I hope this will be possible very soon and then we can indeed have a positive report. Once again, allow me to thank all of you for your support, and I am looking forward to the debate.

Ulrike Lunacek, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Kosovo is the youngest European state. In two weeks it will be eight years since it declared independence after war, after very difficult times, and there are lots of young people there – younger and older ones – who are sure they want this country to become a member of the European Union, a fully-fledged member of this European community. It is a very pro-European citizenship there, and there has been progress over the last years, as you have mentioned, Commissioner, and also you, Minister, for the Council.

The Stabilisation and Association Agreement (SAA) was adopted just two weeks ago in this House and this will come into force very soon. There is also progress in the dialogue between Kosovo and Serbia: not good enough yet, but there is progress. Kosovo will soon, if things go well, have a telephone code of its own, which it has not had yet. So there is progress, but still it is not enough.

This Parliament has been supportive of Kosovo's statehood, of its independence, since the beginning, and we need to move forward on that with the Commission and the Council, because this country is still not fully recognised by all EU Member States. Five are still blocking, for example, Kosovo from becoming a member of Europol or Interpol, to increase the fight against corruption and organised crime, or also blocking things as important to citizens as the International Football Association or UEFA – or even the Eurovision Song Contest for those who like it.

So, these things are important for citizens here. More needs to be done, and most of all visa liberalisation, as has been mentioned, because of this feeling of being locked in. Just imagine you live in a very small country; all citizens of countries around you can travel freely to the European Union to visit friends and families, and to visit the beautiful sights etc., of this European Union, and you cannot, although your parents and grandparents in Yugoslavia, more than 25 years ago, could do that.

So this is something where efforts need to be improved. Kosovo has to do a bit more yet, but so has the Commission – and here I directly address the Commissioner – to move forward as soon as the Commission gives a green light, and I would also call on the Council Presidency: please give the green light to make sure that Kosovo citizens can travel freely.

Coming to the domestic crisis in Kosovo: last week we had the European Integration Committee of the Kosovo Assembly here – all parties, government and opposition. This is the way forward, and I have called on the opposition time and again to stop blocking the Assembly, to stop using violence in the Assembly – and also outside, demonstrations are fine, but peaceful ones please – and to go back in, and I would also call on all of them to follow the call of President Atifete Jahjaga to get around the dialogue table and to find a non-violent solution to the domestic crisis.

When it comes to the implementation of the dialogue agreement between Kosovo and Serbia, I need a couple of sentences more, thank you. It is important to implement it, but also, for the association of Serbian municipalities, in line with the ruling of the Constitutional Court of Kosovo. This is possible. It is about the laws and the statutes, whereas the agreement is only on the principles. The Constitutional Court is part of the statehood of Kosovo, with three international judges on it, so this is something I appeal also to this House to vote in favour of.

Many other details are in the report. I have no time to go into details on that. I would like to thank all the shadows for their good cooperation, and I hope from this House there will be good support for Kosovo in its European process, strong support from this Parliament as in all the years before.

(Applause)

Lars Adaktusson, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the Commission's progress report has been issued at a significant time for Kosovo. This Parliament has just voted positively on the Stabilisation and Association Agreement, an agreement that is not only important for the economy but also for Kosovo's integration within the EU.

Despite this, new and further steps need to be taken. Two examples: firstly, visa liberalisation. Many of us hope that the Commission will find the necessary criteria fulfilled as soon as possible, not least because we know that such a move would send an important signal to the Kosovars that the country's pro-European alignment generates results. Secondly, the establishment of an association for communities with a Serbian majority is for the moment one of the most pressing issues facing Kosovar politicians. A successful implementation will hopefully mean further steps on the way to normalisation with Serbia and a return to a constructive relationship between government and opposition in Pristina.

The resolution we are debating today has been well prepared by Ms Lunacek and reflects the general view of Parliament. In order to support the people of Kosovo on their path towards the European Union, the EPP will vote for the resolution in the final vote.

Pier Antonio Panzeri, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio l'onorevole Lunacek per il lavoro svolto. Questa relazione sui progressi compiuti in Kosovo fotografa la situazione attuale di piena transizione. Come è già stato detto, sono un fatto importante la firma e poi l'approvazione da parte del Parlamento europeo dell'accordo di stabilizzazione e di associazione, che ha confermato la prospettiva europea per il Kosovo.

Noi pensiamo ci siano le condizioni perché il Kosovo si indirizzi verso obiettivi consolidati di avvicinamento all'Unione europea. La relazione Lunacek indica quali sono gli impegni da assumere perché tutto ciò si realizzi. Bisogna consolidare i passi rilevanti verso una normalizzazione dei legami con la Serbia e sviluppare con maggiore celerità una politica di riforme. Gli sforzi compiuti di riforma della pubblica amministrazione sono importanti, ma la politicizzazione continua a destare enormi preoccupazioni. Tra i principali problemi economici vengono indicati fattori come la scarsa competitività, l'economia sommersa e l'alto tasso di disoccupazione, che frenano oggettivamente le possibilità di crescita e di sviluppo di questo paese. Vanno affrontati con serietà i temi dello Stato di diritto, la lotta alla corruzione e la lotta alla criminalità organizzata.

Noi su tutto questo ci aspettiamo passi avanti. Bisogna avere consapevolezza che sono la condizione essenziale per costruire una prospettiva positiva per il Kosovo, al riparo delle violenze e alle quali abbiamo assistito recentemente. È necessario fare tutto ciò al più presto anche per superare difficoltà e diffidenze, soprattutto di quei paesi che non hanno ancora riconosciuto e che noi ci auguriamo possano riconoscere questo Stato importante.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR.* – Уважаеми г-жо Председател, г-н Комисар, г-жо Луначек, колеги, благодаря на колегата Луначек за работата по резолюцията и за цялостния ѝ принос в сближаването на Косово към ЕС. Благодаря и на колегите докладчици в сянка за сътрудничеството в изготвянето на крайния текст на резолюцията.

Безспорно, доволен съм от изготвения текст; засегнати са много от проблемите на страната и са отправени конструктивни критики и препоръки. Въпросът с етническите малцинства също е разгледан и призоваваме Косово да направи по-големи усилия, за да бъдат защитени и гарантирани правата на всички национални малцинства, в това число и на гораните или на българите особено в областта на Призрен, както стана ясно по време на нашите срещи и разговори с делегацията от Косово.

Искам обаче да обърна внимание на един призив, с който не съм напълно съгласен, а именно либерализацията на визовия режим с Косово. Както аз, така и моята група на ЕКР, сме на мнение, че визовият режим не бива и не е редно да се либерализира преждевременно, преди страната да е изпълнила всички свои задължения. Нека да не забравяме, че така нареченият „балкански батальон“ на Ислямска държава всъщност е съставен най-много от бойци от Косово, а след това и от Босна и Херцеговина.

Не Комисията, а Косово най-вече трябва да ускори работата си и в това отношение, да покаже истински напредък, истински и реални резултати в борбата с организираната престъпност, свободата на медиите, свободата на правосъдието и т.н. Именно за това нашата група ще внесе искане за разделно гласуване на тази част, г-жо Луначек, както Ви уведомих.

Още веднъж Ви благодаря, г-жо Луначек и се надявам резолюцията на Парламента да бъде приета с голямо мнозинство.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie.* – Er zijn landen die uit de Europese Unie willen en er zijn er die inspanningen doen om erin te geraken. *It's a beautiful world, Europe*, zouden we bijna kunnen zeggen.

Ik wil graag onze rapporteur, mevrouw Ulrike Lunacek, van harte danken. We hebben in een goede sfeer, mevrouw Lunacek, kunnen samenwerken met al onze collega's en het resultaat houdt ook wel degelijk rekening met de laatste ontwikkelingen. Die gesprekken van 27 januari tonen aan dat het beide partijen ernst is om toenadering te zoeken. Daartoe hebben we dan ook nog een extra amendement ingelast. Als het goed gaat, mag het óók gezegd worden.

We nemen vandaag, collega's, een heel erg belangrijke resolutie aan, enkele maanden nadat de associatieovereenkomst werd afgesloten. We zien vooruitgang. We mogen hoop koesteren. Nog maar 15 jaar geleden, collega's, stond ik aan die grens tussen Kosovo en Servië. Waar we nu studenten een uitwisseling laten doen, werden toen vijandelijkheden uitgewisseld. Kosovo heeft heel wat inspanningen gedaan het afgelopen jaar. Ze hebben zelfs een wet op de gendergelijkheid aangenomen en een visie ontwikkeld, iets wat we vandaag zelfs niet van onze Europese Commissie kunnen zeggen. Maar er blijven natuurlijk heel wat aandachtspunten: persvrijheid, de strijd tegen corruptie.

Voorzitter, we leven in een tijd waarin veel staten in de EU krampachtig reageren op de vluchtelingen crisis en hun grenzen sluiten. Een tijd waarin vluchtelingenkinderen - en daar heb ik gisteren heel hard op gehamerd - zonder hun ouders ronddolen - 10 000 kinderen zijn vermist - en het slachtoffer worden van mensenhandelaars. Ook een tijd waarin mensen gewoon op zoek gaan naar een betere toekomst. Kosovo is hierbij onze partner en we moeten hen helpen. De Commissie meent dat er een mogelijkheid bestaat voor een visaliberalisering als aan alle voorwaarden is voldaan. We zullen daarom in de toekomst debatteren over het statuut van Kosovo als veilig land. De ALDE-Fractie zal met veel plezier straks ja zeggen tegen deze resolutie.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, estamos ante otro capítulo más de esa burbuja de «sobreintegración» en la Unión Europea, que algún día explotará. Pero, en este caso, estamos hablando de un pretendido Estado creado por las bombas de la OTAN, alentado por criminales financiados por la mafia albanesa que provocaron el ataque a la población civil y el éxodo de refugiados.

Solo hay que mirar al exministro Thaçi, acusado de tráfico de heroína, de armas o de tráfico de órganos por, por ejemplo, Carla Del Ponte. De hecho, en La Haya, en un tribunal financiado por la Unión Europea, serán juzgados estos crímenes.

La autoproclamada República de Kosovo no pertenece a la ONU, no ha sido admitida en la Unesco y más de ochenta países no la reconocen. Todavía sigue en vigor la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de la ONU.

Y yo creo que la Unión Europea debería ayudar, en este marco, a que haya un acuerdo político y no a un pretendido Estado que más parece un portaaviones para la proyección militar estadounidense.

Georg Mayer, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin! „Kosovo je srce Srbije“ – ich wundere mich ein wenig, dass wir hier über eine europäische Integration des Kosovo diskutieren. Wäre es nicht besser, über eine europäische Integration ganz Serbiens zu diskutieren? Denn der Kosovo ist eine Provinz im Herzen Serbiens, und die serbische Mehrheit dort wurde gezielt zu einer Minderheit befördert. Wenn man nun die muslimische Mehrheit im Kosovo als legitimen Grund dafür hernimmt, dieses Land anzuerkennen, dann werden – das ist sicher – andere Regionen in Europa folgen, die das Gleiche wollen.

Wichtig ist für uns auch, dass die Zerstörung der serbischen Identität in dieser Region traurige Realität ist. Vor kurzem wurde erst etwa ein Anschlag im Kloster Dečani verhindert. Am Balkan blüht und entwickelt sich ein radikal salafistischer Islam. Das wissen wir alle aus unseren Debatten, die wir hier im Haus schon leidlich geführt haben. In diesem Sinne werden dort auch am Balkan Nachwuchs-Rekrutierungslager geführt, die ganz bestimmt nicht im Sinne von uns allen sein können.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, αποτελεί ύβρη και τραγέλαφο και μόνο που συζητάμε για προοπτική ένταξης της περιοχής Κοσσυφοπέδιου - Μετόχια στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Η διεύρυνση που προωθείται με πρόσχημα την ευρωπαϊκή ολοκλήρωση και συνοχή εξυπηρετεί συμφέροντα οικονομικών και γεωπολιτικών κέντρων εξουσίας. Ας μου πει κάποιος πώς γίνεται να πραγματοποιηθεί η προσχώρηση ενός κρατιδίου, όταν δεν πληροί τα κριτήρια της Κοπεγχάγης.

Μιας περιοχής που εσκεμμένα εποίκιστηκε με χιλιάδες Αλβανούς και η οποία οραματίζεται την ένωση της με την Αλβανία, σύμφωνα με τις δηλώσεις του Αλβανού Πρωθυπουργού Ράμα και του Κοσοβάρου Υπουργού Εξωτερικών Θάτσι, πρώην ηγέτη του UCK και γνωστού εγκληματία πολέμου. Ενός κρατιδίου που παράγει ισλαμικό εξτρεμισμό, διαφθορά, εγκληματικότητα, φιλοξενεί και εκπαιδεύει τζιχαντιστές και καλλιεργεί το μίσος απέναντι σε άλλους λαούς των Δυτικών Βαλκανίων.

Μιας περιοχής που αποσχίστηκε βιαίως από τη Σερβία και στο έδαφος της οποίας ακόμα επιχειρεί διεθνής στρατιωτική ειρηνευτική δύναμη. Ήδη πέντε κράτη μέλη της Ένωσης δεν έχουν αναγνωρίσει το κράτος μόρφωμα, οπότε τι ακριβώς συζητάμε εδώ; Ας πάψει λοιπόν η κωμωδία και ας κάνουμε το σωστό. Άμεση επανένωση περιοχής Κοσσυφοπέδιου-Μετόχια με τη Σερβία.

David McAllister (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Europäischen Rat in Thessaloniki im Jahre 2003 gilt: Alle sechs Länder des westlichen Balkans haben eine klare europäische Perspektive. Dieses Versprechen hat die Europäische Union durch die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo, welches wir als Parlament vor zwei Wochen ratifiziert haben, einmal mehr bekräftigt.

Leider haben Ausschreitungen auf den Straßen in Priština und Abgeordnete des kosovarischen Parlaments in Atemschutzmasken in den letzten Monaten das Bild vom Kosovo in der Öffentlichkeit geprägt. Ganz klar ist: Tränengas hat in einem Parlament nichts zu suchen, das kann nicht Teil einer funktionierenden Demokratie sein. Daher sollten Regierung und Opposition sich jetzt so bald wie möglich an einen Tisch setzen, um grundsätzliche Fragen der politischen Ausrichtung des Landes zu besprechen.

Abschließend möchte ich noch eine Anmerkung machen zu den laufenden Verhandlungen mit Serbien. Beide Premierminister – Aleksandar Vučić wie Isa Mustafa – haben meinen Respekt für die historischen Ergebnisse, die sie in Brüssel erzielt haben. Die Verhandlungen waren und sind nicht einfach. Nun müssen beide Seiten – Kosovo und Serbien – die bereits erzielten Vereinbarungen zügig umsetzen.

Mein Gruß geht an die anwesende Botschafterin, Frau Ahmetaj, und mein bester Dank geht an die zuständige Berichterstatterin, Ulrike Lunacek, für ihre gute Arbeit.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkartyás kérdés.* – Tisztelt képviselő úr! Ebben a Parlamentben több ország európai közeledését szoktuk vizsgálni. Koszovó esetében is elmondjuk a leckéjüket, hogy nekik mit kéne csinálni, de Ön vajon úgy érzi-e, hogy nálunk is van házi feladat? Például az Európai Unió öt tagországa még nem ismerte el Koszovót önálló államként. Mit gondol Ön erről?

David McAllister (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Klar ist, dass alle sechs Staaten des westlichen Balkans eine europäische Perspektive haben. So haben es die Staats- und Regierungschefs 2003 vereinbart. Alle sechs Staaten des westlichen Balkans bewegen sich in Richtung Europäische Union, wenn auch mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Und die Frage der Anerkennung des Kosovo ist eine Frage, die die Nationen selbständig treffen müssen. Tatsache ist, dass 23 EU-Mitgliedstaaten das Kosovo anerkannt haben, fünf eben nicht. Ich komme aus Deutschland, wir haben das Kosovo anerkannt.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, čestitam kolegici Lunacek na izvješću jer cjelovito prikazuje prilike na Kosovu i napredak ostvaren u protekloj godini.

Svakako je najvažnije potpisivanje sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju kojeg smo nedavno ratificirali u Europskom parlamentu. To je svojevršno priznanje za predanost Kosova priključenju Europskoj uniji. No daljnji napredak će ovisiti o suradnji temeljenoj na konsenzusu svih političkih dionika, što sada nije nažalost slučaj. Još jednom se događa problem opstrukcije oporbe u Parlamentu, koji mora biti matično mjesto raspravama o budućnosti zemlje. Scene koje u zadnje vrijeme gledamo ne priliče zemlji ozbiljnih europskih aspiracija. Nadam se da će biti istražene sve okolnosti slučaju koji uključuje uhićenja predstavnika oporbe. Očekujemo da predstavnici Vlade i opozicije sukobljavanja što prije zamijene suradnjom na europskim pitanjima.

U protekloj godini poboljšan je zakonodavni okvir čija će uspješnost ipak ovisiti o implementaciji. No organizirani kriminal, razina korupcije, visoka stopa nezaposlenosti, posebice mladih, i ugrožena sloboda medija i dalje snažno pritišću društvo. Vrijedi pohvaliti usvojene mjere za borbu protiv terorizma i radikalizacije, smanjenje broja ilegalnih migranata i tražitelja azila u Europskoj uniji, kao i napredak ostvaren u ispunjavanju kriterija za ukidanje viza za građane Kosova. Nadam se da će do sljedećeg izvješća i to pitanje biti zatvoreno.

Svakako vrijedi pohvaliti konstruktivan pristup i napredak u dijalogu sa Srbijom. Žao mi je što isti princip nije primijenjen prilikom apliciranja Kosova za članstvo u UNESCO-u. U cijelom procesu tranzicije od iznimne važnosti je komunikacija usvojenih politika s građanima što bi olakšalo njihovu primjenu, povećalo razinu njihovog sudjelovanja, ali i stvarno doprinijelo izgradnji multietničkog društva na Kosovu, posebno kada je riječ o obrazovanju i zapošljavanju pripadnika manjina.

Zaključno, nadam se da će Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju biti snažan poticaj brojnim reformama koje Kosovo treba provesti. Bilo bi sasvim u europskom duhu da na tom putu najmlađa europska država konačno dobije i nepodijelenu europsku podršku.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Koleżanki i koledzy! Myślę, że pan minister reprezentujący prezydencję holenderską w bardzo niewielu słowach najlepiej wyraził to, co powinno dziać się w stosunkach między Unią Europejską a Kosowem. Chodzi o wsparcie reform i jednocześnie oczekiwanie takich reform, które zbliżą społeczność Kosowa do standardów Unii Europejskiej.

Wolałbym, prawdę powiedziawszy, żeby sprawozdanie było bardziej oszczędne w treści, ale skoncentrowane na tym, co najważniejsze: na budowie demokratycznych struktur państwowych, niezależności sądownictwa, walce z korupcją, zwalczaniu terroryzmu. Zbyt dużo w tym sprawozdaniu akcentów ideologicznych. Lepiej mniej, ale wyraźniej i bardziej jednoznacznie. Podobnie jak mój kolega, pan poseł Dzhambazki, byłbym bardzo wstrzemięźliwy wobec pośpiesznej liberalizacji ruchu wizowego.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospođo predsjednice, gospodine povjereniče, gospodine ministre, Kosovo je najmlađa europska zemlja nastala u ratu koji je završio prije petnaestak godina. To posebno naglašavam zbog toga što je u zemljama koje su prošle rat puno teže vršiti unutrašnje demokratske procese, a jednako tako i normalizaciju odnosa tih zemalja sa susjedstvom.

A Kosovo je vrlo važna zemlja, koja je itekako važna za normalizaciju odnosa sa Srbijom. To je jedan od najvažnijih procesa na zapadnom Balkanu, a naravno da ima utjecaj i na stabilnost i odnose s drugim državama. Zato posebno pozdravljam potpisivanje Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju, koji će pomoći ubrzanje demokratskih procesa na Kosovu, a sigurno bi pomoglo priznanje Kosova od strane ostalih pet zemalja Europske unije i liberalizacija viznoga režima.

Ali, naravno, prva pretpostavka za to je stabilizacija i deblokada unutrašnjih odnosa u Kosovu, u Skupštini Kosova, i zato pozdravljam činjenicu da je pri nedavnom posjetu Odbora za europske poslove u Europskom parlamentu bila prisutna i opozicija iz Skupštine Kosova.

Dominique Bilde (ENF). – Madame la Présidente, pendant que l'Union européenne se désintègre morceau par morceau (emploi, économie, sécurité et vivre ensemble), ce qui est plus que jamais le symbole de votre échec cuisant, vous continuez d'envisager l'adhésion d'une entité territoriale que rien ne qualifie pour une intégration à l'Union européenne.

Il semblerait en effet qu'il faille vous rappeler que le Kosovo n'est toujours pas admis, en tant qu'État souverain, par l'ensemble des membres de l'ONU, notamment par cinq États membres: l'Espagne, Chypre, la Grèce, la Roumanie et la Slovaquie. Plus récemment encore, le 12 novembre 2015, cinquante pays membres de l'Unesco ont refusé au Kosovo le statut d'État membre permanent de cette institution.

Vous devriez peut-être commencer par expliquer et démontrer aux Serbes du Kosovo – même si vous nous dites qu'il vient d'y avoir de nouveaux échanges –, victimes de véritables massacres entre 1999 et 2004 (235 000 exilés en moins de dix ans), ces fameux avantages aux minorités chrétiennes et orthodoxes aujourd'hui encore largement persécutées dans cette partie des Balkans.

Ce week-end encore, le monastère de Visoki Dečani a été la cible d'une nouvelle tentative d'attaque terroriste islamiste à l'arme de guerre.

J'attends aussi avec impatience que vous nous expliquiez les avantages d'intégrer à l'Union un territoire où sévissent des trafics en tous genres et qui occupait, en 2014, la 110^e place du classement mondial des pays qui résistent le mieux à la corruption.

Enfin, avec tout le respect que je vous dois, quand la maison brûle, on ne s'occupe plus d'agrandir le jardin, mais on s'inquiète des fondations. J'attends donc de votre part que vous preniez vos responsabilités et suspendiez toute perspective...

(La Présidente retire la parole à l'oratrice)

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje koje je zastupnik postavio podizanjem plave kartice – Želim Vas pitati gospođu Bilde mislite li, kao što ja mislim, da je bolje da se vodi realna politika na Balkanu koja vodi k miru, a ne obnovi starih ratova i starih neprijateljstava?

I je li ipak bolje to što g. Vučić i g. Mustafa, premijer Srbije i premijer Kosova, imaju dijalog, nego da ga nemaju, jer sam siguran da to doprinosi miru, a ne ratnohuškačka logika?

Dominique Bilde (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Madame la Présidente, cher collègue, je suis bien sûr d'accord avec vous pour que ces deux pays continuent à avoir des échanges. Nous avons nous-mêmes déjà du mal, à l'heure actuelle, dans nos propres pays de l'Union européenne, à faire régner une ambiance à peu près calme. Je ne vois donc pas pourquoi nous pourrions intégrer tout de suite des gens qui n'ont pas trouvé eux-mêmes leur calme.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, I welcome the resolution on Kosovo and thank the rapporteur. The SAA agreement brings a new perspective to relations between the EU and Kosovo. I urge Kosovo to take advantage of this agreement and work on the reforms needed for its implementation.

This report justly welcomes progress by Kosovo in many areas. However, we also need to pay more attention to the state of the democratic institutions and issues related to the rule of law, justice and corruption, as they are at the very core of the integration process. Therefore, I am bit surprised that these issues have been sidelined in the report, especially when we are talking about phasing out EULEX.

We should give Kosovo a chance to develop and grow so that its people feel equal in the region. It is important not only to involve Kosovo in EU programmes and to move on with visa liberalisation but also to support its participation in regional organisations.

I cannot help but mention one thing concerning the rapporteur's introduction. With all due respect, I cannot agree substantively with what you said. Concerning the implementation of the agreements, we say to Serbia: implement everything fully and unconditionally. Yet we are saying to the Kosovars: do not fulfil, do not implement, wait for the decision of the constitutional court. That is a double standard and I cannot accept it. I will vote against it.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – I always appreciate working with you, and that also goes for Kosovo, even if I know that your Member State does not recognise it. You have been very cooperative. But when you say now that I demand different things than I demand from Serbia in my report, then that is simply not true. Yes, Kosovo also has to implement for sure. But in certain things, like the Constitutional Court, it can be done in accordance with the agreement that was achieved on 25 August. This is possible, and I ask you to support that and not to vote against.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Ohne jetzt bei Ihrer Vorsitzführung anstreifen zu wollen, darf ich Sie aber doch bitten, etwas zu klären: War das eine blau Karte, war das eine Frage oder ein Koreferat? Wenn Sie schon der Frau Berichterstattein über eine halbe Minute mehr Zeit geben bei ihrem Bericht, dann würde ich doch darauf achten, dass sie wenigstens, wenn sie schon mit einer blauen Karte eine Frage einbringt, dann auch tatsächlich eine Frage einbringt und hier nicht ein Koreferat hält und damit ihre Möglichkeiten doch etwas mehr als üblich in Anspruch nimmt. Frau Kollegin, bleiben wir doch alle solidarisch und halten uns an unsere Möglichkeiten und auch an unsere Zeit.

elnök asszony. – Úgy érzem, képviselő úr helyre utasított az ülésvezetésem miatt. Képviselő úr úgy gondolja, hogy minden képviselőtársam, amikor kékkártyát használ, akkor állandó jelleggel csak egy kérdést tesz fel és 30 másodpercre? A helyzet az, hogy nem. Úgyhogy az irány helyes, természetesen a kékkártyás kérdés kérdésre szolgál, ugyanakkor vélemény és válaszadási lehetőség is benne van. Köszönöm a figyelmeztetését.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I welcome the recommendation by my colleague Ulrike Lunacek regarding the conclusion of this agreement, which not only enhances political dialogue and opens new forms of cooperation but also creates opportunities to enhance contact between peoples. Citizens and civil society must be included in the process of implementation of the agreement and citizens must be informed about the process in a transparent manner.

Citizen initiatives remain at the heart of ongoing work in Kosovo to document sexual violence conducted by Serbian military and paramilitary forces during the conflict, to locate missing people and mass graves and to rebuild lives, and this must be supported. I deeply believe that more consideration must be given to the power of civil society to pursue intercultural exchange, people-to-people dialogue and initiatives bringing together citizens from EU Member States and Kosovo, particularly in respect of young people. Kosovan youth are the promise of its future. They are the ones who stand to gain from the ongoing dialogue. A young generation of Kosovars have grown up with the European vision and we must not let them down.

IN THE CHAIR: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vice-President

Илхан Ключук (ALDE). – Уважаема г-жо Председател, уважаеми колеги, Косово е най-младата европейска демокрация и ние трябва да се отнасяме с особено внимание, когато обсъждаме европейската перспектива пред страната. Косово постигна значим напредък през изминалата година и трябва да отчетем правителствените усилия за приемане на законодателство за правата на човека и за осъществяване на конструктивен подход в преговорите със Сърбия.

Това несъмнено доказва наличието на политическа воля за реформи и желание за европейска интеграция. Именно тази амбиция за промяна стои в основата на подписаното споразумение за стабилизиране и асоцииране с Европейския съюз, което ще даде нов импулс за развитие на крехката икономика на страната.

Без съмнение политическият диалог с Европейския съюз ще е от фундаментално значение в намирането на решения на сериозни проблеми, като върховенството на закона, свободата на словото, корупцията по високите етажи на властта и незадоволителното участие на гражданското общество в обществено-политическия живот на страната. Развитието на Косово е от огромно значение, както за Балканите, така и за Европа.

Този аргумент трябва да се вземе под внимание от страните членки, които все още не признават независимостта на страната, защото само пълната интеграция на държавите от Западните Балкани означава стабилност и просперитет за региона.

Andrej Plenković (PPE). – Gospođo predsjednice, ministre Koenders, povjereniče Hahn, prije svega zahvaljujem našoj kolegici Lunacek na kvalitetno pripremljenom izvješću o napretku koje bi trebalo biti poticaj za daljnji napredak na europskom putu Kosova, kojeg osobno snažno podržavam kao i nova hrvatska vlada. Pozdravljam ratifikaciju Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju, koji je sada temelj europskih integracija Kosova. Ujedno mi je žao što Kosovo nije postalo članicom UNESCO-a.

Dobro je što je ostvaren napredak u odnosima sa Srbijom, a pritom treba provesti sve potpisane sporazume. Nastavak dijaloga sa Srbijom nužan je za normalizaciju odnosa između ove dvije države, a očekujem da će se riješiti i pitanje nestalih osoba. Kosovo je jedina država jugoistočne Europe čijim je državljanima još uvijek potrebna viza za putovanje u EU te se zalažem za viznu liberalizaciju za građane Kosova, čime će se smanjiti pritisak ilegalne migracije.

Drago mi je da izvješće uključuje i punu podršku namjeri Vijeća da Komisija nastavi razgovore o okvirnom sporazumu koji bi omogućio Kosovu sudjelovanje u programima Europske unije, a nadam se da će i parlamentarni dijalog između vlasti i oporbe na Kosovu biti kvalitetniji te djelovati konstruktivno u cilju dostizanja europskih standarda demokratskih institucija.

Daniele Viotti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mi permetto di ringraziare la collega Lunacek per il grande lavoro che ha fatto con il suo team. L'entrata in vigore dell'accordo di stabilizzazione e associazione è naturalmente un passo molto importante per il Kosovo, per il suo processo di riforme e anche per il rafforzamento della cooperazione in molte aree del paese. Quello che però chiedono i cittadini kosovari – lo sappiamo – è una sola cosa: la liberalizzazione dei visti. La liberalizzazione dei visti verso Schengen, soprattutto, verso i nostri paesi, e proprio in questi giorni è importante parlarne. Il Kosovo è l'unico paese dei Balcani occidentali i cui cittadini ancora non godono di questo status, ed è frustrante pensare che quando avevano il passaporto jugoslavo la situazione era ben diversa. Certo il Kosovo deve fare ancora grandi passi, deve fare dei passi verso lo Stato di diritto, verso la lotta alla corruzione. Compito di questo Parlamento sarà esattamente quello di vigilare che vengano garantiti i diritti ai kosovari e che il Kosovo faccia il necessario percorso di riforma.

László Tőkés (PPE). – A fiatal koszovói állam számára rendkívüli és gyors előrelépést jelent, hogy tavaly októberben az Unióval aláírhatta a stabilitási és társulási egyezményt. Az európai közösség támogatása azonban távolról sem jelenti azt, hogy a volt jugoszláv tartomány eddig elért eredményeivel elégedettek lehetnénk. Miközben joggal várhatjuk el, hogy a még hátralévő további öt állama is ismerje el Koszovó függetlenségét, Szerbia pedig normalizálja hozzáfűződő viszonyát, ugyanakkor az új albán állammal szemben is joggal támasztjuk azt az igényt, hogy minden tekintetben zárkózzon fel az Unióhoz, hajtsa végre a szükséges reformokat, küzdje le a korrupciót és az erőszakot. Mindenekelőtt pedig a területén élő szerb közösségnek biztosítsa azon jogokat, melyeket előző kisebbségi állapotában maga is joggal követelt meg az akkori szerb állami többségtől. Európai integrációjuk során Koszovó és Szerbia óhatatlanul egymásra vannak utalva. Csak rajtuk múlik, hogy egymást erősítve jutnak be vagy egymást gátolva maradnak ki az Unióból.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, after Kosovo's unilateral declaration of independence in early 2008, the EU almost immediately initiated Kosovo's European integration process. The same applies to assuming the mantle of chief intermediary between Belgrade and Pristina, and I think there are two key points.

First, if Kosovans truly want to become part of our family of nations, European values of respect towards democracy, freedom of speech, good governance and others have to be fully respected. This is not conditional – it is obligatory.

Second, Kosovo and Serbia have to reach a mutually-satisfactory compromise, paving the way to long-term peace and cooperation. Serbians' attitude towards Kosovo is that of grieving, disgruntled people who have lost their historic homeland. This mutual understanding has to resolve this serious injury.

And, of course, there can be No EU membership perspective for Kosovo unless all our Member States recognise it as independent. Cyprus, Greece, Romania, as you know, Slovakia and Spain – 5 out of 28 – have not yet done it, each for their own reasons.

Alojz Peterle (PPE). – Kosovo je moralo premagati notranje in zunanje ovire, da je sklenilo... da je s sklenitvijo stabilizacijsko-pridružitvenega sporazuma naredilo zelo pomemben korak naprej v smeri polne evropske perspektive. Tega sem vesel in k temu Kosovu tudi čestitam. Poročevalki Lunaček pa čestitam za še eno odlično poročilo.

Kar zadeva nadaljevanje pristopnega procesa, je jasno, da bo izgradnja odnosov s Srbijo še naprej igrala pomembno vlogo. Ne vidim boljše podlage za napredek v smeri trajnega sožitja znotraj Kosovega ali med obema državama, kot so evropska načela spoštovanja dostojanstva različnih identitet in sprave.

V tej zvezi posebej pozdravljam prizadevanja in dosežke komisarja Hahna in podpredsednice/visoke predstavnice gospe Mogherinijeve. Hkrati pa priporočam visoko pozornost do vprašanja viz, kar bi bilo treba kmalu rešiti.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, não devemos perder de vista que as negociações das instituições europeias com as autoridades kosovares são também negociações em prol da cooperação entre o Kosovo e a Sérvia e, portanto, em prol da paz e da fraternidade na Europa. São indissociáveis da futura integração da própria Sérvia na União Europeia. Este processo prova que o espírito do projeto europeu continua vivo apesar das angústias que a União tem conhecido nos últimos tempos e prova também que o futuro da Europa passa por uma cultura de responsabilidade e de compromisso.

Quero saudar os esforços e o empenho pessoal de Federica Mogherini no quadro dos diálogos de alto nível para a normalização das relações entre Belgrado e Pristina, iniciadas em 2012 pela sua antecessora. Os benefícios desse diálogo são já visíveis no quotidiano do povo kosovar e do povo sérvio, com o mútuo reconhecimento de diplomas e com avanços significativos na liberdade de movimentos, para dar apenas dois exemplos. O caminho é claramente por aí.

Por outro lado, a pobreza dos kosovares e a sua falta de perspetivas são causa de grande ceticismo e desilusão. Uma taxa desemprego próxima dos 50 % e uma emigração em massa estão a minar a esperança da população. Mais razões para encorajarmos a implementação do Acordo de Cooperação e Estabilização entre a União Europeia e o Kosovo, pois por ele passa a melhoria das condições de vida das populações e uma gradual aproximação dos kosovares aos valores europeus.

Catch-the-eye procedure

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodo predsjednice, želim iskoristiti priliku i zahvaliti se gospođi Lunacek na kvalitetnom izvješću, ali i gospođi Mogherini i gospodinu Hahnu koji su bitno doprinijeli da ne samo ovo izvješće, nego da stanje možemo ocijeniti kao napredak.

U svakom slučaju, bitan je napredak na Kosovu jer to doprinosi stabilizaciji cijelog Balkana. Isto tako, očito je da je najvažniji uvjet odnos sa Srbijom i tu je neophodno napraviti važan korak ka pomirenju. Već se tu puno napravilo, međutim treba na tome inzistirati. Naravno da je vizna legalizacija također važna. Važno je naglasiti da je Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju također jedan od važnih koraka i isto tako odnosi između vlasti i oporbe. Dakle, suradnja je neophodna, treba na tome poraditi.

Šteta je što se Kosovo nije uspjelo pridružiti UNESCO-u i loše je što se koristi ova situacija i na neki način ucjenjuje kako se ono ne bi pridružilo UNESCO-u. Isto tako želim naglasiti da bi pet država članica trebale polagano razmisлити i pristupiti priznanju neovisnosti Kosova.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το Κοσσυφοπέδιο αποτελεί άλλο ένα θλιβερό τερατούργημα στρατιωτικών επεμβάσεων στις οποίες συνέδραμε και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Σημειώνουμε ότι το ψευδοκράτος του Κοσσυφοπεδίου έχει μονομερώς κηρύξει την ανεξαρτησία του, που είναι αντίθετη με το ψήφισμα 1244 του Συμβουλίου Ασφαλείας του ΟΗΕ, το οποίο προβλέπει αυτονομία του Κοσσυφοπεδίου εντός της σερβικής επικράτειας. Σημειώνουμε, επίσης, ότι σε σχετική έκθεση του Συμβουλίου της Ευρώπης ο νυν Υπουργός Εξωτερικών και πρώην Πρωθυπουργός του ψευδοκράτους Hashim Thaçi κατηγορείται για σύσταση δικτύου παράνομης εμπορίας ανθρώπινων οργάνων.

Επισημαίνουμε τους συστηματικούς διωγμούς και τις απειλές που βιώνουν οι χριστιανοί του Κοσσυφοπεδίου, στην πλειοψηφία τους Σέρβοι. Σημειώνουμε ότι το Κοσσυφοπέδιο βρίσκεται στη λίστα των δέκα κρατών με τα υψηλότερα ποσοστά ανθρώπων που εμπλέκονται άμεσα στην ισλαμική τρομοκρατία του Daesh. Σημειώνουμε, επίσης, ότι το εθνικιστικό κίνημα που διεκδικεί ένωση με την Αλβανία λαμβάνει το 14% των ψήφων.

Τα στοιχεία λοιπόν αυτά δείχνουν ότι είναι απαγορευτικά για οποιαδήποτε ευρωπαϊκή πορεία ενός κράτους παρία, που άλλωστε δεν τυγχάνει αναγνώρισης από το σύνολο των κρατών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Csaba Sógor (PPE). – Nyugat-Balkán országainak uniós csatlakozása nélkül nem képzelhető el az egységes Európa, így tehát Koszovó sem maradhat ki ebből a folyamatból, bár kétségtelenül sok munka vár még az ország vezetőire. A reformok gyorsítását és a kapcsolatok szorosabbra fűzését segítené, ha az az öt tagállam is hivatalosan elismerné Koszovót, amelyek ezt még valamilyen oknál fogva még nem tették meg. Koszovó kiválása Szerbiából semmiképpen nem tekinthető egy olyan folyamatnak, amely a koszovói autonómia természetes fejlődési iránya lett volna. Ellenkezőleg! A tagállamok területén működő területi autonómiák csökkentik az etnikumok közötti feszültséget és hozzájárulnak az adott ország belső kohéziójának növeléséhez. Koszovó példája azt mutatja, milyen szörnyű következménye lehet annak, ha egy állam etnikai többsége nem figyel oda a kisebbség igényeire és szükségleteire. Éppen ezért egy újabb érv a jól működő területi autonómiák szükségessége mellett, nem pedig veszélyes precedens a szecesszióra.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, imam jednu malu molbu. Prethodna predsjedavajuća dozvolila mi je jednu plavu kartu i ako ALDE može dobiti riječ ja bih Vas ljubazno zamolio da gospodin Selimović govori umjesto mene. Pod *catch-the-eye*. Budite ljubazni, moli Vas dajte riječ gospodinu Selimoviću u ime ALDE grupe.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Fru talman! Kosovos närmande till EU är välkommet och det kommer att betyda ett slut på en era som präglats av krig och tragedier och samtidigt kommer säkert en bättre framtid för Kosovo. Det är bara att hoppas att det kommer att gå snabbt och att nödvändiga reformer implementeras i tillräcklig takt. Därför måste också frågan om den serbiska minoriteten lösas snart.

På samma sätt som ett erkännande av Kosovo och normalisering av relationerna med Kosovo är ett villkor för Serbiens närmande till EU, måste ett avtal med Kosovo om frågan om serbiska minoriteten vara ett villkor för Kosovo, och där måste EU hjälpa till. Vi kan inte tillåta att ärliga och uppriktiga ansträngningar av en legitimt vald regering undermineras av oppositionen i inrikespolitiskt syfte. Jag förväntar mig att kommissionen skickar tydliga signaler om det.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Tudi sam bi se zahvalil gospe Lunacek za izvrstno pripravljeno poročilo.

Torej Kosovo je ena najmlajših demokracij in država z eno najmlajših tudi populacij. In tudi na nas je, da jim omogočimo, da Kosovo postane normalna demokratično razvita država, kjer seveda ne bo prišlo do tega, da bi množične migracije seveda oslabilo potem tudi perspektivo Kosova.

Je pa seveda še ogromno za storiti. Tu so pomembne strukturne spremembe, tudi vprašanje kriminala, korupcije, vprašanje o delitvi sodstva, nadzornih institucij, javnih financ in transparentnosti porabe, tudi kontrole nad porabo, javnimi financami, tudi regijski razvoj in pa medsosedsko sodelovanje, tudi Srbije.

Zdi se mi pa pomembno seveda, da se pusti... dopusti Kosovu vključitev tudi v različne mednarodne organizacije, na kar je bilo opozorjeno, od seveda nogometa do Evrovizije in pa seveda tudi Unesca.

James Carver (EFDD). – Madam President, in various questions that I have asked the Commission on territories seeking their right to self-determination, I have heard how the EU respects the principles of internationally-recognised borders and that they do not have the competency to recognise states. Does this not perfectly highlight the hypocrisy of the European Union: how willing it is to bend and even break its own rules when the ends justify the means?

Kosovo is not a United Nations-recognised state. However, the EU has extensive relations with the territory and even recognises it as a potential candidate country, despite no permanent and viable political solution between Serbia and Kosovo currently being on the table. If anything, the current heavy-handed diplomacy by the High Representative in the establishment of Serbian municipalities within Kosovo only works to further destabilise the region. Is there anything the European Union would not do to pursue its neo-colonialist agenda?

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Ich glaube, wir sollten die Fakten offen nennen: 200 Dschihadisten kommen im Kosovo auf eine Million Einwohner. Das Land liegt damit noch vor Belgien und hat damit die höchste Dichte Europas und übertrifft sogar Libyen um 100 %. Im Land werden flächendeckend Moscheen von saudi-arabischen Hardcore-Islamisten errichtet. Der Kosovo ist heute weit weg von einem europäischen laizistischen Islam, wie wir ihn aus vergangenen Zeiten kannten.

Daher scheint die Prognose einer Schweizer Zeitung sehr realistisch, dass der Kosovo der erste islamische Staat der Union werden könnte. Nebenbei gilt der Kosovo als Drehscheibe der organisierten Kriminalität. Es sprechen also weder kulturelle noch wirtschaftliche und schon gar nicht sicherheitspolitische Gründe für eine Assoziierung dieses Landes. Respektieren wir daher den Willen der europäischen Bürger, die keine Erweiterung der Union wollen – schon gar keinen islamistischen Staat innerhalb der Union. Ich fürchte, dass wir mit dem Kosovo die nächste europäische Zeitbombe ticken haben.

(End of catch-the-eye procedure)

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich denke, die Mehrheit hier im Haus ist sich darüber im Klaren, dass wir die volle Integration des Westbalkans in die Europäische Union brauchen. Das Frieden, Stabilität, Versöhnung, Aufeinanderzugehen und wirtschaftliche Entwicklung nur gewährleistet sind im Setting der Europäischen Union und dass die gesamte Unsicherheit und Irritation, die von manchen heute auch geäußert wurde, sich nur auflösen kann, wenn es hier eine Inklusion gibt, wenn es eine europäische Perspektive gibt.

Ich kann mir ehrlich gesagt auch aus strategischen und sicherheitspolitischen Gründen nicht vorstellen, dass es sozusagen einen *white spot* oder ein *black hole* hier auf dem Westbalkan gibt, wo eben nicht etwa europäische Regeln und Zuständigkeiten und Rechtsstaatlichkeiten gewährleistet sind. Es hätte nämlich wahrscheinlich noch viel schwerwiegendere Konsequenzen.

Wir müssen hier an der Entwicklung dieser Länder arbeiten. Keine Frage, es ist überhaupt nicht so, dass wir schon dort sind, wo wir sein wollen. Aber ich denke, an diesem notwendigen Prozess – und im Vordergrund hat der Begriff Prozess zu stehen und weniger Verhandlungen – führt kein Weg vorbei: Diese Länder müssen wirtschaftlich, in ihrer sozialen Entwicklung, in ihrer rechtsstaatlichen Entwicklung an die Europäische Union herangeführt werden. Für den Kosovo ist das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen für den Moment das am besten geeignete Instrument, diesen Weg entsprechend zu befördern. Was jetzt wichtig ist, ist Umsetzung, ist Implementierung, und hier kann nur appelliert werden an alle politischen Kräfte im Kosovo, sich dieser Aufgabe zu widmen, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Bei allem Verständnis für politische Auseinandersetzungen, die wir auch hier im Haus gewohnt sind: Es gibt sozusagen nationale gemeinsame Ziele, und die europäische Perspektive sollte doch jedenfalls die große Mehrheit der politischen Akteure im Kosovo einen.

Daher kann auch von dieser Stelle nur appelliert werden an die Verantwortlichen im Kosovo, sich hier an einen Tisch zu setzen, im Gespräch, in der Diskussion und in der Debatte letztlich die politischen Weichenstellungen im Interesse des Landes vorzunehmen und von jeglicher Form der Gewalt bzw. des Aufstandes Abstand zu nehmen.

Die Kommission wird sich ungebrochen bemühen und dafür einsetzen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Kosovo hier an die europäische Perspektive, an Europa heranzuführen. *Visa liberalisation* wurde schon genannt, oder die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Verbesserung des Businessklimas.

Vergessen Sie nicht: Der Kosovo generiert heute noch mehr als ein Drittel seine Einkünfte aus Zöllen – in einem Europa ohne Zölle ist das nicht länger tragbar und nachhaltig. Daher muss man jetzt schon daran arbeiten, das langsam umzugestalten, damit dann auch die Voraussetzungen gegeben sind. Es gilt, auch die hohe Arbeitslosigkeit anzusprechen, den *brain drain*, den wir in dieser Region sehen, und all das sind die notwendigen Maßnahmen – wie gesagt, meines Erachtens alternativlos –, um den Kosovo heranzuführen und um einen Beitrag zu leisten, dass in der Region Frieden, Stabilität, Perspektiven für die Menschen gegeben sind, damit sie auch in der Region bleiben können und nicht gezwungen sind, etwa innerhalb Europas zu emigrieren.

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like first to express my sincere gratitude to the rapporteur Ulrike Lunacek for the very important work she has done on the important region of Kosovo. Kosovo has a very long history, as you know, with lots of violence, and I think some of you were referring to that this afternoon. I think that is correct. If we look at the situation since 1999 we see enormous progress, and that progress has to be reinforced. It has sometimes gone in cycles up and down, but I can tell you that the European Union will continue to assist Kosovo, including through its strength and presence on the ground. But obviously the primary responsibility for progress lies with Kosovo, with its leaders, with its institutions and with civil society.

Reforms are crucial, and they will require the political leaders to live up to their responsibilities for the good of Kosovo and of its citizens. Key EU-related reforms are essential, not just to please the European Union but because they are in the interests of Kosovo itself. On the political crisis we are obviously following the situation with concern with many of you. We have made it clear that violence for political purposes is not acceptable and have appealed to all sides that challenges need to be addressed as part of a joint effort through political dialogue.

Madam rapporteur, I think you were referring also to the Kosovo Constitutional Court. As we all know, it has ruled that the Association/Community of Serb majority municipalities is to be established, as provided by the First Agreement in accordance with the Constitution. It will now be essential to work concretely on the drafting of the statute of the Association/Community in the framework of this dialogue.

You also spoke about the European aspirations of the people of Kosovo. Of course I have heard some of the language again, I think, from some of the representatives on that side of the corner with a known anti-Islamic language which has, in my view, nothing to do with the issue we are discussing today. When I represent the Council here, I would really like to appeal to you to confine yourselves to arguments that have to do with the case itself and not with religious discrimination.

We should also acknowledge that visa liberalisation is a process based on conditions. I would say that. Of course we hope it will be possible. As Ms Lunacek states, there is progress but it is not enough, and now the work has to be done to make it enough. I understand it in the prospect for the young people of Kosovo: they want to travel. The visa can help there, but at the same time I think Commissioner Hahn mentioned that combating corruption and organised crime, and the independence of the judiciary and the specialist chambers, are really important elements in this. This is a conditions-based policy.

We will continue to support Kosovo in its reform efforts with financial assistance and expertise through EULEX, and if Kosovo delivers on its obligations then of course we can consider and honour the commitments. Ultimately that, I think, will mean that the people of Kosovo will be able to travel freely like all other Europeans.

Lastly, I wanted to mention the importance of the entry into force of the SAA. After the consent that you have given, the Council needs to adopt a decision on the conclusion. It is planned for 12 February and then the Agreement enters into force on the first day of the second month following notification that internal procedures have been completed. It could be possible by 1 April or 1 May.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 123(2)) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 4 February 2016.

Written statements (Rule 162)

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), por escrito. – Defendiendo los principios de soberanía e integridad territorial reconocidos a Serbia y garantizados por el Acta Final de Helsinki, mi país consideró la Declaración Unilateral de Independencia de Kosovo contraria al Derecho internacional. Sin embargo, esto no le ha impedido mantener una actitud constructiva, incluso dentro de la UE, siempre que las propuestas busquen favorecer el bienestar de la población y se incluyan las medidas necesarias que protejan nuestra posición de no reconocimiento. Ahora bien, me gustaría hacer especial hincapié en que, a pesar de que el Consejo Europeo de Feira (2000) declaró a los países de los Balcanes Occidentales como candidatos potenciales concretando los principios del Proceso de Estabilización y Asociación, esto no puede aplicarse a un territorio cuya Declaración Unilateral de Independencia se produce posteriormente. Por ello, el territorio kosovar podrá formar parte del Proceso de Estabilización y Asociación pero no del de ampliación, por lo que no puede ser considerado ni «candidato» ni «potencial candidato».

14. Ablauf der Wahl in Haiti (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the statement by the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy on the electoral process in Haiti (2016/2560(RSP)).

Corina Crețu, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, on behalf of the Vice-President/High Representative, I welcome the opportunity to join you today to discuss Haiti and the serious political and institutional crisis the country is going through. The situation in Haiti is of great concern and we believe it is fully justified that we address this issue today.

The recent postponement *sine die* of the second round of the presidential elections, originally scheduled for 27 December and subsequently for 24 January, has opened a phase of instability and created the risk of an institutional vacuum. Above all, it risks depriving the Haitian people of the right to democratically choose their leaders.

Against a background of a general lack of confidence in the Haitian institutions and low voter participation, preparation of the second round of presidential elections took place in a polarised environment, characterised by accusations of electoral fraud by a number of actors. The provisional Electoral Council, faced with the resignation of several of its members and the danger of further escalation of violence, which tragically has already cost several lives, decided to postpone the voting.

I do not need to stress the risk that this situation generates, especially in a country like Haiti, affected by widespread poverty and many vulnerabilities. This crisis could jeopardise the reconstruction efforts and the results achieved after the disastrous earthquake which hit Haiti in 2010. These results were achieved thanks also to the major contributions made by the European Union to the development of the country.

In July 2015 the EU fielded a large electoral observation mission, headed by honourable Member Elena Valenciano, and I would like to take this opportunity to pay tribute to the sterling work carried out by Ms Valenciano and her team. They provided an invaluable service to Haiti and to the EU through their vigorously independent and professional observation and analysis.

The EU election observation mission reported several irregularities but also concluded that no massive fraud took place at the 25 October election, and that results announced in the first round of the presidential elections were substantially correct. Unfortunately, the candidates who did not come first in the first round of the presidential election refused to accept this result. They made known substantial accusations of massive fraud and increased the widespread lack of confidence in public opinion. This led to the current deadlock.

The Haitian voters could not exercise their political rights in full. As a consequence, there will not be an elected president by 7 February when, according to the Constitution, President Martelly will step down. The Constitution does not precisely provide for this, but of course it contains provisions for cases of incapacity with guidance given.

Negotiations are currently ongoing in Haiti. We are all following the developments very closely. The Organization of American States (OAS) sent a special mediation mission, and a similar mission by the Community of Latin American and Caribbean States (CELAC) is also planned. We hope that a general consensus will emerge in favour of a swift completion of the electoral process on the basis of the will expressed by the Haitian people on 25 October and with practical improvements to the process. The work of the EU electoral observation mission could again be extremely valuable in this context.

There is, however, the risk that an agreement may not be reached in the short term and that the transitional government finds itself faced with a legitimacy issue. This could have serious consequences for democracy and for the country. The EU is a long-standing and committed partner to Haiti. In these difficult times we call on all stakeholders to refrain from violence and to accept political responsibility in a democratic way. Democracy is necessary for sustainable development.

I very much look forward to hearing the views of the honourable Members.

Davor Ivo Stier, *u ime Kluba PPE-a*. – Gospodo predsjednice, želim u prvom redu čestitati gospodi Valenciano i kolegama koji su sudjelovali u promatračkoj misiji u Haitiju, a koji su ustanovili da su izbori bili poštteni. Želim im čestitati jer su svojim radom dali doprinos tom izbornom procesu. Naši su izborni promatrači dakako ustanovili također sve poteškoće i probleme koji su se u tom procesu odvijali, što nije ni čudno u političkim i društvenim uvjetima ove karipske zemlje, ali su na kraju zaključili da su izbori u listopadu 2015. bili poštteni, odnosno da su zadovoljeni osnovni standardi po kojima možemo reći da proglašeni rezultati odražavaju volju birača u Haitiju.

Stoga uvažavajući rad naših kolega s promatračke misije, a uvjereni da bi bilo koja druga pozicija dovela u pitanje vjerodostojnost ovog Parlamenta i naših izbornih promatrača, u Europskoj pučkoj stranci smatramo da se moraju uvažiti rezultati prvog kruga predsjedničkih izbora i što prije održati drugi krug kako bi Haiti dobio novog šefa države koji će naslijediti predsjednika Martellyja. Pritom pozivamo sve političke aktere, državne institucije i sve relevantne političke i društvene čimbenike na razboritost i dijalog kako bi se kroz inkluzivan pristup mogla osigurati institucionalna stabilnost i mir u zemlji što je osobito važno nakon što u nedjelju sedmog veljače istekne mandat predsjedniku Martellyju.

Haiti je najsiromašnija zemlja zapadne hemisfere i jedna od najsiromašnijih u svijetu uopće, sa stopom siromaštva od 77 %. Tešku ekonomsku i socijalnu situaciju dodatno je narušio teški potres 2010. Suočeni s takvom teškom socio-ekonomskom situacijom građani Haitija nemaju više vremena za politička prepucavanja i bezvlašće. Građanima Haitija potrebna je vlada koja će provesti potrebne strukturne reforme za završetak demokratske tranzicije Haitija te koja će omogućiti održiv rast i razvoj, a samim time i konačno iskorjenjivanje ekstremnog siromaštva.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, lo primero que quiero hacer es confirmar el compromiso europeo con el pueblo de Haití y con sus autoridades constitucionales, compromiso europeo que nosotros traducimos y que es la solidaridad de los ciudadanos de la Unión Europea con ese país que tanto ha sufrido. Así que, lo primero, compromiso con Haití.

Lo segundo que quiero decir es que he tenido el honor, tengo el honor, de dirigir un equipo de profesionales de altísima calidad, muy comprometidos con la democracia en el mundo, que han hecho un trabajo excelente en el seguimiento del proceso electoral que, desgraciadamente, ha descarrilado, por el momento, en Haití.

El trabajo ha sido serio, riguroso. Pueden todas sus Señorías estar tranquilas y, si no lo están, pueden consultar nuestra página web y nuestros informes para que vean que tenemos capacidad para afirmar que las elecciones del 25 de octubre, la primera vuelta de las elecciones en Haití, fueron seguramente las elecciones más limpias y menos violentas que ha tenido Haití a lo largo de su historia. Y por lo tanto, confirmamos que el resultado de esas elecciones, de la primera vuelta, hubiera podido acompañar la celebración de una segunda vuelta.

En este momento, hay una crisis institucional en Haití, hay un *impasse* político en Haití que deben resolver los haitianos. Son las autoridades haitianas y el pueblo de Haití quienes tienen que resolver este importante *impasse*, cuyo análisis ha hecho perfectamente la señora Crețu y en el que yo no voy a insistir. Ese *impasse* lo tienen que resolver los haitianos.

Ojalá que lo hagan a través del diálogo y del consenso, pero nuestra recomendación -humilde recomendación-, basada en un trabajo serio, riguroso y comprometido, es que se celebre la segunda vuelta de las elecciones en Haití. Será lo más legítimo que podamos hacer. Esperemos la solución que nos den los haitianos y, si finalmente hay una segunda vuelta, la misión de observación electoral de la Unión Europea estará allí para dar su testimonio.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, señora Comisaria, antes de empezar quisiera también dar las gracias al equipo humano que ha trabajado tanto en Haití para realizar este informe, y a Elena Valenciano, también, por su trabajo y por su colaboración y su coordinación con este equipo del Parlamento.

Pero, como responsable de la misión de observación del Parlamento Europeo en estas elecciones presidenciales de Haití, creo que nuestra principal aportación, desde las instituciones europeas, es apoyar la celebración de la segunda vuelta, suspendida el pasado 24 de enero, para elegir entre los dos candidatos que el 25 de octubre pasaron a la segunda vuelta. Concluido este proceso democráticamente, es la mejor manera de superar el periodo de interinidad que se abrirá el domingo, tras la marcha de Michel Martelly, y que puede incluir la elección, por consenso también, de un primer ministro provisional.

El pasado 25 de octubre, Haití vivió la primera vuelta de estas presidenciales con calma y tranquilidad, superando la violencia que se vivió en las legislativas el 9 de agosto. Sobre el terreno pudimos constatar problemas como la escasa participación, una legislación discriminatoria para poder formalizar las candidaturas, o un control jurisdiccional mejorable, o la ausencia de sanciones contra los autores de delitos de violencia en los anteriores comicios. Pero tanto la jornada del 25 de octubre como el escrutinio han supuesto un avance sin precedentes para la cultura democrática del país.

Como saben, Haití es uno de los países más pobres del planeta. Sus habitantes merecen y necesitan abandonar el tiempo de la economía de la subsistencia y el dolor de una sociedad aún dolorida por una historia de dominación y violencia. Y conseguirlo pasa por generar la unión y la esperanza que nace en las sociedades que, con esos antecedentes, tratan de salir adelante apostando por la democracia, el diálogo, el acuerdo y el Estado de Derecho. La ciudadanía haitiana necesita razones para sentir que son los protagonistas de su futuro y necesita comprobar que sus votos sirven para algo.

Los niños que nos miraban curiosos, los adultos que buscaban una razón para la esperanza en el interés con que seguimos, desde el Parlamento Europeo, aquellas elecciones, personas castigadas por la incertidumbre, y demasiadas veces por una pobreza extrema, merecen esa oportunidad. Merecen instituciones democráticas centradas en alumbrar un Haití más justo y próspero, y una buena forma de avanzar es poder elegir democráticamente, en la segunda vuelta de las elecciones, un nuevo líder que la gente sienta próximo y legitimado para mejorar la gobernanza, reforzar el Estado de Derecho y alcanzar los consensos que necesita el país.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, le second tour des élections présidentielles en Haïti vient d'être reporté une nouvelle fois. Cette impasse politique est préoccupante, mais il ne serait pas pour autant avisé de dramatiser à l'excès. La construction d'une démocratie stable n'est pas un long fleuve tranquille et le peuple haïtien revient de loin. J'ai participé à la mission d'observation électorale de l'Union européenne qui a eu lieu le 25 octobre dernier. Je remercie tous ceux qui nous ont accompagnés. J'ai pu constater la défiance des Haïtiens vis-à-vis du processus électoral et le discrédit qui frappe les responsables politiques dans le pays, comme le prouve le niveau très élevé d'abstentions: plus de 70 %.

Il est impératif de s'attaquer aux causes profondes de ce mécontentement. Il repose d'abord sur le non-traitement de la question sociale dans le pays le plus pauvre du continent et l'un des plus pauvres du monde.

Pourtant, ce pays jouit d'un potentiel fort en matière agricole et touristique, notamment. La question de l'eau doit également être traitée. Six ans après le tremblement de terre, environ 80 % des 12 millions d'aides promises pour la reconstruction du pays auraient été déboursés, mais il suffit de circuler dans Port-au-Prince et Pétionville pour se rendre compte qu'une grande partie de cette aide n'a pas dû arriver jusqu'à la population. Cela nourrit aussi la méfiance vis-à-vis des acteurs internationaux, dont l'ingérence a laissé des traces – je ne citerai personne.

Aider les Haïtiens à améliorer leur quotidien, à leur redonner confiance dans le processus électoral, dans les institutions, là se trouve la clé de la sortie du blocage actuel. Il faut que nous continuions de suivre ce qui se passe en Haïti, notamment après le 7 février et donc, a priori, le départ de M. Martelly.

Madame la Commissaire, vous pouvez compter sur nous: le dialogue et le consensus sont des clés, y contribuer est notre devoir.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anche io avrei dovuto far parte di questa ultima missione elettorale che è stata cancellata. Condivido in pieno quanto detto dalla presidente Valenciano riguardo al riconoscimento del risultato del primo turno e alla necessità che si tengano quanto prima queste elezioni.

Che dire su Haiti? Se ad Haiti c'erano fame, violenza e corruzione prima al terremoto, dopo il terremoto, dopo sei lunghissimi anni di attenzione da parte degli Stati Uniti ma anche dell'Europa, possiamo dire che continuano ad esserci fame, violenza, corruzione ed attentati, oltre ad una fragile democrazia che abbiamo visto in questo periodo. Possiamo dichiarare, senza nessuna esitazione, che il terremoto del 2010 è stato e continua ad essere un affare per parte alla cooperazione internazionale e per parte della politica. Nel frattempo ci sono stati degli eventi molto discussi, tra cui l'approvazione di una legge sull'estrazione mineraria, tanto cara alle multinazionali per esempio. La situazione ambientale è un grosso problema, la deforestazione estrema ha esposto il paese ad inondazioni, uragani e frane. La cooperazione, con poche eccezioni, si è disinteressata a questa tematica non contribuendo ad uno sviluppo sostenibile del paese. Chiediamo alla Commissione se vogliamo appunto essere degli attori davvero determinanti su questa questione.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dopo l'inizio del processo elettorale il 25 ottobre, oggi ad Haiti siamo in presenza di una forte instabilità politica che può distruggere il già fragile equilibrio di un paese dilaniato dalla estrema povertà. Però diciamolo subito: la missione elettorale dell'Unione europea ha dimostrato che le elezioni si sono svolte in un clima sereno e che, a parte incidenti di minore entità, hanno rispettato gli standard internazionali. Nonostante questo, chi ha perso ha voluto fomentare la popolazione diffondendo notizie infondate circa l'inaffidabilità del processo elettorale e gli stessi media globali hanno contribuito non poco a diffondere nel mondo la percezione di brogli elettorali. Ma noi eravamo lì e abbiamo documentato, anche con l'ottimo lavoro di Elena Valenciano, il buon esito del processo elettorale.

Ora l'Unione europea ha un preciso compito, quello di fare appello a tutti gli attori coinvolti invitandoli ad assumere la responsabilità politica e morale, in nome del proprio popolo, per porre fine all'attuale blocco politico e rispettare i risultati elettorali del 25 ottobre. È necessario organizzare in tempi brevi un nuovo calendario che si basi sulla validità della prima tornata elettorale. Noi ci auguriamo, signor Commissario, che su questa linea si attesti la Commissione europea, con coerenza e con determinazione. Abbiamo tutti il compito di accompagnare Haiti nel processo democratico, che assicuri stabilità e che cominci a fornire risposte ai tanti problemi che affliggono questo paese, a partire dalle condizioni sociali ed economiche, per riparare ai tanti danni che sono avvenuti oltre a quelli del terremoto. Noi abbiamo un grande compito e lo dobbiamo svolgere fino in fondo.

Marlene Mizzi (S&D). – Ghalkemm l-elezzjoni Presidenzjali li saret f'Ottubru f'Haiti kienet ikkunsidrata mill-osservaturi tal-Unjoni Ewropea bhala wahda gusta, xorta eventwalment inqala' l-inkwiet, u t-tieni rawnd gie pospost darbejn ghall-24 ta' Jannar. Bhala wahda mit-tim tal-osservaturi tal-Parlament Ewropew ghall-monitoragg tat-tieni rawnd, nixtieq nghid biss "X'dizastru u x'hasra ta' pajji!"

Inqas minn tmienja u erbghin siegħa qabel il-votazzjoni, l-awtoritajiet elettoralji pposponew l-elezzjoni għat-tielet darba, iżda din id-darba għal perjodu indefinit fost oppożizzjoni bi protesti vjolenti, hruq ta' bini, vetturi u qtil ta' nies.

Għal wiehed mill-pajjiżi l-aktar fqar tad-dinja, bidla demokratika hija essenzjali għal politika stabbli u biex tirkupra l-ekonomija. Jekk le, il-miżerja ta' dan il-poplu ser tibqa' tikber aktar, miżerja li sfortunatament giet ikkawżata minn politika ta' dittatorjat, mill-korruzzjoni, nuqqas ta' edukazzjoni, u nuqqas ta' saħħa, nuqqas ta' direzzjoni u wkoll l-effetti tat-terremot devastanti ta' ftit snin ilu.

U hu għalhekk importanti li dan il-pajjiż jirbah lura l-fiduċja tal-poplu. Iżda biex dan isehh huwa importanti li l-vjolenza tiegħa minnufih, u l-partijiet involuti jinvolu ruhhom fi proċess mahsub biex jaslu b'suċċess għal elezzjoni trasparenti u demokratika.

L-Unjoni Ewropea tista' tghin billi tawtorizza missjoni speċjali li tghin fazzjonijiet politiċi sabiex jinnegożjaw data ġdida għall-elezzjonijiet, tagħmel monitoraġġ tas-sitwazzjoni attwali biex jiġi evitat aktar vjolenza u tassisti sabiex tissolva l-kriżi b'mod imminenti.

Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anch'io l'onorevole Valenciano e tutti i colleghi che hanno preso parte a questa missione. Ero parte della delegazione della missione elettorale dell'Unione europea ad Haiti del 25 ottobre 2015. Haiti è un paese che a fatica stenta a riprendersi dalle devastanti conseguenze del sisma che l'ha colpito sei anni fa. La situazione, non lo nego, è ancora difficile. Il paese conosce tantissime contraddizioni, ma nonostante tutto rivendica con forza il suo diritto ad elezioni libere e democratiche. Noi abbiamo garantito che questo accadesse. Grazie alla nostra presenza ad Haiti, le elezioni dello scorso 25 ottobre si sono svolte regolarmente e senza frodi, in un clima di legalità e rispetto delle regole, come hanno testimoniato anche le mie colleghe.

Il popolo ci ha accolto con entusiasmo, rendendo ancora più significativa la nostra presenza sull'isola, nonostante la bassa partecipazione all'elezione, devo ammettere, dovuta alla poca fiducia nelle istituzioni locali. Da queste elezioni il popolo haitiano ha espresso due candidati. Dobbiamo prendere atto e riconoscere la volontà popolare e soprattutto dobbiamo portare a termine la nostra missione: garantire che nel più breve termine Haiti si doti di istituzioni democratiche e stabili, in grado di far uscire il paese dalla situazione di precarietà nella quale si trova da ormai troppo tempo. Ricordo che il compito delle missioni di osservazione elettorale consiste anche, attraverso la promozione della democrazia, nel consolidare la pace e la sicurezza. Credo che noi dovremmo dare continuità ad un processo che, a nostro parere, non si è concluso.

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já souhlasím s tím, co řekla paní komisařka Crețu. Je skutečností, že pokud je vyvolána institucionální krize v zemi na základě toho, že jeden kandidát odmítne respektovat volby, které neprovázely žádné masové podvody, je to skutečně uvrhnutí země do chaosu. A nemyslím si, že řešením takovéto situace je, že my tuto zemi opustíme, že opustíme lidi této země a takzvaně je necháme na pospas jejich osudu. Myslím si, že to, co navrhol můj předchůdce, pan Corrao, řešením není. Podle mého názoru bychom měli dále tento proces sledovat, zřejmě i vyslat další misi. Pokusit se zvýšit motivaci lidí k volbám a samozřejmě i dokončit ten demokratický proces, který na Haiti běží. Nesmíme rezignovat, to by bylo určitě chybou.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, σαν Έλληνας ευρωβουλευτής εκφράζω την αλληλεγγύη μου στον λαό της Αϊτής, τον πρώτο λαό που αναγνώρισε την ανεξαρτησία του νεοσύστατου ελληνικού κράτους μετά την Επανάσταση του 1821.

Μετά τον σεισμό του 2010, οι ΜΚΟ αλλά και η Δύση επέβαλαν μια κυβέρνηση παρία. Μάλιστα στην Αϊτή συμβαίνει το παράδοξο, η διεθνής κοινότητα να διαχειρίζεται εκεί δέκα φορές περισσότερα κεφάλαια από ό,τι ο προϋπολογισμός της Αϊτής. Πρόκειται για ένα φαινόμενο σύγχρονου χολιγουντιανού δήθεν ανθρωπισμού, που όμως απέτυχε πλήρως, αφού εμβάδυνε την επισιτιστική κρίση, ξεκλήρισε τους αγρότες και απέτυχε να διοργανώσει δημοκρατικές εκλογές. Για αυτό τον λόγο έχει απέναντί του τον ίδιο τον πληθυσμό της Αϊτής, που έχει ξεσηκωθεί.

Η πορεία προς τις εκλογές χαρακτηρίστηκε από αμφισβητήσεις και βία και υπάρχει επίσης αμφισβήτηση, από ό,τι ακούστηκε, και για το αποτέλεσμα των εκλογών του Οκτωβρίου του 2015. Ήδη υπάρχει αδιέξοδος, καθώς αναβάλλεται συνεχώς ο δεύτερος γύρος των προεδρικών εκλογών και το βέβαιο είναι ότι ο λαός της Αϊτής θα στείλει μήνυμα με πολλούς αποδέκτες για τη δημοκρατική μετάβαση, την ολοκλήρωση της εκλογικής διαδικασίας και το χτύπημα της φτώχειας.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, kada je u siječnju 2010. godine Haiti zadesio katastrofalni potres, kada je poginulo preko 200 000 ljudi, svi smo bili solidarni, svi smo suosjećali s tim narodom i znajući da se radi o jednoj od najsiromašnijih država na svijetu, znajući da je ta država uglavnom živjela u kaosu, nestabilnosti i korupciji. Svi smo se ponadali 25. listopada prošle godine da će izbori koji su bili i slobodni i koji su bili i regularni prema svemu onome što su naše kolegice i kolege vidjeli na Haitiju, ponadali smo se da će napokon doći do novog procesa stabilnosti na otoku. Nažalost, to se nije dogodilo.

Europa je pomagala Haitiju u najtežim trenucima. Europa je stala uz Haiti i na ovim prošlim izborima. Europa treba i dalje nastaviti jer sam siguran da je naša pomoć tom narodu prijeko potrebna.

(End of catch-the-eye procedure)

Corina Crețu, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, it has been a very useful exchange and I thank all Members for the clarity of their interventions and, of course, for their efforts to find a solution to these deadlocks we are facing now in Haiti. The subject is the crisis after the elections but I should say, and I am sure that you all know, that the EU has been providing support for the Haitian people, in one of the poorest countries in the world, for long years now. Especially after the earthquake in 2010, one out of two Haitians has been reached by some help in one way or another.

From this debate I conclude that we all agree on using EU diplomacy, EU diplomatic efforts and other instruments to support the Haitian-led solution to the current crisis, grounded in respect for democracy and human rights.

May I close by signalling once again my appreciation of Parliament's role in election observation and in keeping this important issue on the international agenda.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

15. Lage in Libyen (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind Declarația Vicepreședintelui Comisiei/Înaltului Reprezentant al Uniunii pentru afaceri externe și politica de securitate referitoare la situația din Libia (2016/2537(RSP)).

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, honourable Members of the European Parliament, I welcome the opportunity to join you today to discuss an important topic on behalf of the High Representative Federica Mogherini: the situation in Libya, the advances made so far and the challenges that are still lying ahead.

We have seen considerable progress since the last debate in this Chamber. The Libyan political agreement was signed in Skhirat on 17 December, a Presidency Council has been formed and is meeting and working, and the Government of National Accord has been announced and the Temporary Security Council has been appointed. As soon as she could, on Friday 8 January, the High Representative travelled to Tunis to meet the Presidency Council to express the EU's political support for their action and to discuss with all its members, all together, about the immediate and longer-term assistance the European Union can provide to the new Libyan authorities. She reminded them that the European Union's EUR 100 million aid package for Libya has been ready for a while and that all it takes for its full implementation is for the Government of National Accord to start working in the country.

On the ground, promising new truces were signed recently between the municipalities: between Misrata and the neighbouring Tawergha, finally putting an end to an enmity dating back to the 2011 revolution; and between Zawiya and Zintan west of Tripoli, in Sorman, again just west of Tripoli and in the south, although it remains shaky between the Tebus and the Touareg, who have been fighting for months in Obari.

The House of Representatives voted on 25 January to approve the Libyan political agreement, albeit conditionally. The recognition of the UN-brokered process is the sole genuine political process in Libya. At the same time the House of Representatives did not approve the ministerial appointments in the proposed GNA.

Further discussions are required, but eventually we hope and expect that Libyan decision-makers will realise that there is no alternative to a Unity Government representing all the regions and all the social and political groups and that only such a government will give real hope to the Libyan people that their country can finally tackle, hopefully once and for all, the spread of terrorism, an economy on the brink and threats to Libya's integrity and development.

When the Unity Government is endorsed by parliament, the priority will be the security of the population and the fight against Daesh. Tripoli's security must be essentially enforced by the Libyans themselves. Libyans will provide the core of the new security apparatus and the international community can provide further training and assistance should the new government request it.

The European Union is also actively engaged in this security effort. Our liaison and planning cell in Tunis has been active and will continue to support the United Nations and the new Libyan authorities in drafting plans. Member States have agreed to bolster the cell and also to reinforce civilian planning capacity through a reactivated and expanded EU-BAM mission. It should become operational in the next few weeks and provide capacity on a broad spectrum of police support including counter-terrorism, customs, border security and migration.

Mr President, honourable Members, the democratic transition in Libya is a difficult and complicated process, but a UN-brokered Libyan political agreement has made important progress and deserves our continued support. The alternative is simply chaos – a country on the brink of economic catastrophe – and all this can still be avoided. It is our duty as Libya's neighbours to continue supporting the United Nations process and the GNA, and we are fully committed to continuing doing exactly that.

Mariya Gabriel, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, oui, la priorité en Libye est aujourd'hui la formation d'un gouvernement d'union nationale.

Nous ne pouvons que soutenir aussi les efforts sans pareils de Martin Kobler.

L'installation du gouvernement à Tripoli est aussi un élément clé pour mettre fin au vide politique et à la division symbolique et géographique du pays, qui laisse le terrorisme se répandre.

Dans l'immédiat, la situation en Libye est à un tournant majeur et il convient de rappeler la responsabilité des parties libyennes, non seulement vis-à-vis des Libyens mais aussi au regard des autres pays de la région du Sahel, y compris du Burkina Faso et du Mali.

Nous savons depuis longtemps que la situation en Libye est un enjeu sécuritaire régional et international. La responsabilité et la conscience des parties libyennes sont aujourd'hui les éléments décisifs.

À court et moyen terme, l'Union européenne et la communauté internationale devront se tenir prêtes sur différents fronts, dès que le gouvernement sera remis en place, afin de redéployer la mission d'assistance à la gestion des frontières et de déployer rapidement une nouvelle mission civile.

En dehors de ces priorités, nous devons travailler à mobiliser d'ores et déjà la communauté internationale pour la reconstruction économique, car la paix sur le plan politique sera vaine si l'économie du pays s'effondre et le gouvernement sera impuissant.

Troisième élément: la coordination et la complémentarité du soutien de la communauté internationale doivent être organisées. Les Nations unies, l'Union européenne, l'Union africaine, la Ligue des États arabes ont toutes un rôle à jouer sur les plans économique, sécuritaire, de la réconciliation et de la prévention de la radicalisation, par exemple. Ce n'est qu'ensemble que nous pourrons éviter que la situation en Libye n'ait des conséquences toujours plus graves pour nous tous.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the latest information we have received from Libya is of a country on the brink, as was mentioned before, who knows how many times in this House. The humanitarian situation is disastrous and needs immediate relief. Daesh has managed to put down roots. It used to have only a few hundred fighters on the ground, now there seem to be thousands. It is easy to understand what it means in terms of eradicating them.

A political solution with a government of national accord is essential – imperative – and we call on the House of Representatives to show a spirit of compromise and to endorse the new list of ministers once it is proposed, hopefully in the coming hours. But this will only be a small step in the right direction, because the challenges ahead are many and all of them are urgent.

Let me not miss another important point: until now, sanctions against certain people were threatened but never put in place. It is now time to be more concrete and effective and to apply sanctions against those people who undermine the political solution for Libya. The new government will have to tackle the disastrous humanitarian and security situation in the country, which is already in the wind. To do so, it needs the help of the EU and the international community.

As the President of Nigeria, Mr Buhari, mentioned this morning, the situation in Libya is not only a local problem, it is becoming a major regional one, with huge consequences for a region which is already confronted with too many crises. Today Libya desperately needs a united army to eradicate Daesh, but this will not be enough if it is not complemented with all the necessary means from the international community.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as the UN-brokered talks continue, we must remain optimistic that the agreement reached in December of last year can be fully implemented and that a stable and durable Libyan Government of National Accord can now be formed. Such discussions take time, however, and we cannot ignore the growing presence of ISIS in the region.

As the coalition against ISIS meets in Rome to discuss progress, militarily speaking, in Iraq and Syria, I am pleased to see that Libya is also now on the agenda. All options must remain open. I welcome the news that the United States is considering military offensives against ISIS in Libya, as well as Syria and Iraq, in the event of a UN agreement breaking down. Whilst reports suggest that the French Government has ruled out any further military action, I would hope that other EU Member States, not least my own, the United Kingdom, would also consider supporting such action, as we were active in Libya when the Gaddafi regime fell. Entrenched ISIS strongholds on the coast of Libya after their defeat in Syria or Iraq would constitute a complete failure of the Neighbourhood Policy and pose a grave security risk to EU Member States, particularly in the context of the migration crisis.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the Minister for the brief and show my appreciation for the efforts from colleagues from the other political groups on the draft resolution that we have managed to agree on. It is a very good text. It is balanced, and what is important is that there was strong support behind it. I hope that this will also show tomorrow during the vote.

It has already been said today that President Buhari has reminded us of the situation not just in the south of Libya, and not just in Libya, but in the whole Sahel region, which is in crisis. It also has to be said that there is now one of the highest concentrations of arms that has ever been seen in the region. It is also a matter of fact that human trafficking has been present for years and is further intensifying. The situation of the people, as well as of minorities and migrants, is just devastating. It is tragic.

So it is high time that we were able to arrive at an agreement, but of course we need that agreement to be supported. What can we do apart from assisting Libya in this respect? I think that it is a condition *sine qua non* that we will be communicating only with those entities that are party to the agreement. This is absolutely necessary.

We know that sometimes some of our Member States and some of our politicians find informal channels. This is not an issue on which we should play with fire. Daesh is present. A part of the coastline is basically in the hands of Daesh, or groups loyal to it. The territory is not that far from Europe, so basically we have all the prerequisites for a widespread conflict in which ISIS will be gaining ground. We should therefore avoid making the mistakes of the past and make the best of the opportunity today. It will not be easy, but it needs to be supported. For me, the last resort – if political efforts fail – would eventually be an intervention. I understand that the coalition against ISIS has not reached that yet in Rome, but this is the option of last resort.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, estamos viendo que hay dificultades para aplicar el acuerdo político en Libia auspiciado por las Naciones Unidas. Es algo que está alentando la intención de abandonar esa vía -lenta pero segura- y que están lanzando, otra vez, para que vayamos por los vientos de guerra.

Hemos escuchado a mandos de Estados Unidos y al Secretario General de la OTAN abogar por una nueva intervención militar. Hay que acordarse de lo que pasó con la anterior intervención de la OTAN: destrucción total del Estado libio; miles de víctimas inocentes; desestabilización permanente de la región y la expansión del terrorismo.

Rechazamos cualquier intervención militar. Rechazamos el intento de la OTAN de sustituir a las Naciones Unidas. Exigimos el cese de toda la exportación de armas y el cese de la financiación de las milicias -es decir, comprar su petróleo- y la investigación de la violación de la Resolución 1970 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die derzeit vordringlichste Aufgabe der EU ist es, die UN im Einsatz für eine Einheitsregierung in Libyen zu unterstützen. Die rivalisierenden Fraktionen müssen beweisen, dass sie Führungskraft besitzen und sich auf eine solche Regierung einlassen. Dazu gibt es keine Alternative. Es steht zwar außer Frage, dass in den Verhandlungen einige Bevölkerungsgruppen und Milizen nicht berücksichtigt wurden. Doch seien wir realistisch: Ohne ein gemeinsames Vorgehen der Regierungen von Tripolis und Tobruk wird es keine Grundlage für einen Friedensprozess geben.

Wir beobachten, dass sich in den chaotischen libyschen Verhältnissen der sogenannte Islamische Staat immer weiter ausbreiten konnte. Deshalb müssen sich alle Anstrengungen darauf konzentrieren, ihn zu bekämpfen. Wer aber denkt, dies derzeit durch eine militärische Intervention zu erreichen, der irrt. Angesichts der chaotischen Verhältnisse wären solche Aktionen nicht nur zum Scheitern verurteilt; sie wären zugleich Wasser auf die Mühlen jener Gruppen, die jedes internationale Agieren als Angriff auf die Souveränität des Landes propagandistisch zu nutzen wissen.

Mehr als fragwürdig ist in diesem Zusammenhang auch die geplante dritte Phase des EUNAVFOR MED-Einsatzes, also eines bewaffneten Einsatzes gegen Schlepper auf libyschem Territorium. Ein solches Vorgehen würde die Konflikte noch weiter anheizen.

Mit Blick auf die Menschenrechte stellen wir eine ständige Verschlechterung fest. Personen werden willkürlich verschleppt, gefoltert, die Gewalt gegen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten nimmt zu, Flüchtlinge und Migranten leben unter entsetzlichen Verhältnissen. Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Will die internationale Gemeinschaft kein zweites Syrien schaffen, muss sie die künftige Regierung mit humanitärer Hilfe unterstützen und zivilgesellschaftliche Organisationen stärken. Und wir müssen darauf hinwirken, dass die Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen vor der internationalen Strafjustiz zur Rechenschaft gezogen werden.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la politica ai giorni nostri è affetta da un male terribile: la sindrome del fare. Fare qualsiasi cosa pur di non dare l'impressione di essere immobili e quindi superati dai concorrenti o per lo meno travolti dagli eventi. Uno dei malati cronici di questo male è proprio l'attuale premier del mio paese Matteo Renzi. Ma adottare scelte con conseguenze gravissime, come dare il via ad esempio a un intervento militare senza avere chiaro l'obiettivo politico da perseguire, è imperdonabile per un uomo di Stato.

Peggio ancora è lo sbandierare un motivo per inseguirne un altro, quello è proprio un crimine. Un crimine che ad esempio è avvenuto nel 2011, e tutto ciò che è venuto dopo è stato diretta responsabilità di chi è intervenuto all'epoca in modo sconsiderato. A detta del funzionario Blumenthal del governo degli Stati Uniti, quell'intervento fu spinto da Sarkozy per perseguire biechi interessi economici e commerciali: mettere le mani su più concessioni petrolifere, sottraendole all'italiana ENI, aumentare l'influenza francese in Africa, riaffermare il prestigio militare e anche interno – in questo caso di Sarkozy –, ma soprattutto prevenire il possibile piano di Gheddafi per soppiantare il franco francese africano, il CFA, con una nuova valuta panafricana garantita dalle riserve libiche. C'erano tanti sospetti e adesso c'è la parola del corpo diplomatico degli Stati Uniti.

Quando sento i pruriti interventisti di Francia, Gran Bretagna, Italia e Stati Uniti in Libia, penso che certe lezioni non sono state comprese. Penso a quei leader che si preoccupano troppo delle risposte mediatiche da dare agli attentati di Parigi, di mostrare i muscoli. Penso che l'unica vera paura che li affligge, e che Daesh ha ben compreso, è semplicemente di difendere le infrastrutture petrolifere, non certo i diritti dei libici o la sicurezza degli europei. Tuttalpiù sono finalizzate a non perdere le elezioni.

L'obiettivo prioritario è stabilizzare la Libia e riprendere la transizione. Se noi andiamo a bombardare e dispiegare i nostri eserciti finiremo solo a far coalizzare le milizie islamiche intorno al catalizzatore di Daesh. La presa di Sirte non è nient'altro che quello che è accaduto anche a Tikrit dopo la caduta di Saddam Hussein: esclusione di una comunità per rappresaglia, logica di vendetta al posto della riconciliazione. Ed ecco che Daesh cresce con gli ex elementi di Gheddafi e gli elementi tribali, non per scelte ideologiche ma per errori politici. Se si interviene senza un accordo politico chiaro, le fazioni e le milizie che si avvicineranno alle nostre forze diverranno poi dipinte come collaborazionisti degli invasori, subiranno discredito, e quindi si andrà a minare ulteriormente il processo di riconciliazione. Invece, si dovrebbe pretendere che le potenze regionali, di fronte al caos crescente, stiano finalmente lontano dall'interferire e la smettano di essere sedotte dalla logica degli uomini forti come Aftar che non hanno fatto che complicare i negoziati. Se le fazioni non vogliono trattare, che si allarghino i colloqui alle realtà locali, alle municipalità, ai leader tribali direttamente. Non permettiamo di nuovo che la catastrofe di una guerra dissennata dell'emergenza si abbatta contro di noi perché sia facile. È tempo di pretendere ciò che è giusto.

Mario Borghesio, a nome del gruppo ENF. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dal parlamento di Tobruk ho ricevuto oggi una lettera, firmata da decine di parlamentari, con l'incarico di trasmetterla all'Alto rappresentante, cosa che ho fatto. In essa il Parlamento di Tobruk ci informa di non essere in grado, a causa dell'embargo, di difendersi dall'Isis e di volere un governo che non sia strumento di forze esterne interessate solo a controllare le risorse libiche. Perché finora l'Unione europea non ha fatto nulla in Libia per aiutare veramente i libici a combattere l'Isis e lo si è lasciato espandere fino alle porte dell'Europa? Dati i risultati dell'intervento franco-americano, non pensa l'Alto rappresentante che un ulteriore intervento non coordinato, che i libici non accetteranno e che combatteranno, possa portare alla completa perdita di controllo delle frontiere e incrementare un'ulteriore invasione dell'Europa?

Il governo libico ha ereditato l'embargo cui era soggetto il regime di Gheddafi. Ma l'Unione europea si è accorta che Gheddafi non c'è più e che quindi la situazione è cambiata? Noi chiediamo che l'Unione europea e gli Stati membri sottoscrivano accordi di riammissione con il nuovo governo, come quello che l'Italia aveva già con la Libia. Ricordiamoci che, secondo l'ONU, ci sono in Libia 400 000 migranti pronti a partire verso l'Europa, fra i quali, lo ha denunciato il Ministro della difesa francese, possono inserirsi facilmente moltissimi terroristi o uomini legati comunque all'Isis e a Daesh. Io credo che questo appello che ci viene dai deputati del parlamento di Tobruk debba essere preso in seria considerazione da questo Parlamento e naturalmente dall'Alto rappresentante che fino adesso è stato sordo a questi appelli.

Diane Dodds (NI). – Mr President, in my constituency, Northern Ireland, and indeed for all victims of Gaddafi-sponsored IRA terrorism, the fight for justice and compensation goes on. The Northern Ireland Affairs Select Committee at Westminster has rightly criticised our former Prime Minister, Tony Blair, for his unwillingness to give straight answers to straight questions regarding what discussions he had about compensation for IRA victims when Colonel Gaddafi was in power. His approach ignores the valid concerns of innocent victims of terrorism.

I am under no illusions; we must see a relative and sustainable peace in Libya in order to further our goal of negotiating a fair financial settlement for these innocent victims. In Libya we want a peace that is democratic, upholds fundamental freedoms, and that provides space for religious minorities who, at present, live under an escalating threat of persecution.

We in this House must play our part in bringing that about. But we must then stand with the victims of IRA terrorism in pressing their right to compensation.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Hoher Beauftragter Gonzato, meine Damen und Herren! Wir sollten eines sehen: Die Lösung der Fragen und die Herstellung friedlicher und stabiler Verhältnisse in Libyen ist eine Frage der Humanität für ein Land, aber sie ist von entscheidender Bedeutung für unsere eigene Stabilität. Aus diesem Grunde müssen wir unmittelbar diesen Prozess, den Herr Kobler vernünftig angestoßen und vorangebracht hat, fortsetzen – von Seiten der Hohen Beauftragten, von Seiten der Mitgliedstaaten – um eine Möglichkeit zu erreichen, dass auch unsere EU-Mission SOPHIA in Gang gesetzt werden kann, um die Territorialgewässer einzubeziehen und auf diese Art und Weise Schmuggler und Menschenhändler zu bekämpfen und auch die Flüchtlingszahlen ein Stück weit in den Griff zu bekommen. Da erwartet uns möglicherweise Schlimmes in Italien und in dieser Richtung, wenn bis zum Frühjahr hier keine Fortschritte gegeben sind.

Zweitens müssen wir Stabilität im Land erreichen. Deswegen ist es dringend notwendig, dieses Land durch ökonomische Hilfe und Sicherheitshilfen so zu stabilisieren, dass es seine internen Verpflichtungen wahrnehmen kann. Denn wir müssen auch hier sehen, dass die Mitgliedstaaten viel reden, aber bisher noch kaum einer beispielsweise in den Afrika-Fonds eingezahlt hat. Hier sollen die Mitgliedstaaten ihren beschlossenen finanziellen Verpflichtungen gerecht werden, damit die entsprechenden Spielräume zur Entwicklung einer besseren Situation in diesem Land und in anderen Ländern erfolgen und so verhindert wird, dass sich die ISIS dort weiter festsetzt und durchsetzt. Hier muss man auch militärische Unterstützung geben, denn wenn die in die Ölfelder hineinkommen, auch in die Ölfelder Algeriens – was offensichtlich ihr Ziel ist –, werden wir noch schlimmere Situationen haben, als wir sie gegenwärtig haben oder als wir sie in Syrien und Irak haben. Deswegen hat das solche Priorität.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le indicazioni presenti nella proposta di risoluzione sono abbastanza chiare. L'accordo politico libico rappresenta un'occasione unica per far fronte all'attuale situazione insostenibile e mettere le basi per la costruzione di uno Stato civile e democratico. L'accordo raggiunto in Marocco mira infatti a garantire al popolo libico un governo basato sul principio della separazione dei poteri e a rafforzare le istituzioni statali, in particolare il governo di accordo nazionale, in modo da affrontare tutte le sfide a cui deve far fronte la Libia.

Il nostro compito oggi è quello di mettere in campo tutta l'azione politica e diplomatica necessaria perché non solo venga approvato l'accordo, ma lo si implementi e si creino le basi per una maggiore inclusività di tutti i soggetti nel quadro del necessario processo di riconciliazione nazionale. In questo quadro sottolineo tre elementi, oltre a quelli già presenti nella risoluzione, sui quali sarebbe opportuno che il Consiglio e la Commissione lavorassero. Il primo è l'importante ruolo dei paesi vicini, un ruolo che in realtà già stanno giocando, di aiuto al processo di stabilizzazione, e noi dobbiamo investire su questo ruolo. In secondo luogo, è importante un ulteriore ruolo quello che bisognerà conferire alle municipalità. Proprio per come è conformata la realtà libica, a partire dalla realtà tribale, le istituzioni locali possono svolgere una funzione vitale nel processo di stabilizzazione democratica. Infine, vi è un ulteriore messaggio che credo sia utile dare qui al Parlamento: si evitino gli errori del passato. C'è da augurarsi da parte della comunità internazionale e della classe dirigente che questa volta vengano usate maggiore consapevolezza, lungimiranza e saggezza. Si usi la testa e non solo la pancia.

Mark Demesmaeker (ECR). – De debatten over Libië herhalen zich een beetje in dit halfroond. Elke keer zeggen we: de tijd raakt op voor Libië. Ondertussen zien we anarchie, poreuze grenzen, mensensmokkelaars, lange rijen wanhopige vluchtelingen: een wingebied voor IS. En terwijl de Islamitische Staat stilaan terrein verliest in Irak en Syrië, wint ze er terrein bij in Libië. Langs de zuidkust van de Middellandse Zee, op amper 300 kilometer van de Europese Unie, bouwt IS een bruggenhoofd, een regelrechte bedreiging voor de stabiliteit en de veiligheid in Europa. Uit de drommen mensen uit Soedan, Nigeria en Tsjad rekruteert IS zijn leger van de armen. De tijd raakt inderdaad op. De tijd is op. Zonder een veilig en stabiel Libië is er geen veiligheid voor de regio en voor de EU. Een legitieme, inclusieve Libische regering is een eerste voorwaarde. En dan kan een internationale vredesmissie helpen om het land te stabiliseren - hopelijk met de steun van de Arabische Liga en de Afrikaanse Unie - en plannen we deze keer ook een stap vooruit. De heropbouw moet een integraal deel uitmaken van zo'n interventie.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono meno ottimista di lei signor Koenders. Temo l'ennesima guerra in Libia perché conosciamo ormai i disastri delle guerre antiterrorre. Non dimentichiamo che i rifugiati sono il frutto del caos che da anni seminiamo ovunque. I *foreign fighters* parlano confusamente di Islam, ma pensano soprattutto a se stessi come *war generation*. Non sapete sciogliere il nodo siriano e non lo volete, visto che accettate il diktat turco: niente curdi ai negoziati per ora. L'unico a volerli è Putin, forse il solo che sa l'indispensabilità dei curdi se si vuol vincere l'ISIS. Stessa cecità in Libia: il fallito intervento del 2011 ha aperto le porte di questo paese all'ISIS e ora ha preparato un intervento senza essere sicuri che in Libia ci sia uno Stato. Non per ultimo, penso che l'Italia non debba mettere i piedi in Libia a causa del suo passato coloniale.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señor Presidente, creo que es evidente que la Unión Europea no ha jugado un muy buen papel en Libia. Nosotros tenemos serias dudas sobre la idoneidad de enviar allí contingentes militares y no sabemos muy bien qué hacen esos mil soldados británicos, esos cinco mil soldados italianos; qué hacen ni tampoco a quién están sirviendo, en realidad.

Al menos, en esta Resolución sí que constan claramente nuestros dos objetivos. En primer lugar, el de agotar de todas las formas posibles ese proceso de paz, esa constitución de un Gobierno unitario que realmente sirva a los intereses del pueblo libio. Y en segundo lugar, el de ayudar a los refugiados, que están sufriendo en sus carnes esa guerra y que están, además, produciendo desestabilización en el Mediterráneo, y especialmente en el país vecino, en Túnez.

Pero me gustaría señalar que esta Resolución no puede quedar completa si no hay al menos una referencia al caso del diplomático español Bernardino León, ese alto enviado de las Naciones Unidas que, al mismo tiempo que hacía de mediador, negociaba con los Emiratos Árabes Unidos —con una de las partes involucradas— un gran contrato personal. Esto es un conflicto de intereses que no podemos tolerar y que debemos condenar y reflejar en esta Resolución.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

James Carver (EFDD), blue-card question. – Thank you, colleague, for taking my blue card. Do you agree with me that the European Union getting involved in this dispute further complicates the situation? Should this not ideally be left to local actors, i.e. the African Union, with support from the United Nations? Is European Union meddling just exacerbating the situation and making it worse?

Jordi Sebastià (Verts/ALE), respuesta de «tarjeta azul». – Apreciado colega, no comparto su punto de vista. Yo considero que la Unión Europea no debe involucrarse de una forma militar -creo que lo he dicho muy claro-.

Pero estamos en la frontera con Libia, tenemos intereses en Libia y tenemos, además, un llamamiento hecho en nuestra propia Constitución para defender los derechos humanos. Y, por tanto, tenemos que involucrarnos en solucionar el conflicto libio con toda nuestra energía.

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, David Cameron's support for the UN resolution to overthrow the Gaddafi regime in Libya is a classic example of the short-sighted reaction to events which these days takes the place of any proper strategic thinking on the international stage. By overthrowing a dictator using a bombing campaign, we created anarchy in Libya and left a power vacuum which the murderers of Islamic State have been able to exploit. What this has led to is a humanitarian crisis on the EU's external borders, the consequences of which we saw this summer and continue to see in the Mediterranean, in Scandinavia, Calais, and of course the recent disgraceful events in Germany. And now the EU wants to lead the military mission in resolving the situation in Libya, as we heard from the Chairman of the EU Military Committee at last week's defence committee meeting. I would suggest that rather than dilute our sovereignty further by joining up with the doomed-to-fail EU mission, the UK Government instead learn from its mistakes and stop rushing in to remove leaders without considering the consequences.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jiří Pospíšil (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Velmi pozorně jsem poslouchal, pane kolego, Váš příspěvek a mám malý dotaz. Pochopil jsem správně, že podle Vašeho názoru bylo špatně, že jsme přispěli ke svržení diktátora Kaddáfího? Prosím o upřesnění, děkuji.

Raymond Finch (EFDD), *blue-card answer*. – Right: if you go around interfering in foreign countries without having a plan for fixing it, what you do instead is you bring horror and terror to the poor people who live there and you bring terrorism and issues relating to this to your own borders. I hope that clears it.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Monsieur le Président, la situation en Libye est, entre autres, la conséquence de l'intervention de Nicolas Sarkozy, sous l'égide de l'OTAN, soutenue par certains députés français du PS et de l'ex-UMP, ici élus. Elle entraîna la chute du colonel Kadhafi, seul capable d'unifier les quelque 150 tribus vivant sur le sol libyen et de faire de la Libye le pays le plus riche d'Afrique, avec un taux de chômage très bas. Aujourd'hui, ce pays est plongé dans un chaos généralisé. La seule voie de sortie crédible serait d'appuyer les tribus qui s'opposent au groupe «État islamique».

J'ai lu une interview de Franco Roberti, procureur national de la direction antimafia et antiterroriste à Rome. J'en ai retenu deux choses.

Premièrement, ses services soupçonnent le groupe «État islamique», présent en Iraq, en Syrie et en Libye, d'être impliqué dans le trafic des clandestins, ce qui n'a rien d'étonnant. Deuxièmement, M. Roberti affirme ce que nous avons toujours dénoncé: parmi les immigrés qui traversent la Méditerranée, il y aurait des terroristes liés au groupe «État islamique». Nous savons que ce groupe progresse en Libye et nous pouvons donc vraiment craindre pour notre sécurité.

Nous nous devons de revoir d'urgence notre politique immigrationniste, qui prévaut dans cette Assemblée, et de mettre fin au départ d'embarcations clandestines depuis la Libye.

Aymeric Chauprade (NI). – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, chers collègues, la situation en Libye est bien plus que préoccupante: elle nous promet un avenir sombre en Europe si nous n'agissons pas rapidement.

Les attaques du groupe «État islamique» contre les terminaux pétroliers à l'est de Syrte, la situation de la ville d'Houn dans le Fezzan, ses nombreux camps d'entraînement: tout cela démontre que, chaque jour, notre ennemi gagne du terrain.

Il y a au moins deux motifs légitimes pour intervenir en Libye: premièrement, la progression rapide du groupe «État islamique» et, deuxièmement, l'explosion des flux de migrants illégaux. Dans un pays que l'intervention contre Kadhafi a détruit, l'urgence est de prendre en mains ces deux sujets et d'éviter leur combinaison.

Je vois deux solutions à mener de concert. Premièrement, une nouvelle intervention militaire européenne coordonnée avec l'Égypte afin d'éliminer le groupe «État islamique», mais la France, déjà fortement engagée au Moyen-Orient et en Afrique, ne saurait la mener seule.

Deuxièmement, la construction de centres de rétention et d'admissibilité au statut de réfugié politique sur le territoire libyen, comme d'ailleurs au départ de toutes les voies de migration qui convergent vers l'Union. Sur ce sujet, nos États pourraient se voir renforcés par le recours à des sociétés privées de sécurité agissant sous contrat de l'Union.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, lorsque nous observons la Libye, nous avons comme une impression de déjà-vu. La situation politique se retrouve une nouvelle fois dans l'impasse. Le Parlement de Tobrouk, pourtant reconnu par la communauté internationale, vient de rejeter le gouvernement formé sous l'égide de l'ONU. L'espoir qu'avait suscité la signature de l'accord politique, en décembre dernier, a vite été déçu.

L'Union doit désormais faire tout son possible pour permettre à cet accord de se concrétiser à travers la formation d'un gouvernement d'union nationale crédible et légitime aux yeux de tous les Libyens. Pendant que ceux-ci ne parviennent pas à se mettre d'accord sur un gouvernement, le groupe «État islamique» profite de l'instabilité et des dissensions pour s'implanter davantage. Cette organisation terroriste menace non seulement la sécurité du pays, mais également sa survie économique. En visant les infrastructures pétrolières, il met en danger la seule source de revenus des Libyens, qui sont face à une situation économique catastrophique.

Il faut bien entendu privilégier la voie diplomatique dans le conflit libyen, mais un appui militaire ne peut être exclu. Une chose est sûre, le gouvernement libyen ne pourra pas demander notre aide militaire pour stabiliser le pays si ce gouvernement n'existe pas. Une intervention militaire des pays de la coalition ne peut être envisagée sans une stratégie politique efficace et acceptée par tous les Libyens. Nous devons travailler main dans la main avec eux afin de définir cette stratégie.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a União e Estados-Membros falharam em agir como uma Europa coesa e coerente para ajudar os governos de transição líbios na tarefa que devia ter sido prioritária, sem a qual era óbvio que não funcionaria nem um Estado nem governação.

A construção de forças de segurança sob comando nacional, o que implicava desmobilizar as milícias, não deixar que fossem infiltradas por redes criminosas e terroristas, explorando os arsenais de Kadhafi no bazar de armas, de que ainda hoje ouvimos falar o presidente da Nigéria.

A União e os Estados-Membros continuam a enterrar a cabeça na areia, tudo reduzindo a lutas tribais entre líbios, continua em denegação da guerra por procuração conduzida em solo líbio por potências rivais sunitas, Egito e Emirados atrás da Arábia Saudita, que financia os grupos salafistas, contra a Turquia e Qatar, que apoiam a Irmandade Muçulmana.

Guerra por procuração que organiza a desintegração da Líbia e a expansão do Daesh e de outros grupos terroristas no terreno. O acordo político líbio que o representante do Secretário-Geral da ONU, Martin Kobler, conseguiu negociar oferece uma oportunidade que o povo líbio e a União Europeia e a região não podem desperdiçar. É uma oportunidade *in extremis* para impedir a escalada da violência.

Um ataque terrorista organizado a partir da Líbia contra europeus terá resposta e ninguém saberá controlar os impactos de uma intervenção militar externa. Para o acordo político líbio e o Governo de acordo nacional vingarem, é vital que a União Europeia imponha imediatamente sanções direcionadas contra qualquer indivíduo, ou organização, líbio ao estrangeiro, que boicote o acordo e o Governo.

A Europa tem de assumir que é sua obrigação e interesse vital investir na segurança na Líbia. A erradicação de santuários terroristas implica trabalhar na desmobilização, desarmamento e reintegração de qualquer milícia no combate ao tráfico de armas e de seres humanos e na formação de forças de segurança líbias sob comando unificado.

Se não se restabelecer segurança não haverá transição democrática na Líbia, nem capacitação para a governação, nem respeito pelos direitos humanos, nem controlo de fluxos migratórios, nem gestão de petróleo. A União tem de se empenhar na Líbia e interessar-se pelo povo líbio. Só assim assegurará a sua segurança e a segurança da região.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Liczę, że rząd jedności narodowej powstanie niezwłocznie. Jest niezbędny dla bezpieczeństwa ludności, absorpcji środków pomocowych, wyparcia Daisz i związanych z nim mafii przemytniczych, kontroli nad instalacjami wydobywczymi. Popieram EUBAM Libia, popieram EU NAVFOR MED Sophia, wysiłki Wysokiej Przedstawiciel i całej społeczności międzynarodowej.

Louis Aliot (ENF). – Monsieur le Président, chers collègues, voilà où nous ont conduits les aventures qui ont été soutenues par des parlementaires ici présents de M. Sarkozy, ancien président de la République française, et du philosophe de café du commerce, M. Bernard Henri-Lévy.

Le constat, nous l'avons là: la situation dramatique des Libyens et de l'Europe, qui est la conséquence directe de cette aventure en Libye.

La vérité, c'est que nos gouvernements traitent aujourd'hui avec des terroristes, des terroristes islamistes d'un côté ou de l'autre, mais terroristes quand même, et personne ne souhaite discuter ou ne continue à discuter avec le Parlement de Tobrouk, qui a en partie la clé du rétablissement de la situation.

Dans ce brouillard géopolitique criminel que nous avons créé, nous devons envoyer un signal et une mission de députés européens, notamment au Mali, pour faire un état des lieux et ne plus nous tromper sur nos adversaires et sur nos amis dans cette région.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, el acuerdo político firmado el pasado 17 de diciembre en Sjirat, respaldado posteriormente por el Consejo de Seguridad en su Resolución 2259, fue un paso muy positivo para Libia, pero las decisiones adoptadas por el Parlamento de Tobruk, como se ha dicho la semana pasada, esto es, el rechazo al Gobierno propuesto y las diferencias en torno al artículo 8 del acuerdo, son escollos muy importantes; deben superarse rápidamente. Junto a los enfrentamientos armados, la división política no ha hecho más que agravar el desplazamiento de cientos de miles de personas, hundir la economía libia y facilitar el establecimiento y la progresiva expansión de Dáesh, que es muy preocupante. Dáesh parece haberse hecho fuerte en Sirte y ya hemos visto su capacidad de atracción y de desestabilización en Oriente Medio.

Necesitamos un acuerdo definitivo sobre un Gobierno de unidad nacional cuanto antes. Será la mejor fórmula para combatir a Dáesh y pacificar y estabilizar Libia, país mediterráneo muy importante, cuya situación repercute también en vecinos como Argelia, Egipto y, desde luego, Túnez. Además, Libia es la vía directa de conexión entre la convulsa región del Sahel y las costas del Mediterráneo, que son también nuestras costas. Es imprescindible, repito, que se forme rápidamente un Gobierno de unidad que luche contra el terrorismo y el tráfico de seres humanos y lleve a Libia por el camino de la paz y la prosperidad. Espero que los esfuerzos del enviado especial de las Naciones Unidas, el señor Kobler, y la implicación de los diversos actores con mayor influencia en la región contribuyan también a una pronta superación de los obstáculos existentes.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, chers collègues, après les incantations et les discours, il est temps de passer aux actes. Nous le savons, pour faire face à ce chaos que nous constatons en Libye, aux menaces en Tunisie mais aussi par rapport au continent européen, il va falloir ainsi passer aux actes, et c'est ce que je demande aux autorités européennes, au Conseil et à la haute représentante.

Il faut tout d'abord que des frappes militaires puissent être mises en œuvre d'urgence. Pour ce faire, il faut qu'il y ait en Libye un état de droit et un gouvernement d'union nationale. Il faut dire au Parlement de Tobrouk d'accepter le gouvernement d'unité nationale pour permettre ces frappes militaires et permettre de lutter contre le groupe «État islamique». Et, bien évidemment, il faut aussi lutter contre ces mafias, contre ces passeurs qui amènent la mort. Troisièmement, il faudra également qu'à l'initiative de l'Union européenne, des aides économiques soit accordées à la population libyenne.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Gianluca Buonanno (ENF), domanda «cartellino blu». – Volevo chiedere al collega se lui è d'accordo o no nel togliere, come chiede il governo di Tobruk, l'embargo, cioè se ritiene che senza l'embargo si potrebbe andare più a veloce soluzione, rispetto invece al fatto che il governo di Tobruk ha l'embargo e quindi non può fare quello che ritiene di fare, mentre, diciamo così, i Fratelli musulmani hanno la possibilità di fare quello che vogliono.

Gilles Pargneaux (S&D), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, pour répondre à la question posée par mon collègue, il convient aujourd'hui de permettre que les voisins (l'Égypte, mais aussi l'Algérie, le Maroc et la Tunisie) soient parties prenantes à une discussion, à un rapport de force avec le Parlement de Tobrouk, afin de trouver une solution diplomatique et un accord pour mettre en place un gouvernement d'unité nationale.

Il ne s'agit nullement de savoir si, oui ou non, il faut imposer ou maintenir l'embargo. Il faut trouver une sortie, une issue qui permette de lutter efficacement contre le groupe «État islamique».

Bas Belder (ECR). – Voorzitter, Nederlands voorzitter van de Raad, minister Koenders, ik stel uw aanwezigheid hier bijzonder op prijs als landgenoot. Meneer de voorzitter, het is steeds meer evident dat het Libische strijdtoneel bepaald geen zijtoneel is voor de Islamitische Staat. De feiten spreken voor zich. De Islamitische Staat dirigeert momenteel prominente commandanten richting zijn strategische bolwerk en uitvalsbasis Sirte. Daarnaast adviseert de IS-propaganda Afrikaanse en Europese moslims voor hun jihad in plaats van naar Syrië naar Libië te reizen, dus naast onze Syriëgangers krijgen we nu onze Libiëgangers. Voeg daaraan toe een enorme Libische kustlijn onder directe IS-controle. Kortom, de Islamitische Staat vormt vanaf Libisch grondgebied een rechtstreekse bedreiging voor ons continent. En passant vestigt de EU, dat heb ik toch gehoord van minister Koenders, haar hoop op een Libische eenheidsregering. Er is echter nog een ander Libisch scenario mogelijk, een waar doemscenario waarin al-Qaeda, IS en de Moslimbroeders elkaar vinden. Minister Koenders, hebt u daarover gehoord in de Arabische pers en wat denkt u daarvan? U moet alle kanalen open hebben.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, I would like to encourage all efforts of the Libyan leaders to reach a political agreement on swiftly forming the Government of National Accord. No doubt this could be a crucial breakthrough for Libya and a positive contribution for the security and stability of the whole region. Let us hope that this is going to last.

Only a united Libya can start the long-overdue process of addressing its political future and the security, humanitarian and economic issues. Continued chaos in Libya would be a major threat to the security of the region and of the EU, with the possibility of a new migration wave. Therefore in this respect the EU's support for peace in Libya and stability in the entire Southern Neighbourhood is essential.

The European Union can be and should be of crucial humanitarian and institutional assistance to the country, including in the security sector reforms. Let us assure the Libyans that we are at their side.

Elena Valenciano (S&D). – Señor Presidente, yo también quiero felicitar a los negociadores por este inicio de acuerdo, pero voy a dedicar el poco tiempo que tengo a pedir ayuda humanitaria para Libia.

No se está librando la ayuda que el plan de respuesta humanitaria requiere. Hay dos millones y medio de personas que necesitan nuestra ayuda. Lo humanitario no es político, pero, para hacer política, probablemente lo más urgente es resolver la situación humanitaria. Es invierno y hay muchas personas que en este momento necesitan la urgencia de nuestra intervención.

Así que apelo a los responsables de la Comisión, a nuestras agencias, a los responsables del Servicio Europeo de Acción Exterior para que sean conscientes de que solo de acuerdo político no vive el ser humano. El ser humano necesita ayuda, necesita mantas, necesita medicinas, necesita comida, necesita una salida que le permita tener un horizonte de esperanza.

Amjad Bashir (ECR). – Mr President, while I support UN-brokered negotiations and hope that they bring lasting peace to Libya, the reality on the ground is particularly worrying. Mounting speculation about another military intervention in Libya shows that the country is closer to chaos than anything else.

Ultimately, this is yet another stinging indictment of the international community's inability to effect positive change in the region. If Libya were to fall apart again, it could also have a devastating impact on Tunisia – alas, the only bright spot of the so-called Arab Spring. This would only add insult to injury. A lasting outcome will undoubtedly require concessions, patience and, most significantly, Libyan solutions to Libyan problems.

Nevertheless, we must support democratic reform, as the consequences of failing again would be far more dramatic than what Libya and its people are living through right now.

David McAllister (PPE). – Mr President, with this resolution on the situation in Libya, Parliament is drawing the right attention to a country which is at a crossroads. As we have heard this evening, the humanitarian crisis in the country is worsening. Extremist organisations and movements in Libya are on the rise and represent a major threat to the stability of the entire region, and neighbouring countries like Egypt, and particularly Tunisia, are in danger of a security spillover from the Libyan conflict.

I firmly believe the European Union must now assist the country in the creation of effective and nationally-commanded security forces that can ensure order in Libya. Another priority must be support for initiating a ceasefire and a mechanism to monitor it. These actions, however, have little prospect of success as long as the endorsement of a Government of National Unity has not taken place. The international community must therefore continue to support Libya in making this key step.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, the situation in Libya is becoming desperate. Daesh extremists are extending their reach. The time to stop them is as soon as possible. However, the European Union decided to await the formation of a Libyan Government of National Unity under the aegis of the United Nations. It should honour this decision so that it can reclaim the respect and trust of the Libyan people.

Negotiations towards a National Unity Government have been spiked with mistrust, for Libyan society has been deeply fractured by the events of the past few years. It cannot surprise us that negotiations have encountered long delays. Nor should one overlook mistakes in mediation efforts that were made. Irritated by delays, they went for speed.

The main players in the Libyan drama share a country but have totally contrasting perspectives and interests. Whether in good or bad faith, they must decide the future of the people. Imposing sanctions against those who fail to deliver unity now is a bad decision, especially if taken independently of the United Nations system. That will serve to kindle the suspicion of the Libyan people in European intentions. True, quick action is required against Daesh, but allowing more time to truly find a lasting solution by establishing a Libyan National Unity administration is one risk to take.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Od czterech lat w Europie z niepokojem, ale i z zmartowaniem obserwujemy wydarzenia w Libii. Ma to przełożenie na sprawy europejskie, zarówno jeśli chodzi o ropę, jak i zagrożenie terroryzmem oraz falę uchodźców. Obecnie w Libii funkcjonują dwa parlamenty, choć brakowało niewiele do utworzenia rządu jedności narodowej. Animatorem porozumienia jest ONZ współpracująca z Unią Europejską. Sądzę, że jest to dobra konfiguracja, za którą opowiada się również nasza grupa Europejskich Konserwatystów i Reformatorów. Należy przy tej konfiguracji pozostać, mając przede wszystkim na uwadze, aby, łącząc i godząc dwa zwaśnione ośrodki, nie wykreować przypadkiem trzeciego, przy okazji mimo woli wzmacniając dżihadystów z Państwa Islamskiego. Ci ostatni również w Libii prześladują i masowo mordują chrześcijan. Trzeba zrobić wszystko, aby ich powstrzymać.

Santiago Fisas Aixelà (PPE). – Señor Presidente, como ya he dicho en numerosas ocasiones en este Pleno, la caída descontrolada de Gadafi supuso que Libia sea hoy un Estado fallido, lo que ha provocado que el armamento de su ejército de mercenarios haya servido para desestabilizar numerosos países de la zona y, tal como ha dicho esta mañana el Presidente Buhari, que el sur de Libia se haya convertido en un mercado de armas.

En estos momentos, Libia se enfrenta a dos grandes problemas: la continua expansión del Daesh y sus ataques a la población y a las instalaciones petrolíferas; y, también, una catastrófica situación económica debido a su enorme dependencia del petróleo.

Ante esta dramática situación de un país, que quiero recordar que está a las puertas de Europa, es imprescindible hacer todos los esfuerzos para que se implemente el Acuerdo Político firmado el pasado 17 de diciembre y, sobre todo, que se llegue a la creación de un Gobierno de Unidad Nacional con sede en Trípoli.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, time is running out to stabilise Libya. The security, humanitarian and economic situation has become dreadful. ISIS is seizing territory and has now access to significant oil reserves. We know that the US is looking at military options for stopping ISIS advances. At the European Union level we have been supporting Libya primarily with humanitarian aid and by assisting the political process that will lead to a unity government. Libyans want this agreement to succeed; after five brutal years, they must see some hope. Only a government of national accord can stabilise Libya. The House of Representatives in Libya needs to ensure that, although not perfect, the agreement on a unity government needs to be endorsed so that Libya's situation does not become hopeless. The EU should continue providing the necessary humanitarian and development assistance. We must not allow any other Libyan

military leader to hijack the political process. Libyans do not need another Gaddafi.

Jana Žitňanská (ECR) – Líbya, krajina vzdialená len 300 km od južnej hranice Európy, sa po 5 rokoch od pádu Kaddáfího režimu zmieta v čoraz väčšom politickom chaose a je nevyhnutné, aby čo najskôr vznikla vláda národnej jednoty. Reálne totiž hrozí, že krajinu ovládnu radikáli Dáíša. Už teraz útokmi na ropné rafinérie ťahajú Líbyu na ekonomické dno a vytvárajú živnú pôdu pre chaos, radikalizáciu a terorizmus. Líbya sa stala miestom, kde sa darí nielen obchodom so zbraňami, ale aj s ľuďmi, ktorí sa chcú vydať za lepším životom do Európy. Prípady porušovania ľudských práv sa znásobujú, nielen pokiaľ ide o obyvateľov Líbye, ale státisíce utečencov žijú v katastrofálnych podmienkach. Líbya dnes viac ako intervenciu zvonka potrebuje jasnú víziu svojich politických elít, potrebuje jednotu a od nás väčšiu podporu a humanitárnu pomoc, lebo akým smerom sa krajina vyberie v najbližšom čase, neovplyvní len jej budúcnosť, ale aj bezpečnosť celého regiónu vrátane Európy.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, Libya is our neighbouring country. The situation is extremely dramatic because a political vacuum is being exploited by Daesh and other extremist forces, and their growing presence and influence is now spilling over to neighbouring countries like Tunisia, Egypt, the Sahel and even Europe. On the coast of the Mediterranean, there are estimated to be about 3 000 Daesh fighters who are also targeting Libyan oil fields and refineries.

Today the EU should concentrate all political and humanitarian efforts on supporting the implementation of last December's political agreement and the Government of National Unity, but in case this fails, we should consider another alternative – military intervention by a UN-backed international force just to prevent Daesh taking over Libya, which is our neighbour.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, minulý týden pohořela dohoda o vytvoření vlády národní jednoty, a to je zpráva, která je velice závažná a tragická. Absence legitimní vlády destabilizuje celou oblast. Politické vakuum zhoršuje humanitární situaci zdejšího obyvatelstva a zásadně destabilizuje okolní státy, zejména Tunisko a Egypt. Libyjské vakuum je úrodnou půdou pro extremistické organizace napojené na IS. Dokud nebude existovat vláda národní jednoty, bude i dopad námořní vojenské mise EU namířené proti pašerákům (operace Sophia) velice omezený. Pouze legitimní libyjská vláda totiž může umožnit jejím plavidlům vstup do teritoriálních vod. Naléhavě tedy žádám představitele EU i mezinárodního společenství, aby vyvinuli veškeré úsilí ke stabilizaci této země a napomohly dosažení dohody o vládě národní jednoty.

Procedura „catch the eye”

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem pozorně poslouchal debatu, která zde zazněla, a souhlasím s analýzou, kterou zde kolegové provedli. Situace v této zemi je naprosto neutěšená a Evropě hrozí do budoucna další příliv uprchlíků z této země. Chci ovšem zmínit ve svém vystoupení jednu věc, která zde nepadla a která je také hrozbou pro Evropany, a to jsou únosy Evropanů, kteří se nějakým způsobem objeví na území Líbye. Chtěl jsem vystoupit a dát informaci Komisi a zástupcům Evropské rady, že takto byl unesen jeden Čech, zastupuji zde Českou republiku, minulý rok v březnu 2015. Šlo o Pavla Hružu, který pracoval na ropném poli a byl teroristy unesen a více než rok je zadržován. Je dobré tuto informaci vědět a při vyjednáváním s některými skupinami ji případně také zohlednit, protože nebezpečí únosů je zde aktuální a bude do budoucna, pokud se v Libyi situace nezlepší, narůstat.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η τρέχουσα οικονομική και πολιτική αποσύνδεση της Λιβύης πλήττει τον ήδη καταπιεσμένο λαό της χώρας. Αρχικά, παρατηρούμε ακόμη και σήμερα επιθέσεις εναντίον σημαντικών πετρελαϊκών υποδομών, οι οποίες έχουν κεφαλαιώδη σημασία για την ευημερία του πληθυσμού της Λιβύης, αφού το 80% του ΑΕΠ της εξαρτάται από τον πετρελαϊκό τομέα. Πρόσφατα, οι τρομοκράτες του Daesh, οι οποίοι έχουν εδραιώσει την επιρροή τους στη χώρα μετά την ανατροπή του Καντάφι το 2011, συνέχισαν για δεύτερη μέρα τον βομβαρδισμό του λιμενικού, αλλά και πετρελαϊκού σταθμού Ες Σίντερ, προκαλώντας μεγάλη πυρκαγιά σε δεξαμενή πετρελαίου.

Αποτέλεσμα αυτής της εμπόλεμης κατάστασης στη Λιβύη είναι ο εξαναγκασμός χιλιάδων ανθρώπων να εγκαταλείψουν τη χώρα, εντείνοντας με τον τρόπο αυτό τις μεταναστευτικές ροές. Επομένως, είναι σαφές ότι όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα πρέπει να αναπταχθούν στις παραβιάσεις του διεθνούς δικαίου που παρατηρούνται καθημερινά στη χώρα, καθώς και σε κάθε ενέργεια που παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα. Ταυτόχρονα, πρέπει να στηλιτεύεται η δράση της Τουρκίας που στηρίζει τους τρομοκράτες του Daesh που δραστηριοποιούνται στη Λιβύη.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, kada sam prvi put govorio o Libiji u ovom Parlamentu, rekao sam da znamo što nećemo. Nismo htjeli diktatorskog Gadafi. Znamo što hoćemo: hoćemo demokratsku Libiju, ali ne znamo kako to hoćemo. Znamo li sada što zaista hoćemo i pogotovo znamo li kako ćemo to postići? Nevjerojatno je da nekoliko tisuća razbojnika nama stvaraju kompletan problem u našem južnom susjedstvu, destabiliziraju naše prijateljske države.

Mi ne možemo razriješiti taj problem, a mogli smo svojedobno uništiti jednu, moćnu tada, vojnu silu koju je vodio Gadafi. Ja ne mogu vjerovati da ova naša Europska unija nema dovoljno jakih diplomatskih sredstava da razriješi taj problem. Trebamo hitne i radikalne mjere jer sva nesreća s južnog Sredozemlja dolazi preko Libije.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane predsjedající, já bych chtěl zdůraznit, že dnes všichni hlavní kandidáti jak republikánské, tak demokratické strany uznávají, že základní chybou Spojených států bylo vyklizení pole právě v Iráku, že to vytvořilo bezpečnostní vakuum a vytvořilo to předpolí pro rozšíření Dá'iš. Myslím si, že by bylo značnou chybou, kdybychom tento proces opakovali, kdybychom opustili právě Libyi v této době. Je nezbytné říci, že největší koncentrace zbraní podle všech dostupných informací je právě dnes opravdu na území Libye. A my bychom se měli zabývat tím, jak ustanovit vládu národní jednoty, myslím si, že k tomu zazněla celá řada instruktivních návodů v této debatě. Já bych velmi přivítal, kdyby pan ministr a samozřejmě i instituce Evropské unie v této věci sehrávali nadále řekneme pozitivní úlohu, přestože některé jiné mocnosti se snaží Libyi ponechat v tom stavu, ve kterém je. To by určitě neměl být zájem Evropské unie.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, supporting militarily the toppling of Gaddafi, Europe and the United States were wrong in not providing support to Libya after the intervention. Everybody assumed that the Libyan institutions were strong and stable enough, despite the fact that the country was the playground of a single dictator for 42 years.

Four years after the fall of Gaddafi and a horrible civil war – the end of which is only now in sight – the advance of Daesh should not come as a surprise. Drawn by the oil infrastructures of Libya, the terrorist group gains ground in a war-torn country with porous borders, which lacks the structures to resist its advance.

We should draw the consequences of our inaction until now and provide all the necessary financial, political and security assistance we can in order to support the establishment of a functional and inclusive Government of National Accord and a state strong enough to withstand the spread of the cancer that is Daesh.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Bert Koenders, President-in-Office of the Council on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Thank you very much, Mr President. Thank you for this interesting debate and for the important remarks made by Members. I think we all agree – and I am speaking here on behalf of the High Representative – that Libya is absolutely crucial for our common foreign and security policy. Libya is close by. It is close by Tunisia and Egypt and it is close by Mali and Niger; and I also agree with those of you who said that there are risks, and increasing risks, of a Daesh presence in Libya. We also agree that the political process, although advancing, is not proceeding fast enough, that there are plenty of hurdles ahead, and that the new authorities are fragile and need all our support. I think we also agree, if I listen carefully to Members, that the European Union, so close to Libya, is confronted with serious threats; that terrorist groups are expanding and must be contained; that Daesh is posing a growing threat, for instance to Libya's oil industry; that the threat reinforces even more the urgency of finding a political solution through implementation of the LPA, enabling Libyan forces themselves to unite against Daesh; that the Libyan economy and its social fabric are in a perilous state; that there is a serious humanitarian crisis – I shall return to that in a second – that needs to be tackled; and that smugglers must be confronted and illegal migration brought under control.

It is important to say that we all know that the real solution to all these daunting problems would be a Libyan Government endorsed by all Libyans and working for all Libyans and benefiting from all the support the international community can give. If you look at the different entities, the many militias and the presence of Daesh in so many parts of Libya, is it possible still to come to a compromise? It will not be easy. We have no doubt that the vast majority of Libyans are not radicals; they do not support Daesh in any shape or form. The new authorities represent much more a relatively moderate majority and we have the obligation to encourage and support them for that precise reason.

The European Union will continue to do all it can to contribute to this effort and to make sure Libya emerges a safer and stronger country after five years of upheaval and disappointment. I think it is important also to say that I understand the reasoning that many of you want to talk about plan B. But we firmly believe – and I think the international community as a whole firmly believes – that a unity government at the stage where we are right now, accepted by all Libyans as a result of wide-ranging negotiations, is now the only chance to restore peace and security in the country and prevent a total economic collapse. That is not a matter of naivety; that is where we are right now in negotiations, and going along any other track, in my view and in the view of the High Representative, would not be wise.

It is important to say also that, obviously, we are ready to support not only the negotiation process – we do already, the High Representative is active on this; we work very closely with Martin Kobler, whom I would like (and I think many of you said that) to applaud for his work. He came into a very complex situation in December and has immediately taken up the initiative to work not only with the parties in the country but also with the municipalities, which I think is extremely important. Those of you who are closer to the situation in Libya know how important it is to work on different fronts, if you wish, and he has been working on that. He knows the region; he knows how to negotiate, but we have to support him. A special representative cannot do this by himself or herself; it needs the support of the international community, the European Union, but obviously also the members of the Security Council in New York.

I think many of you mentioned also the issue of the humanitarian crisis. I think it is important because, in a fragmented security situation, what happens always is that the citizens of the country are victimised. They pay the price, and there is no doubt that the complete disregard for international humanitarian law and limited access make the delivery of humanitarian aid a real challenge.

In spite of this, the Commission remains the main humanitarian donor for the Libyan crisis. Besides ECHO, several projects funded from other instruments have been revised in order to respond to the most urgent needs of displaced peoples and migrants, both in terms of humanitarian assistance and protection. It does not mean that we can reach everybody, but the European Union is, I think, the most active actor in responding to this very important humanitarian imperative.

That also refers to the issue of human rights abuses. When we work towards a political solution, when we think through the risks of Libya, obviously we realise that human rights abuses are tremendous. You see how many of the militia groups are present in Libya and how they actually, in many instances, control the populations and also abuse their rights. It is important that we keep not only drawing attention to this but also doing the maximum we can do. I have no doubt that it can only be done if we have further progress on the whole discussion of this new government: on the discussions around the formation of that government – how many members – all these issues that play right now and that are in the middle of the fire of the discussion, so to speak, so I do not want to go into them in detail. But an EU human rights mission has taken place in order to at least know exactly what is going on. We work also in the media sector. That also includes training people to ensure that these kinds of things are actually reported, and there are several projects dedicated to transitional processes. To save time, I will not go into all the details.

I would like to close with these remarks, realising that I feel very much that there is broad support also in the European Parliament for continuing without any naivety. I realise that: without any naivety. But I also realise that in the end, a political solution, as elsewhere, is actually the most effective one. It is not a soft approach. It is an approach in order to bring some order. It will not be automatically a Denmark or another democracy in Europe in a few years, but it is the only way to bring about stability and to fight, with the support of the European Union, also the threats of Daesh and other extremists.

Președintele. – Am primit opt propuneri de rezoluție, depuse în conformitate cu articolul 123 alineatele (2) și (4) din Regulamentul de procedură.

Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc mâine.

Declarații scrise (articolul 162)

Miriam Dalli (S&D), in writing. – To many, the situation in Libya may seem nothing more than another conflict on TV. However the reality is that one of the world's worst internal armed conflicts is happening less than 300 km away from Europe's borders. We are not talking about the other side of the world, we are talking about our neighbours – and this is why it is imperative to promote peace efforts within the region.

However, this Parliament needs to be clearer – in its words and its actions. We can no longer support one faction, or another – we can only support peace. We must encourage and promote dialogue between all parties that want unity, democracy and above all, amity. We need to ensure that Libya empowers itself, but through unity not division – we must look towards combating terrorism in the region not simply through military actions, but through political ones.

Daesh aims to divide and conquer – and it is only through accord that we can triumph over terrorism. This is why I commend the efforts of the United Nations and Member States like my own, Malta, for taking on an active participatory role in bringing both sides together for a sustainable way forward.

Urmäs Paet (ALDE), kirjalikult. – Poliitiliselt stabiilne Liibüa ei ole vajalik mitte ainult Liibüale endale, vaid laiemalt kogu regioonile ning ka Euroopale. Kokkuleppe leidmine kõigi osapoolte vahel on võtmetähtsusega ning pärast seda saab hakata edasi liikuma abiga riigi ülesehitamisse, julgeoleku tagamisega, rahuvalvega jne. Liibüal on oluline roll ka praeguses rändekriisis. Samuti on murettekitav Da'eshi kohaloleku suurenemine lausa päevadega. Sellega peab võitlema kohe.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), na piśmie. – Od obalenia dyktatury Muammara Kadafigo w 2011 r. Libia mierzy się z zawirowaniami politycznymi i falą przemocy. W połowie 2014 r. kraj został podzielony na dwa oddzielnie administrowane obszary. Działania wojenne spowodowały przymusowe wysiedlenia 435 tys. ludzi, załamanie się systemu sprawiedliwości, co sprzyja rozprzestrzenianiu się ekstremistycznych grup, takich jak ISIS. Obszary zamieszkiwane przez ludność cywilną są ostrzeliwane, bojówki stosują miny przeciwpiechotne i amunicję kasetową. W efekcie dziesiątki tysięcy ludzi decyduje się uciekać niebezpieczną drogą morską przez Libię do Europy. Organizacje humanitarne mają poważne trudności z dotarciem do osób potrzebujących, a niedobory żywności, przerwy w dostawie wody i energii elektrycznej, a także ograniczony dostęp do opieki zdrowotnej są na porządku dziennym.

Apeluję do Komisji o dalsze wspieranie wysiłków ONZ w zakresie realizacji porozumienia politycznego w Libii, mimo odrzucenia przez libijski parlament nowo sformowanego rządu jedności narodowej i politycznego porozumienia między rywalizującymi ze sobą władzami. Należy także zapewnić swobodny dostęp do pomocy humanitarnej oraz wdrożyć mechanizmy, takie jak Fundusz Powierniczy dla Afryki, które umożliwią szybkie i elastyczne reagowanie na kryzysy – także ten obecny- imigracyjny.

16. Lage in Venezuela (Aussprache)

Preşedintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind Declarația Vicepreşedintelui Comisiei/Înaltului Reprezentant al Uniunii pentru afaceri externe și politica de securitate referitoare la situația din Venezuela (2016/2538(RSP)).

Înainte de această dezbatere, care stă să înceapă, aş dori să îi urez bun venit doamnei Mitzy Capriles de Ledezma, nominalizată la premiul Sakharov în 2015, și delegației sale din Venezuela, care urmărește din loja diplomatică această dezbatere privind situația din Venezuela.

Bert Koenders *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I would like to welcome the delegation from Venezuela, and I would like to thank you for putting Venezuela on the agenda today. Two months after the legislative elections of 6 December, it is timely to debate what impact – or lack thereof – the very significant result of those elections has had on the political and economic course taken by this important country in its very difficult situation.

Let me first thank Parliament for the continuous attention you have been paying to the worrying situation over the last two years since 43 people died during the violent street protests of February and March 2014. The resolutions adopted on three occasions since then gave a strong expression of our common conviction that the current crisis can only be overcome by means of a peaceful and constructive dialogue and in respect of human rights and the Venezuelan Constitution.

The elections of 6 December, with a high turnout, produced an unequivocal result. A strong majority of the Venezuelan people have given a clear mandate to parliament for taking political decisions in order to address the country's challenges.

The people of Venezuela are suffering. They suffer from rampant violence and insecurity, with Caracas being a city with one of the highest murder rates per capita in the world and an even higher number of kidnappings and other violent attacks. They are suffering shortages of basic goods and food, medicines and medical care. With their peaceful and clear vote on 6 December, the people have requested a political response to these challenges.

All political actors and institutions need to respect this democratic vote for the National Assembly as well as the legitimacy of the current government. Now is the time to work together in finding pragmatic and workable solutions to these difficult challenges. Ideological confrontations or institutional standoffs will not bring these solutions, and there is not much time left to lose in political manoeuvring as economic and financial resources are running out, the oil price is not likely to recover soon and inflation and shortages are getting more acute by the week.

Initiatives for a national economic dialogue and for a certain process to address the issues of the victims of 2014 have been put forward by the executive. They will be useful if they are inclusive and conducted in a spirit of genuine openness for compromise and new solutions. This requires careful and critical reflection about what has not worked.

It is important not to forget the plight of several dozen protesters who are still in jail or have been sentenced in questionable trials. I will only mention the most publicised case of Leopoldo López. Victims of violence must be protected. To achieve this, it is essential to ensure that those accused of having committed acts of violence during the protests get a fair and speedy trial based on objective evidence.

All of these issues together form a complex reality that must be tackled. These initiatives should now be embraced as opportunities by both sides – executive and legislative, government and opposition – in a spirit of constructive cooperation and in full respect for the Venezuelan Constitution.

It is the Constitution that offers a lawful, peaceful framework in which the Venezuelan body politic can operate as a democracy. Those on either side who feel tempted by non-constitutional methods or parallel structures must know that they have a heavy responsibility. Let us be clear. If the current absence of real dialogue persists, there is a distinct risk of new street protests and violent confrontation, which can easily get out of hand.

We know that society is polarised, and there is no escaping that fact. There is a history. Both sides must accept that the other side has a role to play. Neither side is in a position to solve the multiple crises on its own. This is the message that Europe has been giving to our Venezuelan friends. Dialogue and compromise are the only way forward.

The European Union and its Member States are working closely together in Brussels and Caracas to convey this message, and we join the considerable number of regional organisations and partner countries that have voiced the same call for national dialogue. Europe has legitimate concerns. There are more than half a million EU citizens living in Venezuela. EU companies are important investors and the European Union is also concerned about regional stability and the negative impact the worsening situation will have on the region.

Europe has close ties to the region, and we are cooperating in many ways: from trade to security and from the fight against drugs to education and human rights, to name just the main areas of our cooperation with the region. We stand ready also to step up our cooperation with Venezuela. We know that many Venezuelan citizens are looking to the European Union as a good friend that can help to rebuild constitutionality and economic prosperity. This is the offer we have been making in various ongoing contacts both in Caracas and Brussels. That is also the message that I have expressed in quite a few public statements.

Let me take this opportunity to thank you for the strong support that I have felt from the House in taking these positions, and I thank you for your attention.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señor Ministro, Venezuela fue una vez sinónimo de progreso, de bienestar y de esperanza. Pero el chavismo, Maduro y su «revolución bonita» acabaron con aquello, y de esa Venezuela solo quedan las ruinas.

Causa asombro contemplar cómo en solo diez años pueden arruinar un país rico sus dirigentes codiciosos. Eso no es una revolución: eso es una demolición. Cuando en las farmacias faltan 93 de cada 100 medicamentos, no es una revolución: es una demolición. Cuando los niños pasan hambre, cuando en la calle una vida humana vale menos que un depósito de gasolina, eso no es una revolución: eso es una demolición. Cuando los hombres buenos, cuando los estudiantes pacíficos, cuando los opositores democráticos están en la cárcel, mientras los malandros están en la calle haciendo sus negocios con plena libertad, eso no es una revolución: eso es una demolición.

Afortunadamente, en Venezuela soplan vientos del pueblo, y los chavistas, que intentaron meter a la democracia en la cárcel, van a ver como la democracia cambia el régimen. Gracias a mujeres valientes como Mitzzy Capriles, como María Corina, como Lilian, como Mari, la libertad pronto va a salir de la cárcel en Venezuela.

Decía Antonio Ledezma que la libertad no se negocia; que la justicia no se negocia; que Venezuela no se negocia. Es verdad. La Unión Europea sabe que con Venezuela hay que estar siempre al lado del bravo pueblo venezolano.

Yo no sé si en Venezuela hay dos partes. Si las hubiera, una sigue en el poder, aprovechándose del poder, y la otra está encarcelada.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Señor Pons, a mí me gustaría que nos explicara aquí por qué en Galicia y en el Estado español hay niños también pasando hambre, y por qué en Galicia y en el Estado español hay sindicalistas pendientes de indulto y sindicalistas amenazados de entrar en prisión.

Esteban González Pons (PPE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señora Senra, en Venezuela hay una prisión que se llama «La Tumba» donde, ayer mismo, a un estudiante lo encerraron, sin proceso, a vivir cinco pisos bajo tierra, sin luz del sol y sin tener ni siquiera conciencia de la hora en la que vive, por tiempo indefinido. ¿Y usted me sale con esa? La verdad es que me avergüenza y prefiero no contestarle.

Ramón Jáuregui Atondo, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, yo también quiero dar la bienvenida a la señora Capriles y a los representantes de la MUD, y quiero expresar, en nombre de este Parlamento, tres mensajes que el pueblo de Venezuela necesita escuchar.

El primero es que, efectivamente, el pueblo de Venezuela, el 6 de diciembre, hace solo dos meses, votó masivamente. Votó en paz y dio un triunfo rotundo a la oposición, a la MUD. Y este Parlamento se felicita de esa fiesta democrática y reivindica que solo la democracia y solo en la democracia serán posibles soluciones a los problemas del pueblo venezolano; primer mensaje.

Segundo; el Gobierno de Venezuela no puede reducir los poderes de la nueva Asamblea Nacional. Esa es una asamblea legítimamente constituida y no cabe crear asambleas paralelas ni cabe reducir los poderes del poder legislativo concentrando artificiosamente e ilegalmente poderes en el poder ejecutivo. Eso, en estos momentos, significaría una vulneración, una violación clara del mandato democrático del 6 de diciembre.

Y tercer mensaje, que yo quiero expresar en nombre de muchos de este Parlamento, porque oiremos hoy aquí a muchos hablar muy mal del chavismo —yo podría hacerlo—, y a otros, defender al chavismo —yo no podría hacerlo—, pero las dos son expresiones legítimas. Yo quiero reivindicar hoy aquí algo que el ministro holandés acaba de decir con mucha corrección. El mandato popular en Venezuela es un mandato del diálogo. Hay un mandato reconciliatorio. Hay un pueblo que exige soluciones. Hay dos poderes legítimos, el poder del ejecutivo y el poder del legislativo. Y tienen que dialogar. Y tienen que entenderse, porque el pueblo quiere soluciones, porque los ciudadanos quieren que haya arreglos en los gravísimos problemas que sufre Venezuela de inseguridad, de falta de abastecimiento, de una macroeconomía deteriorada. Para eso hace falta dialogar, y yo les pido a todos que dialoguen y que arreglen los problemas para el futuro de Venezuela, que el pueblo de Venezuela se lo merece.

José Inácio Faria, *em nome do Grupo ALDE*. – Senhor Presidente, Senhor Ministro, antes de mais quero cumprimentar Mítzy Capriles que está aqui hoje connosco, a quem agradeço a sua presença.

No passado dia 6 de dezembro a Venezuela retomou o seu lugar no seio das nações democráticas. Tive a felicidade de testemunhar em Caracas esse dia histórico. Lamento, contudo, que este Parlamento não tenha aprovado a deslocação de uma delegação oficial, contrariamente ao que o senhor ministro disse, a União Europeia não tem estado bem neste assunto.

Os venezuelanos confiaram nas forças da oposição ao regime do Presidente Maduro e essa confiança traduziu-se numa expressiva maioria absoluta da oposição. Este facto é indiscutível. Durante duas décadas os venezuelanos sentiram na pele a opressão de um poder absoluto com atentados à liberdade de organização e de expressão e todo o tipo de repressões, com assassinatos e detenções arbitrarias, que ainda hoje fazem transbordar as cadeias com presos políticos. Enfim, uma situação digna de um verdadeiro filme de terror mas da série B.

A nova Assembleia, apesar das ameaças de bloqueio do politizado Tribunal Supremo de Justiça, viu-se confrontada com uma crise humanitária fruto da dramática situação económica e social do país, com a declaração de emergência nacional e do sector alimentar e da saúde.

Senhor Presidente, neste momento tão crucial da sua história, a Venezuela necessita do apoio firme da União Europeia para que os resultados eleitorais e o princípio da separação de poderes sejam respeitados. Se vacilarmos neste momento tão decisivo para a aprovação da lei da amnistia e reconciliação nacional e para a mudança de modelo político que contribuiu para esta crise, o que poremos em causa, Senhor Presidente e caros colegas, seguramente é o próprio Estado Direito e a democracia.

Javier Couso Permy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, asistimos a largos años de campañas que buscan la desestabilización de Venezuela, algo que por desgracia comparten y alientan muchos en esta Cámara.

Golpe de Estado de 2002: sabotaje petrolero, clima permanente de acoso mediático y violencia política. Abril de 2013: «la Arrechera», 11 muertos. Febrero de 2014: «Operación Salida», donde estaba implicado Leopoldo López, 43 muertos. Febrero de 2005: «Operación Jericó», donde estaba implicado Antonio Ledezma.

A pesar de celebrar veinte procesos electorales durante diecisiete años, se instaló una campaña permanente de deslegitimación contra el sistema electoral, que estaba auditado internacionalmente: valió para gobernaciones de la oposición, para las primarias internas de la MUD e incluso para la victoria de la oposición en las legislativas del 6 de diciembre -de la cual yo fui testigo-.

A pesar de que expresidentes, medios y oposición hablaban de fraude o de golpe, su discurso cambió totalmente cuando se dieron cuenta de la victoria. No es una victoria total, señor Ministro, no hay Gobierno saliente. Es decir, la Asamblea Nacional no es un poder supraconstitucional. Hay contrapesos, hay un Ejecutivo, es decir, un Presidente elegido con la misma legitimidad que los diputados.

No contribuyamos al incendio. Cambiemos el rol. No apoyemos a los sectores que buscan un cambio desestabilizador y violento, y ayudemos a rebajar la tensión en el marco de una democracia con contrapesos institucionales.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Esteban González Pons (PPE), *pregunta de «tarjeta azul»*. – Ha dicho usted que las últimas elecciones fueron auditadas internacionalmente. Este Parlamento no pudo ir, porque no fue invitado por el Gobierno venezolano y porque el Gobierno venezolano no le garantizó la seguridad. Pese a todo, yo estuve allí y vi lo que pasó. No había auditoría internacional. Yo estuve. Mi pregunta: ¿usted estuvo?

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Evidentemente, estuve: de acompañante electoral según la ley y la soberanía de Venezuela, que no la impone usted.

Además, hubo expresidentes -entre otros, nuestro expresidente-. Visité doce colegios, sesenta mesas, más de 38 000 personas en colegios de la oposición. Y hubo normalidad. No lo que decían ustedes, que solo utilizan la mentira para cambiar las realidades que no les interesan.

(El orador se niega a que el señor Faria le formule una pregunta con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul»)

Jordi Sebastià, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora Presidenta, le ruego que ponga un poco de orden en esta Cámara, que me parece que no está respetando la mínima elegancia que creo que debemos mostrar. De nuevo nos volvemos a preocupar por Venezuela y me parece muy importante. Me gustaría, sin embargo, que el tiempo, un poquito del tiempo que le dedicamos a Venezuela, se lo dedicáramos también, por ejemplo, a México, que no queda tan lejos geográficamente y que es un país lleno de feminicidios, de violencia, donde se amenaza y se mata a periodistas. Es una sugerencia que le hago al señor Ministro.

Creo que debemos congratularnos por el resultado de las elecciones, por el proceso de las elecciones, por esa fiesta democrática que ya se ha comentado aquí. De nuevo, porque las elecciones anteriores, y las anteriores, y las anteriores también tuvieron los avales internacionales y también se realizaron de forma transparente, limpia y democrática, como siempre.

¿Cuál es el papel que debe jugar la Unión Europea en Venezuela? Por supuesto, el de defender los derechos humanos allí, porque eso está en nuestras cartas fundacionales, está en nuestros Tratados. Yo solo espero que lo hagamos un poquito mejor que como lo hacemos en países como Israel o Marruecos, países donde la impunidad brilla y donde nadie hace nada y con los que tenemos, además, unas relaciones, desde mi punto de vista, vergonzosamente cordiales.

¿Qué es lo que realmente queremos hacer en Venezuela? ¿Queremos apoyar al pueblo? ¿Queremos que haya paz? Lo que tenemos que hacer, lógicamente, es modificar, ayudar a modificar ese modelo económico productivo que tiene Venezuela. Venezuela vive desde siempre —y me temo que algunos compañeros aquí hablan de una edad dorada, previa al chavismo, que nunca existió, nunca existió en Venezuela—, vive condenada a la extracción del petróleo, al monocultivo del petróleo. Y eso genera inestabilidad, corrupción y violencia. Si lo que queremos aquí es volver a tener buenas relaciones con la oligarquía petrolera para que nuestras empresas se beneficien, no estaremos ayudando al pueblo de Venezuela.

Ignazio Corrao, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, da questa posizione privilegiata possiamo vedere come la politica venga usata dagli interessi privati e dalle multinazionali per destabilizzare governi e volontà popolare. Sulla situazione del Venezuela credo che ci siano problemi oggettivi: la corruzione a livelli esagerati, anche all'interno del partito di Maduro, la scarsità di prodotti alimentari e di farmaci, l'inflazione al 500%, la presenza del diabolico fenomeno del paramilitarismo.

Di fronte a questa situazione, i paesi benestanti e potenti come l'Unione europea e come gli Stati Uniti d'America, cosa fanno per migliorare la situazione del popolo venezuelano? La risposta credo sia chiara, sia nelle intenzioni che nei fatti. Siamo in presenza di una vera e propria guerra economica verso la Repubblica Bolivariana che viene perpetrata dalla Troika. Le aggressioni verso i venezuelani sono visibili a tutti. Pensiamo alle sanzioni da parte degli Stati Uniti, che considerano il Venezuela una minaccia per il loro paese. Ricordo gli allarmismi e le isterie di alcuni deputati di questo Parlamento, che prevedevano un non riconoscimento da parte del Presidente Maduro della possibile e poi avvenuta sconfitta alle elezioni di dicembre. Io invece mi complimento con il Presidente Maduro per aver accettato l'esito delle votazioni e incoraggiato i venezuelani a non mollare e a perseguire l'indipendenza e i valori dell'Alba.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, Dieu merci, il n'y a pas que l'Ukraine dans nos débats. Les pays latino-américains ont vocation à nouer des relations privilégiées avec les pays européens, notamment dans la construction d'un monde multipolaire.

Ils doivent sortir du marxisme mortifère – d'ailleurs, la plupart d'entre eux en sortent – et refuser également la doctrine Monroe, vieille de près de deux siècles, qui fait d'eux une arrière-cour des États-Unis.

Aujourd'hui, le néo-bolivarisme et la gauche mondialiste en Amérique du Sud sont balayés ou sont en passe d'être balayés, comme au Brésil et au Chili, au profit de gouvernements antimarxistes.

Au Venezuela, les urnes ont parlé. Le gouvernement marxiste de Maduro a été sévèrement battu lors des dernières élections et, aujourd'hui, il faut le sanctionner. Notre Parlement est là pour rappeler les règles élémentaires de la démocratie, n'en déplaise à la GUE/NGL, qui aujourd'hui, ici comme ailleurs, est toujours admiratrice des pires dictatures marxistes.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin! Herr Ratspräsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Ratspräsident, Sie haben Recht, man muss in einem solchen Land zusammenarbeiten. Aber das beginnt damit, dass man Wahlen anerkennt. Die Wahlen werden nicht anerkannt. Die Rechte des mit Zweidrittelmehrheit gewählten Parlaments werden ausgehöhlt, werden hintertrieben. Rechte werden ihnen weggenommen, Parallellparlamente werden eingesetzt und die politischen Führer der Opposition, die mit Zweidrittelmehrheit gewählt wurden, sitzen immer noch im Gefängnis.

Das ist die Ausgangsposition, die wir, glaube ich, nicht wegnehmen können, und wir müssen sehen, dass Venezuela, das Land mit dem größten Ölreichtum dieser Erde, eines der ärmsten Länder dieser Erde ist. Ein Land mit Armut und Kriminalität, mit immer weniger Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – was jetzt noch fortgesetzt wird. Es ist ein Zeichen dafür, dass chavistischer oder jeglicher kommunistischer Sozialismus immer zu weniger Demokratie, zu weniger Menschenrechten und zu mehr Armut von Menschen führt.

Das ist die historische Erfahrung, die wir sehen müssen, und ich glaube, dass dies deutlich gesehen werden muss, und ich wundere mich auch, dass hier Vertreter in diesem Haus wie Herr Couso dieses System noch entsprechend verteidigen oder zumindest erklären, das sei alles nicht so schlimm. Einfach Wahlen anzuerkennen und den Willen des Volkes, das macht Demokratie aus, und nicht, den Willen des Volkes zu hintertreiben mit irgendwelchen Tricks. Ich wundere mich, wie Podemos und deren Freunde in Zukunft Mitglied einer Regierung in der Europäischen Union werden. Diesen Zusammenhang kann ich nicht verstehen, dass diejenigen, die das venezolanische System für richtig halten, jetzt in der Europäischen Union Regierungsgewalt bekommen.

Francisco Assis (S&D). – Senhora Presidente, é verdade que ocorreram eleições livres na Venezuela, mas não é inteiramente verdade que o Presidente Maduro tenha reconhecido integralmente os resultados eleitorais. Reagiu sempre muito mal a estes resultados eleitorais, desde logo com a ideia de criação de uma espécie de parlamento paralelo, pondo em causa princípios fundamentais de uma democracia representativa, continuando a pôr em causa o princípio da separação dos poderes, que é um princípio elementar de qualquer democracia liberal.

Tentativas permanentes de asfixiar a sociedade civil venezuelana, mantendo personalidades políticas na prisão pela simples razão de discordarem do poder atualmente vigente na Venezuela.

Não estamos, por isso, perante um regime democrático que não deva ser objeto de crítica e o nosso papel enquanto parlamentares europeus tem que ser, em primeiro lugar, neste momento, o de prestar a nossa solidariedade aos nossos colegas que acabaram de ser eleitos parlamentares na Venezuela e dizer-lhes que estamos com eles neste momento difícil de uma via que deve ser uma via para que a Venezuela reconquiste a democracia política.

É verdade que podemos falar de outras dimensões, económicas e sociais, mas sem esta dimensão política não há nenhuma democracia que tenha direito a esse nome e é isso também que hoje se passa, está em causa, na Venezuela.

Dita Charanzová (ALDE). – Señora Presidenta, aunque el mes de diciembre trajo nuevas esperanzas para la democracia en Venezuela, lo que hemos visto en las últimas semanas en Caracas es todo lo contrario. El Gobierno sigue rechazando la voz del pueblo al negar los poderes de la Asamblea recientemente elegida. Así no es como funciona una democracia.

¿Qué necesita Venezuela en este momento? Primero, hay que resolver los problemas urgentes que afectan a la economía y a la sociedad venezolana, hay que llegar a acuerdos en lugar de confrontaciones. El primer paso para restaurar un verdadero clima de conciliación nacional sería liberar a todos los presos políticos.

En segundo lugar, Europa tiene que estar más presente. Pido a la Alta Representante que expanda el mandato y aumente la financiación de los instrumentos actuales de la Unión Europea para dar respuesta a la grave crisis que se vive en Venezuela ahora.

Antes de terminar, quiero transmitir mi profundo respeto y admiración a las mujeres valientes de Venezuela, algunas de las cuales están con nosotros también hoy -Mitzy Capriles, su hija Antonieta y María Alejandra Aristeguieta-Álvarez-, así como a Lilian Tintori y Tamara Suju, que no pudieron estar con nosotros hoy. Ellas forman parte de una fuerza única para la libertad en el país. El cambio que ahora se está produciendo en Venezuela se debe, en gran parte, a estas valientes mujeres.

Luis de Grandes Pascual (PPE). – Señora Presidenta, de este país del que estamos hablando —que no es un país pequeño ni poco importante, sino que recuerdo que en estos momentos preside el Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas—, ya hemos hablado en este Parlamento. Y hemos hablado contundentemente, reclamando la libertad. Hemos nominado a los presos políticos y a la Mesa de la Unidad Democrática para que recibieran el Premio Sájarov, y hemos ido los que hemos podido solos —porque no recibimos compañía— a presenciar las elecciones democráticas a la Asamblea de Venezuela.

¿Y qué pasó? Pues que la oposición barrió al régimen de Maduro. ¿Y cómo respondió el régimen de Maduro? Ninguneando y olvidando la importancia del legislativo, intentando manipular y quitando diputados para que no obtengan un quórum cualificado y puedan hacerle un revocatorio. ¿Y qué ha hecho la oposición, que hoy está representada aquí dignamente por sus parientes? Seguir defendiendo la libertad de sus presos. Pero los presos siguen en la cárcel, señora Presidenta. Sigue en la cárcel Leopoldo Torres. Sigue en la cárcel Antonio Ledezma.

Y se impone una ley de amnistía. Los presos políticos tienen que estar en la calle y entonces sí habrá diálogo, entonces se podrá reclamar cohabitación y entonces el ejecutivo y el legislativo podrán dialogar, si es que Maduro sabe estar a la altura de su país.

Elena Valenciano (S&D). – Señora Presidenta, la verdad es que, a veces, hay buenas noticias, como que la democracia puede más que los esfuerzos que hacen algunos por debilitarla. Lo que sucede muchas veces es que aquellos que intentan debilitar la democracia acaban derrotados por la democracia.

Yo creo que los venezolanos y las venezolanas tienen ante sí un futuro mucho más esperanzador ahora que el pueblo, a través de las urnas, ha hablado; ahora que tienen un Parlamento democráticamente elegido y que tiene fuerza para hacer los cambios que el país necesita -porque necesita cambios y necesita salir de la situación de crisis, ya casi humanitaria, a la que se ve abocado-.

Yo no quiero hacer de española que se posiciona en un lado o en otro, en Venezuela: no me parece bien. Creo que tenemos que apelar tanto a la oposición democrática, hoy mayoritaria en la Cámara, como al Presidente Maduro para que entablen un diálogo, para que se inicie una transición, una reconciliación en ese país, que es lo que de verdad la gente está pidiendo justamente a través de las urnas: diálogo, reconciliación, transición y democracia.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, señor Ministro, una vez más hablamos de Venezuela aquí, en este Pleno, y una vez más podríamos repetir lo mismo que en otras ocasiones. Los presos políticos como Leopoldo López o el Alcalde Metropolitano de Caracas, Antonio Ledezma, siguen en la cárcel. Los venezolanos continúan sufriendo el desabastecimiento y la tasa de inflación más altos del mundo. El país se mantiene en la primera posición como país más corrupto del continente y, ahora también, como el más violento. Y el riesgo de una crisis humanitaria o un estallido social sigue vigente. Y esto son hechos, no opiniones.

Pero, querida Mitzy, querida Alejandra, algo ha cambiado desde la última vez que debatimos en este Pleno, porque el mundo entero ya ha comprobado que son mayoría los venezolanos que quieren un cambio pacífico y constructivo para su país y dejar atrás el régimen de Maduro. El Gobierno venezolano, sin embargo, parece no aceptar del todo la voluntad del pueblo venezolano y no ha cesado de intentar boicotear el resultado de las elecciones con todo tipo de artimañas. En los próximos meses la nueva Asamblea Nacional planteará urgentes reformas democráticas, como la aprobación de la Ley de Amnistía y Reconciliación Nacional, que pondrán a prueba la institucionalidad y el carácter democrático de Venezuela, pero también nuestro compromiso.

La Unión Europea debe liderar el apoyo internacional para que la nueva Asamblea Nacional pueda llevar adelante estas reformas democráticas y, de manera inmediata, el Parlamento Europeo debe enviar la delegación oficial comprometida que visualice este inequívoco respaldo. Yo sí, como española, pero también como europea, deseo y confío en que sepamos estar a la altura, con contundencia y acciones concretas.

Davor Ivo Stier (PPE). – Señora Presidenta, luego de años de régimen chavista, Venezuela está al borde de una crisis humanitaria. El desabastecimiento generalizado incluye la escasez de productos de primera necesidad, lo que afecta, en primer lugar, a los sectores más humildes de la sociedad. Estamos ante una situación alarmante ante la cual debemos responder con solidaridad, pero entendiendo y poniendo en claro también que esta situación es el resultado directo de la política llevada cabo por un régimen autoritario que empezó por poner presos a los líderes opositores y ahora tiene preso y sumergido en la miseria a todo el pueblo venezolano.

Los venezolanos salieron a las urnas el pasado 6 de diciembre, en las elecciones de la nueva Asamblea Nacional, y con su voto exigieron un cambio de rumbo. Sin embargo, el señor Maduro hace oídos sordos a la voluntad popular: le pone obstáculos a la Asamblea Nacional, endurece su control del poder judicial y busca suspender las garantías constitucionales y concentrar aún más el poder en el Ejecutivo.

Por ello, en solidaridad con el pueblo de Venezuela, desde este Parlamento buscamos la liberación de los presos políticos, el respeto a los derechos humanos, el respeto al Estado de Derecho que el régimen chavista ha avasallado.

En su ceguera ideológica, Maduro no quiere ver que en América del Sur soplan nuevos vientos, desde la victoria de Macri en la patria de San Martín, hasta la victoria de la oposición democrática, en diciembre, en la patria de Bolívar.

El modelo populista está agotado, pero el régimen chavista aún puede hacer mucho daño. Por ello, debemos estar atentos y ser solidarios con el pueblo de Venezuela en su pugna por la libertad.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Ministro, o reforço das relações políticas e económicas da União Europeia com a América Latina deve ser uma prioridade da nossa política externa. Esta prioridade funda-se na complementaridade de valores entre estas duas grandes regiões. E é por isso que é tão importante acelerar o Tratado Comercial com o Mercosul, na expectativa de que um dia a Venezuela se possa juntar a ele.

Mas neste quadro a União Europeia e este Parlamento não podem deixar de manifestar a sua profunda indignação democrática pelos atropelos sistemáticos ao Estado de direito e ao direito internacional que têm ocorrido naquele país. O governo da Venezuela tem que respeitar a sua Constituição e os direitos dos seus cidadãos e, em particular, dos cidadãos e dos órgãos que foram eleitos.

É importante reforçar a cooperação da União Europeia com a Venezuela, mas há uma linha vermelha, a garantia da segurança jurídica e do funcionamento do Estado de direito na Venezuela.

Senhor Ministro, a Alta Representante e a presidência têm todo o nosso apoio para prosseguir este caminho de trabalho e de defesa dos direitos humanos na Venezuela.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora Presidenta, la victoria de la Mesa de la Unidad Democrática en las elecciones legislativas de diciembre ha sido un hecho histórico después de diecisiete años de chavismo, pero la situación sigue siendo difícil. En efecto, la respuesta del Ejecutivo de Maduro ante el triunfo de la oposición no ha sido el diálogo, sino la confrontación. Veamos: nombramiento a toda prisa de trece magistrados del Tribunal Supremo, reducción de los mecanismos de control de que dispone la Asamblea, creación de un Parlamento comunal paralelo, por así decirlo, a la Asamblea, suspensión de tres diputados de la MUD.

Además, en una situación gravísima desde el punto de vista económico y social, el Presidente ha puesto en marcha unilateralmente un plan de emergencia económica sin contar en absoluto con la oposición triunfante. Y continúan detenidos, como ya se ha dicho, los presos políticos cuya liberación reclaman amplios sectores del país y también la comunidad internacional, incluido este Parlamento. Y desde aquí envío un saludo cariñoso y solidario a Mitzzy Capriles, la esposa del Alcalde Metropolitano de Caracas, Antonio Ledezma, y a su hija.

Mañana, precisamente, se presentará en la Asamblea Nacional venezolana una proposición de ley para la excarcelación de los presos políticos arbitrariamente detenidos. Espero que prospere y que pronto sea una realidad esa liberación que tantos tanto tiempo hemos venido reclamando. Y termino. Venezuela requiere la libertad de los presos políticos, diálogo, tolerancia, acuerdos, consensos. El país ya no está para decisiones unilaterales, abusos del Estado de Derecho, fraudes a la ley. Quiere un cambio después de muchos años de autoritarismo creciente. El contexto regional, como muy bien ha descrito Davor Stier, favorece ese cambio en Venezuela, al que Maduro, sin embargo, y su régimen, desgraciadamente parecen seguir resistiéndose.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, for almost 17 years the economic and democratic development of a country which is rich in natural resources has been paralysed by harsh ideological and political control and government intervention. The result has been what it always is: the centralised exercise of so-called socialism by one-party rule ends in economic bankruptcy, social misery, massive human rights violations, corruption and muzzling of the free press.

Only last year the economy shrank by 10% and inflation galloped up by 700%. These are devastating figures for the political leadership. But even more, less than two years ago, 43 citizens were killed by the government forces and more than 3 000 arrested, including Leopoldo López and many others, who are still imprisoned. There was a quest for change and justice only two months ago, but the problem is that we are worried that President Maduro is not prepared to share power. Yes, we need national dialogue to overcome the crisis, but first of all Venezuela needs genuine respect for human rights. That is the criterion to overcome the crisis.

Catch-the-eye procedure

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedkyně, já jsem tu debatu velmi pozorně poslouchal a myslím si, že Evropská unie, Rada musí vyvinout maximální tlak na prezidenta Madura, aby byl ochoten respektovat výsledky voleb, protože je hezké hovořit o dialogu, o smíření, ale k tomu musí být obě strany, a to v tuto chvíli na straně prezidenta objektivně není, to je má první poznámka. A druhá poznámka. Jsem přesvědčen, že Parlament bude muset provést zásadní reformy, protože se jasně ukazuje, že to není pouze o amnestii, o jiných věcech, ale je to také o celkové reformě právního státu v této zemi. Právní stát ve Venezuele objektivně není, ukazuje to i to, co zde bylo zmiňováno, jak funguje nejvyšší soud, který třem poslancům sebral protiprávně mandát. To znamená, má-li země jít cestou prosperity, není to možné bez práva a nezávislé justice. A tyto všechny signály bychom měli jako zástupci Evropského parlamentu a také zástupci Rady Venezuele vysílat a zvláště prezidentu Madurovi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το πολιτικό αποτέλεσμα των βουλευτικών εκλογών του περασμένου Δεκεμβρίου αποτυπώνει τη δυσaréσκεια του κόσμου για τη διαχείριση από την προηγούμενη κυβέρνηση της οικονομικής κρίσης που πυροδότησε η ραγδαία πτώση των τιμών του πετρελαίου.

Είναι φυσικό η συγκατοίκηση της νέας κυβέρνησης με τον Πρόεδρο Maduro να προκαλεί τριβές. Το νεοεκλεγέν Κοινοβούλιο της Βενεζουέλας, που κυριαρχείται από την πτέρυγα της αντιπολίτευσης, έχει υποσχεθεί να ανατρέψει τις κοινωνικές και οικονομικές πολιτικές της Κυβέρνησης Maduro. Η αποπομπή τεσσάρων βουλευτών για παρατυπίες κατά την εκλογική διαδικασία συζητήθηκε πολύ στην Ευρώπη, αλλά δεν είναι το μείζον ζήτημα στη Βενεζουέλα σήμερα. Άλλωστε, ένας εκ των τεσσάρων βουλευτών ανήκει στο κόμμα του κυρίου Maduro.

Αντίθετα, μεγάλες κοινωνικές αντιδράσεις προκαλεί το νομοσχέδιο που αναμένεται να υπερψηφίσει η νέα Βουλή για την ιδιωτικοποίηση των υποδομών κοινωνικής στέγασης, σε μια χώρα όπου το 50% του πληθυσμού ζει σε πρόχειρες κατοικίες. Απαιτούνται συγκεκριμένα μέτρα για την ενίσχυση των οικονομικών σχέσεων της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τη Βενεζουέλα, με στόχο το αμοιβαίο όφελος των δύο μερών και την τήρηση της αρχής της μη επέμβασης στα εσωτερικά θέματα κάθε μέρους.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, izbori su 6. prosinca u Venezueli donijeli novu nadu. Novo ozračje koje će, nadamo se svi zajedno, donijeti više sreće tom napaćenom narodu i više mogućnosti da fantastične resurse koje Venezuela ima koristi za dobrobit svih u Venezueli, a ne samo za multinacionalne kompanije i pojedince.

Ono što želim naglasiti je danas da je Venezuela pred odabirom, ili dijalog ili kaos, ili pomirenje ili nasilje. Tko odabere krivu stranu bit će odgovoran za ono što će se dešavati u Venezueli. Pozivam pobjednike izbora da budu strpljivi, da odaberu dijalog i pomirenje, a isto tako pozivam predsjednika Madura ako zaista želi dobro svome narodu i svojoj državi.

Carlos Iturgaiz (PPE). – Señora Presidenta, la situación actual la conocemos todos: Venezuela está gobernada por un narcodictador, por Nicolás Maduro, que ha llevado a su pueblo a la ruina económica y a una crisis humanitaria sin precedentes con sus políticas dictatoriales comunistas y chavistas.

Pero hoy, además, este Parlamento debe ser altavoz, una vez más, para denunciar estos hechos y pedir la liberación de los presos políticos injustamente encarcelados en Venezuela por orden de Maduro y por los tentáculos judiciales de Nicolás Maduro. Se están violando los derechos humanos de esas personas y se demuestra que Maduro es un caudillo que intenta eliminar a todo aquel que no baila al son que marca el chavismo.

Señorías, la Venezuela de la buena gente, la demócrata, la que pide libertad y justicia está sufriendo. Toda esa Venezuela está presa con cadenas y el Parlamento Europeo tiene una llave para quitarle esas cadenas a Venezuela. Usémosla y liberemos al pueblo de Venezuela.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora Presidenta, yo tuve el orgullo de ser testigo de cómo se recibió y se celebró esa contundente victoria de la Mesa de la oposición. Estábamos en una sala pequeña, así de gente, y le garantizo que las primeras palabras de la oposición fueron no de triunfalismo, no contra Maduro; fueron de mano tendida, de gracias a los venezolanos, de unidad, pensando, confiando que ese gesto se devolvería, por parte del Gobierno, en una posición de abrir las cárceles para que salgan Leopoldo López y Antonio Ledezma, quienes están dentro por pensar, por pensar diferente y por querer la libertad para su pueblo.

Quiero desde aquí dar las gracias a Mitzy Capriles y a su hija, que están aquí. A Lilian, a María Corina, a tantos, a presos políticos que han estado en «La Tumba». Que lo he visto yo, que han venido a contármelo. Por nada: era un fisioterapeuta que estaba en una manifestación. Eso lo he visto yo con mis ojos, porque estaba allí. Y por lo tanto, quiero darles las gracias y, sobre todo, al pueblo venezolano, que es el gran artífice de esa gran victoria. Esto no tiene marcha atrás, por mucho que muchos de aquí no lo quieran reconocer.

(End of catch-the-eye procedure)

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, let me start by saying how important it is to listen to this debate and to again underline the importance of this discussion, two months after the legislative elections on 6 December. The importance of this debate is, first of all, that the elections of 6 December produced an unequivocal result: a strong majority of the Venezuelan people have given a clear mandate to the parliament to take decisions in order to address the country's critical challenges.

We have heard a lot of debates on how we can assist from the European side to accommodate a process in which really we can assist the Venezuelan people to come out of the crisis that they are in right now. First of all it is important to underline the importance of the Constitution. The Constitution offers a lawful, peaceful framework in which the Venezuelan body politic can operate as a democracy. Those on either side that feel tempted by non-constitutional methods – and the temptation is there – or by parallel structures to organise the consultations, must know that they are taking a very heavy responsibility at the moment, when the situation in the country is obviously very serious from an economic and security point of view. If the current absence of dialogue persists, there is really a risk that things will get out of hand. Therefore I find it important that we are putting forward these two issues: constitutionality and dialogue. There is no alternative. You cannot have one without the other, and it is important that the European Union underline that in its policy towards Venezuela.

It is also important to mention human rights, and I appreciate the presence today of a Venezuelan delegation, which is active not only in showing support for, but also interest in, the fate of political prisoners. We are here in the European Union to defend human rights and it is important to put that forward also.

From this debate I conclude that we all share a common interest in supporting the Venezuelan people in addressing their difficult economic and security situation and in overcoming the political polarisation that stands in the way of solutions. What Europe can now do to help the Venezuelan people in tackling these challenges is to keep calling on all the political actors to understand what happened: look at the elections, look at the constitutionality, see that nobody can decide this on their own and work on a constructive dialogue. There is no alternative. In this regard I think Members' own parliamentary contacts they have been developing are of great importance. I would like to thank the honourable Members who travelled to Venezuela last year in order to listen, to support dialogue and to carry this European message of support for peaceful and constitutional solutions. That is a very important role they can play. They are particularly effective when they are representatives of the full geographical and political diversity of this House and, in this sense, I would of course encourage – to the extent that I can do that – the Foreign Affairs Committee delegation to see if they can visit Venezuela.

May I close by signalling once again my appreciation of Parliament's role in keeping this urgent issue on the international agenda and in calling for peaceful constitutional solutions to the crisis in Venezuela.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito.* – Ante la situación en Venezuela, el Parlamento Europeo debe mandar tres mensajes claros: primero, celebrar el resultado de las elecciones del 6 de diciembre de 2015, que dieron la victoria a la oposición; fue un triunfo democrático que todos debemos reconocer. Segundo, que la Asamblea Nacional es un órgano legítimamente constituido como fruto de esas elecciones, y que el Gobierno no debe adoptar estrategias para menoscabar sus poderes. Y en tercer lugar, que el pueblo venezolano exige claramente diálogo, reconciliación y búsqueda de soluciones para los graves problemas que aquejan al país, a través del consenso entre el poder ejecutivo y el legislativo. Ese es el camino que Europa debe favorecer y apoyar.

Eduard Kukan (PPE), *in writing*. – Venezuela has for a long time been in an extremely difficult situation. It is not only the economic and social experiment, which brought this country to its knees, it is also the loss of respect for democracy, civil liberties and human rights that has been disabling the country from moving on. The victory of democratic opposition in last year's elections brought a hope for change. We need to support the democratic developments in the country as we had been supporting the Democratic Unity Alliance for past years. I would like to use this occasion to plead for the liberation of one of the great figures of the Venezuelan opposition movement, and my friend, Leopoldo López. His imprisonment was clearly politically motivated and unjustified. Therefore, I would like to join many public persons and human rights organisations in a plea for the liberation of Leopoldo.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Worsened economic, political and social situation in Venezuela has created conditions for massive human rights violations. In this regard, opposition victory in recent parliamentary elections on 6 December 2015 was welcomed by many as the beginning of the transition period and democratisation. The EU should provide assistance and support to new Venezuelan government, which has not an easy task to tackle a wide range of human rights issues, such as impunity, accountability for extrajudicial killings, arbitrary arrest and detention, fair trials, the independence of the judiciary, freedom of assembly and association, and media freedom. We should call on Venezuelan authorities to work actively to promote and protect human rights in their own country and beyond, particularly in the shadow of Venezuela's membership of the UNHCR.

17. Übereinkommen der Vereinten Nationen über Transparenz in Investor-Staat-Schiedsverfahren auf der Grundlage von Verträgen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Council on the UN Convention on Transparency in Treaty-based Investor-State Arbitration by Bernd Lange and Salvatore Cicu, on behalf of the Committee on International Trade [2015/2930(RSP)].

Bernd Lange, Verfasser. – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident! Jüngst hat beim Handelsausschuss ein Mitglied gesagt: „ISDS has a few friends left in the European Parliament.“ ISDS ist aus vielen Gründen umstritten, weil in privaten Schiedsgerichten wirtschaftliche Gesichtspunkte zum Tragen kommen und das erhebliche Konsequenzen für öffentliche Haushalte haben kann, weil demokratische Entscheidungen angegriffen werden und und und. Es gibt viele kritische Gesichtspunkte. Aber das zentrale Momentum ist doch, Herr Ratspräsident, dass die Transparenz fehlt. Die Verfahren sind in der Tat hinter verschlossenen Türen und völlig undurchsichtig. Insofern verwundert es kaum, dass da Skepsis wächst. Das Europäische Parlament hat ja auch in der Diskussion um TTIP deutliche Reformvorschläge in allen diesen Fragen gemacht. Das gilt übrigens für neue Verträge, Herr Ratspräsident, aber das gilt natürlich auch für die alten Verträge, wo wir ja eine Vielzahl von ISDS-Regelungen haben, gerade aus der Europäischen Union, von den Mitgliedstaaten, die eben völlig intransparent gestaltet sind.

Da gibt es natürlich einen gewissen Widerspruch. Auf der einen Seite, Herr Ratspräsident, betont der Rat, betonen Ihre Mitglieder Transparenz in allen möglichen Bereichen, gerade auch, was Handelsverträge betrifft. Aber in der Frage der bilateralen ISDS-Verträge mauert der Rat. Und das finde ich, ist doch gerade für die EU und für die Mitgliedstaaten besonders wichtig, weil die EU, die Mitgliedstaaten, quasi der Weltmeister von ISDS-Verträgen sind.

Nun gibt es die Mauritius-Konvention, die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet worden ist und mehr Möglichkeiten der Transparenz schafft. Die Unterschrift der EU wäre das Signal für Transparenz bei der Energiecharta. Die Energiecharta ist ja bisher der einzige Vertrag, wo ISDS durch die Europäische Union vorgesehen ist – nebenbei schon seit 1994, also weit vor dem Vertrag von Lissabon –, und die Unterschrift der Mitgliedstaaten wäre dann das Signal, dass die bilateralen ISDS-Verträge auch transparent würden. Zurzeit gibt es offenbar im Rat gewisse Kompetenzstreitigkeiten, wer für was zuständig ist. Ich kann das nicht verstehen, und es macht mich richtig fassungslos, Herr Ratspräsident, dass wegen solcher Kompetenzstreitigkeiten eine Blockade der Unterschrift sowohl der EU als auch einzelner Mitgliedstaaten erfolgt und damit doch nach außen signalisiert wird, dass im Grunde die Europäische Union nicht an Transparenz interessiert ist. Das widerspricht unseren gemeinsamen Zielen.

Und dann nochmal, Herr Ratspräsident, zur Energiecharta: Das wird häufig nicht in der Öffentlichkeit so diskutiert, aber die Energiecharta ist der Vertrag, wo die meisten ISDS-Fälle stattfinden. Zurzeit sind es 89, Herr Ratspräsident, 89 Fälle. Das sagt übrigens das Sekretariat der Energiecharta. Das wissen die auch nicht so ganz genau, weil es sehr geheim ist. Es gibt keine Verpflichtung, diese Fälle zu notifizieren, die können das auch nur aus öffentlichen Veröffentlichungen ziehen. Es sind also mindestens 89, vielleicht sogar noch ein paar mehr.

Diesen Zustand finde ich völlig inakzeptabel! Einige Mitgliedstaaten haben ja unterschrieben: Frankreich, Deutschland, das Vereinigte Königreich, aber die EU eben nicht. Deswegen die drei Fragen, Herr Ratspräsident: Erstens: Ist die Ratspräsidentschaft nicht auch der Meinung, dass man die Mitgliedstaaten überzeugen muss, dass endlich diese Blockade aufhört und die EU unterzeichnen kann? Zweitens: Ist die Ratspräsidentschaft nicht auch der Meinung, dass durch diese Blockade ein immenser Imageschaden der Europäischen Union erfolgt ist, weil natürlich überall Transparenz formuliert wird, aber der Weltmeister der ISDS-Verträge genau diese Transparenz nicht macht? Die dritte Frage: Wird die Ratspräsidentschaft die Mitgliedstaaten motivieren, die bisher noch nicht unterschrieben haben, das zügig zu tun, damit wir am Ende des Jahres sagen können: Ja, wir stehen zu Transparenz, wir wollen das auch bei bestehenden ISDS-Verträgen?

Bert Koenders, *President-in-Office of the Council*. – Thank you very much, Mr Lange, for your three questions. I could be very short and answer, 'yes', 'yes' and 'yes', and then we would be finished, but I guess you need a little bit more language around that.

But I would just say three times 'yes'. Transparency is the key for the Dutch Presidency and it fits into our priorities of focusing on the essentials and creating simple and more reliable legislation, as you also mentioned. Let me recall that the Council, in its conclusions on the EU's trade and investment policy adopted in November last year, recognised that a responsible EU trade policy must be accompanied by a high level of transparency and effective communication with citizens and better involvement of all stakeholders in the preparation, negotiation and implementation of initiatives in the area, while respecting the institutional balance and the applicable rules. But that is a long sentence to have the second 'yes'.

In the context of investor-state dispute settlement, enormous efforts championed by the European Union have been made globally towards improving the level of transparency under which disputes are conducted with the aim of providing maximum access to the public on documents and hearings, as well as allowing interested third parties to make submissions. Also the Commission announced its intention to contribute from the EU budget to increase transparency in ISDS by financing UNCITRAL's publicly-accessible register on documents that supports the implementation of the ISDS UNCITRAL transparency rules.

The EU is committed to systematically incorporating these transparency standards or comparable rules into all trade and investment agreements under negotiation, and in order to facilitate their application to existing agreements, a multi-lateral convention – as you mentioned – was negotiated under the auspices of the United Nations: the Mauritius Convention on Transparency in Treaty-based Investor-State Arbitration. In February 2014 the Council authorised the Commission to participate in the negotiations on this Convention on behalf of the Union. The Convention in question would apply in respect of the EU for one treaty only, namely the Energy Charter Treaty you mentioned. The decision of the Union to sign the Convention has, however, proved more difficult, as you also mentioned. Despite a number of discussions within the Council last year on the basis of the proposals by the Commission for decisions on the signature and conclusions of the Convention, not all Member States who remain competent for matters covered by the Mauritius Convention agree that this convention should be applied to the Energy Charter Treaty.

Let me stress that the Presidency is committed to making progress on this very important file. It is among the priority issues on which we would like to advance discussions during the next six months. In this regard, bilateral contacts with the delegations concerned continue in order to iron out the remaining differences, because I think there is also the risk that you mentioned to our image in the outside world, and we encourage all Member States to assume a constructive position on the issue in order to allow the EU to sign a convention with respect to the Energy Charter Treaty. We have already gone a long way with the formulation and reform of the EU's investment policy, which is an area of shared competence and responsibility. Rest assured that the Union and the Member States' expertise in investment protection and dispute resolution guarantees their solid image vis-à-vis third countries. In this regard, in November last year the Council welcomed the Commission's innovative and ambitious approach to modernising investment protection.

The Council has further taken note of the Commission's intention to consider this approach, where appropriate, in other EU trade agreements and to work towards the establishment of a multilateral investment court as a final goal. The Council also welcomed the renewed pledge to respect the governments' right to regulate. Regarding the application of the transparency convention to Member States' bilateral investment treaties, the Presidency remains unreservedly committed to the objective of increasing the transparency of the investor-state dispute settlement system. We as the Presidency cannot, as you know, easily interfere with Member States' competences. We cannot force Member States to apply the UNCITRAL transparency rules to their own bilateral investment treaties concluded before 1 April 2014. Against this background, I am truly hopeful that we will be able to find a solution within the Council on this important dossier. On the Presidency side we are certainly working very hard to make this happen.

Salvatore Cicu, a nome del gruppo PPE. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il gruppo del PPE considera che l'inclusione delle norme sulla trasparenza all'interno di accordi internazionali, oltre a migliorare la stessa trasparenza nelle controversie, provocherebbe l'effetto di dare finalmente credibilità complessiva agli accordi. Questi due elementi per noi del PPE sono straordinariamente importanti e centrali. Pertanto mi rivolgo oggi al Consiglio qui presente – le risposte che sono state date soddisfano parzialmente – perché si superi quanto prima questa situazione di stallo che si è creata fra le istituzioni, perché si tratterebbe di ratificare le norme dell'Unione, la prima convenzione che finalmente riformi e migliori il diritto degli investimenti internazionali.

Tanto il Consiglio quanto i colleghi deputati qui presenti, come anche la Commissione, sanno bene quanto l'armonizzazione di tali regole sia fondamentale, centrale e prioritaria per il futuro della credibilità anche degli accordi commerciali internazionali, dove l'Unione investe, dove l'Unione rappresenta un progetto che si realizza attraverso un tassello fondamentale. Quindi, tale situazione di stallo a livello di Consiglio può provocare una condizione preoccupante. Noi la consideriamo tale in virtù del fatto che al momento l'unico accordo che è stato siglato dopo l'adozione della Convenzione è la Carta dell'energia, esclusa al momento dal campo di applicazione delle norme di trasparenza UNCITRAL. Qualora nei casi ISDS l'Unione sia la parte convenuta in un procedimento di risoluzione di controversie tra investitori nell'Unione europea e il ricorrente provenga da uno Stato terzo, le norme di trasparenza non possono essere abdicare con grave pregiudizio.

David Martin, on behalf of the S&D Group. – Madam President, I would like to thank the Dutch Presidency, both for staying here and being involved this marathon session, and also for the encouraging reply and for the 'yes, yes, yes'. Of course, what we now want is for you to 'do, do, do'. That is the next stage.

I am sure that the Council is very aware of the Socialist position on ISDS. We reject the old Bilateral Investment Treaties (BITs), and we rejected the Commission's attempt to continue to use secret courts. In the long term, we are demanding a multilateral solution to investment disputes, but while we push for this, we strongly support bringing more transparency to existing ISDS provisions worldwide. We therefore welcome the Mauritius Convention at the UN level on new minimum standards, which we believe apply to existing Member States' BITs, as well as to the Energy Charter.

The blockage in the Council on progressing with this is unacceptable. I accept that it is not the Presidency's fault, but it is unacceptable. It is important to continue to clarify that investment is a European Union competence. It is deeply regrettable that eight Member States have unilaterally signed the Convention without waiting for the authorisation of the Union. This has shown to the outside world a divided and disorganised EU when we should be a strong voice internationally, defending the Mauritius Convention principles.

It is also troubling to hear that, within the Council, some Member States do not support these transparency rules. The new UNCITRAL rules are now the minimum standards for the EU, and the Council should endorse them unanimously. We are calling for the Council to authorise the Union to sign the Convention as soon as possible so that it can apply to the Energy Charter immediately. We also demand that all remaining Member States, when authorised, sign the new rules to apply them to all their bilateral agreements. The Union is now a world leader in reforming investment protection provision, but we can only do so effectively if the Member States put institutional squabbles aside, recognise that this is an exclusive competence of the Union, and allow the EU to move forward.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would like to thank the Minister for staying for the debate. This is a simple and straightforward issue. We talk a lot about transparency in this Parliament, and we genuinely believe in it. But sometimes it is difficult to accept what we hear from the Council, and that is certainly the case in this situation. It is difficult to accept that the Council has not yet managed to resolve this existing impasse. I would like to be able to understand why this situation is continuing. I was going to ask you, of course, whether you were taking an active role, but you have already told us: yes. Great news. So maybe I can ask you for a little bit more detail about exactly what you are doing, and maybe you could be just slightly more transparent about the negotiations within Council as to how you are going to resolve this issue.

Obviously, it does affect the way that the world looks at the European Union. It is regrettable that eight Member States have had to unilaterally go forward, but I do not blame them: I think it gives the clear impression that they are getting a little impatient. So please, Council, wake up and get on with agreeing this very sensible notion.

Marietje Schaake, *namens de ALDE-Fractie*. – Minister Koenders, meer transparantie in EU-besluitvorming, toegang tot informatie in handelsverdragen, van de straat tot de *inbox* en ook tijdens de bijeenkomst in Amsterdam vandaag nog riepen mensen Commissaris Malmström op om documenten openbaar te maken.

Dit Parlement drong al met succes aan op nieuwe transparantie-initiatieven in handels- en investeringsafspraken. Het tekenen van het Uncitral-verdrag is daar een onderdeel van. Dit leidt tot meer transparantie en toegang tot informatie in ISDS-zaken, het controversiële mechanisme dat arbitrage tussen staten en investeerders mogelijk maakt. Het is dus gek dat de Raad, waarin lidstaten samen 1 300 van dit soort controversiële clausules opnamen in handelsverdragen, niet vooruitkomt met transparantie-initiatieven. Nederland dat als voorzitter van de Raad beweert transparantie centraal te stellen, maar zelf nog niet getekend heeft voor meer openbaarheid in de zaken zelf, meer toegang tot documenten en een grotere rol voor maatschappelijke organisaties. In de Raad tekenden al wel enkele lidstaten zoals Duitsland, Italië, Zweden en België, maar ook de Verenigde Staten en Canada zijn inmiddels transparanter dan wij.

Het is echt vreemd en teleurstellend dat het probleem bij de Raad ligt en we stoere woorden horen ook van minister Ploumen, die zegt oppositie te gaan voeren tegen de Europese Commissie voor meer transparantie. U zegt terecht dat u andere lidstaten niet kunt dwingen. Dat klopt, maar u kunt allicht het goede voorbeeld geven en tijdens het voorzitterschap laten zien hoe we dit gaan oplossen door zelf te tekenen, door andere lidstaten mee te nemen. Wellicht kunt u vandaag wat uitleg geven over welke lidstaten dwarsliggen en welke concrete plannen u heeft om wél meer transparantie te brengen en de hele EU en alle lidstaten het Uncitral-verdrag te laten tekenen.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitritt der Union zur Konvention würde zweifellos helfen, die zwielichtigen ISDS-Verfahren, die im Rahmen des Energiecharta -Vertrages gegen Regierungen von EU-Mitgliedstaaten angezettelt werden, endlich etwas stärker ins Licht der Öffentlichkeit zerrn zu können. Deshalb unterstützen wir die heute gestellten Fragen, und ich sehe hier große Einigkeit auch im Plenum.

Das eigentliche Problem ist jedoch das ISDS-Verfahren im Energiecharta-Vertrag selbst. Seit 2014 hat es ja das NAFTA-Abkommen mit dem traurigen Rekord überholt, die weltweit am häufigsten gewählte Grundlage zu sein, wenn profitgierige Unternehmen eine Regierung wegen eines im besten öffentlichen Interesse erlassenen Gesetzes verklagen. Die Prozessdokumente bleiben dabei der Öffentlichkeit verborgen, oft sogar die in einer Schlichtung vereinbarten Summen.

Italien hat sich inzwischen entschlossen, den Energiecharta-Vertrag zu verlassen, um nicht mehr ständig mit ISDS-Verfahren bedroht zu werden. Das nenne ich einen vorbildlichen Entschluss, dem die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten folgen sollten, nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Erfahrungen der Vattenfall-Klagen. Der Rat sollte endlich handeln.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Daniel Caspary (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Scholz, Sie haben gerade angesprochen, dass „profitgierige Unternehmen auf Basis der Energiecharta verklagen“. Meine Frage an Sie: Da auch die Stadtwerke München und die Stadtwerke Köln als kommunale Unternehmen dieses Instrument nutzen – halten Sie seit neuestem kommunale Unternehmen auch für profitgierige Unternehmen?

Helmut Scholz (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Das halte ich nicht. Das Problem ist nur, dass sie auch der Logik der ISDS-Verfahren unterworfen sind. Und gerade weil Vattenfall die Bundesrepublik verklagt und diese ISDS-Verfahren sozusagen als Prinzip täglich stattfinden, sind auch diese Praktiken offensichtlich dann von den Stadtwerken übernommen worden.

Raymond Finch, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, trade should be about economic benefit, not politics. Yet the EU uses trade to promote a political agenda, and that is exactly what it is trying with the Mauritius Convention. The EU is pressurising all Member States to sign, so that the EU itself can sign and thereby serve its own interest of making ISDS a pillar of EU trade policy. The EU is carrying forward the assumption that ISDS is a legitimate system; it is not. It subverts national laws, and it has been rejected by two committees in this House for the TTIP Conventions negotiations.

It is opposed by sizable numbers of MEPs, and still the Commission wants to make it part of its trade negotiations and has already put it into the draft trade agreement with Canada. We hear the words trotted around by the EU – ‘transparency’ and ‘investment court’ – but these are surface changes that do nothing to alter what is an illegitimate and unnecessary system. Trade Commissioner Malmström has stated that trade must support Europe’s wider international goals. So long as they remain in the EU, Member States have to barter their sovereignty for the interests of the EU, in trade policy as in anything else.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Martin (S&D), *blue-card question*. – Can the Member tell me how many bilateral investment treaties exist worldwide and how many the United Kingdom has signed up for? And does he believe that they should all remain secret? Because this is not about future investment treaties, this is about the existing investment treaties that, as the Chair of the Committee on International Trade rightly pointed out, we know very little about, and this is already costing the taxpayer millions of pounds every year.

(Applause)

Raymond Finch (EFDD), *blue-card answer*. – The answer is no. I doubt many people do. However, the fact remains that ISDS is being pushed in through the back door, and it is absolutely unacceptable. Anybody who believes themselves to be working in the interests of ordinary people should know that and should accept that.

Zoltán Balczó (NI). – A parlamenti kérdés benyújtója azt szeretné elérni, hogy az EU írja alá az ENSZ-egyezményt, amely lehetővé teszi, hogy a beruházó és az állam közötti vitás kérdésekben a beruházók választottbírószághoz fordulhassanak. Ezek az ítéletek a felek számára kötelezőek és véglegesek. Az EU jelenleg nem írhatja alá az egyezményt, mert elegendő számú tagállam blokkolja azt. Ezt a szuverén döntést a betérjesztők nem hajlandók elfogadni, és felszólítják a Tanács elnökségét, hogy nyomás alá helyezze a tagállamokat. Ez nagyon is kétséges eljárás. Egyébként pedig azok számára, akik az ISDS-eljárást, ahogy hallottuk, illegitimnek tartják és úgy ítélik meg, hogy a tagállamokat szuverenitásában súlyosan sérti, azok miért fogadnák el önmagában azért, ha ez az elutasított folyamat egyébként átláthatóvá válik?

Daniel Caspary (PPE). – Frau Präsidentin! Der Schutz vor entschädigungsloser Enteignung ist ein Grundrecht aus der UN-Menschenrechtscharta, und gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass niemand in einem anderen Land entsprechend seiner Nationalität benachteiligt wird. Dazu dienen die vielen Investitionsschutzabkommen, die in Kraft sind, und wenn Herr Finch nicht sehr unbritisch den Saal verlassen hätte, dann könnte ich ihm jetzt sagen, dass allein sein Heimatland 94 solcher Verträge in Kraft hat.

Der Vertrag von Lissabon hat aber 2009 die Zuständigkeit auf die europäische Ebene übertragen, und wir wollen Investitionsschutz sichern, dafür aber das bewährte System reformieren. Und wir wollen zweitens mehr Transparenz, und dazu gehört diese UN-Konvention. Und deswegen wüsste ich gern vom Rat: Welche Länder blockieren das? Welche Minister sind verantwortlich? Welchen Parteien gehören sie an? Und sagen nicht diese gleichen Minister auf nationaler Ebene, dass wir mehr Transparenz brauchen – die sie genau auf europäischer Ebene blockieren? Was macht die Ratspräsidentschaft konkret? Wann setzen die Mitgliedstaaten endlich den Vertrag von Lissabon in der Handelspolitik um und lassen die Europäische Union das tun, was europäische Zuständigkeit ist?

Und schämen Sie sich nicht, eine solche Untätigkeit des Rates hier vor dem Europäischen Parlament verteidigen zu müssen? Sie haben gerade eben dreimal ja gesagt: yes, yes, yes. Meine Antwort ist: Dreimal nein, so geht das nicht. Bitte machen Sie endlich das, was sie tun müssen, und stellen Sie sicher, dass der Rat die Europäischen Union ermächtigt, diesen Vertrag zu unterschreiben.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Presidente em exercício do Conselho, a Convenção das Nações Unidas sobre a transparência da arbitragem entre os investidores e os Estados existe por duas razões: porque havia um problema sério de falta de transparência dos sistemas de arbitragem e porque a União Europeia tomou a liderança da luta por uma convenção capaz de resolver o problema. É incompreensível que, agora que esta convenção existe e oito Estados-Membros já a ratificaram, divisões intermináveis impeçam que a União Europeia ratifique uma convenção que ela própria exigiu. Este problema tem de ser resolvido. Esta convenção é necessária e o atraso na sua entrada em vigor tem consequências.

Quero, por isso, incentivar a presidência holandesa a dar seguimento aos compromissos que aqui assumiu e a tomar iniciativas concretas, não apenas para convencer os Estados-Membros a assinar esta convenção, mas também para conseguir que estas novas regras se apliquem ao Tratado da Carta de Energia, cujo sistema de resolução de litígios bem precisa de mais transparência.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señora Presidenta, es evidente que hay déficits democráticos en los mecanismos de ISDS. La falta de transparencia es uno de los más sangrantes, pero no es el único. El hecho de que muchos países europeos no acepten ni tan siquiera este mínimo debe hacernos comprender que algo se ha hecho muy mal. Y es hora de cambiarlo.

Empezaremos con la transparencia, pero vamos a llegar más allá, porque cada pieza del ISDS está diseñada para ser susceptible de abusos por parte de los inversores: la interpretación laxa de las cláusulas de no discriminación o que los mismos abogados sean ahora juez y luego parte. Pero cada vez somos más los que estamos vigilantes y alzamos la voz.

Quiero usar esta tribuna ahora para leerles las palabras del Relator Especial de las Naciones Unidas, Alfred de Zayas, que dice: «Durante los últimos 25 años, los tratados bilaterales con ISDS han erosionado los principios básicos de las Naciones Unidas, la soberanía estatal, la democracia y el imperio de la ley. Al observador imparcial no puede sino producirle un vértigo moral».

El problema no es la transparencia, señores, es la propia existencia de los ISDS, que atacan directamente a los cimientos de la democracia.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, finora 127 casi ISDS conosciuti sono stati iniziati da potenti multinazionali contro Stati dell'Unione europea e hanno portato a 3,5 miliardi di euro di compensazioni già pagate. Le richieste per quelli ancora in corso ammontano a oltre 30 miliardi, mentre non è dato sapere quanto è già stato concesso a seguito delle transazioni amichevoli, come i 2 miliardi pagati dalla Polonia o le legislazioni sull'ambiente cambiate dalla Germania. Ma ancora di più queste cifre non tengono conto di molte altre cause che restano segrete.

Per evitare queste situazioni esiste una convenzione delle Nazioni Unite che obbliga a rendere pubbliche le informazioni riguardanti le cause ISDS in corso, una convenzione di cui però l'Unione e molti altri Stati non sono parte. Questo causa dei seri problemi soprattutto riguardo alla Carta dell'energia, un trattato che prevede ISDS e che sta dando origine a un numero elevatissimo di cause. Noi del Movimento 5 Stelle ci opponiamo all'ISDS, ma vogliamo la ratifica immediata della convenzione perché chiediamo una cosa fondamentale per i cittadini e cioè la trasparenza.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, domnule ministru, Parlamentul European, Comisia și Consiliul dar, nu în ultimul rând, statele membre și instituțiile internaționale de profil trebuie să aibă ca principală preocupare consolidarea unui mediu economic capabil să garanteze securitatea investițiilor și a schimburilor comerciale internaționale. Crearea unui cadru juridic armonizat pentru soluționarea echitabilă și eficientă a diferendelor internaționale referitoare la investiții este de natură să sporească încrederea investitorilor.

În acest context, apreciem eforturile depuse de Comisia ONU pentru Dreptul Comercial Internațional, care și-a orientat activitatea către introducerea conceptului de transparență în arbitrajul privind investițiile internaționale, finalizate prin adoptarea Convenției ONU pentru aplicarea regulilor privind transparența în arbitrajul litigiilor între state și investitori.

Așadar, prin semnarea acestei convenții și de către Uniunea Europeană s-ar genera o securitate sporită a investițiilor, cu implicații pozitive în creșterea economică la nivelul statelor membre și, bineînțeles, o creștere substanțială a locurilor de muncă. De asemenea, considerăm că statele membre trebuie să fie autorizate în vederea semnării în mod individual a Convenției, ținând cont însă de tratatele bilaterale de investiții încheiate de acestea.

Astăzi, din păcate, negocierile privind TTIP-ul, de care Uniunea Europeană are atât de multă nevoie, cunosc o evoluție deloc favorabilă, tocmai din cauza aspectelor care țin de soluționarea litigiilor prin intermediul arbitrajului. Este important, așadar, ca la nivel internațional să se stabilească un set de norme procedurale care să asigure transparență și accesibilitate pentru public, de la debutul procedurilor arbitrare până la finalizarea acestora.

Agnes Jongerius (S&D). – Ik sprak me al meerdere malen uit tegen private investeringstribunalen, maar de realiteit is dat ISDS bestaat en onderdeel is van duizenden bilaterale investeringsverdragen. De eerlijkheid gebiedt te zeggen dat bedrijven uit mijn eigen land grootgebruikers zijn van de ISDS-route en om schadevergoeding vragen. Juist daarom steun ik het Uncitral-verdrag voor meer transparantie, juist omdat we werken aan een nieuw volwaardig alternatief om ISDS te vervangen.

De VN-regels trekken ISDS-zaken uit de achterkamertjes door bekend te maken wat er is besloten en op welke gronden en voor welk bedrag er een schikking is getroffen. Natuurlijk zou het mooi zijn als Nederland zelf tekent en in het voorzitterschap beweging krijgt in dit dossier, want het gaat nu over het energiehandvest. Maar het probleem is natuurlijk breder en ik zou denken: werken de lidstaten nu al niet mee, hoe krijgen we dan ooit openbare, transparante investeringsbescherming onder bijvoorbeeld TTIP en CETA?

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è positivo che il Consiglio si sia espresso così chiaramente in tema di trasparenza, perché questa rappresenta il pilastro fondamentale del nostro modo di intendere la conduzione della politica commerciale comunitaria e per avere un fruttuoso rapporto con i nostri partner e soprattutto con l'opinione pubblica europea. È a maggior ragione, quindi, che trovo deplorabile che siano state accampate motivazioni procedurali per bloccare la ratifica a livello comunitario della Convenzione delle Mauritius sulla trasparenza dei meccanismi di risoluzione delle controversie e allo stesso tempo che alcuni Stati membri non abbiano ancora ratificato la Convenzione. Pur rendendoci conto dei limiti del Consiglio in materia, come sono stati sottolineati, noi crediamo, contrariamente ad alcuni colleghi, che si sia assolutamente necessario un intervento di tutti i soggetti istituzionali, perché facciano pressione per sbloccare questa situazione. A maggior ragione, in un momento chiave per la riforma dei meccanismi di risoluzione delle controversie, il Consiglio e gli Stati membri sono chiamati a una prova di maturità che passa anche per la ratifica della Convenzione UNCITRAL.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, συζητούμε για την διαιτητική επίλυση διαφορών μεταξύ επενδυτών και κρατών, τη γνωστή ISDS, καθώς επίσης και για τα ζητήματα διαφάνειας που προκύπτουν κατά τη λειτουργία της. Αρχικά, αυτό που επιτυγχάνει μέχρι στιγμής το σύστημα ISDS είναι να επιτρέπει στις πολυεθνικές επιχειρήσεις να προσφεύγουν εναντίον συγκεκριμένων κρατών για ζημιές τις οποίες υπέστησαν οι επιχειρήσεις αυτές κατόπιν αποφάσεως δημόσιας πολιτικής. Καταργείται δηλαδή το υπάρχον σύστημα δικαστικής προστασίας και οι εταιρείες έχουν τη δυνατότητα μέσω των ISDS να αποζημιώνονται αδρά από τα κράτη.

Παράλληλα, προκειμένου να υπάρξει διαφάνεια για τις ISDS η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να ενσωματώσει τα πρότυπα διαφάνειας της Επιτροπής Ηνωμένων Εθνών για το Διεθνές Εμπορικό Δίκαιο, σε όλες τις εμπορικές και επενδυτικές συμφωνίες, συμπεριλαμβανομένων και των συνομιλιών με τις Ηνωμένες Πολιτείες σχετικά με την TTIP. Ανάμεσα στις δράσεις που προτείνει η Επιτροπή των Ηνωμένων Εθνών για την επίτευξη της διαφάνειας περιλαμβάνεται και η δημοσιοποίηση των διαπραγματευτικών κειμένων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, καθώς επίσης οι σχετικές ακροάσεις να είναι ανοικτές προς το κοινό.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjedavajuća, želim odmah na početku jasno izraziti svoj vrlo pozitivan stav namjeri da se krene u potpisivanje ove Konvencije i da se uvede više transparentnosti. Ja očekujem od nizozemskog predsjedanja da zaista pokuša uvjeriti zemlje članice da sve potpišu ovaj sporazum, i da time i Europska unija bude potpisnica Konvencije. Jer, stavimo ruku na srce, objektivno mehanizam ISDS-a krije mnoge probleme.

Ovim načinom ipak ćemo pokušati donijeti više transparentnosti i više jasnoće u ugovore. I moja zemlja je nedavno potpisala jedan predsporazum vezano za jedan energetski projekt. I već sada znamo da možemo trpjeti ozbiljne štete zbog toga. Tako da sam uvjeren da moramo sve učiniti kako bismo donijeli više jasnoće u ove sporazume, jer je to dobro za naše proračune, a čim je dobro za naše proračune, sigurno je dobro i za građane.

(End of catch-the-eye procedure)

Bert Koenders, President-in-Office of the Council. – Madam President, I have been listening with great interest to your views on this very important topic, and I think it has been very valuable input to the process of finding an adequate solution that would allow the European Union to sign the UNCITRAL Convention on transparency and treaty-based investor state arbitration. I said in the beginning, immediately upon starting, that the answer is ‘yes, yes, yes’. I understand that the conclusion from you is – and I support that – ‘do, do, do’. So I can only prove that once it happens, and that is for you to judge.

When I listen to what most Members have said, there seems to be no difference of opinion. As I have said, transparency is key for our Presidency. It fits into our priorities on focusing on the essentials and creating simple and more reliable legislation. I mentioned the Council conclusions last year. Let me stress that the Presidency is committed to making progress on this very important file. It is among the priority issues on which we would like to advance discussions during the next six months. We are all ready. The question was there in the bilateral contact with the delegations concerned, and they will continue to iron out the remaining differences.

There was a question: why have we not signed the Mauritius Convention yet? First of all, we are 100% in favour of the transparency rules in the Mauritius Convention. There is a difference of opinion – it was also mentioned by you, I think, from the Socialist Group – on whether a Member State needs prior authorisation from the Commission to sign. We have decided to wait with our signature until the moment that this issue is resolved. But I must admit that we are getting pretty restless. My Minister for Trade is also getting very impatient, because we want this transparency. We therefore find the current deadlock in the Council regrettable. That was my second ‘yes’ to Mr Lange. It reflects badly on the image of the European Union on all these points.

We also hope that the conclusion of the Court of Justice on the issue of the ‘mixed nature’ is quickly resolved. We are looking forward to receiving the opinion of the Court of Justice of the European Union in relation to the division of competence between the Union and the Member States under the EU-Singapore FTA. We are hopeful that this will come quickly.

Against this background, I am hopeful that we will be able to find a solution within the Council on this important dossier. On the Presidency side, we are certainly working very hard to make this happen.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Rozstrzyganie sporów między inwestorem a państwem (ISDS) to mechanizm stosowany w międzynarodowych umowach inwestycyjnych dla zapewnienia poszanowania zobowiązań państw dotyczących ochrony wzajemnych inwestycji. Obecnie istnieje ponad 3000 takich umów, 1400 z nich to umowy zawarte przez państwa członkowskie UE. Podstawowe zasady arbitrażu handlowego są bardzo pomocne w przypadku rozstrzygania sporów pomiędzy inwestorem a państwem. Z uwagi na to, że spory te często dotyczą kwestii polityki publicznej lub finansów publicznych, niezbędna jest większa przejrzystość przy ich rozstrzyganiu poprzez zapewnienie publicznego dostępu do dokumentów.

Wysiłki na rzecz poprawy przejrzystości trwają już od 2010 r. Komisja Europejska pracuje nad zapewnieniem wysokiego stopnia przejrzystości w przyszłych umowach zawieranych przez UE. Ponadto przyczyniła się do skłonienia Komisji Narodów Zjednoczonych do spraw Międzynarodowego Prawa Handlowego (UNCITRAL) do ustanowienia globalnych zasad dotyczących przejrzystości oraz do zastosowania tych ulepszonych zasad do 3000 aktualnie obowiązujących umów inwestycyjnych. Niemniej jednak państwa członkowskie nie doszły do porozumienia z Komisją i nie podpisały konwencji Narodów Zjednoczonych mającej na celu wdrożenie tych globalnych zasad, co w konsekwencji negatywnie wpływa na rozpatrywanie wielu międzynarodowych sporów, w których Unia jest pozwany, a powodem jest państwo spoza UE.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Szanowny Panie Przewodniczący! Generalnie popieram wprowadzenie przejrzystości w arbitrażu inwestycyjnym i zasadność upubliczniania niektórych informacji dotyczących postępowań arbitrażowych, ale z zachowaniem rozsądnych i doprecyzowanych granic. W postępowaniu arbitrażowym istotne jest przede wszystkim, by było ono prowadzone z należytym zabezpieczeniem interesów danego państwa. Dlatego też duże wątpliwości budzi fakt, że proponowane zasady przejrzystości przewidują znaczące zwiększenie zakresu dokumentów obligatoryjnie ujawnianych, przy jednoczesnym braku możliwości zastrzeżenia poufności istotnych informacji, ważnych zarówno dla państw, jaki i inwestorów.

Przypominam, że poufność postępowań arbitrażowych uznawana jest w doktrynie za jedną z najistotniejszych i najcenniejszych cech takiego postępowania. Jednocześnie poddanie sporu osądowi opinii publicznej może skutkować wywieraniem presji na jego przebieg i jego upolitycznieniem, co utrudnia polubowne rozpatrywanie i sprawne zakończenie. Zaznaczam, że przystąpienie przez UE do konwencji pociąga za sobą konieczność związania się państw członkowskich przedmiotową umową w zakresie Traktatu w sprawie Karty Energetycznej. Spory w sektorze energetycznym będą wymagały odnoszenia się przez strony do informacji wrażliwych, których upublicznienie mogłoby być sprzeczne z interesem państwa. Ponadto wymóg ujawniania, tłumaczenia i publikowania wszystkich dokumentów zwiększa w sposób znaczący koszty postępowań. W mojej ocenie kwestia związania się UE konwencją musi podlegać rzetelnej analizie skutków i być podjęta bez jakiegokolwiek presji, w szczególności w sytuacji tak znaczącego rozszerzenia zakresu informacji podlegających ujawnieniu.

József Szájer (PPE), írásban. – Közérdeket érintő ügyek vonatkozásában minden esetben alapvető elvárás az átláthatóság biztosítása. A beruházók és államok közötti vitarendezés kapcsán elindított választottbíróági eljárások pedig egyértelműen közérdeket, valamint emberi jogokat érintő ügyek. Az ilyen választottbíróági eljárások közvetlen hatással lehetnek az állami költségvetésre, illetve az állam azon képességére, hogy biztosítani tudja az állampolgárok számára nélkülözhetetlen alapellátásokat. Amikor egy beruházási megállapodás keretében a szerződő felek ezen vitarendezési eljárásmód használatában egyeznek meg – függetlenül attól, hogy ezen intézmény létjogosultságával önmagában egyetértünk-e vagy sem – elengedhetetlen, hogy a transzparenciát biztosító szabályok alkalmazását semmi ne akadályozza. Ennek az elvnek a követése elősegíti az állam elszámoltathatóságát, mivel nem csupán a befektető és az állam között létrejött tranzakció, de annak következményei is közügyek.

18. Der sexuellen Belästigung und der Gewalt gegen Frauen auf öffentlichen Plätzen ein Ende setzen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on ending sexual harassment and violence against women in public spaces (2016/2539(RSP)).

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, it is very important to have this subject on the agenda – ending violence against women. As you know, this issue is a priority for the Commission. We cannot, of course, accept or tolerate any kind of violence. Also, I need to point out from the very beginning, very clearly, that matters of public security and order are not within the competences of the EU but of the Member States. Gender-based violence violates the fundamental rights of the victim, and this is an expression of inequality between women and men. Violence against women, including sexual harassment and sexual violence, is unacceptable wherever it happens, whatever the circumstances, and regardless of the background of the perpetrators. Everyone in Europe must respect the law and abide by the common values upon which the EU is founded.

Sexual assault and sexual violence are not new or imported crimes. In fact a survey by the Fundamental Rights Agency has shown that half of the women in the EU have experienced sexual harassment. More than one in ten women in the European Union say that they have been victims of sexual violence and one in 20 has been raped. We must ensure that our streets, squares and stations are safe for women and girls. We must create an environment where the victims are not afraid to report sexual harassment and violence, like they would if they had become victims of robbery. And we must make sure that perpetrators are prosecuted and convicted.

The events in Germany on the last night of 2015 have put a focus on the special challenge of sexual assault in public spaces. We welcome the measures proposed in Germany to address this via stronger provisions in the National Criminal Code. We are considering exchanging detailed views on this through discussions among Ministers of Justice. The Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence, called the Istanbul Convention, sets legally-binding standards at international level, as the parties must protect women and girls against gender-based violence, including sexual violence and sexual harassment. The Commission is at an advanced stage in its considerations on a possible accession to the Convention. A first concrete step was the publication of a roadmap by the Commission in October 2015.

The EU has adopted legal measures that provide for protection and support for victims. One problem is that currently, not enough victims of sexual violence report the crime to the police authorities. Here the new Victims' Rights Directive can make a difference, as it will strengthen support for victims in the Member States. Member States have to apply the Victims' Rights Directive, which grants rights to victims of crime and their families concerning information, translation, support and protection, while police investigate the crime and during court proceedings.

The specific needs of victims of gender-based violence and sexual violence are highlighted and addressed. They should have access to specialist support, and special measures have to be put in place to protect them from further harm during criminal proceedings. The Commission will closely monitor full and correct implementation of the directive.

We all know legislation alone is not enough. Therefore, we finance projects that make a real impact on the life of women and girls in Europe through our rights, equality and citizenship programmes. Currently there are two open calls for proposals. We have over EUR 3 million available for national and transnational projects to enhance the rights of victims of violence, and we have another EUR 3 million available for transnational projects to combat sexual harassment and sexual violence against women.

Equality between women and men is one of the fundamental values of the European Union, and we remain strongly committed to achieving gender equality. Our efforts to combat sexual harassment and sexual violence are therefore part of a larger strategic engagement for gender equality.

Let me reassure Members that in the coming years we will take a series of actions to improve equality in the Union and, through that, decrease violence against women. I look forward to our debate and would like to convey the message from my colleague, Věra Jourová, that she was not able to be here today due to other commitments arising from her portfolio.

President. – I would like to inform the House that, in agreement with the political groups, the Council does not take part in this debate.

Monika Hohlmeier, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch die Ereignisse in Köln hat das Thema „sexuelle Gewalt gegen Frauen“ eine neue Dimension und auch, Gott sei Dank, eine erneute öffentliche Diskussion gefunden. In Köln waren es im Schwerpunkt Täter mit nordafrikanischem Hintergrund, vor allem aus Marokko und Algerien, die Frauen angegriffen, sexuell genötigt und sexuell schwerst belästigt haben. Obwohl dies in Köln so war, darf man jedoch nicht vergessen, dass es genauso in Diskotheken mit K.o.-Tropfen Täter sind, die nicht nordafrikanischer Identität sind und keinen Migrationshintergrund haben, sondern dass es an vielen

Plätzen und an vielen Orten immer wieder zu sexueller Nötigung und sexueller Gewalt gegen Frauen kommt. Aus meiner Sicht ist es in Deutschland notwendig, ganz konsequent solche Straftaten zu ahnden und deshalb dieses Gesetz auch national zu überarbeiten.

Ich finde es sehr gut, Frau Kommissarin Crețu, dass Sie darauf hingewiesen haben, denn nach vor ist es in der nationalen Gesetzgebung vieler Länder so, dass Frauen beweisen müssen, wie die Übergriffe stattgefunden haben, und nicht erst einmal die Täter zur Rechenschaft gezogen werden und dass die Situation in einem solchen Fall für Frauen, die sich ohnehin ungern offenbaren und mit jemand anderem darüber reden, besonders schwierig und besonders kompliziert und besonders prekär ist.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch klar darauf achten, dass es keine *no-go-areas* gibt. Wir müssen Recht durchsetzen, unabhängig davon, welcher Nationalität die Täter sind und aus welchem Grund die Taten begangen werden. Wir müssen zudem darauf achten, dass es Frauen nicht zugemutet wird, dass sie die Täter potenziell eine Armlänge von sich weisen müssen, dass sie nicht mehr in einem Minirock oder einem Badeanzug in ein Schwimmbad gehen dürfen, denn zu unserem Lebensstandard gehören Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, und es gehört die Gleichberechtigung von Mann und Frau dazu, im Unterschied zu manchen totalitären Staaten beziehungsweise im Unterschied zu manchen Staaten, die Gewalt gegen Frauen auch noch gesetzlich billigen.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, en Europe, une femme sur trois est, a été ou sera victime de violences, et cette violence est, dans la plus grande majorité des cas, le fait d'un conjoint, d'un ami ou d'un membre de la famille, pas forcément d'un migrant.

En 2014, 13 millions de femmes ont subi des faits avérés de violence. En 2014, nous étions loin de la crise migratoire.

Non, la violence à l'égard des femmes en Europe n'a pas attendu les migrants pour frapper. Pour nous, le groupe S&D, toutes les femmes victimes de violences doivent être défendues et tous les auteurs poursuivis, quelles que soient leur origine, leur classe et leur religion.

Ce qui s'est passé à Cologne – et on l'a dit – est regrettable. Il faut identifier et poursuivre les responsables, mais ce n'est pas en brandissant une approche raciste que l'on résoudra le problème des violences faites aux femmes, ni dans l'espace public, ni dans l'espace privé.

Nous devons défendre une approche de fond, des méthodes pour lutter contre les stéréotypes, contre les idées préconçues, telles que: un homme dominant, une femme dominée; un homme indépendant, une femme dépendante; un homme fort, une femme faible; un homme actif, une femme passive.

Il suffit de regarder les publicités, aujourd'hui, en Europe, qui ne sont pas réalisées par des agences qatariennes, pour voir combien ces stéréotypes sont inscrits dans notre culture européenne.

Ce débat montre une fois encore que l'émotion tue la raison. J'en appelle donc à la raison, pour un travail de fond, un travail à long terme, comme par exemple la stratégie que nous avons votée ce matin en faveur de l'égalité entre les hommes et les femmes.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowna Pani Przewodnicząca! Masowe napaści seksualne, do których dochodzi w europejskich miastach, kompromitują unijną politykę wielokulturowości. To nie przypadek, że w sylwestrową noc niemiecka policja nie reagowała, a niemieckie media milczały. Imam Kolonii stwierdził, że winne napaściom są same ofiary, bo prowokowały strojem i perfumami. We własnym domu, w Europie, jesteśmy zmuszani dostosowywać się do cudzych zasad.

Wiceprzewodniczący Timmermans wypowiedział się o sytuacji w Kolonii, że powodem był brak porządku publicznego i że to nie ma żadnego związku z kryzysem migracyjnym. W związku z tym chcę zapytać, jak długo Unia ma zamiar stawiać dobre imię polityki migracyjnej ponad godnością i bezpieczeństwem kobiet? Czy Komisja zna skalę przemocy, do jakiej dochodzi w ośrodkach dla uchodźców i na zewnątrz tych ośrodków? Czy wreszcie przestaniemy mówić o tym, że stawiamy tamę przemocy wobec kobiet, czy wreszcie zaczniemy działać, tak aby kobiety rzeczywiście w Europie mogły czuć się bezpiecznie? Dziwię się, że ktoś może nie zauważać tej większej fali przemocy względem kobiet i jej związku z kryzysem migracyjnym.

Angelika Mlinar, im Namen der ALDE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr und bin beeindruckt von dem plötzlichen Anstieg von Feministinnen in ganz Europa. Endlich scheint jeder verstanden zu haben, dass ein Nein einer Frau tatsächlich Nein bedeutet.

Allerdings beginne ich mich jetzt zu fragen, warum laut einer Eurostat-Umfrage 25 % der Europäerinnen und Europäer noch immer der Ansicht sind, dass ein Mädchen in einem Minirock für Probleme sorgt beziehungsweise Probleme herausfordert. Leider ist diese Antwort sehr einfach. Die Attacken von Köln wurden auf populistische Weise genutzt, um Hetze gegen Flüchtlinge zu betreiben. Frauenrechte spielen dabei nur eine sehr untergeordnete Rolle. Dazu möchte ich ein Beispiel nennen: Frauen beschwerten sich seit vielen Jahren über sexuelle Belästigung auf dem Münchner Oktoberfest. Was ist die Folge davon? So gut wie keine, und auch keinerlei mediale Aufmerksamkeit. Ich sage also: Vielen Dank für diese feministische Unterstützung. Aber das letzte, was wir jetzt brauchen können, ist eine Schar opportunistischer Feministinnen.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Geschehnisse von Köln das Ergebnis mangelnder Integration und bestehender Probleme im Rechtswesen sind. Allerdings bedarf es einer grundsätzlichen Wahrnehmungsänderung bezüglich der Rolle der Frau, nicht nur im Zuge der Migrationsdebatte, sondern auch in unserer europäischen Gesellschaft. Täter müssen bestraft werden, völlig unabhängig davon, wer sie sind oder woher sie kommen. Wir brauchen einen europäischen Rahmen und nationale Umsetzung, um Gewalt gegen Frauen mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Klar ist auch, es gibt kulturelle Unterschiede, das kann überhaupt nicht abgestritten werden – kulturelle Unterschiede innerhalb der Europäischen Union, aber natürlich auch außerhalb der Mitgliedstaaten. Die Wahrscheinlichkeit, eine kriminelle Tat zu begehen, ist aber für Migranten nicht höher als für Inländer. Anstatt Opfer unserer eigenen Angst zu werden, sollten wir mit positiven Maßnahmen und Zuversicht reagieren, um die Flüchtlingswelle zu bewältigen und die Menschen bestmöglich in unsere Gesellschaft integrieren. Was Kanzlerin Angela Merkel sagt, ist wahr: Wenn man die Zahlen der Flüchtlinge mit der europäischen Bevölkerung in Relation setzt, dann, glauben Sie mir, werden wir merken, dass die Probleme lösbar sind.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Artikel 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Ulrike Trebesius (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Präsidentin! Frau Mlinar, Sie haben gesagt, dass Schülerinnen aufgefordert werden, keine Miniröcke zu tragen, und 25 % der deutschen Bevölkerung das unterstützen würden. Tatsächlich waren es deutsche Schulleiter, die Schülerinnen aufforderten, sich so zu kleiden, um nicht die Flüchtlinge aus einem nahen Flüchtlingsheim zu provozieren.

Sie führen das Oktoberfest an, obwohl beim Oktoberfest mehrfach vom Polizeipräsidenten selbst, gesagt wurde, dass es hier keine Übergriffe gegeben hat, die dem Umfang bei fünf Millionen Besuchern auch nur annähernd gerecht werden. Wie ordnen Sie das ein, dass in Hamburg an Schulen aufgefordert wurde, die Kinder zur Schule zu bringen, um vor sexuellen Übergriffen von Flüchtlingen zu warnen?

Angelika Mlinar (ALDE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Präsidentin! Für mich sind diese Informationen neu, aber wenn Sie das behaupten, dann wird das unter Umständen so stimmen. Nur das, was Sie eingangs gesagt haben, ist nicht richtig. Was ich zitiert habe, ist eine Eurostat-Aufzeichnung; das bedeutet, das hat nichts mit dem zu tun, was Sie jetzt gerade gesagt haben oder was Sie angeführt haben.

Letztlich ist es so, dass wir wissen, dass Gewalt gegen Frauen passiert. Unabhängig davon, von wem sie begangen wird, muss sie geahndet werden, und ich mache diesbezüglich keinen Unterschied, aber ich werde mich nicht einreihen in die quasi opportunistischen Feministinnen, die jetzt großartig aufzeigen. Vielmehr setze ich mich dafür ein, dass die Gleichberechtigung der Frau auf allen Ebenen durchgesetzt wird.

Malin Björk, för GUE/NGL-gruppen. – Fru talman! Det här är en viktig debatt, därför att alla som växer upp som flickor i våra samhällen vet hur det känns att få sitt livsutrymme begränsat i det offentliga: i skolor, på gator, på torg, på konserter och på sociala medier. Överallt finns trakasserier och hot om våld som genereras av en destruktiv, sexistisk och patriarkal våldskultur.

Som offentlig person och kvinna får jag ofta motta sexistiska eller hotfulla meddelanden från män. I mitt fall är det från vita kränkta män. Det finns två saker som måste sägas tydligt i den här debatten. Sexism och våld mot kvinnor är ett strukturellt problem i Europa och globalt, och mycket, mycket, mycket mer måste göras för att bekämpa det våldet. Alla kvinnor måste få upprättelse och förövare måste straffas. Polis och rättsväsendet, alla behöver bli bättre.

Men det som också måste sägas med övertydlighet är att vi som står upp mot våld mot kvinnor varje dag och som kämpar för ett mer feministiskt Europa, vi kommer inte att tåla att den här högern och extremhögern använder våra kroppar för rasistisk smörja. För vår kamp för kvinnors kroppar, den är också för ett liv fritt från våld, ett liv där man får välja sin sexualitet, den är för fri abort, den är för frihet och jämlikhet för kvinnor, och den är allt det som ni jobbar emot i vanliga fall.

I går när vi debatterade i kammaren var det tomt i högerbänken, i extremhögerbänken, för ni bryr er inte om kvinnors kroppar och kvinnors liv. För ni bryr er om att polarisera och skapa hot och hat. Vi kommer inte att låta er stå i vår väg. Vi kommer att stå upp för jämlikhet och för kvinnors rättigheter varje dag i det här parlamentet. *(Applåder)*

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Jadwiga Wiśniewska (ECR), pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. –

Szanowna Pani! Czy nie uważa Pani, że używa Pani w dyskusji argumentów wykluczających, że słowa i określenia, jakie Pani kieruje do posłów z prawej strony sceny politycznej, są określeniami niegodnymi posła do Parlamentu Europejskiego? I ja w imieniu tej prawej strony sobie tego nie życzę. To Pani język jest językiem nienawiści. Gdyby wczoraj Pani patrzyła uważnie, to widziałaby Pani, że siedziałam również w tym samym miejscu.

Malin Björk (GUE/NGL), svar ("blått kort"). – Jag kan bara konstatera att varje gång vi diskuterar jämställdhet och kvinnors rättigheter och kvinnors rätt till våra kroppar så röstar era grupper emot vår rätt att bestämma om vi vill ha abort och när vi vill ha barn och att vi vill ha rätt till sexualundervisning för unga, att kvinnor ska ha rätt att välja sina liv och att vi ska ha ekonomisk jämställdhet. Det kallar jag att ställa sig emot kvinnors jämställdhet i Europa idag. Vi kan inte ställa upp på att ni nu kommer här med rasistisk smörja och säger att ni är intresserade av att försvara kvinnors kroppar. Det är hyckleri, det är inget annat.

Terry Reintke, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, sexualised violence, be it in a public or private space, is not just a petty issue that feminists speak about because they are bitter and frustrated. Sexualised violence is one of the biggest challenges that we are facing in the European Union and beyond. Without ending sexualised violence and violence against women, full equality as mentioned in the Treaties will never be reached.

To tackle these big problems and to do our utmost to make equality reality, we cannot stop at proposing awareness-raising campaigns, however important and powerful those are. If we want to change the situation of women and girls in the European Union for the better, we need to tackle the legal shortcomings that still exist with regard to sexualised violence and violence against women. Yes, of course we have to speak about patriarchal masculinities. We have to speak about the fact that emancipated free women taking decisions over their bodies and lives threaten dominant, patriarchal, heterosexual masculinity norms.

Let us address these challenges, be it in the democratic arena, in education or in the academic field, but let us do this without scapegoating specific groups and fuelling racist *ressentiments*. The same man who was spamming me with hate mail half a year ago saying that I should finally stop complaining about this feminist bullshit is now threatening me because I am not doing enough to protect women from violence. What a cynical situation.

I am sick and tired of people, discourses, religions or cultures trying to instrumentalise my freedom and my body for their own political agenda. If we want to be successful in our struggle against violence against women and for equality for all, we have to dig deeper. We have to really go to the root causes and we have to use all the instruments that we have to hand without falling back into simplistic racist and useless debates.

Margot Parker, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, it is okay for MEPs, with no responsibility or power, to sit here and say that we need an open door to limitless numbers of people. But people in the real world are being hurt.

It has even been reported that the Commission will not accept that there is any link between the migrant crisis and the sexual assaults in Cologne and elsewhere. Indeed, in the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) two weeks ago, a Labour MEP called me racist for saying that migrants and refugees were involved in the attacks. If it was your mother, your daughter or your friend, would you still deny that anything happened?

This is what happens when you open the door to other countries and cultures that treat women as second-class citizens. Then we have the attempted cover-ups by the police, the politicians and the press. To hear Swedish police say they will not report what happened because it might benefit some political parties, and for a German politician to say that women should act differently in public, is disgraceful. The people we vote for and the authorities we expect to protect our safety are cynically turning their backs on ordinary women and men for the sake of political correctness.

And what happens when the people who have committed these crimes get EU passports or are given nationality from EU countries? They will have the right to come to Britain without any criminal background checks. In 2015, 100 000 illegal migrants were stopped trying to enter the UK. This shows the scale of the problem heading towards Britain.

But what happens if we look at the other side of this crisis? Over 10 000 migrant children are missing. Europol has said that these children and young people are being forced into sexual exploitation and slavery by criminal gangs. The International Organisation for Migration said it was to be expected that many of these will be caught up in exploitation. That is without mention of the thousands dead and missing in the Mediterranean. So not only are these EU policies putting women under threat at home, they are also having horrendous consequences for women and children trying to seek safety.

Of course we must open our hearts and help innocent women and children, but this is not the way. For the EU to expand the meaning of the Geneva Convention through the Qualification Directive to mean anyone fleeing armed conflict has led to one million people arriving in Europe in 2015, many turning to criminal gangs to get here. The EU free movement rules allow them to be trafficked all across Europe, because there are no border controls and no criminal background checks between countries. Free movement is a huge security risk, which was exploited in the Paris terrorist attacks. Weapons, criminals and terrorists can move freely around Europe and attack public places, all thanks to the EU.

The EU is putting women at direct risk, and clearly they cannot cope with this crisis. For the safety of our own women and men, for the sake of innocent victims, and for other countries, we must get control of our borders and we must leave the EU.

(The speaker declined to take a blue-card question from Terry Reintke)

Vicky Maeijer, *namens de ENF-Fractie*. – Ik ben woest, woest op de Europese elite die altijd de mond vol heeft over veiligheid totdat blijkt dat het gevaar voor vrouwen een direct gevolg is van de door de Europese Unie mogelijk gemaakte asieltsunami en islamisering. Want de testosteronbommen met een ideologische minachting voor vrouwen die in Keulen, in Hamburg, in Frankfurt en andere Europese steden vrouwen lastigvallen, vrouwen aanranden en verkrachten, laten zien dat Europa te maken heeft met een seksuele jihad. Het enige geluid dat uit Brussel kwam, is dat het probleem niet de immigratie is maar de openbare orde. Waar haalt u het lef vandaan om op deze manier Schengen en de Europese Unie uit de wind te houden? Het is schandalig. Voorzitter, de Europese Unie, Schengen en de Junckers van deze wereld zijn juist het gevaar voor de openbare orde door duizenden vrouwenhaters binnen te laten faciliteren ze de seksuele jihad. Er is maar één oplossing, Voorzitter, voor deze islamitische barbarij en dat is het sluiten van de

grenzen en de-islamiseren.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer hat diese Gewaltextesse bezeichnet als „das tiefste Produkt einer gescheiterten, ja, nie auch nur wirklich angestrebten Integration; sie sind das Produkt einer falschen Toleranz.“ Richtig, Frau Schwarzer! Die Schuld liegt nämlich bei jenen Politikern, die jahrzehntlang eine Politik der offenen Grenzen und falsch verstandenen Toleranz gepredigt haben.

Der Höhepunkt war dann die Entscheidung von Frau Merkel am 4. September, keine Grenzkontrollen und Registrierungen mehr durchzuführen und damit Schengen und Dublin faktisch außer Kraft zu setzen. Die Vorfälle von Köln und in anderen europäischen Städten und das Verschweigen der Herkunft der Gewalttäter waren kein Polizeiversagen, sondern das Ergebnis getürkter Statistiken, und wurden von den Medien mit einer falsch verstandenen *political correctness* unterstützt. Wen wundert es da noch, dass die heute als Lügenpresse bezeichnet werden? Die Kommissarin hat es selber gesagt: Für Recht und Ordnung ist nicht Europa zuständig, sondern die Nationalstaaten.

Constance Le Grip (PPE). – Madame la Présidente, si nous sommes réunis ce soir, à une heure malheureusement tardive – mais nous y sommes un peu habitués s’agissant des questions qui relèvent des droits des femmes et de l’égalité entre hommes et femmes –, pour débattre à nouveau de la violence et du harcèlement sexuel contre les femmes, ce n’est pas parce que c’est l’exercice rituel auquel nous nous livrons une fois par an, à juste titre d’ailleurs, en organisant un débat solennel à l’occasion de la journée internationale de lutte contre les violences faites aux femmes, ce n’est pas parce qu’il y a une question orale, une déclaration écrite ou une résolution, c’est parce qu’il y a eu un fait marquant d’actualité, qui a provoqué une véritable onde de choc, non seulement à travers l’Allemagne, mais à travers tous les pays européens également. Je fais allusion aux violences de masse et au harcèlement sexuel de masse qui ont pris place à Cologne et dans d’autres villes allemandes dans la nuit du 31 décembre au 1^{er} janvier.

Ce fait incroyablement nouveau ne s’était jamais produit sur le sol européen: une violence de masse et une occupation extraordinairement violente et agressive de l’espace public par un groupe d’hommes. La violence faite aux femmes n’a certes ni religion, ni nationalité, ni couleur de peau, ni origine, nous le savons. Le sexisme, le machisme, la violence, à commencer par la violence conjugale, les violences intrafamiliales, ne sont l’apanage malheureux d’aucun groupe. Ce sont des fléaux que nous dénonçons régulièrement, avec ardeur et détermination, sur les très nombreux bancs de cette Assemblée, notamment à l’occasion de la journée internationale de lutte contre les violences faites aux femmes, en novembre.

Incontestablement, nous ne pouvons pas esquiver, détourner les yeux, être dans le déni de la réalité. Ce qui s’est passé ne s’était jamais produit de cette manière-là. Nous devons être solidaires. C’est une philosophe française de gauche qui nous appelle à être aux côtés...

(La Présidente retire la parole à l’oratrice)

Michela Giuffrida (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i fatti di Colonia, gravissimi e da perseguire con la massima severità, non devono però servire per aizzare uno scontro pericoloso e sterile che alimenta venti populisti che vogliono distruggere l’Europa. La condanna di quanto è accaduto in Germania a Capodanno deve essere unanime, con la consapevolezza che si è trattato però di un vero e proprio attacco terroristico, studiato in ogni minimo dettaglio per destabilizzare ulteriormente il sempre più delicato equilibrio che viviamo nella nostra Unione europea.

Questo ovviamente non deve portare a generalizzare, puntando indiscriminatamente il dito contro tutti i migranti, anche se tra quel migliaio di uomini c’erano anche migranti. Il loro assalto e ogni cosa di quella sera sono stati organizzati ed eseguiti come un’operazione semi militare, certamente prevedendone gli effetti che ne sarebbero poi seguiti. Un’operazione di molestie così vasta, continuata e determinata non può essere vista soltanto come un gesto contro le donne. È stato un gesto di sfida contro tutta la società, contro la nostra cultura, contro la nostra stessa libertà. Individuare solo negli stranieri e in tutti i migranti un potenziale pericolo per le donne non ci aiuterà nella battaglia contro le violenze e le molestie sulle donne stesse.

Quell'episodio ha scioccato il mondo, così come purtroppo ancora non accade però a sufficienza quando le donne nelle nostre città sono quotidianamente vittime di violenza, molestie in pubblico e persino in privato, o quando bisogna prendere coscienza che purtroppo sono ancora radicate una mentalità e una cultura della donna come oggetto. Sono necessarie misure severe, severissime, e condanne certe, ma è soprattutto la mentalità dell'abuso, del possesso e della prepotenza che va combattuta, prima di tutto con l'educazione al rispetto della persona che sta alla base del rispetto delle donne.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin! Ich halte es für falsch, bei unterschiedlichen Meinungen andere Kolleginnen und Kollegen als Rassisten zu bezeichnen.

Ja, Frau Kommissarin Crețu, seit Silvester und heute steht Köln als Inbegriff für sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum. Köln hat seine Geschichte: staatliches Versagen, ein Kaputtsparen der Polizei, zu wenig Einsatz gegen kriminelle Banden. Doch das erleben wir überall, europaweit. Wir alle wollen sexueller Belästigung und der Gewalt gegen Frauen nicht nur auf öffentlichen Plätzen ein Ende setzen. Jede dritte Frau in der EU hat seit ihrer Jugend schon körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Das sind etwa 62 Millionen Frauen. Deutschlandweit wird alle 68 Minuten eine Frau Opfer einer Vergewaltigung – ein Thema, das viel zu oft totgeschwiegen wird.

Köln hat definitiv etwas verändert. Die sexuellen Übergriffe an Silvester haben eine Debatte über den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung, speziell im öffentlichen Raum, angestoßen, die als solche längst überfällig war. Ich bin froh, dass wir hier im Europäischen Parlament den Anstoß geben, diese Debatte europaweit zu führen. Klar ist: Wer die Debatte sachlich führen und den Opfern helfen möchte, braucht belastbare Fakten. Er braucht aber auch Klarheit bezüglich der rechtlichen Lage, und die ist in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Ein Beispiel: Sexuelle Gewalt ist in Deutschland allenfalls eine Ordnungswidrigkeit und gilt nur dann als Sexualdelikt, wenn die Frau juristisch gesagt in einer hilflosen Lage war. Ihre Selbstverteidigung gegen den Angreifenden aber wird schnell als Körperverletzung gewertet. Ich könnte hier ein Beispiel nennen, aber ich bin über die Zeit. Wir müssen auf jeden Fall darüber reden, dass Polizei

....

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, los acosadores y los violadores son criminales, y a los criminales hay que perseguirlos, juzgarlos y condenarlos sean quienes sean, estén donde estén y vengan de donde vengan. Yo creo que en eso estamos de acuerdo, pero la cuestión es cómo vamos a actuar.

Quiero felicitar a la actual Presidencia holandesa por su inminente ratificación del Convenio de Estambul, el primer instrumento jurídicamente vinculante que cubre de forma integral la violencia contra las mujeres, y quiero preguntarle si el Consejo incluye en su agenda la ratificación del mismo por parte de la Unión Europea este año, como ya ha confirmado que hará la Comisión, a través de la señora Jourová. ¿O acaso nos podemos permitir no usarlo?

A la Comisión quiero preguntarle también cuándo vamos a conocer la eficacia de la Directiva sobre las víctimas de delitos de la que nos dotamos en 2012. ¿Cuándo vamos a llevar a cabo un informe de transposición en los Estados miembros, dado que el plazo finalizó en noviembre pasado? Tenemos los instrumentos; tenemos que usarlos.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Als ich von den Kölner Ereignissen hörte, stockte mir wirklich der Atem, denn das ist eine besondere Dimension von Sexismus gegenüber Frauen. Diese Taten sind durch nichts – durch wirklich gar nichts – zu relativieren, und wir dürfen es auch keinem einzigen Opfer antun, diese Debatte für andere Zwecke zu missbrauchen – nicht für nationale Wahlkämpfe, für Nazihetze, und auch nicht, um Flüchtlinge schneller loszuwerden.

Was geschah ist tiefe Frauenverachtung, die ihre Wurzeln nicht in der Ethnie hat, sondern im Patriarchat! Darüber müssen wir wirklich reden. Wir müssen reden über eine strengere juristische Ahndung von Sexismus, darüber, dass Belästigung im öffentlichen Raum, wie bei uns in Deutschland, als Ordnungswidrigkeit geahndet wird. Dass Frauen künftig keine Angst mehr haben dürfen, gegen ihre Peiniger vor Gericht zu gehen und sie anzuklagen. Dass es nie wieder passiert, dass die Polizei wegsieht, wenn Straftaten gegen Frauen erfolgen – wenn sie bedrängt ausgeraubt oder wie in einem Fall sogar vergewaltigt werden.

Wir müssen dafür sorgen, dass Gewalt an Frauen endlich als ein großes, ein ganz großes gesellschaftliches Problem von uns in allen Mitgliedstaaten erkannt wird und nicht wie ein Kollateralschaden abgetan wird; dass Opfern Hilfe gewährt wird, solange sie sie benötigen; dass Frauenschutzhäuser und Antigewaltprojekt Pflichtaufgaben in jedem einzelnen Mitgliedstaat sind. Politik und Gesellschaft muss eine Idee, eine Gleichberechtigung als Idee und als Wirklichkeit tatsächlich leben, weil es eben keine Freiheit gibt ohne ein Ende der Gewalt an Frauen.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta, los hechos de Colonia, así como cualquier hecho de violencia contra las mujeres, son lamentables. Deben perseguirse con toda la fuerza de la ley, pero yo hoy quiero hacer una invitación a que algunos de ustedes cesen en su empeño de intentar convertir este debate en un debate contra los refugiados.

Porque el fenómeno de la violencia contra las mujeres es un fenómeno global, y es un fenómeno particularmente europeo. Muchos de mis predecesores ya lo han dicho antes y han recordado el informe del Instituto Europeo de la Igualdad de Género, indicando que un tercio de las mujeres europeas señalaban haber sufrido algún episodio de violencia de género.

¿Saben cuántas muertes llevamos en España por violencia de género en este año 2016? Ocho. El año pasado, cincuenta y cuatro. Esto es un problema de violencia de género y hay que combatirla en todas partes. Por lo tanto, representantes de la Comisión, una buena conclusión de este debate de hoy, ¿saben cuál podría ser? Que nos presenten la directiva contra la violencia de género que llevamos reclamando durante tanto tiempo y que sería el mejor instrumento para combatir este tipo de situaciones.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, non è accettabile che questo dibattito venga relegato a quest'ora tarda e a distanza di più di un mese dai fatti. Nelle piazze tedesche è stato praticato il «Taharrush», il gioco dello stupro, e non è una supposizione giornalistica, ma la conclusione cui è giunta la polizia federale tedesca. Non è utile, ai fini del dibattito, capire se si tratta di rifugiati o meno ad avere agito, perché si tratta di una rete criminale di uomini che hanno abusato delle donne. Noi condanniamo severamente questa pratica e ogni forma e atto di violenza, indipendentemente da chi lo compia o dove, che sia in Europa, in Asia, in Africa. Io non ci sto a veder calpestare i diritti e le libertà duramente conquistate da noi donne. La Commissione dimostri concretamente di voler affrontare e risolvere la piaga della violenza e la smetta di nascondersi dietro il silenzio imbarazzato o peggio il politicamente corretto. Le donne non hanno bisogno di chiacchiere ma di fatti.

Sophie Montel (ENF). – Madame la Présidente, Cologne, Düsseldorf, Stockholm, Stuttgart, Zurich, Hambourg et j'en passe... Dans chacune de ces villes, des centaines de femmes ont été violées, victimes d'agressions sexuelles immondes commises par des hordes de migrants.

En réaction, il faut bien reconnaître que les féministes françaises sont restées très silencieuses, elles si promptes à dénoncer le fascisme patriarcal soi-disant porté par la grammaire française ont pu dire à ceux qui dénonçaient ces viols comme étant la conséquence de l'arrivée des migrants, je cite: «déversez votre merde raciste ailleurs».

À l'opposé, autour de Marine Le Pen, les patriotes de France ont pris la parole. La vérité, c'est que le Front National est le plus féministe des partis français parce qu'il est le seul à se prononcer contre l'immigration de masse.

Les féministes ont longtemps cru que le danger pour leurs droits arriverait habillé en soutane, qu'il chercherait à les empêcher d'avorter. Mais en France, plus aucun parti d'envergure ne s'oppose aux droits des femmes à avorter.

Le Front National défend cet acquis. Le danger pour les femmes vient d'une immigration incontrôlée, et les patriotes que je représente sont le meilleur rempart pour les en protéger.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Tisztelt elnök asszony, biztos asszony! Egyrészt örülök ennek a mai vitának, mert őszintén beszélünk egy fontos kérdésről, másrészt nagyon szomorú vagyok, mert egy olyan eseménysorozatnak kellett kiváltani, amiről talán még most sem beszélünk őszintén. Tegnap még távolinak tűnő túlkapások ma már kegyetlenül közel kerültek hozzánk.

Azt gondolom, hogy egy új típusú és szervezett erőszakkal állunk szemben, amire nem vagyunk felkészülve. Sajnálatos tény, hogy ez pontosan a fiatal nőket, a lányokat érinti leginkább. A szervezett erőszak önmagában is mindig félelmet kelt, különösen akkor, hogyha hagyjuk, hogy ezt tegye. Az erőszak ellen mindenféleképpen fel kell lépni a nulla tolerancia jegyében. Hatékony intézkedésre van szükség és nem agyonhallgatásra. Fel nem foghatom, hogy a kölni polgármester hogyan gondolta komolyan, tartsunk karnyújtásnyi távolságot, a lányok ne vegyenek rövid szoknyát fel és ne használjanak parfümöt. Badarság! Ne legyünk naivak! A kölni erőszakoskodók pontosan tudták, hogy hol a határ, csak próbálgatták. Jelenleg ők állnak nyerésre. Sajnálatos tény, hogyha azt kell mondanom, hogy ez a valóság. Az európai keresztény kultúrában mindig is tisztelet övezte a nőket. Ez nem hagyhatjuk fenn.

Clare Moody (S&D). – Madam President, I join with colleagues in this Chamber in condemning the attacks on women across Europe on New Year's Eve. However, harassment of women did not begin on 31 December 2015. Indeed, just two months earlier there was the October Beer Festival, where hundreds of women reported sexual harassment. There appears not to have been quite so much concern about those women. Equally, the Fundamental Rights Agency reported in 2014 that one in three women have been the victim of violence of some sort. So harassment of women is not a new phenomenon. Violence and discrimination in Europe pre-date the events in Cologne and elsewhere. I have condemned and will always condemn these actions and whoever perpetrates them, and I am proud that my colleagues and I have been promoting action to take practical steps to address this problem.

However, in all the time I have been doing this, I have never seen some of those who are shouting the loudest now stand shoulder to shoulder with me fighting for women's rights before. Well, Heaven rejoices at the repentance of sinners. I am somewhat sceptical at UKIP and France's National Front's conversion to the cause of women. I suspect them of trying to instil fear and hatred rather than trying to protect the victims. But perhaps those on the Right will prove me wrong. Perhaps they will now call for the UK Government to ratify the Istanbul Convention with legally-based standards combating violence against women. I live in hope. In the meantime, let us take this moment to pursue policies that will protect women from experiencing harassment – whatever form it takes, and whoever the perpetrator.

(Applause)

(The speaker declined to take a blue card question from Marek Jurek)

Ulrike Trebesius (ECR). – Frau Präsidentin! Die Ereignisse von Köln sind leider kein Einzelfall. Tatsächlich waren Frauen in rund 20 deutschen Städten Opfer ähnlicher Übergriffe. Das sogenannte Antanzen durch zumeist nordafrikanische junge Männer – also Raub, oft kombiniert mit sexuellen Übergriffen bis hin zu Vergewaltigungen an öffentlichen Orten – scheint mancherorts zur traurigen Normalität zu werden, und die deutsche Gesellschaft scheint sich daran zu gewöhnen.

Besonders für die Frauen in unseren Städten hat sich der Alltag bereits geändert, denn sie sind es, die ihr Verhalten anpassen, wenn sie an öffentlichen Orten sexuell belästigt werden und keinen ausreichenden Schutz erhalten. Sie meiden öffentliche Plätze und ändern ihren Kleidungsstil. Bürgermeisterinnen raten, eine Armlänge Abstand zu halten, und manche Städte planen, in öffentlichen Verkehrsmitteln pinkfarbene „Ladies-Zonen“ einzurichten. Als Merkel im Herbst sagte, dass Deutschland sich infolge der Migration verändern werde – war es das, was sie meinte? Wollen wir wirklich, dass Frauen wieder zu Bürgern zweiter Klasse werden?

Die deutsche Politik verschweigt, verharmlost, bestreitet und schiebt anderen, oft genug der deutschen Polizei, die Schuld zu. Diese ist personell schon lange überfordert und wurde auch in vielen Fällen aufgefordert, die Ermittlungen gegen Flüchtlinge zu unterlassen, da man keine Ressentiments schüren wolle. Die Politik sorgt sich um die Flüchtlinge, nicht um die Opfer der außer Kontrolle geratenen Migration. Wenn Politiker schlechte Politik machen, dann müssen die Medien darüber berichten. Der Europarat hat in der letzten Woche mit einer Resolution angemahnt, dass die Medien nicht länger im Sinne der politischen Korrektheit die Wahrheit vor den Bürgern verbergen sollen. Dem sollten wir uns hier im Europäischen Parlament unbedingt anschließen!

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, los episodios de acoso y las agresiones sexuales organizadas ocurridas en Año Nuevo en varias ciudades europeas no son un fenómeno nuevo ni ligado a la crisis de la inmigración. «¡Es intolerable que hagan esto con nuestras mujeres!», dijeron muchos el pasado 1 de enero. Y cambiará la situación cuando la gente diga convencida: «¡Es intolerable que hagan esto con las mujeres!».

Para conseguirlo, hay que invertir en igualdad, entender que la desigualdad no solo perjudica a las mujeres y tratar este asunto como lo que es: un problema estructural. Las agresiones sexistas son una muy desagradable constante en muchos ambientes cotidianos y en Europa, también con protagonistas europeos. En un marco bélico, son armas de guerra que victimizan especialmente a niñas y mujeres.

Y solo una asunción del alcance real del problema, una lectura crítica de muchas actitudes hacia las agresiones, protagonizadas también por los nuestros, la educación, la definitiva erradicación de los estereotipos, la tolerancia cero con los agresores y la sincera integración de los hombres en esta causa mejorarán la situación.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, os acontecimentos que se registaram na passagem de ano de Colónia revestem-se de enorme gravidade. As agressões sexuais a mulheres, as características de uma aparente ação coordenada e a quantidade de intervenientes definem um enquadramento que exige cuidadoso e exaustivo apuramento dos factos ocorridos para garantir uma análise objetiva, livre das instrumentalizações da extrema-direita e generalizações racistas que se procuraram assacar destes e outros acontecimentos.

Refira-se que foi a própria Comissão que a 13 de janeiro rejeitou as falsas associações entre o fluxo migratório e os atos criminosos de Colónia. É absolutamente essencial centrar a discussão naquele que é de facto o problema de fundo: a ignóbil agressão sexual a mulheres, a violência sob qualquer forma contra as mulheres. A resposta passa pela luta contra os agressores, a par do firme combate à veiculação de valores que personifiquem a mulher como objeto. A resposta passa pela afirmação inequívoca dos direitos das mulheres, pela afirmação da sua dignidade pela consagração de efetivas políticas de igualdade, algo que a União Europeia insiste em negligenciar.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señora Presidenta; señora Comisaria, al contrario que otros compañeros, yo sí que voy a hablar del tema que nos trae aquí esta noche. Y retomo las palabras de mi compañero Urtasun. ¿Van ustedes a promover, de una vez, una directiva europea contra la violencia de género? Porque eso es lo que necesitamos.

Hacemos mal en compartimentar el espacio de la violencia. Estamos hablando de violencia contra las mujeres en espacios públicos, pero la hay porque también la hay en los espacios privados. Y hay violencia contra las mujeres porque seguimos arrastrando los clichés patriarcales que han constituido esta sociedad europea.

Algunos colegas se ponen una venda en los ojos y le echan la culpa a los inmigrantes. Ya se han dicho las cifras: una de cada tres mujeres europeas ha sido víctima de violencia de género. No hay tantos inmigrantes. Este es un problema europeo. Es una vergüenza europea. Los agresores gozan de impunidad, se utiliza a la mujer de una forma vergonzosa en la publicidad, y eso va creando los estereotipos y el ambiente y el caldo de cultivo para que esta violencia continúe existiendo.

¿La Comisión Europea va a hacer algo para solucionar el gran problema de la violencia contra las mujeres en Europa?

Roberta Metsola (PPE). – Smajna hafna diskors dwar l-incidenti f'Cologne, u fi bliet ohra Ewropej. Fl-istess hin ahna qed nghixu fenomenu iehor taz-zieda ta' sentimenti xenofobici. L-Unjoni Ewropea trid tipprovdi r-risposta, u r-risposta taghna trid tkun mibnija fuq il-valuri li ahna nhaddnu, il-valuri li nemmnu fihom.

Il-mibeghda hi dejjem u f'kull cirkustanza inaccettabbli. Dan jghodd lejn in-nisa, minoritajiet differenti, reliġjonijiet jew kwalunkwe settur iehor. Kulhadd ghandu jhossu mohhu mistrieh fil-bliet taghna li jkun fihom. Dan irid jifmhu kulhadd u hemm bżonn li nkunu iebsa ma' min jahseb mod iehor.

Naghmilha čara, m'hemm l-ebda skuża kulturali għal dak li rajna f'Cologne, bħal ma hemm l-ebda skuża kulturali għar-razziżmu u l-vjolenza. Ma jimpurtax int min int, kif tidher, x'temmen, jew x'tipprattika, min huma l-għeżież għalik, kif tilbes. Il-messaġġ tagħna minn dan il-Parlament għandu jkun wiehed li inti tista' tgħix bil-libertà kollha, u minghajr biża. Dan hu messaġġ li nsibuh fil-qalba tal-valuri Ewropej tagħna, fil-qalba ta' dak li verament tfisser li tgħix fl-Ewropa.

U filwaqt li d-drittijiet ta' kulhadd għandhom ikunu ggarantiti huwa ġust u leġittimu li l-libertajiet u l-valuri bażiċi jkunu rrispettati minn kulhadd f'dan il-kontinent, ikun min ikun.

Soraya Post (S&D). – Fru talman! Patriarkal fascism – ja, jag är glad att problemet med sexuella trakasserier i det offentliga rummet äntligen diskuteras och att det har kommit upp på vår politiska agenda. Jag vill betona att det varken är ett nytt fenomen eller begränsat av nationsgränser, eller av social kulturell eller religiös bakgrund. Mäns våld mot kvinnor är en global pandemi som kräver omfattande politiska lösningar.

Var tredje kvinna i EU har blivit utsatt för våld och/eller sexuella trakasserier. Var fjärde kvinna som lever i en relation med en man har blivit utsatt för våld av partnern. Det betyder att den farligaste platsen för kvinnor i Europa att befinna sig på är i sina egna hem.

Detta är den viktigaste säkerhetspolitiska fråga som vi står inför. Att hälften av EU:s befolkning inte kan känna sig trygga i sina egna hem, eller på offentliga platser, är ett stort säkerhetsproblem. Så vi måste ta tag i det nu. Det här måste alltså ingå i EU:s säkerhetsstrategi.

Det som är upprörande med händelsen i Köln är inte vilken bakgrund förövarna har, utan att sexuella trakasserier och andra brott kan begås i vårt samhälle utan påföljd. Händelserna i Köln är inget unikt, det är inget särfall. Brott som dessa begås, som sagt, hela tiden av män från olika kulturer, olika samhällsklasser och olika nationaliteter. Det är det vi måste få stopp på nu.

Det är skönt att vi får gehör för det här, trots att det är ifrån ett helt annat fokus. Men det bevisar väl också hur viktig den här frågan är, att det är nu den tas upp; nu är kvinnor viktiga. I Sverige hade man en kampanj som föranledde mobben i Stockholm i helgen. Kampanjen gick ut på extremister, rasister som ville skydda sina kvinnor, våra kvinnor. Jag är inte deras kvinna.

Julie Girling (ECR). – Madam President, I would like to join with everybody here in condemning what happened in Cologne – it was unacceptable. But I also would like to make the point that, yes, it is absolutely true that we have not just discovered violence against women. I would just like to reflect back on what I was doing about 40 years ago as a student in the '70s when we had a movement called 'Reclaim the Night'. It was all about allowing women the space to go out on their own as they wished without harassment. I am talking about the UK. It was absolutely essential that we brought attention to this problem at that time, and at that time there was no so-called 'Islamisation of Europe'. This was nothing to do with culture; it was British – English – culture and men were simply not letting women behave normally and have normal lives. It is deeply regrettable that we are still in that position now, and I hope that the Cologne lesson can teach us that it is time that we got on with the real roots of this and changed life for women.

(Applause)

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io credo che i fatti di Colonia vadano raccontati e giudicati a partire dalla solidarietà, senza se e senza ma e senza alcuna attenuante, con le donne che hanno subito molestie, che hanno subito violenza. Io credo che la solidarietà con le donne sia il punto di partenza per qualsiasi ragionamento su quello che è accaduto.

Credo anche che una vera politica contro la violenza sulle donne, contro la violenza maschile contro le donne, debba partire dalla garanzia della piena autodeterminazione per ciascuna. In un'Europa in cui la disuguaglianza di genere è ancora così pesante, è difficile poter parlare di una piena autodeterminazione, è difficile combattere a fondo la violenza maschile, che è simbolica e materiale. Io credo che le donne siano trattate come oggetto quando vengono molestate e trattate come oggetto quando vengono strumentalizzate da campagne xenofobe e da campagne razziste. Come ha detto la collega prima di me, noi non siamo le donne di nessuno, nessuno ci deve proteggere, non abbiamo bisogno di eserciti, non abbiamo bisogno di padrini.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! In einem freien Europa müssen sich Frauen auch nachts frei auf öffentlichen Plätzen ohne Furcht bewegen können. Das ist an vielen Orten heute nicht mehr der Fall – ein Skandal! Schuld daran ist einerseits das viel zu laxe Sexualstrafrecht, wonach Vergewaltiger oft mit Bagatelldelikten davonkommen. Wichtig ist aber auch, dass wir in Deutschland innerhalb eines Jahres eine Million neuer Mitbürger bekommen haben. Mehr Menschen brauchen logischerweise mehr Polizei. Jedes Dorf hat seinen Dorfpolizisten, jede Kleinstadt hat ihre Polizeistation. Und in Deutschland ist die Zahl der Polizisten nicht erhöht worden, sondern im Gegenteil verringert worden. Das kann nicht gutgehen. Meine Meinung deshalb: Nicht der Polizeipräsident hätte zurücktreten sollen, sondern der zugehörige Innenminister, und genauso viele andere Innenminister von den angrenzenden Ländern.

Milan Zver (PPE). – Najprej bi nekaj dejal o čudnem naslovu točke, ki jo nocoj obravnavamo. Sprašujem se, zakaj ne rečemo bobu bob. Zakaj migrantsko nasilje, ki se je zgodilo v konkretnem času na konkretnih mestih s strani konkretne skupine, ne poimenujemo s pravimi besedami?

Namesto tega uporabljamo prazne fraze, kot je nadlegovanje, nasilje nad ženskami na javnih mestih in podobno. Toda ta debata je v jedru dobronamerna. Njen cilj je, da se stori vse, da se dogodki v Kölnu in mnogih drugih mestih ne bi nikoli več ponovili.

Danes je povsem jasno, da to spolno nasilje nad ženskami ni bilo spontano. To je bil organiziran in množičen napad. Napadalec je poslal evropski javnosti sporočilo, kaj si misli o sistemu – našem sistemu vrednot.

Na tej točki moramo biti odločni. Vrniti moramo jasno sporočilo – nihče nam ne bo spreminjal načina našega življenja niti naših vrednot, med katere sodijo enakost med spoloma, strpnost do drugače verujočih ali do drugače mislečih.

Obžalujem dejstvo, da so mnoge, celo ženske, nevladne organizacije ostale neme ob tem groznem dogajanju. Nekatere leve organizacije so celo poskušale opravičevati ta dogodek s siceršnjim nasiljem nad ženskami, na primer v družini, ki ga je seveda itak preveč.

Škoda tudi, da so tudi druge evropske inštitucije in ustanove – kot FRA – zamudile priložnost, da bi rekle bobu bob.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsednice, seksualno uznemiravanje i nasilje nad ženama u svim je okolnostima potpuno neprihvatljivo i mora biti najoštrije kažnjavano. Naravno, kada se ono događa u nečija četiri zida, ponekad je nemoguće reagirati jer zlostavljanje ostane neprijavljeno, no zato za izbjegavanje drastičnog sankcioniranja nasilja u javnosti nema baš nikakvog opravdanja.

Svjedoci smo rastućeg trenda javnog zlostavljanja žena u Europi koji je izravna posljedica slabe integracije doseljenika koji dolaze iz neeuropskih kulturno-civilizacijskih krugova. Sve do posljednjih incidenata u Njemačkoj mnogi su zbog političke korektnosti pred ovime zatvarali oči, ali sad to više nije moguće.

Ovakvo je anticivilizacijsko ponašanje sa stajališta zakona i morala potpuno neprihvatljivo i mora biti iskorijenjeno. Zakon je isti za sve i vrijedi i za migrante i tražitelje azila. Za one koji to nisu spremni prihvatiti u Europi ne bi smjelo biti mjesta.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Die Vorkommnisse in Köln verurteile ich natürlich auf das Schärfste, und die Silvesternacht wirft erneut die Frage auf, wie man Frauen vor sexuellen Angriffen schützen kann. Denn 40 % der Frauen in Deutschland werden nach ihrem sechzehnten Lebensjahr Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt. Aber jetzt Stellvertreterdebatten über Asylpolitik und Migration zu führen, ist schlichtweg widerlich. Wir dürfen doch nicht zulassen, dass die Silvesternacht von Köln von der rechtsextremen NPD, der angebräunten AfD und anderen rechtslastigen Parteien Europas für eine rassistische Propaganda missbraucht wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass gezielt Stimmung gegen Menschen mit Migrationshintergrund gemacht wird und man so tut, als seien Sexismus und sexuelle Gewalt etwas völlig Neues bei uns.

Es kann nicht angehen, dass wir Menschen unter Generalverdacht stellen, nur weil sie aus dem Nahen Osten oder aus Afrika kommen. Wir müssen natürlich eine Gesellschaft ohne Rassismus, ohne sexualisierte Gewalt und Sexismus aufbauen, aber uns davor hüten, in Fremdenfeindlichkeit abzugleiten. Damit würden wir Europa einen sehr schlechten Dienst erweisen.

Anna Záborská (PPE) – Jednou zo základných hodnôt Európskej únie je ľudská dôstojnosť. Rešpektovať a chrániť dôstojnosť každého jedného človeka, ženy, muža, alebo dieťaťa, nie je v Európe len vecou kultúrnej tradície, ale tiež imperatívom práva. Konanie ohrozujúce ľudskú dôstojnosť iného človeka je odsúdeniahodné a musí byť nekompromisne trestané, najmä vtedy, ak sú jeho obeťmi ženy. Nezáleží na tom, či ten, kto sa ho dopustí, je občan štátu, turista, migrant alebo utečenec. Ženevský dohovor umožňuje vyhostenie utečenca v prípade, že ohrozuje bezpečnosť štátu, alebo ak je právoplatne odsúdený za obzvlášť závažný trestný čin. Osobne som presvedčená, že násilné aj verbálne útoky na dôstojnosť žien by mali byť klasifikované ako závažné, bez ohľadu na pôvod a status páchatelia. No v situácii, keď v Európe rastie napätie vyvolané veľkou vlnou migrácie, musí byť každé takéto konanie zo strany migrantov posudzované aj ako bezpečnostná hrozba. Apelujem preto na členské štáty, aby novelizovali svoje zákony s cieľom účinne a rozhodne chrániť ľudskú dôstojnosť všetkých, ktorí tu žijú.

Marek Jurek (ECR). – W Kolonii stały się rzeczy straszne, ale które ujawniły to, co dzieje się w wielu miejscach Europy. Myślałem, że usłyszymy poważną debatę, tymczasem naprawdę jestem skonsternowany tym, co na tej sali słyszymy: poniżanie kobiet jest zjawiskiem powszechnym, więc właściwie w Kolonii nie stało się nic szczególnego. Kobiety często zatajają, kiedy są krzywdzone, więc zatajenia ze strony policji w Niemczech – ale przecież nie tylko w Niemczech – to również nic nadzwyczajnego. Właściwie są tematy ogólne, ale ten, który powinniśmy poruszyć, nie zasługuje na żadną szczególną debatę.

Ja mam konkretne pytanie do Komisji Europejskiej? Czy Komisja Europejska potępia zatajanie informacji przez policję o przestępstwach, o sprawcach przestępstw? Czy Komisja Europejska potępia zatajenia motywowane politycznie jako łamanie wartości zdefiniowanych w drugim artykule Traktatu o Unii Europejskiej, czy nie? I proszę o konkretną odpowiedź.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, Señorías, acabar con las agresiones sexuales hacia las mujeres debe ser una prioridad absoluta.

El problema es que este es un debate vacío si no se habla de las causas reales y profundas de la violencia contra las mujeres. No seamos cínicos: las agresiones contra las mujeres no están determinadas por el origen o la condición económica del agresor, sino por el machismo que está enraizado en nuestra sociedad.

Otra cosa es que la extrema derecha, o también la derecha, como estamos viendo, intenten estigmatizar la migración y a los refugiados para intentar ganar un puñado de votos; las mismas formaciones que callan ante las agresiones sexuales que ocurren cada día dentro de nuestras fronteras, perpetradas por hombres europeos, en una sociedad que se dice «civilizada».

En todo el mundo, las mujeres viven bajo ese sometimiento. Tenemos que trabajar para que las palabras se conviertan en hechos, para cambiar las cosas.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, proti násilí na ženách bojuji, ne protože bych byla feministka, z toho mě opravdu nepodezírejte, ale protože ochrana důstojnosti lidského života je prioritou nás křesťanských demokratů také zde v Evropském parlamentu. My víme, že bohužel násilí na ženách není v Evropě něco nového, jak již zde bylo řečeno, až 30 % procent žen se zde s násilím setkává, ale tu dnešní diskusi vyvolal bezprecedentní útok na ženy v Kolíně nad Rýnem, kdy tento útok byl během silvestrovské noci z řad uprchlíků. A my čekáme, že uprchlíci přijmou azyl s vděčností, že se budou chovat s určitým respektem. Bohužel, myslím, že není možné podceňovat tato bezpečnostní rizika, naopak. Ukazuje se, že je potřeba zvýšit bezpečnostní opatření. Samozřejmě, že takový útok posiluje protiuprchlické nálady, a to si nepřejeme. Myslím si, že ani zde v Evropském parlamentu není možné k tomu mlčet a že si musíme být vědomi rizik, které zvýšená koncentrace lidí z jiného socioekonomického, z jiného sociokulturního zázemí přináší, a my musíme na to odpovědět, teď mám na mysli členské státy, ale i Evropskou komisi, musíme odpovědět zvýšenými bezpečnostními opatřeními.

Jussi Halla-aho (ECR). – Madam President, so much happened on New Year's Eve in Cologne and many other cities that even the media and the European Left could not ignore it. But let us not pretend this is something new: it is not. For years and decades, immigrants from the Middle East and North Africa have been hugely over-represented in European sexual and violent crime statistics. Only the numbers have changed.

Our approach to this problem is rather naive. We think that if we put those young men into a classroom and teach them about gender equality, they will suddenly abandon their old ideas and values and become nice European social democrats. That does not happen. If you transfer people from the Middle East to Europe, they will bring their Middle East way of thinking with them.

Do these young men behave the way they do because they do not know that it is wrong? No, they want to show us who is the boss now and who rules the public space.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, nobody can claim that violence against women in Europe is a crime perpetrated only by immigrants. Sadly, millions of women in Europe experience sexual violence or harassment in the EU every year. According to the 2012 survey of the EU Agency for Fundamental Rights, one in five women in the EU had experienced sexual harassment and 2% had experienced sexual violence in the 12 months before the interview.

But we cannot deny either that it was mostly immigrant men that mugged, sexually harassed and assaulted more than 600 women outside Cologne station. What was different in this case was that the attacks were not carried out in a hidden way; the perpetrators were making a public spectacle of instilling fear and humiliating the victims, being well aware that what they were doing was not acceptable in Western European culture. This is why we should not minimise the significance of what happened in Cologne and make sure that those who commit such acts are brought to justice.

It does not follow from this that we should not offer asylum to those who are truly fleeing from persecution and death, or that we should not condemn, in the strongest way, attacks by the extreme right on immigrants, which could lead to an unstoppable spiral of violence. The main lesson we should draw here is that if the receiving societies are to integrate asylum seekers, they must first change this attitude of vengeful aggressiveness and educate them to adapt to basic European values.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, prema jednoj anketi koja je provedena u Londonu 2012. godine, 43 % mladih žena izjavilo je da su doživjele uznemiravanje tijekom posljednje godine dana. Anketa, odnosno studija koja je provedena 2013. u Francuskoj otkrila je da je svaka četvrta žena doživjela strah na ulici, a da je jedna od pet žena doživjela verbalno zlostavljanje na ulici.

Takva vrsta nasilja umanjuje slobodu kretanja žena i djevojčica, umanjuje njihovu sposobnost sudjelovanja u školi, na poslu, javnom životu. Ograničava njihov pristup osnovnim uslugama, u kulturnim i rekreacijskim aktivnostima i negativno utječe na zdravlje. Ova rasprava inicirana je nedavnim događajima u Kölnu. Dakle, Köln bi trebao biti pouka za sve nas. Ali, u slobodnoj Europi ne smijemo dopustiti da se naše žene i djevojčice ne mogu slobodno kretati otvorenim prostorima.

Mi znamo da su to konkretne aktivnosti za konkretna kaznena djela, ne prekršajna djela, i stoga, bez obzira na to je li netko migrant ili tražitelj azila, jednako mora odgovarati pred zakonom. Stoga, smatram da je potrebno zakon dobro primijeniti i smatram da ne bismo smjeli generalno osuđivati strance, odnosno došljake u Europsku uniju, nego zakon primjenjivati.

Tako ćemo izbjeći da donosimo generalnu ocjenu protiv onih koji useljavaju u Europu iz drugih krajeva. Znači, potrebna je brza integracija o kojoj cijelo vrijeme govorimo kako bismo zaštitili temeljnu vrijednost, a to je dostojanstvo.

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, svako nasilje zaslužuje osudu. Za nasilje nema opravdanog razloga i ne postoje uvjeti pod kojima se ono može dopustiti. Nažalost, žene su češće žrtva nasilja, posebno seksualnog, o čemu u ovom Parlamentu često govorimo.

No, događaji s kojima smo se nedavno suočili u više država članica sežu dalje od pitanja zaštite žena i borbe protiv nasilja nad ženama. Ti stravični događaji osim žrtava u prvi plan stavljaju počinitelje tih strašnih zločina. Ne smijemo generalizirati i osuđivati sve izbjeglice i migrante zbog toga što se dogodilo, ali ne smijemo niti zanemariti činjenicu da nasilje nisu počinili građani Europske unije.

To smo dužni, ne samo prema ženama žrtvama nasilja, nego i prema svim izbjeglicama koje su pobjegle od rata potražiti zaštitu u Europi jer i o njihovoj sigurnosti i dostojanstvu moramo voditi računa. Europska Unija je izgrađena na vrijednostima. Europska unija vjeruje u dostojanstvo žene. Europska Unija štiti temeljne slobode i prava žene. Europska Unija ne prihvaća nasilje nad ženama ni u kojem obliku.

To su europske vrijednosti koje smo obvezni štiti i koje moraju prihvatiti svi oni koji žele u Europi pronaći svoj dom – privremeni ili trajni.

Poštivanje europskih vrijednosti, kulture i zakona preduvjet je za život u Europskoj Uniji. Borba protiv nasilja uz promicanje vrijednosti u koje vjerujemo, integraciju i interkulturalni dijalog – to su ključne stvari na kojima moramo raditi.

Catch-the-eye-Verfahren

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, yksin ja pimeässä, näin me suomalaiset naiset lenkkeillemme ilman pelkoa. En tiedä eurooppalaisista arvoista, näistä suurista sanoista, joita täällä niin tiuhaan viljellään. Tämän juoksemisen haluaisin kuitenkin pitää. Seksuaalinen vapautuminen, senkin pitäisin. Fakta on, että monessa autoritaarisessa muslimivaltiossa seksi on ongelma. Etenkin homoseksuaalisuus ja naisten seksuaalisuus ovat tabuja. Kun halut kielletään, syntyy patoutumia. Seuraukset tiedetään: ahdistelua Kölnissä, Helsingissä, milloin missäkin. Arvon kollegat, arvoilla ei ole mitään merkitystä, jos niitä ei puolusteta. Tässä työssä meillä kaikilla on parantamisen varaa.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o assédio e as agressões às mulheres têm a sua base no patriarcado que domina as nossas sociedades e não é exclusivo nem de outras culturas nem dos migrantes. Toda a violência tem de ser condenada e tem de ser punida. Mais de metade das mulheres da União Europeia têm medo e alteram os seus próprios hábitos para evitar certos lugares ou situações com medo de serem vítimas de agressões físicas ou sexuais. Em 2014, 21 milhões de mulheres na União Europeia relataram ter sofrido agressões ou incidentes sexuais por um adulto antes dos 15 anos. No Estado espanhol, nos últimos nove anos, 553 assassinos machistas mataram, tiraram a vida a 553 mulheres; apenas num mês deste ano já foram assassinadas 8 mulheres.

Comissária, esta situação não pode esperar. Fazem falta ações contundentes e políticas coerentes contra o machismo e para a erradicar a violência de todas as formas.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία πρόεδρε η σεξουαλική παρενόχληση και η βία κατά των γυναικών αποτελεί ένα χρόνιο κοινωνικό πρόβλημα που εν μέσω οικονομικής κρίσης εντείνεται όλο και περισσότερο. Πρόσφατα παρατηρήσαμε τη μαζική σεξουαλική παρενόχληση περίπου ενενήντα γυναικών που έλαβε χώρα στην Κολωνία, για την οποία σύμφωνα με τις αστυνομικές αρχές φαίνεται να είναι υπαίτιοι Αφρικανοί και Άραβες

Την επομένη ημέρα οργανώθηκαν συγκεντρώσεις διαμαρτυρίας ενάντια στη βία κατά των γυναικών, αλλά και κατά της μεταναστευτικής πολιτικής της Μέρκελ. Είναι βέβαιο ότι οι πρόσφυγες και οι μετανάστες οφείλουν να ενταχθούν ομαλά στην ευρωπαϊκή κοινωνία για όσο χρονικό διάστημα παραμείνουν προσωρινά στην Ευρώπη.

Ωστόσο, η βία κατά των γυναικών είναι ένα πρόβλημα που δεν γνωρίζει εθνικότητα, τάξεις και κοινωνικά στρώματα. Ειδικότερα, στις χώρες που πλήττονται από την οικονομική κρίση και τις πολιτικές λιτότητας οι περιπτώσεις βίας σε βάρος των γυναικών καθώς και η ανισότητα των δύο φύλων εντείνεται.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señora Presidenta, una de cada tres mujeres en la Unión Europea ha sufrido en su vida algún tipo de agresión sexual o física. En España, ciento nueve mujeres fueron asesinadas a manos de hombres en 2015, y llevamos ya once en 2016. Más de treinta mil mujeres, cinco mil de ellas niñas, son víctimas de trata sexual en la Unión Europea.

La violencia machista es, por lo tanto, un problema estructural tan europeo como este Parlamento. No es un problema de otros países: lo tenemos en Europa. Las agresiones sexuales a cientos de mujeres alemanas la pasada Nochevieja forman parte de esa concepción de las mujeres que, desgraciadamente, recorre todos los pueblos, culturas y nacionalidades sin excepción.

Hacer propaganda racista e islamófoba es insultante para las víctimas del machismo. Los xenófobos europeos que atacan a los refugiados son los que siempre han defendido recortarnos libertades a las mujeres. Nuestra receta contra el machismo y contra el racismo es la misma: más recursos públicos para una educación que combata los estereotipos.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Corina Crețu, *Member of the Commission*. — Madam President, this has been a very useful debate and I very much appreciate Members' efforts to highlight the necessity of ending sexual harassment and violence against women. I know very well how much you are fighting here in Parliament for women's dignity and women's rights, including in the labour market and also in political life. It is very sad that we have had to start talking about violence rather than disrespect, which also exists everywhere in all Member States.

As all of you here have stated, we cannot turn a blind eye to violence and to events like those in Cologne or in other parts of Europe and in the world. This debate should send a very important signal to the whole of Europe. But, as I said in my introductory remarks, Member States, due to the principle of subsidiarity, should be in the front line to assure public security and order. They have to assume their responsibilities, because nowhere in the Treaties are there competences for the European Union to assure public security and order.

Of course, as you all know, the EU has adopted several legal instruments setting up common rules and protecting and assisting victims of crime, and I am sure that my colleague, Commissioner Jourová, will come here with more detail. We have a horizontal instrument dealing with victims' rights in general, which addresses the specific support and protection needs of victims of gender-based violence and more specific instruments on protection measures. The Commission is currently focusing on the implementation of the existing legislation. We have a Victims' Rights Directive.

The Commission will, of course, monitor and evaluate implementation by Member States before deciding on the follow-up. I would like to inform you that so far only 11 Member States have notified the Commission of their implementing measures.

Anyway, I would like to tell you that I agree with all of you that we must firmly condemn and prosecute, as we stand with the millions of women in Europe who have gone through violence. The Commission would like to work with Parliament to make our values of equality and fundamental rights a reality for all who live on European soil. Neither custom, tradition, culture, privacy, religion nor so-called 'honour' can justify violence or be invoked to avoid the obligations of Member States with respect to the prevention and elimination of violence and the prosecution of the perpetrators.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße die Ausführungen der Kommission. Sexuelle Übergriffe jeglicher Art, sei es wie die furchtbaren Ereignisse in Köln oder die Verabreichung von K.o.-Tropfen in Diskotheken, müssen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Das bedeutet, dass wir offen und stark für die Gleichberechtigung und die Achtung der Frauen eintreten müssen und die Strafverfolgungsmaßnahmen wirksam greifen. Wir müssen ein klares Signal setzen, dass in Europa niemand ungestraft unsere Grundwerte missachten darf.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Przemoc wobec kobiet jest światową plagą, która przybiera różne, czasami drastyczne formy i znajduje różne usprawiedliwienia. Należą do nich przekonania, że wszystko, co się dzieje w rodzinie, jest sprawą prywatną, lub że nie można sprzeciwiać się religijnym tradycjom, nawet jeśli nakazują fizyczne i psychiczne karanie kobiet za złamanie zasad (honorowe zabójstwa). Różnice kulturowe powodują, że te same zachowania mogą być rozumiane i oceniane inaczej.

Aby uniknąć pułapek relatywizmu w odniesieniu do przemocy, w 2011 r. rozpoczęto procedurę podpisywania i ratyfikowania Konwencji Rady Europy o zapobieganiu i zwalczaniu przemocy wobec kobiet, która wyraźnie mówi, że ani tradycja, ani religia nie mogą być wykorzystywane do usprawiedliwiania przemocy. Tę konwencję podpisały niemal wszystkie kraje Unii Europejskiej, kilkanaście ją ratyfikowało. W dobie zwiększającej się różnorodności kulturowej Europy ten dokument nabiera nowego znaczenia i staje się bezpośrednim narzędziem pomocnym w rozstrzyganiu konfliktów wartości, które mogą wpływać na ocenę zdarzeń, np. seksualnych ataków na kobiety, w zależności od pochodzenia etnicznego lub wyznania napastnika czy ofiary. Konwencja przypomina, że choć różnice kulturowe mogą powodować niewłaściwą interpretację zachowania kobiet, nie może to być usprawiedliwieniem krzywd, których doznają ofiary, a zapobieganie przemocy polega na pouczeniu sprawców o prawach kobiet, a nie pouczeniu kobiet o dopuszczalnej długości spódnicy.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Události v Kolíně nad Rýnem vzbudily po právu pozornost a rozhořčení. Jakékoliv sexuální obtěžování je nepřijatelné a je šokující, že k němu došlo v takovém rozsahu. Zvláště alarmující však je, že fyzické nebo sexuální násilí zažila během svého života každá třetí evropská žena. Zdaleka se přitom nejedná pouze o problém obtěžování na veřejných místech, i když to k sobě nyní poutá největší pozornost. Nejčastější formou násilí páchaného na ženách je to, které se odehrává za zavřenými dveřmi domácností. Jen v České republice zažila psychické nebo fyzické násilí každá druhá žena, nejčastěji přitom od svého partnera. Je velmi důležité bojovat proti násilí páchanému na veřejných místech. Neméně důležité ale je, aby se státy, které tak ještě nečinily, připojily k Istanbulské úmluvě a zavázaly se bojovat proti násilí na ženách, ať už se odehrává kdekoliv.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.10 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/812

16.1.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. FEBRUAR 2016

(C/2024/812)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 1. bis 4. Februar 2016

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Humanitäre Lage im Jemen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
5. Inselregionen (Aussprache)	4
6. Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) (Aussprache)	14
7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	25
7.1. Lage der Menschenrechte auf der Krim, insbesondere in Bezug auf die Krimtataren	25
7.2. Bahrain: der Fall Mohammed Ramadan	31
7.3. Der Fall der verschwundenen Verlagsmitarbeiter in Hongkong	36
8. Abstimmungsstunde	40
8.1. Lage der Menschenrechte auf der Krim, insbesondere in Bezug auf die Krimtataren (RC-B8-0173/2016, B8-0173/2016, B8-0182/2016, B8-0183/2016, B8-0184/2016, B8-0186/2016, B8-0188/2016, B8-0190/2016) (Abstimmung)	40

Inhalt	Seite
8.2. Bahrain: der Fall Mohammed Ramadan (RC-B8-0174/2016, B8-0174/2016, B8-0192/2016, B8-0194/2016, B8-0195/2016, B8-0196/2016, B8-0197/2016, B8-0198/2016)	40
8.3. Der Fall der verschwundenen Verlagsmitarbeiter in Hongkong (RC-B8-0175/2016, B8-0175/2016, B8-0176/2016, B8-0185/2016, B8-0187/2016, B8-0189/2016, B8-0191/2016, B8-0193/2016)	40
8.4. Fortschrittsbericht 2015 über Serbien (B8-0166/2016) (Abstimmung)	40
8.5. Prozess der europäischen Integration des Kosovo (B8-0167/2016) (Abstimmung)	40
8.6. Lage in Libyen (RC-B8-0146/2016, B8-0146/2016, B8-0169/2016, B8-0170/2016, B8-0177/2016, B8-0178/2016, B8-0179/2016, B8-0180/2016, B8-0181/2016) (Abstimmung)	41
8.7. Inselregionen (B8-0165/2016) (Abstimmung)	41
8.8. Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) (B8-0171/2016) (Abstimmung)	41
8.9. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016) (Abstimmung)	41
8.10. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (RC-B8-0149/2016, B8-0149/2016, B8-0154/2016, B8-0156/2016, B8-0157/2016, B8-0159/2016, B8-0161/2016, B8-0162/2016) (Abstimmung)	42
9. Stimmerklärungen	42
9.1. Fortschrittsbericht 2015 über Serbien (B8-0166/2016)	42
9.2. Prozess der europäischen Integration des Kosovo (B8-0167/2016)	74
9.3. Lage in Libyen (RC-B8-0146/2016, B8-0146/2016, B8-0169/2016, B8-0170/2016, B8-0177/2016, B8-0178/2016, B8-0179/2016, B8-0180/2016, B8-0181/2016)	103
9.4. Inselregionen (B8-0165/2016)	131
9.5. Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) (B8-0171/2016)	156
9.6. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016)	182
9.7. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (RC-B8-0149/2016, B8-0149/2016, B8-0154/2016, B8-0156/2016, B8-0157/2016, B8-0159/2016, B8-0161/2016, B8-0162/2016)	197
10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	229
11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	229
12. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	229
13. Eisenbahninfrastruktur und öffentliche Dienstleistungen in den Makroregionen Donau und Adria (Aussprache)	229

Inhalt	Seite
14. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (Aussprache) . . .	240
15. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	249
16. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	249
17. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	249
18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	250
19. Unterbrechung der Sitzungsperiode	250

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 4. FEBRUAR 2016

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.00)

2. Humanitäre Lage im Jemen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Inselregionen (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di riposta orale alla Commissione sulla condizione di insularità, a nome della commissione per lo sviluppo regionale (O-000013/2016 - B8-0106/2016) (2015/3014(RSP)).

Искра Михайлова, автор. – Уважаеми г-н Председател, уважаема г-жо Комисар, дами и господа, колеги, островните региони в Европейския съюз имат общи и специфични постоянни характеристики и особености, които ясно ги разграничават от континенталните територии. Член 174 от Договора за функционирането на ЕС изрично признава, че островните региони като цяло се характеризират с постоянно неблагоприятни условия. Както е посочено в Шестия доклад относно икономическото, социално и териториално сближаване, въздействието на кризата сериозно засегна възможностите за развитие на много региони в неблагоприятно положение, включително и островните региони.

Островите в Европейския съюз са и периферни региони, разположени на външните граници на Съюза. Това ги прави особено уязвими спрямо предизвикателствата, пред които в момента е изправена Европа, като глобализацията, демографските тенденции, изменението на климата, енергийните доставки, и по-специално при южните райони – излагането на увеличаващите се миграционни потоци.

Свързаността на островните региони с континента е основен фактор за развитието на пълния им потенциал. Ето защо особен акцент в развитието им трябва да се постави върху транспортните връзки, интермодалния транспорт и устойчивата мобилност, както и върху развитието на цифровия капацитет, което е жизненоважно за компенсиране на неблагоприятните условия по отношение на свързаността.

Поради тези и други фактори, ЕС би трябвало да приеме специфични мерки за подобряване на социалната, икономическа и териториална кохезия на островните региони. Въпреки това, при подготовката на програмния период 2014-2020 година островните региони на ЕС не получиха никакво специално финансиране, а само възможност за модулация на ставките на съфинансиране за някои видове острови.

В този контекст, от името на комисията за регионално развитие, бих искала да попитам Европейската комисия: Може ли Европейската комисия да предостави ясно определение за вида на постоянните неблагоприятни природни или демографски условия съгласно член 174 от Договора за функционирането на ЕС, пред които се очаква да бъдат изправени островните региони на ниво NUTS 2 и NUTS 3? Какви специални инструменти и ресурси на политиката на сближаване са на разположение за справяне с неблагоприятните условия, произтичащи от островния характер на тези територии? Какви действия ще предприеме в бъдеще Комисията във връзка със спазването на член 174 от Договора за функционирането на ЕС по отношение на признаването на постоянните неблагоприятни условия, пред които са изправени островните региони на ниво NUTS 2 и NUTS 3, като постоянни препятствия, които могат да повлияят на постигането на целите на политиката на сближаване?

Счита ли Европейската комисия, че би могло да се вземат предвид и други показатели освен БВП, които не се ограничават до измерването на икономическото производство и отчитат особеностите на островите, например индексът за регионална конкурентоспособност, с оглед по-добро отразяване на икономическата и социалната уязвимост, дължащи се на постоянните неблагоприятни природни условия, пред които са изправени тези региони?

Очаквам отговорите на Комисията.

Corina Crețu, Membră a Comisiei. – Domnule președinte, stimați membri ai Parlamentului European, doamnă președintă Mihaylova, dragi colegi, аș dori să încep prin a aduce mulțumiri Comisiei pentru dezvoltare regională a Parlamentului European pentru această întrebare orală referitoare la sprijinul pentru insule, региони restrânse din cadrul fondurilor structurale și de investiții europene.

Аș vrea să spun încă de la început că mă preocupă в mod special acest subiect. Anul trecut am avut două reuniuni: reuniunea anuală din Guadelupa și o altă reuniune в Réunion, iar в sesiunea trecută din Strasbourg am avut o întâlnire, împreună cu colegul meu, комисарул Karmenu Vella, cu тоѝ cei nouă membri ai Parlamentului European care provin din cadrul регионилor ultraperiferice, tocmai в ideea de a vedea в ce măsură putem, la începutul perioadei de programare 2014-2020, să аjutăm aceste региони, care, аșa cum și dumneавоastră аѝ spus, pe lângă faptul că sunt foarte departe de Europa, au o serie de probleme specifice.

După cum știѝ, fondurile noastre, fondurile europene au o tradiție de lungă durată și de succes в sprijinirea регионилor cu caracteristici geografice specifice, incluzând aici și регионилe insulare care се confruntă cu diverse provocări sociale, economice și de медиu și care necesită o abordare specifică de la caz la caz. Aceste аспекти се regăсesc, după părerea mea, в noul regulament, cel care прervește периода de programare 2014-2020, care solicітă statelor membre, acolo unde este cazul, să stabilească в cadrul acordurilor de партенериат o abordare интегрată, pentru а se adresa nevoilor specifice ale регионилor care се confruntă cu handicapuri severe și uneori permanente.

Іată de ce o serie de insule beneficiază deja de o derogare в ceea ce прervește concentrarea тематіcă а инвестициилor din Fondul European de Dezvoltare Regională. Alte insule beneficiază de o mai mare flexibilitate в а ține cont de nevoile lor specifice. În plus, регионилe ultraperiferice care sunt toate insule beneficiază, de asemenea, de o serie de excepții și de condiții specifice, încercând, astfel, să compensăm pentru constrângerилe grave și permanente cu care се confruntă.

Dar, bineіңteles, аșa cum аѝ subliniat și dumneавоastră, și eu cred că putem face mai mult. Comisia monitorizează situația din регионилe NUTS-2 și NUTS-3. Comisia а creat o serie de indicatori синтетіци care au в vedere, de exemplu, индексиле de competitivitate regională sau индексиле de dezvoltare umană. Din пăcate, datele pe care le avem și de care dispunem nu sunt sufficient de precise pentru момент pentru а reflecta характеристикиле specifice ale tuturor регионилor insulare, însă continuăm să investim в colectarea de date și previziuni, ceea ce ne va permite ca в cadrul următorului raport privind coeziunea să prezentăm o analiză mai detaliată а situației din aceste региони.

Salvatore Cicu, а nome del gruppo PPE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi per me è un giorno importante, perché la mia iniziativa – grazie naturalmente alla procedura che prevede il Parlamento e che prevede la Commissione – arriva in Aula. Si tratta di un tema centrale. Io vorrei però rivolgermi alla signora Commissario per farle alcuni esempi concreti e per far capire meglio e di più come, in qualche modo, anche la sua riflessione, seppur apprezzabile, sia un po' distante dalla realtà.

Le isole non hanno accesso al mercato. Le isole oggi si trovano con l'handicap e lo svantaggio di parlare solo un linguaggio, quello che l'Unione deve decidere se i sostegni che vengono loro dedicati si chiamano aiuti di Stato e sono legittimi. Le compagnie *low cost* scappano dalle isole, le multinazionali scappano dalle isole. Questo significa mancanza di continuità territoriale, significa mancanza di possibilità di concorrenza rispetto al prezzo dell'energia. Le isole non possono, con le loro piccole e medie imprese, raggiungere il processo di internazionalizzazione perché sono strategicamente abbandonate.

Io credo che sia fondamentale capire che, quando si parla di trasporto merci e persone, noi abbiamo il monopolio delle compagnie e quando si parla di sistema turistico, il sistema turistico non può essere sostenuto perché non c'è una destagionalizzazione. Tutto questo va riferito al fatto che le isole non hanno finanziamenti dedicati. Quindi, signora Commissario, questi regolamenti di cui lei parlava sono deboli e sono sicuramente da rivedere, da valutare e da rafforzare. Noi abbiamo degli obiettivi strategici importanti da definire per territori che sono abbandonati. Quindi io le chiedo di dedicarsi a rivedere questa posizione rispetto al quadro strategico della futura programmazione.

Michela Giuffrida, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ringrazio i colleghi per il lavoro svolto in questa risoluzione che abbiamo promosso e ringrazio la signora Commissario per la sua presenza a questo dibattito e per l'attenzione che sta dando alla condizione delle isole.

Io ci tengo in particolare. Sono un parlamentare che viene dalla Sicilia e noi isolani sappiamo bene la condizione che si vive. Le isole sono tra i territori con le maggiori debolezze; le caratteristiche strutturali e naturali rappresentano la loro straordinaria ricchezza ma anche la loro enorme debolezza. Oggi chiediamo alla Commissione con forza di definire queste debolezze e di definire le carenze che impediscono e ostacolano la crescita e lo sviluppo economico delle nostre isole. È un'amara realtà: la mobilità nelle isole è ridotta, il carburante costa di più, i produttori hanno maggiori difficoltà ad esportare e i turisti anche difficoltà ad arrivare. Questi svantaggi possono però diventare risorse. Serve una programmazione dedicata che tenga conto delle specificità delle isole. Per questo è fondamentale che la Commissione istituisca uno sportello isole composto da esperti con il compito di coordinare e valutare le politiche per le regioni insulari. Le isole hanno tanto da offrire: il mare diventa crescita blu, le risorse naturali energie rinnovabili, i prodotti agricoli agricoltura biologica. Chiediamo alla Commissione con forza di sostenere le isole.

Ruža Tomašić, u ime kluba ECR. – Gospodine predsjedniče, život na otoku nije uvijek lagan. Kao stanovnica hrvatskog otoka Korčule, to često osjetim na vlastitoj koži. Prometna izoliranost i nedostupnost raznih proizvoda i usluga, prije svega u području zdravstva i obrazovanja, samo su neki od izazova s kojima se otočno stanovništvo suočava.

Manjak radnih mjesta zbog drastičnog pada proizvodnih kapaciteta i odljev mladog stanovništva dodatno doprinose teškoj slici otoka. No, izazovi s kojima se otoci suočavaju ne smiju biti uzrok očajavanja nego poticaj da se iskoriste svi potencijali. Da bismo to ostvarili, moramo na otoke privući ulagače i radnu snagu, a to je moguće samo poticajnim poreznim politikama, deregulacijom i infrastrukturnim ulaganjima u suradnji s privatnim sektorom.

Vjerujem da se u ovome svi slažemo, pa vas ovim putem molim da na glasovanju podržite amandmane koje sam s kolegom Lewerom priložila u ime ECR grupe.

Ivan Jakovčić, u ime kluba ALDE. – Gospodine predsjedniče, poštovana povjerenice, otoci nisu samo statistička kategorija. Otoci su život, ali nažalost danas uglavnom život u jednosmjernoj ulici, jer se s otoka odlazi. A da otoci nisu samo statistička kategorija NUTS 2 ili NUTS 3, želim istaknuti zbog mnogo malih otoka, zbog malih i srednjih otoka, na kojima je život još daleko teži, nego na velikim otocima.

Hrvatska je jedna od tih zemalja koja ima zaista iznimno velik broj nastanjenih malih i srednjih otoka. I u tom kontekstu, život na otocima je zaista iznimno izazovan, iznimno težak u svim segmentima. Želim istaknuti, na kraju, da ako izgubimo identitet naših otoka, izgubit ćemo identitet mnogih zemalja članica, a na kraju ćemo izgubiti identitet Europe koja je u velikoj mjeri nastala i na mnogim otocima.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Crețu το άρθρο 174 παραμένει κενό γράμμα στην εφαρμογή πολιτικών που να ενισχύουν τη συνοχή στις νησιωτικές περιοχές και η Επιτροπή πρέπει να κάνει περισσότερα για τα νησιά της Ευρώπης και ιδιαίτερα για τα νησιά του Αιγαίου.

Η Λέσβος, ένα από τα ελληνικά νησιά στο Αιγαίο, έχει πληθυσμό 85000. Το 2015 υποδεχθηκε 500000 πρόσφυγες. Κάτοικοι της Λέσβου, μαζί με την εθελόντρια και γνωστή ηθοποιό Susan Sarandon, έχουν προταθεί για Νόμπελ Ειρήνης, γιατί σε αυτούς τους πρόσφυγες του πολέμου έδειξαν ανθρωπιά και αλληλεγγύη, καλύπτοντας τα ελλείμματα της Ευρώπης.

Αλλά, και εσείς πρέπει να κάνετε περισσότερα, ως Επιτροπή, γιατί αυτά τα νησιά είναι χώροι σημαντικού τουριστικού ενδιαφέροντος, με μεγάλα ελλείμματα υποδομών για τους κατοίκους, με τεράστιο κόστος μεταφορών και αποτελούν την εμπροσθοφυλακή της Ευρώπης στην αντιμετώπιση του προσφυγικού προβλήματος. Όχι μόνο λόγια, λοιπόν, αλλά έργα.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, grazie per essere qui ad affrontare questo problema importante, importante anche per il mio paese. Noi condividiamo la maggioranza di quanto espresso nella proposta di risoluzione, come l'opportunità di usare altri indicatori oltre al PIL. Facciamo un esempio, la Sardegna. Secondo l'Unione europea gode di buona salute e ha un PIL del 77%, per cui è esclusa dai fondi per le aree svantaggiate, ma allo stesso tempo ha una disoccupazione elevatissima. Possiamo benissimo dire che l'Unione sarà anche vigile, ma a me pare che sia anche affetta da strabismo.

È finito il tempo delle parole, dobbiamo affrontare la realtà e dare delle soluzioni, a questo ci chiamano i cittadini. Uno dei problemi delle isole sono i trasporti e l'energia. Bene, la Sicilia ha un tasso di assorbimento dei fondi molto basso, a causa dell'incapacità amministrativa dei governi regionali, e un sistema di trasporti non all'altezza dei governi dei paesi sviluppati. Ma tutti i governi, da Berlusconi a Renzi, dobbiamo dirlo, vagheggiano su un ponte sullo Stretto, che è inutile, dannoso e per di più in una zona sismica. Si potrebbe invece avviare la transizione verso una terza rivoluzione industriale, che realizzi un modello di sviluppo basato su fonti rinnovabili, trasporti sostenibili, Internet delle cose. Infine, come si concilia quanto scritto nella proposta di risoluzione in materia di energia e di occupazione con le scelte dissenate di vari governi nazionali e locali sul petrolio, con le trivelle nel canale di Sicilia, le *royalties* ridicole e le concessioni varie fatte all'ENI?

Matteo Salvini, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, un conto è quello che voi valutate, un conto è la realtà. Sardegna e Sicilia hanno una disoccupazione giovanile che supera il 50%, i giovani scappano. Sardegna e Sicilia sono trattate come colonie, prima dallo Stato italiano e oggi da Bruxelles. Esempi concreti dimostrano che non solo non vengono aiutate ma vengono danneggiate. Le normative europee sulla pesca sono un totale disastro visto che hanno bloccato in porto migliaia di lavoratori. Le normative europee sull'agricoltura sono demenziali visto che hanno avvantaggiato l'importazione di prodotti che arrivano dall'altra parte del Mediterraneo, facendo chiudere migliaia di aziende e lasciando incolti centinaia e centinaia di campi e territori. Sui trasporti siamo al ridicolo. Qua si parla di ambiente e di inquinamento, ma in Sicilia l'80% della rete ferroviaria è a binario unico e la metà dei treni viaggia a gasolio! Mentre voi volete lasciare a piedi altre persone, c'è la Regione Sicilia che ha la metà dei treni che viaggiano a gasolio. Per quanto riguarda la Sardegna, non parliamo neanche della rete ferroviaria e lì manca addirittura un'autostrada.

E poi la Commissione manda delle infrazioni facendo scappare vettori e aerei e permettendo il monopolio sulle tratte marittime. Insomma, meno fate meglio è. Vi chiedo, a nome degli isolani d'Italia e d'Europa, di lasciar perdere, di lasciare che le isole si autogestiscano e sviluppino il proprio lavoro e il proprio territorio, a meno che la Commissione non ritenga che le isole debbano fondare il proprio futuro e la propria ricchezza sull'accoglienza degli immigrati. Se così fosse, dovrete passare prima sui nostri corpi.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor Presidente, en primer lugar, quiero decir que es muy bienvenida esta Resolución sobre la situación especial de las islas y dar la enhorabuena a Salvatore Cicu y a todos los ponentes que han colaborado en esta Resolución.

Yo provengo de Mallorca, una de las Islas Baleares pertenecientes a España, y hemos luchado desde hace mucho tiempo ya -desde el Tratado de Ámsterdam- por un reconocimiento en los Tratados de la insularidad -no solamente de la insularidad, sino también de la doble y la triple insularidad, como es el caso de Menorca o de la propia Formentera-.

La insularidad genera sobrecostes en la agricultura y en el transporte, dificultades en la conectividad, dificultades en la sanidad, en la educación, y, por lo tanto, tiene que ser compensada. Eso es así -lo reconoce el Tratado en su artículo 174 y también cuando habla de la cohesión económica, social y territorial-, pero es verdad que luego, cuando vamos al presupuesto, hay dificultades.

Aquí yo aplaudo la propuesta de la Comisión, y también la propuesta de la propia Resolución, de que se cree una Agenda para las islas de la Unión Europea y un Libro Blanco para el desarrollo de estas islas, al igual que una «islands desk». Es muy importante la ayuda para poder tener la misma competitividad en todos los sectores estratégicos y poder tener las mismas oportunidades que el resto de territorios continentales.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, σε μία Ευρώπη όπου ο σεβασμός στην ποικιλομορφία αποτελεί βασική αρχή, δεν αρκεί απλώς να γνωρίζουμε περιοχές με μόνιμες ιδιαιτερότητες και μειονεκτήματα. Τα προβλήματα των νησιωτικών περιοχών είναι πολλά και πρέπει να αποτραπεί η απομόνωσή τους. Χρειάζονται στοχευμένες πρωτοβουλίες, ούτως ώστε να ξεπεραστούν τα χρόνια προβλήματα που αντιμετωπίζουν και σε πολλές περιπτώσεις οδηγούν σε προβλήματα πρόσβασης σε βασικά αγαθά, όπως το νερό, καθώς και στη στέρηση βασικών υπηρεσιών, όπως της υγειονομικής περίθαλψης. Έχουμε το παράδειγμα των μικρών νησιών στην Ελλάδα.

Επίσης, πρέπει να εκμεταλλευτούμε στο έπακρο τα συγκριτικά πλεονεκτήματα των νησιωτικών περιοχών, όπως εκμετάλλευση ποικίλων μορφών ανανεώσιμων πηγών ενέργειας. Η μη ένταξη αυτών των περιοχών κάτω από ένα συγκεκριμένο πλαίσιο στην τρέχουσα προγραμματική περίοδο 2014-2020 θα αποτελέσει χαμένη ευκαιρία για σωστές και στοχευμένες επενδύσεις.

Τέλος, να σημειώσω πως δεν θα πρέπει να χρησιμοποιηθεί ο ορισμός της Eurostat αφού η μονόπλευρη προσέγγιση που υπάρχει με τη χρήση ενός και μόνο κριτηρίου, του κατά πόσο μία νησιωτική περιοχή είναι νησιωτικό κράτος ή μη, δεν δίνει βαρύτητα σε άλλα σημαντικά ζητήματα, όπως το πληθυσμιακό και την απόσταση της νησιωτικής περιοχής από την ηπειρωτική Ευρώπη.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κυρία Επίτροπε, μιλώντας σήμερα για νησιωτικότητα, δηλαδή για την ανάγκη πολύπλευρης στήριξης των ευρωπαϊκών νησιών, αυτό, τουλάχιστον για τη δική μου χώρα, για τα ελληνικά δηλαδή νησιά, δεν ισχύει. Έχει καταργηθεί στην πράξη. Έχει καταργηθεί, πρώτον, διότι και τα ελληνικά νησιά πληρώνουν τις συνέπειες των μνημονιακών πολιτικών, των πολιτικών της λιτότητας. Καταργήθηκαν ειδικά φορολογικά καθεστώτα που εφαρμόζονται σε άλλα ευρωπαϊκά νησιά, όπως ο μειωμένος ΦΠΑ, προκειμένου να αντιμετωπιστούν οι ιδιαιτερότητες που γνωρίζουμε πως έχουν τα ελληνικά νησιά. Ξεπουλήθηκαν τα αεροδρόμια σε ιδιωτικά και ξένα συμφέροντα, με συνέπεια να είναι αμφίβολο, αν θα μπορέσει να επέλθει μείωση του κόστους των μεταφορών, που ξέρετε ότι είναι κρίσιμο όσον αφορά τις μεταφορές στα νησιά. Και τέλος, υφίστανται τις συνέπειες της πολύπλευρης προσφυγικής κρίσης, ιδιαίτερα τα νησιά του Αιγαίου και της ανύπαρκτης Ευρωπαϊκής πολιτικής αλληλεγγύης.

Θα εκτιμούσα, λοιπόν, με την ευκαιρία αυτή, κυρία Επίτροπε, αν μου δίνετε μία απάντηση σε ένα ερώτημα που σας έχω υποβάλει εδώ και τέσσερις μήνες σχετικά με το τι ειδικά μέτρα παίρνετε στα πλαίσια της πολιτικής συνοχής, στα πλαίσια της νησιωτικότητας, για τα ελληνικά νησιά που υφίστανται σήμερα και δέχονται, το μεγαλύτερο προσφυγικό βάρος τόσο όσον αφορά τη διαχείριση των ανθρώπων όσο και την καταγραφή των προσφύγων καθώς και την αντιμετώπιση αυτού του προβλήματος.

Giovanni La Via (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie ai colleghi che hanno voluto questa discussione in Aula e grazie alla signora Commissario per essere qui a rispondere alle nostre domande. Le vorrei fare una domanda. Oggi le isole vivono una condizione di marginalità che non è solo fisica, ma è anche economica e sociale. Sino adesso la Commissione europea è intervenuta e ha proposto azioni per le regioni ultraperiferiche senza tener conto che di isole nell'ambito dell'Unione europea ce ne sono molte di più e che vivono tutta questa condizione di marginalità. Le chiedo che cosa intende fare l'Unione europea per favorire l'integrazione territoriale, per favorire la continuità, per far sì che ci sia un'agenda vera e propria per superare le condizioni di insularità, che è marginalità economica, che è arretratezza, che non è condizione di sviluppo. Per arrivare qui prendo tre aerei semplicemente perché vengo da un'isola che sicuramente è meno servita di tante altre e sono sicuramente più fortunato di tanti altri che il biglietto lo devono pagare di tasca propria. Questa marginalità come intende superarla l'Unione europea? La Commissione cosa intende fare per favorire l'integrazione e per abbassare i costi dei trasporti e per far sì che le nostre merci possano arrivare sui mercati al pari delle altre?

Presidente. – Possiamo ora al «catch-the-eye». Ci sono molte richieste di intervento. Durante il dibattito sono stato flessibile date l'importanza dell'argomento e la sensibilità della questione delle isole per molti parlamentari. Se volete intervenire tutti, però, è assolutamente indispensabile che gli oratori del «catch-the-eye» parlino soltanto un minuto, altrimenti sarò poi costretto a tagliare il numero degli interventi.

Procedura «catch-the-eye»

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam povjerenicu i zahvaljujem kolegi Salvatoreu Cicu na ovoj inicijativi. Kao zastupnica koja dolazi iz zemlje tisuću otoka, moram izraziti svoj strah za opstojnost otoka, zbog sve prisutnijeg trenda depopulacije otoka. Moramo na razini Europske unije, ali isto tako i na nacionalnoj razini, razvijati bolje politike usmjerene na jačanje gospodarskih projekata na otocima.

Ono što trenutno imamo priliku vidjeti je da se samo većim stopama sufinanciranja financiraju projekti financirani iz kohezijske politike, a treba nam puno više od toga. Zašto državne potpore ne bi bile fleksibilnije kada su u pitanju gospodarski projekti na otocima? Zašto ne bi mogli većim stopama financirati, bez obzira na to u kojoj NUTS 2 regiji se nalaze otoci, gospodarske projekte, projekte poduzetnika koji će otvoriti radna mjesta, jer ćemo u protivnom otoke samo gledati, a nitko na njima neće živjeti.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, gospođo povjerenice, puno je problema s kojima se nose stanovnici otoka, od podataka da otoci u prosjeku zaostaju petinom GDP-a za kopnom, preko depopulacije, loše povezanosti i dostupnosti zdravstvene skrbi do visokih troškova života, pristupa obrazovanja itd. Ali, GDP nije kriterij stanja otoka jer ne obuhvaća druge parametre koji život na otoku čine složenijim i težim.

Međutim, svaki je otok jedinstvena, prirodna, kulturna i gospodarska cjelina. Možemo raspravljati o različitim definicijama, no mislim da za europske otoke nismo učinili dovoljno da ostvarimo obveze iz članka 174. Lisabonskog sporazuma. U institucijama Europske unije politike prema otocima nikad nisu zaživjele u punom smislu.

Dolazim iz Hrvatske, zemlje s preko 1 200 otoka i pridružujem se pozivima Komisiji da napravi analizu troškova života na otocima i tome prilagodi financijske potpore i programe. Trebamo strateški program i posebnu EU agendu za otoke da im barem dijelom nadoknadimo sve propušteno i pomognemo da ostvare svoje pune potencijale.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το άρθρο 174 της Συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης αναγνωρίζει ότι οι νησιωτικές περιοχές στο σύνολό τους αντιμετωπίζουν μόνιμα μειονεκτήματα που χρήζουν ιδιαίτερης προσοχής. Τα μειονεκτήματα αυτά έχουν σχέση με τη δημογραφική τους κατάσταση, αλλά και τη φυσική τους θέση. Αυτό είχε σαν αποτέλεσμα τα νησιά να αντιμετωπίζουν προβλήματα ανταγωνιστικότητας, αλλά και κοινωνικής συνοχής.

Στην Ελλάδα τα νησιά αποδείχτηκαν ιδιαίτερα ευάλωτα στην οικονομική κρίση. Αντί όμως νατύχουν στήριξης, η Τρόικα κατάργησε το ειδικό φορολογικό καθεστώς των νησιών του Αιγαίου και αύξησε το ΦΠΑ από 13% στο 23%. Επίσης, η Τρόικα δρομολόγησε το ξεπούλημα στη Fraport των πιο σημαντικών νησιωτικών περιφερειακών αεροδρομίων. Επιπλέον, τα νησιά του Αιγαίου πλήττονται πλέον από τις τεράστιες προσφυγικές ροές καθώς πάνω από 600 000 πρόσφυγες φιλοξενήθηκαν σε πρώτη φάση στα νησιά του Αιγαίου το 2015.

Όμως, η έλεση αυτού του τεράστιου αριθμού προσφύγων και η έλλειψη υποδομών δημιουργούν κοινωνικά προβλήματα και έπληξαν την τουριστική εικόνα των νησιών. Απαιτούνται λοιπόν μέτρα, συγκεκριμένα, για τα νησιά του Αιγαίου και κατάργηση του ΦΠΑ από το 23%, ή μείωση τουλάχιστον στο 13%.

António Marinho e Pinto (ALDE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, sou de um país que tem duas regiões autónomas em pleno Oceano Atlântico. Uma delas, a Região Autónoma dos Açores, é constituída por nove ilhas, o que cria um problema novo, o da dupla insularidade, o da deslocação das populações entre essas ilhas. Essa região tem milhares de emigrantes, sobretudo nos Estados Unidos e no Canadá. Alguns desses emigrantes demoram menos tempo dos Estados Unidos e do Canadá à principal ilha dos Açores do que depois a circular entre elas. Além disso, ambas as regiões autónomas têm grandes dificuldades, dados os custos elevados nos transportes, para aceder ao continente. O ano passado, convidei duas escolas da Região Autónoma dos Açores, e, de uma delas, algumas crianças tiveram de apanhar quatro aviões para chegar a Bruxelas.

Peço à Comissão que tome medidas para apoiar os habitantes dessas duas regiões, porque não haverá verdadeira Europa, verdadeira construção europeia, sem coesão, sem que essas pessoas possam circular no seu país e na própria União Europeia.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, hoje, as populações da Europa sofrem as consequências das políticas de austeridade, de apoio ao setor financeiro e dos grandes grupos económicos, e é neste quadro que as regiões insulares são mais penalizadas porque são aquelas que partem em desvantagem no quadro da completa liberalização da economia.

Em Portugal, temos dois arquipélagos, os Açores e a Madeira, que sofrem duplamente com a insularidade e com os efeitos da troica e o seu programa de ajustamento dos últimos anos. Nos Açores e na Madeira, as populações têm procurado vencer as adversidades, continuando a produzir e tentando sobreviver neste mundo liberalizado.

Contudo, e como tivemos a oportunidade de verificar diretamente através de uma visita da Comissão de Agricultura deste Parlamento, não é possível continuar a fingir que vamos resolver o problema, criando um ano europeu das ilhas ou acreditando que o turismo irá resolver todos os problemas. Em nome da coesão territorial, são necessárias políticas específicas de apoio às atividades produtivas, designadamente ao nível dos transportes, por forma a que as populações insulares possam ter as mesmas oportunidades relativamente aos outros povos da Europa.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, πρωτίστως οφείλω να ευχαριστήσω τον αγαπητό συνάδελφο, τον Salvatore Ciciu, και να τον συγχαρώ, όπως επίσης και τους άλλους συναδέλφους που πραγματικά άγγιξαν το ζήτημα των νησιών μας. Ευρώπη είναι και τα νησιά μας. Πρωτίστως, είναι τα νησιά μας. Φανταστείτε μία Ευρωπαϊκή Ένωση και μία Ευρώπη χωρίς τα νησιά! Αλλά πιστεύω ότι είναι η εποχή που πρέπει να τερματιστούν τα λόγια και να αρχίσουν οι πράξεις. Τα νησιά είναι απομονωμένα και το αναγνωρίζουν όλοι

Πιστεύω συγκεκριμένα ότι τα νησιά πρέπει να βγουν από την απομόνωση. Έχουμε συγκεκριμένες προτάσεις. Πρέπει να γίνει ένα αντίστοιχο πακέτο, όπως ήταν το πακέτο Delors και το πακέτο Juncker ειδικά για τα νησιά προκειμένου να στηριχθούν. Μιλούμε για απομόνωση. Θα μπορούσε η Ευρωπαϊκή Ένωση να στηρίξει την πρωτοβουλία μας για δημιουργία δωρεάν δικτύου Wi-Fi για όλα τα νησιά. Θα μπορούσε να ενισχυθεί η στήριξη για την επικοινωνία, τις μεταφορές στα νησιά. Θα μπορούσαν να δώσουν κίνητρα ούτως ώστε τα νησιά να μπορούν να ανταπεξέλθουν όσον αφορά τα βασικά κοινωνικά αγαθά. Θα μπορούσαν αυτά τα νησιά, τα οποία εκπροσωπούν την Ευρωπαϊκή Ένωση επάξια, να γίνουν πραγματικά νησιά που μπορούν να προσφέρουν, αλλά και να πάρουν από αυτήν την Ευρωπαϊκή Ένωση. Πιστεύω ότι το δικαιούνται, κύριε Πρόεδρε.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, Comisaria, participo con enorme interés en este debate sobre regiones insulares en mi condición de eurodiputado nacido y residente en una región insular, las Islas Canarias, al ver la Estrategia Europa 2020-2030 como una enorme oportunidad para dar un impulso a esa compensación a la insularidad en ámbitos enormemente sensibles.

El primero, naturalmente, es el empleo: se trata de regiones afectadas por tasas insoportables de paro. Es necesario potenciar la cualificación y la capacitación de la mano de obra local para acceder a puestos de trabajo que puedan impulsar esa economía pero, también y sobre todo, hay que modificar el criterio del PIB como único criterio exclusivo y excluyente de medición del desarrollo económico de esas regiones, para contemplar la sostenibilidad social, demográfica y ecológica.

Y, en definitiva, hay que imprimir un impulso a esa sinergia y a la solidaridad del conjunto de la Unión Europea para la integración de las políticas insulares en el conjunto de las políticas europeas.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die Debatte mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ich komme nicht aus einer Inselregion. Allerdings gibt es viele Probleme, die hier beschrieben wurden, auch auf dem europäischen Festland. Ich glaube, dass sich natürlich auf den Inseln Schwierigkeiten bei der Bürokratie oder bei der Verwaltungsabwicklung stärker und nachteiliger auf die Menschen auswirken, als dies in anderen Bereichen Europas der Fall ist. Insofern ist dies auch ein Appell an die Inseln, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Die Flüchtlingskrise momentan zeigt, wie wichtig die Bedeutung funktionierender Infrastrukturen auf den Inseln Europas ist. Deswegen sollte man die Möglichkeit, die jetzt mit der Krise besteht, dazu nutzen, hier für zügige Verwaltungsprozesse und für Infrastrukturen zu sorgen, die den Menschen dort helfen, die Probleme noch besser zu bewältigen. Ich glaube, dass da die Solidarität des Zentrums der Europäischen Union auch mit den Inseln ist.

Renato Soru (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è importante l'iniziativa della commissione REGI che ci permette di portare stamattina questa discussione in Aula davanti al Commissario. In pochi secondi vorrei lasciarle questo messaggio, signora Commissario: ricordi che il terzo rapporto sullo stato di coesione, che è stato già citato stamattina, ci ricorda che la crisi recente ha colpito maggiormente le isole e che è maggiormente difficile dalle isole superare un ritardo di sviluppo e finalmente acchiappare quella crescita che permetta di dare piena attuazione al progetto di coesione dell'economia europea.

Vorrei ricordarle un punto: oggi è importante essere in rete. L'insularità si supera se si è in rete. Fate subito qualche iniziativa particolare affinché ogni isola sia in rete nelle reti digitali, ogni isola sia in rete nelle reti energetiche – e non ci sia più un'isola come la Sardegna che è scollegata dalla rete del gas –, ogni isola sia in rete per quanto riguarda le condizioni del trasporto e ad ogni isola venga pienamente garantito il diritto alla mobilità. Signora Commissario, poche cose ma fatte subito.

Mercedes Bresso (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dal dibattito che abbiamo sentito emerge, signora Commissario, una cosa: da una parte, le isole sono caratterizzate da similarità, perché tutte le isole hanno dei problemi maggiori del continente e delle altre aree della nostra Unione, ma, dall'altra, in realtà ci sono forti differenze fra isole e isole, in ordine alle dimensioni, alla distanza, ai problemi che si trovano ad affrontare. Io le chiederei, avendo sentito quali sono tutti i problemi, se deciderà di fare il Libro bianco, di tenere conto di queste differenze e quindi di considerare le grandi isole, le isole piccole, le isole che hanno problemi di insularità fra loro perché costituiscono un arcipelago, nonché le zone ultraperiferiche che quando hanno caratteristiche insulari hanno evidentemente ancora maggiori problemi. Quindi questo è il mio appello e mi auguro che verrà raccolto.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă comisar, domnule președinte, stimați colegi, deși nu trăiesc într-o țară insulară, așa cum spunea și colegul Schwab, înțeleg foarte bine problema pe care o au insulele, așa cum o au de fapt și țările din zona de est a Uniunii Europene. Până la urmă, piața internă a Uniunii Europene trebuie să ajungă la politici de coeziune care să aducă standardele de viață la nivel apropiat și cred, doamnă comisar, că ceea ce ați spus aici – și, în primul rând, vă mulțumesc că participați la dezbateri – că vă gândiți la niște indici, de exemplu indicele de dezvoltare umană, pentru că orice politică de coeziune trebuie să aibă ca scop creșterea calității vieții, sunt indicatori bineveniți și vă sugerez să țineți cont de politicile de coeziune și în țările de est, unde avem, de asemenea, probleme similare cu cele din insule.

Cred că e bine subliniată aici – felicit Comisia REGI – importanța administrațiilor locale și regionale în parteneriatul public-privat pe care trebuie să-l facă pentru dezvoltarea și aplicarea fondurilor de coeziune.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Presidente. – Non sono mancati le sollecitazioni e anche gli interventi forti. Ora tocca alla Commissione rispondere alle sollecitazioni del Parlamento.

Corina Crețu, Membră a Comisiei. – Domnule președinte, stimați membri ai Parlamentului European, dragi colegi, vă mulțumesc foarte mult pentru contribuțiile dumneavoastră. Am vrut să vă asigur încă de la început în legătură cu preocuparea mea constantă în legătură cu problemele specifice cu care se confruntă insulele, regiunile ultraperiferice.

Așa cum spuneam, anul trecut am participat la reuniunea anuală din Guadelupa. Anul acesta, reuniunea anuală a regiunilor ultraperiferice va avea loc în Madeira. Luna trecută – acum două săptămâni, de fapt – la Strasbourg, m-am întâlnit cu o serie dintre dumneavoastră care sunteți membri ai Parlamentului European reprezentând regiuni ultraperiferice și am ținut să vină alături de mine și comisarul pentru schimbări climatice, domnul Karmenu Vella, pentru că știu că o serie dintre dumneavoastră aveți probleme specifice în legătură cu politicile de pescuit, politicile maritime și așa mai departe.

Așa cum vă spuneam încă de la început, aceste regiuni ultraperiferice și, în general, insulele aparțin unor state membre și, din acest punct de vedere, eu m-am bucurat că, chiar în decembrie, Curtea Europeană de Justiție a dat un comunicat și a obligat statele membre să țină cont de regiunile ultraperiferice în cadrul programelor operaționale și de specificitățile acestor regiuni ultraperiferice. Vă mărturisim că avem un dialog permanent cu statele membre, pentru a acorda o atenție deosebită regiunilor ultraperiferice, insulelor și celor care au o situație deosebită.

Așa cum spuneam și la început, cadrul financiar și politic pentru fondurile structurale și de investiții europene pentru perioada 2014-2020 este un pas important pentru a răspunde mai bine nevoilor specifice ale regiunilor insulare. Vreau să vă asigur că le-am recomandat și guvernatorilor acestor insule, guvernatorilor regiunilor ultraperiferice să aibă un rol mai activ, mai proactiv, pentru că nu este suficient ca noi, de la Comisia Europeană, să mergem o dată pe an într-o insulă. Așa cum spuneai, nu avem cum să cunoaștem realitatea, dacă nu există un dialog reciproc, constant în a ne aduce în atenție problemele cu care se confruntă. Din acest punct de vedere, puteți conta pe mine, pe Comisie.

În ceea ce privește Grecia, știți foarte bine, anul trecut am fost aici, în fața dumneavoastră, solicitând măsuri extraordinare pentru o situație extraordinară. Am reușit să schimbăm regulamentele și avem 100 % cofinanțare – deci, de fapt, nu se mai poate numi cofinanțare. Practic, din acest punct de vedere, cred că, din punctul nostru de vedere, am făcut tot ceea ce se putea pentru Grecia. Împărtășesc ceea ce s-a spus aici. Mai mult de 880 000 de oameni au venit în Grecia numai în anul 2015. Este o povară imensă și vă asigur că Comisia lucrează foarte îndeaproape cu autoritățile grecești pentru a sprijini Grecia în legătură cu această provocare imensă.

Dar aș vrea să vă spun că totul ține și de capacitatea administrativă. Ați pomenit insula Lesbos. M-am întâlnit cu doamna guvernator de acolo, i-am explicat în ce măsură ar putea folosi fondurile europene. Din păcate, Grecia este una dintre țările care nu dorește să folosească fondurile europene pentru această problemă a migrației, deși există posibilități ca, cu o mică parte din sumă, să facă spitale mobile, grădinițe și așa mai departe. Italia este singura țară care a solicitat schimbarea programelor operaționale și deja Comisia Europeană a transferat 220 de milioane de euro către Italia, tocmai în acest scop.

În orice caz, știu problemele pe care le are Grecia și vreau să vă asigur că, în general, în legătură cu insulele, facem tot ce putem pentru a răspunde nevoilor specifice.

Foarte multe state membre, din păcate, nu doresc ca aceste regiuni să fie tratate separat. Grecia, de pildă, în tratatul de aderare dorește să fie considerată ca o singură țară și în programele operaționale și în acordul de parteneriat nu face nicio particularitate legată de condițiile deosebite ale insulelor, așa cum, de pildă, Franța specifică în acordul de parteneriat faptul că există regiuni ultraperiferice ca Réunion, Guyana Franceză, Guadelupa ș.a.m.d., care necesită politici aparte. Deci, așa cum spuneam, aici este vorba despre o responsabilitate împărțită și, mai ales în ceea ce privește implementarea fondurilor europene, eu cred că aici este 100 % responsabilitatea statelor membre.

Așa cum am menționat anterior, avem o serie de instrumente specifice și derogări care sunt în vigoare. Provocarea pentru noi toți în perioada care urmează este de a îmbunătăți politica regională în așa fel încât să răspundă cât mai bine nevoilor tuturor regiunilor și provocărilor viitoare. Vreau să vă asigur de disponibilitatea mea. Am solicitat și poate reușim să organizăm la Bruxelles în acest an o reuniune pe acest subiect. Trebuie să ne asigurăm, așa cum spuneți, că regiunile insulare nu numai că fac față provocărilor cu care se confruntă în prezent, dar și că, în baza particularităților lor europene, contribuie mai bine la realizarea obiectivelor Uniunii Europene. Vreau să vă asigur că lucrăm îndeaproape cu regiunile ultraperiferice, cu insulele. Așa cum spuneam, am vizitat și în Italia câteva insule, Sicilia. Dorim ca fondurile europene să fie folosite în mod cât mai optim, pentru a avea un impact pozitiv în aceste economii, în particular în ceea ce privește lupta împotriva șomajului și, bineînțeles, folosirea resurselor energetice.

Există o mare problemă pe care și dumneavoastră ați ridicat-o aici în legătură cu conexiunile de transport. Înțeleg foarte bine. Spunea cineva aici că schimbă patru avioane. Aici lucrăm împreună. Este suveranitatea statelor membre, așa cum spuneam. De pildă, Franța contribuie cu bani de la buget pentru a ajuta cetățenii din aceste regiuni ultraperiferice să aibă un cost mai mic. Alte țări, ca Spania, de pildă, solicită Comisiei Europene să aducă subvenții costurilor biletelor pentru acești cetățeni, ceea ce nu stă în puterea noastră din punctul de vedere al capacităților.

Deci, cred că trebuie să discutăm mai mult despre problemele specifice ale insulelor, sunt absolut convinsă că este o problemă majoră, sunt absolut convinsă că avem nevoie de derogări. Tocmai de aceea, așa cum spuneam mai devreme, am o discuție permanentă atât cu doamna comisar Vestager, în ceea ce privește ajutorul de stat, cât și cu domnul Vella, pentru că sunt conștientă că, așa cum avem o politică foarte strictă în ceea ce privește politica de pescuit, avem nevoie de derogări pentru aceste insule, care se confruntă cu probleme majore.

Deci, din acest punct de vedere, cred că perioada de programare 2014-2020, pe care dumneavoastră ați adoptat-o în calitate de colegislator, aduce un pas important dar, pe de altă parte, mai sunt multe de făcut și vă stau la dispoziție pentru a aduna împreună ideile cele mai bune și a discuta cum să procedăm mai departe.

Presidente. – Comunico di aver ricevuto una proposta di risoluzione conformemente all'articolo 128, paragrafo 5, del regolamento.

La discussione su questo argomento di così stringente attualità è chiusa.

La votazione si svolgerà oggi alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Therese Comodini Cachia (PPE), in writing. – Whereas EU funding could boost the standard of living on islands, the latter could not just rely on EU funding. Member States need to support sustainable projects and work to come up with tangible and innovative ideas and projects to improve connectivity to tackle the insularity challenge. Islands by their very own nature were characterised by a number of challenges, mainly insularity. In a global world it is difficult to speak of insularity but due to bad policies adopted by certain Member States, a number of islands were facing insularity challenges more than ever before, mostly because of connectivity issues. At times services by which islands are connected to mainland are deteriorating in terms of standard or frequency. This is evident in Malta and Italy. One could look at insularity as a resource and a characteristic that could attract to islands new economic sector case in point sustainable and high-quality tourism. Member States need to heavily invest in a sustainable manner in islands and the Commission has to identify innovative instruments to improve connectivity and tackle insularity and at the same time seek ways and means how to further implement the Treaty to make more EU funding available for islands.

Alyn Smith (Verts/ALE), in writing. – Scotland's islands are some of our bonniest spots, but they face some of the toughest conditions in the country too, and not just thanks to the weather. There is much to be welcomed in this Resolution, most particularly the call for an increase in digital connectivity for islands, better maritime access routes and better education opportunities. Steps like these will help to reduce disparities between islands and the mainland, and maintain the population in areas where it is at risk. As this Resolution illustrates so well, one size does not always fit all, and this is especially the case with Europe's islands: even just in Scotland our islands face many different challenges and are extremely diverse places, let alone if you start to consider the differences with Greek, Italian or Danish islands. This is why it is so vital that European laws reflect this diversity and make appropriate allowances for it. I hope this Resolution demonstrates to the European Commission that they must act on some of these very sensible suggestions in order to better help our island communities face the future and the challenges it will no doubt bring.

6. Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sul ruolo delle autorità locali e regionali nell'ambito dei Fondi strutturali e di investimento europei (fondi SIE), a nome della commissione per lo sviluppo regionale (O-000012/2016 - B8-0105/2016) (2015/3013(RSP)).

Искра Михайлова, автор. – Уважаеми г-н Председател, уважаема г-жо Комисар, дами и господа, колеги, рамковото законодателство в сферата на регионалната политика изисква страните членки да създадат необходимите условия за консултиране с местното и регионално ниво на управление при изготвянето и прилагането на договорите за партньорство и конкретните оперативни програми.

Регионалните и местните органи на самоуправление са най-близко до гражданите и по-добре разбират местните проблеми и специфики. Те имат предимството при формулирането на политиките и инициативите, насочени към подобряване на живота на гражданите в областта на разкриването на работни места, иновации, здравеопазване, околна среда, енергетика, транспорт – можем да продължим дълго този списък. От друга страна, регионалните и местни органи, в резултат на ограничените си ресурси се нуждаят от по-значима бюджетна подкрепа и от съфинансиране на проекти в сравнение с националното равнище.

При осъществяването на кохезионната политика степента на консултиране на регионалните и местните органи варира значително между различните страни членки, като някои страни членки все още не прилагат достатъчно сериозно принципа на партньорство, заложен в европейското законодателство. Като цяло регионалните и местни органи във федералните държави членки имат по-голяма възможност да оформят националните политики заради правомощията, с които разполагат – правомощия, които имат въздействие на парарегионално и местно ниво.

Важно е да се подчертае, че подобряването на административния капацитет на местно и регионално ниво е ключов фактор за по-добро стратегическо планиране и изпълнение на оперативните програми, както и за по-ефикасното прилагане на структурните и кохезионни фондове.

Важно е да се отбележи, че градовете са двигатели за икономически растеж и заетост, центрове за развитие на изкуството, културата и творчеството, платформа за иновации и нововъзникващи предприятия. Стратегиите за интелигентни градове и за интелигентна специализация са иновативни практики, превърнати в специфични политики или инициативи на Европейския съюз. Освен това, с декларацията от Рига от 2015 г. неформалният Съвет на министрите по регионално развитие ще доведе до пакта от Амстердам. Пактът цели засилено участие на европейските градове в предлагането, изготвянето и изпълнението на конкретни инициативи и програми в рамките на градското развитие.

Не на последно място, ролята на регионалните и местните органи е важна също така при разработването на трансгранични връзки и инициативи, част от европейското териториално сътрудничество.

В този контекст бих искала да помоля Европейската комисия, в лицето на комисар Крецо, да отговори на следните въпроси, дефинирани от комисията по регионална политика на Европейския парламент: Каква конкретна подкрепа ще даде Европейската комисия на регионалните и местните органи с оглед укрепване на тяхната роля за въздействието, както и за управлението и конкретното прилагане на европейските структурни и инвестиционни фондове за периода 2014-2020 година, имайки предвид съответните им отговорности и спецификите на отделните държави членки с цел създаване на икономически растеж и устойчиви работни места?

И втори въпрос: Ще проведе ли Комисията обществена консултация, последвана от евентуална инициатива с цел укрепване на ролята на регионалните и местни органи?

Като допълнение към тези въпроси бих искала да подчертая, че те са от изключително значение за комисията в Европейския парламент, тъй като участието на регионалните и местни власти е в основата на успешното реализиране на кохезионната политика, тоест в основата на постигането на целта „Конкурентоспособност, растеж и създаване на работни места“. Ролята на местните и регионални власти е в основата и в бъдещото планиране на кохезионната политика за периода след 2020 година.

Очаквам отговорите на Комисията и дебата.

Corina Crețu, *membră a Comisiei*. Doamnă președintă Mihaylova, stimați membri ai Parlamentului European, aș vrea în primul rând să vă mulțumesc și pentru această întrebare orală din partea Comisiei pentru dezvoltare regională a Parlamentului European, care aduce în centrul atenției rolul autorităților locale și regionale în contextul fondurilor europene structurale și de investiții.

Știți foarte bine că, din punctul nostru de vedere, lucrăm zi de zi cu aceste autorități locale, autorități subnaționale care joacă un rol esențial în cadrul implementării programelor finanțate de fondurile noastre, deoarece acestea aduc Uniunea Europeană și politicile europene mai aproape de oameni, ajutând, totodată, ca proiectele finanțate din fondurile europene să fie implementate mult mai eficient pe teren. Din punctul nostru de vedere, al Comisiei Europene, ne bazăm foarte mult pe rolul autorităților locale, pe rolul autorităților de management. Considerăm că dumnealor cunosc cel mai bine de ce este nevoie într-o regiune, ce se poate face și ce nu se poate face. Politica regională are această trăsătură fundamentală pentru că se adaptează la nevoile din fiecare regiune în parte.

După cum știți, cu sprijinul dumneavoastră, cu sprijinul Parlamentului European, am reușit să convingem statele membre să implice autoritățile locale și regionale în procesul decizional, atât în etapa prelegislativă, cât și pe parcursul întregii perioade de programare. Sunt recunoscătoare Parlamentului European pentru faptul că noile regulamente aduc, ca o condiționalitate ex-ante, principiul parteneriatului, principiul de a aduce la masa deciziei atât organizații neguvernamentale, cât și autorități locale, pentru că Europa este diversă: Avem țări în care acest principiu al parteneriatului constituie o tradiție de zeci de ani, dar, de asemenea, avem alte țări unde acest principiu nu este pe deplin integrat.

Prin urmare, aș vrea să vă asigur că autoritățile locale au fost implicate îndeaproape, atât în negocierea acordurilor de parteneriat și a programelor operaționale, cât și în implementarea proiectelor la nivel local și regional.

Comisia Europeană întreprinde deja un studiu în ceea ce privește implementarea acestui principiu al parteneriatului...*(sunset întrerupt)* în 2014-2020 și vă asigur că studiul va fi făcut public în lunile următoare. De exemplu, în ceea ce privește acțiunile urbane integrate, la care dumneavoastră v-ați referit, doamnă președintă Mihaylova, și care sunt foarte importante, în perioada 2014-2020 au fost alocate pentru orașe 15 miliarde de euro, astfel încât acestea să poată răspunde nevoilor lor specifice de dezvoltare. Este pentru prima oară în istoria Uniunii Europene când, practic, Comisia acordă direct bani orașelor. Cred că este o decizie de încredere față de capacitatea acestor orașe de a decide asupra nevoilor lor și de a cheltui banii pentru cetățenii lor. Același lucru se întâmplă și în cazul acțiunilor de dezvoltare locale, plasate sub responsabilitatea comunității, unde atât sectorul public și privat, cât și societatea civilă sunt în prima linie în implementarea strategiilor de dezvoltare locală.

Pe de o parte, lucrăm îndeaproape cu președinția olandeză a Consiliului pentru a ne asigura că Agenda urbană a Uniunii Europene devine o realitate, astfel încât orașele să aibă cu adevărat un cuvânt de spus. Un exemplu ar fi atunci când vine vorba de sprijinul Uniunii Europene în reducerea sărăciei urbane sau incluziunea socială a migranților.

V-ați referit, doamnă președintă, la Declarația de la Riga. Urmează Declarația de la Amsterdam. Așa cum spuneam, președinția olandeză pune un accent deosebit pe Agenda urbană și urmează ca, în martie, să organizeze la Amsterdam o întâlnire cu toți primarii din capitalele europene după care, în iunie, sperăm să avem această Declarație de la Amsterdam.

Este pentru prima dată când toate statele membre agreează faptul că este nevoie de o Agendă urbană. Știți că, până acum, unele state membre au invocat principiul subsidiarității, refuzând un cadru specific european în ceea ce privește Agenda urbană. Și noi, în cadrul Comisiei, și eu personal mă gândesc să organizez o întâlnire cu o serie de primari – în primul rând primari din capitalele cele mai afectate de problema refugiaților – pentru că, indiferent de politica națională în privința refugiaților, unii primari sunt nevoiți să ia măsuri de urgență în legătură cu provocările pe care le au. Cred că este nevoie să ajutăm aceste orașe, care sunt cele mai afectate, în legătură cu problema refugiaților. Pe de altă parte, sprijinim capacitatea administrativă a autorităților locale și regionale, astfel încât acestea să poată exploata cu adevărat potențialul fondurilor europene, și aici cred că sunteți de acord cu mine că nu întotdeauna fondurile europene sunt totuși. Nu întotdeauna banii sunt totuși. Avem nevoie, în primul rând, de capacitate administrativă, de capacitate de a elabora proiecte de succes, pentru că noi nu elaborăm proiecte de la Bruxelles. Nu stă în puterea noastră. Nu putem decide noi. Este, deci, un an decisiv din acest punct de vedere, un an când beneficiarii și autoritățile locale trebuie să elaboreze proiecte viabile, care să răspundă cu adevărat nevoilor cetățenilor. După cum știți, fondurile structurale și de investiții au un obiectiv tematic dedicat, administrația publică eficientă, care vizează consolidarea capacității instituționale, cu un buget de peste cinci miliarde pentru perioada 2014-2020. Am convingerea că aceste măsuri vor spori în mod clar

impactul fondurilor noastre asupra creșterii economice și sper că vor duce și la crearea de noi locuri de muncă Vă mulțumesc și aștept cu interes comentariile dumneavoastră.

Lambert van Nistelrooij, *namens de PPE-Fractie*. – Commissaris Crețu, ik dank u voor uw antwoord nu al, uw positieve houding en inzet. Toch heb ik drie puntjes.

1. Het Comité van de Regio's heeft nog eens gekeken hoe het gegaan is de afgelopen tijd. Ze stellen vast dat in veel lidstaten een tendens tot renationalisatie bestaat.

2. Aan het partnerschapsbeginsel in artikel 5 van onze verordening is niet in alle lidstaten voldaan. Regio's en steden worden daar niet gezien als gelijkwaardige, democratisch gekozen partners, maar als één van de belanghebbenden.

3. Het Comité van de Regio's spreekt expliciet van centralisatie en dat is in strijd met de gedragscode die we in de Raad hebben afgesproken. Daarom kan ik u namens de PPE-Fractie zeggen: voor ons is subsidiariteit essentieel en daaraan houden we vast. De vraag die ik nu heb is: u zegt dat er een studie uitkomt. Wij spreken over een openbare raadpleging. Wij gaan aan de slag met artikel 16, lid 3 in het verslag waarvan ik namens dit Parlement rapporteur mag zijn. We willen dit onderwerp uitdiepen. Ik vraag u: kunt u in dezen het Parlement tegemoetkomen om daar ook in het openbaar een discussie over te voeren?

Mercedes Bresso, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, intanto credo che siano opportuni questo dibattito e questa risoluzione e la ringrazio, signora Commissario, di aver affermato, ancora una volta, il ruolo che devono avere le autorità regionali e locali, in particolare quelle delle città, nella gestione della politica di coesione.

Noi sappiamo che la politica di coesione è oggi il principale strumento di investimento dell'Unione europea e resta il principale strumento anche con la presenza del piano Juncker. Nel prossimo periodo di programmazione, che inizieremo a discutere fra non molto tempo, noi pensiamo che debba assolutamente restarlo. Su questo abbiamo qualche preoccupazione perché, se il bilancio globale non aumenta, è del tutto evidente che il crescere delle domande rischia di far ridurre le risorse nei settori dove queste risorse sono più importanti. Noi pensiamo che tutte le regioni debbano restare coinvolte, anche quelle della cosiddetta competitività, e pensiamo che il pieno coinvolgimento di regioni ed enti locali continui a dover essere, fino dalle prime fasi di programmazione, essenziale. Siamo da sempre favorevoli al fatto che ci siano coordinamento e coerenza fra le diverse fonti di investimento europeo, ma crediamo che la politica di coesione resti una straordinaria forza di crescita e sviluppo e di progresso, come è stata finora. Quindi la preghiamo di esserne il difensore, nel ruolo degli enti locali, ma soprattutto nella sua esistenza.

Mirosław Piotrowski, *w imieniu grupy ECR*. – Unia Europejska stawia sobie za cel zrównoważony rozwój. To jeden z warunków wyrównywania wewnętrznych różnic, jak i realnej konkurencji na rynku globalnym. W związku z tym coraz więcej funduszy powinno trafiać do najbardziej potrzebujących regionów.

Częstokroć samorządy mają trudności z wydatkowaniem przyznanych już środków albo zastanawiają się, czy w ogóle się o nie starać. Bariere stanowi nie tyle wkład własny, ile konieczność doliczenia VAT-u. Dlatego w przedsięwzięciach dofinansowywanych z funduszy europejskich w okresie 2014-2020 podatek VAT powinien stanowić koszt kwalifikowalny projektu. W związku z tym należałoby zmienić odpowiednie rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady z 2013 roku. W moim regionie, na Lubelszczyźnie, władze samorządowe od dawna postulują wprowadzenie takiego rozwiązania, jak i zwiększenie elastyczności w wykorzystaniu środków przeznaczonych na przykład na prowadzenie działalności badawczo-rozwojowej przez przedsiębiorstwa, co dałoby impuls do głębszej współpracy między biznesem i nauką.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE*. – Gospodine predsjedniče, želim se najprije zahvaliti predsjednici Mihaylovoj i svim kolegama iz drugih grupacija što su prihvatili ovu inicijativu.

Ja sam cijelu svoju političku karijeru posvetio jačanju jedinica lokalne i regionalne samouprave. Jači gradovi, jače općine, jače regije za mene su uvijek značili i jaču kvalitetu življenja. Ono što želim danas posebno naglasiti je da sam 100 % uvjeren da princip supsidijarnosti nema alternative. Princip supsidijarnosti zaista moramo provesti do kraja jer je poznata i europska praksa gdje najdecentraliziranije države, kao na primjer Danska, imaju i daleko najbolji standard, najbolji razvoj. Dočim najcentraliziranije države, kao što je moja Hrvatska ili kao što je Grčka, imaju i velike probleme u razvoju, a tu uz bok ide nešto što je ključno. Ključno je pitanje apsorpcijske moći. Mi danas imamo čestu situaciju da upravo *supercentralizirane* države nemaju kvalitetnu apsorpcijsku moć. Zato se maksimalno zalažem za moguću direktnu pristup gradova i regija europskim fondovima jer često imamo i političko takmičenje između nacionalne vlasti ili neke regionalne ili lokalne vlasti. Na taj način, ako ćemo imati mogućnost direktnih pristupa lokalnih i regionalnih vlasti euro-

pskim fondovima i raznim drugim izvorima financiranja na nivou Europe, siguran sam da ćemo ojačati kvalitetu i sigurnost življenja u mnogim gradovima i u mnogim regijama Europske unije.

Tu dodajem još potrebu kvalitetne prekogranične suradnje, financiranja prekogranične suradnje, gdje imamo odličnih iskustava, na primjer IPA Adriatico je jedno fantastično dobro iskustvo dobrog financiranja prekogranične suradnje i naravno makroregionalne suradnje.

Zaključujem u uvjerenju da će upravo kroz ovo pitanje Komisija biti više senzibilizirana za lokalni i regionalni razvoj.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Crefu, χρειάζεται όντως μεγαλύτερη εμπλοκή των τοπικών και περιφερειακών αρχών στην αξιοποίηση των Διαρθρωτικών Ταμείων. Μεγαλύτερη αποκέντρωση, λιγότερος συγκεντρωτισμός, λιγότερη γραφειοκρατία και μεγαλύτερο μερίδιο από τα Διαρθρωτικά Ταμεία και από τα σχετικά κονδύλια για τις τοπικές και περιφερειακές αρχές. Αλλά, κυρίως, χρειάζεται και μεγαλύτερη βοήθεια καθώς και τεχνική βοήθεια από την Επιτροπή, σε διάλογο με τις εθνικές και στις τοπικές και περιφερειακές αρχές. Γιατί πολύ μικροί δήμοι ή περιφέρειες δεν έχουν την τεχνογνωσία και τη διοικητική επάρκεια να καταθέσουν προτάσεις, να καταθέσουν φακέλους.

Και φυσικά χρειάζεται να γίνουν περισσότερα και σε χρήματα και σε τεχνική βοήθεια για εκείνες τις πόλεις, τα νησιά, τις περιφέρειες που δίπλα στα μόνιμα προβλήματά τους αντιμετωπίζουν και την όξυνση της κρίσης του προσφυγικού. Στην Ελλάδα έχουμε πολλές τέτοιες περιπτώσεις, όχι μόνο στα νησιά, αλλά και στην πρωτεύουσα της χώρας, την Αθήνα. Περιμένω λοιπόν με ενδιαφέρον και τη διαβούλευση και τις προτάσεις της Επιτροπής, γιατί πρέπει να αποκτήσουν μεγαλύτερο βάρος στην πράξη, και με τεχνική βοήθεια και με χρήματα, οι τοπικές και περιφερειακές αρχές στην αξιοποίηση των τοπικών προγραμμάτων.

Bronis Ropé, *Verts/ALE frakcijos vardu*. – Šis klausimas yra itin savalaikis. Išeiti iš ūkio krizės ir užtikrinti ilgalaikį tvarų ekonomikos augimą ir visų europiečių gerovę bus itin sunku, jei neišnaudosime mūsų miestuose ir regionuose glūdinčio potencialo. Sutinku, Europos Sąjunga neturi įgaliojimų nustatyti valstybių narių vidinę sandarą, tačiau Komisija yra išplėtojusi atviro koordinavimo mechanizmus, o būtent gerosios patirties klaidą daugeliu atveju tampa tuo veiksmu, kuris skatina pokyčius. Noriu prašyti Komisijos skatinti patirties mainus gero valdymo klausimais, ypač akcentuojant gerąją vietos regionų valdžių įtraukimo į sprendimų priėmimo praktiką. Be to, noriu paraginti Komisiją parengti metodologiją, kuria vadovaujantis būtų galima vertinti vidinės valstybių narių administracinės sandaros efektyvumą. Pagrindinis dėmesys joje turėtų būti skiriamas tam, kiek kokybiškai vietos ir regionų valdžios yra įtraukiamos į nacionalinio lygmens sprendimų priėmimo procesą ir kiek pakankamus ir nuosavus išteklius bei įgaliojimus vietos ir regionų valdžios turi tam, kad įgyvendintų savarankišką regioninę politiką arba pritaikytų nacionalinės regioninės politikos sprendimus pagal konkrečius vidinius poreikius. Partnerystės užtikrinimo siūlymas yra labai svarbus, nes tikrosios partnerystės tarp centrinės, vietos, regionų valdžių, bendruomenių ir socialinių partnerių iki šiol labai trūksta. Ji yra daugiau formali nepaisant to, kad vietos valdžia ir bendruomenės yra archaiausios žmonių ir gali tiksliausiai identifikuoti būtiniausius poreikius ir suplanuoti veiklas, ypač turint omenyje regionų skirtumus, kurie tik gilėja patiriant migracijos srautų, globalizacijos ir klimato kaitos padarinius.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la politica di coesione per avere successo deve essere condivisa e basata su una relazione costante fra i vari livelli, dall'Unione europea ai territori. Oggi, per come è congegnata e soprattutto implementata non funziona e non ottiene lo scopo di ridurre il divario tra le diverse regioni europee. Da parte delle autorità regionali esiste un enorme problema di governance e di incapacità amministrativa. Sarebbe troppo lungo citare qui tutti gli sprechi e le opere inutili che negli anni sono state compiute, anche nel mio paese, portando un grave danno socioeconomico e di immagine non solo per le regioni coinvolte ma anche per tutta la politica di coesione.

Oltre all'analisi della scorsa programmazione, che dobbiamo fare, dobbiamo chiederci come ovviare alle criticità riscontrate. Mi riferisco alla bassissima spesa dei primi anni e all'accelerata, improvvisa, incredibile spesa degli ultimi mesi, con il ricorso quindi ai progetti sponda per non perdere le risorse disponibili. Mi duole constatare come la tardiva adozione dei programmi operativi, fondamentale causa delle criticità, si sia ripetuta anche in questa programmazione. Dobbiamo assolutamente invertire la rotta e accelerare sulla nomina delle autorità di gestione, per emanare quindi al più presto i bandi e iniziare i progetti.

Anche l'Europa però ha le sue responsabilità. Vanno ridiscussi i collegamenti della politica di coesione con la governance economica e lo scorporo degli investimenti dal calcolo del deficit. Sin dall'inizio il Movimento 5 Stelle insiste su questi punti e su questi temi e noto che anche altri partiti finalmente condividono la cosa. Lo stesso governo italiano e lo stesso Renzi sembrano convenire, ma temiamo siano azioni di facciata e mere operazioni elettorali. Onorevoli colleghi, ricordiamolo, non è con i vincoli di bilancio, non è con la politica di austerità che si realizza una buona politica di coesione.

Olaf Stuger, namens de ENF-Fractie. – Over twee maanden hebben wij in Nederland een referendum over de overeenkomst met Oekraïne. Nu blijkt afgelopen week dat de heer Soros, een grote Amerikaanse investeerder, 200 000 euro heeft gestort in de campagnekas van het ja-kamp. Er vinden nu onderzoeken plaats, omdat er steeds meer mensen met grote financiële belangen geld in dat ja-kamp stoppen.

Daarmee, Voorzitter, is dit referendum gemanipuleerd. Daaruit blijkt dat Nederland op het gebied van democratisering onderontwikkeld is en onderontwikkelde landen, u noemt dat regio's, de regio Nederland laat ik maar even zeggen, kunnen beroep doen op het regionaal ontwikkelingsfonds. Via u, Voorzitter, zou ik aan de commissaris willen vragen: red de democratie en stort ruimhartig in de campagnekas van het nee-kamp!

[De spreker gaat in op twee "blauwe kaart"-vragen overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Lambert van Nistelrooij (PPE), "blauwe kaart"-vraag. Het kan heel kort. Ik ben erg ontzet over de opmerking van de heer Stuger dat Nederland een onderontwikkeld democratisch gebied is. Hoe kan hij de Nederlandse burgers hier vertegenwoordigen en bovendien deze agenda misbruiken? Want het gaat over de rol van de regio's in het regionaal beleid. U slaat de plank helemaal mis. Kunt u daarop reageren?

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for taking the question, Mr Stuger. I notice you speak about the referendum in the Netherlands and big business getting on the side of the 'yes' campaign. Do you think that the people in the Netherlands will actually take this referendum as a vote on the whole EU itself? Also, as you know, we have a referendum coming up in the UK. Would you have a message for the people of the UK as well?

Olaf Stuger (ENF), "blauwe kaart"-antwoord. – Op het moment dat grote Amerikaanse investeerders - en dan heb ik het even tegen de heer Van Nistelrooy - zich gaan bemoeien met een referendum in Nederland zonder dat de Nederlandse overheid daarop inspeelt, dan kun je erover praten dat er in Nederland een democratisch tekort is waar het gaat om dit referendum en daar heb ik het specifiek over. Daarom is goed om daar aandacht voor te vragen.

Als antwoord op de vraag van de heer Etheridge. Natuurlijk ziet het Nederlandse volk het referendum als een kans om alle opgekropte woede en frustratie over de EU en al haar mislukkingen binnen dat referendum tot uitdrukking te brengen. Ik hoop dan ook op een goede uitslag, op een overweldigend "nee". En ik hoop ook dat dat een prelude mag zijn op het referendum waaraan u binnenkort in het Verenigd Koninkrijk kunt deelnemen.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι τοπικές και περιφερειακές αρχές στη σημερινή Ευρώπη αποτελούν ίσως το βασικό κύτταρο πάνω στο οποίο θα πρέπει να επανοικοδομήσουμε τα κράτη της Ευρώπης. Οι αρχές αυτές σε χώρες όπως η Ελλάδα έχουν αποδυναμωθεί σε μεγάλο βαθμό όχι τόσο λόγω έλλειψης αρμοδιοτήτων, αλλά κυρίως λόγω έλλειψης ανθρώπων. Ο πληθυσμός έχει συρρικνωθεί δραματικά με αποτέλεσμα τη σημερινή άσχημη κατάσταση. Συμφωνώ, λοιπόν, απολύτως πως πρέπει να ενισχύσουμε την Περιφέρεια και κυρίως τους ανθρώπους της. Τους αγρότες, τους κτηνοτρόφους, όλους εκείνους που επιλέγουν να δραστηριοποιηθούν επαγγελματικά στην επαρχία. Σκοπός μας πρέπει να είναι η αποκέντρωση, με την οποία θα βελτιωθεί επίσης και η κατάσταση στα μεγάλα αστικά κέντρα.

Δυστυχώς, η σημερινή Κυβέρνηση στην Ελλάδα έχει βάλει στο στόχαστρο για να εξολοθρευτεί μεταξύ των άλλων κοινωνικών ομάδων και τους αγρότες. Με την πολιτική της καθιστά λόγια άνευ περιεχομένου τα όσα συζητάμε σήμερα εδώ, καθώς δεν θα υπάρχουν σε λίγα χρόνια αγρότες για να τους ενισχύσουμε. Τέλος, θα πρέπει να εξασφαλίσουμε πως όλοι οι πόροι, χρήματα των Ευρωπαίων φορολογούμενων, που θα διατεθούν θα πρέπει να διατεθούν με απόλυτη διαφάνεια και έλεγχο μακριά από οποιαδήποτε υπόνοια διαφθοράς αν θέλουμε να έχουμε απτά αποτελέσματα.

Θα ήθελα να στείλω ένα μήνυμα προς την Ελλάδα, στην οποία σήμερα υπάρχει πανελλαδική, πανεργατική απεργία, απέναντι σε μια μνημονιακή Κυβέρνηση της Αριστεράς, η οποία συνεχίζει τα μνημόνια και εξαθλιώνει τις ζωές των Ελλήνων.

Joachim Zeller (PPE). – Herr Präsident! Frau Kommissarin! Wir wissen, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Erreichung der Ziele der Europäischen Union, wie sie in der Strategie EU 2020 fixiert sind, eine wichtige Rolle spielen. Lokale und regionale Gebietskörperschaften tragen viel Verantwortung bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen – wie jetzt der Integration, Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Migrantinnen. Deswegen war und ist es die Forderung des Europäischen Parlaments, dass die Kommunen und Regionen noch viel stärker als bisher in die Partnerschaftsvereinbarungen, die operationellen Programme und Projekte im Rahmen der europäischen Strukturfonds einbezogen werden sollten.

Wir müssen jetzt feststellen, dass das nicht in vollem Umfang gelungen ist. So werden die 5 %, die für städtische Projekte vorgesehen sind, nicht in allen Ländern an die Städte ausgereicht. Unsere vorliegende Erschließung ist jetzt ein Aufruf und ein Weckruf an die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten, bei der Umsetzung der Strukturfonds in der Regionalpolitik Kommunen und Regionen stärker zu berücksichtigen. Den nur vor Ort, in den Kommunen, bei den Bürgerinnen und Bürgern, kann europäische Politik und europäischer Zusammenhalt auf diese Art und Weise sichtbar werden.

(Die Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Tisztelt képviselő úr! Én magam is egyetértek azzal, hogy sokkal jobban be kell vonni a helyi, illetve regionális hatóságokat ennek az alapnak és más alapoknak a munkájába. Tehát az egyetértés megvan. Azt viszont kérdezném Öntől, hogy hogyan lehet ezen belül megakadályozni azt, hogy a politika, a politikai pártok kezére jussanak bizonyos pénzeszközök, minekutána maguk ezek a hatóságok is politikailag erősen kitettek?

Joachim Zeller (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Auch in lokalen und regionalen Gebietskörperschaften spielt Politik eine Rolle. Aber wie die Mittel verwendet werden, die im Rahmen der Regionalpolitik zur Verfügung gestellt werden, das haben wir in den Verordnungen niedergelegt, und auch an diese Verordnungen müssen sich die politisch Verantwortlichen halten. Mir ist nicht bekannt, dass Mittel der Regionalpolitik für Parteipolitik missbraucht werden dürften. Das wäre ein klarer Verstoß und müsste dementsprechend auch verfolgt und geahndet werden.

Louis-Joseph Manscour (S&D). – Monsieur le Président, mes chers collègues, je me réjouis de voir que le débat porte aujourd'hui sur le rôle clé des autorités locales et régionales dans le développement de nos territoires et, principalement, sur les villes comme source de croissance et d'emploi, et traite donc de la politique urbaine.

Comme vous le savez, en 2015, 40 % de de la population de l'Union européenne résidait dans les villes. Se doter d'une politique urbaine efficace est une nécessité. Je veux néanmoins attirer votre attention sur les inquiétudes de certaines régions de l'Union qui ont vu, depuis la crise financière, se creuser des écarts de développement entre les zones urbaines et les zones rurales. C'est encore plus vrai s'agissant des régions ultrapériphériques, qui cumulent – comme vous le savez aussi – de nombreux handicaps.

La politique de cohésion doit donc conserver son esprit initial de solidarité territoriale, qu'il est important de ne pas remettre en cause. La complémentarité entre les différents territoires est une réalité, et celle-ci nécessite une approche transversale, guidée par le principe de subsidiarité, tant au niveau européen qu'au niveau de chaque État membre.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, nosotros entendemos que, desde la Unión Europea y con base en el proyecto comunitario, podemos establecer unas líneas comunes orientadas, por un lado, al rescate ciudadano, a través de la creación de empleo y, por otro, a la transformación social hacia un modelo más sostenible medioambientalmente hablando.

Debemos, por tanto, potenciar toda inversión bien dirigida a cubrir estos dos objetivos, teniendo en cuenta que, efectivamente, son las entidades locales y las organizaciones de la sociedad civil quienes mejor capacidad tienen para evaluar dónde debemos concentrar todos los esfuerzos. Así pues, debemos trabajar en una gestión e inversión más participada para maximizar el impacto que tengan los Fondos.

No obstante, el uso combinado de los cinco Fondos Estructurales y de Inversión Europeos no debería dejar la puerta abierta a posibles recortes ni a primar el desarrollo urbano en detrimento del rural pues, a día de hoy, estos Fondos europeos son la principal vía de financiación de proyectos sociales para el desarrollo de ciertas regiones en desventaja territorial, social o económica.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, I know that you, Madam Commissioner, are a fair and reasonable person, so I am going to highlight a problem that we have, and there may be a way that you can help us and show your own personal fairness to my region. The first problem we have is that in my region of the West Midlands of the United Kingdom we are being forced into a combined authority, which is actually designed entirely around getting loans and funding from the EU. It is being done behind closed doors, it is being done in a dishonourable way, and the people have not had a chance to vote on it. This gives a bad reputation to the EU and to the whole idea of city regions and authorities. However, Madam Commissioner, there is an opportunity for you to show your personal honourable nature.

There is an issue in the West Midlands where we need help from regional funding, and after all the UK does contribute far more to the EU than we ever get out. It would be wonderful if you could come and have a look at the region with me. In particular I would like to raise with you the issue of Dudley Hippodrome, which requires funding to get it back off the ground. It is a matter of culture, it is a matter of arts, and it would be very good for the local economy in an area that has suffered recently. So thank you for listening, Madam Commissioner.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Olaf Stuger (ENF), “blauwe kaart”-vraag. – Mijnheer Etheridge, ik ken u als een afgevaardigde die hele nauwe contacten met zijn achterban onderhoudt en wat ik me nou afvraag, ook in het kader van wat er in Nederland gebeurt, is hoe is nu de sfeer, als u in uw regio komt, bij de mensen die daar de afgelopen jaren hun baan hebben verloren, die tot hier in de schulden zitten en veel belasting moeten betalen? Hoe is de sfeer ten opzichte van de EU en ten opzichte van regionale ontwikkeling? Kennen ze het begrip regionale ontwikkeling überhaupt? Hebben ze ermee te maken? Zien ze er wat van terug?

Bill Etheridge (EFDD), blue-card answer. – The people from my area in the West Midlands do not understand the concept of regional development; they do not understand that it is all part of ‘cohesion’ and to make for easier European governance. What they do feel is that they want to be freer; they do feel, because they voted in large numbers for my party and always do, that the EU is not necessarily helpful to them. The hardships that have been suffered in my area, with unemployment and with wages being driven down by uncontrolled immigration, have caused the people of my area to feel very bitter towards the EU. They want change and they want to be free.

Steeve Briois (ENF). – Monsieur le Président, j’ai écouté attentivement les propos de Corina Crețu et je suis un peu inquiet, car nous sommes à un tournant du transfert de compétences des États membres, car, à terme, ce qui est recherché, c’est que les autorités régionales remplacent les États membres.

D’ailleurs, Corina Crețu l’a un peu avoué car elle a déclaré que, en matière d’accueil des migrants, il fallait parfois aider les villes contre, bien souvent, l’avis de l’État membre.

Nous assistons là à un véritable contournement de souveraineté qui n’est pas acceptable. Ma question est donc la suivante: quel sera demain le rôle politique des États membres lorsqu’ils seront en divergence profonde avec une autorité locale?

Presidente. – Possiamo ora al «catch-the-eye». Ci sono moltissime richieste di intervento. Non credo di poter concedere a tutti la possibilità di intervenire, perché ci sono circa una quindicina di richieste.

Procedura «catch-the-eye»

Андрей Новаков (PPE). – Г-н Председател, г-жо Комисар, първо искам да поздравя г-н ван Нистелрой за усилията по тази резолюция, която е дългоочаквана в нашата комисия по регионално развитие, както и г-жа Михайлова, че подкрепя подобни инициативи.

Както знаете, 80% от европейския бюджет се управлява от държавите членки и огромен процент от тези пари се разходват в европейските общини чрез проекти, които се реализират на тяхна територия. Често пъти обаче много голяма част от тези пари общините имат трудности да ги реализират, да ги превърнат в проекти. Казват, че единственото по-лошо от това да нямаш пари, е да имаш и да не знаеш какво да ги правиш.

За да избегнем такава ситуация, аз предлагам няколко неща: Първо, подкрепа за общините „от А до Я“, от подбора на проектите през подаването, отчитането и управлението им, така че да не се допускат грешки; да създадем гъвкаво финансиране. Познавам много кметове в много държави, които не могат да си позволят да реализират проект, защото нямат пари. Трябва да насърчаваме държавите да създават компенсаторни механизми за това.

Andrea Cozzolino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, solo un'osservazione vorrei fare alla signora Commissario: noi da un lato abbiamo un progressivo rafforzamento del ruolo delle autorità locali – città, regioni e addirittura macroregioni – con l'agenda urbana, ma contemporaneamente viene avanti, con la riforma della governance economica a livello europeo, tra Semestre europeo, vincoli di bilanci e programmi di riforma, un condizionamento del ruolo della sussidiarietà e della politica di coesione. Sono due tendenze che richiedono probabilmente un supplemento di riflessione per capire anche qual è la nuova funzione della politica di coesione e soprattutto qual è il ruolo delle autorità locali. Io vorrei che su questo si aprisse una riflessione, con attenzione, per evitare nei prossimi mesi e nei prossimi anni di trovarci di fronte a due fenomeni che non convergono ma si separano.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, lokalna i regionalna tijela najbolje su upućena u probleme s kojima se razne sredine susreću. I zato smatram da moraju imati veću ulogu u upravljanju strukturnim i investicijskim fondovima. No, bojim se da u nekim državama članicama takva tijela nažalost nemaju potreban kapacitet, ali ni iskustvo za upravljanje ovakvim programima. Veće i razvijenije članice koje desetljećima njeguju princip decentralizacije i jačaju kapacitete jedinica lokalne i regionalne samouprave u ovom su smislu u velikoj prednosti pred manjim, novijim i slabije razvijenim članicama.

Zato smatram da bi Komisija trebala poticati države članice na decentralizaciju i razmjenu najboljih praksi u području ustrojstva jedinica lokalne i regionalne samouprave s ciljem da se u doglednoj budućnosti što više odluka važnih za živote građana donosi u njihovoj neposrednoj blizini.

Președintă: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

Jozo Radoš (ALDE). – Gospođo predsjednice, gospođo povjerenice, najprije bih zahvalio kolegama iz Odbora za regionalni razvoj za pokretanje ove vrlo važne teme. Svaka investicija iz svakog fonda završava u nekoj lokalnoj ili regionalnoj sredini i zato je važno njihovo sudjelovanje. Stoga se slažem i podupirem prijedloge kolega da jedinice lokalne i regionalne samouprave imaju izravan pristup europskim fondovima ili pak postavljanje pravila po kojima će središnje vlasti biti obavezne omogućiti jedinicama lokalne i regionalne samouprave sudjelovanje u tim fondovima pod jednakim uvjetima bez stranačke diskriminacije i bez regionalne diskriminacije, što se ponekad događa. Jednako tako pozivam Komisiju da predloži mjere koje će omogućiti praćenje ovog mehanizma. S time sam uvjeren bilo bi korištenje europskih fondova puno bolje nego što je to sada.

Ivana Maletić (PPE). – Gospođo predsjednice, ono što bih htjela naglasiti je da su temeljni principi regionalne politike partnerstvo i višerazinsko upravljanje. Međutim, često se u praksi zaista ne primjenjuju. Imamo priliku vidjeti u mnogim državama članicama operativne programe koji su na nacionalnoj razini doneseni, a lokalne i regionalne jedinice se u njima ne prepoznaju.

Zbog toga predlažem da u budućnosti, kada razmišljamo o razvoju kohezijske politike, jedno od pravila koja trebamo uvesti bude da se zaista operativni programi donose regionalno, da budu regionalni operativni programi i da to vlasništvo nad njihovom provedbom bude na regionalnoj razini.

Ono što je jako bitno je uključivanje i regionalnih jedinica u ekonomske politike, to je često zanemareno. Govorimo o potrebi povezivanja kohezijske politike s Europskim semestrom, ali bez uloge regionalnih jedinica ne možemo ni to postići.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è un dato che nella politica di coesione il grado di consultazione delle autorità regionali e locali, dalla fase dei negoziati sulla normativa all'adozione dei programmi operativi, è aumentato poco nel corso del tempo. Solo un terzo degli Stati membri consultati nel 2015 dal Consiglio dei Comuni e delle Regioni d'Europa ha stabilito le proprie priorità finanziarie di concerto con gli enti locali e le regioni. Va consentito ai Comuni e alle Regioni di negoziare, entro un quadro legale stabile, investimenti nelle aree prioritarie essenziali per il loro sviluppo. È fondamentale che le autorità locali e regionali siano coinvolte nelle fasi di ideazione, implementazione e monitoraggio dei programmi, istituendo ad esempio task force miste che riuniscono i diversi livelli di governance, i partner socioeconomici e la società civile. La Commissione deve avviare al più presto una consultazione pubblica sulle modalità atte a rafforzare il ruolo delle autorità regionali e locali e poi, su quella base, avviare una formale iniziativa. La creazione di un vero e proprio partenariato tra Stati membri, Regioni ed enti locali è essenziale per favorire la crescita economica e la creazione di posti di lavoro sostenibili.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Koleżanki i Koledzy! Władze lokalne i regionalne, które są odpowiedzialne za 70 procent inwestycji publicznych, są bez wątpienia kluczowym podmiotem w odniesieniu do funduszy strukturalnych. Ich rola i zaangażowanie w kształtowanie i wdrażanie unijnych strategii niewątpliwie rośnie, musimy jednak zadbać o to, by przybierało to formę rzeczywistego partnerstwa, a nie jedynie mechanicznego wypełnienia przez państwa członkowskie zobowiązań wynikających z rozporządzeń. Pole do wykorzystania ich wiedzy i doświadczenia widzę również w Europejskim Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych, na przykład poprzez zaangażowanie ich w Europejskie Centrum Doradztwa Inwestycyjnego. Wierzę, że jedynie prawdziwa oparta na wzajemnym zaufaniu współpraca pomiędzy samorządem, państwami członkowskimi i Komisją pozwoli na zwiększenie efektywności polityki spójności i przełoży się na długofalowe korzyści dla gospodarki unijnej.

(End of catch-the-eye procedure)

Corina Crețu, Membră a Comisiei. – Doamnă președintă, stimați membri ai Parlamentului European, vă mulțumesc foarte mult pentru contribuțiile dumneavoastră. În ceea ce mă privește, știți foarte bine, consider că partenerii noștri principali în ceea ce privește politica regională sunt reprezentanții de autorități locale și regionale, președinții celor peste 280 de regiuni. Avem consultări permanente. Consider că ei sunt cel mai aproape de oameni, înțeleg cel mai bine nevoile locale, politicile și inițiativele care pot schimba viața oamenilor în domeniul creării de locuri de muncă, al inovării, condițiilor de sănătate, mediului, energiei, transportului. Știu, pe de altă parte, că aceste regiuni au propriile lor limite. În primul rând, au nevoie mai mult decât autoritățile naționale de suport bugetar și de cofinanțarea proiectelor.

Împărtășesc, de asemenea, punctul dumneavoastră de vedere: rolul orașelor este foarte important. Sunt recunoscătoare președinției olandeze pentru faptul că acordă o importanță deosebită agendei urbane. În orașele din Uniunea Europeană, fie ele capitale sau orașe mici și mijlocii, locuiește peste 70 % din populația Europei. Sunt motoare ale creșterii și creării de locuri de muncă.

Sunt, de asemenea – și întreaga Comisie Europeană este – recunoscătoare Parlamentului European pentru sprijinul și contribuția sa la principiul parteneriatului, căruia îi acordăm, bineînțeles, o importanță majoră. Împărtășesc punctul de vedere al domnului van Nistelrooij, că este necesară o dezbatere publică în legătură cu modul în care acest principiu al parteneriatului și principiul guvernării pe diverse paliere este aplicat.

Practic, săptămâna viitoare voi fi în plenul Comitetului Regiunilor, unde vom discuta acest subiect și sigur că îmi va face mare plăcere să vin și în fața dumneavoastră să discutăm acest subiect. Cred că este nevoie de un schimb de bune practici din acest punct de vedere. Așa cum spuneam, sunt țări care au această cultură, această tradiție de a elabora proiecte împreună cu organizațiile societății civile, cu mediul academic. În alte țări, practic, autoritățile locale consideră că sunt singurii care pot lua decizii, fără a se consulta cu cetățenii și cu reprezentanții acestora. Deci este un motiv pentru care am acordat o atenție sporită să ne asigurăm că autoritățile locale și regionale sunt cu adevărat implicate în negocierile acordurilor de parteneriat și programelor operaționale. Știți foarte bine că în noua perioadă de programare acest principiu reprezintă o condiționalitate ex-ante.

Nu pot să răspund tuturor celor care au adresat întrebări, dar domnul Jakovčić a adresat o întrebare care a revenit și în discursul altor colegi. Aș vrea să spun că fiecare țară are dreptul să se organizeze cum dorește. Important este ca această organizare și implementarea proiectelor să răspundă regulamentelor și legalității gestionării fondurilor europene. Avem țări ca Polonia, de pildă, care este un stat centralizat, dar care a performat foarte bine în domeniul fondurilor europene, dar avem și, de pildă, experiența Franței, care acum a trecut la un sistem descentralizat și care funcționează foarte bine. Sigur că fiecare țară, așa cum spuneam, are dreptul să se organizeze așa cum dorește. În orice caz, noi vom continua să monitorizăm modul în care este pus în aplicare principiul parteneriatului în baza articolului 5 din Regulamentul privind dispozițiile comune pentru fondurile europene și de investiții.

În legătură cu problema refugiaților, aș vrea să răspund îngrijorărilor dumneavoastră. Noi nu forțăm niciun stat, niciun oraș, nicio regiune să folosească fonduri europene. Am adresat această scrisoare tuturor miniștrilor pentru a-i înștiința că suntem dispuși să schimbăm programele operaționale. Suntem conștienți că, acum un an, atunci când acestea au fost elaborate, această provocare în privința refugiaților nu exista. Așa cum spuneam, Italia este singura țară care a solicitat schimbarea programelor operaționale și deja am direcționat 220 de milioane de euro pentru spitale mobile, grădinițe, probleme sociale pentru integrarea migranților. Alte state, cum sunt Franța, Olanda, Germania deja folosesc fonduri europene pentru integrarea migranților, dar nu există nicio legătură în regulamentele noastre între alocarea de fonduri europene și problema refugiaților.

Aș vrea să fac o ultimă precizare. Sunt destul de uimită să văd un reprezentant UKIP vorbind de necesitatea fondurilor europene. Știu că proveniți dintr-o regiune mai puțin dezvoltată, care a suferit foarte mult, unde au fost închise mine. Îmi va face mare plăcere să vin alături de dumneavoastră și să arătăm cetățenilor din Marea Britanie în ce măsură politica de coeziune a contribuit la reconversia profesională și crearea de noi locuri de muncă într-o regiune atât de afectată și poate că vom putea contribui împreună la consolidarea acestei idei a solidarității și a nevoii de a avea o Europă unită.

Vă mulțumesc foarte mult și, desigur, urmează să discutăm în continuare pe această temă.

President. – I have received one motion for a resolution tabled in accordance with Rule 128(5) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – ES sanglaudos politika 2014-2020 m. programavimo laikotarpiu vis dar yra svarbiausia, visus ES regionus apimanti investavimo priemonė. Kartu tai yra ir galimybė pradėti geriau principą „iš apačios į viršų“ atitinkantį procesą, siekiant užtikrinti tvarų ekonomikos augimą, remti darbo vietų kūrimą, verslumą ir inovacijas vietos ir regionų ekonomikos lygmenimis, o taip pat gerinti piliečių gyvenimo kokybę, kurti solidarumą ir stiprinti ES regionų vystymąsi. Europos regioninės plėtros fondo reglamente numatyta, jog 5 proc. ERPF lėšų turėtų būti skiriama integruotiems tvarios miestų plėtros veiksams skatinti, o miestų, subregionų ir vietos lygmens organai, atsakingi už tvarių miestų strategijų įgyvendinimą, turėtų būti atsakingi už veiksmus, bent jau susijusius su operacijų pasirinkimu. Todėl noriu dar kartą pabrėžti, kad vietos ir regioninių valdžios institucijų administracinių pajėgumų stiprinimas ir struktūrinių trūkumų mažinimas yra itin svarbūs ir veiksmų programų programavimo, ir įgyvendinimo etapais, taip pat norint pasiekti didesnę ESI fondų panaudojimo lygį. Todėl raginu Komisiją užtikrinti, kad vietos ir regioninėms valdžios institucijoms, jų administracijoms ir organams būtų teikiama pajėgumams stiprinti skirta parama, kad jie galėtų atlikti savo itin svarbų vaidmenį įgyvendinant sanglaudos politiką, ypač kai įgyvendinimo užduotys perduodamos žemesnio lygmens administracijoms, visų pirma miestų administracijoms.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Autoritățile locale sunt principalii actori responsabili pentru implementarea politicii de coeziune. Ele se află în contact direct cu cetățenii și răspund întotdeauna nevoilor acestora. Însă, în unele state membre, centralizarea excesivă face ca nivelul local să fie mai puțin luat în seamă în procesul de luare a deciziilor. O etapă ce precedă inițiativele legislative o constituie procesul de consultare publică a cetățenilor. Din păcate, se constată o participare redusă la aceste consultări din partea actorilor de la nivel local în statele cu sisteme centralizate. Prin urmare, se impun măsuri pentru creșterea gradului de implicare a acestor autorități și identificarea unor metode prin care consultările publice să devină cât mai atractive.

Mai mult decât atât, sunt convins că putem contribui la responsabilitatea deciziilor la aceste niveluri prin încurajarea măsurilor de guvernare participativă. Avem la dispoziție instrumente precum ITI și DLRC, care au ca scop implementarea inițiativelor locale prin creșterea gradului de implicare a actorilor și a accesului la finanțări ce urmăresc exploatarea potențialului local de dezvoltare. Parteneriatele pe verticală între actorii de la diferite niveluri, precum și atragerea partenerilor din sectorul privat garantează succesul acestor inițiative.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az európai strukturális és beruházási alapok megalkotásának célja a fenntarthatóság és növekedés elérése volt, melyek a gazdasági, a társadalmi és a kohéziós fejlődést segítik elő. Mint tudjuk, a gazdasági és társadalmi előfeltételek biztosítottak, melyek többek közt hozzájárulnak és elérhetőbbé teszik ezen alapokat a tagállamok számára. Az európai strukturális és beruházási alapok, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap összekapcsolásán túl fontos tényező a helyi és regionális hatóságok az alapok kezelésében való több szerephez juttatásának kérdése. Legfőképpen a kisebb szervezeteknek vagy cégeknek okozott a múltban többletköltséget és időbeli hátrányt a túlzott ellenőrzések és a bürokratikus szabályok sokasága. Ezért előnyt jelenthetne e módosítás az eszközök ésszerűbb elosztásában, ezen felül egyszerűsödik a hozzáférhetőség, így növekszik a felhasználók motivációja is. Ha a helyi és regionális hatóságok közvetlenebb módon tudják kezelni az alapokat, a feltételek gördülékenyebben és konkrétanabb fogalmazhatóak meg az adott területi, illetve más körülményeknek megfelelően.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az uniós kohéziós politika a többszintű kormányzás egyik legjobb példája. A regionális és helyi hatóságok bevonása a döntéshozatalba indokolt, hiszen ezek a hatóságok állnak a legközelebb a polgárokhoz, ismerik legjobban a helyi fejlesztési igényeket, továbbá a velük való konzultáció erősíti az Unió demokratikus dimenzióját is. Az állásfoglalási indítvány bátorít az uniós strukturális és beruházási alapok és az egyéb uniós programok közötti szinergiák kihasználására, mely folyamatban a helyi és regionális hatóságok hasznos szerepet tudnak játszani. Ugyanakkor az indítvány felhívja a figyelmet, hogy bár legtöbbször egyeztettek a helyi és regionális hatóságokkal a partnerségi megállapodásokkal és operatív programokkal kapcsolatos tárgyalások során, bevonásuk nem jelentett teljes partnerséget. Továbbá a hatóságokkal való konzultáció mértéke tagállamonként eltér. Fontosnak tartom a helyi és a regionális hatóságok adminisztratív és intézményi kapacitásának erősítését, hiszen ezáltal hatékonyabban részt tudnak venni a kohéziós politika formálásában. Ugyanakkor úgy vélem, a hatóságokkal való konzultáció nem járhat a kohéziós politikát jellemző, egyébként is súlyos adminisztratív terhek növekedésével, valamint a döntéshozatal jelentős lassulásával.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – ESIF represents the EU's main investment policy tools with a total budget of €454 billion for 2014-2020. The ESIF budget for Romania will deliver a critical mass of investments for the following programmes: Rural Development Programme – €8,127,996,402; Aid for the Most Deprived Operational Programme €441,013,044; Human Capital Operational Programme €4,236,838,744; Administrative Capacity Operational Programme €553,191,489; European Maritime and Fisheries Fund Operational Programme €168,421,371; Large Infrastructure Operational Programme €9,418,524,484, €1,329,787,234; Regional Operational Programme €6,700,000,000; and the Technical Assistance Operational Programme €212,765,958. The allocated ESIF budget for my country totals €31,278,538,726 which represents approximately 13% of the total ESIF Budget.

I support the calls in this report underlining the key role played by local and regional authorities in shaping and implementing EU's strategies and in achieving cohesion policy objectives. The report reiterates that the European Code of Conduct and the reinforced partnership principle will set out legal involvement of local and regional authorities providing minimum requirements for their involvement in all phases of preparation and implementation of the operational programmes. The report concludes that these funds are essential for Europe's as well as Romania's ability to address medium and long-term development challenges.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Zbog svoje bliskosti građanima, lokalne i regionalne vlasti imaju ključnu ulogu u oblikovanju i provođenju strategija Europske unije. Lokalne i regionalne vlasti kroz kohezijsku politiku Europske unije mogu stvoriti nove poslove, potaknuti poduzetničke inovacije i rast. Regionalne i lokalne vlasti moraju uložiti više napora kako bi se ostvarila veća stopa iskorištenosti europskih strukturnih i investicijskih fondova. Zbog toga, ključno je riješiti strukturne slabosti lokalnih i regionalnih vlasti u fazi izrade i provedbe operativnih programa kako bi ta tijela zauzela bolju poziciju u kohezijskoj politici. Kohezijska politika dobar je primjer višerazinskog upravljanja s pristupom „odozdo prema gore”. U takvom pristupu lokalna i regionalna tijela vlasti u svom bavljenju europskim strukturnim i investicijskim fondovima postižu ravnotežu između ostvarivanja veće ekonomske, socijalne i teritorijalne povezanosti i utjecaja politika Europske unije na lokalnoj i regionalnoj razini. Lokalne i regionalne vlasti danas su suočene s izazovima kao što su globalizacija, klimatske promjene, energetska sigurnost i migracijski valovi, te treba uzeti u obzir da svaka regija ima svoje specifičnosti i posebne potrebe.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Dezvoltarea regională nu se poate realiza fără implicarea decisă a autorităților publice locale. Administratorii comunităților europene, urbane sau rurale sunt cei mai în măsură să decidă prioritățile și programele pentru dezvoltarea locală și regională. Având în vedere nevoia permanentă de a aduce decizia mai aproape de cetățenii europeni, susțin creșterea rolului autorităților locale și regionale în modelarea politicilor de investiții europene. Apelul către Comisie este justificabil. Autoritățile locale pot avea un rol determinant în dezvoltarea regională, în crearea de locuri de muncă și în creșterea economică, numai dacă ținem cont de faptul că statele non-federale au nevoie de proceduri care să aducă guvernarea locală mai aproape de structurile de investiții. Comisia trebuie să vină cu soluții concrete pentru consolidarea rolului local și regional în UE. Resursele reduse la nivelul unor administrații locale rămâne principalul impediment în calea contractării și cofinanțării lucrărilor masive de dezvoltare, de la transport și infrastructură și până la sănătate sau mediu. Spre exemplu, câte dintre proiectele care sunt în analiză sau în derulare din cadrul Planului de Investiții pentru Europa sunt inițiate și gestionate de autoritățile publice locale europene? Fără îndoială, prea puține.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, регионалните и местните органи са най-близо до гражданите и най-добре виждат местните нужди, политиките и инициативите за подобряване на живота на гражданите – разкриването на работни места, здравеопазването, околната среда, енергетиката, транспорта и т.н. От друга страна, тези органи разполагат с ограничени средства в сравнение с националното равнище и се нуждаят от по-значима бюджетна подкрепа, както за съфинансиране на проекти, така и за конкретни местни политики.

Като цяло регионалните и местните органи трябва да могат да участват в оформянето на общоевропейските и националните политики, които имат въздействие върху регионалното и местното равнище. Безусловно има тенденция за увеличаване на степента на консултиране на регионалните и местните органи в политиката на сближаване, но това консултиране е твърде различно между отделните страни членки.

Градовете са двигатели за икономически растеж и заетост и идеална платформа за иновации и нововъзникващи предприятия. Стратегиите за интелигентни градове и за интелигентна специализация са две направления, които бързо могат да се превърнат в специфични политики или инициативи на ЕС. В тази връзка ЕК следва да предприеме инициатива за укрепване на ролята и въздействието на местните и регионални органи върху управлението на европейските структурни и инвестиционни фондове, за да могат същите да служат по най-ефективен начин на европейските граждани.

7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

7.1. Lage der Menschenrechte auf der Krim, insbesondere in Bezug auf die Krimtataren

President. – The next item is the debate on seven motions for resolutions on the human rights situation in Crimea, in particular of the Crimean Tatars (2016/2556(RSP)).

Reinhard Bütikofer, *author*. – Madam President, I think it is fitting and appropriate that this Parliament comes together in a joint resolution to highlight the human rights situation in the occupied Crimean territories. In particular, the Crimean Tatars have been persecuted from the very beginning of the Russian invasion. Their elected representatives have been prohibited from fulfilling their electoral duties pursuant to Ukrainian law. In fact, Russia has been carrying out repression against Crimean Tatars because there is a very widely expressed mistrust of this part of the population.

We think that it is very important that Parliament expresses its solidarity. We are happy that we can share that together.

Anna Elżbieta Fotyga, autorka. – Dwa lata temu wielonarodowa grupa posłów Zgromadzenia Parlamentarnego NATO podróżowała do Kijowa, żeby w Werchownej Radzie prowadzić rozmowy o bezpieczeństwie Ukrainy. W jej składzie była między innymi Federica Mogherini. Prezydentem był wówczas Janukowycz, pacyfikacja Majdanu miała się zdarzyć za kilka dni, a aneksja Krymu za kilka tygodni. W nocy krążyłam po Majdanie, wspinałam się na barykady, oglądałam twarze Berkutu, chyliłam czoła w miejscach, gdzie snajperzy dopadli pierwsze ofiary, rozmawiałam ze zwykłymi ludźmi. Nie mam wątpliwości, że o zmianach na Ukrainie przesądziła wola tych zwykłych ludzi i ona prowadzi ten kraj ku zmianom pomimo wielu trudności.

Jesteśmy im winni solidarność. Przypominam o polityce nieuznawania aneksji Krymu. Putin potrafi prowadzić kombinacje operacyjne mające skruszyć naszą solidarność. Poddanie się tym operacjom byłoby przejawem wielkiej słabości z naszej strony i dlatego bardzo dziękuję wszystkim kolegom za podjęcie tego tematu. Proszę o przyjęcie rezolucji.

Pier Antonio Panzeri, Autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le violazioni dei diritti umani in Crimea sono bruscamente aumentate dopo l'occupazione e l'annessione illegale della penisola da parte della Russia. Diverse organizzazioni internazionali hanno riportato molte violazioni contro la comunità tatara, la cui maggioranza ha espresso obiezioni riguardo all'occupazione russa e ha boicottato il referendum, il cosiddetto referendum del 16 marzo. Questi abusi includono rapimenti, sparizioni forzate, violenze, tortura ed esecuzioni extragiudiziali, che le autorità non sono riuscite a indagare e perseguire. Coloro che hanno rifiutato di assumere la cittadinanza russa, ad esempio, dopo l'annessione continuano a subire discriminazioni in tutti i settori della vita politica, sociale ed economica. I media ucraini e tatarsi sono stati messi a tacere e vari giornalisti si sono quindi visti costretti a fuggire dalla Crimea per paura di essere perseguiti. Denunciamo questa situazione perché cessi al più presto.

Cristian Dan Preda, Autor. – Doamnă președintă, vreau să vă spun că mă bucur foarte mult că discutăm astăzi, în sfârșit, despre Crimeea. Grupul meu politic încearcă de mai bine de jumătate de an să introducă pe agenda acestei adunări discuția despre Crimeea și trebuie spus că am avut o opoziție foarte serioasă din partea celorlalte grupuri politice. Singurul grup care ne-a sprijinit a fost cel conservator, până în această lună.

Motivul e atitudinea ambiguă față de Rusia, de fapt, și față de ocuparea peninsulei Crimeea. Suntem într-un moment în care un grup politic important din Parlament ne cere să mergem ca delegație oficială la Moscova. Cred că e inacceptabil să facem un asemenea pas, până când toți colegii noștri din Parlament care sunt pe lista neagră a Kremlinului, nu sunt scoși de pe această listă și, de asemenea, până când Rusia nu părăsește Crimeea. Mi se pare că normalizarea relațiilor presupune acest pas.

Tania González Peñas, autora. – Señora Presidenta, en Crimea estamos viendo cómo los intereses geopolíticos se anteponen, una vez más, a la vida de la población. Nos preocupa la situación económica y social de la población, algo que no se va a resolver mientras permanezca el bloqueo. Por eso, entendemos que es necesario levantarlo, para no hacer recaer aún más el drama sobre la población civil.

Y nos preocupa muy especialmente la violación de los derechos humanos y la situación de los derechos de la comunidad tártara y otras minorías étnicas en este conflicto. Los derechos de las minorías étnicas y las poblaciones indígenas deben ser respetados en Crimea como en cualquier parte del mundo.

Por todo ello, es necesaria una negociación auspiciada por las Naciones Unidas, así como crear las condiciones necesarias para el acceso de periodistas, organizaciones de ayuda humanitaria y de defensa de los derechos humanos. Es urgente que puedan actuar mientras se resuelve este conflicto.

Petras Auštrevičius, author. – Madam President, Russia's president, Vladimir Putin, in a recent interview he gave to the German newspaper *Bild* said the following: 'the nationalist group in the Ukrainian capital of Kyiv in February 2014 has hugely scared 2.5 million Russian people living in Crimea. So what did we do? We have not gone to war; we have not fired; not a single person was killed'.

President Putin, you keep lying to the whole world. As the chief commander of your little, polite and green men, you bear a personal responsibility for those who have disappeared or been murdered since 2014 in Crimea. Let me read the following names of Crimean Tatars who lost their lives: Reshat Ametov, Timur Shaymardanov, Seran Zinedinov, Islam Dzheparov, Dzhevdet Islamov, Eskender Apsalyamov, Ruslan Ganiyev, Arlen Terekhov. The list is not complete.

Let us not repeat the mistakes of the 20th century. Let us call things by their right names.

Andrej Plenković, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, our resolution supports the clear choice by Ukraine to pursue the European path and again draws the attention of the international community to the severe breaches of human rights in Crimea, which was illegally annexed by Russia. We strongly support the Crimean Tatars as an indigenous people who face discrimination and abuse because of their opposition to the occupying authorities.

The European Union must continue its policy of non-recognition of the annexation and maintain the related sanctions against Russia. If the Russian authorities want to improve their relations with the European Union, they should withdraw from the Crimea and allow Ukraine to re-establish control over its territory. It is vital that international organisations, human rights NGOs and the media have unimpeded access to Crimea and that their presence is coordinated with the Ukrainian authorities.

Therefore I welcomed the mission of the Special Representative of the Secretary-General on Human Rights of the Council of Europe. I also support the proposed ‘Geneva Plus’ format and believe that the question of Crimea’s return to Ukraine and efforts to stop the conflict in the East, specifically in the Donetsk and Luhansk oblasts, should not be decoupled. We know that the causes of these two problems are the same.

Tibor Szanyi, *a S&D képviselőcsoport nevében*. – Szeretném, hogyha világossá tennénk, ebben a Parlamentben az összes fontos politikai erő igenis amellett van, hogy a Krim helyzete megoldódjon, és ennek elsődleges eszköze, hogy Putyin, illetve Putyin által támogatott erők hagyják abba azt a merényletet, amit a krími emberek ellen, azokon belül is a tatárokkal szemben alkalmaznak. Én úgy látom, hogy azok a törekvések itt, ebben a Parlamentben, amelyek egyébként Európa gyengítését és a szolidaritásunk kifejezésének a lehetőségét csökkentik, ezek lényegében Putyinnak tesznek szívésséget. Ajándék Putyinnak minden olyan mozdulat itt az Európai Parlamentben, az Európai Unióban, ami az egységünket bomlasztja. Így a magam részéről minden erőt felkérek arra, hogy igenis tartsunk ki az Európai Unió által az oroszokkal szemben bevezetett szankciók mellett, és senki ne próbálkozzon ezek oldásával pusztán azért, mert esetleg más okai vannak. Az európai egység meggyengítése a legnagyobb bűn, amit el tudunk követni.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Wie de Krim ooit heeft bezocht in betere tijden weet dat dit een regio was met een levendige toeristische sector, een mooi mozaïek van verschillende talen, culturen en tradities. Ik was er zelf nog op rondreis enkele maanden vóór de annexatie door Rusland. Een juweel aan de Zwarte Zee is nu een schiereiland van de angst.

Sinds de illegale annexatie worden de methodes van het Rusland van Poetin er zonder scrupules ook toegepast. We weten wat dat betekent voor de situatie van de mensenrechten. De houding van de autoriteiten komt er neer op: “vind het goed”, “hou je mond” of “ga weg”. Dissidente stemmen worden onderdrukt en vervolgd. Journalisten en pro-Oekraïense activisten zijn vogelvrij en vooral de Tataarse gemeenschap wordt gevisieerd. Hun media worden aan banden gelegd, hun moskeeën en culturele centra worden lastig gevallen en, erger, zij zijn doelwit van ontvoeringen, van moorden en van folteringen. Schande! De geschiedenis herhaalt zich voor dit trotse volk.

De delegatie van de Raad van Europa komt geen dag te vroeg. Het zal van cruciaal belang zijn dat alle medewerking geëist wordt van Rusland inzake de eindconclusies van hun rapport.

Kaja Kallas, fraktsiooni ALDE nimel. – Põhjus, miks Venemaa krimmitatarlasi kiusab või nende sõnavabadust piirab, seisneb selles, et nad on võimude suhtes väga kriitiliselt meelestatud. Kui Ukrainas toimus referendum, olid nemad kõige aktiivsemalt tänavatel referendumist vastu protestimas. Kahe aasta jooksul, mil Krimm on olnud annekteeritud, on krimmitatarlaste olukord järsult halvenenud. Nende telekanal suleti, nende koolides ei saa enam tatari keeles õppida ning töökohtadega on nii, et kui inimene vene keelt ei räägi ja kui tal seda kodakondsust ei ole, siis tööd ei saa. See on ainult osa loetelust selle kohta, kuidas neid kiusatakse. Tagakiusamisega tegelikult ei rikuta mitte ainult inimõigusi, vaid seatakse ohtu ka kultuuripärandi säilimine. Seetõttu on Venemaa kohus tagada, et krimmitatarlased saaksid oma ajaloolisel kodumaal inimväärselt elada ja oma kultuuripärandit säilitada.

Jaromír Štětina (PPE). – Paní předsedající, na Krymu je systematicky potlačováno právo na vzdělání v tatarštině a ukrajinštině. Snižuje se počet tatarských škol a tříd. Ohrožena je svoboda slova. Některá tatarská média byla účelově donucena ukončit činnost. Jsou omezovány nebo potlačovány kulturní a symbolické prvky tatarské identity. Měli bychom též odsoudit vyhošťování a zastrašování tatarských politických vůdců. Týká se to i Mustafy Džamiljeva, který dlouhodobě upozorňuje na snahy Ruské federace okupovat Krym. Dovolte mi připomenout, že Mustafa byl v roce 1968 v SSSR na tři roky uvězněn za kritiku okupace mé země, Československa. Jeho trestní stíhání krymskými okupačními orgány pro trestné činy podle ruského trestního zákoníku nelze akceptovat v době, kdy je Krym dle mezinárodních smluv stále považován za ukrajinské území. Krymští Tataři potřebují v době nesvobody naši podporu.

Kati Piri (S&D). – Madam President, the two million people living in Crimea are facing unprecedented levels of human rights abuses. For the Tatar community in Crimea, like all who have categorically opposed the illegal occupation and annexation of Crimea, this means systematic persecution, intimidation, expulsion, abduction, violent attacks, torture, etc. with no legal redress. It also means that the local population has no access to the international bodies which all the people of Europe can turn to when their rights are being violated.

We stand in solidarity with the Mejlis, the entire Crimean Tatar community and all Ukrainians who are in a vulnerable position for openly supporting the territorial integrity of Ukraine. I call on the Russian Federation and the *de facto* authorities in Crimea to grant unimpeded access for the independent experts of the UN, the Council of Europe, the OSCE and the High Commissioner for National Minorities.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, following Russia's forceful and illegal annexation of Crimea in 2014, the peninsula's Tatar population and Ukrainian minority have suffered a marked deterioration in civil and political liberties and other fundamental human rights.

The Tatars' very principled boycott of the imposed regime's 2014 bogus referendum on Russian rule has exacerbated the historical enmity between Crimean Tatars and Moscow dating right back to Stalin's brutal programme of Tatar deportation in the 1940s. Consequently, Tatar political leaders have been exiled, media outlets suppressed and Tatar public commemorations prohibited. Reports suggest that unlawful arrest and detention are becoming increasingly commonplace in the peninsula.

The human rights situation in Crimea, therefore, remains extremely troubling. I unequivocally condemn Russia's annexation of Crimea, which legally still belongs to Ukraine, and urge the *de-facto* authorities to respect the fundamental tenets of human rights in their dealings with the Tatars. The EU and the international community are watching very closely.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση άγεται και φέρεται και έχει καταντήσει να εκφράζει τη γνώμη μόνο συγκεκριμένων χωρών και κέντρων εξουσίας και ειδικά της Γερμανίας. Αν μη τι άλλο, είμαστε υποκριτές όταν συζητάμε για τους περιορισμούς των θρησκευτικών δραστηριοτήτων στην Κριμαία, τη στιγμή που η Αγία Σοφία, αν και αποτελεί ναό της ορθόδοξης χριστιανικής πίστewς, απαγορεύεται να χρησιμοποιηθεί ως λατρευτικός τόπος των χριστιανών από την Τουρκία, που επιδιώκει να γίνει μέλος της Ένωσης.

Μιλάτε για παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων από τις δυνάμεις κατοχής στην Κριμαία. Πότε έγινε εισβολή και από ποιον στην Κριμαία; Δεν μας είπε ο εισηγητής. Ταυτόχρονα, κάνετε τα στραβά μάτια για τις αθλιότητες των τουρκικών δυνάμεων κατοχής στην Κύπρο. Πολιτική διαστροφή θα χαρακτηρίσω το να θέλετε την Τουρκία να σας εφοδιάζει με τζιχαντιστές, με ισλαμικούς εξτρεμιστές, με λαθρομετανάστες και με ναρκωτικά από τη Μέση Ανατολή, γιατί αλλιώς δεν εξηγείται.

Τουρκία, η οποία με τον νεοθωμανισμό και το δόγμα του στρατηγικού βάθους ενδιαφέρεται για τη μειονότητα του 12% των Τατάρων, τους οποίους εδώ και είκοσι χρόνια τροφοδοτεί και εφοδιάζει και σας οδηγεί στη σύγκρουση με τη Ρωσία. Αποφύγετε τη σύγκρουση με τη Ρωσία. Βρείτε κοινό τόπο συμφερόντων και προσπαθήστε να ομαλοποιήσετε την κατάσταση στην ευρύτερη περιοχή της Ευρώπης.

Catch-the-eye procedure

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem rád, že u tohoto bodu mohu vystoupit a říci jednu větu, kterou už také řekl můj předchůdce, pan Štětina. Jako Čech jsem velmi hrdý na to, že vůdce Tatarů Mustafa Džamiljev v roce 1968 protestoval proti okupaci Československa, a jsem rád, že teď pomyslně my vracíme podporu tomuto národu, který po celé 20. století byl utiskován v Sovětském svazu a nyní je znovu utiskován Ruskem. Je velmi dobře, že zde je dnes navrženo usnesení, které vyzývá Rusko k tomu, aby se zdrželo utlačování Tatarů, aby respektovalo jejich základní lidská práva. Padla zde smutná fakta o tom, jak jsou potlačována média Tatarů, jak se ztrácejí Tataři na Krymu. Jenom jedno číslo, které zde ještě nepadlo – 20 000 Tatarů odešlo v minulém roce z Krymu právě díky tomuto tlaku a odešlo na Ukrajinu. Takže Tataři opět opouštějí svoji domovinu, opouštějí Krym. To nemůžeme připustit a musíme na Rusko tláčit a toto téma permanentně zvedat.

Marek Jurek (ECR). – Dobrze, że dzisiaj tutaj w Strasburgu slychać głos Tatarów krymskich. Ten mały naród, jego sytuacja jest najbardziej dobitną ilustracją tego, jakie są konsekwencje rosyjskiej aneksji Krymu. Tylko szkoda, że tak mało mówimy o tym, co od nas zależy. Wczoraj mieliśmy debatę przed najbliższym posiedzeniem Rady Europejskiej. W oświadczeniu pana przewodniczącego Komisji Europejskiej właściwie w ogóle nie słyszeliśmy o aneksji Krymu, w ogóle nie słyszeliśmy o sytuacji na wschodzie Ukrainy związanej z wygasaniem porozumień mińskich, z poważnym zagrożeniem wznowienia agresywnych działań ze strony Rosji, sił prorosyjskich. Wreszcie, Proszę Państwa, nie słyszeliśmy praktycznie nic o budowie Nord Stream 2. Budowa Nord Stream 2 obraca w farsę sankcje przeciwko Rosji. Reagujmy konsekwentnie. Pokazujemy, że naprawdę działania podejmowane przeciwko pokojowi i bezpieczeństwu międzynarodowemu wywołują naszą reakcję w tym, co od nas zależy, i bądźmy konsekwentni.

(End of catch-the-eye procedure)

Reinhard Bütikofer, author. – Madam President, I ask for the opportunity to react to a personal attack, and I would like you to take note of this.

In my remarks I welcomed the fact that six political groups came together for a joint resolution, and indeed this discussion shows that we are united. I regret, therefore, that Mr Preda has used his speaking time as a co-author to attack other colleagues, including me. He said that those who did not support EPP proposals earlier are showing an ambiguous attitude towards the Russian occupation of Crimea. I think this is untrue, insulting, unjust and splittist, and I strongly reject that accusation.

President. – This is based on Rule 164 so it is noted.

Corina Crețu, Member of the Commission. — Madam President, almost two years have passed since the illegal annexation of Crimea and Sevastopol by the Russian Federation, which the European Union does not recognise and continues to condemn.

In addition to being a grave violation of international law, the illegal annexation has had a serious negative impact on the human rights situation. The systematic curtailment of residents' basic human rights and fundamental freedoms is an emblematic feature of the current situation on the peninsula. The imposition of Russian laws and citizenship has created a situation of legal uncertainty and discrimination.

The Crimean Tatar community and Tatar residents supporting the territorial integrity of Ukraine are paying a particularly high price for the views they express. Public events in Simferopol to commemorate the 1944 deportation have not been allowed. Tatar media outlets have been closed and the Mejlis, a self-governing body of Crimean Tatars and its activists, has been prosecuted. The appearing cases of enforced disappearances, torture and killing of young Crimean Tatars have not been properly investigated so far. High Representative Mogherini discussed these cases when she met in person the representative of the Mejlis of the Crimean Tatar People in Ukraine in November 2015.

Let me also stress the EU's concern over the detention and sentencing of Oleg Sentsov and Alexander Kolchenko. Their case, which the EU has monitored, is in breach of international law and elementary standards of justice. The EU will remain vocal in demanding their immediate release and safe return to Ukraine.

Finally, the EU has repeatedly called for full, free and unrestricted access for international human rights actors to the whole territory of Ukraine, including Crimea and Sevastopol. We welcome those missions which have taken place so far: the mission of the Council of Europe's Commissioner for Human Rights, Nils Muižnieks, in autumn 2014; the unofficial mission of Turkish prominent persons in spring 2015; and the continued work of the non-governmental Crimean Field Mission on Human Rights. We also praise the efforts of the UN and OECD, autonomous institutions which have so far been denied access to the peninsula but document human rights abuses using a wide variety of sources. We very much hope that the most recent mission, dispatched by the Secretary-General of the Council of Europe last week and headed by Ambassador Gérard Stoudmann, will pave the way for an improved human rights situation in the Crimean peninsula.

President. – The debate is closed.

The vote will be held at the end of the debates.

Written statements (Rule 162)

Marijana Petir (PPE), napisan. – Ruska Federacija je protivno međunarodnom pravu zauzela prostor Krima i Sevastopolja. Krimski Tatar zajedno s ukrajinskim vojnicima pokazali su lojalnost Ukrajini štiteći tako interese Ukrajine u borbi protiv ruskih pobunjenika i ruske vojske. Pri tome, vođama krimskih Tatara - Mustafi Dzemilovu i Refatu Chubarovu - nije dozvoljeno ući na prostor Krima.

Krimski Tatar, ukrajinski novinari i aktivisti kao i žitelji Krima koji su izrazili svoje javno neslaganje s lokanim vlastima, podložni su svakakvim oblicima torture i nasilja, otmicama, istjerivanjima i ubojstvima. Svi koji su se na bilo koji način usprotivili lokalnim vlastima uključujući vjerske zajednice kojima je zabranjena sloboda okupljanja, nemaju mogućnost produženja valjanosti osobnih dokumenata.

Europski parlament osuđuje takvu politiku kršenja ljudskih prava, diskriminaciju stanovništva, zabranu i nepriznavanje prava na produženje osobnih dokumenata (putovnica), ponajprije krimskim Tatarima od strane Ruske federacije, budući da su etnički manjinska skupina na tim prostorima.

EU poziva Rusku federaciju da pusti zatvorenike uključujući Olega Sentova i Olexandra Kolchenka kao i druge aktiviste uhićene na području Krima. Također EU poziva Rusiju da istraži sve oblike nasilja nad zatvorenicima na području Krima i onih koji su deportirani u Rusiju.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – I welcome the decision of the Council of Europe to send a delegation to assess the human rights situation on the Crimean Peninsula, especially because for over a year now no other international organisation was allowed in there. Following annexation, the changes carried out by the new authorities dramatically restricted a vast range of human rights of residents, particularly those who were opposed to the annexation, the Tatar minority but also Ukrainians. I would especially point out the suppression of the Mejlis – the self-governing body of Crimean Tatars – as well as the intimidation, expulsion or incarceration of prominent leaders of the Tatar community. I therefore strongly support the continuation of sanctions against Russia as long as the illegal occupation of Crimea and the blatant human rights violations continue.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Ruska Federacija je nezakonito pripojila Krim i Sevastopolj i tako prekršila međunarodno pravo, uključujući i Povelju UN-a, Helsinški završni akt, Memorandum iz Budimpešte iz 1994. i Ugovor o prijateljstvu, suradnji i partnerstvu između Ruske Federacije i Ukrajine iz 1997. godine.

Tijekom nezakonitog pripojenja Krima Ruskoj Federaciji u ožujku 2014. Ukrajinci, uključujući krimske Tatari, i ukrajinska vojska su pokazali veliku hrabrost i odanost Ukrajini i mirno se usprotivili agresivnom činu pripojenja. Zabilježena su ciljana kršenja prava nad zajednicom Tatara koji su se u većini usprotivili ruskom pripajanju i bojkotirali tzv. referendum 16. ožujka 2014., osobito provedbom neodređenog i preširoko definiranog ruskog zakonodavstva protiv ekstremista u cilju zastrašivanja ili ušutkivanja protivnika.

Stoga osuđujem sva kršenja ljudskih prava nad stanovništvom Krima, osobito nad krimskim Tatarima koji ne prihvataju nametnutu vladavinu tzv. lokalnih vlasti, posebno pod izgovorom borbe protiv ekstremizma i terorizma.

Jarosław Wałęsa (PPE), na piśmie. – Rosja jest stałym członkiem Rady Bezpieczeństwa ONZ oraz członkiem G8 skupiającej najbogatsze uprzemysłowione państwa świata. Kraj ratyfikował wiele traktatów międzynarodowych praw człowieka, w tym Międzynarodowy Pakt Praw Obywatelskich i Politycznych, Konwencję Praw Dziecka, Międzynarodową Konwencję w sprawie Likwidacji Wszelkich Form Dyskryminacji Rasowej. Jednakże obecna sytuacja na półwyspie krymskim daleka jest od stabilnej. Według ustaleń Wysokiego Komisarza ONZ ds. Praw Człowieka łamanie praw Tatarów krymskich jest coraz poważniejsze. Tatarzy stają się ofiarami przemocy, tzw. samoobrony Krymu przy całkowitej bierności ze strony miejscowej milicji – coraz częstsze są m.in. przypadki brutalnych pobić Tatarów. Powszechne staje się łamanie podstawowych praw autochtonicznych mieszkańców diaspory przez władze lokalne w celu zastraszenia jej członków. Ponadto Federalna Służba Bezpieczeństwa Federacji Rosyjskiej przeprowadza akcję masowego przeszukiwania domostw członków diaspory tatarskiej w związku z podejrzeniem posiadania broni i materiałów wybuchowych. Członkowie tatarskiej diaspory są ponadto zmuszani do przyjmowania rosyjskiego obywatelstwa pod groźbą wyłączenia. Sytuację diaspory tatarskiej dodatkowo pogarsza fakt, że media, takie jak woda czy elektryczność, dostarczane są przez Ukraińców, co w sytuacji aneksji może ulec zmianie. Tatarzy stali się więc zakładnikami konfliktu ukraińsko-rosyjskiego. Jednym z wielu rozwiązań sytuacji jest powołanie forum, które składałoby się z przedstawicieli państw Grupy Wyszehradzkiej i krajów bałtyckich, którym bliska jest problematyka łamania praw człowieka na Krymie z powodów geopolitycznych.

7.2. Bahrain: der Fall Mohammed Ramadan

President. – The next item is the debate on seven motions for resolutions on Bahrain: the case of Mohammed Ramadan (2016/2557(RSP)).

Alyn Smith, author. – Madam President, there has been genuinely good cooperation across the House in the production of this really very solid resolution and, bluntly, I would hope so too. If we cannot unite on something like opposition to the death penalty, I do not think there is much hope for us. There are those in Bahrain who do feel that we focus too much upon the Kingdom; we criticise too much the lack of progress in Bahrain that we have seen in parts, and since there are other abuses in the region, why not focus upon them? Firstly, we do focus on other abuses in the neighbouring countries in the wider region, and secondly, in many ways it is a compliment, because there is a feeling within this House that there is scope for a dialogue with Bahrain that is actually going somewhere. There is actually a process towards reform that we can assist, and there are useful discussions to be had.

It is important that we recognise the progress that Bahrain has made in a reform programme. There has been institutional reform; we have seen steps towards an independent judiciary; we have seen the establishment of ombudsmen; we have seen the establishment of the Prisoners' Rights Commission and the special investigations unit; and there have been a number of declarations which have been really very positive. But that progress has stalled, and we need to see that progress continue. We can assist in that process by being vocal in our criticism but also constructive in our willingness to help. We must be vocal about our criticism of the sentencing to death of Mr Ramadan along with nine other individuals presently on death row within the Kingdom, and I hope we will be unanimous in our condemnation of those sentences.

I would also, in a very solid resolution, pick out in particular paragraph 3: 'Stresses the obligation to ensure that human rights defenders are protected and allowed to conduct their work without hindrance, intimidation or harassment'. Internal dialogue within Bahrain is vital for underpinning progress. We can assist with that process, and I hope we will unite around this resolution today.

Ignazio Corrao, Autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è impossibile negare il fallimento degli Stati membri e dell'Unione europea sulla questione Bahrein. Che cosa è stato fatto in concreto e quali saranno i prossimi passi per il rilascio di attivisti imprigionati, sottoposti a torture e maltrattamenti? Fino ad oggi si è assistito ad una meravigliosa attività per procura tra Stati, a cui chiediamo amicizia e con cui proviamo ad intrattenere sempre dei meravigliosi rapporti. Dal canto nostro non siamo assolutamente riusciti a proteggere e tutelare gli attivisti e i difensori dei diritti umani.

Oggi altri fatti mettono in luce gli abusi che continuano nel paese, come la limitazione del diritto di espressione e quello di protesta pacifica. Il caso di Mohammed Ramadan, Husain Ali Moosa e Nabeel Rajab, arrestati arbitrariamente e torturati solo per aver esercitato i loro diritti, ne è una prova palese. Alla luce di tali fatti, è opportuno che l'Unione europea e gli Stati membri lavorino a fondo su una strategia, soprattutto sui grandi *player* stranieri che operano in Bahrein, per esercitare pressione economica e diplomatica al fine di ottenere il rilascio degli attivisti e dei prigionieri incarcerati illegittimamente.

Pier Antonio Panzeri, Autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, nel drammatico scontro che infiamma l'area del Golfo e che vede contrapporsi due potenze regionali come Iran e Arabia Saudita, impegnate ad imporre la propria egemonia, si inserisce il Bahrein, dove si segnalano ripetute violazioni dei diritti umani nei confronti della dissidenza politica. Mohammed Ramadan, di cui ci occupiamo oggi, è solo l'ennesimo attivista nel mirino per aver avuto il coraggio di denunciare le politiche governative in totale contraddizione con i diritti umani.

Tra l'altro, un altro caso di cui ci siamo recentemente occupati è quello dell'attivista Nabeel Rajab, al quale è tuttora vietato lasciare il paese nonostante la scarcerazione. La situazione è resa ancora più allarmante dai numerosi casi segnalati di utilizzo della pratica della tortura da parte delle forze di polizia. Tutto questo si inserisce in una logica diffusa che tende a ridurre lo spazio per la società civile e a intensificare il controllo statale sui media. Allora esprimiamo questa profonda preoccupazione e vogliamo chiedere alle autorità del Bahrein di rispondere positivamente alle nostre sollecitazioni.

Tomáš Zdechovský, Autor. – Paní předsedající, já bych chtěl nejprve říci, že toto usnesení je velikánským kompromisem a je kompromisem všech stran. Evropská lidová strana ho nakonec podpořila, nicméně musím na začátku hned uvést, že jsme měli řadu výhrad k tomuto textu a že jsme nebyli úplně jednotní v tom, jak se ten text vytvářel. A tento text taky ukazuje další věc, jak je nutné si informace ověřovat. Do textu se snažily některé skupiny dát informace, které se ukázaly nakonec jako nepravdivé a které není možné ověřit z neutrálních zdrojů. Já bych chtěl tímto usnesením především apelovat na bahrajnskou vládu, aby přezkoumala případ Muhammada Ramadána spolu s ostatními případy, u kterých je podezření na porušování lidských práv, a také chci ocenit určitý pokrok Bahrajnu, který za poslední roky třeba udělal v trestu smrti.

Charles Tannock, author. – Madam President, there are clearly legitimate concerns surrounding the arrest and trial of Mohammed Ramadan, and my group calls on the Bahraini authorities – and His Majesty in particular – to carry out a full investigation into the allegations of torture, suspending any convictions, particularly the death penalty, until this process has taken place, and to review the sentences where appropriate, following the conclusions that have been made.

Nevertheless, the proposed joint text today, in our view, is far too strong in its general condemnation of this fragile island state, which is making huge efforts to improve its governance and human rights situation, for us to support it and to sign it. It fails to recognise the security risks that Bahrain faces, including external interference by neighbouring Iran.

My country, the United Kingdom, has a tradition of strong ties with the Kingdom of Bahrain, dating right back to the foundation of the modern state – when it was its initial protector – to today, when construction is commencing on a Royal Navy base, as agreed between United Kingdom and Bahrain in 2014, which serves to remind us of the close security ties we have and the important role that Bahrain and its tolerant, multi-confessional state plays in the region's security.

Marie-Christine Vergiat, auteure. – Madame la Présidente, à l'occasion du printemps de la paix en l'an 2011, près de la moitié de la population bahreïnienne est descendue dans la rue. Ils étaient surtout chiites, une majorité opprimée, mais leurs revendications étaient démocratiques et sociales. Elles n'ont pas trouvé d'écho, et l'Arabie saoudite est intervenue pour rétablir l'ordre. Les ONG estiment à 3 000 le nombre de prisonniers politiques. Ce pays détient la seconde place en matière de population carcérale dans les États arabes.

L'ensemble de la population voit ses libertés restreintes. La lutte contre le terrorisme est, ici aussi, instrumentalisée. Ce pays semblait sur la voie de l'abolition de la peine de mort, mais dix condamnations viennent d'être prononcées. La déchéance de la nationalité est également instrumentalisée, plus de 208 en quelques mois.

Si les autorités bahreïniennes sont vraiment prêtes à s'engager sur la voie de la réforme, il est temps qu'elles mettent en œuvre les 26 recommandations de la commission d'enquête indépendante et qu'elles fassent cesser la pratique de la torture et les condamnations obtenues sur cette base.

Les progrès sont jugés sur les faits et, en ce moment, le moins que l'on puisse dire est qu'au Bahreïn, on ne va pas dans le bon sens.

Marietje Schaake, author. – Madam President, this week many of the people here – just like I did – heard from the authorities in Bahrain. Those authorities would like to focus on energy, security and other issues of mutual concern, and I too would prefer not to have to ask the Bahraini authorities again to stop torture, to stop repressing minority opinions, to stop revoking people's citizenships, and now – the worst punishment of all – to stop the death penalty. Mohammed Ramadan is one of 10 people on death row in Bahrain, but he is the first to have exhausted all legal appeal mechanisms. We urgently call on the Bahraini authorities to reinstall the moratorium on the death penalty. More broadly, the best way – and in fact the only way – to develop fruitful and deep cooperation between Bahrain and the European Union is for them to unequivocally respect the rights of all people in Bahrain, to grant the Special Representative of the UN access to the country and full access to detainees at facilities, and to make sure that it respects the rights of people.

Ramona Nicole Mănescu, în numele grupului PPE. – Doamnă președintă, sunt categoric împotriva pedepsei cu moartea și a utilizării torturii și cred că nimic nu poate justifica utilizarea acestor măsuri de către orice guvern. Sper ca și guvernul Bahrainului să reconsidere aceste măsuri și cred că pot face acest lucru, pentru că au dovedit implicare și o traiectorie foarte bună, pozitivă în acest sens.

Cu toate acestea, consider că, oricâte rezoluții vom face în Parlamentul European împotriva unor state mici din Golf, atâta timp cât vom continua să folosim un dublu standard în dialogul nostru și în relația noastră cu state terțe, vom eșua în a fi cu adevărat apărători ai drepturilor omului. Un recent raport al Amnesty International ne arată un Iran care conduce în topul statelor care utilizează pedeapsa cu moartea și executările foarte frecvente, o frecvență de aproximativ două-trei execuții pe zi.

Doamnă președintă, cred că, atunci când vom înceta să ne exprimăm selectiv în privința acestor abuzuri împotriva drepturilor omului, vom reuși cu adevărat să sprijinim oamenii acolo unde au ei nevoie, inclusiv în Iran.

Ana Gomes, em nome do Grupo S&D. – Senhora Presidente, cinco anos depois das primeiras manifestações pró-democracia no Bahrein, continuam a chegar-nos relatos de intensa repressão política, incluindo prisões arbitrárias, tortura, violência contra manifestantes e opositores políticos e outras violações direitos humanos, como sentenças judiciais contra ativistas, como Nabil Rajab, ainda no mês passado condenado a seis meses de prisão por um tweet.

O recurso a lei antiterrorismo para silenciar ativistas e opositores políticos é prática comum de regimes repressivos, mas estamos particularmente preocupados com uma lei deste tipo que foi utilizada para a condenação à pena de morte de Mohamed Ramadan que foi torturado, alegadamente.

É urgente a reintrodução da moratória sobre a pena de morte como um primeiro passo no sentido da sua abolição no Bahrein, e desde já apelamos ao perdão real para comutar a pena de Mohamed Ramadan. Espero que os Estados-Membros e a Alta Representante também se façam ouvir neste pedido. É urgente que o relator especial da ONU sobre a tortura possa visitar o Bahrein e lhe seja dado acesso irrestrito a todos os detidos e a todos os locais de detenção.

Finalmente, aproveito para deixar a minha solidariedade com todos os ativistas do Bahrein que estão presos injustamente, nomeadamente aqueles que eu conheço, como Ibrahim Sharif, Abduladi al Khawaja, Mohamed Al-Mokhtar e o Sheikh Ali Salman.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, tá áthas orm labhairt ar an ábhar tábhachtach seo, ach cosúil le Feisirí eile, ba mhaith liom ar dtús a rá go bhfuil a lán dul chun cinn déanta ag Bairéin, agus tá comhoibriú maith idir an tAontas agus Bairéin maidir le trádáil agus a lán áiteanna eile.

Ach ní hé sin le rá nach ceart dúinn féachaint ar na rudaí atá mícheart agus go háirithe go bhfuil rudaí imithe ar gcúl maidir leis an bpionós báis ó 2011. Níl sé sin ceart agus téann sé i gcoinne coinbhinsiúin idirnáisiúnta. Dá bhrí sin caithfimid brú a chur orthu deireadh a chur leis sin, go háirithe mar a bhaineann le Mohammed Ramadan agus an tslí gur éirigh leo teacht ar an gcinneadh sin: triail mhífhéaráilte agus foréigean á fhulaingt aige.

Ach ag deireadh ba chóir dúinn grúpa oibre a bhunú idir an tAontas agus Bairéin chun caint ar na rudaí seo agus chun cearta daonna a chur chun cinn.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I would like to express my heartfelt solidarity with Mohammed Ramadan and with his family and loved ones. It is the responsibility of all conscientious citizens in this world to stand up against arbitrary arrest, brutal torture and the death penalty, no matter where they take place.

I also wish to use this opportunity to speak about the unfounded arrest and ill treatment of children in Bahrain: 237 cases of children detained by Bahraini authorities were reported in 2015 alone. Many are subject to ill treatment and beatings and made to confess to crimes they did not commit. The cases most recently reported are those of: Sayyid Ali Abbas Mohammed, the brothers Jassem and Hassan Mohammed Hassan, Fadhel Mohammed Hassan, Sayyid Fadhel Saeed Shams and Sayyid Mohammed Hashem – all teenagers who have been arrested in recent months who must be returned safe and sound to their families.

In 2013 this Parliament issued a resolution calling on Bahrain to apply the Convention on the Rights of the Child, to which it is a party. I would like to reissue that call here: the Bahraini authorities must release Mohammed Ramadan and all child prisoners.

Catch-the-eye procedure

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, v současné době jsme v mnoha zemích svědky diskuse o tom, jak dosáhnout žádoucí rovnováhy mezi svobodou a bezpečností. I když Bahrajn jde dobrým směrem, nemůžeme přehlédnout případ Muhammada Ramadána a dalších lidí odsouzených na smrt. V tuto chvíli výkonu trestu smrti v jeho případě může zamezit pouze milost hlavy státu. Připojuji se proto k apelu na bahrajnské úřady, aby znovu obnovily moratorium na trest smrti jako krok, který povede v budoucnu ke zrušení trestu smrti, aby pokračovaly v reformách justičních a policejních předpisů v duchu dodržování lidských práv.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, desta preoccupazione la regressione del Bahrein verso la pratica della pena di morte. In questo paese sono negati i diritti fondamentali ad un equo processo e molte persone sono sottoposte a torture durante la detenzione e gli interrogatori. È spaventoso che queste pratiche siano perpetrate in modo sistematico e su larga scala, nonostante le numerose promesse di riforme. Il 29 dicembre 2014 un tribunale penale del Bahrein condannò a morte Mohammed Ramadan e Husain Ali Moosa per il loro presunto coinvolgimento in un attacco bomba nel febbraio 2014. Entrambi gli imputati affermano di essere stati sottoposti dalle autorità a torture per indurli a confessare il crimine. Vanno fatte pressioni economiche e diplomatiche sul governo del Bahrein per una moratoria sulla pena di morte, orientata verso l'abolizione di questa pratica, e avviate indagini sulle denunce di tortura da parte dei condannati a morte. Va chiesto infine che la pena di morte a Mohammed Ramadan e Husain Ali Moosa e a tutti i condannati a morte sia commutata.

(End of catch-the-eye procedure)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, let me first stress that since the events of 2011 the EU has been closely monitoring the situation in Bahrain. The EU has been consistently engaging with local authorities at all levels, maintaining constant contacts with a wide range of Bahraini stakeholders and activists.

Bahrain is an important partner in the Gulf region and has an important role to play in ensuring the stability of the Gulf region, which can best be achieved by strengthening the existing framework for the protection of human rights and individual freedoms. The EU will therefore continue to maintain an active dialogue with the country and its government and support Bahrain's stability and development. We consider that this objective can be best achieved through a process of inclusive national reconciliation, leading to gradual political and socio-economic reforms based on dialogue and tolerance.

Like many in Europe, we have been concerned by the death penalty sentence imposed on Mr Mohammed Ramadan and Mr Husain Ali Moosa for their alleged involvement in the February 2014 bomb explosion which killed a police officer, a sentence upheld by the Bahraini Court of Cassation on 16 November 2015. The EU is unreservedly opposed to the use of capital punishment under all circumstances, and its universal abolition will continue to remain a cornerstone of the EU's foreign policy. Allegations regarding their possible mistreatment in detention, as well as the basis for their conditions, should also be fully investigated. The EU, both in Brussels and through its delegation in Riyadh, accredited to Bahrain, will continue to liaise with the Bahraini authorities to advocate the protection and promotion of human rights and fundamental freedoms, as per Bahrain's international commitments, the recommendations set out by the Bahraini Independent Commission of Inquiry and the recommendations made during Bahrain's universal periodic review process.

The EU will continue to call on the Bahraini Government to act proportionately in all cases to protect the rights of individuals indicted as a result of criminal charges, as was done during the second visit of the EU Special Representative for Human Rights, Stavros Lambrinidis, in May 2015. On this occasion, the EU conveyed again its preoccupation as to the imposition of the death penalty, recalling its principled opposition to this inhumane and degrading punishment.

The EU, in close coordination with the EU Member States represented in Manama, has been closely following developments related to these individual cases and to the overall human rights situation in the Kingdom of Bahrain. The European Union has expressed formally on many occasions that violence is not justified in any circumstances. The EU has also constantly called for transparent and due process and for the proper investigation of all alleged cases of ill-treatment and of torture. Bahraini human rights institutions should effectively tackle these matters in a transparent way, while the robust recommendations stemming from the National Human Rights Institution should be implemented in the interest of all the citizens.

In this regard, the many steps taken by the Bahraini authorities to implement the recommendations of the Bahraini Independent Commission of Inquiry are positive and have the potential to improve the human rights situation in the country, but more is needed. The Ministry of the Interior's ombudsman, the Prisoners and Detainees Rights Commission and the National Institution for Human Rights have an important and pro-active role to play by fulfilling their mandate in full independence and transparency.

Let me once again assure you that we will continue to remain seized with the case of Mr Mohammed Ramadan and Mr Husain Ali Moosa, and to voice the EU's concern through appropriate channels.

President. – The debate is closed.

The vote will be held at the end of the debates.

Written statements (Rule 162)

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I did not support the urgency resolution concerning the human rights situation in Bahrain and the case of Mohamed Ramadan. Although it is important that the European Parliament attaches a high priority to the human rights situation in every country with whom it develops cooperation, I nevertheless consider Bahrain a country which, in the difficult overall situation of the Middle East and Persian Gulf, represents a good example of how a small country with a complicated ethnic and religious background can preserve its stability and maintain a constructive role in regional and international relations. It calls for a sensitive political approach, with no less importance of human rights and human dignity, but has to be put in the context of the overall situation in the wider region and of the standards of democracy and respect for human rights in this region. I consider that the European Parliament and European institutions have enough capability to observe and influence the political process of democratisation in Bahrain without portraying the country as a specific case of violation of human rights. We should stand for the respect of the rule of law and human rights in Bahrain and at the same time support its stability.

7.3. Der Fall der verschwundenen Verlagsmitarbeiter in Hongkong

President. – The next item is the debate on seven motions for resolutions on the case of the missing book publishers in Hong Kong (2016/2558(RSP)).

Reinhard Bütikofer, *Verfasser*. – Frau Präsidentin! Der Fall der fünf Buchhändler aus Hongkong gibt Anlass zu großer Sorge, zumal dieser Fall, in dem Personen zunächst verschwinden und dann unter mysteriösen Umständen in China wieder auftauchen, sich nicht auf diese fünf Buchhändler beschränkt. Er betrifft auch, zum Beispiel, einen früheren Kolumnisten der Zeitung Southern metropolis Daily, Li Xing oder den Sohn von zwei chinesischen Menschenrechtsanwälten.

Ich glaube, dass wir als Europäisches Parlament sehr klar zum Ausdruck bringen sollten, dass diese offenbar um sich greifende Praxis der erzwungenen Rückkehr oder der Entführung nach China vollständig unakzeptabel ist. Ich will darauf hinweisen, dass zwei dieser fünf Buchhändler die Bürgerrechte europäischer Mitgliedsländer genießen. Deswegen geht es uns auch als europäische Bürger etwas an.

Die chinesischen Behörden täuschen sich darüber, was sie tun. Es gibt ein altes chinesisches Sprichwort, das heißt: Der Stein, den sie erhoben haben, wird ihnen auf ihre eigenen Füße fallen. So scheint es mir auch hier zu sein. Was da praktiziert wird, untergräbt den Respekt gegenüber der Herrschaft des Rechts in Hongkong, untergräbt das Bekenntnis zu dem Motto „Ein Land, zwei Systeme“, untergräbt Chinas Respektabilität. Wir sollten China darauf hinweisen, dass sich das Land damit gegen die internationalen Regeln stellt.

Ignazio Corrao, *Autore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i fatti dicono che in Cina quelli che parlano apertamente sono sempre meno, ancora meno quelli che pubblicano. Il 2016 dell'editoria cinese si apre con l'ennesima polemica legata alla censura e alla libertà di opinione. Corrente Poderosa pubblica libri che il regime di Pechino considera vietati e che quindi sono fuori legge sul continente, ma disponibili invece nella Regione amministrativa speciale di Hong Kong. I testi sono stati messi all'indice perché attaccano il governo della Repubblica popolare.

Nel 2015 si è celebrato il 40° anniversario delle relazioni diplomatiche tra l'Unione europea e la Cina. Il partenariato strategico è di fondamentale importanza per le relazioni tra l'Unione europea e la Cina. Ritengo però che sia opportuno che l'Unione europea approfondisca questi legami economici e commerciali solo se ci saranno visibili e tangibili miglioramenti nella situazione relativa ai diritti umani. L'Unione deve impegnarsi affinché vengano rafforzati la democrazia, lo Stato di diritto, l'indipendenza della magistratura, la trasparenza e la libertà d'espressione. Bisogna evitare di essere indifferenti, soprattutto dopo questi avvenimenti.

Pier Antonio Panzeri, *Autore*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi quattro mesi si sono perse le tracce dei cinque editori di Hong Kong. Due di loro, Gui Minhai e Lee Bo, sono cittadini europei di nazionalità rispettivamente svedese e britannica. Si teme che i cinque editori siano stati sequestrati dalle autorità della Repubblica popolare cinese per motivi politici. Infatti, queste scomparse sono molto legate probabilmente alla pubblicazione di opere letterarie critiche nei confronti del governo di Pechino. Inoltre, il fatto che Lee Bo sia stato prelevato in territorio di Hong Kong non solo costituisce un'evidente violazione dei diritti umani, ma anche un'allarmante intemperanza da parte delle autorità e soprattutto il non rispetto del principio autonomista di divisione politica e legislativa tra Cina e Hong Kong, denominato «un paese e due sistemi». Vi è dunque un'estrema preoccupazione per le sorti dei cittadini europei e delle altre personalità che sono coinvolte, ed è necessario, tenuto conto della gravità specifica e della forte censura cui rimane sottoposta la libertà di espressione in Cina, che l'Unione europea sollevi in maniera molto chiara questa questione con le autorità cinesi.

President. – I apologise, but we are not taking blue cards because we are a bit tied to the time.

Tunne Kelam, author. – Madam President, last January thousands protested in Hong Kong to voice their concern about the disappearance of five independent local publishers and booksellers who are said to have been taken to mainland China against their own will, and we certainly share the grave concern of many thousands of Hong Kong citizens about their whereabouts and wellbeing. Hong Kong has internal autonomy, a framework of the system ‘one country, two systems’, which provides for free speech and citizens’ liberties. So we would like to remind the Hong Kong authorities that the independence of book editors, journalists and bloggers must be safeguarded, and we call for an immediate end to human rights violations and political intimidation.

Bas Belder, Auteur. – Bij de voorbereiding van dit debat kwam ik in een befaamde Hongkongse krant, de *South China Morning Post*, een wrange grap tegen, en wel de volgende: de snelste manier om vanuit Hongkong de grens met de Volksrepubliek China te passeren, is het openen van een boekwinkel of een uitgeverij. Ik zou daaraan willen toevoegen: zelfs zonder geldige reisdocumenten blijkt dat mogelijk. Zie de abrupte vermissing eind vorig jaar van uitgever Lee Bo.

En ja, als de arm van Peking zo ver en zo diep reikt in Hongkong, zullen de makers van politiek ongewenste grappen richting het regime Xi wel meer en meer op hun hoede zijn. Het is nog maar de vraag of de nieuwe eigenaar van de *South China Morning Post* kritische, onafhankelijke journalisten zal dulden.

Mevrouw de Voorzitter, de EU mag China niet laten weggkomen met flagrante schendingen van het principe “één land, twee systemen” omwille van concurrerende economische belangen van de lidstaten. Onze verdeeldheid richting China geeft Peking immers de vrije hand in een beleid van *divide and trade*.

Lola Sánchez Caldentey, autora. – Señora Presidenta, los derechos humanos son inalienables e indivisibles. Esto quiere decir que el respeto de los derechos humanos debe analizarse prestando atención a todos los derechos, y no a unos sí y a otros no, dependiendo del interés que queramos defender. Lamentablemente, las Resoluciones de urgencia de esta Cámara cada vez más caen en el error de responder solo al interés político de la gran coalición.

Hong Kong es un territorio autónomo con estatuto especial dentro de China. Sus particularidades son diferentes a las de China y también lo son sus aliados. Debemos denunciar el creciente deterioro de la libertad de expresión en Hong Kong, como pone de manifiesto la desaparición de los cinco libreros. Pero también tenemos la obligación de recordar que en Hong Kong los homosexuales sufren cada día barreras legales que los heterosexuales no sufren. Esto es discriminación por cuestión de género y es una violación de los derechos humanos.

Existen también más de trescientas veinte mil mujeres inmigrantes que ejercen como trabajadoras domésticas en situación de semiesclavitud, ante la carencia de normas que garanticen sus derechos, y esto también es una flagrante violación de los derechos humanos. Dejemos el cinismo cuando hablemos de derechos humanos y defendámoslos todos de una vez.

José Inácio Faria (ALDE) – Senhora Presidente, cinco jornalistas e livreiros da editora Mighty Current, conhecida por publicar obras críticas para com o regime chinês, desapareceram misteriosamente nos últimos meses de Hong Kong, em condições que parecem saídas de um livro de Agatha Christie.

Quando Hong-Kong regressou ao domínio chinês, adotou o modelo «um país, dois sistemas», tendo esta fórmula permitido a conservação de liberdades de expressão desconhecidas no resto da China. No entanto, com a tomada de poder do Sr. Xi Jinping, em 2012, intensificou-se a repressão e perseguição a editores e livreiros no território. As condições do desaparecimento destes cinco editores parecem ultrapassar uma fronteira intolerável: agências de segurança da China a operar na antiga colónia britânica à margem e à revelia da autoridade legítima de Hong Kong.

A União Europeia deve apoiar firmemente a sociedade civil de Hong Kong, que tão corajosamente se tem batido pela defesa das suas liberdades e identidade cultural e demonstrar claramente ao regime chinês que estes valores não se subjugam às lógicas da Organização Mundial do Comércio, nem aos estatutos de uma economia de mercado.

Bogdan Brunon Wenta, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Chiny mają problemy: tempo wzrostu gospodarczego jest najwolniejsze od dwudziestu pięciu lat, na Tajwanie wybory wygrała kandydatka demokratów i zapowiedziała ukrócenie wpływów Chin na wyspie, a w Hongkongu w tajemniczych okolicznościach zaczynają znikać wydawcy książek. Zniknięcia księgarzy mają znamiona porwań, gdyż ich publikacje były krytyczne wobec władz w Pekinie. Sprawa ich zaginięć zbulwersowała siedmiomilionowy Hongkong, w styczniu tysiące mieszkańców wyszły na ulice pod hasłem „Nie dla politycznych porwań”. Stawką jest przyszłość wolności Hongkongu. Pojawiły się obawy o to, czy Pekin zamierza utrzymać autonomiczny status Hongkongu, który cieszy się swobodami zgodnie z przyjętą zasadą: jeden kraj, dwa systemy.

Parlament Europejski w swojej rezolucji wyraża poważne zaniepokojenie sytuacją, ale apeluje do władz kontynentalnych Chin oraz Hongkongu o jak najszybsze wyjaśnienie tej sprawy.

Jo Leinen, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Gemäß dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ und Artikel 27 des Basic Act hat Peking den Menschen in Hongkong freie Meinungsäußerung und freie Kommunikation zugesagt. Deshalb irritieren die Informationen, dass in letzter Zeit Journalisten attackiert wurden, die kritische Berichte oder Kommentare geschrieben haben. Das mysteriöse Verschwinden der fünf Buchhändler hat weltweit Besorgnis erregt, ob die Garantien aus Peking für Hongkong noch gelten, oder ob sie nicht mehr gelten.

Bücher zu veröffentlichen, ist in Hongkong nicht verboten. Deswegen haben die Buchhändler nichts Illegales geplant oder gemacht. Wir fordern deshalb die Regierungen in Hongkong und in Peking auf, Informationen über den Verbleib dieser Buchhändler herzustellen, und soweit sie nichts strafrechtlich Relevantes getan haben, diese sofort freizulassen. Wir fordern auch die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, Licht in das Dunkel zu bringen und sich für die Freilassung der Buchhändler einzusetzen.

Catch-the-eye procedure

Marijana Petir (PPE). – Gospodo predsjednice, nestanak pet zaposlenika iste izdavačke kuće, za koju se smatra da je kritična spram Kine, sije užas u Hong Kongu. Knjižare s polica skidaju politička djela. Izdavači vlasnici trgovina u kojima se prodaju knjige zabranjene na kontinentu osjećaju se ugroženima. Pet nestalih radilo je za tvrtku poznatu po knjigama nesklonima kineskoj vladi. Slučaj izdavača Lija Boa zaziva posebnu zabrinutost. Nestao je iz svog doma u Hong Kongu, suprotno ostaloj četvorici. Tri zaposlenika nestala su dok su se nalazili na jugu Kine, četvrti u Tajlandu.

Praksa otmice i prisilnih odvođenja u Kinu je neprihvatljiva. Dužnost nam je osigurati otvoren prostor kako bi se čula različita mišljenja. Kina gazi uvedeno načelo jedne zemlje - dva sustava te ovakvim ponašanjem gazi slobodu govora i dostojanstvo ljudi što je neprihvatljivo.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, τον προηγούμενο μήνα πέντε γνωστοί εκδότες του Χονγκ Κονγκ εξαφανίστηκαν. Ήταν γνωστοί για την κριτική που ασκούσαν στην κυβέρνηση του Πεκίνου για τα παρασκήνια της κινεζικής εξουσίας και για διάφορα σκάνδαλα. Επομένως, είναι δεδομένο ότι η κοινή γνώμη του Χονγκ Κονγκ είναι πλέον πεπεισμένη ότι υπεύθυνη για την εξαφάνιση αυτών των πέντε γνωστών εκδοτών είναι η ηγεσία του Πεκίνου. Για τον λόγο αυτό έχουμε μάλιστα και αρκετές διαμαρτυρίες κατοίκων του Χονγκ Κονγκ ενάντια στην κυβέρνηση της Κίνας, με αίτημα την απελευθέρωση των αγνοουμένων, αλλά και την εμπέδωση του δικαιώματος ελευθερίας έκφρασης λόγου.

Επομένως, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αντιταχθεί στην καταπάτηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων που λαμβάνει χώρα στο Χονγκ Κονγκ, και να υπερασπιστεί την ελευθερία του λόγου και της έκφρασης των εκδοτικών οίκων, των δημοσιογράφων καθώς και των πολιτών. Τέλος, όλα τα κράτη μέλη της Ένωσης θα πρέπει να απαιτήσουν να εξεταστεί διεξοδικά η συγκεκριμένη εξαφάνιση των πέντε εκδοτών.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já se chci přihlásit k debatě, která zde probíhá, a podpořit návrh usnesení tak, jak ho navrhovatelé předložili. Myslím si, že ten příběh má dvě linie. Ta první zde byla jednoznačně jasně zmiňovaná, tj. osud pěti knihkupců, kteří záhadně zmizeli, a my bychom měli včetně zástupců Komise tlačit na Čínu, aby vysvětlila, zda má v tomto zmizení tzv. prsty a co se s těmi lidmi stalo. To je tedy jeden příběh. Ale ten druhý, který je podle mého názoru stejně závažný, je, jak probíhá komunikace mezi Čínou a Hongkongem a zda princip – jedna země, dva systémy – je zachováván nebo není. A tento konkrétní příběh pěti lidí ukazuje, že systém dvou režimů zachováván není a že se Čína snaží okleštit práva v Hongkongu. Měli bychom podpořit hongkongské studenty, hongkongskou opozici v boji za další demokratizaci v Hongkongu, v boji za lepší volební právo. Je to naše povinnost.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Cina oggi non sono spariti solamente cinque librai, cinque editori, ma è sparito completamente il tanto sbandierato, quanto del tutto violato, principio «un paese, due sistemi». Non esiste più, colleghi, è inutile nasconderci. La censura di regime ormai opera al massimo contro l'attività critica e la libera espressione di chiunque stia in qualche modo contestando l'operato del governo. Ne hanno pagato il prezzo questi cittadini e molti altri seguiranno. Io vi chiedo, finalmente, di cominciare a smettere di usare due pesi e due misure, secondo le situazioni. Non possiamo pensare che il peso geopolitico ed economico della Cina possa condizionare il nostro atteggiamento. Quindi dobbiamo chiedere immediatamente il rilascio di queste persone che sono state arrestate e fatte sparire, peggio ancora in modo irregolare, e forse saranno estorte loro anche confessioni con la tortura, e chiedere alla Cina di rispettare gli accordi internazionali che ha firmato. Basta con l'Europa a doppio volto. Dobbiamo essere per una volta veramente coerenti con quello che dovremmo difendere.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem rovněž toho názoru, že zmizení dvou knihkupců, kteří nadto jsou dokonce evropskými občany, je bohužel pouze jedna ze série porušování lidských práv v Číně, tedy konkrétně v Hongkongu. A vzpomeňme si, co všechno slibovala Čína, když přijímala Hongkong do své správy po Británii. Je třeba říci, že občané Hongkongu si zvykli na úroveň práv a namísto toho, co slibovala Čína, přichází zásadní porušování lidských práv, tlak na změnu státního uspořádání. Porušování lidských práv je dlouhodobé, soustavné, viděli jsme to při protestech těchto lidí. Já chci podpořit navržené usnesení a skutečně vyzvat Čínu, aby respektovala to, k čemu se zavázala, když přejímala Hongkong od Velké Británie.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, v Hongkongu jsme dnes svědky porušování ústavy. Zatýkáni a únosy knihkupců, kteří prodávají nebo sami vydávají povolenou literaturu, a jejich následné mučení za účelem doznání k řízení v opilosti vypovídá skutečně výmluvně o pravé podstatě čínského režimu, který nedodržuje ani vlastní zákony a odchyluje se od principu – jedna země, dva systémy. Podobné praktiky jsme v různé podobě ještě nedávno zažili i v mnohých evropských zemích a někteří z nás se tedy cítí povinováni postavit za podobně diskriminované i dnes všude na světě. Jsem tedy jednoznačně pro to, co se konstatuje v návrhu usnesení, zejména v bodě 9, že vztahy mezi Evropskou unií a Čínou musí existovat na efektivním otevřeném dialogu o lidských právech. Jenom usnesení nestačí.

(End of catch-the-eye procedure)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, continuing lack of precise information about the well-being of five Hong Kong residents associated with the publishing house *Mighty Current* is extremely worrying. Two of them are EU citizens: Gui Minhai is a Swedish national and Lee Bo is a British national. Gui Minhai was reported missing in Thailand in mid-October. As the Hong Kong chief executive has stated, it would be a violation of the basic law if mainland law enforcement agencies have indeed been operating in Hong Kong. This would be inconsistent with the 'one country, two systems' principle.

Respect for freedom of expression underpins all free societies. The relevant authorities in China, Hong Kong and Thailand should investigate and clarify the circumstances of the disappearances in conformity with the rule of law. A statement by the spokesperson of High Representative Mogherini on the disappearance of individuals associated with the *Mighty Current* publishing house in Hong Kong was released on 7 January. We are in contact with the Hong Kong authorities and are working closely with the UK, Sweden and the head of the EU mission in Hong Kong on this matter. We have also requested further clarifications from the Chinese authorities in Beijing.

At the moment there has been no clear, reliable answer from the Chinese authorities to the request for information from the Hong Kong Government and Sweden and the UK on this issue. We will continue to call upon the Chinese authorities to clarify the status of all persons associated with the *Mighty Current* Hong Kong publishing house and to grant consular access to EU citizens concerned.

President. – The debate is closed.

The vote will be held at the end of the debates.

(The sitting was suspended for a few moments)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

8. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)

8.1. Lage der Menschenrechte auf der Krim, insbesondere in Bezug auf die Krimtataren (RC-B8-0173/2016, B8-0173/2016, B8-0182/2016, B8-0183/2016, B8-0184/2016, B8-0186/2016, B8-0188/2016, B8-0190/2016) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 7:*

Andrej Plenković (PPE). – Mr President, regarding paragraph 7 of the oral amendment, it is just a technical correction of part of the sentence which was agreed during the negotiations; it simply sticks with the text that was agreed among all the Groups in the negotiations.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

8.2. Bahrain: der Fall Mohammed Ramadan (RC-B8-0174/2016, B8-0174/2016, B8-0192/2016, B8-0194/2016, B8-0195/2016, B8-0196/2016, B8-0197/2016, B8-0198/2016)

8.3. Der Fall der verschwundenen Verlagsmitarbeiter in Hongkong (RC-B8-0175/2016, B8-0175/2016, B8-0176/2016, B8-0185/2016, B8-0187/2016, B8-0189/2016, B8-0191/2016, B8-0193/2016)

8.4. Fortschrittsbericht 2015 über Serbien (B8-0166/2016) (Abstimmung)

8.5. Prozess der europäischen Integration des Kosovo (B8-0167/2016) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 8:*

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Mr President, for the next amendment by the EPP, we reached a compromise just before the voting started, so I would like to thank the shadow rapporteur for the EPP for accepting to withdraw their amendment, Amendment 8, and agreeing to just take out of the original paragraph the passage that reads, 'and calls for the drafting of further legislation and statutes in line with that ruling'. So that would be my compromise with the EPP, and I would like to ask all of the shadows to also agree on that. We did not have time to talk to you because it was just done at the last minute, and I would like to ask you to accept that.

Lars Adaktusson (PPE). – Mr President, on behalf of the EPP Group I would say that I agree to Ms Lunacek's suggestion.

(Mixed reactions)

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

8.6. Lage in Libyen (RC-B8-0146/2016, B8-0146/2016, B8-0169/2016, B8-0170/2016, B8-0177/2016, B8-0178/2016, B8-0179/2016, B8-0180/2016, B8-0181/2016) (Abstimmung)

8.7. Inselregionen (B8-0165/2016) (Abstimmung)

8.8. Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) (B8-0171/2016) (Abstimmung)

8.9. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, les négociateurs des différents groupes politiques se sont mis d'accord pour demander le report de ce vote à la prochaine miniplénière. Merci de l'accepter.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, I chaired the negotiations on this resolution, which is on the plenary agenda at the request of my Group. In discussion between the S&D Group and the EPP Group, we will jointly be supporting a postponement. It is just for two weeks. There is a humanitarian catastrophe in Yemen. We want this Parliament to resolve its position, but there is a very important delegation of the Foreign Affairs Committee this weekend, and we believe our influence to implement what we believe in will be maximised by delaying this vote.

There are some that are trying to suggest that the postponement is part of a plot to undermine a strong Parliament position. I am delighted that we have that position, and I am in fact very grateful that the EPP has signed up to the joint text, which I know they were unable to commit to at the meeting. They have now done so. So there are no plots, but this is the best way to influence what we believe in.

Alyn Smith (Verts/ALE). – Mr President, I have much respect for the rapporteurs, but we do not agree to this postponement. The situation in Yemen is grave. We have been working on this resolution for a long time. There is a majority in this House to take a strong and progressive position on an urgent conflict where people are dying on a daily basis. There is no good reason why we should delay this. The resolution is good to go now. We have a majority in this House for a strong and progressive position. There is no good reason to delay it. I hope we vote on it today.

(Das Parlament stimmt dem Antrag auf Vertagung zu.)

8.10. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (RC-B8-0149/2016, B8-0149/2016, B8-0154/2016, B8-0156/2016, B8-0157/2016, B8-0159/2016, B8-0161/2016, B8-0162/2016) (Abstimmung)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

9. Stimmerklärungen

Der Präsident. – Wir kommen nun zu den Erklärungen zur Abstimmung.

Ich muss Sie davon in Kenntnis setzen, dass wir viele Anträge zur Abgabe mündlicher Erklärungen zur Abstimmung erhalten haben. Wenn wir also nicht durchkommen, muss ich Ihnen jetzt schon sagen, dass wir die Sitzung nur bis spätestens 14.45 Uhr fortsetzen können, damit die Dienststellen die Vorbereitung für die Wiederaufnahme der Sitzung um 15.00 Uhr treffen können. Die restlichen Erklärungen zur Abstimmung können dann gegebenenfalls schriftlich eingereicht werden.

Herr Kollege Arnott hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, is this place supposed to be a student union debating society or is it a parliament? I am speaking about a couple of matters. We have had that oral agreement with the EPP and ALDE Groups where the text of the report is changed at the very last minute, so the rest of us do not actually have a clue exactly what the text is that we are voting on.

But more seriously, on the humanitarian situation in Yemen, when we see two political groups, with a carve-up between the EPP and the S&D, deciding that something is going to be delayed for a couple of weeks. They do not give us a proper explanation. They just force it through by weight of vote. Seriously, this is not what democracy is all about, and it is high time that we learned what it is in this place.

Der Präsident. – Herr Kollege Arnott! Wir sind kein Studentenclub, wir sind eine Demokratie. Deshalb haben wir vorher auch abgestimmt, und die Mehrheit des Hauses hat sich für eine Vertagung ausgesprochen. Das war der eine Fall, den Sie angesprochen haben.

Der zweite Fall: Da hatte Ihre Fraktion Gelegenheit, sich zu erheben. Ich habe gefragt, ob es gegen den mündlichen Änderungsantrag von Frau Lunacek etwas vorzubringen gibt, und es hat sich gar niemand erhoben. Ich habe gefragt, ob es Einwände gibt. Es hat sich niemand erhoben, auch Sie nicht. Das hätten Sie vorhin tun können. Deshalb wurde über diesen Antrag, wie mündlich beantragt, abgestimmt. Das ist völlig in Einklang mit den Regeln dieses Hauses.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, the problem was that it was not clear what it was we were supposed to be voting on or not voting on. I did not know whether I objected to it or not. We did not know what it was.

Der Präsident. – Ja, Herr Kollege Arnott! Normalerweise ist es so, dass es für jeden Vorgang hier im Hause einen Zuständigen in einer Fraktion gibt. Wenn ich der Zuständige wäre und mir nicht sicher wäre, um was es gegangen wäre, dann hätte ich sicherheitshalber meiner Fraktion das Zeichen gegeben, sich zu erheben. Das ist aber nicht geschehen, und deshalb ist der Antrag so zur Abstimmung gelangt. Und das war auch völlig richtig so.

9.1. Fortschrittsbericht 2015 über Serbien (B8-0166/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jasenko Selimovic (ALDE). – Herr talman! Serbiens förhandlingar och närmanden till EU är bara att välkomna. Vi är många som hoppas att nya kapitel i förhandlingar ska öppnas så att både Serbien och andra balkanländer snart ska bli medlemmar. Problemet är att man vacklar. Fortfarande finns en idé om att Serbien kan ha två mödrar, både EU och Ryssland, för samtidigt som Serbien sträcker sig mot EU har man inte följt EU:s utrikespolitik gentemot Ryssland.

Man har tillåtit Ryssland att dominera Serbiens energimarknad och därmed gjort sig utsatt för framtida påtryckningar. Man förbereder en gemensam militärövning med Ryssland och stöder uttalandena som syftar till att splittra Bosnien och Hercegovina. Därför känns det viktigt att till betänkandet lägga en uppmaning till Serbien att fortsätta på den inslagna vägen av närmanden till EU.

Det är där Serbiens framtid ligger. Likaså känns det viktigt att uppmana kommissionen att hjälpa Serbien att kunna lösgöra sig från Ryssland. Serbien kan vara EU:s bro till Ryssland, men då måste man först vara en del av EU. Det vill jag tillägga till min röst och därför väljer jag att rösta på både Serbiens, och det ligger i EU:s och Serbiens intresse att möjliggöra detta.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, Ukraine has had more than its portion of human suffering. In a new history of that vast country, Serhii Plokhii makes the argument that, between 1932 when Stalin began the famine and 1944 when the last of the Nazi troops left, it was the most dangerous place in the world to be a human being. Even by the standards of that troubled and turbulent country, the Crimean Tatars have suffered particularly. I had meetings with a number of their leaders when I was last in Ukraine, and they told me the same things that are detailed in this report – the human rights abuses, the restrictions on free speech, free assembly, free religion and all the rest of it.

How much this House can intervene in a distant land is a separate question, but at least let us be clear whose side we are on, where our sympathy lies. I hope that some of the colleagues in this Chamber who have been making excuses for the Putinite aggression will look at who it is that they are lining up with.

Der Präsident. – Herr Kollege Hannan! Ich war mir nicht ganz sicher, ob Sie über den Fortschrittsbericht betreffend Serbien sprechen. Sie haben sich bei weiteren Gegenständen auch noch zu Wort gemeldet. In Zukunft werde ich das dann unterbinden.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil zprávu, která se týká Srbska. Je v zájmu Evropské unie, je v zájmu České republiky, kterou zde zastupuji, aby se Srbsko stalo členem Evropské unie. Na druhou stranu musí splňovat jasné podmínky ekonomické, politické, justiční atd. Ta zpráva popisuje nejen pokroky Srbska, ale také nedostatky, a to si myslím, že je důležité. Na ty nedostatky je třeba zvláště upozorňovat a říkat Srbsku, co tedy musí zlepšit. Mě osobně jako člověka, který se zabýval justiční reformou v České republice, zvláště zajímají ty pasáže, které popisují, že Srbsko má stále ještě daleko k právnímu státu, že je třeba posílit nezávislost justice v Srbsku, je třeba docílit toho, aby byly garantovány institucionální prvky nezávislosti justice a státního zastupitelství. A dalším problémem je politická orientace na Rusko. Není možné chtít být členem Evropské unie a mít tak těsné vojenské a jiné vazby na Rusko. To je třeba také Srbsku říkat.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Pēdējie gadi vispār nebija viegli Eiropas Savienības un Serbijas attiecībās. Nākotnes ceļa izvēles sabalansēšana ar vēsturisko atmiņu — pilsoņu kari un NATO bombardēšanas faktori, attiecību normalizēšana ar Kosovu, pārējiem kaimiņiem, vispār izvēles nepieciešamība starp Eiropas Savienību un Krieviju (kaut gan vispār tādai nevajadzētu būt) — tas viss tagad spēlē principiālu lomu tagadējās Serbijas dzīvē un turpinās spēlēt arī nākamajos gados un pat desmit gados.

Serbija tomēr iniciē un dotajā brīdī aktīvi īsteno vairākas reformas, lai ekonomiski, politiski, sociāli, kā arī likumdošanas ziņā tuvinātos ar Eiropas Savienību. Pašlaik tai pieder visai svarīga loma Eiropas migrantu krīzes ietvaros, ņemot vērā esošos izaicinājumus, un tā tālāk, un kamēr līdz valsts pievienošanās Eiropas Savienības valstu saimei vēl ir jāatrisina vairāki izaicinājumi, nevaru iedomāties ne Eiropu, ne Rietumbalkānus, ne Balkānu reģionu bez Serbijas.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Auch ich habe für den Fortschrittsbericht Serbien gestimmt, weil ich denke, er ist ausgewogen. Es ist gut, dass wir überhaupt miteinander reden, dass wir Fortschritte erzielt haben im Interesse der Menschen. Dieser Bericht hat auch viel Licht, das sollte man auch nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben eine bessere Zusammenarbeit, wir reden über demokratische Grundwerte, wir wollen mit der wirtschaftlichen Perspektive auch bei den Menschen den Lebensstandard erhöhen.

Wir haben natürlich auch Schatten. Aber man kann es auch so formulieren, auch die Defizite können ja Mut machen, weiter miteinander zu verhandeln, um weiter im Gespräch zu bleiben. Und ich sage es immer wieder: Man muss ja nicht gleich mit einer Beitrittsperspektive beginnen. Man sollte beginnen mit Gesprächen. Man sollte beginnen, indem man die gemeinsamen Werte betont. Man sollte beginnen, indem man auch die gemeinsame Verantwortung für dieses Europa betont, und in dem Sinne, glaube ich, ist es noch nicht der letzte Fortschrittsbericht. Ich freue mich auch auf die weitere Zusammenarbeit mit Serbien und kann mich nochmal bei dem Berichterstatter für die gute Arbeit bedanken.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Niewątpliwie rok 2015 miał przełomowe znaczenie, jeżeli chodzi o relacje Unia Europejska–Serbia. W końcu, po niemal trzech latach, rozpoczęte zostały rozmowy akcesyjne z tym państwem. Jednak pozytywna decyzja o otwarciu rozdziałów negocjacyjnych wynika nie tyle z poczynienia przez Belgrad znacznych postępów w reformach wewnętrznych – jest raczej spowodowana konstruktywną polityką Serbii wobec państw sąsiednich, w tym przede wszystkim Kosowa, oraz odpowiednią postawą tamtejszego rządu w czasie kryzysu imigracyjnego.

Poparłam to sprawozdanie również dlatego, iż nie da się ukryć, że decyzje Belgradu uchroniły nas przed jeszcze większą katastrofą humanitarną. Jednak – co bardzo wyraźnie pokazuje sprawozdanie – państwo to nadal przeżywa ogromne problemy z dostosowaniem się do wymogów unijnych w obszarze wymiaru sprawiedliwości i spraw wewnętrznych. Negocjacje w sprawie tych rozdziałów dopiero się zaczną, ale można przypuszczać, że nie będą one łatwe.

Innym problemem, nieco pominiętym, jest trudna sytuacja gospodarcza w tym państwie. Bardzo wielu migrantów przybyłych do Niemiec, Szwecji czy Norwegii ma serbskie obywatelstwo. To pokazuje, iż bieda w tym państwie może wywołać fale migracyjne do Unii. Konieczne jest więc skupienie się na poprawie sytuacji ekonomicznej w Serbii.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Il rapporto affronta in maniera coerente e con approccio realista la situazione serba.

Il testo mette in evidenza le maggiori problematiche, che riguardano: l'indipendenza del potere giudiziario la discriminazione di categorie deboli (minoranze linguistiche, LGBTI, ecc.), la persistente corruzione e l'inaccettabile persecuzione dei giornalisti non allineati.

Il cammino iniziato sta dando comunque dei risultati ma molto ancora deve esser fatto.

Ho deciso tuttavia di astenermi dal voto poiché all'interno del testo sono presenti palesi ambiguità geopolitiche di livello internazionale.

John Stuart Agnew (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

Tim Aker (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – Nos hemos abstenido en la votación de la Resolución porque, si bien estamos a favor de que los pueblos decidan sobre su propio futuro, también sobre su pertenencia a la Unión Europea, entendemos que la UE solo busca ampliar su mercado y su presencia geopolítica, además de llevar una agenda privatizadora y de libre mercado a la región. Además, en la Resolución se reconoce a Kosovo como Estado, algo con lo que no concordamos, y por esto nos hemos abstenido.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I abstained on this resolution, which contained both positive and negative elements.

This resolution of the European Parliament is a follow-up to the Commission's Progress Report on the Serbian EU integration agenda. It welcomes the progress in the accession negotiations, but emphasises that many problems remain.

There are positive elements urging progressive reforms in Serbia on human rights issues (such as protection of minorities), regional cooperation with neighbouring countries (on missing persons, war crimes prosecution, normalisation of relations with Kosovo), the rule of law and on the civil society sector.

The points in the resolution that I object to related to promoting the EU's right-wing agenda on economic governance, structural reforms, labour market reform and privatisation, as well as calling for Serbia to align its foreign and security policy with the EU's.

While there were many aspects of the resolution that I welcome – particularly the progress on normalisation of relations with Kosovo – there were too many problematic aspects for me to fully support this resolution.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – La Serbie est un pays diminué de sept millions d'habitants, suite au démantèlement de la Yougoslavie dans les années 1990. Que ce soit en Bosnie, au Kosovo ou au Monténégro, les Serbes se retrouvent victimes d'une nouvelle carte de l'Europe. Cependant, la seule perspective, par défaut, de cette puissance régionale est l'intégration européenne par laquelle elle espère retrouver son rang. Poursuivant l'objectif d'intégrer l'Union à l'horizon 2020, le pays fait l'objet d'un suivi particulier de la Commission européenne. Celui-ci se focalise sur des critères économiques considérés comme l'alpha et l'oméga de l'avenir du pays. Or, nous constatons que l'intégration de la Croatie dans l'Union il y a deux ans et demi est une catastrophe pour son économie. La question du Kosovo, dont la Serbie devra reconnaître l'indépendance pour entrer dans l'Union, est un blocage insurmontable qu'écluse le rapport.

C'est pourquoi je me suis opposée à ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I do not believe in Serbian accession to the European Union. This progress report works towards that goal; therefore, I had no choice but to vote against the resolution.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport. La Serbie a encore des efforts à faire en matière de lutte contre la corruption et de respect de la liberté des médias, mais nous devons garder à l'esprit que tout rapprochement avec l'Union conduira à davantage de stabilité et de prospérité dans toute la région. Je tiens également à préciser que je m'oppose à tout élargissement de l'Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą dėl 2015 m. Serbijos pažangos ataskaitos. Joje sveikinama derybų dėl Serbijos prisijungimo prie ES pradžia bei 2015 m. padarytas progresas siekiant normalizuoti Serbijos ir Kosovo santykius. Pritariu raginimams Belgradui ir Prištinai įgyvendinti kaip galima greičiau priimtus susitarimus, kurių įgyvendinimas yra viena iš sąlygų siekiant Serbijos narystės ES. Serbija turi toliau įgyvendinti sistemiską reformas, užtikinti, kad teisėjų ir prokurorų darbas, taip pat kaip ir žiniasklaidos darbas nebūtų įtakojamas politikų, bei stipinti kovą su korupcija ir organizuotu nusikalstamumu.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the acquis communautaire is part of this process. As such we voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport qui m'apparaît comme un condensé d'arrogance à l'encontre de la Serbie que les eurocrates entendent placer sous leur tutelle.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Dans sa résolution commune le Parlement souligne l'engagement continu de la Serbie en faveur du processus d'intégration. Si elle souligne les réformes économiques entreprises, le Parlement invite la Serbie à harmoniser sa politique étrangère et de sécurité avec celle de l'Union, y compris à l'égard de la Russie et relève que l'ingérence politique demeure élevée en ce qui concerne le pouvoir judiciaire.

Il demande également une lutte accrue contre la présence importante de la corruption et de la criminalité organisée.

Il rappelle la nécessité de renforcer le contrôle de l'exécutif par le Parlement et insiste sur l'importance que revêt l'action de la société civile.

Enfin, en matière de droits de l'homme, la résolution salue le fait que la Serbie dispose d'un cadre institutionnel et juridique adéquat pour protéger les droits fondamentaux et les libertés fondamentales, mais note toutefois la persistance de lacunes dans la mise en œuvre, notamment en ce qui concerne la discrimination et la violence à l'égard des personnes LGBTI.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que reconoce los progresos de Serbia en diferentes ámbitos, especialmente en economía y cooperación regional, a la vez que exige mayores avances en otros aspectos como medio ambiente o libertad de prensa.

Serbia debe ser para la UE un socio preferencial. Su importancia geopolítica y el deseo mayoritario de su población de formar parte de la Unión así lo exigen. Su integración significaría asimismo un afianzamiento de la estabilidad de la región. Por estos motivos, es necesario que se coopere en todos los temas que implica el proceso de adhesión para que finalmente Serbia sea un miembro de pleno derecho de la UE.

A pesar de mi rechazo a la declaración unilateral de independencia de Kosovo en 2008, considero positivo que este informe ensalce el buen talante del Gobierno serbio en sus relaciones con las autoridades kosovares con el fin de tener una buena vecindad, al igual que con otros países de la antigua Yugoslavia como Bosnia y Herzegovina.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Nel 2013 il Consiglio europeo ha deciso di avviare i negoziati di adesione con la Serbia. La relazione sui progressi compiuti dal paese balcanico nelle tappe di avvicinamento all'UE, presentata nel 2015, rappresenta un momento importante di riflessione per comprendere quali siano state le difficoltà e i successi del percorso intrapreso. La Serbia ha compiuto, senza alcun dubbio, sforzi importanti avviando un ambizioso piano di riforme sistemiche e socioeconomiche volto a potenziare l'intero assetto del paese. La relazione, che ho sostenuto con il mio voto, sottolinea in particolare l'importanza dei progressi nel settore della normalizzazione dei rapporti col Kosovo e sottolinea più in generale l'impegno continuo del paese balcanico nel processo di integrazione europea. Il potenziamento dello Stato di diritto e dei meccanismi democratici, la tutela dei diritti umani e il rispetto delle minoranze devono continuare a essere una priorità al fianco dell'impegno serbo per la creazione delle fondamentali infrastrutture energetiche e dei trasporti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación entendiendo que el párrafo de esta Resolución concerniente a Kosovo: 1) contraviene la legislación internacional ya que, si bien Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y que el proceso de estatalización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga un derecho fundado a ser reconocida por terceros; 2) no solo no aporta nada a la necesaria resolución política del conflicto, sino que además interfiere en las relaciones entre Rusia y Serbia y lastra el debido abordaje de acciones conducentes a una estabilización real y duradera de la zona. Además, rechazamos la naturaleza y orientación de las medidas económicas implícitas y explícitas en la propuesta de Resolución.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer la labor realizada por el ponente en el informe de evolución 2015 sobre Serbia. Celebro de la misma manera la apertura de las negociaciones en los capítulos de «Control financiero» y de «Normalización de las relaciones entre Serbia y Kosovo». Es un gran paso. Además, se hace una mención sobre la aplicación rigurosa de la legislación y políticas como indicador del proceso de integración y los progresos en lo que respecta al entorno empresarial, la reducción del déficit presupuestario y el mercado de trabajo, incluida la legislación laboral y la política de empleo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui souhaite poursuivre le processus d'adhésion de la Serbie à l'Union européenne.

Certes, la Serbie a historiquement, culturellement et politiquement une place importante au sein de l'Europe et je reste convaincue qu'elle doit être une voix importante dans le concert des nations libres et souveraines.

Cependant, ce rapport de suivi dévoile une fois de plus l'arrogance de l'Union européenne qui cherche à opérer un véritable chantage, notamment en s'ingérant dans les affaires intérieures de cette nation. Il est ainsi scandaleux que l'Union tente d'imposer à la Serbie un certain modèle de politique familiale, ou encore, qu'elle ose dicter à celle-ci sa conduite en matière d'affaires étrangères, lui indiquant qui sont les «bons pays» avec lesquels elle est en droit d'entretenir des relations, et les «mauvais» auxquels elle devrait tourner le dos – dans ce cas précis, bien évidemment, la Russie.

Avec de tels rapports, l'Union tente une fois de plus de se servir des pays des Balkans comme des pions d'un jeu d'échecs auquel elle jouerait face à la Russie, mais au nom des intérêts atlantistes.

Un texte méprisant qui remplit de honte tous les amis de la Serbie.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo oggetto di voto è poco equilibrato e condivisibile. Il sostegno a LGBTI e al rafforzamento dell'integrazione dei Rom non sono quelli che io definirei requisiti primari per valutare i progressi della Serbia nel suo processo di adesione, per cui non ho inteso sostenere la risoluzione col mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned rösten.

Jag menar att Serbiens integrationsprocess, och eventuellt framtida medlemskap i EU, ska avgöras av folket i Serbien. Integrationen kräver många ekonomiska, sociala och politiska förändringar som påverkar hela samhället. I slutändan är den bästa formen för ett folkligt förankrat beslut en folkomröstning. Därför lägger jag ned rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El presente informe hace un análisis pormenorizado de los avances de las negociaciones para adhesión a la UE de Serbia. Destaca la apertura de los capítulos sobre control financiero y el del proceso para normalizar las relaciones con Kosovo. Además el informe destaca el compromiso de Serbia en el proceso de integración europea.

A pesar de que el avance ha sido significativo, este documento pone de relieve que a Serbia le queda mucho trabajo por hacer, por un lado falta un compromiso mayor de Serbia con la libertad de prensa, además está empeorando las condiciones de libertad de expresión, y por otro lado la ausencia de un esfuerzo real para lucha contra la corrupción, ya que falta transparencia en la financiación de los partidos políticos y de las campañas electorales. Por último el informe también invita a Serbia a hacer más esfuerzos para mejorar la situación de los romaníes y de garantizar la aplicación coherente en todo el país de la legislación sobre la protección de las minorías.

Por ello he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas įvertino 2015 metų Serbijos pažangos ataskaitą. Parlamentas teigiamai įvertino tai, kad 2015 m. tarpvyriausybėje konferencijoje Briuselyje pradėtos derybos ir kad pradėtas nagrinėti derybinis skyrius dėl finansų kontrolės ir skyrius dėl Serbijos ir Kosovo santykių normalizavimo. Parlamentas taip pat palankiai įvertino Serbijos nuolat demonstruojamą įsipareigojimą vykdyti Europos integracijos procesą ir pažymėjo, kad Serbija ėmėsi įgyvendinti plataus užmojo reformų darbotvarkę. Todėl Parlamentas ir toliau ragina Serbiją ryžtingai ir be užuolankų imtis sisteminių ir socialinių bei ekonominių reformų, ypatingą dėmesį įgyvendinant reformas skirti jaunimui. Parlamentas taip pat pažymėjo, kad turi būti dedama daugiau pastangų kovojant su organizuotu nusikalstamumu ir kad reikia sukaupiti galutinių nuosprendžių patirtį.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Szerbiáról szóló 2015. évi országjelentésével egy kiegyensúlyozott, reális, objektív dokumentumot fogadott el az Európai Parlament. Szerbia fontos lépéseket tett az elmúlt évben, amelyek eredményeként megnyíltak az első tárgyalási fejezetek. A jelentés kiemeli az eddig elért eredményeket a regionális együttműködés illetve a migráns- és menekültválság kezelése terén, de rámutat a hiányosságokra is, elsősorban a szólás- és médiaszabadság, a jogállamiság, valamint a korrupció és a szervezett bűnözés elleni harc területén.

Szerbiában az elmúlt egy évben sok ígéretes törvény, akcióterv készült, amelyeknek végrehajtása kulcsfontosságú nem csak a tárgyalási fejezetek nyitása miatt, hanem azért, hogy Szerbia polgárai mielőbb európai szintű jogállamiságot kapjanak. Ez pedig különösen fontos a nemzeti kisebbségi közösségeknek, köztük a vajdasági magyar közösségnek is. Ez a jelentés ebben igyekszik további ösztönzést és útmutatót adni a szerb kormánynak.

Franco Bogovič (PPE), *pisno*. – Z velikim veseljem sem podprl poročilo Evropskega parlamenta o Srbiji, kajti zelo me veseli njen napredek in želja te države za priključitev k evropskim integracijam. Kot član delegacije za spremljanje napredka Srbije v parlamentu, sem lani trikrat obiskal Srbijo, se večkrat tudi v Bruslju in Strasbourgu srečal z njenimi vladnimi in nevladnimi predstavniki.

Vesel sem odprtja prvih dveh pogajalskih poglavij konec minulega leta, ki sta znak, da lahko pogajalske ekipe začnejo z delom in nadaljujejo pot k demokratizaciji družbe in izboljšanju razmer na teh področjih. Seveda je pred Srbijo še veliko izzivov, marsikje morajo izkoreniniti stare prakse nekdanjega političnega sistema, posvetiti več pozornosti pregonu korupcije in organiziranega kriminala, okrepiti dialog s civilno družbo, bolj pluralizirati medije in zagotavljati večjo neodvisnost ipd...

Toda prepričan sem, da samo stabilna, demokratična in gospodarsko uspešna Srbija lahko zagotovi politično stabilnost celotnega Zahodnega Balkana. Zato jim mora Evropska unija pomagati po najboljših močeh, tudi z več sredstvi iz predpristopnih fondov ter omogočiti posodobitev infrastrukture in zagotoviti nova delovna mesta. Sam bom z veseljem pomagal na tej poti, saj je mesto Srbije kot tudi vseh držav Zahodnega Balkana prej ali slej v Evropski uniji.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che i progressi compiuti dalla Serbia, soprattutto nella normalizzazione dei rapporti con il Kosovo, rappresentino degli importanti passi avanti verso l'adesione del paese balcanico all'Unione europea. La prospettiva dell'adesione all'Unione europea dei paesi balcanici è uno dei principali fattori di stabilità della regione e, pertanto, deve essere sostenuta dalle autorità sia europee che nazionali.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Sous prétexte que les négociations sur l'adhésion de la Serbie sont en cours de progression, l'Union européenne se permet d'établir des recommandations concernant la politique intérieure serbe. Autrement dit, cette proposition de résolution vise à lister les principales orientations politiques aux autorités serbes en contrepartie de l'avancée dans les négociations en vue de son adhésion. On y retrouve la normalisation des relations avec le Kosovo, l'adoption d'une politique étrangère atlantiste et moins tournée vers la Russie, la mise en place de réformes économiques structurelles en faveur des investisseurs, l'accueil des migrants clandestins et l'inclusion sociale des Roms ainsi que la lutte contre les discriminations à l'égard des personnes dites vulnérables.

Cette proposition de résolution traduit la volonté de l'Union européenne de s'ingérer en permanence dans les affaires nationales des États membres comme des pays tiers. Non seulement nous sommes opposés à l'adhésion de la Serbie à l'Union, mais nous sommes surtout scandalisés par la nature des recommandations faites au gouvernement serbe. Le peuple serbe est souverain et n'a en aucune manière à satisfaire les caprices de la Commission européenne.

J'ai donc voté contre cette proposition de résolution.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Serbia este cel de-al 33-lea stat participant la mecanismul de protecție civilă al Uniunii Europene, fiind una din țările care aspiră să devină membră a UE. Serbia a înregistrat progrese semnificative privind procesul de integrare europeană, depunând eforturi considerabile în alinierea la principiile și valorile asumate de Uniune.

Așadar, Serbia a demarat acțiuni remarcabile în direcția normalizării relațiilor cu Kosovo, care au avut ca rezultat primul acord cu privire la principiile aplicabile normalizării relațiilor. De asemenea, a depus eforturi consistente pentru dezvoltarea mediului de afaceri, reducerea deficitului bugetar și dezvoltarea pieței forței de muncă, inclusiv în ceea ce privește legislația muncii și politica ocupării forței de muncă. Mai mult, a elaborat planul de reconstruire, de îmbunătățire și de modernizare a unor tronsoane din rețeaua feroviară.

Salut progresele înregistrate de Serbia și reformele inițiate în domenii cheie cum ar fi administrația publică, infrastructura, economia, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestui raport. Încurajez în continuare aceste demersuri de integrare europeană și susțin eforturile Serbiei de aliniere la politica externă și de securitate a Uniunii.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Ho votato contro questa risoluzione perchè plaude all'approccio costruttivo della Serbia nell'affrontare la crisi migratoria; rileva tuttavia che occorre promuovere un approccio costruttivo con i paesi vicini. Si osserva che la Serbia rappresenta un partner dell'UE essenziale e collaborativo nei Balcani e che pertanto è indispensabile che l'Unione fornisca risorse e un opportuno sostegno finanziario. Prende atto con soddisfazione dei sostanziali sforzi compiuti dalla Serbia per garantire, con il sostegno dell'UE ed internazionale, accoglienza e aiuti umanitari a favore dei cittadini di paesi terzi e la invita ad aumentare rapidamente le proprie capacità di accoglienza.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione 2015 sui progressi compiuti dalla Serbia, che dimostra un impegno continuo nel processo di integrazione europea e che ha avviato un ambizioso programma di riforme. Ritengo che negoziati approfonditi dei capitoli che riguardano il «Sistema giudiziario e diritti fondamentali» e la «Giustizia, libertà e sicurezza» siano essenziali per affrontare queste riforme. La Serbia deve migliorare la pianificazione, il coordinamento e il monitoraggio dell'attuazione delle nuove norme e politiche.

Invito inoltre le autorità serbe a favorire un incremento degli investimenti in tutta la Serbia e a ridurre le disparità economiche e sociali tra le sue regioni, garantendo la tutela degli investimenti esteri e risolvendo le controversie di lunga data. Pur riconoscendo i progressi compiuti nella ristrutturazione delle imprese pubbliche, penso che si debba fare di più e che sia necessaria più trasparenza nel processo di privatizzazione.

Osservo infine che nella regione sono ancora presenti la corruzione e la criminalità organizzata, che rappresentano un ostacolo importante allo sviluppo democratico, sociale ed economico della Serbia. Bisogna costituire una banca dati delle indagini e dei rinvii a giudizio in materia di corruzione, compresa la corruzione ad alto livello.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

David Casa (PPE), *in writing*. – I welcome the progress made by Serbia so far which has brought it closer to European integration and the ambitious reform agenda set by its government. There is still a lot of work to be done and Serbia should continue on its path of modernisation and further development and I therefore voted in favour of this resolution.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione presentata dal collega McAllister cita molte questioni importanti e tocca temi assolutamente condivisibili, quali la condizione del sistema giudiziario, aggravato di cause arretrate e sottomesso a pressioni politiche; la corruzione, che è una piaga assolutamente persistente; la discriminazione delle categorie deboli come gli LGBTI e le minoranze linguistiche; la necessaria partecipazione della società civile e dell'opposizione al processo politico e anche all'integrazione; l'esistenza di una retorica ancora troppo militarista. Pur avendo apprezzato l'approccio realista del rapporto non posso passare sopra al tema delle relazioni con la Russia: la richiesta fatta alla Serbia di allontanarsi da Mosca, invitando Belgrado ad allineare la sua politica estera a quella dell'Unione, quando neppure tra gli Stati membri si registra oggi alcuna omogeneità di azione esterna, mi ha portato ad astenermi sul voto finale. Mosca rimane e dovrà tornare a essere un interlocutore imprescindibile per l'Unione, non capisco perché ci si ostini a vedere ostacoli e a non rilanciare un dialogo politico serio e franco.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και χαιρετίζουμε την πρόοδο που έχει σημειώσει η Σερβία όσον αφορά την πορεία της προς την ευρωπαϊκή ένταξη, καθώς και τις προσπάθειές της για συμμόρφωση με τα κριτήρια της Κοπεγχάγης και τις προϋποθέσεις της Διαδικασίας Σταθεροποίησης και Σύνδεσης.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore del provvedimento perché sono convinto che l'Europa debba plaudire all'impegno continuo della Serbia nel processo di integrazione europea. I progressi compiuti in merito all'approccio costruttivo nell'affrontare la crisi migratoria, in materia di riforme economiche e per quanto riguarda il contesto imprenditoriale rendono la Serbia meritevole di un sostegno da parte dell'Unione per effettuare ulteriori riforme e per incoraggiare le istituzioni a compiere maggiori sforzi nell'allineare progressivamente la sua politica estera e di sicurezza a quella dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – I Balcani, nella storia recente del nostro continente, sono sempre stati una zona molto problematica. Tuttavia, vuoi per gli strascichi di cinquant'anni di dittatura, vuoi per la guerra che ha martoriato alcuni dei paesi, ci sono problemi che si ripercuotono sulla nostra sicurezza. In questo quadro, bene fa l'Unione europea a stimolare processi di riforma che permettano ai paesi di avere istituzioni libere e funzionanti, sulle quali basare una società che si sviluppi e giunga velocemente al livello dei paesi limitrofi. E se un'apertura dei negoziati di adesione è la contropartita, ben vengano. Certo: chi non è pronto a entrare deve rimanere alla porta, ma chi si impegna e migliora la propria situazione, in particolare giudiziaria e democratica, è giusto che si sieda al tavolo con noi.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – I progressi compiuti dalla Serbia in molti settori di politica interna ed estera sono indicativi della volontà di divenire parte dell'Unione. Ne è esempio la riforma dell'apparato giudiziario, la lotta contro la corruzione e la libertà di espressione e di stampa, anche se permangono ancora delle limitazioni alla piena attuazione delle riforme necessarie per essere in linea con le politiche dell'UE. Ho deciso di esprimere il mio voto favorevole affinché la Serbia continui il percorso di adesione che ha intrapreso implementando nella sua legislazione nazionale i valori europei e continui a lavorare per migliorare la cooperazione nella regione, in particolare con il Kosovo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – As an aspiring Member State, Serbia needs to ensure that it meets democratic standards including the rule of law, democracy, human rights, respect for minorities and good neighbourly relations. Accession can only take place once these criteria are completely fulfilled, and the EU cannot afford to take on new Member States that are not fully committed to these principles. The motion for resolution encourages political leaders in Serbia to strengthen their endeavours in attaining such standards. I have thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione analizza con coerenza e approccio realista la situazione serba, denunciando le lacune accanto ai miglioramenti registrati, specie per quanto riguarda:

il sistema Giudiziario, ancora esposto a pressioni politiche e gravato di cause arretrate; la corruzione; la discriminazione delle categorie deboli; la necessità di una maggior partecipazione della società civile e delle Opposizioni ai processi decisionali; le carenze sul rispetto della libertà di espressione e nei media; l'esigenza di dare corso giudiziario ai processi per crimini di guerra, così da garantire verità e risarcimenti alle famiglie delle vittime.

Aspetti meno condivisibili risultano essere invece: l'importanza riconosciuta al business ai fini della normalizzazione del vicinato nei Balcani e le facilitazioni alla privatizzazione che potrebbero inficiare il rilievo dato alle politiche sul lavoro.

La relazione è tendenzialmente positiva e l'orizzonte dell'adesione della Serbia e degli altri paesi balcanici rimane auspicabile, ma la richiesta fatta al paese di allontanarsi dalla Russia volendo evitare nuove manovre per marginalizzare Mosca che rimane e dovrà tornare ad essere un interlocutore imprescindibile per l'Unione, non può che portarmi a votare l'astensione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de la Resolución porque, si bien estamos a favor de que los pueblos decidan sobre su propio futuro, también sobre su pertenencia a la Unión Europea, entendemos que la UE solo busca ampliar su mercado y su presencia geopolítica, además de llevar una agenda privatizadora y de libre mercado a la región. Además, en la Resolución se reconoce a Kosovo como Estado, algo con lo que no concordamos, y por esto nos hemos abstenido.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Procedowane sprawozdanie przedstawia zasadniczo w pozytywnym świetle postępy poczynione przez Serbię. Reforma administracji publicznej jest w toku, lecz administracja musi jeszcze zostać odpolityczniona. To samo dotyczy systemu sądowego. Nadal szerzy się korupcja, jednak wysiłki w celu jej zwalczania nie przyniosły jeszcze wymiernych wyników. W odniesieniu do kryteriów gospodarczych Serbia poczyniła postępy w rozwijaniu funkcjonującej gospodarki rynkowej. Poziom bezrobocia spadł poniżej 20%. Sektor prywatny jest jednak nadal niedostatecznie rozwinięty. W sprawozdaniu wezwano Serbię, by dostosowała swoją politykę zagraniczną i politykę bezpieczeństwa do polityki prowadzonej przez UE, w tym politykę wobec Rosji. W kwestii demokracji w sprawozdaniu wezwano do prowadzenia w większym zakresie konsultacji z zainteresowanymi podmiotami w sprawie procedur parlamentarnych, do poprawy kontroli parlamentarnej władzy ustawodawczej oraz do odpolitycznienia administracji publicznej. W sprawozdaniu również, podkreślono że nie należy osłabiać autonomii Wojwodiny oraz że należy poprawić sytuację mniejszości, w szczególności romskiej. Popieram dążenie Serbii do integracji z UE – mając powyższe na uwadze zagłosowałem ZA.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I supported this report, which welcomes the launch of negotiations with Serbia and focuses on the developments made in the accession process of Serbia to the EU last year. It must be noted that, while progress has been achieved last year in Serbia's reform agenda as well as in the normalisation of relations with Kosovo, many pertinent issues remain unresolved. The deterioration of freedom of expression and media freedom, corruption and the lack of transparency in the funding of political parties and election campaigns remain key issues, but the protection of minorities also requires immediate attention. With the upcoming early elections it is crucial that Serbia further progresses with its EU agenda.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this report by Mr McAllister, which is a useful assessment of ongoing reforms in Serbia, including in important areas such as the rule of law, democracy, human rights, respect for minorities and regional cooperation. It rightly recognises that Serbia has embarked on an ambitious reform agenda. We in Britain support the ongoing efforts to ensure that EU applicant countries fulfil the criteria for EU membership and very much welcome all efforts to secure peace and stability in the Western Balkans. So, for these reasons, I am happy to support this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette proposition de résolution, les députés rappellent que l'élargissement demeure une politique essentielle de l'Union et l'attache de l'Union aux pays des Balkans. Les députés saluent les progrès accomplis dans la normalisation des relations entre la Serbie et le Kosovo, et notent que ces relations seraient facilitées si tous les États membres de l'Union reconnaissaient le Kosovo. Le Parlement européen encourage la Serbie à maintenir une dynamique positive et à intensifier les réformes législatives en matière de protection des groupes vulnérables (ex. les Roms), d'indépendance des institutions démocratiques et de la justice. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Le rapport de suivi de 2015 concernant la Serbie met en lumière les progrès accomplis par la Serbie dans le cadre des négociations d'adhésion à l'Union européenne. J'ai voté en faveur de ce texte qui encourage notamment la Serbie à poursuivre des réformes économiques ambitieuses, mais également à adopter une approche constructive vis-à-vis de la gestion de la crise migratoire. S'il est bon que les pays candidats entament les réformes nécessaires dans le but de se rapprocher des critères européens, je rappelle toutefois qu'il est indispensable que l'Union européenne fasse une pause durable dans sa politique d'élargissement.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La Serbia nell'ultimo anno ha compiuto numerosi progressi nei negoziati di adesione con l'Unione europea e realizzato importanti passi in avanti nella normalizzazione dei rapporti con Pristina. Nonostante tali risultati le autorità serbe devono ancora lavorare incisivamente sulla lotta alla corruzione e nel garantire a giudici, procuratori e media libertà e indipendenza dalle influenze politiche. Ho deciso di votare a favore di questa risoluzione per invitare la Serbia a proseguire il percorso di riforme intrapreso in campo giudiziario, nella lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Il faut saluer les progrès réalisés en 2015 dans la normalisation des relations entre la Serbie et le Kosovo. Désormais, Belgrade et Pristina doivent avancer dans l'exécution totale et en temps opportun des accords conclus. La Serbie doit ainsi poursuivre ses réformes, en veillant à ce que les travaux des juges et des procureurs, tout comme des médias, s'effectuent en toute indépendance, ne fassent l'objet d'aucune ingérence politique, et à intensifier ses efforts pour lutter contre la corruption et la criminalité organisée. En effet, d'après le rapport d'avancement 2015, deux ans après le lancement des négociations d'adhésion avec l'Union européenne, la Serbie n'est encore pas prête à assumer ses obligations d'État membre dans la plupart des domaines.

Il faut également rappeler que la Commission européenne s'est engagée en 2014, avec sagesse, à faire une pause dans l'élargissement pour consolider ce qui a été réalisé entre les 28. C'est pourquoi, en cohérence avec les engagements pris lors de la campagne des européennes, la délégation française du groupe de l'ADLE a choisi de s'abstenir sur le vote final.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – David McAllister 2015-ös országjelentésével egy kiegyensúlyozott, reális, objektív dokumentumot fogadott el az Európai Parlament. Szerbia fontos lépéseket tett az elmúlt évben, amelyek eredményeként megnyíltak az első tárgyalási fejezetek. A jelentés kiemeli az eddig elért eredményeket a regionális együttműködés, illetve a migránsválság kezelése terén, de rámutat a hiányosságokra is, elsősorban jogállamiság, a szólás- és médiaszabadság, a korrupció és a szervezett bűnözés területén.

Szerbiában az elmúlt egy évben sok ígéretes törvény, akcióterv készült, amelyeknek implementációja kulcsfontosságú, és nem csak a tárgyalási fejezetnyitások miatt, hanem azért, hogy Szerbia polgárai mielőbb egy európai szintű jogállamiságot kapjanak. Ez pedig különösen fontos a nemzeti kisebbségi közösségeknek, köztük a vajdasági magyar közösségnek is. Ez a jelentés ebben igyekszik további ösztönzést és útmutatót adni a szerb kormánynak.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – En tant que membre des amitiés UE-Balkans, je prends acte des éléments factuels qui figurent dans cette résolution concernant le processus d'adhésion de la Serbie à l'Union européenne, et particulièrement de l'état d'avancement des mesures préparatoires. Je me félicite d'un certain nombre d'éléments positifs, en particulier des efforts entrepris pour normaliser les relations avec le Kosovo et de l'approche constructive des autorités serbes au regard de la crise migratoire. Je rappelle que je suis très attentif aux aspects relevant des acquis démocratiques et de l'état de droit – le respect de la liberté de la presse, le respect des minorités, la lutte contre la corruption, la dépolitisation et la professionnalisation de l'administration sont des points centraux.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Comme souvent concernant les Balkans, les textes proposés font preuve d'un manque de respect notoire envers la souveraineté, les affaires intérieures et les institutions de la Serbie. Il est regrettable que cette approche nuise à toute action responsable sur ces sujets. Étant attachée au principe de souveraineté nationale, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – В годишния доклад на Европейската комисия правилно е отчетено, че правната и институционалната рамка за гарантиране на основните права на малцинствата е въведена, но за съжаление законодателството остава на хартия и не се прилага. В постоянен контакт съм с българската общност в Сърбия, която се оплаква от силна дискриминация от местната власт – българските училища не се финансират, липсват образователни материали на български език, свободата на сдружение е ограничена. Като цяло хората живеят в страх да се нарекат българи.

Подкрепих резолюцията на Европейския парламент относно доклада за напредъка на Сърбия за 2015 г., защото в нея Европейския парламент призовава правителството на Сърбия да гарантира последователност в прилагането на правната рамка за защита на малцинствата на цялата територия на страната. Сърбия има още много какво да направи, за да гарантира, че всяко етническо малцинство може свободно да ползва езика си, да има достъп до образование, да участва в местната власт, да има медии и богослужения на малцинствения език.

Силено се надявам, че в процеса на интеграция на Сърбия с Европейския съюз, ситуацията на българската общност ще се подобри.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Προτείνεται η καταψήφιση της έκθεσης προόδου της Σερβίας καθώς: α) επιβάλλει στη Σερβία την αλλαγή στάσης απέναντι στη Ρωσία, β) απαιτεί από τη Σερβία ισότιμες με το Κοσσυφοπέδιο προσπάθειες ομαλοποίησης της κατάστασης, γ) εξαρτά την πρόοδο των ενταξιακών διαπραγματεύσεων από την ομαλοποίηση των σχέσεων με το Κοσσυφοπέδιο και δ) επιβάλλουν στη Σερβία την απορρόφηση μεγάλου κύματος λαθρομεταναστών, οξύνοντας την ήδη βεβαρημένη κατάσταση στη Βαλκανική.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – David McAllister 2015-ös országjelentésével egy kiegyensúlyozott, reális, objektív dokumentumot fogadott el az Európai Parlament. Szerbia fontos lépéseket tett az elmúlt évben, amelyek eredményeként megnyíltak az első tárgyalási fejezetek. A jelentés kiemeli az eddig elért eredményeket a regionális együttműködés, illetve a migránsválság kezelése terén, de rámutat a hiányosságokra is, elsősorban a szólás- és médiaszabadság, jogállamiság, a korrupció és a szervezett bűnözés területén.

Szerbiában az elmúlt egy évben sok ígéretes törvény, akcióterv készült, amelyeknek implementációja kulcsfontosságú, és nemcsak a tárgyalási fejezetnyitások miatt, hanem azért, hogy Szerbia polgárai mielőbb egy európai szintű jogállamiságot kapjanak. Ez pedig különösen fontos a nemzeti kisebbségi közösségeknek, köztük a vajdasági magyar közösségnek is. Ez a jelentés ebben igyekszik további ösztönzést és útmutatót adni a szerb kormánynak.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Conselho Europeu decidiu dar início às negociações de adesão com a Sérvia que tem vindo a fazer progressos com vista à integração europeia, entre eles, medidas importantes a favor da normalização das relações com o Kosovo.

A Sérvia deu ainda início a um ambicioso programa de reformas e deve prosseguir de forma decisiva e direta as reformas sistémicas e socioeconómicas prestando uma atenção particular aos jovens aquando da aplicação das suas reformas.

Os progressos realizados pela Sérvia no ambiente empresarial, na redução do défice orçamental e no mercado de trabalho, nomeadamente em termos de direito laboral e política de emprego merecem uma referência bem como os progressos realizados nas reformas económicas, que melhoraram a situação orçamental do país. Votei favoravelmente o relatório.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération parce qu'elle stigmatise le peuple serbe et prétend lui dicter ses codes d'expression démocratique.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório surge no âmbito do processo de adesão da Sérvia à União Europeia. O relator aborda a aplicação das imposições que a UE faz à Sérvia em vertentes como o Estado de direito democrático, os direitos humanos, o respeito e proteção das minorias, a cooperação regional e relações de boa vizinhança, energia, ambiente e transportes. Elenca-se um conjunto de medidas que servem de condições para a adesão da Sérvia à UE: reformas no sistema judicial, reconhecimento por parte da Sérvia da existência do Kosovo, reformas laborais, privatizações, reestruturação do sector público, proteção do investimento privado, reforma orçamental, imposições no âmbito do funcionamento das instituições, entre outras.

As grandes potências da NATO e da UE querem obrigar o povo sérvio a aceitar a violação da sua integridade territorial e da sua soberania com a aceitação do Kosovo como Estado.

O processo de adesão da Sérvia à UE soma-se a outros processos em curso e que demonstram como o semear de divisões étnicas, a agressão e o apoio à destruição da Jugoslávia tinham como propósito dominar economicamente os países que daí resultassem, os seus recursos naturais, explorar os seus trabalhadores e destruir as imensas conquistas sociais dos povos. Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained because I reject the neoliberal economic reforms that are promoted.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Vitám otvorenie a začatie prvých kapitol integračného procesu na konci minulého roka a očakávam, že nebudú žiadne problémy pri otvorení kapitol 23 a 24 počas rokovaní o rozšírení Európskej únie v tomto roku, nakoľko Srbsko je významný a dôležitý partner pre Európsku úniu na západnom Balkáne. Je však potrebné zdôrazniť, že krajinu čaká ešte dlhá a náročná cesta a veľa práce. Netreba zabúdať na problémy, akými bezpochyby sú sloboda médií, zhoršujúce sa podmienky v oblasti slobody vyjadrovania, nedostatok transparentnosti vo financovaní politických strán a volebných kampaní a nedostatočné kroky a predpisy na ochranu národnostných menšín.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζω την έκθεση προόδου της Σερβίας καθώς: α) επιβάλλει στη Σερβία την αλλαγή στάσης απέναντι στη Ρωσία, β) απαιτεί από τη Σερβία ισότιμες με το Κοσσυφοπέδιο προσπάθειες ομαλοποίησης της κατάστασης, γ) εξαρτά την πρόοδο των ενταξιακών διαπραγματεύσεων από την ομαλοποίηση των σχέσεων με το Κοσσυφοπέδιο και δ) επιβάλλει στη Σερβία την απορρόφηση μεγάλου κύματος λαθρομεταναστών, οξύνοντας την ήδη βεβαρημένη κατάσταση στη Βαλκανική.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I believe we need to be aware that a lot of work lies ahead for Serbia: improvements are very much needed with regards to rights, freedoms and the security of minorities, the freedom of the media, the lack of transparency in funding of political parties, the equal representation of men and women.

I believe that, in our talks with Serbia, we must keep our European priorities and values clear in our minds: the goal of achieving stability in the region is important but we cannot forfeit our support and defence of the exercise of democratic liberties in the Balkans.

I expect the Serbian government to refrain from anti EU rhetoric and to stop manipulating public opinion through pressure, censure and the government's massive propaganda machine.

I support this process but at the same time I believe that we must take a clear political position. It is about time for us to show that No State that wishes to join the EU can avoid putting fundamental democratic values into place and can show no interest in the values that Europe represents.

Kinga Gál (PPE), írásban. – David McAllister 2015-ös országjelentésével egy kiegyensúlyozott, reális, objektív dokumentumot fogadott el az Európai Parlament. Szerbia fontos lépéseket tett az elmúlt évben, amelyek eredményeként megnyíltak az első tárgyalási fejezetek. A jelentés kiemeli az eddig elért eredményeket a regionális együttműködés illetve a migránsválság kezelése terén, de rámutat a hiányosságokra is, elsősorban a szólás- és médiaszabadság, jogállamiság, a korrupció és a szervezett bűnözés területén.

Szerbiában az elmúlt egy évben sok ígéretes törvény, akcióterv készült, amelyeknek implementációja kulcsfontosságú és nem csak a tárgyalási fejezetnyitások miatt, hanem azért, hogy Szerbia polgárai mielőbb egy európai szintű jogállamiságot kapjanak. Ez pedig különösen fontos a nemzeti kisebbségi közösségeknek, köztük a vajdasági magyar közösségnek is. Ez a jelentés ebben igyekszik további ösztönzést és útmutatót adni a szerb kormánynak.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor del informe tras constatar los avances que ha señalado la Comisión sobre los progresos realizados por el país con vistas a la integración europea, evaluando sus esfuerzos por cumplir los criterios de Copenhague y las condiciones del proceso de estabilización y asociación. No obstante, Serbia ha de abordar con decisión las reformas sistémicas y socioeconómicas que tanto precisa y proseguir con las reformas necesarias para la adaptación a las normas de la UE. Desde las instituciones de la UE debemos continuar apoyando los esfuerzos de Serbia y prestarles apoyo para la consecución de un mayor bienestar para todos los ciudadanos serbios.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Desidero esprimere il mio voto favorevole alla risoluzione sul progresso dei negoziati di adesione tra UE e Serbia. Concordo anch'io con i passaggi del testo adottato in cui si sottolineano i passi avanti compiuti. Vorrei esprimermi, in particolare in qualità di membro della commissione JURI, sulla situazione del settore giudiziario, che è stato oggetto di riforme che sarà cruciale continuare a implementare per poter così garantire che la Serbia si adegui ai principi dello Stato di diritto e di buon funzionamento della giustizia, con particolare riferimento alla formazione giudiziaria.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo, presentata a seguito di dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione a norma dell'articolo 123, paragrafo 2, del regolamento, sulla relazione 2015 sui progressi compiuti dalla Serbia.

Ritengo, infatti, degni di apprezzamento gli sforzi compiuti nella stabilizzazione del paese e l'impegno volto a procedere sulla strada dell'integrazione europea e della normalizzazione delle relazioni con il Kosovo. A questo punto del cammino verso una piena partecipazione della Serbia ai processi europei, è necessario aiutare il paese a rafforzare la governance economica, lo Stato di diritto e il sistema amministrativo statale. Una dimostrazione di volontà nel perseguire su questa strada è sicuramente sostenuta dai progressi realizzati nel campo imprenditoriale, nel mercato del lavoro e nelle politiche di sostegno all'occupazione che stano incominciando a dare buoni frutti.

Tuttavia, permangono diversi aspetti della vita politica e sociale del paese che sono ancora preoccupanti, come ad esempio la mancanza di progressi sulla libertà di espressione dei media e carenze nel rispetto dei diritti umani e delle minoranze. Condivido pertanto l'invito rivolto alle autorità serbe ad attuare misure concrete per affrontare tali criticità e promuovere una piena attuazione dei valori europei.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Fortschrittsbericht 2015 über Serbien gestimmt, der die Situation des Landes sehr differenziert wiederspiegelt und eine realistische Beitrittsperspektive zeichnet.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – In Serbien sind bereits deutliche Fortschritte in vielen verschiedenen Bereichen erzielt worden. Dennoch gilt es auch weiterhin bestehende Probleme, wie beispielsweise Korruption und organisierte Kriminalität, effektiv anzugehen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I welcome this resolution which calls on Serbia to pursue its systematic reforms, ensure that the work of judges and prosecutors, as well as that of the media, is free from political influence, and step up its efforts to fight corruption and organised crime. It furthermore is important to acknowledge that Serbia has taken important steps in the normalisation of relations with Kosovo, which is vital for safeguarding peace and stability in the region. The EU can play an important role in encouraging both countries to continue on this path.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación entendiendo que el párrafo de esta Resolución concerniente a Kosovo: 1) contraviene la legislación internacional ya que, si bien Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y que el proceso de estatalización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga un derecho fundado a ser reconocida por terceros; 2) no solo no aporta nada a la necesaria resolución política del conflicto, sino que además interfiere en las relaciones entre Rusia y Serbia y lastra el debido abordaje de acciones conducentes a una estabilización real y duradera de la zona. Además, rechazamos la naturaleza y orientación de las medidas económicas implícitas y explícitas en la propuesta de Resolución.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, as it welcomes the opening of the EU accession negotiations and calls on Serbia to pursue its systematic reforms, ensure that the work of judges and prosecutors, as well as that of the media, is free from political influence and step up its efforts to fight corruption and organised crime.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the progress report on Serbia 2015. Serbia has made positive progress in various areas. Serbia is moderately prepared in the area of public administration reform. Good progress has been achieved with the adoption of a comprehensive action plan. Serbia needs to remain committed and implement its reform targets. However, the country should still put efforts to prevent corruption.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Υποστηρίζουμε την ενταξιακή πορεία της Σερβίας, ωστόσο, διαφωνούμε με τη στάση της Ένωσης που εκφράζεται μέσα στην έκθεση και παρεμβαίνει στην άσκηση της εξωτερικής πολιτικής της Σερβίας. Επίσης, διαφωνούμε και στην προσπάθεια για επιβολή οικονομικών μοντέλων που αποδεδειγμένα έχουν επηρεάσει σε τόσο αρνητικό βαθμό τους λαούς της Ευρώπης. Σεβόμενοι τη θέληση της κυβέρνησης της Σερβίας και του λαού για στενότερη σχέση με την ΕΕ θεωρούμε ότι η ενδεδειγμένη στάση είναι αυτή της αποχής.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this resolution regarding the Commission's 2015 report on accession negotiations with Serbia and its progress towards European integration. The progress report on Serbia focuses on the rule of law, democracy, human rights, respect for minorities, regional cooperation and energy, the environment and transport. While Serbia has made a lot of ambitious reforms and opened chapters on financial control and normalisation of relations between Serbia and Kosovo, which in particular is an important condition for Serbia's accession to the EU, there are areas which must still be improved. Although steps have been taken to form an independent judiciary, political interference remains high. The issue of corruption and organised crime also remains worrying. Progress has

been made with a whistleblower protection law but corruption, including at the highest levels, must be pursued and an action plan for an anti-corruption strategy fully implemented. Hopefully these issues will be addressed in the submitted action plan for a Chapter on Judiciary and fundamental rights. Finally, regarding freedom of expression and the media, no progress has been made on this democratic cornerstone. Continuous political pressure undermines media independence, with journalists threatened and intimidated. This is a crucial outstanding issue and must be rectified for Serbia to progress.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Anhand dieser Entschließung nimmt das Europaparlament eine Stellungnahme zum Kommissionbericht vor, in dem die Kommission Fortschritte Serbiens bei der europäischen Integration dargelegt hat. Die Entschließung begrüßt die bisher erreichten Fortschritte Serbiens, wie unter anderem Verbesserung des Geschäftsumfelds oder Senkung des Haushaltsdefizits. Gleichzeitig stellt sie fest, dass Korruption und organisierte Kriminalität in der Region weit verbreitet sind, was auch der demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Serbiens im Wege steht. Generell handelt es sich um eine gute und ausbalancierte Stellungnahme, die ich als solche zur Kenntnis genommen habe.

Ich kann mich jedoch nicht mit der Tatsache identifizieren, dass angesichts aktueller Probleme neue Beitrittskapitel eröffnet und weitere Beitrittsverhandlungen geführt werden. Die EU-Spitzen kennen seit langem nur eine Antwort: immer mehr und immer größeres Europa. In der Situation, wenn sich die strukturellen Mängel der Eurozone weiterhin vertiefen und Großbritannien über einen EU-Austritt nachdenkt, ist es unsererseits höchst unehrlich, Serbien eine Beitrittsperspektive zu geben. Die EU muss erst ihre Probleme lösen können, d. h. muss sich erst reformieren, damit eine EU-Erweiterung in Frage kommen kann.

Von diesem Gesichtspunkt konnte ich die genannte Parlamentsentschließung nicht unterstützen und habe mich bei der Abstimmung enthalten.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this resolution because I welcome the steps taken towards Serbia's ascension to the EU. I urge the Serbian political leaders to continue with the reforms needed in order to reach EU standards. Serbia has also made significant progress regarding economic reforms – partly due to the Commission's support. I hope Serbia will remain strong on its current path.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o Srbiji za 2015. s obzirom da proces europskih integracija Srbije držim iznimno važnim za građane Srbije, ali i za očuvanje stabilnosti na području jugoistočne Europe.

Pozdravljam otvaranje pregovora i poglavlja 32. (financijski nadzor) i 35. (ostala pitanja – točka I: postupak normalizacije odnosa s Kosovom) na međuvladinoj konferenciji u Bruxellesu 14. prosinca 2015. i predanost koju Srbija neprekidno pokazuje prema procesu europskih integracija; napredak Srbije kad je riječ o poslovnom okruženju, smanjenju proračunskog deficita i tržištu rada; napredak gospodarskih reformi; konstruktivan pristup migrantskoj krizi; postignut napredak u području pravosuđa; bolja suradnja vlade i civilnog društva; usvajanje sveobuhvatnog akcijskog plana za reformu javne uprave; predanost Srbije sastavljanju posebnog akcijskog plana za nacionalne manjine, koji će omogućiti daljnji napredak; angažman Srbije u izgradnji dobrosusjedskih odnosa s Kosovom; nastavak suradnje s državama u susjedstvu, poboljšanje bilateralnih odnosa i mirno rješavanje sporova.

S druge strane, postoji problem s otvaranjem pregovaračkog poglavlja 23. i 24., zatim slabog napretka u poboljšanju stanja u vezi sa slobodom govora i medija, korupcija i organizirani kriminal su još uvijek rasprostranjeni. Postoji problem usvajanja pravne stečevine u području prometne i energetske infrastrukture, provedbe zakonodavstva o otpadu, stvaranja pravnog okvira za sudjelovanje u EGTS-u.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La Serbie est un pays diminué de sept millions d'habitants, suite au démantèlement de la Yougoslavie dans les années 1990. Que ce soit en Bosnie, au Kosovo ou au Monténégro, les Serbes se retrouvent victimes d'une nouvelle carte de l'Europe. Cependant, la seule perspective, par défaut, de cette puissance régionale est l'intégration européenne par laquelle elle espère retrouver son rang. Poursuivant l'objectif d'intégrer l'Union à l'horizon 2020, le pays fait l'objet d'un suivi particulier de la Commission européenne. Celui-ci se focalise sur des critères économiques considérés comme l'alpha et l'oméga de l'avenir du pays. Or, nous constatons que l'intégration de la Croatie dans l'Union il y a deux ans et demi est une catastrophe pour son économie. La question du Kosovo, dont la Serbie devra reconnaître l'indépendance pour entrer dans l'Union, est un blocage insurmontable qu'élude le rapport.

J'ai donc voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report with my fellow UKIP employees. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the acquis communautaire is part of this process. As such I voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution concernant la Serbie salue les progrès effectués par le pays dans la perspective de son adhésion à l'Union Européenne. Si le texte souligne les mesures importantes prises par Belgrade pour normaliser ses relations avec le Kosovo, il regrette néanmoins les exercices militaires communs effectués avec la Russie et appelle la Serbie à aligner sa politique étrangère sur celle de Bruxelles. J'ai donc voté en faveur de cette résolution.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Bericht. Er trifft eine gute Balance zwischen den strukturellen Problemen des Landes und den bereits zu erkennenden Fortschritten. Serbien ist mehr denn je ein strategisch wichtiger EU-Partner am Balkan und sollte die bestmögliche Unterstützung aller Mitgliedsländer für einen raschen EU-Beitritt erhalten.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, as it welcomes the opening of the EU accession negotiations and calls on Serbia to pursue its systematic reforms, ensure that the work of judges and prosecutors, as well as that of the media, is free from political influence and step up its efforts to fight corruption and organised crime.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Anhand dieser Entschließung legt das Europaparlament eine Stellungnahme zum Kommissionsbericht vor, in dem die Kommission Fortschritte Serbiens bei der europäischen Integration dargelegt hat. Die Entschließung begrüßt die bisher erreichten Fortschritte Serbiens. Dazu gehören anderem die Verbesserung des Geschäftsumfelds und die Senkung des Haushaltsdefizits. Gleichzeitig stellt die Entschließung fest, dass Korruption und organisierte Kriminalität in der Region weit verbreitet sind, was auch der demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Serbiens im Wege steht. Generell handelt es sich um eine gute und ausbalancierte Stellungnahme, die ich als solche entsprechend zur Kenntnis genommen habe.

Ich kann mich jedoch nicht mit der Tatsache identifizieren, dass angesichts der aktuellen, großen Herausforderungen in der EU neue Beitrittskapitel eröffnet und weitere Beitrittsverhandlungen geführt werden sollen. Die EU muss sich erst reformieren und dabei ihre strukturellen Probleme lösen, bevor eine EU-Erweiterung in Frage kommen kann.

Aus diesem Grund konnte ich die genannte Parlamentsentschließung nicht unterstützen und ich habe mich bei der Abstimmung enthalten.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Szerbiáról szóló 2015. évi eredményjelentés üdvözlí, hogy Szerbia továbbra is elkötelezett az európai integrációs folyamat mellett, és jelentős előrelépéseket tett ebben az irányban. A dokumentum hangsúlyozza, hogy a jogállamiság megteremtése nélkül komoly és fenntartható haladás nem képzelhető el. Megállapítja, hogy a Vajdaság kulturális sokszínűsége hozzájárul Szerbia identitásához. Továbbá felhívja a szerb hatóságokat, hogy biztosítsák a kisebbségek védelméről szóló jogszabályok egész országban való következetes végrehajtását, többek között az oktatás, a nyelvhasználat, a közigazgatásban való képviselet, valamint a média és az egyházi szolgálatok kisebbségi nyelveken való hozzáférhetősége terén. Tekintettel arra, hogy Szerbia a magyar nemzet-, szomszédság-, és biztonságpolitika homlokterében áll, valamint a vajdasági magyarság érdekeinek védelmében szavazatommal támogattam a jelentést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The 2015 report on Serbia concluded that Serbia has made some political and economic progress (public administration, economic governance). The GUE/NGL group welcomes the progress and the positive developments in the country. However, since we cannot accept the recognition of Kosovo and the neoliberal economic reforms, I voted abstention.

Илхан Ключюк (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада, защото е безспорен факт, че Сърбия е поела по пътя на реформите и европейската интеграция. Трябва да поздравим страната за отварянето на преговорите по присъединителни глави 32 (Финансов контрол) и 35 (Нормализиране на отношенията с Косово). Желанието на Сърбия да работи в тази посока е ясен знак за присъствието на политическа воля за промени и развитие.

През изминалата година Сърбия се прояви и като важен партньор на Европейския съюз на Балканите по въпроса с миграционната криза. Правителството положи големи усилия, за да осигури убежище и закрила на много граждани от трети страни на нейна територия.

Разбира се, въпреки постигнатия прогрес Сърбия трябва да положи допълнителни усилия, за да се справи с проблемите във водещи политически спектри като защитата на малцинствата, върховенството на закона, борбата с корупцията и дискриминацията, както и насилието срещу ЛГБТИ лицата. Вярвам, че Европейският съюз може да окаже значителна техническа помощ на страната, за да се справи с тези предизвикателства.

Намирам за изключително важно сръбското правителство да приведе външната политика на страната в пълно съответствие с тази на Европейския съюз. Усилие в тази посока ще легитимира желанието на Сърбия да бъде част от европейското семейство. А каква по-голяма награда за Европейския съюз от членството на всички държави от Западните Балкани в нашите структури?

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il Consiglio europeo, il 28 giugno 2013, ha deciso di avviare i negoziati di adesione con la Serbia. Quest'ultima, come ogni paese che aspiri a diventare membro dell'UE, deve essere giudicata in base alla sua capacità di soddisfare, attuare e rispettare la normativa europea. La relazione del 2015 sui progressi compiuti dalla Serbia mostra che sono stati compiuti notevoli passi in avanti nei confronti dell'integrazione europea. Abbiamo potuto attestare che sono stati fatti progressi per quanto riguarda il contesto imprenditoriale, la riduzione del deficit di bilancio e il mercato del lavoro, compresi il diritto del lavoro e la politica per l'occupazione. Giudico, altresì, soddisfacente l'impegno della Serbia nel processo di normalizzazione delle relazioni con il Kosovo. Un aspetto degno di nota è dato dall'elaborazione di un quadro giuridico e istituzionale adeguato per la tutela dei diritti umani e delle libertà fondamentali, seppure dei progressi siano ancora necessari per ciò che concerne la lotta alla criminalità organizzata, l'indipendenza del sistema giudiziario e dei mezzi d'informazione. In definitiva, riconoscendo l'impegno profuso dalla Serbia, ho deciso di votare a favore della proposta di risoluzione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur le rapport de progrès de la Serbie, ce texte étant un condensé d'arrogance de l'Union européenne à l'égard de la Serbie. Le texte, comme la plupart des amendements déposés par les groupes politiques traditionnels d'ailleurs, fait preuve d'ingérence dans les affaires intérieures et extérieures d'un Etat souverain.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car l'Union s'y ingère dans les affaires intérieures de la Serbie avec une arrogance insupportable.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Anhand dieser Entschließung nimmt das Europaparlament eine Stellungnahmen zum Kommissionbericht vor, in dem die Kommission Fortschritte Serbiens bei der europäischen Integration dargelegt hat. Die Entschließung begrüßt die bisher erreichten Fortschritte Serbiens, wie unter anderem Verbesserung des Geschäftsumfelds oder Senkung des Haushaltsdefizits. Gleichzeitig stellt sie fest, dass Korruption und organisierte Kriminalität in der Region weit verbreitet sind, was auch der demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Serbiens im Wege steht. Generell handelt es sich um eine gute und ausbalancierte Stellungnahme, die ich als solche zur Kenntnis genommen habe.

Ich kann mich jedoch nicht mit der Tatsache identifizieren, dass angesichts aktueller Probleme neue Beitrittskapitel eröffnet und weitere Beitrittsverhandlungen geführt werden. EU-Spitzen kennen seit langem nur eine Antwort: immer mehr und immer größeres Europa. In der Situation, wenn sich die strukturellen Mängel der Eurozone weiterhin vertiefen und Großbritannien über einen EU-Austritt nachdenkt, ist es unsererseits höchst unehrlich, Serbien eine Beitrittsperspektive zu geben. Die EU muss erst ihre Probleme lösen können, d. h. muss sich erst reformieren, damit eine EU-Erweiterung in Frage kommen kann.

Von diesem Gesichtspunkt konnte ich die genannte Parlamentsentschließung nicht unterstützen und habe mich bei der Abstimmung enthalten.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – EU se zmítá v problémech a není připravená na rozšíření. Nesouhlasím s tím, abychom Srbsku vnucovali evropskou politiku a vměšovali se do jeho zahraničně-politických záležitostí (vojenské cvičení s Ruskem) nebo abychom velebili pořádání pochodu hrdosti gayů. Hlasoval jsem proti.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U izvješću Komisije ističe se važnost napretka Srbije u pridruživanju EU-u, naročito u rješavanju pitanja izbjegličke krize. Srbija je u napravila određene korake prema otvaranju prvih poglavlja za pristupanje EU-u, ali stanje još uvijek nije zadovoljavajuće, posebno u pogledu ostvarivanja svih zajamčenih prava nacionalnih manjina, posebno Hrvata, povrata kulturnih dobara i otkrivanja sudbine nestalih osoba iz Domovinskog rata.

Nadalje, potrebne su reforme sudstva i pojačana borba protiv korupcije i organiziranog kriminala te osnaživanje slobode kretanja i neovisnosti medija. Poseban naglasak izvješća je stavljen na potrebu konstruktivnih sporazuma i razgovora s Kosovom. Podržala sam izvješće Komisije jer u proces pridruživanja EU-u Srbija mora provesti reforme koje će demokratizirati društvo i doprinijeti normaliziranju odnosa s Hrvatskom i drugim državama članicama Europske unije.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Srbsko ako samostatná krajina patrí k najmladším štátom v Európe. Vzniklo v roku 2006 po odčlenení Čiernej Hory.

Srbsko sa usiluje o vstup do EÚ, formálne rokovania začali v roku 2014. Postavenie Srbska komplikovala situácia spojená s vyhlásením bývalej provincie Kosovo za samostatný štát, čo Srbsko neuznalo. Postupne však dochádza k normalizácii vzťahov, v roku 2015 došlo k finalizácii bilaterálnych dohôd medzi týmito subjektmi.

Srbsko ako kandidátska krajina Európskej únie musí splniť všetky stanovené podmienky pre európsku integráciu, k čomu jej zo strany Únie poskytneme potrebnú pomoc.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία για την Πρόταση Ψηφίσματος σχετικά με την έκθεση του 2015 για τη Σερβία, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 3/2/2016 καθώς και διότι η εν λόγω Πρόταση Ψηφίσματος δεν είναι πλήρης.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Am votat pentru Rezoluția Parlamentului referitoare la raportul pe 2015 privind Serbia. Începând de anul trecut, Serbia a făcut pași concreți pentru completarea unei bune părți a acquis-ului comunitar. Comisia a înaintat Serbiei un set cerințe clare cu privire la necesitatea consolidării guvernantei economice, a statului de drept și a capacităților administrației publice. Serbia a demonstrat că poate fi un motor socioeconomic în Balcanii de Vest: a redus deficitul bugetar, a ameliorat politica ocupării forței de muncă și climatul pentru investiții. Rămân de pregătit negocierile privind sistemul judiciar, drepturile fundamentale, justiția, libertatea și securitatea.

Serbia trebuie să adopte măsuri suplimentare pentru implementarea cadrului legal pentru protecția minorităților, în special în domeniul educației, religiei și al culturii. Este important să se clarifice statutul juridic al Consiliilor Naționale ale Minorităților. Toate minoritățile trebuie să fie reprezentate în Parlamentul sârb pentru a spori implicarea efectivă a reprezentanților minorităților în procesul decizional. Serbia trebuie să dea acces minorităților naționale în administrația publică și în organisme reprezentative la nivel local, regional și național, să respecte și să promoveze intens tratamentul nediscriminatoriu al acestora. Sper ca minoritatea românească să se bucure în viitorul apropiat de acest proces al alinierii juridice a Serbiei la standardele europene.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. L'Union européenne, bouffie d'arrogance, se donne le droit de surveiller la situation en Serbie et se permet de la juger. Comme c'est toujours le cas dans ses rapports, l'Union s'ingère dans les affaires serbes en donnant des «conseils». Elle va même jusqu'à porter atteinte à la culture du pays en se permettant d'imposer à la Serbie des idées sur la famille et la sexualité qui ne regardent que le peuple serbe !

Nous nous opposons à ce texte.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution, which 'Stresses the importance of the work of civil society organisations in a democratic society; notes that cooperation between the government and civil society organisations has improved; encourages the Serbian authorities to take additional measures to ensure a transparent dialogue between civil society and state institutions, and to increase the effective involvement of representatives of civil society and of national minorities in the decision-making process; calls on the authorities to guarantee adequate financial support for the efficient functioning of civil society organisations; calls for timely and transparent communication to citizens, organisations and the general public on the developments of the accession negotiation process and to facilitate their broad participation in this process'.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre Serbia, en la que saludamos la apertura de los primeros capítulos negociadores dentro del proceso de adhesión a la UE. Ahora, es necesario que Belgrado prosiga con las reformas para garantizar la independencia de jueces y fiscales y medios de comunicación y que intensifique la batalla contra la corrupción y las redes criminales.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Kosovo ist und bleibt eine Provinz im Herzen Serbiens. Die serbische Bevölkerungsmehrheit wurde erst durch gezielte Infiltrierung zur Minderheit. Wenn wir die nun vorherrschende muslimische Mehrheit im Kosovo – welche neben Unterwanderung, durch Vertreibung und kriegerische Eroberung zustande kam – als legitimen Unabhängigkeitsgrund weiter anerkennen, dann werden wir schon bald viele andere Regionen mitten in Europa als Unabhängig akzeptieren müssen. Denn schon bald werden Muslime in vielen Teilen Europas die Mehrheit stellen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP rezoliuciją, kurioje įvertinama Serbijos padaryta pažanga 2015 metais siekiant narystės ES. Rezoliucijoje aptariama demokratiinių reformų, teisinės valstybės principų užtikrinimo, žmogaus teisių padėtis Serbijoje, taip pat šios šalies vykdoma aplinkos, transporto, energetikos, regioninio bendradarbiavimo politika, nurodomos svarbiausios reformų kryptys, kurias reiktų įgyvendinti siekiant integracijos į ES.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution se félicite de l'ouverture des chapitres de négociations d'adhésion et du programme économique «ambitieux» que la Serbie a dû mettre en place pour montrer patte blanche. «Règle d'or», privatisation des entreprises publiques et limitation des aides publiques; partout les mêmes politiques néolibérales aux mêmes effets désastreux pour les peuples. La Serbie est une pièce maîtresse de l'annexion économique de l'Europe de Merkel, notamment via le «processus de Berlin» qui doit assurer un corridor d'infrastructures de transport pour approfondir le dumping social européen. L'apprenti bon élève n'est pas au bout de ses peines, notamment quand l'UE lui demandera en plus de reconnaître l'indépendance du Kosovo (contre la position même de l'ONU). Depuis la guerre, l'UE a pris le relais de l'OTAN pour juger les «performances» du pays en matière de bon respect de sa ligne en affaires étrangères. Comprendre: cesser toute relation avec la Russie et développer la coopération avec l'OTAN. Bref après le dépeçage, la capitulation sans condition. Pour ces raisons, je vote Contre

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Serbie est un pays amoindri de sept millions d'habitants, à la suite des conflits dans les années 1990. Où qu'ils soient citoyens désormais, les Serbes se retrouvent victimes d'une nouvelle carte de l'Europe. Pourtant, la seule perspective, par défaut, de cette puissance régionale est l'intégration européenne par laquelle elle espère retrouver un rang digne d'elle-même. Le pays fait l'objet d'un suivi particulier de la Commission européenne alors qu'il poursuit l'objectif d'intégrer l'Union à l'horizon 2020. Celui-ci se focalise sur des critères économiques considérés comme l'alpha et l'oméga de l'avenir du pays. Or, je constate que lorsque la Croatie a intégré l'Union, voici deux ans et demi, cela a été une catastrophe pour son économie. Enfin, la question du Kosovo, dont la Serbie devra reconnaître l'indépendance pour entrer dans l'Union, est un blocage insurmontable qu'écluse le rapport.

J'ai donc voté contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre o relatório de 2015 relativo à Sérvia.

A UE deve continuar a fomentar a sua política de apaziguamento no que diz respeito às relações entre a Sérvia e o Kosovo.

É importante que a Sérvia prossiga o seu programa de reformas e que continue a ser um importante parceiro da UE nos Balcãs.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because it is important to meaningfully analyse the happenings in Serbia and to start the European Integration process. This resolution also notes the positive steps Serbia has taken with the drafting of a dedicated Action Plan for National Minorities.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – In 2003 heeft de Europese Raad de toetreding van de landen van de westelijke Balkan in het vooruitzicht gesteld. Tien jaar later heeft diezelfde Europese Raad de onderhandelingen voor toetreding van Servië effectief geopend. In het jaarlijkse voortgangsverslag wordt door het Parlement de balans opgemaakt van de vorderingen die de kandidaat-lidstaat maakt.

Belangrijk is de vaststelling dat Servië al gestart is met de voorbereiding van actieplannen voor de hervormingen die dienen te worden doorgevoerd op het gebied van justitie, de rechterlijke macht en veiligheid. Het is dus aangewezen om die betreffende hoofdstukken in 2016 te openen maar op hetzelfde moment ook aan te dringen op het respecteren van fundamentele vrijheden zoals de persvrijheid.

Het begrotingstekort is teruggedrongen en er is vooruitgang geboekt inzake de organisatie van de arbeidsmarkt, al moet gezegd dat er nog belangrijke inspanningen moeten worden geleverd om het investerings- en ondernemingsklimaat in Servië te verbeteren. Afvalverwerking in Servië blijft een heikel punt en daarom is het aan te bevelen dat Servië de duizenden illegale stortplaatsen saneert en effectief werkt maakt van een duurzaam afvalbeleid.

Het toetreden van Servië hangt ook af van de betrekkingen met Kosovo. Het is hoopvol dat er belangrijke stappen gezet zijn ter normalisering van die betrekkingen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Srbsko má pohnutú históriu, ktorá vývoj krajiny veľmi ovplyvnila. Keďže si Srbsko dalo za cieľ vstup do Európskej únie, musí nielen vláda, ale aj obyvateľstvo, každá generácia vyvinúť úsilie, aby ako štát dosiahlí stanovené kritériá. Táto cesta nie je jednoduchá, čo vie každý štát, ktorý prechádzal obdobím vedúcim k prístupiu k EÚ. Za ostatný čas však Srbsko spravilo veľký posun vpred k európskej integrácii, a to vo viacerých oblastiach. Osobitne oceňujem pokrok v oblasti podnikania, a to aj prostredníctvom vhodných právnych predpisov. Zlepšením podnikateľského prostredia by bolo možné dosiahnuť zníženie regionálnych rozdielov, ktoré sú v Srbsku realitou. Hospodárske reformy budú pre Srbsko podstatné aj v budúcnosti, ale čakajú ho aj ďalšie kroky, a to najmä v oblasti právneho štátu a demokracie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I welcomed the 2015 Progress Report on Serbia and the opening of first chapters end of last year and support the opening of Chapters 23 and 24 in the EU enlargement negotiations with this important player in the Western Balkans this year. Therefore, I voted in favour of this Report. However, it should also be underlined that a lot of work lies ahead.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Szerbia benyújtotta európai uniós tagságra irányuló kérelmét, az Európai Tanács pedig 2013. június 28-i ülésén úgy döntött, hogy megkezdí a csatlakozási tárgyalásokat Szerbiával. A Bizottság 2015. november 10-én tette közzé Szerbiáról szóló 2015. évi jelentését, amelyben beszámolt a Szerbia által az európai integráció területén elért előrelépésekről és értékelte az ország koppenhágai kritériumoknak, valamint a stabilizációs és társulási folyamat feltételrendszerének való megfelelésre irányuló erőfeszítéseit.

A Külügyi Bizottság állásfoglalásra irányuló tervezete azt javasolja, hogy a Parlament üdvözölje a tárgyalások megkezdését, a Szerbia által a csatlakozási tárgyalások tényleges megkezdése érdekében tett előkészületeket, a különböző területeken Szerbia által elért eredményeket. Javasolja továbbá, hogy a Parlament hívja föl a figyelmet a jogállamiság, a demokrácia, az emberi jogok, a kisebbségek tiszteltben tartása és védelme, a regionális együttműködés és jószomszédi kapcsolatok, valamint az energia, a környezetvédelem és a közlekedés területén teendő további erőfeszítésekre. Az indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Sérvia, assim como todos os países que ambicionam aderir à UE, devem ser avaliados em função do seu próprio mérito quanto ao cumprimento, à aplicação e ao respeito do mesmo conjunto de critérios e que a dedicação desses países às reformas necessárias e a qualidade destas determinam o calendário da adesão.

É de salientar o empenho contínuo do Governo sérvio no processo de integração europeia, ao início de um ambicioso programa de reformas progressos, abrangendo o ambiente empresarial, a redução do défice orçamental e no mercado de trabalho.

Destaco a adoção de medidas importantes da Sérvia a favor da normalização das relações com o Kosovo, que conduziram ao primeiro acordo sobre os princípios que governam a normalização das relações, em 2013 e que, em 2015, foram alcançados quatro acordos importantes.

Considero importante que a Sérvia melhore o seu sistema judicial, que o torne independente e imparcial; reforce a luta contra a corrupção e o crime organizado e que alargue a proteção dos direitos humanos e das liberdades fundamentais aos grupos mais vulneráveis, nomeadamente ao que respeita à não discriminação das pessoas com deficiência, os portadores de VIH/SIDA e as pessoas LGBTI.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est relatif au suivi 2015 sur la Serbie. Cependant, il s'agit d'un alignement d'atteintes à sa souveraineté par le biais d'ingérences manifestes. Ce rapport est donc un condensé d'arrogance communautaire à l'égard de la Serbie. J'ai donc décidé de voter contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue lors du vote sur ce rapport de suivi concernant la Serbie. En effet, bien que je sois favorable aux mentions qui y sont faites des progrès réalisés par la Serbie dans de nombreux domaines et en particulier dans celui de la normalisation de ses relations avec le Kosovo, ce texte contient des dispositions de nature à entretenir l'escalade stérile des sanctions entre l'Union européenne et la Russie, ce que je combats régulièrement au Parlement européen.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre du processus d'intégration de la Serbie, je tiens à saluer les efforts de réformes du gouvernement serbe et à rappeler les principes de base qui sont les nôtres. J'ai donc voté en faveur de la résolution, qui fait état de la situation actuelle et encourage la Serbie dans sa voie d'adhésion à l'Union européenne.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2015 the report on Serbia notes its efforts to comply with the Copenhagen criteria and the conditionality of the Stabilisation and Association Process towards European integration. I have voted for this motion for a resolution that welcomes the opening of negotiations on financial control at the Intergovernmental Conference that took place in Brussels on the 14th of December 2015. This new report highlights Serbia's progress and areas that need improving on the rule of law, democracy, human rights, respect for and protection of minorities, regional cooperation and good neighbourly relations, energy, the environment and transport.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru raportul pe 2015 privind progresele înregistrate de Serbia. Serbia, în calitate de parte contractantă la Comunitatea Energiei, ar trebui să rămână activă în cadrul instituțiilor Comunității Energiei și să continue să pună în aplicare acquis-ul pentru a construi sisteme de energie sustenabile și sigure. Autoritățile ar trebui să demareze transpunerea în practică a obiectivelor stabilite în strategia de dezvoltare a sectorului energiei, deoarece nu există nicio investiție semnificativă în sectorul energiei regenerabile.

Încurajam Serbia să dezvolte concurența pe piața gazelor naturale și să adopte măsuri pentru a îmbunătăți alinierea la acquis în domeniile energiilor regenerabile și al eficienței energetice. Comisia ar trebui să joace un rol mai important în sprijinirea guvernului sârb în vederea reducerii dependenței țării față de importurile de energie și diversificarea aprovizionării cu gaze a Serbiei. Atragem atenția asupra pachetului IPA II 2015 care include un program de 155 de milioane EUR pentru contribuția la finanțarea proiectelor majore de infrastructură regională în sectoarele energiei și transporturilor din Balcanii de Vest. De asemenea, încurajăm Serbia să se alinieze la angajamentele medii ale UE privind schimbările climatice și la acordul încheiat la Paris în cadrul COP 21.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen den vorliegenden Bericht gestimmt, da er in wesentlichen Punkten die Autonomie Serbiens zugunsten einer Zunahme des Einflusses aus Brüssel reduziert. Serbien sollte das Recht zu einer eigenständigen Außenpolitik behalten und – über ein Mindestmaß hinaus – selbst darüber entscheiden können, ob und wenn ja in welchem Maß es sich für die Rechte bestimmter Minderheiten im eigenen Land einsetzen möchte.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Sveikintina, kad Serbija pagaliau ėmėsi įgyvendinti plataus užmojo reformų darbotvarkę. Tai pirmas žingsnis, kad šalis žengia link ES ir yra pasirengusi įgyvendinti visus jai keliamus Europos integracijos proceso reikalavimus.

Pažymėtina, kad Serbija turi atitikti reikalavimus, kurie yra ne vien ekonominiai, bet ir politiniai. Visų pirma, šalis turi ryžtingai ir be užuolankų imtis sisteminių ir socialinių bei ekonominių reformų. Reikia stiprinti ekonomikos valdymą, teisinės valstybės principą ir viešojo administravimo gebėjimus, stiprinti regioninį bendradarbiavimą ir gerus kaimyninius santykius. Be to, reikia sudaryti geresnes investicijų sąlygas visoje Serbijoje ir mažinti ekonominius ir socialinius savo regionų skirtumus. Didesnis dėmesys turi būti skiriamas teisinės valstybės principo įgyvendinimui, teisminių institucijų pasitikėjimo stiprinimui ir tiesioginiam Serbijos ir Kosovo teisėsaugos institucijų ir ryšių palaikymo biurų Belgrade ir Prištinoje bendradarbiavimo stiprinimui.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il 28 giugno 2013 il Consiglio Europeo ha deciso di avviare i negoziati di adesione con la Serbia, paese che aspira a diventare membro dell'UE. Due anni dopo la Commissione ha riferito degli ottimi progressi compiuti dal Paese nei confronti dell'integrazione europea, avrei votato quindi positivamente dichiarando ammirazione e sostegno per tale Paese.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Serbia has made substantial progress on its path towards the European Union. As a neighbouring country to Bulgaria, the two countries are closely related and cross-border cooperation could be facilitated if Serbia enters the EU. I welcome Serbian reform efforts and I vote in favour of the report.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I congratulate Serbia for its real progress towards the EU, especially for the recently opened chapters. The opening of EU accession negotiations means that Serbia has successfully put itself into reform mode. Happy that in EU spirit, Serbia keeps a supportive attitude towards the reconciliation process with Kosovo. I won't compete with those who enumerate problems in Serbia, but join those who are committed to the opening of chapters 23&24.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram kako je uspješan nastavak pristupnih pregovora Srbije s Europskom unijom od presudne važnosti ne samo za širu europsku zajednicu, nego i za cijelu regiju. Ovi pregovori značajno će pridonijeti stabilizacijskim procesima unutar jugoistočne Europe te pružiti ohrabrujući primjer susjednim zemljama kandidatima. Međutim, Srbija mora poštivati pravnu stečevinu Europske unije.

Osiguravanje prava nacionalnih manjina, a posebice njihovog prava na obrazovanje i medijske programe na materinjem jeziku, izuzetno je važno, stoga Srbija mora poduzeti konkretne korake u tom smjeru te poštivati prava Hrvata u Srbiji. Nadalje, od posebnog interesa za Hrvatsku su i pitanja sudske nadležnosti za ratne zločine počinjene tijekom Domovinskog rata kao i problem nestalih osoba te povrata kulturnih dobara i imovine.

Srbija u tom smislu nije postigla napredak. Uspješno rješavanje ovih pitanja bilo bi jasan pokazatelj da je Srbija spremna na integraciju s Europskom unijom te na dublju suradnju sa susjednim zemljama. Podržala sam izvješće o napretku Srbije za 2015. Godinu, jer ono ukazuje na važne probleme koje Srbija još mora riješiti na svom putu u EU-u, ali i u odnosima sa susjednim zemljama.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport plein d'arrogance est écrit sous l'emprise de préjugés hostiles à l'égard de la Serbie. Il ne fait preuve d'aucune objectivité et appelle constamment à une ingérence extrême dans les affaires de ce pays. La constance de l'Union européenne à mener dans les Balkans des politiques stupides à en devenir catastrophiques ne se dément pas. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Nell'ottica del suo ingresso nell'Unione europea, la Serbia sta compiendo numerosi progressi per soddisfare i requisiti comunitari. Segnatamente, il paese ha compiuto importanti passi in avanti nel processo di normalizzazione dei rapporti con il Kosovo, condizione negoziale per l'adesione all'UE. Riconosciuto l'avanzamento della Serbia verso l'adesione all'UE, ho votato a favore di questa risoluzione perché è necessario che si continui a sostenere il paese indicandogli i settori in cui operare. Tale percorso comporta la realizzazione di riforme che liberino il sistema giudiziario dall'ingerenza politica, nonché un maggiore impegno nella lotta contro la corruzione, l'abuso di potere e la criminalità organizzata. Inoltre, il paese deve impegnarsi in un dialogo virtuoso con la società civile, la cui importanza è ribadita dall'invito della Commissione al governo serbo affinché conduca consultazioni pubbliche regolari che garantiscano piena trasparenza nei negoziati con l'UE. Persiste una certa preoccupazione riguardo al coinvolgimento del parlamento nelle consultazioni legislative, in quanto il ricorso alla procedura d'urgenza per l'adozione delle leggi è una prassi molto utilizzata che tuttavia non permette il pieno esercizio della democrazia. La Serbia ha pertanto bisogno di soddisfare ancora molti aspetti ed è importante che l'Unione favorisca il governo in questo processo.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zahvaljujem kolegi McAllisteru na konstruktivnom izvještaju o stanju stvari i napretku kojeg je Srbija ostvarila u protekloj godini. Poboľšán zakonodavni okvir kojeg treba slijediti učinkovita implementacija, sudjelovanje u mirovnim misijama, napredak na euro-integracijskom putu, samo su neki od njih.

U isto vrijeme, ovo izvješće obuhvaća velik dio sadržaja prošlogodišnjeg izvješća, što znači da je pred Srbijom još puno posla. Ugrožena sloboda medija, nedovoljno učinkovita borba protiv korupcije, napredak u vladavini prava, sudjelovanje oporbe u demokratskim procesima, poštivanje ljudskih prava i prava manjina, usklađivanje s vanjskom politikom EU-a dio su „to-do” liste kojima Srbija mora pristupiti bez odgođ.

Otvaranje pregovora sa Srbijom označava početak „pozitivnog pritiska” s ciljem ozbiljne transformacije velikog broja sektora u susjednoj državi. Kao što je naglašeno u izvješću, od iznimne važnosti u tom procesu je i konstruktivan doprinos odnosima sa susjedima i rješavanje preostalih bilateralnih pitanja poput: granične demarkacije, nestalih, sukcesije, prava manjina u Vojvodini i zakona o procesuiranju ratnih zločina. Rješavanjem problema iz prošlosti otvaramo prostor raspravi i suradnji na pitanjima, nadam se zajedničke, europske budućnosti.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A presente proposta de resolução tece um amplo conjunto de considerandos sobre o processo de integração da Sérvia na UE. Bem para além da avaliação do processo, aponta um vasto conjunto de condicionalismos com vista à adesão, que confirmam a extensão da ingerência e perda de soberania impostos aos países e povos no processo de adesão à UE.

Destacamos as reformas no sistema judicial e político, reconhecimento por parte da Sérvia da existência do Kosovo, reformas laborais, privatizações, reestruturação do sector público, proteção do investimento privado, reforma orçamental, imposições no âmbito do funcionamento das instituições, cooperação com o Tribunal Penal Internacional para a Ex-Jugoslávia.

Os sucessivos alargamentos têm permitido aos grandes grupos económico-financeiros o alargamento do mercado interno comunitário, permitindo o domínio de novas economias, criando novas oportunidades para a exploração de uma mão-de-obra qualificada e de baixo custo.

É inaceitável a postura senhorial com que são expostos os considerandos e as condições exigidas para satisfazer os preceitos referentes à integração do país, retirando aos povos o legítimo direito de decidir o seu futuro, onde se inscreve, a escolha livre e soberana da adesão à UE, mas também as estratégias de desenvolvimento económico e social.

Por estas razões votámos contra.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'apertura dei primi capitoli negoziali nel processo di adesione della Serbia all'Unione europea sono stati accolti dal Parlamento europeo con favore. La Serbia ha compiuto passi importanti verso la normalizzazione delle relazioni con il Kosovo e ha saputo affrontare la crisi migratoria con grande capacità. Auspico che la Serbia prosegua le sue riforme sistematiche, in modo che il lavoro di giudici e pubblici ministeri, così come quello dei media, possa essere libero da influenze politiche e volto a intensificare gli sforzi per combattere la corruzione e la criminalità organizzata. Ho votato a favore di questa risoluzione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de suivi de 2015 concernant la Serbie. Comme son nom l'indique, ce rapport résume les difficultés et les besoins inhérents de progrès nécessaires à la Serbie pour se rapprocher des standards européens de stabilité. Ceci tout en soulignant les aspects positifs du pays afin de le soutenir dans sa politique. C'est un rapport équilibré.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against. However, we recognise the importance of information sharing for British policing and are supportive of such measures, with appropriate safeguards, on a bilateral basis.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o presente relatório uma vez que é reconhecido o empenho contínuo do Governo Sérvio no processo de integração europeia.

Assim, concordo que a Sérvia deverá prosseguir de forma decisiva e direta as reformas sistémicas e socioeconómicas, dando continuidade ao trabalho preparatório que visa o efetivo início das negociações de adesão.

Congratulo o presente relatório em que são tecidas considerações essenciais para a evolução deste processo, nomeadamente no que diz respeito ao Estado de direito, democracia, direitos humanos, respeito e proteção das minorias, cooperação regional, relações de boa vizinhança, energia, ambiente e transportes.

Assim, votei favoravelmente o presente relatório por considerar que neste constam recomendações essenciais para o processo de integração europeia da Sérvia, mais especificamente no que diz respeito à aplicação rigorosa da legislação e das políticas necessárias para o alinhamento pelas normas da UE.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El presente informe hace un análisis pormenorizado de los avances de las negociaciones para la adhesión a la UE de Serbia. Destaca la apertura de los capítulos sobre control financiero y el del proceso para normalizar las relaciones con Kosovo. Además, el informe destaca el compromiso de Serbia en el proceso de integración europea. A pesar de que el avance ha sido significativo, este documento pone de relieve que a Serbia le queda mucho trabajo por hacer: por un lado falta un compromiso mayor de Serbia con la libertad de prensa, además de que están empeorando las condiciones de libertad de expresión, y por otro lado falta un esfuerzo real para luchar contra la corrupción, ya que falta transparencia en la financiación de los partidos políticos y de las campañas electorales. Por último, el informe también invita a Serbia a hacer más esfuerzos para mejorar la situación de los romaníes y garantizar la aplicación coherente en todo el país de la legislación sobre la protección de las minorías.

Por ello he votado a favor de este informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution relative à la Serbie, qui a été adoptée par 498 voix pour, 66 voix contre et 70 abstentions et dont le texte salue l'ouverture des négociations d'adhésion à l'Union européenne. J'ai, par contre, soutenu les efforts du pays à poursuivre ses réformes systématiques, à veiller à ce que les travaux des juges et des procureurs, tout comme des médias, ne fassent l'objet d'aucune ingérence politique, et à intensifier ses efforts pour lutter contre la corruption et la criminalité organisée.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes labai svarbu stebėti Serbijos daromą pažangą reformų įgyvendinimo srityje. Ne mažiau svarbu – įvardinti Serbijos pasiekimus ir iš šalies įvertinti galimus iššūkius. Pranešimu taip pat raginama daugiau dėmesio Serbijoje skirti švariai energijai. Tuo pačiu Komisija raginama remti Serbijos vyriausybės pastangas sumažinti šalies priklausomybę nuo importuojamos energijos diversifikuojant Serbijos dujų tiekimą. Šie žingsniai yra svarbūs ne tik Serbijai, bet ir Europos Sąjungai tiek saugumo, tiek klimato kaitos kontekste.

Fernando Ruas (PPE), por escrito. – A UE tem vindo a reafirmar que as prioridades da União Europeia estão relacionadas com o crescimento e o emprego, a par com um investimento na paz, democracia, prosperidade, segurança e estabilidade em todo o continente, sendo o alargamento um processo que assume um carácter secundário nesta legislação.

No entanto, as negociações de adesão da Sérvia à UE tiveram início em junho de 2013, tendo sido avaliados os progressos alcançados por este país com vista à sua integração europeia, designadamente, atenta a conformidade das suas reformas com os princípios do Estado de Direito.

Atendendo aos significativos e importantes progressos da Sérvia, é possível afirmar que as negociações rumam em sentido positivo. Merecem destaque o respeito e a proteção dos direitos humanos, nomeadamente, a sua postura face à crise dos migrantes, o pleno respeito demonstrado pela proteção dos grupos mais vulneráveis, bem como a aplicação efetiva da legislação europeia e ainda os esforços desenvolvidos por este país no que concerne à sua posição na cooperação regional e no estabelecimento de relações de boa vizinhança.

Assim, é com satisfação que verifico que a Sérvia tem adotado medidas que estão a permitir a aproximação à UE, pelo que votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport de suivi concernant la Serbie pour l'année 2015. Tous les ans, le Parlement adopte un rapport au sujet des États candidats à l'adhésion à l'Union, dont la Serbie, pays candidat depuis 2010.

Il convient de souligner que la Serbie a une dynamique positive et s'est engagée dans de nombreuses réformes. J'ai soutenu ce texte car il rappelle néanmoins que la Serbie doit intensifier ses réformes législatives et veiller à leur mise en œuvre effective, notamment en ce qui concerne l'indépendance de la justice, la lutte contre la corruption et la criminalité organisée, ou encore la liberté d'expression et des médias.

Enfin, ce texte demande à la Serbie de poursuivre la normalisation de ses relations avec le Kosovo et de s'engager en faveur du renforcement de ses relations de bon voisinage, et de l'alignement progressif sur la PESC.

Massimiliano Salini (PPE), per iscritto. – L'Unione europea deve incoraggiare quei paesi, come la Serbia, che stanno facendo notevoli sforzi nella giusta direzione e riconoscere i risultati raggiunti. Oltretutto non dimentichiamo il ruolo chiave dell'area balcanica, che si trova ad essere, ancora una volta, porta tra l'oriente e l'occidente, crocevia di migliaia di migranti che l'attraversano per cercare di raggiungere l'Europa.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – Nos abstenemos en esta votación entendiendo que el párrafo de esta Resolución concerniente a Kosovo: 1) contraviene la legislación internacional ya que, si bien Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y que el proceso de estatalización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga un derecho fundado a ser reconocida por terceros; 2) no solo no aporta nada a la necesaria resolución política del conflicto, sino que además interfiere en las relaciones entre Rusia y Serbia y lastra el debido abordaje de acciones conducentes a una estabilización real y duradera de la zona. Además, rechazamos la naturaleza y orientación de las medidas económicas implícitas y explícitas en la propuesta de Resolución.

Christel Schaldemose (S&D), skriftlig. – Jeg glæder mig over, at Serbien har forberedt sig til reelt at indlede tiltrædelsesforhandlinger med afslutningen af screeningprocessen og udarbejdelsen og fremlæggelsen af den omfattende handlingsplan for kapitel 23 (Retsvæsenet og grundlæggende rettigheder) og 24 (Retfærdighed, frihed og sikkerhed).

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre el Informe de 2015 sobre Serbia, aunque contiene aspectos positivos como el reconocimiento de los pasos importantes dados por este país hacia la normalización de las relaciones con Kosovo o la importancia del respeto y la protección de las minorías que habitan en territorio serbio. Sin embargo, la Resolución se dirige principalmente a alentar el proceso de integración de Serbia en la UE, con todo lo que esto conlleva y que está recogido en la propia Resolución: la exigencia de reformas económicas estructurales (sabiendo que este eufemismo implica el recorte de los derechos sociales y laborales de las clases populares), la reestructuración de empresas públicas (privatizaciones), la corrección de los desequilibrios presupuestarios (recorte de gasto público), la protección de las inversiones extranjeras (proteger a las grandes corporaciones transnacionales), etc. Se trata de medidas y exigencias que considero muy negativas para las clases populares de cualquier país.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Serbia jest dla UE ważnym partnerem w regionie, dlatego też istotne są ustalenia i rozwój sytuacji w kontekście negocjacji akcesyjnych, jak i aktualna współpraca w takich kwestiach, jak chociażby kryzys migracyjny. Serbia uczyniła w ostatnim okresie ważne postępy, przyczyniając się w dalszym stopniu do pogłębienia pozytywnego wymiaru relacji z Unią.

Konieczne jest dalsze dążenie do wypełnienia kryteriów praworządności oraz zapewnienie odpowiedniej ochrony praw mniejszości. Wskazane jest, aby w tym zakresie podejmowano i realizowano nowe zobowiązania, gdyż takie podejście na obecnym etapie negocjacji pomoże w uniknięciu komplikacji i powstawania dodatkowych wymogów na etapach późniejszych.

Wprowadzane reformy nie służą jedynie sprostaniu formalnych wymogów stawianych przez UE wobec państw kandydujących, lecz przynoszą również konkretne korzyści dla społeczeństwa i gospodarki. Na podkreślenie zasługuje tu dążenie do realizacji zasad demokracji, co przejawia się między innymi w aktywności obywateli oraz obecności konstruktywnej opozycji czy też wolności mediów będących nieodłącznym składnikiem demokracji.

W przypadku Serbii warto również wskazać jej rolę na podkreślenie zasługuje również jej rola w stabilizacji regionu oraz jego rozwoju. Z tego powodu normalizacja sytuacji w Serbii oraz konstruktywny dialog z Kosowem stanowią podstawę dla opracowywania korzystnych i racjonalnych strategii gospodarczych i politycznych dla krajów sąsiednich, które są bliskimi sąsiadami i partnerami UE.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This is still the initial stages of what is an incredibly long process, which I don't suspect is going to be concluded for some time to come. It has been well documented that conditionality pressure from the EU has massive benefits for the development of democratic institutions and in the fight against corruption. But, of course this is not a linear process, and in a time of increasing populism around Europe, knock-backs will happen.

Indeed, this report adds to this pressure by drawing attention to problems in the country, such as media freedom, deteriorating conditions for freedom of expression, lack of transparency in the funding of political parties and election campaigns, and calls on Serbia to make further efforts to improve the situation of their political institutions.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Európska rada 28. júna 2013 rozhodla o začatí rokovaní so Srbskom o pristúpení do EÚ, pričom monitorovací proces tejto krajiny bol ukončený v marci 2015 a teraz Komisia predložila Európskemu parlamentu správu o pokroku Srbska za rok 2015. V nej sa konštatuje, že Srbsko urobilo významný krok v záujme normalizácie vzťahov s Kosovom, výrazný pokrok dosiahlo v oblasti podnikateľského prostredia, znižovania rozpočtového schodku a trhu práce vrátane pracovno-právnych predpisov a politiky zamestnanosti. Kľúčový význam pre Srbsko má zásada právneho štátu, nezávislé súdnictvo. Tu aj napriek určitému pokroku v prijímaní ustanovení o hodnotení sudcov a prokurátorov je miera ovplyvňovania naďalej vysoká, preto musí Srbsko vykonať národnú stratégiu reformy súdnictva, aby sudcovia a prokurátori neboli pod vplyvom politikov a vlády. Znepokojenie vyvoláva korupcia a organizovaná trestná činnosť, ktoré sú prekážkou brániacou demokratickému, sociálnemu a hospodárskemu rozvoju Srbska. V správe sa oceňuje konštruktívny prístup srbskej vlády k vzťahom so susednými krajinami, čo umožnilo dosiahnuť významný pokrok v prehľbovaní regionálnej spolupráce a v upevňovaní vzťahov s EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Predlog resolucije se nanaša na poročilo o Srbiji za leto 2015 s strani Komisije. V poročilu Komisija navaja napredek, ki ga je Srbija dosegla na področju evropskega približevanja, in ocenjuje njena prizadevanja za izpolnitev kopenhagenskih meril ter pogojev stabilizacijsko-pridružitvenega procesa.

Strinjam se, da je temeljito izvajanje zakonodaje in politik še vedno bistveni kazalnik uspešnega procesa vključevanja. Zato menim, da je pomembno, da srbski politični voditelji nadaljujejo z reformiranjem svoje zakonodaje, tako da bo ta usklajena s standardi EU. Predlog resolucije pozdravlja, da je Srbija napredovala na področju poslovnega okolja ter zmanjšanja proračunskega primanjkljaja na trgu dela.

Predlog resolucije pa prav tako vsebuje pomemben poudarek o izjemnem pomenu načela pravne države in neodvisnega sodstva. Izpostavljeni so še nekateri drugi predlogi, v katerih se zrcalijo nekatera najpomembnejša evropska načela. Kot take lahko omenim potrebo po izboljšanju postopka posvetovanja v parlamentu, ustrezno izvajanje pravnega in institucionalnega okvirja za varstvo človekovih pravic in temeljnih svoboščin, pomembnost vključevanja narodnih manjšin, konstruktiven pristop srbske vlade do odnosov s sosednjimi državami ter grajenje trajnostnih in zanesljivih energetskih sistemov.

Menim, da predlog resolucije predstavlja ustrezen odziv na omenjeno poročilo o Srbiji za leto 2015, zaradi česar sem na plenarnem zasedanju poročilo tudi podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso oggi voto favorevole sulla relazione che illustra i progressi compiuti dalla Serbia nel processo di negoziazione per l'adesione all'Unione europea e sulla necessità di accelerarlo. Visto il carattere particolarmente ambizioso dell'agenda di riforme che il paese si prefigge di attuare in futuro, la Serbia ha bisogno del nostro supporto in questo processo. Tra i prossimi obiettivi da realizzare nel breve termine, infatti, la Serbia si prefigge il rafforzamento dello Stato di diritto, la lotta alla corruzione e la creazione di migliori condizioni di vita per la società serba. Come evidenziato anche nella risoluzione, è essenziale che il paese agisca in fretta per migliorare la situazione della libertà dei media e della libertà di espressione e l'indipendenza della magistratura da eventuali interferenze del potere politico. Tali presupposti rappresentano le condizioni essenziali per proseguire positivamente nel processo di integrazione, nella consapevolezza che quest'ultimo potrebbe determinare un significativo miglioramento dell'economia serba e di conseguenza un miglioramento della stabilità politica del paese.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Podporujem eurointegracijske ambicije Srbije a jeho politické i spoločenské zmeny, ktorými táto krajina prechádza. Je však kľúčové, aby si Belehrad a Priština našli cestu k usporiadaniu vzájomných vzťahov.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – 28. lipnja 2013. Europsko vijeće je odlučilo započeti pristupne pregovore sa Srbijom. Prva međuvladina konferencija održana je 21. siječnja 2014., analitički pregled je dovršen u ožujku 2015., a Srbija je u rujnu 2015. okupila pregovarački tim. Pozdravljam napredak u pogledu gospodarskih reformi, što je poboljšalo proračunsku situaciju Srbije te pozivam Komisiju da nastavi podupirati vladu u planovima za provođenje dodatnih reformi, posebice u vezi s rješavanjem fiskalnih neravnoteža i reformi glavnih sektora gospodarstva.

Korupcija i organizirani kriminalitet su široko rasprostranjeni u regiji te također predstavljaju prepreku demokratskom, socijalnom i gospodarskom razvoju Srbije. Naglasio bih važnost djelovanja organizacija civilnog društva u demokratskom društvu. Izražavam zabrinutost zbog činjenice da nije postignut napredak u poboljšanju stanja u vezi sa slobodom govora i medija. Potrebno je stvoriti adekvatnu zastupljenost manjina u lokalnim, regionalnim i nacionalnim predstavničkim i administrativnim tijelima, osigurati mogućnost korištenja manjinskih jezika u medijima i obrazovanju, te je važno da Srbija omogućući pronalazak nestalih osoba te nastavi suradnju u procesuiranju ratnih zločina s ICTY-om.

Pozivam Srbiju da preispita sporni zakon kojim se jurisdikcija neosnovano širi na područje susjednih država, uključujući i dvije članice EU-a i time dovodi do pravne nesigurnosti te ugrožava dobrosusjedske odnose, te zajedno s Komisijom i susjednim državama uspostavi pravni sustav u skladu s europskim pravnim standardima.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – 28. lipnja 2013. godine Europsko vijeće odlučilo je započeti pristupne pregovore sa Srbijom. Europska Komisija je u svom izvješću za 2015. godinu utvrdila da je Srbija napredovala prema europskoj integraciji. U siječnju 2015. godine Srbija je preuzela predsjedanje OEES-om. Također, Srbija je poduzela važne korake prema normalizaciji odnosa s Kosovom, no potrebni su daljnji naponi za konačno smirenje tih odnosa. Potrebno je osnažiti gospodarsko upravljanje, vladavinu prava i kapacitete javne uprave. Parlament poziva Srbiju da uskladi svoju vanjsku i sigurnosnu politiku s politikom Europske unije, što uključuje i politiku prema Rusiji. Također, pozdravlja se

aktivno sudjelovanje Srbije u međunarodnim mirovnim operacijama. Po pitanju Vojvodine napominje se da kulturna raznolikost Vojvodine doprinosi identitetu Srbije te da se autonomija Vojvodine ne bi smjela smanjivati. U izvješću se potiče Srbiju da nastavi surađivati sa Međunarodnim kaznenim sudom za bivšu Jugoslaviju u duhu pomirenja i dobrosusjedskih odnosa.

Podržavam prijedlog ove rezolucije s njezinim preporukama i smjernicama za daljnji napredak Srbije prema europskim integracijama. Kao jedna od ključnih država Zapadnog Balkana, uključivanje Srbije u europske integracije osigurava sigurnost u regiji, te omogućuje bolje dobrosusjedske odnose.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sem za resolucijo ob zaključku razprave o izjavah Sveta in Komisije o poročilu o Srbiji za leto 2015. Pozdravljam normaliziranje in otoplitev odnosov med Beogradom in Prištino. To je zelo pomemben pogoj za članstvo v Evropski uniji. Srbija je s tem naredila velik korak na poti v Evropsko unijo. Seveda je še veliko poglavij, ki jih mora zapreti. Med drugim je to področje pravosodja in temeljnih pravic ter zagotovitev pravic v povezavi s svobodo in varnostjo. V mislih imam predvsem svobodo medijev, ki je zelo pomembna za obstoj demokracije.

Pavel Svoboda (PPE), písemně. – Hlasoval jsem pro přijetí usnesení ke zprávě o Srbsku za rok 2015, jelikož toto usnesení dále rozvíjí původní zprávu Evropské komise v pozitivním duchu podpory úsilí Srbska k naplnění podmínek pro vstup do EU. Srbsko se nyní stává důležitým partnerem EU v prostoru západního Balkánu a je třeba mu poskytnout dostatečnou podporu, aby bylo schopno postupně plnit všechny podmínky členství. Základem je zde funkční justiční systém, který zajistí dodržování nově přijatých pravidel. Srbsko ještě musí pokročit v této oblasti a také v oblasti boji s organizovaným zločinem, stejně jako v oblasti práv menšin, jejichž příslušníci jsou často zdrojem migračních tlaků v EU. Důležitý je také soulad zahraniční politiky Srbska se zahraniční politikou EU a to zejména vůči Rusku. Zpráva však také konstatuje pokrok, který Srbsko činí v oblasti sousedských vztahů. Dobré sousedské vztahy jsou základní podmínkou možného budoucího členství v EU.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Τηρήσαμε αποχή στην σχετική έκθεση καθώς με τις προτάσεις που προωθούνται επιδιώκεται παρέμβαση στα εσωτερικά της χώρας, δημιουργώντας σχέσεις εξάρτησης αντί συνεργασίας. Μέσα από την έκθεση η ΕΕ, ζητά από την Σερβία να συνεχίσει την διαδικασία εξομάλυνσης των σχέσεων της με το Κόσοβο και να προχωρήσει ουσιαστικά σε αναγνώρισή του. Επίσης καλείται η Σερβία να ευθυγραμμίσει την εξωτερική πολιτική και πολιτική ασφάλειας της με εκείνη της ΕΕ κυρίως όσον αφορά τη Ρωσία και να συνεχίσει τις σκληρές νεοφιλελεύθερες οικονομικές μεταρρυθμίσεις της σκληρής λιτότητας, οι οποίες έχουν οδηγήσει στην αύξηση της ανεργίας και της φτώχειας, στη μείωση της παραγωγικότητας και σ' ένα τεράστιο δημοσιονομικό έλλειμμα. Εντούτοις δεν καταψηφίσαμε την έκθεση καθώς η απόφαση για ένταξη στην ΕΕ αποτελεί δικαίωμα της ίδιας της χώρας και του λαού της.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η εν λόγω έκθεση προόδου επιβάλλει στη Σερβία απορρόφηση μεγάλου κύματος λαθρομεταναστών, οξύνοντας με αυτόν τον τρόπο την ήδη βεβαρημένη κατάσταση στη Βαλκανική.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadásáról szóló határozatot, tekintettel arra, hogy határozott véleményem szerint Szerbia az EU számára kulcsfontosságú partner, a nyugat-balkáni térség stabilitása, gazdasági és infrastrukturális kapcsolataink, valamint – az utóbbi idők drámai fejleményei nyomán – az Európába irányuló migrációs hullám kezelése terén egyaránt. Ezért ez a határozat fontos és konkrét európai érdeket szolgál azzal, hogy az Európai Parlament pozitív, bátorító módon igazolja vissza a szerbiai reformfolyamat eddigi eredményeit, a Koszovóval való normalizálásért tett lépéseket, amelyek alapján tavaly év végén megkezdődhettek a csatlakozási tárgyalások. Úgy vélem, a szerb csatlakozási folyamat e határozatban is megnyilvánuló parlamenti támogatása jogosítja fel az EP-t arra is, hogy ezután is szoros figyelemmel kísérje az ottani reformfolyamatot és számon kérje Belgrádtól a polgári, kisebbségi jogok, az igazságszolgáltatás, a média, és egyéb területeken még meglévő hiányosságok felszámolását, majd értékelje a soron következő előrehozott választásokat. Az EP világos állásfoglalásától a magam részéről azt is remélem, hogy ennek nyomán az Európai Bizottság végre felismeri: Szerbia esete a legjobb példa arra, hogy hiba volt a Bizottság öt éves programjában zárójelbe tenni az EU bővítést, hiszen látható, hogy a csatlakozási folyamat ütemes folytatása mindig megújuló, aktuális és konkrét érdekként jelentkezik az Unió és egész Európa szempontjából is.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană încurajează perspectivele europene ale țărilor din Balcanii de Vest, regiune considerată ca aparținând întru totul arealului natural de extindere al Uniunii. În cadrul acestui areal, relațiile cu Serbia au cunoscut o evoluție sinuoasă dar constant ascendentă. În prezent, relațiile UE cu statul sârb se situează la un nivel excelent, manifestat prin deschiderea negocierilor de aderare. În ultimul an merită a fi salutăată deschiderea negocierilor asupra Capitolului 32, privind controlul financiar, și asupra Capitolului 35, privind normalizarea relațiilor cu Kosovo. De asemenea, în ciuda unei vieți politice interne destul de complicate, merită remarcată atitudinea pro-europeană a majorității forțelor politice relevante din Serbia. Progresele realizate s-au materializat prin liberalizarea regimului de vize al UE pentru cetățenii sârbi. În cadrul raportului pe anul 2015 sunt evidențiate, însă, și o serie de probleme care persistă la nivel intern, cum ar fi libertatea mass-media, deteriorarea condițiilor pentru libertatea de exprimare, lipsa transparenței finanțării partidelor politice și a campaniilor electorale. De asemenea, raportul remarcă necesitatea coordonării eforturilor pentru îmbunătățirea situației minorității române și implementarea legislației pentru protecția minorităților. Consider că documentul reflectă situația existentă la nivelul Serbiei și susțin adoptarea sa în această formă.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Je salue l'ouverture des négociations et du chapitre 32 à la conférence intergouvernementale de Bruxelles du 14 décembre 2015 et l'engagement continu de la Serbie en faveur du processus d'intégration européenne.

La Serbie doit mener des actions pour faire connaître cette décision stratégique auprès de la population serbe. Ce pays doit également s'attaquer résolument de front aux réformes systémiques et prêter une attention particulière à ses jeunes dans la mise en œuvre de ses réformes!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the progress report on Serbia as it supports Serbia's European integration. Nevertheless, corruption and pressure on the media remain crucial outstanding issues. Indeed, it is essential that the country implement reforms in the areas of judiciary and fundamental rights and of justice, freedom and security. Moreover, corruption and organised crime are widespread in the region and also represent an obstacle to Serbia's democratic, social and economic development and if progress has been made in this area, Serbia has to step up its efforts.

I also believe that the negotiation of chapter 35 on normalising relations with Kosovo is of crucial importance for Serbia's progress on its path towards EU integration.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la relazione del collega McAllister poiché condivido la valutazione equilibrata sui progressi compiuti dalla Serbia nel suo cammino verso l'Unione Europea.

Molti sono gli sforzi fatti in questi anni per attuare programmi di riforma economica e strutturale ed è apprezzabile l'impegno per una pubblica amministrazione più efficiente oltre che il rafforzamento dello stato di diritto e l'adozione di piani d'azione per la normalizzazione delle relazioni con il Kosovo.

La Serbia sta inoltre affrontando pienamente la crisi migratoria, per questa ragione rappresenta un partner essenziale e collaborativo dell'UE nei Balcani e pertanto è indispensabile che l'Unione fornisca risorse e un opportuno sostegno finanziario.

E' importante però, che dal punto di vista interno, la Serbia migliori la cooperazione tra il governo e le organizzazioni della società civile e aumenti il coinvolgimento delle minoranze nazionali nel processo decisionale.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A Szerbiáról szóló 2015. évi eredményjelentés üdvözlí, hogy Szerbia továbbra is elkötelezett az európai integrációs folyamat mellett, és jelentős előrelépéseket tett ebben az irányban. A dokumentum hangsúlyozza, hogy a jogállamiság megteremtése nélkül komoly és fenntartható haladás nem képzelhető el. Megállapítja, hogy a Vajdaság kulturális sokszínűsége hozzájárul Szerbia identitásához. Továbbá felhívja a szerb hatóságokat, hogy biztosítsák a kisebbségek védelméről szóló jogszabályok egész országban való következetes végrehajtását, többek között az oktatás, a nyelvhasználat, a közigazgatásban való képviselet, valamint a média és az egyházi szolgálatok kisebbségi nyelveken való hozzáférhetősége terén.

Tekintettel arra, hogy Szerbia a magyar nemzet-, szomszédság-, és biztonságpolitika homlokterében áll, valamint a vajdasági magyarság érdekeinek védelmében szavazatommal támogattam a jelentést.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije ob zaključku razprave o izjavah Sveta in Komisije v skladu s členom 123(2) Poslovnika o poročilu o Srbiji za leto 2015 sem podprla, saj menim, da dobro opiše dosedanje dosežke in pa tudi pomanjkljivosti ki jih mora Srbija še izboljšati v luči evropskega približevanja.

Zajeto je več področij, od pravne države, demokracije, človekovih pravic, spoštovanja in varstva manjšin, regionalnega sodelovanja in dobrih sosedskih odnosov do energetike, okolja in prometa. Poleg tega pa EU državo opozarja in poziva katerim področjem mora nameniti dodatno pozornost, da bodo pogajanja o pridružitvi uspešna.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación entendiendo que el párrafo de esta Resolución concerniente a Kosovo: 1) contraviene la legislación internacional ya que, si bien Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y que el proceso de estatalización de Kosovo es irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga un derecho fundado a ser reconocida por terceros; 2) no solo no aporta nada a la necesaria resolución política del conflicto, sino que además interfiere en las relaciones entre Rusia y Serbia y lastra el debido abordaje de acciones conducentes a una estabilización real y duradera de la zona. Además, rechazamos la naturaleza y orientación de las medidas económicas implícitas y explícitas en la propuesta de Resolución.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Anhand dieser EntschlieÙung nimmt das Europaparlament eine Stellungnahmen zum Kommissionbericht vor, in dem die Kommission Fortschritte Serbiens bei der europäischen Integration dargelegt hat. Die EntschlieÙung begrüÙt die bisher erreichten Fortschritte Serbiens, wie unter anderem Verbesserung des Geschäftsumfelds oder Senkung des Haushaltsdefizits. Gleichzeitig stellt sie fest, dass Korruption und organisierte Kriminalität in der Region weit verbreitet sind, was auch der demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Serbiens im Wege steht. Generell handelt es sich um eine gute und ausbalancierte Stellungnahme, die ich als solche zur Kenntnis genommen habe.

Ich kann mich jedoch nicht mit der Tatsache identifizieren, dass angesichts aktueller Probleme neue Beitrittskapitel eröffnet und weitere Beitrittsverhandlungen geführt werden. EU-Spitzen kennen seit langem nur eine Antwort: immer mehr und immer größeres Europa. In der Situation, wenn sich die strukturellen Mängel der Eurozone weiterhin vertiefen und Großbritannien über einen EU-Austritt nachdenkt, ist es unsererseits höchst unehrlich, Serbien eine Beitrittsperspektive zu geben. Die EU muss erst ihre Probleme lösen können, d. h. muss sich erst reformieren, damit eine EU-Erweiterung in Frage kommen kann.

Von diesem Gesichtspunkt konnte ich die genannte ParlamentsentschlieÙung nicht unterstützen und habe mich bei der Abstimmung enthalten.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2013. június 28-i ülésén az Európai Tanács úgy döntött, hogy csatlakozási tárgyalásokat kezd Szerbiával. Az első kormányközi konferenciára 2014. január 21-én került sor. Az átvilágítási folyamat 2015 márciusában lezárult. A Szerbiáról szóló 2015. évi jelentésében a Bizottság beszámolt a Szerbia által az európai integráció területén elért előrelépésekről és értékelte az ország koppenhágai kritériumoknak, valamint a stabilizációs és társulási folyamat feltételrendszerének való megfelelésre irányuló erőfeszítéseit. A Bizottság a jelentéstétel tekintetében új megközelítést alkalmazott, amely sokkal világosabb útmutatást nyújt a szóban forgó országoknak arra nézve, hogy mire kell összpontosítaniuk. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Pabrėžiui didelę teisinės valstybės principų svarbą; pabrėžiui nepaprastą nepriklausomų teisminių institucijų svarbą; pažymiu, kad, nors teisminių institucijų srityje padaryta tam tikra pažanga, visų pirma patvirtintą teisę ir prokurorų vertinimo taisyklės, šioje srityje vis dar daug politinio kišimosi; raginu valdžios institucijas įgyvendinti nacionalinę teislių sistemos reformas strategiją.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I firmly believe in Serbia's European prospects. Access negotiations between Serbia and the EU were opened in 2013 and in December 2015 the first two chapters were opened, which is a clear signal that the country is on the right track towards EU membership. Matters of concern still remain, most notably high levels of corruption and a recent increase of political pressure on the media. Also, Serbia will have to improve its relations with Kosovo in order for negotiations to advance further. As of now, Serbia's progress must nevertheless be acknowledged and that is why I voted in favour of this resolution.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I was satisfied to vote in favour of the 2015 Progress Report on Serbia. I fully support the proper integration of Serbia into the European family, and it is vital that Serbia continues to carry forward its ambitious reform agenda. Strengthening the rule of law, fighting corruption and providing a better standard of life for everyday Serbians will help not only Serbia, but the Balkans and by extension the rest of the Europe. For Serbia the process of integration is the best way to improve both the country's economic situation and building political stability.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag. Ik sta achter de verdere integratie van Servië in de Europese familie. Het is belangrijk dat Servië verder gaat met zijn ambitieuze hervormingen om zo de rechtsstaat te versterken, corruptie verder te bestrijden en het dagelijkse leven van de Serviërs sterk te verbeteren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Não acompanhamos um amplo conjunto de considerandos sobre o processo de integração da Sérvia na UE. Bem para além da avaliação do processo, a resolução aponta para um vasto conjunto de condicionalismos com vista à adesão, que confirmam a extensão da ingerência e perda de soberania impostas aos países e povos no processo de adesão à UE.

Vejam-se as reformas no sistema judicial e político, o reconhecimento por parte da Sérvia da existência do Kosovo, as reformas laborais, as privatizações, a reestruturação do setor público, a proteção do investimento privado, a reforma orçamental, as imposições no âmbito do funcionamento das instituições, a cooperação com o Tribunal Penal Internacional para a Ex-Jugoslávia.

Os sucessivos alargamentos da UE têm permitido aos grandes grupos económico-financeiros o alargamento do mercado interno comunitário, permitindo o domínio de novas economias, criando novas oportunidades para a exploração de uma mão-de-obra qualificada e de baixo custo.

É inaceitável a postura senhorial com que são expostos os considerandos e as condições exigidas para satisfazer os preceitos referentes à integração do país, retirando aos povos o legítimo direito de decidir o seu futuro, onde se inscreve a escolha livre e soberana da adesão à UE, mas também as estratégias de desenvolvimento económico e social.

Por estas razões, votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Kosovo ist und bleibt eine Provinz im Herzen Serbiens. Die serbische Bevölkerungsmehrheit wurde erst durch gezielte Infiltrierung zur Minderheit. Wenn wir die nun vorherrschende muslimische Mehrheit im Kosovo – welche neben Unterwanderung, durch Vertreibung und kriegerische Eroberung zustande kam – als legitimen Unabhängigkeitsgrund weiter anerkennen, dann werden wir schon bald viele andere Regionen mitten in Europa als Unabhängig akzeptieren müssen. Denn schon bald werden Muslime in vielen Teilen Europas die Mehrheit stellen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Grazie Presidente. Ho supportato con convinzione la relazione sui progressi compiuti dalla Serbia nel 2015. E' stato un anno importante perché sono iniziati i negoziati di adesione, con l'apertura dei capitoli 32 e 35 (che include la normalizzazione delle relazioni con il Kosovo). Nonostante i progressi, rimangono alcune lacune da colmare, in particolare per quanto riguarda la libertà dei media, la libertà di espressione, la poca trasparenza nel finanziamento dei partiti politici. La Serbia deve impegnarsi per superare queste mancanze e creare una società inclusiva per tutti, comprese le minoranze.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Bericht über Serbien habe ich nicht zugestimmt. Ich bin gegen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU, solange diese nicht ihre strukturellen und institutionellen Probleme gelöst hat. Dazu gehört auch eine Neufassung der Europäischen Verträge. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Serbien lehne ich ab. Ebenso wende ich mich gegen alle weiteren Schritte, die daraus hinauslaufen, Serbien zu einem EU-Mitglied zu machen.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Η Σερβία αποτελεί αναπόσπαστο μέρος την Ευρωπαϊκής πολιτιστικής κληρονομιάς. Η Σερβία βρίσκεται σε μια αναπτυξιακή πορεία, που ολοένα και συγκλίνει με τα Ευρωπαϊκά πρότυπα σε όλους τους τομείς. Ασφαλώς και υποστήριξα την έκθεση αυτή, επιβραβεύοντας τις προσπάθειες του Σερβικού λαού.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La relazione che abbiamo votato oggi analizza con coerenza e con approccio realista la situazione serba, denunciando le lacune del sistema ed elencando i miglioramenti registrati. Viene posto l'accento sul sistema giudiziario, ancora esposto a pressioni politiche; sulla corruzione, rappresentata giustamente come una piaga persistente; sulla discriminazione delle categorie deboli e sulle carenze di rispetto della libertà d'espressione e dei media, ricordando le pressioni e le violenze subite da molti giornalisti dissidenti. Viene inoltre sottolineata la necessità di superare la retorica guerrafondaia e di raggiungere l'accordo, anche sul lato storico e culturale, tra i diversi Paesi protagonisti delle guerre balcaniche degli anni '90 dando corso giudiziario ai processi per crimini di guerra, così da garantire verità e risarcimenti alle famiglie delle vittime. Le relazioni con il Kosovo vengono descritte senza falsi entusiasmi, plaudendo ai miglioramenti ma denunciando che ancora molti passi devono essere compiuti. Aspetti meno condivisibili, oltre al tentativo esplicito di allontanare la Serbia dalla Russia senza considerarne in profondità gli effetti, risultano essere invece l'importanza riconosciuta al business ai fini della normalizzazione del vicinato e le facilitazioni alla privatizzazione che potrebbero inficiare il rilievo dato alle politiche sul lavoro. Per questi motivi ho ritenuto opportuno astenermi.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore l'approvazione della relazione sui progressi della Serbia nel 2015 e mi unisco all'appello per l'accelerazione del processo di adesione all'Unione Europea.

Sono un convinto sostenitore della necessità di favorire l'integrazione di questo paese e riconosco l'ambizioso programma di riforme avviato. È necessario, oggi più che mai, che in Serbia si proceda ad un rafforzamento dello stato di diritto, che si facciano progressi sostanziali nella lotta alla corruzione e che si creino le condizioni per rendere migliore la vita quotidiana dei cittadini serbi.

Concludo esortando la Commissione ad accelerare il processo di adesione iniziato con Belgrado, incitando, al tempo stesso, il paese balcanico a compiere sforzi ulteriori per risolvere problemi cruciali, primo tra tutti rispetto dei diritti delle minoranze, con particolare riferimento a quelli della comunità rom.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu, protože je z ní patrné, že v Srbsku došlo k určitému pokroku v oblastech, které zpráva pokrývá. Avšak považuji za nutné, aby Srbsko i nadále pokračovalo v důsledném navrhování a plnění reform, které jsou nutné pro docílení souladu s normami EU. Jako velký problém vnímám především stále vysokou míru korupce ve státní i privátní sféře. Domnívám se, že je nezbytné, aby došlo k potírání korupce i na nejvyšších politických úrovních a aby bylo výrazně omezeno politické vměšování do srbského soudnictví. Uvítal bych i větší pokrok v zavádění iniciativ na potírání organizovaného zločinu. V minulém roce nedošlo, dle zprávy Komise, k žádnému pokroku v oblasti svobody vyjadřování, což považuji za skutečně alarmující fakt. I v současné době jsou žurnalisté fyzicky napadáni a jen v omezeném množství případů je za tyto útoky někdo potrestán. Souhlasím s tím, že je nutné ocenit snahu srbských představitelů i dosažený pokrok, ale je patrné, že Srbsko čeká ještě velmi dlouhá cesta k jeho přijetí do Evropské unie.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh uznesenia pozitívne hodnotí všeobecný pokrok v Srbsku, najmä čo sa týka stabilizácie vzťahov s Kosovom a jeho odhodlania v súvislosti s procesom európskej integrácie. Na druhej strane však hovorí aj o oblastiach, v ktorých sa napriek ambicióznemu reformnému programu zatiaľ nedarí dosiahnuť hmatateľné výsledky a ku ktorým patrí najmä boj proti korupcii, organizovanému zločinu, či výraznejší rozvoj súkromného sektora. Myslím si však, že ohodnotenie úsilia Srbska zo strany Európskeho parlamentu pomôže motivovať túto krajinu k väčšej snahe o úspešné reformy a z dlhodobého hľadiska prinesie pozitívne výsledky. Preto som toto uznesenie podporila.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Poročilo o napredku Srbije za leto 2015, ki ga je država dosegla na področju evropskega približevanja. Veseli me, da Srbija konstruktivno sodeluje v pogajanjih z EU in ji želim uspešno reševanje izzivov iz odprtih poglavij, ki se tičejo korupcije, reform sodstva, spoštovanja človekovih pravic ter usklajevanje zunanje in varnostne politike z EU.

9.2. Prozess der europäischen Integration des Kosovo (B8-0167/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, I am now back on the right page. There was an item that caught my eye as being extraordinary, even by the standards that I have come to expect from EU institutions. This was the revelation of a massive corruption scandal in Kosovo involving the EU's anti-corruption unit. Why is it that corruption is endemic in that territory, or at least in its administration? I would say for the same reason that it is endemic in the European Union. Not because it attracts bad people – not even Mr Brok is a bad person. He is a loud and oafish person, as we see from his current interruption, but I am prepared to give him the benefit of the doubt. But no, it is not that it attracts bad people: it is that there are no proper mechanisms to hold people to account.

If people in positions of authority do not need to explain themselves to voters, they will focus on making themselves comfortable. Kosovo is not allowed to be a democracy because people fear partition. They do not want any recognition of the national principles, so they impose an undemocratic government which is then, inevitably, self-serving. That is what happens. Of course, we see the same principle elevated at European level, and it allows even such characters as Elmar Brok to get themselves elected.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já patřím k těm politikům, kteří se domnívají, že je třeba s Kosovem jednat a nabídnout mu v dlouhém horizontu perspektivu možného členství v Evropské unii. I když Kosovo stále ještě nebylo uznáno pěti zeměmi EU. Jsem přesvědčen, že tato perspektiva je nutná, pokud vůbec chceme, aby v této zemi do budoucna začala posilovat demokracie, vznikal právní stát a ta země se začala ekonomicky zmáhat. Ale také zde říkám, že ta cesta je ještě velmi daleká a opravdu v horizontu následujících možná pětiletí Kosovo asi nebude členem EU. Ta zpráva kritizuje některé věci, které já považuji za důležité, jako je právě přebujelá korupce a malý boj proti organizovanému zločinu. To považuji za mimořádně důležité. Budování právního státu je, podle mého názoru, ještě důležitější než samotné ekonomické reformy. Takže to já jsem rád, že je v té zprávě obsaženo, a proto jsem zprávu podpořil.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Kolēgi, kā mēs zinām, Kosova vienpusējā kārtā pasludināja savu neatkarību un joprojām piecas dalībvalstis Eiropas Savienībā nav atzinušas to. Bet skaidrs, ka nav iespējams sadarboties un pilntiesīgi implementēt visus dokumentus, kamēr Kosovas valstij nebūs normālu attiecību ar kaimiņiem un ar Serbiju.

Bet tas ir tikai pirmais aspekts. Otrais aspekts, protams, ir cīņa pret korupciju. Narkotiku tranzīts uz Eiropu, ārkārtīgi augsts bezdarba līmenis un citi faktori nivelē objektīvi tos panākumus, kuri Kosovas valstij ir arvien tuvāk, integrējoties ar Eiropas Savienību. Protams, es atbalstu šo rezolūciju, nobalsojot par. Bet jāatzīst, ka tik daudz vēl darāma gan Eiropas Savienībai, gan Kosovas valstij, ka priekšā ir vairāki steidzami darbi.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich finde es, auch von der Tagesordnung, ausgezeichnet, dass wir erst über den Fortschrittsbericht Serbien gesprochen haben und dann über die europäische Integration im Kosovo. Das zeigt für mich schlicht und ergreifend ganz deutlich, welche Vermittlungsrolle die Europäische Union in diesem Teil Europas einnimmt, und zeigt doch ganz deutlich, wie wichtig uns beide Staaten beziehungsweise Regionen sind.

Ich denke, man muss ganz einfach auch hier die Vermittlerrolle wahrnehmen, und für mich müssen die Fortschritte im Kosovo einhergehen mit der Lösung des Verhältnisses zu Serbien. In diesem Sinne ist es ganz wichtig, mit beiden Staaten zu reden. Es ist schon mehrfach von meinen Kollegen gesagt worden – besonders mit Sorge erfüllt mich beim Kosovo, dass es noch keine existierende, keine wirksame staatliche Verwaltung gibt. Und wir müssen natürlich intensiv die Korruption im Kosovo bekämpfen, aber trotzdem mit beiden Ländern sprechen. Und mit beiden Ländern sind wir zur Zusammenarbeit verpflichtet.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Oceniając sytuację Kosowa w minionym roku, trzeba przede wszystkim podkreślić złożoność sytuacji. Z jednej strony udało się osiągnąć porozumienie z Belgradem w sprawie gmin zamieszkałych przez serbską społeczność, powołano rzecznika praw obywatelskich, przyjęto ustawy usprawniające sądownictwo, jednak w tym samym czasie kraj ten stał się przykładem licznych patologii i źródłem problemów dla Unii.

Blokowanie prac kosowskiego zgromadzenia przez opozycję pokazuje społeczną niezgodę w sprawie porozumienia z Serbią. Misja, która miała pomóc dostosować się tamtejszej administracji do europejskich standardów praworządności, okazała się skorumpowana i powiązana z kosowskimi przestępcami. Nadal skorumpowana jest policja i administracja publiczna oraz w praktyce nieistniejąca gospodarka. Od wielu lat eksperci podkreślają, iż Kosovo jest centrum handlu żywym towarem, przemytu narkotyków i broni oraz źródłem rekrutów dla islamskich radykałów walczących w Syrii czy Libii. I z tych powodów Unia nie może sobie pozwolić na pozostawienie Kosowa samemu sobie.

Poparłam rezolucję, ponieważ Unia Europejska musi podjąć wszelkie możliwe działania, aby wydobyć to państwo ze strukturalnego kryzysu, w którym się znajduje od początku swego istnienia. Unia nie może dopuścić, aby u jej granic pojawiło się kolejne upadłe państwo kontrolowane przez zorganizowane grupy przestępcze.

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Jazłowiecka! Ich möchte Sie wirklich bitten, nicht mehr aufzuschreiben, als man in einer Minute sagen kann, weil die Dolmetscherdienste das nicht dolmetschen können. Es sollen sicher nicht nur Ihre polnischen Landsleute verstehen, was Sie zu sagen haben.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Herr talman! Kosovos närmanden till EU välkommet. Jag hoppas det ska gå snabbt och att Kosovo och andra balkanländer snart ska bli en del av EU. I den kontexten vill jag gärna påminna om att dialog och normalisering av relationer med den serbiska minoriteten i Kosovo bör vara villkor för Kosovos inträde. På samma sätt som erkännande av Kosovo/normalisering av relationerna med Kosovo är ett villkor för Serbien är ett avtal om speciella rättigheter för serbiska minoriteter ett villkor för Kosovo.

Därför vill jag lägga till följande: Kosovos legitimitet valda regering har gjort ärliga och uppriktiga försök att åstadkomma ett avtal. Jag vill uppmuntra oppositionen att inte försöka obstruera dessa samtal i inrikespolitiska syften. Frågan om anslutning till EU är större än så och bör inte missbrukas i en internt politisk kamp. Alla partier måste ta sitt ansvar. Jag väljer att ställa mig bakom betänkandet eftersom den uttrycker både EU:s och Kosovos vilja att lösa problem och att föra anslutningsprocessen framåt.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem přesvědčen, že Kosovo potřebuje budoucnost. I z tohoto důvodu jsem podpořil navržené usnesení a rovněž chci výslovně ocenit, že Kosovo učinilo nepochybně řadu pokroků v otázkách jak fungování státu, tak zlepšení veřejných služeb. Nepochybně se ovšem také potýká s celou řadou problémů, ať je to vysoká nezaměstnanost, korupce, organizovaný zločin, který do jisté míry ovládá část území. Nicméně naší povinností je poskytnout opravdu Kosovu budoucnost, protože je to dnes de facto jediná uzamčená země, jak se ostatně uvádí i v navrženém usnesení, které jsme schválili. Z tohoto důvodu si myslím, že je třeba dát budoucnost Kosovanům, není naším cílem, aby tato země byla izolovaná. A je dobré s ní spolupracovat i proto, aby se podílela na řešení právě migrační krize, to oceňuje ostatně i ta zpráva.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Il Kosovo ha recentemente dichiarato la propria indipendenza dalla Serbia tuttavia quest'ultima e circa 50 nazioni dell'Onu non lo riconoscono ancora come uno stato sovrano.

L'integrazione europea del Kosovo è ancora lontana, ma si registrano comunque piccoli passi in avanti nelle politiche sociali e nel sistema giudiziario. Le problematiche maggiori si riscontrano per quanto riguarda: la libertà di stampa, la non discriminazione delle minoranze, la disoccupazione giovanile, il rispetto e la difesa del patrimonio storico di Pritzen.

Ho deciso di votare favorevolmente alla risoluzione perché l'Unione può giocare un ruolo importante nel miglioramento delle condizioni di vita dei cittadini del Kosovo.

John Stuart Agnew (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre el proceso de integración europea de la autoproclamada República de Kosovo puesto que supone una injerencia inaceptable, ya que hace un llamamiento a que reconozcan a Kosovo a los cinco Estados miembros de la UE que aún no lo han hecho, además de alabar la participación de Kosovo en la coalición militar internacional contra el EI y preconizar su agenda neoliberal (reformas estructurales, privatizaciones) en la región.

Considero intolerable que el Parlamento Europeo pretenda presionar a los Estados miembros que no reconocen a Kosovo, entre ellos España, lo que constituye una injerencia política en competencias nacionales.

Kosovo es el resultado de una intervención criminal de la OTAN en la antigua Yugoslavia. Hoy los Estados Unidos mantienen una de sus mayores bases militares en Kosovo, Camp Bondsteel, como enclave geoestratégico con acceso a Oriente Próximo o el Cáucaso y que les permite controlar oleoductos y corredores energéticos.

Puesto que con las negociaciones de adhesión que se abordan en esta Resolución la UE reconoce de forma implícita a Kosovo como Estado, así como su declaración unilateral de independencia, en violación de la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, he decidido votar en contra.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this resolution. I oppose many aspects of the report such as the call for Kosovo to align its economic and foreign policy with that of the EU and the promotion of the EULEX mission – which is developing what is essentially a colonial role for the EU in Kosovo's governance.

However, I strongly support the right of the people of Kosovo to self-determination, and this report recognises the declaration of independence from Serbia by Kosovo in 2008, so I did not want to block it. I support the right of an independent Kosovo to become part of the European Union.

Kosovo has a long history of more than 100 years where its majority population struggled for an independent state, a fact that arises from the drawing of borders after the fall of the Ottoman empire, and which was ignored during the break-up of the former Yugoslavia when Bosnia-Herzegovina, Croatia and Serbia achieved independent status.

This report also supports progressive reforms in Kosovo on human rights, judicial independence, and the importance of the rule of law. It calls for increased efforts to tackle human and drug trafficking and organised crime.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un tissu d'angélisme et d'idéologie sur le Kosovo et son avenir dans l'Union. Cette région cumule des difficultés politiques, économiques, identitaires, etc. Alors que 60 % de la population n'a pas de travail, la classe politique issue de l'organisation terroriste UCK ne fait rien pour améliorer le sort de la population. Dans ces conditions, il n'est pas étonnant que la situation des Serbes soit plus pénible que jamais. Ce texte présente pourtant la situation comme stabilisée et se permet des perspectives honorables. Ce déni de réalité est d'abord préjudiciable aux habitants du Kosovo, Albanais comme Serbes.

Par respect pour ces populations qui subissent à la fois la corruption du système local et l'angélisme de l'Union, je me suis opposée à ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not believe in Kosovan accession to the European Union. This report works towards that goal; therefore, I had no choice but to vote against the resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car j'approuve les progrès accomplis par le Kosovo dans le processus de normalisation de ses relations avec la Serbie, malgré les inquiétudes qui persistent en matière de respect de la liberté des médias et les violentes manifestations qui ont eu lieu à l'Assemblée nationale. Bien que de nombreux défis restent à relever, je crois que nous pouvons observer que l'aspiration à devenir membre de l'Union conduit à une plus grande stabilité et à la paix dans la région des Balkans occidentaux.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą dėl Kosovo Europos integracijos proceso. Penkios ES valstybės narės vis dar oficialiai nepripažino Kosovo. Visos ES narės turėtų pripažinti Kosovą ir taip prisidėti prie regiono stabilumo stiprinimo ir Serbijos ir Kosovo santykių normalizavimo. Asociacijos susitarimas tarp ES ir Kosovo, ratifikuotas EP sausio 21 d., skatina reformas ir atveria kelią Kosovo integracijai ES. Žiniasklaidos ir teismų sistemos nepriklausomumas, kova su korupcija ir organizuotu nusikalstamumu bei darbo rinkos reformos yra vieni iš skubiausiai sprendžiamų klausimų.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Qu'est-ce que le Kosovo ? Le berceau historique de la nation serbe ? Une enclave mafieuse ? Malgré le portrait très sombre – mais très réaliste – qu'en dresse ce texte, les eurocrates n'en réclament pas moins l'entrée de cette entité au sein de l'Union européenne. Serait-ce pour accélérer sa chute ?

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai approuvé cette résolution commune qui souligne l'importance de l'accord de stabilisation et d'association conclu entre l'Union et le Kosovo. Il permettra une coopération renforcée en termes de dialogue politique et d'échanges économiques, mais devrait aussi contribuer à la stabilisation de la région.

Le Parlement se félicite aussi des progrès accomplis en 2015 dans la conclusion d'accords dans le cadre du processus de normalisation des relations entre le Kosovo et la Serbie et demande à la Commission de maintenir son soutien aux réformes et à la coopération dans les Balkans occidentaux.

Il rappelle toutefois avec force l'importance du travail parlementaire pour mettre en œuvre les réformes et demande à tous les acteurs politiques de reprendre un dialogue constructif afin de sortir et au gouvernement de respecter les résolutions du Parlement.

De même, s'il se félicite de l'adoption de la loi sur la protection contre les discriminations et sur l'égalité hommes-femmes, le Parlement souligne ses préoccupations relatives aux propos haineux envers les personnes LGBTI, aux maigres progrès accomplis en matière de liberté d'expression ou des médias, ou encore l'absence de tout progrès notable dans la lutte contre la grande corruption et la criminalité organisée.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), por escrito. – Este documento insta a reconocer la independencia de Kosovo a aquellos países de la UE, como España, que siguen sin validar una independencia que fue declarada de forma unilateral y contraria a la legalidad internacional.

La Resolución considera que el reconocimiento de Kosovo como Estado independiente de Serbia contribuiría a reforzar la estabilidad en la región. Sin embargo, considero que una solución negociada por todas las partes, que incluya a las autoridades serbias, hubiese sido la forma más amistosa y positiva para lograr una buena política de vecindad, respetar los derechos de las minorías y no vulnerar el Derecho internacional.

Aprobar esta Resolución sería reconocer *de facto* la independencia de Kosovo y promover su participación en los programas de la UE, con vistas a una futura integración, cuando presenta problemas muy graves de corrupción, crimen organizado, violencia de género y tráfico sexual de mujeres y niñas, entre otros.

Por estos motivos he votado en contra, ya que respaldo la posición española respecto a Kosovo y el ideario de mi partido, que defiende el derecho internacional a la integridad territorial.

Brando Benifei (S&D), per iscritto. – La firma dell'accordo di stabilizzazione e associazione tra UE e Kosovo nell'ottobre 2015 ha rappresentato un passo importante nell'ottica di una sempre più stretta partecipazione del paese al progetto di stabilizzazione e integrazione dell'area balcanica nella dimensione europea. Il processo di normalizzazione delle relazioni tra Kosovo e Serbia rappresenta un'ulteriore conferma della volontà kosovara di rendersi protagonista di un vasto cambiamento politico nei diversi settori della politica estera e interna. Ho votato a favore della risoluzione sul processo di integrazione europea del Kosovo perché credo che debba essere valorizzato l'impegno della Repubblica del Kosovo in ambito giuridico, costituzionale e sociale. Pur permanendo numerose criticità soprattutto in materia di libertà di espressione e partecipazione della società civile ai processi decisionali e alla vita politica sono evidenti i progressi nel campo del contrasto al terrorismo internazionale. Il rafforzamento dell'economia di mercato rimane una priorità rispetto alla quale il pacchetto a sostegno delle riforme e della cooperazione regionale nei Balcani occidentali, promosso dalla

Commissione, può costituire un valido aiuto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y aunque el proceso de estatalización de Kosovo sea irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga derecho fundado a ser reconocido por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y, por ello, tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice los nacionalismos serbio y kosovar que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice en el medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre el proceso de integración europea de Kosovo en la que se le insta a que continúe con las reformas y se insta además a los Estados miembros que aún no hayan reconocido a Kosovo a que lo hagan. Es fundamental para que la integración de la zona supere obstáculos ya que, poco a poco, se están restableciendo diferentes fases en la relación con Serbia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis bien évidemment opposée à cette résolution qui, de façon irresponsable, continue d'envisager l'adhésion à l'Union d'une entité territoriale non reconnue comme souveraine par au moins cinq États membres de l'Union et deux États du Conseil de sécurité de l'ONU.

Plus récemment encore, le 12 novembre 2015, cinquante États membres de l'UNESCO ont refusé au Kosovo le statut d'État membre permanent de cette institution.

Outre ces carences de «forme», il est inenvisageable, à l'heure où l'Union est déstabilisée par des troubles de toute nature, d'intégrer en son sein un territoire qui n'a toujours pas répondu des massacres commis envers la minorité serbe entre 1999 et 2004, non plus que ceux envers les minorités chrétiennes et orthodoxes, encore cette semaine victime d'une tentative d'attentat.

Apparemment, dans le cas du Kosovo, le respect des droits de l'homme et des valeurs fondamentales de l'Union n'est pas une condition sine qua non pour adhérer à l'Union.

On ne peut décemment envisager d'intégrer à l'Union un territoire instable, gangrené par la corruption et suspecté d'être la «base européenne» des filières djihadistes.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione oggetto di voto è poco equilibrata e presenta varie criticità, non ho quindi inteso sostenerla.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned rösten.

Jag menar att Kosovos integrationsprocess, och eventuellt framtida medlemskap i EU, ska avgöras av folket i Kosovo. Integrationen kräver många ekonomiska, sociala och politiska förändringar som påverkar hela samhället. I slutändan är den bästa formen för ett folkligt förankrat beslut en folkomröstning. Därför lägger jag ned rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Resolución parte de un acto que el Estado español no reconoce: la declaración unilateral de independencia de Kosovo de 2008. Por ello, parte de esta Resolución anima a los cinco Estado miembros de la UE que no reconocen a Kosovo a que lo hagan. España no reconoció la declaración unilateral de independencia por considerar que era contraria al Derecho internacional y vulneraba los principios de soberanía e integridad territorial reconocidos a Serbia y garantizados por el Acta Final de Helsinki. Esta postura es coherente también con la de las Naciones Unidas, puesto que existe una Resolución del Consejo de Seguridad en vigor (Resolución 1244 de 10 de junio de 1999) que se opone a un acto unilateral de estas características. Además, reconocer dicha independencia no sería coherente con la actuación de la comunidad internacional en Bosnia y Herzegovina en relación con la República Srpska o en otras situaciones similares como Osetia, Abjasia y Crimea. Por supuesto que todas las aspiraciones positivas para el pueblo de Kosovo que el informe contiene podrían ser apoyadas, pero estas no pueden conllevar la aceptación de la independencia unilateral de Kosovo.

Por todo ello, he votado en contra de esta Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas įvertino 2015 metų Kosovo padarytą pažangą siekiant narystės ES. Parlamentas palankiai įvertino tai, kad 2015 m. buvo pasirašytas ES ir Kosovo stabilizacijos ir asociacijos susitarimas – taip užmegzti pirmieji sutartiniai santykiai, ir kad 2015 m. lapkričio 2 d. Kosovo Respublikos Susirinkimas jį greitai ratifikavo. Parlamentas pabrėžė, kad Stabilizacijos ir asociacijos susitarimu sudaromos sąlygos Kosovo integracijai į ES, bus stipriai paskatintas reformų įgyvendinimas ir institucionalizavimas, taip pat bus sudarytos sąlygos pradėti bendradarbiavimą su ES įvairiose srityse, greta ryšių su kaimyninėmis šalimis gerinimo ir pagalbos užtikrinant regiono stabilumą siekiant geresnio politinio dialogo ir glaudesnio prekybos integravimo. Todėl Parlamentas paragino Kosovo vyriausybę skirti didelį dėmesį visapusiškų reformų, kurios yra būtinos siekiant vykdyti įsipareigojimus pagal Stabilizacijos ir asociacijos susitarimą, įgyvendinimui.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A Koszovó európai integrációs folyamata tárgyában jegyzett jelentés üdvözlí az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás 2015. október 27-i aláírását, amely előkészíti Koszovó uniós integrációját, valamint erőteljesen ösztönzi a reformok végrehajtását és intézményesítését. Ugyanakkor aggódom a fejé ki amiatt, hogy nem történt érdemi előrelépés a magas szintű korrupció és a szervezett bűnözés elleni küzdelem terén. A dokumentum Koszovó elismerésére ösztönzi azt az öt tagállamot, amelyek ezt még nem tették meg, abban a meggyőződéssel, hogy ez tovább fogja könnyíteni a Belgrád és Pristina közötti kapcsolatok normalizálódását.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hangsúlyozza, hogy Koszovó minden tekintetben zárkózzon fel az Unióhoz, tartsa tiszteltben az emberi jogokat, mindenek előtt a területén élő szerb közösségnek pedig biztosítsa azon jogokat, melyeket előző kisebbségi állapotában maga is joggal követelt meg az akkori szerb államtól, szavazatommal támogattam a jelentést.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Poslanci smo večinsko podprli poročilo o napredku Kosova. Treba je odkrito priznati, da je Kosovo uspelo na določenih področjih narediti pomembne premike, največjega seveda v odnosih s Srbijo in reševanjem ključnih meddržavnih problemov v zvezi z energijo, telekomunikacijami, zavarovanju vozil in srbsko manjšino na severu.

Pred to mlado državo je še dolga reformna pot, vendar so pokazali voljo, da se tega lotijo. Lani je bil tudi podpisan stabilizacijsko-pridružitveni sporazum med EU in Kosovom, ki bo pomembna spodbuda za izvajanje in institucionalizacijo reform, pomagal pa bo tudi začeti sodelovanje z EU na številnih področjih. Še vedno je ogromen problem visoka brezposelnost, zlasti med mladimi in ženskami.

Treba bo več naporov nameniti pregonu korupcije in organiziranega kriminala, bolj aktivno spodbujati malo gospodarstvo oz. podjetništvo. S podporo poročilu tudi izražam upanje, da bodo državljani Kosova sprejeli vso pomoč in nasvete EU in si na ta način uspeli izboljšati kvaliteto življenja.

Mario Borghezio (ENF), per iscritto. – Come si può sostenere la candidatura, o comunque l'avanzata dei negoziati di adesione all'UE, di un Paese in cui, secondo stime di esperti in sicurezza, almeno 300 jihadisti hanno fatto ritorno dopo aver combattuto dal 2011 nelle file dello Stato islamico in Siria e Iraq.

Si sa anche che sono oltre 150 gli estremisti islamici kosovari che combattono in Siria a fianco delle formazioni jihadiste dello stato islamico, fra loro anche 42 donne. Un Paese che tra corruzione, criminalità e, appunto, terrorismo, è totalmente allo sbando.

Nella risoluzione ci si preoccupa di tutelare e di concedere più diritti alla comunità rom. Per carità, ognuno a casa fa quello che vuole, ma perchè non ricordare le Chiese cristiane distrutte nelle città kosovare, perchè non tutelare anche la comunità cristiana in Kosovo? Questi sono alcuni dei motivi del mio voto contrario alla risoluzione.

Chiedo anche: alla luce di quanto sopra, l'Alto Rappresentante non ritiene opportuno sospendere ogni tipo di negoziato di adesione con questo Paese?

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovu izjavu koja pruža podršku u procesu europskih integracija Kosova. Kosovske vlasti moraju nastaviti predano s potrebnim reformama, osobito na jačanju vladavine prava, borbi protiv korupcije i organiziranog kriminala, diskriminacije i nezaposlenosti. Medijska sloboda je isto tako područje na kojemu treba ustrajno raditi kako bi mediji postali neovisni i slobodni u izražavanju.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che i progressi compiuti dal Kosovo, soprattutto nella normalizzazione dei rapporti con la Serbia, rappresentino degli importanti passi avanti verso l'adesione del paese balcanico all'Unione europea. La prospettiva dell'adesione all'Unione europea dei Paesi balcanici è uno dei principali fattori di stabilità della regione e, pertanto, deve essere sostenuta dalle autorità sia europee che nazionali.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – L'Accord de stabilisation et d'association (ASA) a ouvert la voie de l'intégration du Kosovo dans l'Union. Afin d'atteindre une intégration complète du Kosovo dans l'Union européenne, cet accord vise à promouvoir l'application des normes européennes concernant l'attribution des marchés publics, la propriété intellectuelle et l'instauration d'une zone de libre-échange.

Pourtant, au regard des faits accablants qui sont énumérés dans ce texte, cette proposition de résolution devrait être un réquisitoire contre l'adhésion du Kosovo à l'Union européenne. En effet, il est rappelé à quel point le respect des droits de l'homme, notamment en matière de liberté d'expression, la suppression des discriminations envers les femmes ainsi que la lutte contre les réseaux criminels, terroristes et islamistes sont loin d'être la priorité des autorités locales. Même si nous sommes absolument opposés à l'ingérence de l'Union dans les affaires du Kosovo, nous estimons que l'ensemble de ces arguments devraient suffire à convaincre les parlementaires européens d'abandonner l'idée de son intégration et de son adhésion.

J'ai donc voté contre cette proposition de résolution.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto.* – Ho votato contro questa risoluzione in cui si sollecitano gli Stati membri che non hanno ancora riconosciuto la Repubblica del Kosovo ad attivarsi in questa direzione. Essa si compiace del lavoro svolto dalle autorità kosovare per il piano d'azione sulla liberalizzazione dei visti e sollecita la Commissione a intensificare i lavori legati al processo di liberalizzazione dei visti del Kosovo, sostenendo il proseguimento delle discussioni sulla conclusione di un accordo quadro che consenta al Kosovo di partecipare ai programmi dell'UE (accedendo anche ai fondi UE).

Inoltre, esprime preoccupazione per i progressi estremamente limitati nell'ambito della libertà di espressione e dei media nel corso dell'ultimo anno. Dall'altra parte, si rilevano lacune nella lotta contro la corruzione e la criminalità organizzata, si esortano le autorità kosovare nel proseguire il proprio impegno nella lotta contro la radicalizzazione del terrorismo, in particolare la disoccupazione giovanile e l'estremismo violento, si invitano le stesse autorità a prevenire la mobilitazione di potenziali *foreign fighters* e terroristi islamici, dopo che, secondo il ministro degli Interni del Kosovo, circa 300 kosovari si sono arruolati nelle fila degli jihadisti in Siria e Iraq, e infine ci si compiace delle misure adottate dal governo per irrogare pene detentive ai cittadini che siano stati impegnati in attività terroristiche.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto.* – Oggi ho votato a favore della risoluzione in questione perché sono convinto che il processo di integrazione europea del Kosovo sia sui binari giusti. La firma dell'accordo di stabilizzazione e di associazione UE-Kosovo, del 27 ottobre 2015, spiana la strada all'integrazione del Kosovo nell'UE e fornirà un potente incentivo a favore dell'attuazione e dell'istituzionalizzazione delle riforme, consentendo di instaurare la cooperazione con l'UE in un'ampia gamma di settori, al fine di intensificare il dialogo politico e rafforzare l'integrazione commerciale, oltre ad intensificare le relazioni con i paesi limitrofi e contribuire alla stabilità della regione.

Mi rammarico tuttavia per l'attuale ostruzionismo violento in seno all'Assemblea. Lo svolgimento senza impedimenti dell'attività parlamentare è la premessa per l'attuazione di tutti gli aspetti del programma di riforme del Kosovo. Tutti gli attori politici dovrebbero riprendere il dialogo politico al fine di trovare una soluzione che ripristini il funzionamento dell'Assemblea kosovara.

Esprimo infine preoccupazione per la mancanza di progressi nella lotta contro la corruzione e la criminalità organizzata. Invito le autorità ad adottare un approccio globale e strategico alla lotta contro la corruzione endemica, che continua a rappresentare per il Kosovo un importante ostacolo allo sviluppo del paese sul piano democratico, sociale ed economico.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution as I acknowledge the importance of the reforms already adopted in Kosovo. However, there are still many areas that need to improve and hopefully the recent EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement will provide sufficient incentives for this. I am also hoping that the authorities will increase their engagement with the civil society as it is one of the most crucial steps towards a well-functioning democracy.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione, che analizza la situazione del Kosovo nel suo processo di integrazione europea, pone grande attenzione su elementi come: la lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata, piaghe che ancora colpiscono gravemente il sistema kosovaro; il sistema giudiziario, che ha registrato miglioramenti ma che ancora risulta soggetto a pressioni politiche; l'elevatissima disoccupazione giovanile; la non discriminazione e la tutela delle minoranze. Pur con qualche dubbio riguardo a taluni aspetti la relazione nel complesso è molto buona e il mio voto finale è stato favorevole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Καταψηφίζουμε την πρόταση ψηφίσματος και υπενθυμίζουμε ότι η Κυπριακή Δημοκρατία δεν αναγνωρίζει την μονομερώς ανακηρυχθείσα ανεξαρτησία του Κοσσυφοπεδίου και παραμένει πλήρως προσηλωμένη στον σεβασμό της κυριαρχίας και της εδαφικής ακεραιότητας όλων των κρατών, συμπεριλαμβανομένης της Σερβίας.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto doveroso votare in senso favorevole la proposta di risoluzione del Parlamento europeo riguardo la relazione 2015 sul Kosovo. Sono convinto, infatti, che gli accordi di stabilizzazione ed associazione (ASA) abbiano tracciato una rotta precisa per l'integrazione del Kosovo nell'UE e forniscano un potente incentivo a favore dell'attuazione e dell'istituzionalizzazione delle riforme, consentendo di instaurare la cooperazione con l'UE in un'ampia gamma di settori al fine di intensificare il dialogo politico e rafforzare l'integrazione commerciale, oltre ad intensificare le relazioni con i paesi limitrofi e contribuire alla stabilità della regione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi piace ricordare che madre Teresa di Calcutta è nata in Kosovo, mentre l'immaginario popolare associa a questo fazzoletto di terra solo i bombardamenti del 1999 e le lotte fra albanesi e serbi. Sono lieto di vedere che questo Stato sta lentamente superando i suoi problemi e sta cercando di costruire sulle macerie, giungendo addirittura a firmare un accordo con l'UE. Non vedo l'ora di poter guardare la mappa dell'Europa e dire dei Balcani ciò che direi dei paesi dell'ex cortina di ferro e che non avrei mai immaginato di dire 30 anni fa. Con questa speranza ho votato a favore di questa risoluzione.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Resolution gestimmt, denn wir sollten neben dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo keine Anstrengungen versäumen, um den Kosovo auf dem Weg zu einer Integration in die EU zu unterstützen. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg: Der Kosovo muss das Rechtsstaatsprinzip durchweg anwenden, es gilt die Korruption und das organisierte Verbrechen zu bekämpfen, die Rechte aller ethnischen Minderheiten zu gewährleisten und Diskriminierungen jeder Art zu unterbinden.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerando che nella plenaria precedente ho votato a favore dell'ASA, ovvero il primo passo per l'integrazione del Kosovo che diventerà in seguito un accordo di associazione, ho espresso anche in questa occasione il mio voto favorevole in quanto è necessario sostenere le politiche del Kosovo mirate a uniformare la propria legislazione interna e la propria azione esterna secondo le linee guida europee. Al fine di raggiungere l'obiettivo in tempi ragionevoli e con metodi consoni alla prassi democratica dell'Unione, spero che gli Stati che stanno opponendo resistenza all'integrazione del Kosovo cambino atteggiamento e optino per la collaborazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Kosovo's process of integration within the EU started in October 2015 with the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement. The European Union has continually indicated its willingness to assist Kosovo in developing its political and economic structures through a clear European perspective which is based on firm respect for the rule of law. The report considers a number of issues on which Kosovo has made positive progress as well as other processes which are still considered to be in a precarious situation. It seeks, however, to propose a way forward for national systems that are based on good governance values. I have thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto analizza la situazione del Kosovo nel suo processo di integrazione europea. Essendo dei verdi troviamo una grande attenzione per quanto riguarda: la lotta alla povertà ed il rilievo concesso alle politiche sociali, strumenti che affrontano alla radice sia le derive di estremismo che i problemi migratori; la libertà di espressione e la denuncia alle violenze nei confronti di giornalisti dissidenti; la non discriminazione e la tutela delle minoranze; la lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata, che vengono rappresentate come piaghe che ancora colpiscono gravemente il sistema kosovaro; il sistema giudiziario, che ha registrato miglioramenti ma che ancora risulta soggetto a pressioni politiche; il rispetto del patrimonio storico di Prizren, denunciando l'abusivismo edilizio che lo mette a repentaglio; la calamità sociale data dall'elevatissima disoccupazione giovanile.

Non tutti gli aspetti della relazione sono positivi e qualche dubbio rimane riguardo a taluni aspetti ma, considerata nel suo insieme, il mio voto non può che essere favorevole se l'obiettivo vuole essere una salvaguardia di un miglioramento delle condizioni di vita della popolazione kosovara e l'accompagnamento del paese nel suo cammino verso una (lontana) adesione alla UE.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre el proceso de integración europea de la autoproclamada República de Kosovo puesto que supone una injerencia inaceptable, ya que hace un llamamiento a que reconozcan a Kosovo a los cinco Estados miembros de la UE que aún no lo han hecho, además de alabar la participación de Kosovo en la coalición militar internacional contra el EI y preconizar su agenda neoliberal (reformas estructurales, privatizaciones) en la región.

Considero intolerable que el Parlamento Europeo pretenda presionar a los Estados miembros que no reconocen a Kosovo, entre ellos España, lo que constituye una injerencia política en competencias nacionales.

Kosovo es el resultado de una intervención criminal de la OTAN en la antigua Yugoslavia. Hoy los Estados Unidos mantienen una de sus mayores bases militares en Kosovo, Camp Bondsteel, como enclave geoestratégico con acceso a Oriente Próximo o el Cáucaso y que les permite controlar oleoductos y corredores energéticos.

Puesto que con las negociaciones de adhesión que se abordan en esta Resolución la UE reconoce de forma implícita a Kosovo como Estado, así como su declaración unilateral de independencia, en violación de la Resolución 1244/1999 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, he decidido votar en contra.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I supported the 2015 progress report on Kosovo, which welcomes the 2015 constitutional amendments that allowed for specialist (judicial) chambers to be set up for cross-border crimes, a commitment made in the context of the 1999 Kosovo conflict, and welcomes the progress achieved in relations with Serbia and visa liberalisation and the measures to curb irregular migration to the EU. The report highlights some challenges, too: that efforts to reform the public administration are commended but politicisation remains a concern; the lack of competitiveness, the informal economy and high unemployment are seen as the main economic flaws.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette proposition de résolution, les députés rappellent leur attachement à la politique d'élargissement et aux pays des Balkans. Le Parlement européen souligne les domaines dans lesquels le pays est à la traîne en matière de réformes, tels que l'état de droit, la liberté d'expression et la lutte contre la corruption. Considérant que cette résolution est équilibrée, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution sur le processus d'intégration européenne du Kosovo. Par cette résolution, le Parlement européen rappelle les répercussions positives de l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union européenne et le Kosovo. Il est particulièrement important de soutenir le Kosovo dans la mise en place d'une stratégie de lutte contre le terrorisme et de prévention de la radicalisation. Tout comme l'Union européenne, le Kosovo est touché par le départ de ses ressortissants vers les zones de combats en Syrie et en Irak. C'est pourquoi il est d'autant plus crucial que l'Union européenne s'engage dans la stabilisation du Kosovo.

Luis de Grandes Pascual (PPE), *por escrito*. – En mi propio nombre y derecho, y representando a la Delegación española del Grupo PPE en calidad de secretario general, quiero manifestar que hemos votado en contra de la Resolución sobre el proceso de integración europea de Kosovo, ya que contiene una serie de afirmaciones respecto de ese territorio que son contrarias a las posiciones de aquellos Estados miembros que, como España, no reconocen a Kosovo como un Estado independiente.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'accord d'association entre l'Union européenne et le Kosovo permettra d'intensifier nos liens avec ce pays voisin dans de nombreux domaines tels que la gouvernance, la coopération judiciaire, la protection des consommateurs, la propriété intellectuelle, la coopération énergétique, ou encore la protection de l'environnement. Cet accord apportera également un soutien à ce pays des Balkans dans son processus de réforme politique et économique. Sept ans après avoir déclaré son indépendance, le Kosovo reste marqué par de graves difficultés économiques, une corruption répandue et un important mouvement d'émigration de sa population vers les pays voisins.

Il faut toutefois rappeler que la Commission européenne s'est engagée en 2014, avec sagesse, à faire une pause dans l'élargissement pour consolider ce qui a été réalisé entre les 28. C'est pourquoi, en cohérence avec nos engagements pris lors de la campagne des européennes, la délégation française du groupe de l'ADLE a choisi de s'abstenir sur le vote final.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A Koszovó európai integrációs folyamata tárgyában jegyzett jelentés üdvözlí az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás 2015. október 27-i aláírását, amely előkészíti Koszovó uniós integrációját, valamint erőteljesen ösztönzi a reformok végrehajtását és intézményesítését. Ugyanakkor aggodalmát fejezi ki amiatt, hogy nem történt érdemi előrelépés a magas szintű korrupció és a szervezett bűnözés elleni küzdelem terén.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hangsúlyozza, hogy Koszovó minden tekintetben zárkózzon fel az Unióhoz, tartsa tiszteltben az emberi jogokat, mindenekelőtt a területén élő szerb közösségnek pedig biztosítsa azon jogokat, melyeket előző kisebbségi állapotában maga is joggal követelt meg az akkori szerb államtól, szavazatommal támogattam a jelentést.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Cette résolution fait un point argumenté et détaillé sur le chemin à parcourir suite à la signature, le 27 octobre 2015, de l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union et le Kosovo, première relation contractuelle entre les deux parties, et de sa ratification rapide par l'Assemblée du Kosovo le 2 novembre 2015. Cet accord ouvre la voie à l'intégration du Kosovo dans l'Union. Il constitue une incitation puissante à la mise en œuvre et à l'institutionnalisation des réformes permettant une coopération renforcée et une intégration commerciale plus poussée du Kosovo. Le texte décrit les différentes marches à gravir, au rang desquelles la lutte contre la corruption et la criminalité organisée et le respect des droits fondamentaux, dont celui des journalistes et des différentes minorités. Je soutiens fortement ce texte en tant que membre des amitiés UE-Balkans, car il permettra de resserrer les liens avec les pays voisins et contribuera à la stabilisation de la région.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il faut rappeler que le Kosovo n'est reconnu ni par l'ONU, ni par deux des membres permanents de son Conseil de sécurité, à savoir la Chine et la Russie, ni par quatre des États membres de l'Union. Alors que ce texte souligne, à juste titre, la présence d'une mafia qui gangrène le Kosovo, il défend dans le même temps son intégration à l'Union européenne, tout en pratiquant une ingérence inacceptable dans les affaires intérieures serbes. Pour finir, il plaide en faveur de la libéralisation des visas pour les ressortissants du Kosovo. Étant opposée à cette approche irresponsable qui va contre l'intérêt des nations et des peuples européens, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Като докладчик в сянка на резолюцията на Европейския парламент относно процеса на европейска интеграция на Косово съм доволен от крайния текст на резолюцията, тъй като много от внесените от мен поправки и предложения бяха взети предвид. Изключително доволен съм, че резолюцията упоменава българската общност, т. нар. „горани“ и призовава за зачитането на техните права и свободи.

Въпреки, че подкрепям евроинтеграцията на Косово, реших да гласувам въздържал се, тъй като в резолюцията фигурира текст, с който не съм докрай съгласен, а именно призова към Европейската комисия да либерализира визовия режим с Косово възможно най-скоро. Както аз, така и колегите от групата на Европейските консерватори и реформисти сме на мнение, че страната има да изпълни редица изисквания и поети ангажменти в сферата на борбата с организираната престъпност преди Европейската комисия да предприеме стъпки към либерализирането на визовия режим.

Ситуацията допълнително се усложнява и от факта, че от всички страни в Европа, най-голям брой чуждестранни бойци на Ислямска държава идват именно от Косово. Именно затова смятам, че визовият режим не бива да се либерализира на този етап.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Προτείνεται η καταψήφιση της έκθεσης προόδου του Κοσσυφοπεδίου καθώς διαμέσου αυτής (εμμέσως) επισφραγίζεται η αναγνώριση της κρατικής υπόστασης του Κοσσυφοπεδίου.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Koszovó európai integrációs folyamata tárgyában jegyzett jelentés üdvözlí az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás 2015. október 27-i aláírását, amely előkészíti Koszovó uniós integrációját, valamint erőteljesen ösztönzi a reformok végrehajtását és intézményesítését. Ugyanakkor aggodalmát fejezi ki amiatt, hogy nem történt érdemi előrelépés a magas szintű korrupció és a szervezett bűnözés elleni küzdelem terén. A dokumentum Koszovó elismerésére ösztönzi azt az öt tagállamot, amelyek ezt még nem tették meg, abban a meggyőződésben, hogy ez tovább fogja könnyíteni a Belgrád és Pristina közötti kapcsolatok normalizálódását.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hangsúlyozza, hogy Koszovó minden tekintetben zárkózzon fel az Unióhoz, tartsa tiszteltben az emberi jogokat, mindenekelőtt a területén élő szerb közösségnek pedig biztosítsa azon jogokat, melyeket előző kisebbségi állapotában maga is joggal követelt meg az akkori szerb államtól, szavazatommal támogattam a jelentést.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – 110 dos 193 Estados membros das Nações Unidas, incluindo 23 dos 28 Estados-Membros da UE, reconhecem a independência do Kosovo, que assinou com a UE um Acordo de Estabilização e de Associação (AEA).

Saliente-se os progressos realizados no que respeita à conclusão de acordos no âmbito do processo de normalização das relações entre o Kosovo e a Sérvia, nomeadamente sobre o estabelecimento da associação/comunidade de municípios de maioria sérvia no Kosovo, sobre a energia, sobre a ponte de Mitrovicë/Mitrovica, sobre as telecomunicações, em matéria de seguro automóvel e sobre o sistema judicial.

Por outro lado, continua a ser preocupante o número elevado de pessoas desaparecidas durante o período de guerra e os poucos progressos realizados a esse respeito devendo os estados cooperar nesse domínio, tendo em mente que a plena cooperação no apuramento da verdade sobre as pessoas desaparecidas é fundamental para a reconciliação mútua.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport parce qu'il va dans le sens de l'adhésion du Kosovo à l'Union européenne, adhésion à laquelle je suis radicalement opposé.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório surge no contexto dos desenvolvimentos relativamente ao Kosovo, em que se insere o Acordo de Estabilização e Associação (AEA) assinado entre a UE e o Kosovo em outubro de 2015. Surge no contexto de negociações tendo em vista uma futura adesão do Kosovo à UE e, nessa medida, desafia o habitual rol de imposições (onde se inclui a «dissuasão da migração»), na habitual postura de ingerência.

O relatório valoriza a assinatura do AEA – contra o qual estivemos. Sublinhe-se que vários Estados-Membros da UE não reconhecem a independência do Kosovo.

Não são abordadas neste relatório, nem assim o esperávamos, questões como a imposição de políticas macroeconómicas por parte da UE profundamente contrárias aos interesses dos povos da região; a condenação da formalização do estabelecimento de relações com um território, como se de um legítimo país se tratasse, após o gravíssimo precedente que se abriu no plano do direito internacional com a declaração unilateral de independência da província sérvia do Kosovo, e que a UE tem procurado legitimar. Uma decisão ilegal, que não reconhecemos, que criou um protetorado por via da agressão e ocupação militar pelos EUA, NATO e UE. Uma gritante violação do direito internacional, da Ata Final de Helsínquia, das resoluções da ONU sobre a questão, entre outras.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against as I disagree with the approach.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla risoluzione, si pone l'attenzione su temi non prioritari.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση προόδου του Κοσσυφοπεδίου καθώς διαμέσου αυτής (εμμέσως) επισφραγίζεται η αναγνώριση της κρατικής υπόστασης του Κοσσυφοπεδίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – All these countries from Eastern Europe have to and will join the European Union one day. It is in the interests of Europe and of all these countries.

I would like to congratulate Ms Mogherini for the historic agreement that she brokered in August last year between Serbia and Kosovo, working towards the complete normalisation of relations between Belgrade and Priština. However, Belgrade did not recognise the independence of Kosovo, and there are five European Union countries that have still not recognised Kosovan independence. So this mechanism which we are now implementing is a sui generis mechanism to bring Kosovo closer to the European Union. Probably the Commission and the Member States will have to find a way for this country to start accession negotiations with the European Union without it having been recognised by all Member States.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución tras analizar los progresos realizados por Kosovo, así como la firma del Acuerdo de Estabilización y Asociación (AEA) entre la UE y Kosovo, que facilita el camino para la integración de Kosovo en la UE y ofrecerá un poderoso incentivo para la aplicación y la institucionalización de las reformas y permitirá el establecimiento de una cooperación con la UE en una amplia variedad de ámbitos, con vistas a reforzar el diálogo político y la integración comercial, además de reforzar las relaciones con los países vecinos y contribuir a garantizar la estabilidad regional. El Gobierno de Kosovo debe continuar trabajando en la aplicación de las reformas generales necesarias para cumplir sus obligaciones conforme al AEA.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il clima distensivo e i progressi compiuti nella normalizzazione dei rapporti tra la Serbia e il Kosovo sono certamente dati positivi. Abbiamo ancora tutti in mente gli orrori della guerra che ha sconvolto i Balcani negli anni 90. È fondamentale che Belgrado e Pristina continuino il dialogo e implementino tempestivamente gli accordi raggiunti finora, al fine di stabilizzare, in modo definitivo, l'area.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto con convinzione il testo presentato dalla collega Lunacek in merito ai negoziati UE-Kosovo. È fondamentale, per la stabilità di tutta l'area balcanica e per rispondere alle tante sfide regionali oggi aperte (emergenza rifugiati, energia, lotta al terrorismo), che l'influenza dell'Europa sia salda e contribuisca a rafforzare la governance interna al Kosovo. Pochi mesi fa l'Europa firmava con Pristina l'accordo di stabilizzazione e di associazione. Questo strumento è un potente incentivo a favore dell'attuazione delle riforme, consentendo di rafforzare e allargare la cooperazione con l'UE su molti settori. Con questo voto diamo un segno di sostegno alle riforme e alla cooperazione regionale nei Balcani occidentali, nell'auspicio che nel corso della legislatura possano essere sempre continui i progressi per lo Stato di diritto e la stabilità nel paese.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo, presentata a seguito di dichiarazioni del Consiglio e della Commissione a norma dell'articolo 123, paragrafo 2, del regolamento, sulla relazione 2015 sui progressi compiuti dal Kosovo.

Alla luce dell'approvazione dell'accordo di stabilizzazione e di associazione UE-Kosovo da parte del Parlamento europeo nella scorsa sessione plenaria, ritengo necessario fornire al paese tutta l'assistenza necessaria al fine di permettere al piccolo Stato balcanico di avviarsi sulla strada dell'integrazione europea.

La repubblica kosovara ha compiuto in questi anni graduali passi in avanti in ambito giuridico e sociale attraverso l'adozione d'importanti legislazioni sui diritti umani, sul rispetto delle minoranze, sull'uguaglianza di genere e delle persone LGBTI, che ci si augura diano al più presto risultati concreti sulla società e sulla cultura.

Nonostante il Kosovo si trovi nella sua fase iniziale di sviluppo economico, accolgo con favore i timidi progressi nel settore dell'industria e delle PMI e nella messa in campo di politiche volte ad incoraggiare l'imprenditorialità e la crescita.

Rilevo, tuttavia, la mia preoccupazione per il permanere di molteplici lacune, soprattutto in materia di libertà di espressione e di trattamento degli organi di stampa e sul tema della partecipazione della società civile alla vita politica del paese.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung zum Prozess der europäischen Integration des Kosovo enthalten, da ich zwar eine langfristige Beitrittsperspektive begrüße, einige Ansätze des Berichts jedoch für verfrüht halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze das Ziel, den Kosovo in die EU zu integrieren. Außer Frage steht dabei jedoch, dass dies noch ein langer Weg ist. Neben der Verhandlung des Assoziierungsabkommens gilt es auch andere Probleme, wie beispielsweise die nach wie vor hohe Kriminalitätsrate, zu bekämpfen. Nur dann ist eine weitere Integration möglich.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which calls for swift and comprehensive implementation of the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement signed in October 2015.

As a country in the Western Balkans, the future of Kosovo is inextricably linked to that of the EU. Therefore it is of crucial importance to implement the reforms called for under the SAA, particularly with regard to ensuring media and judiciary independence, fighting high-level corruption and organised crime and implementing labour market reforms. It is important to note that Kosovo authorities have undertaken important efforts to end the trend of irregular migration, which peaked at the beginning of 2015. Now it is crucial to ensure that short-term measures aimed at dissuading the population from leaving are accompanied by job creation in order to encourage citizens to stay in Kosovo and build a future in their country.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y aunque el proceso de estatalización de Kosovo sea irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga derecho fundado a ser reconocido por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y, por ello, tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice los nacionalismos serbio y kosovar que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice en el medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as I strongly support the European integration process of Kosovo. Kosovo's authorities have to pursue the necessary reforms with commitment, and strengthen the rule of law, the fight against corruption, discrimination, unemployment, and structural economic reforms for the benefit of citizens.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of European integration process of Kosovo. The Parliament welcomes the progress made in 2015 in reaching agreements in the framework of the process of normalisation of relations between Kosovo and Serbia and the signing of the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement on 27 October 2015. There is important now to provide a powerful incentive for the implementation and institutionalisation of reforms and allow the establishment of cooperation with the EU in a wide variety of areas, with a view to enhancing political dialogue and closer trade integration in addition to strengthening relations with neighbouring countries and helping to ensure regional stability.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Στην έκθεση το Κοσσυφοπέδιο παρουσιάζεται ως ανεξάρτητο κράτος και κάνει εκκλήσεις στα πέντε κράτη μέλη που δεν έχουν αναγνωρίσει την ανεξαρτησία να το πράξουν άμεσα. Αυτό, κατά την άποψη μας, αποτελεί παρέμβαση στην συνομιλία που διεξάγονται μεταξύ Βελιγραδίου και Πρίστινας για εξεύρεση κοινά αποδεκτής λύσης στο πρόβλημα. Εμείς στηρίζουμε αυτή τη διαδικασία και θεωρούμε ότι δεν θα πρέπει να γίνονται έξωθεν παρεμβάσεις που να επηρεάζουν το όλο κλίμα, αλλά καθαρά υποστήριξη στην ίδια την διαδικασία.

Επιχειρήσαμε μέσα από τροπολογίες που καταθέσαμε να δώσουμε αυτό το μήνυμα, που ωστόσο δεν έγιναν αποδεκτές από την πλειοψηφία της Ολομέλειας. Γι' αυτούς του λόγους θεωρούμε ως ενδεδειγμένη στάση την καταψήφιση της έκθεσης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution on the 2015 Report on Kosovo. 23 out of 28 EU Member States, including my own, recognise Kosovo's independence. With the signing of the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement at the end of last year we have paved the way for the integration of Kosovo into the EU. The SAA will allow the EU to work with Kosovo in a wide variety of areas, including closer trade integration as well as strengthening relations with neighbouring countries.

Kosovo must now implement the reforms necessary to fulfil its SAA obligations. Freedom of expression in the media, corruption and organised crime, the efficiency and independence of the judicial system, social and economic structural reforms and gender equality and gender mainstreaming are just some of the areas which the Kosovar must now implement.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo.

Eine Vollmitgliedschaft des Kosovo innerhalb der derzeitigen EU lehnt ALFA jedoch ab. Aus diesem Grunde habe ich gegen die Parlamentsentschließung gestimmt, die u. a. eine Integration in die EU oder eine Visaliberalisierung mit Kosovo fordert.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorliegenden Bericht ab, denn er ist vor allem gegenüber den serbischen Partnern völlig unausgewogen. Ebenso vermissem ich im Bericht die Erwähnung der kontinuierlichen Zerstörung des kulturellen Erbes Serbiens in dieser Region, sowie die Diskriminierung der serbischen Minderheit im Nordkosovo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo.

Eine Vollmitgliedschaft des Kosovo innerhalb der derzeitigen EU lehnt ALFA jedoch ab. Aus diesem Grunde habe ich gegen die Parlamentsentschließung gestimmt, die u. a. eine Integration in die EU oder eine Visaliberalisierung mit Kosovo fordert.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nesouhlasím s vnucováním politiky EU Kosovu, jako je úřad ombudsmana nebo agenda LGBTI, ani s přípravou Kosova na možné členství v EU. Hlasoval jsem proti.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Europski parlament podržava potpisivanje Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju između EU-a i Kosova od 27. listopada 2015. kao prvog ugovornog odnosa. Sporazumom o stabilizaciji i pridruživanju otvara se put za integraciju Kosova u EU-u, daje snažan poticaj za provedbu i institucionalizaciju reformi te omogućuje uspostava suradnje s EU-om u brojnim područjima u cilju poboljšanja političkog dijaloga i uže trgovinske integracije kao i jačanja odnosa sa susjednim zemljama.

Podržala sam rezoluciju u kojoj se posebno naglašava kako je u Kosovu potrebno pružiti dodatnu pomoć mladim poduzetnicima u okviru sredstava iz programa IPA, uključujući mjere za olakšavanje povezivanja s poduzetnicima iz država članica EU-a i uključivanje kosovskih udruga poduzetnika u Europsku konfederaciju mladih poduzetnika, posebno nakon stupanja na snagu Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing.* – I would like to express my concerns regarding the low level of processing and investigation of cases of hate speech and discrimination against LGBTI and minority communities. I would also like to urge local authorities to make progress regarding the number of missing persons from the war period in order to make steps towards mutual reconciliation.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za izvješće o Kosovu za 2015. s obzirom na važnost stanja na Kosovu za stabilnost na području jugoistočne Europe. Posebno pozdravljam potpisivanje Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju između EU-a i Kosova od 27. listopada 2015., zatim činjenicu da je Komisija usvojila paket mjera za potporu reformama i regionalnoj suradnji na zapadnom Balkanu; napredak koji je 2015. ostvaren pri postizanju sporazuma u okviru normalizacije odnosa između Kosova i Srbije; osobito sporazuma u vezi s udruženjem/zajednicom općina sa srpskom većinom na Kosovu; napredak u provedbi Akcijskog plana za liberalizaciju viza; nastavak rasprava o okvirnom sporazumu kojim bi se Kosovu omogućilo sudjelovanje u programima EU-a; donošenje Zakona o rodnoj ravnopravnosti i dr.

U izvješću se ističu i određeni problemi: otprilike 300 državljana Kosova koji su se pridružili redovima džihadista u Siriji i Iraku; ograničeni napredak koji je u protekloj godini postignut u području slobode izražavanja; potreba dodatnih napora kako bi se potpunom provedbom relevantnog zakonodavstva zaštitila i u praksi zajamčila prava svih etničkih manjina na Kosovu te osobito velik problem izostanka vidljivog napretka u borbi protiv korupcije na visokoj razini i organiziranog kriminala.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce rapport est un tissu d'angélisme et d'idéologie sur le Kosovo et son avenir dans l'Union. Cette région cumule toutes les difficultés politiques, économiques, identitaires, etc. En effet, 60 % de la population n'a pas de travail, la classe politique issue de l'organisation terroriste UCK n'améliore en rien le sort de la population et la situation des Serbes est plus pénible que jamais. Ce texte présente pourtant la situation comme stabilisée et se permet d'évoquer des perspectives honorables alors que le déni de réalité est d'abord préjudiciable aux habitants du Kosovo, Albanais comme Serbes.

En connaissance du dossier, mais aussi par respect pour ces populations qui subissent à la fois la corruption du système local et l'angélisme de l'Union, j'ai voté contre ce texte.

Diane James (EFDD), *in writing.* – My colleagues and I at UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such I voted against.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de cette résolution assez critique vis-à-vis des progrès effectués par le Kosovo dans la perspective d'une future adhésion à l'Union européenne. En effet, le pays n'a que très faiblement renforcé sa législation dans le domaine de la liberté d'expression et des médias. Si des efforts ont été effectués, notamment concernant la lutte contre le terrorisme et les relations du pays avec son voisin serbe, la perspective d'une future adhésion devra passer par une plus grande conformité de la législation du pays avec celle de Bruxelles.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I voted in favour of the report, as I strongly support the European integration process of Kosovo. Kosovo's authorities have to pursue the necessary reforms with commitment, and strengthen the rule of law, the fight against corruption, discrimination, unemployment, and structural economic reforms for the benefit of citizens.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo.

Eine Vollmitgliedschaft des Kosovo innerhalb der derzeitigen EU lehnt ALFA jedoch ab. Aus diesem Grunde habe ich gegen die Parlamentsentschließung gestimmt, die u. a. eine Integration in die EU oder zumindest eine Visaliberalisierung mit Kosovo fordert.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Koszovó európai integrációs folyamata tárgyában jegyzett jelentés üdvözlí az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás 2015. október 27-i aláírását, amely előkészíti Koszovó uniós integrációját, valamint erőteljesen ösztönzi a reformok végrehajtását és intézményesítését. Ugyanakkor aggodalmát fejezi ki amiatt, hogy nem történt érdemi előrelépés a magas szintű korrupció és a szervezett bűnözés elleni küzdelem terén. A dokumentum Koszovó elismerésére ösztönzi azt az öt tagállamot, amelyek ezt még nem tették meg, abban a meggyőződésben, hogy ez tovább fogja könnyíteni a Belgrád és Pristina közötti kapcsolatokat normalizálódását.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hangsúlyozza, hogy Koszovó minden tekintetben zárkózzon fel az Unióhoz, tartsa tiszteltben az emberi jogokat, mindenekelőtt a területén élő szerb közösségnek pedig biztosítsa azon jogokat, melyeket előző kisebbségi állapotában maga is joggal követelt meg az akkori szerb államtól, szavazatommal támogattam a jelentést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – GUE/NGL does not recognise Kosovo as State. Our group tabled amendments on this particular subject. Furthermore, we do not agree with the neoliberal economic reforms in the 2015 report on Kosovo. I voted against this report, since I reject the structural political and economic program for Kosovo's progress in light of European enlargement negotiations.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di stabilizzazione e di associazione UE-Kosovo (ASA), firmato il 27 ottobre 2015 e ratificato dall'Assemblea del Kosovo il 2 novembre 2015, mira a promuovere le norme europee in settori quali la concorrenza, gli appalti, la proprietà intellettuale e la tutela dei consumatori, come pure a creare una zona di libero scambio quale passo concreto verso l'integrazione economica del Kosovo nell'UE. Ho deciso di votare favorevolmente in quanto, oltre ai vari progressi in tali settori, è stata accolta con favore l'adozione del pacchetto legislativo sui diritti umani, che rafforza l'assetto istituzionale per il controllo sulla protezione e il rispetto dei diritti dell'uomo. L'UE pone lo Stato di diritto al centro della sua politica di allargamento e certamente è possibile affermare che sono stati compiuti diversi sforzi in tal senso. Ad ogni modo ritengo che molto deve ancora essere fatto in ambiti quali quelli della libertà di espressione e dei media, dei diritti di tutte le minoranze etniche, nonché per intensificare la lotta contro la corruzione e la criminalità organizzata.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur le processus d'intégration européenne du Kosovo. Ce texte devrait être une prise de position contre l'entrée de l'entité du Kosovo dans l'Union européenne au regard des faits accablants qu'il rappelle. En fait ce rapport prêche pour l'entrée de cette entité tout en en faisant un portrait assez fidèle d'enclave mafieuse. Il faudrait être cohérent, et donc souligner clairement que le Kosovo n'a pas sa place dans l'Union européenne.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle libéralise la délivrance de visas aux ressortissants du Kosovo. Elle a d'autre part le défaut de plaider pour l'entrée du Kosovo dans l'Union alors même qu'elle reconnaît qu'il s'agit d'un État mafieux !

Νότης Μαρίας (ECR), *γραπτώς*. – Επιπλέον, το ψευδοκράτος του Κοσσυφοπεδίου έχει μονομερώς κηρύξει την ανεξαρτησία του, που είναι αντίθετη με το ψήφισμα 1244 του Συμβουλίου Ασφαλείας του ΟΗΕ, το οποίο προβλέπει αυτονομία του Κοσσυφοπεδίου εντός της σερβικής επικράτειας. Σημειώνουμε, επίσης, ότι σε σχετική έκθεση του Συμβουλίου της Ευρώπης ο νυν Υπουργός Εξωτερικών και πρώην Πρωθυπουργός του ψευδοκράτους Hashim Thaçi κατηγορείται για σύσταση δικτύου παράνομης εμπορίας ανθρώπων οργάνων.

Επισημαίνουμε τους συστηματικούς διωγμούς και τις απειλές που βιώνουν οι χριστιανοί του Κοσσυφοπέδιου, στην πλειοψηφία τους Σέρβοι. Σημειώνουμε ότι το Κοσσυφοπέδιο βρίσκεται στη λίστα των δέκα κρατών με τα υψηλότερα ποσοστά ανθρώπων που εμπλέκονται άμεσα στην ισλαμική τρομοκρατία του Daesh. Σημειώνουμε, επίσης, ότι το εθνικιστικό κίνημα Βετεβεντόζε (Vetevendosje) που διεκδικεί ένωση με την Αλβανία λαμβάνει το 14% των ψήφων.

Τα στοιχεία λοιπόν αυτά δείχνουν ότι είναι απαγορευτικά για οποιαδήποτε ευρωπαϊκή πορεία ενός τέτοιου κράτους παρία.

David Martin (S&D), *in writing*. – In voting for this resolution I note that five Member States have not formally recognised Kosovo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Kosovo ist und bleibt eine Provinz im Herzen Serbiens. Die serbische Bevölkerungsmehrheit wurde erst durch gezielte Infiltrierung zur Minderheit. Wenn wir die nun vorherrschende muslimische Mehrheit im Kosovo – welche neben Unterwanderung, durch Vertreibung und kriegерische Eroberung zustande kam – als legitimen Unabhängigkeitsgrund weiter anerkennen, dann werden wir schon bald viele andere Regionen mitten in Europa als Unabhängig akzeptieren müssen. Denn schon bald werden Muslime in vielen Teilen Europas die Mehrheit stellen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP rezoliuciją, kurioje įvertinama Kosovo padaryta pažanga 2015 metais siekiant narystės ES. Mano nuomone, Stabilizacijos ir asociacijos susitarimu sudaromos sąlygos Kosovo integracijai į ES, bus stipriai paskatintas demokratių reformų įgyvendinimas šioje šalyje, sudarytos sąlygos užtikrinti regiono stabilumą, skatinti glaudesnius prekybinius ryšius.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement prend ici position sur le rapport «de progrès» du Kosovo qui voit dans l'accord de stabilisation et d'association signé en octobre le «premier pas formel» vers l'intégration européenne. C'est plutôt la dernière étape de création d'un espace de libre-échange à travers tous les Balkans occidentaux et une énième annexion économique qui met tous les pays du voisinage sous le choc d'ajustements structurels amplifiant dans le même temps le mouvement de dumping social dans l'Union. La résolution demande donc d'accélérer la restructuration des entreprises publiques et les réformes du marché de l'emploi et des universités dans un territoire où un tiers de la population est au chômage. L'UE fait l'acquisition d'un fidèle élève de ses positions, engagé à ses côtés contre la Russie et dans la coalition internationale. Considérant la présence de la plus grande base américaine d'Europe, ses intérêts sont donc tout autant respectés. Comme d'habitude, le Parlement pousse en prime à la reconnaissance de l'indépendance du Kosovo par tous les États Membres. Je vote contre

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un propos plein d'idéologie sur le Kosovo et son avenir dans l'Union. Cette région cumule toutes les difficultés politiques, économiques, identitaires, etc. En effet, plus de la moitié de la population est sans travail, et la situation des Serbes est plus pénible que jamais sous l'autorité de la classe politique issue de l'organisation terroriste UCK. Pourtant, à la lecture de ce texte, la situation paraît stable désormais et celui-ci se permet d'envisager des perspectives honorables alors que le déni de réalité est pourtant d'abord préjudiciable aux habitants du Kosovo, Albanais comme Serbes. Par respect pour ces populations qui subissent à la fois la corruption du système local et l'angélisme de l'Union, j'ai voté contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto de abstenção quanto ao relatório de 2015 relativo ao Kosovo.

Congratulo-me com os progressos realizados em 2015 no que respeita à conclusão de acordos no âmbito do processo de normalização das relações entre o Kosovo e a Sérvia. No entanto, tenho ainda algumas dúvidas quanto ao processo de integração europeu do Kosovo, nos termos em que decorre, motivo pelo qual decide abster-me na presente votação.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because it is important to establish a European integration process to support Kosovo. The resolution highlights and commends the normalisation of relations between Kosovo and Serbia which is a great achievement for both parties.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue les progrès réalisés au Kosovo grâce à une série de réformes mises en œuvre par le gouvernement, notamment en ce qui concerne le processus de normalisation des relations entre Pristina et Belgrade. En 2013, les autorités de Serbie et du Kosovo étaient parvenues à un premier accord d'ensemble pour améliorer durablement leurs relations. La feuille de route signée en mai de la même année par les deux Premiers ministres pour mettre en œuvre cet accord historique a été un tournant majeur pour ces deux pays. Chaque pas dans cette direction est un pas de plus vers la stabilité de l'ensemble de la région. Il reste néanmoins du travail à accomplir, notamment en ce qui concerne la liberté des médias, l'indépendance du système judiciaire, la bonne gouvernance, etc. L'Union européenne doit continuer à apporter tout son soutien aux pays des Balkans si elle veut éviter que cette région ne se transforme en zone grise, ventre mou de l'Europe permettant aux réseaux de propagande et de recrutement djihadistes, particulièrement connectés, de se développer.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Kosovo vzniklo neštandardným spôsobom, keď vyhlásilo nezávislosť od Srbska. Tento precedens považujem za nebezpečný, pretože vnáša nestabilitu do vnímania spôsobu vzniku nových štátov a môže byť vzorom pre iné oblasti so separatistickými tendenciami. Takto môžu v Európe vznikať nové štáty, čo nie je v záujme jednoty Európskej únie. Slovenská republika neuznáva Kosovo a ja sa s týmto názorom plne stotožňujem. Viac ráz som sa vyjadril proti uznaniu Kosova a rovnako aj proti jeho vstupu do EÚ. V týchto svojich vyjadreniach budem naďalej konzistentný. Neuznanie Kosova však nie je jediný dôvod, prečo som proti integrácii Kosova do Európskej únie. Kosovo je nestabilná krajina, ktorá je veľmi ďaleko od splnenia všetkých požiadaviek, ktoré sa vyžadujú pre vstup do EÚ. Spomeniem napríklad vysokú mieru korupcie aj organizovanej trestnej činnosti, či nedostatok reforiem, pričom dlhšiu dobu nebadáme nijaký výrazný pokrok v týchto oblastiach. Z uvedených dôvodov hlasujem proti uzneseniu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the European integration process of Kosovo, which in my opinion has a balanced text and welcomes the signature of the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement (SAA) on 27 October 2015. The SAA will provide a powerful incentive for the implementation and institutionalisation of reforms and will allow setting up cooperation in a wide variety of areas. It welcomes the progress done in 2015 in the framework of the process of normalization of relations between Kosovo and Serbia.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás aláírására 2015. október 27-én került sor, azt a koszovói nemzetgyűlés 2015. november 2-án már ratifikálta is. Az Európai Bizottság 2015. november 10-én adta ki a Koszovó által 2015-ben elért eredményekről szóló jelentését.

A Külügyi Bizottság állásfoglalására irányuló indítványában azt javasolja a Parlamentnek, hogy üdvözlje egyebek között a megállapodás aláírását és gyors ratifikálását, a Szerbia és Koszovó közötti kapcsolatok rendezésére irányuló folyamat eredményeit, a koszovói hatóságok által végzett munkát, amellyel sikerült véget vetniük a 2015 elején tetőzött irreguláris migrációs trendnek, az emberi jogokról szóló jogszabálycsomag, a hátrányos megkülönböztetéssel szembeni védelemről szóló és a nemek közötti egyenlőségről szóló törvény elfogadását, a terrorizmus leküzdésére irányuló erőfeszítések fokozását. Indítványozza továbbá, hogy Parlament fejezze ki aggodalmát a civil társadalom tényleges bevonására irányuló politikai akarat gyengesége, a véleménynyilvánítás és a média szabadsága terén történt csekély előrelépés, a magas szintű korrupció és a szervezett bűnözés, a munkanélküliség – különösen a nők és a fiatalok körében tapasztalható – magas szintje és a koszovói energiaellátás kényes helyzete miatt. Az indítványt megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Kosovo declarou unilateralmente a sua independência em 2008, após o insucesso das negociações internacionais. Vários Países como Portugal, França, Alemanha e Estados Unidos reconheceram-no como Estado soberano. Contudo, ainda subsistem Países como a Espanha, a Rússia que consideram o Kosovo parte da Sérvia.

Pelas razões acima expostas o Kosovo é apenas um potencial candidato à União. Contudo, a União tem vindo a apoiar o seu desenvolvimento económico e social através não só de ajuda financeira, mas também através da presença da EULEX no território, com o objetivo de implementar reformas para a consecução de um Estado de direito, e da presença do Representante Especial da União no Kosovo.

Congratulo o Kosovo e a Sérvia pelos progressos que têm realizado. O diálogo entre Pristina e Belgrado deve continuar para a manutenção da estabilidade na região. No entanto, existem ainda elementos na esfera judicial que minam a implementação de um Estado de Direito, nomeadamente a independência em pleno, transparência, imparcialidade e eficiência dos juízes e dos magistrados.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution sur le processus d'intégration européenne du Kosovo prêche pour son entrée dans l'Union, alors même qu'il dresse de ce pays un portrait peu flatteur et met en lumière le rôle de la mafia qui y prospère. Il eût été plus judicieux de proposer la non-adhésion de ce pays à l'Union étant donné la situation qu'il connaît. J'ai donc voté contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au processus d'intégration européenne du Kosovo. Ce texte rappelle que l'accord de stabilisation et d'association conclu fin 2015 entre l'Union et le Kosovo favorisera les réformes dans de nombreux domaines. Il permettra notamment un renforcement du dialogue politique, une meilleure intégration commerciale et l'amélioration des relations entre les pays des Balkans. Ce texte salue également la participation du Kosovo à la lutte contre le terrorisme et les mesures adoptées pour prévenir la radicalisation des jeunes. Il invite les autorités à surveiller de près et à prévenir la mobilisation de combattants étrangers et de terroristes islamistes, ce que je soutiens totalement.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Adottando questa relazione, esprimiamo il nostro compiacimento per la firma dell'accordo di stabilizzazione e di associazione UE-Kosovo, dello scorso 27 ottobre, che riteniamo sia in grado di fornire un forte incentivo a favore dell'attuazione e dell'istituzionalizzazione delle riforme, consentendo di instaurare la cooperazione con l'UE in un'ampia gamma di settori, al fine di intensificare il dialogo politico e rafforzare l'integrazione commerciale. Il pacchetto di aiuti della Commissione intende infatti sostenere il processo di riforma politica ed economica in Kosovo, nonché promuovere le norme europee in settori quali la concorrenza, gli appalti, la proprietà intellettuale e la tutela dei consumatori, come pure mira a creare una zona di libero scambio quale passo concreto verso una prossima integrazione economica nell'UE.

Incoraggiamo tutte le forze politiche ad agire in modo costruttivo nell'interesse del paese, delle sue istituzioni democratiche e dei suoi cittadini. Nello specifico, ci rallegriamo dell'adozione della legge sull'uguaglianza di genere e chiediamo alle autorità kosovare di affrontare in via prioritaria il *mainstreaming* di genere e di provvedere affinché gli organi direttivi e le autorità diano il buon esempio. Dobbiamo, infatti, sottolineare la scarsa rappresentanza femminile nelle posizioni decisionali, come pure i mancati progressi nella lotta alla violenza domestica e di genere.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La résolution sur la situation au Kosovo met en évidence les efforts de réformes faits par le pays dans le cadre de coopération régionale et processus d'adhésion à l'Union européenne. J'ai donc voté en faveur de cette résolution qui dresse un juste état des lieux de la situation actuelle et des enjeux futurs.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 27 October 2015 the EU-Kosovo Stabilisation and Association Agreement was signed. I have abstained on this motion for a resolution due to the fact that five Member States (Cyprus, Greece, Romania, Slovakia and Spain) do not recognise its sovereignty.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen den vorliegenden Bericht gestimmt, da ich ihn als zu unausgewogen gegenüber der serbischen Minderheit im Kosovo empfinde. So wird beispielsweise die beständige Zerstörung serbischen kulturellen Erbes ebensowenig thematisiert wie die Autonomiebestrebungen der Serben des Nordkosovo.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai ataskaitai dėl Kosovo padarytos pažangos.

Sveikintina, kad Kosovas padarė didelį postūmį pirmyn stiprinant ekonominį dialogą su ES ir pateikė pirmąją ekonominę reformų programą. Tai yra geras ženklas, kad Kosovas juda ES kryptimi, tačiau dar daug reformų turi būti įvykdyta, kad būtų įgyvendinti Europos standartai tokiose srityse, kaip konkurencija, viešieji pirkimai, intelektinė nuosavybė, varotojų apsauga.

Visų pirma, vis dar nėra tinkamai sprendžiamas klausimas dėl didelio karo laikotarpiu dingusių asmenų skaičiaus. Be to, reikia taikyti daugiau priemonių, kad būtų užtikrinama tinkama visų religinių mažumų, įskaitant Kosovo krikščionis, teisių apsauga. Taip pat nepakankama pažanga buvo padaryta kovojant su aukšto lygio korupcija ir organizuotu nusikaltamumu.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad Komisija turėtų aktyviau spręsti Kosovo vizų režimo liberalizavimo proceso klausimą, atsižvelgiant į Kosovo pažangą, padarytą gyvendinant vizų režimo liberalizavimo veiksmų planą.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the *acquis communautaire* is part of this process. As such we voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il 28 giugno 2013 il Consiglio Europeo ha deciso di avviare i negoziati di adesione con la Serbia, paese che aspira a diventare membro dell'UE. Due anni dopo la Commissione ha riferito degli ottimi progressi compiuti dal Paese nei confronti dell'integrazione europea, avrei votato quindi positivamente dichiarando ammirazione e sostegno per tale Paese.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – Kosovo was able to make a huge step towards the EU with our EP's approval of the Stabilization and Association Agreement, two weeks ago. Kosovo's step towards the EU meant that Kosovo had to overcome big internal and external barriers - Congratulations! Building bridges between Kosovo and Serbia will continue to be a high priority and it is the EU that can help most! It is the European principle of respect for the dignity of different identities that will lead to reconciliation between Kosovo & Serbia. I strongly recommend Kosovo, to keep all internal political issues under discussion within the national assembly and make considerable efforts in the fight against corruption.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam rezoluciju Europskog Parlamenta o izvješću o Kosovu za 2015. godinu. Smatram kako je bitno da Europska unija prepozna napore koje je Kosovo uložilo u dijalogu sa Srbijom, rasvjetljavanju ratnih zločina, borbi s terorizmom te zaustavljanju masovnog ilegalnog iseljavanja u zapadnoeuropske zemlje. Nastavak europskog puta Kosova, kao i ostalih zemalja u jugoistočnoj Europi, jedan je od važnih čimbenika za postignuće mira i stabilnosti u tom dijelu Europe, te stoga pozdravljam i potpisivanje Sporazuma o stabilnosti i pridruživanju između Europske unije i Republike Kosova.

Izražavam, također, nadu da će i nakon potpisivanja Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju vlasti Kosova nastaviti provoditi reforme neophodne za približavanje Europskoj uniji, raditi na poštovanju ljudskih prava, jačanju demokracije i slobode govora, dijalogu sa susjedima te normalizaciji međuetničkih odnosa na Kosovu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est encore un exemple hallucinant de l'aveuglement de l'Union européenne dans les Balkans. Le Kosovo y est décrit, à juste titre, comme une enclave mafieuse où prolifèrent les trafics en tous genres et où certaines minorités sont maltraitées. Néanmoins, il demande une libéralisation des visas et, à terme, l'entrée du Kosovo dans l'Union européenne. Il est évident que je suis en parfait désaccord avec des positions aussi irresponsables et je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'azione esterna dell'Unione volta a supportare lo sviluppo economico e politico del Kosovo e il pacchetto previsto dalla Commissione sui temi della cooperazione regionale, sono un tassello fondamentale per la normalizzazione dei rapporti con i paesi dei Balcani occidentali e procedono nella direzione giusta, per una maggiore integrazione del Kosovo nell'UE. Trattandosi di un'economia di mercato nelle fasi iniziali del suo sviluppo, il sostegno dell'Unione è essenziale per permettere al paese di potenziare la propria economia e invertire la curva di disoccupazione che affligge in particolar modo i giovani e le donne. Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo necessario che l'Unione, in linea con l'accordo di stabilizzazione e associazione, continui a supportare il Kosovo sulla strada delle riforme intraprese. L'attuazione di tutti gli aspetti dell'accordo deve compiersi realizzando il pieno rispetto dello Stato di diritto, ed è altresì importante che gli Stati membri, ad oggi 23 su 28, riconoscano l'indipendenza del paese. Il Kosovo dovrà inoltre realizzare gli obiettivi di liberalizzazione dei visti al fine di fronteggiare i fenomeni di migrazione irregolare e, infine, dovrebbe sviluppare la volontà politica di interagire con la società civile e adottare strategie di tutela delle minoranze e dei gruppi vulnerabili.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zahvaljujem kolegici Lunaček na izvješću koje obuhvatno prikazuje situaciju u Kosovu i ostvareni napredak u protekloj godini. Svakako najbitniji moment je potpisivanje Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju kojeg smo nedavno ratificirali i tu u Europskom parlamentu. Svojevrсна je to nagrada predanosti Kosova punopravnom članstvu i europskoj budućnosti.

No, daljnji napredak će ovisiti o predanosti i konstruktivnoj suradnji svih političkih dionika, što sada nije slučaj. Još jednom se, nažalost, ostvaruje „regionalni” problem sudjelovanja oporbe u parlamentu. U protekloj godini poboljšana je zakonodavni okvir čija će uspješnost prvenstveno ovisiti o implementaciji, no organizirani kriminal, razina korupcije, visoka stopa nezaposlenosti, posebice mladih, i ugrožena slobodna medija i dalje ostaju snažno prisutni.

Vrijedi pohvaliti usvojene mjere za borbu protiv terorizma i radikalizacije, smanjenje broja ilegalnih migranta i tražitelja azila u EU-u kao i napredak ostvaren u ispunjenju kriterija za ukidanje viza za građane Kosova. Nadam se da će do sljedećeg izvještaja i to pitanje biti zatvoreno.

U cijelom procesu tranzicije od iznimne važnosti je komunikacija usvojenih mjera s građanima kako bi se olakšala njihova implementacija na terenu, povećalo sudjelovanje građana i njihova informiranost, ali i dodatno doprinijelo izgradnji multietničkog društva na Kosovu, posebno kada su u pitanju obrazovanje i zapošljavanje predstavnika manjina.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de resolução insere-se na continuada formalização de relações com um território, o Kosovo, como se de um legítimo país se tratasse, após o gravíssimo precedente que se abriu no plano do direito internacional com a declaração unilateral de independência daquela província sérvia do Kosovo.

Uma decisão ilegal que não reconhecemos, que criou um protetorado por via da agressão e ocupação militar pelos EUA, NATO e UE, que a todo o custo têm procurado legitimar.

A auto proclamação do Kosovo como Estado viola a Ata Final de Helsínquia e várias Resoluções das Nações Unidas - nomeadamente a Resolução 1244 de junho de 1999, do Conselho de Segurança, que consagra o respeito pela integridade territorial e a soberania da Sérvia sobre o Kosovo.

Votámos contra

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Budoucnost zemí střední a východní Evropy, kterým se již podařilo stát se členy Evropské unie, stejně tak jako i zemí západního Balkánu, leží v srdci evropské rodiny. I proto jsem hlasoval pro Usnesení o zprávě o Kosovu za rok 2015. Evropská integrace je procesem, který v regionu západního Balkánu již několik let přispívá k stabilizaci sousedských vztahů, prvku klíčového pro Unii, a také k prosperitě balkánských zemí. Jsem proto velmi rád, že v závěru minulého roku došlo k podepsání stabilizační a asociační dohody. Věřím, že tento krok bude pro Kosovo znamenat ještě větší motivaci pokračovat v boji proti organizovanému zločinu, korupci, diskriminaci, nezaměstnanosti a za nezávislost médií. Jedině tak bude Kosovo schopno vytvořit podmínky, které budou prospěšné nejen dalším integračním snahám, ale i obyvatelstvu této země. Právní stát a vybudování kvalitního školství tvoří v tomto ohledu další důležité předpoklady. Je potřeba, aby kosovský parlament začal vykonávat roli, která mu přísluší, a aby mu v tom nebylo bráněno. Stejně tak je potřeba, aby byla respektována práva menšin a potírána radikalizace a extremismus, které momentálně tvoří Achillovu patu v několika členských zemích Evropské unie. Unie, ale zejména Kosovo se musí zapřít o to, aby tato země poskytla mladé generaci perspektivu do budoucna.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'accordo di associazione tra l'UE e il Kosovo, ratificato dal Parlamento europeo il 21 gennaio 2016, fornisce un potente incentivo per le riforme e spiana la strada per l'integrazione del Kosovo nell'Unione europea. Inoltre, il riconoscimento del paese da parte di altri Stati potrebbe contribuire a rafforzare la stabilità nella regione, agevolare ulteriormente la normalizzazione delle relazioni tra la Serbia e il Kosovo e rafforzare la credibilità dell'UE nell'ambito della sua politica estera e di vicinato. Per questi motivi ho votato a favore di questa proposta di risoluzione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la résolution portant sur le Kosovo. Cependant, cela ne signifie en rien que je soutiens l'entrée du Kosovo dans l'Union. Il s'agit uniquement de conserver une zone de stabilité aux frontières extérieures de l'Union. Ce point d'étape et cette stratégie sont d'autant plus importants en cette période difficile avec l'afflux de migrants. Nous avons besoin de stabilité pour que le Kosovo soit un pays sûr afin que les migrants kosovars retournent chez eux et que le pays puisse soutenir l'Union dans le contrôle des flux de migrants.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP is against the further expansion of the EU. The system of annual reports on the progress of candidate and potential candidate countries towards alignment with the acquis communautaire is part of this process. As such we voted against.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Congratulo este documento, em que é abordado o Acordo de Estabilização e de Associação (AEA) entre a UE e o Kosovo, assinado em 27 de outubro de 2015.

Votei favoravelmente o presente documento por neste constar a necessidade de o Governo do Kosovo se centrar na execução das reformas abrangentes necessárias para cumprir às suas obrigações no âmbito do AEA, o qual visa promover as normas europeias em domínios como a concorrência, os contratos públicos, a propriedade intelectual e a proteção do consumidor, bem como estabelecer uma zona de comércio livre enquanto passo concreto para a integração económica do Kosovo na União Europeia.

Congratulo, também, os esforços reforçados e o compromisso firme de luta contra o terrorismo. No entanto, concordo que os progressos realizados no domínio da liberdade de expressão e dos meios de comunicação social, assim como os esforços para proteger e garantir na prática os direitos de todas as minorias étnicas no Kosovo são, ainda, insuficientes. Neste sentido, votei favoravelmente o presente documento que insta o Kosovo a seguir as linhas da Política Externa e de Segurança Comum da UE.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Resolución parte de un acto que el Estado español no reconoce: la declaración unilateral de independencia de Kosovo de 2008. Por ello, parte de esta Resolución anima a los cinco Estados miembros de la UE que no reconocen a Kosovo a que lo hagan. España no reconoció la declaración unilateral de independencia por considerar que era contraria al Derecho internacional y vulneraba los principios de soberanía e integridad territorial reconocidos a Serbia y garantizados por el Acta Final de Helsinki. Esta postura es coherente también con la de las Naciones Unidas, puesto que existe una Resolución del Consejo de Seguridad en vigor (Resolución 1244 de 10 de junio de 1999) que se opone a un acto unilateral de estas características. Además, reconocer dicha independencia no sería coherente con la actuación de la comunidad internacional en Bosnia y Herzegovina en relación con la República Srpska o en otras situaciones similares como Osetia, Abjasia y Crimea. Por supuesto que todas las aspiraciones positivas para el pueblo de Kosovo que el informe contiene podrían ser apoyadas, pero estas no pueden conllevar la aceptación de la independencia unilateral de Kosovo.

Por todo ello, he votado en contra de esta Resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution relative au Kosovo, qui a été adoptée ce midi par 403 voix pour, 130 voix contre et 104 abstentions. Le texte de la résolution souligne que l'accord d'association UE-Kosovo ouvre la voie à l'intégration du Kosovo dans l'Union européenne. J'ai toutefois soutenu les efforts faits (et encore à faire) en matière d'indépendance des médias et du système judiciaire, de lutte contre la corruption de haut niveau et la criminalité organisée, ou encore les réformes du marché du travail, qui ne sont que quelques-uns des domaines qui suscitent de vives préoccupations.

Bronis Ropé (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes manau, kad ji deda pagrindus tolimesniam Kosovo ir ES suartėjimui. 2015 m. spalio 27 d. pasirašytas ES ir Kosovo stabilizacijos ir asociacijos susitarimas yra puikus pagrindas ne tik užmegzti pirmuosius sutartinius santykius, tačiau ir galingas postūmis įgyvendinant reformas, būdas užmegzti bendradarbiavimą įvairiose srityse. Manau ši rezoliucija puikiai parodo didžiulį EP norą bendradarbiauti su Kosovu, taip pat išreiškia visapusišką paramą siekiant padėti spręsti esmines Kosovo problemas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de resolução diz respeito ao processo de integração do Kosovo na UE e são vários os sinais que demonstram a clara intenção deste país em seguir o caminho da integração europeia.

Desde logo, a assinatura do Acordo de Estabilização e de Associação, em outubro de 2015, os progressos alcançados no âmbito do processo de normalização das relações entre o Kosovo e a Sérvia, as reformas políticas e económicas tendentes à integração europeia e a aprovação de um pacote legislativo em matéria de direitos humanos.

Por outro lado, é igualmente assinalável o esforço da Comissão de criar um pacote de apoio às reformas e à cooperação regional nos Balcãs Ocidentais, com vista à sua adesão à União Europeia, bem como de reforçar o trabalho relativo ao processo de liberalização dos vistos e apoio do regime de isenção dos mesmos para o Kosovo.

Muito trabalho há pela frente, mas o teor desta proposta de resolução é, por si só, claro quanto aos aspetos da evolução do processo de integração e, nessa medida, mereceu o meu acolhimento e voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative au processus d'intégration européenne du Kosovo. Il convient de rappeler que les négociations en vue de la signature de l'accord de stabilisation et d'association entre l'Union et le Kosovo se sont achevées en mai 2014 et que l'accord a été paraphé en juillet 2014.

Cette résolution dresse un bilan de la situation. À ce titre, il est crucial que la mise en place et le bon fonctionnement du Tribunal spécial ainsi que la coopération avec lui soient les priorités du gouvernement kosovar. J'ai soutenu cette résolution car elle rappelle les réformes que doit poursuivre le Kosovo: la lutte contre la criminalité organisée, la réforme du système judiciaire, la lutte contre les réseaux criminels, la lutte contre un chômage élevé qui avoisine les 30 %, ou encore la lutte contre le terrorisme. En effet, le Kosovo doit également faire face à un phénomène de radicalisation et au départ de jeunes qui vont rejoindre les rangs du groupe «État islamique».

Il est essentiel que l'Union continue d'accompagner les États des Balkans dans leurs réformes pour plus de démocratie et d'état de droit.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y aunque el proceso de estatalización de Kosovo sea irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga derecho fundado a ser reconocido por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y, por ello, tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice los nacionalismos serbio y kosovar que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice en el medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg glæder mig over Kommissionens vedtagelse af en pakke med det formål at støtte reformer og regionalt samarbejde på Vestbalkan - en pakke, som afspejler EU's løfte om at støtte Vestbalkanlandenes politiske og økonomiske reformproces på deres vej mod EU-medlemskab.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I strongly support the European integration process of Kosovo. The public authorities of Kosovo must develop on their reforms and strengthen their commitment to strengthening the rule of law, the fight against corruption and organised crime. The report does point out some of the major political issues, principally the fact that five of the 28 EU Member States don't actually recognise the Republic of Kosovo while such recognition would most definitely strengthen stability in the region and normalise relations between Serbia and Kosovo.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj napriek podpísaniu dohody o stabilizácii a pridružení medzi EÚ a Kosovom 27. októbra 2015 ako prvého zmluvného vzťahu a jej ratifikáciu kosovským zhromaždením 2. novembra je potrebné zdôrazniť, že päť členských štátov, medzi nimi aj Slovensko, neuznalo Kosovo ako štát. Kosovo sa musí v prvom rade snažiť o normalizáciu vzťahov medzi Kosovom a Srbskom, pretože iba tak môže dosiahnuť pokrok pri ich uznaní ďalšími členskými štátmi. Aj v ďalších oblastiach je Kosovo v počiatočnej fáze rozvoja – či je to funkčná ekonomika, vysoká miera nezamestnanosti, najmä medzi mladými ľuďmi a ženami, nedostatočná kvalifikácia potrebná pre trh práce, nedostatočné podnikateľské prostredie, najmä pre malé a stredné podniky. V správe sa konštatuje, že je veľmi slabá politická vôľa orgánov skutočne spolupracovať s občianskou spoločnosťou, čo v procese integrácie je považované za jednu z kľúčových oblastí. Taktiež znepokojenie vyvoláva veľmi obmedzený pokrok v oblasti slobody prejavu a médií. Väčšie úsilie musí Kosovo vyvinúť aj v ochrane záruk práva všetkým etnickým menšinám v Kosove. Pri záverečnom hlasovaní som správu nepodporila, pretože za najdôležitejšie považujem, aby sa Kosovo najprv usilovalo o spoluprácu a urovanie vzájomných vzťahov so Srbskom.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Neodvisnost Kosova je do zdaj priznalo 110 od 193 članic OZN, med njimi 23 od 28 držav članic EU. 27. oktobra 2015 je bil med EU in Kosovom podpisan stabilizacijsko-pridružitveni sporazum, ki utira pot vključevanju Kosova v EU ter je pomemben poziv za izvajanje in institucionalizacijo reform.

Ta sporazum spodbuja k začetku sodelovanja Kosova in EU na številnih področjih, s čimer se bo okreplil politični dialog in doseglo tesnejše trgovinsko sodelovanje. Utrdili se bodo tudi odnosi s sosednjimi državami, ki bodo prispevali k stabilnosti v regiji.

Namen tega sporazuma je uveljavljanje evropskih standardov na področjih konkurence, javnih naročil, intelektualne lastnine in varstva potrošnikov, kot oprijemljiv korak na poti h gospodarskemu vključevanju Kosova v EU. Kosovske oblasti so v letu 2015 naredile pomembne korake proti izpolnjevanju obveznosti iz stabilizacijsko-pridružitvenega sporazuma, čeprav so dodatna prizadevanja še vedno potrebna.

Menim, da so ta prizadevanja potrebna na področju boja protu korupciji in organiziranemu kriminalu, svobode izražanja in medijev, zaščite in dejanske zagotovitve pravic vseh etničnih manjšin na Kosovu, itd. Predlog resolucije predstavlja ustrezen odziv na zaključek razprave o izjavah Sveta in Komisije o poročilu o Kosovu za leto 2015, zaradi česar sem ga tudi podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione sul processo di integrazione del Kosovo nell'Unione europea, che interviene dopo la ratifica da parte del Parlamento europeo dell'accordo di associazione e stabilizzazione UE-Kosovo concluso recentemente. L'accordo contiene importanti incentivi per l'implementazione e l'istituzionalizzazione delle riforme necessarie per consentire al paese di avanzare nel processo di avvicinamento all'Unione europea. Tra le riforme indicate, sono particolarmente rilevanti il processo di stabilizzazione delle relazioni tra il Kosovo e la Serbia, la lotta alla corruzione e al crimine organizzato, la riduzione delle discriminazioni e la garanzia di indipendenza dei media. Il Kosovo affronta inoltre diversi problemi economici tra i quali la scarsa competitività, l'economia sommersa e un alto tasso di disoccupazione, il cui superamento richiede uno sforzo importante e necessita del supporto internazionale. Ritengo che il maggiore riconoscimento dato alle politiche di integrazione del Kosovo possa contribuire alla normalizzazione dei rapporti tra Serbia e Kosovo e quindi al rafforzamento della stabilità nella regione.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne* – Kosovu sa podobne ako v prípade Srbska darí napredovať v integračnom procese. Podpisom stabilizačnej a asociačnej dohody sa vzťahy Kosova a Európskej únie posilnili a dostali na inštitucionálnu úroveň. Za dôležitú považujem vzájomnú dohodu oboch krajín.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju između EU-a i Kosova potpisan je 27. listopada 2015. te ga je Skupština Kosova ratificirala 2. studenoga 2015. Sporazumom o stabilizaciji i pridruživanju otvara se put za integraciju Kosova u EU-u, nudi snažan poticaj za provedbu i institucionalizaciju reformi te omogućuje uspostava suradnje s EU-om u brojnim područjima u cilju poboljšanja političkog dijaloga i uže trgovinske integracije kao i jačanja odnosa sa susjednim zemljama te doprinošenja stabilnosti u regiji.

Stoga, pozivam vladu Kosova da se usredotoči na provedbu sveobuhvatnih reformi potrebnih kako bi ispunila svoje obveze u okviru Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju, te da slijedi zajedničku sigurnosnu i obrambenu politiku EU-a. Za Kosovo je važno da dovrši izradu zakonodavnog okvira za javnu službu te da u potpunosti primijeni strateški okvir za javnu upravu i akcijski plan.

Vlasti trebaju promicati profesionalizaciju na temelju zasluga u svim javnim ustanovama te zajamčiti dobro financijsko upravljanje javnim ustanovama i transparentnost nadzora koji Skupština provodi nad izvršenjem proračuna. Napredak reformi tržišta rada, zajedno s reformama u obrazovnom sustavu, ključan je za pitanje rješavanja visokih stopa nezaposlenosti i niskih stopa sudjelovanja na tržištu rada.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Kosovo je do danas priznalo 110 od 193 države članice Ujedinjenih naroda, uključujući 23 od 28 država članica Europske unije. Sporazum o stabilizaciji i pridruživanju između Kosova i Europske unije potpisan je 27. listopada 2015. godine, kao prvi ugovorni odnos. Tim ugovorom otvara se put za integraciju Kosova u EU i omogućuje uspostava suradnje s Unijom. Potiče se rasprava o okvirnom sporazumu koji bi Kosovu omogućio sudjelovanje u programima Europske unije. Parlament pozdravlja napredak koji je u 2015. godini ostvaren pri postizanju sporazuma u okviru normalizacije odnosa između Kosova i Srbije. Izražava se i zabrinutost zbog izostanka vidljivog napretka u borbi protiv korupcije i organiziranog kriminala koji i dalje predstavlja veliki problem. Kosovska vlada mora pokazati da se zemlja sustavno bori protiv korupcije na svim razinama. Također, Kosovo je suočeno s problemom visoke stope nezaposlenosti, posebno među mladima i ženama, a opća diskriminacija žena u društvu i na tržištu rada je za svaku osudu.

Podržavam prijedlog ove rezolucije i njezine preporuke za daljnju integraciju Kosova u europsko društvo naroda. Uključivanje Kosova u europske integracije bitno je radi osiguranja mira i sigurnosti u regiji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za rezoluciju ob zaključku razprave o izjavah Sveta in Komisije o poročilu o Kosovu za leto 2015. Prihodnost Kosova je v Evropski uniji, vendar ga do cilja čaka še veliko dela. Normalizacija odnosov s Srbijo je spodbuden in pozitiven korak, ki mu morajo slediti še drugi pomembni reformni koraki.

Med drugim mora okrepiti boj proti korupciji in organiziranemu kriminalu, izboljšati dialog s civilno družbo, ki je pomembe člen sodobne demokratične ureditve, okrepiti prizadevanja za neodvisnost medijev in sodstva ter izvesti reforme na področju gospodarstva, saj se Kosovo sooča z visoko stopnjo brezposelnosti.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραφώς.* – Η κατάσταση στο Κόσσοβο αποτελεί συνέχεια και συνέπεια επεμβατικών πολιτικών. Είναι μια ξεκάθαρη παραβίαση του διεθνούς δικαίου που αποτελεί κακό προηγούμενο priμοδοτώντας τον κίνδυνο να χρησιμοποιηθεί ως πρότυπο και σε άλλες περιπτώσεις. Ιδιαίτερα ανησυχητικό είναι το γεγονός ότι διάφοροι κύκλοι συνδέουν την περίπτωση της «ΤΔΒΚ» με το Κόσσοβο. Η σχετική έκθεση παροτρύνει τα κράτη μέλη που δεν αναγνώρισαν το Κόσσοβο, μεταξύ αυτών και η Κύπρος, να προβούν σε αναγνώριση.

Γι' τους λόγους αυτούς καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφώς.* – Αποτελεί ύβρι και τραγέλαφο και μόνο που συζητάμε για προοπτική ένταξης της περιοχής Κοσσυφοπέδιου - Μετόχια στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Η διεύρυνση που προωθείται με πρόσχημα την ευρωπαϊκή ολοκλήρωση και συνοχή εξυπηρετεί συμφέροντα οικονομικών και γεωπολιτικών κέντρων εξουσίας.

József Szájer (PPE), írásban. – A Koszovó európai integrációs folyamata tárgyában jegyzett jelentés üdvözlí az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás 2015. október 27-i aláírását, amely előkészíti Koszovó uniós integrációját, valamint erőteljesen ösztönzi a reformok végrehajtását és intézményesítését. Ugyanakkor aggodalmát fejezi ki amiatt, hogy nem történt érdemi előrelépés a magas szintű korrupció és a szervezett bűnözés elleni küzdelem terén. A dokumentum Koszovó elismerésére ösztönzi azt az öt tagállamot, amelyek ezt még nem tették meg, abban a meggyőződésben, hogy ez tovább fogja könnyíteni a Belgrád és Pristina közötti kapcsolatok normalizálódását.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hangsúlyozza, hogy Koszovó minden tekintetben zárkózzon fel az Unióhoz, tartsa tiszteltetben az emberi jogokat, mindennek előtt a területén élő szerb közösségnek pedig biztosítsa azon jogokat, melyeket előző kisebbségi állapotában maga is joggal követelt meg az akkori szerb államtól, szavazatommal támogattam a jelentést.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Támogattam a Koszovó európai integrációs folyamatának állását bemutató és értékelő jelentés elfogadását, figyelemmel arra, hogy az elmúlt időszak fejleményei, az EU déli határai mentén kiéleződött menekültválság nagy erővel mutattak rá, hogy az EU fontos és közvetlen érdeke a nyugat-balkáni országok, ezen belül egy független, demokratikus, szomszédjaival normalizált viszonyban élő Koszovó európai integrációja. Úgy vélem, e folyamat, ezen belül a Koszovóval kötött társulási megállapodás hatékony végrehajtásának aktív parlamenti támogatása ad alapot az EP-nek ahhoz, hogy a jövőben is szorosan figyelemmel kísérje és számon kérje a pristinai vezetéstől a demokratikus jogállami viszonyok tekintetében meglévő hiányosságok és főleg a továbbra is előforduló politikai erőszak mielőbbi felszámolását. A határozat egyértelműen kiáll Koszovó európai perspektívája fenntartása és erősítése mellett. Remélem, hogy ezzel sikerül rávilágítani arra a körülményre, hogy ezen a téren az EU nyugat-balkáni szerepvállalásának hatékonyságát rontja az a tény, hogy öt tagállam még mindig nem ismerte el Koszovó önálló államiságát. A jelentés és a parlamenti vita is utalt rá, hogy az EU bővítési politikájának hitelessége is múlik azon, hogy e fontos partnerünkkel szemben a történelmileg és politikailag nyilvánvalóan túlhaladott és értelmetlen blokádot ezek a tagállamok végre feloldják.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – W październiku 2015 roku podpisano układ o stabilizacji i stowarzyszeniu między Unią Europejską a Kosowem, który toruje drogę do integracji Kosowa ze Wspólnotą oraz stanowi silną zachętę do wdrożenia i instytucjonalizacji reform, umożliwiając nawiązanie współpracy z UE w wielu dziedzinach.

Unia Europejska wielokrotnie potwierdzała swoją wolę, aby wspomagać rozwój gospodarczy i polityczny Kosowa w ramach jasno określonej perspektywy europejskiej. Jednakże proces integracji wymaga rozwiązania wielu palących kwestii takich, jak m.in. łamanie praw człowieka, nietolerancja, korupcja, przestępczość zorganizowana, problem służby cywilnej i niesprawnej administracji publicznej, wysokie bezrobocie zwłaszcza wśród kobiet i osób młodych, dyskryminacja, niesprawna infrastruktura, etc.

Nie ulega również wątpliwości, iż proces integracji jest w pewnym stopniu spowolniony ze względu na nieuznanie Kosowa przez pięć państw członkowskich UE. Uznanie Kosowa z pewnością pomogłoby wzmocnić stabilność w regionie, ułatwiłoby dalszą normalizację stosunków między Serbią a Kosowem oraz zwiększyło wiarygodność polityki zewnętrznej Unii.

Z uwagi na zawarcie układ o stabilizacji i stowarzyszeniu, ostatni rok można uznać z pewnością za przełomowy pod względem zbliżenia relacji między Kosowem a Unią. Jednakże nadal wiele musi zostać zrobione po obu stronach. Sprawozdanie Parlamentu Europejskiego we właściwy sposób wskazuje na istniejące problemy, wyzwania i rekomendacje na przyszłość, dlatego też zdecydowałem się zagłosować za jego przyjęciem.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur du texte. Je tiens toutefois à rappeler qu'il est important que le Kosovo et la Serbie trouvent des solutions durables pour les réfugiés, conformément aux conclusions de l'Agence des Nations unies pour les réfugiés (HCR) à cet égard et conformément au rapport de 2014 du rapporteur spécial des Nations unies sur les droits de l'homme des personnes déplacées à l'intérieur du Kosovo.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution, which calls political actors in Kosovo to find a solution to the crisis there. The opposition has been violently obstructing the work of the Kosovar Parliament since September 2015 and it is now time for Kosovo's political leaders to act responsibly.

Moreover it is of crucial importance that the Kosovar government pursue its reform agenda, especially on freedom of the media and of the judiciary, reform of public administration, tackling high-level corruption and organised crime, and reform of the labour market.

By voting on this text I also welcome the progress made in reaching agreements with Serbia and the need to move forward with the full implementation of all the agreements already reached, and to continue the normalisation process.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – L'integrazione dei Balcani nell'Unione Europea è una tappa obbligata per il nostro futuro. L'Unione Europea ha un obbligo storico e morale nei confronti dei vicini balcanici.

Il Kosovo deve però fare ancora molta strada a riguardo. Sta alle Istituzioni Europee monitorare e valutare il suo percorso, fornendo sostegno ma rimanendo ferma sui principi del rispetto delle minoranze e dei diritti umani.

László Tóké (PPE), *írásban*. – A Koszovó európai integrációs folyamata tárgyában jegyzett jelentés üdvözlí az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás 2015. október 27-i aláírását, amely előkészíti Koszovó uniós integrációját, valamint erőteljesen ösztönzi a reformok végrehajtását és intézményesítését. Ugyanakkor aggodalmát fejezi ki amiatt, hogy nem történt érdemi előrelépés a magas szintű korrupció és a szervezett bűnözés elleni küzdelem terén. A dokumentum Koszovó elismerésére ösztönzi azt az öt tagállamot, amelyek ezt még nem tették meg, abban a meggyőződésben, hogy ez tovább fogja könnyíteni a Belgrád és Pristina közötti kapcsolatok normalizálódását.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hangsúlyozza, hogy Koszovó minden tekintetben zárkózzon fel az Unióhoz, tartsa tiszteltben az emberi jogokat, mindenekelőtt a területén élő szerb közösségnek pedig biztosítsa azon jogokat, melyeket előző kisebbségi állapotában maga is joggal követelt meg az akkori szerb államtól, szavazatommal támogattam a jelentést.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Vjerujem da malo tko u Europskoj uniji, ali i na Kosovu, misli da će proces europskih integracija najmlađe europske države ići glatko. Pred Kosovom su veliki izazovi u uspostavi istinske demokracije, vladavine prava i tržišnog gospodarstva, borbi protiv korupcije, organiziranog kriminala i terorizma te zaštiti građanskih i medijskih sloboda. U svim se ovim područjima od Kosova očekuju veliki pomaci koje Priština mora napraviti, prije svega zbog svojih građana te njihovog budućeg prosperiteta.

No, iako je dan ulaska Kosova u EU-u još daleko, smatram da nije u redu da nastupamo s figom u džepu. Kosovo ne može imati europsku budućnost, a da ga prvo ne priznaju sve države članice i kandidatkinje, uključujući Srbiju. Vrijeme je da svi konačno priznamo da je slobodno i samostalno Kosovo realnost, jer bi svaki drugačiji pristup bio odraz licemjerja kojem ne bi smjelo biti mjesta među prijateljima i partnerima. Zbog toga sam podržala ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije ob zaključku razprave o izjavah Sveta in Komisije v skladu s členom 123(2) Poslovnika o poročilu o Kosovu za leto 2015 sem podprla, saj menim, da dobro opiše dosedanje dosežke, pomanjkljivosti ter pozive EU državi Kosovo, na poti k približevanju evropskim standardom. Le s prizadevanjem države k napredku in dobrim sodelovanjem z državami članicami EU bo gospodarsko vključevanje Kosova mogoče, predvsem v luči vzpostavitve prostotrgovinskega območja.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en esta votación por cuanto, si bien la Corte Internacional de Justicia concluyó que la declaración unilateral de independencia de Kosovo no violó el Derecho internacional ni la Resolución 1244 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y aunque el proceso de estatalización de Kosovo sea irreversible, el dictamen tampoco implica que la exprovincia tenga derecho fundado a ser reconocido por terceros. La situación de Kosovo tiene un complejo sustrato político y, por ello, tiene que ser abordada y resuelta políticamente, mediante un acuerdo que en cualquier caso integre a Serbia, que neutralice los nacionalismos serbio y kosovar que suponen una amenaza interna permanente para la paz, que salvaguarde los derechos de las minorías étnicas en la zona y que garantice en el medio plazo la salida de potencias militares extranjeras de la zona.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Das Assoziierungsabkommen beinhaltet in erster Linie die Etablierung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo. ALFA steht für eine EU der souveränen Staaten mit integriertem Binnenmarkt. Deshalb begrüßen wir das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo.

Eine Vollmitgliedschaft des Kosovo innerhalb der derzeitigen EU lehnt ALFA jedoch ab. Aus diesem Grunde habe ich gegen die Parlamentsentschließung gestimmt, die u. a. eine Integration in die EU oder eine Visaliberalisierung mit Kosovo fordert.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az ENSZ 193 tagállama közül 110, köztük az EU 28 tagállamából 23 ország elismeri Koszovó függetlenségét. 2015. október 27-én megtörtént az EU és Koszovó közötti stabilizációs és társulási megállapodás aláírása, és a koszovói nemzetgyűlés azt 2015. november 2-án ratifikálta. Az Európai Parlament 2016 januárjában fogja egyetértését adni a megállapodáshoz. A kapcsolódó dokumentumot szavazatommal támogattam.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I am supportive of Kosovo's European integration process. Kosovo finds itself in a more complicated situation compared to other Western Balkan countries: it still hasn't been officially recognised by 5 Member States, it is the only country to still have an active Visa regime in place with the EU and faces very high levels of corruption and unemployment. Relations with Serbia have improved but a lot more needs to be done, particularly in the fields of judicial and law enforcement cooperation. Nevertheless, I believe that further European integration can only benefit Kosovo, and will lead to improvements in relations with its neighbours as well as to greater stability within the wider region.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Voor de liberale fractie in het EP ben ik de verantwoordelijke voor Kosovo (ALDE-coördinator). Ik stemde voor dit verslag, omdat ik een grote voorstander ben van het Europees integratieproces van Kosovo. De Kosovaarse overheid moet de nodige hervormingen doorvoeren om de rechtsstaat te versterken, de strijd tegen corruptie verder aan te binden en structurele economische hervormingen door te voeren om het hoge werkloosheidspercentage te bestrijden. Dit zal op de eerste plaats ten goede komen aan de Kosovaren zelf, maar uiteindelijk ook aan de gehele regio en bij uitbreiding de Europese Unie.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de resolução implica a continuação da formalização do estabelecimento de relações com um território, o Kosovo, como se de um legítimo país se tratasse, após o gravíssimo precedente que se abriu no plano do direito internacional com a declaração unilateral de independência da província sérvia do Kosovo, e que a UE tem procurado legitimar. Uma decisão ilegal, que não reconhecemos, que criou um protetorado por via da agressão e ocupação militar pelos EUA, NATO e UE.

Não reconhecemos a existência do Kosovo como Estado. Esta existência viola a Ata Final de Helsínquia e várias Resoluções das Nações Unidas sobre esta questão - nomeadamente a Resolução 1244 de Junho de 1999 do Conselho de Segurança, que consagra o respeito pela integridade territorial e a soberania da Sérvia sobre o Kosovo.

Por isso votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Kosovo ist und bleibt eine Provinz im Herzen Serbiens. Die serbische Bevölkerungsmehrheit wurde erst durch gezielte Infiltrierung zur Minderheit. Wenn wir die nun vorherrschende muslimische Mehrheit im Kosovo – welche neben Unterwanderung, durch Vertreibung und kriegereische Eroberung zustande kam – als legitimen Unabhängigkeitsgrund weiter anerkennen, dann werden wir schon bald viele andere Regionen mitten in Europa als Unabhängig akzeptieren müssen. Denn schon bald werden Muslime in vielen Teilen Europas die Mehrheit stellen.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Es kann nicht im Sinne Europas sein, das auf Kosten Serbiens für „unabhängig“ erklärte Kosovo als eigenständige staatliche Einheit an die EU heranzuführen und im Zuge dessen auf allen Ebenen zu integrieren. Insbesondere jedwede Verpflichtung der kosovarischen Führung auf einen antirussischen außenpolitischen Kurs ist abzulehnen. Deshalb war hier ein klares „Nein“ geboten.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlamentes zu dem Bericht über das Kosovo habe ich nicht zugestimmt. Ich bin gegen die Aufnahme weiterer Mitglieder in die EU, solange diese nicht ihre strukturellen und institutionellen Probleme gelöst hat. Dazu gehört auch eine Neufassung der Europäischen Verträge. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo lehne ich ab. Ebenso wende ich mich gegen alle weiteren Schritte, die daraus hinauslaufen, das Kosovo zu einem EU-Mitglied zu machen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the adoption of the Stabilisation and Association Agreement with Kosovo. Apart from enhancing political dialogue and opening new forms of cooperation, the Agreement will create opportunities to enhance contact between people, which is no less essential to the bringing down of barriers than cooperation between experts and governments.

Citizens and civil society must be included in the process of implementation of the Agreement, and citizens must be informed about the process in a transparent manner.

I deeply believe that more consideration must be given to the power of civil society to pursue inter-cultural exchange, people-to-people dialogue, and initiatives bringing together citizens from EU Member States and Kosovo. The EU can be a key player in this kind of exchange: able to share, support and develop best practice, particularly in respect of young people.

Kosovan youth are the promise of its future: they are the ones who stand to gain from the ongoing dialogue. A young generation of Kosovars have grown up with a European vision. They must not be let down.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Questo rapporto analizza la situazione del Kosovo nel suo processo d'integrazione europea. Troviamo una grande attenzione alla lotta alla povertà ed il rilievo concesso alle politiche sociali, agli strumenti che affrontano alla radice sia le derive di estremismo che i problemi migratori, la libertà di espressione e la denuncia alle violenze nei confronti di giornalisti dissidenti e la non discriminazione e la tutela delle minoranze. Viene ribadita anche la lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata, che vengono rappresentate come piaghe che ancora colpiscono gravemente il sistema kosovaro. Il sistema giudiziario, nonostante abbia registrato dei notevoli miglioramenti, risulta ancora soggetto a forti pressioni politiche. Altro tema toccato giustamente da questa relazione è la disoccupazione giovanile. Nonostante non tutti gli aspetti del rapporto siano positivi e qualche dubbio rimanga ancora riguardo a taluni aspetti ma, il mio voto è stato favorevole considerando anche che l'obiettivo della relazione vuole essere la salvaguardia del miglioramento delle condizioni di vita della popolazione kosovara e l'accompagnamento del paese nel suo cammino verso un'adesione alla UE.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Saluto con soddisfazione l'approvazione della risoluzione sul processo d'integrazione del Kosovo. Trovo sia importante rafforzare il legame del Kosovo con l'Unione e credo che l'accordo di Stabilizzazione e Associazione firmato il 27 Ottobre 2015 darà un forte impulso all'implementazione di riforme fondamentali per il paese. Condivido in modo particolare il riferimento ai progressi compiuti nella relazioni con la Serbia e mi auguro che entrambi i paesi procedano spediti verso una normalizzazione piena dei loro rapporti.

Termino il mio intervento esortando il governo kosovaro a continuare con decisione il processo di riforme iniziato, lottando in modo particolare contro corruzione e crimine organizzato, impegnandosi in modo deciso a prevenire ogni forma di discriminazione e garantendo un livello adeguato di indipendenza dei media.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem nemohl podpořit. Zcela nesouhlasím s uvolněním vízového režimu pro obyvatele Kosova, který je několikrát v tomto usnesení zmíněn. Součástí splněných podmínek má být zajištění zamezení hromadného odchodu Kosovanů do Unie, jako tomu bylo v minulých letech, boj s organizovaným zločinem nebo zabránění diskriminace srbských obyvatel. Do Evropy již odcestovaly desítky tisíc mladých lidí. Odliv lidí byl zastaven až zpřísněním vízové povinnosti. Domnívám se, že v případě, že dojde ke zrušení víz pro občany Kosova, Evropa může očekávat další migrační vlnu z Balkánu. Odliv mladých lidí z Kosova, které sužuje vysoká nezaměstnanost, nestabilita a ekonomické problémy, je pochopitelný. Dle mého názoru však představuje další zásadní problém pro Evropskou unii. Domnívám se tedy, že je více než nutné zrušení vízové povinnosti pro kosovské obyvatele důkladně prodiskutovat a zvážit všechna pro a proti.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh uznesenia o správe o Kosove za rok 2015 hodnotí doterajšie pokroky, ako aj víta nedávnu ratifikáciu stabilizačnej a asociačnej dohody medzi EÚ a Kosovom. Hoci identifikuje niektoré ciele, ktoré boli v Kosove dosiahnuté, ako napríklad normalizáciu vzťahov a zlepšenie dialógu medzi Kosovom a Srbskom, na druhej strane zdôrazňuje, že mnohé problémy v Kosove napriek reformám pretrvávajú. Najväčšie obavy sa spájajú s výzvami súvisiacimi s radikalizáciou, nedostatkom konkurencieschopnosti, ale aj alarmujúco vysokou nezamestnanosťou. Myslím si, že integrácia Kosova do Európskej únie má veľký vplyv na stabilizáciu pomerov v celej oblasti a nedávnu ratifikáciu stabilizačnej a asociačnej dohody som podporila napriek tomu, že Slovenská republika patrí medzi zostávajúcich päť členských štátov, ktoré Kosovo ešte neuznali. V hlasovaní o tomto uznesení som sa však najmä pre niektoré body, s ktorými sa nestotožňujem a ku ktorým patrí napríklad liberalizácia vízovej procedúry, zdržala.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Resolucijo Evropskega parlamenta o poročilu za Kosovo, saj se strinjam z odzivom Evropskega parlamenta na poročilo o napredku procesa vključevanja Kosova v EU. Stabilizacijsko-pridružitveni sporazum med EU in Kosovom je priložnost, da Kosovo izpelje celovite reforme, okrepi politični dialog in trgovinsko povezovanje z EU ter nasploh prispeva k stabilnosti na Balkanu.

9.3. Lage in Libyen (RC-B8-0146/2016, B8-0146/2016, B8-0169/2016, B8-0170/2016, B8-0177/2016, B8-0178/2016, B8-0179/2016, B8-0180/2016, B8-0181/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem včera při debatě o Libyi hovořil pouze o jednom fenoménu problémů v této zemi, a to jsou únosy Evropanů. Bohužel takto byl unesen také jeden Čech, který je více než rok a dva měsíce nezvěstný. Nicméně jsem se nestihl vyjádřit – a proto jsem se přihlásil o slovo dnes – k samotnému textu usnesení, které jsem podpořil, protože se domnívám, že je dobré, aby ve chvíli, kdy zde byla na konci minulého roku navržena politická dohoda pro všechny znesvářené strany v Libyi a tato dohoda byla bohužel parlamentem v Tobruku odmítnuta, respektive byla odmítnuta vláda národní jednoty, Evropská unie na mezinárodním poli zvedla svůj hlas a jasně řekla, že zneprátené strany by měly tuto dohodu ctít a pokusit se vládu národní jednoty sestavit a pokusit se nějaký křehký mír vytvořit. Bez toho se situace v Libyi v žádném případě nemůže zlepšit, proto jsem usnesení podpořil, a doufám, že je strany v Libyi vyslyší.

Andrejs Mamikins (S&D). – Liels paldies jums, priekšsēdētāja kungs!

Kā mēs zinām, kārtējo gadu Lībijā turpinās nežēlīgs pilsoņu karš, valda vardarbība, tūkstošiem cilvēku kļūst par bēgļiem. Un nav īsti saprotams, vai vispār 17. septembrī ar ANO starpniecību parakstītā vienošanās par deputātu padomi un jauno Vispārējo nacionālo kongresu var atnest Lībijas iedzīvotājiem tik sen gaidīto mieru.

Tomēr pašlaik tas ir vienīgais dokuments, kas ir uz galda. Lībija vispār potenciāli ir viena no bagātākajām Āfrikas valstīm un vispār valstīm lielā Tuvo Austrumu reģionā. Abstrahējoties, bet noteikti neaizmirstot par Muamara Kādafi valdīšanas laikā bijušajām problēmām, — tolaik dzīves līmenis valstī — Kādafi laikā — bija ļoti augsts. Kamēr tas lielā mērā bija atkarīgs arī no ogļudeņraža cenām, līdzīgs līmenis atkal ir iespējami sasniedzams. Līdz ar to, mums jāapvienojas visiem, lai palīdzētu Lībijai atgriezties civilizēto valstu saimē.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Im deutschen Volksmund gibt es ein Sprichwort, das heißt: Das Gegenteil von gut gemacht ist gut gemeint. Natürlich war es richtig, in Libyen die Diktatur zu beseitigen – es war gut gemeint. Natürlich war es auch richtig, dort gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen, aber die Situation in Libyen zeigt uns sehr deutlich, welche Fehler man nach der Ablösung von einem diktatorischen System eigentlich machen kann. Und da haben wir vieles falsch gemacht.

Das heißt für uns, an uns selber geht die Aufforderung: Wenn man in einem Land mithilft, diktatorische Systeme zu beseitigen, dann muss man auch intensiv beim Aufbau der demokratischen Verhältnisse mit dabei sein – beziehungsweise die entsprechenden Partner haben. Und das Groteske, was wir in Libyen haben: Wir haben erstens kein funktionierendes Staatssystem, und zweitens – mein Kollege vorher hat es schon gesagt – ist der Lebensstandard bei den Menschen eher gesunken. Insofern ist Libyen kein gutes Beispiel für eine europäische Außenpolitik. Daraus sollten wir dringend unsere Lehren ziehen.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Dal 2011 il territorio libico è teatro di una sanguinosa guerra civile che continua a mettere in ginocchio la popolazione e l'economia del paese.

Secondo il World Report 2015, pubblicato dallo Human Rights Watch, sarebbero 2.44 milioni le persone che attualmente necessitano di protezione e di forme varie d'assistenza umanitaria.

L'emergenza umanitaria è ulteriormente aggravata dalla forte instabilità politica che caratterizza le istituzioni di transizione, sostenute dalla comunità internazionale, ma contrastate dal potere e dai disordini delle milizie locali.

Inoltre il diffondersi dell'attività dei gruppi terroristici non ha fatto altro che peggiorare la situazione politica, sociale ed umanitaria del paese, rendendo indispensabile un intervento europeo.

Anche se la risoluzione presentata affronta tematiche importanti, ritengo che l'UE dovrebbe ideare una strategia più incisiva, condannando categoricamente un intervento individuale degli Stati Membri così come la creazione di ulteriori forze armate nazionali per il controllo del territorio.

Ecco perché ho espresso voto negativo.

John Stuart Agnew (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation in Libya's impact on the current migration crisis. As such we abstained on the resolution as whole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain on this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN-backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation of Libya's impact on the current migration crisis. As such we abstained on the resolution as whole.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre la situación en Libia, puesto que hace una defensa de la intervención militar de la OTAN en el año 2011 y considera que los bombardeos y la muerte de miles de libios, la situación de caos y destrucción del país, el riesgo de fractura y la progresión del mal llamado Estado Islámico (EI) cinco años después, la desestabilización de países y el flujo descontrolado de armas en la región valieron la pena. No solo no reconoce la responsabilidad occidental en el conflicto, sino que pretende añadir presión para una rápida implementación del Acuerdo Político Libio que, lejos de prosperar, ha propuesto un Gobierno que ya ha sido rechazado por el Parlamento de Tobruk.

La UE pretende presionar para la rápida formación de un único Gobierno títere que tenga legitimidad internacional y que pueda, por un lado, admitir que la operación Eunavfor Med Sophia de externalización de fronteras y obstáculo para la llegada de refugiados a la UE patrulle en aguas territoriales libias y, por otro, incluso justificar una nueva intervención militar extranjera en el país, esta vez con el pretexto de combatir al EI. Por esto he votado en contra.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – S'agissant de politique étrangère, les rapports du Parlement européen devraient se limiter à donner une position européenne commune sur telle ou telle situation dans le monde sans chercher à prendre la place des Etats membres.

En l'occurrence, il aurait été utile, comme notre groupe l'a fait, de rappeler que les puissances occidentales, Nicolas Sarkozy en tête, sont les premiers responsables de la situation dramatique que vit ce pays actuellement, la chute et la mort de Kadhafi ayant entraîné le chaos, la pauvreté, l'explosion des flux migratoires vers l'Europe, et surtout la guerre civile entre les tribus et les diverses factions islamistes. Il aurait été bon d'inviter les Etats membres de l'Union européenne à prendre de vraies mesures en vue de lutter contre les trafics de clandestins et d'accepter que l'on n'exporte pas la démocratie occidentale partout dans le monde. Les peuples ont en effet des modes de vie et un génie propre qu'il ne nous appartient pas de changer par la force, la destruction et le chaos.

Par conséquent, j'ai voté contre la proposition de résolution commune.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on the final vote due to excessive calls for European Union action as opposed to action by the Member States. I do recognise the need for co-operation between nations on this issue, but the appropriate vehicle for this would be NATO.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Il est crucial de stabiliser la situation politique en Libye. J'ai voté en faveur de cette résolution car elle est une condition préalable à toute intervention efficace de l'Union visant à endiguer le flux de migrants qui risquent leur vie en traversant la mer pour atteindre l'Europe et à faire face aux activités des groupes terroristes dans la région. L'Europe a déstabilisé cette région en destituant ses dirigeants, elle se doit par conséquent d'être un acteur principal du retour durable de la paix.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama toliau skirti pagalbą Libijai. Pritariu, kad 2015 m. gruodžio 17 d. pasirašytas JT remiamas Libijos politinis susitarimas yra svarbus žingsnis remiant demokratiškos ir taikios šalies kūrimą. Svarbu remti pasiekus Libijos partijų konsensusą sudarytą nacionalinę vienybės vyriausybę kaip vienintelę teisėtą Libijos vyriausybę. Libijos konflikto poveikis saugumui jos artimiausiose kaimyninėse šalyse, visų pirma Egipte ir Tunise, taip pat ir Alžyre išlieka viena opiausių problemų. Ekstremistinių organizacijų ir judėjimų veiklos aktyvėjimas Libijoje taip pat yra labai neraminantis. Šios grupuotės sudaro pagrindinę grėsmę viso regiono stabilumui ir saugumui Europoje. Pritariu raginimams tęsti humanitarinę, finansinę ir politinę pagalbą Libijai.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation in Libya's impact on the current migration crisis. As such we abstained on the resolution as whole.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce texte n'est qu'un prétexte pour conférer davantage de pouvoir au Service Européen pour l'Action Extérieure (SEAE) et confier donc la politique extérieure des Etats membres aux technocrates non élus de la Commission.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution commune qui se félicite de l'accord politique libyen signé le 17 décembre 2015 avec les Nations unies et qui demande à la chambre des représentants de faire des compromis et de poursuivre le débat en vue de l'approbation du gouvernement d'union nationale, conformément à l'accord politique libyen.

Ceci répond à la volonté d'engager le pays sur le chemin de la paix et de la stabilité et de défendre tous les citoyens libres.

L'Union européenne, comme toute la communauté internationale, ne doit en effet s'épargner aucun effort pour mettre fin à la violence et stabiliser la région.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La fine del regime del colonnello Gheddafi non ha rappresentato per la Libia l'avvio di un agile percorso verso la democrazia. Il prolungarsi della guerra civile, il permanere delle divisioni regionali con il contrasto tra Tripolitania e Cirenaica, la presenza dei legami tribali e infine l'affermarsi sul territorio libico di gruppi terroristici, hanno costituito e costituiscono importanti ostacoli per il processo di stabilizzazione e messa in sicurezza del paese. Il recente accordo politico siglato nel dicembre 2015 ha rappresentato senza dubbio un punto di svolta fondamentale, ponendo le premesse per l'avvio del processo di pace. Ho sostenuto e firmato la risoluzione sulla situazione in Libia per ribadire il sostegno dell'Europa a questo difficile cammino intrapreso dalle due entità rappresentative dei cittadini libici. La nomina di un governo di unità nazionale può rappresentare una grande opportunità per affermare la democrazia nel paese e limitare i rischi di espansione dell'instabilità in tutta l'area del mediterraneo meridionale. L'UE deve sostenere con forza gli accordi garantendo tutto l'aiuto possibile in particolare nell'ambito degli aiuti umanitari e della politica di sicurezza e difesa comune.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento libio rechazó la Resolución de la ONU por la que se trataba de implementar un plan de estabilización en la zona que incluía un Gobierno de unidad. La propia Comisión Europea lamentó en declaraciones públicas una actitud irresponsable por parte de los representantes libios. Votamos en contra ya que, en nuestra opinión, la resolución del conflicto político libio y la formación de un Gobierno de unidad deben ser condiciones *sine qua non* previas a la adopción de cualquier resolución o acción por parte de la UE.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a los que han trabajado en esta Resolución sobre la situación en Libia el trabajo realizado. He apoyado esta Resolución en la que se condenan los atentados terroristas desestabilizadores perpetrados por el Daesh contra la población libia, incluidas las minorías y las infraestructuras. Hay que centrarse en la reconstrucción del país, para lo cual es fundamental la colaboración entre diferentes instituciones y organismos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai rejeté cette résolution concernant la situation en Libye.

En effet, une nouvelle fois, les parlementaires européens semblent pris d'amnésie concernant les origines de la déstabilisation du Moyen-Orient; c'est leur offensive en Libye qui a fait de cette partie du monde une véritable poudrière.

Après avoir enflammé toute la zone, l'Union européenne se rêve en pompier, comme on le voit avec des propositions de cette résolution visant à substituer aux États membres leurs compétences en matière de diplomatie et de défense.

Mais le véritable projet n'est pas une «Europe puissance» mais bien, comme le marque le paragraphe 11 de cette résolution, de devenir le bras armé de l'OTAN, donc des intérêts américains, en dépit de tout réalisme géopolitique.

Les députés de tous bords politiques, Verts, républicains, socialistes, s'accordent pour brader la souveraineté de la France et faire de l'Union le petit soldat accomplissant les basses besognes de l'OTAN, se servant du conflit libyen pour mettre au pas les États récalcitrants face à une telle diplomatie.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur individuando le corrette problematiche e sfide per affrontare la situazione libica, che ci pone di fronte all'espandersi del terrorismo e a una destabilizzazione sempre più incontrollata dell'area, individua però soluzioni che non condivido e che non porterebbero a miglioramenti. Per questo mi sono espressa con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned rösten.

Resolutionen innehåller flera viktiga förslag och ståndpunkter. Men den saknar en självkritisk analys av hur USA:s, NATO:s och flera EU-länders militära ingripande genomfördes, liksom avsaknaden av en plan för hur demokratin och en fungerande stat skulle byggas upp i Libyen efter händelserna år 2011. Eftersom en sådan analys saknas och dessutom stödjer NATO:s inblanding väljer jag att lägga ned rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Desde la intervención militar de la OTAN y el derrocamiento de Muamar Gadafi en 2011, varios partidos políticos, tribus y milicias se disputan el poder y el control de los yacimientos de gas y petróleo del país. En diciembre se logró un acuerdo para formar un Gobierno de unidad nacional gracias a la mediación de la ONU, los Estados Unidos e Italia. El compromiso contó con la firma de miembros de los dos bandos, pero muchos siguen oponiéndose al pacto. A pesar de estos tímidos avances la anarquía sigue teniendo enormes costes y sigue aumentando el número de personas asesinadas, secuestradas o encarceladas sin el debido proceso judicial. Además, Libia es un país de tránsito para los refugiados y emigrantes procedentes de África y Oriente Medio; también es preocupante el tráfico descontrolado de armas y combatientes a través del Sahel. Ante esta situación de caos, esta Resolución condena firmemente los recientes atentados terroristas perpetrados en Zliten y urge al Consejo de la Presidencia a formar un Gobierno de unidad nacional cuanto antes, ya que es la única manera de que Libia vuelva al sendero de la paz, la estabilidad y la prosperidad. Por ello he votado a favor de esta Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas įvertino padėtį Libijoje. Libijoje po M. Gaddafi diktatūros nuvertimo politinė tuštuma ir stabilios vyriausybės nebuvimu pasinaudojo grupuotė „Daesh“, kurios gretose yra užsieniečių ir Libijos teroristų, grįžusių į šalį po kovų Irake ir Sirijoje. Libijoje grupuotės „Daesh“ pajėgos tapo didžiausios už Viduriniųjų Rytų ribų ir šalis yra pagrindinis tos grupuotės pajėgų centras pietinėje Viduržemio jūros pakrantėje, dėl teroristinių aktų keliantis didžiulį pavojų kaimyninėms šalims Sahelyje ir Sacharoje, taip pat Europai. Parlamentas išreiškė apgailestavimą, kad Atstovų Rūmai Tobruke atmetė pirmąjį pasiūlymą dėl vieningos vyriausybės, ir paragino dvi pagrindines Libijos institucijas pritarti šiam pasiūlymui, kuris yra svarbus žingsnis įgyvendinant Libijos politinį susitarimą ir kuriuo siekiama eiti taikos ir stabilumo šalyje keliu bei ginti visus Libijos piliečius. Todėl Parlamentas išpėjo, kad pripažins ir remis pasiekus Libijos partijų konsensuą sudarytą nacionalinę vienybės vyriausybę kaip vienintelę teisėtą Libijos vyriausybę ir pabrėžė, kad Libija pati turi valdyti politinį procesą, ir tai, kad svarbu ir toliau užtikrinti, kad jis būtų integracinio pobūdžio, taip pat konstruktyviai į jį įtraukiant genčių tarybas,

teigiamą moterų dalyvavimą ir pilietinę visuomenę, politinių ir vietos veikėjų indėlį, kad būtų laiku pakeista ir priimta konstitucija, kuria būtų įtvirtinta demokratija, žmogaus teisės ir pilietinės laisvės.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Po propadlem poskusu oblikovanja vlade narodne enotnosti v Libiji, ki bi državo vsaj navidezno stabilizirala, se Libija spet nahaja v praktično brezizhodnem položaju. Sektaški konflikti, anarhija in grožnja pred Islamsko državo številne prebivalce te države pošilja na smrtonosno pot skozi Sredozemlje proti Evropi.

Razmere, kakršnim smo priča danes, tudi kažejo na nepremišljenost evropske zunanje politike oz. njenih posameznih držav v preteklosti. Po padcu Gadafijevega režima, ki ga nikakor ne opravičujem, je z državo šlo le še navzdol. Po petih letih imamo tako stanje, ki predstavlja veliko varnostno grožnjo za Evropo. Libija je bila uspešna država, poslovala je s številnimi zahodnimi državami, v času bivše Jugoslavije je tja na delo odšlo tudi ogromno Slovencev.

Žal je danes Libija le še senca tega kar je bila. Naša naloga je, da naredimo vse, kar je v naši moči, da pomagamo Libijkam in Libijcem vzpostaviti takšno vlado, ki bo uspela v državi vzpostaviti mir in se učinkovito boriti proti islamskim skrajnežem. V nasprotnem primeru namreč ne bodo trpeli le Libijke in Libijci, pač pa tudi Evropejke in Evropejci.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu izjavu kojom se pozdravlja potpisivanje libijskog političkog sporazuma za formiranje nacionalne vlade. Reforme, konsolidiranje vladavine prava, borba protiv terorizma, poboljšanje stanja ljudskih prava i fenomen migracija, borba protiv krijumčara ljudima, samo su neki od velikih izazova koji čekaju Libiju u budućnosti, stoga je ovo trenutak kada je napravljen veliki korak naprijed u borbi za bolju budućnost ove zemlje.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la situazione attuale in Libia rappresenti un grande fattore di instabilità per tutta la regione del Mediterraneo, del Maghreb e del Mashreq e, di conseguenza, dell'Europa. Pertanto sono convinta che l'Unione europea debba adoperarsi per cercare di sostenere il popolo libico e per trovare una soluzione che riporti la pace nel paese.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution décrit correctement la situation dramatique actuelle en Libye, où des milices lourdement armées ainsi que des cellules de l'État islamique ont pris le pouvoir depuis la chute du régime de Kadhafi. L'instabilité politique actuelle a renforcé les réseaux criminels, terroristes et islamistes, qui représentent une menace incontestable pour les minorités ethniques et religieuses. Je tiens également à rappeler que la présence et l'influence croissante des fondamentalistes islamistes en Libye constitue un grave danger pour les femmes, dont les libertés se sont considérablement réduites.

Néanmoins je regrette qu'à aucun moment ne soit mentionnée dans le texte la lourde responsabilité de l'Union européenne et de certains de ses États membres dans la chute du pouvoir de Kadhafi, qui a conduit à l'arrivée des islamistes en Lybie. En bon pompier pyromane, l'Union européenne souhaite désormais rattraper ses erreurs. Or nous considérons qu'il est préférable qu'elle s'abstienne de toute intervention diplomatique au vu de ses résultats en matière de politique étrangère. Seule une coopération entre les différentes puissances de la région et les Nations unies permettra de mettre un terme au chaos libyen et d'éradiquer définitivement le fondamentalisme islamiste.

J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Situația din Libia este marcată de puternice conflicte interne, instabilitate și disensiuni politice. Această situație a fost percepută favorabilă de diferite forțe extremiste, care amenință pacea și securitatea în întreaga regiune. Unul dintre cele mai vizibile grupuri teroriste este Daesh care a lansat ofensive majore asupra instalațiilor petroliere extrem de importante din Libia.

Mai mult, situația drepturilor omului continuă să se deterioreze în întreaga țară, incluzând cazuri de detenții arbitrare, răpiri, execuții extrajudiciare, acte de tortură și de violență împotriva ziariștilor, funcționarilor, personalităților politice și apărătorilor drepturilor omului. Totodată, au fost semnalate multiple cazuri în care persoanele care introduc ilegal migranți au exploatat refugiații care încearcă să ajungă în Europa.

Uniunea Europeană este profund îngrijorată de prezența crescândă a organizațiilor și mișcărilor extremiste în Libia. Aceste grupuri reprezintă o amenințare majoră pentru stabilitatea și securitatea întregii regiuni și, de asemenea, pentru securitatea Europei.

Astfel, se impune ca UE să acorde în continuare sprijin umanitar, financiar și politic pentru a face posibilă soluționarea crizei umanitare din Libia și a răspunde în mod adecvat suferințelor persoanelor și refugiaților, precum și ale civililor confrunțați cu întreruperea accesului la serviciile de bază, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestei propuneri de rezoluție.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Mi sono astenuto su questa risoluzione poiché considera correttamente le problematiche e le sfide che la situazione in Libia ci pone davanti, ma individua soluzioni sbagliate. L'imposizione di un governo non condiviso dalle parti ma sostenuto da attori internazionali esterni pone grosse problematiche democratiche. La minaccia di imporre sanzioni alle autorità locali e personalità che non accettino un tale governo è l'opposto del confronto democratico (la fazione di Tripoli fa capo alla Fratellanza Islamica e ha imposto con la forza e con l'uso di un barbaro estremismo religioso il proprio controllo sulla popolazione di quella parte di territorio). L'obiettivo è chiaro: i soliti circoli mondialisti e finanziari vogliono mettere le mani sulle risorse della Libia scavalcando il popolo libico. In Libia c'è un problema, se n'è accorto anche il Parlamento europeo, ma noi abbiamo altre soluzioni, quali la collaborazione militare con l'esercito libico riconosciuto nell'arginare l'avanzata dell'Isis, bombardamenti mirati delle zone occupate dai terroristi, il pattugliamento congiunto delle coste e l'implementazione di un governo di transizione che fermi davvero l'invasione clandestina dell'Europa e che rispetti davvero la volontà del popolo libico e non le ambizioni dei potentati economici internazionali.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla situazione in Libia. La risoluzione ha sottolineato l'importanza della firma dell'accordo politico libico relativo alla formazione di un governo di intesa nazionale (GIN) quale unico governo legittimo della Libia, un evento che rappresenta un'opportunità unica per uno Stato civile democratico attraverso un consenso nazionale. Solo così la Libia potrà iniziare a risollevarsi da una situazione ormai insostenibile e porre rimedio alla sofferenza della sua popolazione. La Camera dei rappresentanti e la sua presidenza continuano in questa direzione e si impegnano per il sostegno del governo di intesa nazionale. Una volta consolidato l'accordo, ci sarà la possibilità di consolidare lo Stato di diritto, combattere con maggiore vigore il terrorismo, migliorare la situazione dei diritti umani e affrontare in maniera determinata il fenomeno della migrazione. Per favorire l'instaurazione del nuovo governo di intesa nazionale, l'Unione europea e i suoi Stati membri devono continuare a collaborare con le autorità libiche ed elaborare un pacchetto coordinato di misure a loro sostegno. La risoluzione ha evidenziato questi elementi e ho quindi deciso di votare in suo favore.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation in Libya's impact on the current migration crisis. As such we abstained on the resolution as whole.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution as I am deeply concerned about the current situation in Libya. The lack of a stable government and the wider political circumstances are of a significant advantage to Daesh and other similar groupings, and all of this contributes to the deteriorating human rights situation.

I welcome the UN-backed Libyan Political Agreement signed in December 2015 and I hope it will be successfully implemented, as it should result in greater political stability. I believe that economic recovery plays a significant part in greater political stability. I also hope that the wider international community will actively support Libya in state- and institution-building.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La disgregazione economica e la violenza in Libia stanno permettendo alle organizzazioni estremiste di fiorire, senza contare che i conflitti in corso sul suolo libico stanno destabilizzando anche la regione del Sahel. Con questa relazione, sulla quale ho espresso voto favorevole, il Parlamento europeo chiede che l'UE e la comunità internazionale continuino a fornire assistenza umanitaria, finanziaria e politica per far fronte alle difficoltà degli sfollati interni e dei rifugiati e a quelle dei civili che affrontano l'interruzione dell'accesso ai servizi di base. Il Parlamento europeo sostiene inoltre il governo d'intesa nazionale di recente formazione e le istituzioni nazionali che devono guidare la Libia verso una transizione postrivoluzionaria, riportandola sul cammino della costruzione di un paese democratico, pacifico, stabile e prospero. Questo è l'obiettivo prioritario, bombardare e dispiegare i nostri eserciti finirebbe solo a far coalizzare le milizie islamiche intorno al catalizzatore di Daesh e non possiamo permettere

di nuovo che la catastrofe di una guerra dissennata dell'emergenza si abbatta contro di noi.

Δευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Λιβύη και εκφράζουμε τη σοβαρή μας ανησυχία για την τύχη των μεταναστών, των αιτούντων άσυλο και των προσφύγων στη Λιβύη. Ζητούμε από την ΕΕ και τα κράτη μέλη να λάβουν μέτρα προς την αποτελεσματική αντιμετώπιση των αυξανόμενων μεταναστευτικών και προσφυγικών ροών από την Βόρεια Αφρική, και ιδίως από τη Λιβύη. Ταυτόχρονα, καλούμε την Επιτροπή και την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Εξωτερικής Δράσης, να εστιάσουν την υποστήριξή τους στην οικοδόμηση του κράτους και των θεσμών και, από κοινού με τα κράτη μέλη, τον ΟΗΕ, το ΝΑΤΟ και τους περιφερειακούς εταίρους, να συμβάλουν στην μεταρρύθμιση του τομέα ασφάλειας και τη δημιουργία, υπό τον έλεγχο της Κυβέρνησης Εθνικής Ενότητας, αποτελεσματικού εθνικού στρατού και αστυνομικών δυνάμεων ικανών να διασφαλίσουν τον έλεγχο σε όλη την επικράτεια και τα χωρικά ύδατα της Λιβύης.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato favorevolmente la risoluzione poiché ritengo che la ripresa economica sia una tappa essenziale per una transizione democratica in Libia ed in ogni caso per la sua stabilizzazione politica, obiettivi che ad oggi sembrano lontani dall'essere raggiunti. Ponendosi quale attore principale del bacino del Mediterraneo, l'Unione dovrebbe pertanto rendersi disponibile ad offrire un sostegno immediato, nei settori che saranno considerati prioritari, di concerto con il nuovo governo di intesa nazionale libico, una volta costituito. Se ciò non avvenisse nei tempi che l'Europa ed il Mondo auspicano, la grave e già insostenibile situazione dei migranti, dei richiedenti asilo e dei profughi in Libia continuerà inevitabilmente a peggiorare.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Sono molto preoccupato per la situazione in Libia. A maggior ragione per come si sono evoluti negli ultimi tempi di Gheddafi i rapporti con il nostro paese. Noi abbiamo un legame particolare con loro e questo ci carica di responsabilità, mentre devo ammettere che in passato forse qualche errore di leggerezza è stato commesso e ora ne paghiamo le conseguenze. Ho apprezzato i toni e gli intenti di questa risoluzione, alla quale ho dato voto favorevole, perché ritengo che la Libia sia uno dei nodi da scegliere per stabilizzare l'area, combattere l'avanzata dello Stato Islamico, e risolvere il problema dei migranti.

David Coburn (EFDD), in writing. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation in Libya's impact on the current migration crisis. As such we abstained on the resolution as whole.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – A primavera árabe, que atravessou grande parte do norte do continente africano, determinou o fim de regimes ditatoriais de décadas. A Líbia foi mais um exemplo destas rupturas com o passado.

No entanto, quase cinco anos volvidos depois do assassinato de Kadhafi, o País está ainda a braços com a guerra, a fome e tortura e com um estado longe de consolidado. Não será certamente possível no futuro imediato estabilizar este país e consolidar a transição de regime. As consequências para os seus cidadãos e para a região, incluindo a União Europeia, são vastíssimas. O seu território tornou-se num manto de deslocados internos, que buscam refúgio noutros territórios; num paraíso para organizações terroristas como o Daesh e a Al-Qaeda; num hub de tráfico de pessoas e armas.

Para que seja possível paz e prosperidade na Líbia, é pois crucial envidar esforços a nível internacional, a começar pela legitimação dos órgãos democraticamente já eleitos. Por outro lado, impõe-se que as várias alianças tribais internas consigam resolver as suas divergências. À União e aos Estados-Membros, em particular, não se pode exigir senão um comprometimento total. Se não por outra razão, porque também se ataca a origem da crise de refugiados.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione che riguarda la situazione in Libia in quanto ritengo necessario aumentare il livello di cooperazione con tutte le missioni UE e ONU presenti in tale territorio al fine di poter raggiungere maggiore stabilità nel suddetto paese. La Libia attualmente si trova in difficoltà non solo per le rivalità politiche interne ma anche per via dell'infiltrazione di Daesh nel territorio, che sta destando notevoli preoccupazioni. La Libia si trova a poche miglia di mare dall'Italia e quindi anche per aumentare la sicurezza nel nostro paese è importante dare tutto il sostegno possibile alle operazioni attualmente in corso e considerare nuove strategie per raggiungere risultati efficaci nel minor lasso di tempo possibile onde evitare ripercussioni in Europa.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This motion for a resolution recognises the challenges that the breakdown of governance in Libya poses to other States. It welcomes the UN-backed Libyan Political Agreement signed in December 2015, but identifies areas of concern. These include the growing presence of Daesh in Libya which continues to destabilise the country and threaten neighbouring countries as well as the porosity of Libya's borders due to a lack of central political control. Both these circumstances greatly affect the European Union and its citizens as it threatens to bring terror to European territory and facilitates the proliferation of weapons and the movement of armed groups. The resolution also encourages the Commission and the European External Action Service to focus their efforts on supporting State building and institution building in Libya and to cooperate with UN in these efforts. I have thus voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre la situación en Libia, puesto que hace una defensa de la intervención militar de la OTAN en el año 2011 y considera que los bombardeos y la muerte de miles de libios, la situación de caos y destrucción del país, el riesgo de fractura y la progresión del mal llamado Estado Islámico (EI) cinco años después, la desestabilización de países y el flujo descontrolado de armas en la región valieron la pena. No solo no reconoce la responsabilidad occidental en el conflicto, sino que pretende añadir presión para una rápida implementación del Acuerdo Político Libio que, lejos de prosperar, ha propuesto un Gobierno que ya ha sido rechazado por el Parlamento de Tobruk.

La UE pretende presionar para la rápida formación de un único Gobierno títere que tenga legitimidad internacional y que pueda, por un lado, admitir que la operación Eunavfor Med Sophia de externalización de fronteras y obstáculo para la llegada de refugiados a la UE patrulle en aguas territoriales libias y, por otro, incluso justificar una nueva intervención militar extranjera en el país, esta vez con el pretexto de combatir al EI. Por esto he votado en contra.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Drepturile omului și situația umanitară din Libia s-au deteriorat pe fondul escaladării violențelor și a prezenței unui mediu politic din ce în ce mai volatil. Libia găzduiește sute de mii de refugiați și solicitanți de azil de diferite naționalități, dintre care mulți trăiesc în condiții precare, devenind astfel un teren de tranzit pentru traficul de ființe umane, care a dus la moartea a mii de oameni încercând să traverseze Marea Mediterană pentru a ajunge în Europa.

Este important ca Acordul Politic Libian să fie pus în aplicare cu bună-credință, cu voință politică susținută și incluziune. Implementarea acestuia va oferi instrumentele necesare pentru a aborda provocările urgente de reformare și construire a instituțiilor statului, consolidarea statului de drept, combaterea terorismului, îmbunătățirea situației drepturilor omului, combaterea traficului de ființe umane și stimularea creșterii economice.

Susțin cu fermitate intensificarea finanțării umanitare de la nivel european și internațional pentru a satisface nevoile cele mai urgente ale celor care au fost grav afectați de conflictul din Libia, precum și necesitatea de a oferi fonduri organizațiilor umanitare pentru o evaluare mai bună a situației și a îmbunătățirii intervențiilor la nevoile de pe teren.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament ma elfogadott állásfoglalási indítványa üdvözlí az ENSZ támogatásával 2015. december 17-én létrejött líbiai politikai megállapodást, amely kulcsfontosságú lépés a líbiai politikai megállapodás végrehajtása terén. Egy biztonságos és politikailag stabil Líbia nem csupán a líbiai polgárok, hanem az egész régió és az Európai Unió biztonságának szempontjából is elengedhetetlenül szükséges. Az indítvány elítéli a Dáís által a líbiai nép ellen elkövetett, destabilizáló terrortámadásokat, ideértve a kisebbségek és az al-szidrai és Rasz Lanuf-i olajlétesítmények ellen elkövetett támadásokat, és minden, a stabilizálódás folyamatának megzavarására irányuló törekvést. Úgy véli, hogy az Uniónak a közös biztonság- és védelempolitika keretében élnie kell a diplomáciai és külpolitikai eszközeivel, és a régió stabilizálására kell törekednie. Amióta Líbiában anarchia tombol, az ország még inkább tranzitónává vált az Európa déli határai felé irányuló embercsempészet számára. Ezért is arra kéri az ENSZ Menekültügyi Főbiztosának Hivatalát, hogy erőteljesebben vegyen részt az ENSZ erőfeszítéseinek koordinálásában és felkéri az EU-t és a tagállamo-

kat, hogy hatékonyan kezeljék az Észak-Afrikából, különösen Líbiából érkező, hirtelen megugró migrációs és menekülthullámok problémáját.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Zmiana systemu po upadku reżimu w 2011 roku naznaczona jest załamaniem się praworządności i szerzącą się przemocą. Wytworzona próżnia władzy oraz brak stabilności sprawiły, że władzę nad poszczególnymi częściami terytorium przejęło wiele różnych oddziałów wojskowych, a w Trypolisie i Tobruku utworzono dwa zwalczające się rządy i osobne parlamenty, przy czym społeczność międzynarodowa uznaje tylko władze w Tobruku. W ostatnich miesiącach zostały zintensyfikowane wysiłki międzynarodowe w kierunku zakończenia przemocy i politycznego impasu, skutkując m.in. podpisaniem 17 grudnia 2015 Libijskiego Porozumienia Politycznego, co otwiera drogę do utworzenia instytucji Rady Prezydenckiej. Społeczność międzynarodowa liczy na to, że powołanie nowego rządu ustabilizuje sytuację w kraju i pozwoli na zajęcie się coraz poważniejszym zagrożeniem ze strony ISIS (Da'esh), które stara się zagospodarować powstałą próżnię władzy. Ponadto, Libia stała się państwem z którego ucieka najwięcej migrantów, kierując się przez Morze Śródziemne do krajów UE, i w którym jednocześnie ISIS (Da'esh) zdobyło kolejny punkt zaczepienia dla swojej organizacji, korzystając z szerzącej się przemocy i zamętu politycznego - co zagraża bezpieczeństwu w regionie na coraz szerszą skalę. Mając na uwadze sytuację wewnętrzną Libii oraz zagrożenia płynące z destabilizacji kraju pod kątem obywateli Libii – poparłem rezolucję.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The situation in Libya has continued to worsen over the past months. I believe that the issue had to be addressed earlier if all Libyan parties reached a compromise. I still believe in a deal for the Libyans by the Libyans, as I have always emphasised. My biggest concern is that if sanctions are set at this point in time, the matter could again get out of control, due to a negative counter-reaction from the Libyans. It is a fact that the Daesh presence in Libya makes it a matter of urgency for efforts against it to take off as soon as possible. However, this cannot be done if there is no genuine agreement among the Libyan parties that can hold. More efforts are needed to bring all the disparate forces on board. For these reasons I abstained on this resolution.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – Sostengo la Risoluzione sulla situazione in Libia che esprime grave preoccupazione per la decisione del Parlamento di Tobruk di respingere la composizione del governo di intesa nazionale proposto dal premier Al-Sarraj. Un passo indietro inaspettato rispetto agli accordi di Marrakech, siglati sotto l'egida delle Nazioni Unite, che rischia ancora una volta di far precipitare la situazione all'interno del complesso e frammentato mosaico libico.

In questo momento così delicato, l'Unione europea e i suoi rappresentanti dovranno continuare a lavorare con costanza e determinazione per accompagnare la Libia verso una transizione politica, con il fine di creare un nuovo assetto istituzionale duraturo. L'impegno delle istituzioni europee dovrà concentrarsi sull'assistenza verso una riforma del sistema di giustizia e del settore della sicurezza, incluso la creazione di una forza di polizia e militare che riesca ad assicurare il controllo del territorio.

Il popolo libico ha urgente bisogno di un governo unitario e di istituzioni stabili che siano capaci di affrontare le delicate sfide che stanno destabilizzando da vari anni tutto il paese: in primis il dilagare di Da'esh e di numerosi movimenti estremisti. Una Libia finalmente più sicura e democratica sarà uno dei tasselli determinanti per la sicurezza dell'intero scacchiere mediterraneo e mediorientale.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Cette proposition de résolution réagit à la constitution récente d'un gouvernement d'unité nationale en Lybie, alors que le pays fait face à une instabilité politique sans précédent depuis la chute du régime Kadhafi. Dans un pays encore marqué par de nombreux conflits régionaux et locaux, les députés accueillent favorablement le nouveau gouvernement d'unité reconnu par l'ONU. C'est une étape essentielle dans la mise en œuvre de l'accord politique de la Libye et vers la transition post-révolution pour construire un pays démocratique, stable et prospère. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur de la résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la situation en Libye, où le chaos a succédé au chaos. Plaque tournante du terrorisme et du trafic d'armes sur laquelle le groupe «État islamique» tente d'étendre son influence, Libye se trouve dans une situation particulièrement grave et préoccupante. L'Union européenne doit continuer à l'encourager dans son processus de stabilisation avec une solution politique. Les États membres doivent s'engager aux côtés de l'Union européenne pour soutenir la transition démocratique en Libye.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho accolto con favore l'accordo politico libico raggiunto lo scorso 17 dicembre che prevedeva la nascita di un governo d'intesa nazionale con il compito di guidare la Libia verso la costruzione di uno Stato democratico, pacifico e stabile. La continua e crescente presenza di organizzazioni e di movimenti estremisti in Libia è però estremamente preoccupante, non solo per la stabilità del paese ma anche per le ripercussioni che la guerra civile sta causando sulla sicurezza degli Stati confinanti. Per questo ho deciso di votare a favore di questa proposta di risoluzione che chiede alla Comunità internazionale di continuare a fornire assistenza umanitaria, finanziaria e politica per far fronte alla pericolosa situazione in Libia.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte formule un constat lucide sur la situation chaotique en Libye. Malheureusement, il profite de celle-ci pour prêter de manière injustifiée un rôle international à l'Union européenne, au risque de pratiquer une ingérence illégitime, ou de se substituer de manière inacceptable à la politique extérieure des États membres. Étant attachée à la défense des pouvoirs régaliens qu'il reste aux États, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Разискваме ситуацията в Либия. Няма ситуация в Либия, просто защото вече няма Либия. Тази страна, която беше приятел на всички западни демокрации, вече не съществува. На територията на някогашна Либия днес имаме война, война между различни племенни съюзи, подкрепящи една или друга терористична организация и/или такива, които се бият срещу тях.

И тук трябва да кажем в прав текст кой е виновен за това. Сега ние трябва да се борим с тези последствия, но трябва също така да извлечем съответните поуки и да помогнем отново тази държава да заработи. А това минава през спирането на ДАИШ и нейните помагачи като Турция. Надявам се това да се случи, ето защо подкрепих тази резолюция.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Καταψηφίζουμε την Πρόταση Ψηφίσματος, η Ένωση και πολλά από τα κράτη-μέλη, αφού πρώτα κατέστρεψαν την Λιβύη για να εξυπηρετήσουν τα δικά τους συμφέροντα, σήμερα εμφανίζονται έτοιμα να προωθήσουν ακόμα μια στρατιωτική επέμβαση, η οποία και θα βυθίσει τη χώρα σε μεγαλύτερο χάος. Διαφωνούμε κάθετα λοιπόν με την προσέγγιση της Ένωσης.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A situação da Líbia continua instável e, desde agosto de 2014, duas instâncias políticas (o CR em Tobruk, reconhecido pela comunidade internacional, e o novo CGN, que se impôs em Trípoli) reivindicam a direção do país, ambos apoiados por várias milícias fortemente armadas ligadas a regiões, cidades e tribos, com diferentes antecedentes.

O vazio político e a ausência de um governo estável têm sido explorados pelo Daesh, cujas fileiras incluem terroristas estrangeiros e líbios de regresso, depois de combater no Iraque e na Síria e têm vindo a conduzir grandes ofensivas contra importantes instalações petrolíferas na Líbia, com o objetivo de aumentar o seu tesouro de guerra e de controlar as enormes instalações petrolíferas.

Por isso, condeno os ataques terroristas desestabilizadores do Daesh contra o povo líbio, incluindo as minorias, bem como contra as infraestruturas petrolíferas e qualquer tentativa de perturbar o processo de estabilização do país.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução omite de forma despudorada as responsabilidades da UE na agressão militar, que foi legitimada por este Parlamento em 2011, e os gravíssimos problemas de instabilidade política e económica que assolam a região e que resultaram da intervenção estrangeira protagonizada pela NATO, EUA e UE.

Uma guerra de agressão imperialista que criou uma enorme tragédia para a população civil, com milhares de mortos e a destruição da infraestrutura social e económica deste país.

Omite igualmente as responsabilidades das grandes potências no alastramento de grupos terroristas na região, nomeadamente por via da continuada venda e exportação de armas.

Estamos perante uma ofensiva imperialista contra o mundo árabe que consagra a postura neocolonialista do Ocidente em relação ao Norte África e ao Médio Oriente, motivada pelo controlo geoestratégico e exploração das imensas riquezas da região, nomeadamente as suas reservas de petróleo.

Por último, a resolução abre portas e legitima a possibilidade de uma nova intervenção militar externa na Líbia, que tudo aponta estar em preparação.

Reafirmamos o direito do povo líbio a decidir sobre o seu destino, o seu direito à soberania e à paz, livres de ingerências externas.

Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the resolution as a whole.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Milície spojené s Islamským štátom využili občiansku vojnu a mocenské vákuum, aby rozšírili svoju prítomnosť v krajine, a čoraz častejšie uskutočňujú teroristické činy a brutálne zneužívajú miestne obyvateľstvo. Začiatkom januára 2016 tieto skupiny začali ofenzívu proti veľkým ropným zariadeniam na stredovýchodnom pobreží a zároveň uskutočnili najtragickejší teroristický útok v Líbyi od roku 2011, keď usmrtili desiatky nových príslušníkov polície Zlitene. Víтам podpis líbyjskej politickej dohody na vytvorenie vlády národnej dohody ako jedinej legítimnej vlády, pretože najúčinnjšou odpoveďou na prítomnosť radikálnych militantov v Líbyi je v konečnom dôsledku vytvorenie inkluzívnych domácich inštitúcií, ktoré sú schopné zabezpečovať právny štát, poskytovať verejné služby a zaisťovať miestnu bezpečnosť a účinne bojovať proti skupinám, ktoré ohrozujú stabilitu krajiny a širšieho regiónu. Táto vláda sa musí v krajine usilovať o uskutočnenie reforiem, aby bola schopná čeliť výzvam zo strany teroristov a milícií.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo perché, nonostante si pongano problematiche corrette riguardo la Libia, la risoluzione propone azioni diverse rispetto alle nostre posizioni.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος, εφόσον η Ένωση και πολλά από τα κράτη-μέλη, αφού πρώτα κατέστρεψαν τη Λιβύη για να εξυπηρετήσουν τα δικά τους συμφέροντα, σήμερα εμφανίζονται έτοιμα να προωθήσουν ακόμα μια στρατιωτική επέμβαση, η οποία και θα βυθίσει τη χώρα σε μεγαλύτερο χάος. Διαφωνώ κάθετα, λοιπόν, με την προσέγγιση της Ένωσης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I believe we must support the Government of National Accord and fully back the mediation efforts of the Special Representative of the UNSG aimed at facilitating a Libyan-led political solution in finding a negotiated settlement to resolve the crisis and to ensure unity, governability, stability and peace.

I therefore welcome the signature of the Libyan Political Agreement (LPA) to form a Government of National Accord (GNA), as the sole legitimate government of Libya. I invite the House of Representatives and its Presidency to show a spirit of compromise and convene and discuss proposed cabinet with a view of an endorsement of the Government of National Accord. It is crucial the Libyan Political Agreement be implemented with inclusiveness; This will provide the necessary tool to address the urgent challenges of reforming and building state institutions, consolidating the rule of law, fighting terrorism, improving the human rights situation and the phenomenon of migrations, combating human smugglers as well as of stimulating economic growth.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que, tras la caída del dictador Gadafi, se creó un vacío político sin un Gobierno estable, hecho que ha sido aprovechado por Dáesh, que ejerce el pleno control en una zona de más de 200 km alrededor de Sirte y que también cuenta con una base de entrenamiento al oeste de Trípoli. No hay duda de que el Acuerdo Político Libio aspira a garantizar los derechos democráticos, establecer un Gobierno de consenso basado en el principio de la separación de poderes y capacitar a las instituciones del Estado. Debemos apoyar al Gobierno de Consenso Nacional formado por consenso entre los partidos libios como el único Gobierno legítimo del país y contribuir en todo lo posible a la estabilización del país.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore l'accordo politico libico siglato il 17 dicembre 2015 che sostiene il governo d'intesa nazionale di recente formazione e le istituzioni nazionali che devono guidare la Libia verso una transizione post rivoluzionaria, riportandola sul cammino della costruzione di un paese, pacifico, stabile. È tempo che la comunità internazionale si renda conto degli errori del passato e sostenga gli sforzi dei libici nel processo di pace e stabilizzazione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto con grande convinzione la risoluzione comune sulla situazione in Libia, perché ritengo che l'Accordo politico, firmato lo scorso dicembre dai rappresentanti dei Parlamenti di Tripoli e Tobruk, rappresenti un punto di partenza fondamentale per la stabilizzazione della Libia.

Dopo anni di guerra civile, il Governo di Unità Nazionale, in via di formazione in queste settimane, ha urgente bisogno di sostegno da parte della comunità internazionale e, in particolare, dell'UEa, perché costituisce davvero l'unica speranza per una pace stabile e l'unica via d'uscita verso la transizione democratica nel paese.

L'ISIS continua a guadagnare posizioni sul campo ed è di queste ore la notizia secondo cui migliaia di foreign fighter stanno affluendo verso la città di Sirte. Si tratta dunque di una minaccia urgente, anche per la sicurezza dell'Europa stessa, ed è per questo che bisogna auspicare che l'insediamento del Governo giunga rapidamente e che l'UE gli conferisca tutto il sostegno necessario.

Certamente il percorso di ricostruzione del paese sarà lungo e non privo di difficoltà: il ripristino delle strutture statali, il consolidamento dello stato di diritto, il miglioramento della situazione sui diritti umani e il fenomeno della migrazione sono tutte sfide ambiziose e di grande portata.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Resolution zur Lage in Libyen gestimmt, da ich eine weitere Stabilisierung und Befriedung des nordafrikanischen Raumes für unbedingt notwendig halte und eine erklärte Unterstützung durch die EU begrüße.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Lage in Libyen ist äußerst besorgniserregend. Besonders das bestehende Machtvakuum und die deutliche Verschlechterung der Menschenrechtslage bereiten mir Sorge. Auch ist Libyen eines der größten Aufnahmeländer für Flüchtlinge und deshalb besonders belastet. Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der EU, Libyen ausreichend Unterstützung zukommen zu lassen. Hier muss eng mit anderen Organisationen zusammengearbeitet werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution urging all stakeholders in Libya, the region and the international community to move the Libyan political transition forward. We cannot afford any further delay in implementing the Libyan Political Agreement and establishing a Government of National Accord. There is an urgent need to start reforming and building state institutions, consolidating the rule of law, improving the human rights situation and tackling human trafficking. It is deeply concerning that Libya has become home to the largest Daesh forces outside of the Middle East and forms a Daesh bridgehead on the Mediterranean south coast, posing a major threat to neighbouring countries in the Sahel and Sahara, as well as to Europe. We will not be able to tackle this unless a stable, inclusive government is put into place that receives full support from the international community and upholds high standards on human rights.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento libio rechazó la Resolución de la ONU por la que se trataba de implementar un plan de estabilización en la zona que incluía un Gobierno de unidad. La propia Comisión Europea lamentó en declaraciones públicas una actitud irresponsable por parte de los representantes libios. Votamos en contra ya que, en nuestra opinión, la resolución del conflicto político libio y la formación de un Gobierno de unidad deben ser condiciones *sine qua non* previas a la adopción de cualquier resolución o acción por parte de la UE.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution. Time is running out to stabilise Libya. The security, humanitarian and economic situation has become dreadful. ISIS is rapidly seizing territory and now has access to significant oil reserves. Although not perfect, the Agreement on unity government must be upheld, so that Libya's situation does not become hopeless. The EU should continue providing the necessary humanitarian and development assistance.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I voted in favour to the motion on situation in Libya. The Parliament welcomes the UN-backed Libyan Political Agreement signed on 17 December 2015. There is important, however that all parties in Libya must commit to the protection of civilians at all times, and they should be treated in accordance with international human rights and humanitarian law. The motion stressed that the attacks intentionally directed against personnel involved in humanitarian assistance or a peacekeeping mission in accordance with the UN Charter are under the protection of the Rome Statute of the ICC.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η κατάσταση στη Λιβύη είναι αποτέλεσμα της επέμβασης των ΗΠΑ και των συμμάχων της στο όνομα της λεγόμενης Αραβικής Άνοιξης. Όπως έχουμε όλοι διαπιστώσει καμιά Άνοιξη δεν έχει επέλθει, αντίθετα η χώρα σπρώχνεται ολοένα και περισσότερο στο χάος. Την ίδια στιγμή που η παρουσία του ΙΣ στη χώρα προκαλεί βαθιά ανησυχία και οι τρομοκρατικές επιθέσεις και η βία είναι καθημερινό φαινόμενο, πληροφορίες αναφέρουν περαιτέρω στρατιωτική επέμβαση από ΗΠΑ, Γαλλία, Μ. Βρετανία και Ιταλία.

Εμείς εμμένουμε ότι ο μόνος δρόμος είναι η συνέχιση του διαλόγου μεταξύ όλων των μερών για εξεύρεση λύσης που θα διασφαλίζει την εδαφική ακεραιότητα και ανεξαρτησία της Λιβύης. Δυστυχώς, στο κοινό ψήφισμα που τέθηκε προς ψηφοφορία, αυτά τα σημαντικά ζητήματα απουσίαζαν ενώ αντίθετα μεταξύ άλλων εξυμνείται ο ρόλος του NATO το 2011. Για αυτούς τους λόγους θεωρούμε ότι η ενδεδειγμένη στάση ήταν αυτή της καταψήφησης της πρότασης ψηφίσματος.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I voted for the resolution on the situation in Libya. Stabilising Libya is crucially important not just for its people but in the wider context of the refugee/migrant crisis. With the dispute between the House of Representatives and the new General National Congress continuing the atmosphere of political instability, Daesh have taken advantage of this power vacuum. Libya has become home to the largest Daesh forces outside of the Middle East, which poses a significant threat to European security. While expanding its territory Daesh has launched a local campaign of terror – with beheadings, shootings and bombings. The human rights situation has deteriorated, with Libya a transit ground for human and weapons trafficking. It is essential that stability is brought to Libya and the wider region to stem the flow of desperate refugees and migrants risking their lives with smugglers and that we unite to fight Daesh. Regrettably the UN-backed unity government proposal was rejected by the HoR. However, they have signed the Libyan Political Agreement, the key aim of which is to establish a consensual government. The EU has made available a EUR 100 million package and is ready to offer immediate support to the new Libyan Government of National Accord once formed.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – I strongly support the Commission and EEAS – as coordinators of Member States in Libya – to focus on state-building and institution-building. Furthermore, Progress in terms economy is central to a Libyan democratic transition. However, the proxy war and the presence of Daesh in the region have slowed down considerably both the progress made by the economy and a clean transition to democracy.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za zajednički prijedlog rezolucije u skladu s Poslovníkom i člankom 123. o situaciji u Libiji, jer ovaj prijedlog ispunjava težnju da se uvede mir i stabilnost u zemlji i da se zaštiti sve libijske građane. Libija je imala najveći arsenal na južnoj obali Sredozemnog mora koji je postao glavni izvor nedopuštene trgovine oružjem te opskrba zona za sve teroriste i ekstremiste u Sahelu (Mali, Niger, Nigerija) i opozicijske pokrete u Sudanu, Čadu i Siriji.

Ovaj prijedlog je ključan korak u provedbi libijskog političkog sporazuma, stoga podržavam pozivanje međunarodne zajednice, UN, EU, AU i države članice Arapske lige da budu spremne podržati Libijce u njihovu nastojanju da uspješno provedu sporazum, uz poštovanje demokracije, ljudskih prava i građanskih sloboda.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – S'agissant de politique étrangère, les rapports du Parlement européen devraient se limiter à donner une position européenne commune sur telle ou telle situation dans le monde sans se mêler de la politique étrangère des États.

En l'occurrence, il aurait été bon, comme notre groupe l'a fait, de rappeler que les puissances occidentales, particulièrement la France lorsqu'elle était dirigée par Nicolas Sarkozy, sont les premières responsables de la situation dramatique que vit ce pays actuellement, la chute et la mort de Kadhafi ayant entraîné le chaos, la pauvreté, l'explosion des flux migratoires vers l'Europe, et surtout la guerre civile entre les tribus et les diverses factions islamistes. Il aurait été bon d'inviter les États membres de l'Union européenne à prendre de vraies mesures en vue de lutter contre les trafics de clandestins et d'accepter que l'on n'exporte pas la démocratie occidentale partout dans le monde. Les peuples ont en effet des modes de vie et un génie propre qu'il ne nous appartient pas de changer par la force, la destruction et le chaos.

Par conséquent, j'ai voté contre la proposition de résolution commune.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My UKIP colleagues and myself voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation in Libya's impact on the current migration crisis. As such I abstained on the resolution as whole.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour and even co-signed the resolution on the situation in Libya. I believe this text is a strong call for the stabilisation of Libya, which is urgently needed, both for the Libyans and the international community. This stabilisation process must pass by the instauration of a solid, inclusive and legitimate governance in the country. Only a credible government can effectively improve the living conditions of the population and combat the terrorist groups profiting from the current no-man's-land in the area. If the EU wants to effectively stem the flow of migrants who risk their lives to reach our continent, it must take a more active role in the region – together with the UN and other international actors, it must bring an end to the current conflict.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution concernant la situation en Libye. En effet, ce pays, aux portes de l'Europe, voit s'installer jour après jour des milices islamistes qui menacent notre continent dans un contexte de guerre civile. Il est donc nécessaire que l'Union européenne s'implique et agisse de manière coordonnée pour pousser à la création d'un gouvernement d'unité nationale et apporter une aide humanitaire à la population locale.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu dieser EntschlieÙung. Sie bietet zwar einige gute Ansätze zur Stabilisierung der Lage in Libyen, vermeidet aber die Benennung der wahren Ursachen der Auflösung Libyens, was aus meiner Sicht insgesamt eine intransparente und verfehlte Optik schafft.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution. Time is running out to stabilize Libya. The security, humanitarian and economic situation has become dreadful. ISIS is rapidly seizing territory and has now access to significant oil reserves. Although not perfect, the Agreement on unity government must be upheld, so that Libya's situation does not become hopeless. The EU should continue providing the necessary humanitarian and development assistance.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The situation in Libya is disturbing. Just across the Mediterranean Sea, anarchy, chaos and violence are spreading. Nowadays in Libya there is an ongoing civil war, an enormous migration crisis and the presence of a brutal terrorist organisation, Daesh. Because of growing instability oil-rich Libya can be considered a failed state. There is no doubt that in this complicated situation the EU should act quickly in order to avoid the spread of instability and terror in the region and beyond. We should bear in mind that this neighbouring failed state represents a real threat to the EU's security and stability. Therefore, the EU should urge Libya's rival politicians to accept the creation of a UN-backed unity cabinet. A united Libyan cabinet will have a significant chance to restore stability and peace in a war-torn country. In case that unity cabinet is formed, the EU has to provide extensive development assistance and aid in order to support the future institution-building process in the country.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution commune sur la situation en Libye. Non seulement ce texte entend se servir du problème libyen pour mettre la politique extérieure des États membres en coupe réglée, il n'évoque aucune solution au problème de l'immigration illégale vers l'Europe. C'est pourquoi le groupe ENL a déposé un amendement pour souligner l'importance de conclure des accords de réadmission avec la Libye dès que possible. La Libye est un des pays de transit les plus importants pour l'immigration illégale.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car l'Union y instrumentalise le problème libyen pour s'immiscer dans la politique extérieure des États membres.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Komplikovanou situaci v Libyi má z velké míry na svědomí zásah států EU proti režimu Muammara Kaddáfího. Není na místě přijímat nicneříkající usnesení. Při hlasování jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Situacija s ljudskim pravima u Libiji se pogoršava, pri čemu su slučajevi proizvoljnog pritvaranja, otmice, protuzakonita ubojstva, mučenja i nasilje nad civilima, novinarima, dužnosnicima, političarima i borcima za ljudska prava za koje su odgovorne sve strane gotovo svakodnevna pojava.

Od kada je u Libiji zavládala anarhija ona je postala je tranzitno područje za trgovinu ljudima do južne granice Europe. U toj državi nalazi se stotine tisuća migranata i tražitelja azila različitih nacionalnosti, od kojih mnogi žive u tragičnim uvjetima i tako predstavljaju ciljnu skupinu krijumčarima. Važno je da međunarodna zajednica udvostruči sredstva za humanitarnu pomoć kako bi se zadovoljile hitne potrebe osoba koje su najteže zahvaćene sukobom u Libiji, što se ovom rezolucijom posebno potiče i podržava.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Neexistencia stabilnej vlády prispieva k neprehľadnej situácii v Líbyi, čo umožňuje operovať na jej území teroristickým skupinám a organizáciám.

EP jasne deklaroval, že uzná a podporí vládu národnej jednoty vytvorenú na základe konsenzu medzi líbyjskými stranami ako jedínú legitímnu vládu Líbye.

Komisia, Európska služba pre vonkajšiu činnosť, ktorá koordinuje činnosť členských štátov v Líbyi v spolupráci s OSN a regionálnymi partnermi, musia svoju pomoc a podporu tejto krajine zamerať na budovanie štátu a inštitúcií tak, aby legitímna vláda získala kontrolu nad územím a aby sa situácia v krajine postupne normalizovala.

Νότης Μαριιάς (ECR), *γραφώς.* – Καταψηφίζω την Κοινή Πρόταση Ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Λιβύη, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 3/2/2016 καθώς και διότι η εν λόγω Κοινή Πρόταση Ψηφίσματος δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing.* – I welcome this resolution, which 'Regrets the on-going proxy war between foreign Sunni parties; calls on regional players to refrain from actions which might exacerbate divisions and undermine the transition to a stable, inclusive and democratic Libya, and which might destabilise neighbouring countries; upholds its strong commitment to Libya's sovereignty, territorial integrity, national unity and democratic transition'.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito.* – Votei contra esta resolução porque continua a insistir numa solução para a Líbia que passa por uma intervenção militar, sob mandato da NATO, em conjunto com a ONU, os Estados-Membros e os parceiros regionais, com o intuito não só de reforçar a segurança do país, mas também de controlar todo o território fronteiriço e as águas da Líbia, nomeadamente os fluxos migratórios, dos refugiados e de requerentes de asilo, num quadro em que a UE tem enormes responsabilidades sob a atual situação em que o país se encontra.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito.* – La situación en Libia, donde se vive una situación económica difícil y una violencia intensa, obliga a la UE y a la comunidad internacional a apoyar a este país para que pueda salir adelante.

Doy mi apoyo a la Resolución aprobada en este Parlamento, en la que mostramos nuestra satisfacción por el acuerdo político firmado en diciembre de 2015. Ojalá el Gobierno en este país logre atajar los problemas que ahora mismo atraviesa y sea capaz de emprender medidas que conduzcan hacia la construcción de un país democrático, pacífico, estable y próspero.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich.* – Resolution bietet einige gute Ansätze, vermeidet aber die Benennung der wahren Urheber der Auflösung von Libyen und geht schlicht nicht weit genug. Insgesamt ein halbherziger Ansatz. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu.* – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją, kurioje įvertinama padėtis Libijoje. Šioje šalyje po M. Gaddafi diktatūros nuvertimo iškilo teroristinė grupuotė „Daesh“, kelianti didžiulį pavojų ne tik šios šalies gyventojams, bet ir kaimyninėms valstybėms, taip pat Europai. Rezoliucijoje Europos Parlamentas ragina Libijos politines jėgas vienyti, teisiais principais vadovaujantis sudaryti vyriausybę, kuri užtikrintų taiką ir stabilumą šalyje, gintų visus savo piliečius. Rezoliucijoje Europos Parlamentas ragina Komisiją daugiausia paramos skirti Libijos valstybinių institucijų kūrimui ir kartu su valstybėmis narėmis, JT, NATO ir regioniniais partneriais padėti reformuoti saugumo sektorių, sukurti nacionalinės vienybės vyriausybės kontroliuojamą veiksmingą nacionalinę armiją ir policijos pajėgas, kurios gebėtų kontroliuoti visą Libijos teritoriją ir jos vandenį ir apsaugoti jos sienas. Rezoliucijoje pabrėžiama, kad ES taip pat turėtų teikti prioritetą paramai Libijos teisingumo sistemos reformai, taip pat kitoms sritims, kurios labai svarbios demokratiniam valdymui. Manau, jog ES indėlis svarbus užtikrinant politinį stabilumą Libijoje bei kitose šio regiono šalyse, nes tai vienas iš būdų suvaldyti pabėgėlių ir migrantų srautus į ES.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis la chute de Khadafi la Libye est devenue le centre des principales forces de Daech en dehors du Proche-Orient et constitue pour Daech une tête de pont sur la rive méridionale de la Méditerranée. La résolution dénonce les attaques terroristes et s'inquiète de la situation pour la population civile. En toute hypocrisie elle «invite l'Union européenne et ses États membres à faire face à la spirale des flux de migrants et de réfugiés en provenance d'Afrique du Nord, et notamment de Libye» alors même qu'elle érige des murs pour s'en protéger. Enfin la résolution prône la collaboration avec l'OTAN, pourtant facteur de déstabilisation dans la région. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – S'agissant de politique étrangère, les rapports du Parlement européen devraient se limiter à donner une position européenne commune sur telle ou telle situation dans le monde, sans se mêler de la politique étrangère des États.

En l'occurrence, il aurait été bon, comme notre groupe l'a fait, de rappeler que les puissances occidentales, particulièrement la France lorsqu'elle était gouvernée par Nicolas Sarkozy, sont les premières responsables de la situation dramatique que vit ce pays actuellement. Il eut été sensé d'inviter les États membres de l'Union européenne à prendre de vraies mesures en vue de lutter contre les trafics de clandestins et d'accepter que l'on n'exporte pas la démocratie occidentale partout dans le monde. Les peuples ont en effet une culture et un génie propre qu'il ne nous appartient pas de changer de force, et par des offensives inconséquentes.

Aussi ai-je voté contre la proposition de résolution commune.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a situação na Líbia.

Após a queda do regime ditatorial do Coronel Muammar Kadhafi, a Líbia tem vivido momentos de muita tensão e instabilidade.

O vazio político e a falta de um governo estável têm sido explorados pelo Daesh e por outras forças extremistas, que ameaçam a paz e a segurança em toda a região, bem como na Europa.

A UE deve estar particularmente atenta aos desenvolvimentos dos acontecimentos na Líbia, reforçando o apoio necessário ao país na luta contra o terrorismo.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I signed and supported this cross party resolution on the situation in Libya that expresses the Parliament's commitment to supporting the Libyan people during a time of serious crisis. An important point that the resolution makes is that of Libyan ownership of the political process which must be promoted at every stage and at every level.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Na de onrust in Tunesië in 2010 waaide de Arabische Lente over naar Libië waarna een 9 maanden durend burgerconflict volgde. Sindsdien verkeert het land in een totale staat van ontbinding. Terreurorganisaties zoals Da'esh, Ansar-al-Sharia en al-Qaida maakten gebruik van het politieke vacuüm om van Libië een bijkomende thuishaven en uitvalsbasis te maken en zoals Da'esh de controle te verwerven over de immense olievoorraden met als doel hun oorlogskas te spekken. De mensenrechtensituatie in het land wordt er almaar slechter op. Executies, foltering en geweld tegen journalisten en functionarissen behoren tot de praktijken van alle bij het conflict betrokken partijen.

Ondertussen is Libië een wingewest en doorvoerland geworden voor mensensmokkelaars. In het belang van het land, van de regio en van Europa is het absoluut noodzakelijk dat Libië een veilig en politiek stabiel land wordt. In deze gezamenlijke resolutie vraagt het Europees Parlement de twee belangrijkste Libische instellingen uitvoering te geven aan het politiek akkoord van vorig jaar. Het Parlement stuurt tevens het signaal uit dat een regering van nationale eenheid haar steun krijgt. Een definitieve garantie op een stabiel politiek klimaat is alleen mogelijk als een internationale coalitie de toenemende aanwezigheid van Da'esh in Libië bestrijdt.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Líbya, táto veľká a bohatá krajina severnej Afriky, je už päť rokov v zúboženom stave. Kvalitná infraštruktúra, ktorou sa mohla Líbya pýšiť, je zničená. Útoky islamistov, rôzne teroristické organizácie, aj iné skupiny vykonávajúce násilie na bežnom obyvateľstve sú tu každodennou realitou. Krajina aj jej rôznorodé obyvateľstvo potrebujú po dlhom období nepokojov dosiahnuť stabilitu, aby sa mohli nadýchnuť a začať odznova. Nesmieme zabúdať na množstvo migrantov, s ktorým sa Líbya musí nutne vyrovnáť, a vzhľadom na bezpečnosť Európy je žiaduce, aby sa to Líbyi podarilo na vysokej úrovni. Európska únia môže v tomto smere Líbyi pomôcť poskytnutím finančného balíka, ako aj mierovými misiami. Napriek tomu zastávam názor, že zasahovanie do fungovania štátu by malo byť obmedzené na najnižšiu mieru. Stotožňujem sa so spravodajcom v zhodnotení situácie aj v názoroch na poskytovanie

pomoci pre Líbyu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Libya is in a complete chaos. The country has turned to a smuggling hub for refugees, a springboard for smugglers and a flourishing environment for terrorist organisation and growing threat of Daesh. I supported the Libyan Political Agreement on a national unity government. For me this long waited agreement was a vital step in bringing political, social and economic stability within Libya. Libya's has strategic position, not only for my country, but for the Mediterranean region and for Europe as a whole. A united Government in Libya will address the dramatic humanitarian, economic and security situation in the country and will ensure security and peace in the Mediterranean region. I appeal to the House of Representatives to show a spirit of good cooperation and to endorse the agreement. But we should understand that forcing an agreement on the Libyan fractions and imposing sanctions on Libya is also going to lead us to a dead end. As I disagree with some of the provisions in the Resolution, I had to abstain at the final vote.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az ECR, az ALDE, a Verts/ALE, a PPE, az S&D, az ENF, GUE/NGL és az EFDD képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. Közülük az elsőként említett öt képviselőcsoport kompromisszumos tervezetben állapodott meg. Szavazatommal ezt az indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo que a comunidade internacional deve apoiar a Líbia no seu esforço para aplicar o acordo com sucesso, fazendo votos para que os Estados-Membros e as instituições internacionais só tenham contactos oficiais com partes no Acordo Político líbio, de forma a assegurar a transição para uma Líbia democrática, estável e inclusiva.

Subscrevo o apoio pleno na luta das novas autoridades líbias contra os terroristas, de forma a assegurar a necessária proteção do povo e das infraestruturas económicas críticas da Líbia, considerando que a recuperação económica é um factor decisivo para a transição democrática da Líbia.

A União Europeia e as Nações Unidas devem assistir a Líbia na construção do Estado, a segurança e a manutenção da paz, bem como formação sobre a criação de capacidades de resposta a situações de emergência e a catástrofes, o respeito dos direitos humanos e o Estado de direito.

Considero que uma Líbia segura e estável politicamente é uma necessidade imperativa para os cidadãos líbios, mas também para a segurança de toda a região, bem como da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition concerne la situation en Libye suite à l'intervention désastreuse et scandaleuse des Occidentaux. La situation actuelle fait la part belle aux conflits tribaux sur lesquels l'État islamique prospère. Résultat: l'Union est soumise à la fois à un afflux de migrants sans précédent venus de Libye, ainsi qu'à la menace terroriste. Tout ceci était évidemment prévisible et avait été par ailleurs prédit. Dans le fond, ce texte prête à l'Union un rôle international qu'il faut lui nier quand on voit le précédent irakien, où 88 % des pays de l'Union défendaient l'intervention en Irak. Cette proposition n'est donc qu'un prétexte de plus pour mettre la politique extérieure des États membres en coupe réglée. J'ai donc voté contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à la situation en Libye. Ce texte soutient notamment les actions menées au moyen de l'opération militaire de l'Union européenne dans la partie sud de la Méditerranée centrale (EU NAVFOR MED opération SOPHIA) pour endiguer la crise migratoire et lutter contre les passeurs qui exploitent la détresse des migrants. Il rappelle également que le succès de cette opération est directement lié au retour de la paix et de la stabilité dans le pays. J'approuve particulièrement les dispositions qui appellent à la constitution d'un gouvernement libyen d'union nationale afin de rétablir l'état de droit en Libye et de mettre en place de toute urgence les mesures indispensables à la lutte contre l'immigration illégale.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – La situation actuelle en Libye demeure extrêmement préoccupante, toutefois je tiens à manifester mon soutien au Conseil présidentiel et au futur gouvernement d'union nationale que les partis libyens sauront former. J'ai voté en faveur de la résolution, appelant également les États membres à agir de concert avec l'Union européenne et la Haute Représentante pour appuyer la transition politique du pays.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Libya has been plagued by instability, infighting and sectarianism since the fall of Colonel Muammar Gaddafi in 2011. The lack of a stable government has been exploited by IS/Daesh and other extremist forces that threaten peace and security in the entire region. I have voted for this motion for a resolution that calls on Libya's UN-led talks parties to work together in order to achieve national unity, stability and inclusivity.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Beim vorliegenden Bericht habe ich mich der Stimme enthalten, da die Resolution zwar einige positive Ansätze bietet, aber die wahren Urheber der staatlichen Auflösung Libyens überhaupt nicht anspricht. Dies ist mir insofern unverständlich, als diesen Staaten meines Erachtens eine übergeordnete Verantwortung für die Wiederherstellung der staatlichen Integrität Libyens zukommt.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Padėtis Libijoje vis dar išlieka itin sudėtinga. Todėl labai svarbu kuo skubiau įgyvendinti politinį susitarimą. Tai būtina priemonė, padėsianti šaliai eiti taikos ir stabilumo keliu ir užtikrinanti visų Libijos piliečių saugumą. Labai svarbu, kad tarpusavyje kovojančios politinės jėgos pripažintų nacionalinę vienybės vyriausybę.

Siekiant užkirsti kelią „Daesh“ grupuotės įsitvirtinimui, reikia suvienyti jėgas ne tik nacionaliniu, bet ir tarptautiniu lygiu sukuriant tarptautinę koaliciją. Be to, didesnę tarptautinę paramą reikėtų skirti valstybės ir institucijų kūrimui, saugumo ir taikos užtikrinimui ir teisingumo sistemos reformai, taip pat kitoms sritims, kurios labai svarbios demokratiniam valdymui. Taipogi reikėtų didinti humanitarinį finansavimą siekiant patenkinti svarbiausius per konfliktą Libijoje labai nukentėjusių žmonių poreikius.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain on this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN-backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation of Libya's impact on the current migration crisis. As such we abstained on the resolution as whole.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La nomina del governo di unità nazionale è il risultato del processo dei tentativi della comunità internazionale di eliminare le divisioni tra i due parlamenti e creare un governo unico. Soltanto alcuni dei membri dei due parlamenti hanno accettato il processo di pace, mentre altri si sono opposti in maniera a volte anche violenta. Ad oggi il rischio è che si verifichi un'immobilità politica che non riesca ad affrontare il pericolo derivante dalla crisi libica. Ma se l'Europa è lontana, l'Italia è vicina. A separarci dai confini della Libia ci sono solo poche centinaia di miglia marittime. Risolvere la situazione è quindi per me una questione fondamentale per la sicurezza del Paese. Avrei votato per tali ragioni positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The situation in Libya is particularly alarming - human rights situation is deteriorating throughout the country and violence against civilians, journalists, officials, political figures and human rights defenders perpetrated by all parties are a tragic reality. International community, along with the EU, should stand ready to support Libyans in their efforts to successfully implement Libyan Political Agreement. That is the reason I vote in favour of the resolution.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – A safe and politically-stable Libya is an absolute need for Libyan citizens! In current geopolitical conditions it is of utmost importance that the EU deploys all its support for the border management of Libya and mobilise the international community for the economic reconstruction of the country.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam ovu rezoluciju te je u cijelosti podržavam. Građanski rat u Libiji odnosi svakodnevno žrtve i među civilima, a nasilju su izložene i žene i djeca. Humanitarna katastrofa i neprestani sukobi primoravaju civile na bijeg prema Europi, a mnogi na taj način gube živote. S druge strane, Europska unija se danas suočava s teškom izbjegličkom krizom koja je velikim dijelom rezultat i građanskog rata i stradanja civila u Libiji.

Smatram da bi se Europska unija trebala aktivnije uključiti u proces pomirenja zaraćenih strana i diplomatskim naporima poduprijeti stvaranje vlade nacionalnog jedinstva, što je prvi korak ka prestanku sukoba i normalizaciji života u ovoj sjevernoafričkoj zemlji. Izražavam zabrinutost zbog pojačane aktivnosti terorističkih skupina, kao što su Daesh i Al-Kaida, koje su zbog nastalog političkog vakuuma u Libiji našle plodno tlo za svoje djelovanje.

Budući da su ekstremizam i terorizam prijetnja ne samo za Libiju, već i za države u njezinom okruženju, pa i za Europu, smatram da je rješavanje libijske krize i uspostava trajnog mira od velike važnosti za Europsku uniju i sigurnost njezinih građana.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport contient quelques considérations exactes sur la dramatique situation que connaît la Libye depuis l'intervention catastrophique décidée par Nicolas Sarkozy et soutenue alors par l'ensemble de la classe politique française, y compris François Hollande, à l'exception notable du Front national, seul parti à avoir prévu la manière dont la situation évoluerait. Comme on pouvait s'y attendre, la solution prônée consiste à donner encore plus de pouvoir à l'Union européenne en matière de relations étrangères. Ainsi, les peuples perdraient encore davantage de souveraineté et les États membres seraient impliqués dans les décisions désastreuses que ne manqueraient pas de prendre les technocrates de Bruxelles. Je vote évidemment contre ce texte qui ne peut apporter aucune amélioration à la situation libyenne, bien au contraire.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – I recenti eventi libici hanno gettato il paese nel caos più totale. La mancata ratifica da parte della Camera dei Rappresentati di Tobruk dell'accordo politico sostenuto dalla comunità internazionale che prevede un governo d'intesa con Tripoli, moltiplica le difficoltà di condurre un processo di riconciliazione inclusiva. Il pericoloso vuoto politico che ne deriva ha drammatiche conseguenze economiche e umanitarie, i gruppi terroristici IS e Al-Qaeda si espandono appropriandosi delle risorse petrolifere il cui godimento dovrebbe essere destinato alla popolazione libica, oggi dilaniata e messa in fuga, e utilizzano l'ampio arsenale di armi presente nel paese nonostante l'embargo. Capire lo scenario libico significa, tuttavia, essere consapevoli delle responsabilità della comunità internazionale, dall'intervento NATO del 2011 in completa violazione del diritto internazionale, alla politica esterna dell'Unione europea tra cui la missione di gestione dei migranti EUBAUM, che si è tradotta in una militarizzazione delle frontiere. Ho votato a favore di questa risoluzione perché reputo urgente analizzare gli errori commessi e ipotizzare nuove strategie che ricorrano all'assistenza umanitaria e civile, che sollecitino le parti coinvolte a rispettare gli obblighi del diritto umanitario internazionale ed esortino gli Stati limitrofi a cooperare allo scopo di realizzare strategie inclusive.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U Libiji je uslijed izbijanja nasilja i sve nestabilnijeg političkog okruženja došlo do pogoršanja u pogledu državnog upravljanja, ljudskih prava i humanitarnog stanja. U siječnju 2016. Agencija UN-a za izbjeglice (UNHCR) je procijenila da je diljem Libije raseljeno otprilike 435 tisuća ljudi. Osim toga, stotine je tisuća izbjeglica i tražitelja azila različitih nacionalnosti, od kojih mnogi žive u teškim uvjetima i njihov se broj sve više povećava.

Nažalost, Libija je postala i tranzitno područje za trgovinu ljudima, što je rezultiralo smrću tisuća ljudi koji su preko Sredozemnog mora pokušali dospjeti u Europu. Zbog svih katastrofalnih okolnosti kojima svjedočimo u Libiji, pozdravljam potpisivanje libijskog političkog sporazuma o formiranju vlade nacionalnog jedinstva kao jedine legitimne vlade Libije koja se sastoji od kabineta i predsjedničkog vijeća, na čelu s Fajezom al-Sarajem, te uživa potporu ostalih državnih institucija, među kojima su Zastupnički dom i Državno vijeće.

U sklopu implementacije sporazuma, posebnu pozornost treba posvetiti obvezi svih strana u Libiji na zaštitu civila u svako doba, kao i na to da se sa svima zatočenima postupi u skladu s međunarodnim ljudskim pravima i humanitarnim pravom. Ujedno pozdravljam snažnu predanost EU-a ostvarivanju suvereniteta, neovisnosti i teritorijalne cjelovitosti Libije, kao i najavljeni paket pomoći od 100 milijuna eura.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução votada no Parlamento, omite de forma despudorada, as suas responsabilidades e da UE na agressão militar, que fora aqui legitimada em 2011, e nos gravíssimos problemas de instabilidade política e económica que assolam a região e que resultaram da intervenção estrangeira protagonizada pela NATO, EUA e UE.

Uma guerra de agressão imperialista que criou uma enorme tragédia para a população civil, com milhares de mortos e a destruição da infraestrutura social e económica deste país.

Uma ofensiva imperialista contra o mundo árabe que consagra a postura neocolonialista do Ocidente em relação ao Norte África e ao Médio Oriente, motivada pelo controlo geoestratégico e exploração das imensas riquezas da região, nomeadamente as suas reservas de petróleo.

Omite igualmente as responsabilidades das grandes potências no alastramento de grupos terroristas na região, nomeadamente por via da continuada venda e exportação de armas.

Por outro lado, a resolução abre portas e legitima a possibilidade de uma nova intervenção militar externa na Líbia, que tudo aponta está em preparação.

Reafirmamos o direito do povo líbio a decidir sobre o seu destino, o seu direito à soberania e à paz, livres de ingerências externas.

Votámos contra.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La crescente presenza di organizzazioni terroristiche e di movimenti estremisti in Libia è diventata la principale minaccia alla stabilità e alla sicurezza dell'intera regione Mediterranea. A seguito della caduta di Gheddafi, la Libia è diventata una terra di transito per la tratta di esseri umani. I conflitti politici presenti all'interno del paese favoriscono anche la destabilizzazione della regione del Sahel, permettendo alle organizzazioni estremiste di crescere. Una Libia sicura e politicamente stabile è assolutamente necessaria non solo per i cittadini libici, ma anche per la sicurezza dell'intera regione e dell'Unione europea nel suo complesso. Per questo motivo, sono favorevole alla formazione di un governo d'intesa nazionale, sostenuto dal consenso delle diverse fazioni politiche, che possa guidare la Libia verso una transizione post-rivoluzionaria, in grado di consentire la costruzione di un paese democratico, pacifico e stabile.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La Libye s'enfonce depuis quelques années dans une crise si profonde qu'elle menace désormais les frontières méditerranéennes de l'Union. Le groupe «État islamique» s'implante jour après jour dans certaines villes libyennes, profitant du chaos laissé par une guerre civile. Il s'agit de prendre cette situation en compte le plus tôt possible. Prenons un peu de recul et voyons le monde à nos frontières: n'est-il pas chaotique au point de vouloir renforcer l'Union européenne pour mieux nous défendre? La stratégie du repli et de l'éclatement de l'Union n'amènera jamais la puissance dont nous avons besoin pour faire face à ces conflits voisins.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O vazio de poder introduzido pela Primavera Árabe que culminou, na Líbia, com a queda do governo Muammar Gaddafi e do seu regime, tem sido aproveitado por milícias tribais e grupos jihadistas de inspiração islâmica.

Neste contexto, as tensões resultantes da disputa entre as facções radicalistas de inspiração islâmica, por um lado, e as forcas seculares e liberais, por outro, dão azo à agitação civil crescente, resultando na deslocação de cerca de 440 mil pessoas que, na esperança de escapar ao conflito armado e à pobreza, atravessam o Mediterrâneo desde 2014.

Este êxodo de refugiados é agravado pelo afluxo proveniente das zonas de conflito no Médio Oriente e constitui um desastre humanitário que exige a ação concertada da União Europeia e dos seus Estados-Membros. A fim de fazer face à instabilidade política da região e à crescente clivagem entre o leste e o oeste da Líbia, é necessário que a EU elabore uma estratégia clara e coordenada para apoiar a transição política.

Também neste particular, o relator considera que a situação atual na Líbia é produto de uma série de erros significativos, resultante da supracitada falta de coordenação e da ingerência estrangeira no processo líbio. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is supportive of the UN backed plan to return Libya to stable and democratic governance and hopes that all sides will fulfil their obligations under the agreement. However we do not support the EU's attempts to get involved in Libya and expand their foreign policy role. We are also mindful of the situation in Libya's impact on the current migration crisis. As such we abstained on the resolution as whole.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Tendo por base o Acordo Político líbio apoiado pelas Nações Unidas, que foi assinado em 17 de dezembro de 2015, a presente Resolução salienta a importância das Nações Unidas, da União Europeia, da União Africana e dos Estados membros da Liga Árabe apoiarem os Líbios nos seus esforços para a aplicação do referido acordo com sucesso.

Votei favoravelmente o presente documento por este condenar os ataques terroristas desestabilizadores do Daesh contra o povo líbio. Neste sentido, concordo que a recuperação económica é um passo importante para a transição democrática da Líbia, devendo ser dada especial relevância às novas autoridades líbias contra os terroristas, de forma a assegurar a necessária proteção do povo e das infraestruturas económicas críticas da Líbia.

Desta forma, votei favoravelmente a presente resolução por esta salientar a importância de a comunidade internacional redobrar o financiamento humanitário, de forma a responder às necessidades mais urgentes das pessoas gravemente afetadas pelo conflito na Líbia, sendo que, para tal, os Estados-Membros deverão respeitar os seus compromissos para com o Fundo Fiduciário de Emergência da UE para África.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Desde la intervención militar de la OTAN y el derrocamiento de Muamar Gadafi en 2011, varios partidos políticos, tribus y milicias se disputan el poder y el control de los yacimientos de gas y petróleo del país. En diciembre se logró un acuerdo para formar un Gobierno de unidad nacional gracias a la mediación de la ONU, los Estados Unidos e Italia. El compromiso contó con la firma de miembros de los dos bandos, pero muchos siguen oponiéndose al pacto. A pesar de estos tímidos avances la anarquía sigue teniendo enormes costes y sigue aumentando el número de personas asesinadas, secuestradas o encarceladas sin el debido proceso judicial. Además, Libia es un país de tránsito para los refugiados y emigrantes procedentes de África y Oriente Medio; también es preocupante el tráfico descontrolado de armas y combatientes a través del Sahel. Ante esta situación de caos, esta Resolución condena firmemente los recientes atentados terroristas perpetrados en Zliten y urge al Consejo de la Presidencia a formar un Gobierno de unidad nacional cuanto antes, ya que es la única manera de que Libia vuelva al sendero de la paz, la estabilidad y la prosperidad. Por ello he votado a favor de esta Resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution soumise au vote ce midi, qui appelle l'Union et la communauté internationale à se tenir prêtes à soutenir les efforts des Libyens pour mettre en œuvre l'Accord politique libyen. Signé le 17 décembre 2015, cet accord soutient le gouvernement unique d'entente nationale nouvellement créé et les institutions nationales, qui doivent guider la Libye à travers sa transition post-révolution et la remettre sur la voie de la construction d'un pays démocratique, paisible, stable et prospère. Le texte du Parlement européen appelle également à une aide humanitaire, financière et politique continue de la part de l'Union et de la communauté internationale pour remédier à la situation humanitaire en Libye, au sort des personnes déplacées et des réfugiés et à celui des civils dont l'accès aux services de base est fortement perturbé.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Líbia tem sido afetada por uma forte instabilidade interna desde a queda do ditador Muammar Kadafi em 2011, tendo este vácuo político e a falta de estabilidade governativa sido exploradas pelo Daexe e outras forças extremistas ameaçadoras da paz e segurança em toda a região.

A propagação de grupos terroristas, como o Daexe, no país representa uma grave ameaça para a segurança da Líbia, do norte de África, da própria UE e mesmo das restantes regiões do globo, sendo por isso imprescindível adotar medidas capazes de travar esta onda de violência.

Considerando a atual situação de violação sistemática grosseira dos direitos humanos, que se tem agravado nos últimos meses, o apelo ao cessar da violência é essencial para travar a crescente presença de organizações e movimentos extremistas na Líbia.

A cooperação entre a UE e a Tunísia é também um fator importante a ter em conta neste processo de paz, assim como o apoio contínuo ao nível da ajuda humanitária, financeira e política por parte da UE e da comunidade internacional.

Subscrevo globalmente as medidas constantes da proposta de resolução, pelo que atribuí o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la Libye qui appelle les deux parlements de Tripoli et de Tobrouk, qui s'affrontent depuis des mois, à adopter et mettre en application l'accord politique libyen.

La Libye connaît actuellement une phase complexe. Cette résolution est l'occasion d'enjoindre à Tripoli et Tobrouk de trouver un accord le plus rapidement possible afin de mettre en œuvre l'accord politique intervenu le 7 janvier dernier et de répondre à la menace terroriste du groupe «État islamique». Cet accord contribuera également à protéger les ressources du pays, ainsi qu'à rétablir la stabilité et la sécurité sur l'ensemble du territoire, et également dans la région.

J'ai soutenu ce texte qui rappelle que l'Union s'engage à soutenir le futur gouvernement d'unité nationale et est prête à apporter un soutien immédiat et substantiel; un ensemble de mesures d'aide d'un montant de 100 millions d'euros est d'ores et déjà disponible.

Enfin, le texte appelle à l'activation de la troisième phase de la mission Sophia EURONAVFOR MED, afin d'intensifier la coopération entre l'Union et la Libye pour lutter contre les passeurs et le trafic d'êtres humains.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – È fondamentale stabilizzare la situazione del paese, per arginare il flusso dei migranti e le attività illecite degli scafisti, per frenare l'arruolamento di nuove truppe dell'ISIS, dare il buon esempio perché le altre istituzioni internazionali si muovano per risolvere una situazione totalmente fuori controllo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento libio rechazó la Resolución de la ONU por la que se trataba de implementar un plan de estabilización en la zona que incluía un Gobierno de unidad. La propia Comisión Europea lamentó en declaraciones públicas una actitud irresponsable por parte de los representantes libios. Votamos en contra ya que, en nuestra opinión, la resolución del conflicto político libio y la formación de un Gobierno de unidad deben ser condiciones *sine qua non* previas a la adopción de cualquier resolución o acción por parte de la UE.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg støtter den libyske politiske aftale og de FN-ledede drøftelser og opfordrer alle parter til at arbejde sammen af hensyn til den nationale enhed, stabilitet og inklusivitet.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre la situación en Libia, puesto que hace una defensa de la intervención militar de la OTAN en el año 2011 y considera que los bombardeos y la muerte de miles de libios, la situación de caos y destrucción del país, el riesgo de fractura y la progresión del mal llamado Estado Islámico (EI) cinco años después, la desestabilización de países y el flujo descontrolado de armas en la región valieron la pena. No solo no reconoce la responsabilidad occidental en el conflicto, sino que pretende añadir presión para una rápida implementación del Acuerdo Político Libio que, lejos de prosperar, ha propuesto un Gobierno que ya ha sido rechazado por el Parlamento de Tobruk.

La UE pretende presionar para la rápida formación de un único Gobierno títere que tenga legitimidad internacional y que pueda, por un lado, admitir que la operación Eunavfor Med Sophia de externalización de fronteras y obstáculo para la llegada de refugiados a la UE patrulle en aguas territoriales libias y, por otro, incluso justificar una nueva intervención militar extranjera en el país, esta vez con el pretexto de combatir al EI. Por esto he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I, and Labour's Sister Parties in the S&D Group, welcome the signature of the Libyan Political Agreement (LPA) to form a Government of National Accord as the sole and legitimate government of Libya. I join in the invitation for the House of Representatives and its Presidency to show a spirit of compromise and convene to discuss the proposed cabinet with a view to endorsing the Government of National Accord.

One of the principle advantages of such an agreement is that it will provide the necessary mechanisms to tackle the issues that come with reforming and actually building State institutions, but also being involved in the fight against terrorism, reaching part of the solution to the problems that are affecting that region at the moment.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Situácia v Líbyi od roku 2011, keď vyšli Líbyjčania do ulíc v rámci tzv. Arabskej jari, je stále neistá, destabilizujúca a krajina je vo vojnovom stave, kde teroristické útoky skupiny Dá'iš na obyvateľov sú na dennom programe. Práve prítomnosť skupiny Dá'iš v Líbyi narušuje stabilitu krajiny a predstavuje hrozbu nielen pre susedné krajiny sahelu a Sahary, ale aj pre EÚ. Znepokojenie vyvoláva aj osud líbyjských migrantov, žiadateľov o azyl a utečencov, ktorých už aj tak neúnosná situácia sa naďalej zhoršuje. Preto sa zapojenie úradu OSN pre utečencov a spoločná snaha všetkých členských štátov EÚ pri riešení situácie v Líbyi musí zamerať na hospodársku obnovu Líbye a v podpore líbyjských orgánov v boji proti teroristom v snahe zabezpečiť líbyjskému ľudu potrebnú ochranu a kľúčové hospodárske infraštruktúry. EÚ poskytla Líbyi 100 miliónov eur a je pripravená ponúknuť okamžitú podporu v oblastiach, ktoré budú stanovené ako priorita spoločne s novovytvorenou líbyjskou vládou národnej jednoty. Návrh uznesenia som podporila.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Vse od leta 2011, ko so uporniške skupine ob pomoči Nata strmoglavile Moamerja Gadafiga, se v Libiji vrstijo hude politične, institucionalne in varnostne krize. Od poletja 2014 po državi potekajo čedalje hujši spopadi med dvema razpuščenima in razdrobljenima nasprotujočima se skupinama (sile operacije Ponos in koalicijska „Libijska zora“).

Oba nasprotna tabora branita svoje cilje in se sklicujeta na legitimnost nasprotujoćih si vlad in parlamentov, s sedežem v Tripoliju in Tobruku. V državi so milice, ki so povezane s t.i. Islamsko državo, izkoristile omenjeno državljansko vojno in praznino oblasti ter povećale svojo prisotnost.

Vse pogosteje izvajajo teroristične napade in brutalno zlorablja lokalno prebivalstvo. Odkar je Libija zdrsnila v državljansko vojno, so se tamkajšnje razmere na področju človekovih pravic, prav tako pa humanitarne razmere, moćno poslabšale. Predlog resolucije podaja nekatere ustrezne predloge ukrepov, kot na primer ustanovitev vključujoćih notranjih institucij, ki bi lahko vzdrževale vladavino prava, oblikovanje celovitega programa na področju razoroževanja, demobilizacije in ponovnega vključevanja, podelitev pristojnosti Mednarodnemu kazenskemu sodišću za kršitve in zlorabe v Libiji, itd.

Ker pa na plenarnem zasedanju iz predloga resolucije ni bil umaknjen odstavek 12 o napotitvi sil EUNAVFOR, sem se glasovanja vzdržal.

Renato Soru (S&D), *per iscritto.* – Oggi ho votato a favore della risoluzione sulla situazione in Libia, che intende sostenere la sottoscrizione dell'accordo politico libico in vista della formazione di un governo di unità nazionale, come unico governo legittimo della Libia. Dopo un anno di negoziati, l'accordo politico è stato finalmente firmato lo scorso dicembre e costituisce il quadro necessario per consentire alle diverse parti politiche coinvolte di raggiungere un compromesso ai fini della creazione del governo nazionale. Le sfide che attendono il governo libico, una volta formato, sono numerose e gravi: ricostituire le istituzioni governative e consolidare lo Stato di diritto, combattere il terrorismo e il traffico di persone, garantendo il rispetto dei diritti umani nell'ambito della migrazione. Per questo, con la risoluzione approvata oggi offriamo non solo il sostegno da parte dell'Unione europea e della comunità internazionale agli sforzi delle forze politiche libiche in vista dell'obiettivo di formazione del governo di unità nazionale ma anche l'impegno a supportarne l'azione una volta entrato in funzione.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně.* – Jednoznačně jsem podpořil text, dle mého názoru, velice vyvážené rezoluce o situaci v Libyi. Ta upozorňuje na patovou situaci po nezdaru dohody o vládě národní jednoty. Rezoluce je apelem pro představitele EU a celé mezinárodní spolećenství všemožně napomáhat procesu dosažení životaschopného kompromisu v této chaosem zmítané zemi. Absence legitimní vlády destabilizuje celou oblast, zejména okolní státy, jako Tunisko a Egypt. Libyjské vakuum je úrodnou půdou pro extremistické organizace napojené na IS a také nabízející se alternativou pro bojovníky IS, kteří jsou postupně vytlačováni ze syrského území. A nejen to. Nechráněné hranice na jihu představují otevřenou bránu často ekonomickým migrantům ze subsaharské a západní Afriky. V současném chaosu mohou převaděčské gangy volně operovat, a to včetně 1770 km dlouhého libyjského pobřeží Středozemního moře. Dokud nebude existovat vláda národní jednoty, bude i dopad námořní vojenské mise EU namířené právě proti převaděčům (EUNAVFOR

Sophia) velice omezený. Pouze legitimní libyjská vláda totiž může umožnit plavidlům mise vstup do teritoriálních vod, kde převaděči operují nejvíce a také navracet plavidla do míst, odkud vyplula.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Od kolovoza 2014. oba politická tijela (Zastupnički dom u Tobruku koji je priznala međunarodna zajednica i novi Opći nacionalni kongres koji se pojavio u Tripoliju) tvrde da upravljaju zemljom te i jedne i druge podupire nekoliko teško naoružanih paravojnih postrojbi povezanih s regijama, gradovima i plemenima različitih pripadnosti.

Libija je postala sjedište najvećih snaga Daesha izvan Bliskog istoka i čini njegov mostobran na južnoj obali Sredozemlja, što predstavlja najveću prijetnju susjednim zemljama u regiji Sahela i Sahare, ali i u pogledu terorističkih djelovanja i Europi. Sigurna i politički stabilna Libija nije prijeko potrebna samo radi građana Libije nego i radi sigurnosti cijele regije i Europske unije. Pozdravljam libijski politički sporazum potpisan 17. prosinca 2015. koji je podržao UN i Predsjedničko vijeće.

Pozivam Komisiju i Europsku službu za vanjsko djelovanje koja koordinira djelovanje država članica u Libiji da svoju potporu usmjere na izgradnju države i institucija te da, zajedno s državama članicama, UN-om, NATO-om i regionalnim partnerima, pomognu u reformi sigurnosnog sektora i stvaranju djelotvornih nacionalnih vojnih i policijskih snaga pod kontrolom vlade nacionalnog jedinstva, koje mogu nadzirati cijeli libijski teritorij i njene vođe te osigurati državne granice.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Od pada diktatora Muammara Gaddafija 2011. godine Libija se nalazi u nestabilnoj situaciji u kojoj vlada duboka podijeljenost. Unatoč parlamentarnim izborima koji su održani u lipnju 2014. godine, zemlja je podijeljena između dvije suprotstavljene vlade čija su sjedišta u Tripoliju i Tobruku. Daesh i druge ekstremističke organizacije iskorištavaju situaciju političkog vakuuma i nepostojanja stabilne vlade što prijeti miru i sigurnosti u čitavoj regiji. Ukoliko se širenje utjecaja ekstremističkih grupa nastavi, to bi moglo predstavljati veliku ugrozu za sigurnost u regiji i Europskoj uniji. Ljudska prava nastavljaju se kršiti, pa se slučajevi kao što su otmice, nezakonita ubojstva i mučenja događaju i dalje. Europski parlament iznimno je zabrinut za humanitarnu krizu u Libiji te poziva sve strane da zaustave nasilje i da se suzdrže od akcija koje stvaraju dodatne podjele, kao i da pronađu rješenje kroz politički dijalog.

Podržavam prijedloge navedene u ovoj raspravi jer smatram da se koordinirani naponi država članica trebaju usmjeriti na izgradnju čvrstih institucija koje će osigurati stabilnu državu. Također, države članice, UN, NATO i regionalni partneri trebaju zajednički djelovati u stvaranju efektivnih sigurnosnih službi pod kontrolom centralne vlade, koje će osigurati mir i stabilnost u državi.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sam za skupni predlog resolucije o razmerah v Libiji. Podpiram politični dogovor v Libiji, ki sta ga podpisali sprti strani in ki bo dokončal politični razkol v Libiji. Dogovor poziva k oblikovanju vlade narodne enotnosti ter predhodne vlade devetčlanskega predsedniškega odbora, ki ga bo sestavljal predsednik vlade, pet namestnikov in trije ministri.

Še posebej pozdravljam, da je bil dogovor sprejet pod okriljem OZN. Pridružujem se pozivu iz resolucije, naj predstavniški dom v Tobruku in predsedstvo podpreta ta dogovor, ki je ključni korak pri izvajanju libijskega političnega dogovora in ki ustreza prizadevanjem za pot do miru in stabilnosti v državi ter brani vse libijske državljanke.

Pavel Svoboda (PPE), *pisemně.* – Podpořil jsem usnesení o situaci v Libyi, jelikož je třeba v tuto chvíli podpořit úsilí mezinárodního společenství a různých libyjských skupin, jejichž cílem je ukončit občanskou válku a vytvořit vládu národní jednoty. Evropská unie zde musí podpořit stabilizaci Libye, jelikož pouze stabilní Libye zajistí omezení činnosti obchodníků s lidmi, kontrolu nad obchodem se zbraněmi a reálný boj proti teroristickým skupinám působícím v severní Africe a Sahelu. Důležitá je zde jednotné vystupování jednotlivých členských států, pokud jde o podporu současné vlády, protože pouze jednotná podpora zajistí přechod libyjské společnosti k parlamentní formě vlády.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτως.* – Καταψηφίσαμε το κοινό ψήφισμα αφού υποστηρίζει την στρατιωτική επέμβαση των κρατών υπό την αιγίδα του NATO στη Λιβύη το 2011, υποστηρίζοντας παράλληλα την παραμονή ξένων δυνάμεων στη περιοχή ως ασπίδα ασφαλείας.

Ως ΕΕΑ/ΒΠΑ και ΑΚΕΛ καταδικάζουμε για ακόμη μια φορά την εγκληματική στρατιωτική επέμβαση στη Λιβύη, η οποία οδήγησε στην καταστροφή της χώρας και την αποσταθεροποίηση της περιοχής.

Η νατοϊκή επέμβαση προκάλεσε την περαιτέρω εμβάθυνση του εμφυλίου πολέμου αφού ενώ η Λιβύη υπόκειται ακόμη σε διεθνές εμπάργκο που είχε επιβληθεί το 2011 από το Συμβούλιο Ασφαλείας του ΟΗΕ, μέλη του ΝΑΤΟ και σύμμαχοι τους εξόπλισαν σημαντικά ένοπλες οργανώσεις, γεγονός που συνιστά παραβίαση του διεθνούς δικαίου. Παράλληλα η ΕΕ δημιούργησε την Αποστολή Συνοριακής Συνδρομής της ΕΕ στη Λιβύη, με σκοπό την παροχή στρατιωτικής βοήθειας στις Λιβυκές αρχές με κόστος 30 εκατομμυρίων ευρώ το οποίο δαπανάται σε ιδιωτικές εταιρείες ασφαλείας. Σκοπός της δυτικής επέμβασης στη Λιβύη δεν είναι άλλος, από τον έλεγχο και την κυριαρχία των πλούσιων ενεργειακών πηγών της περιοχής. Αποτέλεσμα όλων αυτών είναι η ανθρωπιστική κρίση στη Λιβύη που εξανάγκασε χιλιάδες πρόσφυγες να εγκαταλείψουν τη χώρα και να υπόκεινται σε τεράστιους κινδύνους στη προσπάθειά τους για ένα καλύτερο αύριο.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η Ένωση και πολλά από τα κράτη-μέλη, αφού πρώτα κατέστρεψαν την Λιβύη για να εξυπηρετήσουν τα δικά τους συμφέροντα, σήμερα εμφανίζονται έτοιμα να προωθήσουν ακόμα μια στρατιωτική επέμβαση, η οποία ουσιαστικά το μόνο που θα καταφέρει θα είναι να βυθίσει τη χώρα σε ακόμη μεγαλύτερο χάος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés és az abban foglalt cselekvési irány elfogadását, annak tudatában, hogy az több szempontból is közvetlenül érinti az Európai Unió és tagállamai érdekeit. A jelentés rámutat, hogy a Líbiában kialakult háborús és humanitárius helyzet figyelemmel kísérése és befolyásolása az EU fontos feladata, hiszen ma ez az egyik fő forrása az Európába irányuló migrációnak, a terrorveszélynek, jelentősen hozzájárul az egész mediterrán térség destabilizálásához, miközben Líbia egyes területei a nemzetközi fegyverkereskedelem és embercsempészet bázisává váltak. Bízom benne, hogy ezzel az állásfoglalással az Európai Parlament is hozzájárul ahhoz, hogy az ENSZ égisze alatt 2015 decemberében kidolgozott megbékélési terv legalább második körben elnyerje a líbiai szemben álló felek, illetve a parlament támogatását. Egyetértek azzal, hogy a következő időszakban előtérbe kerül az állam- és intézményi működés kialakítása, amiben az EU jelentős szerepet vállalhat. Úgy vélem, határozatunk okkal szólítja fel az EU tagállamok kormányait, hogy a líbiai békefolyamat és terrorellenes harc elősegítésére irányuló erőfeszítéseiket az EKSZ és a főképviselő munkájával összehangolva folytassák és kerüljék a különutas politikai akciókat.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Conflictul civil care se desfășoară în Libia de câțiva ani a generat o serie de efecte negative pentru Uniunea Europeană, cum ar fi intensificarea migrației, a traficului ilegal de persoane și extinderea fenomenului terorist. Semnarea Acordului Politic Libian este un pas important către normalizarea situației și așezarea la masa negocierilor a diverselor tabere legitime aflate în conflict. Formarea unui Guvern al Acordului Național în perioada următoare ar constitui o garanție pentru respectarea intereselor diverselor grupuri politice libiene. De aceea, este foarte important ca Președinția și Camera Reprezentanților din Libia să susțină această inițiativă. Uniunea Europeană, prin intermediul Înaltului Reprezentant pentru Politică Externă și Vicepreședinte al Comisiei, lucrează, împreună cu autoritățile libiene și structurile ONU pentru dezvoltarea unui pachet coordonat de măsuri în vederea susținerii noului guvern libian. Este nevoie, însă, de suplimentarea finanțării umanitare în vederea reconstrucției țării și normalizării vieții cetățenilor săi. În acest sens, statele membre ale Uniunii trebuie să susțină măsurile respective, în condițiile în care noul guvern de la Tripoli va lua măsuri pentru reformarea instituțiilor statului, consolidarea statului de drept, combaterea terorismului (inclusiv a activității ISIS în Libia), respectarea drepturilor omului, combaterea traficului de persoane și controlarea fenomenului migrației. Susțin adoptarea rezoluției de față.

Marc Tarabella (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. I deeply regret that the first cabinet proposed by the Presidential Council was rejected by the House of Representatives but at the same time welcomes the endorsement in principle of the political agreement; strongly condemns the abduction of House of Representatives MP Mohamed al-Ra'id and calls on all influential actors to spare no effort to ensure his immediate and unconditional release; opposes any strategy put in place by any actor to undermine or slow down the political process leading to the creation of a new Government of National Accord.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted today in favour of the resolution I co-authored on the situation in Libya. This text welcomes the UN-backed political agreement reached in December last year. Despite all the efforts, the House of Representatives rejected the first proposal of a unity government endorsed by the United Nations. Indeed, stabilising Libya is of crucial importance, both for its people and for the international community. Only a stable government would be able to improve living conditions in the country, end tribal and sectarian violence and face the terrorist groups operating in the region. It is also a prerequisite for any effective move by the EU aimed at stemming the flow of migrants who risk their lives to cross the sea and reach Europe. This resolution is a clear and strong message urging

the EU and its Member States, the UN and other international actors to step up their efforts in assisting the Libyan people to form an inclusive cabinet and bring an end to the ongoing conflict. It sends a strong signal that we must avoid the mistakes we have made in the recent past.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – E' molto confortante che sulla questione libica ci sia una grandissima convergenza tra tutti i paesi rappresentati sulla necessità di consolidare il percorso negoziale aperto.

Il rischio è che Daesh moltiplichi la sua presenza e le azioni terroristiche in Libia, per questo l'Unione Europea, gli Stati Membri e tutti i principali attori internazionali devono assicurare piena cooperazione al nuovo governo libico in diversi campi, in particolare sicurezza. La chiave è un processo politico, un governo di unità nazionale che abbia l'appoggio del parlamento e collabori con la comunità internazionale per la stabilizzazione dell'area.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam ovu rezoluciju koja naglašava da stanje u Libiji proizlazi iz niza ozbiljnih pogrešaka koje su počele vojnom intervencijom 2011. godine kada je nekoliko međunarodnih aktera jasno pokazalo namjeru podupiranja vojne intervencije protiv IDIS-a/Daiša u Libiji čim se formira nova vlada. Naime, izražavam duboku zabrinutost za trenutno stanje, te vjerujem da bi buduća vlada trebala istražiti mogućnost uvođenja institucijskog ustroja kojim bi se regionalnim i lokalnim tijelima zajamčio određeni stupanj autonomije, kao što je slučaj u federalnim oblicima upravljanja. Također držim da regionalni akteri ne smiju djelovati na način kojim bi se mogle produbiti podjele i ugroziti tranzicija Libije prema stabilnoj, uključivoj i demokratskoj zemlji. Oštro osuđujem najnovije terorističke napade i pozivam države članice da u suradnji s Misijom potpore UN-a pomognu Libiji i podupru izradu sveobuhvatne strategije, te podrže tranziciju i novu vladu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o razmerah v Libiji sem podprla saj menim, da je podpora Evropske unije Libiji pri reševanju kriznih razmer ne le potrebna, vendar tudi zelo nujna. Razmere, ki vplivajo na kršitve človekovih pravic in temeljnih svoboščin in na, nasilje ter kaljenje miru v državi, posledično ogrožajo varnost celotne regije, tudi EU.

Zaradi naraščajoče humanitarne krize, je bolj kot kadarkoli potrebno pozivanje EU k končanju nasilja, novih delitev in iskanju rešitev prek političnega dialoga.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento libio rechazó la Resolución de la ONU por la que se trataba de implementar un plan de estabilización en la zona que incluía un Gobierno de unidad. La propia Comisión Europea lamentó en declaraciones públicas una actitud irresponsable por parte de los representantes libios. Votamos en contra ya que, en nuestra opinión, la resolución del conflicto político libio y la formación de un Gobierno de unidad deben ser condiciones *sine qua non* previas a la adopción de cualquier resolución o acción por parte de la UE.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this resolution. With this vote, I condemn the destabilising terrorist attacks by Daesh against the people of Libya.

I call on the Commission and the European External Action Service, which is coordinating Member States' action in Libya, to focus their support on state-building and institution-building and, together with the Member States, the UN, NATO and regional partners, to assist in the reform of the security sector and the creation, under the control of the GNA, of effective national army and police forces able to control the entire Libyan territory and its waters and secure its borders.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Kadhafi diktátor rezsimje alatt Líbia rendelkezett a legnagyobb fegyverezéssel a térségben, amely a bukását követően az illegális fegyverkereskedők és terroristák kezére jutott. Az arab tavaszt követő események rendezést és kiemelt figyelmet érdemelnek. Szavazatommal az S&D-frakció álláspontját támogattam.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Raginu visus regiono subjektus, įskaitant Arabų Lygą ir Afrikos Sąjungą, veikti drauge su JT ir kitomis tarptautinėmis organizacijomis siekiant padėti sukurti stabilią, įtraukią ir demokratinę Libiją. Pritariu Libijos politiniam susitarimui ir JT vadovaujamoms deryboms ir raginu visas šalis dirbti išvien siekiant nacionalinės vienybės, stabilumo ir įtraukumo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because urgent action is needed in Libya, where economic disintegration and violence are worsening its fragility and enabling extremist organisations to flourish. Spillovers from Libya's conflicts are also destabilising the Sahel region, and could constitute a threat to the EU's security. The Libyan conflict is in fact having repercussions in Egypt and particularly Tunisia, but also in Algeria and its oilfields, while contributing to exacerbate extremism. With this resolution we urge the EU and international community to be ready to support Libyans' efforts to implement the Libyan Political Agreement. We urgently call for continued humanitarian, financial and political assistance from the EU and the international community to address the humanitarian situation in Libya, the plight of internally displaced persons and refugees and that of civilians facing disruptions in access to basic services.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución sobre Libia, un país fragmentado, sumido en una grave crisis política y amenazado por la cada vez más fuerte presencia del Daesh. El Gobierno de unidad nacional, el cual fue rechazado por el Parlamento de Tobruk hace unos días, es reconocido por la Resolución como el único legítimo del país. La comunidad internacional necesita con urgencia de un nuevo Gobierno de unidad, ya que este permitiría poner freno al avance, cada vez más acusado, del Estado Islámico en Libia.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie aangezien er volgens mij dringend actie nodig is in Libië. Zowel de veiligheidssituatie, als de humanitaire en economische situatie zijn momenteel in Libië rondt verschrikkelijk. ISIS profiteert hiervan en wint elke dag aan terrein. Het risico bestaat dat dergelijke wantoestanden op termijn de gehele Sahel-regio zullen beïnvloeden. Dit zou een niet te onderschatten risico vormen voor de veiligheid van onze gehele Europese Unie. Met deze resolutie sporen we de Commissie en de internationale gemeenschap dan ook aan om het Libische politieke akkoord en de door de VN geleide gesprekken te ondersteunen en er bij alle partijen op aan te dringen samen te werken in het belang van de nationale eenheid van Libië.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Alors que les pressions internationales pour la formation d'un gouvernement dit d'union et que les menaces d'une nouvelle intervention militaire se multiplient, le Parlement européen a fait le point sur la situation en Libye.

Le moins que l'on puisse dire à la vue de cette résolution, c'est que le Parlement ne compte nullement tirer les conséquences désastreuses de la précédente intervention militaire.

Non seulement le Parlement ne dit mot dans cette résolution des responsabilités des autorités françaises et britanniques dans le chaos libyen mais, pire encore, il se félicite de l'action de l'OTAN dans la région et appelle à une action militaire encore plus importante sous couvert de lutte contre le terrorisme.

En réalité, le message est clair: il faut «sécuriser les ressources» et permettre au pays de servir de base aux actions militaires dans la région comme au temps jadis, et même encore plus facilement.

Dès lors, le respect du droit humanitaire et des droits de l'homme et par là même l'intérêt du peuple libyen semblent bien secondaires.

Je refuse de soutenir de telles logiques.

Les interventions militaires des puissances dites occidentales ont fait suffisamment de dégâts.

Il est temps de mettre en œuvre d'autres logiques.

Je n'ai donc pu que voter contre cette résolution.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este projeto de resolução apresenta várias preocupações que se prendem com a instabilidade política na região que é resultado da intervenção estrangeira protagonizada pela NATO.

A Líbia corre o risco de cair num novo conflito em que haja uma intervenção externa no país. A situação de instabilidade que se vive é consequência de uma guerra de agressão imperialista que criou uma enorme tragédia para a população civil, com milhares de mortos e a destruição da infraestrutura social e económica deste país.

A guerra desencadeada na Líbia inseriu-se em mais uma ofensiva imperialista contra o mundo árabe que pretende encetar uma recolonização de África.

A Líbia detém as maiores reservas confirmadas de petróleo em África e as décimas a nível mundial. Uma nova intervenção externa e um novo conflito mais não visa do que reforçar o controlo da parte das potências imperialistas do país e das suas riquezas. Devemos reafirmar o direito do povo líbio a decidir sobre o seu destino, o seu direito à soberania e à paz. Devemos condenar qualquer nova intervenção estrangeira.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Resolution bietet einige gute Ansätze, vermeidet aber die Benennung der wahren Urheber der Auflösung von Libyen und geht schlicht nicht weit genug. Insgesamt ein halbherziger Ansatz. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Libyen ist heute, wenige Jahre nach dem vom Westen erzwungenen und herbeigeführten Ende des Gaddafi-Regimes, ein „failed state“, der zudem vom „Islamischen Staat“ (IS) verstärkt als neue Aufmarschbasis genutzt wird. Hier sind alle Bemühungen zu unterstützen, dem weiteren Verfall der staatlichen und sozialen Ordnung in Libyen Einhalt zu gebieten und das Land wieder in geordnete Verhältnisse zu überführen, erforderlichenfalls unter Mitwirkung der EU. Deshalb war ein „Ja“-Votum geboten.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Dem Entschließungsantrag zur „Lage in Libyen“ habe ich zugestimmt. Die letzten Jahre waren eine Zeit der politischen Stagnation, eine Zeit des Zusammenbruchs des Rechtsstaates und der Verbreitung von Gewalt. In den vergangenen Monaten wurden die internationalen Bemühungen erhöht, Libyen in dieser schweren Zeit zu helfen. Die internationale humanitäre Hilfe ist etwas, was mir sehr wichtig ist, ganz besonders in der Zeit des erhöhten Terrors seitens ISIS/Da'esh. Es ist an der Zeit, die vorangegangene Militärintervention in Libyen und ihre Folgen noch einmal mit kritischen Augen zu prüfen.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I share in my colleagues' concern regarding the situation of asylum seekers and refugees coming from Libya and North Africa, and I support this resolution's call for more action to be taken by the Libyan authorities, European Member States and the EEAS to address the resulting humanitarian needs and the need for safety.

I wish to emphasise that refugees and asylum seekers on their way to or arriving in Europe must be treated humanely, with their dignity respected and their needs addressed. I call on the Libyan and European authorities alike to ensure the facilities and services provided to take in refugees, asylum seekers and migrants meet these standards.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Η ελπίδα του λαού της Λιβύης για ένα κράτος σε πορεία ανάπτυξης, με ενισχυμένες δημοκρατικές δομές και απόλυτο σεβασμό στα ανθρώπινα δικαιώματα και τις ανθρώπινες ελευθερίες παραμένει ζωντανός. Με την παρούσα πρωτοβουλία την οποία και υπερψήφισα, στέλνουμε ένα μήνυμα ελπίδας στα νότια σύνορα μας.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Desidero esprimere grande soddisfazione per l'adozione della risoluzione sulla situazione in Libia. Accolgo con fiducia la firma dell'accordo politico volto alla formazione un governo d'unità nazionale e trovo che questo sia un primo passo importante per ripristinare pace e sicurezza nel paese. È ora fondamentale che le parti in causa procedano spedite nell'attuazione dell'accordo e mi auguro che senso di responsabilità e inclusione prevalgano sugli interessi contrapposti di ogni fazione.

Concludendo, rinnovo la grande fiducia riposta nel lavoro dell'Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza. Sono certo che, con adeguato sostegno da parte di tutti gli Stati Membri, saprà coordinare opportunamente il supporto e gli aiuti destinati alla Libia.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Trenutne razmere v Libiji zahtevajo takojšnje posredovanje mirovnih sil in vzpostavitev političnega dialoga med sprtimi stranmi. Vojni konflikt slabša stanje na področju človekovih pravic in hromi gospodarstvo ter omogoča porast ekstremističnih skupin, terorističnih napadov in tihotapljenja.

Podpiram Resolucijo Evropskega parlamenta o razmerah v Libiji, saj menim, da bo pripomogla k stabilizaciji razmer v Libiji. EU je pripravljena, da nudi podporo za pomoč pri izgradnji države, varnosti in ohranjanju miru ter spoštovanju človekovih pravic in pravne države.

9.4. Inselregionen (B8-0165/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Andrejs Mamikins (S&D). – Paldies jums, priekšsēdētāja kungs!

Jāsaka, ka pasaulē ir milzīgs visdažādāko salu skaits – kontinenta, vulkāniskās, koraļļu, lielas, mazas, apdzīvotas, neapdzīvotas. Un mazām salām salīdzinājumā ar lielo zemi bieži ir daudz grūtāk ierobežotu resursu dēļ, kā arī nepieciešamības dēļ attīstīt specifisku infrastruktūru, lai būtu savienotas ar lielo zemi, ar savu valsti.

Viss tas viennozīmīgi attiecas arī uz Eiropas Savienību, tāpēc ir nepieciešama maksimāli skaidra saprotamība attiecībā uz Kopienas salu politiku. Par finansējumiem, par programmām, par pašu salu klasifikāciju un tā tālāk. Skaidrība nepieciešama efektīvas tālākas attīstības stratēģijas izveidošanai, un jāsaka, ka, nedaudz pārspīlējot, var atzīmēt, ka Nauru piemērs ir tāds, par dažādu attiecību pret salām. Īsāk sakot, es atbalstu šo dokumentu.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, island communities in Europe play a unique and vital role, and it is imperative that we recognise and support them. On sustainable energy resources, island communities have huge potential. If Europe is to meet its sustainability targets, we must help our islands to harness this potential. Scottish islands, with the biggest coastal exposure to the Atlantic in the UK, have some of the best renewable energy opportunities in the world.

On education: access, especially to further education and higher education, is vital. Scotland is lucky to be the home of our newest university, the University of the Highlands and Islands, which is leading in delivering education remotely, attracting huge global interest. This leads me to my final point on digital access: we debate in this Chamber about the importance of the digital single market. We must ensure that our island communities have access to superfast broadband, so that they too can enjoy this digital revolution that we are all enjoying at the moment. I am proud to represent and support the Scottish island communities.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I was very happy to support the call for special attention to be paid to EU islands, in particular the call for special tax arrangements, the need to tackle depopulation and the call for better air services. In this context I would like to take the opportunity to raise the issue of air access to three islands off the west coast of Ireland: Inis Mór, Inis Oírr and Inis Meáin.

Up to now, access has been by a fixed-wing aircraft, and the islanders are very satisfied with the current arrangements. However, in recent times an attempt has been made to replace fixed-wing aircraft with helicopter access, and the islanders are most dissatisfied with this proposal. Today, here, I just want to clarify that, as far as the EU regulation, under which the Public Service Obligation (PSO) operates, is concerned, the term used is 'air carrier', which is defined as an undertaking with a valid operating licence or equivalent. So the decision on the matter, whether fixed-wing or helicopter, lies with the national authorities, and the needs and wishes of the islanders should be complied with. Today we call for better air services. The people of Inis Mór, Inis Oírr and Inis Meáin deserve better air services.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – L'art. 174 del TFUE riconosce come obiettivo fondamentale dell'UE la riduzione delle disparità regionali d'ordine sociale, economico ed ambientale.

Valorizzare le peculiarità territoriali, non solo contribuisce ad un arricchimento del patrimonio economico e culturale dell'Europa, ma s'inserisce perfettamente nelle strategie delle politiche di coesione.

Considerando che, ai naturali svantaggi che caratterizzano alcune isole del Mediterraneo, purtroppo, si aggiungono le difficoltà economiche e la complessa gestione del flusso di migranti, il sostegno europeo è essenziale e prioritario.

Infatti, per realizzare pienamente gli obiettivi di sviluppo, crescita ed occupazione, l'UE dovrebbe promuovere un'azione coordinata e l'elaborazione di strategie verticali che coinvolgano tutti i livelli di governo.

Per queste ragioni ho espresso voto positivo, perché credo fortemente che garantire uno sviluppo armonico delle isole, possa rappresentare un'opportunità e uno strumento di crescita a livello locale ed europeo.

John Stuart Agnew (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States, it's the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States; it is the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución para apoyar que las instituciones europeas trabajen en favor de una financiación y de medidas específicas para atender a las peculiaridades de las regiones insulares que, debido a sus condiciones geográficas extraordinarias, suelen sufrir más problemas económicos, de desarrollo regional y de pérdida de población, lo que va claramente en contra del objetivo marcado en los Tratados de reducir las disparidades entre las distintas regiones.

Por ello, la Resolución del Parlamento solicita, entre otras cosas, un estudio exhaustivo de los costes adicionales de las zonas insulares, una mejora de las fuentes de financiación y un Libro Blanco que sirva para dar seguimiento y sea fuente de consulta de las mejores prácticas de los distintos actores.

No obstante, debo destacar que esta Resolución no recoge la crítica que se debe hacer a un modelo económico global que ha dañado el desarrollo sostenible en las zonas insulares, especialmente en aquellas pertenecientes a los países más meridionales, donde en general se ha apostado casi en exclusividad por el turismo de ocio, sin tener en cuenta espacios naturales protegidos, u oportunidades de diversificación económica y empleo de calidad.

De todos modos, mi voto ha sido a favor.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this motion, which was put forward by the Committee for Regional Development, which looks at the specific and unique needs of islands in Europe. It looks at ways to meet those needs in order to ensure sustainable development and integration by better targeted use of EU policy to ensure economic viability, the supply of necessary public services and better connectivity and accessibility of islands with nearby regions.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution dont il est ici question utilise l'expression «îles de l'Union européenne» et s'appuie sur l'article 174 du TFUE dans le but de créer un groupe homogène qui comprendrait l'ensemble des régions insulaires comme c'est déjà le cas avec le groupe des régions montagneuses. Aussi ce texte s'inscrit-il dans une démarche fédéraliste que nous ne pouvons cautionner. Par conséquent, avec mes collègues du Front national, nous avons voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report, which is about the European Union dictating the regional economic plans for islands belonging to Member States. As I oppose the ESIF, it is natural for me to vote against.

I note that the Eurostat definition of an 'island' means that Great Britain is not classified as an island. I am highly tempted to invite them to walk over and discuss the matter.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl klišių, kylančių ES salų regionams, mažinimo. Pritariu, Komisija turėtų imtis konkrečių veiksmų siekiant kovoti su klišėmis, su kuriomis susiduria ES salos ir pasinaudoti pilnu šių salų potencialu. ES salos taip pat yra periferiniai regionai prie ES išorės sienų ir yra ypač pažeidžiami dėl iššūkių, su kuriais šiuo metu susiduria Europa, pvz., globalizacijos, demografinių tendencijų, klimato kaitos, energijos tiekimo ir – ypač pietų zonose – didėjančio migrantų srautų. Pritariu, kad be BVP, Komisija turėtų atsižvelgti ir į kitus statistinius rodiklius, kurie gali atspindėti ekonominį ir socialinį salų pažeidžiamumą dėl gamtinių nuolatinių klišių. Komisija turėtų pradėti išsamų tyrimą ir analizę dėl papildomų išlaidų, kurias dėl savo padėties patyrė salos, žmonių ir prekių transporto sistemos energijos tiekimo ir galimybių į rinkas požiūriu. Komisija turėtų nustatyti ES strateginę programą salų srityje, kad būtų galima susieti priemones, galinčias turėti didelį teritorinį poveikį.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States, it's the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution parle «des îles de l'Union européenne» et utilise l'article 174 du TFUE pour créer un groupe homogène pour regrouper toutes les «régions insulaires», à l'instar des «régions montagneuses». En clair, ce texte valide le projet fédéraliste de l'UE et je m'y suis donc opposé.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La crise économique et bancaire a réduit les investissements publics de plus de 20 % et les politiques d'austérité ont eu un impact socio-économique très négatif dans les régions défavorisées, notamment les îles.

Cette résolution commune, que j'ai approuvée, demande dès lors à la Commission de déterminer les handicaps et les atouts de ces régions insulaires afin de prendre les dispositions adaptées pour tendre à la cohésion économique, sociale et territoriale.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Le isole europee rappresentano un patrimonio comune in termini di biodiversità e cultura all'interno dell'Unione. Molto spesso situate ai confini dello spazio europeo, queste aree risultano essere particolarmente vulnerabili rispetto ai problemi dell'approvvigionamento energetico, dell'evoluzione demografica, del cambiamento climatico e in particolare dei flussi migratori. Il mio sostegno alla risoluzione sulla condizione di insularità muove dalla convinzione che sia necessario un forte intervento per porre fine agli svantaggi subiti dalle isole garantendo il conseguimento delle politiche di coesione economica, sociale e territoriale. La Commissione deve sviluppare un vero e proprio «Quadro strategico dell'Unione per le isole» in modo tale da collegare tutti gli strumenti suscettibili di produrre un impatto significativo sul territorio. Bisogna valorizzare il potenziale delle isole europee, garantendo lo sviluppo di sistemi di turismo sostenibile, affiancato al turismo stagionale, senza perdere di vista le grandi opportunità offerte dalle isole come fonti di energia alternativa di tipo oceanico, eolico e solare.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor puesto que estamos de acuerdo con que, de conformidad con la Directiva 2006/112/CE del Consejo, a ciertas islas europeas (entre las cuales se encuentra la región ultraperiférica de Canarias) se les conceda un régimen fiscal especial para corregir las desigualdades debidas a causas múltiples relacionadas con la condición de insularidad.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre la situación especial de las islas — islas diferentes a las regiones ultraperiféricas—, porque me parece muy importante. En ella se anima a la Comisión a ofrecer una definición clara del tipo de desventajas permanentes de carácter geográfico, natural y demográfico que las regiones insulares pueden padecer. Animo a la Comisión a que lo haga.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Au nom de la spécificité de nos territoires nationaux, et plus particulièrement de nos îles, j'ai évidemment rejeté cette proposition de résolution indécente et qui ne s'inscrit dans rien d'autre que le projet fédéraliste européen.

La résolution propose ainsi une uniformisation scandaleuse, comme avec la négation de la différence entre îles et États et îles et régions.

C'est pourquoi j'ai soutenu les amendements qui visaient notamment l'importance de préserver un régime fiscal favorable à certaines îles handicapées par leur situation géographique ou faisant l'objet de programmes d'ajustement économique.

Il est nécessaire de toujours se battre pour rappeler le cadre national du développement durable des régions insulaires, contre la tentative de «régionalisation» de nos territoires qui serviraient à éliminer l'État comme échelon médiateur entre l'Union et les territoires.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Le regioni insulari necessitano di una tutela speciale, considerate le maggiori difficoltà rispetto alle zone continentali nell'accesso ai servizi. Finora si riscontrano carenze nel garantire tale tutela da parte delle istituzioni europee a queste zone svantaggiate. Condivido pertanto l'obiettivo della presente relazione nel riportare all'attenzione dell'UE questa tematica e ho votato a favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Las regiones insulares, clasificadas como regiones NUTS-2 y NUTS-3, presentan características y particularidades comunes que se manifiestan de modo permanente y las distinguen netamente de los territorios continentales. El artículo 174 del TFUE reconoce que el conjunto de las regiones insulares hace frente a desventajas permanentes que necesitan una atención especial.

No obstante, en el marco de la preparación del periodo de programación financiera 2014-2020, las regiones insulares de la UE de los niveles NUTS-2 y NUTS-3 no recibieron ninguna financiación específica, sino tan solo la posibilidad de modulación de las tasas de cofinanciación para ciertos tipos de isla, de conformidad con el artículo 121 del Reglamento (UE) n.º 1303/2013.

Por estos motivos, apoyo la Resolución aprobada por el Parlamento Europeo a fin de corregir estas deficiencias.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas įvertino ypatingą salų padėtį. Dėl ekonominės krizės stipriai sumažėjo daugelio valstybių narių nacionaliniai ir regioniniai biudžetai, nes buvo apribotos finansavimo galimybės daugelyje sektorių, todėl viešųjų investicijų apimtis sumažėjo 20 %; kadangi, kaip nurodyta ir Šeštojoje ekonominės, socialinės ir teritorinės sanglaudos ataskaitoje, krizė stipriai paveikė daugelio nepalankioje padėtyje esančių regionų, įskaitant ir salas, galimybės vystytis. ES salos taip pat yra periferiniai regionai prie ES išorės sienų ir yra ypač pažeidžiami dėl iššūkių, su kuriais šiuo metu susiduria Europa, pvz., globalizacijos, demografinių tendencijų, klimato kaitos, energijos tiekimo ir – ypač pietų zonose – didėjančio migrantų srautų poveikio. Todėl Parlamentas paragino Komisiją pateikti aiškią nuolatinių geografinių, gamtinių ir demografinių kliūčių, su kuriomis susiduria salų regionai, tipų apibrėžtis. Parlamentas taip pat pakvietė Komisiją paaiškinti, kaip ji ketina įgyvendinti ES sutarties 174 straipsnio formuluotę apie salų regionų patiriamas nuolatines kliūtis, kurios stabdo salų regionų natūralų vystymąsi ir trukdo siekti ekonominės, socialinės bei teritorinės sanglaudos.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano resolucijo o otoških regijah EU sem podprl, saj menim, da je treba nameniti več pozornosti otokom, ki sestavljajo precejšen del evropskega ozemlja. Argumenti za ohranjanje otoških regij so podobni tistim, ki jih sam velikokrat izpostavljam pri problematiki hribovskih in gorskih območij.

Tako otoki kot gorska območja se soočajo s prometno in informacijsko odmaknjenostjo, odseljevanjem, ki ima vpliv na kulturno in naravno dediščino ter na staranje prebivalstva.

Kar se gospodarske aktivnosti tiče, so otoška območja najbolj odvisna od turizma, ki je največji zaposlovalec v teh regijah, vendar je zaradi sezone naravnosti te panoge težko zagotavljati delovna mesta skozi celo leto.

V resoluciji smo zato pozvali k vzpostavitvi strateškega okvira EU za otoške regije ter k spremembi pristopa za otoke, ki so pod največjim pritiskom migrantskih valov.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo pitanje o otocima. I sama dolazim iz zemlje koja je bogata s tisuću otoka, tako da shvaćam specifičnosti i probleme s kojima se suočavaju stanovnici otoka. Smatram kako Komisija mora dati adekvatan odgovor na pitanja postavljena u tekstu, jer na ovim prostorima doista postoje trajne zapreke i izoliranost te već sada konstantni slučajevi odumiranja mnogih otoka. Moramo pronaći način zadržavanja stanovništva na otocima, jer će u suprotnom izoliranost dovesti do potpunog odumiranja otoka i potpunog iseljavanja njihovog stanovništva u budućnosti.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che la condizione di insularità e le caratteristiche tipiche a essa inerenti siano un'evidenza che non può essere trascurata dalle istituzioni europee ma anzi che esse si debbano adoperare per trovare delle soluzioni volte a compensare le situazioni di svantaggio che l'insularità comporta rispetto alle regioni continentali.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea presenta al suo interno diverse regioni insulari che, a norma dell'articolo 174 del trattato sul funzionamento dell'Unione Europea (TFUE), sono classificate come regioni NUTS-2 e NUTS-3 poiché presentano caratteristiche e specificità comuni di natura permanente che le distinguono nettamente dalle regioni situate sulla terraferma.

L'Unione europea riconosce quindi che queste regioni, per la loro conformazione e la loro collocazione geografica, risentono di svantaggi concreti che richiedono un'attenzione specifica. Nonostante questo, in sede di definizione della programmazione finanziaria per il periodo 2014-2020, non sono stati previsti finanziamenti mirati per le regioni insulari dell'UE di livello NUTS-2 e NUTS-3, ma solo la possibilità di una modulazione dei tassi di cofinanziamento per taluni tipi di isole, conformemente all'articolo 121 del regolamento (UE) n. 1303/2013. Riteniamo che tale decisione sia errata e problematica e che la Commissione debba chiarire quali sono gli strumenti e le risorse specifiche a titolo della politica di coesione che intendere rendere disponibili per ovviare agli svantaggi derivanti dall'insularità di questi territori.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Les régions insulaires subissent des coûts supplémentaires, en particulier concernant l'approvisionnement en énergie et en matières premières. Par ailleurs, il est vrai que les îles sont plus vulnérables aux principaux défis que les États membres doivent surmonter, à savoir la mondialisation sauvage, le changement climatique, mais aussi l'afflux massif de migrants en Méditerranée.

Bien que nous partagions un constat identique, nos solutions divergent de celles évoquées dans cette proposition de résolution. Il est de l'unique responsabilité des États membres, en coopération avec les autorités locales, de déterminer les stratégies de développement durable de ces régions ainsi que les projets d'infrastructures éligibles à l'obtention des fonds structurels européens. Par ailleurs, nous contestons formellement le détournement des fonds européens en faveur de l'accueil des migrants clandestins.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Insulele europene prezintă caracteristici deosebite prin prisma condițiilor de mediu, având habitate și specii endemice, dar și din perspectiva aspectelor culturale, având un patrimoniu arhitectonic, situri, peisaje, caracteristici agricole și neagricole și identități geografice remarcabile.

Insulele europene au un rol semnificativ la consolidarea dezvoltării sustenabile în Uniune, având în vedere potențialul lor ridicat de producere a energiei din surse regenerabile, datorită expunerii specifice la curenți eolieni, marea și lumina solară. Totuși, o parte din insulele Uniunii se încadrează și în regiuni periferice fiind vulnerabile la diverse provocări cu care se confruntă Europa cum ar fi mondializarea, tendințele demografice, schimbările climatice, aprovizionarea cu energie și, îndeosebi în zonele sudice, expunerea la fluxurile crescânde de migrație. Drept urmare, se impun conectivități mai eficiente prin rute maritime, printr-un acces mai bun la porturi și prin servicii mai bune de transport aerian. Consider că este deosebit de importantă favorizarea accesibilității regiunilor și legăturile dintre insule astfel încât aceste zone insulare să devină puncte turistice și de interes crescut.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că este necesară o abordare strategică, de dezvoltare sustenabilă a zonelor insulare europene prin promovarea inovării și a competitivității în aceste regiuni.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione della commissione per lo sviluppo regionale, nata da un'interrogazione relativa al tema dell'attuazione dell'articolo 174 del trattato sul funzionamento dell'UE, perché è chiaro a tutti che quanto contenuto in detto articolo non è stato minimamente realizzato dalla Commissione europea. Sia le regioni insulari che le zone di montagna mantengono inalterate le condizioni di difficile accesso ai servizi.

Merito di questa risoluzione è sollevare il caso e sottolineare come gli obiettivi di coesione dovrebbero passare anche attraverso una maggiore tutela della presenza umana nelle isole. Certo, questo principio sembra in contraddizione con la rigida disciplina contro gli aiuti di Stato con cui si scontrano gli amministratori che in questi territori vorrebbero favorire i collegamenti aerei e navali (vedi casi Ryanair, Saremar e Tirrenia in Sardegna). Si tratta, quindi, di vicende in cui le logiche del libero mercato devono essere ben commisurate con la necessità dei cittadini isolani e continentali di poter transitare senza problemi e senza particolari esborsi. Nel caso della Sardegna possiamo chiaramente affermare che grandi colpe devono essere attribuite anche allo Stato membro in questione, colpevole in questi anni di aver investito pochissime risorse per eliminare gli ostacoli derivanti dal principio di insularità.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le territoire de l'Union européenne comporte de nombreuses îles situées en périphérie de certains États membres. La condition d'insularité requiert une attention particulière de l'Union. En effet, l'éloignement géographique et, parfois, les difficultés d'accès peuvent engendrer des conséquences économiques et sociales néfastes. J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande à la Commission européenne de prêter davantage attention aux îles.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla condizione di insularità. La risoluzione ha sottolineato che le caratteristiche specifiche comuni di natura permanente distinguono nettamente le regioni insulari dalle regioni situate sulla terraferma e che la condizione di insularità presenta svantaggi naturali e geografici permanenti.

La risoluzione evidenzia la necessità di sostenere lo sviluppo territoriale equilibrato delle regioni insulari attraverso la promozione dell'innovazione e della competitività in tali regioni, che sono situate a grande distanza dai principali centri amministrativi ed economici e che non beneficiano di un agevole accesso ai trasporti. La risoluzione rileva l'importanza di predisporre misure di sostegno per contrastare il significativo trend di spopolamento delle regioni insulari e invita la Commissione europea ad avviare un'analisi approfondita sui costi supplementari che la condizione di insularità determina a livello dei sistemi di trasporto di persone e merci e dell'approvvigionamento energetico, nonché in termini di accesso al mercato, in particolare per le PMI. Ho quindi deciso di votare a favore della risoluzione.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States, it's the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because islands within the European Union do indeed face certain problems which are not common on mainland Europe despite the ever-present struggle of the European Union for the convergence of all its regions. Islands have more natural barriers than mainland regions and therefore we need to do more in order to better exploit the available resources and opportunities so that they can overcome the obstacles to better development. For example, many of them are poorly connected to the mainland which results in economic and social marginalisation.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'UE tramite l'articolo 174 del TFUE riconosce gli svantaggi delle regioni insulari che ostacolano il loro sviluppo e impediscono loro di conseguire la coesione economica, sociale e territoriale. Il testo chiede alla Commissione di avviare un'analisi approfondita sui costi supplementari che la condizione di insularità determina a livello dei sistemi di trasporto di persone e merci e dell'approvvigionamento energetico, nonché in termini di accesso al mercato, in particolare per le PMI. Alla luce di quanto esposto, ho votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La riduzione del divario tra i livelli di sviluppo delle regioni europee è il principale obiettivo della politica di coesione, che si rivolge, come indicato all'articolo 174 del trattato di Lisbona, soprattutto alle zone svantaggiate, tra le quali figurano appunto quelle insulari.

Tuttavia, la perifericità di tali aree può diventare un valore aggiunto per l'Europa, in particolare in riferimento alla produzione di energie alternative o alla salvaguardia della biodiversità. La politica di coesione non ha dato finora il giusto spazio a dette aree, per le quali occorrerebbe invece prevedere una sezione dedicata ad affrontare specificità e svantaggi permanenti legati alla loro posizione geografica.

Trovo quindi quanto mai appropriata la richiesta avanzata dal Parlamento di creare uno sportello per le isole e un'agenda europea per le regioni insulari, aree tutte per le quali i fondi della politica di coesione dovrebbero essere destinati ad innescare ed avviare processi di sviluppo adeguati ai bisogni e alle necessità di tali territori.

Ho votato a favore della risoluzione perché ritengo che il divario ancora esistente tra le regioni d'Europa si possa colmare solo attraverso politiche e interventi più attinenti alle necessità e alle vocazioni naturali di sviluppo di tali specifiche zone.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στηρίζουμε την πρόταση ψηφίσματος και θυμίζουμε πως η μείωση των οικονομικών, κοινωνικών και περιβαλλοντικών ανισοτήτων μεταξύ των περιφερειών αποτελεί κύριο στόχο της ευρωπαϊκής πολιτικής για τη συνοχή. Ο αντίκτυπος της οικονομικής κρίσης έχει πλήξει σοβαρά τις δυνατότητες ανάπτυξης πολλών μειονεκτουσών περιφερειών, συμπεριλαμβανομένων των νήσων και έχει αντιστρέψει τη μακροπρόθεσμη τάση σύγκλισης του ΑΕΠ και των ποσοστών ανεργίας σε ολόκληρη την ΕΕ, με αποτέλεσμα να αυξάνεται η φτώχεια και ο κοινωνικός αποκλεισμός και να παρακαλύεται η επίτευξη του μακροπρόθεσμου στόχου της Ένωσης για την οικονομική, κοινωνική και εδαφική συνοχή. Τονίζουμε πως τα νησιά, ως περιφερειακές περιοχές που βρίσκονται στα εξωτερικά σύνορα της ΕΕ, είναι ιδιαίτερα ευάλωτες στις σημερινές προκλήσεις (παγκοσμιοποίηση, δημογραφικές προκλήσεις, κλιματική αλλαγή, προμήθεια ενέργειας και, ιδιαίτερα για τις νότιες περιοχές, έκθεση σε αυξανόμενες μεταναστευτικές ροές). Για τους πιο πάνω λόγους καλούμε την Επιτροπή να καταρτίσει ένα «στρατηγικό πλαίσιο της ΕΕ για τα νησιά», καθώς καλούμε τα κράτη μέλη και τις περιφερειακές και τοπικές αρχές να διαδραματίσουν σημαντικό ρόλο στις αναπτυξιακές στρατηγικές για τα νησιά με βάση μια κάθετη προσέγγιση που προϋποθέτει συμμετοχή όλων των επιπέδων διακυβέρνησης, σύμφωνα με την αρχή της επικουρικότητας, στην προοπτική της εξασφάλισης βιώσιμης ανάπτυξης για τα νησιά της ΕΕ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente la Proposta di Risoluzione sulla Condizione di Insularità da me presentata e voluta con forza. Le isole dell'Unione sono aree territoriali periferiche poste alle frontiere esterne dell'UE e particolarmente vulnerabili alle sfide che l'Europa fronteggia, quali la globalizzazione, l'evoluzione demografica, il cambiamento climatico, l'approvvigionamento energetico e l'esposizione all'immigrazione clandestina. Le isole Europee contribuiscono alla diversità dell'Unione sia sotto il profilo ambientale, che sotto quello culturale. Le isole Europee possono contribuire al rafforzamento dello sviluppo sostenibile dell'unione, date le loro elevate potenzialità per la produzione di energia da fonti rinnovabili in virtù di un'esposizione privilegiata ai venti, al mare e al sole. Noi chiediamo con forza che la Commissione, nell'applicazione sostanziale dell'art. 174 del Trattato sul Funzionamento dell'Unione Europea, riconosca concretamente la condizione di Insularità attraverso la creazione, a fini classificativi, di un gruppo omogeneo includente tutti i territori insulari. Auspico che la Commissione valuti le isole europee quale gruppo omogeneo di regioni meritevoli di programmi di sviluppo regionale ad hoc, adoperandosi per la messa a punto di indicatori statistici dai quali emerga più fedelmente la misura degli svantaggi della condizione insulare, dunque non limitandosi alla mera considerazione di rigidi indicatori statistici misurati in percentuale sul Pil.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Sono molto lieto di aver votato a favore di questa risoluzione, che è il risultato di uno sforzo corale di supporto al collega Salvatore Cicu, vero architetto di questo documento politico. Era ora che qualcuno giungesse e mettesse nero su bianco qualcosa che è sotto gli occhi di tutti, tranne dei buro-legislatori europei: che la condizione di insularità comporta una serie di difficoltà di cui non si può non tenere conto nell'organizzazione della società. Si dice che quando, alla fine della seconda guerra mondiale, in Italia si votò al famoso referendum per tenere la monarchia o passare alla Repubblica, le schede elettorali sarde furono gettate a mare per distorcere il risultato a favore della Repubblica, visto che dalla Sardegna ci si aspettava, dopo lo spoglio che sarebbe avvenuto a Roma, un voto fortemente pro-monarchico. Salvatore Cicu, onore a lui, con questa risoluzione ha saputo sancire che la volontà del popolo sardo mai più sarà ignorata e calpestate. Congratulazioni per l'ottimo lavoro svolto!

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States, it's the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio a Resolução do Parlamento Europeu sobre a situação especial das Ilhas que nos é trazida pela Comissão do Desenvolvimento Regional

Reconheço a situação complexa com que diversas regiões insulares se confrontam e as suas limitações geográficas, naturais e demográficas.

Concordo que se solicite à Comissão que realize um estudo aprofundado sobre os custos adicionais incorridos pelas características da insularidade, em termos do sistema de transportes para pessoas e mercadorias, do fornecimento de energia e do acesso aos mercados, em especial para as PME;

Concordo igualmente com a necessidade de uma melhor conectividade por via marítima, de um melhor acesso aos portos e de melhores serviços de transporte aéreo.

Sublinho porém, como várias vezes foi já referido pela Deputada Sofia Ribeiro que uma melhor atenção aos problemas das regiões insulares não pode traduzir-se em menor atenção ou até em desinvestimento nas regiões ultraperiféricas que estão especificamente previstas e protegidas nos Tratados europeus.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Concordo con quanto espresso da alcuni dei miei colleghi i quali, nel corso del dibattito, hanno evidenziato la necessità di rivedere gli obiettivi prioritari all'interno del quadro strategico della futura programmazione. Effettivamente, la Commissione fino ad ora ha proposto azioni per le regioni ultraperiferiche ignorando completamente la situazione delle isole, le quali vivono in una situazione di marginalità, non solo geografica, ma anche economica e sociale. Non esiste continuità regionale e ciò vuol dire carenza di servizi e di concorrenza, mettere a dura prova le PMI, creare un'ambiente ostile alle compagnie low cost e alle multinazionali. Pertanto, mi auguro che la Commissione possa prestare maggiore attenzione alla condizione in cui versano le isole anche attraverso l'erogazione di specifici finanziamenti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Investing in the digital capacity of island regions is a vital means of counterbalancing the connectivity gaps of such regions, as industry may alleviate dependence on physical economies of scale. Investments in infrastructure to ensure broadband access on islands and the full participation of islands in the digital single market are of crucial importance. These will generate quality jobs for our graduates and address the brain drain issues which island regions like Gozo have been experiencing for years.

Even in the case of small Member States like Malta, the difference between the sister islands of Gozo and Malta shows significant divergences in the socio-economic sphere. This justifies the importance of supporting the sensitive development of island regions, including those which are densely populated. I support the call for the setting up of an 'islands desk' linked to the Commission's Directorate-General for Regional and Urban Policy (DG REGIO) made up of a small group of officials in order to coordinate and analyse issues relating to island regions. This will bring the EU closer to islands which often face insularity or double insularity. I have thus voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución para apoyar que las instituciones europeas trabajen en favor de una financiación y de medidas específicas para atender a las peculiaridades de las regiones insulares que, debido a sus condiciones geográficas extraordinarias, suelen sufrir más problemas económicos, de desarrollo regional y de pérdida de población, lo que va claramente en contra del objetivo marcado en los Tratados de reducir las disparidades entre las distintas regiones.

Por ello, la Resolución del Parlamento solicita, entre otras cosas, un estudio exhaustivo de los costes adicionales de las zonas insulares, una mejora de las fuentes de financiación y un Libro Blanco que sirva para dar seguimiento y sea fuente de consulta de las mejores prácticas de los distintos actores.

No obstante, debo destacar que esta Resolución no recoge la crítica que se debe hacer a un modelo económico global que ha dañado el desarrollo sostenible en las zonas insulares, especialmente en aquellas pertenecientes a los países más meridionales, donde en general se ha apostado casi en exclusividad por el turismo de ocio, sin tener en cuenta espacios naturales protegidos, u oportunidades de diversificación económica y empleo de calidad.

De todos modos, mi voto ha sido a favor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zgodnie z zawartością rezolucji wszelkie wyspy mają współczynnik dostępności, który jest niższy niż średnia europejska, nawet biorąc pod uwagę transport morski. Kapitał ludzki stanowi poważny problem dla wysp, zwłaszcza wysp śródziemnomorskich: poziom wykształcenia jest szczególnie niski nawet na wyspach z wysokim poziomem PKB, które dysponują Uniwersytetem. Wyspiarskość powinna być zatem uznana za naturalną cechę, która wpływa negatywnie, pośrednio i bezpośrednio, na atrakcyjność wysp generując przeszkody dla ich wydajności w zakresie zrównoważonego rozwoju. Tworzy to dla tych terytoriów popieram bardziej celowe i wydajniejsze wykorzystanie istniejących funduszy, jak również dodatkowych środków. Ponadto, uważam, iż proporcja środków wydawanych w ramach Polityki Spójności na odizolowane regiony powinna być skupiona na najbiedniejszych Państwach Członkowskich UE, a nie na ściśle określonych francuskich, hiszpańskich i portugalskich terytoriach. Rezolucja m.in. wzywa Komisję do ustanowienia „Strategicznych ram UE dla wysp” z myślą o połączenie instrumentów, które mogą mieć istotne oddziaływanie terytorialne zaś państwa członkowskie oraz władze regionalne i lokalne do odegrania ważnej roli w strategiach rozwoju wysp w oparciu o podejście pionowe obejmujące wszystkie szczeble sprawowania władzy,

zgodnie z zasadą pomocniczości, aby zagwarantować zrównoważony rozwój wysp w UE. Biorąc pod uwagę wagę istniejących problemów – zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that lists the European Parliament's priorities surrounding the specific characteristics and features of island regions and their implications for these islands. Some of these characteristics and features distinguish islands from the mainland regions and serve as permanent handicaps that require particular attention from the European Commission. EU islands are many times particularly vulnerable to the challenges which Europe is currently facing, such as globalisation, demographic trends, climate change, energy supply and, especially for the southern areas, exposure to increasing migration flows. In this regard, I believe that further studies are required to see how additional flexibility can be inbuilt in the new cohesion policy post-2020 to address the specific challenges faced by territories suffering from permanent disadvantages, including island Member States and island regions.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I support the overall policy aims of the European regional policy of supporting less developed areas. However, I feel I have to abstain on this motion as the calls in the resolution for a new EU agenda, a new framework and additional white papers and studies that could open the door to additional financial support being pumped into this area. In the current challenging times where national governments are having to cut expenditure and bring down deficits across Europe, it would not be responsible to call for additional money to be allocated.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Pornind de la existența handicapurilor permanente ale regiunilor insulare, datorate dimensiunilor lor reduse și depărtării față de zonele de coastă continentale europene, handicapuri care constituie obstacole în calea dezvoltării fizice a insulelor și le împiedică să ajungă la o coeziune economică, socială și teritorială, consider benefică propunerea raportorului privind înființarea unui grup omogen alcătuit din toate teritoriile insulare.

Pentru realizarea de studii și analize privind costurile suplimentare generate de situația insularității, consider că este nevoie de luarea în calcul și a altor indicatori statistici, care pot reflecta vulnerabilitatea insulelor, nu doar produsul intern brut al acestora.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition de résolution avance une série d'indicateurs complémentaires pour mieux refléter les spécificités des régions insulaires dans les critères de financement des programmes européens. Bien que l'article 174 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne précise que les territoires insulaires souffrent de handicaps permanents qui nécessitent une attention particulière, la programmation financière 2014-2020 ne prévoit pas de financement spécifique pour ces régions, mais seulement la possibilité de moduler les taux de cofinancement pour certains types d'îles. Les députés européens proposent par exemple d'introduire l'indice régional de compétitivité, qui mesure la vulnérabilité économique et sociale que présentent ces régions. Considérant que les régions insulaires souffrent de handicaps naturels permanents et particuliers qui freinent leur développement, j'ai soutenu cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur les régions insulaires. Il est en effet nécessaire de tenir compte des difficultés, notamment économiques, liées aux particularités géographiques des régions insulaires. Je suis particulièrement favorable au renforcement des voies de transport permettant une meilleure connectivité de ces régions insulaires avec le reste du territoire européen.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione per invitare la Commissione europea a delineare misure concrete per gli svantaggi permanenti che le isole europee devono affrontare. L'approvazione di questa risoluzione è un passo importante per le nostre maggiori isole italiane, Sicilia e Sardegna, in quanto si riconosce loro la «condizione di insularità». In base a questo riconoscimento le due isole avranno la possibilità di avere maggiori opportunità in termini di risorse e fondi europei.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation spécifique des îles. En effet cette Résolution souligne les spécificités des îles et la nécessité d'avoir des mesures particulières pour répondre aux défis auxquels elles sont confrontées: changement climatique, connectivité, migration. De plus, suite à ce vote il est prévu de publier un livre blanc sur le développement des îles, fondé sur les bonnes pratiques et associant les autorités locales, régionales et nationales. Un véritable cadre stratégique européen pour les îles va ainsi être mis en place.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Malgré des amendements louables défendant une fiscalité adaptée pour les régions insulaires, cette proposition de résolution valide le projet fédéraliste de l'Union européenne. Par exemple, elle refuse la distinction entre îles-États et îles-régions. En outre, elle crée une catégorie homogène relative aux régions insulaires. Étant opposée à l'approche fédéraliste qui s'oppose à l'État-nation et à la nécessaire souveraineté qui y est attachée, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах с „въздържал се“ по настоящата резолюция, тъй като не съм напълно съгласен с някои от отправените предложения в нея. Съгласен съм, че островите на ЕС, като периферни райони, са особено уязвими спрямо предизвикателства, с които в момента се сблъсква Европа.

По-специално, южните райони са изложени на увеличаващите се миграционни потоци. Тези островни региони са също така и водещи туристически дестинации, които също така допринасят за многообразието на ЕС по отношение както на културата, така и на околната среда; имат капацитета да допринесат за устойчивото развитие с потенциала си за производство на енергия от възобновяеми източници или поради специфичното си местоположение.

Въпреки това, обаче, не смятам, че Европейската комисия трябва тепърва да създава специални инструменти за подпомагане на тези райони. С оглед на кризата, пред която е изправен ЕС, смятам, че по-удачно решение би било държавите членки с такива островни територии да разработят стратегия за по-добро усвояване на европейски средства и за по-добра работа със съществуващите инструменти.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Προτείνεται η καταψήφιση της έκθεσης καθώς στο κείμενο υπαγορεύεται η οικονομική ενίσχυση των νησιωτικών περιοχών προκειμένου να αντιμετωπιστεί η αδρόα προσέλευση των λαθρομεταναστών. Το γεγονός αυτό θα προκαλέσει σημαντική αύξηση του αριθμού των λαθρομεταναστών που θα υποδέχεται η χώρα μας.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Las regiones insulares, que conozco bien por venir de las Islas Baleares, tienen características peculiares comunes y permanentes, que las distinguen claramente de otras áreas continentales. En este sentido, la Comisión debería proporcionar una definición clara del tipo de desventajas permanentes geográficas, naturales y demográficas que las regiones insulares pueden sufrir, con arreglo al artículo 174 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea (TFUE).

Los problemas derivados de la insularidad se reflejan en múltiples ámbitos, como el acceso a las regiones y las conexiones dentro de las islas, los costos de transporte y el suministro de energía. Son también regiones alejadas de los principales centros administrativos y económicos, en las que se debe apoyar un desarrollo territorial equilibrado mediante la innovación y la competitividad.

Se debe promover la realización de estudios y análisis en profundidad sobre las repercusiones generadas por la condición de insularidad y la posible creación de un marco estratégico de la UE para las islas que articule los instrumentos que puedan tener un impacto territorial importante.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A situação especial das ilhas merece uma série de medidas que tenham em conta as limitações naturais e geográficas permanentes destas regiões que as distinguem dos territórios continentais.

A necessidade de uma melhor conectividade por via marítima e de melhores serviços de transporte aéreo são fundamentais para atrair investimento, criar novos postos de trabalho e reduzir os custos do transporte aéreo e marítimo de pessoas e mercadorias.

A situação da agricultura, da pecuária e da pesca, os impactos das alterações climáticas, o turismo, a produção local, o enorme potencial da energia eólica, solar e dos oceanos, o impacto da crise económica, os investimentos em infraestruturas necessários para garantir o acesso à banda larga nas ilhas e a promoção da inovação e da competitividade nestas regiões são outras das medidas a ter em conta. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução foca-se na situação particular das ilhas, enquanto regiões periféricas situadas nas fronteiras externas da UE, estando particularmente suscetíveis aos constrangimentos decorrentes da globalização, demografia (despovoamento muito significativo), alterações climáticas, fornecimento de energia e crise migratória. Esta situação é mais grave em países intervencionados pela troica. Estas regiões, já por si mais frágeis, sofrem do desinvestimento geral da UE nas estratégias de coesão.

A resolução propõe a utilização dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento, em sinergia com outros financiamentos, para o reforço da coesão nestes territórios. Boas intenções, mas infelizmente poucos meios. Alguns reparos relativamente à abordagem da Comissão Europeia à situação de insularidade: o entendimento das ilhas como um grupo territorial homogêneo, do ponto de vista de intervenção, sem considerar especificidades regionais e a estratégia dos Estados-Membros em que se inserem para essas regiões; o perigo de alguma burocratização, com reduzida ação concreta e, sobretudo, escassez de meios (nomeadamente financeiros) efetivos.

A experiência de Portugal e da aplicação de políticas europeias nas ilhas mostra que há outros fatores a desbloquear, como a questão agrícola (leite) nos Açores e a criação de respostas e serviços sociais e de diversificação económica que possam contribuir para uma maior coesão.

Esta resolução é manifestamente insuficiente, mas de sentido geral positivo.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as a whole.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Ostrovné regióny majú spoločné aj špecifické vlastnosti a črty, ktoré ich jasne odlišujú od regiónov kontinentálnych, a preto si vyžadujú osobitnú pozornosť. Je preto dôležité, aby Európska komisia vysvetlila, ako mieni uplatňovať znenie článku 174 ZFEÚ, pokiaľ ide o trvalé znevýhodnenie ostrovných regiónov, ktoré bráni ich prirodzenému vývoju a neumožňuje im, aby dosiahli hospodársku, sociálnu a územnú súdržnosť. Podporujem preto výzvu Európskeho parlamentu, aby Európska komisia predložila oznámenie obsahujúce program pre ostrovy Európskej únie a v následnosti bielu knihu na monitorovanie rozvoja ostrovov, ktorá bude vychádzať z najlepších postupov a do ktorej budú zapojené miestne, regionálne a celoštátne úrady a iné príslušné subjekty vrátane hospodárskych a sociálnych partnerov a zástupcov občianskej spoločnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto favorevole alla relazione per chiedere una maggiore attenzione alle regioni insulari e alle zone di montagna.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω την σχετική έκθεση καθώς στο κείμενο υπαγορεύεται η οικονομική ενίσχυση των νησιωτικών περιοχών προκειμένου να αντιμετωπιστεί η αιθρία προσέλευση των λαθρομεταναστών. Το γεγονός αυτό θα προκαλέσει σημαντική αύξηση του αριθμού των λαθρομεταναστών που θα υποδέχεται η χώρα μου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Island regions have common and specific characteristics and features that clearly distinguish them from mainland regions such, as certain permanent handicaps which require particular attention.

This is why I believe it is very important to know which are the specific instruments and the resources of cohesion policy to tackle the handicaps arising from the insularity and how will deal the EC in the future with the permanent handicaps of these regions, as a permanent obstacle which may affect the achievement of the objectives of the Cohesion Policy.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor convencido de que es necesario ofrecer una definición clara del tipo de desventajas permanentes de carácter geográfico, natural y demográfico que las regiones insulares pueden padecer, con arreglo al artículo 174 del TFUE. Es importante tener presente la importancia de prestar apoyo para luchar contra la tendencia a una considerable despoblación en las regiones insulares. La Comisión debe establecer un marco estratégico de la UE para las islas con el objetivo de vincular instrumentos que puedan tener un fuerte impacto territorial.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il riconoscimento da parte del Parlamento europeo della condizione di insularità come situazione di deficit strutturale che necessita di opportuni correttivi economici costituisce un passo importante nella battaglia a favore delle isole italiane. Mi congratulo con i colleghi e in particolare con il collega Salvatore Cicu per lo sforzo e la tenacia dimostrata. È importante ora agire nei capitoli di stanziamento della politica regionale affinché la condizione d'insularità venga sostenuta anche finanziariamente.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Entschließungsantrag zu den Inselregionen gestimmt, weil ich die besonderen Ansprüche und Bedingungen solcher Regionen durch meine eigene Heimat Mecklenburg-Vorpommern kenne und die EU-Politiken dem Rechnung tragen müssen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Inselregionen müssen mit einer guten Infrastruktur ausgestattet sein. Für eine effektive Nutzung der Meere zur Energiegewinnung ist dies essentiell. Gleichzeitig bieten Inseln viel Potenzial für weitere wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb setzte ich mich dafür ein, dass Inseln und ihre wirtschaftliche Entwicklung zukünftig noch mehr an Bedeutung und Unterstützung gewinnen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I support this report, which underlines that island regions have common and specific characteristics and features that clearly distinguish them from mainland regions, such as certain permanent handicaps which require particular attention. It is vital that the Commission takes account of these characteristics when developing instruments and resources in the framework of the cohesion policy to tackle the handicaps arising from the insularity.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor puesto que estamos de acuerdo con que, de conformidad con la Directiva 2006/112/CE del Consejo, a ciertas islas europeas (entre las cuales se encuentra la región ultraperiférica de Canarias) se les conceda un régimen fiscal especial para corregir las desigualdades debidas a causas múltiples relacionadas con la condición de insularidad.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour to the resolution on insularity condition. The parliament recognises, in accordance with the Eurostat definition, the difference between islands in general and islands with a national capital, and the importance of providing support to tackle the significant depopulation trend in island regions. Moreover, the Commission is encouraged to provide a clear definition of the type of geographical, natural and demographic permanent handicaps that insular regions can suffer from, with reference to Article 174 of the TFEU.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Στηρίζαμε την έκθεση για την Νησιωτικότητα αφού προτείνει συγκεκριμένα μέτρα για την αντιμετώπιση των μόνιμων μειονεκτημάτων που αντιμετωπίζουν τα ευρωπαϊκά νησιά. Το κείμενο επισημαίνει επίσης τις μοναδικές δυσκολίες που αντιμετωπίζουν λόγω των αυξημένων μεταναστευτικών ροών οι νότιες νησιωτικές περιοχές της Ευρώπης και ζητά συνέχιση των ειδικών φορολογικών ρυθμίσεων για τα νησιά, «ιδίως των κρατών που υπάγονται σε προγράμματα οικονομικής προσαρμογής».

Ειδικότερα καλεί την Επιτροπή να (α) δημιουργήσει, με βάση το άρθρο 174 της ΣΛΕΕ, το οποίο αναγνωρίζει τα μόνιμα μειονεκτήματα των νησιωτικών περιφερειών, μια ομοιογενή ομάδα αποτελούμενη από όλες τις νησιωτικές περιοχές, (β) να λάβει υπόψη, εκτός από το ΑΕΠ, και άλλους στατιστικούς δείκτες που να αντικατοπτρίζουν την οικονομική και κοινωνική τρωτότητα ως αποτέλεσμα των φυσικών μόνιμων μειονεκτημάτων, (γ) να εκπονήσει μία εις βάθος μελέτη/ανάλυση σχετικά με τα επιπλέον έξοδα που συνεπάγεται η ζωή σε νησιωτικές περιοχές, σε ό, τι αφορά το σύστημα μεταφορών, τον ενεργειακό εφοδιασμό και την πρόσβαση σε αγορές και τέλος να υποβάλει ανακοίνωση σχετικά με την «Ατζέντα για Νησιά της ΕΕ» και στη συνέχεια μια Λευκή Βίβλο για την παρακολούθηση της ανάπτυξης των νησιών.

Cărlin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted for this resolution because I welcome an efficient and effective plan with regards to insular regions. Studies must be made in order to determine the levels of energy supplies, transport, access to markets, and even the impact of the 2015 refugee wave.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Rezoluciju o otocima temeljem usmenog pitanja, s obzirom da sam jedan od inicijatora postavljanja takvog pitanja Komisiji i pripreme rezolucije Europskog parlamenta, koju sam podržao kao koordinator ALDE grupe na REGI odboru. Smatram da se EU mora konkretnije pozabaviti ovim pitanjem, s obzirom da građani koji žive na otocima imaju drugačije i otežane uvjete života u odnosu na građane EU-a koji žive u kopnenim regijama.

Naravno treba jasno napraviti distinkciju između raznih tipova otoka u EU-u koji su različiti po veličini, broju stanovnika, udaljenosti od kopna, a neki otoci predstavljaju zemlje članice. Osim toga, postoji i različiti senzibilitet za ovu problematiku, s obzirom da neke države članice ili nemaju otoke ili su oni nenaseljeni pa samim time ne predstavljaju relevantno političko pitanje.

Poseban mi je interes ukazati na problematiku otoka, kao na primjer u Hrvatskoj, koji imaju problem depopulacije i brojnih poteškoća kao što su nedostaci javnih usluga, skupoća roba ili usluga. Stoga se u potpunosti slažem da EU i kroz kohezijsku politiku treba pokazati dodatni senzibilitet te svojim mjerama omogućiti ravnomjeran socijalni i gospodarski razvoj te očuvanje kvalitete života građana koji žive na otocima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution dont il est ici question utilise l'expression «îles de l'Union européenne» et s'appuie sur l'article 174 du traité FUE dans le but de créer un groupe homogène qui comprendrait l'ensemble des régions insulaires, comme c'est déjà le cas avec le groupe des régions montagneuses. Aussi ce texte s'inscrit-il dans une démarche fédéraliste que nous ne pouvons cautionner. Par conséquent, avec mes collègues du Front national, nous avons voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow UKIP colleagues and I voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States, it's the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die vorliegende Entschließung, denn Inseln, insbesondere in Hinblick auf den vorherrschenden Flüchtlingsansturm, müssen besser unterstützt werden.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La crisi economica ha limitato notevolmente la disponibilità di finanziamenti in molti settori generando un crollo degli investimenti pubblici. Tale stato di cose ha fortemente colpito lo sviluppo di molte regioni svantaggiate, e soprattutto delle isole. Ho dunque deciso di sostenere con forza questa proposta di risoluzione per chiedere delle misure di favore che tengano conto delle caratteristiche proprie delle isole e della discontinuità territoriale. Il nostro primo obiettivo deve essere quello di sfruttare le sinergie tra le diverse risorse europee, per sviluppare le nostre infrastrutture e migliorare i collegamenti in termini di trasporto aereo, ferroviario, marittimo. Dobbiamo riuscire a utilizzare i fondi disponibili in maniera efficace, all'interno di una visione strategica, e non perappare buchi di bilancio. Solo da queste condizioni può ripartire il rilancio dei nostri territori.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur les régions insulaires. Cette proposition de résolution parle «des îles de l'Union européenne» et utilise l'article 174 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne pour créer un groupe homogène regroupant toutes les régions insulaires, à l'image des régions montagneuses. Cette proposition de résolution tente de valider le projet fédéraliste de l'Union européenne.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle dévoile le projet fédéraliste de l'Union en créant un cadre commun pour ce qu'elle appelle les «îles de l'Union européenne», alors qu'il s'agit d'îles qui relèvent de la souveraineté de leurs États respectifs. La Corse et la Martinique, pour ne prendre que ces deux exemples, sont des îles françaises et non des «îles de l'Union» !

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Je nesmyslné, aby EU měla politiku vůči ostrůvkům členských států, nesouhlasím ani s přerozdělováním peněz pomocí strukturálních fondů jako takovým. Je neuvěřitelné, jaké nesmysly jsou schopni na papír napsat poslanci Evropského parlamentu. Parlament např. „vybízí Komisi, aby [...] poskytla jasnou definici trvalého zeměpisného, přírodního a demografického znevýhodnění, kterým trpí ostrovní oblasti“ (bod 1), „požaduje, aby Komise zahájila důkladnou studii/analýzu týkající se nadměrných nákladů, které ostrovům vznikají v souvislosti s dopravou osob a zboží, dodávkou energie a přístupem k trhům“ (bod 4) a co je vůbec nejlejší: „vyzývá Komisi, aby předložila návrh na vyhlášení Evropského roku ostrovů a hor“ (bod 16). Voliči si o smysluplnosti těchto europoslanceckých výzev jistě udělají obrázek sami.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Ostrovné krajiny patriace do Európskej únie si vzhľadom na svoje osobitné črty vyplývajúce z polohy vyžadujú osobitný prístup.

V záujme transparentného riešenia problémov ostrovov a nákladov s tým spojených je potrebné, aby Komisia vymedzila geografické, prírodné a demografické trvalé znevýhodnenia ostrovov, ktoré im znemožňujú dosiahnuť hospodársku, sociálnu a územnú súdržnosť. Takéto vymedzenie bude podkladom pre spracovanie stratégie pre ostrovy EÚ.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Στηρίζω την Πρόταση Ψηφίσματος σχετικά με την ειδική κατάσταση των νησιών για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 4/2/2016 καθώς και διότι η εν λόγω Πρόταση Ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce texte. La proposition de résolution parle «des îles de l'Union européenne» et utilise l'article 174 du traité FUE pour créer un groupe homogène regroupant toutes les régions insulaires, comme elle l'avait déjà fait pour les régions montagneuses. Cette proposition de résolution valide le projet fédéraliste de l'Union, et fait l'amalgame entre toutes les régions, oubliant ainsi leurs particularités et leurs besoins spécifiques.

David Martin (S&D), in writing. – I welcome this resolution, which 'Calls on the Commission to submit a communication containing an "Agenda for EU Islands" and, subsequently, a White Paper to monitor the development of islands, based on best practice and involving local, regional and national authorities and other relevant actors, including economic and social partners and representatives of civil society'.

Gabriel Mato (PPE), por escrito. – Las regiones insulares necesitan un especial trato e impulso solidario del conjunto de la Unión Europea para compensar las diferencias que provocan que sus habitantes tengan menos oportunidades que los que viven en el continente. Europa debe seguir trabajando para promover un desarrollo armonioso de todos sus territorios y por eso es preciso tomar medidas para aquellas regiones que padecen desventajas geográficas, como es el caso claro las islas.

Especial sensibilidad precisan, en este sentido, las islas que, además, tienen la condición de regiones ultraperiféricas, como es el caso de la tierra de la que procedo, las Islas Canarias.

Mi apoyo, por tanto, a esta propuesta de Resolución en la que recogemos buena parte de los retos a que se enfrentan estos territorios y la necesidad de que la UE siga apoyando su desarrollo.

Georg Mayer (ENF), schriftlich. – Im Kern geht im Antrag darum, dass die Inselregionen zusätzliche Mittel bekommen sollen und weiter Instanzen wie das „Inselreferat“ aufgebaut werden. Regionen, welche besonders unter dem Migrationssan Sturm leiden, sollten verstärkt gestützt werden.

Valentinas Mazuronis (ALDE), raštu. – Balsavau dėl rezoliucijos, kuria Europos Parlamentas įvertino ypatingą salų padėtį – krizė stipriai paveikė daugelio nepalankioje padėtyje esančių regionų, įskaitant ir salas, galimybes vystytis. ES salos, periferiniai regionai prie ES išorės sienų, yra ypač pažeidžiami dėl iššūkių, su kuriais šiuo metu susiduria Europa, pvz., globalizacijos, demografinių tendencijų, klimato kaitos, energijos tiekimo ir – ypač pietų zonose – didėjančio migrantų srautų poveikio. Rezoliucijoje Europos Parlamentas ragina Komisiją pateikti aiškią nuolatinių geografinių, gamtinių ir demografinių kliūčių, su kuriomis susiduria salų regionai, tipų apibrėžtis bei paaiškinti, kaip Komisija ketina šalinti šias kliūtis, siekiant paskatinti salų regionų vystymąsi, ekonominę, socialinę bei teritorinę sanglaudą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – Cette résolution demande une meilleure prise en compte des particularités des régions insulaires, que ce soit des handicaps géographiques, naturels et démographiques des îles comme de leurs potentiels inhérents. Les îles sont autant de façades ouvertes sur le monde, particulièrement dans le cas français. Avec 11 millions de km² de surface maritime, la France est le deuxième territoire maritime mondial. J'ai proposé, notamment lors d'Assises de la mer, de faire de cette nouvelle frontière un grand axe de relance écologique de l'activité. La résolution va en ce sens: développement d'énergies alternatives (marine, éolienne et solaire), de marchés locaux indispensables de par leur insularité, de nouvelles routes maritimes et d'une gestion durable de la pêche. Nombre d'îles disposent de régimes fiscaux spéciaux en compensation de leurs handicaps naturels et démographiques. Mon camarade Nikolaos Chountis a appelé au maintien de ces régimes, en particulier dans les États membres, comme la Grèce, faisant l'objet de mémorandums. Je regrette vivement que son amendement ne soit pas passé. Le soutien à l'activité durable se heurte une fois de plus à l'austérité de l'UE. Je vote néanmoins pour le texte qui va dans le bon sens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution dont il est ici question emploie l'expression «îles de l'Union européenne» et s'appuie sur l'article 174 du traité FUE dans le but de créer un groupe homogène qui comprendrait l'ensemble des régions insulaires, comme c'est déjà le cas avec le groupe des régions montagneuses. Aussi, je ne peux agréer la vocation fédéraliste de ce texte. Par conséquent, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a situação especial das ilhas.

As regiões insulares apresentam particularidades comuns que as distinguem dos territórios continentais.

É extremamente importante que a UE estabeleça um quadro estratégico para as ilhas, com o objetivo de assegurar o desenvolvimento sustentável das mesmas.

Tendo em conta a situação específica das ilhas, será extremamente importante um reforço financeiro no próximo quadro financeiro plurianual.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – Coming from one of the Union's island Members I voted in favour of this resolution because it is vital to support European islands. The resolution calls attention to, among others, sustainable development on the islands, accessibility of regions, migration, climate change, and access to markets.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Les régions insulaires regroupent les îles au sein de l'UE qui présentent des caractéristiques communes telles que la nature permanente, la diversité culturelle, la diversité environnementale. Subissant de plein fouet les crises économique et migratoire, elles sont devenues aujourd'hui particulièrement vulnérables. Il convient donc de combler les écarts économiques, sociaux et environnementaux afin d'assurer leur développement, notamment en exploitant pleinement leur fort potentiel de production d'énergies renouvelables. Réduire l'écart entre ces régions, c'est non seulement soutenir l'agriculture, l'élevage et la pêche qui sont des secteurs majeurs pour les économies insulaires, mais aussi renforcer la connectivité en améliorant les routes maritimes, les accès aux ports et les services de transport aérien. Le projet qui nous est soumis permettra d'améliorer la croissance économique, la création d'emplois et le développement durable; trois facteurs qui s'avèrent cruciaux pour le futur de l'Union.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Ostrovné regióny sú výnimočným prínosom pre európsku kultúru. Historické dedičstvo Európanov aj pôvodný spôsob života sú práve v týchto miestach osobitným spôsobom zachované, predstavujú akýsi vstup do európskej kultúry. Tieto oblasti sú však vystavené mnohým úskaliam. Čelia tvrdým poveternostným podmienkam a prírodným katastrofám, nedostatočným pracovným príležitosťiam, nakoľko často žijú z turizmu, ktorý prekvitá len v určitých časových obdobiach a v nemalej miere sú v súčasnosti prvým kontaktom migrantov, prichádzajúcich z Blízkeho východu alebo z Afriky po mori, s európskou pôdou. Ostrovy, ktoré nemajú dostatok finančných prostriedkov ani ľudských zdrojov, veľmi ťažko dokážu riešiť takéto závažné otázky. Súhlasím s pani spravodajkyňou, že situácia ostrovov si vyžaduje riešenie na európskej úrovni a Komisia by mala prijať také nástroje, ktoré by priniesli pozitívne zmeny prostredníctvom vytvorenia vhodných programov a finančnej pomoci.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Insularity condition urging the European Commission to take concrete steps to address the permanent handicaps that EU islands face and make full use of their potential. I believe that we need to stress the unique difficulties that southern insular regions face due to the increased migration flows and that special tax regimes should continue. I also strongly support the creation of 'a homogenous group made up of all island territories', based on EU Treaty Article 174, which recognises the permanent handicaps of insular regions. In addition, the southern areas such as Malta are particularly exposed to increased migration flows, therefore we need a EU-wide joint approach to support those areas and islands.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A Regionális Fejlesztési Bizottság által benyújtott indítvány azt javasolja, hogy a Parlament hívja föl a Bizottság, a tagállamok, a regionális és helyi hatóságok figyelmét az Európai Unió területéhez tartozó szigetek hátrányos helyzetére. Ez a hátrány egyebek között az elnéptelenedési tendencia, a közlekedési rendszer, az energiaellátás és a piaci hozzáférés többletköltségei, a tengeri útvonalakon keresztüli összeköttetések, a kikötőkhöz való hozzáférés és a légi szállítás problémái, az egységes digitális piachoz való hozzáférés, az oktatás, a migráció területén érvényesül. Felkérni javasolja a címzetteket olyan stratégia kidolgozására és intézkedések megtételére, amelyek a szigeti régiók fejlesztését és az említett hátrányok leküzdését nagymértékben elősegítik. Az állásfoglalást támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – A Comissão de Desenvolvimento Regional quis analisar e discutir a preponderância que as Ilhas assumem no território europeu, recorrendo ao artigo 174.º do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia (TFUE) que reconhece as limitações naturais e geográficas permanentes específicas devido à situação das ilhas.

Voto favoravelmente a presente proposta de resolução pois entendo que é necessário melhorar a conectividade por via marítima, incrementar o desenvolvimento dos portos e serviços de transporte aéreo, assim como potenciar o desenvolvimento do turismo sustentável, além do turismo sazonal, centrando-se na promoção do património cultural e de atividades económicas artesanais específicas.

Importa ainda salientar que as Ilhas têm vindo a sofrer fortes alterações climáticas, incluindo um número cada vez maior de catástrofes naturais, possuem um forte potencial ao nível das energias renováveis e de investimentos a realizar na área da economia do mar.

No entanto, importa salvaguardar que qualquer apoio existente para as Ilhas não pode nunca prejudicar o já existente para as Regiões Ultraperiféricas que possuem constrangimentos económicos, sociais e naturais muito mais aprofundados que as Ilhas.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution sur les régions insulaires apporte une pierre de plus à l'édifice eurofédéraliste. En effet, elle parle d'«îles de l'Union européenne» (alors qu'il s'agit d'îles appartenant à des États...) et utilise l'article 174 du traité FUE pour créer un groupe homogène regroupant toutes les régions insulaires, à l'image du groupe des régions montagneuses. J'ai donc voté contre ce texte, car le seul cadre de développement durable des régions insulaires doit rester le cadre national.

Nadine Morano (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à la situation spécifique des îles dans l'Union européenne. Ce texte souligne les handicaps, mais aussi les avantages naturels propres aux régions insulaires. Il appelle à en tenir compte et à prendre des mesures, notamment fiscales, pour développer des activités dans les domaines de l'environnement et de la connectivité.

Renaud Muselier (PPE), par écrit. – Les spécificités des îles justifient selon moi l'utilisation de mesures particulières pour répondre le plus justement possible aux défis auxquels elles sont confrontées. J'ai donc voté en faveur de la résolution.

Victor Negrescu (S&D), in writing. – European Islands are peripheral regions situated on the EU's external borders that are particularly vulnerable to challenges that Europe is facing, such as demographic trends, globalisation, climate change, energy supply and, especially for southern areas, exposure to increasing migration flows. I have voted for this motion for a resolution that calls on the Commission to provide a clear definition of the type of geographical, natural and demographic handicaps that insular regions suffer from in order to provide targeted support.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – Подкрепих тази резолюция, защото силно вярвам, че необлагодетелстваните райони, които освен островите включват и повечето селски райони, районите, засегнати от индустриалния преход, както и регионите, засегнати от сериозни и постоянни неблагоприятни природни или демографски условия, като трансграничните и планинските райони заслужават особено внимание от страна на Общността, което трябва да намери финансово и планово отражение.

Тези региони често имат уникален поминък, традиции и характеристики. В стремежа си към постоянен икономически ръст Европа влага все повече ресурси в силно урбанизирани и вече облагодетелствани зони поради редица съображения.

Географски по-отдалечените или изолирани райони обаче са не само периферия, но и са на път да станат обекти на икономическа и социална изолация, защото не могат винаги да отговарят на критериите за икономическа възвръщаемост, които в повечето случаи са базирани на опита и статистиката от урбанизирани и високо развити региони.

Подкрепям също и призива чрез тази резолюция да се обяви „Година на островите и планините“, защото една подобна инициатива и съпътстващите я други инициативи биха допринесли за преодоляване на икономическите и социалните трудности пред тези специфични региони.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Criza economică a avut un impact dramatic asupra bugetelor naționale și regionale din multe state membre prin faptul că a limitat disponibilitatea de finanțare în numeroase sectoare, ceea ce a dus la o scădere cu 20% a investițiilor publice. De asemenea, criza a afectat grav posibilitățile de dezvoltare din multe regiuni dezavantajate, inclusiv al insulelor, a dus la creșterea sărăciei și a excluderii sociale și a împiedicat realizarea obiectivului pe termen lung al Uniunii de coeziune economică și teritorială.

Având în vedere potențialul ridicat al insulelor de producere a energiei din surse regenerabile datorită expunerii specifice la curenți eolieni, marea și lumina solară, insulele europene pot deveni importante surse de energie alternative. Insulele pot contribui la consolidarea dezvoltării sustenabile în Uniune, și-ar garanta autonomia energetică și energie la preturi mai accesibile pentru locuitori.

Un mijloc esențial de a contracara dezavantajele în ceea ce privește conectivitatea regiunilor insulare o reprezintă capacitatea digitală. Subliniez că sunt necesare investiții în infrastructură pentru a asigura accesul în bandă largă în insule și participarea deplină a acestora pe piața unică digitală.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für den vorliegenden Bericht gestimmt, da er nicht nur eine fairere Verteilung von Lasten und Zuwendungen für die momentan besonders belasteten Inselregionen, insbesondere natürlich im Mittelmeer, verspricht, sondern parallel dazu auch positive Effekte für Bergregionen erwarten lässt.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States; it is the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il 28 giugno 2013 il Consiglio Europeo ha deciso di avviare i negoziati di adesione con la Serbia, paese che aspira a diventare membro dell'UE. Due anni dopo la Commissione ha riferito degli ottimi progressi compiuti dal Paese nei confronti dell'integrazione europea, avrei votato quindi positivamente dichiarando ammirazione e sostegno per tale Paese.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Budući se radi o rješavanju svakodnevnih problema s kojima se stanovnici otočnih regija suočavaju, vjerujem kako je potrebno pružiti jasne mjere potpore regijama NUTS-2 i NUTS-3.

U kategoriju NUTS-2 spadaju otočne regije čiji se broj stanovništva kreće između 800 000 i 3 000 000 stanovnika, dok u NUTS-3 kategoriju spadaju otočne regije čiji se broj stanovništva kreće između 150 000 i 800 000 stanovnika.

Zbog svih teških uvjeta s kojima se suočavaju otoci tih regija smatram kako je potrebno ne samo donositi mjere potpore već ih treba provoditi kako bi se što više pomoglo tamošnjem stanovništvu u suočavanju s njihovim svakodnevnim životnim izazovima. Otoci koji su svrstani u otočne regije NUTS-2 i NUTS-3 posjeduju zajedničke i specifične stalne karakteristike i elemente kojima se jasno razlikuju od kopnenih regija.

Stoga vjerujem kako problemi s kojima se otočko stanovništvo mora svakodnevno suočavati zahtijevaju punu pažnju i veliki trud pri njihovom rješavanju, odnosno otoci bi trebali imati koristi od posebnih mjera i od dodatnog financiranja kako bi se neutralizirala negativna socijalna i gospodarska situacija kojoj su izloženi.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à créer une catégorie spéciale pour les îles qui se trouvent sur le territoire des États membres de l'Union européenne. Il s'agit donc d'une étape de plus vers le fédéralisme et la destruction des nations au profit d'une régionalisation décidée sans l'aval des peuples, voire contre leur avis (comme le traité de Lisbonne passant outre la volonté des Français et des Néerlandais). Cela n'a d'ailleurs pas de sens de créer une catégorie «île» comme si l'Irlande, l'île de Sein, Malte, les Baléares, la Grande-Bretagne et la Corse étaient dans des situations identiques. Je vote donc contre ce texte aussi pernicieux qu'insensé.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Puno je problema s kojima se nose stanovnici otoka, od podatka da otoci u prosjeku zaostaju za petinom BDP-a za kopnom preko depopulacije, loše povezanosti i dostupnosti zdravstvene skrbi do visokih troškova života, pristupa obrazovanju, itd. Ali BDP nije dovoljan kriterij stanja otoka jer ne obuhvaća druge parametre koje život na otoku čine složenijim i težim.

Međutim, svaki je otok jedinstvena prirodna, kulturna i gospodarska cjelina. Možemo raspravljati o različitim definicijama, no mislim da za europske otoke nismo učinili dovoljno da ostvarimo obveze iz članka 174. Lisabonskog sporazuma. U institucijama EU politike prema otocima nikad nisu zaživjele u punom smislu.

Dolazim iz Hrvatske, zemlje s preko 1200 otoka, i pridružujem se pozivima Komisiji da napravi analizu troškova života na otocima i tome prilagodi financijske potpore i programe. Trebamo strateški program i posebnu EU agendu za otoke da im barem djelomično nadoknadimo sve propušteno i pomognemo da ostvare svoje pune potencijale.

Zaključno, podržavam ovu rezoluciju jer ona predstavlja dobar temelj za nastavak djelovanja i poboljšavanja europskih politika prema otocima. Ujedno se nadam skoroj reakciji i odgovoru Komisije na zahtjeve koje postavlja.

Joao Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Destaca-se a situação particular das ilhas, regiões periféricas situadas nas fronteiras externas da UE, mais suscetíveis aos constrangimentos decorrentes da globalização, às flutuações demográficas, às alterações climáticas, ao fornecimento de energia ou à crise migratória.

Uma realidade que se agrava nos países intervencionados pela troica. Regiões de enorme fragilidade que sofrem do desinvestimento geral da UE nas estratégias de coesão.

A resolução propõe o reforço da coesão nestes territórios por via da mobilização dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento, em sinergia com outros financiamentos. «Vontades» expressas a que não correspondem os meios.

A abordagem da Comissão Europeia à situação de insularidade reveste-se de algumas limitações: o entendimento das ilhas como um grupo territorial homogêneo do ponto de vista de intervenção, sem considerar especificidades regionais e a estratégia dos respetivos Estados-Membros; o perigo de burocratização dos mecanismos, de que resultará uma limitada ação concreta e escassez de meios, nomeadamente financeiros.

A experiência de Portugal e com as políticas europeias para a insularidade demonstra que há outros fatores a desbloquear, como a questão agrícola (leite) nos Açores e a criação de respostas e serviços sociais e de diversificação económica que possam contribuir para uma maior coesão.

Esta resolução, apesar de manifestamente insuficiente, é provida de um sentido geral positivo.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Jedna od zadaća Komisije trebala bi biti pružanje jasne definicije o tipovima geografskih, prirodnih i demografskih trajnih hendikepa koji mogu pogoditi otočna područja, s obzirom na čl. 174. Sporazuma o funkcioniranju EU-a. Isto tako bi bilo od velike pomoći da Komisija objasni na koji način planira provesti čl. 174. spomenutog Sporazuma koji govori o trajnim hendikepima otočnih regija koji usporavaju razvoj regije u smislu prirodnog razvoja i ostvarivanja ekonomske, socijalne i teritorijalne kohezije.

Otoci EU-a su periferne regije smještene na vanjskim granicama EU-a i posebno su ranjive kad su u pitanju izazovi s kojima se suočava EU, kao što su globalizacija, demografski trendovi, klimatska promjena, opskrba energijom i izloženost rastućim migracijama. Europski otoci doprinose raznolikosti unije u ekološkom i kulturnom smislu i stoga je bitna bolja povezanost kroz pomorske rute, poboljšani pristup lukama i bolje usluge zračnog prijevoza.

Isto tako, značajno je istaknuti potrebu za podrškom balansiranog teritorijalnog razvoja otočnih regija pomoću promoviranja inovacije i konkurentnosti u tim regijama te osnaživanja lokalnih proizvoda za lokalna tržišta. Bitno je da ova rezolucija pomogne aktivnostima u Hrvatskoj u cilju povezivanja otoka s kopnom, ali i međusobno, te korištenja svih raspoloživih instrumenata financiranja razvoja otoka iz fondova EU-a.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Le regioni insulari, classificate a livello comunitario, come regioni NUTS-2 e NUTS-3, presentano caratteristiche e specificità comuni che le distinguono nettamente dalle regioni situate sulla terraferma. L'articolo 174 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea (TFUE) riconosce che esse risentono di svantaggi concreti che richiedono un'attenzione specifica. Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione per chiedere alla Commissione di fornire una definizione chiara del tipo di svantaggi naturali o demografici permanenti, ai sensi dell'articolo 174 TFUE, cui si ritiene che le regioni insulari siano confrontate. Sarebbe auspicabile lanciare un'analisi approfondita dei costi supplementari sostenuti dalle isole, come ad esempio quelli relativi al sistema dei trasporti o all'approvvigionamento energetico, e istituire un «quadro europeo strategico per le isole» che preveda una serie di strumenti concreti che potrebbero avere un forte impatto territoriale. Le isole dell'Unione europea sono, molto spesso, anche regioni periferiche situate alle frontiere esterne dell'UE e quindi particolarmente esposte all'arrivo dei flussi migratori. Per questo motivo ritengo opportuno mantenere i regimi fiscali speciali volti a controbilanciare non solo i loro svantaggi geografici permanenti, ma anche i costi dovuti agli ingenti fenomeni migratori in atto.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai totalement soutenu la résolution sur les régions insulaires, qui ne soulevait aucune difficulté particulière.

Elle souligne les spécificités des îles et la nécessité de prévoir des mesures particulières pour répondre aux défis auxquels celles-ci sont confrontées (changement climatique, connectivité, migrations...). Rappelons que l'Union européenne dispose, grâce à la France, d'avant-postes dans le monde entier. Cela nous donne une force de représentativité et constitue une vitrine dans des zones éloignées.

La résolution propose en outre une année européenne des îles et des montagnes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente resolução do Parlamento Europeu amplia e enfatiza as preocupações expressas na pergunta apresentada à Comissão sobre a situação de insularidade dos territórios da União Europeia de níveis NUTS-2 e NUTS-3.

Segundo o relator, a situação específica das ilhas não foi tida em conta na preparação da proposta para o quadro financeiro plurianual vigente e, por conseguinte, é fundamental definir os termos que, em relação à insularidade, permitam preparar o próximo quadro financeiro plurianual.

Neste sentido, o Parlamento vem pelo presente pedir uma definição clara dos tipos de limitações naturais ou demográficas permanentes a que fazem face as regiões insulares e, bem assim, a determinação dos procedimentos previstos pela Comissão para dar resposta às desvantagens permanentes enfrentadas pelas ilhas.

Também no caso vertente, deve ser respeitada a letra dos tratados que, no artigo 174.º do TFUE, reconhece a atenção particular que exigem os territórios insulares.

À luz do disposto e por considerar que o relatório se alinha com os objetivos principais da política de coesão, em geral, e as necessidades das regiões autónomas de Portugal, em particular, votei favoravelmente o relatório ora em apreciação

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report As a party we are against the EU dictating the regional and economic plans for islands that belong to Member States, it's the individual nation's responsibility to create regional schemes for their Islands.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O presente documento incita a Comissão a fornecer uma definição clara do tipo de limitações geográficas, naturais e demográficas permanentes que podem afetar as regiões insulares, em referência ao artigo 174.º do TFUE.

Em primeiro lugar, votei favoravelmente a presente resolução por fazer referência a um conjunto de medidas que são cruciais para as regiões insulares: maior conectividade por via marítima, melhor acesso aos portos; melhores serviços aéreos; impostos baixos e políticas de redução da burocracia como incentivos fundamentais para atrair o investimento; desenvolvimento do turismo sustentável; e criar sinergias entre os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento e os outros instrumentos da União.

Em segundo lugar, por concordar com as recomendações que são dirigidas à Comissão, especialmente a preparação da proposta para o próximo quadro financeiro plurianual, em que deverá ser tida em consideração a situação específica das ilhas.

Em terceiro lugar, porque em momento algum se tenta equiparar o conceito de ilhas com o de Regiões Ultraperiféricas (RUP), reconhecendo que estas apresentam maiores constrangimentos e limitações em todos os pontos anteriormente referidos.

Assim, concordo que é necessário que os Estados-Membros e as autoridades regionais e locais desempenhem um papel importante nas estratégias de desenvolvimento sustentável das ilhas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Las regiones insulares, clasificadas como regiones NUTS-2 y NUTS-3, presentan características y particularidades comunes que se manifiestan de modo permanente y las distinguen netamente de los territorios continentales. El artículo 174 del TFUE reconoce que el conjunto de las regiones insulares hace frente a desventajas permanentes que necesitan una atención especial.

No obstante, en el marco de la preparación del periodo de programación financiera 2014-2020, las regiones insulares de la UE de los niveles NUTS-2 y NUTS-3 no recibieron ninguna financiación específica, sino tan solo la posibilidad de modulación de las tasas de cofinanciación para ciertos tipos de isla, de conformidad con el artículo 121 del Reglamento (UE) n.º 1303/2013.

Por estos motivos, apoyo la Resolución aprobada por el Parlamento Europeo a fin de corregir estas deficiencias.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Hier, nous avons voté une résolution sur les régions insulaires en vue d'attirer l'attention de la Commission européenne sur les spécificités et handicaps auxquels sont confrontées les îles européennes. Le texte voté regrette que les caractéristiques et les particularités communes aux îles, pourtant prévues dans l'article 174 du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE), ne soient pas prises en compte pour la période 2014-2020, alors que celles-ci sont «nettement» distinctes des caractéristiques des régions continentales. Dans ce cadre, nous avons demandé à la Commission: — de définir clairement le type de handicaps naturels ou démographiques permanents visés à l'article 174 ; — de déterminer les instruments et les moyens spécifiques de la politique de cohésion en vue de corriger les handicaps de l'insularité ; — de clarifier les moyens qu'elle compte mettre en oeuvre pour vérifier le respect des conditions visées à l'article 174 ; — de prendre en compte des indicateurs autres que le PIB, qui intégreraient les spécificités des régions insulaires, telles que l'indice régional de compétitivité.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes ji atkreipia dėmesį į sudėtingą salų situaciją Europos Sąjungoje. Tekste kalbama apie tai, kad Viduržemio regiono salų užplūdo didelis migrantų skaičius, nemažai salų iki šiol yra užribyje ir neturi tinkamų skaitmeninių pajėgumų, jos neišnaudoja vėjo, saulės ir vandens potencialu, kuris gali tapti svarbiais alternatyvios energijos šaltiniais. Mano nuomone, tai labai svarbus aspektas, kuris leistų saloms bent iš dalies spręsti jų problemas ir padėtų jų gyventojams sutauptyti lėšų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – É sobejamente conhecido que as regiões insulares apresentam particularidades comuns que se manifestam de modo permanente e as distinguem dos territórios continentais, apresentando por isso limitações naturais e geográficas permanentes devido, justamente, à sua condição insular.

É importante que existam outros indicadores económicos para além do PIB e uma melhor conectividade por via marítima e aérea, capaz de garantir um desenvolvimento territorial mais equilibrado e uma maior competitividade dessas regiões.

Considero, por isso, importante equacionar a existência de um quadro estratégico europeu para as ilhas, que estabeleça sinergias entre os diversos instrumentos financeiros da União, e um reforço do papel dos Estados-Membros e das autoridades regionais e locais que respeite o princípio da subsidiariedade e assegure o seu desenvolvimento sustentável, o crescimento económico e a criação de emprego.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – La risoluzione votata oggi nasce dall'esigenza di rispettare le peculiarità di ogni singolo paese e regione. Le zone insulari, per loro natura hanno delle condizioni geografiche diverse dalle altre, ciò significa che hanno anche esigenze diverse per tale motivo occorre che la normativa tenga conto di tali specificità. Con tale testo, chiediamo alla Commissione di rivedere gli obiettivi per i territori insulari, predisporre una maggiore sinergia tra i fondi strutturali e gli altri strumenti messi a disposizione dall'UE e di istituire un quadro strategico dell'Unione per le isole.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor puesto que estamos de acuerdo con que, de conformidad con la Directiva 2006/112/CE del Consejo, a ciertas islas europeas (entre las cuales se encuentra la región ultraperiférica de Canarias) se les conceda un régimen fiscal especial para corregir las desigualdades debidas a causas múltiples relacionadas con la condición de insularidad.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The removed paragraph stating that 'certain handicaps are more difficult to cope with for islands than for island states' was spurious and less than valid, with reference to island archipelagos with a population of less than say 2 million, as I vouch from personal experience.

Let me note too the significant problems that arise for islands without a national capital attached to an island state. Here, given the double insularity, depopulation persists even when economic growth prevails. Purely quantitative measures fail to account for this problem.

I refer to the island of Gozo. Even now, with economic growth running at over 4 per cent per annum in the Maltese islands, young people in Gozo tell you they have no future on their island.

Depopulation will become irreversible unless exceptional measures are allowed which do not necessarily comply with wider EU rules and policies.

These would involve a deeper economic intervention of the public sector in partnership with private business to create new enterprises, new jobs especially for young people.

Digital ventures, financial services, artisanal and farming enterprises, and health services could all be targeted to reverse depopulation, both when the national economy is performing healthily and when it is weak.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg anerkender i overensstemmelse med Eurostats definition forskellen mellem øer overordnet set og øer med en national hovedstad samt vigtigheden af at yde støtte til indsatsen for at vende affolkningstendensen i øområder. Jeg minder om, at visse ulemper, herunder dem, der har at gøre med deres begrænsede størrelse og afstanden til det europæiske fastland, er vanskeligere at håndtere for øer end for østater.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución para apoyar que las instituciones europeas trabajen en favor de una financiación y de medidas específicas para atender a las peculiaridades de las regiones insulares que, debido a sus condiciones geográficas extraordinarias, suelen sufrir más problemas económicos, de desarrollo regional y de pérdida de población, lo que va claramente en contra del objetivo marcado en los Tratados de reducir las disparidades entre las distintas regiones.

Por ello, la Resolución del Parlamento solicita, entre otras cosas, un estudio exhaustivo de los costes adicionales de las zonas insulares, una mejora de las fuentes de financiación y un Libro Blanco que sirva para dar seguimiento y sea fuente de consulta de las mejores prácticas de los distintos actores.

No obstante, debo destacar que esta Resolución no recoge la crítica que se debe hacer a un modelo económico global que ha dañado el desarrollo sostenible en las zonas insulares, especialmente en aquellas pertenecientes a los países más meridionales, donde en general se ha apostado casi en exclusividad por el turismo de ocio, sin tener en cuenta espacios naturales protegidos, u oportunidades de diversificación económica y empleo de calidad.

De todos modos, mi voto ha sido a favor.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Le regioni insulari presentano caratteristiche e specificità comuni che le distinguono nettamente dalle regioni situate sulla terraferma. Tuttavia, l'Unione europea finora ha fatto pochi sforzi per adeguare le sue politiche tenendo conto delle singolari difficoltà che molte isole devono affrontare per competere con successo con i territori continentali. Mi riferisco in particolare a svantaggi quali l'accessibilità ai servizi, i prezzi più elevati dovuti ai costi di trasporto, la difficoltà di accesso al mercato unico, la mancanza di infrastrutture, la vulnerabilità a rischi ambientali, la scarsità di materie prime e la difesa dall'immigrazione clandestina. Tutte queste sfide che le isole devono affrontare in modo permanente non sono ancora state prese adeguatamente in considerazione dalla legislazione europea. Ho votato pertanto a favore della relazione perché si chiede che siano riconosciute le difficoltà legate alla condizione di insularità e siano sfruttate tutte le possibili sinergie tra i fondi strutturali e di investimento europei e gli altri strumenti dell'Unione. Mi auguro che con un miglioramento delle politiche esistenti e un impiego più efficiente delle risorse a disposizione, le regioni insulari possano superare i loro ostacoli in termini di crescita economica, creazione di posti di lavoro e sviluppo sostenibile.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – O desenvolvimento de um modelo económico e social capaz de promover a coesão social e territorial é um alicerce ancoradouro da União Europeia.

Sendo a diversidade cultural, económica e territorial um dos maiores ativos do espaço europeu, a intensificação de políticas diferenciadas como resposta às diferentes realidades tende a constituir-se como contributo positivo para o desejado desenvolvimento harmonioso.

O desafio de atender às características e particularidades dos territórios insulares destringendo, desde logo, aquelas que são as fontes de desvantagem permanente faz todo o sentido. As disparidades económicas, sociais e territoriais devem ser merecedoras de tratamento específico.

A densificação do artigo 174 é necessária e pode vir a tornar-se significativa. É, por conseguinte, pertinente o caminho que se propõe agora prosseguir.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Túto osobitnú situáciu ostrovov treba brať do úvahy ako prirodzenú črtu, ktorá negatívne ovplyvňuje, či už priamo alebo nepriamo, atraktivitu ostrovov a následne vytvára prekážky pre ich udržateľný rozvoj. Neponúkajú sa týmto rovnaké príležitosti pre tieto oblasti a zvyšok Európskej únie. Napriek tomu som sa pri hlasovaní o tejto rezolúcii zdržal. Myslím si totiž, že sa máme sústreďiť na všetky regióny EÚ, pri ktorých existujú prekážky osobitného charakteru a ktoré bránia ich udržateľnému rozvoju.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Hlavnými cieľmi politiky súdržnosti je znižovanie ekonomických, sociálnych a environmentálnych rozdielov medzi regiónmi a polycentrický harmonický rozvoj. Ostrovné regióny sú klasifikované ako regióny NUTS 2 a NUTS 3 a majú trvalé a osobitné črty, ktoré ich jasne odlišujú od vnútrozemských oblastí. Ostrovy čelia obmedzeniam, ale majú aj výhody z územného potenciálu, ktorý by sa mal využívať ako príležitosť na rozvoj, rast a vytváranie pracovných miest. V súčasnosti mnohé ostrovy v Stredozemnom mori zaznamenali obrovské počty prichádzajúcich migrantov a musia čeliť tejto situácii, preto je potreba holistického prístupu EÚ vrátane podpory EÚ a spoločného úsilia všetkých členských štátov. Pre rozvoj ostrovov je dôležitý význam využívania všetkých možných synergií medzi európskymi štrukturálnymi a investičnými fondmi a inými nástrojmi Únie s cieľom vyvážiť znevýhodnenie ostrovov a zlepšiť ich situáciu v oblasti hospodárskeho rastu, vytvárania pracovných miest a udržateľného rozvoja. Návrh uznesenia som hlasovaním podporila, pretože považujem rozvoj ostrovov a vytváranie podmienok pre ich rozvoj za veľmi dôležité z hľadiska regionálneho rozvoja.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione sulla condizione di insularità, che contiene alcune raccomandazioni per fronteggiare le problematiche ad essa connesse, come la vulnerabilità economica e sociale, i costi supplementari sostenuti per i trasporti, per l'approvvigionamento energetico e per l'accesso ai mercati. In quanto rappresentante eletto di due regioni insulari, ritengo necessario supportare le isole, che mostrano maggiori difficoltà rispetto alle altre regioni nel superare un fisiologico ritardo di sviluppo e nel perseguire una crescita in linea con gli obiettivi della politica di coesione europea. Tra le questioni prioritarie rientrano la lontananza dai centri produttivi principali e la difficoltà di accedere alle grandi reti europee, ma anche le problematiche legate ai flussi migratori a cui sono esposte numerose isole del Mediterraneo. Strumenti quali regimi fiscali speciali – in passato accordati a certe regioni insulari – costituiscono per esempio utili dispositivi per controbilanciare gli svantaggi naturali e demografici delle realtà insulari. Sono convinto che sia possibile superare lo svantaggio dovuto all'insularità mettendo subito le isole in rete, ovvero garantendo loro l'accesso alle reti digitali, energetiche e dei trasporti. Per questo mi auguro che la Commissione consideri attentamente le proposte contenute in questa risoluzione e prenda iniziative concrete in tempi rapidi.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Otokne regije imaju zajednička i trajna posebna obilježja koja ih razlikuju od kontinentalnih područja. Otoci EU-a su također i periferne regije koje se nalaze na vanjskim granicama EU-a te su posebno osjetljivi na izazove s kojima se Europa trenutno suočava, kao što su globalizacija, demografski trendovi, klimatske promjene, opskrba energijom i, posebno za južna područja, izloženost sve većim migracijskim tokovima.

Intenzivni turizam koji se odvija samo u određenim razdobljima godine i nije planiran na odgovarajući način izvan sezone može predstavljati opasnost za održiv razvoj otočnih regija. Digitalni kapacitet je ključno sredstvo za kompenziranje problema povezanosti otočnih regija. Ulaganja u infrastrukturu su potrebna kako bi se zajamčio širokopojasni internetski pristup na otocima i potpuno sudjelovanje otoka na jedinstvenom digitalnom tržištu. Otoci su suočeni s ograničenjima, no oni također imaju teritorijalni potencijal koji bi se trebao iskoristiti kao prilika za razvoj, rast i otvaranje radnih mjesta.

U tom kontekstu, osim sezonskog turizma spominje se i razvoj održivog turizma, uz fokus na promicanje kulturne baštine i posebnih obrtničkih gospodarskih aktivnosti, također i golemi potencijal energije oceana, vjetera i sunca te mogućnost da otoci postanu važni izvori alternativne energije, energetski što je moguće autonomniji te, iznad svega, da svojim stanovnicima jamče jeftiniju opskrbu energijom.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Otoci Europske unije mogu se smatrati perifernim regijama koje se nalaze na vanjskim granicama Unije. Kao takvi, posebno su osjetljivi na izazove s kojima se Europa trenutno suočava, kao što su globalizacija, klimatske promjene, opskrba energijom. Južna područja posebno su izložena migracijskim valovima. Otoci pridonose raznolikosti Unije u pogledu okoliša i kulture. Također, europski otoci mogu doprinijeti jačanju održivog razvoja u Uniji s obzirom da imaju znatan potencijal za proizvodnju energije iz obnovljivih izvora poput vjetera, valova i sunčeve svjetlosti. Parlament poziva države članice, ali regionalne i lokalne vlasti, da preuzmu važnu ulogu u razvoju otoka kako bi se zajamčio održivi razvoj otoka Europske unije.

Podržavam prijedloge iznesene u ovoj raspravi jer smatram kako otoci imaju potencijal koji bi se trebao iskoristiti za razvoj, rast i otvaranje radnih mjesta, ne samo u kontekstu sezonskog turizma već i održivog turizma. Fokus bi trebao biti na promicanju kulturne baštine i specifičnih obrtničkih aktivnosti. Bitno je napomenuti i golemi potencijal energije mora, vjetera i sunca, koji bi mogli omogućiti otocima da postanu važni i autonomni izvori alternativne energije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sam za predlog resolucije k vprašanju za ustni odgovor o posebnem položaju otokov. Strinjam se s pozivom Komisiji, naj pripravi jasno opredelitev vrst stalnih neugodnih geografskih, naravnih in demografskih razmer, zaradi katerih so lahko prizadete otoške regije, ter da naj sproži temeljito študijo/analizo dodatnih stroškov, ki zaradi otoškosti nastanejo v potniškem in tovrnem prometu, preskrbi z energijo in dostopu do trgov, zlasti za mala in srednja podjetja.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Το ψήφισμα σχετίζεται με τα κράτη μέλη όπου στην επικράτεια τους υπάρχουν νησιά και τα οποία ενόψει των σημερινών προκλήσεων αντιμετωπίζουν τεράστια προβλήματα. Το ψήφισμα ζητά να ληφθούν άμεσα υπόψη τα μειονεκτήματα που αντιμετωπίζουν τα νησιά στο σχεδιασμό των χρηματοδοτήσεων των Ευρωπαϊκών Διαρθρωτικών και Επενδυτικών Ταμείων, ούτως ώστε να επιδιώκονται βέλτιστες πρακτικές. Επίσης ζητά από την Επιτροπή να προχωρήσει άμεσα σε ορισμό του τύπου των γεωγραφικών, φυσικών και δημογραφικών μειονεκτημάτων που έχουν τα νησιά σε σχέση με τις ηπειρωτικές περιοχές, τα οποία αποτελούν εμπόδια στην επίτευξη της οικονομικής, κοινωνικής και εδαφικής ανάπτυξης τους. Πέραν των προκλήσεων της οικονομικής κρίσης που δημιούργησε μεγαλύτερα προβλήματα στη μείωση των νησιώτικων πληθυσμών και περαιτέρω προβλήματα στις συγκοινωνίες και στις μεταφορές, τα τελευταία δύο χρόνια τα νησιά

κυρίως σε Ελλάδα και Ιταλία καλούνται να αντιμετωπίσουν τις αυξανόμενες προσφυγικές ροές, χωρίς ουσιαστική στήριξη και πλάνο από πλευράς της Ε.Ε, πράγμα που επιδιώκεται μέσα από την σχετική έκθεση. Επίσης σημαντικές είναι και οι αναφορές για την δημιουργία στρατηγικού πλαισίου για τα νησιά καθώς επίσης και η έμφαση που δίνεται για την προστασία των βιοτόπων. Γι' τους λόγους αυτούς υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Στο παρόν κείμενο υπαγορεύεται η οικονομική ενίσχυση των νησιωτικών περιοχών προκειμένου να αντιμετωπιστεί η αθρόα προσέλευση των λαθρομεταναστών. Το γεγονός όμως αυτό θα προκαλέσει περαιτέρω αύξηση στον αριθμό των λαθρομεταναστών που ήδη καταφθάνει στη χώρα μας.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Insulele sunt regiuni geografice specifice, care întâmpină o serie de handicapuri naturale permanente, în comparație cu zonele continentale. Acestea generează disparități economice, sociale și de mediu pentru zonele insulare, îngreunând accesul turiștilor și agenților economici. De asemenea, insulele sunt deosebit de vulnerabile la provocările cu care se confruntă Europa în prezent, printre care fluxurile de migrație, tendințele demografice (depopularea), schimbările climatice, aprovizionarea cu energie. În același timp, în aceste regiuni există un potențial deosebit de producere a energiei eoliene, solare și a valurilor, dar și în domeniul turistic, pe lângă sectoarele tradiționale ale agriculturii, creșterii animalelor și pescuitului. În acest context, în conformitate cu obiectivul Uniunii de a reduce decalajele regionale, Comisia este invitată, prin intermediul acestei propuneri de rezoluție, să ia măsurile care se impun pentru a sprijini dezvoltarea echilibrată a regiunilor respective, cu precădere prin susținerea transportului intermodal, investiții în infrastructura digitală, investiții în educație, crearea unui „birou pentru insule” în cadrul DG REGIO și elaborarea unor strategii coerente de dezvoltare pentru zonele insulare, la care să participe autoritățile locale, regionale și naționale, dar și ceilalți actori relevanți din cadrul societății civile, din economie și mediul social. Cred că este o inițiativă necesară și susțin adoptarea sa.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Je me suis prononcé en faveur du texte. Il faut à présent que la Commission définit clairement les handicaps géographiques, naturels et démographiques permanents, évoqués à l'article 174 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (traité FUE), qui sont susceptibles d'affecter les régions insulaires.

Elle doit également indiquer comment elle entend appliquer les termes de l'article 174 du traité FUE au regard des handicaps permanents qui entravent le développement naturel des régions insulaires et qui les empêchent de tendre à la cohésion économique, sociale et territoriale.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of this resolution insisting on the need for special EU attention for island regions within the EU and in the context of the EU cohesion policy, because of their specificities and the fact that such regions face permanent handicaps which require particular attention. It stresses the fact that common and specific permanent characteristics and features clearly distinguish island regions from mainland regions. Therefore the Commission is called on to take actions in order to enhance a better use of the specific cohesion policy instruments and resources that are available to tackle the handicaps arising from insularity. On the other hand this motion also calls not only to consider difficulties but also the potential of EU island regions and how this could be best harnessed for the achievement of the European Union's long term objectives of economic, social and territorial cohesion.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Predlog resolucije k vprašanju za ustni odgovor B8-0106/2016 v skladu s členom 128(5) Poslovnika o posebnem položaju otokov sem podprla, saj menim, da zaradi naravne posebnosti, oddaljenosti ter občutljivosti otoki potrebujejo posebno politiko.

Le s posebnim obravnavanjem držav ter s prilagojenim finančnim okvirjem bo Unija lahko izkoristila potencial, ki ga ti otoki kljub nekaterim omejitvam nudijo. Predvsem z razvijanjem turizma, promocijo kulturne dediščine, razvijanjem obrtnih in gospodarskih dejavnosti ter potencialom alternativne energije bodo dosegli razvoj, rast in postali konkurenčnejši znotraj Unije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor puesto que estamos de acuerdo con que, de conformidad con la Directiva 2006/112/CE del Consejo, a ciertas islas europeas (entre las cuales se encuentra la región ultraperiférica de Canarias) se les conceda un régimen fiscal especial para corregir las desigualdades debidas a causas múltiples relacionadas con la condición de insularidad.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A gazdasági válság drámai hatást gyakorolt számos tagállam nemzeti és regionális költségvetésére azáltal, hogy számos ágazatban korlátozta a rendelkezésre álló finanszírozást, illetve az állami beruházások húsz százalékos csökkenéséhez vezetett. Az uniós szigetek egyúttal az EU külső határainál elhelyezkedő peremrégiók is és különösen ki vannak téve az Európa előtt álló olyan jelenlegi kihívásoknak, mint a globalizáció, a demográfiai tendenciák, az éghajlatváltozás, az energiaellátás, továbbá – különösen a déli államok tekintetében – a migrációs hullámok. Szavazatommal támogattam a dokumentumot.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I believe it is important to take concrete steps to address the permanent handicaps that EU islands face and make full use of their potential. We must take into consideration the unique difficulties that southern insular regions face due to the increased migration flows. This is why we called upon the Commission, among other things, to maintain special tax regimes for islands. We also ask the Commission to: 1) set up a homogenous group made up of all island territories, which recognises the permanent handicaps of insular regions, 2) take account of other statistical indicators, besides GDP, which will reflect the economic and social vulnerability of these regions, 3) launch an in-depth analysis of the extra costs incurred as a result of being an island and 4) establish an 'EU Strategic Framework for Islands' which would link up instruments that could have a major territorial impact, and submit a communication on an 'Agenda for EU Islands' and subsequently a White Paper to monitor the development of islands.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Las regiones insulares, con arreglo al artículo 174 del TFUE, deberían ser objeto de un estudio y análisis exhaustivo por parte de la Comisión Europea en los próximos meses, de cara a entender mejor la situación actual para poder, de este modo, adaptar las acciones futuras pertinentes a una realidad cambiante. Creo que esta petición es importante y por ello considero necesario votar a favor de dicha Resolución.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today, I voted in favour of this resolution because European islands contribute to the diversity of the Union in both environmental terms (specific habitats and endemic species) and cultural terms (languages, architectural heritage, sites, landscapes, agricultural and non-agricultural features and geographical identities). This resolution also helps European islands to strengthen sustainable development in the Union, given their high potential for producing energy from renewable sources due to specific exposure to wind streams, ocean swell and sunlight.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie die de prioriteiten van het Europees Parlement rond de specifieke kenmerken en eigenschappen van de eilandgebieden en de gevolgen van deze specifieke kenmerken en eigenschappen voor deze eilanden opsomt. Een aantal van deze kenmerken dienen als blijvende handicap te worden erkend en moeten hiervoor een op maat gesneden behandeling van de Europese Commissie verkrijgen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hoje, as populações da Europa sofrem as consequências das políticas de austeridade e de apoio ao setor financeiro e aos grandes grupos económicos. É neste quadro que as regiões insulares são mais penalizadas porque são aquelas que partem em desvantagem num quadro de completa liberalização da economia.

Em Portugal, temos dois arquipélagos, os Açores e a Madeira, que sofrem duplamente com a insularidade e com os efeitos da troica e do seu programa de ajustamento dos últimos anos.

Nos Açores e na Madeira, as populações tem procurado vencer as adversidades, continuando a produzir e tentando sobreviver neste mundo liberalizado. Contudo, e como tivemos oportunidade de verificar diretamente através de uma visita da Comissão de Agricultura deste parlamento, não é possível continuar a fingir que vamos resolver os problemas, criando um ano europeu das ilhas, ou acreditar que o turismo irá resolver todos os problemas.

Em nome da coesão territorial, são necessárias políticas específicas de apoio às atividades produtivas, designadamente ao nível dos transportes, para que as populações insulares possam ter as mesmas oportunidades relativamente aos outros povos da Europa.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Im Kern geht im Antrag darum, dass die Inselregionen zusätzliche Mittel bekommen sollen und weiter Instanzen wie das „Inselreferat“ aufgebaut werden. Regionen, welche besonders unter dem Migrationsansturm leiden, sollten verstärkt gestützt werden.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Η νησιωτικότητα είναι βασικό χαρακτηριστικό της πατρίδας μου της Ελλάδας. Τα νησιά, ιδιαίτερα τα μικρότερα και τα πιο απομακρυσμένα, σε πολλές περιπτώσεις αποτελούν θύλακες ζωής και πολιτισμού στα σύνορα της Ευρώπης. Οφείλουμε να δώσουμε κίνητρα στους πολίτες, ιδιαίτερα τους νησιώτες, να παραμείνουν στον τόπο τους και να διατηρήσουν την φυσική και πολιτιστική τους κληρονομιά. Υπερψήφισα την συγκεκριμένη έκθεση.

Jana Žitňanská (ECR), písomne – Ústna otázka o podmienkach izolovanosti, napríklad ostrovov a periférií, sa dotýka mnohých členských štátov, ktoré cítia určitú krivdu v súvislosti s prírodnými podmienkami, ktoré ich oproti ostatným členským štátom negatívne ovplyvňujú. Ostrovné regióny musia bojovať nielen s problémom sťaženej dopravy či dodávok vody, ale aj s nižšou vzdelanosťou, či odlivom pracovnej sily do iných, menej znevýhodnených regiónov, kde je väčšia možnosť uplatnenia. Práve preto považujem za prospešné, aby bol súbor týchto znevýhodňujúcich podmienok jasne stanovený, a tým boli vyjasnené podmienky, ktoré oprávňujú tieto regióny napríklad na čerpanie financií z eurofondov. Z týchto dôvodov som hlasovala za návrh uznesenia.

Milan Zver (PPE), pisno. – Evropski otoki se zaradi neugodnih razmer, ki izhajajo iz podnebnih razmer, gospodarske krize, migrantskih tokov in oddaljenosti od evropskih celinskih obal, soočajo s številnimi izzivi. Zato sem podprl Resolucijo, v kateri Evropski parlament poziva Komisijo, naj pripravi razvojni program za otoke EU. Potrebno je zaustaviti preseljevanje iz otoških regij, spodbujati trajnostni razvoj na otokih in ustvariti nova delovna mesta.

9.5. Rolle lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei den EU-Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) (B8-0171/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! No 2014. līdz 2020. gadam Eiropas Strukturālo un investīciju fondu budžets ir 454 miljardi euro. Tiek apzināta nodarbinātība, iekšējais tirgus, enerģētika, ekonomika, monetārie jautājumi, migrācija, viss kas.

Un uzmanība tiek sniegta gan lauku, gan pilsētu apvidiem, bet fakts ir tāds, ka ar katru gadu tieši pilsētas spēlē arvien svarīgāku lomu jebkura līmeņa politikas veidošanā. Un tāpēc tieši tiem ESIF ietvaros veltām mēs vislielāko uzmanību. Ja nedaudz abstrahētos no tā, ka arī manā valstī Latvijā līdzpilsoņi masveidā emigrē no Latvijas uz pārsvarā Rietumeiropas valstīm, ESIF deva manas valsts pilsētu attīstībai milzīgu atspērienu. It īpaši digitālajā jomā, mājokļu renovācijā, municipālās infrastruktūras atjaunošanā un tā tālāk.

Līdz ar to es atbalstu šo virzienu, nobalsoju par. Un, ņemot vērā, ka Komisijai ir jābūt šim galvenajam faktoram ESIF veidošanā, viennozīmīgi mums jāpievērš vislielākā uzmanība.

Catherine Stihler (S&D). – Mr President, local and regional authorities play a pivotal role in the delivery of public services across Europe. They are closest to local communities and are an asset which must be protected.

It is with this in mind that I find myself disheartened by the current treatment of local authorities in Scotland where, under the Scottish Nationalist-led Government, funding of local authorities is being slashed. The Convention of Scottish Local Authorities is currently resisting a budget cut by the Scottish Government of GBP 500 million. Yesterday in the Scottish Parliament we saw that the Government failed to support Labour proposals to address the funding shortfall, and vital frontline services will suffer due to the SNP's austerity budget. We are already seeing slipping standards before this GBP 500 million cut comes into place, with 6 000 children leaving school in Scotland unable to read properly. Our children are our future, and the SNP is failing too many of Scotland's children. The importance of the role of local authorities cannot be underplayed.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jako člen hnutí, které je na národní úrovni velmi významně zakotveno právě v regionálních a samosprávních orgánech, jsem samozřejmě tuto zprávu plně podpořil. Chci vyzdvihnout roli obcí a měst, ty skutečně plní nezastupitelnou roli, právě roli subsidiárního tvůrce a spolutvůrce i evropské politiky. A nepochybně je důležité, abychom propojovali právě politiky, které umožňují územní rozvoj. Zde bych zdůraznil metodu komunitně plánovaného rozvoje, která je v Evropě přijata, funguje. Je to metoda, která zapojuje podnikatele, obce, neziskové organizace právě do čerpání evropských prostředků. Nicméně některé státy od této metody ustupují a já bych byl rád, kdyby Komise skutečně zpracovala analýzu, jak tato metoda umožňuje regionům se rozvíjet. Je to pro nás velmi zásadní, myslím si, že i pro budoucnost Evropy jako Evropy regionů.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La politica di coesione assume un ruolo fondamentale nella realizzazione degli obiettivi europei, contribuendo alla creazione di un processo di crescita che valorizzi le realtà locali.

Predisporre delle politiche di incentivazione e di cooperazione tra le Istituzioni europee e quelle locali permette senz'altro di ridurre le disparità economiche, sociali e territoriali attualmente esistenti tra gli Stati europei e le loro regioni.

Infatti, adottare una strategia maggiormente inclusiva può non solo migliorare la qualità della vita dei cittadini, ma soprattutto rendere l'innovazione e la tecnologia gli strumenti più adatti per incentivare il mercato europeo e creare nuovi posti di lavoro.

Per questo motivo ho espresso voto positivo.

John Stuart Agnew (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle we voted against.

Tim Aker (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle we voted against.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – La Resolución presentada permite dar un paso más adelante en la correcta y más eficiente asignación de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos por parte de las entidades locales y regionales, a través de un aumento de su participación en todas las fases del proyecto, también a través de nuevas herramientas como las inversiones territoriales integradas o el desarrollo local participativo.

No obstante, siempre es bueno recordar que la política de cohesión y desarrollo regional debe estar sujeta al principio de reducción de las disparidades entre las regiones europeas. Sin embargo, se empieza a escuchar con frecuencia la necesidad de sinergias de estos fondos con el Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas (Plan Juncker), al tiempo que la nueva Presidencia holandesa del Consejo impulsa un pacto que da preferencia a las grandes áreas urbanas, lo que sin duda tenderá a recrudecer las disparidades, si no se remedia.

A pesar de todo, considero que la Resolución en sí tiene un carácter positivo y puede llevar a mejorar la comunicación y la cooperación administrativa y financiera entre entidades locales, regionales y estatales, así como con las instituciones europeas. Por todo ello, voté a favor de la misma.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this motion, which was put forward by the Committee for Regional Development. It highlights the importance of community-led and directed allocation of Structural Funds, in particular the importance of using initiatives such as community-led local development (CLLD) and integrated territorial investments (ITI) to better combine funding streams, target local initiatives and ensure a bottom-up, grass-roots approach across multiple levels of governance.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – Als Vertreter einer Grenzregion kann ich aus Erfahrung berichten, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften nahe dran sind an den Bedürfnissen der Menschen. Das garantiert bei der Durchführung von Projekten, dass sinnvolle Ziele angepeilt werden und die Kontrollen vereinfacht werden können.

Gemeinden und Regionen sind bei der Finanzierung ihrer Projekte oftmals auf europäische Mittel angewiesen. In vielen Ländern stellen die Investitionen durch Gemeinden einen Löwenanteil an der Gesamtzahl der Investitionen dar. In meinem Heimatland Belgien liegt der Anteil sogar bei 40 Prozent. Dabei tragen die Gemeinden nur zu fünf Prozent der Gesamtschuld bei.

Angesichts der so genannten SEC-Normen, die eine große Herausforderung für viele Gemeinden darstellen, müssen Kommission und Investitionsbank den Gebietskörperschaften konkrete und praktisch durchführbare Lösungen vorschlagen, um weiterhin Investitionen zu ermöglichen.

Auch für grenzüberschreitende Projekte leisten Gemeinden und Regionen oftmals Pionierarbeit. Dazu müssen wir sie weiterhin ermutigen, statt sie durch übertriebene Bürokratie daran zu hindern.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution préconise de renforcer la gouvernance, à l'échelle européenne notamment, dans la gestion des fonds structurels européens. En outre, elle se réjouit de l'adoption d'un calendrier urbain de l'UE bien que la politique urbaine ne fasse pas partie de ses compétences. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This Motion for a resolution calls for the increased involvement of local and regional investment funds in the ESIF. As I oppose the ESIF, I voted against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją dėl su Europos struktūriniais ir investicijų fondais susijusių vietos ir regioninių valdžios institucijų vaidmens. ES sanglaudos politika 2014-2020 m. programavimo laikotarpiu yra svarbiausia, visus ES regionus apimanti investavimo priemonė siekiant užtikrinti tvarų ekonomikos augimą, remti darbo vietų kūrimą, verslumą ir inovacijas. Pritariu, kad reikia siekti didesnės ESI fondų ir kitų ES programų sinergijos ir papildomumo – šioje srityje vietos ir regioninės valdžios institucijos gali atlikti svarbų vaidmenį, kad būtų pasiekti sanglaudos politikos tikslai. Taip pat pritariu raginimams Komisijai užtikrinti, kad vietos ir regioninėms valdžios institucijoms, jų administracijoms ir organams būtų teikiama pajėgumams stiprinti skirta parama, kad jie galėtų atlikti reikšmingą vaidmenį įgyvendinant sanglaudos politiką.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle we voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution demande le renforcement de la gouvernance à plusieurs niveaux dans la gestion des fonds structurels et se réjouit de l'adoption d'un «agenda urbain» de l'UE alors qu'aucun article des traités ne consacre une quelconque compétence de l'UE en matière de politique urbaine. J'ai voté contre ce pas supplémentaire vers la fédéralisation de l'UE.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai évidemment soutenu cette résolution qui souligne le rôle important que jouent les autorités locales et régionales dans la gestion des Fonds ESI et les politiques de l'Union en général.

À titre d'exemple, ma commune de Farciennes est évidemment associée tant à la définition qu'à la gestion des importants projets européens déployés sur son territoire et qui sont vitaux pour sa revitalisation.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – I Fondi strutturali e di investimento europei (fondi SIE) costituiscono lo strumento principale della politica degli investimenti e rappresentano un pilastro della politica di coesione dell'Unione europea. Ho votato a favore della proposta di risoluzione perché considero fondamentale il ruolo svolto dalle autorità locali e regionali in questo campo. La governance multilivello realizzata dalla politica di coesione permette di raggiungere un buon equilibrio tra obiettivi dell'UE e impatto territoriale delle politiche rafforzando al contempo la dimensione democratica delle istituzioni comunitarie. La Commissione, nei prossimi anni, dovrà impegnarsi per rafforzare il ruolo delle autorità regionali e locali nella gestione e nell'attuazione dei fondi SIE attraverso gli accordi di partenariato e i programmi operativi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de esta propuesta de Resolución, puesto que reivindica el papel de las entidades regionales y locales en la gestión de los Fondos EIE, dado que son estas entidades las que están más cerca de la ciudadanía y tienen competencias para llevar a cabo gran parte de las políticas para las que están diseñados estos fondos. Opinamos que la participación ciudadana es clave en la gestión de estos fondos y en las políticas europeas en general, y que los Fondos EIE revisten una gran importancia en la búsqueda del desarrollo y la cohesión entre las diferentes regiones y pueblos. No obstante, manifestamos nuestras reticencias votando en contra del apartado 2, en el que se deja, de forma velada, una puerta abierta a la reducción de dichos fondos sobre la base de criterios de

coherencia y eficacia. Esto se opone a nuestra visión de que estos fondos deberían aumentar y orientarse siempre según criterios de cohesión social, de desarrollo y redistributivos, dando más recursos a las entidades locales para que puedan llevar a cabo estos objetivos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta propuesta de Resolución sobre el cometido de las entidades locales y regionales en la gestión de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos. Estas entidades juegan un papel fundamental en la configuración y la aplicación de la estrategia de la UE. Además, las sinergias y la complementariedad entre los Fondos EIE y otros programas de la UE pueden ser muy útiles para que las entidades locales y regionales desempeñen un papel fundamental en la construcción europea.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette résolution s'inscrit dans le projet fédéraliste européen. Je l'ai donc rejetée.

Le texte s'inscrit en effet dans une dynamique de court-circuitage des États par le renforcement de la gouvernance au niveau local. Bruxelles cherche ainsi à faire des régions le bras armé de son pouvoir déconcentré. Si je suis profondément attachée à nos régions et à nos territoires, leurs responsabilités ne peuvent et ne doivent pas se substituer au rôle de l'État stratège, et ce dans un souci de cohérence et d'égalité des territoires.

Par ailleurs, le texte n'est qu'autocongratulation, illégitime par ailleurs, sur l'adoption d'un agenda urbain de l'Union, alors même qu'aucun article ne consacre une quelconque compétence de l'Union en matière de politiques urbaines.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che le autorità locali e regionali svolgano un ruolo chiave nel far sì che i Fondi europei portino effettivo beneficio negli Stati membri ai cittadini europei. Pertanto sostengo questo testo, che evidenzia la funzione importantissima della governance locale in UE.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Las entidades regionales y locales con una estructura federal disponen de un margen de maniobra mayor para elaborar las políticas nacionales que tienen una incidencia en los planos regional y local. En lo que se refiere a la política de cohesión, el nivel de desarrollo de las consultas de las entidades regionales y locales ha aumentado con el tiempo. No obstante, dicho nivel de desarrollo varía entre Estados.

Las entidades regionales y locales están más cerca de los ciudadanos y tienen un mejor conocimiento de sus propias necesidades a la hora de mejorar la vida de los ciudadanos y fomentar el crecimiento económico y la creación de empleo sostenible. Dichas entidades necesitan por tanto de un mayor apoyo presupuestario y nivel de cofinanciación de los proyectos.

Por estos motivos apoyo la Resolución aprobada por el Parlamento Europeo a fin de corregir estas deficiencias y definir qué apoyo concreto se propone ofrecer a las entidades regionales y locales en la gestión de los Fondos EIE durante el período 2014-2020, además de para emprender una consulta pública sobre las modalidades para reforzar el papel de las entidades regionales y locales.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas įvertino vietos ir regioninių valdžios institucijų vaidmenį įgyvendinant Europos struktūrinius ir investicijų fondus. ES sanglaudos politika 2014-2020 m. programavimo laikotarpiu vis dar yra svarbiausia, visus ES regionus apimanti investavimo priemonė ir kartu galimybė pradėti geriau principą „iš apačios į viršų“ atitinkantį procesą, siekiant užtikrinti tvarų ekonomikos augimą, remti darbo vietų kūrimą, verslumą ir inovacijas vietos ir regionų ekonomikos lygmenimis ir kartu pagerinti piliečių gyvenimo kokybę, kurti solidarumą ir stiprinti ES regionų vystymąsi. Parlamentas dar kartą pabrėžė, kad vietos ir regioninės valdžios institucijos atlieka pagrindinį vaidmenį formuojant ir įgyvendinant ES strategijas, ir kartu pripažino įvairių suinteresuotųjų subjektų iš valstybių narių ir bendruomenių grupių vaidmenį.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Szeretném hangsúlyozni a helyi és regionális hatóságok kulcsfontosságú szerepét az uniós stratégiák végrehajtásában, ugyanakkor elismerni a tagállamok közösségi csoportjaihoz tartozó érdekelt felek széles körének szerepét. Úgy vélem továbbá, hogy a hatóságok polgárokhoz való közelsége és a kormányzás sokfélesége helyi és regionális szinten értéket képvisel az EU számára.

A fentiek fényében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ritengo che il coinvolgimento delle autorità locali e regionali nell'ambito dei fondi SIE sia uno dei principali punti di forza dell'amministrazione e gestione di questi fondi e sono convinta, pertanto, che il loro ruolo debba essere potenziato anche, e soprattutto, in virtù della maggiore conoscenza delle necessità locali da esse posseduta.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Com'è noto i Fondi strutturali e di investimento europei (fondi SIE) sono lo strumento principale della politica degli investimenti dell'Unione europea. È necessario che la Commissione avvii una consultazione pubblica – auspicabilmente seguita da un'azione coerente e fattiva della Commissione stessa – sulle modalità utili per rafforzare il ruolo delle autorità locali e regionali nella politica di coesione dell'UE e che le autorità locali e regionali siano realmente sostenute per rafforzare il loro ruolo e il loro impatto relativamente alla gestione dei Fondi strutturali e di investimento europei nel periodo 2014-2020, tenendo debitamente conto delle loro rispettive responsabilità e delle specificità dei vari Stati membri, al fine di creare crescita economica e posti di lavoro sostenibili.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Dans cette proposition de résolution, l'Union européenne rappelle une nouvelle fois sa volonté de renforcer ses liens avec les autorités locales et régionales au détriment des États membres. Nous sommes absolument hostiles à l'ingérence des institutions européennes dans les affaires nationales ainsi qu'à une fédéralisation de l'Europe.

De plus, cette proposition de résolution demande le renforcement de la gouvernance à plusieurs niveaux dans la gestion des fonds structurels et se réjouit de l'adoption d'un agenda urbain de l'Union, alors qu'aucun article ne consacre une quelconque compétence de l'Union en matière de politiques urbaines. Comme à son habitude, la Commission tente de s'octroyer des prérogatives qu'elle n'a pas. Notre devoir est donc de le lui rappeler.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione poiché si sottolinea il ruolo fondamentale delle autorità locali e regionali nella definizione e nell'attuazione delle strategie dell'UE, riconoscendo nel contempo una grande varietà di parti interessate, dagli Stati membri ai gruppi partecipativi. Ritengo inoltre che la vicinanza di tali autorità ai cittadini e la diversità di governance a livello locale e regionale siano un punto di forza dell'UE. Nonostante il capitolo della «coesione territoriale dell'UE» sia molto spesso esempio di finanziamento di progetti di dubbia utilità, non posso che sostenere uno dei pochi richiami formali del Parlamento europeo nei confronti dell'importanza della governance «locale», auspicando una maggiore capacità territoriale nell'utilizzo di questi strumenti.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La participation des autorités locales et régionales à la gestion des Fonds structurels et d'investissement européens est très importante. En effet, ces acteurs sont plus proches des citoyens européens et se trouvent directement confrontés aux réalités du terrain. Les fonds structurels servent directement aux citoyens. Ils existent à la fois pour corriger les inégalités qui persistent entre les régions au sein de l'Union, mais également pour aider les citoyens européens à mettre en place leurs projets. Il est donc important d'impliquer les différents niveaux de pouvoir dans la gestion de ces fonds. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione in questione per sottolineare il ruolo fondamentale delle autorità locali e regionali nella definizione e nell'attuazione delle strategie dell'UE. Ritengo che la vicinanza di tali autorità ai cittadini e la diversità di governance a livello locale e regionale siano un punto di forza dell'UE.

Bisogna consentire ai nostri Comuni e alle nostre Regioni di negoziare, entro un quadro legale stabile, investimenti nelle aree prioritarie che sono essenziali allo sviluppo delle nostre società, quali la ricerca e l'innovazione, la transizione verso un'economia a basse emissioni di carbonio e l'inclusione sociale. Affinché la politica ottenga risultati, è fondamentale che le autorità locali e regionali siano coinvolte nelle fasi di ideazione, implementazione e monitoraggio dei programmi, istituendo task force miste, ad esempio, che riuniscano i diversi livelli di governance.

Rafforzare la capacità amministrativa e porre rimedio alle carenze strutturali delle autorità locali e regionali sono aspetti fondamentali per aumentare il tasso di assorbimento dei Fondi strutturali e di investimento europei. Invito quindi la Commissione a garantire un sostegno allo sviluppo delle capacità delle autorità locali e regionali e delle relative amministrazioni e istituzioni, affinché queste possano svolgere un ruolo significativo nella politica di coesione.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle we voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because I agree that the local and regional authorities play a very important role in the implementation of EU policies and strategies and that their role in the management of the European Structural and Investment Funds should be strengthened as they are the closest to the people living there.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La politica di coesione mira a ridurre le disparità economiche e sociali degli Stati membri attraverso, in particolare, i fondi strutturali e di investimento europei (fondi SIE) i quali raggruppano il Fondo europeo di sviluppo regionale (FESR), il Fondo sociale europeo (FSE), il Fondo di coesione (FC), il Fondo europeo agricolo per lo sviluppo rurale (FEASR) e il Fondo europeo per gli affari marittimi e la pesca (FEAMP). A tale scopo, la relazione della collega Mihaylova riconosce l'importanza della governance multilivello la quale sostiene questi obiettivi (la crescita economica, il progresso sociale e lo sviluppo sostenibile) rafforzando la dimensione democratica dell'UE e accrescendo l'efficacia della sua azione politica; perciò ho votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le autorità locali sono i principali destinatari dei Fondi strutturali e di investimento, che rappresentano una reale e concreta possibilità di sviluppo per il rilancio economico di regioni e comuni. Si tratta di risorse ingenti e sicure, allocate sulla base dei criteri stabiliti dalla politica di coesione. Molto spesso, però, tali fondi rimangono non spesi e non solo per carenze amministrative, che pure hanno inciso per alcune regioni, ma anche per la difficoltà di raggiungere gli obiettivi decisi ex ante dalla Commissione. Più volte questo Parlamento ha chiesto che venga rafforzata la partecipazione delle autorità locali per la definizione di obiettivi e priorità per la crescita, lo sviluppo e l'occupazione. Se si vuole superare il rischio del mancato raggiungimento degli obiettivi di spesa è essenziale infatti che regioni e comuni partecipino attivamente già nella fase di definizione degli obiettivi, al fine di permettere alle autorità locali di presentare, sulla base delle difficoltà riscontrate in fase di implementazione, priorità e obiettivi fattibili. Il prossimo anno inizierà l'iter per la revisione della politica di coesione post 2020 e occorre quindi che si cominci già a riflettere per un maggiore coinvolgimento degli attori locali. Condivido pienamente i contenuti della risoluzione e per questo ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την πρόταση ψηφίσματος και τονίζουμε τον κρίσιμο ρόλο των τοπικών και περιφερειακών αρχών στη διαμόρφωση και εφαρμογή των ενωσιακών στρατηγικών. Η πολιτική συνοχής της ΕΕ αποτελεί ένα καλό παράδειγμα πολυεπίπεδης διακυβέρνησης με προσέγγιση από τη βάση, όπου οι τοπικές και περιφερειακές αρχές, κατά την ενασχόλησή τους με τα Ευρωπαϊκά Διαρθρωτικά και Επενδυτικά Ταμεία, επιτυγχάνουν την εξισορρόπηση μεταξύ του ενωσιακού στόχου για μεγαλύτερη οικονομική, κοινωνική και εδαφική συνοχή και του εδαφικού αντικτύπου των πολιτικών της ΕΕ. Τέλος, επισημαίνουμε τις προκλήσεις που αντιμετωπίζουν οι τοπικές και περιφερειακές αρχές όπως η παγκοσμιοποίηση, η κλιματική αλλαγή, η ενεργειακή ασφάλεια, οι μεταναστευτικές ροές και η αυξημένη αστικοποίηση.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di appoggiare il provvedimento in quanto sono fermamente convinto che le autorità locali e regionali debbano avere un ruolo fondamentale nella definizione e nell'attuazione delle strategie dell'UE, essendo la vicinanza di tali autorità ai cittadini e la diversità di governance a livello locale e regionale elementi essenziali di una corretta applicazione del principio di sussidiarietà espresso nel Trattato di Lisbona. Per quanto riguarda i Fondi Strutturali di Investimento Europeo (ESI) sono assolutamente a favore delle sinergie e della complementarità di tali fondi con altri programmi dell'UE, in cui autorità locali e regionali possono contribuire positivamente al conseguimento degli obiettivi della politica di coesione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La Commissione europea basa molto il suo lavoro sul principio di sussidiarietà, come stabilito dai trattati. In altre parole, è bene che ciascuna questione sia affrontata e risolta nell'ambito territoriale più ristretto possibile che permetta una soluzione efficace. Tuttavia, finora i meccanismi di coordinamento e di collaborazione con le realtà più piccole (e quindi con meno budget) non erano state definite, e questo documento politico è un passo avanti in questa direzione. Per questo motivo ho votato a favore.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle we voted against.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A política de coesão da UE no período de programação de 2014-2020, representa o principal instrumento de investimento que abrange todas as regiões da UE contribuindo para um crescimento sustentável a lógica da base para o topo apoiando a criação de emprego, o empreendedorismo e a inovação ao nível das economias locais e regionais, melhorando a qualidade de vida dos cidadãos e criando solidariedade e um maior desenvolvimento nas regiões da UE.

Os órgãos de poder local e regional têm, seja no quadro dos FEEL, seja na concepção e execução nas estratégias da UE um papel mister ajudando a um equilíbrio entre o objectivo da União de uma maior coesão económica social e territorial e o impacto das políticas da União nos seus territórios.

Apoio a presente Resolução que vem reconhecer a importância destas sinergias e complementaridades entre os FEEL e outros programas da UE, elevando o papel dos órgãos de poder local no cumprimento deste desiderato e reconhecendo os desafios vários que as regiões se confrontam como o fenómeno da globalização, segurança energética, fluxos migratórios, alterações climáticas e especificidades intrínsecas da sua natureza territorial.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Nel gestire i fondi strutturali e d'investimento europei, gli enti locali e regionali giocano un ruolo chiave per attuare l'obiettivo dell'Unione di una maggiore coesione economica, sociale e territoriale e garantire un efficace impatto territoriale delle politiche dell'UE. È necessario che la Commissione europea continui a migliorare l'ambito dei fondi SIE in quanto si tratta di un importante strumento, procedendo anche con consultazioni pubbliche, al fine di individuare misure volte a rafforzare il ruolo delle autorità regionali e locali nella gestione e nell'attuazione dei fondi previsti per il periodo 2014-2020. Per questi motivi ho deciso di votare a favore.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Local and regional authorities are key players in shaping and implementing EU strategies without whom EU policy and action may not be relevant to the local communities to whom they are addressed. This resolution seeks to encourage the Commission to follow more synergies with local and regional authorities even in the implementation of European Structural and Investment Funds. I have voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La Resolución presentada permite dar un paso más adelante en la correcta y más eficiente asignación de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos por parte de las entidades locales y regionales, a través de un aumento de su participación en todas las fases del proyecto, también a través de nuevas herramientas como las inversiones territoriales integradas o el desarrollo local participativo.

No obstante, siempre es bueno recordar que la política de cohesión y desarrollo regional debe estar sujeta al principio de reducción de las disparidades entre las regiones europeas. Sin embargo, se empieza a escuchar con frecuencia la necesidad de sinergias de estos fondos con el Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas (Plan Juncker), al tiempo que la nueva Presidencia holandesa del Consejo impulsa un pacto que da preferencia a las grandes áreas urbanas, lo que sin duda tenderá a recrudecer las disparidades, si no se remedia.

A pesar de todo, considero que la Resolución en sí tiene un carácter positivo y puede llevar a mejorar la comunicación y la cooperación administrativa y financiera entre entidades locales, regionales y estatales, así como con las instituciones europeas. Por todo ello, voté a favor de la misma.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Rezolucja podkreśla kluczową rolę władz lokalnych i regionalnych w tworzeniu i wdrażaniu strategii UE, uznając jednocześnie rolę licznych zainteresowanych podmiotów, począwszy od państw członkowskich po społeczności lokalne. Bardzo ważnym zapisem jest stwierdzenie, iż bliskie kontakty tych władz z obywatelami oraz różnorodność rządów na szczeblu lokalnym i regionalnym są atutem UE. Parlament popiera synergie i komplementarność między europejskimi funduszami strukturalnymi i inwestycyjnymi a innymi programami UE, w których władze lokalne i regionalne mogą odgrywać przydatną rolę przy realizacji celów polityki spójności. Równocześnie rezolucja podkreśla, że poprawa potencjału administracyjnego i zaradzenie słabościom strukturalnym władz lokalnych i regionalnych mają zasadnicze znaczenie dla etapów programowania i realizacji programów operacyjnych oraz dla osiągnięcia wyższego wskaźnika absorpcji środków z europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych. W związku z tym wzywa Komisję do zagwarantowania, że władze lokalne i regionalne oraz ich administracje i instytucje będą otrzymywały wsparcie przy budowaniu potencjału, co umożliwi im odgrywanie istotnej roli w polityce spójności, szczególnie w przypadku przekazywania zadań wykonawczych niższym szczeblom administracji, a zwłaszcza władzom miejskim. Zagłosowałem za popierając zawarte w rezolucji tezy.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Local and regional authorities play a very important role within the framework of the European Structural and Investment Funds as they are close to citizens and best understand their needs. On the other hand, due to their limited means they are in need of budgetary support for co-financing of projects. The motion for a resolution, which I voted in favour of, is addressed to the Commission and asks questions as to how the EC is going to support regional and local authorities in order to strengthen their role and impact in managing ESI funds, with the aim of creating economic growth and sustainable jobs.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome this resolution, which rightly focuses on the good position local and regional authorities are in to assist in the use of European Structural and Investment Funds due to their local knowledge. The resolution is also accurate in its attention to the many challenges facing EU local and regional authorities, from energy security to administrative capacity, red tape and complexity in public procurement. In some Member States there is a real need to tackle structural weaknesses to increase the absorption rate of ESI Funds, and thus improve the value for money to taxpayers of these investments, whilst at the same time ensuring subsidiarity is respected.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – În procesul de elaborare și punere în aplicare a strategiilor Uniunii Europene este esențial rolul autorităților locale și regionale, precum și cel al unei game largi de parteneri - de la state membre, la grupuri comunitare.

Pe de altă parte, diversitatea modurilor de guvernare la nivel local și regional reprezintă un avantaj pentru Uniunea Europeană și consider că fiind foarte important principiul parteneriatului consolidat și Codul european de conduită în materie de parteneriat. Acestea stabilesc implicarea juridică a autorităților locale și regionale și prevăd cerințele minime pentru implicarea acestora în toate etapele de pregătire și punere în aplicare a programelor operaționale pentru atingerea unei rate cât mai ridicate de absorbție a fondurilor ESI.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo per gli investimenti strategici (EFIS) è una delle iniziative politiche prioritarie della Commissione Juncker; una prima importante risposta alla congiuntura economica, che il Gruppo dei socialisti e democratici ha sostenuto sin dalla sua presentazione, che servirà a rilanciare la crescita europea, creare nuova occupazione e promuovere una maggiore coesione sociale.

Nel quadro della programmazione degli investimenti finanziati dalla Commissione, ritengo che le amministrazioni locali e regionali possano giocare un ruolo fondamentale per numerose ragioni: la loro vicinanza con i cittadini, la conoscenza dei loro bisogni specifici ed il forte legame con il territorio. Infatti, come evidenzia la Risoluzione che ho sostenuto, la governance locale e regionale dovrà partecipare attivamente al processo di preparazione e attuazione dei programmi operativi, dato che possiede le giuste competenze per valutare l'impatto territoriale di queste politiche e per esplorare al meglio tutte le sue potenzialità.

Le autorità locali e regionali costituiscono un valore aggiunto inestimabile per individuare con meticolosità e precisione le reali necessità dei territori, dei cittadini e delle imprese: sarà importante mettere a loro disposizione gli strumenti adatti affinché possano fornire questo contributo aggiuntivo per raggiungere gli obiettivi previsti dal piano EFIS.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette proposition de résolution, les députés européens formulent une série de recommandations en vue de renforcer le rôle des autorités locales et régionales dans les Fonds structurels et d'investissement européens (ESI). Ils proposent notamment d'accroître les synergies et les complémentarités entre les fonds ESI et les autres programmes de l'Union, dans lesquels les autorités locales et régionales peuvent jouer un rôle utile en réalisant les objectifs de la politique de cohésion. Les eurodéputés appellent également la Commission européenne à renforcer la capacité administrative des autorités locales et régionales dans la gestion des fonds ESI. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Les Fonds structurels et d'investissement européens sont un instrument fondamental de la politique de cohésion de l'Union européenne. Cette résolution sur le rôle des autorités locales et régionales dans les Fonds structurels et d'investissement européens (FESI) souligne leur rôle clef dans la mise en œuvre des stratégies européennes. Pour une meilleure optimisation de ces fonds, il est nécessaire que des synergies soient créées et que les autorités locales et régionales fournissent un cadre adéquat à leur mise en œuvre.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – L'ancien président de région que je suis ne peut que se féliciter de l'adoption d'un tel rapport, qui rappelle les fondamentaux de la politique de cohésion et la nécessaire proximité à organiser entre les gestionnaires des fonds européens, les porteurs de projet et les citoyens. En effet, les autorités locales sont en prise directe avec nombre des problématiques qui entourent la programmation actuelle de la politique régionale: simplification administrative, recours élargi aux instruments financiers, notion de partenariat et approfondissement de la gouvernance multi-niveaux. Elles sont mieux à même de détecter, d'instruire et d'impulser les politiques stratégiques de l'Union. Le rapport met l'accent sur les zones urbaines – une priorité de la prochaine présidence néerlandaise. Celles-ci doivent s'attaquer de façon urgente aux défis de la mondialisation, du changement climatique, de la sécurité énergétique et des flux migratoires. Sans minorer cette réalité, j'attire l'attention sur les réalités propres des territoires ruraux et isolés confrontés quant à eux aux défis de l'accessibilité et de l'attractivité. J'ai toujours prôné une approche équilibrée des territoires. Il faut penser la liaison ville-campagne plutôt que de chercher à segmenter les politiques publiques.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Dans la mesure où aucun article ne consacre une quelconque compétence de l'Union européenne en matière de politiques urbaines, je ne m'associe pas à cette proposition de résolution, qui prévoit un renforcement de la gouvernance à plusieurs niveaux dans la gestion des fonds structurels et se réjouit de l'adoption d'un agenda urbain de l'Union. J'ai donc voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно ролята на местните и регионалните органи в европейските структурни и инвестиционни фондове, тъй като комисията по регионално развитие призовава Европейската комисия да надгради над съществуващите минали и настоящи инициативи в сферата.

В резолюцията се подчертава и важноста на наличната информация за постигане на целите на ЕС в сферите на икономическото и социалното сближаване. Обърнато е и внимание на трудностите, пред които са изправени органите на местната власт по отношение на усвояването им.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφπτώς*. – Υπερψηφίζουμε, θεωρούμε την ανάπτυξη της επαρχίας βασική προϋπόθεση για μια βιώσιμη ανάπτυξη των κρατών μελών.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A política de coesão da UE no período de programação de 2014-2020 continua a representar o principal instrumento de investimento que abrange todas as regiões da UE e constitui uma oportunidade de criar um processo de crescimento sustentável, apoiando a criação de emprego, o empreendedorismo e a inovação ao nível das economias locais e regionais, melhorando a qualidade de vida dos cidadãos e criando solidariedade e um maior desenvolvimento nas regiões da EU.

Para a concretização destes pressupostos é fundamental o papel dos órgãos de poder local e regional na conceção e execução das estratégias da UE, reconhecendo em simultâneo o papel de uma vasta gama de partes interessadas, desde os Estados-Membros até aos grupos comunitários.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução aborda o papel das autoridades locais e regionais na promoção do desenvolvimento regional e da coesão territorial e social.

As cidades são espaços de grande concentração populacional (mais de 75% da população da UE vive em contexto urbano), com necessidades crescentes ao nível da organização política, social, económica e cultural, com novas reivindicações, quer institucionais quer de diversos sectores populacionais.

No contexto europeu, existem cidades que, sozinhas, têm mais população e infraestruturas que certos países ou regiões da UE. O contexto cidade é, assim, cada vez importante na gestão da coisa pública, não apenas pela dimensão material e territorial, mas também porque as cidades correspondem a espaços de maior proximidade e mobilização, de cidadania, ganhando uma expressão política importante.

Regista-se a tendência negativa para instaurar uma comunicação direta entre Comissão Europeia e «as cidades», sem a intermediação dos Estados-Membros e da necessária definição de prioridades e estratégias para as suas regiões.

Pretende-se que a criação de duas linhas de financiamento específicas para as cidades – Community-Led Local Development e Integrated Territorial Investments – contribua para um melhor acesso das cidades a financiamentos.

O sentido das políticas de coesão deve privilegiar os Estados-Membros e as suas estratégias de desenvolvimento regional e não uma agenda de promoção da UE e das suas instituições.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Miestne a regionálne orgány zohrávajú veľmi dôležitú úlohu v rámci európskych štrukturálnych fondov a investičných fondov, pretože sú najbližšie k občanom a mali by preto najlepšie porozumieť ich potrebám. Na druhej strane však majú obmedzené možnosti, a preto sú odkázané na finančnú a rozpočtovú podporu na spolufinancovanie projektov. Je preto veľmi dôležité, ako chce Európska komisia v budúcnosti podporovať miestne orgány a regionálne authority, s cieľom posilňovať ich úlohu a vplyv na riadenie a čerpanie štrukturálnych fondov, s cieľom udržať a zvýšiť hospodársky rast a podporiť udržateľné pracovné miesta.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την σχετική έκθεση, καθώς θεωρώ την ανάπτυξη της επαρχίας βασική προϋπόθεση για μια βιώσιμη ανάπτυξη των κρατών μελών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Local and regional authorities play a very important role within the framework of the European Structural and Investment Funds as they are close to citizens and best understand their needs.

On the other hand - due to their limited means - they are in need of budgetary support for co-financement of projects.

It is important to know how the EC is going to support regional and local authorities in order to strengthen their role and impact in managing ESI funds, with the aim of creating economic growth and sustainable jobs. Furthermore, we also need to know if the EC envisage a public consultation, followed by an initiative, on this matter.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que la política de cohesión se destina también a reducir las disparidades económicas, sociales y territoriales entre los Estados miembros de la UE y sus regiones mediante una estrategia integradora. Es esta estrategia, las entidades locales y regionales desarrollan un papel fundamental en la configuración y la aplicación de las estrategias de la UE, de las que las autoridades locales son socias.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La mia esperienza amministrativa, oltre che politica, mi ha regalato una profonda coscienza di quanto fondamentale sia il ruolo delle autorità locali e regionali nella capacità di relazionarsi con i cittadini e di conoscere le loro urgenze. Gli enti locali rappresentano infatti l'anello di congiunzione tra le necessità dei territori e la risposta d'intervento politico e sono di fatto il primo strumento attraverso cui è possibile mettere in pratica il programma e l'azione politica. Ma per dar vita a progetti e cambiamenti sul territorio le amministrazioni locali hanno bisogno di grandi risorse economiche.

Trovo pertanto l'interrogazione orale proposta alla Commissione assolutamente condivisibile, nello spirito di offrire un forte supporto agli enti locali e regionali, riconoscendo loro piena titolarità nell'individuazione delle priorità e della programmazione dei fondi strutturali e massima tutela, tentando di limitare il reindirizzamento anche solo parziale dei fondi destinati alla coesione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della Risoluzione del PE sul ruolo delle autorità regionali e locali nei Fondi Europei Strutturali e d'Investimento (ESIF) perché la politica di coesione dell'UE nel periodo di programmazione 2014-2020 rappresenta lo strumento principale di investimento nell'UE di cui potranno beneficiare i territori europei (secondo regole di ripartizione ben precise) e finalizzato alla creazione di un processo di crescita dal basso sostenibile e volto alla creazione di posti di lavoro, allo sviluppo dell'imprenditoria e dell'innovazione a livello locale.

Le autorità locali e regionali, sono confrontate a sfide nuove e importanti, imposte dalla globalizzazione, dai cambiamenti climatici e dall'emergenza migratoria. Pertanto, la politica di coesione, grazie al processo di razionalizzazione giuridico cui è stata sottoposta, potrà rispondere meglio che nel passato a queste importanti sfide.

Indubbiamente il rafforzamento della capacità amministrativa delle autorità locali e regionali è fondamentale, nella fase di programmazione quanto nella fase d'implementazione la politica di coesione. L'UE nel suo insieme per uscire definitivamente dalla crisi e tornare ad essere un'area di crescita e di attrazione per investitori extraeuropei, ha fortemente bisogno della politica di coesione, poiché basandosi su una governance multilivello, quest'ultima consente di conseguire gli obiettivi politici fondamentali dell'UE.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I support this report, which calls attention to the fact that local and regional authorities are instrumental to the functioning of the European Structural and Investment Funds, as they are close to citizens and best understand their needs. Therefore it is important that the Commission provides support to regional and local authorities in order to strengthen their role and impact in managing ESI funds, with the aim of creating economic growth and sustainable jobs.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de esta propuesta de Resolución, puesto que reivindica el papel de las entidades regionales y locales en la gestión de los Fondos EIE, dado que son estas entidades las que están más cerca de la ciudadanía y tienen competencias para llevar a cabo gran parte de las políticas para las que están diseñados estos fondos. Opinamos que la participación ciudadana es clave en la gestión de estos fondos y en las políticas europeas en general, y que los Fondos EIE revisten una gran importancia en la búsqueda del desarrollo y la cohesión entre las diferentes regiones y pueblos. No obstante, manifestamos nuestras reticencias votando en contra del apartado 2, en el que se deja, de forma velada, una puerta abierta a la reducción de dichos fondos sobre la base de criterios de coherencia y eficacia. Esto se opone a nuestra visión de que estos fondos deberían aumentar y orientarse siempre según criterios de cohesión social, de desarrollo y redistributivos, dando más recursos a las entidades locales para que puedan llevar a cabo estos objetivos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – With my Socialist colleagues, I voted in favour of this resolution because smart cities and smart specialisation strategies are two innovations that have been quickly taken on board by policymakers and translated into specific EU policies or initiatives. Moreover, the EU ministers' agreement on the Riga 2015 declaration paved the way for an EU Urban Agenda, which is now expected to lead to the 'Pact of Amsterdam'. The latter is a future-oriented programme in which the participation of European cities is a central element, and through which the Dutch Council presidency of 2016 aims to establish a bottom-up approach.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the role of local and regional authorities in the European Structural and Investment Funds. Regional and local authorities are close to citizens and better understand local needs as well as policies and initiatives aimed at improving citizens' lives. Cities are engines of economic growth and employment, breeding grounds for art, culture and creativity, and the perfect platform for innovation and start-ups.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Υπερψηφίσαμε το ψήφισμα αυτό επειδή συμφωνούμε με τη φιλοσοφία των διαρθρωτικών πολιτικών που ακολουθούνται μέσω των εν λόγω ταμείων καθώς επίσης συμφωνούμε και με τον τρόπο διαχείρισης της πολιτικής αυτής που υπογραμμίζεται από το ψήφισμα, δηλαδή την πολύ-επίπεδη διακυβέρνηση με μια bottom-up προσέγγιση.

Συμφωνούμε, επίσης, με το ψήφισμα όταν αυτό καλεί την Επιτροπή να βοηθήσει στην ανάπτυξη θεσμικών ικανοτήτων από τις τοπικές αρχές στα κράτη μέλη που εφαρμόζουν τις διαρθρωτικές πολιτικές.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this resolution on the role of local and regional authorities in the European Structural and Investment Funds. With a budget of EUR 454 billion for 2014-20, the European Structural and Investment Funds (ESIFs) are the European Union's main investment policy tool. EU cohesion policy promotes a bottom-up approach and I was pleased to see that in this resolution the importance of the Community-Led Local Development initiative, in which local authorities are partners, was highlighted. I believe it is crucial that a genuine bottom-up approach where local actors have real decision making powers is used in order to respond directly to local needs and challenges in a more focused and appropriate way. The new ITI and CLLD tools should enable local stakeholders to combine funding streams and plan well-targeted local initiatives. I also support the resolution's call for the Commission to ensure that support is provided for capacity building for local and regional authorities and their administrations and institutions, so that they are in a position to play a meaningful role in cohesion policy.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Rezoluciju o ulozi lokalnih i regionalnih tijela vlasti u europskim strukturnim i investicijskim fondovima temeljem usmenog pitanja s obzirom na to da sam inicijator postavljanja takvog pitanja Komisiji i pripreme rezolucije Europskog parlamenta.

Smatram da je ovo pitanje izuzetno važno i da se Europska komisija premalo bavi položajem lokalnih i regionalnih vlasti. Iako je pitanje orijentirano na tematiku europskih fondova smatram da je to tek dio problematike u kojoj su lokalne i regionalne vlasti u podređenom položaju u odnosu na državnu administraciju i gdje se lokalne i regionalne vlasti posljednjih godina, osobito uslijed posljedica ekonomske krize, lišavaju prava i sredstava od strane centralnih vlasti.

Supsidijarnost podrazumijeva da bi sve ono što je moguće obavljati na nižim razinama vlasti trebalo prepustiti nižim razinama vlasti uključujući i potrebna sredstva. Osim toga supsidijarnost jača i demokratske odnose s obzirom da su na taj način vlasti i donošenje odluka bliže građanima koji su bolje informirani i mogu lakše participirati u donošenju odluka. Danas je situacija različita od države do države, od snažno centraliziranih do decentraliziranih država. Upravo je decentralizacija jedan od preduvjeta za bolje ekonomske i razvojne rezultate.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Cette proposition de résolution préconise de renforcer la gouvernance, à l'échelle européenne notamment, dans la gestion des fonds structurels. En outre, elle se réjouit de l'adoption d'un calendrier urbain de l'Union, bien que la politique urbaine ne fasse pas partie de ses compétences. J'ai donc voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing.* – My UKIP colleagues and I voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle I voted against.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* – With a budget of EUR 454 billion for 2014-2020, the European Structural and Investment Funds (ESIFs) are the European Union's main investment policy tool. This resolution recalls the key role local and regional authorities play in shaping and implementing EU strategies. Indeed, for the funds to have maximum impact, national, regional and local authorities in EU countries must work together closely and help EU countries to focus on funds where the need is greatest and to make optimum use of resources. Regional and local authorities are close to citizens and are aware of the local needs. They bring the EU closer to citizens and help make our Funds be more effective on the ground. I voted in favour of this text because it takes into account all these elements and call for the Member States and the Commission to strengthen this involvement.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Ich stimme für den vorliegenden Entschließungsantrag. Synergien in ESIF zu finden, das erscheint mir wichtig zur effizienteren Einsetzung und Nutzung der Geldmittel, ebenso die stärkere Einbindung von regionalen Behörden in die Projektkonzeption.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – Local and regional authorities play a very important role within the framework of the European Structural and Investment Funds as they are close to citizens and best understand their needs. I voted in favour of the report, as it calls to strengthen their role and impact in managing EU funds, with the aim of creating economic growth and sustainable jobs.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre la proposition de résolution sur le rôle des autorités locales et régionales dans les Fonds structurels et d'investissement européens. Ce texte demande le renforcement de la gouvernance à plusieurs niveaux dans la gestion des fonds structurels et se réjouit de l'adoption d'un agenda urbain de l'Union européenne, alors qu'aucun article ne consacre une quelconque compétence de l'Union en matière de politiques urbaines. Il s'agit d'une compétence des États membres.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre cette résolution car elle se réjouit de l'adoption d'un agenda urbain de l'Union, alors qu'aucun article des traités ne consacre une quelconque compétence de l'Union en matière de politique urbaine. L'Union se mêle vraiment de tout !

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Polska jest najlepszym przykładem, jak fundusze europejskie w ciągu kilkunastu lat mogą zmienić kraj. Do najważniejszych podmiotów w tym działaniu, zarówno w Polsce, jak i innych państwach UE zaliczają się jednostki samorządu terytorialnego. To na władzach regionalnych najczęściej spoczywa zadanie podziału i zarządzania ogromnymi środkami z funduszy, np. poprzez regionalne programy operacyjne, a dobre wywiązanie się z tych zadań często decyduje o znaczącym skoku cywilizacyjnym dla wielu regionów.

Jednym z najważniejszych beneficjentów środków europejskich są „małe ojczyzny”, czyli gminy. Działania realizowane przez jednostki municypalne, takie jak inwestycje w infrastrukturę drogową, wodno-kanalizacyjną, komunalną, oświatę czy ofertę kulturalno-turystyczną są najłatwiej dostrzegalne i odczuwalne przez mieszkańców, gdyż służą całej społeczności. Nie można także zapomnieć o roli samorządów, jaką jest informowanie i pośredniczenie w pozyskiwaniu funduszy europejskich przez osoby fizyczne oraz prawne, dlatego popierając samorządy w ich działaniach, głosowałam za przyjęciem dokumentu dotyczącego roli władz lokalnych i regionalnych w europejskich funduszach strukturalnych i inwestycyjnych.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kohezijska politika se temelji na načelu partnerstva i višerazinskog upravljanja, a u donošenju odluka i strateških dokumenata neophodno je uključivanje lokalne razine i usklađivanje s nacionalnim ciljevima radeći po principu „odozdo prema gore” i obrnuto „odozgo prema dolje”. Ključno je osigurati podršku za razvijanje dodatnog administrativnog kapaciteta kako bi lokalne i regionalne vlasti mogle sudjelovati u kohezijskoj politici.

Trenutno se lokalne i regionalne vlasti suočavaju s velikim problemima poput globalizacije, klimatskih promjena, energetske sigurnosti, migracijskog vala i ubrzane urbanizacije. Lokalne i regionalne vlasti su bliže građanima EU-a, imaju bolje razumijevanje potreba građana kao i usluga koje je potrebno uvesti.

Svaka država bi trebala težiti promjeni nacionalnih operativnih programa u regionalne i što konkretnijem uključivanju lokalnih i regionalnih vlasti u definiranje prioriteta ulaganja. Zbog važnosti uključivanja lokalnih jedinica u definiranje i provedbu kohezijske i ekonomske politike s ciljem postizanja održivog gospodarskog rasta i razvoja, podržala sam prijedlog rezolucije izjaviteljice Mihaylove.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Viacúrovňové riadenie a zásady partnerstva podporujú prostredníctvom zapojenia miestnych a regionálnych orgánov presadzovanie základných politických cieľov EÚ v oblasti hospodárskeho rastu a trvalo udržateľného rozvoja.

Miestne a regionálne orgány najlepšie poznajú problémy svojich regiónov, dokážu ich identifikovať a aktívne sa podieľať na ich riešení. Pritom sa stretávajú s riešením problémov, ktoré presahujú rámec ich regiónov. Preto pokladám za dôležité vytvárať podmienky na spoluprácu a posilnenie úlohy miestnych a regionálnych orgánov v riadení a vykonávaní EŠIF.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Alors que la mise en œuvre des programmes opérationnels 2014-2020 vient de débiter, ce texte permet de faire le point sur le rôle des autorités locales et régionales (ALR) dans les Fonds structurels et d'investissement européens (Fonds ESI).

Pour parvenir à assurer la cohésion économique, sociale et territoriale au sein de l'Union européenne, l'intervention des Fonds ESI doit être orientée au plus près des besoins des citoyens et des entreprises. De fait, les ALR sont en prise directe avec nombre des problématiques qui entourent la programmation actuelle de la politique régionale: vision territoriale du développement, simplification administrative, approfondissement de la gouvernance multi-niveaux.

Si la résolution met l'accent sur le rôle central des villes, auxquelles 5 % des Fonds ESI sont réservés, elle fait néanmoins preuve d'équilibre sur la question de l'égalité d'accès aux Fonds entre les territoires. Il est en effet important pour les régions, notamment les régions ultrapériphériques, qui ont vu leurs capacités d'investissement se rétracter sérieusement, de rappeler que la politique de cohésion doit conserver son esprit premier de solidarité territoriale.

Ce texte constitue une contribution constructive au débat sur la place à accorder aux ALR dans la définition et la gestion des Fonds ESI. Je lui apporte donc mon soutien.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Στηρίζω την Πρόταση Ψηφίσματος σχετικά με τον ρόλο των τοπικών και περιφερειακών αρχών στο πλαίσιο των Ευρωπαϊκών Διαρθρωτικών και Επενδυτικών Ταμείων, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition. En effet, elle demande le renforcement de la gouvernance à plusieurs niveaux dans la gestion des fonds structurels, ce qui signifie davantage de contrôles de la part de l'Union. De plus, elle se réjouit de l'adoption d'un agenda urbain de l'Union alors qu'aucun article ne consacre une quelconque compétence de l'Union en matière de politiques urbaines ! Il s'agit, comme souvent, d'une façon de plus de grignoter la souveraineté des États membres.

David Martin (S&D), *in writing*. – This report highlights the importance of the Community-Led Local Development initiative, in which local authorities are partners, and underlines that it should remain a bottom-up approach while establishing objectives for interventions related to local and regional needs.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – A política de coesão da UE no período de programação de 2014-2020, continua a representar o principal instrumento de investimento que abrange todas as regiões da UE, e no qual o seu modelo de governação da base para o topo se tem demonstrado eficaz no processo de crescimento sustentável, apoiando a criação de emprego, o empreendedorismo e a inovação ao nível das economias locais e regionais.

Estas sinergias e complementaridades entre os FEEL e outros programas, bem como a sua abertura a decisão poder local e regional devem ser fomentadas, pois constituem a melhor estratégia para execução dos objetivos de crescimento e melhoria da qualidade de vida dos seus cidadãos. Votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Los entes locales y regionales tienen un papel esencial en la elaboración y aplicación de estrategias de la UE. Su proximidad a los ciudadanos y la diversidad de la gobernabilidad a nivel local y regional es un activo para la UE.

Doy mi apoyo a la propuesta de Resolución sobre el papel de estos entes en la distribución de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos, ya que las autoridades locales y regionales desempeñan una labor clave para el éxito de la política de cohesión.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Mit den neuen Initiativen der integrierten territorialen Investitionen und der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung schrittweise Veränderungen in Bezug auf die Möglichkeiten der Akteure vor Ort, können Finanzierungsquellen gebündelt werden.

Im Bericht wird betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung der EU-Strategien spielen, und erkennt gleichzeitig die Rolle einer großen Bandbreite von Interessenträgern, von den Mitgliedstaaten bis hin zu Bürgergruppen an. Die Nähe dieser Gebietskörperschaften zu den Bürgern und die Vielfalt der Regierungsführung auf lokaler und regionaler Ebene sind von Vorteil für die EU. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution rappelle que, conformément au Règlement sur les dispositions communes (RPDC) de la période de programmation actuelle (2014-2020), les Autorités locales et régionales (ALR) ont vu leur influence accrue. Elle note cependant que, bien que les ALR ont été consultées dans la plupart des cas au cours des négociations sur les accords de partenariat et des programmes opérationnels, leur participation s'avère inégale selon les régions et les Etats. Elle demande donc à la Commission de veiller au renforcement des capacités administratives des autorités locales et régionales. Je vote Pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution voudrait renforcer la gouvernance dans la gestion des Fonds structurels, notamment à l'échelle européenne. Elle se félicite par ailleurs de l'adoption d'un calendrier urbain de l'Union, bien que la politique urbaine ne fasse pas partie de ses compétences. Par conséquent, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre o papel do poder local e regional no âmbito dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEL).

A política de coesão da UE no período de programação de 2014-2020 representa o principal instrumento de investimento que abrange todas as regiões da UE, com a vantagem de se reduzirem as disparidades económicas, sociais e territoriais entre os Estados-Membros da UE e as suas regiões.

Os poderes local e regional têm um papel fundamental na execução das estratégias da UE.

As autoridades locais são excelentes parceiras em matéria de desenvolvimento local de base comunitária.

São vários os desafios que se colocam aos órgãos de poder local e regional, mas são eles quem melhor podem lidar com desafios tais como, a globalização, as alterações climáticas ou a segurança energética, tendo em conta que cada localidade ou região tem as suas necessidades e características específicas.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported to this resolution because it is integral for supranational authorities within the Union to work together with local and regional authorities throughout Europe to improve economic and social development while tackling issues that affect different regions across the continent.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – La politique de cohésion de l'Union continue d'être, pour la période de programmation 2014-2020, le principal instrument d'investissement couvrant toutes les régions de l'Union européenne. Les autorités locales et régionales ont un rôle central dans la conception et la mise en œuvre des stratégies de l'UE. C'est pourquoi ce type de gouvernance à tous les niveaux doit être encouragé. C'est en étant au plus près des citoyens que nous pouvons identifier au mieux leurs besoins, que ce soit sur le plan économique ou social. Le principe de subsidiarité est fondamental pour aider au progrès social, au développement durable ou encore à la croissance économique. Bien entendu, il faut doter les autorités locales et régionales de moyens suffisants. Je suis d'avis qu'une consultation publique sur la gouvernance multi-niveau serait un des outils permettant d'identifier au mieux leurs besoins en vue de renforcer leurs capacités et leur efficacité.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Význam miestnych a regionálnych orgánov pri využívaní štrukturálnych a investičných fondov je nepopierateľný. Miestne orgány najlepšie poznajú nedostatky, ako aj perspektívne oblasti mesta, či regiónu a najlepšie vedia, kde je pomoc potrebná. Vyzdvihujem, že v návrhu uznesenia sa spomína potreba posilnenia administratívnych kapacít. Nedostatok kvalifikovaných pracovníkov spôsobuje meškania a neprehľadnosť v procesoch vybavovania, čo je často dôvodom, prečo ľudia považujú využívanie týchto fondov za neefektívne a príliš náročné. Domnievam sa, že zlepšením fungovania miestnych orgánov v oblasti štrukturálnych a investičných fondov je možné dosiahnuť znížovanie regionálnych rozdielov, ktoré trápia mnohé členské štáty.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Local and regional authorities play a very important role within the framework of the European Structural and Investment Funds as they are close to citizens and best understand their needs. On the other hand - due to their limited means - they are in need of budgetary support for co-financement of projects. Therefore, I voted in favour of the Resolution on the role of local and regional authorities in the European Structural and Investment Funds (ESIF).

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Regionális Fejlesztési Bizottság indítványozza, hogy a Parlament állásfoglalásában hívja föl a figyelmet a helyi és regionális hatóságok kulcsfontosságú szerepére az uniós stratégiák végrehajtásában, a közösségvezérelt helyi fejlesztési kezdeményezés fontosságára és a többszintű kormányzás elvére, amely támogatja az EU alapvető politikai céljait, így a gazdasági növekedést, a társadalmi haladást és a fenntartható fejlődést, továbbá megerősíti az EU demokratikus dimenzióját és fokozza politikai fellépésének hatékonyságát. A tervezetet megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A política de coesão da UE no período de programação de 2014-2020, continua a representar o principal instrumento de investimento que abrange todas as regiões da UE e constitui uma oportunidade de criar um processo de crescimento sustentável no qual o cariz da base para o topo seja mais acentuado.

Votei favoravelmente a presente proposta de resolução devido ao facto de reconhecer a importância que a governação a vários níveis represente no espectro político europeu, reforçando a dimensão democrática da UE e o aumento da eficiência da sua ação política.

Defendo ainda que os órgãos de poder local e regional devem estar diretamente envolvidos na conceção e execução das estratégias da UE, reconhecendo em simultâneo o papel de uma vasta gama de partes interessadas, desde os Estados-Membros até aos grupos comunitários.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution sur le rôle des autorités locales et régionales dans les Fonds structurels et d'investissement européens demande le renforcement de la gouvernance à plusieurs niveaux dans la gestion des fonds structurels et se félicite de l'adoption d'un agenda urbain de l'Union alors que celle-ci ne dispose dans aucun article du droit positif de la compétence en matière de politique de la ville. J'ai donc voté contre ce texte qui empiète sur les compétences de l'Union et qui me paraît contraire aux traités.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative au rôle des autorités locales et régionales dans les fonds structurels et d'investissement européens. Ce texte souligne l'importance d'associer pleinement les villes et les régions dans la préparation et la mise en œuvre de la politique de cohésion, dont l'objectif est de réduire les disparités économiques, sociales et territoriales entre les États membres et les régions entre elles. L'une de ses dispositions encourage notamment l'utilisation de nouveaux instruments disponibles: les investissements territoriaux intégrés (ITI) et le développement local mené par les acteurs locaux (DLAL).

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la risoluzione in favore di un maggiore coinvolgimento e supporto delle autorità regionali e locali. Esse infatti rappresentano le istituzioni più prossime ai cittadini nonché quelle in grado di comprendere e definire al meglio i loro bisogni. La loro centralità è definita anche a livello europeo, grazie all'affermazione del principio di sussidiarietà, che sancisce l'obbligo delle istituzioni a prendere le decisioni il più vicino possibile al cittadino.

Anche nel caso dei Fondi strutturali e di investimento europei la dimensione locale deve essere centrale. La Commissione europea deve considerare ulteriori misure per supportare la loro azione e per poter migliorare la gestione dei fondi strutturali. Se la Commissione dovesse intervenire con dispositivi aggiuntivi, ci potrebbero essere ricadute positive sulla crescita economica e l'occupazione degli Stati membri. Infine, è possibile e auspicabile che la Commissione consideri il lancio di una consultazione pubblica sul tema, al fine di dare voce ai cittadini e alle loro istanze.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Les autorités locales et régionales ont un rôle immense à jouer dans la mise en œuvre de la politique de cohésion. En ma qualité de Président délégué de la région Provence-Alpes-Côte d'Azur, je sais l'importance de ces autorités. J'ai donc voté en faveur de la résolution, qui met en avant ce rôle fondamental, et apporte des éclaircissements quant aux moyens effectifs dont disposent ces autorités.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The EU cohesion policy between 2014 and 2020 continues to serve as the main investment instrument that covers all regions of the EU, creating sustainable growth, supporting the creation of jobs, entrepreneurship and innovation at local and regional economies level. I have voted for this motion for a resolution that reiterates the key role of local and regional authorities in shaping and implementing EU strategies.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно ролята на местните и регионалните органи в европейските структурни и инвестиционни фондове, защото вярвам, че използването на тези фондове, което е насочено към европейските граждани, трябва да се осъществява след съгласуване с тези органи.

Според някои проучвания, точно местните и регионални институции са най-близко до гражданите и се ползват най-много с тяхното доверие, поради географската си и културна близост.

Това са и органите, които познават най-добре проблемите на местните общности и биха били едни от най-компетентните органи за оформяне на регионалните приоритети. Те са тези, които осъществяват връзката и постигат равновесие между целите на Съюза и тяхното изпълнение при гражданите.

Има проблеми като обезлюдяването, ефектите от климатичното изменение и промяната на баланса между урбанизираните и неурбанизирани общности, от които преки потърпевши са местните и регионалните власти и институции. По тази причина се присъединявам към призива към Европейската комисия чрез тази резолюция за по-активно включване на представители на тези учреждения, за да се търсят по-бързи и трайни решения на проблемите, пред които е изправен Европейският съюз.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Politica de coeziune a UE pentru perioada 2014-2020 reprezintă principalul instrument de investiții care acoperă toate regiunile din UE și o oportunitate pentru crearea de locuri de muncă, antreprenoriat și inovare la nivelul economiilor locale și regionale, îmbunătățind calitatea vieții cetățenilor și asigurând solidaritate și o dezvoltare mai accentuată în regiunile UE.

Am votat pentru sinergiile și complementaritatea dintre Fondurile structurale și de investiții europene (ESI) și alte programe ale UE, în cadrul cărora autoritățile locale și regionale pot juca un rol util pentru atingerea obiectivelor politicii de coeziune. Subliniem ca orice reprogramare a fondurilor ESI ar trebui realizată în conformitate cu normele Regulamentului privind dispozițiile commune (RDC) și că noile inițiative nu ar trebui să slăbească esența fondurilor ESI.

Atragem atenția asupra provocărilor cu care se confruntă autoritățile locale și regionale, precum globalizarea, schimbările climatice, securitatea energetică, fluxurile de migrație și urbanizarea crescândă, ținând seama de faptul că fiecare regiune are nevoi și caracteristici specifice.

Invităm Comisia să continue să se bazeze pe inițiativele anterioare și cele în curs, inclusiv pe consultațiile publice, pentru a identifica măsuri pentru consolidarea rolului autorităților locale și regionale în gestionarea și implementarea fondurilor ESI prin intermediul acordurilor de parteneriat și al programelor operaționale.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Докладът подчертава ключовата роля на местните и регионалните органи в разработването и изпълнението на стратегии на ЕС. Подчертана е ролята на градските райони, както и фактът, че политиките на ЕС имат важна роля за създаването на подходящата рамка за растеж и развитие на потенциала на градските райони в Европа.

Докладът призовава Комисията да работи за набелязване на мерки за засилване на ролята на местните и регионалните органи в управлението и прилагането на европейските структурни и инвестиционни фондове, чрез споразумения за партньорство и оперативни програми. Подкрепям този доклад.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für den vorliegenden Bericht gestimmt, da ich mir von ihm eine deutliche Stärkung regionaler Gebietskörperschaften in übergeordneten Entscheidungsprozessen erwarte. Dies halte ich insbesondere vor dem Hintergrund beständiger Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips für geboten.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραφώς*. – Υπερψήφισα το ψήφισμα καθώς συμφωνώ με τη προσέγγιση που γίνεται αναφορικά με τη σημασία και την κρισιμότητα που αναγνωρίζεται στο ρόλο των τοπικών και περιφερειακών αρχών της Ε.Ε. στο πλαίσιο των Ευρωπαϊκών Διαρθρωτικών και Επενδυτικών Ταμείων. Σε αυτό το πλαίσιο, αναγνωρίζω την ιδιαίτερη βαρύτητα των επισημάνσεων που γίνονται αναφορικά με την συμμόρφωση των κρατών μελών στις απαιτήσεις που απορρέουν από τις αρχές της ενισχυμένης εταιρικής σχέσης, ώστε να διασφαλίζεται η μέγιστη σημασίας ενεργός συμμετοχή και εμπλοκή των τοπικών και περιφερειακών αρχών κατά την προετοιμασία και υλοποίηση των επιχειρησιακών προγραμμάτων, καθώς και τη σημασία ανάληψης πρωτοβουλιών στήριξης από πλευράς της Επιτροπής για την αντιμετώπιση διοικητικών και διαρθρωτικών αδυναμιών των τοπικών και περιφερειακών αρχών, ώστε να μπορούν να επιτύχουν τη μέγιστη αξιοποίηση του αντίκτυπου των ΕΔΕΤ καθώς και υψηλότερο βαθμό απορρόφησης τους.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle we voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il 28 giugno 2013 il Consiglio Europeo ha deciso di avviare i negoziati di adesione con la Serbia, paese che aspira a diventare membro dell'UE. Due anni dopo la Commissione ha riferito degli ottimi progressi compiuti dal Paese nei confronti dell'integrazione europea, avrei votato quindi positivamente dichiarando ammirazione e sostegno per tale Paese.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Regional and local authorities are close to citizens and better understand local needs as well as policies and initiatives aimed at improving citizens' lives. Therefore, the role of local and regional authorities is of high importance in shaping and implementing EU strategies. I am in favour of synergies and complementarity between the ESI Funds and other EU programmes, in which local and regional authorities can play a useful role in attaining the objectives of cohesion policy. Therefore, I vote in favour of the resolution.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržala sam ovu rezoluciju jer smatram da je potrebno dati veće ovlasti lokalnim i regionalnim tijelima vlasti kada se radi o korištenju europskih strukturnih i investicijskih fondova. Davanjem većih ovlasti došlo bi do smanjenja pritiska na centralizirani sustav, tj. rasteretila bi se tijela vlasti na državnoj razini i pritom dala veća odgovornost lokalnim i regionalnim tijelima. Potrebno je pružiti potporu regionalnim i lokalnim tijelima vlasti kako bi se ojačala njihova uloga i utjecaj pri apliciranju za sredstva iz europskih strukturnih i investicijskih fondova, osobito za razdoblje 2014. – 2020., što bi, vjerujem, imalo za posljedicu gospodarski rast i otvaranje održivih radnih mjesta.

Prema podacima iz financijskog izvješća Europske komisije, Hrvatska je 2014. godine iz proračuna Europske unije povukla ukupno 584,3 milijuna eura, dok je u 2013. godini taj iznos bio 290 milijuna eura. Najviše je pritom lani iz proračuna Europske unije povučeno na ime ekonomske, socijalne i teritorijalne kohezije, 313,9 milijuna eura.

Uzevši u obzir brojke i mogućnosti koje se pružaju povlačenjem sredstava iz fondova Europske unije, vjerujem kako bi se poticanjem veće inicijative, osobito kod lokalnih i regionalnih vlasti, dovelo do ostvarivanja mnogobrojnih projekata koji bi imali pozitivni utjecaj na cijelu lokalnu ili regionalnu zajednicu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Par cette résolution, l'Union européenne cherche à s'octroyer des compétences en matière de politique urbaine alors qu'elle n'en a pas. On multiplie les niveaux de gouvernance des Fonds structurels et d'investissement européens, alors que le seul moyen de mener des politiques cohérentes et efficaces, en tout cas en France, serait d'avoir une vision globale de long terme au niveau national. Je vote donc sans hésiter contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Kohezijska politika EU-a za programsko razdoblje od 2014. do 2020. godine je i dalje glavni investicijski instrument koji obuhvaća sve regije EU-a i prilika za stvaranje procesa održivog rasta koji bi se više kretao „odozdo prema gore“, čime bi se dala potpora otvaranju radnih mjesta, poduzetništvu i inovacijama na razini lokalnih i regionalnih ekonomija, a što bi u regijama Europske unije poboljšalo kvalitetu života građana te dovelo do solidarnosti i uspješnijeg razvoja.

Smatram da su regionalna i lokalna tijela vlasti bliža građanima i bolje shvaćaju lokalne potrebe te politike i inicijative namijenjene za poboljšanje života građana u području zapošljavanja, inovacija, zdravstva, okoliša, energetike, prometa. Pametni gradovi i strategije za pametne specijalizacije dvije su inovacije koje su kreatori politika objeručke prihvatili i pretočili u konkretne politike i inicijative EU-a.

Oko 70 % stanovnika Europe živi u gradovima i gradskim aglomeracijama. Oni predstavljaju pokretač gospodarskog razvoja te će se u njima odlučivati i o budućoj snazi EU-a na globalnoj razini, zbog čega je potrebno priznati njihovu iznimnu ulogu u europskim strukturnim i investicijskim fondovima te im je potrebno pružiti podršku da što efikasnije sudjeluju u povlačenju i korištenju ovih fondova.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Mais de 75% da população da UE vive em contexto urbano o que faz das cidades espaços de grande concentração populacional, com necessidades crescentes ao nível da organização territorial, política, social, económica e cultural.

As cidades são cada vez importantes na gestão da coisa pública, não apenas pela dimensão material e territorial, mas também porque correspondem a espaços de maior proximidade e mobilização, de cidadania, ganhando uma expressão política que não pode ser negligenciada.

A criação de duas linhas de financiamento específicas para as cidades – Community-Led Local Development e Integrated Territorial Investments – visa contribuir para o melhor acesso das cidades a financiamentos.

Rejeitamos a crescente tendência para instaurar uma comunicação direta entre Comissão Europeia e «as cidades», sem a intermediação dos Estados-Membros, na continuada lógica de cavalgar a soberania dos Estados, procurando subtrair-lhes as suas responsabilidades e a necessária definição de prioridades e estratégias para as suas regiões.

Reafirmamos que as políticas de coesão devem privilegiar os Estados-Membros e as suas estratégias de desenvolvimento regional e não uma agenda de promoção da UE e das suas instituições.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Per la prima volta, nel periodo 2014-2020, è stato creato un quadro coerente, denominato «regolamento recante disposizioni comuni» (RDC), che definisce norme comuni per i cinque Fondi strutturali e d'investimento europei (fondi SIE): il Fondo europeo di sviluppo regionale (FESR), il Fondo sociale europeo (FSE), il Fondo di coesione (FC), il Fondo europeo agricolo per lo sviluppo rurale (FEASR) e il Fondo europeo per gli affari marittimi e la pesca (FEAMP). È importante individuare misure volte a rafforzare il ruolo delle autorità regionali e locali nella gestione e nell'attuazione dei fondi SIE attraverso gli accordi di partenariato e i programmi operativi. Ciò permetterà agli enti locali e regionali di raggiungere un equilibrio tra l'obiettivo dell'Unione di una maggiore coesione economica, sociale e territoriale da un lato, e le esigenze particolari delle comunità locali dall'altro. Considerata l'importanza del ruolo svolto dagli enti locali e la volontà di rafforzare l'attuazione del principio di sussidiarietà, ho votato a favore di questa risoluzione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La politique de cohésion de l'Union offre un bon exemple de gouvernance à plusieurs niveaux, suivant une approche ascendante, où les autorités locales et régionales – dans leurs rapports avec les fonds ESI – trouvent un juste équilibre entre l'objectif de l'Union d'une plus forte cohésion économique, sociale et territoriale et l'impact que les politiques européennes auront sur leur territoire. C'est pour ce genre d'approche que je soutiens cette résolution sur le rôle des autorités, capital pour l'absorption des enveloppes européennes disponibles.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A proximidade do poder local e regional dos cidadãos permite maximizar o impacto e a eficiência da despesa pública que, sob os auspícios das instituições e administrações dos referidos órgãos de poder, é orientada às necessidades locais, em proximidade com os cidadãos.

Neste sentido, o papel dos órgãos de poder local e regional na conceção e na execução das estratégias da União Europeia foi abrangido pelo previsto no artigo 5.º do Regulamento relativo às Disposições Comuns, que fixa as normas para os cinco Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEI).

Posto o que precede, e em ordem a poder garantir a aplicação dos fundos comunitários, espera-se que a Comissão como guardiã dos tratados pugne pelo reforço das capacidades dos órgãos de poder local e regional, dotando-os de condições para desempenharem o papel previsto.

O presente relatório surge no contexto da pergunta da Comissão de Desenvolvimento Regional que, em matéria de reforço dos recursos limitados dos órgãos de poder local e regional, solicita à Comissão que defina com clareza quais as medidas de «apoio concreto» previstas. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. As a party we are against the EU deciding where to invest when that decision should be the preserve of Member States. On that point of principle we voted against.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A presente resolução salienta o papel fundamental dos órgãos de poder local e regional na conceção e execução das estratégias da UE, reconhecendo que a proximidade desses órgãos em relação aos cidadãos e a diversidade da governação a nível local e regional é uma vantagem para a UE.

Considero importante a obtenção de sinergias e a complementaridade entre os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEI) e outros programas da UE, em que os órgãos de poder local e regional podem desempenhar um papel útil na realização dos objetivos da política de coesão.

Neste sentido, considero que a política de coesão da UE é um bom exemplo de governação a vários níveis, com uma abordagem da base para o topo, em que os órgãos de poder local e regional, no quadro dos FEEI, alcançam um equilíbrio entre o objetivo da União de uma maior coesão económica, social e territorial e o impacto territorial das políticas da UE.

Tal assegura o cumprimento os objetivos políticos fundamentais da UE, tais como o crescimento económico, o progresso social e o desenvolvimento sustentável. Face ao exposto, votei favoravelmente o presente documento.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – La présente résolution vise, par l'intermédiaire d'une pluralité de propositions, à soutenir le rôle des autorités locales et régionales dans les Fonds structurels et d'investissement européens.

La politique de cohésion est le principal instrument d'investissement dirigé vers les territoires et la population de l'Union afin de les accompagner dans leur développement. Or, les autorités locales et régionales, jouent un rôle clé dans sa conception et mise en œuvre; il convient donc de les accompagner au travers des leviers d'actions adaptés.

Ainsi, nous demandons, entre autres, que la Commission veille à fournir à ces autorités un soutien dans l'amélioration de leurs capacités. Il faut également que la Commission favorise, via les mesures nécessaires, un renforcement du rôle de ces acteurs dans la gestion et la mise en œuvre des fonds structurels et d'investissement au travers des accords de partenariat et des programmes opérationnels. Nous soulignons par ailleurs le saut qualitatif que constituent des initiatives comme celle du développement local participatif, désormais éligible au financement du FEDER et du FSE.

L'implication des autorités locales et régionales dans la mise en œuvre des stratégies de l'Union est un atout qu'il faut valoriser ; c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Las entidades regionales y locales con una estructura federal disponen de un margen de maniobra mayor para elaborar las políticas nacionales que tienen una incidencia en los planos regional y local. En lo que se refiere a la política de cohesión, el nivel de desarrollo de las consultas de las entidades regionales y locales ha aumentado con el tiempo. No obstante, dicho nivel de desarrollo varía entre Estados.

Las entidades regionales y locales están más cerca de los ciudadanos y tienen un mejor conocimiento de sus propias necesidades a la hora de mejorar la vida de los ciudadanos y fomentar el crecimiento económico y la creación de empleo sostenible. Dichas entidades necesitan por tanto de un mayor apoyo presupuestario y nivel de cofinanciación de los proyectos.

Por estos motivos apoyo la Resolución aprobada por el Parlamento Europeo a fin de corregir estas deficiencias y definir qué apoyo concreto se propone ofrecer a las entidades regionales y locales en la gestión de los Fondos EIE durante el período 2014-2020, además de para emprender una consulta pública sobre las modalidades para reforzar el papel de las entidades regionales y locales.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Hier, nous avons voté à main levée une résolution en vue de renforcer le rôle des autorités locales et régionales dans la gestion des fonds européens structurels et d'investissement pour 2014-2020, mais qui demande aussi à la Commission d'engager une consultation publique — suivie d'une éventuelle initiative — en vue de réfléchir sur les moyens disponibles pour permettre un tel renforcement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Balsavau už, nes tai svarbi rezoliucija, kuri atkreipia dėmesį į kelis aspektus. Pirmiausia čia atkreipiamas dėmesys, kad būtina užtikrinti kokybišką vietos ir regionų valdžios įtraukimą į nacionalinio lygmens sprendimų priėmimo procesą. Antra - pabrėžia partnerystės būtinybę, kuri turi būti paremta į regiono specifinius poreikius ir ypatybes, kadangi skirtingiems regionams kyla skirtingų globalizacijos, klimato kaitos, energetinį saugumo, migracijos srautų ir didėjančią urbanizacijos ar kitų iššūkių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A reforma da política de coesão será o principal instrumento de investimento da UE para a consecução dos objetivos da Europa 2020.

Atuando ao nível regional enquanto mecanismo de oportunidade de um processo de crescimento sustentável, apoiando a criação de emprego, o empreendedorismo, a inovação económica, a qualidade de vida dos cidadãos e o desenvolvimento sustentável das regiões, o papel das autoridades locais e regionais na adaptação e implementação das estratégias da UE, a política de coesão é fundamental para uma resposta eficaz às necessidades e características singulares que cada região apresenta.

Assim, a governação multinível é exemplo da dimensão democrática da UE e de como as medidas delineadas podem ter resultados eficazes.

O crescimento económico, o progresso social, a coesão territorial e o desenvolvimento sustentável são objetivos comuns da União que se tornarão mais exequíveis graças a uma pluralidade governativa ao nível local e regional, permitindo à UE e a cada região uma eficaz aplicabilidade dos instrumentos ao dispor.

Por concordar com as medidas apresentadas nesta proposta de resolução e por considerar de suprema importância a necessidade de aproximar as decisões locais e regionais das entidades locais e dos cidadãos, votei favoravelmente esta proposta.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui souligne le rôle des villes et des régions dans la préparation et la mise en œuvre de la politique de cohésion.

Ce texte évoque le principe de partenariat dans la préparation des programmes opérationnels, met l'accent sur la gouvernance multi-niveaux, et évoque les nouveaux instruments de la politique de cohésion que sont les investissements territoriaux intégrés (ITI) et le développement local mené par les acteurs locaux (DLAL).

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de esta propuesta de Resolución, puesto que reivindica el papel de las entidades regionales y locales en la gestión de los Fondos EIE, dado que son estas entidades las que están más cerca de la ciudadanía y tienen competencias para llevar a cabo gran parte de las políticas para las que están diseñados estos fondos. Opinamos que la participación ciudadana es clave en la gestión de estos fondos y en las políticas europeas en general, y que los Fondos EIE revisten una gran importancia en la búsqueda del desarrollo y la cohesión entre las diferentes regiones y pueblos.

No obstante, manifestamos nuestras reticencias votando en contra del apartado 2, en el que se deja, de forma velada, una puerta abierta a la reducción de dichos fondos sobre la base de criterios de coherencia y eficacia. Esto se opone a nuestra visión de que estos fondos deberían aumentar y orientarse siempre según criterios de cohesión social, de desarrollo y redistributivos, dando más recursos a las entidades locales para que puedan llevar a cabo estos objetivos.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg vil gerne understrege den vigtige rolle, som de lokale og regionale myndigheder har i udformningen og gennemførelsen af EU's strategier, og jeg anerkender den rolle, som en bred vifte af interessenter fra medlemsstater til lokalsamfundsgrupper spiller.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La Resolución presentada permite dar un paso más adelante en la correcta y más eficiente asignación de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos por parte de las entidades locales y regionales, a través de un aumento de su participación en todas las fases del proyecto, también a través de nuevas herramientas como las inversiones territoriales integradas o el desarrollo local participativo.

No obstante, siempre es bueno recordar que la política de cohesión y desarrollo regional debe estar sujeta al principio de reducción de las disparidades entre las regiones europeas. Sin embargo, se empieza a escuchar con frecuencia la necesidad de sinergias de estos fondos con el Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas (Plan Juncker), al tiempo que la nueva Presidencia holandesa del Consejo impulsa un pacto que da preferencia a las grandes áreas urbanas, lo que sin duda tenderá a recrudecer las disparidades, si no se remedia.

A pesar de todo, considero que la Resolución en sí tiene un carácter positivo y puede llevar a mejorar la comunicación y la cooperación administrativa y financiera entre entidades locales, regionales y estatales, así como con las instituciones europeas. Por todo ello, voté a favor de la misma.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Le autorità regionali e locali, per la loro vicinanza ai cittadini, hanno una migliore comprensione delle esigenze locali e delle politiche e iniziative necessarie per favorire lo sviluppo e la crescita. Risulta quindi strategico sostenere un loro maggiore coinvolgimento in tutte le fasi di preparazione e implementazione dei Programmi operativi, al fine di aumentare il tasso di assorbimento dei fondi strutturali e di investimento europei (SIE) e raggiungere gli obiettivi di coesione economica e territoriale dell'UE. Mi auguro che un utilizzo più efficiente dei finanziamenti europei sia parallelo a una riduzione delle debolezze strutturali presenti all'interno della fase di programmazione. Solo attraverso una buona governance multi-livello potremo aiutare le autorità locali e regionali sia a dare risposte concrete a sfide globali come i cambiamenti climatici, la sicurezza energetica, i flussi migratori e l'aumento dell'urbanizzazione, sia ad affrontare specifici problemi di capacità amministrativa e di complessità della regolamentazione. Ho votato pertanto a favore della risoluzione del Parlamento europeo.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A resolução em apreciação defende um desejável e necessário impulso para o incremento e aprofundamento de parcerias para o desenvolvimento.

Neste sentido, a política de coesão deve envolver os atores locais e regionais em todo o processo de concessão e execução das estratégias da União Europeia. Só assim será possível trabalhar da base para o topo.

Importa ter em conta a importância de uma boa articulação entre os meios técnicos aos diferentes níveis - local, regional, nacional e europeu - para garantir o pleno benefício das oportunidades de participação e financiamento.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Władze lokalne i regionalne w państwach członkowskich UE odgrywają bardzo ważną rolę, która jest uznawana nie tylko w ustawodawstwie krajowym, ale i europejskim, o czym świadczy czynne zaangażowanie tych władz w dyskusje dotyczące przygotowania i realizacji programów operacyjnych.

Wiedza, jaką dysponują władze lokalne czy regionalne, jest szczególnie istotna z punktu widzenia tworzenia przyszłych polityk, gdyż to właśnie one znajdują się najbliżej obywateli i społeczności i najlepiej znają ich potrzeby oraz są w stanie wesprzeć prace na szczeblu europejskim w drodze wymiany poglądów oraz proponowania konkretnych rozwiązań w kontekście tworzenia miejsc pracy, opieki zdrowotnej czy też środowiska, energii i transportu.

Rozwój powiązań miejsko-wiejskich przyniesie dalsze korzyści dla obywateli UE, podejście to bowiem umożliwia pełniejsze wykorzystanie potencjału zarówno miast, jak i obszarów wiejskich przez wzajemne świadczenie specyficznych usług.

Należy również dążyć do jak najpełniejszego wykorzystania możliwości współpracy międzynarodowej w obrębie UE i poza nią. Transgraniczne więzi oraz współpraca regionów pogranicza mogą sprzyjać wielu celom społecznym i gospodarczym, wzmacniając przy tym niezwykle istotny wymiar europejskiej współpracy terytorialnej. Również w tym kontekście należy prowadzić rozmowy i podejmować decyzje na temat kształtu europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych, aby były one dobrze dopasowane do potrzeb i szans regionów, miast i wsi w UE.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – In my view, local and regional authorities play a very important role within the framework of the European Structural and Investment Funds because they are the closest institutions to the citizens and, as such, understand their needs the best. Local and regional authorities have limited means to support the local population, and by increasing the role of the local and regional authorities in this way the citizens will benefit most from the ESIF, and I welcome the agreement on the text that was made at the REGI committee by the democratic political groups.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – V novom programovom období 2014-2020 došlo k viacerým zmenám pri rozdeľovaní štrukturálnych fondov. Okrem toho, že boli pre všetkých päť fondov kohéznej politiky vytvorené spoločné pravidlá, väčší dôraz sa začal klásť na zásadu partnerstva a viacúrovňového riadenia. Znamená to, že počas rokovaní o podobe operačných programov pre toto obdobie sa vo väčšine prípadov viedli s miestnymi a regionálnymi orgánmi konzultácie. Žiaľ, nie vždy boli tieto orgány v diskusii prijaté za úplného partnera. Domnievam sa, že aby bola regionálna politika skutočne úspešná, je absolútne kľúčové, aby boli do úvahy zohraté postoje obyvateľov žijúcich v samotných regiónoch. Preto som podporila uznesenie, ktoré vyzýva na posilnenie úlohy miestnych a regionálnych orgánov v dosahovaní cieľov politiky súdržnosti. Nezanedbateľný význam majú aj iniciatívy miestneho rozvoja vedeného komunitou, ktorých rola bola v tomto období tiež posilnená. Do zlepšenia životných podmienok na miestnej úrovni musí byť jednoznačne zapojená miestna komunita. Národné vlády by sa preto mali zasadzovať za zvýšenie administratívnych kapacít miest a regiónov, aby boli tieto schopné vytvárať efektívne a dlhodobo perspektívne projekty. Miestne a regionálne orgány v súčasnosti čelia rôznym výzvam od globalizácie cez energetickú bezpečnosť až po zvýšenú urbanizáciu, na riešenie ktorých sú práve štrukturálne a investičné fondy určené.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole sulla risoluzione relativa al ruolo delle autorità locali e regionali nell'ambito dei Fondi strutturali e di investimento europei (fondi SIE), strumenti fondamentali nel rispondere alle esigenze dei cittadini a livello locale. Considerando che la politica di coesione continua a essere nel periodo di programmazione 2014-2020 il principale strumento d'investimento nella maggior parte delle regioni europee, è evidente che le collettività locali abbiano bisogno di un supporto economico importante per cofinanziare i propri progetti. Se la politica di coesione ha lo scopo di ridurre le disparità economiche, sociali e territoriali fra gli Stati membri e le loro regioni, è attraverso una strategia inclusiva che essa può rappresentare una vera opportunità per creare un processo di crescita sostenibile, per favorire la creazione di posti di lavoro, l'imprenditorialità e l'innovazione delle economie locali e regionali, migliorando la qualità della vita dei cittadini e creando solidarietà e maggiore sviluppo nelle regioni dell'UE.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Posilnenie vplyvu a úlohy miestnych a regionálnych orgánov v rámci správy európskych štrukturálnych a investičných fondov môže posilniť hospodársku, sociálnu a územnú súdržnosť Európskej únie a najmä potrieť rozdiely medzi regiónmi a prispieť k dosahovaniu cieľov pre udržateľný a inkluzívny rast.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Kohezijska politika EU-a za programsko razdoblje od 2014. do 2020. godine je i dalje glavni investicijski instrument koji obuhvaća sve regije EU-a i prilika je za stvaranje procesa održivog rasta koji bi se više kretao „odozdo prema gore“, čime bi se dala potpora otvaranju radnih mjesta, poduzetništvu i inovacijama na razini lokalnih i regionalnih ekonomija, a što bi u regijama Europske unije poboljšalo kvalitetu života građana te dovelo do solidarnosti i uspješnijeg razvoja.

Svrha kohezijske politike je smanjenje ekonomskih, društvenih i teritorijalnih razlika među državama članicama Europske unije i njihovim regijama sveobuhvatnom strategijom. Nove inicijative integriranog teritorijalnog ulaganja i lokalnog razvoja pod vodstvom zajednice predstavljaju velike promjene u sposobnosti lokalnih dionika u uporabi tokova financiranja i planiraju dobro usmjerene lokalne inicijative.

Višerazinskim upravljanjem se daje potpora osnovnim političkim ciljevima EU-a kao što su ekonomski rast, društveni napredak i održivi razvoj te jača demokratska dimenzija Europske unije i povećava efikasnost njezina političkog djelovanja. Urbana područja imaju sve veću ulogu u današnjem svijetu i politike EU-a imaju važnu ulogu u uspostavi pravog okvira u kojemu europska urbana područja mogu staviti u pogon vlastite potencijale za rast, te sam podržao izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Kohezijska politika Europske unije u razdoblju od 2014.-2020. godine predstavlja glavni investicijski instrument koji pokriva sve regije Unije. To je prilika za lokalne i regionalne ekonomije da stvore nove poslove, poduzetničke i inovacijske novitete, kao i održivi rast. Zbog svoje bliskosti ljudima, lokalne i regionalne vlasti imaju ključnu ulogu u oblikovanju i provođenju strategija Europske unije. Parlament vjeruje da je vladavina na više razina osnova za ostvarivanje političkih ciljeva u Uniji kao što su ekonomski razvoj, socijalni napredak, održivi razvoj i da osigurava demokratsku dimenziju Unije. Međutim, lokalne i regionalne vlasti danas su suočene s izazovima kao što su globalizacija, klimatske promjene, energetska sigurnost i migracijski valovi i treba uzeti u obzir da svaka regija ima svoje specifičnosti i posebne potrebe.

Podržavam prijedloge iznesene u ovoj raspravi jer smatram kako je kohezijska politika Unije dobar primjer vladavine na više razina s pristupom odozdo prema gore u kojem regionalne i lokalne vlasti na dobar način povezuju ciljeve Unije o većoj ekonomskoj, socijalnoj i teritorijalnoj koheziji sa stvarnim utjecajem politika Unije na terenu.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za resolucijo k vprašanju za ustni odgovor o vlogi lokalnih in regionalnih organov v evropskih strukturnih in investicijskih skladih. Kohezijska politika je pomemben instrument Evropske unije in bo v programskem letu 2014-2020 igral pomembno vlogo glavnega naložbenega instrumenta, ki pokriva vse regije EU, in je priložnost za vzpostavitev procesa za trajnostno rast.

Resolucijo zlasti podpiram, ker poudarja ključno vlogo lokalnih in regionalnih organov pri oblikovanju in izvajanju strategij EU, pri čemer priznava vlogo najrazličnejših deležnikov, od držav članic do lokalnih skupnosti. Za učinkovito oblikovanje in izvajanje strategij EU potrebujemo dobro sodelovanje med vsemi deležniki na ravni EU.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* – I voted in favour of this resolution, which focuses on measures to support and strengthen the role of local and regional authorities in the European Structural and Investment (ESI) Funds. It rightly highlights the importance of local knowledge in achieving overarching cohesion goals and delivering well-targeted local investment initiatives.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε το σχετικό ψήφισμα καθώς στόχος του είναι η περαιτέρω ενίσχυση του ρόλου των περιφερειακών και τοπικών αρχών στη χάραξη εθνικών πολιτικών σε ζητήματα σχετικά με το τοπικό και περιφερειακό περιβάλλον. Στα πλαίσια της Πολιτικής Συνοχής έχει τεθεί ως στόχος, ο οποίος έχει λάβει νομική ισχύ μέσω του Κανονισμού 1303/2013 περί λειτουργίας των ΕΔΕΤ, ότι οι απόψεις και θέσεις των τοπικών αρχών πρέπει να λαμβάνονται υπόψη στις διαβουλεύσεις σχετικά με τους κανονισμούς και την έγκριση των επιχειρησιακών προγραμμάτων (προγράμματα που χρηματοδοτούνται από τα ΕΔΕΤ σε κάθε χώρα). Παρόλα ταύτα ο βαθμός συμμετοχής των τοπικών και περιφερειακών αρχών στις εν λόγω διαπραγματεύσεις, ποικίλει στα κράτη μέλη και η περαιτέρω ενδυνάμωση του ρόλου αυτού είναι απαραίτητη για την αποτελεσματικότερη εφαρμογή των στόχων της Πολιτικής Συνοχής.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η ανάπτυξη της επαρχίας αποτελεί βασική προϋπόθεση για την βιώσιμη ανάπτυξη των κρατών μελών της Ένωσης.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az indítványt, mivel úgy vélem, hogy a helyi és regionális önkormányzatok fontos szerepet játszanak az fejlesztési stratégiák kialakításában és azok végrehajtásában. Ezt a véleményemet a téma vitája során is megerősítettem, illetve kiemelttem, hogy a pártpolitikát ki kell zárni a fejlesztési források elosztásából. Ezt azért is fontosnak tartom, mivel Magyarországon jelenleg beruházások 80-95%-a az Európai Unió támogatásával valósul meg, a fejlesztési programok hatékonysága viszont alacsony. Ez végső soron hozzájárul a korrupció fokozódásához, például a projektek túlárzási gyakorlatához.

Egyetértek azzal, hogy az uniós kohéziós politika ebben a programozási időszakban továbbra is a fő befektetési eszközt képezi, amely az EU valamennyi régióját lefedi, és amely lehetőséget kínál a fenntartható növekedésre, és az alulról felfelé építkező fejlesztésekre.

Úgy gondolom, hogy az EFSI növekedést és munkahelyteremtést kell ösztönözzön. De ehhez a megfelelő programok közötti szinergiákat és komplementaritást is biztosítani szükséges, illetve teret kell adni a közösségvezérelt helyi fejlesztési kezdeményezéseknek. Magas szociális, gazdasági és egyéb hozzáadott értéket biztosító projekteket kell célozni, a fenntartható és hosszú távú inkluzív növekedést, gazdasági, szociális és területi kohéziót segítve. Természetesen ebben a folyamatban nem szabad elfelejtenünk a leszakadó régiókat, a vidékek felzárkóztatását sem!

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Polityka spójności Unii Europejskiej stanowi główny instrument inwestycyjny obejmujący wszystkie regiony UE, a jej celem jest zmniejszenie różnic gospodarczych, społecznych i terytorialnych między państwami członkowskimi UE i ich regionami. Przyjęcie przez UE Wieloletnich Ram Finansowych na lata 2014-2020 stało się okazją do stworzenia po raz pierwszy w historii spójnych ram dla pięciu europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych. To właśnie dzięki nim rola władz lokalnych i regionalnych w tworzeniu i wdrażaniu strategii UE została w znaczący sposób zwiększona.

Niemniej jednak, należy podejmować dalsze działania, aby wzmocnić rolę władz lokalnych i regionalnych. Sprawozdanie Parlamentu Europejskiego wskazuje między innymi na potrzebę poprawy potencjału administracyjnego i zaradzenia słabościom strukturalnym. Ponadto należy wspierać rozwój lokalny kierowany przez społeczność, w których władze lokalne nie są jedynie zarządcami, ale stają się partnerami działań.

Wielopoziomowe sprawowanie władzy wspiera bowiem podstawowe cele polityczne UE takie, jak wzrost gospodarczy, postęp społeczny i zrównoważony rozwój, jak również wzmocnia demokratyczny wymiar Unii i zwiększa skuteczność jej działań politycznych. W związku z tym zdecydowałem się zagłosować za sprawozdaniem dotyczącym roli władz lokalnych i regionalnych w europejskich funduszach strukturalnych i inwestycyjnych.

Marc Tarabella (S&D), in writing. – I am in favour of this resolution. I am also in favour of synergies and complementarity between the ESI Funds and other EU programmes, in which local and regional authorities can play a useful role in attaining the objectives of cohesion policy. The European Parliament stresses, however, that any reprogramming of ESI Funds should be done in accordance with CPR rules and that new initiatives should not weaken the core of the ESI Funds. We point to the reinforced partnership principle and the European Code of Conduct on Partnership, which set out the legal involvement of local and regional authorities and provide for minimum requirements for their involvement in all phases of the preparation and implementation of operational programmes; recognise that, although local and regional authorities were consulted in most cases during the negotiations on the partnership agreements and operational programmes, their involvement did not amount to full partnership; urge the Member States, therefore, to fully comply with these requirements and increase efforts to address deficiencies.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which underlines the key role of local and regional authorities in shaping and implementing EU strategies. Indeed, I believe that the proximity of these authorities to citizens and the diversity of governance at local and regional level is an asset to the EU. I am also in favour of synergies and complementarity between the ESI Funds and other EU programmes, in which local and regional authorities can play a useful role in attaining the objectives of cohesion policy. Finally, I also believe that EU cohesion policy is a good example of multilevel governance with a bottom-up approach, where the local and regional authorities strike a balance between the Union's goal of greater economic, social and territorial cohesion and the territorial impact of EU policies.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije - Vloga lokalnih in regionalnih organov v evropskih strukturnih in investicijskih skladih sem podprla, saj menim, da te oblasti igrajo pomembno vlogo pri doseganju ciljev kohezijske politike Evropske unije.

Njihova udeležba v fazah priprave in pri izvajanju operativnih programov prispeva k hitrejši implementaciji smernic na nacionalni ravni. Le tako se bo pripomoglo k ustvarjanju priložnosti, trajnostne rasti, ustvarjanju novih delovnih mest, k rasti inovacij in zagonu podjetništva. Posledično se bo izboljšala kakovost življenja državljanov EU, okreplil se bo položaj držav članic in enakost v vseh regijah EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor de esta propuesta de Resolución, puesto que reivindica el papel de las entidades regionales y locales en la gestión de los Fondos EIE, dado que son estas entidades las que están más cerca de la ciudadanía y tienen competencias para llevar a cabo gran parte de las políticas para las que están diseñados estos fondos. Opinamos que la participación ciudadana es clave en la gestión de estos fondos y en las políticas europeas en general, y que los Fondos EIE revisten una gran importancia en la búsqueda del desarrollo y la cohesión entre las diferentes regiones y pueblos.

No obstante, manifestamos nuestras reticencias votando en contra del apartado 2, en el que se deja, de forma velada, una puerta abierta a la reducción de dichos fondos sobre la base de criterios de coherencia y eficacia. Esto se opone a nuestra visión de que estos fondos deberían aumentar y orientarse siempre según criterios de cohesión social, de desarrollo y redistributivos, dando más recursos a las entidades locales para que puedan llevar a cabo estos objetivos.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az uniós kohéziós politika a 2014-2020 közötti programozási időszakban továbbra is a fő befektetési eszközt képezi, amely az EU valamennyi régióját lefedi és amely lehetőséget kínál a fenntartható növekedésre irányuló, nagyobb mértékben alulról felfelé építkező folyamat létrehozására, támogatva a munkahelyteremtést, a vállalkozói készséget és az innovációt a helyi és regionális gazdaságok szintjén, javítva a polgárok életminőségét és szolidaritást teremtve és fokozott fejlődést előidézve az EU régióiban. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which lays out a set of recommendations concerning the role of regional and local authorities in the European Structural and Investment Fund (ESIF). Its main message, which I completely support, is that local and regional authorities play a key role in shaping and implementing EU strategies. The text outlines the positive synergies and complementarity between the ESI Funds and other EU programmes, in which local and regional authorities can play a useful role in attaining the objectives of cohesion policy. In order to fulfil these objectives, enhancing the administrative capacity and tackling the structural weaknesses of local and regional authorities are pivotal to both the programming and the implementation phases of the operational programmes and to achieving a higher absorption rate of ESI funds. The resolution therefore rightly calls on the Commission to ensure that support is provided for capacity building for local and regional authorities and their administrations and institutions, so that they are in a position to play a meaningful role in cohesion policy.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una Resolución que viene a resaltar una serie de acciones necesarias por parte de las entidades locales y regionales en la gestión de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos (Fondos EIE). Una mejor capacidad administrativa, la simplificación de los procedimientos, así como la creación de sinergias entre autoridades europeas, nacionales, regionales y locales son claves para llevar a cabo una buena puesta a punto de los Fondos EIE. Asimismo es necesario resaltar, como bien hace dicha Resolución, el rol que herramientas como la inversión territorial integrada (ITI) o el desarrollo local a cargo de las comunidades locales (DLCL) juegan para fomentar las sinergias, al facilitar el uso de diversos fondos. La Resolución destaca también la importancia que la agenda urbana puede jugar en relación con la gestión de dichos fondos en el próximo semestre. Por todo ello creo necesario votar a su favor.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my socialists colleagues, I voted in favour of this resolution because Smart Cities and Smart Specialisation Strategies are two innovations that have been quickly taken on board by policymakers and translated into specific EU policies or initiatives. Moreover, the EU ministers' agreement on the Riga 2015 declaration paved the way for an EU Urban Agenda, which is now expected to lead to the 'Pact of Amsterdam'. The latter is a future-oriented programme in which the participation of European cities is a central element, and through which the Dutch Council presidency of 2016 aims to establish a bottom-up approach.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie die een reeks aanbevelingen bevat met betrekking tot de rol van de regionale en lokale overheden bij het Europese structuur- en investeringsfonds. De lokale en regionale autoriteiten spelen immers een cruciale rol in het vormgeven en uitvoeren van Europese strategieën en beleidsdoelstellingen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O papel das cidades no desenvolvimento contemporâneo é indiscutível. São espaços de grande representatividade populacional (mais de 75% dos cidadãos da UE vivem em contexto urbano), com necessidades crescentes em termos da sua organização política, social, económica e cultural, e também com novas reivindicações, quer institucionais quer de diversos setores populacionais.

A criação de duas linhas de financiamento específicas para as cidades - Community-Led Local Development e Integrated Territorial Investments - através dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento irá contribuir para um melhor acesso das cidades a financiamentos importantes, que poderão contribuir para a criação de emprego, a melhoria de infraestruturas, a otimização de serviços, para o seu desenvolvimento e o das suas populações.

No entanto, há uma questão que tem que se relevar, que é a tendência para superar os obstáculos a uma lógica federalista (pelos Estados-Membros ou na definição dos próprios tratados) através da comunicação direta entre a Comissão Europeia e «as cidades», sem a intermediação dos Estados-Membros, com a sua definição de prioridades para as suas regiões.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Mit den neuen Initiativen der integrierten territorialen Investitionen und der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung schrittweise Veränderungen in Bezug auf die Möglichkeiten der Akteure vor Ort, können Finanzierungsquellen gebündelt werden. Im Bericht wird betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung der EU-Strategien spielen, und erkennt gleichzeitig die Rolle einer großen Bandbreite von Interessenträgern, von den Mitgliedstaaten bis hin zu Bürgergruppen an. Die Nähe dieser Gebietskörperschaften zu den Bürgern und die Vielfalt der Regierungsführung auf lokaler und regionaler Ebene sind von Vorteil für die EU. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Η πολιτική συνοχής είναι ένα καλό παράδειγμα πολυεπίπεδης διακυβέρνησης. Δεν θα πρέπει να λησμονείται πως ο ρόλος των τοπικών κοινωνιών είναι καθοριστικός για την αποτελεσματικότητα των ευρωπαϊκών έργων και την απορροφητικότητα των πόρων. Οι περιφερειακές και τοπικές αρχές, πρέπει να είναι βασικοί εταίροι στην διαμόρφωση και την χάραξη της πολιτικής, με κοινό στόχο την καλύτερη διαβίωση των πολιτών.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro toto usnesení, protože roli regionálních a lokálních autorit vnímám za klíčovou v prosazování strategií a iniciativ Evropské unie. Souhlasím s tím, že zapojení regionů do více-úrovňového vládnutí EU, především pak v rámci procesu bottom-up, napomáhá udržitelnému rozvoji, tvorbě nových pracovních míst a zavádění inovací na úrovni lokálních a regionálních ekonomik. Tyto iniciativy následně mají přímý dopad na zkvalitnění života občanů v daném regionu. Domnívám se, že bychom v této souvislosti měli věnovat daleko větší pozornost znevýhodněným regionům, které trpí odchodem velkého počtu lidí a hrozí jim do budoucna vyhlazení.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Popieram rezolucję, ponieważ unijna polityka spójności jest najważniejszym instrumentem inwestycyjnym UE. Z mojego doświadczenia jako Ministra Kultury w latach 2007-2014 rzeczywiście mogę potwierdzić, że europejskie fundusze strukturalne i inwestycyjne to niezwykle istotne narzędzie przynoszące ważne korzyści.

Chcę podkreślić, że sukces realizowanych projektów w znacznym stopniu zależy od dobrej współpracy instytucji rządowych z samorządami i społecznościami lokalnymi. Rola władz lokalnych, ich kompetencje oraz właściwe przeszkolenie jest kluczowe w procesie efektywnego wykorzystywania środków z funduszy strukturalnych.

W obszarze kultury w Polsce udało się wykorzystać 100% środków przyznanych na inwestycje. To właśnie efekt bardzo dobrej współpracy.

Kosma Złotowski (ECR), na piśmie. – Sprawnie działające samorządy regionalne i lokalne to klucz to dobrego zarządzania i wydatkowania funduszy europejskich. To właśnie na tym poziomie można najlepiej zidentyfikować potrzeby lokalnych społeczności i wpleść planowane inwestycje w ogólną strategię rozwoju kraju. Możliwość korzystania z wielu funduszy europejskich przeznaczonych na wyrównywanie dysproporcji rozwojowych między regionami, modernizację obszarów wiejskich czy podnoszenie poziomu kwalifikacji mieszkańców jest niezaprzeczalnym atutem naszego członkostwa. Jednak aby tę szansę skutecznie wykorzystać, potrzebne jest właściwe określenie potrzeb inwestycyjnych każdego regionu.

Rola władz lokalnych i regionalnych powinna być w tym procesie wzmocniona, bo to na tych szczeblach zapadają codziennie najważniejsze decyzje. To we władzach regionu czy gminy znajduje się pierwsza linia walki z najważniejszymi problemami, takimi jak niewydolna komunikacja, klęski żywiołowe czy przygotowanie warunków pod inwestycje dające nowe miejsca pracy. Oczywiście samo włączenie rady gminy czy sejmiku województwa w proces decyzyjny nie wystarczy. Potrzebne jest odpowiednie przygotowanie lokalnych urzędników i stworzenie mechanizmów konsultacji społecznych, które zapewnią konfrontację teorii z praktyką. Takie podejście nie tylko zagwarantuje, że środki europejskie będą trafiać tam, gdzie są najbardziej potrzebne, ale także pozwoli w większym stopniu włączyć lokalnych przedsiębiorców w proces realizacji tych inwestycji. Głosowałem za przyjęciem tego sprawozdania, bo wierzę, że polskie samorządy zasługują na prawo głosu w tak ważnej dla nich sprawie.

9.6. Humanitäre Lage in Jemen (B8-0147/2016, RC-B8-0151/2016, B8-0151/2016, B8-0152/2016, B8-0153/2016, B8-0155/2016, B8-0158/2016, B8-0160/2016)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

John Stuart Agnew (EFDD), in writing. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so we voted against this particular amendment. Overall we abstained.

Tim Aker (EFDD), in writing. – UKIP voted to abstain on this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so we voted against this particular amendment. Overall we abstained.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Le vote de la proposition de résolution commune a été reporté à la prochaine session plénière.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I opposed any delays to this report as I feel that the reasoning was inappropriate. I wish to clarify, however, that I wished to abstain on the joint motion for a resolution, as I object to much of the content whilst agreeing with the broad sentiment.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šią rezoliuciją dėl humanitarinės padėties Jemene. Dėl Saudo Arabijos vadovaujamos karinės intervencijos Jemene susidarė katastrofiška humanitarinė padėtis, nuo kurios kenčia gyventojai visoje šalyje, turi rimtų pasekmių regione ir kelia grėsmę tarptautinei taikai ir saugumui. Nuo konflikto pradžios žuvo mažiausiai 5 979 žmonės, iš kurių beveik pusė – civiliai, o 28 208 buvo sužeisti. Pritariu, kad būtina koordinuoti humanitarinius veiksmus vadovaujant JT, ir pritariu raginimams visoms šalims prisidėti prie Jemeno humanitarinių poreikių tenkinimo. Visos šalys privalo leisti įvežti ir tiekti skubiai reikalingą maistą, vaistus ir teikti kitą būtiną pagalbą. Pritariu raginimams ES veiksmingai skatinti tarptautinės humanitarinės teisės laikymąsi. Saudo Arabija ir Iranas turi kartu išspręsti šią krizę, elgtis pragmatiškai ir geranoriškai ir nutraukti kovas Jemene.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so we voted against this particular amendment. Overall we abstained.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution d'un formidable angélisme: ce catalogue de bons sentiments ne cacherait-il pas quelque mauvaise foi ? Je refuse en tout cas que la Commission profite des conflits qui secouent la planète – et à l'émergence desquels elle a souvent contribué par son irresponsabilité – pour s'arroger de nouveaux pouvoirs et se réclame d'une légitimité qu'elle n'a pas pour traiter d'aussi graves problèmes internationaux.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Lo Yemen si trova ad affrontare da mesi una gravissima crisi umanitaria. Insicurezza alimentare, malnutrizione, attacchi indiscriminati contro i civili, distruzione delle infrastrutture mediche e civili rappresentano problemi quotidiani generati dal persistente stato di guerra interna al paese. La presenza di un ampio numero di attori ibridi in gioco non facilita la risoluzione del conflitto che necessita della collaborazione di tutte le potenze dell'area, in particolare Arabia Saudita e Iran, per avviare il processo di pace. Ho firmato e sostenuto la risoluzione sulla situazione umanitaria nello Yemen perché sono convinto che solo una soluzione politica, inclusiva e negoziata possa garantire la cessazione della violenza. L'UE deve impegnarsi per promuovere il rispetto del diritto umanitario internazionale e favorire un nuovo ciclo di negoziati sotto l'egida dell'ONU.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor ya que el texto realiza un llamamiento a la UE para que se aplique el Derecho internacional humanitario, tal y como se recoge en las líneas directrices europeas, y para que su aplicación se incluya en el diálogo con Arabia Saudí. Además, insta a la Alta Representante de la UE a lanzar una iniciativa en el sentido de imponer un embargo armamentístico a Arabia Saudí para poner inmediatamente fin a las violaciones de derechos humanos en Yemen.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Apparemment, les parlementaires européens qui ont voté en faveur de cette résolution n'ont toujours pas compris qu'on ne réglait pas les problèmes politiques par des déclarations de bons sentiments.

Bien qu'elle ait le bon sens de mettre en cause les frappes menées par l'Arabie saoudite, il en va ainsi de cette résolution sur la situation humanitaire au Yémen que j'ai donc dû rejeter.

Les conflits tribaux et l'insécurité générale du pays ne se régleront pas parce que l'Union européenne fait les gros yeux. Celle-ci doit laisser les Nations unies jouer leur rôle en faveur du processus de paix.

La situation humanitaire désastreuse – 153 dispensaires qui fournissaient précédemment des aliments à plus de 450 000 enfants en danger ont fermé leurs portes, de même que 158 cliniques ambulatoires qui dispensaient des soins essentiels à près d'un demi-million d'enfants âgés de moins de cinq ans – ne doit pas fournir prétexte à l'Union pour outrepasser les prérogatives des États membres dans leur rôle sur la scène internationale et Bruxelles n'a aucune légitimité pour imposer aux nations souveraines européennes sa politique en matière d'exportation d'armements.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho inteso sostenere col mio voto la risoluzione che analizza l'emergenza umanitaria nello Yemen causata in gran parte dalla massiccia presenza dell'ISIS e dal perdurare di un conflitto che ha già causato oltre 5.700 vittime la metà dei quali fra i civili.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė dėl humanitarinės padėties Jemene. Dabartinė krizė Jemene – tai viena po kitos dirbusių vyriausybių nesugebėjimo pateisinti teisėtą Jemeno gyventojų lūkesčių, susijusių su demokratija, ekonominiu ir socialiniu vystymusi, stabilumu ir saugumu, padarinys. Dėl šios nesėkmės susidarė sąlygos smurtiniam konfliktui prasidėti, nes nepavyko suformuoti įtraukios vyriausybės ir sąžiningai pasidalyti valdžią ir buvo sistemingai ignoruojami įvairių šalies genčių nesutarimai, vyraujantis nesaugumas ir ekonominis paralyžius. Karinė intervencija Jemene, per kurią buvo naudojamos ir tarptautiniu lygmeniu uždraustos kasetinės bombos ir dėl kurios susidarė katastrofiška humanitarinė padėtis, nuo kurios kenčia gyventojai visoje šalyje, turi rimtų pasekmių regione ir kelia grėsmę tarptautinei taikai ir saugumui. Jemeno civiliai gyventojai yra pirmosios dabartinio karinio konflikto aukos, nes Houthi grupuotei priklausantys sukilėliai pradėjo trečiojo pagal dydį Jemeno miesto Taizo apgultį ir trukdo siūsti į miestą humanitarinę pagalbą. Todėl Parlamentas pabrėžė, kad reikia koordinuoti humanitarinius veiksmus vadovaujant JT, ir primygtinai paragino visas šalis prisidėti prie humanitarinių poreikių tenkinimo. Parlamentas ragina visas konflikto šalis leisti įvežti ir tiekti skubiai reikalingą maistą, vaistus, kurą ir teikti kitą

būtina pagalbą JT ir tarptautiniais humanitariniais kanalais siekiant pasirūpinti neatidėliotinais nuo krizės nukentėjusių civilių gyventojų poreikiais, laikantis nešališkumo, neutralumo ir nepriklausomumo principų.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovu Izjavu o humanitarnom stanju u Jemenu.

Stanje u toj ratom osiromašenoj zemlji je katastrofalno te smatram kako se trebamo usredotočiti na rješavanje humanitarne situacije u toj zemlji. Bombaški napadi i blokade trebaju odmah prestati kako bi se mogla pružiti pomoć civilima koji trpe pravu humanitarnu katastrofu zbog opkoljenosti gradova u ratnim stradanjima.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – L'inviato speciale delle Nazioni Unite, Ismail Ould Cheikh Ahmed, si è attivato per tenere colloqui di pace facilitati dall'ONU per mediare nella difficile situazione umanitaria dovuta alla guerra civile in corso nello Yemen. Tali sforzi di mediazione devono essere sostenuti perché il costo umanitario in termini di vittime civili e di distruzione di edifici abitativi e di strutture di produzione e di commercio è ormai ingente ed è ormai al di là della possibilità di aiuto delle organizzazioni internazionali. La risposta militare non può essere la soluzione perché tutti gli sforzi attuati finora sia dalla coalizione saudita che dai ribelli Houti e dai rispettivi alleati hanno soltanto aggravato la grave crisi umanitaria in corso e hanno permesso ad Al-Qaeda e a Daesh di rafforzare la propria presenza nell'area e di aumentare l'efficacia e la portata delle loro azioni terroristiche, con ovvie ricadute negative per entrambe le parti e per la comunità internazionale. Sono necessarie una mediazione ONU per una tregua fra le parti e un'operazione umanitaria internazionale per soccorrere la popolazione civile dello Yemen.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – Cette proposition de résolution tente de dresser le constat de la situation actuelle au Yémen, où les tensions communautaires se sont transformées en un conflit ethnique très complexe qui a entraîné une grave crise humanitaire touchant désormais la quasi-totalité de la population.

Ce texte n'est ni plus ni moins qu'un enchaînement de banalités concernant un conflit extrêmement complexe dont se mêlent certaines puissances régionales comme l'Arabie saoudite et l'Iran. Bien que nous soyons d'avis que ces États, en étroite collaboration avec les Nations unies, tentent d'apaiser la situation au Yémen, nous considérons que l'Union européenne n'a aucune légitimité pour intervenir sur ce sujet.

J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Yemen se confruntă cu o situație critică, caracterizată de conflicte, tensiuni tribale, violențe puternice având un impact umanitar semnificativ asupra populației civile, cu precădere asupra copiilor.

Violențele actuale își au originile în eșecul structurilor guvernamentale de a atinge dezideratele democratice, economice și sociale ale poporului yemenit, generând astfel nemulțumirea și divizarea societății Așadar, criza umanitară cauzată de amplele conflicte afectează milioane de bărbați, femei și copii nevinovați, rezultatele conflictelor soldându-se de cele mai multe ori în decesele civililor.

Astfel, situația din Yemen este caracterizată de instabilitate puternică, de o criză umanitară regretabilă exacerbată de bombardamente și conflicte constante. Este necesară așadar restabilizarea situației din Yemen, consolidarea securității, existența unor structuri guvernamentale funcționale care să depună eforturi consistente de combatere a extremismului și violenței în regiune.

Consider că în această situație, se impune ca toate părțile să respecte dreptul internațional umanitar și dreptul internațional al drepturilor omului și să conlucreze de urgență cu organizațiile ONU și de ajutor umanitar pentru a le acorda asistență celor care au nevoie. M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că este nevoie de măsuri imediate în vederea soluționării crizei umanitare din Yemen și reasigurării stabilității și păcii în teritoriu.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto.* – Ho votato a favore poiché questa risoluzione affronta le stesse tematiche della risoluzione del gruppo ECR, ma in modo più preciso, considerando anche esplicitamente che la situazione umanitaria nello Yemen è causata dalla forte presenza dell'ISIS (cosa che nella risoluzione precedente non veniva citata).

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so we voted against this particular amendment. Overall we abstained.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because I am concerned by the current situation in Yemen, which is a potential threat to international security and could have grave consequences. I am particularly worried about the fate of civilians that had been severely affected by the air-strikes and suffer from food and fuel shortages. The nationwide ceasefire declared in December should be reintroduced as soon as possible and negotiation discussions reopened. I am also hoping for an independent investigation into alleged war crimes, namely the deliberate targeting of civilians and civilian infrastructure such as hospitals.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφπτώς*. – Στηρίζουμε το κοινό ψήφισμα σχετικά με την ανθρωπιστική κατάσταση στην Υεμένη και τονίζουμε ότι μόνο η επίλυση της σύγκρουσης με πολιτικό τρόπο, χωρίς αποκλεισμούς και έπειτα από διαπραγματεύσεις, μπορεί να οδηγήσει σε αποκατάσταση της ειρήνης και διατήρηση της ενότητας, της κυριαρχίας, της ανεξαρτησίας και της εδαφικής ακεραιότητας της Υεμένης. Παροτρύνουμε όλα τα εμπλεκόμενα μέρη να συμμετάσχουν, το συντομότερο δυνατό, σε ένα νέο γύρο ειρηνευτικών διαπραγματεύσεων υπό την αιγίδα του ΟΗΕ.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della risoluzione poiché sono fermamente convinto che l'unica soluzione a lungo termine per la crisi umanitaria in Yemen sia costituita da un dialogo politico inclusivo, in linea con il quadro fornito dall'iniziativa del Consiglio di cooperazione del Golfo, i risultati della conferenza sul dialogo nazionale e le varie conclusioni del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite e del Consiglio europeo. La tragedia dei decessi tra i civili e gli operatori umanitari nel Paese e gli attacchi apparentemente indiscriminati contro infrastrutture civili, compresi ospedali e scuole, devono smuovere le coscienze dei cittadini europei e con essi delle Istituzioni che li rappresentano affinché possano essere esercitare le necessarie pressioni politiche che portino alla cessazione delle violenze

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Le notizie che giungono dallo Yemen, per quanto ottengano meno risonanza di quelle siriane e libiche, non sono più rassicuranti. Lì la situazione è diversa, gli attori in gioco sono altri, ma il paese è distrutto a livello umanitario. Ho votato a favore di questa risoluzione perché sottolinea i problemi e, fermi restando i poteri dell'Unione europea in ciò che avviene all'interno dei confini di un altro Stato sovrano, pone le basi per un aiuto umanitario futuro.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so we voted against this particular amendment. Overall we abstained.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Iémen atravessa uma crise humanitária sem precedentes, resultado do desmoronamento do regime e da guerra que assola o seu território. As mais elementares normas de direito internacional não estão a ser observadas, contribuindo para agravar o impacto deste conflito na população civil. Escolas e Hospitais atacados, impedindo o acesso à educação ou à saúde; regiões inteiras sem acesso a comida ou água. Proliferam ainda no território deste Estado falhado inúmeras organizações-terrorista, incluindo a célula mais activa da Al-Qaeda.

É urgente que a comunidade Internacional, e as partes envolvidas, possam envidar um fim ao conflito. Mas é ainda mais urgente garantir que o Direito Internacional Humanitário seja respeitado, assim evitando-se que os inocentes, aqueles civis que a guerra não matou já, possam não morrer pelas consequências do conflito.

Até na Guerra há limites.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Visto il conflitto attualmente in atto in Yemen che vede opporsi le autorità yemenite ai ribelli Houti, si sono registrate numerose violazioni dei diritti umani e del diritto umanitario internazionale, contemplando anche possibili ripercussioni che metterebbero gravemente a rischio la stabilità dell'area geografica del corno d'Africa, mar Rosso e Medio-Oriente. Sono a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo che condanna le violenze e invita l'Iran, l'Arabia Saudita e tutte le parti yemenite a mettere un termine alla loro disputa attraverso il dialogo. È infatti necessario considerare che solo un accordo politico può portare a una pace duratura.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Ongoing hostilities in Yemen are continuous causes of loss of life, bringing great suffering to the Yemeni people and also continuous destabilisation of the governance structures. These circumstances also foster a fertile opportunity for ISIS-DAESH and other terrorist and extremist organisations that wreak terror not only on Yemenis, but also on other populations. The motion for a resolution recognises the importance of coordinated humanitarian action under UN leadership, calls for compliance with international humanitarian and human rights law, and seeks protection for basic civilian infrastructure such as medical facilities and water systems. I have thus voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he votado porque se pospuso el voto.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Criza actuală din Yemen este rezultatul unui eșec al guvernelor care s-au succedat la putere pentru a răspunde aspirațiilor legitime ale poporului yemenit pentru democrație, dezvoltare economică și socială, stabilitate și securitate.

În conformitate cu Prezentarea Generală a Nevoilor Umanitare pentru 2016 lansată în noiembrie 2015, 21,2 milioane de persoane (82% din populație) au nevoie urgentă de asistență umanitară. În prezent, sunt estimate a fi aproximativ 2,1 milioane de persoane subnutrite, dintre care mai mult de 1,3 milioane sunt copii care suferă de malnutriție acută gravă.

Îmi exprim profunda îngrijorare cu privire la deteriorarea alarmantă a situației umanitare din Yemen, care se caracterizează prin insecuritate alimentară răspândită și malnutriție severă, atacuri împotriva civililor și a lucrătorilor medicali, precum și distrugerea infrastructurii civile și medicale.

Este necesară o acțiune umanitară coordonată sub conducerea ONU, iar toate țările trebuie să contribuie la satisfacerea nevoilor umanitare. Este important să fie permisă intrarea și livrarea de produse alimentare necesare de urgență, medicale și combustibil pentru a răspunde nevoilor urgente ale civililor afectați de criză, în conformitate cu principiile imparțialității, neutralității și independenței.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament ma elfogadott állásfoglalási indítványában súlyos aggodalmát fejezte ki a Jemenben kialakult humanitárius helyzet aggasztó romlása miatt. A jemeni helyzet komoly kockázatot jelent a régió, különösen Afrika szarva, a Vörös-tenger és a tágabb Közel-Kelet térségének stabilitására nézve is. Az ellenségeskedés beszüntetésére való ismételt felhívások ellenére a korábbi belső konfliktus, a Szaúd-Arábia vezette koalíció által végrehajtott légitámadások intenzívebbé váltak, a harcok és a bombázások következtében az élelmiszer-ellátás bizonytalanná vált, a polgári lakosság, valamint az egészségügyi és a segélyszervezeti dolgozók ellen megkülönböztetés nélküli támadásokat indítanak, illetve megsemmisült a polgári és orvosi infrastruktúra. A jelentés hangsúlyozza, hogy az ENSZ vezetése alatt összehangolt humanitárius fellépésre van szükség, és arra sürget minden országot, hogy vegyen részt a humanitárius szükségletek kielégítésében.

Továbbá sürgeti valamennyi felet, hogy a lehető leghamarabb, jóhiszeműen, és előfeltételek támasztása nélkül vegyenek részt az ENSZ által vezetett békétárgyalások újabb fordulójában, nézeteltéréseiket párbeszéd és konzultációk révén oldják meg, utasítsák el az erőszak politikai célok érdekében történő alkalmazását, és tartózkodjanak a provokációtól, valamint a politikai megoldás aláaknázására alkalmas bármilyen egyoldalú akciótól.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Parliament is concerned about Saudi-led coalition airstrikes and the naval blockade, which led to thousands of civilian deaths and the destruction of physical infrastructure in Yemen, and also by the violent actions of the Houthis. The European Parliament stresses the need for coordinated humanitarian action under UN leadership while urging both sides to comply with international humanitarian law and international human rights law for the protection of civilians. Only a political, inclusive and negotiated solution to the conflict can restore peace and preserve the unity, sovereignty, independence and territorial integrity of Yemen. For these reasons I voted in favour of this resolution.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition de résolution réagit à la situation humanitaire au Yémen, où les organisations humanitaires estiment que 21 millions de Yéménites (soit 82 % de la population totale) ont besoin d'une aide humanitaire et que 14 millions d'entre eux souffrent d'insécurité alimentaire ou ont besoin de soins de santé. Les députés européens appellent les États membres et la communauté internationale à intensifier leurs efforts de lutte contre la crise humanitaire, sécuritaire et politique au Yémen. Considérant que la coopération internationale est nécessaire pour répondre à cette crise, j'ai voté pour.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Je suis extrêmement préoccupé par l'aggravation alarmante de la situation humanitaire au Yémen: risque de famine, attaques aveugles contre des civils, du personnel médical et des travailleurs humanitaires, destruction d'infrastructures civiles et médicales suites à l'intensification des frappes aériennes, des combats au sol et des tirs d'artillerie. Plus de 2,51 millions de Yéménites ont été déplacés dans le pays. 21,1 millions de personnes, soit 80 % de la population, ont besoin de protection ou d'aide humanitaire sous une forme ou une autre. Plus de 2,2 millions d'enfants souffrent ou risquent de souffrir de malnutrition. Face à ce constat alarmant, je soutiens la demande d'une action humanitaire coordonnée sous l'égide de l'ONU, une contribution de tous les pays pour répondre aux besoins humanitaires du Yémen et pour permettre l'accès de l'aide d'urgence à la population.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte renferme beaucoup de bonnes intentions, mais témoigne d'une méconnaissance des tenants et aboutissants de la situation au Yémen. En outre, il tend à imposer aux États la politique de l'Union en matière d'armement, et à donner à cette dernière un rôle international injustifié. Enfin, il manque de discernement vis-à-vis de l'Arabie saoudite, État dont le rôle est controversé. Pour ces raisons, je me suis opposée à ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно хуманитарната ситуация в Йемен, защото съм силно обезпокоен от факта, че сигурността в страната постоянно се влошава и започва да придобива международно измерение. От една страна Саудитска Арабия води открита война срещу бунтовниците, смятайки ги за ирански бойни части, а същевременно Иран призовава за незабавно спиране на въздушните бомбардировки, извършвани от международната коалиция начело със Саудитска Арабия.

Въпреки усилията на ООН да постигне мир в страната, интензивната борба по суша и въздушните бомбардировки продължават. Освен хилядите цивилни жертви, над милион и половина хора са напуснали домовете си. Ако не се предприемат мерки и не се постигне скорешен мир, има голяма опасност ситуацията в страната да ескалира в истинска гражданска война, а оттам в регионална етническа война между шиити и сунити.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζουμε, είναι επιτέλους καιρός η Ένωση να αναλάβει δράση εναντίον της Σαουδικής Αραβίας, αυτού του κράτους-τρομοκράτη και ευελπιστούμε πως δεν θα μείνει μόνο στα λόγια, αλλά πράγματι θα επιβάλλει εμπάργκο όπλων και ιδανικά και οικονομικές κυρώσεις. Σε κάθε περίπτωση θα καταγγείλουμε κάθε υποχώρηση της Ένωσης απέναντι στην Σαουδική Αραβία

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A atual crise no Iémen é o resultado da incapacidade de sucessivos governos de responder às legítimas aspirações do povo iemenita à democracia, ao desenvolvimento económico e social, à estabilidade e à segurança.

Por outro lado a intervenção militar no Iémen conduzida pelas forças sauditas e a utilização de bombas de fragmentação conduziu a uma situação humanitária dramática. Desde o início do conflito, pelo menos 5979 pessoas foram mortas, cerca de metade das quais civis, e 28 208 pessoas foram feridas e entre as vítimas contam-se centenas de mulheres e crianças.

Manifesto, por isso, a minha preocupação com o agravamento alarmante da situação humanitária no Iémen, caracterizada por uma situação de insegurança alimentar generalizada e desnutrição aguda, ataques indiscriminados contra civis, médicos e membros de organizações humanitárias, destruição de infraestruturas civis e médicas causadas pelo conflito interno já existente e pela intensificação dos ataques aéreos da coligação dirigida pelos Sauditas.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it is positive for human rights.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Humanitárna situácia v Jemene je naďalej alarmujúca, nakoľko koalícia, ktorá je vedená Saudskou Arábiou, jednostranne odstúpila od dohody o prímerí a preukázateľne zbombardovala centrá pre nevidiacich a nepočujúcich v hlavnom meste Jemenu Saná, ako aj obchodné komory a školu. Rebeli naďalej obliehajú mesto Taiz, čo má obrovské humanitárne následky na miestne civilné obyvateľstvo. Navyše koalícia vedená Saudskou Arábiou prikázala Vysokému komisárovi OSN pre ľudské práva, aby opustil krajinu. Okamžite musí prísť k obnoveniu mierových rozhovorov a zastaveniu bombardovania a blokad zo strany koalície, ako aj obliehaniu miest rebelmi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Υπερψηφίζω στο σύνολο τις εκδόσεις για την ανθρωπιστική κατάσταση στην Υεμένη, καθώς είναι επιτέλους καιρός η Ένωση να αναλάβει δράση εναντίον της Σαουδικής Αραβίας, αυτού του κράτους-τρομοκράτη, και ευελπιστώ πως δεν θα μείνει μόνο στα λόγια, αλλά πράγματι θα επιβάλλει εμπάργκο όπλων και, ιδανικά, και οικονομικές κυρώσεις. Σε κάθε περίπτωση θα καταγγείλω κάθε υποχώρηση της Ένωσης απέναντι στην Σαουδική Αραβία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The humanitarian situation in Yemen is extremely worrisome, since the delivery of assistance has been impacted by continued fighting. Conflict combined with poverty, forced displacement and rising food prices have aggravated an already serious humanitarian crisis during the last year.

I welcome the fact that the European Commission responded to the dramatic deterioration of the humanitarian situation in Yemen with an additional €15 million in emergency funding in December. This assistance will prioritize life-saving assistance in the sectors of health, wash, nutrition and food security, which have been particularly affected by the conflict and the collapse of government services

Parties to the conflict have to abide by International Humanitarian Law and to ensure protection of civilians by refraining from direct and indiscriminate targeting of civilians and civilian infrastructure. Especially, the bombing of civilians and hospitals has to be avoided by all means and represents a violation of international humanitarian law.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Resolution zur humanitären Lage in Jemen gestimmt, da ich als Menschenrechtspolitiker eine aktive Rolle der EU bei der Erarbeitung eines Friedensszenarios ausdrücklich begrüße.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – It is of crucial importance that the deterioration of the humanitarian situation in Yemen is urgently addressed. Civilians are suffering from food insecurity and severe malnutrition, indiscriminate attacks, including against medical and aid workers, and the destruction of civilian and medical infrastructure as a result of the intensification of airstrikes by the Saudi-led coalition and ground fighting and shelling. Talks including stakeholders from Yemen, the wider region and the international community have to be convened urgently in order to find a sustainable solution to the conflict.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor ya que el texto realiza un llamamiento a la UE para que se aplique el Derecho internacional humanitario, tal y como se recoge en las líneas directrices europeas, y para que su aplicación se incluya en el diálogo con Arabia Saudí. Además, insta a la Alta Representante de la UE a lanzar una iniciativa en el sentido de imponer un embargo armamentístico a Arabia Saudí para poner inmediatamente fin a las violaciones de derechos humanos en Yemen.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I support this resolution as I strongly believe that the EU can and must uphold international humanitarian law. The resolution highlights that some EU Member States have continued to authorise transfers of weapons to Saudi Arabia in clear violation of the EU Common Position, despite evidence that these weapons have been used to commit human rights abuses in Yemen. Together with other MEPs, we have also raised this issue directly with the Vice President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy in a written question and I welcome the adoption of a resolution on the matter as an additional means to build up pressure on the Commission and the European External Action Service.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the resolution about humanitarian situation in Yemen. The resolution expresses great concern at the alarming deterioration of the humanitarian situation in Yemen, which is characterised by widespread food insecurity and severe malnutrition, indiscriminate attacks against civilians and medical and aid workers. It stresses the need for coordinated humanitarian action under UN leadership, and urges all countries to contribute to addressing humanitarian needs.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Στην Υεμένη διεξάγεται μια μακροχρόνια αντιπαράθεση, η οποία εντατικοποιήθηκε το 2015, όταν η Σαουδική Αραβία, ως επικεφαλής συνασπισμού ο οποίος τυγχάνει στήριξης από τις ΗΠΑ, ξεκίνησε βομβαρδισμούς στην Υεμένη, επιβάλλοντας παράλληλα σχεδόν πλήρη αποκλεισμό εισαγωγών στη χώρα. Η κατάσταση αυτή οδήγησε τον λαό στην πείνα και την εξαθλίωση ενώ η διενέργεια επιθέσεων κατά άμαχου πληθυσμού, ιατρικού προσωπικού και μελών ανθρωπιστικών οργανώσεων προκάλεσε τεράστιες απώλειες ανθρώπινων ζωών.

Η σύρραξη αυτή αποτελεί μια ακόμη προσπάθεια των ΗΠΑ και των συμμάχων τους να διατηρήσουν τον γεωπολιτικό έλεγχο και την κυριαρχία τους στην περιοχή. Συνένοχη σε αυτό το έγκλημα είναι και η ΕΕ, η οποία με την ανοχή της προς τις δικτατορίες της περιοχής και προς τα κράτη μέλη της, τα οποία συνεχίζουν να εξάγουν βαρύ αμυντικό εξοπλισμό στη Σαουδική Αραβία, οδηγεί στην υπόθαλψη της επιδείνωσης της σύγκρουσης στη χώρα.

Η σοβαρή επιδείνωση της ανθρωπιστικής κατάστασης στην Υεμένη, χρήζει άμεσης ανθρωπιστικής συνδρομής, γι' αυτό θεωρούμε ότι η υπερψήφιση του κοινού ψηφίσματος είναι η ενδεδειγμένη στάση.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I strongly condemn the proxy war that is taking place in Yemen. The conflict has created a huge humanitarian crisis in terms of the displacement of men, women and children, and even loss of life. Iran and Saudi Arabia must come to terms and end the fighting. If this conflict continues, it will give great opportunity for terrorist groups to exploit the current crisis which would not only affect Yemen, but also have ramifications in the region.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za zajednički prijedlog rezolucije o stanju u Jemenu jer je humanitarna situacija doista zabrinjavajuća te doseže granice alarmantnog stanja. Za 80 % stanovništva potrebna je hitna humanitarna pomoć jer na svakodnevnoj bazi uslijed zračnih napada ili granatiranja dolazi do uništavanja infrastrukture, škola i bolnica, nedostatka osnovne liječničke pomoći za stanovništvo te iznimno lošeg stanja sanitarnih usluga i nedostatka hrane i vode.

Ovaj prijedlog poziva na hitno zaustavljanje napada, posebno na medicinske objekte i zahtijeva od svih strana da se jasno obvežu na izbjegavanje napada na civile i civilne objekte u skladu s međunarodnim humanitarnim pravom i ljudskim pravima.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le vote de cette proposition de résolution a été reporté à la prochaine session plénière.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow UKIP colleagues and I voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so I voted against this particular amendment. Overall I abstained.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu dieser EntschlieÙung. Sie bietet im Rahmen des internationalen Rechts zwar Ansätze zur Stabilisierung der humanitären Lage und zur Konfliktresolution im Jemen durch die verstärkte Einbindung der Vereinten Nationen, konkretisiert aber nicht die Vorgehensweise, wie die humanitäre Krise unmittelbar beendet werden kann.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because we all should be aware that the humanitarian situation in Yemen is as critical as the situation in Syria. In the 21st century it is an unspeakable shame for humanity that 16 million Yemenis do not have access to drinking water or sanitation because of fighting and embargo. In addition to that, it is totally unacceptable for two million children to not have proper access to education, food and medical care. For one reason or another, the whole civilian population caught in the Yemen civil war suffers from ongoing fighting, bombardment, food insecurity, dire living conditions and the disruption of essential services. In this critical situation, the EU – as the world's leading human rights champion and aid donor – should provide emergency humanitarian assistance to the civilian population in Yemen. Together with the UN, the EU should use all of its political and economic capabilities to facilitate peace negotiations.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam prijedlog rezolucije o humanitarnom stanju u Jemenu jer je vojna intervencija pod vodstvom Saudijske Arabije, u kojoj su korištene međunarodno zabranjene kasetne bombe, dovela do katastrofalne humanitarne situacije za ionako siromašno stanovništvo, ima ozbiljne posljedice za tu regiju i prijetnja je međunarodnom miru i sigurnosti.

Trenutačna kriza u Jemenu nastala je zbog uzastopnih neuspjeha vlada da zadovolje legitimne težnje jemenskog naroda za demokracijom, gospodarskim i socijalnim razvojem, stabilnošću i sigurnošću. Brojne napetosti među plemenima u državi, rasprostranjena nesigurnost i teško gospodarsko stanje dodatno su pospješili izbijanje sukoba koji je rezultirao humanitarnom krizom.

Ovakvo stanje je neodrživo. Stoga je krizu potrebno brzo i efikasno riješiti na što i ova rezolucija koju sam podržala poziva.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της αναβολής της ψηφοφορίας της Κοινής Πρότασης Ψηφίσματος σχετικά με την ανθρωπιστική κατάσταση στην Υεμένη, συμφωνώντας με τη σχετική πρόταση του εισηγητή.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this resolution with its call on all parties to respect the human rights and freedoms of all Yemeni citizens and of all those working on peace and humanitarian missions in the country, including aid workers, doctors and journalists.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – En el Parlamento Europeo estamos muy preocupados por la actual situación de violencia en Yemen y la crisis humanitaria resultante, que afecta a millones de hombres, mujeres y niños inocentes.

Es necesario que se creen las bases para un diálogo político integrador, tal y como hemos pedido en la Resolución que hemos aprobado en el Parlamento Europeo, para buscar una solución a largo plazo a la situación actual.

Quiero expresar mi apoyo al texto aprobado, en el que pedimos acciones urgentes para acabar con las situaciones de violencia y ataques indiscriminados que tantas muertes están produciendo.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Alors que la communauté internationale se montre parfois très soucieuse de ne pas soutenir des régimes qui oppriment leurs populations (comme en Syrie) ou qui violent le droit international, le silence complice des États européens face à l'action de l'Arabie saoudite au Yémen ne peut plus durer.

L'imposante série d'opérations («Tempête décisive» puis «Restaurer l'espoir») menées par des pays de la région sous la houlette de l'Arabie saoudite avec l'appui du renseignement américain a conduit à des violations constantes du droit international ainsi qu'à des bombardements répétés des populations civiles yéménites par cette coalition.

J'ai donc voté en faveur de la résolution sur la situation humanitaire au Yémen, qui rappelle que le processus de transition élaboré par les Nations unies n'a pas été poursuivi jusqu'à son terme, et qu'aujourd'hui 21 millions de yéménites, soit 82 % de la population, ont besoin d'aide humanitaire. La résolution requiert également des sanctions indispensables contre les États, notamment l'Arabie saoudite, qui ne respectent pas les conventions internationales dans le cadre de leur action au Yémen.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die im Antrag geäußerte Besorgnis, aufgrund der Lebensmittelunsicherheiten und der Angriffe gegen die Zivilbevölkerung teile auch ich. Die geforderte koordinierte Aktion der Vereinten Nationen halte ich für begrüßenswert. Ebenso könnte ein Dialog zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien zu Lösung der Krise beitragen. Daher unterstütze ich diesen Antrag.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution dénonce la crise humanitaire au Yemen suite à l'intervention militaire menée par l'Arabie saoudite pour appuyer le président Hadi et contrer la rébellion houthiste. Ainsi selon l'Aperçu des besoins humanitaires 2016 (HNO) paru en novembre 2015, 21,2 millions de personnes (82 % de la population yéménite) ont besoin d'une aide humanitaire. Pour mettre fin à cette situation la résolution souligne la nécessité de coordonner l'action humanitaire sous l'égide des Nations unies. Elle aurait pu ajouter que l'UE et en particulier certains de ses Etats membres doivent cesser de soutenir l'Arabie Saoudite dans les exactions qu'elle pratique au Yemen. Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le vote de cette proposition de résolution a été reporté à la prochaine session plénière.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre o Iémen.

A situação em que se encontra o Iémen é preocupante, pelo que é importante que a UE procure encontrar uma solução política capaz de garantir a paz e a estabilidade do Iémen

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I signed and supported this cross-party resolution which aims to plot the way forward in alleviating the worsening humanitarian situation in Yemen. The resolution highlights the fact that situation on the ground is being exacerbated by external actors and by extremist and terrorist forces.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Súčasný Jemen je ďalšou smutnou kapitolou v dejinách Blízkeho východu. Občianska vojna sa časom zmenila na konflikt ešte väčšieho významu. Bez okolkov môžeme povedať, že humanitárna situácia v Jemene je katastrofálna. Nemocnice nemajú dostatok elektriny ani paliva na prevádzku sanitiek, chýba obrovský počet lekárov a pracovníkov, ktorí by mohli pomôcť zraneným. Zlý stav kanalizácie spôsobený bombardovaním môže neskôr spôsobiť rozšírenie nebezpečných chorôb. Túto situáciu treba jednoznačne riešiť bez zbytočného odkladu. V prvom rade dôrazne vyjadrujem pobúrenie nad tým, že niektoré európske krajiny dodávajú do Jemenu zbrane. Tieto dodávky treba okamžite ukončiť. Ďalej je potrebné zabezpečiť vstup humanitárnym pracovníkom do krajiny. Súhlasím so spravodajcami, že jediné a najlepšie možné riešenie celého konfliktu je politické riešenie.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az ECR, GUE/NGL, a Verts/ALE, az ALDE, az S&D, a PPE, és az EFDD képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A hét képviselőcsoport közül hat, az ECR kivételével kompromisszumos tervetben állapodott meg. Szavazatommal ezt az indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A crise no Iémen deve ser encarada como prioritária e urgente. A incapacidade de transitar para um regime democrático criou condições para um surto de violência, de muitas tensões tribais, de insegurança generalizada e a paralisia económica do país.

A intervenção militar no Iémen conduzida pelas forças sauditas e a utilização de bombas de fragmentação, que são proibidas a nível internacional, conduziu a uma situação humanitária dramática. No Iémen, o início do conflito, pelo menos 5 979 pessoas foram mortas, cerca de metade das quais civis, e 28 208 pessoas foram feridas.

Subscervo a preocupação alarmante da situação humanitária no Iémen, caracterizada por uma insegurança alimentar generalizada e desnutrição aguda, ataques indiscriminados contra civis, médicos e membros de organizações humanitárias, destruição de infraestruturas civis e médicas causadas pelo conflito interno já existente e pela intensificação dos ataques aéreos da coligação dirigida pelos Sauditas, combates terrestres e bombardeamentos, apesar dos repetidos apelos para uma nova cessação das hostilidades.

É fundamental que todas as partes respeitem o Direito internacional humanitário e o Direito internacional em matéria de direitos humanos, assegurem a proteção dos civis e se abstenham de visar diretamente infraestruturas civis, em particular instalações médicas e sistemas de abastecimento de água.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution sur le Yémen est parfaitement révélatrice de l'état d'esprit européiste qui règne sur les bancs de la droite comme de la gauche européenne. En effet, elle demande à l'Union d'imposer aux États membres sa politique en matière d'exportations d'armements alors même que l'Union ne devrait disposer d'aucune compétence en matière de défense. Il s'agit là d'une volonté toujours plus forte de vider les États de leur souveraineté. Par ailleurs, le texte présente un biais largement pro-saoudien (et donc américain). Cette résolution dégoûline de bons sentiments; ses auteurs n'ont aucune idée de la toile de fond de l'affaire yéménite. J'ai donc décidé de voter contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la risoluzione sulla situazione umanitaria nello Yemen. Il conflitto yemenita è una guerra complessa e stratificata, rappresentativa delle dinamiche che, negli ultimi anni, stanno sconvolgendo e ridisegnando il Medio Oriente. Si tratta infatti di una guerra non convenzionale, dove attori ibridi si confrontano in un conflitto interno, che oggi pare essere risolvibile soltanto grazie un più ampio accordo regionale.

La popolazione del paese è sconvolta da una grave crisi umanitaria, che continua oramai da mesi e alla quale l'Unione europea sta facendo fronte. Perché la sua azione sia più incisiva, l'aiuto umanitario alla popolazione e ai profughi deve essere mantenuto e, se possibile, intensificato. Per concorrere alla firma di una pace duratura, l'Unione europea deve rivolgere il suo sguardo all'azione dell'Arabia Saudita, importante partner commerciale dei nostri paesi che gioca un ruolo chiave nella gestione del conflitto.

Chiediamo infine al Consiglio europeo e al Servizio europeo per l'azione esterna di vigilare sulla conformità degli Stati membri con linee guida sul diritto internazionale umanitario e i criteri europei per la vendita e l'esportazione di armi.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für den vorliegenden Bericht gestimmt, da er die humanitäre Situation im Jemen angemessen thematisiert und auf Teilaspekte wie Nahrungsmittelsicherheit, medizinische Probleme und die Instabilität in der gesamten Region hinreichend eingeht. Die Lösung des Flüchtlingsproblems muss in der Herkunftsregion angegangen werden; hierzu kann der vorliegende Bericht einen ersten Schritt darstellen.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain on this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so we voted against this particular amendment. Overall we abstained.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il conflitto in corso nello Yemen trova origine nell'incapacità dei governi che si sono succeduti di rispondere alle aspirazioni democratiche, economiche e sociali del popolo yemenita, alimentando così il malcontento e le divisioni che sono sfociati nelle attuali violenze. Avrei espresso dunque un voto favorevole, augurando un miglioramento di tali situazioni.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Politička i humanitarna kriza u Jemenu prijeto destabilizacijom cijele regije te stoga smatram da je iznimno važno u najkraćem mogućem roku postići trajni prekid vatre. Patnje civila u ovoj zemlji zahvaćenoj krvavim sukobima, gdje milijuni ljudi trebaju humanitarnu pomoć, ne smiju nas ostaviti ravnodušnima. U prvom bih redu željela skrenuti pozornost na patnje djece u Jemenu, koja su jedna od najranjivijih skupina pogođenih humanitarnom jemenskom krizom i kojoj prijeto nestašica hrane i lijekova.

Od početka sukoba česti su slučajevi mučenja civila, posebice pripadnika vjerskih manjina, napada na novinare, njihovih prisilnih nestanaka itd. Pridonijeti prestanku kršenja ljudskih prava može jedino uspostava trajnog mira i početak demokratskog procesa u Jemenu. Najveća žrtva trenutnog stanja u zemlji je jemensko civilno stanovništvo koje već ionako živi u teškim uvjetima.

Europska vanjska politika putem nadležnog Odbora za vanjske poslove Europskog parlamenta sljedećeg će tjedna imati priliku izravno komunicirati s vodstvom Saudijske Arabije te pokušati izravno utjecati na stanje na terenu pogoršano vojnom intervencijom u Jemenu pod vodstvom Saudijske Arabije. Upravo zbog toga pozdravljam odgodu glasovanja o prijedlogu rezolucije o humanitarnom stanju u Jemenu te se nadam da će posjet izaslanstva Europskog parlamenta pridonijeti rješavanju humanitarne krize u Jemenu prije usvajanja ove rezolucije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution illustre la position bancale de l'Union européenne face à l'Arabie saoudite et à la guerre qu'elle mène au Yémen. Le texte se contente de bons sentiments creux et évite soigneusement d'aller examiner la réalité de la situation et le rôle de chacun des acteurs. Il comporte bien sûr quelques propositions visant à donner des compétences en matière de politique étrangère à l'Union européenne. Je vote donc contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La crisi in Yemen si trascina da 10 mesi e ha conosciuto un'escalation da quando la coalizione saudita sta lanciando attacchi aerei per fermare l'avanzata del gruppo ribelle Houthi, che aveva preso il controllo della capitale Sana'a e costretto il governo in esilio in Arabia Saudita. Gli effetti di queste azioni stanno avendo esiti devastanti su tutto il paese. Secondo le Nazioni Unite l'82% della popolazione ha bisogno di assistenza umanitaria. La situazione alimentare è particolarmente preoccupante, milioni di persone lottano per nutrirsi, 1,3 milioni di bambini sono acutamente malnutriti (1,8 milioni non va a scuola) e non vi è accesso né all'acqua potabile né all'assistenza sanitaria di base. Ho votato a favore di questa risoluzione perché si stabilisca una commissione d'inchiesta internazionale, indipendente e imparziale che esamini tutte le violazioni e gli abusi perpetrati dalle parti in conflitto e ne individui gli autori al fine di garantire che i responsabili siano chiamati a risponderne. L'Unione europea deve promuovere la conformità al diritto internazionale umanitario come previsto nelle linee guida UE e deve impegnarsi per ricreare le condizioni di un dialogo politico sotto l'egida dell'ONU, in cui rientrino Arabia Saudita e Iran, paesi cruciali per incoraggiare la fine del conflitto.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Vijesti i slike koje u zadnje vrijeme stižu iz Jemena su katastrofične: bombardiranje u Sani, centru, trgovinama i školama, pobunjenici iz pokreta Huti su opsjeli grad Taiz, treći jemenski grad po veličini, i onemogućuju dostavljanje humanitarne pomoći. Veliki je broj zatočenih civila kojima je prijeko potrebna voda za piće, hrana, liječenje i druga pomoć i zaštita od životne važnosti.

Izražavam duboku zabrinutost zbog alarmantnog pogoršanja humanitarne situacije u Jemenu. Potrebno je koordinirano humanitarno djelovanje pod vodstvom UN-a te da sve zemlje doprinesu zadovoljavanju humanitarnih potreba. U isto vrijeme podupirem stajalište Europskog parlamenta koji naglašava da se samo političkim rješenjem koje će se postići pregovorima može ponovno uspostaviti mir i očuvati jedinstvo, suverenost, neovisnost i teritorijalni integritet Jemena

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Dall'inizio del conflitto nello Yemen, almeno 5.979 persone sono state uccise e 28.208 ferite. Tra le vittime ci sono centinaia di donne e bambini. Inoltre, l'impatto umanitario sulla popolazione civile, a seguito degli scontri in corso tra le diverse milizie, dei bombardamenti e dell'interruzione della fornitura dei servizi essenziali, sta raggiungendo proporzioni allarmanti. L'UE ha già stanziato, nel 2015, 52 milioni di euro in aiuti umanitari per la crisi nello Yemen e stanzierà altri 2 milioni per la messa a punto del meccanismo ONU di verifica e ispezione (UNVIM) dei trasporti commerciali verso lo Yemen, facilitando in tal modo il libero flusso di articoli commerciali e aiuti umanitari verso il paese. Mi auguro che il conflitto possa essere risolto attraverso il raggiungimento di una soluzione politica, avviando quanto prima un nuovo ciclo di negoziati di pace sotto la guida delle Nazioni Unite.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le report du vote de la résolution sur la situation humanitaire au Yémen. Une délégation du Parlement, présidée par M. Brok, doit se rendre en Arabie saoudite cette semaine. Dans ce contexte, les négociations pour aboutir à un texte commun sont précoces. Attendons les conclusions de cette délégation pour en savoir plus sur la situation.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Os conflitos que, no Iémen, conduziram à actual crise humanitária são o ponto culminante de tensões entre as maiorias zaiditas (hutis) e sunitas, agravadas pela incapacidade dos sucessivos governos de exercer uma partilha justa do poder e uma representação inclusiva das aspirações da população.

Tais tensões têm sido exploradas pela Arábia Saudita e pelo Irão que, num contexto do esvaziamento de poder (resultante da Primavera Árabe), respaldam, respetivamente, sunitas e zaiditas. Esta ingerência nos assuntos internos do Iémen traduziu-se, diretamente, em ataques aéreos a infraestruturas do país e, indiretamente, nos confrontos entre as fações beligerantes que resultaram no clima de instabilidade do qual se aproveitam as organizações extremistas e terroristas como o Estado Islâmico e a Al-Qaeda na Península Arábica.

Nesta matéria, concordo plenamente com a posição do relator, e subscrevo a ideia de que só uma solução política inclusiva e negociada poderá restabelecer a paz e preservar a soberania e a independência do Iémen. Junto ainda a minha voz à do relator quando pede aos Estados-Membros que continuem a permitir a entrega armamento afim à Arábia Saudita, que cessem a sua atividade, tendo em conta o risco das exportações virem a ser utilizadas para violar o Direito humanitário internacional.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain this non-legislative and non-binding report. UKIP is concerned by the ongoing military and humanitarian crisis in Yemen, in particular the role played by both Saudi Arabia and Iran via proxies in the conflict. Amendment 1 calls for an arms embargo using the EU Common Position on Arms Exports 2008/944/CFSP. Whilst we are concerned by the role of western arms exports to Saudi Arabia, we cannot support the use of EU mechanisms to address the issue, so we voted against this particular amendment. Overall we abstained.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O atual conflito no Iémen tem as suas raízes na incapacidade dos sucessivos governos para satisfazer as aspirações democráticas, económicas e sociais do povo iemenita, alimentando assim o descontentamento e a divisão que conduziram à espiral de violência atualmente vivida naquele país.

Essa escalada de violência acarreta, concomitantemente, graves consequências para a estabilidade da região, em particular, junto ao Corno de África, no Mar Vermelho e no próprio Médio Oriente.

Cerca de 21,2 milhões de pessoas a viver no Iémen necessitam de ajuda humanitária, tendo este conflito conduzido já a inúmeras violações graves e sistemáticas dos direitos humanos.

Um esforço firme nas negociações é fundamental, para que o respeito do Direito internacional humanitário por todas as partes envolvidas no conflito seja uma realidade.

Por considerar que esta é indubitavelmente uma questão que merece primazia de tratamento e de solução eficaz, votei favoravelmente a presente proposta de resolução.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor ya que el texto realiza un llamamiento a la UE para que se aplique el Derecho internacional humanitario, tal y como se recoge en las líneas directrices europeas, y para que su aplicación se incluya en el diálogo con Arabia Saudí. Además, insta a la Alta Representante de la UE a lanzar una iniciativa en el sentido de imponer un embargo armamentístico a Arabia Saudí para poner inmediatamente fin a las violaciones de derechos humanos en Yemen.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg støtter den indsats, som FN's særlige udsending Ismail Ould Cheikh Ahmed har gjort, for at finde en varig og fredelig løsning på den aktuelle krise.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Nasilna ekstremistička ideologija ISIS-a, njegovi teroristički čini, kontinuirani teški sustavni i rašireni napadi na civile, kršenja ljudskih prava i međunarodnog humanitarnog prava, uključujući ona počinjena na vjerskoj ili etničkoj osnovi, uništavanje kulturne baštine i trgovina kulturnim dobrima predstavljaju globalnu i dosad nezabilježenu prijetnju međunarodnom miru i sigurnosti, što je potvrđeno Rezolucijom Vijeća sigurnosti UN-a 2249/2015.

Stoga potičem sve države potpisnice Konvencije UN-a o sprečavanju i kažnjavanju zločina genocida, potpisane u Parizu 9. prosinca 1948., i drugih relevantnih međunarodnih sporazuma, a posebno države članice EU-a, da sprečavaju ratne zločine, zločine protiv čovječnosti i genocid. Također apeliram na Siriju i Irak da prihvate nadležnost Međunarodnog kaznenog suda te podržavam rezoluciju.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Humanitarno stanje u Jemenu izrazito je složeno. Kršenje ljudskih prava je, nažalost, pravilo, a ne iznimka. Već duže vrijeme prisutna je loša praksa koja se intenzivirala jačanjem islamizma u toj državi. Prava žena su na vrlo niskoj razini. Brutalna maltretiranja manjina su sveprisutna. Prema analizi UN-a u Jemenu je velika humanitarna kriza i nužno je djelovati. Trebamo imati na umu da je Jemen vrlo siromašna zemlja koja je žrtva geopolitičkih interesa susjednih zemalja.

Podržavam donošenje ove rezolucije, jer borba za ljudska prava, vladavinu prava i dostojanstvo pojedinca ne poznaje granice.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupno resolucijo o humanitarnih razmerah v Jemnu. Jemen se je po letalskih napadih koalicije, pod vodstvom Savdske Arabije, znašel v humanitarni krizi, ki jo zaznamuje neustrezna prehranska varnost in huda podhranjenost, neselektivni napadi na civiliste ter zdravstveno in humanitarno osebje, uničevanje civilne in zdravstvene infrastrukture.

Podpiram usklajeno humanitarno ukrepanje pod vodstvom Združenih narodov ter poziv državam, naj pomagajo pri zadovoljevanju humanitarnih potreb, pri tem pa morajo vse strani spoštovati mednarodno humanitarno pravo in mednarodno pravo na področju človekovih pravic, da bi zaščitili civiliste in preprečili neposredne napade na civilno infrastrukturo.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Υπερψηφίσαμε το κοινό ψήφισμα καθώς η σοβαρή επιδείνωση της ανθρωπιστικής κατάστασης στην Υεμένη, χρήζει άμεσης ανθρωπιστικής συνδρομής.

Στην χώρα διεξάγεται μια μακροχρόνια αντιπαράθεση μεταξύ των Χούτι και της κυβέρνησης της Υεμένης, η οποία εντατικοποιήθηκε το 2015, όταν η Σαουδική Αραβία ως επικεφαλής συνασπισμού, ο οποίος τυγχάνει στήριξης από τις ΗΠΑ ξεκίνησε βομβαρδισμούς στην Υεμένη, επιβάλλοντας παράλληλα σχεδόν πλήρη αποκλεισμό εισαγωγών στη χώρα. Η κατάσταση αυτή οδήγησε τον λαό στην πείνα και την εξαιθλίωση ενώ η διενέργεια επιθέσεων κατά άμαχου πληθυσμού, ιατρικού προσωπικού και μελών ανθρωπιστικών οργανώσεων προκάλεσε τεράστιες απώλειες ανθρώπινων ζωών.

Η σύρραξη αυτή αποτελεί μια ακόμη προσπάθεια των ΗΠΑ και των συμμάχων τους να διατηρήσουν τον γεωπολιτικό έλεγχο και κυριαρχία τους στην περιοχή. Συνένοχη σε αυτό το έγκλημα είναι και η ΕΕ, η οποία με την ανοχή της προς τις δικτατορίες της περιοχής και προς τα κράτη μέλη της, τα οποία συνεχίζουν να εξαγουν βαρύ αμυντικό εξοπλισμό στη Σαουδική Αραβία, οδηγεί στην υποθάληψη της επιδείνωσης της σύγκρουσης στη χώρα. Καταδικάζουμε για ακόμη μια φορά τη στάση των ΗΠΑ, των συμμάχων τους και των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ και καλούμε να ληφθούν άμεσα τα απαραίτητα μέτρα για να σταματήσει η ανθρωπιστική κρίση στην Υεμένη.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Είναι καιρός η Ένωση να αναλάβει δράση εναντίον της Σαουδικής Αραβίας, αυτού του κράτους-τρομοκράτη επιβάλλοντας εμπάργκο όπλων. Σε κάθε περίπτωση θα καταγγείλουμε κάθε υποχώρηση της Ένωσης απέναντι στην Σαουδική Αραβία.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a határozatot, mert fontosnak tartom, hogy az Európai Parlament hallassa hangját a jelenlegi egyik legsúlyosabb humanitárius katasztrófa ügyében és vesse latba nemzetközi súlyát Szaúd-Arábiával és a konfliktusban érintett más felekkel szemben a helyzet javítása érdekében. Sürgetőnek tartom, hogy a humanitárius segítség akadálytalan célhoz juttatása érdekében feloldják a tengeri blokádát és beszüntessék a harci cselekményeket Jemen egész területén. A helyzet különösen aggasztó vonása az áldozatok körében a gyermekek nagy száma, valamint a nemzetközi segélyszervezetek munkatársainak biztonságát súlyosan fenyegető veszélyek. Egyetértve azzal, hogy a jemeni helyzet rendezése érdekében kifejtett nemzetközi erőfeszítéseket az ENSZ irányítása alatt kell folytatni, figyelembe vettem azt a tényt is, hogy a kérdés kapcsán még EU-tagállamok konkrét felelőssége is felmerül, különös tekintettel a térségbe irányuló fegyverszállítás korlátozásával kapcsolatos előírások betartása és betartatása tekintetében. Úgy vélem, ezt a szempontot az Európai Parlament eszközeivel a jövőben is szoros figyelemmel kell kísérnünk.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Primăvara arabă a marcat o creștere a speranței în democratizarea societăților din Orientul Mijlociu. Din păcate, în unele cazuri, frământările sociale au degenerat în conflicte interne violente, care au afectat în mare măsură populația civilă și au subminat viabilitatea unor state. Este și cazul Yemenului, unde confruntarea a adâncit falii vechi de tip religios și politic. De fragilitatea statului yemenit a profitat și organizația teroristă Al-Qaeda, care controlează o parte semnificativă a teritoriului acestuia. Implicarea actorilor externi în conflictul intern nu a fost de natură să detensioneze situația, dimpotrivă, a dus la o luptă de uzură între forțele guvernamentale susținute de Arabia Saudită și forțele rebele (Houthi), susținute de Iran. Această luptă a generat o situație umanitară dramatică, caracterizată prin creșterea exponențială a numărului de refugiați, cronicizarea sărăciei, distrugerea unor obiective civile (inclusiv centre pentru nevăzători și surzi, școli și obiective economice) și proliferarea înarmării. În această situație, Parlamentul European trebuie să adopte o poziție fermă împotriva continuării acestei stări de fapt regretabile și să încurajeze implicarea actorilor internaționali relevanți în soluționarea conflictului. Uniunea Europeană, prin intermediul Consiliului și a Serviciului de Acțiune Externă, se poate implica direct pentru limitarea vânzărilor de armament și pentru încurajarea încetării focului.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – En ne parvenant pas à suivre une voie politique de cohésion, le Yémen s'est empêtré dans des tensions tribales qui s'intensifient et dans la violente guerre où s'affrontent, par pions interposés, les rebelles houthistes, soutenus par l'Iran, et l'Arabie saoudite, laquelle mène une campagne militaire contre les rebelles qui plonge directement toute la région dans un conflit complexe qui dure déjà depuis plusieurs mois. Dans le même temps, l'Arabie saoudite voit les rebelles houthistes au Yémen comme une force iranienne de procurement, alors que l'Iran a condamné l'offensive menée par l'Arabie saoudite et appelé à l'arrêt immédiat de ses frappes aériennes.

Le Parlement européen, par cette résolution, fait part de toute son inquiétude face à la violence qui fait actuellement rage au Yémen et face à la crise humanitaire qui en découle et touche des millions d'enfants, de femmes et d'hommes innocents; il déplore la perte de vies humaines causée par le conflit et les souffrances des personnes prises dans les combats.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The vote on the resolution on the tragic humanitarian situation in Yemen could not take place as a majority of Members decided to postpone the vote to the next plenary. I expect Parliament to adopt a strong position on the topic in the near future.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Trenutačna situacija u Jemenu razlog je za veliku zabrinutost. Jemen prolazi kroz neviđenu humanitarnu katastrofu – 15 milijuna Jemenaca, odnosno više od polovice stanovništva treba humanitarnu pomoć, prvenstveno hranu, a životi nekoliko milijuna ljudi ugroženi su zbog nemogućnosti pružanja hitne pomoći. Zbog ovih alarmantnih podataka države članice trebaju pozvati sve sukobljene strane u Jemenu da poštuju načela humanosti, neutralnosti, neovisnosti i nepristranosti te da osiguraju zaštitu civila i humanitarnih radnika.

Europska unija treba doprinijeti rješavanju potreba jemenskog naroda kako bi se omogućilo hitno dostavljanje humanitarne pomoći i nužnih zaliha, uključujući gorivo, hranu i osnovne potrepštine. Zbog toga je nužno dodatno olakšati komercijalni pomorski pristup Jemenu.

Izražavam i duboku zabrinutost zbog sve većeg kršenja ljudskih prava, uključujući i konstantne napade na novinare i medijske kuće, iskorištavanje djece u oružanim sukobima, otmice ljudi, protivno Konvenciji protiv mučenja, zlostavljanja i pritvaranja vjerskih manjina. Smatram da prijedlog rezolucije koji sam podnijela s kolegama iz ECR-a može doprinijeti poboljšanju situacije u Jemenu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije o humanitarnih razmerah v Jemnu nisem podprla, saj smo v naši politični skupini EPP glasovali za preložitve glasovanja. Seveda podpiram prizadevanja Evropske unije ter OZN glede vloge mediatorja.

Težke razmere, ki vplivajo na slabšanje človekovih pravic in večanje nasilja resno ogrožajo stabilnost in varnost regije in potencialno vplivajo tudi na EU. S pozivom in prizadevanjem sprtih strani k dialogu, strpnosti ter zavračanju nasilja za doseganje političnih ciljev bo Jemen dosegel trajni mir in stabilnost tako na nacionalni kot mednarodni ravni. Resolucija je vsebovala še nekaj ključnih točk, ki jih moramo izboljšati, zato menim, da je preložitve glasovanja dobra priložnost za izboljšanje obstoječega teksta.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos a favor ya que el texto realiza un llamamiento a la UE para que se aplique el Derecho internacional humanitario, tal y como se recoge en las líneas directrices europeas, y para que su aplicación se incluya en el diálogo con Arabia Saudí. Además, insta a la Alta Representante de la UE a lanzar una iniciativa en el sentido de imponer un embargo armamentístico a Arabia Saudí para poner inmediatamente fin a las violaciones de derechos humanos en Yemen.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – For too long, Yemeni Governments have not fulfilled the democratic, economic and social aspirations of the Yemeni people. I express my deep concern at the ongoing violence in Yemen and the resultant humanitarian crisis affecting millions of innocent men, women and children

I strongly support the efforts of the UN Special Envoy, Ismail Ould Cheikh Ahmed, to find a lasting and peaceful resolution to the current crisis. I believe that Saudi Arabia and Iran hold the key to resolving the crisis, and urge both to work to improve bilateral relations and to seek to work together to end the fighting in Yemen.

The only long-term solution to the crisis in Yemen is via inclusive political dialogue, in line with the framework provided by the Gulf Cooperation Council initiative, the outcomes of the National Dialogue Conference, and the various UN Security Council and European Council conclusions.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jelentéstevő megállapítása szerint a jelenlegi jemeni konfliktus oka, hogy az egymást követő kormányok nem teljesítették a jemeni nép demokratikus, gazdasági és társadalmi törekvéseit, ezáltal fokozták az elégedetlenséget és a megosztottságot, amely elvezetett a jelenlegi erőszakhoz. Jemen északi részén a súlyos szárazföldi összecsapások, légitámadások, valamint a szárazföldi, tengeri és légi blokádnak együttes hatásai pusztító következményekkel jártak az országra nézve. A jelenleg zajló konfliktus súlyos, Jemen 26 millió lakosságának 80%-át érintő humanitárius válsághelyzetet eredményezett. Az ezzel kapcsolatos szavazás során az S&D-frakció álláspontját támogattam.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – The vote that took place concerning the resolution on the humanitarian situation in Yemen was actually a request to postpone the vote of the resolution to the February II part session. The request was put forward by Cristian Dan Preda, on behalf of the PPE Group. Parliament agreed to the request by electronic vote (391 in favour, 226 against, 13 abstentions). I voted in favour of the postponement of the vote to the February II part-session.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Es necesario que cese la violencia y que las partes del conflicto yemení puedan sentarse a dialogar para resolver de este modo la crisis humanitaria que está sufriendo el país y que afecta a millones de hombres, mujeres y niños inocentes. Esta Resolución llama a las partes a condenar la violencia y a intentar resolver sus diferencias a través del diálogo. Por todo ello considero necesario votar a su favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Condenámos desde o início a intervenção estrangeira no Iémen, nomeadamente saudita, iniciada em março de 2015.

A intervenção militar saudita no Iémen constitui uma violação do Direito internacional e uma inaceitável interferência nos assuntos internos daquele país, representando mais um exemplo da tendência intervencionista da Arábia Saudita em países da região, como demonstra a intervenção militar no Bahrein, em 2011.

A agressão militar a que o Iémen tem sido sujeito já provocou a morte de muitas pessoas e causou uma vaga de refugiados. Esta agressão pretende impor o domínio do imperialismo no Médio Oriente, esmagar a afirmação soberana iemenita e assegurar o controlo da posição geoestratégica do Iémen nas rotas de transporte de matérias-primas energéticas, nomeadamente do Estreito de Bab-el-Mandeb.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die im Antrag geäußerte Besorgnis, aufgrund der Lebensmittelunsicherheiten und der Angriffe gegen die Zivilbevölkerung teile auch ich. Die geforderte koordinierte Aktion der Vereinten Nationen halte ich für begrüßenswert. Ebenso könnte ein Dialog zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien zu Lösung der Krise beitragen. Daher unterstütze ich diesen Antrag.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The humanitarian situation in Yemen has deteriorated and the plight of those trapped in the conflict is shocking, with the most vulnerable bearing the brunt of its brutal reality. Malnutrition, lack of healthcare and no access to education will affect child victims for the rest of their lives.

This conflict is yet another proxy war between Iran and Saudi Arabia, in an enormously complex and fragmented region. As usual, it is the most vulnerable who suffer in the crossfire, as both sides violate international humanitarian law. I have been in close contact with an Ethiopian Ogadeni journalist trapped in Yemen and receive frequent alerts about the situation on the ground for innocent civilians.

The international community, the EU and its Member States individually, must put pressure on Saudi Arabia, Gulf states and Iran to make sure that they respect humanitarian law and do not kill or harm civilians. European Member States and other countries must ensure that they do not sell arms that end up targeting civilians in violation of international laws of conflict.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Η ΕΕ οφείλει να στηρίζει με την αρωγή και την βοήθεια της στη κάθε γωνιά του πλανήτη το δικαίωμα των λαών να ζουν σε μια ειρηνική, σταθερή και ευημερούσα κοινωνία, αλλά και να αναδεικνύει διεθνώς τα ανθρωπιστικά ζητήματα. Στήριξα το ψήφισμα που αφορά την ανθρωπιστική κατάσταση στην Υεμένη.

9.7. Systematischer Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS (RC-B8-0149/2016, B8-0149/2016, B8-0154/2016, B8-0156/2016, B8-0157/2016, B8-0159/2016, B8-0161/2016, B8-0162/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, I am very happy that Parliament today took the important step of calling the atrocities and mass murders carried out by ISIS or Daesh on Christians and other religious minorities genocide. Obviously I wholeheartedly supported this. Today we gave them a message of hope. It is a historic step. Yesterday we not only officially recognised the many crimes carried out by ISIS or Daesh, but we also named them as what they are: genocide. We showed that we see what is going on and that we accept the consequences as well.

I would therefore like to draw your attention to very urgent situation in Rojava Canton, where humanitarian aid is much needed. The Turkish and Iraqi Kurdish borders need to be opened immediately. The whole canton, comprising approximately 2 million people, is at the moment supplied through one border crossing. We do not have a solution yet for solving the whole Syrian crisis, but we can at least save 2 million lives.

György Hölvényi (PPE). – Őszintén megvallva, igazából elegendem van a különböző ISIS-szel, közel-keletről való határozatokról. Többször járva a térségben, és a sürgető cselekvés és a mi tempónk közötti ellentmondás egyszerűen égbekiáltó, de mégis azt mondom, hogy a mostani határozattal elfogadott határozattal kaptunk mi egy esélyt. Kaptunk Európában egy esélyt, hogy valóban cselekedjünk és valóban olyat tegyünk, amire szükség van. Miről is van szó? Európa a mai napig vonakodott elismerni, hogy sajátos felelősségünk van a keresztény és más üldözött kisebbségekért, vallási kisebbségekért. Végre, ha már több éves késéssel is, de ezt kezdjük elismerni. Egyet tudni kell! A keresztény és más vallási kisebbségek Európára tekintenek, csak ránk számíthatnak. Ezt a kezét nem illik visszautasítani. Az egyszerűen embertelenség.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil toto usnesení z důvodů, které zde již zmínili moji kolegové. Když tzv. Islámský stát není státem, je to teroristická skupina, tak je dobře, že jsme označili a jasně popsali, že jednání této skupiny splňuje znaky těch nejzávažnějších zločinů, které lidstvo označilo po druhé světové válce, a to je zločin genocida, válečné zločiny a zločiny proti lidskosti. Je to dobré pro tu fázi, kdy bude Islámský stát poražen a bude možné začít jeho představitele soudit před mezinárodním trestním tribunálem. To je ta jedna poloha. Ta druhá věc, kterou vítám, je zde celá řada konkrétních věcí, které odsuzujeme, jako je ničení kulturního bohatství a dědictví. Jasně říkáme, že ti, kteří s tím obchodují a pomáhají tak Islámskému státu získávat nelegální peníze, mají být potrestáni. To si myslím, že je důležité pro jednotlivé členské země, protože kdyby IS neměl odbyt těchto věcí kulturního dědictví, nemohl by s nimi obchodovat.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāja kungs! Neatkarīgi no tā, vai "Islāma valsts" burtiski rikojās, izejot no islāma postulātiem, vai pilnīgi to izkropļoja, vienu var atzīmēt viennozīmīgi: tās sastāvā normālu cilvēku nav.

Jo ļoti vienkārši, tam, kas notiek dotajā brīdī Tuvajos Austrumos, nav nekā kopīga ar cilvēcību. Kamēr *Daesh* aktīvi apspiež arī musulmaņus, tas neiet nekādā salīdzinājumā ar to, ko šie zvēri dara ar minoritātēm — kristieši, jezīdi, šabaki un pārējie neticīgie var pāriet islāmā vai nomirt. Citu alternatīvu nav.

Sensenām kopienām, kuras pastāvēja kopš laikiem, kad islāms vispār neeksistēja, draud pilnīga iznīcināšana. Viņi meklē patvērumu. Viņi devās bēgļu gaitās. Šajā ziņā es gribu no visas sirds pateikties tiem, kas organizēja 149 ašīriešu — kristiešu bēgļu no Ziemeļirākas transportēšanu uz Slovēkiju pagājušā gada decembrī. Šie cilvēki, starp citu, ir pēdējie kas runā Jēzus valodā — aramiešu valodā.

Rezolūciju atbalstu.

Anna Záborská (PPE) – Medzinárodné právo pozná presné kritériá, podľa ktorých sa posudzuje genocída. Je to konanie, ktorého zámerom je zničenie národnej, etnickej, rasovej alebo náboženskej skupiny. Zahŕňa úmyselné zabíjanie jej členov, spôsobovanie vážnej telesnej a duševnej ujmy so zámerom fyzicky ich zničiť. Uznanie utrpenia kresťanov a ďalších menšín v Iraku a Sýrii za genocídu znamená prvý krok smerom k prijatiu rezolúcie Bezpečnostnej rady, ktorá poverí Medzinárodný trestný tribunál prešetrením a stíhaním zločinov v tejto oblasti. Vzhľadom na ich závažnosť je dôležité, aby Európska únia vytvorila špeciálny post, ktorého predstaviteľ bude brániť práva a životy kresťanov a ďalších náboženských menšín na celom svete. Som veľmi rada, že bol tento návrh schválený. Prijatá rezolúcia je historickým textom tohto Parlamentu.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – L'organizzazione terroristica che prende il nome di ISIS/Daesh è purtroppo un reale pericolo tutte le minoranze etniche e religiose che abitano la regione iracheno- siriana.

In questi mesi tale organizzazione si è resa responsabile di gravi violazioni dei diritti umani che equivalgono a crimini contro l'umanità e crimini di guerra.

La situazione è insostenibile e urge un intervento al fine di tutelare le popolazioni colpite da questo «flagello».

Il testo pur affrontando le varie criticità si incentra troppo sul solo intervento militare, dimenticando che la situazione odierna è frutto di una politica internazionale basata sull'uso della sola forza.

Per queste motivazioni ho deciso di astenermi.

John Stuart Agnew (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for this non-legislative and non-binding report. UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. UKIP voted against this non-legislative and non-binding report, given the resolutions lack of calls for EU action, aside from §10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative to which we voted against, we voted for the resolution as a whole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. Given the resolution's lack of calls for EU action (aside from §10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative, which we voted against), we voted for the resolution as a whole.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en esta Resolución porque en el texto se apela a la «Responsabilidad de Proteger» (R2P), que está en el origen de las desastrosas intervenciones militares que han causado la desestabilización en la región. Los que apoyaron la R2P apoyaron también a los «rebeldes» yihadistas que hoy atacan a las minorías religiosas. Condenamos firmemente las matanzas de civiles, incluidas las minorías religiosas, étnicas y de cualquier clase, pero estamos en contra de la instrumentalización y la utilización de determinadas religiones por parte de la UE. Nos hemos opuesto a la ampliación de competencias de la acción exterior de la UE mediante la creación de un alto representante de Libertad de Religión y Creencias, porque entendemos que su labor se solaparía con la de la Alta Representante para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad y podría ser contraproducente si reprodujese la realidad parlamentaria, que prima la atención a determinadas confesiones en detrimento de otras, lo que puede contribuir a la islamofobia. Por esto nos hemos abstenido en esta Resolución.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Si je partage avec ce texte la même répulsion envers l'État islamique et ses crimes effroyables, je m'interroge en revanche sur l'utilisation politique qui en est faite par l'Union européenne pour se donner une légitimité diplomatique qu'elle n'a pas. Ainsi je ne puis soutenir l'idée de créer «un représentant spécial permanent pour la liberté de religion et de conviction» auprès des institutions de l'UE, pas plus que je n'accepte que l'UE enjoigne «à la Syrie et à l'Irak d'accepter la compétence de la Cour internationale» dont il est évident qu'elle applique une vision occidentale contemporaine du droit à des pays qui s'inscrivent dans une perspective culturelle et civilisationnelle très différente. Enfin, il est bien évident que ce ne sont pas des résolutions du Parlement européen qui résoudront quoi que soit au Proche et au Moyen-Orient. Je constate à ce propos qu'en dehors des pétitions de principes, pas un mot sur la stratégie qu'il faudrait suivre pour reprendre les territoires contrôlés par l'EI alors qu'il est évident que les puissances occidentales devraient revoir leur position à l'égard des gouvernements syrien, russe et iranien et se démarquer de la Turquie, de l'Arabie saoudite et du Qatar. C'est pourquoi je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This was not the subject of a roll-call vote. In the interests of democracy, I wish to point out that I voted in favour of this report, although I specifically disagree with the original text in certain areas, not least with paragraph 10.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – As notícias de massacres que diariamente nos chegam dos territórios ocupados pelo ISIS são hoje em dia, infelizmente, encaradas com uma naturalidade que nos devia chocar. Os atos terroristas cometidos por esta organização contra as populações locais, e especialmente contra minorias religiosas, devem ser condenados e combatidos por toda a comunidade internacional.

Este relatório do Parlamento Europeu, que terá o meu voto, sendo apenas um pequeno gesto, deve ser encarado como um sinal forte dado por esta casa para que todas as organizações e entidades que têm o dever de salvaguardar as liberdades e garantias de todos os seres humanos façam, por isso mesmo, todos os esforços ao seu alcance para combater esta organização e todos aqueles que a apoiam e ajudam a cometer estes atos de barbárie.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuos siekiama griežtai pasmerkti grupuotę ISIS ir jos žmogaus teisių pažeidimus, kuriais ji siekia išnaikinti vietos religines ir etnines mažumas, taip pat jų religijos ir kultūros paveldą. „Islamo valstybės“ elgesys su religinėmis mažumomis turi būti pripažintas genocidu, o jį vykdančios asmenys – griežtai nubausti. Tokie veiksmai prilygintini nusikaltimams žmoniškumui. Pritariu raginimams ES valstybėms „aktyviai kovoti su radikalėjimu“ ir teisiškai užkirsti kelią jų piliečiams prisijungti prie ISIS, o asmenis, prisijungusius prie minėtos grupuotės ar kurstančius paramą jai internetu, kuo greičiau patraukti baudžiamojon atsakomybėn. Pritariu, kad būtina paskirti ES specialųjį atstovą religijos ir tikėjimo laisvės klausimais.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for this non-legislative and non-binding report. UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. UKIP voted against this non-legislative and non-binding report, given the resolutions lack of calls for EU action, aside from §10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative to which we voted against, we voted for the resolution as a whole.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – S'il faut soutenir les minorités martyrisées par les terroristes de l'Etat islamique, né du chaos engendré par les interventions occidentales dans la région, je refuse que la Commission en profite pour s'arroger de nouveaux pouvoirs et se réclame d'une légitimité qu'elle n'a pas pour traiter d'aussi graves problèmes internationaux.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution commune qui condamne tous les crimes du groupe «État islamique», équivalents à des crimes contre l'humanité et à des crimes de guerre, et qui souligne que le groupe «État islamique» commet un génocide contre les chrétiens et les yézidis ainsi que d'autres minorités religieuses et ethniques qui ne partagent pas son interprétation de l'islam.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Daesh costituisce una minaccia senza precedenti alla pace e alla sicurezza internazionale. Le distruzioni del patrimonio culturale mondiale e il traffico di opere d'arte si sono collegate, sin dal principio, alle immani violenze praticate nei confronti della popolazione civile e in particolare delle minoranze residenti nei territori sotto il suo controllo. L'ideologia estremistica portata avanti dai terroristi si è manifestata in una serie di estorsioni, rapine, massacri e torture inflitte ai membri delle più diverse comunità religiose ed etniche. Ho sostenuto la risoluzione sullo sterminio sistematico delle minoranze religiose da parte dell'ISIS per condannare con forza i crimini contro l'umanità messi in opera da Daesh. L'UE deve fornire il proprio pieno sostegno ai paesi e alle popolazioni minacciate dall'avanzata di questi gruppi, garantendo le necessarie condizioni di sicurezza e un futuro dignitoso a tutti coloro che sono stati costretti ad abbandonare il loro paese d'origine. Solo un impegno di tutta la comunità internazionale potrà garantire un effettivo rientro degli sfollati nei proprio paesi e salvaguardare le loro proprietà e i loro siti religiosi e culturali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en la votación de esta Resolución al considerar que: 1) la llamada a aceptar la jurisdicción de la Corte Penal Internacional debe ir dirigida también a los Estados Unidos, China, India y a todos los Estados, y no limitarse a Siria e Irak; 2) toda intervención autorizada debe tener un carácter civil y humanitario y no militar; 3) la utilización del concepto de genocidio con un espectro mucho mayor del que se le concede en el marco de la Corte Penal Internacional (al margen del caso de los yazidís) resulta problemática; 4) la abstención pretende evitar incidir en la discriminación étnica o religiosa de las víctimas de esta atrocidad que, por supuesto, condenamos. Señalar a determinadas religiones como víctimas (como la cristiana) y a otras como culpables (la musulmana, aun cuando la mayoría de los crímenes del EIIL se cometen contra musulmanes) solo sirve para alimentar el odio interreligioso y el choque de civilizaciones con los que los promotores de textos como este pretenden fundamentar y justificar su belicismo interesado.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución que condena rotundamente al denominado EIL y sus atroces violaciones de los derechos humanos, que son crímenes de guerra y contra la humanidad. Pide además que la UE establezca un representante especial permanente para la Libertad de Religión y Creencias.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ayant pourtant à cœur la situation des chrétiens d'Orient et la véritable épuration religieuse qu'ils subissent de la part du soi-disant «État islamique», j'ai cependant préféré m'abstenir sur cette résolution.

Je rappelle que j'ai tenté d'alerter les autorités européennes à de nombreuses reprises sur le sort des chrétiens d'Orient et la destruction des biens culturels et religieux, comme à Palmyre.

Cependant, cette résolution semble prendre le parti d'utiliser la misère de ce véritable drame humain afin de renforcer les compétences diplomatiques de l'Union européenne. Pourtant, comme les événements l'ont démontré, la seule solution viable en vue d'un processus de paix reste entre les mains d'États souverains; la diplomatie menée par la Russie avec le gouvernement syrien en est un bon exemple.

L'Union européenne n'a pas à se substituer aux États, particulièrement lorsqu'elle a partiellement contribué à créer ou à empirer des conflits qui ont conduit à la montée en puissance de Daesh. Comme de nombreuses crises l'ont montré, a fortiori celle des migrants, en situation d'extrême urgence, seules les nations sont aptes à réagir au mieux pour le bien des populations et la résolution des conflits géopolitiques.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione attacca in maniera chiara e netta l'Isis e le persecuzioni, le uccisioni, le violenze perpetrate verso i cristiani e le minoranze religiose. Da anni mi batto affinché l'Europa riconosca lo stato di persecuzione delle comunità Cristiane nel mondo da parte dei fondamentalisti islamici. Avrei preferito una linea più incisiva, ma ammetto che è un inizio che si riconosca la realtà dei fatti: in Medio Oriente i cristiani stanno subendo un vero e proprio sterminio.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La propuesta de Resolución tiene como punto clave la lucha contra la persecución de cristianos, musulmanes no salafistas, personas LGBTI y otras personas o grupos que no comparten la visión del mundo del Dáesh. El mundo debe considerar a este grupo terrorista como responsable de las diversas atrocidades que han cometido contra los grupos religiosos y las minorías en general. Esta Resolución insta a los Estados del Golfo y, en particular, a Arabia Saudí, a que rechacen las enseñanzas wahabíes intolerantes que distorsionan los valores islámicos tradicionales; pide a la comunidad internacional, incluidos la UE y sus Estados miembros, que asegure las condiciones de seguridad y las perspectivas de dichas minorías étnicas y religiosas; insta a todos los Estados miembros de la UE a actualizar sus sistemas jurídicos con el fin de evitar que sus nacionales y conciudadanos puedan viajar a unirse al Dáesh y otras organizaciones terroristas y para que, en caso de que lo hagan, sean procesados cuanto antes; y pide a todas las partes involucradas en el conflicto que respeten los derechos humanos universales para facilitar la prestación de ayuda humanitaria y asistencia a través de todos los canales posibles.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė dėl vadinamosios grupuotės ISIS („Da'esh“) vykdomų religinių mažumų sisteminių masinių žudynių. JT Generalinis Sekretorius smurtinio ekstremizmo ideologiją, kurią vykdo vadinamoji grupuotė ISIS („Da'esh“), jos teroro aktai, jos nuolatiniai, šiurkštūs, sistemingi ir plataus masto išpuoliai prieš civilius gyventojus, žmogaus teisių ir tarptautinės humanitarinės teisės pažeidimai, įskaitant ir tuos, kurie vykdomi religinių ar etninių pagrindu, kultūros paveldo naikinimas ir prekyba kultūros vertybėmis – pripažino bendra beprecedente grėsmė tarptautinei taikai ir saugumui. Pakartoja, kad griežtai smerkia vadinamąją grupuotę ISIS („Da'esh“) ir jos įvykdytus pasibaisėtinus žmogaus teisių pažeidimus, kurie pagal Tarptautinio baudžiamojo teismo Romos statuto nuostatas prilygsta nusikaltimams žmoniškumui ir karo nusikaltimams, ir šiuos veiksmus JT Saugumo Taryba taip pat galėtų pripažinti genocidu. Parlamentas išreiškė didelį susirūpinimą dėl šios teroristų grupuotės tyčinių išpuolių prieš krikščionis (chaldėjus, sirus, asirus, melkitus, armėnus), jazidus, turkmėnus, šiitus, šabakus, saabėjus, kakajus ir sunitus, kurie nesutinka su tuo, kaip ši grupuotė aiškina islamą, kaip dėl vieno iš bandymų naikinti visas religines ir etnines mažumas jų kontroliuojamose teritorijose. Parlamentas taip pat primygtinai paragino JT Saugumo Tarybos nares paremti siūlymą, kad Saugumo Taryba klausimą perduotų spręsti Tarptautiniam baudžiamajam teismui, siekiant ištirti Irake ir Sirijoje vadinamosios grupuotės ISIS („Da'esh“) įvykdytus pažeidimus prieš religines ir etnines mažumas.

Franz Bogovič (PPE), *pisno*. – Grozodejstva, ki jih izvaja t.i. Islamska država so neopisljiva. Obglavljenja nevernikov, kot jih imenujejo sami, zaslužnjevanje, uveljavljanje šeriatskega prava v vsej svoji krutosti, teroristični napadi na civiliste, skrunjenje večtisočletne kulturne dediščine so le nekatera izmed okrutnih dejanj, ki se jih poslužujejo samozvani borci Islama v Siriji, Iraku, Libiji ter tudi v Evropi.

Islamska država izvaja tudi genocid nad verskimi manjšinami, kot so kristjani, jazidi, turkmeni in ostali, in to je v tej resoluciji jasno opredelil Evropski parlament. Ne gre torej za osamljene usmrtitve posameznikov, ki ne prisežejo zvestobe džihadistom, ampak za načrtno iztrebljanje verskih manjšin. Mednarodna skupnost ne sme ostati ravnodušna ob teh grozodejstvih in si mora z vsemi razpoložljivimi sredstvi začeti iskreno prizadevati za reševanje konflikta v Siriji in Iraku, ki se že hitro širi proti severni Afriki.

Resolucija, ki sem jo podprl, poziva tudi k vzpostavitvi stalnega predstavnika za svobodo veroizpovedi, države članice pa poziva k okrepitvi njihove zakonodaje z namenom preprečevanja prehodov borcev Islamske države skozi njihova ozemlja izven EU in nazaj. Poziva tudi k takojšnjemu kazenskemu pregonu tovrstnih posameznikov kot potencialnih teroristov.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu izjavo kojom se želi ukazati kako nisu samo kršćani oni na kojima se provode zločini od strane terorističke skupine ISIS-a.

Jezidi, sekularne skupine, suniti, sufije, alaviti, LGBT zajednice, sve su to skupine na kojima se provode brutalna zlodjela jer ne prihvaćaju rigorozno vehabijsko tumačenje islama na koje se poziva ISIS.

Stoga smatram kako i navedene skupine trebaju ući u tekst rezolucije jer ta teroristička skupina treba biti odgovorna za sve zločine koje čini.

Mercedes Bresso (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo documento perché ritengo che lo sterminio sistematico che ISIS/Daesh ha perpetrato e sta tuttora perpetrando ai danni delle minoranze religiose sia vergognoso e che sia dovere dell'Unione europea, oltre che della NATO e delle Nazioni Unite, adoperarsi affinché vi sia posto fine e affinché la minaccia rappresentata da ISIS/Daesh sia debellata.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Lo Stato Islamico ha trasformato il settarismo in uno strumento di propaganda e di morte. Le minoranze religiose e quelle etniche sono tra le vittime più minacciate da questa violenza cieca e soggette al rischio di emarginazione, discriminazione e scomparsa. Il livello crescente della minaccia e il suo carattere globale pongono il problema come prioritario nell'agenda politica europea. La legge dovrebbe incoraggiare l'inclusione delle minoranze e i gruppi minoritari dovrebbero poter contare su protezione e assistenza speciale, al fine di preservare la propria presenza nella religione. È in corso una grave violazione dei diritti umani e delle libertà fondamentali che deve essere affrontata dall'Unione europea e dai suoi Stati membri con durezza e celerità.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à condamner le groupe «État islamique» pour les crimes de guerre et les crimes contre l'humanité commis à l'encontre des minorités ethniques et religieuses. Le groupe «État islamique» et ses membres sont responsables d'actes de torture, de massacres de masse, de viols et de la traite d'êtres humains, dont sont victimes en particulier les femmes; les auteurs de ces crimes devront en répondre devant la Cour pénale internationale.

Il est évident que nous partageons l'indignation et l'émotion que suscitent ces actes de barbarie. Néanmoins, nous souhaitons rappeler la responsabilité des institutions européennes et de certains États membres dans la déstabilisation politique du Proche et du Moyen-Orient qui a conduit au renforcement des fondamentalistes islamistes. C'est d'ailleurs la raison pour laquelle nous n'accordons aucune légitimité à l'Union européenne pour éradiquer le groupe «État islamique».

Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Genocidul, crimele împotriva umanității și crimele de război, indiferent de locul și de perioada în care sunt comise, nu trebuie lăsate nepedepsite, reprezentând o preocupare pentru structurile Uniunii de a combate aceste acte.

În ultimii ani, în cadrul campaniei sistematice de atacuri cu bombă împotriva bisericilor creștine din Irak, au fost atacate sau aruncate în aer 66 de biserici. De asemenea, un rezultat îngrijorător al execuției sistematice în masă a membrilor minorităților religioase de către ISIS se transpune în numărul semnificativ mai scăzut de creștini în Siria și Irak. Astfel, în Irak a fost înregistrată o scădere de la 1 400 000 în 2003 la aproximativ 300 000, iar în Siria de la 1,25 milioane în 2011 la numai 500 000 în prezent. Drept urmare, extremismul și persecutarea din prezent a creștinilor reprezintă un factor tot mai semnificativ în dezvoltarea fenomenului migrației în masă și a strămutării interne.

Este necesară recunoașterea dreptului inalienabil al tuturor minorităților religioase și etnice care trăiesc în Irak și Siria, de a putea să trăiască în condiții de egalitate și siguranță, precum și de a-și putea practica religia pe deplin și liber, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione comune perché attacca pesantemente l'ISIS e le persecuzioni, le uccisioni e le violenze perpetuate ai danni delle minoranze religiose, vittime di questi attacchi. Inoltre, chiama al riconoscimento del genocidio per i cristiani e gli yazidi del Medio Oriente, oltre a chiedere azioni per proteggere tutte le varie minoranze menzionate nel testo. È stato mantenuto anche un suggerimento dell'ECR che include il supporto ad azioni militari. Questo, vista la linea del nostro movimento forse non è sufficiente, ma è comunque rilevante ricordandoci che è una risoluzione comune fra tutti i gruppi. Il mio suggerimento è d'appoggiare la risoluzione, facendo comunque notare che avremmo voluto una risoluzione maggiormente incisiva. Questa può comunque essere una base di partenza vista la condanna forte, riconoscendo che i cristiani in Medio Oriente stanno subendo un vero e proprio sterminio.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le massacre systématique des chrétiens en Iraq et en Syrie doit être considéré comme un génocide. Dans cette région, les minorités religieuses et les chrétiens sont confrontés quotidiennement aux atrocités du groupe «État islamique». Il est évident que l'objectif principal de ce groupe est de détruire systématiquement ces minorités religieuses ainsi que leur culture. Notre devoir en tant qu'Européens est de venir en aide à ces minorités et de les protéger de ce fléau. J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande que des mesures soient prises pour que les Nations unies reconnaissent le génocide perpétrés par le groupe «État islamique» sur les chrétiens, les yézidis et d'autres minorités religieuses et ethniques.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione sullo sterminio sistematico delle minoranze religiose da parte dell'ISIS. L'estremismo violento del cosiddetto ISIS/Daesh, i suoi attacchi terroristici contro i civili, i suoi crimini di matrice religiosa ed etnica e la sua opera di distruzione del patrimonio culturale costituiscono una minaccia globale e senza precedenti per la pace, la stabilità e la sicurezza internazionali. Preoccupano molto gli attacchi deliberati di questo gruppo terroristico a danno di cristiani, yazidi, turcomanni, sciiti, shabak, sabeï, kakai e sunniti, che hanno l'obiettivo di eliminare ogni minoranza religiosa dalle zone sotto il suo controllo.

L'Unione europea deve quindi sostenere gli sforzi diplomatici internazionali e il lavoro dell'inviato speciale dell'ONU Staffan de Mistura per lanciare negoziati di pace a Ginevra, tra tutte le parti siriane, con la partecipazione di tutti gli attori globali e regionali, per fermare l'avanzata dell'ISIS/Daesh. Inoltre, ritengo che l'Unione europea dovrebbe mettere pressione sugli Stati del Golfo per intensificare gli sforzi per prevenire e reprimere qualsiasi forma di sostegno, attivo o passivo, all'ISIS/Daesh, e per affrontare con determinazione l'ideologia estremista che distorce i valori islamici tradizionali e che, nella sua interpretazione estrema, è utilizzata come giustificazione politico-religiosa delle azioni dell'ISIS/Daesh.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for this non-legislative and non-binding report. UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. UKIP voted against this non-legislative and non-binding report, given the resolutions lack of calls for EU action, aside from §10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative to which we voted against, we voted for the resolution as a whole.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because I agree that the persecutions of religious and ethnic minorities by the so-called ISIS/Daesh should be recognised by the international community as genocide. While the European Parliament has done so today, I hope that the UN Security Council and other international organisations will also take such action. We must condemn all such violence and bring the perpetrators to justice.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con questa risoluzione si chiede alla comunità internazionale di intraprendere azioni immediate per combattere il sistematico sterminio di massa delle minoranze religiose perpetrato dal cosiddetto Stato Islamico in Iraq e in Siria (ISIS) o Daesh. Viene inoltre ribadita la ferma condanna all'ISIS/Daesh e alle sue vergognose violazioni dei diritti umani, che prendono di mira deliberatamente cristiani, yazidi, turkmeni, sciiti, shabak, sabeï, Kaka'e e sunniti. Il motivo per cui mi sono astenuto sul voto finale è dovuto al fatto che, a difesa delle minoranze, viene menzionata la possibilità di un intervento militare, cosa che non condivido.

Δευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στηρίζουμε την κοινή πρόταση ψηφίσματος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με τις συστηματικές μαζικές δολοφονίες θρησκευτικών μειονοτήτων από το λεγόμενο «ISIS/Daesh» και τονίζουμε ότι είναι σημαντικό η διεθνής κοινότητα να προσφέρει προστασία και βοήθεια σε όλους όσους έχουν τεθεί στο στόχαστρο του λεγόμενου «ISIS/Daesh» και άλλων τρομοκρατικών οργανώσεων στη Μέση Ανατολή, όπως είναι οι εθνοτικές και θρησκευτικές μειονότητες. Επαναβεβαιώνουμε την πλήρη και ενεργό υποστήριξή μας στις διεθνείς διπλωματικές προσπάθειες και στο έργο του Ειδικού Απεσταλμένου του ΟΗΕ Staffan de Mistura, που αποβλέπουν στη δρομολόγηση ειρηνευτικών διαπραγματεύσεων μεταξύ όλων των κομμάτων της Συρίας.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Sono due i temi che questa risoluzione solleva e che mi hanno spinto a votare a favore. Il primo è l'attacco alla libertà religiosa. Nel 2016 non si può sentire: in Europa abbiamo attraversato secoli bui di estremismo religioso, ma per fortuna ne siamo usciti ormai da tempo e la libertà è diventata un valore pressoché assoluto, mentre ci sono ancora zone del mondo dove non è così. Il secondo tema è quello dei *foreign fighter*: in Occidente siamo così liberi da permettere che ci siano persone disposte ad immolarsi per un principio che noi rifugiamo. Questo significa che la nostra società non ha gli anticorpi per difendere le proprie basi da attacchi quanto meno paradossali. Viene in mente il sommo poeta, che cantava «Libertà vo cercando che è sì cara, come sa chi per lei vita rifiuta».

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for this non-legislative and non-binding report. UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. UKIP voted against this non-legislative and non-binding report, given the resolutions lack of calls for EU action, aside from §10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative to which we voted against, we voted for the resolution as a whole.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O ano de 2015 foi marcado pela multiplicação de conflitos violentos e actos terroristas praticados pelo Estado Islâmico violando o Direito internacional humanitário e perpetrando sob uma pretensa ideologia religiosa actos de extermínio de comunidades étnicas, erradicação de património cultural e actos de pura barbárie contra o ser Humano.

Não posso, não podemos e não devemos permitir, como referiu o Papa Francisco, «um mundo onde as diferentes formas de moderna tirania procuram suprimir a liberdade religiosa, ou reduzi-la a uma subcultura sem direito de expressão na esfera pública, ou ainda usar a religião como pretexto para o ódio e a brutalidade».

Apoio a presente Resolução que condena estes actos de guerra e genocídio praticados pelo estado Islâmico contra minorias étnicas e religiosas como as yazidi, turquemenas, cristãs, curdsas, xiitas, sabeíta-mandeístas, muçulmanos sunistas e insta contra a sua ocorrência e punição dos seus perpetradores.

Este não é um desafio de um ou outro credo, é um desafio da humanidade, que exige cooperação de todos os Estados e entidades. Globalize-se o ataque ao EIIL/Daesh, não se globalize a indiferença.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Resolution gestimmt, denn ich verurteilt aufs Schärfste den Islamischen Staat und seine ungeheuren Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Glaubens- und Religionsfreiheit sind essenzielle Werte und müssen Kern der europäischen Außenpolitik sein.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La situazione della zona geografica del Medio Oriente che include Iraq e Syria è drammatica per le minoranze religiose, e più precisamente per coloro di fede cristiana. Oramai, si ricevono sempre più informazioni e resoconti che costatano che quest'ultima è oggetto di varie violazioni del diritto internazionale: i cristiani sono permanentemente e sistematicamente presi di mira dall'«ISIS/Daesh», che intenzionalmente persegue la loro distruzione e la loro cancellazione culturale nei territori da loro controllati. Inoltre, molto spesso sono uccisi, torturati, rapiti, schiavizzati (in modo particolare le donne), convertiti all'Islam e sottoposti ad altri maltrattamenti. Per questi motivi, voto in favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo che riconosce i fatti come esplicite violazioni dello statuto di Roma e in questo modo si conforma agli obblighi che incombono alla comunità internazionale al riguardo dei crimini di guerra, crimini contro l'umanità e genocidio.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This motion for a resolution clearly expresses Parliament's disgust at the mass murder of groups of persons by terrorist organisations such as ISIS/Daesh merely because they are a religious minority. A number of attacks on religious minorities have been taking place that show the extent of the terror brought about by such an organisation and highlight the importance of a unified voice between Member States, the European Union and other third countries against ISIS. The resolution also calls upon States to ensure the security of all religious minorities. I have thus voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en esta Resolución porque en el texto se apela a la «Responsabilidad de Proteger» (R2P), que está en el origen de las desastrosas intervenciones militares que han causado la desestabilización en la región. Los que apoyaron la R2P apoyaron también a los «rebeldes» yihadistas que hoy atacan a las minorías religiosas. Condenamos firmemente las matanzas de civiles, incluidas las minorías religiosas, étnicas y de cualquier clase, pero estamos en contra de la instrumentalización y la utilización de determinadas religiones por parte de la UE. Nos hemos opuesto a la ampliación de competencias de la acción exterior de la UE mediante la creación de un alto representante de Libertad de Religión y Creencias, porque entendemos que su labor se solaparía con la de la Alta Representante para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad y podría ser contraproducente si reprodujese la realidad parlamentaria, que prima la atención a determinadas confesiones en detrimento de otras, lo que puede contribuir a la islamofobia. Por esto nos hemos abstenido en esta Resolución.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Ideologia extremistă violentă perpetuată de ISIS/Daesh, actele teroriste, atacurile sistematice îndreptate împotriva civililor, abuzurile împotriva drepturilor omului și ale dreptului umanitar internațional, inclusiv cele conduse pe motive religioase sau etnice, eradicarea patrimoniului cultural și a traficului de bunuri culturale, constituie o amenințare globală și fără precedent pentru pacea și securitatea internațională.

Persoanele aparținând minorităților etnice și religioase care se opun ISIS/Daesh și altor grupuri teroriste, miliții și grupuri armate nestatale în zonele aflate sub controlul lor de facto continuă să fie în pericol de a fi persecutate.

Comunitatea internațională, inclusiv UE și statele sale membre, trebuie să asigure condițiile de securitate necesare și perspectivele pentru minoritățile etnice și religioase, care au fost forțate să-și părăsească sau au fost deplasate forțat, să aibă posibilitatea să se reîntoarcă cât mai repede în țările lor.

Comunitatea internațională trebuie să asigure protecție militară și ajutoare grupurilor deosebit de vulnerabile vizate de ISIS/Daesh și altor organizații teroriste din Orientul Mijlociu, cum ar fi minoritățile etnice și religioase, precum și participarea acestor grupuri în găsirea de soluții politice durabile. Toate părțile implicate în conflict trebuie să respecte drepturile universale ale omului pentru a facilita furnizarea de ajutor umanitar și asistență prin toate canalele posibile.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az Európai Parlament határozata a jelenlegi szíriai és iraki helyzetet figyelembe véve került megfogalmazásra és elfogadásra. Az EP határozottan elítéli az úgynevezett „ISIS/Dáist” és annak emberi jogi visszaéléseit. Szorgalmazza, hogy az ENSZ Biztonsági Tanácsa a bűncselekményeket népirtásnak minősítse. Az EP aggasztónak tartja, hogy ez a terrorcsoport szándékosan a keresztény kisebbségeket és azon szunnitákat veszi célba, akik nem értenek egyet az iszlám általuk követett értelmezésével. A Parlament elítéli a vallási és kulturális helyszínek és tárgyak „ISIS/Dáis” általi elpusztítását.

Az EP elismeri és támogatja valamennyi etnikai és vallási kisebbség, valamint más, Irakban és Szíriában élő személy elidegeníthetetlen jogát arra, hogy továbbra is méltóságban, egyenlőségben és biztonságban élhessen saját szülőföldjén, és szabadon gyakorolhassa vallását és meggyőződését, valamint követeli, hogy e jogot mindenki tartsa tiszteletben.

A keresztények, jeziditák és a térségben élő más közösségek szenvedéseinek és tömeges elvándorlásának megakadályozása érdekében elengedhetetlen a térség politikai és vallási vezetőinek nyilatkozata, amelyben támogatják további jelenléteiket és jogait. Arra kéri a nemzetközi közösséget, hogy biztosítsák a szükséges biztonsági feltételeket azok számára, akik hazájuk elhagyására kényszerültek. A jelentés kéri az Uniót, hogy hozza létre a vallás és meggyőződés szabadságával foglalkozó, állandó különleges képviselő tisztségét. Támogattam a szövegben foglalt elképzeléseket.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Mając na uwadze, że nadal dopuszcza się powszechnego i systematycznego łamania praw człowieka, w szczególności wobec mniejszości, takich jak Jazydzi, chrześcijanie, Turkmeni, Szyici, Szabakowie, Sabejscy Mandejczycy, Jarsanici i Kurdowie oraz fakty, że przemoc ze strony Daisz dotyczy nie tylko osób, lecz rozciąga się też na niszczenie miejsc kultu religijnego i znalezisk archeologicznych rezolucja wzywa wszystkie rządy i władze publiczne, w tym UE (w szczególności Radę i ESDZ) i jej państwa członkowskie, Organizację Narodów Zjednoczonych, Sekretarza Generalnego ONZ, specjalnych przedstawicieli i specjalnych sprawozdawców ONZ, Wysokiego Komisarza Narodów Zjednoczonych ds. Praw Człowieka i wszystkie inne organy i instytucje międzynarodowe wraz z ich przywódcami i przedstawicielami, by popełniane przez tzw. ISIS/ Daisz okrucieństwa wobec innych narodów i wyznań i wszelkich innych rdzennych mniejszości religijnych nazwali po imieniu: „zbrodniami przeciwko ludzkości” i „ludobójstwem”. Celem ISIS/Daish jest umyślne dążenie do całkowitej likwidacji fizycznej i kulturowej z terytoriów znajdujących się pod jego kontrolą wszystkich innych mniejszości etnicznych i religijnych. Mając na uwadze wezwania do działań skierowane na obronę podstawowych praw człowieka a szczególnie najważniejszego – prawa do życia – poparłem rezolucję.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this resolution, in which the European Parliament calls on the UN Security Council to take action against ISIS/Daesh because of their persecution, atrocities and international crimes against minorities, which amount to crimes against humanity and war crimes according to the Rome Statute of the International Criminal Court (ICC). Parliament also denounces in the strongest terms the destruction of religious and cultural sites and artefacts by Daesh, which constitutes an attack against the cultural heritage of all inhabitants of Syria and Iraq and of humanity at large.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Cette proposition de résolution appelle la Commission européenne à prendre des mesures urgentes pour contrer le massacre systématique des minorités religieuses par le groupe «État islamique» et demande à l'Union de reconnaître ces atrocités. Le groupe «État islamique» est accusé d'avoir violé les lois internationales relatives aux droits de l'homme et au droit humanitaire et d'avoir perpétré des violences généralisées contre des membres de groupes minoritaires, y compris les chrétiens et les yézidis, en Iraq et en Syrie. Considérant que ces atrocités et ces attaques contre les minorités religieuses sont inacceptables, j'ai soutenu cette résolution.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Les massacres barbares et systématiques des minorités religieuses par le groupe «État islamique» doivent être condamnés dans les termes les plus graves par l'Union européenne et ses États membres. La barbarie de ce groupe nous rappelle l'urgence à lutter activement contre le terrorisme et la radicalisation qui mène des citoyens européens à commettre de telles atrocités. Je continuerai à m'engager avec force en faveur de la défense des chrétiens d'Orient. L'action de l'Union européenne doit être la plus ferme pour garantir les droits des minorités religieuses et la condamnation de ces massacres.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione che condanna tutti i crimini internazionali commessi contro le minoranze religiose da parte del gruppo terroristico dell'ISIS. La comunità internazionale non può più restare a guardare, sono necessari ulteriori sforzi e azioni per poter perseguire i responsabili di tali crimini e fermare l'aberrante genocidio in corso contro cristiani, yazidi e altre minoranze e comunità etniche e religiose che si trovano attualmente nei territori controllati dallo Stato islamico.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – L'EIL/Daech a perpétré une violence systématique et généralisée et des violations des lois internationales relatives aux droits de l'homme et du droit humanitaire contre des membres de groupes minoritaires, y compris les chrétiens et les Yézidis, en Irak et en Syrie. C'est pourquoi j'ai voté pour la Résolution sur le massacre systématique des minorités religieuses par le soi-disant groupe «EIL/Daech». Il est primordial que ces violations caractérisées des droits de l'homme, qui équivalent selon moi à des crimes contre l'humanité, soient punies en vertu du Statut de Rome de la Cour pénale internationale. Je souhaite également que ces actes soient qualifiés de génocide par le Conseil de sécurité des Nations unies. Enfin, à travers ce vote j'estime qu'il est urgent d'apporter une protection et une assistance à tous ceux qui sont ciblés par le groupe EIL/Daech. Cette assistance pourrait d'ailleurs constituer un élément de réponse à apporter au défi de taille que représente la fourniture d'une protection provisoire aux millions de réfugiés, victimes des conflits en Syrie et en Irak.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. Je suis en effet extrêmement préoccupé par le fait que Daech extermine systématiquement les minorités religieuses et ethniques qui refusent son interprétation de l'islam dans les régions qu'il contrôle, en particulier les communautés chrétiennes (chaldéenne/syrienne/assyrienne, melkite, arménienne), yézidies, turkmènes, chiites, chabaks, sabéennes, kaka'e et sunnites. Ces communautés ont le droit de vivre sur leurs terres d'origine dans la dignité, sur un pied d'égalité et en sécurité, et de pratiquer librement leur religion. Il faut imposer aux autorités compétentes des pays qui, de manière directe ou indirecte, soutiennent les crimes de ce groupe terroriste, coopèrent à ses crimes, les financent ou en sont complices, de mettre un terme à ces agissements inacceptables. Enfin, il est primordial pour les États membres de lutter activement contre la radicalisation afin d'empêcher leurs ressortissants et citoyens de rejoindre les rangs de Daech.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Si la préservation des minorités est un objectif louable, l'Union ne doit pas instrumentaliser les massacres pour se doter de nouveaux pouvoirs diplomatiques ou d'une légitimité internationale à laquelle elle ne peut prétendre. Bien que les constats soient justes, ce texte porte atteinte à la souveraineté des États et n'est malheureusement pas la réponse appropriée à la situation; c'est pourquoi je me suis abstenue.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε, διότι αν και η Πρόταση Ψηφίσματος σε γενικές γραμμές κινείται προς θετική κατεύθυνση, θεωρούμε απαράδεκτο το γεγονός πως τόσο υποκριτικά και ύπουλα προσπαθούν να περάσουν μέσα σε ένα κατά τα λοιπά καλό ψήφισμα την χρηματοδότηση της Τουρκίας, η οποία και αποτελεί μία από τις βασικές αιτίες έναρξης της σύγκρουσης εξ αρχής.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Desde 2014, cerca de 5000 yazidis terão sido assassinados e muitos outros foram torturados ou forçados a converter-se ao Islão.

Pelo menos 2000 mulheres yazidis foram escravizadas e vítimas de casamentos forçados e de tráfico de seres humanos.

Meninas de apenas seis anos foram violadas e crianças yazidis têm sido recrutadas à força como soldados do autoproclamado «EIL/Daesh».

Mais de 150 000 cristãos fugiram ao avanço do grupo sobre várias aldeias, tendo-lhes sido roubados todos os seus bens, e que, até à data, estes cristãos continuam deslocados e em condições precárias no Norte do Iraque.

Condeno, firmemente, as flagrantes violações dos direitos humanos cometidas pelo autoproclamado «EIL/Daesh», que são crimes contra a humanidade e crimes de guerra. A UE e a comunidade internacional têm de reforçar a sua ação para terminar com estas violações dos direitos humanos.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução em análise omite de forma flagrante as responsabilidades que EUA e UE têm na realidade a que hoje assistimos. Relembramos que os mesmos que hoje são apontados como inimigos, foram no passado aliados na desestabilização do Iraque e da Síria.

O que se impõe é a solidariedade e o apoio aos povos, Sírio e Iraquiano, vítimas da bárbara ação destes grupos e da ingerência e agressões militares perpetradas pela NATO a mando dos EUA e UE.

Rejeitamos em absoluto que, a pretexto do seu combate, se dê continuidade e se aprofundem os mesmos processos de ingerência, agressão e guerra movidos pelos interesses geoestratégicos, políticos e económicos dos EUA e do diretório de potências europeias.

Repudiamos de forma veemente, a extrema violência, barbárie e atos terroristas perpetrados pelo denominado EIIL/Daesh, que a resolução denuncia.

A escalada de violência que ameaça arrastar estes povos para um desastre cada vez maior, não terá termo sem que se garanta o respeito pela soberania e independência dos povos.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Od roku 2014 po vyhlásení kalifátu na území Iraku a Sýrie predstavuje ISIS hrozbu pre celý svet. ISIS naďalej v severnom Iraku vykonáva etnické čistky a systematicky útočí na sekulárne obyvateľstvo, tých, ktorí nepatria k arabskému obyvateľstvu, a nesunitské moslimské komunity, ako aj na sunitov, ktorí sa nestotožňujú s barbarským a fundamentalistickým chápaním svojho náboženstva, pričom zabíja alebo unáša tisíce ľudí a vyše milión ľudí prinútil opustiť územia, ktoré okupuje v Iraku a Sýrii. Jednoznačne odsudzujem každé masové vraždenie a iné porušovanie ľudských práv, ktoré pácha ISIS, bez ohľadu na etnický pôvod alebo náboženskú príslušnosť obetí z radov menšín. Nesmieme si zatvárať oči pred zhoršovaním situácie žien v Iraku, ktoré prebieha súbežne s úpadkom ich krajiny za posledných tridsať rokov, pričom ženy zostávajú uviaznuté medzi nedostatkom pozornosti zo strany irackej spoločnosti, čo sa prítomnosťou ISIS ešte zhoršilo, a víziou práva uplatňovaného ISIS, ktoré odsudzuje iracké ženy na vylúčenie zo spoločnosti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφπτώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολο των εκθέσεων τη συστηματική μαζική εξόντωση θρησκευτικών μειονοτήτων από το ISIS, διότι αν και η πρόταση ψηφίσματος σε γενικές γραμμές κινείται προς θετική κατεύθυνση, θεωρώ απαράδεκτο το γεγονός πως τόσο υποκριτικά και ύπουλα προσπαθούν να περάσουν μέσα σε ένα, κατά τα λοιπά, καλό ψήφισμα την χρηματοδότηση της Τουρκίας, η οποία και αποτελεί μία από τις βασικές αιτίες έναρξης της σύγκρουσης εξαρχής.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Indiscriminate killings and massive human rights violations, in particular against ethnic and religious minorities, perpetrated by ISIS on the territories under its control, have to be condemned by all means. We must make any possible effort to avoid that the mass murder continues, and we must coordinate efforts to protect all civilian victims of the conflict, regardless of their ethnicity and religion, with a particular focus on the most vulnerable groups, such as Yazidis, who were subjected to a brutal campaign by ISIL to destroy their community in Iraq.

There is clear evidence of Isis assassinations of church leaders, mass murders, torture and kidnapping in the communities of Iraq and Syria and the sexual enslavement and systematic rape of girls and women.

What is happening is genocide, deliberately aimed at destroying ethnic and religious minorities in the Middle East in territory controlled by ISIS.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution car il s'agit d'une initiative du Parlement européen qui vise à qualifier de manière appropriée les actions menées par cette organisation terroriste. Cette qualification donnera aussi la direction d'une réponse de la communauté internationale. Bien que Daesh ne soit pas une menace seulement pour les minorités de la région, certaines sont prises pour cibles en particulier en raison de leur religion ou de leur ethnie. La responsabilité de la communauté internationale est d'opposer à la haine et à la violence de ceux qui justifient leurs agissements par la religion, le droit international et l'unité. Sur le plan du droit, la résolution appelle à la reconnaissance juridique par l'utilisation du mot génocide, et d'autre part, elle rappelle le mandat de la Cour Pénale internationale, compétente pour les crimes contre l'humanité. Sur le plan de l'unité, je me félicite de l'appel à travailler ensemble avec l'Organisation de la coopération islamique, avec le Conseil de coopération des pays arabes du Golfe et plus généralement avec les leaders religieux pour promouvoir la protection des minorités ethniques et religieuses et à la fois contrer sur le plan idéologique et politique les interprétations radicales de l'Islam.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la Resolución, indignado una vez más por la falta de humanidad del grupo terrorista EIIL y por el terror y dolor que inflige a la población civil en general, y especialmente a las minorías religiosas, en los territorios que ha ocupado: sus víctimas son asesinadas, sacrificadas y apaleadas, sufren extorsión, secuestros, torturas y esclavitud, son convertidas a la fuerza y víctimas de matrimonios forzosos y de la trata de seres humanos. La lista de la barbarie y de crímenes contra la humanidad es interminable. Debemos luchar con todas las herramientas de que disponemos contra el terrorismo, prestar ayuda a sus víctimas y dejar claro que la UE y la comunidad internacional nunca descansaremos hasta llevar a los culpables de tan execrables crímenes ante la Corte Penal Internacional.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento europeo conferma la ferma condanna all'ISIS/-Daesh e alle sue vergognose violazioni dei diritti umani, che prendono di mira deliberatamente le minoranze religiose dei territori occupati, prima fra tutti i cristiani, ma anche i yazidi, turkmeni, sciiti, shabak, sabej, Kaka'e e sunniti. Queste atrocità sono e equivalgono a «crimini di guerra», e «genocidio» anche da un punto di vista del diritto internazionale secondo lo statuto della corte penale internazionale. È ora di fermare, anche tramite gli opportuni strumenti legali, non solo gli autori materiali di tali crimini ma anche chi, fiancheggiando i terroristi, permette il perpetrarsi di queste atrocità.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE presentata a seguito di una dichiarazione del vicepresidente della Commissione/Alto Rappresentate dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza (a norma dell'articolo 123, paragrafo 2, del Regolamento) sullo sterminio sistematico delle minoranze religiose da parte dell'ISIS.

E' ormai da tempo palese che l'ideologia criminale e barbara del sedicente Stato Islamico costituisce una minaccia globale per la pace e la sicurezza mondiale e che la comunità internazionale ha il dovere di intensificare gli sforzi comuni per reprimere tali crimini.

A circa due anni dall'occupazione dei territori siriani e iracheni sottratti al controllo governativo, l'ISIS ha compiuto innumerevoli atti di terrorismo, abusi, violazioni gravi e sistematiche dei diritti umani, stragi di civili e ogni altro genere di barbarie.

Sono soprattutto nel mirino di Daesh le minoranze etniche e religiose, le quali scontano l'unica colpa di condividere una diversa visione e interpretazione del Corano.

Condivido dunque l'invito rivolto alla comunità internazionale, in particolare alla Turchia e agli Stati del Golfo, a intraprendere un'azione più efficace per garantire la sicurezza e standard di vita dignitosa per i profughi e gli sfollati e per attivare canali di assistenza umanitaria nei confronti della popolazione perseguitata.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die von mir persönlich mit erarbeitete und eingebrachte Resolution zum „Systematischen Massenmord an religiösen Minderheiten durch den IS“ gestimmt. Ich halte es für eine Entscheidung von historischer Bedeutung, da das Europaparlament erstmals unmissverständlich betont, „dass der IS an Christen, Jesiden und anderen Minderheiten Völkermord verübt“.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Auch zukünftig muss unser Verständnis von universellen Menschenrechten und Religionsfreiheit fester Bestandteil der europäischen Außenpolitik sein. Deshalb verurteile ich die menschenverachtenden Taten des IS aufs Schärfste. Besonders jetzt müssen alle Mitgliedstaaten der EU klar Stellung beziehen und mit einer Stimme sprechen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported this resolution. Daesh has been systematically killing, torturing, kidnapping and sexually enslaving members of minority groups, including Christians and Yazidis, in Iraq and Syria.

Only last month, 400 people were killed or kidnapped by them in Syria. It was also confirmed that the oldest Christian monastery in Iraq was razed to the ground. But we should also have other areas – like Pakistan and Afghanistan, where the Taliban have been rebranding into Daesh – on our radar. The EU and the UN must take urgent action to protect the Shias, Sikhs, Hindus, Muslims, Christians and other minority groups there from extremist attacks.

My West Midlands colleague Rob Ffello MP has been pressing the UK Government to call on the UN to treat the Daesh atrocities against religious minorities as genocide. I urge the High Representative to back this initiative. Many voices at the UN speak louder than one, and this will help send a clear message to members of Daesh that they will face justice for the atrocities that they are committing now.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en la votación de esta Resolución al considerar que: 1) la llamada a aceptar la jurisdicción de la Corte Penal Internacional debe ir dirigida también a los Estados Unidos, China, India y a todos los Estados, y no limitarse a Siria e Irak; 2) toda intervención autorizada debe tener un carácter civil y humanitario y no militar; 3) la utilización del concepto de genocidio con un espectro mucho mayor del que se le concede en el marco de la Corte Penal Internacional (al margen del caso de los yazidís) resulta problemática.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – The persecution of Christians, Yazidis and any Muslim not supporting the so-called 'Salafi Movement' is not acceptable, and this terrorist group should be held accountable for these actions. I must also add that the oppression of LGBTI individuals is massively upsetting and the brutality that they have suffered should be reflected in this resolution.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Jeudi 4 février, j'ai voté en faveur d'une résolution visant à exiger de la communauté internationale des mesures pour contrer le massacre systématique des minorités religieuses par le groupe «État islamique» (EI) ou Daech. Le texte clôture le débat du 20 janvier avec Federica Mogherini, haute-représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité, durant lequel de nombreux députés ont appelé à des mesures pour protéger tous les groupes et minorités religieuses contre les attaques de l'EI/Daech. Il est urgent d'encourager toutes les mesures visant à protéger les chrétiens, dont nous partageons les valeurs, et qui sont partout victimes de persécutions terribles. Alors que 7 100 chrétiens ont été tués dans le monde en 2015 pour des raisons liées à leur croyance, il est plus que nécessaire de rappeler avec force les racines chrétiennes de l'Europe.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour on the resolution of systematic mass murder of religious minorities by ISIS. The document stressed massive human rights abuses by ISIS, which amount to crimes against humanity and war crimes. It is extremely concerned at this terrorist group's deliberate targeting of Christians, Yazidis, Turkmens, Shi'ites, Shabaks, Sabeans, Kaka'i and Sunnis who do not agree with their interpretation of Islam. The resolution urges the members of the UN Security Council to support a referral by the Security Council to the International Criminal Court in order to investigate violations committed in Iraq and Syria by ISIS.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Καταδικάζουμε την πρακτική του ISIS όσον αφορά τη μαζική εξόντωση μειονοτήτων και καλούμε τη διεθνή κοινότητα να παλέψει ώστε να βρεθεί πολιτική λύση στο ζήτημα. Καλούμε να βρεθούν οι τρόποι ώστε να σταματήσει η χρηματοδότηση της Οργάνωσης και να σταματήσουν οι πωλήσεις όπλων στην περιοχή.

Θέση μας είναι να βρεθεί πολιτική λύση στη Συρία που να διασφαλίζει το αδιαίρετο της χώρας και η μόνη οδός είναι ο τερματισμός του πολέμου στη Συρία και το Ιράκ και εξεύρεση πολιτικής λύσης στα πλαίσια του ΟΗΕ.

Δεν πρέπει να ξεχνάμε ωστόσο ότι η ενδυνάμωση του ISIS ήταν αποτέλεσμα της επέμβασης των ΗΠΑ και των συμμάχων της στη Μέση Ανατολή στην προσπάθειά τους να διευρύνουν τον έλεγχο που έχουν πάνω στη περιοχή.

Δυστυχώς, στο κοινό ψήφισμα απουσιάζουν βασικές θέσεις της ανάλυσης μας και γι' αυτό θεωρούμε ενδεδειγμένη στάση αυτή της αποχής.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I strongly support this resolution on the systematic mass murder of religious minorities by so-called 'ISIS/Daesh'. Under international law each individual has the right to live according to his or her conscience and to freely hold and change religious and non-religious beliefs. Religious and ethnic minorities, such as the Christian and Yazidi communities, among others, have been deliberately targeted by Daesh and are being slaughtered, beaten, abducted and tortured. Also hugely worrying is the targeted enslavement of the women and girls of these communities, who are subjected to horrific sexual violence and forcibly trafficked, married and converted. The international legal definition of genocide, in accordance with the 1948 UN Convention, has undoubtedly been fulfilled and I support the call for action to be taken for it to be recognised as genocide by the UN Security Council and for the Council to support a referral to the ICC in order to investigate violations committed in Iraq and Syria by Daesh against religious and ethnic minorities. It is also worth noting that this ongoing persecution of religious and ethnic groups in the Middle East is a contributing factor to the current refugee crisis.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Jag har röstat för resolutionen som uppmanar FN, internationella domstolen och andra att betrakta ISIS utrotningsaktioner mot religiösa minoriteter som folkmord. Jag stödjer den uppfattningen men vill samtidigt understryka att begreppet folkmord är en legal, juridisk term och att internationella överenskommelser dikterar både hur det internationella samfundet fastställer att folkmord begåtts och ålägger stater och institutioner att agera. Om ett folkmord i sin juridiska bemärkelse begås ska det därför ytterst fastställas genom de rättsliga ordningar som finns för detta.

Jag uppmanar genom min röst för resolutionen att den process som föreskrivs i FN-konventionen för att förhindra och bestraffa folkmord och brott mot mänskligheten från 1948, påskyndas.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I have voted for this resolution because I too strongly condemn the activity of the terrorist organization which is called ISIS or Daesh. The actions taken by these terrorists are nothing less than crimes against humanity and war crimes. Moreover, what must be recognized in the Middle East is the ongoing persecution of religious and ethnic groups that has caused mass displacement and migration. The international community must work together in order to ensure the necessary security conditions for those who have been forced to leave their homeland.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za zajednički prijedlog rezolucije o sustavnom masovnom ubijanju vjerskih manjina koje provodi takozvana Islamska država jer smatram da se zločini protiv čovječnosti i ratni zločini trebaju kazniti. Na nacionalnoj razini trebaju biti poduzete relevantne mjere za suzbijanje takvih radnji, a istovremeno treba raditi na jačanju međunarodne suradnje jer bez koordiniranog međunarodnog djelovanja nije moguće riješiti ovaj ozbiljan problem.

Nekoliko izvješća UN-a govore o tome da se u područjima pod kontrolom IDIS-a/Daiša događaju ratni zločini, zločini protiv čovječnosti i genocid usmjereni protiv kršćana, jazida i drugih manjina. Pozvane su sve države članice EU-a da ulože svoje napore kako bi se zaštitili progonjeni narodi i njihova baština, te stoga podržavam ovaj prijedlog rezolucije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Si je partage avec ce texte la même répulsion envers l'État islamique et ses crimes effroyables, je m'interroge en revanche sur l'utilisation politique qui en est faite par l'Union européenne pour se donner une légitimité diplomatique qu'elle n'a pas.

Ainsi je ne puis soutenir l'idée de créer «un représentant spécial permanent pour la liberté de religion et de conviction» auprès des institutions de l'UE, pas plus que je n'accepte que l'UE enjoigne «à la Syrie et à l'Irak d'accepter la compétence de la Cour internationale» dont il est évident qu'elle applique une vision occidentale contemporaine du droit à des pays qui s'inscrivent dans une perspective culturelle et civilisationnelle très différente.

Enfin, il est bien évident que ce ne sont pas des résolutions du Parlement européen qui résoudront quoi que soit au Proche et au Moyen-Orient. Je constate à ce propos qu'en dehors des pétitions de principes, pas un mot sur la stratégie qu'il faudrait suivre pour reprendre les territoires contrôlés par l'EI alors qu'il est évident que les puissances occidentales devraient revoir leur position à l'égard des gouvernements syrien, russe et iranien et se démarquer de la Turquie, de l'Arabie saoudite et du Qatar. C'est pourquoi je me suis abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. Given the resolution's lack of calls for EU action, aside from point 10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative which we voted against, we voted for the resolution as a whole.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution très importante qui appelle la communauté internationale à prendre des mesures urgentes face au massacre systématique des minorités religieuses et ethniques par le groupe «État islamique» (EI) en Iraq et en Syrie.

À travers cette résolution, que j'ai co-signée, nous appelons la communauté internationale à prendre des mesures claires pour protéger les minorités religieuses de ce groupe.

L'Union européenne doit condamner fermement ces violations des droits de l'homme et pousser le Conseil de sécurité des Nations unies à qualifier ces actes de génocides.

Des communautés sont en train de totalement disparaître de cette région et il est de notre devoir de les protéger.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die furchtbaren Verbrechen von ISIS gegenüber religiösen Minderheiten gehören eindeutig und klar verurteilt. Daher stimme ich für die vorliegende Entschließung.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Persecutions on religious grounds have dramatically increased. In 2015 at least 7 100 Christians were murdered purely because of their belief. Two years ago this number was 2 100. 2 400 Christian churches were demolished or closed. The Iraqi Christian population has declined in 12 years by a factor of 4 – from 1.3 million to 300 000. Aleppo had a 400 000 Christian population 5 years ago - now ca. 6 000 are left.

Christians are clearly the most persecuted and devastated religious group in the world. We notice these disastrous figures, but are we drawing conclusions? 2015 can be seen as a spill-over year: spill-over of systematic violence against freedom of belief. The central development has been the domination of intolerance – refusal to co-exist, not to speak of equal co-existence.

Today we face the grim reality that in a few years' time Christians will be ousted from the very cradle of Christianity, their and our common ancient cultural heritage destroyed. We have to deal with militant, intolerant racism, whose acts need finally to be qualified not only as terrorist deeds but as crimes against humanity and, on some occasions, as genocide.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution, as everyone has a right to fundamental freedoms and respect of their human rights, regardless of their beliefs or ethnicity. It is our duty to stand in solidarity with the oppressed. Whether in Europe or the Middle East, communities are stronger when they work together to combat terrorist propaganda and to administer programmes that celebrate diversity and empower minorities.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, since I condemn the systematic mass murder of religious minorities by ISIS. Furthermore, I call for the establishment by the EU of a permanent Special Representative for Freedom of Religion and Belief. I stress also the importance to provide protection and aid to all groups targeted by the ISIS/Daesh organisation.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Undoubtedly, the worst humanitarian crisis of our time is Syria. The Syrian civil war is the most complex, most violent and deadliest conflict on Earth. Now in its fifth year, the conflict is more than just a battle between those for or against President Assad. It has acquired ethno-religious character, spread into neighbouring countries, drawn in the world powers, and facilitated the rise of global jihadist groups like Daesh. More often than not, these new dimensions of the Syrian conflict jeopardise religious minorities in the extensively divided country. Daesh is responsible for the systemic killing of religious minorities and, to put it simply, everyone who does not share their radical views. This brutal terror campaign against religious minorities is definitely an absolute crime against humanity. In addition, the Assad regime is continuing to commit genocide against its own people.

More than ever, as the worlds' leading normative power, the EU should begin an extensive diplomatic push for finding a solution. This, ideally, could happen during negotiations between Syrian government and opposition in Geneva this month. There, the EU could show its global role in dealing with challenges.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Le vergognose violazioni dei diritti umani ad opera «dell' ISIS/Daesh», prendono di mira cristiani, yazidi, turkmeni, sciiti, shabak, sabeï, Kaka'e e sunniti. L'Unione europea condanna con forza tali azioni, che sono da ritenere assolutamente inaccettabili ed è per tale ragione che abbiamo deciso di presentare una proposta di risoluzione comune. «L'ISIS/Daesh» sta commettendo un genocidio nei confronti dei cristiani, degli yazidi e di altre minoranze etniche e religiose che non condividono la sua interpretazione dell'Islam. Non possiamo permettere che il genocidio, i crimini contro l'umanità e i crimini di guerra restino impuniti ed è imperativo rafforzare la cooperazione internazionale al fine di far cessare tali atrocità. Ritengo deplorabile la gravissima e sistematica violazione del diritto inalienabile di tutte le minoranze religiose, e di altro tipo, che vivono in Iraq e in Siria. La comunità internazionale ha il dovere di fornire protezione e assistenza, anche militare, conformemente al diritto internazionale, a tutti coloro che sono nel mirino del cosiddetto «ISIS/Daesh» e di altre organizzazioni terroristiche in Medio Oriente.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution présentée par mon collègue du PPE Lars Adaktusson sur le massacre systématique des minorités religieuses par le groupe «État islamique», appelant la communauté internationale à prendre des mesures d'urgence pour la protection des minorités religieuses face à l'organisation «État islamique», parmi lesquelles figurent les chrétiens d'Orient persécutés. Nous avons tenu à rappeler que ces violations des droits de l'homme constituent, selon l'ONU, des crimes de guerre et des crimes contre l'humanité, et, dans certains cas, des génocides.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution sur les crimes de masse commis par Daesh contre les minorités religieuses a fait suite au débat où j'étais intervenu lors de la précédente session parlementaire.

Ce texte condamne fermement les actes de génocides commis contre les minorités religieuses sous le contrôle de Daesh, et demande en conséquence la saisine de la Cour pénale internationale ainsi qu'une protection internationale pour ces minorités, y compris par des moyens militaires.

Comme dans les précédentes résolutions, il dénonce toutes formes de financements et trafics qui peuvent alimenter Daesh, notamment le pillage archéologique, qui détruit les sites existants, et alimente les coffres de cette organisation terroriste. Sur cette question, le texte n'ose malheureusement pas nommer les États du golfe, pourtant principaux pourvoyeurs de fonds et de matériels, et se contente d'une formule alambiquée leur demandant de remplir leurs obligations internationales et de cesser ces pratiques.

Je regrette le fait qu'en dénonçant à juste titre les massacres contre les minorités religieuses on n'insiste pas également sur les exactions commises contre les populations sunnites.

Pour autant, la condamnation de ces atrocités doit être sans équivoque et c'est pourquoi j'ai soutenu ce texte.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la proposition de résolution sur le massacre systématique des minorités religieuses par le groupe «État islamique». Si la préservation des minorités, religieuses et autres, est un objectif louable, l'Union européenne n'a pas à utiliser cela pour se doter de nouveaux pouvoirs et d'une légitimité internationale à laquelle elle ne peut pas prétendre.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem proti vraždění lidí Islámským státem, ale „vyzývat státy, které podporují válečné zločiny, aby toho nechaly“, je směšné. Zřizovat nový úřad pro svobodu náboženství je nesmysl. Při hlasování jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Takozvana Islamska država provodi masovna ubijanja i krši međunarodno pravo u području ljudskih prava i humanitarnog prava. Neka od tih djela, prema mišljenju stručnjaka UN-a, odgovaraju ratnim zločinima, zločinima protiv čovječnosti te se mogu smatrati i genocidom. Strašno nasilje i zlostavljanje koje provodi tzv. Islamska država ne pogađa samo vjerske manjine, već sve koji se ne slažu s njihovom ideologijom.

Prijedlog rezolucije snažno osuđuje ozbiljna kršenja međunarodnog prava kao i uništavanja vjerskih i kulturnih objekata. Također, rezolucija ističe važnost da sve strane u Siriji i Iraku odgovaraju za kršenja međunarodnog prava u području ljudskih prava i međunarodnog humanitarnog prava uključujući genocid, zločine protiv čovječnosti i ratne zločine, u skladu s međunarodnim standardima.

Zbog svega gore navedenog i potrebe da se svi oblici kršenja međunarodnog prava privedu pravdi, podržala sam ovu rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Sloboda náboženstva a viery patrí k ľudským právam, ktoré každá demokratická krajina musí rešpektovať. Je smutné, že v moderných dejinách sa z dôvodu náboženskej neznášanlivosti páchajú neľudské skutky a okolitá spoločnosť tomu nedokáže zabrániť. Komplikovaná a vlečúca sa ťažká situácia v Afrike je pre mnohých ľudí nepochopiteľná a znižuje dôveru v akčnosť a schopnosť medzinárodných organizácií, spoločentiev a aj vlád niektorých členských štátov. Nie je možné jednou rukou podávať pomoc a druhou rukou z dôvodu presadzovania záujmov určitých skupín situáciu v týchto krajinách zhoršovať.

Pokladám za nutné, aby sa všetky bezpečnostné a diplomatické zložky spojili a s využitím medzinárodného práva a dohôd sa začalo pracovať na konkrétnych krokoch, ktoré zjednotia sily bez ohľadu na záujmy niektorých skupín. Treba zabrániť ďalšiemu utrpeniu a vyvražďovaniu ľudí.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ της Κοινής Πρότασης Ψηφίσματος σχετικά με τις συστηματικές μαζικές δολοφονίες θρησκευτικών μειονοτήτων από το λεγόμενο «ISIS/Daesh», διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution, which ‘Urges the members of the UN Security Council to support a referral by the Security Council to the International Criminal Court in order to investigate violations committed in Iraq and Syria by the so-called “ISIS/Daesh” against Christians, Yazidis and religious and ethnic minorities’.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Hoy hemos pedido —mediante esta propuesta a la que sumo mi voto— que la comunidad internacional tome medidas urgentes para contrarrestar el asesinato masivo sistemático de las minorías religiosas por el Dáesh.

Condenamos firmemente la acción de este grupo terrorista y sus abusos graves de los derechos humanos, atacando a aquellos grupos que no están de acuerdo con su interpretación del Islam. Estas violaciones son crímenes de guerra y crímenes contra la humanidad, que deben ser perseguidos con todo rigor.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag verurteilt umfangreich und uneingeschränkt die Taten des IS.

Vorschläge wie die Errichtung von Schutzzonen sind begrüßenswert, ebenso wie die Aufforderung an führende Muslime, die Verbrechen des IS beim Namen zu nennen. Daher stimme ich für diesen Bericht.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution demande «que la communauté internationale apporte, conformément au droit international, une protection et une assistance, y compris militaires» aux populations victimes de Daesh et autres organisations terroristes au Proche-Orient et soutient les pourparlers en cours à Genève. Or sans mandat de l'ONU, l'opération militaire unilatérale de la France et de ses alliés de l'OTAN sans coordination avec l'armée syrienne et les forces kurdes du nord de la Syrie n'a conduit à aucun résultat militaire ou géopolitique concret. La résolution passe évidemment sous silence la politique interventionniste des États-Unis et de leurs alliés qui a contribué à la désintégration de ces pays du Moyen-Orient. Je regrette le biais «confessionnel» de départ de cette résolution sur le «massacre systématique des minorités religieuses». Elle s'inquiète bien plus du sort des Chrétiens que des Musulmans chiites et pas un mot n'est professé pour les agnostiques ou athées, tout autant forcés à l'exil, à la conversion ou au paiement de l'impôt religieux à Daesh. De même, je regrette qu'elle peine encore à nommer directement les complices comme le Qatar, l'Arabie Saoudite et la Turquie. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'État islamique et ses crimes effroyables me font partager avec ce texte un même dégoût.

Cependant l'utilisation politique qui en est faite par l'Union européenne pour se donner une légitimité diplomatique qu'elle n'a pas m'interroge. Je ne peux soutenir l'idée de créer «un représentant spécial permanent pour la liberté de religion et de conviction» auprès des institutions de l'UE. Je n'accepte pas plus que l'UE enjoigne «à la Syrie et à l'Irak d'accepter la compétence de la Cour internationale» dont il est évident qu'elle applique une vision occidentale du droit à des pays qui se situe dans une perspective culturelle et civilisationnelle très différente.

Il paraît évident enfin que les choses ne seront pas mieux avancées par des résolutions du Parlement au Proche-Orient. À ce sujet, je constate qu'excepté les pétitions de principes, il n'est rien dit sur la stratégie qu'il faudrait suivre pour reprendre les territoires contrôlés par l'État Islamique bien qu'il aille de soi que les puissances occidentales devraient revoir leur position à l'égard des gouvernements syrien, russe et iranien et se démarquer de la Turquie, de l'Arabie saoudite et du Qatar. En conséquence je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à proposta de resolução do Parlamento Europeu sobre o assassinio em massa sistemático das minorias religiosas pelo ISIS.

Repudio veementemente os crimes de genocídio cometidos pelo autoproclamado Daesh. Partilho da posição de que é fundamental que a comunidade internacional assegure proteção e apoio, incluindo apoio militar, em conformidade com o direito internacional, aos visados pelo Daesh e por outras organizações terroristas no Médio Oriente.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I signed and voted in favour of this to cross party resolution as the international community needs to take as strong and as united a stance as possible against this terrorist organisation that is causing so much death and destruction.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je suis soulagé de voir que le PE a eu le courage politique de voter une résolution qui reconnaît que l'État islamique se rend coupable de crime de génocide c'est-à-dire de crimes «commis dans l'intention de détruire, en tout ou en partie, un groupe national, ethnique, racial ou religieux»; En qualifiant de génocide, les crimes ignobles et de basse intensité commis en Irak et en Syrie par DEASH, on oblige la Communauté internationale à prendre toutes les mesures qui s'imposent pour assurer la protection des communautés attaquées, à savoir «les chrétiens, les Yézidis et d'autres minorités religieuses et ethniques» dont celle de poursuivre les coupables afin de les juger et de les punir. Je suis d'avis qu'il faut sans plus attendre que les membres du Conseil de sécurité des NU reconnaissent le génocide et saisissent la Cour Pénale Internationale afin d'enquêter sur ces crimes contre l'humanité, sur ces crimes de guerre. L'histoire nous jugera sur nos actes mais aussi sur nos silences.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* – Konanie Islamského štátu v Afrike a na Blízkom východe musíme pomenovať pravým menom: ide o zločiny proti ľudskosti a genocídu. My, v Európe, utrpenie miliónov ľudí sledujeme cez médiá, ale oni musia reálne bojovať o svoj holý život, chrániť svoje dcéry pred sexuálnym násilím, utekajú z domovov. Prišli o majetok, rodiny aj o nádej. Následky neponesú len jednotlivci, či náboženské skupiny. Islamskému štátu sa podarilo narušiť charakter oblastí, kde stovky rokov žili ľudia rôznych národností či vyznania vo vzájomnej zhode a pokoji. Títo ľudia, z ktorých sa dnes stali utečenci, tak netvorí homogénnu skupinu, ktorej by bolo jednoduché pomôcť, ale miešajú sa medzi nimi kresťania, šiiti či jezidi a aj príslušníci iných náboženstiev, ktorí majú zároveň rôznorodý etnický pôvod. Súhlasím s tým, že osoby zodpovedné za túto situáciu by mali byť potrestané v súlade s dohovormi a dohodami OSN. Situáciu treba riešiť rýchlo a zodpovedne a treba sa pripraviť aj na obdobie, ako pomôcť postihnutým oblastiam po skončení týchto udalostí.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – Islamic fundamentalism has become a global movement with its own ideology. We have to understand that in order to defeat terrorist organisations such as ISIL/DAESH, we must first defeat their ideology and show to the world that violence is not the answer, because, killing innocent people is not being loyal to the true teaching of Islam. There's too much at stake. Non action is not an option. Terrorism is a global threat with cross-border implications and therefore requires to be addressed in a coordinated way relying on cooperation, common strategies and EU-wide measures as part of an overall holistic EU framework. Therefore, I voted in favour of the Resolution on the Systematic mass murder of religious minorities by ISIS.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban a Verts/ALE, az ECR, a GUE/NGL, az ALDE, az S&D, a PPE és az EFDD képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A hét képviselőcsoport közül hat, a GUE/NGL kivételével kompromisszumos tervezetben állapodott meg. Szavazatommal ezt az indítványt támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A ideologia extremista e violenta do chamado Estado Islâmico, os atos terroristas deste, os seus contínuos ataques generalizados e sistemáticos contra civis, os seus abusos dos direitos humanos e violações do direito internacional humanitário, incluindo os perpetrados por motivos religiosos ou étnicos, a sua erradicação do património cultural e tráfico de bens culturais constituem uma ameaça global e inédita para a paz e a segurança internacional.

Defendo que o genocídio, os crimes contra a Humanidade e os crimes de guerra não podem ficar impunes e que o seu julgamento deve ser assegurado adotando medidas a nível nacional, reforçando a cooperação internacional, assim como através do Tribunal Penal Internacional e da justiça penal internacional.

Subscrevo a condenação do autoproclamado «EIL/Daesh» e das flagrantes violações dos direitos humanos cometidas por estes, que são crimes contra a humanidade e crimes de guerra e é imperioso tomar medidas para que sejam reconhecidas como genocídio pelo Conselho de Segurança das Nações Unidas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution concerne le massacre systématique des minorités religieuses par l'État islamique. Il s'agit là d'une intention et d'objectifs louables. Cependant, l'UE n'a pas à utiliser ces drames pour se doter de davantage de compétences en matière d'affaires étrangères. En effet, l'UE ne dispose d'aucune légitimité internationale pour pousser en ce sens. J'ai donc décidé de m'abstenir pour ne pas accorder à l'UE une position dont elle ne devrait pas jouir.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative au massacre systématique des minorités religieuses par le groupe état islamique. Ce texte souligne l'horreur vécue par les minorités, et notamment les Chrétiens, dans les zones contrôlées par ce groupe terroriste: massacres, spoliations, enlèvements, tortures, viols, mariages forcés, esclavage...

Il condamne fermement ces exactions et appelle le Conseil de sécurité des Nations unies à les qualifier de crimes de guerre et de crimes contre l'humanité. Il faut mettre fin au génocide en cours qui vise délibérément les communautés chrétiennes, yézidiées, turkmènes, chiïtes, chabaks, sabéennes, kaka'e et sunnites. Cette résolution demande notamment la reconnaissance de la compétence de la Cour pénale internationale pour poursuivre et juger les auteurs de ces crimes.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution condamnant fermement les massacres commis par le groupe 'EIL' sur les minorités religieuses. Le groupe terroriste est responsable de crimes de guerre et de génocide contre ces populations ne partageant pas l'interprétation abjecte de l'Islam selon l'EIL. Par cette résolution, nous rappelons notre attachement inaliénable au respect des droits de l'homme, et soulignons l'importance pour la communauté internationale de fournir l'assistance nécessaire à la lutte contre le terrorisme.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Rome Statute of the International Criminal Court that was signed and ratified by all EU Member States declares that crimes against humanity and war crimes represent the greatest concern of the international community as a whole. Such actions must not go unpunished. I have voted for this motion for a resolution that condemns the ISIS faction and its deplorable human rights abuses and urges Syria and Iraq to accept the jurisdiction of the International Criminal Court.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Действията на „Ислямска държава“ причиняват загуба на човешки животи всеки изминал ден. Закъснялата реакция на международната общност позволи на терористите да разширят дейността си отвъд границите на Сирия и Ирак. Нападенията над граждани, атаките на религиозна и културна основа, разрушаването на културни обекти и трафикът на културни артефакти шокираха цял свят.

Днес християни, язиди и други, които не споделят идеологията, проповядвана от „Ислямска държава“, биват систематично ликвидирани. Нападенията над религиозните и етнически малцинства могат спокойно да се квалифицират като престъпление над човечеството и като геноцид.

Строго осъждам безчинствата на тази терористична групировка, която прокуди милиони хора от родните им места и отне живота на хиляди други. Финансовите потоци към ИДИП трябва да бъдат спрени на всяка цена. В Европа също станавме свидетели на тази разрушителна идеология. Десетки млади европейци заминаха за Сирия и дадоха живота си там. Нека обединим усилия, за да спрем веднъж завинаги терористите.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für den vorliegenden Bericht gestimmt, da er einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zur Bekämpfung der ISIS-Tyrannie darstellt. Hingegen habe ich mich gegen Ziffer 10 des Berichts entschieden, da ich es nicht für nötig erachte, dass die EU zusätzlich zu all ihren Positionen auch noch einen Beauftragten für Religions- und Weltanschauungsfragen ins Leben ruft.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραφώς*. – Στις 27 Ιανουαρίου 2016 κατατέθηκε ενώπιον του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου πρόταση ψηφίσματος σε σχέση με τις συστηματικές μαζικές δολοφονίες θρησκευτικών μειονοτήτων που πραγματοποιούνται από την τρομοκρατική οργάνωση ISIS.

Δεν μπορούσα παρά να εκφράσω την στήριξη στο περιεχόμενο του εν λόγω ψηφίσματος. Είναι μακάβριος και γενοκτόνος ο τρόπος που το ISIS μεταχειρίζεται τις θρησκευτικές μειονότητες. Η δράση της εν λόγω τρομοκρατικής οργάνωσης υποκινείται από θρησκευτικά ή εθνοτικά κίνητρα, συμβάλλει στην εξάλειψη της πολιτιστικής κληρονομιάς, ενώ συνιστά παγκόσμια και χωρίς προηγούμενο απειλή για τη διεθνή ειρήνη και ασφάλεια.

Αυτή η καθημερινή σφαγή, αποτελεί ακόμα ένα χαστούκι στην αδυναμία εφαρμογής του διεθνούς ανθρωπιστικού δικαίου.

Στο σημείο αυτό, θα ήθελα να τονίσω την ανάγκη για περαιτέρω και άμεση δράση τόσο των κρατών-μελών, όσο και της διεθνούς κοινότητας για την επίτευξη λύσης

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. Given the resolution's lack of calls for EU action (aside from §10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative, which we voted against), we voted for the resolution as a whole.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il cosiddetto ISIL/Daesh continua a prendere di mira gruppi etnici e religiosi in Iraq e Siria, sottoponendoli deliberatamente a una serie di gravi abusi e violazioni del diritto internazionale dei diritti umani e del diritto internazionale umanitario, che in alcuni casi, costituiscono crimini di guerra e crimini contro l'umanità. Figurano pertanto esecuzioni di massa, uccisioni mirate e torture. Per tali ragioni avrei votato positivamente alla risoluzione proposta.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – For years we have been witnessing the horrific criminal acts which are performed in front of our eyes in the terrible war in Syria and Iraq. The time has come, that the international community is mobilized towards resolving the crisis and legally acknowledging that what is happening with Christians and other religious minorities under the reign of ISIS is 'genocide', with all the implications that such a definition means. I am hopeful, that such definitions will bring consequences at the level of the UN Security Council and align all allies against the terrible criminal acts which are being done in the middle east, under the pretext of religious persecution.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – „ISIS/Daiš provodi genocid nad kršćanima i jazidima te drugim vjerskim i etničkim manjinama koje se ne slažu s njegovim tumačenjem islama te je zbog toga potrebno poduzeti mjere u skladu s Konvencijom Ujedinjenih naroda o sprečavanju i kažnjavanju zločina genocida” – stoji u Rezoluciji o sustavnom masovnom ubijanju vjerskih manjina koje provodi tzv. Islamska država, a koju je danas usvojio Europski parlament.

Na prostorima koji su kolijevka kršćanstva i na kojima je kršćanstvo živjelo gotovo dvije tisuće godina, ono je danas suočeno s izumiranjem. ISIS sustavno i s namjerom zastrašuje i napada, ubija i protjeruje kršćane pritom uništavajući njihove crkve, kako bi cijela jedna religija u potpunosti nestala s prostora Bliskog istoka. To se zove genocid.

Europski parlament prema načelu odgovornosti pružanja zaštite ima obvezu nazvati ove zločine pravim imenom i pozvati na djelatnu akciju s ciljem zaštite progonjenih kršćana, a u čemu su zakazale države na čijem se teritoriju genocid događa. Stoga Parlament poziva Irak i Siriju da prihvate nadležnost Međunarodnog kaznenog suda, a međunarodnu zajednicu i sve zemlje potpisnice Konvencije o genocidu da učine sve što je u njihovoj moći kako bi sve počinitelje koji su na bilo koji način sudjelovali u ovim strašnim zločinima priveli pred lice pravde.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Sur le fond, j'approuve la dénonciation qui est faite du massacre des minorités par le prétendu État islamique sur les territoires de l'Iraq et de la Syrie. Mais l'Union européenne se sert de ces crimes pour se doter de moyens en matière de politique étrangère, ce qui est inacceptable. Cet organisme n'a pas de légitimité sur la scène internationale et ferait mieux de ne pas chercher à régler les problèmes des autres alors que les relations entre les peuples enfermés ensemble au sein de l'Union ne cessent de se dégrader. Dans ces conditions, je préfère donc m'abstenir, car je refuse de cautionner les velléités diplomatiques de l'Union européenne.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Condivido, senza riserve, la ferma condanna del gruppo terroristico ISIS/Daesh che si è reso responsabile, e continua a rendersi responsabile, di odiosi crimini contro l'umanità e crimini di guerra che, nel caso delle minoranze religiose e di comunità come quella LGBT, appare sempre più come un vero e proprio genocidio. Cristiani, yazidi, turcomanni, sufi, sciiti e sunniti che non condividono la sua delirante interpretazione dell'Islam sono vittime di attacchi quotidiani, miranti a eliminare fisicamente ogni minoranza religiosa dal territorio. Allo stesso modo, condannano la brutale persecuzione nei confronti dei membri della comunità LGBT e l'orrenda oppressione di cui sono vittime le donne, sottoposte a violenza fisica, psicologica e sessuale, forzate in condizione di schiavitù e ridotte a merce di scambio dai terroristi. Una condizione di cui soffrono anche molti bambini e, in generale, tutte le fasce più deboli della società. Unisco, perciò, la mia voce all'appello perché la comunità internazionale, l'ONU, l'Unione europea, gli Stati membri e tutti gli altri soggetti coinvolti, facciano il possibile per porre termine a questi crimini e assicurare alla giustizia i responsabili. Contemporaneamente, voglio riaffermare l'importanza dell'accoglienza e protezione per quanti sono costretti a fuggire da Siria e Iraq, proprio a causa di siffatti crimini.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Rezolucijom Vijeća sigurnosti UN-a 2249 (2015) od 20. studenog 2015. potvrđeno je kako nasilna ekstremistička ideologija tzv. IDIS-a/Daiša, njegovi teroristički činovi, kontinuirani teški sustavni i rašireni napadi na civile, kršenja ljudskih prava i međunarodnog humanitarnog prava, među kojima su i ona počinjena na vjerskoj ili etničkoj osnovi, iskorjenjivanje kulturne baštine i trgovina kulturnim dobrima predstavljaju globalnu i dosad nezabilježenu prijetnju međunarodnom miru i sigurnosti.

Genocid, zločini protiv čovječnosti i ratni zločini tiču se svih država članica EU-a koje su odlučne u namjeri da surađuju kako bi se takvi zločini spriječili i okončalo nekažnjavanje počinitelja u skladu sa Zajedničkim stajalištem Vijeća 2003/444/ZVSP. Zbog toga podržavam reakciju Europskog parlamenta u obliku ove rezolucije i pridružujem se pozivima da se poštuju neotuđivo pravo svih etničkih i vjerskih manjina te ostalih koji žive u Iraku i Siriji da nastave živjeti u svojim povijesnim i tradicionalnim zavičajima u dostojanstvu, jednakosti i sigurnosti te da slobodno ispovijedaju svoju vjeru bez ikakve prisile, nasilja ili diskriminacije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Repudiamos de forma veemente, a extrema violência, barbárie e atos terroristas perpetrados pelo denominado EIIL/Daesh, que a resolução denuncia.

Mas o mesmo texto omite de forma flagrante as responsabilidades que EUA e UE têm na realidade a que hoje assistimos. Esquece que os mesmos que hoje são apontados como inimigos, foram no passado aliados na desestabilização do Iraque e da Síria.

O que se impõe é a solidariedade e o apoio aos povos, Sírio e Iraquiano, vítimas da bárbara ação destes grupos e da ingerência e agressões militares perpetradas pela NATO a mando dos EUA e UE.

Rejeitamos em absoluto que, a pretexto do seu combate, se dê continuidade e se aprofundem os mesmos processos de ingerência, agressão e guerra movidos pelos interesses geoestratégicos, políticos e económicos dos EUA e do diretório de potências europeias.

A escalada de violência que ameaça arrastar estes povos para um desastre cada vez maior, não terá termo sem que se garanta o respeito pela soberania e independência dos povos.

Pelo exposto o voto de abstenção.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – In Iraq e in Siria, l'ISIS/Daesh, sta violando gravemente i diritti umani. Uno dei suoi obiettivi è quello di sterminare i cristiani e qualsiasi altra minoranza religiosa ed etnica, nelle zone poste sotto il suo controllo. Secondo le Nazioni Unite queste violazioni potrebbero costituire crimini di guerra, crimini contro l'umanità e genocidio. Questa risoluzione chiede alla comunità internazionale di intraprendere azioni immediate per combattere lo sterminio di massa delle minoranze religiose perpetrato dal cosiddetto Stato Islamico e di nominare un rappresentante speciale permanente per la libertà di religione e di credo. Trattandosi di una vera e propria emergenza umanitaria, che deve essere arrestata senza ulteriori indugi, non potevo esimermi dal votare a favore di questa proposta di risoluzione.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně*. – Chtěl bych zde zmínit, že základními zásadami Evropské unie je ochrana svobody náboženského vyznání, dodržování mezinárodního humanitárního práva, tolerance k druhým a neodsuzování ostatních pouze na základě jejich víry. Jsem jednoznačně proti jakýmkoliv nenávistným excesům a náladám, ať už to je masové vraždění křesťanů na území ovládané Dá'íš či protižidovské a protiislámské nálady na území Evropské unie. To, co se ovšem děje v Sýrii a Iráku, jsou zločiny s charakterem genocidy, které v současném světě jsou bezprecedentní. Takovéto zločiny, při nichž jsou vraždění, znásilňování a přemísťování příslušníci jednotlivých náboženských menšin, mají být jednohlasně odsouzeny mezinárodním společenstvím, tedy i orgánem, ve kterém se právě nacházíme.

Právě tímto usnesením by naše práce neměla končit. Je nutné přesvědčit mezinárodní společenství a vyzvat Radu bezpečnosti OSN, aby rázně zakročila proti aktivitám Dá'íš a ukončila přísun finančních prostředků této teroristické organizaci. Závěrem chci podotknout, že k vraždění křesťanů a dalších příslušníků náboženských menšin nedochází bohužel pouze na území Sýrie a Iráku a je naší morální povinností obdobné činy odsuzovat, abychom nepřipustili další tragédii rozměrů Rwandy nebo bývalé Jugoslávie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Il est évident que j'ai soutenu cette résolution. Mais je préférerais ne plus avoir à voter des résolutions dans lesquelles sont évoquées des pratiques d'un autre temps. Ces massacres, tortures, exécutions pour des raisons religieuses rappellent la guerre de 30 ans en Europe.

Pourquoi? Parce que les différentes conceptions qui s'affrontent autour des questions de savoir ce qui est bien pour la région en termes de religion, de modèle de société, de pouvoir, de politique, de coalition, ne trouveront jamais aucune réponse commune. L'Europe du XVIIème siècle, dans cette même situation irréconciliable a choisi de ne pas chercher à savoir ce qui était bien, mais à savoir comment éviter le mal. C'est à dire comment éviter la mort violente (guerre et maladies qui en découlent).

L'État islamique incarne peu à peu ce mal car il touche toutes les parties. Mais les responsables de sa création qui pensait éviter ce mal ont du sang sur les mains et rendront difficiles une réconciliation dans la région. Défendons donc ce qui évitera à des civilisations de mourir d'une mort violente.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente resolução reflecte a posição comum do Parlamento Europeu relativa ao genocídio das minorias religiosas pelo Daesh que, nas zonas sob o seu controlo e sobre a capa da jihad, assassina, massacra, espanca, extorque, sequestra, tortura e escraviza as minorias religiosas e étnicas que aderem a uma interpretação do islão distinta do fundamentalismo yihadista, ou que, simplesmente, professam outra fé.

No sentido de proibir qualquer tipo de assistência ao autoproclamado Estado Islâmico, o relator recorda a Resolução 2253 (2015) do Conselho de Segurança das Nações Unidas que institui o dever jurídico que incumbe os Estados membros de proibir o fornecimento de armas e assistência financeira - incluindo o comércio ilegal de petróleo - a contrapartes suspeitas de utilizarem o armamento e o financiamento para cometer violações do Direito humanitário internacional.

De modo particular, o relatório denuncia o assassinio sistemático em massa das minorias religiosas cristãs, yazidis, turquemenas, xiitas, shabak, sabeítas, kaka'i e sunitas. Posto o que precede, votei favoravelmente a resolução ora em apreciação na expectativa de que os crimes perpetrados em nome da ideologia extremista do denominado Estado Islâmico sejam chamados pelo seu nome - genocídio - e os seus cúmplices sejam reputados de criminosos.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for this non-legislative and non-binding report. UKIP is extremely concerned about the persecution of religious minorities by ISIS. UKIP voted against this non-legislative and non-binding report, given the resolutions lack of calls for EU action, aside from §10's call for the establishment of an EU Permanent Special Representative to which we voted against, we voted for the resolution as a whole.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a presente resolução, em que é considerado que as perseguições, atrocidades e crimes internacionais representam crimes de guerra e crimes contra a humanidade.

Concordo que o facto de o autoproclamado «EIL/Daesh» cometer crimes de genocídio contra cristãos e yazidi, que não concordam com a sua interpretação do Islão, exigindo a adoção de medidas ao abrigo da Convenção das Nações Unidas para a Prevenção e Repressão do Crime de Genocídio, de 1948.

Assim, considero importante que os membros do Conselho de Segurança da ONU remetam para o Tribunal Penal Internacional a investigação das violações no Iraque e na Síria contra cristãos, yazidi e minorias religiosas e étnicas pelo autoproclamado «EIL/Daesh».

Para além de concordar com a criação de um Representante Especial permanente para a liberdade de religião e crença, saliento que as constantes perseguições de grupos étnicos e religiosos no Médio Oriente é um fator importante da migração em massa e das deslocações internas.

Face ao exposto, votei favoravelmente a presente resolução porque expressa a importância de a comunidade internacional assegurar proteção e apoio, incluindo apoio militar, em conformidade com o direito internacional, aos visados pelo autoproclamado «EIL/Daesh».

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, condamnation vigoureuse du groupe EIL/Daech et des crimes de guerre et crimes contre l'humanité dont il se rend coupable. Ce groupe constitue une menace mondiale d'une gravité sans précédent contre la paix et la sécurité internationales. Il incarne l'antithèse absolue de la civilisation.

Parmi les atrocités tristement recensées, nous pointons ici celles spécifiquement commises contre les minorités religieuses et ethniques, telles que les communautés chrétiennes, yézidiées, turkmènes, chabaks, kaka'e, sabéennes-mandéennes, kurdes et chiites, de même que de nombreux arabes et musulmans sunnites. Systématiquement, ces minorités sont visées: massacres, spoliations, enlèvements, torture, esclavagisme, conversions de force ou encore traite d'êtres humains, sans évoquer la destruction des sites religieux et culturels.

Les crimes contre l'humanité et les crimes de guerre, quels que soient l'endroit et le moment où ils ont lieu, ne peuvent rester impunis. Nous en appelons à la Communauté internationale ! Il faut d'urgence saisir la CPI, mettre en place des couloirs humanitaires, prendre des mesures pour que ces actes soient qualifiés de génocide par le Conseil de Sécurité. Aujourd'hui, nous nous sentons démunis. Ne baissons pas les bras: un jour l'humanité sera en mesure de traduire les coupables en justice.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La propuesta de Resolución tiene como punto clave la lucha contra la persecución de cristianos, musulmanes no salafistas, personas LGBTI y otras personas o grupos que no comparten la visión del mundo del Daesh. El mundo debe considerar a este grupo terrorista como responsable de las diversas atrocidades que han cometido contra los grupos religiosos y las minorías en general. Esta Resolución insta a los Estados del Golfo y, en particular, a Arabia Saudí, a que rechacen las enseñanzas wahabíes intolerantes que distorsionan los valores islámicos tradicionales; pide a la comunidad internacional, incluidos la UE y sus Estados miembros, que asegure las condiciones de seguridad y las perspectivas de dichas minorías étnicas y religiosas; insta a todos los Estados miembros de la UE a actualizar sus sistemas jurídicos con el fin de evitar que sus nacionales y conciudadanos puedan viajar a unirse al Daesh y otras organizaciones terroristas y para que, en caso de que lo hagan, sean procesados cuanto antes; y pide a todas las partes involucradas en el conflicto que respeten los derechos humanos universales para facilitar la prestación de ayuda humanitaria y asistencia a través de todos los canales posibles.

Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La résolution que j'ai votée ce midi presse la communauté internationale de prendre des mesures urgentes pour contrer le massacre systématique des minorités religieuses par le groupe «État islamique». Le texte réitère la ferme condamnation de l'EI/Daech et ses violations flagrantes des droits de l'homme, visant délibérément des chrétiens, des Yézidis, des Turkmènes, des chiites, des Shabak, des Sabéens, des Kaka'e et des sunnites qui ne sont pas d'accord avec leur interprétation de l'islam. Ces violations s'apparentent à des «crimes de guerre», «crimes contre l'humanité» et «génocide», selon le Statut de Rome de la Cour pénale internationale (CPI). La résolution demande à l'Union européenne de désigner un représentant spécial permanent pour la liberté de religion et de conviction et exhorte tous les pays de la communauté internationale à prévenir les crimes de guerre, les crimes contre l'humanité et le génocide sur leurs territoires. Tous les États membres de l'Union devraient mettre à jour leurs systèmes juridiques et juridictionnels afin d'empêcher leurs ressortissants et les citoyens en voyage à l'étranger de rejoindre l'EI/Daech et d'autres organisations terroristes, et également veiller à ce que, s'ils le font, ils soient soumis à une procédure pénale dès que possible.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Dei o meu total apoio a esta proposta de resolução que condena veementemente o autoproclamado «Estado Islâmico/Daexe», bem como os inauditos abusos dos direitos humanos e as graves violações do direito internacional humanitário e contra o Património da Humanidade cometidos por esta organização terrorista.

É urgente que todas as partes contratantes na Convenção da ONU para a prevenção e repressão do crime de genocídio se unam na luta contra estes crimes de guerra e contra a Humanidade, cumprindo plenamente as obrigações jurídicas dela decorrentes.

A luta contra estes atos bárbaros deve ser travada sem tréguas e todos os países da comunidade internacional devem tornar mais eficazes os seus sistemas jurídicos e jurisdicionais, bem como os próprios sistemas de ensino, com o objetivo de contribuir para que se formem cidadãos mais equilibrados, justos e responsáveis.

Considero que as organizações de ajuda humanitária a operar no terreno devem cooperar plenamente e de forma direta com as igrejas, comunidades cristãs e outras minorias religiosas, oferecendo uma resposta consentânea com as necessidades da população em geral. Entendo também que o sistema judicial nacional e internacional deve funcionar de modo firme e sem tibiezas, quando confrontado perante atos bárbaros cometidos pelo auto proclamado Estado Islâmico/Daexe.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle la communauté internationale à prendre des mesures d'urgence face au massacre systématique des minorités religieuses et ethniques par le groupe «État islamique» en Iraq et en Syrie. Il est indispensable d'agir sans délai contre ces exactions et de traduire en justice ceux qui sont à l'origine de telles atrocités.

J'ai soutenu ce texte qui qualifie les persécutions et exécutions systématiques des chrétiens, yézidis et autres minorités de génocide, et appelle à ce que le Conseil de sécurité des Nations unies les reconnaisse en tant que tel. C'est la première fois que le Parlement européen qualifie de génocide des massacres ethniques. Cette position prend appui sur un rapport de l'ONU de mars 2015 qui avait déjà souligné que les attaques perpétrées par le groupe «État islamique» en Iraq contre la minorité yézidie pouvaient constituer un génocide.

Enfin, la résolution appelle le Conseil de sécurité de l'ONU à saisir la Cour pénale internationale au sujet des crimes du groupe «État islamique» en Iraq et en Syrie.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione proposta dal PPE perchè prevede che tutti gli abusi e le discriminazioni perpetrati dall'ISIS anche contro i cristiani, siano riconosciuti dal Parlamento europeo come genocidi, invitando allo stesso tempo il consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite a fare altrettanto. Dobbiamo usare ogni mezzo per combattere l'ISIS e riconoscere alle sue vittime la dignità e il rispetto che meritano.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en la votación de esta Resolución al considerar que: 1) la llamada a aceptar la jurisdicción de la Corte Penal Internacional debe ir dirigida también a los Estados Unidos, China, India y a todos los Estados, y no limitarse a Siria e Irak; 2) toda intervención autorizada debe tener un carácter civil y humanitario y no militar; 3) la utilización del concepto de genocidio con un espectro mucho mayor del que se le concede en el marco de la Corte Penal Internacional (al margen del caso de los yazidís) resulta problemática.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Jeg fordømmer de mange og alvorlige overtrædelser af den internationale menneskerettighedslovgivning og den humanitære folkeret, som begås af alle parter, der er involveret i de verserende konflikter i Irak og Syrien.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en esta Resolución porque en el texto se apela a la «Responsabilidad de Proteger» (R2P), que está en el origen de las desastrosas intervenciones militares que han causado la desestabilización en la región. Los que apoyaron la R2P apoyaron también a los «rebeldes» yihadistas que hoy atacan a las minorías religiosas. Condenamos firmemente las matanzas de civiles, incluidas las minorías religiosas, étnicas y de cualquier clase, pero estamos en contra de la instrumentalización y la utilización de determinadas religiones por parte de la UE. Nos hemos opuesto a la ampliación de competencias de la acción exterior de la UE mediante la creación de un alto representante de Libertad de Religión y Creencias, porque entendemos que su labor se solaparía con la de la Alta Representante para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad y podría ser contraproducente si reprodujese la realidad parlamentaria, que prima la atención a determinadas confesiones en detrimento de otras, lo que puede contribuir a la islamofobia. Por esto nos hemos abstenido en esta Resolución.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Finalmente un'Istituzione europea ha trovato il coraggio per definire le atrocità dell'ISIS contro le minoranze religiose per quello che sono: un genocidio. Cristiani perseguitati, chiese distrutte, impossibilità di professare la propria fede: questa è la situazione nel Medio Oriente in mano al cosiddetto Stato Islamico. Mi auguro che dopo le posizioni del Consiglio d'Europa, che ha riconosciuto il genocidio la scorsa settimana, e del Parlamento europeo, saranno le Nazioni Unite a definire tali crimini contro l'umanità «genocidi», sensibilizzando ulteriormente l'opinione pubblica. Ho votato pertanto a favore della risoluzione.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The persecution of Christians, Yazidis and any Muslim not supporting the so-called 'Salafi Movement' is not acceptable, and this terrorist group should be held accountable for these actions. I must also add that the oppression of LGBTI individuals is massively upsetting and the brutality that they've suffered should be reflected in this resolution.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nisam podržao ovo izvješće, ali ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Situácia náboženských menších žijúcich v oblastiach obsadených Islamským štátom sa neustále zhoršuje. OSN spolu s inými medzinárodnými organizáciami naďalej informujú o rozšírenom a závažnom porušovaní medzinárodných ľudských práv a humanitárneho práva. IŠ sa na územiach Sýrie a Iraku dopúšťa na etnických a náboženských menšinách cieľového zabíjania, nútenej konverzie či únosov. Ktokoľvek, kto nesúhlasí s radikálnou predstavou IŠ, sa stáva nepriateľom ich ideológie, ktorá slúži ako ospravedlnenie ich konania.

Súhlasím preto s výzvou, aby sa medzinárodné spoločenstvo a členské krajiny EÚ zasadzovali za to, aby boli zločiny tejto teroristickej organizácie uznané za genocídu. Nijak inak sa konanie skupiny, ktorá nesúhlasí s inou ako radikálnou interpretáciou islamu, nazvať nedá. Ide o snahu skupiny o vyhladenie všetkých náboženských menšín na územiach pod ich kontrolou. Členské štáty OSN musia takisto dodržať svoje záväzky vyplývajúce z rezolúcie Bezpečnostnej rady a zakázať akýkoľvek druh pomoci IŠ od dodávok zbraní, obchodu s ropou až po finančnú pomoc. Ak nebudú jednotlivé krajiny konať, ak budú zatvárať oči pred genocídou, budú tiež porušovať medzinárodné právo. Nezanedbateľnú zodpovednosť majú štáty Perzského zálivu, ktoré musia zvýšiť svoje úsilie a konfrontovať sa s extrémistickou ideológiou IŠ. Menšiny žijúce vo svojich historických vlastiach v Sýrii a Iraku majú neodhateľné právo na život.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Vítám přijaté usnesení, které jasně odsuzuje válečné zločiny a zločiny proti lidskosti ze strany tzv. Islámského státu. Za důležitý považuji apel na Radu bezpečnosti OSN, aby tyto zločiny označila jako genocidu. Považuji za chybu, že se tak dosud nestalo, když už v roce 2014 vysoký komisař OSN pro lidská práva ve své zprávě hovořil o tom, že tzv. Islámský stát zavraždil až pět tisíc jezidských mužů a dalších pět až sedm tisíc jezidských žen drží v zajetí, mimo jiné jako sexuální otrokyně. Snahy tzv. Islámského státu o „očistění“ svého území od lidí jiného náboženského vyznání jsou jasně patrné. ISIS nepronásleduje pouze Jezidy, ale i křesťany, šíity, Turkmény, včetně sunnitů, kteří islám vykládají odlišně než ISIS. Proto podporuji výzvu směrem k Radě bezpečnosti OSN, aby celou věc postoupila Mezinárodnímu trestnímu soudu. Za naprosto zásadní považuji bod 14, ve kterém vyzýváme k humanitární pomoci a především k vytvoření humanitárních koridorů pod mandátem OSN, které by chránily mírové sbory OSN. Souhlasím s tím, že tyto koridory mohou být součástí řešení aktuální uprchlické krize. Pro OSN by tato záležitost měla být jednou z naprostých priorit.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Podatki kažejo, da so tarče tako imenovanega ISIL/Daiša še vedno etnične in verske skupine v Iraku in Siriji (Kaldejci, Sirci in Asirci, fajlski Kurdi, Kakajci, Sabejci, Šabaki, šiitski Arabci, Turkmenci in Jazidi). Ti predstavljajo načrtne žrtve hudih zlorab in kršenja mednarodnega prava o človekovih pravicah in mednarodnega humanitarnega prava.

Kot slednje lahko po navedbah strokovnjakov OZN naštejemo vojna hudodelstva, hudodelstvo proti človečnosti in morda celo genocid. Omenjena sistematična in grozovita dejanja proti posebnim etničnim in verskim skupinam vključujejo množične usmrtitve, etnično čiščenje, načrtne poboje, prisilne spreobrnitve v islam, ugrabitve, prisilno razseljevanje, kamenjanje in amputacije, prisilna izginotja in mučenja, uničevanje spomenikov verske in kulturne dediščine ter trgovanje s kulturno lastnino.

Strinjam se, da je potrebno ostro obsojati številne hude kršitve mednarodnega prava o človekovih pravicah in mednarodnega humanitarnega prava, ki so jih zgrešile vse strani, vpletene v sedanje spopade v Iraku in Siriji. Ob tem pa se mi zdi nujno opomniti, da humanitarne potrebe prebivalstva v Iraku, Siriji in Libiji še naprej presegajo mednarodni odziv.

Pridružujem se pozivu vojskujočim stranem v regiji, da nemudoma prenehajo napadati civilno prebivalstvo, izpustijo samovoljno priprte zapornike in spoštujejo človekove pravice vseh, ne glede na veroizpoved, etično pripadnost ali politično prepričanje. Zaradi opisanega predlog resolucije podpiram.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della risoluzione del Parlamento europeo sullo sterminio sistematico delle minoranze religiose da parte di DAESH, perché ritengo sia urgente intensificare gli sforzi per prevenire e reprimere ulteriori e inaccettabili atti di violenza contro le minoranze religiose. L'ideologia dell'estremismo violento portata avanti da DAESH, attraverso continui attacchi e violazioni dei diritti umani nei confronti di varie minoranze, quali cristiani, yazidi, turkmeni, sciiti e sunniti che non condividono la loro interpretazione dell'Islam, nonché attraverso la sua opera sistematica di distruzione del patrimonio culturale, costituisce una terribile minaccia per la sicurezza e per la pace internazionale. Per questo motivo, riteniamo necessario e auspicabile introdurre negli ordinamenti degli Stati membri disposizioni specifiche, da una parte, per fermare il finanziamento di organizzazioni terroristiche e, dall'altra, per arginare il fenomeno dei *foreign fighter*, attraverso misure atte ad impedire ai propri cittadini di partire per unirsi a queste organizzazioni.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Menšiny sú v každom konflikte tou najzraniteľnejšou skupinou. Útoky na národné menšiny v Sýrii a Iraku sú prejavom násilia najmä voči kresťanom. Popierať kresťanské korene Európy by bolo ako popierať európsku kultúru. Je potrebné toto hromadné vyvražďovanie odsúdiť, a to nielen slovami, ale aj skutkami a týmto spôsobom vyslať kresťanským menšinám signál, že máme za nich zodpovednosť v podobe systémového riešenia ich ochrany.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Nasilna ekstremistička ideologija ISIS-a, njegovi teroristički činovi, kontinuirani teški sustavni i rašireni napadi na civile, kršenja ljudskih prava i međunarodnog humanitarnog prava, uključujući ona počinjena na vjerskoj ili etničkoj osnovi, uništavanje kulturne baštine i trgovina kulturnim dobrima predstavljaju globalnu i dosad nezabilježenu prijetnju međunarodnom miru i sigurnosti, što je potvrđeno Rezolucijom Vijeća sigurnosti UN-a 2249 (2015).

Genocid, zločini protiv čovječnosti i ratni zločini, bez obzira na to gdje i kad se dogode, ne smiju proći nekažnjeno te se poduzimanjem mjera na nacionalnoj razini, jačanjem međunarodne suradnje te preko Međunarodnog kaznenog suda i međunarodnog kaznenog pravosuđa mora zajamčiti učinkovit kazneni progon tih djela. U skladu s međunarodnim pravom svi pojedinci imaju pravo živjeti prema vlastitoj savjesti te slobodno vjerovati i promijeniti vjerska i nevjerska uvjerenja. Stoga je važno zajamčiti potrebne sigurnosne uvjete i mogućnosti za sve one koji su bili prisiljeni napustiti svoju domovinu ili su prisilno raseljeni, da im se što prije omogući ostvarivanje prava na povratak u domovinu, da očuvaju svoje domove, zemlju, imovinu, kao i crkve te vjerske i kulturne lokalitete kako bi imali mogućnost za dostojanstven život i budućnost.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Svakodnevno smo svjedoci progona i ubojstva vjerskih manjina diljem područja koje kontrolira ISIS. Brutalnost islamista ne poznaje granice, a žrtve su krive samo zato što su drugačije od agresora. Takvo postupanje je apsolutno nedopustivo za EU. Kršćani su progonjeni iz svojih domova i često borave u pustinjskim izbjegličkim kampovima u kojima im islamisti isključivo nude smrt kao rješenje. Moramo iznaći rješenja za trenutnu situaciju, jer je postojeće stanje neodrživo. Osim što se gasi kršćanska kultura na Bliskom istoku i gubi se međukulturna suradnja, ovo je zastrašujuća humanitarna katastrofa.

Podržavam donošenje ove rezolucije kako bi zaštitili vjerske manjine diljem područja koja kontrolira ISIS. Nije dovoljno samo izglasavanje rezolucije, već treba poduzeti i dodatne korake kako bismo zaštitili vjerske manjine u tim područjima. Izglasavanje rezolucije prvi je korak u tom izrazito složenom procesu.

Patricija Šulin (PPE), pismo. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o sistematičnih množičnih pobojih verskih manjšin, ki jih izvaja ISIS. Naša dolžnost je, da venomer opozarjamo, ko gre za nasilna ekstremistična ideologija, teroristična dejanja, stalni hudi, sistematični in obsežni napadi na civiliste, kršitve človekovih pravic in mednarodnega humanitarnega prava.

Ne glede na to, kdo jih izvaja in v katerem delu sveta se dogajajo. Pridružujem se obsodbam dejanjem ISIS-a, ki jih lahko opredelimo kot zločine proti človeštvu ter pozivom, naj članice varnostnega sveta OZN podprejo priporočilo varnostnega sveta Mednarodnemu kazenskemu sodišču, naj razišče kršitve, ki jih zoper kristjane, jazide in druge narodnostne manjšine v Iraku in Siriji izvaja t. i. ISIS.

Pavel Svoboda (PPE), písemně. – Podpořil jsem dnešní rezoluci k systematickému masovému vyvražďování náboženských menšin tzv. Islámským státem v Iráku a Sýrii, protože její text jasně konstatuje, že teroristické organizace se v Sýrii a v Iráku dopouštějí genocidy na všech náboženských menšinách v oblastech žijících a zejména na křesťanech. Systematická snaha vyvraždit všechny menšiny je doplněna vraždami a terorem uplatňovaným i vůči muslimům, kteří s těmito teroristy nesouhlasí. Rezoluce navíc jasně konstatuje - a opakuje tak jen obsah rezolucí OSN - že těm, kteří se dopouštějí genocidy, nelze poskytovat jakoukoli pomoc a to ani finanční například účasti na obchodě s ropou. Naopak je třeba jakoukoli možnou pomoc všem těm, kteří jsou v Iráku a Sýrii cílem vyvražďování ze strany ISIS pro své náboženské přesvědčení či odpor k šíření násilí a teroru.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η τραγική κατάσταση με τις συνεχείς δολοφονίες και τις μαζικές εξοντώσεις θρησκευτικών μειονοτήτων από το ISIS προσλαμβάνει ανεξέλεγκτες διαστάσεις. Γι' αυτό δεν αρκούν τα ευχολόγια. Πρέπει να μιλήσουμε με ειλικρίνεια.

Η Ευρώπη δεν είναι άμοιρη ευθυνών για τα όσα συμβαίνουν. Με την ανοχή της ΕΕ, τόσο η Γαλλία όσο και η Γερμανία εξόπλιζαν τους τζιχαντιστές, ενώ μέχρι σήμερα η ΕΕ γίνεται ουραγός των ΗΠΑ συμβάλλοντας στην αποσταθεροποίηση της περιοχής. Την ίδια στιγμή ενώ γνωρίζετε πως η Τουρκία ενισχύει στρατιωτικά και υποθάλπει τον ISIS, σφουρίζετε αδιάφορα.

Φτάνει η υποκρισία. Είναι επιτακτική ανάγκη να αντιμετωπιστούν άμεσα οι αιτίες που δημιούργησαν και ενισχύουν τον ISIS. Να τερματιστούν οι ξένες επεμβάσεις και οι πόλεμοι στον αραβικό κόσμο. Και να στηρίξουμε έμπρακτα πρωτοβουλίες για την ειρήνευση της περιοχής.

Εξίσου σημαντικό είναι να μην επιτρέψουμε να στοχοποιηθούν οι μουσουλμάνοι για τα όσα συμβαίνουν. Και ούτε να αποδεχτούμε την νομιμοποίηση κατασταλτικών μέτρων περιστολής των ατομικών δικαιωμάτων και ελευθεριών. Το ζητούμενο είναι η Ειρήνη, η αλληλεγγύη και ο σεβασμός των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Παρόλο που η πρόταση Ψηφίσματος σε γενικές γραμμές κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση, θεωρούμε απαράδεκτο το γεγονός ότι προσπαθούν, τόσο υποκριτικά και ύπουλα να περάσουν μέσα αυτή την χρηματοδότηση της Τουρκίας, η οποία και αποτελεί εξ αρχής μία από τις βασικές αιτίες έναρξης των συγκρούσεων .

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a határozat elfogadását, mert az világos állásfoglalást fogalmaz meg az Európai Parlament részéről az ISIS által képviselt, különösen kegyetlen, sok esetben népiirtásnak minősülő erőszakos cselekmények egyik legjelentősebb célcsoportja, a vallási kisebbségek védelme érdekében. Üdvözlöm, hogy a határozat is tudatosítja, hogy pusztán politikai, diplomáciai eszközökkel nem lehet véget vetni e terrorszervezet erőszakos tevékenységének és rámutat a nemzetközi közösség felelősségére a katonai eszközökkel való hatékony beavatkozás tekintetében. Szintén helyesnek tartom, hogy az EP az európai kormányok felelősségére is rámutat, annak érdekében, hogy jogszabályaik az Európából az ISIS-hez csatlakozó személyek mozgását jobban korlátozzák és akcióikat szankcionálják. Annak tudatában, hogy az ISIS a vallási közösségeken kívül a társadalom más kisebbségi csoportjait is veszélyezteti, fontosnak tartom, hogy az EP a jövőben e csoportok védelmében is foglaljon állást, s amennyiben ilyen határozati javaslat születik, azt is támogatni fogom.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Ascensiunea Statului Islamic din Siria și Irak (ISIS) constituie una dintre provocările majore la adresa societății contemporane. Violența și lipsa de umanitate a metodelor folosite de militanții acestui grup terorist au depășit de mult orice limită imaginabilă într-o lume civilizată. Dincolo de aspectele vizând acțiunile internaționale de contracarare a acestui flagel terorist, nu pot fi ignorate acțiunile regretabile pe care militanții ISIS le întreprind împotriva grupurilor minoritare care nu împărtășesc valorile lor religioase de tip fundamentalist și extremist. În această categorie se pot include, pe lângă minoritățile creștine, minoritățile islamice šiite, alaute, sufi, populațiile musulmane seculare sau non-salafiste, minoritatea yazidiților, femeile și minoritățile sexuale. Grupurile respective au fost tratate cu brutalitate de către militanții ISIS, fiind victimele represiei lor, prin persecuție, negarea drepturilor fundamentale, atacuri indirecte sau chiar vătămări corporale și omucideri. În aceste condiții, Uniunea Europeană, în calitate de apărătoare a lumii civilizate, are datoria morală de a incrimina aceste fapte drept crime împotriva umanității. ISIS și membrii săi trebuie să răspundă, în fața unui tribunal internațional special constituit în acest sens, pentru atrocitățile comise împotriva grupurilor respective. Avem datoria, în calitate de reprezentanți ai cetățenilor europeni care trăiesc în societăți libere, să susținem această rezoluție.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par cette résolution, nous condamnons fermement les violations graves et multiples du droit international des droits de l'homme et du droit humanitaire international commises par toutes les parties aux conflits actuels en Iraq et en Syrie. De plus, il faut condamner les atrocités massives et généralisées commises par Daech, y compris sa volonté délibérée de s'en prendre aux communautés religieuses et ethniques sur les territoires qu'il contrôle. Enfin, le Parlement européen dénonce avec la plus grande fermeté la destruction des sites et des symboles religieux et culturels par Daech, qui sont autant d'agressions envers le patrimoine culturel de toutes les populations de Syrie et d'Iraq et de l'humanité en général; il appelle tous les États à intensifier leurs enquêtes pénales et leur coopération judiciaire en vue d'identifier l'ensemble des groupes qui se livrent au trafic illicite de biens culturels et à l'endommagement ou à la destruction d'un patrimoine culturel qui appartient à l'humanité toute entière, en Syrie, en Iraq, ainsi qu'au Moyen-Orient et en Afrique du Nord au sens large.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution urging the members of the United Nations Security Council to support a referral by the Security Council to the International Criminal Court (ICC) in order to investigate violations committed in Iraq and Syria by so-called ISIS/Daesh against Christians, Yazidis and religious and ethnic minorities. Daesh violations are clear crimes against humanity and war crimes. It is also important that the international community provide protection and aid, including military protection and aid in accordance with international law, to all those targeted.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Daesh ha trasformato il conflitto religioso in un tema centrale della sua propaganda e delle sue azioni, ha usato la religione come strumento di reclutamento e come pretesto per rivendicare terre ricche di materie prime. Per questo il voto del Parlamento a questa mozione congiunta è di fondamentale importanza, si tratta, infatti, di porre al centro del dibattito politico i crimini internazionali commessi contro tutte le minoranze religiose da questo gruppo terroristico. È nostro dovere continuare a promuovere misure preventive e ulteriori azioni per fermare l'incipiente genocidio in corso contro i cristiani, gli yazidi e altre minoranze e comunità etniche e religiose. Chiediamo, inoltre, alle Nazioni Unite di agire in maniera decisa per perseguire i membri dell'ISIS responsabili di tali efferate azioni.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pritariau balsavime rezoliucijai dėl sistemingų ir masinių ISIS įvykdytų žudynių religinių mažumų atžvilgiu. Dera ryžtingai pasmerkti įvykdytus nusikaltimus bei išpuolius prieš religines ir etnines bendruomenes, kurios randasi ISIS kontroliuojamose teritorijose. Ypatingai reikia pasmerkti prieš krikščionius padarytus nusikaltimus, kuriems būdingi etninio valymo požymiai. Rezoliucija taipogi pagrįstai smerkia religinės reikšmės vietas bei kultūros turto naikinimą, kas tapatinama su išpuoliu prieš Sirijos ir Irako bei visos žmonijos kultūros paveldą. Kaip Europos Parlamentas, šiuo klausimu, turime turėti vienareikšmišką poziciją, kad pasiųstume aiškų signalą nuteiktą prieš įvykdytus genocido aktus.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Unatoč gubicima teritorija na području Sirije i Iraka, takozvana Islamska država i dalje kontrolira velik dio područja u tim državama, kao i određene regije u ostalim državama. Zastrašujuća je spoznaja kako unatoč velikim gubicima, koje su im prouzročili brojni zračni napadi država koje djeluju unutar koalicije protiv IS-a, okrutna kampanja kojom žele suzbiti sve vjerske manjine i tragove njihova postojanja ne jenjava. Tome u prilog idu i alarmantne informacije te upozorenja obavještajne zajednice kako 2016. godina nažalost neće biti ništa mirnija te kako će se napadi nastaviti, čak i jačim intenzitetom.

Upravo iz tog razloga sve više stručnjaka iz područja ljudskih prava poziva međunarodnu zajednicu da okarakterizira ISIL-ovu kampanju protiv manjinskih skupina kao ratni zločin, zločin protiv čovječnosti i genocid. Podržavam nastojanja da Vijeće sigurnosti UN-a uputi ove predmete Međunarodnom kaznenom sudu kako bi se procesuirali i kaznili ne samo počinitelji ovih strašnih zločina koje svijet ne pamti, nego i svi oni koji su godinama na mnoge načine podržavali djelovanja raznih terorističkih skupina financiranjem i nabavom oružja. Zbog toga sam podržala ovu rezoluciju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o sistematičnim množičnim poboji verskih manjšin, ki jih izvaja ISIS sem podprla saj sem mnenja, da hudodelstva zoper človečnosti in vojna hudodelstva, kjerkoli in kadarkoli se zgodijo, ne smejo ostati nekaznovana, prav tako pa ne bi smela biti del naših življenj.

Podpiram prizadevanja Evropske unije da se zagotoviti učinkovit pregon tovrstnih kaznivih dejanj, in sicer tako s sprejemanjem ukrepov na nacionalni ravni kot z izboljšanjem mednarodnega sodelovanja. S tem bomo lahko ponovno vzpostavili občutek varnosti, miru in zaupanja med prebivalci Evrope.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos abstenemos en la votación de esta Resolución al considerar que: 1) la llamada a aceptar la jurisdicción de la Corte Penal Internacional debe ir dirigida también a los Estados Unidos, China, India y a todos los Estados, y no limitarse a Siria e Irak; 2) toda intervención autorizada debe tener un carácter civil y humanitario y no militar; 3) la utilización del concepto de genocidio con un espectro mucho mayor del que se le concede en el marco de la Corte Penal Internacional (al margen del caso de los yazidís) resulta problemática.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2014. augusztus 6-ra virradó éjszaka több mint 150 000 keresztény menekült el az úgynevezett „ISIS/Dáís” Moszulba, Karakosba és a Ninive-fennsík más falvaiba való benyomulása elől. Minden vagyonukat elrabolták, és azóta lakóhelyüktől távol élnek, bizonytalan körülmények között, Észak-Irakban. Az úgynevezett „ISIS/Dáís” foglyul ejtette mindazokat, akik nem tudtak elmenekülni Moszulból és a Ninive-fennsíkről, és a nem muzulmán nőket és gyermekeket rabszolgaságra kényszerítettek, néhányukat eladták, míg másokat brutálisan meggyilkoltak. Az ezzel kapcsolatos szavazás során az S&D-frakció álláspontját támogattam.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Griežtai smerkdamas primenu masinius išplitusius grupuotės „Da'esh“ vykdomus žiaurumus, įskaitant tyčinį taikymąsi į religines ir etnines bendruomenes tose srityse, kurias yra užėmus ši grupuotė; raginu ES ir valstybes nares aktyviai prisidėti ir imtis praktinių ir politinių priemonių, t. y. pasitelkiant JT, ieškant šių konfliktų sprendimo būdų, siekiant sumažinti milijonų visoms religijoms ir etninėms grupėms priklausančių žmonių kančias ir persekiojimą.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. – Fiziska vēršanās pret reliģiskajām un etniskajām minoritātēm, arābiem un sunnītiem, seksuālā vardarbība pret sievietēm un meitenēm, cilvēku tirdzniecība, bērnu piespiedu savervēšana — tās un citas ir cilvēka prātam neapmieramas zvērības, ko pastrādājusī tā saucamā „Islāma valsts” (*Daesh*) grupējums.

Rezolūcijā atbalstām nostāju, ka saskaņā ar Starptautiskās Krimināltiesas (ICC) Romas statūtiem, visi šie drausmīgie cilvēktiesību pārkāpumi ir pielīdzināmi noziegumiem pret cilvēci un kara noziegumiem, kas ANO Drošības padomei būtu jāatzīst par genocīdu.

Diemžēl teroristiskais grupējums atbalstu savām noziedzīgajām aktivitātēm saņem arī no vairākām ANO dalībvalstīm — tas uzskatāms par starptautisko tiesību pārkāpumu. Tādēļ aicinām šīs valstis, kuras tieši un netieši piedalās noziegumu pret cilvēci pastrādāšanā, pildīt savas juridiskās saistības saskaņā ar starptautiskajām tiesībām un pārtraukt šo nepieņemamo rīcību, kas rada milzīgu kaitējumu Irākas un Sīrijas sabiedrībai un nopietni destabilizē kaimiņvalstis un starptautisko mieru un drošību.

Tik pat svarīgi ir ES dalībvalstīm aktīvi strādāt pie radikalizācijas izskaušanas savās mājās, uzlabojot tiesu un jurisdikcijas sistēmas, lai nepieļautu, ka ES pilsoņiem ir iespēja pievienoties teroristiskajam grupējumam „Islāma valsts”.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because I find deplorable the human rights abuses perpetrated by ISIS/Daesh against Christians, Yazidis, Turkmen, Shi'ites, Shabak, Sabeans, Kaka'e and Sunnis who do not agree with their interpretation of Islam. These violations amount to 'war crimes', 'crimes against humanity' and 'genocide' according to the Rome Statute of the International Criminal Court (ICC). With this resolution we urge the international community to take urgent action to counter the systematic mass murder of religious minorities by ISIS. We also call upon all EU member states to update their legal and jurisdictional systems in order to prevent their nationals and citizens travelling to join ISIS and other terrorist organisations and also ensure that, should they do so, they face criminal court proceedings as soon as possible.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – No podemos mirar hacia otro lado mientras el Estado Islámico sigue perpetrando matanzas contra el resto de individuos que no procesan su religión. Los cristianos y el resto de minorías religiosas y étnicas que se sitúan en zonas controladas por el Estado Islámico están siendo objeto de una masacre inaceptable. Es por ello por lo que considero necesario votar a favor de una moción de resolución que no viene sino a condenar un hecho inadmisible por parte de la comunidad internacional.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb voor deze resolutie gestemd. Het is mijn volste overtuiging dat iedereen recht heeft op zijn fundamentele vrijheden en de eerbiediging van de mensenrechten, ongeacht geloof of etniciteit. Het is onze plicht om hen, die momenteel door de barbaren van IS worden onderdrukt, te steunen. Of het nu in Europa of het Midden-Oosten is, we zijn altijd sterker als we samenwerken bij de bestrijding van dergelijke terroristische organisaties. Meer dan ooit moet de Europese Unie diplomatieke druk uitoefenen op de betrokken partijen voor het vinden van een oplossing. Dit zou idealiter kunnen gebeuren tijdens de onderhandelingen tussen de Syrische regering en de oppositie in Genève deze maand.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution mise au vote du Parlement européen condamne fermement les massacres et violences commises par le groupe «État islamique» (EI), qui ont conduit en Syrie et en Iraq à l'une des plus grandes crises humanitaires jamais connues, avec des déplacements massifs de population.

Mais cette résolution ne prend nullement en compte les responsabilités de la communauté internationale dans la crise qui se joue actuellement au Moyen-Orient et, de surcroît, soutient une intervention militaire inconditionnelle comme seule réponse.

Cette résolution occulte également les responsabilités des États qui permettent le financement de cette organisation terroriste, notamment via le trafic du pétrole et des biens culturels.

À la GUE/NGL, nous appelons au contraire à un règlement politique, diplomatique et pacifique associant l'ensemble des parties prenantes, notamment les forces démocratiques, dont les Kurdes.

Nous demandons également en urgence la mise en place d'un corridor humanitaire et exigeons de tarir au plus vite les sources financières et logistiques qui alimentent l'EI.

Je me suis donc abstenue.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A violência e os assassinios em massa perpetrados pelo denominado EIIL/Daexe merece-nos o mais firme repúdio.

Contudo, a resolução oculta de forma flagrante as responsabilidades dos EUA e da UE no caminho que conduziu à atual situação. Os que ontem eram aliados - ISIS - na desestabilização do Iraque e da Síria parecem hoje tornar-se inimigos.

O que se impõe é a solidariedade e o apoio aos povos, sírio e iraquiano, vítimas da bárbara ação destes grupos e a clara rejeição de que, a pretexto do seu combate, se desenvolvam processos de ingerência, agressão e guerra movidos pelos interesses estratégicos dos EUA com o apoio da UE.

O fim da escalada de violência, que ameaça arrastar estes povos para um desastre cada vez maior, exige o respeito pela sua soberania e independência nacionais, e não novas aventuras belicistas como esta proposta parece indicar no seu ponto 14.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag verurteilt umfangreich und uneingeschränkt die Taten des IS. Vorschläge wie die Errichtung von Schutzzonen sind begrüßenswert, ebenso wie die Aufforderung an führende Muslime, die Verbrechen des IS beim Namen zu nennen. Daher stimme ich für diesen Bericht.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Vom „Islamischen Staat“ (IS) verübte Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen in unvorstellbarem Maße sind eine unstreitige Tatsache. Ihre Verurteilung und das Bemühen, dem IS politisch und militärisch ein Ende zu bereiten, verdient jedwede Unterstützung, weshalb bei allen zur Abstimmung stehenden Entschließungsanträgen mit „Ja“ abzustimmen war.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za projektem w sprawie systematycznego masowego mordowania mniejszości religijnych przez ISIS. Jak powszechnie wiadomo, na mocy prawa międzynarodowego każdy człowiek ma prawo do życia zgodnie ze swoim sumieniem i do swobody wyznania, do zmiany przekonań religijnych. Oczywiście jest, że systematyczne i powszechne ataki przeciwko ludności cywilnej, naruszenia praw człowieka i międzynarodowego prawa humanitarnego, w szczególności popełniane ze względów religijnych lub etnicznych stanowią globalne i bezapelacyjne zagrożenie dla ładu międzynarodowego.

Zgadzam się z opinią, iż dopuszczanie się aktów mordowania mniejszości religijnych i etnicznych w konsekwencji przyczynia się do masowej migracji i wewnętrznych przesiedleń. Z tego również powodu popieram stanowisko Wysokiego Komisarza Narodów Zjednoczonych ds. Uchodźców dotyczące implementacji działań takich jak: program humanitarnego przyjmowania uchodźców, wprowadzenia uproszczonych procedur łączenia rodzin lub bardziej elastycznych przepisów wizowych. Jednakże aby dane działania odniosły pozytywny efekt, potrzebne jest wypracowanie i wdrożenie planu współpracy jednostek UE z udziałem powszechnie uznanych przywódców mniejszości etnicznych i religijnych.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – It is important for the international community to recognise the extent of the horrors committed by Daesh, and much more must be done in order to cut off Daesh's funding. The EU and UN must take action in order to put pressure on Turkey, Saudi Arabia, and the Gulf states to cut off Daesh's funds.

However, the resolution does not address the plight of the hundreds of thousands of refugees who have escaped Daesh's brutality. Thousands of vulnerable women, children, and men have made their way to Europe. 10 000 refugee children have disappeared, most likely abducted and trafficked, while moving across Europe. Many thousands more are in make-shift camps, such as those in Calais or Dunkirk, lacking basic services, surviving in inhumane conditions. Member States must do much more to alleviate the suffering of these refugees and take collective action, sharing responsibility instead of shying away from the problem.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Δίνοντας την θετική μας ψήφο, ενώνουμε τις δυνάμεις μας στο κοινό αγώνα εναντίον του σκοταδισμού, του φανατισμού και της βίας που σκορπούν οι τρομοκράτες. Χριστιανικοί πληθυσμοί καθώς και σουνίτες μουσουλμάνοι διώκονται και θανατώνονται καθημερινά από το ΙΚ. Οι κάτοικοι των περιοχών αυτών μας χρειάζονται, οφείλουμε να δράσουμε άμεσα δίνοντας ένα τέλος στο καθημερινό τους μαρτύριο.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Naprosto podporuji tento návrh usnesení, protože považuji za zcela nepřijatelné, aby docházelo k masovým vraždám náboženských menšin. Tou nejzranitelnější skupinou v Sýrii a Iráku jsou právě křesťané. Je nepřipustné, aby byli křesťané Islámským státem cíleně napadáni a masově likvidováni, a to včetně žen a dětí. Naprosto se ztotožňuji s výzvou, aby mezinárodní organizace i představitelé států označovali takovéto činy páchané ISIS za „genocidu“, „zločiny proti lidskosti“ či „válečné zločiny“. My jako politici musíme jasně podporovat setrvání těchto obyvatel a zajistit jejich nezcizitelná práva. Jen takovouto podporou je možné ukončit utrpení a masové přesuny křesťanů.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Zbrodnicze działania tzw. Państwa Islamskiego bez wątpienia noszą znamiona ludobójstwa. Nawet jeśli nie wszystkie definicje prawne zostały w tym przypadku wyczerpane, to trudno nazwać inaczej systematyczne akty przemocy, porwania, morderstwa i egzekucje dokonywane na chrześcijanach na terenach Syrii i Iraku kontrolowanych przez ISIS. Jest to świadome działanie brutalnej i bezwzględnej organizacji terrorystycznej, jaką jest ISIS, mające na celu fizyczną eksterminację mniejszości religijnych na tym obszarze.

Ta zbrodnia przeciwko ludzkości nie może pozostać przemilczana i zignorowana przez wspólnotę międzynarodową. Pełna izolacja ISIS i uniemożliwienie władzom tego zbrodniczego reżimu otrzymania jakiegokolwiek wsparcia muszą być naszym nadrzędnym celem. Wszelkimi możliwymi środkami – politycznymi, gospodarczymi i militarnymi – musimy przeciwstawić się eksterminacji chrześcijan, którzy płacą najwyższą cenę za naszą bierność i geopolityczną rozgrywkę regionalnych mocarstw. Trzeba skoordynować działania w celu uniemożliwienia ISIS rekrutacji nowych bojowników i bezwzględnie karać te osoby, które zdecydowały się wstąpić w szeregi tej organizacji terrorystycznej. Musimy nie tylko egzekwować prawo międzynarodowe, w tym rezolucję Rady Bezpieczeństwa ONZ nr 2253 (2015), ale także zbudować koalicję gotową podjąć kolejne, realne działania na rzecz likwidacji tego „politycznego nowotworu”. Pokój w Syrii wydaje się dzisiaj niezwykle odległy, ale bez niego nie uda się ocalić życia tysięcy chrześcijan. Głosowałem za przyjęciem tego tekstu.

Milan Zver (PPE), pisno. – Predvsem krščanske, pa tudi druge verske manjšine so ena izmed najbolj ranljivih skupin v vojnih konfliktih v iraški in sirski družbi, ki jih sistematično napada teroristična organizacija ISIS/DAESH.

V več poročilih organov OZN, vključno s posebnim svetovalcem generalnega sekretarja OZN za preprečevanje genocida in posebnim svetovalcem generalnega sekretarja OZN za odgovornost zaščiti in Uradom visokega komisarja OZN za človekove pravice, je bilo navedeno, da bi dejanja t. i. Daiša/ISIS lahko pomenila vojne zločine, zločine zoper človeštvo in morebiti celo genocid.

Takšni zločini zoper civilno prebivalstvo, kjerkoli in kadarkoli se zgodijo, ne smejo ostati nekaznovani. Zato podpiram Resolucijo Evropskega parlamenta, ki poziva, da se sprejmejo vsi potrebni ukrepi v skladu z mednarodnim pravom na področju človekovih pravic ter begunskim in humanitarnim pravom za preprečevanje in zatiranje teh terorističnih dejanj.

Der Präsident. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Standpunkt des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

13. Eisenbahninfrastruktur und öffentliche Dienstleistungen in den Makroregionen Donau und Adria (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbateră privind Declarația Comisiei referitoare la Infrastructura feroviară și serviciile publice în macroregiunile Dunării și Mării Adriatice (2015/2922(RSP)).

Corina Crețu, membră a Comisiei. – Domnule președinte, stimați membri ai Parlamentului European, dragi colegi, aș dori să vă mulțumesc pentru faptul că ați pus pe ordinea de zi a acestei sesiuni plenare o dezbatere despre rolul serviciilor publice în îmbunătățirea conectivității feroviare în regiunea Dunării și în regiunea adriatico-ionică.

La începutul săptămânii trecute, am avut ocazia să particip la evenimentul de lansare a Strategiei Uniunii Europene pentru regiunea alpină, care a avut loc la Brdo, în Slovenia. Aceasta a fost lansarea celei de-a 4-a strategii macroregionale și răspunsul entuziast al celor peste 500 de participanți certifica, încă o dată, necesitatea și importanța acestor strategii macroregionale.

Prin implicarea în strategiile macroregionale, regiunile europene pot soluționa împreună provocări comune, contribuind astfel la realizarea coeziunii teritoriale, economice și sociale. Această cooperare este deosebit de relevantă în ceea ce privește îmbunătățirea conectivității regiunilor, mai ales prin dezvoltarea conexiunilor feroviare.

Atât Strategia Dunării, cât și cea adriatico-ionică, au identificat transportul feroviar ca fiind una dintre prioritățile lor principale. Există, într-adevăr, decalaje enorme între regiunile lor în ceea ce privește serviciile publice de transport feroviar, care subminează potențialul comun pentru dezvoltarea economică. De pildă, în ceea ce numim „vechile state membre”, precum Italia, Germania și Austria, serviciile publice sunt, în mare parte, satisfăcătoare, deși există, evident, loc pentru îmbunătățiri. În noile state membre, cum ar fi Republica Cehă, Ungaria și România, situația nu este satisfăcătoare, însă este în curs de ameliorare, în principal datorită sprijinului oferit de fondurile europene. În schimb, în țările din afara Uniunii Europene, serviciile publice feroviare sunt cu adevărat insuficiente și au dramatic nevoie de reforme și de investiții. În acest context Comisia Europeană consideră că este timpul să se ia măsuri energice de sprijinire a serviciilor publice de căi ferate în aceste regiuni.

Acțiunile ar trebui să se concentreze asupra următoarelor aspecte: în primul rând, avem nevoie cu siguranță de o cooperare strânsă și mai bună între țări. Nu există nicio altă modalitate de a reuși, la nivel microregional și macroregional. În al doilea rând, avem nevoie ca țările participante să colaboreze strâns la punerea în aplicare a unei serii de reforme feroviare, cum ar fi separarea infrastructurii și a operațiunilor, precum și introducerea de licențe și regulamente. În al treilea rând, avem nevoie de investiții în proiecte de reabilitare, îndepărtarea blocajelor și a verigilor lipsă din sistemele de gestionare a traficului și de îmbunătățire a capacității. În această privință, mă bucur să pot spune că valoarea indicativă a rețelei TEN-T pentru Balcanii de Vest, care este în vigoare în prezent, furnizează un cadru util pentru aceste investiții.

Însă, distinși membri ai Parlamentului European, știm cu toții că doar prin cooperare, reforme și investiții feroviare, nu vom putea depăși provocările actuale. Trebuie, de asemenea, să depunem eforturi în vederea îmbunătățirii pregătirii proiectelor, creării și consolidării unor structuri de guvernare eficiente și alinierii și simplificării procedurilor de trecere a frontierelor. În special, avem nevoie ca toate părțile implicate să fie de acord în ceea ce privește un principiu foarte clar: toate contractele de servicii publice, de transport feroviar, trebuie să fie atribuite pe criterii de competitivitate. Resursele publice se confruntă cu constrângeri severe și, prin urmare, trebuie să ne asigurăm că resursele disponibile sunt utilizate cât mai eficient. În urmă cu trei ani, Comisia a prezentat o propunere legislativă în cadrul celui de-al 4-lea pachet feroviar și suntem încrezători că, împreună cu dumneavoastră, ca și colegii, vom ajunge la un acord cu privire la această propunere.

După cum am menționat, am făcut mari progrese în elaborarea strategiilor macroregionale. Este timpul acum să transpunem aceste principii în acțiuni concrete și schimbări, care să răspundă nevoilor și așteptărilor, atât ale mediului privat, cât și ale cetățenilor, în aceste regiuni. Aceasta înseamnă, în mod concret, servicii publice feroviare mai bune, mai eficiente.

Vă mulțumesc și aștept cu interes contribuțiile dumneavoastră.

Marian-Jean Marinescu, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, doamnă comisar, macroregiunile constituie o inițiativă pozitivă, pentru că pot să aducă coordonare și pot să aducă coeziune între diversele regiuni din acele macroregiuni. Însă, cred că aici trebuie să avem grijă ca banii să nu cumva, în viitor, să fie distribuiți către macroregiuni pentru că, atunci, politica de coeziune care, oricum, are niște probleme în această perioadă, poate să aibă și mai mari probleme. Cred că este nevoie de coordonare de la nivelul Comisiei, de la nivelul european, astfel încât statele membre din respectiva macroregiune să se pună de acord și să dirijeze banii din fondurile structurale către proiecte coerente, care să se desfășoare în mai multe state.

Referitor la zona Dunăre și Balcani: inițiativa Comisiei de a extinde rețeaua TEN-T în Balcani cred că este foarte bună. Cred că, în continuare, trebuie acordată atenție, mai ales în ceea ce privește calea ferată, către realizarea unor coridoare, deci către proiecte care să realizeze acele coridoare, în special către porturile de la Marea Neagră, de la Constanța și porturile din Grecia. Aici cred că puteți interveni, pentru că puteți coordona planurile naționale pentru transport, în așa fel încât să se finalizeze niște coridoare.

V-aș ruga, de asemenea, să urmăriți cu atenție finalizarea pachetului feroviar, pentru că are foarte mare importanță în acest sens și, de asemenea, readucerea banilor pe care i-am distribuit către FEIS înapoi în CES, pentru că acolo se pot face proiecte pentru calea ferată.

Claudia Tapardel, în numele grupului S&D. – Domnule președinte, doamnă comisar Corina Crețu, mă bucur să avem astăzi o dezbatere atât de importantă pentru dezvoltarea economică a României, dar și a Europei Centrale și de Est.

După cum știți, România și Austria au fost primele state care au înaintat Consiliului și care, ulterior, i-au solicitat și Comisiei să pregătească o strategie pentru regiunea Dunării până la sfârșitul anului 2010. Strategia acestei macroregiuni formate din paisprezece state membre ale Uniunii Europene își propune să abordeze provocările comune acestor țări, și anume nevoia de mobilitate în creștere, sursele de energie și eficiența energetică în regiune, calitatea apei și dezvoltarea socioeconomică.

Din păcate, pe cât de comun este setul de provocări, pe atât de diferită și de inegală este această dezvoltare economică în macroregiune. Se impun, astfel, instrumente pentru accentuarea și creșterea coeziunii sociale, economice, dar, mai ales, teritoriale. Aici se înscrie și Master Planul General de Transport al României, master plan care reprezintă o premisă pentru finanțare europeană și un instrument strategic în ceea ce privește obiectivele majore de dezvoltare ale sistemului național de transport, precum și nevoile de investiții corespunzătoare proiectelor și investițiilor în infrastructură. Acest master plan a fost adoptat prin consens politic de către Guvernul României și aprobat ulterior de Comisia Europeană, în urma negocierilor. Proiectele de infrastructură feroviară sunt prioritizate în linie cu obiectivele politicii de transport la nivelul Uniunii de a crea un spațiu unic de transport european.

De aceea, doamnă comisar, mă bucur să constat că există o coerență între politica de dezvoltare regională și politica de transport feroviar în macroregiunea Dunării. În statele de coeziune, cum este și cazul României, această logică va contribui atât la dezvoltarea socioeconomică și teritorială, dar și la reducerea decalajelor existente, precum și a discrepanțelor care se mențin încă, din păcate, între statele membre ale regiunii.

Gesine Meissner, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Vielen Dank, Frau Kommissarin, für Ihre Erläuterungen. Es ist tatsächlich so, dass wir die freie Mobilität für Menschen, Waren und Dienstleistungen als eine der Grundfreiheiten in der EU haben. Und bei Menschen wollen wir genauso wie bei Waren natürlich versuchen, quer durch Europa mit der Eisenbahn zu fahren. Das ist aber in den meisten Fällen überhaupt nicht oder noch nicht möglich, und deswegen müssen wir uns gerade bei den Makroregionen sehr stark darauf konzentrieren.

Frau Kommissarin, Sie sagten auch schon: Eine Priorität ist die Eisenbahnanbindung. Und da ist tatsächlich vieles im Argen. Wir können nicht immer alle Inseln gleich mitanbinden – das wäre natürlich für die, die gerade im adriatischen Bereich sind, sehr toll, aber das können wir nicht leisten. Nur müssen wir sehen, wo wir tatsächlich große Defizite haben. Und eine Makroregion hat ja auch die Aufgabe, bei ihrer Politik gerade Unterschiede auszugleichen und dafür zu sorgen, dass alle den gleichen Zugang haben.

Wir haben so eine Metrokarte für Korridore quer durch Europa entwickelt, die wirklich alle Menschen miteinander verbinden. Und ich konzentriere mich hier einmal nur auf drei Korridore, die in diesen Regionen sind. Da ist einmal der Ostsee-Adria-Korridor. Da haben wir insgesamt sechzehn Grenzübergänge, neun davon mit der Eisenbahn. Es fehlt überall, außer in Österreich, ERTMS, was ganz wichtig ist, und wir haben viele Engpässe bei der Eisenbahn, vor allen in Polen und in Slowenien. Die Frachtgeschwindigkeit ist teilweise so niedrig, dass man da keinen Frachtbetrieb aufbauen kann.

Der Investitionsbedarf für die Bahn alleine wäre 30 Milliarden Euro bis 2030 — also enorm viel, das können wir gar nicht leisten! Im Korridor Orient und östliches Mittelmeer muss zum Beispiel bis jetzt noch sechsmal die Lok gewechselt werden muss, wenn man von Athen nach Hamburg fahren will. Ich weiß, Hamburg ist nicht Adria oder Donau, aber trotzdem müssen wir sehr viele Unterschiede ausgleichen.

Und im Rhein-Donau-Korridor haben wir zum Beispiel auch ganz viele Grenzübergänge — acht alleine mit der Bahn zwischen Deutschland und Tschechien —, wo Elektrifizierung und ERTMS teilweise noch fehlen. Das Eisenbahnnetz in Rumänien hat ganz dringenden Modernisierungs- und Verbindungsbedarf. Es gibt also eine ganze Menge zu tun, und es ist gut, dass wir über die Politik der Makroregionen versuchen, für die Menschen dort Verbesserungen zu erreichen.

Michael Cramer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. — Herr Präsident, Frau Kommissarin! Wir hatten vor einigen Monaten die Klimakonferenz in Paris. Da hat sich die EU sehr für die Klimaziele eingesetzt. Das müssen wir umsetzen! Der Verkehr ist für 25 % aller Emissionen verantwortlich, und er ist der einzige Sektor, in dem sie seit 1990 gestiegen sind, nämlich um 22 %; in der Industrie sind sie um 38 % gesunken. Deshalb müssen wir die Mobilität verändern, um die Klimaziele zu erreichen.

Die Mobilität gehört zur Daseinsvorsorge, und deshalb müssen auch die ländlichen Regionen anerkannt werden; sie müssen verbunden werden. Und bitte machen Sie nicht den Fehler von Portugal erneut! In Portugal haben wir vor zehn, fünfzehn Jahren viele Schienennetze stillgelegt — die Leute sollten Auto fahren. Heute haben sie kein Geld mehr, um Auto zu fahren, die Schienenstrecken sind stillgelegt, die Mobilität ist zerstört.

Wir haben von dem Masterplan gehört, und deshalb haben wir diese Debatte hier beantragt. Da sollen 30 bis 40 % des Schienenverkehrs in Rumänien stillgelegt werden. Das hatte die Regierung beschlossen, und auch die Kommission hat dem zugestimmt. Wenn Sie das machen, können Sie die Klimaziele niemals erreichen! Deshalb müssen Sie ganz klar machen: Die Schiene muss Priorität haben. 60 % der Strukturfondsmittel gehen in die Straße, nur 20 % in die Schiene. Das müssen Sie ändern und nicht dem Beispiel folgen, 30 bis 40 % der Schienenstrecken stillzulegen!

Und natürlich spielen auch die kürzeren Strecken eine große Rolle, denn 90 % der Fahrgäste auf der Schiene sind auf Strecken unter 50 Kilometern unterwegs. Denken Sie nicht nur an die Großprojekte, nicht nur an TNT, sondern an die Verbindungen. Ein Netzwerk — das ist das Entscheidende, das wir durchsetzen müssen.

Und was das europäische Eisenbahnnetz betrifft: Das ist ein Flickenteppich mit den Lücken exakt da, wo die Grenzen sind. Deshalb müssen Sie bessere Anreize schaffen, dass auch die Mitgliedstaaten die grenzüberschreitenden Verbindungen wieder herstellen, die durch Krieg und Nachkriegszeit zerstört wurden.

Wir können Mobilität sichern und das Klima schützen, aber nicht mit einer Stilllegung von 30 bis 40 % des Schienennetzes in Rumänien.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Claudia Tapardel (S&D), Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonaşului albastru”. — Domnule Cramer, îmi amintesc că în luna iunie am avut o discuție și o ședință în Comisia pentru transport și turism a Parlamentului European. Vă reamintesc că, în acea ședință, atât reprezentanți ai guvernului României, cât și reprezentanți ai Comisiei Europene de la DG MOVE și de la DG REGIO, împreună cu mine, v-am exprimat foarte clar faptul că nu este vorba de o tăiere cu 30-40 % a infrastructurii feroviare din România ci, dimpotrivă, este vorba despre o optimizare a acelei rețele. Nici atunci nu mi-ați răspuns la întrebarea pe care v-am pus-o. V-am spus că România are una dintre cele mai mare rețele de transport feroviar din Europa și v-am spus, tot atunci, că țări precum Franța și Germania au tăiat în ultimii zece ani mult mai mult din rețeaua feroviară decât a tăiat România.

Întotdeauna eu și țara mea am fost pentru un transport feroviar și pentru un transport și un sistem unic de transport european sustenabil și durabil, așa cum este cel care se bazează pe infrastructură. Dar, vă rog, nu veniți cu informații eronate în Parlamentul European.

Michael Cramer (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich habe mich genau erkundigt, wie das ist. Mir ist bekannt, dass auch jetzt in Rumänien eine große Debatte darüber stattfindet, ob die Entscheidung der früheren Regierung vom Parlament anerkannt wird oder nicht. Und auch in der Kommission wird darüber diskutiert.

Auch ich weiß, dass in Frankreich und Deutschland viele Schienenstrecken stillgelegt worden sind. Dagegen habe ich auch gekämpft, und da ist mir das Land egal. Die Schiene hat die Zukunft, weil sie umweltfreundlich ist. Und nur mit der Schiene können wir den Klimawandel stoppen. Das ist notwendig, damit unsere Kinder und deren Kinder eine Perspektive haben, auf diesem Planeten zu leben. Wenn man aber jetzt sagt „Wir wollen das Netz optimieren“ und 30 bis 40 % der Strecken stilllegt, ist das für mich keine Optimierung, sondern eine Zerstörung, und das muss gestoppt werden!

Nathan Gill, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, in the ever-lucid words of the Bismarcks of the 21st century – the European Union's bureaucrats – 'macro-regional policy is a vehicle for involving neighbouring countries, creating territorial synergies and reducing regional disparities' – basically, globalisation and an ever-closer union. In the words of the Directorate-General for Internal Policies, 'it is difficult to assess whether a macro-regions strategy has influenced the nature, or extent, of the existing initiatives'. As this is the case, why are we wasting British taxpayers' money, and our time, doing this?

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, paní komisařko, já jsem velmi pozorně poslouchal Vaše vystoupení, já zde zastupuji Českou republiku, která je v dunajském makroregionu. Jsem osobně přesvědčen, že v budoucnu budoucí investice z peněz Evropské unie nemají směřovat pouze do národních projektů, ale mají právě podporovat přeshraniční projekty a podporovat přeshraniční spolupráci. A zvláště v oblasti železniční infrastruktury, o které zde dnes debatujeme, cítím, že máme velký dluh. Padla železná opona, ale železniční spojení, např. mezi Českou republikou a Německem, je stále nedostatečné, neodpovídá tomu, jak by dnes dva sousedící přátelské státy mohly mít propojenou železniční infrastrukturu.

Já vidím problém v tom, že budeme-li chtít do budoucna více investovat do této přeshraniční spolupráce a posilovat třeba železniční infrastrukturu, že bude třeba vymezit na takovéto projekty mnohem více peněz. Vezmeme-li si, že dnes je pro podunajskou strategii vymezeno kolem 222 milionů EUR, tak je to částka, která nepokryje ani jeden větší projekt v rámci železniční infrastruktury. My jsme třeba nechali dělat analýzu, kolik by stála modernizace tratě Praha, Plzeň, Norimberk, případně Mnichov, a ta částka odpovídá částce 1,4 miliardy EUR, tzn. částce více než pětikrát vyšší než je v celém fondu. Myslím si tedy, že bychom do budoucna měli řešit i v rámci rozpočtu, na kolik ty přeshraniční projekty mají mít spíš symbolický charakter. Má to být místo dopravy a železnice např. posílení cyklistických stezek, které ostatně v tomto projektu také jsou, já je také vítám, cyklistika je určitě důležitá, ale asi nemá, všichni cítíme, tak významný a strategický charakter, jako je otázka železniční infrastruktury. Takže, projekt je skvělý, ale je třeba uvolnit do této oblasti více peněz.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente, en primer lugar, quiero agradecer a la Comisaria la presentación de la cooperación macrorregional, que está precisamente diseñada para reducir las desigualdades que se producen transfronterizamente y entre regiones, que es uno de los elementos fundamentales.

Nos dedicamos hoy al sector específico de ferrocarriles y servicios públicos. Como ponente del CEF, del *Connecting Europe Facility*, he de reconocer que fue un milagro de solidaridad del Este con el Oeste lograr que hubiera 10 000 millones de euros para el CEF procedentes del Fondo de Cohesión para una ambición muy compleja, y, por lo tanto, yo estoy especialmente agradecida por ello.

Pero aquí, en el propio CEF había dos redes: la básica, que eran los nueve corredores multimodales -es decir, con todo, no solamente ferrocarril: carretera, *inland waterway* y lo que fuera-, y la global. La global eran los planes nacionales. Y así lo planteamos.

Y recuerdo que, en aquel momento, Rumanía no había presentado su plan nacional -el Gobierno anterior- y el nuevo Gobierno -el Gobierno del señor Ponta- tuvo que presentarlo en los últimos momentos. Y fue complejo. Aun así, se consiguió.

Por lo tanto, no acabo de entender la preocupación o interés de algunos, cuando sabemos que hay problemas de absorción, que faltan infraestructuras y que no se apoya la alta velocidad, es decir, un ferrocarril. Pero ni siquiera el Parlamento Europeo está ayudando para que sea un ferrocarril de especial interés para los turistas. Además existen condicionantes medioambientales en Alemania y en Austria que impiden o que obstaculizan que el Danubio sea navegable.

Ante tantas situaciones complejas, yo entiendo que la macrorregión de la que nos ha hablado la señora Crețu es una extraordinaria región para el turismo. Y, por lo tanto, hay que aceptar que una parte del plan nacional tenga carreteras, y también hay que reconocer que nuestro cuarto paquete ferroviario, con los servicios públicos, tampoco está ayudando mucho a hacer que el ferrocarril camine mejor.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – I would just like to say that in Britain we made tremendous mistakes back in the 1950s closing our railways – many of them small railways – because we thought cars were the future. I agree with you that trains are the future, but there is also an enormous problem in the UK: we want to spend an awful lot of money on HS2, which is a bullet train or whatever that goes from London up to Scotland. It is a good idea in many ways, but what we would rather have is a better railway system, rather than spending an absolute fortune on a railway system which does not help the average commuter.

Also, the fares on this proposed line will probably be astronomical, and the only people who will be able to afford to travel on it will be superannuated businessmen and Members of this honourable House. Nobody else will be able to afford to go on it. I would much rather see money spent on regional railways than on taking business from one place to another and leaving everything in the middle ignored. Do you agree with me on that, Madam?

Inés Ayala Sender (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Pues, mire, como española y con el éxito que ha tenido el AVE en España —como país turístico, pero también de negocios— entre Sevilla, Málaga, Madrid, Barcelona, Toledo —porque pasa también por Toledo—, etc., solo puedo decirle que la experiencia española ha sido la contraria, aunque es verdad que es un país con una densidad demográfica muy diferente a la del suyo y con una orografía también muy diferente a la del suyo. La experiencia española ha sido enormemente positiva. Incluso le hemos conseguido quitar negocio al avión, al puente aéreo Madrid-Barcelona.

Entiendo cuál es su posición, pero yo creo que el Reino Unido tiene espacio y capacidad de gestión como para tener las dos cosas: un tren que lleve a Escocia directamente, que yo creo que es bueno y, desde luego, no perder sus cercanías. Cercanías; otra cosa son los regionales, que algunos de ellos no son suficientemente rentables, porque la gente también coge el coche. Lo siento mucho, pero es así; ojalá no lo cogieran tanto.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, želim istaknuti tri momenta ili tri problema. Prvo, stvaranje intermodalnosti transporta u ovoj makroregiji zahtijevat će enormna sredstva. Međutim, nema alternative spajanju željezničkog transporta s onim koji dolazi morem i onim koji dolazi zrakom. Drugi problem kojega vidim je ekstremna sporost željeznica, i to kako one u Italiji, na pravcu Ancona-Bari tako i svi oni pravci koji su u Hrvatskoj od Rijeke preko Zagreba do Budimpešte, Zadra, Splita prema Zagrebu ili Ploča do Sarajeva ili do Barija, do Beograda.

Također, želim istaknuti jedan lokalni problem koji globalno ništa ne znači, ali iznimno puno znači za Istru, gdje istarski krak hrvatskih željeznica ima spoj samo sa Slovenijom i tu treba razriješiti ili izgraditi željeznički tunel kroz Učku ili napraviti dogovor sa slovenskim željeznicama. Na kraju, uvođenje TNT mreže na Balkanu je nešto što je odlično i čestitam na tome. Imate podršku za takve poteze.

(Govornik prihvata odgovoriti na pitanje koje je postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika))

Igor Šoltes (Verts/ALE), Vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka. – Spoštovani kolega Jakovčić, omenili ste povezavo med Istro, se pravi Hrvaško, in slovensko železnico.

In, kot vemo, je bila od letih 1902 do 1935 tako imenovana Porečanka, Parenzana, ki je bila izjemno pomembna. Ali mislite, da so še šanse, da pravzaprav to progo obudimo in s tem pomagamo tako slovenskemu kot tudi hrvaškemu turizmu?

Ivan Jakovčič (ALDE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Hvala Vam lijepo na ovom pitanju. Naravno da istarski krak hrvatskih željeznica, koji je direktno spojen samo sa Slovenskim, može se razriješiti na način da se izgradi željeznički tunel kroz Učku. Međutim, to je naravno dugoročno i vrlo skupo rješenje. Kvalitetno rješenje bilo bi dobar dogovor između hrvatskih i slovenskih željeznica.

Osobno sam u više navrata rekao, ne vidim nikakvog razloga zašto, kao i za vrijeme Jugoslavije, kad je Istra isto bila između Hrvatske i Slovenije, znači u Hrvatskoj, odnosno dio u Sloveniji, zašto se tada moglo upravljati. Slovenske željeznice su tad upravljale, ne vidim nikakvog razloga zašto ne bi došlo i do dogovora i da slovenske željeznice do daljnjega eventualno upravljaju jer danas ako to ne dogovorimo sav taj željeznički krak će definitivno propasti.

(Govornik prihvata odgovoriti na pitanje koje je postavljeno podizanjem plave kartice (članak 162. stavak 8. Poslovnika))

Gesine Meissner (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege! Sie hatten gerade erwähnt, dass es halt wichtig ist, auch die Häfen und die Flughäfen zu verbinden. Heißt das eben, dass teilweise Eisenbahn dort fehlt und dass man sich darauf konzentrieren sollte, oder heißt das, dass man vor allen Dingen eben auch Eisenbahn, die schnell genug ist, bauen muss, damit zum Beispiel weniger geflogen wird? Das würde ja dem Kollegen Cramer dann gefallen, wenn so etwas die Antwort wäre.

Ivan Jakovčič (ALDE), odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice. – Poštovani, ako želimo snažno povećati intermodalnost prometa, onda treba prije svega riješiti sporost željeznica. Zato što mi imamo dolazak, npr. morem na mnoga sjeverno-jadranska područja, pogotovo u hrvatskim lukama ili u Baru u Crnoj Gori.

Međutim, odvesti čovjeka ili neki proizvod iz Barija u Beograd ili iz Rijeke u Zagreb, pa to je kao *Ćiro*, željeznica nekad u bivšoj Jugoslaviji. Pa, to nikada više ne stigne. Znači, trebamo zaista napraviti nešto da povećamo brzinu željeznica u ovom trenutku.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, poštovana povjerenice, poštovane kolegice i kolege, evo drago mi je što podržavate i dalje makroregionalni pristup, pogotovo što danas govorimo o dunavskoj i jadransko-jonskoj makroregiji i tu se ne radi samo o povezivanju unutar regije, nego i o povezivanju tih dviju makroregija. Zbog toga što, konkretno recimo, u Jadranskom moru postoje značajne luke, značajni kapaciteti koji bi mogli upravo u pridonošenju smanjenja emisije CO₂ poboljšati transport roba iz južnog dijela Europe prema središnjoj i istočnoj Europi.

Međutim, ta mreža zapravo ne postoji na karti Europske unije. Ne postoje ti koridori za teretni prijevoz vlakova. Dakle, ono na što apeliram je zapravo da se u ove dvije makroregije ucrtaju pravi i znači novi koridori za teretni prijevoz vlakova. Pošto iz sadašnjih investicija koje su predviđene za 2014. – 2020. mi ne vidimo zapravo otkuda bi se to moglo točno financirati, da se upotrijebe sredstva iz Connecting Europe fonda za izgradnju tih teretnih koridora.

Također, da se preraspodijele sredstva koja će omogućiti da se i podrži transportna i okolišna politika Europske unije u razdoblju 2014.-2020. jer inače nećemo dostići ciljeve 2030. ni u transportnoj politici, ni u klimatskoj politici. Ono što bih također naglasio kao važno je da, pogotovo u državama koje koriste kohezijske fondove, treba poboljšati apsorpciju korištenja tih kohezijskih fondova za razvoj željezničke infrastrukture.

Ne samo za razvoj željezničke infrastrukture, nego i za održavanje pogotovo prekogranične infrastrukture kada se radi o regionalnom povezivanju jer je jako važno da sve skupa zaživi. U Hrvatskoj imamo trenutačno dobar primjer kako je zbog javne nabave jedan takav razvoj trenutačno doveden u pitanje.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi dobbiamo fare in modo che queste strategie producano dei risultati concreti. Per farlo c'è un solo modo: soddisfare i bisogni dei cittadini. Se guardiamo all'attuale assetto delle reti TEN-T, a livello di infrastrutturazione trasportistica la macroregione adriatico-ionica presenta attualmente un buco che si traduce concretamente in una mancanza di connettività. Io invito la signora Commissario a percorrere la dorsale adriatica in treno per vedere con i suoi occhi se è necessario o no adoperarsi affinché questo deficit di connettività sia colmato al più presto.

Come si ricorderà, il 28 ottobre scorso il Parlamento si è pronunciato chiaramente, con la relazione Jakovčić su EUSAIR, su questa esigenza, chiedendo di estendere la rete TEN-T all'intera dorsale adriatica, partendo da Ancona, passando da Pescara, fino a Bari e a Brindisi. La Commissione preferisce investire risorse su l'onerosa e controversa linea Torino-Lione e trascura del tutto le aree del Sud Europa, che sono pressoché prive di infrastrutture ferroviarie e che invece avrebbero bisogno di maggiori investimenti proprio per colmare il gap che c'è con il resto d'Europa. Dimostrate allora che c'è davvero un reale interesse da parte delle istituzioni europee per tutte le regioni, anche quelle del Sud. Dimostrate anche che da parte vostra c'è la convinzione che le regioni del Sud non devono fallire quest'importante appuntamento con il futuro. Il Parlamento si è pronunciato e vigilerà finché la strategia centri i suoi obiettivi. Chiediamo quindi alla Commissione di svolgere fino in fondo la sua parte.

Andor Deli (PPE). – Biztos asszony, elnök úr! A dunai és adriai makrorégiók fontos mechanizmusok, amelyek segítségével sikerülhet ezekben a térségekben összegyűjteni a szinergiákat. Ez különösen fontos a közlekedés és azon belül is a vasúti közlekedés területén. Az említett makrorégiók területén rendkívül fontos TEN-T útvonalak haladnak keresztül, azonban a meglévő közlekedési hálózatok töredeztettek és leginkább egy-egy ország, régió területére koncentrálódnak. Szükségszerű lenne a határokon átvelő vasútvonalak kibővítése, a menetrendek jobb összehangolása és az eszközök modernizálása. Ehhez tud kiváló segítséget adni a makrorégiók rendszere.

Fontos azonban leszögezni azt is, hogy ezek a makrorégiók olyan országokat is magukba foglalnak, amelyek még nem teljes jogú EU tagok. A tavalyi nyári bécsi egyeztetéseknek köszönhetően a TEN-T hálózat kibővült az uniós tagországokon túl a tagjelölt országokkal is. Ezáltal sikerült végre a teljes kontinenst átfedő európai térképet megrajzolni. Ennek köszönhetően javulhat a dunai és az adriai-tengeri makrorégió versenyképessége is, és csökkenhet az elszigeteltsége Európa más térségeitől. Azonban ahhoz, hogy a közlekedési folyosók teljes hosszán egységesen megvalósuljanak a pozitív közlekedési logisztikai és gazdasági hatások és megszülessen az úgynevezett folyosó effektus, a corridor effect, szükség van az EU által biztosított pénzügyi mechanizmusok átgondolására. A tagjelölt országok eltérő jogi és pénzügyi státusa miatt ugyanis nem tud teljességében megnyilvánulni a makrorégiók szinergikus hatása és minden jóakarat mellett is megmaradnak a szűk keresztmetszetek. Ezért arra bízhatnám a Bizottságot, hogy a TEN-T folyosók felülvizsgálata során teremtsen meg a megfelelő jogi és pénzügyi hátteret a tagjelölt országok jobb bekapcsolására. Mi az Európai Néppártban szeretnénk a Bizottság segítségére lenni, hogy olyan megoldások kerüljenek megfogalmazásra, amelyek reálisak, összhangban vannak a lehetőségekkel, ugyanakkor lehetővé teszik a további fejlesztéseket.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, Romania is a solid partner in the development of the European rail network and regulations, with its extensive railway network, its increased demand for mobility and its important potential, given its strategic role in the whole EU transport policy, mainly in south-eastern Europe.

Without any doubt, the rail sector in Romania faces a number of challenges and requires prompt and thorough reform. I believe that Romania's General Transport Master Plan makes a significant effort in the sense of allocating up to EUR 14 billion for the next year to rail infrastructure investments, mostly to the rehabilitation and upgrading of around 4 000 km of railway lines. The reduction of approximately 30% of the network that is stipulated in the Plan has been identified ever since 1990 by the EBRD and the World Bank, and now it represents only 2% of freight traffic and 8% of passenger traffic. Maintaining the whole existing rail network to EU standards would indeed be unaffordable, and the reduction will optimise efficiency and decrease operational costs.

Also, this network has to be preserved because the future is railway transportation – and everybody mentioned this. We need to keep in mind that in the current situation of the Romanian rail network the efforts to maintain and upgrade it will absorb all necessary funds, despite the fact that Romania increased public funding for transport infrastructure for 2014-2020 to a yearly average of 2% from the previous 1.15%. Let me point out as well that Romania will not give up the rail infrastructure upgraded or rebuilt with EU cofinancing, emphasising once again the fact, that compared to the European average, the same number of passengers could, theoretically speaking, be transported by using a 20-30% smaller network.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Michael Cramer (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Meine Frage ist natürlich, ob das Straßennetz in Rumänien in einem so hervorragenden Zustand ist, dass man nicht auf die Idee kommt, eine Straße stillzulegen. Mir ist nicht bekannt, dass europaweit irgendwann eine Straße stillgelegt wurde, weil man nicht genügend Geld für die Unterhaltung hat. Deshalb ist meine konkrete Frage: Enthält dieser Masterplan 10 oder 15 % der Straßen, die stillgelegt werden, oder sind die Straßen tabu, und man spart nur bei der Schiene?

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card answer*. – We have to respond to our dear colleague Mr Cramer: we are really waiting for European Union incentives to Member States like Romania to use the railway network more instead of the roads.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gospođo povjerenice, pozdravljam uvrštenje ove točke na dnevni red zato što je željeznica vrlo važan, jeftiniji i za okoliš bolji oblik transporta, a nije razvijen ni u Europi, ni u cijeloj Europskoj uniji, a pogotovo nije razvijen na ovome prostoru o kojem govorimo. Naime, gotovo da ne postoji povezanost riječne mreže sa željezničkom mrežom. Nijedan od aerodroma na prostoru zapadnog Balkana nema željezničku postaju, a i planovi za izgradnju novi prometnih pravaca više su orijentirani na cestovni promet nego na željeznički promet ovoga časa.

Zato mi je drago da je povjerenica Crețu spomenula proširenje europske TEN-T mreže na zapadni Balkan. Očekujem da će posljedica toga biti ne samo povezivanje zapadnog Balkana s ostalim dijelovima Europe nego i jačanje kvalitete željezničke mreže i veća uporabu željeznice i riječnog prometa u ukupnom prometu i na tom dijelu Europe i u cijeloj Europi.

Tibor Szanyi (S&D). – Azért illik megismételni, hogy miről beszélünk. A Duna-régió az gyakorlatilag az Európai Unió mai területének 1/5-ét fedi le és tulajdonképpen az Európai Unió lakosságának 1/5-e él ebben a térségben. Bár ez a rész korábban egy másik nagy integráció része volt, nem utolsósorban akkortájt, amikor a vasút egyáltalán kifejlődött Európában, és 100–150 évvel ezelőtt is, bizony a vasút maga az két fogalmat jelentett az itt élő népek számára: a fenntarthatóságot és a modernitást. Ma sincs ez másképpen.

Az, hogy a történelem ezt a régiót miként szabdalta szét, hova szórta a korában integrált gazdaságot, nyilván ez a történészek dolga, de hogyha mi újra akarjuk építeni Európát, akkor erre különösen kell figyelni. Itt megjegyzem, hogy egyébként a régióban összesített 14 országból, csak 9-en tagjai az Európai Uniónak, és azért van két olyan ország is, amelyik az európai partnerségben érintett, Ukrajna és Moldávia. Meg fognak lepődni képviselőtársaim, de Ukrajnában még a mai napig is léteznek olyan európai nyomtávú szakaszok, amiket ma már persze nem nagyon használnak, hiszen ott a széles nyomtáv a divat, de ez újraépíthető. Ez újraépíthető, mint ahogy az egész régió. Ami a projekteknek a lényegét illeti, én azt hiszem, hogy nagyon-nagyon fontos lenne, akár példamutató is lehetne az intermodalitásnak a megteremtése, ezen felül pedig még a környezetvédelmi szempontok is azt hiszem, hogy külön figyelmet érdemelnek, villamosítani kell.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, transportation is one of the key areas in both the European and Adriatic macro-regional strategies. For example, the recent Danube Transnational Programme, with a budget of EUR 222 million, should not only contribute to more effective water-management and flood-risk prevention policies, innovation or cross-border institutional capacity but also the creation of a modern regional railway system accessible to both numerous urban and rural dwellers, as well as flight transport.

The same applies to the Adriatic macro-region. With its growing seaports and traffic, investment is necessary to maximise the region's economic potential. The European Structural and Investment Funds are just one of the possible sources. Moreover, in parallel to upgrading cross-border transportation capacity, not only telecommunications, postal services, law enforcement and other public services would improve, but there would also be benefits for people-to-people contact, which, aside from the pure economy, is the most important goal of all.

Procedura „catch the eye”

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Mówimy dzisiaj o strategii makroregionalnej i europejskiej sieci TEN-T makroregionu Dunaj–Adriatyk. W pełni popieram apele moich kolegów, żeby jak najprędzej rozwinąć tę infrastrukturę kolejową w omawianym regionie. Jednakże na koniec debaty chciałam zapytać Panią Komisarz, jaki priorytet nada Komisja w ramach europejskiej sieci TEN-T transportowi rzecznemu, szczególnie mam tu na uwadze drogę rzeczną Dunaj–Odra Łąba.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, stimați colegi, este o temă extrem de importantă, nu pentru o conferință, ci pentru o dezbatere din care să tragem niște concluzii. Din punctul meu de vedere, este păcat că o punem joi și la o asemenea oră.

Strategia pentru dezvoltarea transportului, strategia europeană, strategia Dunării și a zonei adriatice pe care le discutăm astăzi sunt extrem de importante și, doamnă comisar, ați subliniat foarte clar că avem țări, între care Cehia, Ungaria, România, în care calitatea transportului este discutabilă. Pur și simplu, ați calificat-o nesatisfăcătoare. Sunt total de acord.

Însă, între cele trei puncte, pe care dumneavoastră le-ați prezentat că ar fi importante pentru îmbunătățirea intermodalității, ați pus investițiile. Întrebarea mea este: puteți să îl convingeți pe domnul Juncker că ar trebui și din Fondul pentru investiții strategice să acordăm bani pentru zonele care au această deficiență, această rămânere în urmă în calitatea infrastructurii? Pentru că nu cred într-o piață unică, nu cred în dezvoltare. Transportul înseamnă și cost și poluare, cost pentru oamenii de afaceri. Sigur, sunt de acord cu domnul Cramer, pentru că transportul pe șosele nu numai că poluează, dar avem și accidente rutiere și pierderi de vieți.

Așadar, cred că este necesar să ducem banii spre zonele care au această rămânere în urmă, pentru dezvoltarea infrastructurii pe calea ferată.

Jasenکو Selimovic (ALDE). – Herr talman! Om jag istället för att resa hit till Strasbourg för att säga det här till kommissionären reste med tåg från min hemstad Sarajevo till kommissionärens hemstad, skulle denna resa på ungefär 800 km ta 45 timmar. Jag är oändligt tacksam att fru kommissionären har kommit hit, det är väldigt mycket enklare för oss båda trots att distansen är nästan 4 gånger så stor.

Detta är naturligtvis oacceptabelt; brist på tåg- och vägförbindelser har skapat enorma kommunikationsproblem i regionen. Denna brist har hindrat ekonomiskt utveckling, skadat jobben, minskat rörelsen av varor, tjänster och människor, skadat turismen, skapat problem med energitillgången och försämrat klimatproblematiken. Därför känns det glädjande att kunna välkomna kommissionens satsningar. Äntligen, kan man säga!

Låt oss bara hoppas att insatserna sker snabbt och att pengarna så småningom blir flera, att utvidgningen till Balkan blir mer omfattande och uppföljningen sker tillräckligt ofta, så att resor i regionen inte längre känns som en absurditet.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Corina Crețu, Membră a Comisiei. – Domnule președinte, stimați membri ai Parlamentului European, vă mulțumesc foarte mult pentru contribuția dumneavoastră. Această dezbatere însuflețită reflectă încă o dată importanța și necesitatea conexiunilor feroviare de calitate pentru strategiile Dunării și bazinului adriatic-ionian, precum și pentru piața internă.

Aș vrea să fac câteva precizări. În primul rând, în legătură cu macroregiunile, știți foarte bine că acestea au pornit cu condiția să nu existe noi instituții, o nouă legislație și bani adiționali. Deci, practic, aceste regiuni își pun toate resursele împreună pentru a răspunde unor provocări comune, care nu se opresc la granițele statelor. Comisia are un rol coordonator, dar programele și proiectele trebuie să vină din partea regiunilor și a statelor membre implicate. Nici noi, de la Bruxelles, nici dumneavoastră, de aici, de la Strasbourg nu putem elabora proiecte.

Proiectele comune sunt foarte importante. Eu sunt o mare susținătoare a acestor macroregiuni, pentru că, în primul rând, așa cum ați subliniat și dumneavoastră, pun împreună state membre ale Uniunii Europene cu state care nu sunt membre ale Uniunii Europene și, deocamdată, acestea sunt singurele instrumente prin care putem aduna la aceeași masă țări membre și țări nemembre ale Uniunii Europene și răspunde unor provocări comune. De exemplu, Strategia Dunării acoperă paisprezece țări: nouă state membre și cinci state care nu sunt membre.

Așa cum am spus, într-adevăr, Comisia consideră că în această regiune infrastructura feroviară nu e eficientă și, în multe cazuri, chiar lipsește. Împărtășesc părerea dumneavoastră. Am fost la Sarajevo. Trebuie să mă întorc la Viena sau la Bruxelles ca să pot merge la Sarajevo de la București, dar, totuși, sper să veniți în România. Într-adevăr, infrastructura lipsește, mai ales în ceea ce privește conectivitățile transfrontaliere. Din păcate, autoritățile naționale nu dau întotdeauna prioritate acestui aspect și planul de acțiune pentru regiunea Dunării face apel către statele membre – folosesc și eu acest prilej pentru a reînnoi acest apel – pentru consolidarea infrastructurii de transport și extinderea liniilor de transport public la graniță. Acest lucru cred că este foarte important, mai ales în zonele rurale, având în vedere că populația din această regiune, din zonele rurale este mult mai mare decât în alte părți ale Uniunii Europene.

În legătură cu întrebarea referitoare la transportul fluvial, care se referă tot la strategia Dunării: am dezbătut pe larg acest subiect la Ulm, unde a avut loc conferința anuală privind strategia Dunării. Cred că este foarte important să subliniem faptul că conectivitatea, în general, și calea ferată, la fel ca și transportul fluvial reprezintă priorități principale în strategia Dunării, dar și în cea adriatico-ionică.

De pildă, am avut, personal, un rol de mediere, de a-i pune împreună pe miniștrii transporturilor din România și Bulgaria. Cele mai grave probleme legate de navigabilitate sunt în această zonă, din cauza nivelului scăzut al Dunării în unele perioade ale anului și am încercat să mediem, să îi aducem împreună pe cei doi miniștri, pentru că este de ajuns ca un singur metru să nu se poată naviga între România și Bulgaria, și atunci tot lanțul, din Germania până la Marea Neagră (practic, toate activitățile), este blocat. Deci, din acest punct de vedere, sper ca cele două țări să facă un pas important pentru a rezolva această problemă de navigabilitate.

În ceea ce privește regiunea adriatico-ionică, aceasta acoperă opt state: patru state membre și patru state nemembre ale Uniunii Europene. Îmi va face plăcere să merg la lansarea acestei strategii la Dubrovnik, în mai. Serviciile de cale ferată din această regiune, sigur, sunt într-o mai bună stare decât cele din regiunea Dunării. Se pot îmbunătăți și pot deveni mai competitive. Există proiecte de reabilitare în cadrul macroregiunii adriatico-ionice, iar eforturile și investițiile necesare trebuie într-adevăr să se apropie de standardele normale TEN-T. Trebuie să luăm în considerare și faptul că, din păcate, datele statistice arată că traficul de pasageri scade, mai ales în ceea ce privește navigabilitatea pe fluvii.

Aș vrea să mai subliniez două lucruri. Sunt două aspecte esențiale: pe de o parte, avem nevoie ca toată lumea să fie pregătită să coopereze în mod activ, așa cum spuneam, și dincolo de granițe, stabilind legături strânse cu țările și regiunile învecinate. Pe de altă parte, avem nevoie de o voință politică puternică, pentru a realiza reformele necesare și a facilita astfel masa critică de investiții care să permită serviciilor publice de căi ferate să răspundă necesităților populației. Prin urmare, din punctul nostru de vedere, avem acum toate instrumentele în vigoare și, bineînțeles, aș dori să profit de această ocazie pentru a încuraja toate părțile interesate să le utilizeze în mod optim, pentru a spori rolul serviciilor de căi ferate publice în aceste regiuni. Comisia își dorește să colaboreze cu Parlamentul European pentru a realiza progrese în aceste dosare în beneficiul cetățenilor, al mediului de afaceri și, implicit, al Uniunii Europene, în ansamblu.

Îmi pare rău că doamna a plecat. M-a deranjat această referire la indiferența Comisiei Europene față de sudul european. Eu, personal, am fost de două ori în Italia. Am deblocat programele operaționale care erau blocate, mai ales în Campania, Sicilia, Calabria. Atunci când am venit în funcția de comisar european, toate analizele arătau că aceste programe operaționale nu vor putea fi deblocate și am reușit acest lucru. La Napoli am lansat, împreună cu ministrul Delrio, noua linie de cale ferată Bari-Napoli și sperăm noi, pe parcursul mandatului nostru, să o putem inaugura. M-am bucurat foarte mult că astfel Italia poate să fie legată nu numai de la nord la sud, ci și pe orizontală și cred că este un lucru foarte important.

Nu aș vrea să intru în această polemică legată de România. Vreau doar să spun că nu Comisia alege care sunt prioritățile și liniile feroviare introduse în strategiile naționale, pentru că master planurile de transport reprezintă strategiile naționale. Fie că este vorba de România sau Italia, Comisia Europeană oferă sprijin prin intermediul serviciilor noastre, prin consultări permanente pe tot parcursul etapelor realizării master planurilor, dar, în același timp, sigur, există și dreptul guvernelor de a stabili care sunt aceste priorități. Speranța mea este ca, pe parcursul implementării acestora, în funcție de necesități, guvernele naționale să aibă flexibilitățile necesare pentru a răspunde nevoilor cetățenilor.

Președintele. – Dezbateră a fost închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

Benedek Jávor (Verts/ALE), írásban. – Az Adria-Duna makrorégió jelentős európai tranzitútvonalak futnak keresztül, elsődleges érdek tehát a környezetkímélő szállítási útvonalak fejlesztése, ugyanakkor kiemelt figyelmet kell fordítani arra, hogy ez a cél ne szorítsa háttérbe a természetvédelem szintén prioritást élvező szempontjait.

A régió vízrajzát, illetve – zöldfolyosóként és vizes élőhelyként – ökológiai viszonyait is determináló Dunát, amely hagyományosan a térség legfontosabb hajóútja egyben. Ugyanakkor a hajózás fejlesztése súlyos fenyegetést jelent, hiszen a legértékesebb ökoszisztémák felszámolásával fenyeget: a szűkületek felszámolása, a duzzasztás, a kotrás, a hajózást segítő műtárgyak és a védművek építése többek között az Európai Számvevőszék jelentése szerint is a legnagyobb veszély, amely a folyót övező vizes élőhelyekre leselkedik. Ráadásul – mivel a Duna-stratégia megvalósítása, a közlekedési folyosó fejlesztése jellemzően uniós támogatással történik – komoly esély van rá, hogy a pótolhatatlan természeti kincsek elpusztítását akaratlanul is maga az EU finanszírozza.

Az eddigi tapasztalatok szerint a Natura 2000 területek hálózata, a madárvédelmi és az élőhelyvédelmi irányelv hatékony eszköznek bizonyultak a biodiverzitás megőrzésére az élőhelyek védelmére. Kiemelten fontosnak tartom az európai célok összehangolását, vagyis jelen esetben annak a megakadályozását, hogy fejlesztés az élőhelyek erodálásával ne valósulhasson meg. A környezetkímélő hajózásfejlesztés során a hajókat kell a folyóhoz igazítani, és nem fordítva: a Dunának élő vízként kell megmaradnia, nem válhat kanálissá.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Makroregionalne strategije za Dunavsku i Jadransko-jonsku regiju mogu se smatrati instrumentom za europsku integraciju i jaču teritorijalnu koheziju utemeljenu na dobrovoljnoj suradnji među državama članicama i susjednim državama. Novi koridori su ključni kako bi se omogućila bolja povezanost i razvoj svih regija.

Svaka regija bi trebala imati individualan pristup prema željezničkoj infrastrukturi i njenoj modernizaciji, sukladno njenim mogućnostima i potpori EU-a. Hrvatska je jedinstveni slučaj države koja se nalazi na području dviju ključnih makroregija. Do sada, hrvatska vlada nije dovoljno intenzivno koristila ove prednosti te nije ulagala u infrastrukturu koja je dotrajala. Koordinacija politika, usklađivanje ciljeva i bolje korištenje EU fondova omogućit će smanjenje razlika između mrežne infrastrukture.

Željeznički prijevoz je najisplativije sredstvo za transport ljudi i dobara, smanjuje troškove za građane u svakodnevnom prijevozu i smanjuje emisiju CO₂ u okoliš. Unaprjeđenjem željezničkog prijevoza smanjuju se socioekonomske razlike između država članica. Uz optimizaciju kapaciteta postojeće infrastrukture i stvaranje novih koridora, potrebna je razmjena dobrih praksi i jačanje suradnje s drugim makroregijama.

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

14. Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement: Introduction of compatible systems for the registration of pet animals across Member States (2016/2540(RSP))

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, let me begin by thanking Ms Sommer for raising the issue of the possible introduction, via a delegated act adopted by the Commission in the context of the proposal for a regulation on transmissible animal diseases, of compatible systems for the registration of dogs and cats to be accessible across the Member States.

I wish to remind honourable Members that the proposed regulation on transmissible animal diseases, which should be formally adopted by the co-legislators in the coming weeks, provided a legal basis to establish detailed requirements for the identification and registration of animals of different species, including those for which specific requirements have not yet been established, such as dogs and cats.

I must emphasise, however, that the need to establish specific requirements for the identification and registration of animals for which no such requirements currently exist must be considered on the basis of a prior risk assessment and impact assessment. In addition, I must stress that the impact assessment should, amongst other things, evaluate which measures are proportionate to address the identified animal health risk, determine the EU added value and estimate the expected financial and administrative impact in relation to the health risk.

I hope that this clarification will allay any concerns raised by honourable Members, and that my colleague Commissioner Andriukaitis, who conveys his apologies for not being here, will be able to give you some more information.

Renate Sommer, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, liebe Kollegen! 126 Millionen Hunde und Katzen werden in der Europäischen Union als Haustiere gehalten. Im Internet kann man aus einer unendlichen Fülle an Hunden und Katzen wählen, auf Märkten werden Rassewelpen zu Schleuderpreisen angeboten.

Diese Tiere werden unter unsäglichen Bedingungen illegal produziert. Die Elterntiere sind einem wahren Martyrium ausgesetzt – eine skrupellose, tierquälerische Ausbeutung hilfloser Kreaturen. Dahinter steckt eine Mafia von illegalen Händlern – wir haben es mit organisierter Kriminalität zu tun! Der illegale Handel mit Hunden und Katzen ist die drittgrößte Einkommensquelle nach dem organisierten Drogen- und Waffenhandel. Die Welpen werden viel zu früh abgesetzt und sind nicht geimpft. Chipnummern und Heimtieraussweise werden gefälscht.

Viele Welpen sind schwer krank, sie leiden, und sehr viele sterben nach kurzer Zeit. Das ist qualvoll – auch übrigens für die Besitzer. Oft handelt es sich um übertragbare Krankheiten. Diese Welpen stellen also eine große Gefahr für die Gesundheit anderer Tiere, aber auch für die Gesundheit der Menschen dar. Auch die von der Kommission finanzierte CALISTO-Studie kommt zu diesem Ergebnis. Haustiere sind Träger von mehr als 100 Zoonosen, und 70 % aller neuen Krankheiten beim Menschen gehen auf Tierkrankheiten zurück.

Kurz gesagt, das Problem des illegalen Handels mit Hunden und Katzen geht weit über die Frage des Tierschutzes hinaus. Es betrifft die öffentliche Gesundheit, den Verbraucherschutz und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Unsere Gesetzgebung funktioniert nicht richtig. Auch nicht nach der Überarbeitung des *pet travel scheme* in 2013. Es ist viel zu leicht, Tieren eine falsche Identität zu geben. Wir hatten die Kommission aufgefordert, eine Studie über das Wohlergehen von kommerziell gehandelten Katzen und Hunden durchzuführen. Auch Gesundheitsrisiken sollten erfasst werden. Dabei wurde die mögliche Einrichtung EU-weit kompatibler Systeme zur Registrierung von Haustieren angesprochen.

Obwohl die Studie noch nicht veröffentlicht wurde – warum auch immer –, hat die Kommission vor drei Monaten auf einer Konferenz erste Ergebnisse vorgestellt. Dabei bestätigte sie, dass eine stärkere Harmonisierung der Identifikations- und Registrierungssysteme von Haustieren nötig ist. Frau Kommissarin, ich fände das mal ganz schön, wenn Sie mal zuhören würden!

Denn wir brauchen diese Systeme dringend und flächendeckend in der gesamten EU – die Zeit drängt. Einige Mitgliedstaaten haben ja schon solche Systeme; die Harmonisierung ist machbar, und wir hatten so etwas auch in anderen Bereichen – eine technische Frage. Es gäbe endlich Klarheit über das tatsächliche Alter und den Impfstatus der Tiere, und die Kommission kann das regeln im Rahmen der Verordnung über übertragbare Tierkrankheiten. Sie kann einen delegierten Rechtsakt vorlegen, der diese EU-weite Identifikation und Registrierung von Hunden und Katzen regelt. Und es gäbe auch den Mitgliedstaaten, den Regionen, den Städten die Möglichkeit, verantwortungslose Tierhalter zur Rechenschaft zu ziehen, die ihre Tiere einfach auf die Straße werfen, aussetzen, wenn sie ihrer überdrüssig sind.

Denn diese Tiere leiden auf der Straße oder sie verursachen unglaubliche Kosten in Tierheimen, und auch das kann damit vermieden werden. Und dies scheint die einzige Möglichkeit zu sein, die Welpen-Mafia zu stoppen. Ich bin immer sehr für Folgenabschätzungen, Frau Kommissarin, aber ich denke, in diesem Fall ist die Folgenabschätzung eigentlich schon erledigt.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, this is an issue which has prompted literally thousands of emails from the 'Protect our Pets' campaign. Our constituents are concerned about the growing illegal pet trade in Europe and they want us to take action.

Thousands of animals – as the previous speaker has just said – have been traded illegally for profit each year, in spite of the existing European Pet Travel Scheme. This is costing millions of euros and the welfare of thousands of animals. They are bred purely to make money; they are born in inhumane circumstances on an industrial scale; they are poorly cared for and exposed to disease; there is no record of where they were born, or when they were born; no record of where they travelled through, or whether they have had the appropriate vaccinations. Any documents used are frequently falsified under the current pet scheme. Owners are unwittingly funding a disgusting industry, unaware of the level of care their pet may need.

The Commission's own investigation into dogs and cats concludes that lack of harmonisation in identification and registration systems across the Member States is a key area for attention, in order to end this illegal trade. To close the loopholes in the existing pet scheme, we need to ensure that pets have a person responsible for them at all times, whether that person be the owner, the breeder, or the shelter. This will enable us to keep track of origin, age, vaccinations and the animal's welfare. The responsible person should then register these details with a competent overseer in the Member State. Should the pet then live in a different Member State, the competent authority there should be able to access its previous details.

Today I would like to ask the Commission to bring forward regulations that will harmonise the national identification and registration systems and requirements for pets across the European Union.

Janusz Wojciechowski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Mahatma Gandhi powiedział, że rozwój cywilizacji i jej moralny postęp może być oceniany po tym, jak traktuje ona swoje zwierzęta. Dzisiejsza debata dowodzi, że ochrona zwierząt leży na sercu naszej europejskiej cywilizacji, zwłaszcza zwierząt najbliższych człowiekowi, udomowionych, których przetrwanie zależy od człowieka.

Psy i koty mają w naszej europejskiej cywilizacji i kulturze szczególne miejsce jako zwierzęta, których związek z człowiekiem wynika głównie nie z ich gospodarczej użyteczności, ale ze szczególnego przywiązania do człowieka, ze szczególnego zaprzyjaźnienia się z człowiekiem. Wiele tych zwierząt żyje w naszych domach, ale wiele z nich doświadcza dramatu porzucenia. Mamy w Europie problem bezdomności zwierząt, zwłaszcza psów, które często niestety doświadczają okrutnego traktowania. Cierpią zwierzęta, ale cierpią też psychicznie ludzie będący świadkami tego cierpienia.

Ostatnio – muszę o tym powiedzieć również z uwagi na obecność Pani Komisarz, która jest z Rumunii – mamy problem z dramatyczną sytuacją w Rumunii. Zwracają się do mnie obywatele tego kraju, ludzie dobrej woli poruszeni losem zwierząt. W tym kraju występuje bowiem problem bardzo brutalnego postępowania z bezdomnymi psami, co jest przedmiotem wielu skarg ze strony osób, które tę brutalność postrzegają nie tylko jako sprzeczną z zasadami ochrony zwierząt, ale także sprzeczną z ochroną praw człowieka. Mam nadzieję i apeluję do władz rumuńskich – zwłaszcza jako przewodniczący intergrupy ds. ochrony zwierząt zrzeszającej w Parlamencie Europejskim ponad stu posłów – o pilne położenie kresu tej brutalności, która nie przystaje do cywilizowanych europejskich zasad. Wizerunek pięknego kraju i dzielnego narodu rumuńskiego wiele na tym traci. Polepszenie losu bezdomnych zwierząt jest dla nas ważnym wyzwaniem nie tylko ze względu na dobrostan zwierząt, ale również ze względu na dobrostan ludzi, bo człowiek wrażliwy nie może czuć się szczęśliwym, jeśli wokół siebie widzi cierpienie zwierząt.

Rejestracja i identyfikacja to jest sposób na zwiększenie odpowiedzialności właścicieli i przeciwdziałanie porzucaniu zwierząt, to jest sposób na kontrolę losów tych zwierząt. W państwach członkowskich jest wiele systemów identyfikacji, które jednak nie są wystarczające, dlatego powinniśmy zacząć myśleć o unijnym systemie identyfikacji.

Szanowni Państwo! Ochrona zwierząt jest wartością europejską wynikającą z artykułu 13 Traktatu i powinniśmy o tym nieustannie pamiętać. A jeśli chodzi o zwierzęta towarzyszące człowiekowi, takie jak psy i koty, ich ochrona powinna być zadaniem europejskim z możliwością wykorzystania na ten cel środków z budżetu Unii Europejskiej. Takie środki powinny być przewidziane, zwłaszcza na programy humanitarnej redukcji populacji bezdomnych zwierząt, na akcję sterylizacji, adopcji, na prowadzenie schronisk, a także na system identyfikacji. Powinniśmy o tym pomyśleć w pracach nad przyszłym budżetem Unii.

Jasenکو Selimovic, för ALDE-gruppen. – Fru talman! Jag håller med om det som påpekats: att illegal handel med sällskapsdjur utgör en allvarlig folkhälsorisk. Det handlar inte bara om spridning av sjukdomar som t.ex. rabies utan också om antibiotikaresistens. Jag håller också med dem som säger att den illegala handeln utgör en avsevärd inkomstkälla för maffian i Europa. Det är också sant, det stämmer.

Det är uppenbart att många medlemsländer idag har brister i kontrollen av sina sällskapsdjur. Skärpta regler för en databaserad registrering skulle minska detta problem men allt detta måste göras på medlemsstatsnivå. En europeisk databas skulle sakna mervärde helt och hållet, den skulle kosta mer än den skapar och det är väldigt oklart vem som ska skapa den? Vem ska uppdatera den? Och hur ska det göras överhuvudtaget?

Ursäkta att jag säger det, men vi är inte ens kapabla att registrera alla flyktingar som kommer in i Europa. Och nu vill vissa att vi ska försöka registrera alla katter och hundar som finns i Europa. Det är omöjligt att göra, helt enkelt omöjligt. Det är den här typen av uppgifter som EU absolut inte ska göra.

EU:s nya djurhälsolag som jag övertagit ansvaret för ska snart slutgiltigt antas av Europaparlamentet. Där ges kommissionen möjlighet att kräva av länderna att de etablerar nationella databaser för hundar och katter. Så det ni kräver finns redan. Den nya lagen innebär också fler åtgärder och registreringskrav för att få bukt med den illegala handel som vi har hört talas om och som det pratades här om här; problemet med herrelösa hundar.

Verktyg för att lösa problemet kommer alltså snart att finnas på plats, bara vi orkar tåla oss en tid tills det blir verksamt.

(Talaren godtog att besvara 3 frågor ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Renate Sommer (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Kollege! Mir ist nicht klar, warum Sie der Meinung sind, dass 28 einzelstaatliche Systeme in der Europäischen Union wesentlich günstiger sein sollen als ein einziges EU-weites System. Mir ist auch nicht klar, wie Sie sicherstellen wollen, dass die Herkunft eines Tieres, sein Impfstatus und sein Alter zurückverfolgt werden können, wenn wir in jedem Mitgliedstaat ein extra System haben. Denn es geht ja gerade bei der Mafia darum, dass die Tiere grenzüberschreitend verbracht werden in der Europäischen Union. Das ist ja das Problem! Und deswegen brauchen wir eine europaweit einheitliche Geschichte.

Jasenکو Selimovic (ALDE), *svar ("blått kort")*. – Tack så hemskt mycket för frågan. Problemet med frågan är att det är sant att det finns hälsoåtgärder som behöver vidtas, men de kommer inte att utföras på europeisk nivå. Det kommer inte att finnas någon europeisk kommission som kommer att utföra de där åtgärderna som ni pratar om. De kommer att utföras på nationell basis, och därför behöver vi nationella register. Jag förstår inte hur en europeisk databas skulle förbättra möjligheterna att utföra de åtgärder som behövs på nationell nivå.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Panie Pośle! Bardzo mnie to dziwi, że w XXI wieku, w czasie digitalizacji, kiedy walczymy cały czas o cyfrową Europę i o postęp w tej materii, Pan mówi, że zarejestrowanie w jednym systemie zwierząt domowych jest czymś przekraczającym nasze możliwości. Trochę więcej wiary – to nie jest ani takie skomplikowane, ani takie trudne, i zgadzam się w zupełności z naszą koleżanką panią Zomer, że o wiele tańsze niż, po pierwsze, 21 różnych systemów, po drugie, te 21 systemów powoduje makabryczne nadużycia i jeden element, którego nikt nie wspomniał, sentymentalne również, bo te zwierzęta giną. I ostatni tylko element, czemu miesza Pan ten problem organizacyjny z tematem kolosalnym, dramatycznym i politycznym, jakim są uchodźcy. Błagam, proszę tego nie robić.

Jasenکو Selimovic (ALDE), *svar ("blått kort")*. – Tack så mycket för frågan. Alla åtgärder som behöver göras i den här frågan, ska göras nationellt. Det finns ingenting som EU kommer att göra förutom det som ni vill, nämligen att skapa ett register. Och det registret kommer att bli omöjligt att skapa för att, ursäkta att jag säger det, katter har fritt sexliv. Hur ska ni jaga föräldrar? Det finns ingen möjlighet att få till det där.

Helt enkelt för att de åtgärder som måste göras, de ska göras på nationell nivå. De hälsoåtgärder som vi behöver införa, de åtgärderna ... Det ska också ges en registreringsmöjlighet för att förebygga de problem som ni pratar om, och allt detta ska göras nationellt. Att förvandla det till en uppgift som EU ska göra är att bara skapa en byråkrati som inte behövs i det här fallet.

Jiří Pospíšil (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Pane kolego, já rozumím Vaší úvaze o národní úrovni, ale tím se nevyřeší, jak už bylo řečeno, přeshraniční obchod. Nebylo by tedy řešení, aby ty národní registry byly kompatibilní a společně spolupracovaly? Máme obchodní rejstříky v jednotlivých zemích, máme jiné veřejné registratury, které se v rámci 28 států propojují, a ty systémy spolu spolupracují. To by přece nebylo tak nákladné, kdyby každý národní registr byl průchozí z jiné země atd. Nemusíme mít jeden centrální evropský registr.

Jasenka Selimovic (ALDE), svar ("blått kort"). – Jag håller med om att vi inte behöver ett centralt europeiskt register. Det var precis det som jag försökte påpeka, och de åtgärder som ni efterlyser kommer att finnas i EU:s nya djurhälsolag som snart kommer till stånd. Det är precis det vi pratar om: registrering som finns där. Det finns i den lagen möjlighet att kräva av länderna att de etablerar nationella databaser för hundar och katter för att förebygga den illegala handel som vi pratar om. Den kommer att finnas på nationell nivå, och jag förstår inte varför vi skulle utvidga den till en nivå där den inte kan upprätthållas.

Gabriele Zimmer, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich möchte mich auch noch einmal an meinen Kollegen, der eben gesprochen hat, wenden. Ich stelle mir schon die Frage, warum das Sexleben von Katzen zwar europäisch schwierig zu registrieren sei, aber national besser. Das ist mir auch nicht ganz klar. Wir brauchen insgesamt die nationalen Register, die kompatibel sein müssen, die miteinander vernetzt sein müssen. Das ist der Grund, warum wir heute auch die Diskussion führen, und was wir eigentlich gerne zusammenbringen wollen.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die auch dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben. Ich gebe zu, ich habe noch vor wenigen Jahren, noch vor der letzten Europawahl, die Dimension des Handels mit Heimtieren hier in Europa völlig unterschätzt. Im Zuge der Diskussion, die es gegeben hat, dass viele Menschen sich darüber bewegt geäußert haben, was in Rumänien mit den Straßenhunden passiert ist und auch mit dem Handel von Straßenhunden, gerade auch aus Rumänien, ist mir aber schon klar geworden, dass wir hier mehr tun müssen. Ich habe mich damals auch verpflichtet, jede Initiative, die darauf hinausläuft, dass wir uns hier europäisch gemeinsam dazu bekennen, mit zu unterstützen.

Was ich verstanden habe, ist, dass die nationalen Regeln für Heimtiere auch in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind. Einige sind sehr streng organisiert, andere weniger, und in anderen Mitgliedstaaten fehlen sie. Also ist es ja einerseits notwendig, den Mitgliedstaaten eine Empfehlung auszusprechen, nach gemeinsamen Kriterien die Datenbanken aufzubauen und dann natürlich diese Vernetzung zu ermöglichen. Ich stimme völlig zu, wenn wir darauf abheben, dass hiermit auch wirksam dazu beigetragen werden kann, auch den gesundheitlichen Gefahren, die durch streunende Tiere, durch kranke Tiere, durch wenig sozialisierte Tiere entstehen, entgegenzuwirken. Und ich stimme auch allen zu, die darauf hinweisen, dass gerade auch eine Gefährdung darin besteht, dass Hunde oder Katzen, deren Geschichte, deren Sozialisierung, deren Krankheiten man eigentlich nicht kennt, in Familien kommen und diese Familien dann nach kurzer Zeit überfordert sind und dann die Gefahr besteht, dass die Tiere ausgesetzt werden oder einfach dem Tierheim überlassen werden. Ich finde, hier stehen wir in einer gemeinsamen Verantwortung.

Ich habe die Zahl gehört, dass schätzungsweise 700 000 Welpen illegal gehandelt werden. Viele von uns kennen aus der Nachbarschaft, aus dem Bekanntenkreis ebenfalls Menschen, die Hunde erworben haben, von denen sie nicht wissen, wie sie eigentlich dazu gekommen sind oder wo diese herkommen, und die dann anschließend sehen müssen, wie es weitergeht. 150 000 Tiere sollen im Prinzip durch diesen illegalen Handel gestorben sein.

Sie haben vorhin gesagt, Frau Crețu: Wir müssen eine Folgenabschätzung machen. Für mich ist aber die erste Frage, die wir uns stellen müssen: Wenn es die Studie gibt, von der Frau Sommer gesprochen hat, die noch nicht veröffentlicht ist, aber über die die Kommission schon berichtet hat, und dort konkrete Aussagen vorhanden sind, was es bedeutet, wenn wir diese Registrierung nicht durchführen, dann ist das doch schon ein Großteil dessen, was auch im Rahmen einer Folgenabschätzung eigentlich zu leisten wäre. Ich bitte Sie also: Nehmen Sie unseren Wunsch aus dem Parlament mit, dass wir hier gemeinsam eine europäische Lösung finden, dass wir hier etwas tun für den Tierschutz, aber auch dafür, dass diese Mafiamethoden endlich unterbunden werden können.

Keith Taylor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I have two questions for the Commissioner to consider. In October last year the UK RSPCA brought a successful legal action against a criminal gang which was smuggling puppies into Great Britain. The gang was making over GBP 35 000 a week selling sick and dying dogs while pretending to be bona fide traders. Whilst the gang was successfully prosecuted, this clearly is not an isolated case. Does the Commissioner agree that this highlights the degree to which this trade is criminal and represents cross-border organised crime, tax evasion and fraud?

Secondly, correctly identifying the age of a puppy or a kitten as meeting the legal requirement of 15 weeks is almost impossible at present. Unless there is a mandatory registration within the first few weeks of birth, does the Commissioner agree there will be continuing difficulty in establishing animals' exact ages?

Both of these examples, I believe, underline the clear need for the introduction of a harmonised national system for the identification and registration of pets in each Member State, so please support the resolution when we get a chance to vote on it at the second plenary in February.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, I accept that many domestic animals need registration, especially when moving long distances, and that it makes sense for data systems to be compatible if they are to be tracked through international borders. However, I do not accept – and will never accept – that this justifies centralisation or a vast new bureaucracy.

English is a wonderful language of vivid metaphor, and two phrases come to mind which perfectly describe what the EU does all the time. Firstly, using a sledgehammer to crack a nut. So often, massively over-engineered, highly technical solutions are produced to solve real problems, but ones which do not require monstrous bureaucratic apparatus backed by draconian laws and sentences, which are then enforced selectively – or perhaps not at all – in some Member States. Secondly, the thin end of the wedge, when the EU uses rational bureaucratic need to justify job creation and data recording to build what amounts to a major new edifice in the centralised EU governmental empire, with powers to match.

Quite simply, the cats and dogs and goldfish and stick insects may need tracking but, if they do, it should be a role for national governments. They should not become an issue for Eurocrats, and that is what you will make them.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, chovu domácích zvířat se věnují v celé Evropské unii miliony občanů, a přestože řešíme zde na plenárním zasedání důležitá témata bezpečnosti spojená s migrací, s válečnými konflikty, tak jsem přesvědčená, že i toto téma, tzn. podmínky pro chov domácích zvířat napříč Evropskou unií, má své místo v Evropském parlamentu a děkuji kolegyni Sommerové, že se zasadila o přijetí tohoto tématu pro dnešní jednání.

Nařízení Evropského parlamentu a Rady z roku 2003 o přesunech zvířat v zájmovém chovu specifikuje několik požadavků, které musí každý chovatel splnit, aby se jeho zvíře mohlo pohybovat napříč Evropskou unií, tzn. zvíře musí mít tetování nebo musí být očipované, musí být tedy identifikované a musí mít pas a osvědčení o očkování. Domnívám se, že pokud by se jednotlivé registrační systémy domácích zvířat v jednotlivých členských státech sjednotily, výrazně by to pomohlo a zefektivnilo dosavadní praxi, než když každý členský stát má svůj systém. Již zde bylo zmíněno, že je třeba, aby tyto systémy byly kompatibilní, aby se dala tato data vzájemně využívat. Jsem přesvědčena o tom, že není třeba stavět novou budovu a budovat nový úřad, jde pouze o propojení těchto systémů. A aby toto propojení mohlo nastat, musí jít o jistou standardizaci dat, která se tam dodávají. V této souvislosti bych se Komise chtěla zeptat, jestli tedy plánuje plošné označování a registraci domácích zvířat v Evropské unii nebo počítá se zaváděním kompatibilních systémů, které se budou vztahovat pouze na přeshraniční pohyb zvířat, stejně jako je tomu u nařízení z roku 2003.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, revision of the pet travel scheme has, regrettably, not made the system more effective, due to frequent abuses. The introduction of a compatible system for the registration of pet animals across Member States would make cross-border supervision of the animal trade, travel or pet vaccination much easier. As a result, these long-overdue changes, ideally combined with appropriate data exchange, would contribute to dealing with various disease outbreak threats, amongst other things.

Many people have to leave behind, sell, cast out or even euthanise their pets simply due to being unable to take them along with them when going abroad, precisely due to pet registration system differences in our countries, and for no other reason. I have to say that the cause of mutual integration within the EU has contributed to the gradual alignment of an identity documentation system for its inhabitants – passports, IDs, diplomas and the like. The same should undoubtedly apply to our pet animals.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Lassen Sie mich beginnen mit drei kurzen Geschichten. Erstens die Geschichte von der kleinen Katze, die im Berliner Großstadtdickicht entlaufen ist und mit Zetteln an den Straßenlaternen gesucht wird. Zweitens die Geschichte vom treuen Hund, der bei einer Urlaubsfahrt auf einem italienischen Rastplatz ausgesetzt und vollkommen verstört neben der Autobahn gefunden wurde. Drittens die Geschichte vom kleinen Welpen, der illegal aus Rumänien entführt und kurz vor dem Verdursten nahe Nürnberg aus einem Laster befreit wird. In allen drei Geschichten könnte ein grenzübergreifendes, EU-weites Registrierungssystem helfen, wie ich es gerade deswegen vor über einem Jahr bereits vorgeschlagen habe.

Wir sind ein europäisches Parlament. Wir haben die Aufgabe, global zu denken. Dann werden wir das doch bei den europäischen Dramen schaffen. Warum nehmen wir nicht die Registrierungssysteme aus 28 Ländern – dort, wo sie vorhanden sind –, vergleichen sie, nehmen die besten Teilstücke heraus und machen daraus ganz europäisch neutral ein funktionierendes Registrierungssystem? Beginnen wir damit, dieses funktionierende System wie zum Beispiel jetzt in Österreich EU-weit kompatibel zu machen. Orientieren wir uns an den Datenbankenerfahrungen bei Nutztieren, und einigen wir uns darauf, in welchem Rahmen wir eben auch eine europäische Koordinierung unter Achtung der Subsidiarität begründen können. Kurzum: Unternehmen wir das Menschenmögliche, um unsere Haustiere bestmöglich zu schützen!

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – We houden miljoenen dieren in Europa, vooral honden en katten, maar er worden meer dan duizend andere vaak exotische diersoorten als huisdier verkocht. Dat is erg lucratief. Aan de malafide dierenhandel worden miljarden verdiend. Dat zorgt ook voor onbeschrijfelijk veel leed. Huisdieren worden vaak in een opwelling gekocht en met hetzelfde gemak weer weggegooid. Elke dag worden er in Europa vele dieren verwaarloosd, misbruikt, mishandeld, gedumpt en gedood.

Huisdieren zijn geen speelgoed! Het zijn levende wezens met bewustzijn en gevoel en ze verdienen onze bescherming. Je zal maar een pasgeboren puppy zijn die heel Europa door gesleept wordt in de kofferbak van een auto om in België te worden verkocht. Je zal een labrador zijn, die in Roemenië op straat zwerft, een land waar dieren op gruwelijke wijze worden vervolgd en gedood omdat elk gedood dier geld oplevert. Je zal maar een schildpad zijn en je hele leven in een schoenendoos slijten! Of je zal een galgo zijn die in Spanje voor de jacht wordt gehouden, gebruikt, getergd, gemarteld en wanneer je niet snel genoeg bent, gedood!

Voorzitter, je zal maar een dier zijn in Europa. En u, Europese Commissie, u kunt ervoor zorgen dat dieren geholpen worden. Allereerst door een verplichte identificatie en een Europees registratiesysteem voor huisdieren, voor alle huisdieren. En daaraan gekoppeld een vergunningensysteem voor fokkers en verkopers, met natuurlijk de bijbehorende dierenwelzijnseisen. Een tweede punt, dat eenvoudig in te voeren is, is een positieve lijst voor huisdieren, zoals in België en Nederland is gedaan, zodat alleen dieren gehouden mogen worden die daar ook geschikt voor zijn.

En wanneer publiceert Commissie de beloofde studie naar het welzijn van honden en katten in de Europese huisdier-enhandel? Toch graag een reactie. Voorzitter, hoe sneller de Commissie actie onderneemt hoe sneller een einde komt aan het miserabele bestaan van vele huisdieren.

Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, inhimillisyyttämme mittaa se, miten me kohtelemme eläimiä. Kuten olemme täällä useaan kertaan kuulleet, kasvava pentutehtailu ja myös sopimattomien lajien laajamittainen tuonti lemmikkieläinkäyttöön on törkeää eläinten pahoinpitelyä, ja erittäin törkeää rikollisuutta ja rahanansaintakäytäntöä. Siihen olemassa oleva ratkaisu on sekä hallinnollisesti helppo että kustannustehokas.

Jo tällä hetkellä useimmilla kenneleillä ja kissankasvatusyhdistyksille ja muilla vastuullisilla seuraläinrekistereillä on omat rekisterinsä, jotka olisi mahdollista tuoda yhteen jo valmiina olevan mallin mukaisesti eurooppalaiseksi tietokannaksi, mistä voidaan jäljittää eläimen alkuperä ja myös sen sukupuoli, esimerkiksi sukurutsaisen lisääntymisen estämiseksi. Tässä samassa yhteydessä voidaan myös määritellä, mitkä lajit sopivat lemmikkieläinkäyttöön niin sanotun positiivisen seuraläinlistan kautta.

Komissio on tässä asiassa laahannut jalkoja aika pitkään. Useammassa epävirallisessa yhteydessä useimmat komissaari ovat tämän positiivilistan ja lemmikkieläinrekisterin luvanneet jo viimeisen neljän vuoden aikana. Toivon, että tämän keskustelun pohjalta saamme selkeän reaktion ja myös komissiolta selkeän lupauksen tämän rekisterin luomiseksi, koska kysymys ei ole kustannuksista, kysymys ei ole ylitäytelystä, vaan kysymys on yksinkertaisesti siitä, miten kannamme vastuamme eläimistä.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I have to recognise that I am not a specialist on this subject. Because there were not many volunteers, I accepted to speak because my younger daughter is taking care of two cats and one dog, of course altogether with the whole family, and we love them very much.

First of all I would to say to our colleagues, Ms Zimmer, Mr Gericke and Ms Hazekamp, that progress has been made recently in Romania. You should look at recent data regarding the protection of animals. At the same time, the response has to be a European Union one, a standardised EU system to protect pets.

I support the introduction of a new passport model which stipulates that cats, dogs and ferrets can travel with their owners within the European Union if they have a passport that contains proof of their identity and their anti-rabies vaccination, all of which must comply with specific conditions. EU countries must provide the public with clear and easily-accessible information concerning the requirements applicable to the non-commercial movement of pets and the rules for compliance checks on such movement.

I support the call for an EU-wide database for pet registration and I welcome the fact that the Commission has agreed to carry out a study on the welfare of dogs and cats involved in commercial practices.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, paní komisařko, já jsem velmi rád, že toto téma tady dnes probíráme, a mám pocit, že z hlediska občanů má možná mnohem větší smysl a občany možná mnohem více zajímá než jiná témata, která Evropský parlament probírá ve vhodnější čas. Chtěl jsem, paní komisařko, tady apelovat na Vás jako na zástupkyni Komise, abyste opravdu toto téma nepodceňovali.

Já pocházím z České republiky, kde je dnes vedena mimořádně silná veřejná debata o tom, jak zakázat tzv. množný psů, ve kterých jsou feny víceméně nuceny „vyrábět“ nová a nová štěňata, a tato štěňata pak jsou ilegálně prodávána v zemích západní Evropy. To znamená, etické normy neplatí, zákony neplatí, štěňata jsou vyvážena do západní Evropy a tedy je to problém celé Evropské unie. Není to jen problém České republiky, ale kde je přeshraniční obchod, navíc ilegální a neetický, tam musí, podle mého názoru, Evropská unie zasáhnout. Pokud zasáhnete, jsem přesvědčen, že i pro mnoho Čechů, kteří dnes na Evropskou unii hledí negativně nebo hledí na ni jako na těleso, které řeší své zájmy někde v Bruselu, uděláte něco pozitivního, uděláte něco pro jejich zvířata. Já tedy podporuji, abychom prosadili národní registry, aby ty národní registry byly propojené a abychom jasně regulovali a měli jasná pravidla pro přeshraniční

obchod se psy a kočkami. Je to moc důležité, pokud chceme toto neetické, nezákonné jednání omezit.

Catch-the-eye procedure

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, za mnoge ljude jedan pas, jedna mačka znači sve. Imamo često priliku čitati niz dirljivih priča o tim malim kućnim ljubimcima koji su često usrećili mnoge, mnoge ljude. Zato takvi ljudi zaslužuju i traže od nas da donesemo odgovarajuće propise, da harmoniziramo propise na nivou Europske unije, da stvorimo kompatibilnost tih propisa jer ćemo na taj način pokazati svoju ljudskost.

Ono što želim dodatno naglasiti je problem, u mnogim zemljama, azila za životinje. Moramo naći načina da pomognemo takvim azilima jer često su oni u nekakvoj podređenoj poziciji. Zato vas pozivam kao povjerenicu u Europskoj komisiji da razmislite na koji način možete stvoriti i kompatibilnost i standarde kad govorimo o azilima za životinje.

Róza Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Kiedy się mówi o zwierzętach domowych, psach i kotach, to jak widać, proszę Państwa, budzi to ogromne emocje właściwie wszędzie – i w naszych krajach członkowskich, i tutaj na tej sali. Ja bym oczywiście chciała, żeby ten temat, o którym Państwo tak często wspominali: cierpienie zwierząt i niegodne warunki, w których je trzymamy, rozszerzyć również kiedyś na zwierzęta hodowlane. O tym o wiele rzadziej myślimy i budzi to mniejsze emocje, a większe zainteresowanie, jakie pieniądze na nich zarobimy.

I oczywiście odpowiedzialność za to, jak zwierzęta miałyby być rejestrowane, za karanie przestępczości spoczywa na krajach członkowskich, ale potrzebujemy wspólnego systemu, tak jak w wielu innych dziedzinach, potrzebujemy również harmonizacji.

I chciałam zaapelować do Pani Komisarz, żeby wykorzystywać organizacje pozarządowe, które w wielu z naszych krajów mają doskonały wgląd w ten temat, dużo dobrych pomysłów, które współpracują na poziomie europejskim między sobą i które na pewno dla Komisji Europejskiej byłyby znakomitym partnerem w rozwiązaniu tego problemu.

Isabella Adinolfi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un'enorme differenza nel destino dei nostri animali domestici, tra chi ha una vita fortunata al caldo delle nostre case e chi invece è considerato soltanto un oggetto commerciale da vendere traendone il maggior profitto possibile. Prevedere un sistema europeo che armonizzi i sistemi e gli standard previsti per l'identificazione e la registrazione di cani e di gatti, quindi facilmente accessibile da tutti gli Stati membri, potrebbe essere certo un ottimo strumento per la lotta al commercio illecito. Si potrebbe così instaurare una nuova forma di cooperazione tra gli Stati in materia di benessere degli animali, permettendo così in futuro di poter migliorare e ampliare la normativa in merito. C'è alla base il benessere animale, come abbiamo detto, c'è la lotta al traffico illecito, come abbiamo detto, ci sono questioni di salute per evitare il diffondersi di malattie, ma c'è anche il diritto del cittadino ad essere informato e protetto e a poter ritrovare il suo amico cane o gatto qualora accada di perderlo.

(End of catch-the-eye procedure)

Corina Crețu, Member of the Commission. – Madam President, it has been a very interesting debate and I would like to thank all Members for their contributions. Once again on behalf of the Commission I would like to thank Ms Renate Sommer for raising the issue of the possible introduction of compatible systems for registration of dogs and cats to be accessible across the Member States.

Although it has been a long road leading to the recently-agreed Regulation on Transmissible Animal Diseases, I am certain this contains all the elements to further develop the delegated and implementing acts necessary to bring this legislation to life, and this includes the topic of registration of dogs and cats. However, it is important first to verify whether the development of such delegated acts would bring EU added value with regard to action by the Member States, and in particular to weigh the administrative burden on the Member States against the anticipated benefits of any envisaged measures.

Anyhow I would like to inform you that the Commission intends to start the preparatory work for the adoption of these possible delegated acts, including expert consultations, when the proposed Regulation on Transmissible Animal Diseases is formally adopted by the co-legislators, most probably in the coming weeks. You know very well that this is not directly my portfolio, but I was very moved by the stories I heard here and you can be sure that I will ask Commissioner Andriukaitis who is in charge of this file and I will pass on all your words.

I would just like to say that I am very much aware of the intense debate in the country I know best about the treatment of animals, including animals without owners. It is a problem and it is the responsibility of each Member State. Unfortunately, I think that under the Treaties there are not many things that the Commission can do regarding that, but anyhow I can assure you that the Commission is very much aware of the necessity of the controls.

As I said at the beginning, the subject was very clear about the registration of pet animals across Member States, and I am sure that Commissioner Andriukaitis will come up with further details on how this could be done.

PUHEMIES. – Keskustelu on päättynyt.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Ce texte à venir s'inscrit dans le cadre de la révision des règles du programme de voyage des animaux de compagnie (règlement (UE) n° 576/2013). Cette révision doit permettre de préciser ce qui constitue un mouvement commercial, d'autoriser des caractéristiques de sécurité supplémentaires sur les passeports pour animaux de compagnie, d'introduire un nouvel âge minimum pour les vaccins antirabiques et de mettre en place de nouvelles règles pour ceux qui voyagent avec plus de cinq animaux de compagnie.

L'engagement de la Commission de réaliser une étude sur le bien-être des chiens et des chats faisant l'objet de pratiques commerciales va dans le bon sens.

La question sera de savoir si nous allons introduire un acte délégué concernant un système d'enregistrement des chiens et des chats compatible et accessible dans tous les Etats. Même si cela semble aller dans le sens du bien-être animal, je resterais vigilante sur l'harmonisation des politiques C'est pourquoi, je suivrais ce dossier de près car l'harmonisation des standards permettrait aussi une réduction des cruautés dans les élevages de chiots et des risques sanitaires pour l'homme.

Емил Радев (PPE), в писмена форма. – В момента няма общо европейско законодателство, определящо единна система за идентификация и регистрация на домашни животни като кучета и котки, а всяка държава сама определя начините и средствата за това. Отделните национални системи, където те съществуват, също не са свързани, което води до фрагментирана среда с непълна или изцяло липсваща информация за статуса на животните.

При наличието на общ пазар на стоки и услуги, свободно движение на хора и мобилност на труда, съществуването на общоевропейска система за регистрация е силно необходимо. Тя би спестила много време и средства, би ограничила бюрокрацията при преместването на животно в друга държава и не на последно място – би дала много по-голяма сигурност на собствениците относно произхода на техните любимци. Да не говорим, разбира се, и за ползите, свързани с контрола на болестите и разпространението на зарази сред животни и хора, както и намаляването на трафика и злоупотребите при продажбата на кучета и котки.

Наличието на единна система за идентификация и регистрация би насърчила още и отговорното отглеждане на животните, тъй като изхвърлянето им на улицата вече няма да бъде толкова лесно, а собствениците ще могат бързо да бъдат откривани и санкционирани, което от своя страна ще намали и популацията на бездомните кучета и котки.

15. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

16. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

17. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**19. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

PUHEMIES. – Julistan Euroopan parlamentin istuntokauden keskeytetyksi.

(Istunto päättyi klo 16.45.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2024/822

16.1.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107915

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/822)

Datum der Annahme der Entscheidung	19.12.2023
Nummer der Beihilfe	SA.107915
Mitgliedstaat	Griechenland
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Financial support in favour of energy intensive consumers.
Rechtsgrundlage	Article 61 paragraph 1 of Law 4839/2021 (FEK A 181)
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 150 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	80,0 %
Laufzeit	
Wirtschaftssektoren	Steinkohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl, Eisenerzbergbau, Sonstiger NE-Metallerzbergbau, Bergbau auf chemische und Düngemittelminerale, Gewinnung von Salz, Gewinnung von Steinen und Erden a. n. g., Herstellung von Ölen und Fetten (ohne Margarine u. ä. Nahrungsfette), Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen, Herstellung von Zucker, Herstellung von Malz, Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei, Veredlung von Textilien und Bekleidung, Herstellung von Vliesstoff und Erzeugnissen daraus (ohne Bekleidung), Herstellung von Lederbekleidung, Herstellung von Furnier-, Sperrholz-, Holzfaser- und Holzspanplatten, Herstellung von Holz- und Zellstoff, Herstellung von Papier, Karton und Pappe, Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Industriegasen, Herstellung von Farbstoffen und Pigmenten, Herstellung von sonstigen anorganischen Grundstoffen und Chemikalien, Herstellung von sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien, Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Herstellung von Kunststoffen in Primärformen, Herstellung von synthetischem Kautschuk in Primärformen, Herstellung von Chemiefasern, Herstellung von pharmazeutischen Grundstoffen, Herstellung von Flachglas, Herstellung von Hohlglas, Herstellung von Glasfasern und Waren daraus, Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren, Herstellung von feuerfesten keramischen Werkstoffen und Waren, Herstellung von Blankstahl, Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik, Herstellung von keramischen Haushaltswaren und Ziergegenständen, Herstellung von Sanitärkeramik, Herstellung von Zement, Herstellung von Kalk und gebranntem Gips, Herstellung von sonstigen Erzeugnissen aus nichtmetallischen Mineralien a. n. g., Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen, Herstellung von Stahlrohren, Rohrform-, Rohrverschluss- und Rohrverbindungsstücken aus Stahl, Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl, Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium, Erzeugung und erste Bearbeitung von Blei, Zink und Zinn, Erzeugung und erste Bearbeitung von Kupfer, Erzeugung und erste Bearbeitung von sonstigen NE-Metallen, Aufbereitung von Kernbrennstoffen, Eisengießereien

Name und Anschrift der Bewilligungs- behörde	Ministry for the Environment and Energy Leoforos Mesogeion 119, 11526 Athens
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/824

16.1.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107714

(C/2024/824)

Datum der Annahme der Entscheidung	20.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.107714
Mitgliedstaat	Ungarn
Region	Ungarn
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Mezőgazdasági Időjárási Kockázatkezelési Program
Rechtsgrundlage	A mezőgazdasági termelést érintő időjárási és más természeti kockázatok kezeléséről szóló 2011. évi CLXVIII. törvény; 27/2014. (XI. 25.) FM rendelet a kárenyhítési hozzájárulás megfizetésével, valamint a kárenyhítő juttatás igénybe vételével kapcsolatos egyes kérdésekről
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen zum Ausgleich von Schäden infolge von Naturkatastrophen gleichzusetzenden widrigen Witterungsverhältnissen, Ausgleich für Schäden aufgrund von Naturkatastrophen oder sonstigen außergewöhnlichen Ereignissen
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 251 000 000 000 HUF Jährliche Mittel: 20 000 000 000 HUF
Beihilfehöchstintensität	80,0 %
Laufzeit	bis zum 31.3.2028
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Agrárminisztérium 1055 Budapest, Kossuth Lajos tér 11.
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/825

16.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/825)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Zeeland“

PGI-NL-A0963-AM07

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigen Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Utrecht geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name(n)

„Zeeland“

2. Art der geografischen Angabe

g. g. A. – geschützte geografische Angabe

3. Kategorien von Weinbauerzeugnissen

1. Wein

4. Schaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

- 5. Qualitätsschaumwein
- 8. Perlwein
- 9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine haben eine frische Säure, sind vollfruchtig und weisen auch grüne Aromen auf.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinbereitungsverfahren**5.1. Spezifische önologische Verfahren**

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

Weiß => Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

Rot => Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. Höchsterträge

1. Weiße Trauben

100 Hektoliter pro Hektar

2. Rote Trauben

85 Hektoliter je Hektar

6. Abgegrenztes geografisches Gebiet

Provinz Zeeland, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. Keltertraubensorte(n)

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere

Chardonnay B

Dakapo

Divicio N

Divona B

Domina N

Dornfelder N

Dunkelfelder N

Excelsior

Faber B

Felicia B

Florental N

Frühburgunder N

Gamaret N

Gamay N

Gewürztraminer Rs

Golubok N

Hegel

Helios

Hibernal B

Huxelrebe B

Hölder B

Johanniter B

Juwel B

Kerner B

Kernling B

Land N

Laurot N

Léon Millot N

Maréchal Foch N

Melody

Merlot

Merzling B

Meunier N

Monarch

Morio Muscat B

Muscaris B

Muskat Blanc

Muskat Blau

Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo

Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Der Boden besteht hauptsächlich aus holozänen Marschenklei- und Meeressandablagerungen, häufig auf Torfuntergrund. Entlang der Küstendüne (Sand) befinden sich Ablagerungen, die zumeist eine Schicht Meeressand, vermischt mit Ton oder Torf, enthalten (Geestböden).

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 825 mm/Jahr
- 1 739 Sonnenstunden/Jahr (Vlissingen und Wilhelminadorp)
- mittlere Temperatur von 10,6 °C im Jahr und 17,1 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 7,5 °C

8.2. Ursächlicher Zusammenhang

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife äußert sich in einem frischen, vollfruchtigen Wein, der auch grüne Noten aufweist, und bei Rotwein in roten Früchten.

9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Etikettierungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Der folgende Name eines kleineren Gebiets, das zum Gebiet der g. g. A. „Zeeland“ gehört, kann zusammen mit dem Gebietsnamen Zeeland verwendet werden, wenn mindestens 85 % der verwendeten Trauben aus diesem Gebiet stammen:

- Zeeuws-Vlaanderen

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Zeeland_productdossier_2023.pdf



C/2024/826

16.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/826)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Utrecht“

PGI-NL-A0967-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigen Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Utrecht geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Utrecht“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

- 8. Perlwein
- 9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen und leicht tropischen Noten.
Die Rotweine sind durch leicht schwarze aber eher rote Früchte gekennzeichnet und ziemlich vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen und leicht tropischen Noten.
Die Rotweine sind durch leicht schwarze aber eher rote Früchte gekennzeichnet und ziemlich vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen und leicht tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch leicht schwarze aber eher rote Früchte gekennzeichnet und ziemlich vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen und leicht tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch leicht schwarze aber eher rote Früchte gekennzeichnet und ziemlich vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, fruchtig, ziemlich körperreich mit grünen und leicht tropischen Noten.

Die Rotweine sind durch leicht schwarze aber eher rote Früchte gekennzeichnet und ziemlich vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinbereitungsverfahren**5.1. Spezifische önologische Verfahren**

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

Weiß = > Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT = > Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. Höchsterträge

1. Weiße Trauben

95 Hektoliter pro Hektar

2. Rote Trauben

80 Hektoliter je Hektar

6. Abgegrenztes geografisches Gebiet

Provinz Utrecht, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. Keltertraubensorte(n)

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere
Chardonnay B
Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N
Dornfelder N
Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B

Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Im Osten an der Grenze zu Gelderland besteht der Boden aus (lehmigem) feinem Sand (Decksand) (= Gelderse/Utrechtse Vallei).

Im Nordosten, Osten und Südosten von Utrecht gibt es Moränen aus der letzten Eiszeit, die hauptsächlich aus (häufig kiesreichen) groben und feinen Flusssanden bestehen, stellenweise auch feinen Sand (Flugsand) (= Utrechtse Heuvelrug).

Der Rest von Utrecht ist stark durch alte Flussbetten des Rheins mit Flusston- und Torfablagerungen geprägt. Im Nordwesten befinden sich Niedertorfablagerungen.

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 858 mm/Jahr
- 1602 Sonnenstunden/Jahr (De Bilt)
- mittlere Temperatur von 10,1 °C im Jahr und 17,0 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 9,0 °C

8.2. Ursächlicher Zusammenhang

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife zeigt sich in einem frischen, fruchtigen Weißwein mit leicht tropischen Noten und beim Rotwein vor allem durch Noten von roten Früchten.

9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Zusätzliche Etikettierungsvorschriften

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Der folgende Name eines kleineren Gebiets, das zum Gebiet der g. g. A. „Utrecht“ gehört, kann zusammen mit dem Gebietsnamen Utrecht verwendet werden, wenn mindestens 85 % der verwendeten Trauben aus diesem Gebiet stammen:

- Utrechtse Heuvelrug

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Utrecht_productdossier_2023.pdf



C/2024/827

16.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/827)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Friesland“

PGI-NL-A0972-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigsten Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Friesland geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
Friesland
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

- 8. Perlwein
- 9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5

Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollfruchtig.

Analysemerkmale: Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol):	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinbereitungsverfahren

5.1. Spezifische önologische Verfahren

1.

Spezifisches önologisches Verfahren

- Weiß => Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung
- ROT => Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. *Höchstserträge*

1. Weiße Trauben

90 Hektoliter je Hektar

2. Rote Trauben

75 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Provinz Friesland, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere

Chardonnay B

Dakapo

Divicio N

Divona B

Domina N

Dornfelder N

Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B

Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Vignier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

In einem breiten Streifen entlang der Küste im Norden und Westen gibt es Ablagerungen von Marschenklei und im Südwesten findet sich dieser Marschenklei auf Torfmooren.

In der Mitte und im Süden findet sich verbreitet Torfmoore.

Im Osten kommen Sandböden ohne Geschiebemergel auf Bodenniveau vor.

Die Waddeninseln bestehen hauptsächlich aus Dünen und feinem Meeressand.

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 848 mm/Jahr
- 1 655 Sonnenstunden/Jahr (Leeuwarden)

- mittlere Temperatur von 9,7 °C im Jahr und 16,6 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 6,6 °C

8.2. *Ursächlicher Zusammenhang*

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife äußert sich in einem frischen Weißwein, der auch grüne Noten aufweist, und bei Rotwein Noten von roten Früchten.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Friesland_productdossier_2023.pdf



Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11396 — PIRELLI / PIF / JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/837)

1. Am 22. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Pirelli Tyre S.p.A., unter der alleinigen Kontrolle von Pirelli & C. S.p.A („Pirelli“, Italien),
- Public Investment Fund („PIF“, Saudi-Arabien).

Pirelli und PIF werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen („JV“) erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an dem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Pirelli ist ein weltweit tätiger Hersteller von Reifen für Verbraucher (d. h. Reifen für Pkw, Motorräder und Fahrräder) und Anbieter der zugehörigen Dienstleistungen.
- PIF ist der saudi-arabische Staatsfonds. Er investiert direkt und indirekt in mehreren Sektoren in ganz Saudi-Arabien und weltweit, u. a. in den Bereichen Lebensmittel und Landwirtschaft, Energie, Finanzen, verarbeitendes Gewerbe, Immobilien, Logistik und Digitales.

3. Das Gemeinschaftsunternehmen wird in folgenden Geschäftsbereichen tätig sein:

- Das Gemeinschaftsunternehmen wird in Saudi-Arabien eine Reifenfabrik (Herstellung und Vertrieb) errichten und betreiben; die Reifen sollen in erster Linie in Saudi-Arabien sowie in bestimmten Ländern des Golf-Kooperationsrates und der Region Naher Osten und Nordafrika verkauft werden.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11396 — PIRELLI / PIF / JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/838

16.1.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11332 — PSP / MACQUARIE / ART / LSSA / LSWA)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/838)

1. Am 18. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- PSP Torrens Trust und PSIB Terra Trust, beide kontrolliert von Public Sector Pension Investment Board („PSP“, Kanada),
- MAIT1 Registries Trust („MAIT1“, Australien) und Macquarie Australian Infrastructure Management 2 Limited („MAIT2“, Australien), beide kontrolliert von Macquarie Group Limited („Macquarie“, Australien),
- Australian Retirement Trust („ART“, Australien),
- Land Services South Australia („LSSA“, Australien), derzeit kontrolliert von ART, und
- Land Services Western Australia („LSWA“, Australien), derzeit nicht von einem einzelnen Anteilseigner kontrolliert.

PSP, Macquarie und ART werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über LSSA und LSWA erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen und Wertpapieren.

2. Die beteiligten Unternehmen und das Gemeinschaftsunternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- PSP ist ein kanadischer Pensionsfonds, der ein diversifiziertes weltweites Portfolio verwaltet, hauptsächlich in den Bereichen Kapitalmärkte, Private Equity, Immobilien, Infrastruktur, natürliche Ressourcen und Kreditinvestitionen.
- Macquarie ist eine weltweit tätige Finanzdienstleistungsgruppe, die in den Bereichen Asset Management, Bankdienstleistungen für Privat- und Unternehmenskunden, Wealth Management, Leasing, Asset Finance, Marktzugang, Rohstoffhandel, Ausbau erneuerbarer Energien, Fachberatung, Kapitalbeschaffung und Principal Investment tätig ist. Macquarie verwaltet Fonds (MAIT1 und MAIT2), die zum australischen Geschäft der Private-Credit-Sparte von Macquarie Asset Management gehören, die auf Infrastruktur und grüne Investitionen, Immobilien, Landwirtschaft und Naturvermögen, Vermögensfinanzierung sowie Private Credit spezialisiert ist.
- Art ist ein australischer Pensionsfonds, der für 2,3 Millionen Mitglieder Altersvorsorgeersparnisse in Höhe von insgesamt mehr als 260 Mrd. ASD verwaltet.
- LSSA ist der von der südaustralischen Regierung für verschiedene Leistungen im Zusammenhang mit Grundstücken und Immobilien (Transaktionen, Bewertung u. a.) in Anspruch genommene ausschließliche Dienstleister. Ferner bietet LSSA auch Dienstleistungen und Lösungen für gewerbliche Kunden an, die den Zugang von LSSA zu Grundstücks- und Immobiliendaten in Bezug auf Südaustralien nutzen.
- LSWA erbringt Dienstleistungen und Lösungen für Landgate, eine westaustralische Behörde, die das Grundstücks- und Immobilienregister für Westaustralien führt. Ferner bietet LSWA auch Dienstleistungen und Lösungen für gewerbliche Kunden an, die den nicht ausschließlichen Zugang von LSWA zu Grundstücks- und Immobiliendaten in Bezug auf Westaustralien nutzen.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11332 — PSP / MACQUARIE / ART / LSSA / LSWA

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.



Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11404 – PG / VELVET CARE)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/839)

1. Am 8. Januar 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Partners Group AG („PG“, Schweiz), kontrolliert von Partners Group Holding AG,
- Velvet CARE sp. z o.o. („Velvet Care“, Polen), kontrolliert von Abris Capital Partners.

PG wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Velvet Care erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- PG ist eine weltweit tätige Privatmarkt-Investmentgesellschaft und investiert in den Bereichen Private Equity, private Immobilien, private Infrastruktur und private Verschuldung.
- Velvet Care stellt Hygienepapierprodukte her, in erster Linie Tissue-Produkte, so u. a. Toilettenpapier, Gesichtstücher, Küchenpapier und Falttücher sowie Feuchttücher aus Vliesstoff.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11404 – PG / VELVET CARE

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/840

16.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/840)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Drenthe“

PGI-NL-A0969-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der zulässigen Keltertraubensorten

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einzigen Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Drenthe geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. Name(n)

Drenthe

2. Art der geografischen Angabe

g. g. A. – geschützte geografische Angabe

3. Kategorien von Weinbauerzeugnissen

1. Wein

4. Schaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

- 5. Qualitätsschaumwein
- 8. Perlwein
- 9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit vorrangig grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l)	

5. Weinbereitungsverfahren**5.1. Spezifische önologische Verfahren**

Weiß = > Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT = > Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schälengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. Höchsterträge**1. Weiße Trauben**

90 Hektoliter je Hektar

2. Rote Trauben

75 Hektoliter je Hektar

6. Abgegrenztes geografisches Gebiet

Provinz Drenthe, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. Keltertraubensorte(n)

Accent N

Acolon

Allegro N

Auxerrois B

Bacchus B

Baco noir

Baron N

Bianca B

Birstaler Muskat

Bolero N

Bronner B

Cabaret Noir N (VB-91-26-4)

Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)

Cabernet Cantor N

Cabernet Carbon N

Cabernet Carol N

Cabernet Cortis

Cabernet Cubin

Cabernet Dorio

Cabernet Dorsa

Cabernet Franc N

Cabernet Jura

Cabernet Mitos

Cabernet Sauvignon

Cabertin N (VB-91-26-17)

Calandro N

Calardis Blanc B

Carmenere

Chardonnay B
Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N
Dornfelder N
Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina

Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N
Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Vioignier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet: Beschreibung und Klima

Ein großer Teil von Drenthe besteht aus Pleistozänablagerungen, die aus einer festen Sandschicht mit Geschiebemergel innerhalb von 120 cm bestehen.

Im Nordosten und Osten, an der Grenze zu Groningen und im Südwesten sind Hochmoore zu finden. Der sandige Kamm, der von Emmen bis Groningen (wenige Metern über dem umliegenden Bodenniveau) reicht, stammt aus der Eiszeit und besteht hauptsächlich aus grobem bis feinem Sand und schluffartigem Ton (Beckenton).

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 861 mm/Jahr
- 1 550 Sonnenstunde/Jahr (Eelde)
- mittlere Temperatur von 9,4 °C im Jahr und 16,4 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 9,3 °C

8.2. Ursächlicher Zusammenhang

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife äußert sich in einem frischen Weißwein, der auch grüne Noten aufweist, und bei Rotwein Noten von roten Früchten.

9. Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch ... für ...).

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Drenthe_productdossier_2023.pdf



C/2024/841

16.1.2024

**Veröffentlichung einer Mitteilung über die Genehmigung einer Standardänderung der
Produktspezifikation eines Namens im Weinsektor gemäß Artikel 17 Absätze 2 und 3 der
Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission**

(C/2024/841)

Die Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung erfolgt gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2019/33 der Kommission ⁽¹⁾.

MITTEILUNG DER GENEHMIGUNG EINER STANDARDÄNDERUNG

„Groningen“

PGI-NL-A0970-AM06

Datum der Mitteilung: 17.10.2023

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER GENEHMIGTEN ÄNDERUNG

Änderung der Liste der Keltertrauben

Mit dieser Änderung werden die in der Produktspezifikation und im Einziges Dokument aufgeführten zugelassenen Rebsorten für die g. g. A. Groningen geändert, und es handelt sich um eine Aktualisierung aufgrund der Praxis.

Beschreibung und Änderungsgründe

Beschreibung:

In das Verzeichnis der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten wurden 7 Sorten aufgenommen, und zwar:

Pinot Grigio

Accent N

Allegro N

Bolero N

Saphira N

Divicio N

Divona B

Begründung: Es werden neue Rebsorten entwickelt, die nach einer langen Entwicklungsphase und ausführlichen Zulassungsverfahren bei Zulassung in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden. Wenn diese Sorten in die OIV-Sortenliste aufgenommen werden, können sie auch für eine Aufnahme in die Liste der für diese g. g. A. zugelassenen Sorten infrage kommen.

Bei dieser Änderung handelt es sich um eine Standardänderung, da sie weder den Namen der g. g. A. noch die Erzeugnis-kategorie, den Zusammenhang oder die Vermarktungsbeschränkungen betrifft.

EINZIGES DOKUMENT

1. **Name(n)**
„Groningen“
2. **Art der geografischen Angabe**
g. g. A. – geschützte geografische Angabe
3. **Kategorien von Weinbauerzeugnissen**
 1. Wein
 4. Schaumwein
 5. Qualitätsschaumwein

⁽¹⁾ ABl. L 9 vom 11.1.2019, S. 2.

8. Perlwein

9. Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

4. Beschreibung des Weins/der Weine

1. Weinkategorie 1: Wein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

2. Weinkategorie 4: Schaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5

Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

3. Weinkategorie 5: Qualitätsschaumwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

4. Weinkategorie 8: Perlwein

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinkategorie 9: Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure

KURZBESCHREIBUNG

Organoleptische Eigenschaften:

Die Weißweine sind frisch, mit eher grünen Noten.

Die Rotweine sind durch rote Früchte gekennzeichnet und vollmundig.

Analysemerkmale:

Folgende Merkmale werden anhand der geltenden Begriffsbestimmungen in den EU-Verordnungen/niederländischen Ministerialverordnungen beschrieben:

- Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)
- Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure
- Höchstgehalt an Schwefeldioxid
- Maximale Anreicherung, Entsäuerung und – vorbehaltlich der Genehmigung – Säuerung

Allgemeine Analysemerkmale	
Maximaler Gesamtalkoholgehalt (in % vol)	
Minimaler vorhandener Alkoholgehalt (in % vol)	6,5
Mindestgesamtsäure	59,85 Milliäquivalent je Liter
Maximaler Gehalt an flüchtiger Säure (in Milliäquivalent je Liter)	
Höchstgehalt an Schwefeldioxid (mg/l):	

5. Weinbereitungsverfahren

5.1. Spezifische önologische Verfahren

Weiß = > Ernte, Sortieren, Pressen, Vorklärung, Gärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

ROT = > Ernte, Sortieren, Einmaischen / Entstielen, Schalengärung, Pressen, Milchsäuregärung, Klärung / Reifung, Abfüllung

5.2. *Höchstserträge*

1. Weiße Trauben
90 Hektoliter je Hektar
2. Rote Trauben
75 Hektoliter je Hektar

6. **Abgegrenztes geografisches Gebiet**

Provinz Groningen, abgegrenzt durch die in der Verfassung festgelegten Provinzgrenzen.

7. **Keltertraubensorte(n)**

Accent N
Acolon
Allegro N
Auxerrois B
Bacchus B
Baco noir
Baron N
Bianca B
Birstaler Muskat
Bolero N
Bronner B
Cabaret Noir N (VB-91-26-4)
Cabernet Blanc B (VB-91-26-1)
Cabernet Cantor N
Cabernet Carbon N
Cabernet Carol N
Cabernet Cortis
Cabernet Cubin
Cabernet Dorio
Cabernet Dorsa
Cabernet Franc N
Cabernet Jura
Cabernet Mitos
Cabernet Sauvignon
Cabertin N (VB-91-26-17)
Calandro N
Calardis Blanc B
Carmenere
Chardonnay B
Dakapo
Divicio N
Divona B
Domina N

Dornfelder N
Dunkelfelder N
Excelsior
Faber B
Felicia B
Florental N
Frühburgunder N
Gamaret N
Gamay N
Gewürztraminer Rs
Golubok N
Hegel
Helios
Hibernal B
Huxelrebe B
Hölder B
Johanniter B
Juwel B
Kerner B
Kernling B
Land N
Laurot N
Léon Millot N
Maréchal Foch N
Melody
Merlot
Merzling B
Meunier N
Monarch
Morio Muscat B
Muscaris B
Muskat Blanc
Muskat Blau
Müller-Thurgau B
Orion B
Ortega B
Palatina
Phoenix B
Pinot Grigio
Pinot Gris G
Pinot blanc B
Pinot noir N
Pinotin N
Plantet N

Polo Muscat B
Portugieser N
Prior N
Rayon d'or B
Reberger
Regent N
Reichensteiner B
Riesling B
Rinot B
Rondo N
Roter Elbling Rs
Ruländer G
Saphira N
Satin Noir N (VB-91-26-29)
Sauvignac B (Cal 6-04)
Sauvignon Blanc B
Sauvignon Soyhieres B (VB-32-7)
Sauvitage B
Scheurebe B
Schönburger Rs
Seyval B
Siegerrebe Rs
Silcher B
Sirius
Solaris
Souvignier Gris
St. Laurent
Staufer
Sylvaner B
Syrah
Tempranillo
Villaris B
Viognier B
Würzer B
Zweigeltrebe N

8. Beschreibung des Zusammenhangs bzw. der Zusammenhänge

8.1. Geografisches Gebiet : Beschreibung und Klima

Beschreibung des Gebiets:

In einem breiten Streifen entlang der Küste im Norden und Westen gibt es Ablagerungen von Marschenklei.

Im Südosten an der Grenze mit Drenthe findet man Hochmoore.

Der Südosten zeichnet sich aus durch (lehmige) Feinsandböden

Charakteristisch für das Klima sind:

- mittlere Niederschläge von 843 mm/Jahr
- 1 550 Sonnenstunden/Jahr
- mittlere Temperatur von 9,5 °C im Jahr und 16,6 °C im Sommer
- Differenz zwischen Tag- und Nachttemperatur im September von 8,9 °C

8.2. *Ursächlicher Zusammenhang*

Dank des Klimas können die genannten Erträge und die erwähnte Reife erzielt werden. Die Reife äußert sich in einem frischen Weißwein, der auch grüne Noten aufweist, und bei Rotwein Noten von roten Früchten.

9. **Weitere wesentliche Bedingungen (Verpackung, Etikettierung, sonstige Anforderungen)**

Rechtsrahmen:

EU-Rechtsvorschriften

Art der sonstigen Bedingung:

Ausnahme in Bezug auf die Erzeugung in dem abgegrenzten geografischen Gebiet

Beschreibung der Bedingung:

Nahegelegenes Gebiet für die Weinerzeugung

Was das Erzeugungsgebiet für die Weinbereitung (Vinifizierung) betrifft, sind alle niederländischen Provinzen als „nahegelegen“ definiert.

Wird der Grundwein im Gebiet der g. g. A. oder in einem nahegelegenen Gebiet bereitet, so kann ein Teil dieses Grundweins oder das gesamte Volumen als Perlwein oder Schaumwein im Lohn abgefüllt werden.

Dieser Vorgang kann außerhalb des Gebiets der g. g. A. oder des nahegelegenen Gebiets erfolgen, wobei der Name der g. g. A. beibehalten wird. In diesem Fall wird auf dem Etikett auch der Lohnabfüller angegeben, gegebenenfalls durch eine Codenummer (Abgefüllt durch für).

Link zur Produktspezifikation

https://www.rvo.nl/sites/default/files/2023-06/BGA_Groningen_productdossier_2023.pdf



Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11319 — EPEI / CASINO)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/852)

Am 5. Januar 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11319 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.10598 — LGC / TORAY INDUSTRIES HUNGARY)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/896)

Am 31. Mai 2022 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32022M10598 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.